Adenauer:

„Wir haben wirklich etwas geschaffen.“



Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstands
1953-1957

–Droste–

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1953 – 1957

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von Günter Buchstab,
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 16

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen."
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953 – 1957

Droste

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen."

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1953 – 1957

Bearbeitet von
Günter Buchstab

Droste

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen."
D. Protokolle d. CDU-Bundesvorstands 1953 – 1957 /
bearb. von Günter Buchstab. – 1. Aufl. –
Düsseldorf, Droste Verlag GmbH, 1990.
(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte ;
Bd. 16)
ISBN 3-770-00799-9
NE: Buchstab, Günter [Bearb.]; Christlich-
Demokratische Union Deutschlands; GT

Alle Rechte vorbehalten
© 1990 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Gesamtherstellung: Richarz Publikations-Service, 5205 Sankt Augustin 1
ISBN 3-770-00799-9

Inhalt

Einleitung VII

1. Der Bundesvorstand als Organ der CDU VII
2. Die Protokolle des Bundesvorstands als Quelle XXI
3. Zur Edition XXXII

Übersicht über die Protokolle XXXV

Protokolle 1

Abkürzungen und Zeichen 1317

Quellen und Literatur 1321

Personenregister 1331

Sachregister 1351

Einleitung

1. Vom Erdrutschsieg zur absoluten Mehrheit

Die positive Wertung: „Wir können uns alle freuen über die Erfolge am letzten Sonntag“[1], mit der der CDU-Parteivorsitzende Adenauer den Ausgang der Bundestagswahl vom 6. September 1953 kommentierte, und die durchaus optimistische Prognose, die er am 1. Juli 1957 für die dritte Bundestagswahl wagte: Wir haben „allen Anlaß, damit zu rechnen, daß wir diese Wahl gewinnen werden“[2], denn „wir haben wirklich etwas geschaffen“[3], bilden den zeitlichen Rahmen dieser Edition. Eine vordergründige Betrachtung der Eckdaten der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, die Ergebnisse der Bundestagswahlen des Jahres 1953 und 1957, die der CDU und CSU einen Stimmenanteil von zusammen 45,2 % (CDU 36,4 %, CSU 8,8 % – gegenüber 31 %, d.h. 25,2 % und 5,8 % im Jahr 1949) bzw. 50,2 % (CDU 39,7 %, CSU 10,5 %) einbrachten, könnte nun zu dem Schluß verführen, die politische Entwicklung jener vier Jahre sei von einem stetigen und gradlinigen Aufwärtstrend der CDU geprägt gewesen, und Adenauer als ihr unumstrittener und von permanentem Erfolg begleiteter Bundesvorsitzender habe den bereits 1953 programmierten, einzigartigen Wahlsieg vom 15. September 1957 als ein „unabwendbares Naturereignis“ garantiert.[4] Auch die Zufriedenheit der Mitglieder des Bundesvorstands über den Ausgang der zweiten Bundestagswahl, die die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hermann Ehlers und Jakob Kaiser in der ersten Vorstandssitzung zum Ausdruck bringen, wie die Zuversicht, die Adenauer in der letzten Sitzung vor der Wahl zum dritten Bundestag über die Aussichten seiner Partei äußerte, könnten diesen Eindruck untermauern.

Nichts wäre jedoch falscher: Die in diesem Band veröffentlichten Protokolle des CDU-Bundesvorstands lassen erkennen, daß derartige, im nachhinein angestellte Vermutungen tatsächlich jeglicher Grundlage entbehren. Nichts entspricht den damaligen Realitäten weniger als die Verklärung jener vier Regierungsjahre in der Rückschau, über denen eben gerade nicht die Sonne der Harmonie und der Erfolge unentwegt geschienen hat. Ohne sich auf den Lorbeeren des errungenen Wahlerfolgs auszuruhen,

1 Nr. 1 S. 14.

2 Nr. 20 S. 1257.

3 Nr. 19 S. 1230; diese Aussage im Rückblick auf die Jahre seit 1949 auch in Nr. 8 S. 512, 572.

4 SCHWARZ 1 S. 363. – Vgl. neuerdings zu den Klischees über die 50er Jahre Rainer GRIES, Volker ILGEN, Dirk SCHINDELBECK: Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern. Mit Essays von Hermann Glaser und Michael Salewski. Münster 1989.

richtete Adenauer schon in der ersten Sitzung unmittelbar nach dem Wahlsonntag den Blick nach vorne und warnte seine Partei vor Übermut: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns die Chance, noch einmal einen solchen Wahlsieg zu erfechten, vielleicht nicht wiedergegeben wird."[5] Im Hinblick auf die großen Probleme, die in der bevorstehenden Legislaturperiode zu bewältigen waren, plädierte er für eine möglichst breite parlamentarische Absicherung der Regierungsarbeit, d.h. für eine Koalition mit FDP, DP und BHE – und zwar nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern. Mögliche Probleme in der Regierungsarbeit vorausahnend, forderte er „Geschlossenheit von wirklich hohen Graden unter uns", denn „wir werden mindestens in der ersten Hälfte der vier Jahre alle unangenehmen Sachen erledigen müssen, damit die verdaut sind bei der nächsten Wahl".[6] Ohne diese „unangenehmen Sachen" so kurz nach dem Wahlerfolg schon im einzelnen anzusprechen, skizzierte der Bundeskanzler als Hauptziele in der Außenpolitik die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges, weil „das der einzige Weg ist, auf dem wir unsere Freiheit bewahren können, um unseren Leuten in Berlin und im Osten die Freiheit wiederzugeben, ein freies Europa zu schaffen und in der Gemeinschaft der freien Völker unsere christliche Anschauung und unsere kulturellen Ziele und das, was den Weltfrieden angeht, verwirklichen zu können". Für die Innenpolitik stellte er den sozialen Aspekt, die „Zukunft unserer Jugend und der Familien", besonders heraus: „Wir werden auf sozialem Gebiet entscheidende Fortschritte machen und neue Wege einschlagen müssen."[7]

Außenpolitisch waren die Jahre 1953 bis 1957 eine Zeit großer Erfolge wie empfindlicher Rückschläge. Der größte Teil des Jahres 1954 wurde überschattet durch die quälende Ungewißheit um den EVG-Vertrag, bis ihn schließlich die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 scheitern ließ – ein „schwarzer Tag für Europa"[8], aber auch für Adenauer, dessen supranationale Visionen von Europa bis auf weiteres begraben werden mußten. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik wurden die Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 in London und die vier Konferenzen in Paris vom 19. bis 23. Oktober 1954, die nicht nur zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO führten, sondern auch zu dem Beschluß, das Besatzungsregime zu beenden und der Bundesrepublik Souveränität zu gewähren – wenn auch unter Vorbehalten.

Im Rahmen der Pariser Verträge wurde auch das Saarstatut beschlossen, das durch die „Europäisierung" der Saar den Kern eines vereinten Europas bilden sollte. Allerdings war dies an die Zustimmung der Saarbevölkerung geknüpft, mit der in diesen Monaten gerechnet wurde. Im Deutschen Bundestag erhielt Adenauer für diese

5 Nr. 1 S. 4f.
6 Nr. 1 S. 14.
7 Nr. 1 S. 13.
8 ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 289. – Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. II. Klaus A. MAIER, Hans-Erich VOLKMANN, Wilhelm MEIER-DÖRNBERG, Lutz KÖLLNER: Die EVG-Phase. München 1989.

Lösung der Saarfrage am 27. Februar 1955 eine Mehrheit, obwohl 50 Abgeordnete der Koalitionsparteien dem Abkommen ihre Zustimmung verweigerten. Für die CDU-Spitze war die Debatte um den zukünftigen Status des Saargebiets mit dem Ergebnis von Paris keineswegs abgeschlossen; weder vorher noch für lange Jahre nachher wurde um deutschlandpolitische und außenpolitische Fragen im Vorstand in solcher Schärfe gerungen.

Adenauer hat stets sehr wohl kalkuliert, was er im Vorstand sagte und was nicht.[9] Zu jenen Themen, deren intensive Behandlung er im Vorstand zu vermeiden suchte, die er deshalb unerwähnt ließ oder nur kurz streifte, gehörte die Saarfrage. Er wußte, daß einige der Vorstandsmitglieder mit seinen Vorstellungen nicht übereinstimmten, und wollte unliebsame Diskussionen vermeiden. Er wußte aber auch, daß nichts verborgen blieb, was in diesem Gremium behandelt wurde, denn„was heute hier gesprochen wird, weiß man morgen doch"[10]. Und im sensiblen außenpolitischen Bereich, vor allem in den deutsch-französischen Beziehungen glaubte er sich Diskussionen und öffentliche Auseinandersetzungen seiner Partei nicht leisten zu können, weshalb er die strittige Saarfrage aus seinen Lageberichten meist ausklammerte.

Einer seiner Hauptkontrahenten in diesem Punkt war Jakob Kaiser, ein Kritiker der Adenauerschen Saarpolitik von Anfang an.[11] Er durchkreuzte dieses Verfahren immer wieder und zwang den Kanzler mehrmals unprogrammgemäß zur Stellungnahme und Diskussion. Unterstützt wurde Kaiser, der in der Rückgliederung der Saar eine nationale Aufgabe sah, von den beiden rheinland-pfälzischen Vorstandsmitgliedern Peter Altmeier und Alois Zimmer, die von den Verhältnissen in ihrer Nachbarregion am meisten betroffen waren, sowie von Fritz Hellwig, der aus Saarbrücken stammte und alte Verbindungen zur saarländischen Wirtschaft pflegte.

Zu einer ersten Auseinandersetzung war es Anfang 1953 gekommen.[12] Sie endete zwar mit einem Sieg Adenauers, doch war das Thema damit nicht vom Tisch. Immerhin dauerte es über ein Jahr, bis es Altmeier gelang, den Komplex erneut und ausführlich behandeln zu lassen. Lief diese Diskussion vom 26. April 1954[13] noch relativ geordnet und ohne übergroße Schärfen ab, so änderte sich dies in der Folgezeit. Mit dem Argument, man hätte „gegenüber unseren Freunden an der Saar ... unsere Verpflichtungen nicht genügend erfüllt", löste Kaiser am 5. Februar 1955 eine Debatte aus, die Adenauer partout nicht gewollt hatte.[14] Sein Unmut über den Widerspruch, den er dabei erfuhr, brach schließlich gegen Ende mit abschätzigen Bemerkungen gegenüber den unzuverlässigen Saarländern durch.[15] Ruhiger ging es dagegen am 2. Mai 1955 zu, als Kaiser wiederum das Thema anmahnte und Adenauer entschuldigend

9 Zum Folgenden Repgen: Saar-Frage.
10 Nr. 16 S. 1033.
11 Kosthorst S. 116–122.
12 Protokolle 1 S. 409–419.
13 Nr. 3 S. 154f., 184–205.
14 Nr. 6 S. 346f.
15 Nr. 6 S. 378f.

meinte, er habe dies wegen der Fülle anderer Themen „vergessen". Immerhin entstand auch hier eine heftige Debatte über den Verkauf der Röchling-Werke.

Zu einer dramatischen Zuspitzung kam es schließlich aber in der Sitzung am 30. September 1955, in der sich die bekannten Argumente gegen Adenauers Saarpolitik bündelten: das nationale Anliegen, die Probleme mit der FDP in Bund und Land, die Adenauers Kurs nicht uneingeschränkt mitzutragen gewillt war, die wirtschaftliche Existenz des Saargebiets und einiger Firmen, die Auseinandersetzungen im christlich-demokratischen Lager, d.h. zwischen CDU, CDU Saar und CVP, usw.

Adenauer war in der Defensive, seit die Meinungsforscher ein klares Nein der Saarbevölkerung zum Statut signalisierten: Er verteidigte seine Position, die er am 2. September beim Parteitag der CDU Westfalen-Lippe in Bochum nochmals skizziert hatte (Annahme des Statuts, dann Abwahl der ungeliebten Regierung Hoffmann in der Landtagswahl, dann Weitersehen), mit nicht weniger als neun Wortmeldungen, wobei er die Agitation gegen das Saarstatut als „nationalistische Ausbrüche" oder sogar als „unverhüllten Nationalismus" brandmarkte[16] – ein Vorwurf, den er wohl zur eigenen Rechtfertigung nach der Saarabstimmung am 10. März 1956 wiederholte.[17] Er versuchte auch, seine Kontrahenten durch ständiges Unterbrechen und Zwischenrufe – insgesamt fast 40mal – zu verwirren und in ihrer Argumentationslinie zu stören. Das Protokoll verzeichnet permanent „Unruhe". Seiner Autorität war dieses wenig souveräne Verhalten alles andere als förderlich. Ein Teilnehmer, Eugen Wirsching, notierte in seinem Bericht, der Bundeskanzler wurde „derart erregt, wie ich ihn noch nie gesehen hatte"[18]. Als er schließlich eine „etwas abrupte" Abstimmung[19] anberaumte, um sich seinen Kurs, das Ja zum Statut, bestätigen zu lassen, die Debatte abzuwürgen und die Auseinandersetzung zu beenden, hatte er den Bogen überspannt. Zimmer und Altmeier forderten vergebens, dies nicht zu tun und sich gemäß § 6 des Saarabkommens vom 23. Oktober 1954 jeder Einmischung zu enthalten. Ihre Argumente verfehlten die Wirkung nicht. Denn von 26 Mitgliedern votierten immerhin elf nicht für den Kanzler, der sofort den Saal verließ. Es kam zum Eklat. Johann Baptist Gradl, der gegen Adenauer gestimmt hatte, sprach nüchtern die Lage an, die nach zwei Stunden heftigster Konfrontation und höchster Erregung entstanden war: „Wir sind in einer sehr schwierigen Situation, weil wir solche Kampfabstimmungen in unseren Kreisen nicht gewöhnt sind. Es ist erstmalig, daß wir so auseinanderfallen ... Die Diskussion hat im Augenblick keinen Sinn."[20]

Nur mit größter Mühe war es möglich, den auseinanderlaufenden Vorstand zu bewegen, das Abstimmungsergebnis, für das es keine Beschlußvorlage gab, zwar als irreversibles Faktum hinzunehmen, seine Wirkung aber dadurch zu entwerten, daß ein

16 Nr. 9 S. 606, 620.
17 Nr. 13 S. 840f.
18 Bestand G. Müller ACDP I-217 AO 11.
19 Nr. 9 S. 636, Altmeier S. 639.
20 Nr. 9 S. 643.

durch einen Dreier-Ausschuß formulierter, allgemein akzeptierter Text verabschiedet wurde, der allen Seiten gerecht wurde.[21]

Warum sich Adenauer im Gegensatz zu seinem sonstigen, in der Regel beherrschten Verhalten im Vorstand so wenig flexibel, ja geradezu starrsinnig in dieser Diskussion verhielt, ist nur schwer nachvollziehbar.[22] Vielleicht war es der Zeitdruck, unter dem er stand, mußte er doch wegen eines Abschiedsessens für François-Poncet die Sitzung vorzeitig verlassen. Erklärbar wäre seine Verärgerung auch, weil er sich noch nicht damit abfinden konnte, daß sein Konzept bei der bevorstehenden Abstimmung an der Saar abgelehnt und sein außenpolitischer Kurs damit durchkreuzt würde. Vielleicht veranlaßte ihn aber auch die Sorge, der Bundesvorstand seiner Partei könne hier einen ersten Ansatz finden, in seine Prärogative, die Außenpolitik, hineinzuwirken, und ihn in Zukunft in seiner Bewegungsfreiheit einengen, zu dieser übertriebenen Reaktion. – Die Abstimmung an der Saar vom 23. Oktober 1955 mit 67,71 % Neinstimmen jedenfalls war ein Votum gegen ihn. Er räumte dies Monate später, am 10. März 1956, selbst ein, suchte aber gleichzeitig mit dem Hinweis auf die Gefahr eines unkontrollierbaren Nationalismus und mit dem Bemerken: „Wir haben in der ganzen Saarpolitik eine große Dummheit gemacht"[23], seine Niederlage herunterzuspielen.

In der Tat konnte keine Frage, die mit der Saar zu tun hatte, einvernehmlich abgehandelt werden. Kaum war die Auseinandersetzung um das Saarstatut einigermaßen verdaut, brach neuer Zwist aus, als es um die Frage ging, wie die saarländischen christlichen Demokraten in die Union einzubinden wären; seit dem unrühmlichen Verhalten ihres Vorsitzenden Johannes Hoffmann und dem heftigen Abstimmungskampf standen diese sich in zwei unversöhnlichen Lagern gegenüber. Adenauer, der für eine möglichst umfassende Regelung unter Einbeziehung der CVP votierte, sah sich im Bundesvorstand wiederum der gleichen Oppositionsgruppe gegenüber, verstärkt noch durch die CDU-Vertreter von der Saar. Erneut wurde Gift und Galle gespritzt, und wiederum konnte sich der Parteivorsitzende mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen.[24] „Wir haben sie (die geschichtliche Entwicklung an der Saar) als die unmittelbaren Nachbarn anders erlebt"[25] – dies war die Voraussetzung des Widerstands gegen ihn. Erst 1959 kam es zu der Fusion zwischen Saar-CDU und CVP; die tiefe Abneigung zwischen den Mitgliedern der CDU und den früheren Anhängern von Johannes Hoffmann dauerte aber noch Jahre an.

Nach diesen heftigen Auseinandersetzungen zeigte sich Adenauer Anfang 1957 erstaunt, daß „das wichtigste Ereignis in diesem Jahr", die Rückkehr der Saar, „von der Bevölkerung mehr oder weniger als selbstverständlich aufgenommen" wurde[26]. Man

21 Nr. 9 S. 644 Anm. 61.
22 Vgl. zur Sitzung vom 5. Februar 1955 ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 427; über die turbulente September-Sitzung sagt er nichts.
23 Vgl. Nr. 13 S. 855.
24 Vgl. Nr. 15 S. 966–1012; Nr. 20 S. 1301–1315.
25 Altmeier in Nr. 15 S. 973.
26 Nr. 18 S. 1186.

solle es in der Wahlpropaganda „als wirklich ersten Schritt zu einer Wiedervereinigung" besonders hervorheben. Diese erwartete er allerdings nicht in der unmittelbaren Zukunft, sondern nur „im Zuge einer allgemeinen Entspannung"[27]; und sie sei „nicht möglich ohne die drei Westmächte plus Sowjetrußland"[28].

Letztmals war die deutsche Frage auf der Berliner Außenministerkonferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 das beherrschende Konferenzthema[29]; sie wurde dort erstmals mit dem Problem der europäischen Sicherheit verknüpft und trat von da an gegenüber den folgenden, zunehmend dem Problem der Abrüstung gewidmeten Konferenzen mehr und mehr in den Hintergrund. Adenauer hat diese Konferenzen immer skeptisch beurteilt, weil er davon überzeugt war, daß die Sowjetunion auf die völlige Kontrolle ihrer Einflußzone nicht verzichten werde, solange sie durch militärische und wirtschaftliche Entwicklungen nicht dazu gezwungen wäre. So reiste er auch im September 1955 – in diesem „höchst bewegungsreichen Jahr" der internationalen Diplomatie[30] – ohne große Illusionen nach Moskau. Sein Besuch brachte zwar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion, als konkretes Ergebnis aber nicht ein Zugeständnis in der deutschen Frage, wohl aber die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen. Wenn auch diese Reise nicht von allen Unionspolitikern mit großem Enthusiasmus begleitet wurde – zu kontroversen Diskussionen im Bundesvorstand führte weder die Reise noch ihr verhältnismäßig bescheidenes Ergebnis. Die Freude über die Rückkehr der letzten Gefangenen überdeckte, daß die Stagnation in der Wiedervereinigungsfrage nicht überwunden werden konnte.

Zwar verging keine Sitzung, in der das Thema Wiedervereinigung nicht in irgendeiner Form zur Sprache gekommen ist – meist im Zusammenhang mit den Berichten über die außenpolitische Entwicklung und durch Interventionen vornehmlich der Berliner Abgeordneten Johann Baptist Gradl und Robert Tillmanns sowie Jakob Kaiser. Im Prinzip stets einig mit der Kanzlerlinie, drängten sie auf schnellere Fortschritte in der Sorge, das Verzögern einer Lösung bedinge „eine ständige weitere Entmutigung unserer Menschen in der Sowjetzone. Eine solche weitere Entmutigung würde eine Erlahmung der Kräfte mit sich bringen ... Die Russen wollen eine solche Erlahmung und Resignation".[31] Eine Alternative zu Adenauers Weg aber gab es auch für sie nicht. Und so richtete man sich – je länger desto mehr – nicht auf einen kurz-, sondern auf einen langfristigen Prozeß ein. Zu kontroversen Diskussionen oder gar Auseinandersetzungen kam es in der deutschen Frage nie – im Gegensatz zum Saarproblem –, zumal ja auch keine konkreten akzeptablen Pläne oder Abkommen auf dem Verhandlungstisch lagen.

---

27 Nr. 7 S. 432.
28 Nr. 8 S. 524.
29 Vgl. Klaus Gotto: Die Sicherheits- und Deutschlandfrage in Adenauers Politik 1954/55. In: Thoss/Volkmann S. 137–151.
30 Doering-Manteuffel S. 90.
31 Nr. 8 S. 529f.

Wesentlich intensiver waren die Diskussionen, wenn es um innenpolitische Fragen, um die Entwicklung in den Ländern, um spezifische landes- und parteipolitische Probleme, um die Auseinandersetzung mit der SPD sowie um Wahlen und Wahlergebnisse ging.

Sieht man von der Saarabstimmung ab, waren zwischen 1953 und 1957 allein zehn Landtagswahlen zu bestehen. Im Sog der Bundestagswahl von 1953 wurden die Wahlen in Baden-Württemberg (19. November 1953) und Hamburg (1. November 1953) siegreich bestanden und führten auch jeweils zu CDU-geführten Regierungen. Doch bereits Ende 1954 erlitt die bislang so erfolgsverwöhnte Union herbe Rückschläge, so am 28. November 1954 in Bayern, als die CSU ihren Stimmenanteil zwar um über 10 % erhöhen konnte, sich aber von der SPD übertölpeln und insbesondere wegen ihrer Kulturpolitik aus der Regierung verdrängen ließ, in West-Berlin am 5. Dezember 1954, als die Koalitionspartei FDP fast die Hälfte der Mandate verlor und die CDU nur noch als Juniorpartner in eine SPD-geführte Regierung eintreten konnte. Nach der Wahl in Niedersachsen am 26. Mai 1955, die zur Ablösung der Regierung Kopf führte, begann ein Abwärtstrend, der auch von der erfolgreichen Wahl in Baden-Württemberg am 4. März 1956 nicht unterbrochen wurde; immerhin hatte man dort insgeheim mit der absoluten Mehrheit geliebäugelt.[32] Generell konnte die CDU gegenüber den letzten Landtagswahlen ihren Stimmenanteil zwar steigern, mußte aber gegenüber der Bundestagswahl erhebliche Einbußen hinnehmen.[33]

Vor allem die Ergebnisse der Kommunalwahlen des Jahres 1956 in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bedeuteten für die Union eine schwere Belastungsprobe. Zwar konnte die CDU ihren Stimmenanteil gegenüber den Kommunalwahlen von 1952 im allgemeinen knapp halten oder leicht erhöhen, gegenüber der Bundestagswahl von 1953 waren aber Verluste in zweistelliger Höhe zu verkraften. Die SPD hingegen steigerte ihr Potential im Vergleich zu den Kommunalwahlen wie der Bundestagswahl fast durchgängig um weit über 10 %. Dies weckte bei ihr euphorische Erwartungen für die Bundestagswahl 1957[34], während die Aussichten der CDU, durch das anhaltende Stimmungstief, in dem sich die Regierung Adenauer im gesamten Jahr bereits befand, ohnehin getrübt, einen weiteren Dämpfer erhielten.[35]

Für dieses miserable Meinungsklima gab es eine Fülle von Gründen – konkrete und zeitbezogene, aber auch strukturelle, die zu den Grundgegebenheiten der Politik in der Bundesrepublik Deutschland gehören: erlahmender Schwung nach längerer Regierungszeit, Ressortegoismus und Profilierungssucht, Widersprüche in den Äußerungen führender CDU-Politiker in wichtigen Fragen, Auseinandersetzungen in der

32 Vgl. Nr. 11 S. 771; Nr. 12 S. 796f., 801.
33 Vgl. dazu KITZINGER S. 253–257; HEIDENHEIMER: Regierungschef S. 255.
34 KLOTZBACH S. 390f.
35 Vgl. SCHWARZ 1 S. 312–319: „Kanzler-Dämmerung?".

Koalition, umstrittene Gesetzesvorhaben wie Sozialreform, Steuer- und Finanzverfassungsreform, Wehrverfassung, Wehrdienstzeit, Ausrüstung der Bundeswehr, unklare Familienpolitik, mangelnde Aufklärung über wirtschaftliche und währungspolitische Maßnahmen, Beunruhigung über Preissteigerungen, Kontroversen um die Schulpolitik[36] oder um die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften, um einige Beispiele zu nennen.[37]

Spätestens seit dem umstrittenen DGB-Aufruf zur Bundestagswahl 1953 waren die Beziehungen zwischen CDU und DGB äußerst gespannt.[38] Die Parole „Für einen besseren Bundestag" wurde als schwerer Verstoß gegen die satzungsmäßige Verpflichtung des DGB zur parteipolitischen Neutralität betrachtet. Nach der so erfolgreichen Wahl suchten CDU-Sozialausschüsse, KAB und Evangelische Arbeiterbewegung mit ihren „Reformvorschlägen", die sie am 17. September 1953 übermittelten, den DGB auf diese Neutralität zu verpflichten. Doch die Gewerkschaften reagierten darauf mit Empörung. Ihre scharfe Reaktion blieb nicht ohne Eindruck auf die CDU-Sozialausschüsse, deren Vertreter, Jakob Kaiser und Karl Arnold, stets die Hoffnung hegten, in Verhandlungen mit dem DGB die gespannte Lage entkrampfen und einen modus vivendi finden zu können. Für beide war – hier zeigte sich die nachhaltige Wirkung der Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 – der Erhalt der Einheitsgewerkschaft oberstes Gebot[39]; sie zuckten deshalb aufgrund der wütenden DGB-Reaktion vor harter Konfrontation zurück. Weder von dieser Maxime noch vom Glauben an die Einsichtsfähigkeit des DGB, von dem vor allem Kaiser geleitet war[40], ließen sich dagegen die KAB-Vertreter Bernhard Winkelheide und Johannes Even beeindrucken. Sie zweifelten an einem nachhaltigen Erfolg von Gesprächen und plädierten immer lauter für die Gründung christlicher Gewerkschaften.[41] Durch den Versuch von Viktor Agartz auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß von 1954, den DGB auf einen radikal-sozialistischen Kurs einzuschwören, sahen sie sich in ihrer Skepsis bestätigt. Die Entschließung gegen jeden Wehrbeitrag, die dieser Bundeskongreß außerdem noch verabschiedete, verhärtete die Fronten zusätzlich. Während die Sozialausschüsse und die Christlich-soziale Kollegenschaft, eine auf ihre Eigenständigkeit bedachte Fraktion Christlich-Sozialer im DGB, trotz dieser Entwicklung daran festhielten, innerhalb der Gewerkschaften ihren Einfluß mäßigend zur Geltung bringen zu wollen, stellte die KAB die Weichen auf Gründung der Christlichen Gewerkschaften, die am 30. Oktober 1955 erfolgte.

Diese offenkundigen Risse im christlich-sozialen Lager blieben nicht ohne Auswirkung auf die Diskussionen und das Verhalten des CDU-Vorstands; bereits in

36 Dazu REPGEN: Konkordatsstreit.
37 Vgl. dazu die kritischen Äußerungen von Meyers in seiner Analyse der Kommunalwahlen vom November 1956 in Nr. 17 S. 1134ff., hier S. 1140–1144.
38 Dazu GUNDELACH S. 152–159; vgl. die Äußerungen Adenauers in Nr. 1 S. 11–13.
39 Vgl. Nr. 1 S. 42f., 55f.; Nr. 10 S. 698–702.
40 „Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist nicht so schlecht" (Nr. 7 S. 470ff.).
41 Vgl. Nr. 1 S. 48, 56; Nr. 10 S. 702. Vgl. GUNDELACH S. 137 Anm. 48.

der ersten Sitzung nach der Wahl 1953 sprach Josef Arndgen von „Disharmonien" zwischen Kaiser und KAB[42] und empfahl deshalb dem Bundesvorstand Zurückhaltung. Wie schwierig für die CDU diese Situation tatsächlich war, faßte Wilhelm Johnen knapp und präzise am 10. November 1955 zusammen: „Wir haben die Einheitsgewerkschaft und die Christlichen Gewerkschaften. Und was tun wir als Partei? Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Arnold) spricht für die Einheitsgewerkschaft, und der Landtagspräsident des gleichen Landes (Gockeln) spricht für die Christlichen Gewerkschaften! ... Und wir als Partei laufen Gefahr, bei dieser Sache zermalmt zu werden."[43] Ergebnis der Aussprache war, daß der Vorstand zu dieser Frage keine Stellung bezog[44] und „strikte Neutralität" wahrte, es aber – wie Adenauer – begrüßte, daß dem DGB „eine sehr heilsame Lektion erteilt worden" war[45]. Die erheblichen Spannungen, die bis zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zwischen CDU und DGB belastet hatten, flauten nach der CGB-Gründung – bis auf kurze Ausschläge bei Wehrgesetzgebung und Atomdebatte – spürbar ab.

Einen wesentlichen Anteil am Meinungstief des Jahres 1956 hatten – neben den, wie Adenauer und der überwiegende Teil der Vorstandsmitglieder in regelmäßigen Abständen klagten, ihnen überwiegend übelwollenden Medien[46] – auch die seit der Regierungsbildung andauernden koalitionsinternen Kräche zwischen den Koalitionsparteien CDU, CSU, FDP, DP und BHE, deren zum Teil gegensätzliche Interessen immer wieder für neuen Zündstoff sorgten.[47] Der CDU-Bundesvorstand hatte in seiner ersten Sitzung nach der Bundestagswahl die Weichen für diese breite Koalition gestellt, weil sie die notwendige Zweidrittelmehrheit sicherte, die zur Änderung des Grundgesetzes für die Aufnahme der Wehrverfassung erforderlich war. Aber Risse und Gegensätze im Koalitionsgebälk wurden schon sehr bald sichtbar und brachen nicht erst in der kritischen Phase der Wiederbewaffnungsentscheidungen seit Frühjahr 1955 auf. Bis Ende 1956 ziehen sich die Auseinandersetzungen in Koalition, Kabinett und Union wie ein roter Faden durch die Diskussionen des CDU-Bundesvorstands. Die Debatten, die sich zum Teil in hitzigen, persönlich-gefärbten Wortwechseln entluden, offenbaren die erheblichen Spannungen innerhalb einer Koalition, die mehr als einmal am Rand des Auseinanderbrechens stand.[48] Erst die nahende Bundestagswahl

42 Nr. 1 S. 48.
43 Nr. 10 S. 702f.
44 Nr. 10 S. 708f.
45 Nr. 11 S. 723.
46 Z.B. „Jeder bessere Journalist hält sich für fortschrittlich, und eine christliche Partei, die das Wort ‚christlich' in ihrem Namen führt, gilt als nicht fortschrittlich" (Nr. 5 S. 279); „Das Bild der deutschen Presse und ihre Verantwortungslosigkeit sind einfach katastrophal" (S. 276f.). Ähnliche Äußerungen durchziehen die Protokolle wie ein roter Faden (vgl. Nr. 4 S. 235f.; Nr. 5 S. 267; Nr. 18 S. 1185; Nr. 20 S. 1259 usw.). Dazu auch Hanns Jürgen Küsters: Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen. In: Konrad Adenauer und die Presse. Hrsg. von Karl-Günther von Hase. Bonn 1988 S. 13–31.
47 Vgl. im Überblick Schwarz 1 S. 229–232.
48 Vgl. z.B. Nr. 15 S. 934, 943, 945, 961; Nr. 16 S. 1047–1056; Nr. 17 S. 1120–1134 usw.

1957 und der von diesem Termin ausgehende Druck zwangen zu Geschlossenheit und gegenseitiger Rücksichtnahme; das engere Zusammenrücken 1957 wurde nicht unwesentlich dadurch erleichtert, daß große Teile zweier Regierungsparteien, des BHE und der FDP, sich abspalteten und zur Opposition abwanderten.

Der BHE spaltete sich am 11. Juli 1955. Auslöser waren das von einem Teil der Partei abgelehnte Saarabkommen sowie wirtschaftspolitische Forderungen, die den Konflikt mit der CDU/CSU unausweichlich machten. Acht Mitglieder des BHE unter Führung der beiden Minister Kraft und Oberländer traten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Hospitanten bei. Während noch in der ersten Sitzung nach den Wahlen intensiv über die Zweckmäßigkeit einer Aufnahme des BHE in die Regierungskoalition beraten und wegen der Wiederbewaffnung, die eine Änderung des Grundgesetzes mit Zweidrittelmehrheit notwendig machte, als sinnvoll erachtet worden war[49], löste die Mitteilung vom Auseinanderfallen der Gruppe im Bundesvorstand keine Diskussion mehr aus[50]. Auf der Länderebene sah dies dort etwas anders aus, wo der BHE für Übernahme und Erhalt der Regierungsmacht unabdingbar war. Auch um die Bundesratsmehrheit zu sichern, plädierte Adenauer meist auf schonende Behandlung.[51] Er tat dies auch in der letzten Sitzung vor den Wahlen 1957 und empfahl Wahlabsprachen zwischen den Unionsparteien und dem Block, traf damit aber auf so wenig Gegenliebe, daß er es vorzog, eine entsprechende Empfehlung gar nicht erst zur Abstimmung zu stellen.[52]

Wesentlich problematischer und vielschichtiger gestaltete sich das Verhältnis zur FDP, mit der es von Anfang an Reibungen gab. Trotz dieser Schwierigkeiten war Adenauer stets daran gelegen, auch in den Ländern Koalitionen mit der FDP herzustellen und zu pflegen, um so die Koalition im Bund zu stabilisieren – so auch 1954 in Nordrhein-Westfalen, wo Arnold lieber eine Koalition mit der SPD eingegangen wäre.[53] Mit dem liberalen Flügel gab es Probleme im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich sowie in der Schulfrage, mit dem nationalen in der Deutschland- und Europapolitik, wobei besonders die von Adenauer erstrebte Lösung der Saarfrage die Beziehungen bis zum Zerreißen belastete. Dazu kamen die immer häufiger werdenden Ausfälle des FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler gegen den Bundeskanzler wie gegen die beiden Unionsparteien, so daß die parteipolitische Situation und die Lage der Koalition mehrfach auf der Tagesordnung der Beratungen des CDU-Vorstands stand. Die Pläne einer Wahlrechtsreform, die der FDP mittelfristig den Garaus bereitet hätte, brachten schließlich Anfang 1956 die Koalition sowohl im Bund

49 Nr. 1 S. 16–29.
50 Nr. 9 S. 648f.
51 Vgl. Nr. 7 S. 458–466; Nr. 20 S. 1284.
52 Vgl. Nr. 20 S. 1264, 1278–1285.
53 Vgl. Adenauers Versuch vor den Landtagswahlen, eine Koalition mit der FDP vorzubereiten, in Nr. 3 S. 148–151, 160–183. Vgl. auch Nr. 12 S. 826: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit Rücksicht auf die Bundes-CDU und die Bundesaußenpolitik – allerdings gegen erheblichen Widerstand in unserer eigenen Partei – eine Koalition mit der FDP gehabt."

wie in Nordrhein-Westfalen zum Platzen. Die FDP-Jungtürken in Düsseldorf stürzten Arnold und wechselten zur SPD. Durch den Regierungswechsel verlor die Union nicht nur die Macht im bevölkerungsreichsten Bundesland, es verschob sich auch das Kräfteverhältnis im Bundesrat. Zwei Vorstandssitzungen innerhalb kürzester Zeit, am 24. Februar und am 10. März 1956 – ein noch nie dagewesener Tagungsrhythmus –, signalisierten, wie ernst die CDU-Spitze diese neue Lage beurteilte. Zwar hoffte man nach dem Auszug des „Ministerflügels" aus der FDP auf eine Konsolidierung der alsbald geschaffenen FVP und auf eine Stabilisierung der Koalition auf Dauer; die Hoffnung auf die neue Partei erwies sich jedoch bald als trügerisch. Adenauers Führungsqualitäten wurden in Zweifel gezogen; seine Popularität schmolz rapide dahin.

Schon im September 1955 hatte er offenbar gespürt, welch negative Auswirkungen der ständige, meist auch öffentlich ausgetragene Koalitionszwist auf das Ansehen der Regierung haben mußte. Nur so ist sein Versuch zu erklären, wenigstens innerhalb der Unionsparteien ein erträgliches Klima zu schaffen. In einem Schreiben vom 19. September 1955 an den Vorsitzenden der CSU, Hanns Seidel, an Franz Josef Strauß als den Vertreter der CSU-Landesgruppe im Bundestag, an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, sowie an seine Vertreter in der CDU-Führungsriege, Jakob Kaiser und Robert Tillmanns, regte er eine bessere Zusammenarbeit an: „In den letzten Monaten haben verschiedene Vorgänge zu Spannungen innerhalb des Kabinetts und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU geführt. Diese Spannungen dienen weder der Geschlossenheit der Regierungspolitik, noch liegen sie im Interesse der beiden Parteien. Ich würde es begrüßen, wenn sie durch eine offene Aussprache geklärt werden könnten ..."[54] Gradl sprach Mitte 1956 von einem „scheußlichen Schauspiel ... mit dem Gegeneinander von Parteifreunden"[55], und auch Adenauer erinnerte immer wieder daran – meist jedoch ohne nachhaltigen Effekt, „daß nichts mehr Mut dem Gegner gibt und daß nichts unsere eigenen Anhänger so enttäuscht, als wenn bei uns in wichtigen Fragen Differenzen auftreten"[56]. Schließlich ließ er gegen Ende der Legislaturperiode, im Gefühl eigener Stärke und vor dem Hintergrund einiger Äußerungen von führenden Parteimitgliedern, die „in direktem Gegensatz zu unserer Auffassung stehen", einen Beschluß fassen, „daß alle Mitglieder der Partei aufgefordert werden, in kritischen Angelegenheiten Parteidisziplin zu wahren".[57]

Einer der heftigsten Streitpunkte innerhalb der Union war die 1953 angekündigte große Steuerreform, die ein „Paradestück" der Regierungsarbeit werden sollte.[58] Sie sollte die Hypotheken aus der Gesetzgebung des Zweiten Weltkrieges und der

54 ACDP VII-002-279.
55 Nr. 15 S. 952.
56 Nr. 18 S. 1189.
57 Nr. 20 S. 1292f.
58 Vgl. Nr. 3 S. 151.

Besatzungszeit mit ihren drastischen Steuererhöhungen abbauen und das Verbot der Abschreibung der Kriegsfolgelasten aufheben. Ziele waren u.a. die Senkung des Einkommensteuertarifs, Ermäßigung des Höchstsatzes der Einkommensteuer von ursprünglich 90 % auf 55 %, Verringerung des Hauptsatzes der Körperschaftsteuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne von 60 % auf 45 %, Senkung der Verbrauchsteuern usw. Naturgemäß berührten derartige Vorstellungen auch den Bund-Länder-Finanzausgleich, der neu geregelt werden mußte.

Zielscheibe der Kritik wurde mehr und mehr Bundesfinanzminister Schäffer – nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der CDU. Da er der CSU angehörte, war Streit zwischen den beiden Schwesterparteien programmiert. Im Kreuzfeuer der Schäfferschen Steuer- und Haushaltspolitik standen seine so manchem Parteigenossen altfränkisch anmutenden Vorstellungen von strikter Sparsamkeit, solider Finanzierung und stabiler Währung. Er unterschätzte dabei die durch das „Wirtschaftswunder" bedingten Zuwachsraten des Steueraufkommens, die 1956 weit über denen des Sozialprodukts lagen. Schon 1955 hatten sich an Rückstellungen und Ausgaberesten 6,5 Milliarden DM angesammelt, die bis Oktober 1956 auf 7,2 Milliarden weiter anstiegen. Schäffer versuchte sowohl 1955 wie 1956, diese Rücklagen durch eine Milliardenakrobatik in ein künstliches Defizit zu verwandeln, in der wohlmeinenden Absicht, damit eine Vielzahl von kriegsbedingten Sonderbelastungen abzutragen, die zu erwartenden Aufbaulasten der Bundeswehr sowie die alliierten Stationierungskosten zu finanzieren und gleichzeitig in der sich abzeichnenden Überhitzung der Konjunktur die Währungsstabilität zu wahren.

Die CDU und ihr Vorsitzender folgten nur kurze Zeit dem von ihm gewiesenen Weg. Schon im Frühjahr 1954, kurz nachdem Schäffer die Gesetzentwürfe zur Finanz- und Steuerreform vorgelegt und damit einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte, kamen – wenn auch noch verhalten – die Differenzen im Bundesvorstand zur Sprache.[59] Einen offenen Schlagabtausch gab es in der Sitzung vom 11. Oktober 1954, die unmittelbar dem CSU-Parteitag in Nürnberg folgte, auf dem Schäffer und Strauß heftige Attacken gegen FDP und BHE geritten hatten. Adenauer, der größten Wert auf ein erträgliches Koalitionsklima legte und – auch im Hinblick auf die Verhältnisse in den Ländern und im Bundesrat – größtmögliche Schonung der Koalitionspartner verlangte, ging Schäffer – auch wegen dessen unzureichender Informationspolitik gegenüber Regierung und Fraktion – hart an. Vor dem Hintergrund eines Schreibens von Strauß, der mit dem Auszug der CSU-Bundesminister, also mit dem Bruch der Koalition, gedroht hatte, kam es zu einem überaus heftigen Wortwechsel mit Schäffer, in dem in aller Schärfe die gegensätzlichen Auffassungen ausgebreitet wurden.[60] Die erhitzten Gemüter konnten nur mit Mühe beruhigt werden. Während sich Schäffer in diesen Diskussionen als der Protagonist einer zu Ende gehenden finanzpolitischen Ära erwies, in der dem

59 Vgl. die Ausführungen von Strickrodt und Schäffer in Nr. 3 S. 205–229.
60 Vgl. Nr. 5 S. 292, 309, 311f.

Staat nicht mehr Steuern als nötig zufließen und die Bürger im Vertrauen auf die eigenen Leistung in ihrem Selbsthilfewillen gestärkt werden sollten, verlangte die Gegenseite noch stärkere Steuersenkungen und Mehrausgaben für Subventionen und Sozialleistungen; sie setzte sich schließlich gegen Schäffer durch, und 1956 begann die Arbeit des sogenannten Kuchen-Ausschusses, der die Rücklagen an möglichst viele verteilte. Verbunden mit der Rentenreform trugen seine Wohltaten entscheidend zum Wahlerfolg der Union 1957 bei.[61]

War die Steuerreform als das „Paradestück" der Regierung gedacht, so sollte die Sozialreform die CDU-Arbeit „in gewisser Hinsicht krönen".[62] Das vorhandene Flickwerk, das – aufbauend auf den Entwicklungen seit der Bismarck-Zeit – zur Behebung akuter Not, zur „Heilung der Kriegsschäden" in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden war, sollte durch eine umfassende Sozialleistungsreform ersetzt werden. Obwohl immer wieder angemahnt und angekündigt, verhinderten Rivalitäten der einzelnen Ressorts sowie unterschiedliche Zielvorstellungen bis 1955 die Vorlage eines Gesamtkonzepts. Erst im April 1955 legte Arbeitsminister Storch eine Ausarbeitung vor mit dem Titel „Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen". Und wenige Wochen später präsentierte Adenauer mit der sogenannten Rothenfelser Denkschrift ein umfangreiches Professoren-Gutachten, das „auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet" worden war[63], wie es auf dem Titelblatt hieß. Während Storchs Konzept heftige Kritik in der Öffentlichkeit erfuhr, war die Aufnahme der Professoren-Schrift insgesamt recht freundlich. Trotzdem kam das Reformvorhaben nicht recht vom Fleck, da beide Denkschriften sich in wesentlichen Punkten gegenseitig blockierten.

Der Durchbruch gelang erst, nachdem ein Mitte 1955 konstituierter CDU-Arbeitskreis für die Sozialreform seine grundsätzlichen Entscheidungen getroffen hatte.[64] Sie entsprachen den Ideen von Wilfried Schreiber, die Adenauer während seines Urlaubs im Juli/August 1955[65] kennengelernt und in der Sitzung des sogenannten Sozialkabinetts im Dezember 1955 zur Diskussion gestellt hatte. Aus den vielfältigen Themenkomplexen einer umfassend angelegten Sozialreform kristallisierte sich in der CDU-Vorstandssitzung vom 13. Januar 1956 vor allem der bereits im Arbeitskreis einmütig abgehandelte Bereich der Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität als vordringliches Gesetzesvorhaben heraus, während die übrigen Teile aus den verschiedensten Gründen in den Hintergrund traten bzw. bewußt zurückgestellt

61 Vgl. SCHWARZ 1 S. 325f.; MORSEY: Bundesrepublik S. 65–68. – Zum herausragenden Stellenwert der Rentenreform in den Umfragen vgl. Die Altersrentner nach 1957. Bericht über eine Trendbeobachtung des Instituts für Demoskopie Allensbach. In: Bundesarbeitsblatt 11 (1960) S. 66.

62 Nr. 8 S. 513; vgl. dazu die Arbeiten von Hans Günter HOCKERTS.

63 Dazu Nr. 8 S. 512; HOCKERTS: Adenauer und die Rentenreform S. 17.

64 Zu seiner Zusammensetzung vgl. Nr. 11 S. 736; Bericht über die Vorstellungen des Arbeitskreises S. 736–745.

65 Vgl. S. 609 Anm. 28.

wurden; der ursprüngliche Plan eines umfassenden Sozialprogramms engte sich von nun an mehr und mehr auf eine Neuordnung der Rentenversicherung, auf die „dynamische Rente", ein.[66] Von einigen Details abgesehen, war mit der Vorlage dieses Berichts die Diskussion im Vorstand abgeschlossen und die Entscheidung gefallen – auch für den Bundesparteitag im April 1956, auf dem die „Reform der sozialen Leistungen" Thema eines Arbeitskreises war.[67] Erbitterten Streit – wie etwa bei Steuerreform oder Saarfrage – hat es im Kontext dieses großen Gesetzeswerks im CDU-Vorstand nicht gegeben, auch wenn am 20. September 1956 noch einmal Kritik laut wurde[68]; man überließ dies den Spezialisten – ein bemerkenswerter Tatbestand angesichts der Auseinandersetzungen, die zwischen den Ressorts, innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, FVP und FDP, DP, DGB und Angestelltengewerkschaft auf diesem Feld ausgetragen wurden.

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Rentenreform den Ausgang der Bundestagswahl von 1957 für die CDU erheblich beeinflußt hat, entkräftete sie doch nachhaltig den wiederholt vorgetragenen Vorwurf der SPD an die Adresse von CDU und Regierung, stets die Begüterten zu bevorzugen und die Armen zu vernachlässigen, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen.

Das Inkrafttreten der Reform, das insgesamt gegenüber den Vorjahren ruhigere Koalitionsklima, die Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn durch die Rote Armee usw. ließen Adenauer, die Regierung und die Union in rosigerem Licht erscheinen und die während des ganzen Jahres 1956 in permanentem Tief befindlichen demoskopischen Zahlen seit Dezember 1956 ansteigen. Noch im September hatte Gerstenmaier „das Absinken unserer Stimmen" beklagt.[69] Als eine der Ursachen galt das wochenlange Hin und Her über die Wehrdienstdauer, aber auch über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Die „Umrüstung", ein Begriff, den die SPD bei der Auseinandersetzung um den Radford-Plan in die Debatte geworfen hatte, beunruhigte die Öffentlichkeit so sehr, daß im Vorstand die Sprachregelung gefordert wurde, der Verunsicherung gegenzusteuern und statt dessen den Begriff der „Modernisierung" zu verwenden.[70]

Seit Anfang 1957 wurde das Meinungsklima positiver – sicher auch ein Verdienst des Ende Juni 1956 zum Bundespressechef wiederberufenen Felix von Eckardt. Das Bild verdüsterte sich im Frühjahr 1957 noch einmal für kurze Zeit, als führende Atomphysiker und der hochgeachtete Albert Schweitzer gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr und Atomwaffenversuche zu Felde zogen. Die Öffentlichkeit reagierte betroffen. Adenauer, der zunächst etwas vorschnell den Primat der Politik herausgestellt hatte, entzog der heftigen Diskussion den Boden, indem er sich mit den

66 Vgl. Nr. 11 S. 741, 747.
67 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 91–104, 143–147, 198f.
68 Vgl. Nr. 16 S. 1057.
69 Nr. 16 S. 1071.
70 Nr. 16 S. 1074.

Wissenschaftlern traf und auf dem Hamburger Parteitag vom 11. bis 15. Mai 1957 der breiten Öffentlichkeit mit einem Vortrag des parteiunabhängigen evangelischen Theologen Professor Thielicke die Sensibilität der CDU in dieser so schwierigen Frage vorführte.[71] Diese Taktik ging auf, zumal das brutale Vorgehen der Sowjetunion in Ungarn die Richtigkeit der Wiederbewaffnung und der Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im NATO-Bündnis eindrucksvoll untermauert hatte. Wenn also, wie Ungarn zeigte, Adenauers Politik überzeugte, so war das verteidigungspolitische Konzept der SPD damit diskreditiert. Schon am 26. April 1954 hatte Adenauer die SPD – wie in allen Sitzungen des Vorstands – hart angegangen und ihr vorgeworfen, ihre Politik würde „für Deutschland nach unserer Überzeugung das Ende bedeuten".[72] Hier war – wie in ähnlichen Äußerungen in diesem Gremium – vorformuliert, was er am 7. Juli 1957 im Bundestagswahlkampf öffentlich erklärte: „Wir glauben, daß mit dem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist."[73] Diese Aussage, an der sich die SPD bis zum Wahltag rieb[74], ist bisweilen als gerissene Wahlkampftaktik abgetan worden. Die Protokolle weisen hingegen aus, daß dieser Satz weder spontan noch die Provokation kühl kalkulierend ausgesprochen wurde, sondern vielmehr der immer wieder geäußerten tiefen Sorge um neutralistische Tendenzen in der SPD und deren Wegbereiterfunktion für eine sowjetische Hegemonie über Mittel- und Westeuropa entsprang.

Nach den überstandenen Turbulenzen der Jahre 1954 bis 1955 und 1956 geriet die Union in eine sich positiv auswirkende politische Großwetterlage, die die Wahlaussichten in günstigem Licht erscheinen ließ. Dazu kam die geschickte Anlage des Wahlkampfes, für die vornehmlich der frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, verantwortlich zeichnete.[75] Im Zusammenspiel mit dem Bundesgeschäftsführer Bruno Heck, der seine auf einer längeren USA-Reise gewonnenen Erkenntnisse einbrachte, organisierte er einen außerordentlich wirkungsvollen Wahlkampf unter dem Slogan „Sicherheit, keine Experimente"[76], der schließlich der CDU zusammen mit der bayerischen Schwesterpartei einen Stimmenanteil von 50,2 % einbrachte – fast 20 % mehr als die SPD.[77]

2. Der Bundesvorstand bis 1957

In einer Einleitung können nur wenige Aspekte dieser für die außen- und innenpolitische Entwicklung jener Jahre bedeutenden Quelle herausgestellt werden, die

71 Druck: CDU, 7. Bundesparteitag S. 100–130.
72 Nr. 3 S. 140; vgl. ähnliche Einschätzungen in Nr. 5 S. 261; Nr. 6 S. 339; Nr. 15 S. 930.
73 Dazu Repgen: Finis Germaniae.
74 Zum Wahlkampf der SPD Klotzbach S. 388–401; Kitzinger.
75 Vgl. Nr. 17 S. 1140–1144.
76 Von Meyers schon zum ersten Mal am 23. November 1956 gebraucht und von Bach offiziell vorgeschlagen – Nr. 17 S. 1141, 1171.
77 Einzelheiten bei Kitzinger S. 66–92.

höchst aufschlußreiche Einblicke in das Innenleben der größten Regierungspartei gewährt.[78] Einige Stichworte mögen genügen: Parteifinanzen, Organisation, Konfessionsprobleme, programmatische Fragen, weltanschauliche Orientierung und geistige Führung, Reaktionen auf die veröffentlichte Meinung, Personalia, Führungsstil Adenauers usw. Näher soll auf die Entwicklung des CDU-Bundesvorstands eingegangen werden.

Die Sitzungen fanden in der Regel in Bonn im Palais Schaumburg, also im Bundeskanzleramt statt, in den Einladungen meist als „Haus des Bundeskanzlers" bezeichnet. Nur in Ausnahmefällen, z.B. als Adenauer im Herbst 1955 längere Zeit krank war, tagte das Gremium im Vorstandszimmer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wegen internationaler Konferenzen, die kurzfristig anberaumt wurden, Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter oder Regierungschefs, unvorhergesehener Kabinettssitzungen und Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages wurden die Sitzungstermine häufig verschoben oder fielen ganz aus – sehr zum Mißfallen mancher Mitglieder, die immer wieder bessere regelmäßige Information und Abstimmung der Arbeit forderten. Natürlich wurde dieses Verfahren von den führenden Parteifunktionären auch als Mißachtung oder Geringschätzung des Vorstands durch den Parteivorsitzenden bewertet. Johann Baptist Gradl brachte dies deutlich, wenn auch zurückhaltend formuliert, zum Ausdruck, als er fragte, was denn eigentlich geschehen müsse, „damit im Parteivorstand unserer Gesamtpartei zu dieser oder jener Frage Stellung bezogen wird. Wir haben uns am 11. Oktober 1954 feierlich vorgenommen, daß wir mindestens alle sechs Wochen den Vorstand zusammenrufen wollen. Inzwischen sind mindestens dreimal sechs Wochen dahingegangen!"[79]

Die Grundlage der Arbeit und der personellen Zusammensetzung des Bundesvorstands bildete bis 1956 das auf dem 1. Parteitag in Goslar verabschiedete Statut[80] mit verschiedenen Abänderungen, deren letzte auf dem 4. Bundesparteitag in Hamburg am 22. April 1953 beschlossen worden war.[81] 1950 war dieses zentrale Organ mit 15 bzw. – unter Einschluß der Stellvertreter und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – 26 Mitgliedern noch relativ überschaubar. Doch schon Mitte 1952 hatte sich die Meinung durchgesetzt[82], zur besseren Abstimmung und Koordination der Arbeit müßten nicht nur die Vorsitzenden der Landesverbände als Gäste hinzugezogen

78 Den hohen Rang der Protokolle als zeitgeschichtliche Quelle betont KIESINGER (S. 449) in seinen Erinnerungen: „Ich habe mich immer darüber gewundert, wie wenig Aufmerksamkeit die meisten Darsteller der Zeitgeschichte ... den Auseinandersetzungen in den Parteigremien zugewendet haben."

79 Nr. 6 S. 403.

80 Druck: CDU, 1. Parteitag S. 174–176.

81 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. X–XVI.

82 Sitzung vom 13. Juni 1952 – PROTOKOLLE 1 S. 120f.

werden, sondern auch ein Vertreter der CSU, ihr Parteivorsitzender oder Generalsekretär Strauß. Ebenfalls sollen die CDU-Ministerpräsidenten in die gemeinsame Willensbildung eingebunden werden; ein eindeutiger Beschluß jedoch, sie zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen, kam zu diesem Zeitpunkt noch nicht zustande. Immerhin läßt sich für Ende 1952 belegen, daß neben den Ministerpräsidenten auch mehrere Kooptierte sowie weitere Personen, wie z.B. der Bundesgeschäftsführer, der Pressesprecher der Partei oder der Staatssekretär im Kanzleramt regelmäßig an den Sitzungen teilgenommen haben.[83]

Diese Praxis wurde schließlich 1953 in § 9 der Satzung, der die Zusammensetzung des Vorstands regelte, weitgehend festgeschrieben:

„Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister, den Vorsitzenden der Landesverbände und 10 weiteren Mitgliedern. Für diese 10 Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, die Vorsitzenden stimmberechtigt im Vorstand zu vertreten. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an."[84]

Neben dem Parteivorsitzenden Adenauer und seinen beiden Stellvertretern Kaiser und Ehlers, 1952 vom Parteitag in Berlin bestätigt bzw. als Nachfolger von Friedrich Holzapfel gewählt und 1954 in Köln erneut bestätigt[85], wurden Kiesinger, Tillmanns und Wuermeling vom Bundesparteiausschuß zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern bestellt, zum Bundesschatzmeister Ernst Bach, zu den (zehn) ordentlichen Mitgliedern Albers, Bauknecht, Gradl, Frau Heiler, Majonica, Samsche, Strickrodt, Wackerzapp, Frau Weber und Zimmer, zu stellvertretenden Mitgliedern Winkelheide, Wehking, Hofmeister, Frau Praetorius, Benda, Hellwig, Heurich, Frau Röskau, Frau Pitz und Süsterhenn. Die Amtsdauer dieser Vorstandsmitglieder wurde vom Bundesparteiausschuß auf zwei Jahre bis zu einem Bundesparteitag im Jahre 1955 begrenzt.

Weitere Mitglieder waren der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Brentano, sowie die Vorsitzenden der 17 Landesverbände: Gurk (Nordbaden), Dichtel (Südbaden), Simpfendörfer (Nordwürttemberg), Müller (Württemberg-Hohenzollern), Tillmanns (Berlin), Kaiser (Exil-CDU), Kather und ab 1954 Eplée (Oder-Neiße), Barth und ab 1954 Noltenius (Bremen), Scharnberg und ab 1954 von Fisenne (Hamburg),

83 PROTOKOLLE 1 S. 286.

84 Druck: CDU, 4. Bundesparteitag S. 221.

85 Die Wahl der Vorsitzenden sollte alle zwei Jahre erfolgen – CDU, 2. Parteitag S. 140; nach dem Tod von Ehlers Ende 1954 wurde als sein Nachfolger Tillmanns bestellt, der aber ein Jahr später ebenfalls verstarb. Für diesen Fall hatte der 2. Parteitag vorgesehen, daß dann, wenn einer der drei Vorsitzenden während der Wahldauer aus irgendwelchen Gründen ausfallen sollte, der Parteiausschuß vorübergehend eine interimistische Berufung vornehmen kann, die bis zum nächsten Parteitag Gültigkeit hat – CDU, 2. Parteitag S. 167.

Fay (Hessen), Fricke (Braunschweig), Cillien (Hannover), Ehlers und ab 1954 Wegmann (Oldenburg), Johnen (Rheinland), Lensing (Westfalen-Lippe), Altmeier (Rheinland-Pfalz), Friedrich-Wilhelm Lübke und ab 1955 von Hassel (Schleswig-Holstein). Seit 1953 gehörten dem Vorstand also schon 45 Personen an. In der Folgezeit blieb das Statut unverändert, obwohl sich das Gremium ständig vergrößerte.[86]

Die weitere Expansion läßt sich an der Einladungsliste zur Sitzung vom 2. Mai 1955 ablesen, führt sie doch bereits 62 Namen auf: neben 49 ordentlichen Mitgliedern acht ständige Gäste sowie fünf weitere Gäste. Zwar reduzierte sich diese Zahl geringfügig durch Doppelfunktionen mehrerer Mitglieder; doch auch rund 55 Anwesende (sieben der Geladenen hatten abgesagt)[87] zuzüglich einiger wichtiger Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle lassen das gegenüber der Zahl von 1950 mehr als verdoppelte Gremium durchaus als aufgebläht erscheinen. Eine Obergrenze schien damit noch immer nicht erreicht zu sein, wie eine handschriftliche Notiz auf der Einladung zur Sitzung vom 10. November 1955 vermuten läßt, die wohl an 80 Personen verschickt worden ist.[88]

Mit dem Statut von 1956[89] und dem neugefaßten § 9 änderte sich die Zahl der Bundesvorstands-Mitglieder erneut. Der Kreis wurde klarer umschrieben und damit etwas eingegrenzt – sicher ein Ergebnis der auch von Adenauer immer wieder geforderten „Straffung der Parteiorganisation" und Effektivierung der Arbeit an der Parteispitze[90]:

„Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:
a) dem Vorsitzenden,
b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,
c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern,
d) dem Bundesschatzmeister,
e) dem Bundesgeschäftsführer,
f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
g) dem Bundestagspräsidenten, wenn er der CDU angehört,
h) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen[91],

86 So wurde z.B. Bruno Heck, der Bundesgeschäftsführer, am 19. Januar 1954 kooptiert – vgl. Nr. 2 S. 75.

87 Aktenvermerk vom 29. April 1955 – ACDP VII-001-024.

88 ACDP VII-001-024.

89 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 208–212.

90 So Adenauer im sog. Mittwochskreis am 2. Februar 1955 –Tillmanns an Adenauer vom 3. Februar 1955 in ACDP VII-002-262. Der „Mittwochskreis", der (nach einem Vermerk von Ende 1955 – ACDP VII-002-279) regelmäßig tagen sollte, setzte sich zusammen aus dem Parteivorsitzenden und seinen Stellvertretern, dem Bundesgeschäftsführer und seinem Stellvertreter, den Pressesprechern von Partei und Fraktion sowie einigen sonstigen Mitgliedern, die im einzelnen bestimmt wurden; vgl. auch Nr. 2 Anm. 15).

91 Als besondere Vertretungen galten die Landesverbände Oder-Neiße und Exil-CDU für jene Gebietsteile Deutschlands, „in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können" (§ 2).

i) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU[92],
k) 10 weiteren Mitgliedern.

Die CDU-Regierungschefs und -Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.[93] Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen.

Der Vorstand kann bis zu drei Mitglieder kooptieren."

Mit den in § 9 unter a) bis k) genannten Personen bzw. Personengruppen war die Zahl der Vorstandsmitglieder auf 47 festgeschrieben; sie reduzierte sich durch die Zahl derer, die mehrere Funktionen innehatten, wie z.B. Kaiser, der stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei, Vorsitzender der Exil-CDU und der Sozialausschüsse war. Neu war vor allem der unter a) bis g) aufgeführte sogenannte geschäftsführende Vorstand, der die laufenden Geschäfte zwischen den Vollsitzungen zu erledigen hatte.[94] Was jetzt statutenmäßig festgeschrieben war, bedeutete allerdings nur die Sanktion eines bestehenden Zustands; denn in der Praxis hatte sich dieses Gremium längst so formiert.

Im einzelnen setzte sich der Bundesvorstand nach dem Bundesparteitag von Stuttgart wie folgt zusammen: Vorsitzender: Adenauer; stellvertretende Vorsitzende: Arnold, Gerstenmaier, von Hassel, Kaiser; drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder (vom Bundesausschuß am 16. Mai 1956 gewählt)[95]: Kiesinger, Meyers, Schröder; Bundesschatzmeister: Bach; Bundesgeschäftsführer: Heck; Vorsitzender und Stellvertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Krone, Cillien; Bundestagspräsident: Gerstenmaier; Vorsitzende der CDU-Landesverbände: Adorno (Württemberg-Hohenzollern), Altmeier (Rheinland-Pfalz), Cillien (Hannover), Dichtel (Südbaden), Eplée (Oder-Neiße), Fay (Hessen), Fricke (Braunschweig), Gurk (Nordbaden), von Hassel (Schleswig-Holstein), Johnen (Rheinland), Kaiser (Exil-CDU), Lemmer (Berlin), Lensing (Westfalen), Ney (Saar), Noltenius (Bremen), Scharnberg (Hamburg), Simpfendörfer (Nordwürttemberg), Wegmann (Oldenburg); Vereinigungen: Schuckert und Weber (Frauen), Stoltenberg (Junge Union), Bitter (Kommunalpolitische Vereinigung), Kaiser (Sozialausschüsse), Schmücker (Mittelstandsausschüsse); zehn weitere Mitglieder (vom Bundesparteiausschuß am 16. Mai 1956 gewählt): Albers, Bauknecht, Brauksiepe, Gradl, Hellwig, Lenz, Lindrath, Osterloh, Rehling, Zimmer; CDU-Ministerpräsidenten: Altmeier, von Hassel, Müller, Ney, Sieveking; CDU-Bundesminister:

92 Vereinigungen innerhalb der CDU waren damals (§ 12) Frauenausschüsse (die Frauenvereinigung wurde erst am 25. November 1956 ins Leben gerufen), Junge Union, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung sowie der am 27. April 1956 in Stuttgart offiziell gegründete „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU".

93 Protokolle von Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands existieren nicht.

94 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 210ff.

95 ACDP VII-001-020/8.

von Brentano, Erhard, Kaiser, Lemmer, Lübke, Oberländer, Schröder, Storch, Wuermeling. Es handelte sich also um rund 60 Personen.

Von den Vorstandsmitgliedern des Jahres 1953 waren 1956 nur 20 übriggeblieben (die CDU-Ministerpräsidenten und -Bundesminister sind jeweils nicht berücksichtigt). Daß diese erstaunlich hohe Fluktuation nicht unbedingt mit einer Verjüngung einherging, zeigt ein Blick auf das Durchschnittsalter, das sich von knapp 54 Jahren auf knapp $55\,^1/_2$ erhöht hatte, ohne daß die Diskussionen und strittigen Auseinandersetzungen weniger lebhaft geworden wären oder die Dynamik der politischen Entscheidungsprozesse sich verlangsamt hätte.

Auch in anderer Hinsicht hatte sich mit dem Vorstand von 1956 eine Verschiebung gegenüber dem vorigen Zustand ergeben, der verschiedentlich beklagt worden war: die personelle Verflechtung von Partei und Fraktion an der Parteispitze und die als dominierend empfundene Rolle der Fraktion.[96] Die Partei werde „vor vollendete Tatsachen" gestellt, so lautete hin und wieder die Klage: notwendig sei eine „engere Arbeit zwischen der Bundespartei und der Bundestagsfraktion".[97] Bezeichnenderweise wurde in der Sitzung, in der Adenauer wegen Krankheit abwesend war, auch die Frage gestellt: „Hat die Partei noch eine autonome Parteiführung, oder ist die Parteiführung die des Kabinetts und der Fraktion? Die Partei muß in ihren Entscheidungen frei sein."[98]

Gradl gab damit einer in der CDU durchaus verbreiteten Sorge Ausdruck, die Partei könne zu sehr in den Schatten der legislativen und exekutiven Gremien geraten und im Kompromiß-Alltag des Regierens ihr Gesicht verlieren. Adenauer hingegen ging es stets darum, ein Auseinandergehen von Partei und Regierung nach Möglichkeit zu verhindern. Er wies der Bundestagsfraktion eine „wichtigere Rolle" zu als dem Parteivorstand, „weil sie ja doch den Gesetzen ... viel nähersteht als im Durchschnitt ein Mitglied des Parteivorstandes".[99] Dies galt aber nicht für jeden Fall: Als die Frage anstand, welches Gremium Stellung zum Sturz Arnolds und zur Spaltung der FDP beziehen sollte, Partei oder Bundestagsfraktion, führte er unter dem Beifall der Mitglieder aus: „Das oberste Organ ist die Partei und nicht irgendeine Fraktion, sei es des Bundes oder eines Landes."[100] Seine Sorge und sein Bestreben war, stets Diskrepanzen zwischen den Forderungen der Regierungspartei, der Fraktion und den Möglichkeiten einer Regierung im Keim zu ersticken; denn solche Diskrepanzen mußten notwendigerweise dazu führen, sowohl die Handlungsfähigkeit der Regierung wie die Glaubwürdigkeit der Partei zu beeinträchtigen – mit der Konsequenz, die Wähler abzustoßen und Wahlen zu verlieren. Tatsächlich war die an die Wand gemalte

96 Eine systematische Untersuchung der Beziehungen zwischen Fraktion und Partei ist nach wie vor ein Desiderat (vgl. BUCHHAAS: Die Volkspartei S. 180–182).
97 Nr. 6 S. 387.
98 Nr. 10 S. 692.
99 Nr. 8 S. 567.
100 Nr. 12 S. 829.

Gefahr einer dominierenden gouvernementalen Sichtweise im Bundesvorstand und einer politischen Bevormundung durch das Kabinett nicht allzu groß, da die Regierungsmitglieder zahlenmäßig immer in der Minorität verblieben und – wie Saardebatte oder Steuerreform- und Rentenreformdiskussion zeigen – untereinander keinesfalls immer einer Meinung waren.

Mit der Zusammensetzung des neuen geschäftsführenden Vorstands war wenigstens erreicht, daß von seinen zehn Mitgliedern nicht mehr alle, sondern nur noch sechs im Bundestag saßen, während vorher alle Vorsitzenden und geschäftsführenden Vorsitzenden stets auch der Bundestagsfraktion angehört hatten. Faktisch machte sich diese Veränderung aber nicht bemerkbar; der dominierende Einfluß der größten Regierungsfraktion in der Parteispitze auf die politischen Leitlinien und auf den Gesetzgebungsprozeß blieb auch weiterhin bestehen.[101]

Die Statutenänderung von 1956 war bereits 1951 in einem Parteitagsbeschluß gefordert worden und hätte bis zum nächsten Parteitag vollzogen sein sollen[102]; Ende 1953 wies der Bundesgeschäftsführer in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden darauf hin, diese Aufgabe müsse endlich in Angriff genommen werden[103]. Die Vorarbeiten an einem neuen Parteistatut aber stellten sich als außerordentlich schwierig heraus und zogen sich bis ins Jahr 1955 hin. Am 3. Juni 1955 berichtete der Bundesgeschäftsführer erstmals ausführlich über den Stand der Arbeit[104] der am 28. Januar 1954 eingesetzten Satzungskommission und legte einen Entwurf vor, der sogleich auf heftige Kritik stieß. Eine überarbeitete Fassung wurde am 22. September 1955 von den Landesvorsitzenden verabschiedet und in der Vorstandssitzung vom 10. November 1955 beraten.[105]

Die kontroversen Diskussionen in beiden Sitzungen erklären, warum die Partei sich bei der Formulierung der neuen Satzung so schwer tat. Denn trotz der erst sechsjährigen Geschichte hatten sich die Machtstrukturen in der jungen Bundespartei bereits verfestigt, so daß jede auch noch so unwesentliche Veränderung der innerparteilichen Gewichte auf den erbitterten Widerstand jener stieß, die Einbußen zu befürchten hatten. Aber auch weiterreichende Aspekte jenseits der inneren Parteiarithmetik spielten eine Rolle bei den Auseinandersetzungen. Als besonders diffizil stellte sich z.B. die Behandlung der besonderen Vertretungen heraus, der Exil-CDU und der CDU der Gebiete jenseits der Oder/Neiße-Linie, die in Goslar ein erhebliches Gewicht erhalten hatten; damals sollte ein politisches Signal gesetzt werden. Allein die Exil-CDU hatte auf dem Parteitag von 1950 mit 96 Vertretern 17,7 % der Delegierten gestellt, während der große Landesverband Rheinland als die aktivste Mitgliederorganisation nur auf

101 Vgl. Jürgen Domes: Bundesregierung und Mehrheitsfraktion. Aspekte der Verhältnisse der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer. Köln und Opladen 1964.

102 Druck: CDU, 2. Parteitag S. 167.

103 Heck an Adenauer vom 26. November 1953 – ACDP VII-002-262.

104 Nr. 8 S. 532–539.

105 Nr. 10 S. 676–697.

15,6 % kam. Die Exil-CDU verstand und versteht sich nicht als die Organisation der Sowjetzonenflüchtlinge in der Bundesrepublik, sondern als die letzte legale Vertretung der CDU-Mitglieder der SBZ, deren Landesvorstand 1947/48 abgesetzt worden war. Der Landesverband Oder/Neiße, der 20 Delegiertenstimmen – je fünf für jede der vier ostdeutschen Provinzen – und damit 3,7 % stellte, galt hingegen als Vertretung der Vertriebenen in der Bundesrepublik mit der Aufgabe, sich für die Eingliederung der Heimatvertriebenen einzusetzen.

Dementsprechend verstand sich die CDU weiterhin als Vertretung der christlich-demokratisch orientierten Deutschen in der SBZ/DDR und der Vertriebenen jenseits von Oder und Neiße. Allerdings gab es Probleme aufgrund ihrer organisationsrechtlichen Verflechtung in die Partei: Die Mitglieder der beiden Verbände waren nämlich zweifach in den Prozeß der innerparteilichen Willensbildung eingebunden – in ihren eigenen Verbänden wie in den bundesrepublikanischen Regionalverbänden der CDU, da es ihnen nicht gestattet war, sich auf Orts- und Kreisebene außerhalb der ortsansässigen CDU zu organisieren.[106]

Dieser – etwas befremdliche – Tatbestand hatte die Frage aufgeworfen, ob die offenkundige Bevorzugung und Überrepräsentanz nicht beseitigt und den Sondervertretungen in Zukunft nur noch eine beratende Stimme in den Parteigremien zuerkannt werden sollten – ein Vorschlag, der sofort auf erbitterten Widerstand stieß. Die fatalen innen- und außenpolitischen Auswirkungen dieser Überlegung sprach Wuermeling an[107], als er zu bedenken gab, wenn diese Verbände „beschlußmäßig" herunterdividiert würden, „dann nimmt man draußen unsere Wiedervereinigungsäußerungen einfach nicht mehr ernst". Noch wesentlich massiver waren die Argumente der Berliner Vertreter, Tillmanns und vor allem Gradl, der es nicht nur als „hartes Stück" bezeichnete, die Delegiertenstimmen der Exil-CDU möglicherweise zu halbieren oder ihr nur noch eine beratende Stimme zuzubilligen, sondern auch den Zeitpunkt der Diskussion kritisierte, „wo die Welt anfängt, sich über die deutsche Frage offenbar ernstlich Gedanken zu machen".[108] Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiß: Das Gewicht der Sondervertretungen wurde etwas reduziert (die Exil-CDU erhielt nur noch 75 Delegiertenstimmen, der Verband Oder/Neiße blieb bei 20), der bisherige sonstige Status blieb unverändert.

Nachdem diese Diskussion ausgestanden war, brach praktisch in letzter Minute – vor der endgültigen Verabschiedung des Statuts auf dem Parteitag von 1956 in Stuttgart – ein neuer Konflikt auf, der auch in der Öffentlichkeit breite Resonanz fand. Die Ursachen dafür waren zwar vielfältiger Natur, aber in ihrer Wirkung betrafen sie den Kanzler und seine Stellung. Adenauer wird diesem Parteitag mit besonders gemischten Gefühlen entgegengesehen haben. Denn nach seiner Moskau-Reise, die in der Union keinesfalls unumstritten war, und seiner längeren Krankheit im Herbst

106 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 466.
107 Nr. 8 S. 548f.
108 Nr. 8 S. 541.

1955 war wieder einmal die Frage aufgeworfen worden, wer die Partei nach Adenauer führen sollte: er war im Januar 1956 80 Jahre alt geworden. Nachfolgespekulationen waren bereits in der Sitzung vom November 1955, an der er wegen seiner Erkrankung nicht teilnehmen konnte, zur Sprache gekommen.[109] Die heftigen Auseinandersetzungen mit Erhard und Schäffer, der Streit mit der FDP und ihrem unberechenbaren Vorsitzenden, die umstrittene Wahlrechtsreform, das Auseinanderbrechen der Koalition in Nordrhein-Westfalen und der Verlust der Macht in diesem wichtigen Bundesland, das fast ein Drittel der Wähler in der Bundesrepublik Deutschland, mehr als ein Drittel der Industrie, des Kapitals und des Volkseinkommens umfaßte, die heftigen Diskussionen um die Wehrgesetzgebung im Frühjahr 1956 – all dies heizte die Spekulation zusätzlich an. Außerdem sank die Popularitätskurve des Kanzlers, die nach der Heimführung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im Oktober 1955 auf 55 % gestiegen war, von stattlichen 56 % nach den Geburtstagsfeierlichkeiten im Januar 1956 dramatisch auf einen Tiefpunkt von 40 % im Mai. Mit Adenauer – so mutmaßten viele – schienen Wahlen nicht mehr zu gewinnen zu sein.[110] Zwar wurden bei schlechten Umfrageergebnissen des Kanzlers und Parteivorsitzenden oder nach Wahlverlusten schon verschiedentlich Parteireformen gefordert – auch von Adenauer[111]; mit zarten Anregungen und vorsichtigen Formulierungen ließen es die Vorstandsmitglieder in der Sitzung am 26. April und 12. Juli 1956[112] aber nicht mehr bewenden; es kam zu einer deutlichen Artikulation wachsenden Unbehagens: über das schlechte Bild, die Uneinigkeit der Koalition wurde bitter geklagt[113], die Regierung in der Defensive gesehen[114], von Müdigkeit[115], vom Fehlen von Saft und Kraft[116] gesprochen und die CDU-Führung in toto kritisiert[117]. Diese allgemeine Stimmungslage in der Partei wohl richtig einschätzend, hatte der Bundesgeschäftsführer schon vor dem Stuttgarter Parteitag beim Vertrauten des Kanzlers, Globke, die Möglichkeiten einer Nachfolgeregelung auszuloten versucht, war mit seinem Vorstoß aber aufgelaufen.[118]

Die latente Unruhe im Parteivolk brach sich vor allem Bahn nach dem Verlust der Macht in Nordrhein-Westfalen. Der Sturz der Regierung Arnold wurde fast ausschließlich als Ergebnis der Politik in Bonn gesehen und dem Kanzler

109 Nr. 10 S. 692. Vgl. auch „Die Welt" vom 26. Oktober 1955.
110 Vgl. dazu SCHWARZ 1 S. 312–319.
111 Vgl. Nr. 6 S. 387ff.; Nr. 7 S. 421; Nr. 11 S. 774–781; vor allem aber in der Sitzung Nr. 12, als der Schock des Regierungswechsels in Nordrhein-Westfalen besonders tief saß.
112 Nr. 15 S. 933ff.
113 Nr. 15 S. 934, 943f. usw.
114 Nr. 15 S. 936, 956.
115 Nr. 15 S. 936.
116 Nr. 15 S. 942.
117 Nr. 15 S. 949 („schwere Versäumnisse").
118 Bruno HECK: Adenauer und die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. In: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Hrsg. von Dieter Blumenwitz u.a. Stuttgart 1976 S. 186–203, hier S. 201f.

angelastet.[119] In der Vorstandssitzung während des Stuttgarter Parteitags zogen die beiden nordrhein-westfälischen Landesverbände, bei denen der Schock besonders tief saß, völlig überraschend den Vorschlag aus der Tasche, den Satzungsentwurf, der nun schon so oft und so lange und ausgiebig diskutiert worden war, erneut zu verändern. Zur Stärkung ihrer Schlagkraft im Land, aber auch im Bund, hatten sich die beiden mitgliedsstärksten Verbände kurz zuvor – am 17. April – ein gemeinsames Präsidium geschaffen. Mit dem Gewicht dieser Neuorganisation im Rücken forderten sie, die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von zwei auf vier zu erhöhen.[120] Das vordergründige Ziel war klar: Der abgehalfterte, sich aber großer Beliebtheit erfreuende Ministerpräsident Arnold, der bisher als herausragende Figur im Kreise der CDU-Ministerpräsidenten galt, sollte als stellvertretender CDU-Vorsitzender eine neue Plattform mit zukunftsweisenden Arbeitsmöglichkeiten auf höherer Ebene erhalten, um für größere Aufgaben, wie eine mögliche Adenauer-Nachfolge, gerüstet zu sein. Nach Lage der Dinge war dies aber nur über eine Aufstockung der Stellvertreterzahl möglich. Denn eine Kampfabstimmung zwischen Kaiser und Arnold, beide katholisch und beide Repräsentanten des Arbeitnehmer-Flügels, mußte auf alle Fälle vermieden werden, und der den Protestanten vorbehaltene zweite Stellvertreter war unantastbar. Außerdem vereinte dieser Vorstoß verschiedene Vorteile in sich: Mit Kaiser und Arnold glaubte man, den Einfluß des „sozialen Gewissens" der Partei bei der bevorstehenden Rentenreformdiskussion verstärken zu können, möglicherweise aber auch, bei zukünftigen Regierungsbildungen die Zahl der Befürworter einer Koalition unter Einschluß der SPD an der Parteispitze zu erhöhen. Beide galten seit jeher als Anhänger einer großen Koalition.[121]

Adenauer, der die Stoßrichtung dieses Antrags sofort erkannte, hielt mit allen Finessen, derer er fähig war, dagegen. Denn mit einem stellvertretenden Vorsitzenden Arnold – dies war ihm klar – bestand durchaus die Möglichkeit, daß seine Machtbefugnisse innerhalb der Partei beschnitten werden könnten. Bei einer stärkeren Trennung von Parteivorsitz und Bundeskanzleramt war aber die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Partei sich allmählich gegen die Regierung wenden und deren Handlungsfähigkeit beschränken könnte. In der hitzigen Diskussion – zwischendurch schien ihm der Geduldsfaden zu reißen: „Jetzt wird es mir allmählich zu bunt" – prallten das Für und Wider heftig aufeinander. Immerhin glaubte Adenauer am Ende der Debatte, daß die Mehrheit des Vorstands – gemessen an Wortmeldungen und Beifallsäußerungen – eine erneute Satzungsänderung ablehnte; eine Abstimmung riskierte er aber nicht, sondern verließ nach dieser Feststellung die Sitzung.[122]

---

119 Nr. 12 S. 821.

120 Nr. 14 S. 908ff.

121 So SCHWARZ 1 S. 315f.

122 Nr. 14 S. 914ff.; vgl. dazu auch HÜWEL S. 300–305. – Die Möglichkeit, einer Abstimmung und einer ihm nicht genehmen Festlegung auszuweichen, nutzte Adenauer verschiedentlich, so z.B. in der Frage einer möglichen Wahlabsprache mit dem BHE 1957,bei der die

Abgeschlossen war die Diskussion damit nicht; vor allem der Landesverband Westfalen bohrte weiter, so daß der Parteivorsitzende sich am 28. April genötigt sah, die Debatten im Parteitags-Plenum zu unterbrechen und im Bundesparteiausschuß erneut den Versuch zu unternehmen, das Vorhaben der Vertreter von Nordrhein-Westfalen zu Fall zu bringen. Das Ergebnis war für ihn jedoch gänzlich unbefriedigend: Von den 126 Stimmberechtigten votierten nach heftiger Diskussion 35 für und 32 gegen den Antrag. Aufgrund dieses knappen Abstimmungsergebnisses verzichtete der Bundesparteiausschuß darauf, den Antrag offiziell zu unterstützen, und stellte den beiden Landesverbänden anheim, ihn selbst im Plenum einzubringen. Bei atemloser Stille[123] begründete der aufsteigende Stern am Parteihimmel, Hermann Josef Dufhues, den Antrag mit „der Sorge und der Verantwortung für die Gesamt-CDU"[124], votierte nachhaltig für Arnold, der im In- und Ausland als Bollwerk gegen die unzuverlässigen FDP-Kräfte hoch geachtet werde, und verband die Verdoppelung der Zahl der Stellvertreter des Parteivorsitzenden mit der Erwartung, gleichzeitig das evangelische Element im Vorstand erheblich zu verstärken – ein für die Protestanten der Union besonders wohlklingendes Argument.[125]

Das im Bundesparteiausschuß bereits ermittelte Quorum war ein getreues Abbild der Kräfteverhältnisse in der Partei. Es fand seine Entsprechung bei den Delegierten des Parteitags – ein deutlicher Beweis für die geschickte und ausgewogene Rekrutierung der Mitglieder in den jeweiligen Gremien: Auch hier wurde mit 239 gegen 227 bei sieben Enthaltungen der Antrag bei schriftlicher Abstimmung mit denkbar knappem Ergebnis angenommen. Ein Erfolg war dieses knappe Ergebnis für die „Reformer" allerdings nur vordergründig. Zwar war Adenauer erstmals seit 1950 wieder auf einem Parteitag in einer für ihn wichtigen Frage unterlegen[126], gleichzeitig aber wurde er erneut einstimmig als Vorsitzender bestätigt. Auch wenn die Hälfte der Delegierten Adenauer in der Stellvertreterfrage die Gefolgschaft verweigert hatte, so bedeutete das eindeutige Ergebnis seiner Wiederwahl eine Relativierung der Satzungsänderung und eine Stärkung seiner Position, zeigte es doch von vornherein die Grenzen der vier Stellvertreter auf, die alle wesentlich weniger Stimmen auf sich ziehen konnten. Für Arnold erwies sich die Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden bestenfalls als Trostpflaster für die entglittene Macht in Düsseldorf. Und tatsächlich währte die Freude der innerparteilichen Fronde auch nur kurz; denn die Statutenänderung

---

Mehrheit des Bundesvorstands sich seinen Intentionen widersetzte (vgl. Nr. 20 S. 1285). – Vgl. auch Jürgen DITTBERNER: Die Bundesparteitage der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968. Eine Untersuchung der Funktion von Parteitagen. Augsburg 1969 S. 70–83.

123 „Süddeutsche Zeitung" vom 30. April 1956.

124 Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 122.

125 Die Labilität des konfessionellen Ausgleichs kam immer wieder in Diskussionen zum Ausdruck, die in aller Regel von Klagen der Protestanten ausgelöst wurden (vgl. bereits in Nr. 1 S. 3f., 26; Nr. 2 S. 78–83; Nr. 3 S. 144–147, 156–159, 167–180 usw.).

126 Vgl. dazu PROTOKOLLE 1 S. XIf.

änderte nichts an der dominierenden Rolle Adenauers und an den Machtverhältnissen an der Parteispitze.[127] Aus dem Schatten Adenauers und der eher repräsentativen Rolle als stellvertretender Parteivorsitzender vermochte auch in Zukunft keiner der Gewählten herauszutreten: Kaiser erkrankte wenige Monate nach Stuttgart schwer; Arnold blieb in seiner Wirksamkeit auf Nordrhein-Westfalen beschränkt und erlangte in der Bundespolitik kein Gewicht – sicher auch neutralisiert durch den geschickten Schachzug Adenauers, den früheren nordrhein-westfälischen Innenminister Meyers für die intensive Parteiarbeit zu gewinnen und in den Bundesvorstand als geschäftsführendes Vorstandsmitglied wählen zu lassen; von Hassel war, weit von Bonn entfernt, als Ministerpräsident in Schleswig-Holstein gebunden und Gerstenmaier schließlich als Bundestagspräsident parteipolitisch weitgehend lahmgelegt.

Ein Jahr später war die Lage wie verwandelt, die Zerreißprobe von Stuttgart vergessen. Optimismus herrschte allenthalben. In seiner Führungsposition unangefochten, befand sich Adenauer mit seiner Partei im demoskopischen Aufwind. Bereits Anfang Februar 1957 sprach er die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit an. Im Juli waren die Aussichten für die bevorstehende Bundestagswahl sogar so, daß ihm „die Stimmung eigentlich etwas zu gut" war. „Wenn die Leute zu siegesgewiß sind, werden sie faul und lassen in ihrer Arbeit nach"; außerdem könne man sich so hundertprozentig fest „niemals auf den Ausgang einer Wahl verlassen".[128]Auf die gute Bilanz, die er vorzulegen hatte, wollte er sich dabei nicht alleine verlassen: „Wir werden die Wahl nicht unbedingt gewinnen, wenn wir sagen: Wir können uns über das Erreichte freuen. Ich fürchte, daß das nicht genügt."[129]

Deshalb forderte er die Stärkung der weltanschaulichen Basis der Partei, d.h. des christlichen Fundaments, und ständige Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus sowie „Stetigkeit und Zuverlässigkeit" in der Außenpolitik. In der Innenpolitik unterstützte er nachhaltig die Pläne, in eine neue Phase der Sozialen Marktwirtschaft einzutreten und Mittelstand, Landwirtschaft und die Eigentumsbildung breiter Schichten zu fördern. Der erhoffte Erfolg blieb nicht aus; die Wahl vom 15. September 1957 brachte den Unionsparteien die absolute Mehrheit.

3. Zur Edition

Die Einrichtung der Edition folgt den für den ersten Band der CDU-Vorstandsprotokolle aufgestellten Regeln[130]; sie brauchen deshalb nicht im Detail wiederholt zu werden.

Wesentlich ist: In die Kopfregesten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst

127 Vgl. Pridham S. 94f.
128 Nr. 20 S. 1257.
129 Nr. 20 S. 1260.
130 Vgl. Protokolle 1 S. XXIV–XXVII.

das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind. Wenn sich Anwesenheitslisten erhalten haben, sind alle Anwesenden aufgeführt, wobei dahingestellt bleiben muß, ob es sich jeweils um eine dauernde oder nur zeitweise Anwesenheit gehandelt hat.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist dies auch die einzig vollständig erhaltene Originalüberlieferung[131], denn in der Regel verblieben die angefertigten Protokolle in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und wurden nur in einzelnen Fällen und nur auf ausdrückliche Aufforderung eines ordentlichen Mitglieds des Bundesvorstands zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.[132] Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z.B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung(„in der Vorlage") eigens auf den Eingriff hin.

Die stenographischen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort; die Überprüfung von Zeitungsberichten, die hin und wieder in den Sitzungen verlesen wurden, ergab in Einzelfällen geringfügige Abweichungen, die nach dem Originaltext stillschweigend berichtigt worden sind.[133] Ebenfalls stillschweigend korrigiert wurden fehlerhafte bzw. sinnlose Transkriptionen aus dem Stenogramm; z.B. lautete eine Textstelle wie folgt: „Adenauer: Ich danke Ihnen Herr Wehking. Ich darf Herrn Etzel noch eine Frage stellen. In dem Agrarprogramm für 1957 ist unter Ziffer 3. folgendes gesagt: Zur ausreichenden Versorgung ist durch Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Aussiedlung aus beengter Dorglafe, Wegebai sowie Verbesserung der Boden- und Wasserwirtschaftsverhältnisse beschleunigt und mit genügend großen finanziellen Mitteln von Bund und Ländern weiterzuführen."[!][134] Abweichungen vom gesprochenen Wort und solch relativ seltene Fehler der Mitschrift mindern den Wert der Quelle in keiner Weise; der historisch-kritischen Genauigkeit wegen soll diese Tatsache nicht unerwähnt bleiben. Nur in einem Fall (im Protokoll vom 2. Mai 1955) findet sich eine Paraphe „Schl./La.", die auf den Stenographen Willy Schlarb, den späteren rheinland-pfälzischen Parlamentsstenographen, schließen läßt.

Notizen und Mitschriften einzelner Sitzungsteilnehmer, wie sie z.B. von Otto Lenz[135], Gebhard Müller[136] oder Fritz Hellwig[137] überliefert sind, blieben unbe-

131 Eine zweite, unvollständige Überlieferung in StBKAH.
132 Aktenvermerk von Konrad Kraske vom 21. September 1960.
133 Vgl. Nr. 6 Anm. 104; Nr. 20 Anm. 4.
134 In Nr. 20 S. 1299.
135 ACDP I-172-003.
136 ACDP I-217 AO 11.
137 ACDP I-083-004.

rücksichtigt, weil sie gegenüber den stenographischen Mitschriften keine weiteren Informationen vermitteln können.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der einschlägigen Nachschlagewerke; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt. Wenn die Vita einer Person im ersten Band der Vorstandsprotokolle bereits ausführlich behandelt ist, werden in diesem zweiten Band im allgemeinen nur noch Mandate oder Funktionen erwähnt, die der Betreffende zum Zeitpunkt der zweiten Legislaturperiode, die dieser Band umfaßt, innehatte; ansonsten ist auf Band 1 verwiesen, der mit dem Kurztitel PROTOKOLLE 1 zitiert ist.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist.[138] Auch ist nicht in jedem Einzelfall der Hinweis auf die Memoiren von Adenauer erfolgt, der bei deren Niederschrift die Vorstandsprotokolle intensiv benutzt hat. Gleiches gilt für die Bände der „Teegespräche" Adenauers mit seinen, den Formulierungen in den Lageberichten der Vorstandssitzungen oft fast identischen Ausführungen, vornehmlich zur Außenpolitik.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

***

Zu danken habe ich Herrn Yorck Dietrich und Frau Marlies Roosen, die das Sach- bzw. Personenregister besorgten, sowie Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich wieder der Mühe unterzogen hat, das umfängliche Manuskript kritisch durchzusehen. Vor allem aber gebührt mein Dank Frau Käthe Ruf und Frau Margret Wiffel, die neben dem Tagesgeschäft mit nicht endenwollender Energie und mit fast unerschütterlicher Ruhe und Gelassenheit das Manuskript für den Druck vorbereitet haben. Die Edition ist in drei Jahren neben der „normalen" Arbeit entstanden; für die eine oder andere Nachlässigkeit, die mir unterlaufen sein mag, bitte ich deshalb um Nachsicht.

Günter Buchstab

138 Standardwerke, Handbücher und Übersichten wie von DOERING-MANTEUFFEL, HILLGRUBER, MORSEY und SCHWARZ usw. sind nicht immer eigens zitiert.

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
1	10. September 1953 Bewertung der Bundestagswahl vom 6. September. Koalitionsbildung. Schwerpunkte der Politik der 2. Legislaturperiode. Personalpolitik. Sozialpolitik. Verhältnis zum DGB.	1
2	19. Januar 1954 Bericht des Bundesgeschäftsführers zur Bundestagswahl und des Bundesschatzmeisters über die finanzielle Lage der Partei. Bericht Adenauers über die politische Lage. Satzung für den Landesverband Oder-Neiße. Verschiedenes: Zusammensetzung des Vorstands; Ort des nächsten Parteitags.	68
3	26. April 1954 Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Konfessionelle Fragen. Saar. Bericht über die Finanz- und Steuerreform. Verschiedenes.	138
4	28. Mai 1954 Ablauf des Parteitages.	233
5	11. Oktober 1954 Bericht über die politische Lage. Steuer- und Finanzverfassungsreform. Verschiedenes.	246
6	5. Februar 1955 Kurzer Bericht über die Pariser Verträge; Saarfrage. Innenpolitische Aufgaben; geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Besprechung der Wahl eines stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Besprechung der Sitzung des erweiterten Bundesparteiausschusses.	333
7	2. Mai 1955 Bericht zur Lage: Landtagswahlen, andere Parteien, weltanschauliche Grundlage der CDU; Außenpolitik nach den Pariser Verträgen; Saarfrage. Beschlußfassung über die „Leitsätze der CDU zum Elternrecht". Parteipolitische Lage (BHE); Koalition in Niedersachsen; SPD und Wiederbewaffnung; Parteienfinanzierung. Verschiedenes.	419
8	3. Juni 1955 Bericht über die politische Lage. Zusammenhang von Entspannung und Wiedervereinigung; Freiwilligengesetz. Abschließender Bericht der vom Vorstand eingesetzten Kommission über Änderung und Erweiterung des Parteistatuts. Organisatorische Aufgaben innerhalb der CDU; Parteifinanzierung, weltanschauliche Grundlagen; Parteitag.	497

Nr.	Datum	Seite
9	30. September 1955 Bericht über die politische Lage: Moskau-Reise. Entwicklung der Verhältnisse an der Saar. Bundesparteitag. Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE. Verschiedenes.	583
10	10. November 1955 Bundesparteitag. Kartellgesetz. Sitzung des Parteiausschusses; Sozialreform. Parteistatut. Gewerkschaftsfragen; Stellungnahme zur Gründung des CGB. Verschiedenes.	652
11	13. Januar 1956 Bericht über die politische Lage. Bericht über den Stand der Vorarbeiten zur Sozialreform. Bundestagswahlgesetz. Bundesparteitag 1956 und Wahlen in Baden-Württemberg. Vorbereitung der Bundestagswahl 1957. Verschiedenes.	712
12	24. Februar 1956 Bericht und Beratung über die innenpolitische Lage; Sturz der Regierung Arnold; Verhältnis zur FDP.	781
13	10. März 1956 Bericht über die Lage. Wahlrecht: Bundesliste und Listenverbindungen. Bundesparteitag in Stuttgart.	835
14	26. April 1956 Vorbereitung des Parteitags: Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission, des Redaktionskomitees. Zulassung der Presse. Differenzen um die Finanzpolitik. Vorbereitung der Wahl des 1. Vorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters und der übrigen Mitglieder des Vorstandes sowie Änderung des Parteistatuts. Mitgliederbeitrag. Verschiedenes.	896
15	12. Juli 1956 Bericht über die Lage. Medienfragen. Aufnahme der Saar-CDU als Landesverband in die Bundespartei; Verhalten gegenüber der CVP.	920
16	20. September 1956 Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Bericht Krones über USA-Reise. Bericht Meyers über Organisation. Erscheinungsbild der Union in der Öffentlichkeit. Ergänzung des Wehrgesetzes; Dauer der Wehrpflicht und „Umrüstung". Rednereinsatz; Mitgliederwerbung. Allgemeine Richtlinien für Kommunalwahlen. Parteitag 1957 und Sondertagungen.	1014
17	23. November 1956 Bericht zur politischen Lage. Erscheinungsbild der Koalition: Verhältnis CDU/CSU, Uneinigkeit der Kabinettsmitglieder. Analyse der Kommunalwahlen in fünf Ländern. Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Vorbereitung des Bundesparteitages 1957.	1102
18	7. Februar 1957 Bericht über die politische Lage. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Frage der Kandidatenaufstellung. Rednereinsatz. Bundesparteitag 1957.	1181

Nr.	Datum	Seite
19	11. Mai 1957 Bericht zur politischen Lage. Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Ablauf des Bundesparteitages. Verschiedenes.	1223
20	1. Juli 1957 Bericht zur politischen Lage. Erläuterungen zum Wahlgesetz und zur Wahlordnung – Verbindung der Landeslisten. Auseinandersetzung um den BHE. Landwirtschaft. Bericht der Bundesausschüsse: Programme des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik und des Bundesausschusses für Agrarpolitik sowie Bericht über das Jugendprogramm. Entwicklung an der Saar.	1254

1

Bonn, 10. September 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Arndgen, Arnold, [Bach], Bausch, Blumenfeld, [von Brentano], Dichtel, Ehlers, Erhard, Gerstenmaier, Gradl, Heck, Hofmeister, Kaiser, Kather, Kiesinger, Kunze, Lemmer, Lenz, von Lojewski, [Lübke], Pünder, Schäffer, Scharnberg, Schröder, Schuberth, [Schütz], Simpfendörfer, Strauß, Süsterhenn, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Zimmer.

Bewertung der Bundestagswahl vom 6. September. Koalitionsbildung. Schwerpunkte der Politik in der 2. Legislaturperiode. Personalpolitik. Sozialpolitik. Verhältnis zum DGB.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 15.50 Uhr*

Ehlers[1]*:* Meine Damen und Herren! Darf ich, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, ein paar Worte sagen. Ich glaube nicht nur verpflichtet zu sein, sondern ich halte es für recht und geboten, daß wir in diesem Augenblick, in der ersten Sitzung von Fraktionsvorstand und Parteivorstand[2] nach dieser Wahl[3], dem Herrn Bundeskanzler die herzlichsten Glückwünsche aussprechen zu diesem Erfolg. Es ist gar kein Zweifel,

1 D. Dr. Hermann Ehlers (1904–1954), 1949–1954 MdB (CDU), 1950–1954 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 73 Anm. 7.

2 Bis zur Konstituierung der neuen Fraktion am 15. September 1953 und der Wahl eines neuen Vorstands am 19. November 1953 blieb der alte Vorstand im Amt. Ihm gehörten an: Von Brentano (1. Vorsitzender), Albers (stv. Vorsitzender), Schröder (stv. Vorsitzender, gewählt am 25. Juni 1952), Strauß (stv. Vorsitzender), Krone (Geschäftsführer) sowie Arndgen, Bausch, Eckstein, Gerns, Gerstenmaier, Hilbert, Höfler, Kemper, Kiesinger, Kunze, Neuburger, Pelster, Pferdmenges, Pünder, Scharnberg, Schütz, Solleder (der aber dem 2. Bundestag nicht mehr angehörte), Tillmanns, Frau Weber, Wuermeling. – Lenz erwähnt in seinem Tagebuch (IM ZENTRUM S. 695) als Anwesende noch Lübke und von Brentano, der erst später hinzugekommen sei.

3 Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953 errang die CDU 36,4 % (1949 25,2 %), die CSU 8,8 % (1949 5,8 %), die Unionsparteien zusammen also 45,2 %. Die Zahl der Bundestagsmandate der gemeinsamen Fraktion betrug 243 (absolute Mehrheit) von 484 gegenüber 139 im Jahr 1949; der Fraktionsbeitritt von Martin Heix (vgl. Anm. 99) erhöhte die Zahl auf 244 bei 487 Bundestagsmandaten insgesamt (drei Überhangmandate). – Vgl. DATENHANDBUCH 1949–1982 Kap. 1 S. 30ff. sowie S. 243.

daß dieser Erfolg in hervorragendem Maße ein Erfolg Konrad Adenauers ist. *(Lebhafter, anhaltender Beifall.)* Es gibt Leute in Deutschland, die Angst vor autoritären Entwicklungen und vor dem Führerprinzip haben. Wenn jemand keine Ähnlichkeit mit Adolf Hitler hat, dann scheint es mir der Bundeskanzler zu sein.

Daß es möglich ist in einer Demokratie, in der Abwehr des Radikalismus diesen Erfolg aus der Arbeit einer Persönlichkeit und der ihn tragenden Partei zu entwickeln, ist eine der erfreulichsten Feststellungen, die wir überhaupt nach dieser Wahl treffen konnten.

Es hat viele Menschen in Deutschland gegeben, die von der Art und Weise, wie der Bundeskanzler den Wahlkampf geführt hat, mit welchem Einsatz, mit welcher Frische und mit welcher Unermüdlichkeit, tief beeindruckt gewesen sind. Ich darf ihm namens der ganzen Partei und der Christlich-Sozialen Union den Dank dafür aussprechen. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Ich bin sehr gerührt und beglückt durch den Empfang heute bei Ihnen und durch die sehr warmen und mich ehrenden Worte, die Sie, Herr Kollege Ehlers, eben für mich gefunden haben. Ich darf mit einigen Worten antworten und möchte folgendes dazu sagen:

Ich betrachte diese Wahl in Wahrheit als eine Rechtfertigung des guten Geistes des deutschen Volkes. Unsere Partei, die CDU, und unsere Schwesterpartei, die CSU, können stolz darauf sein, daß es ihnen gelungen ist, im deutschen Volk nach alledem, was vor sich gegangen ist, doch wieder die guten Kräfte emporgeführt und zum Siege gebracht zu haben. Damit erwächst für uns, meine Freunde, eine historische Aufgabe, über die ich gleich noch einige Worte sagen möchte.

Ehe ich auf die Zukunft zu sprechen komme, möchte ich Ihnen einige Eindrücke wiedergeben, die ich in allen meinen Wahlreisen bekommen habe. Sie wissen, daß diese Wahlreisen mich vom äußersten Süden, vom Bodensee über München bis hinauf nach Bremen, Hamburg und Kiel geführt haben. Ich habe überall eins gefunden, daß nämlich der Bundesgedanke in einer ganz anderen Weise in allen Ländern Wurzel geschlagen hat, als das naturgemäß im Jahre 1949 der Fall sein konnte. Im Jahre 1949 begannen wir erst. Wir haben damals unsere Wahlreisen durchführen müssen, noch ehe es einen Bundestag und eine Bundesregierung gab. Deutschland war zerrissen. Die Länder waren vor der Bundesrepublik entstanden; sie hatten sich schon konstituiert, und sie hatten schon gearbeitet. Sie repräsentierten etwas. Wir traten neu ins Leben.

Ich habe dieses Mal doch – und das war ein sehr tiefer Eindruck für mich – die Überzeugung bekommen, daß im deutschen Volk das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Bindung für alle Länder, die in der Zusammenfassung in der Bundesrepublik liegt, sehr tiefe Wurzeln geschlagen hat. Das war mein Eindruck überall.

Und einen zweiten Eindruck habe ich gehabt, den sicher alle Freunde, die auf Wahlreisen gewesen sind, auch gehabt haben, daß die Jugend beiderlei Geschlechts nicht nur außerordentlich interessiert gewesen ist, sondern daß sie auch Vertrauen zu uns gehabt hat. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Der Neuwähler, der Jungwähler – diese große unbekannte Ziffer, von der immer wieder gesprochen wurde – hat sich ganz eindeutig

in der Mehrheit für uns entschieden.[4] Das ist deshalb so besonders wertvoll, meine Freunde, weil der Jugend die Zukunft gehört und wir doch unsere Arbeit – der eine heute, der andere morgen – in die Hände der Jugend übergeben müssen. Das werden wir getrost tun können.

Die Wahl am Sonntag war – Sie haben das alles in der Zeitung gelesen, ich möchte das nur aneinanderreihen – außenpolitisch ein Ereignis allerersten Ranges, und zwar gilt das für die europäischen Länder, es gilt auch für die Vereinigten Staaten, für Sowjetrußland, es gilt für die ganze Welt. Etwas ist im Ausland viel stärker beachtet worden als bei uns im Inlande, nämlich das, daß sich das deutsche Volk auf der Mitte gefunden hat, daß der Rechtsradikalismus und der Linksradikalismus abgestoßen sind und daß wir z.Z. tatsächlich den Eindruck eines politisch reifen Volkes machen.

Und nun unsere Partei, meine Freunde! Nachdem die französische Christliche Partei von den großen Erfolgen, die sie in den ersten Jahren nach dem Kriege gehabt hat, heruntergesunken war zu einer relativ kleinen Partei[5], nachdem die Christliche Partei in Italien von dem großen Wahlsieg – ich glaube im Jahre 1948 – stark heruntergegangen war[6], hat man allenthalben mit großem Bangen, teilweise auch mit Freude auf der anderen Seite, auf unsere Wahl gesehen in der Hoffnung, daß die Partei, die ausdrücklich erklärt hat, daß sie ihre Politik auf den christlichen Grundsätzen aufbaue, hier bei uns dieselbe Niederlage erleiden würde.

Ich glaube, jeder von uns Christen kann nur mit einem Gefühl tiefer innerer Befriedigung feststellen, daß dieses deutsche Volk, das doch den Nationalsozialismus, den Krieg, die Zerstörungen, die Verwüstungen und die demoralisierende Wirkung einer Besatzung, namentlich in den ersten Nachkriegsjahren, erlebt hat, sich mit einer solchen Kraft zu den christlichen Grundsätzen bekannt hat, und daß in diesem Land, wo das Volk seit einigen Jahrhunderten konfessionell geteilt ist und in dem der konfessionelle Gegensatz doch lange, lange Zeit eine sehr starke, ja fast eine entscheidende Rolle gespielt hat, sich die beiden christlichen Bekenntnisse nun in einer Weise zusammengefunden haben, wie es einzigartig in der Geschichte dasteht.

Lassen Sie mich hier einen besonderen Dank aussprechen an unsere evangelischen Wähler und an diejenigen, die sich besonders dem evangelischen Teil unserer Wähler gewidmet haben; ich meine die Herren Kollegen Tillmanns[7], Gersten-

---

4 Die zwischen 21- und 29jährigen wählten zu 45 % die CDU/CSU (männlich 41,4 %, weiblich 48,4 %); auf die SPD entfielen 31,6 %, auf FDP 9,7 %, Sonstige 13,7 % (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 60).

5 Mouvement Républicain Populaire, 1944 gegründet. Bei den Gemeindewahlen 1947 hatte die Partei 12,2 % und 1953 12,9 % errungen (AdG 1953 S. 3969); bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1946 hingegen hatte sie 26,4 % erreicht, 1951 waren es nur noch 12,3 % (AdG 1951 S. 2987; BICHET).

6 Die Democrazia Cristiana hatte 1948 48,7 % (Kammer) errungen, war 1951 auf 36,3 % (Provinzialratswahlen) abgesunken, konnte ihren Stimmenanteil am 7. und 8. Juni 1953 aber wieder auf 40,1 % (Kammer) steigern (AdG 1953 S. 4025).

7 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), 1949–1955 MdB, seit 9. November 1951 zusammen mit Kiesinger und Wuermeling geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 75.

maier[8] und vor allem auch Herrn Kollegen Ehlers, *(Beifall)* der – ich habe das allenthalben gefunden – mit einer solchen Kraft der Überzeugung unter den evangelischen Teilen der Bundesrepublik gewirkt hat, daß es sicher zu einem großen Teil sein Verdienst ist, wenn bei dieser Wahl in viel stärkerer Weise als bei der Wahl 1949 die evangelischen Christen zu uns gestoßen sind, trotzdem ein Mann wie Heinemann[9] und wie Niemöller[10] in dieser Weise gegen uns gearbeitet und gehetzt hat. Das gilt namentlich noch mehr für Heinemann als für Niemöller. Ich habe leider feststellen müssen, daß die Flugblätter des Herrn Heinemann[11] die gemeinsten von allen waren. *(Zurufe:* Sehr richtig!) Ich verstehe es geradezu nicht, daß der Herr Heinemann – ich spreche es hier offen aus – so tief gesunken ist, daß er sich dazu hergibt.

Aber, meine Freunde, nun unsere Aufgabe! Unsere Aufgabe ist ganz ungeheuer groß. Ich darf eins vorausschicken, weil ich etwas kritisch sprechen muß. Lassen wir wirklich heute einmal hier Vertraulichkeit gelten. Ich habe Sie extra hierher gebeten in diese etwas drangvolle Enge, weil es hier möglich ist, alle Journalisten auszusperren. Das wäre drüben in unserer Fraktion nicht möglich gewesen, auch nicht im Bürgerverein. Hier ist es möglich. Es befindet sich kein Journalist auf dem Gelände, es sei denn, er sitzt mitten unter uns. – Da sehe ich gerade einen. (Gemeint ist Herr Lemmer[12].) Aber diejenigen, die hier sind, die sitzen eben mitten unter uns, und deswegen sitzen sie nicht als Journalisten hier.

Ich möchte Sie sehr dringend bitten, daß wir uns nun wirklich darauf beschränken, ein Kommuniqué herauszugeben, das nachher einige Herren vorbereiten müssen. Wir müssen uns jetzt einmal über manche Dinge sorgfältig aussprechen können in der Gewißheit, daß davon die Öffentlichkeit nichts erfährt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns die Chance, noch einmal einen solchen Wahlsieg zu erfechten, vielleicht nicht wieder gegeben wird. Ich drücke mich absichtlich etwas vorsichtig aus. Daraus folgt zweierlei, einmal dürfen wir nicht dem

---

8 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 31.

9 Dr. Gustav W. Heinemann (1899–1976), Vorsitzender der GVP. Vgl. WINTER S. 92–130; PROTOKOLLE 1 S. 7 Anm. 32.

10 Martin Niemöller (1892–1984), 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3.

11 Auf von Heinemann mitunterzeichneten Flugblättern wurde die Westpolitik Adenauers als „Separatismus" bezeichnet, die Behauptung aufgestellt, Gesamtdeutschland solle dem amerikanischen Oberbefehl unterworfen werden, oder z.B. durch die Frage, „wollen Sie, daß unsere Männer, Väter, Söhne und Brüder schon wieder marschieren?", Parallelen zur Kriegspolitik Hitlers hergestellt (Auswahl in ACDP III-002-259; VII-004-194/1). – Vgl. Anselm DOERING-MANTEUFFEL: Konrad Adenauer – Jakob Kaiser – Gustav Heinemann: Deutschlandpolitische Positionen in der CDU. In: Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand. Hrsg. von Jürgen Weber. München 1989 S. 18–46.

12 Ernst Lemmer (1898–1970), 1952–1970 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 6.

Übermut verfallen, sondern wir müssen klug (*Weber*[13]*:* Und weise!) sein. Wir müssen die Verantwortung tragen, die wir bekommen haben. Wir müssen klug sein und auch [an] die vier nächsten Jahre denken. Wir müssen daran denken, daß wir nunmehr für diese vier Jahre sozusagen die ganze Verantwortung tragen und daß wir daher eine Geschlossenheit von wirklich hohen Graden unter uns aufbringen müssen, weil sie uns allein befähigen kann, den Aufgaben gerecht zu werden, die unser in den kommenden vier Jahren harren.

Lassen Sie mich über die Frage der Geschlossenheit noch einige Bemerkungen machen. Ich freue mich zunächst, daß ich unsere Freunde von der CSU hier bei uns sehe. *(Beifall.)* Daß Sie uns willkommen sind, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Wir stehen Schulter an Schulter. Wir haben in allem zusammengestanden; nur die Besonderheiten, die wir Bayern anerkennen müssen, haben es mit sich gebracht, daß eine CDU und eine CSU vorhanden sind, aber der Unterschied ist nur manchmal im Temperament und nicht in der Sache selbst. *(Heiterkeit.)* Also: Geschlossenheit! Lassen Sie mich das exemplifizieren an der Fraktion, die wir haben. Wir werden eine Fraktion haben von mindestens 244 Mitgliedern. Es werden noch einige hinzukommen. (*Ehlers:* Sechs Berliner[14]!) Abgesehen von den Berlinern kommen noch mehr hinzu. Nun stellen Sie sich bitte einmal vor, welch ungeheuer schwere Arbeit es sein wird, diese 250 Leute wirklich zusammenzuhalten, damit sie nicht auseinanderbrechen in einzelne Teile, in Unterfraktionen. Das ist eine ungeheuer schwere Aufgabe. Zur Erleichterung dieser Aufgabe ist es nach meiner Meinung vor allem notwendig, daß möglichst viele der Fraktionskollegen zur Arbeit herangezogen werden. Denn nur dann, wenn sie zur Arbeit herangezogen werden und sich an der Arbeit beteiligen können, bekommen sie das Gefühl, wirklich Mitglied dieser Fraktion zu sein; sonst bekommen sie das Gefühl nicht. Ich sehe Herrn von Brentano[15] leider nicht. (*Schröder*[16]*:* Er kommt gleich!) Daher werden wir uns in der Fraktion sehr überlegen müssen, daß wir das Büro ganz anders ausbauen, als es bisher gewesen ist. Das Büro muß – ich hatte vor vier Jahren schon darauf hingewiesen – ausgebaut werden, daß auch diejenigen Mitglieder der Fraktion, die nicht ständig hier sein können, durch das Material, das ihnen von dem Büro übergeben wird, durch die Hinweise, wo sie das Material finden können usw., möglichst schnell in die Materie hineinkommen können, damit sie auch ein Wort mitsprechen und in den Ausschüssen verwendet werden können.[!]

Es ist nämlich so, wenn der nicht in einer Sparte besonders interessierte und unterrichtete Abgeordnete – wie z.B. die Kollegen von der Grünen Front, die darin

13 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7.

14 CDU-Vertreter Berlins waren Friedensburg, Krone, Lemmer, Frau Maxsein, Stingl, Tillmanns. – Tatsächlich waren es nicht 244, sondern zunächst 243 Abgeordnete.

15 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 1 Anm. 4.

16 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 7.

vorbildlich sind – irgendeinem Gesetzentwurf gegenübersteht, ohne daß er jemand hat, der ihm das Material dazu gibt, dann ist er wirklich hilflos, und dann tritt nach kurzer Zeit das ein, was nach meinen Beobachtungen auch in der vergangenen Fraktion eingetreten ist, daß sich nämlich eine Reihe von Damen und Herren sagen, was tue ich eigentlich hier, ich komme ja doch nicht an die Arbeit. – Also, dafür muß ein Büro da sein. Dort sollen erstklassige Leute hinein, die etwas können, und diese ersten Leute müssen bezahlt werden! Deswegen müssen – das wird in der Fraktion entschieden werden – die Abgaben jedes Abgeordneten für die Fraktions- und Bürokasse erhöht werden.

Vor allem müssen wir dafür sorgen, und das fasse ich, wenn Gott mir das Leben so lange läßt, als eine Hauptaufgabe der Kanzlerschaft in den nächsten Jahren auf, falls ich gewählt werden sollte *(Heiterkeit)* – man muß immer vorsichtig sein –, daß die ideellen Fundamente unserer Partei im ganzen Lande stärker herausgearbeitet werden, *(Sehr gut! und Beifall)* weil allein diese ideellen Fundamente das Tragende und das Dauernde sind und uns befähigen, auch unseren Erben später eine hohe Aufgabe und eine gute Erbschaft zu überlassen.

Wenn ich eben sagte, wir sollten nicht übermütig sein, dann gestatten Sie mir jetzt, daß ich von diesem Wort aus übergehe auf die anderen Parteien. Ich möchte zunächst zu der Frage Stellung nehmen: Können wir es wagen, mit einer knappen Mehrheit von zwei oder drei Stimmen allein die Geschäfte zu führen? Ich glaube, das können wir nicht, meine Damen und Herren; eine solche knappe Mehrheit ist etwas sehr Holpriges und sehr Schwaches, wenn der eine oder andere fehlt. Dann steht der Wagen still. Also, das halte ich nicht für möglich.

Ich bin der Auffassung, daß wir mit unseren bisherigen Koalitionsparteien weiter zusammenarbeiten sollten, auch aus einer gewissen Fairneß heraus. Ich bin weiter der Auffassung, weil wir ein Interesse daran haben, daß diese Parteien – wenn auch nicht in der Art und Weise, wie sie manchmal gewollt haben – bestehenbleiben. Wenn die Freie Demokratische Partei und die Deutsche Partei nicht bestehenbleiben, dann wird sich an deren Stelle – ich nehme das jetzt mal etwas aus der Vergangenheit – eine Deutschnationale Partei à la Hugenberg[17] entwickeln, die dann alle diese Elemente, die national und nationalistisch nicht auseinanderhalten, in sich aufnehmen wird. Es ist doch gerade gegenüber der Zeit nach 1918 ein so großer Erfolg, daß wir keine ausgesprochen deutschnationale Partei seit 1945 gehabt haben. Daran müssen wir festhalten. Deswegen müssen auch diese beiden Parteien bestehenbleiben und in der Verantwortung bleiben.

Noch ein letzter Grund, warum das notwendig ist. Das ist notwendig, weil nach meiner Meinung weiteste Kreise des deutschen Volkes es nicht ertragen, wenn nur eine Partei die Regierung bildet und die Verantwortung trägt. Gegen diese eine Partei

17 Alfred Hugenberg (1865–1951), 1928–1933 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Vgl. Klaus Wernecke/Peter Heller: Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus. Hamburg 1982.

würde sich der ganze Ansturm dann wenden. Das sind die Gründe. Wir können uns einmal darüber unterhalten, aber ich glaube, man wird nicht viel dagegen sagen können.

Die Entgleisungen müssen aufhören. Dafür muß gesorgt werden. Nun hat es ein gütiges Geschick gewollt, daß bei den Freien Demokraten die Herren Onnen und Stegner[18] etwas Kräftiges auf den Kopf bekommen haben und schließlich auch Herr Middelhauve[19] nicht gerade als Sieger aus diesem Kampf hervorgegangen ist. (*Zuruf:* Dehler[20]!) Dehler ist ein Mann für sich. Wir wollen uns nicht mit Einzelheiten hier befassen, aber mein Urteil über Dehler habe ich im Kabinett Herrn Dehler vor einiger Zeit sehr nachdrücklich gesagt. Aber die Partei an sich wird doch – ich hoffe das wenigstens – so werden, daß sie für uns ein annehmbarer Mitarbeiter wird, auch auf sozialem Gebiet. Darüber hat dieser Tage eine Aussprache im Kabinett stattgefunden. Ich glaube, auf sozialem Gebiet werden wir mit ihr weiterkommen.

Zweifelhaft ist die Frage: BHE. Zunächst ist es unzweifelhaft, daß der BHE lange nicht das erreicht hat, was er sich erträumte.[21] Weder ist er selbst so stark geworden, noch ist die ganze Konstellation so geworden, daß er das Zünglein an der Waage wird. Aber man muß jedenfalls der Frage einmal nähertreten. Ich gestehe Ihnen von mir sehr offen, daß ich bisher bei mir selbst zu keiner Klarheit gekommen bin, ob man den BHE mit hineinnimmt oder nicht. Wenn wir den BHE mit hineinnehmen – vorausgesetzt, daß er nicht zu teuer ist –, (*Zuruf:* Niedersachsen[22]!) hat das folgendes für sich: einmal haben wir die Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Die Zweidrittelmehrheit werden wir eventuell noch einmal brauchen müssen, auch damit die ganze Sache mit dem Bundesverfassungsgericht zu Ende geht.[23] Wir werden vielleicht auch – ein Gedanke, den ich hier nur so anklingen lasse – einmal ein Gesetz vom Bund aus erlassen müssen, das die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen entweder zusammenlegt oder die

18 Alfred Onnen (1904–1966), 1949–1957 MdB (FDP). Artur Stegner (1907–1986), 1949–1957 MdB (bis 13. Januar 1954 FDP, dann fraktionslos, ab 6. Februar 1957 GB/BHE). – In Niedersachsen errang die FDP 6,9 % der Zweitstimmen gegenüber 7,5 % bei der Bundestagswahl 1949. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 28 Anm. 42–44.

19 Dr. Friedrich Middelhauve (1896–1966), 1946–1958 MdL NW, 1949–1950 und 1953–1954 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 274 Anm. 28. – In NW errang die FDP 8,5 % der Zweitstimmen gegenüber 8,6 % bei der Wahl zum 1. Bundestag.

20 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1949–1967 MdB (FDP), 1949–1953 Bundesminister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 11; KLINGL.

21 Der BHE hatte 5,9 % der Stimmen und 27 Mandate erreicht. Ziel war eine Fraktion mit mindestens 40 Abgeordneten gewesen (vgl. NEUMANN S. 91).

22 Bei der Landtagswahl am 6. Mai 1951 hatte der GB/BHE 14,9 % erreicht. Als „rücksichtsloser Sachwalter" seiner Wähler (NEUMANN S. 69) stellte er den stv. Ministerpräsidenten (Friedrich von Kessel), den Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hermann Ahrens), für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (von Kessel) sowie für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Erich Schellhaus). Vgl. STORBECK S. 234.

23 Die Zweidrittelmehrheit wurde zur Verabschiedung der Wehrgesetze benötigt. Die Abstimmung über die 1. Wehrergänzung (Art. 73 GG) fand am 26. Februar 1954 statt (Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 614).

gesamten Landtagswahlen auf einen Tag in der Mitte der Bundestagssession festsetzt jedenfalls etwas Derartiges, damit wir nicht wieder anfangen müssen mit den Wahlen Jetzt kommen die Wahlen in Bayern, in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen (*Scharnberg*[24]*:* Hamburg noch in diesem Jahr![25]) ja, also Hamburg kommt zuerst Ich darf wiederholen, wenn man eine Zweidrittelmehrheit preiswürdig erlangen kann ist sie auf alle Fälle etwas wert. Wenn Sie und auch die Fraktion der Ansicht sind daß der Preis nicht zu hoch ist, dann glaube ich nicht, daß wir dadurch das Leben des BHE verlängern werden. Der BHE ist nun einmal am Sterben. Das liegt in der Natur der Sache, daß er stirbt. Hoffentlich wird sein Tod in den nächsten Jahren eintreten oder sein Hinscheiden noch ein schnelleres Tempo annehmen.

Jetzt komme ich zur Sozialdemokratischen Partei. Anschließend möchte ich Ihnen etwas über den Deutschen Gewerkschaftsbund, über die Gewerkschaftsfrage, sagen, weil ich diese beiden Fragen nicht nur für parteipolitisch, sondern auch für staatspolitisch außerordentlich wichtig halte. Die Sozialdemokratische Partei ist seinerzeit unter der starken Führerschaft Schumachers[26] ins Leben getreten. Ich habe zunächst als Vorsitzender der CDU der britischen Zone seine Reden von Anfang an sehr genau verfolgt. Aus seinen Reden sprach durchweg ein sehr stark nationalistischer Zug. Aus welchen Wurzeln dieser nationalistische Zug kam, das kann man natürlich nicht mit aller Bestimmtheit sagen. Aber nach meiner Beobachtung des Herrn Schumacher und nach meiner Kenntnis seiner Person, die sich aus einer Reihe von Gesprächen unter vier Augen entwickelt hat, waren es wohl zwei Erwägungen. Einmal war er selbst ein Nationalist, und zweitens erklärte er seiner Partei: Wir haben im Jahre 1918 den großen Fehler gemacht, daß wir die rechtsstehenden Leute, namentlich die Offiziere usw., die früheren Soldaten, nicht zu uns bekommen haben. Den Fehler dürfen wir in diesem Falle nicht wiederholen. – Daher das Unterstreichen des Nationalistischen. Herr Schumacher war aber – ich sehe von allen persönlichen Dingen völlig ab in diesem Zusammenhang – ein erklärter und bewußter Gegner Sowjetrußlands und des Kommunismus. Er hat seine Fraktion und seine Partei auch in diesem Sinne geführt. Das hat sich bestimmt mit seinem Tode geändert.

Ich sehe in der SPD eine sehr unheilvolle Entwicklung, eine starke Annäherung an kommunistische parteipolitische Erwägungen. Ich darf hier wohl Namen nennen. Ich glaube, daß die Außenpolitik der SPD in der Hauptsache getragen wird von Herrn

---

24 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1949–1961 MdB (CDU), Vorsitzender des CDU-Wahlrechtsausschusses sowie eines interfraktionellen Wahlrechtskreises der Koalitionsparteien. – Zu seinen Vorstellungen und Entwürfen vgl. PROTOKOLLE 1 S. 136, 531–567.

25 Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen waren in Hamburg am 1. November 1953, in Nordrhein-Westfalen am 27. Juni 1954, in Schleswig-Holstein am 12. September 1954, in Bayern und Hessen am 28. November 1954, in Berlin am 5. Dezember 1954.

26 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), seit 1946 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 17 Anm. 13; Günther SCHOLZ: Kurt Schumacher. Düsseldorf 1988.

Wehner[27]. Herr Wehner ist ja in diesem Wahlkampf sehr selten hervorgetreten, wo er aber hervorgetreten ist, tat er es in sehr übler Weise. Sie kennen alle die Vergangenheit des Herrn Wehner; Sie kennen seine Herkunft. Ihm hat sekundiert Herr Brandt[28], der auch früher eine ähnliche Rolle gespielt hat wie Herr Wehner. An seine Seite sind getreten der Herr Erler[29], der ursprünglich Kommunist war, und Herr Eichler[30], der in London war und Bevanist gewesen ist, der mit der Gruppe Bevan[31], dem jetzigen äußersten linken Flügel der Labour Party, die wieder Annäherungen zu Moskau hat, eng zusammenging.

Herr Ollenhauer[32] ist im Grunde genommen nicht geneigt, auf diesen Boden zu treten, aber Herr Ollenhauer ist wirklich nicht der stärkste Mann. Wer im Bundestag beobachtet hat, wie zuerst Herr Lütkens[33], der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, abserviert und dann auch Carlo Schmid[34] abserviert wurde, wonach Herr Wehner der außenpolitische Sprecher geworden ist, dem war es ganz klar, daß es in systematischer Arbeit diesem Flügel der SPD gelungen ist, das Heft in die Hand zu bekommen und damit auch Herrn Ollenhauer für seine Zwecke zu gewinnen.

Wir können das nicht beweisen, wenigstens nicht die Beweise auf den Tisch des Hauses legen, aber ich glaube, das deutsche Volk ist durch unseren Sieg aus einer ganz großen Gefahr errettet worden; denn ich bin fest davon überzeugt, daß das, was Erler, Eichler und Heine[35] auf dieser Pressekonferenz der Sozialdemokratischen

---

27 Herbert Wehner (geb. 1906), 1949–1983 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 413 Anm. 170; Knut TERJUNG (Hrsg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986.

28 Willy Brandt, ursprünglich Herbert Ernst Karl Frahm (geb. 1913), 1931 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei, 1933 Emigration, 1949–1957, 1961 und seit 1969 MdB (SPD), 1950–1969 MdA, 1955–1957 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1958–1962 Vorsitzender der Berliner SPD, 1966–1969 Außenminister, 1969–1974 Bundeskanzler, 1964–1987 Vorsitzender der SPD, seit 1976 Präsident der Sozialistischen Internationale. – Erinnerungen. Berlin 1989.

29 Fritz Erler (1913–1967), 1949–1967 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 228 Anm. 97.

30 Willi Eichler (1896–1971), 1933 Emigration (Schweiz, Frankreich, Luxemburg, England), 1947–1948 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949–1953 MdB (SPD). Vgl. BIOGRAPHISCHES HANDBUCH 1 S. 148.

31 Aneurin Bevan (1897–1960), seit 1929 Abgeordneter im britischen Unterhaus (Labour), Gesundheitsminister, 1951 Arbeitsminister (Rücktritt aus Protest gegen die Höhe des Verteidigungsetats der Regierung).

32 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 4.

33 Dr. Gerhard Lütkens (1893–1955), 1920–1937 im diplomatischen Dienst, 1937 Emigration, ab Dezember 1947 außenpolitischer Referent des SPD-PV, 1949–1955 MdB. Vgl. BIOGRAPHISCHES HANDBUCH 1 S. 464f.

34 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1949–1972 MdB (SPD, 1949–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 189 Anm. 45.

35 Fritz Heine (geb. 1904), vor 1933 Sekretär beim SPD-PV, 1933 Emigration, 1946–1957 Mitglied des geschäftsführenden PV und verantwortlich für Pressewesen. Vgl. BIOGRAPHISCHES HANDBUCH 1 S. 280f.

Partei erklärt haben[36], die Meinung des Parteivorstandes gewesen ist. Herr Ollenhauer hat es ja später erklärt, allerdings hat er vorher erklärt, sie blieben auf ihrem alten Standpunkt stehen.

Was wird nun aus der SPD? Ein Programm hat sie nicht. An den Marxismus kann sie letzten Endes selbst nicht mehr glauben, obgleich sie hier immer noch damit kommt, sie neige zum Neutralismus hin. Neutralismus bedeutet aber, in absehbarer Zeit Satellitenstaat zu werden. Sie haben sich gewandt an den kleineren Mittelstand mit relativ wenig Erfolg. Was soll werden, namentlich jetzt, wo sie geschlagen sind und wo diejenigen Industriellen, die vorher mit ihnen Fühlung genommen haben, weil diese glaubten, die SPD würde Sieger werden, nun mit der Hergabe des Geldes an die SPD – die von der Industrie Gelder bekommen hat – zurückhaltender sein werden.

Was wird aus ihr werden? Das ist für uns eine sehr ernste Frage nicht nur vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus, sondern auch staatspolitisch gesehen. Wir brauchen nach meiner Meinung eine gute – verstehen Sie mich recht, wenn ich das sage – Sozialdemokratische Partei. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß das die ausschließliche Partei der Arbeiter wird. (*Zurufe:* Sehr richtig! – Ist sie auch nicht! – *Unruhe.*) Ich habe in der Zeitung gelesen, daß man zum Zweiparteiensystem übergehe. Das würde ich für ganz falsch halten für unsere Verhältnisse. Um Gottes willen nicht eine Partei der Bürger und eine Partei der Arbeiter! Wie der Deutsche nun einmal ist – er ist auch gegen sich selbst unduldsam –, würde das zu einer Katastrophe führen. Also, die SPD darf nicht eine Partei der Arbeiter werden. Ich darf gleich noch ein Wort dazu sagen.

Aber was wird aus ihr? Sie haben gelesen, daß sie nach zweitägiger Verhandlung in ihrem Vorstand etwas beschlossen haben, was nun wirklich nicht ein Zeichen besonderer Intelligenz ist, daß der Wahlausgang eine Revision insbesondere der außenpolitischen Zielsetzung der Sozialdemokratie nicht notwendig mache.[37] Aber was noch viel dümmer ist: Sie werde dafür eintreten, daß der Wille des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung in Freiheit nicht im Leerlauf propagandistischer und taktischer Manöver unfruchtbar gemacht, sondern zur tragenden Kraft der deutschen Politik werde.

Ein schwulstiger Journalist könnte so etwas geschrieben haben. Sehr häßlich finde ich von ihnen, daß sie behaupten – und darauf scheint das Ganze hinauszugehen –, sie seien jetzt die alleinige Hüterin der Demokratie. Deswegen müssen wir sehr gut taktisch arbeiten; denn damit könnten sie einen gewissen Erfolg haben, namentlich dann, wenn wir – wie ich das eingangs sagte, und ich fand ja Verständnis bei Ihnen

36 In einer Erklärung vom 27. August hatten Eichler, Erler und Heine die Frage der außenpolitischen Festlegung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung durch die Siegermächte angeschnitten. Die Regierungsparteien betonten in einer scharfen Reaktion, daß der künftige Platz Deutschlands in der Völkergemeinschaft nur von einer aus freien Wahlen gebildeten Regierung festgelegt werden könne (AdG 1953 S. 4142f.).

37 Bericht über die SPD-Vorstandssitzung vom 8./9. September in FAZ vom 10. September 1953 „Reorganisation bei den Sozialdemokraten".

– eine Ein-Partei-Regierung aufmachten. Deswegen müssen auch die anderen Kräfte in diese Regierung hinein, damit nicht die Sozialdemokratie billigen Propagandastoff bekommt, zu sagen: Eine Einheitspartei, die das deutsche Volk regiert, das ist keine Demokratie; wir sind die Partei der Demokraten, wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen, und um uns müßt ihr euch alle sammeln.

Nun zum DGB. Beim DGB handelt es sich um eine außerordentlich ernste Frage, eine Frage, die katastrophal werden könnte, wenn nicht zur richtigen Zeit aufgepaßt wird. Ich glaube, ich bin verpflichtet, Ihnen hier zu sagen, daß zwischen dem DGB und der Sozialdemokratischen Partei sehr ernstzunehmende Abmachungen darüber bestanden haben, daß dann, wenn eine große Koalition nicht zustande käme, diese große Koalition durch Streiks zu erzwingen [wäre]. Ich sage das nicht leichthin, sondern wir würden in der Lage sein, die Dokumente dafür vorzulegen.

Vor den Wahlen hatte ich eigentlich weniger Sorge um den Ausgang der Wahl – wenn ich auch nicht an einen solchen Erfolg gedacht habe – als die Sorge, was wird werden, wenn die Wahl die SPD und die CDU/CSU nicht in einen so in die Augen fallenden Größenabstand bringt. Wie werden wir dann gegenüber solchen gewerkschaftlichen Aktionen Widerstand leisten können. Ich habe vor der Wahl im kleinsten Kreise mit den Herren vom Ministerium des Innern[38] über diese Frage gesprochen, wie es uns möglich sein könnte, dafür zu sorgen, daß im Falle eines Generalstreiks wenigstens einigermaßen das normale Leben weitergehen könnte.

Das Zusammenbrechen des Streiks in Frankreich[39] hat, wie ich glaube, hier auch etwas ernüchternd gewirkt. Der Ausgang der Wahl hat noch ernüchternder gewirkt; denn daß wir nach einem solchen Wahlausgang nun etwa mit der SPD eine große Koalition beschließen könnten, das wird nicht einmal der DGB annehmen.

Aber das Interview bei der Pressekonferenz, die Herr Freitag[40] abgehalten hat und die dem Wortlaut nach nicht bekanntgeworden ist, hat doch außerordentlich ernste Gedanken hervorrufen müssen darüber, wie der DGB denkt. Herr Freitag hat z.B. gesagt: Unsere parteipolitische Neutralität hört da auf, wo die Lebensinteressen unserer Mitglieder auf dem Spiel stehen. Ich will Ihnen weiter sagen, die parteipolitische Neutralität hört auch da auf, wo das demokratische Geschehen in Deutschland eine innere Gefahr ist. An einer anderen Stelle hat Freitag auf die Frage, wer entscheidet

38 Nicht ermittelt.

39 Der Warnstreik am 9. August 1953 richtete sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierung für den öffentlichen Dienst. Er flaute aufgrund der Verhandlungsbereitschaft der Regierung von Ministerpräsident Joseph Laniel nach dem 21. August ab. Vgl. AdG 1953 S. 4108, 4115, 4125.

40 Walter Freitag (1889–1958), 1952–1956 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 9. – Nach FAZ vom 22. August 1953 hat Freitag am 20. August geäußert: „Die Gewerkschaften seien, wenn sie die Demokratie oder die Lebensinteressen ihrer Mitglieder in Gefahr sehen sollten, entschlossen, sich mit allen Mitteln zu wehren, wobei es sie nicht interessiere, ob das dann gesetzlich sei oder nicht" (Überschrift „Freitag: Wann Gefahr ist, entscheiden wir.").

denn, wann die Demokratie in Gefahr ist, gesagt: Das entscheiden wir nach unserem besten Ermessen.

Meine Damen und Herren! Das ist Diktatur; denn in einem parlamentarisch regierten Staat entscheiden das Parlament und die verfassungsmäßig dazu eingesetzten Organe. Aber hören Sie, wie es weitergeht.

Frage: Soll das bedeuten, daß Sie z.B. ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, ob eine Partei demokratisch ist oder nicht, nicht akzeptieren werden? Es steht jedem frei zu beantragen, eine Partei aufzulösen, die nicht demokratisch ist, und das Recht, darüber zu bestimmen, hat ausschließlich das Bundesverfassungsgericht.

Freitag: Das ist an sich richtig, die Entscheidung darüber, wie eine Partei gewertet wird, kann nicht der einzelne Mann treffen, sondern hat das Bundesverfassungsgericht zu treffen. Aber wie ich die Partei werte, das ist meine persönliche Angelegenheit. Das hat mit der Entscheidung, die nur dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten ist, nichts zu tun.

Meine Damen und Herren! Das ist so erschreckend, wenn Sie bedenken, daß im Gewerkschaftsbund und in den angeschlossenen Industriegewerkschaften, aus denen er sich zusammensetzt, von Demokratie kaum etwas zu spüren ist, was geheime Abstimmung, freie Willensbildung usw. angeht. Es rückte also von da aus eine sehr ernste Gefahr heran für das Weiterbestehen des demokratisch-parlamentarisch regierten Staates. Nun haben die Herren einen starken Dämpfer bekommen; denn trotz der ungeheuren Arbeit, die sie sich gemacht haben – Sie wissen davon –, hat die Wahl nun so geendigt. (*Bausch*[41]*:* Es ist ein „besserer" Bundestag gewählt worden![42]) Man muß aber damit rechnen, daß nach einiger Zeit sich diese Tendenzen wieder bemerkbar machen.

Nun spreche ich als Parteimann. Ich bin zunächst nicht der Auffassung, daß man zu einer Spaltung schreiten soll. Ich bin nicht der Auffassung, weil ich an sich eine gute Einheitsgewerkschaft doch [für] das Bessere halte; dabei verstehe ich unter guter Einheitsgewerkschaft einmal, daß sie sich nicht über den Staat stellt, und zum anderen, daß sie nicht weltanschaulich ihre Leute beeinflußt, sondern daß sie weltanschaulich ihre Mitglieder in Ruhe läßt, kurz und gut, daß sie sich auf die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben beschränkt.

Unsere Freunde – ich spreche namentlich diejenigen an, die hier unter uns sind – müssen nun mit aller Energie – Sie haben dabei, das kann ich Ihnen zusichern, die gesamte Partei hinter sich – darauf drängen, daß die Gewerkschaften zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückkehren, d.h. zur parteipolitischen und weltanschaulichen

41 Paul Bausch (1895–1981), 1928–1930 MdL Württemberg (CSVD), 1930–1933 MdR, Mitgründer der CDU Nordwürttemberg, 1946–1949 MdL Württemberg-Baden, 1949–1965 MdB. Erinnerungen: Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten. Korntal 1969.

42 Anspielung auf den Wahlslogan des DGB „Wählt einen besseren Bundestag". Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 655 Anm. 1. Zur Auseinandersetzung zwischen Bundesregierung bzw. Union und DGB vor der Bundestagswahl vgl. AdG 1953 S. 4119.

Neutralität, zur Demokratie, und nicht mehr so, wie es jetzt in der Gewerkschaft ist, einfach diktatorisch, daß einige Leute das Ganze kommandieren. Ich habe scherzweise in Wahlreden gesagt, das ist eine solche Zusammenballung von Macht, daß man da unter allen Umständen an die Entflechtung herangehen muß; denn das kann keiner ertragen. Ich glaube, wir werden uns heute gerade über die Gewerkschaftsfrage unterhalten müssen, weil das eine ungemein wichtige Angelegenheit ist.

Nun lassen Sie mich etwas darüber sagen, wie ich mir die Arbeit für die nächsten vier Jahre denke. Wir werden auf außenpolitischem Gebiet den bisher eingeschlagenen Weg, der doch absolut klare Erfolge gezeitigt hat, weiter beschreiten. Ich bin überzeugt davon, daß das der einzige Weg ist, auf dem wir unsere Freiheit bewahren können, um unseren Leuten in Berlin und im Osten die Freiheit wiederzugeben, ein freies Europa zu schaffen und in der Gemeinschaft der freien Völker unsere christliche Anschauung und unsere kulturellen Ziele und das, was den Weltfrieden angeht, verwirklichen zu können. Das ist das eine.

Das zweite! Wir werden vor allem auf sozialem Gebiet, nachdem die ersten vier Jahre angefüllt waren mit dem Wegräumen des Schutts und mit der Heilung der Kriegsschäden, so gut es möglich war, für die Zukunft unserer Jugend und der Familien sorgen müssen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir werden auf sozialem Gebiet entscheidende Fortschritte machen und neue Wege einschlagen müssen.

Das scheinen mir – ich nehme das einmal ganz weit, ich will nicht auf Einzelheiten eingehen – die Hauptthemen der Arbeit in den kommenden Jahren [zu] sein: 1. außenpolitisch weiter fortzuschreiten, um das Ziel zu erreichen, 2. die soziale Arbeit. Unter sozialer Arbeit – das möchte ich doch hier sagen – verstehe ich nicht einfach Tarifverhandlungen, sondern unter sozialer Arbeit verstehe ich etwas völlig anderes, nämlich die Sorge für die Familie und – ich kann es nur nochmals betonen – die Sorge für die Jugend aller Stände, insbesondere auch für die akademische Jugend; denn ohne einen akademischen Nachwuchs kann das deutsche Volk nicht seine Höhe behalten. Das werden die Hauptziele unserer Arbeit sein.

Ich beschränke mich auf diese Ausführungen, damit unsere Diskussion nicht zu sehr auseinandergeht. Wir werden in politischer Hinsicht auf die Landtagswahlen achten müssen. Ich denke schon mit einem gewissen Schrecken daran, daß diese Wahlen demnächst wieder losgehen. Es fragt sich, ob man nicht überlegen soll – aber hier spricht soviel dafür wie dagegen –, die Sache jetzt zu verschieben. Ich halte das für falsch. Wir müssen im Bundesrat eine gute Mehrheit bekommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist eines der Hauptaugenmerke.

Nun wurde hier, als ich eben vom BHE sprach, dazwischengerufen: „Niedersachsen". (*Zuruf:* Doch gehört und nicht vergessen! – *Weiterer Zuruf:* Stuttgart![43]) Stuttgart

43 Der BHE hatte sechs Vertreter in die Verfassunggebende Landesversammlung des neuen Landes Baden-Württemberg (Wahl am 9. März 1952) entsandt, war an der am 25. April 1952 gebildeten vorläufigen Regierung Baden-Württembergs beteiligt und trug wesentlich dazu bei, die Regierung Reinhold Maier zu bilden und zu halten (vgl. FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 238f.). Zu Niedersachsen vgl. Anm. 22.

ist mit in erster Linie zu nennen, Baden-Württemberg, Hamburg natürlich auch und Niedersachsen. Ich habe gestern mit dem Kollegen Ehlers darüber gesprochen. Da scheinen mir besondere Umstände zu walten, die auf gewisse Leute lebensverlängernd wirken. Ich kann es nicht so beurteilen. Die Herren aus Niedersachsen stehen den Dingen ja näher als wir. Ich weiß aber nicht, ob wir gerade diesen Punkt „Niedersachsen" in einer so großen Korona erörtern sollen. Deswegen möchte ich bitten – ich komme noch darauf zurück –, weil hier von einer Seite das Wort „Niedersachsen" fiel, das zunächst auszuschalten. Aber wenn die Landtage gewählt werden, dann müssen wir unsere ganze Kraft darauf werfen. Das ist erstens Hamburg, zweitens Nordrhein-Westfalen, drittens Bayern. (*Zuruf:* Und Schleswig-Holstein![44]) Um Gottes willen, darüber geht ja der ganze Sommer hinweg. Nun ja, dann wollen wir einmal so sagen: Wir werden mindestens in der ersten Hälfte der vier Jahre alle unangenehmen Sachen erledigen müssen, damit die verdaut sind bei der nächsten Wahl. Hoffentlich kriegen wir gesamtdeutsche Wahlen, dann fällt das alles weg. Aber wir werden mit gewissen bitteren Gesetzespillen bis nach den Landtagswahlen noch warten müssen. Es bleibt nichts anderes übrig. Nehmen Sie z.B. das Wahlgesetz.[45] (*Zuruf:* Im Gegenteil!) Nun, ich bin Demokrat, ich beuge mich immer der besseren Einsicht! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ich muß Ihnen aber doch etwas sagen von der Demokratie. Seien Sie sich darüber völlig klar, daß eine Demokratie, die aus so vielen Menschen besteht, doch einer gewissen Autorität bedarf. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich nenne das nicht Führerschaft, sondern einfach Autorität. Wir müssen dafür sorgen, daß die Regierungen der Länder wie auch die Bundesregierung in der großen Wählerschaft aller Parteien mehr Autorität bekommen als bisher. Das ist außerordentlich wichtig, und das verlangt auch unsere Jugend. Lassen wir nicht mehr von Führerschaft sprechen, sondern von Autorität, die wir nötig haben.

Ich fasse zusammen. Wir können uns alle freuen über die Erfolge am letzten Sonntag. Ich möchte allen Beteiligten den herzlichen Dank aussprechen für ihre Mitarbeit. Einige Herren möchte ich aber doch besonders hier erwähnen. Ich habe eben schon Herrn Kollegen Ehlers erwähnt. Ich möchte auch unseren geschäftsführenden Vorstand erwähnen, die Herren Tillmanns, Kiesinger[46] und Wuermeling[47], der heute nicht hier sein kann, weil er seine Stimme verloren hat, (*Lemmer:* Nachdem er sie abgegeben hat! – *Beifall und Heiterkeit*) die er im Schwarzwald wiedersucht. (*Erneute Heiterkeit.* – *Zuruf:* Ausgerechnet im Schwarzwald! – *Unruhe.*) Wir sind

44 Vgl. Anm. 25.

45 Das Wahlgesetz zum 2. Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl I S. 470) bezog sich lediglich auf die Wahl zum 2. Bundestag. Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383) gilt allgemein und ist im wesentlichen noch heute gültig (vgl. DATENHANDBUCH 1980–1984 S. 23f.).

46 Dr. Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 8 Anm. 37; Memoiren: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958. Stuttgart 1989.

47 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1951–1956 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 85 Anm. 2.

auch Herrn Kollegen Pferdmenges[48] zu Dank verpflichtet. *(Beifall.)* Diejenigen, die jetzt geklatscht haben, haben alle etwas von ihm bekommen. (*Weber:* Ich habe nicht geklatscht. – *Heiterkeit.*) Aber gleichgültig, ich glaube, wir sind dem Herrn Kollegen Pferdmenges – ich kann es bezeugen – dankbar dafür, daß er immer wieder unermüdlich geholfen hat, die nötigen Gelder herbeizuschaffen. Dankbar müssen wir auch sein allen denjenigen, die geredet haben in diesem Wahlkampf.

Ich habe mich davon überzeugen lassen, daß das Reden doch noch etwas Wert hat. Ich habe es nicht geglaubt, ich sage es Ihnen ganz offen. Ich habe dem auch Ausdruck gegeben gegenüber der Presse, die im großen und ganzen – wenigstens die große Presse – sehr zurückhaltend gewesen ist. Ich habe es auch gegenüber dem Rundfunk gesagt, der sehr häßlich gewesen ist, (*Zurufe:* Sehr richtig!) mit wenigen Ausnahmen. Ich habe also gedacht, das Reden würde nicht soviel helfen. Aber es hat trotzdem geholfen. Daher müssen wir allen Rednern dafür danken, daß sie nicht nur geredet, sondern auch mit einem solch großen Erfolg geredet haben.

Endlich möchte ich einen recht herzlichen Dank der Bundesgeschäftsstelle aussprechen; *(Sehr starker Beifall)* und diesen Dank möchte ich konzentrieren auf die Person des Herrn Heck[49], *(Erneuter Beifall)* der, trotzdem er erst verhältnismäßig kurze Zeit bei uns ist und sich einarbeiten mußte, Hervorragendes geleistet hat.

Ich habe gesprochen! *(Lebhafter Beifall.)*

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Ich darf zwei Telegramme bekanntgeben, die uns zugegangen sind. Zunächst ein Telegramm aus Wien:

„An die Bundesleitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Wir freuen uns mit Euch über Euren grandiosen Wahlsieg und über die restlose Anerkennung, die der erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Arbeit der CDU/CSU sowie dem staatsmännischen Wirken Dr. Adenauers durch die deutschen Wähler zuteil wurde. Der 6. September wird der Deutschen Bundesrepublik zum Segen und ganz Europa zum Vorteil gereichen.

Kanzler Julius Raab[50], Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei" *(Beifall.)*

Ein zweites Telegramm aus den Niederlanden:

„An den Vorstand der CDU, Bonn

Im Namen des Vorstandes der Katholischen Volkspartei in den Niederlanden gratuliere ich Ihnen zum großartigen Erfolg des Wahlkampfes.

Dr. Albering[51], Generalsekretär der KVP" *(Beifall.)*

---

48 Dr. Robert Pferdmenges (1880–1962), 1950–1960 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 8; Wilhelm TREUE in RHEINISCH-WESTFÄLISCHE WIRTSCHAFTSBIOGRAPHIEN 13 (1986) S. 203–222.

49 Dr. Bruno Heck (1917–1989), 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 108 Anm. 8.

50 Julius Raab (1891–1964), 1952–1960 Bundesparteiobmann der ÖVP, 1953–1961 österreichischer Bundeskanzler.

51 In der Vorlage: Albertin. – Dr. Leo A.H. Albering (geb. 1904), 1945 Generalsekretär der KVP, 1956 Mitglied des niederländischen Parlaments (2. Kammer).

Ehlers: Ich möchte nur sagen, daß wir ein sehr herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben von dem 1. und 2. Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Bischof Dibelius[52] und Herrn Landesbischof Lilje[53], bekommen haben. *(Beifall.)*

Tillmanns: Ich darf noch ergänzend sagen, daß der Herr Bischof Dibelius den herzlichsten Glückwunsch telegrafisch ausgesprochen hat, insbesondere dem Herrn Bundeskanzler persönlich.

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten!

Kaiser[54]*:* Wäre es nicht zweckmäßig, eine gewisse Ordnung in die Aussprache zu bringen, vielleicht in der Reihenfolge: Koalitionsparteien, dann die SPD und zum Schluß der DGB.

Zimmer[55]*:* Ich möchte vorschlagen, über die Arbeit und die Organisation der Partei bis zur untersten Stufe zu sprechen.

Adenauer: Darf ich dazu folgendes sagen. Über die Sache, von der Herr Zimmer gesprochen hat, werden wir von der Bundesgeschäftsstelle einen guten Bericht bekommen mit Angaben darüber, wo Mängel gewesen sind usw. Das kann als Grundlage für eine besondere Aussprache dienen, die in einem kleineren Kreise stattfinden sollte. Wir müssen uns das natürlich zunutze machen, was wir da gelernt haben.

Herr Kollege Kaiser hat vorgeschlagen, zunächst über die Koalitionsparteien zu diskutieren; ich möchte hinzufügen: BHE und das Verhältnis SPD und DGB. Wir können dann die anderen Punkte anschließen. Ich habe mir gedacht, daß wir um 1.15 Uhr eine Pause machen, einen kleinen Imbiß zu uns nehmen und dann fortfahren.

Pünder[56]*:* Eine Anregung! Es würde zu weit führen, wenn jeder dasselbe sagen würde. Vielleicht melden sich zunächst diejenigen Herren, die etwas zu Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, sagen möchten.

---

52 Dr. Otto Dibelius (1880–1967), 1949–1961 Vorsitzender des Rates der EKD. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 87 Anm. 3. Robert STUPPERICH: Otto Dibelius. Göttingen 1989.

53 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 55 Anm. 3.

54 Jakob Kaiser (1888–1961), 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 27; Christian HACKE (Hrsg.): Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1988; Tilman MAYER (Hrsg.): Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1988.

55 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1947–1957 MdL (CDU), 1951–1957 Innen- und Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 26.

56 Dr. Hermann Pünder (1888–1976), vor 1933 Zentrum, 1926–1932 Chef der Reichskanzlei, 1945 Mitgründer der CDU in Münster, 1945–1948 Nachfolger Adenauers als Oberbürgermeister von Köln, 1948/49 Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1957 MdB, 1952–1956 Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS. Vgl. Rudolf MORSEY: Das Porträt. Hermann Pünder (1888–1976). In: Geschichte im Westen 3 (1988) Heft 1 S. 69–83.

Adenauer: Herr Pünder meint, es sollten zunächst die Opponenten auftreten. Opponent heißt, daß diejenigen sprechen, die abweichende Gesichtspunkte vortragen wollen, damit wir Klarheit bekommen. Da wäre wohl der erste Punkt das Verhältnis zur Koalition und zum BHE. Das können wir zusammenfassen. Darf ich bitten, sich dazu zu äußern.

Kather[57]*:* Meine Damen und Herren! Wenn sich hier zuerst die Opponenten melden sollen, so trifft das für mich nicht ganz zu; denn der Herr Bundeskanzler hat selbst gesagt, daß er in der Frage, zu der ich sprechen will, ob man den BHE in die Koalition einbeziehen soll oder nicht, selbst noch keine volle Klarheit gewonnen hat.

Ich stimme zunächst mit dem Herrn Bundeskanzler darin überein, daß der BHE nicht gut abgeschnitten hat. Ich bin sogar der Auffassung, daß er eine schwere Niederlage erlitten hat. Der BHE hat im ganzen 5,9 % der Stimmen bekommen, also nur 0,9 % über das Notwendige, um überhaupt in das Parlament zu kommen.

Nun muß man aber doch wissen, unter welchen Voraussetzungen sich dieser Wahlkampf abgespielt hat. Es ist nicht wegzuleugnen, daß die Kandidatenaufstellung, was die Vertriebenen angeht, bei allen Parteien, insbesondere auch bei unserer Partei, unzureichend gewesen ist. (*Widerspruch und Zurufe:* Langsam, langsam!) Ich brauche nur daran zu erinnern, daß wir bei diesem großen Wahlsieg keinen Vertriebenen von Schleswig-Holstein und keinen aus Rheinland-Pfalz in unserer Partei haben. (*Zimmer:* Irrtum, stimmt nicht![58]) Ich lasse mich gern aufklären. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen uns hier einmal offen aussprechen. *(Widerspruch und lebhafte Unruhe.)* Diese Dinge dürfen wir nicht unter den Tisch fallen lassen; sie hätten anders laufen müssen, als sie gelaufen sind.

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Kather, wenn ich eingreife. Wir sind eine so zahlreiche Versammlung hier, ich weiß nicht, ob wir uns jetzt darin verlieren sollten. Das scheint mir eher zu dem Thema zu gehören, was ich eben erwähnt habe und was aufgrund einer Denkschrift[59] besonders behandelt ist.

Kather: Herr Bundeskanzler, ich habe nicht die Absicht gehabt, dieses Thema in extenso zu behandeln, obwohl ich der Auffassung war, daß dieses Gremium an der Tatsache wohl nicht ganz vorbeigehen sollte. Ich darf Ihnen sagen – wir haben schon darüber gesprochen –, daß für die kommenden Wahlen organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die eine derartige Entwicklung für die Zukunft

57 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE), 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes bzw. Bundes der Vertriebenen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 22 Anm. 18.

58 Als Vertriebene läßt sich für Rheinland-Pfalz nur Frau Annemarie Ackermann ermitteln. – Zu Schleswig-Holstein vgl. unten die Ausführungen von Ehlers (S. 25). Vgl. KATHER 1 S. 312–317, 2 S. 7–14.

59 Bericht (36 S.) der Bundesgeschäftsstelle über die Bundestagswahlen, der aber erst im Dezember 1953 vorgelegt wurde (ACDP VII-003-002/1).

ausschließen. Wir werden entsprechende Vorschläge für die nächste Vorstandssitzung unterbreiten.

Ich habe diesen Sachverhalt doch nur in dem Zusammenhang erwähnt, daß ich sagte, es wäre noch ganz anders gelaufen, wenn unsere Vorschläge bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt worden wären und wir aktiv den BHE angegriffen hätten. Der BHE ist, jedenfalls was den Zentralverband der Vertriebenen und einen großen Teil unserer Flüchtlingsausschüsse anbelangt, nicht angegriffen worden. Es wäre nicht schwer gewesen, ihm diese 0,9 % noch wegzunehmen.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, daß der BHE nicht das Recht hat, sich als Sprecher der Vertriebenen aufzuspielen. Es haben 75 % der Vertriebenen nicht den BHE gewählt. Ich glaube, ich kann auch ohne Widerspruch behaupten, daß mehr als 50 % der Vertriebenen trotz des Mangels, auf den ich hinwies, unsere Partei gewählt haben. Ich glaube nicht, daß 25 % bei der SPD gelandet sind. Das halte ich für völlig ausgeschlossen.

Wenn man sich unter diesen Gesichtspunkten überlegt, daß der BHE gerade noch über die Runde gekommen ist, so kann man die Äußerung von Kraft[60], er sei mit dem Ergebnis zufrieden, nicht hinnehmen. Die Auffassung, die der BHE kolportiert, daß die Koalition mit ihm die Vertriebenen gewinnen würde, ist nicht richtig. Die Mehrheit der Vertriebenen ist in der Koalition gewesen, und wir brauchen nicht den BHE hinzuzunehmen.

Herr Bundeskanzler, ich möchte nicht im einzelnen darauf eingehen, ob es gut ist, den BHE in die Koalition einzubeziehen oder nicht. Ich bin der Meinung, daß er schneller stirbt, wenn er nicht in die Koalition einbezogen wird. Er bekommt dadurch ein Ansehen und eine Möglichkeit, die er in Wirklichkeit gar nicht hat. Wir haben das in Bayern gesehen. Ich glaube nicht, daß der BHE in Bayern noch so stark wäre, wenn man ihn nicht in die Koalition einbezogen hätte. Ich glaube also, daß er die vier Jahre besser überstehen wird, wenn er in die Koalition einbezogen wird.

Ob die Zweidrittelmehrheit, die wir mit dem BHE bekommen, so wichtig ist, das wage ich zu bezweifeln. Bei den Verträgen hat sich der BHE festgelegt. Er muß ja sagen, gleichgültig ob er in der Regierung ist oder nicht. Im übrigen dürfen wir auch nicht aus den Augen verlieren, daß wir über diese Zweidrittelmehrheit nicht ohne weiteres verfügen können, weil in unseren Reihen – nicht so sehr in der CDU, aber bei der FDP – sich auch Leute finden werden, die nicht mitmachen. Man kann nicht einfach alle Stimmen der Koalition zusammenzählen und sagen, wir machen jetzt ein verfassungsänderndes Gesetz. Ich glaube, daß wir da Schwierigkeiten bekommen werden, die wir wahrscheinlich nicht werden überwinden können, wie es schon die Vergangenheit gelehrt hat.

Herr Bundeskanzler, meine Stellungnahme ist die, wir müssen noch Überlegungen anstellen, ob es sich lohnt, den BHE zu nehmen oder nicht zu nehmen. Ich sage heute

---

60 Waldemar Kraft (1898–1977), 1950 Mitgründer des GB/BHE und Vorsitzender bis 1954, 1953–1961 MdB (GB/BHE, ab 1956 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 53 Anm. 32.

nicht unter allen Umständen nein, es scheint nur sehr fraglich zu sein. Aber, Herr Bundeskanzler, auf eins möchte ich hinweisen. Die Einbeziehung des BHE darf nicht auf Kosten der Vertriebenen gehen, die in der CDU sind.

Einmal konkret gesprochen möchte ich sagen, ich halte es nicht für möglich, das Vertriebenenministerium einem BHE-Mann zu geben, nachdem die Mehrheit der Vertriebenen sich gegen den BHE entschieden hat. Wir können nicht unsere ganze Politik umstürzen, die wir in der letzten Zeit begonnen haben – ich erinnere an Schreiber[61], den wir aus seiner Stellung genommen haben –, und Kräfte in das Vertriebenenministerium holen.[!]

Der Zentralverband der Vertriebenen hat sich in den vergangenen vier Jahren immer hinter die Regierung gestellt. Herr Mille(?)[62] hat Sie bis in die letzten Tage hinein angegriffen, auch wegen Ihrer Absicht zum Bundesvertriebenengesetz[63], die wir Ihnen hoch anrechnen. Das sind alles Dinge, die wir überlegen sollten. Also, wenn es notwendig ist, sollte man ihn einbeziehen, aber das Vertriebenenministerium kann man ihm nicht geben.

Adenauer: Herr Kather, halten Sie ein Bundesvertriebenenministerium nach wie vor für notwendig?

Kather: Ich ja, unbedingt, im Gegensatz zu Herrn Oberländer[64], der gesagt hat, es ist nicht wichtig, weil Kraft das Vertriebenenministerium gar nicht haben will. Der will ein klassisches Ministerium haben.

Adenauer: Das ist eine sehr wichtige Frage, die ich stelle. Halten die Herren – namentlich die Herren, die selbst Vertriebene sind – es für nötig, daß wir ein Vertriebenenministerium weiterhalten? (*Zurufe:* Die nächsten vier Jahre ja!)

Wackerzapp[65]*:* Es ist im Augenblick untunlich, das Vertriebenenministerium verschwinden zu lassen. Das würde von den Vertriebenen so ausgelegt werden, als ob für sie schon alles geschehen sei, was überhaupt geschehen konnte, so daß man einen besonderen Exponenten oder eine Wahrung ihrer Spezialinteressen in der Regierung nicht mehr brauche.

Ich möchte dringend darum bitten, es vorläufig als selbständiges Ministerium zu belassen, wie es gewesen ist. Man kann damit rechnen, daß in den weiteren vier

---

61 Dr. Ottomar Schreiber (1889–1955), 1949–1953 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene.

62 Möglicherweise Dr. Willibald Mücke (1904–1984), 1948–1949 MdPR (SPD), 1949–1953 MdB; Mücke war Vorsitzender im SPD-Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern.

63 Das Gesetz, das am 25. März 1953 vom Bundestag verabschiedet worden war (BGBl I S. 201–221), wurde in der 2. Legislaturperiode am 3. August 1954 (BGBl I S. 231) geändert.

64 Dr. Theodor Oberländer (geb. 1905), Professor für Staatswissenschaften, 1950–1953 Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Bayerischen Innenministerium, 1953–1961, 1963–1965 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann fraktionslos, seit 1956 CDU), 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

65 Oskar Wackerzapp (1883–1965), 1918–1932 Landrat, 1932–1933 Polizeipräsident im Oberschlesischen Industriebezirk, 1949–1953 MdB (CDU).

Jahren die Eingliederung der Vertriebenen sich derartig vervollkommnet hat, daß es von selbst wegen Mangels an Arbeit abgebaut wird. Aber augenblicklich würde ich dringend davon abraten, hier eine Änderung eintreten zu lassen, weil das von den Vertriebenen als Undankbarkeit empfunden werden würde.

Strauß[66]*:* Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, daß eine Alleinregierung der CDU und CSU – der Kollege Tillmanns fühlt sich geschmeichelt, weil ich Parteifreunde sage –, so verlockend sie auch wäre, nicht zu empfehlen ist, einmal aus Loyalitätsgründen gegenüber unseren bisherigen Koalitionspartnern, zum andern aber auch wegen der Erfahrungen, die wir gemacht haben.

Trotz unserer heutigen größeren Geschlossenheit denn je, die wir ohne weiteres haben, haben wir in der Fraktion in den Jahren 1950/51 Zeiten erlebt, wo wir ernste Belastungsproben gehabt haben. Ich erinnere z.B. an das Vertriebenengesetz und an Steuergesetze. Wir haben uns damals gefragt, bleibt diese Gruppe bis zum Ende geschlossen zusammen? Wir können heute feststellen, daß wir eine Geschlossenheit bekommen haben, die so zwingend ist, daß wir heute diese Frage Gott sei Dank überhaupt nicht mehr zu erheben brauchen.

Darum wäre für uns an sich die Frage der Alleinregierung diskutabel, denn wir hätten in jedem Falle, wenn nicht gerade einige von unseren Leuten krank oder sonst verhindert wären, die Mehrheit, aber es wäre politisch nicht zweckmäßig, uns mit der alleinigen Verantwortung zu belasten und die Kräfte, die nicht zusammengehören, gemeinsam in die Opposition gegen uns zu drängen.

Ich würde also dafür eintreten, daß die DP wiederum, trotz ihrer Nazimethoden, die sie zum Teil im Wahlkampf gezeigt hat[67], in die Koalition aufgenommen wird, und zwar mit dem Endziel, die DP eines Tages zu vereinnahmen durch ein entsprechendes Wahlgesetz. Das stelle ich mir noch immer als erfüllbar und zweckmäßig vor.

Ich bin nicht Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, daß ein Zweiparteiensystem in Deutschland bedeuten müsse: hier bürgerliche Partei, hier Arbeiterpartei. Es läßt sich durchaus ein Zweiparteiensystem auf lange Sicht denken – das kann man nicht von heute auf morgen herbeiführen –, das nicht mehr von soziologischen Gegensätzen getragen ist, sondern das, wie die Republikaner und Demokraten in Amerika, bei weitgehenden gemeinsamen demokratischen Grundsätzen verschiedene Akzente hat, wo aber die Republikaner mindestens 40 % Arbeitnehmer haben und die anderen 60 %.

Ich halte eine Entwicklung in der Form: hier Bürger, hier Arbeiter, für total verhängnisvoll. Aber einen Vorteil hätte ein Zweiparteiensystem. Die SPD würde entweder für dauernd aus der politischen Mitentscheidung und Mitverantwortung

66 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1949–1978 MdB, 1948–1952 Generalsekretär, 1952 stv., seit 1961 Vorsitzender der CSU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 120 Anm. 27. Die Erinnerungen. Berlin 1989.

67 Vermutlich gemeint das Werben der DP um ehemalige Nationalsozialisten, die bei Treffen der „Entnazifizierungsgeschädigten" besonders angesprochen werden sollten (vgl. MEYN S. 41–44).

ausgeschaltet werden oder sie müßte sich entschließen, ihre Struktur und ihr Gesicht grundlegend zu ändern. Die SPD würde gezwungen werden, ihre bisherige Emigranten-Oberschicht und ihre bisherige marxistische Oberschicht abzustoßen und ein neues Gesicht anzunehmen. Doch darüber kann man sich bei anderer Gelegenheit unterhalten.

Also, die DP auf alle Fälle hinein!

Bei der FDP sind die Versuche sehr groß, sie aus der Mitregierung und Mitverantwortung auszuschalten. Ich bin jedoch vernünftig genug, mir zu sagen, trotz meines vorhin im Untergrund zitierten Temperaments, (*Adenauer:* Temperament und Vernunft stehen nicht im Gegensatz!) daß wir uns von Wahlkampfressentiments freimachen müssen. Man kann nicht in der Versammlungsatmosphäre, in der sechs Wochen lang die Touren gelaufen sind, jetzt fortfahren.

Für die FDP wäre es sehr wichtig, sich über die Persönlichkeiten, die für die Regierung in Betracht kommen, klarzuwerden. Ich halte einen Herrn Dehler in Zukunft in einem Kabinett bei uns, wenn ich mich vorsichtig ausdrücke, für sehr schwer tragbar. *(Lebhafte Zustimmung.)* Einen Mann, der gegen den Landesvorsitzenden der CSU[68] und gegen den Bischof von Würzburg[69] Strafantrag gestellt hat beim Oberstaatsanwalt in Würzburg, der in Passau erklärt hat, er habe keinen Strafantrag gestellt, es sei eine infame Lüge – am gleichen Tage lag der Strafantrag bei uns in Abschrift vor –, den kann ich beinahe nicht mehr für zurechnungsfähig halten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Aber trotz alledem kann man die FDP nicht von vornherein ausschalten, aber die FDP kann uns nicht mehr, wie das in der alten Koalition der Fall war, erpressen. Das ist das Gute unserer künftigen Regierung, daß wir eine Koalition eingehen können, bei der wir uns von keinem unserer Koalitionspartner erpressen zu lassen brauchen. Die FDP hat uns in den letzten vier Jahren in verschiedenen Fällen erpreßt, zuletzt beim Wahlgesetz. Hätten wir das Wahlgesetz nach dem Scharnberg-Entwurf[70] mit der FDP durchgebracht, dann hätten wir die absolute Mehrheit ohne den BHE.

---

68 Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1946–1966 MdL Bayern (CSU), 1954–1960 Präsident des Bayerischen Landtages, 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident, 1949–1955 Vorsitzender der CSU. – Vgl. Rudolf Morsey in Fränkische Lebensbilder 12 (1986) S. 270–292. – Dehler stellte am 21. August bei der Münchener Staatsanwaltschaft Strafanzeige, weil er in Ehards Äußerung vor der CSU, Dehler führe einen hemmungslosen Kampf gegen alles, was christlich sei, den Tatbestand der üblen Nachrede erfüllt sah (FAZ vom 22. August 1953).

69 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), 1948–1957 Bischof von Würzburg, 1957–1961 von Berlin, 1961–1976 Erzbischof von München-Freising. – Der Strafantrag Dehlers beim Landgericht Würzburg richtete sich gegen die Passage in Döpfners Silvester-Predigt: „Wenn die Freie Demokratische Partei sich nicht lossagt von einem praktischen Materialismus, der das Reich Gottes nicht kennen will und nicht kennen kann, wenn sie in der Gesetzgebung über die Forderungen der Kirche in der Schulfrage hinwegsieht, dann können und dürfen die Freunde Christi sich nicht für sie entscheiden" (zit. nach FAZ vom 22. August 1953).

70 Ein Wahlrechtsentwurf Scharnbergs vom 3. Juli 1952 beruhte auf einem Dreierwahlrecht, ergänzt durch eine kleine Bundesliste (Lange S. 461). Im Jahr 1953 vertrat Scharnberg, der stv. Vorsitzender des Wahlrechtsausschusses des Bundestages (1. Sitzung am 26. März 1953)

Herr Bundeskanzler, ich habe keinen persönlichen Tick gegen Herrn Dehler, ich habe ihn im Parlament gegen den wütenden Widerstand der Sozialdemokraten in Schutz genommen, aber eine solche Rakete im Kabinett, von der man nie weiß, geht sie los, wohin geht sie los, und warum geht sie los – die Motive sind immer unbekannt –, halte ich für außerordentlich gefährlich und für sehr, sehr schwer tragbar. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das Resümee heißt also: CDU und CSU, DP und FDP mit klaren Bedingungen gegenüber der FDP. Man kann der FDP ein sehr kräftiges Wort sagen, ohne daß sie uns Vorschriften macht.

Für den BHE gibt es einen einzigen Grund, der an sich mit der Struktur des BHE gar nichts zu tun hat, um seine Aufnahme in die Koalition für zweckmäßig zu halten: das ist die berühmte Zweidrittelmehrheit. Ich glaube nicht, daß das Bundesverfassungsgericht, nachdem der Volksentscheid über den EVG-Vertrag[71] nunmehr stattgefunden hat, es wagen wird, eine Entscheidung im negativen Sinne zu fällen. Wir haben durchaus jetzt die Wahrscheinlichkeit, daß sich das Bundesverfassungsgericht mit dem non liquet begnügen wird. Gegen das Wahlergebnis kann kein Bundesverfassungsgericht entscheiden. (*Lenz*[72]*:* Sehr zweifelhaft!) Der BHE hat jedes Recht verloren, sich als die Vertretung der Heimatvertriebenen zu bezeichnen. Von Bayern aus schickt der BHE in den Bundestag an echten Heimatvertriebenen vier Abgeordnete, im großzügigen Sinne des Wortes vielleicht sechs.[73] Die CSU schickt acht Vertriebene diesmal in den Bundestag.[74] Wir haben kein Interesse daran, den BHE in irgendeine Regierungsposition zu drängen, in der er etwa wichtig werden könnte.

Man muß sich überlegen, wie bekommen wir den BHE eher kaputt, in der Mitverantwortung oder in der Ausschließung. In Bayern hat er die Mitverantwortung. Eine Zeitlang hatte er einen guten Auftrieb erhalten durch die Staatssekretäre im Flüchtlingsministerium und im Wirtschaftsministerium[75], die mit einer rücksichtslosen Ausnutzung ihrer Position Parteifreunde in Stellen hineingebracht haben, wodurch sie den BHE unentbehrlich haben erscheinen lassen. Man könnte es bei der heutigen Situation im Bundestag für zweckmäßig ansehen, den BHE ausschließlich als Quantité

---

war, den Regierungsentwurf, der ein mehrheitsbildendes Wahlrecht vorsah. Zur Diskussion EBD. S. 552–563; Sten.Ber. 1.WP Bd.16 S. 13459f., 13463, 13466; vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 531ff.

71 Gemeint ist der Ausgang der Bundestagswahl.

72 Dr. Otto Lenz (1903–1957), 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 50 Anm. 26; LENZ.

73 Theodor Oberländer (Ostpreußen), Willi Reichstein (Schlesien), Wilfried Keller (Sudetenland), Paul Sornik (Oberschlesien), Otto Klötzer (Sudetenland), Johannes Strosche (Sudetenland).

74 Walter Rinke (Oberschlesien), Gerhard Wacher (Sudetenland), Georg Graf Henckel von Donnersmarck (Schlesien), Edmund Leukert (Sudetenland), Georg Baron Manteuffel-Szoege (Baltikum bzw. Ostpolen), Hans Schütz (Sudetenland), Anton Miller (Sowjetzone).

75 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium war Dr. Willi Guthsmuths, Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Innenministerium Theodor Oberländer (vgl. Anm. 64).

négligeable zu betrachten. Der BHE hat sich bei den außenpolitischen Verträgen festgelegt. Der BHE ist ein politischer Händler, der sich meistbietend verkauft. Wir werden uns jedem anschließen, der uns das meiste bietet – hat Kraft erklärt. Darum ist seine „Richtung" festgelegt.

Wir würden dem BHE, wenn wir ihn in die Koalition hineinnähmen und ihm ein Flüchtlingsministerium oder ein klassisches Ministerium gäben, wiederum zu einem Machtfaktor machen, der er nicht sein kann und darf. Ich würde daher als Minimum vorschlagen, daß sich der BHE unterschriftlich verpflichten muß, bevor man in ernsthafte Koalitionsverhandlungen mit ihm eintritt, das Ja zu einer notwendigen Verfassungsänderung von vornherein abzugeben. Daß sich der BHE an der Regierung beteiligt und dann eines Tages erklärt, wir sind nicht gebunden an unsere ehemalige Einstellung, das kommt gar nicht in Frage.

Ich habe in Bayern erlebt, daß die Redner des BHE sich ganz klar gegen Ihre Europapolitik ausgesprochen haben mit einer Schärfe, wie ich sie nicht einmal bei der Sozialdemokratie erlebt habe. Der BHE hat auf diesem Gebiete keine Gesinnung. Er handelt rein nach Zweckmäßigkeitsgründen.

Ich möchte zusammenfassen: CDU und CSU, DP und FDP mit Kautelen, BHE nur, wenn es unbedingt notwendig sein sollte, am liebsten sähe ich, wenn wir den BHE kaputtmachten, ihn als Quantité négligeable behandelten und mit der SPD in die Opposition brächten.

Das Flüchtlingsministerium ist auf die Dauer nicht notwendig. Eines Tages muß der Begriff Flüchtling oder Heimatvertriebener bei uns aufhören. Ich hielte es aber psychologisch für falsch, in den nächsten vier Jahren dieses Ministerium aufzuheben etwa aus Verwaltungs- oder Ersparnisgründen, weil man dann sagen würde, kaum haben sie die Mehrheit und schon treten sie die Bevölkerungskreise mit Füßen, die sie gewählt haben. Die Einbußen, die wir durch die Aufhebung des Flüchtlingsministeriums erlitten, wären viel größer als die Vorteile, die durch Einsparungen erreicht würden. Darum halte ich es für richtig, dieses Ministerium in den kommenden vier Jahren unter allen Umständen beizubehalten. Dann können wir uns nach vier Jahren überlegen, ob hierfür eine Notwendigkeit besteht oder nicht. Die Aufhebung dieses Ministeriums würde sich gerade bei den ehemaligen Bevölkerungsteilen von der Tschechoslowakei und den ehemaligen Zentrumsleuten aus Schlesien, die wir in unsere Partei hineinbekommen wollen, schlecht auswirken.

Die SPD bekäme dadurch einen starken Agitationsstoff. Auch was die Aushandlung der verschiedenen Posten anbetrifft, so werden wir froh sein, ein solches Ministerium zu haben, um damit ein Toleranzpolster für Ihre Pläne zu schaffen.

Dichtel[76]: Ich würde es für guthalten, mit den beiden Partnern zusammenzugehen. Es ist immer eine eigene Sache, wenn man auf einige Stimmen angewiesen ist und man nicht weiß, ob sie da sind oder nicht. Ich würde also der Konzeption des Herrn

76 Anton Dichtel (1901–1978), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 18.

Bundeskanzlers beitreten. Weiter trete ich unter allen Umständen dafür ein, daß ein Flüchtlingsministerium beibehalten wird. Ich halte es für gefährlich, wenn wir jetzt beginnen, diese moralische Belastung auf uns zu nehmen. Was in drei oder vier Jahren ist, das ist eine andere Frage. Schon aus unserem sozialen Verantwortungsgefühl gegenüber den Flüchtlingen ist die Beibehaltung des Flüchtlingsministeriums notwendig.

Zum BHE wären wir der Meinung, er sollte nicht aufgenommen werden. Wir haben mit ihm nicht die besten Erfahrungen gemacht. Zu der Frage, darf der BHE das Flüchtlingsministerium – falls er einbezogen wird – bekommen, sind wir der Auffassung, damit würden wir unseren Flüchtlingen wirklich Unrecht tun. Unsere Flüchtlinge von Südbaden haben dringend darum gebeten, wenn der BHE in die Regierung kommt, möge man ihm unter keinen Umständen das Flüchtlingsministerium geben.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, wenn der BHE mit sich reden läßt und billig zu haben ist. – Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler diese Bemerkung nicht ohne Grund gemacht hat. Vielleicht hat eine Fühlung stattgefunden. Kann uns der Herr Bundeskanzler sagen, an welchen Preis er ungefähr gedacht hat, zu dem eine Einigung möglich ist? Ich bin gewohnt, wenn der Herr Bundeskanzler solche Dinge ausspricht, daß er den einen oder anderen Schritt schon gegangen ist. Vielleicht können wir darüber etwas hören.

Also, Herr Bundeskanzler, wenn Ihre These zutrifft, daß der BHE billig gekauft werden kann, würde ich der Meinung sein, dann nehmen wir ihn, um auf alle Fälle auf dem Gebiete der Außenpolitik absolut sicher zu sein.

Noch ein Wort zum DGB.

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Dichtel, wenn ich unterbreche. Wollen wir den DGB nicht für sich nehmen?

Ich möchte ausdrücklich erklären, daß ich weder mit der FDP noch mit der Deutschen Partei noch mit dem BHE noch mit der SPD irgendeine Fühlung aufgenommen habe. (*Zuruf:* Auch nicht mit der KPD?[77]) Die ist nicht mehr da, sonst hätte ich das vielleicht getan! *(Heiterkeit.)*

Ehlers: Ich würde zur Frage des Vertriebenenministeriums sagen, wir sollten gerade im Augenblick nicht darauf verzichten, dieses Ministerium aufrechtzuerhalten. Gerade die Tatsache, daß Herr Kraft erklärt hat, er interessiere sich selbst nicht dafür, ist ja der beste Beweis dafür, daß er Angst hat, es übernehmen zu müssen, um dann das deutlich zu machen und in die Praxis umzusetzen, was er im Wahlkampf behauptet hat, das Lastenausgleichsgesetz[78] sei ein jämmerliches Machwerk. Diese Angst sollte man ihm nicht nehmen, wenn er überhaupt in Frage kommt.

---

77 Die KPD hatte bei 2,2 % der Stimmen kein Bundestagsmandat erreicht.

78 In Kraft getreten am 1. September 1952 (BGBl I S. 445; Reinhold SCHILLINGER: Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985).

Im übrigen darf man darauf hinweisen – und ich glaube, insofern Herrn Kather widersprechen zu müssen –, daß eine solche Interessentenpartei wie der BHE sich in der Verantwortung am schnellsten abnutzt. Wir haben das Beispiel, daß in dem Land, wo wir am meisten Vertriebene haben, in Schleswig-Holstein, 14 Abgeordnete von uns gewählt wurden, unter denen kein Vertriebener ist, wenn ich recht weiß. (*Zuruf:* Brookmann![79]) Brookmann gilt nicht im eigentlichen Sinne in Kiel als Vertriebener, sondern als Einwohner honoris causa. (*Zuruf:* Von Hassel![80]) Die werden nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern nur als Mitglieder bestimmter Funktionärsgruppen. Daß der BHE von 23 % vor der Landtagswahl[81] auf 11 % heruntergegangen ist und nur noch 150.000 Stimmen zusammengebracht hat, ist der beste Beweis dafür, daß man sich abnutzt in dieser Weise. Im übrigen ist dort genau das gleiche geschehen, was Herr Strauß für Bayern erklärt hat, daß man die einzige Möglichkeit dort darin gesehen hat, in einer unerhört rücksichtslosen Weise eine Personalpolitik zu betreiben, um ganz bestimmte Männer in bestimmte Positionen hineinzubringen. Ich nenne nur das Justizministerium mit der Arbeit von Herrn Ahrens[82]. Das müßte von vornherein abgefangen werden. Ich würde es für richtig halten, daß man den Versuch macht, den BHE mit in die Verantwortung hineinzunehmen.

Ich habe als erste Stellungnahme von der Deutschen Partei die von Herrn von Merkatz[83] bekommen in der Nacht vom Sonntag zum Montag, indem er mir gesagt hat, daß nun der Augenblick gekommen sei, wo die großen Regierungsparteien der Regierungskoalition sich überlegen müßten, ob ihre Selbständigkeit nicht endlich aufgegeben werden müsse. Das wird für die FDP nicht gelten, aber von Merkatz ist klug genug, um zu sehen, daß bei der Deutschen Partei dieser Augenblick herangekommen ist. Die Deutsche Partei ist mit ihrem Versuch, außerhalb Niedersachsens etwas zu werden, hundertprozentig gescheitert.[84] Sie ist in Niedersachsen gescheitert, weil sie den Versuch gemacht hat, außerhalb Niedersachsens etwas zu werden. Wenn wir den Herren Hellwege[85], von Merkatz und Seebohm[86] nicht geholfen, sondern

79 Walter Brookmann (1901–1957), 1927–1931 Generalsekretär der DVP, 1946–1949 der CDU in Schleswig-Holstein, 1949–1957 MdB.

80 Kai-Uwe von Hassel (geb. 1913), 1953–1954 und 1965–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 477 Anm. 14; JENNINGER S. 347–352.

81 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 9. Juli 1950 hatte der BHE noch 23,4 % erreicht; bei der Bundestagswahl 1953 waren es 11,6 % und 157.100 Stimmen.

82 In der Vorlage: Arend. – Hermann Ahrens (1902–1975), 1951–1963 MdL Niedersachsen (GB/BHE), 1951–1959 Wirtschaftsminister in Niedersachsen, 1959–1963 stv. Ministerpräsident.

83 Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1949–1969 MdB (DP, ab 1960 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 603 Anm. 44.

84 Die DP hatte in Niedersachsen 11,9 %, in Hamburg 5,9 % und in Bremen 17,0 % der Zweitstimmen erreicht, in den andern Ländern blieb sie weit unter 5 %.

85 Heinrich Peter Hellwege (geb. 1908), 1949–1955 MdB (DP) und Minister für Angelegenheiten des Bundesrates. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 52 Anm. 29.

86 Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 598 Anm. 36.

die vorgesehenen Kandidaten aufgestellt hätten, dann wäre nicht ein einziger ihrer Kandidaten in den Bundestag hineingekommen.

Nachdem wir dieses nun feststellen können, kann man doch sagen, wir werden uns in Niedersachsen darum bemühen, daß wir diese Organisation so schnell wie möglich zu Ende bringen. Die Lage ist so, daß wir in den alteingesessenen welfischen Wahlkreisen wie Lüneburg-Dannenberg[87] und Celle eine klare CDU-Mehrheit haben gegenüber der DP, von anderen ganz zu schweigen, so daß wir jeden Anlaß haben, in der Richtung zu helfen, daß dieser Partei, die zunächst über Gebühr hinausgehende Ansprüche gestellt hat, ein Ende bereitet wird. In Braunschweig hat sie sich unter der Propaganda vorgestellt: Wählt nur die großen Parteien! Das hat man in Niedersachsen dann auch getan. *(Heiterkeit.)* Ich darf zu Ihrer Information sagen, ich habe mir einen Überblick über den Anteil der evangelischen Abgeordneten verschafft. Ich glaube, es ist zur Unterstützung der Arbeit in den evangelischen Kreisen gut, diese Zahl zu nennen. Dem neuen Bundestag werden in der CDU-Fraktion 89 evangelische Abgeordnete angehören. Das ist eine genaue Verdoppelung gegenüber dem bisherigen Zustand. *(Bravo-Rufe.)*

Adenauer: Darf ich einige Worte zu dem Thema sagen. Es erschien mir notwendig, die Frage gerade an die Vertreter der Vertriebenen zu stellen, ob sie ein solches Ministerium noch weiter für nötig halten. Es war mir nur eine klare Stellungnahme erwünscht. Ich verstehe auch den Herrn Kollegen Dichtel mit seiner Frage. Er möchte gerne wissen, ob ich schon verhandelt hätte und wie. Ich lese nämlich hier in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von heute in einem Artikel von „United Press":

„Der Vorsitzende der bisherigen Fraktion der Union im Bundestag, von Brentano, hat am Mittwoch vor der Auslandspresse in Bonn angekündigt, der Block werde zur Mitwirkung in der neuen Bundesregierung aufgefordert."

Ich habe mit Herrn von Brentano am Montag über diese Frage gesprochen. Ich habe ihm aber dasselbe gesagt, was ich hier auch gesagt habe. Ich bin mir noch nicht klar über diese ganze Frage, und ich möchte nochmals betonen, was ich eben gesagt habe, Herr Dichtel. Ich habe weder direkt noch indirekt irgendeine Fühlungnahme mit dem BHE gehabt, wie ich mich überhaupt auf den Standpunkt gestellt habe, daß ich erst einmal diese Aussprache abwarten wollte, um mir ein Bild über die entscheidende und grundlegende Frage machen zu können, wie die Partei darüber denkt.

Es steht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"[88] ein ausführlicher Artikel darüber, daß der BHE durch seine Mitwirkung in den Regierungen von Baden-Württemberg und Niedersachsen auch entscheidend sei für eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat. Ich möchte das hier nur erwähnen.

---

87 In Lüneburg-Dannenberg hatte die CDU 30,9 %, die DP 19,0 % erreicht, in Celle 30,8 % gegenüber nur 14,0 %.

88 FAZ vom 10. September 1953: „Wird der Block vierter Koalitionspartner?" – Die Mitteilung über von Brentano stand unter der Überschrift „Brentano: Die Aufforderung wird ergehen".

Schäffer[89]*:* Darf ich auf die Vergangenheit zurückkommen! Wir haben in der Vergangenheit drei FDP-Minister[90] im Kabinett gehabt. Wir haben doch erlebt, daß die FDP in sehr wichtigen Fragen sich um Kabinettsbeschlüsse nicht gekümmert hat, sondern vollkommen eigene Touren gegangen ist. Wenn ich eine Koalition bilde, dann ist der Sinn doch der, daß ich die Fraktion beeinflusse. Wenn wir also eine Koalition bilden, ist es nach meiner Überzeugung notwendig, zur Bedingung zu machen, daß sich die Kabinettsmitglieder verpflichten, Kabinettsbeschlüsse in den Fraktionen mit allem Gewicht zu vertreten. Geschieht das nicht, dann haben wir künftig die Möglichkeit zu sagen, dann legen wir auf eure Beteiligung keinen Wert. Ich glaube, das müssen wir etwas schärfer den Koalitionspartnern sagen, als wir das bisher getan haben.

Adenauer: Ich halte diesen Hinweis des Kollegen Schäffer für sehr richtig und für sehr zutreffend. Es gilt natürlich für alle Minister, wenn das Kabinett mit Stimmenmehrheit einen Beschluß gefaßt hat. Wir haben bisher im Kabinett versucht, einstimmige Beschlüsse zu fassen, äußerstenfalls hatten wir ganz geringe Minderheiten. Wenn nun einmal, verehrter Herr Kollege Schäffer, das Kabinett einen Beschluß gefaßt hat, dann müssen alle Kabinettsmitglieder – Herr Erhard[91] sieht mich auch so an – (*Erhard:* Selbstverständlich! – *Heiterkeit*) – diesen Beschluß in ihrer Fraktion vertreten.

Nun darf ich im Anschluß daran einen Gedanken hier aussprechen, den ich mit diesem oder jenem Herrn besprochen habe. Wir sind hier zu 68. Nun stellen Sie sich bitte vor 250 Menschen in einer Fraktion! (*Zurufe:* Ein Parlament für sich. – Ein mittelgroßes Parlament. – Das wird schwierig! – *Unruhe.*) Und hier sind es doch auserlesene und geschulte Parlamentarier oder politisch versierte Leute. Das kann man nicht von jedem Bundestagsmitglied ohne weiteres sagen, daß er das ist. Dann ist doch der Gedanke sehr zu überlegen, ob wir nicht einige Minister schaffen sollen, die keinen besonderen Geschäftsbereich haben, die aber die Aufgabe haben, die Verbindung zwischen dem Kabinett und den Fraktionen, insbesondere mit unserer Fraktion, dauernd herzustellen; denn die Kabinettsmitglieder können nicht in alle Fraktionssitzungen kommen. Es muß aber die dauernde Fühlungnahme zwischen dem Kabinett und einer so großen Fraktion, wie wir sie haben, unbedingt gewährleistet sein.

---

89 Fritz Schäffer (1888–1967), 1949–1961 MdB (CSU), 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister. Vgl. Otto ALTENDORFER: Fritz Schäffer – Politik in schwierigen Zeiten. In: POLITISCHE STUDIEN 39 (1988) S. 305–322; Rudolf VOGEL: Erinnerungen an Fritz Schäffer in: ABGEORDNETE 4 S. 237–261.

90 Franz Blücher (Stellvertreter des Bundeskanzlers, Minister für Angelegenheiten des Marshallplans), Thomas Dehler (Justiz), Eberhard Wildermuth bzw. Fritz Neumayer (Wohnungsbau).

91 Professor Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), 1949–1977 MdB, 1949–1963 Wirtschaftsminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 7; LAITENBERGER.

Bausch: Ich möchte das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, nachdrücklich unterstreichen. Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler damit auf einen Vorschlag zurückkommt, den ich der Fraktion schon vor vier Jahren gemacht habe.

Zur Regierungsbildung möchte ich zunächst die Frage stellen, welche der in Frage kommenden Gruppen wird voraussichtlich ein zuverlässiger Koalitionspartner sein; nach den Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, werden die Dinge so liegen, daß die DP am zuverlässigsten und solidesten sein wird, was die Praxis in der Koalition anbelangt. Jedenfalls hat sich die DP in den letzten Wochen und Monaten grundanständig verhalten. (*Albers*[92]*:* Aber nicht alle Minister!) In kritischen Fällen war die DP bei uns, besonders in den Fällen, in denen die FDP in alle Winde auseinanderflog und gegen uns interveniert hat. Daran muß man denken. Wenn wir die DP bei uns haben, dann haben wir eine starke Position, dann sind die anderen mehr oder weniger entbehrlich. Deshalb wäre ich dafür, daß wir die DP gut behandeln.

Was die FDP anbelangt, so wissen wir nicht, wie die Situation bei ihr ist. Da sitzt der Reinhold Maier[93] drin, der der Todfeind des Herrn Bundeskanzlers ist. (*Zuruf:* Der bessert sich!) Der wird sich nie bessern! (*Adenauer:* Innerlich nicht! – *(Heiterkeit.)* Wir haben unsere Erfahrungen gemacht. (*Adenauer:* Ich auch!) Bei uns gibt es niemand mehr, der Illusionen hat in bezug auf die Änderungsfähigkeit des Herrn Maier. (*Kiesinger:* Doch! Doch!) Warten wir die Klärung bei der FDP ab. Es ist einfach so, ein Flügel will nach rechts und der andere will nach links.

Zum BHE ist zu sagen, daß ich mir im Wahlkampf bewußt geworden bin, daß ein beträchtlicher Teil der Heimatvertriebenen sich zu dem Standpunkt durchgerungen hat, wir müssen zuerst Deutsche und dann Heimatvertriebene sein. Ich glaube, daß die Mehrheit der Heimatvertriebenen heute bereit ist, diesen Standpunkt in erster Linie einzunehmen. Wir müssen ernsthaft fortfahren, mit einer guten Haltung um die Seelen der Heimatvertriebenen zu ringen. Sie sind bereit, zu uns zu kommen.

Es entsteht nun die Frage: Wie wird der BHE auf die richtige Weise in die Mühle hineingetragen? An sich ist der BHE so überflüssig wie Wasser im Schuh. Ich möchte mich der Auffassung anschließen, daß der BHE am besten verbraucht werden kann, wenn er in die Regierung hineinkommt und die Möglichkeit hat, sich in der Anwendung und Ausführung des Lastenausgleichsgesetzes zu bewähren. Das ist die richtige Aufgabe für den Herrn Kraft, und die Bedingung Nr. 1 lautet: er muß das Flüchtlingsministerium übernehmen; (*Zurufe:* Nein! – Widerspruch) 2. dürfen die finanziellen Forderungen nicht zu groß sein, Herr Schäffer, darauf müssen Sie bestehen.

---

92 Johannes Albers (1890–1963), 1949–1957 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 14 Anm. 1.

93 Reinhold Maier (1889–1971), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1945–1953 Ministerpräsident, 1953–1956 und 1957–1959 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 21; Paul SAUER: In stürmischer Zeit. Lebensbild des Menschen und Politikers Reinhold Maier (1889–1971). Stuttgart 1989; Klaus-Jürgen MATZ: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.

Dann muß klar sein, daß der BHE mit dem Eintritt in die Regierung seine Posten aus den Regierungen in Stuttgart und Niedersachsen abkommandiert. Dann haben wir dem Reinhold Maier den Stuhl unter dem Hinterteil weggezogen. Daß der BHE in der Bundesregierung sitzt und in Stuttgart bei den Sozialdemokraten, das darf nicht in Frage kommen; 3. muß er schriftlich seine Bereitschaft zu verfassungsändernden Gesetzen erklären.

Arndgen[94]*:* Ich bin mit dem Bundeskanzler im Grundsatz einig, daß er versuchen muß, mit den anderen Parteien eine Koalition zu schaffen. Aber es wird die Frage entstehen, ob die Koalitionsparteien wollen. Wenn das Wahlergebnis analysiert wird, müssen wir feststellen, daß die SPD an Stimmen zugenommen hat. Wir haben der SPD kaum Stimmen weggenommen nach den Zahlenergebnissen. Die SPD hat rund eine Million Stimmen gewonnen. (*Lebhafte Unruhe. – Zuruf:* Wissen wir längst!) Verloren haben die FDP und die DP. Es fragt sich: Bleiben wir länger mit diesen Parteien in Verbindung. Nun könnte sich bei der FDP und bei der DP die Meinung durchsetzen: Es ist besser, wenn wir jetzt einmal vier Jahre lang in die Opposition gehen, um uns zu erhalten. *(Anhaltende Unruhe und Widerspruch.)* Ja, meine Damen und Herren, das sind eben Dinge, die müssen überlegt werden, ob nicht von dort aus uns eine Absage erteilt wird. Ich bin bestimmt der Meinung, daß sie versuchen werden, in ihrer Partei die Meinung durchzusetzen, wir müssen außerhalb der Regierung bleiben, wenn wir weiterhin irgendwie eine selbständige Partei bleiben wollen.

Kiesinger: Ich bin vollkommen anderer Auffassung als Freund Arndgen in diesem Punkt. Ich bin überzeugt, daß die Dinge zwangsläufig dahin laufen werden, daß die bisherige Koalition zusammengeht.

Ich möchte, obwohl es vielleicht nicht überaktuell ist, die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um an die Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers anzuknüpfen, daß wir damit rechnen müssen, daß wir ein zweites Mal vielleicht eine so große Chance nicht haben werden. Aber, Herr Bundeskanzler, zur gleichen Zeit darf ich Ihnen sagen, daß nach allen unseren Erfahrungen – Sie haben es besonders erwähnt, daß die junge Generation zu uns gekommen ist – diese vier Millionen Neuwähler im Jahre 1957 wieder zu uns kommen werden, wenn wir nicht von allen guten Geistern verlassen sind.

Wenn ich mir erlauben darf, einen Blick vorauszuwerfen, dann ist uns die große Aufgabe zugewiesen, in den kommenden vier Jahren schon die Reihen des Marxismus in diesem Land mit Stumpf und Stiel auszurotten. Das heißt nicht, daß wir eine kleinliche dumme Vernichtungspropaganda gegen die SPD führen werden. Die SPD hat aber schon einmal in ihrer Geschichte eine Schwenkung um 180 Grad vollziehen müssen, damals als die Revisionisten aus der Kommunistischen Partei eine demokratische Partei mit halbmarxistischer Substanz machten, bis zu den Revisionisten um

94 Josef Arndgen (1894–1966), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 268 Anm. 23.

die Jahrhundertwende.[95] (*Adenauer:* Die ersten Christen waren auch Kommunisten!) Herr Bundeskanzler, sagen wir Vollmarxisten. Wir können diese Partei durchaus zwingen, noch einmal eine solche Schwenkung zu vollziehen. Diese Aufgabe, die eine vollkommene Änderung der politischen Substanz in Deutschland bedeuten kann, ist außerordentlich wichtig. Ich bin von dem absoluten Optimismus erfüllt, daß wir in den kommenden vier Jahren die Grundlage dazu schaffen werden.

Adenauer: Herr Kollege Kiesinger ist schon übergegangen zu dem Punkt: SPD. Ich möchte zu seinen Ausführungen noch etwas sagen. Ich bin vorsichtiger als Sie, Herr Kiesinger, in der Prognose für die kommende Bundestagswahl. Auch schon bei dieser Bundestagswahl habe ich aus Prinzip immer vorher gesagt: Seid nicht so optimistisch! Denn wenn man so optimistisch ist, dann erlahmt der Eifer. Es gehört nun zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, auch in der Politik, daß man den Gewinn sehen muß. Deswegen darf man nicht so optimistisch sein. Ich glaube, wir haben noch keine Veranlassung, Herr Kiesinger, so optimistisch zu sein. Seien wir uns darüber klar, wodurch wir einen so überragenden Erfolg erzielt haben. Im wesentlichen aus zwei Gründen: Der eine Grund war der, daß die ganze wirtschaftliche Lage in diesen vier Jahren einen so entscheidenden und sichtbaren Fortschritt gemacht hat, daß das gar nicht aus der Welt wegzudiskutieren war.

Aber seien Sie sich auch darüber klar, daß in den kommenden vier Jahren ein derartiger Fortschritt nach menschlichem Ermessen gar nicht mehr möglich ist. (*Kiesinger:* Doch!) Nein, Herr Kiesinger, es hört doch einmal auf! Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Vergessen Sie auch nie, daß unser ganzer wirtschaftlicher Aufstieg auf dem Unterschied gegenüber der großen Not beruht, in der wir alle gelebt haben, und daß wir immer konkurrenzfähig bleiben müssen mit dem Ausland und daß alles seine Grenzen hat. Ich resümiere so, wenn ich auch an einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg glaube – und wir müssen selbstverständlich alles tun, um in der bisherigen Linie fortzufahren –, so glaube ich nicht, daß der Unterschied in der wirtschaftlichen Lage im Jahre 1957 gegen 1953 derart sichtbar frappant ist wie im Jahre 1953 gegenüber 1949.

Das gleiche gilt für die Außenpolitik. Die außenpolitische Lage im Jahre 1949 gegenüber der im Jahre 1953 ist – ähnlich wie auf wirtschaftlichem Gebiete – so verschieden voneinander, daß das doch den allermeisten Leuten einleuchtete und sie dementsprechend auch gewählt haben. Ich hoffe ja, daß es gelingen wird, in den kommenden vier Jahren die Wiedervereinigung herbeizuführen; ich hoffe, daß es gelingen wird, Europa zu schaffen in den vier Jahren. Dann werden wir natürlich

95 Vermutlich Anspielung auf das Erfurter Programm von 1891, das radikale Theorie mit reformerischer Praxis verband. Der sog. Revisionismusstreit erhielt seine theoretische Begründung durch Eduard Bernstein, der Zweifel an den Marxschen Zukunftsprognosen anmeldete und deshalb die SPD als „demokratisch-sozialistische Reformpartei" verstanden wissen wollte. Auf den Parteitagen, zuletzt 1903, wurde der Revisionismus Bernsteins verurteilt. Vgl. Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1983. Bonn 6. Aufl. 1988 S. 52–72.

darauf hinweisen können. Aber wenn nach der Wiedervereinigung Deutschlands – wenn sie etwa im Jahre 1955 kommt, worauf ich tippen möchte – und wenn nach der Schaffung Europas bis zum Jahre 1957 zwei Jahre vorüber sein werden, dann ist doch – verzeihen Sie den harten Ausdruck, wenn ich ihn gebrauche – der Knalleffekt auch nicht mehr da.

Deswegen sollten wir uns nach meiner Meinung von vornherein darauf einstellen. Wir müsssen auch damit rechnen, daß wir im Jahre 1957 nicht eine so glänzende Ausgangsposition wie im Jahre 1953 haben werden. Es kann auch sein, daß die Sozialdemokratie in den nächsten vier Jahren sich klüger benimmt im Parlament, als sie sich bisher benommen hat. Sie hat sich doch denkbar dumm benommen. Das leuchtet jedem ein. Ich stimme im Grundsatz mit Herrn Kiesinger überein. Wir sind überzeugt davon, wenn wir gut arbeiten, werden wir die Wahl im Jahre 1957 auch gewinnen, aber wir können nicht damit rechnen, daß wir im Jahre 1957 einen solch eminenten Erfolg haben, daß wir sagen können: Was wollt ihr anderen Parteien eigentlich, wir machen doch die ganze Sache!

Kiesinger: Zur Berichtigung einige Worte! Ich habe gedacht, daß von uns aus nun die Kraft ausgehen könnte, auch auf die anderen Parteien innerlich umgestaltend einzuwirken, z.B. auch auf die SPD, damit auch in der SPD sich die vernünftigen Elemente durchsetzen können und nicht jene verhängnisvollen Kräfte, die Sie, Herr Bundeskanzler, selbst erwähnt haben.

Ich bin auch der Meinung, wir sollten sehr vorsichtig sein mit einer Vorausschau über die Position unserer Partei im Jahre 1957, aber es könnte bis dahin das ganze politische Leben in unserem Volk sehr wesentlich anders aussehen, wenn wir richtig arbeiten und vor allem, wenn es uns gelingt, die junge Generation, die vier Millionen Neuwähler, im wesentlichen auf unsere Seite zu bringen.

Ehlers: Zur Frage der Wahl im Jahre 1957 sollten wir uns noch nicht so viele Gedanken machen, Herr Bundeskanzler. Wenn die Wiedervereinigung im Jahre 1955 käme – wir wollen einmal dieses Wort aufnehmen –, dann wählen wir im Jahre 1957 keinen Bundestag, sondern ein Gesamtparlament. Etwas Besseres könnte überhaupt nicht geschehen. Sich darüber Gedanken zu machen, scheint mir nicht so sehr zweckmäßig zu sein.

Ich möchte nur zwei Dinge sagen. Ich glaube, darüber besteht Einmütigkeit, daß dieses Wahlergebnis eine Verpflichtung zu einem Höchstmaß des sozialen Handelns bedeutet. Das ist der entsprechende Gegenschlag gegen den Sozialismus. Die Sozialdemokratie hat uns immer gesagt – diesmal angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ohne Erfolg –, die Armen seien immer ärmer geworden. Wir haben die Aufgabe – und das ist nun wirklich auch zu stützen auf den ungeheuren Anteil, den die Arbeitnehmerstimmen in der CDU in diesem Wahlkampf geleistet haben –, nun das, was in dem ersten Wahlprogramm steht – so sozial wie möglich – zu verstärken und zu konkretisieren, daß man es in der Tat sieht, d.h. im Wohnungsbau, in der Familienfürsorge, im Familienausgleich usw. Alle diese Dinge müssen mit aller Kraft angefaßt werden!

Der zweite Vorstoß muß sich gegen die Sozialdemokratie richten, die angefangen hat zu behaupten, daß sie die Partei der deutschen Wiedervereinigung sei. Das muß abgefangen werden. Sie hat es furchtbar ungeschickt angefangen. Ich glaube, daß uns die Erklärung[96] von Erler und Eichler Hunderttausende von Stimmen gebracht hat. Wenn sie weiter so ungeschickt produzieren, kann es uns recht sein. Aber wir sollten jedes Gewicht auf diese Frage legen, nicht nur in der Propaganda, sondern auch in der tatsächlichen Verwirklichung.

Herr Bundeskanzler, wir sind unter uns, um uns gegenseitig etwas Kritisches zu sagen. Ich halte es für wichtig, daß wir zum Thema Wiedervereinigung die Vokabel „Befreiung" aus unseren Reden ausschalten. Ich verstehe völlig, wie Sie es gemeint und was Sie verstanden haben. Wir haben es alle in dieser Form gebraucht und haben alle gesagt, es geht uns darum, daß wir die Brüder im Osten aus den Lebensformen herausholen, in denen sie heute leben müssen. Aber das Wort Befreiung hat nach innen und insbesondere nach außen einen militanten Klang, so daß ich glücklich wäre, wenn wir dieses Wort etwas zurücktreten ließen und so intensiv von der Wiedervereinigung reden würden, daß sie für uns in keinem Augenblick darin bestehen kann, mit Pankow ein Kompaniegeschäft [!] zu machen. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Ich glaube aber, wir sollten in den Vokabeln sehr vorsichtig sein, weil uns aus der kleinsten Nuance Schwierigkeiten gemacht werden in der Erörterung und Stellungnahme im In- und Auslande, die wir uns einfach nicht zu leisten brauchen. Dazu ist unsere Position zu stark geworden.

Adenauer: Das Wort habe ich einmal gebraucht, ein einziges Mal, und zwar deswegen, weil mir von verschiedenen Freunden immer wieder nahegelegt wurde, es zu gebrauchen. Das Ergebnis war folgendes: Vom Inland habe ich nichts gemerkt, aber von Frankreich her. Es ist dem Herrn François-Poncet[97] von Herrn Staatssekretär Hallstein[98] sehr gründlich die Meinung darüber gesagt worden, daß sich die Franzosen darüber verletzt fühlten.

Aber Sie haben vollkommen recht. Ich habe heute morgen hier über das amerikanische Radio gesprochen. Da wünschte man das Wort Befreiung zu hören. Ich habe gesagt: Nein ich spreche nicht von Befreiung, ich spreche von der Wiedervereinigung. Wir haben nicht nur Rücksicht zu nehmen auf die Vereinigten Staaten, wir haben auch Rücksicht zu nehmen auf Frankreich.

Kaiser: Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, zwei Dinge, die in der Debatte angesprochen worden sind, in seinen Verhandlungen mit den anderen Parteien zu beachten. Was Arndgen gesagt hat, muß beachtet werden. Wir wissen nicht, wie sich die FDP bei ihren Überlegungen morgen entscheiden wird.

---

96 Vgl. Anm. 36.

97 André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat; 1949–1955 französischer Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 58 Anm. 18.

98 Professor Dr. Walter Hallstein (1901–1982), 1951–1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 59 Anm. 21.

Ich möchte weiter wünschen, Herr Bundeskanzler, daß Sie bei Ihren Verhandlungen eine Haltung einnehmen, als wenn wir auch gewillt wären, allein die Verantwortung und die Führung der deutschen Politik zu übernehmen. Das andere wird sich von selbst ergeben. Ich bin realistisch genug zu wissen, daß wir aus den Gründen, die Sie gesagt haben, bereit sein müssen, mit unseren beiden Partnern die deutsche Politik weiter zu führen. Aber bei dem großen Erfolg, den wir erreicht haben, können wir eine Grundhaltung einnehmen, daß wir auch in der Lage und gewillt sind, die deutsche Politik eventuell allein zu führen.

Ich möchte bitten, daß das mitbeachtet wird, was Arndgen gesagt hat, da ich in Sorge bin, daß es bei der SPD hin- und hergehen wird bei den Überlegungen, wie sich verhalten wird.

Zur Selbständigkeit der DP oder nicht, würde ich darum bitten, daß der Herr Bundeskanzler bei den Besprechungen das im Auge behält, was Ehlers ausgesprochen hat. Es sind in der Deutschen Partei eine Reihe von Persönlichkeiten, die gehören im Grunde genommen zu uns. Ich bin der Auffassung, daß die Deutsche Partei ihren Urboden in Niedersachsen unter den Füßen verloren hat, als sie hinausgehen wollte ins ganze Bundesgebiet. Sie hat Fehler sondergleichen begangen. Sie würde am besten tun, wenn sie aufginge in den Reihen der CDU. Ich denke im gleichen Zusammenhang auch an die paar Zentrumsleute[99], die wir ohne großen Verzug für uns gewinnen sollten. Unsere bayerischen Freunde werden bei der Bayernpartei[100] in gleicher Weise verfahren.

Adenauer: Ich möchte doch zu dem Thema noch einige Ausführungen machen. Ich befinde mich im Gegensatz zu der Meinung des Kollegen Kaiser. Wir sind nicht in der Lage, allein die Politik zu machen. Stellen Sie sich die Dinge vor, wie sie sind. Sie können nicht mit einer Mehrheit von allenfalls drei bis vier Stimmen in den kommenden vier Jahren regieren. Dabei müssen Sie sich darüber klar sein, daß auch innerhalb dieser großen Fraktion die Meinungen geteilt sein werden über manche Dinge. Wir sind nicht in der Lage, seien wir uns darüber vollkommen klar – es bleibt unter uns –, mit einer so geringen und minimalen Mehrheit die vier Jahre zu überstehen.

Bitte beachten Sie folgenden Umstand: Wenn ich mit der FDP breche, dann wird doch die Deutsche Partei teurer. Das ist doch vollkommen klar. Dann haben wir doch die Deutsche Partei absolut nötig. Dann kann die Deutsche Partei sagen, ja, meine 15 Stimmen, die hast du eben nötig. Mit der FDP kommst du nicht zu Rande, folglich lieber Freund, bitte, hier ist die Rechnung dafür. – Deswegen müssen wir die FDP

99 Das Zentrum (0,8 % der Zweitstimmen) hatte mit Hilfe der CDU drei Mandate gewonnen: Johannes Brockmann (Direktmandat) sowie Franz Böhner und Martin Heix, der sofort nach der Wahl, am 23. September 1953, wieder zur CDU/CSU-Fraktion wechselte (vgl. dazu PROTOKOLLE 1 S. 538 Anm. 40).

100 Die Bayernpartei hatte 1,7 % der Zweitstimmen erreicht.

und die Deutsche Partei nehmen. Wir müssen sie beide nehmen. Das wird uns im Grunde genommen nicht so teuer, als wenn wir nur einen nehmen.

Ich werde heute abend nach dieser Besprechung mit Herrn Blücher[101] eine Besprechung haben. Die FDP hat morgen ihren Vorstand und ihre Fraktion beisammen. Ich habe mit keinem der Herren gesprochen. Über Herrn Dehler brauche ich kein Wort zu verlieren. Darüber sind wir uns ganz einig. Ich bin aber der Auffassung, daß bei der FDP nach der ganzen Katastrophe, die sie doch erlebt hat, sich der gemäßigte Teil gestärkt sieht und daß der gemäßigte Teil auch selbst einen Reinhold Maier zur Vernunft bringen kann. *(Widerspruch.)* Dann müssen sie ihn zur Vernunft à la Maier bringen! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Mit dem BHE muß man mal sehen. Ich meine, wenn wir mit der FDP und der Deutschen Partei einig sind, dann wird der BHE sehr viel billiger werden. Also, so laufen die Dinge. Wie es nun werden wird, daß wir auf Heller und Pfennig eine Rechnung aufweisen, das kann man gar nicht sagen.

Sehr richtig ist das, was Kollege Schäffer gesagt hat, daß die Kabinettsmitglieder sich verpflichten müssen, die Politik der Kabinettsbeschlüsse nicht nur in ihrer Fraktion, sondern auch im Bundestag zu vertreten.

Nun können wir übergehen zur SPD. Zur SPD möchte ich einige Ausführungen machen, die mir sehr interessant gewesen sind. Ich habe sie zurücklegen lassen für die heutige Besprechung. Es handelt sich um einen Artikel aus den „Basler Nachrichten" vom 29. August 1953. In diesem Aufsatz sind folgende sehr bemerkenswerte Stellen, die ich Ihnen vorlesen möchte:

„Machtkonzentration bei den deutschen Sozialdemokraten"

ist der Aufsatz überschrieben. Dort wird die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der SPD mit 649.529 angegeben.[102] Ich glaube, wir haben rund 300.000. *(Heck:* Das läßt sich noch nicht genau feststellen, Herr Bundeskanzler!) Na bitte, meine Herren!

Dann hat sie 7.810 Ortsvereine. Ich weiß nicht, wieviel Ortsvereine wir haben.

Es heißt dann weiter:

„Die Parteifinanzen wiesen für das Berichtsjahr 1951 an Einnahmen insgesamt DM 1.843.826,– und an Ausgaben insgesamt DM 1.763.143,– auf. Von den Einnahmen entstammen u.a. DM 805.339,– den Beiträgen der Bezirke, DM 153.756,– den Fraktionsbeiträgen, DM 152.203,– Sammlungen und DM 593.108,– nicht näher aufgeschlüsselten Werbebeiträgen. Bei den Ausgaben überwogen DM 852.350,– für Werbung und DM 494.454,– für Gehälter."

101 Franz Blücher (1896–1959), 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann FVP bzw. DP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 57 Anm. 11.

102 Das SPD-Jahrbuch 1952/53 Bielefeld [1954] weist für 1953 607.456 Mitglieder aus in 7.252 Ortsvereinen (S. 178). Zu den Einnahmen und Ausgaben 1952/53 S. 186f. – Die zitierten Zahlen beziehen sich auf 1951.

Alle Mitglieder des Parteivorstandes der SPD – Sie kennen sein Haus ja –, ich weiß nicht, wieviel es augenblicklich sind, es waren neun[103], sind fest und gut besoldet. Es gibt keine Partei, die ihre Mitglieder in einer solchen Weise mit Material versorgt, wie die Sozialdemokratische Partei das tut. Hier ist ein großes Arbeitsfeld für uns.

Es heißt weiter:

„Die Mitglieder des DGB-Vorstandes sind überwiegend Sozialdemokraten."

Das wissen wir.

„Auf dem Wege über das Mitbestimmungsrecht bei Kohle, Eisen"

– ich habe in Aussicht genommen, Ihnen einen Abdruck dieses sehr guten Artikels zu übermitteln –

„und Stahl wurde über die gewerkschaftlichen Arbeitsdirektoren, sie beziehen durchschnittlich ein Monatsgehalt von DM 2.000,– bis DM 2.500,–,"

– das ist zu gering, sie bekommen die Spesen und die Wohnungsgelder dazu –

„und Aufsichtsratsbeteiligungen eine Parität zwischen Gewerkschaften und Unternehmern hergestellt. Die Mehrzahl der Delegierten gehört der SPD an."

Man kann sogar sagen, die überwiegende Mehrzahl der SPD.

„In ähnlicher Weise werden auch die unteren, regionalen Führungsstellen des Deutschen Gewerkschaftsbundes überwiegend von Angehörigen der SPD kontrolliert.

Neben dieser beherrschenden Stellung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation besitzt die SPD personalpolitische Schlüsselpositionen und damit einen Kontrollbereich auch in den gewerkschaftseigenen oder gewerkschaftsnahen wirtschaftlichen Gebieten. Dafür einige Belege:

Den Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften und die Groß-Einkaufgenossenschaft (GEG) leitet als Vorsitzender das führende SPD-Mitglied Dahrendorf[104] (Düsseldorf). Das führende Betriebspersonal dieser Unternehmen gehört nahezu ausnahmslos der SPD an. Die Banken für Gemeinwirtschaft werden überwiegend von SPD-Mitgliedern geleitet, ebenso der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmungen sowie der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt.

Einen ähnlich beherrschenden personalpolitischen Einfluß übt die deutsche Sozialdemokratie in namhaften politischen und sozialpolitischen Behörden, Instanzen und öffentlichen Einrichtungen aus: Im Bundesrat, der Länderkammer, hat sie über die sozialistischen Landesregierungen nahezu die Parität mit den Bonner Koalitionsparteien. In den neun Bundesländern sind sechs Wirtschafts- und Innenministerposten

---

103 Der SPD-Vorstand setzte sich wie folgt zusammen: Erich Ollenhauer (Vorsitzender), Wilhelm Mellies (stv. Vorsitzender), Alfred Nau, Herta Gotthelf, Max Kukil, Fritz Heine, Willi Eichler; dazu kamen 23 unbesoldete Mitglieder (vgl. AdG 1953 S. 3671; SPD-Jahrbuch 1952/53 S. 168).

104 Gustav Dahrendorf (1901–1954), 1924–1933 Redakteur am „Hamburger Echo"; 1932–1933 MdR (SPD), 1947–1949 1. Vizepräsident des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949 Vorsitzender der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften (GEG) und seit 1951 des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften.

in der Hand der SPD, in vier Ländern stellt sie den Regierungschef.[105] Über die Länderregierungen hat sie einen Großteil der Präsidenten der Landeszentralbanken bestellt.

In der Organisation der „Allgemeinen Ortskrankenkasse" wurden die Präsidenten der Landesarbeitsämter mit geringen Ausnahmen mit SPD-Mitgliedern besetzt. Das maßgebliche Personal dieses Apparates gehört überwiegend der SPD an.

Den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände beim Deutschen Städtetag hat der Berliner SPD-Bürgermeister Professor Reuter[106], die Geschäftsführung der Sozialdemokrat Oberbürgermeister a.D. Ziebill[107] inne. Den Vorsitz im Verband der deutschen Gas- und Wasserwerke führt als Generaldirektor das SPD-Mitglied Kaun[108] (Stuttgart). Ebenso verhält es sich beim Vorsitz im „Deutschen Frauenring" – Dachorganisation aller Frauenorganisationen –, beim Vorsitz der Dachorganisation der westdeutschen Jugendverbände, „Deutscher Jugendring". Beim Radio wird der Nordwestdeutsche Rundfunk, der 50 Prozent der westdeutschen Hörer erfaßt, vom prominenten SPD-Mitglied Generaldirektor Grimme[109], der Hessische Rundfunk vom SPD-Mitglied Intendant Beckmann[110], der Süddeutsche Rundfunk Stuttgart vom SPD-Mitglied Intendant Eberhard[111] geleitet.

Die einzige und derzeit größte Wochenschau, Neue deutsche Wochenschau, wird vom SPD-Mitglied Kuntze-Just[112] geleitet. Auf dem Gebiet des Films sind zwei große Hamburger Filmgesellschaften und eine Göttinger Filmgesellschaft in eine sozialdemokratisch kontrollierte Auffanggesellschaft eingebracht worden. Der dazu benötigte Kapitalaufwand von 30 Millionen DM wurde durch eine Gemeinschaftsaktion der sozialdemokratisch geführten Landeszentralbanken Hamburg und Niedersachsen und Gemeinschaftsbanken Hamburg und Hannover sichergestellt. Damit ist zugleich ein maßgeblicher Einfluß der SPD im Filmwesen eingeleitet worden.

---

105 Die SPD stellte die Ministerpräsidenten in Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen. – In Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Niedersachsen stellte die SPD den Innenminister (in Hamburg war das Innenressort auf mehrere Senatsämter aufgeteilt), in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Hessen auch den Wirtschaftsminister.

106 Ernst Reuter (1889–1953), 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 2 Anm. 11.

107 Otto Ziebill (1896–1978), 1948–1951 Oberbürgermeister von Nürnberg. 1951–1963 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetags und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags NW.

108 Dr. Heinrich Kaun (1902–1979), 1945–1968 Generaldirektor der Technischen Werke der Stadt Stuttgart.

109 Adolf Grimme (1889–1963), 1930–1933 preußischer Kultusminister (SPD), 1946 Kultusminister des Landes Hannover bzw. von Niedersachsen, seit 8. September 1948 (bis 1956) Generaldirektor des NWDR.

110 Eberhard Beckmann (1905–1962), 1948–1962 Intendant des Hessischen Rundfunks.

111 Fritz Eberhard (1896–1982), 1938–1945 Exil in England, 1946–1949 MdL (SPD) Württemberg-Baden, 1948 MdPR, 1949–1958 Intendant des Süddeutschen Rundfunks.

112 Heinz Kuntze-Just (geb. 1913), 1949–1953 Chefredakteur und Geschäftsführer Neue Deutsche Wochenschau, ab 1952 auch Chefredakteur der Wochenschau „Welt im Bild".

Das Parteiwesen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands umfaßt zwei zentrale Pressedienste, 22 SPD-Zeitungen mit 1,3 Millionen Tagesauflage und 13 der SPD nahestehende Zeitungen mit 1,2 Millionen Auflage. Die Parteipresse der bisherigen Bonner Koalition hat demgegenüber eine Tagesauflage von 1,3 Millionen. Neutrale und sog. Heimatzeitungen verzeichnen rd. 7,4 Millionen Auflage."

Dann kommt noch etwas über den Parteiapparat und seine Organisation, was nicht so interessiert. Ich bitte Sie, hieraus zu ersehen, daß der Kampf gegen die Machtpositionen der SPD in den kommenden vier Jahren auch in allen diesen Stellungen, die absolut politisch sind, sehr schwer sein wird. Aber er muß sehr intensiv durchgeführt werden. (*Lebhafte Zurufe:* Sehr richtig!) Ich nehme an, daß diese Zusammenstellung hier richtig ist. Sie hat mich außerordentlich interessiert. Ich habe noch in keiner deutschen Zeitung etwas Derartiges gelesen. Daraus ergibt sich, daß in der Zeit von 1945/46 ab die SPD mit Hilfe der damaligen amerikanischen und englischen Besatzung ein großes Feld erobert hat, das zurückzugewinnen oder jedenfalls paritätisch zu gestalten, für uns eine große und schwere Aufgabe während der nächsten vier Jahre sein wird.

Strauß: Ich darf mir erlauben, an das anzuschließen, womit Sie aufgehört haben. In allen sogenannten bürgerlichen Parteien mit einigen erfreulichen Ausnahmen muß im Durchschnitt ein nostra culpa gesprochen werden. Ich bitte Sie, das nicht persönlich zu verstehen. Die Sozialdemokraten haben eine fabelhafte Fähigkeit, Personalpolitik zu machen, vom Hausmeister und vom Kanzleisekretär angefangen – das haben Sie im Bundeskanzleramt, mehr als Ihnen lieb war, ja erlebt[113] –, bis hinauf zu den höchsten Stellen. Das Parteibuch ist hierbei ein Erfordernis allerersten Ranges. Das wird bei der SPD durchgeführt, und zwar von unten nach oben. Ich glaube, daß Herr Schuberth[114] einige Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat.

Wir müssen, um den Erfordernissen gerecht zu werden, die Sie hier vorgetragen haben, in Zukunft die Personalpolitik ganz großschreiben, (*Zurufe:* Sehr richtig!) ohne hierbei den Grundsatz zu verlassen, keinen Parteibuchinhaber einzustellen, der gegen die Richtlinien usw. verstößt; aber wir haben bei uns leider immer wieder die übertriebene Vorsicht, einen Parteifreund nicht zu fördern, damit wir nicht in die Gefahr kommen, man könnte dem Verdacht der Protektion eines Parteifreundes ausgesetzt werden. Ja, es gehört geradezu zum Gesellschaftsspiel der CDU/CSU, durch Begünstigung von Parteigegnern sich den Anschein der Objektivität und der Neutralität möglichst umfangreich zu geben. Mit dieser übertriebenen Vorsicht müssen wir endlich grundlegend aufhören! (*Lebhafte Zustimmung und Zurufe:* Sehr richtig!) Die SPD hat nur eine Unterbrechung erlitten. Wir dürfen unseren Erfolg, so erfreulich

113 Von 1949 bis zu seiner Verhaftung am 25. September 1951 hatte ein Amtsbote im Bundeskanzleramt Dokumente entwendet, die der SPD und der französischen und amerikanischen Besatzungsmacht zugespielt bzw. angeboten worden waren (weitere Details in KABINETTSPROTOKOLLE 3 S. 671f.).

114 Hans Schuberth (1897–1976), 1949–1953 Bundespostminister, 1953–1957 MdB (CSU).

er ist, nicht überschätzen. Wir dürfen auch nicht in Pessimismus verfallen, aber die SPD hat eine todsichere Rechnung angestellt und dafür gesorgt, daß jeder von ihnen in die Stellen hineinkommt. So haben wir die Unterwanderung sämtlicher Stellen gehabt, von der Putzfrau angefangen bis hinauf zum Ministerialdirektor. Die SPD hat sich ausgerechnet, daß ihr so der Weg nicht verbaut werden kann.

Jetzt ist aber der Donnerschlag gegen das eingetreten, was sie mit Hilfe der Amerikaner und der Engländer vom Jahre 1945 ab bis heute erreicht hat. Wir müssen also von unserer Möglichkeit in den kommenden vier Jahren rücksichtslos Gebrauch machen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich glaube, daß die Verlesung des Artikels zu dieser Notwendigkeit wirklich beigetragen hat.

Nun zur politischen Haltung gegenüber der SPD. Sie schreiben und sprechen jetzt davon, daß ausgerechnet die SPD die einzige Hüterin der Demokratie sei. Auch ihr Geschrei, sie sei die Hüterin der deutschen Einheit, darf nicht allzu tragisch genommen werden; denn die SPD hat keine große Glaubwürdigkeit. Gegenüber der SPD können wir nunmehr ruhig und getrost unser wirtschaftliches und soziales Programm nach unserer Konzeption durchsetzen, d.h. aber, daß wir eine Konzeption dafür haben müssen.

Für das wesentlichste Erfordernis, um uns in einer angemessenen Stärke zu behaupten, halte ich, in absehbarer Zeit ein klares Sozialprogramm auszuarbeiten, das in verschiedenen Punkten geradezu in einem diametralen Gegensatz zu dem der SPD steht, z.B. in der Frage des Wohnungsbaues, in der Frage der Familienausgleichskassen, des Miteigentums der Arbeiter usw.

Wir haben in diesem Wahlkampf erlebt, daß die Frage Mitbestimmungsrecht – ich bitte Sie, den harten Ausdruck zu entschuldigen – keinen alten Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Die Arbeiter, vor allem in den Bergwerken, haben sich zum Mitbestimmungsrecht so verhalten: Wir wollen den Anteil am Sozialprodukt, d.h. vulgär ausgedrückt, wir wollen am Freitag unser Pulver haben. Dieser Entwurf über das Mitbestimmungsrecht[115] hat sich als eine – Gott sei Dank – Seifenblase erwiesen.

Uns haben Millionen von Angestellten und Arbeitern gewählt. Nun brauchen wir ein klares Sozialprogramm. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen der SPD die Meinung nehmen, die nächsten vier Jahre sich als die Vertretung des kleinen Mannes gegen den Besitz zu betrachten. Wir müssen uns zweitens um einen Stand, der vielleicht zum Teil mit Recht, zum Teil mit Unrecht behauptet, vernachlässigt zu sein, kümmern, nämlich um den kleineren Mittelstand. Die SPD hat in den letzten Monaten sehr stark versucht, in den Bereich des Mittelstandes einzudringen mit der Erklärung: Die CDU, die die Millionen des Großkapitals unterstützt, hat euch im Stich gelassen und eure Interessen preisgegeben. Die SPD wird diese Tendenz in den kommenden vier Jahren in verstärktem Maße fortsetzen.

---

115 Vermutlich sind SPD-Forderungen im Wahlkampf zur Sozialisierung der Grundstoffindustrien gemeint (vgl. UiD vom 2. September 1953). Ein Mitbestimmungsentwurf wurde nicht ermittelt.

Darum müssen wir rechtzeitig eine klare Mittelstandspolitik betreiben und dieser Schicht, die in den letzten Jahren vielleicht zwangsläufig wegen der Notwendigkeit, die Industrie auf die Beine zu stellen, etwas in den Hintergrund getreten ist, etwas entgegenkommen.

In der Außenpolitik werden die meisten Sympathien in der Öffentlichkeit dadurch erweckt, wenn wir von unserer bisherigen Konzeption keinen Millimeter abweichen, aber trotzdem bei jeder sich bietenden Gelegenheit so auffällig wie möglich der SPD Gelegenheit zur Mitarbeit und Mitverantwortung geben. Ich hielte es für falsch, wenn wir jetzt sagten, die SPD hat sich dem Neutralismus verschrieben, jetzt drücken wir sie außenpolitisch an die Wand. Wir müssen noch stärker als bisher die SPD einladen und auffordern, die Mitverantwortung in der Außenpolitik zu übernehmen und mitzuarbeiten. Wenn dann die SPD den alten Kurs fortsetzen sollte, wird sie sich in noch größerem Umfange als bisher ins Unrecht setzen.

Die Leute in der Öffentlichkeit wollen diese ewige Neinsagerei nicht, auch nicht die Wähler der SPD. Das haben wir bei den Wahlen gesehen. Es ist das Paradoxeste, was ich kennengelernt habe, daß manche Leute mit ihrer ersten Stimme die CDU und mit ihrer zweiten Stimme die SPD gewählt haben. Die SPD soll mitarbeiten und mit die Verantwortung tragen. Sie muß sich entscheiden, ob sie stur und steril in einen Kurs hineingeht, der sie noch mehr Stimmen kostet als bisher, oder ob sie mitmacht, um eine breite Basis, die wir für das Ausland brauchen, zu erreichen.

Die SPD wird erst in einigen Monaten in eine Belastungsprobe hineinkommen. Es wird vielleicht ein radikaler Kurs einsetzen; es gibt aber auch vernünftige Leute, die stark unter der bisherigen Führung gelitten haben – Ollenhauer ist eine Zwitterfigur, er weiß nicht, was er will – und eine Mäßigung wie etwa die Labour Party erreichen wollen. Ich halte es für möglich, daß die SPD sich spaltet, oder aber sie wird ihr Profil und ihre Struktur ändern müssen.

Zum DGB möchte ich mich nicht äußern. Ich glaube, daß gerade unsere Arbeitnehmervertreter in der Fraktion und Partei es nicht wollen, daß hier andere Stimmen ihnen dreinreden oder Vorschriften machen. Ich glaube, daß sowohl Ministerpräsident Arnold[116] wie Minister Kaiser dem Gewerkschaftsbund noch eine letzte Chance geben wollen, echte parteipolitische Neutralität zu beweisen, daß sie aber dann, wenn er das demonstrativ nicht tut, durch praktische Maßnahmen in absehbarer Zeit die Konsequenzen ziehen werden. Ich kann mir vorstellen, daß unsere Kollegen aus den Arbeitnehmerkreisen nicht haben wollen, daß ihnen von außerhalb dreingeredet wird. Das ist eine Angelegenheit, die in erster Linie ihr Kreis aushandeln muß, die aber sorgfältig vorbereitet werden muß. Ein sofortiger Aufruf zur Gründung Christlicher Gewerkschaften würde m.E. einen Fehlschlag bedeuten, weil sie nicht genug Leute

116 Karl Arnold (1901–1958), 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 14. – Am 7. September hatten Arnold und Kaiser das Verhältnis der Union zum DGB besprochen (vgl. UiD 10. September 1953).

hinter sich haben, wie ich überhaupt das Wort Christliche Gewerkschaft für falsch halte. Es müßte eine andere Gegenüberstellung erfolgen.

Zusammenfassend soll also nach meiner Meinung unsere Haltung gegenüber der SPD so aussehen: Fortsetzung unserer bisherigen Wirtschaftspolitik ohne den geringsten Kompromiß einschließlich unserer europäischen Wirtschaftspläne. Sozialpolitisch müssen wir die SPD als phantasielos übertrumpfen und ihr zeigen, daß sie in sterilen und unproduktiven Formen erstarrt ist. Wir müssen etwas Neues bieten, was uns die Grundlage zu einer neuen Gesellschaftsordnung gibt.

Kiesinger sagte, daß eine ausstrahlende Kraft von uns ausgehen kann. Wir hatten einige Ideen im Laufe der letzten Jahre aufgegriffen. Wir konnten sie bisher nicht durchsetzen, weil wir nicht die Mehrheit gehabt haben. Hier müssen wir notfalls gegen die FDP in einer Koalition unseren Willen durchsetzen. Darum, glaube ich, ist es nicht ganz richtig zu sagen, wir brauchen die FDP und die DP deshalb in der Koalition, weil Teile von uns anderer Meinung sind, und deshalb ist die Mehrheit sicherer mit der FDP und der DP.

Wir müssen uns in erster Linie auf uns selbst verlassen können – plus den vier Zentrumsleuten[117] – und einen geschlossenen, eisernen Block darstellen, sonst geben wir – wenn ich die Möglichkeit einräume, daß Sie anderer Meinung sind – der FDP und der DP den Beweis ihrer Unentbehrlichkeit. Damit verscherzen wir unsere eigene Position.

Wir müssen also die SPD zur außenpolitischen Arbeit einladen. Macht sie nicht mit, setzt sie sich noch mehr als bisher ins Unrecht. Macht sie mit, dann haben wir ein großes staatspolitisches Ziel erreicht.

Adenauer: Lassen Sie mich auf einige Ausführungen des Herrn Strauß antworten. Ich bleibe dabei, daß man mit 244 Leuten einfach nicht regieren kann. (*Strauß:* Das habe ich nicht gesagt!) Sie haben gesagt, Sie hielten es nicht für richtig, von vornherein die Möglichkeit einzuräumen, daß wir kein geschlossener Block seien; denn der geschlossene Block könne das machen. (*Strauß:* Nicht genauso gesagt! *Kaiser:* Er meint es nur in der Grundhaltung. – *Zuruf:* Er meint die anderen! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Es war nicht ganz klar!) Bitte meine Herren! Ich werde selbstverständlich nicht den Freien Demokraten sagen, wir haben zwei Flügel, deswegen müßt ihr hineinkommen. [Für] so klug halten Sie mich doch auch, Herr Strauß! Aber wir müssen die Dinge real sehen und wie sie für uns sind. Wir haben in den letzten Jahren mehr als einmal erlebt, daß aus der Fraktion welche hinausgingen und anders stimmten als das Gros der Fraktion. Man soll sich also kein X für ein U vormachen. Es kommt eine neue Fraktion, davon sind 99 Leute neu, und die haben ihre eigene Meinung. Mir wurde gesagt, daß einige tüchtige Leute dabei sind, die aber eine sehr eigene Meinung haben. Der Vorstand der Fraktion wird noch eine gute Arbeit zu leisten haben.

Ich möchte noch folgendes richtigstellen, was Herr Strauß gesagt hat. Die DGB-Angelegenheit ist keine Angelegenheit allein unserer Leute, die den Gewerkschaften

117 Vgl. oben Anm. 99.

nahestehen. (*Zuruf:* In erster Linie!) Auch nicht in erster Linie. Wie die Dinge geworden sind, ist es eine staatspolitische Angelegenheit allerersten Ranges. Daß unsere Leute, die den Gewerkschaften nahestehen, darin in erster Linie die Verhandlungsleute sein müssen, ist ganz klar, aber wir müssen uns mit dieser Frage hier auch in diesem Gremium beschäftigen, und zwar aus dem Grund, den ich eben angeführt habe, und aus einem weiteren Grund.

Unsere Leute müssen doch dem DGB auch sagen: Wir stehen nicht allein mit dieser Ansicht da, sondern unsere ganze große Partei steht dahinter, genauso wie die sagen, die SPD steht hinter uns. Deswegen müssen wir versuchen, gerade in der DGB-Frage uns klarzuwerden und darüber zu sprechen.

Ich wiederhole nochmals, was ich eben andeutungsweise gesagt habe. Ich will es ausführlicher sagen. Ich habe wochenlang die größte Angst und die größte Sorge gehabt wegen des DGB, weil ich weiß, daß er einen Generalstabsplan für einen Generalstreik hatte. Nun stellen Sie sich die Situation vor, wenn wir nicht so gesiegt hätten, daß dieser Plan voraussichtlich in Nichts zerfließt, sondern nur einen kleinen Sieg errungen hätten, dann wäre uns präsentiert worden ein Generalstreik, der in allen Einzelheiten, Herr Strauß, ausgearbeitet war, und zwar generalstabsplanmäßig. Das ist eine Frage, die geht über die unmittelbar den Gewerkschaften nahestehenden Parteifreunde weit hinaus. Sie betrifft das allgemeine Wohl des Staates, für das wir in erster Linie verantwortlich sind.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir auch über die DGB-Frage und über die Gewerkschaften überhaupt in aller Offenheit miteinander sprächen.

Lenz: Ich teile nicht die Auffassung von Herrn Arndgen, daß kein Einbruch in die Arbeiterschaft erzielt worden sei ... (*Arndgen:* Das habe ich gar nicht gesagt! *Unruhe und Widerspruch.* Ich habe nur gesagt, die SPD hat zugenommen.) Ich habe Sie schon verstanden, daß sie [!] der SPD zugute gekommen sind.

Ich stelle immer mehr fest, daß in der Arbeiterschaft eine sehr starke Abneigung gegen den Funktionärs- und Organisationsdirigismus vorhanden ist, den gerade der DGB aufgezogen hat. Immerhin ist es so, daß die SPD heute noch knapp ein Drittel hat. Die Hauptursache dafür ist der DGB; denn der DGB ist das Fundament der SPD. Dadurch, daß der DGB auf den Arbeitsstellen immer wieder mit seinen großen Mitteln eine ganz systematische Schulung der Arbeiter im marxistischen Sinne betreibt, gelingt es der SPD, ihre Stellung und Stärke zu halten. Wenn es uns nicht gelingt, die uns nahestehenden Arbeiter in unserem Sinne auf breitester Basis zu schulen, dann werden der DGB und die SPD immer nach oben zielen können.

Das ist eine der entscheidendsten Fragen der nächsten vier Jahre, nämlich in der Arbeiterschaft eine große Aufgeschlossenheit und Entschlossenheit für ein neues sozialpolitisches Programm zu schaffen, was sich von dem alten marxistischen Programm, dem der DGB heute nachhängt, unterscheidet.

Die zweite Frage betrifft den Rundfunk. Im Rundfunk ist es so, daß er heute absolut von Linkssozialisten besetzt ist. Das haben die Amerikaner und die Engländer fertiggebracht. Wenn unsere eigenen Länder nicht helfen, auf dem Gebiet des

Rundfunks zu einer Reform zu kommen, dann scheitern wir wieder am Bundesrat. (*Adenauer:* Bei einer Zweidrittelmehrheit nicht!) Herr Bundeskanzler, aber unsere eigenen Länder haben uns große Schwierigkeiten gemacht, z.B. beim NWDR. Wir müssen uns darüber deutlich unterhalten. Unsere Leute werden es kaum fertigbringen, einen Einbruch zu erzielen. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Adenauer: SPD und DGB hängen so eng zusammen, daß wir die beiden Fragen in der Diskussion gemeinsam behandeln können. Sind Sie damit einverstanden?

Kaiser: Nach den Ausführungen des Kanzlers über das gewerkschaftliche Problem brauche ich nicht viele Worte hinzuzufügen. Wesentlich wäre es zu wissen, ob in der Frage Spaltung oder Einheit der Gewerkschaft in den Reihen hier Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wenn sie bestehen sollten, dann würde ich bitten, daß sie klar zum Ausdruck gebracht werden. Ich bin dankbar dafür, daß der Kanzler in dieser wichtigen Frage genauso denkt wie ich und meine engeren Freunde.

Wir haben aus wohlüberlegten Gründen und aus der ganzen Summe der Erfahrungen in der Weimarer Zeit geholfen, während der Hitlerzeit zusammen mit hervorragenden Persönlichkeiten der früheren Freien Gewerkschaften die Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Es ist nicht so, daß die Einheit nur durch den Willen der amerikanischen und englischen Besatzung erwirkt worden wäre, sondern es war auch der Ausfluß einer Summe von Erfahrungen, die wir in der früheren Zeit gesammelt haben.

Ich will damit sagen, für unser Erkennen ist die Einheit der Gewerkschaften das höhere Ziel. Aber wir sind in dieser Sache an einem entscheidenden Punkt angelangt. So, wie das geworden ist nach 1945 bis heute, kann und darf und wird es nicht bleiben! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das haben wir in letzter Klarheit zum Ausdruck gebracht. Die Auseinandersetzung zwischen uns und dem DGB ist in vollem Gange. Störend ist im Augenblick nur, daß in unseren eigenen Reihen, im Kreise meiner engeren Freunde, die Meinung etwas auseinandergeht. Ich bin darüber traurig; es spielen menschliche Erwägungen hierbei eine Rolle. Ich hoffe, daß wir übereinkommen werden, in geschlossener Meinung die Sache zum Austrag zu bringen. Ich kann nur der Diktion, wie sie der Kanzler vorgetragen hat, folgen. Wir haben in der Kabinettssitzung über diese Frage gesprochen.[118]

Die Gewerkschaften müssen aus der Verkrampfung herausgehoben werden. Es kann und darf nicht sein, daß sie in der sachlichen Politik und in der personellen Führung einen Weg gehen, den wir einfach nicht mitgehen können und auch nicht mitgehen werden. Aber die Krise ist da. Sie kann nur so bereinigt werden, daß die Gewerkschaften auch unserer Auffassung über die personelle Führung und die gewerkschaftliche Politik und unserem staatspolitischen Wollen Raum geben. Wenn das nicht erreicht werden sollte, gibt es nur den Bruch. Das darf aber nicht unüberlegt geschehen. Ich habe Strauß sehr gut verstanden, wenn er gesagt hat, es geht die Arbeiterfreunde in erster Linie an. Das ist vollkommen richtig. Aber der Kanzler hat auch recht, daß es eine eminent staatspolitische Angelegenheit ist.

---

118 Zur Sitzung vom 8. September 1953 vgl. Lenz S. 692–695.

Wir erkennen die Einheit als das höhere Ziel an. Das ist aber kein unbedingtes Ziel, sondern es kann nur gelingen, wenn unser Denken in der Führung und in der sachlichen Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Wirtschaft und dem Staat Raum findet. Der bisherige Zustand, wie die Gewerkschaften geführt werden, abgesehen von dem armen Matthias Föcher[119], (*Widerspruch und Zuruf:* Arm im Geiste!) – ich habe es vielleicht genauso gemeint, wie Sie das empfinden, – ist eine Unmöglichkeit, insbesondere, daß die 16 Industrieverbände der Reihe nach von Sozialdemokraten geführt werden.

Wir kommen am Samstag mit den Sozialausschüssen zusammen.[120] Wir werden in ganz klarer Formulierung unsere Forderungen stellen. Ich möchte der Überzeugung sein, daß man bereit sein wird, mit uns zu sprechen, und daß wir zum Ziele kommen werden, nämlich parteipolitische Neutralität und Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben der Gewerkschaften zu erreichen.

Ich habe in der Kabinettssitzung kein Hehl daraus gemacht und wage es hier auszusprechen: Die Gewerkschaften von heute sind unsagbar schlecht geführt. Sie waren früher in ihrer geistigen Gesamtentwicklung viel weiter, wie dies heute der Fall ist. (*Zuruf:* Weil Konkurrenz da war!) Das gilt für unsere Gruppe, in der der Geist von Stegerwald[121] wirkte, und das gilt für die Freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen sein ein verpflichtetes Organ der Wirtschaft und der Volkswirtschaft unseres Volkes im positiven Sinne. Der Kanzler hat bei der Debatte gesagt, es muß demokratisch verfahren werden. Ich habe gesagt, wir müssen sie zur Toleranz bringen; sie müssen unsere Auffassung, unseren Geist und unsere Haltung ebenfalls achten. Geist von unserem Geist muß überspringen auf die anderen. Es muß eine Überwindung der marxistischen Haltung stattfinden. Das wird nicht nur für unser Volk, sondern auch für die europäische Weiterentwicklung von Bedeutung sein.

Wenn wir in diesem Sinne übereinstimmen, dann bin ich der Zuversicht, daß wir die Sache meistern werden.

Adenauer: Darf ich noch etwas sagen. Lassen wir das Wort „marxistisch" jetzt beiseite. Ich bin überzeugt davon 1. würde Karl Marx, wenn er jetzt auf die Welt käme, niemals so etwas schreiben, was er geschrieben hat, und 2. glaubt kein Mensch mehr an Karl Marx. Es handelt sich um ein einfaches Machtstreben und um nichts anderes. Bei unseren Leuten ist es die ernste Sorge um die Hebung der Arbeitnehmerklasse. Das

---

119 Matthias Föcher (1886–1967), 1945 CDU, 1947–1956 stv. Vorsitzender des DGB (zunächst für die britische Besatzungszone und ab 1949 für das Bundesgebiet). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 161 Anm. 10.

120 Der Vorstand der Landesausschüsse der CDA tagte am 12. September in Düsseldorf. Thema war die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften (Bericht in UiD 16. September 1953).

121 Adam Stegerwald (1874–1945), 1919–1933 MdR (Zentrum), 1919–1921 preußischer Minister für Volkswohlfahrt, 1921 preußischer Ministerpräsident, 1929–1930 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1945 Regierungspräsident von Mainfranken, Mitgründer der CSU. Vgl. Rudolf MORSEY in FRÄNKISCHE LEBENSBILDER 8 (1978) S. 284–301.

gebe ich ohne weiteres zu. Aber bei den führenden Leuten ist es doch ein einfaches Machtstreben.

Einer der Hauptleute ist der Herr Agartz[122]. Herr Agartz hat einen Sohn, der in Leipzig wohnt. Und Agartz Vater und Agartz Sohn treffen sich regelmäßig und tauschen sich aus. Ob die da nur sprechen über die Gesundheit und nur des Sohnes und des Vaters wegen, lasse ich dahingestellt. Tatsache ist, daß sie sich regelmäßig – wie mir gesagt wurde – alle 14 Tage in der Nähe des Eisernen Vorhanges treffen. Das spricht doch für jeden Kenner der Verhältnisse Bände.

Nun darf ich nochmals etwas sagen, Herr Kollege Kaiser. (*Zuruf:* Der arme Föcher! – *Unruhe.*) Der arme Föcher! Ich hoffe, daß dessen CDU-Partei sich seiner annimmt. (*Zuruf:* Er ist armselig!) Ja, armselig, aber selig ist er auch nicht! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Herr Kaiser, ich bitte Sie, vor allem eins festzuhalten, auch damit unsere Freunde darauf achten können. Es handelt sich um eine Sache von eminent staatspolitischer Bedeutung. Im Deutschen Gewerkschaftsbund sind die Erklärungen eines Mannes wie Freitag vollständig diktatorische Gedanken und Bestrebungen. Dabei ist das um so toller, als Herr Freitag, nachdem er gewählt war, mit Herrn Föcher und Herrn Reuter[123] mir einen Antrittsbesuch machte, wobei Herr Reuter erklärte, wir teilen nicht die Ansicht des Herrn Fette[124], daß die Gewerkschaft über dem Staat steht, sondern die Gewerkschaft steht unter dem Staat. Herr Reuter ist nämlich der schlimmste. Ob der jemals mit seiner Hand gearbeitet hat, weiß ich nicht; das entzieht sich meiner Kenntnis.

Aber was das demokratische Prinzip angeht, so möchte ich nochmals folgendes betonen: Sie nennen es Toleranz. Das ist ein Teil der Demokratie. Ich gehe weiter. Ich halte es für unmöglich, daß überhaupt in der Gewerkschaft Mehrheitsbeschlüsse herbeigeführt werden in entscheidenden Fragen, die nicht in geheimer Abstimmung erfolgen. Ich glaube, darauf müßte man wirklich einen großen Wert legen. Dagegen kann kein Mensch etwas haben. Wer dagegen etwas sagt, der beweist doch, daß er Terror ausüben will durch öffentliche Abstimmung.

Unserer Arbeiterschaft geht es gut, und sie ist lange nicht mehr proletarisch; sie gehört wirklich zum Mittelstand. Ich bin überzeugt davon, daß wir die Sache schon in Ordnung bringen, wenn man diesen guten Kräften in der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit gibt, ihre Meinung auch durch den Stimmzettel innerhalb der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen.

Bausch: Ich will auf drei Punkte hinweisen, die mir aufgefallen sind: In meiner Post sehe ich eines Tages eine Zeitung der Lehrer-Gewerkschaft, die für meine Tochter

---

122 Viktor Agartz (1897–1964), 1946/47 Leiter des Zentralamts für Wirtschaft der britischen Zone, 1947 Leiter des VAW des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1948–1955 Mitgeschäftsführer des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums.

123 Georg Reuter (1902–1969), 1949–1959 stv. Vorsitzender des DGB.

124 Christian Fette (1895–1971), 1951–1952 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 8.

bestimmt ist. Dieses Blatt der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ist eine einzige Hetze gegen unsere Auffassung; es ist für die Auffassung des Herrn Reinhold Maier und für die Auffassung der Sozialdemokraten. Auf meine Frage an meine Tochter, wie kommst du dazu, dieses Blatt zu lesen, sagte sie mir, ich muß Unterricht im Turnen erteilen, und da muß ich versichert sein. Wenn mir oder den Kindern etwas passiert, brauchen wir eine Haftpflichtversicherung. Dafür bezahle ich Beitrag und bekomme dann das Blatt. (*Weber:* Kann man anders machen!) Nun muß man sich vergegenwärtigen, daß die allermeisten Lehrer auf diesem Wege zu der Gewerkschaft gekommen sind, die nun ihren Mitgliedern diese „geistige" Nahrung bietet. (*Weber:* Das ist nicht nötig!) Es ist nicht nötig, aber es ist doch so! Das ist die Wirklichkeit, mit der wir zu rechnen haben.

Nun weiß ich, daß unzählige Lehrer mit der Grundhaltung der Gewerkschaften und ihren Organen nicht das geringste zu tun haben. Aber sie bekommen alle 14 Tage dieses Blatt und werden dauernd unter Druck gesetzt und dem Terror ausgesetzt. Ich frage, ob das länger ertragen werden kann. (*Zurufe:* Nein!) Es ist in erster Linie eine Frage der Menschenführung, um die es sich hier handelt.

Zur Frage der Postgewerkschaft, Herr Minister Schuberth, ist ein besonderes Wort zu sagen. Wir haben Beispiele dafür, daß gewisse Flugblätter, die durch Postwurfsendung hätten verteilt werden sollen, einfach nicht verteilt worden sind, weil die Postgewerkschaft sich geweigert hat, das zu tun. (*Schuberth:* So ist es nicht!) Ein dritter Vorgang! In der Stadt Sindelfingen in meinem Wahlkreis[125] ist ein Automobilwerk mit 12.000 Arbeitern. Das war knallrot mit einer straff organisierten Arbeiterschaft der SPD. Wir haben dort bei der Wahl vom 6. September die Stimmen verdreifacht. Ich bin ganz sicher, daß wir dort einen starken Einbruch in der Arbeiterschaft erzielt haben, auch an anderen Orten. Sollen wir nun diese Arbeiter, die einfach den Wunsch haben, aus dem Ghetto des marxistischen Klassenkampfes herauszukommen, ohne Führung und Hilfe lassen? Das ist die Frage, vor die wir gestellt sind.

Wir haben jetzt eine echte Chance, den Arbeitern eine Hilfe zu geben. Wir haben eine echte Chance, der ganzen Entwicklung Raum zu geben, die sich angebahnt hat. Während bisher durch den Marxismus und durch den Liberalismus Hunderttausende von Gott weggingen, sich von jeder metaphysischen Bindung lossagten, geht jetzt der Trend in Richtung einer Bindung an Gott.

Diesen Leuten muß eine Hilfe gegeben werden, damit sie nicht dauernd unter diesem Terror leiden. Ich weiß, daß man die Gewerkschaftsfrage sehr behutsam anfassen muß, aber so wie es ist, kann es nicht bleiben. Das ist vollkommen ausgeschlossen.

Albers: Wir müssen ausgehen von der Tatsache, daß die Sozialdemokratie damit gerechnet hatte, die sechs Millionen Gewerkschafter würden sie wählen. Zu diesen sechs Millionen sollte aus jeder Gewerkschaftsfamilie noch ein Angehöriger hinzukommen. Dann hatten sie das, was sie wollten.

---

125 Der Wahlkreis von Paul Bausch war Böblingen; die CDU stieg dort von 29,8 % im Jahr 1949 auf 44,9 % im Jahr 1953. In Sindelfingen ist die Firma Daimler-Benz angesiedelt.

Wir müssen weiter davon ausgehen, daß die Gewerkschaften nicht erst jetzt, sondern schon bei früheren Gelegenheiten Partei-Gewerkschaften geworden sind. Was mir und den Freunden aus der früheren Christlichen Gewerkschaft in diesem Wahlkampf von den Gewerkschaften zugemutet wurde, das ist einfach unerträglich gewesen. Ich habe mir die Gewerkschaftspresse im Laufe von etwa drei Wochen angeschaut. Die Metallarbeiterzeitung war das größte Hetzorgan. Auch die anderen Organe der chemischen Industrie und von Druck und Papier haben unseren Leuten etwas zugemutet, was einfach nicht zu verantworten ist.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin nicht mehr bereit, meinen Namen für Dinge herzugeben, von denen ich nicht weiß, daß sie irgendwie auch in unserem Sinne mitgestaltet werden können. *(Lebhafte Bravo-Rufe.)* Ich sage mit voller Überlegung und nach Beratungen mit Kaiser, Arnold, Arndgen und anderen Leuten: Ich werde mich nicht damit abfinden, daß jetzt der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Nummer „Welt der Arbeit" Stellung nimmt zu dem Wahlergebnis, wo gesagt wird:

„Das deutsche Volk hat sich in freier, geheimer Wahl einen neuen Bundestag gegeben. Es handelt sich hierbei um eine klare demokratische Entscheidung, die selbstverständlich uneingeschränkt von der größten und bedeutendsten demokratischen Organisation unseres Volkes, dem DGB, und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften anerkannt und respektiert wird."

Ja, meinen Sie denn, ich würde diesen Worten irgendwie Glauben schenken! Glauben Sie, daß die das Recht haben, über zehn Millionen Menschen zu sprechen? Ich behaupte, daß 50 % der deutschen Arbeiterschaft uns gewählt haben. Wir können das nachweisen aus dem Industriegebiet. Ich kann es in dem industriereichsten Wahlkreis im Kölner Raum, in Kalk[126], nachweisen, daß die Arbeiterschaft zu uns gekommen ist und uns gewählt hat.

Diese unsere Wähler verlangen von uns heute eine klare Stellungnahme zu all den Fragen. Das ist heute die Lage. Ich sage Ihnen folgendes: Wir haben vier Wochen vor der Wahl in Essen[127] unsere Meinung zu den ganzen Fragen klar und eindeutig festgelegt. Wenn die Gewerkschaften in den nächsten Wochen nicht den Nachweis einer effektiv anderen Haltung sowohl in personeller, in erzieherischer Haltung als auch in ihrem Schrifttum sowie der Berufung maßgeblicher Leute aus unseren Kreisen in die Führungsorgane der einzelnen Gewerkschaften erbringen, stehen wir – ich sage das ganz offen – vor einer anderen Entscheidung.

Ich habe mir die ganze Angelegenheit in den letzten Tagen überlegt. Was mir passiert ist in Kalk und Mülheim, das lasse ich mir zum zweiten Mal von den

126 Kalk gehörte zum Wahlkreis von Albers (Köln III). Die CDU errang 50,1 % der Erst- und 49,5 % der Zweitstimmen (SPD 36,5 bzw. 35,9 %).

127 Tagung des Hauptvorstands der Sozialausschüsse der CDU am 7. August. Die gefaßte Entschließung richtet sich gegen den Wahlaufruf des DGB (Text in UiD vom 12. August 1953).

Gewerkschaften nicht bieten. Nachdem die Arbeiterschaft am letzten Sonntag in ein positives Verhältnis zu uns getreten ist, haben wir, Arnold, Kaiser und alle unsere Freunde im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, eine große Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe müssen wir erfüllen.

Ich habe weiter die Tatsache festzustellen, daß man über die Gewerkschaften mit einem großen Propagandaapparat im Wahlkampf in einer raffinierten Form versucht hat, den Mann Albers, der auch Gewerkschafter ist und der in Köln auch etwas bedeutet, in den Arbeiterschichten madig zu machen. Das ist mir zum letzten Male passiert. Ich darf Ihnen das eine sagen, daß wir bei entscheidenden Fragen in der nächsten Zeit eine einmütige Meinung innerhalb unserer gesamten Freunde feststellen werden. Aber es darf nicht nur bei der Meinung bleiben, sondern es wird auch eines Tages Gesetz werden müssen.

Das schließt folgendes ein: Glauben Sie nicht, daß wir eine Politik betreiben dürfen, die in bezug auf die Klarheit unserer zielstrebigen Bemühungen zur Hebung der unteren Volksschichten irgendwie schwach werden darf. Wir haben eine Aufgabe zu übernehmen, wie sie nie größer war. Wenn sich jetzt auf unsere Partei und auf unsere Bundestagsfraktion Millionen Augen von Arbeitnehmern richten, dann erwarten sie auch etwas von uns, und zwar etwas Besonderes. Dann erwarten sie, daß wir frei werden von den Einflüssen der Interessenorganisationen.

Es ist notwendig, daß wir das in Hamburg festgelegte Programm[128] auch durchsetzen. Wenn wir das tun und einige Dinge organisatorischer Art zu klären wissen, dann haben wir für die nächste Wahl und auch für die Landtagswahlen immerhin etwas Positives aufzuweisen.

Arndgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in den letzten Wochen vor der Wahl in der Sorge vor einem Generalstreik gelebt. Herr Bundeskanzler, diese Sorge hätten Sie nicht zu haben brauchen. Wir haben einige Wochen vor der Bundestagswahl Sozialwahlen[129] gehabt. Es sind die Vertreter zu den Sozialversicherungsträgern gewählt worden. Dabei hat sich gezeigt, daß trotz einer überlegenen Propagandamöglichkeit die Mitglieder der Gewerkschaften dem DGB nicht gefolgt sind. Ich glaube, wenn aus irgendeinem politischen Grund der DGB zu einem Generalstreik aufgefordert hätte, dann hätte er die Gefolgschaft der Leute nicht gefunden. Das hat die Wahl gezeigt.

Wenn ich den Kollegen Kaiser richtig verstanden habe, dann hätte er gern die Meinung dieses Gremiums darüber gehört, ob man primär die Einheit der Gewerkschaften beibehalten oder etwas anderes tun soll. Ich glaube, daß wir zu dieser Meinungsbildung nicht berechtigt und auch nicht in der Lage sind, weil unter den Menschen, die auch unserer jetzigen Bundestagsfraktion angehören, über diese Frage keine Einigkeit besteht. Zwischen der Erklärung, die die Kollegen Arnold und

128 Parteitag vom 18. bis 22. April 1953. – Druck: CDU, 4. Bundesparteitag S. 249–260; Die CDU und ihr Programm S. 47–60.

129 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 573 Anm. 77.

Kaiser gestern herausgegeben haben, und der Erklärung, die von der KAB zugleich herausgegeben worden ist[130], sind doch Disharmonien vorhanden, die zunächst einmal geklärt werden müssen unter den Menschen, die direkt an diesen Dingen beteiligt sind.

Ich möchte daher darum bitten, noch keine Meinung darüber festzulegen, ehe nicht diese Besprechung stattgefunden hat. Ich bin der Meinung, daß zunächst die Beteiligten sich klarwerden sollen, wie taktiert werden soll. Ich bin jedoch gleichzeitig davon überzeugt, daß alles Verhandeln mit den DGB-Leuten nichts nutzt und daß man vielleicht vage Zusagen bekommt und es auch eine kurze Zeit gutgeht, aber sobald die Herrschaften spüren, daß sich die Dinge andersdrehen können, haben wir die gleiche Situation wieder wie früher.

Ich bin der Auffassung, daß wir zunächst einmal abwarten sollen, bis die KAB und die Sozialausschüsse einen Standpunkt erarbeitet haben. Erst dann kann dieses Gremium hier seine Meinung festlegen.

Schuberth: Ich möchte eine kurze Bemerkung zu der Frage der Gewerkschaften machen. Durch die falsch aufgezogenen Denazifizierungen haben die Engländer und Amerikaner unsere Beamten in die Gewerkschaft hineingepreßt, in die sie gar nicht hineingehören, und zwar von Standes wegen nicht.

Ich will Ihnen ein Zahlenbild nennen. Bei der Deutschen Post sind 330.000 Leute beschäftigt. Davon sind 150.000 Beamte. 100.000 Beamte sind in der Einheitsgewerkschaft und weitere 120.000 aus der Angestellten- und Arbeiterschaft. Diese Beamten – das sage ich mit allem Nachdruck – warten auf ein erlösendes Wort von uns. Wir werden in der nächsten Zeit dieses Wort zu sprechen haben. (*Zuruf:* Sehr richtig!)

Kiesinger: Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, was Arndgen gesagt hat. Ich möchte mir Ihr Wort, Herr Bundeskanzler, man soll über den Marxismus nicht zuviel reden, zu eigen machen. Aber eines ist sicher, das Machtstreben dieser Leute bedient sich in den Kreisen der Arbeiterschaft nach wie vor der alten marxistischen Klassenkampfparolen: Die Armen werden noch ärmer und die Reichen noch reicher. Das hat sich nun – es ist erstaunlich – als unwirksam erwiesen, am stärksten in den Kreisen der jungen Arbeiter.

Ich weiß nicht, ob es vielen so wie mir gegangen ist. In der sozialdemokratischen Hochburg bei uns, wo die SPD um die Hälfte abgenommen hat, da haben wir die große Chance – es wird woanders auch so sein – und das Druckmittel in der Hand, auf die Dauer die Herren vom Gewerkschaftsbund zu zwingen, einen anderen Kurs einzuschlagen, wenn wir nämlich das tun, was Herr Lenz gesagt hat, daß wir uns in größerem Umfange als bisher mit dem Nachwuchs der Arbeiterschaft beschäftigen und unsere Gedanken in diese Reihen hineintragen. Dadurch kann außerordentlich viel erreicht werden.

---

130 Kaiser und Arnold hatten die Einberufung einer außerordentlichen DGB-Bundestagung gefordert und dafür eine Verhandlungskommission eingesetzt (vgl. Anm. 116; AdG 1953 S. 4158). Der stv. Vorsitzende der KAB, Johannes Even, hatte am 9. September in Köln die Gründung Christlicher Gewerkschaften angekündigt, wenn der DGB seine weltanschauliche Haltung nicht ändere (UiD vom 16. September 1953).

Süsterhenn[131]*:* Meine Damen und Herren! Der Herr Kaiser hat uns in Aussicht gestellt, daß die christliche Arbeiterschaft bzw. ihre Führer in den nächsten Tagen sehr deutliche Forderungen gegenüber dem DGB anmelden werden. Diese Forderungen werden wahrscheinlich folgende sein: religiöse und parteipolitische Neutralität, Unterordnung der Gewerkschaft unter den Staat. Herr Kaiser war sehr optimistisch und glaubte anzunehmen und uns vortragen zu dürfen, daß diese Forderungen akzeptiert würden. Das, was Herr Albers sagte, klang weniger optimistisch.

Die Forderungen werden, das ist auch meine Überzeugung, formell akzeptiert werden, aber ob diese Zusicherungen gehalten werden, das scheint mir bei der Mentalität dieser Führungskräfte, bei den sozialistischen Gewerkschaftern, außerordentlich zweifelhaft zu sein. Diese Führungskräfte sind zweifellos von diesem Machtstreben erfaßt, das der Herr Bundeskanzler eben herausgestellt hat.

Ich bin sogar davon überzeugt, Herr Kaiser, nach Ihrem scharfen Auftreten werden über diese deklamatorischen Zusicherungen hinaus vielleicht noch einige personelle Konzessionen gemacht werden an dieser oder jener Stelle in der Organisation, bei dieser oder jener Besetzung eines Sozialdirektoren- oder Aufsichtsratspostens. Auch da wird man zunächst etwas entgegenkommend sein.

Aber all das ist politisch vollkommen wertlos und kann in sechs Wochen oder spätestens in sechs Monaten längst überholt sein, wenn diese Zusicherungen nicht auch formell durch organisatorische Maßnahmen gesichert und für alle Zukunft stabilisiert werden. Diese Sicherung und Stabilisierung dieser Zusicherungen kann nur – darüber müssen wir uns klar sein – auf zwei Wegen erfolgen: entweder durch die Gründung einer eigenen, nennen wir sie christliche Gewerkschaftsbewegung oder aber durch die Verwirklichung der auch sonst schon in gleicher Weise erhobenen Forderung einer offiziellen und formellen christlichen Fraktionsbildung in allen Instanzen, Ausschüssen und Organisationsgremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und zwar Fraktionen, die in allen der Gewerkschaft angehörigen Organisationen durch Urwahlen gebildet werden.

Nur wenn wir diesen Weg beschreiten, sind wir auch in der Lage, mit Hilfe dieser Fraktionen die Einhaltung der Zusicherungen zu garantieren und durchzusetzen, die uns voraussichtlich nach der Meinung des Herrn Kaiser in den nächsten Wochen vom DGB gegeben werden. Wenn wir uns aber nur mit platonischen Erklärungen abspeisen lassen, stehen wir in einigen Monaten oder in einem halben Jahr genauso wie bisher da. Diese Zusicherungen müssen auch zu der Änderung des gesamten organisatorischen Aufbaues des DGB führen, damit wir auch organisationsrechtlich und institutionell tatsächlich unsere christlichen Kräfte, die hinter uns stehen, in dieser Organisation zur Wirkung bringen können.

Dann scheint mir ein weiteres notwendig zu sein. Der Bundestag wird nach meinem Dafürhalten sich sehr ernsthaft überlegen müssen, ob es nicht an der Zeit ist, ein

131 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 49 Anm. 23.

Gewerkschaftsgesetz zu schaffen, (*Albers:* Dann müssen wir auch ein Parteiengesetz schaffen!) und zwar ein Gewerkschaftsgesetz unter folgenden Gesichtspunkten: Die Gewerkschaftsbeiträge, die von der Arbeitnehmerschaft gezahlt werden, sind zu einem Teil Beiträge zur Bestreitung der Organisationskosten, genau wie die Parteibeiträge das auch sind. Daneben sind in den Gewerkschaftsbeiträgen auch erhebliche Teile enthalten, die eine Art versicherungsrechtliche Anwartschaft für Unterstützungskassen, Versorgungskassen, Zusatzversicherung und was weiß ich noch darstellen. Ich glaube, daß zwischen diesen beiden Teilen der Gewerkschaftsbeiträge eine sehr scharfe Trennung erfolgen muß.

Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten gegen das wilde Bausparkassenwesen, gegen die wilden Sterbeumlagekassen gewandt und alle diese Dinge unter gewisse versicherungsrechtliche Grundsätze gestellt und der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherungswesen unterstellt. Wir müssen dazu kommen, daß die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Beitragsteil, den sie für solche Unterstützungs- und Sterbekassen bezahlen, auch echte versicherungsrechtliche Ansprüche erwerben, damit sie, wie bei jeder Privatversicherung, notfalls in der Lage sind, wenn wir eines Tages gezwungen würden, unsere eigene Gewerkschaft zu errichten, diese versicherungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften mitzunehmen, wie das ja jeder tun kann, der eine Privatversicherung in dieser Hinsicht abschließt.

Das ist ein sehr kitzliges Problem, aber m.E. ein Problem der finanziellen Sauberkeit. Man soll politische Organisationsbeiträge und Zahlungen für Versicherungen auseinanderhalten. Bei den Versicherungszahlungen müssen Rechtsansprüche gewahrt werden. Es darf nicht in das Belieben der Gewerkschaft gestellt werden, ob der einzelne etwas bekommt oder nicht. Wer aus der Gewerkschaft austritt, muß in der Lage sein, seine erworbenen Anwartschaften mitzunehmen, um sie gegebenenfalls auf eine ihm passende Organisation zu übertragen.

Albers: Bildungsarbeit wird sowohl im Stegerwaldhaus[132] in gutem Maße wie auch in den einzelnen konfessionellen Organisationen und an anderen Stellen geleistet. Aber was nützt alle Bildungsarbeit und die Herausstellung von Persönlichkeiten innerhalb der Arbeiterschaft, wenn wir ihnen nicht eine Entfaltungsmöglichkeit im öffentlichen Leben geben. Denn sonst hört alles auf.

Herr Minister Schuberth, ich habe von Ihrer Erklärung Kenntnis genommen, aber ich will Ihnen folgendes sagen: Sie haben das konservativste Element, die Post, in Ihrer großen Verwaltung. Wir sollten nun in diesem Kreis nicht mit unserer Meinung in diesen Dingen zurückhalten. Auch in der Postverwaltung wäre jedenfalls der christliche Flügel gestärkt worden, wenn Sie gelegentlich eine festere Haltung bezogen hätten!

In den letzten Wochen haben gewisse Kreise in der Wirtschaft – und jetzt muß ich mich an unseren Bundeswirtschaftsminister wenden – Morgenluft gewittert, insbesondere in der mittleren Industrie. Ich habe Ihnen über Emsdetten einen Brief

132 Haus der Sozialausschüsse (CDA) der CDU in Königswinter bis 1986.

geschrieben.[133] Es ist unmöglich, daß man Familienväter mit elf Kindern auf die Straße setzt, die während des Emsdettener Streiks eine Aufgabe erfüllten. Es ist unmöglich, einen Mann, der zwei Jahre bei den Engländern im Lager saß, der 45 Jahre im Betrieb war, herauszuschmeißen.

Ich habe eine Bitte an Sie, Herr Bundeswirtschaftsminister, daß nämlich bei diesen Herren, die nicht aus der Großwirtschaft und nicht aus der öffentlichen Wirtschaft kommen, sondern aus der mittleren Industrie und Privatindustrie – also Unternehmungen, die in einer Hand liegen – die CDU auf Ihre Hilfe rechnen kann, wenn sich dort wieder ein allzu starker Herren- oder Kastengeist zeigen sollte.

Dichtel: Ich stimme Herrn Arndgen darin bei, daß wir heute keine Beschlüsse fassen können. Aber eines können wir tun: das Problem in aller Offenheit aussprechen. Da muß ich Ihnen sagen, ich betrachte den Deutschen Gewerkschaftsbund, so wie er heute ist, als einen hoffnungslosen Fall. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Unseren Freunden, die sich bemühen, die Dinge zu ändern, möchte ich sagen, sie werden nach meiner Auffassung auf die Dauer nichts ändern können. Das Sprichwort sagt: Die Katze läßt das Mausen nicht. So werden auch die alten Sozialdemokraten in der Gewerkschaft niemals den gewerkschaftlichen Raum von der Parteipolitik der SPD trennen.

Daß trotz dieser ungeheuren Unterstützung der SPD seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes die SPD nicht mehr Boden gewonnen hat, das ist meiner Ansicht nach eines der größten Ereignisse, die diese Wahl gebracht hat. Wenn ich als Landesvorsitzender gefragt worden bin, wie stellen Sie die Prognose zur kommenden Wahl, dann war für mich das große Unbekannte: Wie wird man auf diese Propaganda der Gewerkschaft reagieren? Man hat nicht darauf reagiert!

Herr Bundeskanzler, Sie haben den Wahlaufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der doch eine einseitige Wahlhilfe für die SPD bedeutet hat, angegriffen. Man hat von der Gegenseite beipflichten müssen, daß etwas nicht in Ordnung ist. Trotzdem hat man einige Tage vor der Wahl diese häßliche Wahlillustrierte[134] herausgegeben. Das sind Dinge, die unter Verletzung der parteipolitischen Neutralität durchgeführt worden sind. Wir können geradezu von Glück sprechen, daß diese Dinge nicht mehr Eindruck in den Arbeiterkreisen hervorgerufen haben.

Unser Erfolg bei dieser Wahl war aber so offensichtlich, daß auch der DGB nicht dagegen anrennen konnte. Wir werden bei der nächsten Wahl diesen großen Erfolg nicht mehr aufweisen können. Das liegt in der Natur der Sache. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß diese Einrichtung zu einer großen Gefahr für uns werden

133 Stadt zwischen Münster und Rheine. – Anfang Februar und ab dem 14. d.M. war es zu Streiks der Textilarbeiter gekommen, in deren Verlauf es auch einen umstrittenen Polizeieinsatz gab. Hauptverantwortlicher für den Streik war der Vertreter der Sozialausschüsse und Bezirkssekretär der Gewerkschaft, Albert Hillenkötter. Dies hatte zu erheblichen Spannungen in der örtlichen CDU geführt (ausführlicher Schriftwechsel in ACDP III-002-101/2).

134 Wahlillustrierte des DGB „Wir alle wählen ... einen besseren Bundestag" in ACDP III-002-259/1.

kann. Vielleicht müssen wir uns alle einen großen Vorwurf machen, daß wir dieses große Problem nicht rechtzeitig aufgegriffen und nicht frühzeitig erkannt und nichts dagegen getan haben. Zu dieser Schuld bekenne ich mich als ehemaliger christlicher Gewerkschafter auch. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Einheit unter allen Umständen für den Arbeiter das Höchste und Wertvollste ist.

Ich bin sogar der Meinung, daß bei der konkurrierenden Art von früher zwischen Freien Gewerkschaften und Christlichen Gewerkschaften die Arbeiter profitiert haben. Trotzdem glaube ich, daß wir im Moment keinen anderen Weg gehen können, wie ihn Kollege Kaiser zeigt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil der Unterbau, auf dem eine Einheitsbewegung aufgebaut werden könnte, z.Z. noch nicht da ist. Wir werden den Weg von Kaiser gehen und ihm helfen müssen, weil ich davon überzeugt bin, daß er auf die Dauer Erfolg hat.

Die SPD wird ihr Monopol nicht preisgeben. Wir müssen uns heute darauf einstellen, daß wir eines Tages zu einer eigenen Bewegung, die nicht unbedingt christlich heißen muß, übergehen. Ich kenne die Entwicklung aus Mitteldeutschland. Mit einer guten Schulung von sechs bis acht Wochen für die betreffenden Menschen schaffen wir die Zelle, mit der wir eines Tages eine Organisation aufbauen können.

Wir sollten also klar sehen, daß eines Tages eine Trennung kommen wird, und wir sollten heute dafür schon die Grundlage in der Schule der Jugend schaffen.

Wir werden heute ein Kommuniqué herausgeben. Ich habe eine Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler. Wir werden neben der Regierungsbildung auch ein Wort zur Außenpolitik und zur Innenpolitik sagen müssen. Unsere Politik auf sozialpolitischem Gebiet in den nächsten Jahren muß die fortschrittlichste sein, die überhaupt möglich ist. Dadurch schaffen wir schon die Voraussetzungen für das Jahr 1957.

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung abschließen. Im Jahre 1921, in der Zeit des Kapp-Putsches[135], sind die mitteldeutschen Industriellen an den Wohlfahrtsminister Stegerwald mit der Bitte herangetreten: Schicken Sie um Gottes willen christliche Sekretäre nach Mitteldeutschland, wo es in den Fragen der Sozialisierung hoch hergegangen war. Wir wollen nur Herr im Hause bleiben. Wenn wir von der CDU das Eigentum bejahen und uns gegen die Sozialisierung wenden, dann müssen wir auf der anderen Seite aus christlicher Verantwortung heraus die fortschrittlichste Sozialpolitik treiben, um damit unseren Leuten ein Fundament zu geben. Wenn das geschieht, dann werden wir entsprechenden Boden gewinnen.

Adenauer: Lassen Sie mich, trotzdem es schon spät ist, noch einige Worte sagen. Herr Kollege Dichtel, mit der Frage des Gewerkschaftsproblemes in dem Sinne, wie wir es heute besprechen, beschäftige ich mich schon seit mehr als zwei Jahren. Vor zwei Jahren waren Vertreter[136] der Christlichen Gewerkschaften anderer Länder bei mir. Sie haben sehr deutlich über die Gefahr gesprochen, die wir bei uns haben. Sie

135 Nach Wolfgang Kapp (1858–1922) benannter, gescheiterter Putschversuch vom 13. bis 17. März 1920 gegen die Reichsregierung.

136 Nicht ermittelt.

haben theoretisch und praktisch gesprochen. Lassen Sie mich zum Praktischen etwas sagen.

Um eine neue Gewerkschaft auf die Beine zu stellen, braucht man einige Millionen Mark. (*Zuruf:* Zehn Millionen!) Das ist ein bißchen viel! (*Zuruf:* Eher mehr als weniger!) Nun langsam, meine Herren! Es gehört eine gewisse Summe von Millionen Mark dazu, um etwas aufbauen zu können, ehe die Beiträge fließen. Ich habe die Herren des Auslandes – es waren Holländer und Belgier, damit Sie nicht glauben, es seien irgendwelche andere gewesen – gefragt, woher bekommen wir denn das Geld? Können Sie das Geld geben? Aus Unternehmerkreisen darf das Geld nicht kommen. Darauf haben sie mir erklärt, wir können allenfalls soundso viel Hunderttausende geben, mehr aber nicht.

Lassen wir also sehr praktisch und realistisch über die Geschichte denken, und seien wir uns klar darüber, daß einfach bis auf weiteres die nötigen Geldmittel nicht da sind.

Ich möchte einige Gedanken aufgreifen, über die eben gesprochen worden ist; zunächst einen Gedanken von Herrn Kollegen Süsterhenn, den ich für absolut richtig halte. Es ist nach meiner Meinung falsch – da kann auch die Gesetzgebung eingreifen –, wenn den Leuten gesagt wird, aufgrund eurer regelmäßigen Beitragszahlungen werdet ihr unterstützt werden, aber ihr habt keinen Rechtsanspruch darauf. Wenn das eine Privatgesellschaft oder ein Unternehmer machen würde, sich Beiträge zahlen zu lassen und dann zu sagen, ihr bekommt eventuell eine Unterstützung, aber ihr habt keinen Rechtsanspruch, dann würde man die schärfsten Worte dagegen sagen. Es ist also sehr wohl zu überlegen, ob man das nicht im Wege der Gesetzgebung machen soll.

Noch ein Wort für Herrn Albers und die anderen Herren. Wir besprechen gar nicht die Frage der Sozialpolitik. Ich bitte Sie, das doch auseinanderzuhalten. Wir besprechen die Frage der Organisation der Gewerkschaften. Das ist etwas völlig anderes. Auch bei der besten Sozialpolitik, die gemacht wird, bleibt die gewerkschaftliche Organisation und werden die Leute gezwungen, in sie einzutreten. Daran liegt es doch. Ich verstehe nicht, weil Sie doch die Gewerkschaften besser kennen als ich, daß Sie nicht auf meinen Gedanken wegen der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften eingegangen sind.

Wie ist es denn heutzutage? Die jungen Leute werden tatsächlich gezwungen, der Gewerkschaft beizutreten, sonst können sie kein Bein auf die Erde kriegen in ihrem Betrieb oder wo sie sind. Und wenn sie drin sind, dann müssen sie zahlen und dürfen nicht riskieren, wider den Stachel zu löcken. Die Entscheidung darüber, ob ein Streik zustande kommt oder ob sonst etwas gemacht wird, die wird nicht von ihnen gefällt, die Entscheidung treffen die armen Lämmer nicht, sondern die wird von den anderen getroffen.

Ich muß Ihnen gestehen, ich finde es mit dem Geist der Demokratie unvereinbar, daß die Arbeiterschaft in eine derartige Organisation hineingepreßt wird und daß sie dann offenbar Jahr für Jahr Beiträge zahlt und überhaupt keine Rechte hat. Ich

verstehe nicht, daß sich die Leute das gefallen lassen. Ich meine, da müssen Sie einsetzen.

Wer Mitglied der Gewerkschaft werden will, soll es freiwillig werden, und wer Beiträge zahlt, soll auch ein Mitspracherecht in geheimer Abstimmung haben; denn nirgendwo – das wissen Sie genauso wie ich – ist der Terror so stark wie dort. Es muß schon in einem Betrieb eine sehr geschlossene Gemeinschaft vorhanden sein, wenn sie sich gegenüber diesem Terror durchsetzen will.

In einem gebe ich Ihnen recht. Wenn jetzt da steht, die demokratische Entscheidung wurde gefällt, dann soll man wirklich dem Herrn Freitag mal sein Presseinterview unter die Nase halten, wo er sagte: Ich entscheide darüber, ob etwas demokratisch ist oder nicht. Wir müssen vor allem eine Übereinstimmung in der Auffassung herbeiführen zwischen den Sozialausschüssen und den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen. Das scheint mir eine Grundbedingung für Ihre ganze Position gegenüber dem Gewerkschaftsbund zu sein, sonst haben Sie nichts hinter sich. Das ist das erste.

Zweitens sollte man das Damoklesschwert, daß eventuell eine neue Gewerkschaft gegründet wird, hängen lassen, sonst erreichen Sie bei diesen Herrschaften nichts. Sie erreichen bei ihnen wirklich etwas, wenn Sie ihnen eine Macht oder die Möglichkeit einer Macht entgegenhalten können. Ich hatte mir noch verschiedene Punkte darüber aufgeschrieben. Ich will aber nicht zu weit darin gehen. Ich bitte Sie noch einmal, wenn Sie jetzt verhandeln, sorgen Sie zuerst für Einigkeit unter den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen und unter den Sozialausschüssen. Das ist absolut notwendig.

Wenn Sie die Einigkeit hergestellt haben, dann geben Sie nichts auf bloße Versprechungen, sondern verlangen Sie Taten, und sorgen Sie doch dafür – denken Sie den Gedanken durch –, daß nun wirklich demokratisch dort verfahren wird. Dann haben Sie von den Unternehmern gesprochen. Das hängt damit gar nicht zusammen. (*Albers:* Doch!) Nein, Herr Albers, wie können sie damit zusammenhängen? Wenn ein Unternehmer gekündigt hat, dann ist zwar die Gewerkschaft dafür da, aber das rechtfertigt doch nicht den Terror oder Zwang, der innerhalb der Gewerkschaften gegenüber ihren Leuten ausgeübt wird. Im übrigen möchte ich Ihnen folgendes sagen, Herr Albers: Gestern war Herr Spennrath[137] bei mir. Ich habe mit ihm die Frage besprochen, ob die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden in Verhandlungen eintreten sollten. Herr Spennrath war der Auffassung, wir werden ja sagen und solche Verhandlungen pflegen. Ich habe ihm gesagt, Sie haben vollkommen recht, das müssen Sie tun, natürlich dürfen Sie nicht die Brücken abbrechen, aber Sie müssen stark und einig sein.

137 Friedrich Spennrath (1888–1959), 1931–1955 Vorstandsmitglied der AEG, seit 1947 Vorsitzender des Vorstands, Präsidialmitglied des BDI.

Blumenfeld[138]*:* Ich glaube, wir müssen die Frage zunächst einmal so behandeln, daß wir dem Vorschlag der Herren Arnold, Albers usw. folgen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir auf die Dauer nicht in der Einheitsgewerkschaft bleiben können, sondern daß wir hier zu einer Trennung kommen werden. Es sollte auch ein weiterer Gesichtspunkt beachtet werden, der noch nicht zur Sprache gekommen ist. Nehmen Sie an, wenn die Wiedervereinigung in einem Jahr oder in zwei Jahren kommt, daß dann in der Ostzone eine sehr stark marxistisch geschulte gewerkschaftliche Organisation steht, die immerhin eine Fragestellung aufwirft, ob nicht von unserer Seite aus eine Christliche Gewerkschaft ins Leben gerufen werden soll.

Ich glaube, daß ein Einbruch – wenn überhaupt – nur durch die Organisation als solche und durch organisatorische Maßnahmen von uns aus sowie durch die Gesetzgebung erfolgen kann. Ich möchte unterstreichen, was Herr Süsterhenn gesagt hat. Man müßte also durch Leistungen überzeugen. Das wird auf die Dauer nur in getrennten Gewerkschaften geschehen können. Ich glaube, daß die Unternehmerschaft dafür gewonnen werden kann und sich bereit erklären wird, mit der christlichen Arbeiterschaft Hand in Hand zu gehen. Hier wird eine große positive Möglichkeit bestehen, wenn wir sie richtig anfassen.

Arnold: Ich freue mich, daß die Frage des Deutschen Gewerkschaftsbundes einen so breiten Raum in unserer Aussprache eingenommen hat. Ich glaube, wir sind uns alle einig in dem Punkt, was im Deutschen Gewerkschaftsbund nicht sein darf. Wir sind ebenso einig in der Auffassung, daß wir eine unabhängige, religiös und parteipolitisch neutrale und demokratisch ausgerichtete Gewerkschaft brauchen. Unsere ganze Arbeit wird darauf gerichtet sein, einen letzten und energischen Versuch nach dieser Richtung hin zu machen.

Keiner von uns vermag vorauszusehen, ob dieser Versuch zu dem Ergebnis führt, das wir alle gemeinsam erwarten. Aber ich halte es für psychologisch grundfalsch, eine Atmosphäre zu schaffen und eine Stimmung zu erzeugen, als wenn es nunmehr die christliche Arbeiterschaft wäre, die von sich aus die Einheit der Gewerkschaft sprengen wollte.

Die christliche Arbeiterschaft darf um ihrer selbst willen und um der ganzen Sache der Arbeiterschaft willen niemals ohne Grund der Spaltpilz der Einheitsgewerkschaften sein. Die Einheitsgewerkschaft ist damals gegründet worden unter klaren Überlegungen und ganz klarer innerer Überzeugung. Unter Böckler[139] ist mit dieser Gewerkschaft auch manches Wertvolle und Bedeutsame erreicht worden. Ich bin der Auffassung, wenn die Verfassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und sein inneres Gesetz der religiösen und parteipolitischen Neutralität nicht gewahrt werden

138 Erik Bernhard Blumenfeld (geb. 1915), 1946–1955 und 1966–1970 MdHB (1949–1955 Vorsitzender der CDU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 354 Anm. 108.

139 Hans Böckler (1875–1951), 1947–1951 Vorsitzender des DGB (zunächst britische Zone, ab 1949 des Bundesgebiets). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 111 Anm. 10.

können, dann sind nicht die christlichen Arbeitnehmer der Spaltpilz, sondern jene, die diese innere Verfassung der Gewerkschaft fortlaufend verletzen.

Was die psychologischen Voraussetzungen für eine größere Entscheidung angeht, so darf man praktisch folgendes nicht übersehen: Es hat sich die psychologische Situation und die geistige Lage der Arbeiterschaft insgesamt wesentlich geändert. Heute morgen sind wiederholt Worte über den marxistischen Klassenkampf gefallen. Verfolgen Sie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Wahlergebnisse, dann werden Sie feststellen, daß von einem solchen marxistischen Klassenkampf billigerweise unter der Arbeiterschaft nicht mehr gesprochen werden kann. Es hat sich eine geistige Wandlung vollzogen.

Wenn ich die geistige Lage der Arbeiterschaft richtig beurteile, dann möchte ich sogar der Meinung sein, daß wir uns in einem gewissen geistigen Tauwetter befinden, das uns die Möglichkeit gibt, wieder stärkeren Einfluß zu gewinnen bei den Leuten, die vor 20 Jahren weggelaufen sind. Deshalb sollte man nicht ohne Not, ich wiederhole das mit aller Verantwortung, nicht ohne Not zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft drängen; denn gerade die Wahlentscheidung hat bewiesen, daß diese Leute ansprechbar und innerlich bereit sind, einen Weg zu suchen, der uns gemeinsam vorschwebt. Wenn wir das ohne Not machten, wir würden die Leute, die ihr ehrliches Bekenntnis uns gegeben haben, jetzt wieder in den Radikalismus entlassen. Und das kann man weder vom christlichen noch vom sozialen noch vom staatspolitischen Standpunkt aus überhaupt vertreten.

Es wäre doch ein leichtes, und dazu gehört keine Kunst, einen Aufruf zu erlassen, daß nunmehr die christliche Arbeiterschaft aufgefordert würde, in den nächsten vier Wochen Christliche Gewerkschaften zu gründen. Dazu gehört gar nichts. Aber ich frage Sie, wer den nächsten Schritt macht, muß auch innerlich sicher sein, wie der zweite aussehen wird. Kollege Even[140] hat gestern eine Pressekonferenz abgehalten und dabei angegeben, daß nunmehr die Katholischen Arbeitervereine rund 200.000 Mitglieder zählen. Ich unterstelle, daß selbst die 200.000 Mitglieder bereit wären, sofort Mitglied einer künftigen christlichen oder unabhängigen Gewerkschaft zu werden, aber sie würden doch praktisch zerrieben werden gegenüber den 6,1 Millionen, die der DGB hat.

Es kommt hinzu, daß weite Kreise der christlichen Arbeiterschaft zur Stunde die Situation für keineswegs reif halten, eine solche Entscheidung zu treffen. Ich würde es aus allen staatspolitischen, sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus für grundfalsch halten, in dieser Stunde eine solche Entscheidung herbeizuführen.

Wir können nur eines tun – da gehe ich mit allen einig –, zu versuchen, zwischen den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen und den Sozialausschüssen eine

---

140 Johannes Even (1903–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und 1. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 83. – Zur Pressekonferenz vgl. Anm. 130.

einheitliche geistige Grundlage herzustellen. Das müßte um der Verantwortung willen, vor der wir alle stehen, möglich sein. Dann kann man eine deutliche und begründete sachliche Aussprache mit dem DGB führen. Sollte sich dann herausstellen, daß alle Bemühungen ergebnislos gewesen sind, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als eine selbständige Entscheidung zu treffen, die dann aber nicht von einzelnen Leuten, sondern von der Gesamtheit der christlichen Arbeiterschaft der Bundesrepublik getroffen werden muß.

Kaiser: Ich möchte bitten, darauf zu vertrauen, daß wir uns der Verantwortung und Tragweite der ganzen Angelegenheit voll bewußt sind. Erwarten Sie von uns keine Dinge, die einfach nicht erreichbar sind. Es ist schon eine ganze Menge im Gange. Wir haben vor drei oder vier Wochen von Essen[141] aus den Appell an die deutsche Arbeiterschaft ergehen lassen, sich gegen diesen Terror, wie er im Wahlaufruf der Gewerkschaften deutlich geworden ist, zu wenden.

Wir haben den Appell ergehen lassen, damit sich die Menschen unserer Art und unseres Denkens, und zwar nicht nur die christlich-demokratische Arbeiterschaft, sondern jeder, der Verantwortung in sich fühlt, in den Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Organisationen zu Fraktionen zusammenschließen sollen. Also, wir sind uns unserer Verantwortung voll bewußt. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern wir werden die Klärung herbeizuführen suchen.

Herr Bundeskanzler, was Sie mit dem Wort Demokratie ausdrücken, erfüllt mich voll und ganz. Ich weiß, was damit erreicht werden soll oder muß. Es darf nicht einfach nach Mehrheiten abgestimmt werden, sondern die Minderheiten müssen auch zur Geltung kommen in geheimer Abstimmung usw. Ich verstehe unter dem Wort Toleranz etwas anderes. Da begegne ich Kiesinger; es kommt darauf an, daß man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nach unserem Denken in Toleranz entgegenkommt, daß man sich gegenseitig achtet und respektiert. Die Gewerkschaftsbewegung ist nun einmal aus zwei Wurzeln heraus gewachsen – und jetzt darf ich das Wort Marxismus noch einmal verwenden, wenn Sie auch meinen, daß es nicht angewendet werden möchte –, und zwar aus der Lehre des Marxismus und aus der Lehre einer christlichen Sozialordnung der Gesellschaft, der Wirtschaft und der politischen Dinge in unserem Land.

Es sind in der Diskussion über die Gewerkschaften auch Stimmen laut geworden, die nicht in erster Linie Sorgen um die Gewerkschaft zum Ausdruck brachten, sondern die sich für die wohlverstandenen Interessen der Arbeiterschaft aussprachen. Das ist wohl auch das, was vorhin Albers mit einigen Worten darzulegen versuchte.

Wir sind auch verantwortlich, daß wir zu unserem Teil dazu beitragen, daß gute Lösungen gefunden werden. Ich spreche nur die Bitte aus, uns zu vertrauen, daß wir unseren Mann in dieser Auseinandersetzung stehen werden. Wir können Versäumtes nicht nachholen und Fehler nicht mehr gutmachen, aber Sie dürfen versichert sein,

141 Vgl. Anm. 127.

daß wir in dieser Auseinandersetzung das tun werden, was die Stunde von uns erwartet und fordert.

Adenauer: Darf ich die Diskussion, die sehr notwendig und sehr klärend gewesen ist, damit schließen, indem ich feststelle, daß wir alle der Meinung sind, daß eine Einigkeit hergestellt werden soll zwischen den Sozialausschüssen und den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen?

Kaiser: Was der Even gestern vor der Presse gesagt hat, ist eine Blödheit und Dummheit sondergleichen!

Pünder: Deswegen sagt das doch der Herr Bundeskanzler!

Adenauer: Sie kommen mir zur Hilfe, Herr Pünder. Es soll eine Übereinstimmung hergestellt werden, nicht in der Organisation, aber in der Auffassung. Gegenüber diesem Problem muß eine Übereinstimmung hergestellt werden. Im übrigen haben wir zu unseren Freunden, die nun verhandeln werden, Vertrauen. Sie können nun auftreten und sagen, daß die gesamte Partei in dieser Auffassung hinter ihnen steht. Ich denke, daß wir das Ergebnis dieser ganzen Verhandlungen einmal abwarten.

Meine Herren, wie wollen Sie nun weiter taktieren? Der Imbiß steht bereit. Inzwischen ist es viertel vor 2 Uhr geworden. Das Kommuniqué muß noch gemacht werden. Es liegt ein Entwurf des Kollegen Tillmanns vor, den Kollege Ehlers freundlicherweise durchgesehen hat. Vielleicht kann noch jemand dazukommen, der das durchsieht, während wir drüben sind. Wann sollen wir wieder zusammentreten, und worüber haben wir noch zu sprechen? (*Zurufe:* Schluß machen! – *Unruhe.*) Es werden Stimmen laut, die meinen, wir hätten erschöpfend alles besprochen.

Weber: Es stehen Artikel in der Zeitung über die Regierungsbildung. Ich möchte wissen, was davon wahr ist.

Adenauer: Sie werden verstehen, daß ich, der ich noch kein Bundeskanzler für die Zukunft bin, in einem solchen Gremium nicht über die Regierungsbildung sprechen kann.

Strauß: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte Sie, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich die Meinung vertrete, daß die allgemeinen politischen Entscheidungen, die von unserer Seite zu fällen sind, sowie die Beurteilung der politischen Lage, die sich aus den Wahlen ergibt, mit der Diskussion von heute vormittag abgeschlossen sind.

Ich glaube, daß jetzt die Fraktion der CDU/CSU zusammentreten muß, um die Resultate der Beratungen des Bundesparteivorstandes zu verwerten und um den bisherigen Bundeskanzler mit der Wahrnehmung der Koalitionsverhandlungen mit den Parteien, die in Betracht kommen, zu beauftragen.

Der dritte Schritt wäre eine Wiedereinberufung des Bundesparteivorstandes, um aufgrund der bis dahin geführten Verhandlungen die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen. Ich glaube nicht, daß wir heute nachmittag in diesem Kreis zu konkreten Entscheidungen oder Vorbesprechungen kommen können, ohne daß die Position für die Verhandlungen dadurch geschwächt würde.

Ich stelle daher den Antrag, die Beratungen zu beenden und nächste Woche

den Parteivorstand nochmals einzuberufen, wenn der Bundeskanzler aus dem Urlaub zurück ist.

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört. Soviel ich weiß, Herr von Brentano, werden die Fraktionen am Dienstag zusammentreten. Sie beabsichtigen, was ich für richtig halte, eine Art Ausschuß zu schaffen, der die Dinge weiter bearbeitet. Dann würden wir hier – ich weiß nicht, wie die Verhandlungen laufen – zu einem Zeitpunkt, den wir noch nicht festsetzen können, aber bald wieder zusammentreten.

Simpfendörfer[142]*:* Es sind in der Presse über regionale Verteilung der Ministersitze sehr interessante Erörterungen gepflogen worden. Ich bin nicht der Meinung, daß wir das weiterpflegen sollten. Ich möchte nur bemerken, daß wir uns dafür sehr interessieren, vor allen Dingen von Baden-Württemberg aus.

Adenauer: Wenn Sie weiterdiskutieren wollen, dann schlage ich vor, jetzt für eine Stunde zu unterbrechen und dann weiterzumachen. Sind Sie damit einverstanden?

Pause von 13.50 Uhr bis 14.50 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die kommende Bundesregierung hier mal eine Schelle anschafft! (*Schäffer:* Ich nehme es zur Kenntnis!) Der tut schon so, als wenn er der Bundesfinanzminister der Zukunft wäre, er sagt, ich nehme es zur Kenntnis. *(Heiterkeit.)* Eine Schelle werden wir dann doch hoffentlich mal bekommen. Das Wort hat Herr Gradl[143].

Gradl: Ich will nur einige Worte im Anschluß an die Ausführungen unseres Freundes Blumenfeld sagen, die einer Richtigstellung bedürfen; denn es wäre grundfalsch, wenn Sie sich in Ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaften von falschen Vorstellungen leiten ließen.

Er hat vorhin die Dinge so dargestellt, als ob wir mit Rücksicht auf eine Wiedervereinigung und auf die dann aus der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetzone zu uns stoßenden Kräfte darauf bedacht sein müßten, rechtzeitig neben den bisherigen Gewerkschaften eine andere Organisation zu schaffen, um dieser Kräfte besser Herr zu werden.

Ich glaube, darin liegt ein Grundfehler, vor dem wir uns hüten müssen. Wenn überhaupt jemand in der Arbeiterschaft vom Marxismus kuriert ist, dann ist es die Arbeiterschaft in der Sowjetzone.

Nun bitte ich Sie, sich einen Augenblick lang vorzustellen, was geschehen würde, wenn dieser Tag käme. Ob das 1954 oder 1955 ist, ist dabei gleichgültig. In diesem Augenblick würde in der Sowjetzone die Arbeiterschaft eine radikale, wahrscheinlich in revolutionärem Stil vor sich gehende Säuberung der Gewerkschaften von den

142 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), 1948–1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1953–1958 Kultusminister von Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 17 Anm. 12.

143 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1953–1971 Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 86 Anm. 4.

bisherigen Funktionären vornehmen. Wir haben in diesem Augenblick die Chance, gerade über die Gewerkschaftsbewegung der Sowjetzone Kräfte in die Gewerkschaft hineinzubekommen, die viel mehr auf dem Boden unseres Denkens stehen als auf dem des Marxismus oder der Sozialdemokratie.

Wir haben dort drüben – das hat das Echo in der Sowjetzone auf die Wahl gezeigt – eine Basis für die Zukunft, die viel größer ist, als sich vielleicht manch einer hier vorstellt, und die mehr Aussicht verheißt, als wir gemeinhin annehmen. Ich erinnere an die Zahlen, die der Bundeskanzler neulich in der Pressekonferenz aus dem Lager Wentdorf[144] genannt hat. Wer es erlebt hat, wie diese Wahlen in der Sowjetzone aufgenommen worden sind, wie die Leute unter der Gefahr, ihre Freiheit zu verlieren, an den Lautsprechern hingen, um die Ergebnisse zu hören, der weiß, was tatsächlich in der Sowjetzone vor sich geht. Wir haben auch von der Sowjetzone her ein ungeheuer großes Vertrauen mitbekommen, auch für die nächsten vier Jahre; denn dort herrscht die Überzeugung, daß die Politik, die nunmehr gemacht wird, sich in der entschiedensten Weise für die Sache der Wiedervereinigung einsetzt.

Sie werden alle im Wahlkampf in Ihren Versammlungen und auch in der sozialdemokratischen Presse gemerkt haben, daß man sich am stärksten bemüht hat, uns in infamer Weise zu verdächtigen, als ob die Politik der CDU in der Sache der Wiedervereinigung es nicht im letzten Sinne ernst meine, als ob sie mehr nach dem Westen als nach der Wiedervereinigung sehe. Es ist uns allen gut gelungen, diese Verdächtigungen zu widerlegen. Das Wahlergebnis hat es gezeigt, aber die Sozialdemokratie wird das Schwergewicht ihres künftigen Kampfes gerade auf diesen Punkt legen.

Deshalb kommt es entscheidend darauf an, neben allem anderen, was hier gesagt worden ist über die Arbeit in der Sozialpolitik, daß wir in der entschlossensten Weise der Bevölkerung den Nachweis erbringen, daß die Politik der Bundesregierung tatsächlich als erstes und ernstes Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands vorsieht.

Wenn wir das fertigbekommen, die Wiedervereinigung in den nächsten Jahren wirklich herbeizuführen, dann bekommen wir von der Sowjetzone für unser Denken und für unser Wollen einen Kraftzuwachs, wie wir ihn uns besser gar nicht vorstellen können. *(Beifall.)*

Adenauer: Weitere Wortmeldungen? (*Albers:* Sie wünschen ein weiteres Thema?) Ich nicht, ich habe nur gefragt. (*Albers:* Es ist die Frage, wie bringen wir aus diesem Wahlsieg unsere Mitgliederzahl zusammen? – *Zuruf:* Das wird extra gemacht.) Herr Albers, ich möchte etwas nachholen. Als ich heute morgen dankte, war Herr Bach[145] noch nicht hier. (*Zuruf:* Und jetzt ist er wieder weg!) Jetzt ist er nicht mehr

144 Aufnahmelager für NW von etwa 10.000 Sowjetzonenflüchtlingen (in Schleswig-Holstein in der Nähe von Hamburg gelegen). Adenauer besuchte das Lager am 21. April 1953 nach seiner Rückkehr aus den USA (Bericht in UiD vom 6. Mai 1953).

145 Ernst Bach (1902–1965), 1948–1956 Oberbürgermeister von Siegen, 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 23.

da. Dann muß ich doch etwas in seiner Abwesenheit sagen und Sie bitten, mit mir dem Herrn Bach zu danken für die unermüdliche Arbeit, die er während dieser ganzen Zeit wirklich Tag und Nacht, kann ich nur sagen, geleistet hat. Ich darf ihm das wohl auch mitteilen? *(Zustimmung.)* Nun zum Kommuniqué. Wo ist es? *(Zuruf:* Kommt gleich!)

Blumenfeld: Unser Freund Strauß hat heute vormittag über die Frage der Objektivität gesprochen, die wir in den vergangenen Jahren an den Tag gelegt haben, insbesondere in den Ländern. Ich stimme ihm grundsätzlich zu, aber ich möchte doch gerne wissen, ob sein Postulat – ich glaube, er sagte: rücksichtslos –, daß wir unsere Auffassung in den kommenden vier Jahren durchsetzen sollten, so ganz unwidersprochen in diesem Kreise angenommen wird.

Wir stehen in Hamburg am 1. November vor einer solchen Frage. Ich spreche nicht von jenen entscheidenden politischen Positionen, die so um den Bürgermeister herumgruppiert sind seitens der SPD, sondern ich spreche von den vielen Hunderten und Tausenden von Beamten und Angestellten, die zu einem erheblichen Teil dazu gezwungen worden sind, die Mitgliedschaft der SPD anzunehmen oder in bestimmte Organisationen hineinzugehen, um ihre Stellung zu erhalten.

Ich glaube, man sollte auch hier Ihr Wort, Herr Bundeskanzler, aufgreifen und diese Dinge maßvoll betreiben und nicht mit umgekehrten Vorzeichen vorgehen. Sonst würden wir eine große Zahl von Menschen verstimmen.

Adenauer: Ich möchte ein Wort dazu sagen. Es ist ein wichtiges Kapitel. Ich habe heute morgen nichts dazu gesagt, weil ich mich nicht zu lange aufhalten wollte, aber jetzt möchte ich sagen: In dem, was Herr Strauß ausgeführt hat, steckt ein sehr richtiger Kern. Vielfach hat die Empfehlung von CDU-Seite genügt, um Leute unmöglich zu machen. Sie werden erstaunt sein und vielleicht darüber lächeln, aber es ist so gewesen, daß auf meine Empfehlung im Auswärtigen Amt ein Mann entweder überhaupt nicht genommen wurde, oder er bekam in seine Akten sofort einen Klecks: auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Bundeskanzlers.

Das liegt zum Teil daran, daß viele Leute der CDU und wahrscheinlich auch der CSU kein langes Leben zugetraut haben, sondern daß sie geglaubt haben, die haben nun für die ersten vier Jahre die Regierung bekommen, aber dann kommt ganz sicher die Sozialdemokratie hinterher, deswegen wollen wir vorsichtig sein. Ich denke, das wird sich ändern. Wo es sich nicht ändert, werden wir allerdings mit Energie nachhelfen.

Ich bin nicht der Auffassung, Herr Blumenfeld – Sie haben das dem Herrn Strauß auch nicht unterstellt –, als wenn jetzt radikal alles abserviert werden sollte, was nicht zu uns gehört, aber daß wir viel entscheidender darauf sehen müssen, daß auch Leute von uns in Stellungen kommen, das ist ganz klar.

Nur um eins möchte ich bitten, ich sage das nicht ohne Grund: Wenn uns von CDU-Seite Leute empfohlen werden, dann bitte ich, diese Leute, ehe man sie empfiehlt, sich vorher anzusehen. Es ist wirklich wahr, daß CDU-Leute aus gutem Herzen heraus, wenn irgend jemand kommt und sagt, ich bin CDU-Mann, den ohne

weiteres empfehlen, so daß wir z.B. haben erleben müssen, daß zwei Leute eingestellt worden sind auf Empfehlung von CDU- oder CSU-Abgeordneten, die nachher der Spionage überführt wurden, und zwar der Spionage zugunsten Sowjetrußlands.

Ich möchte daraus folgenden Schluß ziehen: Es handelt [sich] nicht nur um die Bundesregierung, sondern auch um die Länderregierungen, um die Städte und Gemeinden, um die Ortskrankenkassen und die Arbeitsämter, um alle diese Posten. Sie finden sehr selten einen Sozialdemokraten, der einen solchen Posten hat und dabei absolut objektiv ist. Wir sind doch auf der ganzen Linie zurück. Ich nehme an, daß wir durch den Wahlsieg einen Zug nach vorne bekommen. Den müssen wir auch ausnützen.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Gestatten Sie mir dazu einige Worte. Bereits bei früherer Gelegenheit habe ich angeregt, eine personelle Zusammenfassung und Übersicht in allen Ländern und Verwaltungen anzufertigen, nicht etwa, um nach sozialistischem Muster eine Personalpolitik zu machen, und auch nicht, um über Prinzipien klarzuwerden, sondern darum, daß wir im konkreten Betätigungsraum in den Behörden, Verbänden und Anstalten wirklich unseren Leuten die Möglichkeit geben, sich zu bekennen, die sich dazu bekennen wollen. Ein richtiger CDU-Beamter wird niemals gegen sein Gewissen andere benachteiligen, er wird aber für Gerechtigkeit sorgen.

Deshalb möchte ich vorschlagen, daß möglichst bald in allen Ländern, aber auch in der Bundeszentrale, die entsprechenden Ausschüsse zusammentreten, um in der konkreten Personalpolitik die Fragen der Stellenbesetzung einer genauen Kontrolle zu unterziehen. Ich selbst als Innenminister habe damit sehr viel zu tun, und ich weiß, wie schwierig es ist, das auszuräumen, was die SPD-Minister in einigen Jahren an Parteiagitatoren hineingepumpt haben. Das bedarf einer zielbewußten und planmäßigen Vorbereitung.

Ich möchte bitten, daß wir uns wenigstens darüber klarwerden, daß die Landesparteien die entsprechenden Ausschüsse zusammensetzen und eine genaue Feststellung treffen, wo und wie sind die Stellen besetzt. Es geht bis zum letzten Gendarmeriechef in den Kreisen, sage ich Ihnen. Die Leute haben nicht den Mut, sich zu bekennen. Dort werden die Qualifikationsatteste geschrieben, die nachher bei den Regierungen durchlaufen. Man muß ganz unten anfangen, vor allen Dingen bei der Polizei. Das sage ich sogar für uns. Das gilt erst recht in den SPD-Ländern. Von Hessen will ich nicht sprechen, weil das über meinen Bereich hinausgeht. Auf diesem Gebiet bleibt unendlich viel zu tun. Aber es umfaßt nicht nur das Negative, sondern auch das Positive.

Wir müssen dafür sorgen, daß wir zunächst einen qualifizierten, tüchtigen Nachwuchs haben, der uns auch Ehre macht, wenn er in die betreffenden Positionen hineinkommt.

Adenauer: Damit können wir dieses Thema verlassen. Ich kann Übereinstimmung feststellen. Ich darf nun Herrn Tillmanns bitten, das Kommuniqué zu verlesen.

Tillmanns: Herr Bundeskanzler! Vielleicht ist es möglich, daß ich diesen Entwurf

verlese. Es wäre erwünscht, daß der Vorstand noch einen kleinen Kreis beauftragt, der dann die redaktionelle Bearbeitung vornimmt.

Es ist eine Erklärung des Vorstandes, die vor allem an die Wählerschaft gerichtet ist:

„Der Vorstand der Christlich-Demokratischen Union grüßt in tiefer Genugtuung über das Ergebnis der Bundestagswahl alle Männer und Frauen, die den Kandidaten der Christlich-Demokratischen Union ihre Stimme gegeben haben, und dankt ihnen für den Beweis ihres großen Vertrauens.

Der große Erfolg der Christlich-Demokratischen Union gründet sich auf ihre innere Geschlossenheit. Katholische und evangelische Christen haben sich in allen Ländern stärker als je zuvor zu ihr bekannt. Die Christlich-Demokratische Union als die politische Gemeinschaft aller Stände und Schichten ist die tragende Kraft unserer Demokratie.

Auch weite Kreise der Arbeiterschaft und vor allem der Jugend haben der Christlich-Demokratischen Union, ihren Grundsätzen, ihren Zielen und insbesondere der erfolgreichen Politik Konrad Adenauers ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir empfinden diesen Vertrauensbeweis als verantwortungsvolle Verpflichtung. Wir werden dieser Verantwortung gemeinsam mit denjenigen Parteien, die mit uns zusammenarbeiten wollen, gerecht werden und wissen unsere Arbeit auch denen verpflichtet, die uns nicht gewählt haben.

Das Programm, das wir auf dem vierten Hamburger Parteitag für den zweiten Deutschen Bundestag beschlossen haben, wird Richtschnur unserer Politik sein. Wir werden die Leistungen der Wirtschaft weiter steigern, die Versorgung des Volkes verbessern, vor allem aber die sozialen Aufgaben jeder Art, insbesondere an den wirtschaftlich Schwachen, in fortschrittlicher Sozialpolitik zur Lösung bringen.

Unser vornehmstes Ziel bleibt die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit für das ganze deutsche Volk.

Das werden wir erreichen, wenn wir an der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft wie bisher mitarbeiten, die Zusammenarbeit mit den Völkern der freien Welt im Geiste gegenseitigen Vertrauens stärken und unseren Beitrag dazu leisten, daß die Gegensätze zwischen den Weltmächten überwunden werden.

Der große Wahlerfolg der Christlich-Demokratischen Union ist nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit vieler tausender ehrenamtlicher und amtlicher Mitarbeiter und der vielfältigen Tätigkeit aller unserer Freunde in Stadt und Land zu verdanken. Der Vorstand spricht ihnen allen in herzlicher Verbundenheit seinen aufrichtigen Dank aus."

Simpfendörfer: Ich vermisse die Jugend!

Tillmanns: Ist drin!

Kunze[146]*:* Ich vermisse eine Verbindungslinie zur CSU.

---

146 Johannes Kunze (1892–1959), 1949–1959 MdB (CDU, Vorsitzender des Ausschusses für den Lastenausgleich. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 109 Anm. 2.

Adenauer: Das ist eine Frage, die mir auch beim Lesen kam. Ich habe gedacht, wie schön wäre es, wenn wir das gemeinsam unterzeichneten. (*Kaiser:* Das kann man doch!) Das war mein Gedanke.

Strauß: Darf ich es einmal lesen!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zu meiner großen Freude erklären sich die fünf Vertreter der CSU damit einverstanden, daß überall auch CSU hineingesetzt wird. Ich bin darüber wirklich sehr froh, daß die CSU diese Erklärung mit abgibt; denn das war genau mein Empfinden, als es verlesen wurde, wie schön wäre es, wenn sie dabei wäre.

Herr Strauß will eine kleine Korrektur haben. Es sind auch sonst noch einige stilistische Bedenken laut geworden. Ich würde vorschlagen, daß die Herren Strauß, Gerstenmaier und Kiesinger noch einen Augenblick hierbleiben, um mit Herrn Lojewski[147] zusammen die letzten Feinheiten herauszuholen.

Strauß: Ich schlage vor, das aufzunehmen, was Simpfendörfer angeregt hat, einen Dank an die jungen Wähler, daß sie sich jedem Radikalismus verschlossen haben. (*Gerstenmaier:* Sehr richtig!)

Adenauer: Das wünscht auch Herr Gerstenmaier. Dann sind wir uns einig, einen besonderen Satz dafür. Sonst nichts mehr!

Weber: Ich kann aus dem Industriegebiet berichten, daß die Frauen einen großartigen Wahlkampf geführt haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Frauen genannt würden.

Adenauer: Frau Weber, hier steht allerdings: Männer und Frauen. (*Weber:* Das ist immer das gleiche!) Nach dem Grundgesetz sind beide gleich, aber Sie haben recht, auch ich bin der Auffassung. Der größere Teil unserer Wähler waren die Frauen und Mädchen. Vielleicht kann man das noch bei der Redaktion hinzusetzen.

Hofmeister[148]*:* Ich bin in der Stadt Braunschweig von 42 % Frauen und 36 % Männern gewählt worden. (*Weber:* Dann können Sie uns auch nennen!)

Adenauer: Es ist heute hier eine Arbeitstagung. Wir sind jetzt seit einer Reihe von Jahren immer zu Arbeitstagungen zusammengewesen. Ich denke, wenn die Bundesregierung gebildet ist, daß wir dann auch mal ein abendliches Zusammensein mit gemeinsamem Essen veranstalten werden, damit wir auch mit den neuen Fraktionsmitgliedern in menschliche Berührung kommen. Der Mensch ist nicht nur Geist – heute sind wir hier nur Geister –, sondern auch Körper. Deswegen muß das Essen und Trinken hinzukommen, um die menschliche Verbundenheit herzustellen.

Weber: Schönen Dank, Herr Bundeskanzler, daran habe ich auch manchmal gedacht.

---

147 Werner von Lojewski (1907–1980), 1953–1955 Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 493 Anm. 2.

148 Dr. Werner Hofmeister (1902–1984), 1947–1967 MdL Niedersachsen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 29 Anm. 49.

Altmeier[149]*:* Wir geben jetzt diese Resolution heraus, die den Dank an die Wählerschaft darstellt. Seit drei Tagen steht es in der ganzen Presse, daß der Bundesvorstand der Partei hier zusammenkommt. Müssen wir nicht auch mit drei Sätzen sagen, was wir heute hier besprochen haben?

Adenauer: Herr Lojewski, lesen Sie mal die vorläufige Fassung vor.

Von Lojewski: „Der Vorstand der CDU trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung nach der Bundestagswahl zusammen. Von der CSU nahmen Bundesfinanzminister Schäffer, Bundespostminister Schuberth und der zweite Landesvorsitzende Franz Josef Strauß und Schütz[150] teil.

Zu Beginn der Sitzung sprach Bundestagspräsident Dr. Ehlers dem Bundeskanzler namens des gesamten Parteivorstandes herzlichste Glückwünsche zum Wahlausgang aus, der ein hervorragender Erfolg des Bundeskanzlers selbst sei. Wenn von gewisser Seite gesagt werde, daß nun in der Bundesrepublik eine autoritäre Entwicklung einsetze, dann wisse jeder, der Konrad Adenauer kenne, wie grundfalsch solche Behauptungen seien.

Der Bundeskanzler führte in einem mehr als einstündigen Referat über die politische Lage aus, die Wahl stelle eine Rechtfertigung des guten Geistes des deutschen Volkes dar. Aus diesem Wahlausgang erwachse der CDU eine historische Aufgabe. Der Bundeskanzler hob hervor, in der vergangenen Woche sei deutlich geworden, welch breite Plattform der Bundesgedanke überall in der Bundesrepublik gewonnen habe. Besonders eindrucksvoll sei gewesen das außerordentlich große Interesse der Jugend an den Wahlen.

Das Wahlergebnis habe gezeigt, daß man mit Vertrauen auf die deutsche Jugend blicken könne. Als ebenso bedeutsam sah der Bundeskanzler an, daß sich das deutsche Volk mit großer Kraft zu den Grundsätzen des Christentums bekannt hat. Der Wahlausgang habe gezeigt, in welch außerordentlich hohem Maße die beiden christlichen Bekenntnisse zueinander gefunden hätten.

Unter Hinweis darauf, daß der CDU-Fraktion des neuen Bundestages mit 95 evangelischen Abgeordneten mehr als die doppelte Zahl der bisherigen evangelischen Abgeordneten angehörten (89[!])[151], (*Scharnberg:* Nur „das Doppelte" sagen!)

---

149 Peter Altmeier (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 26 Anm. 34.

150 Hans Schütz (1901–1982), 1949–1963 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 100; Hans Schütz – Helfer und Wegweiser in schwerer Zeit. Gewerkschaftler, Sozialpolitiker, Jungaktivist, Vertriebenenpolitiker, Europapolitiker (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde 32). München 1982.

151 Im 2. Bundestag waren von den 249 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion 38,4 % evangelisch (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 193). Von den Fraktionsmitgliedern im 1. Bundestag (Zahl wegen Fraktionswechsel und Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten zwischen 141 und 151 schwankend – EBD. S. 238–242) können 46 als evangelisch ermittelt werden; dazu kommen der Flensburger Abgeordnete Dr. Eduard Edert als Fraktionsgast sowie der 1952 verstorbene Carl Schröter. Bei einem Abgeordneten ist die Konfessionszugehörigkeit nicht zu ermitteln.

verband der Bundeskanzler seinen besonderen Dank an die evangelischen Teile der CDU-Wähler. Wiederholt betonte der Kanzler, daß die Verantwortung, die der CDU aus diesem Wahlsieg erwachse, ungeheuer groß sei. Die Gesamtpolitik in den nächsten vier Jahren müsse eine Politik des Maßhaltens und der Mitte sein.

Ganz besonderes Gewicht werde in den nächsten vier Jahren der Sozialpolitik zukommen.

Außenpolitisch werde der bisherige Weg weiter begangen werden in der Gewißheit, daß er der einzige Weg sei, der zur Wiedergewinnung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit und zum engen Zusammenschluß aller freien und friedliebenden Völker führe.

An die Ausführungen des Bundeskanzlers schloß sich eine eingehende, mehrstündige Aussprache an, die sich mit den Erfahrungen des Wahlkampfes, dem Ergebnis und den Auswirkungen der Wahl befaßte.

Zu bisher in der Presse erschienenen Kommentaren über Bildung der neuen Bundesregierung, die als voreilig bezeichnet wurden, erfolgt im einzelnen keine Stellungnahme. Es wurde aber die grundsätzliche Bereitschaft festgestellt, die künftige Regierungspolitik nicht ohne die bisherigen Koalitionspartner zu führen."

– Das muß sicher geändert werden. –

„Besonders hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang das Recht des Bundespräsidenten, beim Zusammentreten des Bundestages von sich aus dem Parlament den neuen Bundeskanzler vorzuschlagen. Eingehend erörtert wurde auch die Frage, die sich aus der politischen Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der letzten Zeit ergab."

Kaiser: Das ist zu lang!

Von Lojewski: Ich bin überzeugt davon, daß das nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland alle Leute zu lesen wünschen.

Adenauer: Das unterliegt, wie die andere Resolution, der gleichen Redaktionskommission.

Man kann noch einiges ändern oder streichen. Ich habe Wert darauf gelegt, daß das Recht des Bundespräsidenten hervorgehoben wird. Das ist nämlich tatsächlich das vornehmste Recht, das der Bundespräsident hat. Der Bundespräsident hat das Recht, ohne Benehmen mit dem Bundestag einen Mann als Bundeskanzler vorzuschlagen. Wenn der dann keine Mehrheit findet bei der geheimen Abstimmung, kommt die andere Prozedur. Aber der Bundespräsident hat das Recht. Ich finde es für richtig, wenn man der Verfassung entsprechend das auch betont. Ich halte es nicht für richtig, daß jetzt unendlich viele Kombinationen über den Bundeskanzler, die Minister usw. angestellt werden.

Ich sage es ganz offen hier, daß sich in Bonn schon eine Rederei über die Regierungsbildung usw. breitmacht, die ich wirklich für unmöglich finde. Wir haben schließlich schon die Ministernamen, noch ehe ein Bundeskanzler da ist. Das ist doch unmöglich. Deswegen lege ich Wert darauf, daß das Recht des Bundespräsidenten betont wird, damit wir ein bißchen Ruhe bekommen. Der Bundeskanzler wird doch

nicht geschaffen durch Vereinbarungen der Parteien untereinander. Der Bundespräsident wird sich der Dinge annehmen. Das kann ich ohne weiteres annehmen. Sein Recht muß gewahrt werden. Das ist das vornehmste Recht, was er in der Verfassung hat.

Gradl: Darf ich für die Redaktionskommission zwei Anregungen geben. Ich halte den Satz – ich bitte Sie, es mir nicht übelzunehmen –, der da lautet, der Vorwurf, künftig würde ein autoritäres Regime geführt, treffe nicht zu, nicht für richtig. Ich bin der Ansicht, daß man sagen sollte: Wir werden durch die Praxis beweisen, daß die CDU nicht ein autoritäres, sondern ein demokratisches Regime führt. (*Zurufe:* Fortlassen!) Ich würde vorschlagen, die Zahl der evangelischen Abgeordneten überhaupt herauszulassen. (*Zurufe:* Richtig!) Denn die Böswilligen rechnen vielleicht aus, daß das nur $^2/_5$ sind. Damit wäre uns auch nicht geholfen. Ich bin dafür, den Gedanken aufzunehmen, ihn aber so zu sagen: In dieser Wahl haben sich gerade auch die evangelischen Landesteile in so überzeugender Weise zur Christlich-Demokratischen Union bekannt, daß ...

Adenauer: Ich glaube, das ist richtig. Wir sollten von dem Autoritären nichts sagen. Wenn wir etwas sagen von den Sozialdemokraten, dann höchstens das: Die Sozialdemokratie spielt sich jetzt als die Hüterin der Demokratie auf. Aber ich würde auch das weglassen. (*Zuruf:* Zu polemisch!) Zu polemisch, das wäre mir egal, aber es ist etwas anderes.

Also, meine Damen und Herren, sind wir mit diesen Auslassungen und Änderungen einverstanden! Die Kommission auch! Sie werden das jetzt fertig machen.

Dann darf ich nochmals recht herzlich danken für Ihr Erscheinen und die Teilnahme an unserer heutigen Sitzung, die ich hiermit schließe. Ich denke, daß wir uns in verhältnismäßig kurzer Zeit wiedersehen werden.

2

Bonn, 19. Januar 1954

Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, [Degener], Dobelmann, Ehlers, Fay, Fricke, Gradl, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kiesinger, von Lojewski, Majonica, Pferdmenges, Frau Pitz, Samsche, Scharnberg, Strauß, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wehking, Wiedemeier, Wuermeling, Zimmer.

Bericht des Bundesgeschäftsführers zur Bundestagswahl und des Bundesschatzmeisters über die finanzielle Lage der Partei. Bericht Adenauers über die politische Lage. Satzung für den Landesverband Oder-Neiße. Verschiedenes: Zusammensetzung des Vorstands; Ort des nächsten Parteitags.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 17.45 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt: Dr. Schreiber[1], Berlin, Simpfendörfer und Dichtel. Der frühere Landesvorsitzende von Bremen, Herr Degener[2], ist hier und möchte teilnehmen. Wenn Sie nichts dagegen haben, können wir so verfahren.

Meine Damen und Herren! Zunächst entbiete ich Ihnen einen recht herzlichen Willkommensgruß und alles Gute zum neuen Jahr. Das neue Jahr wird uns auf außen- und innenpolitischem Gebiet vor sehr große Aufgaben stellen.

Heute findet um 12 Uhr im Bundeshaus eine Feier für den verstorbenen Herrn Höpker Aschoff[3] statt, an der alle drei Parteivorsitzenden – der Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers, der Herr Bundesminister Kaiser und ich – teilnehmen werden. Ich schlage Ihnen daher vor, die Mittagspause von 12 Uhr bis 2 Uhr einzulegen.

Ich bitte Sie aber dringend, nicht vorzeitig aufzubrechen; es handelt sich um wichtige Themata, die wir heute zu erledigen haben. Dann möchte ich Ihnen vorschlagen,

1 Dr. Walther Schreiber (1884–1954), seit 1951 MdA Berlin, 1951–1953 Bürgermeister, 1953–1954 Regierender Bürgermeister (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 2 Anm. 5). – Schreiber wurde aufgrund eines Beschlusses des Hamburger Parteitags als Bürgermeister von Berlin zu den Vorstandssitzungen eingeladen (Heck an Schreiber o.D. in ACDP VII-002-286).

2 Johannes Degener (1889–1959), Gewerkschaftssekretär, 1946–1947 Geschäftsführer des CDU-Landesverbands Bremen, 1947–1949 Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion, 1951–1958 Senator für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, bis 1952 auch für Wohnungswesen.

3 Dr. Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), gestorben am 15. Januar, 1951–1954 Präsident des BVerfG. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 56 Anm. 8.

die Punkte 2 bis 4 der Tagesordnung vorzuziehen und den Punkt 1 – Bericht über die politische Lage –, den ich zu erstatten habe, auf 2 Uhr heute nachmittag zu verschieben. Dann haben wir längere Zeit zur Aussprache. *(Zustimmung.)* Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind. Da Herr Bach noch nicht anwesend ist, möchte ich den Bundesgeschäftsführer bitten, den Bericht zur Bundestagswahl zu erstatten.

Bericht des Bundesgeschäftsführers zur Bundestagswahl

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Mein Bericht über die Wahlen[4] ist sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes schriftlich zugegangen. Ich möchte mich daher auf eine kurze Zusammenfassung bei meinem Bericht beschränken.

Der für uns alle überraschende Erfolg der Bundestagswahl ist hauptsächlich bedingt 1. durch die erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung auf innen- und außenpolitischem Gebiet, 2. durch die Person des Herrn Bundeskanzlers und 3. durch die schlechte Opposition der SPD in den vergangenen vier Jahren; dazu gehört auch die schlechte Führung des Wahlkampfes von seiten der SPD. Die Stellungnahme des DGB für die SPD hat sich – wie das Wahlergebnis gezeigt hat – eher zu unseren Gunsten als zu unseren Ungunsten ausgewirkt. Weiter dürfte das Ereignis des 17. Juni[5] einen guten Einfluß auf das politische Klima gehabt haben. Nicht zu übersehen ist auch die Präzisionsarbeit, die in der Gesetzgebung hinsichtlich der Wahlen geleistet worden ist.

Ich erinnere an die Kleine Steuerreform, an die Kleine Besoldungsreform, an die Senkung der Kaffee-, Tee- und Tabaksteuer, die Arbeitslosenziffer war unter eine Million gesunken, und der Preisindex lag so wie vor der Koreakrise.[6]

Man kann zusammenfassend sagen, daß bei dieser Wahl so günstige Voraussetzungen gegeben waren, wie sie nur selten in Erscheinung treten. Es ist nicht ohne weiteres anzunehmen, daß bei der Bundestagswahl im Jahr 1957 noch einmal so günstige Voraussetzungen vorhanden sein werden. Deswegen kommt der Arbeit der Partei,

4 Vgl. Nr. 1 Anm. 59.

5 Von sowjetischen Truppen niedergeschlagener Volksaufstand von 1953 in Berlin und in der DDR, bei dem Rücknahme erhöhter Arbeitsnormen, Verbesserung der Lebensverhältnisse und freie und geheime Wahlen gefordert wurden (vgl. Fricke).

6 Mit dem Gesetz zur „Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung" vom 24. Juni 1953 (BGBl I S. 413) wurden der Einkommensteuertarif um 15 % gesenkt, die Freibeträge erhöht, Steuervergünstigungen abgebaut und die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern neu geregelt. – Das „Dritte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts" vom 27. März 1953 (BGBl I S. 81) verbesserte u.a. den Wohngeldzuschuß, den Kinderzuschlag und die Besoldung der Lehrkräfte. – Das Tabaksteuergesetz trat am 6. Mai 1953 in Kraft (BGBl I S. 169), das Kaffeesteuergesetz und das Teesteuergesetz am 30. Juli 1953 (BGBl I S. 708, 710). – Zur Koreakrise und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik vgl. Schwarz 1 S. 104–118.

über die der Parteivorstand heute beraten und in manchen Punkten auch Beschlüsse fassen wird, eine besondere Bedeutung zu.

Man kann mit den Arbeiten für die Wahl im Jahre 1957 nicht erst 1956 beginnen, weil vorher in verschiedenen Ländern Landtagswahlen stattfinden, deren Bedeutung weit über die Länderebene hinausgeht. Die außenpolitische Lage ist derart labil, daß ein stärkerer Verlust unserer Partei bei den Landtagswahlen starke Rückwirkungen auf dieses gesamte Gebiet haben könnte. Wir haben 1953 erlebt, daß wir mit den Vorbereitungsarbeiten stark ins Gedränge kamen, weil zu spät damit begonnen wurde.

Zur Analyse der Wahl greife ich einige Punkte heraus, die mir für die weitere Arbeit der Partei wichtig erscheinen. Auffallend ist zunächst die sehr hohe Wahlbeteiligung, aus der geschlossen werden darf, daß die Abneigung und Abstinenz des deutschen Volkes in politischer Hinsicht im Schwinden begriffen ist. Das erhellt auch aus einigen Ergebnissen, die aufgrund demoskopischer Untersuchungen bei Umfragen erzielt wurden.[7]

Während noch im Jahre 1950 die Demokratie als Staatsform vom größeren Teil des Volkes abgelehnt wurde, erklärten im Jahre 1953 57 % der Bevölkerung, die jetzige Staatsform sei für die Deutschen die beste. Während der Bundestag noch vor eineinhalb Jahren ein verhältnismäßig geringes Ansehen hatte, denken heute 59 % der Bevölkerung über den Bundestag gut. 36 % der Bevölkerung halten die Bundestagswahl für das wichtigste öffentliche Ereignis im Jahre 1953; an zweiter Stelle rangiert mit 7 % der Tod Stalins.[8]

Diese positive Einstellung der Bevölkerung zur Politik, zur Demokratie und zur Bundesregierung eröffnet uns auch die Möglichkeit, den Mitgliederstand der Partei etwas zu heben. Die Partei zählt z.Z. rund 230.000 Mitglieder. Das scheint mir für die Verantwortung, die die Partei zu tragen hat, entschieden zu wenig zu sein. Nach meinen Erfahrungen müßte es ohne weiteres durch eine intensive Mitgliederwerbung möglich sein, die Zahl der Mitglieder zu verdoppeln. Es handelt sich im allgemeinen nur darum, die uns ohnedies nahestehenden Kreise darauf wirklich einmal ernsthaft anzusprechen.

Die Analyse über die Bedeutung der Konfessionen bei der Wahl hat folgendes ergeben: Der Stimmenzuwachs im gesamten Bundesgebiet einschließlich des Landes Bayern verteilt sich ungefähr gleichmäßig auf beide Konfessionen. Wenn wir Bayern ausklammern und nur das Gebiet der CDU nehmen, dann ergibt sich ein Überhang zugunsten der evangelischen Bevölkerung. Bei der Gesamtanalyse der CDU-Wähler ergibt sich immer noch, daß der größere Teil aus dem katholischen Raum kommt. Es muß aber festgehalten werden, daß mit dieser Bundestagswahl zum ersten Mal ein großer Einbruch in die Ressentiments im evangelischen Raum erzielt worden ist.

---

7 Die Wahlbeteiligung betrug 1953 86 % gegenüber 78,5 % im Jahr 1949. – Auf welche Umfragen sich Heck stützt, konnte nicht ermittelt werden.

8 Jossif Wissarionowitsch Stalin (geb. 1879), 1922–1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, war am 5. März 1953 gestorben.

Man kann annehmen, daß das Zusammengehen der beiden Konfessionen im politischen Raum grundsätzlich nicht auf Abneigung bei der Bevölkerung stößt; wohl stehen hier erhebliche antiklerikale, teilweise antikatholische und auch antichristliche Ressentiments im Wege. Aus der Analyse kann geschlossen werden, daß die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises[9] – der bisher schon einen Anteil daran hat – nicht nur aufrechterhalten, sondern auch noch mehr intensiviert werden muß; denn wenn man unsere Wählerschaft daraufhin untersucht, inwieweit sie einen festen Stamm bildet, dann wird man sagen müssen, daß im evangelischen Raum die labile Wählerschaft einen wesentlich höheren Prozentsatz ausmacht als im katholischen Raum.

Bedeutsam scheint mir auch folgende Tatsache zu sein: Im Zonengrenzgebiet haben die CDU-Stimmen um 6,7 % mehr zugenommen als in den übrigen Wahlkreisen. In den Gebieten also, die dem Gefahrenherd näher liegen, wird die Politik der Bundesregierung besser verstanden, und es wird ihr mehr zugestimmt als anderswo. Ich glaube nicht, daß dieses Ergebnis darauf zurückzuführen ist, weil in den Zonengrenzgebieten sehr viel parteipolitisch gearbeitet wurde. Hier wird aber für uns in Zukunft ein weites Arbeitsfeld liegen. Diese Tatsache wird noch durch die – allerdings auf einer geringen Basis beruhenden – Erhebung unterstrichen, daß die Sowjetzonenflüchtlinge mit überwältigender Mehrheit die CDU gewählt haben. Soweit wir die Ergebnisse aus den Lagern ablesen können, beträgt hier der Anteil über 90 %.

Bei der Jungen Union hatte es zunächst den Anschein, als ob der überwältigende Sieg der Union durch die positive Entscheidung der Jungwähler bedingt sei. Eine sehr sorgfältige Untersuchung, die sich auf die Sondererhebungen in den einzelnen Ländern stützt, hat jedoch ergeben, daß diese Annahme nur bedingt richtig ist. Die Jahrgänge zwischen 21 und 30 Jahren haben sich in einem viel größeren Umfang weniger an der Wahl beteiligt als die übrigen Jahrgänge.

Die jüngere Generation bevorzugt die großen Parteien; also die SPD und die CDU, davon die SPD in größerem Maße als die CDU. Ein Vergleich der CDU-Stimmen der jüngeren Generation zwischen 21 und 30 und der übrigen Altersgruppen ergibt, daß die Stimmen der jüngeren Generation etwas geringer sind als bei den Wählern über 30 Jahren. Es ist aber anzunehmen, daß eine höhere Wahlbeteiligung der jüngeren Generation durchaus der CDU zugute kommen könnte.

Es ist deswegen notwendig, die Arbeit bei der jungen Generation wesentlich zu intensivieren. Die Junge Union, die sich in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen dieser Aufgabe teilweise mit gutem Erfolg angenommen hat, war durch ihre bisherige Ausstattung nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Über diese Angelegenheit sollte sich der Parteivorstand einmal sehr ernsthaft unterhalten.

---

9 Der EAK war auf der ersten Bundestagung vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen gegründet worden. Vgl. Peter EGEN: Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU [1971]. Zur Intensivierung der Werbung bei Protestanten sollte ein Flugblatt in Millionenauflage verbreitet werden: „Wir Evangelischen in der CDU" (NL Strickrodt ACDP I-085-053).

Die tatsächlichen Verluste der SPD sind erheblich stärker, als dies bei einer oberflächlichen Betrachtung des Wahlergebnisses zum Ausdruck kommt. Es ist zu berücksichtigen, daß die Verluste der KPD[10] zum weitaus größten Teil der SPD zugute gekommen sind.

Die SPD ist in ihrem Wählerstand durchaus nicht mehr so fest gefügt und unantastbar, wie das einmal gewesen sein mochte; im Gegenteil, man wird auch bei der SPD von einem erheblichen Teil sehr labiler Wähler reden können. Interessant ist eine Aufschlüsselung der jungen Generation. Hierbei ergibt sich, daß das Übergewicht für die SPD aus den Reihen der Jungarbeiter kommt. Auch hier gilt es, sich für die Junge Union einzusetzen und die Arbeit zu vertiefen.

Die SPD besitzt in ihrem ursprünglichen Bereich, nämlich der Arbeiterschaft, nicht mehr ein absolutes Vertrauen. Das müßte für uns ein besonderer Anlaß sein, uns hier in unserem Sinne zu bemühen. Wir haben schon zur Vorbereitung der Bundestagswahl vor über einem Jahr in den einzelnen Landesverbänden Sozialsekretäre bestellt, deren Aufgabe es ist, die in den Betrieben auf konfessioneller Basis geschaffenen Betriebsgruppen zusammenzufassen und zu koordinieren, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und für uns zu gewinnen. Aber diese Arbeit ist leider etwas hängengeblieben.

Hier muß ich ein Problem offen ansprechen, weil zwischen den Parteiinstanzen und den Sozialausschüssen teilweise ein gewisses Mißtrauen vorhanden ist. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden. Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn in der Interpretation zur Satzung, die vorgesehen ist, etwas über das Verhältnis der Vereinigungen in der CDU – Kommunalpolitische Vereinigung, Sozialausschüsse und Junge Union – gesagt würde. Laut Statut, wie es in Goslar beschlossen worden ist, ist es Sache des Parteiausschusses, dieses Verhältnis festzusetzen.[11]

Es hat sich gezeigt, daß bei Wahlbündnissen die Wählerschaft unseren Parolen gefolgt ist, nicht aber den Parolen der FDP. Unsere Wähler waren zu einem großen Teil nicht bereit, FDP-Kandidaten zu wählen, dagegen haben die DP- und FDP-Leute im großen und ganzen den CDU-Kandidaten gewählt. Eine Ausnahme hiervon macht nur Hamburg.

Auch hinsichtlich der Kandidatenaufstellung ist im allgemeinen bei dieser Wahl die Union als die Partei des Kanzlers gewählt worden. In einigen Wahlkreisen ist es Kandidaten gelungen, erheblich mehr Stimmen auf ihre Person zu vereinigen, als die Union Stimmen bekommen hat. Dies ist in der Auswertung sehr verschieden zu bewerten. Wenn ein Wahlkreis zu 70 oder 80 % für uns stimmt, dann läßt sich darüber hinaus kaum etwas erhoffen, aber es gibt einige Wahlkreise, in denen deutlich wurde, daß entweder die Persönlichkeit des Kandidaten den Erfolg gebracht hat, oder es lag daran, daß der Kandidat bereits in den Jahren 1949/53 Abgeordneter war und regelmäßig in seinem Wahlkreis gearbeitet hat.

---

10 1949 hatte die KPD 5,7 % der Stimmen errreicht, 1953 waren es 2,2 % der Zweitstimmen.
11 Druck: CDU, 1. Parteitag S. 174–176; FLECHTHEIM 1 S. 201–204.

Man wird sagen müssen, daß es die Partei in der Hand hat, zwei bis drei Prozent mehr Stimmen durch eine gute Kandidatenaufstellung zu erreichen. Das mag bei den letzten Wahlen keine große Rolle gespielt haben, aber es könnten doch Verhältnisse eintreten, bei denen es auf ein oder zwei Prozent ankommt.

Neben der Erhöhung der Mitgliederzahl ist es notwendig, daß die Mitglieder auch ihren Beitrag bezahlen. Auf diesem Gebiet sieht es in einem Teil der Landesverbände geradezu trostlos aus. Es ist aber nicht so, daß die Mitglieder nicht zahlungswillig sind, sondern es ist so, daß zu einer großen Zahl von Mitgliedern noch niemand gekommen ist, um den Beitrag einzukassieren. Dieser Zustand scheint mir doch einfach untragbar zu sein.

Ich bin nicht der Auffassung, daß die CDU eine Kaderpartei wie die SPD werden soll, daß sie aber auch nicht eine so labile Wählerpartei bleiben darf wie bisher. Daher darf das System der hauptamtlichen Geschäftsführer, mit denen wir die Vorarbeiten der Bundestagswahl begonnen hatten, nicht aufgegeben werden.

Wir haben in der nächsten Zeit Landtagswahlen durchzuführen. Wir haben im Jahre 1957 eine Bundestagswahl zu gewinnen. Wir wissen nicht, ob die Voraussetzungen dann so günstig sein werden, wie sie im Jahre 1953 waren. Es ist ganz klar, wenn innerhalb weniger Monate 195 Kreisgeschäftsführer angestellt werden müssen, für deren Besoldung nur ein Betrag von DM 400,– monatlich zur Verfügung steht, dann ist es unmöglich, auf Anhieb gute und qualifizierte Kräfte zu bekommen. Es hat sich bei dem Wahlkampf herausgestellt, wer für dieses Geschäft taugt oder nicht. Die nichts taugen, die müssen eben ausgewechselt werden.

Ich möchte das System so ausbauen, daß jeder Wahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer hat. Zur Intensivierung der Arbeit halte ich es für notwendig, daß diese Kreisgeschäftsführer motorisiert sind und jeder Wahlkreis mit einer Lautsprecheranlage und bis zur Bundestagswahl im Jahre 1957 auch mit einem Filmgerät ausgerüstet ist.

Die Erfahrungen haben auch gezeigt, daß eine engere Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion notwendig ist. In dieser Hinsicht haben bereits Besprechungen stattgefunden. Es wird in Zukunft so sein, daß der Bundesgeschäftsführer an den Fraktionsvorstandssitzungen teilnehmen kann und daß ferner die Referenten der Bundesgeschäftsstelle an den Arbeitskreisen der Fraktion, für die sie in ihrem Fach zuständig sind, teilnehmen können. Außerdem finden allwöchentlich regelmäßig Besprechungen zwischen dem Fraktionsgeschäftsführer, dem Bundesgeschäftsführer und dem Leiter der Presseabteilung bei der Bundesgeschäftsstelle statt. Darüber hinaus hat der geschäftsführende Vorstand beschlossen, in Zukunft zu seinen Sitzungen regelmäßig Herrn Dr. Krone[12] hinzuzuziehen. Ich glaube, hierdurch

12 Dr. Heinrich Krone (1895-1989), 1949–1969 MdB (CDU), 1951–1955 Geschäftsführer, 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 39.

ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle gewährleistet.

Von den Landesverbänden wird gewünscht – wie ich dies bei meinen dortigen Besuchen festgestellt habe –, daß die Partei als solche politisch stärker in Aktion tritt, d.h. praktisch, die Ausschüsse der Partei sollten in der Form, in der dies möglich ist, an den politischen Entscheidungen, die im Bundestag gefällt werden müssen, beteiligt werden. Sie sollen dort, wo es geeignet und zweckmäßig erscheint, zu den im Bundestag zu behandelnden Problemen Stellung nehmen. Diese Stellungnahmen sollen über den geschäftsführenden Vorstand oder über den Vorstand in Form von Empfehlungen an die Fraktion weitergeleitet werden. Auch darüber wird noch gesprochen werden müssen.

Dann haben wir noch ein Mandat des Parteitages von Karlsruhe, die Satzung zu überarbeiten.[13] Dieser Auftrag ist noch nicht in Angriff genommen worden. Es wäre daher zweckmäßig, darüber zu befinden, wer diese Aufgabe übernehmen soll. Die Satzung bestimmt, daß je angefangene 25.000 Wählerstimmen ein Delegierter von den Landesverbänden zum Parteitag entsandt wird. Das bedeutet, daß in Zukunft 536 Delegierte zum Parteitag entsandt werden müssen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es kaum möglich ist, 380 Delegierte zu entsenden, und zwar aus rein finanziellen Gründen. Man wird also diesen Punkt bei der Satzungsberatung berücksichtigen müssen.

Darüber hinaus ist die Frage der politischen Schulungs- und Bildungsarbeit zu besprechen. Es zeigt sich immer wieder, daß auch viele unserer Parteifreunde, soweit sie eine Aufgabe an irgendeiner Stelle in der Partei haben, politisch nicht genug orientiert sind. Es wird notwendig sein, das politische Niveau dieser Parteifreunde zu heben.

Der Bericht des Herrn Bundesschatzmeisters[14] hätte eigentlich vorausgehen müssen. Alle diese Aufgaben erfordern erheblich viel Mittel. Die entscheidende Frage wird sein: Können die Mittel für diese Aufgaben aufgebracht werden, und welche Rangordnung soll in der Durchführung der Aufgaben eingehalten werden?

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ehe ich auf die Ausführungen von Herrn Heck eingehe, darf ich ein Wort über die Nichtöffentlichkeit dieser Vorstandssitzung sagen. Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein offizielles Pressekommuniqué herausgegeben wird, daß wir aber im übrigen der Presse aus den bekannten Gründen keine Mitteilungen machen.

Wir können uns in dieser Beziehung wirklich ein Beispiel nehmen an der Disziplin der Sozialdemokratischen Partei, über deren Parteivorstandssitzungen nur mit größter

13 Karlsruhe, 18.–21. Oktober 1951. Der Beschluß lautete: „Der Vorstand der CDU wird beauftragt, eine Überarbeitung des Parteistatuts vorzunehmen und dem nächsten Parteitag eine Vorlage hinsichtlich Änderungen und Ergänzungen zu machen ..." (Druck: CDU, 2. Parteitag S. 167).

14 Schatzmeister war Ernst Bach, dessen Bericht als Punkt 2 der Tagesordnung vorgesehen war.

Mühe auf allen möglichen krummen Wegen etwas zu erfahren ist. Bei uns ist das gewöhnlich anders. Ich gehe die krummen Wege nicht. Ich höre nachher, was bei den krummen Wegen herausgekommen ist. Das ist doch die Hauptsache!

Wir schulden nun zunächst herzlichen Dank allen denen, die an dem guten Ergebnis dieser Wahl Verdienst haben. Das gilt für den engeren Vorstand, für die drei geschäftsführenden Herren, für die Mittwoch-Konferenz[15], die wir gehabt haben, aber auch für alle diejenigen, die sich um die Finanzfragen bemüht haben; das gilt für die Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren, für die Bundesgeschäftsstelle, insbesondere auch für den Bundesgeschäftsführer, Herrn Heck.

Meine Freunde! Dieser Dank gilt allen Rednern, die sich in diesem Wahlkampf eingesetzt haben, und auch den zahlreichen jungen Leuten, die oft unter Einsetzung ihrer Fäuste den Plakatkrieg geführt haben. Mir sind eine Reihe von Fällen bekannt, wo junge Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren in ausgezeichneter Weise den Plakatkrieg geführt haben.

Zu dem Bericht darf ich einige Ausführungen vorwegnehmen. Sie haben den Bericht schon schriftlich vor einiger Zeit bekommen. Hoffentlich haben Sie ihn gelesen und ihn nicht wieder vergessen. Ich habe Herrn Heck gebeten, heute hier das Wesentlichste daraus vorzutragen. Es ist vielleicht richtig, ohne daß deswegen die Diskussion beschnitten werden soll, wenn wir über die wesentlichen Punkte sprechen, die Herr Heck angesprochen hat.

Meine Freunde! Lassen Sie mich noch einen Vorschlag machen, daß wir vorbehaltlich eines Beschlusses des Parteiausschusses, der das bestätigen muß, den Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. Heck, der sich ausgezeichnet bewährt hat, dem Vorstand kooptieren. Das sind wir ihm und seiner Arbeit schuldig. Das soll aber nicht für den Bundesgeschäftsführer generell gelten, sondern nur für die Person des heutigen Bundesgeschäftsführers, für Herrn Heck. *(Zustimmung und Beifall.)* Herr Heck, ich bitte Sie, in diesem Votum auch eine Anerkennung Ihrer Arbeit zu erblicken.

Daß wir im Jahre 1953 eine sehr günstige Konjunktur gehabt haben, ist völlig klar. Ich möchte Sie bitten, heute in der Diskussion nicht das Thema „gesamtdeutsche Wahlen" anzuschneiden; wenn die Berliner Konferenz[16] weiter fortgeschritten ist und irgendwelche Aussichten zeigt, dann werden wir zusammentreten zu einer besonderen Vorstandssitzung und dieses Thema in der nötigen Breite erörtern. *(Zustimmung.)* Zur Frage der Überarbeitung der Satzung hat sich Kollege Zimmer damals bei der

15 Neben Adenauer, Bundesgeschäftsführer Heck und dem geschäftsführenden Vorstand (Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling) nahmen in der Regel an diesen Besprechungen teil die Herren Bach, Kaiser, Ehlers, Lenz, Globke, Rust, Blankenhorn und von Eckardt (TERMINKALENDER).

16 Konferenz der Außenminister der vier Hauptsiegermächte vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 (AdG 1954 S. 4348, 4361, 4372, 4383ff.; Reden und Dokumente in: Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin [1954]; umfangreiche Presseunterlagen in ACDP VII-005-080; RUPIEPER; THOSS/VOLKMANN; KABINETTSPROTOKOLLE S. 59–61).

Schaffung der Satzung sehr große Verdienste erworben.[17] Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, ihn auch heute wieder in erster Linie darum zu bitten, die Überarbeitung vorzunehmen. Es bleibt nur noch übrig, daß wir ihm zwei oder drei Herren – wenn Sie noch mehr haben wollen, dann können Sie sie haben – zur Seite stellen.

Zwei Punkte, von denen Herr Heck gesprochen hat, möchte ich hervorheben. Er hat von der Konjunktur gesprochen. Konjunkturen sind sehr veränderlich, auch im politischen Geschäft. Während bis vor Weihnachten bei diesen Testbefragungen die Zahl der Leute, die sich für die Bundesregierung aussprachen, bis auf 61 % gestiegen war, ist sie seit dieser Zeit in einem leichten Absinken begriffen. Ich führe dies auf zwei Umstände zurück, einmal auf die Weihnachtsgratifikation für Beamte und zum anderen auf die Zahlungen an die Heimkehrer. Da sind, das gebe ich ohne weiteres zu, auch als Bundeskanzler, politische Fehler begangen worden, die man hätte vermeiden können. Ohne daß man durch die politischen Fehler Geld gespart hat, hat man sich die Gunst mancher Leute verscherzt.

Ich führe das nur als Beispiel dafür an, wie sorgsam man immer darauf achten muß bei unserer ganzen Arbeit, daß man nicht unnötigerweise seinen Ruf bei den Wählern der Beeinträchtigung aussetzt. Ich unterstreiche: unnötigerweise! Wenn es notwendig ist, muß man natürlich den Mut haben, auch so zu handeln, daß man sich der Gefahr aussetzt, unpopulär zu werden, aber wenn es nicht notwendig ist und namentlich, wenn man nachher doch kehrtmacht, dann sollte man lieber nicht in dieser Richtung zunächst marschieren, weil man diesen Weg doch nicht bis zum Ende gehen kann.

Die Frage der jungen Wähler scheint mir eine der wesentlichen und wichtigsten zu sein, die wir überhaupt zu erörtern haben. Sie haben gehört, daß die erste Annahme, daß die jungen Wähler vornehmlich unsere Partei gewählt hätten, nicht zutreffend ist. Ich nehme an, Herr Heck, daß das von Ihnen berücksichtigte Material so groß war, daß man wirklich Schlüsse nach dieser Richtung ziehen kann. Das ist dann ein bedenkliches Zeichen. Wir dürfen unter keinen Umständen eine Partei der alten Leute werden, sondern wir müssen eine Partei der Jugend werden und bleiben. Daher muß in den Ländern, in denen die Junge Union bisher nicht lebendig und kräftig ist, mehr darauf geachtet und mit der Arbeit begonnen werden. *(Zu jemand gewandt, der das Fingerzeichen für Geld macht.)* Machen Sie dabei nicht so mit den Fingern! Wenn Sie daran denken, was Herr Heck gesagt hat, daß in einer Reihe von Kreisen seit vielen Jahren niemand gewesen ist, der überhaupt das Geld gefordert und angenommen hat, dann sollte man doch zunächst im eigenen Hause sehen, ob man nicht dort irgendwie Geld beschaffen kann, ohne darauf zu warten, von irgendeiner zentralen Stelle Geld zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Ganz zweifellos spielt dabei die Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Jungarbeitern eine erhebliche Rolle. Da ist ein sehr wunder Punkt. Ob wir den

17 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. VIII–XIV.

durch Einwirkungen auf den Deutschen Gewerkschaftsbund zur Heilung bringen, das ist mir mehr als zweifelhaft. Wir werden also versuchen müssen, in irgendeiner Weise dafür zu sorgen, daß wir selbst die Sache in die Hand nehmen. Dazu gehören allerdings Mittel. Ich habe gestern mit Herrn Heck darüber gesprochen. So viel Mittel, wie er wünscht, wird man kaum zur Verfügung stellen können, aber auf dem Gebiet müssen wir unbedingt etwas tun!

Herr Heck hat von dem Verhalten bei Wahlabkommen gesprochen. Ich möchte ein Wahlabkommen erwähnen, das eigentlich sehr enttäuschend gewesen ist: das Wahlabkommen mit dem Zentrum.[18] Lassen Sie mich das in aller Offenheit hier sagen. Wir haben uns damals mit dem Zentrum die größte Mühe gegeben, um zu einem vernünftigen Wahlabkommen zu gelangen. Aber wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, dann war das Wahlabkommen fix und fertig, und dann wurde vom Zentrum einfach erklärt: Wir halten es nicht! (*Arnold:* Aber das Zentrum wurde dezimiert!) Ja, verehrter Herr Ministerpräsident Arnold! Ich sehe mich noch in Oberhausen auf dem Marktplatz stehen, um eine donnernde Wahlrede für das Zentrum zu halten, (*Arnold:* Es war doch eine Großkundgebung!) – eine Großkundgebung – aber immerhin, der von mir so empfohlene Zentrumsabgeordnete Brockmann[19] ist meines Wissens bisher nicht im Bundestag erschienen, obgleich damals ausgemacht worden war, daß die Zentrumsabgeordneten Hospitanten unserer Fraktion werden sollten.

Also, dieses Wahlabkommen, das muß in aller Offenheit und Entschiedenheit gesagt werden, war ein vollkommener Fehlschlag, und zwar deswegen, weil die andere Seite das Wahlabkommen einfach nicht gehalten hat. Das möchte ich nur der Vollständigkeit halber erwähnt haben. Wenn die Landtagswahlen für Nordrhein-Westfalen[20] kommen, wird die Frage des Zentrums eine besondere Rolle spielen.

Ich möchte noch kurz von dem Eindruck sprechen, den ich bei zahlreichen Wahlversammlungen bekommen habe. Ich bin – das möchte ich an die Adresse unseres Kollegen Strauß sagen – am begeistertsten empfangen worden in München; ebenfalls bin ich begeistert empfangen worden in Regensburg. Damit möchte ich gleichzeitig den Kollegen Strauß begrüßen als Vertreter der CSU. Dort in Bayern habe ich die tröstliche Gewißheit bekommen, daß CDU und CSU in der Masse ihrer Wähler im Grunde genommen sehr fest und treu zusammenstehen.

Darf ich um Wortmeldungen zu dem Bericht von Herrn Heck und zu den allgemeinen Ausführungen über die vergangenen Bundestagswahlen bitten. Das Wort hat Herr Wackerzapp.

Wackerzapp: Die vorgetragene Analyse war außerordentlich gründlich; nur vermissen wir noch eine Angabe darüber, ob die Vertriebenen zugunsten der CDU

18 Zu dieser Diskussion vgl. PROTOKOLLE 1 S. 531, 593, 599. – Texte des Abkommens in ACDP III-002-256.

19 Johannes Brockmann (1888–1975), 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1957 MdB (fraktionslos). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 536 Anm. 38. – Die Kundgebung in Oberhausen war am 4. September 1953 (TERMINKALENDER).

20 Am 27. Juni 1954.

oder zugunsten anderer Parteien gestimmt haben. Es wäre im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen notwendig, auch in dieser Hinsicht noch statistische Untersuchungen anzustellen, um zu wissen, in welchen Kreisen und Bezirken der Faktor der Vertriebenen berücksichtigt werden muß.

Wir wissen, daß der BHE weit über Gebühr mit Mandaten belohnt worden ist. Er hat kaum die 5%-Grenze überschritten und dennoch 25 Abgeordnete bekommen. So viel Mandate haben wir in der CDU nur mit über 3,5 Millionen Stimmen bekommen können! Auf diese Dinge sollten wir unsere Aufmerksamkeit insbesondere bei den Landtagswahlen lenken.

Heck: Die Zahl von 3,5 Millionen Flüchtlingswählern ist eine Schätzung. Ich habe bei der Analyse der Bundestagswahl nur das berücksichtigt, was exakt statistisch erfaßt worden ist. Es sind in sämtlichen Ländern Sondererhebungen nach Konfessionen und Altersstufen gemacht worden, aber nicht nach Einheimischen und Vertriebenen, so daß statistisches Material für eine solche Analyse nicht vorliegt. Eine genaue Erfassung in dieser Richtung ist also nicht möglich.

Fricke[21]*:* In Niedersachsen ergibt sich in dieser Hinsicht ein ziemlich klares Bild. Im Landesverband Braunschweig hat der BHE die Hälfte der Stimmen verloren. Herr Kessel[22] hat in Goslar-Stadt kandidiert, und der BHE hat einmal in diesem Wahlkreis von 16 % der Stimmen, die er gehabt hat, die Hälfte verloren, und auch Herr Kessel ist in Goslar-Stadt von 3.500 Stimmen auf 1.600 zurückgefallen. Der Zuwachs der CDU-Stimmen bei uns und an der Zonengrenze beweist, daß die Flüchtlings- und Vertriebenenstimmen ausschließlich zu uns gekommen sind.

Ehlers: Meine Damen und Herren! Ich halte es für erforderlich, daß ich zu den Ereignissen seit der Bundestagswahl etwas sage, besonders deshalb, weil Herr Dr. Heck die Frage der Anteilnahme der verschiedenen Konfessionen angeschnitten hat. Sie wissen ja, daß bestimmte Ausführungen von mir, insbesondere nach der Regierungsbildung ein sehr weites, manchmal nicht zutreffendes Echo gefunden haben.[23] Ich glaube, daß diese Dinge von mir auf das notwendige und richtige Maß zurückgeführt werden müssen.

Es ist kein Zweifel, daß der starke Einbruch im evangelischen Bereich, insbesondere in Schleswig-Holstein, wo es am überzeugendsten ist, weil dort sämtliche

---

21 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1951–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 53 Anm. 31.

22 Friedrich von Kessel (1896–1975), Mitgründer des BHE, 1951–1959 MdL Niedersachsen, 1951–1957 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und stv. Ministerpräsident, 1950–1955 Landesvorsitzender, 1955–1958 Bundesvorsitzender GB/BHE (1960 Parteiaustritt).

23 Ehlers hatte in einer Rede am 21. Oktober 1953 im Bayerischen Rundfunk das nach seiner Auffassung bestehende Mißverhältnis zwischen Katholiken (sieben) und Protestanten (drei) im Kabinett, soweit sie von der Union gestellt wurden, kritisiert und davon gesprochen, die FDP sei „überbezahlt", die CSU hingegen zu wenig berücksichtigt (vgl. „Frankfurter Rundschau" und „Münchner Merkur" vom 22. Oktober 1953) und damit ein lebhaftes Presseecho ausgelöst (NL Ehlers ACDP I-369-09/6).

Abgeordneten von der CDU direkt gewählt wurden, von Bedeutung ist. Aber – und das ist von Herrn Heck völlig richtig gesagt worden – damit hat noch keine endgültige Hinwendung weitester evangelischer Kreise zur CDU stattgefunden.

Es ist kein Zweifel, daß sich die deutschen Wähler, insbesondere aber die protestantischen Wähler, weithin bestenfalls im Zustand eines labilen Gleichgewichts befinden und daß dieses labile Gleichgewicht immer in der Gefahr schwebt, manchmal durch belanglose Kleinigkeiten nach dieser oder nach jener Seite gebracht zu werden. Wir haben durch die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises, insbesondere durch die große Verbreitung der Monatsbriefe „Evangelische Verantwortung“[24] nach meinem Eindruck eine sehr positive Einflußnahme ausüben können. Das Besondere ist dabei gewesen – das habe ich bei meinen zahllosen Reisen und Gesprächen im Lande gespürt –, daß gerade die „Evangelische Verantwortung“ nicht nur bei Leuten angekommen ist, die sowieso Anhänger der CDU waren – da war es ja nicht so furchtbar dringlich –, sondern sie wurde auch gelesen, diskutiert und ernstgenommen von Leuten, die nicht bei der CDU gewesen sind, sondern bei Niemöller und Heinemann standen. Dort hat sie aber eine heilsame Wirkung gehabt. Das hat sich sicherlich positiv ausgewirkt.

Nun ist mir aber in zahllosen Briefen geschrieben und in Gesprächen immer wieder gesagt worden, jetzt muß aber auch sichtbar werden, daß das in irgendeiner Weise in der politischen Praxis realisiert wird. Sie wissen, daß sich Beschwerden in dieser Frage zum großen Teil nicht in den bedeutsamen Problemen und in der Kabinettsbildung niederschlagen, wenngleich auch die konfessionelle Zusammensetzung einer Bundesregierung oder einer Landesregierung ihre Bedeutung hat, von Bayern ganz zu schweigen; denn wir haben nur für den Bereich der Union zu reden.

Aber die Schwierigkeiten, die sich in das Volk hineinfressen, entstehen im allgemeinen am Ort, in Oberwesel beispielsweise oder in irgendeinem Dorfe Frankens, wo sich ein paar ungeschickte Leute – sei es der Bürgermeister oder der Pfarrer, manchmal auch höheren Ranges – an die Köpfe kriegen. Ich habe mich im Wahlkampf damit herumgeschlagen, und ich muß sagen, das Eindrucksvollste, was ich erlebt habe, war in Uffenheim, wo ich am Höhepunkt des Wahlkampfes als „Folge von Ochsenfurt“[25] eine Versammlung gehabt habe. Dort wurde ein Kreisverband der CSU gegründet. Soviel ich weiß, ist der Kandidat in diesem überwiegend evangelischen Wahlkreis beinahe mit der größten Mehrheit gewählt worden, die überhaupt in Bayern erzielt worden ist.[26]

Das zeigt, daß man diese Dinge aufgreifen muß. In den Gesprächen, die ich mit dem Bundeskanzler gehabt habe, waren wir uns darüber einig, daß wir sagten,

24 Organ des EAK: „Evangelische Verantwortung“. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Bonn. Siegen 1953ff.

25 Die Weigerung des Bischofs von Würzburg, am 28. Juni 1953 gemeinsam mit dem evangelischen Dekan eine Fabrik in Ochsenfurt einzuweihen, hatte zu heftigen Protesten der evangelischen Seite geführt (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 641 Anm. 118).

26 Uffenheim zählt zum Wahlkreis Ansbach, in dem Friedrich Bauereisen 51 % der Erst- und 52 % der Zweitstimmen erreicht hatte.

es muß, um einigermaßen eine hinreichende Befriedigung zu haben, etwa mit vier evangelischen Ministern, die von der CSU [!] gestellt werden, gerechnet werden. Das war nun nicht eine Erfindung von mir, sondern – lassen Sie mich das in diesem vertraulichen Kreis offen aussprechen – das steht vielleicht in der Zeitung – eine Technik, die ich nicht zu überblicken vermag.

Der erste, der mir in diesem Sinne geschrieben hat, daß man nun bei der Bildung der Bundesregierung auf eine hinreichende konfessionelle Parität Wert legen müsse, war der Herr Landesbischof Dr. Lilje, derselbe Herr Landesbischof, der allerdings 14 Tage später in der Lage ist, im „Sonntagsblatt" ganz andere Töne anzuschlagen.[27] Ich darf es offen aussprechen, weil es die ganze Hilflosigkeit manchmal im evangelischen Raum und das Durcheinanderreden in diesen Dingen deutlich macht.

Ich bitte unsere katholischen Freunde, für diese manchmal sehr großen Schwierigkeiten Verständnis zu haben. Es ist nicht ganz einfach im evangelischen Lebensbereich. Mancherlei Spannungen, Ressentiments, Ehrgeiz und Konkurrenz sind vorhanden, die es vielleicht nicht nur im evangelischen Bereich – ich will dabei von „nur" reden – gibt. Ich bitte Sie, diese Dinge unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

Konzentriert hat sich die Frage nachher geradezu in einer grotesken Weise auf den Postminister. Ich muß zu dem Wort etwas sagen, als unser Freund Schuberth erklärt hat, ich hätte seinen Kopf gefordert. Der Bundeskanzler weiß, daß ich den Namen Schuberth nie in den Mund genommen habe. Ich habe vom Postminister überhaupt erst geredet, als der Kopf längst gefallen war. (*Adenauer:* Meinen Sie jetzt den Namen des Postministers oder den Komponisten Schubert?) – Der schreibt sich ja ohne „h" hinten! – *(Heiterkeit.)* Es ist, wenn ich richtig unterrichtet bin, von Herrn Schuberth nach meiner Überzeugung allerdings nicht in zutreffender Weise erklärt worden, daß er gehen müsse, weil er nicht evangelisch sei. Ich habe, Herr Bundeskanzler, aus diesem Gesichtspunkt den Namen Schuberth niemals erwähnt. Das ist nie erörtert worden. Deshalb habe ich die Erklärung des Herrn Schuberth[28], die er in Bonn und im ganzen Bereich der Postverwaltung, vom Oberpostdirektionspräsidenten bis zum letzten Briefträger, abgegeben hat, aufs äußerste bedauert. Darum ist es nicht gegangen.

Was mir am Herzen lag, war allerdings eine Zusammensetzung der von der CDU zu stellenden Minister, in der deutlich wurde, daß wir unter uns diese Zusammenarbeit haben. Ich halte es nun einmal nicht für ausreichend, und zwar ist mir das ein ernstes politisches Anliegen, daß die evangelischen Minister von der FDP, dem BHE und der DP gestellt werden und man uns sagt, die katholischen Minister werden von der CDU gestellt. Das ist taktisch falsch. Ich persönlich bin bereit, es zu tragen, und habe Herrn Strauß immer gesagt: Und wenn alle drei Minister der CSU katholisch

27 Hanns Lilje im „Sonntagsblatt" vom 1. November 1953 „Konfession und Politik", vom 8. November „Der Zwang zum Miteinander".

28 Hans Schuberth war bis zum 9. Dezember 1953 im Amt geblieben und am 10. Dezember von Siegfried Balke (zunächst parteilos, ab 1. Januar 1954 CSU) abgelöst worden.

sind, dann habe ich nicht die geringsten Bedenken. Aber es ist ja nicht so, daß wir immer damit rechnen können, daß die Menschen im Lande bereit sind, jeweils dazu ihr Vertrauen auszusprechen, sondern sie sehen diese Dinge äußerlich in der Parität und stellen Erwägungen nach Prozenten, äußeren Argumenten und Momenten an.

Darum ist es mir wichtig gewesen, das zum Ausdruck zu bringen. Daß die Presse nun eine Groß- und Staatsaktion und einen Husarenritt daraus gemacht hat, das ist nun keineswegs im Sinne des Erfinders gewesen, sondern es wurde auf eine völlig falsche Ebene gebracht.

Mein Anliegen für unsere künftige politische Wirksamkeit in Deutschland liegt darin, daß wir in einer echten, äußerlich sichtbar werdenden gegenseitigen Achtung und Parität arbeiten. Da hilft nun einmal nichts! Wir haben die tragische Situation der Konfessionsspaltung und müssen in aller Nüchternheit daraus unsere Konsequenzen ziehen. Dazu beizutragen scheint mir eine sehr notwendige Aufgabe für die Zukunft zu sein.

Es wird nie so sein, daß das ohne Schwierigkeiten abgehen wird. Wir werden da Punkt für Punkt überwinden müssen und zusehen, daß wir auf diesem Weg weiterkommen. Das wird im einzelnen sehr viele Probleme aufwerfen. Ich würde nur um eines dringend bitten und darf das hier mit aller Deutlichkeit sagen: daß nicht das Aufnehmen solcher Worte sofort mit der Bezeichnung „Kulturkampf" beantwortet wird. Ich meine, daß die Leute, die heute in den Zeitungen Aufsätze darüber schreiben, offenbar über den Inhalt des Kulturkampfes sich nur bescheidene Vorstellungen gemacht haben.

Wenn es darum ginge, einen solchen Kampf zu führen, der von der Sache her notwendig ist – und zwar könnte das gemeinsam aus evangelischer und aus katholischer Verantwortung heraus nötig sein –, dann würde ich heute immer noch bereit sein, einen Kulturkampf gegen einen oberflächlichen Liberalismus durchzuführen. Davor schreckt das Wort mich nicht.

Wenn in der „Zeit", bei der Herr Bucerius[29] maßgebend beteiligt ist, in oberflächlicher Weise vage darüber berichtet wird, so scheint mir das allerdings keine Förderung der Sache zu sein. Wir erleben, daß irgendein Aufsatzverfasser in der „Zeit" schreibt, der Herr Tillmanns habe sich zum Unterschied von mir – ich bemühte mich nur um äußere Machtpositionen – um die geistige Grundlage der Zusammenarbeit von Evangelischen und Katholiken in der CDU/CSU bemüht.[30] Herr Tillmanns weiß, wie wirklich dankbar wir ihm dafür sind, daß er in dieser unerhörten Arbeit und in zahllosen Gesprächen sich darum bemüht hat. Und wer verfolgt hat, wie ich in 85 Versammlungen und in Hunderten von Reden gewirkt habe, der wird mir zubilligen, daß ich mich um etwas anderes bemühe als um äußere Machtposition, weil ich der

29 Dr. Gerd Bucerius (geb. 1906), seit 1946 Verleger, 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 264 Anm. 17.

30 Vgl. Karl Willy Beer in der „Zeit" vom 29. Oktober 1953 „Kein Kulturkampf".

Meinung bin, daß man in einer politischen Partei dann berücksichtigt werden kann, wenn man sich vorher um die Fundamente dieser Partei bemüht hat.

Daher sollten sich die Leute, die darüber schreiben, über diese Dinge gründlich informieren. Dann würden sie die wirklichen Hintergründe solcher Wünsche und Forderungen verstehen und erkennen, daß es hier nicht um den Willen zur Spaltung, sondern um den Willen zur Synthese geht. *(Lebhafter Beifall.)*

Samsche[31]*:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Bundesparteivorstand sollte sich nicht damit begnügen, die Erkenntnisse und Vorschläge von Herrn Dr. Heck zur Kenntnis zu nehmen, sondern er sollte versuchen, diese in die Praxis umzusetzen. Ich möchte hier den Finger auf eine Wunde legen, an der unsere Partei immer noch krankt. Wir haben oft die Dinge an uns herankommen lassen und dann ad hoc Entscheidungen getroffen. Ich meine, daß auf die Dauer gesehen andere organisatorische Maßnahmen notwendig sind, um ein festeres Gefüge der Partei zu erreichen, insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand, den Landesverbänden, den Sozialausschüssen und der Jungen Union. Wieweit das mit der Satzung der Partei in Einklang zu bringen ist, ist nicht klar zu übersehen. Ich möchte daher darum bitten, daß die von Herrn Heck gemachten Vorschläge von einer kleinen Kommission untersucht werden, um dann zu sehen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Dobelmann[32]*:* Meine Damen und Herren! Organisation und Finanzierung sind unterschiedlich anzusehen; man kann sie nicht schematisch über einen Leisten ziehen. In den Großstädten liegen die Dinge anders als auf dem flachen Land. Wenn ich feststelle, daß wir sehr wahrscheinlich in den ländlichen Kreisen so gut wie keine zahlenden Mitglieder haben, dann müßte hier vor allen Dingen der Hebel angesetzt werden. Mir sind eine Anzahl ländlicher Kreise bekannt, in denen weder eine richtige Organisation besteht noch Gelder einkassiert werden. Ich denke vor allem an die Kreise, die eine Streusiedlung aufweisen.

Das Geldeinholen ist in den Großstädten verhältnismäßig leicht, in den Streusiedlungen bestehen jedoch große Schwierigkeiten. Im Kreise Cloppenburg liegen die Ortschaften oder Dörfer oft 8 bis 12 km auseinander. Man findet hier keine Leute, die bereit sind, solche weiten Wege zu machen und die Beiträge einzukassieren. Hier müßte man einen anderen Modus suchen. Wir sind im Wahlkreis Cloppenburg, trotzdem 78 % CDU bei der Bundestagswahl gewählt haben, soweit, daß wir nicht einmal die Telefongebühren bezahlen konnten. Wir hatten Leute genug, die bezahlen wollten, aber es war niemand da, der die Gelder einzog.

---

31 Ewald Samsche (1913–1957), 1949–1957 Mitglied des CDU-Landesvorstands Hamburg, zeitweise geschäftsführender Vorsitzender, 1949–1957 MdHB, 1953–1957 Senator in Hamburg (verschiedene Ressorts: Jugend, Arbeit, Bau).

32 August Dobelmann (1876–1963), 1952–1960 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg.

Wir haben nun mit den Bauern vereinbart, daß sie die Gelder Monat für Monat oder alle Vierteljahre auf unser Bankkonto überweisen. Die Leute sagen in vielen Fällen, wir wollen kein Mitglied werden. Der Kreis Cloppenburg ist fast ausschließlich katholisch. Wir sind auch in Nachbarkreisen gewesen. Dort ist die Stimmung genau wie bei uns. Ich habe einen Bauern, der gleichzeitig Bürgermeister einer Gemeinde von 9.000 Einwohnern ist, gefragt, wieweit sind Sie mit der CDU-Organisation? Er erklärte, wir haben zwar überwiegend CDU gewählt, aber Mitglieder sind wir nicht. Es gibt allerhand Leute ...

Adenauer: Darf ich Sie einmal unterbrechen? Es ist noch eine Reihe von Rednern zu Wort gemeldet. Wir müssen auch noch den Bericht des Herrn Bach hören. Darf ich vielleicht alle Herren bitten, sich möglichst kurz zu fassen.

Dobelmann: Nun kommt es darauf an, daß wir in den einzelnen Kreisen einen Menschen finden, der von Haus zu Haus geht und den Leuten auseinandersetzt, worum es sich handelt. Dann wird er die entsprechenden Bankaufträge bekommen. In den letzten zwei Jahren habe ich in etwa 500 Bauernhäusern gestanden. 97 % der Leute haben den Auftrag unterschrieben. Das Geld bekommen wir zusammen. Aber wieviel sind von diesen Leuten eingeschriebene Mitglieder? Kein einziger!

Es ist die Frage: Wollen wir das Geld haben, oder wollen wir Leute haben, die Mitglieder sind? Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir erst das Geld haben müssen. Wenn wir Geld haben, dann können wir organisieren. Wir haben unsere Leute erfaßt, aber Geld einziehen will keiner.

Adenauer: Gestatten Sie mir einen Satz: Seit dem Wahlerfolg ist die Neigung der Leute, der CDU beizutreten, erheblich größer, als sie vorher gewesen ist.

Zimmer: Ich habe bereits bei einer früheren Sitzung den Punkt angeschnitten. Ich darf heute darauf zurückkommen. Seit dem Jahre 1946 sind in allen Landesverbänden Tausende von Menschen idealistisch tätig für die Partei. Es ist mir ein besonderes Anliegen, unserer treuen Helfer draußen sichtbar zu gedenken. Ich schlage erneut vor, der geschäftsführende Vorstand möge Bedingungen ausarbeiten, wonach die Landesverbände Vorschläge einreichen können, damit ein Bild des Herrn Bundeskanzlers mit dessen eigenhändiger Unterschrift in einer beschränkten Anzahl als Anerkennung für die selbstlose Arbeit der betreffenden Leute herausgegeben werden kann. Wir müssen diesen Leuten etwas geben.

Weiter schlage ich vor, dem Herrn Heck die Möglichkeit zu geben, an den Sitzungen der Landesverbandsvorstände teilzunehmen, damit eine engere Verbindung zustande kommt.

Die Parität in den Ländern – das möchte ich in Anknüpfungen an die Ausführungen von Herrn Dr. Ehlers sagen – ist eine besonders wichtige Angelegenheit. Hier müssen wir unter allen Umständen für eine sachgemäße Aufklärung sorgen, auch auf lange Sicht hin, und Unebenheiten aus dem Wege räumen.

Die FDP und die SPD spielen sich immer mehr als Wahrer evangelischer Belange auf. Das müssen wir unbedingt unmöglich machen. In den meisten Fällen wird hier mit

allem möglichen faulen Zauber operiert. Hier müssen wir aufgrund exakter Unterlagen zu einer auf lange Sicht sauber ausgerichteten Politik kommen.

Adenauer: Herr Bach, wie lange brauchen Sie für Ihren Bericht? (*Bach:* 10 bis 15 Minuten!) Sagen wir 15 Minuten. Wie lange brauchen Sie, Herr Pferdmenges? (*Pferdmenges:* 10 Minuten höchstens. Es kommt darauf an, was Herr Bach sagt. – *Heiterkeit.*) Das Wort hat zunächst Herr Majonica[33].

Majonica: Ich bin der Meinung, daß wir uns bisher im Bundesvorstand zu wenig mit der Frage der Jungen Union beschäftigt haben. In Bayern ist die Junge Union ein normaler Landesverband. Es besteht bei der Jugend ein großes politisches Interesse, so vor allem hinsichtlich der Frage des Wehrbeitrages. Wo die Junge Union vorhanden ist – in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg –, wird gute Arbeit geleistet. Es fehlt nur an Kristallisationspunkten.

Die Junge Union hat aber nicht einmal in allen Landesverbänden eine einzige hauptamtliche Kraft. Wenn wir diese hauptamtlichen Kräfte nicht haben, kann auch die organisatorische Arbeit, die wir leisten müssen, nicht geleistet werden. Es fehlt an den nötigen Mitteln. Selbstverständlich sollte die Jugend bereit sein, auf diesem Gebiet große Opfer zu bringen, aber sie ist in einer finanziell schwachen Lage und kann deshalb die Mittel nicht selbst aufbringen. Bei unserem Deutschlandtag in Honnef[34], wo über 300 Delegierte waren, haben wir von der Bundespartei nur DM 2.000,– als Zuschuß bekommen. So läßt sich eine Partei auf Bundesebene nicht durchführen. Wir müssen mindestens in jedem Landesverband eine hauptamtliche Kraft für die Junge Union bekommen.

Die Zusammenarbeit mit den katholischen Jugendverbänden klappt sehr gut. Die Spitzen der katholischen Jugend waren in Honnef anwesend. Herr Ministerpräsident Arnold hat darauf hingewiesen, daß mit Jung-Kolping[35] sich eine sehr gute Zusammenarbeit angebahnt hat. Leider fehlt die Zusammenarbeit mit der organisierten evangelischen Jugend. Ich möchte unsere evangelischen Freunde dringend darum bitten, dafür zu sorgen, daß wir mit diesen Verbänden in ein fruchtbares Gespräch kommen. Die konfessionellen Jugendverbände stellen ein großes Kräftereservoir für die Junge Union dar.

Es besteht weiter das Problem der Schulungsarbeit. Hier haben wir der Gewerkschaft nur wenig entgegenzusetzen. Wir hatten angefangen, die „Werkhefte"[36] heraus-

---

33 Dr. Ernst Majonica (geb. 1920), 1950–1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union, 1950–1972 MdB, 1979–1984 MdEP.

34 Ort bei Bonn (rechtsrheinisch). Die Tagung fand vom 11. bis 13. Dezember 1953 statt.

35 Nach Adolf Kolping (1813–1865) benannte katholische Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft von Jungmännern und Männern (Kolpingwerk, hervorgegangen aus den Katholischen Gesellenvereinen). Die „Gruppe Kolping" umfaßt unverheiratete Mitglieder vom 17. bis 35. Lebensjahr (hier vermutlich „Jungkolping" genannt), die „Gruppe Altkolping" die Verheirateten, die selbständigen Meister und Mitglieder über 35 Jahre (LThK 6 S. 402).

36 „Werkhefte der Jungen Union" (Köllen-Verlag Bonn) von August bis Oktober 1951 nachweisbar (ACDP IV-007-197/2).

zugeben, die bei den konfessionellen Jugendverbänden sehr gut eingeschlagen haben; dann aber gingen uns die Mittel aus, und wir konnten die Dinge nicht durchhalten.

Ich hoffe, daß eine noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Bundesvorstand und der Jungen Union erfolgt. Wir können die Partei nur schlagkräftig machen, wenn wir eine Partei der Jugend sind. Wir können die Junge Union nur mit Hilfe der CDU aufbauen. Das sind zwei Dinge, die einander bedingen. Ich bitte darum, daß der Jungen Union mehr geistige, moralische und materielle Unterstützung als bisher zuteil wird.

Gradl: Erschrocken bin ich über die Mitteilung, daß hier Kreissekretäre mit einem Gehalt von DM 400,– eingesetzt sind. Wir müssen die Kreissekretäre behalten; denn wir können über Nacht vor neue Situationen gestellt werden, auch wenn wir zum Thema gesamtdeutsche Wahlen nicht sprechen sollen. Der Apparat muß erhalten werden. Wenn ich mir vorstelle, daß als zweiter Repräsentant der CDU in einem Kreis ein Mann auftritt mit DM 400,– Gehalt, also wie eine bessere Sekretärin bezahlt wird und somit ein halbes Bettlerdasein führt, dann kann das doch keine wirkungsvolle Persönlichkeit in einem Kreis für die CDU sein.

Hinsichtlich der Arbeit an der Jugend sollten wir den Hinweis von Herrn Heck genau beachten, daß großer Wert auf die Arbeit in den Betrieben gelegt wird. Wir müssen ernsthaft damit rechnen, daß die Sozialdemokratie einen großen Wandel an sich vornimmt, so daß also die künftigen Auseinandersetzungen mit einer gewandelten Sozialdemokratie auch in den Betrieben wesentlich schwieriger als bisher sein werden. Die Reformbewegung der Sozialdemokratie, die von Berlin ausgeht, spricht eine Sprache, die gegenüber der sozialistischen Sprache vor zwei oder gar vor zwanzig Jahren geradezu sensationell ist. Es gibt dort unter dem Motto „Ernst-Reuter-Briefe“[37] Reformbestrebungen, in denen klipp und klar geschrieben wird: Symbole wie rote Fahne, Ausbeutung, Profit usw. sind alle überholt. Auch in der kapitalistischen Wirtschaft kann der arbeitende Mensch eine geeignete und ihn zufriedenstellende Existenz gewinnen.

Das sind Dinge, die wir bei unserer Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie um die Arbeiterschaft außerordentlich stark beachten müssen. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn Herr Bach uns die Gewißheit geben könnte, daß in Zukunft insbesondere für die Arbeit in den Betrieben genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Adenauer: Es sind noch gemeldet die Herren Strickrodt[38], Tillmanns und Cillien[39].

---

37 Die „Ernst-Reuter-Briefe“ erschienen erstmals im Dezember 1953 in Berlin und stellten mit Nr. 7 im Juni 1954 ihr Erscheinen ein. Erklärtes Ziel war die geistige Erneuerung und die Erhöhung der organisatorischen Schlagkraft der SPD. Das Redaktionskomitee bildeten Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz, Gustav Klinglhöfer, Paul Löbe, Eugen Umrath.

38 Dr. Georg Strickrodt (1902–1989), Mitgründer und 1. Landesvorsitzender der CDU Braunschweig, 1946 Wirtschaftsminister und 1946–1950 Finanzminister von Niedersachsen, seit 1954 Professor für Finanz- und Steuerrecht.

39 Adolf Cillien (1893–1960), 1949–1960 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1953–1960 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 27 Anm. 39.

Sollen wir nicht zunächst den Bericht von Herrn Bach entgegennehmen und die Diskussionsreden auf heute nachmittag verschieben? Sie sind einverstanden.

Bericht über die finanzielle Lage der Partei – Die Finanzierung der weiteren Arbeit

Bach: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist mir heute noch nicht möglich, Ihnen eine genaue Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1953 zu geben, da die Jahresabschlüsse mit der Bundesgeschäftsstelle und dem „Wirtschaftsbild" bis jetzt noch nicht endgültig durchgeführt werden konnten.

Die Einnahmen der Bundeskasse betrugen etwa	DM 2.500.000,–,
zu denen die Einnahmen des Wirtschaftsbildes"[40]	
in Höhe von	DM 2.665.000,–
hinzukommen, so daß sich an	
Gesamteinnahmen ergeben	DM 5.165.000,–.
Demgegenüber standen an Ausgaben	DM 5.576.000,–.

Bei dem „Wirtschaftsbild" handelt es sich nicht um Einnahmen, sondern es sind etwa 1,5 Millionen, die als laufende Beträge bezeichnet werden, an die Landesverbände zurückgeflossen, wenn nämlich die Landesverbände das „Wirtschaftsbild" benutzt haben, um auf diese Weise eine Quittung für das, was gestiftet worden ist, in die Hand zu bekommen.

Die Ausgaben betragen im einzelnen:

Bundesgeschäftsstelle	DM 887.000,–
Parteitag Hamburg	DM 90.000,–
Bundestagswahlen	DM 2.367.000,–
Arbeit im vorpolitischen Raum an Schulung	DM 218.000,–
Unterstützung der Landesverbände	DM 137.000,–
Laufende Beträge des Wirtschaftsbildes	
Landesverbände	DM 1.173.000,–
Redaktion	DM 161.000,–
Persönliche und sachliche Ausgaben des	
Wirtschaftsbildes	DM 423.000,–
Umsatzsteuer Wirtschaftsbild	DM 120.000,–

(Anhaltende Unruhe.) Wir haben im Jahre 1953 DM 400.000,– mehr ausgegeben, als wir vereinnahmt haben. Wir haben alle finanziellen Reserven eingesetzt, um den Wahlkampf zu gewinnen. Die propagandistische Durchführung des Wahlkampfes wäre ohne diesen Einsatz unmöglich gewesen.

---

40 Ziel des 1949 zur Aufbesserung der Parteifinanzen gegründeten „Wirtschaftsbildes" war die Vermittlung vertraulicher Informationen aus Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung.

In dieser Aufstellung sind nicht die Kasseneinnahmen der Landesverbände enthalten, auch nicht die Einnahmen, die die Landesverbände von den Fördergesellschaften[41] erhalten haben. Wir stehen vor der Aufgabe, die Finanzen für das Jahr 1954 völlig neu zu ordnen. *(Erneute Unruhe.)* Der größte Teil der bisherigen Gelder wurde durch den Verein für Soziale Marktwirtschaft[42] und durch das „Wirtschaftsbild" aufgebracht. Dadurch, daß sich der Verein für Soziale Marktwirtschaft immer mehr einschaltete, gingen selbstverständlich die Einnahmen für das „Wirtschaftsbild" zurück. Aber auch beim Verein für Soziale Marktwirtschaft ist ein Stillstand eingetreten, weil er sich in der Umorganisation befindet, so daß wir seit dem 10. September 1953 keinerlei Einnahmen mehr zu verzeichnen haben und uns die zugesagte Summe für den Wahlfonds in Höhe von DM 450.000,– im Etat 1953 fehlt. *(Anhaltende starke Unruhe.)* Ähnlich unsicher wie in der Bundeskasse sind die Verhältnisse in den Kassen der Landesverbände. Ein Teil unserer Landesvorstände hatte sich entschlossen, dem größten Teil ihrer Angestellten zum 31. Dezember 1953 zu kündigen. Die Entlassung ist aber auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzlers unterblieben. Im ganzen beschäftigen wir im Bundesgebiet in der Bundesgeschäftsstelle, im „Wirtschaftsbild", in den Landesverbänden und in den Kreisparteien 724 hauptamtliche Kräfte, die den Etat der CDU im Bund, in den Landesverbänden und in den Kreisparteien monatlich allein mit DM 300.000,– belasten; dabei werden die Hungergehälter von DM 400,– für die Kreisgeschäftsführer bezahlt.

Für die Bezahlung der Gehälter werden bis zum 31. März 1954 noch DM 900.000,– benötigt, von denen höchstens DM 300.000,– durch Beiträge aufgebracht werden, so daß sich also ein Defizit auf Bundes-, Landes- und Kreisebene allein an Personalkosten von DM 600.000,– ergibt. Wir stehen vor einer Anzahl von Landtagswahlen. Eine Verminderung unseres Personalbestandes wäre, insbesondere nach der siegreichen Durchführung der Bundestagswahlen, nicht zu verantworten. *(Erneute Unruhe.)* Neben diesen DM 300.000,– für Personalkosten benötigen wir mindestens DM 200.000,– für die laufenden Ausgaben, so daß sich ein echter Finanzbedarf der CDU im Bundesgebiet von monatlich DM 500.000,– – d.h. 6 Millionen im Jahr – ergibt. Dazu kommen die einmaligen Ausgaben für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, die insgesamt für vier Jahre mit etwa 14 Millionen DM errechnet werden, im Durchschnitt also im Jahr 3,5 Millionen betragen. Insgesamt

41 Partei-Finanzierungsinstitute der Wirtschaft auf Landes- und Bundesebene. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 126 Anm. 42.

42 Aktionsgemeinschaft für Soziale Marktwirtschaft e.V., gegründet am 23. Januar 1953. Nach §2 seiner Satzung erstrebt der Verein „die Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung, um im Dienste einer möglichst hohen Steigerung des Lebensstandards das Privateigentum zu schützen, die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer in den Betrieben zu bewahren und den freien Leistungswettbewerb zu sichern". Vgl. Wolfgang FRICKHÖFFER: The „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, ASM" (Society for the Promotion of the Social Market Economy after Ten Years of Activity.) In: The German Economic Review 2 (1964) Nr. 1 S. 70–74.

ergibt sich ein Finanzbedarf von 9,5 Millionen für jedes Geschäftsjahr, also auch für 1954.

Aufgebracht werden monatlich

durch Beiträge	DM 100.000,–	=	DM 1.200.000,–	im Jahr,
durch Wirtschaftsbild	DM 50.000,–	=	DM 600.000,–	im Jahr
			DM 1.800.000,–.	

(Starke Unruhe.) Es bleibt also ein Fehlbetrag von 7,7 Millionen, der gedeckt werden muß. Ich schlage folgendes vor:

1. Die Bundestagsabgeordneten zahlen ab 1. Januar 1954 außer ihrem Beitrag an die Bundestagsfraktion DM 70,– monatlich, wobei wir es ihnen überlassen, ob sie diesen Betrag an die Bundes-, Landes- oder Kreiskasse abführen. Das ergibt bei 189 Bundestagsabgeordneten einen Betrag von monatlich DM 13.230,–.
2. Das Aufkommen aus den Beiträgen in Höhe von DM 100.000,– monatlich muß auf mindestens DM 200.000,– im Laufe des Jahres erhöht werden. Das kann erreicht werden, wenn die Organe der Partei den Monatsbeitrag regelmäßig einziehen und versuchen, das Blatt neben den aktiven Mitgliedern einer größeren Leserzahl, die interessiert ist und der CDU nahesteht, für DM 0,50 zu verkaufen.

Um eine Kontrolle der aktiven und passiven Mitglieder zu erreichen, sollte versucht werden, für jeden Bezieher ab 1. April 1954 DM 0,05 pro Monat an die Bundeskasse abzuführen. Ich schlage vor, den Kreisgeschäftsführern für die Einziehung eine echte Prämie von DM 0,10 pro Mitglied und Abonnement zu geben. Dadurch erhalten sie einen Anreiz, zur Erhöhung der Mitgliederzahl beizutragen.

Wir haben Kreisparteien mit 5.000 und solche mit kaum 100 Mitgliedern. Sie können sich ausrechnen, welche Differenzen sich bei einem Prämiensystem ergeben würden. Wenn wir die Kreisgeschäftsführer nicht durch eine Leistungsprämie für die Mitgliederwerbung und Mitgliederpflege unterstützen, dann werden wir unser Ziel nie erreichen. *(Anhaltende Unruhe.)* Es bleiben immer noch 7 Millionen ungedeckt, die vom Verein für Soziale Marktwirtschaft aufgebracht werden müssen, und zwar müssen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene monatlich DM 300.000,– garantiert werden. Für die Durchführung des Wahlkampfes müssen jährlich etwa 3,5 Millionen zur Verfügung stehen. Das Aufbringen der Summe durch den Verein für Soziale Marktwirtschaft ist nur möglich, wenn durch ein Parteiengesetz die Beiträge an die Parteien bis zu einem gewissen Grade – ähnlich wie bei den karitativen Verbänden – steuerfrei gestellt werden. *(Erneute Unruhe.)* Der heutige Zustand ist unerträglich. Wir sind Träger des Staates und überlegen uns Formen, wie wir Steuerhinterziehungen – ich will es hart ausdrücken – begehen können. Wir bestrafen die Menschen, die ihre staatspolitische Verantwortung dadurch ausdrücken, daß sie finanzielle Beiträge zur Unterstützung der Partei leisten, während die nur am Staat Verdienenden steuerfrei ausgehen. Das ist doch ein Zustand, der gesetzlich sobald wie möglich geändert

werden muß. *(Anhaltende Unruhe.)* Sollte der Verein für Soziale Marktwirtschaft dies nicht übernehmen können, so müßte die Finanzierung der Partei durch ein Parteiengesetz sichergestellt werden. Ein Betrag von DM 0,05 je Stimme im Monat würde eine monatliche Einnahme von DM 600.000,– und damit jährlich 7,3 Millionen ergeben. *(Unruhe.)* Wir müssen aus der Unsicherheit und aus dem Zwielicht, mit denen bisher die Finanzierung der Partei verbunden ist, herauskommen. Das gilt auch für die Angestellten und Referenten auf der Bundes-, Landes- und Kreisebene, die aus ihrer unsicheren Position herauskommen müssen. Man kann doch von diesen Frauen und Männern, die in den letzten Jahren die größten Opfer für unsere Idee gebracht haben, nicht verlangen, daß sie ihre und ihrer Familie Existenz aufs Spiel setzen, weil sie jeden Augenblick damit rechnen müssen, daß sie aus finanziellen Gründen auf die Straße geworfen werden. Ich erinnere nur daran, daß nach den so erfolgreichen Wahlen für einen großen Teil unserer Angestellten sozusagen als „Weihnachtsgeschenk" die Entlassung vorgesehen war. Überlegen Sie einmal, welche Auswirkungen das auf die Öffentlichkeit gehabt hätte. Wir müssen auch um der Ethik willen und überhaupt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus für klare und sichere Verhältnisse in der Partei sorgen.

Adenauer: Meine Freunde! Ich bedaure sehr, daß der Vortrag des Herrn Bach nicht die notwendige Aufmerksamkeit gefunden hat, wie sie wahrscheinlich politische Vorträge finden. Während des ganzen Vortrages herrschte Unruhe, und es wurde hin- und hergesprochen mit dem Nachbarn, auch über den Tisch hinüber. Und hier handelt es sich doch wahrhaftig bei dem, was Herr Bach gesagt hat, um die Grundlage unserer gesamten politischen Arbeit.

Herr Bach hat auch gesagt: Wir sind die Träger des Staates. Das sind wir jetzt! Wir haben im Bundestag mehr als die Hälfte aller Abgeordneten. Wir sind verantwortlich für das, was aus Deutschland wird. Man kann aber keine schlagkräftige Parteiorganisation schaffen, wenn nicht das nötige Geld da ist. Ich pflichte ihm auch darin bei – ich will nur einen anderen Ausdruck wählen als er –, daß wir mit Steueretiketten wie „Wirtschaftsbild", Fördergesellschaften und Verein für Soziale Marktwirtschaft auf die Dauer nicht wirtschaften können. Solange wir im Stadium der Entwicklung sind, ist das eine willkommene und gute Sache, aber unser Ziel muß doch sein, auf eigenen Beinen und unabhängig zu stehen. Dazu sehe ich keinen anderen Weg als den der Werbung von Mitgliedern.

Eine Partei wie die unsrige, die die Hälfte der Abgeordneten des Bundestages stellt und nur 200.000 eingeschriebene Mitglieder hat, das ist überhaupt keine Partei. Hier sollte der Bundesparteivorstand die Landesverbandsvorsitzenden, damit sie es weitergeben an die Kreisparteien, dafür verantwortlich machen, daß dieser Zustand endlich einmal geändert wird.

Pferdmenges: Herr Bach hat gesagt, es seien monatlich DM 300.000,– für Personalkosten erforderlich. Ich kann sagen, daß die DM 300.000,– von den Gesellschaften, die hinter uns stehen, bezahlt werden. Daß es pro Monat DM 600.000,– sind, war mir bisher nicht bekannt. (*Bach:* Für die laufenden Ausgaben brauchen wir DM 300.000,–.

Für die Wahlaufgaben werden die anderen Summen benötigt, und zwar so, wie die Wahlen anfallen. Das macht bei vier Jahren 14 Millionen aus. Das ist noch sehr gering gerechnet. Wir rechnen bei uns infolge des ehrenamtlichen Einsatzes vieler Leute mit geringeren Kosten als andere Parteien, aber diese 14 Millionen sind für die Wahlen notwendig.) Ich kann Ihnen sagen, daß wir in einer Besprechung, die am nächsten Montag stattfindet, damit rechnen können, daß die CDU DM 300.000,– pro Monat bekommt. Darüber hinaus ist mir gesagt worden, daß den Ländern, in denen Landtagswahlen stattfinden, besondere Dispositionen zur Verfügung gestellt werden. Genaue Summen zu sagen, ist immer sehr schwierig. Eines ist sicher: Die Landtagswahlen haben gezeigt, daß wir das nötige Geld auf die Beine bringen. Ich würde also nicht pessimistisch sein; denn die DM 300.000,– werden gegeben. Mit den Geldern für die Wahlen werden wir nachher – zufrieden ist der Mensch nie – einigermaßen zufrieden sein.

Der Bundeskanzler und einige Bundesminister gehen zur Gedächtnisfeier des verstorbenen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Höpker Aschoff, die um 12 Uhr im Plenarsaal des Bundeshauses abgehalten wird.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, den Vorsitz zu übernehmen. Das Wort hat Herr Dr. Zimmer.

Zimmer: Der Bericht von Herrn Bach ist in der Tat unerhört wichtig. Hinter den nüchternen Zahlen steht so viel, daß ich es für unmöglich halte, über diese Dinge einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ich stelle den Vorschlag zur Erwägung anheim, einen anderen Ausschuß zu wählen, der die von Herrn Bach vorgetragenen Probleme durchberät. Die Dinge sehen sich von den Ländern etwas anders als von Bonn aus an. Ich denke an die komplizierten Zusammenhänge mit der Fördergesellschaft, dem „Wirtschaftsbild" usw. Man kann dann bei der nächsten Sitzung des Bundesparteivorstandes das Ergebnis des Ausschusses beraten.

Kiesinger: Ich begrüße diesen Vorschlag als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes und rege an, ihn aufzunehmen. Ich schlage vor, in diesen Ausschuß neben dem geschäftsführenden Vorstand den Bundesgeschäftsführer, den Bundesschatzmeister und einige Herren aus den Landesverbänden zu wählen.

Bach: Ich möchte darum bitten, den Ausschuß so klein wie möglich zu halten. Nach meiner Auffassung müßten neben dem Bundesgeschäftsführer auch die beiden Landesgeschäftsführer der größten Landesverbände zu diesem Ausschuß gehören, weil diese Herren viele Erfahrungen haben. Es sind die Herren Dr. Schreiber[43] und Blank[44].

---

43 Dr. Hans Schreiber (1894–1968), 1945 Mitgründer und bis 1961 Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland.

44 Josef Blank (geb. 1913), 1950–1958 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 16 Anm. 11.

(*Von Hassel:* Auch die ärmsten Landesverbände!) Ja, dann die Herren Dr. Fay[45] und von Hassel. (*Von Hassel:* Herr Dennhardt[46]!) Das genügt. Das sind im ganzen sechs Herren.

Von Hassel: Es muß auch die Frage des Parteiengesetzes sorgfältig geprüft werden. Darum würde ich bitten, von der Fraktion des Bundestages Herrn Scharnberg und vielleicht Herrn Majonica in den Ausschuß zu nehmen.

Bach: Zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers möchte ich sagen, wer alter Fuhrmann auf dem Gebiete der Organisation ist, der bewundert den Optimismus des Herrn Bundeskanzlers. Selbst wenn es uns gelänge, die Mitgliederzahl zu verdoppeln und damit auch die Einnahmen, dann könnten wir nur einen ganz geringen Teil unserer Ausgaben decken. Diese Gelder reichen nicht einmal für die Ausgaben auf der Kreisebene aus. Das gibt es in keiner Partei, einschließlich der SPD, daß die Ausgaben für die politische Arbeit nur durch die Parteibeiträge gedeckt werden. Wir müssen uns also darüber ernsthaft unterhalten.

Ich habe bereits über die Angelegenheit mit Herrn Staatssekretär Hartmann[47] gesprochen. Die von mir vorgetragenen Möglichkeiten müssen in einem Ausschuß beraten werden. Ich würde noch bitten, neben Herrn Scharnberg auch Herrn Minister Dr. Schröder dazuzunehmen, weil er ja der Fachminister für dieses Ressort ist. Ohne ihn können wir nichts machen.

Kiesinger: Machen wir es nicht zu kompliziert. Wir haben einen Ausschuß zu wählen, und auf einen Mann mehr oder weniger kommt es nicht an. Wir sollten uns grundsätzlich darüber einig sein, daß dieser kleine Ausschuß von uns bestellt wird. Vorgeschlagen dafür sind der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer, Dennhardt, Dr. Fay, Dr. Zimmer, Blank, Dr. Schreiber und Scharnberg.

Zimmer: Ich bitte darum, das Parteiengesetz zunächst zurückzustellen. Wir können nicht alles miteinander verbinden.

Bach: Ich muß dem Kollegen Zimmer widersprechen. Wir müssen uns über die Frage unterhalten, wie die finanziellen Mittel aufgebracht werden können. Dabei kommen wir an dem Parteiengesetz nicht vorbei. Wenn wir es anders machen, so ist das verlorene Zeit.

Kiesinger: Man kann beider Ansicht sein. Ich würde vorschlagen, daß sich der Ausschuß mit den Fragen befaßt, aber zunächst davon ausgeht, wie bei den bestehenden Zuständen einiges besser gemacht werden kann. Dann sollte der Ausschuß im Benehmen mit dem geschäftsführenden Vorstand die Dinge besprechen, bevor sie in die Vollversammlung des Parteivorstandes kommen.

---

45 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1948–1980 Mitglied des Magistrats Frankfurt (CDU), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1953–1970 MdL Hessen.

46 Oskar-Hubert Dennhardt (geb. 1915), Mitgründer der CDU Stormarn, 1951–1955 Landesgeschäftsführer, 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein.

47 Alfred Hartmann (1894–1967), 1923–1935 Reichsfinanzverwaltung, 1945–1947 Bayerisches Finanzministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des VWG, 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Majonica: Die Landesjugendpläne von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind ausgezeichnet, aber der Bundesjugendplan stellt den Jugendorganisationen zu wenig Mittel zur Verfügung. Sie sind auch mit einer derartigen Fülle von Vorschriften belastet, daß sie praktisch, wenn man nicht lügt, nicht zur Auszahlung gelangen.

Der Ausschuß sollte auch über diese Frage sprechen. Darum bitte ich, ein Mitglied der Jungen Union hinzuzuziehen. Hier könnten wir auf völlig legale Weise die politische Jugendarbeit finanzieren. Es wäre sehr schade, wenn wir diese Möglichkeit außer acht ließen.

Fricke: Ich unterstreiche das, was Herr Bach gesagt hat. Wenn wir eine Lösung anstreben wollen, dann wird sich dieser Ausschuß sofort mit der Frage des Parteiengesetzes – ich nenne nur das Rubrum – beschäftigen müssen. Nach meiner Auffassung wäre die Finanzierung der Partei nach der abgegebenen Stimmenzahl eine Katastrophe; denn wir würden draußen im Lande, wenn es hieße, jetzt bekommen die Parteien 15 Millionen und davon die CDU 7,2 Millionen, die gleiche stimmungsmäßige Pleite erleben wie bei der Verzögerung des Heimkehrergesetzes[48] oder wie bei der Weihnachtsgratifikation[49].

Wir sollten nach meiner Auffassung die zweite Alternative, wie sie Staatssekretär Hartmann als möglich dargestellt hat, wählen, daß nämlich Zuwendungen an politische Parteien, die ja auch für das Allgemeinwohl arbeiten, genauso steuerbegünstigt werden wie bei den karitativen Verbänden. Es ist wesentlich, daß wir in diesen Katalog aufgenommen werden, damit unsere Freunde draußen wissen, daß sie ihre Gelder ähnlich verbuchen können wie bei Zuwendungen an karitative Verbände.

Der Herr Bundeskanzler hat recht, daß wir diese Notlösung mit der Fördergesellschaft, mit dem „Wirtschaftsbild" usw. auf die Dauer nicht weiter betreiben können. Mir liegt insbesondere daran, weil ich im Landesverband Niedersachsen seit acht Jahren die ganze Last der Finanzierung getragen habe. Wir haben im armen Niedersachsen im Laufe der letzten eineinhalb Jahre vor der Bundestagswahl fast 2,5 Millionen DM zusammenbekommen; wir haben 850 Abonnenten für das „Wirtschaftsbild" zusammengefochten, aber das hat seine Grenzen. Und diese Grenzen sind zur Stunde überschritten. Wir brauchen rasch eine Lösung für unseren Apparat, den wir bisher noch durchhalten. Wir müssen ihn durchhalten, weil im nächsten Jahr die Landtagswahlen stattfinden.

Ich möchte also die Eilbedürftigkeit unterstreichen, damit wir von den Krücken der letzten Jahre wegkommen. Wenn dies möglichst bald effektuiert werden kann, dann habe ich keine Sorge, daß wir weiterkommen.

---

48 Das Heimkehrergesetz stand mit Änderungen und Ergänzungen während der ganzen 1. Legislaturperiode zur Beratung (Heimkehrergesetz vom 19. Juni 1950 – BGBl I S. 221, Fassung vom 30. Oktober 1951 – BGBl I S. 875, 994, vom 17. August 1953 – BGBl I S. 931); die Anträge der DP und FDP zur erneuten Änderung in der 2. Legislaturperiode wurden zurückgezogen (6. Sitzung S. 112 bzw. 41. Sitzung S. 1915).

49 Anspielung auf die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern und Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1953 S. 476–479, 565 f., 569–571).

Kiesinger: Die Frage der Finanzierung der Parteien enthält eine weitgehende staats- und verfassungsrechtliche Problematik. Daher würde ich vorschlagen, daß der Ausschuß rechtzeitig Juristen zur Beratung hinzuzieht.

Bach: Wir schaffen nur das Gerippe. Wir haben zwei Juristen[50] im Ausschuß. Es müssen aber noch Verfassungsjuristen hinzugezogen werden. Der Ausschuß hat zu erarbeiten, wie er sich die Finanzierung der Partei für die nächsten Jahre denkt. Die zweite Arbeit ist dann, wie kann dieser Vorschlag in eine praktische Form gegossen werden.

Von Hassel: Ich möchte anregen, daß man nicht nur den Bundestagsabgeordneten, sondern allen Mandatsträgern im Lande, in den Kreisen und Gemeinden die gleiche Verpflichtung auferlegt. Es ist doch so, daß wir als politische Repräsentanten herausgestellt werden, aber die anderen kümmern sich nicht um die Dinge. Ich bin grundsätzlich dafür, aber dann sollen alle, ob Minister, Landtagsabgeordneter usw., die gleichen Lasten tragen.

Kiesinger: Ich habe zu diesem Punkt vorhin nichts gesagt. Immer wieder kommt von Zeit zu Zeit der Vorschlag, den Bundestagsabgeordneten soundso viel abzuziehen. Das beruht auf einer Mythe, die umgeht, als ob die Bundestagsabgeordneten Gelder dafür zur Verfügung hätten oder so viel bezögen, daß man das ohne weiteres tun könne.

Es ist umgekehrt und nur bei jenen Bundestagsabgeordneten anders, die neben ihren Bezügen als Bundestagsabgeordnete noch ein Einkommen haben. Tatsächlich hat der Bundestagsabgeordnete, wenn er gewissenhaft seine Mittel verwendet, so wie es vorgeschrieben ist, DM 600,– monatlich. Davon nimmt die Fraktion DM 30,– – demnächst sollen es DM 50,– sein – ab, dann hat er für seine Familie noch DM 550,–, und alles andere, was ihm gegeben ist, verwendet der gewissenhafte Bundestagsabgeordnete ohnehin für Ausgaben, die er für sein Büro, seine Sekretärin usw. braucht.

Es muß endlich einmal aufhören mit diesen dauernden Versuchen bei dem angeblichen oder vermeintlichen Reichtum der Bundestagsabgeordneten. Wir sind nur so bezahlt, daß ein anständiger Mann, der in der Industrie, in der Wirtschaft oder als Beamter erhebliche Bezüge hat, sich gar nicht mehr entschließt, in den Bundestag zu gehen. Ich bin der Meinung, daß diese ganze Diätenregelung vom Jahre 1950[51], die man in völlig falscher Scham vor der Öffentlichkeit gemacht hat, verfehlt ist.

Ich bitte Sie, diesen Vorschlag, den Bundestagsabgeordneten noch weitere Gelder abzuziehen, nicht mehr aufzugreifen, sonst erleben Sie, daß sich anständige Leute überhaupt nicht mehr zur Verfügung stellen.

Bach: Diese Sache ist mit dem Geschäftsführer der Bundestagsfraktion zunächst doch abgestimmt worden. Zweitens ist es so, daß es eine ganze Menge Bundestagsabgeordneter gibt, die weit mehr bezahlen. Es gibt auch solche, die überhaupt nichts

50 Fay und Zimmer.

51 Im Text: 1949. – Gesetz vom 15. Juni 1950 – BGBl I S. 215.

bezahlen. Ich will den Bundestagsabgeordneten von Siegen erwähnen, der monatlich DM 400,– für die Partei gibt, trotzdem er es eigentlich nicht kann. Ich habe ihm gesagt: Theo, das ist doch Wahnsinn! Das geht auf Kosten deiner Familie und deiner Gesundheit. Es handelt sich um den Herrn Siebel[52].

Also, es muß eine gewisse Ordnung hinein, damit nicht der Anständige dafür bestraft wird, während der andere leer ausgeht. Ich habe ausdrücklich gesagt, auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, irgendwie muß jeder Anteil nehmen. Ich habe mich mit einer ganzen Menge von Abgeordneten über diese Dinge unterhalten. Es gibt Abgeordnete, die mehr tun, als sie eigentlich tun können; es gibt aber auch welche, die gar nichts tun.

Kiesinger: Ich schlage vor, über diesen Punkt jetzt nicht zu verhandeln. Ich kann nur sagen, sobald Sie davon ausgehen, daß von den Bezügen des Bundestagsabgeordneten etwas abgezweigt werden kann, dann ist das falsch. Das geht nicht. Sie müssen das Gesamteinkommen der Bundestagsabgeordneten berücksichtigen, damit wir nicht, wie das in der Öffentlichkeit dauernd geschieht, einen falschen Eindruck erwecken.

Strickrodt: Als einer, der kein politisches Mandat hat, der aber doch weiß, wie es manchmal unseren Freunden in diesen Ämtern geht, muß ich Ihnen sagen: Es geht so nicht, daß Sie immer wieder auf diejenigen die Last abladen, die sowieso ihre persönliche Existenz in einer sehr undankbaren Angelegenheit einsetzen.

Wir müssen einen klaren Strich unter alle diese Druckversuche ziehen. Wenn es auf kommunaler oder auf der Kreisebene geschieht, ist es gut, aber wir können es nicht allgemein fordern. Es gibt unsichere Existenzen, und wir wollen nicht, daß sie durch Zwang etwas geben. Es hat keinen Sinn, Herr Bach, darüber zu diskutieren.

Die Frage der Finanzierung hat Herr Hartmann rein theoretisch betrachtet. Wenn man meint, mit einer Erweiterung der Steuerabzugsfähigkeit hier etwas zu erreichen, dann unterschätzt man die sozialistische Opposition, oder man kommt zu der Aufsicht der Finanzämter über diese Dinge, die Sie ebenfalls nicht wollen.

Ich habe starke Bedenken gegen irgendwelche Abführungen zugunsten der politischen Zwecke. Privatpersonen kommen für die Finanzierung nur in beschränktem Umfange in Frage; denn sie müßten ja diese Ausgaben öffentlich belegen. (*Fricke:* Doch nicht öffentlich! Beim Finanzamt! Das ist doch nicht öffentlich!) Entschuldigen Sie, die Quittungen müssen dem Finanzamt eingereicht werden. Also, auf diesem Wege ist nicht viel zu erlangen. Es müssen öffentliche Mittel zur Finanzierung gesucht werden. Ich bin erschrocken über die kleine Summe, die genannt wurde. Es ist lächerlich, was die Wahl bei den Verbänden gekostet hat. Darf ich Sie daran erinnern, was in Amerika ein Wahlkampf kostet! Wir hören von England, daß dort bis in die letzte Disposition des Geschäftsmannes kontrolliert wird. Wenn wir uns vor Augen führen, was in den anderen Ländern seit langer Zeit auf diesem Gebiet geschieht, dann werden wir auch hier zu Vorschlägen kommen, die durchaus öffentlich

52 Theodor Siebel (1897–1975), 1947–1953 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Siegen, 1949–1961 MdB (CDU).

vertreten werden können. Dazu ist es nötig, die öffentliche Meinung vorzubereiten. Über die verfassungsrechtlichen Fragen sollten sachverständige Leute beraten.

Fay: Ich halte es nicht für moralisch vertretbar, den Menschen, die ihre Zeit für die Allgemeinheit opfern, von ihrem Ehrensold etwas wegzunehmen. Wenn wir so weit sind, dann sollten wir uns begraben lassen. Das ist keine Methode. Außerdem kommen nur DM 180.000,– im Jahr heraus. Mit dieser Summe fangen wir nichts an.

Ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Strickrodt: „Ich bin erschrocken über die kleine Summe, die genannt wurde." Es gibt Firmen in Deutschland, die ein Vielfaches dieses bescheidenen Millionenbetrages nur für ihre Werbung ausgeben; aber eine Partei, die der Träger des Staates geworden ist, die gibt viel weniger für die Propaganda und ihre Organisation aus.

Viele wehren sich gegen den Gedanken der staatlichen Finanzierung der Parteien. Sie wissen, daß ich ein Verfechter dieser Idee bin. Ich habe schon kurz nach der Bundestagswahl in einem Presse-Interview erklärt, es wird höchste Zeit, daß pro Kopf der Wähler DM 2,– aus dem Steuerfiskus gezahlt werden. Ich habe absichtlich etwas hoch gegriffen, um die Diskussion herauszulocken, wie man darüber denkt.

Ich begründe das damit: Es gibt vielleicht 2 % der Wählerschaft, die in Parteien organisiert sind. Verzeihen Sie nun das Wort, diese Narren sollen die Interessen der 98 %, die sonntags zum Fußballspiel gehen und dort ihr Geld verjubeln, finanzieren. Hier ist doch eine Kluft, die überbrückt werden muß. Es ist einfach unmöglich, daß 2 % des Volkes neben ihren Opfern an Zeit und Arbeit auch noch das Opfer an Geld für die 98 % aufbringen, die sich zudem noch an den Früchten dieser Arbeit der 2 % erfreuen.

Die logische Konsequenz ist doch die, daß man die Parteien, die die Abgeordneten stellen und staatliche Aufgaben erfüllen – und zwar entsprechen diese Aufgaben im Laufe von vier Jahren einer Etatsumme von 150 Milliarden DM[53] –, richtig finanziert. Die Gelder müssen natürlich zweckentbunden und ohne politischen Auftrag gegeben werden. Ich könnte Ihnen belegen, daß manches Geld, das als Spende gegeben wird, mit einem politischen Auftrag verbunden ist. Dagegen wehre ich mich. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn wir diesen Weg weitergehen, dann führt das zur Korruption. Ich habe einige Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt. Ich nehme es niemand übel, wenn er als Geldgeber einen politischen Auftrag erfüllt haben will, aber ich als Nehmer muß es, wenn ich ein anständiger Politiker bleiben will, ablehnen. Nun, ich habe es einmal abgelehnt – ich rede von einer Erfahrung in Hessen – und kam in eine schwere Situation, als ich acht Wochen vor dieser entscheidenden Bundestagswahl nicht mehr über einen Pfennig verfügte, so daß ich die 30 Angestellten der Organisation nicht bezahlen konnte. Ich mußte dann Schulden machen und bin schließlich darüber hinweggekommen; aber seien wir ehrlich, so dürfen wir uns als große Partei in Zukunft einfach nicht mehr benehmen. Ich lehne es ab, Bettelgänge bei Leuten zu machen, um Gelder zu bekommen, damit ich das, was unbedingt notwendig ist, überhaupt

53 Addition des Etatvolumens von vier Haushaltsjahren des Bundes.

bezahlen kann. Ich bin ein absoluter Verfechter der anständigen Finanzierung der Parteien, wobei ich mir darüber im klaren bin, daß ein Parteiengesetz notwendig ist. Aber wir sollten nicht so lange warten mit dem Parteienfinanzierungsgesetz, bis das komplizierte Parteiengesetz geschaffen ist. Es gibt die Möglichkeit einer Zwischenlösung.

Man sollte sich zunächst von dem Gedanken befreien, daß man alle schwierigen Probleme in einem Zug lösen kann. Das Parteienfinanzierungsgesetz sollte möglichst bald in Gang gesetzt werden.[54] Sollte man sich auf Bundesebene nicht zu dieser großzügigen Regelung entschließen können, dann darf ich die Bitte aussprechen, uns in den Ländern nicht verfassungsrechtlich den Weg zu verbauen. Sie dürfen sicher sein: Sollten wir in Hessen in diesem Jahr siegen, dann werden wir nicht ruhen, bis wir in Hessen unser Parteienfinanzierungsgesetz haben werden.

Nur möchte ich darum bitten, daß uns der Bund die verfassungsrechtliche Möglichkeit, ein solches Gesetz zu erlassen, nicht von vornherein beschneidet.

Kiesinger: Bei der außerordentlich großen Bedeutung dieses Themas weise ich darauf hin, daß der Vorschlag, die politischen Parteien auf diese Weise zu finanzieren, geradezu einen Strukturwandel verfassungsrechtlicher Art bedeuten würde. Es gibt in der ganzen Welt keine Verfassung, wonach die politischen Parteien auf diese Weise finanziert werden. (*Widerspruch. – Zuruf:* Glauben wir nicht!) Ich habe wenigstens kein Beispiel. Wir würden uns also in ein Gebiet mit ungeheuren Konsequenzen hineinbegeben. Ich will nicht sagen, daß ich dagegen bin, aber ich weise noch einmal auf die Konsequenzen hin; so kann z.B. bei der Stabilisierung der Parteien eine Akzentverlagerung innerhalb der staatlichen oder politischen Gewalten von solcher Bedeutung eintreten, daß man sich darüber klar sein muß, was man nun tut.

Deshalb muß die Frage vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus gründlich studiert werden, bevor man einen Schritt weitergeht. Dazu braucht man Fachleute. Wir können es diesem Unterausschuß nicht anvertrauen; denn er ist nicht in der Lage, diese ins einzelne gehenden verfassungsrechtlichen Überlegungen anzustellen.

Gradl: Ich bin derselben Ansicht wie Dr. Fay. Ich gehe davon aus, daß die Verfassung die Parteien als die Träger des politischen Lebens voraussetzt. Wenn sie das tut, dann muß sie auch anerkennen, daß die Parteien sauber finanziert werden und nicht in die Hände von Geldgebern kommen, von denen sie abhängig werden. Wenn das also der Logik entspricht, dann vermag ich nicht einzusehen, warum es verfassungsrechtlich nicht möglich sein sollte, ein Gesetz zuwege zu bringen, das die Sicherung der Finanzierung der Parteien in der angedeuteten Weise gewährleistet.

Wenn wir die Sache machen wollen, dann müssen wir es jetzt tun und dürfen nicht einige Jahre darüber vergehen lassen, damit wir nicht in die Situation wie

54 Zur Verabschiedung eines Parteiengesetzes kam es erst am 24. Juli 1967 (BGBl I S. 773), obwohl die Parteienfinanzierung während der 2. Legislaturperiode verschiedentlich im Bundestag zur Sprache kam und ein Gesetz in der 207. Sitzung vom 8. Mai 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 11891) angemahnt wurde.

beim Wahlgesetz kommen, das wir im letzten Jahr verabschiedet haben.[55] Auch die Öffentlichkeit bemächtigt sich dieser Dinge, verzerrt sie, und es kommt dann nichts heraus. Wir können nichts Anständigeres tun, als vor der Öffentlichkeit klipp und klar zu erklären: Wir wollen nicht noch einmal, daß bei der Wahl zum deutschen Parlament eine solche Auseinandersetzung stattfindet, wie sie zwei Monate vor der letzten Bundestagswahl stattgefunden hat, als die Parteien sich gegenseitig mit Denkschriften und feierlichen Erklärungen vorwarfen, daß sie ihr Geld aus unklaren Quellen bezogen hätten.

Wir wünschen, daß das deutsche Volk die Gewißheit hat, daß die Parteien sauber finanziert werden. Die sauberste Finanzierung ist die offene Finanzierung aus Mitteln der Allgemeinheit, für die die Parteien tätig sind. Wenn man klarmacht, daß 5 Pfennig je Wähler und Monat kein erschütternder Betrag ist, der aber genügt, um die Parteien anständig zu finanzieren, dann wüßte ich nicht, warum man sich nicht diesem Risiko, die Dinge vor der Öffentlichkeit zu vertreten, aussetzen soll. Die Situation ist günstiger denn je. Wir haben im Parlament keine Kommunisten und sind der Peinlichkeit enthoben, daß wir ein solches Gesetz gegen eine Partei machen müssen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien können wir mit einbeziehen. Da es eine saubere Sache ist, bin ich der Ansicht, daß wir es so schnell wie möglich durchsetzen sollten.

Kiesinger: Die Wortmeldungen sind beendet. Wenn wir dem Vorschlag von Dr. Gradl folgen, dann bleibt nichts anderes übrig, als einige Verfassungsfachleute hinzuzuziehen, um zunächst einmal ein Gutachten in verfassungsrechtlicher Hinsicht ausarbeiten zu lassen. Dann können wir vom Vorstand aus darüber sprechen.

Wiedemeier[56]*:* Ich würde vorschlagen zu versuchen, von den Landesverbänden Unterlagen über die Abzüge zu bekommen, die den Abgeordneten gemacht werden. Hier wurde nur von den Bundestagsabgeordneten gesprochen. Sie werden feststellen, wenn Sie die Angelegenheit prüfen, daß auch diesbezügliche Beschlüsse für die Landtagsabgeordneten vorliegen.

Kiesinger: Bei den Landtagsabgeordneten liegen die Dinge anders; denn diese können ihren Beruf ausüben. Aber wir wollen jetzt in die Mittagspause eintreten.

Mittagspause von 12.35 Uhr bis 14.00 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bin von Herrn Kiesinger unterrichtet worden darüber, daß die Finanzfragen abgeschlossen waren. Herr Scharnberg wünscht noch das Wort dazu. Soll er es bekommen? *(Zustimmung.)*

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, was in unserer Abwesenheit besprochen worden ist, aber ich wollte nur noch sagen, daß es einer Landespartei

55 Wahlgesetz zum 2. Bundestag vom 8. Juli 1953 (BGBl I S. 470); vgl. Nr. 1 Anm. 70.

56 Franz Wiedemeier (1890–1970), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1954–1961 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 567 Anm. 67.

noch niemals gelungen ist, die Finanzierung durch Mitgliederbeiträge vorzunehmen. (*Kiesinger:* Herr Scharnberg ist in den Ausschuß gewählt worden!)

Adenauer: Dann ist es ja gut, Herr Scharnberg. Wir fahren also fort mit den Diskussionsrednern, die zum Vortrag von Herrn Heck noch gemeldet sind. Zunächst Herr Strickrodt.

Strickrodt: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Herr Heck hat bei seinen Ausführungen, daß die Landesparteien sich darüber beklagten, weil sie keine gute Verbindung mit Bonn hätten, auch darauf hingewiesen, daß die Ausschüsse der Partei nach der Satzung ihre Aufträge vom Vorstand zu erhalten haben.

Wir bemühen uns im Finanz- und Steuerausschuß darum, mit den Landesverbänden zusammenzuarbeiten, aber die Arbeit steht unter manchen Interesseneinflüssen. Besonders in den letzten Monaten haben sich Verbände und auch Persönlichkeiten zur Steuerreform geäußert. Wir stehen vor sehr ungeklärten Verhältnissen. In der vergangenen Woche hat auf einer Bundespressekonferenz in Bonn einer unserer Landesverbände ein eigenes steuerpolitisches Programm vertreten.[57]

Ich bin nicht der Ansicht, daß das zum Guten gegangen ist; denn die Dinge sind so delikat und von solch wichtiger Natur, daß wir sie auch entsprechend anfassen müssen. Der Finanz- und Steuerausschuß wird seine Verbindung zu den Landesverbänden in Ordnung bringen. Die Verbindung zum Finanzministerium ist absolut korrekt; die Verbindung zum Wirtschaftsministerium, die wir besonders wegen der Kapitalmarktfrage intensivieren möchten, ist noch nicht so, wie sie sein sollte.

Die Mitglieder dieses Ausschusses wissen nicht, an welche Adresse sie ihre Arbeit richten sollen. Sie sollen ja nicht irgendwie in der Öffentlichkeit Propaganda für eine Lösung machen, die sie sich ausgedacht haben, sondern sie sollen ihre Arbeiten abliefern, und zwar kann die einzige Adresse für solche Vorschläge nur der Bundesparteivorstand und damit auch die Fraktion sein. Auf diesem Wege sollten Einflüsse auf die verschiedenen Ressorts geltend gemacht werden.

Meine Bitte geht also dahin, wie es die Satzung vorschreibt[58], eine Verbindung zwischen dem Bundesparteivorstand – der auch für die Fraktion maßgebend sein könnte – und dem Fachausschuß zu schaffen. Aus dem Vorstand sollten dann einige Herren beauftragt werden, sich für das nächste halbe Jahr um die aktuellen Steuerfragen zu kümmern, damit dann der Finanz- und Steuerausschuß seine Aufträge empfangen und dann nachher das Ergebnis seiner Beratungen vorlegen kann.

Nehmen Sie in diesen Kreis, den der Vorstand bestellt, auch die maßgebenden Mitglieder der Fraktion hinein. Ich habe mit Herrn Scharnberg gesprochen. Wir

57 Es handelte sich dabei um Vorschläge des Wirtschaftsausschusses der CDU Rheinland vom 12. Januar 1954, in denen u.a. eine Senkung des Höchstsatzes für die Einkommen- und Lohnsteuer auf 40 % und für die Körperschaftsteuer auf 30 % empfohlen wurde (CDP Nr. 9 vom 12. Januar 1954).

58 „Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben ... werden Ausschüsse gebildet. ... Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich" (§11).

sind uns einig. Wenn Herr Scharnberg zu diesem Ausschuß gehört, und ich bin Vorsitzender, dann werden wir diese wichtigen Fragen so behandeln können, daß sie für die Partei zum Guten ausgehen und nicht eine falsche Popularitätshascherei mit irrealen Vorstellungen entsteht.

Adenauer: Dieses Problem darf man nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Finanz- und Steuerausschusses sehen, sondern im Rahmen der gesamten Ausschüsse der Partei; doch sollte man nun nicht das, was die Parteiausschüsse erarbeitet haben, noch durch den Vorstand leiten.

Es wäre mir lieb, wenn Herr von Brentano, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, sich dazu äußerte, ob es nicht möglich ist, zwischen den Parteiausschüssen und dem Arbeitskreis eine gewisse Verbindung herzustellen.

Von Brentano: Ich kann nur das unterstreichen, was Herr Strickrodt gesagt hat. Ich halte es für dringend notwendig, daß die Zusammenarbeit zwischen der Partei, den Ausschüssen und der Fraktion lebendiger wird als früher. Wenn man den Vorschlag, ein paar Leute aus den zuständigen Ausschüssen und aus der Fraktion zu bestellen, aufgreift – ich würde neben Herrn Scharnberg noch Herrn Neuburger[59] vorschlagen –, dann könnte ich mir denken, daß damit eine gute Vorarbeit zu leisten ist. Ein solcher Kreis hätte die Möglichkeit, sich vorher mit Schäffer abzustimmen. Es hat keinen Sinn, in der Öffentlichkeit gegenteilige Meinungen zu vertreten. (*Adenauer:* Sind Sie ein Optimist!) Je mehr man Unerfüllbares von ihm verlangt, desto mehr wird er die Igelstellung einnehmen, die wir von ihm kennen.

Wenn von einem Vergleich über diese Steuerreform etwas gesagt worden ist, so hat das keinen Wert. Daß Schäffer sich dagegen wehrt, ist richtig. Wir sollten also den Vorschlag von Strickrodt aufnehmen und in einer kleinen Gruppe eine Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen der Partei, der Fraktion und dem Finanzminister herstellen, damit wir uns wenigstens in der Sprachregelung verständigen.

Adenauer: Ich kann vielleicht die Schwierigkeit an dem Beispiel der Steuerreform darlegen. Vor kurzem kam der Wirtschaftsminister zu mir mit allen Zeichen der größten Erregung und sagte, daß im Finanzministerium ein Entwurf fix und fertig vorliege über die Steuerreform, ohne daß das Wirtschaftsministerium überhaupt gefragt worden sei. Dabei sei doch gerade die Steuerreform von der größten Bedeutung für die Weiterführung der Wirtschaft.

Lassen Sie mich hier einfügen: Wenn es uns nicht gelingt, bis zum Jahre 1957 einigermaßen die Wirtschaft auf dem laufenden zu halten, wie sie bisher läuft, dann wird es für die Wahlen sehr schlecht aussehen. Noch etwas anderes: Was der CDU recht ist, das wird natürlich auch von der CSU verlangt werden. (*Strickrodt:* Die CSU gehört zu unserem Ausschuß!) Dann nehmen Sie ein anderes Gebiet. Wir müssen eine große Reform der Sozialversicherung vornehmen. Das sind die vordringlichsten Probleme, die wir überhaupt für die folgende Zeit haben. Ich würde es außerordentlich

59 August Neuburger (geb. 1902), 1947–1952 Verwalter der Südwestbank im Bereich Württemberg-Baden, 1949–1961 MdB (CDU, 1957–1961 Vorsitzender des Finanzausschusses).

lebhaft begrüßen, wenn von jedem Parteiausschuß vielleicht drei Herren bestimmt werden und von Herrn von Brentano von der Fraktion auch drei Herren für die verschiedenen Gebiete, die dann zusammen Sitzungen abhalten.

Können wir das zum Beschluß erheben? *(Zustimmung.)* Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Dann hat das Wort Herr Tillmanns.

Tillmanns: Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen von Dr. Heck auf eine Angelegenheit hinweisen, die meiner Ansicht nach im Blick auf die kommenden Landtagswahlen von ganz besonderer Bedeutung ist. Es wurde schon mehrfach gesagt, daß wir bei den Bundestagswahlen unter ganz besonders glücklichen Umständen gewählt haben. Zu diesen glücklichen Umständen gehört auch, daß bei den großen Fragen der Innenpolitik, die bei den Bundestagswahlen im Vordergrund standen, also bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine verhältnismäßig weitgehende und selbstverständliche Einheitlichkeit in unseren Reihen bestanden hat. Das hat uns einen starken Auftrieb gegeben. Wir müssen daran denken, daß bei den Landtagswahlen wahrscheinlich andere Fragen im Mittelpunkt der Diskussion stehen werden.

Ich denke vor allem an Fragen der Kultur- und Schulpolitik. Erlauben Sie, daß ich darauf hinweise, daß auch die Einheitlichkeit der Auffassungen zwischen katholischen und evangelischen Kreisen der CDU nicht in dem Maße bis heute vorhanden ist, als dies in den anderen großen Fragen der Bundespolitik bisher ist.

Wenn wir mit Aussicht auf guten Erfolg an die Landtagswahlen herangehen wollen, wird es unsere wichtigste Aufgabe sein, den Versuch zu machen, in diesem ganzen Komplex der Kultur- und Schulpolitik zu einer größeren Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Auffassungen und auch der Sprechweise zu kommen. Das scheint mir für den Erfolg bei den Landtagswahlen von ausschlaggebender Bedeutung zu sein.

Wir haben von seiten der Bundesgeschäftsstelle einen gewissen Anfang gemacht und versucht, einen kleineren Kreis von Freunden zu bitten, sich einmal um diese Fragen besonders zu kümmern. Aber mir scheint, daß wir in Zusammenarbeit mit den Länderregierungen, die unter der Führung der CDU stehen, hier eine ganz besonders wichtige Aufgabe haben. Mir sind in Neustadt in Rheinland-Pfalz von evangelischen CDU-Freunden in dieser Frage die äußersten Bedenken gemacht worden. Ich bin der Meinung, daß wir in dieser Frage so schnell wie möglich von seiten des Vorstandes aus versuchen sollten, zu einer Klärung in dieser Hinsicht zu kommen. Dabei ist die Kultur- und Schulpolitik nicht das einzige; es gibt auch noch andere Fragen, die in der Landespolitik im Gegensatz zur Bundespolitik im Vordergrund stehen.

Adenauer: Darf ich Gegengründe geltend machen! Gerade die Fragen der Schulpolitik sind in den einzelnen Ländern total verschieden gelagert, sie sind sogar in einem einzelnen Land verschieden gelagert, nehmen Sie z.B. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen mit Lippe[60] und Rheinland-Pfalz. Ich glaube, wenn wir den Versuch machten, gerade auf dem Gebiet der Schulpolitik zu einheitlichen Sätzen zu

60 Zur Entstehung des Schulgesetzes von NW vgl. BUCHHAAS: Gesetzgebung S. 58–177.

kommen, daß dann ein Fiasko unausbleiblich sein wird. (*Tillmanns:* Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe nicht von einer Einheitlichkeit innerhalb des gesamten Bundes gesprochen, sondern von einer Einheitlichkeit der Christlich-Demokratischen Union in den einzelnen Ländern.) Das ist dasselbe! (*Tillmanns:* Nein! – *Unruhe.*) Dann belehren Sie mich und überzeugen Sie mich, daß es anders ist. Wir wollen doch unser Ideal in die Wirklichkeit umsetzen. Es handelt sich nicht nur um irgendwelche theoretischen Grundsätze, sondern das sind Grundsätze, die von den Landesparteien in dem betreffenden Land in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen. Nach meiner Kenntnis sind die Ansichten so verschieden – das ist zum Teil historisch zu erklären –, daß man nur sehr schwer zu einer Vereinheitlichung kommen kann. Man kann es natürlich versuchen.

Nehmen Sie die Fragen der Konfessionsschulen. Da denkt man in Nordrhein-Westfalen ganz anders als in Lippe und auch in Schleswig-Holstein oder in Hessen. Man denkt in Süd-Württemberg ganz anders als in anderen Teilen von Baden-Württemberg.

Auf dem Gebiet der Kulturpolitik läßt sich wohl etwas schaffen, und da sollte man wirklich versuchen, ein gemeinsames Programm auszuarbeiten, das bei den Landtagswahlen mit verwertet werden kann. Wir haben einen Ausschuß für diese Frage. Ich würde vorschlagen, daß sich der Ausschuß ...

Tillmanns: Gerade weil die Verschiedenheiten so groß sind, befürchte ich, daß bei den kommenden Landtagswahlen diese Frage innerhalb der einzelnen Länder eine Rolle spielt. Davon habe ich gesprochen. Die anderen Parteien werden den Versuch machen, gerade in diesen Fragen einen Keil in die CDU zu treiben. Ich will das nicht näher erläutern, daß damit der politische Erfolg gefährdet werden könnte. Gerade weil aus geschichtlichen Gründen die Entwicklung auf dem Gebiete der Schulpolitik in den einzelnen Ländern sehr verschieden gewesen ist, sollte man nun zur Vereinheitlichung kommen. Es gibt auch zwischen den Kirchen hier Verschiedenheiten der Auffassungen. Ich glaube, daß es für den Erfolg der CDU bei den Landtagswahlen wichtig ist, soweit wie irgend möglich den Versuch zu machen, innerhalb der betreffenden Länder zu einer möglichst großen Einheitlichkeit der Auffassungen zu kommen; sonst befürchte ich, daß die CDU in diesen Wahlen durch ihre Sprecher das Bild einer etwas weitgehenden Konfusion in der Öffentlichkeit bietet.

Adenauer: Darf ich Sie so verstehen, daß Sie Ihre Ausführungen als eine Aufforderung an die Landesparteien auffassen?

Tillmanns: In erster Linie an die Landesparteien, aber ich glaube auch, daß eine Hilfeleistung seitens der Bundespartei möglich wäre.

Ehlers: Ein Wort dazu! Ich würde sehr dringend darum bitten, daß wir uns um das, was Herr Tillmanns gesagt hat, bemühen, daß wir aber in der Frage der Schulpolitik möglichst vorsichtig reden. Es scheint mir eine gewisse Gefahr zu sein, daß bestimmte Vorstellungen, die unsere katholischen Freunde oder katholischen Bischöfe haben und die sie in vollem Umfang respektieren, zu leicht gleichgesetzt werden mit einer politischen Überzeugung der Christlich-Demokratischen Union.

Das Wort „Elternrecht" ist trotz aller Bemühungen viel zu schillernd, als daß man

es ohne weiteres als Programmpunkt herausstellen könnte; denn darunter verstehen sehr viele Leute etwas Verschiedenes, und wir haben immer die große Gefahr, daß in dem Augenblick, wo wir ungeschützt über diese Frage reden, wir alle die gegen uns gerichteten Kräfte vereinigen, daß sich plötzlich die völlig liberalen Lehrer, denen am meisten an einer völlig religionslosen Schule liegt, als die Treuhänder des Protestantismus aufspielen. Diese Lehrer und bestimmte liberale Kräfte, von deren Existenz wir in der Trauerfeier für Dr. Höpker Aschoff einige Beispiele erlebt haben, werden sich vereinigen und gegen uns stehen. Darum bitte ich, eine möglichst einheitliche Sprachregelung und eine große Vorsicht und Zurückhaltung in der Terminologie zu gebrauchen; denn wir machen uns sonst die Sache nicht leichter dadurch.

Die Hannoversche Lutherische Synode ist ein Beispiel dafür, wie man sich bemüht hat, das evangelische Anliegen mit allen guten Wünschen der anderen in Einklang zu bringen. Aber hier muß noch einige Arbeit geleistet werden. Es ist schwierig! Fünf Kilometer von hier steht eine Volksschule. Die Tochter meines Hausmeisters ist dort das einzige evangelische Kind, und es wird in dieser katholischen Schule, während die anderen das Gebet sprechen, aufgefordert, sich mit dem Kopf zur Wand hinzustellen! (*Bewegung und Unruhe. – Zurufe:* Nicht möglich! – Unglaublich!) Das geschieht in einer katholischen Schule in Plittersdorf. (*Adenauer:* Das glaube ich noch nicht! – *Weitere Zurufe:* Unerhört!) Das habe ich nachgeprüft! Ich bitte Sie daher, daran zu denken, was aus einer solchen Geschichte in der Debatte in der Öffentlichkeit wird! Darum habe ich die dringende und herzliche Bitte, vorsichtig zu sein im Gebrauch von Parolen und Forderungen in diesem Zusammenhang.

Heck: Es liegt ein Beschluß des Hamburger Parteitages vor, wonach der Kulturpolitische Ausschuß beauftragt ist, unter Heranziehung erster Fachkräfte die Grundzüge einer Schul- und Bildungsreform auszuarbeiten.[61] Wir laufen in der Öffentlichkeit Gefahr, daß wir kulturpolitisch nichts anzubieten haben als Konfessionsschulen. Ich glaube, daß gerade einmal die Arbeit einer Schulreform von der anderen Seite her anzufassen ist, die uns aus diesem Geruch herausbringen könnte. Es gibt eine Reihe von Dingen bei der Planung einer Schulreform, die vom Konfessionsproblem gar nicht berührt wird. Die Bildungssituation von heute ist denkbar gut.

Wir hatten uns mit dem geschäftsführenden Vorstand in Ausführung dieses Beschlusses bereits darangemacht, uns zu orientieren, welche Persönlichkeiten im Bundesgebiet sich zunächst für die Aufgabe eignen, eine klare Sanierung der Bildungssituation zu erarbeiten. Bei diesem Stand sind die Dinge zur Zeit. Man wird den Kulturpolitischen Ausschuß mit dieser Aufgabe nicht allein betrauen können, weil er seiner Besetzung nach – entschuldigen Sie bitte, wenn ich das sage – m.E. nicht dazu in der Lage ist. (*Adenauer:* Wer ist Vorsitzender?) Professor Stier[62] und

61 Entschließung Nr. 5 Abs. 5 (Druck: CDU, 4. Bundesparteitag S. 274). Der Bundesausschuß Kultur befaßte sich am 16. Januar 1954 mit diesem Auftrag (Protokoll und Mitgliederliste in ACDP VII-004-057).

62 Dr. Hans Erich Stier (1902–1979), Professor für Alte Geschichte, 1946–1970 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 73 Anm. 8.

Dr. Hofmann[63]. Es handelt sich hier um eines der schwierigsten Probleme, die vor uns stehen. Gegenüber dem marxistischen und liberalen Raum müssen wir die besten Kräfte aus dem christlichen Raum für diese Aufgabe heranziehen.

Adenauer: Diese Erinnerung an den Parteitagsbeschluß ist ausgezeichnet. Auch bei dieser Arbeit kann man, soweit noch irgendwelche Dinge zu erledigen sind, diese berühren. Im allgemeinen empfehle ich aber, das heiße Eisen nicht so sehr anzufassen, namentlich nicht vor den Landtagswahlen. Ich würde es aber für ausgezeichnet halten, wenn wirklich die Partei dazu käme, Vorschläge zu machen, um unser völlig durcheinander geratenes Bildungs- und Erziehungswesen neu zu ordnen.

Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind? Dann würde nach meiner Meinung der Ausschuß möglichst bald zusammentreten und Sachverständige hinzuziehen müssen. (*Pitz*[64]*:* Sind bei diesem Ausschuß auch die Vertreter in den Landtagen berücksichtigt, die sich insbesondere mit der Schul- und Kulturpolitik befassen?) Das ist teilweise unterschiedlich. Die Ausschüsse werden besetzt durch Delegationen der Landesverbände. Wenn die Landesverbände die Persönlichkeiten schicken, die in den Länderparlamenten mit diesen Dingen befaßt werden, ist es gut.

Tillmanns: Wir stehen gar nicht vor der Frage, ob wir das heiße Eisen anfassen wollen oder nicht. Aber unsere Gegner werden dieses heiße Eisen anfassen. Das ist die Situation.

Adenauer: Ich glaube es nicht so ohne weiteres.

Cillien: Ich glaube, daß die Gefahr, die Herr Tillmanns aufgezeigt hat, etwas gemildert werden könnte, wenn wir drei Punkte beachten: 1. daß die Bundestagswahl uns nicht einen Auftrag gegeben hat, bestimmte kulturpolitische Dinge durchzusetzen. Das wird leider häufig überspitzt ausgedrückt, als wären wir legitimiert, ganz bestimmte kulturelle Dinge aufgrund der Bundestagswahl durchzusetzen. Das stimmt nicht. 2. Wir stehen tatsächlich in dem Verdacht, daß sich unsere ganze Kulturpolitik lediglich auf die Volksschule erstreckt, und 3. in unserem Programm steht nicht, daß wir die konfessionelle Volksschule fordern, sondern in unserem Programm steht, daß wir auf dem Boden des Elternrechts stehen. Diese Dinge müssen auseinandergehalten werden.

Ich gebe Ihnen recht, daß es mit dem Elternrecht eine schwierige Sache ist. Das ist aber Sache der Legislative festzulegen, in welchem Umfang sich das Elternrecht auswirkt. Solange wir in diesem Punkt einig sind, daß wir entgegen allen anderen das Elternrecht fordern, können wir diskutieren, und zwar überall. Wir müssen uns hüten vor der Enge, in die wir tatsächlich heute geraten sind.

In den Ausführungen von Herrn Heck steht auf Seite 32: „Für die Junge Union halte ich eine klare und eindeutige Unterstellung unter die Organe der Partei für notwendig und nach den bisherigen Besprechungen auch für möglich."

---

63 Dr. Josef Hofmann (1897–1973), 1946–1968 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 494 Anm. 3.

64 Elisabeth Pitz-Savelsberg (geb. 1906), 1953–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 512 Anm. 20; Erinnerungen in ABGEORDNETE 3 S. 175–296.

Es ist eingangs gesagt worden, wieviel gute Unterstützung wir von der Jugend im Wahlkampf gehabt haben. Zum Teil ist diese Unterstützung tatsächlich gebunden gewesen an die Junge Union. Ich habe das bei mir sehr stark empfunden. Auf der anderen Seite besteht in der Jungen Union der Gedanke, daß sie Plakatkleber usw. seien, und bei den Alten der Gedanke, was wollen die denn schon! Es muß tatsächlich eine Klärung geschaffen werden, in welchem Verhältnis die Junge Union zur Gesamtunion steht. Ich hatte der Jungen Union versprochen, das für Niedersachsen zu klären. Ich wäre dankbar, wenn wir es im Bund klären könnten. (*Adenauer:* Machen Sie es umgekehrt! Fangen Sie an!) Es hat wohl keinen Zweck, weil in den einzelnen Ländern die Dinge verschieden liegen. Der zweite Satz hat mich hoffnungsfreudig gestimmt, weil Herr Heck schrieb, es sei anscheinend möglich, daß eine Unterstellung erfolge. So kann es passieren, daß die Jugend sehr impulsiv Entschlüsse faßt, ohne daß der Parteivorstand etwas davon erfährt. Es geht nicht an, daß die Junge Union vorwiegend Leute im Alter zwischen 30 und 40 Jahren hat. Einige Wochen müssen davon abgestrichen werden! Ich sehe sonst keinen Unterschied mehr zwischen der Union und der Jungen Union. Nach meiner Meinung sollten in die Junge Union nur Leute bis zu 30 Jahren gehören, besser wäre es noch bis zu 25 Jahren.

Diese Frage müssen Sie zu klären versuchen. Im Anfang waren 30 Jahre gerechtfertigt, aber jetzt nicht mehr. Mancher flüchtet in die Junge Union, weil er in der Union keine Rolle spielen kann. Ich bitte also darum, hier eine Klärung herbeizuführen.

Adenauer: Wieviel Mitglieder hat insgesamt die Junge Union?

Majonica: Die Frage ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Ich schätze, daß es etwa 25.000 aktive Mitglieder sind, die regelmäßig arbeiten.

Adenauer: Das wären über 10 % der gesamten Mitglieder. 25.000 in der Jungen Union? Ist das nicht etwas zu hoch gegriffen?

Majonica: Nicht jedes Mitglied der Jungen Union muß Mitglied der Partei sein, sondern nur dann, wenn es eine Funktion in der Jungen Union übernimmt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Parteifremdheit nur überwinden können, wenn wir die Leute langsam an die Arbeit heranführen. Es gibt Leute in der Jungen Union, die nicht Mitglieder sind. Es ist unsere Aufgabe, sie in die Partei hineinzuführen. Forderungen zu stellen, daß diese Leute sofort Mitglied der CDU werden sollen, würde ich psychologisch für falsch halten.

Adenauer: Was sagen Sie denn zu den Ausführungen der Herren Cillien und Heck, nämlich zu der Frage der Unterstellung der Jungen Union, also Einlozierung in die Partei?

Majonica: Auf der Bundesebene ist die Frage nicht einfach zu klären, weil wir auch die CSU dabeihaben. Die Junge Union in Bayern ist ein normaler Verband im Rahmen der Jungen Union Deutschlands. Wir können uns nicht völlig organisatorisch unterstellen; denn sonst werden unsere bayerischen Freunde sagen, das können wir nicht mitmachen. Ich würde es für bedenklich halten, wenn wir in der Jugend das CDU/CSU-Verhältnis bekämen. Ich halte es für einen Fortschritt, daß wir das bei der

Jungen Union nicht haben. Ich schlage vor, in einem Gespräch zwischen der Jungen Union und einigen Herren des Vorstandes diese Dinge zu klären.

Zimmer: Dieses Gespräch hat bereits im unmittelbaren Anschluß an den Parteitag in Goslar stattgefunden, und zwar im Sinne des letzten Paragraphen unseres Statuts, wonach auch die Eingliederung der Sozialausschüsse vorgesehen ist. Das Gespräch wurde damals unterbrochen. Es geht nur so, daß man vorher genau abklärt mit den maßgebenden Herren der Jungen Union, in welchem Maße die Junge Union in die Bundespartei bzw. Landesparteien eingegliedert wird. Bei den damaligen Gesprächen sind wir sehr weit gekommen.

Ich würde mich dem Vorschlag anschließen, die Frage miteinzubeziehen bei den Statut-Ergänzungen, die wir ja analog mit den Sozialausschüssen vornehmen müßten, wobei auch schwierige Fragen bestehen, weil ein großer Teil der Mitglieder der Sozialausschüsse aus ähnlichen Gründen nicht Mitglied der CDU ist, wohl aber Mitarbeiter.

Heck: Nach den Statuten ist es eine Aufgabe des Parteiausschusses, das Verhältnis der Vereinigungen innerhalb der CDU zur Bundespartei zu klären. Zur Frage der Altersgrenze muß folgendes gesagt werden: Wenn man das Alter auf 25 Jahre begrenzen würde, dann hieße das, die Junge Union aufzulösen. Man muß bei der Jungen Union anstreben, langsam ihre Altersbegrenzung zu reduzieren. Es wird immer notwendig sein, daß ein bestimmter Teil auch über 25 Jahre noch in der Jungen Union tätig ist. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die jungen Leute unter 25 Jahre kaum in der Lage, die Junge Union aufrechtzuerhalten.

Majonica: Ich darf noch einmal unterstreichen, daß eine Altersbegrenzung auf 25 Jahre völlig unmöglich ist nach den Erfahrungen der bisherigen Arbeit. Ich weiß, daß in einigen Landesverbänden die Junge Union nicht so arbeitet, wie sie arbeiten soll. Aber es gibt auch eine Reihe von Gemeinden, wo die Junge Union die einzige Organisation der Partei ist, die regelmäßig Schulungsabende durchführt, während das von der Partei nicht gemacht wird. Es wäre doch Unsinn, jemand mit 30 Jahren auszuschließen, weil er über die Grenze gekommen ist. So können wir es unter keinen Umständen machen.

Adenauer: Es scheint der übereinstimmende Wille zu sein, daß dieser Ausschuß, der zur Revision des Statuts eingesetzt ist, sich mit den Fragen der Jungen Union nach den verschiedenen Richtungen hin beschäftigen soll. Ist damit Punkt 3 der Tagesordnung erledigt? Keine Wortmeldungen!

Dann können wir zum Punkt 1 übergehen.

Bericht über die politische Lage

Adenauer: Nichts hat die Stellung Deutschlands auf außenpolitischem Gebiet so gefestigt wie diese Bundestagswahl. Sie können den Einfluß, den diese Bundestagswahl auf unser Ansehen genommen hat, gar nicht hoch genug einschätzen.

Wenn die Bundesrepublik, trotzdem sie entwaffnet und besetzt ist, trotzdem sie nicht souverän ist, sondern unter Besatzungsstatut[65] steht, außenpolitisch doch einen großen Einfluß hat – wenn auch nicht so groß, wie von manchen Organen dargestellt wird –, dann beruht das auch sehr wesentlich auf der Vorarbeit in den vergangenen Jahren. In dieser Entscheidung des 6. September 1953, die das deutsche Volk nicht nur für unsere Partei – wenn auch vornehmlich für unsere Partei –, sondern überhaupt für die Koalitionsparteien und für die von ihnen verfolgte Politik der letzten vier Jahre getroffen hat, hat das Ausland die Tatsache erblickt, daß diese Politik wirklich dem Willen des deutschen Volkes entsprochen hat, aber nicht die Politik der Sozialdemokratie.

Wenn wir jetzt zu dieser Viererkonferenz[66] gekommen sind und wir dort, wenn auch nicht anwesend, so doch Bedeutung und Einfluß haben, dann ist das alles auf den Erfolg der Bundestagswahlen zurückzuführen. Der Erfolg der Bundestagswahlen ist in gleicher Weise für das wirtschaftliche und währungspolitische Gebiet von der denkbar größten Bedeutung, weil das Ausland, das doch immer etwas sehr zögernd und zurückhaltend Deutschland und Deutschlands Erfolgen gegenüberstand, in diesen Bundestagswahlen mit dem völligen Unterliegen der rechts- und linksradikalen Parteien gesehen hat, daß nunmehr ein anderes Deutschland vorhanden ist, ein Deutschland – lassen Sie mich es kurz ausdrücken – der Freiheit und der Mäßigung.

Meine Damen und Herren! Ich habe eben gesagt, auf außenpolitischem Gebiet sei dieser Wandel von großer Bedeutung. Ich möchte Ihnen das an zwei Tatsachen erhärten. Als ich im Dezember in Paris war, hatte ich eine lange Unterredung mit dem amerikanischen Staatssekretär Dulles.[67] Der allererste Satz, den er sagte, war ein Hinweis auf diese Bundestagswahlen. Als ich am gleichen Tage zu einer anderen Stunde ein Gespräch mit Eden[68] hatte, war sein erster Satz ebenfalls wieder ein Hinweis auf diese Bundestagswahlen und ein Glückwunsch für Deutschland, das diesen Erfolg gehabt hat. Das Gespräch mit Dulles fand in ganz kleinem Kreise statt. Es waren, abgesehen von seinem persönlichen Referenten, noch Conant[69] da und auf meiner Seite noch Hallstein. Ich kann das Gespräch jedoch wegen seiner Vertraulichkeit nicht im einzelnen wiedergeben, aber Sie dürfen überzeugt sein, daß gerade in den Vereinigten Staaten die Hoffnung auf Europa identisch ist mit der Hoffnung auf Deutschland. Da wir auch außenpolitisch in einer sehr labilen Zeit

65 Vom 21. September 1949, revidiert am 6. März 1951 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission 1951 S. 792).

66 Vgl. Anm. 16.

67 Adenauer war am 13. Dezember 1953 mit Dulles während der Pariser Gespräche zusammengetroffen. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 239–242. Zu Pariser Gesprächen vgl. Telegramm vom 14. Dezember 1953 in FRUS 5,1 S. 865. – John Foster Dulles (1888–1959), amerikanischer Politiker; 1953–1959 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 306 Anm. 28.

68 Sir Anthony Eden (1897–1977), britischer Politiker; 1951–1955 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 310 Anm. 36.

69 Dr. James Bryant Conant (1893–1978), amerikanischer Politiker; 1953–1955 Hoher Kommissar in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 307 Anm. 29.

leben, können wir gar nicht genug betonen, daß wir an dieser Außenpolitik festhalten. Ich denke, daß die Verabschiedung der Ergänzungen zum Grundgesetz, die hoffentlich Anfang Februar erfolgt, uns Anlaß geben wird, nochmals ein Bekenntnis zu der bisher führend von uns verfolgten Außenpolitik abzulegen.

Ich möchte Ihnen im Anschluß daran klarlegen, wie ich mit Billigung meiner Fraktion dazu gekommen bin, diese Regierung zusammenzustellen. Ich meine jetzt nicht die einzelnen Persönlichkeiten, sondern die Beteiligung der verschiedenen Fraktionen. Einmal leiteten mich dabei außenpolitische Gesichtspunkte. Das Votum der Wähler, das sie am 6. September abgegeben haben, sollte gerade gegenüber dem Ausland auch bei der Bildung der Regierung ganz klar zutage treten. Deswegen wollte ich eine möglichst breite Regierung haben.

Sie müssen sich einmal vorstellen, wie es in den anderen Ländern der Welt aussieht. Wir haben eine Regierung mit einer sehr breiten Koalitionsgrundlage.[70] Was haben Frankreich, England und die Vereinigten Staaten demgegenüber? Obgleich sehr viel, unter gewissen Gesichtspunkten mit Recht, kritisiert worden ist an der Bildung einer so breiten Regierung einschließlich des BHE, bin ich nach wie vor – sogar noch mehr als vorher – der festen Überzeugung, daß diese Breite der Regierung, die viele Unannehmlichkeiten mit sich bringt, sich nicht nur für den Bundeskanzler, nicht nur für unsere Freunde in der Regierung, sondern auch für das Volk selbst schon jetzt außenpolitisch bezahlt gemacht hat.

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen. Wenn wir den BHE hereinnehmen wollten, dann mußten wir dafür sorgen – das kommt ja nicht in die Presse –, daß wir wenigstens einen zuverlässigen Partner innerhalb dieser Regierungskoalition haben. Das ist die Deutsche Partei. Die Deutsche Partei hat in den vergangenen vier Jahren sich immer als sehr koalitionstreu erwiesen. Deshalb konnten wir auch den BHE, den wir noch nicht näher kannten, ruhig mit hereinnehmen, ebenfalls auch die FDP; obgleich die FDP uns, wie Sie wissen, außerordentlich große Sorgen macht.

Ich bin dann kritisiert worden, nicht von meinen engeren Freunden, aber draußen, daß die Deutsche Partei zwei Minister bekommen hat.[71] Nun, die Lösung ist sehr

70 Koalitionsparteien waren CDU/CSU, FDP, DP, GB/BHE. Zusammensetzung des Kabinetts Anfang 1954: Konrad Adenauer (Bundeskanzler, bis 6. Juni 1955 zugleich Bundesminister des Auswärtigen), Franz Blücher (FDP, Stellvertreter des Bundeskanzlers, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit), Gerhard Schröder (CDU, Bundesminister des Innern), Fritz Neumayer (FDP, Justiz), Fritz Schäffer (CSU, Finanzen), Ludwig Erhard (CDU, Wirtschaft), Heinrich Lübke (CDU, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Anton Storch (CDU, Arbeit und Sozialordnung), Hans-Christoph Seebohm (DP, Verkehr), Siegfried Balke (CSU, Post- und Fernmeldewesen – löste am 10. Dezember 1953 Hans Schuberth ab), Viktor-Emanuel Preusker (FDP, Wohnungsbau), Theodor Oberländer (GB/BHE, Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), Jakob Kaiser (CDU, gesamtdeutsche Fragen), Heinrich Hellwege (DP, Bundesrat), Franz-Josef Wuermeling (CDU, Familienfragen) sowie für besondere Aufgaben Robert Tillmanns (CDU), Hermann Schäfer (FDP), Waldemar Kraft (GB/BHE) und Franz Josef Strauß (CSU).

71 Hans-Christoph Seebohm (für Verkehr) und Heinrich Hellwege (für Angelegenheiten des Bundesrates).

einfach. Glauben Sie denn, es wäre klug von mir gewesen, den Herrn Seebohm Vorsitzenden der DP-Fraktion werden zu lassen und den Herrn Hellwege als Kabinettsmitglied zu haben? Wenn Sie noch hinzunehmen, daß der Herr Dehler Vorsitzender der FDP-Fraktion werden sollte – das war damals schon bekannt –, dann wären von zwei Koalitionsfraktionen die Vorsitzenden frühere Minister gewesen. Das ist nicht schön und nicht gut.

Wenn ich mit der DP anfing, dann ergab sich das andere ganz von selbst. Die Hauptsache ist aber doch, daß wir, die CDU/CSU, im Kabinett die Mehrheit und die Führung haben. Das ist doch schließlich das entscheidende. Die Hauptsache ist, daß entsprechend der Verantwortung, die uns die Wahlen auferlegt haben, wir auch im Kabinett die Führung besitzen. Eine so große Fraktion wie die CDU/CSU – die Herren wissen ein Lied davon zu singen – (*Weber:* Wir auch! – *Heiterkeit*) – auch die Frauen – birgt große Schwierigkeiten in sich. Wenn etwas dazu angezeigt erscheint, mich vor dem relativen Mehrheitswahlrecht stutzig zu machen, Herr Scharnberg, (*Scharnberg:* Ich habe es nicht befürwortet!) dann der Gedanke, daß wir bei einem solchen Wahlrecht eine Fraktion von ungefähr 400 Mitgliedern bekommen hätten.

Sie als Parteivorstand müssen natürlich auch wissen, wie es im Parlament aussieht. Die Schwierigkeiten, namentlich die Anlaufschwierigkeiten, waren groß; aber ich glaube, daß man auf dem besten Wege ist, diese Anlaufschwierigkeiten zu überwinden, und daß es gelingen wird, die Fraktion zu einem geschlossenen und arbeitsfähigen Körper zu machen. Leicht ist das nicht.

Was nun die Koalition angeht, so habe ich schon eben angedeutet, daß wir Schmerzen mit der FDP haben, obgleich Herr Maier aus Baden-Württemberg bisher noch nicht stark in Erscheinung getreten ist. (*Wuermeling:* Der zieht den Draht von hinten. – *Heiterkeit.*) Sie sind ein schlechter Zwischenrufer, Herr Wuermeling! Bisher ist es noch nicht der Fall, bisher zieht er noch nicht den Draht von hinten. Warum soll man ihm eine Rolle geben, die er bisher noch nicht spielt? Warum sollten wir seine Bedeutung dadurch erhöhen, daß wir sagen: Er zieht den Draht von hinten.

Daß in der FDP große Schwierigkeiten bestehen, weiß jeder; aber da müssen wir Geduld haben. Das gleiche gilt auch vom BHE. Im BHE gibt es ganz sicher Kräfte, die gut und tüchtig und uns innerlich verwandt sind. Es gibt aber auch Kräfte da, von denen man das nicht sagen kann. Deswegen muß unsere Arbeit darin bestehen, gerade den guten Kräften im BHE die Möglichkeit zu geben, auch die Führung im BHE zu bekommen. Was aus dem BHE im Jahre 1957 werden wird, kann jetzt noch kein Mensch voraussehen. Wir hoffen, daß er uns keine großen Schwierigkeiten mehr machen wird. Aber dazu darf man nicht den BHE nun zu einer Oppositionspartei innerhalb der Koalition machen, sondern man muß dann auch diese Koalitionspartei zur Verantwortung und Mitarbeit heranziehen. Vor allem muß eins verhütet werden: Es darf nicht dazu kommen, daß eine Fraktion – sei das BHE, FDP oder wer immer – aus der Koalition ausscheidet. In dem Augenblick, in dem eine Fraktion aus der Koalition ausschiede, würde das im In- und Ausland als ein Zeichen für den Zerfall dieser Mehrheit betrachtet werden. Das würde außenpolitisch sehr böse Folgen haben.

Nun stehen wir vor großen Aufgaben. Ich kann nur die größten für die nächsten Jahre nennen. Von Herrn Strickrodt wurde schon auf die Steuerreform hingewiesen. Wir müssen, das möchte ich besonders Herrn Strickrodt sagen, sehr vorsichtig überlegen, wie es z.Z. in der Wirtschaft aussieht. Ich will das Wort „Plan" vermeiden, obwohl Herr Erhard nicht anwesend ist. Wir müssen aber mit großer Überlegung dafür sorgen, daß die Wirtschaft am Laufen bleibt. Der eine Wirtschaftszweig ist besser dran als der andere. Wir müssen, soweit man überhaupt aus dieser Zeit in die Zukunft sehen kann, uns überlegen, welche Schritte wir zu tun haben, damit bis zum Jahre 1957 im wesentlichen die Wirtschaft so bleibt und so gut geht wie jetzt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Zahl der Arbeitslosen abnimmt.

Ein sehr großes Werk, das in Angriff genommen und durchgeführt werden muß, ist die Reform der Sozialversicherung.[72] Abgesehen davon, daß zwischen den Arbeitskreisen und der Fraktion die Verbindung hergestellt wird, sollten wir auch im Vorstand zu dieser großen gesetzgeberischen Vorlage im geeigneten Augenblick Stellung nehmen, weil sie besonders entscheidend sein wird für die Landtagswahlen, jedenfalls aber für die nächste Bundestagswahl.

Nun zu den Landtagswahlen in diesem Jahr. Sie wissen, daß Nordrhein-Westfalen anfangen wird. Es folgen Schleswig-Holstein, Berlin, Hessen und Bayern.[73] Es kann nach meiner Auffassung gar keinem Zweifel unterliegen – das liegt in der Natur der Dinge –, daß die Sozialdemokratie diese Landtagswahlen als die Möglichkeit ansehen wird, einen Generalangriff zu machen und die Scharte wieder auszuwetzen, die sie in den Bundestagswahlen am 6. September vorigen Jahres erlitten hat. Die Landtagswahlen werden aber von der Sozialdemokratie – da bin ich im Gegensatz zu einigen Vorrednern anderer Meinung – noch stärker als bisher einheitlich geführt werden. Einen einheitlich geführten Angriff kann man nur zurückschlagen durch eine einheitliche Abwehr. Selbstverständlich müssen die Besonderheiten in den einzelnen Ländern eine Rolle spielen. Ich glaube, die Verbindung mit der Bundesgeschäftsstelle kann von den einzelnen Landesparteien bei der Führung der Landtagswahlen nicht eng genug sein.

Ich habe mich besonders gefreut, als ich von Herrn Heck gehört habe, daß die Verbindung zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsstelle von Nordrhein-Westfalen sehr eng ist. Ich habe den dringenden Wunsch, dem Sie sich sicher anschließen werden, daß das gleiche auch von den Landesparteien der anderen Länder, in denen Landtagswahlen stattfinden, gemacht wird. Ich bin nicht der Auffassung, die Dr. Gradl über die Zukunft der Sozialdemokratie ausgesprochen hat. Ich bin der Auffassung, daß Reuter-Briefe[74] und das, was sonst hier und da gesagt wird, natürliche Reaktionen sind wegen des Mißerfolges, den die Sozialdemokratie erlitten hat; aber ich glaube, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen so bleiben

72 Vgl. dazu HOCKERTS.
73 Vgl. Nr. 1 Anm. 25.
74 Vgl. Anm. 37.

wird wie bisher, und zwar aus zwei sehr einfachen Gründen: Was soll sie an die bisherige Stelle setzen, was für ein Programm? An den Marxismus hat die Sozialdemokratie auch schon vor vier Jahren nicht mehr geglaubt; davon spricht keiner mehr. Sie wird aber nach wie vor eine klassenkämpferische Partei bleiben. Der zweite Grund, warum sie so bleiben muß, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund. Ohne den Deutschen Gewerkschaftsbund wäre die Sozialdemokratie nichts. Mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund im Hintergrunde ist sie eine Macht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund – ich bedaure sehr, das hier sagen zu müssen – neigt neuerdings, was ich von vollkommen unparteiischen Leuten, denen ich ein Wort zutraue, gehört habe, namentlich in den Industriegewerkschaften, immer stärker zum Radikalismus hin. Ich würde mich freuen, wenn es anders wäre, aber ich glaube nicht daran. Wir werden bei den Landtagswahlen in diesem Jahre im großen und ganzen der Sozialdemokratie so gegenüberstehen, wie es bisher auch gewesen ist. Es wird uns also bei den Landtagswahlen der große Kampf – unter diesem Gesichtspunkt müssen wir es einmal betrachten –, der sich z.Z. in Europa zwischen Sozialismus und Nichtsozialismus abspielt, obgleich am 6. September der Sozialismus die Schlacht eindeutig verloren hat, wieder von neuem präsentiert. Dem können wir nicht ausweichen.

Ich betrachte es als eine wesentliche Aufgabe gerade unserer Partei, daß wir gegen den Sozialismus angehen; denn der Sozialismus, namentlich in der noch stark theoretischen Form wie in Deutschland, hat ungefähr alle Länder, in denen er die Mehrheit hatte, ruiniert. Nehmen Sie die Labour-Regierung in Großbritannien, nehmen Sie – um zwei Beispiele herauszustellen – die Sozialistische Partei in Schweden, die es fertiggebracht hat, daß dieses Land, das im Krieg so reich geworden war wie nur denkbar, jetzt wirtschaftlich in den größten Nöten steht. Wenn die Sozialisten, die sich nach ihrer Anschauung nicht damit abfinden können, daß alle leben wollen und daß Freiheit in der Wirtschaft bestehen soll, an die Macht kommen, dann liegt es in der Natur der Sache, daß die Kräfte ausgeschaltet werden, die notwendig sind, damit alles gesund bleibt und fortschreitet.

Ich möchte zur außenpolitischen Lage übergehen und zunächst betonen, daß man die bestehenden Anfangsschwierigkeiten nicht überschätzen sollte. Man sollte sie auch nicht unterschätzen und nicht verkleinern; denn ganz zweifellos haben die bisherigen Verhandlungen mit einem Erfolg der Sowjetunion geendet. Wir Deutsche können das in gewisser Hinsicht deswegen bedauern, weil gerade das Haus des Sowjetbotschafters bei der Sowjetzone – ich vermeide den Namen DDR – zum Verhandlungssitz gemacht worden ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dadurch diese Regierung der Sowjetzone an Ansehen gewinnt sowohl in Deutschland als auch außerhalb Deutschlands. Man soll diese Sache nicht verkleinern, aber auch nicht überschätzen. Es wird alles auf den Verlauf der Verhandlungen ankommen. Vielleicht ist die These der Amerikaner richtig, die sagen: Wir wollen lieber in nicht entscheidenden Dingen ruhig nachgeben, aber in den entscheidenden Fragen unbedingt festbleiben, damit man uns nicht den Vorwurf

machen kann, wir hätten an nicht entscheidenden Fragen die ganze Konferenz scheitern lassen.

Es ist dies die erste Viererkonferenz über Deutschland seit dem Jahre 1947.[75] Aber die Lage ist seit 1947 völlig anders geworden. Auch das muß man sich einmal überlegen, wenn man sich die Bedeutung dieser Viererkonferenz und ihre Aussichten klarzumachen versucht. Seit 1947 hat sich Westdeutschland konsolidiert in der Bundesrepublik, und die Bundesrepublik ist entschlossen, sich an den Westen anzuschließen. (*Weber:* Seit 1949.) Die Ostzone ist seit 1947 ein vollkommener Satellitenstaat geworden. Daran sehen Sie schon den Unterschied in der ganzen Situation einer Konferenz über Deutschland seit dem Jahre 1947. Wir sind nicht beteiligt an der Konferenz. Wir sind bewußt nicht beteiligt; denn wenn wir verlangt hätten, daß die Bundesrepublik in der Form beteiligt sei, daß sie einen Beobachter entsandt hätte, dann wäre selbstverständlich auch ein Vertreter der Sowjetzone auf russischer Seite als Beobachter erschienen. Bundestag und Bundesregierung haben immer an dem Standpunkt festgehalten, daß wir die Vertreter Deutschlands sind, daß wir also auch die Vertreter der Deutschen in der Ostzone sind. Wir würden diesen Beschluß in dem Augenblicke preisgeben, wo wir uns damit einverstanden erklärten, daß auf der Seite der Russen ein Beobachter der Sowjetzone am Tische säße, während der Vertreter der Bundesrepublik auf der anderen Seite Platz nähme.

Ich glaube auch – wenn diese Annahme falsch ist, mag sie korrigiert werden –, daß die meisten Leute in der Sowjetzone es nicht verstehen würden, wenn wir so verführen. Ein materieller Schaden entsteht nicht für uns; denn wir werden, wenn auch nicht sichtbar, so doch hinter den Kulissen absolut vertreten sein. Wir werden eine Delegation in Berlin haben. Wir werden als politischen Beobachter Herrn Blankenhorn[76] dort haben; Herr Hallstein wird auch hingeschickt werden, je nachdem, wie es nötig ist, aber möglichst nicht auffällig. Wir haben die absolute Zusicherung von den drei Westmächten, daß wir bei allen entscheidenden Fragen konsultiert werden. Wir sind bisher von den drei Westmächten bis ins kleinste konsultiert worden. Ich glaube also, daß wir dadurch, daß kein Beobachter der Bundesrepublik in Berlin mit am Tische sitzt, keinen Schaden für Deutschland zu befürchten haben.

Nun haben die drei Westmächte das Programm, das der Bundestag wiederholt einstimmig gegen die Stimmen der Kommunisten, aber unter Einschluß der Sozialdemokratie angenommen hat, zu ihrem Programm für die Konferenz gemacht.[77] Ich möchte sehr nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie mit allen anderen Fraktionen im Bundestag auch dafür gestimmt hat: zunächst freie Wahlen, dann

---

75 Außenministerkonferenz in Moskau vom 10. März bis 24. April 1947 (AdG 1947 S. 1070–1074), vom 25. November bis 15. Dezember 1947 in London (EBD. S. 1276f.).

76 Herbert Blankenhorn (geb. 1904), 1949–1958 Ministerialdirigent bzw. -direktor (1950) im Bundeskanzleramt bzw. Auswärtigen Amt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 66 Anm. 30.

77 Vgl. 9. März 1951 Sten.Ber. 1.WP Bd.6 S. 4780; 6. Februar 1952 Bd.10 S. 8054; 10. Juni 1953 Bd.16 S. 13264; sowie Gesetz zur Sicherung und zur Erleichterung der Aufgaben der Kommission der Vereinten Nationen in Deutschland vom 4. April 1952 (BGBl I S. 228).

Bildung einer provisorischen Regierung, Annahme einer Verfassung und dann Bildung einer Definitivregierung. Sowjetrußland und die Sowjetzone wollen folgendes: sofort Bildung einer provisorischen Regierung, zusammengesetzt aus Leuten von Pankow und aus Leuten von Bonn, dann unkontrollierte Wahlen – sie sagen, kontrollierte Wahlen seien eine Beleidigung des deutschen Volkes – und dann Schaffung einer Verfassung. Dieses Procedere – man muß sich in den ganzen Gang der Dinge etwas hineindenken – wäre das Ende und die Aufgabe alles dessen, was wir bisher in der Bundesrepublik an Freiheiten und Errungenschaften bekommen haben.

Ich bitte Sie, auch folgendes dabei zu berücksichtigen: Wenn es so gemacht würde, wie es Sowjetrußland und die Regierung Grotewohl[78] haben wollen, dann würden in einem Teil Deutschlands, in der Ostzone, und zwar ganz nahe bei Berlin, über 200.000 schwerbewaffnete Volkspolizisten stehen, während wir 10.000 schwachbewaffnete Grenzschutzleute haben. Jeder, der etwas die Realitäten auf sich wirken läßt, weiß, daß das Vorhandensein von 200.000 mit den modernsten Waffen versehenen Volkspolizisten eine effektive Macht ist, die sich wirklich auch auswirkt auf die politischen Gegebenheiten, insbesondere, weil eine solche Macht unter dem Kommando der Volkskammer steht. Diese Volkskammer in der Sowjetzone ist nicht nur ein Parlament, wenn man überhaupt den Namen Parlament gebrauchen kann, sondern sie hat auch die Exekutive. Daher wäre es für uns unmöglich, diesem Vorschlag der Russen zuzustimmen: gemeinsame provisorische Regierung, dann sogenannte freie, aber unkontrollierte Wahlen.

Wir können es als ein großes Plus für uns buchen, daß wir darin die drei Westmächte absolut auf unserer Seite haben. Ein weiterer Punkt, in dem ein diametraler Gegensatz zwischen den drei Westmächten und Sowjetrußland, zwischen uns und der Ostzone besteht, ist die Frage des Friedensvertrages. Wir wollen einen frei vereinbarten Friedensvertrag, der Gesamtdeutschland völlige Freiheit der Entscheidung darüber läßt, was es in Zukunft tun soll, während die Russen und die Sowjetzone einen Friedensvertrag haben wollen, der auf dem Potsdamer Abkommen basiert, d.h., der eine Neutralisierung und eine völlige Kontrolle Deutschlands vorsieht.

Ich darf einen Augenblick bei den Begriffen „neutral" und „neutralisiert" verweilen. Ich habe das neulich auch in unserer Fraktion ausgeführt. Neutral ist das Land, das aus freiem Entschluß heraus sagt: Ich will für mich bleiben, ich will an dem Händel der anderen keinen Anteil haben, aber ich will diese meine Neutralität gegenüber jedem anderen aus eigener Kraft verteidigen. Ein neutralisiertes Land ist ein Land, dem das Grundrecht eines jeden Staates, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften zu verteidigen, durch den Willen anderer Staaten genommen wird. Eine solche Neutralisierung kann bei einem Volk von 50 oder hoffentlich bald 70 Millionen Menschen nur aufrechterhalten werden, wenn es unter der ständigen Kontrolle der Zwangsmächte gehalten wird. Glauben Sie, daß die Vereinigten Staaten gewillt sein

78 Otto Grotewohl (1894–1964), 1949–1964 Ministerpräsident der DDR, 1950–1964 Mitglied des Politbüros. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 243 Anm. 119.

werden, amerikanische Divisionen auf die Dauer in Europa stehen zu lassen, um die Neutralisierung Deutschlands zu kontrollieren? Ich bin fest davon überzeugt, daß sie das niemals tun werden. Das werden auch die Briten nicht tun. Dann würde diese Neutralisierung Deutschlands kontrolliert werden von Sowjetrußland und Frankreich. Sie sehen also, welch schwerwiegende Folgen für das gesamte deutsche Volk hinter alledem stecken.

Die ganze gegenwärtige außenpolitische Situation kann man sich nur vergegenwärtigen, wenn man versucht, sich darüber klarzuwerden, wie die Lage in den anderen Ländern ist, also in Sowjetrußland, in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Frankreich. Nehmen wir zunächst Sowjetrußland. Als Stalin gestorben war, wurde vielfach die Meinung geäußert, daß nun eine neue Epoche in der sowjetrussischen Staatsführung beginnen würde. Für jeden aber, der sich die Dinge in Ruhe überlegt hat, war es ganz klar, daß die Diadochenkämpfe noch schlimmer einsetzen würden als nach dem Tode Lenins[78a] und daß keiner der Diadochen daran denken konnte, von der unter Stalin herrschenden Diktatur abzugehen und allmählich einen Übergang zu einem demokratischen Prinzip zu finden.

Ich habe einen Artikel über die Hinrichtung Berijas[79] mitgebracht, der in der „Neuen Zürcher Zeitung" am 27. Dezember erschienen ist. Es ist Ihnen bekannt, daß Stalin sich stützte auf die Kommunistische Partei, auf die Rote Armee und auf den Staatssicherheitsdienst. Er war Generalsekretär der Kommunistischen Partei, er war Generalissimus der Roten Armee, und er hatte an der Spitze des Staatssicherheitsdienstes seinen treuen Freund und Anhänger Berija, der bei der Beisetzung Stalins – darüber erschien unlängst wieder ein Bild in der Presse – einen Zipfel des Leichentuches trug.

Der Staatssicherheitsdienst hatte eine Armee von 4,5 Millionen Mann, alle mit den modernsten Waffen ausgerüstet. Der Staatssicherheitsdienst hatte die Waffendepots der Roten Armee in seinem Gewahrsam. Dieser Staatssicherheitsdienst war in Wirklichkeit das mächtigste Instrument der diktatorischen Herrschaft in Sowjetrußland. Berija ist beseitigt. Zwei blieben noch übrig; das sind die Partei und die Rote Armee. Nach allem, was man hört, auch nach den Berichten der Botschafter der Westmächte in Moskau, ist der Kampf zwischen der Partei und der Roten Armee in Sowjetrußland in vollem Gange. Die Rote Armee liegt aber, wie die Beseitigung Berijas zeigt, an der Spitze.

In diesem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung" ist nach meiner Meinung ganz überzeugend dargelegt, daß gerade die Beseitigung Berijas und die Methoden der

78a Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), russischer Revolutionär.

79 Lawrentij Pawlowitsch Berija (1899–1953), nach dem Tode Stalins 1953 Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister, war am 23. Dezember 1953 erschossen worden. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 597 Anm. 32.

Beseitigung an das erinnert, was seinerzeit mit Tuchatschewski[80] geschehen ist; genau dieselben Vorgänge. Es wird nach meiner Meinung in diesem Artikel überzeugend dargestellt, daß sich in der ganzen inneren Struktur und Anschauung Sowjetrußlands durch den Tod Stalins nicht das geringste geändert hat. Auch darin stimmen die Berichte der Botschafter in Moskau überein, daß sich keine Anzeichen dafür geltend machen, daß sich etwa in der Sowjetzone die politische Richtung geändert habe. Diese politische Richtung wird bestimmt durch die russischen Welteroberungs- und Erneuerungspläne, durch den Imperialismus und durch die Furcht vor den Vereinigten Staaten. Es ist einfach lächerlich zu sagen, daß die Russen etwa vor einem wiederbewaffneten Deutschland irgendwelche Furcht hätten. Das ist so kindisch, daß jeder, der die Bestimmungen des Vertrages über die EVG[81] kennt, nur darüber lächeln kann; denn in dem Vertrag steht, daß wir zu freier Verfügung nach eigenem Willen – sowie auch die anderen Teilnehmerstaaten – keine Fabriken zur Herstellung schwerer Waffen haben dürfen. Es ist weiter eine Klausel darin enthalten, die jedes selbständige Handeln eines Teiles der EVG unmöglich macht. Es ist also lächerlich zu sagen, daß Sowjetrußland vor Deutschland Angst habe. Wovor sie Angst haben, das sind die Vereinigten Staaten. Man muß das immer wiederholen, um sich die Dinge klar vor Augen halten zu können, daß sie ihr ganzes Manöver jetzt darauf abstellen, die Integration Europas zu verhindern, damit ihnen ein europäisches Land nach dem anderen anheimfällt, und daß so ihr Kriegspotential in den Grundstoffen dem der Vereinigten Staaten ebenbürtig wird. Aus eigener Kraft können sie das nicht schaffen.

In Rußland herrscht tatsächlich ein erheblicher Mangel an Konsumgütern. Auch die Spätheimkehrer, die intelligent sind und beobachten konnten, mit denen ich gesprochen habe, stimmten darin überein, daß sie, wenn sie mit russischen Arbeitern zusammengearbeitet haben, von diesen Russen angebettelt wurden. Sie haben ihnen dann von dem mitgegeben, was sie in Paketen geschickt bekamen.

Nehmen Sie die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten und ihre Politik können wir gar nicht genau genug beobachten. Was dort in den nächsten Monaten vor sich geht, kann unter Umständen entscheidend sein für die Zukunft des deutschen Volkes auf Generationen hinaus. Präsident Eisenhower[82] und Dulles sind in ernstester Sorge wegen des amerikanischen Kongresses. Dulles hat mir im Dezember aus sich heraus einen Brief über die Stellung Amerikas zu Europa geschrieben, der von ernstester Sorge erfüllt war. Er schrieb, daß Eisenhower ihn gebeten habe, in diesem

80 Michail Nikolajewitsch Tuchatschewski (1893–1937, hingerichtet wegen angebl. Verschwörung), 1934 Kandidat des Zentralkomitees der KPdSU, 1935 Marschall der Sowjetunion, ab April 1936 Erster Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung. Vgl. L. NIKULIN: Die Affäre T. In: Geköpfte Armee. Berlin 1965.

81 Am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet, aber (noch) nicht ratifiziert. Druck: Die Vertragswerke von Bonn und Paris. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 10. Frankfurt 1952 S. 7–180.

82 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 35 Anm. 65.

Brief mir einige Sätze wörtlich mitzuteilen. Als ich in Paris mit Dulles zusammen war[83], hat er mir in dem ganz kleinen Kreise seine ernstesten Sorgen über die Haltung des amerikanischen Kongresses zur Frage der Europapolitik gesagt. Was er nachher den Franzosen gesagt hat, das entsprach nach meiner Auffassung – nach dem, was er mir geschrieben und erklärt hatte – absolut seiner Überzeugung. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß gestern in der deutschen Presse eine Nachricht erschienen ist, wonach ein Unterausschuß – der Verteidigungsausschuß – des amerikanischen Repräsentantenhauses beschlossen hat, seiner Regierung zu empfehlen, das Hauptquartier der Amerikaner von Fontainebleau nach Spanien zu verlegen.[84] Das ist nicht als ein Bluff zu betrachten, sondern es ist ein sehr ernstes, ja, ich kann sagen, ein besorgniserregendes Stimmungszeichen für den Wechsel, der sich in der Haltung des amerikanischen Kongresses gegenüber der bisherigen Europapolitik anzubahnen scheint. Vergessen Sie nicht, daß das Hauptquartier der Amerikaner noch vor einem Jahr in Heidelberg war. Dann ist es nach Fontainebleau verlegt worden, und jetzt soll es von Fontainebleau nach Spanien verlegt werden. Das würde im Falle eines heißen Krieges bedeuten, daß die Amerikaner, die diesen Beschluß gefaßt haben, der Auffassung sind, man solle ruhig Deutschland, Frankreich und das ganze Europa, abgesehen von Spanien, zum Schlachtfeld werden lassen.

Diese Ungeduld der Amerikaner erklärt sich zum Teil aus der Charakterart der Amerikaner, die sehr schnell in ihren Entschlüssen sind, zum Teil daraus, daß sie entsetzt sind über den Mangel an Einsicht der Europäer. Sie können sich in unsere Situation gar nicht hineinversetzen, weil sie die historische Vergangenheit Europas gar nicht kennen.

Wenn Sie weiter bedenken, daß z.B. Amerika an Frankreich bisher seit dem Kriegsende 11 Milliarden Dollar gegeben hat und daß ausgerechnet Frankreich jetzt sowohl in der Stimmung der Bevölkerung wie in der Politik seiner Regierung derartig gegen die amerikanische Politik geht, dann werden Sie schließlich auch verstehen können, daß die Amerikaner sagen: Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Nun kommt hinzu, daß in diesem Jahr in den Vereinigten Staaten die Wahlen zum Kongreß sind.[85] Wir alle, die wir uns mit Politik beschäftigen, wissen, daß Wahljahre immer besonders erregende Jahre für alle Politiker sind. Es kommt weiter hinzu, daß infolgedessen der Kongreß schon im Juni sein Ende findet, während dies sonst erst im Juli geschieht.

Die Berliner Konferenz beginnt am 25. Januar. Dulles steht auf dem Standpunkt, daß sie drei, höchstens vier Wochen dauern wird. Länger hat er keine Zeit. Das hat

---

83 Vgl. Anm. 67. – Dulles-Brief nicht zu ermitteln, möglicherweise aber im Nachlaß Adenauers.

84 Vgl. FAZ vom 19. Januar 1954: „Verlegung nach Spanien?"

85 Am 2. November 1954 (sog. Halbzeitwahlen), bei denen 38 von 96 Senatssitzen, 435 Sitze des Repräsentantenhauses und 34 von 48 Gouverneursposten neu besetzt wurden (vgl. AdG 1954 S. 4828).

er mir selbst gesagt. Ich habe ihm darauf erwidert, es ist sehr leicht, sich zu dreien einem vierten gegenüberzusetzen, aber es ist sehr schwer, den richtigen Augenblick zu finden, in dem die drei sich gemeinsam von dem Tisch wieder erheben; denn sie müssen der Weltöffentlichkeit und ihren Völkern klarmachen, warum sie nicht weiter sitzen bleiben konnten. Deshalb werden Sie verstehen, daß gerade wegen der Ungeduld und des Zeitmangels der Amerikaner die Situation außerordentlich kritisch sein wird in den nächsten Wochen.

Nun ein Wort zu Großbritannien. Großbritannien steht absolut zur europäischen Integration und zur EVG, weil es, wie es selbst offiziell erklärt hat, der Auffassung ist, daß ohne das Zustandekommen der europäischen Integration und der EVG, die ja ein notwendiger Bestandteil dieser europäischen Integration ist, im Falle eines Krieges Großbritannien nicht geschützt werden kann. Dieser Standpunkt beruht auf dem eigenen Interesse, nicht aber auf der Liebe zu den anderen. Aus eigenem Interesse heraus wird Großbritannien in den Auseinandersetzungen, die in Berlin beginnen werden, auf der Seite des Westens fest wie wir stehen.

Zur Situation in Frankreich! Es spitzt sich letzten Endes alles zu in Amerika auf die Frage: EVG oder nicht? Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Ich habe noch mit keinem Amerikaner irgendein Wort über die Möglichkeiten gewechselt, die man sieht, wenn der Vertrag über die EVG nicht zustande kommt. Eisenhower hat immer wieder erklärt: Ich sehe keine andere Möglichkeit. Es muß einmal der Krach in Europa aufhören, insbesondere der Krach zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn man sieht, wie sich die ganze Weltlage gestaltet hat infolge der beiden letzten Kriegskatastrophen, daß tatsächlich nur noch Amerika und Sowjetrußland als wirkliche Großmächte übriggeblieben sind, dann hat er vollkommen recht darin, daß dieses Europa sich zusammenschließen muß, damit noch eine neue Macht da ist.

Aber nun zu Frankreich. Wir sollten nach meiner Auffassung in den nächsten Wochen nicht so sehr auf Frankreich schimpfen. Das hat gar keinen Zweck. Man soll auch keine voreiligen Schlüsse ziehen aus dem Verlauf der Präsidentenwahlen.[86] Nach den mir gemachten Mitteilungen hat die Rechtsgruppe, die sich da zusammengefunden hat, sich zur Maxime gemacht, keinen Mann zum Präsidenten zu wählen, der die Stimmen der Kommunisten bekäme, weil sie sagen, wer die Stimmen der Kommunisten bekommt, der muß im geeigneten Augenblick dafür bezahlen. Deswegen wäre diese Rechtsgruppe auch entschlossen gewesen, statt dreizehn- auch zwanzigmal zu wählen, bis sie einen Präsidenten gewählt hätten, der nicht die Stimmen der Kommunisten bekam.

Unangenehm ist für uns, daß in dieser Rechtsgruppe die Gaullisten sind, die gegen die EVG sind, und daß in der Linksgruppe die Sozialisten stehen, von denen mehr als die Hälfte für die EVG ist. Durch diese Präsidentenwahl ist ein Graben aufgeworfen worden, von dem man nur hoffen kann, daß er abflacht. Vielleicht kann

86 Am 23. Dezember 1953 war im 13. Wahlgang der Unabhängige René Coty als Nachfolger von Vincent Auriol zum Präsidenten der Republik gewählt worden (vgl. AdG 1953 S. 4306).

man unter diesem Gesichtspunkt sogar die Wahl eines Sozialisten zum Präsidenten der Nationalversammlung[87] als gut betrachten, weil dadurch die Sozialisten nicht folgern können, sie würden von den anderen Parteien unter allen Umständen an die Wand gedrückt.

Ich möchte nun über die Gegner der EVG sprechen. Ich stelle an die Spitze den Ausspruch eines Franzosen in Paris, der mir gesagt hat: 1. haben wir keine Partei wie Sie; wir haben wohl Zusammenschlüsse im Parlament, aber Sie dürfen nicht glauben, daß hinter den Zusammenschlüssen festgefügte Parteiorganisationen im Lande stehen; 2. müssen Sie auch davon ausgehen, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung vielleicht eine Fraktion für sich bildet, d.h., daß es völlig unzuverlässig insofern ist, als man nie weiß, ob es der Politik der Fraktion folgt. Unter diesen Gesichtspunkten war es eine große Tat, daß das MRP einen Mann ausgeschlossen hat, der die bekannte Geschichte mit den Kommunisten gemacht hat. Der Name ist mir im Augenblick nicht geläufig. (*Zuruf:* Denis[88]!) Das war ein Fall, der im französischen Parlament einzigartig dasteht. Darin liegt aber auch die Gefahr einer Abstimmung in diesem Parlament. Mir wurde weiter gesagt, die Abstimmungen seien völlig abhängig von der an dem betreffenden Tag herrschenden politischen Atmosphäre, ja, vielfach von einer guten Rede, die an dem Tag gehalten wird. Man kann wohl sagen, so wurde mir in Paris von Franzosen und von deutschen Journalisten, die seit vielen Jahren dort ansässig sind, erklärt, daß z.Z. in der Nationalversammlung eine kleine Mehrheit für die EVG vorhanden sei. Man schätzt diese Mehrheit auf zehn bis dreißig Stimmen. Aber wie es nun werden wird, das konnte mir keiner sagen.

Der entscheidende Grund, abgesehen von der Anhänglichkeit an die französische Armee und von der Furcht vor den Deutschen, ist folgender: Bisher ist Frankreich die europäische Macht, die die Stimme Europas gegenüber Amerika und England vertritt. Die Franzosen fürchten, daß Frankreich, wenn wir ein integriertes Europa haben, nicht mehr diese Rolle haben wird, keinesfalls aber Frankreich allein, sondern daß Deutschland daneben tritt und daß Frankreich von der überragenden außenpolitischen Situation, die es durch die Gunst der Verhältnisse und nicht durch eigenes Verdienst erhalten hat, wieder herunterkommen wird.

Eines aber ist sicher: Solange eine Konferenz tagt, die die Möglichkeit einer Verständigung mit Sowjetrußland zeigt, werden sich so viel Parlamentarier von einer Abstimmung in der Nationalversammlung zu drücken versuchen, daß keine Mehrheit für die EVG zu schaffen ist.

Wenn Sie bedenken, daß Sowjetrußland in dem Notenkrieg, der über ein Jahr gedauert hat[89], immer gegen eine Viererkonferenz gewesen ist, daß es den Vorschlag,

87 Am 11. Januar 1954 war der Sozialist André Troquer zum Nachfolger von Edouard Herriot gewählt worden (AdG 1954 S. 4325).

88 André Denis, ein Gegner der EVG, zählte zum linken Flügel des MRP, wurde Anfang Januar mit 71 gegen 30 Stimmen ausgeschlossen (vgl. L'Année Politique 1954 S. 3).

89 Vgl. dazu Adenauer: Erinnerungen 2 S. 244f.

eine Viererkonferenz in Lugano abzuhalten, in der Antwortnote gar nicht beantwortet hat und nun plötzlich umgeschwenkt ist und erklärt hat: Wir wollen den Vorschlag einer Viererkonferenz annehmen, dann kann man den Verdacht in keiner Weise abwehren, daß es Sowjetrußland darauf ankomme, diese Berliner Konferenz so in die Länge zu ziehen, daß die Franzosen nicht zu einer Ratifizierung des Vertrages über die EVG kommen, so daß Amerika die Geduld verliert.

Aber das Ziel ist noch weiter gesteckt. Damit würde auch der Nordatlantikpakt fallen; denn der Nordatlantikpakt kann nicht effektiv werden, d.h. eine wirkliche Abwehr sein, wenn nicht deutsche Truppen dabei sind. Wenn also infolge der Verzögerung, die die Ratifizierung des Vertrages über die EVG in Frankreich erfährt, Amerika zur Überprüfung seiner Europapolitik durch den Kongreß gezwungen wird und dadurch in seinem Haushaltsplan die entsprechenden Posten gestrichen werden, dann fällt damit auch der Nordatlantikpakt.

Erst unter diesem Gesichtspunkt wird Ihnen die große Bedeutung klar, die zunächst die russische Politik und dann auch die Politik überhaupt auf der Berliner Konferenz hat. Es handelt sich hierbei nicht nur um Deutschland, nicht nur um die EVG und die Integration Europas, sondern es handelt sich darum, Amerika aus Europa herauszuspielen und den Atlantikpakt zum Zusammensturz zu bringen. Das ist das große Ziel, das der russischen Politik vorschwebt. Dieses Ziel versuchen sie – nach menschlichem Ermessen – auf der Berliner Konferenz zu erreichen. Wenn ihnen das gelänge, wäre das ein triumphaler Erfolg für Sowjetrußland, der es gewiß eine Stange Gold, aber keinen Tropfen Blut kosten würde.

Neulich war ein früherer Kommunist bei mir – ich wußte nicht, daß er Kommunist gewesen ist –, der sagte, er habe mit Lenin und Trotzki[90] zusammengearbeitet und eine einflußreiche Stellung gehabt; er sei lange Zeit damit betraut gewesen, auf einer holländischen Bank das russische Geld zu disponieren in die verschiedenen europäischen und eurasischen Länder bis nach Indien hin zu kommunistischen Propagandazwecken. Dieser Mann kam zu mir, um mir zweierlei zu sagen: 1. Glauben Sie den Kommunisten nicht, ich kenne die Brüder, und 2. glauben Sie mir, das Gold, das nach London und Paris plötzlich gebracht worden ist von den Russen, dient ganz bestimmten politischen Zwecken. Das wurde mir auch in Paris bestätigt. Aus alledem ersehen Sie, daß wir an einem Brennpunkt des politischen Geschehens angelangt sind, an einem Brennpunkt, der unter Umständen eine Entscheidung für Deutschland und Europa bringen wird. Was können wir tun in dieser Lage? Wir können nur das tun, was wir bisher getan haben: unsere jetzige Politik fortsetzen und die Nerven nicht verlieren. Wir müssen versuchen, möglichst großen Einfluß auf das zu gewinnen, was die Amerikaner, Briten und Franzosen tun. Das Weitere müssen wir abwarten.

---

90 Lew Dawidowitsch Trotzki, eigentlich Bronstein (1879–1940, Ermordung), 1919–1926 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1926–1929 Ausschluß aus allen Parteiämtern und Ausweisung aus der UdSSR, 1938 Gründung der IV. Internationale als Dachorganisation der Trotzkisten.

Auf der Konferenz wird sich herausstellen, ob die Russen wirklich geneigt sind, die deutsche Frage für sich zu lösen, oder ob sie mit der deutschen Frage alle die anderen großen Fragen, die zwischen Ost und West bis hin zur Atomwaffe schweben, gleichzeitig zur Debatte bringen. Wir werden auch sehen, ob sie Forderungen aufstellen oder Thesen vertreten, die für die Bundesrepublik einfach unannehmbar sind. Wir hoffen, daß diese auch von den Westalliierten abgelehnt werden. Also, wir müssen in Ruhe abwarten. Aber ich versichere Ihnen, man muß gute Nerven haben, um sich diese Ruhe zu bewahren.

Wenn Sie mich fragen: Sind Sie völlig hoffnungslos, dann sage ich: Nein, das bin ich nicht. Ich bin der Auffassung, daß auch diese Konferenz, wenn sie nicht mit einem großen Knall auseinandergeht – was wir auch nicht wissen –, schließlich doch etwas Gutes haben wird. Die deutsche Frage wird nicht zur Ruhe kommen; sie hat jetzt sieben Jahre, von 1947 bis 1954, geruht. Diese Konferenz wird, wie wir hoffen dürfen, doch der Anfang einer weiteren Verhandlung zwischen Ost und West sein.

Es wird vielleicht auch auf untergeordneten Gebieten eine Erleichterung eintreten; ich denke z.B. an den Ost- und Westhandel und ähnliche Dinge. Auch das würde schon wieder ein kleiner Fortschritt sein. So werden wir uns bei dieser ganzen Lage in Geduld üben und die Fassung behalten müssen. Wir sollen keinen übertriebenen Optimismus, aber auch keinen düsteren Pessimismus zur Schau tragen, sondern in Ruhe und Geduld die weitere Entwicklung abwarten.

Unsere Presse wird sehr vorsichtig taktieren müssen während der nächsten Wochen, weil sie leicht manches verderben kann, was natürlich sich für uns schädlich auswirken würde. So ist also die gegenwärtige Lage. So sehe ich sie wenigstens an. Ich glaube, daß ein gut Teil von dem, was ich mir als meine Meinung gebildet habe aufgrund der Tatsachen, die ich habe mitteilen können, richtig und zutreffend ist.

Ich möchte Ihnen ein Wort zur Taktik der SPD sagen. Der SPD-Pressedienst hat neulich versucht, in einem infamen Angriff gegen mich, die CDU und die Bundesregierung, insbesondere mich, als Saboteur der Berliner Konferenz darzustellen. Ich habe Herrn Ollenhauer geschrieben. Herr Ollenhauer hat sich dann davon öffentlich distanziert.[91] Es ist auch, wie ich weiß, zu sehr starken Auseinandersetzungen mit dem Herrn Heine, der das alles macht, gekommen. Aber wie lange das anhalten wird, weiß man nicht. Auch das müssen wir abwarten. Wir müssen aber, wenn es notwendig sein sollte, in den kommenden Wochen in umfangreichster Weise unsere Partei über alles aufklären, was vor sich geht, damit nicht die SPD aus einem etwaigen Mißerfolg dieser Konferenz Kapital schlagen wird; insofern wird also unsere gesamte Partei vielleicht in den nächsten Wochen aufgerufen werden, große Versammlungen zu veranstalten. Sie werden entsprechendes Material dann bekommen. Auch unsere Presse muß entsprechend instruiert werden, damit nicht der völlig falsche Eindruck

91 Zum Briefwechsel vom 7. und 8. Januar und der Aussprache zwischen Adenauer und Ollenhauer am 11. Januar, die keine Änderung der Standpunkte erbrachte, vgl. AdG 1954 S. 4328.

entstehen kann, daß die Bundesregierung unter Führung der CDU diejenige sei, die eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit verhindere.

Wer so sorgsam die Äußerungen der Sozialdemokraten verfolgt, wie ich es tue und tun muß, der merkt, wie sich die Sprechweise der Sozialdemokratie schon geändert hat. Sie spricht nicht mehr so von der Wiedervereinigung wie vor einem Jahr, von einer Wiedervereinigung in Freiheit, sie spricht nicht mehr von einem absolut freien Deutschland, sondern sie nähert sich jetzt in bedenklicher Weise der These der Ostzonenregierung. Ich bitte Sie, das auch zu verfolgen, genauso wie ich es tue, damit wir im richtigen Augenblick die Initiative ergreifen.

Sie werden vielleicht schon in den Dörfern und Städten die Plakate gesehen haben, die die Bundesregierung hat anschlagen lassen. Das haben wir getan, einige Tage bevor die Sozialdemokratie mit entsprechenden Plakaten kommen wollte. Ich glaube, das war ganz gut so, daß wir die ersten dabeigewesen sind. Verlassen Sie sich darauf, daß wir wachsam sein werden. Es wird aufgepaßt werden. Eventuell müssen wir an Sie alle appellieren. Es können Situationen kommen, wo tatsächlich wie bei einer Wahl alles aufgeboten werden muß, damit keine falschen Nachrichten, die von der Sozialdemokratie verbreitet werden, sich in der Bevölkerung festsetzen, so z.B., als ob wir diejenigen seien, die nicht national seien und die Wiedervereinigung verhinderten.

Ich glaube, daß die Wiedervereinigung in Freiheit kommen wird. Ich bin weiter der Auffassung, daß es wahrscheinlich gar nicht so lange mehr dauern wird – ob auf dieser Konferenz, das ist eine Frage für sich. Ich erblicke z.Z. die größte Möglichkeit, um überhaupt in der Welt wieder zur Ruhe und zum Frieden zu kommen, in der ungeheuren Gefährlichkeit der Atomwaffen. Diese Atomwaffen sind tatsächlich so entwickelt worden, daß mit einer Bombe, geworfen von einem ferngesteuerten Flugzeug, eine Stadt wie Chicago bis zum Letzten vernichtet werden kann. Das wissen auch die Russen. Sie wissen auch, daß sie mindestens einige Jahre in der Entwicklung zurück sind.

Es kann sein, daß etwas derart Furchtbares, wie es ein Atomkrieg sein würde, wirklich auch die Russen dazu bringen wird, mit den Amerikanern zu verhandeln. Wenn es gelänge, daß sich diese beiden Mächte auf dem Gebiete der Atomwaffen wirklich verständigten, dann wäre damit auch ein Teil der Furcht von den Russen genommen. Die inneren Verhältnisse in Rußland sind alles andere als rosig. Diese Verständigung würde zu weiteren Vereinbarungen zwischen dem Osten und dem Westen beitragen. In diesem Augenblick würde auch für das deutsche Volk in der Ostzone die Freiheitsstunde schlagen.

Das ist die Hoffnung, die wir haben dürfen. Ich hoffe, sie wird nicht trügen; denn wenn ein Atomkrieg käme, würde wohl kaum ein zivilisiertes Volk am Leben bleiben. So sehen die Dinge aus! Aber wie gesagt, ich hoffe, daß doch noch die menschliche Einsicht auch bei den Russen Oberwasser bekommt und daß wir auf dem von uns beschrittenen Wege zu friedlichen Verhältnissen nach dieser langen Periode der Wirren und des Krieges auf der Erde kommen werden. *(Lebhafter Beifall.)*

Wackerzapp: Das Problem der Oder-Neiße-Linie kommt irgendwie zum Tragen.

Es ist gesagt worden, daß die Öffentlichkeit Disziplin bewahren muß, damit kein Porzellan zerschlagen wird. Bei den Vertriebenen ist eine große Sorge darüber entstanden, ob die gerechtfertigten Heimatansprüche bei dieser Gelegenheit annulliert werden könnten. Man hat mit großer Sorge gesehen, wie Frankreich in diesem Punkt außerordentlich negativ reagiert und gewirkt hat, wie die Deutsche Demokratische Republik die Oder-Neiße-Linie als unabänderlich propagiert, und auch England keineswegs gesonnen ist, sich aktiv irgendwie einzusetzen.

Was sollen wir unseren Leuten sagen? Es wäre uns lieb, wenn wir eine Direktive bekämen, damit wir auf unsere Leute entsprechend einwirken können.

Adenauer: Machen Sie sich und Ihren Leuten klar, daß an der Oder-Neiße-Linie sich nichts ändern wird, sondern daß es sich zunächst darum handelt, ob die Amerikaner aus Europa gebracht werden und ob der Atlantikpakt bestehenbleibt.

Im jetzigen Augenblick die Frage der Oder-Neiße-Linie anzuschneiden, wäre politisch völlig falsch und auch zwecklos. Wenn aber eine allgemeine Befriedigung eintritt – wovon ich zum Schluß meiner Ausführungen sprach –, dann kann man hoffen, daß auch eine Regelung mit dem freien Polen erfolgt. Aber jetzt in diesem Augenblick speziell über die Oder-Neiße-Linie oder über Sudetenland zu verhandeln, wo tatsächlich das Dasein Europas auf dem Spiele steht, das kann man gar nicht. Das muß man seinen Leuten sagen und den Lauf der Entwicklung abwarten.

Kaiser: Ich habe in den letzten Tagen in Berlin mit zahlreichen Ostvertriebenen gesprochen. Ich bin dabei auf volles Verständnis gestoßen, daß diese Frage jetzt nicht aufgeworfen werden kann und nicht aufgeworfen werden darf.

Bei dieser Viermächtekonferenz geht es einfach um die Frage der Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik. Ob es gelingt, hängt von all den Dingen ab, die der Bundeskanzler berührt hat, und nicht zuletzt von unserem Willen, ob wir die Wiedervereinigung wirklich wollen. Ich bin dem Bundeskanzler dankbar dafür, daß er darauf zu sprechen kam.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist das oberste und dringlichste Ziel unserer Politik. Ich habe mit ihren Schicksalsgenossen gesprochen und ihnen klargemacht: Jetzt in diesem Stadium geht es um die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Frage Ostdeutschland damit zu verbinden, hieße die Lösung zu erschweren. Das wird einer späteren Zeit aufgegeben sein.

Natürlich ist unser Standpunkt der, wenn diese Frage von dieser oder jener Seite auf der Viererkonferenz aufgeworfen werden sollte, daß niemand von uns verlangen kann, daß wir auf das Land verzichten, sondern daß die Welt von uns überzeugt werden muß, daß wir nicht mit den Mitteln des Krieges dieses Land zurückerobern wollen, sondern daß wir darauf vertrauen, daß in einer sich mehr klärenden Weltlage mit den Mitteln der Politik diese Frage gelöst wird. Damit haben sich auch die Leute einverstanden erklärt. Vielleicht ist es notwendig, Herr Wackerzapp, daß wir mit Repräsentanten der Landsmannschaften noch einmal über die Angelegenheit sprechen, damit keine Störungen aufkommen.

Wackerzapp: Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß von berufener Seite

noch einmal mit den maßgebenden Organisationen Fühlung genommen wird, damit man sich koordinieren kann. Wir vertreten die Meinung, daß irgendwie das Problem der Oder-Neiße auf der Berliner Konferenz behandelt wird. (*Adenauer:* Das wird nicht behandelt werden!) Es kommt aber zwangsläufig dazu; denn die deutsche Ostzonenregierung geht von vornherein davon aus, daß dieses Gebiet abgeschrieben ist.

Adenauer: Verzeihen Sie, die ist ja nicht auf der Konferenz. Und die Russen werden es nicht anschneiden und die Westalliierten auch nicht. Verstehen Sie doch bitte, daß bei dieser Konferenz die Frage der Oder-Neiße-Linie nicht behandelt wird. Das halte ich für ausgeschlossen.

Wackerzapp: Damit keine Störungen eintreten, halte ich es für richtig, daß Aufklärungen erfolgen, damit sich die Vertriebenen und auch die Presse in den richtigen Schranken halten.

Kaiser: Es ist schade, daß Hans Schütz nicht hier ist. Ich habe ihn sprechen hören. Das war so überzeugend, als er sagte, laßt uns Deutsche nicht den Fehler begehen, den dritten Schritt vor dem zweiten oder ersten zu tun. Natürlich muß die Revision der Ostfrage kommen. Jetzt steht aber die Frage der Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands, der Sowjetzone von der Bundesrepublik, zur Debatte. Das andere muß und wird später kommen. Wenn uns das erste gelingt – Gott gebe es –, dann wird auch das andere im Ablauf des Weltgeschehens seine Lösung finden.

Strauß: Darf ich auch einmal als nicht unmittelbar Betroffener dazu reden. Seien Sie überzeugt davon, daß mir die Oder-Neiße-Frage genauso am Herzen liegt, als wenn Bayern südlich der Donau bei Italien läge. Ich habe mich in München im Arbeitskreis Ost „Oder-Neiße" bei der Christlich-Sozialen Union zur gleichen Frage geäußert.

Ich halte es nicht für das Ergebnis der letzten Weisheit, aber es gibt einen politischen Fahrplan, den man benutzen müßte, wenn man die Absicht hätte, die Berliner Konferenz von vornherein zur Aussichtslosigkeit zu verurteilen. Wenn man nämlich die Erreichung der deutschen politischen Ziele torpedieren wollte, dann müßte man die Frage der Oder-Neiße jetzt aufrollen und ein Gespräch über die Wünsche hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen festlegen.

Es ist alles im Fluß. Wenn die Berliner Konferenz zu keinem Ergebnis führt, dann können wir uns über die Oder-Neiße-Linie sowieso nicht unterhalten; dann ist es ein völlig irrealer Wunsch, darüber zu reden. Führt sie zum Erfolg, dann muß das Ergebnis darin bestehen, daß eine deutsche Regierung als gleichberechtigter Verhandlungspartner für alle zukünftigen Friedensverhandlungen – insbesondere bei diesen Verhandlungen – mit an den Tisch der Großen kommt.

Das ist überhaupt nach meiner Auffassung der Anfangspunkt, wo wir in der Öffentlichkeit darüber reden können; aber vorher um Gottes willen nicht. Natürlich müssen wir immer daran denken, aber so wenig wie möglich davon reden. Gerade die betreffenden Kreise müssen einsehen, daß gar nichts zu erreichen ist, wenn wir heute eine innerdeutsche Diskussion darüber führen, die nach außen hin mit tödlicher

Sicherheit dazu führen würde, daß Frankreich noch mißtrauischer wird als bisher und daß sich Polen noch enger an die Sowjetunion anklammert.

Die Einheitsfront, der wir jetzt noch gegenüberstehen, können wir viel leichter auflockern, wenn wir darüber schweigen und so lange warten, bis wir die Plattform gefunden haben, um darüber reden zu können. In dem Sinne sollten Sie auf diese Kreise einwirken, daß sie um Gottes willen jetzt nicht der Bundesregierung den Vorwurf machen, daß sie diese Frage nicht aufrollt.

Wenn die Bundesregierung den schlechten Willen hätte, die Gebiete jenseits der Oder-Neiße nicht heimzuholen, dann müßte sie so verfahren, wie manche heiße Köpfe es draußen wünschen.

Gradl: Lieber Freund Wackerzapp! Wir haben in unserem Kreis schon des öfteren darüber gesprochen. Ich habe festgestellt, daß man in den Kreisen der Heimatvertriebenen immer Verständnis dafür gefunden hat, wenn man sagt, es geht jetzt darum, die Russen hinter die Oder zu bringen. Wenn die Russen hinter der Oder sind, dann sieht die Welt anders aus. Dann könnt ihr hinübersehen in dieses Land. Dann ist die politische Situation, aus der heraus wir unsere moralischen Forderungen auf die Rückgabe dieser Gebiete erheben, ganz anders. Deswegen wollen wir zunächst sehen, daß wir bis an die Oder kommen.

Das ist um so wichtiger, als wir bis zur Oder immerhin 18 Millionen deutsche Menschen frei bekommen. Auch hinter der Oder sind deutsche Menschen und ist deutsches Land. Das Schwergewicht vom nationalen Standpunkt aus ist dabei eindeutig so, daß wir zunächst alles zurückschieben und uns mit voller Aufmerksamkeit auf die Rückgewinnung der Sowjetzone konzentrieren.

Ich bin davon überzeugt, wenn Sie das Ihren Freunden sagen, dann werden sie das auch einsehen. Ich habe keinen gefunden, der das nicht verstanden hat.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mich besonders gefreut über eine Bemerkung, nicht über alle Bemerkungen, z.B. über Ihre Kritik an meiner Beurteilung der SPD. (*Adenauer:* Das war keine Kritik!) Ich habe gesagt: Es besteht die Möglichkeit, daß sich die SPD wandelt, und es ist gut, wenn wir uns darauf vorbereiten, um ihr rechtzeitig Paroli zu bieten. In dem Bericht von Herrn Heck steht der interessante Satz: „Hätte die SPD wenigstens unmittelbar vor der Wahl ihre uferlose Obstruktion auf außenpolitischem Gebiet aufgegeben und statt dessen ihre ganze Kraft auf den sozialpolitischen Angriff konzentriert, dann wäre ihre Niederlage wahrscheinlich nicht so eindeutig ausgefallen; denn hier konnte sie immerhin auf noch bestehende Mängel hinweisen."

Das wird auch einer der Schwerpunkte in den kommenden Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie sein. Wenn sie mit dieser Zielrichtung antritt und ihre Sprache läutert aus den bekannten Überlegungen, dann wird unsere Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie nicht so leicht zu führen sein, wie sie im Wahlkampf gewesen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, wir wollen uns freihalten von Pessimismus und von Optimismus. Sie haben völlig recht. Ich habe den Eindruck, daß es leicht-

gläubige Optimisten gibt, die die ganzen Schwierigkeiten und Gefahren offenbar nicht übersehen, die auch in dieser Konferenz beschlossen liegen.

Wir brauchen folgendes: Wir müssen der Welt klarmachen, daß wir Deutschland wollen und daher diese Konferenz zu einem Erfolg führen muß. Ich meine, daß überhaupt kein verantwortlicher Politiker in unserem Land heute reden darf, ohne daß er diesen Willen mit letzter Klarheit erkennen läßt. Ich glaube, man macht sich nicht immer klar, was auf dem Spiele steht, wenn diese Konferenz scheitern sollte.

Wir haben in den letzten Jahren die undankbare Aufgabe gehabt, den Menschen in der Sowjetzone zu antworten, wenn sie fragten, wie lange soll das noch gehen? Wir haben sie vertröstet. Und nun kommt nach fünf oder sieben Jahren die erste Konferenz, auf der offenbar ernsthaft über Deutschland gesprochen wird. Die Menschen in der Sowjetzone sind keine blinden Optimisten. Wenn man sie fragt, was sie erwarten, dann hört man zuerst Zweifel darüber, daß die Russen tatsächlich nun endlich Vernunft annehmen werden, aber hinter jedem Satz, den die Leute sagen, steckt doch die Hoffnung, daß es endlich einmal dazu kommen möge, daß ihr Schicksal geändert wird.

Unter einem Erfolg verstehe ich nicht, daß die Konferenz nun gleich mit Pauken und Trompeten uns die Sowjetzone zurückgibt, sondern ein Erfolg wäre schon, wenn man sagen könnte, es ist ein echter Anfang gemacht worden, um weiterzukommen. Wenn das aber nicht gelingt – ich darf es offen sagen –, dann weiß ich nicht, wie wir die Menschen in der Sowjetzone bewegen sollen, weiterhin dazubleiben. Das ist meine größte Sorge. Jakob Kaiser hat es vor einiger Zeit so ausgedrückt: Dann bekommen wir die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Was das heißt, kann man sich nicht vorstellen. Wir können dann die Menschen nicht mehr zurückhalten. Sie kommen dann. Das gibt eine solche Überschwemmung, daß wir damit nicht fertig werden.

Deshalb genügt es auch nicht, daß wir auf dieser Konferenz nur zu kleinen Erleichterungen kommen. Kleine Erleichterungen bieten die ungeheure Gefahr, daß beide Seiten, West und Ost, sich damit zufriedengeben und daß sich allmählich über die kleineren Erleichterungen dieser Status quo einschleicht, mit dem man die Gefahr, von der ich sprach, nicht wird bannen können; denn die Leute bringen die Kraft nicht mehr auf, noch einmal auf eine nebelhafte Zukunftsperspektive hin in der Sowjetzone auszuhalten.

Deshalb meine Bitte, in der Resolution mit aller Deutlichkeit als unseren Willen auszusprechen, daß wir uns dagegen wehren, wenn es bei dem gegenwärtigen Status bleiben sollte. Ich will keine großen Worte machen, aber ich möchte doch sagen, es darf bei uns in dieser furchtbaren Situation – in der es um diese 18 Millionen geht, die irgendwie erschöpft sind und verlorengehen können – nicht geschehen, daß wir durch Zaudern, Mutlosigkeit und Entschlußlosigkeit und mangelnde Elastizität mit dazu beitragen, daß die Russen letzten Endes auch dieses Land in die Hand bekommen, das ihnen bisher Gott sei Dank durch den heroischen Kampf der Menschen in der Sowjetzone vorenthalten geblieben ist.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Was Dr. Gradl gesagt hat, ist mit jedem Wort richtig. Man kann die Folgen eines Zusammenbruchs dieser Berliner Konferenz gar nicht ernst genug betrachten. Schon die Vorstellung, die er andeutete, daß aus dem Gefühl der Verzweiflung, der Mutlosigkeit und der Hoffnungslosigkeit heraus Millionen von Menschen sich wie eine Völkerwanderung in Bewegung setzen werden, weil sie die letzte Hoffnung auf eine Befreiung verloren haben, ist so schrecklich, daß man nicht weiß, wie man ihr begegnen soll.

Aber ich möchte auf der anderen Seite auch sagen – es mag vielleicht ein wenig unlogisch klingen –, ich habe echte Sorge vor einer Diskussion über Teillösungen, weil gerade bei Teillösungen das geschehen könnte, was Sie andeuteten, daß man sich in der Welt mit solchen Teillösungen zufriedengeben könnte, die in letzter Konsequenz darin bestehen könnten, daß man das Bestehen und Fortbestehen der sogenannten DDR anerkennen würde.

Wir dürfen nicht vergessen, daß das eine verlockende Vorstellung für viele ist, die nicht auf unserer Seite stehen. Eine verewigte Teilung und damit verewigte Schwächung Deutschlands ist für manche, die die Ressentiments der Vergangenheit noch nicht losgeworden sind, sicherlich eine verlockende Vorstellung. Deswegen sollten wir jedem solcher Gedanken schon heute sehr ernst und nachdrücklichst widerstreben. Wir sollten davon ausgehen, daß wir grundsätzlich und unerbittlich auf dem bestehen, was der Bundestag nicht von ungefähr beschlossen hat, weil wir uns über die Konsequenzen klar waren; sonst verlieren wir die Glaubwürdigkeit.

Ich glaube, das wäre der teuerste Preis, den wir zahlen würden, wenn wir nach dem Westen hin die Glaubwürdigkeit verlören, der dann der deutschen Politik unterstellen könnte, sie spiele mit dem Gedanken, sich vielleicht unter veränderten Umständen anders zu orientieren wie heute. Ich sage das gerade im Blick auf die Vereinigten Staaten. Ich möchte die Ausführungen des Bundeskanzlers noch ergänzen, daß man nämlich gar nicht ernst genug einschätzen kann, was in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten vor sich geht.

Der Isolationismus ist eine dem amerikanischen Denken gemäße Form. Die Vereinigten Staaten sind aus dem Isolationismus überhaupt entstanden, und der Interventionismus ist eigentlich immer nur eine vorübergehende Erscheinung in Amerika gewesen. Deswegen ist der isolationistische Gedanke heute noch lange nicht tot; er hat immer noch Anhänger, und zu diesen Anhängern stoßen sicher noch viele, die der Meinung sind, daß das Schwergewicht der amerikanischen Politik nicht in Europa, sondern in Asien liege.

Wenn zu diesen beiden noch diejenigen kämen, die heute über die europäische Haltung enttäuscht würden – und das würden zwangsläufig sehr viele sein in dem Augenblick, wo man Zweifel hätte an der Konsequenz der Deutschlandpolitik –, dann wäre ein Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten, den Sie schon anzeigten, in Kürze zu erwarten. Was das für uns und Europa zu bedeuten hätte, das wissen Sie alle. Wir brauchten uns dann über die politische Struktur Europas und seine Ziele nicht mehr zu unterhalten.

In dem Augenblick, in dem sich die Vereinigten Staaten von Europa zurückziehen, wird sich in Europa eine Tragödie vollziehen, ohne daß irgendeiner in der Lage sein wird, sie zu verhindern.

Ich bin auch in Sorge über das, was der Herr Wehner sagt. Wir sollten einen sehr klaren Unterschied herausstellen. Herr Wehner sagt: wenn keine ganze Lösung, dann vielleicht eine Teillösung. Es gibt für uns keine Teillösung dieses deutschen Problems, sondern es muß zunächst über die Vorfrage der gesamtdeutschen Wahl entschieden werden. Ich sehe in jeder Teillösung den Anfang dieser gefährlichen Entwicklung, von der ich eben sprach.

Wir werden in den nächsten Wochen sehr viele Anstrengungen machen und die öffentliche Meinung ansprechen und aufklären müssen. Wir werden auch Nerven haben müssen; denn die Russen werden uns die Dinge nicht leichtmachen. Daß die Russen vorsichtig und taktisch verhandeln, das haben wir in der Vergangenheit kennengelernt. Und daß sie in der Lage sind, in einem solchen Gremium wie in Berlin zu verhandeln, das ist auch klar; denn es ist in ihre Hand gegeben, jedwede Erklärung abzugeben, ohne daß man sie jemals beim Wort nehmen kann.

Wenn Rußland heute von einem wiedervereinigten, freien und demokratischen Deutschland spricht, dann klingt das in den Ohren der deutschen Menschen sehr schön, aber es wird in jedem Falle zu analysieren sein, was Rußland unter Demokratie und Freiheit versteht. Wir müssen alles tun, um in diesen Monaten und Wochen die Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb Deutschlands davon zu überzeugen, daß unsere Forderungen nicht maßlos sind und daß sie nichts zu tun haben mit unerfüllbaren Bedingungen, die den Erfolg der Konferenz etwa verhindern könnten, daß aber an der Spitze unseres Programms stehen muß: freie Wahlen! Das ist das Minimum und das Maximum, was wir verlangen müssen, wenn wir nicht vor dem deutschen Volk und der Umwelt unglaubwürdig wirken wollen.

Gerade deswegen ist es nötig, daß in diesen Wochen und Monaten die Partei und die Fraktion sehr eng und echt zusammenarbeiten. Sie haben schon von unserer erhöhten Verantwortung seit dem 6. September 1953 gesprochen. Dieser erhöhten Verantwortung können wir nur gerecht werden, wenn wir in der Fraktion und in der Partei einmal alle die Fragen, die uns trennen, zurückstellen, um uns auf das Große und Gemeinsame zu besinnen.

So habe ich es bedauert, daß es im Bundestag möglich war, über die Frage der Verlängerung des Gesetzes über die Konsumgenossenschaften eine solche Debatte zu führen, und daß Redner unserer Partei in dieser Weise gegeneinander aufgetreten sind.[92] Das können wir uns schlechthin nicht leisten in einer Zeit, in der Leben oder Sterben unseres Volkes auf dem Spiele steht. Die Meinungen können auseinandergehen, das ist keine Grundsatzfrage; sie können so weit auseinandergehen, daß nicht

92 Gesetz vom 8. Januar 1954 (BGBl I S. 2); unterschiedliche Stellungnahmen wurden in der Debatte vom 10. Dezember 1953 abgegeben, wobei die Ausführungen von Franz Böhm z.T. auf Widerspruch stießen (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 196–208).

gleichgestimmt wird, das spielt keine Rolle, aber daß Redner einer Partei mit Leidenschaft im Plenum gegeneinander sprechen, das halte ich doch für verhängnisvoll.

Verstehen Sie mich recht. Ich nenne dieses Beispiel. Man mag sagen: Es ist nicht bedeutungsvoll. Ich glaube, es ist bedeutungsvoll. Wenn wir nicht im Anfang die Gefahr sehen, die aus einer solchen Entwicklung kommt, dann befürchte ich, werden wir sie später nicht mehr bannen können. Ich möchte Sie bitten, Herr Bundeskanzler, daß wir während der nächsten Wochen und Monate den Versuch unternehmen sollten, mit der Partei in einem ständigen Kontakt zu bleiben.

Wir sollten uns heute vornehmen, daß wir während der Berliner Konferenz den Bundesparteivorstand zusammenrufen, vielleicht auch den Parteiausschuß, schon um die Sprache abzustimmen, um den Menschen, die draußen unsere Politik verantworten müssen, mit auf den Weg zu geben, was sie sagen sollen; denn die Verwirrung wird riesengroß sein, um so mehr, als die Sozialdemokratie – zum Teil, nicht alle – diese Verwirrung benutzen wird, weil sie die merkwürdige Vorstellung hat, daß sie mit solchen Methoden in irgendeiner Weise einen politischen Erfolg für sich davontragen könnte.

Ich erlaube mir anzuregen, daß wir heute vorsehen, zu einem bestimmten Zeitpunkt während der Sitzung der Viererkonferenz in Berlin den Parteivorstand und Parteiausschuß einzuberufen, um damit auch die Bedeutung dieser Viererkonferenz zu unterstreichen und um der Öffentlichkeit zu sagen, daß sich die CDU mit diesem ganzen Problem nicht nur am Rande, sondern laufend und gründlich beschäftigt hat.

Es wird vielleicht auch notwendig sein, in einer solchen Sitzung das, was ich angedeutet habe, zu beschließen: nämlich einen wirklich großen Aufklärungsfeldzug zu starten. Man sollte mit den Menschen draußen sprechen. Wir sollten Versammlungen abhalten; wir sollten auf die große Bedeutung der Konferenz hinweisen, nicht pessimistisch, sondern mit dem Tenor, von dem Gradl sprach: Sie muß zu einem Erfolg führen. Der Erfolg kann nur in der Erfüllung dessen bestehen, was wir uns als Minimum vorstellen. *(Beifall.)*

Tillmanns: Wir teilen alle Ihre Sorgen, Herr Bundeskanzler, wegen der Viermächtekonferenz. Ich bin der Auffassung, daß die Sowjets vielleicht dieser Konferenz zugestimmt haben, weil sie eine günstige Chance sehen wegen der Haltung Frankreichs und der Ungeduld Amerikas. Wir sind uns alle darüber klar, daß ein Scheitern der Konferenz auf die Haltung der Sowjets zurückzuführen sein wird. Das muß dann unserem Volke und der ganzen freien Welt eindeutig klargestellt werden. Ich habe nur die Sorge, ob das gelingen wird, vor allem deshalb, weil – wie Sie ausgeführt haben – die Amerikaner sofort mit der Uhr in der Hand an den Tisch kommen.

Es ist nun einmal so, wenn man unter Zeitdruck steht, daß man sehr bald in eine unangenehme Situation kommt. Und die Amerikaner stehen unter Zeitdruck. Wenn die Amerikaner wirklich aufstehen wollen, dann müssen sie es auch auf sich nehmen, vor aller Welt zu erklären, daß sie die Konferenz beendet haben. Darin sehe ich eine außerordentlich große Gefahr.

Ich habe den Eindruck, daß uns die Sowjets auf dieser Konferenz nicht den

Gefallen tun werden, zu irgend etwas klar ihre Meinung zu sagen, sondern daß sie durch Taktik und für uns überraschende Vorschläge versuchen werden, die Konferenz in die Länge zu ziehen bzw. die Westmächte und uns vor neue Situationen zu stellen. Die Russen werden wohl aus Gründen, die mit den Atomwaffen zusammenhängen, zu irgendeiner Besprechung kommen, aber sie werden sicherlich versuchen, den Vereinigten Staaten gegenüber durch ihre Position in Europa soviel wie möglich herauszuholen. Es entspricht russischer Taktik, daß sie zehnmal soviel fordern, wie sie wirklich haben wollen. Es kommt darauf an, wie die Westmächte darauf reagieren. Man weiß nicht, wie die Russen taktieren. Es könnte sein, daß sie in Anknüpfung an föderative Vorstellungen im deutschen Volk plötzlich eine Wiedervereinigung in einem extrem föderalistischen Sinne vorschlagen, d.h. kaum einen Staatenbund, also eine gesamtdeutsche Regierung oder Nationalversammlung, die aber in ihrer Kompetenz ungeheuer eingeschränkt sein würde, so daß also eine autonome Sowjetzone mit allem, was dazu gehört, in einem wiedervereinigten Deutschland bliebe. Das wäre sehr gefährlich; aber mit einer solchen Möglichkeit muß doch gerechnet werden.

Ich führe das an nur deshalb, weil ich den Wunsch von Dr. Gradl ergänzen wollte: Es kommt alles darauf an, daß wir diesen elastischen Methoden der Sowjets ebenso elastische politische Konzeptionen entgegensetzen. Wir müssen alle Äußerungen unterlassen, die dazu Anlaß geben könnten, als hätten wir zum Scheitern der Konferenz beigetragen.

Wir stehen – ganz offen gesagt – vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, daß wir vielleicht in den nächsten Wochen gegen unsere eigenen Sorgen sprechen müssen. Um das zu vermeiden, was ich sagte, müssen wir unserem Volk und den Menschen in der Sowjetzone die Sicherheit geben, daß wir alles tun werden, um die Wiedervereinigung herbeizuführen, auch wenn wir genau wissen, wie schwer es ist. Wir müssen uns davor hüten, durch eine zu starke Betonung dieser Sorgen den Vorwurf auf uns zu ziehen: Aha, ihr selbst habt durch eure pessimistische Ausdrucksweise dazu beigetragen, daß Schwierigkeiten entstanden sind. Ich bin mir durchaus im klaren, daß wir keine leichtfertigen Hoffnungen erwecken dürfen. Es besteht die schwierige Aufgabe, unsere Sprechweise zur Öffentlichkeit genau abzustimmen. Wir müssen uns fernhalten von einer Darstellung der Situation, die uns den Vorwurf einbringen könnte: Aha, ihr seid das retardierende Moment! Wir dürfen aber auch keinerlei Hoffnungen erwecken, die einfach nicht der Realität entsprechen.

Ein Gedanke, der hier zu einer gewissen Lösung führen könnte: Das gesamte politische Denken unseres Volkes ist allmählich in eine Richtung gegangen oder hat sich so entwickelt, daß sich die Menschen gar nicht mehr klarmachen, aus welchem Grunde überhaupt diese ganze furchtbare Situation und Tragödie über unser Volk hereingebrochen ist, d.h., daß sie gar nicht mehr wissen, was eigentlich bis zum Jahre 1945 geschehen ist. Ich meine, man sollte gerade jetzt, allerdings in einer vorsichtigen Weise, die Öffentlichkeit gelegentlich noch einmal daran erinnern, daß wir bei alledem, was wir für die Freiheit und die Einheit unseres Volkes wünschen, nicht vergessen dürfen, warum wir in diese Situation hineingekommen sind.

Wir müssen dem Volke sagen: Es ist ja nicht so, daß wir nur zu erklären brauchen, was wir wünschen und wollen – und dann wird dies auch geschehen. Wir müssen unserem Volke in geeigneter Weise klarmachen, daß wir nicht ohne deutsche Schuld – ich sage das mit Absicht – in eine Situation gekommen sind, die wir nur dann meistern können, wenn sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit klarmacht, daß es das über es gekommene Schicksal im positiven Sinne als eine Verpflichtung für Deutschland empfindet.

Das deutsche Volk muß wirklich in einer neuen Bereitschaft zum Zusammenleben mit den Nachbarvölkern stehen und nicht in vagen Vorstellungen, um diese Aufgabe lösen zu können. Wenn es uns in den nächsten Wochen nicht gelingt, das deutsche Volk in diesem Sinne anzusprechen, dann werden wir hinsichtlich der Viermächtekonferenz nicht die Aufgabe erfüllen können, die uns als Christlich-Demokratische Union aufgetragen ist.

Kaiser: Eine Teillösung, die den Status quo weiter bestehen läßt, können wir nicht wollen. Aber den Gedanken von Gradl müssen wir klar im Auge behalten. Ich sage das aufgrund der Gespräche mit Leuten von Rang aus der Sowjetzone. Es sind tapfere Menschen, die trotz aller Schwierigkeiten bisher ausgehalten haben.

Ich sage kein Wort zuviel, wenn ich es so deute: Die Menschen drüben sind mit ihren körperlichen und seelischen Kräften am Ende. Und wenn diese Konferenz ganz negativ verläuft, ganz ohne Hoffnung für die Menschen drüben, dann kommt ein Unheil über uns sondergleichen!

Dann kommen noch in diesem Jahr nicht Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen zu uns herüber. Das können wir auch nicht wollen; denn dann würde das Land, wenn es entvölkert würde, so gefährdet wie die weiteren deutschen Ostgebiete, oder es würde sogar verlorengehen an die östliche Welt. Das kann und darf nicht sein!

Es ist mir aber gesagt und bestätigt worden, daß unsere Menschen drüben, wenn sich eine Hoffnung für sie abzeichnet, weiter aushalten werden. Die Menschen haben mir gesagt, auch wenn das in zwei oder drei Jahren sein wird, dann werden wir bleiben. Die Konferenz darf nur nicht ganz hoffnungslos verlaufen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, die drei Westalliierten haben sich unsere Sorgen um unser Land zu eigen gemacht. Wir dürfen darauf vertrauen, daß sie in dieser Intention zur Viermächtekonferenz nach Berlin gehen. Ich bin der Auffassung, daß die Amerikaner die Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt wollen, daß sie sie nur nicht um jeden Preis wollen, also nicht unter Bedingungen, die ihrer Gesamtpolitik schroff entgegengesetzt sind.

Weil hier nun die Gefahr besteht, daß sie vielleicht früher Schluß machen wollen, bin ich in Sorge. Die Worte, die Dulles in dieser Hinsicht gesagt hat, können uns wirklich mit Sorge erfüllen. Es ist zu wünschen, daß die Amerikaner mit Weisheit und Geduld zu Werke gehen. Wir wissen, wie unsagbar schwer es ist, mit den Russen weiterzukommen.

Ich bin der Auffassung, daß gesamtdeutsche Wahlen erst mit wirklichem Erfolg durchgeführt werden können, wenn die Russen bereit sind, das Land für Deutschland

freizugeben. Das wird davon abhängen, ob sie sich von ihren bisherigen Gefolgsleuten wie Ulbricht[93] und Grotewohl freimachen und einer wirklichen demokratischen Entwicklung Raum geben. Wenn das klar ist, dann kommt der Augenblick, wo wir zusammentreten und weiter beraten müssen.

Weber: Ich habe in Berlin mit Frauen gesprochen und ihnen gesagt, ihr dürft unter keinen Umständen kommen; ihr müßt Geduld und nochmals Geduld haben. Wir wollen und müssen erwarten, daß diese Konferenz gut ausläuft; aber es liegt nicht nur an uns und den Westmächten, sondern vor allem an Sowjetrußland, ob sie gut ausläuft. Über diese Gespräche mit den Menschen aus der Ostzone sollte nichts veröffentlicht werden. Das halte ich aus psychologischen und politischen Gründen für falsch. Mein letzter Eindruck nach diesen Gesprächen ist dann auch sehr gut gewesen; denn die Frauen haben gesagt, wir wollen in diesem Land so lange aushalten, bis der Moment kommt, wo die Freiheit winkt.

Adenauer: Herr von Brentano hat Herrn Wehner erwähnt. Herr Wehner hat gesagt: Es ist schon eine Lösung, wenn nur die Wiederherstellung Berlins dabei herauskommt. (*Zurufe:* Unmöglich!) Das wird sich alles finden, meine Freunde! Wir werden sehr wahrscheinlich im Laufe der Konferenz mehrmals zusammenkommen müssen, um über die Situation zu sprechen.

Ich halte es aber für sehr gefährlich, wenn der maßgebende außenpolitische Mann der Sozialdemokraten schon davon spricht, daß man das auch annehmen soll; denn das ist doch geradezu ein Wink an die Russen: Kauft euch von der ganzen Konferenz dadurch los, daß ihr das annehmt! (*Gradl:* Mit einem Linsengericht abgekauft!) Es ist wirklich nicht – wie der eine oder andere von Ihnen geglaubt hat – bei mir eine angeborene Antipathie gegen die Sozialdemokraten. Die Herren, die mich aus meiner Kölner Zeit kennen, wissen, daß ich als Oberbürgermeister meine großen Sachen mit den Sozialdemokraten zusammen gemacht habe. Aber es ist die unglückselige Entwicklung der Sozialdemokratie, die sie genommen hat. Ich habe mich in der letzten Zeit damit besonders beschäftigt. Es läßt sich dahin zusammenfassen: Die Sozialdemokratie unter Schumacher hat von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, alles oder nichts! Während wir auf dem Standpunkt stehen, mit Geduld Schritt für Schritt weiterzukommen. Und jetzt macht die Sozialdemokratie wieder Geschichten, und das empört mich so gegen die sozialdemokratische Politik. Dagegen [waren wir] in dem Gespräch, das ich mit Herrn Ollenhauer unter vier Augen gehabt habe[94] – ich kann natürlich nicht den Inhalt im einzelnen wiedergeben – zu 90 % ein und derselben Ansicht.

Kaiser: Ich habe einige Exemplare unserer Berliner Zeitung „Der Tag" mitgebracht. Ich möchte die Freunde daran erinnern, daß wir in Berlin eine Zeitung der Christlich-Demokratischen Union haben, dessen verantwortlicher Mann Dr. Gradl ist.

---

93 Walter Ulbricht (1893–1973), 1949–1960 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 244 Anm. 120.

94 Am 11. Januar 1954 (AdG 1954 S. 4328f.).

Wir kämpfen mit dieser Zeitung einen unsagbar schweren Kampf in Berlin. Ich möchte wünschen, daß die Zeitung in unseren Freundeskreisen starke Beachtung findet. Ich bitte Sie, sich ein Exemplar mitzunehmen und nach Möglichkeit zu versuchen, Abonnenten zu werben. Die Zeitung ist wirklich wert, gelesen zu werden.

Adenauer: Das ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Es sind bisher in Berlin 850 Journalisten (*Zuruf:* West-Berlin!) – ja, im Westen – ohne die Kommunisten. Für diese 850 Journalisten werden die drei Westalliierten sorgen. Sie sind im Kathreiners-Haus[95] untergebracht. Wir werden während der Konferenz in Berlin eine Zentrale einrichten; im allgemeinen wird Herr Eckardt[96] da sein, damit die Journalisten in die richtigen Hände kommen.

Wenn die Sitzungen im Ostsektor Berlins stattfinden – bis gestern bestand nur eine einzige telefonische Verbindungsleitung –, dann würde die kommunistische Presse im Vorsprung sein gegenüber der nichtkommunistischen. Infolgedessen wird es um so nötiger sein – was Herr Kaiser gesagt hat –, den „Tag" zu unterstützen und zu beachten.

Ich habe auch Schritte unternommen, daß die Berliner Zeitungen überhaupt während dieser Wochen finanziell unterstützt werden, damit sie eventuell zwei Ausgaben täglich herausgeben können. Das gilt insbesondere für das Blatt der CDU. Ich wiederhole: Soweit irgend jemand dazu in der Lage ist, sollte er den „Tag", besonders in den kommenden Wochen, unterstützen. Herr Kaiser hat völlig recht damit.

Wir werden natürlich alle Instanzen, insbesondere den Bundesparteivorstand und die Bundestagsfraktion, auf dem laufenden halten und Sie wahrscheinlich sehr schnell bitten, wieder nach hier zu kommen; denn es handelt sich wirklich um entscheidende Dinge, so daß ich hoffe, daß Sie diesem Rufe auch Folge leisten werden.

Nun kommen wir zum Punkt 4 und zum Punkt 5 der Tagesordnung.

Satzung für den Landesverband Oder-Neisse

Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Der Landesverband Oder-Neiße hat dem Bundesparteivorstand eine Satzung vorgelegt.[97] Die übrigen Landesverbände haben sich ihre Satzung selber gegeben. Es liegt hier ein Sonderfall vor, weil der Landesverband Oder-Neiße nicht ein Landesverband wie die übrigen ist. Bei der Beratung über die Satzung haben wir uns vor allem darum bemüht, klare Abgrenzungen zu schaffen zwischen der Exil-CDU, Landesverband Oder-Neiße und den Vertriebenen-Ausschüssen. Wir sind übereinstimmend

95 Potsdamer Straße, unweit des Kontrollratsgebäudes, das sich in der Elßholzstraße befindet.

96 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Vgl. Protokolle 1 S. 207 Anm. 63.

97 Die Satzung lag sämtlichen Vorstandsmitgliedern vor (ACDP VII-002-288); dort auch Abänderungsvorschläge.

zu der Auffassung gekommen, daß die Exil-CDU die Repräsentanz der ehemaligen legalen CDU der von den Sowjets besetzten Zone ist. So sollte der Landesverband Oder-Neiße – der Fall ist etwas anders gelagert – die Repräsentanz der CDU in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße darstellen mit der Aufgabe, sich für die Unterbringung und Eingliederung der Heimatvertriebenen im Bundesgebiet einzusetzen. Gleichzeitig sollten mit der Werbungsarbeit im Raum der Heimatvertriebenen ausschließlich die Vertriebenenausschüsse betraut werden, weil mit der Regelung, die ursprünglich vom Landesverband Oder-Neiße angestrebt wurde, nämlich diese Aufgabe durch den Landesverband Oder-Neiße wahrnehmen zu lassen, Schwierigkeiten mit den anderen Landesverbänden nicht zu vermeiden gewesen wären; denn dann müßte der Landesverband Oder-Neiße innerhalb der Landesverbände eine Organisation schaffen. Das schien dem geschäftsführenden Vorstand untragbar zu sein.

Ich glaube, der Bundesparteivorstand kann sich darauf beschränken, zu dieser Abgrenzung Stellung zu nehmen, um dann diese Abgrenzung als Weisung an den Landesverband Oder-Neiße weiterzugeben, damit der Landesverband sich, wie auch die übrigen Landesverbände, seine Satzung selber gibt.

Gradl: Ich habe die Satzung erst heute bekommen. Ich habe den Eindruck, daß man gegen die jetzige Form nichts einwenden kann. Ich bitte aber darum, zu gestatten, daß wir die Sache zu Hause in Ruhe durchlesen, damit wir gegebenenfalls schriftliche Vorschläge dazu machen können. Wir werden ja sehr bald wieder im Bundesparteivorstand zusammenkommen und können dann die Angelegenheit abschließend behandeln.

Adenauer: Dagegen ist nichts einzuwenden.

Verschiedenes

Heck: Es ist von Nordrhein und von Westfalen (Frau Dr. Steinbiß[98]) beantragt worden, einen Ausschuß für das Gesundheitswesen einzurichten. In Frage käme ein kleiner Ausschuß mit 13 Mitgliedern. Der Vorstand hat Bedenken, diesem Antrag stattzugeben. (*Weber:* Dagegen kann man nichts haben!) Dann ist von der Kommunalpolitischen Vereinigung der Antrag gestellt worden, daß der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung[99] in Zukunft zu den Sitzungen des Bundesparteivorstandes eingeladen wird.

Tillmanns: Dieser Wunsch, der vielleicht berechtigt ist, wird sicherlich ähnliche Wünsche anderer Gruppen nach sich ziehen. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, diesen

98 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), 1949–1961 MdB (CDU).

99 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger, 1911–1933 Sekretär der Zentrumspartei, Mitgründer der CDU Westfalen, 1946–1948 Oberbürgermeister in Recklinghausen, Mitgründer und Bundes- bzw. Ehrenvorsitzender der KPV.

Wunsch zu erfüllen. Nach den Satzungen ist der Bundesparteivorstand eine reine Versammlung von gewählten Personen. Es ist keine Vertretung von einzelnen Gruppen für den Vorstand vorgesehen. Deswegen habe ich persönlich Bedenken, daß man dies so einfach beschließen kann. Ich würde vorschlagen, daß die Freunde, die die Satzung überprüfen, auch diese Frage mit einbeziehen.

Heck: Der Wunsch der Kommunalpolitischen Vereinigung scheint insofern gerechtfertigt zu sein, als die Kommunalpolitische Vereinigung der Partei gegenüber den Status besitzt wie die Sozialausschüsse und die Junge Union. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse und der Vorsitzende der Jungen Union sind im Bundesparteivorstand vertreten. (*Tillmanns:* Die sind auch als Personen gewählt!)

Zimmer: Die Frage liegt anders. Die kommunale Selbstverwaltung ist grundsätzlich Sache der Länder, auch wenn die Bundesgesetze mittelbar Einfluß auf die Selbstverwaltung haben. Daher wird die Kommunalpolitische Vereinigung in engster Zusammenarbeit mit den Landesorganisationen der CDU stehen. Insoweit aber ein Bedürfnis für die Zusammenarbeit mit dem Bund vorhanden ist – ich denke hierbei an den Art. 107 GG[100], der Gegenstand der Bearbeitung dieses Ausschusses sein wird –, ist es in diesem Sonderfall nach meiner Auffassung selbstverständlich, daß der Vorstand die maßgebenden Herren der Kommunalpolitischen Vereinigung zu den Beratungen hinzuzieht.

Bei den Sozialausschüssen ist es etwas anders; denn die Sozialpolitik wird grundsätzlich vom Bund aus gemacht. (*Adenauer:* Wenn der Vorsitzende diesen Antrag stellt, dann sollte man ihn wenigstens dem Ausschuß zur Überprüfung überweisen.) Gesundheitsangelegenheiten sind grundsätzlich in weitestem Umfange Sache der Länder.

Adenauer: Wo steht das?

Zimmer: Das steht in dem von Ihnen, Herr Bundeskanzler, maßgeblich gemachten Grundgesetz.[101]

Adenauer: Steht da drin, daß die Gesundheit Sache der Länder sei! (*Zuruf:* Die Gesundheit als solche natürlich nicht! – *Johnen*[102]*:* Lassen Sie die Kreislaufstörungen den Ländern!) Es gibt so viel Gebiete, die dem Bund vorbehalten sind, wobei der Bundesrat leider noch zustimmen muß.

Adenauer: Haben Sie gesagt „leider"?

Zimmer: Ja! Ein solcher Ausschuß ist m.E. zweckmäßig. Ich würde darum bitten, den Gesundheitsausschuß so zusammenzusetzen, daß die Zuständigkeit des Bundes berücksichtigt wird.

---

100 Art. 107 GG regelt das Steuerwesen der Länder und den Finanzausgleich.

101 Hinweis auf Art. 74 GG, der die konkurrierende Gesetzgebung regelt.

102 Wilhelm Johnen (1902–1980), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1950–1959 Fraktionsvorsitzender, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland.

Adenauer: Wieweit kommen wir im Föderalismus? Nehmen Sie es mir nicht übel. Auf eine solche Weise tötet man den Föderalismus. Wenn man schon sagt, die Gesundheit ist nach dem Grundgesetz Sache der Länder – ich soll den Ländern die Kreislaufstörungen lassen, hat Herr Johnen gesagt – ... *(Heiterkeit.)* Wenn wir also einen solchen Ausschuß wollen, dann ist die Hauptsache dabei, daß vernünftige Leute hineinkommen.

Heck: Dann ist noch die Frage zu klären, wo der nächste Parteitag stattfinden soll. Auf dem Hamburger Parteitag ist beschlossen worden, entweder Köln oder Dortmund zu nehmen. Es war ursprünglich davon die Rede, daß der Parteitag in den Wahlkampf für die Landtagswahlen eingebaut werden soll. Da die Wahlen voraussichtlich Mitte Juli sein werden, müßte der Parteitag spätestens im Monat Mai stattfinden.

Adenauer: Es ist gut, daß rechtzeitig noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen der Parteitag stattfindet. Ich möchte in diesem Fall für Köln stimmen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wir haben in Dortmund den Wahlkampf für die Bundestagswahl mit einer großen Versammlung in der Riesenhalle begonnen.[103] Deswegen sollten wir jetzt nach Köln gehen, damit auch dort etwas für die Partei getan wird; denn Köln ist die einzige Großstadt, wo sämtliche Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete ... *(Unruhe. – Kaiser:* Und Frankfurt am Main!) Die ist noch jungen Datums. Also ich meine, wir sollten diesmal für Köln etwas tun.

Wehking[104]*:* Köln hat es vielleicht am wenigsten nötig! *(Widerspruch.)* Ich würde Essen vorschlagen; das liegt auch im Rheinland.

Tillmanns: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß der Beschluß des Hamburger Parteitages lautet: Dortmund oder Köln. Daran sind wir also gebunden. Dieser Beschluß ist damals im Blick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gefaßt worden. Es wäre wohl richtig, dieses Mal nach Köln zu gehen.

Adenauer: Sollen wir abstimmen? – Ich bitte diejenigen, die für Köln sind, eine Hand zu erheben! – Das ist die große Mehrheit.[105] (*Von Brentano:* Ich muß mich enthalten. Herr Lensing[106] ist nicht hier. Ich bin mit ihm brüderlich vereint.) Die Herren müssen also die entsprechenden Arbeiten in Angriff nehmen und überlegen, welche Lokalitäten wir nehmen. Damit wären wir mit der Tagesordnung fertig. Die Herren Lojewski und Gradl haben einen Entwurf für das Pressekommuniqué gemacht. Es ist darin aber noch ein Satz, über den keine Klarheit besteht.

Gradl: Ich bin einverstanden, daß wir den Satz weglassen. Ich habe das Präsens gewählt; denn die anderen, die noch festgehalten werden, müssen auch noch kommen. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, wenn der Osten wenigstens einmal einen Akt

103 Am 26. Juli 1953.

104 Heinrich Wehking (1899–1984), 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 168 Anm. 8; Lebensbericht in seinem Nachlaß ACDP I-285.

105 Der Parteitag fand vom 28. bis 30. Mai 1954 in den Messehallen in Köln statt.

106 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; vor 1933 Stadtrat in Dortmund (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1945–1946 und 1951–1959 Landesvorsitzender der CDU Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen.

der Menschlichkeit zeigt, daß wir das auch offiziell zur Kenntnis nehmen und sagen, darin sehen wir ein gutes Vorzeichen.[107]

Adenauer: Neulich hat mir ein Mann, der lange mit Russen verhandelt hat, gesagt, die Russen ziehen zuerst einen Menschen vollkommen aus, damit er nackt und bloß dasteht. Dann geben sie ihm nach einiger Zeit ein Hemd. Dann fängt der Mann an, dankbar zu werden. Dann bekommt er eine Hose. Dann fängt er an, glücklich zu werden. Und wenn er dann einen Rock bekommt, dann preist er die Russen.

Nun haben doch die Russen diese Leute ins Zuchthaus gebracht. Wenn sie nun die Menschen wieder freilassen, dann sollten wir nicht sagen: mit Genugtuung.

Herr Lojewski, lesen Sie mal vor.

Von Lojewski: „Der Bundesparteivorstand der CDU trat am Dienstag, dem 19. Januar 1954, zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Bundesparteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer in Bonn zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Bericht des Bundeskanzlers über die politische Lage.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hob nach einem Überblick über die Bundestagswahl und ihre politischen Auswirkungen die Hauptaufgaben der nächsten Jahre hervor. Es gelte, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die bisherige Entwicklung sich in der gleichen Weise aufwärtsbewegen könne wie bisher. Darüber hinaus seien die Große Steuerreform und eine Reform der Sozialversicherung von besonderer Bedeutung.

Dr. Adenauer verwies ferner auf die bevorstehenden Landtagswahlen in fünf Ländern der Bundesrepublik, deren Ergebnis von beträchtlichem Einfluß auf die weitere politische Entwicklung in der Bundesrepublik sein könne. Dr. Adenauer kam dann auf die bevorstehende Berliner Viererkonferenz zu sprechen. Er erinnerte daran, daß die Bundesregierung von den Westmächten die Zusicherung erhalten habe, daß sie in allen entscheidenden Fragen, die auf dieser Konferenz aufgeworfen werden, konsultiert werde. Wichtig sei, daß die Westmächte für die Verwirklichung der Wiedervereinigung Deutschlands sich das Programm zu eigen gemacht hätten, auf das sich die Bundesregierung und der ganze Bundestag geeinigt habe, das an erster Stelle die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen enthalte. Mit Nachdruck wandte sich Dr. Adenauer erneut gegen eine Neutralisierung Deutschlands. Er warnte vor einer politischen Entwicklung in Europa, die die Vereinigten Staaten veranlassen könnte, sich aus dem europäischen Kontinent mehr und mehr zurückzuziehen. Dr. Adenauer gab der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht die furchtbare Gefahr der Atomwaffe auch die Machthaber des Kremls zur Einsicht und damit zu einer Verständigung mit dem Westen veranlassen könnte.

Für die CDU, so sagte Dr. Adenauer, gebe es nur den einen Weg, ihre bisherige Politik fortzusetzen und die weitere Entwicklung mit Ruhe und Geduld abzuwarten.

---

107 Hinweis auf eine Amnestie in der Sowjetzone, aufgrund derer 6.143 Gefangene entlassen werden sollten, die nach dem 9. Mai 1945 wegen angeblicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Besatzungsmächte verurteilt worden waren (vgl. FAZ vom 18. Januar 1954).

Er sei sicher, daß eines Tages die Wiedervereinigung in Freiheit erreicht werde. Nach einer längeren Aussprache stimmte der Bundesparteivorstand den Ausführungen des Bundeskanzlers zu.

Der weitere Teil der Beratungen des Bundesparteivorstandes galt einer eingehenden Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl und den sich daraus ergebenden politischen und parteipolitischen Folgerungen. Es wurde eine Anzahl von Maßnahmen beschlossen, um die Parteiorganisation der CDU noch schlagkräftiger zu gestalten."

Nun soll noch die Angelegenheit mit dem Parteitag hinzukommen.

Der Entwurf von Dr. Gradl lautet:

„Der Bundesparteivorstand der CDU befaßte sich heute in Bonn nach einem Bericht des Bundeskanzlers eingehend in einer Aussprache mit der politischen Situation angesichts der bevorstehenden Viererkonferenz.

Die CDU ist der Überzeugung, daß dem Frieden und der Sicherheit in Europa und in der Welt kein größerer Dienst erwiesen werden kann als durch die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Ohne die Wiedervereinigung kann die von allen Völkern erhoffte Entspannung und Befriedung Europas und der Welt nicht erreicht werden.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wird keinen dringlicheren Wunsch haben, als mit allen Völkern in Frieden und im Geiste guter Nachbarschaft zu leben. Bundesrepublik und Westmächte müssen und werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um auf einen erfolgreichen Verlauf der Viermächtekonferenz zu drängen.

Der Parteivorstand unterstützt die entschiedenen Bemühungen der Bundesregierung, Deutschland die Möglichkeit der Verteidigung zu geben; denn die Sicherheit Deutschlands und Europas wird auf die Dauer nur durch einen eigenen deutschen Beitrag gewährleistet. Daher wünscht der Bundesparteivorstand, durch Aktivität, verbunden mit Geduld, bei den Verhandlungen über die Deutschlandfrage eine für die Viererkonferenz förderliche Atmosphäre zu schaffen.

In diesen entscheidungsvollen Tagen grüßt der Bundesparteivorstand der CDU die 18 Millionen deutscher Menschen in der Sowjetzone und Ost-Berlin.

Mit Genugtuung und Erleichterung stellt der Vorstand fest, daß endlich deutschen Männern und Frauen, die seit vielen Jahren in sowjetischen Lagern und sowjetzonalen Gefängnissen festgehalten wurden, nunmehr die Freiheit zurückgegeben wird.

Jeder Deutsche möchte wünschen, daß darin ein gutes Vorzeichen für die beginnenden Viermächteverhandlungen gesehen werden kann.

Die CDU erneuert feierlich ihr Bekenntnis zur Wiedervereinigung unseres Landes als das vordringlichste Ziel deutscher Politik."

Adenauer: Ich unterstütze den Entwurf von Herrn Gradl; er ist besser als das Pressekommuniqué. Es würde sich also darum handeln, diesen Entwurf Gradl als Beschluß zu fassen. Es müssen einige kleine Worte noch heraus. Ich würde weiter darum bitten, den einen Satz mit der Freilassung der Leute ganz zu streichen. Der Schluß ist ausgezeichnet. Ich glaube, wir können das der Redaktion überlassen, und zwar den Herren Gradl, Lojewski und Heck. Würden Sie damit einverstanden sein?

(*Zimmer:* Auch im Pressekommuniqué muß noch einiges geändert werden.) Also, Sie sind der vierte im Bunde, Herr Zimmer. Wir müssen nun schließen, weil unsere hessischen Freunde auf uns warten. Hessen hat in diesem Jahr Landtagswahlen. Sie wissen alle, daß in keinem Land in der Bundesrepublik die sozialistische Regierung eine solche (*Zurufe:* Macht!) Politik treibt wie die Partei in Hessen. Nach dem Wahlrecht, das leider Gottes damals auch mit den Stimmen der CDU und der FDP angenommen worden ist, würde die SPD, wenn sie nur 35 % der Stimmen bekäme, die absolute Mehrheit im Landtag haben.[108]

Gegen dieses Wahlgesetz ist nur anzukommen, wenn die nichtsozialistischen Parteien zusammengehen. Was geschieht aber jetzt? FDP und CDU schlagen sich in Hessen bei der Wahl die Köpfe ein bzw. sie sind auf dem besten Wege dazu, das zu tun. Wenn man bei solch wichtigen und entscheidenden Fragen an dieses kleine Gezänk denkt, dann kann man sich nur an den Kopf greifen.

Ich habe mir nicht anders zu helfen gewußt, als daß ich im Anschluß an diese Sitzung einige Herren aus Hessen hierhergebeten habe. Ich bitte diejenigen, die aus Hessen hier sind, mitzugehen zu dieser Besprechung, damit wir dort versuchen, ein bißchen die heißen Köpfe zu lüften.[109]

Fricke: Ich habe heute mit dem Bundestagspräsidenten und einigen Freunden über die Angelegenheit Dr. Ernst[110] gesprochen. Müssen wir nicht ein Wort zu der Wirkung sagen, die die Nachricht von der Wiederverhaftung des Dr. Ernst ausgelöst hat?

Adenauer: Ich habe einen Brief an François-Poncet unterwegs, in dem ich bitte, den Dr. Ernst auf Ehrenwort freizugeben. Fassen Sie jetzt darüber keinen Beschluß; denn dann machen Sie es den Franzosen unmöglich. Wir stellen uns die Sache folgendermaßen vor: Dieser Dr. Ernst sitzt acht Jahre in Untersuchungshaft. Jetzt haben sie ihn anderweitig verhaftet und werden ihn wahrscheinlich auch verurteilen und ihn dann freilassen, indem sie ihm die Untersuchungshaft anrechnen. Deswegen mein Brief an François-Poncet, er möchte dafür eintreten, daß Dr. Ernst auf Ehrenwort freigegeben wird. Ich würde also im Interesse des Dr. Ernst nicht empfehlen, jetzt hier etwas zu tun.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann danke ich Ihnen sehr. Ich hoffe, daß wir uns recht bald, vielleicht unter günstigeren Auspizien wiedersehen als heute.

---

108 Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen vom 18. September 1950 (GVBl Hessen Nr. 36 vom 9. Oktober 1950 S. 171).

109 Welche hessischen Abgeordneten eingeladen waren, ist nicht zu ermitteln.

110 Dr. Robert Ernst, Oberbürgermeister von Straßburg während der Besatzungszeit, war am 15. Januar 1954 aus dem Gefängnis in Metz entlassen worden. Nach der erneuten Verhaftung am 16. Januar wurde ihm vorgeworfen, für Zwangsrekrutierungen junger Elsässer verantwortlich gewesen zu sein (FAZ vom 18. und 20. Januar 1954). – Erinnerungen: Rechenschaftsbericht eines Elsässers. Berlin 1954.

3

Bonn, 26. April 1954

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, von Brentano, Ehlers, Eplée, Fay, Fricke, Gradl, Gurk, Hellwig, Johnen, Kaiser, [Lübke], Schäffer, Scharnberg, Schröder, Stooß, Strickrodt, Süsterhenn, Wehking, Zimmer.

Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Konfessionelle Fragen. Saar. Bericht über die Finanz- und Steuerreform. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 23.30 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst heiße ich Sie herzlich willkommen. Ich habe versucht, eine andere Tischordnung vorzunehmen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Tische nicht geeignet sind, weil sie zu breit sind, aber ich glaube trotzdem, wir sollten den Versuch machen. Ich halte die bisherige Sitzordnung an einem langen Tisch für sehr unpraktisch. Es ist dabei schwer, daß sich die einzelnen Redner gegenseitig ins Auge fassen. Ich würde deswegen vorschlagen, daß jeder Redner hierherkommt und von hier aus spricht.

Diese Tischordnung hat den weiteren Vorzug, daß das unbemerkte Entfernen nicht mehr so leicht ist wie bisher, so daß ein gewisser psychologischer Zwang ausgeübt wird, doch bis zum Schluß hierzubleiben.

Wir haben die Presse nicht unter uns, sondern nur unsere Freunde hier. Deswegen glaube ich, kann man etwas offener sprechen als morgen im Parteiausschuß. Ich bitte Sie, mir zu erlauben, doch die Sorgen, die uns wohl alle bedrücken und die vielleicht von meiner Stelle aus am besten sichtbar werden, Ihnen ungeschminkt sagen zu dürfen. Diese Sorgen erstrecken sich auf die verschiedensten Gebiete. Ich kann hier, um die Zeit nicht so sehr in Anspruch zu nehmen, nur das Wesentlichste sagen.

Bericht über die innen- und aussenpolitische Lage

Adenauer: An der Spitze steht natürlich wieder die außenpolitische Lage. Was die außenpolitische Lage angeht, so ist sie wohl seit 1945, sicher seit 1949, nicht so ernst

und so gespannt gewesen, wie sie z.Z. ist. Ich glaube, jeder von Ihnen sagt sich das, wenn er die sich überstürzenden Nachrichten über die Konferenz, die heute in Genf wohl eröffnet werden wird oder schon eröffnet worden ist, liest.[1] Es ist eine Konferenz, deren Ergebnis sich gar nicht irgendwie voraussagen läßt. Aber wir müssen uns doch darüber Rechenschaft ablegen, daß das Ergebnis dieser Konferenz, sei es positiv, sei es negativ, sei es unentschieden, sei es gleich null, bei der starken Verflechtung aller Länder auf dem ganzen Erdball in der heutigen Zeit auch Deutschland angeht und für Deutschland mitentscheidend sein kann. Ich denke dabei nicht an den äußersten Fall; ich glaube nicht, daß etwa als Folge dieser Konferenz – wenn der Ausgang so negativ ist, wie es der Fall zu sein scheint – ein akuter Krieg kommen wird. Aber bei jeder Konferenz ist es ja so, daß der unbefriedigende Ausgang auch eine Verschärfung der Lage mit sich bringt.

Das zweite Ereignis, das uns auch auf dem Weg über Genf, aber auch auf dem Weg über Paris, höchstwahrscheinlich unmittelbar berühren wird, ist das Ende der Kämpfe in Indochina, das jede Stunde erwartet werden kann.[2] Welche Folgen dadurch auf die Psyche des französischen Volkes ausgeübt werden, das ist bei der Eigenart des französischen Volkes gar nicht vorauszusehen. Aber der Ausgang in Indochina ist deswegen von so außerordentlich großer Bedeutung für die gesamte Weltpolitik, weil – ob zu Recht oder zu Unrecht kann ich nicht entscheiden – man in Amerika der Ansicht ist, daß die Kämpfe in Indochina doch die amerikanische Stellung sehr tangieren; denn wenn Indochina fällt, dann rechnet man auch mit dem Fall von anderen ostasiatischen Ländern und schließlich auch mit einer Gefährdung der Philippinen.

Sie sehen also auch daraus, daß alle Dinge heutzutage so ineinander verzahnt sind, daß ein unberechenbares Unglück aus einer Sache kommen kann, die zuerst vor Jahren so relativ beschränkt anfing wie der Krieg in Indochina.

Wenn ich nun zur deutschen Außenpolitik übergehe, dann muß ich zuerst ganz kurz in Ihr Gedächtnis einiges über die Berliner Konferenz zurückrufen; keine Einzelheiten, die interessieren jetzt nicht mehr, aber das eine steht fest – und das muß man sehr nachdrücklich feststellen, auch gegenüber einer gewissen sozialdemokratischen Propaganda –, daß in Berlin die Russen sehr klar und deutlich und ganz unmißverständlich zu verstehen gegeben, sogar erklärt haben, daß sie an dem gegenwärtigen Status in Europa nichts zu ändern wünschen. Das ist wohl am klarsten geworden, meine Freunde, durch den Schlußakt der Berliner Konferenz, nämlich durch die Nichterledigung der österreichischen Frage.[3]

---

1 Ostasienkonferenz vom 26. April bis 21. Juli 1954 in Genf über Korea und Indochina (AdG 1954 S. 4497–4499, S. 4635–4638).

2 Möglicherweise Anspielung auf die Belagerung der Festung Dien Bien Phu seit Januar 1954, die allerdings erst am 7. Mai 1954 fiel (AdG 1954 S. 4511).

3 Vgl. Gerald Stourzh: Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität. Graz/Wien/Köln 1980 S. 116–125; Bruno Thoss: Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55. In: Thoss/Volkmann S. 93–136.

Lassen Sie mich daran erinnern, daß über den österreichischen Staatsvertrag jahrelang verhandelt worden ist, daß man Einigung erzielt hat mit Ausnahme von wenigen Punkten. Als Österreich und auch die Westalliierten in Berlin erklärt haben, daß sie auch in diesen Punkten bereit seien, die bisher von Sowjetrußland gestellten Forderungen zu akzeptieren, da hat Sowjetrußland neue Forderungen aufgestellt. Und als Österreich sich bereit erklärt hat, auch diese zu akzeptieren, nämlich eine freiwillige Neutralisierung, da hat Sowjetrußland trotzdem erklärt, nein, wir lehnen es ab, einen solchen Staatsvertrag zu schließen.

Ich glaube, man muß sich bei der Betrachtung der politischen Lage immer wieder vor Augen halten, daß der lange vorbereitete Versuch, auf einer Konferenz Sowjetrußland zu einem Entgegenkommen in der deutschen Frage und in der mitteleuropäischen Frage – wenn ich jetzt Österreich hinzunehme – zu bewegen, hundertprozentig gescheitert ist. Interessant ist folgendes, was sich in Berlin am Schluß der Konferenz ereignet hat, ein Vorfall, über den in der deutschen Presse im „Michael"[4] berichtet worden ist, der mir vorher bekannt war und der, wie ich glaube sagen zu dürfen, durchaus zutreffend ist. Herr Ollenhauer ist vor Erledigung der Österreichfrage bei dem der Sozialistischen Partei Österreichs angehörenden Staatssekretär Kreisky[5] gewesen und hat ihn gebeten, Österreich möchte doch den Russen weiter entgegenkommen, damit nicht das ganze Odium des Scheiterns der Konferenz auf Sowjetrußland falle.

Dieser sozialistische Staatssekretär hat das Ansinnen Herrn Ollenhauers abgelehnt; wie überhaupt merkwürdigerweise in Österreich die Sozialisten stärkere Gegner Sowjetrußlands sind als die christliche Partei[6] dort. Im Zusammenhang mit dieser Aktion Ollenhauers ist es vielleicht auch von Interesse, daß neuerdings in den Reden des Herrn Wehner von freien Wahlen nicht mehr gesprochen wird und daß man – nach dem, was mir von amerikanischer Seite in sehr bewegter Weise gesagt worden ist – da die Wahrnehmung gemacht zu haben glaubt, daß die Sozialdemokratie im Begriff sei, ihre bisherige Haltung gegenüber dem Problem Sowjetrußland/Deutschland doch einer starken Revision zu unterziehen, einer Revision, die für Deutschland nach unserer Überzeugung das Ende bedeuten würde.

Meine Freunde! Ich habe eben schon von der Genfer Konferenz gesprochen. Ich möchte nun bei diesem kurzen Überblick über die außenpolitische Lage zur EVG etwas sagen. Zunächst möchte ich Ihnen sehr kategorisch erklären, daß weder ich noch ein von mir Beauftragter mit irgendeinem Amerikaner oder Engländer gesprochen hat über eine Alternativlösung und daß die amerikanische und auch

4 „Michael" Nr. 8 vom 28. Februar 1954.

5 Dr. Bruno Kreisky (geb. 1911), österreichischer Politiker (Sozialist); 1939–1945 Exil in Schweden, 1946–1951 Legationssekretär in Stockholm, 1951–1953 in der Präsidentschaftskanzlei, 1953–1959 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, 1959–1966 Außenminister, 1970–1983 Bundeskanzler. Erinnerungen: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986 S. 458–463.

6 Gemeint ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP).

die englische Politik absolut nach wie vor auf dem Boden steht, daß die Lösung, die für die beiden Länder in Frage kommt, die EVG und im weiteren Verlauf die Europäische Politische Gemeinschaft ist. Die Erklärung, die Großbritannien über seine Haltung gegenüber einer EVG abgegeben hat[7] – es ist das zum Teil in der deutschen Presse erwähnt worden, zum Teil nicht –, bedeutet einen völligen Bruch mit einer jahrhundertealten Tradition der englischen Außenpolitik gegenüber Europa! Während bisher Großbritannien gegenüber Europa immer Distanz gewahrt und sich zurückgehalten hat, hat es sich jetzt verpflichtet, europäische Politik – ich drücke mich jetzt etwas summarisch aus – mitzumachen, und zwar unter Umständen auch mit bewaffneter Hand mitzumachen.

Ich betone nochmals, das ist ein Bruch der englischen Außenpolitik, eine vollständige Umkehr. Man hätte erwarten können und müssen, daß in Frankreich diese Wendung der englischen Politik entsprechend gewürdigt worden wäre. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Man hat in der französischen Öffentlichkeit und in der französischen Presse diese ganze britische Erklärung, die das Ergebnis sehr langer und sehr sorgfältiger Überlegungen gewesen ist, einfach in Stücke zerrissen und zerkleinert. Und die Mißstimmung in Großbritannien wegen dieses Verhaltens der Franzosen ist außerordentlich groß.

Ich darf Sie daran erinnern, daß kurze Zeit danach die Erklärung Eisenhowers kam.[8] Auch dieser Erklärung Eisenhowers ist nach meiner Meinung weder von der deutschen Presse noch insbesondere aber von der französischen Presse das Gewicht beigelegt worden, das sie tatsächlich verdient. Sie verdient namentlich auch unsere besondere Beachtung, weil in einem der Punkte dieser Eisenhowerschen Erklärung uns zugesichert ist, daß die Länder der EVG auch mit herangezogen werden zu Fragen der großen Politik, die sie indirekt berühren. Es würde sich also uns Deutschen in der Bundesrepublik da ein Weg zeigen, daß wir auch an politischen Entwicklungen beteiligt werden, die nicht direkt, aber indirekt unser ganzes Geschick bestimmen, an denen wir z.Z. völlig unbeteiligt sind.

Es ist, wenn man einmal in Ruhe die Lage auf der Erde heutzutage überlegt, für uns Deutsche ein erschreckender Zustand, daß – obgleich die Bundesrepublik sich einer relativ großen Freiheit erfreut – doch Entwicklungen in anderen Erdteilen vor sich gehen, die für das Leben unseres Volkes entscheidend sein können, ohne daß wir in der Lage sind, auch nur das geringste dazu zu äußern. Dieser Punkt in der Eisenhowerschen Erklärung ist, soweit ich die deutsche Presse daraufhin

---

7 Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Zusammenarbeit Großbritanniens mit der EVG am 13. April 1954 in Paris wurde eine Erklärung über „Die gemeinsame Politik bei der militärischen Assoziierung zwischen den Streitkräften Großbritanniens und der EVG" sowie eine einseitige britische Erklärung über die Partnerschaft mit der EVG abgegeben (Wortlaut in AdG 1954 S. 4476–4478; vgl. Donald Cameron WATT: Die konservative Regierung und die EVG. In: MILITÄRGESCHICHTE seit 1945 S. 81–99, hier S. 98).

8 Text der Botschaft an die EVG-Länder vom 16. April in AdG 1954 S. 4478f.

durchgesehen habe, völlig übersehen worden. Es ist eigentlich erschütternd, wie wenig sich die deutsche Öffentlichkeit, die deutsche Presse, aber auch die einzelnen Deutschen Gedanken darüber machen, in welch außerordentlich gefährlicher Lage sich das deutsche Volk während dieser ganzen Zeit befindet. Die Deutschen tun so, als hätten sie alles lange hinter sich. Sie leben, soweit sie irgend können, vergnügt und fröhlich dahin. Sie gehen in Gott weiß was für mondäne Orte und geben für Dinge, die vielleicht erwünscht, aber nicht notwendig sind, einen Haufen Geld aus und meinen, der Boden stehe fest unter ihren Füßen. In Wirklichkeit steht der Boden absolut nicht fest unter unseren Füßen! Ich denke gar nicht an die Atombombe oder die anderen Bomben, die noch dahinter kommen, sondern ich denke an politische und in deren Folge an wirtschaftliche Entwicklungen, wie sie jeden Tag eintreten können. Ich weiß nicht, ob die Deutschen sich darüber klar sind, daß, wenn eine große politische Baisse, eine politische Unruhe in der Welt kommt, dann eine wirtschaftliche Depression die Folge sein wird und daß von dieser wirtschaftlichen Depression die deutsche Wirtschaft mit am allerstärksten betroffen werden wird, weil sie am anfälligsten ist. Die Menschen in Deutschland machen sich gar nicht klar, daß wir ein so kapitalschwaches Land sind, daß unsere Wirtschaft von den schwersten Katastrophen heimgesucht wird, wenn eine längere wirtschaftliche Depression einmal kommen wird. Und die kann jeden Augenblick kommen infolge der politischen Entwicklung.

Nehmen Sie z.B. mal an, die EVG wird nicht von Frankreich ratifiziert werden, wer weiß, welche wirtschaftlichen Unruhen dann in Europa und in der Welt Platz greifen werden. Wer weiß, was dann alles kommen wird. Aber alles das gleitet an uns spurlos vorüber. Wir freuen uns des Daseins. Ich habe nichts dagegen, daß man sich seines Daseins erfreut, aber man muß sich auch der Verantwortung gegenüber seiner Familie, seinem Volk und überhaupt gegenüber dem Staat bewußt sein. In der Hinsicht haben wir – vielleicht auch andere Völker, aber wir sind in erster Linie verantwortlich für das deutsche Volk – wirklich noch eine ganz große Änderung in unserem Denken vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Die EVG! Ich glaube, kein Mensch in der Welt würde heute in der Lage sein, mit einigermaßen Gewißheit zu sagen, wie Frankreich letzten Endes bei der Frage der Ratifizierung oder Nichtratifizierung sich entscheiden wird. Ich bin der Auffassung, daß Frankreich, wenn es durch die Umstände und durch die ganze Konstellation genötigt wird, sich zu entscheiden: Willst du die EVG oder willst du sie nicht? – wenn es also so gezwungen wäre, die Verantwortung für ein Scheitern des ganzen europäischen Gedankens zu übernehmen, daß es dann ratifizieren würde.

Aber was sollen wir uns mit Einzelheiten aufhalten, was soll ich Ihnen alle die Einzelheiten erzählen, jeder von uns weiß ja doch, wie man in Frankreich immer wieder den Versuch macht, diese Entscheidung so lange wie möglich hinauszuschieben. Was das bedeutet, das wissen wir alle. Das bedeutet mit jedem Tag eine Stärkung Sowjetrußlands. Darüber muß man sich völlig klar sein, daß Sowjetrußland, solange es hoffen kann, schließlich die Zusammenfassung Europas verhindern – wenn auch

indirekt – zu können, es nicht bereit sein wird, ernstliche Verhandlungen zu einer allgemeinen Entspannung auf der Erde herbeizuführen.

Nun zur Situation Sowjetrußlands. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir wiederholt ausgesprochen haben, daß auch die Bäume Sowjetrußlands nicht in den Himmel wachsen und daß auf die Dauer auch ein diktatorisch geführter asiatischer Staat, der mit 150 Völkerschaften zu tun hat, nicht durchhalten kann, alle nur mit Gewalt zu regieren, wenn es nicht letzten Endes doch den Leuten einmal bessergeht. Nun haben wir – auch das ist in der deutschen Presse kaum, jedenfalls viel zuwenig hervorgehoben worden – zum ersten Mal den absoluten Beweis dafür, daß Sowjetrußland in einem Engpaß ist. Während bisher die Industrie in Sowjetrußland jede Arbeitskraft aus der Landwirtschaft wegholen durfte, der Landwirtschaft es aber verboten war, Arbeitskräfte aus der Industrie wegzuholen, ist es jetzt zum ersten Mal durch eine allgemeine Verordnung in Sowjetrußland gestattet, daß die landwirtschaftlichen Betriebe aus den industriellen Betrieben Arbeitskräfte wegholen. Das ist insbesondere deshalb geschehen, weil Sowjetrußland jetzt Anstalten dafür trifft, ein Gebiet, das so groß ist wie die gesamte landwirtschaftliche Fläche der Bundesrepublik, zu kolonisieren.[9] Es ist bisher ein absolut unfruchtbares Gebiet. Ich glaube, das ist ein ganz klarer Beweis dafür, daß es eben Sowjetrußland nicht möglich ist, unentwegt weiter in dieser eklatanten Weise zu rüsten und gleichzeitig die Bedürfnisse seiner Bevölkerung so zu befriedigen, daß die Leute ruhig bleiben.

Ich darf nochmals wiederholen, es lohnt sich, darüber einmal nachzudenken, wie groß dieser Wechsel ist. Bisher durfte die Industrie jeden Mann aus der Landwirtschaft wegholen, aber die Landwirtschaft durfte keinen wegholen aus der Industrie. Jetzt darf die Landwirtschaft die Leute aus der Industrie wegholen und die Industrie darf keine Leute mehr aus der Landwirtschaft wegholen. Ich halte das für ein klares Anzeichen dafür, daß, wenn die freien Völker auf dem bisher eingeschlagenen Wege weiterschreiten, sie schließlich doch mit Sowjetrußland zu einer Verständigung kommen können und kommen werden.

Ich möchte hieran anschließend einige Ausführungen über die innenpolitische Lage und über die Lage unserer Partei machen, und zwar im Hinblick darauf, daß wir im Jahre 1954 fünf Landtagswahlen haben werden, beginnend in Nordrhein-Westfalen am 27. Juni und endigend in Berlin im Dezember.[10] Diese Landtagswahlen, insbesondere die in Nordrhein-Westfalen, werden von der Sozialdemokratie – und zwar taktisch völlig richtig – dazu benutzt, um der deutschen Bevölkerung und dem Ausland den Nachweis zu erbringen, daß die Bundestagswahl vom 6. September vorigen Jahres nur etwas Vorübergehendes gewesen sei und daß die CDU/CSU nicht die Position halten könnte, die sie damals errungen hat, sondern daß in Wirklichkeit

9 Beschluß des ZK der KPdSU vom 2. März 1954 über Steigerung der Agrarproduktion und über Erschließung von Neu- und Brachland (AdG 1954 S. 4422).

10 Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

die Sozialdemokratie doch noch entscheidend sei. Das ist von Rednern der Sozialdemokratie sehr oft ausgesprochen worden. Daher ist die Landtagswahl am 27. Juni in Nordrhein-Westfalen ein politisches Ereignis allerersten Ranges. Zweifellos wird diese Landtagswahl auch einen starken Einfluß auf die folgenden vier Landtagswahlen ausüben. Sie alle wissen, und zwar ebenso wie ich, daß es einen verhältnismäßig großen Prozentsatz von Wählern gibt, sagen wir etwa 20 %, die ohne besondere Überlegungen nun immer mit dem Strom der Entwicklung gehen wollen und die, wenn sie sehen, daß vielleicht die CDU zurückgeht und die Sozialdemokratie steigen wird, dann wieder sozialdemokratisch wählen.

Wenn es wirklich der Sozialdemokratie gelingen sollte, in Nordrhein-Westfalen einen sichtbaren Erfolg über die CDU zu erringen, dann wird zweifellos das auf die kommenden Wahlen in Hessen, in Bayern, in Berlin und in Schleswig-Holstein seine Wirkungen ausüben. Nun werden ja die Landtagswahlen leider Gottes zum allergeringsten Teil ausgetragen aufgrund der Tätigkeit, die der betreffende Landtag oder die betreffende Landesregierung in den zurückliegenden vier Jahren ausgeübt hat, sondern diese ganzen Landtagswahlen – wir haben es schon einmal erlebt, und wir werden es diesmal wieder erleben – werden letzten Endes gekämpft um die Fragen der Bundespolitik.

Sie werden wohl alle diese vortreffliche Analyse gelesen haben, die unsere Bundesgeschäftsstelle über die Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen und über die demoskopischen Untersuchungen, die im Zusammenhang damit angestellt worden sind, herausgegeben hat.[11] Es ist eigentlich für die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen, das gilt aber genausogut für alle anderen Länder – abgesehen von Bayern natürlich, Herr Schäffer – beschämend, wenn von den befragten 2.000 Leuten in Nordrhein-Westfalen ausgerechnet nur 4 % gewußt haben, daß der Landtag in Düsseldorf tagt. Was Bonn ist, wo der Bundestag tagt, was hier gemacht wird, das beschäftigt und interessiert die Leute, und das ist für ihre Stimmabgabe entscheidend. Aber wenn eine Bevölkerung wie die von Nordrhein-Westfalen, von der man doch im großen und ganzen – ich gehöre ja auch dazu – sagen kann, daß sie nicht gerade zu den Ungewecktesten gehört, nur zu 4 % weiß, daß der Landtag in Düsseldorf tagt, dann ist das doch geradezu erschreckend. Eigentlich müßte das sehr föderalistisch gesinnten Tendenzen einen starken Stoß geben. Aber diese föderalistisch gesinnten Tendenzen – ich komme noch darauf zurück – bekommen noch weitere Stöße.

Meine Freunde! Etwas kann jeden von uns mit einer außerordentlich großen Sorge erfüllen. Wir werden darauf sehr achten müssen; das ist das Sich-Wiederzeigen

11 Analyse der Wahlergebnisse in NW (o.D.) sowie der demoskopischen Untersuchung vom 26. März 1954 (Nachtrag vom 29. März) in ACDP VII-003-046/2. Verteiler: Bundeskanzler, Bundestagspräsident, geschäftsführender Vorstand, Fraktionsvorsitzender und -geschäftsführer, Bundesminister Franz Josef Strauß, alle Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsführer Hans Schreiber und Josef Blank.

eines konfessionellen Zwiespalts. Wir wollen vor dieser Tatsache nicht die Augen verschließen. Wir wollen uns auch ruhig zugestehen, sowohl Katholiken wie Protestanten, daß die Schuld auf beiden Seiten liegt. Sie wissen, ich bin Katholik, und ich scheue mich nicht zu erklären, daß gerade auch in katholischen Kreisen – noch lange nicht in allen, aber in katholischen Kreisen – Ideen entwickelt werden, die wir nicht ertragen können. Ich rechne dazu – und führe das an erster Stelle an – die plötzlich aufgetauchte Frage, man solle die bürgerliche Ehe und die kirchlich geschlossene Ehe gleichstellen.[12] Ich weiß ganz genau, daß der Gedanke, die Entwicklung, die im Jahre 1876 ihren Abschluß gefunden hat, nun von neuem wieder in den Tageskampf zu bringen, ausgegangen ist von einer namhaften katholischen Seite.[13] Aber lange nicht von allen führenden katholischen Geistlichen wird diese Annahme geteilt, doch derjenige, der das gemacht hat, hat keine Ahnung davon, wie es in Wirklichkeit in der Welt aussieht und worum es sich handelt.

Von der FDP und von der SPD – von der FDP vorzugsweise, von der SPD klüger und mehr im Untergrund – wird der Versuch, den konfessionellen Zwiespalt wieder aufzureißen und dadurch unsere Partei ins Mark zu treffen, natürlich auf jede Weise unterstützt, weil sie hoffen, uns dadurch kleinzukriegen und selber zu wachsen. Daher wird auch die Schulfrage immer wieder hineingeworfen, obgleich sie in den meisten Ländern schon entschieden ist und wir, Evangelische und Katholiken, uns früher daraufhin verständigt haben, daß das Elternrecht entscheidend ist. Wir sprechen nicht von katholischen und nicht von evangelischen Schulen, sondern das Elternrecht soll entscheiden.

Soweit ich die Dinge beobachten kann, ist es so, daß die evangelischen Deutschen dort, wo sie in der Minderheit sind, evangelische Schulen wünschen – was ich durchaus verstehe –, daß sie aber dort, wo sie in der Mehrheit sind, keine katholischen Schulen wünschen. Umgekehrt wird auf katholischer Seite auch der Bogen oft überspannt. Diese Schulfrage dürfen wir nicht wieder hochkommen lassen. Es handelt sich darum, ob die Eltern bestimmen sollen oder der Staat. Daraufhin haben wir uns geeinigt. Bei dieser Einigung müssen wir unter allen Umständen bleiben.

Ich bin Ihnen hier eine gewisse Rechenschaft darüber schuldig, warum ich dafür gesorgt habe, daß der Bundespräsident einen evangelischen Mann zum Botschafter

---

12 Die Auseinandersetzungen entzündeten sich am Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes (BT-Drs. 224); vgl. dazu die Ausführungen Wuermelings vor dem Bundestag am 2. April 1954 (Sten.Ber. 2.WP Bd.19 S. 767). Richtigstellung Wuermelings zu den teilweise falschen Zeitungsmeldungen über seine Äußerungen in UiD vom 20. März 1954.

13 Gemeint ist Prälat Wilhelm Johannes Böhler, der die katholischen Interessen in Bonn vertrat. Vgl. Alfons KUPPER: Die Sorge um das Gleichberechtigungsgesetz. In: In Memoriam Wilhelm Böhler. Erinnerungen und Begegnungen. Hrsg. von Bernhard BERGMANN und Josef STEINBERG. Köln 1965 S. 118–129, insbes. S. 125f.; Burkhard van SCHEWICK: Wilhelm Böhler (1891–1958). In: ZEITGESCHICHTE 4 (1980) S. 197–207.

am Vatikan ernannt hat.[14] Sie wissen, daß Herr von Brentano[15] am Quirinal katholisch ist. Es schien mir untunlich zu sein, daß nun, wenn jetzt zwei deutsche Botschafter in Rom tätig sind, einer am Quirinal und einer am Vatikan, beide katholisch sind, obgleich ich von katholischer Seite, von einer großen Organisation, deren führender Mann hier ist, sehr dringend darum gebeten worden bin, nun endlich dafür zu sorgen, daß auch einmal ein Katholik Botschafter am Vatikan wird. Ich habe nachher, als ich dem nicht nachgekommen bin aus guten Gründen, auch eine entsprechende Quittung davon bekommen.

Aber ich möchte unseren evangelischen Freunden hier in diesem Raum folgendes sagen: Kein einziger katholischer Bischof hat mir gegenüber in irgendeiner Weise sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß kein Katholik dort Botschafter geworden ist. Als ich auf meiner Rückkehr von der Türkei und von Griechenland 24 Stunden in Rom war[16], haben mich die Prostaatssekretäre Montini[17] und Tardini[18] im Hotel besucht, und ich habe die Herren gefragt: Ist bezüglich der Botschafterfrage noch etwas zu sagen? Worauf beide Herren mir gesagt haben: Nein!

Diese Entscheidung, die ich getroffen habe, ist ohne Widerspruch akzeptiert worden. Selbstverständlich – das möchte ich meinen katholischen Parteifreunden sagen, aber ich stimme darin auch überein mit unseren evangelischen Freunden – bedeutet eine derartige Entscheidung nicht die Aufstellung eines Prinzips. Davon kann gar keine Rede sein. Es kann ein evangelischer Mann Botschafter am Vatikan sein, und es kann auch ein katholischer Mann Botschafter am Vatikan sein. Aber ein Prinzip wird nicht aufgestellt. Für mich war entscheidend in erster Linie die Frage, die ich eben erwähnt habe, daß Herr von Brentano schon in Rom ist, in zweiter Linie – ich scheue mich nicht, das zu sagen –, daß gerade auf diesen Punkt von der evangelischen Seite ein überspitztes – das ist schlechtes Deutsch –, ein übertriebenes Gewicht gelegt worden ist. Und ich wollte hier die ganze Sache etwas zur Ruhe bringen. Aber ich bitte Sie alle miteinander, überall dort, wo Sie merken, daß jemand versucht, die konfessionelle Zwietracht wieder anzuschüren, mit aller Energie dagegen vorzugehen. Einmal muß das deutsche Volk diese Sache überwinden, und es muß die

14 Dr. Wolfgang Jaenicke (1881–1968), 1945–1950 Staatskommissar bzw. -sekretär (1947) für das Flüchtlingswesen und der DPs in Bayern, 1952–1954 Botschafter in Pakistan, 1954–1957 am Hl. Stuhl. – Kritik an seiner Ernennung war u.a. von Süsterhenn geübt worden (s.u. S. 156 f.).

15 Clemens von Brentano (1886–1965), 1950–1957 Generalkonsul in Rom bzw. Botschafter für Italien; Bruder von Heinrich von Brentano. – Zu den Besetzungen der Botschafterposten vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 302.

16 Adenauer weilte vom 10. bis 18. März 1954 in Griechenland, vom 18. bis 26. März in der Türkei. Am 26./27. März konferierte er in Rom mit italienischen Politikern (AdG 1954 S. 4421f., 4444; TERMINKALENDER).

17 Giovanni Battista Montini (1897–1978), 1952–1954 Prostaatssekretär für die Ordentlichen Angelegenheiten, 1954–1963 Erzbischof von Mailand, 1963 Papst (Paul VI.).

18 Domenico Tardini (1888–1961), 1953 Prostaatssekretär (mit der Führung des Amtes des Kardinal-Staatssekretärs betraut), 1958 Kardinal und Staatssekretär.

Einheit unserer Partei, in der sich evangelische und katholische Christen verbunden haben, unter allen Umständen gewahrt bleiben!

Ein anderer Umstand, meine Freunde, der mich parteipolitisch mit Sorge erfüllt, sind die Gegensätze, die sich gerade in den letzten Wochen so stark gezeigt haben zwischen Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung.[19] Nordrhein-Westfalen ist unser wichtigstes Land. Das wird jeder verstehen, der die wirtschaftliche Struktur Deutschlands kennt. Nordrhein-Westfalen ist auch dasjenige Land, das die meisten Einnahmen hat; aber – ich will hier kein Urteil fällen – ich möchte doch zweierlei nachdrücklich betonen:

Kein Land kann existieren, wenn der Bund nicht existiert, und kein Land und die Wirtschaft keines Landes bleiben am Leben, wenn der Bund finanziell Not leidet oder wenn gar die Währung des Bundes schwanken sollte. Wer es mit seinem Lande gut meint, der muß auch daran denken, daß kein Land existieren kann, ohne daß es dem Bund gutgeht, und daß wir dem Bund eben das geben müssen, was er braucht, um leben zu können.

Das Grundgesetz – ich habe ja selbst mit daran gearbeitet – ist in vielen Punkten schlecht. Wir alle im Parlamentarischen Rat wußten das; wir sind gezwungen worden dazu, ein Grundgesetz zu machen, namentlich auch auf finanziellem Gebiete, das schlecht ist und das dem Bund wirklich keine Kraft gibt. Wir sind dazu gezwungen worden von den Franzosen mit Hilfe der Amerikaner. Wir mußten es tun. Wir mußten das kleinere Übel wählen. Wir mußten wieder zu einer Staatsbildung kommen, obwohl das Grundgesetz so schlecht war.

Es sollten dann alle, die in den Ländern irgendwelche Entscheidungen zu treffen haben, sich darüber klar sein, daß sie auch dem Bund gegenüber Verpflichtungen haben und daß sie auch die Verpflichtungen, die sie gegen sich selbst haben, nicht erfüllen können, wenn der Bund finanziell nicht in Ordnung ist.

Was ein solcher Konflikt parteipolitisch bedeutet, wie er jetzt doch besteht zwischen dem Land, das die eigentliche Domäne der CDU ist, und einer Bundesregierung und einem Bundesfinanzminister, einer Bundesregierung, die doch geführt wird von der gleichen Partei, und einem Bundesfinanzminister, der doch – wenn auch mit einem kleinen anderen Buchstaben – derselben Partei angehört, das bitte ich Sie, insbesondere bei dem jetzt entbrennenden Landtagswahlkampf, einmal zu überlegen. Wenn ich mir vorstelle, sagen wir im Lande X – ich will keine Länder nennen – wäre eine sozialdemokratische Mehrheit in der Regierung und hier wäre eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister, dann wollte ich mal sehen, meine verehrten Damen und Herren, was dem Lande passieren

19 Bei den Auseinandersetzungen ging es um den Anteil von Bund bzw. Land an der Einkommen- und Körperschaftsteuer; Bundesfinanzminister Schäffer hatte am 5. Februar 1954 im Bundestag eine Erhöhung des Bundesanteils auf 42 % gefordert (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 394; Protokoll des Landtages von NW vom 26. März 1954 Sten.Ber. S. 4010ff.; vgl. dazu auch PROTOKOLLE 1 S. 384 Anm. 134).

würde, das da nicht so wollte wie der sozialdemokratische Parteivorstand. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich glaube, wir werden uns sehr bemühen müssen, hier die Organisation – nicht die äußere –, das innere Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Partei, doch mehr zu straffen, als das bisher möglich war.

Noch in anderer Hinsicht – ich glaube, man muß über diese Dinge sehr offen sprechen – können die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen uns ernste Sorgen machen, uns allen miteinander, weil der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – lassen Sie mich es nochmals wiederholen – seine Wirkungen ausüben wird auf die anderen Landtagswahlen. Wenn die Landtagswahlen des Jahres 1954 ein starkes Absinken der CDU zeigen werden, dann wird das außenpolitisch von außerordentlich großer Bedeutung sein; denn, meine Freunde, das ganze Ansehen und der ganze Einfluß der Bundesrepublik im Ausland beruhen auf der Wahl vom 6. September 1953. Darauf beruht der Einfluß, und sonst haben wir nichts, und sonst sind wir nichts, als daß wir damals eine geschlossene große Mehrheit aufgebracht haben, die erklärt hat, wir gehen auf diese Weise mit dem Westen.

Wenn diese Landtagswahl wirklich ergeben sollte, daß ein Rutsch zur sozialdemokratischen Auffassung hin stattfindet, dann behalten diejenigen Stimmen im Ausland recht, die sagen, der Deutsche ist ein unzuverlässiger Partner. Es ist richtig, werden sie sagen, bisher ist diese Politik gemacht worden, aber sobald er irgendwie etwas zu Kräften gekommen ist, geht er wieder seine eigenen Wege. Darum sind diese ganzen Wahlen – lassen Sie mich das immer wieder betonen – auch für das Ansehen, den Einfluß und die Bedeutung Deutschlands im Ausland von außerordentlich großer Bedeutung.

Ich weiß, daß der Herr Kollege Johnen nachher sprechen und vielleicht nicht mit allem einverstanden sein wird, was ich sage. Ich würde an seiner Stelle, wenn ich in seiner Haut steckte, auch nicht damit einverstanden sein; aber nun muß ich aus meiner Haut sprechen und nicht aus der Haut des Herrn Kollegen Johnen heraus.

Meine Herren von Nordrhein-Westfalen, ich halte es, wenn nicht eine andere Wahlpolitik in Nordrhein-Westfalen eingeschlagen wird, für durchaus möglich, daß diese Wahl des 27. Juni eine Regierung schafft, die aus SPD und FDP besteht. Bisher war die Regierung in Nordrhein-Westfalen auf sehr schmaler Basis. Sie war angewiesen auf die Stimmen des Zentrums.[20] Man hat geglaubt, man müsse das Zentrum dort am Leben erhalten. Ich habe mir erlaubt, anderer Ansicht zu sein. Ich war dagegen. Wir haben die Erfahrung gemacht bei den Verhandlungen vor der Bundestagswahl, daß das Zentrum ein höchst unsicherer Kompagnon ist, daß es keine Versprechen hält, die es gibt. Davon abgesehen glaube ich, daß es viel klarere Verhältnisse in Deutschland geben wird, wenn man sich nicht bemüht, das Zentrum künstlich zu konservieren.

---

20 Bei den Landtagswahlen vom 18. Juni 1950 hatte das Zentrum 7,5 % der Stimmen und 16 Mandate errungen. Zusammen mit den 93 Mandaten der CDU (36,9 % der Stimmen) ergab dies eine knappe absolute Mehrheit (bei insgesamt 215 Mandaten).

Ich glaube nicht, daß die Zusammensetzung der Regierung in Nordrhein-Westfalen, CDU und Zentrum, auf die evangelischen Teile unserer Partei einen besonders guten Eindruck gemacht hat, (*Ehlers:* Keineswegs!) besonders dann nicht, wenn das Zentrum in Nordrhein-Westfalen dadurch am Leben gehalten wird, daß man ihm ein Mandat verspricht, während es ohne dieses Versprechen restlos zugrunde gegangen wäre, weil es die 5 % nicht bekommen hätte.[21]

Ich selbst habe den Fehler mitgemacht bei der Bundestagswahl. Ich schäme mich jetzt noch, daß ich in Oberhausen für den Herrn Brockmann geredet habe auf Wunsch meiner Parteifreunde. Es war eben eine so große Versammlung. (*Zuruf:* Aber nicht für Herrn Brockmann! – *Heiterkeit.*) Weniger für Herrn Brockmann. Da haben Sie recht. Und was ist der Erfolg davon gewesen? Herr Brockmann, der sich verpflichtet hatte, als Hospitant der CDU beizutreten, ist einmal seit der Zeit überhaupt nur im Bundestag gewesen.

Ich wiederhole: Ich halte es gar nicht für so unmöglich, daß in Nordrhein-Westfalen diese Wahl – wenn die Konstellation ungünstig für uns werden sollte in außenpolitischer Hinsicht und daraus eine wirtschaftliche Depression folgt – darin endet, daß eine Regierung mit der SPD und der FDP kommen wird. Ich habe darüber mit Herrn Johnen und Herrn Ministerpräsident Arnold in aller Offenheit vorige Woche gesprochen.[22] Es ist mir erklärt worden, man halte das für ganz ausgeschlossen, daß die SPD so etwas tun würde.

Meine Damen und Herren! So leichtgläubig bin ich nicht. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die Entscheidung über eine solche Regierung fällt nicht in Düsseldorf, die Entscheidung fällt in Bonn. Die wird gefällt durch den Parteivorstand in Bonn. Ich glaube, der sozialdemokratische Parteivorstand würde schon bereit sein, alles zu geben, wenn es ihm gelänge, die CDU aus der Regierung herauszubekommen. Das wäre nicht nur ein Schlag gegen die Bundesregierung, sondern natürlich auch für die CDU von sehr, sehr schwerer Bedeutung.

Das Ergebnis der bisherigen Politik dort ist doch so, daß das Abkommen – Wuppertal, Solingen und Remscheid gehören hier mit hinein[23] –, das sowohl bei der letzten Bundestagswahl wie bei der letzten Landtagswahl bestanden hat, wonach die Mandate aufgeteilt wurden zwischen FDP und CDU, von der FDP gekündigt worden ist. In Ostwestfalen werden sich wahrscheinlich ähnliche Wirkungen ergeben. Dort wird die FDP nicht für die CDU-Kandidaten stimmen. Dann werden dort restlos Sozialdemokraten gewählt werden. Die FDP verliert dabei nichts; denn die FDP bekommt ihre Stimmen angerechnet über die Landesliste. Aber die CDU verliert

21 Vgl. Nr. 1 Anm. 99.

22 Am 23. April 1954 (TERMINKALENDER).

23 Im Wahlkreis Wuppertal I hatte die CDU bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet; dafür verzichtete die FDP auf die Aufstellung eines Kandidaten im Wahlkreis Wuppertal II. Gewählt wurde Carl Wirths (FDP) bzw. Eugen Huth (CDU). In Remscheid-Solingen bestand eine derartige Abmachung nicht.

dann Stimmen. Die für uns abgegebenen Stimmen kommen uns über die Landesliste nicht mehr zu, weil wir entsprechende Direktmandate haben. Wir büßen glatt diese Mandate ein, weil es anscheinend nicht möglich war, zwischen CDU und FDP in irgendeiner Weise etwas herbeizuführen, das diesen Schaden abgewehrt hätte.

In Hessen ist das möglich gewesen. Lassen Sie mich das einflechten. Wir sind es Herrn Dr. Fay schuldig, ihm ausdrücklich dafür zu danken, gegenüber dem sozialdemokratischen Druck ein derartiges Abkommen herbeigeführt zu haben, das sich sogar auf die kulturellen Fragen erstreckt.

Ich muß diese Dinge – vielleicht sind sie noch zu reparieren – in aller Deutlichkeit und Offenheit hier aussprechen. Es würde sehr schlimm sein, wenn etwa in Nordrhein-Westfalen dieselbe Entwicklung eintreten sollte wie in Belgien.[24] In Belgien hat die Christlich-Soziale Partei eine Wahlniederlage aus zwei Gründen erhalten, das ist wenigstens meine Meinung: Einmal halte ich es für ein Übel, das wir, wenn irgend möglich, vermeiden sollten, daß nämlich eine Partei allein die Regierung bildet. Wenn eine Regierung von einer Partei allein gebildet wird, dann tritt zweierlei ein: Einmal konzentriert sich die Gesamtbevölkerung mit ihren Vorwürfen gegen diese eine Partei; sie ist dann an allem schuld. Zweitens – jetzt komme ich zu dem zweiten Grund, warum die christlich-soziale Regierung in Belgien gestürzt worden ist – ist die Gefahr der Uneinigkeit ganz groß. Wie die Menschen nun einmal sind, brauchen sie, um einig zu werden, einen gewissen Druck von der anderen Seite. Deswegen ist es ganz gut, auch innerhalb einer Koalition, wenn verschiedene Fraktionen darin sind, die einmal lästig werden. Die ärgern uns dann wieder zusammen. Wenn man diesen Ärger nicht bekommt, dann wird man hoffärtig, man schlägt über die Stränge und geht eben auseinander.

Man hat auch in Belgien nicht geglaubt, daß die Sozialdemokraten und die Liberalen zusammengehen würden. Wer die belgischen Liberalen einigermaßen kennt, wer weiß, wie stark das Großkapital und die Schwerindustrie darinstecken, der wird überrascht sein. Was hat man ihnen geboten? In rohen Ziffern hatten die Liberalen in einer solchen Regierungskoalition ein Recht auf zwei Minister. Und man hat ihnen sechs Minister gegeben. Dann sind die Liberalen mitgegangen. Wenn ein bekanntes Blatt der Christlich-Sozialen Partei Belgiens schreibt: Wir werden jetzt durch ständig neue Anträge, die sie genehmigen müssen aus sozialen Gründen, die sie aber nicht erfüllen können, diese Koalition so in die Enge treiben, daß sie schließlich auseinandergeht, dann muß ich sagen, ist das die dümmste Politik, die man treiben kann. Denn wenn man sich nicht selbst aufgibt, hofft man doch, einmal wieder Erbe zu werden und in die Regierung zu kommen, sonst hat man einen großen Scherbenhaufen und unbezahlte Wechsel, die man selbst unterschrieben hat, die man auch einlösen muß.

---

24 Bei den Wahlen am 11. April 1954 verloren die Christlichsozialen ihre absolute Mehrheit (41,14 statt 47,68 % im Parlament, 41,79 statt 47,79 % im Senat). Die Regierung van Houtte trat am 12. April zurück; am 22. April wurde eine neue Regierung aus Sozialisten und Liberalen gebildet (AdG 1954 S. 4470, 4486).

Man sollte niemals sagen, daß es unmöglich sei, daß diese Parteien eine Regierung zusammen bilden können. Ich möchte unsere Freunde aus Nordrhein-Westfalen auf Baden-Württemberg hinweisen. Dort haben Sie das Beispiel gesehen. In der FDP – auch in der FDP von Nordrhein-Westfalen – sind ebenfalls Leute, die unter allen Umständen an die Macht kommen wollen, lieber mit der CDU als mit der SPD, aber wenn es nicht anders geht, auch mit der SPD.

Es bedeutet doch schon – lassen Sie mich das in aller Offenheit an meine Freunde in Nordrhein-Westfalen sagen – ein großes Selbstbewußtsein anzunehmen, daß man die absolute Mehrheit bekommen wird im zukünftigen Landtag. Wahlen, meine Damen und Herren, bringen immer Überraschungen. Ich betone nochmals, es kommt sehr darauf an, wie gerade die politische Atmosphäre z.Z. des Wahltages ist. Ich würde mich niemals darauf stützen, daß ich sage, wir bekommen eine Mehrheit, wenn sie auch nicht groß ist. Das wäre mir ein zu großes Risiko. Dann schließen sich die anderen zusammen, und man sitzt nachher daneben.

In der nächsten Zeit wird uns die Steuerfrage sehr beschäftigen. Ich habe eben die Finanzreform sehr kurz gestreift, indem ich auf die Gegensätze hingewiesen habe, die sich zwischen Herrn Schäffer und der Regierung von Nordrhein-Westfalen aufgetan haben. Die Steuerreform, die Herr Schäffer mit Zustimmung des Kabinetts eingebracht hat[25], bedeutet in Wirklichkeit eine große Tat! Es ist gar nicht zu verstehen, daß die gesamte Öffentlichkeit diese Vorlage in so schmachvoller Weise zerrissen hat, auch CDU-Leute und CDU-Zeitungen. Selbstverständlich kann man daran kritisieren, auch wahrscheinlich mit Recht, und es wird sich auch noch manches ändern lassen und wird auch geändert werden, aber nun nach dem Spruch zu handeln: Das Scheusal in die Wolfsschlucht, das ist alles Schwindel, was man da gemacht hat! – das ist erstens nicht wahr und zweitens parteipolitisch gesehen eine Dummheit größten Ausmaßes.

Nach unserer Auffassung sollte gerade diese Steuerreform für die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen mit das Paradestück werden. Und was hat man daraus gemacht, unnötigerweise gemacht? Ich war damals in der Türkei, als die Zeitungen das brachten. Ich habe mir an den Kopf gegriffen und gesagt, wie ist so etwas möglich? Verstehen die Leute gar nicht die Situation? Niemand anders als der Geheimrat Vocke[26], der doch wirklich ein sehr kühler Beurteiler ist, hat in einer Rede, die er am vergangenen Freitag, glaube ich, in Frankfurt gehalten hat, der Vorlage des Kollegen Schäffer ein außerordentlich starkes Lob gespendet.

Wir müssen entschieden in der Propaganda und in der Agitation das, was geschehen ist, wieder auszumerzen und zu verbessern suchen. Ich habe eben schon

25 Die Gesetzentwürfe über eine Steuer- und Finanzreform waren dem Bundesrat am 11. bzw. 18. März 1954 zugeleitet worden. Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesfinanzministers am 11. März vor dem Bundestag (Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 628–641).

26 Dr. Wilhelm Vocke (1886–1973), 1946–1948 stv. Leiter der Reichsbankstelle für die britische Zone, 1948–1957 Präsident des Direktoriums der Bank Deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank (Erinnerungen: Memoiren. Stuttgart 1973). – Zu seiner Rede vgl. FAZ vom 24. April „Die Steuerreform nicht zerreden".

gesagt, im Bundestag wird ganz bestimmt manche Änderung vorgenommen werden, insbesondere auch bezüglich der mittelständischen Einkommen. (*Zurufe:* Sehr gut!) Ich glaube, das wird Herr Schäffer noch schlucken. Vielleicht hat er es innerlich schon geschluckt, ich weiß nicht, ich genieße in dem Maße nicht sein Vertrauen, *(Heiterkeit)* daß ich das sagen kann. Ich gehöre nicht zur CSU! Aber dann wird er es jedenfalls schlucken müssen. Da wird noch etwas geschehen müssen, insbesondere nach der Stimmung im Bundestag. Aber alles in allem genommen betone ich nochmals: Es ist eine große Tat, die da geleistet wird.

Man sollte auch bei der kommenden Wahlagitation niemals vergessen, daß wir Herrn Schäffer, der mir namentlich in den letzten Wochen viele Scherereien gemacht hat, doch verdanken, daß unsere Währung zu dem geworden ist, was sie ist, und daß es uns jetzt nicht möglich ist, zu recht erheblichen Steuernachlässen zu kommen.

Ein Gebiet, auf dem wir noch etwas Großes leisten müssen – nicht vor den Landtagswahlen, das wird nicht möglich sein –, ist das Gebiet der Sozialreform. Das ist alles so etwas mehr zufällig gewachsen. Es ist gekommen durch die Not der Verhältnisse und alle diese Dinge. Die Renten, die Unterstützung der Arbeitslosen, die Fürsorgesätze usw. hängen im Grunde genommen auf das engste damit zusammen. Ich hoffe sehr, daß es uns gelingen wird – das würde eine große Tat dieses Bundestages und dieser Bundesregierung sein –, noch rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen wirklich etwas Neues, etwas Geordnetes zu bringen und eine Sozialreform zu beschließen, die den Menschen eine gewisse Sicherheit für ihr Alter und für Krankheiten gleichmäßig gibt. Das ist ein großes Ziel, das wir unter allen Umständen erreichen müssen.

Lassen Sie mich ein Wort über den Stand der Wirtschaft sagen. Vor kurzem erschollen die schrecklichsten Unkenrufe aus Nordrhein-Westfalen – diesmal nicht von der Regierung, sondern von der Schwerindustrie – über die mangelnde Beschäftigung. Es sind auch eine Reihe von vorübergehenden Einschränkungen erfolgt. Aber man hat das alles der Montanunion zur Last gelegt. Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich sofort eine entsprechende Anfrage im Bundestag gestellt. Sie wird am Donnerstag beantwortet werden.[27] Die an der Montanunion teilnehmenden Länder leiden in bezug auf Stahlproduktion und -absatz und Kohlenproduktion und -absatz mehr als die Bundesrepublik. Diese vorübergehende Flaute ist schon wieder vorbei. Die Beschäftigung steigt wieder an, und alle Aussichten sind gut für die Wirtschaft unter der einen Voraussetzung, daß politisch nichts passiert. Wenn politisch nichts passiert, dann wird auch die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen in einem guten wirtschaftlichen Klima erfolgen, so daß wir da Aussicht haben, gut abzuschneiden.

Ich möchte noch etwas sagen, was sich auf das konfessionelle Gebiet bezieht. Es ist in der deutschen Öffentlichkeit viel zuwenig bekannt, daß der Papst[28] – ich glaube,

27 BT-Drs. 455 – Sten.Ber. 2.WP Bd.19 S. 1062ff.

28 Pius XII. (1876–1958), Papst seit 2. März 1939. Ansprache am 6. Dezember 1953 anläßlich des V. Nationalkongresses des Verbandes katholischer Juristen Italiens in HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 173–176.

im Dezember oder November des vergangenen Jahres – vor einer Versammlung von Juristen ausdrücklich den Standpunkt abgelehnt hat, daß der Staat die Religion bestimmen müsse. Das bezog sich – ich drücke mich kurz aus – auf gewisse Theorien in Spanien. Ich möchte das hier deswegen sagen, weil gerade die Vorgänge in Spanien vielfach auf deutscher evangelischer Seite mit Recht als sehr unangenehm empfunden worden sind. Sie sind aber nicht dem Papst oder dem Vatikan zur Last zu legen, sondern zur Last zu legen der spanischen Geisteshaltung.

Lassen Sie mich nun etwas über meine Reise nach Griechenland und der Türkei sagen. Die Aufnahme, die ich sowohl in Griechenland wie auch in der Türkei gefunden habe, war geradezu überwältigend. Ich dachte, ich wäre in einer der letzten Wahlversammlungen vor dem 6. September, etwa in München, wo es auch so ähnlich gewesen ist, Herr Schäffer, wo alles mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen da war. Es war ganz überwältigend. Und das war um so ergreifender, als gerade Griechenland unter dem Krieg außerordentlich schwer gelitten hat; allein auf der Insel Santorin, wo ich gewesen bin, sind im Krieg von 8.000 Menschen 2.000 an Hunger und den darauf folgenden Krankheiten gestorben.

Nun zur Türkei! Damit Sie es nicht falsch verstehen, es ist richtig, bei einer Vorführung auf der Kriegsakademie in Ankara wurde zum Abschied dem deutschen Bundeskanzler ein dreifach donnerndes Sieg-Heil dargebracht. Man muß das, ohne mit der Wimper zu zucken, ertragen! *(Lebhafte Heiterkeit.)* In Griechenland und in der Türkei war ein stärkerer europäischer Sinn vorhanden als in manchen Ländern Westeuropas und auch eine viel klügere politische Einstellung. Zwischen Griechenland und der Türkei waren jahrhundertealte Kämpfe. Der letzte Krieg zwischen Griechenland und der Türkei war im Jahre 1922. Die Griechen waren damals bei Smyrna gelandet unter dem Schutz der britischen Flotte. Die Briten, die Amerikaner und die Franzosen wollten damals Kleinasien griechisch haben. Die Griechen sind von Kemal Pascha[29] zurückgeschlagen worden; sie waren ungefähr bis in die Nähe von Ankara gekommen. Sämtliche Griechen mußten Kleinasien verlassen, über zwei Millionen Menschen. Sie können jetzt noch in der Umgebung von Athen sehen, wie Griechen von damals in Behelfshütten untergebracht sind.

Zwischen Jugoslawien und Griechenland haben die bittersten kommunistischen Kämpfe getobt, und trotzdem, diese drei Länder haben sich in einer politischen Klugheit – ich betone das nochmals –, die über die Klugheit mancher westeuropäischer Länder weit hinausreicht, gesagt, gegenüber der gemeinsamen Gefahr, die uns allen von Sowjetrußland her droht, gibt es nur eins: daß wir einen Pakt schließen und zusammenhalten.[30]

---

29 Mustafa Kemal Pascha, Beiname Atatürk (1881–1938), türkischer Politiker; formte als Staatspräsident mit diktatorischen Vollmachten die Türkei zu einem modernen Nationalstaat westeuropäischer Prägung.

30 Freundschaftsvertrag vom 28. Februar 1953 mit Zusatzabkommen vom 7. November 1953 (Europa-Archiv 1953 S. 5563; AdG 1953 S. 3890).

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang weiter sagen: Es gibt auch einen Pakt der mohammedanischen Staaten, zunächst zwischen der Türkei und Pakistan.[31] Wenn die Inder jetzt so unangenehm werden in mancher Beziehung, so kommt das zum großen Teil aus dem Bündnis zwischen Pakistan und der Türkei und aus der Waffenhilfe, die Pakistan von den Amerikanern bekommt.

Es ist so, daß in der großen Politik Pakistan eine viel größere Rolle spielt als Indien. Und Indien möchte jetzt auch eine Rolle spielen. Aber die Türken und die Leute in Pakistan rechnen damit, daß die ganzen arabischen Staaten hinzukommen. Der Irak und der Iran haben schon ihre Bereitschaft dazu erklärt. In Ägypten tut sich wegen der allgemeinen Ruhe wohl z.Z. noch nichts; das muß abgewartet werden. Aber wenn sich die arabischen Staaten auch noch zusammenschließen, dann ist das von Griechenland über Jugoslawien bis nach Pakistan eine Strecke von 3.000 km, die in einem großen Paktsystem zusammengefaßt wird.

Nicht nur wegen der politischen Reife der Türken und der Griechen sage ich das, sondern auch deswegen, weil sich da nach meiner Überzeugung – und das habe ich auf dieser Reise gelernt – für eine deutsche Außenpolitik in Zukunft ein weites und gutes Feld noch öffnet, wo Deutschland wirklich auch außenpolitisch einmal eine Rolle wird spielen können. Darüber in der Öffentlichkeit zu sprechen, hat keinen Zweck. Meine Reise dorthin ist sowieso in manchen europäischen Ländern etwas scheel betrachtet worden, wenn man auch dazu geschwiegen hat. Amerika stoßen wir dadurch nicht vor den Kopf. Aber in diesen Ländern liegt nach meiner Auffassung die Zukunft unserer außenpolitischen Macht. Wir können nur alle hoffen, daß nichts passiert in der Welt, daß es ruhig bleibt und daß eine allmähliche Entspannung doch eintritt. Bis dahin müssen wir still sein und Geduld haben.

Ich habe noch eins vergessen; verzeihen Sie, wenn ich nochmals darauf zurückkomme. Ich sehe gerade meinen Freund Altmeier mir gegenübersitzen. Ich möchte jetzt über die Saar auch einiges sagen. Ich weiß nicht, was aus den Verhandlungen über die Saar mit den Franzosen werden wird. Ich weiß es nicht! Frankreich ist z.Z. auch von politischen Sorgen um den Sturz oder Nichtsturz der Regierung Laniel[32], um die Lage in Indochina usw. so in Anspruch genommen, daß die Leute gar keinen freien Kopf mehr haben für Fragen wie das Saarproblem. Aber über eines müssen wir uns völlig klar sein. Wenn bezüglich der Saarfrage nichts erfolgt, d.h., wenn die Dinge an der Saar so bleiben, wie sie jetzt sind, und wenn Frankreich oder irgendwelche frankophilen Gruppen im Saargebiet den Einfluß, den sie jetzt haben, noch drei, fünf oder zehn Jahre lang behalten, dann begehen wir nach meiner Meinung den größten

31 Der Vertrag vom 2. April 1954 sah gegenseitige Hilfe auf dem Gebiet der Verteidigung, der Wirtschaft und der Kultur vor (Europa-Archiv 1954 S. 6901; AdG 1954 S. 4448).

32 Joseph Laniel (1889–1975), französischer Politiker; 1946 Mitgründer und ab 1947 Präsident der Republikanischen Freiheitspartei, 1951–1952 Staatsminister für Post und Telefon, 1953–1954 Ministerpräsident. – Wegen des Vertrags über die Zusammenarbeit Großbritanniens mit der EVG und wegen der Terminfestsetzung der EVG-Debatte war es am 18. April zu einer Regierungskrise gekommen (L'Année Politique 1954 S. 23f.; AdG 1954 S. 4483).

Frevel an der deutschen Saarbevölkerung, den wir überhaupt begehen können. Man muß die Dinge real sehen. Man muß nicht sagen, das ist mein Recht. Was habe ich von meinem Recht, wenn ich es nicht durchsetzen kann? Dann habe ich gar nichts davon! Man muß die Dinge real sehen und versuchen – und das muß das Bestreben unserer Saarpolitik sein –, den Deutschen an der Saar möglichst große politische und wirtschaftliche Freiheiten zu verschaffen, und nicht um einer sozialdemokratischen Theorie willen – die nur aufgestellt worden ist aus rein parteitaktischen Gründen – nun die Deutschen an der Saar in dieser Abhängigkeit von Frankreich belassen.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß in spätestens 30 Jahren das ganze Saargebiet ausgekohlt ist. Dann hört es mit der Eisenindustrie auch mehr oder weniger auf. Dann ist das Ganze ein armes landwirtschaftliches Gebiet. Sie müssen sich einmal die Frage vorlegen, um die wir in Europa bangen müssen, ob es uns wirklich gelingt, Europa zu schaffen und damit das deutsche Volk wieder zu vereinigen und ihm damit Sicherheit zu geben, oder ob wir sagen: Das ist unser Recht an der Saar, und – mag die Welt zugrunde gehen – wir halten an unserem Recht fest. Das ist eine Frage, die sich jeder selbst stellen soll.

Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn die drei Voraussetzungen erfüllt sind, die ich in unserer Fraktion neulich einmal[33] genannt habe, dann können wir ruhig in die Einzelverhandlungen hineingehen. Diese drei Voraussetzungen für die Saarlösung sind folgende:

1. Die Saarbevölkerung muß der Lösung frei zustimmen, in freier Abstimmung.
2. Eine Europäisierung der Saar gibt es nicht, ohne daß ein Europa geschaffen wird.
3. Wir müssen dieselbe wirtschaftliche Position da bekommen, die die Franzosen jetzt haben.

Die deutschesten Saarländer sagen, wenn jetzt etwa unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich völlig auf den Kopf gestellt würden, dann wären wir erledigt; dann würde Gott weiß was bei uns passieren. Also, man muß die Dinge wirklich nüchtern sehen, man muß sie sehen, wie sie sind.

Die Saarfrage ist eine ernste Frage. Es gibt noch ernstere Fragen, das sage ich ganz freimütig, aber wenn die Sache so steht, haben wir Aussicht, durch ein stures Verharren auf dem Rechtsstandpunkt alles kaputtzumachen in Europa, auch die Wiedervereinigung, auch dem deutschen Volke auf die Dauer die Freiheit nehmen zu lassen durch Sowjetrußland und damit auch der Saar keine Freiheit zu verschaffen. Oder haben wir die Möglichkeit, trotz unseres Rechtsanspruchs, im Wege von Verhandlungen den Deutschen an der Saar ein möglichst freies politisches, menschliches und wirtschaftliches Leben zu verschaffen und gleichzeitig Europa zu schaffen? Dann ist für mich die Wahl nicht schwer, und ich weiß, was ich dann zu tun habe, vor allem dann, wenn ich weiß, daß ich damit richtigliege. Und ich weiß genau, daß ich im Sinne der großen Mehrzahl der Leute an der Saar selbst handele.

33 Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieser Zeit nicht erhalten.

Man soll diese Fragen nicht dramatisieren; sie werden jetzt im Bundestag wieder zur Sprache kommen. Die Sozialdemokraten werden alle Register ziehen durch Herausstellen der nationalen Frage und Gott weiß was. Lassen [Sie] sie es ruhig tun, mir ist es völlig gleichgültig, solange ich weiß, daß die große Mehrheit meiner Fraktion, meiner Partei, so denkt, wie ich denke. Und ich denke, glaube ich, vernünftig und real dabei.

Ich möchte Ihnen noch etwas anderes sagen. Das Saarterritorium, das Gebiet der Saar, ist ausersehen als Sitz all der zentralen europäischen Einrichtungen. Nun eine Frage: Wenn kein Krieg gewesen und die Saar nicht besetzt wäre von den Franzosen, wenn sie ganz frei wäre und zu uns gehörte wie irgendein anderes Land, und man würde nun sagen: Seid ihr Deutsche bereit, ein Stück Land Europa zu geben, damit auf diesem Gebiet – das zu keinem Nationalstaat dann gehört – die europäischen Zentralen errichtet werden? Ich glaube, dann würde jeder von uns sagen, jawohl, wir sind dazu bereit, vorausgesetzt, daß die Leute dort es selbst wollen. Ich bitte Sie, sich diesen Gesichtspunkt einmal zu überlegen.

Wohin sollen denn die Zentralbehörden kommen? Sollen sie nach Frankreich? Jeder von Ihnen wird sagen, das geht nicht, dann werden sie französisch infiltriert. Mit Recht wird man das sagen. Sollen wir sagen, sie sollen nach Brüssel? Ich glaube, dagegen würden wir auch [sein]. Aber wenn sie auf dieses Gebiet kommen, das doch deutsch ist – und die Saar denkt deutsch, und die Menschen sind deutsch –, dann ist das letzten Endes ein großer Vorteil auf die Dauer für Gesamtdeutschland.

Ich denke, es wird darüber noch gesprochen werden. Deswegen möchte ich damit schließen. Ich hoffe, daß eine sehr ausgiebige Diskussion sich jetzt entfalten wird und daß wir uns zum Schluß darüber verständigen, wie wir die Diskussion morgen auf dem Parteiausschuß gestalten werden. *(Lebhafter Beifall.)*

Süsterhenn: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu der Frage Stellung nehmen, die der Herr Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der Konfessionen innerhalb der CDU angeschnitten hat, und zwar auch das nur zur Frage des Vatikan-Botschafters. Der Herr Bundeskanzler hat ausgeführt, daß sich auch in diesem Saal derjenige Vertreter einer großen katholischen Organisation befindet, die in dieser Hinsicht mit dem Herrn Bundeskanzler Verhandlungen geführt bzw. Vorstellungen bei ihm erhoben habe.

Ich möchte bekennen, daß ich der Vertreter dieser katholischen Organisation gewesen bin, und zwar mit noch einem anderen Herrn oder einer Dame als Vertreter des politischen Arbeitskreises der katholischen Verbände Deutschlands. Ich glaube, die Frage des Vatikan-Botschafters hätte man, nachdem die Botschaft nunmehr besetzt ist, auf sich beruhen lassen können. Nachdem aber die Frage angeschnitten und immerhin gegenüber dieser großen katholischen Organisation im Kreise des Parteivorstandes, auch hinsichtlich der Form, so etwas wie ein Vorwurf erhoben worden ist, halte ich mich doch für verpflichtet, im Namen der 4,5 Millionen Katholiken, die mit ihren Verbänden dieser Organisation angeschlossen sind und die immerhin einen erheblichen

Kern der CDU-Wähler darzustellen scheinen, ein kurzes Wort der Berichtigung [zu] sagen.

Es ist vom politischen Arbeitskreis der katholischen Verbände niemals die Forderung erhoben worden, daß der Botschafter beim Vatikan unter allen Umständen ein Katholik sein müsse, sondern es ist von dieser Organisation dem Herrn Bundeskanzler mündlich und schriftlich erklärt worden, daß deutscher Botschafter beim Vatikan sowohl ein Katholik als auch ein Protestant sein könne, allein schon deshalb, weil das durch Art. 3 GG ausdrücklich vorgeschrieben sei und nach diesem Artikel niemand wegen seiner Konfession von der Bekleidung eines öffentlichen Amtes ausgeschlossen werden könne. Aber nachdem von sehr prominenter evangelischer und liberaler Seite in der breitesten Öffentlichkeit Jahre hindurch der Standpunkt vertreten worden ist, es existiere eine sogenannte deutsche Tradition, wonach der deutsche Botschafter beim Vatikan ein Mitglied der evangelischen Kirche sein müsse, nachdem weiterhin in aller Öffentlichkeit die Behauptung aufgestellt worden ist, ein Katholik besitze nicht die notwendige innere Unabhängigkeit, um als deutscher Botschafter beim Vatikan fungieren zu können, da war eine Situation gegeben, in der die katholischen Verbände glaubten, nicht schweigen zu dürfen und dem Herrn Bundeskanzler mitteilen zu sollen, daß die große Gefahr bestünde, daß diese falschen Thesen, die zweifellos vom Herrn Bundeskanzler nicht geteilt werden, nach außen hin sozusagen ihre Bestätigung erfahren würden, wenn – nachdem dieser Programmpunkt in der Öffentlichkeit von evangelischer Seite und von liberaler Seite vertreten worden war – nun ein evangelischer Botschafter ernannt werden würde.

Gegenüber dieser Haltung und gegen diese nach unserer Überzeugung falschen und verfassungswidrigen Grundsätze haben wir als der politische Arbeitskreis der katholischen Verbände protestiert, und ich glaube, mit gutem Recht protestiert. Wenn der Herr Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß noch von keinem deutschen Bischof ihm gegenüber ein ähnlicher Protest zum Ausdruck gebracht worden sei, so darf ich sagen, daß auch der katholische Laie politisch insoweit mündig ist, daß er nicht erst auf den Befehl seiner Bischöfe zu warten braucht, sondern als katholischer Staatsbürger und als katholischer Wähler das Recht und die Pflicht hat, seiner Überzeugung im Rahmen der CDU und außerhalb der CDU Ausdruck zu geben. Im übrigen stimmt es nicht, daß die Bischöfe sich zu diesem Thema niemals geäußert haben, sondern bereits auf der Limburger Bischofskonferenz – ich glaube, sie war im Jahre 1952[34] – ist dieser Protest in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen.

Wenn der Herr Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß er bei seinem letzten Besuch in Rom – nachdem bereits die Ernennung des evangelischen Botschafters erfolgt war und der Vatikan sein Agreement erteilt hatte – den beiden Herren

34 Vermutlich die Fuldaer Bischofskonferenz vom 11. bis 13. August 1952. Die Bischöfe veröffentlichten im Oktober eine Stellungnahme „Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt", in der sie die Eigenverantwortlichkeit der Staatsbürger im Staat deutlich hervorheben (vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 176–181).

Prostaatssekretären Tardini und Montini die Frage vorgelegt hat, ob noch etwas in der Sache zu bemerken sei, und diese ihm erklärt haben: nein, – so hat das mit der Haltung und der Einstellung der deutschen Katholiken in der innerpolitischen Situation nicht das geringste zu tun. Ich darf darauf hinweisen, daß es auch in der Geschichte des sogenannten politischen Katholizismus ähnliche Ereignisse gegeben hat. Ich erinnere an die berühmte Rede von Windthorst[35] in Köln, wo damals katholische Politiker eine durchaus vom Vatikan abweichende Haltung in einer rein politisch-staatsbürgerlichen Frage vertreten haben. Ich glaube, dieses Recht nehmen die deutschen Katholiken, auch bei all ihrer kirchlichen Ehrfurcht, die sie gegenüber dem Vatikan aufbringen, auch heute noch in vollem Umfange als katholische Laien für sich in Anspruch.

Ich hätte das Thema nicht angeschnitten, wenn es nicht vom Herrn Bundeskanzler angeschnitten worden wäre. Ich möchte aber, um jegliches Mißverständnis auszuräumen, erklären: causa finita, bona locuta! (*Adenauer:* bona mit zwei n! – *Heiterkeit.*) Ob ich auch hier das bona mit zwei n anerkennen würde, wage ich im Augenblick nicht zu entscheiden.

Was die Frage der konfessionellen Schwierigkeit und die Diskussion über die Zivilehe und die kirchliche Ehe angeht, so stehe ich auf demselben Standpunkt, den der Herr Bundeskanzler vertreten und den erfreulicherweise der Herr Bundesminister Dr. Wuermeling im Bundestag mit der gebührenden Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat.[36] Im übrigen glaube ich, daß es bei beiderseitigem guten Willen durchaus möglich ist, allen berechtigten Interessen gerecht zu werden, auch den Interessen, die sich an das häßliche, aber unvermeidliche Wort Parität anknüpfen. Wir müssen den Versuch machen, daß der katholische Volksteil lernt, für den evangelischen, und der evangelische Volksteil lernt, für den katholischen zu sorgen aus der Erkenntnis heraus, daß es uns primär daran gelegen ist, daß überhaupt ein Mann, der aus christlicher Glaubenshaltung heraus Politik oder Verwaltung betreibt, in den entsprechenden Posten hineinkommt, und daß nicht über derartige konfessionelle Schwierigkeiten andere, die alles andere als Christen sind, den tertius gaudens letzten Endes darstellen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Minister Stooß[37].

Stooß: Ich habe heute zum ersten Male Gelegenheit, diesem Gremium und seinen Beratungen beizuwohnen, und zwar in Vertretung von Herrn Kultusminister

35 Ludwig Windthorst (1812–1891), katholischer Politiker (Zentrum). Gemeint ist die sog. Gürzenich-Rede vom 6. Februar 1887 (Ausgewählte Reden. Osnabrück 1901 S. 300–314; Margaret Lavinia ANDERSON: Windthorst. A Political Biography. Oxford 1981, dt. Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks. Düsseldorf 1988 S. 361 f.

36 Vgl. Anm. 12 sowie HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 305f.

37 Heinrich Stooß (1896–1971), 1926–1933 MdL Württemberg (Bauern- und Weingärtnerbund), 1945 Mitgründer CDU, stv. Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1946 Vorläufige Volksvertretung bzw. Verfassunggebende Landesversammlung Württemberg-Baden, 1946–1961 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1961–1969 MdB, 1946–1951 Landwirtschaftsminister in Württemberg-Baden, 1952–1968 Präsident des Bauernverbands Württemberg-Baden.

Simpfendörfer. Ich bin dankbar für die Ausführungen, die der Herr Bundeskanzler gemacht hat, und darf meinerseits einige Worte zu dem konfessionellen Zwiespalt, der sich bereits da und dort unter dem Begriff „fortschreitende Klerikalisierung" zeigt, sagen. Mich beschäftigen diese Dinge als evangelischen Mann seit langer Zeit sehr stark. Ich darf noch bemerken, daß ich von der Bauernschaft komme. In der Tat ist es so, daß sich auch im berufsständischen Raum einige Dinge gezeigt haben, die zu einer gewissen Beunruhigung beim evangelischen Bevölkerungsteil der Bauernschaft geführt haben.

Es ist verschiedentlich davon gesprochen worden, daß wir zu einer konfessionell ausgerichteten Landjugendbewegung kommen müssen. Ich glaube, es war die Fuldaer Bischofskonferenz, die auch nach dieser Richtung gewisse Beschlüsse gefaßt hat. Ich darf weiter an die Ausführungen des Bischofs Keller[38] von Münster erinnern, daß wir überhaupt zu einer katholischen Landjugendbewegung kommen müssen. Diese Dinge haben in evangelischen Bauernkreisen zu einer großen Besorgnis und Beunruhigung geführt. Ich möchte dringend darum bitten, daß man in Parteikreisen alles daransetzt, daß solche Dinge zum Stillstand oder zum Verschwinden kommen; denn sie sind nicht dazu angetan, das Verhältnis zwischen evangelischen und katholischen Christen auf der politischen Ebene zu fördern.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Lösung, die wir in der CDU gefunden haben, die einzige ist. Es muß also alles unterbunden werden, was dazu führen könnte, daß weitere Konflikte oder gar Spaltungen auftreten. Zu was das in Deutschland führen würde, davon kann man sich keine Vorstellungen machen. Wir konnten in evangelischen Kreisen – das möchte ich offen aussprechen – nach der Wahl vom 6. September verschiedentlich feststellen, daß man Befürchtungen dieser Art hatte. Man muß sich darüber klar sein, daß nach dieser Wahl evangelische Kreise aufmerksamer die Dinge verfolgt haben, als sie es vor der Wahl getan haben.

Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, Sie darum zu bitten, daß man in katholischen Kreisen alles daransetzt, daß die Gefühle der evangelischen Menschen nicht verletzt werden, wobei ich ohne weiteres zugebe, daß auch in unserem Lager Fehler gemacht werden und Verstöße vorkommen und daß man vielfach auch die Lage völlig falsch sieht.

Wir müssen alles daransetzen, um diese politische Bewegung, die wir mit der Christlich-Demokratischen Union geschaffen haben, unter allen Umständen zu erhalten, wenn es nicht in Deutschland drunter und drüber gehen soll.

---

38 Dr. Michael Keller (1896–1961), 1921 Priesterweihe, 1947 Bischof. – Die Ausführungen von Stooß beziehen sich vermutlich auf den Fastenhirtenbrief des Bischofs von Münster, der sich, ausgehend von den Kämpfen um die Gemeinschaftsschule und dem Bildungsanspruch des Deutschen Bauernverbands, mit den „Gefahren des Interkonfessionalismus" auseinandersetzt (vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 7.Jg. 1952/53 S. 146, 8.Jg. 1953/54 S. 99, 301f.). – Der „Bund der Deutschen Landjugend christlichen Bekenntnisses" ist 1949 gegründet worden.

Ich möchte nun noch einige Worte zur Steuerreform sagen. Ich habe in der letzten Zeit in Versammlungen Schwierigkeiten gehabt, weil ich mich für den Herrn Bundesfinanzminister eingesetzt und auch das erklärt habe, was heute gesagt worden ist. Solange dieser Mann an der Spitze der deutschen Bundesfinanzpolitik steht, habe ich keine Befürchtung für unsere Währung. Ich möchte wünschen, daß der Konflikt, der sich aufgetan hat, wieder beseitigt wird. Ich habe keinen Zweifel daran, daß wir zu irgendeiner Kompromißlösung kommen.

Noch ein Wort zur Sozialreform. Als bäuerlicher Mensch bin ich der Auffassung, daß wir zu gewissen Reformen auf diesem Gebiete kommen müssen. Vielleicht geht meine Meinung nach anderer Richtung als die des Herrn Bundeskanzlers oder auch anderer hier anwesenden Herren. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere heutige Sozialgesetzgebung in manchen Dingen überspitzt ist und sich tatsächlich Reformen gefallen lassen muß, und zwar nicht nur im Geben, sondern auch im Nehmen.

Auch zum bevorstehenden Familienlastenausgleich möchte ich vom Landvolk aus sagen, daß man sich diese Frage zehnmal gründlich überlegen muß. Heute hat man in Kreisen der Landwirtschaft für die vorgesehenen Maßnahmen kein besonderes Verständnis. Die Landwirtschaft wird sich mit allen Mitteln dagegen wenden, daß sie durch diesen Ausgleich zu stark belastet wird. (*Adenauer:* Die Landwirtschaft müßte doch eigentlich ein sehr großes Interesse an diesem Ausgleich haben!) Ja, Herr Bundeskanzler, in gewissem Sinne schon, aber ich möchte die Frage nicht weiter vertiefen, wir werden uns in anderen Kreisen noch darüber aussprechen können.

Adenauer: Das Wort hat Herr Johnen.

Johnen: Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers bezüglich der Wichtigkeit der Wahlen in den einzelnen Ländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, werden von uns durchaus geteilt. Noch vor der Rücksprache, die ich mit dem Herrn Bundeskanzler hatte, habe ich in meinem Fraktionsvorstand die gleichen Gründe vorgetragen, die hier wiederholt worden sind, nur mit der These, daß bei uns der Akzent auf die Innenpolitik und nicht zu sehr auf die Außenpolitik gelegt wird. Ich bin deshalb auch mit Ihnen der Meinung, daß eine gewisse Gefahr oder Möglichkeit zu einer Koalition FDP/SPD nach der Wahl bestehen kann. Die Meinungen sind bei uns geteilt. Es gibt eine Gruppe, die geradezu schwört, daß die FDP das nicht tun würde; es gibt eine andere Gruppe, die umgekehrt sagt, die SPD tut es nicht. Nach meinen Erfahrungen halte ich es für möglich, daß es geschieht. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es bei der SPD vielleicht befehlsgemäß geschieht, daß aber bei der FDP ehrgeizige Absichten damit verbunden sein können.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß er zum ersten Teil anderer Meinung ist als ich. Es mag manchmal reizvoll sein, anderer Meinung als der Bundeskanzler zu sein. In diesem Augenblick ist es schädlich, wenn man unmittelbar vor der Wahl in grundlegenden Dingen verschiedener Ansicht ist. Hier muß ich auf die einzelnen Dinge, die er hinsichtlich Nordrhein-Westfalen angeschnitten hat, kurz eingehen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Wahlrecht, das einer Partei die errungenen Mehrmandate in der direkten Wahl beläßt ohne Anrechnung auf die Verhältnisquote. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 15 Mehrmandate der CDU.[39] Davon waren 7 unecht und 8 echt, d.h. 7 Mandate sind errungen worden durch schriftliche Vereinbarung mit der FDP; 8 waren echt.

Ich habe in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Fraktion vor etwa eineinhalb Jahren meinem Vorstand die Frage vorgelegt, ob das Wahlrecht geändert werden müsse. Alle Experten kamen zu dem Ergebnis, nicht daran zu rütteln; denn bei der Situation des Landtages könne es nur noch schwerer werden. Wir haben also geschwiegen. Aber die Opposition hat dann vor einigen Monaten die Frage aufgegriffen. Nun stehen wir vor folgender Situation: Die FDP beantragte, die sogenannten Mehrmandate zu streichen. Die SPD stellte den Antrag, das Land in 100 Wahlkreise aufzuteilen, so daß wir zunächst 100 Abgeordnete hätten. Der Antrag wurde einmal von dem Abg. Kühn[40] gestellt; er ist aber dann in seiner Fraktion zerschlagen worden. Dann kam der Antrag Menzel[41], 100 Wahlkreise, aber dann 50 : 50. Das hätte für uns bedeutet, daß bei einer Neuordnung von Nordrhein-Westfalen die SPD sich genau errechnet hatte, was für sie dabei herauskam. Das Zentrum beantragte, die 5%-Klausel zu streichen.[42]

Nun wurde ich von einer Abordnung der FDP, d.h. von Herrn Middelhauve[43], zu einer Rücksprache gebeten. Er erschien mit den Herren Steuer[44] und Altenhain[45]. Mir wurde gesagt: Wir haben mit dem Zentrum verhandelt oder das Zentrum hat mit uns verhandelt (ich lasse das als eine Streitfrage dahingestellt). Die haben mir

---

39 Dazu Erhard H. M. Lange: Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise. Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956. Köln 1980. – Vgl. Anm. 40.

40 Heinz Kühn (geb. 1912), 1948–1954 und 1962–1979 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1953–1963 MdB, 1966–1978 Ministerpräsident von NW, 1979–1984 MdEP. 1983–1987 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung (Erinnerungen: Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978. Hamburg 1981). – Zu Kühns Einlassungen vgl. LT NW Sten.Ber. 102. Sitzung vom 10. März 1954 S. 3775, 3783, 3785. – Die sog. Mehrmandate kommen dadurch zustande, daß die Parteien, die mehr Direktmandate erhalten, als ihnen nach der Gesamtstimmenzahl zustehen würden, diese Sitze behalten.

41 Dr. Walter Menzel (1901–1963), 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1949–1963 MdB. Vgl. Protokolle 1 S. 174 Anm. 12. – Gesetzentwurf der SPD vom 1. Februar 1954 (LT-Drs. 1435).

42 Gesetzentwurf des Zentrums vom 26. Januar 1954 (LT-Drs. 1432) zur Änderung des § 35, hier 5%-Klausel.

43 Dr. Friedrich Middelhauve – vgl. Nr. 1 Anm. 19.

44 Lothar Steuer (1893–1957), vor 1933 DNVP, 1945 Mitgründer und Vorstandsmitglied der Nationalen Rechten, 1950–1957 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP, zunächst als Hospitant), 1954 Vizepräsident des Landtages.

45 Gustav Altenhain (1891–1968), 1918–1933 Mitglied der DDP, 1945 FDP, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen.

gesagt: Wir sind uns einig geworden. Daraufhin habe ich das einzige getan, was man tun konnte. Ich habe ihnen erklärt, nachdem Sie einig sind – SPD, FDP und Zentrum –, also die Mehrheit haben, weiß ich nicht, warum wir noch diskutieren müssen. Ich habe Herrn Middelhauve gesagt, ich finde es geradezu reizend, daß Sie für das Zentrum sorgen. Daß Sie ausgerechnet der Advokat des Zentrums sind, berührt mich sonderbar. Herr Middelhauve hat, allerdings unter Protest der beiden anderen, vorgetragen, er stände auf dem Standpunkt, daß das Zentrum so tatkräftig und wirkungsvoll in Nordrhein-Westfalen mitarbeiten könne, daß man eine Lösung suchen müsse, damit das Zentrum erhalten bliebe. Er hat weiter als seine persönliche Ansicht vorgetragen, er hielte es für richtig, wenn die Kommunisten im Landtag wären. Nachdem sie im Bundestag ausgeschaltet seien, müßten sie eine Plattform haben, um öffentlich das zu sagen, was sie meinten.

Ich habe mir erlaubt, anderer Meinung zu sein. Es hat keinen Sinn, die einzelnen Verhandlungen, die wochenlang hin und her gepflogen worden sind, hier darzutun. Hier unterscheide ich mich von der Ansicht des Herrn Bundeskanzlers. Ich habe den Herrn Bundeskanzler unterrichtet. Wir haben auch eine anderthalbe Besprechung gehabt, wenn ich diejenige von Paderborn als halb bezeichne, wo er den Standpunkt vertreten hat, das wichtigste sei die Beibehaltung der 5%-Klausel, notfalls müsse man dafür mit den Mehrmandaten bezahlen. Ich persönlich stand auf dem Standpunkt, daß es meine Pflicht als Vorsitzender der Fraktion sei, zu versuchen, beides zu retten, sowohl die 5%-Klausel als auch die Mehrmandate.[46]

Ich darf offen sagen, daß mir der Herr Bundeskanzler den weisen Rat gegeben hat, dem ich zu folgen versprochen habe. Es ist mir aber nicht immer gelungen. Ich möchte nicht zu klug sein, sondern ehrlich. Ich bin ehrlich geblieben. Ob ich klug war, das weiß ich nicht. *(Heiterkeit.)* Es ist dann zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Möglichkeit der Mehrmandate gerettet haben. Bei der 5%-Klausel haben wir, wenn Sie wollen, eine kleine Schwächung zugegeben, indem diejenige Partei zur Wirkung kommt, die ein Direktmandat oder in einem Wahlkreis $33\,^1/_3$ % erringt. Zu dieser kleinen Schwächung glaubten wir aus folgendem Grund berechtigt zu sein: Ich weiß positiv, und es ist nicht bestritten, daß die FDP und die SPD im Höhepunkt der Verhandlungen dem Zentrum gesagt haben, bis zu 20 % zu gehen. Das haben wir abgelehnt. Wir konnten es aber tun, da es in Nordrhein und in Westfalen eine Reihe von Wahlkreisen – auf die letzte Landtagswahl gemünzt – gibt, wo wir ein Direktmandat erzielt haben, und zwar mit einer Höhe bis zu 35 %. Deshalb glaubten wir, durchaus berechtigt zu sein, auf $33\,^1/_3$ % gehen zu können, haben aber ganz klar 20 % abgelehnt. Das Zentrum hat seinen Antrag auf Wegfall der 5%-Klausel zurückgezogen.

---

46 Unterlagen zu den Verhandlungen in ACDP III-002-260. – Landeswahlordnung vom 8. April 1954 in GV NW vom 14. April 1954 S. 95, Änderung vom 6. Mai 1954 in GV NW vom 12. Mai 1954 S. 129.

Wir haben dadurch natürlich auf der anderen Seite eine Verärgerung – das ist ganz klar – sowohl bei einzelnen Herren der FDP als auch bei der SPD hervorgerufen. Es besteht ganz klar die Frage, man hätte das Ganze vermeiden und das Zentrum schon im voraus sterben lassen können, wenn man mit der FDP zu einer Verständigung gekommen wäre. Die einzige Verständigung, die theoretisch möglich gewesen wäre, war eine klare Koalitionsvereinbarung. Ich halte persönlich nicht einmal für sicher, daß zu diesem Preis eine Verständigung erfolgt wäre. Das wäre aber auch für uns bei der Situation der CDU in Nordrhein und in Westfalen nicht möglich gewesen, weil dort starke Gruppen vertreten sind, die es ablehnen, vor der Wahl echte Koalitionsvereinbarungen zu treffen. Ich persönlich vertrete selbst den Standpunkt, ohne so unklug zu sein, um einen Standpunkt zum Dogma zu erheben, daß eine große Partei wie die CDU – ich sehe von dem Sonderfall Bund damals ab – allein in den Wahlkampf gehen soll, so daß man ehrlich sagen kann, ich habe keine Vereinbarung getroffen. Der Herr Middelhauve hat mir zugemutet, ich müsse dafür sorgen, daß die CDU seinem Antrag auf Streichung der Mehrmandate zustimme, weil sonst die FDP in die unangenehme Lage komme, mit der KP und SPD zusammen stimmen zu müssen. Es sei auch undemokratisch, hat Herr Middelhauve vorgetragen, daß man als Partei die absolute Mehrheit erstrebe. (*Lebhafte Heiterkeit. – Adenauer:* Das tut doch jede Partei! – *Anhaltende Heiterkeit.*) Allmählich geht einem das Latein zu Ende. Ich habe lediglich dem Herrn Middelhauve gesagt, stellen Sie ihre Propaganda ein, Sie sind auch auf dem Wege zu 50 %. Wann wollen Sie aufhören, mit 47? Hören Sie lieber jetzt auf, und unterstützen Sie die CDU. Was will man sonst anders sagen?

Nun hat der Herr Bundeskanzler gesagt, daß es in Nordrhein-Westfalen Leute gäbe, die des Glaubens seien, die absolute Mehrheit zu erringen. Zu diesen Leuten gehöre ich. Diese These ist von mir bewußt aufgestellt worden, und zwar aus folgendem Grund: 1. ist es möglich, jedenfalls ist es nicht unmöglich, und 2. hat sich vor der Bundestagswahl in unseren Reihen ein Schock ergeben.

Mit diesem Ausgang der Wahl hat man nicht gerechnet. Im Augenblick denke ich nicht an die Stimmung unter der Bevölkerung, sondern an diejenige der maßgebenden CDU-Leute. Hinunter bis zur Ortsgruppe hatte man eine gewisse Angst vor dem Ausgang der Wahl. Dieser Angst muß man begegnen. Ich bin dafür, daß wir vor die Wähler treten und sagen: Gebt uns die absolute Mehrheit in der CDU. Was hat die Bundestagswahl für einen Sinn gehabt, Adenauer zu wählen, wenn ihr dieses Ergebnis durch die Landtagswahl wieder kaputtmacht?

Ich bin durchaus optimistisch. Wenn alle unsere verantwortlichen Parteiinstanzen einschließlich unserer Helfer ihre Pflicht tun, so halte ich es nicht für unmöglich, die absolute Mehrheit zu bekommen. Ich vertrete auch den Standpunkt, daß man diese Mehrheit, wenn man kann, auch erringen sollte. Das hat absolut nichts damit zu tun, welche Koalition man nachher eingeht, oder ob man nachher auf den verwegenen Gedanken kommt, allein zu regieren.

Meine Herren! Es stimmt, der Landesverband Nordrhein-Westfalen hat einen Wahlkreis in Essen insofern zur Verfügung gestellt, als wir dort keinen Kandidaten

aufstellen. Ich glaube, Essen-Borbeck-Karnap heißt er[47]; es ist ein Wahlkreis, den wir nicht gehabt haben, sondern der durch die Zersplitterung von CDU und Zentrum an die SPD gegangen ist. Diesen Wahlkreis können wir schaffen, wenn wir zusammengehen. Er ist aber nicht zu schaffen mit der CDU und der FDP. Die Bevölkerung dort setzt sich überwiegend aus Arbeiterkreisen zusammen, wo sehr wenige FDP-Leute sind. Warum sollten wir jetzt nicht um großer Aufgaben willen, nämlich das Wahlgesetz zu retten, einen Wahlkreis zur Verfügung stellen, d.h. dort keinen Kandidaten aufstellen, den wir allein doch niemals bekommen würden.

Ich habe noch einen anderen Grund. Ich bitte unsere lieben Freunde, es mir nicht für übelzunehmen, wenn ich folgendes in aller Offenheit sage: Wir haben für jeden Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen die katholischen Organisationen und, wenn Sie wollen, auch einen Teil der katholischen Geistlichkeit nötig. Unsere Wahlergebnisse sind zum Teil darauf zurückzuführen. Ich bitte Sie, vor allem hierbei an die alten Leute zu denken, die genauso wahlberechtigt sind wie die jungen. Die katholischen Männer und Frauen, vor allem wenn sie älteren Datums sind, hören auf das Wort des katholischen Pfarrers vielleicht mehr, als wir es glauben wollen. Die Kirche hat – ich meine die katholischen Organisationen und die politisch hervortretenden Geistlichen, die ich kurz als Kirche bezeichne – immer wieder erklärt: Wir können gar keinen Wahlaufruf machen, wenn CDU und Zentrum, also die beiden christlichen Parteien, gegeneinanderstehen. Nunmehr haben wir gesichert, daß die Kirche, und zwar in dem Sinne, wie ich es eben sagte, sich mit derselben Kraft am Wahlkampf beteiligt, wie das auch bei der Bundestagswahl geschehen ist. Auch dieser Standpunkt ist schon etwas wert. Ob das Zentrum in Essen das Direktmandat oder die $33\,^1/_3$ % erringen wird, das weiß ich nicht. Aber wenn es so ist, wieviel Zentrumsleute wir dann in den Landtag bekommen, wage ich nicht zu sagen. Ich persönlich halte die Zahl für sehr klein; koalitionsmäßig spielt diese Zahl absolut keine Rolle. (*Adenauer:* Dann hätte ich es erst recht nicht getan!) Entschuldigen Sie mal, diese Vereinbarung hat uns geholfen, daß uns das Wahlrecht hilft und daß sich die katholische Kirche restlos für uns im Wahlkampf einsetzen wird. Ich vertrete immer noch den Standpunkt, daß das, was wir getan haben, richtig war.

Meine Herren! Nun etwas anderes. Wir haben damals mit der FDP örtliche Vereinbarungen getroffen. Das betrifft vor allen Dingen die Gebiete Wuppertal, Solingen und den ostwestfälischen Raum. Die FDP – ich bitte, das festzuhalten – hatte bereits vor unserem Wahlrecht beschlossen, mit der CDU keine Vereinbarung zu treffen. Ich bitte, das ganz genau festzuhalten. Die FDP lehnte das als selbstverständlich ab. Was will die FDP? Die FDP will unter allen Umständen in die Regierung, aber nicht mit einer so starken CDU, sondern sie hofft, durch die Schwächung der CDU selber stark zu werden, um dadurch in der Regierung auch eine starke Position zu bekommen.

47 Kandidat in Essen-Borbeck-Karnap war der Zentrumspolitiker und Justizminister Dr. Rudolf Amelunxen (vgl. Nr. 8 Anm. 21). Bei der Landtagswahl 1950 hatte die CDU 34,1 %, das Zentrum 10,6 % und die SPD 37,7 % errungen.

Der Herr Bundeskanzler hat sich bereit erklärt, für die Gebiete Wuppertal usw. seine Hilfe zur Verfügung zu stellen. Wir sind ihm dafür sehr dankbar. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß in Wuppertal keiner von uns zum Zuge kommt, während eine starke Richtung, z.B. der Oberbürgermeister Schmeißing[48], in Wuppertal der Ansicht ist, wenn wir allein gingen, könnten wir drei Mandate erringen. Die Ansichten hierüber sind also durchaus geteilt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es möglich wäre, mit der FDP wieder zu einer örtlichen Vereinbarung zu kommen. Zum zweiten ist es sicherer.

Über den ostwestfälischen Raum können die Westfalen etwas sagen. Wie ich es sehe – ich weiß nicht, ob es richtig ist –, ist es uns bei der letzten Landtagswahl trotz Unterstützung der FDP nur in zwei Wahlkreisen gelungen durchzukommen. Wehking und Blank heißen die Leute.[49] Es ist also nur ein kleiner Sieg mit der FDP.

Einige Kollegen haben den Vorschlag gemacht, das Wahlrecht bei uns zu ändern, um in Ostwestfalen evangelische Kandidaten durchzubringen. Das wäre nur zu erreichen gewesen bei einer klaren Listenwahl. Aber eine grundlegende Änderung der CDU-Anschauung unmittelbar vor der dritten Lesung des Wahlrechts ist praktisch unmöglich. Vielleicht kann Herr Blank oder Herr Wehking über die schwierigen Verhältnisse in Ostwestfalen etwas sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat über das Verhältnis von Bund und Nordrhein-Westfalen gesprochen. Ich selber bin erst vor Ostern aus dem Urlaub zurückgekommen und habe über diese Kämpfe nur in der ausländischen Presse gelesen. Ich habe in der ersten Vorstandssitzung meiner Fraktion folgendes erklärt: Diese Disharmonie – so will ich sie einmal nennen – zwischen Bund und Ländern ist unmöglich. Die Wähler haben für diesen Kampf absolut kein Verständnis. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich lasse dabei vollkommen die Frage offen, ob der Herr Schäffer der Sündenbock ist oder ob die Länder die Sündenböcke sind. Ich unterscheide aber zwischen der Finanzregelung Bund und Länder und zwischen der Steuerreform bezüglich der Steuerzahler. Das muß man unterscheiden. Nun hat der Herr Bundeskanzler bereits den Wunsch des Mittelstandes vorgetragen, daß dort Unebenheiten ausgebügelt werden müssen. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Auf der anderen Seite wage ich zu sagen, es müßte doch drei ernste Männer im Bund und in den Ländern geben, die es fertigbrächten, innerhalb von drei Tagen diese Disharmonie zu beseitigen. (*Schäffer:* Sicherlich, wenn es drei sind!) Es braucht nicht immer der Bundesfinanzminister dabeizusein. In Wirklichkeit dreht es sich gar nicht um eine so ungeheure Summe. Ich bin davon überzeugt, daß eine Einigung herbeigeführt werden kann. Wir haben als CDU-Leute ein peinliches Gefühl, daß es nicht möglich gewesen ist, hier eine solche

48 In der Vorlage: Schmissen. – Heinrich Schmeißing (1905–1982), 1951–1956 Oberbürgermeister von Wuppertal (CDU), ab 1958 Stadtkämmerer und -direktor (1967).

49 Sinn unklar. Bei der letzten Landtagswahl waren weder Josef noch Theo Blank Kandidat, bei der Bundestagswahl 1953 errang Heinrich Wehking nicht ein Direktmandat, sondern gelangte über die Landesliste ins Parlament.

Einigung herbeizuführen, ohne dieses öffentliche Tamtam zu machen. Ich gebe Ihnen recht, für die Wahl war das nicht schön gewesen, und wir werden einige Arbeit haben, das wieder auszubügeln. Der Herr Bundeskanzler hat angedeutet, daß ein großer Teil der Wähler sich erst in der letzten Minute entscheidet. Ich darf daher die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion herzlich bitten, uns zu helfen, und zwar nicht nur im Rednereinsatz – ich halte es für selbstverständlich, daß Absagen kommen –, *(Heiterkeit)* sondern auch zu versuchen, daß auf der Bundesebene möglichst wenig Pannen passieren, die den Wähler in den Ländern zu sehr beeinflussen.

Adenauer: Seien Sie nicht böse, wenn ich noch einmal das Wort zu den Ereignissen in Nordrhein-Westfalen ergreife. Ich will nicht kritisieren, sondern ich tue es, um hier eventuell noch zu retten, was zu retten ist; denn ich sehe im Gegensatz zum Herrn Johnen eine große Gefahr darin, wie nun die politischen Dinge geworden sind. Über die finanzielle Frage wird noch Herr Schäffer sprechen.

Herr Kollege Johnen sagt: Wir haben unser altes Wahlrecht gerettet mit sieben oder acht unechten Mandaten. Er hat das damit bezahlt, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach das Zentrum gerettet hat. Es kommt nicht darauf an, daß Herr Johnen sehr geschickt zu retuschieren versucht, ob er ein Mandat, das er nicht gehabt hat, verschenkt hat, das ist ganz gleichgültig, sondern es kommt darauf an, daß Sie dem Zentrum die Chance gegeben haben, diese Landtagswahlen weiter zu überleben.

Das Zentrum hatte in Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl 1953 noch 2,7 % der Wähler. Wenn Sie nun daran denken, wieviel Prozent es früher gehabt hat, dann können Sie mit Sicherheit annehmen, daß das Zentrum in Nordrhein-Westfalen, wenn es nicht diese Hilfe bekäme, verschwunden wäre. Es würde keine Landtagsabgeordneten mehr bekommen. Damit wäre das Zentrum in Nordrhein-Westfalen erledigt. Das ist eine sehr wichtige politische Frage, und zwar nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern weit darüber hinaus, meine verehrten Parteifreunde. Ich bin daher der Auffassung, man hätte sich sehr wohl die Frage vorlegen müssen: Ist denn das ein guter Handel – anders kann ich es nicht nennen – gewesen, daß ich dem Zentrum das Dasein rette, wenn dafür dieses Landtagswahlrecht gerettet wird, was nach den Ausführungen des Herrn Johnen vielleicht eine Mehrheit bringen wird.

Lassen Sie mich nun hier zu den Parteien etwas sagen. Die SPD hat überhaupt keine Grundsätze mehr; sie hat kein Programm mehr, und doch sage ich Ihnen, die SPD ist durch ihre Organisation, durch die Gewerkschaften, die hinter ihr stehen, eine so einflußreiche und machtvolle Partei.

Die FDP hat auch kein einheitliches Programm. Sie ist zusammengesetzt aus allen möglichen Leuten. Aber das muß auch einmal ausgesprochen werden, die FDP hat durch ihr einfaches Bestehen verhindert, daß rechts von der FDP keine nennenswerte nationalistische Partei entstanden ist. Ich habe diese Leute, die Träger einer solchen Entwicklung sein können, viel lieber in der FDP – wenn sie die auch ein bißchen durcheinanderbringen, aber sie können schließlich gehalten werden –, als wenn sie nun nicht mehr in der FDP sind. Das ist mir doch viel lieber, als wenn sie – das sage ich nicht ohne Grund – mit Unterstützung finanziell starker Länder und wirtschaftlicher

Kreise eine nationalistische Partei aufmachen. Deswegen habe ich ein Interesse daran, daß die FDP bestehenbleibt, weil sie die Gesamtheit dieser nationalistischen Kräfte bindet, indem sie diese Leute innerhalb der FDP sich tummeln läßt. Lassen Sie sie doch tummeln; sie dürfen nur nicht zuviel Unfug machen.

Nun, Herr Johnen und Herr Albers und wer sonst noch aus Nordrhein-Westfalen da ist, Sie müssen mit folgender Möglichkeit rechnen: Keine von den drei Parteien kann für sich eine Mehrheit bekommen. Es sind die verschiedenen Kombinationen möglich: CDU-FDP, CDU-SPD, FDP-SPD. Nun frage ich Sie, was ist nun das wünschenswerte? Herr Middelhauve hat Herrn Arnold, Herrn Johnen und mir erklärt, daß seine Fraktion bereit sei, nach der Wahl Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten zu wählen. (*Zuruf:* Sehr richtig.) Das ist die Koalition, von der eben Herr Johnen gesprochen hat. Er hat hinzugefügt, natürlich erwarten wir, daß auch einer von uns genommen wird. Wahrscheinlich meint er sich selbst. *(Heiterkeit.)* Es ist nun einmal so, meine Herren, man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Sie kennen nicht die Vorgänge bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Da hat die FDP auch Herrn Arnold gewählt. Dann hat Herr Arnold nachher erklärt, ich bin nicht in der Lage, einen FDP-Mann zum Minister zu ernennen. In Nordrhein-Westfalen ernennt der gewählte Ministerpräsident die Minister. Herr Arnold wird doch weiter Ministerpräsident bleiben wollen. Ich nehme auch an, Herr Johnen, daß Sie damit einverstanden sind. Wenn nun der Herr Middelhauve namens seiner Fraktion erklärt hat: Wir sind bereit, Herrn Arnold zu wählen, nehmen aber an, daß auch einer von uns berücksichtigt wird, dann war die Sache doch fertig, und die ganze Mißstimmung war nicht nötig. Sie hatten dann die Sicherheit, die Sie jetzt nicht haben, daß eine Koalition zwischen FDP und SPD nicht kommen würde.

Sie hätten noch etwas anderes gehabt. Die FDP spielt sich jetzt als die Hüterin der kulturellen Freiheit auf. Das ist gekommen durch die verschiedenen Reden, die gehalten worden sind. Das ist gekommen durch die Geschichte mit der Zivilehe. Weite Kreise von Leuten, die uns gewählt haben, sind in einer innerlichen Besorgnis, es würde tatsächlich – lassen Sie mich den Ausdruck gebrauchen – durch einen Klerikalismus die kulturelle und religiöse Freiheit eingeengt. Auf diesem Roß zieht die FDP jetzt in den Wahlkampf hinein. Und ich sage Ihnen, Herr Johnen, sie wird damit Erfolg haben. (*Zurufe:* Jawohl!) Sie werden damit rechnen müssen, daß die FDP einen Stimmenzuwachs bekommen wird. Wie groß, kann kein Mensch sagen, aber sie wird ihn bekommen. Sie wird natürlich nicht so stark wie die CDU, aber sie wird aus dem Wahlkampf mit einem Erfolg hervorgehen. Das ist sehr wahrscheinlich. Ich würde also da – nehmen Sie mir es nicht für übel – doch so klug sein und beizeiten dafür sorgen, daß diese Entwicklung abgefangen wird. Ich würde jetzt noch an Ihrer Stelle den Versuch machen, mit der FDP darüber einig zu werden, daß sie Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten wählt, sie aber auch einen Minister bekommt, dafür aber ihre kulturellen Geschichten aufhört; denn die würden uns schaden. Das wäre nach meiner Meinung eine gute Politik. Ich bitte Sie sehr herzlich, Herr Johnen, nehmen Sie die Sache nicht so leicht. Sie haben eben selbst zitiert, was ich Ihnen

gesagt habe, man müsse auch ehrlich sein. Ich habe auch gesagt, man kann auch zu klug sein. Ich finde, meine Freunde, in der Politik zu klug sein zu wollen, das macht sich nicht bezahlt. Damit fällt man nachher herein; denn so klug sind die anderen auch.

Daher bitte ich Sie nochmals sehr herzlich – ich würde es sehr begrüßen, wenn auch die übrigen Herren sich einmal dazu äußerten, weil es sich um eine Sache handelt, die an Bedeutung weit über Nordrhein-Westfalen hinausgeht –, die Sache auf irgendeine Weise in Ordnung zu bringen. Wenn ich Ihnen dabei helfen kann, stehe ich mit Vergnügen zur Verfügung. Was ich aber aus der Geschichte heraus haben möchte, ist, daß das Pferd „Klerikalismus" in den Wahlkampf gebracht wird. Das möchte ich heraus haben; das ist häßlich und gehört nicht in den Wahlkampf, und wenn ich es vermeiden kann, dann tue ich es. Ich bitte Sie nochmals herzlich, Herr Johnen, doch einmal zu überlegen, daß man nicht spekulieren, sondern den sicheren Weg gehen soll. Wenn Sie Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten gesichert haben, dann können Sie ganz zufrieden sein.[!]

Johnen: Sie befinden sich im Irrtum, wenn Sie alles das als bar unterstellen, was Ihnen Herr Middelhauve zuträgt. Der Herr Middelhauve ist in Nordrhein-Westfalen nicht die FDP. Sie irren auch, wenn Sie meinen – wir sind nicht klug, aber auch nicht zu dumm –, daß irgendeine Tür zugeschlagen würde. Ich darf Ihnen ehrlich sagen, das ist eine Flügeltür, nicht eine einfache, sie bleibt offen. Ich bin nicht zu dumm, mich jetzt schon in Koalitionsvereinbarungen festzulegen. Glauben Sie mir, da befinden Sie sich, Herr Bundeskanzler, nach meiner subjektiven Überzeugung im Irrtum. Glauben Sie nicht, daß durch eine Vereinbarung, die meinetwegen Herr Middelhauve und ich jetzt treffen, die ein anderer einlösen muß, der Einwand des Klerikalismus und die ganze Kulturgeschichte auch nur um ein kleines Atömchen weniger wäre. Darf ich daran erinnern, daß sich im Bundestagswahlkampf, der gemeinsam geführt wurde, die FDP weitgehend nicht an gemeinsame Parolen gehalten hat. Das wird zwar die offizielle Leitung empfehlen, aber man wird es nicht tun. Sie brauchen keine Sorge zu haben, Herr Bundeskanzler, bei uns wird die Tür nicht zugeschlagen. Das wissen die positiven Kräfte in der FDP ganz genau. Ich bin nicht davon überzeugt, daß das auf den Wahlkampf irgendeinen Einfluß hat.

Ehlers: Ich bin sehr glücklich darüber, daß wir heute dazu kommen, über diese Dinge ausführlich zu sprechen; denn ich hatte bisher immer das Gefühl, daß der Parteivorstand bestimmte Routinesitzungen abgehalten hat, in denen die Dinge so etwas vorbereitet herunterliefen nach dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers, und man an die Problematik manchmal nicht so ganz herankam. Vielleicht ist es zweckmäßig, nachmittags zu tagen und nicht erst ein gutes Frühstück einzunehmen. Das ist notwendig für die Zukunft; es ist eine heilsame Erfahrung, weil man hinterher nicht mehr entsprechend lebendig ist.

Aber diese Auseinandersetzung scheint mir wirklich dringend nötig zu sein; denn, Herr Bundeskanzler, es ist nicht so, daß wir noch verhindern könnten, daß das Pferd „Klerikalismus" im Wahlkampf aufzieht, sondern es ist bereits im Wahlkampf,

und zwar in sämtlichen Wahlkämpfen in den fünf Ländern, die in diesem Jahr Landtagswahlen haben. Wir können es daraus nicht mehr verjagen, sondern wir müssen damit fertig werden und dafür sorgen, daß die Leute, die dieses Pferd reiten, im Ziel die Nase nicht vorne haben.

Ich bin keineswegs davon überzeugt, daß das unmöglich ist. Wir müssen uns nur auf die Dinge rechtzeitig einstellen. Wir müssen uns darüber klar sein, was zu tun ist. Es ist gar kein Zweifel, daß hier bestimmte Dinge durcheinandergingen. Ich habe mit etwas Aufmerksamkeit, verehrter Herr Süsterhenn, gehört, daß Sie zweimal hintereinander die Worte Evangelische und Liberale sehr dicht zusammen genannt haben. (*Süsterhenn:* Aber getrennt!) Aber doch immerhin betont dicht zusammen! Es ist tatsächlich so, daß die Auseinandersetzung, die uns heute aufgetragen ist, die ist, daß wir vor der evangelischen Öffentlichkeit deutlich machen, daß Evangelische und Liberale nicht identisch sind.

Ich habe alles Verständnis dafür, daß aus der Situation im Anfang des Jahrhunderts viele unserer katholischen Freunde geneigt sind, den Protestantismus unter einem liberalen Vorzeichen zu sehen. Dafür hat es damals einigen Anlaß gegeben, vielleicht gibt es auch heute noch einigen Anlaß, aber das, was uns aufgetragen ist, ist gerade das Sichtbarmachen, daß hier zwei Dinge nebeneinandergehen und daß man das, was wir als evangelisches Anliegen in der CDU vertreten, nicht mehr mit dem Wort „liberal" beschreiben kann. (*Süsterhenn:* Einverstanden!) Das ist im übrigen auch die Frontstellung, die wir gegenüber dem Liberalismus der FDP einzunehmen haben; denn dort wird ebenso wie beim Sozialismus der Versuch gemacht, so zu tun, als ob die Vertretung liberaler Forderungen – die unter dem Begriff Freiheit und Toleranz zusammengefaßt werden – das einzige protestantisch-evangelische Anliegen sei. Es ist kein Zweifel, daß es eine bestimmte Zahl von Menschen im evangelischen Raum gibt, bis hin zu den Leuten, die Bischöfe sind, die darauf hereinfallen, die mindestens diese Vokabeln in gleicher Weise benutzen.

Dagegen sich zu wehren, scheint mir unsere entschiedene Aufgabe zu sein. Ich darf am Rande daran erinnern, daß es wirklich das ernsteste Anliegen der Evangelischen Arbeitskreise in der CDU ist, daß wir diese Scheidung deutlich machen. Ich glaube auch, Herr Johnen, daß Sie das als eine Forderung empfinden, was wir noch am 12. und 13. Juni bei dieser großen Tagung der Evangelischen Arbeitskreise in Wuppertal zu diesen Dingen gesagt haben[50], um gerade in Nordrhein-Westfalen noch ein sehr deutliches Zeichen aufzurichten.

Ich glaube, daß die Flutwelle, die vom Liberalismus, d.h. insbesondere von der FDP, gekommen ist, schon etwas im Abklingen ist. Taktisch ist der Vorstoß von dieser Seite zu früh erfolgt. Ich bin nicht immer der Meinung gewesen, daß das,

50 Muß wohl heißen: sagen werden. – Entschließungen und Presseberichte der Bundestagung in Wuppertal vom 11. bis 13. Juni 1954 in ACDP IV-001-008/3. Mit dem Liberalismus und dem Unterschied von „klerikal" und „christlich" befaßte sich Professor D. Dr. Martin Redeker in seinem Referat „Die evangelische Verantwortung in der Demokratie".

was der verehrte Kollege Wuermeling formuliert hat, glücklich formuliert war. Ich habe aber immer den Standpunkt vertreten, daß sein Anliegen ein höchst wichtiges Anliegen ist, das wir zu vertreten haben. Ich bin im Grunde sehr glücklich darüber, daß er manchmal so ungeschickt – verzeihen Sie den Ausdruck, Herr Wuermeling – vom taktischen Standpunkt aus formuliert hat, weil es die anderen zu früh aus ihrer Position herausbrachte und sie zu einem Angriff veranlaßt hat.

Sie haben die Dinge zum Teil im Bundestag erlebt. Ich bin der Auffassung, daß die Debatte, die im Februar anfing und über die Familienfragen zum Klerikalismus ging, von unserer Seite taktisch nicht so furchtbar geschickt gegangen ist. Ich habe die für die FDP unverzeihliche Frechheit besessen, ein Wort zu sagen, das mir den Haß und die Bannflüche von Herrn Dehler von seiner Amerikareise her zugezogen hat.[51] Das muß man gelegentlich mal tun.

Ich darf auf der anderen Seite eine dringende Bitte aussprechen. Der Herr Bundeskanzler hat es nicht getan. Ich glaube aber, mich von seiner Meinung nicht zu weit zu entfernen dabei, gerade weil die Dinge im evangelischen Raum so kritisch sind und weil auch an sich vernünftige Leute, wie etwa der Landesbischof Lilje oder der Landesbischof Meiser[52], die uns gegenüber im Grund gutwillig sind, manchmal Formulierungen gebrauchen, die uns nicht hilfreich sind. Wir erbitten in diesen Dingen auch von unseren katholischen Freunden ein so großes Maß von Zurückhaltung, wie es nur irgend mit ihrer inneren Haltung zu vereinbaren ist. Es ist nicht so, daß die katholischen Bischöfe – das machen manchmal übrigens nicht die Bischöfe, sondern die Generalvikare – immer die taktische Klugheit besessen haben, die in solchen Fragen zweckmäßig ist, ob sie in Münster bei der Vorbereitung von Kandidaturen und Zentrumserwägungen oder in Würzburg sitzen. Es wäre sehr gut, wenn dort die Zurückhaltung gewahrt werden könnte.

Ich darf einige Punkte aneinanderreihen, die ich erwähne, weil sie die Lage erschweren. Ich fange an mit meinem eigenen Land Niedersachsen. Die Art und Weise, wie insbesondere unter Führung des ja gar nicht unmittelbar betroffenen Bischofs von Münster die Polemik gegen das niedersächsische Schulgesetz geführt worden ist, hat uns nicht gefördert, sondern außerordentlich schwer geschadet.[53] (*Von Brentano:* Richtig!) Es hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß es unseren Freunden der katholischen Kirche möglich wäre, 50.000 oder 60.000 Menschen in Hannover auf die Straße zu bringen, aber daß sie es getan haben, hat einfach Befürchtungen auch bei gutwilligen Leuten hervorgerufen, die wir besser vermieden hätten.[54] Es geht nicht darum, daß ich das Schulgesetz verteidige. Sie wissen, daß ich sehr stark dazu

51 Dehler war vom 17. April bis 2. Mai 1954 in den USA. Dehler hatte vor seiner Abreise geäußert, eine Partei könne nicht in Anspruch nehmen, die Christen auf der politischen Ebene zu vertreten (vgl. „Frankfurter Neue Presse" vom 14. April 1954).

52 Hans Oswald Meiser (1881–1955), seit 1933 evangelischer Landesbischof von Bayern.

53 Vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 301f., 302–305, 532. Bischof Keller hatte sich aufgrund seiner Zuständigkeit für den Verwaltungsbezirk Oldenburg geäußert.

54 Am 7. März 1954 (EBD. S. 304f.).

beigetragen habe, daß gerade unmittelbar vor dieser Kundgebung noch der lutherische Schulausschuß der Hannoverschen Synode eine Erklärung[55] abgegeben hat zu dem Schulgesetz, die sich in ihrer Zielsetzung von dem, was die katholischen Bischöfe gefordert haben, gar nicht entscheidend unterscheidet. Warum es nicht gelungen ist, zu einem gemeinsamen Willen zu kommen, das ist mir schleierhaft. Wir bemühen uns noch, hier etwas weiterzukommen. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, wir hätten uns niemals auf die Bekenntnisschule festgelegt. Ich glaube, das muß deutlich sein. Wir haben vom Elternrecht gesprochen, wobei man – das muß ich aussprechen – auch hier noch bestimmte Differenzen hat; insbesondere Sie, Herr Süsterhenn, haben dieses Elternrecht in Ihrer Rede in Hannover – natürlich von Ihrem Standpunkt aus immer zutreffend – mit naturrechtlichen Erwägungen begründet, obwohl Sie – genau wie ich – wissen, daß im evangelischen Teil, auch der CDU, diese naturrechtlichen Erwägungen in vollem Umfange so nicht übernommen werden können, so daß wir uns also über das Vokabularium in dieser Frage, wie wir das Elternrecht begründen wollen, noch sehr deutliche Gedanken machen müssen.

Ich habe mich im Bayerischen Rundfunk bemüht, das in anderer Weise zu tun, und glaube aus dem Echo schließen zu dürfen, daß es verstanden worden ist.[56] Was wir von evangelischer Seite in Niedersachsen beanstanden werden – ich denke an die Tagung in Celle am nächsten Sonntag[57] – wird sein, daß wir sagen, es besteht die Möglichkeit, daß der Staat unter dem Vorzeichen einer politischen Ideologie – das ist der Hintergrund des Herrn Kopf[58] und des Herrn Bojunga[59] – seine Meinung gegen den Willen der Eltern durchsetzt. Das ist nicht unsere Meinung. In der Praxis werden wir einig sein. Darum sollten wir in dieser Frage etwas anders prozedieren, als es vielleicht bisher geschehen ist.

Der bayerische Landesbischof hat einige Sorgen zum Ausdruck gebracht. Es läßt sich nicht bestreiten: Durch die Freiheit, die der Herr Landtagspräsident gebraucht, werden die Dinge über das notwendige Maß hinaus erschwert. Es ist kein Zweifel, daß auch die gutwilligen Leute bei uns immer wieder aufhorchen. Selbst der Landesbischof Meiser, der vor aller Öffentlichkeit erklärt hat, ich bin für die Bekenntnisschule,

55 Veröffentlicht in epd Nr. 32/54 vom 7. März 1954.

56 Rede am 13. April mit Korrespondenz in NL Ehlers ACDP I-369-10/1 bzw. 28; vgl. auch UiD vom 8. Mai 1954.

57 2. Mai 1954 – vgl. epd Nr. 101 vom 3. Mai 1954.

58 Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), 1946–1955 und 1959-1961 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 28 Anm. 46.

59 Dr. Helmut Bojunga (1898–1958), vor 1933 DVP, 1933–1938 Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium bzw. im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1938–1953 Kurator der Universität Göttingen, 1953–1954 Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium, 1955–1958 Präsident der Klosterkammer in Hannover. – Zur Kontroverse um das niedersächsische Schulgesetz vom 14. September 1954 vgl. Erwin RATZKE: Die Stellung des Lehrerverbandes Niedersachsen (GEW) in der niedersächsischen Schulpolitik 1946–1954. Frankfurt 1981.

muß Herrn Hundhammer[60] öffentlich mahnen. Daraus jetzt Drohungen zu ziehen und Diffamierungen, die die evangelisch-lutherische Kirche nicht mitmachen kann, sollte vermieden werden. Ich wäre dankbar, wenn das gesehen werden könnte.

Das dritte, muß ich kritisch sagen, ist das, was wir in Hamburg seit der Senatsbildung erleben. Ich bin dankbar, daß Herr Samsche hier ist. Ich spüre in den evangelischen Kreisen, aber auch in den katholischen Kreisen Hamburgs, über die dortige Entwicklung eine berechtigte starke Enttäuschung darüber, wie diese Senatsbildung dazu führt, daß die FDP praktisch heute einen Einfluß hat, der dem Stimmenverhältnis in gar keiner Weise entspricht. Wenn die CDU, die die Chance hatte, diesmal einen Schulsenator zu berufen, einen Mann beruft, von dem alle evangelischen Leute in Hamburg erklären, das einzige, was man von ihm sagen könne, sei, daß er zur Kirche keinerlei Beziehungen habe, dann scheint mir das keine Rechtfertigung zu sein, in Hamburg dazu aufzurufen, CDU zu wählen.[61]

Ich muß das einmal so deutlich aussprechen. Wir stehen schließlich mit unserem Namen in unserer Partei und führen unsere ganze Politik in einer festgelegten inneren Verantwortung, und wenn wir dem nicht gerecht werden, sondern der Eindruck entsteht, als ob wir das eigentlich auch andersherum machen können, und in dieser Richtung keine Linie halten, dann kann man nicht verlangen, daß die Wähler uns ernst nehmen. Herr Samsche, verhindern Sie, daß der von der CDU gestellte Bürgermeister am 2. Mai auf einer Turnerkundgebung vor dem Rathaus in Hamburg ausgerechnet am Sonntag morgen um 10 Uhr zur Zeit des Hauptgottesdienstes eine Ansprache an die Turner hält. Ich habe es auch abgelehnt, vor einer Ärztetagung zu sprechen um diese Zeit. Solche Dinge dürfen wir uns nicht leisten, wenn wir CDU sein wollen. *(Bravo-Rufe.)* Herr Johnen, ich habe alles Verständnis für Taktik und weiß durchaus, in welch schwieriger Situation Sie sind. Man wird von evangelischer Seite in Nordrhein-Westfalen zu dem, was in den letzten Jahren geschehen ist, einiges sagen können, auch zur Personalpolitik, die manchmal – entschuldigen Sie, wenn ich so formuliere – für die Leute etwas am Rande unter dem Gesichtspunkt gestanden hat, wir teilten so ein bißchen auf: Wenn die CDU einen aufstellt, ist es ein Katholik, und die Evangelischen werden mit den SPD-Kandidaten abgefunden. Ich habe mir die Besetzung der Polizeipräsidentenposten verhältnismäßig genau angesehen. Da sind diese Dinge ein bißchen fraglich geworden. Auch mit der Personalpolitik in Münster bin ich trotz Ihrer Einwände nicht einverstanden, weil in Nordrhein-Westfalen so

60 Dr. Alois Hundhammer (1900–1974), 1932–1933 MdL Bayern (Zentrum), 1945 Mitgründer der CSU, 1946–1970 MdL (1946–1951 Fraktionsvorsitzender), 1946–1950 Kultusminister, 1951–1954 Landtagspräsident, 1957–1969 Minister für Ernährung und Landwirtschaft (vgl. Bernhard Zittel in Zeitgeschichte 5 S. 253–265, 293). – Hundhammer hatte bei einer Vorwahlveranstaltung in Herzogenaurach seine Forderung nach Konfessionsschulen und konfessioneller Lehrerbildung erneuert („Bonner Rundschau" vom 10. April 1954); in einer Erklärung bekräftigte er seine Übereinstimmung mit den Forderungen der katholischen Bischöfe (vgl. UiD vom 15. April 1954).

61 Schulsenator war seit dem 17. März 1954 der parteilose Dr. Hans Wenke (1903–1971).

manche Dinge unter kulturpolitischen Vorzeichen viel öfter geschehen als irgendwo anders.

Wir haben dort die erstaunliche Situation, daß der völlig im Niemöllerkurs liegende Präsident der evangelischen Kirche von Westfalen[62] erklärt, ich bin mit der Kirchenleitung für die Bekenntnisschule, und daß der auf der Niemöllerlinie liegende Oberkirchenrat Beckmann[63] in Düsseldorf erklärt, unsere Erfahrungen mit dem Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen sind ausgezeichnet, d.h. also, daß die Erfahrungen, die immer zum Konfliktstoff gemacht werden, dort eine entscheidende Rolle spielen. Darum hätte man vielleicht die Voraussetzungen dafür schaffen können, daß das etwas günstiger gelaufen wäre.

Wenn man es von draußen sieht, versteht man das Abkommen mit dem Zentrum nur so, daß hier nun in einseitiger Weise zumindest eine Verstärkung der Front geschehen sollte, die nicht gut ist. Mir läge sehr viel daran, daß wir – hier ist nicht der Ort – die Voraussetzungen dafür schafften, daß bei der Kandidatenaufstellung zur Wahl in Nordrhein-Westfalen – ich interessiere mich besonders für den Wahlkreis Duisburg-Mitte[64] – wirklich das, was Herr Süsterhenn vernünftig und nüchtern von der Parität gesagt hat, beachtet wird.

Die Lage ist peinlicherweise so – das ist nicht etwas, was ich von evangelischer Seite als Forderung aufstelle, sondern was ich nur als Schwächung darstellen kann –, daß die Stimmenzahl in Ostwestfalen, in Ravensberg, Minden und Lippe, für die CDU nicht ausreicht, um Kandidaten aufzubringen, so daß unsere Kandidaten mit einem gewissen Recht sagen, wenn ihr nicht genug Leute auf die Beine bringt, dann könnt ihr euch nicht beklagen, daß ihr nicht hinreichend zum Zuge kommt. Wir müssen einfach appellieren an die Gutwilligkeit und die politische Klugheit unserer Kandidaten in Nordrhein-Westfalen, daß sie bei der Aufstellung einen Ausgleich für die Bereitschaft und für die Zusammenarbeit in diesem Lande schaffen, der es den evangelischen Leuten, die natürlich auch mit den Ressentiments umhergehen, wie es überall üblich ist, möglich macht, mitzuziehen.

Meine Damen und Herren! Es liegt hier wirklich das Entscheidende unserer ganzen künftigen Politik. Wenn es diesem sachlich unbeschreiblich primitiven und flachen Ansturm von Liberalismus und Marxismus gelänge, uns auseinanderzutreiben in dieser Situation, dann würden – das hat der Herr Bundeskanzler hinreichend gesagt – katastrophale Folgen nicht nur auf innenpolitischem, sondern auch auf außenpolitischem Gebiete eintreten.

---

62 D. Ernst Wilm (1901-1989), 1948–1968 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen; 1957–1973 im Rat der EKD.

63 D. Dr. Joachim Beckmann (1901–1987), 1948 Oberkirchenrat, 1958–1971 Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

64 In Duisburg-Altstadt wurde Hubert Wagner (SPD) direkt gewählt mit 37,8 % der gültigen Stimmen; Bernhard Kaes (CDU) kam auf 32,0 %, die Zentrumspartei erreichte 5,9 %.

Darum haben wir die Pflicht, alles zu tun. Ich appelliere an Sie, gemeinsam daran mitzuarbeiten, daß dieser Ansturm abgewiesen wird. Ich muß sagen, wenn wir nicht bereit wären, diesen Kampf durchzufechten, und wenn wir nicht vollständig klarzumachen verstünden, um was es bei der echten christlichen Verantwortung in der katholischen und in der evangelischen Ausprägung – durchaus in ihrer Besonderheit und Unterschiedlichkeit – geht, dann würde unsere ganze bisherige politische Linie falsch gewesen sein und hätte keine innere Rechtfertigung.

Es ist nicht so, daß wir nun von den Leuten im Stich gelassen würden. Ich habe mit großer Freude gehört, daß wir noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen auf einer Tagung der Evangelischen Akademie eine große Kundgebung über die Zusammenarbeit der Konfessionen haben und daß auch Sie, Herr Bundeskanzler, in Bad Boll auf einer gleichen Tagung der Evangelischen Akademie vor der Wahl sprechen werden.[65]

Wir haben erlebt, daß der Bischof Halfmann[66] in Holstein, der uns einige Schwierigkeiten – verehrter Herr Lübke[67] – gemacht hat, dann doch durch eine kluge und vernünftige Haltung eine große Hilfe gebracht hat. Wenn man mit den Leuten spricht, kommt man weiter. Aber wir müssen es tun. Ich bitte Sie sehr dringend, daß Sie freundlichst jede Gelegenheit benutzen – das gilt nicht nur für den Westen und Süden, sondern auch für den Norden nebst Hamburg –, um mit den verantwortlichen Leuten der Kirche Fühlung zu nehmen; denn sie sind manchmal nicht so böswillig, wie sie äußerlich erscheinen. *(Beifall.)*

Albers: Herr Bundeskanzler! Sie waren bis zum Jahre 1949 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen[68] und haben damals Herrn Middelhauve kennengelernt. Sie wissen, daß Herr Middelhauve schon damals den Kampf gegen das Elternrecht geführt hat. Solange der Herr Middelhauve da ist, wird er für die Gemeinschaftsschule kämpfen. (*Adenauer:* Herr Middelhauve hat mir ausdrücklich erklärt, das ist jetzt Gesetz, und wir achten das Gesetz.) Ich habe das Gefühl, daß Herr Middelhauve, wenn er mit ans Regieren kommt, durch ministerielle Verfügungen den letzten Sinn dieses neuen Schulgesetzes unterbinden kann. (*Adenauer:* Den machen sie doch nicht zum Kultusminister!) Er wird nicht Kultusminister, aber weil er dabeisein wird, wird er versuchen, seine alten Ideen zum Zuge zu bringen. Der Herr Middelhauve ist auf diesem Gebiet absolut unbelehrbar.

---

65 Thema der gemeinsamen Veranstaltung der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Katholischen Akademie Hohenheim am 20./21. Juni 1954 war „Die Zusammenarbeit der Konfessionen im Staat". Adenauers Besuch fand am 21. Juni statt (TERMINKALENDER); Rede in seinem Nachlaß nicht nachweisbar.

66 D. Wilhelm Halfmann (1896–1964), seit 1946 Bischof von Holstein und Vorsitzender der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Schleswig-Holstein.

67 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), 1951–1954 Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 51 Anm. 28.

68 Adenauer hatte sein Landtagsmandat bis zu den zweiten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom 18. Juni 1950 behalten.

Ich kann nur sagen, daß gerade in Nordrhein-Westfalen – dafür hat die letzte Vorstandssitzung der Partei von Nordrhein den Beweis gegeben[69] – der absolute Wille zu einer echten Gemeinschaftsarbeit zwischen evangelischen und katholischen Parteifreunden vorhanden ist und daß aus diesem Willen heraus auch bei einer Kandidatenaufstellung die Konsequenzen gezogen werden.

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß auch selbst in evangelischen Parteikreisen nicht unbedingt der Wille zu einer Zusammenarbeit im Wahlkampf mit der FDP vorhanden ist. Es waren gerade am Samstag evangelische Parteifreunde, die ganz klar und eindeutig zum Ausdruck brachten, daß sie es begrüßen, wenn die bisherigen Wahlabkommen im bergischen Wahlkreis Wuppertal-Remscheid-Solingen aufgegeben würden, weil sie glaubten, daß in klarer Sicht von der CDU der Wahlkampf geführt werden müsse. (*Adenauer:* Die gehen glatt verloren!) Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß dies die Meinung der Parteifreunde war. (*Adenauer:* Teilen Sie die Meinung?) Ich bin der Meinung, daß die FDP nicht allzuviel erhoffen kann; denn die Erfahrung hat es bei der letzten Bundestagswahl gezeigt. Sie hat bei der letzten Wahl in Nordrhein-Westfalen verloren und nicht gewonnen. (*Adenauer:* Es handelt sich darum, ob wir Aussicht haben, allein diesen Wahlkreis zu erobern. Ich sage Ihnen, sie werden ihn nicht erobern!) Darüber gibt es die verschiedensten Meinungen. Auch in Wuppertal bestehen verschiedene Auffassungen.

Herr Bundeskanzler, Sie sprachen von der Finanz- und Steuerreform. Auch die Sozialreform muß kommen. Ich muß sagen, daß bei der Zusammensetzung der Wählerschaft wir nicht allzuviel Zeit noch übrig haben, die Sozialreform zurückzustellen. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um die Renten. Wir müssen vor dieser Landtagswahl noch etwas aufweisen. Ich habe nur die eine Bitte, daß es gelingen möge, dieses Gesetz in seinen Grundzügen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. (*Adenauer:* Ausgeschlossen, das dauert noch ein ganzes Jahr. Das macht das Kabinett nicht mit! – *Zuruf:* Herr Storch[70]! – *Adenauer:* Der Herr Storch will die Rentenfrage allein lösen. Das machen wir nicht mit!) Wenn das die allgemeine Auffassung des Kabinetts ist, sehe ich gerade bei den Kreisen, auf die wir in der letzten Wahl angewiesen waren, insofern eine Gefahr, als die kleinen Rentner dann nicht für uns stimmen werden. Ich muß ernstlich darauf aufmerksam machen, daß gerade hier die breitesten Wählerschichten auf gute Überlegungen und Entscheidungen von der Bundesregierung und auch von der Fraktion her für die Landtagswahlen rechnen.

Bach: Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist wirklich sehr schwierig. Ich glaube aber, daß Sie, Herr Bundeskanzler, der Parteileitung von Nordrhein-Westfalen nicht

---

69 Sitzung des Landesvorstands der CDU Rheinland am 24. April 1954 in Düsseldorf; Tagesordnung: Landeswahlgesetz, Landesparteiausschuß am 30. April, Kandidatenaufstellung, Wahl der stv. Mitglieder für die Landschaftsversammlung, Verschiedenes (HStA Düsseldorf RWV 26 Nr. 271 S. 304). Protokoll nicht zu ermitteln.

70 Anton Storch (1892–1975), 1949–1965 MdB (CDU), 1949–1957 Bundesminister für Arbeit. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 33 Anm. 59.

ganz gerecht geworden sind; denn die Situation ist nicht nur durch die CDU so schwierig geworden, sondern auch durch das Verhalten der FDP. Die FDP hat, bevor sie mit uns Verhandlungen geführt hat, versucht, uns zu überspielen. Sie will einfach an die Futterkrippe. Ich will es einmal so hart ausdrücken. (*Adenauer:* Das will jede Partei!) Es ist ihr dabei jedes Mittel recht. Sie hätte es einfacher gehabt, wenn sie, bevor sie mit der SPD und dem Zentrum verhandelt hat, mit uns verhandelt hätte. Dann wäre die Situation anders geworden. Da sie aber zuerst mit diesen Parteien verhandelt hat ... (*Adenauer:* Das ist noch gar nicht bewiesen!) Herr Bundeskanzler, nach dem, was ich mir von beiden Seiten habe sagen lassen – denn die FDP ist oft zu mir gekommen –, hat sich das so herausgestellt. Ich habe der FDP zum Vorwurf gemacht, daß sie zuerst mit den anderen verhandelt hat. Sie hat dann zugegeben, daß sie zuerst mit dieser Seite verhandelt hat. Dadurch ist für uns eine unglückliche Situation entstanden, weil das Wahlrecht die Übermandate auf der einen Seite hat, auf der anderen Seite aber die Gefahr in sich birgt, daß große Gebiete, vor allem Ostwestfalen, überhaupt nicht zum Zuge kommen. Die Wähler, die bisher CDU gewählt haben, sagen, wir brauchen nicht zur Wahlurne zu gehen, denn unsere Stimmen kommen doch nicht zur Geltung. Die FDP und die SPD können jedoch sagen, bei uns kommt jede Stimme zur Geltung.

Die Situation ist bei den Wahlen für den Provinziallandtag in Westfalen[71] so gewesen: Wir haben versucht, nur mit der FDP zu verhandeln. Die FDP hat im letzten Augenblick einen anderen Kandidaten für den Landsmannschaftsdirektor herausgestellt, auch einen Katholiken, aber einen Mann, der vollständig indifferent war. Wenn die SPD nicht so klug gewesen wäre, hätte sie das gemacht. Es ist im Augenblick bei der FDP einfach eine Psychose. Es wäre gut, wenn Sie sich einschalten könnten, um das Schlimmste zu verhindern. Die Situation ist im Augenblick für Nordrhein-Westfalen sehr gefährlich.

Ich halte es für möglich, daß die FDP mit der SPD eine Regierung bilden wird, wenn sie bei der Wahl die Mehrheit bekommt. Das muß verhindert werden. Zur Entgiftung der Atmosphäre muß alles getan werden.

Fay: Ich möchte als Hesse Ihnen für die kommenden Landtagswahlen einiges erzählen. Als wir darangingen, die Wahlvorbereitungen zu treffen, sind wir von dem Gedanken ausgegangen, daß die FDP, aber auch die CDU, eine schwierige Partei ist. Wir sind davon ausgegangen, daß es unsere Aufgabe ist, der Bundesregierung eine Stütze zu geben. Wir können es nur, wenn wir zusammen mit der FDP gehen. Wir haben uns vorgenommen, das große Ziel vor Augen zu halten und die kleinen Dinge

71 Nach dem Gesetz vom 1. Oktober 1953 sah die Verteilung der Sitze in der ersten Landschaftsversammlung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe wie folgt aus: SPD 39, CDU 35, FDP 12, Zentrum 6, BHE 4, KPD 4 (vgl. Die Abgeordneten des Westfalen-Parlaments 1826–1978. Zusammengestellt von Josef Hämig, hrsg. von Alfred Bruns. Münster 1978, Nachtrag 1983 ebd. 1984). – Als Vorsitzender der Landschaftsversammlung (1954–1956) wurde am 29. März Ernst Bach von der Fraktionsgemeinschaft CDU/Zentrum gewählt (UiD vom 3. April 1954).

klein sein zu lassen. Wir glauben, daß wir dieses Ziel nur erreichen, wenn wir vorher über schwierige Punkte zu einer Absprache gekommen sind.

Ein schwieriger Punkt ist die Schulfrage. Sie haben vielleicht aus der Presse entnommen, daß wir zu einer Absprache gekommen sind, aber nicht zu einer Absprache zwischen den beiden Landesvorsitzenden allein, sondern zu einer solchen, die auf der Basis der beiderseitigen Landesvorstände beruht.[72] Es ist mir klar, daß diese Absprache nicht die hundertprozentige Zustimmung meiner Parteifreunde der CDU findet, auch nicht all derer, die der CDU nahestehen, aber es wird unsere Aufgabe sein, diesen allmählich beizubringen, daß man auch die Schulfrage, wenn man sich auf beiden Seiten vernünftig benimmt, zu einer guten Lösung führen kann.

Wir haben in Hessen insofern eine „glückliche" Lage, als die Frage der Schulreform in der Verfassung festgelegt ist. Wir haben die Form der Gemeinschaftsschulen, nicht eine christliche Gemeinschaftsschule, sondern eine Gemeinschaftsschule. Aus dieser verfassungsrechtlichen Tatsache ergibt sich die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes dahingehend, daß wir unserer farblosen Gemeinschaftsschule einmal einen christlichen Gehalt geben. Wir haben bewußt mit der FDP die Frage der Lösung der Schulreform auf vier Jahre, nämlich für die Zeit der Legislaturperiode, zurückgestellt, uns aber beiderseits versprochen, daß wir christlichen Geist in die Schule einziehen lassen wollen. Es ist vielen Leuten zuwenig und vielen Leuten zuviel. Das ist gut so. Es kommt aber darauf an, daß man Vertrauen zueinander faßt und die Behauptung aufstellt, es geht, wenn man das große Ziel vor Augen hat.

Ich kenne Herrn Middelhauve nicht, ich weiß also nicht, ob es in Nordrhein-Westfalen möglich ist. Mit den Herren Euler[73], Hammer[74] und Kohl[75], deren Unterschriften habe ich, bin ich einig geworden. Die Frage der Schulpolitik ist ein Teil der künftigen Politik. Wir müssen aber auch über andere Fragen, wie Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, ebenfalls zu Teilabkommen kommen und darüber hinaus zu einem Rahmenabkommen, in das diese Teilabkommen eingebettet werden. Es ist zwischen Herrn Euler und mir schriftlich festgelegt, was wir in dem Rahmenabkommen verankern. Dieses Rahmenabkommen hat im Grundsatz schon die Billigung meines Landesvorstandes gefunden. Es wird auch, so hoffe ich zuversichtlich, die Billigung der übrigen Parteigremien finden.

In diesem Rahmenabkommen steht ganz klar, daß beide Parteien gemeinsam in Hessen die Regierung bilden wollen, daß beide Parteien nur gemeinsam mit anderen

---

72 Grundzüge einer Wahlvereinbarung zwischen FDP und CDU in Hessen in UiD vom 7. April 1954.

73 August-Martin Euler (1908–1966), 1946–1956 Landesvorsitzender der FDP Hessen, 1949–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 133 Anm. 6.

74 Dr. Richard Hammer (1897–1969), vor 1933 DDP, 1945 FDP, 1946 MdL Hessen, 1949–1957 MdB.

75 In der Vorlage: Guhl. – Heinrich Kohl (1912–1984), 1950–1970 MdL Hessen (FDP), 1953–1970 Landrat in Frankenberg, 1962–1967 Landesvorsitzender der FDP Hessen. 1970–1976 Staatssekretär im Innenministerium.

Parteien über eine Regierungsbildung Verhandlungen führen wollen und daß sich beide Parteien versprechen, daß sie alle die Punkte, über die bereits Einigung in den Teilabkommen erfolgt ist, im Wahlkampf nicht benutzen wollen, um sich gegenseitig Wähler abzufangen.

Darüber hinaus wollen wir zur Perfektionierung dieses Punktes in Frankfurt und Kassel zwei paritätisch zusammengesetzte Schiedsausschüsse einsetzen, die Fälle von Übergriffen, Verstößen usw. gegen diese Bestimmung sofort feststellen und Mittel ergreifen, um die Dinge abzustellen. Ich verspreche mir aus der Existenz mehr Erfolg als aus der Tätigkeit. Ich bin mir darüber klar, daß es wahrscheinlich zu einer Reihe von Verstößen kommen wird; aber darauf wird es nicht ankommen, sondern darauf, daß man beiderseits den guten Willen hat, die Dinge in Ordnung zu bringen.

Sie können sagen, es ist für Sie in Hessen viel einfacher, weil Sie in der Opposition stehen. Aber so einfach ist es für uns nicht; denn die Widerstände aus unseren eigenen Reihen sind sehr groß. Als wir über das Wahlgesetz sprachen, hatten wir sehr starke Widerstände aus Kreisen der Sozialausschüsse, aus Kreisen unserer katholischen Freunde, aber auch von einigen evangelischen Freunden. Wir glauben, daß wir diese Widerstände inzwischen überwunden haben.

Sie wissen, daß wir auf dem Wiesbadener Parteitag[76] sogar den Hessenblock beschlossen haben, damit das Wahlgesetz nicht abgeändert wird. Man kann einiges erreichen. Herr Bundeskanzler, Sie werden es mir bestätigen, vor vier, fünf Monaten wäre das in Hessen unmöglich gewesen. Es ist aber nun geschafft worden. Man soll also nicht vòrzeitig die Flinte ins Korn werfen. Es geht, wenn man daran mit einem klaren Ziel arbeitet. Das klare Ziel lautet: Es muß die Bundespolitik von CDU und FDP auch in den Ländern gesichert werden. Es muß weiter vom kulturpolitischen Standpunkt aus jedes Mittel angewandt werden, um ein Zusammengehen von FDP und SPD zu verhindern.

Ich weiß, daß es in der FDP sehr viele liberalisierte Liberale [!] gibt, denen es wahrscheinlich sehr willkommen wäre, wenn sie in kultureller Hinsicht mit der SPD zusammengehen könnten. Wenn wir nicht klug handeln und unvorsichtig sind, dann werden wir erreichen, daß dieser liberale Flügel der FDP die Oberhand gewinnt und die vernünftigen Leute in der FDP unterdrückt werden. Darum besteht die ganz große Gefahr – jetzt komme ich auf das zurück, was der Herr Bundestagspräsident gesagt hat –, wenn wir in der Frage der Schule nicht sehr klug sind und uns nicht abstimmen, daß eine Reihe evangelischer, aber auch katholischer Freunde zur FDP abwandert. Dann kann uns das passieren, was wir nicht wollen, daß wir den Besitzstand vom 6. September verlieren. Das kann dann die Konsequenz sein mit dem Erfolg, daß der liberale Flügel der FDP sich bei der SPD findet.

Ich habe Ihnen das erzählt, um Ihnen zu zeigen, wie wir es in Hessen machen. Ich weiß nicht, ob es auf andere Länder anwendbar ist. Aber vielleicht kann man daraus eine kleine Lehre ziehen.

---

76 Am 3. April 1954. Vgl. UiD vom 7. April 1954.

Gurk[77]*:* Zu der Frage von Nordrhein-Westfalen möchte ich vom Standpunkt eines Außenstehenden einige Worte sagen. Sie können sich denken, daß dieses Problem auch für uns von größter Bedeutung ist, nicht zuletzt wegen der Bundespolitik. Der Herr Fay hat ein Rezept vorgetragen, das sehr gut zu sein scheint und von dem wir hoffen, daß es eine Grundlage bietet. Ich möchte, ohne ein Rezept zu geben, darauf hinweisen, daß die Lage immerhin sehr schwer werden kann, wenn Nordrhein-Westfalen nicht rechtzeitig noch vor den Wahlen Sicherungen trifft.

Wir haben die Sache schon bei der Südweststaatbildung in Stuttgart erlebt. Wir hatten von Männern, die vom Standpunkt des Südweststaates aus als CDU-Leute ein großes Verdienst hatten, mit Sicherheit erwartet, daß sie an der Regierung beteiligt würden. Sie sind aber nicht beteiligt worden. Wir sahen uns einem Block gegenüber, bestehend aus SPD, DVP und BHE, der feste und unerschütterliche Verabredungen getroffen hatte.[78] Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Teile dieses Blocks nicht vor der direkten Unwahrheit in den Verhandlungen zurückgeschreckt sind, so daß man ihnen nicht mehr glauben konnte. Ich persönlich glaube ihnen auch heute nicht mehr das, was sie sagen und versprechen. Es könnte sein, daß Sie unter Umständen auch einem solchen Block gegenüberstehen.

Daß in Stuttgart die Regierungsbildung schließlich geändert wurde, ist nicht einmal in erster Linie ein Erfolg unserer Oppositionspolitik, sondern ganz einfach die Nachwirkung der Wahl vom 6. September.

Mein Wunsch ist es also, daß Sie sich rechtzeitig vorsehen und nicht überrumpeln lassen durch Absprachen, die man ohne weiteres treffen wird. Ich möchte Ihnen versichern, daß von katholischer Seite aus ganz gewiß jeder Wunsch besteht, mit den evangelischen Freunden gut zusammenzuarbeiten. Ich weise nur darauf hin, daß auf einer großen Katholikenversammlung, die ich kürzlich mitmachen konnte, der am meisten gefeierte Mann der evangelische Landesbischof Bender[79] war.

Süsterhenn: Ich habe bestimmt nicht Evangelische und Liberale identifiziert und auch nicht identifizieren wollen, sondern ich habe auf evangelische Stimmen und auf liberale Stimmen Bezug genommen. Im übrigen nehme ich Ihre Zensur, die Sie mir wegen meiner Rede in Hannover erteilt haben, zur Kenntnis. Ich könnte da zu einer Retourkutsche verleitet werden und den von Ihnen im „Oldenburger Kirchenblatt" veröffentlichten Artikel zur Frage des Vatikanbotschafters hier auch zensieren.[80] Ich

77 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 62 Anm. 24.

78 Nach der Wahl vom 9. März 1952 bildete Dr. Reinhold Maier vom 25. April 1952 bis zum 7. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung von SPD, FDP/DVP und BHE. Vgl. Uwe Dietrich ADAM: Die CDU in der Verfassunggebenden Landesversammlung und im Landtag. In: CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 258f.; MAIER S. 371–394; MATZ S. 398–434.

79 D. Julius Bender (1893–1966), seit 1945 Bischof der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens.

80 „Noch einmal die Botschaft beim Vatikan" („Oldenburger Sonntagsblatt" vom 15. Juni 1951).

will aber darauf verzichten. (*Ehlers:* Der ist schon zwei Jahre alt!) Ja, es gibt bei uns am Rhein ein Sprichwort: „Wer schriev, der bliev!"

Noch eins zur Frage der naturrechtlichen Begründung des Elternrechts. Herr Ehlers, wie von unseren evangelischen Freunden das Elternrecht, das wir alle vertreten – das hat der Herr Bundeskanzler festgestellt –, im einzelnen begründet und motiviert werden kann, das ist ihre Sache. Da lassen wir ihnen als Katholiken volle Freiheit. Aber sie müssen auch dem katholischen Wähler der CDU die Freiheit lassen, das Elternrecht so zu begründen, wie es sich aus dem katholischen Denken und der katholischen Weltanschauung ergibt.

Also, wenn wir, wenn auch mit verschiedener Begründung, zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen, dann sollten wir uns glücklich schätzen; aber wir müssen jedem seine Begründung und auch seine Terminologie lassen, wenn er vor seinen katholischen Glaubensgenossen oder evangelischen Glaubensgenossen spricht. Da ist eine beiderseitige Rücksichtnahme notwendig.

Wir sollten also alle so liberal sein – nachdem unser Bundeskanzler zum großen Ehrenliberalen ernannt worden ist –, jeden nach seiner Fasson selig werden zu lassen.

Ehlers: Ich will nicht auf die Artikel in den Kirchenblättern eingehen. Ich bin völlig mit Ihnen einig, ich möchte in keiner Weise beeinträchtigen, daß Sie das Elternrecht aus dem Naturrecht begründen. Bloß müssen wir beide so reden, daß weder Sie unsere Begründung übernehmen müssen noch wir Ihre Begründung übernehmen müssen. Das ist gerade der Vorwurf, der uns Evangelischen gemacht wird, daß man sagt, ihr seid ja im Grunde genommen nichts anderes als die Schleppenträger der Katholiken, ihr redet das nach, was sie vom Naturrecht reden.

Ich muß offen sagen, daß unsere Theologen, wie Karl Barth[81] usw., es noch nicht geschafft haben, eine anständige Begründung des Naturrechts zu geben. Das ist ein heilloser Wirrwarr, und kein Mensch kapiert es, ich auch nicht. Wir haben es also noch nicht geschafft. Wir müssen in der Formulierung so vorsichtig sein, daß keiner Seite etwas Falsches unterschoben werden kann, was sie nach ihrer Verantwortung nicht sagen kann. (*Süsterhenn:* Einverstanden!)

Eplée[82]*:* Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang ein kurzes Wort zum BHE gesagt werden muß. Die Gefahr, die der BHE mit sich bringt, sollte gerade in Nordrhein-Westfalen nicht unterschätzt werden. Die letzten Wahlen haben ihm wohl kaum 3 % im Lande Nordrhein-Westfalen gegeben; auf der Bundesebene hat er 5,6 % erreicht. Ich will kein Wort darüber verlieren, ob es nicht möglich gewesen wäre, ihn auf der Bundesebene auszuschalten.

---

81 Dr. Karl Barth (1886–1968), evangelischer Theologe, 1925 Professor in Münster, 1930 in Bonn, 1935 in Basel.

82 Hermann A. Eplée (1908–1973), 1947–1948 Mitglied des Zonenbeirats Hamburg, 1948–1949 des Wirtschaftsrats für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1954–1958 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oder-Neiße, 1953 und 1958–1961 MdB.

Wie mir bekanntgeworden ist, hat der BHE in Nordrhein-Westfalen seine Fühler zur FDP ausgestreckt und ist auch zum Teil auf Gegenliebe gestoßen, gerade was die Gebiete von Ostwestfalen betrifft. Der BHE hat eine sehr gute Ausgangsposition gewonnen. Er stellt den Bundesminister für Vertriebene, den Herrn Oberländer, der inzwischen zum Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen gewählt worden ist. Der BHE macht am 8. und 9. Mai seinen Bundesparteitag in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die Wahlen. Die neuesten Umfrageergebnisse, die man zu Gesicht bekommen hat, besagen, daß sich der Prozentsatz seiner Anhänger bereits bei 5 % bewegt. Das sollte uns sehr zu denken geben, zumal Herr Oberländer sehr gerne und sehr viel spricht und sich zum Exponenten der Heimatvertriebenen oder zu ihrem Befürworter hinstellen möchte. Auf der Bundesebene sind die Bundesminister sicherlich sehr brav, oder sie tun wenigstens so, Herr Bundeskanzler. Über das, was auf Landesebene vor sich geht, ist auch Ihnen in der letzten Zeit allerhand Material zugeleitet worden. Dort reden sie einen anderen Ton. Vergessen wir nicht, daß Nordrhein-Westfalen heute zum größten Vertriebenen- und Flüchtlingsland geworden ist. Insbesondere die Sowjetzonenflüchtlinge streben in dieses Land. Bisher war es nicht so. Gerade die Probleme der Sowjetzonenflüchtlinge sind bei dieser Wahl von großer Bedeutung. Die Sowjetzonenflüchtlinge müssen also bei dieser Wahl besonders angesprochen werden. Nordrhein-Westfalen darf als größtes und wichtigstes Land im Bundesgebiet nicht von einem BHE-Minister bearbeitet werden. Das ist sehr wichtig.

Wir müssen den Vertriebenen sagen: Wählt wieder die CDU. Die CDU hat die Grundlagen im ersten Bundestag für euch geschaffen; sie hat die Gesetze für euch gemacht. Sagen Sie es dem einfachen Mann, damit er nicht zur Antwort geben kann, unsere Belange werden nur von den BHE-Leuten wahrgenommen.

Die Vertriebenen sind darum besorgt, daß dieses größte und wichtigste deutsche Bundesland keinen BHE-Minister bekommt. Wir wollen hier alles tun, was in unseren Kräften steht. Ich darf als Sprecher des Landesverbandes Oder-Neiße und damit der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in unserer CDU zum Ausdruck bringen, daß es uns ganz fernliegt, hier nun zahlenmäßig zu sagen, das und das wollen wir. Wir sind nüchtern in der Politik geworden, die wir seit 1946 dabei sind. Wir wissen, daß wir uns nicht in einer Traumwelt bewegen. Es wird schwer sein, in den Wahlkreisen, die eine Bedeutung haben, Vertriebene zum Zuge kommen zu lassen. Ich glaube aber, daß uns die Fühlungnahme, die wir mit den Landesvorsitzenden sowohl in Nordrhein wie in Westfalen haben, einige Hoffnungen gibt, daß zum Wohle der Sache alles darangesetzt wird, [daß] wirklich bekannte und treu bewährte CDU-Leute zum Zuge kommen werden, damit wir für unsere Heimatvertriebenen und Flüchtlinge die entsprechende Propaganda machen können.

Ich richte daher den Appell an die zuständigen Herren in Nordrhein-Westfalen, besonders an Sie, Herr Bundeskanzler, Ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit die Dinge nicht schieflaufen und wir nicht den BHE im Lande Nordrhein-Westfalen bekommen. Es ist etwas schmerzhaft gewesen, immer wieder feststellen zu müssen, daß es dauernd die anderen sind, die die Früchte unserer Arbeit genießen. Herr

Bundeskanzler, würden Sie es wirklich gerne sehen, wenn immer nur andere sich an den schönen Blumen in Ihrem Garten erfreuten?

Ich habe in den letzten Tagen mit Erschrecken festgestellt, wie eine Propaganda der SPD, aber auch der oft zitierten liberalen Kreise, böse Früchte trägt. Dies habe ich in Gesprächen mit Menschen aus Nordrhein-Westfalen erfahren, die bisher treu zur CDU gestanden haben und aus dem evangelischen Lager stammen. Diese sagen, die CDU ist ganz gut, sie hat auch sehr viel getan, aber wer die CDU wählt, der wählt den Katholizismus. Man greift sich an den Kopf! Aber da mir eine gleiche Antwort aus Kreisen der verschiedenen Landesteile gegeben worden ist, macht dieses Problem uns doch große Sorge.

Der Herr Staatssekretär Lenz hat seinerzeit einen Vortrag über die demoskopischen Untersuchungen gehalten, wobei er ausführte, die beste und nachhaltigste Propaganda sei die Ansprache von Mensch zu Mensch. Vor der letzten Bundestagswahl habe ich folgenden Weg mit großem Erfolg beschritten: In einem Ort, wo ich einen Handwerksmeister kannte, habe ich zwölf Kollegen einladen lassen und mit ihnen über die Dinge gesprochen, die sich vor und hinter den Kulissen des Staates abspielen. Ich habe ihnen dabei die Bedeutung und die Arbeit unserer CDU geschildert. Diese Leute sind dann die besten Propagandisten unseres Gedankengutes geworden. Sie haben sich in diesem kleinen Kreis besonders angesprochen gefühlt. Sie sind in ihre Betriebe gegangen und haben dort ihre Ansicht verbreitet. Ich möchte dies als Anregung geben. Es ist zwar ein langwieriger und schwieriger Weg, aber er bringt bestimmt Erfolg.

Adenauer: Es sind noch zu Wort gemeldet Herr Johnen und Herr Ministerpräsident Altmeier. Dann haben wir noch den Bericht des Herrn Strickrodt und das Korreferat von Herrn Schäffer entgegenzunehmen. Dann folgt eine Aussprache. Wir haben jetzt 20 Minuten nach 6 Uhr. Soll ich für 19.30 Uhr einen kalten Imbiß bestellen? Wir sind selten so beisammen gewesen wie heute und haben kaum so ausführlich über die innen- und außenpolitische Lage gesprochen. Ich bin dafür, daß wir uns in Ruhe aussprechen sollen. – Sie sind damit einverstanden.

Johnen: Ich will zum BHE-Problem sprechen. Herr Oberländer ist Vorsitzender des BHE in Nordrhein-Westfalen geworden, nachdem er Minister geworden war. Das hat einen bestimmten Sinn. Der BHE hofft, die 5 % zu überspringen, wobei er erwartet, das sogenannte Zünglein an der Waage in Nordrhein-Westfalen zu werden. Herr Eplée hat bereits darauf hingewiesen, daß Besprechungen zwischen der FDP und dem BHE gepflogen worden sind. Das ist richtig. Diese Besprechungen sind z.Z. auf Eis gelegt, allein deshalb, weil Herr Oberländer dauernd um eine Unterredung mit mir bittet. Er hat mich telefonisch aber noch nicht erreicht. Die Besprechung muß aber, wie er mir jetzt mitteilen ließ, vor dem 1. Mai erfolgen wegen des Parteitages am 7. oder 8. Mai; denn er muß noch eine Woche Zeit haben, um seine Besprechungen mit Herrn Middelhauve zu Ende zu führen.

Nun entsteht die Frage, wie soll die CDU in Nordrhein-Westfalen sich zu den Bitten des Herrn Oberländer verhalten? Nach dem, was ich weiß, wird Herr Oberländer folgenden Vorschlag machen, daß irgendwo in Nordrhein oder Westfalen

in bestimmten Wahlkreisen die CDU keinen Kandidaten aufstellt, sondern einen BHE-Kandidaten. Der BHE verpflichtet sich dann, in anderen Wahlbezirken (*Zuruf:* Wo er keine Wähler hat!) diesen zu empfehlen, CDU zu wählen. Wie verhält man sich? Für die CDU wäre das klar, wenn man auch bei der FDP darüber klar wäre. Das ist aber nicht der Fall.

Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers, wegen Ihrer Sorge um die evangelischen Kandidaten habe ich bereits vor Wochen mündlich, aber auch durch Rundschreiben unserer Kreisparteien gebeten, folgendes zu beachten:
a) evangelische Kandidaten,
b) Vertriebene und
c) Frauen.

Wir werden eine Landesausschußsitzung noch einberufen. Es wird schwierig, die Vertriebenen unterzubringen. Sie haben es angedeutet, man muß Vertriebene aufstellen, aber man darf dadurch nicht den Wahlkreis gefährden. Hier liegt das Problem.

Adenauer: Herr Eplée hat gesagt, daß Nordrhein-Westfalen das Land sei mit den meisten Vertriebenen. Man darf die Gefahr, die dort heraufzieht, wahrhaftig nicht zu geringachten. Sie haben dann in Zukunft CDU, eventuell den BHE, Sie haben das Zentrum, die FDP und die SPD. Die CDU wird, das kann man, glaube ich, annehmen, die stärkste Fraktion sein. Sie laufen also Gefahr, daß sich die anderen zusammenschließen gegen den Stärksten.

Deshalb halte ich es für sehr viel klüger, wenn die stärkste Fraktion sich beizeiten sichert. Sie brauchen keine gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, abgesehen von Elberfeld-Barmen, vielleicht auch noch Ravensberg, Minden usw. Dann haben Sie nachher nicht nötig, etwa dem BHE oder dem Zentrum einen wahnsinnig teuren Preis zu zahlen, um eine Mehrheit zu bekommen. Sie laufen dann auch nicht Gefahr, daß schließlich die ganze Kohorte gegen Sie ist.

Deswegen möchte ich Sie bitten, nachdem Sie das mit dem BHE gesagt haben, überprüfen Sie noch einmal die ganze Situation. Ich versichere Ihnen noch einmal, wenn ich von der Parteileitung – ich glaube, Herr von Brentano wird so denken wie ich – und von der Fraktion her irgendwie helfen kann, so bin ich sehr gerne dazu bereit.

Herrn Middelhauve kenne ich genau. Ich weiß, daß er etwas labil ist in dem, was er sagt, aber Herr Johnen, wenn er dem Herrn Arnold und Ihnen und mir sagt, und jedem getrennt sagt, wir sind bereit, Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten zu wählen, denn Herr Arnold hat sich in der Zwischenzeit ein Ansehen bei uns erworben, dann haben Sie doch etwas Sicheres. Er hat nicht gesagt, ich, Middelhauve, sondern wir als FDP-Fraktion sind bereit. Obgleich noch gewisse Hindernisse von früher bestehen – Sie kennen die Vorgänge von damals –, darüber sehen wir hinweg.

Deswegen würde ich Sie bitten, auch nach dem, was Herr Fay gesagt hat und was die Meinung der meisten Herren hier im Saal ist, daß Sie die ganze Situation noch einmal überprüfen. Der Stärkste ist am mächtigsten allein, das ist ein böses Wort, ein

Wort, das uns in der Vergangenheit – ich meine jetzt Deutschland – außerordentlich viel Schaden zugefügt hat.

Können wir damit das Thema Nordrhein-Westfalen verlassen? Dann hat Herr Ministerpräsident Altmeier das Wort.

Altmeier: Der Herr Johnen hat gesagt, das Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist schlecht. Ich bin mit Kollege Lübke hier. Lieber wäre es mir gewesen, wenn Herr Arnold und Herr Müller[83] noch hiergewesen wären. Man wird nachher bei der Frage der Steuerreform noch das eine oder andere zu sagen haben. Ich möchte aber gerade bei diesem Punkt abschließend auf eins hinweisen, was mir betont schlecht zu sein scheint.

Eben ist gesprochen worden von der Debatte über die Zivilehe, die sich in der Öffentlichkeit breitgemacht hat. Darf ich darauf hinweisen, daß diese Frage ausgelöst worden ist, Herr Bundeskanzler, durch das Personenstandsgesetz.[84] Dieses Personenstandsgesetz ist über Nacht auf den Tisch geflattert und hat in der Öffentlichkeit zu Auseinandersetzungen geführt, bei denen sich auch die Kirchen gemeldet haben. (*Adenauer:* Herr Altmeier, das stimmt nicht. Sie sind nicht genau im Bilde. Diese Gedanken sind ganz anders!) Ich spreche vom Standpunkt des Bundesrates. Da sind die Dinge auf den Tisch geflattert, ohne daß vorher eine Erörterung stattgefunden hat.

Nun zur Frage der Finanzgesetze. Auf der Tagesordnung steht, daß Herr Strickrodt ein Referat darüber hält. Da wir aber wissen, daß monatelang vorher ein von ihm geführter Parteiausschuß diese Frage behandelt hat[85], wäre es richtiger gewesen, wenn dieses Referat des Herrn Strickrodt vor fünf oder sechs Wochen gehalten worden wäre, ehe wir in die Bundesratsverhandlungen gegangen sind, wo z.B. das Finanzverfassungsgesetz auf der Tagesordnung stand.

Der Bundesrat soll zu dieser Frage in 14 Tagen eine abschließende Stellung beziehen, nachdem vorher diese Vorlage im Bundesfinanzministerium sicherlich ein halbes Jahr oder noch länger behandelt worden ist. Infolgedessen habe ich ganz generell die Bitte vorzutragen, daß unsere Minister, soweit sie der CDU angehören, bei solch wichtigen Fragen wie die des Finanzverfassungsgesetzes, wo es um föderalistische Grundsätze geht, so rechtzeitig unterrichtet werden, daß solche Dinge vermieden werden können, die unvermeidlich eintreten müssen, wenn wir innerhalb von 14 Tagen im Bundesrat dazu Stellung nehmen sollen. Hierbei sitzen dann die Finanzminister, die zum Teil der anderen Couleur angehören, dabei. In letzter Minute kommen dann solche Auseinandersetzungen, wie wir sie diesmal bei den Finanzdingen zu unserem schmerzlichen Bedauern erlebt haben. Es ist zweifellos nicht richtig, wenn in der

83 Dr. Gebhard Müller (geb. 1900), 1947–1958 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1947–1955 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 12 Anm. 46.

84 Vgl. Anm. 12.

85 Strickrodt (vgl. Nr. 2 Anm. 38) war Vorsitzender des Unterausschusses Finanzen und Steuern, Geld und Kredit im Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik der CDU (Materialien in NL Strickrodt ACDP I-085-014).

Öffentlichkeit in diesen Fragen nur von finanzstarken Ländern auf der einen Seite und von finanzschwachen Ländern auf der anderen Seite gesprochen wird.

Die Frage der Steuerreform hat im Bundesrat eine fast hundertprozentige Zustimmung erfahren. In der Frage des Länderfinanzausgleichs war eine Meinung der finanzstarken gegen die finanzschwachen Länder festzustellen.

Zur Saar! Wir haben uns schon oft im Laufe der Jahre dankenswerterweise mit dem Herrn Bundeskanzler darüber unterhalten können. Ich darf feststellen, daß die Frage der Saar, soweit es sich um die Grundsätze handelt, eigentlich zum ersten Mal hier im Bundesparteivorstand zur Erörterung gestellt worden ist. Deshalb bin ich dafür sehr dankbar.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir von Rheinland-Pfalz zu dieser Frage als die unmittelbar beteiligten Nachbarn eine besondere Einstellung haben. Daß wir sie real sehen, dürfen Sie glauben. Aber selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Gerstenmaier noch einmal von nationalen Phrasen schreibt, mit denen man diese Frage nicht lösen könne, muß ich sagen, daß es auch eine Frage des Herzens ist und daß mit dieser Frage, je näher man den Leuten an der Saar beheimatet ist, doch allerletzte Gefühle angesprochen werden.

Zum Saargebiet gehören ja auch über 100 Gemeinden, die 1945 nicht zu ihm gehörten, sondern die durch ein klares Besatzungsdiktat im Jahre 1946/47 zu diesem heutigen Saargebiet oder Saarland – wie Hoffmann[86] es nennt – hinzugeschlagen worden sind. Alle diese Dinge, die nun heute zur Saarfrage geführt haben, die haben wir seit 1945 aus erster Hand immer wieder erlebt. Wir stehen auf dem Standpunkt, wenn es in den übrigen Gebieten, in dem linksrheinischen Gebiet, das damals französisch besetzt war, nur Hoffmänner gegeben hätte, dann würde die Frage heute in der deutschen Bundesrepublik nicht Saargebiet, sondern wahrscheinlich linkes Rheinufer lauten! Deshalb sind wir der Auffassung, daß wir eben nicht den – wie soll ich sagen – gottgegebenen heutigen Zustand hinnehmen sollen, als wenn er nur noch durch eine sogenannte vorläufige Europäisierung abgetan werden könnte.

Die Saarpolitik Frankreichs ist ja seit Jahrhunderten die gleiche geblieben, wenn sie auch einmal so und einmal so unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt worden ist. Nach dem Versailler Vertrag war es bekanntlich die These von den 150.000 Saarfranzosen, die Herr Clemenceau[87] aufgestellt hat, die damals dazu führen sollte, daß das Saargebiet zu Frankreich käme. Das ist aber gottlob danebengegangen.

Wenn Frankreich heute von einer sogenannten vorläufigen Europäisierung spricht, dann meint es eben in seiner Sicht damit nichts anderes als endlich und zuletzt die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland unter anderen Gesichtspunkten. Wir

86 Johannes Hoffmann (1890–1967), 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 67 Anm. 35.

87 Georges Benjamin Clemenceau (1841–1929), französischer Politiker; seit 1876 Führer der Radikalsozialisten, 1906–1909 und 1917–1920 Ministerpräsident.

möchten sagen, daß wir in dieser Frage wirklich nicht stur denken, Herr Bundeskanzler, und daß wir auch der Auffassung sind, daß dieser derzeitige De-facto-Zustand an der Saar schlecht ist. Er ist entstanden aus einem Diktat.

Wir sind selbstverständlich immer bereit, dafür einzutreten, daß eine bessere Regelung Platz greift. Insofern gehen wir mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, absolut einig, daß die deutsche Politik Wege gehen muß, um den heutigen De-facto-Zustand an der Saar, der betont schlecht ist und der sicher zu den angedeuteten Enderfolgen führen würde, wenn er noch einige Jahre fortgesetzt wird, zu beenden.

Wenn wir in der Öffentlichkeit – ich habe das in der letzten Zeit mehrfach getan – zur Saarfrage Stellung genommen haben, dann haben wir uns nicht schlechthin gegen eine Saarregelung gewandt, sondern nur gegen jene Pläne, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, die die Saarfrage so oder so regeln sollen.

Da ist zunächst der Van-Naters-Plan[88]. Da sind die zwölf Punkte, die der Herr Bidault[89] aufgestellt hat, oder der Plan, den man als verbesserten Van-Naters-Plan betrachten kann, der in 30 Punkten Stellung nimmt zum Naters-Plan, nämlich dieser Bericht des Allgemeinen Ausschusses des Europarates[90]. Diese Pläne sind in der Öffentlichkeit bekannt. Zu diesen Plänen heißt es Stellung zu nehmen. Diese Pläne sind schlecht; sie sind nach unserer Auffassung – ich darf das für die gesamte CDU von Rheinland-Pfalz sagen – unmöglich. Sie passen sicherlich, soweit es sich um die vorläufige Europäisierung handelt, in die Pläne des Herrn Hoffmann.

Die zwölf Punkte des Herrn Bidault sprechen zwar auch noch von einer vorläufigen Europäisierung, aber sie sagen an einer sehr wichtigen Stelle, ich glaube, im Punkt zwölf – das steht auch im Naters-Plan und auch in dem Bericht des Ausschusses des Europarates –, daß Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich verpflichten, was sie betrifft, in einem künftigen Friedensvertrag den endgültigen Charakter dieses Status, nämlich diese vorläufige Regelung, anzuerkennen. Das halten wir für unmöglich. Wir sind der Auffassung, daß unter solchen Aspekten eine vorläufige Europäisierung de facto und de jure nichts anderes bedeuten würde als die Abtretung des Saargebietes von Deutschland.

Deshalb ist es nach unserer Auffassung erforderlich, daß die CDU, die sich bisher wenig mit dieser Frage beschäftigt hat, einmal prüfen muß, ob sie diese

88 Dr. Marinus van der Goes van Naters (geb. 1900), niederländischer sozialdemokratischer Politiker; 1951 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats, 1952 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS. N. war am 18. September 1952 zum Berichterstatter über die „Frage der künftigen Stellung der Saar" gewählt worden. Zum sog. Van-Naters-Plan vgl. SCHMIDT 2 S. 512, 569–585.

89 Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker; 1953–1954 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 320 Anm. 52. – Die dreizehn Punkte (nicht zwölf) waren der deutschen Regierung am 9. März zugeleitet worden (vgl. AdG 1954 S. 4421; SCHMIDT 2 S. 517f.; SCHNEIDER S. 225f.).

90 Der Allgemeine Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarats hatte am 6. Februar 1954 den Van-Naters-Plan in einigen Punkten geändert (vgl. AdG 1954 S. 4420f.; SCHMIDT 2 S. 573f.).

vorläufige Europäisierung aus den von mir eingangs erwähnten Gründen vertreten kann. Das zweite ist die Frage, ob denn diese sogenannte vorläufige Europäisierung, die, wie der Herr Bundeskanzler sagt, nur im Zuge des endgültigen Status der EVG kommen kann, hierin das einzige Hindernis hat. Da bin ich der Auffassung, daß das nicht der Fall ist, sondern daß es in der Auseinandersetzung mit Frankreich wegen der EVG schließlich noch ganz andere Punkte gibt, die um das Saargebiet herumgehen. (*Adenauer:* Welche anderen Punkte?) Z.B. die Frage der Armee, die Frage der deutschen Soldaten. Das sind zweifellos Punkte, die in der französischen Öffentlichkeit mehr gegen die EVG angewendet und benutzt werden als die Frage der Saar. Es gibt eine außerordentlich große Zahl von Leuten in Frankreich – ich habe mit vielen gesprochen, Herr Bundeskanzler –, die wissen kaum, wo die Saar ist. (*Adenauer:* Sie haben recht, die einen sind absolut dagegen, weil sie keinen Deutschen wiederbewaffnen wollen, und die anderen sagen, wir können nur dafür stimmen, wenn die Saarfrage geregelt wird.) Ich habe die Frage gestellt, ist die Saar tatsächlich, wie wir das in der Öffentlichkeit hören, das Hindernis, um die EVG in Frankreich zustande zu bringen? Es ist auf die Alternative hingewiesen worden: Wenn wir mit Frankreich nicht zur Einigung kommen über die Saar, dann scheitert die EVG. Herr Bundeskanzler, das ist richtig. Deshalb müssen wir, wie Sie sagen, realpolitisch denken. Aber dieses Denken dürfen wir auch von der anderen Seite erwarten. Wenn die Franzosen gar kein anderes Hindernis mit Deutschland haben und die EVG soll nur an der Frage der Saar scheitern, dann haben diese es sehr unehrlich gemeint. (*Adenauer:* Lieber Herr Altmeier, dann sind wir doch zusammen im Wurstkessel, die Franzosen und wir. Was habe ich denn davon!) Das müssen die Franzosen auch sagen! (*Adenauer:* Aber was habe ich denn davon?) Herr Hallstein hat uns vor zwei Jahren schon in einem Gespräch diese sogenannte vorläufige Europäisierung als die einzige Möglichkeit dargestellt, um die Einigung mit Frankreich herbeizuführen. Es entsteht dann die weitere Frage, wer macht denn die Frage der Saar, so wie wir sie z.Z. sehen, von den politischen Parteien in Deutschland überhaupt mit? Wir hören doch von der FDP bei jeder Gelegenheit, daß sie es ablehnt. (*Adenauer:* Verzeihen Sie, der Herr Dehler hat mir gesagt, wenn die Sache so steht: Saar oder Europäisierung, dann bin ich für Europäisierung.) Wenn wir in die Presse schauen, stellen wir immer wieder fest, daß die Parteien das nicht vorhaben. Ich habe gestern eine Entschließung nach dieser Seite gelesen, die sehr deutlich war. Dasselbe trifft für die DP zu, gar nicht zu sprechen von der SPD. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler unsere Stellungnahme der Landesregierung zu dem Van-Naters-Plan zugehen lassen.[91] Das habe ich bewußt getan. Wenn wir keine Stellung bezogen hätten, dann hätte es die FDP allein gemacht.

91 „Stellungnahme der Landesregierung von Rheinland-Pfalz zu den Vorschlägen das europäische Statut des Saargebiets betreffend in der Fassung des Berichts der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten (6. Sitzung vom 7. Februar 1954)" – LHA Koblenz Best. 860 Nr. 1056 S. 135–167. – „Alternativvorschlag zur Saarfrage" des Saarausschusses der FDP-Bundestagsfraktion vom 17. November 1953 in fdk vom 19. November 1953; vgl. auch SCHMIDT 2 S. 592f. sowie S. 781–784.

Ich bin im Besitz eines Entwurfs, der als ziemlich maßgebend gelten kann, wie z.B. heute schon die Wahlen in Nordrhein-Westfalen auch unter dem Gesichtspunkt der Saar vorbereitet werden sollen. Was ich vorlese, ist kein Märchen, sondern es steht in diesem Entwurf, der an den entscheidenden Stellen schwarz umrändert ist. Dieser Entwurf soll durch die SPD in die Wahl hineingestreut werden. Dort heißt es:

„Wer CDU wählt, verrät die Saar. Wer die Saar verrät, gibt Oder und Neiße preis. Verzicht auf Saar oder Oder-Neiße ist Separatismus und Verewigung der Teilung Deutschlands. Daher wählt keiner CDU!"

Also gerade unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Wahlen muß auf die Saarfrage in den nächsten Monaten ausdrücklich hingewiesen werden. Es kann in diesem Augenblick nicht meine Aufgabe sein, zu den Einzelheiten der vorliegenden Pläne Stellung zu nehmen. Ich wollte nur die Frage einmal aufwerfen und der Auffassung Ausdruck verleihen, daß wir in dieser Frage doch auch als Partei die Verpflichtung haben, eine Stellung zu beziehen, die uns nicht sehr bitter bei den kommenden Wahlen aufstoßen könnte.

Wir möchten die Saarfrage sehr real sehen. Wir haben alles Verständnis für die Schwierigkeiten mannigfachster Art, die einer Regelung entgegenstehen. Aber wir meinen, noch so große Schwierigkeiten im Augenblick – die Zeit ist sehr schnellebig, und heute sind viele Dinge anders zu sehen als vor zwei oder drei Jahren – können die CDU nicht von der Verpflichtung entbinden, gerade die Frage der Saar auch in der geschichtlichen Verantwortung zu sehen. Wir müssen uns fragen, was sagen unsere Leute in Deutschland in zwei, drei oder fünf Jahren.

Ich komme oft mit den Leuten zusammen. Man kann sich schlecht auf die Auffassung der Saarbevölkerung berufen. Es kommt ganz darauf an, wie der Betreffende spricht. Wir wissen, daß die wirtschaftlichen Bindungen und Verbindungen gerade für die breite Masse der Saarbevölkerung höchst bedrückend sind, auch insofern, als sie zum großen Teil als Hüttenarbeiter, als Kohlenbergleute in den unter der französischen Oberhoheit stehenden Hütten und Bergwerken tätig sind.

Wir von Rheinland-Pfalz sind der Auffassung, daß wir bei aller realen Betrachtung der Saarfrage auf der einen Seite aufgeschlossen sein sollten für jede gute Regelung, die eine Verbesserung der derzeitigen Situation bedeutet, daß wir aber auf der anderen Seite nicht so schnell eine Verpflichtung eingehen dürfen, die unserer Partei schon in absehbarer Zeit sehr schlecht gedankt würde, die uns zweifellos bei der Haltung aller anderen politischen Parteien im entscheidenden Moment die Vorwürfe einbringen würde, daß ausgerechnet wir von der CDU die Saar verraten hätten.

Wir haben die willkürliche Grenze. Unsere Bevölkerung ist durch Familien- und Blutsbande usw. miteinander verknüpft. Wir kennen diese Fragen etwas besser und möchten bei aller realen Betrachtung unsere warnende Stimme erheben und die dringende Bitte aussprechen, daß die CDU nur einer Saarregelung zustimmt, die auch die Zustimmung der anderen findet, damit wir nicht allein mit dem Odium belastet werden, hier versagt zu haben.

Adenauer: Herr Dr. von Brentano hat das Wort.

Von Brentano: Ich habe für das, was Herr Altmeier gesagt hat, volles Verständnis. Die Sorge, die aus seinen Worten klang, ist gerade aus der besonderen Situation des Landes Rheinland-Pfalz durchaus verständlich. Aber ich glaube, wir sollten uns zunächst nicht mit historischen Reminiszenzen beschäftigen. Es ist gesagt worden, die Saarpolitik Frankreichs sei die gleiche geblieben wie früher. Ich glaube, wir sitzen ein wenig im Glaskasten. Auch unsere Politik war immer die gleiche. Wenn wir Kriege gewonnen haben oder nur die Aussicht hatten, Kriege zu gewinnen, dann wollten wir auch annektieren.

Das war der sinnlose Zustand im europäischen Kontinent, daß wir in regelmäßigen Abständen im Herzen Europas diese Kriege geführt haben mit höchst wechselndem Erfolg. Es ist gar kein Zweifel – ich glaube, das kann man auch sagen im Namen vieler vernünftiger und anständiger Franzosen –, daß das, was Frankreich im Überschwang des vermeintlich errungenen Sieges nach dem Jahre 1945 im Saargebiet getan hat, sehr wenig glücklich war, daß das, von heute aus gesehen, sehr wenig europäische Gesinnung zeigte, daß das der beste Weg war, um durch einseitige Akte die Voraussetzungen für neue Spannungen zu schaffen.

Aber wir müssen eines sehen. Frankreich hat diese Fehler begangen und damit Fakten geschaffen. Hier steht nun, wenn ich mich so ausdrücken darf, der Anspruch gegen den Besitz. Die Besitzlage spricht für Frankreich, auch wenn sie verkehrt ist, der Rechtsanspruch steht bei uns. Aber wir sind uns darüber im klaren, daß es nur zwei Wege gibt, einen Rechtsanspruch zu verfolgen, einmal den der Verhandlung und zweitens den der Gewalt. Daß der zweite Weg für uns nicht in Frage kommt, das ist so selbstverständlich, daß ich darüber nicht zu sprechen brauche. Ich habe schon einmal im Scherz gesagt, wir könnten höchstens unseren Freund Schröder bitten, mit dem Grenzschutz ins Saargebiet einzumarschieren.

Wir sind darauf angewiesen, im Wege einer Verhandlung einen Zustand zu ändern, den wir für unerträglich halten. Wenn wir den Zustand ändern wollen, müssen wir uns aber klar sein, daß das nur gelingt, wenn wir uns mit den Gesprächspartnern in irgendeiner Weise auf einer mittleren Linie einigen. Mir liegt daran, aus zwei Gründen diesen Zustand zu ändern. Den einen Grund hat der Herr Bundeskanzler heute genannt. Es liegt mir erstens daran, daß es im Interesse der 800.000 (*Kaiser:* 960.000!) oder 900.000 Menschen an der Saar einfach notwendig ist, daß die dortigen Zustände geändert werden, die durch das sehr unselige Regime von Hoffmann eingeführt worden sind. Sie dürfen versichert sein, Herr Altmeier, daß niemand von uns daran denkt, etwa durch solche Verhandlungen nun Herrn Hoffmann eine nachträgliche Rechtfertigung zu verleihen oder seinen Besitzstand zu stärken. Im Interesse dieser Menschen müssen wir etwas tun; denn mit jedem Tag, mit dem diese Zustände anhalten, wird die Lage schwerer und wird sie auch schwerer zu ändern sein.

Zweitens liegt mir daran, diesen Zustand der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, weil die gesamte Politik der europäischen Zusammenarbeit davon abhängt, ob es gelingt, zwischen Deutschland und Frankreich die Atmosphäre einer Verständigung, einer Freundschaft, einer Partnerschaft und eines Vertrauens zu

schaffen. Wenn das nicht gelingt, dann brauchen wir über die weitere europäische Politik nicht mehr zu reden; denn ohne diese Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wird sie keine Stunde mehr fortgesetzt werden können.

Ich hatte vor einigen Tagen ein Gespräch mit englischen Politikern. Auch dort ist mit wünschenswerter Deutlichkeit gesagt worden, daß man erkennt – nicht im Zusammenhang mit dem Saarproblem –, daß die gesamte Europapolitik davon abhängt, ob es gelingt, das deutsch-französische Verhältnis so zu entspannen, daß eine dauerhafte, solide und unerschütterliche Freundschaft geschaffen wird. Es geht dabei nicht nur darum – da möchte ich dem widersprechen, was Sie sagten, Herr Altmeier –, die psychologischen Voraussetzungen für die Ratifizierung der EVG als Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen. Die EVG ist nur eine Etappe, ein Teilstück zu einer europäischen Zusammenarbeit, und der militärische Gehalt dieser EVG scheint mir viel weniger wichtig zu sein als der politische Gehalt. Ich sehe in der EVG eine Fortsetzung des Weges, den wir mit der Montanunion beschritten haben und der hoffentlich mit einer Europäischen Politischen Gemeinschaft enden wird.

Wenn wir diese Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland schaffen wollen, wenn wir über den Rechtsanspruch, den wir haben, mit dem reden, der den Besitzstand hat, dann müssen wir uns irgendwie in der Mitte treffen. Wenn wir den Standpunkt vertreten würden, für uns gibt es nur eine Lösung der Saarfrage: das Saargebiet muß zurück zu Deutschland, dann wären die Verhandlungen mit Frankreich sinnlos. Auf dieser Basis würden wir uns mit Frankreich niemals verständigen. Dann wäre, ich wiederhole es, die gesamte Führung unserer Politik bezüglich der europäischen Verständigung und Integration sinnlos geworden.

Vergessen Sie bitte nicht, daß wir, so meine ich wenigstens, diese Politik der europäischen Verständigung nicht um ihrer selbst willen führen, sondern letzten Endes darum, weil wir wissen, daß nur ein solches geeintes Europa mit einiger Aussicht auf Erfolg sich behaupten kann im Kampf gegen den expansiven Totalitarismus des Ostens; aber auch deswegen, weil wir wissen, wenn es uns nicht gelingt, in Europa wirklich dauerhafte friedliche Verhältnisse zu schaffen, daß dann auch das Interesse der Umwelt an uns verlorengeht.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht bereit sein werden, Soldaten und Geld in Europa zu investieren, um Europa die Möglichkeit zu geben, seine Kleinkriege der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte mit Unterstützung des amerikanischen Steuerzahlers fortzusetzen.

Es ist eine Lebensfrage für uns, diese Verständigung herbeizuführen. Sie kostet Opfer. Das zu verschweigen wäre sinnlos. Das kostet Opfer für beide Seiten, für den, der etwas will, und für den, der etwas geben soll, gleichgültig, wie sich der andere den Besitz verschafft, den wir ihm bestreiten.

Sie sagen, der Naters-Plan sei unannehmbar. Ich gebe Ihnen offen zu, daß auch für mich dieser Naters-Plan in der ersten Form nicht als akzeptabel erschien. Ich bin aber nicht der Meinung, daß die Form, die dieser Plan als Grundsatzregelung angenommen hat – nachdem der Allgemeine Ausschuß des Europarates ihn diskutiert

hat – noch so ist, daß wir sagen müssen, als Verhandlungsgrundlage – mehr ist bisher nicht gesagt worden – sei dieser Plan inakzeptabel. Ich glaube sogar, daß hier der Beratende Ausschuß des Europarates und der Berichterstatter Goes van Naters sich wirklich große und verdienstvolle Mühe gegeben haben, um ein sehr heikles Problem anzupacken.

Ich glaube, daß die Stellungnahme Frankreichs gegenüber diesem Plan mindestens so ablehnend ist wie die, die Sie vorgetragen haben. Das scheint mir zu beweisen, daß die Bestimmung nicht das ist, was manchmal in sie hineininterpretiert wird, nämlich der Versuch, die derzeitigen Zustände an der Saar eben mit dem falschen Namen Europäisierung nachträglich und für immer zu legalisieren. Der Herr Bundeskanzler hat in der Fraktion neulich diese Forderungen aufgestellt, die er vorhin wiederholt hat. Ich glaube, daß sind die Ausgangspunkte, über die wir uns verständigen müßten.

Daß wir verschieden darüber denken mögen, ist klar. Der Ausgangspunkt ist der, daß wir zunächst sagen, das Wort Europäisierung darf nicht als camouflage benutzt werden; eine Europäisierung, die nicht mehr und nicht weniger bedeuten würde als die Aufrechterhaltung des Status quo, wäre für mich inakzeptabel. Ich habe das wiederholt mit Zustimmung der gesamten Fraktion gesagt, als ich auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Bundestag geantwortet habe.[92] Deswegen betone auch ich, eine Lösung setzt voraus, daß wirklich eine echte europäische Gemeinschaft geschaffen wird, in der das Saargebiet als echtes europäisches Territorium der Verwaltung und der Kontrolle einer europäischen Gemeinschaft – auch der parlamentarischen Kontrolle – unterliegt, und zwar mit der Möglichkeit der absoluten Selbstverwaltung, weil ich insbesondere Wert darauf lege, daß in den Verträgen sehr deutlich zum Ausdruck kommt, daß die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den Menschen an der Saar in keiner Weise unterbunden, sondern mehr gestützt werden als bei der heutigen Trennung.

Es muß zum Ausdruck kommen, daß die Menschen im Saargebiet dem deutschen Volks- und Kulturkreis angehören. Es gibt keine Franzosen an der Saar! Mittlerweile hat sich das in Frankreich herumgesprochen. Ich verlange selbstverständlich auch eine völlig freie Willensentscheidung der saarländischen Bevölkerung, wobei ich auch in der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten Hoffmann[93] zwar einen bemerkenswerten Fortschritt sehe, der mich aber noch in keiner Weise befriedigt; denn ich verlange die Vorbereitung der politischen Betätigung nicht nur für eine Volksabstimmung, sondern auch für eine Parlamentswahl im saarländischen Raum.

Drittens verlange ich auch – wenn auch unter Schonung der wirtschaftlichen Zustände, wie sie nun einmal geschaffen sind –, daß die einseitigen französisch-saarländischen Konventionen abgebaut werden und daß das Saargebiet als ein echtes europäisches Territorium uns ebenso zugänglich ist wie den anderen auch.

---

92 Am 28. Oktober 1953 – Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 33.

93 Druck des Interviews mit Hoffmann in SVZ vom 27. April 1954, der sich darin für ein Referendum und für die Zulassung aller Parteien aussprach.

Herr Altmeier, auch darin stimme ich mit Ihnen überein, wir können keine Lösung vereinbaren, die eine endgültige wäre. Ich würde auch die Formulierung, wie sie einmal vorgesehen war, aber an der man in Frankreich schon lange nicht mehr festhält, für inakzeptabel halten, daß etwa andere sich in einem solchen Vertrag verpflichten, den vorläufigen Zustand als einen endgültigen zu erklären, daneben noch von der Bundesrepublik zu verlangen, von einer solchen Verpflichtung – wenn auch ohne eigene Verpflichtung – zustimmend Kenntnis zu nehmen. Eine solche Regelung würde ich auch ablehnen.

Wir haben Vorbilder, wie diese Frage beantwortet werden kann, in dem Briefwechsel zwischen Schuman[94] und Adenauer bei der Unterzeichnung des Montan-Vertrages. Wir haben ein Vorbild im Art. 7 Satz 3 des Deutschland-Vertrages in der Darstellung, die der französische Außenminister Bidault auf der Berliner Viererkonferenz gegeben hat, die wir uns ohne jede Einschränkung zu eigen machen können.[95] Diese Auslegung geht so weit, daß er deswegen in seinem eigenen Lande angegriffen worden ist.

Wenn sich diese Voraussetzungen erfüllen ließen, könnten wir eine solche Entscheidung wirklich vor der Gegenwart und vor der Zukunft, insbesondere auch vor der deutschen Öffentlichkeit, verantworten. Sie haben mit Recht gesagt, wir allein werden die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Da stimme ich Ihnen restlos zu. Ich würde es auch nicht zulassen, daß wir etwa eine solche Entscheidung allein treffen, um dann allein den nationalistischen Vorwürfen ausgesetzt zu sein. Ich bin aber der Meinung – und da unterscheide ich mich von Ihnen –, daß wir mit einer solchen Lösung, wenn wir sie rechtzeitig treffen können, eher die Wahlen gewinnen als verlieren würden. Ich hätte vor einem solchen Plakat, wie Sie es angeführt haben, keine Sorge. Ich bin davon überzeugt, wenn wir über diese Dinge nüchtern mit dem deutschen Volk sprechen und sagen, was möglich und was unmöglich ist und was von uns verlangt wird um der EVG und um unserer eigenen Zukunft willen, daß es dann dafür Verständnis haben wird.

Sie sagen, wir sind für die Menschen im Saargebiet die Verantwortung schuldig. Das gebe ich zu. Aber wir sind unserem ganzen deutschen Volk Verantwortung schuldig. Und niemand von uns könnte die Verantwortung dafür tragen, daß in unserem hartnäckigen Widerstand gegen eine akzeptable Lösung die europäische Politik scheitern würde mit allen Konsequenzen; denn was nützt es uns, wenn wir den Rechtsanspruch aufrechterhielten, und die europäische Lösung Deutschlands, Frankreichs und des Saargebietes würde vom Kreml verwirklicht! Dann ist es zu spät,

---

94 Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker; 1948–1952 Außenminister. Der Vertrag über die Gründung der EGKS wurde am 18. April 1951 unterzeichnet (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 34 Anm. 63, S. 35 Anm. 69); Briefwechsel Schuman-Adenauer in ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 429f.

95 Bidault hatte am 10. Februar 1954 u.a. erklärt, der sowjetische Deutschlandplan konsolidiere die deutsche Teilung für die Dauer von 50 Jahren, ein Truppenabzug erhöhe die Kriegsgefahr, die Einheit Europas sei nur schrittweise zu erreichen, die EVG sei ein Element der Sicherheit usf. (vgl. AdG 1954 S. 4374f.). – Text des Art. 7 Satz 3 vgl. Nr. 5 Anm. 43.

um darüber nachzudenken, daß wir vielleicht eine geschichtliche Stunde versäumt haben.

Sie sagen mit Recht, wer sagt uns denn, ob das die letzte Bedingung ist, die Frankreich stellt. Niemand kann uns das sagen. Ich gebe zu, daß die französische Haltung gegenüber den Verträgen von Bonn und Paris[96] mich mit zunehmendem Maße mit Sorge erfüllt. Schon die Tatsache, daß man dort die beiden von Frankreich gewünschten und in großzügiger Weise von England und Amerika abgegebenen Erklärungen zum EVG-Vertrag doch in einer Weise behandelt hat, daß die beiden, die die Erklärung abgegeben haben, darüber mit Recht sehr verstimmt sind, zeigt, daß es zumindest weite Kreise in Frankreich gibt, die unter allen Umständen entschlossen sind, gegen diese Verträge überhaupt Widerstand zu leisten. Die Nationalisten der rechten Seite und die Kommunisten der linken Seite in Frankreich sind eine sehr widernatürliche Ehe eingegangen. Ich kann nur wiederholen, ich habe mich an die schlechtesten Zeiten der deutschen Vergangenheit zurückerinnert, als ich im französischen Parlament erlebte, wie Sprecher der kommunistischen Linken und der extremen Rechten sich gegenseitig ihr Wohlwollen versicherten und dabei erklärt haben, daß sie für die Gloriole der französischen Republik die einzigen seien im Kampf gegen die EVG. Das sind sehr starke Kräfte. Sie sind unterstützt worden von Juin[97], von dem bisherigen Präsidenten Auriol[98], dem bisherigen Kammerpräsidenten Herriot[99] und dem früheren Ministerpräsidenten Daladier[100]. Noch andere Männer haben das unterstützt.

Ich habe keinen Zweifel, daß es trotz der Widerstände aus realen Gesichtspunkten in Frankreich gelingen muß, mit einer Mehrheit diese Verträge durchzubringen; denn es gibt auch für Frankreich keine andere Lösung. Wir sollten uns davor hüten, auch nur den Vorwand zu geben für eine Ablehnung Frankreichs dieser Verträge. Denn die Folgen dieser Ablehnung sind nicht etwa die, daß unser Einfluß im Saargebiet

---

96 Am 26. Mai 1952 wurden der Generalvertrag/Deutschlandvertrag und die Zusatzverträge in Bonn unterzeichnet, am 27. Mai der Vertrag über die EVG in Paris (dazu SCHWARZ 1 S. 144–166; vgl. Nr. 2 Anm. 81).

97 Alphonse Juin (1888–1967), französischer Marschall (seit 1952); 1951 Generalinspekteur der französischen Streitkräfte und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, 1953–1956 der Gesamtstreitkräfte der NATO in Europa-Mitte.

98 Vincent Auriol (1884–1966), französischer sozialistischer Politiker; seit 1914 Abgeordneter der Assemblée Nationale, 1936 Finanzminister, 1937 Justizminister, 1944 Präsident der Verfassunggebenden Nationalversammlung, 1945 stv. Ministerpräsident, 1947–1954 Präsident der Republik. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1950–1954 S. 700 Anm. 16.

99 Edouard Herriot (1872–1957), französischer Politiker; 1919–1940 und 1945–1954 Abgeordneter der Assemblée Nationale (1919–1924 Führer des „Nationalen Blocks"), 1924–1925 Ministerpräsident, 1936–1940 Präsident der Deputiertenkammer, 1947–1954 Präsident der Nationalversammlung.

100 Edouard Daladier (1884–1970), französischer sozialistischer Politiker; 1919–1958 Abgeordneter, seit 1924 mehrfach Minister, 1933, 1934 und 1938–1940 Ministerpräsident.

größer wird und daß die Rechte der deutschen Bevölkerung an der Saar wiederhergestellt werden, sondern die, daß im bisherigen Status quo im Verhältnis zwischen Deutschland und dem Saargebiet sich nicht das geringste ändern wird und daß dann endgültige Fakten geschaffen werden, die wir jetzt noch verhindern können.

Die Folgen werden sein, daß unsere gesamte europäische Politik dann gescheitert ist mit allen Konsequenzen. Ich betone, wir sollten daran gerade heute denken, wo wir zusammen sind zwischen der Berliner Konferenz mit dem enttäuschenden Ergebnis und der Genfer Konferenz, deren Ergebnis wir noch nicht kennen, aber deren Verlauf wir mit großer Sorge verfolgen müssen. Ich halte es nicht für undenkbar, daß in Genf den Russen das gelingt, was ihnen in Berlin nicht gelungen ist, die drei westlichen Alliierten in einer Frage zu spalten. Zwischen diesen beiden Konferenzen sollten wir uns des Ernstes der außenpolitischen Situation bewußt sein. Ich sehe sie so ernst wie noch niemals in den vergangenen Jahren. Deswegen bin ich sehr froh, daß wir dieses Gespräch führen können; denn wir müssen am Donnerstag im Bundestag darüber diskutieren.[101] Wir können es aber nicht, wenn die Partei nicht dazu Stellung genommen hat.

Wir sollten uns heute darüber klarwerden, daß wir in der Verhandlung mit Frankreich – ich sage jetzt vielleicht ein etwas anstößiges Wort – bis an die Grenze des Möglichen gehen müssen, wie ich sie aufgezeigt habe, um auch vor uns selbst und vor der Öffentlichkeit der Welt vor dem Vorwurf geschützt zu sein, daß an unserem Verhalten vielleicht die Politik Europas gescheitert sei mit all den Konsequenzen, die ich andeutungsweise aufgezeigt habe. Das ist die Art, wie wir die Frage behandeln sollen. Sie verlangt von uns ein Opfer, sie verlangt von uns, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß das Saargebiet einen echten europäischen Status erhält; ich betone: echt!

Aber das Opfer ist sehr gering, wenn wir uns vorstellen, daß wir mit diesem Opfer erreichen können, daß später außer dem Saargebiet auch die übrigen Mitgliedsstaaten dieser europäischen Gemeinschaft einen europäischen Status erhalten. Wenn wir dahin kommen, werden wir uns sogar etwas zweifelnd vielleicht die Frage vorlegen, ob wir der echten Europäisierung der Saar so viel Hindernisse bereitet haben, ob wir nicht besser daran getan hätten, sie noch rascher vorwärtszutreiben, um so die gesamte Europäisierung zu fördern.

Adenauer: Graf Coudenhove-Kalergi[102] hat vor Jahren einen Vorschlag gemacht, man solle im Elsaß ein europäisches Territorium schaffen, das Sitz aller zentralen europäischen Einrichtungen sein soll. Wenn nun jetzt die Saar, Herr Altmeier, in

101 In der Sitzung vom 29. April 1954 wurde eine Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP betr. Entwicklung der außenpolitischen Lage (BT-Drs. 488) sowie eine Große Anfrage und ein Antrag der SPD zur EGKS beraten (Sten.Ber. 2.WP Bd.19 S. 1057–1062, 1062–1140).

102 Pierre Baron de Coudenhove-Kalergi (1894–1972), 1923 Gründer der Paneuropa-Bewegung, 1947 Generalsekretär der Europäischen Parlamentarier-Union.

demselben Besatzungszustand wie Rheinland-Pfalz wäre und zu Ihnen gehörte, und es käme der Vorschlag: Deutschland, bist du bereit, dieses Territorium als europäisches Territorium für die supranationalen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen? – wenn die Leute, die dort wohnen, sagen, ja, das ist unser Wunsch, was würden Sie in einem solchen Falle tun? Wollen Sie einmal bitte antworten? (*Altmeier:* Das kann ich in diesem Augenblick nicht beantworten! – *Kaiser:* Das ist eine Frage, die sich nicht verwirklichen läßt!) Wir wollen doch gerade mehreres schaffen, Herr Altmeier. Wir wollen zunächst die EVG und die Europäische Politische Gemeinschaft. Sie haben gesagt – ich drücke mich kurz aus –, die Saar hängt gar nicht damit zusammen. An sich haben Sie recht, sie hängt gar nicht damit zusammen. Wir haben schon zwei Jahre lang über die EVG verhandelt, ohne daß überhaupt von der Saar die Rede war.

Nun kommt auf einmal – Sie wissen, wie es im politischen Leben ist – eine Verbindung mehr psychologischen Ursprungs. Sie ist nun da. Das ist eine Tatsache. Ich will es nicht so weit ausführen, ich könnte noch sagen, wie es wahrscheinlich gekommen ist, aus einem Gefühl der Unterlegenheit, daß man sagt, alles sollen wir hergeben, die Saar, die Armee usw. Wir sollen alles hergeben, wir sind ein geschlagenes Volk. Nun, sei dem, wie ihm wolle, auch die Freunde der EVG versichern, in Frankreich sei, ohne daß die Saarfrage geregelt wird, eine Mehrheit in der französischen Nationalversammlung nicht zu erreichen. Bitte nehmen Sie das hin, das ist eine Tatsache.

Nun die Frage für uns. Herr von Brentano hat gesagt, diese haben den Besitz, wir haben das Recht. Recht kann man nur durchsetzen mit Waffengewalt oder durch einen höheren Gerichtshof, der nun Gewalt hat und etwas erzwingen kann. Sehen Sie denn, Herr Altmeier, irgendeine Möglichkeit, daß wir die Saar aus dem jetzigen Zustand erlösen anders als auf diesem Weg? Ich sehe sie nicht. Sie müssen sich die Frage so stellen: Sollen wir einfach auf dem Rechtsstandpunkt bleiben, die Saar kann weiter in ihrem Fett schmoren, aber wir haben unser Recht? Schließlich geht Europa darüber zugrunde. Ich kann die Sache nicht anders sehen.

Der Hinweis auf die Folgerungen für den Osten ist vom BHE – ich glaube von Herrn Kraft oder von Herrn Oberländer – sehr geschickt gemacht worden. Die Herren haben gesagt, wenn man jetzt an der Saar eine Volksabstimmung macht, dann haben wir damit ein Beispiel dafür, daß wir auch in Zukunft im Osten etwas Ähnliches verlangen können. Die Herren sagen weiter, wenn z.B. für das Sudetenland oder für Oberschlesien etwas Derartiges im Laufe der Entwicklung herauskäme, dann wären wir froh, wenn diese Gebiete europäisiert würden.

Wie denken Sie sich dann überhaupt, meine Herren – ich möchte diese Frage nicht nur an Herrn Altmeier richten, sondern an Sie alle –, diese Angelegenheit? Das können wir niemals mit Waffengewalt fertigkriegen, auch niemals dadurch, daß wir sagen, wir haben das Recht. Das können wir doch nicht. Wir können es nur fertigbekommen im Wege der Verhandlung und im Wege des gegenseitigen Nachgebens. Dort haben die Polen ein Gebiet, und da haben es die Russen, und hinter den Polen stehen die Russen.

Herr Altmeier, ich bitte Sie, legen Sie sich diese Frage vor. Sollen wir einfach sagen: Aber wir haben das Recht! – und dann bleiben die Leute unter fremder Herrschaft. Sie haben eben selbst gesagt: Dann haben die Franzosen das ganze Saargebiet richtig einkassiert. Seien wir uns darüber klar. Die meisten von Ihnen wissen nicht, wie es an der Saar aussieht, daß es dort nur französische Banken, nur französische Versicherungsgesellschaften usw. gibt, daß alles französisiert ist, so daß die Leute dort wirtschaftlich vollkommen von Frankreich abhängig sind. Und: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing! Die nächste Generation, die fühlt sich schon französisch. Das müssen wir alle verantworten, wenn wir nicht diesen Weg gehen.

Wie wird sich die Situation weiter zeigen, und wie werden sich die Dinge abspielen? Über den Goes-van-Naters-Plan ist heute im Ausschuß in Paris um halb 4 Uhr abgestimmt worden, und zwar, wie ich annehme, mit einer überwältigenden Mehrheit gebilligt worden.[!] Ende Mai wird die Beratende Versammlung des Europarates zusammentreten. Dort wird mit überwältigender Mehrheit dem Naters-Plan zugestimmt werden.[103] Die anderen Nationen werden dem zustimmen. Und wir, was sollen wir dann tun? Sollen wir dann sagen: Nein, wir tun es nicht?

Ich bitte Sie weiter, meine Herren, betrachten Sie doch mal den Sinn der ganzen Europapolitik. Machen Sie sich einmal klar, daß das Wesen des Nationalstaates, das wir im vorigen Jahrhundert erlebt haben und das durch die französische Revolution geprägt worden ist, nun endlich einmal verschwinden muß. Dadurch ist doch das ganze Unheil in die Welt gekommen! Unsere Arbeit und die Arbeit unserer Nachfahren soll darauf gerichtet sein, daß die wechselnden Grenzen in einem Zeitalter wie dem jetzigen verschwinden, in einer Zeit, wo man mit dem Flugzeug über die ganzen Länder im Nu hinwegkommt. Das ist doch alles sinnlos, wo die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen so verknüpft sind und wo dieses Europa, wenn es in dem jetzigen Zustand bleibt, niemals in der Welt wieder mitzusprechen haben wird.

Was ist denn Frankreich? Es ist nicht mehr in der Lage, sich allein zu verteidigen. Wir sind es erst recht nicht. Die kleinen Länder auch nicht, Großbritannien auch nicht mehr. Wenn ich mich überhaupt nicht mehr verteidigen kann gegenüber einem Feind, der da vor den Türen steht, wo ist denn da die Souveränität? Was heißt denn Staat und Volk? Tatsächlich leben wir – nackt heraus gesagt – in unserer Freiheit nur deswegen, weil die Amerikaner ein paar tausend Atombomben haben, und die Russen haben weniger! Das ist unsere ganze Souveränität.

Wenn ich die Worte höre wie „national" und „Nationalstaat" und alle diese Sachen, so kommt mir das vor wie ein Anachronismus. Sehen Sie bitte in die Zukunft! Seien Sie auch realistisch! Wenn wir nicht mittun, erreichen wir für die Saar nicht so viel, im Gegenteil – da stimme ich Herrn von Brentano restlos zu –, dann wird die Saar

103 Text des Van-Naters-Plans, der am 26. April in Paris von der Allgemeinen Kommission der Konsultativversammlung als Empfehlung angenommen wurde, in AdG 1954 S. 4506f. Der hier skizzierte Zeitplan konnte nicht eingehalten werden, die Saardebatte wurde am 26. Mai vertagt (AdG 1954 S. 4569).

wirtschaftlich und personell und in jeder Beziehung vollkommen von Deutschland abgeschnitten. Und was dann aus der ganzen Europapolitik wird, das weiß ich wirklich nicht. Ich sage Ihnen meine innerste Überzeugung, das weiß ich nicht. Es ist nun einmal so im privaten und im öffentlichen Leben, die Dinge ohne eine rechtliche Fundierung spitzen sich um etwas zu. Das ist in Frankreich, das ist in Amerika, das ist in England. Wenn es einem gewissen Teil der Franzosen gelänge – so will ich mich ausdrücken –, die Europäisierung dadurch kaputtzumachen, daß sie uns in der Saarfrage den sogenannten Schwarzen Peter zuspielen, dann sollen Sie mal sehen, wie Deutschland abgeschrieben werden wird. Deswegen müssen wir unter allen Umständen dafür sorgen, wenn die Europäisierung scheitert, daß die Schuld nicht bei uns liegt.

Wenn sie aber bei uns liegt, dann sind wir erledigt. Glauben Sie es mir, ich habe doch mit Dulles und Eden und mit der ganzen Gesellschaft verhandelt. Es ist noch nicht vergessen, was der Deutsche getan hat draußen. Es ist noch nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus ein deutsches Produkt ist. Und es ist noch nicht vergessen, daß durch diesen Nationalismus diese katastrophale Entwicklung in der ganzen Welt herbeigeführt worden ist. Das ist nicht vergessen!

Wir müssen wissen, daß das nicht vergessen ist, gerade von dem Standpunkt aus, den Sie vertreten haben, Herr Altmeier. Sie haben gesagt, die Familienbeziehungen gehen hin und her. Die sollen ja mehr gepflegt werden. Das wollen wir ja gerade. Wir wollen die Saar dem deutschen Kulturkreis erhalten. Wir wollen die Leute so frei machen wie nur möglich. Wir wollen sie politisch frei machen. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie diesen ausführlichen Goes-van-Naters-Plan kennen.

Lassen Sie mich Ihnen sagen, was drinsteht. Da steht drin, daß die Saar ein Selbstverwaltungsgebilde wird, daß sie ihre Angelegenheiten selbst verwaltet. Aufgrund vollkommen freier Wahlen soll es sich selbst verwalten. Es wird ein europäischer Kommissar eingesetzt, der dafür sorgt, daß sie frei sind und daß die Gebote der Menschlichkeit geachtet werden, der die Interessen der Saar im Ausland vertritt, z.B. EVG, Montanunion und was noch kommen wird. Die Kontrolle über diesen europäischen Kommissar soll entweder der Ministerrat, die Montanunion oder später die Europäische Politische Versammlung bekommen.

Das ist gegenüber dem jetzigen Zustand an der Saar ein ungeheurer Fortschritt. Die Leute an der Saar sollen vollkommen frei darüber abstimmen, ob sie das wollen oder ob sie es nicht wollen. Wenn sie es wollen, dann sollen sie es haben. Das ist in großen Zügen der Naters-Plan, der also gegenüber dem jetzigen Zustand an der Saar einen großen, ja – ich wiederhole – einen ungeheuren Fortschritt darstellt.

Herr Eplée hat davon gesprochen, daran zu denken, was wir bei den künftigen Verhandlungen – wir werden über den Osten verhandeln – aufweisen können. Denken Sie daran, was es heißt, wenn wir ein derartiges Beispiel zeigen können, um gerade die Gebiete im Osten von ihrem Joch zu erlösen. Sehen Sie in der ganzen Sache die Zukunft, und werfen Sie hinter sich die Vergangenheit! Die Vergangenheit muß überholt sein! Wir müssen dieses Europa schaffen, wenn wir das deutsche Volk

wirklich bewahren wollen. Herr von Brentano hat vollkommen recht in dem, was er ausgeführt hat. Was hilft es uns, wenn das Ende vom Lied ist, daß Deutschland, die Saar und Frankreich unter russischer Herrschaft stehen. Was haben wir dann? Unser Recht. Unser Recht, für das uns kein Mensch einen Groschen gibt.

Äußern Sie sich einmal zu der ganzen Frage. Es ist eine ungeheure Verantwortung. Ich bin bereit, diese Verantwortung zu übernehmen, nicht aus politischen Gründen, sondern aus menschlicher und moralischer Überzeugung, weil wir gegenüber den Menschen an der Saar und gegenüber dem ganzen deutschen Volke alles tun müssen, was wir können, um die Freiheit für uns zu retten. *(Beifall.)*

Wehking: Ich habe das Empfinden, daß Herr Altmeier nicht diese Zwangslage ablehnt, die Sie uns vor Augen führten, sondern daß er parteipolitisch die Gefahr sieht, daß die anderen Parteien, die nicht in dieser Verantwortung sind, hieraus politisch Kapital schlagen.

Wäre es nicht zweckmäßig, wenn die Bundesregierung in dieser Frage eine gemeinsame Erklärung festlegen könnte und die Koalitionsparteien eine solche Regierungserklärung bejahten, damit uns dann diese Parteien auf diesem Gebiet nicht angreifen können?

Adenauer: Ich habe die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen für morgen eingeladen, um mit ihnen diese Frage zu besprechen.

Gradl: Ich bitte mir zu glauben, daß ich von dem, was Sie eben gesagt haben, ungemein beeindruckt bin. Ich setze mich seit langer Zeit mit der Frage auseinander. Ich bin soweit gekommen, daß ich einsehe, daß die Zeit in der Frage der Saar nicht für uns ist. Ich bin auch soweit gekommen, daß ich das Gefühl beiseite schiebe. Wenn ich nach dem Gefühl an die Sache heranginge, könnten wir gegenüber Frankreich nur äußerst bittere Worte gebrauchen. (*Adenauer:* Ich auch!) Ich könnte alles ablehnen, was uns zugemutet wird. Ich bemühe mich, ganz nüchtern und real die Sache zu betrachten. Ich sehe zwei Gefahren. Wir haben es bisher in der Bundesrepublik Gott sei Dank vermeiden können, daß wir mit unserer Haltung und unseren politischen Entscheidungen einer neonationalistischen Agitation neue Argumente gegeben haben. Ich will jetzt nicht sagen, daß ich schon einen Ausweg aus dem Dilemma sehe, in dem wir uns an der Saar befinden. Ich hätte gewünscht, daß wir eine solche Aussprache schon öfter in der Vergangenheit gehabt hätten. Dann wären wir gerade auch bei der Saarfrage als Partei nicht in eine so empfindliche Situation hineingeraten, wie es nun tatsächlich geschehen ist.

Denn jetzt müssen wir praktisch sozusagen vor Toresschluß uns über eine Entscheidung klarwerden. Ich fürchte, wenn wir nicht ungemein vorsichtig sind, daß wir uns als Partei in Schwierigkeiten bringen, wenn wir jenen Kreisen, die nur darauf warten, daß sie für ihre nationalistischen Absichten Propagandastoff von uns bekommen, den Stoff geben, den sie bisher nicht hatten.

Wie soll man das vermeiden? Ich habe mir sehr genau die drei Punkte durchdacht, die Sie als Vorbedingung für die Saarregelung nannten. Ich muß sagen, zumindest einer gefällt mir nicht, nämlich der letzte. Es klingt vielleicht merkwürdig, wenn ich

das jetzt sage: Es gefällt mir nicht der Punkt, daß diese Entscheidung, die wir jetzt zu fällen haben, einer Volksabstimmung im Saargebiet unterworfen werden soll. Auf den ersten Blick leuchtet es ein, wenn man sagt, wir wollen das nicht tun, ohne daß die Bevölkerung der Saar dazu ihr Ja gesagt hat. Wenn ich mir die Sache aber genau betrachte, dann bringen wir die Bevölkerung an der Saar damit in eine furchtbare Situation; (*Zurufe:* Sehr richtig!) denn sie hat keine Alternative! (*Erneute Zurufe:* Sehr richtig!) Sie hat keine echte Alternative. Die Saarbevölkerung hat nur die Wahl, diesen Vorschlag anzunehmen oder, soweit ich sehe, das schlimmere Übel zu wählen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist die Situation, in die wir die Saar bringen. Sie haben gesagt, wir wollen die Sache redlich betreiben und wir sollen sie bis zum letzten redlich betreiben. Es hängt sehr viel davon ab. Wenn die Frage redlich gestellt würde, dann müßte sie lauten: Entweder Naters-Plan oder bisheriger Zustand, französische Besatzung oder Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes. So müßte man die Fragen stellen, wenn man es redlich machen wollte. Weil das nicht geht, sollten wir es auf alle Fälle unterlassen, der Saarbevölkerung diese Frage in einer Volksabstimmung vorzulegen.

Dann ist es besser, die beiden Regierungen verhandeln über einen Modus vivendi, den es bisher nicht gibt, für den man bestimmte Elemente des Naters-Planes sicherlich gut gebrauchen kann. Aber diese eine Volksabstimmung mit einer unechten Alternative zu unterwerfen wäre falsch; denn die Tatsache, daß dann eine Volksabstimmung stattgefunden hat, würde im Grunde auf die Dauer doch so ausgelegt werden, als sei dies die Anerkennung einer Entscheidung, von der wir alle wissen, daß sie keine echte Entscheidung im redlichen Sinne ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Herr Dr. Gradl, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie die Sache wirklich genau und ernst vortragen. Ich möchte auf zwei Punkte antworten. Sie haben gesagt, wenn wir so verfahren, laufen wir Gefahr, daß wir neonationalistischen Bestrebungen helfen. Dazu folgendes: Wenn die EVG scheitert, dann fürchte ich allerdings – und das habe ich auch den Franzosen gesagt – neonationalistische Bestrebungen. Wir haben im deutschen Volk und in unserer Jugend den Nationalismus – ich sage nicht, das Nationalgefühl – verdrängt durch den Gedanken an Europa. Wenn unsere Leute sehen, daß diese Politik nicht richtig war, dann kommt die nationalistische Welle. Und diese nationalistische Welle fürchte ich. Seien wir uns ganz klar darüber, irgendwo im Untergrund schwelt es noch. Es sind Leute da, die nur auf den richtigen Augenblick warten, um den Brand anzufachen. Diese neonationalistischen Bestrebungen werden sich dann nach Rußland richten, nicht nach dem Westen; denn von Europa, vom Westen, sind sie enttäuscht. Dann ist die Gefahr nicht nur für unsere Partei, sondern für das ganze deutsche Volk viel größer.

Nun das zweite. Sie sprachen von einer echten Wahl. Ich glaube, Sie haben etwas übersehen, die Volksabstimmung soll ja nicht so lauten: Willst du den jetzigen Zustand oder willst du den neuen Zustand, sondern sie soll lauten: Willst du den neuen Zustand? Wenn dann wirklich die Leute an der Saar, nachdem sie vorher aufgeklärt worden sind, in ihrer Mehrheit sagen, nein, wir wollen den neuen Zustand nicht, dann

ist eine neue Situation im Verhältnis zu Frankreich, Amerika und England geschaffen. Dann kann man den Leuten in Frankreich, England und Amerika sagen, die Leute wollen gar nicht europäisches Territorium werden. Dann müssen wir sehen, was weiter gemacht werden soll. Wenn die Leute das europäische Territorium verwerfen, dann steht fest, daß sie den jetzigen Zustand sicher nicht behalten wollen. Dann haben wir vielleicht eine Basis, um zu neuen Verhandlungen zu kommen. Diese Basis haben wir jetzt nicht.

Denken Sie über die Worte nach, die zum Neonationalismus gesagt wurden. Der Neonationalismus wird sicher eine Morgenröte bekommen, wenn Europa scheitert. Das ist nach meiner Meinung todsicher. Denken Sie auch daran, daß nicht gewählt werden müßte zwischen dem bisherigen und dem neuen Zustand, sondern es wird gefragt, ob die Leute mit dem neuen Zustand einverstanden sein werden. Wenn die Mehrheit sagt: nein, dann muß man versuchen, wie man weiterkommt. Dann haben wir hoffentlich den europäischen Gedanken gerettet.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Es ist für uns sehr schwer, vorwiegend oder nur mit nationalen Erwägungen an die Wurzel dieser Frage heranzugehen. Damit meine ich mehr oder weniger das ganze Volk unseres Landes. Ich muß das vorausschicken, damit Sie ein Verständnis für unsere Haltung haben. Es bäumt sich in uns alles auf, daß uns in irgendeiner Form im Jahre 1954 durch die französischen Erpressermethoden etwas zugemutet wird, was wir für ein schwelendes Unrecht vor der Geschichte halten.

Dann wird uns gleich gesagt, was ist Recht in der Wirklichkeit der Politik, der andere hat ja den Besitz! Das können wir unseren Leuten einfach nicht sagen. Diese französische Erpresserpolitik, die wir seit 1945 erlebt haben, die sich zunächst auch auf unser Land erstreckte, Vorgänge, die noch gar nicht bekannt sind ... (*Adenauer:* Wollen Sie nicht bei 1940 anfangen, die Geschichte zu betrachten?) Herr Bundeskanzler, ich könnte natürlich auf die Reminiszenzen eingehen. Aber das will ich nicht; denn dann würde die Rechnung noch anders aussehen! (*Schröder:* Er hat es nicht richtig verstanden! – *Adenauer:* Da bin ich anderer Ansicht, Herr Zimmer!) Ich will mich kurz fassen. Es bäumt sich in uns alles auf, wenn [wir] die Kräfte am Werk sehen, die an der Saar der jahrhundertealten Politik der Franzosen zu einem Erfolg in ihrem Sinne verhelfen. Es sind dieselben Kräfte, die in diesen Jahren den Versuch unternommen haben, das ganze linke Rheinufer in soundso viel Kleinstaaten aufzuteilen. Das war auch die Absicht mit Rheinland-Pfalz. Dieselben Leute sind jetzt die Fürsprecher einer Europäisierung, worunter sie sich natürlich ein anderes Ziel setzen und etwas anderes vorstellen als Sie als Bundeskanzler der deutschen Bundesrepublik. Das wissen wir natürlich ganz genau.

Nun zu unserer Haltung zu den jetzigen Plänen. Sie ist getragen von einem unüberwindlichen Mißtrauen gegen alles, was die offizielle oder inoffizielle Politik von Frankreich und Saarbrücken her bringt. Es ist ein Mißtrauen, das durch Abmachungen und Verträge nicht so leicht überwunden werden kann. Wir glauben, daß man vielleicht auf deutscher Seite im Sommer 1951, als zum ersten Mal ein gewisser

Artikel erschienen ist, die Dinge zu sehr vom Kalkül aus betrachtet und nicht den Willen zur Gerechtigkeit genügend in die Waagschale geworfen hat.

Man hat dem ganzen deutschen Volk aufgrund der nationalsozialistischen Erbschaft, die wir übernommen haben, Ungeheuerliches zugemutet; 14 Millionen Ostvertriebene usw., dazu dieses Restdeutschland. Und man mutet uns dann noch zu, das Saargebiet auf den Altar Europas zu legen. Mit unseren enthusiastischen Gefühlen für Europa, die wir alle haben, sind wir bereit, für Europa geopfert zu werden. Unser Volk macht das mit, wenn es sieht, daß auch auf der anderen Seite Europa wirklich gewollt ist.

Ich kann heute in unserem Lande niemandem klarmachen, daß in Frankreich die herrschenden Politiker wirklich Europa wollen, sondern wir glauben, daß man dort Frankreich will mit dem schillernden Namen Europa. In allen Fragen, ob das Indochina oder andere Teile der Welt sind, verteidigt Frankreich seine nationalen Interessen. (*Adenauer:* Herr Zimmer, das tun wir auch!) Ja, wir tun es auch, aber wir wollen ehrlich Europa! Wir wollen auch für Europa Opfer bringen.

An der Saar stehen sich gegenüber der französische Nationalismus und der deutsche fortschrittliche Glaube an Europa. Ich will nur sagen, es kommt sehr darauf an – Herr Ministerpräsident Altmeier hat es gesagt –, daß wir uns trotz dieser Gefühle nicht einer Regelung in den Weg stellen wollen, durchaus nicht, aber wir gehen an jene Regelung heran mit diesen seelischen Hypotheken, die ich eben bezeichnet habe und die bei uns Allgemeingut sind. Es kommt darauf an, wie diese Regelung behandelt wird, mit welchem Willen und mit welcher Zielsetzung.

Ich möchte es in diesem Kreise offen sagen, daß wir nicht immer von den Herren, die die Verhandlungen geführt haben – nach den Verlautbarungen, die in die Öffentlichkeit gekommen sind –, so restlos überzeugt waren, daß sie bis an das Äußerste gegangen sind, was wir vielleicht hätten fordern müssen. (*Adenauer:* Wie können Sie das beweisen?) Der Schein ist entstanden. Ich muß das sagen. Ich glaube, die Herren des Bundestages werden es mir wohl bestätigen. Ich denke an die Verhandlungen in Brüssel.[104] Wir waren z.B. sehr unzufrieden mit der Haltung, die Herr Gerstenmaier dort eingenommen hat. Da haben wir vermißt, daß das Äußerste erstrebt worden ist.

Von den drei Bedingungen, die von Ihnen genannt worden sind, könnte man die Punkte 2 und 3 mit Vorbehalt akzeptieren, wenn die Durchführung so gesichert ist, daß ihr Ziel erreicht wird, und zwar die Durchführung so, daß die Kräfte in Paris und an der Saar nicht nachher trotzdem Sabotage in ihrem Sinne wieder betreiben.

Nach dem, was wir bisher an der Saar erlebt haben, müssen wir eben auch von dort aus einmal Vorleistungen fordern. Es besteht an der Saar immer noch ein

104 Anfang Dezember 1953 hatte in Brüssel ein Unterausschuß des Allgemeinen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarats getagt; er sollte vornehmlich Wirtschaftsfragen beraten, die sich aus der vorgesehenen Regelung ergaben (vgl. SCHMIDT 2 S. 572f.). Zur Haltung Gerstenmaiers vgl. SCHNEIDER S. 356–363; GERSTENMAIER S. 342–349.

Druck, der auf dem größten Teil der Bevölkerung lastet. Es besteht keine politische Freiheit. Ich bin vor einigen Tagen dagewesen. Das Volk ist seit 1919 schon in einem schwierigen seelischen Zustand, vor allem aber seit 1945. Deshalb ist es äußerst bedenklich gewesen – ich glaube, man kann jetzt darüber nicht diskutieren –, die Volksabstimmung erneut anzubieten. Heute kann man das nicht mehr zurückziehen, weil dann die Bevölkerung vor den Kopf gestoßen würde, obwohl die Angelegenheit m.E. völkerrechtlich nicht zwingend gewesen ist.

Wir haben also den Wunsch, Herr Bundeskanzler, daß beim Kampf um Ihre europäischen Ziele mit der größten Hartnäckigkeit im einzelnen die Etappen zu diesem Ziele genau abgegrenzt, diskutiert, formuliert und auch Garantien für die Sicherheit der Durchführung gesetzt werden. Wir können unseren Leuten sonst Ihre europäische Politik mit dem Junktim Saargebiet überhaupt nicht klarmachen. Das Junktim will ich nicht erörtern. Ich bedaure, daß das überhaupt über die Bühne gegangen ist, ohne daß rechtzeitig von deutscher Seite dieses Junktim zerschlagen worden ist. Denn es ist völlig sinnlos unter europäischer Sicht.

Ich bitte Sie, versichert zu sein, daß für uns die Frage von äußerster Tragweite ist. Wir können nicht so rein kalkulatorisch wie vielleicht andere, die die Dinge im ganzen überschauen, an die Frage herantreten, wie es im Interesse der Sache von Ihnen gewünscht wird. Wenn in Zukunft der Naters-Plan zum Tragen kommen soll, dann bitte ich herzlich darum, daß dann von dem betreffenden Herrn über diese Dinge vorher freimütig gesprochen wird. Wir wollen und dürfen uns nicht in der Öffentlichkeit gegeneinander ausspielen lassen. Wir wollen nicht, daß die CDU nach außen hin in dieser Hinsicht ihre Geschlossenheit verliert.

Hellwig[105]*:* Zunächst möchte ich eines klarstellen. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage scheint mir ein Unterschied zu bestehen. Es ist von mehreren Herren davor gewarnt worden, daß der derzeitige Zustand zu gefährlich werde und eine Entwicklung herbeiführen würde, die im Endergebnis gegen uns ausschlagen müsse. Ich kann dieser Beurteilung nicht folgen aufgrund der persönlichen Beobachtung, die ich als geborener Saarbrücker, der seinen Wohnsitz bis 1947 dort hatte und in engster persönlicher und menschlicher Beziehung dort steht, gemacht habe. Ich glaube, daß auch das Tempo, mit dem die Gegenseite auf ein Definitivum drängt, bestätigt, daß einstweilen die Zeit noch für uns arbeitet.

Einige Beispiele: Die offziellen Vertretungen der Saarwirtschaft, die Saarbrücker Handelskammer und andere Verbände, haben einschließlich der in ihnen vertretenen französischen Unternehmungen – auch der Chef der französischen Hütten- und Saargruben ist in der Handelskammer – in diesen Tagen eine Denkschrift[106] vor-

105 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), 1951–1959 Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, 1953–1959 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 167 Anm. 4.

106 Folgende Untersuchungen wurden von der IHK im fraglichen Zeitraum veröffentlicht: Untersuchung über die Absatz- und Bezugsstruktur des saarländischen Außenhandels in den letzten 25 Jahren. O.O. (Saarbrücken) o.J. (Ende 1953 oder Anfang 1954, hektographiert).

gelegt, in der sie im ersten Entwurf nach Genehmigung durch die Industrie- und Handelskammer den Satz hatte, für die Zukunft der Saarwirtschaft sei es entscheidend, den angestammten deutschen Markt zurückzugewinnen. Dieser Satz ist auf Betreiben und Veranlassung des französischen Botschafters und Kommissars gestrichen und abgeändert worden durch einen sehr lauen Satz, daß die Saarwirtschaft ihre zukünftigen Hoffnungen auf die europäische Integration und auf dem Wege zum deutschen Markt im Rahmen der europäischen Integration setze. Aus unmittelbar persönlicher Umgebung des Ministerpräsidenten Joho – Sie verzeihen die populäre Ausdrucksweise des Herrn Hoffmann – weiß ich, daß er wiederholt handfeste Auseinandersetzungen in den letzten Wochen mit dem französischen Botschafter Grandval[107] hatte, der ihn und einige Herren seiner Regierung zur Ordnung rufen wollte, weil sie in der wirtschaftspolitischen Zukunftsplanung auf die deutsche Karte setzten. In dieser Auseinandersetzung ist von Herrn Hoffmann das Wort gefallen: Wenn wir schon fünftes Rad am Wagen sein sollen, dann lieber in Bonn als in Paris!

Ich habe also aus diesen Beobachtungen den Eindruck, daß einstweilen noch – und zwar wegen der rückläufigen wirtschaftlichen Tendenz des Weltmarktes – die Saar zum deutschen Markt drängt und die Zeit noch für uns arbeitet.

Wenn der derzeitige Zustand weiter bestehen bleibt, dann entsteht das Problem, daß die Zeit gegen uns arbeitet, für die neue Generation, die durch die französisch beherrschte Schule, insbesondere durch die französische Hochschule in Saarbrücken, hindurchgeht.

Die Franzosen haben aus der Entwicklung vor 1935 gelernt. Damals war die deutsche Regelung am Ende einer wirtschaftlichen Entwicklung, die schon seit 1925 die Saar wieder auf den deutschen Markt geführt hatte. Das Ergebnis der Abstimmung 1935 war durch den wirtschaftlichen Rückzug Frankreichs von der Saar schon in den zwanziger Jahren eingeleitet worden. Weil die Franzosen diese Entwicklung kennen, versuchen sie heute, sich gegen die wirtschaftliche Rückkehr der Saar zum deutschen Markt politisch abzuschirmen und die Separierung der Saar von Deutschland im politischen Sinne durch das jetzt angestrebte Reglement zu sichern.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Frage eingehen, die der Herr Bundeskanzler gestellt hat, was nun zu dem Angebot oder der Chance als Sitz für eine europäische Organisation zu sagen wäre. Ich glaube, daß niemand etwa ein „Heim

---

Statistische Übersichten zu den Untersuchungen über die Absatz- und Bezugsstruktur des saarländischen Außenhandels in den letzten 25 Jahren. O.O. (Saarbrücken) o.J. (Ende 1953 oder Anfang 1954, hektographiert).

Welche Notwendigkeiten bestehen für die Saarwirtschaft bei einer Europäisierung des Saarlandes? (Unter besonderer Berücksichtigung der industriewirtschaftlichen Lage). O.O. (Saarbrücken) o.J. (etwa Anfang 1954) 16 Seiten (hektographiert).

Saarwirtschaft und Europäisierung des Saarlandes. Saarbrücken o.J. (1954) 131 Seiten.

107 Gilbert Grandval (geb. 1904), französischer Politiker; 1945–1948 Gouverneur des Saargebiets, 1948–1952 dort Hochkommissar und 1952–1955 in der Funktion eines Botschafters, 1962–1966 Arbeitsminister.

ins Reich" als Propagandaparole herausbringen kann oder etwa sagen will, die Saar muß zurück. Das ist die einzige Lösung!

Worum es geht, ist nur, einen Zustand zu erhalten, der die politische, kulturelle und wirtschaftliche Dynamik, die in der Bevölkerung dieses Gebietes steckt, sich in ihre natürliche Richtung, nämlich nach Deutschland hin, wieder frei entwickeln läßt. Ich glaube, wenn hier für den Sitz der europäischen Organe eine Lösung gefunden wird, daß dies die natürliche Entwicklung nicht unmöglich macht und man einem solchen Angebot tatsächlich positiv gegenüberstehen kann. Ich glaube, daß man die Formulierung von deutscher Seite gebrauchen sollte, daß hier für die ausführenden Organe der Europäischen Gemeinschaft eine exterritoriale Bannmeile zur Verfügung gestellt wird, wobei völlig unberührt von einer solchen Konstruktion die Tatsache bleibt, daß das Gebiet staatsrechtlich zum Deutschen Reich von 1937 gehört und die Bevölkerung die deutsche Staatsangehörigkeit uneingeschränkt behält. Ich glaube, daß unter einer solchen Formulierung das Gebiet zum Sitz für eine europäische Behörde und für die Zentralorgane der Europäischen Gemeinschaft werden könnte.

Das Entscheidende des Konfliktes überhaupt ist ja, daß wir unter dem Begriff Europäisierung auf beiden Seiten einen ganz verschiedenen Inhalt haben. Frankreich und insbesondere die Kräfte, die Frankreich in dieses Saarabenteuer gestürzt haben – so muß man es wohl formulieren –, betrachten die Europäisierung als eine europäische Garantie für ein von Deutschland politisch getrenntes Gebiet mit teilweiser Autonomie in wirtschaftlicher Hinsicht mit einer französischen Protektoratsstelle. Wir sind der Auffassung, daß hier eine deutsche Vorleistung für eine Europäische Politische Gemeinschaft gegeben wird.

Aber Frankreich ist nach alledem, was ich nach den Verhandlungen um den Naters-Plan habe beobachten können, noch nicht bereit, diesem deutschen Angebot zu folgen, weil die einseitigen Bindungen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, in großem Umfang aufrechterhalten werden sollen. Ich glaube, daß in dem derzeitigen Stand der Gespräche wegen des verhängnisvollen Junktims mit der EVG nicht mehr von deutscher Seite gesagt werden kann als die Bereitwilligkeit zu einer Verhandlung der Saarfrage unter dem Gesichtspunkt, den ich erwähnt habe. Sobald es sich um wirtschaftliche Dinge handelt, kann man Konzessionen machen, die die Franzosen gar nicht wollen, weil sie dann auch in die Pflicht genommen werden, sich zu beteiligen an den Saargruben und an der Wasserwirtschaft des Saargebietes, die weithin rückläufig ist. Daß gerade dieses Gebiet in kürzester Zeit ein Notstandsgebiet werden wird, möchte ich nebenbei erwähnen. Die Saarbergwerke sind ausgesprochen schlecht dran. Was der Herr Bundeskanzler von den 30 Jahren wegen des Auskohlens gesagt hat, bezieht sich auf den Fall, daß keine neuen Investitionen mehr im Bergbau vorgenommen werden würden. Frankreich investiert nicht. Das Saargebiet bringt es nicht auf. Die Gefahr besteht darin, wenn keine Investitionen gemacht werden, daß der Bergbau zum Erliegen kommt.

Man sollte sich überlegen, ob nicht der Begriff eines exterritorialen Gebietes oder einer Bannmeile unter Schwebenlassen der staatspolitischen Frage bleiben kann,

damit die deutsche Staatsangehörigkeit der Bevölkerung unberührt davon ist. Das könnte auch, ohne uns den Weg für die Zukunft zu verbauen, durchaus im jetzigen Verhandlungsstadium gesagt werden.

Adenauer: Das Wirtschaftsministerium hat ein Gutachten erstattet und gesagt, daß durch die wirtschaftliche Beherrschung der Saar durch Frankreich die Dollarbilanz in Frankreich sich jährlich um 110 bis 120 Millionen verbessert.[108] Also hat Frankreich ein Interesse daran; denn es verbessert dadurch seine Dollarbilanz. Wenn Ihre Auffassung richtig ist, daß die Saar nicht die Investitionen machen kann und Frankreich nicht gewillt ist, sie zu machen, aber nun der Saar diese Selbstverwaltung gibt, dann wird sich das alles finden. Dann kommt das alles auf uns zu. Lassen wir ruhig mal abwarten.

Sie sagen, z.Z. besteht noch nicht die Gefahr der Französisierung. Ich bin anderer Auffassung; ich weiß von vielen Leuten in Bonn an der Universität, die aus dem Saarland sind, die fortdauernd sagen, wir sind Saarländer. Die sagen gar nicht, daß sie Deutsche sind. Es gibt auch andere. Die Gefahr ist größer, als Sie denken. Deswegen müssen wir – ich fühle mich nicht widerlegt – alles tun, um die Leute so schnell wie möglich von dem französischen politischen Druck zu befreien. Wenn sie davon befreit sind, wollen wir getrost die weitere Entwicklung abwarten.

Sie mögen recht haben, Herr Hellwig, wenn wir uns weiter wirtschaftlich entwickeln und die Leute bei uns etwas bekommen, von Frankreich aber nichts bekommen, dann kommen sie von selbst zu uns, vorausgesetzt, daß sie diese Selbstverwaltung haben. Es soll kein Staat werden, sondern sie sollen die Selbstverwaltung bekommen.

Sehr vieles ist nicht mehr zu sagen zu der ganzen Affäre. Nur noch ein Wort zugunsten des Herrn Gerstenmaier. Ich glaube, dem Herrn Gerstenmaier tun Sie Unrecht. Der Herr Gerstenmaier hat sich in der ganzen Sache sehr große Mühe gegeben, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Ich weiß nicht, wie oft er mit mir gesprochen hat. Er war von der größten Sorge beseelt. Ob er in jedem Falle den rechten Satz geprägt hat, weiß ich nicht. Ob das in der Presse richtig wiedergegeben worden ist, weiß ich noch weniger. Aber von einem bitte ich Sie überzeugt zu sein, daß Herr Gerstenmaier sich absolut in lauterer Hingabe und aus deutschem Gefühl heraus der ganzen Sache gewidmet hat. (*Von Brentano:* Sehr richtig!)

Bericht über die Finanz- und Steuerreform

Strickrodt: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, ob ich in dem, was ich vortrage, vollständig auf der Höhe des Aktuellen bin; denn

108 Zum Wirtschaftsanschluß der Saar an Frankreich vgl. Werner Bosch: Die Saarfrage. Eine wirtschaftliche Analyse (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz 4). Heidelberg 1954. – Gutachten des Ministeriums nicht ermittelt.

ich habe den Auftrag, hier heute zu referieren, erst am letzten Samstag bekommen. Ich hatte keine Gelegenheit, Herr Bundesfinanzminister, aus Ihrem Hause Nachricht zu erhalten. Es ist mir heute nachmittag gelungen, ein Exemplar der Stellungnahme des Bundesrates zu bekommen, die 42 Seiten mit den Vorschlägen zur Gesetzesänderung.[109] Ich bin insoweit nicht voll auf der Höhe, da mein Referat eigentlich das Korreferat ist; denn Sie werden nachher das bringen, was ich aus mangelnden Informationen nicht vortragen kann.

Ich möchte Ihnen kurz berichten über die Verhandlung der Finanzreform- und Steuerreformvorschläge durch unseren Ausschuß „Finanzen und Steuern". Dieser Ausschuß ist inzwischen insofern neu gebildet worden, als jeder Landesverband ein Mitglied anerkannt hat. Es sind drei Vertreter der CSU hinzugekommen. Wir bilden mit dem Unterausschuß der CDU und diesen Vertretern der CSU einen Arbeitskreis. Dieser Arbeitskreis hat am 16. März getagt. Ihm lag die Rede des Herrn Bundesfinanzministers vom 11. März vor.[110] Anderes Material hatten wir nicht.

Da der Herr Bundesfinanzminister die Gepflogenheiten des englischen Schatzkanzlers zu wahren weiß, haben wir auch vorher nichts über seine Absichten erfahren. Wir hatten auch nicht die Möglichkeit, die Grundsätze der Partei vom letzten Wahlkampf zu erörtern. Wir waren auf das Material angewiesen, das jedem Politiker durch die Presse zugänglich ist. Erst einige Tage nach unserer Sitzung erhielten wir die Gesetzestexte. Diese Gesetzestexte aber muß der Ausschuß noch studieren.

Der Ausschuß wird in der übernächsten Woche einige Referate von seinen Mitgliedern entgegennehmen und dann vermutlich zu einer Stellungnahme gelangen. Auch die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Bundesrates müssen wir noch abwarten; denn wir glauben, erst die erneute Stellungnahme der Bundesregierung zum Bundesratsvotum wird uns die richtige Grundlage geben. Ich kann hier nur über den Gang der Diskussion in diesem Finanzausschuß der CDU/CSU zu dem ganzen Problem, wie es uns aus Ihrer Rede bekannt ist, Stellung nehmen.

Ich möchte zunächst das Finanzverfassungsgesetz betrachten. Im Finanzausschuß war für das Finanzverfassungsgesetz kein sehr großes Interesse vorhanden. Dies erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß dieser Kreis in erster Linie die Wirtschaft vertreten möchte. So ist klar, daß das einzige Projekt, das sich der Finanzausschuß aus der Finanzverfassungsgesetzvorlage herauspickte, diese zunächst $2\,^1/_2$ %ige Ergänzungsabgabe war. In dieser Abgabe sah und sieht man heute noch weiterhin eine neue Steuer, eine neue Belastung, die auf uns zukommt.

Man kritisiert an dieser Ergänzungsabgabe insbesondere auch, daß sie zum System der Einkommensteuer nicht passe, da die Zuschläge etwas zu Schematisches hätten; sie seien nicht organisch zu verbinden mit dem Tarif.

---

109 Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 628–641; Sitzungsprotokoll und Materialien in NL Strickrodt ACDP I-085-014 sowie VII-004-079/2.

110 Vgl. Anm. 85, 112.

Der Ausschuß hat, wie es in der Öffentlichkeit von anderen Gremien geschehen ist, unter dem Gesichtspunkt der Finanzverfassung in erster Linie ein Problem des Föderalismus gesehen. Auch in unseren Kreisen ist man in Finanzverfassungsdingen primär zentralistisch orientiert. Man ignoriert sehr gerne die Schwierigkeiten, die im Verfassungstext, der für uns bindend ist, selbst liegen. Man möchte, wie es in der Presse geschieht, die Fesseln des Föderalismus abstreifen. Dies geschieht unter dem Schlagwort einer einheitlichen Finanzverfassung.

Im Hinblick auf die CDU kommt hinzu, daß man sagt, ihr seid Föderalisten, ihr bejaht diesen verfassungsmäßigen Zustand. Andere Leute machen es sich leichter. Sie ignorieren [dies] und können dann um so freier ihre Forderungen stellen.

Daß der Föderalismus, die Trennung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern, ein solch strittiges Thema geworden ist, erklärt sich auch aus dem Ärgernis über die große Kassenhaltung der öffentlichen Hand. Es sind ungefähr 10 Milliarden bei Bund, Ländern und Gemeinden. Da diese Kreise, die die Kritik ausüben, sagen, man könnte, wenn man nur wollte, eine einheitliche Disposition über alle diese Kassen haben, wird dieses Ärgernis nun politisch uns in die Schuhe geschoben. Ebenso wird gegen die Niveauunterschiede zwischen den Ländern, die aus einer falschen Politik kommen, welche von den Anhängern des Föderalismus betrieben wird, gesprochen, und man möchte – ich referiere aus diesem Kreise –, daß der Ausgleich der Niveauunterschiede vom Bund her erfolgt, daß also der Bund seine Kompetenzen, seine Machtvollkommenheiten so üben möge, daß jeder das gleiche oder das Benötigte erhält.

Es wird sehr darauf ankommen, der Öffentlichkeit den Sinn des Finanzverfassungsgesetzes klarzumachen. Es wird noch einer erheblichen Arbeit bedürfen, um das zentrale Problem im Finanzverfassungsgesetz, nämlich die Stabilisierung des horizontalen Finanzausgleichs, des Finanzausgleichs unter den steuerschwachen und steuerstarken Ländern, ins rechte Licht der Gesetzgebung zu bringen.

Das zweite wesentliche Problem des Finanzverfassungsgesetzes liegt wohl darin, daß die Einkommen- und Körperschaftsteuer für lange Zeit nach einem bestimmten Schlüssel geteilt werden soll. Das hat zur Folge, daß die Entwicklung des Aufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer gemäß dem festgelegten Schlüssel von 40 : 60 in der nächsten Zukunft automatisch bei Bund und Ländern anfällt, ohne daß damit auch die Kassen- oder die Etatbedürfnisse sich nach diesem Schlüssel richten.

Es ist viel zu wenig bisher erkannt worden, daß die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer – da wir nun diesen festen Verteilungsschlüssel haben – dazu führen könnte und führen sollte, daß sich die Länder in den nächsten Jahren in einen Geleitzug gegenüber dem Bund begeben. Der Bund braucht natürlich diesen Anteil aus diesem Gesamtaufkommen, aber die Länder sagen, wenn der Bund diese Mittel haben muß, dann wollen auch wir diesen so stabilisierten Anteil für uns erlangen.

Ich komme an dieser Stelle wieder auf diese ärgerliche Ergänzungsabgabe. Diese Abgabe hat die Bedeutung, daß die Gesamtmasse von Einkommen- und

Körperschaftsteuern nicht unnötig hoch gehalten zu werden braucht. Also wird die Einkommen- und Körperschaftsteuer daraufhin angespannt, so daß hier nach einer starken Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die automatisch verteilt wird, der Bund exakt berechnet, was ihm nun fehlt. Hier kann also ein jährlicher Ausgleich geschaffen werden für ein insgesamt niedrig gehaltenes Einkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Unter diesem Gesichtspunkt braucht eine Ergänzungsabgabe zugunsten der Länder nicht unbedingt abgelehnt zu werden; zugunsten des Bundes müßte diese Abgabe sein. Zugunsten der Länder könnte man sie sehr wohl zugestehen, wenn der Automatismus, von einem großen Aufkommen an einen festen Satz auch ohne echte Etatbedürfnisse zu verlangen, gebrochen werden könnte.

Wenn man sicher sein könnte, daß die Parlamente, nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern, sehr gewissenhaft prüften, ob sie für das betreffende Etatjahr sich diese Spitze schaffen können, ob das Hindurchlaufen der Steuergesetze durch die Etatjahre hier eine Abschwächung erfährt, daß gewisse Spitzenbeträge jedes Jahr mit dem Etat abgeschlossen werden, daß es zu einer echten Verbilligung der Kredite für das betreffende Jahr kommt, dann kann auf die Dauer gesehen eine Entflechtung dieses starren Systems von Einkommen- und Körperschaftsteuer unter dem Gesichtspunkt einer schlüsselmäßigen Verteilung herbeigeführt werden. Man muß natürlich sicher sein, daß keine Elendsgebiete entstehen; denn sonst müßten ja die schwachen Länder immer die Ergänzungsabgabe fordern. Wenn man sicher wäre, daß die gesamte Finanzmasse zwischen Bund und Ländern einer scharfen öffentlichen Kontrolle unterliegen würde, dann wäre es nicht ausgeschlossen, nicht nur dem Bund, sondern auch den Ländern die Ergänzungsabgabe zu gestatten, wenn auf diese Weise erreicht werden könnte, daß das Niveau der Einkommen- und Körperschaftsteuer niedrig gehalten würde. Ich habe versucht, den Sinn der Ergänzungsabgabe im Rahmen Ihrer Finanzverfassungsvorschläge zu ermitteln, wohlwissend, daß diese Ergänzung bisher eigentlich nur Gegner gefunden hat.

Wenn ich nun zum zweiten Teil des Gesetzgebungswerkes, zur Steuersenkung komme, so stehen wir vor der Tatsache, daß allzusehr übersteigerte Erwartungen vorliegen. Diese Erwartungen haben sich sogar in Tarifvorschlägen seitens der Organisationen ausgedrückt. Man hat auch die zur Diskussion stehenden Finanzvolumina zu schätzen versucht. So war es natürlich, daß man bei diesen hochgezüchteten Erwartungen über das, was die Vorschläge des Finanzministers wirklich brachten, sehr enttäuscht worden ist. Hier muß ich einen Punkt berühren, der gerade auch in den Erörterungen des Ausschusses eine bestimmte Rolle gespielt hat, daß nämlich der Finanzierungsbedarf, die Steueraufkommen usw. nicht der Öffentlichkeit in der gehörigen Weise zugänglich gewesen sind. Der Mangel der Erkenntnis über die Festlegung dieser zahlenmäßigen Grundlagen hat objektive Ursachen. Man schiebt es zwar gerne seitens der Presse und Organisationen dem Herrn Bundesfinanzminister in die Schuhe, daß eine so ungenügende Kenntnis über die zahlenmäßigen Grundlagen vorhanden sei. (*Adenauer:* Mit Recht!) Mit Recht insoweit, Herr Bundeskanzler, als

das Finanzministerium nicht von langer Hand die Kenntnisse über diese Daten in der Öffentlichkeit vorbereitet hat. (*Adenauer:* Sie sind so gutmütig! – *Ehlers:* Er war Finanzminister! – *Heiterkeit.*) Herr Bundeskanzler, es bleibt mir heute übrig, unseren Finanzminister vor der Meute zu schützen. (*Adenauer:* Aber er ist zu triumphierend! – *Heiterkeit.* – *Schäffer:* Da muß ich wieder protestieren!) Diese unzureichende Kenntnis über die zu disponierenden Finanzvolumina hat ganz objektive Ursachen. Wir haben keine Einkommensteuerstatistik nach der Währungsreform. Es liegt z.Z. vom Statistischen Bundesamt – vorerst auf das Jahr 1950 bezogen – eine Einkommensteuerstatistik vor. Das Gesamt der Einkommensteuerstatistik ist noch nicht greifbar. Auch das Ministerium des Finanzministers ist auf Schätzungen angewiesen. Fragen der Finanzstatistik sind äußerst schwierig und langwierig. Da wir in den letzten Jahren wenig getan haben, um uns über die großen Verhältnisse durch exakte Rechnungen die nötige Klarheit zu verschaffen, trifft diese Schwierigkeit uns nicht als ganz unschuldig.

Da ist ein Punkt, über den der Herr Bundesfinanzminister der Öffentlichkeit doch größere Klarheit verschaffen könnte. Wenn schon keine Einkommensstatistik neueren Datums vorliegt, so hätte der Bundesfinanzminister doch durch eine Enquête über seine Finanzämter dies machen sollen. (*Adenauer:* Glauben Sie, er wüßte nicht Bescheid?) Dann hätte er es uns inzwischen gesagt. (*Adenauer:* Nein!) Dann möchte ich einen Vorschlag erneuern, den ich vorbereitet habe, nämlich den Herrn Finanzminister zu einer sofortigen Enquête über die Oberfinanzpräsidenten bei den Finanzämtern zu veranlassen und festzustellen, unter welchen Titeln und mit welchen Beträgen, zunächst repräsentativ, in tausend Fällen jene sogenannten Steuervergünstigungen – um die es sich heute weitgehend handelt – erscheinen. Die einen schätzen diese Steuervergünstigungen, die jetzt wegfallen, sehr hoch ein; der Herr Bundesfinanzminister schätzt sie geringer ein.

Für die Leute aus der Wirtschaft spitzt sich dieses Thema so zu, daß sie sagen, der Herr Bundesfinanzminister nimmt uns mit der einen Hand alle diese Vergünstigungen und gibt uns mit der anderen etwas, was wir bereits gehabt haben. Wer so manche Tragödie, möchte ich sagen, miterlebt bei Leuten, die diese Quelle in ganz besonderer Weise ausgenutzt haben und nunmehr sehen, daß sie die Dummen sind, der versteht die Wut, die sich gegen diese Vorschläge richtet. (*Von Brentano:* Darin liegt die Notwendigkeit der Reform!) Ja, darin liegt sie, aber, Herr von Brentano, wir sind im Augenblick in dem Stadium: Dürfen wir den Zahlen des Herrn Finanzministers glauben, oder wie können wir zu besseren Zahlen kommen? (*Adenauer:* Herr Strickrodt, Sie müssen jedem Finanzminister ein gewisses Maß konzedieren! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Herr Bundeskanzler, ich glaube das, aber dann sollte der Herr Finanzminister, wenn er schon dieses für sich in Anspruch nehmen will, zumindest den Eindruck erwecken, daß diese Schätzungen auf einer solchen Enquête beruhen. Wir haben einen Vorschlag vorbereitet, wonach diese Erörterung mit den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten erfolgen sollte. (*Adenauer:* Nicht eine Erörterung, Sie haben etwas anderes gewollt!) Der Herr Bundesfinanzminister sitzt hier am Tisch. Wenn diese Institute ihre Zahlen auspacken und analysieren, würde Herr Rompe sehr schnell feststellen, was an diesen

Zahlen der Institute Schätzungen sind.[111] (*Schäffer:* Das hat er bereits!) Der Herr Finanzminister könnte das Votum der Institute sehr wohl beeinflussen; er sitzt durchaus nicht am kürzeren Hebelarm. Er könnte durchaus in einem höheren Maß Klarheit schaffen über die berüchtigten Beträge, die unter den verschiedensten Titeln bisher laufen. (*Adenauer:* Mit anderen Worten, man glaubt ihm nicht!) Das ist die Frage, wie kann der Glaube wenigstens gerettet werden? (*Adenauer:* Gerettet nicht, geschaffen werden!) Das ist mit vollem Ernst zu sagen. Das schwierige ist nun, daß auch alle Änderungsvorschläge gegenüber den Vorlagen, mögen sie aus dem Bundesrat, aus den Organisationen, aus dem Bundestag oder aus dem Vermittlungsausschuß kommen, ebenfalls irgendwie ins Unbekannte hineingehen, so daß die exakten Berechnungen der Auswirkungen solcher Vorschläge sehr schwer sind.

Ich möchte deswegen haben, daß man unter die letzte Phase all dieser Erörterungen im Vermittlungsausschuß die Zahlengrundlagen von einem Kreis von Sachverständigen so erarbeitet und klarstellt, damit wir wenigstens die Änderungsvorschläge nicht ins Blaue hinein zu machen brauchen. Ich glaube, daß der Herr Bundesfinanzminister gar keinen Prestigeverlust erleiden wird, wenn sich bei diesen Erörterungen herausstellen sollte, daß die eine oder andere Annahme zahlenmäßig nicht zutrifft. Bei der Ungewißheit, die in diesen Dingen sowieso vorhanden ist, wird der Herr Finanzminister immer die Möglichkeit haben, seinen guten Glauben zu beweisen.

Ich möchte zur Kritik übergehen, die sehr unterschiedlich ist, je nachdem, wie der Interessenstandpunkt ist. Es ist fast unmöglich, in einem kleineren oder größeren Kreis von Persönlichkeiten über Steuerreform sachlich zu sprechen. Jeder hat – so nennen es die Astronomen – seine persönliche Formel, jeder sieht [sich] in dieser oder jener Situation und rechnet sich sofort aus, was nun dieser oder jener Vorschlag bedeutet. Es ist fast unmöglich, eine wirkliche staatsbürgerliche Verantwortung, eine Verantwortung für das Ganze bei der Beurteilung dieser Steuerreformfragen zu erlangen.

Die Tendenzen zur Förderung von Freibeträgen usw. sind in einem gewissen Stadium sogar von sozialistischer Seite unterstützt worden, selbst mit dem Ausweg, daß die Umsatzsteuer erhöht werden könne. Gegen solche Tendenzen, die unteren Einkommensgruppen bis DM 7.000,–, DM 8.000,– jährlich von der Einkommensteuer gänzlich freizustellen, spricht, daß man damit auch ein Band staatsbürgerlicher

111 Zu den unterschiedlichen Berechnungen und Schätzungen zur Steuerreform des Bundesfinanzministeriums und des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung in München vgl. Bulletin Nr. 60 vom 30. März 1954 S. 516 sowie die Gegendarstellung des IFO-Instituts in einer Pressemitteilung vom 29. März (NL Becker ACDP I-162-026/1). – Dr. F. Rompe (in der Vorlage: Rumpel), Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, hatte zuletzt im Bulletin vom 30. März „Die finanziellen Grundlagen der Einkommensteuerreform 1954" (S. 512–515) analysiert. (Zu seinen Auseinandersetzungen mit dem IFO-Institut vgl. auch „Handelsblatt" vom 20. Januar 1954). Vgl. auch seine Ausführungen „Der Tarif als Maßstab steuerlicher Gerechtigkeit" in Finanzpolitische Mitteilungen des Bundesministeriums der Finanzen Nr. 52 vom 18. März 1954 S. 425–432.

Verantwortung zerschneidet und daß die Versuche, diese Steuern nun im Wege von Verbrauchsteuer, Umsatzsteuer usw. zu erheben, auf die Dauer der politischen Erziehung unserer Mitbürger schaden würde.

Die zweite Gruppe der Beanstandung gegen den Steuertarif stammt aus mittelständischen Kreisen. Es sind die Beträge von DM 8.000,– bis DM 20.000,– Jahreseinkommen. Man hat festgestellt, daß der neue Tarif nicht die Ausbuchtungen in der Progression enthält, die früher durch Jahrzehnte hindurch gegolten haben.

Die Einkommensteuer hat immer gewisse Gruppen von DM 45.000,– Jahreseinkommen im Zuge der Progression besser behandelt als die Gruppen darunter und die Gruppen darüber. Es lag im alten Tarif eine bewußte Hilfe für den Mittelstand. Nun wurde geltend gemacht – Herr Gradl hat hierüber im Rahmen des Ausschusses sehr interessante Arbeiten gemacht, die in diesen Tagen versandt worden sind[112] –, daß in diesen Gruppen des kleinen Mittelstandes der gehobene Angestellte die Nivellierung der Einkommen selbst unterschritten hat. Die unteren Gruppen haben ihre Einkommen durch den Tarif usw. steigern können. Kaufkraftmäßig gesehen sind diese Gruppen schlechter daran als früher. Kommt nun jetzt ein Steuertarif, der eine mathematische Linie der Steuerprogression durch alle Gruppen zieht, also diese Vergünstigung beseitigt, so kommt zu der Nivellierung der Einkünfte im kleineren Mittelstand eine weitere Besteuerung noch hinzu.

Ein Wort zu dem allein gerechten Tarif, den das Finanzministerium vorschlägt. Sie haben in den Veröffentlichungen diese gleichmäßig angezeigte Linie gesehen und bemerkt, daß hier ein besonderer Maßstab, nämlich ein logarithmischer, vorliegt. Sicherlich ist eine formale Gerechtigkeit gegeben. Der Anstieg der steuerlichen Belastung ist in allen Gruppen – natürlich ausgehend von dem jeweiligen Einsatzbedarf – der gleiche. Also zwischen DM 6.000,– und DM 10.000,– ist die Steigerung genau dieselbe wie zwischen DM 60.000,– und DM 100.000,–; es ist nicht derselbe Prozentsatz, aber die Steigerung ist die gleiche. Das hängt mit diesem logarithmischen Tarif zusammen.

Man sagt mit Recht, steuerliche Gerechtigkeit ist keine mathematische, sondern eine gesellschaftspolitische Angelegenheit. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Gruppen, die bisher in der Sparleistung und auch in der Investitionsleistung im eigenen Betrieb Hervorragendes geleistet haben, verglichen mit den alten Tarifen, schlechtergestellt werden. Ich kann es verstehen, daß das Finanzministerium bei seiner Kurve bleiben möchte, daß es die frühere Begünstigung für diese Gruppen nicht wiederhaben möchte; denn in diesen Einkommensgruppen sitzt die große Einnahmenmasse.

---

112 Gradl hatte in der Sitzung des CDU-Unterausschusses Finanzen und Steuern, Geld und Kredit vom 16. März 1954 den Auftrag bekommen, das Thema: Belastung der verschiedenen Einkommensgruppen (Kritik der Tarifkurve) zu behandeln (ACDP VII-004-079/2). Er legte seine Ausarbeitung am 21. April vor (Text in NL Becker ACDP I-162-026/1).

Die dritte Gruppe von Kritik ist die Kritik an dem Unternehmertarif. Hier werden die Steuerbelastungen etwa der Einkommen von DM 20.000,– bis DM 60.000,– genannt. Auch diese Gruppen waren früher in der Einkommensteuer noch bevorzugt. Bei ihnen war die Progression nicht so stark wie bei den darunter- und darüberliegenden Gruppen. Aus diesen Unternehmerkreisen wird eingewandt, daß die Progressionsspitze noch sehr hoch liege, daß zwar eine Gesamtbelastung des Einkommens nicht über 55 % hinausgehen soll, daß aber zur Erreichung dieses Ansatzpunktes von 55 % Stufen liegen, in denen durch die Einkommensteuer der Einkommenszuwachs mit fast 64 % besteuert wird. Man sagt, der Finanzminister habe hier gegen sein eigenes Prinzip verstoßen.

Zu dem Problem der Körperschaftsteuer ist ein Thema auch in unseren Kreisen gestellt und in unserem Finanzprogramm vor den Wahlen formuliert worden, das folgendermaßen dargestellt werden kann: Die Steuerbelastung der wirtschaftlichen Unternehmen soll die Unterschiede in der Organisationsform nicht übermäßig betonen; man soll, gleichgültig ob es sich um eine OHG oder um eine GmbH handelt, die Steuerbelastung annähernd gleichmäßig führen.

Wenn das gefordert wird, dann rückt das Thema der Doppelbesteuerung von Körperschaft- und Einkommensteuer bei den Ausschüttungen erneut in den Mittelpunkt. Der Herr Bundesfinanzminister hat zwar das Thema der Doppelbesteuerung mit dem schmückenden Beiwort „das Thema des Unsinns" behaftet. (*Schäffer:* Nicht so hart!) So ähnlich steht es in Ihrer Rede. (*Schäffer:* Töricht heißt es.) Trotzdem ist dieses Thema gestellt. Alle Versuche, den Kapitalmarkt zu fördern, scheitern an dieser Form der Doppelbesteuerung. Es hat nicht den Anschein, als ob man das Kapitalmarktförderungsgesetz[113], das jetzt neuerdings in der Öffentlichkeit von führenden Bankiers angegriffen wird ... (*Scharnberg:* Einseitig!) Bankiers sind nie einseitig, Herr Scharnberg. Herr Abs[114] belastet sich, wenn er sagt, daß auch die Banken die privilegierten Kapitalmarkttitel hereingenommen haben, um eine steuerfreie Einnahme zu besitzen. Man wird das Kapitalmarktproblem für die Aktiengesellschaften nicht lösen können, ohne sich mit der Doppelbesteuerung ernstlich auseinanderzusetzen. Es genügt nicht, daß man vorübergehend einen verminderten Körperschaftsteuersatz von 30 % für das Ausgeschüttete akzeptiert, insbesondere wenn dabei gesagt wird, es ist nur etwas Vorübergehendes, ich werde es demnächst wieder beseitigen. Das genügt nicht, sondern man wird es zum Prinzip machen müssen, daß der ausgeschüttete Gewinn anders besteuert wird als der thesaurierte Gewinn. Nur aus Kreisen der selbständigen Unternehmer heraus finden wir Verständnis für dieses Thema.

---

113 Erstes Gesetz zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (BGBl I S. 793). – Durch Änderung des Einkommensteuergesetzes werden festverzinsliche Wertpapiere steuerbegünstigt, die damit einen Anreiz zur Kapitalbildung geben sollen.

114 Hermann Josef Abs (geb. 1901), Bankier, seit 1938 Deutsche Bank (1957–1967 Sprecher des Vorstands, 1967–1976 Vorsitzender des Aufsichtsrats, seither Ehrenvorsitzender), 1951–1953 Leiter der deutschen Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz.

Die Großunternehmen und auch die Banken wollen keinen gebrochenen Körperschaftsteuertarif. Sie wünschen einen einheitlichen Körperschaftsteuertarif, um der Politik der Vorstände hinsichtlich der Ausschüttung und der Thesaurierung freie Hand zu lassen. Mittlere Unternehmen in Personalgesellschaftsform unterstützen diese Vorschläge ebenfalls, weil sie diese übermäßige Belastung der Körperschaften aus Konkurrenzgründen gerne sehen. Ich glaube, daß hier ein sehr wichtiges Problem gestellt ist und daß man dieses Thema in Arbeit nehmen muß. In den angelsächsischen Ländern ist man auf diesem Wege. Auch dort wird die Doppelbesteuerung erheblich vermindert. Es darf nicht in diesem Punkt der Wunsch des Bundesrates akzeptiert werden, der die Vergünstigung für die ausgeschütteten Gewinne wieder gestrichen hat, sondern man müßte ganz planmäßig auf dieses Ziel zugehen, die ausgeschütteten Gewinne zu einem maßvollen Steuersatz bei der Gesellschaft zu versteuern, den sie selbstverständlich mit der persönlichen Einkommensteuer voll in Anspruch nimmt.[115]

Ein weiterer Problemkreis, der bei der Kritik zu den Steuervorschlägen eine Rolle spielt, ist alles das, was sich um den Familienstand gruppiert. Dabei wird auf der einen Seite gesagt – rechnerisch ist es auch nachgewiesen –, daß gewisse Einkomensgruppen der Ledigen in Zukunft stärker belastet werden als in der Vergangenheit. Es wird auch die Besteuerung der Ehegatten erneut zur Debatte gestellt, z.B. die Frage, die Ehefrau steuerlich zu verselbständigen auch dort, wo sie im Betrieb des Mannes mitarbeitet oder auch dort, wo sie selber in selbständiger Weise tätig ist. Auch der Frau des Bauern und der Frau des Gewerbetreibenden möchte man einen eigenen Steuerstatus geben.

Dieses Problem hat für uns nicht nur steuerliche und finanzpolitische Gesichtspunkte, sondern es steht auch unter dem Begriff der Familie und der – der Herr Finanzminister verzeiht es mir – Einnahmen. Man müßte genau wissen, was hier eine Senkung bedeuten würde. Man müßte kalkulieren, ob man nicht einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen kann. Ich glaube, daß diese Probleme im Rahmen der Familienrechtsreform mitbehandelt werden müssen. Vielleicht ist es für die Steuerreform noch zu früh, dieses Thema in der richtigen Weise zu lösen.

Ein weiterer Problemkreis ist die steuerliche Begünstigung für Wohnbauten und Schiffsbauten; es handelt sich um 7c- und 7d-Gelder. Hier wird es darauf ankommen, daß die Ersatzlösungen angeboten werden, von denen man spricht, damit sich sowohl der Wohnungsbau als auch der Schiffsbau in Zukunft, wenn auch nicht in der gleichen Weise wie bisher, so doch angemessen finanzieren kann.

Ein weiteres Problem ist die Erbschaftsteuer. Man hält die Senkungen, die die Regierungsvorlage bringt, für unzureichend, in erster Linie im Hinblick auf die eingetretene Entwertung der Mark von heute gegenüber den zwanziger Jahren. Die Steuer tritt heute kaufkraftmäßig schärfer in Erscheinung als damals.

Dann ist in der Öffentlichkeit über die Erhöhung der Umsatzsteuer für den Großhandel ernst diskutiert worden. In dieser Richtung ist der Bundesrat bereits tätig

115 Vgl. Berichterstattung im Bundesrat – Sten.Ber. 121. Sitzung vom 9. April 1954 S. 96–101.

geworden. Wir stehen hier nicht vor Interessenforderungen von seiten des Großhandels allein, sondern auch der Einzelhandel hat sich diesen Forderungen angeschlossen. Ich glaube, Herr Bundesfinanzminister, ein Betrag von 150 Millionen oder 200 Millionen, der aus der Erhöhung der Umsatzsteuer kommen soll, rechtfertigt es nicht, im Rahmen einer Steuersenkungsaktion eine Steuererhöhung vorzunehmen, die doch nur einen sehr kleinen Kreis von Unternehmern trifft und je nach der Branche sehr erheblich ins Gewicht fällt. Ich meine, daß man diese Dinge wieder streichen und dem Bundesrat folgen sollte.

Dann werden erhebliche Bedenken gegen die Neufassung des § 10 des Einkommensteuergesetzes erhoben. Die freien Berufe, insbesondere die Leute über 50 Jahre, konnten hier doch einen erheblichen Sparbetrag ansammeln. Auch diese Dinge müssen erörtert werden, denn die Mißstimmung in Kreisen der freien Berufe über diese Verringerung ihrer freiwilligen Altersfürsorge ist sehr groß.

Ich habe damit die Haupteinwendungen, die bei der ersten kursorischen Behandlung der Regierungsvorlage im Ausschuß aufgekommen sind, erörtert. Bei der Durcharbeitung der einzelnen Bestimmungen, insbesondere unter Berücksichtigung dessen, was die Bundesregierung nunmehr zum Vorschlage des Bundesrates sagen wird, werden sich noch andere Gesichtspunkte ergeben. Es ist nun die Frage zu stellen, wie soll man seitens der Partei das Finanz- und Steuerprogramm weiterbehandeln. Man sollte unter allen Umständen anstreben, daß CDU und CSU auf einer Linie marschieren. Die Herren der CSU – ich habe heute die Denkschrift von Steffan[116] bekommen – sind sehr eifrig mit Änderungsvorschlägen auf dem Weg dazu. Da wir in der Arbeitsgemeinschaft Vertreter der CSU haben, auch Herrn Steffan, glaube ich, daß es möglich sein würde, zu einheitlichen Vorschlägen der organisatorisch noch getrennten Parteien zu kommen.

Dann müssen wir uns ernstlich mit der Frage befassen, ob man die Entschließung der Fraktion zur Steuerreform, wenn sie nachher in das entscheidende Stadium des Vermittlungsausschusses – der die Differenzen zwischen Bundesrat und Bundestag auszugleichen hat – geht, so lassen kann. Verfassungsrechtlich kommen in diesen Dingen nur die Fraktionen zu Wort. Wenn die Partei den Willen hat, sich an dieser Reformarbeit zu beteiligen, so müßte eine Klammer geschaffen werden zwischen dem, was in der Partei erarbeitet werden kann, und dem, was in der Fraktion zu diesen Themen herausgearbeitet wird.

Wir haben in der letzten Vorstandssitzung ein Sechsergremium eingesetzt.[117] Es ist die Frage, ob bei der Fülle der Probleme ein solcher Sechserkreis ausreichen wird, insbesondere, ob es möglich sein wird, mit einem solchen Sechsergremium die öffentliche Arbeit der Partei in der richtigen Weise zu leisten. Es wird in

116 Dr. Franz Steffan (1899–1982), 1926–1972 Bayerische Staatsbank (seit 1930 Mitglied des Direktoriums) und Vereinsbank (1949 Vorstandsmitglied, 1966 Aufsichtsratsmitglied). – Möglicherweise aber gemeint der „Stewens-Plan" (vgl. Anm. 122).

117 In der Sitzung vom 16. März 1954 (vgl. Anm. 112) wurden verschiedene Fachleute mit der Behandlung einschlägiger Themen betraut.

den nächsten Tagen darauf ankommen, daß nicht nur in den eigenen Reihen der Partei, in den Landesverbänden und in deren Ausschüssen volle Klarheit über das Reformprogramm besteht, sondern es muß auch dahin kommen, daß unsere Freunde in den verschiedensten wirtschaftlichen Organisationen wissen, was die Partei in diesen Dingen nun wirklich will.

Die Finanzreform des Jahres 1954 wird zunächst bei den Landtagswahlen eine Rolle spielen[118]; sie wird aber sicherlich darüber hinaus von Bedeutung sein. Es kommt darauf an, daß die Willens- und Meinungsbildung zunächst in der Fraktion erfolgt, daß aber die Partei an dieser Arbeit so beteiligt wird, daß sich dies bis in die letzte Landesorganisation oder Kreisorganisation auswirkt. Wir werden unsere Redner hinausschicken müssen, wenn sich die Angriffe in der Öffentlichkeit verstärken. Die Partei muß diese Reform mittragen.

Ich möchte zum Schluß die Frage stellen, was kann noch getan werden, um zu dieser Meinungsbildung zu gelangen? Ich glaube nicht, wenn wirklich in der Fraktion oder im Kabinett in einem kritischen Stadium das Wort der Partei zur Geltung kommen soll, daß dieses allein vom Standpunkt der Unternehmer- und Wirtschaftskreise heraus erfolgen kann, sondern daß wir unter allen Umständen in diesen Verhandlungen auch die Sozialausschüsse beteiligen müssen, damit wir nicht wieder eine Panne erleben wie im letzten Sommer vor den Wahlen, daß ein Aufruf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses schließlich kurz vor der Veröffentlichung am Votum der Sozialausschüsse scheitert. Man wird auch die Kommunalpolitische Vereinigung in diesem Stadium heranziehen müssen. Der Mittelstand hat seine eigene Organisation. Es müssen sich die Kommunalpolitiker an dieser Arbeit beteiligen.

Wenn der Vermittlungsausschuß eine Rolle spielt, dann muß dafür gesorgt werden, daß wir zu einem Kontakt zwischen den Finanzministern der Ländern kommen, die zu uns gehören. Es ist die Frage an den geschäftsführenden Vorstand zu richten, in welcher Weise – wenn wir die Aufgabe der Partei neben der Fraktion bejahen – ein solches Arbeitsgremium nun zu bilden ist. Wenn dies geschieht, dann ist die Hoffnung gegeben, daß der Bundesfinanzminister seine Geheimnisse, die er im ersten Stadium vielleicht hüten mußte, uns nunmehr mitteilt, damit auf diese Weise die Finanz- und Steuerreform doch zu einem Erfolg, auch für die Partei, geführt werden kann. *(Beifall.)*

Schäffer: Meine Damen und Herren! Ich spreche in Ihrem Kreise zunächst als Gast, nämlich als Angehöriger der CSU. (*Adenauer:* Nein, als Bundesfinanzminister!) CSU heißt Christlich-Soziale Union, CDU heißt Christlich-Demokratische Union. Ich bemerke, daß sich die CSU, weil sie Christlich-Soziale Union heißt, nicht einbildet, etwa mehr Gewicht auf das Soziale zu legen als die CDU. (*Kaiser:* Das wäre aber schön!) Die CDU wird hoffentlich nicht annehmen, daß die CSU weniger Gewicht auf das Demokratische legt. (*Adenauer:* Doch! – *Heiterkeit.*) Ich glaube, daß wir in diesen beiden Fragen einig sind. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler in etwa widersprechen. Ich spreche nicht so sehr als Finanzminister, sondern in diesem Falle

118 Die „Große Steuerreform" trat am 16. Dezember 1954 in Kraft (BGBl I S. 373).

als Angehöriger der CSU, die, wenn sie auch in Bayern eine Schwesterpartei ist, mit der CDU eine Einheit sein müßte.

Was mich in den letzten Woche bedrückt hat, ist die Gefahr, daß die CDU/CSU – ich nehme sie gemeinsam – im Bund und in den Ländern von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu verschiedenen Lösungen in diesen entscheidenden Fragen kommt. Ich habe meinem Ministerpräsidenten Ehard, der gleichzeitig Landesvorsitzender ist, neulich gesagt: Mein lieber Freund! Wenn wir im November 1954 Landtagswahlen in Bayern haben, dann wird die Frage der Finanzpolitik eine Rolle spielen. In Bayern ist der Föderalismus – wenigstens bei einem Teil der Bevölkerung – eine Volksangelegenheit, während er in den anderen Ländern nicht so sehr Volksangelegenheit ist. In Bayern wird die Frage des Föderalismus neben dem Finanzproblem eine Rolle spielen.

Da ich nun die Überzeugung habe, aus guten Absichten gehandelt zu haben, müßte ich, wenn mich der Landesvorsitzende im Stich läßt, bei der Landtagswahl meine Überzeugung vertreten. Wir müssen rechtzeitig versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Das gilt für die ganze CDU/CSU.

Ich möchte das, was ich am Schluß als Ergebnis sagen will, gleich bekanntgeben. Ich wünschte, wir kämen heute dazu, ein kleines Gremium zu wählen, in dem die Bürokratie nicht vertreten ist, sondern nur Politiker, das sich über die Frage unterhalten soll: Ist es möglich, noch vor den Landtagswahlen, also vor dem 27. Juni, zu einer Plattform zu kommen und der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß CDU und CSU im Bund und in den Ländern grundsätzlich eine Einigung gefunden haben?

Das ist das, was ich als den wesentlichsten Punkt herausstellen möchte. Ich habe – um auf das Thema einzugehen – am 11. März im Bundestag das Wort von der geschichtlichen Aufgabe gesprochen. Es hat sich nicht so sehr auf die Steuerreform als auf die Finanzreform bezogen. Über die Finanzreform hat die Öffentlichkeit fast nichts geschrieben, aber wenn sie etwas geschrieben hat, dann hat sie es meist falsch geschrieben. Der Herr Kollege Strickrodt hat gesagt, die Erwartungen seien zu hoch gespannt gewesen. Wenn sie zu hoch gespannt waren, dann deshalb, weil von alledem, was vorausgegangen ist, überhaupt nichts gelesen worden ist. Ich habe absichtlich in der mir angeborenen Bescheidenheit den Ländern den Vorgriff gelassen.

Über die Steuerreform und die Finanzreform haben seit einem halben Jahr Ausschüsse der Länder getagt, in denen ihre Gedanken vorgetragen wurden, und zwar über die Steuerreform der Troeger-Ausschuß und über die Finanzreform der Ausschuß der Sachverständigen in Siegburg[119], wo das Bundesfinanzministerium beteiligt war. Wir waren uns über die Grundsätze in diesen beiden Gremien ziemlich einig.

---

119 Der sog. Troeger-Ausschuß, de facto ein Ausschuß des Bundesrates, hatte nach zweijähriger Beratung „Diskussionsbeiträge zur großen Steuerreform" als Ergebnis seiner Arbeit vorgelegt. – Dr. Heinrich Troeger (1901–1975), 1945–1948 Oberbürgermeister von Jena (SPD), ab 1947 Ministerialdirektor im hessischen Finanzministerium, Generalsekretär im Exekutiv- und bizonalen Länderrat, dann Ministerialdirektor im Finanzministerium NW, 1951–1956 Finanzminister Hessen, 1956–1957 Präsident der Landeszentralbank Hessen,

Ich möchte feststellen, daß das Finanzverfassungsgesetz und die sich anschließenden Gesetze mit den Ländern bis ins einzelne besprochen worden sind. Die Länder haben ihren Standpunkt vertreten, und das Bundesfinanzministerium hat ebenfalls mitgeteilt, welche Stellung es zu den einzelnen Fragen einnehmen wird.

Auch über das Verhältnis 40 : 60, über die Revisionsklausel, die Ergänzungsabgabe usw. ist damals in Siegburg mit den Ländern gesprochen worden. Heute heißt es manchmal, die Steuerreform gehe zu Lasten der Länder. Ich erinnere an Bad Nauheim, wo ich zum ersten Mal das Elaborat der Sachverständigen der Länder erhielt[120] und ich die Länder gewarnt habe, mit diesem Elaborat sofort an die Öffentlichkeit zu treten. Sie haben es trotzdem getan. Das Elaborat hat mit einem Steuerausfall geendet ungefähr wie der Vorschlag des Bundesfinanzministers, nämlich mit etwa 2.000 Millionen. Der Vorschlag des Bundesfinanzministeriums ergibt jetzt ungefähr einen Ausfall von 2.300 Millionen.

Die Länder haben damals gewußt, daß der Ausfall auf Kosten von Bund und Ländern, und zwar vermutlich im Verhältnis 40 : 60 geht. Die Länder wußten also damals, welchen Ausfall sie zu tragen haben. Es ist daher unberechtigt, wenn heute von seiten der Länder gesagt wird, sie seien etwa überrascht worden. Sie hatten doch den Vortritt, und sie haben den Vorschlag gemacht.

Als wir in der Bundesregierung diese Steuerreform, die eine Steuersenkung ist, beschlossen haben, haben wir gedacht, dies sei der Weg, um für die Landtagswahlen eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Heute ist es so, daß wir uns – das ging aus dem Referat des Kollegen Strickrodt hervor – verteidigen müssen, weil wir eine Steuersenkung – wenn wir die ganzen Einkommen- und Körperschaftsteuern von 1953 und 1954 zusammennehmen – von 30 bis 35 % vornehmen. Daran, meine lieben Freunde, ist die eigene Partei mit schuld. Man kann gewiß über Einzelheiten einer Steuerreform eine andere Meinung vertreten; man kann sagen, mein Berufsstand hätte eine größere Berücksichtigung verdient. Aber im allgemeinen hätte doch dazugehört, daß man das Ganze als solches einmal gewürdigt und nicht nur sein spezielles Bäumchen, um das man eigensüchtig herumtanzt, gesehen hätte. In allen öffentlichen Erörterungen ist bisher nur von den einzelnen Bäumchen, aber nicht von dem Wald gesprochen worden.

Ich darf dazu folgendes feststellen: Psychologisch gewinnt man einen Sieg dann, wenn man an den Sieg glaubt und von ihm spricht, aber nicht, wenn man das Gegenteil tut und das, was die Freunde tun, ablehnt. Wir sind doch kein Obrigkeitsstaat mehr, sondern die Regierung ist ein Ausschuß von Parteifreunden und sonst nichts. Und was

---

1958–1969 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. – Mit Sachverständigenausschuß war möglicherweise der Wissenschaftliche Beirat beim Finanzministerium oder aber eine vom Finanzminister eingesetzte unabhängige, vornehmlich mit Experten aus den Ländern besetzte Studienkommission gemeint. Zu ihren Ausarbeitungen vgl. BR-Drs. 78/54 S. 137–170 bzw. 171–177; dort auch die Zusammensetzung der Gremien.

120 Vgl. Anm. 119.

die Regierung Gutes tut, das gilt für die Partei. Das Schlechte kann man ablehnen, aber das Gute sollte man für die Partei übernehmen und sagen, wir haben es getan. Wenn aber jedes einzelne Grüppchen meint, es müsse sich in den Gegensatz zur Regierung stellen, dann geht die Werbekraft einer solchen Gesamtaktion ohne weiteres verloren. Ich muß sagen, das hat mich geschmerzt.

Was mich weiter schmerzt, ist die Art der Argumentation. Zunächst handelt es sich um die Kassenhaltung, und zwar ganz gewiß um die Kassenhaltung, wenn ich die gesamte öffentliche Hand zusammennehme. Öffentliche Hand sind Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsanstalten und sonstige öffentlich-rechtliche Institutionen. Zunächst will ich vom Bund reden. Ich muß immer mit dem Tag im Monat rechnen, der alle Monate wiederkehrt, nämlich mit dem Monatsletzten, um festzustellen, was an Kassenhaltung vorhanden ist. Wenn ich die Kassenhaltung des Bundes von heute nehme, so ist am Anfang April der Kassenbestand des Bundes rd. 1.900 Millionen. Er ist hoch; aber die rückständigen Besatzungskosten, über die der Bund nicht verfügen kann und über die die Alliierten bereits verfügt haben, wo wir also gebunden sind, sind ungefähr 500 Millionen höher als dieser Kassenbestand. Wenn wir die rückständigen Besatzungskosten nicht hätten, dann hätte der Bund heute einen Kassenfehlbetrag von 500 bis 600 Millionen DM. Das ist die Kassenlage des Bundes.

Bei den Ländern liegt es wesentlich günstiger; die Länder haben keine rückständigen Besatzungskosten, aber Guthaben. Ich will dagegen nichts sagen. Man muß die Einzelheiten kennen. Bei den Ländern sind die Dinge einfach so, daß sogenannte fremde Gelder bei ihnen liegen, Gelder, die der Bund ihnen für Wohnungsbau usw. gibt, die noch nicht verwendet sind, die aber in ihrer Kasse liegen.

Bei den Gemeinden ist der Kassenbestand am höchsten, viel höher als beim Bund und bei den Ländern. Die Gemeinden sind gesetzlich zu gewissen Rücklagen verpflichtet. Gut, wollen wir uns damit abfinden! Bei den Sozialversicherungsanstalten herrscht das Prinzip des sogenannten Deckungskapitals. Ich erinnere daran, welche Schwierigkeiten es im vorigen Jahr und heuer gegeben hat, ehe ich die Sozialversicherungsanstalten dazu bewegen konnte, dieses Deckungskapital zum Teil in Schuldverschreibungen des Bundes anzulegen. Die Parteien haben dagegen getobt, insbesondere die Opposition. Aber es war mir in der Zwischenzeit gelungen, mit der Bundesanstalt und den Sozialversicherungsanstalten einen Vertrag zu schließen. Nachdem der Vertrag bereits unterschrieben ist, wird das politische Hindernis wohl überwunden sein. Ich darf aber sagen, es hat in der Öffentlichkeit nichts so vergiftend gewirkt wie dieses Wort von den Kassenbeständen des Bundes.[121] Das Gegenteil ist richtig!

---

121 Tabellen über die Kassenüberschüsse (Juliusturm) bei Franz NEUMANN: Daten zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1950–1975. Baden-Baden 1976 S. 327ff. Zur Diskussion um den Juliusturm vgl. „Juliusturm oder Danaidenfaß?" („Grüner Brief" 12/Januar 1956 des Instituts „Finanzen und Steuern"); Juliusturm und Steuersenkung. Kritische Betrachtungen zur Finanzpolitik und zu den Steuerschätzungen

Das zweite Wort! Wenn die Zahlen, die der Bundesfinanzminister an die Öffentlichkeit gibt, richtig waren, dann hätte man auch der Logik der Zahlen folgen müssen. Aber man hat die Zahlen bestritten. Ich erinnere nur an den Aufsatz des Instituts für Wirtschaftsforschung in München.[122] Der Bundesrat hat Gelegenheit gehabt, zu diesem Aufsatz des Instituts für Wirtschaftsforschung Stellung zu nehmen. Die Finanzminister der Länder haben einstimmig ohne Erörterung dieses Gutachten abgelehnt. Das Gutachten sah bekanntlich vor, daß es dem Bund möglich sei, eine Steuersenkung von noch weiteren 1.500 Millionen vorzunehmen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung, mit dem ich erst Fühlung nehmen konnte, nachdem der Aufsatz erschienen war, denn vorher war mir nichts mitgeteilt worden von den Plänen, hat am letzten Samstag einen Schnellbrief herausgegeben, der nichts anderes als einen Rückzug bedeutet. In diesem Schnellbrief wird festgestellt, daß es gar nicht die Absicht des Instituts für Wirtschaftsforschung gewesen sei, die Zahlen des Bundesfinanzministeriums anzugreifen. Es sei im Prinzip mit der Steuerreform als einem großen Werk einverstanden. Es gebe nur Schätzungsgrenzen. In diesen Schätzungsgrenzen sei es vielleicht abweichend vom Bundesfinanzministerium, aber das könne man mit Sicherheit nicht sagen, das müsse man den politischen Faktoren überlassen.

Kann ich vom lieben Gott erwarten, daß er einmal sagt: Es reut mich, den Menschen geschaffen zu haben? (*Adenauer:* Das hat er getan!) Das hat er gesagt, gut, aber von einem Professor kann ich nie verlangen, daß er sagt: Es hat mich gereut, daß ich dieses Gutachten herausgegeben habe. Einen solchen Professor habe ich noch nicht gefunden. Wenn gesagt wird, es sind Schätzungsgrenzen, dann weiß ich ungefähr, daß ich mich dem lieben Gott in seiner Reue über die Schaffung des Menschen etwas genähert habe. Dieses Gutachten ist also nach meiner Überzeugung nicht mehr die Grundlage für ernsthafte Überlegungen.

Ich darf etwas sagen über den Gesamtzusammenhang. Wir haben letzten Endes zwei Weltkriege verloren. Das sollten wir nicht vergessen. Wir mußten nach dem Jahre 1945 wieder neu aufbauen. Warum haben wir jetzt die Steuerreform gemacht? Wir haben die Steuerreform gemacht, weil wir erklärt haben: Ziel unserer Finanzpolitik ist, 1. die Mittel für den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes bereitzustellen und 2. trotzdem die finanzielle Ordnung aufrechtzuerhalten und damit die uns anvertraute junge Währung zu schützen. Das waren die beiden Ziele.

Da wir aber wissen, daß ein Volk, das diese beiden Ziele verfolgen muß, vor der Gefahr einer Überbelastung von Steuern steht, wollen wir die Politik, die wir vom Jahre 1949 ab bis zur Koreakrise und nach ihrer Überwindung wieder vertreten

---

des Bundesfinanzministeriums. Teil I: Haushaltslage des Bundes – Juliusturm. Hrsg. vom Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V. Stuttgart April 1956.

122 IFO-Institut: Untersuchungen zur Großen Steuerreform, Teil I: Voruntersuchungen; Teil II: Der Stewens-Plan vom 4. November 1953. München 1953. Vgl. auch IFO-Schnelldienst vom 2. April 1954.

haben – nämlich die steuerliche Überbelastung, soweit sie die Wirtschaft zu erdrosseln droht, weiter abzubauen –, fortführen. Wir sind mit dieser Parole in den Wahlkampf gegangen und haben sie auch durchgefochten. Wir haben nun das Versprechen, das wir den Wählern gegeben haben, termingemäß und überraschend schnell, so möchte ich sagen, erfüllt.

Wir haben zuerst den Haushaltsplan für 1954 aufgestellt. Der Haushalt 1954 ist – ich bitte Sie, einmal die unparteiische Schrift des Instituts für Finanzen und Steuern über den Haushalt 1954 nachzulesen[123] – insofern eine Wende gewesen, als wir im Bund zum ersten Mal versucht haben, uns dem steigenden Etatbedarf entgegenzustellen und trotz steigender Einnahmen den Haushalt nicht aufzublähen, sondern die steigenden Einnahmen zur Konsolidierung zu verwenden und außerdem das Prinzip aufzustellen, die öffentlichen Investitionen nicht aus Steuergeldern, sondern aus Anleihemitteln zu bezahlen. Die Generation, die den Genuß der öffentlichen Investitionen hat, soll auch die Tilgung dieser Investitionen bezahlen. Das ist ein gesundes Prinzip; es ist im Bundeshaushalt prinzipiell durchgeführt.

Nun eine Nebenbemerkung, die ich von den Vertretern der Länder nicht als feindlich gesonnen aufzufassen bitte. Wenn ich die Gesamtheit der Länder nehme, so ist das gegenüber den einzelnen in gewissem Sinne eine Ungerechtigkeit, aber ich muß einmal mit dem Durchschnitt rechnen. Im Durchschnitt verwenden die Länder im Jahre 1953 noch drei Milliarden Steuergelder für öffentliche Investitionen. Wenn die Steuersenkung zur Folge hat, daß dadurch der Kapitalmarkt gestärkt wird und dieser gestärkte Kapitalmarkt die öffentlichen Investitionen vom Steuerzahler übernimmt und infolgedessen die öffentlichen Investitionen sowohl im Bund wie in den Ländern auf den Anleihemarkt gehen, dann hat sich der Ring geschlossen.

Unsere Idee ist die: Wir wollen den Steuerzahler von der Gegenwartspflicht, die öffentlichen Investitionen aus den Steuergroschen zu finanzieren, entlasten. Wir wollen den Kapitalmarkt stärken durch Steuersenkung. Der gestärkte Kapitalmarkt soll die Möglichkeit bieten, die öffentlichen Investitionen auf dem Anleiheweg zu finanzieren. Das ist der Grundgedanke der ganzen Finanzpolitik, die wir z.Z. betreiben. Das wird nur in der Öffentlichkeit zu wenig verstanden. Wenn ich von diesem Grundgedanken ausgehe, dann erklärt sich alles übrige, warum ich eine Steuersenkung mache.

Nun ist mit dem Wort Große Steuerreform manches verbunden worden, was falsch war. Ich habe absichtlich das Gutachten der Länder vorausgehen lassen, weil dieses Gutachten – was der Sinn der Großen Steuerreform war – alle Steuerarten zu prüfen hatte und dann ein Urteil abgeben sollte. Liegt der Fehler im Steuersystem oder liegt der Fehler in der Übersteigerung der Tarife? – so hat die Frage geheißen. Das Gutachten der Länder, das von nüchternen Sachverständigen aufgestellt war, kam zu dem Ergebnis: Das Steuersystem an sich ist unter den gegebenen Verhältnissen

123 „Grüner Brief" 1/1954 des Instituts „Finanzen und Steuern": Die finanziellen Grundlagen der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform.

gesund. Man kann indirekte Steuern nicht entbehren. Aber das Verhältnis zwischen indirekten und direkten Steuern muß gesund sein. Wenn wir ein Aufkommen an direkten Steuern wie vor den beiden Weltkriegen hätten, dann könnte der Prozentsatz indirekter Steuern gering sein. Da wir aber diese hohen Einkommen der Vorkriegszeit nicht haben, ist das Verhältnis von 50 : 50, rund gesagt, das wir zwischen direkten und indirekten Steuern haben, ein relativ gesundes.

In den romanischen Ländern gibt es überwiegend indirekte Steuern, und zwar deshalb, weil dort die Leute nicht zur Steuerehrlichkeit zu erziehen sind. In den angelsächsischen Ländern gibt es ein Überwiegen der direkten Steuern, weil diese Länder, z.B. Amerika, reich sind und hohe Einkommen haben; sie haben also bei geringen Steuersätzen ein höheres Aufkommen. Wir haben diese hohen Einkommen nicht. Wir müssen Vermögen erst neu bilden. Infolgedessen halte ich das Verhältnis rebus sic stantibus von 50 : 50 für gesund.

Man sollte nicht über die Vielzahl der Steuern reden; die Spielkartensteuer, die Essigsteuer usw., die berühren den einzelnen Mann im Volke gar nicht. Alle die Steuerarten, die bei den Herstellern erhoben werden, die längst eingelebt sind, berühren den einzelnen Steuerzahler nicht. Was ihn berührt, ist in erster Linie die Einkommen- und Körperschaftsteuer und in zweiter Linie die Umsatzsteuer.

Um dieses Problem haben die Gedanken gekreist. Nun ist man trotz aller professoraler Vorschläge dazu gekommen, daß man gesagt hat: Die Umsatzsteuer bei uns hat sich so eingelebt, daß eine Änderung der Umsatzsteuer gleichzeitig eine Änderung aller Preis- und Kostenkalkulationen bedeuten und somit unser ganzes Wirtschaftsleben in eine Unruhe bringen würde. Wenn all die Pläne nach Mehrwertsteuern usw. durchgeführt würden, dann wäre der Erfolg unsicher, die Unruhe in bezug auf Preise und Löhne aber sicher. Deshalb haben alle gewünscht, daß man die Finger davonlassen soll. Die Praxis hat die Theorie in diesem Fall widerlegt.

So kam man zu der Erkenntnis, daß die Tarife geändert und möglichst gesenkt werden müssen. Alle bisherigen Klagen rühren daher, daß die Tarife zu hoch waren und daß die Steuervergünstigungen, mit denen man arbeiten mußte, damit die Wirtschaft nicht gelähmt wurde, das ganze Steuersystem kompliziert und zum Teil ungerecht gestaltet haben, die den geschickten oder moralisch hemmungslosen Menschen alle Möglichkeiten gegeben haben. Man wollte daher davon loskommen und eine gleiche Besteuerung herbeiführen.

Nun gibt es bei der Steuersenkung drei Grenzen. Mir ist es darum zu tun, daß wir in der Partei eine Sprachregelung finden. Wir müßten uns über die drei Grenzen einig sein. Ich hätte verstanden, wenn gesagt worden wäre: Jede Steuersenkung hat eine soziale Grenze. Es müssen die Mittel bleiben, um die notwendigen sozialen Leistungen durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Der Bundesfinanzminister hat heute auf seinem Schreibtisch Anträge liegen, die Kriegsopferversorgung um 20 oder 40 % zu erhöhen. Der Bundesfinanzminister denkt mit Sorge – die Herren aus Nordrhein-Westfalen wollen es nicht für übel nehmen – an die Beamtenbesoldungsreform in Nordrhein-

Westfalen[124], die für den Bund und die anderen Länder eine Mehrausgabe von wenigstens einer Milliarde jährlich bedeuten würde. Der Bundesfinanzminister denkt mit Sorge an alle die Fragen, die mit dem Thema Sozialreform, Rentenerhöhung usw. zusammenhängen. Wenn aus Kreisen der CDU unter sozialen Gesichtspunkten gesagt worden wäre, die Steuerreform geht zu weit, weil sie die Mittel für soziale Leistungen nimmt, dann hätte ich Verständnis dafür gehabt. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß ich unter diesem Gesichtspunkt mir selber gesagt habe: Gehen wir nicht etwa zu weit?

Dann kommt eine zweite Frage, die mit dem Verfassungssystem zusammenhängt, auch in sozialer Hinsicht. Nach dem Verfassungssystem ist es heute so, daß der Bund zur Deckung seiner Ausgaben auf die indirekten Steuern angewiesen ist. Wenn der Bund, weil er als Vertreter des gesamten deutschen Volkes die sozialen Lasten nach Art. 120 GG und die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, wie Besatzungskosten, Verteidigungsbeitrag, Auslandsschulden usw., zu tragen hat, sich immer neuen Ausgaben gegenübersieht und gezwungen ist, etwa die indirekten Steuern über das normale Maß hinaus zu erhöhen, um die neuen Ausgaben zu decken, dann handelt er unsozial! Und das ist die Gefahr, die ich vor mir sehe, daß unser Grundgesetz uns zwingt, eine unsoziale und ungerechte Finanzpolitik zu treiben, indem der Bund nur auf die indirekten Steuern zurückgreift.

Deswegen auch die Frage: Gehen wir etwa bei der Senkung der direkten Steuern nicht zu weit und beschwören wir nicht die Gefahr einer indirekten, übermäßigen Belastung des Verbrauchers herauf? Ich muß sagen, es war mir sehr peinlich, als aus Kreisen der CDU der Vorschlag gemacht wurde, die Einkommen- und Körperschaftsteuer noch weiter zu senken und die Umsatzsteuer zu erhöhen. (*Von Brentano:* Aber nicht von der Fraktion!) Ich sage, nur aus Wirtschaftskreisen. Ich habe das als Angehöriger einer Partei, die einen sozialen Charakter hat, eigentlich nicht verstanden. Das ist also die Leistungsgrenze.

Die zweite Grenze ist eine internationale Grenze. Der Herr Bundeskanzler hat heute sehr ernst von der Bedeutung des EVG-Vertrages für das Leben der deutschen Nation gesprochen. Ich kann keine Finanzpolitik in der Öffentlichkeit vertreten, die damit rechnet, daß wir keinen EVG-Beitrag zu bezahlen haben werden. Ich muß dem Ausland gegenüber allein aus rein außenpolitischen Gründen den Standpunkt vertreten, daß Deutschland wenigstens bereit ist, den EVG-Beitrag in der Höhe zu bezahlen, der im vergangenen Jahr haushaltsmäßig eingesetzt worden ist. Ich habe in vergangenen Jahren 9.000 Millionen eingesetzt. Ich kann unmöglich vor dem Parlament vertreten, daß ich von diesen 9.000 Millionen einen erheblichen Betrag streichen will. Vielleicht stehen wir in den nächsten Wochen in neuen Verhandlungen über den Verteidigungsbeitrag. Wenn ich da hineinginge und hätte vorher dem

124 Entwurf für ein Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen war am 8. Oktober 1952 von der CDU-Fraktion eingebracht (Drs. 918), verabschiedet am 25. Mai 1954 (LT NW Sten.Ber. 2.WP Bd.4 S. 4214).

Haushaltsausschuß vorgeschlagen, den Verteidigungsbeitrag zu senken, dann würde ich in einer sehr schlechten Atmosphäre die Verhandlungen zu führen haben. Das ist auch – international gesehen – unmöglich.

Ich weiß genau, daß die Steuerbelastung Deutschlands mit der Vermögensabgabe durch den Lastenausgleich usw. höher ist, aber in einer Zeit, in der Eisenhower trotz seiner Wahlversprechen noch an einer Einkommensteuer von 82 % Höchstsatz und an einer Körperschaftsteuer, ohne die anderen Nebensteuern, von 52 $^1/_2$ % festhält, muß ich sagen, war es ein Wagnis, in Deutschland auf eine Einkommensteuer von 55 % und eine Körperschaftsteuer von 45 % herunterzugehen. Ich habe das Wagnis übernommen, weil ich glaube, es noch vertreten zu können. Ich möchte das Wort „noch" dabei unterstreichen.

Wir haben eine dritte Grenze, die haushaltswirtschaftliche. Wir haben mit der Parole, daß wir die deutsche Währung in einem Zeitpunkt übernommen haben, in dem man für die Deutsche Mark in der Schweiz 19 Rappen erhielt, während man heute 102 Rappen für 1,– DM erhält, den Wahlkampf gewonnen. Wir müssen dem deutschen Sparer das Vertrauen lassen, daß die deutsche Finanzpolitik gesund ist.

Wir haben eine Steuerreform gemacht im Jahre 1953 vor den Septemberwahlen, nicht wegen der Septemberwahlen, aber vor den Septemberwahlen.[125] Diese Steuersenkung hat damals einen Steuerausfall von rd. 1.600 Millionen DM bedeutet. Denen standen gegenüber der Wegfall der Steuervergünstigungen mit einem Betrag von rd. 1.000 Millionen DM. Herr Strickrodt, ich habe die Steuervergünstigungen nicht niedrig eingeschätzt. 1.000 Millionen DM dürften zumindest der Wirklichkeit nahekommen. Das ergibt eine Nettoentlastung des Steuerzahlers von 600 Millionen DM. Das war die erste Steuerreform.

Die zweite Steuerreform führt praktisch – mit ganz unwesentlichen Ausnahmen – keinen neuen Wegfall von Steuervergünstigungen herbei, das wird immer übersehen, sondern sie hält nur die bisher weggefallenen aufrecht und muß sie aufrechterhalten, d.h., sie sagt darüber gar nichts. Infolgedessen ist die neue Tarifsenkung eine reine Nettoentlastung des Steuerzahlers. Diese Nettoentlastung des Steuerzahlers beträgt 2.300 Millionen DM. Wenn ich dazurechne die Steuerfreiheit für die Kinderbeihilfen, die mit der Familienausgleichskasse zusammenhängen, so sind das weitere 300 Millionen = 2.600 Millionen.

Ich rechne nicht etwas, was ich bisher verschwiegen gemacht habe. Manche Dinge habe ich sehr gern, wenn man sie ohne den Gesetzgeber machen kann, z.B. die degressive Abschreibung. Die degressive Abschreibung haben wir ohne Gesetzgeber im Wege der Verwaltungsanordnung gemacht. Nehmen Sie nicht an, daß diese Abschreibung gering einzuschätzen sei. Die degressive Abschreibung bedeutet in ihren Auswirkungen, daß wenigstens 300 bis 400 Millionen DM Entlastung des Steuerzahlers und der Wirtschaft erfolgt.

---

125 Sog. Kleine Steuerreform vom 24. Juni 1953 (BGBl I S. 413).

Ich will es nicht im Wege der Gesetzgebung machen. Wenn ich etwas in die Gesetzgebung bringe, wecke ich alle schlafenden Hunde, die mir unter Umständen allzu große Unternehmerfreundlichkeit vorwerfen. Deswegen ist es gemacht worden. Man soll nicht vergessen, daß das immer danebenläuft. Es ist also so: 1. Die Steuerreform [1953] ergibt eine Nettoentlastung des Steuerzahlers von 600 Millionen. 2. Die Steuerreform in diesem Jahr ergibt eine Nettoentlastung des Steuerzahlers von 2.300 Millionen DM. Wenn die Kinderbeihilfe dazukommt, sind es 2.600 Millionen.

Die Länder können nicht sagen, daß sie allzusehr betroffen sind, weil sie 60 % davon zu zahlen haben; denn sie haben selbst ungefähr diese Größe vorgeschlagen. Wir machen das Ganze aus wirtschaftlichen Überlegungen. Der psychologisch kritische Punkt liegt ungefähr bei 55 %. Die 55 % liegen bei Einkommen über DM 614.000,– jährlich. Das bezieht sich also auf eine Handvoll Leute. Die größte Zahl, auch der Gewerbetreibenden – wobei ich insbesondere an den persönlichen Unternehmer denke –, wird infolgedessen unter den 50 % liegen. Das ist einer der Gründe, die beim Tarif eine Rolle gespielt haben.

Nun zu den Einzelheiten des Tarifs. Im Bundestag haben wir am 11. März gesagt, daß über die Doppelbesteuerung der Familie manches törichte Wort gesprochen wird. Ich darf begründen, warum ich zu diesem Ausdruck gekommen bin. Wir haben auch früher immer einen Körperschaftsteuersatz gehabt, der unter den höchsten Sätzen der Einkommensteuer gelegen hat. Wir haben jetzt das Prinzip des sogenannten Durchschnittssatzes. Wir haben den Durchschnittssatz mit 55 % als Höchstziffer festgelegt. Es war nun zu berechnen, was muß sich daraus für ein Körperschaftsteuersatz ergeben, wenn man berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn einer Körperschaft bei den Gesellschaftern dieser Körperschaft noch einmal der Einkommensteuer unterliegt. Hier haben alle übereingestimmt, man kann 7 oder 10 % sagen. Wir haben zugunsten der Steuerzahler das Höchste angenommen, nämlich 10 %, und sind infolgedessen dazu gekommen, 55 % bei der Einkommensteuer als Durchschnittssatz und 45 % bei der Körperschaftsteuer vorzusehen.

Wenn so viel über die Doppelbesteuerung der Familie gesprochen wird, dann stelle ich eine Frage: Was schätzen wir in der Volkswirtschaft mehr, den persönlichen Unternehmer oder die anonyme Körperschaft? Ist mir der persönliche Unternehmer, der mit seinem ganzen Vermögen für den Erfolg oder Mißerfolg seines Unternehmens haftet, nicht wertvoller oder mindestens genauso wertvoll wie die anonyme Körperschaft, die natürlich auch ihre Lebensbedingungen hat? Auf keinen Fall darf das Steuerrecht dazu führen, daß der persönliche Unternehmer gezwungen oder veranlaßt wird, sich in eine anonyme Körperschaft umzuwandeln. Wenn ich bei der Körperschaftsteuer einen Satz nehme, der zu tief liegt, dann ist es ganz natürlich, daß der persönliche Unternehmer sagt, es kostet mich nur einen notariellen Akt, ich wandle mich in eine AG um, in eine Einmanngesellschaft, und habe einen Steuersatz von 30 %, während ich sonst einen solchen von 55 % hätte. Infolgedessen muß dieses Verhältnis gewahrt werden.

Wenn man gegen die Doppelbesteuerung kämpft, dann muß man wissen, daß man damit gegen die Voraussetzung ist, den Körperschaftsteuersatz geringer anzusetzen als den Durchschnittssatz der Einkommensteuer; denn das ist der springende Punkt, warum man bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer überhaupt verschiedene Sätze rechtfertigen kann. Das war das Grundprinzip.

Nun die Tarife. Ich bin gern bereit, Herr Bundeskanzler, mich in Ruhe mit unseren Freunden darüber auseinanderzusetzen, ob man den Tarif ändern und Ausbuchtungen vornehmen kann. Ich muß dabei zwei Grenzen setzen: 1. Es darf das Wagnis, das die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister übernommen haben, nicht übersteigert werden. Wenn ich heute den Haushalt des Jahres 1953 abschließe, dann ergibt sich für das Jahr 1953 ein rechnungsmäßiger Fehlbetrag von 500 Millionen DM. Wenn ich die Jahre 1951, 1952 und 1953 zusammennehme, dann haben wir heute einen Fehlbetrag aus den drei Jahren von rd. 1,3 bis 1,5 Milliarden DM. Abschlußziffern kann ich erst am 30. Juni geben, weil die Besatzungskosten erst am 30. Juni abgeschlossen werden.

Ich werde immer angegriffen, daß der Bund den Kapitalmarkt zuungunsten der privaten Wirtschaft abschöpfe. Nichts ist so unwahr wie dieses! Der Bund hat in den letzten Jahren an neuen Geldern ganze 125 Millionen – also weniger als manche große Gemeinde – am Kapitalmarkt aufgenommen. Die Bundesanleihe von 500 Millionen war zu dreiviertel lediglich eine Umwandlung von kurzfristigen Krediten, die immer wieder vor sich hergeschoben worden sind. An neuen Geldern sind es 125 Millionen. Außerdem bemerke ich, daß diese Kredite aufgenommen werden für den außerordentlichen Haushalt, und zwar ein Drittel für Wohnungsbau, ein Drittel für Verkehrsbauten, wie Brücken usw., und das letzte Drittel für Wirtschaftsförderung und Unterstützung von schwachen Ländern, wie Schleswig-Holstein.

Ich werde von der Wirtschaft immer wieder gedrängt, neue Kredite zu geben. Ich kann sie nur auf dem Kapitalmarkt aufnehmen; aber gehe ich auf den Kapitalmarkt, dann werde ich von allen Wirtschaftlern beschimpft. So ist der Kreislauf der Dinge. Der Bundeshaushalt hat bisher den Kapitalmarkt sehr wenig in Anspruch genommen. Wenn man von der öffentlichen Hand spricht, dann möchte ich zwischen dem Bund einerseits und den anderen Teilen der öffentlichen Hand einmal unterscheiden. Die Bank Deutscher Länder hat es in ihrem letzten Bericht einmal getan. Das ist die Situation.

Also ich möchte so sagen: Wir haben hier den Versuch gemacht, daß wir den Kapitalmarkt möglichst schonen wollen. Jetzt kommt die Stellung des Bundesrates zum Tarif. Zum Tarif hat der Bundesrat eigentlich überhaupt keine Anträge gestellt; er hat lediglich eine Anregung gegeben. Ich nehme das nicht übel; denn jeder Vater liebt sein Kind. Auch der Troeger-Ausschuß liebt sein Kind, den Troeger-Tarif. Wir haben den Troeger-Tarif absichtlich nicht übernommen, weil der Troeger-Tarif für die Einkommen bis zu DM 8.000,– sehr schlecht ist und sogar eine höhere Belastung bedeutet als vor dem Jahre 1951. Das haben wir für politisch unmöglich gehalten.

Wir haben den gleichmäßig lautenden Tarif übernommen aus dem einfachen Grund, weil wir die Steuerreform als Abschluß – ich betone das – der Steuergesetzge-

bung betrachten und weil wir der Meinung sind, daß die Steuergesetzgebung nun Ruhe haben und diese Tarifänderung für absehbare Zeit die letzte sein, also Dauercharakter haben soll, auch nach oben. Wir haben infolgedessen gewollt, grundsätzlich einen Tarif zu schaffen, der alle die Vorwürfe, die gegen die bisherigen Tarife eingewandt werden – zum Teil mit Recht –, beseitigt. Der bisherige Tarif ging von der Größengruppe 1.000 zu 1.000 aus. Wenn jemand durch eine Lohnaufbesserung gerade die Grenze der Gruppe überstiegen hatte, war es möglich, daß die ganze Lohnaufbesserung durch die Steuererhöhung weggenommen wurde. Das wollten wir vermeiden. Deswegen dieser Tarif, der von DM 50,– zu DM 50,– steigt, so daß die bisherigen Härten nicht eintreten können.

Auch die Mittelstandstarife von DM 12.000,– bis DM 40.000,– haben, wenn ich die Veranlagung vom Jahre 1951 rechne, die nach dem Tarif erfolgte, eine Senkung von 30 bis 35 %, und zwar in den Jahren 1953 und 1954 rund immer die Hälfte. Ich möchte weiter bemerken: Ich habe von einem vernünftigen Mann ein Schreiben erhalten. Das einzige, was er auszusetzen habe, sei, daß die hohen Einkommen eigentlich zu günstig wegkämen. Es ist ein Mann, der selbst ein hohes Einkommen hat.

Wenn ich die haushaltswirtschaftliche Grenze halten muß, dann ist eine Änderung in der Mitte nur möglich, wenn gleichzeitig entsprechende Änderungen unten oder oben erfolgen. Wenn ich mir darüber klar bin, wo die Zahlen der haushaltswirtschaftlichen Grenzen liegen, kann ich am 17. Mai die Dinge zahlenmäßig beweisen, weil wir dann die Anforderungen der Ressorts für den nächsten Haushalt haben werden. Ich kann heute nur eine Schätzung abgeben. Die Schätzung lautet: Finanzreform und Steuerreform bedeuten für den Bundeshaushalt allein einen Ausfall von rd. 500 Millionen DM.

Ich habe im nächsten Jahr mit Mehrausgaben bestimmter Art – nämlich für das Kriegsentschädigungsgesetz, für die Auslandsverschuldung, das Kriegsfolgenschädenschlußgesetz[126] usw. – zu rechnen, und diese Mehrausgaben werden die zu erwartenden Mehreinnahmen um 1.000 Millionen übersteigen. Der englische Schatzkanzler hat keine Steuersenkung gemacht; der österreichische hat eine gemacht, und zwar, wie er mir gesagt hat, aus dem Grund, weil er im vergangenen Jahr 1.000 Millionen Schilling Überschuß hatte.

Der deutsche Finanzminister macht eine Senkung, obwohl er im Jahre 1953 einen Fehlbetrag von 500 Millionen DM rechnungsmäßig hatte! (*Scharnberg:* Rechnungsmäßig!) Es sind für die drei Jahre zusammen 1.500 Millionen DM. Ich bitte Sie, die

126 Vermutlich Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 (BGBl I S. 5) mit Änderung vom 12. Juni 1954 (BGBl I S. 143); Ergänzung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden vom 9. Februar 1955 (BGBl I S. 57); Gesetzentwurf zur abschließenden Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reichs entstandener Schäden (BT-Drs. 1659), Gesetz vom 5. November 1957 (BGBl I S. 1747).

Broschüre vom Finanz- und Steuerausschuß über diese Frage nachzulesen, die recht ernste Bemerkungen daran knüpft. Das sind die Gesamtreste aus all den Jahren. Ich kann es nicht genau beantworten. 1.000 Millionen sind allein der frühere Fehlbetrag. (*Scharnberg:* Das sind auch Reste!) Nein, das ist der reine Fehlbetrag! So ist die Situation. Wenn ich das haushaltswirtschaftlich errechne am 17. Mai, dann werde ich in der Lage sein, dem Bundestag genau zu sagen, wie die Aussichten für den kommenden Haushalt sind. Dann können wir uns über die Änderung des Tarifs unterhalten.

Der Bundesrat hat dem Gesetz als solchem mit gewissen Abänderungen zugestimmt. Er hat sich für den 1. Januar ausgesprochen. Der 1. Juli war von vornherein eine Utopie; der 1. Oktober wäre nur zu erreichen, wenn sich das Parlament sehr beeilte, wenn die Interessentenwünsche sehr in den Hintergrund gedrückt würden und wenn der Bundesrat nicht den Vermittlungsausschuß anriefe. Denn es müßte am 1. August das Gesetz verkündet sein, um am 1. Oktober durchgeführt werden zu können. Darüber will ich aber weiter nichts sagen.

Die zweite Frage betrifft die Ausschüttung der Gewinne. Es gibt darüber kein Dogma, ob man den ausgeschütteten Gewinn oder den nicht ausgeschütteten Gewinn bevorzugen soll. Das hängt von der volkswirtschaftlichen Situation ab. Wir haben bis zum Jahre 1950 den nicht ausgeschütteten Gewinn bevorzugt, und zwar aus guten Gründen. Wir haben aus guten Gründen im Jahre 1950 das geändert. Wir haben jetzt eine Bevorzugung des ausgeschütteten Gewinns. Ob und wie lange wir das halten können, das hängt von der volkswirtschaftlichen Situation ab. Es gibt also kein Dogma nach der Richtung in der Finanzpolitik, sondern es sind volkswirtschaftliche Überlegungen anzustellen. Kennzeichnend war, daß die Länder die Umsatzsteuerergänzungsabgabe abgelehnt haben oder ablehnen wollten.

Nun das Verhältnis von Bund und Ländern, das uns in der CDU interessiert. Es kann unmöglich der Mann der CDU des Bundestages eine andere Politik vertreten als der Mann der Landtagsfraktion der CDU im gleichen Land. Wir müssen also noch in diesem Monat zu irgendeiner grundsätzlichen Einigung kommen; aber nicht nur in Bayern – wo ich hoffe, es ziemlich leicht zu haben –, sondern auch in Nordrhein-Westfalen!

Ich würde dringend darum bitten, daß die Parteivorstandschaft die Initiative übernimmt, unter Ausschluß jeder Bürokratie – ich unterstreiche es noch einmal –, einen Ausschuß nur mit reinen Politikern einzusetzen, um somit einen Weg zu finden, die öffentliche Meinung rechtzeitig davon zu verständigen, daß ein solcher Gegensatz innerhalb der CDU nicht besteht. Ich bin selber Föderalist, aber ich warne alle die Föderalisten, die Frage des Föderalismus in den Wahlkampf zu werfen. Ich glaube, in Nordrhein-Westfalen würde z.B. die Flagge des Föderalismus nicht sehr viel Wähler hinter sich bringen. Gerade weil ich ein Freund der Länder bin, warne ich dringend davor, das zum Gegenstand eines Wahlkampfes zu machen.

Ich möchte um Verständnis für folgendes bitten: Der Bundeshaushalt ist kein Haushalt des Bundes. Der Bundeshaushalt ist ein Gemeinschaftshaushalt der Länder

– ich unterstreiche das immer wieder –, seitdem der Bund die großen Ausgaben nach Art. 120 GG übernommen und von den Ländern weggenommen hat. Infolgedessen müssen aus der Bundeskasse alle die Zahlungen für Besatzungskosten, Sozialausgaben, Lastenausgleich usw. an die Länder geleistet werden. Die Länder müssen daran denken, daß sie den Bund als Gemeinschaft der Länder und nicht als Gegner der Länder zu betrachten haben.

Der Bund hat nun einmal die verfassungsmäßige Pflicht, daß er einen Ausgleich zwischen steuerschwachen und steuerstarken Ländern herbeiführen muß. Es ist unmöglich, daß der Föderalismus die Konsequenz hat, daß es in Deutschland reiche Gegenden neben armen Gegenden gibt. Das ist unmöglich. Wir haben heute das Verhältnis, wenn ich Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nehme, daß das eine Land eine Steuerkraft von 137 % des Bundesdurchschnitts und das andere Land eine solche von nur 53 % hat.

Es gab eine Zeit, in der im alten Preußen die Steuern des Ruhrgebietes in die Zentralkasse nach Berlin geflossen sind, die dann von dort aus nach Kiel, Koblenz usw. verteilt wurden. Und kein Mensch hat sich darüber aufgeregt. (*Adenauer:* Das ist ein Irrtum! Die haben sich sehr aufgeregt!) Gut, mancher Oberbürgermeister hat es vielleicht gewußt, aber im allgemeinen wurde das als selbstverständlich betrachtet. Das, was damals der zentrale Staat geleistet hat, muß der förderalistische Staat praktisch auch leisten können. Dabei wollen wir gar keine Nivellierung. Der Vorschlag der Bundesregierung ist ein Ausgleich, der zur Folge hat, daß das reichste Land 106 % und das ärmste Land 90 % des Bundesdurchschnitts hat. Damit wäre das Verhältnis möglich.

Heute ist es so, daß der Bund für seinen Bundesanteil die Zustimmung der Länder braucht. Das ist also der springende Punkt. Ich muß mit der Gemeinsamkeit der Länder rechnen. Es muß der Bundesanteil für das steuerschwächste Land noch erträglich sein. Wenn das steuerschwächste Land nicht mehr kann, ist dieses Nichtkönnen der Vorwand für andere, die nicht wollen.

Auch die Zustimmung der Länder muß im Sinne des Grundgesetzes gehandhabt werden, also nicht nach Willkür, sondern unter der Voraussetzung, daß dem Sinn und dem Geist des Grundgesetzes entsprochen wird. Der Bund braucht eigentlich nicht nachzuweisen, daß er den Bedarf für die nicht gedeckten Ausgaben hat; denn der Bundeshaushalt wird von den Vertretern der Länder im Bundesrat genehmigt und geprüft. Ist er genehmigt und geprüft, dann ist doch die Berechtigung der Forderung grundsätzlich anerkannt. Das ist die obere Grenze.

Die untere Grenze ist die, daß der Bund nicht mehr verlangen darf, als den Ländern zumutbar ist. Aber in diesem Rahmen ist die Frage der Zustimmung eine Frage der Bundestreue und – lassen Sie mich das aussprechen – nicht eine Frage der reinen Willkür. Ich weiß aber, wie ich in den letzten Jahren gekämpft habe.

Meine Damen und Herren! Der Bund hätte den Fehlbetrag von 1.500 Millionen DM nicht, wenn die Vorschläge des Bundesfinanzministers über den Bundesanteil jeweils Erfolg gehabt hätten und nicht herabgedrückt worden wären. Dann hätten die

Länder mehr und könnten vielleicht weniger Investitionen machen, und manches Land würde sich überlegen, ob es eine Beamtenbesoldung durchführt.[!] Vom Standpunkt des Grundgesetzes aus ist es so, daß wir uns als Gemeinschaft zu fühlen haben und nicht als Gegner fühlen sollen. Wenn der Bund dabei die Verpflichtung erfüllen soll, einen Ausgleich unter den Ländern zu schaffen, dann müßte er eigentlich bei den Ländern, denen der Ausgleich zugute kommt, dafür auch Verständnis finden.

Ich hoffe, daß, nachdem die Dinge leider Gottes nicht mehr ohne den Vermittlungsausschuß erledigt werden können, im Vermittlungsausschuß die Sache geregelt wird. Ich wünsche noch einmal, daß wir als CDU-Leute nicht unvorbereitet in den Vermittlungsausschuß hineingehen, sondern daß wir uns vorher besprechen, weil ich glaube, daß wir dann ein häßliches Gefecht innerhalb der eigenen Parteireihen vermeiden können. Ich halte das für lebensnotwendig. Das wäre die Situation, so wie ich sie sehe.

Nun zu einem Wunsch, der heute ausgesprochen worden ist. Wenn in einem Landtag der Antrag gestellt wird: Die Landesregierung wird ersucht, beim Bundesanteil nicht über soundso viel Prozent hinauszugehen, dann möchte ich folgende zwei Ratschläge geben:

1. So wie die Situation heute liegt, fällt die Entscheidung im Vermittlungsausschuß. Die Vertreter im Vermittlungsausschuß sind satzungsmäßig frei von jeder Weisung. Wenn das Mitglied nach seiner eigenen Überzeugung in Anerkenntnis der Situation einem bestimmten Prozentsatz zustimmt, und die Sache geht in den Bundesrat, dann gibt es nur eine Gesamtablehnung oder eine Gesamtannahme. Es ist nach meinem Dafürhalten unmöglich, daß ein Landtag eine bindende Weisung an die Regierung geben kann, nicht über einen bestimmten Prozentsatz hinauszugehen.

2. Ich würde deshalb bitten, wenn an eine Regierung, die uns nahesteht, ein solcher Antrag herangetragen wird, daß wir uns rechtzeitig ins Benehmen setzen. Vielleicht kann man eine Formulierung vereinbaren, die den Parteifreunden im Landtag die Situation erleichtert, ohne die Regierung an ganz bestimmte Prozentsätze zu binden. Ich könnte mir eine Formulierung vorstellen, daß die Landesregierung ersucht wird, bei den Verhandlungen dahin zu wirken, daß das erträgliche Maß für das Land nicht überschritten wird, oder ähnlich. Darüber könnte man reden, aber eine Bindung an einen Prozentsatz ist unmöglich.

Wenn wir den Föderalismus umbringen wollen, dann müssen wir die Bundesgesetzgebung in die neuen Landtage verlegen. Wir würden praktisch dazu kommen, wenn die Landesregierungen der Länder Weisungen von den Landtagen für die Stellung im Bundesrat übernähmen, daß wir die Bundesgesetzgebung zersplittern und in die Länder verlegen. Das ist aber nicht der Sinn eines föderativen Prinzips und Systems. Ich würde bitten, befolgen Sie meinen Rat und schauen wir, daß wir uns innerhalb der CDU vor der Beratung im Vermittlungsausschuß geeinigt haben und daß wir vor den nächsten Landtagswahlen mit dieser Einigkeit vor die deutsche Öffentlichkeit treten können. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Ich danke den Herren Strickrodt und Schäffer für ihre ausgezeichneten Ausführungen. Wir haben in der letzten Sitzung des Vorstandes besprochen, daß wir einen Ausschuß für konfessionelle und kulturpolitische Dinge einsetzen wollen.[127] Dieser Ausschuß ist noch nicht eingesetzt. Da die Sache nicht ungefährlich ist, ist es notwendig, diesen Ausschuß einzusetzen. Mir ist folgender Vorschlag gemacht worden: In den Ausschuß sollen gewählt werden: Ehlers, Tillmanns, Pferdmenges, Simpfendörfer, Frau Praetorius[128], Wuermeling, Altmeier, Lensing, Frau Weber, Heck, Massoth[129].

Es ist eine Aufgabe, die viel Taktgefühl erfordert und mildes Denken und Verständnis für die andere Seite. Wünschen Sie eine Diskussion? Ich schlage vor, Sie wählen sich einen Vorsitzenden. Man braucht natürlich nicht immer alle einzuladen. Sie sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Verschiedenes

Etwas, was ich mit Absicht nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, ist die Frage der Neuwahl des Bundespräsidenten. Sie wissen, daß die Amtsperiode des Herrn Bundespräsidenten in diesem Jahr abläuft. Er ist auf fünf Jahre gewählt. Nach Art. 54 GG erfolgt die Wahl durch die Bundesversammlung. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und in einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden.

Der Ältestenausschuß des Bundestages hat in Aussicht genommen, der Bundesversammlung vorzuschlagen – er kann das nicht bestimmen – den 16. Juli. Dann müßte die Bundesversammlung vorher zusammentreten, um den Termin zu bestimmen. Den kann nicht der Ältestenausschuß des Bundestages bestimmen. Die Bundesversammlung kann nur selbst bestimmen, wann sie wählt. (*Ehlers:* Ist das letzte Mal auch nicht geschehen!) Das liegt aber in der Natur der Sache. Die Bundesversammlung muß vorher zusammentreten. Das muß den Landtagen mitgeteilt werden. Es handelt sich um die Frage: Wer soll Bundespräsident werden? Ich möchte Ihnen ohne lange Diskussion vorschlagen, daß wir den Herrn Bundespräsidenten Heuss[130] wiederwählen. Er hat sich in seiner Aufgabe ausgezeichnet bewährt. Er genießt allgemeines Ansehen im In- und Ausland.

Sie sind damit einverstanden.

---

127 Vgl. Nr. 2 S. 102 f.

128 Gisela Praetorius (1902–1981), 1950–1954 und 1958–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1953–1957 MdB.

129 Willy Massoth (1911–1978), 1946–1954 Landesvorsitzender der Jungen Union und Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, 1949–1957 MdB.

130 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. Protokolle 1 S. 82 Anm. 9. – Jetzt auch: Unserem Vaterland zugute: Der Briefwechsel Theodor Heuss/Konrad Adenauer, bearb. von Hans Peter Mensing. Berlin 1989; Winter S. 17–55.

Es liegt mir auch daran, Ihnen, Herr Schäffer, zu danken für Ihren ausgezeichneten Vortrag, der ebenfalls wie der Vortrag von Herrn Strickrodt die ganze Finanz- und Steuerreform unter den Gesichtspunkten wiedergab, die wahrscheinlich vielen von Ihnen – es geht auch mir so – teilweise neu gewesen sind. Eine Diskussion heute abend ist nicht mehr möglich, obgleich auch dazu manches zu sagen wäre. Man sollte für die morgige Sitzung des Parteiausschusses Herrn Strickrodt bitten zu referieren und Herrn Schäffer bitten, ein Korreferat zu halten.

Es wird eine Diskussion dann stattfinden. Herr Scharnberg hat mit Mühe an sich gehalten. Wir werden über manche Dinge morgen sprechen müssen, die Herr Schäffer heute kurz gestreift hat, z.B., ob man ein für allemal die Prozentsätze bestimmen soll. Es gibt Länder, die das nicht wollen, um jedes Jahr der Bundesregierung die Daumenschrauben ansetzen zu können.

Nun ist von den Herren Schäffer und Strickrodt angeregt worden – ich halte die Anregung für sehr gut –, einen kleinen Ausschuß zu wählen, der den Versuch unternehmen soll, die ganze Sache zu bereinigen, ehe sie in den Bundestag, jedenfalls ehe sie in den Vermittlungsausschuß kommt. Das ist sehr notwendig. Ich habe mit den Herren von Nordrhein-Westfalen mehrfach darüber gesprochen. Herr Johnen ist nicht mehr hier. Lassen Sie mich jetzt einmal den Anwalt von Nordrhein-Westfalen spielen. Bei Nordrhein-Westfalen war es in der Hauptsache ein persönliches Ressentiment – leider – gegen den Bundesfinanzminister. Da waren die persönlichen Differenzen derart stark, daß überhaupt kaum mehr eine richtige Verhandlung möglich war.

Ich will nicht sagen, daß man ihm nichts mehr glaubte, aber es war nahe dran. Sie glaubten ihm manches nicht, so will ich mich ausdrücken. Und dann kamen plötzlich Differenzen hinzu. Das war in hohem Maße bedauerlich. Ich halte es für sehr gut, daß wir dem Vorschlag der beiden Herren folgen und einen Ausschuß einsetzen, der zusammen mit den Herren von Nordrhein-Westfalen und mit dem Bundesfinanzminister den Versuch macht, aus der ganzen Situation noch im Monat Mai einen Ausweg zu finden, damit wir, ehe der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen beginnt, an die Öffentlichkeit mit der Erklärung gehen können, daß dieser Streit vorbei ist.

Nun ist vorgeschlagen worden: ohne Bürokraten. Es fragt sich, ob ein Minister zu den Bürokraten gehört! (*Zurufe:* Nein! – *Von Brentano:* Dann müßte ja Schäffer wegbleiben!) Wer kann von Nordrhein-Westfalen hinzukommen? (*Zurufe:* Flecken[131]! – Tapolski[132]!) Ja, das ist der besondere „Freund" von Herrn Schäffer. Es ist vielleicht am besten, wenn morgen Herr Strickrodt mit Nordrhein-Westfalen telefonisch spricht. Flecken würde ich sagen, Sie, Herr Schäffer, dann müßte auch ein steuerschwaches Land vertreten sein, denn die steuerstarken Länder sehen die Sache anders an. Ich würde es begrüßen, wenn Herr Altmeier dabei wäre. (*Altmeier:* Ja!) Es wird Ihnen

131 Dr. Adolf Flecken (1889–1966), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1950–1952 Innen- und 1952–1956 Finanzminister.

132 Ministerialdirigent im Düsseldorfer Finanzministerium, hatte der Studienkommission des Bundesfinanzministeriums (vgl. Anm. 119) angehört.

recht sein, wenn Herr Altmeier dabei ist. Herr Fricke, Sie interessieren sich auch? (*Fricke:* Ich habe eine Frage an den Bundesfinanzminister, ich bin morgen nicht da.) Wollen Sie am Ausschuß teilnehmen? (*Fricke:* Im Mai schwerlich!) Wann denn? (*Fricke:* Weil ich blockiert bin!) Dann blockieren Sie auf! *(Heiterkeit.)* Also, Sie nehmen teil! Wie ist es mit Ihnen, Herr Scharnberg? (*Scharnberg:* Ich könnte auch!) Sie tun es auch gern? (*Scharnberg:* Ja, gerne!)

Die Sache ist parteipolitisch von großer Bedeutung. Diese, verzeihen Sie den Ausdruck, es sind Damen hier, Schweinerei muß aus der Welt. Es ist eine unangenehme Geschichte gewesen, daß so etwas passiert ist.

Fricke: Der Herr Bundesfinanzminister ist auf die Ausführungen von Herrn Strickrodt nicht eingegangen, ob man nicht auf die Anhebung der Großhandelsumsatzsteuer verzichten könnte. Der Bundesfinanzminister hat ausgeführt, daß er im Zuge seiner Untersuchung jede Erörterung der Umsatzsteuer für kritisch halte. Sein Staatssekretär[133] hat vor 20 Jahren einen Kommentar geschrieben und auf die Problematik und strukturverändernde Wirkung der Großhandelsumsatzsteuer hingewiesen. Es ist kein Zweifel, daß die Großhandelsumsatzsteuer, die Steuersenkung für den Großhandel, eine echte Ertragsteuer wäre. Ich habe die Frage, da Sie in Frankfurt vor dem Großhandel sprechen[134], Herr Bundeskanzler, ob man nicht der Anregung von Strickrodt folgen kann, daß der Bundesfinanzminister sagt, auf jede Veränderung der Umsatzsteuer wird verzichtet.

Der Bundesfinanzminister sagte, die Bundesregierung sei ein Ausschuß von Parteifreunden. Ich habe vergeblich versucht, mit dem Bundesfinanzminister Kontakt zu bekommen.

Adenauer: Ich würde Sie bitten, Herr Fricke, den Bundesfinanzminister aufzusuchen und unter vier Augen mit ihm zu sprechen.

Scharnberg: Wir haben in der vorigen Sitzung einen Ausschuß eingesetzt, der sich mit der Finanzierung der Partei beschäftigen soll.[135] Dieser Ausschuß hat den einstimmigen Wunsch, daß in die Steuergesetze hineinkommt die Abzugsfähigkeit von Parteibeiträgen und Spenden. Es ist ein ganz dringendes Anliegen. Wir laufen die größte Gefahr mit der Parteifinanzierung, wenn wir nicht auf diesem Gebiet eine kleine Erleichterung schaffen. Ich möchte, daß der Vorstand der Fraktion empfiehlt, das hineinzubringen.

Adenauer: Sie können heute abend nicht mehr von uns verlangen, darüber zu diskutieren, aber wir sind alle für Parteifinanzen! *(Heiterkeit.)*

Hellwig: Wenn ich Herrn Strickrodt richtig verstanden habe, dann kam es darauf an, daß ein interner kleiner Kreis nicht nur über das Verhältnis Bund-Länder, sondern auch über die gesamte Steuerreform spricht.

---

133 Alfred Hartmann (vgl. Nr. 2 Anm. 47)
134 4. Mai 1954 – Tagung des Gesamtverbands Groß- und Außenhandel.
135 Vgl. Nr. 2 S. 90ff.

Adenauer: Dieser kleine Ausschuß soll die ganzen Themata besprechen und den ernsthaften Versuch machen, unter Parteifreunden eine einheitliche Basis zu finden. Ich glaube, damit habe ich den Auftrag des Ausschusses richtig festgelegt. Sie sind damit einverstanden.

Zum Parteitag. Wir leben in einer solch kritischen Situation, daß ich bitten möchte, heute die Themen zum Parteitag noch nicht festzusetzen. Wir wissen nicht, was noch kommen wird. Wir werden den Parteivorstand eventuell noch einmal zusammenrufen müssen. Der Termin für den Parteitag steht fest.

Dann danke ich Ihnen sehr, meine Damen und Herren, und schließe damit die Sitzung.

4

Köln, 28. Mai 1954

Sprecher: Adenauer, [Bach], von Brentano, Fay, Heck, Johnen, Kaiser, [Lensing], Lenz, von Lojewski, Müllenbach, Simpfendörfer, Tillmanns, Frau Weber, Zimmer.

Ablauf des Parteitages.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 11.30 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ein herzliches Willkommen! Wir treten sofort in die Beratungen ein. Ich höre eben von Herrn Heck, daß sich rund 1.700 Personen zum Parteitag[1] angemeldet haben. Im vorigen Jahr in Hamburg waren es 1.000. Ich nehme ohne weiteres an, daß der geistige Inhalt dem ziffernmäßigen entspricht und daß wir deshalb im Vertrauen der Abwicklung des Parteitages entgegensehen können.

Es haben sich entschuldigt die Herren Dr. Hofmeister, von Hassel, Wirsching[2], Dr. Gebhard Müller, Dr. Pferdmenges, Bach, (*Weber:* Herr Bach ist da!) Herr Bundestagspräsident Ehlers hat sich ebenfalls für diese Sitzung entschuldigt.

1 Vom 28. bis 30. Mai 1954.

2 Eugen Wirsching (1891–1983), 1946–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg, 1947–1952 Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern.

Meine Damen und Herren! Wir müssen nun vorschlagen, wie nachher die Wahl des Präsidiums im Parteitag sein soll. Es ist herkömmlich, daß der Vorsitzende des Verbandes, wo der Parteitag stattfindet, Vorsitzender des Parteitages wird. Das ist unser Freund Johnen. Als Vertreter würde ich vorschlagen die Herren Albers, Cillien, Professor Erhard, Kiesinger, Lensing, Frau Praetorius. Ich denke, daß Sie damit einverstanden sind.

Für die Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen: Dennhardt, Landesgeschäftsführer von Schleswig-Holstein, Dr. Gurk, Landesvorsitzender von Nordbaden, Müllenbach[3] von der Bundesgeschäftsstelle. Dazu wird nicht das Wort gewünscht.

Für die Redaktionskommission werden vorgeschlagen die Herren Kiesinger, Lemmer, Lojewski, Süsterhenn, Tillmanns und Wuermeling. – Einverstanden!

Ablauf des Parteitages

Nun zur Frage des Tagungsortes des nächsten Parteitages! Es finden Wahlen statt im Jahre 1955 in Rheinland-Pfalz in der letzten Aprilwoche[4], in Niedersachsen wahrscheinlich in der ersten Maiwoche[5]. Ob wir heute schon in der Lage sind, einen Ort für den nächsten Parteitag in Aussicht zu nehmen, weiß ich nicht. Herr Heck, wir sollten uns damit begnügen, Wünsche entgegenzunehmen; wir können dann über den Ort im Laufe der nächsten Zeit Beschluß fassen. Würden Sie damit einverstanden sein?

Tillmanns: Es wäre gut, wenn der Parteitag das wüßte. Die Wünsche müßten dort ausgesprochen werden, und der Parteiausschuß entscheidet dann.

Zimmer: So ist es beim letzten Mal gemacht worden.

Adenauer: Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Zimmer: Rheinland-Pfalz behält sich vor, Ihnen eine Einladung zukommen zu lassen. (*Adenauer:* Das ist die erste Anmeldung.) Jawohl, die Voranmeldung.

Adenauer: Dann noch einige Kleinigkeiten. Wir haben den Interkonfessionellen Ausschuß gewählt, um Schwierigkeiten, die sich ergeben, zu beseitigen. Kollege Altmeier hat zu dem Vorschlag, der auf der letzten Sitzung des Parteivorstandes am 26. April gemacht worden ist, gebeten, man möge auf ihn verzichten und statt seiner Herrn Dr. Süsterhenn in diesen Ausschuß wählen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Zur Beruhigung der zahlreichen Parteifreunde, die befürchteten, daß die Beauftragung des Herrn Abs mit einer Rede auf diesem Parteitag zu Differenzen zwischen ihm und Herrn Erhard Anlaß geben könnte, kann ich folgendes bemerken: 1. haben die

3 Peter Müllenbach (geb. 1919), 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation.
4 Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 15. Mai 1955.
5 Landtagswahlen in Niedersachsen am 24. April 1955.

beiden Herren gestern auf einer Rheinfahrt zusammen mit den beiden argentinischen Ministern[6] sich ausgesprochen und 2. habe ich heute früh die Rede des Herrn Abs[7] bekommen. Er hat Erhards Arbeit mit warmen und kräftigen Worten bedacht, so daß die Befürchtungen, die aufgetaucht sind, unbegründet sind.

Ich darf ein allgemeines Wort daran anknüpfen. Als wir uns im geschäftsführenden Vorstand mit der Wahl der Themata und der Wahl der Redner beschäftigten, gingen wir auch davon aus, daß wir nicht immer dieselben Persönlichkeiten in den Vordergrund stellen sollen, sondern daß man doch zeigen soll, daß wir einen größeren Kreis von führenden Persönlichkeiten haben, als man das allgemein annimmt. Daher ist auch die Auswahl der Redner so ausgefallen, wie Sie es aus dem Ihnen vorliegenden Programm ersehen.

Eine zweite Bemerkung zum sachlichen Aufbau. Man kann ja hier relativ offen sprechen. Die ganze Situation der Welt ist so außerordentlich gefährlich. Wir haben in der vergangenen Woche fast – kann man sagen – dicht vor dem Ausbruch des dritten Weltkrieges gestanden.[8] Wenn es auch noch einmal glücklich vorübergegangen ist, die Situation bleibt außerordentlich gespannt und gefährlich. Auf der anderen Seite hat unsere Partei als die weitaus stärkste Partei eine so große Verantwortung, daß es wohl richtig erscheint – so haben wir wenigstens im geschäftsführenden Vorstand geglaubt –, einmal diesen Parteitag dazu zu benutzen, unseren Delegierten und Parteifreunden die großen Zusammenhänge vorzuführen, damit sie sehen, daß die CDU in einer solchen Zeit und bei der Lage, in der sich die Bundesrepublik befindet, die Verantwortung für ganz Deutschland in hervorragendem Maße trägt. Man muß sich darüber klarwerden, daß man einmal über die augenblicklichen politischen Fragen, die im Parlament sattsam behandelt werden, hinausgehen soll.

Aus diesen Gedanken heraus ist die Auswahl der Themen und der Redner erfolgt. Der geschäftsführende Vorstand würde sich sehr freuen, wenn er die Zustimmung von Ihnen, vom Parteiausschuß und vom Parteitag dazu bekäme.

Ich habe heute morgen den „Rheinischen Merkur" zur Hand genommen und dort auf der ersten Seite einen Artikel „So geht es nicht vorwärts" gelesen. Dieser Artikel, ich weiß nicht, wer ihn geschrieben hat – es stehen darunter die Buchstaben A.M. –[9], zeigt sehr klar, daß man von den Schwierigkeiten des Parlaments und innerhalb einer so großen Fraktion, wie es die CDU-Fraktion des Bundestages ist, offenbar keine Ahnung hat; denn es wird uns vorgeworfen – nicht der Bundesregierung, aber der Partei und der Bundestagsfraktion –:

---

6 Außenminister Dr. Jeronimo Remorino und Wirtschaftsminister Dr. Alfredo Gomez Morales (AdG 1954 S. 4556).

7 „Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt" (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 92–98).

8 Adenauer spielte auf den unbefriedigenden Verlauf der Genfer Ostasienkonferenz an (AdG 1954 S. 4532f., 4534).

9 „Rheinischer Merkur" vom 28. Mai 1954. Untertitel: Der Begriff „soziale Marktwirtschaft" muß konkretisiert werden. Autor war der Wirtschaftsredakteur Dr. A. Mende.

„Es sieht so aus, als ob man sich der Lösung der großen Probleme im Bereich der Finanzen und Steuern, im Außenhandel und in der Landwirtschaft, im Verkehr, im Wohnungsbau und im Rentenwesen nur im Schneckentempo oder überhaupt nicht nähere."

Ich muß schon sagen, in der Redaktionsstube mit einem Bogen Papier und einem Füllhalter und eventuell einer Stenotypistin, der man diktiert, kommt man der Lösung der Probleme mit einer verblüffenden Schnelligkeit näher! Ich erkenne das ohne weiteres an, aber gerade ein solcher Artikel zeigt, daß wir recht daran tun, wenn wir auf unserem Parteitag nicht so sehr die Tagesfragen in den Vordergrund stellen. Herr von Brentano wird auch über die Arbeit der Bundestagsfraktion sprechen. Es werden noch eine Reihe von diesen Fragen berührt werden, aber ich glaube, damit haben wir genug getan.

Der geschäftsführende Vorstand war zunächst der Auffassung, es würde ausreichen, wenn Herr von Brentano im Parteiausschuß referiert. Aber vielleicht ist doch der Wunsch des Herrn von Brentano, der von weitesten Kreisen der Bundestagsfraktion geteilt wird, daß er im Plenum des Parteitages darüber referieren möchte, berechtigt, so daß eine nachträgliche Abänderung des Programms erfolgen soll. (*Zimmer:* Wann?) Nach der Rede von Herrn Ehlers.

Dann habe ich noch einen Wunsch; den werde ich auch dem Parteiausschuß sagen. Es scheint mir klug zu sein, wenn wir auf diesem Parteitag, falls sich nicht etwas Besonderes ereignet, über die EVG und über das Saarproblem nicht sprechen. An sich sind das Themata, namentlich das Saarproblem, die sich zur Erörterung in einem so großen Kreis überhaupt nicht eignen. Es könnten Ansichten laut werden in der Diskussion, die außenpolitisch gesehen außerordentlich gefährlich sind.

Dazu kommt noch folgendes: Sie wissen, daß Gespräche stattgefunden haben zwischen dem stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des MRP Frankreichs, Herrn Teitgen[10], Herrn Spaak[11], Herrn van Naters, Herrn von Brentano, Herrn Gerstenmaier und mir über die Saarfrage. Diese Gespräche haben den Zweck zu versuchen, einen Weg zu finden, wie man der Schwierigkeiten Herr werden würde. Man sollte, solange die Sache in diesem Stadium ist, nicht in der großen Öffentlichkeit darüber sprechen; denn alle diejenigen, die an den Besprechungen teilgenommen haben, können doch nicht dazu Stellung nehmen. Und das Thema ist, wie gesagt, so empfindlich, daß man in der Öffentlichkeit wirklich Schaden damit anrichten kann.

Was die EVG angeht, so sind die Aussichten, daß der EVG-Vertrag von der französischen Nationalversammlung im Laufe dieses Sommers ratifiziert werden

---

10 Pierre-Henri Teitgen (geb. 1908), französischer Politiker. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 518 Anm. 8.

11 Dr. Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker; 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 426 Anm. 13. – Die Verhandlungen fanden am 20. Mai in Straßburg statt. Eine angebliche Einigung wurde von französischer Seite dementiert (AdG 1954 S. 4535, 4546).

wird, gut. Es findet heute, morgen und übermorgen der Parteitag der französischen Sozialisten statt[12], der ausdrücklich einberufen worden ist, um die sozialistische Fraktion der französischen Nationalversammlung zu verpflichten, einen bestimmten Standpunkt bei der Abstimmung einzunehmen. Ich glaube, jeder von uns ist mit mir der Überzeugung, daß es in diesem Augenblick, wo der Parteitag der Sozialisten über diese Frage zu verhandeln beginnt, klug ist, wenn wir dazu schweigen. Wenn wir die Sozialisten aufmuntern, dann können wir das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen. Deswegen bleibt uns nichts anderes übrig als zu schweigen. Wenn bis zur öffentlichen Kundgebung am Sonntag schon das Ergebnis bekannt ist, dann werde ich in der Schlußansprache kurz darauf eingehen. Ich bitte Sie, Verständnis dafür zu haben und meine Meinung zu Ihrer eigenen zu machen. Das scheint der Fall zu sein.

Noch ein Wort zur Presse. Ich glaube, der gestrige Vatertag hat die Presse gründlich in Anspruch genommen. Herr Lojewski, wann erscheinen wieder Zeitungen! (*Von Lojewski:* Morgen früh!) Dann haben sie doch ausgiebig Vatertag gefeiert. Ich habe nichts dagegen. Jeder soll feiern. Aber werden wir mit der Presse zurechtkommen?

Von Lojewski: Es ist so, daß die Rede von Ehlers bereits vorliegt; sie wird den Journalisten ausgegeben. Mein Kummer ist es, das Manuskript der Redner zu bekommen.

Adenauer: Ich werde heute mittag bei der Eröffnung etwas sagen. Ich habe einige Notizen hier. Ich lege Wert darauf, daß es in die Presse kommt. Das kann man schnell notieren. (*Von Lojewski:* Können wir vorher etwas bekommen?) Ich habe das heute morgen zum Teil im Auto geschrieben. Ich weiß nicht, ob Sie es lesen können und ob es dabei bleibt! *(Lebhafte Heiterkeit.)*

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß weder die EVG noch die Saar erörtert werden soll. Ich bin der Meinung, daß wir nicht daran vorbeigehen dürfen. Den Vorstand würde es interessieren, was Gerstenmaier dazu sagen wird. Es ist eine Abordnung von der Saar da. Ich bin darüber unterrichtet worden, daß diese Herren von der Saar den Wunsch haben, mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Herrn Zimmer und mir darüber zu sprechen. Ich glaube, daß unsere Freunde einen Ausdruck finden werden, der Ihrem Wunsche Rechnung trägt. Aber die Saarländer werden ein Wort sagen wollen.

Ich würde bitten, daß Dr. Zimmer, Altmeier und ich mit den Saarländern sprechen, um zu versuchen, eine Form zu finden, die nicht stört. Wir können die Saarfrage nicht einfach ganz totschweigen. Die Saarländer sind von dem Schicksal ihrer Heimat unsagbar bewegt und möchten etwas darüber hören. Es kommt darauf an, wie man es sagt.

Adenauer: Der letzte Satz von Herrn Kaiser „Es kommt darauf an ..." ist wichtig. Sie waren zum großen Teil in Berlin anwesend, als Dr. Ney[13] gesprochen hat. Ich

12 Außerordentlicher nationaler Kongreß in Putaux bei Paris (vgl. AdG 1954 S. 4548; UiD vom 4. Juni 1954).

13 Dr. Hubert Ney (1892–1984), 1952–1957 Landesvorsitzender der CDU Saar, 1955–1960 MdL. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 128. – Rede nicht nachweisbar.

kann Ihnen sagen, ich war hart bang, er hätte zum Schluß mit „Die Fahne hoch" geschlossen. Das war eine absolut nationalsozialistische Rede, die er gehalten hat; eine absolut unmögliche Rede!

Zimmer: Eine Erörterung der Saarfrage kann nicht in einer solchen Form erfolgen, daß laufende Besprechungen nach Ihrer Auffassung gestört werden. (*Adenauer:* Die draußen laufen!) Ja, die dürfen nicht gestört werden, weil man das erhoffte Ergebnis damit kaputtmachen kann. Auf der anderen Seite habe ich aber ebenso wie Kollege Kaiser Bedenken, überhaupt diese Frage totzuschweigen oder still zu übergehen, weil das die Öffentlichkeit nicht verstehen oder falsch auslegen würde; wie überhaupt das Fehlen oppositioneller Meinungen auch in anderer Hinsicht vielleicht doch die gegnerische Presse zu falschen Ausdeutungen hinsichtlich der Linie unserer Parteiführung verleiten könnte.

Ich würde sagen, es muß eine Form gefunden werden, die, abseits der jetzt schwebenden Verhandlungen, vom Grundsätzlichen her die Dinge in einer Form umreißt, die Sie ja vorher zur Kenntnis bekommen müssen und die Sie dann billigen. Auf diese Weise enttäuschen wir jedenfalls nicht 1. unsere Freunde von der Saar und 2. die deutsche Öffentlichkeit.

Man muß sich daran erinnern, was „Le Monde" im Februar gebracht hat[14]: Der Bundeskanzler hat eine solche Autorität in Deutschland; dem können wir noch mehr zumuten. Er setzt alles durch. Er findet überhaupt keine abweichende Meinung. Es gibt keine Opposition, und wir haben das Gefühl ... (*Adenauer:* Warum greifen Sie mich schon zu Beginn so persönlich an?) Ich hoffe, daß Sie diesen „Angriff" genügend verstehen. Ich habe Ihnen wiederholt gesagt, eine zumindest taktische Opposition kann in der Politik weiß Gott oft nicht störend sein, wenn sie klug und vorsichtig formuliert ist. Sie führen die Außenpolitik und müssen hier die letzte Entscheidung haben, aber vom Grundsätzlichen her müßte es so dargestellt werden, daß Ihre Verhandlungen nicht gestört werden. Hier könnte man eine Form finden. Das kann nicht schwierig sein. Es darf nicht so aussehen: In der CDU wird überhaupt nichts dazu gesagt.

Adenauer: Ich darf mitteilen, daß – nach dem, was ich gehört habe – Herr Diel[15], ein bekannter Mann in Rheinland-Pfalz ..., (*Zimmer:* Aber nicht offizieller Vertreter von uns!) ich habe gesagt, ein bekannter Mann in Rheinland-Pfalz, unter allen Umständen in der Diskussion das Wort zur Saar ergreifen will. Und dann versichere ich Ihnen, wird nicht nur Porzellan, dann werden sogar Weinflaschen von ihm kaputtgeschlagen.

---

14 In „Le Monde" vom 28. Februar/1. März 1954 wird verschiedentlich von „la volonté suprême du chancelier" gesprochen.

15 Jakob Diel (1886–1969), 1921–1933 MdL Preußen (Zentrum), Mitgründer der CDU Rheinhessen und Rheinland-Pfalz, 1946–1957 Mitglied der Beratenden Landesversammlung und MdL, 1947–1948 Landtagspräsident, 1957–1961 MdB. Diel war Weingutsbesitzer. Er sprach am 29. Mai (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 62–64).

Zimmer: Wenn Herr Diel diese Absicht hat, dann hat er sie – das erkläre ich ausdrücklich – ohne jede Fühlungnahme mit uns. (*Adenauer:* Davon bin ich überzeugt!) Herr Diel hat ein ungeheures Temperament. Er geht ran ..., (*Zurufe:* Wie Blücher[16]!) ja, wie Blücher! Wir können aber Herrn Diel von seiner Absicht abbringen, wenn wir einen entsprechenden Vorschlag machen. Ich würde es außerordentlich bedauern, das sage ich ganz offen, wenn Herr Diel spräche. Wir werden es ihm aber auch sagen. Es genügt nicht, daß man ein Temperament hat; es genügt nicht, daß man heftig reden kann. Ich glaube, man muß die Dinge etwas kühler betrachten. (*Adenauer:* Glauben Sie, Herrn Diel wirklich dazu bringen zu können, in dieser Sache verständig zu sprechen? Aber Hand aufs Herz!) Der Gaul geht leicht mit ihm durch. Es besteht Aussicht, ihn vom Reden abzubringen, wenn vorher vereinbart ist, in welcher Form – nämlich maßvoll – die Saarfrage angesprochen wird. Dann könnte es möglich sein.

Von Brentano: Wir würden damit vielleicht eine Diskussion heraufbeschwören, die ich genauso verurteile wie Sie, Herr Bundeskanzler, gerade in dem Augenblick, wo das französische Kabinett mit dieser Frage beschäftigt ist und der Parteikongreß der Sozialisten stattfindet.

Wir sollten uns auch nicht auf Mitteilungen von „Le Monde" beziehen. Was „Le Monde" ist, wissen wir mittlerweile sehr genau. „Le Monde" treibt antieuropäische und antideutsche Politik. „Le Monde" genießt aus der Zeit, die längst vorbei ist, den falschen Ruhm, daß es eine offiziöse Zeitung sei.

Ob eine abgestimmte Sache, wie Dr. Zimmer vorschlägt, stattfinden soll, möchte ich dahingestellt sein lassen, um solche Dinge zu vermeiden, die entstehen könnten, wenn Herr Diel spricht.

Adenauer: Soll ich bei der Eröffnung sprechen oder wann? Ich habe noch kein Programm bekommen. Ich spreche in der Schlußsitzung und in der öffentlichen Kundgebung am Sonntag. Soll ich in der Schlußsitzung am Sonntag dazu sprechen?

Von Brentano: Besser wäre es, wenn Sie es heute bei der Eröffnung machten. Sie haben die Erklärung abgegeben vor dem Bundestag und vor der Fraktion, Sie können die Außenpolitik nicht ansprechen, ohne die Saarfrage zu berühren. Sie sollten heute einige Sätze dazu sagen.

Adenauer: Ich wollte heute gar nicht zur Außenpolitik sprechen. Ich wollte das gar nicht! Man kann das nicht in zwei, drei Sätzen tun; dann muß man einem schon mindestens zehn Minuten dazu geben. Ob das zu Beginn des Parteitages, ehe das Präsidium gewählt wird, richtig ist, weiß ich nicht.

Fay: Herr Diel hat mir gesagt, daß er im Parteiausschuß sprechen will, aber nicht im Plenum. Das Problem Diel ist nicht das schwierigste, sondern es wird darauf ankommen, daß wir den Herrn Ney dazu bringen, eine etwas gemäßigte Rede zu halten. Es könnte leicht der Eindruck entstehen, als ob die Saarbevölkerung spräche, die etwas anderer Meinung ist als die nationalistischen Worte von Dr. Ney, die er

16 Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt (1742–1819), preußischer Generalfeldmarschall („Marschall Vorwärts").

in Berlin gesprochen hat.[17] Man soll ihm klarmachen, daß er nicht der Sprecher der Saarbevölkerung ist.

Kaiser: Im Vordergrund steht die Frage der Begrüßungsansprachen. Das Saargebiet gehört nicht zum Ausland, sondern nach dem Rechtsbegriff ist die Saar ein Teil von Deutschland. Wir müssen achtgeben, daß der Redner nicht in die Reihe der Ausländer kommt. Es ist ja überhaupt eine Groteske, daß der Vertreter von der Saar als nicht zu uns gehörig und als Sondergruppe auftritt. Es ist auch eine Groteske, daß wir die Berliner besonders begrüßen müssen.

Ich bitte darum, daß wir mit den Saarländern darüber sprechen, wer von ihnen das Wort ergreift. Das braucht nicht unbedingt Dr. Ney zu sein. Vielleicht kann es der Rechtsanwalt Reiners[18] machen. Herr Bundeskanzler, Sie eröffnen den Parteitag und begrüßen die Delegierten.

Adenauer: Der Parteitag hat folgendes Schema: Ich eröffne und sage ein Wort zu den anwesenden Delegierten, ganz kurz nur. Ich wollte dann sagen, welche Leitgedanken uns vorgeschwebt haben bei der Aufstellung des Programms. Ich werde natürlich auch mit einigen Sätzen der Wiedervereinigung, der Vertriebenen und Ausgebombten usw. gedenken. Ich mache weiter auf die große Verantwortung der CDU in deutscher und in europäischer Hinsicht aufmerksam, damit sich die Leute im Lande darüber klarwerden, welch ungeheure Verantwortung wir durch die Wahl am 6. September bekommen haben. Auf die Wahl vom 6. September wollte ich auch mit einigen Sätzen zu sprechen kommen.

Ich möchte an sich nicht zur Außenpolitik sprechen. Dazu bietet sich beim Schluß noch Gelegenheit. Wir müssen sehen, was sich in den nächsten Tagen noch tut. Herr Johnen würde als Vorsitzender die Vertreter begrüßen, wobei nach meiner Meinung die Berliner CDU zu uns gehört. (*Tillmanns:* Herr Bundeskanzler, Sie könnten bei der Diskussion zum Referat von Gerstenmaier das Wort ergreifen. Das wäre der gegebene Zeitpunkt.)

Darf ich ein Wort zu Gerstenmaier sagen. Nach unserer Auffassung – die Auffassung habe ich nach wie vor – sollte Gerstenmaier nicht über die Saarfrage sprechen. Es ist ganz klar, wenn er über die Saarfrage spricht, daß dieses Thema erörtert werden wird.[19]

Ich hatte mir die Rede Gerstenmaier – ich habe mit ihm in Straßburg nur wenige Sätze darüber gesprochen, ich weiß noch nicht, wieweit er mit seiner Rede

17 Das gedruckte Protokoll des Berliner Parteitags vom 17. bis 19. Oktober 1952 verzeichnet keine Wortmeldung Neys.

18 Dr. Hermann Reiners, Richter am Oberlandesgericht Saarbrücken, war vermutlich in Köln anwesend; möglicherweise ist aber hier Rechtsanwalt Egon Reinert, Mitglied des Gründungsvorstands der CDU Saar 1952, gemeint (vgl. Nr. 20 Anm. 75). Keiner von beiden kam (lt. Protokoll) zu Wort.

19 Gerstenmaier sprach über „Die politische Weltlage und Deutschland" (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 48–56). Die Saarfrage streifte er kurz unter dem Gesichtspunkt einer „europäischen Lösung" – bei einem Zwischenruf von Jakob Diel (S. 55; vgl. Anm. 15).

gekommen ist – nicht so gedacht, daß er über EVG und über die Saarfrage, sondern über die großen politischen Verschiebungen, die auf der ganzen Erde in den letzten Jahren eingetreten sind, sprechen soll, und zwar kurz gekennzeichnet: Vereinigte Staaten–Sowjetrußland, das ist nichts Neues, aber das Neue ist das erwachende Asien. Das sollte einmal zur Sprache kommen.

Simpfendörfer: Wir sind uns darüber einig, daß man über die Saarfrage nicht hinweggehen kann. Ich bin der Auffassung, daß das nur der Bundeskanzler tun kann. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, wenn der Bundeskanzler in der Diskussion darüber spricht. Ich denke, daß der Bundeskanzler das am Abschluß des Parteitages tun soll.

Tillmanns: Man muß damit rechnen, daß in der Aussprache zur Rede Gerstenmaier aktuelle Fragen angesprochen werden. Wenn das geschieht, dann wäre es richtig, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in zwangloser Form etwas dazu sagten.

Zimmer: Ich bin der Meinung, daß die Aussprache dazu benutzt werden wird, um das Thema zu diskutieren. Da liegt der Gefahrenpunkt. Ich möchte, daß für diese Aussprache in jedem Falle mit den betreffenden Herren eine Formulierung vereinbart wird, die einerseits nichts zerstört, auf der anderen Seite aber unserer grundsätzlichen Auffassung Ausdruck gibt und schließlich Ihnen nachher die Möglichkeit bietet, in einer Ihnen genehm erscheinenden Form darauf zurückzukommen.

Die Aussprache sollte mit den in Frage kommenden Herren festgelegt werden. Dr. Ney muß dabeisein, damit er nicht von sich aus etwas macht. Ich würde die Herren Altmeier, Gerstenmaier und Brentano vorschlagen. Das Ergebnis soll Ihnen vorgelegt werden. Sie können dann sagen, ob Sie es für störend halten oder nicht. (*Adenauer:* Glauben Sie wirklich, daß Dr. Ney im Sinne eines großen Teiles der Saarländer spricht? Ich glaube es nicht!) Es ist m.E. nicht richtig, wenn man in dieser Form die Saarländer anspricht. Die Saarländer sind zum großen Teil ein geplagtes Volk. Sie sind seit 1919 keine selbständig denkenden und handelnden Menschen mehr, noch viel weniger als wir. Es ist aber doch als CDU-Partei unsere Aufgabe, den Teil der Bevölkerung anzusprechen, die trotz aller Entbehrungen und Enttäuschungen ... (*Adenauer:* Sie haben mich falsch verstanden. Ich bestreite, daß Dr. Ney der von diesem Volksteil der Saar gewünschte Vertreter ist. Das bestreite ich.) Er ist zufällig noch in dieser Stadt. Er ist z.Z. der äußere Repräsentant. Ich weiß, daß es starke oppositionelle Strömungen gibt. Aber z.Z. ist er noch der Repräsentant. Ich weiß, daß er Tendenzen vertritt, die von den besten Saarländern vertreten werden, von Menschen, die ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland nicht verleugnen. Daran kann kein Zweifel sein. Das mag z.Z. nicht die Mehrheit sein, aber es sind nach meinem Gefühl die besten. Wir können diese Strömungen nicht übergehen, weil sie z.Z. nicht zum Zuge gekommen sind.

Daß Dr. Ney nicht der geeignete Repräsentant ist, das wissen wir. Es muß nicht der Ney sein. (*Adenauer:* Das ist etwas anderes. Sie haben eben gesagt, es müsse Herr Ney dabeisein!) Dann bin ich mißverstanden worden. Ich würde empfehlen, daß wir einen anderen nehmen. Es braucht nicht Ney zu sein.

Weber: Man sollte sich über einen gewissen Wortlaut einigen, wenn er spricht.

Tillmanns: Soviel ich weiß, ist Herr Ney der Vorsitzende. Wenn wir sagen, das geht nicht, dann kann es passieren, daß Dr. Ney aus einer gewissen Verärgerung heraus abreist. Dann ist die Sache viel schlimmer.

Adenauer: Die Abreise des Herrn Ney würde ich ertragen. Es handelt sich um wichtigere Fragen, als daß Dr. Ney in den Vordergrund tritt. Sehen wir die Sache, wie sie ist. Herr Ney, dem ich alles Gute gönne, hat das Bestreben, seine Person möglichst nach vorn in Erscheinung treten zu lassen. Aber das ist doch für uns nicht maßgebend.

Muß überhaupt einer von der Saar zur Begrüßung sprechen? Die Saar gehört zu uns. Ich bin der Meinung, der Präsident des Parteitages[20] könnte mit ein paar klugen Worten auch die Freunde von der Saar ansprechen und zum Ausdruck bringen, daß sie im Grunde zu uns, zur Union gehören. Dafür kann man eine Form finden. Dann erübrigt sich ein Sprechen der Saarvertreter. Das andere wird sich geben, wenn Herr Gerstenmaier spricht. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn er nicht darauf zu sprechen käme.

Zimmer: Man muß mit den Saardeutschen sprechen. Z.B. könnte Kemper[21] von Trier in die Diskussion eingreifen, vielleicht auch Herr Dr. Lenz. Man muß das mit den Saardeutschen vereinbaren.

Adenauer: Weiß jemand von Ihnen, wann Herr Gerstenmaier eintrifft? (*Heck:* Nicht bekannt!) Das wissen Sie nicht! Der Geist weht eben, wie er will. Ich würde es begrüßen, wenn er heute abend zum Empfang durch die Stadt Köln käme. Dann könnten sich die Herren Zimmer und Kaiser mit Gerstenmaier in eine Ecke setzen und mit ihm über diese Dinge sprechen.

Ich würde folgendes vorschlagen: Ich werde in meiner Eröffnungsansprache nichts darüber sagen, weil ich überhaupt nichts zur Außenpolitik sagen werde. Herr Präsident Johnen hat sich anscheinend damit abgefunden, mit einigen klugen Worten die Herren von der Saar willkommen zu heißen. Dann wollen wir also versuchen, irgendwann und irgendwo des Herrn Gerstenmaier habhaft zu werden, um mit ihm unter Hinzuziehung der Herren, die ich eben genannt habe, zu sprechen. Ich würde darum bitten, daß dann auf Herrn Diel eingeredet wird und eine Regelung für die Diskussion erfolgt nach der Rede Gerstenmaier. Zum Schluß der Diskussion würde ich dann einige Worte sagen.

Johnen: Das würde praktisch bedeuten, daß die Begrüßungsansprache der Gäste auf morgen verschoben wird.

Heck: Die Begrüßungsansprachen sind verteilt, weil heute nur ein kleiner Teil der ausländischen Gäste dasein wird.

Adenauer: Wir müssen uns vorbehalten, während des Parteitages in diesem Kreis jederzeit zusammentreten zu können. Deswegen werden wir alle das Messegelände

20 Wilhelm Johnen.

21 Heinrich Kemper (1888–1962), 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Grenzlandfragen). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 128 Anm. 53.

tunlichst nicht verlassen dürfen. Mir läge sehr viel daran, wenn wir im Parteiausschuß ein Wort über die bevorstehenden Landtagswahlen sprechen könnten, von Nordrhein-Westfalen und auch von den anderen Ländern.

Ich hatte Herrn Lenz gebeten, im Parteiausschuß einige Ausführungen über die Propaganda zu machen; denn gerade er hat bei den Bundestagswahlen auf diesem Gebiet sehr große Erfahrungen gesammelt und sehr gut gewirkt.

Würden Sie damit einverstanden sein, daß wir die Parteiausschußsitzung möglichst von Parteitagsangelegenheiten befreien und etwas über die Landtagswahlen sagen? Sie sitzen so einträchtig da, Herr Johnen und Herr Lensing! (*Johnen:* Sind wir immer!) Sind Sie damit einverstanden, daß wir gerade über Ihre Landtagswahlen etwas sagen? (*Johnen:* Wenn Sie etwas Gutes sagen, ja!) Darüber sind die Urteile verschieden, was gut und was weniger gut ist. (*Johnen:* Wir haben nichts zu verheimlichen!) Das ist ein Ton, den ich nicht gerne mag. Wenn der Landesvorsitzende einer der beiden Parteien, die nun für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in erster Linie verantwortlich sind, in einer solchen Zurückhaltung spricht, dann wird – nehmen Sie es mir nicht übel – völlig verkannt, daß die Landespartei nichts anderes ist wie ein Glied der Gesamtpartei und daß auch die ganzen Landtagswahlen sich in der Hauptsache abspielen auf dem Boden der Bundespolitik. Deswegen muß auch der Gesamtvorstand der Partei irgendwie mit diesen Landtagswahlen befaßt werden. Sind Sie damit einverstanden? (*Johnen:* Ja!) Dann sind wir wieder einig.

Nun noch ein Wort zum Parteitag! Ich bin einmal der Auffassung gewesen, daß ein Parteitag sehr lebhaft und bewegt sein soll. Durch die Zeitumstände bin ich von dieser Ansicht abgekommen; einmal ist es das warnende Beispiel der FDP, die sich durch ihre Parteitagsdebatten wirklich zu einem großen Teil zerredet hat. Der zweite Grund liegt darin, daß wir 1.700 Teilnehmer haben. (*Heck:* 550 Delegierte!) Wollen Sie die anderen nicht sprechen lassen? (*Zimmer:* Nein, die anderen sind Gäste!) Wie wollen Sie die setzen? (*Heck:* Die stimmberechtigten Delegierten sitzen vorn in der ersten Hälfte an Tischen, die nicht stimmberechtigten im Hintergrund des Saales auf Stühlen! – *Müllenbach:* Das entspricht der Gepflogenheit sämtlicher Parteitage. Unter den nicht stimmberechtigten Delegierten sind eine große Anzahl Bundestagsabgeordnete, z.B. Dr. Müller[22], der zur Landwirtschaft sprechen wird.) Herr von Brentano ist auch nicht stimmberechtigt. Dann kann er nicht sprechen. Sie sehen daraus – da wende ich mich an Herrn Johnen –, daß mit einem gewissen Taktgefühl vorgegangen werden muß. Er kann sehr gut Wortmeldungen übersehen; er neigt sogar dazu – soweit ich ihn kenne –, sie eher zu übersehen als zu sehen.

Ich meine, die schroffe Unterscheidung, daß die einen erster Klasse und die anderen zweiter Klasse sitzen, können wir nicht durchführen. Infolgedessen ist doch

22 Dr. Karl Müller (1884–1964), vor 1933 Zentrum, 1921–1933 Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1949–1957 MdB (1950–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

mein Argument richtig, daß man in einer solch großen Versammlung von 1.700 Leuten unmöglich eine ungelenkte Diskussion ertragen kann.

Lenz: Sie haben mir liebenswürdigerweise die Aufgabe zugedacht, vor dem Parteiausschuß zu sprechen. Ich könnte nur zur allgemeinen politischen Situation etwas sagen. Über die Propagandafrage bin ich nicht orientiert. (*Adenauer:* Nein, über die Frage, die Sie vorgetragen haben!) Darüber kann Herr Heck etwas sagen. Ich wollte nur allgemein etwas sagen.

Adenauer: Sie haben mir doch geklagt, daß Sie mit Ihrem Vortrag stillägen und daß nicht genügend Propaganda gemacht würde. (*Lenz:* Beim Bundesparteiausschuß kann ich es nicht tun!) Warum denn nicht? Darf ich Sie daran erinnern, daß Sie mir vor einigen Tagen gesagt haben, es sei Ihre Auffassung, die Propagandawelle, die Agitationswelle in Nordrhein-Westfalen sei nicht richtig angelaufen. Daraufhin habe ich Sie gebeten, darüber zu sprechen. Also, das können Sie doch machen im Parteiausschuß! (*Lenz:* Da ist die Presse dabei!) Wie ist das mit der Presse, Herr Lojewski? (*Von Lojewski:* Wir können dafür sorgen, daß sie nichts sagt; es sind nur CDU-Journalisten.) Herr Lenz, Sie dürfen sich nicht sperren. Diese Frage der Wahl in Nordrhein-Westfalen ist von entscheidender Bedeutung und in starkem Maße ausschlaggebend für den Ausfall der weiteren Landtagswahlen in diesem Jahr. Deswegen haben wir ein so großes Interesse daran. (*Lenz:* Es ist zu spät dazu. Das hätte man vor drei Monaten machen müssen. Das kann man jetzt nicht mehr nachholen!) Warum haben Sie es mir am Montag oder Dienstag gesagt? (*Lenz:* Ich habe über etwas anderes sprechen wollen, über die allgemeine Situation zur Wahl, nicht über die Propaganda als solche.) Dann schließen Sie die Brust und sprechen über das, was nach Ihrer Meinung not tut.[23] Es nimmt ja keiner übel. Wenn einer Prophet werden will, muß er auch prophezeien. Da hilft nun einmal nichts.

Tillmanns: Eine mehr formale Frage! Nach der Satzung der CDU wird der Vorstand jeweils auf zwei Jahre gewählt. Die Vorsitzenden, die vom Parteitag direkt gewählt werden, sind auf dem Berliner Parteitag im Jahre 1952 gewählt worden, während die übrigen Vorstandsmitglieder, die vom Parteiausschuß gewählt werden, im vorigen Jahr in Hamburg gewählt worden sind. Nun ist zumindest für die Vorstandsmitglieder, die vom Parteitag gewählt werden, die Wahlperiode noch nicht zu Ende.

Meine Frage lautet, ob man mit der Wahl der drei Vorsitzenden, die im Oktober 1952 in Berlin gewählt worden sind, bis zum nächsten Jahr warten kann? Wenn man sie jetzt neu wählen würde, dann wären erst eineinhalb Jahre herum.

Heck: Die Frage ist im geschäftsführenden Vorstand besprochen worden. Man war der Auffassung, weil die Vorsitzenden für zwei Jahre gewählt sind, die aber noch

23 Lenz sprach über demoskopische Umfragen, die eine Stagnation der CDU in Nordrhein-Westfalen in Aussicht stellten, und forderte, den Wahlkampf nicht gegen die FDP, sondern die SPD und den BHE zu führen (Bundesparteiausschuß vom 28. Mai 1954 – Protokoll ACDP VII-001-020/1 S. 21–26).

nicht abgelaufen sind, daß wir auf diesem Parteitag keine Wahl vornehmen sollten, damit die Vorsitzenden und der Vorstand für die gleiche Zeit bleiben.

Adenauer: Dann müßte der Parteiausschuß wenigstens dazu Stellung nehmen.

Zimmer: Wir haben niemals diese zwei Jahre kalendermäßig gerechnet, sondern stets als Parteitagsjahr. Ich würde vorschlagen, daß einer der Herren des geschäftsführenden Vorstandes an einer passenden Stelle der Meinung Ausdruck gibt, daß wir der Auffassung sind, daß die Wahl programmgemäß im nächsten Frühjahr stattfinden soll. Der Parteitag wird das zur Kenntnis nehmen, und damit ist der Fall erledigt.

Simpfendörfer: Ich bin der Meinung, daß man auf diesem Parteitag nicht wählen sollte.

Adenauer: Sollen wir nicht Herrn Johnen bitten, dazu etwas zu sagen?

Kaiser: Es wird eine schwere Aufgabe sein, 1.700 Leute in Zucht und Ordnung zu halten. Es war im vorigen Jahr in Hamburg verschiedentlich nicht gut. Bei der Verantwortung, die wir haben, muß darauf geachtet werden, daß der Parteitag im äußeren Bild in einer Ordnung verläuft. Ich möchte bitten, daß die Gesamtheit der Partei eine solche Disziplin zeigt, wie das gestern bei den Sozialausschüssen war.[24] Wenn Auflösungserscheinungen auftreten, sollte sofort eingegriffen werden.

Zimmer: Jeder Landesverband sollte seine Leute mit dem Landesvorstand abstimmen. Das könnte man gleich im Parteiausschuß sagen.

Adenauer: Der Gedanke ist richtig. Wir müssen eine gewisse landsmannschaftliche Verantwortung hier verlangen von den Vorsitzenden der Landesparteien.

Sind die Herren vom Parteiausschuß draußen? (*Zurufe:* Ja!) Dann wollen wir die Vorstandssitzung schließen und mit der Sitzung des Parteiausschusses beginnen.

---

24 Bundesdelegiertentagung der CDU-Sozialausschüsse am 27. Mai (UiD vom 11. Juni 1954).

5

Bonn, 11. Oktober 1954

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, Ehlers, Eplée, Fay, [von Fisenne], Gerstenmaier, Globke, Gradl, Gurk, Heck, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lensing, von Lojewski, Müllenbach, Neuburger, [Noltenius], Pferdmenges, Schäffer, Scharnberg, Schröder, Schultze-Schlutius, Strickrodt, Tillmanns, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling.

Bericht über die politische Lage. Steuer- und Finanzverfassungsreform. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 15.30 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie bitte, daß ich mit einem Stock komme; er ist aber nicht symbolisch, sondern ich habe mir den linken Fuß heftig umgeschlagen. Ich habe einen Bluterguß und muß mich etwas stützen. Der Stock ist aber auch sonst zu gebrauchen! *(Heiterkeit.)* Dann darf ich willkommen heißen Herrn von Fisenne[1], den neuen Landesvorsitzenden von Hamburg, Nachfolger von Herrn Scharnberg, und Herrn Dr. Noltenius[2], den Landesvorsitzenden von Bremen, als Nachfolger von Herrn Dr. Barth[3]. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich den bisherigen Landesvorsitzenden im Namen des Vorstandes unseren herzlichen Dank ausspreche.

1 In der Vorlage: von Wisent. – Josef von Fisenne (geb. 1902), 1945–1951 Präsident der Apothekenkammer Hamburg, 1950–1961 MdHB, 1954–1955 Leiter (Senator) der Baubehörde, 1954–1956 der Polizeibehörde, 1954–1956 CDU-Landesvorsitzender.

2 Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), 1954–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen, 1955–1959 Senator für Häfen, Schiffahrt, Verkehr, 1954–1967 MdBB.

3 Dr. Heinrich Barth (geb. 1914), 1952–1954 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen, 1954–1960 Bevollmächtigter Bremens beim Bund, 1960–1963 Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend.

Entschuldigt haben sich die Herren von Hassel, Gebhard Müller – wegen einer Ministerratssitzung[4] –, Dr. Fricke – mit der lapidaren Erklärung „dringende Geschäfte"; er hat das Wort „dringend" nicht unterstrichen, ich unterstreiche es, also dringender als unsere Besprechung –, ferner Herr Albers, der leider krank ist.

Ich möchte Ihnen folgendes vorschlagen: Sie hören zunächst von mir einen Vortrag über die außenpolitische Lage. Ich würde bitten, daß wir die Diskussion dann anschließen und dann heute nachmittag über die innenpolitische Lage sprechen. Die Diskussion über die innenpolitische Lage wird viel Zeit beanspruchen, da sie alles andere als erfreulich ist und sie sich durch die gestern gemachten Ausführungen der Herren Bundesminister Schäffer und Strauß in Nürnberg[5] außerordentlich stark verschärft und zugespitzt hat, und zwar in einer Weise, daß ich noch gar nicht sehe, wie wir aus diesem ganzen Knäuel überhaupt noch herauskommen sollen.

Darf ich eine Bitte vorausschicken an die Herren am äußersten Flügel rechts und links des Tisches. Dort ist es nach meinem Empfinden unangenehm zu sitzen, denn ich weiß nicht, da ich mich nicht stellen kann, ob Sie mich alle gut verstehen können. Ich würde Sie also bitten, sich etwas zusammenzusetzen hier in der Mitte.

Bericht über die politische Lage

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß meinen Vortrag über die außenpolitische Lage beginnen mit dem Samstag und Sonntag in der Mitte des Monats August, als der neue französische Ministerpräsident Mendès-France[6] seine Forderungen für die Brüsseler Konferenz den EVG-Partnern mitteilte. Diese Forderungen waren niederschmetternd. Unter dem Eindruck dieser Forderungen traten wir dann drei Tage darauf in Brüssel zusammen. Ich möchte nicht mehr lange über diese Angelegenheit

4 Am 11. Oktober 1954 konstituierte sich der neue Landtag in Schleswig-Holstein und wählte von Hassel zum Ministerpräsidenten; in Baden-Württemberg war Kabinettssitzung. – Nach einer internen Absprache sollten die ersten Tage der Woche jeweils für die Länder (Kabinetts- bzw. Parlamentssitzungen) reserviert bleiben (Gebhard Müller an die CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 5. Oktober 1954 – NL Müller ACDP I-217-AO 011).

5 Parteitag der CSU am 9./10. Oktober 1954 (Berichte in UiD vom 13. sowie 16. Oktober 1954). Schäffer hatte im Zusammenhang mit der Steuerreform einige „Interessentengruppen" sowie das Verhalten der FDP scharf kritisiert, Strauß FDP und BHE angegriffen, die alle unpopulären Maßnahmen durch die CDU/CSU erledigen ließen, selber aber „den feinen Max" spielten („Neue Zeitung" vom 12. Oktober 1954).

6 Pierre Mendès-France (1907–1982), französischer sozialistischer Politiker; 1932–1940 sowie 1946–1958 und ab 1967 Abgeordneter, von Juni 1954 bis Februar 1955 Ministerpräsident und bis Januar 1955 Außenminister (Jean Lacouture: Pierre Mendès-France. Paris 1981). Änderungsvorschläge der neuen französischen Regierung zum EVG-Vertrag vom 14. August in AdG 1954 S. 4682; Verlauf und Ergebnis der Brüsseler Konferenz vom 19. bis 22. August ebd. S. 4690–4694. – Zur Meinung in Frankreich vgl. Jean-Pierre Rioux: Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen. In Militärgeschichte seit 1945 S. 159–178.

sprechen, sondern nur folgendes betonen: Die fünf EVG-Partner, ohne Frankreich, waren den Forderungen des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France bis zur Grenze des Möglichen entgegengekommen. Diese Grenze des Möglichen wurde charakterisiert durch zwei Gedanken: Einmal konnte man nicht verlangen, daß die Länder, die bereits ratifiziert hatten oder – wie Italien – unmittelbar vor der Ratifizierung standen, durch die Annahme der französischen Forderungen gezwungen würden, noch einmal zu ratifizieren. Man kann den Parlamenten nicht zumuten, daß sie eine solche parlamentarische Aktion von neuem beginnen; denn eine solche Ratifizierung hätte nach unseren Erfahrungen mindestens ein Jahr Zeit beansprucht.

Außerdem war die außenpolitische Situation, seitdem der kommunistische Block in Genf[7] derartige Erfolge erzielt hatte, so gefährlich geworden, daß nach unserer übereinstimmenden Meinung man das Risiko einer endgültigen Schließung der Lücke in der Verteidigung Europas nicht noch ein Jahr lang hätte auf sich nehmen können.

Der zweite Grund war der, daß die Annahme der Forderungen des französischen Ministerpräsidenten den supranationalen Charakter des Vertrages über die EVG völlig zerstört haben würde und eine sehr starke Diskriminierung Deutschlands damit verbunden gewesen wäre. Das waren die Gründe, warum die fünf Länder, ohne daß sie eine Besprechung unter sich abgehalten haben, einmütig zu dem Entschluß kamen, zwar den einen Teil der Forderungen von Mendès-France anzunehmen, den anderen Teil aber abzulehnen.

Bemerkenswert war in dieser Sitzung, daß bei den fünfen ein sehr starker europäischer Wille zutage trat. Man konnte auf dieser Konferenz sehr klar erkennen, daß der Gedanke der europäischen Einigkeit und Einheit im Laufe der letzten Jahre ständig an Stärke gewonnen hatte, trotz dieser Widerstände, die von seiten Frankreichs kamen.

Sie wissen, daß dann am 30. August die Nationalversammlung beschlossen hat, über die Vorlage der Regierung zur Tagesordnung überzugehen. Der französische Ministerpräsident hat sich in dieser Sitzung der Nationalversammlung völlig passiv verhalten; er hat nicht gegen die Vorlage, aber auch nicht für die Vorlage gesprochen, sondern er hat die Sache laufen lassen. Die Mehrheit, die sich für den Übergang zur Tagesordnung ausgesprochen hat, setzte sich aus heterogenen Elementen zusammen. Es waren Gaullisten und frühere Gaullisten, ein Mann von dem MRP, die Hälfte der Radikalsozialisten und die Hälfte der Sozialisten sowie die Kommunisten.

Es ist zweifellos – anhand der Ziffern ist das jederzeit nachzusehen – so: Wenn die kommunistischen Stimmen nicht dagewesen wären, hätte sich eine Mehrheit für die EVG ergeben. Aber lassen Sie mich folgendes anfügen: Es war uns schon seit über sechs Monaten zweifelhaft geworden, ob der Vertrag über die EVG in der französischen Nationalversammlung eine Mehrheit finden würde. Hätte man in Frankreich vorangemacht, dann wäre der Vertrag über die EVG zweifellos angenommen worden.

7 Schlußerklärung der Genfer Ostasienkonferenz vom 20. und 21. Juli in AdG 1954 S. 4635–4638.

Mendès-France hat persönlich öffentlich erklärt, daß noch vor 15 Monaten der Vertrag eine Mehrheit gefunden haben würde.

Ich darf Sie daran erinnern, daß der Bonner Vertrag und der Pariser Vertrag in Bonn und in Paris im Mai des Jahres 1952 unterschrieben worden sind. In diesem engen Kreis kann man sich gegenseitig sagen, daß auch wir nicht von Schuld freizusprechen sind. Auch wir haben damals zu lange gezögert. Der Bundestag hat mit Mehrheit abgelehnt, vor Antritt der Ferien in drei Lesungen die Sache zu erledigen. Dann kamen – und das ist das wichtigste – die Sozialdemokraten mit ihren Verfassungsklagen und diesen Geschichten, so daß wir erst im März des Jahres 1953 zur Beschlußfassung im Bundestag kamen. Die Verfassungsklagen schwebten noch weiter.

Diese Hindernisse bei uns in Verbindung mit einer gewissen Lethargie des MRP in der französischen Nationalversammlung haben es mit sich gebracht, daß es erst Mendès-France gewesen ist, der gesagt hat, ich bringe jetzt die Sache zum Klappen, mag es so oder so fallen. Wir waren im Herbst des Jahres 1952 wirtschaftlich noch nicht so stark wie jetzt. Die Furcht vor uns war in Frankreich noch nicht so groß wie jetzt. Daher wäre es nach menschlichem Ermessen damals möglich gewesen, wenn wir schnell gehandelt hätten, den Vertrag über die EVG unter Dach und Fach zu bringen. Es ist nötig, auch daran einmal zu denken, weil wir ja vielleicht – ich hoffe nicht – jetzt wieder in eine ähnliche Lage hineinkommen bei der Ratifizierung all der Verträge, die sich aus der Londoner Konferenz ergeben werden.

Die wenigsten bei uns und auch in den anderen Ländern haben sich klargemacht, was am 30. August durch den Beschluß der französischen Nationalversammlung angerichtet worden ist. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Erklärungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf Hilfeleistung an die EVG gerichtet waren.[8] Diese beiden Erklärungen sind aber dann dadurch, daß die EVG erledigt war, hinfällig geworden. Es war also keine Zusage der angelsächsischen Mächte mehr vorhanden.

Es kommt etwas Weiteres hinzu. Dieses Weitere möchte ich außerordentlich stark unterstreichen, daß nämlich seit einer Reihe von Monaten in den Vereinigten Staaten der Neo-Isolationismus wächst. Und nun – das ist nicht für die Presse bestimmt – folgendes: Das Pentagon, das amerikanische Kriegsministerium, ist für den Abzug aus Europa und für eine Änderung der ganzen Abwehr gegenüber Sowjetrußland. Teile im State Department vertreten die Ansichten des Pentagon. Eisenhower und Dulles sind anderer Ansicht, aber, meine Damen und Herren, so stark auch die Stellung des amerikanischen Präsidenten ist, so muß er doch auch der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. Es besteht die sehr ernste Gefahr, daß die Vereinigten

8 Premierminister Churchill hatte am 14. Juli 1954 vor dem britischen Unterhaus einen britisch-amerikanischen Plan zur Gewährung der Souveränität an Deutschland und einer begrenzten deutschen Aufrüstung im Falle des Scheiterns der EVG vorgestellt; in ähnlicher Weise hatte sich John Foster Dulles in zwei Briefen vom 12. Juli an den amerikanischen Kongreß geäußert (AdG 1954 S. 4631).

Staaten ihre ganze Politik gegenüber Europa ändern und sich auf die periphere Verteidigung zurückziehen werden. Die Gefahr ist um so größer – auch das ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt –, als im Pentagon Leute der Auffassung sind, die Entwicklung der Atomtechnik sowohl bei Flugzeugen wie natürlich auch bei U-Booten würde die Vereinigten Staaten in naher Zukunft – man spricht von ein, zwei Jahren – unabhängig davon machen, ein Land in Europa als Basis zu gebrauchen. So lagen die Dinge am 30. August.

Es ist ein sehr großes Verdienst von Herrn Eden und auch des britischen Kabinetts, daß dann Herr Eden, mit einer gewissen Konzeption versehen, die Reise nach Brüssel, Bonn, Rom und Paris angetreten hat[9] und der amerikanische Außenminister Dulles einige Tage darauf nach Bonn und London gekommen ist[10]. Man hat auch in Amerika Herrn Dulles sehr übelgenommen, daß er nicht nach Paris gegangen ist. Er ist natürlich absichtlich nicht nach Paris gegangen; aber ich glaube nicht, daß das der gemeinsamen europäischen Sache schädlich gewesen ist. Ein derartiges Auslassen von Paris bei den Besprechungen war doch ein Signal für weiteste Kreise in Frankreich, daß die Sache ernst war. Herr Mendès-France hatte vor dem 30. August in drei Ausschüssen der Nationalversammlung erklärt, man solle sich durch die amerikanischen Drohungen nicht erschrecken lassen, Amerika habe ja schon ein dutzendmal gedroht, aber Amerika werde seine Drohungen doch nicht ausführen.

Die Konzeption von Eden hatte für unser Denken im ersten Augenblick etwas Komisches. Er schlug vor, den Brüsseler Pakt[11] zu ändern. Es sollten Italien und Deutschland darin aufgenommen werden. Es sollte weiter auch Deutschland in die NATO eintreten. Gleichzeitig sollte die Souveränität der Bundesrepublik wiederhergestellt werden. Ich hatte diese Forderungen im März dieses Jahres in sehr ernsten Gesprächen mit Herrn Conant gestellt und ihm gesagt, wenn bis zum August der Vertrag über die EVG und damit der Bonner Vertrag von Frankreich nicht ratifiziert wäre, dann müßten wir unter allen Umständen verlangen, daß mit dem Besatzungsregime ein Ende gemacht werde.[12] Das war von den Amerikanern damals schon mehr oder

---

9 Die britische Regierung hatte nach dem Scheitern des EVG-Vertrags die Einberufung einer Achtmächtekonferenz (sechs EVG-Staaten, Großbritannien, USA) für den 14. September vorgeschlagen (nachträglich zusätzlich Kanada); Außenminister Eden besuchte zur Vorbereitung dieser Konferenz vom 11. bis 16. September die genannten Städte (AdG 1954 S. 4732, S. 4743f.).

10 Dulles weilte am 16./17. September in Bonn und führte am 17. September Gespräche in London (AdG 1954 S. 4744).

11 Vom 17. März 1948 – Vertragsstaaten: Frankreich, Großbritannien, Belgien, Luxemburg und Niederlande (AdG 1948/49 S. 1422; Verträge der Bundesrepublik Deutschland Bd. 8 Nr. 69 mit Änderung und Ergänzung vom 23. Oktober 1954); zu dem Gesamtkomplex ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 270–354; SCHWARZ 1 S. 221–229.

12 Vgl. Telegramm Conants an Department of State vom 5. Mai 1954: „We have long foreseen time when German patience with occupied status would disappear. We think turning point has come and we are in last weeks of period at end of which alternative must be found to hold German cooperation if EDC not meanwhile ratified." (Druck: FRUS 7,1 S. 569f.).

weniger fest zugesagt worden. Das geht auch daraus hervor, daß Dulles, als die EVG gescheitert war, gegenüber der Öffentlichkeit von dem Recht der Bundesrepublik sprach, sich einzeln oder kollektiv verteidigen zu müssen.

Der Brüsseler Vertrag ist im Jahre 1948 auf Betreiben von Spaak geschlossen worden. Man sah damals in Deutschland, in der Bundesrepublik, den präsumtiven Kriegsgegner. Deswegen ist der Vertrag auf 50 Jahre als Schutz gegen eine etwaige Aggression durch Deutschland geschlossen worden. In dem Vertrag war auch die Rede von kulturellen und sozialen Gemeinsamkeiten und Interessen, die gefördert werden sollten. Es stand auch darin, daß die Paktstaaten sich im Falle eines Angriffs in Europa automatisch zu Hilfe kommen mußten, und ferner, daß keiner der Paktstaaten mit einem anderen Staat, der als präsumtiver Kriegsgegner – etwas anders ausgedrückt – in Frage komme, einen Vertrag schließen dürfe.

Der Sitz der Paktorganisation war London. Dort wurde ein Sekretariat gegründet. Aber der Brüsseler Pakt ist bisher tatsächlich nie ins Leben getreten, und zwar deswegen nicht, weil infolge der Entwicklung der außenpolitischen Lage im Gesichtskreis der Paktteilnehmer Deutschland als zukünftiger Kriegsgegner zurücktrat. Man hat infolgedessen den NATO-Vertrag, die Nordatlantikpaktorganisation, geschaffen[13], die anstelle des Brüsseler Vertrages – nicht de jure, aber de facto – getreten ist. Der Atlantikpakt ist gedacht als Schutz gegen einen Angriff Sowjetrußlands. Es gehören ihm z.Z. 14 Länder an, nachdem Italien, Griechenland und die Türkei aufgenommen worden sind. Er ist ein ausgesprochener Defensivpakt, übrigens ebenso wie der Brüsseler Vertrag ein ausgesprochener Defensivpakt ist. Er sieht aber nicht – im Gegensatz zum Brüsseler Vertrag – die automatische Hilfeleistung in dem Falle vor, wenn einer der Paktteilnehmer angegriffen wird, sondern falls einer angegriffen wird, dann bleibt es jedem Paktteilnehmer überlassen, zu überlegen, in welcher Weise er dem anderen zur Hilfe kommt.

Diese Atlantikpaktorganisation ist allmählich weiter fortgebildet worden. Sie wissen, daß ein Oberbefehlshaber berufen und der NATO-Rat geschaffen worden ist. Der NATO-Rat beschließt alljährlich, was die einzelnen Teilnehmer der NATO mindestens an Abwehrmaßnahmen aufzubringen haben. Ich wiederhole und bitte Sie, darauf gut zu achten: Im NATO-Rat wird ein Minimum festgestellt, es bleibt aber jedem NATO-Teilnehmer überlassen, über dieses Minimum in seiner Aufrüstung hinauszugehen.

Nun schlug also Eden vor, den Brüsseler Pakt – der gewissermaßen ein Karton war – zu nehmen und einen anderen Inhalt hineinzutun, ihn insofern zu ändern, als die beiden Artikel, die sich mit Deutschland beschäftigen, gestrichen würden und er noch einige zusätzliche Bestimmungen erhalten sollte. Insbesondere sollte aus dem

13 Vom 4. April 1949 – AdG 1949 S. 1859, 1879; Verträge der Bundesrepublik Deutschland Bd. 8 Nr. 70. Vertragsstaaten: Frankreich, Großbritannien, Vereinigte Staaten, Kanada, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Griechenland, Türkei, Island, Portugal.

vorgesehenen Ministerrat, der keine exekutiven, sondern nur konsultative Befugnisse hatte, ein Organ mit Exekutive geschaffen werden. Dann sollten Italien und die Bundesrepublik aufgenommen werden. Dulles hatte, als er kam, gewisse Bedenken gegen diese ganze Organisation, wie überhaupt die Amerikaner der Auffassung sind, daß die ganze NATO etwas locker gefügt ist, so daß Zweifel entstehen können, ob die NATO im Ernstfalle wirklich Bestand haben würde, d.h., ob dann alle ihre Pflicht tun, um dem Angegriffenen beizustehen nach dem Maß ihrer Kräfte. Der Vorschlag von Eden wurde in allen Ländern günstig aufgenommen, mit Ausnahme von Paris. Mendès-France hat ihn nicht sehr günstig aufgenommen.

Ehe ich zur Londoner Konferenz[14] übergehe, lassen Sie mich einige Worte zur innenpolitischen Lage in Frankreich sagen. Wir hatten schon von Staatssekretär Nahm[15], der einige Wochen in Frankreich auf dem Lande an verschiedenen Orten gewesen ist, aber auch von anderen Persönlichkeiten – die ich nicht nennen möchte – Nachrichten bekommen, daß entgegen unserer Annahme in weitesten Kreisen Frankreichs man von der ganzen EVG nichts wisse, daß man aber eine große Furcht habe vor einer Wiederaufrüstung Deutschlands. Wir haben gehört, daß die Annahme derjenigen Herren, die glaubten, mit Hilfe der Fraktion Pinay[16], die sich nun gebildet hatte in der französischen Nationalversammlung, eine Mehrheit für die EVG bekommen zu können, falsch war.

Es hat sich weiter herausgestellt, daß Herr Mendès-France in ganz unerwarteter Weise so große Popularität in Frankreich hat. Man kann trotz der vielen unangenehmen Eigenschaften, die er als Verhandlungspartner hat, nicht daran vorbeigehen, daß er tatsächlich ein ungewöhnlich energischer Mann ist und daß er allem zum Trotz die Probleme angefaßt hat, an denen andere monate- und jahrelang vergeblich herumgedoktert haben. In diesem Kreise kann ich, ja muß ich vielleicht sagen, daß wahrscheinlich, wenn jetzt Neuwahlen in Frankreich kämen, die uns verwandte Partei MRP einen starken Verlust erleiden würde, weil man dem MRP vorwirft – ob mit Recht oder mit Unrecht, das spielt, wie Sie wissen, in der Politik eine untergeordnete Rolle –, daß es auf außenpolitischem Gebiet, das durch die Herren Schuman und Bidault fast immer ein Monopol des MRP gewesen ist, sich große Versäumnisse hätte zuschulden kommen lassen. Ich wiederhole, ob berechtigt oder unberechtigt, das spielt keine Rolle.

---

14 Vom 28. September bis 3. Oktober 1954 (vgl. Anm. 9). Wortlaut der Schlußakte in AdG 1954 S. 4765–4770.

15 Dr. Peter-Paul Nahm (1901–1981), 1949–1952 Ministerialdirektor im hessischen Innenministerium (Flüchtlingsfragen), 1953–1970 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bzw. ab 1967 des Innern (CDU).

16 Antoine Pinay (geb. 1891), französischer Politiker (Unabhängiger Republikaner); 1936–1938, 1946–1959 Mitglied der Assembleé Nationale, 1948 Staatssekretär für Wirtschaft, 1950–1951 und 1952 Minister für öffentliche Arbeiten, 1955–1956 des Äußeren, 1958–1960 für Finanzen und Wirtschaft, 1952 Ministerpräsident und Finanzminister.

Man hat Mendès-France auch in weitesten Kreisen der französischen Bevölkerung zugute gehalten, daß er die Kämpfe in Indochina zu Ende gebracht hat, wenn auch tatsächlich unter Aufgabe von Indochina; aber die Leute wollten nicht mehr, nachdem die Kämpfe in Indochina fast zehn Jahre gedauert hatten, die sehr viel Blut gekostet haben. Als Herr Schuman gesagt hatte, es sind Jahre gewesen, in denen der ganze Offiziersnachwuchs in Indochina getötet worden ist, wollte man sich durch die Kämpfe in Indochina nicht mehr weiter schwächen lassen. Man war froh, daß die Kämpfe zu Ende waren. Und das hat Mendès-France außerordentlich populär gemacht, so daß diejenigen, die glauben, Mendès-France würde als Ministerpräsident eine längere Dauer haben, als man sonst annahm, anscheinend recht bekommen werden. Ich wiederhole aber „anscheinend", weil man beim französischen Parlament nie genau weiß, wie nachher die Sache läuft. Eine gute Rede in einer Sitzung der Nationalversammlung kann eine Abstimmung entscheiden, obgleich vorher alle anderer Meinung waren.

Nun traf die Londoner Konferenz zusammen. Zwischen den Reisen von Eden und Dulles war eine rege diplomatische Tätigkeit innerhalb der verschiedenen Hauptstädte, namentlich der EVG-Länder und London, aber auch Kanada und Washington. Wir kamen dann in London zusammen zu der sogenannten Neunerkonferenz. Daneben lief eine sogenannte Viererkonferenz. Das war die Konferenz der drei Besatzungsmächte plus der Bundesrepublik, weil mehrere Themen auf der Londoner Konferenz einer Lösung harrten und eine Lösung gefunden werden mußte.

Ich möchte zunächst etwas über die Arbeitsweise sagen. Die Sitzungen fanden statt im Lancaster-House, einem ungewöhnlich großen Palast. Die Delegationen der neun Staaten waren zum Teil sehr umfangreich. Es haben Sitzungen stattgefunden zu neunt unter Anwesenheit sämtlicher Delegationen, dann zu neunt unter Anwesenheit von je zwei Begleitern der Delegationsführer, dann Sitzungen, bei [denen] nur die neun Delegationsführer anwesend waren. Zwischendurch tagte auch die Viererkonferenz. Fast ununterbrochen tagte die sogenannte Experten-Kommission, die die Beschlüsse der Neunerkonferenz durcharbeitete, um sie in die richtige juristische Form usw. zu bringen.

Lassen Sie mich zunächst über die Frage des Besatzungsregimes sprechen. Das Besatzungsregime wird zu Ende gehen. Die Hohen Kommissare werden abgeschafft; sie werden Botschafter. Die Landeskommissare werden selbstverständlich auch abgeschafft. Die dazu nötigen Verträge werden hier in Bonn ausgearbeitet. Es wird eine Reihe von Übergangsbestimmungen getroffen werden müssen, da ja die Hohen Kommissare seit 1949 die Gesetzgebungsgewalt ausgeübt haben und die von ihnen erlassenen Gesetze und Verordnungen, die Rechtskraft haben, nicht einfach mit einem Schlag aufgehoben werden können. Sonst würde ein furchtbares Durcheinander in der ganzen Bundesrepublik entstehen. Die Gesetzgebungsinstanzen, in denen die Hohen Kommissare tätig gewesen sind, stehen dann der Gesetzgebung der Bundesrepublik zur Verfügung. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat werden also im Laufe der Zeit eine Reihe von Gesetzen, die die Alliierten erlassen haben, entweder ganz abschaffen oder ummodeln müssen, um sie den neuen Verhältnissen anzupassen.

Die Besatzungstruppen werden Verteidigungstruppen. Es müssen Truppenverträge entsprechend dem Muster der NATO-Truppenverträge geschlossen werden. Sie wissen, daß in Frankreich sehr viele amerikanische Truppen als NATO-Truppen stehen. Das gleiche gilt auch für Großbritannien. Über den Aufenthalt dieser Truppen und über das, was damit zusammenhängt, sind Verträge geschlossen worden. Wir müssen auch derartige Verträge schließen. Bis diese geschlossen sind, muß es beim bisherigen Zustand bleiben.

Nun hatte ich den dringenden Wunsch, der als berechtigt anerkannt wurde, daß sofort etwas geschehe. Man mußte anerkennen, daß zur Abfassung der Verträge über die Aufhebung des Besatzungsregimes eine gewisse Zeit nötig ist. Aber es sollte sofort etwas geschehen. Daher ist man übereingekommen, daß die Hohen Kommissare angewiesen werden, ihre Befugnisse nicht mehr auszuüben, es sei denn im Einvernehmen mit der Bundesregierung. Sie müssen also unsere Zustimmung dazu haben. In gewissen Fällen, z.B. hinsichtlich der Truppenverträge, müssen sie handeln aufgrund der Entscheidung einer Viererkommission, zu der sie je ein Mitglied und wir das vierte Mitglied stellen.

Wir sind also tatsächlich jetzt schon frei, d.h. de facto, de jure noch nicht. Die Sitzung der Viererkonferenz über die Fragen des Besatzungsregimes wird am 20. Oktober in Paris sein.[17] Ich hoffe, daß dann die Verträge fertiggestellt sein werden und den einzelnen Länderparlamenten anschließend zur Ratifizierung vorgelegt werden können.

Nun zur Frage Berlin und zu den gesamtdeutschen Fragen! Die Frage eines Friedensvertrages mit Sowjetrußland spielt natürlich eine besondere Rolle. Es ist hier im wesentlichen bei den Abmachungen geblieben, wie sie im Bonner Vertrag niedergelegt sind. Sie werden aber auch neu gefaßt werden müssen. Sie werden ebenfalls am 20. Oktober in Paris, wie man annehmen kann, zur Unterschrift vorliegen. Es bleibt also dabei, daß Berlin Besatzungsgebiet bleibt. Das ist nötig wegen Sowjetrußland. Es bleibt dabei, daß als Ziel der gemeinsamen Politik der drei Westmächte und der Bundesrepublik die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch einen frei verhandelten Friedensvertrag herbeigeführt wird. Es bleibt auch dabei, daß die Grenzen erst durch den Friedensvertrag mit Deutschland festgesetzt werden. Das zu diesem Komplex. Ich kürze etwas; ich brauche hier nicht in die Einzelheiten zu gehen. Ich komme nachher auf die allgemeinen politischen Fragen noch im Zusammenhang mit dieser ganzen Angelegenheit zu sprechen.

---

17 Vom 19. bis 23. Oktober 1954 fanden in Paris vier verschiedene Konferenzen statt: Zweierkonferenz Bundesrepublik Deutschland – Frankreich, Viermächtekonferenz (drei Westmächte, Bundesrepublik), Neunmächtekonferenz (sechs EVG-Staaten, Großbritannien, Kanada, USA), Fünfzehnmächte-Konferenz (vierzehn NATO-Staaten – vgl. Anm. 13 –, Bundesrepublik Deutschland). – Kommuniqués, Erklärungen, Protokolle, Vertragstexte in AdG 1954 S. 4802–4814; Verträge der Bundesrepublik Deutschland Bd. 7 Nr. 62–68. Vgl. auch SCHWARZ 1 S. 246–257; Georges-Henri SOUTOU: La France, l'Allemagne et les accords de Paris. In: Relations Internationales 52 (1987) S. 451–470.

Bei der Beratung des Brüsseler Paktes haben sich teils sehr erfreuliche, teils außerordentlich schwierige Situationen ergeben. Sehr erfreulich war die Erklärung der britischen Regierung, daß sie als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied dem Brüsseler Pakt beitrete und daß sie sich verpflichte, vier Divisionen und die taktische Luftwaffe auf dem Kontinent zu halten, es sei denn, daß die Mehrheit der Brüsseler Paktorganisationen darin einwillige, daß sie ganz oder teilweise abgezogen werden. Seit mehr als 500 Jahren hat damit Großbritannien zum ersten Mal einen verpflichtenden Anteil, und zwar für 50 Jahre, an der politischen Situation des Kontinents genommen. Das ist, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß in den Gedanken aller Engländer Großbritannien eine Insel ist, die zwar zum europäischen Bereich gehört, aber nicht zum europäischen Kontinent, eine ganz große fortschrittliche Entwicklung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Unerfreulich war das Auftreten des französischen Ministerpräsidenten in der sogenannten Kontroll- und Waffenproduktionsfrage. In der Kontrollfrage verlangte er folgendes: Die Brüsseler Paktstaaten sollten das Minimum, was [die] NATO an Wehrkraft verlangt, als das Maximum betrachten, d.h., es sollte keiner von ihnen darüber hinausgehen dürfen. Dann verlangte er eine sehr große Kontrolle über den Besitz und die Produktion von Waffen, und zwar durch ein Organ, das durch den nun zu revidierenden Brüsseler Pakt geschaffen werden sollte. Der Streit war sehr heftig. Ich habe ihm schließlich dadurch ein Ende gemacht, daß ich – ich glaube, der Bundestag hat gezeigt, daß er damit durchaus einverstanden ist[18] – erklärt habe, die Bundesrepublik verzichte auf die sogenannten ABC-Waffen. A-Waffen sind die Atom-Waffen, B-Waffen sind die biologischen und C-Waffen sind die chemischen Waffen.

Die Kontrolle bei der Herstellung von chemischen Waffen hätte dem Kontrollorgan die Möglichkeit geboten, unsere chemische Industrie bis in die letzten Einzelheiten hinein zu kontrollieren, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt von geschäftlichen Interessen.

Was die Atom-Waffen angeht, so kostet eine neue H-Bombe 10 Millionen Dollar nach dem heutigen Stand. Was sie morgen kostet, weiß man nicht. Daß wir nicht in der Lage sind, solche Bomben herzustellen, liegt auf der Hand. Wir hatten schon im EVG-Vertrag darauf verzichtet. Ich gab diese Erklärung ab. Darauf haben sich Belgien und Holland dem freiwillig angeschlossen, so daß also auch darin nicht der Schatten einer Diskriminierung liegt. Damit war Mendès-France mit seinem Kontrollorgan ein ganz wesentlicher Teil aus der Hand genommen.

Die Erklärung ging aber noch weiter und verlangte eine gemeinsame Produktion der Waffen. Es läßt sich nicht leugnen, daß manches für die gemeinsame Produktion spricht; manches spricht dagegen. Wir haben dann schließlich erreicht, daß dieser Antrag der Franzosen so lange zurückgestellt wird, bis der Brüsseler Pakt ins Leben

18 Entsprechende Ausführungen vor dem Parlament am 5. Oktober 1954 waren ohne Widerspruch geblieben (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2232 sowie 7. Oktober 1954 S. 2265).

getreten ist. Dort soll unter Zuziehung von Sachverständigen diese ganze Frage eingehend geprüft werden.

Im Laufe dieser Diskussion kam es zu außerordentlich heftigen Zusammenstößen zwischen Eden und Mendès-France, d.h., die Heftigkeit war mehr auf seiten des Herrn Eden. Herr Eden, der als Verhandlungsführer sehr chevaleresk und sehr konziliant war, kam aber bei zwei oder drei Gelegenheiten bis an die Grenze dessen, was überhaupt noch möglich ist, heran. Es war auch ganz gut, daß er das getan hat; denn die Konferenz stand wahrhaftig drauf und dran zu scheitern. Sie stand auch zwei Tage darauf drauf und dran zu scheitern. Bei diesem letzten Fall vergingen anderthalb Stunden – mit einer Pause –, bis Mendès-France schließlich auf dringendes Raten seiner eigenen Mitarbeiter nachgab.

Wir sind dann zu einem relativ guten Ende gekommen. Ich kann Ihnen, wenn Sie mich fragen, was war besser, EVG oder Brüsseler Pakt plus NATO, nur sagen – und heute denke ich da noch etwas besser als in der vorigen Woche, weil man von Gedanken, Institutionen oder einem Plan, die man liebgewonnen hat, nicht gerne Abschied nimmt –: Für uns Deutsche insgesamt ist die neue Organisation viel besser, als es die EVG gewesen ist. Gegen die EVG wendet man ein, daß sie doch supranationale Bestimmungen enthalten habe. Der Brüsseler Pakt enthält eine ganze Reihe von supranationalen Bestimmungen. Es sind Ansätze und Keime darin, die zweifellos diesen weiteren Ausbau der Supranationalität der ganzen Einrichtungen klar in Erscheinung treten lassen.

Wir sind aber – und das ist doch sehr wichtig – jetzt Mitglied der NATO. Wir wären es bei der EVG nur indirekt gewesen. Alle anderen EVG-Länder aber wären es gewesen und wir nicht! Die NATO entscheidet darüber, wie Truppen eingesetzt werden. Weil wir aber nun im NATO-Rat sind, haben wir das Recht zum Einblick und zur Entscheidung, das wir sonst nicht gehabt hätten.

Vor allem aber ist von großer Bedeutung, daß Großbritannien bei dieser Einrichtung voll mitarbeitet. Dadurch wird der ganzen Organisation politisch und auch militärisch eine viel größere Bedeutung verliehen, als das bei der EVG gewesen wäre. Weil Großbritannien mit dabei ist, werden höchstwahrscheinlich auch andere europäische Staaten beitreten. Der norwegische Außenminister Lange[19] hat schon während der Londoner Konferenz Herrn Eden mitgeteilt, daß Norwegen beizutreten beabsichtige. Dänemark wird zweifellos folgen müssen, wenn es seine z.Z. dort bestehende Krise überwunden haben wird.[20] Deswegen gab es keine Erklärung ab. Die Türkei hat erklärt, sie wünsche dem Brüsseler Pakt beizutreten, und hat gebeten, es möchte von deutscher Seite unterstützt werden, so daß die Brüsseler Paktorganisation

19 Halvard Manthey Lange (1902–1970), norwegischer sozialistischer Politiker; 1946–1963/1963–1965 Außenminister.

20 Gegen die Schrumpfung der dänischen Währungsreserven hatte die Regierung ein Krisenprogramm vorgelegt, das erst nach einem Kompromiß zwischen sozialdemokratischer Regierung und Radikaler Partei mehrheitsfähig war (AdG 1954 S. 4746, 4771f.).

tatsächlich an politischer und militärischer Bedeutung erheblich stärker ist, als das die EVG gewesen sein würde.

Ich muß noch ein Wort sagen über die Stellung von Dulles auf der Konferenz zu diesen ganzen Fragen. Dulles hat sich sehr zurückgehalten, und zwar hat er augenscheinlich nicht den Eindruck hervorrufen wollen, daß Amerika eine zu starke Position ausübe. Er hat aber bei den Beratungen über die Beseitigung des Besatzungsregimes gegenüber Frankreich erklärt, wenn Frankreich nicht einwillige, wäre Amerika gezwungen, für seine Zone die Souveränität der Bundesrepublik anzuerkennen. Daß dann Großbritannien gefolgt wäre, bedarf keiner weiteren Begründung, so daß dann schließlich das Besatzungsregime beschränkt gewesen wäre auf die französische Zone. Und hier habe ich zum Kollegen Altmeier das Vertrauen, daß er dann dafür gesorgt haben würde, daß es nicht mehr lange so geblieben wäre. (*Ehlers:* Gebhard Müller auch!) Richtig, ja!

Aus dieser Erklärung von Dulles auf der Londoner Konferenz können Sie ersehen, wie ernst die Stimmung in Amerika war.

Dulles hat auch eine zweite, von ungewöhnlichem Ernst getragene Erklärung dahingehend abgegeben, daß, wenn Europa sich jetzt nicht einige, die Vereinigten Staaten gezwungen seien, ihre bisherige Politik zu ändern. Ich wiederhole, er hat das in der eindrucksvollsten und schärfsten Weise – zwar nicht aggressiv, aber in klarster Form – gesagt. Das hat zweifellos auch sehr stark den Ausgang und das Ergebnis der Konferenz beeinflußt.

Er hat sich weiter bereit erklärt, wenn es zu einer Verständigung komme, werde er dem Präsidenten Eisenhower vorschlagen, das gegenüber der EVG gegebene Beistandsversprechen nunmehr gegenüber der Brüsseler Paktorganisation zu erneuern. Es wird z.Z. in Paris mit einigen Kommissionen und in Bonn mit einer Kommission intensiv hierfür gearbeitet.

Nun sollen, weil Amerika und England drängen, am 20. Oktober in Paris eine Sitzung der vier Mächte, am 21. eine Besprechung der neun Mächte und am 22. und 23. Sitzungen des NATO-Rates stattfinden, in denen die Einladung an Deutschland ausgesprochen wird, der NATO beizutreten. Sie werden gelesen haben, daß die NATO-Rat-Stellvertreter diesen Beschluß schon in der vergangenen Woche gefaßt haben. Die Themata der NATO-Rat-Sitzungen werden schon immer vorbereitet. Wenn dieses Programm so erfüllt wird, dann wird Frankreich, wie Mendès-France ausdrücklich erklärt hat, alle Verträge in der Nationalversammlung bis Ende dieses Jahres und im Senat – er heißt etwas anders, aber Sie wissen, was ich meine – in der ersten Hälfte des Monats Januar ratifizieren, so daß man nach seiner Erklärung damit rechnen kann, daß Frankreich bis Mitte Januar die ganze Geschichte abgeschlossen hat. Wir müssen die Angelegenheit bis dahin auch erledigt haben. Wir haben also während der nächsten Wochen sowohl in der Bundesregierung wie in den Ausschüssen und im Bundestag eine intensive Arbeit vor uns.

Wenn wir das alles bis Mitte Januar erledigt haben, dann haben wir auch ein sehr großes Werk getan. Wir haben das Besatzungsregime nicht mehr. Wir sind wieder ein

freies Volk. Wir können dann auch nach Moskau einen Botschafter schicken, sobald Moskau damit einverstanden ist und sobald wir einen geeigneten Botschafter haben. (*Von Brentano:* Dehler oder Pfleiderer[21]!) Ich habe gesagt, soweit wir einen geeigneten haben. Ungeeignete sind da! *(Heiterkeit.)*

Wir haben dann auch den Status wieder errungen, den eine Großmacht haben muß. Wir können dann mit Fug und Recht sagen, daß wir wieder eine Großmacht geworden sind. Wenn Sie an die neun Jahre seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 zurückdenken, dann ist dieser Weg doch sehr schnell zurückgelegt worden, und wir haben das Ziel, das wir uns gesetzt haben, sehr bald erreicht.

Was die Weltlage angeht, so kann man folgendes sagen: Der kommunistische Block, geführt durch Sowjetrußland, hat in Genf dadurch einen großen Erfolg erzielt, daß es ihm gelungen ist, eine Spaltung der Westmächte herbeizuführen. Ich darf Sie daran erinnern, daß Indochina für den Westen verloren ist und daß zweifellos in verhältnismäßig kurzer Zeit Indochina kommunistisch sein wird. Das war der erste Erfolg für Sowjetrußland. Ich darf daran erinnern, daß die Amerikaner weggegangen sind von der Genfer Konferenz und daß es nicht gelungen ist, Herrn Dulles wieder dorthin zurückzubringen.

Der zweite große Erfolg Sowjetrußlands war die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung am 30. August.[22] Die Russen werden sich über diese Abstimmung sehr gefreut haben, weil es ihnen durch die Stimmen der Kommunisten gelungen ist, den Zusammenschluß Westeuropas zu torpedieren. Aber der Gegenzug kam dann sehr schnell und sehr überraschend durch die Londoner Abmachungen. Es sind auch durch die Londoner Konferenz sehr wichtige Gespräche zwischen den arabischen oder – besser ausgedrückt – zwischen den mohammedanischen Staaten, wovon die arabischen Staaten einen Teil bilden, ausgelöst worden. Es steht wohl auch schon in der Presse, daß der Ministerpräsident von Iran[23] in Istanbul gewesen ist. Man kann auch damit rechnen, daß nunmehr, nachdem im Irak eine Befriedigung eingetreten[24], die Suez-Kanal-Frage zwischen England und den arabischen Staaten[25] via Iran – ich habe den Ministerpräsidenten von Iran auf einem kleinen Frühstück bei

21 Dr. Karl Georg Pfleiderer (1899–1957), 1949–1955 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 30.

22 In der Nacht vom 30. zum 31. August hatte die Abstimmung über den Antrag zur Verwerfung des EVG-Vertrags stattgefunden; der Antrag war mit 319 gegen 264 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen worden (AdG 1954 S. 4705–4711).

23 Fazlo'llah Zahedi (1897–1963), 1953–1955 Ministerpräsident des Iran.

24 Im Irak war eine Regierungskrise durch Wahlen am 12. September beendet worden. Die bestätigte Regierung Nuri es Said strebte einen Vertrag mit Großbritannien ohne koloniale Züge an (AdG 1954 S. 4665, 4737).

25 Am 27. Juli war ein britisch-ägyptisches Abkommen über die Suez-Kanal-Basis paraphiert worden; die Unterzeichnung erfolgte am 20. Oktober (AdG 1954 S. 4652, 4800).

Churchill[26] getroffen – gelöst und der Südostasienpakt[27] geschlossen ist, dort die Abwehrfront gegenüber Sowjetrußland so stark und lückenlos geworden ist, daß sich der Westen, wenn Sie die ganzen Verhältnisse global betrachten, gegenüber dem russischen Druck wieder gefaßt hat.

Denken Sie daran, daß die ganze Atlantikpaktorganisation darauf aufgebaut war, daß Deutschland einen Beitrag leistet. Ohne diesen deutschen Beitrag hatte die Atlantikpaktorganisation ein Riesenloch. Durch die Abstimmung am 30. August in Paris ist der ganze organisatorische Aufbau der Atlantikpaktorganisation schwer erschüttert worden. Wenn Sie sich das alles vergegenwärtigen, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß gegenüber dem Gewinn, den die Kommunisten in diesem Sommer gehabt haben, der Westen auf dem Wege ist, den Verlust mehr als wettzumachen und nunmehr wieder die stärkere Abwehrfront zu haben.

Nun zur Frage der Wiedervereinigung! Meine Damen und Herren! Ich glaube jedes Wort in diesem Kreise darüber, daß man auf die Wiedervereinigung niemals verzichten kann, ist überflüssig. Die Frage ist nur, wie erreichen wir die Wiedervereinigung? Wir sind uns alle darin einig, daß sie nicht mit Gewalt herbeigeführt werden soll. Ich begrüße es, daß der Vertreter des BHE im Bundestag bei dieser Redeschlacht in der vergangenen Woche ausdrücklich eine dahingehende Erklärung abgegeben hat[28]; denn da war immer das große Fragezeichen, und zwar sowohl bei den Engländern wie insbesondere aber bei den Franzosen, ob nicht unter dem Druck der Vertriebenen die Bundesrepublik, sobald sie Waffen habe, eines Tages versuchen würde, mit Gewalt die Wiedervereinigung herbeizuführen.

Nun zur Frage, wie kommt man mit Sowjetrußland weiter? Wenn man die Situation seit 1945 unvoreingenommen und ruhig besieht und sich vor Augen hält, wie nach einem absolut vorbereiteten Schema in allen Satellitenstaaten gleichmäßig verfahren worden ist und wie die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn Sowjetrußland zum Opfer gefallen sind, dann versteht man die deutschen Sozialdemokraten wirklich nicht mehr. Ich bin dem bayerischen Ministerpräsidenten Ehard sehr dankbar dafür, daß er in Nürnberg auf dem Parteitag der CSU mit sehr klaren und deutlichen Worten hierzu Stellung genommen hat.[29]

---

26 Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann; 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister.

27 Am 8. September 1954 abgeschlossen (SEATO). Vertragspartner: USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Siam, Pakistan, Philippinen (Vertragstext in AdG 1954 S. 4722).

28 Aussprache am 7. Oktober über die Erklärung der Bundesregierung vom 5. Oktober 1954 (Sten.Ber. 2. WP Bd. 21 S. 2235–2320); Erklärung des Abgeordneten Horst Haasler (GB/BHE) EBD. S. 2255–2257.

29 Rede vom 9. Oktober 1954 vor der Landesversammlung der CSU in Nürnberg aus Anlaß des bevorstehenden Wahlkampfes zum Bayerischen Landtag über die allgemeine politische Situation. In: Die Regierungen 1945–1962. Bearb. von Fritz Baer. München 1976 S. 178–193, insbes. S. 181–184.

Die Sozialdemokraten sind sehr geteilter Meinung. Es hat dort nach der letzten Bundestagssitzung zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion geführt. Nach der letzten Bundestagssitzung wissen sie nicht mehr, was sie wollen. Ich hoffe – und das wird für die Wahlagitation in Hessen, Bayern und Berlin sehr wichtig sein –, daß man die letzte Bundestagsdebatte sehr genau unter die Lupe nimmt. Es hat dort einer ganzen Reihe von Fragen durch verschiedene Mitglieder der CDU und durch mich bedurft, um einigermaßen klarzustellen, was denn die Sozialdemokraten mit dem System der europäischen kollektiven Sicherheit gemeint haben, bis schließlich herauskam – der Herr Erler hat der Katze die Schelle umgehängt –, daß die Sicherheit des wiedervereinigten Deutschlands garantiert werde durch Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten.

Es sind Themata, über die wir im vergangenen Jahre immer wieder gesprochen haben. Hierbei haben die Sozialdemokraten genauso geurteilt wie wir, daß nämlich, wenn man etwas Derartiges erstrebe, sich die Amerikaner eines Tages von Europa zurückziehen würden und Deutschland und der gesamte Westen dem sowjetrussischen Koloß überlassen blieben. Wie ein Mensch das in Zweifel ziehen kann, ist mir unverständlich. (*Zuruf:* Carlo Schmid!) Ich habe den Namen von Carlo Schmid nicht genannt bei meiner Rede; dafür hat er dem Bundestagspräsidenten gegenüber gesagt, daß ich infam gewesen sei. (*Ehlers:* Daß Sie freundlich gewesen sind, kann man nicht gerade behaupten!) Ich war nur etwas genau! Er hat eine Rede gehalten in Schweden. In dieser Rede hat er gesagt, man müsse das Wort „Neutralisierung" ersetzen durch das Wort „Bündnislosigkeit". Damit kam er jetzt auch heraus. Gestern wurde mir ein Artikel aus der „Basler Nationalzeitung" vorgelegt, eine Zeitung, deren besonderes Wohlwollen mir sonst nicht gehört. Aber der Artikel enthält einige Stellen, die ich Ihnen zum Teil wörtlich, zum Teil auszugsweise wiedergebe. Er ist überschrieben „Kritik der Gescheiterten".[30] An dieser Überschrift nehme ich nicht teil. Es wird ausgeführt, daß die früheren Reichskanzler in eine andere Konzeption eingetreten seien als die Bundesregierung, zunächst der frühere Reichskanzler Brüning[31], dann

30 „National Zeitung Basel" vom 3. Oktober 1954. Vgl. zur Bundestagsdebatte auch SCHMID S. 558–560.

31 Dr. Heinrich Brüning (1885–1970), 1921–1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924–1933 MdR (Zentrum), 1930–1932 Reichskanzler (1931/32 auch Außenminister), ab 1934 Exil, 1937–1952 Professor für Politische Wissenschaften in Harvard, 1951–1955 in Köln. Rudolf MORSEY in ZEITGESCHICHTE 1 S. 251–262, 310f.). Vgl. Rudolf MORSEY: Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik. Vorgeschichte und Folgen seines Düsseldorfer Vortrags vom 2. Juni 1954. In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher. Hrsg. von Manfred FUNKE u.a. Düsseldorf 1987 S. 349–364.

der frühere Reichskanzler Luther[32], dann der frühere Reichskanzler Wirth[33] und zum Schluß der frühere Reichskanzler von Papen[34]. Was der Herr von Papen nun gesagt hat, das möchte ich doch mal vorlesen:

„Auch der Steigbügelhalter und moralisch aufs schwerste Mitschuldige der Hitlerschen Verbrecherschaft fühlt sich heute, da es nicht mehr so gefährlich ist wie damals, ein Gewissen zu haben, zum Reden gedrängt, und zwar natürlich zugunsten eines neutralisierten Blocks zentraleuropäischer Staaten, mit dem wiedervereinigten Deutschland als Mittelpunkt. Dieser Block sollte nach keiner Seite durch Bündnisse gebunden sein, müßte seine eigene Verteidigungsorganisation haben und würde, nach den Vorschlägen Papens, in seiner Unabhängigkeit sowohl von Sowjetrußland als von den Vereinigten Staaten garantiert werden müssen."

Ich bedaure sehr, daß ich das nicht in der letzten Bundestagssitzung gehabt habe; ich hätte sonst die Sozialdemokraten von Herzen beglückwünscht zu ihrem neuesten Mitglied von Papen!

Das ist doch unbeschreiblich! Genau das haben die Sozialdemokraten auch gesagt. Ich kann nur gestehen, ich finde es mehr als töricht. Es ist auch sehr gefährlich. Es ist außerordentlich gefährlich. Wer von Ihnen den Herrn Wehner in der letzten Bundestagssitzung beobachtet hat, der hat gemerkt, daß den der Schuh am meisten gedrückt hat bei der ganzen Geschichte, während Herr Ollenhauer nicht mehr hochkam! *(Heiterkeit.)* Das ist doch ein richtiger Boxerausspruch; er kam nicht mehr hoch, er hing in den Seilen, dagegen Wehner noch nicht; der wird den Kampf ja auch aufnehmen. Ich sage es absichtlich etwas scherzhaft, obwohl es eine ungewöhnlich ernste Sache ist, daß eine so starke Partei wie die Sozialdemokratie tatsächlich in dieser schweren Zeit, in der die Welt steht, eine solche Schwenkung vorgenommen hat gegenüber der ursprünglich von ihr verfolgten Politik.

Nun zum Deutschen Gewerkschaftsbund! Ich möchte da zunächst noch kein zu scharfes Urteil aussprechen, ehe man gehört hat, was sich hinter den Kulissen ereignet hat.[35] Es gibt Leute, die meinen, dieser Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes

---

32 Dr. Hans Luther (1879–1962), 1922–1923 Reichsminister für Ernährung, 1923–1924 für Finanzen, 1925–1926 Reichskanzler, 1930–1933 Reichsbankpräsident, 1933–1937 Botschafter in Washington, 1953–1954 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes. Vgl. Politiker ohne Partei. Erinnerungen. Stuttgart 1960; Vor dem Abgrund 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten. Berlin 1964.

33 Joseph Wirth (1879–1956), 1914–1933 MdR (Zentrum), 1921–1922 Reichskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 590 Anm. 16.

34 Franz von Papen (1879–1969), 1920–1928, 1930–1932, 1933–1945 MdR (bis 1932 Zentrum), 1932 Reichskanzler, 1932/33 Reichskommissar für das Land Preußen, 1933/34 Vizekanzler, 1934–1939 Botschafter in Wien, 1939–1944 in Ankara. Vgl. Rudolf MORSEY in ZEITGESCHICHTE 2 S. 75–87. – Es handelt sich bei dem verlesenen Text um Teile eines Kommentars, nicht um die wörtliche Wiedergabe von Äußerungen von Papens.

35 Vom 4. bis 9. Oktober 1954 hatte in Frankfurt der 3. Ordentliche Kongreß des DGB stattgefunden. Mit dem „Beschluß" meint Adenauer eine Entschließung zur Ablehnung des Wehrbeitrags vom 9. Oktober (Text in AdG 1954 S. 4788).

sei ein Teil eines Kompromisses, dessen anderer Teil die Wahl Freitags sei. Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Ich werde Herrn Freitag möglichst bald einmal aufsuchen. Er hat mir neulich einen Besuch gemacht; den werde ich erwidern. Dann werde ich von ihm vielleicht etwas Näheres darüber hören. Ich möchte mich deswegen jetzt zurückhalten, aber doch das Folgende erklären: 1. Es wäre falsch, nun zu sagen, daß sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder hinter diesem Beschluß stünden. Hinter diesem Beschluß stehen 400 Herren, von denen der größte Teil Funktionäre der Gewerkschaften sind; 2. wäre es ganz falsch, die Gewerkschaftsmitglieder zu addieren zu den sozialdemokratischen Stimmen, denn es waren ja dieselben.

Welche Konsequenzen ziehen unsere christlichen Arbeitnehmer aus diesen ganzen Vorgängen? Ich habe den Eindruck, als ob man durch Wohlwollen oder durch Toleranz mit den im Gewerkschaftsbund immer stärker werdenden Bestrebungen nicht fertig werden würde. Ich erwähnte eben, daß Herr Freitag mir einen Besuch gemacht hat. Ich bin natürlich nicht in der Lage – wir waren allein –, nähere Auskünfte über das zu geben, was wir besprochen haben. Aber ich hatte doch den Eindruck, als ob in gewissen Teilen der Industriegewerkschaft kommunistische Tendenzen außerordentlich stark geworden seien. Da droht für die Arbeitnehmerschaft und für den Bestand des Staates eine große Gefahr, die wir nicht in Zusammenhang bringen wollen mit der außenpolitischen Lage, aber die wir doch einmal sehr genau unter der Lupe besehen müssen.

Für mich war sehr bezeichnend ein Zwischenruf in der Bundestagssitzung, den die meisten Herren anscheinend nicht gehört haben. Er kam aus den hinteren Bänken oder aus der hinteren Hälfte; ich kenne den Namen des Zwischenrufers nicht. (*Zurufe:* SPD!) Ja, von der SPD, er rief: Wer die Soldaten hat, hat die Macht! Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Sie fürchten, daß Generalstreiks dann nicht mehr möglich sind; denn die Verkehrsmittel usw. können dann in Gang gehalten werden. Wenn man allerdings als Ziel der Gewerkschaftsorganisationen eine totale Beherrschung des Staatsapparates sieht, die eventuell mit Gewalt herbeigeführt wird, dann glaube ich, daß dies, sobald die Bundesrepublik eine Armee hat, schwer möglich zu machen ist.

Ein Wort über den Aufbau dieser Armee. Es wird eine ungewöhnlich schwere und umfangreiche Aufgabe sein, insbesondere was die Auswahl der Personen angeht. Da müssen gerade wir von der CDU außerordentlich gut aufpassen, daß wir ein General- und Offizierskorps bekommen, das rücksichtslos anerkennt, daß Zivilgewalt höher steht als militärische Gewalt und daß die militärische Gewalt sich der zivilen Gewalt unterzuordnen hat. Das wird bei der Vergangenheit Deutschlands eine schwere Aufgabe sein, über deren Bedeutung man sich keiner Täuschung hingeben darf.

Darin erblicke [ich] auch einen gewissen Nachteil gegenüber der EVG, daß wir nun eine deutsche Armee bekommen und es daher gewisse Tendenzen leichter haben werden, ins Kraut zu schießen. Es wird aber eine Integration auch der Streitkräfte stattfinden, und zwar bis zum Korps oder bis zur Division. Die Frage ist noch nicht entschieden, auch noch nicht nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz; immer-

hin, das Wort „Deutsche Armee" höre ich viel unlieber als das Wort „Europäische Armee". Aber wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur innenpolitischen Lage sagen. Eigentlich wollen wir erst heute nachmittag darüber sprechen. Ich habe Herrn Schäffer dazugebeten. Ich weiß von uns allen – und ich schließe mich jetzt in keiner Weise aus –, welch großer Unmut bei uns besteht gegenüber dem Verhalten gewisser Koalitionspartner. Aber wir haben diese Koalition, bis wir alles unter Dach und Fach gebracht haben, unbedingt nötig. (*Ehlers:* Auch das ist nicht für die Presse bestimmt! – *Heiterkeit.*) Deswegen muß man ungerade schon mal gerade sein lassen. Sie kennen die schrecklichen Entgleisungen von Herrn Dehler.[36] Sie werden wissen, daß gerade hier in diesem Raum eine klare Aussprache stattgefunden hat und daß sich die vier FDP-Minister hier im Kabinett rückhaltlos von ihm abgesetzt haben, was man anerkennen muß. Die Herren waren zum Äußersten entschlossen, wenn da keine Remedur geschaffen worden wäre.

Was den BHE angeht – den leider Herr Strauß so angegriffen hat –, so möchte ich doch in diesem Kreise (ebenfalls nicht für die Presse bestimmt) folgendes sagen: Der Herr Kather unterwühlt den ganzen BHE. Wir kennen den Herrn Kather. Bei unserer großen Fraktion war das nicht so möglich. (*Von Brentano:* Es lag nicht nur an der Größe, sondern auch an der Politik!) Da mögen Sie recht haben. Beim BHE sind es nur gewisse Interessen, die da eine Rolle spielen. Bei uns war das anders. Aber kurz und gut, er ist auf dem besten Wege, auch dem Herrn Oberländer das Leben zu nehmen. (*Weber:* Dem Herrn Oberländer?) Jawohl! Deswegen bin ich traurig, daß der Herr Strauß so etwas gesagt hat. Es ist soweit, daß Herr Oberländer – der Ausdruck ist etwas übertrieben – der Garant ist für den BHE, und der Herr Kather, was Sie selbst nicht wissen, geht in den internen Besprechungen dazu über, den BHE in das östliche Lager herüberzubringen, so daß wir alle Ursache haben, diese Dinge mit der größten Aufmerksamkeit zu beobachten und unsere Politik nach unseren Interessen einzurichten, nicht nach den Interessen eines Mitgliedes des BHE.

Das ist die innenpolitische Lage, die sich durch die Exkursionen des Herr Schäffer noch so verschärft hat, daß ich wahrhaft nicht weiß, wie das Kabinett diese Woche überstehen wird. Das weiß ich zur Stunde noch nicht! Ich möchte nicht in Abwesenheit des Herrn Schäffer sprechen, aber es ist unmöglich, das kann ich sagen, nachdem es in der Zeitung steht, daß ein Bundesminister derartig unsere eigenen Leute beschimpft, daß er die Wähler verwechselt mit Interessentenhaufen. Das ist doch ganz unmöglich!

Ich muß noch weitergehen. Ich möchte Sie bitten, Herr Pferdmenges, mir zu gestatten, daß ich von Ihnen in diesem Zusammenhang spreche. Ich kann unter

36 Dehler hatte am 1. Oktober vor der Presse u.a. aufgrund von Erklärungen des sowjetischen UN-Delegierten Andrej Wyschinski zur Abrüstung (vgl. AdG 1954 S. 4764), die er als bedeutsam und aufsehenerregend bezeichnete, die Aufnahme von Verhandlungen mit Moskau gefordert und sich vage für eine Reform des Auswärtigen Amtes ausgesprochen. Aufgrund der heftigen Reaktionen sah er sich am 5. Oktober in einem Interview in der „Main-Post" zu Präzisierungen veranlaßt (vgl. CDP-Pressedienst vom 1., 3., 5., 6. Oktober 1954).

keinen Umständen zugeben, daß Herr Pferdmenges und Herr Neuburger Vertreter von Interessentenhaufen sind. Diese Herren sind mitbetroffen worden. Herr Wellhausen[37] war derselben Meinung. (*Von Brentano:* Nein, nicht so! – *Pferdmenges:* Nicht ganz!) Aber den hätten Sie doch dahinbekommen! (*Pferdmenges:* Ja!) Wenn wir eine Verständigung erzielt hätten, wäre es dazu gekommen, daß die übertriebenen Anträge – nicht in den Steuerfragen, sondern in den Fragen der Rentenempfänger usw. – nicht gestellt worden wären. Das alles steht jetzt auf dem Spiel. Ich weiß nicht, was aus der ganzen Sache nun werden wird. Ich bekomme jetzt einen Brief, er betrifft dasselbe Thema; er ist vom Kollegen Erhard:

„Heute haben mich am frühen Morgen die Kollegen Blücher und Preusker[38] angerufen, um ihrer Bestürzung Ausdruck zu geben und mich zu bitten, diese Besorgnis zu übermitteln. Beide Herren halten es für notwendig, Sie vor der Parteivorstandssitzung zu unterrichten. Den Stein des Anstoßes bildet der Parteitag der CSU in Nürnberg, dabei besonders die Reden, die der Herr Kollege Schäffer und in erster Linie der Herr Kollege Strauß gehalten haben. Ich bin der Meinung, daß, wenn die FDP-Minister sich mutig gegen ihren Fraktionsvorsitzenden Dehler wenden, es keine besondere Würdigung verdient, wenn Herr Strauß sie als lammfromme Trottel bezeichnet hat."

Wenn er das gesagt hat – selbst in Bayern ist das zuviel! (*Von Brentano:* Ich glaube, „Trottel" hat er nicht gesagt, sondern nur „lammfromm"!) Er hat erklärt, die ganzen Bundesminister hätten das Niveau von Ministerialdirektoren. (*Zuruf:* Wer, der Herr Strauß?) Ja! (*Weber:* Dann gehört er ja dazu!) Es ist mir wirklich etwas hochgekommen, als ich heute morgen diesen ganzen Kram bekam, in einer Zeit, wo tatsächlich das ganze Geschick Deutschlands und Europas auf dem Spiele steht. Es ist eine Schweinerei. Entschuldigen Sie, ich habe keinen anderen Ausdruck. Es ist wie auf einer Kirmes in Oberbayern, wo man eine Rauferei haben will und alles kaputtschlägt und sich nachher die Scherben besieht. (*Zuruf:* Herr Tillmanns war in Nürnberg!) Herr Tillmanns, waren Sie in Nürnberg? (*Tillmanns:* Ja, aber nur kurze Zeit. Während dieser Rede war ich auf der Rückreise nach Berlin!)

Lassen Sie mich schließen mit einer Schilderung der Lage in Frankreich. Sie wissen, daß Mendès-France die Vertrauensfrage gestellt hat. Beim französischen Parlament – ich erwähnte das schon – kann man niemals mit Sicherheit sagen, wie das Ergebnis sein wird. Aber nach allem, was man hört, ist wohl damit zu rechnen, daß Mendès-France eine Mehrheit bekommen wird. Leider sind die Nachrichten, die man über das Verhalten des MRP bekommt, sehr ungünstig. Ich bedaure das außerordentlich. (*Von Brentano:* Es hat den Fraktionszwang aufgehoben!) Das heißt mit anderen Worten, es stimmt dafür. Ich darf sagen, daß sich Herr Schuman am

37 Dr. Hans Wellhausen (1894–1964), 1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949–1957 MdB (FDP bis 1956, dann CSU).

38 Dr. Victor-Emanuel Preusker (geb. 1913), 1949–1961 MdB (FDP bis 1956, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, ab September 1960 CDU/CSU), 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau.

besten benimmt in der ganzen Sache, am einsichtigsten, weil ihm jedes persönliche Ressentiment fehlt und er sich wirklich hineinvertieft, während bei den anderen das Persönliche eine außerordentlich große Rolle spielt.

Daß in den anderen Ländern die Parlamente ratifizieren werden, ist nicht zu bezweifeln. Der morgige Tag wird daher für uns wieder ein kritischer Tag erster Ordnung sein. Ebenfalls werden die nächsten Tage für den Bestand des Kabinetts und der Koalition kritische Tage erster Ordnung sein. (*Kaiser:* Nicht außenpolitisch!) Nein, aber innenpolitisch! Das wird doch alles draußen verwertet. Ich wiederhole, was ich oft gesagt habe: Wem verdanken wir unsere z.Z. ungewöhnlich starke außenpolitische Stellung? Wir verdanken sie zwei Umständen, erstens der Tüchtigkeit des deutschen Volkes und zweitens der Größe der Regierungskoalition. Das sind die beiden Momente. Wenn jetzt die Regierungskoalition in einem solchen Augenblick aus lauter Krach auseinandergeht, dann wird das unsere außenpolitische Stellung außerordentlich stark schwächen. Das kann ich nicht nachdrücklich genug betonen.

Sie dürfen nicht übersehen, daß die Stellungnahme der Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in außenpolitischen Fragen auch nicht dazu angetan ist, die außenpolitische Stellung Deutschlands zu stärken. Käme jetzt noch hinzu eine Koalitionskrise, dann könnte das kein halbwegs vernünftiger Mensch gegenüber dem deutschen Volk verantworten. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich dabei ein bißchen heftig werde, aber es ist wahrhaftig dazu angetan, heftig zu werden.

Ich meine, man muß sich mit dem Kollegen Schäffer sehr offen darüber aussprechen. Ich möchte der Presse eine Mitteilung über die Vorgänge in Nürnberg zukommen lassen. Ich glaube, daß würde sehr gut sein. Sie ist kurz gehalten und heißt etwa so:

„Auf dem Parteitag der CSU in Nürnberg haben zwei Bundesminister Äußerungen gegen Koalitionsfraktionen und Angehörige solcher Fraktionen getan – oder soll ich sagen: Bundestagsabgeordnete? –, (*Pferdmenges:* Ohne Namen!) die über das Maß einer zulässigen Kritik hinausgehen. Derartige Äußerungen sind in hohem Maße bedauerlich und nicht geeignet, die bestehenden sachlichen Schwierigkeiten einer berechtigten Lösung näherzubringen."

Irgendeine Stellungnahme muß ich beziehen. (*Von Brentano:* Im Augenblick erwartet niemand von Ihnen eine Stellungnahme, wo Sie Gespräche geführt haben. Mit einer solchen Erklärung könnten Sie die letzte Möglichkeit bei der Eigenart der CSU zerschlagen!) Mir hat der Kollege Strauß vorgestern in einem Brief angedeutet, die CSU werde aus der Koalition ausscheiden.[39] Das geht auch nicht. (*Zuruf:* Aus welchen Gründen?) Ich will Ihnen sagen aus welchen Gründen: Weil wir dem Herrn Schäffer nicht nachgeben. Das sind doch unmögliche Dinge! (*Zurufe:* Das geht nicht!) Ich habe dem Herrn Strauß nach Nürnberg telegrafiert, wenn er derartige Tendenzen dort öffentlich mitteile, würde er eine öffentliche Antwort bekommen; er müsse selber beurteilen, ob eine solche Auseinandersetzung eine gute Eröffnung des Wahlkampfes in Bayern sei. Die Bayern sind auf uns absolut angewiesen bei ihrem Wahlkampf.

39 Brief (6 Seiten) vom 8. Oktober 1954 – StBKAH III/22.

(*Ehlers – zum Bundeskanzler gewandt –:* Wie ist es mit einer Aussprache?) Der Herr Kollege Ehlers macht den Vorschlag, daß ich in der Presse mitteilen soll, ich würde mit den betreffenden Herren sofort in eine Aussprache eintreten. Das ist eine Reaktion, die etwas abdämpft. Wir werden uns innerhalb der CDU tatsächlich aussprechen müssen über das Verhältnis zur CSU. Nach dem, was mir am Samstag von Herrn Lübke gesagt worden ist, der gute Verbindungen zur CSU hat, ist die CSU-Fraktion völlig einseitig unterrichtet.

Kehren wir zur Außenpolitik zurück. Ich darf um eine Aussprache bitten über dieses Problem, dessen Lösung jetzt unmittelbar in die Hand der Bundestagsfraktion gelegt worden ist.

Von Brentano: Glauben Sie, daß wir für die Durchführung der Verträge aufgrund der Londoner Akte erneut eine verfassungsändernde Mehrheit brauchen? Soweit ich es bisher feststellen konnte, brauchen wir sie zunächst nicht. (*Adenauer:* Das ist auch meine Auffassung, es ist nicht nötig!) Wir sollten uns vielleicht darüber unterhalten, ob es zweckmäßig ist, daß wir als erste ratifizieren, oder ob es besser ist, daß wir zwar alle Voraussetzungen und Vorbereitungen treffen, aber nicht als erste ratifizieren, insbesondere so lange nicht, als wir keine Klarheit darüber haben, wie Frankreich ratifizieren wird. Wir müssen einkalkulieren, daß in Frankreich erneut Schwierigkeiten entstehen und daß es dann für uns von besonderer Bedeutung wäre, wenn wir, falls von dort ein Nein käme, schon ja gesagt hätten.

Adenauer: Diese Frage habe ich mir in London vorgelegt. Sie wird geklärt werden durch die Abstimmung morgen. Wenn Mendès-France morgen für die von ihm auf der Londoner Konferenz vertretene Politik das Vertrauen bekommt, dann wird er auch bei der Ratifizierung der Verträge das Vertrauen erhalten. (*Von Brentano:* Wenn nicht bei der Vertrauenskundgebung noch irgendwelche Bedingungen gegeben werden!) Die lehnt er ab! Mendès-France hat vorgelegt und dann „ohne Zusatz" gesagt.[40]

Von Brentano: Ich sähe es gerne, wenn Blank[41] dabei wäre. Es ist nicht glücklich, wenn im Augenblick die gesamte Presse mit Artikeln versehen wird, wann die Einberufung erfolgt, welche Jahrgänge erfaßt werden, wer Oberbefehlshaber wird usw. Wir lesen jeden Tag solche Artikel. In der Delegiertenversammlung im Landesausschuß in Hessen und überall bin ich deswegen angesprochen worden. Gerade jetzt, wo der Schock des 30. August noch nicht überwunden ist, halte ich es für psychologisch vollkommen falsch, daß jetzt dauernd solche Artikel erscheinen, die in vier, fünf Spalten alle Einzelheiten bringen.

---

40 Zur Diskussion und Abstimmung in der Assemblée Nationale vom 7. bis 12. Oktober vgl. L'Année Politique 1954 S. 451–457; AdG 1954 S. 4793f. – Mendès-France wurde das Vertrauen mit 350 zu 113 bei 152 Enthaltungen ausgesprochen.

41 Theodor Blank (1905–1972), 1930–1933 Gewerkschaftssekretär, Mitgründer von CDU und DGB, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats der Bizone, 1949–1972 MdB, 1950–1955 Sicherheitsbeauftragter des Bundeskanzlers, 1955–1956 Bundesminister für Verteidigung, 1957–1965 für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. Hans-Otto Kleinmann in Zeitgeschichte 6 S. 171–188.

Adenauer: Herr von Brentano hat vollkommen recht. Es ist kein gutes Zeichen für die Verfassung unserer Presse, daß sie die politische Bedeutung der Londoner Konferenz ganz in den Hintergrund treten läßt und das rein militärische Moment in den Vordergrund rückt. Ich habe es der Presse selbst gesagt und sie gebeten – ich hatte 50 Herren hier[42] –, sie möchte damit aufhören. Aber sie sind einfach nicht dazu zu kriegen. (*Von Brentano:* Aber diese Artikel müssen doch geliefert sein! – *Von Lojewski:* Das ist zum großen Teil Archivmaterial. Es wird zusammengestellt und einige neue Sachen dazugeschrieben!)

Von Brentano: Es wäre gut, wenn wir mit Herrn Blank eine Pressekonferenz abhielten und den Leuten sagten, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist. (*Lensing:* Herr Blank hat eine Pressekonferenz!)

Adenauer: Das habe ich längst vor. Ich höre, der Herr Blank hat eine Besprechung im Presseklub. Dann müßte ich ihn aber unbedingt vorher sehen. (*Lensing:* Das habe ich in einer vertraulichen Information gelesen!) Ich werde mein Möglichstes tun, Herr von Brentano!

Von Brentano: Was Sie gesagt haben, möchte ich mit wenigen Sätzen ergänzen. Die Nachteile oder die weniger guten Inhalte der Londoner Akte werden m.E. im Verhältnis zum EVG-Vertrag ausgeglichen durch eine Reihe von Dingen, die man einmal hier besprechen sollte. Einmal entfallen im Deutschlandvertrag die Notstandsklausel und die Klausel des Art. 7 Satz 3[43]; es sind immerhin zwei Vorschriften, die bei der Opposition Anstoß erregt haben. Es ist erstaunlich, daß dieses Ergebnis nicht mit einem Wort positiv kommentiert worden ist von der Opposition und von der Industrie. Es sollte gerade der Teilverzicht Deutschlands auf die Herstellung schwerer Waffen, insbesondere der ABC-Waffen, in der öffentlichen Diskussion gründlich betont werden; denn hier wird klar sichtbar, daß die Beteiligung Deutschlands unter keinen Umständen aggressiven Charakter haben kann. Man sollte das in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder sagen, weil damit eine gewisse Sorge von den Menschen genommen wird, daß aus einer Wehrmacht und einer Verteidigungsorganisation etwa ein neuer Krieg entstehen könne.

---

42 Am 5. Oktober 1954 – vgl. ADENAUER: Teegespräche 1950–1954 S. 540–551. Bericht darüber „Der Kanzler-Tee" in FAZ vom 12. Oktober 1954 von Walter Henkels.

43 Die entfallende Klausel in Art. 7 Satz 3 besagte: „Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands – vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung – werden die drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch einer Abmachung beitreten, welche die Rechte der drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge mindern würden."

Ich bin der Meinung, daß nach der Diskussion im Bundestag die Haltung der Sozialdemokratischen Partei sich in einer erschreckenden Weise geklärt hat. Das sollte uns zu Konsequenzen veranlassen. Nach der Diskussion im Bundestag hat zunächst Herr Ollenhauer in einer Pressekonferenz geklärt, was vier, fünf oder sechs Rednern im Bundestag nicht mit der erforderlichen Klarheit gelungen war. Es ist ganz ungewöhnlich, nach einer Bundestagsdebatte eine Pressekonferenz eigens dafür abzuhalten, um eine authentische Interpretation dafür zu geben, was man sagen bzw. nicht sagen wollte.[44]

Wenn ich die Erklärungen, die von Herrn Schmid und von Herrn Erler abgegeben worden sind, die viel weitergingen als die Ausführungen von Ollenhauer, zusammenhalte mit der Entschließung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dann kann ich nur feststellen, daß eine Entwicklung im Gange ist, die uns wirklich Sorge machen muß. Diese Bekenntnisse gehen weiter, als sie bisher gegangen sind. Es geht nicht mehr um eine Mittellösung. Es geht nicht mehr darum, wie man früher sagte, für das wiedervereinigte Deutschland die Konzeption eines völkerrechtlich vereinbarten Sonderstatuts zu akzeptieren – eine Vorstellung, die m.E. schon damals nicht möglich war –, sondern es wird jetzt eindeutig gesagt, daß das wiedervereinigte Deutschland schlechthin auf jedes Bündnis mit der freien Welt verzichten solle.

Die Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes geht noch weiter als bisher; denn es heißt darin – ich habe sie am Samstag in die Hand bekommen, sie steht noch nicht im Wortlaut in der Zeitung –, daß der Gewerkschaftsbund eine Beteiligung Deutschlands an einer Verteidigung ablehnt, nicht etwa nur bis zur Durchführung – wie die SPD gesagt hat – neuer Verhandlungen mit der Sowjetunion, sondern bis zur Wiedervereinigung Deutschlands schlechthin. *(Widerspruch und Unruhe.)* Das hat mich so erschreckt. Es wird nicht mehr gesagt, wie es die SPD bisher verlangt hat, ein Verteidigungsbeitrag dann, wenn neue Verhandlungen sich endgültig als aussichtslos erweisen sollten, sondern Verteidigungsbeitrag erst nach neuen Verhandlungen und nach der Wiedervereinigung. (*Weber:* Und wenn er nicht kommt?) Auch wenn alle Verhandlungen scheitern und wenn der Kalte Krieg noch schärfer wird und die Fronten noch klarer werden, ist nach der Entscheidung des DGB ein Verteidigungsbeitrag abzulehnen! Damit ist eine sehr ernste Situation geschaffen.

Ich kann nur bedauern, daß es nicht möglich war, daß auf diesem Gewerkschaftskongreß irgend jemand von unseren Leuten den Mut aufgebracht hat, nun zu sagen, so weit gehen wir nicht. (*Weber:* Niemand ist aufgestanden! – *Zurufe:* Leider!) Von uns muß etwas gesagt werden; denn eine solche Entscheidung wird in den Kreisen der Arbeitnehmer eine unheilvolle Verwirrung anstiften. Ich bin im Wahlkampf in Hessen äußerst kritisch und vorwurfsvoll aus den Kreisen unserer Arbeitnehmer deswegen angesprochen worden.

Adenauer: Ich darf den Wortlaut verlesen, der offenbar zusammengeflickt worden ist:

---

44 Vgl. ppp vom 8. Oktober 1954.

„Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen."

(*Schröder:* Das ist kein Deutsch! – *Kiesinger:* Das ist grammatisch nicht einwandfrei! – *Zurufe:* Unklar und nicht recht verständlich!)

Hier steht: mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen.

Von Brentano: Ich glaube nicht, daß gemeint sind die Verhandlungen. Ich habe von einem Teilnehmer am Kongreß den ursprünglichen Entwurf gesehen. Dieser Satz mit der Wiedervereinigung Deutschlands ist nachträglich eingefügt worden. (*Kiesinger:* So hat das doch keinen Sinn!)

Adenauer: Darf ich vorschlagen, daß wir die Diskussion etwas gliedern und zunächst sprechen über die Dinge bis zur Londoner Konferenz. Danach werden wir uns mit der Sozialdemokratie und dem DGB beschäftigen. Sind Sie einverstanden? – Das ist der Fall. Frau Dr. Weber hat das Wort.

Weber: Wenn wir in die NATO eingetreten sein werden, sind wir dann auch verpflichtet, bei allen Verwicklungen der Völker, die zur NATO gehören, mitzukämpfen?

Adenauer: Nein, in der NATO besteht keine automatische Beistandspflicht, sondern in dem Falle, wo einer angegriffen wird, haben die anderen zu überlegen, was sie tun wollen.

Wuermeling: Herr Bundeskanzler, in Ihrer Regierungserklärung vor dem Parlament am Dienstag haben Sie die Saarfrage nicht erwähnt, auch in Ihrem heutigen Vortrag nicht. In der Diskussion im Bundestag wurde von den anderen Parteien außerhalb der CDU/CSU bezüglich der Saarfrage ein sehr klar umrissener Standpunkt in dem Sinne eingenommen, daß keinerlei Loslösung zugestanden werden könne, auch nicht im Sinne einer Europäisierung. Sie haben in Ihrer Antwort, soweit ich mich erinnere, dem ziemlich uneingeschränkt zugestimmt.

Andererseits hat Herr Mendès-France doch mehrfach erklärt, die Lösung der Saarfrage sei Voraussetzung für die Ratifizierung der neuen Abkommen durch das französische Parlament. Besteht hier nicht die Gefahr, daß an dieser Geschichte von Paris her die Ergebnisse der Londoner Konferenz wieder zunichte gemacht werden?

Adenauer: Ich bitte Sie, jetzt Verständnis für meine Zurückhaltung und mein Schweigen zu haben. Wenn Herr Mendès-France morgen die Zustimmung für die Politik bekommt, die er in London vertreten hat, dann kann er unmöglich später an der Saarfrage die Sache scheitern lassen. Wenn man aber die Saarfrage ins Gespräch bringt, bevor er dieses Vertrauen hat, dann können ihm doch in der Nationalversammlung Verpflichtungen auferlegt werden, die er annehmen muß, die die Saarfrage dann sehr kompliziert machen werden.

Ich werde mit Mendès-France eine Aussprache darüber haben. Er hat mich nach Schluß der Londoner Konferenz darum gebeten und mich jetzt erneut bitten lassen. Die Besprechung wird voraussichtlich in Paris stattfinden. (*Weber:* Am 20.?) Vielleicht auch schon am 19.!

Herr Wuermeling, Sie dürfen nicht vergessen, in dem Londoner Abkommen steht, daß die Grenzen Deutschlands durch den Friedensvertrag festgelegt werden, daß also eine Abtrennung des Saargebiets nicht in Frage kommen kann, auch nicht nach dem Londoner Abkommen. Ich möchte in diesem Gespräch zunächst – das bleibt aber bitte wirklich unter uns – den Hauptwert auf freie Wahlen an der Saar legen, dann kommen die Menschenrechte, aber auf wirtschaftlichem Gebiet muß man die Interessen der Saarbevölkerung natürlich auch berücksichtigen. Ich glaube, das wird man fertigbekommen. Ich habe dem Herrn Ney sagen lassen, daß ich ihn am Freitag sprechen kann. Er hat mir einen Brief vor London geschrieben und gesagt, für sie sei das wichtigste freie Wahlen, alles andere nicht.

Ehlers: Ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, daß Herr Ollenhauer in seiner Erklärung zur Saarfrage außerordentlich zurückhaltend gesprochen hat. Er hat gesagt:

„Die Sozialdemokratische Partei ist der Meinung, daß im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volke eine Lösung der Saarfrage gefunden werden muß. Sie kann aber nicht den Verzicht auf das Saargebiet als einen Teil deutschen Staatsgebietes umfassen, und sie muß in jedem Falle die Bevölkerung des Saargebietes unverzüglich in den Genuß aller demokratischen Grundrechte und Freiheiten bringen."[45]

Das ist nach dem, was Herr Mommer[46] bisher vorgetragen hat, außerordentlich vorsichtig ausgedrückt. Ich habe Herrn Carlo Schmid im Anschluß an die Debatte gefragt, was das bedeuten soll, und er hat mir gesagt, er habe einen Entwurf ausgearbeitet für eine Vereinbarung, die auf dieser Basis sehr zurückhaltend sei. Herr Mommer hat am 9. zurückgeschossen. Ich habe es noch nicht gelesen. (*Von Lojewski:* Er ist sehr dafür!) Carlo Schmid hat mir gesagt, er habe die Zustimmung Mommers gefunden, so daß sich da eine zumindest nüchterne Beurteilung anbahnen wird.

Ich hatte vor acht Tagen ein Gespräch in einem ökumenischen Kreise und bin erschrocken über die Vorstellung französischer Sozialisten, von denen ein maßgebender Mann dabei war, die in einem mir beinahe unverständlichen Optimismus meinten, man könne vom MRP aus und von anderen dazu bereiten Leuten die Londoner Vereinbarung ablehnen, Mendès-France stürzen, eine neue Regierung bilden und die EVG wieder aufleben lassen. (*Weber:* Wer war das?) André Philip[47]. Es ist heilsam gewesen, daß ihnen nicht nur von deutscher Seite, sondern von allen anderen gesagt wurde, daß dazu keine Möglichkeit bestehe. Ich fürchte aber, daß unser Freund vom MRP gelegentlich sicher parteitaktisch bestimmte Vorstellungen von diesem Verfahren gehabt hat. Wir sollten jeden Einfluß ausnutzen, um zu verhindern, daß diese Frage zu

45 Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2240.

46 Dr. Karl Mommer (geb. 1910), 1949–1969 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 414 Anm. 173. – „Mommer-Plan" in „Stuttgarter Zeitung" vom 9. Oktober 1954 „Eine Saarlösung unter dem Risiko der Freiheit" – Teildruck in SCHMIDT 3 S. 677–681.

47 André Philip (1901–1970), französischer sozialistischer Politiker; 1946 Finanzminister, 1947 Wirtschaftsminister, 1950–1964 Präsident der sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa.

einer parteitaktischen Angelegenheit gegen Mendès-France gemacht wird; denn das dient unserem Anliegen nicht.

Ich habe gelegentlich den Eindruck, daß bei der Debatte um den deutschen Oberbefehlshaber mit der Nennung des Namens des Herrn Crüwell[48] die FDP sich geradezu in einer peinlichen Weise als Schildhalter des deutschen Soldatentums hinstellt und versucht, auf den verschiedensten – auch psychologischen – Umwegen einen Einfluß zu bekommen, um sich als Schirmherr der deutschen Wehrmacht gegenüber der in dieser Richtung höchst „unzuverlässigen" CDU auszugeben.

Wir sollten sehr intensiv in unseren Kreisen und in unseren Organisationen – nicht nur in der Dienststelle Blank – diese Frage erörtern, um den Einfluß zu haben, den wir auf jeden Fall auf die Gestaltung der Dinge gewinnen müssen, und nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen, als ob die sogenannten Sachverständigen, wie von Manteuffel[49], Mende[50] usw. persönlich einen über Gebühr starken Einfluß auf die Gestaltung der Dinge bekämen. Ich möchte einmal auf diese Gefahr aufmerksam gemacht haben.

Wirsching: In einem Referat im Süddeutschen Rundfunk hat der Sprecher behauptet, Mendès-France hätte sich so geäußert, daß auch nach einer Wiedervereinigung das wiedervereinigte Bundesgebiet an die Londoner Abmachungen gebunden sei. Wenn dem so wäre, weil das einer Wiedervereinigung entgegenstünde, könnte ich darauf eine Antwort bekommen, ob unter Bezugnahme auf die Anerkennung der Bundesrepublik als die einzige deutsche Vertretung dieser Absatz 1, wie er hier vorliegt, so ausgelegt werden kann, wie das Mendès-France getan haben soll? (*Zurufe:* Das ist nicht klar! Das ist nicht zu verstehen!)

Adenauer: Wollen Sie bitte wiederholen, was Herr Mendès-France gesagt haben soll! (*Wirsching:* Er habe gesagt, daß nach einer Wiedervereinigung ohne alles Weitere die Londoner Abmachungen Geltung haben sollen für das wiedervereinigte Deutschland!) Das hat er gerade nicht gesagt. Er wollte in Brüssel, daß jeder das Recht haben sollte, auszutreten, während nach dem Bonner Vertrag das wiedervereinigte Deutschland das Recht haben soll zu entscheiden, ob es dabeibleiben will oder nicht. Die Sache ist aber in London nicht mehr zur Sprache gekommen. Die Amerikaner haben beantragt, man solle den Artikel 7 streichen. Im übrigen, unter uns gesagt, welcher Mensch in der Welt kann jetzt mit einiger Sicherheit sagen, unter welcher Form und unter welchen Verhältnissen sich die Wiedervereinigung vollziehen wird. Es ist genauso möglich, daß, wenn eine allgemeine Entspannung eintritt, auch der ganze Atlantikpakt plötzlich aufgelöst und dafür etwas anderes geschaffen wird; auch

48 Ludwig Crüwell (1892–1958), 1939 Generalmajor, 1941 General der Panzertruppe, 1941/42 Kommandierender General des Afrika-Korps, 1942 englische Kriegsgefangenschaft.

49 Hasso von Manteuffel (1897–1978), im Zweiten Weltkrieg General der Panzertruppen, 1953–1957 MdB (bis Februar 1956 FDP, März DA, Juni FVP, ab März 1957 DP/FVP).

50 Dr. Erich Mende (geb. 1916), 1949–1980 MdB (FDP, seit 1970 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 496 Anm. 5.

ein Sicherheitsvertrag mit Sowjetrußland ist dann möglich. (*Kaiser:* Das ist eine große Erleichterung!) Wieso?

Kaiser: Darüber gibt es in unseren Reihen Meinungsverschiedenheiten. (*Zurufe:* Nein! Nein!) Ich bin der Auffassung, daß man sich jetzt nicht den Kopf darüber zerbrechen soll, was nach der Wiedervereinigung Deutschlands sich in der europäischen Politik im allgemeinen ergibt. Vielleicht gibt es eine ganz neue Sachlage. Die Amerikaner haben recht, daß sie diesen Art. 7 Satz 3 beseitigt wissen wollen, damit das wiedervereinigte Deutschland und seine Regierung entscheidungsfrei sind. Wir brauchen es nicht an die große Glocke zu hängen. (*Adenauer:* Damit die anderen entscheidungsfrei sind; wir waren es nach Art. 7 Satz 3!) Art. 7 Satz 3 hat eine Bindung bedeutet. (*Adenauer:* Nein!) Das ist jetzt weggefallen. Es kommt nun darauf an, wie werden wir mit der Haltung der SPD und – in einem anderen Zusammenhange – des DGB fertig? Ich begrüße es sehr, daß Sie dem DGB gegenüber den Stier in verbindlicher [!] Weise bei den Hörnern packen *(Heiterkeit)* und daß Sie mit dem Walter Freitag sprechen werden. Ich bin der Auffassung, daß das gar nicht so schwierig sein wird. Ich bin am ersten und dritten Tag in Frankfurt gewesen. Die Atmosphäre war in unserem Sinne, insbesondere in meinem Sinne, durchaus freundlich. Ich bin auf eine gewisse Ungehaltenheit gestoßen, daß der Bundeskanzler von London aus die politische Aussprache vor dem Parlament in die Woche gelegt hat, in der das „Parlament der Arbeit" in Frankfurt (Main) tagte. Das hat die Aufmerksamkeit von Frankfurt weggelenkt und Leute, die gern in Frankfurt gewesen wären, nach Bonn gerufen. Darüber war man etwas verstimmt. Das hätte nicht passieren dürfen.

Im übrigen – das geht Herrn Ehlers an – hätte ich es lebhaft begrüßt, wenn der Bundestag auf dieser immerhin bedeutsamen Tagung nicht durch Carlo Schmid, sondern durch Herrn Ehlers selbst vertreten gewesen wäre. Die Sache mit dem Bundespräsidenten war für die Gewerkschaften ein großer Akt, ein wirklich großer Akt. (*Cillien*[51]*:* Der aber nicht dankbar hingenommen wurde. Herr Brenner[52] hat das gesagt!) Es war ein bedeutsamer Akt. Ob man mit jedem Wort des Bundespräsidenten einverstanden gewesen ist oder nicht, das ist eine Sache für sich. Aber zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist das Staatsoberhaupt dorthin gekommen, und Theodor Heuss versteht etwas von der Geschichte der Arbeiterbewegung und vom Inhalt der Gewerkschaftsbewegung. Da war eine durchaus günstige Atmosphäre. Dann kam eine Reihe sozialistischer Beeinflussungen. Es kam zunächst Carlo Schmid mit einer blendenden Rede, ganz im sozialistischen Sinne. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn Herr Ehlers selbst gekommen wäre. Das wäre von Nutzen gewesen.

---

51 Adolf Cillien – vgl. Nr. 2 Anm. 39.

52 Otto Brenner (1907–1972), 1951–1953 MdL Niedersachsen (SPD), 1952–1972 Vorsitzender der IG-Metall. Vgl. Klaus Ullrich in Casdorff S. 79–87.

Die Atmosphäre war zunächst freundlich. Sie ist dadurch freundlich geworden, daß die Gewerkschaften nicht mehr in dem alten Bild vor die Öffentlichkeit treten. Neben dem großen Bild von Karl Legien[53], dem früheren Führer der freien Gewerkschaften, hing ebenso groß ein solches von Adam Stegerwald. Von den 400 Delegierten gehörten vielleicht 250 zur Sozialdemokratischen Partei, die anderen waren christliche Demokraten oder parteilose Leute. Das bemerkenswerteste ist, daß nur vier Männer bei dieser Entschließung dagegen gestimmt haben. Das muß doch zu denken geben.

Dieser Zuruf, den der Herr Bundeskanzler in der Bundestagsdebatte aufgefangen hat „Wer die Soldaten hat, hat die Macht", ist eine Angelegenheit, die beachtet werden muß für die Bedenken innerhalb der Arbeiterschaft. Es haben weiteste Kreise in der Arbeiterschaft – auch Leute unserer Art – einen Horror vor dem Wiederkommen der Wehrmacht und vor dem, was damit zusammenhängt. (*Adenauer:* Den habe ich auch!) Das müssen wir beachten!

Was den Ablauf des Kongresses angeht, so war es so: Ich habe zu denen gehört, die der Auffassung waren, der Freitag muß wiedergewählt werden. Freitag war am zweiten Tag, an dem ich nicht dagewesen bin, in seiner Art, wie er die Sache anpackt, nicht ganz glücklich. Er ist ein gesundheitlich geschwächter Mann. Da aber eine andere Persönlichkeit in den Reihen der Gewerkschaften noch nicht ist, die dieses Amt, auch von unserem Standpunkt aus, in die Hand nehmen könnte, war man der Meinung, nun gut, er muß es noch einmal für die nächsten Jahre machen. Er ist am zweiten Tage, als ich nicht da war, sehr heftig angegriffen worden von radikaler Seite, insbesondere aus dem Verband, den er früher selbst geführt hat, aus dem Metallarbeiterverband. Da ist ein junger Mann namens Brenner; er ist tüchtig, gescheit, begabt ... (*Adenauer:* Und Kommunist!) Jedenfalls linksradikal! Ich würde nicht sagen Kommunist; die Leute haben gegenüber den kommunistischen Versuchen, die Tagung zu beeinflussen, eine ganz klare Haltung eingenommen. So wurde es abgelehnt, mit den Leuten vom FDGB zu reden. Es wurden unerhörte Worte von Brenner gesagt gegenüber dem Bundespräsidenten, z.B.: Wir brauchen keine Belehrungen usw. Am nächsten Tag war Freitag in einer beinahe staatsmännischen Rede voll des Zorns über den Widerstand gegen die Bemerkungen des Bundespräsidenten. Auf die Wehrfrage hat er in einer glücklichen Form reagiert und gesagt: Macht keine Geschichten und laßt uns daran denken, was wir unter Böckler beschlossen haben. Dabei muß es bleiben. Wenn Not im Verzuge ist, müssen wir uns verteidigen.

Es kam dann der Widerstand gegen seine Wiederwahl. Es wurden Brenner und Brauer[54], Hamburg, als geeignete Persönlichkeiten genannt. Für den Freitag war Gefahr im Verzuge. Vielleicht ist auch von sozialdemokratischer Seite eine Beeinflussung

53 Karl Legien (1861–1920), 1890–1919 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1919 Mitgründer und Vorsitzender des ADGB.

54 Max Brauer (1887–1973), Glasbläser, 1946–1953 und 1957–1960 Bürgermeister von Hamburg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 39 Anm. 3.

erfolgt. Das möchte ich als gewiß annehmen. Ich habe gedacht, daß das der Preis war, um wiedergewählt zu werden, sonst wäre er nicht gewählt worden.

Ich begrüße es lebhaft, Herr Bundeskanzler, daß Sie mit dem Mann sprechen. Vielleicht ist es überhaupt ratsam, daß Sie als der verantwortliche Mann der deutschen Politik dem Gewerkschaftsbund und den hinter ihm stehenden Mitgliedern größte Aufmerksamkeit schenken und auch einmal vor einem größeren Gremium im Vorstand sprechen. Wenn Sie nach Frankfurt (Main) gekommen wären, so wie es der Bundespräsident getan hat ... (*Adenauer:* Dann hätte es Krach gegeben!) Herr Bundeskanzler, wo ist man Ihnen mit Krach begegnet? Ich meine, die Wirkung Ihrer Persönlichkeit ist doch so, daß es keinen Krach gegeben hätte. Sie wären mit Respekt angehört worden. (*Weber:* Was ist denn mit den 150 christlichen Delegierten?) Ich bedaure es lebhaft, daß der stellvertretende Vorsitzende, dieser Föcher, nicht den Freimut hat, einen anderen Standpunkt zu entwickeln. (*Ehlers:* Den Mut, nicht nur den Freimut! – *Weber:* Da möchte ich wirklich „Trottel" sagen!) Was die Entschließung angeht, so war nicht jedes Wort glücklich gewählt. Als ich von Frankfurt zurückkam und das gelesen habe, habe ich sofort meine Bedenken geäußert. Das Wort mit der „Voraussetzung" hinsichtlich der Wiedervereinigung ist überflüssig gewesen. Das hätte man anders formulieren können, es schließt eine Schwierigkeit für die Erörterung über die Wiedervereinigung ein. Ich muß am kommenden Samstag vor dem Königsteiner Kreis[55] – das ist schon vor einem Vierteljahr festgelegt worden – über die Frage der Wiedervereinigung sprechen. Es ist eine Reihe von Sozialdemokraten von einiger Bedeutung dabei. Ich werde unter Berücksichtigung der Gesamtlage meine Worte zu ordnen wissen. Aber diese Sache war nicht notwendig. Das hätte man anders formulieren können.

Ehlers: Ich darf zunächst etwas zu dem Termin der Beratungen sagen. Der Herr Bundeskanzler hat mir aus London mitgeteilt, daß er die Absicht habe, am Dienstag eine Regierungserklärung abzugeben. Ich habe mich sofort darauf mit der SPD ins Benehmen gesetzt, weil ich gerade unter dem Gesichtspunkt des Gewerkschaftsbundes diese Frage klären wollte. Herr Menzel sagte als erstes, das ist die Woche, wo der Gewerkschaftsbund tagt. Ich habe erwidert: Herr Menzel, darf ich Sie so verstehen, daß Sie in dieser Woche keine außenpolitische Erklärung und keine Debatte darüber wünschen? Darauf sagte er: Um Gottes willen, wir haben dauernd diese Erklärung und die Debatte gefordert. Das kommt gar nicht anders in Frage.

Wenn mir die Sozialdemokratie diese Erklärung abgibt, ist es nicht unsere Aufgabe, päpstlicher als der Papst zu sein und zu versuchen, die Sache zu verschieben. Es ist dann in der SPD-Fraktion eine scharfe Auseinandersetzung gewesen über den Termin der Aussprache. Wir hatten zunächst den Freitag vorgeschlagen. Dann hat

55 Druck der Rede vor der Vereinigung der Juristen, Volkswirte, Beamten aus der sowjetischen Besatzungszone (Königsteiner Kreis) vom 17. Oktober in BULLETIN 1954 S. 1743ff. Kaiser besteht auf neutraler Kontrolle von gesamtdeutschen Wahlen und der Wiedervereinigung nur in Freiheit.

sich der Fraktionsvorstand der SPD in einer Sitzung entschieden, es auf jeden Fall am Donnerstag zu machen. Und dann haben wir [es] festgelegt, so daß eine volle Übereinstimmung mit der SPD da war. Man wollte nur nicht den Freitag und Samstag, weil an diesen Tagen die Wahl in Frankfurt war. Das will ich nur zur Klarstellung bemerken. (*Kaiser:* Ich habe von Ollenhauer etwas anderes gehört!) Es gibt da keine einheitliche Meinung bei der SPD. Sie haben moniert, Herr Kaiser, daß ich nicht in Frankfurt gewesen bin. Das ist zwar keine Frage des Parteivorstandes, aber ich darf zwei Gründe anführen: 1. die peinliche Auseinandersetzung, die ich mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund gehabt habe, und 2. die unqualifizierten Angriffe in der „Welt der Arbeit"[56] waren kein Grund für mich, nach Frankfurt zu gehen. Man darf es auch nicht übertreiben. Wenn der Bundespräsident zum ersten Mal in der Geschichte als Staatsoberhaupt zum Deutschen Gewerkschaftsbund geht, dann scheint es mir nicht gut möglich zu sein, daß man nun noch in einer zwei- und dreifachen Repräsentanz anrückt und der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident auch noch kommen.

Wir machen überhaupt zuviel Aufwand. Wir machen Aufgebote mit zig Ministern. Und wenn der Bundespräsident da ist, scheint mir das für den Deutschen Gewerkschaftsbund eine bedeutsame Ehrung zu sein. Auch der Bundestag war durch den Vizepräsidenten hinreichend vertreten. Ich muß sagen, daß der Kollege Carlo Schmid nicht nur sozialdemokratisch gesprochen hat, sondern im ersten Teil seiner Rede eine vertretbare Abgrenzung im politisch-parlamentarischen Sinne gezogen hat.

Zur Haltung der Sozialdemokratie! Ich glaube, daß wir diese Haltung nicht kritisch genug betrachten können. Ich darf daran erinnern, daß auf einer Tagung in Leipzig[57] Herr Ulbricht vor SPD-Funktionären im wesentlichen die Argumente vorgetragen hat, die Ollenhauer und andere SPD-Leute im Bundestag vorgetragen haben. Ich habe von der SPD keine klare Absetzung gehört, sondern lediglich die, diese Leute hätten keinen parteiamtlichen Auftrag zu den Verhandlungen gehabt. Das ist eine wesentlich andere Formulierung als die, die wir erwarten müssen. Ich habe in der Debatte keinen Gebrauch davon gemacht, weil ich die Situation nicht verschärfen wollte. Aber nach nicht widersprochenen Pressenachrichten hat Herr

56 Ein konkreter Bezug läßt sich nicht feststellen. Vermutlich Anspielung auf die Kritik, die immer wieder an Adenauers Außen- und Sicherheitspolitik geübt wurde, zuletzt – nach der Ablehnung der EVG im französischen Parlament – in „Auf der Suche nach einem Ausweg" vom 10. September 1954, oder zu den Privatisierungsplänen in der gleichen Nummer der Gewerkschaftszeitung „Staatseigentum im Ausverkauf".

57 Am 10. September 1954 fand in Leipzig die 1. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz statt (vgl. Dokumentation: Die Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen. Hrsg. vom Ständigen Ausschuß der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen. Leipzig 1959). Es handelte sich bei den Teilnehmern aus der Bundesrepublik zum größten Teil um Kommunisten; die SPD distanzierte sich offiziell von diesen Treffen (vgl. z.B. Herbert WEHNER und Stefan THOMAS in „Sozialdemokrat", hrsg. vom Parteivorstand der SPD. Berlin 3/1959).

Ollenhauer am Tage, nachdem ich in Flensburg gesprochen habe[58], erklärt, es müßten zu den Verhandlungen der vier Mächte über die Wiedervereinigung Deutschlands auch Vertreter der Pankower Regierung hinzugezogen werden, wenn das auch keine Anerkennung der Pankower Regierung bedeuten solle. Ich habe die Sorge, daß sich unter dem Einfluß, wahrscheinlich nicht des Herrn Ollenhauer, aber von anderen Kräften, und auch unter dem Einfluß radikaler Kräfte des Deutschen Gewerkschaftsbundes, da eine bedrohliche Entwicklung ergibt, Herr Kollege Kaiser. Wir haben uns darüber unterhalten, wieweit die Infiltration der Kommunisten in die Bereiche der Betriebe geht. Hier ist eine Radikalisierung und Entschlossenheit vorhanden, die man nur mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen kann. Das ist ein entscheidendes Moment zur Beurteilung der sozialdemokratischen Politik. Es ist kein Zweifel, daß der Eindruck im Lande, der durch Fernsehen und Rundfunk verstärkt worden ist, für die Sozialdemokratie am vergangenen Donnerstag ein vernichtender war. Daß der Bundeskanzler in den letzten zwei Stunden die Verfolgung bis zum letzten Haufen von Mann und Roß betrieben hat, ist durchaus verstanden worden. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser günstige Eindruck nicht wieder verwischt wird.

Ein Wort, das der Herr Bundeskanzler gesagt hat, darf ich aufnehmen. Das Bild der deutschen Presse und ihre Verantwortungslosigkeit sind einfach katastrophal. Ein Blatt wie die „Frankfurter Allgemeine", das davon abhängt, daß Kreise, die uns angehören, es finanzieren, benutzt jede Gelegenheit, die Politik der Bundesregierung anzugreifen.[59] Wenn Herr Heinemann Morgenluft wittert und einen Vortrag in Frankfurt hält, dann stehen zwei Spalten zur Verfügung, während am Tage, wo der Bundestag debattiert, nur knapp berichtet wird. Es gibt nur einen kleinen Kreis von Journalisten, bei denen ein Verantwortungsgefühl vorhanden ist. Herr Pferdmenges, haben wir nicht die Aufgabe, uns darum zu kümmern unter Einsatz von Mitteln, die nicht so hoch sind, eine Presse aufzubauen, die sich sehen lassen kann und auf die wir uns verlassen können? Etwas Derartiges gibt es in Deutschland heute kaum noch.

Adenauer: Obwohl wir etwas von dem Thema der Aussprache abgehen, sind die letzten Ausführungen so bedeutungsvoll, daß ich Sie bitten möchte, mir zu erlauben, einige Worte dazu zu sagen. Es ist geradezu entsetzlich, daß wir kein Blatt von Ansehen in der Bundesrepublik haben, das nun die Intentionen objektiv würdigt. Das ist nicht die „Welt", das ist nicht die „Frankfurter Allgemeine". Nehmen Sie Süddeutschland! Der „Merkur" in München ist gut, aber kein Blatt, das in ganz Deutschland gelesen wird. Leider ist die „Kölnische Rundschau" auch kein Blatt, das in Deutschland gelesen wird, so daß wir hier in einem Vakuum stehen, das sich tatsächlich verhängnisvoll auswirkt. Ich weiß nicht, was wir machen sollen. Ich habe

58 Wahlkundgebung am 9. September zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 12. September 1954 (vgl. „Flensburger Tageblatt" vom 11. September 1954). Ollenhauer sprach am 12. September in Flensburg.

59 1952/53 hatte die FAZ das gesammelte Startkapital zurückgezahlt; es kann sich hier also nur um einen Hinweis auf das Anzeigengeschäft handeln.

Herrn Erhard gebeten, mit Herrn Haffner[60] wegen der „Frankfurter Allgemeinen" zu sprechen. Man sollte tatsächlich mal in Zuschriften an die „Frankfurter Allgemeine" herantreten und sie nicht durch Annoncen unterstützen. Die „Frankfurter Allgemeine" trägt sich durch Annoncen. (*Pferdmenges:* Sprechen Sie mit Herrn Ziervogel[61]!) Das kann ich nicht als Bundeskanzler, das müssen Sie machen.

Dürfen wir nun zurückkommen zur Außenpolitik! Das Wort hat Herr Kiesinger.

Kiesinger: Zur Haltung der SPD noch ein paar Worte! Äußerlich stimmt das, was die SPD formuliert hat, völlig überein mit den Vorschlägen Sowjetrußlands. Ich erinnere daran, daß in der Pressekonferenz, die Ollenhauer gegeben hat[62], eine Journalistin gefragt hat: Sie nehmen also praktisch die Vorschläge Sowjetrußlands an? Und Ollenhauer hat wörtlich geantwortet: Ja, allerdings innnerhalb der Vereinten Nationen. Das wird zunächst einmal festgehalten.

Nun kommt etwas Bedeutsames hinzu. Trotz dieser offensichtlichen Einigkeit in der SPD gibt es doch mehrere ganz verschieden denkende Gruppen, ich möchte sogar behaupten, vollkommen verschiedene Konzeptionen, die durch diese gemeinsame Formel verdeckt sind. Daher erklärt sich die Zustimmung eines Mannes wie von Papen. Ich erinnere Sie daran, daß Carlo Schmid in der Bundestagsdebatte die rührend-naive Formulierung gefunden hat:

„Dieses wiedervereinigte Deutschland tritt keinem der bestehenden Bündnisblöcke bei, ist stark genug, um nicht einem Nachbarn den Anreiz zur Aggression zu geben, aber nicht so stark, daß, wenn dieses Deutschland auf diese oder jene Seite treten sollte, diese Seite damit ein erdrückendes Übergewicht über die anderen bekäme."[63]

In einer Unterhaltung mit SPD-Leuten ist es mir vollkommen klargeworden, daß auf der einen Seite die radikal-konsequent Denkenden stehen, die einsehen, daß die Konzeption von Ollenhauer überhaupt nur denkbar ist mit einem völlig unbewaffneten Deutschland, mit einem Deutschland, das keine Nationalarmee, sondern nur eine Polizeitruppe hat. Nach einer anderen Konzeption glaubt man immer noch das, was Carlo Schmid als die schwedische Lösung empfiehlt. Das würde in der Tat ein deutsches Nationalheer bedeuten, das eine beträchtliche Stärke bekäme. Nach Carlo Schmid müßte es immerhin so stark sein, daß es einem Aggressor die Lust nehmen könnte, Deutschland anzugreifen. Auch das ist nach meiner Meinung eine völlig naive Auffassung, aber sie wird von sehr vielen Sozialdemokraten geteilt, und draußen im Lande ist die Auffassung darüber unklar. Wenn man diese Konzeption eines Deutschlands mit einer starken Nationalarmee bejaht, dann ergibt sich eine

60 Dr. Dr. Alex Haffner (1883–1969), 1914–1955 bei Salamander Kornwestheim (zuletzt Vorstandsvorsitzender), Verwaltungsratsvorsitzender der FAZ, 1947–1948 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (CDU).

61 Joachim-Albrecht Ziervogel (geb. 1904), Bergassessor a.D.; Vorstandsmitglied Harz-Lahn Erzbergbau AG.

62 Am 24. September 1954 in Bonn (vgl. AdG 1954 S. 4753). – Antwort Adenauers vom gleichen Tag in Offenbach EBD. S. 4756.

63 Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2317.

vollkommen andere Konsequenz für die Zukunft. Das würde einem Mann wie von Papen entsprechen; das ist so sein Denken, wie wir es von ihm seit jeher gewohnt sind. Das würde bedeuten ein starkes Deutschland, das de facto doch auf der Seite des Westens stünde, ohne daß formelle Bündnisabreden vorlägen. Dann hätte man ein wiedervereinigtes Deutschland und könnte so im Dunkeln und im Zwielicht arbeiten.

Ein Sozialdemokrat hat das, was Carlo Schmid gesagt hat, mir gegenüber als glatte Dummheit bezeichnet. Man muß diese angeblich schwedische Konzeption begründen, um seine sogenannte Neutralität aufrechtzuerhalten, die doch zu verstehen ist im Rahmen dieser Auseinandersetzungen mit Skandinavien und Finnland. Wir müssen sehr klar darauf ausgehen, was die Konzeption der SPD wirklich will. Das ist tatsächlich ein vollkommen waffenloses Deutschland inmitten dieser Weltblöcke. Wir müssen die SPD insofern zwingen, wie bei der Bundestagsdebatte – es tut mir leid, daß ich nicht rasch genug in der Bundestagsdebatte diese Dinge gesagt habe –, Farbe zu bekennen, damit das Volk weiß, in welch hoffnungslose Situation uns die SPD zwingen will.

Ehlers: Ich habe vor zwei Jahren ausführliche Gespräche maßgebender Leute in Schweden gehört. Es ist kein Zweifel, daß die Schweden ihre ganze Position nur so verstehen, daß in einem Augenblick, wo der Konfliktsfall da ist, damit zu rechnen ist, daß sie mit der NATO zusammenarbeiten. Es ist für uns klar, daß es keine Sonderlösungen geben soll. Das ist das Unerhörte, daß sie es beim deutschen Volke so hinstellen, als ob das möglich wäre.

Bach: Wir haben alle am 30. August etwas Schaudern darüber gehabt, was wird nun kommen? Wir haben nun heute die Pflicht, dem Herrn Bundeskanzler dafür zu danken, daß er in dieser Situation nicht die Nerven verloren hat, sondern elastisch genug war, gleich den Dingen Rechnung zu tragen und die deutschen und die europäischen Interessen so zu vertreten, wie das jetzt in London zum Ausdruck gekommen ist. Das müßte auch in einem Pressekommuniqué festgehalten werden. In den Kreisen, die keine politische Meinung haben, aber bei jeder Wahl ausschlaggebend sind, hat nach dem Ergebnis von London wieder eine viel bessere Beurteilung der Bundesregierung Platz gegriffen, als dies vor einigen Wochen noch der Fall war. Das ist ein ungeheures Plus. Wir sollten diese Dinge propagandistisch auswerten und die Unmöglichkeit der Formulierung der Sozialdemokratie herausstellen und unsere positive Auffassung gegenüberstellen.

Ist es nicht möglich, so ähnlich wie es die „Waage“[64] versucht, die Soziale Marktwirtschaft zu vertreten, irgendwie eine Institution zu schaffen, die die politischen Dinge in Zeitungen und vor allen Dingen in Illustrierte hineinbringt? Die jungen Menschen lesen die Illustrierten mehr als die Tageszeitungen. Man müßte herausstellen, was wir außenpolitisch wollen und was notwendig ist für Deutschland und Europa. Mit den Tageszeitungen ist es so, daß wir immer wieder die unangenehme Sache erleben, daß die Leute zuerst zu uns stehen, wenn sie aber fest im Sattel sitzen, meistens ihre

64 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 284 Anm. 40.

eigene Meinung vertreten. Das haben wir doch bei verschiedenen Blättern feststellen können.

In meiner Stadt habe ich eine Universitätswoche abgehalten und sie unter das Thema „Ost-West" gestellt. Ich war erstaunt, wieviele Menschen sich beteiligt haben. Die Professoren haben gesagt, sie hätten nicht mit diesem Ergebnis gerechnet. Ich glaube, die Einstellung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist nicht geboren aus der Verantwortung für Deutschland, sondern aus der Angst, daß die Staatsgewalt stärker werden könnte als irgendeine andere Gewalt. Daher kam auch der Zwischenruf eines Sozialdemokraten wegen der Soldaten. Ich nehme an, daß die Stellungnahme der Sozialdemokraten darin begründet liegt, der Bundesregierung unter allen Umständen Schwierigkeiten zu machen. Wenn Sie sich mit vernünftigen Sozialdemokraten unter vier Augen unterhalten, dann kommen Sie meist zu ganz anderen Ergebnissen, als wenn die Leute öffentlich auftreten. Hier spielt das Parteitaktische eine größere Rolle als die Gesamtverantwortung für unser Volk und für Europa. Wir müssen deswegen den Mut haben, das, was herausgearbeitet worden ist, herauszustellen und die Resonanz dafür zu schaffen, vor allem bei der Jugend. Ich halte das für durchaus möglich, trotz der Einstellung der Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Adenauer: Jeder bessere Journalist hält sich für fortschrittlich, und eine christliche Partei, die das Wort „christlich" in ihrem Namen führt, gilt nicht als fortschrittlich. Das merkt man doch immer wieder. Es gibt ganz wenige, die den Mut haben, zu sagen, ich bejahe eine christliche Politik und bin doch ein fortschrittlicher Mensch. Infolgedessen landen wir nicht bei der Presse. Wir werden als Bundesregierung nicht an die Illustrierten herangehen können; die nehmen uns gar nicht. Erwähnen muß man auch die Angst der Rückversicherer, all der Leute nämlich, die schon glaubten, die europäische Geschichte sei nun vorbei. Beizeiten gingen die Ratten vom Schiff, und nach London kamen sie wieder zurück! (*Heiterkeit. – Zuruf:* Ratten kommen immer wieder hoch! – *Ehlers:* Einige sind auch versoffen!) Hoffentlich!

Die allgemeine Bevölkerung hat das Ergebnis von London als einen großen Erfolg für Deutschland betrachtet. Das habe ich den Leuten auf der Straße angesehen. Ich bin von vielen Arbeitern begrüßt worden, wie ich seit langem nicht begrüßt worden bin von fremden Menschen. Als ich Herrn Dulles in Wahn[65] abgeholt habe und nach Bonn gefahren bin, da ist Herr Dulles von den Arbeitern in einer Weise begrüßt worden, die fabelhaft war. Die Leute kamen aus den Läden, von den Baustellen usw. und haben ihn sehr warm begrüßt. Also, das ist schon alles da, nur diese Presse, die ist zu vornehm, zu fein, zu gebildet und zu fortschrittlich, um dem Ausdruck zu geben.

Wie wir das machen können? Die Bundesregierung kann es nicht; der kauft keiner etwas ab. Aber es ist sehr gut, wenn Damen und Herren aus unserer Mitte im Rundfunk sprechen und wenn sie Artikel schreiben, die mit ihrem Namen versehen sind. Die Artikel, die mit den Namen bekannter Mitglieder der Partei versehen sind, werden

65 Köln-Bonner Flughafen.

doch von den Zeitungen genommen, sogar von der „Frankfurter Allgemeinen", Herr von Brentano, Sie haben doch da mal geschrieben!

Wir müssen innerhalb der Partei etwas lebendiger werden in der Vertretung des Erreichten. Es gehört doch kein Mut dazu. Man sollte stolz auf das sein, was wir erreicht haben. CDU und CSU sind diejenigen Parteien, die in den letzten Jahren die ganze Politik geführt haben, und zwar mit Erfolgen, an die kein Mensch geglaubt hat.

Ich will auch das Meinige tun. Ich werde alle vier, fünf Wochen in einer Versammlung reden, nicht in einer Parteiversammlung, sondern in einer allgemeinen Versammlung. Ich habe in Offenbach gesprochen, ehe ich nach London abgereist bin.[66] Dort waren 8.000 Menschen in einer Fabrik zusammengekommen. Trotz EVG war die Stimmung in dieser Versammlung ganz hervorragend. Es war zwar eine kleine Gruppe von Sozialisten, Kommunisten und FDJlern dabei, aber da war nichts zu machen. (*Weber:* Die haben laut gerufen, seien Sie still!) Das haben sie dem armen Raymond[67] gesagt!

Wir werden also Rednermaterial zusammenstellen und dafür sorgen müssen, daß geredet wird. Diese Chance muß wahrgenommen werden bei den Wahlen in Hessen, in Bayern und in Berlin. Hessen ist wichtig wegen des Bundesrates. Wenn es uns gelingt, die Sozialdemokraten in Hessen zu schlagen, dann wirkt das sofort auf Berlin ein.

Herr Heck! Diese Politik der letzten Wochen muß jetzt wirklich ausgenützt werden!

Meine Damen und Herren! Sie können sich den Umschwung in den letzten Wochen nicht groß genug vorstellen. Ich sagte am Tage nach der Konferenz, des Sonntags, zu Mendès-France, heute vor sechs Wochen saßen wir in Brüssel zusammen[68]: Ist es hier nicht viel schöner? Er erwiderte: Ich finde es auch hier schöner!

Weber: Eine kleine Bemerkung! Ich kenne den Herrn von Papen aus der Vergangenheit. Er ist ein ausgekochter Verräter; (*Zuruf:* Den kennen wir alle!) er ist ein Schuft. Wir sollten ihm nicht die Ehre antun, ihn in die Debatte mit hineinzunehmen. (*Zuruf:* Wir wollen gegen die Sozialdemokraten angehen!) Das ist etwas anderes, aber nicht gegen von Papen. Das ist ein Verräter.

Gradl: Nachdem von so prominenten Herren die Schale des Zorns über die Journalisten gegossen worden ist, ist es nicht leicht, etwas dagegen zu sagen. Ich habe mich bei dieser Diskussion nicht wohlgefühlt. Es hat mir nicht gefallen, daß der Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union Überlegungen darüber anstellt, ob er die freie Meinungsäußerung in deutschen Zeitungen so auf dem Wege

66 Kundgebung der Hessischen Gewerblichen Wirtschaft am 24. September 1954 bei Stahlbau Lavis (TERMINKALENDER; AdG 1954 S. 4756).

67 In der Vorlage: Remond. – Dr. Walter Raymond (1886–1972), 1930–1959 Vorstandsmitglied Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, 1949–1953 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

68 Vom 19. bis 22. August 1954 (AdG 1954 S. 4690–4694); Teilnehmer waren die sechs Signatarstaaten des EVG-Vertrags.

über das Anzeigen-Geschäft beeinflussen will. Ich bin der Meinung, wir sollten das lassen. Mir gefällt auch vieles nicht, was in den deutschen Zeitungen zu lesen ist. Aber wir machen es uns zu leicht, wenn wir die Schuld dabei nur bei der „bösen" Presse suchen.

Wenn Sie nach der Londoner Konferenz die großen deutschen Zeitungen sorgfältig gelesen haben, werden Sie mir zugeben müssen, daß kaum eine – wenn man von den sozialdemokratischen Zeitungen absieht – dabeigewesen ist, die sich nicht über den Erfolg der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers nach dem EVG-Schock von der Londoner Konferenz sehr positiv ausgesprochen hat. Die positive Wertung des Ergebnisses der Londoner Konferenz hat in allen ernsten Zeitungen ihren Eingang gefunden. (*Zuruf:* Das ist doch selbstverständlich!) Da kann man nicht sagen, daß die großen deutschen Zeitungen nicht genügend Verständnis für die Arbeit der Bundesregierung aufbringen. Ich meine, daß wir uns die Auseinandersetzung mit dieser Presse, die uns nicht gefällt, etwas schwerer machen müssen.

Sie haben, Herr Bundeskanzler – nicht in Ihrem Referat, sondern danach –, diesen Satz gesagt: Man soll jetzt nicht darüber reden, wie die Wiedervereinigung herbeigeführt wird, wenn die Londoner Regelung vollzogen ist ... So ungefähr!

Adenauer: Das habe ich nicht gesagt, sondern – wie es auch der Kollege Kaiser wiedergegeben hat – folgendes: Kein Mensch kann jetzt auch nur mit annähernder Sicherheit sagen, unter welchen Umständen und Verhältnissen die Wiedervereinigung kommen wird. Deswegen ist es müßig ... So war es doch!

Gradl: Wir meinen genau dasselbe. Ich habe es nur gekürzt ausgedrückt. Da ist eine wesentliche Schwierigkeit, in der wir uns befinden und in der wir gegenüber der Presse sind, die uns nicht gefällt. Sie werden genauso wie wir gesehen haben, daß in den letzten Monaten zunehmend die gegnerischen Parteien den Versuch gemacht haben, die Christlich-Demokratische Union in den Verdacht und in den Verruf zu bringen, als ob wir es mit der Aufgabe der Wiedervereinigung nicht ernst genug nähmen. Das ist das systematische Spiel der Sozialdemokraten. Das ist aber auch draußen im Lande die ganz klare Haltung unserer sogenannten Koalitionsfreunde. Sowohl bei den Freien Demokraten wie beim BHE wie bei der Deutschen Partei wird zwar, wenn es im Bundestag ans Reden geht, die Linie der Bundesregierung einigermaßen vertreten, aber draußen im Lande und auch bei uns in Berlin wird ganz anders gesprochen. Draußen im Lande stellen sie sich als diejenigen hin, die die gesamtdeutsche Korrektur an der Politik der CDU und der Bundesregierung vornehmen.

Deswegen müssen wir uns mit diesen Meinungen auseinandersetzen. Diese Meinungen finden dann in der Presse ihren Ausdruck. Was uns bisher nicht genug gelungen ist, ist, das der Bevölkerung, vor allem den nachdenkenden Intellektuellen, in der Presse klarzumachen, wie wir uns auf dem Wege unsere Politik, das Erreichen des Zieles der Wiedervereinigung, einigermaßen konkret vorstellen. Ich stimme Ihnen, Herr Bundeskanzler, völlig zu, man kann in dieser Situation, in der wir uns befinden, nicht gut von verantwortlicher Seite sich in einzelnen Überlegungen darüber ergehen,

was man tun kann, wenn man dieses Ziel der Verwirklichung des Ergebnisses der Londoner Konferenz erreicht hat. Das konnte man auch nicht, solange man nicht die EVG hatte und glaubte, daß sie verwirklicht werden würde.

Aber hier ist im allgemeinen Denken ein Vakuum hinsichtlich der Beurteilung unserer gesamtdeutschen Haltung. Ich habe einmal versucht zu überlegen, auf welchem Weg man aus dieser Situation herauskommt. Wenn ich Ihnen das jetzt sage, dann klingt das so etwas wie eine Plattheit. Das wird aber ganz anders, wenn Sie sich vorstellen, daß solche Ausführungen regelmäßig und betont in den Erklärungen der Bundesregierung und insbesondere des ersten Mannes der deutschen Politik, des Bundeskanzlers, wiederkehren. Dann bekommen sie mit einem Male ein ganz anderes Gewicht, auch wenn sie – aus dem Munde eines einfachen Mannes gesprochen – Plattheiten sind.

Wir müssen mehr als bisher deutlich machen, daß alles, was jetzt geschieht unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung, für uns irgendwie nur Zwischenstadium ist. Ich sage das jetzt in diesem geschlossenen Raum. Ich weiß, wie heikel das ist, gerade im Hinblick auf die Partner draußen. Aber auf der anderen Seite glaube ich, daß es wirklich notwendig ist, darüber nachzudenken, wie wir das unserem Volk als unsere Überzeugung sagen können, ohne draußen zu verletzen. Wir müssen deutlich machen, daß das, was jetzt geschieht, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung, für uns eine Zwischenetappe und ein Zwischenziel ist. (*Weber:* Auch die Londoner Konferenz?) Auch die Londoner Konferenz. Wenn wir darüber nicht einer sachlichen Meinung sind, müssen wir uns hier darüber auseinandersetzen.

Das zweite, was notwendig ist und deutlich gesagt werden muß – der Herr Bundeskanzler hat es erfreulicherweise seit einem Jahr gelegentlich anklingen lassen –, das ist, daß auch wir der Überzeugung sind, daß auf diesem Weg, den wir gehen, einmal eine Lösung gefunden werden muß, die in einer Verständigung zwischen West und Ost besteht. Ich weiß, daß das draußen auch leicht mißdeutet werden kann. Aber wenn einer von Deutschland aus das sagen kann, ohne in den Verdacht zu kommen, mit Rapallo[69] oder Tauroggen[70] zu liebäugeln, dann ist es gerade der Herr Bundeskanzler. Man könnte mehr dazu sagen, aber vielleicht sollte man sich in einem kleinen Kreis über diese Dinge in Ruhe und Ernsthaftigkeit unterhalten. Es gehört zu dem, was unserem Freund Heck aufgegeben ist, wenn wir den Wahlkampf bestehen wollen, wobei Ihnen und mir die Wahlkämpfe nicht das Entscheidende sind, entscheidend ist das große Ziel. Wenn wir in der Auseinandersetzung der Wahlkämpfe bestehen wollen, dann müssen wir unsere Energie und unsere Intelligenz anstrengen, um die richtigen Formeln zu finden, die außenpolitisch tragbar sind, die uns aber innenpolitisch von

69 Vertrag von 1922 über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion.

70 Konvention vom 30. Dezember 1812 zwischen dem preußischen General Hans Graf Yorck von Wartenburg und dem Zaren, leitete die Befreiungskriege gegen Napoleon ein.

dem Verdacht und dem Vorwurf freimachen, daß wir es nicht ernsthaft genug mit der Wiedervereinigung meinten.

Noch deutlicher: Wenn wir gefragt worden sind, wie denkt ihr euch eigentlich die Wiedervereinigung, dann ist das, was aus unserem Munde gekommen ist, in der Öffentlichkeit immer so aufgenommen worden: Wenn wir erst die EVG oder jetzt das Londoner Kommuniqué haben, dann werden wir schon sehen! Das genügt nicht, sondern wir müssen konkreter werden. Wir haben ein gutes Gewissen in unserer Politik für Gesamtdeutschland. Es muß uns möglich sein, die widerstrebende Öffentlichkeit dazu zu bringen, daß sie einsieht, daß es uns nicht nur ebenso ernst ist wie den anderen, sondern daß wir sogar die weitaus größeren Erfolgschancen für diese Wiedervereinigungspolitik zu bieten vermögen, als es die anderen können.

Adenauer: Herr Dr. Gradl, ich darf Ihnen mit einigen Sätzen antworten. In Offenbach, einige Tage vor Beginn der Londoner Konferenz, habe ich in einer Versammlung erklärt: Ich lasse mir jetzt diese Unverschämtheiten des Herrn Ollenhauer nicht mehr gefallen. Ich bin genausogut für die Wiedervereinigung wie auch Herr Ollenhauer. Ich habe genausogut ein Gefühl der Verantwortung und ein Herz dafür. Wissen Sie, was der Erfolg war? Ein tosender Beifall!

Ich bitte Sie doch alle hier in diesem Kreis, nicht mehr davon zu sprechen, als wenn wir es noch nötig hätten, da den Nachweis durch Worte zu erbringen. Sie haben gesagt, es würde banal oder wie eine Plattheit klingen, wenn alle es sagten; ich müsse etwas Derartiges erklären zur Verständigung zwischen Ost und West. Alles doch zu seiner Zeit, Herr Gradl! Wenn ich jetzt, ehe in Frankreich ratifiziert worden ist, auf einmal anfinge zu reden von der Verständigung zwischen Ost und West, was glauben Sie wohl, was das für eine Wirkung haben würde? Der Herr Daladier hat gestern gesprochen und dabei – trotzdem er Mendès-France das Vertrauen nicht versagen würde – gewarnt vor der Wiederbewaffnung Deutschlands, und zwar beseelt von der Furcht, daß wir zusammen mit Sowjetrußland nachher über die anderen herfielen.

Lassen wir doch einmal ruhig sein und warten, bis wir die Londoner Saat in die Scheuer gefahren haben und einen Botschafter nach Moskau schicken. Das ist doch dann das eklatanteste Beispiel, daß wir versuchen wollen, mit Sowjetrußland wieder in normale Beziehungen zu kommen.

Dann ein Weiteres! Ich muß es absolut ablehnen, wenn Sie sagen, was wir jetzt machen, sei ein Zwischenstadium. Das muß ich absolut ablehnen! (*Gradl:* Ich habe gesagt, unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung!)

Wir wollen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, und zwar sämtlicher Deutscher. Dazu ist aber doch nötig, daß wir unsere Freiheit auch sichern und schützen. Erst dann können wir wiedervereinigt werden in Frieden und Freiheit. Wenn wir diese Politik jetzt nicht treiben, dann ist unsere Freiheit verloren. Deswegen sage ich, wir haben zwei Ziele in unserer Politik, das eine Ziel, den 49 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Frieden und Freiheit zu sichern. Verzeihen Sie, Herr Gradl, wenn ich das hier so geradeheraus sage, auch den Leuten gegenüber haben wir eine Verpflichtung. (*Gradl:* Das habe ich nie bestritten!) Die anderen sind eklig

dran. Wir sind in die Gefahr hineingekommen. Jetzt wollen wir uns sichern, und dann kommt das andere. Ich möchte nicht sagen, das ist ein Zwischenstadium. Wir haben nicht ein Ziel, wir haben zwei Ziele, die aber zusammenlaufen in dem Bestreben, ein wiedervereinigtes Deutschland in Frieden und Freiheit zu schaffen.

Noch etwas! Da möchte ich nicht in falschen Geruch kommen. Sie haben Ihr Bedauern als Journalist ausgedrückt, daß man die freie Meinungsäußerung beeinflussen wolle. Was habe ich denn gesagt? Ich habe gesagt: Warum gibt die Wirtschaft so viele Annoncen? Ich möchte zunächst die Frage stellen: Ist die Wirtschaft denn verpflichtet, Annoncen aufzugeben? Ich wüßte nicht, inwiefern man verpflichtet ist, die „Frankfurter Allgemeine" zu abonnieren. Ich bestelle sie ab! Ich bin doch nicht verpflichtet! Und wenn das tausend oder zehntausend Leute tun, die sagen, ich bin mit der Politik, die die Zeitung vertritt, nicht einverstanden, deswegen bestelle ich sie ab, so ist das doch ihr gutes Recht. Das ist doch keine Beeinflussung der freien Meinung! Das ist mein gutes Recht, daß ich eine Zeitung abonniere, die mir paßt, und wenn sie mir nicht paßt, dann bestelle ich sie ab.

Genauso ist es mit den Annoncen. Ich würde als Geschäftsmann – lassen Sie mich ein eklatantes Beispiel nehmen – nicht in einer kommunistischen Zeitung Annoncen aufgeben. Halten Sie es für richtig, daß die Wirtschaft im „Neuen Vorwärts" Annoncen aufgibt? Wenn die Wirtschaft glaubt, daß die Politik, die wir verfolgen, geeignet ist zur wirtschaftlichen Kräftigung Deutschlands, nicht speziell, um ihre Taschen zu füllen, sondern zur wirtschaftlichen Kräftigung Deutschlands – die ihr natürlich auch zugute kommt –, dann sollte sie sich wirklich überlegen, ob sie Tausende von Mark für Annoncen in Blättern aufgibt, die nichts anderes tun, als täglich das hinunterzureißen, was die Bundesregierung tut.

Lesen Sie mal die Artikel von Herrn Sethe[71] durch. Das ist ungeheuerlich! Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht. Herr von Brentano hat es gerade wieder gelesen. Das ist einfach nicht zu ertragen. Das schlimme dabei ist, daß die „Frankfurter Allgemeine" im ganzen Ausland gelesen wird. Sie wird nicht nur als Regierungsblatt, sondern auch als Blatt maßgeblicher wirtschaftlicher und politischer Kreise angesehen. Also, von einer Beeinflussung der freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein, aber ich muß doch meinem Mißfallen über die Feststellung einer Zeitung sehr deutlich Ausdruck geben können.

Tillmanns: Ich bin mit Herrn Gradl der Meinung, daß in der Öffentlichkeit nicht nur die SPD uns gegenüber mit dem Argument auftritt, wir nähmen die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ernst, sondern das tun alle anderen Parteien. Das tut die FDP in einem geradezu erschreckenden Maße. Ein maßgebender Redner der FDP in Berlin hat in der letzten Woche in einer öffentlichen Versammlung erklärt, Herr Dr.

71 Dr. Paul Sethe (1901–1967), 1934–1943 Redakteur bei der „Frankfurter Zeitung", 1949–1955 Mitherausgeber der FAZ, 1955–1960, 1962–1963 Redakteur bei der „Welt", 1960–1962 bei der „Zeit". – Moniert wurde u.a. der Leitartikel „Was deutsche Soldaten bedeuten" vom 11. Oktober 1954.

Adenauer sei nichts anderes als ein franzosenfreundlicher alter Katholik. In einem Wahlblatt der FDP in Schleswig-Holstein steht wörtlich:

„Die Freien Demokraten folgen dem Bundeskanzler nicht, wenn er vor der deutschen Wiedervereinigung in jedem Falle erst den Zusammenschluß des westlichen Europas setzen will. Nie wieder darf eine Partei eine derartige Fülle an Macht erhalten wie die CDU. Ihr wißt, daß sie diese Macht in erschreckendem Maße zu mißbrauchen versucht. Nur die Partei Thomas Dehlers ist in der Lage, eine Alleinherrschaft der CDU zu verhindern. Wer die Freiheit liebt, vertraut auf Thomas Dehler!"

Herr Bundeskanzler! Ihre Erklärungen in Offenbach waren außerordentlich begrüßenswert. Sie haben zur Klärung der politischen Situation einen wesentlichen Beitrag geleistet; aber es bleibt für uns darüber hinaus die Aufgabe, der Öffentlichkeit noch deutlicher zu machen als bisher, was unser Weg ist zur Wiedervereinigung Deutschlands, im Gegensatz zum Weg der Opposition. Die SPD mißachtet vollständig in der Frage der Wiedervereinigung, daß wir nach wie vor dem ungebrochenen Willen der Sowjetunion gegenüberstehen, die die Wiedervereinigung nur so will, daß das ganze wiedervereinigte Deutschland in ihr System einbezogen wird. Ich bedaure, daß das bei unseren Rednern im Bundestag viel zu wenig hervorgehoben worden ist. (*Kiesinger:* Ich habe es sehr stark getan!) Jawohl, Sie haben es getan!

Es gibt eine ganze Reihe von Belegstellen aus der jüngsten Zeit von Äußerungen maßgebender Leute der sowjetischen Seite, aus der das zu folgern ist. Sie formulieren das zwar für unsere Sozialisten sehr verlockend, indem sie sagen, wir wollen das kapitalistische System in ganz Deutschland beseitigen, an Stelle dessen soll unser System der friedliebenden demokratischen Ordnung kommen. Wer sowjetische Diktion kennt, der weiß, daß sie damit die Aufrechterhaltung ihres Systems meinen.

Solange wir diesem Willen gegenüberstehen, gibt es keinen anderen Weg für unsere Politik als den, den wir gehen, daß nämlich zunächst die Gemeinsamkeit der westlichen Welt hergestellt wird. Das ist das einzige Mittel, d.h., nur diese Politik der Ordnung und Kräftigung der westlichen Welt in Verbindung mit den freien Mächten der Welt kann überhaupt erst die Verhandlungsbasis herbeiführen.

Auf der anderen Seite möchte ich wiederholen, was Herr Gradl gesagt hat. Wenn wir von der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit sprechen, heißt das, daß sich die Großmächte darüber verständigen. Es ist aber, so wie die Dinge liegen, nahezu ausgeschlossen, daß die Sowjetunion jedenfalls einer Wiedervereinigung Deutschlands zustimmt, bei der die NATO-Truppen mindestens bis an die Oder kommen. Wer an einer solchen Konzeption festhält, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit überhaupt will. Auf der anderen Seite ist es vollständig ausgeschlossen, das zu tun, was die SPD in der letzten Bundestagsdebatte erklärt hat, daß das wiedervereinigte Deutschland bündnislos, also letzten Endes schutzlos sein soll. Das ganze Problem der Wiedervereinigung besteht darin, daß auf der einen Seite der Schutz und die Sicherheit des wiedervereinigten Deutschlands gewährleistet sein müssen. Das geht aber nur in Verbindung mit der westlichen Welt. Auf der anderen Seite muß der internationale Status so festgelegt

werden, daß er auch den Sowjets die Möglichkeit gibt, ja zu sagen. Das ist an sich ein völliger Widerspruch, aber wenn es nicht gelingt, diese Dinge zu lösen, dann gibt es keine Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Weg.

Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler zu, wenn er gesagt hat: Wie ein solcher Abschluß, der diese beiden Elemente in sich hat, ausgehen wird, weiß heute kein Mensch; denn das hängt von der weltpolitischen Lage ab. Deswegen bin ich völlig der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, daß es voreilig oder rein theoretischer Natur ist, heute schon über Formulierungen eines solchen Status zu sprechen. Das ist der große Fehler der SPD. Es ist unsere Aufgabe zu zeigen, daß auch wir mit dazu beitragen wollen, einen solchen Status zu erreichen, aufgrund dessen eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit möglich ist. Es ist außerordentlich schwer, diese ganze Auseinandersetzung mit der SPD zu führen. Ich kann keinen Vorschlag machen, wie man es anders machen soll, aber es scheint mir die Aufgabe zu sein, um die wir uns bemühen sollen. Die SPD kommt mir mit ihrer Bündnislosigkeit wie ein Geschäftsmann vor, der schon, bevor er mit seinem Partner über einen Preis verhandelt, einen Preisnachlaß veröffentlicht.

Wir können die Öffentlichkeit für unsere Politik nur dadurch gewinnen, daß wir ihr zeigen: Das ist unsere Lage – ich verstehe Ihre Bedenken –, ohne von einer Verständigung zwischen West und Ost zu sprechen. Aber Sie können sprechen vom Weltfrieden. Das ist auch unser Ziel. Das nimmt Ihnen jeder ab. Und Weltfrieden heißt nichts anderes als eine Verständigung zwischen Ost und West.

Adenauer: Eine Verständigung zwischen Ost und West natürlich jederzeit! Ich habe mich nur dagegen gewendet, im Augenblick von einer Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu sprechen. Ich habe Herrn Mendès-France in Brüssel gesagt: Wenn Sie sich mit Sowjetrußland verständigen wollen gegen uns, dann garantiere ich Ihnen, daß wir 24 Stunden vor Ihnen in Moskau sind und daß wir von den Russen alles das bekommen werden, was wir wollen. Und das ist auch richtig. Das fürchten auch die Franzosen. Jetzt, in dem Augenblick, von einer Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu sprechen, ehe alles fertig ist, wäre heller Wahnsinn. Das darf man nicht tun. Damit schaden wir uns selbst.

Ehlers: Ich glaube, Herr Gradl hat nicht gesagt, Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland, sondern Verständigung zwischen West und Ost. Das ist eine solche Binsenwahrheit, Herr Gradl, daß es ohne eine solche Verständigung weder eine Wiedervereinigung noch einen Frieden geben kann, daß man in diesem Kreise keine Worte mehr darüber zu verlieren braucht.

Gradl: Ich habe sogar gesagt, wir müssen diese Verständigung zwischen Ost und West mehr zu präzisieren versuchen. (*Weber:* Schlagen Sie vor!) Dazu kann man vieles sagen, aber es nutzt ja nichts, wenn man einen halben Satz in die Debatte wirft. Wir müssen eine Sprache finden, die wir alle vertreten können. Auf alle Fälle müßte darin stehen, daß wir eine Verständigung zwischen Ost und West für notwendig halten, wobei wir von vornherein wissen, daß wir selber mit unserer eigenen Position einen Beitrag leisten müssen.

Adenauer: Jetzt wird es aber unangenehm! Sie sagen, daß wir mit unserer eigenen Position einen Beitrag leisten müssen! Das mag vielleicht mal möglich werden, aber das jetzt zu sagen, Herr Gradl!

Ehlers: Ich hatte mir gestattet, in der Bundestagsdebatte darauf hinzuweisen, daß ich vorher gesagt hätte, eine solche Vereinbarung müsse sich für die Russen lohnen. Die SPD sagte, das kann nicht die Meinung des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung sein. Selbstverständlich muß es sich für die Russen lohnen. Das soll man ruhig aussprechen. Es muß sich auch für uns lohnen und für den Westen, sonst schließen wir keine Vereinbarung.

Ich glaube, daß Sie einem Kurzschluß unterlegen sind, Herr Gradl, wenn Sie sofort in dem Augenblick, wo man sagt, es ist unerträglich, wenn bestimmte Zeitungen und Journalisten auf politische Ereignisse in einer solchen Weise reagieren, von vornherein sagen, das beinhalte, daß man die freie Meinungsäußerung auf dem Weg über das Anzeigen-Geschäft beschränken wolle. Ich bin im vergangenen Jahr in einer Besprechung der Geldgeber der „Frankfurter Allgemeinen" dabeigewesen, wo man sich unterhalten hat, ob die DM 40.000,–, die dieses Unternehmen im Monat kostete, sich rentierten. Ich bin damals für die freie Meinungsäußerung von Herrn Sethe eingetreten. Aber ich muß auf der anderen Seite die Frage stellen: Ist es gerechtfertigt, Gelder für unmittelbare Subventionen oder für in dieser Zeitung gar nicht gerechtfertigte Anzeigen von Industrie, Wirtschaft, Banken und ihren Nachfolgern hineinzustecken, wenn ich sehe, daß hier eine Politik getrieben wird, die die freie Meinungsäußerung so weit treibt, daß sie das Geschäft der Gegenseite mit fördert? So schreibt Herr Sethe: „Ein altes Soldatenvolk muß es fertigbringen, der Möglichkeit ins Auge zu blicken, daß seine Söhne in Cherbourg kämpfen, während das eigene Land besetzt wird."[72] Wie soll das wirken auf die Jugend und die Mütter? (*Arnold:* Diese Wirkung haben Sie heute schon sehr sichtbar in der ganzen Jugendbewegung!)

Wenn hier steht, daß die westdeutsche Aufrüstung, die deutsche soldatische Tüchtigkeit im Zusammenhang mit der amerikanischen Wehrmacht in den Augen der Russen erst das Bedrohliche erhalte, wenn weiter hier steht, daß die Verständigung der Besatzungsmächte sich auf der Grundlage des Status quo vollziehe, d.h. auf der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands, dann ist das doch ein solch raffiniertes Verfahren, um alles das, was die Sozialdemokratie ausgesprochen hat, in noch raffinierterer Form in bestimmte Teile des deutschen Bürgertums und der deutschen Intelligenz hineinzupumpen und ihnen zu sagen, jetzt führt die Aufrüstung dazu, daß die Wiedervereinigung nicht kommt und daß die Russen sich bedroht fühlen und daß im Augenblick, wo der Konflikt kommt, Deutschland besetzt ist und die deutschen Soldaten in England, Frankreich und Spanien kämpfen. Das ist genau das, was Ollenhauer gesagt hat. Und da ist die freie Meinungsäußerung am Ende! Er

72 „Ein altes soldatisches Volk wie das deutsche muß es fertigbringen, der Möglichkeit ins Auge zu blicken, daß seine Söhne vielleicht in Cherbourg und Boulogne kämpfen, während das eigene Land zum großen Teil besetzt wird." (FAZ vom 11. Oktober 1954.)

mag im „Neuen Deutschland" und im „Neuen Vorwärts" schreiben, vielleicht mag es auch in einem Kommentar von Dr. Silex[73] stehen, aber nicht in einem Blatt, das den Eindruck erweckt, als ob es die Politik der Bundesregierung repräsentiere. Das gilt noch stärker für die „Deutsche Zeitung" in Stuttgart, die geradezu destruktiven Charakter hat.

Das hat nichts mit Meinungsäußerung zu tun, sondern mit der Frage, ob es gelingen wird, eine Presse aufzubauen, die eine Weltbedeutung hat und bei der wir sicher sind, daß Journalisten in freier Meinungsäußerung das, was die Bundesregierung will, objektiv darstellen und positiv erläutern. Weder die „Rundschau" noch die „Westfalenpost" noch „Der Tag" sind es heute, das wissen wir. Hiermit ist diese Frage nicht zu lösen.

Gurk: Es darf nicht gespielt werden mit dem Leben von 49 Millionen Menschen für die Wiedervereinigung. Dieses Wort des Herrn Bundeskanzlers muß mit aller Entschiedenheit unterstrichen werden. Dieser Knochenerweichungsprozeß muß unbedingt unterbunden werden. Sie geht progressiv von der „Frankfurter Allgemeinen" über die Sozialdemokratische Partei bis zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Das geht bis in die weitesten Schichten unseres Volkes. So hat z.B. der württembergisch-badische Arbeitsminister[74] dieser Tage laut verkündet: 900 Millionen DM für die Rentner fallen weg für den Verteidigungsbeitrag.

Die Knochenerweichung muß wirksam bekämpft werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die „Frankfurter Allgemeine" nicht mehr tragbar ist. Das muß deutlich gesagt werden. Sie ist kein Organ unserer Politik. Herr Ministerpräsident Arnold hat eben in einem Zuruf gesagt: In der Jugend sind schon Einbrüche da. – Ich bitte Sie, das festzuhalten und die Gefahr nicht leichtzunehmen, die z.Z. im deutschen Volke besteht.

Adenauer: Ich bin Herrn Gurk dankbar für diese ernsten Worte. Wenn nicht die Engländer und die Amerikaner dadurch eingegriffen hätten, daß die Londoner Konferenz plötzlich gekommen ist, und wenn sie nicht darauf gedrungen hätten, auch gegenüber Mendès-France, daß bis zum Ende dieses Jahres in Frankreich die Sache fertig sein muß, dann wäre dieser Prozeß der Knochenerweichung unaufhaltsam weitergegangen.

Wie es gekommen ist, kann ich nicht beurteilen. Die Sowjets haben – man muß die Dinge geradeheraus sagen – bei den Sozialdemokraten, beim Deutschen Gewerkschaftsbund und bei einer Reihe von Intellektuellen einen ganz großen Erfolg in der letzten Zeit erzielt. Ich verweise namentlich auf die Intellektuellen. In Frankreich ist genau dasselbe Spiel. In Frankreich neigen intellektuelle Kreise zum Kommunismus. In Amerika war es dasselbe; ebenso in England, überall die sogenannten

73 Dr. Karl Silex (1896–1982), Begründer der Wochenzeitung „Deutsche Kommentare" (1949) und Vierteljahreshefte „Bücher – Kommentare" (1952). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 188 Anm. 43.

74 Erwin Hohlwegler (1900–1970), SPD, 1952–1960 Arbeitsminister von Baden-Württemberg, 1960–1964 MdL.

Intellektuellen. Ich sage in diesem Falle die sogenannten Intellektuellen; denn nach meiner Meinung sind es snobistische Rindviecher, die meinen, der Kommunismus sei etwas Fortschrittliches und etwas Neues, und da müßten sie mit dabeisein. Gehängt werden sie genauso wie die anderen, aber sie verdienen es, während wir es nicht so sehr verdienen. *(Heiterkeit.)* Wir müssen mit ganzer Kraft gegen diese fortschreitende Verseuchung vorgehen.

Cillien: Herr Bundeskanzler, Sie stellen in Aussicht, daß Sie alle fünf oder sechs Wochen in einer öffentlichen Versammlung sprechen wollen. Das ist zu begrüßen, aber das wird Sie allerhand Zeit kosten. Ferner wird die Publikation wieder von dem Entgegenkommen der Presse abhängen. Es ist also immer nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis, der erfaßt wird.

Ich darf deshalb noch einmal wiederholen und bitten, daß Sie sich doch die Zeit dazu nehmen möchten, in verhältnismäßig kurzen Abständen über den Rundfunk zum deutschen Volk zu sprechen. Ich glaube, das ist ein sehr viel besserer Weg und auch nicht so kostspielig für Sie, was die Zeit angeht, und Sie erreichen viel mehr Menschen.

Lassen wir es deutlich sagen: Sie sind kein glänzender Redner, aber Sie wissen immer das Ohr der Leute zu finden. (*Adenauer:* Was ist das Ziel eines Redners?) Sie sind kein brillanter Redner. Es gibt Leute, die besser reden können, aber Sie haben sofort die Hörer gepackt. Ich weiß nicht, ob das im Rundfunk möglich ist. Man merkt, ob Sie vorlesen oder frei sprechen.

Adenauer: Ich habe das vor. Nur ist eine Vorbedingung, die schwer zu erfüllen ist: Wenn man wirklich ganz frei sprechen soll – ich meine nicht ablesen, sondern überhaupt frei sprechen –, dann gehört eine gewisse innere Ruhe dazu – es brauchen nur zehn Minuten zu sein –, die dann zum Ausdruck kommt und die Leute packt. Diese innere Ruhe ist mir selten vergönnt. Bitte sehen Sie meinen Tagesplan an, es ist eine Tortur. Aber ich will das tun. Ich will das eine tun und das andere. Die Reden draußen braucht man auch manchmal, um sich selbst bestätigt zu sehen.

Kaiser: Ich beneide den Herrn Bundeskanzler um seine Redekunst und Redefähigkeit. Er hat eine klare Ausdrucksweise, und man versteht alles sofort. Er hat die Fähigkeit, alles auf eine einfache Formel zu bringen. (*Weber:* Daß der Mann auf der Straße ihn versteht!) Ich habe ihn hundertmal gehört, auch am Rundfunk, ich bin voller Respekt, und ich kann sagen, im Rundfunk kommen seine Reden gut an. Man kann nur wünschen, daß er öfter das Wort ergreift.

Nun bin ich erschrocken über die scharfen Worte für die snobistischen Presseleute, (*Adenauer:* Für die intellektuellen Leute!) die der Herr Bundeskanzler und Herr Ehlers gebraucht haben. Das ist von gleichem Gewicht. Die „Frankfurter Allgemeine" ist eine Zeitung von Rang und Bedeutung nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus. Das müssen wir als Christlich-Demokratische Union mitbeachten. Das gilt auch für die „Deutsche Zeitung" in Stuttgart. Diese beiden Zeitungen hatten eine durchaus positive Beurteilung der Verhandlungen und der Ergebnisse von London. Es ist nicht so, wie es der Sethe heute getan haben soll. Auch Sethe hat mit allem Respekt von

dem, was der Bundeskanzler in London getan hat, gesprochen. (*Ehlers:* Er macht es wieder kaputt!) Deswegen möchte ich wünschen, daß man nicht mit den Mitteln, die aufgezeigt worden sind, gegen die „Frankfurter Allgemeine" vorgeht. Ich weiß, daß sich ein Freiwilliger gemeldet hatte, es war Anton Storch, der zu Haffner nach Stuttgart gefahren ist und mit ihm gesprochen hat. Und die gegenteilige Wirkung ist eingetreten! Das ist in Frankfurt bekanntgeworden. Wahrscheinlich hat Haffner selber mit den Leuten gesprochen und gesagt, das wäre noch schöner, daß uns der Brotkorb höher gehängt werden soll.

Es war mir interessant, daß die „Frankfurter Allgemeine" noch Förderungsmittel notwendig hat. Ich habe gemeint, sie trage sich selbst. (*Ehlers:* Vor einem Jahr noch nicht!) Ich möchte wünschen, daß Sie in guten Kontakt kommen.

Ein sehr ernstes Kapitel ist die Haltung der Christlich-Demokratischen Union gegenüber der anderen großen Partei in Deutschland, der SPD. Ich sage das deswegen, weil hierüber einige Worte gefallen sind. Es war Herr Ehlers, der gesagt hat, der Kanzler ist mehrere Male ans Rednerpult gegangen, um die Sozialdemokraten mit Mann und Roß und Wagen niederzukartätschen. (*Ehlers:* Ich habe mir gestattet zu sagen: Verfolgung bis zum letzten Haufen von Mann und Roß. Das ist auch geschehen!)

Ich bin besorgt, daß das nicht richtig ist. Wenn man die Sozialdemokratische Partei, die immerhin einen beträchtlichen Teil des deutschen Volkes hinter sich hat, am Boden zerstören will, wenn man sie nicht an die Verantwortung heranbringt, dann drängen wir zugleich weite Kreise der Arbeiterschaft, die der Sozialdemokratie nun einmal vertrauen, vom Staat weg in eine radikale Haltung.

Das ist eine Sache, die mir Sorge macht mit dem Blick auf die Gewerkschaften. Wenn das nicht eine Erleichterung erfährt, dann denke ich an das, was Sie, als Sie zum ersten Mal von London zurückgekommen sind, gesagt haben: Dieses Verhältnis zwischen Eden, dem verantwortlichen Außenminister, und Morrison[75] – warum ist denn so etwas bei uns in Deutschland nicht möglich? Die Sozialdemokratie mag und soll in Opposition stehen, in der Demokratie braucht man eine Oppositionspartei, nur braucht der Zustand nicht so zu sein. Sie haben neulich gesagt, Herr Bundeskanzler, als wir diese Frage erörterten, es kommt für uns im Verhältnis zur SPD darauf an, daß wir die gutgesinnten Elemente – vielleicht haben Sie ein anderes Wort gebraucht – von den radikalen Elementen trennen.

Ich bin besorgt, wenn wir in dieser Haltung gegenüber der SPD verharren, daß wir die gutgesinnten Elemente mit den radikalen Elementen zusammendrängen. Das gibt dann eine Diskrepanz, unter der unser Volk leidet. Ich möchte wünschen, daß wir hier eine Überprüfung vornehmen und nach Möglichkeit zu einer Besserung kommen.

Adenauer: Jetzt bin ich baß erstaunt. Diese Bundestagsdebatte hat doch nichts anderes gebracht als eine Klärung der Absicht der SPD. Vom politischen Gegner

75 Herbert Stanley Morrison (1888–1965), 1951–1955 stv. Vorsitzender der Labour Party. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 36 Anm. 70.

darf ich mich nicht abspeisen lassen mit allgemeinen Redensarten, sondern ich muß ihn fragen können, was verstehst du darunter? Soll Sowjetrußland dazugehören? (*Kaiser:* Ich denke nicht nur an diese Bundestagsdebatte, sondern an die allgemeinen Ereignisse! – *Ehlers:* Sie können das nicht verallgemeinern, ich habe nur von der Bundestagsdebatte gesprochen!) Wenn ich dem Herrn Wehner vorlese, was er gesagt hat, dann muß er das doch ertragen können!

Hellwig: Ich wollte auf die verschiedenen Querverbindungen aufmerksam machen, die offensichtlich hinter den verschiedenen Vorstellungen, Erscheinungen und Meinungen bestehen. Man wird sie nicht immer nachweisen können. Wir sollten davon ausgehen, daß hinter allen Dingen eine Querverbindung besteht. Wer sich einmal das Material durchsieht, das vom Ministerium Kaiser vorgelegt werden kann über die geistige Zersetzungsarbeit in den Betrieben, der wird staunen, wieviel kommunistisch gesteuerte Betriebszeitungen im letzten Jahr entstanden sind, und zwar in einer völlig neutralen Form. Da ist nichts mehr von kommunistischer Parteidoktrin drin. Wer sieht, wie von dort Parolen über die Betriebsräte in die Funktionärskreise der Gewerkschaften kommen, der weiß, was ich meine mit den Querverbindungen, die nach außen nicht sichtbar werden. Ich würde es begrüßen, wenn diesem Kreise hier das Material aus dem Ministerium Kaiser zur Verfügung stünde.

Kiesinger: Ich glaube, Herr Ehlers hat nicht das Verhältnis zur SPD im allgemeinen gemeint, sondern zunächst das Verhalten des Herrn Bundeskanzlers in der Bundestagsdebatte. Das war wirklich politisch klug und absolut richtig. Die SPD hat uns in den letzten Jahren immer Schwierigkeiten gemacht. Sie hat nie klar Farbe bekannt, vom „Ohne-mich-Standpunkt" aus bis zur deutschen Nationalarmee ging das.

Wir werden angesichts der kommenden Wahlkämpfe noch weitergehen müssen. Wir müssen darauf bestehen, daß die SPD Farbe bekennt zwischen den beiden verschiedenen Konzeptionen innerhalb der SPD, nämlich 1. einer starken Nationalarmee und 2. einem ganz neutralisierten Deutschland.

Heck: Die Bundestagsdebatte hat beim Volk einen besonders guten Eindruck gemacht, weil es gespürt hat, daß bei dieser Debatte um die SPD gerungen worden ist. Das ist mir von verschiedenen Seiten gesagt worden.

Adenauer: Wir kommen zur Mittagspause. Wir werden über die Fragen, die wir heute vormittag erörtert haben, ein ausführliches Pressekommuniqué herausgeben müssen. Ich möchte Sie bitten, Herr Lojewski, daß Sie einen Entwurf machen über das, was bisher erörtert worden ist: Stellungnahme zu London, zur SPD und zum DGB.

Herr Kollege Schäffer, ich heiße Sie herzlich in diesem Kreis willkommen. Wir werden heute nachmittag mit dem innenpolitischen Teil beginnen, mit der Steuerreform, der Finanzreform und den Rentenangelegenheiten. Damit treten wir in die Pause ein.

Pause von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Darf ich mit wenigen Worten wiederholen, was ich heute morgen gesagt habe. Es ist zwischen der Koalition und dem Herrn Bundesfinanzminister Schäffer eine scharfe Differenz ausgebrochen über Dinge finanzieller Natur. Es handelt sich um die Steuerreform und um Anträge, die entweder schon gestellt oder angekündigt sind und die eine weitere große Erhöhung der Ausgaben vorsehen. Diese Zuspitzung konnte bisher nicht beseitigt werden. Die Auseinandersetzungen haben nun – ich muß das in Gegenwart des Kollegen Schäffer sagen – durch die Ausführungen auf dem Parteitag der CSU in Nürnberg, soweit sie in der Presse erschienen sind, eine weitere persönliche Zuspitzung erfahren.

Ich möchte zunächst das sachliche Gebiet hier erörtern, dann kommt man vielleicht über die persönlichen Fragen leichter hinweg. Aber ich habe es sehr bedauert, daß dort auf dem Parteitag derartig spitze Formulierungen gebraucht worden sind. Herr Kollege Schäffer, lassen Sie mich in Ihrer Gegenwart etwas zu dem erklären – ich werde es auch dem Herrn Strauß sagen –, was der Herr Strauß gesagt hat. Herr Strauß ist Bundesminister genauso wie Sie. Wir sind in einer Koalition und befinden uns z.Z. in einer höchst kritischen Situation nach außen hin, die ihr Ende erst gefunden haben wird, wenn die Franzosen und wir ratifiziert haben. Es müßte möglich sein, daß wir gerade unter dem Druck einer gemeinsamen Gefahr eine Verständigung erzielen. Ich hatte am Samstag abend ein längeres Gespräch mit Herrn Krone. Ich glaube nicht, daß wir der Überzeugung sein können, daß eine Einigung gegeben ist. Anscheinend ist das nicht der Fall. Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, daß zunächst Herr Strickrodt als Vorsitzender unseres Parteiausschusses für Wirtschaft und Finanzen einen Bericht über die gegenwärtige Situation gibt.

Strickrodt: Den Auftrag habe ich erst vor zehn Minuten bekommen. Ich muß versuchen, mich in die Situation hineinzufinden. Ich muß in doppelter Eigenschaft hier sprechen, zunächst als Vorsitzender des Unterausschusses Finanzen und Steuern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei. Der Vorstand des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unter dem Vorsitz von Herrn Etzel[76] hat heute vor einer Woche hier in Bonn getagt, und zwar verstärkt durch die Vorsitzenden der wirtschaftspolitischen Ausschüsse in den Landesparteien. In diesem Kreise sind äußerst scharfe Worte gefallen, die ich hier nicht wiederholen möchte. Ich habe in einer Zeitung gelesen, daß Herr Etzel als Vorsitzender dieses Ausschusses den Herrn Bundeskanzler besucht und ihm die Meinungen dieses Ausschusses vorgetragen hat. Ich kann mir ersparen, auf das, was dort gesagt worden ist, im einzelnen einzugehen.

Das Votum dieses Ausschusses zur Steuerreform geht dahin, daß die Steuersenkung für Einkommen- und Körperschaftsteuer in dem Maße erfolgen soll, daß der

76 Franz Etzel (1902–1970), 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 42 Anm. 11. – Zu den Ausführungen Strickrodts vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstands des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU vom 4. Oktober 1954 in ACDP VII-004-076/1. Die Besprechung zwischen Etzel und Adenauer fand am 7. Oktober statt (vgl. FAZ vom 9. Oktober 1954).

Einkommensteuerplafond auf 45 % festgesetzt wird, während bei der Körperschaftsteuer für nicht ausgeschüttete Gewinne 40 % und für ausgeschüttete Gewinne 20 % vorgesehen sind. Der Ausschuß stützt seine Vorschläge, was die finanzwirtschaftlichen Berechnungen der Volumina angeht, die für eine Steuersenkung zur Verfügung stehen, auf Berechnungen des Instituts für Finanzen und Steuern.[77] Ich darf mit meinem Bericht über das, was der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei behandelt hat, auftragsgemäß abschließen.

Ich darf Ihnen nun berichten über die Arbeit eines zweiten Ausschusses, den Sie hier in Ihrer letzten Sitzung berufen haben, ein Ausschuß, der die Bezeichnung „Gemischter Ausschuß für die große Steuerreform" trägt.[78] Zu diesem Ausschuß gehören die Ministerpräsidenten bzw. die Regierenden Bürgermeister der Länder, die von der CDU geführt werden. Es gehören zu diesem Ausschuß vier Bundestagsabgeordnete und vier Freunde aus der Partei. An den Verhandlungen dieses Ausschusses hat der Herr Bundesfinanzminister stets persönlich teilgenommen.

Dieser Arbeitskreis, der eine Brücke zwischen Partei, Fraktion und Ländern und dann hin zum Bundesfinanzminister darstellt, hat die Teilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern für das Jahr 1954 behandelt und ist zu einem Vorschlag gekommen, der jetzt der Behandlung im Parlament zugrunde gelegt wird. Ich glaube, daß hier ein erster Erfolg der Zusammenarbeit in diesem Kreise zu verzeichnen ist. Dieser Ausschuß hat sich dann vor den Parlamentsferien in mehreren Sitzungen mit der Finanzverfassungsreform befaßt. Dieses Gesetz war damals schon im Bundestagsausschuß beraten worden. Es haben sich nach sehr eingehenden Erörterungen die Länder bereit erklärt, ihre Experten zur Begutachtung des Finanzverfassungsgesetzes zusammenzurufen. Diese Kommission hat getagt. Es liegen die sogenannten Malenter-Vorschläge[79] vor, die den Ministerpräsidenten zugesandt worden sind. Ich habe die Antworten von allen Ministerpräsidenten bekommen. Mit einer Reihe von Wünschen und Vorschlägen zeichnet sich eine gemeinsame Linie ab.

Die Dinge sollen noch einmal im Kreise der Länder abgestimmt – so wünscht es der Bundesfinanzminister –, um dann mit ihm erörtert zu werden. Ich möchte meinen, daß für das Finanzverfassungsgesetz eine Regelung auf dieser Basis möglich sein

---

77 „Die Aufkommens- und Ausfallberechnungen des Bundesfinanzministeriums und des Instituts Finanzen und Steuern" (Institut „Finanzen und Steuern" Grüner Brief 3/1954).

78 Protokolle nicht zu ermitteln. Hinweise aber in den Protokollen der „Arbeitsgemeinschaft Finanzen und Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU" (ACDP VII-004-079/2). Zum Problem der Finanzverfassung generell vgl. Wolfgang Renzsch: Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Finanzverfassung und Föderalismus, Probleme und Perspektiven. In: „Gegenwartskunde" 4 (1986) S. 499–533.

79 Es handelt sich um das Ergebnis einer Sitzung vom 13./14. August 1954 des „Gemischten Ausschusses Große Steuerreform" in Malente, der eine Plattform für Gespräche zwischen Schäffer und den der CDU angehörigen fünf Ministerpräsidenten bzw. Länderfinanzminister oder deren Vertreter war. Ein Bericht über die Tagung von Süsterhenn an Altmeier in LHA Koblenz 860/1747. Vgl. dazu auch die Protokolle der „Arbeitsgemeinschaft Finanzen und Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU" ACDP VII-004-079/2).

sollte. Es wird hierbei noch ein sehr ernstes Wort mit der Fraktion zu sprechen sein, die sich mit ihren Beschlüssen im Bundestagsausschuß sehr weit von der Regierungsvorlage entfernt hat, nämlich zu einem Finanzzentralismus, zu einer finanzwirtschaftlichen Aushöhlung der Länder. Es wird der Autorität der Partei bedürfen, um die Mitglieder der Fraktion in diesem Punkt auf eine gemeinsame Linie zurückzuführen. Ich habe zur Stunde die Hoffnung, daß wir zwischen dem Herrn Bundesfinanzminister einerseits und den von der CDU geführten Ländern andererseits hinsichtlich dieses Gesetzes zu einem Einvernehmen kommen können.

Mit der Steuerreform hat sich der von Ihnen eingesetzte Ausschuß nur in einigen Vorbesprechungen befaßt. Dieser Gemischte Ausschuß, in dem auch die Länder vertreten sind, war der Ansicht, daß man hinsichtlich der Steuerreform zunächst der Fraktion den Vortritt lassen solle und einmal klären müsse, wieweit unsere Freunde aus der Fraktion im Finanzpolitischen Ausschuß des Bundestages mit den anderen Fraktionen, insbesondere mit denen der Regierungskoalition, auf eine Linie kommen könnten. Wenn man die Diskussion betrachtet, die sich ergeben hat, so steht im Mittelpunkt das, was uns hier schon in der vorigen Sitzung beschäftigt hat, nämlich die Frage, welches Volumen ist für eine Steuersenkung zur Verfügung zu stellen?[80]

Dieser Frage ist man keinen Schritt nähergekommen. Die ganzen Bemühungen hierzu haben zu keinem Erfolg geführt. Es ist jetzt die Frage zu entscheiden, welche Schätzungen man dem Steueraufkommen und den Folgen der Steuersenkung zugrunde legen kann. Ich glaube nicht, daß ein politisches Gremium hier die Entscheidung treffen kann. Wenn der Streit über diese Volumina eine Klärung gefunden hat, sollte man der Öffentlichkeit ganz klar sagen, es ist eine Abschlagszahlung, was wir bieten.

Es geht jetzt um die taktische Frage, ob man eine solche Lösung zwischen den Koalitionsparteien noch während der zweiten Lesung im Parlamentsausschuß treffen kann oder ob die Torschlußpanik der Parteien, nun der Öffentlichkeit möglichst viel zu bieten, so groß ist, daß man vor der zweiten Lesung im Plenum nicht mehr zu einem Ergebnis kommen wird. Vielleicht ist es auch möglich, zwischen den Koalitionsparteien während der zweiten Lesung im Finanzausschuß eine Regelung herbeizuführen. Man könnte auch zugleich mit den Ländern verhandeln; denn sie sind ja der zweite Teil des Gesetzgebers und an den Wirkungen der Steuerreform sehr interessiert.

Ich habe in der Zeitung gelesen, daß in dieser Woche ein solcher Versuch gemacht werden soll. Wenn es nicht gelingt – und nach dem, was in der Öffentlichkeit zu diesem Thema gesagt worden ist, fürchte ich, daß es nicht gelingt –, müßte man den Anträgen zur Steuerreform ihren Lauf lassen. Hier müßte sich die Welle austoben. Dann müßte nach der zweiten Lesung auf CDU-Basis versucht werden, die dritte Lesung in unserem Sinne zu dirigieren. Man kann der Öffentlichkeit das ohne weiteres klarmachen, indem man sagt, ein Bundestag, der für sich allein in diesen Dingen seinen Weg geht, wird im Bundesrat scheitern, und dann kommt die

80 Vgl. Nr. 3 S. 217 ff.

ganze Angelegenheit doch in den Vermittlungsausschuß. Wir nehmen also diesen Vermittlungsausschuß vorweg auf CDU-Ebene.

Es ist unseren Freunden in der Fraktion dann, mögen sie von den Konkurrenzanträgen der FDP noch so weit nach vorne getrieben worden sein, noch die Möglichkeit gegeben, auf den Boden dessen zurückzukehren, was sie mit den Ländern absprechen. Dann können sie jederzeit sagen, wir müssen als politische Realisten das Votum der Länder berücksichtigen. Wenn man so vorgeht, könnte man das Beste bieten, was unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist. Es bleibt dann noch immer nach Klärung der Volumina das Problem der zweiten Tranche übrig.

Adenauer: Herr Strickrodt, ich danke Ihnen, daß Sie nach so kurzer Zeit uns hier dieses Referat erstattet haben. Herr Neuburger war geladen. Er soll in Bonn sein. (*Müllenbach:* Er hat gesagt, um einhalb vier Uhr! – *Globke*[81]*:* Er ist noch nicht in Bonn!) Ich bedaure das außerordentlich.

Was Herr Strickrodt nicht wissen kann ist folgendes: Die Dinge haben sich in den letzten Tagen weiterentwickelt. Ich glaube, wir werden hier doch versuchen müssen, dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich um eine eminent politische Frage. Es trägt auch die Partei hier eine sehr große Verantwortung. Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht über die Vergangenheit sprechen. Es sind grobe Fehler gemacht worden. Das ist ganz klar. Nach meiner Meinung wäre es richtiger gewesen, man hätte sofort die Vorlage des Bundesfinanzministers, des Kabinetts, akzeptiert und gesagt, wir wollen das zuerst erledigen und uns nachher Zeit nehmen, die Einzelheiten zu behandeln. Dann wäre ein großer politischer Erfolg eingetreten, der jetzt ungefähr ganz geschwunden ist. Aber das ist nun vorbei. Und was vorbei ist, soll man nicht wieder aufrühren.

Ich möchte weiter vorschlagen, die beiden Gesetzentwürfe voneinander zu trennen.[82] Die lassen sich sehr gut voneinander trennen. Am dringlichsten sind jetzt die Beratungen zur Steuerreform. Ich möchte bitten, daß Herr Pferdmenges einmal über den neuesten Stand der Dinge berichtet.

Pferdmenges: Ich möchte Herrn Strickrodt sagen: Was Ihre Ausschüsse erarbeitet haben und nach ihrer Auffassung für richtig halten, hat nicht zur Debatte gestanden, nämlich von 45 % auf 40 % und 20 % herunterzugehen; hier war die Rede von 45 % für die Einkommensteuer und von 30 % für die Körperschaftsteuer als Plafond. Dann haben Verhandlungen stattgefunden innerhalb der Koalition. Man glaubte, eine weitere Gesamtsenkung der Steuer um rd. 500 Millionen DM verantworten zu können. Wir haben in der letzten Besprechung die Bank Deutscher Länder gebeten, uns ihre

81 Dr. Hans Globke (1898–1973), 1949–1963 Ministerialdirektor bzw. ab 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 523 Anm. 22. – Neuburger hatte am 8. Oktober 1954 im Steuerausschuß des Bundestages angekündigt, einen Antrag auf zusätzliche Steuersenkung über die von der Regierung vorgesehene Senkung hinaus einzubringen (vgl. FAZ vom 9. und 11. Oktober 1954).

82 Tatsächlich ist die Steuerreform (BT-Drs. 481) am 16. Dezember 1954 Gesetz geworden (BGBl I S. 373), die Finanzreform erst am 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 817).

Meinung zu sagen. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob Sie schon Antwort haben. (*Adenauer:* Wir haben noch keine Antwort!) Jedenfalls ist der Prozentsatz, den die Bank Deutscher Länder nennt – ich kenne ihn –, erheblich höher, als er genannt worden ist. Er liegt über 8 %.

Der Vorschlag der FDP ging dahin:

1. nach der Regierungsvorlage die Sache am 1. Oktober schon in Kraft treten zu lassen,
2. die Ergänzungssteuer so lange nicht zu erheben, solange es nicht unbedingt nötig ist,
3. die Gesamtstaffel um zweieinhalb Prozent zu senken.

Danach war die FDP bereit, ihre sämtlichen übrigen Anträge fallenzulassen und auch keine weiteren Anträge mehr zu stellen. Das gleiche sollte die CDU tun. Dann wurde in unserem Kreise verhandelt. Wir hatten den Eindruck, daß auch unsere Leute, vor allen Dingen der Mittelstandsblock und die Arbeitnehmervertreter, der Sache mehr geneigt waren, wenn man diese Senkung bei den Einkommen bis zu DM 35.000,– oder DM 40.000,– durchführen würde. Aus unserem Kreis ist vorgeschlagen worden, mit einer Verbesserung der Tarife bis zum Betrag von DM 34.000,– bis DM 40.000,– zu gehen.[83] Diesen Vorschlag haben wir in der Finanzausschußsitzung vorgelegt. Daraufhin erfolgte – weil Herr Neuburger m.E. einen kleinen Fehler beging und nicht vorher mit Herrn Wellhausen gesprochen hat – ein Vorschlag von Herrn Wellhausen im Beisein des Herrn Bundesfinanzministers. Dann kamen von allen Seiten die Vorschläge, die längst abgetan waren bei uns.

Wenn wir etwas geschickt verfahren hätten – ich sage Ihnen offen, Herr Bundesfinanzminister, Nürnberg hat uns die Sache in unseren Verhandlungen erschwert –, dann hätten wir uns auf die CDU-Vorschläge einigen können. Das würde 500 Millionen DM Senkung für die Allgemeinheit bedeuten. Darin müßten sich der Bund und die Länder teilen; dem Bund würden aber wieder einige Sachen zugute kommen, so daß die finanzielle Belastung für ihn sehr wenig ins Gewicht fiele. Ob das heute noch möglich ist, weiß ich nicht. Wir haben von Herrn Preusker erfahren – das sage ich vertraulich –, er glaube, daß er in seiner Partei die Akzeptierung unseres Vorschlages werde durchsetzen können. Ich sage ausdrücklich: Das war die Stimmung am Freitag abend, als wir die Sitzung verließen. Wie es heute aussieht, kann ich nicht sagen. Diese Steuerreform ist nicht eine Sache von sogenannten Reichen, sondern sie ist eine Sache des gesamten Volkes bis in die kleinsten Mittelschichten hinein. Deshalb müssen wir darauf bedacht sein, daß nicht auf unser Odium fällt, als hätten wir die Sache zu Fall gebracht. Ich wiederhole: Es würde eine Senkung der Steuern erfolgen bei den Einkommen von DM 4.000,– bis DM 35.000,–. (*Adenauer:* Eine weitere Senkung?) Eine Senkung unter dem Vorschlag des Bundesfinanzministers. Die Sache soll so aussehen: Bei den Einkommen von DM 4.000,– bis DM 35.000,– ist eine Staffelung von 5 bis 15 %. Bei einem Einkommen von DM 25.000,– wären es etwa

83 Vgl. Anm. 81.

8 %. Das war unser Vorschlag. Wir hoffen nach wie vor, daß wir mit dieser Geschichte durchkommen. Kommen wir nicht durch, dann kommen von der FDP und von uns Vorschläge. Dann bekommen wir einen großen Kuddelmuddel, so daß unsere Sache überhaupt zu keinem Ziele kommt und wir nachher die Scherben zusammensuchen müssen.

Adenauer: Ich halte es nicht für möglich, daß die CDU in der Sache allein bleibt. Sie wird dann niemals eine Mehrheit haben. Es werden Anträge kommen von der FDP und von der DP, die eine Reihe von CDU-Abgeordneten dazu verleiten werden, dafür zu stimmen. Sie werden das entsetzliche Bild eines namenlosen Durcheinanders bekommen. Deswegen sind wir darauf angewiesen, dafür zu sorgen, daß die FDP keine Anträge stellt.

Strickrodt: Wir müssen zwei Stadien der Verhandlungen unterscheiden. Im Stadium der zweiten Lesung des Ausschusses soll man alles das versuchen, was Herr Pferdmenges gesagt hat. Ich bin vielleicht etwas unklar gewesen, als ich meinen Zweifel äußerte, daß nach der zweiten Lesung im Plenum, wenn sich die Parteien restlos ausgetobt haben, noch die Möglichkeit bestehen soll, die Dinge aufzufangen, in die man jetzt die Länder hineinzwingt. Wenn es im Bundestagsausschuß gelingt, mit den übrigen Koalitionsparteien eine Linie zu finden, dann ist das das allerbeste. Das müßten die Parlamentarier versuchen. Wenn das nicht gelingt, würde ich die andere Lösung vorschlagen. (*Adenauer:* Wenn es nicht gelingt, wird das ein politischer und finanzieller Scherbenhaufen sein!) Sie haben in der zweiten und dritten Lesung noch die Möglichkeit.

Adenauer: Lieber Herr Strickrodt! Sie kennen nicht die Zuspitzung der ganzen Situation in sachlicher und persönlicher Hinsicht. Ich habe am letzten Freitag eine Sitzung gehabt, um zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen.[84] Was ich da von mehreren Seiten gesehen habe, das war in höchstem Maße entmutigend, um nicht den Ausdruck degoutierend zu gebrauchen. Das war fast, nehmen Sie den Ausdruck nicht übel, ein persönliches Gezänke geworden. Es fehlte überhaupt das Bestreben, auf einer vernünftigen und ruhigen Basis die Wahrheit zu ergründen.

Wenn es nicht im Ausschuß gemacht werden kann, dann bliebe vielleicht als letztes Aushilfsmittel übrig, daß die Bundesregierung ihre ganze Vorlage zurückzieht und dann wieder von neuem anfängt. So wie es jetzt ist, ist es einfach unmöglich und unerträglich. Das zur politischen Frage.

Sie können diese Einzelheiten nicht wissen. Lassen Sie mich versuchen, Sie Ihnen klarzulegen in leichtfaßlicher Form entsprechend dem, was mir gesagt worden ist. Wenn ich etwas Falsches sage, dann korrigieren Sie mich bitte. Die Herren von der CDU/CSU und FDP wünschen einige weitere Steuerermäßigungen. Der Bundesfinanzminister widerspricht dem, weil er sagt, ich kann das nicht verkraften;

84 Am 8. Oktober 1954 hatte Adenauer mit dem Bundesfinanzminister und den Steuerexperten der Koalition für 9 Uhr eine Sitzung anberaumt. Teilnehmer: Strauß, Wellhausen, Neuburger, Pferdmenges, von Brentano, Krone, Rudolf Eickhoff (DP), Walter Eckhardt (BHE).

ich bin bis zum Letzten gegangen. Ich habe keine Deckung. (*Zuruf:* Und die Länder?) Ich spreche jetzt vom Bundesfinanzminister. Darauf sagen die Abgeordneten: Du hast das Sozialprodukt zu niedrig geschätzt, tatsächlich muß es höher geschätzt werden, dann hast du 500 Millionen DM mehr Einnahmen. Darauf hat der Bundesfinanzminister gesagt, nein, ich habe es richtig geschätzt. Nun schlägt Herr Pferdmenges am Freitag vor, ein Gutachten der Bank Deutscher Länder einzuholen, um festzustellen, wie sie schätzt aufgrund der bei ihr wahrgenommenen wirtschaftlichen Beobachtungen.

Nehmen Sie mir es nicht übel, Herr Schäffer, ich würde an Ihrer Stelle gesagt haben: Bitte, tut es! Dann werdet ihr sehen, daß ich recht habe. Statt dessen sagen Sie, ich habe die Zahlen hier. Was blieb mir da anderes übrig? Dann habe ich als Bundeskanzler veranlaßt, die Bank Deutscher Länder möge mir ihre Schätzung geben. Ich habe sie noch nicht. Sie wird noch kommen. Ich beabsichtige überhaupt, um das klarzumachen, am Mittwoch in der Kabinettssitzung diese Frage dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen. Das ist dann eine Kabinettsentscheidung und wird auch vertreten werden müssen. Ich möchte natürlich versuchen, eine Entscheidung im Einverständnis zwischen dem Bundesfinanzminister mit den maßgebenden Herren des Ausschusses herbeizuführen.

Das war der Hauptstreitpunkt. Dann hat Herr Krone – jetzt müssen Sie mir helfen, Herr Krone, das Gespräch zu rekonstruieren, was wir am Samstag abend hatten – mit Herrn Neuburger eine Aussprache gehabt. Hierbei wurde noch eine Verbesserung zugunsten des Kollegen Schäffer vorgesehen, so daß die ganze Differenz zwischen den Anschauungen der Ausschußvertreter und der des Herrn Bundesfinanzministers auf 60 Millionen DM zusammenschrumpfen würde. (*Schäffer:* Mein Vorschlag!) Wenn Sie ihn gemacht haben, dann werden Sie sicher dafür sein.

Krone: Das war ein Vorschlag während der Sitzung am Freitag morgen, wonach bei der Exportförderung die Rücklage verwandt werden soll zugunsten des Herrn Schäffer, während der andere Gedanke, die Gestaltung der Körperschaftsteuer, abgelehnt worden war. Nach den Auskünften, die Herr Neuburger macht, würde es zwischen dem, was Herr Neuburger und Herr Schäffer sagen, eine Differenz von 60 Millionen sein.

Adenauer: Damit Sie das verstehen: Dann würde, wenn man den Wünschen der Ausschußmitglieder in bezug auf die Änderungen der Tarifsätze nachkäme, nur noch ungedeckt bleiben für den Herrn Schäffer – nach dessen bisheriger Auffassung – ein Betrag von 60 Millionen, wobei ich allerdings nicht weiß, wie Sie das Sozialprodukt eingeschätzt haben, (*Pferdmenges:* Bei Einschätzung des Sozialprodukts laut Bundesfinanzminister!) so daß also, wenn mehr einkommt, sogar das Ergebnis noch angenehmer sein wird. (*Globke:* Die Erhöhung ist für die Sozialausgaben notwendig!) Es war in Aussicht genommen – und das ist das Entscheidende –, daß, wenn eine solche Verständigung zwischen dem Bundesfinanzminister und den führenden Ausschußmitgliedern zustande käme, sich die Fraktionen verpflichten, nicht nur auf dem Gebiete der Steuerreform keine anderen Anträge mehr zu stellen, sondern auch

Maß zu halten bei den Anträgen, die wir noch zu erwarten haben hinsichtlich der Erhöhung der Renten usw.

Da möchte ich Ihnen sagen, was noch kommen wird. Es haben beantragt:

FDP	261 Millionen	Rentenerhöhung
SPD	492 Millionen	Rentenerhöhung
CDU/CSU	644 Millionen	Rentenerhöhung
BHE	885 Millionen	Rentenerhöhung

Ich bitte Sie, sich diese Ziffern vor Augen zu halten. Daß eine Erhöhung der Renten notwendig ist, ist ganz klar. Wir kommen aber schon hier von 261 auf 885 Millionen.

Schäffer: Die FDP fing an, die SPD hat dann erhöht, Frau Probst[85] hat übersteigert, ihr Antrag ist eingereicht, und der BHE hat dann nochmals übersteigert.

Adenauer: Das hat Herr Storch drübergeschrieben. Das ist aus dem Ministerium Storch. Wenn das Sozialprodukt tatsächlich so viel mehr sein sollte, daß noch eine Reserve blieb gegenüber der Steuerreform, dann würde diese zu verwenden sein für diesen Antrag. Wir müßten uns aber vorher – ich meine jetzt die Koalitionsparteien und die Bundesregierung – darüber verständigen, damit nicht hinterher alles wieder kaputtgemacht wird.

Krone: In der Fraktion ist der Wunsch, daß dieses Altrentengesetz so ergänzt wird, daß nicht nur die alten Leute mehr Renten bekommen, sondern überhaupt die Altrentner. Von Frau Probst und einigen Freunden der Fraktion – nicht aber von der Fraktion selbst aus – liegt ein Antrag vor, die Grundrenten der Kriegsopfer zu erhöhen. Das macht nach den Vorschlägen von Frau Probst 600 Millionen DM aus. (*Adenauer:* 644 Millionen DM!) Es kommen weiter auf uns zu die Anträge wegen der Weihnachtsbeihilfe, die wir schon heute sehen müssen. Es darf nicht mehr so passieren wie im vorigen Jahr, wo nachher doch bezahlt wurde.

Schäffer: Meine Herren! Ich bitte Sie, mich auf das Sachliche beschränken zu dürfen. Herr Bundeskanzler, Sie haben Nürnberg erwähnt. Ich möchte nur bemerken, ich bin mit der Partei, der ich angehöre, mit der CSU, völlig einig. Ich kann auch sagen, daß meine Ausführungen in Nürnberg von der Partei getragen worden sind. Von den Hauptpunkten haben Sie schon selbst einen als Ihre Meinung erwähnt; infolgedessen kann dieser Punkt nicht falsch gewesen sein.

Ich darf Sie einmal bitten, mich in Ruhe anzuhören. Ich möchte Ihnen einen Überblick über die ganze Geschichte der Finanz- und Steuerreform geben. Als die Gesetze der Finanz- und Steuerreform vorgelegt wurden, kam ein Sturm der Entrüstung. Der erste Sturm hat sich dagegen gewendet, daß die Finanz- und Steuerreformgesetze

85 Dr. Maria Probst (1902–1967), 1949–1967 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 268 Anm. 26. – Erste Beratung der verschiedenen Entwürfe zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes am 15. Oktober 1954 (Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2422–2438; Gesetz vom 19. Januar 1955 – BGBl I S. 25).

zeitlich zugleich als ein Ganzes vorgelegt wurden. Es ist gesagt worden, das habe zur Folge, daß die Steuerreform nur verzögert würde.

Die Finanzreform ist in den Beratungen überraschend glattgelaufen. Die Finanzreformgesetze haben die Beratungen des Bundestages nicht lange aufgehalten; sie waren Gegenstand einer Besprechung von drei bis vier Stunden, und am Schlusse wurden sie einstimmig von allen Parteien angenommen. Wegen der Finanzreformgesetze habe ich selbstverständlich mit den Ländern Fühlung gehalten. Vielleicht hat das dazu beigetragen, daß die Dinge relativ reibungslos und ohne viel Geschrei in der Öffentlichkeit erledigt werden konnten.

Es soll aufgrund der Beschlüsse, die der Bundestagsausschuß für Finanzen und Steuern gefaßt hat, am nächsten Donnerstag um 9.30 Uhr im Hause von Nordrhein-Westfalen in Bonn noch eine Besprechung stattfinden, wobei die Punkte der Tagesordnung, die als strittig betrachtet werden, bereits in der Einladung enthalten sind. Es sind folgende Punkte:

1. Art der Steuerverteilung: Der Finanzausschuß hat bekanntlich beschlossen, daß sechs der bisherigen Ländersteuern künftig Bundessteuern werden sollen, nämlich die Vermögen-, die Erbschaft-, die Kraftfahrzeug-, die Versicherung-, die Wechsel- und die Kapitalverkehrsteuer. Es liegt bereits ein Vermittlungsvorschlag vor, wonach die Versicherung-, die Wechsel- und die Kapitalverkehrsteuer auf den Bund übergehen – natürlich mit Anrechnung auf den sogenannten Bundesanteil –, jedoch Vermögen-, Kraftfahrzeug- und Erbschaftsteuer bei den Ländern verbleiben sollen. Meine persönliche Meinung ist die: Darüber kann man reden!

Ich habe mich neulich mit Herrn Ehard daraufhin unterhalten. Die Kraftfahrzeugsteuer bleibt in ihrer jetzigen Form. Jetzt wird sie den Ländern 100%ig mit ihrem Ertrag honoriert. Wenn sie künftig stückweise abgebaut werden soll, dann ist es sehr fraglich, ob das jeweilige Stück den Ländern honoriert wird. Die Vermögensteuer ist mit dem Lastenausgleich verbunden bis zum Jahre 1975, daran ist nichts zu ändern. Sie wird also für eine lange Zeit als Einnahme für den, der Träger der Vermögensteuer ist, keine praktische Bedeutung haben. Auf der anderen Seite ist es aber so, daß dann die Länder einen Anteil von 70 % an der Einkommen- und Körperschaftsteuer hätten.

Ich habe Herrn Ministerpräsident Ehard gesagt, wenn ich Ländervertreter wäre, dann würde ich mir jetzt die Sybillinischen Bücher kaufen; denn das muß jeder begreifen, daß in der Zeit der Aufrüstung, in der Zeit des Verteidigungsbeitrages, von Jahr zu Jahr die Verhältnisse schlechter und die Ansprüche an den Bund immer größer werden und daß das, was heute gegeben wird, vielleicht in einem Jahr oder in zwei Jahren bestimmt nicht mehr gegeben werden kann.

Der zweite Punkt ist mehr äußerlicher Natur, nämlich wie die Einkommen- und Körperschaftsteuer klassiert werden soll, ob als Gemeinschaftssteuer oder als Landessteuer. Das ist eine Frage, die ich mehr den Experten überlassen möchte.

Die dritte Frage, ob die sogenannte Ergänzungsabgabe als Ergänzungsabgabe oder als Zuschlagsrecht erscheint, halte ich sachlich nicht für ausschlaggebend.

Über den vierten Punkt, die Revisionsklausel, werden wir uns noch unterhalten müssen. Ich bitte Sie, dabei an die Zukunft, an das Faktum des Verteidigungsbeitrages, zu denken. Die Rüstungsausgaben werden im ersten Jahr wesentlich geringer als im zweiten oder dritten Jahre sein. Das muß man von vornherein in Rechnung stellen. Ich nehme an, daß sich am Donnerstag ein Gespräch entwickeln kann – der Finanzausgleich steht nicht auf der Tagesordnung –, wobei sich keine großen Differenzen ergeben werden. Unsere erste Steuerreform im Jahre 1953[86] hatte einen Wegfall der Steuervergünstigungen aus Gründen der Gerechtigkeit zum Ziel, desgleichen eine Vereinfachung der Steuergesetze. Es waren damals ungefähr, auf die Dauer berechnet, 600 Millionen DM. Bei der Wahl am 6. September haben wir den Wählern folgendes versprochen: 1. die finanzielle Ordnung im Haushalt und eine stabile Währung, 2. die notwendigen Ausgaben zu leisten und 3. eine Steuererleichterung durchzuführen.

Wir haben diese Versprechen eigentlich sehr rasch gehalten. Wir hatten es im vorigen Jahre nicht leicht. Im allgemeinen geht ein Finanzminister an Steuersenkungen nur dann heran, wenn er Überschüsse hat. Wir aber sind an die Steuersenkung herangegangen in einer Zeit, als wir Fehlbeträge hatten. Ich habe damals geschätzt, das Jahr 1953 werde insgesamt mit einem Fehlbetrag von etwa 1.500 Millionen DM abschließen. Ich habe heute die endgültigen Ziffern erhalten. Es sind genau 1.640 Millionen DM Fehlbetrag, den wir im Jahre 1953/54 haben. (*Wuermeling:* Einschließlich der früheren Jahre?) Ja, der sich im Jahre 1954 wahrscheinlich erhöhen wird! Das ist die Situation. Wir haben trotzdem eine Steuersenkung vorgeschlagen, die für Bund und Länder einen weiteren Ausfall ohne Rücksicht auf die Steuervergünstigungen von 2.400 Millionen DM bedeutet. Damit es verständlicher wird, darf ich einmal erklären, wie die Steuerentlastung in den einzelnen Schichten aussieht. Ich vergleiche mit dem Jahr 1951 und fange oben an.

Ein Steuerpflichtiger, verheiratet, mit einem Kind, der im Jahre 1951 1 Million DM jährlich Einkommen hatte, bezahlte DM 798.400,–. Das ist sehr viel, aber weniger als in den Vereinigten Staaten. Er zahlt nach der Regierungsvorlage DM 548.612,–. Er spart also rd. DM 250.000,–. Das sind 25 % seines Einkommens. (*Adenauer:* Wieviel Zensiten von dieser Beschaffenheit gibt es?) Wieviel Zensiten von dieser Beschaffenheit erheben heute das große Geschrei in der Öffentlichkeit? (*Adenauer:* Das ist keine Antwort! Es würde mich wirklich interessieren, nicht nur wegen der Finanzreform, wieviel Leute heutzutage 1 Million DM Einkommen haben!) Das sind alle großen persönlichen Unternehmer. (*Kiesinger:* Professor Dr. Nöll von der Nahmer[87] hat in der „Frankfurter Allgemeinen" jüngst einen langen Aufsatz mit statistischem Material darüber veröffentlicht. Ich habe die Zahl nicht im Kopf.)

---

86 Vgl. dazu die Ausführungen Schäffers in PROTOKOLLE 1 S. 381–385.

87 Dr. Robert Philipp Nöll von der Nahmer (1899–1986), Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaften, 1949–1953 MdB (FDP). – Artikel „Verschwundene Millionen. Einige Betrachtungen über das Ende großer Privatvermögen und Einkommen" in FAZ vom 4. September 1954.

Jemand mit DM 500.000,– Einkommen hat im Jahre 1951 bezahlt DM 398.400,–, er zahlt nach der Regierungsvorlage DM 264.700,–, spart also DM 133.700,–.

Wer DM 250.000,– Einkommen hatte, bezahlte 1951 DM 184.415,–, nach der Regierungsvorlage zahlt er DM 116.000,–. Er spart also DM 68.500,–, also auch 25 % des Einkommens.

Bei DM 100.000,–: Im Jahre 1951 DM 57.215,–, jetzt DM 38.343,–, eine Ersparnis von DM 18.900,–, das sind ungefähr 19 %.

Jetzt fangen wir unten an. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Einkommen von DM 3.000,–, wobei die Werbungskosten und Sonderausgaben noch nicht abgezogen sind. Dazu kommen noch DM 936,–. Das sind die Werbungskosten. Es muß also jemand DM 3.937,– Einkommen haben, um überhaupt steuerpflichtig zu werden. Er hat 1951 bezahlt DM 65,–, jetzt zahlt er nichts mehr.

		Steuer 1951 DM	jetzt DM	Ersparnis %
Einkommen von DM	4.000,–	165,–	58,–	65
Einkommen von DM	6.000,–	565,–	388,–	31,3
Einkommen von DM	10.000,–	1.865,–	1.316,–	29,4
Einkommen von DM	20.000,–	6.315,–	4.321,–	31,6
Einkommen von DM	30.000,–	11.215,–	7.849,–	30

Das ist das, was Bund und Länder zusammen als Steuergeschenk geben. (*Zuruf:* Ist kein Geschenk!) Ich darf als Meinung aller annehmen, daß dabei die finanzielle Ordnung aufrechterhalten werden muß. Ich darf weiter als Meinung annehmen – ich habe zu Protokoll eine Erklärung im Kabinett abgegeben –, daß die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister dabei bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen sind; denn es ist nicht so, daß die Bundesregierung bewußt ein Gesetz vorlegen will, das noch ergänzungsbedürftig ist, sondern ich betrachte es als Aufgabe der Bundesregierung, daß sie das bestmögliche und weitestgehende Gesetz von vornherein vorlegt. (*Adenauer:* Das geht etwas weit!) So ist im großen und ganzen die Situation. Gegen das Prinzip der finanziellen Ordnung hat sich damals niemand gewendet. Das ist erst in der letzten Zeit geschehen. Dann wurde gesagt – der Kollege Erhard in Frankfurt –, der Bund habe 11 Milliarden DM Kassenguthaben. Ich habe mich damals sehr heftig dagegen gewehrt und in der Öffentlichkeit gesprochen. Dabei habe ich den Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom 10. Februar bekanntgegeben und darauf hingewiesen, daß die Bank Deutscher Länder im Februar 1953 eine genaue Aufgliederung dieser Kassenguthaben gegeben hat, wobei festgestellt wurde, daß die Sozialversicherungsanstalten ein großes Kassenguthaben haben, daß aber nichts dagegen gesagt werden kann, weil die Sozialversicherungsanstalten das verlorene Kapital ansammeln müssen. Der größte Überschuß war bei den Gemeinden. Die Bank Deutscher Länder hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in den Überschüssen Hunderte von Millionen für Wohnungsbau, Ausgleichsfonds usw. stecken, die nicht verbaut werden können, die aber rechtzeitig zur Verplanung wenigstens zugewiesen

sind. Es wurde damals festgestellt, daß der Bund ein Kassenguthaben hat, von dem die schwebenden Schulden wieder abzuziehen sind, und daß dieses Guthaben weniger ist als der Überhang an Besatzungskosten, den der Bund nach menschlicher Voraussicht in absehbarer Zeit bezahlen muß.

Zweitens wurde gesagt, wenn die Kassenguthaben nicht da sind und wenn die finanzielle Ordnung aufrechterhalten werden soll, dann hätte der Finanzminister das Recht, wenn seine Rechnungen stimmten. Vom Institut für Finanzen und Steuern wurden die Rechnungen bestritten. Ich habe mich mit einer Lammsgeduld – es war schon eine Schafsgeduld – mit den Herren des Instituts für Finanzen und Steuern unterhalten. Sie verstanden wirtschaftspolitisch etwas, aber wir konnten nachweisen, daß sie von den Steuern weniger verstehen und daß sie einen maßgebenden Punkt übersehen hatten; sie mußten wissen, daß im Jahre 1953 die Nachzahlungen aufgrund der Koreakrise im Jahre 1951, wo sich die Gewinne angehäuft haben, außerordentlich groß gewesen sind. Wir haben damals 39 % der Steuersumme an Nachzahlungen gehabt, während wir in normalen Jahren zwischen 10 und 20 % Nachzahlungen haben.

Wir haben dann wegen des § 10[88] neue Sitzungen gehabt und Erhebungen bei Sparkassen und Banken vorgenommen. Während sie zuerst gesagt hatten, die Reserven seien 1.560 Millionen DM, haben sie sich dann zu einer zweiten Erklärung herbeigelassen, die lautete, die Reserven seien ihrer Meinung nach – vom Finanzministerium ausdrücklich noch bestritten – mehrere hundert Millionen DM, sie müßten aber zugeben, daß viele hundert Millionen DM durch die Anträge im Deutschen Bundestag bereits verbraucht seien. Es war insbesondere die Frage der Umsatzsteuererhöhung, die im Bundesrat abgelehnt worden war. Diese Erklärung des Instituts für Finanzen und Steuern wurde in der Öffentlichkeit sehr spärlich gebracht. Ich mußte, als Presseleute zu mir kamen, auf diese Erklärung hinweisen. Daraufhin waren die Herren verärgert; sie haben eine neue Rechnung gemacht, und zwar haben sie 2.000 Millionen Reserven ausgerechnet.

Wenn also ein Institut zuerst sagt 1.560 Millionen DM, dann mehrere hundert Millionen DM, dann aber – weil es verärgert ist – erklärt, es seien 2.000 Millionen DM, dann kann ich das Institut nicht ernst nehmen.

Dann sind wir in die Debatte als solche eingetreten. Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler völlig zu, wenn die politischen Parteien politisch gedacht hätten, dann hätten sie die Steuerreform sofort gemacht und gesagt, jetzt warten wir das Haushaltsjahr ab, und wenn das nächste Haushaltsjahr günstig abschließt, dann machen wir eine zweite.

Ich will Ihnen vom letzten Stand der Steuerreform berichten. Ich hatte zunächst 34 Abänderungsanträge, die zusammen über 5 Milliarden ausmachten. Ich habe dann mit großer Geduld, die auch schließlich begrenzt ist, mit den Herren gesprochen. Ich habe mich geeinigt mit Wellhausen und mit den Herren unserer Fraktion und

88 § 10 des Länderfinanzausgleichsgesetzes vom 26. Juni 1953 (BGBl I S. 446) behandelt den Vollzug des Finanzausgleichs während des Ausgleichsjahres.

habe in einer Sitzung des Finanz- und Steuerausschusses den Mitgliedern dieses Kompromiß vorgeschlagen. (*Zuruf:* Irrtum!) Dieses Kompromiß ging dahin, durch den Wegfall der Umsatzsteuer eine Steuersenkung um 350 Millionen DM herbeizuführen, 200 Millionen DM zu Lasten des Bundes und den Rest zu Lasten der Länder. Meine Herren Kabinettskollegen haben das Vergnügen gehabt, mit mir die Haushaltsberatung durchzuführen. Es hat mich ziemlich viel Nervenkraft gekostet.

Ich darf ein Wort zum Bruttosozialprodukt sagen, und zwar deshalb, weil es das Steuererträgnis beeinflußt. Meine Isteinnahmen lagen nach den ersten fünf Monaten 820 Millionen DM unter den Schätzungen. Im September haben wir diesen großen Einkommensteuertermin, der sozusagen die Einnahmen von drei Monaten vorausnimmt. Im Oktober ist die Differenz auf 563 Millionen DM zusammengeschmolzen. Ich bemerke, daß die Einkommensteuer nur für meinen Bundesanteil noch um mehr als 300 Millionen DM unter meinen Schätzungen liegt; sie wird am Ende des Jahres mindestens um 400 bis 500 Millionen DM unter meinen Schätzungen bleiben. Das kann man heute mit mathematischer Sicherheit voraussagen. Das ist für das Jahr 1954. Für das Jahr 1955 haben wir schon im Kabinett einen Arbeitsausschuß, der nicht unter der Leitung des Finanzministeriums, sondern unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums steht. Dieser Arbeitsausschuß hat für das Jahr 1955/56 Berechnungen angestellt. Er kam zu einem Bruttosozialproduktzuwachs für das nächste Jahr auf etwa 5,5 %. Das Bundeswirtschaftsministerium hat seinen Schätzungen zugrunde gelegt einen Bruttosozialproduktzuwachs von 5 bis 5,5 % gegenüber dem Jahre 1954, also die gleiche Summe, auf die – unabhängig davon – der Ausschuß für volkswirtschaftliche Tendenzen gekommen ist. Das ist die Situation, von der man ausgehen muß. Die Steuerschätzungen des Jahres 1953 weichen von dem Istergebnis um 0,2 % ab, wenn ich die Verbrauchsteuer, die die Bundesbahn nicht bezahlt – was wir von vornherein gewußt haben –, abziehe. Ich glaube, an Genauigkeit sind diese Schätzungen nicht zu übertreffen. Ich hoffe, daß das, was in den vergangenen fünf Jahren der Fall gewesen ist, sich auch im sechsten Jahr wiederholen wird und meine Steuerschätzungen, die ich aus einer Notlage des Haushalts heraus bis an die oberste Grenze neuerdings getrieben habe, eingehalten werden.

Jetzt kommt die neue Situation. Nach der Londoner Konferenz haben wir den Verteidigungsbeitrag zu bezahlen. Wir werden in den ersten zwei Abschnitten bis zum Ende des Besatzungsstatuts ähnlich zahlen wie bisher, nämlich 600 Millionen DM an Besatzungskosten. Aber die Frage des Überhangs bleibt. Ich hoffe, daß der Überhang nicht weiter wächst. Der Überhang an rückständigen Besatzungskosten beträgt heute 3,7 Milliarden DM. Ich habe Anfang Oktober infolge des großen Steuerzahlungstermins eine sehr günstige Kasse gehabt mit 2,7 Milliarden DM. Im November werden es höchstens noch 2,5 Milliarden DM sein. Ich muß in diesem Monat voraussichtlich allein 200 Millionen DM mehr ausgeben, als ich in diesem Monat an Einnahmen erwarten kann. Ich muß rechnen, daß der Überhang an Besatzungskosten mit ungefähr 1.000 bis 1.200 Millionen DM größer ist als meine Kasse. Der Überhang muß abgeschlossen werden bis zum zwölften Monat nach dem Tag

des Inkrafttretens. Ich muß damit rechnen, daß ich im Rechnungsjahr 1955 neben den sonstigen Leistungen den Überhang abzulösen habe. Dann bin ich mit 1.200 Millionen DM im kurzfristigen Debet. Sie werden hören warum.

Blank und ich, wir haben seinerzeit für das erste Rüstungsjahr 8 Milliarden DM ausgerechnet. Es bleiben 5,8 Milliarden DM. Aber diese 5,8 plus 3,2 Milliarden DM für sogenannte Stabilisierungskosten werden verbraucht. Infolgedessen wird es sich ergeben, daß ich nicht mehr wie bisher gemäß § 75 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung die überschüssigen Einnahmen des ordentlichen Haushalts zur Verminderung des Anleihebedarfs – d.h. zur Bezahlung des außerordentlichen Haushalts – verwenden kann, sondern daß ich im nächsten Jahre den ganzen außerordentlichen Haushalt decken muß mit möglichst langfristigen Anleihen auf dem Kapitalmarkt. Das sind 1.500 Millionen DM. Ich hoffe, daß es möglich sein wird. Aber es wird das Äußerste sein, was möglich ist. Daneben kommen die Anleihen zur Umsiedlung, zum Lastenausgleich usw. Die Bundesanleihe wird allein 1.500 Millionen DM betragen müssen.

Dann kommt der Überhang an Besatzungskosten, den ich nicht langfristig decken kann, sondern den ich kurzfristig nehmen muß. Wenn ich ihn auf meinen Kreditplafond nehme, dann ist mein ganzer Kreditplafond 1.500 Millionen DM. Wenn ich 300 Millionen DM Rest habe, ist das bei einem Etat von 27 Milliarden DM der Bedarf von drei Tagen. Wenn man mit dieser Erkenntnis in das nächste Jahr hineingeht, dann gehören Nerven dazu, um die Arbeit überhaupt zu übernehmen. Den Betrieb in Deutschland möchte ich kennen, der mit einem Bereitschaftskredit für drei Tage in ein neues Wirtschaftsjahr hineingeht!

Ich habe, als ich mein Amt übernahm, dem Herrn Bundeskanzler erklärt, eine Politik der Steuersenkung läßt sich überhaupt nur durchführen, wenn die Ausgabenpolitik dieser Steuersenkungspolitik Rechnung trägt, d.h., wenn die Koalitionsparteien, die die Verantwortung tragen, in ihrer Ausgabenpolitik nicht die Berechnungen des Finanzministers über den Haufen werfen. Ich habe heute im Deutschen Bundestag Anträge von mehr als 2 Milliarden DM; einer ist schon erwähnt worden, nämlich der auf Erhöhung der Grundrenten. Die FDP beginnt, die Opposition steigert, einzelne Leute aus der CDU/CSU übersteigern die Opposition, und dann kommt eine kleine Gruppe, der BHE, und übersteigert alle, so daß 885 Millionen DM daraus geworden sind.

Wir haben das Altrentengesetz. Jeder im Kabinett weiß, wie schwer die Dinge durch das Altrentengesetz für den Haushalt schon geworden sind. Es würde wieder erweitert werden durch den Wegfall der Altersgrenze. Das würden 200 Millionen DM ausmachen. Der Antrag auf Weihnachtsbeihilfe[89] bedeutet allein 255 Millionen DM,

89 Entwurf des BHE über Weihnachtsbeihilfen für Bedürftige (BT-Drs. 798) sowie SPD-Antrag BT-Drs. 845 (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2418–2421). Die DP zog am 12. Oktober 1954 ihren Antrag (BT-Drs. 805) zurück (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2323).

von den Anträgen „Küstenschutz für Niedersachsen“[90] mit 1.400 Millionen DM auf 10 Jahre usw. will ich gar nicht reden. Es sind über 2.000 Millionen DM.

Ich muß Ihnen erklären, ich kann mir einen ehrlichen Finanzminister, der die Aufgabe erfüllt, ohne Geldschöpfung mit ordentlichen Mitteln die Wiederaufrüstung zu finanzieren, eine Steuersenkung im vorgesehenen Ausmaß durchzuführen und daneben 2.000 Millionen DM Ausgaben zu übernehmen, nicht denken. Das halte ich für eine unlösbare Aufgabe. Man soll doch dem Finanzminister nicht zumuten, daß er wartet, bis er wegen der Grundrentenerhöhung oder des Altrentengesetzes erklären muß: Jetzt habe ich kein Geld mehr, ich muß gehen, und zwar als ein Gegner der Kriegsversehrten oder der Altrentner. So töricht wird einer, der durch die politische Schule gegangen ist, nicht sein.

Jetzt kommt die Steuerreform. Ich hatte die Vereinbarung getroffen, die Koalitionsparteien sollten sich an diese Ausweitung mit 350 Millionen DM insgesamt halten. Als wir damals auseinandergingen, hat Herr Wellhausen ausdrücklich der Ergänzungsabgabe zugestimmt und erklärt, er müsse sich vorbehalten, den Antrag mit 2,5 % zu stellen. Ich habe geantwortet, wenn er das für den einzelnen nachrechne, dann bedeute es nichts, der Antrag Wellhausen bedeutete aber insgesamt 650 Millionen DM. Der Antrag Miessner[91] mit dem Freibetrag der Lohn- und Gehaltsempfänger mit 5 % oder DM 600,– mehr oder ohne prozentuale Begrenzung bis DM 240,– bedeutet im geringsten Falle weitere 400 Millionen DM. Das sind zusammen über 1.000 Millionen DM.

Wenn die Ergänzungsabgabe wegfiele, brächte mich das im nächsten Jahre in einen Konflikt mit den Ländern, den ich auch aus Gewissensgründen, abgesehen von meiner grundsätzlichen Einstellung, nicht durchhalten kann. Ich müßte im nächsten Jahre weit mehr als 40 % Bundesanteil von den Ländern verlangen. Bei der derzeitigen Leistungskraft der Länder ist das ganz ausgeschlossen. Mein Freund Altmeier würde mir sagen, das ist eine unmögliche Sache. Ich muß der Bundesbahn, die uns einen Wirtschaftsplan mit 810 Millionen DM Fehlbetrag vorlegt, wenigstens 200 Millionen DM neue Mittel aus dem Bundeshaushalt geben. Wenn das Kabinett die 200 Millionen DM streicht, dann brauche ich keine Ergänzungsabgabe. Ich habe sie vorläufig vorgesehen mit 1,5 %. Das ist nicht viel, aber es war ein anderer Weg nicht möglich. Ich bitte zu überlegen, soll ich bei einer Ergänzungsabgabe, die ich auf dem kleinsten Maß halte, eine Steuersenkung vertreten, die mich zwingt, die Ergänzungsabgabe um einige Prozent zu erhöhen, um den Ausgleich wiederzufinden? Ich würde also dem Steuerzahler im Jahre 1954 eine Steuersenkung versprechen in dem Bewußtsein,

90 Antrag auf Aufstellung eines Zehnjahresplans zur Sicherung der Deiche und Sielanlagen und Förderung der Landgewinnungsarbeiten (BT-Drs. 736 – Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2410–2416).

91 Dr. Herwart Miessner (geb. 1911), 1949–1957 und 1959–1969 MdB (DRP/NR, ab Dezember 1950 FDP). – Die unterschiedlichen, während der Diskussion z.T. zusammengeführten Änderungsanträge als Umdrucke in Sten.Ber. 2.WP Bd.22 S. 2700–2706.

daß ich spätestens im Frühjahr 1955 eine Erhöhung der Ergänzungsabgabe bringen muß. Das ist der innere Grund, warum ich immer so gewarnt habe, einfach die Forderung aufzustellen: 500 Millionen DM Steuersenkung müssen noch kommen.

Herr Altmeier, als Präsident des Bundesrates, und verschiedene Ministerpräsidenten haben sich an die Fraktion gewandt und auf die Unmöglichkeit einer weiteren Ausweitung vom Länderstandpunkt aus hingewiesen. Wir haben diese Koalitionsbesprechung gehabt, wo wir uns über das, was jetzt zu tun ist, unterhalten haben. Ich möchte mich darauf beschränken, konkrete Vorschläge zu machen. Wir haben in der letzten Sitzung am Freitag im Finanz- und Steuerausschuß folgendes Bild gehabt: Die CSU-Mitglieder mußten zum Parteitag nach Nürnberg. Es ist üblich, daß, wenn eine Partei ihren Parteitag abhält, ohne weiteres darauf Rücksicht genommen wird. Wellhausen wollte in diesem Falle von der Übung abweichen und eine Abstimmung erzwingen. Die SPD ist es gewesen, die darauf hingewiesen hat, daß dieses Vorgehen neuartig und nicht fair sei.

Daraufhin ist dann durch Herrn von Brentano, wofür ich ihm danke, wenigstens diese Abstimmung vermieden worden. Die CDU hat sich bereit erklärt, auf den Parteitag Rücksicht zu nehmen. (*Zuruf:* Wir haben das vorher getan!) Ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen. Die SPD hat gesagt, es solle nicht abgestimmt werden. Es kam dann der Antrag Neuburger, der auf 500 Millionen DM Senkung hinausgeht, und zwar mit der Klausel, damit solle alles abgelöst werden. Die Antwort von Wellhausen ist gewesen, daß ich drei Anträge bekam:

1. den Antrag einer prozentualen Senkung bis zur Spitze. Das kostet 650 Millionen DM;
2. den Antrag – weil sich das Inkrafttreten verzögert hat –, im ersten Vierteljahr 1955 einen besonderen Bonus zu geben, der also dem Steuerzahler gewissermaßen einen Steuernachlaß gibt unter der Annahme, daß das Gesetz am 1. Oktober in Kraft getreten wäre. Das ist wesentlich für die Länderhaushalte, weil diese damit plötzlich über den Haufen geworfen würden;
3. kam der Vorschlag, die Ergänzungsabgabe grundsätzlich abzulehnen.

Dann kam Herr Miessner, der erklärt hat, er denke daran, daß er seinen Antrag wiederhole. Dann haben die SPD-Leute – auch der Herr Raestrup[92] kam mit einem Antrag – erklärt, bei dieser Situation würden sie weitere Anträge bringen. Morgen soll um 9.30 Uhr der Finanz- und Steuerausschuß in die Beratungen eintreten. Wenn morgen Anträge gestellt werden, dann ist die Geschichte unwiderruflich. Gestellte Anträge können praktisch nicht mehr von einer Partei zurückgezogen werden. Ich sehe der Sitzung mit allergrößter Sorge entgegen. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Anträge und ihre Behandlung für unsere gesamte Partei von entscheidender

92 Bernhard Raestrup (1880–1959), vor 1933 Zentrum (1931 Vorsitzender des Provinzialverbands Westfalen und des engeren Reichsvorstands), 1932 Mitglied des Preußischen Landtages, 1945 CDU, 1949–1957 MdB. – Antrag betr. Rückerstattung aus dem Investitionshilfe-Aufkommen (BT-Drs. 676 – Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2442–2550).

Bedeutung sein können. Ich habe – leider ohne Erfolg – seit Wochen darum gebeten, mit den verantwortlichen Personen in der Fraktion über diese Fragen zu sprechen, damit die Fraktion weiß, um welche Entscheidung es geht. Ich möchte heute mit allem Ernst sagen, ich halte es für unbedingt notwendig, daß morgen keine Anträge gestellt werden, sondern daß erklärt wird, wir haben uns die Dinge überlegt, wir hoffen eine Lösung zu finden, wir haben dazu die Zustimmung der gesamten Fraktion, die bisher nicht einzuholen war, und werden infolgedessen alle weitergehenden Abänderungsanträge ablehnen.

Ich bin am Freitag sehr unbefriedigt fortgegangen. Aber in dem Bemühen, die Dinge noch zu retten, habe ich mit meinen Herren die gesamte Situation besprochen und gesagt, ich schreibe einmal an irgendein Mitglied des Finanzausschusses einen Brief, den ich auch an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion und an den Obmann der CSU-Landesgruppe schicke, damit man weiß, wo der Finanzminister auf dem Gebiet der Steuerreform noch einen Ausweg sieht. Der Vorschlag geht dahin: Wenn die Fraktion – was ich an sich nicht empfehle – an dieser weiteren Ausweitung des Tarifs mit einem Ausfall von 500 Millionen DM festhalten will, muß ein Weg gesucht werden, um diesem 500-Millionen-Ausfall eine Verbesserung von 500 Millionen DM gegenüberzustellen. Ich sehe dazu folgenden Weg: Ich habe mit dem Wirtschaftsminister schon vor einem halben Jahr darüber gesprochen. Die sogenannte Exportförderungsabgabe auf dem Gebiete der Ertragsteuer soll nicht, wie vorgesehen, im Dezember 1955, sondern schon im Dezember 1954 auslaufen. Die Exportförderungsabgabe allein auf dem Gebiete der Ertragsteuer kostet jährlich 350 Millionen DM. Wenn man sie ein Jahr früher auslaufen ließe, hätte man wenigstens für das nächste Jahr eine Verbesserung von 350 Millionen DM, wovon der Mittelstand, um den es ja geht, bestimmt nicht betroffen würde. Wenn man sich darauf beschränkt, nicht die Exportförderungsabgabe als solche ablaufen zu lassen, sondern nur die Neubildung von Rücklagen entsprechend dem für das Jahr 1955 zu erwartenden Export, dann würde etwa die Hälfte, d.h. 170 Millionen DM, gespart.

Ich halte die Spaltung des Körperschaftsteuersatzes für nicht berechtigt, sondern unter dem Standpunkt des Verhältnisses persönlicher Unternehmer/anonyme Körperschaft als eine Bevorzugung der anonymen Körperschaft. Ich halte den Grund, warum sie seinerzeit eingeführt worden ist, für völlig überholt. In einer Zeit, wo in den Berichten der Gesellschaften von 8 bis 9 % im Monat die Rede ist, ist eine weitere Erhöhung der Dividenden wirklich nicht mehr zu vertreten. Deswegen sollte man sich damit abfinden, den gezahlten Körperschaftsteuersatz aufzuheben, und es bei dem normalen Satz von 45 % belassen. Das würde eine Ersparnis von 120 Millionen DM sein. Das wären also 170 und 120 = 290 Millionen DM.

Außerdem haben wir im Ausschuß Dinge beschlossen, die wirklich nicht notwendig sind, z.B. der Freibetrag für Leute, die über 70 Jahre alt sind. Das ist ein besonderes Steckenpferd von Herrn Wellhausen. 30 Millionen DM könnte man ruhig wegfallen lassen. Die Steuerfreiheit des Zuschlages für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit könnte auch wegfallen. Das wären auch 30 Millionen DM. Dann sollte es

bei der Ehegattenbesteuerung nach der Regierungsvorlage bleiben. Das wären auch 30 Millionen DM, zusammen also 90 Millionen DM. Somit wäre das Gleichgewicht wiederhergestellt.

Das sind meine Vorschläge. Hierüber soll man die Fraktion entscheiden lassen. Dann müßte man jede Antragstellung unterlassen mit der Erklärung, daß man für die geplanten Anträge Neuburger – wenn ich so sagen darf – die Fraktionszustimmung erhoffe. Für die zweite Lesung im Plenum muß man sich mit den Koalitionsparteien bindend geeinigt haben. Die beiden Anträge zur Erhöhung der Grundrenten stehen am nächsten Freitag im Plenum an. Es wäre nötig, sich über die Behandlung dieser Anträge bis zum Freitag mit den Koalitionsparteien zu einigen.

Ich würde es begrüßen, wenn der Antrag auf Geschäftsordnungsänderung noch in diesen Tagen mit der Unterschrift aller Koalitionsparteien eingebracht würde. Dann wäre ein Riegel für die Zukunft vorgeschoben. Es besteht kein Hindernis, die Überweisung an irgendeinen Ausschuß so zu handhaben, als ob diese Geschäftsordnungsänderung schon bestünde. Dann wäre das Schlimmste für die Zukunft vermieden. Ich glaube, daß wir mit den Koalitionsparteien nur zu Rande kommen, wenn wir in dieser Frage sehr klar und sehr entschlossen sprechen.

Adenauer: Ich möchte einige Bemerkungen machen. Ich hoffe, die Atmosphäre zum Teil etwas entgiften zu können. Zunächst übersehen Sie vollkommen, Herr Kollege Schäffer, daß es noch eine Bundesregierung gibt; wenn Sie den Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU Ihre Vorschläge zuschicken, dann wäre es wohl richtig gewesen, wenn Sie gleichzeitig den Kabinettsmitgliedern und mir diese Sachen hätten zugehen lassen, damit ich nicht erst am Samstag abend unterrichtet werde von Herrn Krone über das, was vor sich geht. Ich habe als Bundeskanzler und Chef der Regierung ein Recht, in so wichtigen Dingen unterrichtet zu werden.

Ich bitte die Herren, bei der Diskussion – es handelt sich um eine höchst politische Angelegenheit – die Frage der Kassenwahrung vollkommen außer Betracht zu lassen. Das hat hiermit nichts zu tun und verwirrt nur die ganze Situation. Ich bitte Sie, auch nicht vom Überhang zu sprechen. Darüber wird bei anderer Gelegenheit sehr ernst zu sprechen sein.

Weiter muß ich sagen, daß es mir nur mit größter Mühe gelungen ist, Herr Schäffer, eine Versammlungswelle gegen Sie hintanzuhalten. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen; ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß der ganze gewerbliche Mittelstand gegen Sie große Versammlungen machen wollte, so daß ein Trend gegen Sie entstanden wäre in der öffentlichen Meinung, dem Sie einfach nicht hätten standhalten können. Am Freitag abend sind bei mir gewesen die Herren Spennrath, Pferdmenges und Berg[93] und haben mir die ernstesten Vorstellungen namens der Wirtschaft gegen Sie gemacht, gegen Ihre Behandlung der ganzen Steuervorlage. Man kann, glaube ich, diese drei Herren nicht als Interessentenvertreter bezeichnen. Daß diese Herren das

93 Fritz Berg (1901–1979), 1949–1971 Präsident des BDI.

allgemeine Interesse voranstellen, kann man annehmen. Man sollte also in solchen Fällen fragen, wo liegt die Schuld, habe ich die Schuld oder wer?

Ich glaube, Herr Kollege Schäffer, daß die Darstellung nicht vollständig ist, wenn Sie nicht gleichzeitig sagen, daß bei den Verhandlungen, die am Freitag gewesen sind, die Grundlage war, daß diese ganzen Anträge von Wellhausen, Miessner und auch von unseren Leuten aus dem Mittelstand wegfallen sollen. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht – ich weiß nicht, ob Sie das aus den Ausführungen von Herrn Pferdmenges entnommen haben –, möchte ich noch folgendes sagen: Was die Herren jetzt noch wünschen, bezieht sich nicht auf die Leute, die eine Million oder DM 500.000,– oder DM 100.000,– Einkommen haben, sondern auf diejenigen, die DM 35.000,– und weniger haben; es bezieht sich also auf den Mittelstand.

Soweit ich die Sache beherrsche, handelt es sich jetzt nur darum. Ich weiß, die Steuernachlässe sind groß. Das wird allgemein anerkannt. Es wird auch von den Herren anerkannt, daß es ein Risiko von Ihnen ist. Es wird von den Herren weiter anerkannt – wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt wird –, daß es richtiger gewesen wäre, diese Vorlage anzunehmen und dann zu sagen, wir kommen später auf die Geschichte zurück.

Jetzt handelt es sich nur darum – eventuell bitte ich die Herren Pferdmenges und Neuburger, mich zu korrigieren –, ob man bei den Einkommen von DM 35.000,– abwärts mehr tun kann, als bisher vorgesehen ist. Das ist die Frage, um die es sich handelt. Daß das an sich wünschenswert ist, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Die Frage ist, ob es geht und die Deckung geschaffen werden kann. Die 30 Millionen bei den Leuten über 70 Jahren wegfallen zu lassen, finde ich sehr unschön. Ich würde unbedingt dagegen sein. Darüber kann man aber in Ruhe sprechen.

Ich habe Sie genau beobachtet eben, Herr Schäffer, und gesehen, wie ergrimmt Sie waren. Herr Neuburger war mindestens von solchem Grimm erfüllt wie Sie. Er bekam einen ganz roten Kopf, so hat er sich geärgert. Wir wollen das jetzt nicht zum Ausdruck kommen lassen. Ich hoffe, daß sich, wenn wir in der Sache einig werden, die Gelegenheit ergibt, diese Geschichte aus der Welt zu schaffen. Da liegt gewöhnlich die Schuld auf beiden Seiten, und ob zu 50 und 50 %, das ist gleichgültig, aber in der Sache selbst müssen wir zu einer Verständigung kommen. Es ist schlechterdings unmöglich, daß sich nun zwischen dem Bundesfinanzminister aus diesem Kabinett und aus unserer Schwesterpartei und unseren führenden Leuten auf dem Gebiet auf der anderen Seite ein solcher Gegensatz, wie er sich leider Gottes entwickelt hat, auftut. Ich weiß nicht, wer zuerst antworten will!

Schäffer: Ich habe ruhig und sachlich gesprochen und konkrete Vorschläge gemacht. Es sind zwei Anträge, der Antrag Wellhausen, der bis zur obersten Spitze geht – den ich für unmöglich halte –, und der Antrag Neuburger, von dem ich weiß, daß er bis zu DM 40.000,– oder DM 35.000,– gehen will. Ich habe zum Antrag Neuburger gesagt, ich wäre bereit, ihm zuzustimmen, wenn auf der Gegenseite meine Vorschläge akzeptiert würden. Ich halte diese Lösung für so wichtig, daß die Fraktion darüber entscheiden soll.

Adenauer: Sie haben nicht gesagt, daß Herr Wellhausen bereit war, diesen Antrag nicht zu stellen, wenn dem Antrag Neuburger stattgegeben würde.

Schäffer: Entschuldigen Sie, das konnte ich nicht sagen, weil im Finanz- und Steuerausschuß nach der Erklärung Neuburgers, bevor ich ein Wort gesprochen habe, Herr Wellhausen sofort mit seinem Antrag gekommen ist, den er jetzt am Rundfunk wiederholt hat.

Adenauer: Ich spreche von der Sitzung am Freitag vormittag. Da gingen die Herren davon aus; sie haben ausdrücklich erklärt, daß damit alle anderen Anträge erledigt sein sollten. Dem hat Herr Wellhausen nicht widersprochen. (*Schäffer:* Herr Wellhausen hat sich an diesem Freitag vormittag unmöglich benommen!) Das steht nicht zur Debatte, sondern wir sprechen von diesem Antrag. Herr Wellhausen hat dem nicht widersprochen. Ich wurde weggerufen, weil der türkische Ministerpräsident[94] da war. Mir war das vorher nicht mitgeteilt worden, daß ich längere Besprechungen hatte. Ich habe dann Herrn von Brentano gebeten, an meiner Stelle den Vorsitz bei der interfraktionellen Besprechung zu übernehmen. Nachher habe ich dann von dieser Geschichte gehört, die herausgekommen ist.

Und das gehört auch dazu: Herr Strauß hat mir darauf einen Brief geschrieben[95], in dem er unverhüllt droht, daß die drei Minister der CSU ihre Ämter niederlegen, wenn nicht das geschieht, was sie wollen. Das sind doch unmögliche Dinge!

Schäffer: Es ist schade, daß Sie den Brief erwähnen. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wir hätten über den Brief unter vier Augen gesprochen, wie es der Herr Ministerpräsident Ehard gewünscht hat.

Adenauer: Den Brief habe ich nicht von Herrn Ehard, sondern von Herrn Bundesminister Strauß bekommen.

Schäffer: Herr Ehard hat Ihnen als Parteichef telegrafiert!

Adenauer: Wenn ein Bundesminister schreibt, wenn das nicht geschähe, dann würden die drei Mann austreten, so ist das eine Tatsache, an der ich nicht vorbeigehen kann. Versetzen Sie sich doch in meine Lage hinein!

Schäffer: Ich bitte Sie, sich in meine Lage zu versetzen. Ich kämpfe doch nicht um irgendeinen Vorteil, um ein Prestige. Ich kämpfe um eine Sache, weil ich der Überzeugung bin, daß mit diesen Koalitionswünschen nach der bisherigen Praxis unsere ganze Demokratie zum Teufel geht, und die Antwort ist, daß Sie mir Ihre persönliche Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen!

Adenauer: Wieso meine persönliche Unzufriedenheit? Wann habe ich das getan?

Schäffer: Jetzt, in diesen Ihren Ausführungen!

Adenauer: Ich habe Verschiedenes klargestellt.

Schäffer: Gerade hier bei einer großen Korona!

---

94 Besuch einer türkischen Delegation unter Führung des türkischen Ministerpräsidenten Adnan Menderes vom 4. bis 9. Oktober 1954 in Bonn (Abschlußkommuniqué in AdG 1954 S. 4787). – Am 8. Oktober war ein Treffen für 10 Uhr anberaumt; vgl. Anm. 84.

95 Vgl. Anm. 39.

Adenauer: Wo soll ich es denn tun?

Schäffer: Mir gegenüber! Schon seit Wochen bemühe ich mich, mit Ihnen in eine Aussprache zu kommen.

Adenauer: Sie kommen einfach und sagen: Ich muß morgen eine Aussprache haben. Dann soll ich Ihnen zur Verfügung stehen. In der Kabinettssitzung habe ich doch diese ganze Frage der Steuerreform auf die Tagesordnung gesetzt. So lasse ich nicht mit der Bundesregierung und nicht mit dem Kabinett verfahren! Das Kabinett hat auch in den Sachen im allgemeinen ein Wort mitzusprechen.

Schäffer: Ich möchte wissen, wann ich das Kabinett übergangen habe. Wenn am Freitag abend in der Sitzung des Finanzausschusses diskutiert wird, wann ist die nächste Sitzung – und diese Sitzung ist entscheidend –, muß ich vorher mit den Mitgliedern des Ausschusses ins Benehmen treten!

Von Brentano: Ich will ein paar grundsätzliche Dinge sagen, weil wir uns das gegenseitig schuldig sind. Ich lege Wert auf diese Feststellung und hoffe, daß sie unser Freund Schäffer bestätigen wird. Wir waren sehr oft in sachlicher Diskussion ... Aber Sie werden nicht bestreiten, lieber Freund Schäffer, daß die Fraktion der CDU/CSU bisher nicht in einem einzigen Falle einen Antrag gestellt hat, ohne sich mit Ihnen abzustimmen, und daß die Fraktionsleitung sich mit äußerster Hartnäckigkeit bemüht hat, Ihnen Ihr hartes Handwerk zu erleichtern und in voller Loyalität mit Ihnen zu arbeiten.

Schäffer: Sie meinen es nett und gut. Ganz stimmt es nicht. Wenn ich eingegriffen hätte, wäre ein Unglück passiert. Wenn die Herren mit mir geredet hätten, wäre eine vernünftige Entschließung herausgekommen, die wir schon in der ersten Minute hätten haben können.

Von Brentano: Ich erinnere an den Ernteschädenantrag[96]. Dieser Antrag ist gestellt worden von der Fraktion, als gesagt wurde, der Finanzminister ist einverstanden. (*Schäffer:* Was nicht wahr war!) Und in dem Moment, als wir hörten, daß das nicht wahr war, ist der Antrag zurückgestellt worden. Ich habe sofort bekanntgegeben, daß die Unterschrift nicht gilt. Ich glaube, loyaler kann ich nicht handeln.

Schäffer: Dagegen sage ich nichts. Wenn aber ein Fraktionskollege sagt, er habe mit mir gesprochen, und das ist nicht wahr, dann ist der Fraktionskollege nicht loyal.

Von Brentano: Ja, intra et extra muros peccatur! (*Schäffer:* Das wird dann immer gesagt!) Ich möchte Herrn Strickrodt sagen, von den Beschlüssen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses haben unsere Freunde im Finanzausschuß keine Kenntnis genommen, weil sie wußten, daß darüber keine Diskussion möglich war. Darüber ist nicht mit einem Wort gesprochen worden. Wir waren uns vollkommen darüber klar, daß selbstverständlich die Verantwortung – wie es Herr Strickrodt auch sagt – bei

96 Antrag der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP betr. Maßnahmen zur Milderung der Ernte- und Hochwasserschäden des Jahres 1954 (BT-Drs. 810; vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2033, 2187). Zur Diskussion in der CDU/CSU-Fraktion vgl. Sitzung vom 15. September 1954 (Fraktionsprotokolle S. 22ff. – ACDP VIII-001-1006/3).

der Fraktion liegt, aber in zwei Punkten bin ich anderer Meinung, als er nämlich sagt, daß die Fraktion diese Entscheidung durchziehen müsse. Ich bin nicht bereit, im Verhältnis zur Koalition weiterhin die Verantwortung auf die CDU/CSU zu laden und den Kollegen aus der Koalition zu gestatten, in freier Wildbahn zu jagen und auf unsere Kosten politische Geschäfte zu machen. (*Schäffer:* Sehr richtig!) Wir haben schon einige Fälle, wo wir den Kopf hingehalten und die Verantwortung getragen haben. Das gilt auch für die Mitglieder [der] Fraktion im Kabinett. Die Koalitionskollegen sind durch die Lande gezogen und haben die Verantwortung auf uns abgewälzt. Das ist doch vollkommen ausgeschlossen!

Zweitens meine ich, können wir diese Diskussion, die wir führen, nicht in dieser Weise vor die Fraktion bringen und eine Entscheidung herbeiführen. Lieber Freund Schäffer, seien Sie sich darüber klar, daß das notwendigerweise schiefgehen muß. Wir bräuchten drei Tage und drei Nächte bei einer Fraktion von 251 Mitgliedern, und die Abstimmung würde weder Ihnen noch mir Freude machen.

Wenn wir in einer so komplexen Situation nicht in einem kleinen Kreise einig werden und der Fraktion nicht sagen können, schließt euch an, dann zerschlagen wir alles. Es liegen noch verschiedene Anträge vor. Wenn das alles diskutiert wird – erlauben Sie mir das zu sagen –, dann werden von der CSU, auch von Ihrer getreuesten Leibgarde, Anträge zu erwarten sein, die Sie in Schrecken versetzen. Wir müssen versuchen, eine Klärung zu finden, und der Fraktion sagen, wir haben uns in einem Kreis verständigt. Und wenn wir einig sind mit dem Finanzminister, dann wird die Fraktion mitziehen, aber unter der Voraussetzung, daß die Koalition mitzieht.

Ich möchte nicht auf die Meinungsverschiedenheiten im einzelnen eingehen; denn erstens wäre ich Ihnen, lieber Freund Schäffer, nicht gewachsen, weil ich nicht mit einem so umfangreichen Zahlenmaterial aufwarten kann, und zweitens würde ich es nicht wagen, eine von Ihnen genannte Zahl anzugreifen, weil Sie dann böse werden. Ich kann nur folgendes sagen: Die Meinungsverschiedenheiten haben sich eigentlich nur noch bezogen, wenn ich sie im ganzen nehme, auf die Frage, ob die Schätzung über die Steigerung des Sozialprodukts unbedingt richtig ist oder ob nicht unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung hier noch eine kleine Marge ist, die es Ihnen und uns erlaubt, etwas Zusätzliches zu tun in der Steuerreform.

Ich unterstreiche das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Sicherlich hätten wir besser gehandelt, wenn wir dieses Gesetz so rasch wie möglich verabschiedet hätten, auch wenn der einzelne nicht einverstanden gewesen ist. So aber haben wir eine Flut von Wünschen ausgelöst, und das erleichtert die Entscheidung nicht. Wir wollen jetzt versuchen, so rasch wie möglich zu einem Ende zu kommen. Es hat niemand in der Fraktion zu Ihrer Amtsführung ein Mißtrauen geäußert, aber es ist darüber diskutiert worden, ob die Ausgaben über das Ordinarium laufen sollen oder ob nicht die Möglichkeit besteht, sie ins Extraordinarium zu übernehmen. Das enthält keine Kritik an der Sachlichkeit Ihrer Arbeit.

Was hat nun dazu geführt, daß wir den Vorschlag von Neuburger diskutiert haben? Es liegen mehrere Anträge vor. Sie haben vorhin gesagt, Herr Schäffer, daß Sie es als

Ihre Aufgabe betrachten, das bestmögliche und weitestgehende Gesetz vorzulegen. Ich glaube, Ihre parlamentarische Erfahrung in Bonn hat Ihnen gezeigt, daß es selten vorkommt, daß ein Parlament eine solche Vorlage unverändert annimmt. Ich hatte angenommen, daß Sie mit gewissen zusätzlichen Wünschen rechnen würden. Aber – sei dem, wie ihm sei – es sind Anträge gestellt worden, und es sind welche in Aussicht genommen.

Der Antrag wegen des 1. Oktober ... (*Zuruf:* Steht in der Regierungsvorlage!) Deswegen hatten die Länder die Möglichkeit, das einzukalkulieren. Ich würde auf diesen Stichtag keinen Wert legen, am wenigsten auf die Einführung eines Bonus. Das ist eine abwegige Idee. Es ist eine Flut von Anträgen gekommen. Wir waren uns darüber klar, daß wir mit diesen Anträgen, wenn sie nicht vorher geklärt sind, nicht in die zweite Lesung gehen dürfen, sonst kommt etwas heraus, was weder Sie noch wir verantworten können. Der Zweck des Antrages Neuburger war der, alle diese Anträge ausnahmslos abzufangen.

Wir haben die Frage geprüft, ob die Exportförderungsrücklage zur Verfügung gestellt werden kann. Wir haben darüber diskutiert, ob das System des gespaltenen Körperschaftsteuertarifs aufgespalten werden soll oder nicht. Das war die Situation, in der wir zuletzt auseinandergegangen sind. Ich gebe Ihnen zu, wir haben nicht zu verantworten, daß die Haltung der Koalition bei diesen Gesprächen mehr als unklar war und daß Herr Wellhausen eine eigenartige Rolle gespielt hat. Herr Wellhausen hat trotz Aufforderung nicht einmal das Wort ergriffen, außer um zu sagen, daß er das Zimmer verlassen müsse.

Ich wiederhole, es wurde von allen erklärt, man sähe es für möglich an, sich auf den Antrag von Neuburger zu einigen. Wir sollten uns überlegen, ob wir nicht diesen Weg gehen können, der allerdings nur gangbar ist, wenn wir Brief und Siegel der Koalition haben, daß sie diesen Standpunkt im Plenum beibehält. Das ist die erste Voraussetzung. Darüber sind wir auch einig mit Herrn Neuburger, mit Herrn Pferdmenges und den anderen Herren. Wenn wir uns auf diese Diskussion, soweit die Steuerreform in Frage kommt, beschränken, dann kommen wir weiter.

Der Antrag über die Altrentenerhöhung ist vom Kabinett gestellt worden, so daß uns das nicht angekreidet werden kann. (*Schäffer:* Habe ich nicht behauptet!) Doch! (*Schäffer:* Ich habe gesagt, daß er erweitert wird. Ich habe Herrn Storch gebeten, er soll mit Herrn Arndgen usw. reden, damit das möglichst unterbleibt, weil es auch nicht sachlich begründet ist.) Dieser Antrag ist vom Kabinett gekommen. Wir haben ihn der Beschleunigung halber als Initiativantrag entgegengenommen mit Zustimmung des Kabinetts. (*Schäffer:* Wobei verfassungsrechtliche Schwierigkeiten entstehen!) Dieser Antrag belastet nicht unmittelbar Ihre Kasse, sondern den Prämienrücklagefonds der Rentenversicherungsträger. Es ist nicht ein Antrag, der gegen Ihren Willen gestellt worden ist. Es stehen aus der Antrag, der im Vorstand der Fraktion einmütig abgelehnt worden ist, weil wir ihn nicht verantworten können, der Antrag, den die Frau Kollegin Probst mit Leidenschaft vertreten und von dem sie angekündigt hat, daß sie ihn auf jeden Fall einbringen wird und für den sie

Unterschriften sammelt. Dafür sind wir nicht verantwortlich. Wir können nicht mehr tun, als mit großer Leidenschaft zu sagen, diesen Antrag machen wir nicht mit.

Über die Weihnachtsgratifikation kommen wir nicht hinweg. Wir müssen etwas tun! Wir müssen nur sehen, wie wir das Beste daraus machen. Mein Wunsch wäre, daß wir diesen ganzen Blumenstrauß mit der Koalition besprechen, wobei wir selbstverständlich wegen der Eile sehr rasch zu einer Lösung kommen müssen. Wenn wir diese persönlichen Verklammerungen beiseite lassen, dann ist eine Basis gegeben, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Machen Sie die Fraktion der CDU/CSU nicht schlechter als sie ist. Sie gibt sich sehr viel Mühe, mit dem nicht immer leicht zu verhandelnden Fritz Schäffer in einem guten Einvernehmen zu stehen.

Scharnberg: Ich möchte Ihrer Mahnung folgen, Herr Bundeskanzler, und nicht im einzelnen auf die Ausführungen von Herrn Schäffer eingehen, obwohl zu einigen Punkten etwas zu sagen wäre. M.E. sind nicht alle Sachen richtig und nicht vollständig dargestellt worden. Es kommt auch auf diese Dinge nicht entscheidend an, sondern entscheidend kommt es auf die parlamentarisch-taktische Situation an. Wir haben von Anfang an erklärt, was Herr von Brentano unterstrichen hat, daß wir diese Vorlage unter keinen Umständen allein als CDU annehmen können. Wir müssen sie mit der FDP machen. (*Zuruf:* Mit der Koalition!) Ja, mit der Koalition zusammen! Es ist gesagt worden, es schwimmen Anträge herum für die kleinen Leute. Diese Anträge finden innerhalb der SPD und quer durch die Koalitionsparteien bei den interessierten Herren Annahme, ebenso auch die entsprechenden Anträge für den Mittelstand. Bei Annahme dieser Anträge werden wir vor der Notwendigkeit stehen, plötzlich eine weitere Milliarde oder noch mehr zu genehmigen. Dann entsteht die Frage, was passiert nun mit der Schlußabstimmung? Wird das Plenum in der Schlußabstimmung die veränderte Vorlage annehmen oder ablehnen?

Wenn sie abgelehnt wird, erleben wir eine geradezu maßlose Blamage, unter der wir nun sämtliche Landtagswahlen vollziehen sollen. Wird sie aber nicht abgelehnt, dann werden wir bestimmt vom Bundesrat ein Veto bekommen. Und dann haben wir wieder diese Situation, die ich einfach für untragbar halte. Wir müssen daher unter allen Umständen die Koalition auf unsere Seite bringen. Es ist schließlich auch unsere Aufgabe zu versuchen, das zu erreichen. Es ist Aufgabe der Regierung, die Koalition hinter die Vorlagen, die die Regierung vorlegt, zu bringen.

Wenn Sie von einer Lamms- oder Schafsgeduld gesprochen haben, so kann ich sagen, wir haben genauso eine Lammsgeduld gegenüber der Koalition. Ich darf aber sagen, daß man zumindest in Nürnberg die Lammsgeduld wohl ein bißchen verloren hat, was der Sache sicher nicht nützlich gewesen ist. Ich glaube trotzdem, daß wir die Koalition auf die Linie des Vorschlages von Neuburger bringen können.

Der Neuburger-Vorschlag beinhaltet 500 Millionen unter Verzicht auf eine Reihe von kleineren Anträgen, die ungefähr 100 Millionen ausmachen, so daß nur noch 400 Millionen übrigbleiben. Der Verzicht auf die Exportförderungsrücklage würde 150 Millionen einbringen. Dann sind es nur noch 250 Millionen. Die Vorlage sollte am 1.

Oktober in Kraft treten. Wenn jetzt der 1. Januar in Frage kommt, dann verdienen Sie an dieser Geschichte auch wieder etwas, so daß Sie ungefähr den Ausgleich haben. Die ganze Exportförderung vorzeitig über den Haufen zu werfen, halte ich für unmöglich. Wir haben ein Gesetz, das ausdrücklich bis zum Ultimo des Jahres 1955 vorgesehen ist. Die Wirtschaft hat sich darauf eingestellt, und es sind Abschlüsse getätigt worden.

Es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, daß hiervon nur die Großen der Wirtschaft betroffen werden. Auch die mittelständische Wirtschaft ist daran stark interessiert. Auch in Hamburg und in Bremen sind wir daran interessiert. Wenn wir den Leuten sagen, das, was wir ursprünglich zugesagt haben, nehmen wir euch wieder weg – was meinen Sie, was das für Folgen hätte!

Hier ist es genauso. Wir haben im vorigen Jahr wegen der Dividendenausschüttung diese Maßnahmen getroffen. Darauf haben sämtliche deutschen Aktiengesellschaften ihre Dividende erhöht. Jetzt können wir nicht einfach sagen, wir nehmen euch die Sachen wieder weg. Das ist doch unmöglich. Es handelt sich insgesamt um eine Angelegenheit von 250 Millionen. Daran beträgt Ihr Anteil 100 Millionen. Sie können nicht sagen, daß Sie im Rahmen eines Haushalts von 20 Milliarden so haarscharf gerechnet haben, daß Sie das Risiko einer zusätzlichen Belastung von 100 Millionen nicht in Kauf nehmen können.

Die Taktik, die Sie empfehlen, daß nämlich zuerst die Fraktion und dann die Koalition gebunden werden soll, ist bestimmt nicht richtig. Wenn wir so vorgingen, würde die FDP sagen, Herr Schäffer hat die Mehrheit hinter sich, und jetzt können wir enttäuscht nein sagen. Dann gehen diese im Lande herum und sagen, was sind wir von der FDP doch für feine Kerle, weil wir versucht haben, die CDU an einer solchen Handlung zu hindern.

Man kann nur so vorgehen, daß wir zunächst die Verständigung innerhalb der Koalition erzielen. Dazu muß von Ihnen gesagt werden, ob Sie mit dem Vorschlag von Neuburger einverstanden sind. Dann müssen Sie es den Leuten, die dazu berufen sind, überlassen, die Sache mit der Koalition ins reine zu bringen.

Adenauer: Darf ich das Kommuniqué von heute morgen dazwischenschieben? Ich glaube, es muß noch eine Kleinigkeit geändert werden; der wesentliche Unterschied besteht in den Auffassungen der Herren Kaiser und Kiesinger.

„Der Parteivorstand der CDU trat am Montag in Bonn unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Dr. Adenauer zu einer Aussprache über die außen- und innenpolitische Lage zusammen. Die Sitzung wurde mit einem ausführlichen Bericht Dr. Adenauers über die Ereignisse seit der Ablehnung der EVG durch das französische Parlament eingeleitet. Dr. Adenauer hob vor allem die Ergebnisse der Londoner Konferenz hervor, von denen der militärische Beitrag der Bundesrepublik nicht das Wichtigste sei. Viel bedeutsamer sei die Wiederherstellung der Einheit des Westens, die Beendigung des Besatzungsregimes, die Aufnahme der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker, die Bindung Großbritanniens und der USA an das Schicksal Europas. Diese Bindung bestehe in der Zusage, die Truppen auf dem Festland zu belassen, falls die westeuropäische Zusammenfassung zustande komme."

Ich würde empfehlen, nicht so hervorzuheben, daß der militärische Beitrag nicht das Wichtigste sei; denn das merkt man, daß das absichtlich gesagt ist, sondern ich würde das durcheinandermengen.

„Ausführlich äußerte sich Dr. Adenauer zu der Haltung der SPD zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz, insbesondere zu der Haltung in der letzten Bundestagsdebatte. In dieser Debatte sei die SPD gezwungen worden, endlich aus dem Zwielicht ihrer bisherigen außenpolitischen Verlautbarung herauszutreten."

Ich würde empfehlen, nicht alles mir in den Mund zu legen, sondern es ist doch auch das Ergebnis der Debatte gewesen. Ich würde sagen: In der Debatte wurde das und das klargestellt.

„Die von der SPD geforderte Politik der Bündnislosigkeit, die mit den Vorschlägen der Sowjetregierung übereinstimmt, beschwöre die Gefahr herauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland in den sowjetrussischen Sog gerate."

Der Herr Kaiser meint, (*Kaiser:* Auch Brentano!) das sei zu scharf. (*Gerstenmaier:* Das kann man auf keinen Fall sagen. Ich weiß nicht, ob die Behauptung objektiv richtig ist. Das würde die Leute beleidigen.)

„Dr. Adenauer bedauerte, daß auch der DGB-Kongreß in Frankfurt eine Entschließung gefaßt hat, in der die Ergebnisse der Londoner Konferenz abgelehnt wurden."

Bitte nicht alles mir in den Mund legen, sondern nur stichwortartig anführen, was ich gesagt habe. Ich würde sagen, daß eine ausgedehnte Diskussion über folgende Punkte stattfand, und dann kommen diese Sachen. Sollen wir es so machen?

Kaiser: Wir sollten den DGB von der Sozialdemokratie möglichst trennen. Wir haben kein Interesse daran, sie noch enger zusammenzuführen. Der eine Satz ist entbehrlich.

Schäffer: Ich muß um 5 Uhr zu einer Sitzung nach Köln. Wenn ich hier noch benötigt werde, muß ich Herrn Pferdmenges bitten, zu telefonieren, daß ich nicht abkömmlich bin.

Adenauer: Ich glaube, Sie werden hier nötiger sein als dort.

Neuburger: Der von mir gemachte Vorschlag ist nicht neu. Er ist bereits vor vier Wochen gemacht worden in den Koalitionsbesprechungen, weil wir damals nicht weiterkamen und die Abstimmung im Finanz- und Steuerausschuß unmittelbar bevorstand. Ich habe im Anschluß an diese Koalitionsbesprechungen an den Herrn Bundeskanzler auf seinen Wunsch einen Brief am 15. September geschrieben und Abschrift an den Herrn Bundesfinanzminister Schäffer gegeben:

„1. Aufgrund der bisherigen Verhandlungen mit Herrn Schäffer ist dieser bereit, zu Lasten des Bundeshaushalts zu verzichten auf rd. 205 Millionen.

2. Wie aus der gestrigen Debatte festzustellen war, ist die überwiegende Mehrheit der Auffassung, daß die Einkommen- und Körperschaftsteuer um mindestens weitere 500 Millionen gesenkt werden kann und muß.

Falls es möglich ist, die Zustimmung von Herrn Minister Schäffer zu der zusätzlichen Steuersenkung in diesem Ausmaß zu erreichen, ließe sich innerhalb der Koalition zweifellos eine erhebliche Mehrheit dafür erreichen, daß die Einkommenstarife in den

unteren Stufen einschließlich des Mittelstandes bis etwa DM 30.000,– noch gesenkt werden unter Verzicht auf Sonderanträge im Rahmen dieser Gruppe.

Falls zwischen der Koalition und dem Finanzminister sich eine Einigung nicht erzielen läßt, werden Sonderanträge aus der Koalition nicht zu vermeiden sein, und zwar

a) der Sonderantrag der Arbeitnehmer und der freien Berufe auf Erhöhung des Freibetrages auf DM 240,– bzw. DM 600,–,
b) Antrag Wellhausen, eine lineare Tarifsenkung um 5 %,
c) Antrag des Mittelstandes auf Freibetrag für die mitarbeitende Ehefrau,
d) einige kleinere Anträge."

So war der Stand vor vier Wochen. Es ist nicht möglich gewesen, in diesen vier Wochen mit Herrn Schäffer einen Schritt vorwärtszukommen. Es kann für Sie, Herr Schäffer, keine Überraschung gewesen sein, nachdem sich die Abstimmung nicht mehr verzögern läßt, daß ich gesagt habe, ich beabsichtige, am Dienstag diesen Antrag einzubringen. Ich mußte das tun; denn ich [kann] der Opposition nicht mit einem solchen Antrag kommen und anschließend abstimmen. Wenn wir nicht im Laufe des Monats Oktober die Finanz- und Steuerreform verabschieden, kommt sie praktisch vor Ende des Jahres nicht mehr über die Bühne. Dann kommt die Finanzreform in eine Verzögerung hinein, die am 31. Dezember von uns und vom Bundesrat verabschiedet werden muß.

Es ging mir von Anfang an darum, die ganzen Anträge – von den 34 ist nicht ein einziger von uns gestellt worden – zusammenzunehmen.[97] Ich habe im Juli bereits an Herrn von Brentano bzw. an Herrn Krone geschrieben, daß es so nicht gehe, wie der Finanzminister will, daß er sagt: Hier ist meine Vorlage, die muß angenommen werden, Vogel friß oder stirb!

Ich habe erklärt, so hat es keinen Sinn. Und heute stellt man sich hin und sagt, das hätte alles vermieden werden können. Ich habe vom ersten Tag an im Ausschuß und im Arbeitskreis den Grundsatz aufgestellt, diese Vorlage wird als Koalitionsvorlage angenommen, oder sie wird unsererseits nicht angenommen. Diesen Grundsatz vertrete ich auch heute noch.

Nun habe ich diesen Antrag gestellt. Wenn ich am Freitag in der Lage gewesen wäre, diesen Antrag namens der CDU zu stellen, dann hätte Herr Wellhausen keinen Antrag gestellt. Ich habe Herrn Wellhausen gesagt, dann können Sie auch nicht namens der Koalition sprechen, weil ich nicht namens der CDU/CSU sprechen konnte. Da blieb mir nur übrig zu sagen, ich beabsichtige, namens der Mehrheit meiner Parteifreunde diesen Antrag zu stellen. Ich habe dann beantragt, daß die Sitzung so frühzeitig aufhören möge, daß die CSU-Mitglieder zum Parteitag weggehen könnten. Nachmittags habe ich beantragt unter Vorlage des Briefes, daß die Sitzung nunmehr

97 Vgl. dazu 55., 56. und 57. Sitzung des Bundestages vom 16., 18. und 19. November 1954 mit den zahlreichen Änderungsanträgen – Sten.Ber. 2.WP Bd.22.

aufhören solle. Dann ist der Antrag von der SPD, von Gülich[98], unterstützt worden. Es ist nicht so, als ob wir uns nachher angeschlossen hätten. Ich bin überrascht, daß ein solch klarer Tatbestand in der Weise heute hier vorgetragen wird.

Ich bin überzeugt, daß der Antrag auch heute noch möglich ist, obwohl sich seit Freitag die Verhältnisse im Raum der Koalition verschärft haben. Ich glaube, daß mit diesem Sammelantrag alle anderen Anträge konsumiert werden können. Selbst wenn Herr Wellhausen seinen Antrag stellt, hätte ich keine Bedenken, denn er würde im Plenum abgelehnt. Die von Ihnen erwähnten Erhöhungen wie Freibetrag der Altersgrenze usw. stehen nicht in der Regierungsvorlage. (*Adenauer:* Das sieht nur so häßlich aus!) Es ist nur ein Antrag gewesen. Wir sind jedenfalls gewillt, das zu machen, auch mit der Sonntagsarbeit. Es gibt aber noch einen Antrag, der wahrscheinlich nicht mitumfaßt wird, nämlich auf dem Gebiete der Ehegattenbesteuerung. Das ist eine Sache, die unglücklich gelöst ist. Jedenfalls ist der Zustand so oder so schlecht.

Die Regierungsvorlage sieht vor ein Heruntergehen der getrennten Besteuerung auf DM 9.000,–. Der Vorschlag des Unterausschusses geht den umgekehrten Weg und sagt, die getrennte Besteuerung soll bleiben, es müssen aber noch gewisse Gruppen der freien Berufe hinzukommen. Kostenpunkt: 50 Millionen! Das hat der Unterausschuß ausgerechnet. Ich glaube, daß ich den Antrag herausnehmen kann. Es waren insgesamt rd. 550 Millionen. Wir sind der Auffassung, daß diese 550 Millionen gedeckt werden können.

Das Exportförderungsgesetz ist befristet bis 1955. Ich halte es für unmöglich, ein befristetes Gesetz aufzuheben. Ich wäre allerdings bereit, bezüglich der Rücklage – das macht die Hälfte aus – in ein Gespräch einzutreten, weil die Rücklage selbst nur eine Steuerstundung darstellt, die in den nächsten Jahren aufgehoben werden kann. Wenn wir etwas kaufmännisch denken, können wir sagen, das sind genau 50 % echte Steuersenkung und 50 % Steuerstundung.

Würden wir die Stundung gegen einen Bonus von 10 % aufheben, so würde das rd. 17 Millionen kosten, mit anderen Worten, die Aufhebung dieses Gesetzes unter Zubilligung eines Bonus würde rd. 150 Millionen bringen.

Wir können die ständige Steigerung unseres Sozialprodukts auf die Dauer nicht fortsetzen, ohne daß das haftende Kapital in unserer Wirtschaft zu wachsen beginnt. Das ist bis zur Stunde nicht der Fall. Die Einführung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes hat dieses Ziel gehabt. Wir werden im Jahre 1955 Emissionen bekommen in Höhe von mehreren 100 Millionen auf dem Aktienmarkt. Darüber besteht kein Zweifel. Wenn wir jetzt den gespaltenen Körperschaftsteuersatz wieder aufheben, werden die Firmen sofort wieder kurztreten und diese Sache nicht vornehmen. Sie werden sich über die kurz- oder mittelfristige Verschuldung finanzieren, und diese Verschuldung zahlt der Finanzminister. Die Zinsen mit rd. 8 % werden abgeschrieben.

98 Dr. Wilhelm Gülich (1895–1960), seit 1924 Direktor der Bibliothek (Professor) des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1947–1950 MdL Schleswig-Holstein (SPD), 1949–1950 Finanzminister, 1949–1960 MdB.

Jede 100-Millionen-Verschuldung kostet den Finanzminister jährlich vier Millionen. Wenn man sie als haftendes Kapital bekäme, würde man es als Dividende verzinsen. Die 100 Millionen würden also mindestens sechs Millionen kosten. Eine Umschuldung unserer Wirtschaft auf haftendes Kapital – was innerhalb der nächsten zwei Jahre mindestens im Ausmaß von einer Milliarde erfolgen würde – kostet den Finanzminister pro Jahr 60 bis 80 Millionen, ohne die großen wirtschaftspolitischen Auswirkungen, die eine solche Sache hat. Daran beißt keine Maus einen Faden ab.

Der Anteil des Bundes, der zur Debatte steht, würde sich um etwa 20 Millionen herum bewegen. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen wären mehr als ungünstig. Ich könnte mich auf keinen Fall dafür einsetzen. Es bleibt eine runde Summe von 150 Millionen. Die Ergänzungsabgabe soll eingeführt werden, weil man die Länder nicht belasten will. Man geht dem Ringen zwischen Bund und Ländern dadurch aus dem Wege, daß man den armen Steuerzahler um 1,5 % belastet. Weil man sich zwischen Bund und Ländern nicht einigt, haut man dem Steuerzahler noch 1,5 % drauf! So sehen die Dinge in der Praxis aus!

Ursprünglich waren es 42 %; jetzt sind es 40 %. Die Länder haben gesagt, kommt der EVG-Vertrag, dann sollen es 40 % sein, (*Arnold:* Nein!) kommt der EVG-Vertrag nicht, dann wollen wir von dem Anteil etwas haben. (*Strickrodt:* Das war die Regelung 1954!) Die Regelung 1954 sah vor: Kommt die EVG, dann muß der Bundesanteil höher sein, kommt sie nicht, kann er weniger sein. Ich bin der Auffassung, daß man hier die bestehenden Differenzen zwischen Bund und Ländern unschwer ausgleichen kann. Man sollte nicht den billigen Weg wählen, einfach den Steuerzahler zusätzlich zu belasten; denn darauf läuft es hinaus. Die 1,5 % Ergänzungsabgabe sind identisch mit der Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 1,5 %. Keinen Pfennig mehr und keinen weniger!

Wir müssen morgen abstimmen, und die Steuerreform muß um 8 Uhr in zweiter Lesung fertig sein. Wir können nicht mehr länger warten. Ich werde mich dafür einsetzen, daß das Exportförderungsgesetz, obwohl es mir schwerfällt, in seinen Rücklagebestimmungen revidiert wird. Ich wundere mich, daß man Vorwürfe erhebt, weil wir sagen: der 1. Oktober. Bis zur Stunde ist noch kein Antrag gestellt worden, den 1. Oktober zu verlegen. Der 1. Oktober steht in der Regierungsvorlage. Die Länder werden dagegen revoltieren, Herr Schäffer. Diese Ankündigung besteht seit Monaten. Es ist also eine Anlage der Regierungsvorlage. Bis zur Stunde habe ich gehört, daß jeder Minister verpflichtet ist, die Kabinettsvorlage so zu verteidigen, wie sie ist. Der 1. Oktober steht in der Regierungsvorlage. Ich weiß nicht, ob einer den Antrag stellt zum 1. Januar. Wollen Sie ihn stellen, Herr Wuermeling? (*Wuermeling:* Das kann ich leider nicht!) Wir sind also bereit, den 1. Januar vorzuschlagen, so daß ich abschließend sagen möchte: Der Antrag über 500 Millionen beginnt unten mit der stärksten Senkung und läuft aus bei rd. DM 40.000,–. Er konsumiert alle die Sonderanträge, wobei ich überzeugt bin, daß es gelingt, alle niederzustimmen bis auf die Sache mit der Ehegattenbesteuerung und die Exportförderungsrücklagebestimmungen gegen einen Bonus von 10 %.

Adenauer: Eine Mitteilung! Herr von Hassel ist mit 36 gegen 28 Stimmen bei drei Enthaltungen zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Herr Dr. Böttcher[99] mit 36 gegen 27 Stimmen bei vier Enthaltungen zum Landtagspräsidenten gewählt worden. Ich denke, daß wir Herrn von Hassel unsere Glückwünsche und – einer sehr guten Anregung des Präsidenten Ehlers folgend – Herrn Lübke den Dank für seine Arbeit aussprechen, die er in diesen Jahren in Schleswig-Holstein für das Land und die Partei geleistet hat. *(Beifall.)*

Es ist noch mitzuteilen, daß Herr Mendès-France der Sozialistischen Partei in Frankreich den Eintritt in die Regierung angeboten hat. Sie haben noch nicht nein gesagt. Es scheint, als ob sie eintreten würden.[100]

Hellwig: Ich habe noch nicht den Eindruck, daß unsere lange Diskussion ungünstig war. Wir können heute sogar sogenannte Unbekannte besser übersehen als damals. Wir dürfen nicht übersehen, daß die jetzige Regelung günstiger ist als damals, als die EVG noch bevorstand. Wir haben ein Freiwerden von 6 mal DM 300.000,– für den Verteidigungsbeitrag während der Zeit vom 1. Oktober 1954 bis zum 31. März 1955. Wir haben dann nur mit DM 600.000,– und nicht mit DM 900.000,– zu rechnen.

Die Bank Deutscher Länder hat in ihrem letzten Bericht festgestellt, daß die Steuersenkung des Sommers 1953 das tatsächliche Steueraufkommen von Juli und August 1954 kompensiert, wenn nicht sogar überkompensiert. Ich habe hinsichtlich der Senkungen eigentlich den Hinweis auf den Fortfall der Sondervergünstigungen vermißt, der auch erheblich mehr Einnahmen bringt. Zur Wertung der Steuersenkung in ihrer Wirkung draußen muß man diesen Punkt auch berücksichtigen. Für viele in der Wirtschaft haben wir die Tatsache festzustellen, daß zwar eine Tarifsenkung, aber nicht eine Steuersenkung eintritt, weil an die Stelle der Tarifsenkung der Fortfall der Vergünstigungen tritt.

Noch einen Hinweis zur konjunkturellen Situation. Mit Schrecken müssen wir feststellen, daß wir in der Leistungsfähigkeit unseres Produktionsapparates ganz erheblich hinter dem Ausland zurückstehen.

Adenauer: Darf ich kurz unterbrechen! Herr Kollege Schäffer wird aus Köln angerufen. Vielleicht können wir uns etwas kürzer fassen.

Ehlers: Mich interessiert im wesentlichen hierbei die politische Frage. Ich möchte mich in Tariffragen und solche Probleme nicht einmischen, wobei ich allerdings nicht sagen kann, daß mich das merkwürdige hin- und herschwankende Verhalten des Instituts für Finanzen und Steuern in Köln, dessen Veröffentlichungen ich auch

99 Dr. Walther Böttcher (1901–1983), 1945 Mitgründer CDU Lübeck, 1946–1951 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, 1946–1962 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1959 Landtagspräsident, 1956–1959 Bürgermeister in Lübeck.

100 Vgl. AdG 1954 S. 4795, 4821, 4843. Da die Sozialisten einen Regierungseintritt an Bedingungen knüpften, lehnte Mendès-France ihre Beteiligung am 13. November 1954 ab.

verfolge, voll überzeugt. Das einzige Argument, was für die Sicherung einer weiteren Steuersenkung angeführt worden ist, ist die Ausdehnung des Sozialprodukts mit der Schätzung der wechselnden Prozente. Wie das in der Praxis aussieht, ist offenbar nicht in vollem Umfange beweiskräftig, sondern es ist problematisch. Ich weiß also nicht, ob man diese Schärfe bei der Auseinandersetzung mit dem Finanzminister, der bei Gott nicht seine persönlichen Interessen vertritt, hineinbringen muß.

Ich würde natürlich auch nicht den Ausdruck „Interessentenhaufen" öffentlich gebrauchen, aber es ist gar kein Zweifel, daß in diesem Falle außerordentlich viel Interessentengruppen und – ich sage es noch konkreter – Funktionäre von Interessentengruppen vorhanden sind. Ich bin durchaus bereit, Interessentengruppen und ihre Funktionäre als berechtigt anzuerkennen, auch wenn wir nicht immer sagen können, daß sie mit unseren politischen Ansichten voll übereinstimmen.

Wenn ich im Lande herumkomme – ich bin ein Redner, der zwischen dem Bodensee und Flensburg quatscht, entschuldigen Sie den Ausdruck –, muß ich sehen, daß der Herr Bundesfinanzminister ein solches Maß von Popularität besitzt, das mich immer wieder überrascht. Der einfache Mensch im Volke hat ein instinktives Gefühl dafür, daß dort jemand sitzt, der manchmal vielleicht sogar recht angreifbar ist, Herr Bundesfinanzminister, jedenfalls aber einen unerhört intensiven Kampf um die Sicherung der Währung führt. Das muß einmal gesagt werden, damit nicht durch die Diskussion diese Fragestellung verschoben wird.

Ich glaube nicht, daß es einen Weg gibt, irgendeine der Koalitionsparteien, die sich in der Form des Zaunkönigs in die Lüfte schwingen möchte, davon abzuhalten, ihre propagandistisch erscheinenden Anträge zu stellen. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen. Wir werden in dem Wettrennen, das abzufangen, niemals Sieger bleiben, sondern es gewinnt nach außen hin hier immer wieder der, welcher die größten Popularitätsanträge stellt.

Nach meiner Meinung liegt das Schwergewicht der öffentlichen Diskussion heute nicht auf der Steuerreform und ihrer Höhe und Erweiterung um 500 Millionen, so wichtig das auch sein mag, das Gewicht der Diskussion liegt auf dem sozialen Bereich. Ich habe die Sorge, ob es wirklich gerechtfertigt und sinnvoll ist, diese 500 Millionen in eine Erweiterung der Steuersenkung hineinzustecken, oder ob es nicht besser ist, sie für sozialpolitische Aufgaben, für Rentner, Kriegsopfer usw. zu verwenden. Wir kommen bei einer großen Zahl unserer Wähler mehr an, wenn wir diese Dinge etwas wichtiger nehmen, als es manchmal in einer Diskussion geschieht. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Sie zollen dem Herrn Bundestagspräsidenten lebhaften Beifall, und er hat auch sehr gut gesprochen, aber ich möchte ein Wort sagen zugunsten dieses Antrages. Es handelt sich in erster Linie darum, dem Mittelstand zu helfen, und zwar den Ärzten, den Rechtsanwälten, den Architekten, den Handwerkern und gewissen höheren Beamtengruppen. Glauben Sie mir, die Not in diesen Kreisen – ich will es noch genauer konkretisieren, die Not, ihren Kindern eine gleichwertige Erziehung zuteil werden zu lassen – ist außerordentlich groß.

Es ist staatspolitisch klug, hier zu helfen, wenn ich daran denke, daß gerade diese

Schichten der Bevölkerung im allgemeinen dem Staat durch ihre Kinder wertvolle Menschen geben. Das ist der Grund, der mich bewogen hat, mich dafür einzusetzen.

Altmeier: Ich möchte Herrn Neuburger sagen, die Länder haben nicht zugesagt 40 oder 42 %. Eine Zusage der Länder liegt überhaupt noch nicht vor, sondern es haben sich auf Wunsch des Herrn Bundesfinanzministers die Vertreter der CDU-Länder vor zwei Monaten zusammengesetzt und darüber gesprochen, wie man der Vorlage – gestaffelt nach den Daten der EVG – im Bundesrat zum Zuge verhelfen könne. Es kann nicht bestritten werden, daß in diesem Augenblick andere Länder, wie Niedersachsen und Hessen, mitkrebsen gehen, weil die EVG nicht gekommen ist. Sie sind schon darauf aus, unter 38 % zu kommen, wobei Hessen den Satz von 30 oder 32 % genannt hat. (*Neuburger:* Ich habe gesagt, die EVG kostet unter Einbeziehung der Kosten mehr und bei Nichteinbeziehung weniger. London kostet soviel wie die EVG.) Ich muß klarstellen, daß keine Zusage der Länder vorliegt. Herr Scharnberg hat sehr richtig gesagt, bei allen Gesetzen sollten wir darauf achten, daß sie auch vom Bundesrat angenommen werden. Diesem Ziel dienten die monatelangen Besprechungen in dem sogenannten Strickrodt-Ausschuß. Diesem Ziel diente auch eine Zusammenkunft der CDU-Länderchefs, die in der vergangenen Woche stattfand.[101] Ich habe die Verpflichtung, Ihnen zu sagen, was wir bei dieser Gelegenheit besprochen haben. Was wir besprochen haben, ist niedergelegt in einem Schreiben, das einige Länder – ich weiß es bestimmt von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – an die Fraktion zu Händen von Herrn Brentano gerichtet haben.

In dieser Besprechung haben wir unserer Besorgnis Ausdruck verliehen, daß die Vorlage zur Steuerreform noch nicht verabschiedet ist. Ich bin im Gegensatz zu dem, was heute gesagt wurde, der Meinung, daß die Wirkung dieses Gesetzes in der Form von 2,4 Milliarden auf die breite Masse der Bevölkerung auch heute noch einen nachhaltigen Eindruck machen wird, insbesondere, wenn dem einzelnen sichtbar wird, wie sich das für ihn auswirkt. Deshalb die Bitte der Länderchefs, doch dafür Sorge zu tragen, daß die Vorlage schnellstens verabschiedet wird.

Bei dieser Gelegenheit ist aber auch die Besorgnis der Länderchefs über die Ausweitung zum Ausdruck gekommen. Hier war die Rede von 500 bis 550 Millionen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß im Blick auf die Situation in den Ländern diese Ausweitung der Steuererleichterung in Höhe von 550 Millionen nicht getragen werden kann. Wir haben dabei unterstellt, daß wir bereit sind, die rd. 350 Millionen – von denen Herr Schäffer gesprochen hat –, die über die Regierungsvorlage hinausgehen und zum Teil auch den Wünschen Rechnung tragen, die der Bundesrat seinerzeit geäußert hat, in Kauf zu nehmen, daß aber die 550 Millionen nicht mehr durch die Länderhaushalte verkraftet werden können. Man hat mir gesagt, daß diese Auffassung der Länder, die wir zu Händen der Fraktion mitgeteilt haben, hier und da unwillig aufgenommen worden sei in dem Sinne: Was haben die Länder damit zu

101 Am 1. Oktober 1954 im Zusammenhang mit einer Sitzung des Bundesrates (vgl. dazu FAZ vom 2. Oktober 1954).

tun? Wir dürfen in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß die Länder nach dem derzeitigen Stand von 62 % betroffen werden, so daß es sich also, wenn ich einmal so sagen soll, um ihr eigenes Geld handelt, was ohne weiteres die Verpflichtung und die Berechtigung ergibt, dazu Stellung zu nehmen.

Ich mache kein Hehl daraus, daß wir sehr betrübt sein müssen, daß nun vier oder fünf Tage nach unserem Schreiben an die Fraktion ausgerechnet unsere Fraktion den Antrag auf Ausweitung dieser 500 Millionen, die wir gerade verhüten wollen, eingebracht hat bzw. einbringen wird. Hier fehlt also seit Monaten die rechte Einsicht von der Koordinierung. Ob Sie den Bundesrat wollen oder nicht, man muß mit ihm rechnen. Infolgedessen meine ich, hätte auch die CDU die Verpflichtung, bei der Vorlage solch wichtiger Gesetze von Anfang an mit den betreffenden Kräften und Gruppen zu sprechen, damit ein solches Gesetz im Bundestag und im Bundesrat möglichst reibungslos über die Bühne geht.

Wir waren der Auffassung, daß die Länder dieses Mehr von 550 Millionen nicht übernehmen können. Dabei ist durch unsere CDU-Vertreter zum Ausdruck gekommen, daß wir entsprechend der Vorlage des Bundesrates von damals auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar 1955 in Kraft treten sollte. Diese Wünsche, die wir der Partei mitgeteilt haben, bestehen z.Z. Ich bin nicht in der Lage, zu den Verbesserungsvorschlägen, wie sie der Herr Bundesfinanzminister gemacht hat, Stellung zu nehmen.

Es haben im Anschluß an die Besprechungen der CDU-Minister am Freitag vor acht Tagen auch die Länderchefs überhaupt unter dem Vorsitz des Bundesratspräsidenten getagt. Sie haben nach längeren Beratungen, die in Abwesenheit des Bundesfinanzministers stattgefunden haben, im wesentlichen einstimmig dieselben Dinge beschlossen, die ich eben als die Beschlüsse der Länderchefs der CDU vorgetragen habe. Diese Wünsche sind niedergelegt in einem Schreiben, das das Präsidium des Bundesrates am 4. Oktober zu Händen des Herrn Bundeskanzlers gelangen ließ, worin zum Ausdruck gebracht wird, die Verabschiedung zum 1. Januar vorzunehmen und das Junktim zwischen Steuerreform und Finanzreform fallenzulassen. Man steht auf dem Standpunkt, daß die Verabschiedung der Steuerreform nicht durch die Finanzreform aufgehalten werden soll.

Das ist der Stand der Besprechungen sowohl bei den Ministern der CDU und CSU als auch bei den Ministerpräsidenten überhaupt. Ich sehe mich verpflichtet, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben. Ich kann nur unterstreichen, daß wir sehr daran interessiert sind, obwohl es die Länder Geld kostet, daß die Steuerreform im übrigen möglichst bald verabschiedet wird.

Adenauer: Herr Ministerpräsident, wenn ich recht unterrichtet bin, ist von Nordrhein-Westfalen der Wunsch unterbreitet worden, man möge in der Steuersenkung noch weitergehen. (*Arnold:* Das kann nicht stimmen!)

Schäffer: Herr Ministerpräsident Arnold hat eine Entschließung des Ausschusses für Rationalisierung des Steuerwesens dem Finanz- und Steuerausschuß mitgeteilt. Wer dieses Schreiben aufmerksam liest, weiß ganz genau, daß die Entschließung über

die Regierungsvorlage hinausgeht, denn es wird betont, in erster Linie sollen alle Steuervergünstigungen wegfallen. Das ist eine Spitze gegen die neu beschlossenen Steuervergünstigungen nach § 7c[102].

Zweitens wird in dieser Entschließung vorgeschlagen die rasche Verabschiedung einer Tarifsenkung als Ausgleich für den Wegfall der Steuervergünstigungen. Das ist der Sinn der Regierungsvorlage. Dafür kann Herr Ministerpräsident Arnold nichts.

Adenauer: Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten Arnold nicht angegriffen; man war nur sehr verblüfft im Ausschuß.

Lieber Herr Altmeier! Man muß in diesem scheußlichen Leben immer zwischen zwei Übeln wählen. Glauben Sie mir, die 500 Millionen sind wirklich das kleinere Übel, (*Pferdmenges:* Es sind nur noch 200 Millionen!) sonst wäre Gott weiß was über Sie hereingebrochen. Und wenn der Bundesrat dagegen hätte angehen müssen, dann wären die Steuerzahler total verrückt geworden. Vielleicht sehen Sie sich die Sache noch einmal an, wenn es soweit ist.

Pferdmenges: Herr Ministerpräsident Altmeier! Es handelt sich nicht mehr um 500 Millionen, sondern nur noch um 200 Millionen. Ich weiß nicht, ob man wegen der 200 Millionen den Zerfall der Koalition auf sich nehmen soll. Das ist eine entscheidende Frage. (*Arnold:* Entscheidend ist, wer soll die 200 Millionen bezahlen? – *Zurufe:* Sehr richtig!) Herr Bundestagspräsident! Ich glaube, daß sich die Bank Deutscher Länder und die Herren, die Vorschläge gemacht haben, des Ernstes der Situation bewußt sind und daß sie nicht die Währung in Gefahr bringen wollen; denn sie haben genauso beschlossen, daß die Währung das Fundament der Wirtschaft sein soll. Die Frage ist nur, wie machen wir es, daß für die gesamte Volkswirtschaft mehr herauskommt, als es bisher gewesen ist? Der Mittelstand hat eine Entschließung in Köln gefaßt, die wesentlich weitergeht.[103]

Ich möchte etwas zu dem sagen, was das Soziale anbelangt. Ich glaube, Herr Bundestagspräsident, wir können der Fraktion nicht den Vorwurf machen, daß sie nicht alles versucht hat, im Rahmen des Möglichen die Belange auf dem sozialen Gebiet zu vertreten. Bei keiner Abstimmung ist bisher irgendeiner aus dem Kreise der CDU gegen vernünftige Forderungen auf dem sozialen Gebiete gewesen. Wir haben auf dem sozialen Gebiet Erhebliches geleistet.

---

102 § 7c EStG enthielt Vorschriften über Steuerbegünstigungen für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaus.

103 Bezug nicht klar: Möglicherweise Memorandum des Deutschen Mittelstandsblocks zur Steuerreform vom 17. Februar 1954 (PA Gesetzesdokumentation II/82 B 4) oder Stellungnahme des Deutschen Mittelstandsblocks zur Steuervorlage der Bundesregierung vom 2. April 1954 (EBD. II/82 B 3) – beide in Bonn ausgefertigt. Der Mittelstandsblock setzte sich zusammen aus Deutschem Bauernverband, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer, Deutschem Beamtenbund, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. – Vielleicht ist aber auch die gemeinsame Stellungnahme von DIHT, BDI, Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels sowie der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels vom 6. September 1954 – ausgefertigt in Bonn und Köln – gemeint (NL Becker ACDP I-162-029).

Im übrigen wollen wir unsere Wirtschaft weiter in Schwung halten. Es ist kein Zweifel, daß ein gewerblicher Unternehmer, der ein Einkommen von DM 20.000,– bis DM 30.000,– hat, bei den heutigen Anforderungen und bei einer dauernd größer werdenden Inanspruchnahme des Sozialprodukts kaum seine beiden Enden zusammenbringt. Ich bin aus dem Bankfach. Sie wissen ganz genau, mit welchen Sorgen die Leute zu einem kommen und sagen, jeden Tag muß ich mehr pumpen, wenn ich meinen Betrieb in Ordnung halten will, und für die Familie habe ich nichts mehr übrig.

Deshalb ist im Mittelstand eine große Unruhe darüber, daß die Steuerreform diesem Kreis nicht genügend bringt. Daher der Antrag der CDU, nur bis zu einem Einkommen von DM 35.000,– zu gehen. Das ist auch das Sozialste, was wir machen können. Wir können diese Soziallasten in Höhe von 19 Milliarden nur auf uns nehmen, wenn unser Sozialprodukt mindestens in der heutigen Größe aufrechterhalten bleibt.

Unser Antrag gilt nicht für den einzelnen, damit er sich ein größeres Beefsteak kaufen kann, sondern er soll dazu dienen, damit die Leute ihren Betrieb aufrechterhalten können. Wir haben auch aus optischen Gründen geglaubt, die Sache auf DM 35.000,– beschränken zu sollen.

Ehlers: Sie wissen, daß auf uns sehr viele sozialpolitische Forderungen zukommen in der nächsten Zeit. Da können wir nicht ausweichen. Es geht um Menschen, die keine Arbeit und keinen Erwerb haben! Aber beides muß möglich sein.

Scharnberg: War bei dieser Besprechung, Herr Ministerpräsident Altmeier, auch unsere Fraktion vertreten? Wenn nein, dann würde ich darum bitten, daß in Zukunft dieses geschieht in dem Sinne, wie es Herr Altmeier vorgetragen hat, nämlich eine gute Koordinierung herbeizuführen.

Wäre die Bundestagsfraktion dabeigewesen, dann wäre auch die zweite Frage sofort aufgetaucht. Welche Anregungen haben denn die Herren Ministerpräsidenten zu der Frage zu geben, um die beiden Anträge, die todsicher kommen werden, zu vermeiden, nämlich wegen der Freibeträge für die kleinen Leute und die Sache wegen des Mittelstandes. Das hätten uns die Ministerpräsidenten auch sagen müssen.

Schultze-Schlutius[104]*:* Es ist zutreffend, daß die Mehrheit der anwesenden CDU-Ministerpräsidenten aus der Sorge um die Bedrängnis dieser Kreise in dem von Herrn Altmeier dargelegten Sinne beschlossen hat, an den Fraktionsvorstand der CDU/CSU zu schreiben. Hamburg hat diesen Brief nicht geschrieben, weil wir die Ergänzungsabgabe als solche ablehnen und der Auffassung waren, daß es politisch klug sei, den in der Vorlage vorgesehenen Termin der Inkraftsetzung für die Steuersenkung beizubehalten.

Im übrigen hat man ablehnende Stellung genommen, weil eine Reihe von kleineren Anträgen – über die Renten usw. – auf den Bund zukommen. Unter diesen Umständen

104 Dr. Carl-Gisbert Schultze-Schlutius (1903–1969), 1945 Ministerialdirektor im Zentralhaushaltsamt der britischen Zone, 1948–1953 Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, 1953–1957 Wirtschafts- und (ab 1954) Finanzsenator, 1957–1966 MdHB (CDU).

glaubten die Herren, daß eine weitere Senkung nicht vertreten werden könne. Damals ist man bei der Vorlage davon ausgegangen, daß eine wesentliche Vereinfachung eintreten würde, denn alle Vergünstigungen sollten wegfallen.

Von den 500 Millionen bleiben nach unseren Berechnungen noch 200 Millionen übrig. Das ist immerhin ein Betrag, den man dagegen aufwenden kann, das Inkrafttreten auf den 1. Januar zu verschieben. Man muß gewisse Sprünge wagen, wenn man eine Reihe von Unbekannten hat. Wenn ich daran denke, welche Schwierigkeiten sich im Bundesrat ergeben, wenn diese 500 Millionen vom Bundestag akzeptiert werden, dann frage ich mich, ob der Vorschlag von Herrn Strickrodt, unter Umständen die Dinge zu teilen, so abwegig ist, wie das gesagt worden ist.

Fay: Als Landesvorsitzender von Hessen habe ich einige Bitten vorzutragen. Man sollte die Verbesserungen des Regierungsentwurfs dann vornehmen, wenn man eine große psychologische Wirkung mit solchen Maßnahmen erwartet. Die Verbesserungsvorschläge von Herrn Neuburger werden im Volke gut ankommen; es wird dem Mittelstand geholfen. Man sollte auch der Ehegattenbesteuerung ein besonderes Augenmerk widmen. Der Vorschlag ist nicht sehr populär. Ich glaube, wir könnten hier eine Verbesserung anbringen und damit für die drei Wahlen, die unmittelbar bevorstehen, Erfolg haben. Der Betrag wird nicht so hoch sein. Wir sollten daran denken, daß wir damit große Wirkungen bei den kommenden Wahlen auslösen werden. Wir müssen auch parteitaktisch denken.

Ich bitte dringend darum, wegen der 200 Millionen die Koalition nicht scheitern zu lassen. Die Wirkung einer solchen Sache wäre für die kommende Wahl verheerend. Ferner habe ich die Bitte, die Steuerreform nur im engen Zusammenhang mit den Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung zu bringen. Machen wir um Gottes willen keine großen zeitlichen Verschiebungen in der Form, daß die sozialen Verbesserungen weit hinter der Steuerreform erst kommen. Ich bitte Sie, die Dinge im Gesamtkomplex zu sehen; denn nur so können wir die kommenden Wahlkämpfe erfolgreich durchführen.

Strickrodt: Wir könnten alle froh sein und uns gratulieren – und da schließe ich die Länder ein –, wenn das, was Herr Neuburger morgen durchsetzen will, ohne weitere Ergänzung über die Bühne ginge.

Schäffer: Ich darf die Debatte zusammenfassen! Ich habe ausgerechnet, was die Wirkung beim Antrag Neuburger für den Steuerzahler ist. Nehmen Sie einen Ministerialdirektor mit DM 25.000,– Gehalt. Der bekommt eine Steuerentlastung von DM 223,17 monatlich. Er würde jetzt durch den Zuschlag weitere DM 15,08 monatlich erhalten. Das ist ungefähr die Wirkung. Aber an der wirtschaftlichen Lage des Herrn Ministerialdirektors ändert sich wegen der DM 15,– monatlich wirklich nichts.

Wenn ich den Kollegen Neuburger richtig verstanden habe, ist er einverstanden, falls sein Vorschlag angenommen wird, daß alle anderen Vorschläge – ich würde bitten, daß das auch für die Ehegattenbesteuerung gilt – damit abgetan sind.
1. Es bleibt bezüglich des Termins beim 1. Januar 1955. (*Zuruf:* Ich muß einen Antrag stellen!) Der Antrag des Bundesrates liegt bereits vor. Der Ausschuß muß zu dem

Vorschlag des Bundesrates Stellung nehmen. (*Adenauer:* Nein, das ist ein Irrtum!) Irgend jemand muß es tun!
2. Er wäre einverstanden, daß die Rücklage bei der Exportförderung ab 1. Januar gestrichen wird. Das macht 170 Millionen aus. Es wäre tatsächlich viel einfacher, wenn nicht diese Geschichte mit dem Bonus wäre.

Einverstanden mit dem Wegfall des Altersfreibetrages, der Sonntags- und Nachtarbeit. Wenn es bei der Regierungsvorlage bleibt, die Sie nach Ihrer Meinung verteidigt haben, wären es zusammen 90 plus 150 = 240 Millionen. Würde die Spaltung der Körperschaftsteuer beseitigt werden, dann gäbe es bei den Ländern kaum noch einen Widerspruch. Wir wollen morgen diese Anträge formulieren.

Neuburger: Ich habe eine Liste von 34 Anträgen, die im Laufe der Debatte gestellt worden sind. Ich persönlich habe keinen einzigen gestellt. Ich habe mit dieser Steuerreform nichts profitiert. Ich zahle genausoviel Steuern vorher wie nachher. (*Adenauer:* Ich dachte, Sie hätten über eine Million! – *Heiterkeit.* – *Schröder:* Das tut uns ausgesprochen leid!) Ich bekomme morgen früh den ausgerechneten Tarif nach diesem Schema. Dann würde ich den Antrag stellen, daß im Rahmen des § 32[105] sämtliche Anträge – die ich aufzähle – als abgegolten gelten. Ich glaube, damit werde ich mich durchsetzen bis auf die Ehegattenbesteuerung. Der Unterausschuß hat drei Vorschläge ausgearbeitet. Der geringste davon bedeutet 50 Millionen. (*Schäffer:* Wenn es zu Ihrem Vorschlag kommt, sind es 80 Millionen!) Das habe ich noch nicht geprüft. Dann wäre der Ausfall zu groß. Ich weiß nicht, gehen die 50 Millionen von den 80 Millionen ab? (*Adenauer:* Sie hören gar nicht zu, Herr Wuermeling! Sie müssen sich interessieren! – *Wuermeling:* Ich höre schon zu!) Ich muß morgen früh den Antrag stellen. Ich möchte nur mehr Goodwill als bisher. Mein Bemühen geht darauf hinaus, auf diese Einigung abzustellen. Wenn wir nicht nachgeben, geht alles durcheinander. (*Adenauer:* Reizen Sie ihn nicht!)

Schäffer: Ich habe meinem Hause, weil ich das Möglichste tun will, bereits die Weisung gegeben, die Anträge zu formulieren. (*Neuburger:* Dann wollen wir sehen, daß wir einig werden!) Ich bemerke ausdrücklich, Gott gebe, daß es morgen keine Katastrophe gibt durch die SPD.

Neuburger: Vollkommen einverstanden! Wir wollen diesen Antrag draußen als Politikum vertreten können, selbst gegen die FDP.

Adenauer: Sie werden die Besprechungen mit den anderen überlegen, Herr Neuburger. Herr Schäffer ist in diesen Tagen nicht dazu geeignet.

Schäffer: Ich habe eine Anregung gegeben, sich mit der Koalition wegen der Grundrentenerhöhung sofort ins Benehmen zu setzen.

---

105 § 32 EStG in der Fassung vom 15. September 1953 (BGBl I S. 1355) regelte nur die Einteilung der Steuerklassen; in der Neufassung vom 17. Dezember 1954 (BGBl I S. 373) wurden die Worte „60. Lebensjahr oder, wenn sie verwitwet sind, das 50. Lebensjahr" durch „55. Lebensjahr" ersetzt sowie § 32a (Steuerklasse bei getrennter Veranlagung von Ehegatten) und § 32b (Altersfreibetrag) neu eingefügt.

Adenauer: Das ist die Frage, die noch zu erörtern ist: Erhöhung der Grundrenten. FDP, SPD, Frau Probst und BHE haben Anträge gestellt. (*Schäffer:* Der von Frau Probst ist noch nicht eingereicht! – *Wuermeling:* Sie tut es aber!) Wie stellen Sie sich die Sache vor? Wir müssen uns darüber klarwerden, was jetzt kommt. Es handelt sich um die Grundrentenerhöhung und um die Weihnachtsbeihilfe.

Schäffer: Wir haben im vorigen Jahr eine Weihnachtsbeihilfe vom dritten Kind an gegeben, DM 15,– glaube ich. Im Bundesrat wurde der Beschluß gefaßt, um künftig dieses häßliche Spiel zu vermeiden, ein Sperrgesetz vorzulegen, was inzwischen geschehen ist. Wir gehen über das Maß des Vorjahres nicht hinaus. Die Anträge gehen weit darüber.

Adenauer: Auch das muß, Herr Neuburger, wenn Sie das können, schon damit verknüpft werden in Ihrer Besprechung mit den Koalitionsparteien. Ich würde wirklich versuchen, jetzt alles zusammenzunehmen. (*Zuruf:* In der Frage der Grundrentenerhöhung muß Herr Horn[106] gehört werden.) Wann ist die Sache? (*Zuruf:* Morgen! – *Schäffer:* Ich schätze den Herrn Horn sehr hoch, aber die ...) Morgen ist doch Sitzung des Parteiausschusses! (*Scharnberg:* Wir müssen vorher mit der Koalition sprechen.) Wie wollen Sie es machen, Herr Neuburger? Wir beginnen um 9.30 Uhr.

Neuburger: Es geht darum, daß wir morgen abend fertig sind. Die SPD hat verlangt, nachdem die Dinge vier Wochen laufen, daß ich nicht erst am Dienstag die Anträge stelle. Deswegen habe ich gesagt, daß ich morgen früh die Anträge schriftlich unterbreiten werde. (*Schäffer:* Es ist fraglich, ob die SPD mitziehen wird!) Das tut nichts, ich habe gesagt, wir stimmen morgen ab.

Schäffer: Wenn die SPD das gleiche sagt, wie Sie beim letzten Mal erklärten – ich muß, wenn ich solche Anträge erhalte, einige Tage Zeit haben, um mit meiner Fraktion Fühlung zu nehmen –, wollen wir dann erklären, wir nehmen mit unserer Fraktion keine Fühlung?

Adenauer: Sehen Sie mal, wie weit Sie kommen. Sagen wir etwas dem Parteiausschuß von dieser Geschichte? (*Wuermeling:* In der Diskussion kommt es sicher zur Sprache!) Es muß sehr überlegt werden, was geantwortet wird, ich meine überhaupt zur Steuerreform. Die Vertreter wollen doch etwas wissen. Wer kann darüber berichten? (*Zuruf:* Strickrodt! – *Strickrodt:* Ich bin morgen nicht da!) Herr Scharnberg, können Sie im Parteiausschuß berichten? (*Scharnberg:* Ja!)

Krone: Die Altrentensache wegen der Altersbegrenzung müssen wir in den Komplex mit der Koalition einbeziehen.[107] Das ist der Wunsch unserer Arbeitnehmer, die Ergänzung des vorgelegten Gesetzes auch für die unter 65 Jahren.

Adenauer: Da hätte ich Bedenken. Ich weiß nicht, warum wir das jetzt machen sollen. Es handelt sich um die Vorlage von Herrn Storch. (*Schäffer:* Ist im Ausschuß angenommen!) Die Ausdehnung? (*Schäffer:* Ja! – *Krone:* Der SPD-Antrag

106 Peter Horn (1891–1967), 1950–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 625 Anm. 94.

107 Vgl. dazu 45. Sitzung des Bundestages vom 24. September 1954 (Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2191ff.) sowie 48. Sitzung vom 14. Oktober (EBD. S. 2355–2372); Renten-Mehrbetrags-Gesetz vom 23. November 1954 (BGBl I S. 345). – Vgl. HOCKERTS S. 265–269.

ist abgelehnt worden!) Was tragen wir noch mehr vor morgen im Parteiausschuß? Wegen der Grundrentenerhöhung wird auch gefragt! Sollen wir unsere heutige, für den Mittelstand sehr fruchtbare Verhandlung schließen? Es tut mir leid, daß Sie nicht davon betroffen werden, Herr Neuburger! Noch einen Augenblick bitte!

VERSCHIEDENES

Heck: Es ist noch über den Antrag zu beschließen, wonach der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Herr Bitter[108], zum Parteivorstand kooptiert werden soll.

Adenauer: Ich würde das sehr begrüßen. Bei der Sozialdemokratie spielt gerade die Kommunalpolitische Vereinigung eine große Rolle.

Tillmanns: Nach der Satzung kann der Vorstand keine Kooptation vornehmen. (*Adenauer:* Wir können ihn einladen!) Der Vorstand kann beschließen, ihn einzuladen. (*Wuermeling:* Dann ergeben sich Konsequenzen für die Sozialausschüsse und die Frauen!)

Adenauer: Das kann ich nicht einsehen, die Frauen und auch die Sozialausschüsse sind hier vertreten. (*Zuruf:* Auch die Kommunalpolitiker!) Die Kommunalpolitische Vereinigung ist an sich eine Organisation, der wir von Partei wegen viel größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Ich hoffe, Sie sind einverstanden!

Heck: Nach einer Vorbereitungsarbeit, die auf das Jahr 1953 zurückgeht, ist 1954 in Basel die Europäische Frauenunion gegründet worden. An der Sitzung in Basel haben folgende Frauen teilgenommen: Probst, Rösch[109], Dietz[110] und Weber. Frau Probst wurde als Kassenwart gewählt. Frau Weber hat den Antrag gestellt, der Vorstand möge den Beitritt unserer Frauen zur Europäischen Frauenunion genehmigen.

Adenauer: Keine Bedenken!

Heck: Es liegt ein Antrag von Berlin vor:

„Der Bundesparteivorstand möge beschließen, daß ein Rechtspolitischer Ausschuß beim Bundesparteivorstand eingerichtet wird.

Begründung: Der Rechtspolitische Ausschuß beim Landesverband Berlin der CDU hat sich bei der Behandlung des Berliner Richterrechts mit der Gesamtsituation im Rechtswesen in der Bundesrepublik und in West-Berlin befaßt. Dabei mußte festgestellt werden, *(lebhafte Unruhe)* daß hinsichtlich der Richterbesoldung usw. eine chaotische Verwirrung herrscht. In der Auswahl ..."

Adenauer: Entschuldigen Sie, wenn ich unterbreche, es sind noch zwei Seiten? (*Heck:* Ja!) Danke, das genügt schon. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

---

108 Vgl. Nr. 2 Anm. 99.
109 Julie Rösch (1902–1984), 1949–1961 MdB (CDU).
110 Maria Dietz (1894–1980), 1946 CDU, 1949–1957 MdB.

Heck: Ich glaube, der Gedanke ist sehr vernünftig.

Von Brentano: Ich bin der Auffassung, daß ein Rechtspolitischer Ausschuß in der Partei wirklich einem absoluten Bedürfnis entspricht, so daß wir ihn unter allen Umständen einrichten sollten. Das ist etwas, was uns fehlt.

Adenauer: Sie sind also damit einverstanden!

Heck: Der letzte Parteitag hat beschlossen, daß der Tagungsort für den nächsten Parteitag durch Beschluß des Bundesparteiausschusses festgelegt werden soll. Es liegt ein Antrag vom Landesverband Württemberg vor, den nächsten Parteitag nach Stuttgart zu legen.

Es ist nun so, wenn der Parteitag in Stuttgart noch einen Sinn und eine Auswirkung für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, die im Frühjahr 1956 stattfinden, haben soll, dann müßte man den Parteitag im Herbst 1955 abhalten.

Adenauer: Ich bin dankbar für die Anregung. Aber Niedersachsen hat auch Landtagswahlen, und zwar im April. Vielleicht wäre es gut, wenn wir dorthin gingen! (*Cillien:* Vielleicht Anfang März!) Ich würde sagen Anfang Februar! Anfang März ist zu spät. Die Wirkung ist dann nicht so, wie sie sein soll.

Tillmanns: Wir haben bisher die Parteitage immer im Herbst gehalten. Wir haben lediglich in diesem Jahr mit Rücksicht auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen den Parteitag im Frühjahr abgehalten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein Parteitag, wenn er im Blick auf kommende Landtagswahlen abgehalten wird, keinen Raum bietet für wirklich offene Diskussionen und Auseinandersetzungen. Es muß nach meiner Meinung auf einem Parteitag ohne Rücksicht auf die Wahl die Möglichkeit zu einer wirklich freien Aussprache gegeben sein.

Ist es nicht viel besser, wenn man in einem Lande eine Großkundgebung veranstaltet, wo prominente Parteimitglieder reden?

Adenauer: Sicher sind das erwägenswerte Gedanken, obgleich Bundesparteitage mit lebhaften Auseinandersetzungen etwas Seltenes sind. Man kann also nicht annehmen, daß, wenn wir in Hannover einen Bundesparteitag abhalten, dadurch in Niedersachsen die Leute abgeschreckt werden.

Die Wahlen in Niedersachsen sind so wichtig, daß wir unsere Freunde aus Niedersachsen bitten sollten, uns zu sagen, ob wir mit Rücksicht auf die Bedeutung der Wahl in Niedersachsen für ganz Norddeutschland nicht eine Ausnahme machen und dorthin gehen sollen.

Ehlers: Ich würde dafür eintreten. Die Situation in Niedersachsen wird außerordentlich schwierig sein. Es wird praktisch so kommen, daß die CDU einem geschlossenen Kampf aller gegen die CDU gegenüberstehen wird, insbesondere unter den konfessionellen Vorzeichen.

Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir einmal in Hannover mit unserem Parteitag so stark wie möglich auftreten, zumal die räumlichen Voraussetzungen ohne weiteres dafür geschaffen sind, wenn auch die Weine nicht ganz so hervorragend sind wie in Köln.

Tillmanns: Die Wahlen sind im April! (*Ehlers:* Nein, Anfang Mai![111]) Wenn der Parteitag sich auswirken soll, dann müßte er spätestens Ende Februar stattfinden. Das ist nicht möglich. Es wäre für unsere Sache in Niedersachsen gut, wenn wir zu einem gegebenen Zeitpunkt eine große Veranstaltung der CDU abhielten mit den prominentesten Rednern, vielleicht sogar anderthalb Tage lang. Aber es muß nicht unbedingt ein Parteitag sein.

Adenauer: Welche Motive haben Sie denn? Wenn alles gutgeht, dann werden wir die Ratifizierung der Verträge, die Hinterlegung der Urkunden usw. bis Ende Januar bekommen. Wenn wir das zum Anlaß nehmen, Ende Februar oder Anfang März nach Niedersachsen zu gehen, dann würde das doch für die Wahlen in Niedersachsen sehr wertvoll sein. Und die Wahlen in Niedersachsen sind wertvoll für ganz Norddeutschland. Das dürfen Sie nicht vergessen. Das wirkt sich aus nach Hamburg und nach Schleswig-Holstein.

Können wir uns nicht doch verständigen, daß wir Anfang März nach Niedersachsen gehen! Wir können das Datum noch in der Schwebe lassen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Eplée: Darf ich eine Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, richten. Wenn wir hier in diesem Kreis in längeren Intervallen zusammenkommen, dann erleben wir, daß wir nur die allerdringlichsten und wichtigsten Probleme behandeln können. Es wäre gut, wenn auch einmal weniger bedeutsame Dinge hier besprochen werden könnten.

Wir müssen mit allem Ernst auch einmal im Vorstand an kleinere Dinge herangehen. Hier ist doch das Gremium, wo diese Angelegenheiten beraten werden können. Daher meine Bitte, ob wir nicht – trotz Ihrer hohen Beanspruchung – im Bundesparteivorstand öfters zusammenkommen können, um auch Fehler, die wir an uns selbst entdeckt haben, zu erörtern. Ich glaube, daß das befruchtend sein würde für die gesamte Partei. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Sie meinen nur den Parteivorstand? (*Eplée:* Ja, den Vorstand!) Wenn es Ihnen paßt, ich bin durchaus bereit dazu, alle sechs Wochen eine Sitzung abzuhalten. Jeden Monat wäre etwas zu kurz; denn dann ist nachher kein Interesse mehr vorhanden. Sollen wir das so festhalten?

Tillmanns: Der geschäftsführende Vorstand hat beschlossen, daß der Vorstand möglichst alle sechs Wochen zusammentritt. Bei jeder zweiten Sitzung des Vorstandes soll auch eine Sitzung des Parteiausschusses stattfinden.

Adenauer: Ich glaube, damit können wir alle zufrieden sein.

Hellwig: Ich habe noch eine Frage! Ist das Thema der Altrentenerhöhung erledigt? Das ist nicht klar. Wir können nicht die Dinge sich so entwickeln lassen.

Adenauer: Ich hatte gesagt, es liegen drei Anträge vor; ein vierter von Frau Probst ist in Aussicht gestellt. Es konnte nicht klargestellt werden, ob die Sache im Ausschuß beschlossen worden ist oder nicht. Herr Krone sagt, es ist nicht beschlossen; Herr Schäffer sagt, es ist beschlossen. Wenn es beschlossen ist, dann ist die Grundlage

111 Die Landtagswahlen fanden am 24. April 1955 statt.

natürlich eine andere. (*Hellwig:* Wir könnten das Thema vielleicht auf die nächste Tagesordnung setzen!)

Herr Storch hat geschworen. Er hat den Schwur vor einer Woche geleistet, daß er in spätestens 14 Tagen dem Kabinett die Grundzüge einer Sozialreform vorlegen werde. Ich hoffe, daß es ihm gelingt, Wort zu halten. Dann werden wir auch diese Grundzüge hier einmal beraten. Ich würde vorschlagen, auch eine Besprechung der Grundzüge des Wahlrechts vorzunehmen.

Noch eine Mitteilung! Herr Bundesminister Lübke wird am Mittwoch 60 Jahre alt. Wir wollen ihm gratulieren. (*Zuruf:* Am Donnerstag!) Am Donnerstag? Mir hat er gesagt am Mittwoch; ich weiß es nicht.[112]

Damit, meine Damen und Herren, darf ich die Sitzung schließen.

6

Bonn, 5. Februar 1955

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, von Brentano, Cillien, Eplée, Fay, Fricke, [Gerstenmaier], [Globke], Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Kunze, Lensing, von Lojewski, Majonica, [Pferdmenges], Frau Pitz, [Schäffer], Schmidt, Wackerzapp, [Wegmann], Wuermeling, Zimmer.

Kurzer Bericht über die Pariser Verträge; Saarfrage. Innenpolitische Aufgaben; geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Besprechung der Wahl eines stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Besprechung der Sitzung des erweiterten Bundesparteiausschusses.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 18.40 Uhr*

112 Lübke hatte am 14. Oktober (Donnerstag) Geburtstag. – Heinrich Lübke (1894–1972), 1932–1933 MdL Preußen (Zentrum), 1945 CDU, 1946–1952 MdL NW, 1947–1952 Landwirtschaftsminister, 1949–1950, 1953–1959 MdB, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. WINTER S. 56–90; MORSEY: Bundespräsident, insbes. S. 29–33 mit weiterer Literatur; zur Agrarpolitik Lübkes Ulrich KLUGE: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, 202. Sonderheft). 2 Bde. Hamburg-Berlin 1989, hier Bd. 1 S. 167–255.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst fest, daß wir es zu einer Parteischelle noch immer nicht gebracht haben. Herr Heck, vielleicht können Sie auch einmal dieser Sache Ihre Aufmerksamkeit widmen.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bin etwas erstaunt über die Fülle der anwesenden Vertreter. Ich darf feststellen, daß tatsächlich alle Vorstandsmitglieder hier sind. Vor Beginn möchte ich noch einmal auf die besondere Vertraulichkeit unserer Verhandlungen hier aufmerksam machen. Wir werden morgen im Parteiausschuß die Vertraulichkeit nicht so wahren können. Dort ist die Presse vertreten.

Ich habe zu meiner großen Überraschung heute früh in der Zeitung gelesen, daß das, was ich sagen werde, durch den Rundfunk übertragen wird.[1] Ich wäre sehr dankbar gewesen, wenn ich das schon gestern gehört hätte. So habe ich es durch Zufall heute in der Zeitung gelesen.

Ich hatte mir die Vorstandssitzung so gedacht, daß wir hier einmal in der Familie sprechen und alles das sagen, was wir auf dem Herzen haben, und zwar in der festen Gewißheit, daß davon nichts nach draußen kommt. Ehe ich nun die Sitzung eröffne, habe ich die schmerzliche Pflicht, unseres verstorbenen Freundes, des Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers zu gedenken. *(Die Anwesenden erheben sich.)* Herr Ehlers ist am 29. Oktober vorigen Jahres von uns gegangen; er stand im vollen Sinne des Wortes in der Vollkraft seiner Jahre. Ich glaube, jeder von uns, der ihn jetzt im Geiste vor sich sieht, wird noch genauso erschüttert sein, wie wir damals alle waren, als wir hörten, daß er so plötzlich von uns weggerufen wurde. Herr Ehlers ist schon im Jahre 1945 zur CDU getreten, weil er – wir haben das ja im Laufe der Jahre immer wieder bei ihm empfunden und gefühlt – zutiefst davon überzeugt war, daß nur eine Politik, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht, in der Lage ist, Deutschland und Europa vor einem Zeitalter des Materialismus und der Unfreiheit zu retten.

Herr Ehlers hat im Laufe der Jahre sich in besonders verdienstvoller Weise der so wichtigen Aufgabe gewidmet, die Verbindung mit unseren evangelischen Parteifreunden zu pflegen. Er hat das mit außerordentlich großem Erfolg getan. Mir ist besonders eindrucksvoll gewesen, als ich kurze Zeit nach seinem Heimgang die Bischöfe aus Niedersachsen bei mir sah und einstimmig von ihnen hörte, wie tief und schmerzlich sie den Verlust empfanden, den auch wir alle in der Christlich-Demokratischen Union erlitten haben durch den Tod von Hermann Ehlers. Wir werden ihm als einem vorbildlichen Mitglied unserer Partei allezeit ein treues Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst willkommen heißen – ich sehe ihn im Augenblick nicht – den neuen Landesvorsitzenden von Oldenburg, Herrn

1 Laut ap sollte Adenauer am Sonntag, dem 6. Februar, zu den „Aktionen" der Opposition, eine Volksbefragung durchzuführen, Stellung nehmen (FAZ vom 5. Februar 1954).

Wegmann[2]. Herr Wegmann, ich begrüße Sie in unserer Mitte. Wir kennen uns seit langen Jahren. Wir wissen, welch guter und treuer Mitarbeiter Sie waren innerhalb der Christlich-Demokratischen Union. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

Lassen Sie mich nun einige Worte zur Tagesordnung sagen. Sie finden unter Punkt 1: Kurzer Bericht über die Pariser Verträge. Ich hatte mir den Punkt 1 so gedacht, daß wir hier nicht über die Einzelheiten der Pariser Verträge sprechen sollten. Diese Einzelheiten sind unabänderlich. Es handelt sich um eine politische Frage; man sagt entweder ja oder sagt nein. Bei internationalen Verträgen kann man eben nicht an Einzelheiten herummäkeln, sonst wird das ganze große Werk gefährdet.

Ich wollte mir erlauben, heute in sehr großen Zügen zu Ihnen zu sprechen. Nach Besprechung mit einigen Freunden hatte ich mir die Verhandlungen morgen so gedacht, daß ich zum Punkt 1 der Tagesordnung ebenfalls nur einige einleitende Worte sagen würde. Hier hat man nun mit der Rundfunkübertragung einen Strich durch gemacht. Ich muß also morgen etwas mehr sprechen. Ich bedaure das an sich; denn ich hatte Wert darauf gelegt, daß morgen über die wirtschaftliche Seite der ganzen Angelegenheit Herr Professor Erhard und über die finanzielle Seite Herr Bundesfinanzminister Schäffer sprechen werden. Ich heiße Herrn Bundesminister Schäffer herzlich willkommen bei uns, nicht nur als Ministerkollege, sondern wohl auch als Mitglied der CSU.

Meine Damen und Herren! Diese Frage der Einführung einer Wehrmacht, die ja auch sehr große wirtschaftliche Folgen haben wird, wird neuerdings von den Sozialdemokraten sehr nach vorn geschoben in ihrer Agitation. Es ist notwendig, darüber morgen etwas zu sagen. Das sollte Herr Erhard tun. Und Herr Kollege Schäffer sollte dann über die finanziellen Auswirkungen sprechen. Danach sollte eine Mittagspause eintreten. Ich hatte mir gedacht, daß es Sie interessieren wird, wenn nach der Mittagspause Herr Blank und Herr Hallstein, und zwar Herr Hallstein über die Saarfrage, zu Ihnen sprechen würden.

Vor allem aber wird es nötig sein, morgen Gelegenheit zu einer ausgiebigen Diskussion zu geben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie heute oder morgen entweder selbst sprächen oder aber Mitglieder des Parteiausschusses veranlaßten, Fragen zu stellen, damit aufgeklärt werden kann. Nun wird das, was ich morgen sagen will, durch den Rundfunk etwas gestört, aber ich denke, wir können es so einrichten, daß wir es, wie vorgesehen, auch durchführen können.

Ich möchte diejenigen Herren, die besonderes Interesse am Saarstatut[3] haben – das sind Herr Ministerpräsident Altmeier, Herr Minister Zimmer und vielleicht auch Herr

2 August Wegmann (1888–1976), 1924–1933 MdR (Zentrum), 1945 Ministerialdirektor im Oldenburgischen Staatsministerium, 1946–1947 Innenminister von Oldenburg, 1947–1953 Präsident des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1955–1959 Innen- bzw. Finanzminister (ab 1957), 1955–1965 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg.

3 Text in SCHMIDT 3 S. 685–690.

Kemper, ich weiß aber nicht, ob er zu erreichen ist –, bitten, mit Herrn Staatssekretär Hallstein im Anschluß an die Verhandlungen zu sprechen, da gewisse Einzelheiten der Verhandlungen, die in den letzten Wochen gepflogen worden sind, sich nicht zur Wiedergabe in einem größeren Kreis eignen. Ich habe Herrn Staatssekretär Globke gebeten, das zu veranlassen. Herr Globke, Sie werden bitte daran denken und sich mit den Herren in Verbindung setzen, damit sie mit Herrn Hallstein diese Aussprache führen können.

Kurzer Bericht über die Pariser Verträge

Adenauer: Ich möchte zunächst einige Worte sagen über die Lage in der ganzen Welt. Diese Lage in der Welt ist in Wahrheit heute kritischer, als sie überhaupt jemals in den letzten Jahren gewesen ist. Man darf wohl die verschärfte Lage im Osten auf denselben Urheber zurückführen, der auch in Korea und in Indochina gewirkt hat, der in Nordafrika und auch auf irgendeine Weise in der Bundesrepublik wirkt, d.h. die Entschlossenheit Sowjetrußlands, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um einen Zusammenschluß der freien Welt zu verhindern.

Ich bin der Auffassung, daß Tschou En-Lai[4] aus sich heraus niemals gewagt haben würde, gegenüber den Angeboten und Vorschlägen, die jetzt gemacht worden sind, eine derartige Haltung einzunehmen, wenn nicht Sowjetrußland dahintersteckte. Die wirtschaftliche Lage Rotchinas ist so schlecht und seine Industrieproduktion so gering, daß Rotchina aus eigener Kraft nicht daran denken kann, auch nur acht Tage lang einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu führen. Diese geradezu herausfordernde Sprache Tschou En-Lais ist nur darauf zurückzuführen, daß hinter ihm ein Stärkerer steht, der es antreibt.

Es ist nicht ohne Grund, daß Sowjetrußland gerade in diesen Tagen und Wochen die Zange in Asien ansetzt. Das wirkliche Ziel Sowjetrußlands ist nach meiner Meinung die Verhütung der Einheit Europas, weil eben Sowjetrußland zur Unterstützung seiner Pläne das menschliche, wirtschaftliche und politische Potential Westeuropas absolut braucht. Es geht Sowjetrußland tatsächlich darum, im letzten Augenblick die Einigung Europas zu verhindern. Der eine oder andere von Ihnen wird vielleicht denken, das sind Thesen, die wir nun seit Jahr und Tag gehört haben. Das ist richtig, aber das ist kein Gegenbeweis gegen die Richtigkeit einer These. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß, wenn Sowjetrußland immer wieder dasselbe versucht, nämlich das Zustandekommen eines wahren Friedens in der Welt zu verhindern, dies nur ein

4 Tschou En-Lai, auch Tschu En-lai, Chou En-lai, Zhou Enlai (1898–1976), chinesischer kommunistischer Politiker; 1949–1976 Ministerpräsident und bis 1958 Außenminister. – Vgl. zu den folgenden Ausführungen Adenauer: Erinnerungen 2 S. 438f.; zu den Auseinandersetzungen zwischen Rot- und Nationalchina (Formosa) um Inseln im ostchinesischen Meer AdG 1955 S. 4984–4988, 4991–4993.

Beweis für die Richtigkeit dieser These und ein schlagender Beweis dafür ist, daß es richtig ist, unsere Politik dementsprechend einzurichten.

Ehe ich auf die Haltung der Deutschen eingehe, möchte ich noch ein Wort sagen zu der Haltung der Vereinigten Staaten und Frankreich. Der Druck, der jetzt indirekt durch Sowjetrußland in Asien ausgeübt wird, hat nach meiner Überzeugung den Zweck, der großen amerikanischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß Amerika nicht gleichzeitig in Asien und in Europa festen Fuß fassen und Politik treiben kann. Es ist in der Tat so – und hier geben sich namentlich viele Deutsche einem Irrtum hin –, daß schon immer im westlichen Teil der Vereinigten Staaten, im mittleren Westen, die Frage „Asien" eine viel größere Rolle gespielt hat in der öffentlichen Meinung als die Frage „Europa". Das liegt in der Natur der Dinge. Der amerikanische Kontinent ist so groß, daß man es verstehen muß, wenn man etwa in New York hauptsächlich auf das achtet, was in Europa geschieht, in San Francisco, aber auch schon in Chicago, insbesondere darauf achtet, was in Asien vor sich geht.

Z.Z. ist es so – ich sprach in den letzten Tagen mit Herrn Conant und mit anderen Amerikanern darüber –, daß die ganze amerikanische Presse von Europa überhaupt nicht mehr spricht; sie spricht nur noch von Formosa und Rotchina. Das ist ja das, was Sowjetrußland will. Es will die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ablenken von Europa und damit die Unterstützung Europas durch Amerika schwächen. Es will die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten hinlenken auf die asiatischen Probleme.

Wenn man sich dieses Europa vor Augen hält, dann wird man nicht umhin können zu sagen, daß eine solche Politik gestützt wird durch das Verhalten vieler Europäer. Wir wollen zunächst einmal im eigenen Hause anfangen und betrachten, was die Sozialdemokraten tun. Ich habe eben gesagt, daß wir hier in der Familie sprechen. Deswegen bitte ich Sie, mir zu erlauben, ein sehr offenes Wort zu sagen, wobei ich mich darauf verlasse, daß dieses offene Wort auch hier in diesen vier Wänden bleibt, weil wir ja in unserer Stellung, in der auch ich bin, und in der Stellung als Bundeskanzler den Versuch machen müssen, wenn die Verträge Rechtens geworden sind, die weitere Politik, d.h. die Wehrgesetze und was damit zusammenhängt, zusammen mit den Sozialdemokraten zu machen. Aber die Haltung der Sozialdemokraten in den letzten Wochen hat das Ansehen Deutschlands in der Welt sehr schwer beeinträchtigt.

Sir Ivone Kirkpatrick[5] hat ausdrücklich den hiesigen Vertreter, Hoyer Millar[6], vor wenigen Tagen zu mir geschickt mit der besorgten Frage, was denn in Deutschland überhaupt los sei, ob man sich noch auf Deutschland verlassen könne bei dieser

5 Sir Ivone Augustine Kirkpatrick (1897–1964), britischer Politiker; 1948–1950 Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, 1950–1953 britischer Hoher Kommissar in Deutschland, 1953–1957 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium.

6 Frederick Robert Hoyer Millar, Lord Inchyra seit 1961 (geb. 1900), britischer Diplomat; 1950–1952 stv. britischer Vertreter im Ständigen Rat der NATO, 1952–1953 ständiger Vertreter, 1953–1955 britischer Hoher Kommissar in Deutschland, 1955–1956 Botschafter in Bonn, 1956–1961 Unterstaatssekretär im Foreign Office.

Agitation, wie sie jetzt von Deutschland gegen die Pariser Verträge getrieben werde. In Amerika haben bei den amtlichen Stellen die gleichen Besorgnisse geherrscht; denn der Effekt, den die sozialistische Propaganda hat, geht ganz eindeutig im Sinne Moskaus, ob gewollt oder ungewollt, ob von allen gewollt oder nur von einem Teil, das interessiert hier nicht. Die Sozialdemokratische Partei ist sich völlig darüber klar, daß die Regierungskoalition in der Frage der drei Verträge – ich spreche jetzt nicht vom Saarabkommen – absolut geschlossener Meinung ist.

Ob hier oder da einer seine eigene Meinung hat, das lasse ich dahingestellt, aber die Regierungskoalition als solche steht fest auf der Linie der bisherigen Politik. Zum Zeichen dessen – Sie werden das ja gelesen haben – werde ich in der übernächsten Woche mit den Parteivorsitzenden der vier Koalitionsparteien in Hamburg eine gemeinsame Versammlung abhalten, etwas, was in der deutschen Parteigeschichte auch wohl noch niemals dagewesen ist.[7] Dort sprechen außer mir die Herren Dehler, Hellwege und Oberländer. Ich hoffe, daß dadurch der fatale Eindruck im Ausland, der durch die Agitation der Sozialdemokraten in der Welt verursacht worden ist, in etwa wieder ausgeglichen wird.

Aber die Agitation der Sozialdemokraten ist ja auch so unwahr! Sie wissen, daß sie immer an die Spitze stellen, wir wollten nicht den Frieden. Sie könnten höchstens von ihrem Standpunkt aus sagen, ihr wollt zwar den Frieden, aber ihr verfolgt einen falschen Weg. Aber zu sagen, wir wollten nicht den Frieden, das ist eine Verleumdung, wie sie schlimmer gar nicht ausgesprochen werden kann; denn die Sozialdemokraten wissen so genau wie jeder von uns hier in diesem Raum, daß unsere ganze Politik darauf gerichtet ist, Frieden zu bewahren in der Welt, uns nach Erlangung der Souveränität einzusetzen für den Frieden und unser Vaterland zu schützen vor einem Überfall durch Sowjetrußland.

Auf die anderen Vorwürfe der Sozialdemokratie in wirtschaftlicher Hinsicht möchte ich hier nicht eingehen. Darüber wird morgen von den verschiedenen Herren gesprochen werden. Aber dieser Vorwurf, daß wir nicht den Frieden wollten, das ist eine gemeine Verleumdung. Ich habe kein anderes Wort dafür. Ebenso ist es eine gemeine Verleumdung, wenn immer wieder behauptet wird, daß wir die deutsche Wiedervereinigung nicht wollten. Ich habe schon einmal im September vorigen Jahres in Aschaffenburg an die Adresse des Herrn Ollenhauer gesagt, daß das eine gemeine Verleumdung sei.[8] Und es bleibt eine gemeine Verleumdung! Auch hier könnten die Sozialdemokraten von ihrem Standpunkt aus – ich bin aber davon überzeugt, daß nur der kleinste Teil von ihnen an das glaubt, was sie sagen – vielleicht sagen, auf diesem Wege kommen wir nicht zu einer Wiedervereinigung in Frieden und in Freiheit. Aber das tun sie ja nicht, sondern sie verbreiten immer wieder, wir verhinderten die Wiedervereinigung.

---

7 Am 16. Februar 1955. – Bericht in UiD vom 19. Februar 1955. Übersicht über weitere Veranstaltungen zu den Pariser Verträgen in UiD vom 15. Februar.

8 Vermutlich Rede vom 24. September 1954 in Offenbach (vgl. Nr. 5 Anm. 62).

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Kommunismus, insbesondere der sowjetische Kommunismus, eine aggressive Kraft allerersten Ranges in der Welt ist.[9] Er mag vorübergehend seine Ziele etwas verstecken, im Grunde genommen bleibt er eine Macht, die ausgeht auf die Eroberung der Welt und die davon überzeugt ist, daß es ihr gelingen wird, schließlich die ganze Welt zu unterjochen. Ich will auf Einzelheiten, auf die sowjetrussische Rüstung usw., nicht eingehen, aber man darf nicht blind vorübergehen an den Ereignissen der letzten zehn Jahre. Man darf doch nicht blind daran vorbeigehen, daß nach dem deutschen Zusammenbruch alle abgerüstet haben, während Sowjetrußland seine Aufrüstung erhöht hat. Man darf doch nicht die Augen davor verschließen, daß auch die Vereinigten Staaten abgerüstet hatten, weit, weit über jedes erträgliche Maß hinaus, und daß sie erst wieder anfingen aufzurüsten, als der Überfall auf Korea kam. Man darf auch nicht die Augen davor verschließen, daß Sowjetrußland seit 1945 entgegen den von ihm selbst geschlossenen Friedensverträgen einen Satellitenstaat nach dem anderen seiner Freiheit beraubt hat, wie das in ähnlicher Weise jetzt bei der Bundesrepublik versucht wird.

Wie man dann nun – wie das die Sozialdemokraten tun – sagen kann, ihr müßt auf die Verlautbarung der Russen vom Januar[10] hin in Verhandlungen eintreten, das ist für einen vernünftig denkenden Menschen völlig unverständlich. Ich möchte eines vorausschicken. Sowjetrußland hat auf die letzte Note der drei Westalliierten über eine Viererkonferenz überhaupt nicht geantwortet.[11] Statt dessen hat es diese Verlautbarung durch Presse und Rundfunk in die Welt gesetzt, in der aber auch nichts Positives steht, in der besonders nichts steht über den zukünftigen Status Deutschlands. Daß wirklich freie Wahlen vorangehen sollen, davon schreiben sie nichts. Im Gegenteil, sie akzeptieren nicht das Programm, das wir zusammen mit den Sozialdemokraten in den Bundestagssitzungen beschlossen haben: freie Wahlen, Zusammenberufung einer Nationalversammlung, Schaffung einer Verfassung einer gesamtdeutschen Regierung, Friedensvertragsverhandlungen, völlige Freiheit für Deutschland! Davon sagen sie nichts! Sie bleiben beim Nebeneinanderbestehen der DDR und der Bundesrepublik, und sie wollen nach wie vor dieses Deutschland neutralisieren, d.h. letzten Endes Sowjetrußland überantworten.

In früheren Jahren haben die Sozialdemokraten genauso gesprochen wie wir. Dr. Schumacher hat immer so gesprochen wie wir. Man fragt sich, woher kommt diese plötzliche Änderung, die sich allerdings für den aufmerksamen Beobachter mindestens

9 Vgl. dazu Günter Buchstab: Adenauer e il comunismo. In: Konrad Adenauer e Alcide de Gasperi – due esperienze di rifondazione della democrazia. (Annali dell'Istituto storico italo-germanico 15). Bologna 1984 S. 125–170.

10 Erklärung der sowjetischen Regierung vom 15. Januar 1955 in AdG 1955 S. 4959f.

11 Die Sowjetunion hatte in ihrer Note vom 23. Oktober 1954 zu einer Viererkonferenz eingeladen, am 13. November 1954 zu einer Konferenz aller europäischen Staaten. Die drei Westmächte reagierten darauf mit einer Note am 29. November, die von der Sowjetunion am 9. Dezember 1954 beantwortet wurde (Wortlaut jeweils in AdG 1954 S. 4815ff., 4841ff., 4873f., 4890f.).

seit einem Jahr angekündigt hat. Damit komme ich zu einem Punkt, über den wir uns auch einmal klarwerden müssen. Das ist die fortschreitende Radikalisierung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Lassen Sie mich bei den Gewerkschaften anfangen. Ich habe zu dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Herrn Freitag, volles Vertrauen. Ich weiß aus seinem eigenen Munde, daß er in allen diesen Dingen denkt wie Sie und wie ich. Ich weiß aus seinem eigenen Munde, daß er dagegen ist, die Gewerkschaften als ein politisches Instrument zu benutzen. Aber er ist nur einer unter dem neunköpfigen Vorstand. Der Einfluß des Vorstandes des DGB auf die Industriegewerkschaften ist leider Gottes verschwindend gering.

Die großen Industriegewerkschaften kommen immer stärker in radikalere Hände. Ich erinnere Sie an die Vorgänge in München im Herbst vorigen Jahres. Ich darf Sie daran erinnern, daß z.B. zu den Siemens-Werken, wo 25 von 1.200 Beschäftigten streiken wollten, die Gewerkschaften Omnibusse mit Burschen vom Lande herbeigeschafft hatten. Diese Burschen haben die Leute, die arbeiten wollten, so verprügelt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ähnliche Vorgänge waren auch in Augsburg zu verzeichnen.[12]

Das bedenklichste aber von allem ist, daß jetzt von maßgeblichen Gewerkschaftlern, wenn der Bundestag einen Beschluß faßt, der ihnen nicht paßt, die These vertreten wird, man müsse auf die Straße gehen und Demonstrationen oder Streiks machen. Der Streik, der bei der IG-Metall und beim Bergbau vor kurzem gewesen ist, war nach meiner Überzeugung nichts anderes als eine Generalprobe.[13] Sie wissen, daß ich das, was Herr Reusch[14] gesagt hat, aufs schärfste verurteile. Ich habe dem ja auch Ausdruck gegeben. Aber deswegen, weil dieser eine Mann in seiner Verbohrtheit und Rückständigkeit das gesagt hat, nun diese großen Industrien einfach für 24 Stunden stillzulegen, das ist auch für einen Staat unerträglich.

Ich sage Ihnen mit aller Offenheit, ich verstehe wirklich nicht, daß Millionen von arbeitenden Menschen einfach dem Kommando gehorchen, das ihnen übermittelt wird, ohne daß sie wissen, worum es sich überhaupt handelt. (*Albers:* Das war nicht überall so; in der Braunkohle waren es nur 16 %!) Ich will mal so sagen, hoch genommen sind 25 % nicht der Streikparole gefolgt, aber 75 % sind ihr gefolgt. Was ich so ganz unverständlich finde, ist das, daß diese Menschen schimpfen und knurren – wie ich von ihnen selbst weiß –, daß sie sich aber doch gezwungen fühlen, die Arbeit niederzulegen. Das ist eine Radikalisierung, die ihr Korrelat findet in der Radikalisierung der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion, in der jedoch, wie wir

12 Zu den lohnpolitischen Auseinandersetzungen in der zweiten Jahreshälfte 1954 AdG 1954 S. 4726–4731, 4758.

13 Zu den Forderungen und Erwägungen im DGB, Aktionen gegen die Wiederbewaffnung zu starten, AdG 1955 S. 4961f.; zu den Proteststreiks bei IG-Bergbau und IG-Metall S. 4971f.

14 Dr. Hermann Reusch (1896–1971), Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte AG, Oberhausen, hatte sich sehr kritisch zur Mitbestimmung geäußert und heftige Reaktionen provoziert, die wiederum Adenauer zu einer Stellungnahme veranlaßten (AdG 1955 S. 4971–4973).

alle wissen, auch vernünftige und gemäßigt denkende Leute vorhanden sind. Aber diese vernünftig und gemäßigt denkenden Leute kommen eben nicht zu Wort. (*Kunze:* Sie waren es nicht!) Sie waren es wohl, aber sie kommen nicht durch! Ich erblicke darin ein weiteres bedrohliches Moment nicht nur der innenpolitischen, sondern auch der außenpolitischen Unsicherheit, weil man – machen Sie sich das bitte immer wieder klar – gegenüber Deutschland doch in allen Ländern der Welt immer noch innere Vorbehalte in großem Ausmaße hat. Das kann ihnen auch kein Mensch übelnehmen. Das, was sich in den letzten Wochen vor Ausbruch des Krieges abgespielt hat, ist etwas, was auch jetzt noch vielen Leuten draußen vor Augen schwebt und sie mit großer Besorgnis erfüllt.[15]

Nun zu Frankreich! Man sah ja den Sturz von Mendès-France kommen.[16] Mir ist gestern abend offiziell vom Quay d'Orsay mitgeteilt worden, daß in dieser ganzen Verhandlung die Pariser Verträge überhaupt nicht erwähnt worden seien. Ich wiederhole: Das ist mir offiziell mitgeteilt worden. Ich hatte danach den Besuch von fünf Departements-Präsidenten[17], die den verschiedensten Parteien angehören, die aber alle Gegner von Mendès-France waren. Sie waren der Auffassung, daß infolge des Regierungswechsels die Annahme der Verträge im Conseil de la République leichter sei und daß sie eine größere Mehrheit bekämen als unter Mendès-France. Wir müssen das abwarten. Wir wissen nur, daß Mendès-France gestürzt ist über seine Nordafrikapolitik, über Indochina – das hat noch nachgeweht – und über seine stark opportunistischen Maßnahmen, die, so wurde mir von französischer Seite gesagt, doch den Eindruck hervorgerufen haben, daß er nicht eine bestimmte und ausgewogene Konzeption habe über seine Politik. Auf alle Fälle wird eine Verzögerung eintreten in der Ratifizierung durch den Conseil de la République, was uns aber nicht hindern darf, auf unserem Wege ruhig fortzufahren, um nicht den Anschein der Unsicherheit Europas im Ausland noch zu vergrößern. Ich bin es schuldig, ein Wort über Herrn Mendès-France zu sagen. Herr Mendès-France war in Brüssel unmöglich. Die Thesen, die er aufstellte, und die Politik, die er vertrat, waren für alle dort vertretenen Staaten unmöglich. Ich habe Ihnen darüber schon einmal berichtet. Alle anderen standen geschlossen gegen ihn. Aber Mendès-France hat im Laufe der Monate in den Dingen gelernt; zunächst auf der Londoner Konferenz, obgleich es da noch zu schwersten Zusammenstößen namentlich zwischen Eden und ihm gekommen ist. Er hat aber weitergelernt in der Folgezeit. Die Verhandlungen, die ich mit ihm in Baden-Baden geführt habe, waren einwandfrei und gut.

Was insbesondere das Saarabkommen angeht, so hat kein anderer als Robert Schuman sowohl einem Herrn, der hier anwesend ist, wie auch gegenüber dem

15 Zu diesem „außerparlamentarischen Mobilisierungsversuch" der SPD gegen die Pariser Verträge vgl. KLOTZBACH S. 338–347; vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 419.

16 Mendès-France war am 5. Februar 1955 über eine Vertrauensfrage zur Nordafrikapolitik seiner Regierung gestürzt (AdG 1955 S. 4994–4996).

17 Besuch von fünf französischen Bürgermeistern am 4. Februar 1955 (TERMINKALENDER).

Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg[18] – der mir das gesagt hat – erklärt, nach seiner Auffassung sei Mendès-France Deutschland viel zu sehr entgegengekommen; er würde das nicht getan haben. Ich hoffe, daß, wenn dieses Saarabkommen von der Nationalversammlung in Paris ratifiziert sein wird, auch der Nachfolger von Mendès-France nicht den Versuch unternimmt, irgend etwas daran zu ändern; denn ich stehe nicht an, Ihnen hier zu sagen, daß auch nach meiner Auffassung dieses Saarabkommen für Deutschland besser ist, als es seit 1949 von irgendeinem französischen Minister des Auswärtigen uns vorgeschlagen wurde.

Als Nachfolger von Mendès-France werden verschiedene Namen genannt. Sie haben in der Zeitung gelesen: Pinay, René Mayer[19], Pflimlin[20], Schuman, es werden noch andere genannt. Es hilft nichts, sich jetzt mit Namen zu beschäftigen. Wir müssen abwarten und dürfen uns in unserer Politik nicht irgendwie irre machen lassen. Nach meiner Überzeugung, die mir von vielen Franzosen bestätigt wird, will das französische Volk wirklich eine Aussöhnung und Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk. Deswegen können wir hoffen – das ist mir auch gestern von Herrn Monnet[21] gesagt worden –, daß diese schroffe Ablehnung der EVG am 30. August des vergangenen Jahres manchen Franzosen zum Nachdenken veranlaßt hat, so daß er ein Freund der europäischen Sache geworden ist, während er vorher ein Gegner war. Die Verhandlungen des Bundestages werden in der letzten Woche des Monats Februar stattfinden. Wir geben uns alle Mühe – das hat insbesondere Herr von Brentano übernommen –, dafür zu sorgen, daß der Ablauf der Verhandlungen auch für diejenigen, die durch Radio oder Fernsehapparat den Verhandlungen folgen, eindrucksvoll sein wird, und zwar eindrucksvoll im Sinne unserer Politik.

Wir wollen aber, nachdem uns die Sozialdemokraten dazu genötigt haben, vor diesen Verhandlungen im Bundestag eine Reihe von aufklärenden Versammlungen abhalten. Ich möchte hier an diejenigen Herren, an die besondere Schreiben herausgegangen sind – ich habe sie gestern unterzeichnet als Vorsitzender der CDU –, die

---

18 Gebhard Müller.

19 René-Joel Simon Mayer (1895–1972), französischer Politiker (Radikalsozialist); 1944 Verkehrsminister, 1945–1946 Hoher Kommissar für Deutschland und Österreich, 1946 Mitglied der Assemblée Nationale, 1947 Finanz- und Wirtschafts-, 1948 Verteidigungs- und 1949–1952 Justiz- und Finanzminister, 1952–1953 Ministerpräsident, 1955–1957 Präsident der Hohen Behörde der EGKS.

20 Dr. Pierre Pflimlin (geb. 1907), französischer Politiker (MRP); 1945–1967 Mitglied der Assemblée Nationale, 1948–1949 und 1950–1951 Landwirtschafts-, 1951–1952 Handelsminister, 1952–1953 Staatsminister bzw. Minister für die Überseekolonien, 1955–1956 Finanzminister, 1957–1958 Planungsminister, 1956–1959 Vorsitzender des MRP, 1957–1958 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1958 Ministerpräsident, 1958–1959 und 1962 Staatsminister, 1959–1983 Bürgermeister von Straßburg.

21 Jean Monnet (1888-1979), französischer Politiker; 1952–1955 erster Präsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 464 Anm. 61. – Monnet führte am 4. Februar zusammen mit Franz Etzel ein längeres Gespräch mit Adenauer (TERMINKALENDER).

Bitte richten, in den angesetzten Versammlungen auch zu sprechen.[22] Es kommen aus dem Lande große Klagen, daß manchmal Bundestagsabgeordnete nach der Wahl ihren Wahlkreis außerordentlich selten beehren. In diesem Fall, wo es sich in Wahrheit um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und Europas handelt, muß das deutsche Volk aufgeklärt werden. Und jeder von uns muß das Letzte an Kraft hergeben, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Und nun lassen Sie mich einige innenpolitische Bemerkungen anschließen. Über die Landtagswahl in Hessen werden wir vielleicht das eine oder andere noch von Herrn Fay hören. Die Landtagswahl in Hessen hat nicht das gewünschte Ergebnis gebracht.[23] Ich glaube, sehr hat dazu beigetragen die Haltung der FDP in Hessen gegenüber dem Saarabkommen.

Sehr enttäuschend, das darf ich wohl sagen, ist das Ende, das nach der Wahl in Bayern eingetreten ist.[24] Nachdem die CSU einen überraschend großen Erfolg gehabt hat, ist es für jeden – ich spreche sehr offen – außerhalb Bayerns Stehenden völlig unverständlich, daß eine solche Regierung nachher herauskommen konnte. Ich möchte zu meiner Rechtfertigung folgendes sagen: Man hat mich zwar gebeten, eine Reihe von Reden zu halten im Wahlkampf. Ich habe das auch getan, aber nach der Wahl ist niemand an mich herangetreten und hat mich gefragt, wie denkst du dir als Vorsitzender der CDU die Bildung der Regierung in Bayern? Erst als es zu spät war, bin ich aus München angerufen worden: Bitte sprechen Sie unverzüglich mit Oberländer und Dehler, damit diese Koalition nicht zustande kommt. Ich habe das getan, aber es war zu spät. Sowohl der BHE wie auch die FDP hatte sich gegenüber den Sozialdemokraten schriftlich verpflichtet.

Hätte man mich nur acht Tage vorher mal gefragt oder meine vermittelnde Hilfe in Anspruch genommen – denn Dehler ist Vorsitzender der FDP in Bayern, und Oberländer ist Vorsitzender des BHE in Bayern, und beide [Parteien] gehören diesem Kabinett an –, dann wären höchstwahrscheinlich die Dinge in Bayern anders gelaufen. Aber das hat man nicht getan. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, daß die Fäden zwischen CSU und CDU nicht enger geknüpft sind, als sie es bisher sind. Wir sind doch Schwesterparteien. Wir sind doch Parteien, die letzten Endes auf weltanschaulichem Boden stehen und ein gemeinsames Ziel in der Politik haben. Wir können in Deutschland nur damit durchkommen, wenn zwischen der CSU und der CDU eine engere Verbindung als bisher besteht.

---

22 Text des Schreibens in ACDP VII-002-262.

23 Ergebnis der Wahlen vom 28. November 1954: SPD 42,6 % (44 Mandate), CDU 24,1 % (24), FDP 20,5 % (21), GB/BHE 7,7 % (7).

24 Ergebnis der Wahlen vom 28. November 1954: CSU 38,0 % (83 Mandate), SPD 28,1 % (61), Bayernpartei (BP) 13,2 % (28), GB/BHE 10,2 % (19), FDP 7,2 % (13). Bei den Wahlen am 26. November 1950 hatte die CSU nur 27,4 % erreicht. SPD, BP, FDP und GB/BHE bildeten die Regierung mit Wilhelm Hoegner (SPD) als Ministerpräsidenten.

Es ist sonst vollkommen unmöglich, eine wirklich große Politik zu treiben. Ich habe Herrn Seidel[25] für heute und morgen eingeladen. Er kann nicht kommen, weil, soviel ich weiß, die CSU selbst wichtige Dinge z.Z. zu erledigen hat. Er wird am Dienstag zu mir kommen. Ich werde Herrn Seidel, wenn Sie damit einverstanden sind, in aller Offenheit sagen, daß es notwendig ist, in den großen Dingen, die nicht speziell bayerische Belange angehen, doch eine gemeinsame Politik zu treiben und frühzeitig miteinander Fühlung zu nehmen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

So aber ist das Ergebnis der Wahl in Bayern – ich wiederhole es – trotz des großen Erfolges der CSU in der Zahl der Mandate in hohem Maße betrüblich. Das Ergebnis ist auch auf unsere Politik nicht ohne Einfluß. Mir ist allerdings – ich bitte Sie, das vorläufig vertraulich zu behandeln – gestern offiziell von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Bayern[26] erklärt worden, daß wir in Fragen der Außenpolitik, und zwar speziell in der uns jetzt so beschäftigenden Frage der Pariser Verträge, keine Sorge zu haben brauchten, daß Bayern nicht mitmachen werde. Das ist sehr erfreulich und beruhigend. Ich bitte Sie aber, nicht darüber zu sprechen, weil man nicht weiß, welche Gegenminen gelegt werden gegenüber einer solchen Haltung des bayerischen Kabinetts.

Ich möchte Ihnen zum Schluß noch sagen, daß aufgrund der gewissenhaftesten Verfolgung der ganzen Vorgänge in der Welt und aufgrund der gewissenhaftesten Prüfung der Haltung Sowjetrußlands nach meiner festen Überzeugung die Politik, die wir von Anfang an verfolgt haben, die einzige Politik ist, die Aussicht auf Erfolg gegenüber Sowjetrußland bietet. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß jede Politik des Weichwerdens und des Nachgebens gegenüber Sowjetrußland uns auf den Weg führt, den die Tschechoslowakei, Polen und die anderen Satellitenstaaten gegangen sind.

Wenn es uns gelingt, durch die Pariser Verträge Europa zusammenzufassen und dadurch auch Großbritannien hinzukommt, dann wird es nach meiner Auffassung möglich sein, die Vereinigten Staaten noch viel fester an Europa als bisher zu binden.

Diese Politik wird schließlich doch zum Erfolg, d.h. zu einer Befriedigung führen. Mag es auch keine hundertprozentige Befriedigung sein, aber es wird eine Beruhigung in der Welt dadurch eintreten. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, daß das der einzige Weg ist, um Ostdeutschland und Mitteldeutschland wieder zu uns zurückzubringen. Ich erhalte tagtäglich auf allen möglichen Wegen Zuschriften aus der Ostzone. Ich habe noch keine Zuschrift von dort bekommen, in der nicht in der stärksten Weise zum Ausdruck gebracht wird, daß allein diese Politik auch die

25 Dr. Hanns Seidel (1901–1961), seit 1946 MdL Bayern (CSU), 1946–1954 bayerischer Wirtschaftsminister, 1957–1960 Ministerpräsident, 1955–1961 Vorsitzender der CSU. – Vgl. Hanns Seidel und die Stiftung. In: Politische Studien. Sonderheft 1. München 1977.

26 Dr. Joseph Baumgartner (1904–1964), 1954–1957 stv. Ministerpräsident und bayerischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1948–1952/1952–1957 Landesvorsitzender der BP, 1946–1962 MdL. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 133 Anm. 4.

Hoffnung der Menschen dort ist, um dereinst wieder in Freiheit mit uns vereint leben zu können.

Lassen wir uns daher nicht irre machen durch das, was die Sozialdemokratie redet. Lassen wir uns auch nicht irre machen durch das, was Nicht-Sozialdemokraten in der Paulskirche von sich gegeben haben. Nach den Schilderungen, die ich bekommen habe, war diese ganze Versammlung in der Paulskirche eine äußerst mühsame Angelegenheit, (*von Brentano:* Ja!) um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen.[27] Wenn man den Herrn Professor Weber[28] dafür gewinnt – nun, wer Herrn Professor Weber kennt, das gilt gerade für Sie, die Sie mich so freundlich zustimmend dabei anlächeln –, der weiß, daß er wirklich nicht mehr ein hundertprozentiger Kronzeuge für das ist, was er sagt.

Daß Herr Professor Gollwitzer[29] da gesprochen hat, ist sehr bedauerlich. Ich kenne Herrn Professor Gollwitzer persönlich nur sehr oberflächlich. Ich höre, daß er ein lauterer Mann ist. (*Zurufe:* Ja!) Aber, meine Damen und Herren, auf dieses gefährliche Gelände, wie es die heutige Außenpolitik in Deutschland, in Europa und in der Welt ist, soll man sich nicht begeben, wenn man nur ein lauteres Herz hat. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber lautere Herzen werden dort nicht sehr hoch diskontiert. Auf diesem Gebiet schadet ein zu lauteres Herz. Hier muß man etwas von den Dingen wissen, man muß arbeiten und studieren und aus den vergangenen Ereignissen die nötigen Konsequenzen ziehen, sehr kühl, sehr nüchtern und sehr klar!

In der Außenpolitik hilft nur eine sehr realistische Betrachtungsweise und sonst gar nichts, keine Romantik, keine Schwärmerei, mag sie nun im Pazifismus oder in irgendwelchen religiösen Vorstellungen begründet sein. Ich bedaure auch deswegen sehr, daß der Professor Hessen[30] da geredet hat, ein mir gänzlich unbekannter Mann. (*Wuermeling:* Er liegt immer quer!) Ich weiß nicht, was er für einen Lehrstuhl hat. Ich höre nur von katholischen Theologen, daß er sehr wenig als ... (*Kaiser:* Es kennt ihn keiner!) Aber die Sozialdemokraten haben ihn ausfindig gemacht! Nach dem, was ich von evangelischer Seite insbesondere gehört habe, hoffe ich, daß die demnächst stattfindenden Sitzungen der großen Gremien der Deutschen Evangelischen Kirche dafür sorgen werden, daß nicht ein falsches Bild entsteht über die Haltung der

---

27 Kundgebung am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche unter dem Thema: „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!" Einladende waren Walter Freitag (DGB-Vorsitzender), Professor D. Dr. Helmut Gollwitzer (evangelischer Theologe), Erich Ollenhauer (Vorsitzender der SPD), Professor Dr. Alfred Weber (Soziologe). Es sprachen Professor Weber, der stv. Vorsitzende des DGB Georg Reuter, Professor Gollwitzer, Professor Johannes Hessen (katholischer Theologe), Ernst Langer (evangelischer Pfarrer), Gustav Heinemann und Erich Ollenhauer. Text der Rede Gollwitzers und des Manifests in AdG 1955 S. 4983f.

28 Dr. Alfred Weber (1868–1958), Professor für Soziologie und Nationalökonomie, ab 1907 Universität Heidelberg.

29 D. Dr. Helmut Gollwitzer (geb. 1908), Professor für evangelische Theologie; 1950 Universität Bonn, 1957 FU Berlin.

30 Dr. Dr. Johannes Hessen (1889–1971), Professor für Philosophie in Köln.

evangelischen Pfarrer und auch über die Angelegenheit, daß man politische Fragen nicht von der Kanzel aus behandeln soll. Das ist wenigstens meine Auffassung, und zwar sowohl gegenüber der evangelischen wie auch der katholischen Seite.

Wir können also überzeugt sein, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß wir, wenn wir konsequent diesen Weg weitergehen, doch zu dem Ziele kommen, das ich eben gekennzeichnet habe und dem unsere ganze Arbeit gilt. *(Beifall.)*

Kaiser: Ich habe eine Bitte zur Geschäftsordnung! Herr Bundeskanzler, Sie haben vorgeschlagen, daß über die Saarfrage im kleinen Kreis zwischen den unmittelbar beteiligten Herren, dem Ministerpräsidenten Altmeier und dem Innenminister Zimmer von Rheinland-Pfalz – die beide Saarländer sind – und Herrn Hallstein ein Gespräch geführt werden soll. Ich bin der Auffassung, daß wir über diese wichtige Angelegenheit auch hier sprechen sollten; denn die Saarfrage ist nach meinem Erkennen der wunde Punkt der ganzen Vertragspolitik. Die drei Hauptverträge werden mit Entschlossenheit klar ratifiziert werden. Da gibt es in der gesamten Koalition und insbesondere in unseren Reihen keinerlei Bedenken. Aber die Saarfrage macht in der Tat Sorge, nicht nur bei den Herren von Rheinland-Pfalz, sondern auch bei weiteren Mitgliedern unserer Fraktion.

Die Sorge geht dahin, Herr Bundeskanzler, daß eben die französische Politik im Bunde mit Herrn Hoffmann in dieser Angelegenheit doch obsiegen würde. Ich habe gestern nur noch verhindern können, daß der bekannte Herr Schneider[31] vor der Presse ein Schreiben, das er Ihnen zureichen will oder zugereicht hat, bekanntgegeben hat. Manches, was in diesem Schreiben ausgeführt ist, ist zu beachten, Herr Bundeskanzler. Auch ich bin der Auffassung, daß wir gegenüber unseren Freunden an der Saar, also dem Teil der Saarbevölkerung, der die Rückgewinnung der Saar auf jeden Fall für Deutschland erstrebt, unsere Verpflichtungen nicht genügend erfüllt haben.

Es muß daher zur Klarheit kommen, wie insbesondere die Christlich-Demokratische Union zu unseren Freunden dort unten steht. In diesem Schreiben wird über bestimmte Verbindungen mit der Regierung Hoffmann, wie sie sich in den jüngsten Tagen zeigen, berichtet. Ich muß sagen, daß ich über das, was ich gelesen und gehört habe, einfach erschrocken bin. Hier muß Klarheit geschaffen werden, sonst weiß das Volk an der Saar nicht, was die Bundesregierung und was die Christlich-Demokratische Union denken. Herr Bundeskanzler, wir dürfen keinen

31 Dr. Heinrich Schneider (1907–1974), 1955–1965 MdL Saarland (1956–1957 Präsident), 1955–1962 Vorsitzender DPS, 1957–1959 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, 1957–1965 MdB (FDP). Erinnerungen: Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit. Stuttgart 1974, hier S. 400–432, insbes. S. 422. – Druck des Schreibens vom 31. Januar 1955, in dem die generellen Bedenken gegen das Pariser Saarabkommen zusammengefaßt waren, in SCHMIDT 3 S. 690–693, SCHNEIDER S. 422; vgl. auch KOSTHORST S. 340–354. – Zur Behandlung der Saarfrage im Bundesvorstand generell REPGEN: Saar-Frage; Wilfried LOTH: Die Saarfrage und die deutsch-französische Verständigung. Versuch einer Bilanz. In: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 34/35 (1986/87) S. 276–291 insb. S. 287ff.

Augenblick vergessen, daß Sie nicht nur der Kanzler, sondern auch der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands sind.

Auf dem Rückwege von Heidelberg, wo ich war, bin ich auf eine Anregung, die an mich herangetreten ist[!], in Mainz gewesen. Ich habe mit den beiden Männern von Rheinland-Pfalz und mit anderen Freunden aus der Pfalz, wo die Sache große Besorgnis macht, gesprochen. Dort sind auch Wahlen.[32] Aber nicht die Wahl ist entscheidend, sondern die Politik. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß hier über den Bereich von Rheinland-Pfalz hinaus über die Saarfrage, die uns Sorge macht, gesprochen wird.

Adenauer: Ich bin natürlich gerne bereit, darüber zu sprechen. Aber es gibt gewisse Besprechungen und vorläufige Abmachungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France, worüber man wirklich nur in ganz kleinem Kreise sprechen kann. Das habe ich eben gemeint, als ich vorgeschlagen habe, die Herren möchten mit Herrn Hallstein im Laufe des heutigen Tages darüber sprechen. Herr Hallstein wird morgen über das Saarproblem im Parteiausschuß sprechen. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen einiges darüber zu sagen, wenn Sie wollen, sofort im Anschluß an meinen Vortrag, damit Sie ein Gesamtbild bekommen.

Was die Saar angeht, so gilt das, was ich eben über die Grundlage der Außenpolitik gesagt habe – denn leider Gottes ist die Saarfrage ein Teil der Außenpolitik in besonderem Maße geworden –, daß man nicht mit romantischen Sachen da kommen soll, sondern nur rein realistisch die Dinge betrachten darf. Von diesem Standpunkt aus betrachtet muß ich Ihnen offen gestehen, daß die Saarpolitik, die wir – zum Teil unter der Peitsche des Bundestages, der wiederum gepeitscht wurde von der Sozialdemokratie – in den vergangenen Jahren getrieben haben, eine katastrophale Dummheit gewesen ist.

Wenn wir klüger gewesen wären und weniger romantisch, wenn wir mit anständigen Leuten an der Saar vielleicht früher Fühlung aufgenommen hätten, dann wäre die Saar nicht in der Weise in die Arme Frankreichs hineingekommen, wie das jetzt der Fall ist; denn man sah, daß die deutschen Arme absolut geschlossen waren. Das ist auch realistisch gesprochen! Sie wissen, wie das Saarproblem entstanden ist. Die Saar ist auf Verlangen Frankreichs von Amerika und England Frankreich zur Annexion zugesprochen worden, auch de jure, und zwar aus zwei Gründen, einmal als Kriegsentschädigung und zweitens, weil man damals noch in Deutschland den präsumtiven späteren Kriegsgegner sah und deswegen das Kriegspotential Deutschlands nicht stärker werden lassen wollte als das Kriegspotential Frankreichs. Ich denke jetzt an Kohle und Eisen. Man war daher darauf bedacht, die Saar nicht bei Deutschland zu lassen.

Sie wissen, daß auf der Moskauer Konferenz im Jahre 1947[33] Sowjetrußland ein Veto dagegen eingelegt hat, weil die vier Großmächte vorher vereinbart hatten, daß die

32 Am 15. Mai 1955.

33 Vom 10. März bis 24. April 1947 (AdG 1946/47 S. 1070–1074, hier u.a. S. 1074 sowie S. 1080).

Grenzen Deutschlands erst durch den Friedensvertrag festgelegt werden sollten. Sowjetrußland hat das Veto nicht aus Freundschaft für uns eingelegt, sondern aus ganz anderen Gründen. Dann haben Amerika und Großbritannien Frankreich gestattet, die Saar wirtschaftlich auszunutzen. Sie haben damals Frankreich versprochen, bei einem künftigen Friedensvertrag für die Forderungen Frankreichs in bezug auf die Saar einzutreten. Frankreich hat dann von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht und zunächst als Besatzungsmacht nackt und bloß und später, indem es eine Tarnung mit Hoffmann vorgenommen hat, die Saar in Wirklichkeit politisch und wirtschaftlich annektiert.

Ich bitte Sie, von diesem Punkt auszugehen bei Würdigung dessen, was abgesprochen worden ist, d.h., daß Frankreich politisch und wirtschaftlich im Besitze der Saar ist und daß man es nur mit Waffengewalt daraus vertreiben könnte. Sie wissen, daß der Prinz Löwenstein[34] im Herbst des vergangenen Jahres zwei Omnibusse gemietet und sich eine Anzahl von jungen Leuten, die begeistert waren für die Saar, genommen hat, um mit ihnen eines Samstags abends das kühne Unternehmen zu planen, nach Saarbrücken zu fahren und dort die deutsche Fahne zu hissen. Die Polizei hat das aber verhindert. (*Von Brentano:* Gott sei Dank!) Das sind natürlich Torheiten. Ich führe das nur an, um Ihnen klarzumachen, daß faktisch Frankreich die Saar politisch und wirtschaftlich annektiert hat. Vergessen Sie weiter nicht, daß doch die Zusage von Amerika und England gegeben worden ist, die Wünsche Frankreichs in bezug auf die Saar beim Friedensvertrag zu unterstützen.

Von dem Standpunkt aus müssen wir das betrachten, was jetzt vereinbart worden ist. Ich darf daran erinnern, daß eine der vornehmsten und immer wieder mit Recht erhobenen Forderungen des Bundestages war, die Freiheit der Menschenrechte mit Bezug auf das politische Leben an der Saar wiederherzustellen. Sie wissen, daß in der Präambel der sogenannten Saarverfassung[35] steht, daß die Saar von Deutschland abgetrennt werden soll.

Was ist nun vereinbart? Ich will Herrn Hallstein nicht vorgreifen, deswegen nehme ich nur die Hauptsache. Es ist vereinbart worden, daß schon drei Monate vor dem Saarabkommen die politischen Freiheitsrechte an der Saar wiederhergestellt werden sollen. Und jetzt kommt eine Vereinbarung, die man wirklich noch nicht in einem größeren Kreise sagen darf. Ich bitte daher dringendst darum, daß das nicht in die Öffentlichkeit kommt. Wir sind mit Frankreich darin übereingekommen, daß vor dem Ins-Leben-Treten des Saarkommissars – was noch einige Monate

34 Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906–1984), 1930–1933 Zentrum und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1933 Emigration, 1948 Gründer und Vorsitzender der „Deutschen Aktion", 1953–1957 MdB (FDP, 1957 DP/FVP), 1957 Vorsitzender der saarländischen DP/FVP, 1957 CDU. Vgl. SCHMIDT 1 S. 399, 3 S. 531f.; vgl. auch LÖWENSTEIN: Botschafter ohne Auftrag. Düsseldorf 1972 S. 276–280.

35 Verfassung vom 15. Dezember 1947 – Druck: SCHMIDT 2 S. 671–680, hier S. 671. Zu den Verhandlungen über den wirtschaftlichen Anschluß und den Verfassungsentwurf EBD. S. 117–152. Zum Folgenden (WEU, Saarkommissar) EBD. 3, insbes. S. 159–164.

dauert, weil erst die Westeuropäische Union, die ihn ernennen soll, geschaffen sein muß – eine Kommission eingesetzt werden soll, und zwar bestehend aus einem Italiener, einem Holländer, einem Engländer, einem Belgier und einem Luxemburger, die über die Wiederherstellung der politischen Freiheiten an der Saar wachen soll. Dies soll also geschehen, noch ehe der Saarkommissar ernannt ist, damit sich auch die Volksabstimmung völlig frei vollzieht. Erst wenn diese fünf erklärt haben, die Freiheiten sind wiederhergestellt, dann beginnen die drei Monate zu laufen, die dem Plebiszit vorangehen sollen. Die politischen Freiheiten an der Saar sind also nach menschlichem Ermessen gewährleistet, namentlich wenn Sie berücksichtigen, daß auch Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf Wunsch von Frankreich und Deutschland sich für die Innehaltung des Saarstatuts – das die Wiederherstellung der politischen Freiheiten vorsieht – verbürgt haben.

Später kommt der Saarkommissar, der dem Ministerrat der Westeuropäischen Union verantwortlich ist, in dem wir ja vertreten sein werden. Jede Einzelperson, jede Organisation und jede Partei bekommt das Recht, sich an den Ministerrat der Westeuropäischen Union zu wenden oder aber ein Schiedsgericht anzurufen, wenn sie glaubt, daß der Saarkommissar seine Pflicht im Einzelfall nicht erfüllt hat, so daß also auch hier für die Dauer alle Kautelen gegeben sind, daß wirklich die politischen Freiheiten gewährleistet sind.

Und was das allerwesentlichste ist, diese Lösung ist nur als eine vorläufige gedacht. Während nach der Konzeption von Schuman eine Europäisierung der Saar erfolgen sollte, die als Definitivum gedacht war – wodurch also die Saar definitiv losgelöst von Deutschland ein eigenes Territorium geworden wäre –, soll jetzt die Saarbevölkerung selbst frei darüber abstimmen können, ob sie mit dem, was bei den Friedensvertragsverhandlungen bezüglich der Saar vorgesehen ist, einverstanden ist oder nicht.

Wenn dann die Saarbevölkerung mit Mehrheit erklärt, wir sind nicht einverstanden, dann muß der Entwurf des Friedensvertrages dementsprechend geändert werden. Es war nicht möglich aus wohlerwogenen Gründen, wie von manchen gewünscht worden ist, daß etwa bestimmt wurde: Die Saarbevölkerung soll das Recht haben zu bestimmen, schon jetzt oder später, ob sie zu Deutschland zurück will oder nicht; denn das ist nach den Abmachungen unter den vier Siegermächten dem Friedensvertrag vorbehalten, nämlich die Festsetzung der Grenzen Deutschlands. Man würde gerade in bezug auf den Osten einen Präzedenzfall geschaffen haben, wenn das schon jetzt gemacht worden wäre, der große Konsequenzen haben würde und jedenfalls Sowjetrußland die rechtliche Handhabe gäbe zu sagen: Wenn ihr im Westen jetzt schon unter Abweichung von dem bestehenden Abkommen die Grenzen anders festsetzt, dann können wir das im Osten auch.

Das war also nicht möglich. Deswegen ist diese Fassung, dieser Ausweg, gewählt worden, daß die Saarbevölkerung in freier Abstimmung über den Entwurf des Friedensvertrages, soweit er die Saar betrifft, entscheiden soll. Wenn wir also Vertrauen zur Saar haben, wenn wir wirklich glauben, daß die Saarbevölkerung Deutsche sind,

dann müssen wir auch der Auffassung sein, daß die Saar, wenn in einigen Jahren Friedensvertragsverhandlungen kommen – und die werden eines Tages kommen –, auch mit Mehrheit erklärt: Wir wollen zu Deutschland zurück!

Deswegen erblicke ich gerade in dieser Bestimmung einen so großen und so überraschenden Erfolg unserer Politik, daß ich, ehrlich gestanden, alle die nicht begreife, die das Saarstatut nicht billigen. Das kann nur aus einer mir unverständlichen Einstellung heraus erfolgen. Es kann doch kein Mensch erwarten, daß etwa jetzt schon Frankreich sagt, die Saar kommt zu euch zurück. Wenn jetzt eine Abstimmung an der Saar darüber erfolgte: Wollt ihr zu Deutschland zurück oder nicht, dann weiß der liebe Himmel, wie diese Abstimmung ausfallen würde. Mir haben Kenner der Saar – nicht nur aus unserer Partei – gesagt, daß sie gegen Deutschland ausfallen würde.

Ich habe mit Vertretern der deutschen Oppositionsparteien gesprochen, ob sie bei den wirklich freien Wahlen zum ersten Landtag die Mehrheit bekämen. Sie haben gesagt nein, sie bekämen sie nicht. Sie hoffen aber, sie bei der zweiten Landtagswahl zu bekommen. So sind doch die Dinge an der Saar selbst. Deswegen kann man diese ganze Frage nur mit sehr vorsichtiger Hand, mit einer gewissen Weitsicht und mit einer gewissen Geduld auch gegenüber den Leuten an der Saar behandeln.

Es ist eben von Herrn Kollegen Kaiser bemängelt worden, daß Herr Erhard Verbindung aufgenommen hat mit Herrn Hoffmann.[36] Er hat das mit meiner Zustimmung getan, und ich verantworte das hundertprozentig. Ich will Ihnen sagen warum: aus demselben Grunde, den ich eben erwähnt habe. Die Saarländer, auch die Partei, die jetzt an der Macht dort ist, sollen wissen, daß wir nicht später ein großes Strafgericht abhalten wollen; denn sonst kommen sie niemals zu uns zurück. Es besteht aber noch ein sehr akuter Anlaß. Nach Artikel 12 des Saarstatuts soll ein neues wirtschaftliches Abkommen zwischen Frankreich und der Saar geschlossen werden.[37] Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Saar und uns sollen allmählich denen angegliedert werden, die zwischen der Saar und Frankreich bestehen. Frankreich hat alles Interesse daran, daß das wirtschaftliche Abkommen zwischen der jetzigen Saarregierung und Frankreich so ausfällt, daß es auch für uns erträglich ist. Das kann man nur fertigbekommen, wenn man eben auch mit den Leuten der jetzigen Saarregierung darüber spricht. Man kommt sonst in der Politik nicht weiter. Das bedeutet nicht, daß wir alles das, was Herr Hoffmann getan hat, auch nur im entferntesten billigen, aber es bedeutet, daß wir versuchen wollen, die Saar auch wirtschaftlich gegenüber Frankreich selbständig zu machen, damit sie nachher auch politisch den Willen äußern kann, zu uns zurückzukommen.

Ich wiederhole nochmals: Ich bitte Sie darum, bei Betrachtung der Saarfrage doch wirklich frei von allen Ressentiments zu sein. Nehmen Sie die Dinge, wie sie sind und wie sie sich leider dadurch gestaltet haben, daß wir den Krieg verloren haben. Lassen

36 Erhard hatte sich im Januar 1955 mit Hoffmann in Paris getroffen; zu den Verhandlungen vgl. SCHNEIDER S. 411.

37 Druck bei SCHMIDT 3 S. 687f.

wir versuchen, möglichst das Beste daraus zu machen, wie es nach dem jetzigen Tatbestand möglich ist in der Hoffnung, daß heute oder morgen oder übermorgen die Sache völlig in Ordnung kommt.

Wenn Sie das Saarabkommen betrachten und sich überlegen, daß wir eines Tages auch über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zu verhandeln haben werden, dann glaube ich, daß die Abstimmung unter dieser Kontrolle ein sehr gutes Modell sein wird für unsere Forderungen, daß auch über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie die dortigen Heimatberechtigten entscheiden sollen. Insofern ist die Politik bezüglich der Saar vielleicht entscheidend für die Politik, die wir später einmal zu exerzieren haben werden über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Es ist ganz falsch zu sagen, daß man durch ein solches Abkommen die Politik im Osten verderben würde. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn man sich die Dinge nur einmal in Ruhe überlegt, dann wird man mit mir darin übereinstimmen, daß wir die Sache im Osten nicht in Ordnung bekommen, ohne daß dort auch abgestimmt wird, natürlich anderer Art, doch müssen die Heimatberechtigten, die vertrieben worden sind, zur Abstimmung kommen.

Was übrigens die aus dem Saargebiet Vertriebenen angeht, so sind die Graukärtler abstimmungsberechtigt, und von den Ausweisungen werden vier Fünftel zurückgenommen werden.[38] Wenn Sie das aber in der Öffentlichkeit sagen, dann wird nichts zurückgenommen! Deswegen scheue ich so davor, mich über diese Dinge in einem so großen Kreise auszusprechen. Aber, verehrter Herr Kaiser, Sie haben mich dazu gezwungen. Hätten Sie mit mir unter vier Augen gesprochen, würde ich Ihnen das alles gesagt haben, aber Sie haben ja in so ernsten Tönen unsere Politik verurteilt, daß ich nicht anders kann, das auch zu rechtfertigen. Wenn hier einer indiskret ist und das an die Öffentlichkeit kommt, wenn diese Abmachungen mit den fünf Staaten, die jetzt schon die Kontrolle übernehmen sollen, bekannt werden, dann geht wieder alles kaputt. Aber bitte, ich bin es nicht schuld! Ich bitte Sie daher nochmals dringend, behandeln Sie diese Sache mit der äußersten Delikatesse. Wenn Sie das nicht tun, dann schaden Sie der Sache.

Lassen Sie sich bitte bei den Überlegungen über das gesamte große Problem Ost-West, bei dem in Wahrheit nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und das ganze Christentum auf dem Spiele steht, nicht ablenken durch Reden der Sozialdemokraten, die völlig töricht sind, die auch dadurch nicht besser werden, daß sie nur konzentriert auf dieses eine hier sehen, das wichtig ist, aber – ich sage das ganz ruhig – das im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiele steht, nicht die entscheidende Bedeutung hat. *(Beifall.)*

---

38 Die Saarbevölkerung war in zwei politische Klassen geteilt: Die saarländischen Staatsbürger (im Sinne des Gesetzes über die sog. saarländische Staatsbürgerschaft) besaßen den Personalausweis A, d.h. einen roten Paß („Rot-Päßler"), die anderen (vornehmlich Ehegatten von Frauen saarländischer Staatsangehörigkeit, ca. 40.000 Personen) waren Inhaber des Personalausweises B („Grau-Päßler"), d.h. Bürger minderen Rechts. Zu den Ausweisungen vgl. SCHMIDT 2 S. 111–114, 330–336.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Ich darf an die letzten Worte anknüpfen, von denen Sie gesprochen haben. Auch für uns steht die Saarfrage im Schatten der großen weltpolitischen Zusammenhänge. Ich hatte von mir aus nicht vor, bei dieser Gelegenheit etwas zur Saarfrage zu sagen; nur weil Sie die ergänzenden Ausführungen gemacht haben, will ich darauf zu sprechen kommen. Ich glaube für uns in Rheinland-Pfalz sprechen zu können, wenn ich sage, auch wenn wir nicht unter dem unmittelbaren Einfluß der Bonner Atmosphäre stehen, daß wir Ihre außenpolitische Beurteilung teilen und uns in vollem Umfange zu eigen machen und daß wir auch entschlossen sind, diese Ihre Politik mit allen Mitteln zu fördern und zu unterstützen.

Ich gehe mit meiner Frage vielleicht sogar etwas weiter als Sie. In der Beurteilung der Politik der SPD bin ich für meinen Teil der Meinung – vielleicht sind Sie es auch, nur die gebotene Zurückhaltung wird Ihnen nicht die Worte erlauben, wie sie mir erlaubt sind –, daß die Politik der SPD geradezu verbrecherisch ist, nicht subjektiv, aber objektiv in dieser Situation einer solchen weltpolitischen Spannung.

Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob wir als CDU nicht zu lange zugesehen haben, die Aktion sich abrollen zu lassen. Ich werfe die Frage auf, ich kann es nicht beurteilen, ich habe nicht den Überblick. Diese Agitation geht in einem Volke vor sich – jetzt kann man einen Vorwurf vielleicht in Gänsefüßchen erheben –, das sieht, daß Ihre Politik, die Politik der Bundesregierung, für das deutsche Volk vielleicht zu „erfolgreich" gewesen ist. Man kann die Frage aufwerfen: Ist unser Volk nicht schon verwöhnt worden in den letzten Jahren durch die großen Erfolge dieser Politik? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die psychologische Lage unseres Volkes ist m.E. weithin beklagenswert. Am kritischsten ist sie in gewissen intellektuellen Kreisen. Ich werfe die Frage auf, ob wir als Partei in dieser Richtung alles getan haben, was wir hätten tun können und tun müssen. Die Frage bedarf einer sehr sorgfältigen Prüfung und Überlegung auf den verschiedensten Sektoren.

Man wirft Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine Politik der Stärke vor, natürlich zu Unrecht. Aber eines möchte ich doch dabei beachtet wissen. Wenn man von der Politik der Stärke spricht, dann denkt man an die zwölf Divisionen. In Wirklichkeit aber weiß ich – das geht aus Ihren Ausführungen klar hervor –, daß Ihre Politik in erster Linie eine Politik der moralischen Stärke ist. Die moralische Stärke und die Integrität unseres Standpunktes müssen m.E. viel stärker hervorgehoben werden, auch in nationaler Hinsicht. Die zwölf Divisionen sind nur ein notwendiger Ausfluß dieser moralischen Verpflichtung.

In diesem Zusammenhang gefallen mir auch nicht alle Worte oder Nuancen, die zur Wehrhaftmachung hervorgetreten sind. Ich weiß, aus welch taktischen Gründen unser Freund Kiesinger mit großem Erfolg gesagt hat: Wir werden nicht mit Begeisterung Soldat.[39] Aber das Volk wirft das durcheinander. Wir müssen unserem Volke sagen: Wir müssen immer noch mit Begeisterung unser Vaterland, unser Haus und Hof, verteidigen. Deshalb dürfen wir – ein Mann der Jungen Union hat das vor

39 Am 15. Dezember 1954 im Bundestag (Sten.Ber. 2.WP Bd.22 S. 3155).

kurzem auf unserem Parteitag sehr gut gesagt – ein Ja zur Wehrhaftmachung nicht herausstottern, sondern das Ja muß entschieden und klar sein.

Ich will nicht in die Kritik der Mentalität eintreten. Die Mentalität steht im Zusammenhang mit dem, was ich eingangs gesagt habe, es ist weitgehend eine Verweichlichung eingetreten. Damit komme ich auf die intellektuellen Kreise, die in besonderer Weise der Klügelei und dem falschen Realismus gegenüber anfällig sind. Wir müssen dem Bolschewismus und seinen Förderern radikal die Maske vom Gesicht reißen. Wir müssen das hinaustragen. Ich habe vor einiger Zeit einen Vortrag von Professor Köhler[40], Berlin, gehört, ein evangelischer Theologe glaube ich; er ist den meisten von Ihnen wohl bekannt. Es war ein Vortrag für intellektuelle Kreise. Professor Köhler hat mit einer unerhörten Prägnanz und Klarheit das Wesen des Bolschewismus herausgearbeitet. Er stellt den Intellektuellen vor den Zwang der klaren Entscheidung, kompromißlos einem solchen System Widerstand zu leisten. Ich erwähne das als ein Beispiel dafür, wie man den Kampf aufnehmen muß gerade bei den intellektuellen Kreisen.

Aus dem, was ich gesagt habe, ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen für unser Verhalten. Sie, Herr Bundeskanzler, haben eine unerhört schwierige Stellung in der Koalition. Draußen versteht man das nicht. Man kann es nicht verstehen, weil man Ihre Schwierigkeiten nicht kennt. Es ist nicht zu begreifen, wieso ein Dehler sich draußen im Lande monatelang für die Ohren der Hörer so zweideutig benehmen kann, und zwar in einer Situation, wo alle Kräfte zusammen angespannt werden müssen.

Es darf einer Koalition [!] einfach nicht gestattet sein, nur der Nutznießer dieser Regierungskoalition zu sein, während wir alle Lasten und unangenehmen Entscheidungen auf uns nehmen müssen. Das ist – ich spreche aus dem Empfinden heraus – eine unmögliche Haltung. Es wäre z.B. unmöglich, diesen Parteien zu gestatten, etwa die drei Pariser Verträge anzunehmen, sich aber an dem nicht angenehmen Saarabkommen vorbeizudrücken, um es der CDU zu überlassen. Das ist im übrigen auch nicht moralisch, und die Moral ist auch in der Politik ein Faktor.

Sie haben von der Radikalisierung gesprochen, Herr Bundeskanzler. Das ist nicht nur eine politische, sondern auch eine weltanschaulich-religiöse Frage. Wir haben den Nationalsozialismus noch weiter wirkend, als man es gemeinhin annimmt. Ich möchte die Frage aufwerfen, inwieweit diese Radikalisierung einzelne Führerpersönlichkeiten bis in die Betriebe hinein erfaßt hat, also Betriebsräte usw., oder inwieweit sie auch von den Massen geteilt wird. Ich neige zu der Auffassung, daß die Radikalisierung nicht so sehr von den Massen der Arbeiter, sondern mehr von den Exponenten dieser Masse getragen wird.

In diesem Zusammenhang komme ich zur Saarfrage. Herr Bundeskanzler, ich kann Ihnen in der Beurteilung, wie sich die Saarfrage zum heutigen Stand entwickelt hat, nicht ganz zustimmen. Da beurteile ich die Frage etwas anders. Ich wäre auf die

40 Dr. Hans Köhler (geb. 1911), Professor für Religionslehre und -pädagogik; 1950 apl. Professor Universität Leipzig, 1951 FU Berlin, 1960 o. Professor PH Erlangen-Nürnberg.

Vergangenheit nicht eingegangen, wenn Sie nicht selbst einiges dazu gesagt hätten. In vielem stimme ich natürlich mit Ihnen überein. Man kann über den Tatbestand nicht einfach hinweggehen. Ihr Appell, die Frage realistisch zu beurteilen, ist berechtigt. Wir haben uns immer bemüht, es auch zu tun. Die Frage bleibt freilich immer die: Was ist realistisch im Einzelfalle? Sie selbst haben mir einmal im Jahre 1950 gesagt, wenn es mir gelänge, die beiden Mächte von der Moskauer Zusage irgendwie herunterzubringen! Ich war Ihnen sehr dankbar dafür. Das war und ist auch heute noch tatsächlich ein Kernpunkt des Problems, nämlich die Mächte von dieser Zusage herunterzubringen.

Sie haben ausgeführt: Wenn wir früher mit den anständigen Leuten an der Saar Verbindung aufgenommen hätten, dann wäre die Sache anders gelaufen. Es hat keinen Zweck, daß wir hier in Einzelheiten eingehen, aber ich glaube, Herr Bundeskanzler, hierzu ließe sich vieles andere sagen, wie die Dinge an der Saar gekommen sind. Wir haben von uns aus mit den anständigen Leuten an der Saar verhältnismäßig früh Verbindungen gepflegt. Ursprünglich hatte ich auch für meinen Teil mit dem Herrn Hoffmann selbst Verbindung, solange er noch einen politischen Kurs verfolgt hat.

Sie haben abgestellt – es aber nicht ausdrücklich gesagt – auf die Wahlen im Jahre 1952.[41] Herr Bundeskanzler, ich glaube, in diesem Punkt bestehen Meinungsverschiedenheiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Europäisierung der Saar, wie sie seit dem Sommer 1951 betrieben worden ist, die automatisch eine definitive Abspaltung des Saargebietes von Deutschland in sich schloß, eine entscheidende Maßnahme und auch ein Fehler war; denn bis dahin war die moralische Autorität von Johannes Hoffmann im Saargebiet sehr gering. Erst als er sich hierauf berufen und sagen konnte, ich will dasselbe, was Bonn will, stärkte sich seine Autorität im Saargebiet, ebenso die von Herrn Grandval. Das erklärt auch nach unserer Überzeugung den Mißerfolg zu einem großen Teil bei den Novemberwahlen 1952. Unter einer vollkommen einseitigen, totalen Propaganda war es damals Johannes Hoffmann nicht schwer, drei Viertel der Bevölkerung hinter diese Partei zu bekommen. Man muß wissen, daß eine totale Beeinflussung der Bevölkerung in seinem Sinne stattgefunden hatte.

Die heutige Lage ist so, wie Sie sie gezeichnet haben; es herrscht dort eine weitgehende labile Haltung der Bevölkerung vor. Das ist gar keine Frage. Sie hat sich nicht erst seit 1945 entwickelt, sie geht zum Teil zurück auf das Jahr 1919. Es ist sehr schmerzlich, das eingestehen zu müssen, aber beurteilen kann man die Bevölkerung erst dann, wenn man die ungeheuren Schwierigkeiten kennt, die seither über die Bevölkerung hinweggegangen sind. Es wird in Vergleich gesetzt die materielle Lage diesseits und jenseits der Grenze. Die Propaganda der anderen Seite hat es natürlich bequemer. Dort braucht man keine Besatzungskosten zu zahlen, es sind keine Vertriebenen unterzubringen. Man hat also eine große Fülle von Vorteilen. Sie waren auch dort in der Lage, die Kriegsbeschädigten besser zu dotieren und höhere

41 Am 30. November 1952: CVP 54,7 % (29 Mandate), SPS 32,4 % (17), KP 9,5 % (4), Demokratische Volkspartei (Saar) 3,4 % (–).

Renten zu zahlen, als es diesseits der Grenze möglich war. Für eine sich christlich nennende Regierung ist es nicht gerade sehr schön zu sagen: Ich habe mich in die Büsche geschlagen bei der gemeinsamen Not des Vaterlandes, deshalb kann ich jetzt unsere Leute besser dotieren.

Die Abhängigkeit eines großen Teils der Saarbevölkerung von den Arbeitgebern, also vom Bergbau, von den Hütten usw., ist sehr stark. Auch die Steuerung der Kirchen durch den Staat ist viel stärker als hier. Das bringt es leider mit sich, daß die Mentalität der Saarbevölkerung eben nicht sehr günstig ist. Unter diesen Umständen – das sage ich ganz offen, ich habe es auch allen meinen Freunden gesagt – habe ich mich sogar darüber gewundert, daß es in Paris gelungen ist, ein Abkommen zu erzielen, das den definitiven Charakter der Europäisierung vermeiden konnte. Ich habe das stets als einen Vorzug des Abkommens hervorgehoben. Ich betrachte es jetzt noch als einen Vorzug, allerdings nur dann, wenn man die Voraussetzungen erfüllt, die diese Vorzüge des Abkommens gegenüber dem früheren auch wirksam werden lassen.

Über die Vergangenheit braucht man sich nicht viel zu verbreiten, wenn man einen Ausgangspunkt hat für die künftige Politik. Dazu darf ich mir erlauben, noch einige Gedanken vorzutragen. Wir haben selbstverständlich mit großer Freude begrüßt, was Sie uns eben gesagt haben. Das war uns natürlich unbekannt. Man hat vielleicht geahnt, das sind Dinge, die nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken dürfen, aber man wußte nicht, was es ist.

Herr Bundeskanzler! Nach meiner Meinung müßten drei Voraussetzungen erfüllt werden, die in unserer Hand liegen, wenn man die dynamischen Möglichkeiten des Saarstatuts ausschöpfen will, wie uns das aufgegeben ist. Das erste wäre eine klare Haltung von Bonn von dem Augenblick ab, wo die Verträge hinterlegt sind; aber es muß vorher hinterlegt sein in parteipolitischer Hinsicht. Wir haben in diesen Tagen geschwiegen und manches unterlassen, auch auf anderen Sektoren, um die Franzosen nicht unnötig zu reizen. Bezüglich der Fremdenlegion hätte ich die Franzosen viel beschimpfen können. Ich habe es nicht getan, weil ich die Politik nicht stören wollte. Aber es muß eine klare Haltung festgelegt werden. Die Vorbereitungen sind weitgehend getroffen; sie können noch verstärkt werden, ja, sie müssen verstärkt werden.

Es muß vorher festgelegt werden, wie die CDU des Bundesgebietes sich zur CDU des Saargebietes verhält. Ich gehöre nicht etwa zu denen, die ein Strafgericht propagieren wollen, weder bei der Masse der Leute noch bei den führenden Persönlichkeiten. Aber eine klare Distanzierung ist notwendig. Die CDU des Bundesgebietes unter Ihrem Namen, Herr Bundeskanzler, kann im Saargebiet nicht auftreten mit den Namen Hoffmann oder Hector[42]. (*Adenauer:* Das ist ganz klar!) Das geht unter keinen Umständen, wobei ich über die politische Qualifikation der anderen noch gar nicht gesprochen haben will.

---

42 Dr. Edgar Hector (geb. 1911), 1935 Emigration nach Frankreich, 1945 französischer Besatzungsoffizier, 1947–1951 Staatssekretär für Inneres, 1951–1955 Innenminister (CVP).

Die parteipolitischen Voraussetzungen müssen also erfüllt sein vorher. Es muß sehr viele Vorarbeit geleistet sein, damit in dem Augenblick klar ist, daß nicht Johannes Hoffmann sagen kann: Ich, Johannes Hoffmann, und der Bundeskanzler Dr. Adenauer, wir kämpfen jetzt für Europa; die CDU des Saargebietes kämpft auch für Europa. Wir wissen, daß Johannes Hoffmann in Wirklichkeit für seinen Thron kämpft.

Nun sage ich vielleicht etwas Überflüssiges, Herr Bundeskanzler, ich weiß es nicht, aber es ist unsere Meinung, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Saargebiet koordiniert sein muß. Das müssen die Leute im gegebenen Moment zu spüren bekommen.

Drittens gibt es noch gewisse personelle Voraussetzungen, über die ich aber hier nicht eingehend sprechen möchte, sondern ich möchte das nur thematisch angesprochen haben. Es geht an der Saar nicht um die Frage: eine Million Deutsche mehr oder weniger zur Bundesrepublik, etwas mehr Kohle oder nicht. Es ist für uns schrecklich zu lesen und zu hören, wir seien Nationalisten. Für uns ist die Frage der Saar eine wirklich moralische Frage. Daß man uns auch die Ostgebiete in dieser Weise genommen hat, ist eine Folge des verlorenen Krieges, es ist die Schuld des Nationalsozialismus. Das ist eine Hypothek, die uns überkommen ist, aber wir müssen versuchen, aus den Trümmern zu retten, was zu retten ist, mit dem moralischen Kapital, was wir heute haben.

Die Frage der Saar bleibt untergeordnet, wenn wir in vollem Umfange Ihre große Europapolitik bejahen, wir glauben aber, daß man jetzt nicht eine Lösung hinnehmen kann, die auf die Dauer unserem Ansehen tödlich werden könnte. Ich will von der Konkurrenz der anderen Parteien gar nicht sprechen. Es ist für uns keine Frage der Machtpolitik, daß die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nicht gewährleistet ist. Ob ein neuer Zankapfel zwischen Frankreich und uns entstünde, wenn wir heute eine friedliche Lösung im Wege eines Kompromisses fänden, darüber sind wir noch nicht einmal Herr. Eine solche Frage könnte in einer kommenden Generation entstehen. Wir denken an Südtirol und andere Beispiele.

Wir haben vor Jahren den französischen Sozialisten, die in dieser Frage am entschlossensten waren, in Trier und in Mainz immer wieder gesagt, ihr habt vollkommen recht. Ich bedaure, daß die Christliche Partei Frankreichs nur zum geringen Teil diese Weitsicht der französischen Sozialisten hatte. Ich darf an die Rede erinnern, die ein Gaullist aus dem Elsaß in der französischen Kammer am 24. Dezember zu dieser Frage gehalten hat.[43] Ich empfehle sie Ihnen zum Studium; er hat gesagt, es sei vollkommen falsch, eine solche Situation zu schaffen; denn dadurch entstehe ein neuer Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland.

Ich darf zusammenfassen: Man kann vielleicht in einem engeren Kreise dieses oder jenes noch vertiefen. Für uns wird die Entscheidung sehr schwer werden,

43 Vermutlich Michel Kauffmann, der sich in seiner Rede am 23. Dezember 1954 gegen eine Abtrennung der Saar von Deutschland ausgesprochen hatte; am 24. Dezember fanden die Abstimmungen statt (vgl. L'Année Politique 1954 S. 496–503, hier S. 497).

namentlich im Wahlkampf. Ich sage das ganz offen. Das Saarstatut hat neben dem von Ihnen erwähnten Vorzug auch Mängel. Darüber wäre noch im einzelnen zu sprechen. Es könnte zum Teil noch geklärt werden. Aber das wesentlichste ist, daß wir die Voraussetzungen schaffen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, damit die Dynamik sich in unserem Sinne entfalten kann.

Adenauer: Darf ich auf einige Punkte, die Herr Kollege Zimmer angeschnitten hat, kurz antworten! Zunächst zur Frage der Koalition! Eine Koalition von vier Parteien, von denen zwei solche Parteien sind, ist natürlich ungefähr so schwer zu hüten wie eine Handvoll Flöhe. Sie wissen, daß im BHE gute Leute, aber auch stark nihilistische Leute sind. Nun haben wir noch unfreiwillig – aber wir haben es getan – dem BHE das Trojanische Pferd in der Person des Herrn Kather in die Mauern gebracht.[44] Das ist noch dazugekommen, wodurch die Koalitionsfreudigkeit eines Teils des BHE nicht gerade vergrößert worden ist. (*Kiesinger:* Sie müssen sagen: Trojanischer Kather!) Wir haben es doch mit eigenen Augen gesehen; vielleicht wäre es sogar besser gewesen, wir hätten ihn hier. (*Kunze:* Um Gottes willen!) Herr Kunze, man muß in dieser Welt immer das kleinere Übel wählen. Sehen Sie, Herr Zimmer, ich war so bedacht auf einen Zusammmenhalt der Koalition mit einem Aufwand von außerordentlich großer Geduld, und zwar wegen des Eindrucks im Ausland. Unsere ganze Stärke seit der Wahl im Jahre 1953 beruht auf dieser Koalition. Das müssen Sie sich einmal klarmachen. Wenn nun diese Koalition angefangen hätte abzubröckeln, dann wäre das im Ausland von den Gegnern, man kann sagen, von den Feinden, die wir dort haben, in einer sehr unangenehmen Weise für uns ausgewertet worden.

Dann möchte ich Ihnen, Herr Zimmer, auf etwas anderes antworten. Sie werden verstehen, wenn ich Ihnen das nur mit einem Satz sage. Ich glaube, Ihnen mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre damalige Zusage, wenn es zu diesem Saarabkommen kommt, als erledigt betrachten. Sie haben das mit Recht angeführt. Sie wissen genausogut wie ich, welch immenser Vorteil das ist. (*Von Brentano:* Nur nicht darüber sprechen!) Ja, nicht darüber sprechen! Wir sind ausdrücklich gebeten worden, nicht darüber zu sprechen. Man muß eben manche Dinge bis auf weiteres bei sich behalten; später kann man darüber sprechen. So lange muß man aber eben schweigen können.

Die Besprechung, die zwischen Erhard und Hoffmann stattgefunden hat, hat gerade Ihrem Punkt 2 gegolten, der Wirtschaftspolitik. Ich glaube, die Besprechung war nicht ohne Erfolg.

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern ein paar zusätzliche Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers machen, und zwar im Hinblick auf die Notwendigkeit des Argumentierens mit dem Gegner, vor allen Dingen hinsichtlich des Argumentierens bezüglich der Wiedervereinigung.

---

44 Kather war am 15. Juni 1954 in den GB/BHE übergetreten.

Es geht im Leben manchmal seltsam zu. Heute meinte Herr Zimmer, ich hätte vielleicht zu sehr betont, die deutsche Jugend werde nicht mit Begeisterung Soldat, sie müsse halt in den sauren Apfel beißen. Das sei die Haltung des anständigen Teiles der deutschen Jugend. Nun ging vor ein paar Tagen eine Meldung durch die Presse, wonach Herr Gerstenmaier erklärt habe, daß sowohl Herr Lenz wie ich meinten, daß beim Aufbau des neuen Heeres die Studenten, insbesondere die Waffenstudenten, mit Kling-Klang-Gloria auf den Bismarckturm marschierten. Man kann es also keinem recht machen!

Ich habe, glaube ich, mit dem, was ich im Bundestag gesagt habe, die Wirklichkeit formuliert. Es hat gar keinen Zweck, wenn wir sagen, es sei eine Begeisterung vorhanden. Sie ist nicht vorhanden! Darüber bin ich mit Ihnen einig, das ist etwas, was wir erreichen müssen im Laufe der Jahre. Ich bin davon überzeugt, daß es sich erreichen lassen wird.

Nun zu der Frage der Stimmung, die wir draußen antreffen und mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Erlauben Sie mir, zwei persönliche Erlebnisse vorauszuschicken, die sehr bezeichnend und für uns wichtig sind. Ich habe in Pforzheim mit Herrn Erler ein Streitgespräch geführt. Das war festgesetzt. Ich hätte es sonst nicht gemacht. Aber Herr Leonhard[45] bat mich, für ihn einzuspringen. Ich habe es getan. Das war ein Streitgespräch in einem Juniorenkreis der Industrie- und Handelskammer von Pforzheim und Umgegend. Ich hätte nicht erwartet, was ich da erlebt habe. In der Diskussion haben praktisch nur Leute gesprochen, die Herrn Erler und seiner These recht gaben. Der einzige, der für mich plädierte, war auch noch höchst ungeschickt. Der Vorsitzende sagte zum Schluß: Es ist gar kein Zweifel, die überwältigende Mehrheit dieses Kreises ist für die Auffassung von Herrn Erler. Ich hatte beim Beifall auf meine Antwort schon gemerkt, daß das nicht stimmte. Ich habe gesagt, dann schlage ich eine Abstimmung vor. Das Ergebnis war: $^2/_3$ für mich, $^1/_3$ für Herrn Erler.

Das ist deswegen so charakteristisch, weil das die allgemeine Stimmung kennzeichnet, d.h. die Gegner sind die Aktiven, die Gegner sind die, die die Gespräche in der Öffentlichkeit führen, und die Leute, die zu uns stehen, haben aus verschiedenen Gründen keine Lust, sich zu zeigen.

Das zweite Erlebnis bestätigt das. Ich bin vorgestern von München zurückgefahren und habe dann unterwegs mit meiner Frau in Günzburg an der Donau zu Mittag gegessen. Ich wurde unfreiwillig Zuhörer eines Stammtischgesprächs am Nebentisch. Es war wieder das übliche Thema, man könne nicht einsehen, warum der Bundeskanzler sich sperre. Er wolle eben nicht usw. Einer von den Leuten sagte, er sei aktiver Offizier gewesen. Er hatte den Mut, immer wieder die richtigen Gesichtspunkte zur Kenntnis zu bringen. Weil er das so nett machte, schickte ich ihm eine Karte, worauf ich schrieb: Ich freue mich, mit Ihnen übereinzustimmen. Sofort scharte man sich um

45 Gottfried Leonhard (1895–1983), Mitgründer der CDU, 1946–1950 MdL Württemberg-Baden, 1949–1965 MdB.

mich herum. Das Ergebnis dieser einstündigen Unterredung fasse ich am besten dahin zusammen, daß dieser Studienrat sagte: Wissen Sie, das, was ich gesagt habe, war so ernst gar nicht gemeint. Es blieb nur einer übrig, der stur an seiner Auffassung festhielt. Ich will das nicht bagatellisieren. Ich weiß, daß es bei einer ganzen Menge von Menschen Schwierigkeiten gibt bei dieser Alternative, die man ihnen gestellt hat. Diese Alternative heißt: entweder Wiederbewaffnung oder Wiedervereinigung.

Nun entsteht die Frage, was wir in diesem Zusammenhang sagen können. Man wirft auch der Parteileitung und der Bundesregierung vor, daß nicht genügend Argumente geliefert worden seien und daß man es sich zu einfach gemacht habe. In der Tat meine ich, wir sollten doch versuchen, da unseren Leuten etwas mehr an die Hand zu geben. Natürlich haben wir es viel schwerer. Die anderen bringen dieses emotionale Argument, diese falsche Alternative, und wir müssen sehr kompliziert argumentieren.

Ich möchte mir erlauben, ein paar Gedanken dazu zu sagen. Zunächst einmal ist die Stimmung kompliziert im gegnerischen Lager. Was sich in der Paulskirche[46] alles zusammengefunden hat, war sehr bezeichnend. Das ist eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Wiederbewaffnung ohne Rücksicht auf das Problem der Wiedervereinigung, mit einer pazifistischen Grundstimmung, die entweder religiösen Ursprungs ist, wie bei diesem katholischen Pfarrer z.B. ... (*Adenauer:* Ist kein Pfarrer!) oder Theologen, (*Adenauer:* Ist auch kein Theologe!) oder Philosophen. (*Adenauer:* Er ist nicht einmal geweiht worden! Theologe ist etwas ganz anderes!) Jeder, der die SPD kennt, weiß, daß bei einem großen Teil der SPD-Fraktion im Bundestag diese absolut pazifistische Grundstimmung vorhanden ist. Das drückte sich auf dem Berliner Parteitag der SPD[47] in einer beträchtlichen Minderheit aus, als damals der Beschluß gefaßt wurde, die SPD würde, wenn es schiefginge mit den Verhandlungen, auch für eine Wiederbewaffnung eintreten. Der andere Teil der SPD denkt anders; er ist im Prinzip, weil sich das Problem sonst nicht lösen läßt, für eine Wiederbewaffung, d.h. für ein Deutschland, das wirklich jene Armee haben soll nach Carlo Schmids Worten, die stark genug sein soll, um einen Angriff abzuwehren, aber nicht so stark, um selbst einen Angriff führen zu können.

Das gefährlichste ist nach meiner Meinung eine Grundstimmung in manchen Kreisen des deutschen Bürgertums, wozu auch die intellektuellen Schichten gehören, die man nicht anders bezeichnen kann als bare Ratlosigkeit. Wir haben schon mehrfach im Bundestag Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß da die eigentliche Gefahr liegt und nicht so sehr von links oder von rechts droht.

Was können wir nun diesen echt Besorgten sagen? Ich habe mir überlegt, man kann folgende Gedankengänge sagen. Man kann von drei möglichen Thesen in der Frage der Wiedervereinigung gegenüber der falschen Alternative ausgehen:

---

46 Vgl. Anm. 27.

47 Vom 20. bis 24. Juli 1954 (vgl. AdG 1954 S. 4642–4644; Druck: Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn o.J.).

1. Sowjetrußland denkt überhaupt nicht ernsthaft daran, sich von der Elbe zurückzuziehen aus naheliegenden Gründen. Darüber brauche ich nichts im einzelnen auszuführen. Wenn diese These richtig ist, dann ist selbstverständlich unsere Politik hundertprozentig richtig. Dann kann man gar keine andere Politik machen, als auf unserem Wege weiterzugehen.

Die zweite These ist entgegengesetzt. Sowjetrußland ist bereit, sich gegen ein gewisses Zugeständnis von seiner Position zurückzuziehen. Sollte diese These richtig sein, dann erhebt sich die Frage, welcher Preis wäre zu zahlen? Könnte er gezahlt werden, und zwar nicht nur von uns, sondern auch von den westlichen Alliierten, und würde er gezahlt werden? Wenn Sowjetrußland bereit ist, sich zurückzuziehen, kann es nur einen Grund haben, nämlich den, daß es wirklich wünscht, einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu verhindern. Wenn das aber richtig ist, dann ist es auch ganz bestimmt richtig, unseren bisherigen Weg fortzusetzen; denn dann wird dieses sowjetrussische Anliegen erst recht dringlich, wenn Sowjetrußland einsehen muß, daß die erste Phase seines Kampfes, nämlich die Ratifikation zu verhindern, verloren ist.

Jetzt aber kommt Herr Sethe heute morgen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" mit diesen unglaublich törichten Argumenten, die Russen fürchteten diese Vereinigung der deutschen und amerikanischen militärischen Kräfte. Und dieser Satz ist typisch, den man immer wieder hört: „Wie unter diesen Umständen angenommen werden kann, eine Verständigung mit Rußland über die Wiedervereinigung sei möglich, wenn nicht nur die amerikanischen Fliegerhorste und Divisionskommandos in Westdeutschland blieben, sondern sogar noch bis zur Oder weiter vorrückten, ist schwer begreiflich."[48]

Man unterstellt uns Gedankengänge, die uns vollkommen fremd sind. Aber hier taucht die eigentliche Schwierigkeit auf, die Schwierigkeit des Argumentierens, wie man sich die weitere Entwicklung denkt. Wir haben in diesem Punkt bisher nur sehr vorsichtig argumentiert, und zwar aus guten und begreiflichen Gründen, aber es ist selbstverständlich, daß Möglichkeiten gegeben sind, Wege zu finden, die unter Umständen diesem berühmten sowjetrussischen Sicherheitsbedürfnis gerecht werden. Wie weit wir in diesem Zusammenhang vorpreschen sollen und können, ist schwer zu sagen; denn das ist ein Vorwegnehmen einer Entwicklung, die niemand von uns genau voraussehen kann. Das Vorwegnehmen ist auch deswegen so gefährlich, weil nur ein Utopist annehmen kann, daß eine Lösung dieser Art in greifbare Nähe gerückt sei. Weil das aber nicht der Fall ist, muß man vorsichtig sein.

Man muß immer wieder andeuten, daß wir selbstverständlich nicht so töricht sind zu meinen, wir könnten die deutsche Wiedervereinigung dadurch erreichen, daß wir die mittlere Zone, die wir eines Tages bekommen werden, benützen würden, um das militärische Kräftepotential des Westens gegen Sowjetrußland zu stärken. Da gibt es

48 „Kann Rußland die Zone räumen? Sinn und Unsinn einer Kriegsführung in Europa." (FAZ vom 5. Februar 1955).

eine Reihe von Argumenten, insbesondere aber das Argument, daß die ultima ratio schließlich der Beginn einer progressiven Abrüstung ist, wodurch das Problem weiter entschärft wird.

Man könnte eine dritte These anführen, daß nämlich die Leute in Sowjetrußland keineswegs ihres eigenen Weges so sicher sind. Wir wissen es nicht; wir wissen nicht – gewisse Anzeichen sprechen dafür –, ob nicht verschiedene Richtungen in diesem Land auch in dieser Beziehung vorhanden sind.

Noch eine kritische Randbemerkung, Herr Bundeskanzler, zu Ihrer Bemerkung, Sowjetrußland brauche Westeuropa zusätzlich. Ich bin der Meinung, daß das richtig ist, d.h., daß der sowjetrussische Wunsch nach diesem Potentialzuwachs geht, wenn er sich eben erfüllen läßt. Aber man sollte das nicht so apodiktisch sagen, weil durchaus die Möglichkeit besteht, daß die sowjetrussische Politik nach dem Sprichwort, wonach die Trauben zu sauer sind, weil sie zu hoch hängen, derartige Pläne tatsächlich nicht hat, daß sie aber selbstverständlich jede Art von westlicher Integration verhindern will, solange dies überhaupt möglich ist.

Aber auch in diesem Fall, wenn man annimmt, daß man in Moskau selbst noch nicht den endgültigen Weg weiß, wäre es das Falscheste, was man tun könnte, jetzt etwa den wichtigen Akt der Ratifizierung hintanzustellen; denn damit wäre genau den Russen das zugespielt, was sie seit zwei Jahren erstreben. Wenn eines akzeptiert werden muß, dann ist es dies, daß die Russen die Ratifikation unter allen Umständen verhindern wollen. Die militärische und politische Integration, die für weite Gebiete Europas auch eine soziale sein wird, nimmt die Hoffnung auf den Prozeß der Infiltration und der sozialen Revolution und der Krisenzeiten[!], insbesondere in einem Lande wie Italien, das ein Drittel kommunistische Wähler hat. Das sind ein paar Gedanken, die ich gegenüber der falschen Alternative von der Wiedervereinigung oder der Wiederaufrüstung in die Debatte werfen wollte.

Noch eine ergänzende Bemerkung zur Saar. Ich weise auf die immerhin nicht ganz unwichtigen Verhandlungen in Straßburg hin. Ich bestätige das, was der Herr Bundeskanzler über Robert Schuman gesagt hat. Er hat mir gesagt, er sei so traurig darüber, daß es diese zweite Volksabstimmung gebe. Ich war sehr erstaunt darüber und habe ihm geantwortet, ob er erwartet habe, daß ein deutscher Regierungschef unter den gegenwärtigen Umständen ein anderes Abkommen hätte abschließen können als ein solches. Ich machte ihn eindringlich darauf aufmerksam, daß, nachdem die Blütenträume des Supranationalismus nicht zu verwirklichen seien, eine andere Lage eingetreten sei.

In Straßburg ist eine Resolution gefaßt worden unter Mitwirkung des dortigen Vertreters im Allgemeinen Komitee, der sagte, wir begrüßen das Saarabkommen, denn es folgt in den großen Linien dem Van-Naters-Plan. Wir haben das mit großer Sorge gesehen und haben einen Abänderungsantrag eingebracht, der dann angenommen worden ist. Ich habe zur Begründung dieses Antrages gesagt, daß dieses neue Abkommen etwas ganz anderes ist als der Van-Naters-Plan. Der Van-Naters-Plan entspreche der Vorstellung einer supranationalen europäischen Integration. Dieses Abkommen

dagegen ist ein Abkommen – so drückte ich mich sowohl bei dem Allgemeinen Ausschuß wie auch im Plenum aus –, das alle Lösungsmöglichkeiten offenläßt und sie nur vertagt bis zum Zeitpunkt des Friedensvertrages und der Erklärung des Saarvolkes.

Es ist immerhin bezeichnend, daß in dieser Lage zur Frage der Saar, wo man eine uns nicht günstige Haltung eingenommen hat, dieser Abänderungsantrag durchgesetzt worden ist.[49] Das ist eine nicht ganz unwichtige Ergänzung, um diejenigen unserer Freunde, die Sorge haben, daß die französischen Spekulationen dort nicht so ganz unberechtigt wirken könnten, zu beruhigen.

Von Brentano: Unser Freund Kaiser hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Pariser Verträge als solche kein Gegenstand der Diskussion mehr sein werden, sondern daß die Sorge sich konzentriert auf das Saarstatut, eine Sorge, für die wir alle wohl Verständnis haben. Herr Zimmer hat ein gutes Wort gesagt, als er daran erinnerte, daß die Deutschen wieder etwas zu anspruchsvoll geworden seien und daß die Entwicklung der letzten Jahre zu rasch vor sich gegangen ist. (*Zuruf:* Die wirtschaftliche!) Ja, die wirtschaftliche und auch die außenpolitische Entwicklung. Vielen Menschen ist aus dem Bewußtsein verschwunden, daß wir den Krieg verloren haben. Es konnte auch der diplomatischen Kunst einer deutschen Regierung nicht gelingen, diesen Tatbestand mit rückwirkender Kraft aus der Welt zu schaffen.

So müssen wir an das Saarstatut herangehen und die Fakten in Rechnung stellen, die wir beklagen, die wir aber nicht aus unserem Vermögen ausschalten können. Es sind Fakten, hervorgerufen – wie wir alle wissen – durch eine schlechte und verhängnisvolle französische Politik und durch diese unselige Verfassung, die ausführt, daß das Saargebiet von Deutschland abgetrennt sei. Es sind Fakten, entstanden dadurch, was in diesen letzten Jahren im Saargebiet unter der Regierung eines Hoffmann und unter der Aufsicht eines Grandval geschehen ist.

Ich möchte ein Wort zu den Verhandlungen sagen, die Herr Erhard mit Herrn Hoffmann geführt hat. Wir sollten von diesen Verhandlungen, wenn wir uns nüchtern Rechenschaft geben, wissen, daß sie nicht bedeuten eine De-jure- oder De-facto-Anerkennung einer Regierung Hoffmann. Sie bedeuten aber etwas, was absolut notwendig ist, wenn wir den Artikel 12 verwirklichen wollen, der vorsieht, daß die deutsch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen den französisch-saarländischen Beziehungen gleichartig sein sollen. Dann ist es auch notwendig, daß wir uns auch mit den Leuten, die heute an der Saar zu bestimmen haben, darüber abstimmen, wie diese Wirtschaftsverhandlungen geführt werden sollen. (*Kaiser:* Das soll geschehen durch den neuen Landtag!) Das wird zu spät; denn heute schon laufen die Verhandlungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich. Ich sehe in diesen Verhandlungen nicht mehr als das, was beispielsweise auch notwendig ist gegenüber der Öffentlichkeit, wobei ich aber nicht einen Vergleich mache zwischen der Regierung von Pankow und derjenigen von Saarbrücken. Da scheinen mir doch erhebliche graduelle Unterschiede zu bestehen.

49 Sitzung des Europarats vom 11. Dezember 1954 (Text der Resolution in AdG 1954 S. 4897).

Man steht auch heute vor der Notwendigkeit, den Interzonenhandel mit Leuten aus der Ostzone zu besprechen. Das sind immerhin Leute, die weit unter denen stehen, die drüben regieren. Es ist notwendig, über Fragen der Post und der Eisenbahn mit den Vertretern der Ostzone zu sprechen und Verhandlungen zu führen. Mehr ist nicht geschehen, und mehr soll auch nicht geschehen in einem Gespräch.

Gerade in einer Situation wie der jetzigen haben wir ein legitimes Anliegen zu vertreten und dafür zu sorgen, daß die Saarländer spüren, daß eine deutsche Politik entschlossen ist, von den Möglichkeiten, die das Saarstatut gibt, Gebrauch zu machen, um sie damit aus dem Sog herauszuheben, in dem sie bisher waren, wobei als einziger Partner, der ihnen diktierte, die Franzosen auftraten. Ich habe den Eindruck, daß es aufgrund dieses Gesprächs zwischen Erhard und den Leuten dort drüben gelungen ist, auch denen, die es vielleicht nicht wissen wollen, klarzumachen, daß mit dem Inkrafttreten des Saarstatuts und der deutsch-saarländischen Wirtschaftsverträge die deutsche Politik für das Saarland interessanter wird als bisher.

Ich möchte nicht die Einzelheiten wiederholen, die der Herr Bundeskanzler ausgeführt hat. Wir sollten uns vor einem hüten! Wir haben der SPD mit Recht zum Vorwurf gemacht, daß sie die Gesamtpolitik der Bundesregierung, des Bundeskanzlers, immer mit einem Nein beantwortet hat, ohne eine echte Alternative aufzuzeigen. Kommen wir nicht in die Gefahr hinein, das gleiche zu tun, wenn wir das Saarstatut ablehnen, ohne eine Alternative zu zeigen? Wir haben der SPD mit Recht vorgeworfen: Ihr bekämpft alle diese Verträge, seien es die Verträge von Bonn, seien sie von London oder Paris. Und die Alternative, die damit übrigbleibt, ist die: Fortdauer des Status quo in Deutschland mit dem Besatzungsregime. Wenn wir uns heute dazu entschlössen, zum Saarstatut nein zu sagen, würden wir damit implizite eine Entscheidung für die Fortdauer des Status quo an der Saar schaffen. Ich glaube, das könnten wir nicht verantworten, wenn wir den Status quo mit dem vergleichen, was das Saarstatut bringt.

Ich möchte an drei Punkte erinnern:

Wir haben erstens zum ersten Mal eine Vereinbarung, die unterschriftlich vollzogen ist und die, wie ich hoffe, auch ratifiziert werden wird, trotz des Sturzes von Mendès-France, die uns sagt, daß das Saarstatut nur provisorischen Charakter trägt und die endgültige Regelung der Saarfrage erst mit einem Friedensvertrag erfolgen kann, einem Friedensvertrag, der frei mit Deutschland ausgehandelt werden muß und dessen Inhalt, soweit er die Saar angeht, der Saarbevölkerung zur Entscheidung vorgelegt werden wird. Wir haben das erste Mal Brief und Siegel dafür, daß das, was in den letzten Jahren im Saargebiet geschehen ist, nicht definitiven Charakter trägt, sondern daß ein Provisorium, ein provisorischer Zustand, geschaffen worden ist.

Wir haben zweitens als Änderung gegenüber dem Status quo die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheitsrechte für die Menschen an der Saar, kontrolliert in der ersten Phase von einer internationalen Kommission. Ich gehe noch weiter als Sie, Herr Bundeskanzler, und sage, das ist nicht nur ein erfreuliches Präjudiz für die Gebiete östlich der Oder-Neiße, sondern es ist auch ein Präjudiz für die Wahlen in

der Ostzone. In der Kommission sitzt kein Deutscher und kein Franzose. Es sind fünf Unbeteiligte, die darüber wachen, ob die bürgerlichen Freiheitsrechte hergestellt sind. Das Plebiszit kommt erst in Gang, wenn festgestellt ist, daß diese Freiheiten wiederhergestellt und die notwendigen Änderungen in dieser unseligen Verfassung vorgenommen worden sind.

Ein Nein zum Saarstatut würde bedeuten: auch hier Beibehaltung des Status quo. Ich glaube, daß man das kaum verantworten könnte.

Drittens ist von großer Bedeutung, daß durch die Einsetzung dieses vom Europäischen Ministerrat kontrollierten Kommissars die Saar endgültig und sichtbar ihres bisherigen staatenähnlichen Charakters entkleidet wird. Es gibt keinen Staat, der unter einem Kommissar steht. Der Traum, daß das Saargebiet ein eigener Staat sei und eine eigene Politik treiben könne, ist in dem Augenblick ausgeträumt, wo ein Kommissar da ist, der in außenpolitischen Fragen die Saar vertritt und in der Innenpolitik die Aufgabe hat, die Kontrolle auszuüben über die Durchsetzung der Freiheitsrechte, er hat Beschwerden entgegenzunehmen und ihnen abzuhelfen, wozu noch die Gerichtsbarkeit kommt, von der Sie, Herr Bundeskanzler, gesprochen haben.

Diese drei Punkte allein scheinen mir so entscheidend dafür zu sprechen, daß der Status quo geändert werden muß. Es wäre schwer, die Verantwortung für ein Nein zu tragen auf die Gefahr hin, daß es beim bisherigen Zustand bliebe, es sei denn, daß man es so macht, wie es sich einzelne aus der Koalition vorstellen, daß man nämlich ablehnt, wenn die Annahme gesichert ist. Daß das nicht sehr moralisch ist, darin stimme ich mit Herrn Zimmer überein.

Wir sollten auch nicht, wenn wir jetzt an die Zukunft der Saar denken, so kleinmütig sein. Wir sollten darauf vertrauen, daß dort 900.000 Deutsche leben. Im Vertrauen darauf habe ich keinen Zweifel, daß diese Leute, wenn sie wieder die Rechte haben, die sie brauchen, sich für uns entscheiden werden. Ich habe keinen Zweifel darüber, wie in einer endgültigen Abstimmung die Entscheidung lauten wird. Wir sollten also nicht kleinmütiger sein als alle Franzosen, mit denen ich gesprochen habe, die mir unter vier Augen – zum Teil mit wenig frohem Gesicht – gesagt haben, darüber sind wir uns klar, daß dieses Saarstatut die Rückgliederung des Saargebietes zum gegebenen Zeitpunkt ohne jeden Zweifel bedeutet. Deswegen sollten wir uns in der Öffentlichkeit nicht zu Interpreten des entgegengesetzten Standpunktes machen und damit zu erkennen geben, daß wir kein Vertrauen zu den 900.000 Menschen an der Saar haben. Ich bin optimistisch!

Altmeier: Herr von Brentano hat von dem Status quo gesprochen, der bliebe, wenn das Saarstatut nicht zur Anwendung käme. Jeder von uns, der diesen Status quo und das Saarabkommen kennt, fragt sich, was ist besser und was ist schlechter? Herr Zimmer hat die grundsätzliche Frage aus der Vergangenheit geschildert. Ich möchte einige Fragen behandeln in Verbindung mit dem Saarstatut, die die derzeitige Situation betreffen.

Da gibt es zunächst einmal für uns die vom Herrn Bundeskanzler sehr klar herausgestellten Schwierigkeiten, daß wir so vieles nicht sagen könnten. Wir könnten

aber manches dazu sagen. Nicht nur die SPD, sondern auch die Koalitionspartner weisen bei jeder Gelegenheit darauf hin, daß Herr Mendès-France im Parlament von hochoffizieller Stelle dem Saarstatut in verschiedenen Dingen – so z.B. zum Artikel 9 – eine Auslegung gegeben habe, die der, die wir ihnen geben, widerspricht.[50] Die SPD und die anderen beziehen sich in jeder Versammlung zur Begründung ihrer Ablehnung des Saarstatuts auf diese Erklärungen der Gegner, ein Verfahren, das sicherlich zu beanstanden ist und gerade tödlich werden kann, wenn einmal später über diesen oder jenen Paragraphen eine Auslegung stattfinden müßte und dann gesagt würde, die SPD hat damals die und die Auslegung gegeben. Ich habe in unserem Landtag den SPD-Leuten, die ich sehr scharf angegriffen habe, eindeutig gesagt, daß sie gewissen Leuten an der Saar die Argumente für eine spätere Auseinandersetzung liefern.

Die erste Schwierigkeit ist also die, daß wir zu vielen Dingen in der Öffentlichkeit nichts sagen können. Die zweite Schwierigkeit ist das Verhalten der Leute an der Saar selbst, des Herrn Hoffmann und seiner Konsorten. Er redet bei jeder Gelegenheit davon, daß er den Bundeskanzler zum Freund habe. Ich habe seine Rede auf dem Parteitag in Saarbrücken gelesen.[51] Er sagte: Ich bin [mit] dem Bundeskanzler Dr. Adenauer einig, aber die bösen Nationalisten, die machen uns das Leben schwer. Das ist die Sprache des Herrn Hoffmann. In der Auslegung des Saarstatuts spricht er wieder ganz anders. Er hat gesprochen von einer absolut falschen Interpretation des Saarabkommens, wodurch nur Verwirrung in die Bevölkerung hineingetragen wird.

Herr Hoffmann sagte wörtlich: Es gibt Möglichkeiten und Notwendigkeiten, den Mißbrauch der Freiheit auszuschließen, wenn dadurch das höhere Interesse der Sicherheit, der Ruhe und der Ordnung der Gemeinschaft gestört ist. In unserem Hause wollen wir uns so einrichten, wie es uns paßt, immer unter Beobachtung des Statuts. Die Zeiten der Einmischung von außen müßten für immer vorbei sein.

Wenn diese Kommission eingesetzt wird, dann kann man hoffen, daß dem Herrn Hoffmann die Flügel beschnitten werden. Ich muß sagen, ich bedaure die Verhandlungen, die mit diesen Leuten der Saarregierung geführt werden. Ich glaube, jeder von Ihnen würde, wenn er den wörtlichen Text der Rede des Herrn Hoffmann, die dieser vor wenigen Tagen gehalten hat – wir brauchen uns gar nicht darüber zu unterhalten, was er früher geredet hat –, gelesen hätte, sagen, mit diesem Mann und seinen Konsorten gibt es kein Paktieren; denn Herr Hoffmann spricht es hier noch einmal klipp und klar aus: Wir sind nicht prodeutsch, wir sind nicht profranzösisch, wir sind Saarländer. Er spricht klipp und klar aus, wir sind etwas für uns allein, wir haben mit Deutschland nichts zu tun, wir wollen damit nichts zu tun haben, höchstens, daß wir die kulturelle Einheit fördern wollen. Also, wenn Sie diese Rede

50 Zu den Auslegungsproblemen aus deutscher und französischer Sicht vgl. SCHMIDT 3 S. 35–41. – Art. 9 besagt, daß die Saarbevölkerung friedensvertragliche Bestimmungen, die die Saar betreffen, im Wege der Volksbefragung billigen muß.

51 Ordentlicher Landesparteitag der CVP vom 14. bis 17. Januar 1955 (Motto: Wir wollen Europa) – vgl. zur Rede SVZ vom 17. Januar 1955.

lesen – ich könnte Ihnen davon noch mehr zitieren –, dann werden Sie mit uns der Auffassung sein, daß mit diesen Leuten keine Gemeinschaft geführt werden darf, auch nicht hinsichtlich der wirtschaftlichen Probleme.

Ich sehe den Vorteil der jetzigen Verhandlungen nicht. Ich bin der Auffassung, hier findet ein Vorgriff auf Dinge statt, die das Saarstatut beinhaltet. Aber das ist zunächst überhaupt noch nicht da. Ein Vorgriff ist nach unserer Überzeugung, wie wir die Leute an der Saar kennen – wie soll ich das sagen –, sehr schlecht, weil hierdurch Herr Hoffmann hoffähig gemacht wird. Nach meiner Auffassung dürfen wir dieser Saarregierung auch in wirtschaftlichen Verhandlungen keinerlei Chancen bieten; denn diese Chancen werden sie wieder für sich ausnutzen, wenn in einigen Wochen Wahlen für den Landtag stattfinden.[52]

Ich kann auch der Entwicklung, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre ergeben hat, insofern nicht zustimmen, als man das nur auf eine französische Sache zurückführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Hoffmann mit seinen Leuten zu diesem Zustand, wie er sich im Laufe der Jahre ergeben hat, beigetragen hat. Denken Sie an die Fürchterlichkeit der Formulierungen: Wirtschaftlicher Anschluß an Frankreich, politische Unabhängigkeit von Deutschland. Das sind Formulierungen, die Herr Hoffmann im Oktober 1947 in die Präambel hineingeschoben hat. (*Von Brentano:* Die er ändern muß!) Bereits im März 1947 – schon ein halbes Jahr vor der Festlegung der Präambel – hat er auf die Einladung zu einer ersten Konferenz der Ministerpräsidenten telegrafiert: Wir haben den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich bereits vollzogen, deshalb ist unser Kommen nach München gegenstandslos.[53] – Diese Depesche steht doch in der Welt und wird die Leute vor der Geschichte richten. Deshalb sollten wir uns davor hüten, mit ihnen in Verhandlungen einzutreten.

Noch eine ganz konkrete Frage. Sie betrifft unsere Partei. Wer soll das Saarstatut nach der derzeitigen Situation annehmen? So, wie ich es jetzt sehe, die CDU? Gestern stand in der Presse zu lesen, daß in der Frage des Saarstatuts bezüglich der Koalition keine Änderung der Situation eingetreten sei. Wir hören das auch in den Parlamenten. Wir haben eine gute Zusammenarbeit in der Regierung von Rheinland-Pfalz, aber die dortige FDP denkt nicht daran, im kommenden Wahlkampf das Saarstatut zu verteidigen, im Gegenteil, sie faßt auf ihren Bezirkstagungen jeden Tag schärfere Resolutionen. Das wird dazu führen, daß wir in der Öffentlichkeit

52 Erst am 18. Dezember 1955.

53 Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 7. Juni 1947 (vgl. dazu ESCHENBURG S. 276–280). Am 5. Juni 1947 war die Bildung einer Mission Economique zur Bearbeitung aller Fragen des wirtschaftlichen Anschlusses des Saarlands an Frankreich erfolgt (SCHMIDT 2 S. 21). Antwort vom 6. Juni 1947 der Verwaltungskommission des Saargebiets unter Erwin Müller auf die Einladung und Ablehnung der Teilnahme mit der Begründung, die saarländische Wirtschaft sei bereits nach Frankreich orientiert (Hauptstaatsarchiv München Abt. II Staatskanzlei Abg 1975 vorl. Nr. 73 – vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949 Bd. 2, Januar – Juni 1947. Bearb. von Wolfram WERNER. München 1979 S. 512).

demnächst allein diejenigen sind, die das Saarstatut verteidigen. Man muß an solche Versammlungen denken. Das gilt nicht nur für Rheinland-Pfalz. Das hat der Herr Fay in Hessen genauso erfahren. Es gab keine Versammlung, wo nicht die Gemüter aufeinandergeplatzt sind, weil das Saarstatut zur Debatte stand.

Herr Bundeskanzler, es nützt auch nicht der Hinweis auf die von uns in der Politik sicherlich unerwünschte Romantik. Das hilft alles nichts. Sie waren oft genug mit dabei. Wenn davon die Rede ist, dann steht einer auf und sagt, die Saar, die Saar, und dann sind die Leute durcheinander. Ich mache kein Hehl daraus, wir liegen mit unserem Land direkt daneben. 102 Gemeinden hat der Herr General Koenig[54] im Jahre 1947 noch gestohlen! Das sind 102 Gemeinden aus den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und der Pfalz. Die Dinge liegen also bei unseren Leuten ganz anders als sonstwo.

Sie müssen verstehen, daß wir leidenschaftlich für die von uns immer wieder erhobene Forderung nach Interpretation und Klarheit eintreten. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, man kann nicht alles sagen. Ich bin der Auffassung, es müßte doch möglich sein, mit den Koalitionspartnern die Dinge am runden Tisch noch einmal zu erörtern, um festzustellen, was man nicht sagen soll. Das müßte klargestellt werden. Die Koalition müßte geschlossen zum Saarstatut stehen. Es wird doch unerträglich für die CDU, daß wir allein in den nächsten Monaten das Saarstatut zur Annahme bringen sollen.

Deshalb möchte ich abschließend meinen, hier muß noch etwas geschehen in den nächsten Wochen, damit die Koalitionspartner, die ja die Vorteile der Regierung mit uns tragen, zum Saarstatut ja sagen. Es muß möglich sein, ihnen klarzumachen: Du sagst praktisch zu den drei Verträgen nein, wenn du zum Saarstatut nein sagst. Wir müssen also mit den Koalitionspartnern weitere Verhandlungen führen mit dem Ziel, uns einig zu werden über die Annahme und auch über eine Sprechregelung, wobei ich mir vorstellen könnte, daß der Herr Bundeskanzler bei den Verhandlungen im Bundestag in der Lage wäre, wenn die ganze Koalition hinter ihm stünde, dem Vertragstext jene Interpretation zu geben, die wir für die späteren Auseinandersetzungen im Sinne der CDU absolut nötig haben.

Adenauer: Ich darf zunächst Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier herzlich bei uns willkommen heißen und ihm Glück wünschen zu seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten.[55] Wir begrüßen ihn um so mehr, weil er trotz seiner Krankheit gekommen ist.

---

54 Pierre Koenig (1898–1970), französischer General; 1945–1949 Militärgouverneur in Deutschland, 1954–1955 Verteidigungsminister. – Am 18. Juni 1946 wurden 142 Gemeinden an das Saarland angegliedert, am 6. Juni 1947 wurden 61 an die Rheinpfalz rückgegliedert und 13 bisher rheinpfälzische an das Saarland angegliedert (SCHMIDT 2 S. 20f.).

55 Gerstenmaier war am 16. November 1954 als Nachfolger von Hermann Ehlers gewählt worden. Vgl. dazu seine Erinnerungen S. 355f.

Ich möchte auf einige Punkte, die angeschnitten worden sind, sofort antworten; zunächst dazu, Herr Altmeier, man dürfe sich mit einem solchen Mann nicht an einen Tisch setzen. Ich habe inzwischen mit Leuten an einem Tisch gesessen, die einmal für den Morgenthau-Plan[56] eingetreten sind! (*Zuruf:* Das sind keine Deutschen!) Das ist schließlich egal. Der Morgenthau-Plan war das niederträchtigste Projekt, das die Welt gesehen hat. Und trotzdem habe ich [mich] mit den Leuten an einen Tisch gesetzt. In der Politik sollte man niemals sagen, mit dem Manne setze ich mich nicht zu Verhandlungen zusammen. Wenn die Verhandlungen das Wohl des Gebiets im Auge haben, dann setze ich mich – seien Sie mir nicht böse – auch mit dem Teufel an einen Tisch! Ich würde nicht davor zurückschrecken. (*Kunze:* Der aber nicht mit Ihnen. – *Heiterkeit.*) Nun zu den letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Altmeier.

Wir haben noch in dieser Woche eine sehr ernste und intime Aussprache mit den Vertretern der Koalitionsparteien gehabt.[57] Nach meiner Meinung – Herr von Brentano, der dabei war, wird wohl dieselbe Meinung haben – war diese Besprechung nicht ohne Erfolg, (*von Brentano:* Richtig!) so will ich mich mal ausdrücken. Ich bin bis jetzt des Glaubens, Herr Altmeier, daß nicht die CDU allein das Saarstatut annehmen wird.

Aber ich muß jetzt etwas über Herrn Mendès-France sagen. Herr Mendès-France ist in dem Saarstatut, Sie haben es eben schon gehört, weiter entgegengekommen als irgendein anderer französischer Ministerpräsident. Herr Mendès-France hat auch die Saargeschichte gar nicht erfunden; er hat auch nicht die Verbindung erfunden zwischen einer Regelung an der Saar und einer europäischen Politik Frankreichs und einer deutsch-französischen Politik. Das ist zuerst gewesen im Conseil de la République im Jahre 1952. Es ist das gleich verkündet worden von Schuman, von Bidault, von Reynaud[58], von Pleven[59], von Pinay, von Laniel, von allen führenden französischen Politikern, mit Ausnahme – davon hat Herr Zimmer schon gesprochen – der französischen Sozialisten. Alle anderen haben die gleiche These aufgestellt. Dieser Tatsache sehen wir uns gegenüber, und ich habe keinen Zweifel daran, daß der kommende Ministerpräsident in Frankreich nicht davon abgehen wird; denn sonst würde er sich sofort sein eigenes Grab schaufeln.

Wir haben weiter die Tatsache zu verzeichnen, daß der Conseil de la République, wo der Gedanke zuerst geboren worden ist, es jetzt in der Hand hat, die Verhandlungen durch Amendements auf Monate hinaus wieder hinauszuzögern. Nun stellen Sie sich

---

56 Henry Morgenthau (1891–1967), amerikanischer Politiker; 1934–1945 Finanzminister. – Sein 1944 entworfener Plan sah vor, Deutschland zu einem Agrarland zu machen, u.a. Entmilitarisierung, Verkleinerung und Teilung, Internationalisierung des Ruhrgebiets usw.

57 Am 3. Februar 1955, 17 Uhr (TERMINKALENDER).

58 Paul Reynaud (1878–1966), französischer Politiker; 1940 Ministerpräsident, zugleich Außen- und Verteidigungsminister, 1946–1962 Mitglied der Assemblée Nationale, 1948 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1953–1954 stv. Ministerpräsident.

59 René Pleven (geb. 1901), französischer Politiker; 1945–1973 Abgeordneter der Assemblée Nationale, 1952–1954 Verteidigungsminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 137 Anm. 19.

bitte vor – ich spreche sine ira et studio –, was passieren würde, wenn wir durch Ablehnung des Saarstatuts die ganzen Verträge zu Fall brächten. Die Katastrophe, die dann auf der ganzen Welt eintreten würde, ist in ihrer Schrecklichkeit überhaupt nicht abzuschätzen.

Nach meiner Überzeugung ist die erste und größte Gefahr die, daß Amerika sich von Europa distanziert, weil es sagt, mit diesem Europa, das nicht einmal mit der Saarfrage fertig wird, kann eben nicht weiter verhandelt werden. Mir ist in Amerika gesagt worden – ich habe entsprechend darauf geantwortet –, das ganze Saargebiet ist so groß wie eine Ranch in Texas. Man hat mir eine große Karte im Auswärtigen Ausschuß des Senats gezeigt und gesagt, zeigen Sie, wo die Saar liegt. Die Leute wissen nicht das Emotionale zu würdigen, was wir natürlich im Innern haben. Aber die verstehen das nicht, und sie sind jetzt schon unglücklich über dieses ganze Europa, daß es nach jahrelangen Verhandlungen durch eine Abstimmung in der französischen Nationalversammlung diese Sache vom Tisch heruntergewischt hat. Stellen Sie sich bitte vor, was passieren würde. Glauben Sie, daß, wenn diese Verträge nicht zustande kommen, die Saar die Freiheit in Bälde zurückbekommt? (*Zurufe:* Niemals!) Das ist völlig ausgeschlossen.

Nun hoffe ich aber, Herr Altmeier, daß bis zu Ihren Wahlen in Rheinland-Pfalz[60] wir doch über die Dinge, über die man jetzt nicht sprechen kann, werden reden können. Wir sind noch nicht an diese fünf Staaten, die ganz neutral sind, herangetreten. Wenn wir jetzt bei einer solchen Kommission schon großen Krach machen, dann werden die sagen: Warum sollen wir da unsere Finger hineinstecken? Das ist ein Grund mit, warum wir dazu schweigen müssen.

Ein anderer Grund – das sage ich ganz offen – ist der, daß wir als Deutsche, damit die Sache nicht verzögert wird, alles Interesse daran gehabt haben, daß Mendès-France am Leben geblieben wäre. Wir dürfen jetzt nicht darüber sprechen, damit nicht ein zukünftiger Ministerpräsident sich in seiner Regierungserklärung irgendwie festlegt. Deswegen sind wir jetzt in der Lage, den Mund halten zu müssen bis zum geeigneten Augenblick. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Augenblick gekommen sein wird, noch ehe Sie wählen. Dann wird man von diesen Dingen Gebrauch machen können.

Ich möchte noch ein Wort sagen zur Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat niemals erklärt: Wenn jetzt eine Viererkonferenz stattfindet, die nicht die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bringt, dann sind wir bereit, die Verträge anzunehmen. Sie denkt nicht daran, sondern sie hat ein Ziel, das sie proklamiert hat, das sich den russischen Tendenzen in bezug auf Deutschland außerordentlich nähert: ein sogenanntes neutralisiertes Deutschland. Das hat Herr Erler seinerzeit im Bundestag gesagt, das hat Herr Carlo Schmid gesagt, Herr Ollenhauer ebenfalls, das sagen sie alle. Es ist nota bene eine vollkommene Abweichung von der Politik des Herrn Schumacher, der eine ganz andere Politik vorgeschlagen hat.

60 Am 15. Mai 1955.

Wenn die Sozialdemokraten damit Erfolg hätten, so würde das bedeuten – jetzt komme ich auf diesen Artikel des Herrn Sethe zu sprechen; wir sind unter zivilisierten Menschen, ich muß den Ausdruck unterdrücken, der mir auf der Zunge schwebt –, daß wir im Wege des Kalten Krieges in kürzester Frist in den Händen der Russen wären. Es wurde eben schon von Italien gesprochen. Italien ist, wie mir Herr Saragat[61], der italienische Sozialistenführer, gesagt hat, die am besten organisierte Kommunistische Partei in Europa, die jährlich mindestens 200 Millionen Dollar zur Verfügung erhält für ihre kommunistische Propaganda. In Italien ist es so, daß in zahlreichen amtlichen Stellen seit Jahr und Tag kommunistische Beamte sitzen – in zahlreichen, wiederhole ich –, ohne jemals das Amtsgebäude zu betreten. Sie beziehen nur ihre Gelder und sind als Funktionäre der Kommunistischen Partei tätig. Die Kommunisten haben dort, als sie mit in der Regierung waren, große Monopolgesellschaften bekommen für den Handel mit dem Ausland, aus denen sie große Verdienste erhalten für die Kommunistische Partei. So unterwühlt ist Italien!

In Frankreich ist auch heute die Kommunistische Partei die stärkste von allen Parteien. Wir sind der einzige Damm gegenüber dem Kommunismus in Europa. Das ist die große Aufgabe, die wir haben. Wenn wir diese Aufgabe nicht erkennen, dann ist eben ganz Europa einschließlich Deutschland verloren; der eine kommt heute dran, der andere morgen.

Und nun zu dem Artikel von Herrn Sethe. Die „Frankfurter Allgemeine" wird, wie mir zuverlässig bekannt ist, von einigen industriellen Firmen unterhalten. (*Kiesinger:* Sie trägt sich selbst!) Nein, sie trägt sich nicht selbst! Ich kann Ihnen die Summe sagen, die sie jährlich bekommt. Ich kann Ihnen die Firmen nennen, die das bezahlen. Das ist das Unglaubliche geradezu, daß es Menschen in Deutschland gibt, die einfach mit Blindheit geschlagen sind, die nun einen solchen Mitarbeiter in der „Frankfurter Allgemeinen" hegen und pflegen. Er hat heute einen großen Artikel geschrieben über einen neuen Krieg. Hier ist eine Zeichnung, die schwarzen Pfeile bedeuten die Angriffsrichtungen der Russen, die weißen Pfeile sind die Angriffsrichtungen Amerikas. Der Herr Sethe scheint vom Kalten Krieg und vom Wesen der Außenpolitik überhaupt nichts zu wissen. Nach meiner festen Überzeugung denken z.Z. weder die Vereinigten Staaten noch Sowjetrußland an einen heißen Krieg. Aber man will die Vereinigten Staaten aus Europa weg haben. Das ist das Ziel der sowjetrussischen Politik. Man will auch in Westeuropa den Kommunismus an die Macht bringen, genau wie in den Satellitenstaaten. Warum? Soweit man das beurteilen kann aus zwei Gründen.

Einer der Herren hat eben angeführt – ich glaube Sie, Herr Kiesinger –, man wisse nicht, wie in Wirklichkeit sich die russische Politik auf lange Sicht gestalten werde. Mir hat vor kurzem ein Mann, den ich als einen weitblickenden und kenntnisreichen

61 Giuseppe Saragat (1898–1988), italienischer Politiker (Sozialist bzw. Sozialdemokrat); 1949–1954, 1957–1964, 1976 Generalsekretär der PSDI, 1947–1949 und 1954–1957 stv. Ministerpräsident, 1963–1964 Außenminister, 1964–1971 Staatspräsident.

Politiker in östlichen Dingen ansprechen kann, folgendes dargelegt: Er sei der Auffassung, daß China – ob das nun Rotchina oder Blau- oder Grünchina sei, spiele keine Rolle – eine so starke Volksvermehrung habe, daß es in spätestens 15 Jahren durch den übergroßen Druck seiner Bevölkerung gezwungen sei, in die Mandschurei und in das sibirische Gelände hineinzugehen, so daß in etwa 15 Jahren Sowjetrußland seine ganze Kraft darauf verwenden müsse, einen Damm zu errichten gegen den Druck, der ihm selber von China drohe. Es sei daher dann froh darüber, wenn es in Europa keinem Druck ausgesetzt sei.

Ich kann nicht sagen, ob diese Annahme richtig ist. Ich kann nur das eine sagen: Der Mann, der mir das vorgetragen hat, ist ein sehr kenntnisreicher Mann gerade über den Osten. Und die Art und Weise, wie er diese These vorgetragen hat, ist auf mich nicht ohne Eindruck geblieben. Viele Entwicklungen in der heutigen Zeit sind ja letzten Endes auf einen Bevölkerungsdruck zurückzuführen, weil die übermäßig bevölkerten Gebiete, die ihre Leute nicht mehr ernähren können, danach suchen müssen, weitere Gebiete zu bekommen. Wenn Sie eine Karte von Asien zur Hand nehmen, werden Sie sehen, daß für China das nächste Gebiet für die Entleerung seiner Bevölkerung das sowjetrussische Gebiet ist.

Ich bin fest davon überzeugt, daß auch Sowjetrußland sich solche Dinge überlegt, um sich, wenn es Westeuropa beherrscht und das westeuropäische Potential zur Verfügung hat, dem Osten zuzuwenden. Das sind alles Entwicklungen, die möglich sind, von denen aber kein Mensch sagen kann, ob und wann sie eintreffen werden.

Für uns aber erwächst aus alledem schon aus Gründen der Selbsterhaltung die unabwendbare Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Europa wieder ein selbständiger und einflußreicher Faktor in der Weltpolitik wird. Das ist doch das große Ziel, das wir vor Augen haben, und zwar nicht nur, weil wir Europäer sind, sondern auch im Interesse der Erhaltung der europäischen christlichen Kultur und des europäischen christlichen Lebens. Das ist die große Aufgabe, die vor uns steht, die wir keinen Tag und keine Stunde außer acht lassen dürfen bei jeder Entschließung, die wir auf außenpolitischem Gebiet zu treffen haben.

Noch ein Wort zu der Erklärung Rußlands. Herr Sethe spricht auch davon, wenn die Pariser Verträge beschlossen würden, dann würde es nicht mehr mit uns über die Wiedervereinigung verhandeln. Nun, meine Damen und Herren, es gibt ein kölnisches Wort, das nicht jeder von Ihnen versteht, es heißt: Wööt sin kein Stüver! Das heißt auf Hochdeutsch: Worte sind kein Stüver! Stüver ist eine alte Geldmünze. Das gilt auch in der Politik, insbesondere bei den Russen.

Ich habe mir einmal zusammenstellen lassen, wie oft die Sowjets seit 1945 gesagt haben: Wir werden niemals wieder mit euch verhandeln! – und wie sie nachher doch verhandelt haben. Ich werde es morgen noch einmal sagen, aber es ist ganz interessant, wenn ich Ihnen diese Zusammenstellung – wenn auch verkürzt – vorlese.[62] Im Jahre 1945 hat die Sowjetunion die Türkei wegen ihrer Haltung

62 In späteren Jahren führte Adenauer als Beleg für den sowjetischen Expansionismus die Darstellung von Dieter Friede an: Das russische Perpetuum mobile. Würzburg 1959.

im Krieg offiziell getadelt, den sowjetisch-türkischen Freundschaftspakt gekündigt, die Abtretung türkischen Gebiets, die Einräumung von Stützpunkten und eine Revision der Meerengen-Konvention (Dardanellen) gefordert. Begleitet wurden diese Forderungen von einer üblen Hetzkampagne gegen die Türkei. Die Türkei hat sich durch keine sowjetische Drohung einschüchtern lassen und hat alle sowjetischen Forderungen zurückgewiesen. Sie hat, obwohl sie zeitweilig im Brennpunkt des Kalten Krieges stand, nie die Nerven verloren. Die Auswirkung dieser mutigen türkischen Haltung war, daß die Sowjetregierung der türkischen Botschaft in Moskau am 30. Mai 1953[63] eine Note übergab, in der sie auf sämtliche territorialen Forderungen verzichtete und in der Frage der Meerengen-Konvention eine versöhnliche Haltung einnahm.

Nehmen Sie Jugoslawien! Sie wissen, daß sich Jugoslawien im Jahre 1948 aus dem sowjetischen Einflußbereich herausgelöst hat. Daraufhin haben die Sowjetunion und alle Satellitenstaaten die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen. In einer an Jugoslawien gerichteten sowjetischen Note vom August 1949[64] heißt es: Die Sowjetunion wird eine solche Lage nicht dulden und zu anderen, wirksameren Mitteln greifen, um die Rechte der sowjetischen Staatsangehörigen in Jugoslawien zu schützen und die hemmungslosen faschistischen Verbrecher – das war Tito[65] – zur Ordnung rufen.

Alle Beistands- und Freundschaftspakte wurden gekündigt. Die jugoslawische Regierung wurde von der Presse des Ostblocks aufs schärfste angegriffen. Und heute ist die Sowjetunion auf das eifrigste bemüht, freundnachbarliche Beziehungen mit Jugoslawien herzustellen. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sind wieder aufgenommen, und die Pressekampagne ist erledigt.

Nehmen Sie Japan! Sie wissen, daß Japan einen Friedensvertrag mit den Westmächten in San Francisco geschlossen hat.[66] Vor dem Abschluß des Friedensvertrages hat die Sowjetunion die heftigsten, von massiven Drohungen begleiteten Angriffe gegen die japanische Regierung gerichtet. Der Moskauer Rundfunk sagte, es könne zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Sowjetunion führen, da diese sich nicht mehr länger an den Waffenstillstand gebunden fühle. Am 16. Dezember 1954 sagte Molotow[67] in einer Stellungnahme zu den sowjetisch-japanischen Beziehungen: Die Sowjetunion strebt unablässig danach, die Beziehungen mit allen Ländern aufzunehmen und zu entwickeln, die ihrerseits dazu Bereitschaft zeigen.

63 Text in AdG 1953 S. 4084.

64 Note vom 19. August 1949. Text in AdG 1954 S. 2045.

65 Josip Tito, eigentlich Broz (1892–1980), jugoslawischer Politiker; 1945–1953 Ministerpräsident und Staatschef der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, 1953 Staatspräsident, seit 1963 auf Lebenszeit.

66 Vom 8. September 1951. – Vorgeschichte und Vertragsinhalt in AdG 1951 S. 3021, 3070, 3100–3103.

67 Wjatscheslaw Michajlowitsch Molotow, eigentlich Skrjabin (1890–1986), sowjetischer Politiker; 1939–1949 und 1953–1956 Volkskommissar des Äußeren und Außenminister.

Und jetzt haben sie, obgleich sie noch keinen Botschafter in Tokio haben, unter der Hand dem japanischen Ministerpräsidenten eine versöhnliche Note überreicht über den Abschluß von Verträgen zwischen Sowjetrußland und Japan.[68]

Der neueste Fall ist Triest. Bitte denken Sie daran, welchen Lärm damals Sowjetrußland geschlagen hat, als die Sache in Triest geregelt wurde. Vor dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Italien im Jahre 1947 vertrat die Sowjetunion entschieden die territorialen Forderungen Jugoslawiens. Damals stand sie noch gut mit Jugoslawien. Nach Abschluß des Friedensvertrages mit Italien stimmte die Sowjetunion einer Kompromißlösung zu. Dann hat sie aber später bei den Verhandlungen im Sicherheitsrat der UNO die Durchführung der Lösung, der sie selbst zugestimmt hat, systematisch verhindert.

Dann hat sie nach dem Konflikt mit Jugoslawien erneut umgeschwenkt. Später hat sie dann die Triester Frage mit der des österreichischen Staatsvertrages verknüpft. Und nun hat sie, und zwar zur Überraschung in der Welt, dem Übereinkommen zwischen Italien, Jugoslawien, Großbritannien und den USA über Triest vom 14. Oktober 1954 vorbehaltlos zugestimmt.[69]

Also, die Russen machen eben die Politik so, wie sie sie gerade im Augenblick für richtig halten, mit einem unverrückbaren Ziel, das ihnen immer vor Augen schwebt. Aber man soll sich nicht erschrecken lassen durch Erklärungen: Wir werden niemals wieder darüber verhandeln. Die Sowjets werden uns niemals die Sowjetzone auf dem Präsentierteller entgegenbringen. Sie betrachten, von ihrem Standpunkt aus durchaus mit Recht, die Frage der Rückgabe der Sowjetzone als eine Teilfrage eines viel größeren Fragenkomplexes. Sie müssen das nicht nur tun, weil sie von der Sowjetzone aus V-Geschosse nach England schicken können, sondern auch deswegen, weil die Rückgabe der Sowjetzone in den anderen Satellitenstaaten den Geist des Widerstandes, der dort vorhanden ist, mit einem solchen Impuls versehen würde, daß sie davon große Schwierigkeiten befürchten. Daher wird die Sowjetzone zu uns nur zurückkommen, wenn es gelingt, in der Welt wenigstens in etwa zu einer Bereinigung der großen schwebenden Fragen zu gelangen.

Sobald wir souverän sind – ich habe davon absichtlich heute noch nicht gesprochen –, können wir als ein selbständiger, souveräner Staat unsere diplomatischen Beziehungen einsetzen im Sinne einer Beilegung des Konflikts auch mit den Sowjets, wozu wir jetzt gar nicht in der Lage sind. Dreier- oder Viererkonferenzen, die über unseren Kopf hinweg geführt werden, d.h., ohne daß wir dabei am Tisch sitzen, sind eine sehr üble Angelegenheit. Daher ziehe ich, weil ich fest davon überzeugt bin, im geeigneten Augenblick mit den Sowjets verhandeln zu können, eine Konferenz mit den Sowjets über die Rückgabe der Sowjetzone, bei der wir gleichberechtigt mit am

68 Meldung von TASS über die jüngste Entwicklung des japanisch-sowjetischen Verhältnisses vom 29. Januar 1955 in AdG 1955 S. 4988.

69 Vorgeschichte und vertragliche Regelung in AdG 1954 S. 4773f.; zustimmende Kenntnisnahme durch Andrej Wyschinski, dem sowjetischen Delegierten bei der UNO, EBD. S. 4795.

Tisch sitzen, Verhandlungen vor, die über unseren Kopf hinweg von anderen geführt werden. Deswegen glaube ich, gerade auch um die Wiedervereinigung herbeizuführen, ist unsere Politik der geeignete Weg, daß wir unsere Souveränität wiederbekommen, um uns einsetzen zu können für die Sache des Friedens in der Welt.

Ich bekomme gerade die Nachricht, daß amerikanische Düsenjäger westlich Koreas zwei feindliche Düsenjäger abgeschossen haben.[70] Das werden wahrscheinlich chinesische oder russische gewesen sein. Jetzt geht man also, um das Feuerchen brennend zu halten, wieder mal auf Korea über und fängt an, da Geschichten zu machen. Auch daraus ersehen Sie, wie die ganze Situation in der Welt ist und wie sie von einer Stelle aus zentral geschürt und geleitet wird. Sie sehen, was uns bevorstünde, wenn wir uns aus der westlichen Verbindung – wie das auch die Sozialdemokraten wollen – loslösten.

Denken Sie bitte etwas zurück in der Geschichte, 60, 70 Jahre. Denken Sie daran, daß es das große Unglück Deutschlands war, daß es immer ohne wirkliche Freunde gewesen ist (*Zurufe:* Sehr richtig!) und daß es trotz der großen militärischen und wirtschaftlichen Macht, die es nach 1870/71 bekommen hat, nachher allein dagesessen hat durch eine dumme und nicht weitsichtige Politik. Derjenige, der überklug sein will und sich zwischen sämtliche Stühle setzt, der sitzt nachher auf der Erde, und die anderen trampeln auf ihm herum. *(Beifall.)*

Hellwig: Es ist im Augenblick unmöglich, die Saarfrage zu lösen. Das sollte ganz klar bei der Diskussion herausgestellt werden. Es gibt kein funktionierendes Rezept für eine endgültige Lösung der Saarfrage. Was wir erreichen mußten, war, die Tür aufzubekommen, um für die weitere Entwicklung die Lösung in unserem Sinne noch möglich zu machen. Das ist, glaube ich, in diesem Abkommen enthalten.

Nun zu der Frage der wirtschaftlichen Verhandlungen. Die Entwicklung wird in unserem Sinne wirtschaftlich auf uns zukommen. Ich habe Bedenken, wenn wir zu früh die Vollmachten und die Möglichkeiten, die im Artikel 12 enthalten [sind], als Karte auf den Tisch legen. Wir sollten hier die Entwicklung auf uns zukommen lassen. Wenn wir im Saargebiet ein Übermaß an deutscher Hilfsbereitschaft anbieten, dann wird Herr Hoffmann sagen, ich habe bereits die Zusage der wirtschaftlichen Hilfe von euch in der Tasche.

Die Situation ist so – ich möchte es drastisch sagen –, daß die Saarwirtschaft erst bei Bankrott des jetzigen Systems geregelt wird. Die Verschuldung nimmt rapide zu. Die Saarkohlengruben haben in den letzten drei Jahren einen Verlust von 300 Millionen gehabt. Die Verschuldung ist so, daß der Betrag der kurzfristigen Schulden das Dreifache der realisierbaren Vermögenswerte erreicht hat. Im Staatshaushalt ist seit drei Jahren ein Fehlbetrag von 500 Millionen an Investitionsrückständen. Da Frankreich immer nur kleinste Abschlagszahlungen anbietet, um die Leute bei Laune

70 Über dem Gelben Meer, 17 Kilometer westlich der Küste Nordkoreas (FAZ vom 7. Februar 1955).

zu halten, wird hier die Hilfsbedürftigkeit des Gebietes auf uns, früher als wir denken, zukommen.

Ich meine, wir sollten die Karte, die uns die Saar zuspielt, nicht verfrüht auf den Tisch legen, zumindest nicht vor den politischen Entscheidungen. Ich habe bestimmte Befürchtungen, daß wir uns, wenn wir schon jetzt Verhandlungen aufgrund des Artikels 12 führen, zu früh engagieren. Die französische Wirtschaft befürchtet die Expansion der deutschen Industrie auf den Saarmarkt. Die deutsche Industrie hat kein Interesse, den Saarmarkt als Absatzgebiet zurückzuerobern. Die deutsche Wirtschaft hat ein Interesse daran, daß die diskriminierende Behandlung der deutschen Unternehmen im Saargebiet beendet wird. Man kann nicht über deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Niederlassungsrecht für deutsche Firmen in Frankreich sprechen, solange man nicht die diskriminierende Behandlung der deutschen Unternehmen im Saargebiet aufhebt.[71]

Adenauer: Man kann auch anders argumentieren, Herr Hellwig. Ich bitte Sie, über die rein wirtschaftlichen Angelegenheiten einmal mit Herrn Erhard zu sprechen; Sie sind beide Sachverständige. Wir sind – wenigstens sage ich das in aller Offenheit von mir – nicht Sachverständige.

Aber über das Politische möchte ich mit Ihnen sprechen. Frankreich verhandelt nun mit der jetzigen Saarregierung über wirtschaftliche Abkommen, die auch unter einer anderen Saarregierung weiter Gültigkeit haben werden. Herr Hoffmann ist ein Opportunist reinsten Wassers, soweit ich ihn aus seinen Handlungen beurteilen kann. Persönlich kenne ich ihn kaum. Herr Hoffmann wird gegenüber den Forderungen der französischen Wirtschaft, die jetzt bei den Verhandlungen gestellt werden, stärker sein, wenn er weiß, ich kriege eine gewisse wirtschaftliche Hilfestellung in Deutschland.

Das war der leitende Gesichtspunkt, den – glaube ich – wir richtig sehen müssen. Wenn es sich so abspielen sollte, wie Sie es eben schilderten, daß man abwarten solle, bis ein vollkommener wirtschaftlicher Bankrott eintritt, dann werden die Saarleute sagen, das ist die Folge des Saarabkommens, das verdanken wir also den Deutschen, vorher hatten wir es besser. Ich glaube, Herr Hellwig, wir müssen das Eintreten eines Bankrotts sogar verhindern, damit die Saarländer, die realistisch denken – ich drücke mich sehr vorsichtig aus –, auch in wirtschaftlichen Dingen realistisch denken, nicht den Eindruck bekommen: Wir kriegen von den Deutschen nichts, unser ganzes Heil ist schließlich doch bei Frankreich. Bitte sprechen [Sie] einmal mit Herrn Erhard darüber. Ich halte das für sehr wertvoll, weil Sie über eine ausgezeichnete Kenntnis der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes verfügen.

Zimmer: Wir müssen bei der Koordinierung unserer Partei- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Saargebiet das Prestige unserer Leute an der Saar wahren. Es gibt dort viele ausgezeichnete Persönlichkeiten, die auf den Moment warten, wo sie hervortreten können. Das geht verloren, wenn verhandelt wird, ohne sie irgendwie nach außen in Erscheinung treten zu lassen. Daß sie nicht als Wirtschaftsexperten der Saarwirtschaft

71 Vgl. zur wirtschaftlichen Lage der Saar SCHMIDT 3 S. 63–131.

Herrn Erhard gegenüber in Erscheinung zu treten brauchen, ist klar, aber es müßte so sein, daß zumindest nach außen gesagt wird, daß der Vertreter der Bundesregierung auch die Wirtschaftsvertreter der deutschen Parteien an der Saar gehört und zu Rate gezogen hat, damit diese Verhandlungen nicht dem Herrn Hoffmann zugute kommen.

Adenauer: Ich beabsichtige, die Vertreter der deutschen Parteien an der Saar noch vor der Debatte im Bundestag zu empfangen und mit ihnen über die ganze Lage zu sprechen. Herr Kollege Zimmer hat eben ein Thema angeschnitten, zu dem man noch einige Worte sagen muß, obgleich ich der Auffassung bin, daß wir heute etwas Definitives nicht dazu sagen können. Was soll werden an der Saar mit der CDU und der CVP? (*Zimmer:* Wir haben ein Konzept, die Vorbereitungen sind getroffen!) Eine gute Konzeption? (*Zimmer:* Wir sind bereit, nähere Auskünfte darüber zu geben. Wir müssen hier zu einer klaren Entscheidung darüber kommen, was wir wollen. Und wenn wir die Entscheidung haben, müssen wir die Vorbereitungen treffen. Es sind schon Vorbereitungen im Gange, aber sie sind noch nicht ausreichend getroffen.) Ich habe mit Saarländern darüber gesprochen. Sie haben gemeint, es wäre gar nicht zu vermeiden, daß beim nächsten Landtagswahlkampf sich CVP und CDU im Kampf gegenüberstehen. (*Altmeier:* Ja!) Ja, Herr Altmeier, Sie sagen so kräftig „ja", lassen wir die Sache einmal in Ruhe besprechen. Eines Tages müssen wir doch zusammenkommen, natürlich nicht jeder von der CVP, aber das Gros der CVP muß doch eines Tages mit der CDU zusammenkommen zur gemeinsamen Arbeit, sonst bekommen wir auch nicht bei der letzten Abstimmung die Mehrheit, die wir haben wollen. Die CDU ist zu schwach. Wir müssen doch die CVP dazubekommen. Bekommt man sie nun eher dazu, wenn man ihr zunächst den Kopf blutig schlägt? Wir sind doch nicht in Oberbayern! *(Heiterkeit.)* Da kann das bei einer Kirmes passieren, daß man das zuerst macht und sich nachher mit dem Bierseidel wieder versöhnt. Bitte überlegen Sie sich dieses wichtige Problem einmal in Ruhe. Ich betone nochmals, nicht nur im Interesse der von uns vertretenen Ideale, sondern auch um der definitiven Abstimmung willen, die eventuell schon in wenigen Jahren sein kann – das kann kein Mensch jetzt schon wissen –, müssen wir die CVP und die CDU zusammen haben, damit wir eine Mehrheit bekommen. Das ist für mich der Leitpunkt. Ich habe noch mit keinem von der CVP gesprochen. (*Altmeier:* Die CVP brauchen wir nicht. Die Leute, die jetzt CVP wählen, sollen dann CDU wählen!) Man braucht sich aber vorher nicht den Kopf blutig zu schlagen, sonst ist das gemeinsame Marschieren bestimmt schwerer. Jetzt spreche ich für die Saarbevölkerung, und ich will niemandem zu nahetreten mit dem, was ich sage. Vergessen Sie bitte folgendes nicht: Als das ganze Unglück seinen Anfang nahm, da wußte kein Mensch in der Welt, ob jemals wieder ein Deutschland entstehen würde. Vergessen Sie nicht, daß damals die Saar unter der harten Faust des Siegers war. Dort ist die Demontage gewesen. Wir haben sie gebremst und zum Aufhören gebracht. Aber Sie wissen, daß der Saarbevölkerung gedroht worden ist: Wenn ihr nicht mitmacht, wird restlos demontiert. Und wenn restlos demontiert worden wäre, dann wäre ein furchtbares Unheil über die Saarbevölkerung hereingebrochen.

Was ich jetzt sage, führe ich nur an, um in Ihr Gedächtnis zurückzurufen, wie die

Situation in diesen Jahren damals gewesen ist. In diesen Jahren ist in der bayerischen Verfassung[72] eine Bestimmung aufgenommen worden, ich kann sie nicht wörtlich zitieren, aber des Inhalts, daß Bayern sich vorbehalte, Beschluß darüber zu fassen, ob es einem neuen Deutschen Reich angehören wolle oder nicht.[73] (*Kaiser:* Das Wort „Deutschland" stand nicht in der Verfassung!) Dann ist es noch schlimmer! Es war damals eine Zeit, in der man auch den Bayern keinen Vorwurf machen kann. Ich sage das nur, um auch die Saarländer richtig zu beurteilen.

Denken Sie bitte weiter daran, daß der Bayerische Landtag noch im Jahre 1949 das Grundgesetz abgelehnt hat.[74] Man muß sich die ganze Verworrenheit und die damaligen Zustände vor Augen halten, um ein richtiges Urteil zu bekommen über den weitaus überwiegenden Teil der Saarländer. Deswegen meine ich, man soll auch die Frage CVP/CDU zu lösen versuchen im Hinblick auf das Kommende. Herr Altmeier hat einmal davon gesprochen, daß er zur Beerdigung an der Saar gewesen ist und daß die ganzen Leute ihn außerordentlich freundschaftlich begrüßt hätten. Das waren doch CVP-Leute. Das waren keine CDU-Leute. (*Altmeier:* Die wollen wir ja!) Aber dann machen Sie es bitte mit dem Hühnerkläuchen und nicht mit dem Holzhammer. Dazwischen müssen wir wählen: Hühnerkläuchen oder Holzhammer. (*Zimmer:* 97 % wollen wir haben!)

Kaiser: Ich habe zwei Anliegen zur Saar, das eine an den Herrn Bundeskanzler und das zweite an den Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union. Das erste! Der Kanzler muß ohne weiteren Verzug mit den Repräsentanten – das sind ehrenwerte und zu beachtende Männer – der unterdrückten Parteien an der Saar über den gegenwärtigen Stand sprechen. Wenn das nicht bald geschieht, dann geschieht ein Unglück. Ein Beleg dafür ist das, was Herr Schneider schon gestern der Presse vortragen wollte. Herr von Brentano, es lohnt sich, daß Sie sich das einmal ansehen.

Das zweite Anliegen an den Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union! Wir haben diese Frage, ob CVP und CDU vereinigt werden können, mit überlegt. Mich hat insbesondere der Gedanke bewegt, ob es vielleicht gelingen könnte, die Herren Hoffmann und Hector dazu zu bewegen, das Feld zu räumen, damit der Weg frei wird. Hoffmann und Hector stehen im Bunde mit der französischen Politik. Wir haben den Gedanken in aller Ruhe überlegt, ob dies möglich ist. Wir sind zu einer Verneinung gekommen.

Wir haben vor unserem Volke kein Recht, hier länger zu säumen. Die Christlich-Demokratische Union ist verpflichtet, die Christlich-Demokratische Union der Saar

---

72 Vom 2. Dezember 1946.

73 Auf Anregung der amerikanischen Militärregierung wurde in Art. 178 festgelegt: „Bayern wird einem künftigen deutschen Bundesstaat beitreten." Vgl. zur Diskussion Annette ZIMMER: Demokratiegründung und Verfassungsgebung in Bayern. Die Entstehung der Verfassung des Freistaates Bayern von 1946. Frankfurt 1987 S. 404–410.

74 Das Nein zum GG erfolgte in der 110. Sitzung vom 19./20. Mai 1949 mit 101 gegen 63 Stimmen – Druck des Protokolls zuletzt in Peter Jakob KOCK: Der bayerische Landtag. Bd. 2. Protokolle. Bamberg 1986 S. 47–113.

jetzt endlich aus der Taufe zu heben. Dazu brauchen wir den Ersten Vorsitzenden der Partei. Wir wissen, wie sehr das Volk auf uns wartet. Wir kämen um einen wirklich großen Schritt weiter, wenn der Erste Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bei diesem Akt der wirklichen Gründung der Union an der Saar mit uns zusammen wäre.[75] (*Adenauer:* Ich soll dahin gehen?) Das braucht nicht unbedingt nach Saarbrücken zu sein, obgleich das eine wunderbare Sache wäre. (*Adenauer:* Dann würde ich schön von Herrn Hoffmann aufgenommen!) Nein, nicht von Herrn Hoffmann! Wir haben Hoffmann auch nicht begrüßt. Wir waren dort und sind vom Volk begrüßt worden. Es ist dort unten ein Kreis von 40, 50 Leuten, darunter Geistliche beider Konfessionen, die darauf warten, daß wir mit ihnen zusammenkommen, damit im saarländischen Volk bekannt wird, daß der Erste Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union bei dieser Sache mit von der Partie ist. Dann sind wir um einen großen Schritt weiter. Das muß geschehen! (*Adenauer:* Stellen Sie sich vor, ich würde da jetzt so eine Geschichte machen! Lassen wir erst alles in Kraft sein!) Wenn Sie sich nicht dazu entschließen können – ich bin der Auffassung, es müßte sein –, dann autorisieren Sie bitte uns, daß wir es machen, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Wir werden morgen den Kameraden dazu wählen. Dazu sollten noch kommen die beiden Männer aus Rheinland-Pfalz, die beide Saarländer sind, Herr Altmeier und Herr Zimmer. Dann werden wir das machen, nicht in Saarbrücken, sondern in Trier oder in Mainz. Die Leute an der Saar warten darauf, daß das geschieht.

Adenauer: Ich bin leider in solchen Sachen sehr ruhig und sehr kühl. Ich möchte die Frage an Sie, Herr Kaiser, stellen: Seit wann gibt es deutsche oppositionelle Parteien an der Saar? Wo waren die früher? Das ist eine Frage, die ich stelle. Wann entdeckten die auf einmal ihr deutsches Herz? (*Zimmer:* Diese Frage ist loyal zu beantworten!) Wann denn? (*Zimmer:* Diese Leute haben sich erst gesammelt, als die Bundesrepublik in Erscheinung trat und die separatistischen Tendenzen im Saargebiet sich zu einem Definitivum zu entwickeln drohten!) Und als es ihnen dreckiger ging! (*Zimmer:* Herr Bundeskanzler, ich glaube nicht!) Und als es ihnen materiell dreckiger ging!

Zimmer: Die Männer, die mit uns zusammenarbeiten, das sind Idealisten. Das sind keine Leute, die erst ihr deutsches Herz entdeckt haben, als es uns wieder besser ging. Das ist man schuldig, dies den Leuten gegenüber zu sagen. Ich will nicht von allen sprechen; jedenfalls von der CDU aus kann man das sagen. Es sind ehrenwerte Leute; sie geben ohne weiteres zu, daß sie im Anfang in der CVP waren. Herr Ney war auch im Anfang in der CVP. Ich habe auch mit Herrn Hoffmann in den Jahren 1946/47 verhandelt. (*Adenauer:* Haben Sie sich nicht geschämt?) Dazu

75 Dem Zulassungsantrag der CDU Saar vom 6. Februar 1952 war von der Regierung Hoffmann nicht stattgegeben worden. So verblieb die Partei bis zu ihrer offiziellen Gründungsversammlung am 7. August 1955 in der Illegalität. Vgl. dazu SCHMIDT 1 S. 282–288, 339–354; KOSTHORST S. 349f.

lag damals noch kein hinreichender Anlaß vor. Das war vor der Abfassung der Präambel im Sommer 1947[76] wegen des Kreises Saarburg. Das war meine letzte Verhandlung. (*Adenauer:* Ich nehme es Ihnen ja nicht übel!) Ich habe das wohl verstanden, Herr Bundeskanzler. Ich wollte nicht diese Versammlung hier mit den Einzelheiten behelligen, aber wir können uns über diese Dinge weitgehend, vielleicht ganz übereinstimmend mit Ihnen unterhalten. Wir wollen wirklich die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen. Wir haben auch die Zuversicht, daß die CDU-Leute zu uns kommen werden. Nur muß es die CDU sein, es geht nicht mit dem kleinen Kreis von Exponenten des früheren Regimes. Am schlimmsten ist für uns Herr Hector. Darüber brauche ich keine Einzelheiten zu bringen. Wir werden hier zu einer weitgehenden Lösung kommen. Wir müssen uns einig sein über den Kurs, über den Zeitpunkt und über die einzelnen Maßnahmen. Wir werden dann auch für die Öffentlichkeit zu einer erfreulichen Lösung kommen, wobei alle drei Parteien gewissermaßen gleichzuziehen haben.

Adenauer: Herr Zimmer hat recht, es ist keine Frage, die wir in diesem Kreise bis in alle Einzelheiten erörtern können. Dazu müssen wir besonders zusammenkommen und miteinander sprechen, aber alles in allem genommen, kann ich auch nicht die Rede vergessen, die Herr Dr. Ney in Berlin gehalten hat.[77] Ich kann auch nicht die Vergangenheit des Herrn Schneider[78] vergessen. Sie wissen, was er in der Nazizeit für eine Rolle gespielt hat. (*Kaiser:* Sie haben schon so viel vergessen, Herr Bundeskanzler!) Lieber Herr Kaiser! Ich vergesse nicht so leicht, nur zeige ich es nicht immer. Das ist ein großer Unterschied.

Aber nun wollen wir eine Pause machen. Drüben ist das Büfett angerichtet. Ich denke, wir fahren um 3 Uhr fort.

Pause von 13.55 Uhr bis 15.00 Uhr.

Innenpolitische Aufgaben

Adenauer: Herr Dr. Krone wird Ihnen einen Bericht geben über innenpolitische Aufgaben.

Krone: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Das Thema heißt „Innenpolitische Aufgaben". Das ist ein sehr umfangreiches Thema, und man kann nur ein paar Punkte herausgreifen, von denen man glaubt, sie seien wichtig, um in einem solchen Vortrag hier im Vorstand erwähnt zu werden.

Ich möchte anfangen mit der letzten Nummer des „Vorwärts" vom 4. Februar dieses Jahres. Da ist eine Karikatur zu sehen: Vier Männer tragen einen schwarzen

76 Vgl. Anm. 35.

77 Vgl. Nr. 4 Anm. 17.

78 Schneider war von 1931 an Mitglied der NSDAP, 1937 aber als Rechtsanwalt wegen seiner Vertretung von politisch Verfolgten aus der Partei ausgeschlossen worden.

Sarg. Die vier Männer sind die Vertreter der Koalitionsparteien, darunter der Bundeskanzler in Uniform. Im Sarg liegt die deutsche Einheit begraben, und hinter dem Sarg gehen die Vertreter Amerikas, Englands und Frankreichs mit den Worten „Ruhe sanft!". Darunter stehen die Worte „Bevor sie wieder neue Schwierigkeiten machen".

Meine Damen und Herren! Mir scheint diese Karikatur auch ein Zeichen unserer inneren Situation zu sein, daß man auf seiten der Opposition schon so weit geht und mit einer solchen Infamie gegen die Regierung arbeitet und den Vertretern der Alliierten, die mit uns laut Vertrag sich verpflichten wollen, nach der Ratifizierung die deutsche Einheit wiederherzustellen, dieses Prädikat widmet: Bevor sie wieder Schwierigkeiten machen. Robert Tillmanns meinte, man könne darunter nur die Worte setzen: Außer uns, den Sozialdemokraten, gibt es nur noch die Kommunisten, die für die deutsche Einheit sind.

Was ich mit dieser Bemerkung sagen will, ist ein immer deutlicheres Heranrücken der SPD an die Parolen der Kommunistischen Partei. Es ist eine Karikatur, die auch im letzten dahin wirkt, den Staat zu zerstören, ihn als einen noch nicht perfekten darzustellen, um auf dem Wege des linken Flügels der SPD vielleicht zu einer anderen staatlichen Form zu kommen. Mir scheint, daß das auch ein Zeichen unserer inneren Lage ist.

Wir schreiben jetzt das Jahr 1955. Wir haben noch gut zwei Jahre Zeit bis zu den Neuwahlen. Aber bis dahin haben wir Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen[79]. Ende des vorigen Jahres waren die Wahlen in Bayern, Hessen, Berlin und vorher in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein. Sollten wir uns nicht überlegen, ob wir diese dauernden Wahlen etwas zusammenstellen, etwas komprimieren können auf einige wenige Termine? Wir kommen vor lauter Wahlen nicht zu einer ordentlichen und soliden Arbeit.

Ich möchte von drei besonderen Aufgaben sprechen, die uns obliegen: 1. über das, was im Parlament gemacht werden muß, 2. was über das Parlament hinaus an innenpolitischen Aufgaben vor uns steht und 3. was wir in der Partei zu tun haben. Ich darf nur die wichtigsten Dinge anführen. Ich will jene Gesetze nehmen, die auch innerhalb unserer Partei vielleicht Diskussionen größeren Ausmaßes auslösen werden. Zunächst darf ich die Gesetze nennen, die nach der Verabschiedung der Verträge an uns herantreten werden, also die Gesetze über die Streitkräfte, über die Wehr usw.

Da ist das erste Gesetz dasjenige über die Gliederung des Heeres und über die Bundesverwaltung der Wehrdinge. Es schlägt in das Gebiet des Grundgesetzes hinein. Dies ist der einzige Punkt, wo im Zusammenhang mit diesem Gesetz eine Grundgesetzänderung in Frage kommt, und zwar zum Art. 4 GG: Kriegsdienstverweigerung. Hier bin ich der Meinung, wir sollten die Dinge ernst nehmen im Interesse der jungen Menschen, die diese Frage aufwerfen. Die Diskussionen in der letzten Zeit mit jungen Menschen, mit Studenten usw., mit ihren Einwürfen kamen immer gut an. Wir haben in der Fraktion zwei jüngere Kollegen, einen evangelischen und einen katholischen,

79 In Niedersachsen am 24. April, in Rheinland-Pfalz am 15. Mai 1955.

gebeten, sich darüber Gedanken zu machen und zu überlegen, wie es in ihren Räumen zugeht und wie man dort denkt. Es sind die Kollegen Josten[80] und Gedat[81].

Am wichtigsten ist die Frage nach dem Oberbefehl. Das ist keine militärtechnische, sondern eine hochpolitische Frage. Sie wissen, worum es geht, ob mit dem Bundeskanzler oder mit dem Bundespräsidenten sich diese Frage verbindet. Welche Position nimmt das Militär künftig ein? Soll es so gehen, wie es in der Weimarer Zeit war, wo die Dinge bei Schleicher[82] und seiner Politik endigten, oder ist nicht der andere Weg zwingend notwendig bei unserem neuen Staatswesen, daß sich auch das Militär darüber klar sein muß, Glied und Diener der Gesamtpolitik zu sein? Da liegt die entscheidende Frage. Ich habe das Empfinden, als ob man darüber noch nicht klar genug sieht, sondern aus einer gewissen leichten Art heraus meint, man könne eine Lösung durchaus bejahen, die sagt: selbstverständlich wie in Weimar der Reichspräsident!

Auf dem ganzen Gebiet der kommenden Wehrpolitik liegen große sachliche und persönliche Entscheidungen, die wir nicht ernst genug nehmen können, damit hier nicht eine Linie eingeschlagen wird und nicht die Gleise gleich zu Anfang so gelegt werden, daß nachher die Erinnerungen an die Weimarer Zeit in uns wach werden.[83]

Ein zweiter Komplex von Gesetzen liegt vor auf dem Gebiete der Innenpolitik. Da ist zunächst das Wahlgesetz, über das wir schon jetzt in der Koalition zusammen mit dem Bundesinnenminister diskutieren. Mir ist bekannt, daß von einer Koalitionspartei die Forderung nach einer Koppelung erhoben worden ist; denn das Gesetz steht auch zur Debatte bei den Besprechungen über die Verträge. Diese Koppelung wäre völlig falsch und untragbar und müßte abgelehnt werden. Ich gehöre zu denen, die sagen, wir sollten uns den Zeitpunkt der Verabschiedung sehr überlegen. Ich weiß, man kann auch anders darüber denken. Jedenfalls darf es nicht dahin kommen, daß die

---

80 Johann Peter Josten (geb. 1915), 1946 CDU, 1947–1953 MdL Rheinland-Pfalz, 1953–1980 MdB.

81 Dr. Gustav-Adolf Gedat (1903–1971), Mitglied zahlreicher evangelischer Jugendorganisationen, 1953–1965 MdB (CDU).

82 Kurt von Schleicher (1882–1934), seit 1920 im Reichswehrministerium, 1929 Generalmajor, Juni bis November 1932 Reichswehrminister, dann Reichskanzler bis 30. Januar 1933, 1934 mit seiner Frau erschossen.

83 Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 (BGBl I S. 651). – Während der Oberbefehl in der Weimarer Republik alle auf das Wehrwesen bezogenen Spitzenfunktionen umfaßte, ist in der Wehrverfassung der Bundesrepublik dieser Umfang wesentlich gekürzt um die dem Bundespräsidenten zugewiesenen Kompetenzen, um die Verordnungsgewalt, die gemäß Art. 80 GG dem Gesetzgeber übertragen ist, und die Militärjustiz. Die Befehls- und Kommandogewalt liegt in Friedenszeiten beim Bundesverteidigungsminister, im Verteidigungsfall beim Bundeskanzler unter Berücksichtigung der NATO-rechtlichen Regelungen. – Zu Einzelheiten vgl. Gesetz zur Ergänzung des GG vom 19. März 1956 (BGBl I S. 111).

Koalitionspartner die Gewinner sind und wir die Gebenden. Das bedarf eines großen Geschickes.[84]

Beim Parteiengesetz[85], wozu wir nach Art. 21 GG verpflichtet sind, interessiert die Frage der Finanzierung. Es gibt Leute bei uns, die meinen, wir sollten die Parteien über den Staat finanzieren. Dafür spricht mancherlei. Man sagt, die Parteien sind anerkannt im Grundgesetz als Träger des staatlichen Willens, also haben sie eine im Grundgesetz verankerte Aufgabe. Warum soll das nicht auch der Staat finanzieren. Ich glaube, auch der Kollege Schäffer ist der Meinung. Er hat in Bayern geäußert, daß das so geschehen müsse.

Ich kann mich zu dieser Auffassung heute noch nicht bekennen, weil es m.E. die Dinge zwar sehr erleichtert, aber andererseits uns im Denken des Volkes allerhand Schwierigkeiten bereitet und man damit auch den eigenen Willen in einem Maße lähmt, das nicht zu vertreten ist. Sie haben gelesen, daß bei der Steuernovelle die Abzugsfähigkeit von Spenden von uns beantragt und durchgesetzt worden ist.[86] Herr Erler von der SPD hat dagegen sehr scharf gewettert. Wir haben ihm sehr ruhig geantwortet und dabei festgestellt, daß auch die SPD nicht gegen die Zuteilung von Spenden ist, sondern daß sie durchaus Spenden nehmen will und auch sagt: Abzugsfähig sollen auch Spenden sein an Volkshochschulen, an sonstige allgemeine politische Bildungsanstalten, aber nicht an Parteien. Ich meine, wenn schon die Parteien im Grundgesetz verankert sind, dann kann man mit gutem Gewissen auch verantworten, daß Spenden an die Parteien abzugsfähig sind, zumal diese Spenden den Satz von 10 % in toto nicht überschreiten.

Es gibt in unseren Kreisen noch Schwierigkeiten über die Familienrechtsreform. Der Unterausschuß des Bundestages wird sich in diesen Tagen zusammenfinden zur weiteren Beratung dieses Gesetzes. Herr Kollege Hoogen[87] meint, daß in einem halben Jahr die Dinge soweit seien, daß die Diskussion im Parlament stattfinden könnte.

Es gibt auch Schwierigkeiten bei der Behandlung des 67er Personenstandsgesetzes. Herr Kollege Cillien hat als Sprecher der Fraktion in einer von allen Teilen der

---

84 Zu den Verhandlungen um eine Wahlrechtsregelung, wofür die Unionsparteien ein mehrheitsbildendes Wahlrecht anstrebten, das die Koalitionsentscheidung vor die Wahl rücken sollte, vgl. LANGE S. 620–711. Vor allem die Diskussion um die „Graben"-Wahlrechtsvorschläge führte Ende 1955 zu einer tiefen Koalitionskrise. – Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383).

85 Vgl. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission (Rechtliche Ordnung des Parteiwesens) von 1957; das Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) trat erst am 24. Juli 1967 in Kraft (BGBl I S. 773).

86 Gemeint: Parteispenden. – Vgl. Sten.Ber. 2. WP Bd. 22 S. 2671, 2683, 2782, 2857; Debattenbeiträge von Fritz Erler (SPD) S. 2683, 2857, 2860. Gesetz vom 16. Dezember 1954 – BGBl I S. 373.

87 Matthias Hoogen (1904–1985), 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (Zentrum), 1949–1964 MdB (CDU), 1953–1964 Vorsitzender des BT-Rechtsausschusses, 1964–1970 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

Fraktion gebilligten Rede unsere Meinung zu dieser Frage gesagt.[88] Leider kommt uns Passau hier in die Quere in einem Ausmaß, das einfach nicht tragbar ist – das sage ich als Katholik –, wo eine Onkel-Ehe Anlaß gewesen ist für den Pfarrer, mit Billigung seiner bischöflichen Behörde eine kirchliche Trauung vor der staatlichen Trauung vorzunehmen, obwohl m.E. dieser Notstand im Konkordat nicht vorgesehen ist.[89] Abgesehen vom drohenden Todesfall ist nur jener Notstand vorgesehen, wenn die Brautleute die Papiere nicht herbeischaffen können. Ich will im einzelnen dazu nicht Stellung nehmen, sondern nur eines feststellen, daß sich die anbahnende gute Lösungsmöglichkeit des 67er Personenstandsgesetzes auch mit der SPD einfach zerschlagen hat. Ich befürchte, daß wir die von uns zu erwartende Lösung des 67er Gesetzes nicht bekommen.

Wir sollten langsam auf allen Seiten erkennen, daß wir alle in einem Boot sitzen. Das gilt für uns als Volk, das gilt auch für die Kirchen. Es ist nur in der gegenseitigen Rücksichtnahme unser gemeinsames Wohl und Heil zu suchen. Ich bin der Meinung, daß Toleranz nicht nur ein erzwungenes Anerkenntnis des anderen ist, sondern auch ein in sich ruhender hoher sittlicher Wert vor der Achtung des anderen. Toleranz ist für uns alle ein gemeinsames Gebot, das die Nächstenliebe mit einschließt. Hier sehe ich Schwierigkeiten für uns, die natürlich durchaus hätten vermieden werden können. (*Adenauer:* Ich nehme an, daß das auch im Ordinariat gemaßregelt wird!) Ja!

Dann einige Worte über den Komplex der sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Es ist selbstverständlich, daß wir von der Fraktion aus den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft mit allen Mitteln weiter verfolgen bei den noch anfallenden Gesetzen. Konkret liegen folgende Gesetze im Bundestag vor: das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz[90] – wobei der Kollege Lücke[91] nicht so töricht ist zu übersehen, daß er nicht für alle Familien eine eigene Heimstätte schaffen kann –, das Baumietengesetz[92] mit seiner Konsequenz für den Althausbesitz. Wir müssen weiter endlich fertig werden mit der Novelle zum Bundesentschädigungsgesetz[93]. Das dauert viel zu lang. Das sage ich ganz offen. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß wahrscheinlich in vier Wochen ein Entwurf, der von Freunden ausgearbeitet worden ist und zur Grundlage für die

88 Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2579f. – § 67 des Personenstandsgesetzes hatte jeden mit Strafe bedroht, der eine kirchliche Eheschließung vor der standesamtlichen Trauung vornahm. – Gesetz vom 18. Mai 1957 (BGBl I S. 518). Vgl. auch Nr. 18 Anm. 34.

89 Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem Freistaat Bayern vom 29. März 1924 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1925 S. 53). Eine Regelung der Eheschließung ist dort nicht getroffen worden, vgl. aber Art. 26 des Reichskonkordats.

90 Gesetz vom 27. Juni 1956 (BGBl I S. 523).

91 Paul Lücke (1914–1976), 1949–1972 MdB (CDU, 1950–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 99.

92 Vermutlich gemeint das erste Bundesmietengesetz vom 27. Juli 1955 (BGBl I S. 458).

93 Das Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953 (BGBl I S. 1387) wurde am 10. August 1955 (BGBl I S. 506), am 29. Juni 1956 (BGBl I S. 553), am 1. Juli 1957 (BGBl I S. 663) und am 19. August 1957 (BGBl I S. 1250) geändert.

gesamten Fraktionen im Bundestag gemacht wurde, im Ausschuß bearbeitet werden kann. Weiter liegen vor das Kriegsfolgenschädenschlußgesetz[94], dann der Komplex der Sozialreform[95], von dem ich sage, ich verstehe nichts davon, ich nehme an wie die meisten Menschen, die davon reden. *(Heiterkeit.)* Es gibt ein Wort von Stresemann[96], der einmal gesagt hat: Wenn in einem Kreise von Karl Marx gesprochen wird, dann schweige ich; es könnte einer dabeisein, der Karl Marx wirklich gelesen hat. So geht es mir auch. Es ist so, daß wir die besten Kenner grundsätzlicher, aber auch parteipolitischer Art einsetzen müssen, um das große Problem anzupacken. Ob wir das in dieser Session noch lösen können, das weiß ich nicht. (*Adenauer:* Das müssen wir!) Ich bin erfreut, Herr Bundeskanzler, daß die Dinge im Arbeitsministerium jetzt sehr vorangehen. Wir haben neulich auch im Ausschuß der Bundespartei darüber einen Vortrag eines Herrn des Arbeitsministeriums[97] gehört, der in unserem Kreis sehr gefallen hat. Die Fraktion wird zusammen mit dem Herrn Arbeitsminister mit aller Entschiedenheit an diese Dinge herangehen.

Jetzt zu den Aufgaben, die auf uns zukommen, die aber über das Parlament hinausgehen. Da nenne ich folgendes: 1. die Fragen um den DGB, 2. das Gebiet der Presse und des Funks und 3. die wachsende Infiltration des Westens durch den Osten.

Wenn der DGB mit seiner großen Organisation und seiner wachsenden politischen Macht als ein Gebilde zwischen Regierung, Parlament und Volk das Prinzip der Neutralität verletzt, sei es in der Schulung, sei es in der Presse, dann haben wir als Partei das Recht, im Interesse unserer Wähler dazu ein Wort zu sagen. Ich bin der Meinung, daß das Prinzip der Neutralität vom DGB seit längerer Zeit verletzt wird. Ich erinnere an die Sitzung des Parteiausschusses im Bürgerverein, wo der Kanzler über die Parteinahme des DGB über die SPD sprach.[98] Denken Sie an die Rede Reuters in der Paulskirche.[99] Wenn auch formal gesagt wurde, er spreche nicht für den DGB, so hat er sich doch als einer der DGB-Leitung zu der Parole der Sozialdemokratischen Partei bekannt. Ich meine also, daß sich in dieser Rede und auch sonst DGB-Kreise für die Politik der SPD in der Frage der Verträge eingesetzt haben. Sie übernehmen auch in gewissen Teilen beim DGB die Methoden der SPD-Propaganda. Sie machen sich das Manifest zu eigen, sie nehmen teil an dieser Volksbefragung; sie haben in Bayern den Versuch gemacht, plebiszitär zu arbeiten.

---

94 Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. November 1957 (BGBl I S. 1747).

95 Dazu grundsätzlich Hockerts.

96 Gustav Stresemann (1878–1929), nationalliberaler Politiker; 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister (DVP).

97 Wahrscheinlich Sitzung des CDU-Bundesausschusses für Sozialpolitik vom 24. Januar 1955 in Bonn, mit Referat des damaligen Ministerialrats Dr. Kurt Jantz (Protokoll in ACDP VII-004-273/2).

98 Am 31. Juli 1953 aufgrund der DGB-Erklärung vom 30. Juli (vgl. Protokolle 1 S. 655 Anm. 1; unvollständiges Protokoll der Bundesausschußsitzung vom 31. Juli 1953 in ACDP VII-001-019/15).

99 Vgl. Anm. 27.

Wer die Dinge etwas weiter sieht, muß zumindest die Befürchtung aussprechen, daß hier der Anfang gemacht wird zu einer „Aktion direkt", die neben den vom Volk gewählten Repräsentanten, den Abgeordneten, dem Parlament und der Regierung ein neues Mittel der Gesetzgebung – nämlich in Form einer Volksbefragung – einführen will.[100] Das erinnert stark an Dinge, die wir vom Osten her kennen.

Ich will weiter anführen die Rede von Nell-Breuning[101], die er in München gehalten hat, die als Druck unserer „Korrespondenz" herausgebracht worden ist: „Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?" Nell-Breuning galt bis heute als ein Mann, der die Einheitsgewerkschaften nicht nur bejahte, sondern sich auch verpflichtet fühlte, in den gewerkschaftlichen Monatsblättern des öfteren zu schreiben. Er hat zu der Rede von Agartz gesagt, sie führe in einen Irrgarten staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen, sie führe in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus. Er sagte weiter: Ich bedaure, es aussprechen zu müssen, aber ich werde es belegen, Agartz führt in die Verantwortungslosigkeit.

Nell-Breuning ist ein Mann, der in unseren Reihen als ein Kenner der Materie bekannt ist, der für die Gewerkschaften dasteht, der selber sagt, daß er gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft von Professor Erhard große Bedenken nach wie vor hat. Was heißt das für uns? Ich meine folgendes: 1. Wir müssen klar sehen, was ist. 2. Wir müssen an die Hunderttausende unserer christlichen Arbeiter-Wähler denken, die einer solchen Führung mit diesen Methoden unterstellt sind. Die Freunde in unseren Reihen aus der christlichen Arbeiterschaft müssen auf diese Punkte heute öffentlich hinweisen. Weiter gehe ich nicht in meinen Formulierungen. Das ist nicht Sache der Partei, sondern das ist Sache anderer Gremien. Sie wissen, was ich meine. Aber ich glaube, ein solch offenes Wort würde auch denen in der Gewerkschaftsführung, die die Bedenken teilen und mit uns zum demokratischen Staatsaufbau stehen, den Rücken stärken im Interesse der von ihnen vertretenen christlichen Arbeiter und Angestellten.

Und nun zum Thema „Innenpolitische Aufgaben", soweit sie das Parlament übersteigen. Für das Gebiet Presse und Funk habe ich einige Feststellungen getroffen, die ich kurz vortragen will. Unsere Presse durchweg in Deutschland spiegelt weithin nicht das echte Denken unseres Volkes wider. Unsere Presse ist weithin liberal. Zwischen der Presse und dem Volk klafft ein Gegensatz. Die Presse ist weit mehr liberal, als unser Volk es ist.

Das, was die Regierung tut und plant, wird in der Presse weit weniger herausgestellt als das, was die Opposition und der Liberalismus sagen. Das gilt nicht nur für die „Frankfurter Allgemeine", das gilt auch von anderen großen zentralen Presseorganen.

---

100 Vgl. Anm. 15.

101 Dr. Oswald von Nell-Breuning S.J. (geb. 1890), Professor für christliche Gesellschaftslehre und Ethik; 1948–1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. – Entgegnung auf die Rede Agartz' auf dem DGB-Kongreß vom 4. bis 9. Oktober 1954 (Text in AdG 1954 S. 4788–4790) als Sonderdruck der „Politisch-Sozialen Korrespondenz".

Wir haben von unserem Denken aus keine überregionale führende Zeitung. Wir haben ordentliche und angesehene, in ihrem Raum große Geltung besitzende Blätter, aber so große Zeitungen wie die „Welt" und einige süddeutsche Zeitungen haben wir nicht. Das Bild, das von diesen Zeitungen geprägt wird, geht auch zum Ausland, aber das Bild erscheint in einem Licht, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Nehmen Sie den Artikel von Sethe heute in der „Frankfurter Allgemeinen".

Wenn der Chef der Regierung spricht, dann ist es im deutschen Rundfunk ein Grundgesetz, daß der Oppositionsführer sofort und im gleichen Umfang zu Wort kommt wie der Kanzler; das ist eine Sache, die es in anderen Ländern nicht gibt. Die Regierung ist getragen von der Mehrheit im Parlament. Sie beruht auf einer Mehrheit des deutschen Volkes. Es besteht eine Pflicht, daß das Volk erfährt, was die von ihm gewählte Regierung in diesen zentralen Fragen will.

Ich bin der Meinung – das ist ein Grundsatz, den ich hier aufstelle –, daß der Regierungschef weit mehr zu Wort kommen muß, als das bisher der Fall gewesen ist. Es darf nicht die schematische Gleichstellung weiter vorkommen, wie es der deutsche Rundfunk heute tut.

Wir müssen weiter mit Besorgnis feststellen, daß Bestrebungen im Gange sind von seiten der wirtschaftlichen Macht der Gewerkschaften, die über den Bereich ihrer Aufgaben hinaus vorstoßen, auf kulturellem Gebiete – etwa des Films – neue Machtpositionen zu gewinnen. Wir haben ferner noch aus der Besatzungszeit her beim Funk und zum Teil auch bei der Presse eine personelle Besetzung, die dem Volkswillen aufgrund der Wahlen nicht mehr entspricht. Es muß unsere und der Regierung Aufgabe sein, hier in geeigneter Form Wandel zu schaffen.

Nun zum Kapitel „Infiltration des Westens durch den Osten". Während die Macht des Kommunismus in den Parlamenten gebrochen ist, nimmt die Zahl der Tarnorganisationen von Monat zu Monat zu in einer Form, die man weithin im ersten Augenblick nicht erkennt. Um so gefährlicher ist diese Entwicklung. Es kommt hinzu, daß die Tarnorganisationen über große Geldmittel verfügen. Wie stark die Infiltration ist, zeigt folgendes Beispiel: Es hat vor einiger Zeit in Bonn in einem politischen Kreis eine Besprechung stattgefunden über politische Fragen. Es steht fest, daß dieses Gespräch in einem Kreis von etwa 30 Leuten – dazu allerdings die Bedienung – nach fünf Stunden in Moskau war.

Wir müssen feststellen, daß im deutschen Volk weniger das einfache bäuerliche Volk, wohl aber die intellektuellen Kreise anfällig sind mit einer gewissen Neigung, dieses Problem interessant zu empfinden. Auf dem Gebiet des Sports und der Kunst, aber auch in Künstlerkreisen, geht diese Infiltration schnell vor sich. Denken Sie an die internationalen Eishockeyspiele mit den Dynamos aus Moskau[102], an den

102 Am 16. Oktober 1954 in Krefeld eingetroffen, zur Teilnahme am Turnier um den „Samt- und Seide-Pokal" vom 20. bis 24. Oktober (vgl. „Spiegel" Nr. 44 vom 27. Oktober 1954 S. 26f.).

Volkstrauertag im Ruhrgebiet[103] usw. Wir müssen weiter besonders beachten den Austausch und Transport von Kindern von drüben nach hier und von hier nach drüben. Man steckt drüben viel Geld in diese Angelegenheit hinein. Die Kinder kommen vielfach zurück mit falschen Eindrücken. Sie werden drüben gut beherbergt und gekleidet.[104]

Sie haben weiter gelesen von der Zusammenkunft hoher Offiziere und Generale unter Paulus in Berlin, an der trotz Mahnung von seiten der Bundesregierung 20 Offiziere teilgenommen haben.[105] Wir müssen überlegen, ob nicht eine einheitliche Zusammenfassung aller Abwehrmaßnahmen auf diesem Gebiet notwendig ist.

Nun zu den Aufgaben der Partei. Herr Bundeskanzler, ich habe die Bitte an Sie, einmal eine Parteivorstandssitzung abzuhalten – hoffentlich verstehen Sie mich recht –, in der wir uns fast ausschließlich den Aufgaben der Partei zuwenden. Wir sollten uns dann einmal überlegen, was auf dem Gebiete wirklich notwendig ist. Dazu möchte ich kurz drei Punkte anführen:

Notwendig ist zunächst eine noch engere Arbeit zwischen der Bundespartei und der Bundestagsfraktion mit ihren Ausschüssen sowie ein engerer Kontakt zwischen der Bundestagsfraktion mit den Landtagsfraktionen und den Regierungen. Wir sollten ferner den – für die meisten ja aussichtslosen, aber ich halte ihn für durchführbar – Versuch machen, bei aller Anerkennung der Spenden, die wir bekommen, doch zu einer Finanzorganisation der Bundespartei zu kommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich kann nur begrüßen, daß die Landesgeschäftsführer aller Parteiorganisationen auf ihrer Tagung in Karlsruhe[106] sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht haben. Ich begrüße es ganz besonders, daß Kollege Fricke diesen Beschluß als Wirtschaftler sofort aufgenommen und gesagt hat, er sei nicht nur dafür, sondern er werde ihn auch durchführen. Die meisten werden sagen, wir werden es nicht fertigbringen. Ich weiß, wie schwer es sein wird. Aber das muß einmal im einzelnen durchdacht werden mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, in einer ruhigen Stunde, die Sie vielleicht erübrigen können.

---

103 14. November 1954. – Kritisiert wurde z.B. eine Rede des Basler Theologen Karl Barth in Wiesbaden, der zur Abkehr von der Außen- und Innenpolitik der Bundesregierung aufgerufen und den Widerstand der „Roten Kapelle" gegen Hitler besonders betont hatte (vgl. UiD vom 20. November 1954).

104 Kultur, Wissenschaft und Sport dienten nach dem Eindruck der Bundesregierung einer systematischen Zersetzungs- und Infiltrationspolitik – so etwa Staatssekretär Franz Thedieck am 5. November bei einem Vortrag in der deutschen Hochschule für Politik in Berlin („Die Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands" NL Thedieck ACDP I-051-001). Dazu zählte auch das Angebot der DDR auf Kinderferien; 1954 hatten ca. 20.000 westdeutsche Kinder dieses Angebot angenommen (Bericht in UiD vom 20. November 1954).

105 Am 29./30. Januar 1955 in Ost-Berlin. In einem Kommuniqué wurde eine deutsche Nationalarmee in einem wiedervereinten, souveränen und gleichberechtigten Deutschland verlangt (vgl. FAZ vom 3. Februar 1955). – Friedrich Paulus (1890–1957), Generalfeldmarschall der 6. Armee, die am 2. Februar 1943 in Stalingrad kapitulierte, 1953 in die DDR entlassen.

106 Am 29. Januar 1955.

Und nun zum letzten, zur Schulung! Ich habe hier im Vorstand einmal vor der Wahl darüber gesprochen, was da noch fehlt in der Fraktion. Ich habe Ihnen auch gesagt, ohne persönlich zu werden, wo es an Kräften und Menschen fehlt. Die neue Bundestagsfraktion hat eine Reihe von jungen Kollegen bekommen, die auch irgendwie etwas sind, insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Steuern und der Finanzen. Ich sehe aber mit großer Sorge, wie in unserer Fraktion unsere alten Sozialpolitiker ohne Nachwuchs dastehen. Die Kollegen Albers, Storch, Horn und Sabel[107] schätzen wir alle sehr, aber es fehlt an Nachwuchs, weil die Menschen keine Gelegenheit haben wie früher, sich Wissen, Können und Erfahrung anzueignen.

Wenn unsere Partei ihre großen Aufgaben auf die Dauer erfüllen will, müssen wir dafür sorgen, daß wir Nachwuchs bekommen. Früher gab es Organisationen im vorpolitischen Raum, wie der Volksverein[108] in Mönchengladbach usw., aus denen die führenden Sozialpolitiker hervorgegangen sind, z.B. Brauns[109], Stegerwald, Habermann[110] usw. Das fehlt heute. Wir haben heute zwar eine Vielzahl von Bildungsstätten multa und multum, aber nichts Durchgreifendes. Wir müssen also zur Selbsthilfe greifen und größere Mittel investieren für diese Aufgabe, die ein dringendes Problem ist, das gelöst werden muß, wenn wir nicht eines Tages leergelaufen dastehen wollen.

Das sind die Dinge, die ich zur Partei sagen möchte. Das Ganze ist nur hingeworfen in Form von Sätzen. Sie sind kurzgefaßt und wenig begründet; sie sollen nur als Anleitung zur Diskussion dienen. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich danke Herrn Dr. Krone in unser aller Namen für seinen sehr anregenden Vortrag. Er hat, wie er selbst ausführte, nur in Sätzen gesprochen. Es war nicht möglich, ausführlich über alle diese Dinge zu sprechen. Ich darf vielleicht einiges ergänzen zu dem, was er gesagt hat. Zunächst stimme ich ihm absolut bei in seiner letzten Anregung, daß wir einmal über die Frage der Parteiorganisation uns ausschließlich unterhalten sollen. Ich habe gestern mit Herrn Tillmanns darüber gesprochen, daß wir uns, sobald wir die Last der Verträge – Last in dem Sinne, daß sie jetzt unsere ganze Arbeit in Anspruch nehmen – hinter uns haben, diesen Aufgaben einmal widmen wollen.

Wir haben über der Last der täglich anfallenden Arbeit, die geleistet werden muß, nicht die Möglichkeit gehabt, in die Zukunft zu schauen und für unsere Partei

---

107 Anton Sabel (1902–1983), 1949–1957 MdB (CDU, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit), 1957–1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

108 Der Volksverein für das katholische Deutschland war 1890 gegründet worden (1933 aufgelöst); er diente vornehmlich der sozialen und staatsbürgerlichen Bildung. Seine Zentralstelle war in Mönchengladbach.

109 In der Vorlage: Braun. – Heinrich Brauns (1868–1939), katholischer Geistlicher; 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR (Zentrum), 1920–1928 Reichsarbeitsminister (Hubert MOCKENHAUPT in ZEITGESCHICHTE 1 S. 148–159).

110 Max Hans Habermann (1885–1944), 1904–1933 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV), 1928 Präsident des Internationalen Bundes christlicher Angestelltengewerkschaften. – Habermann hatte als Protestant vermutlich keine Beziehungen zum Volksverein.

etwas zu tun. Das gilt vor allem auf dem Gebiet des Nachwuchses, und zwar nicht nur hinsichtlich des großen Gebietes der sozialen Aufgaben, sondern nach meiner Auffassung hinsichtlich des Nachwuchses schlechthin.

Das zweite Problem, was dazugehört, ist das Problem der Presse, in der, wie Herr Krone mit Recht sagt, unsere Auffassung in den großen Blättern nicht vertreten wird. Und im Rundfunk bekommen wir mit Ausnahme des Südwestfunks überall diese Schwierigkeiten.

Ich bin durchaus seiner Auffassung, daß wir versuchen müssen, finanziell doch wenigstens einigermaßen selbständig zu werden. Es ist für den Bettler wie für den Geber in gleichem Maße peinlich, wenn der Bettler immer hingehen und sagen muß, wir haben diese oder jene Wahl, wir brauchen soundso viel Geld dafür. Bei den Sozialdemokraten ist das ganz anders, weil die Arbeitnehmer an Opfer für gemeinsame Zwecke viel mehr gewöhnt sind. Ich hoffe, daß wir hier zu einer wirklichen Lösung kommen werden.

Wir müssen uns auch einmal über die Organisation der Landesparteien unterhalten. Herr Dr. Tillmanns hat mir gestern gesagt, daß Sie, Herr Heck, sehr ausführliches Material hätten und in der Lage seien, darüber in verhältnismäßig kurzer Zeit berichten könnten, und zwar würde dieser Bericht aus jeder einzelnen Landespartei das Gute und das nicht Gute oder weniger Gute und vielleicht sogar das Schlechte wiedergeben. Ich glaube, das ist auch eine unbedingte Notwendigkeit; denn das föderalistische Prinzip in allen Ehren, aber innerhalb unserer Partei wird es ein bißchen stark.

Das ist so zu erklären: Die Landesparteien waren vor der Bundespartei da, genau wie die Länder vor dem Bund da waren. Kein Lebewesen will seinen Lebensraum irgendwie eingeschränkt wissen. Daher hat die Bundespartei eigentlich zu wenig Einwirkungsmöglichkeiten. Das Ganze ruht bei den Landesparteien. Darüber werden wir uns einmal unterhalten müssen. Ich finde es auch – ich bitte, mir das nicht übelzunehmen – als Luxus, wenn z.B. in Baden-Württemberg noch vier Landesparteien bestehen. Das scheint mir ein bißchen viel zu sein. In Niedersachsen gibt es noch drei. (*Cillien:* Wir vertragen uns aber!) Nach meinen Erfahrungen gab es in Niedersachsen fast soviel Krach wie in Bayern, und das heißt schon etwas. (*Cillien:* Nein!) Ich kenne das doch. Denken Sie an Oldenburg usw. Das ist auch historisch zu erklären. Woraus setzt sich Niedersachsen zusammen? Aus Oldenburg, aus Hannover, aus Braunschweig, und dann kam noch die Ecke von Osnabrück hinzu. Sie fühlten sich alle nicht zusammengehörig, sondern jeder fühlte sich von Hannover irgendwie benachteiligt. Diese Gegensätze spielen sich auch ab innerhalb der Landesparteien. Aber wie ich höre, haben Sie eine ganz nette kleine Dachorganisation gemacht, und es geht besser. Vielleicht kann man das noch etwas mehr ausbauen.[111]

111 Bis 1972 bestanden in Baden-Württemberg die Landesverbände Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden. – Die „CDU in Niedersachsen" war am 20. Oktober 1950 als „übergebietlicher Dachverband" von den CDU-Landesverbänden Hannover, Braunschweig und Oldenburg mit Sitz in Hannover gegründet worden (Vereinbarung in ACDP III-007-001/2; Fratzscher S. 94f.).

Es ist nach meiner Meinung – ich habe dem eben durch einen Zwischenruf schon Ausdruck verliehen – völlig unmöglich, daß die Sozialreform über die nächste Bundestagswahl hinaus verschoben wird. Die Sozialreform muß unter allen Umständen ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl Gesetz sein, sonst können wir die nächste Bundestagswahl einfach nicht bestehen. (*Kunze:* Unmöglich!) Was unmöglich ist, muß man eben möglich machen, Herr Kunze! Das sage ich als Vorsitzender der Partei und auch als Bundeskanzler, es muß möglich gemacht werden, koste es, was es wolle! Wir haben ja noch zweieinhalb Jahre Zeit. Wenn wir bei der nächsten Bundestagswahl nur die großen Gesetze, z.B. über die Wiedererlangung der Souveränität, aufweisen können, haben aber nicht die Sozialreform gemacht, dann werden wir schlecht abschneiden. Das muß also möglich gemacht werden!

In einem stimme ich Herrn Krone von ganzem Herzen zu, nämlich zu den Abwehrmaßnahmen gegen die Infiltration. Es wird eine sehr schwere Aufgabe für uns werden, aber sie muß gelöst werden. Ich glaube, die wenigsten machen sich auch nur annähernd einen Begriff davon, wie stark diese Infiltration ist, angefangen von den amtlichen Büros bis hinunter in die Werkstätten und Bergwerke hinein, auf der ganzen Linie.

Um Ihnen ein Beispiel anzuführen: Herr Oberländer hat vor kurzem einer Befragung eines Vopo-Offiziers[112] in einer Berliner Sitzung beigewohnt, in der entschieden werden sollte, ob dieser Mann als Flüchtling anerkannt würde oder nicht. Der Mann war zufällig aus der Gegend, in der Herr Oberländer beheimatet und also sehr gut bekannt ist. Herr Oberländer sagte, er habe festgestellt – und der Vopo-Offizier habe das nachher auch gestanden –, daß dort eine Schule ist, in der die Volkspolizisten und ihre Offiziere angeleitet werden, sich so zu verhalten, daß sie bei der Prüfung in Berlin als Flüchtling anerkannt werden. Wir haben z.Z., wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, mindestens 5.000 Volkspolizisten in der Bundesrepublik. Mir ist gesagt worden, daß sie in den Bergwerken verschwinden oder aber, daß sie zur Volkspolizei[113] kommen. Man denkt sogar auf polizeilicher Seite daran, daß die Leute dazu bestimmt sind, im Falle von Putschversuchen an der richtigen Stelle zu sein.

Ich bekam jetzt einen Brief aus der Ostzone von einem mir unbekannten Mann, der mir geschrieben hat, daß schon jetzt in der Ostzone die Hauptwarte für die kommenden freien Wahlen geschult werden und daß auch die Putschversuche schon vorbereitet seien. Das klingt auf den ersten Blick etwas unwahrscheinlich, aber es ist in hohem Grade wahrscheinlich, wenn Sie sich folgendes Bild vor Augen halten: Was die Russen wollen nach der Verlautbarung vom 15. Januar[114], das sind Wahlen irgendwelcher Art und dann ein Nebeneinanderbestehen der DDR und der

112 Halbmilitärische Polizei in der DDR, 1954 ca. 130.000 Mann stark.

113 Sinn unklar. Vielleicht Bundesgrenzschutz.

114 Nicht adressierte Erklärung der Regierung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage vom 15. Januar 1955. Text sowie Antwort der Bundesregierung vom 16. Januar 1955 in AdG 1955 S. 4959f.

Bundesrepublik. Es wird vielleicht irgendeine Dachformation darüber gemacht, aber kein Bundesparlament geschaffen; davon sprechen sie nicht. Und nun stellen Sie sich vor, wir, die Bundesrepublik, die wir, wenn die Besatzung nicht mehr da ist, überhaupt ohne jede Möglichkeit sind, uns zu wehren, sitzen dann unter einem Dach mit der DDR mit ihren 150.000 schwerbewaffneten Volkspolizisten. Damit haben Sie das Bild, wie sich die Russen das denken. Und mutatis mutandis ist das dieselbe Geschichte, wie sie in der Tschechoslowakei und in Polen gewesen ist. Das wird planmäßig alles vorbereitet.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Herr Krone, gerade bei den gegenseitigen Besuchen der Professoren, Sportler und Kinder wird mit einem solchen Leichtsinn verfahren, daß man geradezu verzweifelt davorsteht. Ich habe gestern ein Gespräch mit Herrn Conant gehabt und ihm gesagt, das sind die Hohen Kommissare schuld, weil sie seinerzeit jeden Paßzwang aufgehoben haben. Wir haben nicht die geringste Kontrolle darüber, wer zu uns kommt. Wer von uns aber nach drüben geht und nur irgendwie zeigt, daß er nicht mit ihnen übereinstimmt, den hat man sofort beim Wickel. (*Zimmer:* Es sind viele Tausende von Illegalen, die allein in unserem Lande sind. Es sind schätzungsweise 2.000, die nicht über die Lager gehen. Ich bin dahinter, um sie festzustellen.) Das ist eine ganz große und ernste Gefahr für uns, an deren Beseitigung wir herangehen müssen, sobald wir diesen Teil der Arbeit hinter uns und unsere Souveränität wiedererlangt haben.

Ich wäre Ihnen nun dankbar, wenn Sie zu dem Vortrag von Herrn Krone Ihre Wünsche und Meinungen zum Ausdruck brächten. Mir liegt etwas besonders am Herzen. Wir haben nach meiner Auffassung in der Not der Zeit der ersten Legislaturperiode eine Reihe von Gesetzen geradezu mit der Axt zurechthauen müssen, um irgend etwas hinzustellen. Daran ist sehr vieles verbesserungsfähig und wahrscheinlich auch vieles überflüssig. Ich habe den Herrn Blücher seit einem halben Jahr gebeten, den ganzen Wust von Gesetzen, die wir schon erlassen haben, daraufhin durchzuprüfen, was überflüssig geworden ist und beseitigt werden kann.

Vielleicht wäre das auch eine gute Aufgabe für unsere Partei, daß wir also einige Herren daran setzen. Der Bürokrat ist nun einmal so, daß er das Kind, das er gezeugt hat oder jedenfalls dem Bundestag vorgelegt hat zur Zeugung, *(lebhafte Heiterkeit)* am Leben behalten möchte, während der Nicht-Bürokrat vielleicht einsieht, daß es erdrosselt werden kann.

Diese Punkte möchte ich den Anregungen des Herrn Krone noch hinzusetzen, alles unter dem Gesichtspunkt, damit wir bei der nächsten Bundestagswahl etwas aufzuweisen haben, was unsere Partei als solche getan hat.

Wackerzapp: Wir haben gehört, daß die Russen den Kriegszustand mit uns beendet haben. Der nächste Schritt wird sein, daß sie diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen wollen. Wenn es dazu kommt, werden die Sowjets hier wohl eine Botschaft einrichten. Aus der Weimarer Zeit wissen wir, wie es mit der Sowjetbotschaft gewesen ist. Wir werden erleben, daß diese neue Botschaft Zufluchtsort und Sammelpunkt der KPD sein wird.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß die Russen ihre Botschaft in Berlin als Festung ausgebaut hatten. Wenn sie nun wieder einen solchen Palast in Bonn hinsetzen, kann das sehr große Folgen haben. Denken Sie daran, was für eine Plackerei auf diplomatischem Gebiet entstehen wird, wenn da irgendein Deutscher in die Sowjetbotschaft verschleppt wird. Wie kommt er wieder heraus? Die Botschaft ist exterritorial. Haben wir eine Eingriffsmöglichkeit gegen derartige Übertretungen, die von der Sowjetbotschaft wahrscheinlich vorkommen werden?

Die Dienerschaft der Sowjetbotschaft wird bestimmt eine kleine Armee sein. Wir wissen, daß auch damals in Berlin die Sowjetbotschaft Hunderte von Mitgliedern gezählt hat. Diese Frage wird besonders akut, wenn die amerikanische Besatzung aus unserem Gebiet zurückgezogen wird. Kann aus einer solchen Botschaft nicht eine große Gefahr entstehen?

Von Brentano: Es ist davon gesprochen worden, daß wir eine Überprüfung der Verhältnisse zwischen Bundespartei und Landesparteien vornehmen sollten. Ich begrüße das. Wir hätten dazu noch die sehr wichtige Aufgabe, innerhalb der CDU und CSU einmal das Verhältnis zwischen Bund und Ländern zu klären, weil ich fürchte, daß die Entwicklung, wie sie eben ist, notwendigerweise den Ruf nach einem echten Zentralismus auslöst.

Das Verhältnis von Bund und Ländern ist im Augenblick in einer ständigen Spannung. Ich will nicht fragen, wo die Schuld liegt. Darum geht es nicht. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Frage der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern bis zur Stunde noch nicht geregelt ist und daß wir im Bundestag und in den Landtagen Reden halten, als befänden wir uns im Kriegszustand, aber nicht in einer Bundesrepublik.

Ich glaube, daß das ein Anliegen ist, dessen sich die CDU und CSU annehmen müssen; denn wir tragen im Bund und beinahe in allen Ländern eine entscheidende Verantwortung. Es wäre notwendig, gerade diese Frage anzuhängen an die Probleme des Finanzausgleichs. Wenn sich die Dinge weiter so entwickeln wie bisher, dann können wir z.B. im Bund überhaupt keinen Haushalt mehr einbringen, weil wir nicht wissen, wie hoch die Einkommensteueranteile sind. Das gleiche gilt mutatis mutandis für die Länder.

Unsere Partei hat sich auf den Grundsatz eines föderalen Aufbaues festgelegt. Ich habe niemals verschwiegen, daß ich ein entschiedener Anhänger dieses Grundsatzes bin, aber ich fürchte, wenn wir nicht dafür Sorge tragen, dieses Fremdwort einmal so zu definieren, daß es auch wirklich verstanden wird, dann sehe ich ernste Gefahren. Die Menschen draußen dürfen nicht den Eindruck haben, daß der föderalistische Aufbau notwendigerweise ein ständiger Spannungszustand zwischen Bund und Ländern sei. Es ist unsere dringende Aufgabe, dieses Problem anzupacken, indem wir ein Gespräch herbeiführen mit unseren Freunden aus den Länderregierungen, damit auch in dieser Frage sich der gemeinsame Wille der CDU/CSU durchsetzen kann.

Heute müssen wir erleben, daß diejenigen, die im übrigen Zentralisten sind, nämlich die Opposition, sich sehr gern auf diesen Föderalismus berufen, um auf

diese Weise den Bund zu schwächen. Wir sollten von der Partei aus dafür sorgen, daß dieser Staatsaufbau nicht von vornherein mißbraucht wird.

Fay: Wir müssen Herrn Dr. Krone dankbar sein, daß er eine Reihe von Problemen aufgerissen hat. Die Zeit ist zu kurz, um zu den einzelnen Punkten eingehend Stellung zu nehmen. Wir können eines feststellen: daß unser demokratisches Leben in der Bundesrepublik voller Gefahren ist. Auf einen Gefahrenpunkt hat Herr Dr. von Brentano hingewiesen. Wir können diese Gefahren überwinden, wenn wir eine gute psychologische Leistung vollbringen gegenüber unserer Bevölkerung. Das A und O ist dabei die Aufklärungsarbeit.

Über Presse und Funk haben wir uns schon des öfteren unterhalten, sind aber leider bis heute zu keiner befriedigenden Lösung gekommen. Wir haben bei den Landtagswahlen gesehen, wie leicht es unsere Gegner haben, die diese Dinge ausnutzen und Kapital daraus schlagen. Die hessischen Wahlen haben nicht im Zeichen einer Landtagswahl gestanden, sondern im Zeichen einer Bundestagswahl. In Hessen ist die Situation eingetreten, daß wir, die wir eine Oppositionspartei waren, im Landtagswahlkampf zu einer Regierungspartei wurden, die die Politik der Bonner Regierung vertrat und deshalb angegriffen wurde. Wir hatten uns vorgenommen, in Hessen eine sozialdemokratenfreie Regierung zu bilden. Der Gedanke ist bei uns geboren worden, als 1950 nach einer Koalitionsregierung zwischen CDU und SPD die SPD aufgrund des Wahlergebnisses[115] der CDU den Stuhl vor die Tür gesetzt hat. Wir wurden weiter ermuntert, den Gedanken zu verfolgen durch das Ergebnis der Bundestagswahl. Nach einigen parteiinternen Schwierigkeiten haben wir mit 90 % Zustimmung uns auf diese Linie festgelegt, eine sozialdemokratenfreie Regierung anzustreben.

Wir brauchten dazu die Hilfe der Freien Demokraten. Das Wahlergebnis hat uns diese Hoffnung nicht erfüllt. Es fehlten mindestens vier Abgeordnete. Die Sozialdemokraten konnten allerdings allein die Regierung auch nicht bilden; bei ihnen fehlten fünf Abgeordnete. Warum kam der Erfolg nicht? Es ist so – das ist heute schon angeführt worden –, daß das Thema Wiederaufrüstung in der brutalsten Form des Barras die Bevölkerung zum Teil dazu gebracht hat, entweder zu Hause zu bleiben oder aber uns die Stimme nicht zu geben. Der Wahlkampf ist durch die Sozialdemokraten in der brutalsten Form geführt worden mit glatten Verleumdungen. Es ist gesagt worden, wir wollten nicht die Wiedervereinigung, sondern die Aufrüstung. Es ist glatt gesagt worden: Dr. Adenauers Politik führt in einen neuen Krieg. Herr Ministerpräsident Zinn[116] hat nicht davor zurückgeschreckt, den Bundeskanzler persönlich anzugreifen,

115 Landtagswahlen vom 19. November 1950: SPD 44,4 %, FDP 31,8 %, CDU 18,8 %; Landtagswahlen vom 28. November 1954: SPD 42,6 %, CDU 24,1 %, FDP 20,5 %, GB/BHE 7,7 %.

116 Georg-August Zinn (1901–1976), 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen (SPD).

indem er gesagt hat: Der Bundeskanzler ist nach Amerika gefahren, um sich einen Doktorhut zu holen; dafür hat er die Saar als Kaufpreis hingegeben.

Die Freien Demokraten haben das Wahlabkommen, das sie mit uns abgeschlossen hatten, auch nicht ganz korrekt eingehalten, vor allen Dingen soweit es sich um Herrn Dehler handelt. Auch Herr Euler ist m.E. weit über das Ziel hinausgestoßen, indem er gesagt hat: Möge der Kanzler sehen, wo er seine Mehrheit für das Saarabkommen hernimmt. Die scharfen Angriffe, die er gegen Herrn von Brentano gerichtet hat, liegen auch außerhalb dieses Abkommens.

Aber im wesentlichen ist das Abkommen von den Freien Demokraten eingehalten worden. In einem Punkt haben sie versagt, indem sie die Saarfrage in den Vordergrund geschoben haben, so daß eine Reihe von Wählern, die sich vielleicht gefühlsmäßig zu den Freien Demokraten hingezogen fühlen, nicht FDP, sondern SPD gewählt haben mit der Begründung, hier wisse man wenigstens, wie die endgültige Entscheidung ausfalle. Bei der FDP wisse man nicht, ob sie nicht doch in letzter Minute umfalle. Das Ergebnis war, daß eine gewisse Schwächung der FDP eingetreten ist.

Aber es darf nicht verkannt werden, daß wir in Hessen eine sehr starke FDP haben. Die FDP hat gegenüber der Bundestagswahl von 1953 sogar [um] 11.000 Stimmen zugenommen. Sie hat 513.000 Stimmen bekommen gegenüber 502.000 Stimmen bei der Bundestagswahl, während wir rund 52.000 Stimmen verloren haben.[117]

Vor der Wahl wußte ich, daß sich ein Teil der Kandidaten des BHE bereits mit den Sozialdemokraten festgelegt hatte, daß sie für den Fall, daß SPD und BHE zusammen die Mehrheit bekämen, zusammen eine Regierung bilden wollten. Ich darf unter Berufung auf die Vertraulichkeit in diesem Kreise sagen, daß dieselben BHE-Abgeordneten mit Leuten, die uns nahestehen, schriftlich vereinbart hatten, daß sie nie in eine SPD-Regierung eintreten würden. Unter Berufung auf diese Vertraulichkeit darf ich sagen, daß zwei davon jetzt Minister in Hessen sind. (*Von Brentano:* Aber, daß sie Minister sind, dürfen wir weitersagen! – *Heiterkeit.*) Ja! Wir haben in den ersten acht Tagen nach der Wahl mit dem BHE verhandelt, um den Wünschen der Freunde, die von uns gefordert hatten, eine Regierung nach dem Bonner Muster zu bilden, nachzukommen. Wir haben in diesen Verhandlungen einen Minister und einen Staatssekretär zugestanden. Die Sozialdemokraten haben jetzt zwei Minister von sechs Ministerposten und einen neugeschaffenen Staatssekretär dem BHE eingeräumt, so daß die SPD mit 44 Abgeordneten vier Minister einschließlich des Ministerpräsidenten hat, während der BHE mit sieben Abgeordneten zwei Minister und einen Staatssekretär erhalten hat.[118]

---

117 Die FDP erhielt bei den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 610.534 Erst- und 502.548 Zweitstimmen, die CDU 760.423 bzw. 849.125; bei den Landtagswahlen 1955 erhielt die FDP 513.421, die CDU 603.691 Stimmen (FAUL S. 344f.).

118 Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr war Gotthard Franke, Minister für Landwirtschaft und Forsten Gustav Hacker, Staatssekretär für Vertriebene (im Innenministerium) Dr. Walter Preißler.

Ich hatte den Herrn Bundeskanzler gebeten zu versuchen, über Herrn Oberländer zu erreichen, daß der BHE von seiner SPD-Linie abschwenke. Aber es war ziemlich früh klar, daß das nicht zu erreichen war. Die Sozialdemokraten haben mit uns ein Gespräch gesucht. Wir haben dieses Gespräch dadurch beantwortet, daß wir hingegangen sind. Wir mußten uns eine Philippika anhören. Vor allem hat Herr Zinn gesagt, wir hätten einen verleumderischen Wahlkampf geführt. Wir haben entsprechend geantwortet, daß wir eine Gegenrechnung aufmachen könnten.

Innerhalb der CDU in Hessen gab es schwere Auseinandersetzungen darüber, ob der Weg, den man gegangen ist, richtig war. Es gab Leute, die gesagt haben, das Abkommen mit der FDP hätte uns in diese Schwierigkeiten hineingeführt. Das wird wohl niemand nachweisen können, wieviel Stimmen es uns gebracht hat oder wieviel Stimmen dadurch verlorengegangen sind. Es ist ein Phänomen, daß wir im Jahre 1950 aufgrund der scharfen „Ohne-mich-Propaganda" der SPD nur 350.000 Stimmen bekamen, aber jetzt bei der noch viel stärkeren „Barras-Propaganda" der SPD sogar 603.000 Stimmen erhielten. Dieser Zuwachs muß irgendeine solide Grundlage haben.

Die CDU hat sich auf einer Generallinie gefunden. Wir haben erklärt, daß wir in Opposition gegenüber der SPD/BHE-Regierung stünden, daß wir aber zu einer echten Zusammenarbeit mit der SPD auch jetzt noch bereit seien, wenn die Bedingungen annehmbar wären. Wir haben uns über Einzelheiten der Bedingungen – Gott sei Dank, sage ich – nicht unterhalten. Es ist darüber nichts gesprochen und nichts festgelegt worden. Hier ist eine empfindliche Nahtstelle innerhalb unserer Partei. Abschließend darf ich feststellen, ich begrüße die Anregungen von Herrn Dr. Krone, daß wir uns einmal über das Verhältnis Bundespartei/Landesparteien eingehend unterhalten sollten, herzlich. Ich glaube auch, daß die Satzungen, die in den einzelnen Landesparteien gelten, einmal überprüft werden müßten, vor allen Dingen auch die Fragen, wie Abgeordnete geschaffen werden, welchen Einfluß die Partei hat, wer in der Partei überhaupt etwas zu sagen hat, ob der Vorstand oder der Landesausschuß oder die Delegiertenversammlung mit ihren 300 Migliedern. Ich kann Ihnen aus meiner jetzt zweijährigen Tätigkeit als Landesvorsitzender reichlich Material hierfür auf den Tisch legen.

Bach: Wir sind alle davon überzeugt, daß die Außenpolitik den Vorrang hat, aber ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Ansicht, daß wir die Innenpolitik in den letzten Jahren etwas vernachlässigt haben und daß wir nicht in den nächsten Wahlkampf hineingehen können, ohne eine echte Sozialreform geschaffen zu haben. Wir werden überall darauf stoßen, daß in den letzten Jahren hier kaum etwas geschehen ist.

Beim Finanzausgleich hoffe ich, daß bei der Neugestaltung auch die Gemeinden wieder zu ihrem Recht kommen und die Freiheitsrechte in der Dreiteilung Gemeinde-Land-Bund gewahrt bleiben. Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler als alter Mann der Selbstverwaltung die bestehenden Fehler mit ausgleichen helfen wird. Die Gegensätze, die wir immer sehen zwischen den Länderregierungen – die von der CDU bestimmend gestaltet werden – und der Bundesregierung, vor allem beim

Finanzausgleich, die würden wir nicht bekommen, wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler oder eine sozialdemokratische Bundesregierung da wäre. Es müßte möglich sein, daß diese Dinge im internen Raum ausgetragen werden, aber nicht vor aller Öffentlichkeit.

Ich habe manchmal den Eindruck, als ob die Länderminister ganz vergäßen, daß das Gesamtinteresse des Bundes den Interessen des Landes vorzugehen hat. Hier liegt der Fehler in unserer Organisation. Wenn wir uns die Satzungen der Landesverbände ansehen, stellen wir fest, daß jeder Landesverband eine eigene Satzung hat. Hier müßte Ordnung geschaffen werden, damit der Aufbau der Partei in den Landesverbänden einheitlich gestaltet werden kann. Diese Frage muß einmal eingehend besprochen werden.

Wir kommen heute ohne eine echte Mitgliedschaft nicht aus. Ich freue mich, daß sich die Landesgeschäftsführer bereit erklärt haben, diese Mitgliedschaft anzuerkennen. Ich habe Herrn Heck gesagt, er sei etwas jünger und er hätte daher einen etwas größeren Optimismus. Was ich auf dem Gebiete erfahren habe, ist nicht gerade erfreulich. Wenn ich auch für mich in Anspruch nehme, daß in meinem engeren Bezirk[119] immer eine starke Parteiorganisation bestanden hat, so müssen wir doch dafür sorgen, daß wir mehr Mitglieder bekommen, die am Leben unserer Partei interessiert sind und die wissen, worauf es ankommt, die vor allem aber Opfer bringen. Dann werden wir auch krisenfest.

Wir sollten uns die Mühe machen, eine organische Ordnung in unsere Partei hineinzubringen, und zwar von unten nach oben, wobei die Landesverbände mit den Ländern übereinstimmen sollten. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel, z.B. bei uns in Nordrhein-Westfalen. (*Zurufe:* Aha! – *Heiterkeit.*)

Majonica: Ich freue mich sehr, daß Herr Krone als eine wichtige Aufgabe der Partei die Schulung des Nachwuchses herausgestellt hat. Wer in den letzten Tagen und Wochen im Lande gesprochen hat, wird feststellen können, daß eine Bereitschaft der Jugend zur Partei besteht, wie das seit 1945 nicht mehr der Fall gewesen ist.

Was uns fehlt vom Standpunkt der Jungen Union, ist ein Kristallisationspunkt, an den sich die jungen Menschen halten können. Um diesen Kristallisationspunkt zu bekommen, müssen wir zunächst einmal die führenden Kräfte der Jungen Union schulen. In meinem Wahlkreis[120] sind 800 junge Leute. Wenn wir so weiterarbeiten, dann sind wir bald mehr junge Leute als ältere Mitglieder in der Partei. Ich glaube, daß das in den anderen Wahlkreisen auch möglich wäre, wenn wir von der Spitze her diese Arbeit leisteten.

Ich darf einen anderen Gesichtspunkt herausgreifen, nämlich den, daß die Kritik an der Außenpolitik hauptsächlich von der Intelligenz ausgeht. Wir müssen uns fragen, ob wir uns genügend mit diesen Schichten beschäftigt haben. Ich habe mich darüber gefreut, daß der Ring demokratischer Studenten endlich zu einer

119 Siegen.
120 Arnsberg-Soest.

guten Zeitschrift[121] gekommen ist. Dr. Strickrodt hat einem Vorschläge gemacht, eine Zeitschrift zu schaffen, die von der wissenschaftlichen Seite her einmal die Grundlage der Christlich-Demokratischen Union darstellen sollte. Das ist notwendig, weil gerade im vorparlamentarischen Raum so viele Organisationen ausgefallen sind. In der Weimarer Zeit hatte der Volksverein diese Aufgabe übernommen.

Es müßte noch mehr Schrifttum von der Partei herausgegeben werden. Nicht nur Rundfunkvorträge sollten gedruckt werden, sondern es sollten auch gründliche Untersuchungen zu den einzelnen Problemen angestellt werden. Das fehlt uns sehr.

Nun zur Frage des Parteiengesetzes. Mit der neuen Steuerreform, wo Spenden für die Parteien absetzbar sind, werden wir nicht genügend Mittel bekommen, um die Parteiarbeit so ausbauen zu können, wie es notwendig ist. Wir müssen neue Finanzquellen erschließen. Das geht weder auf dem Weg der Spenden noch auf dem der Mitgliederwerbung, sondern nur durch ein neues Parteiengesetz, das durch den Staat geschützt würde. Ich wäre dankbar, wenn der Parteivorstand dazu einen Beschluß faßte.

Ich habe den Eindruck, als ob gerade jene Leute, die eine solche Finanzierung ablehnen, sich sonst um die Finanzierung der Partei recht wenig kümmern. Wir sollten also von hier aus diese Dinge anpacken.

Zur Frage des Art. 4 GG bezüglich der Kriegsdienstverweigerung nur eine Anmerkung! Ich habe den Eindruck, trotz vieler Verlautbarungen, als wenn in breiten Schichten der Bevölkerung der Widerstand gegen einen neuen Wehrbeitrag im Augenblick weniger aus dem Gewissen heraus gespeist wird als vielmehr aus der Tatsache, daß man den durch die Wirtschaftspolitik der CDU geschaffenen hohen Lebensstandard nicht einschränken möchte. Man möchte aus dem bequemen Leben nicht herausgerissen werden, um nun Wehrdienst zu leisten. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, der eine große Rolle spielt.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir müssen Herrn Krone dankbar sein, daß er die Gesichtspunkte der Innenpolitik stark in das allgemeine Blickfeld lenkt und besonderen Wert darauf legt, die Sozialpolitik und die Sozialreform zu fördern. Ohne Zweifel wird der nächste Wahlkampf ohne ein gutes Ergebnis auf diesem Gebiet nicht geschlagen werden können. Das schließt aber nicht aus, daß die letzten Entscheidungen mehr oder weniger auf dem Gebiet des Irrationalen fallen, was insbesondere mit der Außenpolitik und der Wehrhoheit zusammenhängt. Es ist auf jeden Fall eine schwierige Sache, wenn wir diese außenpolitischen Entscheidungen gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen den Gewerkschaftsbund durchsetzen müssen.

Insofern glaube ich darauf hinweisen zu dürfen, daß die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und zur Minderung der Spannungen, wo sie ohne Verletzung unserer Anliegen durchführbar sind, ergriffen werden müssen. Die geradezu volksschädliche

121 „Civis. Zeitschrift für christlich-demokratische Politik". Hrsg. vom Bundesvorstand des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Marburg 1954/55ff.

Art, mit der einzelne der Koalitionsparteien gegen die CDU operieren, ist letzten Endes dadurch zu erklären, daß sie die Gewißheit haben, es könne die CDU und der Kanzler keinesfalls gegen sie regieren. Insofern möchte ich darauf hinweisen, daß eine Zusammenarbeit zur Milderung der Spannungen, ohne Verletzung unseres Prestiges, durchaus erwünscht wäre, wie sie in Baden-Württemberg in der jetzigen Koalition stattfindet. Sie ist nicht leicht eingegangen worden von der CDU, und man kann auch nicht sagen, daß wir etwa rauschende Erfolge gehabt hätten.

Das schließt nicht aus, daß wir die Probleme in all ihrer Schwere sehen, z.B. das verhängnisvolle Wirken des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich weiß nicht, ob auf diesem Gebiet sogenannte Gespräche auf höchster Ebene noch helfen. Ich frage mich, ob nicht eine direkte Aktion vorteilhafter wäre, beispielsweise so, daß man das System – ich spreche nicht von einer Gewerkschaftsspaltung – der christlichen Betriebsgruppen stärker fördert. Ich darf ein Beispiel dazu anführen. Ich habe in diesen Tagen in einem mir unterstehenden Betrieb mit 1.000 Leuten eine Betriebsversammlung erlebt, wo ein der CDU angehöriger Gewerkschaftssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede gegen die Pariser Verträge gehalten hat, auch gegen die Wiederbewaffnung. Darauf erhebt sich, gestützt auf die Existenz einer christlichen Betriebsgruppe und auf die CDU-Fraktion des Stadtrates, ein einfacher Mann und legt Protest ein gegen diese Ausführungen in direkter Aktion. Das kann man auch in Baden-Württemberg, wo wir in einem besseren Klima stehen mit der Bonner Opposition – manchmal, möchte es mir scheinen –, fast besser als mit der Freien Demokratischen Partei.

Ich sehe mit Besorgnis, daß wir die Verträge, auch wenn wir sie durchziehen, doch nur gegen weite Volksteile durchziehen müssen. Die Gefahr besteht, daß unsere eigenen Leute innerlich mutlos und zerknittert werden.

Ich glaube, Sie haben den Eindruck, daß wir in Baden-Württemberg dem Bund geben, was des Bundes ist, und daß wir auch vom Bund nehmen, was uns der Bund gibt. Daß wir vier Landesverbände haben, könnte nach außen hin als eine Übersteigerung erscheinen; aber das ist in erster Linie historisch bedingt. Wir müssen uns von dem Gedanken freimachen, als könne die Zusammenfassung zu einem größeren Gebilde von sich aus besser wirken. Es ist in diesen Tagen im Stuttgarter Landtag ein sehr schwer erkämpftes Zugeständnis und Bekenntnis abgelegt worden: Man habe nun einsehen müssen, daß die Zusammenfügung von drei Ländern zu einem einzigen Lande keine Einsparung bringe.[122]

Es ist auch so, daß wir in den vier Landesverbänden – wenigstens in meinem – äußerst billig arbeiten. Wir haben einen Landesgeschäftsführer, eine Stenotypistin und einen Volkswagen. (*Adenauer:* Das ist viel zu wenig!) Wir sind bereit, mehr auszugeben, wenn das möglich ist. Aber es geht auch so. Das Maß an Zusammenarbeit, das

122 Vgl. erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Rechnungsjahr 1955 am 27. Januar 1955 – 1.WP 55.Sitzung S. 2471–2516, u.a. S. 2476 (Paul Binder, CDU), S. 2479 (Alex Möller, SPD).

wir brauchen, haben wir. Es besteht eine Konferenz der Landesleitungen, die in einem Turnus wechselt. Es ist so, daß die Geschäftsführung der vereinigten Landesverbände z.Z. bei mir liegt. Nach einigen Monaten geht sie weiter. Die Zusammenarbeit ist also gegeben.

Es ist natürlich möglich, die Landesverbände auf zwei zu reduzieren, aber die Existenz dieser Landesverbände ist auch ein Politikum; denn in Baden ist die Trauer über den Verlust der staatlichen Selbständigkeit noch nicht abgeklungen. Es ist wichtig, dieser badischen Bewegung in Wahrung ihrer Belange ein Stück Heimat zu geben, damit nicht ernste politische Schäden eintreten. Das aber nur am Rande zu der Parteiorganisation, von der man sagen kann, daß sie dem Bund bestimmt das gegeben hat und geben wird, was er braucht.

Fricke: Ich darf feststellen, daß wir, seitdem Herr Gereke[123] nicht mehr in Niedersachsen mit seinen Sprechtagungen tätig ist, tatsächlich eine Einheit haben. Es ist auch so, daß die kleineren Landesverbände näher an der Bevölkerung und an den Bezirksorganisationen sind. Herr Cillien wird nicht böse sein, wenn ich sage, daß gerade im kleineren Landesverband Braunschweig die Organisation straffer geführt werden kann als in einem weiträumigen Raum.

Unsere Position in Niedersachsen ist ebenso schwer, wie es bei den Freunden in Hessen ist. Es ist unsere Aufgabe, das am 6. September 1953 eroberte Terrain einigermaßen zu behaupten, insbesondere auch die norddeutschen protestantischen Gebiete, deren Eroberung ein besonderes Verdienst unseres leider zu früh verstorbenen Freundes Dr. Ehlers ist. Deswegen brennt mir die Tiefenwirkung unserer Partei, die wir erzielen müssen, auf den Nägeln. Wenn eine Gegenaktion anläuft, dann will ich hoffen, daß das nicht wieder verpufft in einigen Kundgebungen, sondern diese Dinge müssen von der Bundespartei aus über die Bezirks- und Ortsparteien bis in das letzte Dorf des Landes hineingetragen werden.

Ein tiefer Ernst scheint mir aus einem Artikel „Blinder Eifer" in der Zeitschrift „Die Zeit" zu liegen.[124] Die „Zeit" schreibt, nachdem man das, was der Gewerkschaftsbund und die Kundgebung in der Paulskirche zum Ausdruck gebracht haben, abgelehnt hat, folgendes:

„Eine solche Politik ist daher gar nicht durchführbar. Wenn sie in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit dennoch an Boden gewinnt, dann ist das in erster Linie die Schuld der – mit Mehrheit im Bundestag hauptverantwortlichen – CDU, die zwar Wahlschlachten zu gewinnen, nicht aber den Kontakt mit der Bevölkerung zu halten versteht. Bei dieser Partei spielt sich alles nur in der obersten Spitze ab. Wenn

123 In der Vorlage: Gerke. – Dr. Günther Gereke (1893–1970), 1948–1950 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hannover (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 29 Anm. 50). – Während seiner Amtszeit hatte Gereke sog. Sprechtage für Mitglieder aller CDU-Kreisverbände eingeführt, was zur einheitlichen Willensbildung in der Partei beitragen sollte (vgl. dazu die positive Bewertung in FRATZSCHER S. 59f.).

124 Leitartikel vom 3. Februar 1955, gezeichnet von W. Fredericia.

die Opposition im Verein mit den Gewerkschaften eine große Aktion mit Plakaten, Versammlungen und einer Manifestation in der Paulskirche in Gang setzt, dann schickt die CDU den Bundeskanzler ans Mikrophon oder läßt ihn einen Brief schreiben. Auf den unteren Etagen dagegen geschieht nichts, keine Einwirkung von Mensch zu Mensch findet statt. Sie kann auch gar nicht stattfinden, weil niemand dazu da ist."

Es mag alles überspitzt sein, aber ich lese vor, was da geschrieben wird:

„In Deutschland kann man jahrelang leben, ohne jemals von der CDU etwas zu hören."

Herr Majonica erzählte mir unlängst, ein Mann, der auf die Idee kam, der CDU beizutreten, und sich dann ein bißchen mit der Jungen Union beschäftigte, erhielt bereits nach einem Jahr Anspruch auf den Posten eines Beigeordneten seiner Stadt oder eines Staatssekretärs seines Landes. Aber von der Parteiarbeit wolle er nichts mehr wissen.

Wenn man in die Verfassung schreibt, daß die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken müssen, dann muß man sich auch dafür interessieren, daß das geschieht. Es geschieht aber nicht. Sicherlich ist das nicht absolut bare Münze, aber es steckt viel Wahres darin. Weite Kreise im bürgerlichen Lager halten sich [für] zu schade, aktiv in einer Partei mitzuwirken. Gerade durch die Thesen, die in der Kundgebung der Paulskirche zum Ausdruck kamen oder die von der SPD hinausgetragen werden, die emotional auf das Volk wirken, wird eine Unsicherheit in der Meinungsbildung hervorgerufen. Wir müssen daher unter allen Umständen die Partei stärker und straffer organisieren, damit der Spitze der Partei die Möglichkeit gegeben wird, ein Gefühl der Sicherheit hinauszutragen bis in die kleinste Gemeinde. Daran fehlt es bei uns! Es fehlt bei uns an Aktivität!

Herrn Cillien und mir sind Briefe von der Jungen Union in Niedersachsen zugegangen – ich berufe mich jetzt auf die Vertraulichkeit, das ist nur für unseren Kreis bestimmt –, in denen gesagt wird, die Junge Union in Niedersachsen hat in einem Gremium beraten und benennt für die und die Posten folgende Namen. Dann werden sechs Namen genannt. Ich habe dann festgestellt, wie groß dieses Gremium der Jungen Union war. Es stellte sich heraus, daß es diese sechs Kandidaten waren, die sich da benannt hatten.

Ich muß im Anschluß an diese Ausführungen mit letztem und tiefstem Ernst folgendes sagen: In Goslar hat die CDU bei der Bundestagswahl 55,8 % der Stimmen gehabt. Goslar ist eine Stadt mit 85 % evangelischer Bevölkerung. Wir haben immer eine starke Position in Goslar gehabt, und zwar von 1946 ab. Wenn ich mir aber meine zwölf Ratsherren ansehe und sie daraufhin prüfe, wer von ihnen in der Lage ist, über Gegenwartsfragen von Mensch zu Mensch ein wirklich konkretes und überzeugendes Gespräch zu führen, dann sind es keine zwei! (*Zuruf:* Hört! Hört!) Und wenn ich mir den Haufen unserer Mandatsträger in unserem Lande ansehe, verehrter Herr Cillien – das beginnt schon in der Landtagsfraktion –, dann sind es nur 10 %, die ein ernstes Gespräch führen können! (*Majonica:* Das ist aber keine Kritik an der Jungen Union!

– *Zuruf:* Das ist aber Kritik überhaupt genug!) Es sind wirklich nur ganz wenige, die überzeugen können.

Ich habe mich gefreut, als mir vor einigen Tagen in Hannover mitgeteilt wurde, daß im Kreis der Landesgeschäftsführer in Karlsruhe beschlossen worden sei, daß unter allen Umständen in der ganzen Bundespartei die Organisation – das geht nur von oben nach unten – straffer organisiert und besser kontrolliert und eine ständige und intensive Arbeit der Partei geleistet werden soll.

Wir mögen noch soviel in den beiden kommenden Jahren an positiven Erfolgen erreichen, wenn wir die Bevölkerung nicht überzeugen können – hier fehlt uns leider auch die Presse –, dann besteht trotz der großen Leistungen die Gefahr, daß uns bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr die Plattform für eine weitere Arbeit gegeben wird. Deshalb unterstreiche ich noch einmal die Notwendigkeit der organisatorischen Verbesserung, die uns angesichts der bevorstehenden Wahlen auf den Nägeln brennt.

Pitz: Ich darf auf die Frage der Kindertransporte und der Infiltration zurückkommen. Vor kurzem hat sich auch das Bundeskuratorium für Jugendfragen damit befaßt. Die einzige Maßnahme, die man wohl positiv von uns aus gegen die Transporte treffen kann, ist die, daß man die Kindertransporte, ehe sie in die Ostzone reisen, abfängt und ihnen einen entsprechenden Ferienaufenthalt anbietet. Während von drüben aus das totalitäre System mit großen Geldmitteln arbeitet, suchen wir hier nach einem Kostenträger. Es ist leider so, daß oft zwei kleine Mädchen eine ganze Klasse davon überzeugen können, daß man drüben wunderbar aufgehoben ist, daß alles nicht wahr ist, was man von drüben sagt, und daß sie in keiner Weise unter Druck genommen werden.

Wir müssen also großzügiger und schneller arbeiten und eine Methode finden, um die Fälle schneller zu erfassen. Ein Beobachter schickte mir vor wenigen Tagen wertvolles Material, das in dieser Richtung liegt. Er sagt, es bestehe die Gefahr der ideologischen Unterwanderung in der Bundesrepublik, und schreibt: Verhindert jedoch die Bundesregierung das ideologische Vordringen nicht, so wird die Bundesrepublik unterhöhlt. Die DDR-Kräfte werden von Jahr zu Jahr zunehmen, und der Kalte Krieg wird psychologisch und ideologisch in die Bundesrepublik vorgetragen.

Wir wissen, daß überall Aussprachen über dieses Problem stattfinden. Das Erschütternde aber dabei ist, daß wir dieser geistigen Auseinandersetzung nicht gewachsen sind. Es wird immer davon gesprochen, daß wir unsere Ordnung, die wir mühsam aufgebaut haben, mit Leidenschaft aufrechterhalten und stützen müssen; was aber haben wir getan, um uns zu dieser geistigen Auseinandersetzung vorzubereiten?

Ich habe einiges davon erlebt beim Katholikentag in Fulda[125], wo ich dem Arbeitskreis „Ehe und Familie" angehörte. Sie glauben nicht, in welcher Weise die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer von der Ostzone gearbeitet hat. Sie arbeiten nach einer Methode, die sie in den Schulungen gelernt haben. Unsere Diskussionsredner haben nur einen schlechten Eindruck machen können. Wir müssen sehr vorsichtig

125 Vom 31. August bis 5. September 1954.

sein bei diesen sogenannten menschlichen Kontakten, hinter denen nur die politischen Absichten des totalitären Systems stehen.

Wenn wir nicht in der Lage sind, geistig diesen Dingen begegnen zu können, setzen wir uns einer ganz großen Gefahr aus; das um so mehr, als wir auf dem Gebiete der Schulung eine Entwicklung beobachten, die zu einer farblosen Nivellierung führt. Dazu trägt bei das kulturpolitische Programm des DGB. Wenn diese programmatischen Grundsätze des DGB auf dem Gebiete der Kulturpolitik vorangehen, bedeutet das eine Zersetzung der geistigen Kräfte. Wie gesagt, das führt zur Nivellierung, was eine Schwächung unserer geistigen Position gegenüber der Ideologie des Ostens bedeutet. Das gebe ich zu bedenken.

Ich habe neulich in den „Kommunalpolitischen Blättern" einen kurzen Aufsatz geschrieben[126] und aus den Erwiderungen, die ich bekommen habe, gemerkt, daß diese Tatsachen gar nicht landläufig bekannt sind. Es wäre gut, wenn wir den DGB in seine Schranken zurückweisen könnten. Er darf kein kulturpolitisches Programm entwickeln.

In der Weimarer Zeit hatten wir bei der Zentrumspartei in den größeren Städten des Rheinlandes Schulungseinrichtungen, in denen die jüngere Generation in die Politik hineingewachsen ist. Heute habe ich die Erwiderung von Nell-Breuning zu den Äußerungen von Agartz gelesen. Es wäre richtig, wenn wir diese ausgezeichnete Antwort in einer großen Auflage herausbrächten. Das trüge dazu bei, uns einen großen Kreis von Menschen zugänglicher zu machen.

Hellwig: Die sozialistische Opposition – nicht die Kommunisten – betrachtet unser Staatsgebilde als ein Provisorium. Sie glauben, das ungeklärte Kräfteverhältnis in einer völlig skrupellosen Art ausnutzen zu können. Wir sollten einmal unterscheiden zwischen Sozialdemokratischer Partei als einem Instrument, wie es im verfassungsmäßigen Leben bei uns vorhanden ist, und einer ganz bestimmten sozialistisch-extremistischen Bewegung innerhalb der SPD und des Gewerkschaftsbundes. Ich meine damit jene Aktivistengruppe international gebundener Sozialisten. Ich brauche wohl kaum Namen zu nennen.

Herr Agartz hat auf dem DGB-Kongreß in Frankfurt in seinem Grundsatzreferat die Wirtschafts- und Sozialverfassung von Jugoslawien als erstrebenswertes Modell herausgestellt. Einer unserer Verbindungsmänner in diesem Bereich ist in das Lager seiner geistigen Hilfstruppen gegangen beim Frankfurter Kongreß und hat die Frage gestellt: Worin unterscheidet sich euer Rezept vom Kommunismus? Die Antwort war: Im Materiellen und im Institutionellen nicht. Wir haben lediglich eine höhere Achtung vor dem Menschenleben im einzelnen und werden es nie zu Exzessen kommen lassen, wie das im totalitären System des Bolschewismus Moskauer Prägung vorkommt. Das ist die letzte Konsequenz, auf die eine ganz bestimmte Gruppe innerhalb der SPD und des DGB hinarbeitet.

---

126 „Grenzen der Staatsmacht auf dem Gebiet der Erziehung" („Kommunalpolitische Blätter" vom 25. Dezember 1954).

Wenn es nun so ist, daß dieser Staat oder der Staatsgedanke, als Ganzes gesehen, zur Diskussion gestellt wird, dann muß sofort mit Bedauern festgestellt werden, daß wir verflucht wenig tun für die Propagierung im guten Sinne dieses Staates und seiner Institutionen. Die Propagierung der Staatsidee und der politischen Führung ist eine Angelegenheit, die zum zentralen Aufgabenbereich für die Erhaltung dieses Staates gehört. Die geistige Aufrüstung liegt weiß Gott im argen, weil eben die Jugend, um die es hier geht, noch kein Verhältnis zu diesem Staat hat, wenigstens zu einem großen Teil nicht.

Daher meine dringende Bitte und Anregung, ob wir nicht als die die Verantwortung tragende Partei einen besonders auf diesem Gebiet geeigneten Mann herausstellen sollen mit dem besonderen Auftrag der Propagierung unseres politischen Wollens und der staatlichen Dinge.

Gradl: Ich glaube, daß die Diskussion in einigen Punkten zum Kern unserer Aufgaben als Partei, die vor uns stehen, durchgedrungen ist. In der Öffentlichkeit ist weithin der Eindruck entstanden, daß unsere Partei keine lebendige, zwingend aktive politische Gemeinschaft ist. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist die Geltung unserer Partei in der Hauptsache verknüpft mit Ihrer persönlichen Autorität, Ihrem Ansehen und Ihrer Stellung als Bundeskanzler. Dadurch gerät schon allein die Tatsache, daß Sie auch Vorsitzender unserer Partei sind, in den Hintergrund.

Von der Partei selbst erfährt man auch in den Augenblicken, in denen man meint, hier müsse die Partei ein deutliches Wort als ihre Meinung erkennbar machen, nichts. Das hat mancherlei Gründe. Es würde zu weit führen, sie heute zu diskutieren. Aber nichts ist notwendiger, als daß wir uns über die Verlebendigung unserer Partei sehr ernste Gedanken machen. Sie ist – das ist vielleicht eine ihrer wesentlichen Schwächen – organisatorisch gar keine Mitgliederpartei, sondern eine reine Wählerpartei.

Das führt zu so grotesken Zuständen, daß in manchen Großstädten von einer Handvoll Leuten die Kandidaten ausgewählt werden, die nachher der breiten Öffentlichkeit als die Repräsentanten der größten politischen Partei in diesem Bezirk vorgestellt werden, um nur ein Beispiel zu sagen.

Ein zweites Beispiel, woran es bei uns fehlt: Ich habe mich in den letzten Monaten manchmal gefragt, was muß eigentlich geschehen, damit im Parteivorstand unserer Gesamtpartei zu dieser oder jener Frage Stellung bezogen wird. Wir haben uns am 11. Oktober 1954 feierlich vorgenommen, daß wir mindestens alle sechs Wochen den Vorstand zusammenrufen wollen. Inzwischen sind mindestens dreimal sechs Wochen dahingegangen! Ich stelle das ausdrücklich fest, ich erhebe keinen Vorwurf, ich sage das nur, weil wir ja gemeinsam suchen wollen, wie wir es besser machen können.

In der Zwischenzeit ist Gott weiß wie oft vom Parteivorstand der SPD in Schriftstücken, Kundgebungen und Versammlungen – meistens sehr unschön – Stellung bezogen worden. Wir könnten durch eine Verlebendigung unserer Arbeit einiges dazu beitragen, um die Durchschlagskraft unserer Partei als politische Bewegung in unserem Volk wesentlich zu stärken.

In den letzten Wahlkämpfen hat das Thema „Wiedervereinigung und Wehrpflicht" eine wesentliche Rolle gespielt. Das wird auch in den kommenden Wahlkämpfen der Fall sein. Hier muß ich wiederholen, was ich am 11. Oktober 1954 gesagt habe. Ich fürchte – und die Zeit, scheint mir, hat es bewiesen –, daß es unsere Partei nicht verstanden hat, der breiten Öffentlichkeit unsere Politik zur Wiedervereinigung und zur Wehrhaftmachung einleuchtend klarzumachen. Ein Beweis dafür ist diese unglaubliche Karikatur, von der Herr Krone gesprochen hat und von der die SPD glaubt, daß sie damit in der Öffentlichkeit Eindruck macht. Aber seien Sie davon überzeugt, leider macht sie mit diesen Dingen in der Öffentlichkeit Eindruck.

Leider kommen wir unter dieser zum Teil infamen Propaganda langsam in den Geruch, als ob wir es mit der Wiedervereinigung – wir sprechen ja in der Familie – nicht ernst genug oder überhaupt nicht ernst meinten. Dem können wir nur begegnen, wenn wir der Öffentlichkeit das, was wir wollen, so darlegen, daß die Öffentlichkeit sieht, das ist zwar nicht der absolut sichere Weg – den gibt es nicht –, aber es ist ein Weg, der uns einleuchtet gegenüber der Agitation, die die Sozialdemokratie macht.

Herr Bundeskanzler! Wenn die morgige Sitzung des Bundesparteiausschusses ihren Zweck erfüllen soll, den sie sicherlich erfüllen muß, dann müssen Sie sehen in Ihrer Rede – die erfreulicherweise übertragen wird –, unseren Weg so darzustellen, daß auch der einfache Mann sieht, jawohl, das ist ein vernünftiger Weg, der nach menschlichem Ermessen zu diesem ersten Ziel der deutschen Politik führen kann.

Zwei Punkte sind es, die nach meiner Meinung in der öffentlichen Meinung bei der Diskussion in Frage kommen: Der erste ist geschaffen durch die wiederholte Erklärung der Sowjets, daß sie nicht mehr verhandeln, wenn die Verträge ratifiziert sind. Ich habe mit großer Freude aus Ihren Ausführungen heute morgen gehört, daß die Sowjets doch darauf eingehen werden. Die Erfahrungen mit der Türkei, mit Jugoslawien usw. zeigen das ja. Es gibt auch noch andere Argumente. Diese Argumente, die Sie morgen anführen, kann man nur zusätzlich gebrauchen; denn der Gegner könnte sofort einwenden, weder die Türkei noch Jugoslawien hat etwas von den Russen zu erhoffen, sondern nur etwas gegenüber ihnen zu verteidigen, was sie schon haben, während wir in einer unglücklicheren Lage sind. Es gibt eine Reihe von Argumenten, um klarzumachen, daß dieses Wort der Sowjets nur eine Drohung ist, mit der die SPD immer Propaganda macht.

Das zweite ist wesentlich schwieriger. In der Öffentlichkeit besteht die Sorge, daß nach der Ratifikation der Verträge das bundesdeutsche Potential so fest in die westliche militärische Gemeinschaft eingeordnet wird, daß man sich nicht vorstellen kann, daß es noch einmal eine Situation gibt, in der für Westdeutschland der Weg freigegeben wird zu einer Wiedervereinigung, wie wir sie im Grunde alle wollen. Diesen Zweifel in der Öffentlichkeit auszuräumen, ist ungemein schwierig; denn jedes Wort, das man dazu sagt, kann unter Umständen im Lager unserer westlichen

Freunde dazu führen, das Mißtrauen zu nähren, daß wir nur auf die Souveränität warteten, um nachher wieder unschöne Wege – nach dem Beispiel von Rapallo oder dergleichen – zu gehen. Das ist die eigentliche Schwierigkeit. Man kann sie nicht aus dem Handgelenk heraus lösen. Da man nicht völlig frei reden kann, kann man auch nicht der Redepropaganda begegnen, wie man gerne möchte.

Wir sollten das tun, was wir uns in der vorigen Vorstandssitzung vorgenommen haben. Wir sollten uns in einem kleinen Kreis zusammensetzen und uns darüber aussprechen, was möglich ist und welche Wege denkbar sind, um dem Volk deutlich zu machen, daß unsere Politik eine echte Politik zur Wiedervereinigung ist.

Ich habe in der letzten Vorstandssitzung gesagt, wir müssen unsere Politik der Wiedervereinigung einleuchtend machen. Einen Monat später, im November, erschien dieses Heft[127] mit einem Leitartikel. Darin steht wörtlich:

„Man kann in diesen Wochen noch eine bemerkenswerte Erscheinung im Lande beobachten. Es scheint, als habe es die CDU in der letzten Zeit nicht mehr verstanden, ihren Weg zur Wiedervereinigung dem Volke deutlich und überzeugend zu machen ...“

So geht das weiter!

Wir können also diese Dinge nicht ernst genug nehmen. Ich deute innenpolitisch die Vorgänge in der Paulskirche so, daß die SPD in einer ungemein geschickten Weise versucht, endlich einmal den Bannkreis zu durchbrechen, der ihr bisher in unserem Volke gezogen war. Das Denken der Führung der SPD seit Schumacher ging immer darum, wie kommen wir aus diesem Bannkreis heraus, der uns von der Macht fernhält. Ich nehme an, daß dieser Kreis der SPD nunmehr glaubt, in der Frage der Wiedervereinigung gegen uns jenes Argument gefunden zu haben, das sie weit über ihre eigenen Parteischichten hinausführt.

Das ist die große Gefahr, die vor uns steht. Ich meine, das wäre wert, daß wir uns einmal sehr gründlich darüber aussprechen.

Heiler[128]*:* Ich darf noch einmal auf die Infiltration zurückkommen. Es befremdet mich seit langem, daß bei den Universitäten und in den Jugendorganisationen diese Infiltration so stark zunimmt. Wenn da nicht von seiten des Staates Sicherungen eingebaut werden, sehe ich schwarz für die Zukunft, gerade im Hinblick auf die Jugend. Diese Infiltration ist aber auch bei einer großen Zahl von Professoren zu beobachten.

Die Schwierigkeiten liegen hier darin, daß unsere Verfassungsschutzämter nicht genügend Möglichkeiten haben oder vielleicht auch nicht gewillt sind, wirklich ein-

127 Sinn unklar. Vermutlich aus der SPD-Kampagne, die im Oktober 1954 gegen die Pariser Abkommen mit Broschüren, Flugblättern, Versammlungen etc. einsetzte (vgl. UiD vom 10. November 1954; Klotzbach S. 338–346).

128 Anne-Marie Heiler (1889–1979), Mitgründerin der CDU, 1946 und 1948 Stadtverordnete in Marburg, 1949–1953 MdB.

zugreifen. Ich sehe ganz ab vom Fall John[129]. Die Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt müssen zusammenarbeiten, damit sie überhaupt wirksam werden können gerade auf dem Sektor der Universität.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß besonders wichtig sind die Professuren für politische Wissenschaften. (*Zuruf:* Und philosophische!) Die sind bei uns, zumindest in Hessen, in einer Weise besetzt, daß sie staatsgefährdend sind. Wenn da nicht bald Abhilfe geschaffen wird, dürfen wir uns nicht wundern, daß selbst junge Leute, die den „Civis" herausgeben, davon beeinflußt werden.

Adenauer: Ich möchte zu einigen Punkten, die erwähnt worden sind, etwas sagen. Deswegen sind aber die Punkte, zu denen ich nicht spreche, nicht etwa vergessen. Die ganze Debatte hat mich in mancher Hinsicht an die Debatte erinnert, die wir bei der Gründung unserer Partei hatten, als wir uns damals sehr um ideologische Fragen bemüht haben. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das ideologische Gebiet bei uns leider infolge der Tagesarbeit zu kurz gekommen ist.

Ich möchte ein Wort zur Propaganda sagen. Es ist nicht ganz so schlimm, wie mancher Redner es glaubt. Die letzte Untersuchung des Instituts in Bielefeld über die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung hat eine Steigerung ergeben gegenüber den Vormonaten. Die Untersuchung ist im Januar gewesen, als die Sozialdemokratie schon stark eingesetzt hatte. Es ergaben sich 53 % für die Politik der Bundesregierung.[130]

Aber wir sind nach außen ins Hintertreffen geraten bei der Propaganda, und zwar aus Mangel an Geld. Propaganda kostet Geld. Und hier muß ich sagen, auch die Bundesregierung hatte kein Geld dafür. Ich habe um dieses Geld in der Bundesregierung sage und schreibe kämpfen müssen vom 22. November bis zum 10. Januar. Wäre das am 22. November gelungen, dann wären wir mit der sozialdemokratischen Propaganda schon lange fertig. Aber wir hatten kein Geld, um etwas dagegen zu tun.

Ähnlich ist es mit der anderen Arbeit. Auch hier der Mangel an Geld! Alles das kostet doch Geld, und ohne Geld ist es nicht zu schaffen. Daher sollten wir sowohl in der Bundesregierung – und da sind wir eventuell auf die Hilfe der Bundestagsabgeordneten angewiesen – wie auch in der Partei der Finanzfrage eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Wir sollten dieser Frage eine höhere Bedeutung zukommen lassen, als wir das bisher getan haben, wo wir eben immer nur gebettelt haben und mit dem zufrieden sein mußten, was wir erhielten.

---

129 Dr. Otto John (geb. 1909), 1937 Syndikus bei der Deutschen Lufthansa, 1950 kommissarischer Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 1952 Präsident, 1954 auf mysteriöse Weise nach Ost-Berlin verschwunden, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik, 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, 1958 entlassen. Vgl. SCHWARZ 1 S. 236–239.

130 In Bielefeld war das Institut EMNID angesiedelt. Vermutlich ist das Allensbacher Institut gemeint. Auf die Frage „Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?" erklärten 52 % der Befragten einverstanden (Institut für Demoskopie – NL Lenz ACDP I-172-039). Im Februar sank die Zustimmung auf 45 % ab.

Ein Wort zur Presse! Die Presse ist, das hat Herr Krone mit Recht ausgeführt, nicht CDU-freundlich. Das kommt daher, weil auch heute noch die meisten Journalisten, die etwas auf sich halten, glauben, sie müßten liberal schreiben. Es hängt aber auch damit zusammen, daß von der Wirtschaft – schade, daß Herr Pferdmenges nicht mehr hier ist – diese Organe in einer Weise mit Annoncen bedacht werden, daß sie davon recht gut leben können, während die CDU-Presse nicht in dieser Weise bedacht wird.

Ich weiß aber auch nicht – und da möchte ich mich an Herrn Lensing wenden –, ob die CDU-Presse immer auf dem Posten ist. Wenn z.B. die „Kölnische Rundschau" eine durch Wochen sich hinziehende Reisebeschreibung über Sowjetrußland bringt von einem Manne, der eine solche Lebensgeschichte hinter sich hat[131], wie mir gesagt worden ist, dann müßte sich ein Blatt, das der CDU nahesteht, eigentlich schämen, einen solchen Reisebericht zu bringen. Da ist es kein Wunder, daß auch in unseren Kreisen die Meinung, daß es im Osten doch nicht so schlimm sei, überhand nimmt. Eines davon habe ich behalten, weil es mich angeht. Da steht von dem Verfasser ausgeführt, daß die Machthaber im Kreml nicht mehr bewacht würden als auch der Bundeskanzler. Das ist wörtlich so gesagt. Ich hoffe, daß Herr Heinen[132] das bald hören wird. Irgendeine Beschwerde von mir bei Herrn Heinen hat keinen Sinn und Zweck. (*Albers:* Die rheinische Partei hat offiziell Beschwerde gegen ihn erhoben!) Was nutzt das bei Herrn Heinen? (*Schmidt*[133]*:* Diese Frage ist gerechtfertigt!) Der Herr Fuchs[134] ist doch auch Mitinhaber! Ich weiß nicht, wer noch mehr? (*Albers:* Sonst keiner mehr!) Das hier ist doch himmelschreiend! Und wenn es in einem CDU-Blatt steht, dann ist es doppelt gefährlich und verderblich.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß unsere Bundesgeschäftsstelle sich vielmehr mit Propaganda beschäftigen muß, aber ich fürchte, unserer Bundesgeschäftsstelle geht es so, wie es auch dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung geht. Wenn das Presse- und Informationsamt etwas der Presse gibt, so wird das einfach von den Herrschaften nicht gebracht. Das kommt daher, daß seinerzeit durch die Briten und die Amerikaner unter Beteiligung von Kommunisten und Sozialisten diese Presse entstanden ist. Es ist die Schuld der Besatzungsbehörden, daß eine solche Presse herangezüchtet worden ist. Wie wir das ändern können, Herr Lensing, das kann ich Ihnen nicht sagen.

---

131 Berichte eines ungenannten Rundschau-Reporters über die Verhältnisse in der Sowjetunion seit dem 10. Dezember 1954 unter dem Titel „Land unterm Roten Stern"; die letzte Folge war am 25. Januar 1955 erschienen.

132 Dr. Reinhold Heinen (1894–1969), vor 1933 Zentrum, 1921–1933 Generalsekretär der Kommunalpolitischen Vereinigung, 1945–1946 Landrat in Monschau, seit 1946 Herausgeber und Chefredakteur der „Kölnischen Rundschau".

133 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), 1945 Mitgründer der CDU Wuppertal, 1948–1949 Oberbürgermeister, 1950–1954 Staatsminister für Wiederaufbau, ab 1953 für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau in NW, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1972 MdB.

134 Dr. Fritz Fuchs (1881–1972), Mitgründer der CDU Köln, 1946–1956 stv. Oberbürgermeister von Köln, Mitherausgeber der „Kölnischen Rundschau".

Nun komme ich zu dem Wichtigsten, zum Ideologischen. Meine Freunde! Seien wir uns über eines vollkommen klar. Der geistige Kampf gegen den Kommunismus und gegen den Bolschewismus wird nach menschlichem Ermessen noch jahrzehntelang dauern. Wenn auch diese akuten Gefahren des heißen Krieges und des Kalten Krieges gebannt werden können, so bleibt doch die Tatsache, daß wir in der materialistischen Auffassung einen Feind unserer Überzeugung haben, der nur in jahrzehntelangem Kampf niedergerungen werden kann. Wir haben uns bei der Gründung unserer Partei mit alledem befaßt, was wir in der nationalsozialistischen Zeit kennengelernt hatten, und haben unser ganzes Programm auch dementsprechend ausgestaltet, aber ich glaube, es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir auf ideologischem Gebiet stärker aktiv werden. Wir können auch, ohne daß wir in den Stil irgendeiner Tageszeitung deswegen verfallen, auf die Erfolge hinweisen, die wir aufgrund der von uns verfolgten Prinzipien erzielt haben.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir Herrn Krone und Herrn Tillmanns beauftragen, einen Ausschuß zusammenzustellen, der sich gerade mit der Frage der ideologischen Fundierung und Weiterbildung befaßt. Wir brauchen das jetzt. Wir brauchen es in starkem Maße!

Mir schwebt seit geraumer Zeit der Gedanke vor – der nichts mit der Partei zu tun hat –, daß es möglich sein müsse, ein Institut in Deutschland ins Leben zu rufen, das das deutsche Volk wachhält gegenüber den Gefahren, die durch den Kommunismus drohen, das ihm aber auch zeigen soll, wie es mit dem Leben der Bevölkerung wird unter der Herrschaft kommunistischer Ideen. Ich weiß noch nicht recht, wie man die Sache gestalten soll. Ich habe zwei Herren gebeten, mir mal Vorschläge zu machen, wie man ein solches Institut ins Leben rufen kann, das nach meiner Meinung absolut notwendig ist für die Zukunft, auch wenn die uns jetzt beschäftigenden Gefahren vorüber sein werden.

Ich bin sehr froh, daß die Diskussion – darin gebe ich Herrn Gradl vollkommen recht – so tief vorgestoßen ist und wir von den Tagesfragen einmal abgekommen sind zu diesen Grundfragen des Fortbestehens unserer Partei. Wenn es uns nicht gelingt, unsere Partei nicht nur organisatorisch, sondern auch innerlich so fest zu gründen, daß sie für die kommenden Jahrzehnte ein machtvoller Faktor im deutschen Volke bleibt, dann haben wir die Schlacht um die Ideale, die wir retten wollen, verloren.

Es wird nötig sein, daß wir sehr bald wieder über diese Fragen sprechen. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden uns die Herren Krone und Tillmanns einen solchen Vorschlag machen. Selbstverständlich werden dann, wenn wir hier in diesem Gremium Beschlüsse fassen, diese weitergeleitet werden müssen an die Landesparteien. Von den Landesparteien müssen sie weitergehen an die Kreisparteien. Dieser geistige Kampf muß auf breitester Front geführt werden.

Wir werden dann auch – ich glaube es wenigstens – eine gewisse Fühlung nehmen müssen mit den christlichen Kirchen, um ihnen zu zeigen, welche ungeheuer großen Gefahren der Menschheit drohen durch den Kommunismus. Wir müssen ihnen zeigen,

in welch erschreckender Weise der Kommunismus in den letzten zehn Jahren an Boden gewonnen hat.

Kaiser: Ich wäre Krone dankbar, wenn er den DGB morgen anspräche, und zwar warnend und mahnend hinsichtlich Wahrung der Neutralität. Er sollte dabei den DGB nicht unbedingt mit der SPD im Zusammenhang mit der letzten Aktion der SPD in einem Atemzug nennen. Das ist nicht gut. Wir müssen von uns aus dazu beitragen, daß der DGB um seiner Aufgabe willen aus der Gefangenschaft der SPD gelöst wird.

Ich möchte das sagen mit Bezug auf Reuter. Ich habe mit Reuter, bevor er nach Frankfurt ging, gesprochen. Ich hatte zunächst versucht, mit Freitag zu sprechen. Das war nicht möglich. Ich habe Reuter sehr nahegelegt, in Frankfurt nicht als Deutscher Gewerkschaftsbund aufzutreten; denn der DGB habe eine andere Verpflichtung, als ein Hilfsorgan der SPD zu sein. Er hat dem auch entsprochen. Ich war etwas unglücklich darüber, daß unser Freund Robert Tillmanns ihn in seiner Abwehrrede mit Bezug darauf nicht richtig angesprochen hat. Er sagte, nun ja, wir wissen eben, daß Hunderttausende von ihnen nicht mitgehen. Ich hätte lieber gehört, und es wäre sinnvoll gewesen, wenn er dem Reuter mit Bezug darauf ein Wort der Anerkennung gesagt hätte. *(Lebhafter Widerspruch.)* Es kommt darauf an, wie man das formuliert und ausdrückt.

Es kann, darf und wird im Deutschen Gewerkschaftsbund, wie das heute ist, nicht weitergehen. Es sind Strömungen im Gange, die beachtet werden müssen. Wenn es einmal zu einer Trennung innerhalb der Gewerkschaften kommt, dann wird es keine Christlichen Gewerkschaften mehr geben, sondern es wird eine Trennung der Geister im Gewerkschaftsbund geben zwischen den gemäßigten Kräften und den Kräften, die bolschewistische Formen in Deutschland einführen wollen. Dazu hat Dr. Hellwig bemerkenswerte Gedanken ausgesprochen.

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, was die Streikgeschichte mit dem Gewerkschaftsbund angeht, so habe ich im Kabinett gesagt, wenn der Kanzler hiergewesen wäre, dann wäre diese zweite Sache wahrscheinlich nicht passiert.

Mir scheint es ein Fehler zu sein, daß die Staatsführung mit dieser Organisation der Arbeiterschaft, mit den Gewerkschaften, nicht mehr in kluger Weise, wie das in der Weimarer Zeit geschehen ist, in Kontakt und Verbindung steht. In der Weimarer Zeit, und zwar ganz gleich, ob das unter dem Kabinett Stresemann oder Hermann Müller[135] oder Heinrich Brüning war, wurde die Organisation der Gewerkschaft bei allen größeren Angelegenheiten, die an die Staatsführung und an das Volk herankamen, genauso mit zu Rate gezogen wie die politischen Parteien.

Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß das – denn das sind Gesichtspunkte der Staatsklugheit – etwas mehr Beachtung findet und etwas mehr geschieht. Es

135 Hermann Müller (1876–1931), 1916–1918 MdR (SPD), 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1931 MdR, 1920–1928 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler.

ist ein Auseinandersetzungsprozeß im Gange, und wir sollten die gemäßigten Kräfte gegenüber den bolschewistischen Kräften, die da sind, zu stützen versuchen.

Adenauer: Die Ausführungen des Herrn Kaiser zwingen mich, meine Meinung zur Gewerkschaft zu sagen. Zunächst habe ich große Zweifel, ob in der Weimarer Zeit die Gewerkschaften – ich zitiere wörtlich – genauso wie die politischen Parteien von der jeweiligen Reichsregierung bei allen größeren Angelegenheiten um ihren Rat und ihre Meinung gefragt worden sind.

Damals waren wirkliche Führer der Gewerkschaften in den Parteien. Das war z.B. der Herr Stegerwald, und das waren die sozialdemokratischen Herren auch. Infolgedessen war diese Verbindung schon da. Aber was Herr Kollege Kaiser sagt über die Strömungen im Gewerkschaftsbund – nehmen Sie es mir nicht übel, lieber Herr Kaiser –, die Strömungen kennen wir seit Jahren, immer strömt und strömt es.

Ich will Ihnen sagen, was mir – ich kann Ihnen den Namen nicht nennen – ein sehr kluges Mitglied der Gewerkschaften erklärt hat. Es hat mir gesagt: Der ganze DGB hat überhaupt nichts mehr zu sagen. Zu sagen haben allein einige Führer von einigen Industriegewerkschaften, und diese Leute warten nur ab bis zur nächsten Wahl des DGB-Vorstandes. Dann wird dieser ganze Vorstand des DGB, soweit er nicht in deren Horn tutet, weggeblasen werden. Und dann kommen diese Leute an die Reihe. Das sind die ISK-Leute[136]. Wohin die tendieren, das wissen Sie. Deswegen soll man die Geschichte der gesamten Gewerkschaft doch anders sehen. Herr Freitag z.B., mit dem ich eine Aussprache hatte, die sehr harmonisch verlief, hat in allen diesen Dingen genau dieselbe Ansicht, wie ich sie habe, hundertprozentig. Er ist der Auffassung, daß die Gewerkschaften sich mit diesen politischen Fragen überhaupt nicht zu beschäftigen haben, sondern daß sie vollkommen neutral sein müssen. Aber was macht die IG-Metall und was macht jetzt die IG-Bergbau? Die machen, was sie wollen, daraus.

Was mir immer so entsetzlich vorkommt – ich glaube, ich habe es schon gesagt –, ist das, daß ein paar Millionen Menschen einfach gehorchen, wenn 50 Funktionäre flöten. Das ist etwas, was mir vollkommen unverständlich ist in unserer sogenannten demokratischen Zeit. Und da graben sich die Gewerkschaften, verehrter Herr Kaiser, ihr eigenes Grab. Darauf können Sie sich verlassen. Z.Z. bilden die Gewerkschaften die maßgebende Macht dieses Staates. Wenn dieser Staat nicht auf die Ebene kommen will wie bei der SED usw., dann müssen die Gewerkschaften

136 Internationaler Sozialistischer Kampfbund. – Nachfolgeorganisation des von Leonard Nelson (1882–1927) geschaffenen Internationalen Jugend-Bundes (IJB), in dem durch philosophische und pädagogische Schulung künftige Führerpersönlichkeiten herangebildet werden sollten; im Dezember 1945 offiziell aufgelöst. Seine Mitglieder traten z.T. in die SPD ein. Vgl. Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim 1964, hier vor allem S. 331–337.

auf das Feld zurückgehen, dem sie ihr Dasein und ihre Daseinsberechtigung verdanken, nämlich die Vertretung der Interessen der Arbeiter im Wirtschaftsprozeß zu sein. Das ist ihre Aufgabe. Da sollen sie und da müssen sie sein.

Aber wenn sie über dieses Gebiet hinausgehen, dann sehe ich kommen, daß eines Tages der Konflikt zwischen den Gewerkschaften und dem Staat nicht mehr zu vermeiden ist. Und dann wird sich zeigen, wer oben bleibt. Ich sehe die Sache also außerordentlich ernst an; ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie ernst ich sie sehe. Dem müssen wir ins Auge sehen. Aber an Strömungen, lieber Herr Kaiser, glaube ich nicht mehr.

Albers: Herr Bundeskanzler! Sie haben absolut recht, jeder von uns in diesem Saal und auch jeder Parteifreund muß sich größte Sorge machen über die Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, besser ausgedrückt, über die Entwicklung verschiedener Industriegewerkschaften. Wir wissen, daß diese Industriegewerkschaften heute das Leben der offiziellen Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes äußerst schwer machen. Was der Metallarbeiterverband beschließt, wird mehr oder weniger auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Zusammensetzung und Leitung akzeptiert.

Ich bin Herrn Krone sehr dankbar, daß er die Frage so gestellt hat: Können wir schweigen als Partei zu den Erscheinungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes? Ich habe auf dem Hamburger Parteitag zu dieser Frage meine Meinung gesagt, daß es in erster Linie Aufgabe der Arbeitnehmerschaft ist. Nachdem aber im Laufe des letzten halben Jahres die Gewerkschaften einen sehr verhängnisvollen Weg beschreiten, können die Parteien nicht mehr schweigen. Diese Meinung der Partei wünschen auch die meisten Anhänger unserer Partei, soweit sie aus der Arbeitnehmerschaft kommen.

Ich habe in den letzten Tagen drei Versammlungen mit Aussprachen über die Gewerkschaften gehabt. Eine war vor etwa acht Tagen im Carlswerk[137]. Hier kam die Auffassung zum Ausdruck: So geht das unter keinen Umständen weiter. Wir haben nicht Lust, unser Geld herzugeben, um der Sozialdemokratie über die Gewerkschaftsbewegung Zutreiberdienste zu leisten.

Die zweite Besprechung fand in diesen Tagen statt mit den Vertretern der konfessionellen Organisationen, wobei vor allem die Evangelischen wie die Katholischen Arbeitervereine und Männerwerke anwesend waren. Kollege Kaiser hat nicht teilgenommen, weil er in Heidelberg reden mußte. Ich konnte feststellen, daß im Gegensatz zu früher, insbesondere aus dem evangelischen Lager, eine ganz andere Betrachtung über die Gewerkschaften vorhanden ist. Auch hier kam zum Ausdruck: So geht es nicht mehr weiter.

Eine dritte Besprechung habe ich erlebt in einem Kreis von Betriebsräten aus der Rheinischen Braunkohle und der Steinkohle von Aachen und Moers. Hier wurde wiederum erklärt: Die Zutreiberdienste, die heute der Gewerkschaftsbund für die SPD

137 Werk der Felten und Guilleaume Carlswerk AG, Köln-Mülheim.

leistet – das müssen wir ganz klar sagen, es hat keinen Sinn, das nicht auszusprechen –, bringen unsere bisher in den Betrieben an führender Stelle stehenden Menschen in persönliche Gefahr insofern, als sich heute die radikalen Leute der Gewerkschaften und die KPD vereinigen, um unseren Leuten in den Betrieben das Leben unmöglich zu machen.

Es ist so, daß unsere Leute zu diesen Dingen von der Partei her ein klares Wort hören möchten, ein klares Wort, das die Kollegen Kaiser, Arnold, Storch und andere sagen müssen, nämlich das Wort, daß unsere Mitglieder der Partei und unsere Wählerschaft nicht dem Radikalismus, der sich heute innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zeigt, willenlos ausgeliefert sind. Wir müssen die Gefahren deutlich aufzeigen, die in der letzten Zeit beim Deutschen Gewerkschaftsbund aufgetreten sind.

Meine Meinung zu dem Reusch-Streik war die: Es war gut, daß man durch diesen 24-Stunden-Streik dem Herrn Reusch einen Denkzettel gegeben hat. Was sich aber acht Tage später zeigte, das war eine unverantwortliche Angelegenheit. Leider ist es so, wenn diese ISK-Leute und diese Radikalen aus den großen Berufsorganisationen die letzte Entscheidung bekommen, dann werden wir noch mit größeren Streikbewegungen Ende Februar oder später rechnen müssen.

Ich erinnere weiter an die Literatur der Gewerkschaften. Hier ist der „Aufwärts", die Jugendzeitschrift der Deutschen Gewerkschaften, mit einer Auflage von 750.000 Exemplaren, die alle 14 Tage erscheint. Ich empfehle Ihnen, sich diese Zeitschrift einmal auf ihren Inhalt hin anzuschauen, auch den Herren Dr. von Brentano und Dr. Krone. Ich muß sagen, wenn die jungen Leute alle 14 Tage diese Geschichten vorgehalten bekommen, welche andere Meinung sollen sie denn haben als die, wie sie hier dargelegt wird von einem Emigranten, der erst vor einigen Jahren irgendwie nach Deutschland zurückgekommen ist?

Die Gewerkschaftsjugend gehört auch dem Jugendring an. Sie wird von dort aus finanziert. Und über den Jugendring und den „Aufwärts" wird mitfinanziert die Propaganda der SPD. (*Zuruf:* Und wir haben kein Geld!) Ich mache darauf aufmerksam, daß jährlich 60 Millionen DM in der Bundesrepublik für diese Dinge ausgegeben werden. Ich sähe es gern, wenn wir davon 40 Millionen sparen und den armen Invaliden geben könnten, die es ja verdient haben, damit sie ein besseres Leben führen können.

Jeder, der in der Verantwortung steht, kann nur mit großer Sorge in die Zukunft schauen. Ich habe eine Bitte an Sie, Herr Dr. Adenauer! Sie haben eben auf die Bemerkungen des Herrn Kaiser, daß früher die Gewerkschaften bei wichtigen politischen Entscheidungen gehört worden seien, etwas hart geantwortet. Ich meine sagen zu müssen, daß es vielleicht doch notwendig wäre, gelegentlich mit maßgebenden Leuten der Gewerkschaften – alle sind ja nicht einsichtslos – ein offizielles Gespräch zu führen über diese oder jene politische Frage. Das haben Sie früher mit Hans Böckler gemacht. Wir sind auch einmal zusammengewesen in diesem Raum, als es um die Frage des Mitbestimmungsrechts ging. Damals war August

Schmidt[138] dabei. Ich glaube Ihnen raten zu sollen, daß Sie gelegentlich diese Gespräche noch mit aufnehmen, um damit den Radikalismus zurückzudämmen.

Zimmer: Zu dem Problem der Kinderverschickung würde ich vorschlagen, daß sich in der nächsten Zeit einige Damen und Herren – Frau Pitz hat bewiesen, daß sie das Problem sehr genau kennt – mit dieser Frage befassen. Die Frage ist sehr dringend. Wir können sie aber heute nicht mehr erledigen. Ich bitte darum, sie auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Vielleicht kann die Bundesgeschäftsstelle Gelegenheit nehmen, dafür zu sorgen, daß ein kombiniertes Gremium der Partei und der Fraktion, dazu noch einige andere Vertreter, diese Frage einmal konkret bespricht. (*Adenauer:* Sie meinen speziell die Frage der Kinderverschickung?) Ja, es ist tatsächlich eine sehr wichtige Sache. Wir dürfen uns als Bundesrepublik nicht, wie im letzten Sommer, ein zweites Mal blamieren.

Lensing: Ich habe vorhin schon Herrn Krone, als er über die Presse gesprochen hat, einen Zettel überreicht, worauf ich geschrieben habe: Die Dinge sind noch viel zu ungeklärt und schwierig, um heute darüber zu sprechen. Wir müssen darüber im kleinen Kreise sprechen.

Die Bundespartei hat einen Ausschuß für Presseangelegenheiten; er ist aber seit Jahr und Tag nicht mehr in Erscheinung getreten. Dieser Ausschuß müßte sich zunächst mit den Dingen befassen. Wenn dann gewisse Vorberatungen stattgefunden haben, könnten die Dinge im Parteivorstand ausgiebig erörtert werden.

Herr Dr. Krone sagte, wir hätten keine überregionale Presse. Das stimmt! Die haben wir früher auch nicht gehabt. Die überregionalen Zeitungen von früher waren reine Zuschußunternehmen. Ich bin der Meinung, wenn wir eine Reihe von CDU-Zeitungen auf regionaler Ebene hätten, die wirtschaftlich stark wären, dann könnte von diesen CDU-Zeitungen die Gründung einer überregionalen Zeitung in Angriff genommen werden. Diese Dinge müssen aber zunächst in dem hoffentlich bald wieder aktiv werdenden Ausschuß beraten werden. Außerdem scheint auch der Verein der Unionspresse verschwunden zu sein. Er muß mal wieder in Gang gebracht werden.

Adenauer: Vorsitzender dieses Ausschusses ist Herr Egbring[139]. Er war lange Zeit sehr krank. Wer ist sein Stellvertreter? (*Heck:* Als Vertreter ist eigentlich keiner benannt. Es gibt drei Unterausschußvorsitzende, einer für Funk: Lenz(?), einer für Film: Vogel[140], einer für Presse: Wegener[141].) Wir sollten einen, den Pressemann, bitten, solange Herr Egbring krank ist, die Sache in die Hand zu nehmen.

---

138 August Schmidt (1878–1965), 1946–1953 Vorsitzender der IG-Bergbau.

139 Carl Heribert Egbring (1881–1955), Zentrum, bis 1935 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (zuletzt Ministerialrat); 1945 Mitgründer der CDU Vechta, 1951–1955 MdL Niedersachsen. – Akten des Ausschusses nicht zu ermitteln. CDU-Rundfunkreferent war C. W. Dietsch (UiD vom 11. März 1953).

140 Dr. Rudolf Vogel (geb. 1906), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 103 Anm. 19; Erinnerungen in: ABGEORDNETE 4 S. 231–304.

141 Dr. August Wegener (1904–1987), vor 1945 Redakteur kölnischer Tageszeitungen, nach 1945 „Rheinisches Monatsblatt", 1948–1970 Inhaber und Chefredakteur des CDP.

Lensing: Die Angelegenheiten des Rundfunks, des Films und der Presse können nicht in einem Ausschuß beraten werden. Ich bin früher wiederholt dagewesen. Wenn Filmangelegenheiten zur Sprache kamen, verstand ich nichts. Wenn über die Presse gesprochen wurde, verstanden die Filmleute nichts davon. Man müßte einen echten Presseausschuß einsetzen und ihn mit der Bearbeitung dieser Frage betrauen.

Adenauer: Kann Dr. Wegener den Vorsitz im Unterausschuß Presse übernehmen? (*Heck:* Den hat er bereits!) Dann übermitteln Sie ihm unsere besten Grüße, er möchte dafür sorgen, daß der Ausschuß in Funktion tritt.

Wackerzapp: Ich möchte noch auf folgendes hinweisen: Im Beamtensektor hat sich eine große Beunruhigung bei der Beratung des Personalvertretungsgesetzes[142] ergeben. Es hat sich leider gezeigt, daß sich in der Beamtenschaft die Meinung durchsetzt, als ob die CDU in diesem Punkt versage. Es ist schon so weit gekommen, daß die Beamten nur noch die FDP als Sachwalter ihrer Interessen ansehen. Wenn es darum geht, den Einfluß der Gewerkschaften auf Gebieten zu beschränken, wo wir noch bremsen können, sollte man bei der Beratung des Personalvertretungsgesetzes sehr achtgeben.

Adenauer: Es ist gut, daß diese Frage zur Sprache gebracht wird. Mir ist in der letzten Zeit zu Ohren gekommen, daß die FDP damit hausieren geht, Herr Sabel habe erklärt, die Beamtenverhältnisse müßten verschwinden.[143] Die Beamten müßten einfache Angestellte werden. (*Zimmer:* So nicht!) Verzeihen Sie, ich habe den Leuten, die mir das gesagt haben, erklärt, ich kann das unmöglich glauben, bitte schreiben Sie dem Herrn Sabel, ob er das gesagt hat. (*Zimmer:* Ich habe einen genauen Bericht über die Rede Sabel!) Wir wollen jetzt nicht näher darauf eingehen. Die Beamten glauben, nur bei der FDP die Hüterin der Beamteneigenschaften zu finden.

Albers: Herr Bundeskanzler! Der Herr Sabel hat eine solche Erklärung nicht abgegeben. Herr Sabel hat nur erklärt, wir müssen auch beim Personalvertretungsgesetz verschiedene Dinge mit beachten, die seit dem Jahre 1900 nicht mehr gesehen wurden. Diese Frage wird nun eingehend in den Ausschüssen beraten. Die Fraktion hat auch die Rede des Kollegen Sabel besprochen und sich im großen und ganzen angeschlossen. (*Von Brentano:* Das war noch nicht in der Fraktion!) Dann war es im Arbeitskreis!

---

142 Gesetz vom 8. Juni 1955 – BGBl I S. 447.

143 Vermutlich am 10. Januar 1955 vor der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Mainz, Redemanuskript nicht erhalten. Vgl. aber Sabels Aufsatz „Das Personalvertretungsgesetz" in: „Soziale Ordnung" 4 (1955) S. 4f. – Sabel, der auch Vorsitzender des Unterausschusses „Personalvertretung" war, sprach sich u.a. für die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern bei Personalratssitzungen aus, für Mitwirkung bei Einstellung, Beförderung und Abordnung von Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie für die Zuständigkeit von Arbeitsgerichten in bestimmten Streitfällen. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes am 17. März 1955 wurden die Arbeitnehmervertreter der CDU/CSU-Fraktion und die Ausschußvorlage Sabels von der Mehrheit der Fraktion und der FDP überstimmt. – Das Gesetz wurde schließlich am 8. Juni 1955 gegen wenige Stimmen angenommen und trat am 5. August in Kraft (BGBl I S. 477).

Gurk: Der Deutsche Beamtenbund, die Organisation, die sich von den Gewerkschaften distanziert, beklagt sich darüber, daß die Gewerkschaftsvertreter der CDU-Fraktion gegen die Gruppenwahl seien, also dagegen, daß die Beamten in sich kleine geschlossene Wahlkörper darstellen neben den Arbeitern. Das ist verhängnisvoll, und dagegen wende ich mich. Ich bitte Sie dringend, den Beamten einen eigenen Wahlkörper zu gewähren. Die Beamten im Deutschen Beamtenbund wollen die Autorität des Staates, sie wollen nur soziale Belange erfüllt haben.

Von Brentano: Sicherlich ist das Beamtenrecht und die Frage des Personalvertretungsgesetzes ein schwieriges Problem, aber ich möchte zwei Dinge feststellen: Zunächst einmal ist in der Fraktion darüber noch nicht gesprochen, geschweige denn eine Entscheidung gefällt worden, sondern wir haben eine erste informatorische Aussprache im Vorstand gehabt. Das hat Kollege Albers verwechselt.

Wir haben die Mitglieder des Unterausschusses hinzugezogen und uns über den derzeitigen Sachstand unterrichten lassen. (*Albers:* Im Arbeitskreis ist auch diskutiert worden!) Es ist aber keine Erklärung abgegeben worden. Es ist kritisiert worden an unserem Freund Sabel. Ich möchte aber eindeutig sagen, ich bin in verschiedenen Fällen dieser Kritik nachgegangen und habe festgestellt, daß diese Kritik unrichtig war und leider der Beamtenbund sich einiges geleistet hat, daß der Vorsitzende des Beamtenbundes[144] sich schriftlich bei Herrn Sabel entschuldigte. Das möchte ich eindeutig feststellen.

Daß die Auffassung von Sabel nicht in allen Punkten übereinstimmt, ist selbstverständlich. Deshalb werden diese Dinge sine ira et studio sehr sorgfältig geprüft. Ich bin auch der Meinung, daß das Mitbestimmungsrecht nicht übertragen werden kann auf die Beamtenrechte. Das Beamtenrecht beruht auf einer vollkommen anderen Konstruktion. Der Hoheitsträger ist etwas anderes als ein Angestellter. Der Hoheitsträger, der auch in einem anderen Verhältnis steht als der Angestellte oder Arbeiter, ist selbstverständlich anders zu behandeln. Außerdem ist auch die Funktion des Vorgesetzten eine andere, der selbst wieder unter einer parlamentarischen Kontrolle steht.

Alle diese Dinge werden sorgfältig diskutiert werden. Ich warne davor, uns aufgrund von Meldungen und zum Teil objektiv unrichtigen Nachrichten nervös machen zu lassen. Teilen Sie uns in der Fraktion mit, wenn solche Anfragen an Sie kommen. Ich bin jederzeit bereit, auf diese Anfragen entsprechend zu antworten und zu sagen, was richtig ist. Meistens stelle ich fest, daß die Anfragen auf falschen Behauptungen beruhen.

Wir wissen, daß in diesen Fragen auch ein so „treffliches" Mitglied der Koalition wie Herr Miessner, der seinem Namen alle Ehre macht, in der Welt herumreist und für sich in Anspruch nimmt, daß nur die FDP die legitime Vertretung des Berufsbeamtentums sei. Dagegen müssen wir uns wehren. Wir dürfen nicht aus irgendeiner Nervosität heraus in diesen Chorus einstimmen.

144 Hans Schäfer (1900–1978), 1949–1955 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch der Beamtenrechtsausschuß der Partei einmal mit dieser Sonderfrage beschäftigte. Es ist auch eine Aufgabe der Partei, nicht erst dazu zu reden, wenn die Sache entschieden ist, sondern vorher eine Richtlinie zu geben. Vielleicht ist es auch gut, damit ein Gegengewicht geschaffen wird, wenn der Beamtenausschuß der Partei uns zu dieser komplexen Materie einen Vorschlag macht. Es handelt sich um zwei oder drei Vorschriften im ganzen Personalvertretungsgesetz, die ernstlich umstritten sind. Ich glaube, es wird uns in der Fraktion gelingen, über diese Hürde hinwegzukommen.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt 4 unserer Tagesordnung.

Besprechung der Wahl eines stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden

Adenauer: Es obliegt uns, dem Parteiausschuß einen Vorschlag zu machen für die Wahl des ersten stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden an Stelle unseres verstorbenen Freundes Ehlers. Sie wissen, daß wir immer gesonnen waren und gesonnen bleiben, einen evangelischen Parteifreund an diese Stelle zu setzen. Nun hat man sich in dem Evangelischen Arbeitskreis mit der Frage der Nachfolgeschaft des Herrn Ehlers beschäftigt. Ich darf vielleicht einen der Herren bitten, uns darüber etwas mitzuteilen, und darf bitten, Vorschläge zu machen. Wollen Sie, Herr Cillien?

Cillien: Ich muß gestehen, daß ich nicht bei dieser Besprechung dabeigewesen bin. Ich kann nur über das Resultat berichten. Mir ist gesagt worden, man sei allgemein der Ansicht, den Herrn Tillmanns vorzuschlagen.

Adenauer: Sie haben die Ausführungen des Herrn Kollegen Cillien gehört, daß man allgemein der Auffassung sei, daß Herr Dr. Tillmanns der geeignete Mann ist. Ich glaube, wir anderen, die wir Herrn Tillmanns bei seiner ganzen Arbeit beobachtet haben, können das nur bestätigen. Ich persönlich würde mich freuen, mit Herrn Tillmanns auf diese Weise noch näher zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten.

Cillien: Noch ein Wort dazu! Es könnte sein, daß morgen eine Diskussion entsteht: Warum gerade Tillmanns? Es ist sehr wichtig, daß der Stellvertreter des Ersten Vorsitzenden in Bonn am Orte ist. Es muß fast täglich ein Kontakt erfolgen; denn es müssen ganz schnell Besprechungen stattfinden können, so daß es sicher nicht zu verantworten wäre, wenn es ein Freund wäre, der weit von hier wohnt. Aber das allein würde natürlich nicht genügen, wenn nicht Tillmanns überhaupt die Voraussetzungen mit sich brächte. (*Zuruf:* Wohnt er denn hier?) Er ist hier Minister. (*Adenauer:* Das beweist noch nichts. – *Schmidt:* Er hat hier eine Residenzpflicht! – *Adenauer:* Nein, Minister sind keine Beamten! – *Unruhe.*) Vielleicht würde es, nachdem heute so oft auf das Problem der Wiedervereinigung hingewiesen worden ist, gerade schaden, wenn er tatsächlich hier seinen ständigen Wohnplatz hätte. Er ist Vorsitzender des Landesverbandes Berlin. Das dürfte noch ein weiteres Plus sein. (*Krone:* Aufgeben!)

Adenauer: Herr Krone, das müßte ich bedauern, wenn Herr Tillmanns seinen Vorsitz in Berlin aufgeben müßte. (*Zuruf:* Ehlers war auch Vorsitzender von Oldenburg!) Herr Tillmanns, das wird jeder von der Fraktion bestätigen, ist ein ungewöhnlich fleißiger Mann; er scheut keine Arbeit. Er ist, trotzdem seine Aufgaben als Vorsitzender des Landesverbandes Berlin groß waren, auch immer hier in Bonn gewesen und hat bei keiner wichtigen Gelegenheit gefehlt. Ich glaube, Herr Krone, Sie würden auch keinen Ersatzmann finden können. (*Krone:* Schwerlich!) Sie wollen Herrn Friedensburg[145] vorschlagen? (*Krone:* „Ganz bestimmt"! – *Heiterkeit.*) Dann darf ich also feststellen, daß wir morgen dem Parteiausschuß Herrn Dr. Tillmanns vorschlagen. Es wäre sehr erwünscht, daß es zu keiner Diskussion kommt.[146] Vielleicht wird der eine oder andere von Ihnen die Aufgabe übernehmen, dafür zu sorgen, daß es nicht dazu kommt.

Eplée: Ist daran gedacht, den geschäftsführenden Vorstand zu ergänzen, weil Herr Tillmanns ausscheidet?

Adenauer: Darüber habe ich mit Dr. Tillmanns schon gesprochen. Wir waren uns noch nicht klar. Wir wollen das Gespräch fortsetzen.

Besprechung der Sitzung des erweiterten Bundesparteiausschusses

Adenauer: Wir hätten uns dann zum Schluß noch ganz kursorisch klarzumachen, wie morgen die Sitzung des Parteiausschusses verlaufen soll. Daß man dieser Sitzung mit großem Interesse in der gesamten Öffentlichkeit entgegensieht, ist ohne weiteres klar. Ich habe heute zu Beginn der Sitzung ausgeführt, wie ich mir den Punkt 1 der Tagesordnung gedacht hatte. Ich hatte sehr wenige Sätze sprechen wollen. Dann sollten sprechen – ich habe die Herren darum gebeten, ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind – Herr Erhard, Herr Schäffer bis zur Mittagspause, und nach der Mittagspause sollten die Herren Blank und Hallstein reden.

Weil das, was ich sagen will, über den Rundfunk gehen soll, muß ich etwas länger sprechen als ursprünglich beabsichtigt. Ich lege sehr großen Wert darauf, daß eine Diskussion stattfindet und Fragen gestellt werden. Ich bitte Sie, eventuell mit verteilten Rollen zu arbeiten und namentlich beim Punkt 1 Fragen zu stellen.

---

145 Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Honorarprofessor für Bergwirtschaft TU Berlin (seit 1953); 1921–1925 Landrat Rosenberg/Westpreußen, 1925–1927 Polizeivizepräsident Berlin, 1927–1933 Regierungspräsident Kassel, vor 1933 DDP/Staatspartei, Mitgründer der CDU, 1946–1951 Bürgermeister von Berlin, 1948–1952 MdA Berlin (CDU), 1952–1965 MdB (Vertreter Berlins). Vgl. Reinhard Frommelt: Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer. In: Buchstab/Gotto S. 208–221.

146 Tillmanns wurde ohne Aussprache mit 91 Stimmen, 5 Enthaltungen und einer Gegenstimme vom Bundesparteiausschuß am 6. Februar 1955 zum stv. Bundesparteivorsitzenden gewählt (ACDP VII-001-020/3 S. 7).

Was Punkt 2 angeht, so wird Herr Krone sich sehr sorgfältig überlegen, was aus dem internen Gespräch hier, das unter dem Titel „Innenpolitische Aufgaben" stand, morgen ausführlicher gesagt werden kann und was man besser zurückstellt.

Ich glaube, das wird er ohne weiteres gut machen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß er, wie die Dinge nun einmal sind, sich über die Frage der Gewerkschaften doch ausspricht.

Ich nehme an, daß die Wahl des Herrn Tillmanns sehr schnell erledigt sein wird. Was zur Frage „Verschiedenes" noch gefragt wird, wissen wir nicht. Es wird aber nötig sein, daß wir uns alle darauf einrichten, daß der Parteiausschuß bis zum Abend tagt und daß er vollzählig zusammenbleibt. (*Zimmer:* Sie werden des verstorbenen Freundes Ehlers zu Anfang gedenken. Ich frage daher, muß die Wahl von Herrn Tillmanns erst am Schluß erfolgen?) Aber nicht sofort im Anschluß! (*Zimmer:* Nicht sofort, aber die Wahl könnte als erster Punkt am Nachmittag erfolgen.) Ja, als erster Punkt am Nachmittag, bevor Herr Blank spricht.

Herr Staatssekretär Hallstein steht in seinem Zimmer den Herren zur Verfügung wegen der Unterrichtung in der Saarfrage. Darf ich weiter fragen, ob noch etwas zum Punkt „Verschiedenes" vorzubringen ist?

Von Hassel: Wird schon um 11 Uhr übertragen?

Heck: Da voraussichtlich nicht pünktlich begonnen werden kann, wurde vereinbart, daß zwischen 11 Uhr und 11.45 Uhr die Zeit gewählt werden kann.

Adenauer: Was heißt das, die Zeit gewählt werden kann?

Heck: Es ist nicht damit zu rechnen, daß der Parteiausschuß um Punkt 11 Uhr da ist.

Adenauer: Wird direkt übertragen oder geht es aufs Band?

Von Lojewski: Es wird direkt übertragen. Aber der NWDR hat sich eingerichtet, daß er noch einen Zwischenbericht gibt. Es muß um 11.45 Uhr Schluß sein.

Adenauer: Dann wollen wir spätestens um 11.15 Uhr anfangen. (*Zuruf:* 11.10 Uhr!) Also 11.10 Uhr. (*Von Brentano:* Wir müssen sagen: Punkt 11 Uhr; es wird doch ein paar Minuten später.) Gut, dann sagen wir Punkt 11 Uhr, um eventuell dem Rundfunk noch ein paar Minuten Zeit zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können uns alle gegenseitig dafür danken, daß wir in einer sehr guten Weise, wie ich annehmen darf, alle die Dinge, die uns am Herzen liegen, heute miteinander besprochen haben.

Ich darf die Sitzung schließen.

7

Bonn, 2. Mai 1955

Sprecher: Adenauer, Albers, Bauknecht, Bitter, von Brentano, Cillien, Dichtel, Eplée, Fay, Fricke, von Fisenne, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Frau Heiler, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lensing, von Lojewski, Majonica, Müllenbach, Scharnberg, Stier, Süsterhenn, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wegmann, Wirsching, Wuermeling.

Bericht zur Lage: Landtagswahlen, andere Parteien, weltanschauliche Grundlage der CDU; Außenpolitik nach den Pariser Verträgen; Saarfrage. Beschlußfassung über die „Leitsätze der CDU zum Elternrecht". Parteipolitische Lage (BHE); Koalition in Niedersachsen; SPD und Wiederbewaffnung; Parteienfinanzierung. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 18.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte von hier aus sprechen, das wird leichter für Sie verständlich sein. Ich möchte überhaupt bitten, daß für das nächste Mal die Sitze wieder anders geregelt werden.

Meine Damen und Herren, zum technischen Ablauf für heute möchte ich folgendes vorschlagen: Wir bleiben über Mittag zusammen; es wird ein Büfett nebenan aufgestellt. Wir wollen aber keine zu große Mittagspause machen, denn wir alle haben noch andere Arbeit, und es wird doch sicher ein Teil von Ihnen rechtzeitig nach Hause fahren wollen.

Ich muß zunächst entschuldigen Herrn Pferdmenges, der mir mitgeteilt hat, daß er nicht kommen könne, Herrn Bach sehe ich einstweilen nicht, aber er kommt gewerbs- und gewohnheitsmäßig etwas später; die Herren Wackerzapp, Sieveking[1], Gebhard Müller, Arnold, Grantze[2] (Berlin), Altmeier – wegen des Wahlkampfes –, Johnen – aus dienstlichen Gründen.

1 Dr. Kurt Sieveking (1897–1986), 1945–1951 Senatssyndikus und Leiter der Senatskanzlei, 1951–1953 Generalkonsul in Stockholm, 1953–1957 Erster Bürgermeister von Hamburg (CDU).

2 Fritz Grantze (1893–1966), 1945 CDU, 1949 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Berlin-Tempelhof, 1951–1963 MdA Berlin (zeitweise stv. Fraktionsvorsitzender), 1955–1957 MdB (Nachfolger von Tillmanns).

Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch sagen – ich will keine einzelne Persönlichkeit angreifen –, daß unsere Ministerpräsidenten es mit als ihre vornehmste Pflicht ansehen müssen, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen. Es fehlen nicht weniger als vier unserer führenden Ministerpräsidenten, nämlich die Herren Sieveking, Gebhard Müller, Arnold und Altmeier. Ich glaube nicht, daß das bei der Sozialdemokratischen Partei erlaubt sein dürfte. (*Lensing:* In Düsseldorf ist Landtag! – *Dichtel:* In Stuttgart ist Kabinettssitzung!) Was heißt denn Kabinettssitzung? Wir haben Vorstandssitzung; Kabinettssitzung ist überhaupt keine Entschuldigung.[3] Ich sage das etwas unterstrichen, weil ich im Laufe meiner Ausführungen noch auf das Verhältnis zwischen dem Parteivorstand und der Gesamtpartei sowie zwischen den führenden Persönlichkeiten in den Landesparteien zurückkommen möchte.

Nachdem ich das nun gesagt habe, muß ich mich bei Ihnen entschuldigen, weil diese Vorstandssitzung so lange hinausgeschoben worden ist und wir heute nur eine Vorstandssitzung und morgen keine Parteiausschußsitzung abhalten. Ich kann das eine sagen, daß ich, wenn ich das Außenministeramt nicht mehr bekleiden werde[4], mich den Parteifragen mehr widmen kann als bisher. Bisher war es mir schlechterdings nicht möglich, Termine freizumachen, insbesondere, weil die letzten Tage mit außenpolitischen Fragen sehr angefüllt waren.

Ich möchte Ihnen dann einen Bericht über die gesamte innen- und außenpolitische Lage, so wie ich sie sehe, geben. Ich habe darum gebeten, meine Ausführungen mitschreiben zu lassen. Ich möchte einige persönliche Dinge darin erwähnen und mir vorbehalten, einige Streichungen in dem Stenogramm vorzunehmen und Ihnen dann dieses Stenogramm zugehen zu lassen, weil es vielleicht für Sie doch wichtig ist, die Ausführungen zu besitzen, um auch Ihren Landesparteien davon Kenntnis zu geben.

Bericht zur Lage

Zunächst möchte ich mit der inneren Situation in der Bundesrepublik beginnen. An die Spitze stelle ich folgenden Satz: Wir haben heute den 2. Mai des Jahres 1955. Wir werden im Spätsommer des Jahres 1957 – also in zwei Jahren und einigen Monaten – die dritte Wahl zum Bundestag haben. Wenn es uns – der CDU und der CSU – gelingt, dann an der Führung zu bleiben für die nächsten vier Jahre, dann können wir unser Werk, das wir 1949 begonnen haben, so sichern, daß es Bestand haben wird. Wenn die Sozialdemokratie an die Führung kommen sollte, dann bin ich davon überzeugt, daß sie durch ihre völlig unverständliche und den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht werdende Politik in wenigen Jahren auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet alles das verwirtschaftet haben wird, was wir in diesen Jahren im Interesse unseres Vaterlandes aufgebaut

3 Vgl. Nr. 5 Anm. 4.

4 Adenauer gab das Auswärtige Amt am 6. Juni 1955 ab.

haben. Daher glaube ich, daß wir unsere ganze Arbeit während der nächsten Jahre unbedingt unter dem Gesichtspunkt der Wahl des Jahres 1957 sehen müssen.

Ich möchte darum auch meine Ausführungen unter diesen Gesichtspunkt stellen und auf Mängel zu sprechen kommen, die ganz offenbar in unserer Organisation vorhanden sind, auch auf eine gewisse Teilnahmslosigkeit innerhalb wie auch außerhalb unserer Partei. Ich habe es deswegen ebenso gründlich bedauert, daß eine ganze Anzahl von Ministerpräsidenten zu einer Vorstandssitzung in einer Zeit, in der entscheidende Dinge geschehen sind und in den nächsten Tagen geschehen werden, wegen einer Kabinettssitzung oder aus sonstigen Gründen nicht anwesend sind.

Meine Damen und Herren! Zu den Wahlen in Niedersachsen möchte ich unseren Freunden aus Niedersachsen den herzlichsten Dank dafür aussprechen, daß sie sich so ausgezeichnet geschlagen und einen so großen Erfolg davongetragen haben.[5] Sie haben auch insofern unseren besonderen Dank verdient, als sie jetzt nicht, wie unsere verwandte Partei in Bayern, nach der Wahl nach Hause gegangen sind und sich einige Tage ausgeruht haben[6], sondern daß sie sofort an die Arbeit gegangen sind, um den Versuch zu machen, eine Regierung zu bilden. Es ist wirklich sehr dankenswert und vorbildlich, daß schon am Freitag nach der Wahl die Koalitionsbesprechungen im großen und ganzen zu einem erfolgreichen Ende geführt worden sind. (*Cillien:* Bis auf die Frage, was der BHE heute tut!) Ich kann nicht beurteilen, ob das zweifelhaft ist oder nicht. Ich möchte mir über Niedersachsen noch zwei Bemerkungen erlauben. Ich bin in Niedersachsen an sechs Plätzen gewesen und habe dort gesprochen. Ich habe dort zu meiner großen Freude feststellen können, daß trotz des Falles Österreich[7] – Herr Kopf hatte ja proklamiert, daß die ganze Wahl in Niedersachsen auf außenpolitischem Gebiet ausgefochten werden sollte – die Teilnahme der Bevölkerung ganz außergewöhnlich groß war, und zwar hauptsächlich in vier großen Versammlungen im Freien: in Lüneburg, Lingen, Wilhelmshaven und Goslar.[8] Es waren Versammlungen mit einer Teilnahme bis zu 18.000 Menschen. In den ganzen Versammlungen – die Herren waren zum Teil ja anwesend – herrschte eine großartige Stimmung und ein

5 Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1955: SPD 35,2 % (59 Mandate, 1951 33,7 % und 64 Mandate), CDU 26,6 % (43, 1951 Niedersächsische Union 23,8 % und 63 Mandate), DP 12,4 % (19), GB/BHE 11 % (17), FDP 7,9 % (12), DRP 3,8 % (6), KPD 1,3 % (2), Zentrum 0,9 % (1). Heinrich Hellwege bildete eine Koalitionsregierung aus DP, CDU, FDP und GB/BHE.

6 Nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 hatte sich trotz erheblicher Stimmengewinne der CSU (10,6 %) bis zum 10. Dezember 1954 eine Viererkoalition von SPD, BP, FDP und BHE gebildet. Zu Einzelheiten vgl. Kritzer S. 329–357; Alf Mintzel: Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977 S. 53–55.

7 Am 19. April hatte die Sowjetunion eine Außenministerkonferenz der vier Mächte in Wien zum Abschluß eines Staatsvertrags vorgeschlagen, worauf die Westmächte am 22. April eine vorbereitende Botschafterkonferenz für den 2. Mai vorschlugen. Diesen Vorschlag nahm die Sowjetunion am 26. April an (AdG 1955 S. 5124, 5137).

8 Am 14. April in Lüneburg, am 15. April in Lingen, am 21. April in Wilhelmshaven und Oldenburg, am 22. April in Goslar.

gutes Verständnis für die bisherige Politik der Bundesregierung auf außenpolitischem Gebiet. Ich konnte aus den Versammlungen in Niedersachsen – Niedersachsen ist ja ein ausgesprochen merkwürdiges Land – die Überzeugung gewinnen, daß wir, wenn wir in den nächsten Monaten eine Bundestagswahl hätten, dort ähnlich abschneiden würden wie im Jahre 1953. Das darf uns natürlich nicht dazu verleiten, die Augen vor unseren Schwächen und vor den Gefahren zu schließen, die uns bis zum Jahre 1957 noch bedrohen. Vielleicht können die Herren aus Niedersachsen nachher noch das eine oder andere, was uns interessieren wird, sagen.

Die Bildung einer Regierung in Niedersachsen ohne die Sozialdemokratie ist deswegen von so großer Bedeutung, weil ja Niedersachsen das Stammquartier der Sozialdemokratie seit dem Jahre 1946 gewesen ist und Herr Kopf trotz seiner Besonderheiten – ich sage trotz, nicht wegen seiner Besonderheiten – in Niedersachsen eine volkstümliche Figur ist und weil die Sozialdemokratie in Niedersachsen, obgleich Herr Kopf genausogut in irgendeiner anderen Partei sein könnte wie in der SPD, die Wahl unter dem Zeichen des Herrn Kopf geführt hat. Die Wahl in Niedersachsen ist auch deswegen so bemerkenswert, weil wir durch den frühen Heimgang unseres Parteifreundes Ehlers leider nicht in der Lage waren, Herrn Kopf eine Persönlichkeit entgegenzusetzen, die sich in Niedersachsen in weiten Kreisen eine große Volkstümlichkeit erworben hat. Wenn Herr Ehlers noch lebte, dann wäre die Wahl in Niedersachsen viel leichter gewesen, als sie so gewesen ist.

Ich habe aber auch den Eindruck, als ob die Vorbereitungen zur Wahl in Niedersachsen sehr gut gewesen sind, und daß alles in allem genommen es jedenfalls dort erfreulich hergegangen ist. Besonders erfreulich ist es, meine verehrten Freunde aus Niedersachsen, daß Sie, trotzdem Sie in der neuen Koalition die stärkste Partei sind, des höheren Zieles willen außerordentlich bescheiden in Ihren Ansprüchen bei der Verteilung der Regierungsplätze gewesen sind.[9]

Ich bin Ihnen schuldig, ein Wort darüber zu sagen, daß unsere Partei dort nicht den Posten des Kultusministers verlangt hat. Ich habe den Herren dazu aus folgendem Grunde geraten: Sie wissen, daß die Bundesregierung eine Klage gegen Niedersachsen wegen Verletzung des Reichskonkordats angestrengt hat. Die Klage schwebt. Wenn, wie die Bundesregierung annimmt, sie gegen das Land Niedersachsen entschieden wird, dann muß der Kultusminister in Niedersachsen erhebliche Änderungen vornehmen und durchzubringen versuchen, und zwar zugunsten der Konfessionsschule und des Elternrechts. Das kann ein Nichtmitglied der CDU machen, ohne daß es ein solches Risiko vor seiner Partei eingeht, wie es bei einem CDU-Mann der Fall wäre. Wird aber die Klage verloren, d.h., wird die Bundesregierung abgeschossen, dann wäre es für einen großen Teil der CDU in Niedersachsen sehr schmerzlich, wenn

9 Der Ministerpräsident, Heinrich Hellwege, wurde von der DP gestellt, ebenso der Justizminister; die CDU übernahm drei Ressorts (Inneres, Finanzen, Soziales), die FDP das Kultusministerium, der GB/BHE Wirtschaft und Verkehr sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

ein der CDU angehöriger Kultusminister nun dieses Gesetz durchführen müßte, das in weiten Teilen von Niedersachsen auf das heftigste bekämpft worden ist.[10] Unter diesen Umständen, die man öffentlich nicht erklären kann, war es vielleicht klug – ich bin unseren Freunden sehr dankbar dafür, daß sie das getan haben –, diesmal die Finger von dem heißen Eisen wegzulassen. Das kann man anderen in die Hand geben; die können sehen, wie sie nachher fertig werden damit.

Nun stehen wir vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz, die am 15. Mai stattfinden werden.[11] Die Aussichten sind gut, obgleich die FDP frühere Nationalsozialisten als Kandidaten aufgestellt hat unter kaltblütiger Abservierung ihrer bisherigen Abgeordneten – offenbar nach den demoskopischen Untersuchungen – und in gewissen nationalsozialistischen Kreisen einen Auftrieb bekommen hat. Es kommt noch die Saarfrage hinzu, auf die ich noch zu sprechen komme. Ich glaube, wir können jedoch davon überzeugt sein, daß die Wahl in Rheinland-Pfalz ein Ergebnis bringen wird, wie wir es wünschen, und daß dort eine Koalitionsregierung wie bisher gebildet wird. Das ist deswegen so wichtig, weil wir, wenn in Rheinland-Pfalz die bisherige Regierung bleibt, im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit haben werden, vorausgesetzt, daß der BHE heute gutheißt, was seine Unterhändler in Hannover mit den anderen Parteien, abgesehen von der SPD, besprochen haben. Wenn wir auch im Augenblick beim Wehrgesetz oder etwas Ähnlichem keinen unmittelbaren Anlaß sehen, auf eine Zweidrittelmehrheit bedacht zu sein, so ist es immer gut, daß man eine starke Mehrheit im Bundesrat hat.

Was ich jetzt sage, möchte ich namentlich an unsere Freunde von Brentano, Krone und Albers richten. Eine gewisse Beunruhigung herrscht, wie mir von verschiedenen Seiten aus Rheinland-Pfalz mitgeteilt wurde, in der dortigen Beamtenschaft wegen des Gesetzentwurfes über das Personalvertretungsgesetz.[12] Die Beamtenschaft wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Gesetzentwurf, wie er aus den ersten Verhandlungen im Ausschuß hervorgegangen ist. In der zweiten Lesung ist er geändert worden; aber dadurch ist nun eine gewisse Verstimmung hervorgerufen worden. Ich war nicht anwesend, aber mein Freund Albers hat, soviel ich gehört habe, dieser Verstimmung in der Bundestagsfraktion einen gehaltvollen Ausdruck gegeben, wobei ich unter „gehaltvoll" nicht gerade sagen möchte, Herr Albers, daß die Gründe dafür sehr gehaltvoll gewesen sind. (*Albers:* Es war aber richtig!) Lieber Herr Albers, es war nicht richtig! Jetzt zwingen Sie mich, etwas zu sagen. Ich werde auch auf die Gewerkschaften zu sprechen kommen und auf die Stellung unserer Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften. Ich denke, es ist Ihnen bekannt, daß der

10 Zum niedersächsischen Schulgesetz vom 1. Oktober 1954 vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 302, 9.Jg. S. 50–52. Beschluß der Bundesregierung zur Klage vom 9. März 1955 (Pressemitteilung BPA vom 15. März 1955; BULLETIN Nr. 99 vom 2. Juni 1956; Nr. 102 vom 7. Juni 1956).

11 Ergebnis der Landtagswahl vom 15. Mai 1955: CDU 46,8 % (51 Mandate), SPD 31,7 % (36), FDP 12,7 % (13). Peter Altmeier bildete eine Koalitionsregierung von CDU und FDP.

12 Vgl. Nr. 6 Anm. 142, 143.

Durchschnittsprozentsatz unserer Mitgliederzahl aus dem Arbeitnehmerstand 23 % beträgt; in Köln 10 % der Arbeitnehmer. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Albers, wenn ich sage, man sollte auch mal zu Hause nach dem Rechten und danach sehen, daß die Zahl der Arbeitnehmer sich regelt. (*Albers:* Es sind ganz genau 56 % Arbeiter und Angestellte!) Ich habe die Zahl von Herrn Pünder hier, wenn Sie wollen, kann ich sie Ihnen schriftlich zugehen lassen. Es sind 10 %. Es kommt darauf an, wen man unter Arbeitnehmer rechnet. Schließlich bin ich auch Arbeitnehmer, wenn auch unter keinem sehr angenehmen Dienstherrn. *(Heiterkeit.)*

Nun möchte ich etwas über die Entwicklung und das Verhältnis der Parteien in der Bundesrepublik zueinander sagen. Fangen wir an mit der Deutschen Partei. Die Deutsche Partei ist vom ersten Augenblick an die koalitionstreueste Partei gewesen. Das war auch für mich der Grund, weshalb ich bei der Regierungsbildung den größten Wert darauf gelegt habe, sie zunächst zu gewinnen. Auf der anderen Seite ist die Deutsche Partei keine Partei, die dauernd bestehen bleiben wird. Das wissen die Herren auch. Ich habe mit ihnen und auch in der letzten Zeit wieder sehr offen darüber gesprochen. Sie haben mit ihrem Versuch außerhalb Niedersachsens – namentlich in Bayern[13] – einen vollen Mißerfolg geerntet. Die DP ist eine Partei, die auf Niedersachsen und gewisse angrenzende Teile immer beschränkt bleiben muß. Sie hat auch wenig Nachwuchs. Ich bin eigentlich erstaunt, daß sie 20 Mandate bekommen hat. (*Cillien:* 19!) 19, es waren zunächst 20. Immerhin ist sie eine Partei, wenn sie auch mehr oder weniger auf einen Heimatkreis beschränkt ist, die im Grunde in vielen Dingen mit uns übereinstimmt, so daß es zweckmäßig ist, wenn sie in der einen oder anderen Form mit uns in eine engere Verbindung tritt. Das hier ausführlich zu erörtern, hat wohl keinen Zweck. Aber unsere Freunde aus Niedersachsen werden, glaube ich, damit übereinstimmen. Im Hinblick auf die Gesetze, die im Bundestag noch zu verabschieden sein werden, erscheint es außerordentlich wünschenswert, daß die CDU und CSU in der einen oder anderen Form so stark wird, daß sie auch mit Anstand schließlich eine Entscheidung ohne Hilfe anderer Parteien fällen kann. Das ist für mich überhaupt der leitende Gesichtspunkt. Man kann die Entwicklung im Bundestag nicht überschauen. Wir werden in den nächsten Jahren vielleicht gezwungen sein, im Bundestag Entscheidungen zu fällen, allein gestützt auf die CDU/CSU und die eine oder andere Gruppe, die sich uns angeschlossen hat. Die große Öffentlichkeit wird niemals verstehen, wenn im Bundestag entscheidende Beschlüsse – ich spreche jetzt theoretisch, aber doch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend – nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt werden. Aber wir werden – ich betone das nochmals – eventuell gezwungen sein, im Bundestag Beschlüsse zu fassen, allein für uns stehend. Wir müssen dann mehr als eine Stimme Mehrheit haben. Das veranlaßt mich, eine Bitte an unsere Freunde in Niedersachsen zu richten, daß wir zunächst die Deutsche

13 Die DP war in Bayern weder bei den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 noch bei den Landtagswahlen vom 28. November 1954 über 0,6 % der Stimmen hinausgekommen.

Partei in irgendeiner Form näher an uns heranbringen, aber nicht in der Form, wie es sich Herr Hellwege denkt; das kommt gar nicht in Frage.[14]

Der BHE ist in einer sehr schweren Krise. Diese Krise mußte einmal kommen. Sie ist dadurch beschleunigt worden, daß Herr Kather in den BHE eingetreten ist. Herr Kather hat dort nicht nur als Katalysator, sondern auch als Sprengpulver gewirkt. In einer so großen Fraktion wie der unsrigen konnte das abgefangen werden. In einer Fraktion von der Größe und Zusammensetzung des BHE kann es offenbar nicht abgefangen werden. So ist der BHE, wie Sie wissen, auseinandergefallen – wenigstens innerlich – im Bundestag in eine Gruppe von 13 und eine solche von 14 Abgeordneten.[15] Beide Gruppen bemühen sich jetzt im Lande, Landesgruppen auf ihre Seite zu ziehen. Die meiste Einsicht der führenden Leute des BHE herrscht wohl bei den 13, nicht bei der Kather-Gruppe. Sie sind sich auch darüber klar, daß der BHE nicht mehr viele Bundestagswahlen überstehen wird, daß auch der BHE eine Partei ist, deren Lebensdauer begrenzt ist, auch deshalb, weil ihre Aufgabe begrenzt ist. Bei der 13er-Gruppe gibt es eine Reihe von Leuten, die – glaube ich – uns innerlich sehr nahestehen und die durchaus gute Kräfte sind.

Ich möchte im Augenblick über die weitere Entwicklung noch nichts sagen. Ich weiß auch nicht, wie die Entscheidung, in Niedersachsen der Koalition beizutreten, die der führende Mann[16] dort gefällt hat, sich auf den Zusammenhalt des BHE auswirken wird. Ob sie dazu geeignet ist, die 13er-Gruppe auf Kosten der 14er-Gruppe zu vergrößern, ist noch ein interner Vorgang. Wir müssen das Ergebnis abwarten. Jedenfalls aber gibt es dort Abgeordnete, die einen sehr wünschenswerten Zuwachs für uns bilden würden. Der Zuwachs würde um so wünschenswerter sein, weil nach zwei Richtungen Bestrebungen im Gange sind, eine Änderung in der Zusammensetzung der Partei herbeizuführen.

Damit komme ich zur FDP. Die FDP – ich will auf Einzelheiten nicht eingehen – unter der Führung des Herrn Dehler macht eine verhängnisvolle Entwicklung durch. Ich bin trotzdem der Auffassung, die ich immer vertreten habe, daß wir eine rechts von der CDU stehende Partei, die nicht das Wort „christlich" in ihrem Parteinamen trägt, absolut notwendig haben, weil es eben eine ganze Anzahl von sehr respektablen Leuten in der Bundesrepublik gibt, die aus irgendwelchen Gründen nicht wünschen, einer christlichen Partei beizutreten, d.h. einer Partei, die sich christlich nennt und hoffentlich auch christlich handelt. Diese Leute dürfen aber nicht in die Hände einer nationalistischen Partei fallen. In eine solche demokratische Partei können

14 Hellwege suchte eine stärkere Distanzierung der DP von der CDU weniger im außen- als im innenpolitischen Bereich zu finden (vgl. dazu MEYN S. 51–56, 142–148).

15 Zur Spaltung der Fraktion war es nach monatelangem Streit über die Saarfrage am 15. März 1955 gekommen, die Gruppe der 13 wurde geführt von Waldemar Kraft, Horst Haasler und Theodor Oberländer (vgl. NEUMANN S. 137–165, insbes. S. 150ff.).

16 Vorsitzender des niedersächsischen Landesverbands des BHE war Friedrich von Kessel, im Kabinett Hellwege stv. Ministerpräsident und Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

ruhig einige nationalistische Elemente hineinkommen; sie können dort verdaut oder zusammengehalten werden. Was aber für Deutschland schlimm wäre, das wäre die Bildung einer rein nationalistischen Partei, der Leute angehörten, die einen guten Namen haben. Daher ist die Entwicklung innerhalb der Freien Demokratischen Partei nicht nur von unserem parteipolitischen, sondern auch vom allgemeinen deutschen Standpunkt aus sehr wichtig. Ich bitte Sie, daher auch zu verstehen, wenn wir eine gewisse Langmut gegenüber der Entwicklung in der Demokratischen Partei zeigen und zeigen müssen. Ich hoffe, daß schließlich doch die Vernunft da siegen wird. Es gibt gewisse Anzeichen dafür; es gibt aber auch genauso Anzeichen nach der Gegenseite. Ein gutes Anzeichen ist z.B., daß die FDP den Herrn Schwann[17] sofort zur Ordnung gerufen und Herr Dehler mir das gleich mitgeteilt hat. Ein gewisses Anzeichen ist auch das, daß der Herr Reinhold Maier nach seiner Reise durch die Vereinigten Staaten erklärt hat, die Politik der Bundesregierung sei richtig, und daß man nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten zu einer Wiedervereinigung kommen könne.

Z.Z. ist Herr Middelhauve auf einer Reise nach Amerika. Herr Middelhauve war am Tage vor seiner Abreise bei mir[18], nicht um meinen Reisesegen zu bekommen, dazu bin ich nicht in der Lage, ich bin nicht benefiziert. Aber immerhin ist er von mir weggegangen mit gutem Vorsatz. Das ist auch schon etwas wert. Wie das mit der FDP werden wird, das kann noch kein Mensch beurteilen. Aber was für uns wichtig ist, das ist folgendes: Es sind Bestrebungen im Gange, eine neue Partei zu gründen, und zwar eine Art Deutsche Volkspartei, zu der ein großer Teil der jetzigen Demokraten, namentlich die zuverlässigeren und vernünftigeren gehören würden. Diese bemühen sich nun um den zuverlässigen und vernünftigen Teil des BHE, ebenfalls um die Deutsche Partei und auch um den einen oder anderen aus unserer Partei. Ich möchte hier keine Namen nennen. Ein Teil von Ihnen wird die Namen wissen. Wer sie nicht weiß, braucht sie auch hier nicht zu hören. Wir dürfen aber diese Entwicklung, die gar nicht so aussichtslos ist, wie man zuerst meinen möchte, nicht aus dem Auge verlieren. Sie muß uns dazu veranlassen zu versuchen, in aller Vorsicht, aber konsequent, diejenigen Teile des BHE und der Deutschen Partei, die zu uns passen, für uns zu gewinnen, anstatt daß sie einer neuen Partei anheimfallen, von der man nicht weiß, wer schließlich dort die Führung bekommen wird.

Nun möchte ich ein Wort zu den Verhältnissen in der Sozialdemokratischen Partei sagen. Es ist Ihnen wohl allen bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei nicht geschlossen ist und daß es dort eine gewisse Zahl von respektablen Leuten gibt, die mit dem Kurs der Partei absolut nicht einverstanden sind. Ich glaube, wir würden den Verhältnissen nicht gerecht werden, wenn wir bei Beurteilung der

17 Hermann Schwann (1899–1977), vor 1933 DVP, 1934–1945 NSDAP, 1948 Kreisvorsitzender der FDP, 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1957 MdB. – Schwann hatte stets gegen das Saarabkommen gestimmt und war auch dem Normenkontrollantrag der Opposition gegen das Saarabkommen beigetreten (AdG 1955 S. 5041, 5101).

18 Am 25. April 1955 (TERMINKALENDER).

Lage der SPD zwei Tatsachen nicht ins Auge faßten. Die eine Tatsache ist die, daß die SPD als Fundament nur die Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund hat und daß die Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund einen immer radikaleren Kurs einschlagen. Wie sehr in der SPD der radikalere Kurs gewinnt, das zeigt folgendes Beispiel: Ich habe schon vor längerer Zeit, da wir für das zukünftige Verteidigungsministerium einen guten Staatssekretär brauchen und Bemühungen, diesen oder jenen zu bekommen, fehlgeschlagen waren, mich an zwei Herren gewandt, die der SPD angehören. Sie finden heute in der „Welt" eine Notiz darüber.[19] Es ist aber nicht etwa so, daß ich der Sozialdemokratischen Partei angeboten hätte, einen Staatssekretär in dieses Ministerium zu setzen, sondern ich habe mich an zwei Persönlichkeiten gewandt, die der SPD angehören. Dabei leiteten mich folgende Gesichtspunkte: Es ist eine sehr schwere Aufgabe für uns, eine Wehrmacht aufzustellen, die erstens nicht politisiert – das war ja in dem Fall Bonin[20] für mich das wichtigste, daß ein führender Mann des Amtes Blank frisch, frei und fromm wieder anfing zu politisieren – und zweitens, daß – ich drücke mich jetzt etwas sehr grob, aber richtig aus – die Zivilgewalten maßgebend sein müssen und nicht die militärischen Gewalten. Es erschien mir richtig, namentlich gegenüber gewissen Herren, die eine militärische Vergangenheit, wenn auch nicht großen Stils, haben, die aber sehr darauf aus sind, einen solchen Posten doch zu bekommen, die der Koalition angehören, dort einen Mann hinzubekommen, der ein Charakter und nicht abhängig ist von dem sozialdemokratischen Parteivorstand, der aber auf der anderen Seite diese Grundsätze, wie ich sie eben skizziert habe, vertritt und als Angehöriger einer sehr großen Partei in der Lage wäre, mit dem Gewicht aufzutreten, das eine solche Parteizugehörigkeit gibt.

Trotz eines mündlichen Gesprächs mit Herrn Ollenhauer und trotz eines Briefes an ihn sieht er sich nach der Mitteilung in der „Welt" nicht in der Lage, die Zustimmung dazu zu geben, daß ein Mitglied seiner Partei Staatssekretär im Verteidigungsministerium wird.[21] Das ist der eklatante Beweis dafür, daß die heutige Sozialdemokratische Partei das reine parteipolitische Interesse über alle höheren Rücksichten stellt. Ich bin darüber enttäuscht. Ich hatte geglaubt, daß es doch möglich wäre, in der Sozialdemokratischen Partei diejenigen Leute, die parteipolitische Gesichtspunkte nicht über alles stellen, mehr nach vorne zu bringen, damit wir in dieser für die Zukunft Deutschlands entscheidenden Frage mit der Sozialdemokratie arbeiten können; denn es wird für Deutschlands Zukunft eine entscheidende Frage sein, wie diese Wehrmacht aussieht. Ich bedaure diesen Vorgang, denn die inneren Gegensätze werden dadurch außerordentlich verschärft werden. Aber ich kann es nicht ändern. Wir müssen der

19 „Kein SPD-Staatssekretär" – „Die Welt" vom 2. Mai 1955 S. 2.

20 Bogislaw von Bonin (1908–1980), 1926–1945 Reichswehr bzw. Wehrmacht (zuletzt Oberst i.G.), 1952–1955 Amt Blank (Chef der Unterabt. 1 – Militärische Planung bzw. der Planungsgruppe Bonn). Vgl. Opposition gegen Adenauers Sicherheitspolitik. Hrsg. von Heinz Brill. Hamburg 1976.

21 Vgl. Anm. 67.

Tatsache, daß dem so ist, ruhig ins Auge sehen und unsere Folgerungen daraus ziehen.[22]

Ich möchte noch ein Wort zum DGB sagen, weil er nicht nur das Fundament, sondern auch das Knochengerüst der SPD ist, und die Sozialdemokratische Partei ohne den DGB überhaupt nicht mehr vorhanden wäre. Im DGB geht die Radikalisierung unaufhaltsam weiter trotz aller Bemühungen unseres Sozialpolitischen Ausschusses. Ich möchte das sehr nachdrücklich und sehr offen sagen. Unsere christlichen Vertreter in den Gewerkschaften und im Gewerkschaftsbund haben einfach keinen Einfluß. Ich brauche über Herrn Föcher kein Wort zu verlieren. Ich will auch nicht von den Klagen sprechen, die Herr Freitag mir gegenüber über Herrn Föcher ausgesprochen hat, aber ich möchte Ihnen doch sagen, daß sich kaum jemand so über den Herrn Föcher beklagt hat wie Herr Freitag. Die ganzen Leute, mit Ausnahme vielleicht des Herrn Reuter, werden, wenn nicht eine unerwartete Wendung in der Politik der Gewerkschaften eintritt, bei der nächsten Wahl des Vorstandes über Bord gehen. Es wird dann eine radikalere Richtung folgen, die ISK-Leute werden kommen und auch gewisse Leute, von denen man nicht weiß, wieweit sie der Sozialdemokratie angehören oder ihr nahestehen.

Um diese ganzen Fragen ihrer Schwere nach würdigen zu können, müssen Sie sich darüber klar sein, daß z.Z. der eigentliche Inhaber der Macht in der Bundesrepublik die Gewerkschaften sind. Sie haben die Hand am Hebel, sie können unser wirtschaftliches Leben durch den Beschluß von 200, 300 Funktionären stillegen mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik erachte ich daher bis auf weiteres für außerordentlich labil und kritisch. Wir werden sehr aufmerksam und sehr behutsam unsere Wege gehen müssen. Lassen Sie mich sehr offen folgendes sagen: Unsere Finanzen sind schlecht. Unsere Mitgliederzahlen sind beschämend gering. Wir müssen an die Landesparteien das dringende Ersuchen richten, Mitglieder zu werben, damit unsere Partei, die seit 1949 die Verantwortung im Bunde trägt, nun auch wirklich einen Stamm von zahlenden Mitgliedern bekommt. Es geht nicht, daß unsere Partei mit dem Hute in der Hand fortwährend herumlaufen muß, um bei reichen Leuten um Geld zu betteln. Das ist ein großes Versäumnis der Landes- und Ortsparteien, womit wirklich einmal radikal Schluß gemacht werden muß.

Weiter macht mir sehr ernste Sorge, daß wir in unserer Partei der weltanschaulichen Grundlage zu wenig Bedeutung beimessen und daß die Sucht zum Materiellen auch in unserer Partei und in den Fraktionen des Bundes und der Länder in einer beängstigenden Weise um sich gegriffen hat. Unsere einzige Existenzberechtigung ist das weltanschauliche Fundament, sonst haben wir keine Existenzberechtigung. Wir müssen uns daher viel mehr als bisher auf dieses weltanschauliche Fundament besinnen. Wir müssen auch aufgrund unserer Erfahrungen diese weltanschaulichen Grundsätze mehr herausarbeiten als bisher. Wenn ich an die Gesinnung denke, die

22 Vgl. zu dem angesprochenen Komplex ausführlich KLOTZBACH S. 356–362, insbes. S. 356f.

uns in den Jahren nach 1945 beseelt und erfüllt hat, und nun sehe, wie es im Jahre 1955 geworden ist, dann ergibt sich ein himmelweiter Abstand nicht zugunsten des Jahres 1955. Das ist eine Aufgabe, deren wir uns – der Generalsekretär[23] ist leider nicht hier, der ist noch in Amerika – mit viel größerem Elan und viel größerer Kraft widmen müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Ich bin geradezu erschrocken über eine Wahrnehmung in den letzten Monaten, die ich mit allem Freimut hier aussprechen möchte. Ich finde es für die Demokratie geradezu verheerend, wenn sich sieben Reifenfabriken zusammenschließen, von denen jede DM 500.000,– gibt – das sind zusammen 3,5 Millionen –, um damit die Gesetzgebung des Bundestages bei einem entscheidenden Gesetz zu beeinflussen.[24] Ich bedaure aufrichtig – das Mitglied ist nicht hier –, daß ein Mitglied der Bundestagsfraktion dabei eine führende Rolle gespielt hat. Ich werfe keinem vor, verstehen Sie mich wohl, daß irgend jemand persönlich Vorteile gehabt hat, ich denke nicht daran, ich habe weder einen Beweis noch irgendeinen Anhaltspunkt dafür, aber wenn sieben Reifenfabriken zusammen 3,5 Millionen für Propaganda in der Form von Zeitungsannoncen einsetzen und damit auf Leute in den verschiedenen Bundestagsfraktionen einwirken und somit die Gesetzgebung entscheidend beeinflussen können, dann sage ich Ihnen, ist das der Untergang der Demokratie. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wie die Gesetzesvorlage der Bundesregierung war und wie das Gesetz geworden ist, das spielt dabei gar keine Rolle. Für mich ist es entscheidend, daß es einer Gruppe von sieben Unternehmungen gelungen ist, durch Aufwand von Geldern die Gesetzgebung entscheidend zu beeinflussen. Das ist eine unmögliche Entwicklung. Wir werden in der Bundestagsfraktion und auch in den Landtagsfraktionen sehr darauf aufpassen müssen, wo sich Interessenten breitmachen.

Ich komme zurück auf die weltanschauliche Grundlage und auf eine Frage, die mir besonders am Herzen liegt. Sie gibt mir Anlaß, auf die äußere Lage überzugehen. Seien wir uns alle darüber klar, daß die ganze Entwicklung unseres Lebens, der wir entgegengehen, absolut zum Materiellen hingeht, zu nichts anderem. Das gilt von oben bis unten. Ich nehme keinen Stand davon aus. Nehmen Sie zum Beispiel die Leitsätze von der gestrigen Maifeier.[25] Ich habe sie nicht zur Hand, aber ich habe sie gelesen. Da war nur die Rede von weniger Arbeit und mehr verdienen, das war das Ganze. Denken Sie daran, wie es bei den früheren Maifeiern gewesen ist. Wenn man sich auch nicht mit allem einverstanden erklären kann, so war doch ein gewisser idealer

23 Gemeint ist der Bundesgeschäftsführer, Bruno Heck, der sich seit Ende März 1955 mehrere Wochen in den USA aufhielt.

24 Es handelt sich um Anzeigen der Firmen Continental, Dunlop, Englebert, Fulda, Metzeler, Phoenix und Veith (z.B. „Die Welt" vom 12. März 1955), die sich gegen den Entwurf des sog. Straßenentlastungsgesetzes richteten, d.h. gegen das Verbot der Beförderung bestimmter Massengüter auf der Straße (BT-Drs. 574 vom 4. Juni 1954). Der Gesetzentwurf unter Federführung des Bundesministers für Verkehr wurde von den Bundestagsausschüssen für Finanzen und Verkehr zurückgestellt.

25 Die DGB-Maifeier 1955 stand unter dem Motto „Vierzig Stunden sind genug" – bei vollem Lohn.

Zug vorhanden, aber nicht die Losung, weniger arbeiten und doch mehr verdienen. Wo es herkommen soll, darüber macht sich keiner Sorge. Keiner denkt daran, daß bei weniger Arbeit auch weniger produziert wird. Das Ganze war eine Ansprechung der niederen Instinkte der Massen. So geht es mit dem deutschen Volk auf breiter Basis. Ich fürchte für unser deutsches Volk, daß wir auf dem Wege zum Materiellen schließlich doch zum Materialismus kommen. Der Kampf mit dem Kommunismus in der ausgeprägtesten Form des Materialismus ist noch lange nicht zu Ende. Ich denke jetzt nicht an den Kampf mit den Waffen, sondern an den geistigen Kampf. Wenn es uns wirklich ernst damit ist, daß wir eine christliche Partei sein wollen, dann werden wir uns darauf einrichten müssen, daß der Kampf gegen den Materialismus in den verschiedensten Formen noch jahrzehntelang dauern wird. Um so notwendiger ist es, daß wir uns stark auf unser weltanschauliches Fundament besinnen und es stärker herausstellen, als wir das in den vergangenen Jahren getan haben und vielleicht tun konnten.

Nun möchte ich übergehen zu der äußeren Lage, und zwar im Anschluß an das, was ich eben gesagt habe. Die führende Macht auf dem Gebiet des Kommunismus und des Materialismus ist und bleibt Sowjetrußland. Sowjetrußland hat durch die Entwicklung bei den freien Völkern, auch durch den Abschluß der Pariser Verträge, eingesehen, daß z.Z. in Europa wenig zu hoffen ist. Um so stärker verlegt es sich jetzt auf die farbigen Völker. Sein Verhältnis zu Rotchina – damit hat es angefangen – ist nicht so günstig. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Bisher waren unter den farbigen Völkern die besten Verteidiger einer nichtmaterialistischen Weltanschauung die mohammedanischen Völker. Z.Z. versucht der sowjetrussische Kommunismus gerade die arabischen Völker davon zu überzeugen, daß der Kommunismus für sie das einzig Richtige ist. Er bedient sich dabei des verständlichen Bestrebens dieser Völker, gegen die Überlegenheit des weißen Mannes irgend etwas zu tun. Der sowjetrussische Kommunismus versucht, alles abzutasten. Er hat in Europa anscheinend vergebens abgetastet. Jetzt geht er über zu den farbigen Völkern; aber er bleibt der Feind unserer Weltanschauung, der christlichen Weltanschauung. Für diesen geistigen Kampf, der sicher noch jahrzehntelang dauern wird, müssen wir uns einstellen und einrichten.

Zu den akuten Spannungen möchte ich folgendes sagen: Die freie Welt hat vor den Russen eigentlich immer viel zu viel Angst gehabt. Sie hat immer zu viel Respekt gehabt vor der russischen Diplomatie. Die freie Welt hat sich eigentlich sehr dumm dabei benommen. Was zunächst die russische Diplomatie angeht, so will ich zuerst an einige wesentliche Fehler erinnern, von denen kein Mensch spricht. Der größte Fehler der russischen Diplomatie war doch der, daß sie sich damals von Ribbentrop[26] und Hitler über den Löffel hat balbieren lassen. Sowjetrußland war fest davon überzeugt, daß Hitler Sowjetrußland nichts tun würde. Ich bin dahin informiert worden, daß es eine der schmerzlichsten Enttäuschungen für Stalin gewesen ist, daß Hitler, den er als

26 Joachim von Ribbentrop (1893–1946), 1938–1945 Außenminister. Adenauer spielt wohl auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 an.

den Repräsentanten des deutschen Volkes angesehen hat, ihn derartig hinters Licht geführt hat. Die zweite vollkommene Fehlkalkulation der sowjetrussischen Diplomatie ist ihr Versuch, den Zusammenschluß Europas zu verhindern. Das dritte ist die Konferenz in Bandung.[27] Machen Sie sich bitte klar, daß Sowjetrußland zu dieser Konferenz, deren geistiger Initiator es gewesen ist, nicht eingeladen wurde, obgleich über zwei Fünftel Sowjetrußlands in Asien liegen. Machen Sie sich auch bitte klar, daß auf der Konferenz in Bandung, nachdem die Türkei und Pakistan damit angefangen haben, schließlich ein Beschluß zustande gekommen ist, der sich gegen den Kolonialismus in der modernen Form wendet. Es ist ausgeführt worden, daß Sowjetrußland einen neuen Kolonialismus in der Form der Satellitenstaaten eingeführt habe. Auf dieser Konferenz ist eine allgemeine Entschließung angenommen worden, die sich direkt gegen das sowjetrussische System wendet. Das waren diplomatische Niederlagen ersten Ranges für Sowjetrußland.

Die innere Lage Sowjetrußlands ist sehr unbefriedigend. Sowjetrußland hat es übernommen, das fast ausschließlich agrarische Land zu industrialisieren, es hat die Landwirtschaft kolchowisiert, es hat hoch aufgerüstet und gleichzeitig Rotchina versprochen, seine Großindustrie aufzubauen. Das alles ist zu viel für Sowjetrußland. Es hat sich – erlauben Sie mir den Ausdruck – überfressen. Das kann es nicht alles auf einmal machen. Das kann kein Land der Erde machen. Das kann am wenigsten ein Land wie Rußland machen, trotz der Größe seines Gebietes und der Zahl seiner Einwohner. Das ist nicht möglich, und darum leidet die Bevölkerung Sowjetrußlands und seiner Satellitenstaaten schwere Not. Sowjetrußland ist jetzt tatsächlich in einem Zustand der Schwäche. Die Dinge haben sich durch die Entwicklung in Sowjetrußland und Asien und auf der anderen Seite durch den Zusammenschluß der freien Welt zum Nachteil Rußlands geändert. Es wird die Aufgabe der freien Welt sein, in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, daß dieser Schwächezustand Sowjetrußlands ausgenutzt wird, zwar nicht durch einen Krieg, aber indem man versucht, die Welt in einen Zustand des Friedens und der Entspannung zu bringen. Darunter fällt auch die Wiedervereinigung Deutschlands.

Vielleicht stoße ich mit dem, was ich jetzt sage, bei dem einen oder anderen von Ihnen auf Widerspruch, aber es ist falsch, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands lediglich als eine Frage für sich zu betrachten. Das ist es für uns, das ist es nicht für Sowjetrußland, und zwar deswegen nicht, weil die anderen Satellitenstaaten – insbesondere Polen, die Tschechoslowakei – gar nicht fest in seiner Hand sind und Sowjetrußland befürchten muß, daß, wenn es die Sowjetzone freigibt, in Polen und in der Tschechoslowakei sehr große Schwierigkeiten entstehen. Das gaben russische Diplomaten auch in vertrauten Gesprächen anderen gegenüber zu.

---

27 Asiatisch-afrikanische Konferenz in Bandung (Java) unter Beteiligung von 23 Ländern Asiens und sechs Ländern Afrikas vom 18. bis 24. April 1955 (Schlußkommuniqué in AdG 1955 S. 5134–5136).

Es kommt noch ein Weiteres hinzu. Sowjetrußland hat z.Z. Sorgen – ich vermeide den Ausdruck Angst, obwohl dies auch gerechtfertigt wäre –, weil durch die atomarischen Waffen in Verbindung mit den Flugzeugen die Amerikaner und Engländer Sowjetrußland überlegen sind. Es kommt weiter hinzu, daß bei der ungeheuren Ausdehnung der russischen Küsten Sowjetrußland äußerst leicht verwundbar ist durch die großen Flotten Amerikas und Englands und daß es trotz seiner U-Boote nicht viel dagegen machen kann. Diese Angst ist natürlich nicht so, als ob die russischen Machthaber fürchteten, morgen beseitigt zu werden. Es handelt sich um einen Schwächezustand, wie ich mich eben ausgedrückt habe. Dieser Schwächezustand wird auf der einen Seite vergrößert und auf der anderen Seite für uns dadurch weniger ausnutzbar gemacht, daß sich, soweit wir das von außen beurteilen können, noch nicht herausgestellt hat, wer eigentlich der Machthaber in Sowjetrußland ist, und weil alle diejenigen, die danach streben, die eigentlichen Machthaber zu werden, Gefahr laufen, daß ihnen ihre Politik, wenn sie sich von der bisherigen Politik abhebt, irgendwie zum Vorwurf gemacht wird. Immerhin scheint dieser Gesichtspunkt nicht mehr so ausschlaggebend zu sein, wie es noch vor einigen Monaten erschien, weil von Stalin überhaupt kaum mehr die Rede in Sowjetrußland ist. Am Todestag Stalins hat die Prawda, glaube ich, zwei Zeilen gebracht. In der Öffentlichkeit hört man nicht mehr viel von Stalin, aber das kann sich ändern.

Was die Wiedervereinigung angeht, so glaube ich, daß sie nur kommen wird – ich sage nicht als Endpunkt – im Zuge einer allgemeinen Entspannung. Wir müssen daher bestrebt sein, eine solche allgemeine Entspannung herbeizuführen. Es wird vielleicht eine Konferenz geben, die mit der deutschen Frage und mit der Frage des europäischen Sicherheitssystems beginnt, die aber dann ausgedehnt werden wird auf alle möglichen Fragen der Welt, insbesondere hinsichtlich einer allgemeinen Abrüstung, und zwar nicht nur bezüglich der Atomwaffen, sondern auch der klassischen alten Waffen. Es wird das A und das O jeder Politik sein müssen, zu einer solchen allgemeinen Abrüstung zu kommen.

Die Sozialdemokratie verfolgt aus parteitaktischen Gründen das Ziel, immer nur zu sagen: Wiedervereinigung, Wiedervereinigung, Wiedervereinigung! Sie ist gewillt, dafür auch die Neutralisierung in Kauf zu nehmen – ein heller Wahnsinn m.E. Wir müssen, glaube ich – es wäre mir sehr interessant, Ihre Meinung darüber zu hören –, die Öffentlichkeit daran gewöhnen, die Wiedervereinigung nicht als eine Frage zu betrachten, die losgelöst von allen anderen in der Welt schwebenden Fragen gelöst werden kann. Was uns angeht: Natürlich! Aber was Sowjetrußland angeht: Nein! Ich möchte Ihnen an einem schlagenden Beispiel zeigen, wie sehr das alles zusammenhängt.

Stellen Sie sich einmal vor, auf einer Konferenz würde Sowjetrußland sagen: Wir sind bereit, in die Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik einzuwilligen unter der Bedingung, daß Deutschland die Oder-Neiße-Linie anerkennt; eine Frage, die, das kann man mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, eines Tages auftauchen wird. Was würden die Deutschen dann sagen? Sagen Sie bitte nichts. Ich

sage auch nichts. Ich sage Ihnen nur folgendes: Wenn wir dann ja sagen, würden wir natürlich von der Sowjetzone einen heißen Dank bekommen, wir würden aber ebenso todsicher acht Tage später die größten Vorwürfe bekommen. Also, das ist eine so ernste und wichtige Frage, die man jetzt noch nicht erörtern kann. Ich will sie aber in einem so geschlossenen Kreise wenigstens einmal ansprechen, damit Sie sehen, wie alle diese Dinge zusammenhängen. Es ist daher nicht richtig, etwa in unserer Bevölkerung den Glauben zu erwecken, es liege nur an uns, um die Frage der Wiedervereinigung schnellstens zu lösen. Das ist nicht wahr. Diese Konferenz, wie sie mir z.Z. als Entwicklungsmöglichkeit vorschwebt, kann sich eventuell über ein, zwei Jahre hinziehen, weil alle möglichen Fragen hinzukommen. Ich würde das nicht für ein Unglück halten, sie darf nur nicht abgebrochen werden und nicht versanden. Wenn wirklich eine Konferenz ein oder zwei Jahre dauern würde, so bedeutete das ein allgemeines Entspannungsmoment, auch wenn man nicht sofort in allen Punkten einig ist. Ich sage das nur, damit wir uns – so hart das auch für die Betroffenen ist – in Geduld fassen und nicht voreilige Hoffnungen erwecken, die sich nicht realisieren lassen. Diese Hoffnungen können sich nur allmählich realisieren. Sie müssen verfolgt werden mit größter Ausdauer und Zielstrebigkeit, aber auch mit sehr großer Geduld.

Nun stehen wir in dieser und in der nächsten Woche davor, die Früchte unserer bisherigen Arbeit seit dem Jahre 1949 zu ernten. Am Donnerstag werden Frankreich und Großbritannien den Deutschlandvertrag und den Annexvertrag in Bonn hinterlegen.[28] Damit gewinnen wir unsere Souveränität zurück.

Meine Damen und Herren, daß die Sozialdemokratie sagt, das ist kein Anlaß, sich irgendwie darüber zu freuen, verstehe ich von seiten der Sozialdemokratie; denn es ist ein eklatanter Mißerfolg der Sozialdemokratie. Es ist aber ein großer Erfolg für das deutsche Volk. Das Kabinett wird sich noch damit befassen. Man sollte in einer würdigen Form dieses Zu-Ende-Gehen der Besatzung feiern; denn es ist doch immerhin ein historisches Ereignis, wenn 50 Millionen Deutsche ihre Freiheit wiederbekommen, wenn auch leider noch 16 Millionen Deutsche sie nicht erhalten. Aber diese 50 Millionen Deutsche können sich dann auch ganz anders einsetzen für die Befreiung der 16 Millionen, als wenn sie unter Besatzungsregime ständen, wo sie zwar gehört, aber doch nur nebenbei gehört werden. Wir werden Anfang der kommenden Woche, wahrscheinlich schon Sonntag, die Westeuropäische Union in Paris konstituieren. Die Westeuropäische Union kennen Sie, es ist der Ersatz für die EVG, teilweise schlechter, teilweise besser. Es wird ganz darauf ankommen, welche Initiative die Mitglieder aufwenden, um auf diesem Wege doch zu einer Vereinigung Europas zu kommen. Jedenfalls ist die Konstituierung der Westeuropäischen Union auch unter Teilnahme Großbritanniens an diesen Bestrebungen ein Ereignis von größter Bedeutung, ebenso der Eintritt in die NATO, der sich dann anschließen wird.

28 Am 5. Mai 1955. – Berichte und die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprachen in AdG 1955 S. 5146f.

Der Eintritt in die NATO wird sich in der Weise vollziehen, daß die bisherigen 14 NATO-Staaten Deutschland zum Beitritt auffordern werden.[29] Dann werden wir unseren Beitritt erklären. Damit wird die Lücke in der Verteidigung gegenüber dem Osten geschlossen sein. Dann wollen wir auch zusammen mit den führenden Mächten der NATO, die genau derselben Ansicht sind, auch noch andere friedliche Ziele der NATO verfolgen. Es soll nicht lediglich ein defensives Militärbündnis, sondern wirklich ein Bund der freien Völker in der Welt sein, um auch in wichtigen Fragen eine gemeinsame Politik zu bestimmen.

Wir von der CDU und CSU haben bei diesem ganzen schweren Werk und bei diesem Weg, den wir in verhältnismäßig wenigen Jahren zurückgelegt haben, den führenden Anteil gehabt. Wir sollten unserer Partei ohne falsche Bescheidenheit auch in der Öffentlichkeit das Hauptverdienst an dieser Entwicklung zuschreiben.

Wir haben jetzt das Jahr 1955. In wenigen Tagen ist der zehnte Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation. Ich bitte Sie, einmal einen Augenblick zurückzudenken an die Stationen dieses Weges, den wir zurückgelegt haben, an die tödliche Zerstörung, an die Hungerjahre, an die Trennung Deutschlands in zwei Teile, an das Entstehen der Bundesrepublik im Herbst 1949. Und jetzt im Frühjahr 1955 werden wir die volle Souveränität wiederbekommen. Wir werden wieder wehrfähig, so daß wir die gleichen Rechte mit den anderen haben und in den entscheidenden Organisationen in Europa und in der Welt mitsprechen können. Wenn Sie an das Unheil denken, das der Nationalsozialismus angerichtet hat, dann sind unsere bisherigen Erfolge wirklich ein einmaliger Vorgang in der Geschichte unseres Volkes, das so tief darniederlag. Dies alles wurde erreicht durch Fleiß und Eifer und eine konsequente Politik trotz aller Störungen, die von seiten der Sozialdemokratie gekommen sind.

Nun möchte ich Ihnen im Hinblick auf das Jahr 1957 noch die großen Aufgaben aufzählen, die wir bis dahin zu lösen haben. Wir müssen eine Sozialreform herbeiführen. Wir müssen auf diesem Gebiet eine Zusammenführung herbeiführen. Soweit ich die Zahl im Kopf habe, hat die ursprüngliche Versicherungsordnung im Laufe der Zeit 1.000 (*Hellwig:* 1.100!) – also 100 mehr – Zusätze bekommen. Das muß nun zu einem Ganzen neu verarbeitet werden.[30] Es muß untersucht werden, ob unsere gegenwärtige Zeit eine solche andere gesellschaftliche Struktur erhalten hat gegenüber der Zeit Bismarcks[31], als die soziale Frage in dieser Weise gelöst worden ist. Wir müssen in der Frage der Sozialreform eventuell zu neuen Konzeptionen kommen.

Ich habe eben angedeutet, daß die Aufstellung der Wehrmacht auch eine innenpolitische Frage von denkbar großer Bedeutung ist. Die Wehrmacht muß so werden, wie ich es eben gesagt habe, damit der deutsche Staat Bestand haben wird. Wenn sie

29 Konstituierende Sitzung des Rats der WEU am 7. Mai 1955 in Paris (Kommuniqué in AdG 1955 S. 5150); Sitzung des Nordatlantikrats vom 9. bis 11. Mai in Paris (EBD. S. 5156f.).

30 Das Gesamtpaket der Sozialreform mußte aufgeschnürt werden; in der 2. Legislaturperiode konnte nur die Rentenreform durchgesetzt werden (vgl. dazu HOCKERTS, insbes. S. 300–319).

31 Otto von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

anders geschaffen wird, dann wird dieser deutsche Staat keinen Bestand haben, dann werden wir in außenpolitische Verwicklungen großen Ausmaßes hineinkommen.

Sobald nun die ersten Funktionen bei der NATO – ich stelle mir vor im Laufe dieses Monats – und bei der Westeuropäischen Union erfüllt sind, werde ich dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, mich als Außenminister zu entlassen. Ich werde ihm dann vorschlagen, Herrn Dr. von Brentano zum Außenminister zu ernennen. Ich werde das tun nicht nur, weil ich das Vertrauen zu Herrn von Brentano habe, sondern auch deswegen, weil ich diesen Teil meiner Arbeit als abgeschlossen – es ist ein Abschnitt – und erledigt ansehe und weil ich mich dann zusammen mit Herrn Blank der großen und schweren Aufgabe, der neuen Wehrmacht, und auch der Sozialreform widmen werde.

Dann wird uns noch vor den Bundestagswahlen sehr stark das Verhältnis Bund und Länder auf dem Gebiet der Finanzen beschäftigen müssen. Es haben sich ganz unerträgliche Verhältnisse herausgebildet. Es sind solche Gegensätze entstanden zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Bundestag auf der einen Seite und den Ländern auf der anderen Seite – einschließlich der Länder, die eine CDU-Mehrheit haben –, daß das einfach untragbar ist. Ich erinnere an drei Sitzungen der CDU-Ministerpräsidenten mit dem Bundesfinanzminister; es waren höchst unerfreuliche Sitzungen. Ich glaube, es werden da auch in den Ländern unsere Parteigremien einmal ein Wort mitsprechen müssen. Es darf nicht dazu kommen, daß, wie es z.Z. ist, diejenigen Leute, die ursprünglich keine besonderen Föderalisten waren, nun in den Ländern zu Föderalisten erster Ordnung geworden sind, daß ein Mann wie Schäffer, der ein Föderalist allererster Ordnung war, allmählich zum Zentralisten geworden ist. Ich führe das so konkret an, damit Sie sehen, wie die Dinge im Innern geworden sind. Unsere Partei ist eine föderalistische Partei, aber keine übertrieben föderalistische Partei, und wir wissen, daß auch die Länder zum Teil willkürliche Schöpfungen von seiten der Besatzungsmacht sind. Auch die Länder müssen sicher ihre Aufgaben erfüllen, aber sie können sie nicht erfüllen, wenn der Bund seine Aufgaben nicht bewältigen kann. Wir werden ferner auf dem Gebiet der Landwirtschaft sehr ernste Aufgaben in Angriff nehmen müssen. Herr Lübke ist leider nicht hier. In der Landwirtschaft ist es so, daß es hier und da Landwirten gutgeht, namentlich großen Landwirten. Aber einem großen Teil, namentlich den kleineren Leuten, geht es nicht gut. Hier steht uns eine große Aufgabe bevor. Ich freue mich darüber, daß Herr Lübke diese Aufgabe sehr klar erkennt und daß er auch bei der Landwirtschaft großes Ansehen genießt. Er ist vielleicht der einzige, den wir in Deutschland haben, der in der Lage ist, diese großen Aufgaben, die sich über Jahre hinaus erstrecken werden, richtig zu erfüllen.

Zum Schluß möchte ich von den Aufgaben, die noch vor uns stehen, das Wahlgesetz nennen.[32] Das Wahlgesetz ist ein sehr heißes Eisen. Man muß aber mit Anstand dabei bestehen können und darf dabei nicht nur an seine Partei denken. Ich möchte

32 Das Bundeswahlgesetz wurde am 15. März 1956 vom Bundestag angenommen (BGBl I S. 383).

Ihnen die Anregung unterbreiten, ob nicht der eine oder andere aus dem Parteivorstand zusammen mit der Fraktion sich dieser geheimen Wissenschaft widmen kann. Ich glaube, daß Sie das eine oder andere Gute dazu zu sagen haben werden. Es sieht auch nach außen besser aus, wenn ein Wahlgesetz nicht lediglich von einer Fraktion gemacht wird, deren Weiterbestehen von dem Ausfall des Wahlgesetzes sehr stark beeinflußt wird. Es wird in den kommenden zwei Jahren notwendig sein, daß zwischen der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen und der Gesamtpartei eine möglichst enge Fühlungnahme herbeigeführt wird, damit wir aufgrund gemeinsamer Arbeit in den Wahlkampf des Jahres 1957 eintreten können. Dieser Wahlkampf wird übers Jahr um diese Zeit wahrscheinlich schon in voller Blüte sein. Die nächste Wahl wird nicht nur für uns, sondern auch für das Schicksal Deutschlands entscheidend sein. Wenn sie so ausfällt, wie wir uns das vorstellen, dann wird sie auch dazu beitragen, daß in der Sozialdemokratischen Partei endlich einmal die Klärung eintritt, die schon lange notwendig ist. Die Millionen kommunistischer Stimmen, die früher abgegeben worden sind, sind nicht einfach spurlos verschwunden; sehr viele sind untergetaucht in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften. Sie arbeiten dort, darüber müssen wir uns klar sein. Deswegen schließe ich damit, womit ich angefangen habe: Unsere ganze Arbeit in den nächsten zwei Jahren muß darauf gerichtet sein, daß wir im Jahre 1957 in der politischen Führung Deutschlands bleiben; denn nur dann können wir wirklich dafür sorgen, daß das, was wir seit dem Jahre 1949 geschaffen haben, auch bleibt zum Wohle unseres Vaterlandes. *(Beifall.)*

Kaiser: Wir müssen uns überlegen, wie wir uns die Diskussion einteilen. Wir müssen auf jeden Fall die Innenpolitik von der Außenpolitik trennen. Ich hätte gewünscht, Herr Bundeskanzler, daß Sie zu zwei Punkten noch ein paar ergänzende Worte sagen. Mit welchen Weisungen von Ihnen sind Herr Blankenhorn und seine Mitarbeiter nach London gegangen mit Bezug auf die Vorbereitung einer Viererkonferenz?[33] Das berührt auch die Frage der Wiedervereinigung. Wir werden in der Innenpolitik über Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sprechen. Ich würde weiter darum bitten, von Ihnen noch ein ergänzendes Wort über den Verlauf Ihrer Verhandlungen mit Herrn Pinay, insbesondere mit Bezug auf die Saar zu hören.[34] Ferner ist es für den Wahlkampf für Rheinland-Pfalz von Bedeutung, daß wir über die Angelegenheit Röchling[35] sprechen. Ich habe in den letzten Tagen von Kreisen der Saar gehört, wie sehr diese Frage die Bevölkerung an der Saar bewegt.

---

33 Genfer Viererkonferenz vom 17. bis 23. Juli 1955 (AdG 1955 S. 5263–5276; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 31–62). – Gespräche mit Blankenhorn fanden am 29. April und am 2. Mai statt (TERMINKALENDER).

34 Besprechungen zwischen Adenauer und Pinay am 29. und 30. April 1955 in Bonn (vgl. SCHMIDT 3 S. 159–164).

35 Nach dem Prozeß vor dem französischen Militärtribunal in Rastatt 1948 waren Hermann Röchling, der stets für eine deutsche Saar eingetreten war, sein Neffe Ernst Röchling und sein Schwiegersohn von Gemmingen vom französischen Staat enteignet worden; 10 % der Firma gingen damit in französischen Besitz über. Im November 1954 erteilte die Erbengemeinschaft Röchling einer Schweizer Bank eine Option auf das Völklinger Werk

Adenauer: Ich muß ein Versäumnis nachholen. Bei der Fülle des Stoffes habe ich vergessen, etwas über die Saar zu sagen. Ich will das nachholen. Aber etwas darüber zu sagen, welche Instruktionen Herr Blankenhorn für London hat, dazu bin ich nicht in der Lage. Selbst wenn er eine bestimmte Instruktion hätte, würde ich es in einem Kreis von 40 Leuten nicht sagen. Aber ganz davon abgesehen, wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Es wird in der nächsten Woche zunächst in Paris eine Zusammenkunft sein zwischen Dulles, Macmillan[36] und Pinay und mir, wobei einmal über die ganze Weltlage gesprochen wird.[37] Es wird versucht werden, eine Übereinstimmung in der Beurteilung zu erzielen, welches weitere Procedere man in Aussicht nimmt, so daß Sie also die Besprechungen in London gar nicht so tragisch zu nehmen brauchen. Diese Besprechungen in London gaben – ich drücke mich vielleicht ein bißchen zynisch aus – den Zeitungen Stoff, Artikel darüber zu schreiben, aber glauben Sie mir, sie werden die Weltgeschichte nicht verändern.

Zur Saarfrage möchte ich im Hinblick auf den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz folgendes an die Spitze stellen: Im Saargebiet regiert in Wirklichkeit Frankreich. Ich darf Sie daran erinnern, daß das Frankreich von Amerika und England auf der Moskauer Konferenz im Jahre 1947 gestattet worden ist. Damals hat Frankreich in Moskau die Abtretung der Saar an Frankreich verlangt. Amerika und England haben ja gesagt. Rußland hat nein gesagt, aber nicht etwa – ich habe das später gehört – als freiheitsliebender Staat, sondern Rußland hat eine Gegenbedingung gestellt und gesagt: Ich bin damit einverstanden, daß das gesamte Ruhrgebiet internationalisiert wird, d.h. also, daß es auch unter russische Aufsicht kommt. Das aber wollten die anderen nicht; und so ist es dabei geblieben. Die anderen haben nun Frankreich gestattet, den Zustand herbeizuführen, der jetzt an der Saar herrscht. Sie haben gleichzeitig zugesagt, daß sie bei den Friedensvertragsverhandlungen die Wünsche Frankreichs in bezug auf die Saar unterstützen würden. Jetzt aber werden – um das immer wieder zu wiederholen – die politischen Freiheiten an der Saar wiederhergestellt. Sie werden garantiert durch den europäischen Kommissar, der dem Ministerrat der Westeuropäischen Union verantwortlich ist. Es bekommt jede Partei und jeder

---

mit einem Kaufpreis von 200 Millionen sfr bzw. DM, um durch diesen Druck eine politische Entscheidung in dieser unbefriedigenden Lage zu erzwingen. Aufgrund der unklaren Haltung der französischen Regierung blieb das Interesse möglicher Übernahmegruppen gedämpft (Schneider-Creuzot, Ugine, Chatillon-Commentry, Banque de Paris et des Pays Bas). – 1955 erhob Frankreich Anspruch auf 60 % der Werke. In den Verhandlungen zwischen Pinay und Adenauer am 29. und 30. April 1955 in Bonn wurde schließlich am 3. Mai ein Abkommen fixiert, wonach sich an dem Werk die Bundesrepublik und Frankreich mit je 50 % beteiligten; eine endgültige Regelung war allerdings damit nicht erreicht. Zu Einzelheiten vgl. SCHMIDT 3 S. 73–107; SCHNEIDER S. 440, 504–508.

36 Harold Macmillan (1894–1984), britischer Politiker (Konservativer); 1924–1929 und 1931–1964 Mitglied des Unterhauses, 1951–1954 Minister für Hausbau und innere Verwaltung, 1954–1955 für Verteidigung, 1955 Außenminister, 1955–1957 Schatzkanzler, 1957–1963 Premierminister.

37 Vgl. Anm. 29. Adenauer hielt sich vom 7. bis 12. Mai in Paris auf.

Bewohner der Saar das Recht, im Wege der Klage vorstellig zu werden, wenn er glaubt, in seinen politischen Freiheiten verletzt zu sein.

Mit Herrn Pinay haben wir über die Rechte des europäischen Kommissars verhandelt. Die Verhandlungen sind – wir sprechen hier unter uns – zu unserer Zufriedenheit verlaufen, wenn auch, wie ich zugebe, erst nach hartem Kampf, weil Herr Hoffmann die französische Regierung dahin unterrichtet oder ersucht hatte, das und das nicht zu tun, um dem europäischen Kommissar möglichst wenige Vollmachten zu geben. Nun aber bekommt die Saarbevölkerung das Recht, ganz frei ihre Meinung zu den Bestimmungen des zukünftigen Friedensvertrages zu sagen. Wenn es bis dahin gelingt – ich unterstreiche das Wenn –, die Saarbevölkerung dazu zu kriegen, bei den Landtagswahlen, wenn nicht bei den ersten, dann bei den zweiten so zu stimmen, daß die überwiegende Mehrheit für die Rückkehr zu Deutschland ist, dann wird der Friedensvertrag diese Bestimmung enthalten. Dann wird man vorher von seiten der Verhandlungsteilnehmer über den Friedensvertrag Fühlung nehmen. Natürlich wird auch Deutschland dabeisein. Wenn Deutschland sagt, die Mehrheit des Landtages hat ausdrücklich erklärt, sie will nach Deutschland zurück, dann kommt die Saar auch zurück. Das ist ein so ungeheurer Vorteil gegenüber der gegenwärtigen Situation, daß ich gar nicht verstehe, wie sich einer dagegen wehren kann und lieber die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes haben will. Das ist mir völlig unverständlich. Das geht in erster Linie an die Adresse unseres „Freundes" Dehler.[38]

Nun zum Fall Röchling! Den weitesten Teilen ist folgende Tatsache unbekannt: Die Werke in Völklingen stehen seit dem Zusammenbruch unter französischem Sequester. Ein Teil der Dinge dort war durch die Brüsseler Stellen den Franzosen zur Demontage zugesprochen worden. (*Kaiser:* Nicht dokumentiert!) Es ist wohl dokumentiert, Herr Kaiser! Es steht in der Liste dieser Brüsseler Institutionen, welche Sachen und wie sie abgeschätzt sind. Das sind Tatsachen, an denen man nicht vorbeigehen kann. Das gilt auch für die Fabriken, die mit der Summe verzeichnet sind. Ich kann Ihnen die genaue Summe nicht angeben, sie beläuft sich auf etwa 40 Millionen. Das Werk ist veraltet. Es hat einen Wert einschließlich der Teile, die Frankreich schon zugesprochen sind – und zwar übereinstimmend geschätzt von deutschen und französischen Sachverständigen, ohne daß sie miteinander Fühlung genommen haben –, von 130 bis 140 Millionen DM. Die Erbengemeinschaft Röchling umfaßt etwas über 70 Personen. Diese Erbengemeinschaft Röchling hat im November 1954 ohne Wissen der Bundesregierung der französischen Regierung eine Option gegeben für das Ganze gegen Zahlung von 200 Millionen Schweizer Franken. Ein sehr gutes Geschäft, meine Damen und Herren! Nationalgefühl in allen Ehren, aber eine solche Option der französischen Regierung zu geben, ohne mit der Bundesregierung vorher überhaupt Fühlung zu nehmen, ohne ihr ein Wort davon zu sagen – ich habe die Option selbst in Händen gehabt, ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, eine Kopie

38 Vgl. dazu KLINGL S. 176–202, insbes. S. 176–183.

davon beschaffen –, das ist nicht gerade ein Zeichen dafür, daß das Nationalgefühl allen Angriffen von Gold und Silber standhält. Wir wollen den Krach nicht anfangen, aber die Erbengemeinschaft Röchling soll nun gar nicht sagen: Wir sind die nationalen Leute, die nun standhalten und als Deutsche hierbleiben wollen. Im November 1954 – 200 Millionen Schweizer Franken – und sie gingen weg!

Nun ist die Familie Röchling – ob zu Recht oder zu Unrecht kann ich nicht untersuchen – in Frankreich außerordentlich verhaßt. Es sind zwei Mitglieder der Familie Röchling wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden. Ob das richtig ist, was Pinay gesagt hat, was ihnen vorgeworfen wird und was auch festgestellt wird, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls wenn das wahr ist, kann man verstehen, daß ein solcher Haß gegen den Namen Röchling da besteht.

Nun hat Herr Pinay vor dem Senat auf Verlangen die Erklärung abgegeben, er werde die Urkunden in Bonn nicht hinterlegen, wenn nicht vorher die Sache Röchling erledigt wäre, und zwar so erledigt wäre, daß kein Mitglied der Familie Röchling in einer entscheidenden Stellung beim Werk beschäftigt ist und somit das ganze Unternehmen nicht mehr in der Hand der Erbengemeinschaft Röchling bleibe. Der Präsident des Senats hat in einer ganz ungewöhnlichen Weise – das ist alles gedruckt, das sind keine Angaben von Pinay, sondern es ist das Protokoll der Verhandlungen – erklärt, es sei also ein Vertrag zwischen dem Senat und der französischen Regierung geschlossen, daß die Verträge nur dann hinterlegt würden, wenn diese Bedingungen erfüllt seien. Herr Pinay hat mir gesagt, es hätte ihm sonst aussichtslos erschienen, eine Mehrheit im Senat zu bekommen, wenn er nicht vorher diese Erklärung abgegeben hätte.

Dann war Herr Pinay in London; dort haben die Engländer – hinter den Engländern standen die Amerikaner – auf ihn gedrückt, daß er sich verpflichtete, am 5. Mai hier in Bonn die Verträge zu hinterlegen. So war also die Lage des armen Herrn Pinay die: Er war dem Senat gegenüber diese Verpflichtung eingegangen, demgegenüber stand die Forderung zum 5. Mai. Wir waren am 29. und 30. April zusammen. Wir hatten gleichzeitig ins Haus hierher gebeten die Vertreter der Erbengemeinschaft Röchling, die durch den Rechtsanwalt Otto Kranzbühler[39] geführt waren, der Ihnen allen bekannt ist – ein sehr ernstzunehmender Mann, aber ein sehr kalter Mann, der weiß, was er will und was er tut. Ich hatte Herrn Abs gebeten, den Versuch zu machen zu vermitteln. Es galt zunächst, zwischen den Franzosen und uns ein Einvernehmen herbeizuführen. Für uns erschien es aus nationalen Gefühlen nicht möglich, dieses Werk einfach ganz in französische Hände kommen zu lassen. Die Belegschaft des Werkes hat sich deshalb

39 Otto Kranzbühler (geb. 1907), Flottenrichter, Rechtsanwalt; als Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen hervorgetreten. Kranzbühler konnte zusammen mit Professor Wahl und dem Oberlandesgerichtspräsidenten von Hannover, Freiherr von Hodenberg, in einem Gespräch mit Adenauer die Anerkennung der alliierten Kriegsverbrecherurteile im Deutschlandvertrag verhindern.

auch an uns gewandt, weil der französische Einfluß für die Hüttenindustrie an der Saar wirtschaftlich sehr stark gewesen wäre. Es ist dann zunächst gelungen, zwischen den Franzosen und uns ein Übereinkommen dahin zu erzielen, daß die Franzosen und wir je 50 % der Anteile erwerben. Ich habe bei Kapitalisten nicht die Sorge, daß sie, auch wenn sie 50 : 50 stehen, deswegen nicht zusammenarbeiten. Das sind keine Politiker in dem Sinne, daß sie ihre Prinzipien unter allen Umständen durchführen wollen, es sei denn, man betrachtet als ihr Prinzip, daß sie mit dem Kapital Geld verdienen wollen. Deswegen finden sie sich auch zusammen, ohne daß eine Stichentscheidung kommt. Die Franzosen wollten zunächst eine französische Mehrheit. Es ist aber dann gelungen, 50 : 50 herbeizuführen.

Nun galt es noch, das Einvernehmen der Erbengemeinschaft Röchling zu einem solchen Verkauf herbeizuführen. Die Franzosen hatten vorher erwogen, um den Termin der Hinterlegung vom 5. Mai unter allen Umständen festhalten zu können – wenn eine Übereinkunft zwischen uns und der Erbengemeinschaft nicht zustande käme –, eine sogenannte „solution de force" zu machen, d.h. also durch irgendeinen gesetzgeberischen Akt. Ob das moralisch oder juristisch anfechtbar gewesen wäre, kann ich nicht entscheiden. Man wollte also das Ganze in französisches Eigentum überführen, und zwar war abzurechnen der normale Kaufpreis. 200 Millionen Schweizer Franken sind von unserem Standpunkt aus unanständig; sagen wir 140 Millionen DM oder Schweizer Franken, die im Kurs ungefähr gleich stehen. Man hat ausgerechnet, daß zugunsten der Erbengemeinschaft der Rest von etwa 40 Millionen zu hinterlegen sei bei irgendeiner Stelle im Saargebiet. Es sollte der Erbengemeinschaft überlassen bleiben zu sehen, wie sie an dieses Geld käme. Es lag mir sehr viel daran, diese „solution de force" zu verhüten.

Ich habe eben gesagt, zu welchen Ergebnissen wir mit Herrn Pinay gekommen sind. Die Röchlings haben aber dann für die „solution de force" auf einmal geschwärmt und gesagt, daß sie Deutsche wären, und sie würden damit doch durchdringen. Kurz und gut, sie spielten im Gegensatz zu ihrer Haltung im November 1954 plötzlich den starken Mann. Sie verlangten trotz aller nationalen Gefühle von uns, daß es die Bundesrepublik zu einer „solution de force" kommen lassen sollte. Sie sollte eine Garantie übernehmen, wonach die Röchlings schadlos blieben, so daß wir also schließlich folgendes Ergebnis gehabt hätten: Es wäre zu einer „solution de force" gekommen, die Röchlings verlieren keinen Groschen dabei, wir bezahlen den ganzen Kitt, und das ganze Werk ist in den Händen der Franzosen.

Ich weiß nicht, ob Sie die Option vom November 1954 kennen, in der steht, daß sie frei und ungezwungen diese Option machen. Das haben sie ausdrücklich geschrieben. Es ist aber schließlich gelungen, zu einer Übereinkunft zu kommen; es hat allerdings bis nachts um 12.00 Uhr gedauert. Da konnten wir es erst der Presse geben, weil die Röchlings noch verschiedene unkeusche Forderungen stellten. Ich bitte die anwesenden Damen um Entschuldigung, aber es war wirklich unkeusch. Sie haben von mir verlangt, ich sollte mich dafür einsetzen, daß alles steuerfrei bleibe, unbeschadet unserer Gesetze. Das konnte ich ihnen nicht zusagen. Aber schließlich

haben die einen Brief geschrieben, und ich habe einen Brief geschrieben. Ich habe an Herrn Pinay einen Brief geschrieben, und um 12.00 Uhr waren wir fertig.[40]

Ich glaube, die Lösung, wie sie jetzt erfolgt ist, ist tragbar. Ich darf die Hauptmomente nochmals in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Im November 1954 gaben die Röchlings Frankreich die Option, frei und ungezwungen, für das Ganze. Frankreich hätte aufgrund dieser Option nur ja zu sagen brauchen, dann wäre die ganze Geschichte an Schneider-Creusot und ein anderes Werk übergeben worden.

Nun das Ergebnis: Das Werk kommt zur Hälfte an Frankreich und zur Hälfte an uns. Wir wollen natürlich versuchen, es an deutsche Unternehmungen weiterzugeben. Das sollen aber keine Staatsbetriebe sein. Ebenso will auch Frankreich das versuchen, so daß sich vielleicht eine Gelegenheit zu einer Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaft ergeben wird. (*Weber:* Was müssen wir bezahlen?) Die Hälfte, 100 Millionen Schweizer Franken. Die Röchlings machen bei dem Ganzen einen Profit von mindestens 60 Millionen. Wir stehen also pari : pari. Die Röchlings haben zugestimmt. Wir haben verhindert, daß das ganze Werk in rein französische Hände gekommen ist. Wir haben einen sehr unangenehmen Streitpunkt zwischen Frankreich und Deutschland aus der Welt geschafft. Wir haben verhindert, daß die „solution de force" gekommen ist, die eine sehr schlechte Sache für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland und auch für die Westeuropäische Union gewesen wäre.

Ich möchte noch ein Wort über Pinay sagen. Ich habe Pinay schon früher gekannt, als er Ministerpräsident war. Ich habe von ihm einen außerordentlich guten Eindruck bekommen. Herr Pinay ist nach meiner Überzeugung fest entschlossen, trotz gewisser Widerstände in Frankreich, auch im jetzigen Kabinett zusammen mit den MRP-Mitgliedern, wie Schuman, Pflimlin usw., dafür zu sorgen, daß das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gut wird und daß wir zusammenarbeiten. Die ganzen Besprechungen während der zwei Tage waren sehr anstrengend, aber ich glaube, sie haben sich gelohnt. Ich bin insbesondere darüber glücklich, daß in dieser Angelegenheit Völklingen etwas herausgekommen ist, womit Frankreich und Deutschland zufrieden und die Röchling-Erbengemeinschaft glücklich sein können.

Kaiser: Ich bin für diese Ergänzungen sehr dankbar; sie waren notwendig für die Urteilsbildung. Ich hätte gewünscht, daß der Bundeskanzler von dieser Auseinandersetzung zwischen Frankreich und der Firma Röchling hätte freibleiben können. Ich verstehe, daß das mit dem Blick auf die Gesamtpolitik sehr schwer war, aber Sie hatten vor, sich davon zurückzuhalten und sich nicht einzumengen. In der Beurteilung der Welt wird es heißen, Frankreich hat bis zum Schluß – ich sage ein scharfes Wort, es ist von englischer und amerikanischer Seite ausgesprochen worden – erpreßt für die Zwecke seiner Politik.

---

40 Vgl. Anm. 35. Zu den Verhandlungen im einzelnen SCHMIDT 3 S. 101ff. – dort auch das amtliche Schlußkommuniqué.

Für mich ist es wichtig, wie sich das auf die Bevölkerung der Saar auswirkt. Ich bedaure, daß der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz nicht hier sein kann; denn nicht zuletzt hat er an den Kanzler im Sinne der Erhaltung der Röchlingwerke noch appelliert. Dazu noch eine Frage! Hat der Nebenbetrieb in Neunkirchen, der in den Händen von Otto Wolff[41] ist, auch eine Rolle gespielt? (*Adenauer:* Nein!) Es gibt ein Wort von der „Goldenen Internationale". Es ist erstaunlich, daß über Neunkirchen keine Diskussion und kein Lärm entstanden ist.

Hellwig: Ich kann nicht zu allen Fragen über Röchling Stellung nehmen. Ich kenne manche französischen Zielsetzungen aus den Verhandlungen der Firma Röchling, die mir allerdings zeigen, daß es nicht nur eine kommerzielle und auf die Saar beschränkte politische Sache ist. Aus einem Stadium der Verhandlungen weiß ich, daß die französische Seite verlangte, es solle sich nicht nur um die Völklinger Werke der Firma Gebr. Röchling GmbH – das ist die Dachgesellschaft –, sondern auch um die deutschen Beteiligten dieser saarländischen Hüttenfirma im Bundesgebiet, und zwar zu 50 % die Buderuswerke in Wetzlar und zu 50 % das Karl-Alexander-Werk im Aachener Revier handeln.

Dieses Problem ist dann nicht mehr zur Diskussion gekommen. Zur Begründung der Tatsache, daß man die Gewerkschaft Karl-Alexander im Aachener Revier dabeihaben wollte, wurde von französischer Seite gesagt: Wir wollen endlich klare Verhältnisse im Aachener Revier schaffen, weil die Röchlingbeteiligung die letzte ist im Aachener Revier.

Das wollte ich sagen zur Beleuchtung der Stimmung, in der die Firma Röchling die Auseinandersetzungen zu führen hatte. Ich habe keinen Auftrag und habe auch nicht mit Angehörigen der Familie sprechen können, mache aber auf folgendes aufmerksam: Bei den über 70 Gesellschaftern sind auch Schweizer und Niederländer, also Leute ohne deutsche Staatsangehörigkeit, und ich weiß nicht, ob die Zustimmung, die von der Seite her Schwierigkeiten machen könnte, schon erledigt ist. Ich glaube, daß die Mitwirkung der Bundesregierung nicht zu vermeiden war.

Adenauer: Ich verkenne keineswegs, daß es für die Familie Röchling auch eine nicht im materiellen Wert sich auswirkende Belastung war, auf ihre Stellung an der Saar zu verzichten, aber, was ich der Firma Röchling insbesondere übelnehme, ist doch, daß sie im November 1954 frei und ungezwungen – wie ausdrücklich dort steht – diese Option der französischen Regierung gegeben hat, ohne mit uns irgendwie Fühlung zu nehmen, und ohne daß wir überhaupt etwas davon gewußt haben. Deswegen kann unter keinen Umständen der Vorwurf erhoben werden, daß wir etwa die Firma oder die Familie Röchling als Deutsche im Stich gelassen oder gezwungen hätten. Was sie jetzt getan hat, das hat sie bereits im November 1954 ohne unser Wissen auch getan.

---

41 Otto Wolff von Amerongen (geb. 1918), Kaufmann. – Der Otto-Wolff-Konzern besaß das Neunkirchener Eisenwerk, das bis zum 13. Oktober 1955 unter französischer Sequesterverwaltung war.

Herr Kaiser sagt, ich hätte seinerzeit erklärt, ich hielte mich da heraus. Lieber Herr Kaiser! Können Sie denn bei solchen Dingen von vornherein sagen: Ich mische mich da hinein? Es ist doch viel besser, wenn man sagt, ich halte mich heraus. Und wenn sich Gegebenheit und Gelegenheit bieten, mischt man sich doch hinein. Aber das darf man doch keinem vorhalten! Es war ein kleiner Vorwurf, daß ich nicht meinem Standpunkt treu geblieben sei. Was heißt schließlich in nebensächlichen Dingen prinzipientreu? Da muß man eben die Gelegenheit beim Schopfe nehmen. Als ich sah, daß sich eine Möglichkeit bot, für Deutschland die Hälfte des Einflusses zu retten, da wäre es von mir ganz falsch gewesen, keinen Gebrauch davon zu machen.

Sie haben recht, Herr Hellwig, es sind Holländer, Schweizer und noch jemand anderer Nationalität dort; aber auf der anderen Seite sind 200 Millionen Schweizer Franken allerhand Geld. Das werden sie sich also überlegen. Es schien als sicher, daß sie es fertigbekommen. Die Option ist meiner Erinnerung nach für zwei Monate gegeben worden.

Hellwig: Nach meiner Kenntnis war das Auswärtige Amt über die Option unterrichtet. Die Verhandlungen begannen im April 1954. Damals war das Auswärtige Amt unterrichtet worden, als diese letzten Verhandlungen der Option waren.

Adenauer: Dann wäre es doch um so eher notwendig gewesen. Die Leute sagten, wir stehen im Begriff, eine Option zu geben.

Und nun zur Diskussion! Sollen wir sie so einteilen: 1. Niedersachsen; (*Zuruf:* Rheinland-Pfalz!) Über Rheinland-Pfalz ist nur noch wenig zu sagen. (*Weber:* Hier sitzt Herr Süsterhenn!) 2. Innerparteiliche Entwicklung, die Organisation und die innere Struktur unserer Partei.

Es scheint mir sehr notwendig zu sein, namentlich zu sprechen über die Werbung von Mitgliedern und über das weltanschauliche Fundament. Wir könnten dann anschließend über die außenpolitischen Dinge und über die kommenden Aufgaben sprechen.

Cillien: Herr Bundeskanzler! Es ist schwierig, von der Weltlage auf das kleine Ländchen Niedersachsen zurückzukommen. Sie haben uns eine außerordentlich gute Anerkennung ausgesprochen, die eigentlich über das bei Ihnen übliche Maß hinausging. Wir haben das beschämt zur Kenntnis genommen. (*Adenauer:* Sie haben mehr geleistet als früher!) Sie haben die wesentlichsten Punkte genannt, die uns im letzten Jahre Schwierigkeiten gemacht haben.

Die SPD hatte immer ihr Hauptquartier dort. Herr Kopf hat eine völlig unverdiente, aber kaum zu erschütternde Popularität in diesem Lande. Es hat sich gezeigt, daß die Emnid-Untersuchungen nicht so waren wie in anderen Ländern. Herr Kopf hat uns vielleicht einen Dienst getan, indem er erklärt hat, wir wollen den Wahlkampf auf außenpolitischem Gebiet führen – just das, was er bei früheren Landeswahlkämpfen der CDU zum Vorwurf gemacht hat. So hatten wir eine bessere Grundlage, nun auf diesem Gebiet aufzutreten.

Am Abend der Wahl und am nächsten Tage war es noch durchaus unsicher, was werden sollte. Die Ergebnisse waren nicht so unbedingt klar. Vielleicht interessiert

es die Damen und Herren, daß wir einige Wochen vor der Wahl mit der DP und der FDP ein Abkommen getroffen hatten, daß keine der beiden Parteien für sich allein Regierungsverhandlungen führen durfte. Es hat sich gezeigt, daß das der eigentlich entscheidende Punkt gewesen ist, der uns die Möglichkeit gegeben hat, zu dritt vorstellig zu werden. Herr Kopf hat zunächst sicher nicht geglaubt, daß er überhaupt in seiner Position erschüttert werden könnte. Nachher wurde deutlich, daß er wirklich entschlossen war, um seine Position bis zum Äußersten zu kämpfen. Er hat sogar mit mir ein fünfviertelstündiges Gespräch geführt, obwohl wir seit Jahr und Tag kaum miteinander gesprochen haben. Er hat mir eine Koalition SPD/CDU vorgeschlagen; das wäre das richtigste, worauf ich nur antworten konnte, diese Chance habe er damals verspielt, als er es uns unmöglich gemacht hätte, in seinem Kabinett zu bleiben.[42]

Dann hat er einen sehr törichten Satz ausgesprochen, nämlich, es ginge nicht an, gegen 35 % der Bevölkerung zu regieren. Darauf erwiderte ich: Das hätten Sie nicht sagen sollen; denn nun muß ich antworten, es war unklug, jahrelang gegen 65 % der Bevölkerung zu regieren. Er war überhaupt unbeholfen und unklar. Ich sagte ihm, wenn es zu einem Gespräch käme, müßten wir uns über außenpolitische Fragen unterhalten. Darauf sagte er, nun ja, die Pariser Verträge sind ja verabschiedet, über diese Dinge sind wir hinweg.

Als wir am Sonnabend in unserer neuen Fraktion den Beschluß faßten, einer solchen Vereinbarung nicht zuzustimmen, hat er mir später durch seinen Staatssekretär Nachricht zukommen lassen, dann schlage er vor, die Führung natürlich bei der stärksten Fraktion zu lassen, aber in außenpolitischen Dingen könne sich die SPD ja überstimmen lassen. Ich glaube, damit hört es auf, eine vernünftige politische Linie zu verfolgen, wenn er uns zutraut anzunehmen, daß in entscheidenden außenpolitischen Fragen die SPD sich überstimmen lasse. Wir sind außerordentlich maßvoll gewesen. (*Adenauer:* Wollen Sie nicht erzählen, was er dem Herrn von Kessel gesagt hat?) Er soll dem Herrn Kessel angeboten haben, daß er Ministerpräsident werden könnte.[43]

Adenauer: Herr Cillien, darf ich es sagen, wenn Sie sich schämen! Er hat Montag früh den Herrn von Kessel angerufen und ihm gesagt, es ist alles beim alten geblieben. Dieser sagte: Wieso? Darauf hat er erklärt: Wieso denn nicht? Der Ministerpräsident wird gewählt in geheimer Wahl. Für mich werden stimmen die Kommunisten, der Zentrumsmann und die DRP. Und das sieht keiner einem Stimmzettel an. Es bleibt alles, wie es ist. Also, er rechnete auf die Stimmen der DRP! Und dann hat er, nachdem er in Bonn bei seinem Parteivorstand war, dem Herrn von Kessel angeboten, Ministerpräsident zu werden.

Cillien: In einem späteren Stadium hat er die Dinge so sehen wollen, daß die DRP sich mit dem BHE anschließen solle, damit die FDP nicht in unmittelbare

42 Die CDU war am 13. August 1950 aus der Koalitionsregierung unter Kopf (SPD) ausgetreten, weil die SPD auf einer Änderung des Wahlgesetzes bestand, das es CDU und DP bisher ermöglicht hatte, sich die 95 Direktwahlkreise zu teilen (vgl. FRATZSCHER S. 92).

43 Friedrich von Kessel (vgl. Nr. 2 Anm. 22) gehörte dem BHE an.

Berührung mit dieser Gruppe kam. Es war für uns nicht ganz leicht, auf den Posten des Ministerpräsidenten zu verzichten; denn wir haben 43 Abgeordnete und die DP hat 19. Dazu kommt – das muß man aussprechen in bezug auf die Dinge, die vielleicht auf uns zukommen –, daß unser Vertrauen zu Heinrich Hellwege hinsichtlich einer guten und starken Führung nicht unbegrenzt ist. *(Heiterkeit.)* Wir werden wahrscheinlich den stellvertretenden Ministerpräsidenten stellen. Ein ganz entscheidender Punkt ist folgender, ein Gedanke, der bei mir aufgetaucht ist, als wir das Wahlergebnis gesehen haben: Wenn wir die bisherige Fraktionsgemeinschaft CDU/DP aufrechterhalten, sind wir die stärkste Fraktion im Landtag. Dann können wir ohne moralische Einbußen den Präsidenten des Landtages stellen, und zwar möchte ich haben, daß wir es mit vollem Recht tun können und nicht so etwas verschweigen, wie man das in Schleswig-Holstein getan hat.[44] Das würde mir nicht ganz liegen.

Es wird also darauf ankommen, daß die Fraktionsgemeinschaft zwischen der CDU und der DP fortgesetzt wird. Herr Bundeskanzler! Darüber ist vielleicht in diesen Tagen noch ein Wort mit Herrn Hellwege zu wechseln; denn mir gegenüber hat er lediglich erklärt, meine Leute werden für Herrn Hofmeister stimmen.[45] Das aber reicht nicht aus, sondern es muß eine echte gemeinsame Fraktion entstehen. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nur wenn ein Mann von uns Landtagspräsident wird, ist es möglich, in dieser völlig roten Gegend einen einigermaßen richtigen Kurs zu finden. Sie werden fragen, wie die Ministerien verteilt werden sollen! Wir sollen bekommen das Innenministerium, das Finanzministerium, das Verkehrsministerium und das Sozialministerium, wobei für das Sozialministerium noch kein unbedingt geeigneter Mann vorhanden ist. Dr. Fricke will sich mit dem Verkehrsministerium begnügen, was keine große Bedeutung hat. Ich lege größten Wert darauf, daß er ins Kabinett einzieht, um im Kabinett den Verkehr zu regeln.[46] Das ist die eigentliche Aufgabe, die er übernehmen muß. Innenminister wird Herr Präsident Wegmann. Wir beanspruchen, daß er zugleich stellvertretender Ministerpräsident wird. Der BHE ist niemals bescheiden gewesen; er hat trotz Mandatsverminderung gesagt, er wolle drei Posten haben. Darum geht der Kampf. Er hat vorläufig nur zwei zugebilligt bekommen. Wie die Entscheidung in der Fraktion heute sein wird, weiß ich noch nicht. Schmerzlich ist, daß wir das

---

44 Am 11. Oktober 1954 war Walther Böttcher (CDU) zum Landtagspräsidenten gewählt worden. Der in den vergangenen vier Legislaturperioden amtierende Abgeordnete der SPD, Karl Ratz, hatte nur 27 Stimmen von 69 erreicht; 4 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. CDU und SPD hatten jeweils 25 Mandate.

45 Der bisherige CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Hofmeister wurde am 26. Mai 1955 mit 87 von 157 gültigen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

46 Neben dem Innenministerium (August Wegmann) besetzte die CDU das Ressort für Finanzen (Helmut Andreas Koch) und für Soziales (Heinz Rudolph), das für Wirtschaft und Verkehr übernahm Hermann Ahrens (GB/BHE), für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Friedrich von Kessel (GB/BHE), für Justiz Richard Langeheine (DP), für Aufbau Konrad Mälzig (FDP), für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte Erich Schellhaus (GB/BHE), für Kultus Leonhard Schlüter (FDP).

Kultusministerium nicht in die Hand bekommen. Dafür gibt es gewisse Gründe, die ich akzeptiere, aber für unsere Wähler ist nicht ohne weiteres Verständnis dafür vorhanden, zumal es ausgerechnet in die Hand eines FDP-Mannes, eines 34jährigen Verlegers, kommen soll, der nicht die geistige Potenz darstellt, die wir gern an diesem Platz sehen möchten, nachdem wir uns nun jahrelang mit dem Schulgesetz abfinden mußten. (*Adenauer:* Der Mann ist unmöglich!) Ja, Herr Bundeskanzler, aber soweit ich die Dinge überschauen kann, wird es daran scheitern; denn die FDP hat sonst überhaupt keinen Mann. Und dieser Herr Schlüter[47] klammert sich an das Kultusministerium. Im übrigen ist es hier im Hause nicht unbekannt, seit Monaten, daß das gefordert würde. Es sollen auch gewisse Zugeständnisse gemacht worden sein von Leuten, von denen ich das nicht ohne weiteres erwartet hätte. (*Adenauer:* Von wem denn?) Herr Dr. Krone? (*Krone:* Von mir nicht!) Haben Sie nicht darüber gesprochen, als die Generalvikare hier waren? (*Krone:* Darüber nicht, sondern nur in der Sache, daß man das Schulgesetz nicht in den Mittelpunkt der Verhandlungen schieben solle, aber nicht in der Personalfrage!) Dann wird Herr Wegmann noch ein Wort dazu sagen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, soweit ich die Dinge überschaue, wird alles scheitern, wenn nicht das Kultusministerium der FDP gegeben wird. Sie haben zugegeben, daß der Staatssekretär von uns gestellt werden soll. Es soll nichts geschehen, bis das Urteil von Karlsruhe vorliegt.[48] Es sind gewisse Zusagen, aber es ist nicht das, was wir erhofft haben.

Herr Bundeskanzler! Sie pflegen immer zu sagen: Wer die Mehrheit hat ... Die Mehrheit haben wir nicht. Wir müssen mit diesen Leuten zusammen die Dinge durchführen, d.h. durchzuführen versuchen. Wir selbst haben zugestimmt am Sonnabend in einer Fraktionssitzung. Wir warten nun auf Nachricht, ob der BHE auch zustimmen wird. Herr von Kessel und Herr Ahrens spielen eine große Rolle. Jetzt sind Sie etwas überrascht? (*Adenauer:* Nein, gar nicht!)

Tillmanns: Das Wahlergebnis in Niedersachsen zeigt, daß die CDU 437.000 Stimmen weniger bekommen hat als bei der Bundestagswahl im Jahre 1953. Es zeigt aber andererseits, daß keine der anderen Parteien diese Stimmen gewonnen hat. Die SPD hat leicht zugenommen, und die FDP hat 4.000 Stimmen mehr erhalten. Das sind ganz geringe Zunahmen. Man kann feststellen, daß der Stimmenverlust der CDU gegenüber der Bundestagswahl 1953 im Grunde genommen von keiner anderen Partei gewonnen worden ist.

Wir haben 437.000 Stimmen verloren. Insgesamt sind gegenüber der Bundestagswahl 1953 484.000 weniger Stimmen abgegeben worden, d.h., der gesamte Rückgang

47 Leonhard Schlüter (1921–1980), 1951–1959 MdL Niedersachsen (zunächst DRP, 1954 stv., 1955-1956 Vorsitzender der FDP-Fraktion, 1956 unabhängig), 26. Mai bis 11. Juni 1955 Kultusminister. Die Wahl Schlüters führte zum Rücktritt von Rektor und Senat der Göttinger Universität sowie des Rektors der TH Braunschweig. – Vgl. Heinz-Georg MARTEN: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955. Göttingen 1987.

48 Vgl. Anm. 55.

der Wahlbeteiligung überhaupt ist – von einigen Prozenten abgesehen – ein Mißerfolg der CDU gewesen. Daraus ergeben sich sehr entscheidende Folgerungen für unsere Partei. Keine Partei ist so wie wir auf eine hohe Wahlbeteiligung angewiesen, und keine Partei wie wir hat die Chance, die politisch flukturierenden Elemente im deutschen Volk, die sich noch keiner Partei verbunden fühlen, durch eine gute Propaganda zu gewinnen. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt für weitere Überlegungen hinsichtlich der Stärke der CDU. Das Wahlergebnis in Niedersachsen sollte uns einiges zu denken geben!

Unser Verhältnis zu anderen Parteien! Ich bin nicht geneigt, das tragisch zu nehmen, was man bei Wahlkämpfen in den Flugblättern verbreitet, aber ich möchte doch sagen, daß nach meinem Eindruck wohl das Gehässigste, was gegen die CDU in den Flugblättern geäußert worden ist, in einem Flugblatt der FDP gestanden hat. Dort wurde nebeneinandergestellt, wie die Politik durch eine schwarze und durch eine rote Brille aussieht, und wer durch keine von beiden Brillen sehen will, der soll ohne Brille die FDP wählen. Wörtlich heißt es da:

„Die Wiedervereinigung der CDU beginnt mit der Separation der Saar und endet mit der Abschreibung der protestantischen Bevölkerung in der Sowjetzone."

Hier ist wieder in Erscheinung getreten, daß man uns nationale Unzuverlässigkeit von seiten der FDP vorwirft. Es ist auch eine sehr schwere konfessionelle Hetze.

Beinahe ebenso stark hat dieses Element die DP in ihrer Propaganda benutzt. Die DP hat in einem Flugblatt bzw. durch einen prominenten Vertreter im Rundfunk erklärt, sie mißbillige im Wahlkampf die Vermischung von Religion und Kirche, die nach ihrer Meinung nichts miteinander zu tun hätten. Sie hat ein Plakat herausgebracht mit dem Kopf Martin Luthers, ganz groß, und hat darunter geschrieben:

„Den lassen wir uns nicht nehmen! Wählt DP!"

Man mache sich klar, was das heißt! Wir sollten diese beiden Vorgänge bei der Wahl in Niedersachsen in unserem Kreise sehr ernst in Erwägung ziehen.

Adenauer: Der Herr Kopf hat auch so gehandelt. Der Herr Kopf hat angeblich einen Brief eines Rechtsanwaltes aus Hannover, ich glaube Kunze heißt er, da werde ich als Römling, (*Fricke:* als Bourgeoisling und Amerikanerling!) ja, als Bourgeoisling und als Amerikanerling bezeichnet.[49] Das hat Herr Kopf veröffentlicht. Es sind also nicht nur die DP und die FDP, sondern es ist auch die SPD.

Von Brentano: Ich möchte die Frage anschneiden, die Herr Cillien behandelt hat, nämlich die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft. Wir wissen, daß im Niedersächsischen Landtag diese Union in einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen war, weil im letzten Wahlkampf CDU und DP zusammengingen. Ich verstehe sehr wohl, daß die Frage des Postens des Parlamentspräsidenten von erheblicher Bedeutung ist, aber es ist hierbei doch zu fragen, ob man nicht grundsätzlich von solchen Bindungen absehen sollte. Ich möchte sogar annehmen, daß ein Teil des Erfolges bei der Landtagswahl darauf zurückzuführen ist, daß die CDU allein war. (*Zurufe:*

49 Nicht ermittelt.

Sehr richtig!) Es zeigt sich immer wieder, daß unsere Wähler solche Bündnisse nicht recht verstehen. Ich weiß nicht, ob man nicht den Erfolg wieder gefährdet, wenn man sagt: Wir sind zwar im Wahlkampf nebenhergegangen, aber jetzt wollen wir uns als DP und als CDU wieder zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenschließen. Glauben Sie nicht, daß uns das von unsererem politischen Standpunkt aus mehr schadet, als es uns im Augenblick für eine spezielle Aufgabe nützt?

Wir sollten also unter allen Umständen überall da, wo es möglich ist, unser eigenes Gesicht wahren und als Christlich-Demokratische Union allein in die Wahl gehen und dann auch nach der Wahl allein weiterarbeiten. Ich glaube, daß sich das in allen Fällen lohnen wird.

Fricke: Unsere Absicht, mit der DP eine Fraktion zu bilden, resultiert nicht nur daraus, daß wir mit Herrn Hofmeister den Präsidenten des Landtages stellen wollen, sondern wir hatten noch ein Weiteres im Auge, als wir uns bereit erklärten, Herrn Hellwege die Kabinettsführung zu überlassen. Wir hatten gleichzeitig vor – was der Herr Bundeskanzler immer wieder erklärt hat –, in diesen vier Jahren mit der DP mehr und mehr zusammenzuwachsen.

Ich darf kurz analysieren, was in Niedersachsen vor sich gegangen ist. Für Niedersachsen ist es ein Verhängnis, daß sich die christlich-konservativen Kräfte zersplittern. (*Zuruf:* Das ist überall ein Verhängnis!) In manchen Bezirken ist es so, daß die SPD mit 220 Stimmen ein Mandat erkämpfen konnte, nur weil DP und CDU getrennt marschierten. Wir glauben, daß wir in den kommenden vier Jahren weiter zusammenwachsen werden, wenn wir die Unterstützung bekommen, die wir brauchen. Dieses Ziel haben wir im Auge. Wir werden mit unseren 43 Mandaten so stark sein, daß wir in der neuen Fraktionsgemeinschaft in Kürze die Führung haben werden. Die DP hat nur 19 Abgeordnete.

Zwei Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn Tillmanns, daß die FDP und die DP unqualifizierte Dinge in den Wahlkampf hineingeworfen haben trotz eines schriftlich vereinbarten Burgfriedens! Ich habe von vornherein gesagt, daß es problematisch sei, aber ich habe nicht gedacht, daß man sich so unqualifiziert benehmen könne. Wir haben es kurz angesprochen, aber völlig darauf verzichtet, entsprechend zu reagieren; denn das ist gegen die Leute zurückgeschlagen. Das beweist der Mißerfolg der FDP.[50]

Ich möchte vor allem die Analyse von Herrn Tillmanns unterstreichen und damit zugleich dem zustimmen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß es einer wirklich ernsthaften Arbeit in der Breite und in der Tiefe bedarf, damit wir gut fundiert in den Ländern sind, wenn in zwei Jahren die Bundestagswahlen stattfinden. Das niedersächsische Wahlergebnis zeigt, daß es tatsächlich nicht nur eine Frage der Struktur und der Gliederung der Bezirke ist, sondern auch eine der Organisation. Herr Tillmanns hat recht, die 400.000 Stimmen, die wir zurückgefallen sind, sind

50 Gegenüber den 8,4 % der Landtagswahl von 1951 erreichte die FDP 1955 7,9 % der Stimmen.

fast ausschließlich in der 10 bis 12 % geringeren Wahlbeteiligung zu suchen. Diese geringere Wahlbeteiligung ist nur zu unseren Lasten gegangen.

Der Regierungsbezirk Hannover sieht in seiner Gesamtstruktur nicht anders aus als das Land Braunschweig, das immer rot war. Der Anteil der CDU-Stimmen in den einzelnen Bezirken sieht wie folgt aus:

Regierungsbezirk Hannover	20 %
Landesverband Braunschweig	33 %
Landesverband Oldenburg	33 %
Hildesheim	24 %
Lüneburg	20 %
Stade	15 %
Ostfriesland – der 6. Erdteil –	24 %
Osnabrück	48 %

Hier gibt es also große Unterschiede zwischen strukturell völlig gleichen Gebieten, und es zeigt sich, daß hier organisatorisch noch viel zu tun ist. Wir haben die Chance, viel aufzuholen, wenn die Bezirke entsprechend aktiviert werden, um so an unser Ziel zu gelangen. Es ist bezeichnend, daß an der Zonengrenze in Lüneburg, Stade, Helmstedt, Salzgitter usw. sechs Wahlkreise erobert werden konnten, jedoch in dem roten Korridor, der von der Nordseeküste bis nach Frankfurt reicht, nicht ein einziger Wahlbezirk.

Das ist die grobe Analyse der Wahl. Wir müssen versuchen, unsere Positionen unbedingt weiter auszubauen. Wir müssen mit Zähnen und mit Klauen kämpfen, um in Zukunft die weiteren Auseinandersetzungen siegreich zu bestehen.

Gerstenmaier: Ich habe mit großer Zustimmung gehört, daß sich unser Freund Cillien dafür ausgesprochen hat, daß der Wunsch der CDU, den Landtagspräsidenten zu stellen, verwirklicht werden soll, wenn es zu einer echten Fraktion und nicht zu einem Zweckkombinat unter gemeinsamer Firma kommt. Ich hoffe, daß ich Herrn Cillien damit richtig verstanden habe. Ich möchte das unterstützen.

Ich bin auch beeindruckt von den Ausführungen des Herrn Fricke, aber ich verbinde die Frage des Zusammenwachsens der CDU mit einer Partei, die ausschließlich ihren Kern und Grundstock in Niedersachsen hat, damit, ob sich daraus Konsequenzen für das gesamte Bundesgebiet ergeben, die für die nächste Bundestagswahl von Interesse sein könnten, oder ob wir in der DP einen Gegenkandidaten zur CDU haben, der genau das tut, was eben Herr Fricke in Niedersachsen vermieden sehen möchte.

Ich würde es begrüßen, wenn es zu einer Kombination käme unter dem Mantel oder Namen der CDU, aber ob es dafür wirklich ausreichende innere Voraussetzungen bei der DP gibt, ist mir nicht nur problematisch aufgrund dessen, was Herr Tillmanns gesagt hat, sondern auch wegen einiger anderer fragwürdiger früherer Beobachtungen. Ich möchte hier die Mahnung unseres Freundes von Brentano aufnehmen und fragen, ob es das klügste für Niedersachsen und das Bundesgebiet ist, dieses Kombinat jetzt zu machen? Auf alle Fälle möchte ich davor warnen – es ist zwar kein geschriebenes

Gesetz, aber es gibt doch gewisse anerkannte Grundsätze des parlamentarischen Lebens –, hier zu manipulieren und je nach Bedarf davon Gebrauch zu machen. Ich halte das nicht für gut, sondern würde empfehlen, wenn keine echte gemeinsame Fraktion zusammenzubringen ist, der stärksten Partei in Gottes Namen das Landtagspräsidium zu überlassen.

Von Hassel: Ich möchte etwas zu den Gemeinde- und Kreiswahlen sagen, die wir am gleichen Tage in Schleswig-Holstein hatten.[51] Es ist zum Teil durch die Presse die Wahl vom 24. April auf dieser Seite der Elbe nicht ganz korrekt dargestellt worden. Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß wir uns im wesentlichen in Wahlbündnissen bewegt hätten, wobei in der Hälfte aller Gemeinden für die Gemeinden überhaupt nicht gewählt worden sei. Ich darf dazu folgendes feststellen: Wir haben mit den Wahlbündnissen in Schleswig-Holstein zur Kommunalwahl schon 1951[52] die Vorherrschaft der Sozialdemokraten in den Kreisen und Gemeinden brechen können; wir haben sie jetzt bei diesem Zusammengehen fast völlig beseitigen können. Wir haben dabei erreicht, daß die CDU in allen Wahlbündnissen mit Abstand die stärkste Gruppe bildet. Wir haben in 17 Kreistagen durch dieses Zusammengehen fast 70 neue Mandate für die CDU gewonnen. Das Zusammengehen hat sich dort also vorzüglich bewährt.

Wir haben es ferner zuwege gebracht, die drei Großstädte Kiel, Lübeck und Neumünster in unsere Hand zu bekommen. Wir haben dabei in Lübeck mit der CDU allein den Wahlkampf bestritten. Das ist das Beruhigende dabei: Wo wir in einzelnen Fällen allein aufgetreten sind, haben wir gegenüber der Landtagswahl, die in einem schlechten Zeitpunkt damals nach Paris, nach der Geschichte mit John und Schmidt-Wittmack[53] usw. stattfand, gewinnen können. Im roten Lübeck haben wir über 10 % aufgeholt. Gegenüber der sinkenden Tendenz im vergangenen Sommer haben wir also eine erhebliche Festigung in Schleswig-Holstein festzustellen. Wo die CDU im Alleingang etwas schwächer abgeschnitten hat, lag das ausschließlich daran, daß wir uns der Situation zu sicher fühlten und entsprechend weniger getan haben. Überall dort, wo die Ärmel aufgekrempelt worden sind, hat die CDU erfolgreich abgeschnitten. Wir haben fast keinen Redner von Bonn erbeten, bis auf ganz wenige Fälle. Herr Bitter ist bei uns gewesen.

Wir haben die Wahl abgestellt auf den Gedanken der kommunalpolitischen Angelegenheiten in der Hoffnung, daß wir den Bürger einmal von den hohen Dingen

51 Ergebnis insgesamt: SPD 33,2 %, GB/BHE 12,4 %, SSW 3,9 %, Wahlbündnisse (überwiegend unter Beteiligung von CDU, FDP, DP, SHB) 35,6 %. Auf die CDU entfielen insgesamt nur 8,2 %, da sie sich nur in einigen Kreisen und kreisfreien Städten allein zur Wahl stellte.

52 Bei der Kreistagswahl vom 29. April 1951 erreichten die in Wahlbündnissen zusammengeschlossenen Parteien (meist CDU, FDP, DP, BHE) 38,5 % der Stimmen, die SPD 29,9 %, der BHE 18,4 %, der SSW 5,4 %.

53 Karlfranz Schmidt-Wittmack (geb. 1914), 1946–1948 Vorsitzender der JU Hamburg, 1949–1953 MdHB (CDU), 1953–1954 bzw. 1955 MdB. – Schmidt-Wittmack war am 21. August 1954 in die DDR übergewechselt (vgl. AdG 1954 S. 4690, 4698–4700; AdG 1955 S. 5033); die Landtagswahl in Schleswig-Holstein war am 12. September 1954. Ergebnis: CDU 32,2 %, SPD 33,2 %, FDP 7,5 %, KPD 2,1 %, GB/BHE 14,0 %, Sonstige 11,0 %.

der Politik herunterbringen und ihn in das eigentliche Tagesgeschehen einer Kommunalarbeit der CDU hineinstellen werden. Wir haben dann umschalten müssen, weil die Sozialdemokraten den Wahlkampf mit einer Rede von Carlo Schmid in der Ostseehalle eröffneten, der ein eindreiviertelstündiges Referat hielt, in dem nur ein einziger Satz über die Kommunalpolitik vorkam, nämlich: Macht in Kiel so weiter, wie es Andreas Gayk[54] begonnen hat. Ansonsten hat er nur über große Politik gesprochen. Unsere Bemühungen, diese Wahl einmal von der Schau der kommunalen Arbeit her zu führen, sind dadurch, daß die SPD in die Politik hineingestiegen ist, nicht bis zu Ende durchzuführen gewesen.

Die Sozialdemokraten haben sich um einen fairen, die anderen Parteien um einen vorzüglichen Wahlkampf bemüht, so daß die Atmosphäre und die Stimmung bei uns ausgezeichnet gewesen sind. Ich darf das deshalb betonen, weil wir aufgrund der Kommunalwahl in manchen Kreisparlamenten und großen Städten – z.B. in Neumünster – darauf angewiesen sind, mit dem BHE ins Gespräch zu kommen, damit er nicht dort mit den Sozialdemokraten zusammengeht.

Dabei ergibt sich folgendes: Wir haben in Schleswig-Holstein ein gutes Verhältnis zum BHE deshalb, weil wir seit Jahren nicht nur einen gemeinsamen Kontakt mit ihm in der Regierung haben, sondern auch, weil wir uns menschlich und gesellschaftlich um die verantwortlichen Leute bemühen. Ich glaube, daß die schlechten Verhältnisse zueinander in anderen Teilen und Ländern vielfach darauf zurückzuführen sind, weil der BHE unsere Leute einfach nicht kennt, weil sie sich abkapseln. Auf diese Weise kommen sie in eine Atmosphäre hinein, die auf der politischen Ebene nicht mehr tragbar ist. Jedenfalls müßten die menschlichen Verhältnisse zueinander besser werden; dann könnte man auch den BHE mehr heranziehen.

Zur Frage der Koalitionsgemeinschaft in Niedersachsen! Wir haben im Jahre 1950, als wir die Sozialdemokraten bei uns ausbooteten, einen gemeinsamen Wahlkampf geführt mit einem sogenannten Deutschen Wahlblock. Bekommen haben wir 16, die FDP 8 und DP 7. Wir haben vom ersten Tage an gemeinsame Fraktionssitzungen verlangt, damit nicht in getrennten Zimmern sich die Menschen irgendwie voneinander trennen. Das Ergebnis ist gewesen, daß nach einem Jahr von den acht Mitgliedern der FDP vier zu uns übergetreten sind, vier sind ausgeschert und haben einen eigenen Verein aufgemacht. Von den sieben Angehörigen der Deutschen Partei sind sechs oder sogar sieben zu uns gekommen. *(Heiterkeit und Bewegung.)* Das ist nur zustande gekommen, weil wir eine gemeinsame Fraktion gebildet und dafür Sorge getragen haben, daß diese Gruppen nicht draußen irgendwie herumklüngelten. Sie haben Vertrauen zu uns bekommen und sind dann zu uns gekommen. Es mag sein, daß es in Niedersachsen etwas anders aussieht. Wenn wir uns darum bemühen zu verhindern, daß eine Deutsche Volkspartei gegründet wird, dann kommt es darauf an,

54 Andreas Gayk (1893–1954), 1946–1954 MdL Schleswig-Holstein (SPD), 1948–1949 MdPR; seit 1946 Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister in Kiel.

daß wir uns – natürlich bei aller Wahrung unserer Grundsätze als CDU – um die guten Kräfte kümmern.

Wegmann: Ich möchte ein Wort sagen über die Bedeutung, die die Klage der Bundesregierung gegen das Land Niedersachsen im Wahlkampf gehabt hat.[55] Ein Teil unserer Freunde hat dieser Klage mit einiger Sorge entgegengesehen, weil sie glaubten, im Wahlkampf könnten dadurch erhebliche Nachteile für uns entstehen. Diese Befürchtungen haben sich nicht erwiesen.

Auf der anderen Seite ist erreicht worden, daß wir gerade im westlichen Teil von Niedersachsen, wo die katholische Bevölkerung erheblich stärker ist und wir das Schulgesetz in den Vordergrund stellen konnten, das Zentrum entscheidend schlagen konnten. Das Zentrum ist in voller Auflösung begriffen; ganze Orts- und Kreisgruppen treten zu uns über. Also, die Befürchtungen sind ins Gegenteil umgeschlagen.

Zum anderen hat uns die Organ-Klage ermöglicht, in Verhandlungen mit den übrigen Parteien einzutreten. Wäre diese Klage nicht eingereicht worden, dann hätten wir selbstverständlich bei den Regierungsverhandlungen die Schulfrage zu einem Koalitionsgespräch machen müssen. Wir hätten von uns aus, da wir gegen das Schulgesetz gewesen sind, eine Revision dieses Gesetzes fordern müssen. Das hätte bei der prekären Situation in Niedersachsen von vornherein eine Verhandlungsmöglichkeit mit der FDP unmöglich gemacht. Kurzum, wir sind in der Lage, das Schulgesetz bei den Verhandlungen auszuklammern, und können zur Not der FDP das Kultusministerium überlassen, weil die Dinge, soweit sie das Schulgesetz betreffen, durch das Urteil von Karlsruhe in irgendeiner Weise auf uns zukommen. Herr Hellwege hat uns zu Beginn zweierlei angedeutet: Einmal hat er seine Kandidatur damit zu begründen versucht, daß er uns ein allmähliches Zusammengehen von DP und CDU, d.h. ein Zusammenwachsen, in Aussicht gestellt hat. Inwieweit reale Dinge dahinterstehen, weiß ich nicht. Er hat weiter in Aussicht gestellt, er böte uns das Landtagspräsidium an. Wir haben gesagt, das sei nur möglich, wenn wir eine Fraktionsgemeinschaft bildeten.

Daß eine Fraktionsgemeinschaft für uns Nachteile und unter Umständen der DP Vorteile bringen kann, sehen wir durchaus. Aber die Frage ist, sollen wir daran die Regierungsbildung scheitern lassen? Es gibt Freunde bei uns, die zum Ausdruck bringen, daß wir angesichts der massiven Opposition der SPD in unserer Zusammensetzung als Regierung aus vier verschiedenen Parteien nicht bestehen würden, wenn wir nicht zumindest das Landtagspräsidium in Händen hätten. Das ist ein wichtiger politischer Gesichtspunkt, und wir wissen nicht, wie die Dinge in Niedersachsen laufen werden, ob der BHE bereit sein wird, mit uns zusammenzugehen.

---

55 Die Bundesregierung hatte am 12. März 1955 Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das am 14. September 1954 vom Niedersächsischen Landtag verabschiedete Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen erhoben (vgl. Niedersächsischer Landtag 2.WP Drs. Nr. 1951); zur Verhandlung vom 4. bis 8. Juni 1956 vgl. 3.WP Anlage zu Drs. 374: Schriftsätze der Niedersächsischen Landesregierung. Dazu jetzt Konrad Repgen: Konkordatsstreit.

Bitter: Ich hätte zu dem vom Herrn Bundeskanzler vermerkten Punkt über Niedersachsen nichts gesagt, wenn nicht der Herr Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein auf die Kommunalwahlen hingewiesen hätte. Insofern halte ich mich für legitimiert, einige kurze Ergänzungen zu machen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß Schleswig-Holstein in seinem Ministerpräsidenten und Landesparteichef einen Mann herausgestellt hat – ich darf das einmal sagen –, der diesen Wahlkampf im Gegensatz zur SPD auch als kommunalen Wahlkampf eingeleitet und mit Erfolg geführt hat. Die Richtlinien, die er als Landeschef herausgegeben hat, sind beispielhaft dafür, wie man einen kommunalen Wahlkampf loslösen kann von der großen Politik.

Die besondere Situation in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen muß von den übrigen Gebietsteilen des Bundes entsprechend gewertet und gesehen werden. Ich habe 1951 zum ersten Mal als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Deutschlands in einer der großen Städte dort gesprochen. Ich war erstaunt, als mein Vortrag „Der christliche Kommunalpolitiker in der Verantwortung der Zeit" abgeändert und das Wörtchen „christlich" gestrichen wurde und ich nur zu dem profanen Teil sprechen durfte.

Dieses Bild hat sich inzwischen geändert. Ich habe festgestellt, daß es geradezu wie eine Erlösung empfunden wird, wenn wir aus den anderen Gebietsteilen der Bundesrepublik über grundsätzliche Fragen auch in profanen Versammlungen sprechen. Wenn man das richtig macht, hat man auch Erfolg in diesem Land, das doch weithin als säkularisiert zu bezeichnen ist. Speziell die evangelischen Freunde kamen zu mir, um mich zu bitten, acht Tage dortzubleiben, um über Grundsatzfragen der Kommunalpolitik einiges Entscheidendes zu sagen. Mir ist aufgefallen, daß die Kandidatenliste, die dort von den vereinigten Parteien zusammengestellt wurde, nicht das Produkt einer Parteikonferenz war, sondern es wurde tatsächlich eine Elite präsentiert. Daraus sollten wir für die gesamte CDU etwas lernen. Wir haben gesehen, daß dort, wo die bürgerschaftliche Elite angetreten ist, die Bürger auch positiv reagiert haben.

Schleswig-Holstein ist ein Schulbeispiel dafür, daß wir eine Revision unserer Wahlgesetze auf kommunaler Ebene vornehmen müssen. Hier liegt noch ein ganz wunder Punkt, über den wir nicht hinwegkommen, wenn wir mit Erfolg insbesondere die großen Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes aus den Händen der Sozialdemokratie herausholen wollen.

Der Wahlkampf ist außerordentlich originell geführt worden. Das kam daher, weil bei den Kreisgeschäftsführern eine gewisse Elite vorhanden ist, ganz originelle Leute. Was sind das für Leute? Zum Teil sind es ehemalige Offiziere mit hoher Charge; die also insofern eine soziale Basis haben und den Etat der Kreisparteien nicht schlecht entlasten. Es kommt darauf an – lassen Sie mich das hier in diesem Kreise sagen –, daß wir den Kopf der Partei, d.h. diese Leute, entsprechend beordern. Man kann nicht erstklassige Arbeit verlangen, wenn man viertklassig bezahlt! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich habe gesehen, daß der Wert der Persönlichkeit auch dann gilt, wenn es sich um Presseleute handelt. Ich habe speziell Wert darauf gelegt, in den

Konferenzen mit Lokalredakteuren in ein Gespräch zu kommen, und habe den Leuten auseinandergesetzt, welche Unterschiede zwischen der SPD-Kommunalpolitik und einer Kommunalpolitik aus unserer Sicht bestehen. Davon hatten die Leute keine Ahnung. Sie waren sehr dankbar und haben auch in der Berichterstattung auf das, was wir CDU-Leute sagen durften, ausgezeichnet reagiert. Ich möchte wünschen, daß wir die Wahl in Schleswig-Holstein so betrachten, daß es darauf ankommt, die bürgerschaftliche Elite anzusprechen.

Adenauer: Lassen Sie mich folgendes sagen: Herr Bitter, den ich zum ersten Mal bei uns nach seiner schweren Krankheit in Ihrem Namen herzlich willkommen heißen darf, hat auf eine bisher von uns stark vernachlässigte Seite, nämlich die kommunale Seite, hingewiesen. Er hat vollkommen recht mit dem, was er gesagt hat. Ich möchte einen Satz hinzufügen. Jedenfalls müssen auch die Politiker herangebildet werden. Heutzutage ist es so – ich will niemandem zu nahetreten –, daß ein Mitglied der Jungen Union erst anfängt beim Bundestag. Nach meiner Meinung sollte er zunächst einmal anfangen als Mitglied in einem Stadtrat oder in einer Gemeinde. (*Majonica:* Herr Bundeskanzler! Wir führen in Nordrhein-Westfalen ganz systematisch Schullehrgänge im Hinblick auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr [durch], damit die Gemeindeparlamente von den Leuten der Jungen Union beschickt werden können.) Es müssen auch jüngere Leute als Kandidaten aufgestellt werden. (*Eplée:* Solche, die sich bewährt haben!) Die sollte man als Kandidaten in Gemeinde- und Stadtparlamenten aufstellen, damit sie dort lernen, daß hart im Raume sich die Sachen stoßen. Das lernt man unten in der Gemeinde.

Noch ein Wort zu der Arbeits- oder Fraktionsgemeinschaft. Einer von den Herren hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir diese Frage sehen müssen im Zusammenhang mit der Bildung einer Deutschen Volkspartei.[56] Das halte ich für wichtig. Wenn in Niedersachsen die Deutsche Partei und die CDU zusammenwachsen, dann ist die Neubildung einer Deutschen Volkspartei im Bund erledigt; denn daß eine Deutsche Volkspartei nur mit einem Teil vom BHE und von der FDP ohne die Deutsche Partei gebildet werden kann, das halte ich für ausgeschlossen.

Die beiden Herren, die über die Gefahr gesprochen haben, sollten doch bedenken, daß unser ganzes Leben von Gefahren umgeben ist, daß man aber trotzdem leben und versuchen muß, der Gefahren Herr zu werden. Soweit ich Niedersachsen kenne – ich behaupte nicht, daß ich es kenne – ... (*Cillien:* Sie müssen noch öfters hinkommen!) Es war sehr schön da. Also, soweit ich Niedersachsen kenne, ist namentlich bei der Zusammensetzung der neuen Fraktion der CDU und bei ihrer Stärke von 43

56 Vgl. dazu die Diskussion auf dem Bielefelder Parteitag der DP vom 4./5. November 1955 um die Bildung einer „dritten Kraft" (MEYN S. 45, 47ff.; zu ähnlichen Überlegungen beim BHE NEUMANN S. 202ff.). Erst nach der Spaltung der FDP im Februar 1956 kam es am 23. April 1956 zur Bildung einer Freien Volkspartei, die sich später mit der DP vereinigte, aber bald ganz verschwand (vgl. Karl-Hermann FLACH: Dritte Kraft. Der Kampf gegen den Machtmißbrauch in der Demokratie. Schriftenreihe der FDP. Bonn [1957]; MENDE: Die FDP S. 104f.; DERS.: Freiheit S. 374).

Mitgliedern nichts zu befürchten von einem Zusammengehen mit der Deutschen Partei; im Gegenteil, das Übergewicht wird die CDU haben. Ich habe z.B. mit dem Herrn Hellwege schon z.Z. des Zonenbeirates Besprechungen darüber gehabt, daß die Parteien zusammenkommen müßten. Aber ich betone nochmals: Sie müssen es tun, einmal um legitim den Landtagspräsidenten zu stellen. Ich kenne den jetzigen Landtagspräsidenten und schätze und achte ihn. (*Cillien:* Er ist gerissen!) Er ist ein kluger Mann. Ja, ich drücke mich vorsichtig aus, weil ich Vorsitzender einer christlichen Partei bin. Immerhin, Herr Cillien, Sie haben recht, er kann der Koalition die größten Schwierigkeiten machen. Das ist in Niedersachsen eine ganz gefährliche Angelegenheit. Er kann Ihnen die größten Schwierigkeiten machen. Denken Sie vor allem an die Sache mit der Deutschen Volkspartei. Deswegen sollten wir unsere Bedenken zurückstellen.

Ich würde nun vorschlagen, zum Punkt 3 unserer Tagesordnung „Beschlußfassung über die Leitsätze der CDU zum Elternrecht" überzugehen; denn deswegen ist Herr Professor Stier hier, den ich herzlich willkommen heiße. Er muß um 2.40 Uhr in Düsseldorf sein. Er ist der verantwortliche Mann für die Abfassung der Leitsätze zum Elternrecht. Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir das jetzt vorwegnehmen.

Beschlussfassung über die Leitsätze der CDU zum Elternrecht

Stier: Meine Damen und Herren! Ich bin sehr glücklich, im Namen des Ausschusses[57] ein kurzes Wort über die vorliegende Empfehlung „Die Stellung der CDU zum Elternrecht" an Sie richten zu dürfen. Wir haben hier noch allerhand Verpflichtungen, die dringender sind als wir denken.

Ich darf der Kuriosität halber erwähnen, daß unser Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers[58], neulich erzählte, daß er im Wahlkampf in Hessen gelegentlich einer Versammlung, als einer unserer Freunde auf dem Podium stand und sprach, seine Einladung herausgezogen hat, um nachzusehen, ob er wirklich in einer CDU-Versammlung sei. Man sprach dort zwar aus vollem Herzen, aber man sagte nicht das, was man eigentlich von der CDU aus sagen kann. Wir haben die Verpflichtung, an den betreffenden Stellen das zu sagen, was unser Parteiausschuß für Recht erkennt. Es ist in ausgedehnten und häufig wiederholten Verhandlungen unserer Vertreter aus allen Bundesteilen gelungen, wenigstens über diese Sätze zu einer endgültigen Formulierung zu kommen, wobei wir nur eines bedauert haben: daß es nicht eher möglich war, ihnen die volle Billigung zu geben. Ich habe einmal in einem

57 Stier war seit 1950 Vorsitzender des Bundesausschusses für Kulturpolitik. – Die Vorlage war im Ausschuß am 29. Oktober 1954 einstimmig angenommen und dem Bundesvorstand am 6. November 1954 zugeschickt worden.

58 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952–1956 Innenminister und 1958–1966 Ministerpräsident, 1957–1958 MdB (Memoiren: gez. Dr. Meyers. Düsseldorf 1982).

Kreis von Sachverständigen unter Vertraulichkeit darüber gesprochen. Die Leitsätze haben im großen und ganzen überall Zustimmung gefunden.

Sie werden gesehen haben, daß der Aufbau, der sich heute sehr geschlossen darstellt, tatsächlich eine Art von glücklicher Kreislaufbewegung ist. Die Leitsätze beginnen mit dem Begriff der demokratischen Freiheit, die sich auf die vorstaatlichen Rechte gründet, aus denen heraus wir die persönliche Verantwortung und die Mitarbeit des einzelnen ganz anders erfassen wollen, als es von außen her möglich war. Diese Freiheit kehrt am Schluß wieder zurück, und es zeigt sich, daß das Ganze aus einem Guß entworfen ist. Ich glaube also nicht, daß ich die Leitsätze im einzelnen erläutern muß.

Wir hoffen, das geleistet zu haben, was man in diesem Falle tun kann. Wir wären sehr dankbar, wenn Sie diese Leitsätze endgültig sanktionierten.

Die Leitsätze lauten:

„Die Stellung der CDU zum Elternrecht.

Demokratische Freiheit gründet sich auf vorstaatliche Rechte und Verpflichtungen. Die persönliche Verantwortung und die Mitarbeit des einzelnen umfassen mehr als die Wahl der Vertretungskörperschaften. Die vorstaatlichen Menschenrechte und die mit ihnen gegebenen Pflichten sind unverletzlich.

Zu diesen natürlichen Menschenrechten gehört die Erziehung der Kinder durch die Eltern. Das Erziehungsrecht der Eltern (Elternrecht) geht deshalb allen Verfassungen und Gesetzen voraus und bindet Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Eine gesellschaftliche oder staatliche Ordnung, welche die wirksame Wahrnehmung der elterlichen Verantwortung beeinträchtigt oder gar unmöglich macht, verstößt, auch bei äußerlich demokratischen Formen, gegen die natürliche Ordnung und die Grundlagen der Demokratie.

Der Mensch lebt in Gemeinschaften, in welche die Kinder hineinwachsen. In den Grenzen ihres Auftrages wirken diese Gemeinschaften bei der Erziehung mit. Unter den Gemeinschaften haben vornehmlich Staat und Gemeinde die Verpflichtung und das Recht, die Bildung aller ihrer Bürger zu fordern und zu fördern. Der Staat hat das Recht, von seinen heranwachsenden Bürgern zu verlangen, daß sie sich Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, durch die sie zu einem geordneten Zusammenleben und zum Dienst an der Gemeinschaft befähigt werden. Zu diesem Zweck steht es ihm auch zu, eine Schulpflicht gesetzlich zu begründen und nach Umfang und Höhe bestimmte Bildungsforderungen als Voraussetzung für öffentlich anerkannte Berechtigungen zu stellen. Dabei muß die Freiheit der Berufswahl und der Bildungswege gewährleistet sein.

Der Erfüllung dieser Bildungsaufgaben dienen öffentliche und private Schulen. Die Privatschulen, deren Errichtung grundgesetzlich garantiert ist, haben ebenfalls das Recht auf Förderung, insbesondere durch öffentliche Mittel in genügendem Ausmaß.

Grundvoraussetzung jeder Erziehung ist ihre Einheit im inner- und außerhäuslichen Bereich. Diese verlangt Zusammenarbeit aller Miterzieher mit den Eltern. Bei der

Aufstellung von pädagogischen und unterrichtlichen Zielen und Grundsätzen ist die Schulverwaltung daher gehalten, die Eltern und die Miterzieher zu hören und berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen. Soweit es sich jedoch um die Grundrichtung der Erziehung ihrer Kinder handelt, haben die Eltern das letzte Bestimmungsrecht.

Jede Menschenbildung wurzelt in Glauben oder Weltanschauung. Erziehung ist daher Gewissensangelegenheit im engsten Sinne des Wortes. Die Gewissensfreiheit ist ein unverletzliches Grundrecht. In ihrer Ausübung sind daher die Eltern berechtigt, diejenigen Schularten zu verlangen, welche Erziehung und Unterricht entsprechend ihrer eigenen Überzeugung sicherstellen. Die Träger des öffentlichen Schulwesens haben dieser Forderung zu entsprechen, da nur auf diese Weise dem vorstaatlichen Grundrecht der Eltern Genüge getan werden kann."

Adenauer: Ich danke in Ihrer aller Namen Herrn Professor Stier und dem Ausschuß herzlich für die geleistete Arbeit. Ich nehme an, daß wir alle diese Arbeit bekräftigen. Wir sollten eigentlich nicht versuchen, an einer solchen wirklich gut durchdachten Arbeit irgendwelche kleinen Änderungen vorzunehmen.

Darf ich fragen, ob das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß Sie einstimmig zustimmen. Ich darf noch einmal Herrn Stier und den Herren, die mitgearbeitet haben, unseren herzlichsten Dank aussprechen. *(Beifall.)*

Nun ist vom Herrn Kollegen Tillmanns gesagt worden, man solle mit der Veröffentlichung noch einige Tage warten, damit es nicht so aussehe, als ob wir uns nur damit beschäftigt hätten. Ich habe einen anderen Grund überlegt. Ich sehe nicht ein, warum man warten soll. Vom Donnerstag an wird die Presse beschäftigt sein mit der Diskussion über die Saar, mit der SPD, mit dem Bundestag, mit der Hinterlegung der Urkunden, mit dem Wiederbeginn der Souveränität, mit der Abschaffung der Hohen Kommissare – sie werden feierlich begraben werden am Donnerstag in würdiger und schöner Weise –, mit der Konstituierung der Westeuropäischen Union und mit dem Beitritt zur NATO. Dann werden vielleicht diese Leitsätze untergehen. Wir können also nicht so lange warten. Deswegen sollten wir sie jetzt veröffentlichen.

Tillmanns: Ich habe nichts dagegen. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß sich der geschäftsführende Vorstand in der vorigen Woche kurz mit der Sache befaßt hat. Dort wurde von publizistischen Sachverständigen darauf hingewiesen, daß die Presse nach unserer heutigen Bundesvorstandssitzung daran interessiert sei, das eine oder andere über die aktuelle Situation zu hören. Wenn das als Ergebnis unserer Beratungen der Presse gegeben werde, könnte vielleicht eine Schwierigkeit entstehen. Daher kam der Vorschlag, mit der Veröffentlichung in der Presse noch einige Tage zu warten. Wenn aber der Vorstand diesem Gesichtspunkt keine Bedeutung beimißt, dann bin auch ich der Meinung.

Adenauer: Wir werden das eine oder andere heute noch zu beschließen haben. Wenn wir hiervon nichts sagen, dann kann das auch wieder schief aufgefaßt werden.

Süsterhenn: Ich möchte dringend darum bitten, die Veröffentlichung baldigst vorzunehmen, da sich gerade diese Veröffentlichung für den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz außerordentlich positiv auswirken wird.

Adenauer: Wir sind uns also darüber einig, daß wir es sofort veröffentlichen. Ich danke Ihnen sehr, Herr Stier, und Sie gehen zurück zu den Aufträgen des Landtages.

Meine Damen und Herren! Sollen wir fortfahren? In wenigen Minuten ist das Büfett fertig. *(Von Fisenne:* Können wir vielleicht etwas über Normenkontrollklage wegen der Pariser Verträge erfahren?[59]) Das ist streng geheim! Aber vielleicht können Sie daraus, daß das Bundesverfassungsgericht am Tage vorher etwas sagt, gewisse Schlüsse ziehen. *(Heiterkeit.)* Es ist eine sehr ernste Frage. Wenn die Sache erledigt ist, wird die Bundestagsfraktion sehr ernsthaft an eine Änderung des Gesetzes herantreten müssen. Stellen Sie sich die Groteske vor, wenn das Bundesverfassungsgericht sagen würde, das Saarabkommen ist unvereinbar mit dem Grundgesetz. Dann würde nicht hinterlegt werden, wir bekämen keine Souveränität, die Westeuropäische Union könnte nicht ins Leben treten, wir würden nicht in die NATO eintreten können. Und das alles würden vielleicht vier oder fünf Richter des Bundesverfassungsgerichts zu verantworten haben! An sich eine Groteske! Aber ich bin guten Mutes. Warten wir mal ab!

Pause von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Eines der führenden Vorstandsmitglieder der Fraktion will sich schon entfernen, weil dieser Herr meint, das sei wichtiger, als hier zu sein. Er läßt den Vorsitzenden hier! Lassen Sie mich das zum Anlaß nehmen, um folgendes zu sagen: Wir werden unbedingt, je mehr wir lossteuern auf das Jahr 1957, desto stärker den Fraktionsvorstand bei gewissen Entscheidungen einschalten müssen. Wir müssen im Jahre 1957 aufwarten können mit einer Reihe von positiven Ergebnissen unserer Arbeit im Bundestag und in den Länderparlamenten. Deshalb wird es sehr notwendig sein, daß wir den Fraktionsvorstand hier dabeihaben. Nachdem Herr Krone das mit Kopfschütteln bejaht hat, *(Krone:* kann er gehen!) kann er wohl gehen; aber unser verehrter Herr Bundestagspräsident muß noch hierbleiben. *(Gerstenmaier:* Ich dachte, jetzt käme die Kommunalpolitik dran!)

Die innenpolitische Lage

Adenauer: Wir wollen jetzt über die Innenpolitik sprechen. Wir haben über die Wahl in Niedersachsen gesprochen, aber noch nicht über die innere Lage der Parteien

59 Die SPD-Fraktion des Bundestages mit ihren Berliner Abgeordneten sowie einige Abgeordnete aus den Reihen der Regierungskoalition hatten am 2. April 1955 wegen des Saarabkommens ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht (Prüfung des entsprechenden Bundesgesetzes vom 24. März 1955) beantragt, da nach ihrer Meinung die Bundesregierung nicht befugt sei, ein Abkommen selbst provisorischen Charakters über die deutschen Grenzen zu schließen. Am 4. Mai 1955 stellte das Gericht fest, das Saarabkommen verstoße nicht gegen das Grundgesetz (vgl. AdG 1955 S. 5101, 5149; Begründung in Bulletin Nr. 88 vom 11. Mai 1955 S. 725).

in der Bundesrepublik, wie sie sich vielleicht jetzt – ich wiederhole „vielleicht" – abzuzeichnen beginnt, d.h. beim BHE und bei der FDP. Mir scheint unser oberstes Ziel zu sein, zu verhüten, daß eine Deutsche Volkspartei entsteht, weil wir die überhaupt nicht gebrauchen können und die Möglichkeit besteht, daß eine Deutsche Volkspartei zu weit nach rechts geht. Eine Deutsche Volkspartei würde – auch darüber müssen wir uns einmal Rechenschaft geben – uns wahrscheinlich eine ganze Anzahl von Wählern entziehen.

Es gibt eine Anzahl von Wählern, die nicht in die CDU eintreten, die sich auch nicht für immer verpflichten, CDU zu wählen, die aber, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, entweder die Demokraten oder CDU zu wählen, sich dann für die CDU entscheiden werden. Kommt aber eine neue Partei, dann zieht diese zunächst wieder an. Jedenfalls würde die Folge einer neuen Deutschen Volkspartei auch eine Schwächung der CDU bedeuten.

Es wäre gut, wenn wir uns über diese Frage unterhielten. Die Meinung des Parteivorstandes zu dieser Frage wird auch unsere Geduld oder Nicht-Geduld gegenüber der FDP und unser Verhalten gegenüber dem Teil des BHE, der dort nicht länger bleiben will, beeinflussen.

Von Hassel: Ich habe nach Mitteilungen aus der Presse das Gefühl, als ob der Streit, zu dem Herr Kather beigetragen hat, sich irgendwie beruhigen würde. (*Zurufe:* Nein, nicht der Fall!)

Adenauer: Das Gegenteil ist der Fall. Man wollte erst die Wahl in Niedersachsen abwarten. Beide Gruppen wollten versuchen, Landesgruppen zu bilden. Der Streit ist nicht beigelegt.[60] Sie kennen Herrn Kather schon einige Zeit, aber vielleicht kennen Sie ihn noch nicht genau, sonst würden Sie wissen, daß der Streit keineswegs beigelegt ist. Man muß wirklich über die Seele eines Kathers Bescheid wissen! Dabei muß man bedenken, daß im Jahre 1957 gewählt wird. Und wenn kein BHE mehr existiert, was dann? Wo bleibt dann das Mandat?

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich habe eine Frage, von der ich nicht weiß, ob sie zu indiskret ist. (*Weber:* Bitte lauter, wir verstehen kein Wort!) Ich möchte mir die Frage an den Herrn Bundeskanzler erlauben, wo denn im Streit der Meinungen innerhalb des BHE ein vielgenannter Name – vielgenannt im Rahmen der Regierungsbildung in Niedersachsen – hinzuzuzählen ist?[61]

Adenauer: Das weiß der selbst noch nicht! (*Gerstenmaier:* Es wäre also noch eine letzte Chance?) Darauf kommt es nicht an, sondern auf solche Leute wie Oberländer, Kraft, Gräfin Finckenstein[62], Eckhardt[63] usw., die braucht man. Da gebe ich Herrn von

60 Vgl. Anm. 15; Kather lehnte das Saarabkommen wegen einer möglichen Präjudizierung für die Ostgebiete ab (EBD. S. 144–150) KATHER 2 S. 74–86.

61 Vermutlich Friedrich von Kessel.

62 Eva Gräfin Finckenstein (geb. 1903), 1928–1933 Redakteur bei der „Vossischen Zeitung", 1953–1957 MdB (bis 12. Juli 1955 GB/BHE, ab 15. Juli CDU/CSU Hospitantin, ab 20. März 1956 CDU/CSU).

63 Dr. Walter Eckhardt (geb. 1906), 1950–1954 MdL Bayern (DG), 1953–1957, 1957–1961, 1964–1969 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann CDU/CSU).

Hassel vollkommen recht. Wir haben uns durch Herrn Kather unser Ausmaß etwas verderben lassen; wir haben alles eingeschätzt nach Kather, und Herr Kather hat dann das Seinige dazu getan, daß wir die anderen noch schlimmer einschätzten als ihn. Wenn man aber die Leute im BHE einmal kennenlernt und mit ihnen öfter zusammenkommt und arbeitet, dann wird man sehen, daß eine ganze Anzahl sehr wertvoller Kräfte dort ist. Ich bekenne für mich offen, wir haben die Partei zu sehr eingeschätzt nach dem Prototyp Kather. Und das war nicht richtig. Das ist genau das, was Sie gesagt haben, Herr von Hassel.

Von Hassel: Wir haben zum BHE ein gutes Verhältnis vor vier Jahren hergestellt und ihn aus seiner Rüpelhaftigkeit herausgehalten. Es ist heute so, daß die BHE-Sprecher in Schleswig-Holstein eine ruhige und vernünftige Sprache sprechen. Wir haben in vielen Orten vor der Wahl mit dem BHE in den Parlamenten zusammengesessen und sind getrennt zur Wahl gegangen, haben aber vereinbart, nach der Wahl in den kommunalen Körperschaften wieder zusammenzuarbeiten. Wir sagten uns, wenn ein Teil der Vertriebenen vor der Frage steht, bei einem Wahlbündnis einen CDU-Mann oder einen SPD-Mann wählen zu müssen, dann wird sich möglicherweise ein Teil für den SPD-Mann entscheiden, wenn aber dazwischen ein BHE-Abgeordneter als Möglichkeit offenbleibt, dann wird wahrscheinlich ein selbständiges Arbeiten des BHE dazu führen, daß der SPD Stimmen abgezogen werden.

Das ist in dieser Wahl bewiesen worden. Wo der BHE allein gegangen ist, hat er Stimmen gewonnen, und die Sozialdemokraten haben Stimmen verloren. Der BHE hat es zuwege gebracht, Leute aus der SPD herauszuhalten. Es gilt also, diese Leute auf die Dauer für uns zu gewinnen.

Nun ist mir ein Gespräch bekanntgeworden, dem ich selbst keine große Bedeutung beimesse, weil es auf dritter Ebene geführt worden ist. Die FDP bei uns macht sich Gedanken, wen sie vom BHE auffangen könnte. Dabei kann es sich nur um die 13 guten Leute handeln; mit den anderen wird die FDP nichts anfangen wollen. Deshalb scheint es mir notwendig zu sein, das Gespräch mit Kraft und auch mit Gille[64] zu führen. Gille hat ein unverändert gutes Ansehen in Schleswig-Holstein. Dazu müßte noch die Gräfin Finckenstein kommen. Wir müßten also zu erreichen versuchen, daß die Leute nicht zur FDP gehen, sondern daß sie zu uns kommen.

Eplée: Wenn unsere eigenen Reihen stark sind, können wir mit weniger Befürchtungen in die Zukunft schauen. Man darf nicht in den Fehler verfallen, in dem BHE etwas zu sehen, was er trotz seiner Erfolge nicht ist. Er ist keineswegs der Repräsentant der Vertriebenen und Flüchtlinge. Das ist bei der Bundestagswahl besonders deutlich geworden, wo die Mehrheit der CDU die Stimme gegeben hat und nicht dem BHE. Wenn er in einzelnen Ländern das Zünglein an der Waage ist, so ist das betrüblich. Ich nenne Hessen, wo sieben Leute in der Politik mitbestimmen.

---

64 Dr. Alfred Gille (1901–1971), 1928–1945 Bürgermeister in Lötzen (Ostpreußen), 1949 Mitgründer des BHE, 1950–1954, 1958–1962 MdL Schleswig-Holstein (Fraktionsvorsitzender, seit 1961 GDP), 1953–1957 MdB, nach 1961 Präsidialmitglied des BdV.

Wir müssen festhalten, daß unsere Union nach wie vor das Sammelbecken auch der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge ist, weil sie in der Politik des Bundeskanzlers den Weg sehen, der am ehesten zur Wiedervereinigung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße führt. Dem muß Rechnung getragen werden. Wir müssen uns also bemühen, die Kräfte mit zur Verantwortung heranzuziehen. Das soll mit den 13 BHE-Leuten geschehen.

Aber andererseits dürfen wir die Kräfte in unserer Partei, die sich hervorgetan haben, nicht links liegenlassen. Wir müssen überlegen, was wir mit unseren eigenen Leuten tun, die in schwerer Zeit durch ihr Eintreten für die CDU den Radikalismus verhindert haben. Unsere eigenen Leute müssen also zunächst eine Position bekommen, damit nicht der BHE die Früchte erntet, die die CDU gesät hat. Das wird ein zweiseitiges Problem sein. Vergessen wir nicht, daß die Masse der Heimatvertriebenen ihre politische Heimat in der CDU sieht. Das muß bei allen diesen Dingen auch zur Geltung kommen.

Leider ist es notwendig gewesen, daß das Vertriebenenministerium überall in die Hände des BHE gekommen ist. Der kleine Wähler sagt, warum immer hier den BHE dranlassen? Wir müssen eine Konzeption herstellen, die die Masse der Wähler zur CDU bringt, damit sie nicht erst über den BHE oder über sonstige Wege geht.

Adenauer: Ich stimme mit Ihnen überein, aber das ist nicht die Frage, um die es geht. Es geht um folgende Frage: Falls sich der BHE aufteilt, sollen wir uns dann bemühen, die 13 guten Leute für die CDU zu gewinnen?

Eplée: Aber nicht so, daß diese Leute wieder die maßgeblichen Positionen bei uns bekommen. Dafür gibt es auch Leute in der CDU. Wenn die 13 zu uns kommen, dürfen nicht die ganzen Vertriebenen unter dem Motto „Oberländer-Kraft-Gille" betrachtet werden. Das wäre ungerecht und falsch gegenüber denen, die seit 1945 der CDU geholfen haben, zu der Partei zu werden, die sie heute ist.

Adenauer: Dann würden die kein Monopol verdient haben! Das ist klar. Aber wir wollen sie auf keinen Fall etwa einer neu sich bildenden Partei zuschieben. Ich darf nochmals betonen, daß schon vor geraumer Zeit der Herr Dehler aus eigenem Antrieb mit der DP und dem BHE zusammengekommen ist.

Dichtel: Ich habe etwas herausgefunden heute: Es gibt keine Regel, die für alle Landesteile gleichermaßen gilt. Was in einem Lande richtig ist, das kann in einem anderen Lande falsch sein. Bei uns lassen sich die Sozialdemokraten in bestimmten Fällen ganz gern einmal überstimmen. Wir haben bisher die Mehrheit im Kabinett gefunden mit Hilfe eines vernünftigen BHE-Vertreters.[65]

Hinsichtlich des Saarabkommens und der Verträge werden Sie es dankbar begrüßt haben, daß es uns im baden-württembergischen Kabinett möglich war, trotz der Unsicherheit der Hälfte der Mitglieder diese klare und eindeutige Entscheidung

65 Eduard Fiedler, 1953–1960 Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in Baden-Württemberg.

zugunsten Ihrer Politik zu fällen. Wir haben von unserer Basis aus keine Veranlassung, dem BHE-Vertreter bei uns irgend etwas Böswilliges in seinem Leben zu wünschen.

Trotzdem möchte ich sagen, daß die ganze politische Entwicklung von heute nicht befriedigt, und zwar deswegen nicht, weil tatsächlich diese kleine BHE-Gruppe das Zünglein an der Waage geworden ist. Diese Position mißbraucht sie heute in einer Form, die auf die Dauer politisch nicht tragbar und nicht zu verantworten ist und eine ernste Gefahr für die Demokratie werden kann.

Ich bin lange genug in der Politik, um zu wissen, daß die Stärke des früheren Zentrums immer in der Einzelposition gewesen ist. Es war das Zünglein an der Waage zwischen den großen Gruppen. Aber das Zentrum hat nicht so unverhüllt seinen Machthunger gezeigt, wie das beim BHE der Fall ist. Die Verhandlungen mit dem BHE im gesamten gesehen kommen doch einem Schachern gleich; denn sie enden mit dem Motto: Wer am meisten zahlt, der kann mich bekommen. Unter diesem Punkt haben wir seinerzeit die Regierungsbildung im badisch-württembergischen Raum gegen uns erlebt. Mit Hilfe von fünf, sechs Stimmen war es der SPD und den Demokraten möglich, eine Regierung zu bilden und uns, die stärkste Partei, auszuschließen.

Auch das, was sich in Hessen und in Bayern abgespielt hat, ist nicht sehr erhebend. Ich wünsche meinen Freunden aus Niedersachsen alles Glück, daß der wandelbare BHE heute abend nicht etwas beschließt, was sie um den Erfolg ihrer Arbeit bringen könnte. Herr Kopf ist ein kluger Mann. Er wird alles tun und ist u.U. gewillt, den Kaufpreis noch zu erhöhen, um zum Ziele zu kommen.

Die politische Entwicklung ist bei uns so unbefriedigend, wie sie nur sein kann. Ich werde es den anderen Kollegen auch ausrichten, daß wir heute einen Tadel von höchster Stelle bekommen haben und daß wir uns bessern sollen. Ich darf aber mit allem Freimut – auch für meine Freunde – sagen: Wir sollten alles tun, was wir können, um zu einer Flurbereinigung im politischen Leben zu kommen, damit nicht eine kleine Gruppe mit einer entscheidenden Vollmacht versehen wird, die sie so ausnutzt, daß es der Demokratie zum Schaden gereicht.

Deswegen haben wir alle Veranlassung, den Auflösungsprozeß des BHE nicht von uns aus künstlich zu unterbrechen, sondern, wenn es not tut, diesem Auflösungsprozeß in christlicher Liebe nachzuhelfen! *(Heiterkeit.)* Das ist die Politik, die ich mir im Laufe der Jahre im Bundesparteivorstand angeeignet habe. *(Erneute Heiterkeit.)* Es käme also darauf an, daß wir bei der Auflösung möglichst viel von den Trümmergrundstücken für uns retteten. Wenn wir die guten Elemente retten könnten und zu einer Flurbereinigung kämen, die jeder guten Demokratie Freude machen würde, dann hätten wir nicht nur uns, sondern auch allen anderen einen guten Dienst erwiesen.

Ich weiß nicht, ob die Wünsche, die beim Verlangen des Ministerpräsidentenpostens ausgesprochen wurden, ehrlich und reell gemeint waren. Sollte man sich nicht darauf besinnen, daß die Eigenständigkeit auch etwas wert ist? Wenn allerdings mit dieser Aktion die Gefahr einer sehr weit rechtsstehenden Volkspartei gebannt werden

kann und somit eine Flurbereinigung erfolgt, dann haben wir uns damit einen guten Dienst erwiesen.

Adenauer: Sie haben das gleiche gesagt, was ich ausgeführt habe: Wir wollen den Auflösungsprozeß nicht unterbrechen. Ich habe nur nicht das Wort „christlich" gebraucht! Wir wollen dann das Gute bei uns aufnehmen und damit zu dieser – wie Sie es mit Recht nennen – Flurbereinigung kommen. Der BHE ist eine Partei, die keine lange Lebensdauer hat. Darüber sind sich alle Beteiligten klar.

Und nun scheiden sich, ich will nicht sagen die Böcke von den Schafen – wir wollen nicht so kirchlich sprechen –, aber es scheidet sich doch der Kather von den anderen. Diese anderen werden eines Tages bei den Sozialisten enden. Da ist es doch richtiger, daß wir die guten Leute, möglichst mit einem soliden Unterbau im Lande versehen, bei uns aufnehmen, als daß eine Deutsche Volkspartei gegründet wird, deren Gründung ich nicht möchte. (*Dichtel:* Wir sind uns einig!)

Kaiser: Eine liberale Partei hat in diesem Lande mit seinen besonderen Aufgaben und seinem Strukturwandel, mit seinen weiten Volksschichten keine Zukunft mehr. Das wird eine kleine Gruppe bleiben. Es wird darauf ankommen, daß wir unseren Charakter als eine christlich-demokratische und soziale Volkspartei genügend stark herausarbeiten. Dann werden diese freiwerdenden Kräfte zu uns kommen.

Es ist noch ein anderer Begriff aufgekommen – das geht aus dem Bereich der Deutschen Partei hervor –, daß die Notwendigkeit der Gründung einer sozial-konservativen Partei gegeben sei. Das, meine ich, sollten wir beachten. Wir sind doch eine sozial-konservative Partei im besten Sinne des Wortes.

Kiesinger: Ich muß Herrn Kaiser widersprechen. Ich glaube, er hat die Struktur Norddeutschlands zu sehr außer acht gelassen. In Norddeutschland wird es sich mehr auf „national" beziehen. Wenn eine solche Partei in Norddeutschland entstünde, würde sie vielleicht liberale Züge tragen. Aber das wird nicht das Entscheidende sein. Entscheidend wird die Verbindung von national und liberal sein. Für eine solche Partei sind zweifellos viele Deutsche in Norddeutschland anfällig. Wir würden uns die Arbeit sehr schwermachen, wenn wir nicht rechtzeitig die Kristallisationspunkte, die für eine solche Deutsche Volkspartei vorhanden sind, ausräumten. Ich bin also da gegen Ihre Meinung; das gilt allerdings nicht so sehr für West- und Süddeutschland.

Tillmanns: Wir müssen, wenn wir über diese Frage sprechen, davon ausgehen, daß die Bildung der politischen Parteien noch im Fluß ist; sie ist keineswegs abgeschlossen. Die Struktur der deutschen Parteien ist eine durchaus noch in Gärung befindliche Angelegenheit in weiten Kreisen unseres Volkes. Man sollte auch nicht ohne weiteres, wenn von Versuchen gesprochen wird, gleich einen Standort rechts oder links von uns festlegen. Herr Oberländer spricht immer davon, daß ihm eine nichtmarxistische, entschieden soziale Partei vorschwebt, d.h., er will argumentieren, die Christlich-Demokratische Union ist ihm nicht sozial genug.

Ich stimme Herrn Kiesinger zu. Was versucht wird, geschieht nicht vorwiegend unter liberaler Flagge. Das liberale Element ist so stark als Selbstverständlichkeit in das öffentliche Leben eingedrungen, daß man heute weder dagegen noch dafür

große politische Propaganda machen kann. Aber es droht die Verbindung von einer entschieden sozialen Politik mit einer unter Umständen gefährlichen nationalistischen Seite. Ich möchte nicht behaupten, daß dagegen das deutsche Volk immun sei. Wir müssen viel tun, daß gewisse Kreise, auf deren Mitarbeit wir Wert legen, zu uns kommen. Es handelt sich um eine Reihe von Leuten, die etwas werden wollen in der Politik. Diese sagen sich mit einem gewissen Recht: In einer kleinen oder mittleren Rechtspartei habe ich viel eher Chancen, etwas zu werden, als in der riesengroßen CDU. Da sind also Hemmungen vorhanden, sonst wären schon viele Leute bei uns. Diese Hemmungen spielen eine entscheidende Rolle. Im übrigen führt diese Angelegenheit unmittelbar zur Frage des Wahlrechts, der wir in Zukunft große Aufmerksamkeit widmen müssen.

Adenauer: Versetzen wir uns einmal eine Anzahl von Jahren zurück. Wodurch ist es gelungen, eine Christlich-Demokratische und eine Christlich-Soziale Union zu gründen? Das war doch die Reaktion gegen den Nationalsozialismus und seine Verfolgung des Christentums. Das liegt jetzt zehn Jahre hinter uns. Die Gefahr ist sehr groß, daß man das vergißt und zu solchen Parteien zurückkehren will, wie Sie es und Herr Kiesinger ausgeführt haben, in denen das Nationalgefühl unterstrichen wird. Daher sollten wir dafür sorgen, daß wir möglichst die Ernte in die Scheunen fahren und nicht die anderen.

Nun bekomme ich eben eine Nachricht, die ich den Herren aus Niedersachsen vorlesen möchte. Sie wird den Herren wahrscheinlich Anlaß geben, sofort den Herrn Hellwege anzurufen. Die Nachricht beruht auf einer Mitteilung des Ministers Oberländer, der mit Hannover gesprochen hat. Danach hat Herr Kopf heute früh Herrn von Kessel das Ministerpräsidium und mindestens drei Ministerposten angeboten. Die Zustimmung der DRP zur Wahl sei sicher. Deshalb hat Herr Oberländer mit Herrn Hellwege gesprochen. Herr Hellwege, den ich an sich sehr schätze, hat eine manchmal etwas übertriebene Sturheit. Er hat erklärt, er könne dem BHE nicht mehr geben als das Landwirtschaftsministerium und das mit dem Vertriebenenministerium vereinigte Wirtschaftsministerium ohne Verkehr.

Wenn man eine Koalition macht, dann kommt es bei Gott nicht auf ein Ministerium an. Das ist nach meiner Meinung direkt lächerlich. Sie sehen daraus, das Angebot hat Herr Kopf nicht gemacht ohne Genehmigung seines Parteivorstandes. Sie sehen weiter daraus, welch entscheidende Bedeutung die Sozialdemokraten dem beimessen, daß sie in Niedersachsen in der Führung bleiben. Wenn auch Herr Kopf nicht mehr da ist, sondern Herr von Kessel statt dessen, so würden sie doch in der Führung bleiben. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß Sie mit Herrn Hellwege sprechen.

Cillien: Herr Hellwege wird sicher bereit sein, dem BHE noch mehr zuzugestehen, wenn es auf unsere Kosten geht. Herr Hellwege hat den Traum, er müßte Ministerpräsident in Niedersachsen werden, da er ein Urniedersachse ist. Wir haben ohne weiteres hingenommen, daß wir nur mit vier Ministerien abgefunden werden, aber es muß schließlich alles eine Grenze haben, sonst verlieren wir das Ansehen.

Die Dinge liegen einfach so: Das Wahlergebnis selbst hat unsere Bevölkerung gar nicht aufgeklärt über das tatsächliche Ergebnis. Das merkt sie erst, wenn eine Regierung gebildet wird ohne Kopf. Und das will die SPD um jeden Preis verhindern. Wenn die SPD aus der Regierung herauskommt, hat sie eine eklatante Niederlage, die in Niedersachsen nicht ertragen werden kann. Aus diesem Grunde versucht Herr Kopf alles und jedes. Er hat mir am Sonnabend gesagt, daß wir zusammen mit der FDP bei ihm eintreten könnten, und in schwierigen außenpolitischen Dingen wolle sich die SPD überstimmen lassen! Das ist natürlich eine Schaumschlägerei, die diese Roßtäuscher anwenden. Aber damit kann man nicht regieren.

Herr Bundeskanzler! Sie wissen, wie ich bereit war, auf jeden Fall diese Koalition zusammenzubringen, aber irgendwo liegt doch die Grenze. Herr Kessel ist wirklich nicht der Mann, der irgendwelches Vertrauen verdient.

Adenauer: Wir reden vollkommen aneinander vorbei. Ich würde nicht den Herrn von Kessel zum Ministerpräsidenten machen. Der BHE hat bisher drei Minister. Dann würde also einer von ihnen brotlos. Lassen wir doch die Dinge beim Namen nennen. Dieser dritte, der soll sein Brot weiter behalten. Das ist doch die ganze Geschichte! (*Fricke:* Eine angemessene Unterbringung!) Seien Sie nicht zu niedersächsisch! (*Cillien:* Ich bin doch Elsässer! – *Heiterkeit.*) Ich mute Ihnen gar nicht den Herrn Kessel zu, sondern es scheint sich darum zu handeln, daß ein drittes Ministerium geschaffen wird. Vielleicht sprechen Sie mal mit Herrn Oberländer. Das ist natürlich von Bedeutung für die Abstimmung im Kabinett. Da müssen Sie sich Sicherungen schaffen. (*Kaiser:* Die haben weniger Mandate als die Deutsche Partei!) Wer A sagt, muß auch B sagen. Es wurde von Herrn Tillmanns gesagt: SPD, DP und CDU zusammen eine Regierung. Man kann aber nicht dauernd im Lande sagen, die SPD ist eine Räuberbande, und dann geht man nach der Wahl mit ihr zusammen zum Traualtar. (*Tillmanns:* Man hat sich gewendet gegen die Alleinherrschaft der CDU!) Das ist ein Irrtum, Herr Tillmanns. Ich habe gehört, wie die Herren geredet haben. Ich habe gehört, wie dieser Forstmeister gesprochen hat. Ich weiß nicht, wie er heißt; ein sehr mutiger Mann. Er hat das Kind beim Namen genannt. Ich wiederhole nochmals: Auch in der Politik gibt es gewisse Formen. Ich kann unmöglich eine Partei in einer solchen Weise angreifen, wie die SPD tatsächlich angegriffen worden ist, und zwar mit Recht von der CDU, und dann nachher mit ihr zusammen eine Regierung bilden. Das ist doch unmöglich.

Fricke: Ich kann nur unterstellen, daß Herr Tillmanns die wirklichen Verhältnisse in Niedersachsen nicht so kennt, wie wir sie seit zehn Jahren erleben. Wir müssen Gelegenheit haben, einmal hinter die Kulissen zu schauen. Es muß in Niedersachsen einmal anders regiert werden. Wenn das nicht möglich ist ohne die SPD, müssen wir versuchen, durch eine schlagkräftige Opposition diese Verhältnisse zu ändern. Sie werden sich auch ändern!

Ich habe einen Anruf bekommen, daß Herr Kopf mit einigen Mitgliedern von heute früh 8 bis 11 Uhr mit Herrn von Kessel vor Beginn der Fraktionssitzung des BHE noch einmal verhandelt hat. Ich habe sofort eine Gegenmine gelegt und bin

davon überzeugt, daß es doch noch zu einem Arrangement kommen wird. Es wäre für die SPD nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in Bonn eine auf die Dauer nicht tragbare Situation, mit diesen sechs DRP-Leuten eine Regierung zu bilden. Diese Dinge sind also noch unklar. Ich hoffe, daß im Laufe der nächsten halben Stunde weitere Nachrichten eingehen werden. Das Schlimmste, was heute passieren könnte, wäre ein Beschluß des BHE: Neue Verhandlungen, um mehr herauszuschlagen.

Adenauer: Herr Oberländer hat nicht gesagt, die DRP soll in die Regierung kommen, sondern Herr Kopf hat erklärt, sie wählten ihn mit. Dann würde Herr Kopf ein Ministerium bekommen. Sie würden eventuell auch den Herrn Kessel wählen. Die Sache ist für die Sozialdemokraten unendlich wichtig und auch im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl sehr wertvoll.

Wenn die SPD jetzt in Niedersachsen ausgeschaltet wird, wo ist sie dann in zweieinviertel Jahren bei der nächsten Bundestagswahl? Sie ist nicht mehr in Schleswig-Holstein, nicht mehr in Hamburg, nicht mehr in Niedersachsen, nicht mehr in Nordrhein-Westfalen, nicht mehr in Rheinland-Pfalz. Sie ist noch in Bremen. In Baden-Württemberg ist sie so nebenbei, tritt aber nicht hervor. Sie ist noch in Hessen und in Bayern. In Bayern ist ein königlich-bayerischer Sozialdemokrat, der Herr Hoegner[66], an der Spitze. Nun stellen Sie sich vor, wenn die Sozialdemokratie so in die Bundestagswahl hineingeht. Denken Sie daran, daß diese Leute spekulativ in die Wahl gehen. Sie wollen bei den Gewinnern sein. Ich kann nur unterstreichen, was die Herren gesagt haben. In Niedersachsen muß eine Wirtschaft getrieben worden sein in den letzten acht Jahren, die zum Himmel schreit!

Vielleicht sprechen Sie, Herr Fricke, einmal mit Herrn Oberländer. (*Cillien:* Das will ich machen. Ich habe schon zwei Gespräche mit ihm geführt!)

Tillmanns: Ich habe zu meinem Nachbarn nicht etwa gesagt, ich wäre für diese Koalition, sondern habe nach den Nachrichten, die wir bekamen, und unter dem Eindruck, daß der BHE zu einer Erpressung überging, die über die Grenzen hinausgeht, der Meinung Ausdruck gegeben, dann wäre das vielleicht die gegebene Lösung.

Adenauer: Der BHE geht nicht zu einer Erpressung über, sondern die Sozialdemokratie versucht, den BHE zur Erpressung zu verleiten.

Gerstenmaier: Ich finde die Situation doch höchst gefährlich. Was ist, wenn Herr Kessel sagt: Die CDU ist bereit zu konzedieren, daß ich Ministerpräsident werde!

Adenauer: Warten Sie doch mal ab. Ich glaube nicht, daß Herr Kessel das tun wird. (*Fricke:* Es war die Rede davon, daß Herr Kessel Ihnen einen Bericht geschickt hat.) Ich kenne keinen Bericht.

---

66 Dr. Wilhelm Hoegner (1887–1980), 1924–1933 MdL Bayern (SPD), 1930–1933 MdR, 1945–1946 Ministerpräsident, 1946–1947 Justizminister und stv. Ministerpräsident, 1946–1970 MdL, 1950–1954 Innenminister und stv. Ministerpräsident, 1954–1957 Ministerpräsident, 1961–1962 MdB, seit 1946 Honorarprofessor für Bayerisches Verfassungsrecht (Memoiren: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik. München 1977 sowie: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. München 1959; KRITZER).

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben uns über die allgemeine Entwicklung des Parteiwesens genügend ausgesprochen. Es bleiben noch übrig die FDP und die SPD. Vielleicht äußert sich einer der Herren dazu. Ich habe ausgeführt: bis auf weiteres Geduld mit der FDP. Ich unterstreiche die Worte „bis auf weiteres", d.h. also, nicht immer, sondern nur bis zum gegebenen Zeitpunkt.

Was die SPD angeht, so habe ich Ihnen vorgetragen, daß ich einen neuen Schritt auf die SPD zugetan habe, indem ich ihnen vorgeschlagen habe, einen geeigneten Mann, der ihrer Partei angehört, zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium zu machen. Das ist ein ungemein wichtiger Posten. Nach den Zeitungsnachrichten ist das vom Vorstand der SPD abgelehnt worden.

Ich darf Ihnen – das ist streng vertraulich – sagen, daß mich Herr Ollenhauer neulich daraufhin angesprochen hat. Er hat mich gebeten, ich möchte doch darauf verzichten; ich möchte sie nicht in diese peinliche Lage bringen. Das habe ich natürlich nicht getan, sondern ihm darauf einen Brief geschrieben und ihn gebeten, seine Bedenken fallenzulassen. Auf diesen Brief erwarte ich jetzt noch eine Antwort. Wenn er mir wenigstens schrieb, wer in Frage käme! Ich hatte an Herrn Dudek[67] gedacht, der jetzt in Hamburg Finanzberater des DGB ist. Ich kenne ihn nicht genügend, um ein genaues Urteil über ihn zu haben, aber im allgemeinen ist das Urteil über ihn gut. Er hat unter Noske[68] gearbeitet, die Reichswehr aufzustellen. Er hat also Erfahrungen, und er möchte selbst sehr gern kommen.

Von Brentano: Es ist schon gesagt worden, wie notwendig es ist, daß wir uns auch mit der Frage des Wahlgesetzes beschäftigen, um mit diesem Mittel zu verhindern, daß derartige Wahlergebnisse wie jetzt in Niedersachsen möglich sind. In Niedersachsen hat man mit einer Mehrheit ein Wahlgesetz gemacht ohne eine Sperrminorität, obwohl die Verfassung eine solche Minorität bis zu 10 % vorsieht.[69] Man hat es gemacht, weil man hoffte – und das ist so ausgegangen –, daß einige kleine Splittergruppen mit wenigen Prozenten genügend Stimmen sammeln würden, um daraus ein Mosaik zu machen, das vollkommen unübersichtlich ist.

Das Wahlgesetz hat dazu geführt, daß zwei Kommunisten, ein Zentrums-Mann und sechs DRP-Leute in den Landtag gekommen sind. Das war der erste Schritt. Und nun folgt der zweite bei der Regierungsbildung. Es ist ein Vorgang ohnegleichen, daß der sozialistische Ministerpräsident Kopf es wagt, ein solches Bündnis anzubieten, und sich bereit erklärt, mit der DRP zusammenzugehen, wenn man weiß, was dieser Haufen – es ist ja keine Partei – politisch zu bedeuten hat. Eine solche Entwicklung müssen wir in Zukunft durch ein neues Wahlgesetz steuern.

---

67 Dr. Walter Dudek (1890–1976), seit 1917 SPD, 1919–1923 Bürgermeister Fürstenwalde/Spree, 1925–1933 Oberbürgermeister Harburg-Wilhelmsburg, 1946–1953 Senator der Kämmerei bzw. Finanzbehörde Hamburg, ab 1953 Berater des DGB. – Briefwechsel zwischen Adenauer und Ollenhauer in KLOTZBACH S. 356f.

68 Gustav Noske (1868–1946), 1906–1918 MdR (SPD), 1919–1920 Reichswehrminister.

69 Niedersächsische Landeswahlordnung vom 31. März 1947 sowie Fassung vom 5. März 1951 mit Änderung vom 1. April 1953 (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 557).

Damit komme ich auf ein Thema, das wir hier besprechen sollten. Wir sind in diesen Besprechungen ein wenig hängengeblieben aus der notwendigen Rücksicht auf die Koalition.

Ein Zweites möchte ich erwähnen. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht mit großem Ernst darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, die neue Wehrmacht gegen die Opposition der SPD auf die Beine zu stellen, und wie erwünscht es sei, hier mindestens eine Duldung der SPD zu erfahren; denn einmal wird die Tatsache, daß die SPD und auch der DGB sich gegen die Wehrmacht stellen, das Volk verwirren, und zweitens besteht damit die Gefahr, daß diese Wehrmacht von Anfang an zu einem politischen Instrument wird. Es ist dann nicht mehr eine Wehrmacht, die sich klar und deutlich bewußt ist, daß sie eine Gruppe ist, die der Demokratie, den staatlichen Organen, zu gehorchen hat, sondern es treten die Versuchung und die Verlockung auf, daß sie sich als ein politisches Gewicht empfindet und vielleicht auch davon Gebrauch zu machen versucht.

Ich bin mir klar darüber, daß die Situation in der SPD von Tag zu Tag ernster und schwieriger wird. Es gibt sicherlich sehr erhebliche Kreise in der SPD, die mit dieser Entwicklung unzufrieden sind. Aber es ist dahin gekommen, was wir vorausgesagt haben: Durch dieses unnatürliche Bündnis, das sie geschlossen hat, hat sie die Geister gerufen, die sie heute nicht mehr los wird. Ein Beispiel dafür ist der Parteitag der SPD in Südhessen.[70] Ich habe einen Bericht von einem Sozialdemokraten bekommen, der dort war. Er sagte, er sei von diesem Parteitag tief erschüttert nach Hause gegangen. Die SPD in Südhessen war immer radikal, aber was dort diskutiert wurde und der Slogan, der dort geherrscht hat, war völlig kommunistisch.

Von einigen Rednern sind einige sozialdemokratische Abgeordnete mit Namen genannt und angegriffen worden, so die Herren Carlo Schmid, Erler, Brandt usw. Es ist gesagt worden, daß sich diese Leute unverantwortlich benähmen gegenüber der SPD. Ein Mann wie Birkelbach[71] hat in dieser Konferenz erklärt, jeder sozialdemokratische Abgeordnete im Bundestag, der es wagen würde, an den Ausschußberatungen über die Wehrgesetze teilzunehmen, müsse aus der Partei herausgeschmissen werden. Das ist mit tosendem Beifall aufgenommen worden.

Der erste sichtbare Erfolg dieser Konferenz wenige Tage darauf waren die Betriebsratswahlen, bei denen die Kommunisten ihre Sitze von 4 auf 14 erhöhen konnten, während die Sitze der Sozialdemokraten und der CDU entsprechend zurückgegangen sind.[72] Diese Entwicklung müssen wir sehen. Wie wir ihr steuern können, weiß ich

70 Am 23./24. April in Rüsselsheim (AdsD Bestand Hessen-Süd vorl. Nr. 334a). Zu SPD und Wiederaufrüstung vgl. KLOTZBACH S. 356–362.

71 Willi Birkelbach (geb. 1913), 1949–1964 MdB (SPD), 1954–1963 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd, 1964–1969 Staatssekretär in Hessen (Staatskanzlei).

72 Bei den Betriebswahlen im Bergbau und in der eisenverarbeitenden Industrie konnten die Vertreter der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft ihren Anteil etwas erhöhen. Unter politischen Gesichtspunkten gewichtetes Ergebnis im Bergbau: 39 % SPD (vorher 40 %), 30 % CDU (29 %), 21,5 % KPD (22,8 %), 9,4 % Unabhängige (6,8 %). Vgl. UiD vom 7. April 1955.

nicht. Aber eines sollten wir tun. Wir sollten gerade jetzt versuchen – obwohl ich weiß, wie problematisch das ist –, die Leute der SPD, die damit nicht einverstanden sind, anzusprechen. Es ist gut, daß Sie diesen Brief geschrieben haben, damit Herr Ollenhauer nicht behaupten kann, daß wir diese Zusammenarbeit nicht gesucht hätten. Es wäre zu überlegen, was hier geschehen kann, um aus der SPD diesen betreffenden Kreis etwas herauszulösen. Man kann wohl sagen, daß die Krise bei der SPD nicht geringer ist als beim BHE. Leute aus der SPD haben mir gesagt, man habe schon heute Angst, daß auf dem Umwege über den radikalen Flügel die SPD das werde, was einmal die USPD war, die sich völlig lossagte von den maßvollen Leuten. Man befürchtet, daß bei der nächsten Wahl nur noch die radikalen Leute zum Zuge kommen werden. Dann haben wir eine Entwicklung, die auf den Bürgerkrieg zugeht mit allen Konsequenzen. Wie wir dem steuern können, das weiß ich nicht.

Adenauer: Es wird nicht so heiß gegessen, wie gekocht wird. Das ist ein alter Satz, der noch immer wahr gewesen ist. Ich habe auch von sozialdemokratischer Seite einen Bericht über den Parteitag in Südhessen bekommen, die Sache sei schrecklich gewesen. Ich habe heute morgen schon davon gesprochen und möchte es in diesem Zusammenhang nochmals wiederholen – das aber ganz unter uns gesagt –: Wer ist denn heute der tatsächliche Machtinhaber in Deutschland? Das ist doch nicht die Bundesregierung. Das ist nicht der Bundestag, das ist nicht eine Länderregierung, sondern das sind die Gewerkschaften. So ist es doch! Und wir haben nicht einmal einen Schutz dagegen!

Aber das ganze Bild – bitte nehmen Sie es richtig auf, und zwar so, wie ich es sage – ändert sich in dem Augenblick, in dem in der Bundesrepublik wieder eine Wehrmacht ist. Ein Staat, der keine Wehrmacht hat, ist machtlos. Da kann man sagen, was man will. Und Demokratie hin, Demokratie her, wenn Leute da sind, die gegen die Demokratie angehen, und die Demokratie hat nichts, was sie schützt, als ihr Prinzip, dann ist sie eben verloren. Das war immer so; das war auch beim Nationalsozialismus so, als von der anderen radikalen Seite her die Grundlagen der Demokratie erschüttert und sie nachher beseitigt wurden.

Deswegen betrachte ich die nächsten zwölf Monate als eine gefährliche Zeit. Wir beabsichtigen, zunächst Freiwillige einzuziehen. Wir werden dem Bundestag zuerst ein Gesetz über die Freiwilligen vorlegen.[73] Wir haben jetzt schon, obwohl wir noch nicht dazu aufgerufen haben, 110.000 oder 120.000 Meldungen von Freiwilligen. Ich bin davon überzeugt, wenn wir erst aufrufen, werden wir noch viel mehr Meldungen bekommen.

Wir bekommen zum Grenzschutz soviel Meldungen, daß wir die Leute gar nicht verwenden können. Ein junger Bergmann im Alter von 19 Jahren, der auf irgendeiner Zeche bei Essen arbeitet und in einem Heim zusammen mit anderen Bergleuten wohnt, sagte mir dieser Tage, daß sich von 62 Leuten, die dort wohnen, 17(?) freiwillig

73 Das Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften wurde am 18. Juli 1955 vom Bundestag verabschiedet (in Kraft am 23. Juli – BGBl I S. 449).

zum Grenzschutz gemeldet hätten. Sie haben auch sicher von den demoskopischen Untersuchungen gelesen, wonach sich 67 % der jungen Leute für den Wehrdienst ausgesprochen haben, und zwar 30 % mit der Begründung, wir tun es gern, und 37 % haben gesagt, weil es notwendig ist.

Wenn wir das alles einmal in Ordnung haben, dann ist kein Verkehrsstreik mehr möglich, weil dann durch das Militär ein Ersatz eingerichtet werden kann mit Omnibussen und Gott weiß wie. Ich erinnere mich noch an den vergangenen Sommer, als ein Verkehrsstreik in Nordrhein-Westfalen drohte. Da hat Herr Meyers klugerweise sofort alles vorbereitet, um für den Fall eines Verkehrsstreiks sogleich mit Omnibussen einen Ersatz einrichten zu können. Dann ist auch kein Streik der Versorgungsbetriebe – wie Wasser, Strom und Gas – mehr möglich, weil dann Ersatz geschaffen werden kann. Dann wird sich das auch wieder beruhigen. Ich vergesse niemals, auch wenn ich noch viel älter werden sollte, die Zwischenrufe, die mir gemacht wurden im Bundestag, als ich die Errichtung einer Wehrmacht befürwortet habe. Damals wurde von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf gemacht: Wer die Soldaten hat, der hat die Macht! Das wurde mir entgegengehalten. Und das ist der innere Grund bei diesen Leuten. Das müssen wir in Gottes Namen tragen und sehen, wie wir da durchkommen. Ich denke, wir werden auch da durchkommen. Wir wollen nicht davor zurückschrecken. Ich bin von einem überzeugt: Es gibt sehr viele Sozialdemokraten im Lande, die mit der Errichtung einer Wehrmacht durchaus einverstanden sind. Da wollen wir mal sehen, was die Schreier fertigbringen!

Kaiser: Gott verhüte es, daß ein Tag kommt, an dem deutsche Soldaten – zu Recht oder zu Unrecht – gegen revoltierende Gewerkschaftler, oder wer es ist, einschreiten müssen. Das ist bisher noch nicht geschehen. Aber wenn das kommt, dann ist das ein Verhängnis. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, was Herr von Brentano ausgesprochen hat, wir sollten noch einmal sehr reiflich überlegen unser Verhältnis zur SPD und zum Deutschen Gewerkschaftsbund; denn mit einem Mann, den Sie mit dem Blick auf die werdende Wehrmacht nun der SPD nahegelegt haben, kann man in dieser Sache nicht zur Klärung kommen. Dafür ist diese politische Gemeinschaft auf der anderen Seite zu groß. (*Adenauer:* Was wollen Sie denn tun?) Herr Bundeskanzler, ich bin von einer großen Sorge erfüllt. Wenn dieser Spannungszustand zwischen der Führung der Politik in diesem Lande und der Opposition, der SPD, in der Art, wie er heute bei uns besteht, bei dieser Radikalisierung weiter um sich greift und Fortschritte macht in unserem Volk, und zwar so, wie es deutlich geworden ist, dann erfaßt er auch die besonnenen Elemente, seien sie in der SPD oder im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist nicht so schlecht. Das hat der Ablauf bei den Bergarbeitern unter Beweis gestellt, daß die Leute noch besonnen sind.[74] Aber es kann zu einer Gefahr werden – und, Herr Bundeskanzler, das geht Sie ganz persönlich an, wir sind alle des Respektes voll vor dem, was unter Ihrer Führung für Deutschland

74 Vgl. Anm. 72.

erreicht worden ist –, wenn dieses Fernhalten der sozialdemokratischen Kreise von der Mitverantwortung am politischen Geschehen anhält, was nicht heißt: Mitarbeit an der Regierung. Ich sehe eine Gefahr heranwachsen.

Dieser brave Ollenhauer oder Carlo Schmid – ich sage brav deswegen, weil er wirklich keine streitbare Figur ist –, das ist doch kein Mann wie Schumacher. Der Schumacher war ein Feuerbrand. (*Adenauer:* Lebte Herr Schumacher noch, dann stünde es besser da!) Es wächst den Leuten über den Kopf. Ich glaube nicht, daß das ein guter Gedanke war, den Sie ausgesprochen haben, die Soldaten gegen solche inneren Volksaufstände zu schicken. (*Adenauer:* Das stimmt doch gar nicht!) Gott verhüte es, daß es dazu kommen könnte! Nicht einmal in der kaiserlichen Zeit ist es so gewesen. Wilhelm II.[75] hat einmal bei einem Bergarbeiterstreik gesagt: Nun schicke ich Soldaten dagegen. Aber dann hat er das eingesehen und sie zurückgezogen. Das ist ein wichtiges Kapitel und berührt die Politik insgesamt. Ich möchte wünschen, daß wir uns darüber in großer Besonnenheit austauschen.

Adenauer: Das stimmt ja doch nicht, Herr Kaiser! Diese Besonnenheit würde ich Ihnen wünschen. Ich habe kein Wort davon gesagt, Soldaten dagegen zu schicken. Und wenn Sie das sagen, so muß ich mit größter Entschiedenheit dagegen protestieren. Ich habe gesagt: Dann ist ein Verkehrsstreik nicht mehr möglich, weil man einen Ersatzverkehr schaffen kann. Ich habe weiter gesagt: Es gibt auch keinen Streik mehr bei den Versorgungsbetrieben, wie Wasser, Strom und Gas.

Wollen Sie vielleicht zulassen, daß die Leute kein Gas, kein Wasser und keinen Strom mehr bekommen, nur weil vielleicht 30 Funktionäre das beschließen? Ich verstehe Sie überhaupt nicht mehr. Was soll ich denn noch gegenüber den Sozialdemokraten tun? Wie bin ich den Leuten nachgelaufen, jetzt noch, indem ich diesen Vorschlag gemacht habe. Und was bekomme ich zur Antwort? Ich meine, das sind alles schöne Worte, Herr Kaiser, und daß Sie mich mit dem Kaiser Wilhelm vergleichen, betrachte ich nicht als ein Kompliment!

Kiesinger: Niemand wird sich dem Ernst des Problems verschließen, wie es Herr von Brentano dargestellt hat. Man hat sich immer wieder gefragt, wie läßt sich dieser Prozeß der Radikalisierung, der von der SPD aus vor sich geht, beseitigen. Aber die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, zeigen uns doch, daß wir praktisch wohl nicht in der Lage sind, durch irgendeine Art von Paktieren mit der SPD viel zu ändern.

Es ist naheliegend, ein paar Gedanken dazu zu sagen, wenn man eine Partei im ganzen Bundesgebiet völlig in die Opposition treibt und darauf ausgeht, sie in den Ländern auch auszuschalten. Das wäre vielleicht eine falsche Politik; aber da, wo wir ihr Möglichkeiten einräumten oder einräumen, zeigt sich immer wieder, daß sich im Gesamten nichts ändert und daß die gemäßigten Kräfte durch ein Entgegenkommen unsererseits nicht gestärkt werden, sondern sie werden sofort von den radikalen Kräften verdächtigt, und dann ziehen sie sich ins Schneckenhaus zurück.

---

75 Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 Deutscher Kaiser. – Unklar, welcher Streik (1889, 1905, 1912) gemeint.

Herr Kollege Kaiser, ich habe es mir wirklich angelegen sein lassen, aber ich sehe tatsächlich nicht, wie wir es im Augenblick anders machen können, als wir es gemacht haben. Es ist heute schon so – man spürt es deutlich –, wenn man im Bundestag einen versöhnlichen Ton anschlägt, dann passiert sofort, daß aus den mittleren oder hinteren Reihen protestierende Zwischenrufe kommen, die verhindern wollen, daß durch ein versöhnliches Gespräch ein Klima geschaffen wird, welches vielleicht unerwünscht wäre. Wir können also tatsächlich, wenn ich die Lage überblicke, nur folgendes tun: Wir sollten sorgfältig beobachten, was geschieht. Wir sollten die gemäßigten Leute der SPD nicht vor den Kopf stoßen. Aber wir sollten auch nicht glauben, durch ein paar Maßnahmen da und dort wirklich in dieser Partei etwas ausrichten zu können.

Ich fürchte also, wir müssen den Prozeß, der in dieser Partei vor sich geht, vorläufig sich selbst überlassen. Wir sollten versuchen, einen Bund zu schließen mit den sogenannten gemäßigten Kräften. Wir erleben, daß sie in ihrer eigenen Partei jeden Einfluß verlieren. So habe ich es in den vergangenen Jahren gesehen. Wir sollten also dieses sehr ernste Problem einmal in aller Ruhe überlegen und anpacken. Man kann das nicht bei einer einzigen Gelegenheit tun.

Nun ein paar Gedanken zur Frage der Wehrmacht. Ich habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, wie er es gesagt hat. Ich würde noch hinzufügen, eine Wehrmacht hat immer eine Integrationsfunktion in einem Volk. Wir können entweder nur ja oder nein zur Wehrmacht sagen. Wenn wir ja zu dieser Wehrmacht sagen, dann müssen wir aber auch alles tun, damit ihre Integrationsfunktion in unserem Sinne verläuft. Sie hat eine ganz bestimmte Ordnungsfunktion, aber nicht in dem Sinne, daß sie eingesetzt werden soll gegen streikende Arbeiter und dergleichen. Wenn wir der neuen Wehrmacht von vornherein mit solchen Vorbehalten gegenüberstehen, mit einem gesunden Mißtrauen gegen alles, was aus einer gewissen Tradition kommt, so ist das durchaus am Platze. Aber da sie eine Notwendigkeit ist, müssen wir sie auch mutig anpacken und müssen guten Glauben haben.

Ich bin durchaus der Meinung, wir werden es schaffen, daß sie eine Integrationsfunktion in unserem Sinne wird. Man könnte noch einiges hinzufügen. Ich muß gestehen, vor dem sozialdemokratischen Problem stehe ich seit längerer Zeit ziemlich hilflos da. Das bedeutet, daß wir in Gottes Namen keine andere Politik machen können, als da und dort in einem Lande klugerweise etwas Luft zu geben. Über die Wehrfrage hat sich die Sozialdemokratie, wenn ich mich recht erinnere, seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges immer entzweit. Das erträgt diese Partei gemäß ihrer Tradition offenbar nicht recht. Es ist möglich, daß über diese ganzen Dinge in Zukunft ebenfalls ein Bruch dieser Partei kommen wird. Keiner weiß es vorläufig.

Ich darf folgendes Beispiel anführen: Ein sehr wichtiger Sozialdemokrat erzählte mir aus dem süddeutschen Raum, daß er bei irgendeinem Vortrag in einer Parteiversammlung zur Wehrmacht Stellung genommen habe in dem Sinne, wenn nun schon, dann auch richtig. Da erhob sich gegenüber dem sonst hochangesehenen und außerordentlich einflußreichen Manne ein kleiner Funktionär und stellte den Antrag,

dem Genossen das Wort zu entziehen, weil er es gewagt habe, auch nur daran zu denken, daß es eine deutsche Wiederaufrüstung geben könne. Und es bedurfte allerhand Auseinandersetzungen, bis die Angelegenheit mit ein bißchen Höflichkeit beigelegt wurde. Das zeigt, wie die innere Lage der Partei ist. Ich fürchte daher, hier muß man eine ganz andere Operation vornehmen als die, die vorgeschlagen worden ist.

Von Hassel: Ich darf ein paar Sätze anfügen, Herr Minister Kaiser. Ausgangspunkt der Debatte war die Radikalisierung, die sichtbar wurde auf einem Parteitag der SPD in Südhessen. Daran wurde angeknüpft, daß es notwendig sei, in ein Gespräch darüber einzutreten, ob die SPD in die Verantwortung hinein müsse. Ich muß eines sagen, Herr Kaiser, in Südhessen und in Hessen überhaupt ist die SPD in der totalen Verantwortung seit Jahren. Und weil sie dort in der totalen Verantwortung zu dieser besonderen Radikalisierung neigt, so ist das mir ein Beweis dafür, daß das, was Herr Kiesinger gesagt hat, zutrifft.

Diesen Radikalisierungsprozeß wird man erst dann beendigen können, wenn die hauptamtlichen Funktionäre im Grunde genommen nichts mehr zu tun haben werden. Der Fall Hessen, wo die SPD allein regiert, ist ein Beweis dafür, daß Ihre Tendenz, sie mit in die Verantwortung zu ziehen, nach meiner Meinung sich nicht verwirklichen läßt. Ich bin davon überzeugt, wenn der Herr Bundeskanzler Herrn Ollenhauer zu seinem Stellvertreter machen würde, dann würde damit der Radikalisierungsprozeß nicht aufhören. Auch für die anderen Länder bin ich sehr skeptisch.

Adenauer: Wenn ich zu Herrn Ollenhauer sagen würde, willst du mit in die Regierung kommen, dann würde er nein sagen; anders nichts. Denn sie spekulieren auf die nächste Bundestagswahl. Und daher spielen sie eben die radikale Opposition um jeden Preis. Da kann man mit Engelszungen reden, sie tun es einfach nicht! Erst wenn die nächste Bundestagswahl ihnen gezeigt hat – was wir hoffen –, daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine solche Geschichte, wie sie die SPD macht, nicht will, dann kann die Scheidung der Geister in der SPD kommen.

Ich spreche von der Scheidung der Geister. Denken Sie daran, daß eine ganze Reihe von Kommunisten in der SPD sind. Die wühlen und arbeiten dort, gerade bei den unteren Funktionären. Das sind doch Kommunisten! Weiß der Kuckuck, woher sie kommen. Es ist merkwürdig, daß von den Leuten, die über die Zonengrenze kommen, ein ganz großer Teil spurlos verschwindet. Allein in Rheinland-Pfalz ist festgestellt worden, daß sich dort 20.000 herumtreiben, die über die Grenze gekommen sind. Wahrscheinlich sind es Kommunisten, die dort zu unterminieren versuchen. Also, da helfen gute Gespräche wirklich nichts. Es gibt kaum ein größeres Angebot als das, was ich ihnen gemacht habe. Stellen Sie sich bitte einmal vor, der Staatssekretär in der aufzubauenden Wehrmacht [wäre] ein Sozialdemokrat, natürlich keiner, den sie ausgesucht haben, aber ein erwiesener Sozialdemokrat! Das ist doch, wenn nur ein Funke guten Willens auf der anderen Seite wäre, geradezu ein göttliches Geschenk; denn dieser Sozialdemokrat als Staatssekretär hat doch einen Einfluß in Personalsachen von größtem Ausmaß. Und so etwas wird ausgeschlagen!

Darum hat mich Herr Ollenhauer gebeten, ihn nicht zu fragen, damit nicht der Zwist bei ihnen dadurch losgeht. Er hat mir gesagt, ob ich mich begnügen wolle mit einem Staatssekretär, der ihnen nahestünde. Ich habe gesagt, dann nennen Sie mir jemand. Er hat mir keinen genannt. Nehmen Sie doch bitte, Herr Kaiser, die Dinge wie sie sind.

Kaiser: Ich habe nicht nur an eine Bemerkung von heute gedacht, sondern auch an andere Bemerkungen. (*Adenauer:* Bitte, nennen Sie die Bemerkungen!) Das wäre ein Verhängnis für unser Volk. Wir müssen herausstellen den inneren Unterschied. Von den Ländern her wird das nicht allein in Schach gehalten. Ich habe von Anfang an diesen erschreckenden Spannungszustand zwischen der SPD und uns miterlebt. Ich weiß, welche Schuld auf seiten der SPD liegt. Ich habe den Schumacher selbst kennengelernt und habe auch erfahren, wie die SPD ursprünglich darüber dachte, nur bin ich von der Sorge erfüllt, wenn dieser Spannungszustand weiter so wirkt, so ist das keine sachliche Politik mehr, sondern sie wird getrieben aus Haß und Abneigung. Es wird nicht mehr sachlich entschieden; da kann die Politik von uns noch so gut sein.

Es wächst ein Zustand heran, der vieles kaputtmachen kann, was sonst gut gemacht worden ist. Ich habe nur den Wunsch, Herr Bundeskanzler, daß das zu würdigen versucht wird. Es ist eine große und ernste Sorge. Darunter leiden auch auf der anderen Seite Männer ... (*Adenauer:* Meinen Sie, es wäre für mich keine große und ernste Sorge? Würde ich sonst dieses Angebot gemacht haben?) Es gibt auch in diesem Lager Kräfte, die der Auffassung [sind], man könnte mit der SPD überhaupt fertig werden. Es ist eben meine Erkenntnis, das wird nicht möglich sein; denn sie ist eine große politische Kraft und wird es auch bleiben, mit der zu rechnen ist.

Adenauer: Ich erkenne an, daß es notwendig ist, daß eine Sozialdemokratische Partei in Deutschland besteht, aber ich wünsche, daß diese Sozialdemokratische Partei in Deutschland sich ihrer Pflichten gegenüber dem Staat bewußt bleibt. Das wünsche ich!

Tillmanns: Ich möchte nur feststellen, daß nach meiner Meinung und nach meinem Eindruck diese Sorge um die Situation, wie sie bei der SPD entstanden ist, uns gemeinsam ist. Wir sollten uns in der Diskussion, wenn verschiedene Ansichten geltend gemacht werden, unsererseits nicht auseinandersetzen, sondern versuchen, die Sorgen ernst zu nehmen. Wir haben doch diese Sorgen alle miteinander.

Ich sehe die Situation bei der SPD so: Die SPD hat, als es zur Gründung dieser Bundesrepublik kam, damit gerechnet, daß sie die Führung haben und daß der erste Bundeskanzler Schumacher heißen würde. Das ist anders gekommen. Das war der erste große Schock, den sie erhielt. Unter diesem Schock hat sie in der ganzen ersten Wahlperiode des Bundestages gestanden. Die ganze emotionale Verhärtung kam daher. Sie setzte dann alle Hoffnungen auf die zweite Wahl. Diese zweite Wahl hat ihr eine noch größere Niederlage gebracht und ihre Opposition noch schlechter gemacht. Und nun geht dieser Staat, der gegen die SPD und ihre Vorstellungen entstanden ist, hin

und schafft auch noch eine Wehrmacht. Man muß einmal versuchen, das von dieser Seite aus zu verstehen.

Daß da natürlich gesagt wird, jetzt ist es aus mit uns, wenn eine neue Wehrmacht kommt, ist klar. Dadurch tritt auch eine weitere Verhärtung bei ihnen ein. In diese verhärtete Opposition – und das ist das Entscheidende – spielt und wirkt nun hinein die kommunistische Politik von Pankow, für die die Unterwanderung die gegebene Situation ist, um diesen Staat aus den Angeln zu heben. Das gilt vor allem für die Gewerkschaften bei ihrem Gedanken, daß diese Wehrmacht nicht in ihren Händen ist.

Nun die Frage, Herr Bundeskanzler, wenn das richtig gesehen ist, was sollen wir tun? Ich bin auch nicht der Meinung, daß man durch Entgegenkommen sehr viel wird erreichen können, aber ich meine doch, daß es für uns ein Gegenstand der Überlegung wäre, was an uns liegt zu versuchen – ich bin durchaus der Auffassung, daß das auch in der Vergangenheit geschehen ist –, die Atmosphäre zwischen Regierung und Opposition zu beeinflussen. Wir stehen in einer gewissen Schwierigkeit mit einigen unserer Koalitionskollegen bzw. Partnern. Diese Schwierigkeit gegenüber der FDP ist dadurch entstanden, daß die FDP bis zur oder in der Bundestagswahl 1953 den Versuch gemacht hat, mit uns zusammenzuarbeiten, und ihren Wählern gesagt hat, wir sind für die Adenauer-Politik, ihr könnt daher genausogut FDP wählen. Aber die Wähler haben gesagt: Wenn wir schon für Adenauer sind, dann wählen wir auch die Hauptfirma und nicht die Filiale. Das hat bei der FDP die Auffassung erzeugt: Unsere Propaganda war falsch, wir müssen jetzt bei jeder Gelegenheit zeigen, daß wir eine eigene Meinung haben. Da aber Herr Dehler es nicht wagt, in Opposition zu gehen, haben sie im Kabinett an diesem Tage diese und am anderen Tage jene Meinung. Daß die FDP sich gewisse Dinge uns gegenüber leistet, ist nur dadurch zu erklären, weil sie genau weiß, daß der Graben, der uns von der Opposition trennt, so tief ist, daß sie mit uns machen kann, was sie will; denn wir haben keine andere Möglichkeit politisch, als mit ihr zusammenzugehen.

Auch diese Überlegung sollte uns den Gedanken nahelegen, ob wir es nicht erreichen können – ich mache niemand einen Vorwurf –, zwischen der Regierung und der Opposition eine andere Atmosphäre, wie es beispielsweise in gewissen angelsächsischen Staaten der Fall ist, herzustellen. Ich behaupte gar nicht, daß das nun Wunder wirken würde, aber es ist doch naheliegend, wenn wir schon der Meinung sind, daß in der SPD verschiedene Auffassungen bestehen, daß wir nicht gerade so taktieren, um die gemäßigten Leute durch besondere Schärfe mit den Radikalen weiter zusammenzutreiben.

Es geht im Augenblick in der SPD um die Frage: Wollen wir beim Aufbau der neuen Wehrmacht mitarbeiten oder bleiben wir radikal in der Opposition bis zur äußersten Konsequenz? Da ist der Gegensatz sehr groß. Verstehen Sie mich nicht falsch, Herr Bundeskanzler, ich habe ein gewisses Verständnis dafür, daß der Vorstand der SPD nicht gerade sagen kann, wir sind einverstanden, daß ein Mann von uns Staatssekretär wird. Wenn die SPD das in der gegenwärtigen Situation sagen würde, dann wäre damit praktisch schon die Entscheidung in diesem Kampf gefallen. Ich

frage mich, ob die Entschließung, die der SPD-Vorstand gefaßt hat, unter Umständen nicht auch so zu deuten ist: Wenn der Mann ohne unsere Zustimmung kommt, dann ... (*Adenauer:* Das ist mir genauso recht!) Herr Bundeskanzler, ich würde nur aus der Tatsache „Wir können unsere Zustimmung nicht geben" nicht zwingend folgern; denn da liegt doch noch eine Möglichkeit offen. Deshalb sollten wir den Versuch machen, wie Sie es in diesem Punkt getan haben, von uns aus den Faden weiterzuspinnen.

Ich kann nur erklären, daß wir die Wirksamkeit der kommunistischen Politik in diesem Augenblick nicht unterschätzen dürfen. Da ergeben sich für uns große Gefahren, die ich für so ernst halte, daß wir von uns aus alles tun sollten, auch wenn wir die Erfolge für relativ gering einschätzen, unter Aufrechterhaltung des Verhältnisses Regierung/Opposition zu einer anderen Atmosphäre zu kommen.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht! Ich habe zuerst durch Herrn Globke einen Herrn fragen lassen, von dem ich wußte, daß er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Ich lasse den Namen weg. Darauf hat der Herr gesagt, ich muß erst meine Partei fragen. Und dann hat er später erklärt, meine Partei lehnt es ab, mir die Zustimmung zu geben. Dann habe ich mich durch Herrn Globke an Herrn Dudek gewandt. Und Herr Dudek hat gesagt, ich bin durchaus einverstanden, aber der Bundeskanzler muß die Einwilligung meiner Partei haben. Darauf habe ich gesagt, nein, das mußt du tun. Ich will das nicht tun, weil ich dich nicht in diese Situation versetzen will. Danach spricht mich Herr Ollenhauer an, hier in diesem Saal, und sagt, bitte tun Sie es doch nicht. Dann habe ich allerdings – das gebe ich zu, Herr Tillmanns, und Herr von Brentano hat gesagt, das war sehr gut – Herrn Ollenhauer einen Brief geschrieben: Sie haben die Bedenken geäußert, lassen Sie die Bedenken fallen. Darauf erwarte ich jetzt noch eine Antwort. Sie kennen mich doch dafür, ich verstehe die Lage des Herrn Ollenhauer durchaus, ich verstehe auch die Lage des Parteivorstandes. Sie haben es vollkommen richtig geschildert. Ich bin auch bereit, bei sich bietender Gelegenheit die Hände zur Versöhnung zu reichen. Es ist schon wieder etwas im Gange, aber es handelt sich nicht um eine Personalfrage.

Mehr als wir tun, können wir nicht tun. Ich bin davon überzeugt, daß sie jetzt alles auf die dritte Bundestagswahl gesetzt haben. So lange bleiben sie auch zusammen. Wenn ihnen die dritte Bundestagswahl zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht so will, wie sie taktieren, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo sie sich selbst sagen, wir müssen diese Elemente abstoßen.

Ein Wort zum Deutschen Gewerkschaftsbund! Ich bin in allen diesen für das Volk eintscheidenden Fragen durchaus einig mit dem Herrn Freitag. Wir haben uns restlos darüber ausgesprochen. Ich bin vollkommen mit ihm einig. Aber Herr Freitag wird ausgeschaltet von den anderen. Neulich war eine internationale Zusammenkunft der Gewerkschaften in Brüssel[76], zu der sogar Vertreter der amerikanischen Gewerkschaft

76 Vermutlich Sitzung des kleinen Ausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) am 7. Februar 1955 zur Vorbereitung des IBFG-Kongresses vom 20. bis 28. Mai in Wien (dazu AdG 1955 S. 5206–5208). – Brüssel war Sitz des IBFG.

gekommen sind, um die Deutschen Gewerkschaften zur Vernunft zu bringen. Ich bin von einem Mitglied genau darüber unterrichtet. Sie sollten drei oder vier Vertreter dorthin entsenden. Und was taten sie? Sie kamen geschlossen hin mit 23 oder 24. Es war der ganze Vorstand aus Düsseldorf mit sämtlichen Vorsitzenden der Industrie-Gewerkschaften. Sie haben sich dort unmöglich benommen. Herr Freitag war auch dabei; er hat aber nicht zurückgehalten. Zu mir kam ein Amerikaner, der dabeigewesen ist, und erzählte, daß alle anderen den Kopf geschüttelt hätten. Das waren die Engländer, die Franzosen, die Belgier, die Holländer, die Norweger, die Schweden und die Dänen. Alle anderen haben über die deutschen Gewerkschaftler den Kopf geschüttelt. Was können wir daran ändern? Wir müssen es hinnehmen und ertragen in christlicher Ergebung und Geduld.

Wirsching: Ohne das, was Sie jetzt noch ausgeführt haben, wollte ich zum Ausdruck bringen, daß ich überrascht war über das, was Sie dem DGB an Stärke und Einfluß zubilligen. Vielleicht sehen Sie die Dinge zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Ruhrgebietes. Bei uns im Süden sehen die Dinge etwas anders aus. (*Adenauer:* Bayern!) Bayern ist eine sehr zweifelhafte Sache gewesen. Sie haben alle erlebt, wie die Dinge mit dem Metallarbeiterstreik gegangen sind.[77] Es wurde betont, daß sich die SPD in einer Krise befindet. Ich möchte hinzufügen, das gilt ebenso für den DGB. Im DGB streiten sich auch die Menschen darüber, ob Industrie-Gewerkschaften oder Berufs-Gewerkschaften. Wir haben dafür zu sorgen, daß sich die Beamten – je länger, um so mehr – loslösen aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Ich tue das bei uns mit gutem Erfolg. Das Echo zum Personalvertretungsgesetz ist bei weitem nicht so, als ob das eine schlechte zweite Abstimmung gewesen sei. Ich komme auch aus den Christlichen Gewerkschaften. Aber ich würde nie einem Gesetz meine Zustimmung gegeben haben, das weitergeht als das, was in der zweiten Lesung zugestanden wurde.

Wir haben in Südwürttemberg etwas als Schrittmacher getan. Wir haben sofort aus dem Betriebsrätegesetz losgelöst ein besonderes Personalvertretungsgesetz, weil uns klar war, daß man dem Beamten niemals dasselbe zubilligen kann wie einem Betriebsrat eines wirtschaftlichen Unternehmens. Der DGB ist nicht so stark, wie Sie es ihm zubilligen. Er ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Ich darf aus meinem Bereich erwähnen, daß z.B. in der Bezirksgruppe „Textil" mit 6.000 Menschen, wo früher einige hundert zusammenkamen, heute nur noch 50 bis 60 – d.h. nur die gewählten Vertreter – zusammentreffen, und zwar deshalb, weil sie Spesen bekommen. Das Bild ist also bei uns anders als im Ruhrgebiet. Bis zu 30 % bezahlen keine Beiträge mehr in solchen Betrieben, wo sie nicht beim Lohn abgezogen, sondern kassiert werden. Ich glaube also, Sie sehen hinsichtlich des DGB zu schwarz.

---

77 Der Bayerische DGB hatte am 16. Januar 1955 eine Großaktion des DGB gegen die Wiederbewaffnung gefordert (AdG 1955 S. 4967f.); am 22. Januar wurde ein Proteststreik der IG-Metall und Bergbau gegen Äußerungen von Hermann Reusch und des Deutschen Industrie-Instituts zur Mitbestimmung durchgeführt (vgl. Nr. 6 Anm. 13).

Adenauer: Ich weiß es nicht. Ich bin nur dahin unterrichtet worden, und ich glaube, gut unterrichtet worden, daß bei der nächsten Wahl des Vorstandes ungefähr alle verschwinden werden mit Ausnahme des Herrn Reuter. Herr Föcher ist ein schwerer Verlust für den DGB.

Aber nun, meine Damen und Herren, würde ich Sie bitten, mich für einige Minuten zu entschuldigen. Die Herren aus Niedersachsen bedürfen meiner.

Der zweite Vorsitzende, Bundesminister Dr. Tillmanns, übernimmt den Vorsitz.

Tillmanns: Ich nehme an, die Aussprache soll fortgesetzt werden. Wenn über die SPD genügend diskutiert worden ist, schlage ich folgendes vor: Der Herr Bundeskanzler hat von der Notwendigkeit der Stärkung der eigenen Partei gesprochen und vorgeschlagen, daß wir uns darüber ausführlich unterhalten sollen. Es ist der Wunsch des geschäftsführenden Vorstandes, daß wir einmal eine Sitzung des Bundesparteivorstandes eigens mit dieser Angelegenheit ausfüllen. Nach unserer Auffassung sollte diese Sitzung eingeleitet werden mit einem Referat des Bundesgeschäftsführers darüber, wie sich die Dinge entwickelt haben. Es ist für eine solche Diskussion wichtig, auch die Situation in den einzelnen Landesverbänden kennenzulernen.

Außerdem sind vom Bundesgeschäftsführer und vom geschäftsführenden Vorstand eine Reihe von Vorschlägen vorbereitet, die in einer solchen Vorstandssitzung besprochen werden könnten. Der letzte Bundesparteitag hat durch einen Beschluß den Auftrag gegeben, einen neuen Entwurf vorzulegen bzw. eine Überprüfung der Satzungen der Christlich-Demokratischen Union vorzunehmen. Auch diese Arbeit ist nahezu abgeschlossen. Es liegen von dem dazu beauftragten Ausschuß entsprechende Vorschläge vor. Da alle diese Dinge in einem engen Zusammenhang stehen und wir heute doch nicht das ganze Problem gründlich bearbeiten können, schlage ich vor zu beschließen, daß so schnell wie möglich – nicht erst in drei Monaten – eine Sitzung des Bundesparteivorstandes stattfindet, in der wir uns ausführlich mit diesem Problem beschäftigen. Herr Heck kommt auch in dieser Woche von seiner Reise zurück.

Scharnberg: Der Parteivorstand hat vor einiger Zeit den Auftrag gegeben, einen Ausschuß einzusetzen, der sich mit der Finanzierung der Partei beschäftigen soll. Mir wurde der Vorsitz dieses Ausschusses übertragen. Wenn ich über die Tätigkeit des Ausschusses einen kurzen Zwischenbericht geben soll, Herr Vorsitzender, dann bin ich dazu gerne bereit. (*Tillmanns:* Ich nehme an, der Vorstand hat den Wunsch!)

Wir haben den Auftrag so aufgefaßt, daß wir uns mit dem beschäftigen sollten, was von der gesetzgeberischen Seite aus getan werden kann, um die Finanzierung der Partei sicherzustellen. Es wird im wesentlichen darauf ankommen, neue Mitglieder zu werben und die Partei auf eine breitere Basis zu stellen. Das ist sehr wesentlich eine Frage der Finanzierung. Wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, kann man nach dieser Richtung auch erfolgreicher arbeiten.

Wir haben uns im Ausschuß mit folgenden drei Problemen befaßt: 1. steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteibeiträgen und Parteispenden, 2. staatliche Finanzierung

der politischen Parteien und 3. mit der Klage, die immer wieder ausgesprochen wird, daß die Finanzierung zu sehr zersplittert in viele Kanäle, wodurch der Effekt nicht erreicht wird.

Die Frage der Abzugsfähigkeit ist nicht einwandfrei geklärt, ebenso nicht die Frage der Steuerfreiheit der Fördervereinigungen. Der Ausschuß ist wohl übereinstimmend der Auffassung gewesen, daß die Abzugsfähigkeit der Spenden und Beiträge an politische Parteien sichergestellt werden muß. Ich habe im Auftrage des Ausschusses an Herrn Schäffer einen Brief geschrieben, bevor die Steuerreform vorlag, diese Sache zu berücksichtigen. Herr Schäffer schrieb, er könne das nicht, die Länderfinanzminister wollten den § 10b des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes abbauen, so daß also diese Sache nicht gemacht werden könne. Ich habe an das Kabinett geschrieben; aber auch da kam die Sache nicht zustande. Wir haben uns schließlich, als die dritte Beratung der Steuerreform im Finanzausschuß des Bundestages war, vom Fraktionsvorstand eingeschaltet. Aber Herr Schäffer war dagegen. Wir haben dann die Sache beschlossen und sind mit den Fraktionen, mit Ausnahme der SPD, einig geworden und haben es durchgezogen.

Herr Schäffer hat uns wieder einen bösen Streich gespielt, indem er plötzlich in den „Finanzpolitischen Mitteilungen" geschrieben hat, daß dieser Beschluß 20 Millionen kosten werde. Wenn das so wäre, dann wären wir in der Lage, 40 Millionen für die Parteien zu bekommen. Doch davon ist leider nicht die Rede. Diese Sache war ein bißchen unangenehm. Ich fürchte, daß die SPD damit manövriert. Das hat sie aber offenbar übersehen. Herr Schäffer hat die Sache etwas gestört, indem er plötzlich in Passau gesagt hat, diese ganze Finanzierungsart der politischen Parteien sei nicht richtig. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß es bessere Methoden gibt. Er wäre der Meinung, es müsse eine Staatsfinanzierung gemacht werden. Er hat gesagt, er sei mit dieser Sache nicht einverstanden. Es ist schwer, wie wir das häufig bei Herrn Schäffer haben, mit ihm klarzukommen. Jedenfalls ist nun die Konsequenz die – so ist mir berichtet worden –, daß einige Kreisorgane auf die Staatsfinanzierung warten und praktisch in der Finanzierung nicht mehr genügend tun.

Zur Staatsfinanzierung ist folgendes zu sagen: Der von Ihnen eingesetzte Ausschuß ist ungefähr zu 90 % der Meinung, daß wir ohne die Staatsfinanzierung nicht auskommen werden. Ich will die einzelnen Gründe hier nicht anführen, sondern nur sagen, daß die führenden Männer in der Partei und in der Fraktion große Bedenken dagegen haben. Man kann folgende Regel aufstellen: Alle diejenigen, die besonders nahe der Sorge um die Finanzierung stehen, sind für eine Staatsfinanzierung, alle diejenigen, die die politischen Auswirkungen demagogischer Art von der Opposition sehen, sind dagegen. Ich kann eigentlich nur, obwohl ich persönlich seit acht Jahren mit dem Gedanken einer Staatsfinanzierung hausieren gehe, den Herren Landesvorsitzenden sagen, ich glaube bis auf weiteres nicht daran, daß wir eine Staatsfinanzierung durchsetzen werden.

Infolgedessen ist der Rat, den man geben kann, nur der, auf die Kreise einzu-

wirken, nunmehr das, was sie auf dem Gebiet des § 10b[78] des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes getan haben – daß die Beiträge abzugsfähig gemacht werden –, weiter auszuwerten. Ich stehe unter dem Eindruck, daß das nicht geschieht. Jeder Kreisgeschäftsführer sollte sich einmal die Liste seiner Mitglieder zur Hand nehmen. Er weiß, in welcher Steuerstufe die Leute sind. Er kann sagen: Du hast mir bisher 100 Mark gegeben, jetzt kannst du 50 % abziehen von der Geschichte, daher bekomme ich in Zukunft 200 Mark. (*Tillmanns:* Das haben wir schon einmal versucht. Da wurde uns als Antwort gegeben, als der Satz noch bis zu 80 % ging, zahlte der Staat den größten Teil, nachdem aber die Steuer auf 45 % heruntergesetzt worden [ist], zahlen wir den größten Teil selber, so daß wir also wegen der Steuerermäßigung nichts mehr geben können!) Ja, das war die Antwort von nicht gutartig denkenden Leuten. Wenn ich als Aktiengesellschaft oder als Körperschaft Steuer zahle, habe ich es hingekriegt, über die Fördervereinigung das abzugsfähig zu machen. Man muß den Leuten sagen, jetzt wissen wir, was ihr immer als Ausweg benutzt habt, bitte, zahlt jetzt auch entsprechend mehr.

Also, ob wir zu einer Staatsfinanzierung, die ich durchaus möchte, kommen werden, weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, daß ich die Chance, sie im Moment durchzubekommen, sehr geringachte.

Fay: Ich möchte das Pferd von der anderen Seite her aufzäumen. Es gibt Landesparteien, die durch die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen in Schulden geraten sind und daher ihre laufenden Ausgaben nicht mehr erfüllen können, weil die Fördergesellschaften nicht mehr das zahlen, was sie einmal versprochen haben. Sie sind also nicht mehr in der Lage, den Rahmen zu erfüllen, den sie erfüllen sollen. Man soll sich nicht einbilden, daß durch eine Mitgliederwerbung so viel aufkommt, daß davon die Landesparteien existieren könnten. Das mag vielleicht in Hamburg anders sein, jedenfalls in Hessen ist es nicht drin!

Wenn Sie mir sagen, woher wir das Geld nehmen sollen, dann verzichte ich gern auf den Gedanken der Parteifinanzierung durch den Staat. Wenn Sie mir eine Quelle nennen, bin ich gerne bereit, sie aufzuschließen. Aber ich sehe keine solche Quelle. Sie ist mir bis heute nicht genannt worden. Sie müssen sich in die Lage eines Landesvorsitzenden versetzen, der ungefähr 30 Mann Personal hat und am Anfang eines Monats nicht weiß, woher er die Gelder nehmen soll, um die Gehälter zu zahlen. Daran hängen auch die Frauen und Kinder der Angestellten. Wir haben doch soziale Verpflichtungen und müssen auch die Kindergelder zahlen. Schließlich ist die CDU in dieser Frage vorangegangen, und sie kann selbst dabei nicht nachstehen.

Es gibt nur eine Lösung, nämlich die staatliche Parteifinanzierung. Man möge um Gottes willen die grundsätzlichen Bedenken angesichts der vorhandenen Notlage zurückstellen! Die grundsätzlichen Bedenken sind nämlich gar nicht so groß, wenn man sie einmal bei Licht besieht. Es ist m.E. viel besser, daß die Parteien das

78 § 10b EStG in der Fassung vom 23. Dezember 1954 (BGBl I S. 441, hier S. 450) betrifft Sonderausgaben für steuerbegünstigte Zwecke.

Geld direkt vom Staat bekommen, als wenn sie es im Wege des Bettelganges über Steuervergünstigungen usw. doch vom Staat erhalten. Wie Sie mit Recht gesagt haben, halten uns die Leute gerade die steuerlichen Bedenken entgegen und sagen, ihr wart so großzügig, aber jetzt rentiert es sich nicht mehr für mich, der Partei etwas zu geben. Wir haben uns also damit einen Bumerang geschenkt. (*Zuruf:* Machen wir doch eine Steuergegenreform!) Die Gelder, die wir bisher bekommen haben, sind zu 50 % Steuergelder gewesen, nur mit dem Unterschied, daß sie im Wege des Bettelns aufgebracht wurden. Oft hing ein konkreter politischer Auftrag daran. Ich erinnere Sie an die Bundestagswahl im Jahre 1953, als die hessische CDU gesagt hat, in der Bundestagswahl gibt es kein Zusammengehen mit der FDP. Der Erfolg war der, daß am nächsten Tag, während des Wahlkampfes, mir jedes Mittel gesperrt wurde. Ich habe vom 10. Juli an keinen Pfennig zur Verfügung gehabt. Erst am 16. August, nachdem ich es gegen den Beschluß meiner Partei fertiggebracht hatte, im Kreis Waldeck ein Abkommen mit der FDP zu schließen[79], habe ich wieder Geld bekommen, um Flugblätter finanzieren zu können. Wir knapsen heute noch an den Schulden aus den Bundestagswahlen.

Aus der Sicht eines Landesvorsitzenden sieht das also anders aus, als wenn ich nur Bundestagsabgeordneter bin. Wenn wir weiter so fortfahren, richten wir unsere Partei selbst zugrunde. Die SPD hat viel mehr Solidaritätsgeist als unsere sogenannten Christen. Bei der SPD zahlt man Mitgliederbeiträge, gestaffelt nach der Höhe des Einkommens. Ich habe es gewagt, das in Frankfurt vorzutragen. Man hat mich beinahe aufgefressen, das sei unmöglich, denn dann würde der andere erfahren, was man verdiene. Mit solchen Argumenten versucht man, diese Ideen aus dem Felde zu schlagen. Ich sehe keine andere Quelle.

Gradl: Wir haben uns über dieses Thema, wenn ich mich nicht irre, schon auf der Vorstandssitzung vor zwei Jahren in Baden-Baden unterhalten.[80] Damals machte es auf mich einen bis heute nicht mehr auszulöschenden Eindruck, als uns Herr Fay dieses Beispiel ganz frisch mitteilte. Es war eine Erpressung, die an der größten deutschen Partei – das waren wir damals schon – im Falle Hessen geübt wurde.

Dieser Vorgang und die sehr häßlichen Auseinandersetzungen über die Parteifinanzierung beim Bundestagswahlkampf im Jahre 1953 mit der SPD und den Gewerkschaften – ausgelöst durch die Denkschrift, die damals der DGB oder die SPD[81] herausgebracht hat – (*Zuruf:* Die SPD!) haben schon damals diese Debatte bei uns in Bewegung gebracht, die seitdem nicht mehr eingeschlafen ist.

Eine ideale Lösung gibt es nicht. Wir werden gut daran tun, von vornherein mit Vorsicht und Nüchternheit an dieses Thema heranzugehen. Es ist nicht schön, daß wir bei wirtschaftlich potenten Kreisen betteln gehen müssen; denn in der Regel ist diese

79 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 613–617.

80 Am 15. Juli 1953 – PROTOKOLLE 1 S. 583–657.

81 Vermutlich das gelbe „Weißbuch" unter dem Titel „Unternehmermillionen kaufen politische Macht" (vgl. UiD 1953 vom 15. August 1953 S. 3).

Bettelei mit Auflagen verbunden, die vielleicht nicht immer direkt wörtlich gemacht werden, aber es stecken immer Erwartungen dahinter. Und das ist doch für eine Partei eine peinliche Situation. Das ist das Negative auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite ist es in der Tat auch nicht schön, wenn man vor die Öffentlichkeit mit dem Verlangen treten muß, es müsse über den Bundestag gehen, daß Steuergroschen den Parteien für ihre Apparatur zur Verfügung gestellt werden. Sie werden fragen, gibt es denn einen dritten Weg? Nach meinem Empfinden gibt es einen eigentlichen dritten Weg nicht. Die schwierigste Situation ist für jede Partei der Wahlkampf. Ich könnte mir denken – ich nehme allerdings an, daß ich von Ihren Parteiverhältnissen und von der Organisation im Bund zu wenig verstehe –, daß es möglich wäre, die laufenden Kosten einer Partei von wirklich gutmeinenden Spendern gedeckt zu bekommen. Aber es müßte auch möglich sein, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Parteien für die Durchführung des Wahlkampfes vom Staat Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Dafür gibt es einen Maßstab, und zwar einen einmaligen Betrag je Kopf aufgrund des letzten Wahlergebnisses. Ich habe ausgerechnet, wenn man für die vier Jahre der Dauer der Bundestagswahl nur eine Mark verlangte, so ergäbe das für uns allein eine Summe von über 27 Millionen DM. Auf den einzelnen gerechnet macht das überhaupt nichts aus, aber auf die Masse gerechnet ist das ein Betrag, der die Partei im Wahlkampf unabhängig macht und ihr genügend Bewegungsfreiheit gibt.

Vielleicht sollte man eine Lösung in der Richtung suchen, daß man die normale Parteifinanzierung dem Aufkommen durch Mitgliederbeiträge und Spenden überläßt, daß man aber die Kosten der Wahlkämpfe beim Bund und in den Ländern durch einen Beitrag nach einem einheitlichen Schlüssel auf der Basis der letzten Wahlergebnisse deckt. Dann wären z.B. die Kommunisten von jeder Finanzierung ausgeschlossen, weil sie keine Mandate haben.

Kiesinger: Die Erfahrungen sind umgekehrt. Es hat sich als erheblich leichter herausgestellt, einen Wahlkampf zu finanzieren, als die laufenden Kosten zu tragen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir tatsächlich die wichtigsten Dinge nicht anpacken können, weil uns die Gelder für die laufenden Kosten fehlen. (*Gradl:* Herr Fay hat gesagt, daß er die Kosten des Wahlkampfes bis heute noch nicht bezahlt hat!) Ich spreche von den Erfahrungen der Bundespartei, die immerhin ihre Bedeutung haben. Jetzt ist es so: Die Wirtschaft nimmt Interesse am Wahlkampf, und dafür gibt sie Geld, aber es ist ein stoßartiges Interesse. Das Geld, das wir über die Fördergesellschaften gehabt haben, kann so viel sein, daß man damit etwas anfangen kann. Sobald aber die Wahl vorüber ist, ist das Ergebnis – wie gegenwärtig –, daß wir in einer außerordentlich beengten Lage sind, so daß wir tatsächlich die wichtigsten Dinge nicht anpacken können.

Wenn Kritik geübt wurde, daß dieses und jenes nicht geschehe, so muß man sagen, es kann nicht geschehen, weil kein Geld da ist. Ich bedaure, daß der Bundesschatzmeister nicht zugegen ist. Ich nehme an, daß er alles das, was ich sage, hier bestätigen würde. Es erhebt sich die Frage, wie kann man das ändern? Es ist eine

furchtbar ärgerliche Sache, abhängig zu sein von solchen Stoßaktionen, wie es die Wahlen sind. Im großen und ganzen konnten Ansinnen und Aufträge bisher abgelehnt werden. In einem einzigen Falle – ich war noch Landesgeschäftsführer[82] – habe ich einen größeren Betrag abweisen müssen, weil eine Zumutung gemacht wurde, die ich nicht übernehmen konnte.

Ich gehöre zu denen, die von der politischen Sicht her immer größte Bedenken gegen die Parteifinanzierung durch Steuergroschen hatten, weil die Steuern außerordentlich unbeliebt sind. Ich denke dabei weniger an die augenblickliche Opposition, sondern vielmehr an die künftige Entwicklung, wenn nämlich gesagt werden würde, seht euch die Kerle an, die haben sich ein für allemal durch diese Finanzierung festgelegt. Das könnte zu großen Schwierigkeiten führen.

Man kann natürlich, wenn man das Argument umdreht und diese sehr unpopuläre Maßnahme durchführt, in kürzester Frist so viel Gelder für die Partei aufbringen, daß es möglich wäre, Dinge, die man jahrelang geplant hat und aus Mangel an Geld hat aufschieben müssen, nun in ganz großem Stil in Angriff zu nehmen. Ich gebe zu – ich habe mich mit Herrn Scharnberg darüber unterhalten –, daß auch dieser Aspekt einiges für sich hat: Wenn man so lange in dieser Mühle steht und aus diesem Teufelszirkel nicht herauskommt und die Dinge immer wieder scheitern am Geld, dann wird man allmählich ein wenig weicher und sagt sich, ich will noch einmal den Gedanken überlegen, damit wir es fertigbringen.

Im letzten Jahr habe ich bei der englischen Konservativen Partei die Dinge an Ort und Stelle studiert und festgestellt, daß man dort Millionen von zahlenden Anhängern hat, zwei Millionen! Das ist bei uns nach meiner Meinung völlig ausgeschlossen. Ich bin zwar der Meinung, daß es möglich wäre, bis zu einem gewissen Grade Mitglieder zu sammeln, aber die Abneigung, als Parteimitglied einzutreten, ist nach wie vor außerordentlich groß. Das zeigen sehr intensive Versuche in einzelnen Gegenden der Bundesrepublik.

Ich für meinen Teil bin bereit, das ganze Problem noch einmal in allen Aspekten durchzudenken. Ich schlage vor, daß wir die beiden Gruppen, wie Sie meinten, nochmals zusammenbringen. Wir sollten uns dann in einer besonderen Arbeitssitzung mit diesem Problem beschäftigen. Ich gestehe, ich bin durch die Finanzmisere des letzten Jahres etwas weich geworden und weiß im Moment nicht recht, welches das kleinere oder das größere Übel ist.

Tillmanns: Ich darf folgendes feststellen: 1. ist der Bundesschatzmeister und 2. der Bundesgeschäftsführer nicht anwesend. Ich weiß, daß in der Bundesgeschäftsstelle mit den Geschäftsführern der Landesverbände Vorschläge ausgearbeitet worden bzw. in der Ausarbeitung begriffen sind. Wir müssen diese Probleme in einer besonderen Sitzung nochmals ausführlich besprechen. Wir kommen heute doch nicht zu einem endgültigen Ergebnis. Sollen wir nun in der Diskussion zu Ende kommen?

---

82 Kiesinger war von 1948 bis 1951 Landesgeschäftsführer der CDU von Württemberg-Hohenzollern (vgl. KIESINGER S. 334–339).

Scharnberg: Ich darf ganz kurz auf das erwidern, was gesagt worden ist. Hamburg hat auch seine Sorgen. Auch da klappt nicht alles, obwohl wir eine gute Fördervereinigung haben. Nun darf ich die Gründe anführen, die zwingend dafür sprechen, daß man sich mit diesem Problem auseinandersetzt. Da ist zunächst die Verfassungsbestimmung, die besagt, daß über die Herkunft der Gelder, mit denen die politischen Parteien finanziert werden, öffentlich Rechenschaft zu geben ist.[83] Das tun wir nicht. Das Parteiengesetz machen wir nicht. Im Gegensatz dazu tut es die SPD, und zwar mit Vorbedacht, und wir werden beim nächsten Wahlkampf eine Interpellation bekommen: Wie sieht das bei euch aus? Diese Interpellation ist immerhin etwas Unangenehmes.

Im übrigen kommt folgendes hinzu: Die SPD hat in ihrem Jahrbuch veröffentlicht, daß sie 7 Millionen DM Beiträge erhält.[84] Ich kann nur sagen, daß die Zahl, die für Hamburg in diesem Buche steht, ungefähr das Fünfzehnfache von dem ist, was wir bekommen bei immerhin fast der gleichen Wählerzahl. Ich bin auch davon überzeugt – ich wundere mich darüber, daß es noch nicht passiert ist –, daß die Gewerkschaften, die in den großen Aufsichtsräten vertreten sind, sagen werden, bitte, zeigt einmal, was ihr Brüder für die politischen Parteien tut, und sorgt dafür, daß die SPD gleichermaßen behandelt wird!

Wer die Dinge bei den Fördergesellschaften kennt, der weiß, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Gelder von ganz wenigen Firmen kommt. Darin steckt eine große Gefahr. Gott sei Dank sind diese Firmen politisch verständig. Aber wenn da plötzlich ein politisch törichter Mann an die Spitze kommt und anfängt, politische Forderungen zu stellen – wie wir es erlebt haben –, dann ist die Sache in einer hochgradigen Weise gefährlich, so daß man ernsthaft darüber nachdenken muß.

Wie sieht die Sache bei uns aus, wenn wir einmal nicht mehr die Mitarbeit des Bundeskanzlers haben? Wie sieht es aus, wenn wir nicht mehr die Mitarbeit von Herrn Pferdmenges haben? Das gibt doch ein Loch in der Rechnung, das ungeheuer groß ist! Wenn wir unsere Arbeit wirklich richtig machen wollen, dann müssen wir viel mehr Gelder zur Verfügung haben.

Was tun wir denn augenblicklich? Wir bekommen keine neuen Mitglieder. Warum? Weil wir nicht imstande sind, unseren Mitgliedern etwas zu bieten. Wir müssen doch den jungen Leuten an einem hübschen Ort die Möglichkeit bieten, einen politischen Schulungskursus mitzumachen. Sonst bekommen wir die Jugend nicht. Wir müssen aber auch den älteren Leuten eine Stätte bieten, wo sie sich treffen und austauschen können. Wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, in politischen Versammlungen aufzutreten und mitzuwirken.

---

83 Art. 21 GG Abs. 1 Satz 4: Sie (die Parteien) müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.

84 Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55. Bonn o.D. 1954 beliefen sich die Beitragseinnahmen demnach auf DM 7.051.872,50, 1955 auf DM 7.194.987,50. Die Beitragseinnahmen des Bezirks Hamburg-Nordwest betrugen 1954 DM 764.861,70, 1955 DM 772.617,10 (S. 206, 213f.).

Das sind alles Gründe dafür, daß man sich mit dieser Angelegenheit einmal ernsthaft befassen muß. Nun gebe ich allerdings zu, daß die parlamentarischen Bedenken sehr gewichtig sind. Daß wir die SPD dafür nicht kriegen, ist ganz klar. Ich fürchte, wir werden auch die FDP nicht dafür bekommen; denn sie hat nicht die Sorgen, wie wir sie haben. (*Wuermeling:* Sie hat beinahe auch die Absetzbarkeit nicht mitgemacht!) Ob es der BHE macht, weiß ich nicht. Es wird eine Sache sein, die parlamentarisch durchgezogen werden muß von der CDU und der DP. Es wird auch in unseren eigenen Reihen ganz bestimmt keine übereinstimmende Meinung zu erzielen sein. Infolgedessen sage ich als Realist, so sehr ich die Notwendigkeit betone, man wird es kaum durchsetzen können. Ich habe schon vor geraumer Zeit darum gebeten, daß einige Herren des Ausschusses sich mit den Herren vom geschäftsführenden Vorstand und der Fraktionsleitung aussprechen sollten. Der Schatzmeister und der Bundesgeschäftsführer müssen dabeisein. Dann muß in Gründlichkeit dieses Thema besprochen werden.

Bitter: Ich will Sie nicht langweilen mit einer Replik über die Auffassung der Kommunalpolitischen Vereinigung. Ich persönlich bin der Meinung, daß man das Ganze auf einen sehr kurzen Nenner bringen kann. Wenn es der CDU gelingt, die Landesgeschäftsführer und die Kreisgeschäftsführer zu bekommen, die nahe am Volke stehen und die auch gewillt sind, Kleinarbeit zu leisten, dann brauchen Sie diese Sorgen nicht mehr zu haben. Wenn Sie aber diese Leute nicht haben, dann werden die Sorgen bleiben, auch wenn Sie ein Parteienfinanzierungsgesetz machen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich stehe seit über 40 Jahren in der praktischen Arbeit um diese Dinge. Was die SPD uns voraus hat, ist nicht die Kartei der Mitglieder, sondern es sind ihre lebendigen Funktionäre, die diesen Apparat organisatorisch tragen. Darüber dürfen Sie sich nicht täuschen. Ich verstehe es, daß wir als junge Partei noch nicht in der Lage waren, in diesem kurzen Anlaufen die Männer zu finden, um die es sich dreht. Das ist eine Wachstumsfrage, die eine ganze Generation beansprucht.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf etwas anderes aufmerksam machen. Unser christliches Volk ist politisch, berufsständisch und kulturell-kirchlich organisiert. Ich habe einmal ausgerechnet, wie hoch die Beiträge einer Familie sind, wo der Vater im Arbeiterverein und in den Gewerkschaften, die Mutter im Mütterverein, die Tochter in der Jungfrauenkongregation und der Sohn im Gesellenverein ist. Nehmen Sie demgegenüber den Etat einer sozialdemokratischen Familie, die mit diesen berufsständischen Vereinen im kirchlichen Raum nichts zu tun hat. Da liegt die Differenz zwischen 80 und 90 %. Das wollen Sie bitte nicht unterschätzen. Beim evangelischen Volksteil sind die Dinge nicht so kraß.

Wir kommen nicht daran vorbei, diesen Dingen wirklich ein Studium zu widmen. Das ist zu 90 % eine Personalfrage. Bei zünftigen Kreisgeschäftsführern, die über eine gute Erfahrung verfügen, ist es heute noch so, daß sie über die entsprechenden Mittel verfügen, um den Wahlkampf durchzuführen. Ich weiß, die Leute wachsen einem nicht aus der Hand.

Zusammenfassend möchte ich sagen, wir von der Kommunalpolitischen Vereinigung besitzen eine Menge von Erfahrungen, und ich würde Sie bitten, Herr Vorsitzender, unsere Erfahrungen in den Rahmen Ihrer Betrachtungen und Besprechungen mit einzubeziehen.

Von Brentano: Ich möchte nicht in das Für und Wider eingreifen, aber Sie bitten, eine Frage zu prüfen: Glauben Sie, daß irgendeine Möglichkeit besteht, eine staatliche Finanzierung der Parteien zu bewirken, ohne daß der Staat Einfluß nimmt auf die Verwendung der Gelder? Es ist ganz undenkbar, daß der Staat z.B. dem BHE eine Millionenzahl aus Steuermitteln zur Verfügung stellt, um es dem Ermessen eines kleinen Kreises von Funktionären zu überlassen, das Geld zu verwenden. Ich glaube, hier liegt das schwierigste Problem, daß eine Staatsfinanzierung implizite dahin führt, daß die Verwendung der Gelder in irgendeiner Weise kontrolliert wird und somit der Staat auch einen Einfluß nimmt auf die Parteien, der gefährlich sein könnte.

Wir kommen an dieser Frage nicht vorbei; denn es ist undenkbar, daß Millionenbeträge gegeben werden, die nicht vom Rechnungshof kontrolliert werden, und daß es dem einzelnen überlassen bleibt, die Gelder für Wahlzwecke oder für eigensüchtige Zwecke zu verwenden. Damit wird die Schwierigkeit sichtbar.

Fay: Das dürfte eigentlich kein Problem sein. Ich habe in Hessen die Hessische Akademie für christliche Kommunalpolitik e.V. aufgezogen. Wir bekommen vom Lande Hessen DM 20.000,– jährlich für die kommunalpolitische Arbeit. Wir brauchen lediglich am Ende des Rechnungsjahres einen Brief zu schreiben, in dem steht, wir haben 53 Tagungen mit soundso viel Teilnehmern durchgeführt, und damit ist die Sache erledigt. Sogar in Hessen ist das möglich!

Von Brentano: Der Betrag ist nicht so hoch. Aber wenn Millionenbeträge gegeben werden, von denen vielleicht die Funktionäre einige hunderttausend Mark in die Tasche stecken, dann ist das etwas anderes.

Tillmanns: Die nächste Vorstandssitzung wird sich noch einmal mit dieser Frage beschäftigen müssen. Deswegen könnten wir jetzt die Diskussion darüber zurückstellen. Ich nehme an, daß der Vorstand dem Vorschlag von Herrn Scharnberg zustimmt, daß sich zur Vorbereitung die Herren, die sich um die Sache bemüht haben, mit der Bundesgeschäftsstelle zusammenfinden, wobei auch die Erfahrungen der Kommunalpolitischen Vereinigung berücksichtigt werden. (*Wuermeling:* Von dieser Diskussion darf nichts an die Öffentlichkeit dringen, damit die Angelegenheit nicht beeinflußt und benachteiligt wird. – *Scharnberg:* Es wäre gut, wenn die Landesvorsitzenden und die Kreisgeschäftsführer dahin instruiert würden, daß sie sich nicht auf die Staatsfinanzierung verlassen!) Ja, ich möchte diesen Wunsch des Herrn Scharnberg nachdrücklich unterstützen. Wir sollten alle Möglichkeiten ausschöpfen in der Annahme, daß sie nicht zustande kommt. Kommt sie trotzdem zustande, dann ist es um so besser.

Ich hatte vorgeschlagen, daß wir die ganze Frage der Parteiorganisation und der inneren Stärkung der Partei zum Gegenstand einer Vorstandssitzung machen, die sobald wie möglich einberufen werden soll. Sind Sie damit einverstanden?

Von Fisenne: Ich habe die Bitte, das Material des Büros rechtzeitig den Landesverbänden zur Verfügung zu stellen. Es ist den Verbänden nicht möglich, von sich aus ein Programm zu entwickeln. Das Material kann ja vertraulich behandelt werden. Dann kommt auf der Sitzung auch etwas heraus.

Von Hassel: Ich bitte Sie, noch eine Frage für die Sitzung zu prüfen. Die Sozialdemokraten geben uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein typisches Beispiel dafür, daß sie außerordentlich gut geschult sind in jeder Beziehung. Sie sind der Diskussion viel besser gewachsen als unsere älteren Leute, geschweige denn als der Nachwuchs. Besteht nicht auch für uns die Möglichkeit, irgendeine Schulung, wenn auch in einer bescheideneren Form als bei der SPD, durchzuführen, damit wir gute Nachwuchskräfte bekommen, die der Diskussion der SPD gewachsen sind? Wir allein können einen solchen Apparat nicht in Ordnung bekommen. Das ist nur möglich, wenn die Gesamtpartei sich darüber Gedanken macht.

Tillmanns: Der geschäftsführende Vorstand hat sich schon lange mit dieser Frage intensiv befaßt. Wir sind auch schon weit in der Angelegenheit. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, die wir durchführen müssen. Wir haben ein bestimmtes Projekt im Auge und auch schon einen Mann, der die Sache leiten soll. Aber das einzige, woran es fehlt, ist Geld. Bei dem, was vorliegt, handelt es sich um eine Summe von DM 400.000,–. Das würde jährlich DM 30.000,– kosten. Aber selbst diese DM 30.000,– haben wir im Augenblick nicht.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erscheint wieder.

Herr Bundeskanzler! Ich hatte vorgeschlagen, daß wir sobald wie möglich eine Vorstandssitzung abhalten, in der über das ganze Problem der inneren Organisation der CDU und was damit zusammenhängt gesprochen werden soll. Der Bundesgeschäftsführer soll ein Referat halten über den gegenwärtigen Stand der Dinge und über die bevorstehenden Aufgaben. Den Mitgliedern des Vorstandes soll das erarbeitete Material schriftlich zugestellt werden.

Nun möchte ich fragen, ob zu dem Referat des Herrn Bundeskanzlers jetzt noch das Wort gewünscht wird?

Wackerzapp: Ich habe noch eine Frage! Es handelt sich um eine Angelegenheit, die bei der Wahl eine gewisse Rolle spielt, nämlich darum, welche Mittel jetzt vom Kontrollausschuß und vom Bundesausgleichsamt für die Vertriebenen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für den Hausrat.[85] Der Kontrollausschuß hat getagt. Der

85 Bis zum Mai 1955 waren Hausratshilfemittel auf dem Wege einer stark vorangetriebenen Vorfinanzierung in Höhe von insgesamt 2.190 Millionen D-Mark aus dem Ausgleichsfonds abgeflossen, so daß der Kassenbestand erschöpft war. (Hausratshilfe wurde für Haushaltsverluste bei der Vertreibung gewährt.) – Die Bank Deutscher Länder hatte mit Schreiben vom 30. März 1955 an den Präsidenten des Bundesausgleichsamts sowie vom 18. April 1955 an den Bundesminister der Finanzen vor dieser Ausgabenpolitik gewarnt (vgl. dazu die Debatte im Bundestag vom 5. Mai 1955 – Sten.Ber. 2.WP Bd.24 S. 4404–4412).

Etat des Bundesausgleichsamts ist in der Klemme, weil er etwa eine Milliarde DM braucht zur Vorfinanzierung, die aber nicht gegeben wird, weil die Bank Deutscher Länder dagegen Widerspruch erhoben hat. Ich kann auf die Einzelheiten nicht eingehen. Wenn diese Vorfinanzierungsmittel nicht gegeben werden, dann würden für die Hausratshilfe gegenüber dem Vorjahr von 1,1 Milliarden jetzt nur noch 300 Millionen zur Verfügung gestellt werden können.

Es sind etwa sechs Millionen Menschen, die bedürftig sind. Wenn die erfahren, daß die Aufwendungen, die bisher in Höhe von einer Milliarde gemacht wurden, auf ein Drittel absinken, dann wird das außerordentlich großen Verdruß zur Folge haben. Die SPD wird damit hetzen gehen, aber auch der BHE, der sich immer stark dafür gemacht hat, daß die Hausratshilfe gezahlt werden muß.

Der Kontrollausschuß hat an die Bundesregierung die Bitte gerichtet, sie möge ihren Einfluß auf die Bank Deutscher Länder dahin geltend machen, daß im Wege der Vorfinanzierung das Möglichste getan wird. Diese Angelegenheit spielt auch für den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz bei den Vertriebenen eine große Rolle.

Adenauer: Soweit ich im Bilde bin, ist bei der Ausgleichsbank sehr viel mehr Geld im vergangenen Jahr ausgegeben worden, als vorgesehen war. Das ist das Ergebnis. Die Bank Deutscher Länder hat Sorge für die Währung, weil so große Mengen von Geld plötzlich ausgeschüttet werden, um laufende Bedürfnisse davon zu kaufen. Ich muß das hier sagen – ungefähr sind die Ziffern richtig –, hier im Bundeskanzleramt haben 16 Beamte oder Angestellte eigene Autos, davon 14 Vertriebene. Das sind doch unmögliche Dinge! Die Hausratshilfe wird nicht für die Zwecke ausgegeben, für die sie ursprünglich vorgesehen war, sondern für andere Zwecke. Das erregt mit Recht nicht nur Anstoß bei den anderen, sondern auch die ganze Lage und Sache bekommt eine inflatorisch wirkende Steigerung der Kaufkraft. Wir wollen über das Problem im Kabinett sprechen. Der Vorstand der CDU sollte jedoch von diesem sehr diffizilen Problem die Finger lassen.

Von Hassel: Die Frage ist Gegenstand der Beratungen im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat. Es ist so, daß der Plafond für den Lastenausgleich um ein Wesentliches erhöht werden soll, wenn ich nicht irre, um 600 Millionen, und zwar in der Form, daß die Vermögensteuer – die bisher in einer Größenordnung von 200 bis 280 Millionen in Anspruch genommen worden ist – jetzt bis zu 600 Millionen ausgeschöpft werden soll. Im Vermittlungsausschuß ist ein Vermittlungsvorschlag gemacht worden, wonach zwar auf eine Erhöhung des Plafonds beim Lastenausgleich hingewirkt wird, ohne aber die Gesamtbelastung auf die Länder zu legen. Der Bundestag hat die Vermögensteuer als eine Ländersteuer firmiert, sie aber gleichzeitig bis zum Jahre 1979 für den Lastenausgleich vorgesehen.

Der Vermittlungsausschuß ist am vorigen Donnerstag zusammengetreten und hat diese Frage behandelt. Nach einem Vorschlag soll eine Verbesserung des Lastenausgleichs kommen, ohne die Länder in dem Ausmaß zu belasten, wie es ursprünglich vom Bundestag vorgesehen war. Sie können damit rechnen, daß diese Frage innerhalb der üblichen Frist von drei Wochen abgeschlossen werden wird.

Interessant ist, daß der Vermittlungsvorschlag im Ausschuß vom BHE kommt, und zwar vom Finanzminister Schaefer[86] aus Schleswig-Holstein.

Wackerzapp: Was sich im Vermittlungsausschuß tut, das geht darum, daß die laufenden Ausgaben finanziert werden. (*Von Hassel:* Die laufenden Unterhaltungen, die aus dem normalen Aufkommen aufgebracht werden sollen.) Was wir brauchen, ist eine Vorfinanzierung, um die Hausratshilfe leisten zu können. Bei der Hausratshilfe bekommt ein Ehepaar etwa DM 1.000,–. Es handelt sich um Millionen von Interessenten. Daß hier und da die Hausratshilfe verwendet wird, um einen Radioapparat zu kaufen, das kommt vor, aber bei dem größten Teil geht es darum, daß sich die Leute Wäsche usw. beschaffen wollen. Und wenn dadurch die Konjunktur auf dem Textilmarkt angekurbelt wird, so schadet das nichts.

Es geht darum, den Eindruck zu vermeiden, als wenn durch den Bedarf der Vertriebenen die Währung in Gefahr komme. Die Währung kommt viel eher in Gefahr durch die Lohnerhöhungen bei den Arbeitern, weil sich das auf einen Personenkreis von zwölf Millionen Menschen bezieht, die zusammen ein Einkommen von einer Milliarde haben. Bei den Vertriebenen geht es nur um eine halbe Milliarde. Ich bitte dringend darum, hier die Möglichkeiten zu sehen. Ich darf daran erinnern, daß der Lastenausgleich darauf aufgebaut war, unbedingt eine Vorfinanzierung zu leisten. Sie war auf sechs Milliarden geschätzt worden, die in weiteren sechs Jahren getilgt werden sollten. Wir wollen nur eine Vorfinanzierung in dem Sinne haben, wie es angedeutet worden ist.

Tillmanns: Ich schlage vor, das Anliegen von Herrn Wackerzapp in der Weise zu behandeln, daß der geschäftsführende Vorstand zusammen mit der Fraktion sich sofort dieser Sache annimmt. Ich habe im Gedächtnis, daß eine Vorlage über diese Angelegenheit in der nächsten Zeit behandelt wird. Wir können jetzt nicht weiter darüber diskutieren, weil auch die Sachverständigen nicht zur Verfügung stehen.

Bauknecht[87]*:* Es ist schon spät geworden, aber, Herr Bundeskanzler, ich muß auf einen Punkt eingehen, den Sie mit Recht als denjenigen angesprochen haben, der noch vor der nächsten Wahl erledigt werden muß. Sie haben gesagt, die landwirtschaftlichen Dinge müssen in Ordnung gebracht werden. Im Augenblick steht ein Gesetz an. Wenn das zu unserer Befriedigung über die Bühne geht, möchte ich mir davon etwas erhoffen. Der Entwurf geht jetzt an das Kabinett.

Ich habe Ihnen am Freitag einen Brief geschrieben, das Kabinett möge sich mit der Sache beschäftigen; denn ich halte diese Dinge für besonders notwendig, weil sich gewisse Anzeichen draußen zeigen, daß die Bauern irgendwie in einer Mißstimmung sind. Das ist nicht zuletzt zurückzuführen auf das schlechte Erntejahr.

---

86 Dr. Carl Anton Schaefer (1890–1974), 1953–1961 Finanzminister in Schleswig-Holstein (1953–1954 auch Justizminister), bis 1958 GB/BHE, dann CDU.

87 Bernhard Bauknecht (1900–1985), Mitgründer der CDU, 1947–1949 MdL von Württemberg-Hohenzollern, 1949–1969 MdB (1953–1969 Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), 1959 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes.

Immerhin werden die Einkommensmöglichkeiten anstatt besser geringer. Hier muß in der Landwirtschaft eine Umkehr erfolgen.

Sie haben den Herrn Lübke als den Mann bezeichnet, der wohl der fähigste sei im Bundesgebiet. Ich will das nicht abstreiten, nur möchte ich hoffen, daß die Bauern der gleichen Meinung wären. Das ist ja der Jammer! Es geht nicht allein darum, das sogenannte Lübke-Programm[88] durchzuführen, das sich in der Hauptsache mit sozialen und soziologischen Maßnahmen in der Landwirtschaft und mit der Verbesserung der Agrarstruktur beschäftigt, sondern es geht auch darum, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die allgemeine Lage global zu verbessern. Wir hoffen, dies durch das Paritätsgesetz[89] zu erreichen.

Wir sehen jetzt betrübliche Erscheinungen. Es ist so, daß alte Reichsnährstandsleute wieder in die vordere Front rücken. Da möchte ich besonders Westfalen nennen. Der Herr von Oer[90], den Sie kennen, wurde in geheimer Wahl mit über zwei Drittel Stimmen zum Präsidenten gewählt. Weiter zeigt sich jetzt in Nordwürttemberg eine Organisationsbildung, die auf die früheren Nationalsozialisten hinausläuft. Sie zahlen hohe Beiträge für diesen Bauernring, der sich dort bildet. Die Leute in der jetzigen Verbandsführung werden als müde Leute und dergleichen bezeichnet. Der Bauernverband wird immer mit der CDU gleichgesetzt. Ich mache darauf aufmerksam, daß das politische Folgen für die CDU haben kann. Ich schätze, daß sich die Gesamtwählerzahl der CDU zu einem Drittel aus bäuerlichen Kreisen zusammensetzt.

Es wäre auch notwendig, unserem Freund Erhard die Zügel anzulegen, der mit seinen dauernden weltweiten Aspekten die heimische Landwirtschaft zugrunde richtet; ich will nicht sagen, zugrunde richten will, aber er schlägt politisch sehr viel Porzellan kaputt. Es heißt dann immer: Erhard ist CDU-Mann. Sie kennen alle diese Dinge. Ich möchte nur noch einmal darauf aufmerksam gemacht haben. Es ist der Wunsch meiner Berufsfreunde in der CDU, dafür zu sorgen, daß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres dieses Paritätsgesetz über die Bühne geht, weil sonst praktisch wieder ein Jahr verloren ist.

Ich sage das alles, weil die Dinge ernsthafter sind, als man es im allgemeinen annimmt. Die beiden Merkmale in Westfalen und Norwürttemberg geben mehr als zu denken.

Adenauer: Ich gebe Herrn Bauknecht recht. Ich habe in der vorigen Woche eine längere Aussprache mit Herrn Lübke über die Lage der Landwirtschaft gehabt, und

88 Lübke hatte sein Programm zur Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft u.a. auf dem CDU Parteitag in Köln am 29. Mai 1954 vorgestellt („Die deutsche Landwirtschaft in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit" in CDU, 5. Bundesparteitag S. 69–78).

89 Bezeichnung für das Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl I S. 565), das u.a. zum Ziel hatte, die Einkommen der Bauern der allgemeinen Entwicklung anzupassen.

90 Antonius Frhr. von Oer (1896–1968), 1946 Vizepräsident und 1955–1968 Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (CDU).

zwar zusammen mit Herrn Rehwinkel[91], der aus einem anderen Grunde da war. Ich habe mit Herrn Erhard gesprochen, weil auch Herr Rehwinkel meiner Erinnerung nach sich darüber beklagt hatte, daß Herr Erhard in Neuenahr[92] (*Bauknecht:* Und wie!) so und so gesprochen hätte. Nun hatte ich kurz vorher mit dem Herrn Bundespräsidenten gesprochen. Und der Herr Bundespräsident erzählte mir, daß er sich darüber gefreut habe, daß der Herr Erhard so scharfe Töne gegen die Industrie gefunden hätte. (*Zurufe:* Aha!) Also, er scheint seinen Segen nach allen Richtungen zu geben. Ich habe Herrn Erhard gesagt, haben Sie wirklich so gegen die Landwirtschaft gesprochen? Das dürfen Sie nicht tun; denn einem großen Teil der Landwirte geht es nicht gut. Er war sich dessen nicht bewußt. (*Bauknecht:* Er weiß es meistens nachher nicht mehr!) Der eine ist so, der andere so!

Herr Lübke hat mir auch geklagt über die Rede Erhard. Ich habe den Herren Lübke und Erhard gesagt, sie müßten sich über diese Rede aussprechen. Ich habe Herrn Erhard auch gesagt, daß auf die Interessen der Landwirtschaft mehr Rücksicht genommen werden müsse und daß es sich nicht allein um die gewerbliche Wirtschaft, sondern um die gesamte Wirtschaft handele. Ich werde die Sache im Auge behalten und kann nur sagen, daß eine Verständigung zwischen den beiden Herren eingeleitet ist. Herr Lübke ist sich über die Bedeutung der ganzen Frage sehr im klaren, so daß ich hoffe, hier doch etwas fertigzubringen.

Sie haben recht, die Lage der Landwirtschaft wird bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht richtig beurteilt. Herr Lübke sprach mit mir auch über den Getreide- und Brotpreis. Ich glaube, das würde eineinhalb Pfennig fürs Brot ausmachen. Die eineinhalb Pfennig werden gar nicht berücksichtigt. Ich sage Ihnen offen: Wenn ich sehe, wie heute in der industriellen Wirtschaft bis zum jüngsten Mann alle Leute mit acht Stunden Arbeit einen Haufen Geld verdienen, auf der anderen Seite aber der kleine Bauer schwer arbeiten muß, um am Leben zu bleiben, dann ist das das größte Unrecht, das es überhaupt gibt. Und wenn ich lese, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund gestern nichts anderes sagen konnte als „weniger arbeiten und höhere Löhne", so frage ich, wohin soll das denn führen? Den Leuten fehlt jede Verantwortung für das Allgemeine.

Ich habe gestern Herrn Pinay, der von Remagen aus anfuhr, am Zuge noch begrüßt und bin dann von Remagen nach Hause gefahren. Was ich da unterwegs an Autos, an Motorrädern, an Camping, an Strohhüten und Tamtam gesehen habe, das war wirklich nicht schön. Diese Leute waren zum großen Teil schon vormittags betrunken. Ich habe wirklich Ärgernis daran genommen – es waren sehr viele Arbeitnehmer dabei –, wenn ich daran denke, wie auf dem Lande gearbeitet wird.

---

91 Edmund Rehwinkel (1899–1977), seit 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des DBV.

92 Am 22. April 1955 vor der Volltagung des DIHT. Erhard hatte sich u.a. in scharfer Form gegen die Forderung der Landwirtschaft nach einem Paritätsgesetz ausgesprochen („Die Welt" v. 23. April 1955).

Tillmanns: Darf ich nun vorschlagen, zum letzten Punkt „Verschiedenes" der Tagesordnung zu kommen.

Verschiedenes

Tillmanns: Hierzu möchte ich bitten, daß sich der Vorstand zunächst schlüssig wird über den Termin der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses. Die letzte Sitzung des Bundesparteiausschusses war Anfang Februar. Es ist damals der Beschluß gefaßt worden, generell alle sechs Wochen eine Vorstandssitzung abzuhalten. Im Anschluß an jede zweite Vorstandssitzung – d.h. alle zwölf Wochen – soll der Bundesparteiausschuß tagen. Es war unmöglich, diesen Rhythmus einzuhalten.

Nun haben wir in der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses einen sehr wichtigen Punkt der Tagesordnung, nämlich die Behandlung der Innenpolitik, vertagen müssen, weil keine Zeit mehr dazu da war. Der Ausschuß hat dann beschlossen, so schnell wie möglich eine neue Sitzung einzuberufen. Ich möchte nun bitten, daß wir uns darüber schlüssig werden, wann diese Sitzung stattfinden soll.

Der Vorschlag geht dahin, als Termin den Montag nach der Wahl in Rheinland-Pfalz vorzusehen, das wäre am 16. Mai. Das ist der nächste Termin, den wir ausfindig machen konnten. Wenn das nicht möglich ist, müßte die Sitzung bis nach Pfingsten vertagt werden. Ich habe aber Bedenken, die Tagung so lange hinauszuschieben. (*Wuermeling:* Wir bekommen montags Schwierigkeiten mit den Ministerpräsidenten!)

Adenauer: Ich warne dringend davor, am Tage nach einer Wahl den Parteiausschuß einzuberufen. Die maßgebenden Leute dieses Landes können dann nicht dabeisein; denn sie müssen sofort verhandeln.

Tillmanns: Dann müssen wir die Sitzung des Bundesparteiausschusses bis nach Pfingsten vertagen. Ich halte mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß wegen der Nichteinhaltung des Termins in weiten Kreisen der CDU eine Mißstimmung herrscht. (*Gradl:* Soll gleichzeitig auch Sitzung des Bundesparteivorstandes sein?) Wenn schon der Parteiausschuß tagt, dann muß auch der Vorstand tagen, aber das Schwergewicht sollten wir zunächst auf den Parteiausschuß legen.

Adenauer: Ich würde vorschlagen die zweite Hälfte der Pfingstwoche. Sie bekommen vor Pfingsten die Herren nicht mehr zusammen.

Tillmanns: Das würde heißen am 3. und 4. Juni.

Scharnberg: Für diejenigen Parteiausschußmitglieder, die Bundestagsabgeordnete sind, ist dies die freie Woche.

Fay: Am 2. und 3. Juni ist bundeskommunalpolitische Tagung in Würzburg.

Adenauer: Dann nehmen Sie die Woche nach Pfingsten!

Tillmanns: Wir kommen so niemals zu einer Sitzung des Bundesparteiausschusses. Wir können nicht auf alle Termine Rücksicht nehmen. Wir sollten die Woche vor Pfingsten nehmen (*Adenauer:* Am Donnerstag vor Pfingsten kommt doch keiner!) Aber die Woche nach Pfingsten macht auch Schwierigkeiten. Dann müssen wir in die

Woche vom 5. bis 11. Juni gehen. (*Adenauer:* Wenn Sie jetzt schon die Einladung herausgehen lassen, daß es ein bestimmter Termin ist, dann ist das Murren nicht so groß! – *Fay:* Am 2. und 3. Juni ist in Würzburg die kommunalpolitische Tagung!) Es bleibt nichts anderes übrig als die Woche vor Pfingsten! (*Adenauer:* Warum wollen Sie denn nicht den 6. und 7. Juni nehmen?) Wegen der Ministerpräsidenten! (*Adenauer:* Dann müssen die Herren Ministerpräsidenten mal ihre Kabinettssitzungen verlegen!) Es wäre vielleicht möglich, den 7. zu nehmen, dann haben die Ministerpräsidenten den Montag frei. (*Adenauer:* Ich wollte, ich wäre Ministerpräsident! – *Lensing:* Am 7. ist Sitzung in Nordrhein-Westfalen!) Der Parteiausschuß ist ein so großes Gremium, daß man Rücksicht nehmen muß auf eine geeignete Zeit. Wir müssen die Sitzung des Parteiausschusses möglichst am Wochenende abhalten. Aber wir müssen nun zu einem Termin kommen!

Ich würde nunmehr vorschlagen, den 3. und 4. Juni. Das ist das Wochenende nach Pfingsten. Ist der Vorstand damit einverstanden? Erhebt sich kein Widerspruch! Dann wollen wir in Aussicht nehmen für Freitag, den 3., den Vorstand und für Samstag, den 4., den Parteiausschuß.

Ich wäre Ihnen nun dankbar, wenn wir uns über den Ort und die Zeit des nächsten Bundesparteitages einigen könnten. Auf dem letzten Bundesparteitag in Köln ist in Aussicht genommen worden, ohne daß ein bestimmter Beschluß gefaßt wurde, den diesjährigen Bundesparteitag entweder im Frühjahr in Niedersachsen, und zwar mit Rücksicht auf die Wahl, oder im Herbst in Baden-Württemberg, ebenfalls mit Rücksicht auf die Wahl, abzuhalten. Der erste Abschnitt ist inzwischen erledigt. Die Wahl in Niedersachsen hat stattgefunden, so daß also noch Baden-Württemberg, und zwar Stuttgart, übrigbleibt. Wir sind auch noch nicht in Württemberg gewesen. (*Wuermeling:* In Baden doch!) Es ist von der Bundesgeschäftsstelle versucht worden festzustellen, welche geeigneten Tagungsstätten in Frage kämen. Die Erkundigungen haben ergeben, daß das Ausstellungsgelände auf dem Killesberg in Stuttgart am geeignetsten ist. Dort werden nach Meinung der Sachverständigen die Voraussetzungen am besten erfüllt. Die Verhandlungen mit der Ausstellungsleitung haben ergeben, daß als Termin der 3. bis 6. November in Frage kommt. Das Gelände ist bis zum 31. Oktober mit der Ausstellung belegt. Ich bin der Auffassung, das scheint kein großer Unterschied zu sein, sondern mit Rücksicht auf die Wahl in Baden-Württemberg würde das ein geeigneter Termin sein.

Also, der Vorschlag geht dahin, den diesjährigen Parteitag vom 3. bis 6. November in Stuttgart im Ausstellungsgelände auf dem Killesberg abzuhalten.

Scharnberg: Ich bin der Meinung, den Parteitag nicht in eine Zeit zu verlegen, wo mit größter Wahrscheinlichkeit schlechtes Wetter sein wird.

Tillmanns: Wir können vor dem Oktober den Parteitag nicht abhalten. Im September sind noch Ferien. Wenn wir an Stuttgart festhalten, kommt nur dieses Gelände in Frage. Wenn wir auf den Monat Oktober dringend Wert legen, dann müssen wir einen anderen Ort als Stuttgart nehmen. Bisher ist aber kein anderer Vorschlag gemacht worden.

Adenauer: Sie kennen wahrscheinlich nicht das Lokal da oben. Ich gebe Herrn Scharnberg recht. Wenn wir im November da oben sitzen, dann ist das deprimierend für den ganzen Parteitag. (*Heiler:* Wieweit sind die Hallen heizbar? – *Eplée:* Wie wäre es mit der zweiten Hälfte des Monats September? Vielleicht ist dieser Termin mit Stuttgart überhaupt nicht in Betracht gezogen worden!)

Müllenbach: Die Ausstellung in Stuttgart dauert bis zum 2. Oktober. Sie beginnt im Juli. Für die Abbauarbeiten muß mindestens mit drei Wochen gerechnet werden. Ein früherer Termin ist also nicht möglich. Ich habe mit den Leuten verhandelt. Ein Termin im Oktober ist nicht möglich. Die anderen Tagungsstätten in Stuttgart sind völlig ungeeignet.

Tillmanns: Das Haus Zimmer(?) im Stadtzentrum scheidet aus. Der Kursaal in Cannstadt faßt nur 400 Personen; er hat auch keine Nebenräume für Ausschußsitzungen usw. Wenn wir also an Stuttgart festhalten, kommt nur der Anfang November in Frage. (*Adenauer:* In Baden-Baden bietet sich jede Möglichkeit!) Ich darf feststellen, der Bundesparteivorstand legt dringend Wert darauf, daß der Parteitag im Oktober stattfindet? (*Adenauer:* Nicht im November!) Es soll in Baden-Württemberg eine andere Stadt gesucht werden, eventuell Baden-Baden. Aber es kann im Oktober genauso schlechtes Wetter sein wie im November. (*Cillien:* Die zweite Hälfte September wäre viel besser!) Also, möglichst Ende September, und zwar in einer anderen Stadt in Baden-Württemberg. (*Scharnberg:* In Freudenstadt wäre es wunderbar! – *Adenauer:* Ich weiß nicht, ob es da geeignete Räume gibt!) Bezüglich der Gestaltung des Parteitages war vom geschäftsführenden Vorstand überlegt worden, da in diesem Jahr die CDU als Ganzes auf ein zehnjähriges Bestehen zurückschaut, daß der Parteitag unter diesem Kennwort „10 Jahre CDU" stehen soll.

Dies bietet gute Gelegenheit, uns gerade auf die weltanschaulichen Grundsätze und auf das Fundament der CDU zu konzentrieren. Aber damit wird der Parteitag nicht ganz ausgefüllt. Wir werden daher auch zu aktuellen Fragen Stellung nehmen müssen.

Ich möchte fragen, ob der Parteivorstand mit diesem Vorschlag, den Parteitag unter dieses Motto „10 Jahre CDU" zu stellen, einverstanden ist? Das scheint der Fall zu sein. Dazu müssen noch nähere Vorschläge ausgearbeitet werden.

Wird zum Punkt „Verschiedenes" noch das Wort gewünscht? Wenn nicht, dann haben wir noch das Kommuniqué über die heutige Sitzung zu erledigen. Es ist ein Entwurf gefertigt worden, der wie folgt lautet:

„Der Parteivorstand der CDU trat am Montag unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zu einer ganztägigen Arbeitssitzung zusammen, (*Adenauer:* Ersten Vorsitzenden, würde ich sagen!) in der die innen- und außenpolitische Lage eingehend erörtert wurde. Bundeskanzler Dr. Adenauer gab zu Beginn einen ausführlichen Überblick über die politische Entwicklung der letzten Zeit und umriß die großen Probleme, die in Zukunft gelöst werden müssen.

Oberstes Ziel unserer Politik ist und bleibt, so erklärte Dr. Adenauer, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, die im Zuge einer allgemeinen weltpolitischen

Entspannung erreicht werden muß. Deshalb müssen wir mit allen unseren Kräften auf eine solche Entspannung hinarbeiten.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik werden nunmehr nach den Worten Dr. Adenauers zwei besonders bedeutsame Probleme in den Vordergrund treten: die Sozialreform und die Aufstellung der deutschen Armee. (*Adenauer:* Ich würde sagen Wehrmacht!)

In der Aussprache (*Süsterhenn:* Kann man nicht die Landwirtschaft erwähnen?) wurde mit großer Genugtuung zum Ausdruck gebracht, daß auf außenpolitischem Gebiet jetzt die Früchte der langjährigen, unbeirrten und zielstrebigen Politik reiften, deren Verantwortung von der CDU getragen wurde. Das Inkrafttreten der Pariser Verträge stellt ein historisches Ereignis dar. Die Verträge bringen 50 Millionen Menschen der Bundesrepublik die volle Souveränität und Handlungsfreiheit und setzen die Bundesrepublik damit in die Lage, noch weit wirksamer als bisher die Politik der Wiedervereinigung zu betreiben.

Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang, daß durch die soeben abgeschlossenen Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Pinay der Weg zu einer neuen Phase enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Frankreich eröffnet worden ist und damit auch die Saarfrage eine Regelung gefunden hat.

Einen großen Raum nahm die Aussprache über die innenpolitische Lage und die bevorstehenden innenpolitischen Aufgaben ein. Die CDU wird in Zukunft im Bewußtsein ihrer Verantwortung als stärkste Partei der Bundesrepublik ihre Tätigkeit im wesentlichen politisch und organisatorisch verbreitern und vertiefen. (*Adenauer:* „In Zukunft" würde ich streichen!)

Zu Problemen, die mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht zusammenhängen, wurde betont, daß die neue Armee kein politisches Instrument werden dürfe und die alleinige Endverantwortung für ihren Aufbau und ihre Tätigkeit in den Händen der zivilen Instanzen liegen müsse.

Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die SPD ihre Politik der ständigen Verneinung fortsetzt, indem sie aus staatspolitischen Gründen die dringend wünschenswerte und vom Bundeskanzler angestrebte Zusammenarbeit in der Wehrfrage ablehnt. Ferner wurde mit großer Sorge auf die wachsende radikale Strömung in den Gewerkschaften mit ihren ungerechtfertigten Machtansprüchen hingewiesen. (*Zuruf:* Diesen Satz kann man weglassen!)

Zur Sozialreform wurde erklärt, daß sie sich nicht in einer Zusammenfassung und Überarbeitung der geltenden Vorschriften erschöpfen dürfe, sondern es müsse eine neue Konzeption geboten werden. (*Adenauer:* Ich würde sagen, in den letzten Jahrzehnten!) Auch eine grundlegende Klärung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern ist nach Auffassung des Bundesparteivorstandes unbedingt erforderlich.

Eine wichtige Aufgabe der nahen Zukunft ist das Wahlgesetz, bei dessen Ausarbeitung die geeigneten Instanzen der Bundestagsfraktionen eng zusammenarbeiten sollen. (*Adenauer:* Das interessiert die Öffentlichkeit nicht!)

Einstimmig nahm der Bundesparteivorstand Leitsätze der CDU zum Elternrecht an, die vom Bundeskulturausschuß ausgearbeitet worden sind."

Das ist der Entwurf!

Adenauer: Die Leitsätze werden veröffentlicht?

Von Lojewski: Die werden angehängt.

Tillmanns: Vielleicht kann der Entwurf noch einmal überarbeitet werden. Es sind einige Änderungswünsche aufgetaucht.

Wir werden wieder zusammenkommen, wenn der Bundesparteiausschuß tagt, dessen Termin wir festgelegt haben. Da das erst nach den Pfingstfeiertagen sein wird, darf ich vorschlagen, daß wir uns voneinander verabschieden in dem Wunsche, in den nächsten Tagen eine gewisse Entspannung zu finden. Ich halte die heutige Sitzung für einen Gewinn, weil wir uns in großer Ausführlichkeit über die Stellung unserer Partei zu den anderen Parteien ausgesprochen haben. Wenn sich auch gezeigt hat, daß unsere Auffassungen nicht in allen Punkten von vornherein identisch waren, so glaube ich doch, daß die Aussprache gut war und daß sie von großem Nutzen sein wird für die weitere politische Arbeit, der wir alle miteinander verpflichtet sind. Ich danke Ihnen allen recht herzlich, vor allen Dingen dem Herrn Bundeskanzler. Damit können wir die Sitzung schließen.

Adenauer: Darf ich noch folgendes sagen: Es sind zwar, soweit ich sehe, keine Herren von Rheinland-Pfalz hier. (*Zuruf:* Doch, Herr Süsterhenn!) Ich habe Herrn Zimmer gebeten, sich um die CDU an der Saar besonders zu kümmern. Nach allen Nachrichten, die ich bekomme, geht das einfach mit dem Herrn Ney nicht mehr so weiter.

Herr Ney will keinen Ausschuß neben sich haben. Er will alles allein machen. Die ganze Arbeit der CDU geht nicht voran. Es ist mir berichtet worden, daß die SPD an der Saar schon eine Druckerei mit ein paar Rotationsmaschinen gekauft hat, um eine Tageszeitung herauszugeben. Sie ist an eine Regierungsstelle gegangen, um Geld dafür zu bekommen. Der Herr Ney will ein Käseblättchen drucken lassen in einer Druckerei seines Bruders. Das sind doch unmögliche Verhältnisse.

Ich möchte Sie, Herr Süsterhenn, dringend bitten, den Herren Zimmer und Altmeier zu sagen, sie möchten dem Herrn Ney einige Leute an die Seite stellen. So geht es nicht weiter. Er ist der Sache nicht gewachsen und duldet überhaupt keinen neben sich. Es ist aber Gefahr im Verzuge, denn sobald alle das Saarabkommen ratifiziert haben, können wir kein Geld mehr geben. Das ist bisher auch immer da verzögert worden. Die Sozialdemokraten sind x-mal lebendiger als die CDU an der Saar.

Tillmanns: Die Sitzung war bereits geschlossen. Soll nun noch weitergesprochen werden?

Kaiser: Es haben darüber Besprechungen stattgefunden. Wir müssen das mit in Kauf nehmen. Es wäre dazu noch einiges zu sagen. Aber so können wir den Ney nur ergänzen. Wir können ihn nicht abschießen.

Tillmanns: Gibt es eine neue Nachricht aus Niedersachsen?

Fricke: Ich bin angerufen worden. Die Information von Herrn Oberländer war verfrüht. Die Sitzung der Fraktion des BHE ist vor 20 Minuten zu Ende gegangen. Er hat behauptet, daß Herr Hellwege über die Einigung vom letzten Freitag Märchen erzählt habe. Man hat sich noch nicht geeinigt. Der Beschluß des BHE lautet: Die bisherigen Verhandlungen mit den drei Parteien CDU, DP und FDP werden so nicht akzeptiert, sondern es soll weiter verhandelt werden.

Adenauer: Ist die Mitteilung des Herrn Ripken[93], daß sie ein Zusammengehen mit der DRP ablehnen, richtig?

Fricke: Darüber wußte mein Gewährsmann nichts. Ich habe ihn verständigt, daß morgen die weitere Besprechung stattfinden soll und daß sich die Herren Oberländer und Hellwege einschalten.

Adenauer: Es kam eben, während ich oben war, die Mitteilung, daß die Fraktion des BHE eine Lösung mit der DRP abgelehnt habe. Man kann vielleicht zu gegebener Zeit in die Zeitung bringen, daß die SPD so etwas vorschlägt und daß es der BHE ablehnt, mit der Gesellschaft zusammenzugehen.

Tillmanns: Damit darf ich die Sitzung endgültig schließen.

8

Bonn, 3. Juni 1955

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, Blank, Cillien, Eplée, Fay, Gradl, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Krone, [von Lojewski], Majonica, Müller, [Pferdmenges], Scharnberg, Schröder, Simpfendörfer, Strickrodt, Strauß, Tillmanns, Wehking, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die politische Lage. Zusammenhang von Entspannung und Wiedervereinigung; Freiwilligengesetz. Abschließender Bericht der vom Vorstand eingesetzten Kommission über Änderung und Erweiterung des Parteistatuts. Organisatorische Aufgaben innerhalb der CDU; Parteifinanzierung, weltanschauliche Grundlagen; Parteitag.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 19.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Ich muß mich doch stellen, damit ich mich deutlich mache. Wenn ich müde bin, dann setze ich mich. Ich heiße Sie

93 In der Vorlage: Repgen(?). – Dr. Georg Ripken (1900–1962), 1951–1958 Ministerialdirektor und seit 1954 Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates bzw. des Bundesrates und der Länder, 1958–1961 MdB (bis 1960 DP, dann CDU).

zunächst herzlich willkommen. Ich habe den Auftrag, Ihnen von Herrn Dr. Seidel, dem Vorsitzenden der CSU, der gestern bei mir war, beste Grüße zu übermitteln. Er konnte leider nicht an unserer heutigen Sitzung teilnehmen, da er unbedingt nach München zurückfahren mußte.

Ich darf daran anknüpfend sofort folgendes sagen: Herr Seidel und ich stimmen darin überein, daß versucht werden muß, unbeschadet selbstverständlich der Selbständigkeit beider Parteien, eine konstante, nähere Fühlungnahme zwischen der CSU und der CDU herbeizuführen, und zwar nicht nur hier im Bundestag, sondern auch zwischen den Parteien als solche. Es muß natürlich dabei darauf geachtet werden, daß die CSU in Bayern niemals in den Verdacht kommen kann, daß sie mit uns Geschichten macht, die sich für eine bayerische Partei nicht gehören; denn Sie wissen ja, daß die Bayernpartei, der Konkurrent der CSU, sehr argwöhnisch darauf achtet, daß andere nicht das tun, was sie vielleicht gern einmal tun möchte. *(Heiterkeit.)* Unsere Tagesordnung enthält nicht viele, aber sehr wichtige Punkte. Ich soll Ihnen zunächst einen Bericht über die politische Lage geben. Um 13 Uhr soll das Mittagessen sein. Das ist aber ein kaltes Büfett, soviel ich unterrichtet bin, so daß Sie sich hier keinen falschen Erwartungen hingeben dürfen.

Ich möchte, wenn ich Ihnen jetzt einen Vortrag halte über die politische Situation, zunächst über die außenpolitische Lage, dann über die innenpolitische Lage und im Zusammenhang damit über die Vorbereitungen zur Bundestagswahl im Jahre 1957 sprechen.

Bericht über die politische Lage

Adenauer: Die Bewegung in der Außenpolitik, die sich schon abzeichnete, als wir am 2. Mai dieses Jahres hier zusammen waren, hat sich weiter fortgesetzt. Ich kann das stichwortartig belegen, indem ich zunächst auf Österreich hinweise. Die Sowjets haben nach unendlichen Verhandlungen auf der Berliner Konferenz, nachdem alle ihre Wünsche, die sie dort geäußert hatten, erfüllt waren, in bezug auf den österreichischen Staatsvertrag erklärt, daß sie diesen Staatsvertrag ohne eine Regelung der Deutschlandfrage nicht genehmigen würden. Plötzlich ist es dann anders gekommen, nicht ganz so, wie es im Interesse Europas und des europäischen Gedankens auch für uns wünschenswert gewesen wäre.

Aber ich will in keine Kritik eintreten, sondern möchte nur das eine sagen: Die Art und Weise, wie wir von Österreich behandelt worden sind, war alles andere als schön. Und es scheint – ich darf wohl auf Ihre Diskretion rechnen –, daß diese Art und Weise der Behandlung der Bundesrepublik Deutschland in Moskau vorher überlegt worden ist; ich meine jetzt das Eigentum der Deutschen.[1]

1 Der Staatsvertrag (Unterzeichnung am 15. Mai 1955) sah lt. Bulletin vom 18. Mai (S. 770) in seiner neuen Fassung einen Absatz 13 als Zusatz zu Art. 35 des früheren Entwurfs (jetzt

Sehr unangenehm ist es auch, und nach meiner Meinung gegen die historische Wahrheit, wenn Österreich die Sache so darstellt, als wenn es von uns vergewaltigt worden wäre und tatsächlich ein Recht auf Reparationen hätte. Das Wort ist tatsächlich von hohen österreichischen Regierungsmitgliedern ausgesprochen worden. Sie wissen ja, wie der Anschluß Österreichs vollzogen worden ist. Sie wissen, daß es weite Teile in Österreich gegeben hat, die nationalsozialistischer gewesen sind als irgendein Teil Deutschlands. Wenn man dort nun Anspruch auf Reparationen erhebt ... Die Gebeine Hitlers sind nicht aufzufinden, sonst würde ich anheimstellen, diese Gebeine Hitlers wieder in sein Heimatland zurückzuführen.

Wir halten uns in der ganzen Frage zunächst sehr zurück. Wir bemühen uns natürlich, die Rechte unserer deutschen Landsleute nach Möglichkeit zu wahren. Wieweit wir Erfolg haben werden, das läßt sich nicht überschauen. Ich habe die Ausführungen über das Verhältnis zu Österreich hier nur eingeschoben, um Ihnen darzulegen, wie die ganze außenpolitische Lage in Bewegung gekommen ist. Es ist wohl kein Zweifel möglich, daß von seiten Sowjetrußlands diese Neutralität Österreichs vorgeschlagen und dann akzeptiert worden ist, um hier bei uns in Deutschland ähnliche Gedanken und Ideen, die schon vorhanden waren, zu fördern, vielleicht auch, um solche Gedanken und Ideen zu fördern in anderen Teilen Europas und der Welt.

Ich möchte weiter anführen von dieser ganzen Kette von Ereignissen seit dem 26. Mai den Besuch der Russen in Jugoslawien.[2] Der Besuch war sehr groß aufgezogen. Er hatte wohl zum Ziel, Jugoslawien von der Seite der Westmächte wegzuziehen, eventuell auch wieder ein neues Beispiel über die Regelung der Deutschlandfrage zu schaffen. Nach dem Ergebnis, das veröffentlicht worden ist, wissen Sie, daß über die Deutschlandfrage gesprochen worden ist.[3] Jeder kann daraus lesen, was er will. Ich glaube aber, das eine sagen zu können, daß Tito die westliche Linie in keiner Weise verlassen hat. Die Russen haben es sehr dumm angefangen. Tito ist Regierungschef; die Russen haben aber zunächst bei der Ankunft Chruschtschow[4] vorgeschickt, der nicht Regierungschef ist, sondern er ist Chef der Kommunistischen Partei. Chruschtschow hat sich dann sofort auf das Radio gestürzt und in russischer Sprache eine donnernde Rede gehalten, in der er die Kommunisten Jugoslawiens aufgefordert hat, zusammen mit den Kommunisten der Sowjetunion vorzugehen, um den Völkern zu Segen, Heil und Frieden zu verhelfen.

Art. 22) vor, daß nunmehr Eigentum bis zum Wert von 260.000 Schilling an natürliche Personen zurückgegeben werden sollte, darüber hinausgehende Werte jedoch nicht. Dies hatte zu einem scharfen Protest des Auswärtigen Amtes in Wien und drei Noten an die Westmächte geführt (vgl. auch AdG 1955 S. 5177).

2 In der Vorlage: 2. Mai. – Vom 26. Mai bis 3. Juni. Texte in AdG 1955 S. 5187–5189.

3 Angesprochen wurde im Zusammenhang mit Rüstungskontrolle und kollektivem Sicherheitssystem eine „Lösung der Deutschlandfrage auf demokratischer Grundlage, die sowohl mit den Wünschen und den Interessen des deutschen Volkes als auch mit den Interessen der allgemeinen Sicherheit übereinstimmt ..." (EBD. S. 5188).

4 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Erster ZK-Sekretär und ab 1958 auch Ministerpräsident.

Nun müssen Sie wissen, daß in Jugoslawien ein Teil der Kommunistischen Partei auf dem Standpunkt steht, mit Rußland das zusammen zu machen. Und an diesen Teil hat sich Chruschtschow in nackten Worten gewandt. Tito hat daneben gestanden, bleich vor Wut. Er hat, als Chruschtschow nach seiner Rede eine serbische Übersetzung hervorzog, damit auch diese Rede in Serbisch verlesen wurde, das abgelehnt; er hat überhaupt kein Wort des Willkommens gesprochen und hat den Herrn Chruschtschow zum Wagen gebracht. Dann sind sie und die anderen in ihr Quartier gefahren.

Wie der ganze Verlauf gewesen ist, das können Sie am besten aus folgendem ersehen: Bei der Ankunft war Chruschtschow der Führer der sowjetrussischen Delegation; bei der Abfahrt war es Bulganin[5]. Chruschtschow war in den Hintergrund getreten. Die Russen haben nach den Berichten, die wir bekommen haben, in der plumpesten Weise versucht, dort Stimmung zu machen. So hat bei einem Bankett Bulganin den griechischen Botschafter darauf angesprochen, daß Rußland sein Christentum von Griechenland her bekommen habe. Alles in allem kann man wohl annehmen, daß die Reise der Sowjets nach Jugoslawien nicht den von ihnen gewünschten Erfolg gehabt hat.

Eine viel ernstere Angelegenheit ist die Frage der Bildung eines Gürtels von neutralen Staaten in Europa. Man kann nicht mit Sicherheit feststellen, wer zuerst diesen Gedanken in die Welt gesetzt hat. Der Gedanke birgt große Gefahren in sich. Die Gefahren waren um so größer, als der amerikanische Präsident in einer Pressekonferenz eine Äußerung tat über diesen Plan, der von seiner eigenen Regierung als mißverständlich bezeichnet worden ist. Wir haben selbstverständlich sofort die nötigen Schritte getan. Und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die amerikanische Regierung und sicher nunmehr auch Eisenhower den Gedanken absolut ablehnen.[6]

Aber der Gedanke hat zumindest in einem Teil der amerikanischen Öffentlichkeit und auch in einem ernst zu nehmenden Teil der amerikanischen Presse einen Widerhall gefunden, den man sich nur erklären kann 1. aus der verständlichen Unkenntnis der Dinge in Europa und 2. aus dem ebenfalls verständlichen Bestreben, nun irgendwie jetzt aus diesen Dingen herauszukommen. Wenn Sie sich vorstellen, daß dieser neutrale Gürtel, bei Norwegen anfangend und hinunterreichend bis nach Griechenland, alles umfassen würde, was da liegt, auch wenn einige kommunistisch regierte Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei dabei wären – das würde keinen Unterschied machen –, dann bliebe von Europa noch übrig: Italien, Frankreich und Spanien. England kann man in diesem Sinne nicht zu Europa rechnen. Dann wäre folgendes erreicht: Die Europapolitik wäre vollkommen ausradiert, mit der Wurzel entfernt. Es wäre weiter

5 Nikolai Alexandrowitsch Bulganin (1895–1975), sowjetischer Politiker; 1918–1922 Tscheka und bis 1939 im Obersten Volkswirtschaftsrat, 1952–1955 Verteidigungsminister, 1955–1958 Ministerpräsident.

6 Wortlaut der Erklärung Eisenhowers in AdG 1955 S. 5178, dort (S. 5179) weitere Stellungnahmen. Vgl. auch ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 442–446.

den doch sehr starken kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien größte Unterstützung gegeben, um irgendwie auch an diesen Gürtel heranzukommen oder die Herrschaft dort zu erreichen.

Sie wissen, daß Mendès-France den Kampf um die Wahl zur Nationalversammlung im April des nächsten Jahres unter der Devise führen wird: La nouvelle gauche! – die neue Linke –, mit anderen Worten: eine Wiederholung der Volksfront. Man will nur das Wort „Volksfront" vermeiden. Man würde also diesen Tendenzen auch einen großen Auftrieb gegeben haben. Der Koloß Sowjetrußland würde daneben liegen mit seiner großen Kraft und Stärke. Und diese neutralisierten Staaten würden mit tödlicher Sicherheit wie auch die anderen Länder in absehbarer Zeit in die russische Atmosphäre hineinkommen. Damit hätte Sowjetrußland das erreicht, was ja immer das Ziel seiner Politik gewesen ist. Es würde einmal Amerika aus Europa entfernt haben, und zweitens würde es durch die Beherrschung des wirtschaftlichen und des kriegswirtschaftlichen Potentials von Westeuropa ein Kriegspotential erreicht haben, das dem der Vereinigten Staaten bedenklich nahegekommen wäre. Damit hätte es durch die Schaffung eines solchen Gürtels genau das Gegenteil von dem in der Welt erreicht, was wir wollen, nämlich Verständigung und Friede.

Das Ergebnis würde dann sein, daß sich die beiden Riesenmächte, die Vereinigten Staaten auf der einen und Sowjetrußland auf der anderen Seite, allein gegenübergestanden hätten. Das würde nach meiner Überzeugung in absehbarer Zeit sicher zu einem Zusammenstoß und zu einer Katastrophe geführt haben. Der Gedanke ist aber nicht tot; doch haben ihm – Gott sei Dank – alle Parteien in Deutschland lebhaft widersprochen, auch Herr Ollenhauer.[7] Ich verrate vielen von Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß in einer bewegten Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei – ich will mich jetzt sehr vorsichtig ausdrücken – Herr Ollenhauer mit diesem Entgegentreten gegen den Gedanken keinen ungeteilten Beifall gefunden hat; er ist im Gegenteil deswegen sehr heftig angegriffen worden.

Ich wiederhole, der Gedanke ist noch nicht tot. Er wird sicher wieder im Verlauf der Konferenzen, die wir erwarten[8], wieder in das Gespräch von Sowjetrußland oder von irgendeinem hineinlanciert werden. Das kann man jetzt noch nicht genau sagen. Für uns Deutsche birgt der Gedanke die denkbar größte, ja eine tödliche Gefahr in sich. Daher muß unsere Partei und auch die gesamte deutsche Öffentlichkeit sehr achtsam auf alles aufpassen, was eventuell nach dieser Richtung vorgebracht werden wird.

---

7 Ollenhauer hatte sich am 22. Mai in Mülheim entschieden gegen eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen (vgl. „Die Welt" vom 23. Mai 1955); vgl. Hans-Erich Volkmann: Die sozialdemokratische innerparteiliche Diskussion über Sicherheit, Entspannung und deutsche Einheit (1953–1955). In: Thoss/Volkmann S. 153–177.

8 Anspielung auf die für den 17.–23. Juli in Genf vorgesehene Konferenz der vier Hauptsiegermächte. – Vgl. Renata Fritsch-Bournazel: Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz von 1955. In: Thoss/Volkmann S. 71–91.

Ich versichere Ihnen, daß ich sehr sorgenvolle Tage gehabt habe, als plötzlich der Gedanke auch in der Pressekonferenz von Eisenhower auftauchte. Auch da muß ich mich vorsichtig ausdrücken. Wenn ich es richtig behalten habe, dann hat Eisenhower diese Äußerung getan aufgrund einer Anfrage des Berichterstatters von „Le Monde". Und „Le Monde" ist nicht gerade ein Blatt, das ein freies und starkes Deutschland wünscht.

Meine Damen und Herren! Die weiteren Ereignisse auf außenpolitischem Gebiet, die Ihnen zeigen, wie alles in Bewegung gekommen ist, waren die Konferenzen in Paris. In Paris sind in Wirklichkeit mehrere Konferenzen nebeneinander abgewickelt worden; zunächst eine Konferenz der Westeuropäischen Union. Sie begann des Samstags.[9] Man traf des Samstags abends um einhalb 11 Uhr ein, war aber nicht zu tief in der Nacht zu Ende, und zwar in voller Einmütigkeit. Die Westeuropäische Union hat sich konstituiert. Es ist eine Reihe von Ämterbesetzungen vorgenommen worden. Es hat dann am letzten Tage noch eine Konferenz der Westeuropäischen Union in Paris stattgefunden, bei der die Saarfrage das Thema war.[10] Zunächst hat die Westeuropäische Union dort beschlossen, die Rechte und die Pflichten, die sich aus dem Saarabkommen für die Westeuropäische Union ergeben, zu übernehmen. Es sind dann zwei Fragen, die zwischen Frankreich und uns noch sehr strittig waren, gelöst worden, und zwar in unserem Sinne. Das eine betraf die Stellung des Saarkommissars, und bei der anderen Frage handelte es sich um die Ausgewiesenen. (*Zuruf:* Graukärtler!)

In der Frage der Ausgewiesenen ist es mir gelungen, durch den Hinweis auf den Osten und auf die Konsequenzen, die sich aus einer Abstimmung an der Saar – die dem Wunsch Frankreichs entsprach – für etwa notwendig werdende Abstimmungen im Osten ergeben würden, etwas zu erreichen. Wenn man so verführe, wie das Frankreich und insbesondere die Saar wollten, dann würden in Zukünft zu erwartende Abstimmungen im Osten höchstwahrscheinlich nach demselben Schema abgehalten. Das wäre für Deutschland verheerend gewesen. Diese meine Ausführungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß dann der deutsche Vorschlag einstimmig angenommen worden ist, und zwar entgegen dem Verlangen der Saar, die natürlich in der Westeuropäischen Union keinen Vertreter hatte. Aber er war offenbar im Quai d'Orsay. Ein Herr lief fortwährend von dem Tisch, an dem wir saßen, heraus und kam wieder zurück und flüsterte den französischen Herren etwas ins Ohr und gab so der ganzen Sitzung der Westeuropäischen Union, die sich mit der Saarfrage beschäftigte, etwas Unruhiges.

Auch die Frage des Saarkommissars ist in unserem Sinne geregelt worden, wenn auch in einer etwas anderen Form. Der Saarkommissar hat in einigen dringenden Fällen das Recht, auch zu verlangen, daß von ihm als nicht für richtig und nicht mit

9 7. Mai 1955. – Kommuniqué in BULLETIN vom 10. Mai 1955 S. 718; vgl. auch AdG 1955 S. 5150.

10 11. Mai 1955. – Text der Beschlüsse über die Durchführung des Saarabkommens in AdG 1955 S. 5157f. Vgl. SCHMIDT 3 S. 159–164.

dem Saarstatut als vereinbar anzusehende Maßnahmen – auch wenn sie gesetzlicher Natur sind – gestoppt werden und dann der Ministerrat der Westeuropäischen Union von der Saarregierung angerufen werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß jetzt eine Beruhigung an der Saar eintreten wird. Ich möchte bei der Gelegenheit doch feststellen – Herr Altmeier ist drüben noch festgehalten[11], er wird aber sicher meine Ausführungen bestätigen –, daß im Wahlkampf Rheinland-Pfalz die Saarfrage wirklich keine entscheidende Rolle gespielt hat, sondern der glänzende Wahlerfolg, den unsere Partei in Rheinland-Pfalz errungen hat[12], ist zurückzuführen auf die allgemeine Politik, die im Bund von unserer Partei geführt worden ist, und auf die ausgezeichnete Arbeit, die von der unter der Führung der CDU stehenden letzten Regierung von Rheinland-Pfalz im Lande selbst getrieben wurde.

Meine Damen und Herren! In Paris war dann eine Konferenz der NATO, in die Deutschland aufgenommen worden ist.[13] Darüber haben Sie in der Presse genug gelesen. Ich möchte hier nur sagen, daß die Aufnahme, die ich als deutscher Vertreter gefunden habe, sehr herzlich und ehrenvoll gewesen ist. In einer anschließenden geheimen Sitzung der NATO wurde dann ein sehr klares Bild gegeben über die Weltlage überhaupt und auch über die Lage in Asien. Die NATO begrenzt sich auf den Nordatlantik, aber die Dinge in der ganzen Welt hängen doch so zusammen, daß man die Streitfragen im Raume des Nordatlantik nicht behandeln kann, ohne gleichzeitig auch die Dinge zu berücksichtigen, die in Asien vor sich gehen.

Aus einem umfangreichen Vortrag von Herrn Dulles hatte jeder den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten absolut, soweit es irgend möglich ist, den Frieden gewahrt wissen wollen. Der Vortrag von Herrn Dulles wurde ergänzt durch einen Vortrag des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Türkei über die Konferenz in Bandung[14], auf der er als Teilnehmer gewesen ist. Dieser Bericht war insofern höchst aufschlußreich, als er sehr klar zum Ausdruck brachte, daß Sowjetrußland keineswegs Asien hinter sich hat und daß die Vorstellungen, die wir hier im Westen darüber haben – auch Leute, die unterrichtet sind oder sein müßten, wie Politiker und Diplomaten –, wonach Sowjetrußland die Vormacht Asiens sei, falsch sind.

Ich darf Sie daran erinnern, daß von den dort vertretenen 27 Staaten 13 den Antrag eingebracht haben, in dem sie den Sowjetrussen einen neuen Kolonialismus vorwarfen, und daß dieser Antrag einstimmig, auch mit den Stimmen Rotchinas, angenommen worden ist, wie überhaupt der Tschou En-Lai auf dieser Konferenz so an die Seite gedrückt worden ist von den anderen, daß er sich als ein ungewöhnlich friedliebender und sehr bescheidener Mensch gegeben hat. Wie lange das andauern wird, das ist

11 Um 11 Uhr tagte der Sicherheitsausschuß des Bundesrates (TERMINKALENDER).

12 Vgl. Nr. 7 Anm. 11.

13 Vom 9. bis 11. Mai 1955 (vgl. AdG 1955 S. 5156f.).

14 Vom 18. bis 24. April 1955 (vgl. Nr. 7 Anm. 27). – Stv. Ministerpräsident der Türkei war vom 17. Mai 1954 bis 26. Mai 1955 Fatin Rüstü Zorlu (1910–1961).

eine Frage für sich. Aber wichtig ist für uns, wenn wir die Verhältnisse in Europa betrachten, daß keineswegs die Annahme gerechtfertigt ist, daß Sowjetrußland die asiatische Vormacht sei, die die ungeheuren Menschenmassen in Asien hinter sich habe.

Das ist mir auch bestätigt worden durch den thailändischen Ministerpräsidenten, der vor kurzem hier war[15], der einen vorzüglichen Eindruck machte, ein absoluter Antikommunist, der in sich vereinigt eine Reihe von Ämtern. Dagegen bin ich, obgleich ich z.Z. noch zwei Ämter habe, ein Waisenknabe. Er ist Ministerpräsident, Feldmarschall, Großadmiral und Kultusminister! *(Heiterkeit.)* Er ist ein ungewöhnlich sympathischer Mann und eine sympathische Erscheinung.

Ich kehre zurück zu dem ernsten Thema: Sowjetrußland. Eine weitere Konferenz in Paris beschäftigte sich dann mit der Vorbereitung zur Viererkonferenz, d.h. mit der Frage, ob man Sowjetrußland zu einer solchen Konferenz einladen soll. An der Besprechung der drei westlichen Außenminister – des amerikanischen, des französischen und des britischen – habe ich teilgenommen, und zwar im Gegensatz zu früher, wo wir nur konsultiert, d.h. gefragt wurden, wenn Beschlüsse zu fassen waren, ob wir damit einverstanden seien.[16] Diesmal wurde ich von vornherein beigezogen und konnte sehr frei, unbefangen und offen meine Meinung sagen. Übereinstimmend war man der Auffassung, daß man eine solche Einladung an Sowjetrußland ergehen lassen solle. Dabei waren zwei Gründe entscheidend, einmal, daß nunmehr durch den Abschluß der Pariser Verträge und durch die Aufnahme Deutschlands in die NATO sowie durch die Konstituierung der Westeuropäischen Union die Einigkeit des Westens hergestellt sei – ich darf nachher über die Einigkeit des Westens noch ein Wort sagen –, und zweitens der Gesichtspunkt, daß Sowjetrußland sich z.Z., ich will nicht sagen in einem Zustand der Schwäche befindet, das würde vielleicht zu weit gehen, aber jedenfalls nicht mehr in der Überlegenheit gegenüber dem Westen befindet, wie das noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen ist.

Es zeigen sich aber in der Sowjetunion augenscheinlich Zeichen einer gewissen inneren Schwäche. Zunächst ist der Kampf in Sowjetrußland darüber, wer schließlich der Übrigbleibende ist von den jetzigen Machthabern, noch keineswegs ausgefochten. Ein kleines, aber klares Beispiel habe ich eben angeführt. Chruschtschow kam als der Führer der großen Delegation nach Belgrad, und die große Delegation reiste dann ab unter der Führung von Bulganin.

Der zweite Grund ist die ernste landwirtschaftliche Krise, in der sich Sowjetrußland nach wie vor befindet. Chruschtschow – ich kann Ihnen das sehr einwandfrei sagen – behauptet, daß die landwirtschaftliche Krise in Sowjetrußland nicht etwa auf einem Mangel an Getreide beruhe, aber sie beruhe auf einem Mangel an Vieh. Das Bestreben der sowjetrussischen Landwirtschaft müsse sein, durch eine Steigerung

15 Marschall Luang Pibul Songgram (1897–1964), 1948–1957 (Sturz) Ministerpräsident, war vom 26. bis 28. Mai in Bonn gewesen.

16 Einladung vom 11. Mai (vgl. AdG 1955 S. 5156; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 440f.).

der Getreideernte auch eine Erhöhung des Viehbestandes zu erreichen. Sie wissen, das Vieh ist ein unbedingt notwendiger Bestandteil der gesamten Landwirtschaft und natürlich auch das Fleisch des Viehs ein unentbehrliches Nahrungsmittel. In den Gebieten dort kann man keine Ernte – auch keine Körnerernte – auf die Dauer hochhalten, wenn kein Vieh da ist.

Chruschtschow hat öffentlich erklärt, daß der Viehbestand in Sowjetrußland z.Z. etwas geringer sei, als er im Jahre 1928 gewesen ist; das bedeutet also: vor 27 Jahren.[17] Die Ursache ist, daß man eben die Bauern weggeholt hat, daß man Staatsbetriebe – die großen Kolchosen – angelegt und anscheinend an diese Fragen nicht gedacht hat. Weil diese Mängel in der landwirtschaftlichen Produktion auf einer strukturellen Grundlage beruhen, die sich nicht in ein, zwei oder drei Jahren beheben lassen, so wird Sowjetrußland voraussichtlich auf längere Jahre hinaus mit sehr schweren landwirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen haben. Die Ernährung seiner Bevölkerung ist nicht sichergestellt. In der Tschechoslowakei müssen schauderhafte Verhältnisse herrschen in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung. In Polen ist es so, daß die Bauern vielfach nur so viel Land bebauen, als nötig ist, damit sie und ihre Familie leben können. In der Sowjetzone sieht es, von besonders bevorzugten Intellektuellen, Künstlern und leitenden industriellen Persönlichkeiten abgesehen, ebenfalls sehr schlecht aus und in Sowjetrußland selbst auch. Also, das ist ein Zeichen der Schwäche Sowjetrußlands.

Es kommt hinzu, daß Sowjetrußland es nun unternommen hat, bei der Aufrüstung Amerika gleichwertig zu werden. Dazu gehört aber, namentlich bei der Aufrüstung in Atomwaffen, eine so ungeheure Geldsumme, daß Sowjetrußland das einfach nicht aufbringen kann. Endlich ist Sowjetrußland gegenüber Rotchina Verpflichtungen eingegangen, wie Lieferungen von industriellen Gütern usw., die zu erfüllen es ebenfalls nicht in der Lage ist. Es handelt sich also bei der Schwäche Sowjetrußlands nicht etwa – darüber müssen wir uns klar sein – um innenpolitische Gegensätze gegenüber dem Regime, obwohl diese auch vorhanden sind; denn nicht umsonst sind etwa 25 Millionen Russen in Konzentrationslagern.

Von den zwölf deutschen Journalisten, die jetzt nach Moskau unterwegs sind oder in einigen Tagen abfahren, haben nur zwei mit der Bundesregierung vorher Fühlung genommen. Sie fahren einfach wild drauflos. Ich bin davon überzeugt, man wird ihnen das zeigen, was man den Vertretern illustrierter Zeitungen gezeigt hat: einige neue Gebäude usw. Man führt Volksgruppen vor, die tanzen und ein Picknick machen. Und dann fahren sie nach Hause in der Meinung, es sähe in Sowjetrußland nicht so schlecht und schlimm aus. Aber es sieht wohl schlimm aus. Diese innere Schwäche Sowjetrußlands – Stärke und Schwäche bei einander gegenüberstehenden Partnern sind immer relativ, je stärker der eine ist, um so schwächer ist der andere – wird erhöht durch die Geschlossenheit der freien Völker des Westens, die jetzt

17 Chruschtschow hatte bereits am 25. Januar 1955 „ein bedenkliches Zurückbleiben einer Reihe von landwirtschaftlichen Produktionszweigen" kritisiert (vgl. AdG 1955 S. 5000f.).

hergestellt ist. Also, dieses Moment schafft, soweit man das überhaupt beurteilen kann, eine günstige Atmosphäre, jedenfalls günstiger, als sie bisher gewesen ist, für Konferenzen.

Nun war man sich in Paris darüber klar, daß alle diese Spannungen auf der Erde in einem inneren Zusammenhang miteinander stünden und daß es deswegen nicht richtig sei, eine Konferenz lediglich mit der Tagesordnung „Wiederherstellung der deutschen Einheit" zu veranstalten. Man war der Meinung, daß eine solche Konferenz absolut negativ verlaufen würde. Man hielt es für richtiger, zunächst keine bestimmte Tagesordnung aufzustellen. Man würde es aber begrüßen, wenn sich diese Konferenz überhaupt mit den großen Fragen befassen würde, auch wenn sie nötigenfalls ein bis zwei Jahre dauern sollte. Erschrecken Sie nicht, meine Herren, vor diesem Wort: wenn sie nötigenfalls ein bis zwei Jahre dauern sollte. Die Ordnung in der Welt ist sehr leicht und sehr schnell kaputtgeschlagen worden. Die Unordnung hat sehr lange gedauert, ja, sie dauert noch an.

Jetzt schreiben wir das Jahr 1955, und die Dinge haben sich verhärtet und gefestigt. Die Gefahren sind größer geworden. Sie wieder zu beseitigen und die Dinge zu ordnen, das ist eine sehr schwere Arbeit, die viel Geduld, viel Kenntnisse, viel Fähigkeiten und viel Zeit erfordern. Wenn es gelingt, einen ergebnislosen Verlauf der Konferenz zu verhindern, also einen Abbruch der Verhandlungen – wie es leider bei der Berliner Konferenz geschehen ist – zu verhüten, dann steigen damit die Aussichten, daß letzten Endes doch Ergebnisse im Wege der Verhandlungen gezeitigt werden. Drängen hat daher gar keinen Zweck, sondern man muß – ich kann das nur immer wieder unterstreichen – viel Geduld, viel Klugheit und Ausdauer aufbieten und darf keine Ungeduld verraten, weil man nur so hoffen kann, dann doch zu einem Ergebnis zu kommen.

Auch hat eine solch lange Dauer einer Konferenz den Vorteil, daß während dieser Zeit nichts Unerwartetes passieren wird. Wenn eine solche Konferenz oder mehrere Konferenzen mit ihren Verästelungen usw., die einander folgen, ein Jahr oder zwei Jahre dauern sollten, dann wird während dieser Zeit kein Krieg ausbrechen. Das bringt ebenfalls wieder eine Entspannung. Ein Moment habe ich noch nicht angeführt, das ganz sicher geeignet ist, die Erfolgsaussichten einer solchen Konferenz zu erhöhen: das ist die Wasserstoffbombe. Die Wasserstoffbombe ist ein so scheußliches Instrument der Kriegsführung, daß sich wohl auch die Russen darüber klar sind, wenn irgend möglich zu versuchen, ehe zu diesem letzten Mittel gegriffen wird, in irgendeiner Form eine Entspannung in der Welt herbeizuführen.

Wenn Sie sich vorstellen, daß mit einer einzigen Wasserstoffbombe eine so große Stadt wie New York völlig erledigt werden kann, nicht in dem Sinne, daß durch die Gewalt der entstehenden Kräfte alles eingerissen wird, wohl aber dadurch, daß durch radioaktive Strahlen jedes organische Leben getötet wird, dann haben Sie vielleicht einen kleinen Begriff von der Furchtbarkeit, die in der Entwicklung dieser modernen Waffen liegt. Zweifellos sind die Vereinigten Staaten Sowjetrußland überlegen, und zwar sowohl in der Herstellung wie auch im Transport dieser Bombe. Die Frage des

Transports spielt bei dieser Bombe eine solche Rolle, daß kein Mensch sagen kann, ob Sowjetrußland den Vorsprung der Vereinigten Staaten jemals einholen wird. Man kann nicht wissen, ob sie die dazu erforderlichen wirtschaftlichen Kräfte aufbringen. Man kann auch nicht wissen, ob Amerika seinerseits weitere Entwicklungen vornimmt, die nun das Nachholen der Sowjetunion doch nicht zum Ziele kommen lassen. Jedenfalls ist die Furchtbarkeit dieser Waffen dazu angetan, die Verantwortlichen aller Länder doch dazu zu bringen, wenigstens den Versuch zu machen, zu einer Abrüstung zu kommen.

Solche Abkommen sind gut und wohl, aber Papier ist Papier und bleibt auch Papier. Ich bin der Auffassung, daß nur eine kontrollierte Abrüstung wirklich der Welt Entspannung und sie dem Frieden näher bringen kann. Mein Hauptanliegen, wenn ich demnächst in den Vereinigten Staaten bin, wird sein, dafür einzutreten, daß diese Frage nun einmal in Angriff genommen wird durch ein Gespräch zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Gespräche über Abrüstung sind geführt worden in den UNO-Kommissionen. Das ist gut und wohl, aber die beiden wirklichen Weltmächte, die über Krieg und Frieden auf der Erde entscheiden, das sind doch die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Wenn es möglich wäre, daß beide Staaten einen ernsthaften Schritt für die Abrüstung tun, dann müßte es für die anderen leicht sein, ohne weiteres nachzufolgen. Dann kann man auch, basierend auf der Abrüstung, Sicherheitssysteme machen.

Nach meiner festen Überzeugung ist die Frage einer wirklich kontrollierten Abrüstung bei der Entwicklung, die die Waffentechnik genommen hat, das entscheidende Moment für die Frage, ob wir in der Welt zum Frieden kommen oder nicht. Wir haben heute vor acht Tagen eine Bundestagsverhandlung gehabt aufgrund eines Antrages der Sozialdemokraten.[18] Die Bundestagsverhandlung ist – da hat die Presse recht – in gewisser Hinsicht nicht so scharf verlaufen wie frühere Bundestagsverhandlungen, aber im Grunde genommen hat sie ein erschütterndes Ergebnis gehabt. Der Antrag der Sozialdemokraten, den ich namentlich auch unseren Parteifreunden draußen im Lande immer wieder zur genauen Durchsicht empfehlen kann, ging – kurz gesagt – dahin, die Pariser Verträge auf Eis zu legen und nichts mehr zu tun. Mancher von uns hatte gehofft, daß sich, wenn die Pariser Verträge einmal Rechtens geworden wären, die Sozialdemokratie dann auf den Boden der Tatsachen gestellt haben würde und daß die Sozialdemokratie dann, auf dem Boden der Tatsachen stehend, mit der Regierungskoalition zusammen versucht hätte, gute Arbeit zur Sicherung des Friedens zu leisten. Diese Hoffnung ist gründlich zerstört worden durch den Antrag der Sozialdemokraten, der nach meiner Meinung in unserer künftigen Propaganda eine sehr große Rolle spielen muß.

---

18 Am 27. Mai 1955. – Sten.Ber. 2.WP Bd.24 S. 4593–4634; Antrag der SPD (BT-Drs. 1370) S. 4629.

Wie die Sozialdemokratie eingestellt ist, das hat sich auch bei der Frage des Staatssekretärs für das Wehrministerium gezeigt.[19] Darüber hat allerhand in der Presse gestanden, was nur zum Teil richtig ist. Lassen Sie mich deswegen diese Frage hier, weil sie so bezeichnend ist für den inneren Zusammenhang der Sozialdemokratie, auseinandersetzen. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß unter keinen Umständen mehr der Zustand eintreten darf, wie er vor 1914 und auch noch in etwa in der Weimarer Republik war und dann später bei den Nazis gewesen ist, daß das Militär zu entscheiden hatte und nicht das Zivile, daß das Militär die Politik bestimmt und nicht das Zivile. Das zu verhindern, müßte nach meiner Meinung ein gemeinsames Anliegen aller demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, einschließlich der Sozialdemokratie, sein.

Nun kann man der Sozialdemokratie nicht zumuten, daß sie sich etwa mit einem Staatssekretär an dieser Regierung beteiligen soll. Daran hat auch kein Mensch gedacht. Ich war nur bei meinen Überlegungen auf den Gedanken gekommen, ob es nicht möglich sei, den früheren Senator von Hamburg, Herrn Dudek, der manchen von Ihnen bekannt ist, der einen ausgezeichneten Ruf genießt und schon unter Noske beim Aufbau der Wehrmacht beteiligt war, für dieses Amt zu gewinnen. Ich habe dann mit Herrn Dudek – ich selbst habe nicht mit ihm gesprochen – sprechen lassen, ob er dazu bereit sei. Herr Dudek hat erklärt: mit Freuden, aber der Bundeskanzler muß mir die Genehmigung meiner Partei verschaffen. Ich habe Herrn Dudek antworten lassen: das mußt du tun. Ich kann dir doch nicht die Genehmigung deiner Partei verschaffen. Danach sprach mich eines Tages Herr Ollenhauer bei einem Empfang hier an und bat mich, ich möchte doch davon absehen, es sei für sie unmöglich, einem Sozialdemokraten zu gestatten, diesen Posten des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium zu übernehmen.

Ich habe ihn auf die Bedeutung aufmerksam gemacht, die der Wiederaufbau der Wehrmacht für alle demokratischen Parteien und weit darüber hinaus für Deutschland auf lange Jahre hinaus haben werde. Ich verlangte von ihm nicht, daß sie sich an der Regierungsarbeit beteiligten, sondern sie sollten nur einem Manne, der willens sei, diese Arbeit zu übernehmen, das nicht verbieten. Er möge das mit seinen Freunden noch einmal überlegen. Später sagte er mir, er habe das getan, aber es sei für sie unmöglich.

Halten Sie bitte diese beiden Fakten zusammen, einmal den Antrag, die Pariser Verträge zu stoppen, und zweitens, einem Sozialisten betont zu verbieten, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Halten Sie weiter damit zusammen die Entwicklung in den Gewerkschaften. Dann werden Sie mir darin recht geben, daß erst ein großer Reinigungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie erfolgen muß, ehe man sagen kann, die Sozialdemokratie ist eine demokratische Partei, die um ihre Ideale kämpft, die die Rechte, die eine Mehrheit hat, anerkennt, und der der Staat höher als die Partei steht. Insofern hat die Bundestagsdebatte vor acht Tagen enttäuschend, aber klärend

19 Vgl. Nr. 7 Anm. 67.

gewirkt. Das ist auch nicht ohne Eindruck geblieben bei der Freien Demokratischen Partei, die immer darauf aus war, zur Sozialdemokratie Brücken zu schlagen. Einer der maßgebenden Leute innerhalb der Freien Demokratischen Partei hat in meiner Gegenwart erklärt, dieses Kapitel sei für sie nach dem Antrag der Sozialdemokraten in der Bundestagsverhandlung jetzt abgeschlossen. Sie sähen ein, daß es unmöglich sei, die Sozialdemokratie für eine aufbauende Arbeit zu bekommen.

Ich hatte mir noch notiert „Einigkeit des Westens". Es werden jetzt im Bundesrat die Wehrgesetze beraten werden. Ich muß Ihnen erklären, wie wir dazu gekommen sind, ein nur wenige Artikel enthaltendes Gesetz voranzuschicken, das sich mit der Einziehung von Freiwilligen beschäftigt. Ich habe eben schon gesagt, daß wir doch alle auf dem Standpunkt stehen, daß eine künftige Wehrmacht in Deutschland nicht die Dominante sein soll, sondern das Zivile. Das bedingt, daß das Wehrgesetz, aufgrund dessen die Leute eingezogen werden können, mit großer Sorgfalt und Klugheit aufgestellt und beraten werden muß. Nach der Zeitkalkulation, die wir aufgestellt haben, würde der früheste Termin, zu dem diese Wehrgesetze verabschiedet sein würden, der 31. März des nächsten Jahres sein. Es ist ein ganzes Knäuel von Wehrgesetzen. Also, es würde höchstwahrscheinlich der 31. März 1956 herangekommen sein, ohne daß wir irgend etwas getan hätten, um die Pariser Verträge aus dem Papier in die Wirklichkeit zu transponieren. Dabei werden wir von den anderen Ländern immer wieder gebeten, doch gerade im Interesse der kommenden Viererkonferenz so schnell wie möglich voranzugehen, damit diese Übersetzung der Verträge aus dem Papier in den Zustand des Lebens erfolgt. Das ist der Grund, warum wir uns entschlossen haben, ein Gesetz als Vorläufer gewissermaßen der ganzen Gesetzgebung dem Bundesrat zugehen zu lassen, das sich mit der Einziehung von Freiwilligen befaßt.[20]

Ein Wort zu den Freiwilligen. Man kann keine Wehrmacht mit jungen Rekruten aufbauen. Jeder von Ihnen, der gedient hat, wird mir das ohne weiteres bejahen. Sie wissen, daß ich nicht gedient habe, aber ich lerne – und das ist mein gutes Recht – allerhand davon. In Parenthese vermerkt: Die Schwierigkeiten sind doch viel größer, als ich mir das jemals vorgestellt habe. Zehn Jahre sind es jetzt her, seitdem die Wehrmacht zertrümmert worden ist. In diesen zehn Jahren hat die ganze Waffentechnik solche Fortschritte gemacht, daß unsere besten Offiziere und Unteroffiziere gar nicht in der Lage sind, mit den neuen Waffen überhaupt umzugehen. Das müssen die alles noch lernen. Und um das zu erlernen, gehört mindestens ein Jahr. Manche sprechen von zwei Jahren. Man kann aber ohne solche Leute, die das Handwerk verstehen, keine jungen Leute einziehen, sonst ist das Ganze nachher ein Haufen, der einfach durcheinandergeht. Man muß also unter allen Umständen mit Freiwilligen-Kaders anfangen, die auch die neuen Waffen kennenlernen müssen. Wenn sie die neuen Waffen kennengelernt haben, dann erst kann man überhaupt daran

20 Vorlage der Bundesregierung für den Bundesrat vom 28. Mai 1955 (BR-Drs. Nr. 172/55), beraten am 10. Juni 1955 (BR Sten.Ber. 1955 S. 134–141).

denken, junge Leute im wehrpflichtigen Alter einzuziehen. Es müssen also unter allen Umständen Freiwillige eingezogen werden.

Damit wollen wir jetzt aufgrund dieses Gesetzes beginnen, das, wie ich zu meinem Bedauern höre, im Bundesrat Schwierigkeiten macht. Ich hoffe – die Herren Arnold und Johnen werden nachher hierherkommen –, daß es Nordrhein-Westfalen gelingen wird, juristische Bedenken dagegen, die von den Herren Amelunxen[21] und Bleibtreu[22] im Rechtsausschuß des Bundesrates vertreten wurden, zu beseitigen. Herr Amelunxen ist überzeugter Pazifist. Herrn Amelunxen in allen Ehren, aber Herrn Amelunxen irgendwie einmal davon zu überzeugen, daß seine Meinung nicht richtig ist, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Herr Bleibtreu ist ein hundertprozentiger Sozialist. Das wissen Sie auch. Ich muß sagen, es ist eigentlich sehr schmerzlich, daß gerade von den Vertretern Nordrhein-Westfalens im Rechtsausschuß des Bundesrates – natürlich auch von den Vertretern Hessens, die tun es selbstverständlich auch – Schwierigkeiten wegen juristischer Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit der Länder und ähnliche Geschichten gemacht werden, während uns das Feuer geradezu auf den Nägeln brennt. Das bedeutet doch, gelinde gesagt, eine solche Unkenntnis gegenüber der Lage in der Welt, daß man das von so hohen Funktionären eines Landes wie Nordrhein-Westfalen schlechterdings kaum verstehen kann.

Damit Sie wissen, um welch „immensen" Faktor es sich bei diesem Freiwilligen-Gesetz handelt, will ich Ihnen sagen, Herr Blank wird froh sein, wenn es gelingt, bis zum 31. März des nächsten Jahres 8.000 bis 10.000 Freiwillige fix und fertig zu haben. Aber dann haben wir wenigstens angefangen. Auch aus folgendem Grund müssen wir handeln. Glauben Sie mir das eine: Ein Staat, der waffenlos ist, ist bei allen Konferenzen ein Staat der Klasse B, auch bei wirtschaftlichen Verhandlungen ein Staat der Klasse B. Es gehört nun einmal zum Wesen eines Staates, daß er auch diese Wehrhoheit hat und daß er von ihr Gebrauch macht. Sonst gilt er eben nichts.

Ein weiteres Moment! Im April des nächsten Jahres sind in Frankreich Wahlen zur Nationalversammlung. Diese Wahlen zur Nationalversammlung werden auf der einen Seite von Herrn Mendès-France mit der ganzen Wucht, die in ihm wohnt, vorbereitet und mit Gerissenheit geführt unter der Überschrift „La nouvelle gauche" – Die neue Linke. Das Wort „Volksfront" will man vermeiden. Wenn Sie sich vorstellen, daß diese von Mendès-France geführte Wahlkampagne zu einer Mehrheit im neuen französischen Parlament führen würde und wir hätten dann überhaupt noch nicht angefangen mit der Arbeit aufgrund der Pariser Verträge – d.h., unsere Arbeit würde

21 Dr. Rudolf Amelunxen (1888–1969), 1926–1932 Regierungspräsident in Münster, 1945/46 Oberpräsident von Westfalen (Deutsche Zentrumspartei), 1946/47 Ministerpräsident von NW, 1947–1950 Sozialminister, 1950–1958 Justizminister. Vgl. Clemens Amelunxen: Vierzig Jahre Dienst am sozialen Rechtsstaat. Rudolf Amelunxen zum 100. Geburtstag. Portrait eines Demokraten. Berlin 1988.

22 Otto Bleibtreu (1904–1959), 1948–1956 Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär (1953) im Justizministerium NW, seit 1956 Mitglied des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte, seit 1956 Chef der Staatskanzlei NW.

sich nur darauf beschränken, Gesetze zu fabrizieren –, dann bestünde die sehr große Gefahr, daß wir in irgendeiner Weise schließlich doch verkauft würden. Papier ist und bleibt Papier, und Tatsachen bleiben Tatsachen!

Deswegen sollten wir, so schnell es uns die Dinge erlauben, dazu kommen, die Möglichkeiten, die uns die Pariser Verträge geben, und die Verpflichtungen, die wir mit den Pariser Verträgen übernommen haben, wirklich zu erfüllen und von ihnen Gebrauch zu machen, sonst verlieren wir auch unser staatliches Ansehen. Wenn es uns tatsächlich nicht gelingt, vor Beginn der Bundestagsferien Ende Juli – die Konferenz wird voraussichtlich Ende Juli beginnen – das Gesetz über die Einziehung von Freiwilligen zu verabschieden, dann haben die Russen auf dieser Konferenz eine ganz große Chance, und man lähmt das Vertrauen des Westens zu unserem Wollen.

Seien wir uns darüber klar, daß noch immer Zweifel uns gegenüber bestehen, ob wir wirklich so zuverlässig zum Westen halten. Seien wir uns auch darüber klar, daß ein solcher Antrag, den die Sozialdemokraten in der letzten Bundestagsverhandlung gestellt haben, nicht dazu geeignet ist, im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen das Vertrauen dazu, daß Deutschland ein absolut zuverlässiger Vertragspartner sei, zu stärken. Auch diesen Gesichtspunkt werden wir berücksichtigen und dafür Sorge tragen müssen, daß vor Beginn der Bundestagsferien dieses Gesetz verabschiedet ist.

Nun komme ich zu den innenpolitischen Ausführungen. Ich möchte Sie an folgendes erinnern: Heute haben wir den 3. Juni 1955. Die Wahl zum Bundestag wird voraussichtlich im September 1957 sein. Wir haben also nur noch eine verhältnismäßig kurze Zeit vor uns, um diese Wahl vorzubereiten. Die Wahl des Jahres 1957 ist genauso wichtig, wie es die Wahl des Jahres 1953 gewesen ist. Sollte das Ergebnis der Wahl im Jahre 1957 so sein, daß die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsgeschäfte mit irgendeiner Koalition zusammen übernehmen wird, dann wird – glauben Sie es mir – in verhältnismäßig kurzer Zeit alles das, was wir auf außenpolitischem Gebiet an Vertrauen und Geltung in der Welt erreicht haben, verwirtschaftet sein. Und wenn das verwirtschaftet ist, dann wird es auch unserer Wirtschaft miserabel gehen; denn unsere Wirtschaft ist auf das Vertrauen des Auslandes angewiesen.

Das aber darf nicht kommen. Ich denke dabei in erster Linie an das deutsche Volk und nicht in erster Linie an unsere Partei. Die Sozialdemokratie weiß auch, was auf dem Spiele steht. Ich bekomme eben die Nachricht, daß der Parteivorstand der SPD mit der Herausgabe einer Wählerzeitung „Die Debatte“[23] schon begonnen hat. Sie soll mit einer Durchschnittsauflage von rund 350.000 Exemplaren im ganzen Bundesgebiet vertrieben werden. Die erste dieser Wählerzeitung ist bereits erschienen; sie enthält ausführliche und durch eindrucksvolle Bilder unterstrichene Berichte über die letzte außenpolitische Debatte des Bundestages vom 27. Mai. Das muß uns ein weiterer Ansporn sein, auch bei den Verhandlungen, die wir zu führen haben über die Organisation unserer Partei.

---

23 Herausgeber: Vorstand der SPD Bonn. Druck: Druckhaus Deutz, Köln-Deutz.

Wir haben wirklich etwas geleistet in diesen Jahren, nicht nur auf außenpolitischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet sowie auf sozialem Gebiet. Darunter rechne ich die Eingliederung der Flüchtlinge, die Versorgung der Kriegsopfer, die Frage des Wohnungsbaues. Das sind alles große Taten, und nichts ist verlogener, als wenn von seiten freier Gewerkschaftler gesagt wird: Diese Regierung mag vielleicht außenpolitisch etwas geleistet haben, aber innenpolitisch hat sie versagt. Das ist einfach nicht wahr. Was diese Regierung und dieses Parlament, dessen Mehrheit wir doch stellen, in den sechs Jahren geleistet haben, ist eine ungeheuer große Arbeit.

Nun stehen wir vor einer neuen Arbeit. Wir wollen jetzt in Angriff nehmen die soziale Frage. Sie wissen, daß der Herr Kollege Storch eine Denkschrift über die Reform des Versicherungswesens ausgearbeitet hat. Ich werde dafür sorgen, daß diese Denkschrift auch gedruckt und dann möglichst allen zugänglich gemacht wird.[24] Aber mir genügt, offen gestanden, nicht eine Reform des Versicherungswesens, sondern wir sind verpflichtet, mehr zu tun. Wir müssen zunächst eine Untersuchung darüber anstellen, ob sich nicht die gesellschaftliche Struktur unseres Landes seit den Zeiten, in denen die ersten Versicherungsgesetze gemacht wurden, so verändert hat, daß wir eben die sozialen Leistungen auf einer anderen Grundlage aufbauen müssen, als dies damals geschehen ist. Sicher, als damals diese verschiedenen Gesetze geschaffen wurden, war es eine große und beispielhafte Tat. Wenn wir jetzt zu etwas anderem kommen, dann besteht gar kein Anlaß zu glauben, daß das eine Kritik sein soll an dem, was bisher geleistet worden ist.

Aber wir sind verpflichtet, nachdem die beiden Kriege über uns gekommen sind und die Technik einen solch veränderten Zustand bei der Bevölkerung geschaffen hat, zu untersuchen, ob nicht, wie schon gesagt, die gesellschaftliche Struktur unseres Landes so geworden ist, daß wir zu einer anderen Ordnung kommen müssen. Ich habe deswegen vier Professoren beauftragt, mir eine Ausarbeitung über eine Neuordnung der sozialen Leistungen zu machen. Diese Professoren sind die Herren Achinger[25], Höffner[26], Muthesius[27] und Neundörfer[28]. Die Namen werden Ihnen wohl allen bekannt sein. Die Herren haben sich dieser Aufgabe gern unterzogen. Sie haben in einer verhältnismäßig kurzen Zeit dadurch, daß sie sich wochenlang in ein einsames

24 Kabinettsvorlage vom 7. April 1955. Druck: Max Richter (Hrsg.): Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen. Bad Godesberg 1955ff. (Loseblattsammlung B III 1). Vgl. dazu und zum Folgenden Hockerts S. 286–299.

25 Dr. Hans Achinger (1899–1981), 1946–1952 sozialpolitischer Redakteur „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", dann Professor für Sozialpolitik Frankfurt.

26 Dr. mult. Joseph Höffner (1906–1987), Professor für Christliche Sozialwissenschaften Münster; 1962 Bischof von Münster, 1969 Erzbischof von Köln und Kardinal.

27 Dr. Hans Muthesius (1885–1977), 1948–1953 Beigeordneter des Deutschen Städtetags, ab 1953 Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, ab 1956 Honorarprofessor Frankfurt.

28 Dr. Ludwig Neundörfer (1901–1975), Professor für Soziologie Darmstadt.

Taunus-Dorf zurückgezogen und nur dieser Arbeit gelebt haben, ein Werk geschaffen, das jedem von uns schon bei der ersten Durchsicht Anlaß gibt, sehr nachdenklich zu werden und zu prüfen, was wir denn nun zu schaffen haben.[29]

Es sind zwei Bände: dieser Band hier und ein Anlageband. Erschrecken Sie nicht, das ist Maschinenschrift. Gedruckt wird es dünner sein. Es ist jetzt im Druck. Es wird dann in ziemlich großer Auflage verbreitet. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Leute vom Parteivorstand, vom Parteiausschuß, von den Landesparteien usw. Exemplare bekommen. Die Erledigung dieser Angelegenheit muß unsere Arbeit vor dem Wahlkampf abschließen und in gewisser Hinsicht krönen. Wir müssen in den Wahlkampf hineingehen mit dem Bewußtsein, daß wir auf dem Gebiet der sozialen Leistungen ebenfalls unsere Pflicht getan haben. Wir müssen dies auch in überzeugender Weise den Wählern zeigen können. Daher glaube ich, daß wir gerade dieser Aufgabe unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Ich habe die Hoffnung und die Zuversicht, daß auch unsere Fraktion im Bundestag die Bedeutung gerade dieser Angelegenheit erkennen wird. Wir müssen im Bundestag bemüht bleiben, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Nun lassen Sie mich zum Schluß meiner Ausführungen noch etwas sagen über die Koalition in der Bundesregierung. Die Koalition hat viele Monate hindurch kein Bild geboten, das erfreulich war. Sie kennen alle die Auseinandersetzungen mit der FDP und innerhalb der FDP. Sie wissen auch, daß im BHE erhebliche Auseinandersetzungen stattgefunden haben und noch stattfinden. Hier kann ich zunächst feststellen, daß die 14 – es sind zwei Teile dort geworden, und zwar 14 und 13 –, was die Außenpolitik angeht, durchaus auf dem Boden der Bundesregierung stehen.[30] Das haben sie nicht nur mir, sondern auch in den Koalitionsbesprechungen sehr nachdrücklich erklärt.

Es scheint auch, als wenn doch gewisse heilsame Erfahrungen, die die FDP in Hessen, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen gemacht hat und augenblicklich noch macht, nicht spurlos an dem Teil der FDP vorübergingen, der mit aller Gewalt zur Sozialdemokratie hingewollt hat.[31] Innerhalb der Freien Demokraten ist ein erheblicher Teil immer der Überzeugung gewesen, daß die Bildung einer solchen Koalition das einzig Richtige sei. Die Demokraten und der BHE sind sehr umworben worden von den Sozialdemokraten, weil die Sozialdemokratie sich darüber klar ist, daß es für sie auch bei einem für sie sehr günstigen Ausfall der Wahl des Jahres 1957 unmöglich sein wird, allein eine Regierung zu bilden. Deswegen haben sie schon jetzt versucht, sich zeitig zu vergewissern, ob sie im Jahre 1957 Hilfe bekommen werden.

---

29 Sog. Rothenfelser Denkschrift: Neuordnung der sozialen Leistungen. Denkschrift auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet von den Professoren Hans Achinger, Joseph Höffner, Hans Muthesius, Ludwig Neundörfer. Köln 1955.

30 Vgl. Nr. 7 Anm. 15.

31 In diesen Ländern hatte die FDP bei den Landtagswahlen z.T. erhebliche Stimmeinbußen gegenüber früheren Wahlen hinnehmen müssen.

Umgekehrt ist es natürlich die Aufgabe unserer Partei, da wir nicht damit rechnen können, daß die Wahl des Jahres 1957 so günstig ausfallen wird wie die Wahl 1953, von vornherein darauf auszugehen, daß wir nachher nicht allein dastehen. Wie das im einzelnen dann zu machen ist, darüber brauchen wir jetzt noch nicht näher zu sprechen. Ich wollte Sie nur in großen Linien hinweisen:

1. auf die Bedeutung der Wahl des Jahres 1957,
2. auf die Vorbereitungen dieser Wahl durch die Arbeit der Organisationen und die Mobilisierung der Öffentlichkeit und
3. auf die Bemühungen, rechtzeitig den Blick darauf zu richten, daß man bei der Bildung der Regierung nach der Wahl im Jahre 1957 Koalitionsgenossen haben muß. Das muß auch bei der Führung des Wahlkampfes im Auge behalten werden.

Die Koalitionsbesprechungen, die wir gestern hatten – Herr von Brentano ist nicht hier, aber Herr Krone wird es auch bestätigen –, verliefen in einer durchaus guten Atmosphäre, um die Zusammenarbeit bis zum Schluß dieser Wahlperiode fortzusetzen.[32] Auch innerhalb der Koalitionsvertreter war man der Überzeugung, daß es das Schlimmste sei, was Deutschland passieren könne, wenn die Führung der Politik in die Hände der Sozialdemokraten gelangen sollte, weil damit wirklich der Niedergang Deutschlands besiegelt sein würde.

Noch ein Wort zur Sozialdemokratie! Vergessen Sie nie, daß die kommunistischen Wähler der letzten Wahl nur zu einem kleinen Teil bekehrt sind, d.h., sich vom Kommunismus auch innerlich losgelöst haben. Viele sind untergetaucht in der Sozialdemokratie und üben dort weiter ihre Wirkung aus. Ein Teil der Sozialdemokraten hält die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die sie bisher vertreten hat, für falsch. Das hat Ihnen und mir gegenüber mancher offen ausgesprochen, aber dieser Teil kann sich nicht durchsetzen gegen den Parteiapparat, oder er hat nicht den Mut, sich durchzusetzen. Mir hat ein führender Mann der Sozialdemokratie gesagt: Was wollen Sie denn, ich bin jetzt Jahrzehnte in der Sozialdemokratie. Das ist alles falsch, was die machen, aber ich kann doch nicht dagegen aufstehen. Ich komme gerade aus dem Krankenhaus, und ich kann einen solchen Kampf nicht aufnehmen.[33]

Ein Teil der Sozialdemokraten ist einfach blind. Ob auch dort Leute sind, die schon von Puschkin[34] angesprochen wurden, weiß ich nicht. Es sind auch Leute von uns von Puschkin angesprochen worden, wie mir von unseren Leuten selbst mitgeteilt worden ist. Und wenn Leute von uns angesprochen werden, dann werden auch sicher Leute von den Sozialdemokraten angesprochen. Bevor nicht bei der Sozialdemokratie eine wirklich gründliche Reinigung erfolgt ist, eine Trennung der Elemente, muß man die Dinge leider so nehmen, wie sie sind, und muß sich damit abfinden, daß die

32 Vgl. MENDE: Freiheit S. 347; allgemein KÜPPER S. 592.

33 Zur innerparteilichen Situation der SPD in dieser Zeit vgl. KLOTZBACH S. 346–356.

34 Vermutlich Georgij Maksimowitsch Puschkin (geb. 1909), sowjetischer Diplomat; 1949–1952 und 1954–1958 Botschafter in Ost-Berlin.

Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, die Geschicke Deutschlands in einer Weise, wie wir es für richtig halten, zu lenken.

Es kommt noch hinzu der Einfluß der scharfen Gewerkschaftsrichtung bei den Sozialdemokraten. Ich weiß nicht, ob Sie die Auseinandersetzung zwischen Nell-Breuning und Agartz verfolgt haben.[35] Es zeigt sich ganz klar in den Ausführungen von Agartz, der die ganze Sache beherrscht, welches ihre Auffassung vom Staate ist. Und das ist eben nicht unsere Auffassung. Deshalb müssen wir zunächst einmal, ganz abgesehen von unserer weltanschaulichen Grundlage, alles tun, damit wir die Wahl des Jahres 1957 wiederum gewinnen. Unsere Aussichten sind gut; aber es muß gearbeitet werden von jedem, gleichgültig, ob er oben oder unten in der Partei steht. Über diese Arbeit werden wir im Laufe des Tages von Herrn Heck einige Aufschlüsse bekommen.

Ich möchte meine Ausführungen schließen mit einem Wort über die Wiedervereinigung. Ich habe eben davon gesprochen, daß alle größeren Fragen jetzt miteinander zusammenhängen und daß man keine einzige der großen Fragen für sich allein betrachten und lösen kann. Wir haben es mit der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Berliner Konferenz versucht, die ja zustande gekommen ist durch mein persönliches Eingreifen in Washington; sonst wäre sie gar nicht zustande gekommen. Der Erfolg war negativ. Lassen Sie mich das wiederholen, was ich auch im Bundestag gesagt habe. Von unserem Standpunkt aus ist die Frage eine Rechtsfrage, die für sich allein dasteht. Die Sowjetzone ist besetztes Gebiet und ist zu behandeln nach der Haager Konvention, die auch Rußland anerkannt hat.[36]

Die Besatzungsmacht Sowjetrußland ist verpflichtet, dieses Gebiet zurückzugeben entsprechend dem Willen der Bewohner dieses Gebietes. Natürlich sagt Sowjetrußland, der Wille der Bewohner ist eindeutig klar; das hat sich bei den Wahlen gezeigt. Sie wissen, was wir davon halten, wie die Leute in einer schamlosen Weise zur Wahlurne geführt worden sind im Oktober des vergangenen Jahres.[37] Aber für Rußland hat diese Frage eine eminent politische Bedeutung im Hinblick auf die Folgen, die eine Freigabe der Sowjetzone auf die anderen Satellitenstaaten, insbesondere auf Polen und die Tschechoslowakei, ausüben würde.

Ich habe schon gesagt, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen und in der Tschechoslowakei sind schlecht, in der Tschechoslowakei noch schlechter als in Polen. Die Polen sind seit Jahrhunderten erbitterte Feinde der Russen. In Polen hat die katholische Kirche noch einen starken Einfluß. Die Polen sind noch immer zum weitaus größten Teil gesonnene Katholiken, und sie fürchten von Sowjetrußland eine Beeinträchtigung in der Ausübung ihrer Religion. Alles das weiß Sowjetrußland

35 Vgl. Nr. 6 Anm. 101.

36 Gemeint vermutlich das 1907 verabschiedete 1. Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

37 Wahlen zur Volkskammer der DDR am 17. Oktober 1954; 99,46 % entfielen auf die „gemeinsame Liste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland" (AdG 1954 S. 4799).

genausogut wie wir. Es weiß ganz genau, wenn aus dem Gürtel der Satellitenstaaten, den es vor sich gelegt hat, die Sowjetzone herauskäme, daß dann kein Mensch dafür garantieren könnte, was mit den anderen Ländern geschähe.

Darum ist die Frage der Wiedervereinigung eine politische Frage. Das muß man sehen. Ich war sehr erfreut, als neulich Herr Ollenhauer erklärt hat – nach der Presse, die ich zitiere –, daß man die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht als eine für sich dastehende Frage betrachten dürfe.[38] Das kann man auch nicht. Wenn es uns gelingt – und das muß unser Ziel sein –, eine allgemeine Entspannung in der Welt herbeizuführen, dann wird nach meiner festen Überzeugung auch die Frage der Wiedervereinigung gelöst werden. Wenn es uns nicht gelingt, dann werden wir weiter warten müssen. Und das wollen wir auch. Aber der einzige Weg, um zu einer möglichst baldigen Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu kommen, das ist der Weg über die allgemeine Entspannung. Die anderen großen Länder in der Welt, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, wollen uns dabei helfen, nicht nur aus Erbarmen und Mitleid mit den Menschen in der Sowjetzone, sondern weil sie ganz genau wissen, daß, solange diese Frage nicht gelöst ist, eine Gefahr inmitten Europas weiterbesteht für den allgemeinen Frieden in der Welt. Darum wollen sie uns helfen, und darum stehen sie in dieser Frage auf unserer Seite. Darum können wir auch Hoffnung haben, daß es gelingen wird, diese Frage in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Ende zu bringen.

Darf ich nunmehr um Wortmeldungen bitten! – Darf ich dann dieses Schweigen so auffassen, daß Sie im großen und ganzen meinen Ausführungen zustimmen? (*Zurufe:* Ja!) Diese Feststellung möchte ich doch machen im Hinblick auf die Öffentlichkeit, nicht nur hinsichtlich des Pressekommuniqués, sondern überhaupt, daß Sie im großen und ganzen meinen Ausführungen über die Vorlage der Wehrgesetze und vor allem des Freiwilligen-Gesetzes zustimmen. Das sind jetzt die akuten Fragen. Es liegt mir auch viel daran, von Ihnen bestätigt zu bekommen, daß eine kontrollierte Abrüstung die Grundlage jedes Sicherheitssystems in der Welt ist; denn kein papiernes Sicherheitssystem hilft, wenn jeder der Beteiligten unbeschränkt weiter aufrüstet. Bitte, Herr Dr. Zimmer!

Zimmer: Wie beurteilen Sie, Herr Bundeskanzler, das Verhältnis zum DGB für die nächste Zeit und für das kommende Jahr, nämlich die Entwicklung des DGB zur Bundesregierung im Hinblick auf die Wirtschafts-, Sozial- und Wehrpolitik?

Adenauer: Darf ich zunächst, ehe ich darauf Antwort gebe, feststellen, daß Sie mit meinen Ausführungen, die ich eben gemacht habe, einverstanden sind?

Albers: Darf ich eine Frage stellen? Sie sind doch wohl mit uns der Auffassung, daß insbesondere die Frage der Reform der Sozialversicherung eine der grundlegenden Aufgaben ist, die vor uns stehen. Nun haben wir in der letzten Tagung von dieser

38 Vgl. KLOTZBACH: S. 349f. Die „ungeheuer komplizierte Situation" hatte Ollenhauer am 4. Mai 1955 in einem Interview des Bayerischen Rundfunks konzediert (vgl. AdG 1955 S. 5148).

Arbeit schon etwas gehört, es wurde aber dabei gesagt, daß hierbei ein Praktiker gefehlt hätte, der zu diesen Überlegungen der verschiedenen Herren noch etwas zu sagen hat. Mir – auch wohl der gesamten Partei – kommt es darauf an zu wissen, daß wir uns auf einige ganz konkrete grundsätzliche Punkte beschränken. Wir wollen nämlich damit effektiv in einigen Jahren etwas Besseres bieten können. Wenn sich Ihre Darlegungen darauf beziehen, bin ich mit Ihnen einverstanden.

Adenauer: Ich kann darauf nur folgendes sagen: Selbstverständlich ist das kein fertiges Werk. Selbstverständlich werden auch die Erfahrungen, die im Versicherungswesen gemacht worden sind, mit beachtet werden müssen. Das ist eine Grundlage; es sind gewisse Konzeptionen, die vielleicht auch Sie überraschen werden, die aber auf der Untersuchung beruhen, daß sich eben die gesellschaftliche Struktur verändert hat. Sie hat sich auch verändert, Herr Kollege Albers. Vergessen Sie nie, daß sich das Versicherungswesen damals auf den Industriearbeiter erstreckte. Es wurde dann ausgedehnt. Es ist aber selbstverständlich, daß das Versicherungswesen bleibt. Es wird nur reformiert werden müssen. Das ist auch der Standpunkt von Herrn Storch. Aber, daß das Versicherungswesen bleibt, ist ganz selbstverständlich.

Müller: Ich möchte zur Frage der Freiwilligen-Gesetze etwas sagen. Ich würde es für richtig halten, daß in dieser grundlegenden Frage mindestens der Herr Arnold Gelegenheit haben sollte, seine Auffassung hier darzulegen. Vielleicht könnte auch der Versuch gemacht werden, in einer Aussprache der CDU-Ministerpräsidenten mit Ihnen etwaige Bedenken in dieser Hinsicht auszuräumen.

Ich will keinen Vorwurf erheben. Aber ich bedaure in der ganzen Sache, obwohl das Amt Blank nahezu eineinhalb Jahre Zeit gehabt hat, diese Gesetze vorzubereiten, daß nicht eine einzige Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, über die gesetzliche Behandlung der Frage stattgefunden hat. Ich muß Ihnen gestehen, Herr Bundeskanzler, der Gesetzentwurf ist den Landesregierungen zugegangen in der späten Nacht des Freitags. Ein großer Teil der Herren war verständlicherweise an diesem Abend abgereist. Ich habe den Entwurf erst am Dienstag vormittag bekommen. Nun soll man in dieser kurzen Zeit ohne jede Fühlungnahme mit der Bundesregierung die ganzen Rechtsfragen prüfen. Ich meine, die Rechtsfragen soll man nicht vernachlässigen, sie sind wichtig. Es hat sich gezeigt, daß bei der EVG – wenn ich auf ein Beispiel verweisen soll – gerade die Rechtsfragen am Ende die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Ich hätte die dringende Bitte, Herr Bundeskanzler, daß in solchen Fällen, wo ein derartiges Interesse der Öffentlichkeit besteht, rechtzeitig mit uns Fühlung genommen würde. Aus diesem Grunde muß ich mir vorbehalten, zu dieser Frage meine Meinung erst zu bilden.

Adenauer: Darf ich darauf folgendes sagen: Ich für meine Person habe es abgelehnt, bevor die Pariser Verträge perfekt waren, mit dem Amt Blank überhaupt über diese Gesetze zu sprechen, und zwar aus dem sehr erklärlichen Grunde, daß ich nicht den Gegnern in Frankreich den Vorwand geben wollte: Jetzt sind sie schon wieder dabei, trotzdem sie noch gar kein Recht haben. Ich hätte es deswegen auch wahr-

scheinlich nicht für richtig gehalten, wenn Herr Blank mit allen Ministerpräsidenten vorher Fühlung genommen hätte. (*Müller:* Mit den CDU-Ministerpräsidenten!) Ich habe, als ich jetzt auf der Bühler Höhe war, diese Gesetze gesehen. Die Gesetze bedurften nach meiner Meinung einer Neubearbeitung. Aber ganz davon abgesehen, Herr Ministerpräsident, dieses Wehrgesetz wird auf alle Fälle – selbst wenn es ein Engel vom Himmel gemacht hätte – im Bundestag mindestens ein halbes Jahr brauchen, um dann im Bundesrat erledigt zu werden. Wir können also diese Zeit, wie ich eben in längeren Worten ausgeführt habe, wo sich die außenpolitische Situation so schnell verändert, einfach nicht verstreichen lassen, während im Bundestag und im Bundesrat die Gesetze beraten werden. Das würde die übrige Welt nicht verstehen.

Darum sind wir auf den Ausweg gekommen, Freiwillige einzuziehen und dies gesetzlich zu fundieren mit einem sehr kurzen Gesetz, das nur wenige Artikel enthält. Ich bin gerne bereit, darüber den Ministerpräsidenten der Länder gesondert einen Vortrag halten zu lassen, um die Herren wirklich davon zu überzeugen, daß hier der Föderalismus wahrhaft nicht in Gefahr ist. Wenn ich um eins überhaupt bitten darf, dann ist es das, lassen wir doch nicht beim Aufbau der neuen Wehrmacht das föderalistische Prinzip einführen. Dazu besteht 1. nach dem Grundgesetz keine Verpflichtung, und 2. sind wir bei Gott über diese Zeiten, wo jedes deutsche Land sich militärisch anders einstellen konnte, nach meiner Meinung weit hinweg. Das müssen auch die Länder einsehen. Ich hoffe, Sie werden es auch einsehen.

Ich habe die juristischen Fragen und Einwände, die gemacht worden sind, nicht im Kopfe, ich kann nur sagen, daß die Einwendungen, die namentlich von Herrn Amelunxen gemacht worden sind, nur föderalistische Gesichtspunkte kleinsten Ausmaßes waren. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Daß Sie die Sache so spät bekommen haben, verehrter Herr Ministerpräsident, bitte ich zu entschuldigen, wir sind aber in etwa an Termine gebunden. Der Bundesrat hat drei Wochen Zeit; er hat seine Sondersitzung für den 10. Juni festgesetzt. Seine normale Sitzung würde der 24. Juni sein. Wenn der Bundesrat bis zum 24. Juni gewartet hätte, wenn wir also so langsam gearbeitet hätten, dann wäre im Bundestag – das wird mir Herr Krone bestätigen – dieses Gesetz vor den Parlamentsferien nicht mehr zu verabschieden gewesen. Dann wäre es frühestens erst Ende September verabschiedet worden. Und das ist eben aus staatspolitischen Notwendigkeiten, das bitte ich die Herren doch einzusehen, nicht möglich.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an folgendes erinnern – es braucht ja nicht über diese Wände hinauszugehen –: An dem Scheitern der EVG sind wir mit schuld. Die Bundesregierung hat damals den Bundestag händeringend gebeten, vor dem Beginn seiner Ferien die Sache zu erledigen.[39] Es ist nicht geschehen. Die Mehrheit hat es abgelehnt. Die Ferienpläne, lassen Sie mich es ruhig sagen, waren wichtiger! Was war der Erfolg? Die Sache ist dann, die genausogut Anfang August hätte erledigt werden können, erst im März des darauffolgenden Jahres erledigt worden.

39 Die erste Lesung war am 9. und 10. Juli 1952; die zweite Lesung war für Herbst nach den Parlamentsferien vorgesehen.

Solange hat Frankreich auch nichts getan. Schuman ist aber in der Zwischenzeit zum Rücktritt gezwungen worden in Frankreich. Der ganze Elan war verschwunden, dadurch ist die Sache in Frankreich immer mehr aufs schiefe Geleis gekommen. Ich bitte Sie also, Herr Ministerpräsident Müller, dringend, bei Fragen von so eminent staatspolitischer Bedeutung doch auch nicht zu übersehen, welche Wirkungen eintreten auf das Ausland, wenn man nicht auch einmal etwas entgegenkommender ist. Es ist kein böser Wille gewesen. Ich habe Ihnen die Herren genannt, die die juristischen Schwierigkeiten vertreten haben. Es waren die Herren Amelunxen, Bleibtreu und Zinn sowie die Herren vom Herrn Zinn. Das ist doch schon eine sehr klare Etikette für diese ganzen Schwierigkeiten. Aber ich wiederhole, Sie sollen jede Aufklärung bekommen. Ich glaube, die Frage ist vollständig, auch juristisch einwandfrei. Ich bitte Sie nur, nicht irgendwie nachzutragen, daß Sie es so spät bekommen haben. Es ging nicht anders.

Krone: Wir sind auch etwas überrascht worden, daß die Sache so schnell kam. Es haben auch sehr eingehende Besprechungen in der Koalition stattgefunden. Insbesondere ist das bearbeitet worden, was jetzt die SPD herausstellen wird, sie sagt nämlich, es sei ein Ermächtigungsgesetz. Die Bundesregierung bekäme dadurch eine Ermächtigung, die der Zeit und der Sache nach unbegrenzt sei. Wir waren uns in der Koalition mit dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Blank darüber einig, daß 1. eine zeitliche Terminierung im Gesetz stehen wird – sie steht auch drin – und 2. daß man keine Zahl hineinsetzt, wieviel Freiwillige zunächst einberufen werden sollen, sondern daß hier noch der Haushaltsausschuß des Bundestages ein Wort mitzureden habe.

Eine dritte Sicherung, die von der Koalition gewünscht und auch vom Herrn Bundeskanzler anerkannt worden ist, war die, daß in der Frage der Einberufung der führenden Männer der Personalausschuß ein Wort mitzureden habe.

Müller: Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen, als ob ich den Vorwurf erhöbe, daß ich wegen der Pariser Verträge etwas kritisieren wollte. Es handelt sich um etwas anderes. Es handelt sich um die Bedenken, daß die Einberufung von Freiwilligen sich von der Pflichteinberufung jetzt lediglich insofern unterscheidet, als in dem einen Fall ein Zwang erfolgt und im anderen Falle eine freiwillige Meldung. Das ändert aber nichts an den grundsätzlichen Fragen. Schon bei dem Freiwilligenheer muß die Frage des Oberbefehls geklärt werden, ferner die Frage der parlamentarischen Kontrolle, die Mitwirkung parlamentarischer Instanzen und die ganze Art des Aufbaues. Anstatt daß diese Grundsatzfragen irgendwie geregelt werden, wird nun mit den Freiwilligen begonnen aufgrund eines kurzen Gesetzes, das alle diese Fragen völlig unberührt läßt, obwohl sie vom ersten Tage an eigentlich geregelt sein sollten. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, da stimme ich Ihnen zu, daß nicht wie nach dem Muster von 1914 etwa Landeskontingente eingesetzt werden sollen. Diese Auffassung habe ich noch nicht vertreten.

Es handelt sich aber hier darum, wie die Mitwirkung der Länder bei der Wehrverwaltung zu entscheiden ist. Hier kann man durchaus die Meinung vertreten, daß es nicht notwendig ist, eine eigene Bundesverwaltung einzuführen. Ich halte

dies ohne eine Änderung des Grundgesetzes, die zu erwägen wäre, gar nicht für nötig. Es geht um die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, die schon bisher mit der Ausführung der Bundesgesetze betrauten Länder wenigstens auch mit den Aufgaben der Einziehung der Freiwilligen und später der Wehrpflichtigen zu betrauen. Das wäre vom demokratischen Standpunkt aus erwünscht, damit die Bevölkerung nicht das Empfinden hat, bei der Einberufung zur Wehrmacht handele es sich um etwas ganz Besonderes. Es handelt sich um eine staatliche Verpflichtung, wie so vieles andere auch. Das würde vollkommen im Sinne der allgemeinen Richtung liegen. Sie selber, Herr Bundeskanzler, vertreten ja den Standpunkt der Demokratisierung und der Dominanz der zivilen Instanzen. Darum dreht es sich.

Diese Gesetze werden nach unserer Kenntnis seit mindestens eineinhalb Jahren im Amt Blank vorbereitet. Dafür waren die Referenten da. Ich bin durchaus der Meinung, man hätte einmal mit sachkundigen Juristen und Verfassungsrechtlern sowie mit den Kabinetten der Länder, soweit sie auf unserem Boden stehen, diese Angelegenheit besprechen können. So aber ist der Eindruck der Überrumpelung entstanden, und das ist sehr bedauerlich!

Adenauer: Ich bedaure sehr, wenn der Eindruck der Überrumpelung entstanden sein sollte, d.h. der absichtlichen Überrumpelung; denn Überrumpelung schließt das doch in sich. Ich möchte Ihnen als Chef der Bundesregierung sagen, daß das keine Absicht gewesen ist. Sie müssen mir das glauben, wenn ich Ihnen das ganz offiziell erkläre. Ich meine, bei einer solch entscheidend wichtigen Frage für unser gesamtes Volk und für Europa muß man auch einmal persönliche Gefühle beiseite setzen können. Worin ich absolut nicht zustimme, ist dies, daß der Bund, dem die Gesetzgebung in beiden Angelegenheiten zusteht, nicht die Ausführung der Gesetze vornehmen soll. Wie stellen Sie sich das denn vor? Jetzt spreche ich zu den Herren von den Ländern. Der Bund hat das Recht der Gesetzgebung, und ausgeführt werden die Gesetze in militärischen Angelegenheiten von den Ländern! (*Müller:* Die Verwaltung!) Das haben Sie nicht einmal bei der Bundesbahn verlangt, da könnten Sie es genauso verlangen, daß für die Länder eine besondere Verwaltung für den Teil der Bahnstrecke eingerichtet wird, der in ihrem Lande liegt.

Lassen Sie mich, Herr Ministerpräsident Müller, ein sehr ernstes Wort sagen: In dem Augenblick, wo wir nicht mehr die Mehrheit haben, wird der Föderalismus der Länder erledigt sein. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Allmählich ist im Bundestag – ich muß das einmal ganz offen aussprechen – der Gedanke nicht nur bei der SPD, sondern auch bei der CDU entstanden, daß man die Dinge auch übertreiben kann, die an sich gesund sind, daß sie aber, wenn man sie übertreibt, eben ungesund werden. Deshalb bitte ich Sie, gerade im Interesse der Erhaltung des föderalistischen Gedankens für unser Volk, in diesen Dingen nachgiebig zu sein. Ich möchte nochmals ausdrücklich erklären: Eine Überrumpelung in dem Sinne, daß man Sie plötzlich vor Tatsachen hat stellen wollen, liegt nicht vor, sondern die Verhältnisse haben es so mit sich gebracht.

Von Hassel: Wir sitzen in Schleswig-Holstein in einem Land, das eine völlig offene Grenze zur Ostsee hat; unmittelbar außerhalb der Dreimeilenzone fahren die

sowjetischen Fahrzeuge. Wir wissen, was die offene Flanke dort bedeutet. Wir haben im Südosten die Zonengrenze. Bei uns wird die Bitte großgeschrieben, daß die Dinge nun endlich einmal in Gang kommen.

Ich habe die Bitte, daß wir einmal mit Ihnen zusammenkommen, nämlich die Vertreter der CDU-Länder plus der CSU-Fraktion, um die Dinge so zu besprechen, daß keine Zeit vertan wird. Wir sind bei uns in Schleswig-Holstein gewillt, Ihnen so schnell wie möglich den Start zu geben, weil wir wissen, was bei uns besonders sichtbar davon abhängt.

Wir wünschen, daß die Dinge nicht nur gesetzgeberisch in Ordnung kommen, sondern daß auch die Freiwilligen möglichst bald eingezogen werden. Das Gefühl mag bei uns in Schleswig-Holstein, das ja besonders gelagert ist, stärker sein als in anderen Ländern. Zum Schluß des Krieges sind in Schleswig-Holstein ganze Wehrmachtsteile hineingeströmt, von denen ein großer Teil heute noch dort lebt. Bei uns ist das psychologische Hemmnis der früheren Angehörigen der Wehrmacht, wieder mitzumachen, groß; insbesondere bei den sogenannten 131ern[40] sollte man ganz nüchtern überlegen, was auf diesem Gebiet zum Ausgleich der bestehenden Härten noch getan werden kann, um die Stimmung bei den Menschen zu bessern. Dann werden sie auch bereit sein, zugunsten eines neuen Freiwilligen-Beitrages für den Aufbau der Wehrmacht beizutragen. Es wäre gut, wenn das von einigen Herren einmal geprüft würde. Wenn wir einen guten Start haben wollen, dann müssen wir das ganze Gesetzgebungswerk auch mit der Korrektur des 131er-Gesetzes verbinden. Hier sind noch einige Härten auszugleichen.

Adenauer: Vielleicht können wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident Hassel, nähere Angaben darüber bekommen. (*Von Hassel:* Es gibt dazu genaues Material!) Darf ich dann noch ein Wort an den Herrn Ministerpräsidenten Müller richten? Sie haben gesagt, diese großen Fragen müßten am ersten Tag entschieden werden. Dabei nannten Sie die Frage des Oberbefehls. Ich habe Ihnen gesagt, daß bis zum 31. März 1956, bis dahin soll das Wehrgesetz in Kraft treten, wir günstigstenfalls 8.000 bis 10.000 Mann haben. Spielt denn da die Frage des Oberbefehls eine solche Rolle? Ich muß gestehen, beim Grenzschutz sind es mittlerweile 20.000 geworden. Da hat man sich auch nicht darüber aufgeregt. Warten Sie doch einmal ab, bis das Wehrgesetz kommt. Aber Sie sollen ein gut durchgearbeitetes Wehrgesetz bekommen. Darin werden dann alle diese Fragen geregelt sein. Wir dürfen aus unserer Verpflichtung gegenüber Deutschland unter keinen Umständen zögern, jetzt die Zeit über diese Fragen mit Beratungen dahingehen zu lassen, wenn wir nur 8.000 bis 10.000 Mann bis zum 31. März 1956 überhaupt einstellen können. Herr Krone hat sehr zart darauf hingewiesen; Herr Blank kann nicht mehr Leute einstellen, als er Gelder bewilligt bekommt. Als ich eben

40 Gemeint sind nach Art. 131 GG jene „Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht in ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden ..."

im Bundesrat war, haben die Herren, als sie hörten, daß es sich nur um 8.000 bis 10.000 Mann handelt, erstaunte Gesichter gemacht. Man las ihnen am Gesicht ab, als ob sie sagen wollten, das ist ja doch eine Bagatelle, so daß man nicht allzugroße Überlegungen daran knüpfen kann.

Ein Wort zum DGB! Vielleicht sind die anderen Herren im Raume mehr kompetent dafür als ich. Ich bin von einem Sozialisten folgendermaßen unterrichtet worden: was sich jetzt abspiele, sei ein Kampf innerhalb der Gewerkschaften, ein Kampf der jüngeren Generation gegen die alte Generation. Man rechne den Vorstand des DGB in Düsseldorf zur alten Generation und wolle ihn, mit wenigen Ausnahmen, völlig beseitigen. Die eigentlichen Machthaber sind – das ist nach der Verfassung der Gewerkschaften ja richtig – die Industriegewerkschaften und ihre Leiter. Solange Böckler lebte, hat er kraft seiner Vergangenheit und seiner Persönlichkeit dem Vorstand des DGB so viel Einfluß und Ansehen verliehen, daß dort tatsächlich die Macht konzentriert war. Mir wurde gesagt, das sei aber unter seinen Nachfolgern nicht mehr möglich gewesen; das sei verschwunden. Nun hätten die einzelnen Industriegewerkschaften die Macht und wollten auch zeigen, daß sie die Macht hätten. Wenn Sie sich die einzelnen Industriegewerkschaften besehen, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß man hier unterscheiden muß. Die sehr wichtige und größte Gewerkschaft IG-Metall ist eine etwas unbehagliche Gesellschaft, um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen; das ist eine sehr ungemütliche Gesellschaft, die eventuell noch zu großen Schwierigkeiten führen wird, so daß ich den nächsten Jahren mit einer gewissen Sorge gegenüber dem, was sich bei den Gewerkschaften tut, entgegensehe.

Ich wollte an sich nicht so ins einzelne gehen, ich darf es aber jetzt tun und Ihre Aufmerksamkeit auf die Landwirtschaft richten. In der Landwirtschaft gibt es eine gewisse Kategorie von Leuten – mir ist das von einem Landwirt gesagt worden, der etwas davon versteht –, denen es recht gutgeht, und zwar sind es diejenigen, die 150 Morgen Land und mehr haben, denjenigen aber, die weniger haben, geht es recht schlecht. Wir bekommen dort große Schwierigkeiten. Denn diese Bauern, denen es schlechtgeht, werden von gewissen Leuten, die Sie auch alle kennen, aufgehetzt. (*Zuruf:* Lüninck[41] und von Oer[42]!) Sie wissen auch, daß da plötzlich personelle Veränderungen vorgekommen sind, die uns alle überrascht haben. Die Frage der Landwirtschaft wird uns also bis zur nächsten Wahl noch sehr beschäftigen müssen. Es läßt sich nicht leugnen, daß da gewisse Mißstände auftreten und daß Leute notleidend sind. Es kommt folgendes hinzu: Wenn man bedenkt, was der Bauer und seine Frau auf dem Lande für ihre Arbeit von morgens früh bis abends spät erlösen und auf der anderen Seite sieht, was die Industriearbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit mit nach

41 Hermann Frhr. von Lüninck (1893–1975), nach 1945 Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes und bis 1962 Vorsitzender des Vorstands der Rheinischen Warenzentrale (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 344 Anm. 76).

42 Vgl. Nr. 7 Anm. 90.

Hause bringen, dann wird man verstehen, daß bei den Bauern ein großer Unwille herrscht. Das ist ein sehr ernstes Kapitel, das uns auch im Laufe der nächsten Jahre noch sehr beschäftigen muß.

Herr von Brentano ist wieder hier. Sie wissen, daß ich schon seit langem gesagt habe, ich würde den Herrn Bundespräsidenten bitten, mich von meinem Amt als Außenminister zu befreien, wenn die Verträge fertig seien. Die Verträge sind nun fertig. Der Bundespräsident ist z.Z. abwesend; er kommt am Sonntag zurück.[43] Ich werde ihn am Montag bitten, mich aus dem Amte des Außenministers zu entlassen. Ich werde ihm dann vorschlagen, Herrn von Brentano zum Außenminister zu ernennen. *(Beifall.)* Wir haben hier das schöne Verhältnis nach dem Grundgesetz: Ich als Bundeskanzler bitte den Bundespräsidenten, den Außenminister Adenauer zu entlassen! *(Heiterkeit.)* Ich werde ihn weiter bitten, den Herrn Blank zum Verteidigungsminister und den Herrn von Merkatz – da Herr Hellwege sein Amt niedergelegt hat – zum Minister für Bundesratsangelegenheiten zu ernennen. Das ist eine innenpolitische Sache, von der ich Ihnen aber auch hier Kenntnis geben wollte, und ich hoffe, daß Sie für alles das Verständnis haben werden. In der Zwischenzeit ist der Kollege Strauß eingetroffen als Vertreter der CSU, wie ich annehme, Herr Strauß, oder sind Sie schon der CDU beigetreten? (*Strauß:* Das muß ich erst noch weiteren Verhandlungen überlassen!) Das ist ein gefährliches Wort von Herrn Strauß. Das dürfen Sie nicht weitersagen. Ich heiße ihn herzlich willkommen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen schon gesagt, daß Herr Seidel hier war, der mich beauftragt hat, seine besten Grüße hier zu übermitteln. Er mußte nach München zurück; sonst wäre er auch heute anwesend.

Kaiser: Mit dem Blick auf die morgige Debatte im Parteiausschuß möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken. Heute vor einer Woche in der politischen Debatte im Bundestag kam es zu bestimmten Bemerkungen der Regierung und der Opposition in der Beurteilung: keine Neutralisierung Deutschlands. Das wurde in der Sitzung klar ausgesprochen. Eine Übereinstimmung über die Abrüstung tut not. Ich bin dankbar, daß der Herr Bundeskanzler ausgesprochen hat, daß es dabei auf die beiden Hauptmächte ankommt, auf die USA und Sowjetrußland. Ich wäre dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn wir vielleicht morgen ein erläuterndes Wort zur kollektiven Sicherheit hörten, von der Herr Ollenhauer immer wieder spricht. Wir müssen uns einmal darüber auseinandersetzen, wie es um den Begriff der kollektiven Sicherheit, der nach dem ersten Weltkrieg im Munde der französischen Politiker eine große Rolle spielte, steht. Ich bin der Auffassung, daß eine kollektive Sicherheit im Sinne der Überlegungen von Ollenhauer überhaupt erst erörtert werden kann, wenn die deutsche Frage gelöst ist, also wenn unser Staat wieder seine Einheit gefunden hat. Erst dann kann man über ein kollektives Sicherheitssystem sprechen.

Ich würde gern einmal Ihre Meinung oder die Meinung des kommenden Außenministers zu dieser Angelegenheit hören. Sie, Herr Bundeskanzler, sind der Auffassung,

43 Heuss hielt sich in Nürnberg auf (vgl. FAZ vom 6. Juni 1955).

daß von der Westeuropäischen Union aus ein Sicherheitssystem für Europa, dem schließlich auch Rußland beitreten könnte, aufgebaut werden könne. (*Adenauer:* Nur wenn die USA dabei sind!) Damit stimme ich überein. Von der Viererkonferenz haben Sie gesagt, die deutsche Frage könne nicht als eine Detailfrage angepackt werden, sondern sie gehöre in den großen Fragenkomplex hinein. Sie haben gesagt, es muß zuerst zu einer Entspannung kommen, bevor die deutsche Frage gelöst werden kann. Es kann nur zu einer Entspannung kommen, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands ihre Lösung findet. Das hängt doch sehr zusammen. Es kommt nicht zu einer Entspannung, wenn nicht die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht wird. Ich habe noch einmal die Verlautbarung von Belgrad durchgesehen. Sie spricht sehr betont von der Notwendigkeit der Lösung der deutschen Frage. Bei der Viererkonferenz wird natürlich die deutsche Frage mit im Vordergrund stehen. Daß die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden muß, wird auch mehr oder weniger Gemeingut in der Erkenntnis der anderen Länder. Deswegen möchte ich wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir darüber die richtige Form des Ausdrucks finden. Ich gehöre jedenfalls zu den Parteifreunden, die mit Nachdruck immer wieder die Wiedervereinigung Deutschlands betonen und als dringende Notwendigkeit fordern. Sie haben gesagt, bevor die Entspannung nicht erreicht ist, müssen wir in Gottes Namen weiter durchhalten. Das würde bedeuten, daß unsere Menschen in der Sowjetzone weiter diese Mühsal, diese unsagbare Not und Qual weiter ertragen müssen. Wenn wir nicht die richtige Form der Ermutigung für die Menschen drüben finden, dann hält der Zustand der Abwanderung, der wieder besorgniserregende Formen angenommen hat, weiter an. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir hier nach Möglichkeit zu einem gemeinsamen Ausdruck kommen.

Adenauer: Der Ausdruck allein tut es wirklich nicht, sondern wir müssen die Sache real sehen. Die Wiedervereinigung ist nicht möglich ohne die drei Westmächte plus Sowjetrußland. Das ist doch ganz klar. Sowjetrußland betrachtet diese Angelegenheit als eine politische Frage, das ist auch ganz verständlich, und zwar als eine politische Frage, die im Zusammenhang mit seinen ganzen Bestrebungen steht, sich hier einen Satellitengürtel – vielleicht zum Teil aus Sicherheitsgründen und zum Teil aus Propagandabedürfnis – für seine kommunistischen Lehren vorzulegen.

Wir können also gar nicht sagen, die Wiedervereinigung ist die allererste Frage. Damit kommen wir ja nicht weiter, das haben wir auf der Berliner Konferenz gesehen. Wir müssen sagen, wir müssen zu einer Entspannung kommen, damit Sowjetrußland hier in Europa eine andere Haltung einnimmt, auch bezüglich der Frage der Wiedervereinigung. Die Entspannung kann nur dann eintreten, wenn eine wirkliche Abrüstung erfolgt. Man kann doch nicht von einer Entspannung unter den Völkern reden, wenn sie sich gegenüberstehen, jeder mit einer Bombe in der Hand. Das hängt also alles irgendwie zusammen, Herr Kaiser, daran können wir nichts ändern. Wir können uns nur bemühen – das habe ich sehr klar zum Ausdruck gebracht –, daß der Fluß der Dinge weitergeht und nicht abreißt, so daß wir vielleicht im Laufe einer einjährigen

Konferenz – vielleicht wird es auch etwas länger dauern – zu einer Lösung dieser Frage kommen werden. Ich für meine Person sehe keinen anderen Weg.

Auch was die Frage der Abrüstung angeht, sehe ich nur den Weg, daß zwischen Eisenhower und Bulganin eine wirkliche Aussprache stattfindet. Das sind die Dinge, die vor uns liegen und die wir verfolgen müssen in der Hoffnung, daß sie zum Ziele führen. Ich wiederhole nochmals: Ich wüßte nicht, wie man hier eine Sprachregelung finden soll. In der auswärtigen Politik gilt es noch mehr als in der Innenpolitik, die Dinge real zu sehen in der Einschätzung der ganzen Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben.

Gradl: Natürlich kann man keine Sprachregelung dafür geben. Aber was unser Freund Kaiser meint, der sich bewogen hat, etwas zu sagen, kann ich vielleicht potenziert so formulieren: Nach Ihrer Rede im Bundestag[44] ist verschiedentlich der Eindruck entstanden, als ob Sie die kommende internationale Entwicklung so sehen, daß das Schwergewicht zunächst auf die Abrüstung gelegt werden müsse, so daß die Abrüstung nach Ihrer Schau – ich nehme an, daß es nicht so ist, aber draußen wird es so gedeutet – kausal der Wiedervereinigung vorausgehen muß. Nach allen Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit der Abrüstung gemacht worden sind, ruft das den Gedanken hervor, als ob damit die Wiedervereinigung auf Frist hinausgeschoben würde, was natürlich keiner von uns als real annehmen will. Ich glaube in der Tat, daß zwischen der Abrüstung und der Wiedervereinigung kein kausaler Zusammenhang in dem Sinne besteht, daß unbedingt zuerst die Abrüstung gelingen muß, ehe die Wiedervereinigung zustande kommt, sondern daß beide in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen, in einem Funktionsverhältnis, d.h., man muß in beiden Richtungen versuchen weiterzukommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß durch eine Abrüstung eine endgültige Entspannung erreicht werden kann, solange man in der Wiedervereinigung nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist.

Ich würde es auch begrüßen, wenn Sie auch morgen im Bundesparteiausschuß Ihre Auffassung so formulieren könnten, daß nicht dieser Eindruck entsteht, als ob die Politik der Bundesregierung jetzt primär nur auf die Abrüstung ausgerichtet sei, weil sie glaube, daß nur bei einer Abrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands erzielt werden könne.

Dann darf ich vielleicht noch einmal ein Thema aufgreifen, das anscheinend erledigt ist. Ich möchte nochmals ein Argument zu dem hinzufügen, was über die beschleunigte Aufstellung der Freiwilligenverbände gesagt worden ist. Von uns aus gesehen, die wir draußen sind und die Politik immer primär unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung sehen und sehen müssen, sieht diese Aufgabe, vor der der Bundesrat und der Bundestag jetzt stehen, so aus, daß, wenn zuviel Zeit verloren wird, man damit gewissermaßen ein Instrument aus der Hand legt oder es nicht ergreift, mit dem allein auch bei den kommenden Viermächteverhandlungen die sowjetische Politik

44 27. Mai 1955 – Sten.Ber. 2.WP Bd.24 S. 4598–4607.

in unserem Sinne in Bewegung gebracht werden kann. Die Kritik, die wir zuweilen an der Politik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren getrieben haben, war davon geleitet, daß zuviel Zeit verloren worden ist, um Realitäten hinzustellen, die die sowjetische Politik beeinflussen. Wir haben gesehen, wie sehr die Pariser Verträge mit der Ankündigung der deutschen Wiederbewaffnung die Russen in Aufregung versetzt haben, und zwar in eine sehr heilsame Aufregung. Es wäre also ungemein bedauerlich, wenn das Aufstellen der ersten Verbände wieder auf lange Zeit hinausgeschoben würde; denn das ist wirklich, glauben Sie es uns, die einzige Realität, die auf die Sowjets einen Einfluß ausübt.

Deswegen sollten wir zeigen, daß wir es ernst damit meinen. Wir sollten also so schnell wie möglich die ersten Formationen auf die Beine stellen. Wenn man bei dieser Angelegenheit neben den nationalen Perspektiven überhaupt noch innenpolitische Überlegungen anstellen darf, dann meine ich dazu folgendes: Es wäre nicht gut, wenn diese ganzen Auseinandersetzungen über den Aufbau der Wehrmacht zu nahe an den nächsten Bundestagswahlkampf herangedrückt würden, so daß also die Bildung der Wehrmacht eine Angelegenheit des Wahlkampfes würde. Das wäre ein nationales Verhängnis. Man sollte aus diesem Grunde sehen, daß man alle Möglichkeiten nach vorne zieht, um bis zur nächsten Bundestagswahl die Dinge so einlaufen zu lassen, daß sie für jedermann selbstverständlich sind.

Herr Bundeskanzler, Sie werden verstehen, daß mancher von uns, der aus dem Osten hierher kommt, einen leichten Schauder über den Rücken bekommt, wenn er hört, mit welcher Sicherheit – Sie haben es schon in der vorigen Vorstandssitzung getan – Sie uns den Bundestagswahlkampf 1957 als die große Aufgabe vor Augen stellen. Ich erlaube mir, immer noch der Hoffnung zu sein, daß wir vielleicht einen Bundestagswahlkampf nicht brauchen, sondern einen für die CDU bestimmt mindestens ebenso siegreichen gesamtdeutschen Wahlkampf führen wollen. Ich würde vorschlagen – auch um Mißdeutungen zu vermeiden – es so zu sagen, daß nicht der Eindruck entstehen kann, als ob im tiefsten Herzensgrund der Chef der deutschen Bundesregierung sich mit der Tatsache bereits abgefunden hat, daß zunächst einmal ein Bundestagswahlkampf im September des Jahres 1957 zu führen sein wird.

Adenauer: Ich bin Herrn Dr. Gradl für den mittleren Teil seiner Ausführungen sehr dankbar, *(Heiterkeit)* und zwar unter dem Gesichtspunkt, weil er als ein Mann gesprochen hat, der den Dingen im Osten näher steht als mancher von uns und der mit Recht die Bedeutung des Schaffens realer Tatsachen auch gegenüber Sowjetrußland in Rechnung setzt.

Was den Wahlkampf 1957 angeht, so versichere ich Ihnen, Herr Gradl, daß ich nicht im Traum daran gedacht habe, daß irgend jemand daran denken könne, ich hätte es aufgegeben, daran zu glauben, daß vorher allgemeine deutsche Wahlen stattfinden. Aber das entbindet uns doch nicht der Verpflichtung – wir haben doch nicht mehr so lange Zeit –, schon jetzt an den Wahlkampf 1957 zu denken und im Bundestag auch die nötige Arbeit zu schaffen, auf die gestützt wir dann den Wahlkampf führen können. Wir müssen uns auch finanziell, propagandistisch und organisatorisch auf den

Wahlkampf 1957 einrichten. Das wird alles zugute kommen dem gesamtdeutschen Wahlkampf. Man kann also sagen, das gilt gleichzeitig auch für die Vorbereitung zu allgemeinen deutschen Wahlen. Die Sozialdemokraten sind in der Beziehung sehr viel kecker.

Nun zu dem ersten, was Sie gesagt haben. Ich bitte Sie, eins zu berücksichtigen, was nach meiner Meinung viele Menschen zu wenig bedenken. Man macht sich keinen Begriff davon, in welch tödlicher Gefahr wir alle miteinander Tag für Tag und Stunde für Stunde schweben. Wissen Sie, daß russische Flugzeuge in 20 Minuten über Bonn und Köln sein können? Wissen Sie, daß die Abwehrkräfte etwa drei bis fünf Minuten übrig haben, um die feindlichen Flugzeuge zurückzutreiben? Das darf ich hier einmal einfließen lassen: Die Anlage der Flugplätze für die Alliierten und später für die deutschen Flugzeuge ist ausgerechnet bis auf eine halbe Minute, weil jede halbe Minute entscheidend sein kann für das Leben von Hunderttausenden von Menschen. Das ist die Situation, in der wir schweben. Und wenn erst H-Bomben abgeworfen würden, dann wäre das überhaupt nicht auszudenken. Deswegen ist – ich werde das öffentlich nicht sagen, aber hier sage ich es – eine allgemeine Abrüstung sowohl für die Leute in der Sowjetzone wie für uns überhaupt erst die Voraussetzung, daß wir jemals zu einer Wiedervereinigung kommen; denn wenn wir nicht mehr am Leben sind, findet auch keine Wiedervereinigung statt. Sehen Sie also bitte die Dinge real. Natürlich werde ich nicht etwa in Besprechungen mit Dulles und Eisenhower sagen, so ist unsere Reihenfolge, erst das und dann die Wiedervereinigung; aber ich bitte Sie, bei solchen Gesprächen kann man keine Rücksicht darauf nehmen, wie irgend etwas irgendwo wirkt, sondern man muß die realen Tatsachen nehmen. Selbstverständlich werde ich Dulles und Eisenhower u.a. sagen: Die Wiedervereinigung ist und bleibt das Ziel unserer Politik, weil es sonst keine Ruhe in Europa gibt. Aber gestatten Sie mir zu sagen, daß ohne eine Entspannung in der Welt eine Wiedervereinigung nicht zustande kommt. Das ist nun einmal meine Überzeugung. Und ich glaube, ich habe mit dieser Überzeugung recht. Wie sollten die Russen dazu kommen, wenn keine Entspannung in der Welt eintritt, nun zu sagen: Hier habt ihr die Sowjetzone wieder. Es tritt keine Entspannung in der Welt ein, verehrter Herr Dr. Gradl, wenn nicht tatsächlich wenigstens der Beginn einer Abrüstung sichtbar wird. Selbstverständlich kann das Problem der Wiedervereinigung nicht zurückgestellt werden, bis eine solche Abrüstung durchgeführt ist, aber seien Sie sich darüber klar, es gibt keine Wiedervereinigung, wenn nicht eine Entspannung kommt. Und die Entspannung kommt nicht, wenn nicht über die Frage der Abrüstung gerade die beiden großen Weltmächte sich nähergekommen sind. Das müssen wir klar sehen.

Wir müssen natürlich in der Öffentlichkeit eine vernünftige Sprache führen. Aber Sie dürfen von einem Manne in meiner Stellung, wie sie Herr von Brentano demnächst als Außenminister haben wird, nicht erwarten, daß wir der Öffentlichkeit – verzeihen Sie den Ausdruck – Bilder hinzeichnen, die niemals Wirklichkeit werden. Wir haben es doch versucht auf der Berliner Konferenz. Wie war denn das Ergebnis? Absolut negativ! Was ist das Ergebnis der Unterzeichnung der Pariser Verträge? Daß die

Russen unruhig werden und in Bewegung kommen. Was haben die Russen vorher gesagt, und was haben die Sozialdemokraten ihnen nachgebetet? Sie haben gesagt, daß dann alles vorbei sei. Dummes Zeug, nichts ist vorbei! Der entscheidende Punkt für Sowjetrußland ist doch der, daß Sowjetrußland irgendwie das Gefühl bekommt, es wird nicht angegriffen werden von den Vereinigten Staaten. Erst wenn es das Gefühl bekommt, dann wird es bereit sein, mit sich reden zu lassen und zu einer Verständigung zu kommen. Vor fünf Jahren war die Situation vielleicht anders. Sicher war sie anders vor Korea, als zwischen den vier Verbündeten dieser Zwiespalt ausgebrochen ist. Seit der Zeit hat Rußland gesehen, daß man ihm entgegentritt und daß Amerika stärker als Rußland aufgerüstet hat. Es hatte damals abgerüstet. Rußland hat gesehen, daß der Westen einig ist. Und nun, da es innere Schwierigkeiten hat, ist es besorgt. In diesem Augenblick kann es gar nicht aus dem Schutzgürtel von Satellitenstaaten ein wesentliches Glied einfach zurückgeben. Den Dingen müssen Sie also ins Auge sehen. Ich glaube doch, daß die Menschen in der Sowjetzone – ich spreche doch auch mit Leuten aus der Sowjetzone, natürlich nicht in dem Umfange wie Sie – dafür Verständnis haben, wenn man ihnen das klarmacht. Völlig fern liegt das, was die Sozialdemokraten und leider die deutschen Kommentatoren von der „Politik der Stärke" sagen. Was heißt denn „Politik der Stärke"? Doch nicht die zwölf Divisionen, sondern die Politik der Stärke besteht in der Einigkeit des Westens. Das ist die Politik der Stärke und damit die Verbauung der Absicht der Sowjets, einen nach dem anderen zu fressen.

Tillmanns: Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß, wenn es zu einer Milderung der Weltspannung kommt, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedliche Weise gelöst werden kann. Das ist auch, wenn ich die Diskussion richtig verfolgt habe, von den Herren Kaiser und Gradl betont worden. Wir wollen nur eine Wiedervereinigung in Frieden. Darüber sind wir uns einig. Wir sind uns auch darüber einig, daß der Abschluß der Pariser Verträge eine wichtige Station, ja geradezu eine unverzichtbare Voraussetzung dafür gewesen ist, um den Weg zu einer solchen Entspannung zu bereiten.

Sie haben richtig gesagt, es ist nun einmal eine Annahme sowjetischer Politik, daß die nichtkommunistischen Staaten es gar nicht fertigbringen, sich zu einigen. Solange die Sowjets glauben, daß die Dinge so laufen, haben sie gar kein Interesse an einer Entspannung und an einer Verhandlung mit den anderen. Es ist interessant, daß tatsächlich nach dem Abschluß der Pariser Verträge die weltpolitische Situation in Fluß gekommen ist. Ich brauche das nicht näher auszuführen. Das kann niemand bestreiten. Insofern ist es völlig richtig, daß die Politik der SPD offenkundig als falsch entlarvt ist. Wir können gar nicht deutlich genug sagen, daß in der Geschichte seit 1945 eine politische Konzeption sich so klar und deutlich als falsch erwiesen hat, wie die Politik der SPD in der Frage der Wiedervereinigung bzw. der Pariser Verträge.

Nun ist als neuestes Dokument dieser in Fluß geratenen weltpolitischen Situation heute die gemeinsame Erklärung der Sowjets und der Jugoslawen in Belgrad bekanntgeworden. In dieser Belgrader Erklärung heißt es: Beide Regierungen sind darüber

einig, daß alle Völker neue Anstrengungen machen müssen, um positive Resultate und Übereinkommen in Verhandlungen zu so wesentlichen Fragen des Friedens der ganzen Welt zu erzielen, wie es die Frage der Einschränkung und Begrenzung der Abrüstung usw. ist. Hier deutet sich an, was der Bundeskanzler gesagt hat, daß aus Gründen, die wir nicht zu untersuchen brauchen, auch die sowjetische Politik ein gewisses Interesse an einer solchen Entspannung hat, wenn es auch nur eine Entspannung oder eine Pause im Kalten Krieg wäre nach ihrem Denken.

Nun aber besteht zweifellos die Gefahr – und darauf wollten die Herren Kaiser und Gradl hinweisen –, daß eine solche Entspannung vom Standpunkte der Weltmächte sowohl des Ostens wie auch des Westens denkbar ist, ohne das deutsche Problem zu lösen; d.h., vom Standpunkt der Weltmächte ist eine solche Entspannung denkbar, auch unter Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands. Das ist denkbar, aber nicht wünschbar. Hier setzen die politischen Auffassungen ein, die geäußert worden sind und denen ich mich anschließe, daß es nämlich eine Aufgabe der deutschen Politik ist, den Weltmächten und vor allen Dingen den Westmächten klarzumachen, daß ein integrierender Bestandteil einer solchen Entspannung die Lösung des deutschen Problems sein muß. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Es scheint mir in diesem Zusammenhang interessant zu sein, daß auch die Belgrader Deklaration das sieht. Ich glaube nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß es vor allen Dingen auf die Politik Titos zurückzuführen ist, daß dieser Punkt in den eben verlesenen Sätzen erscheint. Durch diese Anstrengungen würde eine Atmosphäre geschaffen, die es ermöglichte, solche vordringlichen brennenden internationalen Probleme auf friedlichem Wege zu lösen, und zwar die deutsche Frage in Übereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes, aber auch im Interesse der allgemeinen Sicherheit. Dann kommt anschließend die Lösung der Formosafrage, die interessanterweise mit der deutschen Frage in Parallele erscheint.

Ich bin der Auffassung, daß die Probleme der Entspannung in der Welt und der Wiedervereinigung Deutschlands zwei nacheinander folgende Fragen sind, d.h., ohne eine solche Entspannung wird auch die Frage Deutschlands nicht gelöst werden, aber sie sind nur thematisch aufeinander folgende Fragen, sie brauchen nicht zeitlich aufeinander zu folgen; sie werden nur ineinander gelöst werden können. Wenn es zu einer Lösung in der Deutschlandfrage kommt, kann auch eine echte Entspannung herbeigeführt werden. Deswegen ist es mein Wunsch, zwischen einem thematischen und zeitlichen Nacheinander der beiden Komplexe zu unterscheiden. Wenn wir uns darüber einig sind, daß es mühsamer Verhandlungen bedarf, um die Dinge überhaupt zu klären, daß wir Geduld haben müssen und daß es wahrscheinlich eine lange Zeit dauern wird, um diese Fragen zu lösen, dann ist es trotzdem problematisch, wie wir das in der Öffentlichkeit formulieren. Die etwas isolierte Betonung einer solchen zeitlich langen Dauer hat eine Folge, die wir als verantwortliche deutsche Politiker nicht außer acht lassen dürfen, nämlich eine ständige weitere Entmutigung unserer Menschen in der Sowjetzone. Eine solche weitere Entmutigung würde eine Erlahmung der Kräfte mit sich bringen. Das aber ist etwas, was der sowjetischen Politik geradezu entgegen-

kommt; denn die Russen wollen eine solche Erlahmung und Resignation. Sie wollen eine gewisse Apathie; denn das nützt ihrer Politik. Wir haben als deutsche Politiker die Verantwortung, so zu handeln, daß eine solche Resignation nicht entsteht. Damit allein werden die Kräfte wachgehalten, die eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, von der anderen Seite aus gesehen, möglich machen. Deswegen habe ich die Bitte, daß wir in der klaren Sicht des engen Zusammenhanges zwischen internationaler Entspannung und deutscher Wiedervereinigung dafür sorgen, daß die Dinge so dargestellt werden, um die Menschen in der Sowjetzone zu stärken und ihnen Vertrauen zu schaffen.

Adenauer: Erlauben Sie mir, trotz der vorgerückten Zeit noch etwas dazu zu sagen. Welche Entmutigung würde dann eintreten in der Sowjetzone, wenn die Konferenz nach drei Monaten abgebrochen würde? Dann würde alles erledigt sein. Da ziehe ich doch vor, bei den ungeheuren Schwierigkeiten, die mit einer Konferenz verbunden sind, ehrlich zu sagen, lieber eine lange Konferenz als einen Abbruch; denn eine längere Konferenz hat mehr Aussicht auf Erfolg. Ich bitte die Herren, die vor mir gesprochen haben, diese Situation zu sehen und sich Gedanken darüber zu machen.

Meine Freunde! Ich bin der Auffassung, daß es in der Außenpolitik und in der Politik des Durchhaltens viel richtiger ist, den Leuten die Schwierigkeiten wenigstens in etwa zu sagen, als daß nachher gesagt wird, sie nehmen den Mund voll und alles ist vorbei. Im übrigen wandeln wir, wenn Sie wollen, zwischen Szylla und Charybdis. Wir dürfen den Leuten nicht den Mut nehmen. Wir dürfen aber auch keine falschen Hoffnungen erwecken, die eine vollkommene Katastrophe bringen würden. Das ist unsere Situation.

Daß diese ganze Frage noch eine andere Schwierigkeit bietet, möchte ich Ihnen trotz der vorgerückten Zeit kurz in Ihr Gedächtnis zurückrufen. Wie ist es mit der Frage der Oder-Neiße-Linie? Wie ist es, wenn die Russen sagen, wir sind bereit, die Sowjetzone zurückzugeben, aber dann muß Deutschland die Friedensgrenze anerkennen. Was ist dann? Das wird ganz bestimmt kommen. Damit hängt nun die Frage der Satellitenstaaten zusammen. Wir werden uns, so denke ich es mir, mit einem freien Polen, das nicht kommunistisch regiert wird, verständigen müssen. Mit einem kommunistisch regierten Polen können wir uns nicht verständigen. Ich habe das zum Schluß noch erwähnt, obwohl ich nicht gerne vor einem solchen Kreise davon spreche, damit Sie sehen, daß auch im Hintergrund noch Schwierigkeiten sind, deren Lösung ganz sicher Zeit erfordert. Wir müssen aber auch an diese Frage herangehen und darüber sprechen. Deswegen hängt auch die von den Amerikanern angeschnittene Frage der Freiheit der Satellitenstaaten mit unserer Oder-Neiße-Frage ganz eng zusammen.

Ich bekomme soeben die Mitteilung von Herrn Blank: Es steht sehr schlecht im Bundesrat. Nordrhein-Westfalen leistet Widerstand. Ich finde das unmöglich. Das muß ich offen sagen. Das eine kann ich Ihnen sagen, die öffentliche Meinung wird über den Bundesrat negativ urteilen. Und wenn das ausgerechnet ein Land tut, in dem wir ungefähr die Regierung bilden, so sind das ganz unmögliche Verhältnisse.

(*Zimmer:* Die Kabinette haben sich damit noch nicht befaßt! – *Wuermeling:* Der Bundesrat macht sich selber tot!)

Blank: Der Vertreter von Schleswig-Holstein und der Präsident des Bundesrates, Herr Ministerpräsident Altmeier, haben beide für ihre Länder erklärt, sie hätten keine Bedenken und wollten zustimmen. Die Bayern erheben den Einwand, es geht nicht ohne Verfassungsänderung. Nordrhein-Westfalen erhebt die allergrößten Bedenken. Bevor nicht die gesamte Wehrverfassung und all die Dinge klar seien, könne einem solchen Gesetz nicht zugestimmt werden; denn dieses Gesetz gäbe der Regierung die Vollmacht, zuviel zu tun. Hessen behauptet, einem solchen Gesetz könne man nicht zustimmen, denn damit könne die Regierung eine ganze Armee aufbauen.

Wenn Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg eine solche Erklärung abgäben, wie sie die beiden Herren für Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz abgegeben haben, dann würde die ganze Diskussion abgebrochen und ginge zu Ende. Solange aber die Sozialisten spüren, daß sie eine derartige Unterstützung haben, bleiben sie bei ihrer Auffassung.

Ich sehe mich außerstande, Herr Bundeskanzler, weiterzuverhandeln. Ich bin nicht in der Lage, Erklärungen abzugeben, daß Sie die Absicht hätten, Verfassungsänderungen vorzulegen. Ich habe nicht darauf geantwortet. Ich habe auch nicht die Möglichkeit bis jetzt gesehen, irgendwelchen Textänderungen zuzustimmen. Es neigen einige dazu, den § 1 so abzuändern: Der Aufbau der Streitkräfte beginnt mit der Entsendung von Freiwilligen zu internationalen Stäben und zu Lehrgängen.[45]

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, nicht persönlich eingreifen, weiß ich nicht, wie die Dinge weitergehen sollen. (*Adenauer:* Hat Herr Ministerpräsident Arnold nichts gesagt?) Die Herren Arnold und Sträter[46] haben sich beide gegen das Gesetz ausgesprochen. Ich habe mehrfach mit ihnen diskutiert. (*Tillmanns:* Ihnen gegenüber?) In der Sitzung.

Adenauer: Jeder muß seinem Gewissen folgen. Aber die Partei hat auch gewisse Rechte, und das geht die CDU als Ganzes an; es ist eine Katastrophe für die CDU als Ganzes. (*Eplée:* Das kommt daher, weil die Herren aus den Ländern zu selten kommen und nicht die Stimmung des ganzen Vorstandes spüren!) Um 15 Uhr soll es weitergehen. Dann müssen wir Herrn Arnold bitten hierherzukommen. (*Blank:* Darf ich das übernehmen?) Wir müssen die Herren bitten hierherzukommen. So kann man keine Politik in Deutschland machen. So kann auch keine Partei geführt werden. (*Blank:* Auch die anderen Herren von uns?) Ja! Sie sind doch damit einverstanden, meine Herren? (*Blank:* Ich werde Herrn Altmeier vorschlagen, die Sitzung zu vertagen und die CDU-Leute im Auftrage des Parteivorstandes hierherzubitten!)

---

45 Der ursprüngliche Entwurf des Bundesministers für Verteidigung (BR-Drs. 172/55) wurde zurückgenommen und ersetzt durch den Gesetzentwurf vom 15. Juni 1955 (BT-Drs. 1467). Gesetz vom 23. Juli 1955 – BGBl I S. 449.

46 Dr. Artur Sträter (1902–1977), 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1946, 1948–1950 und 1962–1966 Minister für Justiz, 1950–1954 für Wirtschaft und Verkehr, 1958–1960 für Finanzen, 1954–1956 und 1960–1962 für Bundesangelegenheiten, 1958–1966 MdB.

Johnen: Ich halte diesen Weg für falsch. Sie werden damit nur erreichen, daß sich die Fronten verhärten. Ich würde vorschlagen, daß die Sitzung ausgesetzt wird und sich ein kleiner Kreis zusammensetzt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das Ganze ist nur durch die Zeitbedrängnis entstanden. Die Ministerpräsidenten hatten keine Gelegenheit, mit Ihnen darüber zu sprechen.

Adenauer: Aber sie hatten Gelegenheit, sich dagegen auszusprechen, trotz der Kürze der Zeit! Wenn die Herren gesagt hätten, wir haben das so spät bekommen, wir müssen eine Pause eintreten lassen, dann könnte ich das verstehen, aber sich mit den Sozialdemokraten in einer für Deutschland entscheidenden Frage dagegen auszusprechen, dafür habe ich, Herr Johnen, kein Verständnis.

Johnen: Ich hatte mich mit Herrn Ministerpräsident Arnold für heute morgen um 10 Uhr hier verabredet. Als ich hierher kam, war die Sitzung des Bundesrates um eine Stunde vorverlegt, so daß ich ihn nicht erreicht habe. So kommt eine Panne nach der anderen, sonst hätten wir darüber Vorbesprechungen gehabt und hätten das Für und Wider erörtern können.

Adenauer: Versuchen wir es mal mit einer Besprechung im kleinen Kreise. Wenn es da nicht geklärt wird, muß es im großen zustande kommen. Es handelt sich nicht nur um Nordrhein-Westfalen. Das könnte Herr Johnen übernehmen. Es handelt sich darum, wer den Herren die Mitteilung überbringt. Herr Blank muß auch mit den anderen Herren sprechen. Ich würde vorschlagen, daß die Herren zu mir kommen, und zwar um einhalb 3 Uhr. Wir machen nun eine kurze Pause.

Mittagspause von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Bundesminister Kaiser übernimmt den Vorsitz.

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler ist noch in Anspruch genommen in Besprechungen mit den Ministerpräsidenten. Wir wollen aber weiter fortfahren. Wir haben noch die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung zu erledigen. Mir wurde zugerufen, wir sollten den letzten Punkt vorwegnehmen, weil der Herr Bundeskanzler noch nicht da ist; er möchte gern die Ausführungen von Herrn Heck hören. Ich darf dann Herrn Dr. Heck bitten, für Herrn Süsterhenn die Sache vorzutragen.

Abschliessender Bericht der vom Vorstand eingesetzten Statutenkommission über Änderung und Erweiterung des Parteistatuts

Heck: Meine Damen und Herren! Ich habe hier in Vertretung von Herrn Süsterhenn einen Bericht vorzutragen, den er mir schriftlich zugeleitet hat, da er heute leider infolge einer dienstlichen Inanspruchnahme nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

1. Bereits auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe wurde beschlossen, das bisherige Statut der CDU einer Revision zu unterziehen und ihm erforderlichenfalls eine neue Form zu geben.[47] In der Bundesparteivorstandssitzung vom 28. Januar 1954 wurde unter der Leitung von Herrn Minister Dr. Zimmer eine Kommission zwecks Überarbeitung des Statuts eingesetzt, die außer dem Vorsitzenden aus folgenden Mitgliedern bestand: Blank, Dr. Schreiber, Fratzscher[48], Dullenkopf[49], Barth, Dr. Noltenius, Dr. Heck und Müllenbach. Da Herr Minister Dr. Zimmer infolge Krankheit und Arbeitsüberlastung den Vorsitz in der Statutenkommission niederlegte, übernahm im Jahre 1955 der unterzeichnete Dr. Süsterhenn den Vorsitz.

Die Statutenkommission hat noch unter dem Vorsitz von Minister Dr. Zimmer einen ersten Entwurf für ein neues Statut ausgearbeitet und diesen Entwurf sämtlichen Mitgliedern des Bundesparteivorstandes sowie den Landesgeschäftsführern am 20. September 1954 mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen hat dann die Statutenkommission in mehreren Sitzungen den nunmehr vorliegenden Entwurf fertiggestellt. In der vorliegenden Synopse sind unter der Bezeichnung „Alte Fassung" die jetzt noch geltenden Bestimmungen des Statuts und unter „Neue Fassung" die Bestimmungen des Statutenentwurfs gegenübergestellt. Die gegenüber dem geltenden Statut vorgeschlagenen Änderungen sind durch Unterstreichungen kenntlich gemacht. Die Änderungsvorschläge sollen bei der ersten Lesung des Entwurfs mündlich erläutert und begründet werden.[50] Im vorliegenden Bericht sollen lediglich einige Vorschläge von grundsätzlicher politischer Bedeutung behandelt werden.

2. Wähler- oder Mitgliederpartei

Gemäß § 4 des bisherigen Statuts entsenden die Landesverbände auf je 25.000 CDU-Wähler, berechnet nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl, einen Delegierten zum Bundesparteitag, der das höchste Organ der CDU darstellt. Diese Regelung bedeutet, daß bei den Beschlüssen des Bundesparteitages lediglich die Zahl der Wählerstimmen in die Waagschale fällt, während die Zahl der organisierten Parteimitglieder völlig unberücksichtigt bleibt. Dies widerspricht aber der politischen Wirklichkeit der CDU. Die CDU ist nicht nur eine Wählerpartei, sondern auch eine Mitgliederpartei. Ohne organisierte Mitglieder und ohne das durch den Willen der Mitglieder gebildete Parteiorgan könnte die CDU die ihr obliegenden Aufgaben, ins-

47 Vgl. Druck: CDU, 2. Parteitag (1951), S. 167.

48 Arnold Fratzscher (1904–1987), vor 1933 CSVD, 1946–1968 Generalsekretär der CDU Niedersachsen, 1949–1951 und 1955–1969 MdL Niedersachsen.

49 Otto Dullenkopf (geb. 1920), 1946–1961 Landesgeschäftsführer der CDU Nordbaden, 1968–1970 Landesvorsitzender, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg, 1961–1986 Bürger- bzw. Oberbürgermeister (1970) von Karlsruhe.

50 Beide Fassungen vom 20. September 1954 und vom 5. April 1955 in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

besondere die Aufstellung von Kandidaten zu Parlamentswahlen, sowie die politische Aktivierung der Wählerschaft rechtlich und tatsächlich nicht durchführen.

Die Notwendigkeit eines verstärkten Ausbaues der Parteiorganisation, insbesondere die Notwendigkeit der Erhöhung der Mitgliederzahlen, ist vom Bundesparteivorsitzenden unter einhelliger Zustimmung des Bundesparteivorstandes wiederholt gefordert worden, weil die politische Schlagkraft der CDU und damit auch die Erfolge bei den Parlamentswahlen weitgehend von der organisierten Stärke der Partei abhängig sind. Will man den politischen Realitäten, insbesondere der auch heute schon gegebenen Parteistruktur, Rechnung tragen, dann muß die demokratische Willensbildung in der Partei nicht einseitig auf den Wählerstimmen, sondern auch auf den Mitgliederzahlen aufgebaut werden. Das Statut muß daher den Doppelcharakter der CDU als Wählerpartei und Mitgliederpartei, insbesondere bei der Bildung des höchsten Parteiorgans, widerspiegeln.

Daher schlägt die Statutenkommission vor, von dem bisherigen Prinzip, daß die Delegierten ausschließlich nach den Wählerstimmen zum Bundesparteitag und zum Bundesparteiausschuß entsandt werden, abzugehen und statt dessen ein Mischsystem einzuführen. Gemäß § 4 sollen in Zukunft die Landesverbände auf je angefangene 100.000 Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl je einen Delegierten und auf je angefangene 1.000 Mitglieder einen weiteren Delegierten zum Bundesparteitag entsenden. Gemäß § 6 ist für den Bundesparteiausschuß vorgesehen, daß die Landesverbände auf je angefangene 500.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl je einen Delegierten und auf je angefangene 5.000 Mitglieder je einen weiteren Delegierten in den Bundesparteiausschuß entsenden. Diese Regelung, daß die Zahl der Delegierten der einzelnen Landesverbände sowohl nach den erreichten Wählerstimmen als auch nach der Mitgliederzahl errechnet wird, würde zweifellos auch den psychologisch-pädagogischen Vorzug haben, daß diejenigen Landesverbände, die mit dem Aufbau ihrer Mitgliederorganisation noch stark im Rückstand sind, veranlaßt würden, der Organisationsfrage eine größere Beachtung zu schenken, um ihrem wirklichen politischen Gewicht entsprechend auch in den Parteiorganen vertreten zu sein.

Selbstverständlich müßte, was hier im einzelnen nicht zu erörtern ist, auch noch ein Modus getroffen werden, nach dem die Landesverbände ihre Mitgliederzahl exakt nachweisen und nicht nur Schätzungszahlen nach oben melden. Sie finden als Anlage zu der Synopse zwei Aufgliederungen, wie sich nach dem bisherigen Statut und nach den vorgeschlagenen Statutenänderungen die Delegiertenzahl zum Bundesparteitag und zum Bundesparteiausschuß auf die einzelnen Landesverbände verteilen. Aus dieser Übersicht ergibt sich natürlich, daß die gut organisierten Landesverbände, die heute schon über eine hohe Mitgliederzahl verfügen, durch eine Vermehrung ihrer Delegiertenzahl – wenn man es einmal so ausdrücken darf – in gewisser Hinsicht belohnt werden.

Diese von uns vorgeschlagene Regelung hat noch einen weiteren Vorteil. Die Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten würde nach diesem Berechnungsmodus sich von

543 auf 397, also um rund 27 % vermindern. Wir haben bisher noch keinen eigentlichen Arbeitsparteitag gehabt und auch noch keinen Parteitag, auf dem etwa bei der Wahl des Vorsitzenden auch nur die geringste Meinungsverschiedenheit aufgetaucht ist. In dem Augenblick, wo ein Parteitag echte politische Entscheidungen zu erarbeiten und zu fällen oder in personellen Fragen möglicherweise Kampfentscheidungen zu treffen hat, dürfte eine Verringerung der Zahl der Delegierten die Arbeitsfähigkeit des Bundesparteitages zweifellos steigern.

Die Berechnung der Delegiertenzahl nach Wählerstimmen und Mitgliederziffern würde auch den weiteren Vorteil mit sich bringen, daß sich etwaige Schwankungen der Wahlergebnisse hinsichtlich der Delegiertenzahl nicht so stark auswirken, weil die weitgehende Berücksichtigung der Mitgliederziffern eine starke Konstanz bewirkt.

3. Die Vertretung der Exil-CDU und der CDU der Gebiete jenseits der Oder-Neiße

Die besondere Vertretung der Exil-CDU und der CDU der Gebiete jenseits der Oder-Neiße auf dem Bundesparteitag, im Bundesparteiausschuß und im Bundesparteivorstand wurde auf dem Parteitag in Goslar im Jahre 1950 beschlossen. Maßgebend hierfür waren politische Gründe. Man wollte die Verbundenheit mit Mitteldeutschland und den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie dadurch zum Ausdruck bringen, daß beide Gebiete als eigene Organisation in gleicher Weise wie die übrigen Landesverbände zur Geltung kommen. Die ursprüngliche Zahl der Delegierten der Exil-CDU auf dem Bundesparteitag betrug 96 und der Gebiete jenseits der Oder-Neiße 20 Vertreter. Die Zahl 96 ergab sich aus der Zahl der für die CDU bei den letzten freien Wahlen im Jahre 1946 in der Sowjetzone abgegebenen Stimmen. Die Zahl 20 der Oder-Neiße-Delegierten kam so zustande, daß für jede Provinz jenseits der Oder-Neiße-Linie, also Ostpreußen, Grenzmark, Westpreußen, Ober- und Niederschlesien, je fünf Delegierte bestimmt wurden.

Es darf an dieser Stelle schon angemerkt werden, daß die CDU der Oder-Neiße-Gebiete von Anfang an die Zahl der ihnen zugebilligten Delegierten für zu niedrig erachtet hat mit der Begründung, daß von ihr nicht nur die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie in den Grenzen von 1937, sondern auch sonstige volksdeutsche Gebiete vertreten würden. Gegenüber der Gesamtzahl von insgesamt 116 Delegierten der CDU der Sowjetzone und der CDU der Oder-Neiße-Gebiete stellen nach dem jetzt noch in Kraft befindlichen Statut, welches die Delegiertenzahl nach den abgegebenen Wählerstimmen berechnet, die sämtlichen übrigen Landesverbände der Bundesrepublik einschließlich Berlin 427 Delegierte, mit andern Worten: Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU zusammen 21,4 % der gesamten Delegierten des Bundesparteitages. Die Exil-CDU allein mit 17,7 % der Delegierten stellt damit die stärkste Gruppe als Landesverband. Von den übrigen 15 Landesverbänden ist der Landesverband Rheinland mit 15,6 % der Delegierten der größte. Diese, wie bereits betont, als politische Manifestation zu treffende Regelung ist, rein juristisch gesehen, nicht unbedenklich. Die CDU ist, wie alle übrigen Parteien, ein Instrument der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik. Die Parteien sind auch durch das Urteil des

Bundesverfassungsgerichts in der Frage der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein als Verfassungsorgan anerkannt worden.[51] Es läge deshalb, rein staatsrechtlich gesehen, nahe, die politische Willensbildung innerhalb der CDU genauso zu pflegen, wie auch die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland selbst, dessen Verfassungsorgan die Parteien sind, erfolgt. Das Grundgesetz hat bekanntlich für die Teilnahme der Berliner Vertreter im Bundestag und Bundesrat diesen nur eine beratende Stimme gegeben. Im übrigen sagt das Grundgesetz in seiner Präambel, daß die Deutschen in der Bundesrepublik auch diejenigen Deutschen mitvertreten, denen die politische Handlungsfreiheit versagt ist. Aus der gleichen Erwägung heraus hat auch die Bundesregierung stets in internationalen Verhandlungen den Standpunkt vertreten, daß die Bundesrepublik allein legitimiert ist, für Gesamtdeutschland in den Grenzen von 1937, also auch für die Deutschen in der Sowjetzone und in den Oder-Neiße-Gebieten, zu sprechen. Es wäre daher nicht unlogisch, wenn die CDU der Bundesrepublik sich auf den Standpunkt stellte und auch das Recht für sich in Anspruch nähme, für die CDU-Anhänger der Sowjetzone und der Oder-Neiße-Gebiete zu sprechen und diese auch in der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik zu vertreten. Dieser Gedanke wird außer durch staatsrechtliche auch durch organisationsrechtliche Erwägungen nahegelegt. Die in der Bundesrepublik lebenden CDU-Mitglieder aus der Sowjetzone und aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße sind nicht in eigenen Organisationen zusammengefaßt, sondern sind Mitglieder der Orts-, Kreis- und Landesorganisationen der CDU ihrer Wohnorte. Sie nehmen als solche bereits an der politischen Willensbildung innerhalb der Orts-, Kreis- und Landesverbände teil. Ihr politischer Wille wird also schon innerhalb der Bundesparteiorgane durch die Landesverbände vertreten. Da sie aber andererseits auch noch einmal ihre Sondervertretung als Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU mit bisher insgesamt 116 Delegierten haben, nehmen also diese Sowjetzonenflüchtlinge und Heimatvertriebenen praktisch zum mindesten zweimal an der politischen Willensbildung der obersten Parteiorgane teil. Eine derartige Regelung ist zweifellos, vom rein organisationsrechtlichen Standpunkt aus gesehen, unlogisch.

Es muß also die Frage geprüft und entschieden werden, ob diesen staatsrechtlichen und organisationsrechtlichen Bedenken bei der Neufassung des Statuts Rechnung getragen werden soll oder nicht. Man könnte diesen Bedenken Rechnung tragen, indem man den Sondervertretungen der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU lediglich beratende Stimme in den obersten Parteiorganen gibt und nicht wie bisher beschließende Stimmen. Die Mitwirkung der Sondervertretungen der Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU mit beratender Stimme in den obersten Parteigremien könnte den Gedanken der symbolhaften Repräsentation dieser Gebiete vielleicht genügend Rechnung tragen. Es handelt sich hier aber um eine rein politische Entscheidung, zu der die Statutenkommission von sich aus keine Stellung nimmt. Die Statutenkommission

51 Urteil vom 5. April 1952 aufgrund der Klage des SSW gegen die 1950 neu in das Landeswahlgesetz von Schleswig-Holstein eingeführte 7,5%-Klausel (vgl. LANGE S. 440–443).

als ein technisch-juristisches Gremium hält sich lediglich für verpflichtet, die angeschnittenen staatsrechtlichen und organisationsrechtlichen Probleme herauszustellen, um sie den zuständigen Organen zur politischen Entscheidung zu überlassen.

4. Bundesparteivorstand

Die von der Statutenkommission vorgeschlagene Änderung des § 9 über die Zusammensetzung des Bundesparteivorstandes unterscheidet sich, abgesehen von einigen bei der Lesung zu erörternden Einzelheiten, von dem bisherigen Statut vor allen Dingen dadurch, daß erstmalig der Begriff des geschäftsführenden Vorstandes eingeführt worden ist. Wir hatten in dem bisherigen Statut bereits drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, das bekannte Triumvirat, aber noch keinen geschäftsführenden Vorstand. Bei der praktischen Arbeit hat sich herausgestellt, daß dieses Triumvirat nur selten allein tätig geworden ist. Es ergab sich aus den politischen oder organisatorisch-technischen Notwendigkeiten, daß dieses Triumvirat einerseits mit dem Vorsitzenden, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden sowie dem Fraktionsvorsitzenden, andererseits mit dem Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer Fühlung halten mußte. So hat sich aus der praktischen Zusammenarbeit der genannten Personen oder Funktionsträger heraus de facto bereits so etwas wie ein geschäftsführender Vorstand gebildet. Es erscheint angebracht, das, was sich in der Praxis herausgebildet und bewährt hat und auch für die Zukunft notwendig ist, nunmehr auch in dem Statut zu verankern, indem man formal das Institut des geschäftsführenden Vorstandes einführt, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

a) dem Vorsitzenden,
b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
c) drei an der Geschäftsführung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern,
d) dem Bundesschatzmeister,
e) dem Bundesgeschäftsführer,
f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion.

Für eine aus Überzeugung und verfassungsmäßiger Pflicht demokratisch organisierte Partei ist selbstverständlich das höchste Organ der Bundesparteitag und das nächstniedrigere Organ der Bundesparteiausschuß. Dann folgt in der Rangordnung erst der Bundesparteivorstand, der nach der Satzung die Aufgabe hat, die Beschlüsse des Parteitages und Parteiausschusses durchzuführen, und die Verantwortung für die Erledigung der laufenden Geschäfte trägt, wobei unter „Geschäften" sowohl die politischen als auch die organisatorischen Angelegenheiten zu verstehen sind.

Nun ist aber unser Bundesparteivorstand ein relativ großes Gremium. Es hat sich herausgestellt, daß es außerordentlich schwer ist, diesen großen Bundesparteivorstand zusammenzurufen, da seine Mitglieder in den verschiedensten Bereichen politische Verantwortung tragen und mit Geschäften überlastet sind. Auf der anderen Seite bringt es aber die politische Praxis mit sich, daß manchmal sehr schnell Entscheidungen getroffen werden müssen. Wollte man in solch eiligen Fällen immer den gesamten Bundesparteivorstand einberufen, dann würde sich das vielfach als praktisch unmög-

lich herausstellen. Aus diesem Grunde ist in § 10 des Statutenentwurfs folgendes gesagt worden:

„In eiligen Fällen ist der geschäftsführende Vorstand befugt, Entscheidungen zu treffen, die dem Bundesparteivorstand zur Genehmigung vorzulegen sind."

5. Mitwirkung der Bundespartei bei der Kandidatenaufstellung

Im Bundesparteivorstand ist bereits mehrfach die Frage erörtert worden, wie die Bundespartei an der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl mitwirken kann, um eine arbeitsfähige Bundestagsfraktion zu erzielen. Vor der letzten Bundestagswahl ist bereits ein Bundesparteivorstandsbeschluß gefaßt worden, wonach die Bundestagsfraktion bzw. der Vorsitzende gebeten wurde, doch eine Art Bewertung der Arbeitsleistung und Arbeitseignung der bisherigen Bundestagsabgeordneten den Landesverbandsvorsitzenden bekanntzugeben. Eine derartige Beurteilung der Abgeordneten seitens der Fraktion bzw. des Fraktionsvorsitzenden ist aus vielleicht begreiflichen Gründen nicht erfolgt. Die Statutenkommission hat eine Reihe von Möglichkeiten der Einwirkung der Bundespartei auf die Kandidatenaufstellung erörtert. Bei der Übersendung des ersten Entwurfs für die Abänderung des Statuts hat die Statutenkommission zu dieser Frage an die Mitglieder des Bundesparteivorstandes folgendes geschrieben:

„Ein besonderes Problem, das in dem vorliegenden Satzungsentwurf nicht behandelt ist, stellt die Kandidatenaufstellung dar. Man ist allgemein der Auffassung, daß bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten die Organe der Bundespartei entscheidend mitwirken sollten. Um ein enges Zusammenwirken aller Organisationsstufen, Kreis, Land, Bund, zu erreichen, wird folgender Weg als möglich angesehen: Der Wahlkreis schlägt drei Personen für die Kandidatur ihres Wahlkreises vor. Der Landesverband reicht diesen Vorschlag mit einer besonderen Empfehlung für einen dieser drei Kandidaten an den Bundesparteivorstand. Der Bundesparteivorstand, vielleicht verstärkt durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden, entscheidet sich für einen der drei Kandidaten, der dann vom Wahlkreis aufgestellt wird. Entscheidet sich der Vorstand für den vom Landesverband empfohlenen Kandidaten, genügt einfache Mehrheit. Entscheidet er sich für einen der beiden anderen Kandidaten, sollte Zweidrittelmehrheit verlangt werden."

Soweit Stellungnahmen zu diesem Vorschlag eingegangen sind, waren sie überwiegend, teils aus politischen, teils aus wahlrechtlichen Gründen, negativ. Die Statutenkommission schlägt vor, im § 7, der die Aufgabe des Bundesparteiausschusses regelt, folgende Bestimmung als Ziffer f) aufzunehmen:

„Der Bundesparteiausschuß wählt eine besondere Kommission, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gemäß der von ihm festzulegenden Richtlinien an der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt."

Eine nähere Umschreibung der Befugnis oder Arbeitsmethode dieser Wahlkommission erschien z.Z. nicht möglich, weil zunächst die Bestimmungen des Wahlgesetzes abgewartet werden müssen. Immerhin hielt die Statutenkommission es für wichtig, den Gedanken grundsätzlich in der Satzung zu verankern, daß dem Bundesparteiaus-

schuß im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eine Einwirkungsmöglichkeit auf die Kandidatenaufstellung gegeben wird. *(Beifall.)*

Kaiser: Ich danke Herrn Heck für seine Ausführungen. Sie haben gehört, daß er nicht selber der Vorsitzende dieser Kommission war. Ich bedaure, daß Herr Süsterhenn nicht hier ist. Wer hat dieser Kommission angehört? (*Heck:* Die Herren Blank, Schreiber, Fratzscher, Dullenkopf, Barth, Noltenius, Müllenbach und ich. Diese Personen sind in der Sitzung des Vorstandes vom 28. Januar 1954 für die Kommission bestimmt worden!) Ich möchte wissen, ob die Landesverbände bei dieser Kommission beteiligt waren. (*Heck:* Es waren die Landesgeschäftsführer von Westfalen, Rheinland, Niedersachsen, Nordbaden, Bremen, Herr Müllenbach und ich!) Ich weiß nicht, ob wir heute in der Lage sind, diese Vorschläge mit Erfolg zu diskutieren. Vielleicht wäre es richtiger, die Vorlage den Landesverbänden zuzustellen, damit sie die Sache überprüfen können.

Zimmer: Ich glaube mich zu erinnern, daß nach der Fertigstellung des ersten Rohentwurfs die Landesverbände bereits gehört worden sind. (*Heck:* Sehr richtig.) Die Vorschläge der Landesverbände sind also, soweit ich mich erinnere, im weiteren Verlauf mitberücksichtigt und eingearbeitet worden. Ich wollte nur festgestellt haben, daß nicht ohne die Landesverbände gearbeitet worden ist. Aber jetzt würde mich und wohl auch die anderen Herren interessieren, inwieweit die Vorschläge der Landesverbände bei den wichtigsten Fragen berücksichtigt worden sind.

Heck: Der Vorschlag wegen der Mitwirkung bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten wurde fallengelassen auf Einwände von seiten der Landesverbände und diese allgemeine Formulierung eingefügt. Bei der Frage der Stellung der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU kamen lediglich Einwände von diesen beiden Landesverbänden. Die Statutenkommission war der Auffassung, wie sie Herr Süsterhenn dargestellt hat, nämlich die Frage nicht politisch zu überprüfen, sondern lediglich die staatsrechtlichen und organisationsrechtlichen Gesichtspunkte dem Vorstand vorzutragen, weil die volle Entscheidung – die endgültige Änderung des Statuts muß durch den Parteitag erfolgen – dem Vorstand überlassen werden soll. Mit den übrigen Vorschlägen waren die Landesverbände im großen und ganzen einverstanden.

Simpfendörfer: Es stimmt, daß die Landesverbände in dieser Sache gehört wurden. Trotzdem glaube ich, daß es nicht möglich ist, heute dazu Stellung zu nehmen. Ich halte mich nicht für legitimiert, zu allen Einzelheiten endgültig Stellung zu nehmen.

Cillien: Ich kann nicht sagen, ob unser Landesverband dazu gehört worden ist, sondern es ist offenbar nur durch die Geschäftsstelle gelaufen. Derartig wichtige Dinge könnte ich also jetzt nicht akzeptieren, sondern das müßte erst bei uns in der Landesleitung durchgesprochen werden.

Kaiser: Ich bin auch überrascht über das, was vorgetragen worden ist. Vieles ist beachtlich und sehr richtig, aber ich bin vollkommen überrascht.

Strickrodt: Das Wesentliche, was in einem Statut zu sagen ist, wird von dem Bundesparteiengesetz abhängen. Der Herr Innenminister ist anwesend. Können wir von ihm hören, ob ein Entwurf vorliegt?

Eplée: Mir als Landesvorsitzendem ist tatsächlich offiziell ein Schreiben zugegangen, wonach der Landesverband um einen Vorschlag ersucht worden ist. Es wäre aber gut gewesen, wenn ich eine Synopse bekommen hätte, aus der die verschiedenen Vorschläge zu ersehen sind. Es ist sehr schwierig, heute endgültig zu der Satzung Stellung zu nehmen; denn es sind entscheidende Änderungsvorschläge gemacht worden, so z.B., daß zwei Landesverbände anstelle von beschließender jetzt nur noch mit beratender Stimme mitwirken sollen. Ich würde vorschlagen, heute nur locker zu debattieren, um die Gedanken der einzelnen zu hören, aber einen Beschluß auszusetzen.

Tillmanns: Der Auftrag, eine Änderung des Statuts auszuarbeiten, ist vom Bundesparteitag in Karlsruhe gegeben worden. Es ist immer wieder die Frage aufgetaucht, ob dieser Auftrag ausgeführt sei oder nicht. Wir sollten unsere Arbeit in dieser Angelegenheit so einrichten, daß auf dem nächsten Bundesparteitag ein ordentlicher Vorschlag gemacht werden kann. Die Erfahrungen des heutigen Tages sollten uns mahnen, das nicht in der Form zu machen, daß sich der Bundesparteitag überfahren sieht. Wir müssen also mit dieser Angelegenheit rechtzeitig fertig werden. Wir leiden unter dem Tempo, was uns vorgeschrieben ist, aber ich bin auch der Meinung, daß wir den Entwurf heute nicht verabschieden können. Wir sollten aber die entscheidenden Punkte, nämlich

1. Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU,
2. Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung und
3. geschäftsführender Vorstand

heute diskutieren. (*Kaiser:* Und den Kerngedanken, Wähler- oder Mitgliederpartei!) Das ist eine Frage, die nach meiner Auffassung im wesentlichen nicht durch das Statut, sondern durch das praktische Leben geregelt wird. Es ist eine Frage für sich. Es ist selbstverständlich möglich, daß innerhalb der Landesverbände die Fragen noch einmal besprochen und geklärt werden, aber ich darf darauf hinweisen, daß die Landesverbände um ihre Stellungnahme gefragt worden sind. Wenn in einzelnen Landesverbänden die Geschäftsführung derartig selbständig ist, daß sie das alleine tut, ohne ihren Vorstand zu fragen, so ist das ausschließlich eine Sache des betreffenden Landesverbandes, nicht aber des Vorstandes.

Gradl: Ich würde auch vorschlagen, heute nicht abschließend zu debattieren, sondern eine allgemeine Aussprache für zweckmäßiger halten. Natürlich kann die neue Satzung nur vom Parteitag beschlossen werden. Dieser Parteitag wird zunächst nach der jetzt geltenden alten Satzung zusammengesetzt sein. Er wird über die neue Satzung zu beschließen haben nach dem Stimmrecht der bisher geltenden Satzung. Es ist klar, je stärker die Stimmrechtsanteile durch die Neuregelung verändert werden, um so kritischer werden die davon betroffenen Landesverbände sein. Auf der anderen Seite haben wir ein großes Interesse daran, daß auf dem nächsten Parteitag die Dinge nicht heillos zerredet werden und ein Gegeneinander der einzelnen Landesverbände stattfindet. Das bedeutet, daß wir uns nach Möglichkeit im Vorstand untereinander verständigen müssen, damit jeder in der Lage ist, seinem Landesverband mit gutem

Gewissen zu sagen, hier sind gewisse Einbußen aus den und den Gründen notwendig usw. Es kommt natürlich auf die Landesverbände an, die nun schlechtergestellt werden.

Ich darf nun gleich vom Standpunkt der Exil-CDU aus ein Bedauern aussprechen. Ich erinnere mich nicht, daß im ersten Satzungsentwurf, der uns zugestellt worden ist, davon die Rede war, daß die Vertriebenen und die Vertreter der Sowjetzone nur mit beratender Stimme beteiligt sein sollten. (*Tillmanns:* Hört! Hört!) Das ist neu. Das hätte nicht passieren dürfen. Ich will mir einiges verkneifen, was mir auf der Zunge liegt, aber ich bitte doch darum, daß das künftig nicht mehr passiert, sondern daß die Betroffenen vorher die Möglichkeit haben, sich dazu zu äußern. Nicht so entscheidend wie die Zahl der Delegierten, die man den Vertriebenen zugebilligt hat, ist die Art ihrer Beteiligung. Ich halte es einfach für unmöglich, daß man Vertretungen bestimmter Gruppen von Deutschen, die nicht durch ihren Willen, sondern nur durch das böse deutsche Schicksal daran gehindert sind, in ihrer Partei voll mitzuwirken, zusätzlich bestraft, indem man sie auf den Zustand nur beratender Stimmen degradiert. Das ist das Wesentliche. Ich möchte gerne vermeiden, daß es auf dem Parteitag darüber zu einer Diskussion kommt; denn das wäre in einem Augenblick, wo die Welt anfängt, sich über die deutsche Frage offenbar ernstlich Gedanken zu machen, von der größten deutschen Partei denkbar ungeschickt.

Nun zu der Frage der Beteiligung! Daß kein Landesverband, der nun eine geringere Stimmenzahl bekommt, davon begeistert ist, ist klar. Sie werden verstehen, daß auch wir nicht begeistert sind. Ich habe damals in den Besprechungen über den ersten Satzungsentwurf ausdrücklich gesagt: Natürlich werden wir einsehen bzw. werden wir unseren Leuten beibringen können, daß bei einer grundsätzlichen Änderung der Partei im Sinne des Übergangs von der Wählerpartei zur Mitgliederpartei auch gewisse Beschränkungen der bisherigen Stimmenzahl vorgenommen werden müssen. Das ist den Leuten beizubringen. Ich habe aber auch gesagt, es sei ein hartes Stück, den Vertretern der Sowjetzone beizubringen, daß sie mit einem Schlage halbiert werden. Das ist ein bißchen viel.

Ohne daß ich diese Frage zur Debatte stelle, möchte ich doch einen Vorbehalt anmelden. Wir sind mit 96 Delegierten da, wir wollen ihre Zustimmung haben und erreichen, daß dieses neue Statut ohne großes Palaver einigermaßen einstimmig durchgeht. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, rechtzeitig zu überprüfen, ob eine so starke Herabsetzung der Stimmenzahl notwendig ist.

Kaiser: Ich darf bemerken, daß dieser Hinweis auf die Berliner Abgeordneten im Bundestag sehr fehl am Platze ist; denn nicht wir, die Deutschen, haben diese Entscheidung herbeigeführt, sondern sie ist uns von den Alliierten, insbesondere von einer der drei Besatzungsmächte, auferlegt worden. Das sollte man, wenn man nicht nur staatsrechtliche, sondern auch politische Gesichtspunkte wirken läßt, auch beachten.

Hellwig: Ich bejahe den Gedanken, daß die Zahl der Delegierten der einzelnen Landesverbände in etwa der Mitgliederzahl entspricht. Ich beobachte in jeder poli-

tischen Arbeit draußen die große Gefahr, die unserer parlamentarischen Demokratie dadurch droht, daß wir viel zu starke Wählerparteien statt Mitgliederparteien geworden sind. Wer einmal durch das Land fährt, wird merken, daß in der eigenen Partei große Unterschiede hinsichtlich der Aktivität in den einzelenen Landesverbänden für die Gewinnung und Betreuung ihrer Mitglieder besteht. Es ist kein Geheimnis, daß ein erhebliches Übergewicht einiger Landesverbände gerade in der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder besteht. Ich glaube, daß die Chance, entsprechend der Mitgliederzahl vertreten zu sein, auch für die Landesverbände selbst ein großer Anreiz zur Aktivierung ihrer Arbeit hinsichtlich der Gewinnung und Erhaltung der Mitglieder ist.

Zum geschäftsführenden Vorstand! Wer die Schwerfälligkeit der Arbeit großer Gremien sieht, der kann nur bejahen, daß die Arbeit auf ein kleines Gremium konzentriert werden muß. Es erhebt sich die Frage, was der erweiterte Vorstand statt einem geschäftsführenden Vorstand und dem Parteiausschuß zu tun hat. Das ist eine Frage, die man vielleicht noch weiter vertiefen muß. Ich sehe im Augenblick keine besondere Notwendigkeit, eine Erweiterung des Parteivorstandes neben dem geschäftsführenden Vorstand vorzusehen, wenn dem Parteiausschuß, der nur wenig größer ist als der erweiterte Vorstand, aber doch daneben besteht, stärkere Zuständigkeiten vorbehalten sein sollten. Zum geschäftsführenden Vorstand möchte ich vorschlagen, daß nicht nur der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, sondern auch sein Stellvertreter Mitglied ist. Wir haben von vornherein Wert darauf gelegt, daß der Vorsitzende ein Katholik und der stellvertretende Vorsitzende ein evangelischer Fraktionskollege sein soll. Es sollten also beide zum geschäftsführenden Vorstand herangezogen werden.

Bach: Meine lieben Freunde! Es ist richtig, daß wir heute nur grundsätzlich debattieren. Aber es wäre notwendig, heute zu beschließen, daß wir in der nächsten Sitzung eine endgültige Stellungnahme des Vorstandes erarbeiten; denn wir sind verpflichtet, dem nächsten Bundesparteitag diese Vorlage zu machen. Das kann nicht eine Vorlage der Kommission sein, sondern sie muß vom Bundesparteivorstand kommen. Ich erweitere den Vorschlag des Herrn Kollegen Tillmanns dahin, heute übereinzukommen, daß sich der Vorstand in seiner nächsten Sitzung endgültig mit dieser Sache befaßt. Es wird Aufgabe der Landesvorsitzenden sein, in ihren Landesvorständen die Dinge in der Zwischenzeit eingehend zu besprechen.

Zur Sache selbst bin ich der Ansicht, daß wir auf die Dauer eine Parteivertretung nicht nur auf die Stimmen aufbauen können, sondern die Mitglieder müssen dabei eine Rolle spielen. Es ist bedauerlich, daß wir die Mitgliederwerbung nicht so vorangetrieben haben, wie es im Interesse der CDU notwendig gewesen wäre. Ich spreche jetzt als Kassierer. Eine Sache ist so wertvoll, wie man für sie zu opfern bereit ist. Die Mitglieder müssen im letzten die echten Träger unserer Idee sein. Je besser die Mitgliederwerbung vor sich geht – das gilt vor allem für die Jugend und für die Frauen –, um so stärker wird unsere Widerstandskraft und Aktivität werden. Wir sollten jetzt, da die Partei ungefähr zehn Jahre existiert, die Dinge der Praxis anpassen.

Nun zu dem sehr heißen Eisen der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU. Auch sie sind geboren aus der Not der damaligen Zeit. Inzwischen sind die Freunde alle Mitglieder in ihrer Ortsgruppe, in den Kreisen und im Landesverband. (*Tillmanns:* Nein!) Doch, sicher! (*Zuruf:* Leider nicht! – *Tillmanns:* Die 100.000 Mitglieder der Exil-CDU leben in der Sowjetzone!) Ich muß jetzt die Mitglieder nehmen, die hier sind. (*Tillmanns:* Das ist nur ein ganz kleiner Teil, um die handelt es sich nicht!) Wir müssen die Dinge organisatorisch aufbauen auf der Kreis- und Landesebene; denn das hier ist nur das, was von dem Ausschuß rein rechtlich angeführt wird. Eine solche Ordnung muß von unten nach oben aufgebaut sein. Man hat hier nur auf diese Dinge hingewiesen, aber wir müssen den Mut haben, diese Frage konsequent durchzudenken. Wenn wir unseren Freunden das Stimmrecht oben geben, dann müssen wir es ihnen auch auf der Landes- und Kreisebene genauso zugestehen. Ich führe diese Frage nur an, weil hier ein Vakuum in unserem Aufbau klafft, ohne daß ich dazu näher Stellung nehme. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Freunde Stimmrecht haben können. Praktisch ist eine Partei, die mit 49 gegen 51 % abstimmen muß, in sich erledigt. Ich bitte Sie, diese Frage einmal zu diskutieren; vor allem sollten unsere Freunde aus der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU überlegen, ob sie nicht konsequenterweise sagen: Wir müssen auch in den Gremien auf der unteren Landesebene vertreten sein.

Zur Frage des geschäftsführenden Vorstandes! Ich stelle mir die Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes so vor, daß er, wenn schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen, einberufen wird, daß aber der Vorstand über die laufenden Dinge zunächst bestimmen soll. Es ist zu überlegen, ob die Entscheidung, drei Vorstandsmitglieder zu schaffen, in der Sache richtig war. Ich bin mit Herrn Hellwig der Ansicht, daß die Bundestagsfraktion mit mindestens zwei Leuten vertreten sein muß. Wie können wir zu den politischen Dingen Stellung nehmen, wenn die Bundestagsfraktion in diesem Gremium nur durch einen Mann vertreten ist? Die Bundestagsfraktion ist nach dem Gesetz für die Politik verantwortlich.

Kaiser: Es ist gefragt worden, ob der Herr Innenminister nichts zu dem Parteiengesetz sagen möchte.

Schröder: Die Frage kann ich sehr schnell beantworten. Dieser Bundesregierung wird es genausowenig wie ihrer Vorgängerin gelingen, ein Parteiengesetz zu verabschieden, und zwar aus Gründen, die ich nicht im einzelnen darlegen möchte. Wir haben vor, hinsichtlich des Parteiengesetzes das gleiche zu tun, was wir hinsichtlich der Erarbeitung des Wahlgesetzes mit einigem Erfolg, wie ich glaube, getan haben, nämlich eine unabhängige Kommission zu berufen, die das ganze Problem zunächst in einer umfassenden Weise bearbeitet. Was wir aus dem Parteiengesetz brauchen für die reinen Zwecke der Wahl und für die Gestaltung des Wahlgesetzes, das setzen wir schon in das Wahlgesetz hinein, aber Fragen, die darüber hinausgehen, die mit der finanziellen Struktur der Partei zu tun haben, sind so kompliziert, daß wir sie viel umfangreicher als bisher studieren müssen, um ein Parteiengesetz machen zu können.

Simpfendörfer: Man sollte zwar die Mitgliederzahl berücksichtigen bei den Delegierten, aber dieser Vorschlag wird der soziologischen Struktur Baden-Württembergs

in keiner Weise gerecht. Wir stützen uns auf die bäuerliche Bevölkerung. Es ist sehr schwer, Mitglieder unter den Bauern zu gewinnen. Ich glaube, letzten Endes entscheidet doch die Wahlbeteiligung. Wir haben, obwohl wir verhältnismäßig wenig Mitglieder haben, prozentual gesehen die höchste Stimmenzahl bei der letzten Bundestagswahl im ganzen Bundesgebiet aufgebracht. Wir können also dieser Aufschlüsselung hier nicht zustimmen. Was die Finanzierung der Partei anbetrifft, so kann der Kassierer sagen, daß Baden-Württemberg hierbei auch nicht schlecht abschneidet.

Tillmanns: Zur Frage des geschäftsführenden Vorstandes möchte ich kurz folgendes sagen: Was vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als eine statutenmäßige Niederlegung eines faktischen Zustandes. Wir haben so angefangen: Als der geschäftsführende Vorstand, dieses Drei-Männer-Kollegium, als Triumvirat in Karlsruhe bestellt wurde, haben wir unsere Sitzungen zunächst abgehalten mit dem Bundesgeschäftsführer. Es stellte sich sehr bald heraus, daß es notwendig war, auch den Schatzmeister und vor allen Dingen den Vorsitzenden oder einen von ihm beauftragten Vertreter der Fraktion hinzuzuziehen. In der letzten Zeit sind wir, ebenfalls aus rein praktischen Gründen, dazu gekommen, die Sitzungen zusammen mit dem Herrn Bundesparteivorsitzenden und seinen Stellvertretern abzuhalten. Das hat sich aus der Praxis ergeben, und zwar primär als geschäftsführender Vorstand, der die laufenden Geschäfte zu erledigen hat. (*Wuermeling:* Wöchentliche Tagungen!) Es ist heute notwendig, wöchentlich zusammenzukommen, um die geschäftlichen Fragen zu erledigen. Damit beantworte ich die Frage, die von Herrn Hellwig gestellt worden ist. Dieser Vorstand ist das politische Führungsgremium. Der geschäftsführende Vorstand soll ein geschäftsführendes Gremium sein, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Es ist lediglich neu vorgesehen in dieser Satzung, daß in einigen politischen Angelegenheiten auch das geschäftsführende Gremium eine Entscheidung treffen kann mit der Maßgabe, daß sie vom Vorstand genehmigt werden muß. Der Unterschied ist der: das eine ist ein geschäftsführendes Gremium, das andere ist ein politisches Gremium. Der Unterschied sollte im Grundsatz beibehalten werden. Ich erlaube mir die Bemerkung, ob das in der Satzung verankert ist oder nicht, ist nicht erheblich.

Zu der Frage der Exil-CDU, der Oder-Neiße-CDU und des Landesverbandes Berlin! Ich weiß nicht, ob die Statutenkommission zu den Organisationen, die nach § 2 mit beratender Stimme vertreten sein sollen, auch den Landesverband Berlin hinzurechnet. Das ist in der Satzung nicht gesagt. In der Konsequenz der Darlegungen von Herrn Süsterhenn würde das aber liegen. Wir sind in der Bundesrepublik auch nur beratend tätig.

Darf ich zu der Frage eine generelle Bemerkung machen? Ich bin der Auffassung, wir müssen darauf Rücksicht nehmen, daß wir hier nicht vor einer Frage stehen, eine neue Satzung zu entwerfen, sondern daß wir eine bestehende Satzung ändern wollen. Es ist ein Unterschied, ob ich Kreisen der CDU, die bisher Stimmrecht hatten, dieses Stimmrecht nehme, oder ob ich, wenn ich eine neue Satzung mache, ihnen von vornherein nur beratende Stimme gebe. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß das ein politischer Unterschied ist. Das müssen wir bedenken. Wenn diesem Vorschlag

gefolgt werden soll – Herr Süsterhenn hat die Frage offengelassen –, dann begingen wir immerhin einen politischen Akt, wenn wir Gruppen, die bisher alle Stimmrecht hatten, dieses in Zukunft nicht mehr gäben. Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß es sich in diesem Zusammenhang aber auch um staatsrechtliche Überlegungen handelt. Ich habe schon immer, wo ich Gelegenheit hatte, in der Öffentlichkeit aufzutreten, betont, daß ich es für ein Verhängnis unserer Politik halte, wenn wir auf diesen Tatbeständen – nämlich auf der Spaltung Deutschlands und dieses furchtbaren Zustandes infolge des Krieges – staatsrechtliche Begriffe anwenden, die sich aus einer ganz anderen Situation gebildet haben, nämlich aus den zwischenstaatlichen Beziehungen des 19. Jahrhunderts. Das ist schlechterdings nicht möglich. Das gilt für eine Reihe von Fragen. Wir müssen wirklich Realisten sein und klarmachen, daß wir vor Situationen stehen, für die es in der Geschichte keine Vorgänge gibt, auch nicht in den Lehrbüchern. Die Professoren haben niemals daran denken können, daß so etwas in Deutschland entstehen könnte.

Es ist kein Zweifel, daß zwischen diesen Gruppen, um die es geht – Oder-Neiße-CDU, Exil-CDU und Landesverband Berlin –, mehrere Unterschiede bestehen. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße sind in der Situation, daß der größte Teil der Menschen dort Vertriebene sind. Soweit sie CDU-Mitglieder oder CDU-Wähler sind, werden sie durch ihren Verband bzw. durch die Delegierten vertreten. Das gilt zum größten Teil für die Oder-Neiße-CDU.

Bei der Exil-CDU ist es so, daß sie bewußt nicht die Vertretung der Sowjetzonenflüchtlinge ist. Die Exil-CDU ist nichts anderes als der legal gewählte Vorstand auf dem letzten Parteitag der Exil-CDU der Sowjetzone und Berlin im Jahre 1947, d.h. der legal gewählte Vertretungskörper der CDU-Mitglieder und der CDU-Wähler dort. Es sind zum größten Teil Delegierte, die lediglich ihres legalen Vorstandes durch Eingreifen der Besatzungsmächte beraubt sind und die heute in Herrn Nuschke[52] einen Vorstand haben, der von der Besatzungsmacht eingesetzt ist. Infolgedessen hat sich dieser Vorstand konstituiert als der letzte legal gewählte Vorstand von CDU-Wählern, die heute noch zum größten Teil drüben leben. Der Exil-CDU-Vorstand will also keine Vertretung der Sowjetzonenflüchtlinge sein; er will Vertretungskörper der CDU in der Sowjetzone sein.

In West-Berlin haben wir einen ganz normalen Landesverband der CDU, der jedes Jahr gewählt wird; der also Delegiertenversammlungen usw. hat. Ich betone diese Unterschiede nicht deshalb, um es nun – die Gefahr liegt nahe – zu verschiedenen Stellungnahmen innerhalb dieser drei Verbände kommen zu lassen. Das sollten wir vermeiden. Wir können eine richtige Lösung dieser Frage nur finden, wenn wir uns darüber klar sind, wie die tatsächlichen Verhältnisse liegen.

Wir sollten versuchen, um zu einer Lösung in der Form zu kommen, mindestens in der gleichen Weise, wie die Delegierten der übrigen Landesverbände beschränkt

52 Otto Nuschke (1883–1957), 1949–1957 Vorsitzender der DDR-CDU (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 158 Anm. 4).

werden, auch die Zahl dieser Delegierten zu beschränken. Ob man sogar noch heruntergehen kann aus bestimmten Erwägungen, vor allen Dingen bezüglich des Verbandes Oder-Neiße, lasse ich dahingestellt; ich glaube aber auch sagen zu sollen, wir können nicht jetzt, nachdem wir bisher diesen Gruppen ein volles Stimmrecht gegeben haben, ausgerechnet in der jetzigen politischen Situation sagen: Jetzt bekommt ihr nur beratende Stimme. Schon aus den Gründen, die Herr Gradl angeführt hat, geht es nicht.

In dieser Frage könnte sich der Vorstand eine Art vorläufige Meinung bilden, damit die Statutenkommission oder der geschäftsführende Vorstand ungefähr weiß, wie die Meinung des Bundesparteivorstandes ist.

Cillien: Herr Gradl hat deutlich gemacht, daß er eine sehr genaue Vorstellung von der menschlichen Natur hat. Wir von Niedersachsen gehören aus unserem Wesen heraus zu denjenigen, die dagegen sind; denn wir würden ganz erheblich eingeschränkt werden. Das wäre ein Unrecht, nachdem wir – das stimmt ja nicht, was Sie sagten, Herr Simpfendörfer – das Bundesland gewesen sind, das prozentual am meisten zugenommen hat. *(Heiterkeit.)* Das wäre eine schlechte Belohnung für diesen Wahlkampf, wenn wir derartig zurückgesetzt würden. Ich bin nicht der Meinung, daß wir aufgrund dieser Bestimmungen aus einer Wählerpartei nun eine Mitgliederpartei werden; abgesehen davon, daß die Feststellung der Mitglieder nicht unbedenklich ist. Es kommt darauf an, was in Wirklichkeit einkommt. Ich habe auch Bedenken, wenn ein Bundesland sowohl im Parteiausschuß wie auf dem Parteitag nahezu 40 % aller Stimmen hat. Das ist doch ein ungesundes Verhältnis. Dies würde nämlich für Nordrhein-Westfalen zutreffen.

Wir sollten uns also die Sache sehr ruhig überlegen, weil wir vermeiden müssen, daß auf dem nächsten Parteitag eine große Diskussion kommt. So viel ist die Sache nicht wert. Ich bin auch der Meinung, daß wir nur selten oder überhaupt nicht zu irgendeiner Abstimmung auf dem Parteitag kommen, sondern aus einer echten CDU-Gesinnung heraus sind wir gewöhnlich einer Meinung. Man sollte also diesen Zankapfel nicht hineinwerfen. Denn das gibt eine lange Diskussion. Wir können nicht alle unsere Delegierten darauf verpflichten, dem Entwurf zuzustimmen, der hier erarbeitet worden ist. Man sollte also, wenn man überhaupt an den Zahlen etwas ändern will, keine erheblichen Änderungen vornehmen, sondern es möglichst beim alten Zustand belassen.

Fay: Neben den vielen Fragen, die hier angeschnitten worden sind und die noch darin stecken, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Frage der Aufgabenverteilung auf die einzelnen Gremien lenken. Die Herren Hellwig und Tillmanns haben dieses Problem berührt. Es ist selbstverständlich, die Öffentlichkeit beurteilt jedes Parteigremium nach seinen Handlungen und schließt daraus auf die Handlung der Gesamtpartei. Wenn wir hier zusammen sind und eine Resolution herausgeben, dann hat eben die CDU gesprochen. Ist der Fraktionsvorstand der CDU/CSU zusammen und gibt eine Erklärung heraus, dann hat in den Augen und Ohren der Wähler und des großen Publikums auch die Partei gesprochen. Nach unserer Satzung ist das eigent-

lich nicht richtig. Nach dem Satzungsentwurf treffen politische Entscheidungen der Bundesparteitag und der Bundesparteiausschuß, während der Parteivorstand lediglich Exekutivorgan ist. Es heißt im § 10 Abs. 2 der neuen Fassung:

„In eiligen Fällen ist der geschäftsführende Vorstand befugt, Entscheidungen zu treffen, die dem Bundesparteivorstand zur Genehmigung vorzulegen sind."

Es kann also nicht so sein, daß der geschäftsführende Vorstand nach der Satzung politische Entscheidungen trifft; denn der Gesamtvorstand darf ja keine politischen Entscheidungen fällen.

Im ersten Entwurf, der uns zugegangen ist, stand es anders. In unserer jetzt geltenden Satzung ist es m.E. viel klüger geregelt; da heißt es nämlich im § 10:

„Der Vorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und Parteiausschusses durch und erledigt die laufenden Geschäfte. Er ist befugt, in eiligen Fällen Entscheidungen zu treffen, die dem Parteitag oder dem Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen sind."

Als Kommentator dieser Satzung würde ich sagen, also kann auch der Bundesparteivorstand politische Entscheidungen treffen; denn er soll sie dem Parteitag und dem Parteiausschuß vorlegen, die allein für politische Entscheidungen zuständig sind. Ich halte also die alte Regelung für wesentlich klüger, weil sie viel mehr Chancen offenläßt und viel mehr politische Macht satzungsmäßig dem Vorstand einräumt, als er sie nach der neuen Satzung hat.

Nach dem Wortlaut der neuen Satzung kommen Sie nicht umhin festzustellen, daß der Vorstand lediglich Exekutivorgan der beiden obersten Parteigremien ist. Das gilt auch für den geschäftsführenden Vorstand, der nur dem Gesamtvorstand verantwortlich ist.

Das war ein kritisches Wort zu dieser Vorlage. Allgemein möchte ich dazu sagen, wir sollten doch – es müßte überlegt werden, ob wir es expressis verbis so bringen oder in der eleganten Form wie in der alten Satzung – davon ausgehen, daß der Bundesparteivorstand ein politisches Gremium ist. Wir kommen doch nicht aus Entfernungen von Hunderten von Kilometern hier zusammen, um uns über geschäftsordnungsmäßige Dinge zu unterhalten, die unsere Freunde im kleinen Ausschuß ohnehin viel besser regeln können. Wenn wir hier sind, die Landesvorsitzenden, die Vertreter der Fraktionen usw., dann kommen wir doch letztlich zusammen, um eine politische Entscheidung zu treffen. Wir sollten das auch klar zum Ausdruck bringen. Ich sage das deswegen, weil dieser Satzungsentwurf in einer klugen Bestimmung des § 18 vorsieht, daß die Ländersatzungen nicht mit der Bundessatzung in Widerspruch stehen dürfen.

Haben wir eine Bestimmung, die dem Vorstand eine politische Befugnis einräumt, dann haben wir auch auf Landesbasis die Möglichkeit, dem Vorstand eine politische Befugnis einzuräumen. Vorhin ist gesagt worden, die einzelnen Landesverbände hätten zu dem Entwurf noch keine Stellung genommen. Ich frage Sie, wer soll denn Stellung nehmen? Nach meiner hessischen Satzung kann das nur der Landesparteitag, der von 300 Delegierten beschickt wird. Aber ob ich als Landesvorsitzender oder mein

30köpfiger Landesvorstand das macht, ist im Grunde völlig unerheblich, wenn ein juristischer Tüftel-Fritz kommt, der uns nachweist, daß das alles satzungswidrig ist. Haben wir aber die Bestimmung, daß der Vorstand auch ein politisches Organ ist, dann haben wir im Lande die Möglichkeit, auch den Landesvorstand zu einem politischen Organ zu machen. Ich glaube, das kann der Partei nur dienlich sein.

Am Rande will ich noch das Problem ansprechen, das in der Satzung berührt ist: das Verhältnis von Partei zur Fraktion. Alle diese Dinge sollten einmal in einer sehr langen Diskussion hier erörtert werden. Wir werden sie nicht in absoluter Klarheit in eine Satzung schreiben können, darüber bin ich mir klar, aber wir werden es geschickt andeuten müssen. Die Kommentatoren müssen sich darüber klar sein, was eigentlich hinter den Worten, die wir hineinschreiben, steht. Schreiben wir es aber so eklatant wie in dem jetzigen § 10, dann geben wir unseren Kommentatoren keine Möglichkeit mehr, dem praktischen Leben gerecht zu werden.

Gradl: Ich habe eigentlich nichts mehr zu sagen, nachdem Herr Dr. Tillmanns gesprochen hat. Daß wir diese Auffassung völlig teilen, versteht sich von selbst. Ich bin nur erstaunt über das Mißverständnis, dem der Bundesschatzmeister zum Opfer gefallen ist. Wenn wir das Gesetz ändern, was Herr Bach annahm, dann hätten wir den mannigfachen Wünschen, die uns nahegelegt worden sind, gewissermaßen neben der einheimischen Partei noch eine parallele Organisation zu schaffen, ja möglichst frühzeitig nachgeben müssen. Das aber haben wir aus wohlüberlegten Gründen im Interesse der Gesamtpartei immer vermieden; auch in Auseinandersetzungen mit Herrn Kather, der seine eigenen Gedanken gehabt hat.

Ich hatte ursprünglich darum bitten wollen, uns die Ausführungen des Vorsitzenden der Statutenkommission schwarz auf weiß zu übergeben, damit man sie als Unterlagen für die Besprechungen hat. Aber nachdem ich gehört habe, was darin steht, habe ich die Bitte, wenn der Bericht überhaupt verbreitet wird, dann um alles in der Welt diese Ausführungen über die Stellung der Oder-Neiße-CDU und der Exil-CDU herauszulassen; denn das würde für Parteigegner wirklich eine ausgezeichnete Fundgrube sein, und noch dazu in diesem Augenblick.

Ich habe ferner die Bitte, daß der Vorstand heute beschließen möge, daß diese Bestimmungen über die Beschränkung auf beratende Stimme für Oder-Neiße-CDU und Exil-CDU in einer weiteren Verbreitung dieses Entwurfs nicht mehr aufgenommen werden. Wir werden es ohnehin in der nächsten Zeit mit der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht leicht haben. Deshalb wollen wir uns diese Schwierigkeiten auf einem Parteitag, der für uns sehr wichtig sein wird, nicht noch zusätzlich machen.

Wuermeling: Ein Wort zur Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU gerade vom Westen aus! Mich schmerzt es, daß wir überhaupt in die Lage gekommen sind, in diesem Kreise darüber zu diskutieren, ob eine Minderberechtigung der Verbände Oder-Neiße-CDU und Exil-CDU gegeben ist. Wenn wir immer wieder von Wiedervereinigung und gesamtdeutscher Verbundenheit reden und nun das kleine bißchen, was wir an Besonderem den vorhandenen Vertretern dieser Verbände gewähren, nun beschlußmä-

ßig innerhalb der CDU herunterdividieren wollen, dann nimmt man draußen unsere Wiedervereinigungsäußerungen einfach nicht mehr ernst.

Ich möchte sehr unterstützen, was Herr Gradl sagt: daß diese Ausführungen möglichst nicht aus unserem Kreise herauskommen sollen und von einer Minderberechtigung dieser Verbände in unserem Kreise nicht mehr geredet wird. Das schließt natürlich nicht aus, daß, wenn generell eine Verminderung der Delegiertenziffer eintritt für sämtliche Verbände, natürlich in der Relation auch diese Verbände beteiligt sein müssen.

Eine Bemerkung zu Berlin! Wir können den Landesverband Berlin in dieser Parallele mit den beiden genannten Landesverbänden nicht sehen, weil der Landesverband Berlin ja ein echter Landesverband mit Mitgliedern, einer Spitzenorganisation usw. ist, der sich von den anderen Landesverbänden ausschließlich dadurch unterscheidet, daß seine Mitglieder nicht Bewohner des Bundesgebietes sind. Aber von einer Doppelvertretung kann im Falle Berlin nicht die Rede sein.

Zur Frage der Bemessung des Einflusses nach der Mitgliederzahl! Ich bejahe diesen Gedanken im Grunde sehr nachdrücklich. Ich gebe auch zu, daß man über das Ausmaß des Schlüssels, wie dreiviertel, einhalb usw., reden kann, aber wir sollten, so schwer es auch fällt, dahin streben, irgendwie Wege zu finden, mehr zu einer Mitgliederpartei zu kommen. Das muß auch in den ländlichen Gegenden möglich sein.

Herr Cillien, wenn Sie sagen, es sei menschlich zu verstehen, daß die Landesverbände, die dabei schlechterfahren, dagegen sind, und diejenigen, die dabei besserfahren, dafür sind, so möchte ich darauf antworten, in der SPD würde man so etwas sagen, aber in der CDU darf man so etwas nicht sagen, weil wir ja nicht egoistische Interessen in den Vordergrund stellen, sondern die Sache grundsätzlich betrachten. (*Cillien:* Menschen bleiben wir trotzdem!) Aber wir bemühen uns, gegen die Unzulänglichkeit der Menschen anzukämpfen.

Weswegen ich mich in der Hauptsache zu Wort gemeldet habe, darüber ist noch nichts gesagt worden, nämlich über die Kandidatenauswahl. Ich muß sagen, daß mir das erhebliches Kopfzerbrechen macht, was ich früher schon gehört habe, nunmehr aber offiziell vorgeschlagen wird. Ich bestreite in keiner Weise, daß es notwendig ist, Wege zu finden, die eine sachlich angemessene Zusammensetzung der Bundestagsfraktion gewährleisten. Man muß versuchen, in geeigneter Weise mit allen Wahlkreisverbänden zu einer Linie zu kommen, die schließlich oben nachher auch paßt. Bisher haben wir das nicht in formeller Form gesichert. Wie ist die Bundestagsfraktion zusammengesetzt? Ich glaube, die weitaus meisten führenden Mitglieder der Bundestagsfraktion sind Wahlkreisabgeordnete. Das scheint mir zu beweisen, daß über die Wahlkreise die richtigen Kräfte in die Bundestagsfraktion hineingekommen sind. Bei mir steht dieser Weg nicht so im Vordergrund wie die grundsätzliche Frage, und die ist doch die, daß die Staatsgewalt in der Demokratie vom Volke ausgeht, daß also von unten her gewählt und bestimmt werden muß. Wir müssen uns dem demokratischen

Gedanken beugen und anerkennen, daß letztlich der Wille des Wahlkreises entscheidend sein muß.

Der zweite Gedanke ist m.E. für manchen vielleicht noch überzeugender. Das ist ein mehr persönlicher und menschlicher Gedanke. Stellen Sie sich vor: Bei der nächsten Bundestagswahl werden die Kandidaten aufgestellt. Sie wissen genau, daß die meisten Wahlkreisabgeordneten eine Art Domäne besitzen. Sie haben also ihre Domäne und sind im allgemeinen der Meinung, daß sie sie selbstverständlich wiederbekommen. Jetzt soll der Wahlkreis drei Kandidaten nach oben vorschlagen. Das weckt in den Konkurrenten gewisse Hoffnungen, daß vielleicht der Vorstand einen anderen heraussucht. Damit wird aber den Intrigen Tür und Tor geöffnet. Ich bitte Sie also, die Kollegen in der Fraktion doch nicht solchen Dingen auszusetzen und auch nicht zu Streitigkeiten und Rivalitäten in den Wahlkreisen durch solche Vorschläge Anlaß zu geben. Wir können andere Wege finden, um solche Einwirkungen in demokratisch vertretbarem Ausmaß zu gewährleisten.

Heck: Ich bin zwar glücklich, daß Herr Gradl nicht explodiert ist, aber ich bin doch etwas erschrocken, daß er betroffen war. Wenn vom Vorstand eine Kommission eingesetzt wurde zur Ausarbeitung von Änderungen des Statuts unter rein fachlichen Gesichtspunkten, dann ist damit an sich eigentlich schon ein Schritt zuviel getan worden von der Kommission, daß zwischendurch den Landesverbänden ein Zwischenbericht gegeben wurde, um eine Stellungnahme einzuholen. Es ist praktisch gar nicht möglich, fortlaufend diese Bewegung Statutenkommission/Landesverbände durchzuführen, bis am Schluß bei der Statutenkommission ein Ergebnis herauskommt, mit dem sich alle Landesverbände einverstanden erklären.

Die Statutenkommission war der Auffassung, daß sie im Interesse des Vorstandes handele und daß der Vorstand das Gremium ist, in dem der Vorschlag der Statutenkommission mit der Möglichkeit vorzutragen sei, eine Begründung dazu zu geben. Es ist sicher nicht gut, wenn ein Entwurf in den Landesverbänden zur Diskussion kommt, ohne daß dort die Gründe bekannt sind, die zu den Vorschlägen geführt haben. Man sollte also deswegen der Statutenkommission keinen Vorwurf machen. Herr Cillien, wenn Sie genau nachrechnen, dann bringt die neue Regelung das, was Sie für Ihren Landesverband wünschen.

Sie waren bereit, eine geringfügig schlechtere Berücksichtigung in Kauf zu nehmen. Wenn Sie die Gesamtzahl des Parteitages vergleichen, so waren es bisher 543 Mitglieder; jetzt sind es 397. Es sind also insgesamt 146 Delegierte, d.h. 27 % weniger. Wenn Sie 27 % von der bisherigen Delegiertenzahl der Landesverbände Hannover, Braunschweig und Oldenburg abziehen, dann kommen Sie auf eine Zahl, die um zwei Delegierte niedriger liegt als bisher.

Herr Simpfendörfer, zu Ihren Ausführungen! Es gibt sicher Gebiete, in denen die Mitgliederwerbung schwieriger ist als im rheinischen Raum, aber ich muß als Geschäftsführer einmal mit aller Deutlichkeit eines sagen: Es gibt keinen Landesverband, der von sich in Anspruch nehmen kann, daß er dem Problem der Mitgliederwerbung auch nur einigermaßen die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Ich bedaure

das außerordentlich, aber ich halte es für meine Pflicht, auch Dinge sagen zu müssen, die vielleicht unangenehm sind.

Herr Fay, Sie haben im § 10 eine Beschränkung gesehen. Es wäre die Frage zu stellen, was versteht man eigentlich unter dem Satz: „Der Bundesparteivorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesparteiausschusses durch."? Ich glaube, wenn der Bundesparteivorstand diese Beschlüsse durchführt, dann ist er gezwungen, praktisch laufend politische Entscheidungen zu fällen, zwar nicht in der grundsätzlichen Richtung, aber in der Modifizierung. Man kann auch wohl nicht aus dieser Formulierung herauslesen, daß der Vorstand lediglich ein Gremium sein soll, das sich damit zu beschäftigen hätte, welche Delegierten zu einer Veranstaltung geschickt werden, sondern es ist klar zum Ausdruck gebracht, daß es Aufgabe des Vorstandes ist, die Grundlinien der Politik der Partei, die vom Parteitag festgelegt werden, zu modifizieren und deshalb fortlaufend Entscheidungen zu fällen.

Heiler: Ich muß mich im Namen von solchen melden, die die Verlierer sein würden. Wie schwierig es ist, Frauen zu werben, das wissen Sie. Die Spanne zwischen der weiblichen Wählerschaft und den Vertreterinnen in den einzelnen Gremien wäre damit sehr ungünstig für uns. Die männlichen Mitglieder halten es meist für genug, wenn sie Mitglied der Partei sind, ihre Frauen bringen sie aber nicht mit. In vielen Fällen ist es so, daß die Herren meinen, es sei besser, wenn die Frau nicht in der Partei ist.

Aber die Zahl der weiblichen Wähler ist so groß, daß wir doch eine bessere Vertretung haben müßten. Das Verhältnis würde noch schlechter, wenn wir nur die Mitgliederzahl zugrunde legten. Also, wir Frauen sind nicht sehr geneigt, hier zuzustimmen. Im übrigen wehre ich mich dagegen, die Rechte der unteren Gremien bei der Kandidatenaufstellung irgendwie zu beschneiden.

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler läßt mitteilen, daß er noch kurze Zeit mit den Ministerpräsidenten beschäftigt ist; er hofft aber, mit den Ministerpräsidenten bald herunterkommen zu können.

Zimmer: Ich muß als soundsovielter erneut auf die Frage zu sprechen kommen: Mitgliederpartei oder Wählerpartei? Unseren Freund Cillien bitte ich, seine Bedenken zurückzustellen. Wer erlebt hat, aus welch schmalen Mitgliederversammlungen unsere Delegierten und die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlungen und Landtage gewählt werden, wie eng umgrenzt die qualitative Auswahl hier ist, der muß zu der Forderung kommen, daß wir eine breitere Basis haben müssen. Gehen Sie in eine Universitätsstadt irgendwo in Deutschland, und sehen Sie sich die Mitgliederversammlungen und die Delegiertenwahl für die Stadtverordnetenversammlungen an. Schon hier haben diese Städte große Sorgen; von den Delegierten zum Landtag und zum Bundestag gar nicht zu reden. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir eine Mitgliederpartei werden, die finanziell relativ unabhängig sein muß. Relativ bedeutet, daß wir ein Minimum aus eigener Kraft aufbringen. So wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr. Wir können keine ausgehaltene Partei bleiben, sei es von privaten Geldern, sei es vom Staat via Abführung an die Fraktionskasse usw.

Bevor wir die erste Satzung annahmen, hatten wir sie in den einzelnen Landesverbänden – es waren damals wie heute 17 – durchberaten lassen, damit bei einer Abstimmung eine Einstimmigkeit gewährleistet sei. Ich halte es daher für notwendig, um auf dem Parteitag nicht in eine uferlose Diskussion zu kommen, daß sich die Landesparteien vorher vergewissern, daß keine Beanstandungen kommen. Diese Ausführungen betreffen also lediglich die Methode der Zustimmung.

Zur Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung gemäß § 7, wovon Herr Kollege Wuermeling und Frau Heiler gesprochen haben! Wenn man von dem Prinzip der Parteidemokratie ausgeht, muß man dem zustimmen, aber wenn man von der Parteirealität ausgeht, kann man bei dem speziellen Charakter unserer Partei leider damit nicht ganz hinkommen. Ich lasse dahingestellt, ob die satzungsmäßige Verankerung in dieser Form zweckmäßig und richtig ist, aber Sie wissen, wie schwer es ist, in unseren kleinen Wahlkreisen genügend Frauen und Leute der Jungen Union aufzustellen. Das läßt sich nur hinbringen, wenn man in irgendeiner Weise mitwirken kann. (*Wuermeling:* Es bleibt noch die Liste daneben!) Die haben wir in unserem Lande nicht. Ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler aus dieser Sorge heraus großes Gewicht auf eine solche Bestimmung legt. Wenn ich mich zu seinem Sprecher mache, dann deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß es in irgendeiner Form notwendig ist, um hervorragende Spezialisten – die selbstverständlich Mitglied der Partei sein müssen – in die Fraktion hineinzubekommen.

Herr Kollege Hellwig hat ein Kernproblem angeschnitten, nämlich die Frage des Nebeneinanders von geschäftsführendem Vorstand, erweitertem Vorstand, Parteiausschuß und Parteitag. Das Thema ist von anderen Herren aufgegriffen worden. Dazu darf ich geschichtlich folgendes bemerken: Wollen Sie bitte nicht vergessen, daß wir im Anfang, im Jahre 1950, einen Parteivorstand von nur 11 Mitgliedern vorgesehen hatten, daß dann aber im letzten Moment diese 11 auf 15 erweitert wurden. Man hatte damals die Vorstellung, diese 15 sind ein echtes politisches Führungsgremium. Aus diesem 15köpfigen Gremium sind nun durch Beschlüsse – ich weiß nicht, wieviele es sind – 30 oder 35 geworden, so daß in der Tat eine Verschiebung stattgefunden hat, die nun zu dem faktischen Zustand eines geschäftsführenden Vorstandes geführt hat.

Auf der anderen Seite steht in dem Statut der Parteiausschuß. Hier darf ich die Frage aufwerfen: War es sinnvoll, daß in den letzten Jahren der Parteiausschuß nur in dieser formellen Weise behandelt worden ist? Der Parteiausschuß war damals gedacht als ein Hauptinstrument der Integration der Partei für die sachlichen und politischen Probleme. Der Parteiausschuß ist jedoch nicht, wie es die Satzung wünscht, regelmäßig einberufen worden. Aber das ist nicht das Entscheidende. Ich will keine Kritik üben, sondern auf eine im Zuge der Entwicklung hervorgetretene Erscheinung hinweisen. Der Parteiausschuß ist mit den sachlichen Problemen der Politik meines Wissens nur einmal befaßt worden, nämlich bei dem Projekt eines Bundeswahlgesetzes, wobei man ihn diese Frage erörtern ließ. Im übrigen wurde er zusammengerufen im Anschluß an Sitzungen des Bundesparteivorstandes. Man

hat dabei im wesentlichen ein politisches Referat gegeben, wenn ich recht im Bilde bin, aber er ist nicht mit entscheidenden politischen Problemen – sagen wir der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik – als Parteiausschuß befaßt worden.

Das hätte vielleicht doch geschehen können. Der Parteiausschuß hätte sich in seiner Rolle als integrierendes Organ der Partei stärker entwickeln können von den Landesverbänden her; denn die Landesverbände sollen ihn ja beschicken. Deshalb ist die Stellung des Parteiausschusses im jetzigen Statut neben dem erweiterten Vorstand sehr problematisch, worauf Herr Hellwig hingewiesen hat. Dieses Problem des Parteiausschusses ist nicht einfach zu lösen, wenn sie [die Lösung] vom geschäftsführenden Vorstand ausgeht. Ich habe nichts gegen die Zuständigkeit, aber ich werfe die Frage auf, ist es sinnvoll, im vorliegenden Entwurf im § 9 folgendes vorzusehen:

a) dem Vorsitzenden,
b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
c) drei an der Geschäftsführung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern,
d) dem Bundesschatzmeister,
e) dem Bundesgeschäftsführer,
f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion.

Nun will ich das Gewicht des Bundesschatzmeisters und des Bundesgeschäftsführers keineswegs unterschätzen, aber das Verhältnis 7 : 2 sagt, daß wir es praktisch – ich will es scharf ausdrücken, Herr Krone wird dazu schweigen wollen – mit einem Ausschuß der Fraktion zu tun haben. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Praktisch wird es ein Ausschuß der Fraktion. Nun ist es selbstverständlich, daß in Bonn eine engste Koordinierung von Fraktion und Partei stattfinden muß. Es ist auch ebenso notwendig, daß wir die Herren der Fraktion dabeihaben, aber ich frage, können wir das dem Parteitag in dieser Form vorsetzen? Der geschäftsführende Vorstand ist von größter Wichtigkeit, weil er eilig handeln muß. Ich hätte gerne bei verschiedenen Gelegenheiten eine Aktion von ihm gesehen, z.B. neulich aus Anlaß des österreichischen Staatsvertrages. Da habe ich gewartet, bis die Partei eine Verlautbarung darüber herausgab, wie wir den Vertrag auslegen. Das ist dann aber zu spät erfolgt und auch nicht mit der nötigen Klarheit und Wucht. Der Herr Bundeskanzler war wohl nicht da oder nicht greifbar. (*Kaiser:* Der Herr Bundeskanzler selber hat gewarnt, wir sollten uns zurückhalten!) Gut, das nehme ich zur Kenntnis. Aber wir haben draußen auf ein solches Wort gewartet. (*Kaiser:* Wir haben darüber geredet!) Also, so wie es hier steht, halte ich es für praktisch nicht durchführbar. Wenn der Bundesparteiausschuß noch weniger als bisher tätig werden soll, dann sollte man ihn fallenlassen – aber das werden sich die Landesverbände nicht gefallen lassen – oder aber man muß ihn aktivieren, und zwar von der Bundesgeschäftsstelle aus, die einen besonderen Referenten dafür bekommen müßte. Der Parteiausschuß müßte, wie es die Statuten wollen, mit den sachlichen Problemen befaßt werden. Das scheint mir der schwierigste Punkt des vorliegenden Entwurfes zu sein.

Ich fasse zusammen:

1. Ich halte einen engeren Vorstand für notwendig, ich bezweifele aber, ob die jetzige

Zusammensetzung als ein Parteigremium gelten kann; in Wirklichkeit ist es ein Ausschuß der Fraktion;

2. müßte man die Einfügung des Parteiausschusses in besserer Weise vor sich gehen lassen. Die §§ 12 und 17 sind leges imperfectae geblieben; sie sind nicht zur Durchführung gekommen.

Ich hätte den Wunsch, daß der geschäftsführende Vorstand oder zum mindesten die Bundesgeschäftsstelle die Verhandlungen mit den betreffenden Organisationen aufnimmt und weiterführt; denn sie sind von größter Wichtigkeit. Ich will nicht weiter und näher darauf eingehen.

Kaiser: Ich möchte Sie schon jetzt bitten, bevor wir zum Abschluß kommen, zu diesen bedeutsamen Bemerkungen alsbald dem Vorstand und dem Vorsitzenden der Partei eine schriftliche Darstellung zu geben, damit die Sache weiterverfolgt und beachtet werden kann.

Scharnberg: Ich möchte zunächst etwas zur Frage des geschäftsführenden Vorstandes sagen und darf Ihnen, lieber Herr Tillmanns, entgegentreten, wenn Sie gesagt haben, es sei genau dasselbe wie bisher. Es ist nämlich etwas grundsätzlich anderes als das, was wir damals, als die drei Beisitzer eingesetzt wurden, gewollt haben. Wir wollten folgendes: Der Bundeskanzler ist durch seine Tätigkeit als Bundeskanzler so stark in Anspruch genommen, daß er tatsächlich nicht in der Lage ist, den Parteivorsitz so auszuüben, wie es sein sollte. Deshalb sollten drei Herren als geschäftsführender Vorstand zur Unterstützung eingesetzt werden. Es wurde also eine Art Nebenorganisation geschaffen. Jetzt ist aus der Sache etwas ganz anderes gemacht worden, nämlich ein geschäftsführender Vorstand. (*Tillmanns:* Nein! Nein!) Doch, lieber Tillmanns! (*Tillmanns:* Ich habe nicht behauptet, daß es dasselbe ist, was bisher in der Satzung steht, sondern gesagt, das ist dasselbe, was bisher praktisch geworden ist. Wir haben praktisch in den letzten Monaten immer nur zusammen mit dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister getagt!) Ich möchte nur charakterisieren, worin der Unterschied besteht. Die bisherige Organisation wurde zu ihren Sitzungen einberufen von den Herren Tillmanns oder Wuermeling oder Kiesinger, in Zukunft wird sie aber einberufen von dem Herrn Bundeskanzler. (*Wuermeling:* Das war immer so! – *Tillmanns:* Sie ist jedesmal einberufen worden von Herrn Heck! – *Heiterkeit.*) Ich bilde mir ein, deutlich gemacht zu haben, worin der Unterschied besteht. Ich behaupte, daß Sie das nicht so gemacht haben, wie wir es damals gewollt haben. (*Tillmanns:* Stimmt nicht!) Dann haben Sie es anders gemacht. Das kann ja sein; aber dann haben Sie einen Auftrag, den Sie bekommen haben, wenn ich mir die Kritik erlauben darf, unrichtig durchgeführt! (*Wuermeling:* Aber mit Erfolg!) Das ist eine andere Frage.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen. Im § 9 ist vorgesehen, daß sich der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und die Landesvorsitzenden vertreten lassen können; das halte ich nicht für eine ideale, aber für eine notwendige Vorschrift. Ich würde vorschlagen, folgendes hinzuzusetzen: Sie können sich vertreten lassen durch einen regelrechten Stellvertreter. Ich würde weiter vorschlagen, auch zu erwähnen, daß sich die Regierungschefs durch ein CDU-Kabinettsmitglied vertreten lassen können. Das

scheint mir außerordentlich wichtig zu sein; denn wir hören immer wieder die Klage, daß die Regierungschefs nicht anwesend sind.

Zu der Frage der Mitgliederpartei bin ich der Meinung, daß man eine Mitgliederpartei machen soll. Wir sind es leider nicht. Mir scheint die Relation von 1 : 1, die man für das Verhältnis Mitgliederzahl/Wählerzahl vorsehen will, nicht ganz richtig zu sein. Das müßte etwas geändert werden.

Zur Frage der Kandidatenaufstellung bin ich nicht der Meinung von Herrn Wuermeling. Ich bin der Auffassung, daß hierbei schon eine gewisse Mitwirkung des obersten Parteigremiums nötig ist, wenn auch nichts anderes dabei herauskommt, daß über diesen Weg gewissen Leuten in den Fraktionen, die nicht so sehr mitarbeiten, wie es wünschenswert wäre, gesagt werden kann: Wenn ihr nicht genug mitarbeitet, werden wir daraus die Konsequenzen ziehen. Das halte ich schon für sehr wichtig. Herr Zimmer, wenn Sie gesagt haben, Hannover und die süddeutschen Länder hätten die Satzung ausgearbeitet, dann haben Sie vergessen, daß außer Hannover noch Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein mitgearbeitet haben. (*Zimmer:* Das ist ein großes Mißverständnis. Das habe ich nicht gesagt. Das ist völlig daneben! – *Zuruf:* Sehr richtig!) Für das weitere Vorgehen würde ich empfehlen, daß sich vor der nächsten Parteivorstandssitzung die Landesverbandsvorsitzenden mit der Sache befassen, um rechtzeitig ihre Stellungnahme zu diesem Entwurf abzugeben.

Kaiser: Das kann damit verbunden werden.

Majonica: Ich habe nur hinsichtlich des § 13 eine kurze Anmerkung zu machen. Ich bitte Sie, es bei der alten Fassung zu belassen. Nach der neuen Fassung könnte leicht eine Doppelarbeit stattfinden, was sicher nicht angenehm sein würde. Wo keine Junge Union besteht, wird auch keine Forderung auf Vertretung in dem betreffenden Gremium gestellt werden. Die Partei muß selbstverständlich eine Kontrolle darüber haben, wer Mitglied der Jungen Union ist. Ich bitte Sie also, es bei der alten Fassung des § 13 zu belassen.

Wehking: Ein Wort zur Frage der Kandidatenaufstellung! Es wird schwierig sein, in irgendeinem Wahlkreis einen anderen Kandidaten aufzustellen als den, den unsere Mitglieder dort wollen, ganz abgesehen davon, daß sie besser beurteilen können, wer gewählt werden soll. Ganz anders ist es jedoch bei der Kandidatenaufstellung zur Reserveliste.

Kaiser: Darf ich folgendes vorschlagen: Die Ausführungen werden ja stenographiert. Man könnte die wesentlichen Punkte in einem Protokoll zusammenfassen und sie mit den einführenden Worten, die der Vorsitzende der Statutenkommission zur Verfügung gestellt hat, als vertrauliche Unterlagen allen Vorstandsmitgliedern zustellen. Nun ist aber von Herrn Gradl gesagt worden, es sei nicht zweckmäßig, die Punkte stehenzulassen, die sich auf eine Minderung der Rechte der Landesverbände beziehen. Das könnte ruhig mit hinausgehen; denn es ist (*Zuruf:* Schon publiziert!) im Entwurf ja wörtlich enthalten und kann kaum mehr herausgestrichen werden. Die Landesverbände werden gebeten, sobald wie möglich ihre Stellungnahme dem Vorstand bekanntzugeben. Dann kann der Vorstand in seiner nächsten Sitzung abschließend

darüber beraten. Die Vorsitzenden der Landesverbände könnten eventuell am Tage vor dieser Sitzung noch einmal zusammenkommen. Können wir so verfahren?

Heck: Ich wollte Ihren Vorschlag etwas modifizieren. Ich würde vorschlagen, daß der geschäftsführende Vorstand beauftragt wird, unter Berücksichtigung dessen, was hier in diesem Kreis von der politischen Seite zur Frage der Statutenänderung gesagt worden ist, den Entwurf der Statutenkommission zu überarbeiten und ihn dann den Landesverbänden zuzustellen.

Gradl: Mit diesem Vorschlag von Herrn Heck bin ich einverstanden. Herr Kaiser, mit Ihrem zuerst gemachten Vorschlag wäre ich nicht einverstanden. Ich will ja gerade vermeiden, daß der Punkt, der von der Minderberechtigung spricht, nach draußen kommt. Er soll kein Gesprächsstoff werden. Ich bin der Überzeugung, wenn der geschäftsführende Vorstand aufgrund der heute gemachten Ausführungen den Entwurf überarbeitet und die betreffenden Bestimmungen herausstreicht, daß wir damit am schnellsten weiterkommen.

Kaiser: Auch ich bin mit dem Vorschlag von Herrn Heck einverstanden. Das würde bedeuten, daß wir den Entwurf einziehen müssen, sonst geht er doch hinaus ins Land. Der geschäftsführende Vorstand wird gebeten, die Sache noch einmal zu überarbeiten, und zwar unter Berücksichtigung der heutigen Aussprache. Die nächste Vorstandssitzung wird dann erneut darüber beraten mit der Maßgabe, daß den Vorsitzenden der Landesverbände rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, darüber noch eine Beratung zu pflegen. Damit sind Sie einverstanden! Dann können wir diesen Punkt verlassen.

Inzwischen ist der Herr Bundeskanzler wieder unter uns. Wir begrüßen ihn. Ich darf ihn bitten, seines Amtes zu walten.

Adenauer: Ich habe eben einen Zettel bekommen: Es soll noch über den Bericht von Herrn Heck diskutiert werden, und ich möchte mit den Ministerpräsidenten zu Ihnen kommen. Ich darf Ihnen, was das letzte angeht, berichten. Die Sitzung des Ausschusses ist fast seit einer Stunde zu Ende. Der Ausschuß hat sich vertagt; er wird noch weitere Sitzungen an dem Tage abhalten, an dem das Plenum des Bundesrates tagen wird, also am 10. Juni. Jetzt werden oben bei mir im Zimmer zwischen den CDU-Ministerpräsidenten und Herrn Blank und einigen anderen Herren die Punkte diskutiert, die nach Auffassung der Ministerpräsidenten zu Bedenken Anlaß geben. Ich meine, wir lassen die Herren besser oben an der Arbeit, als daß wir sie bitten, zu uns herunterzukommen. Ich nehme an, daß diese ganze Sache doch schließlich einen friedlichen Ausgang nehmen wird, obwohl es sich um militärische Fragen dabei handelt.

Dann darf ich wohl bitten, daß einer der Herren das Wort nimmt. Sie haben noch nicht gesprochen, Herr Heck? (*Heck:* Nein!) Dann darf ich Sie jetzt bitten![53]

---

53 Das nun folgende Referat fehlt in der Vorlage; es entstammt dem Bestand ACDP VII-002-279; vgl. auch die Redenvorlage in NL Heck ACDP I-022-011.

Organisatorische Aufgaben der CDU

Heck: Über die Aufgaben der Parteien sagt das Grundgesetz im Artikel 21 Absatz 1: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Die Erläuterung dieses allgemeinen Satzes in einem Parteiengesetz steht noch aus. Ich möchte deswegen folgende fünf Aufgaben für unsere Partei herausstellen:
1. Die Partei muß die Grundlagen ihrer Politik klar erarbeiten, auf den verschiedenen Gebieten der Politik ihre Ziele aufstellen und Mittel und Wege aufzeigen, diese Ziele zu erreichen.
2. Die Partei muß die Politik der Regierung und der Fraktion publizistisch und propagandistisch vorbereiten, der Bevölkerung verständlich machen und sich mit den Einwänden der politischen Gegner auseinandersetzen.
3. Die Partei muß ihre Mitglieder fortlaufend über die Politik ihrer Fraktion eingehend orientieren und ihre politische Weiterbildung nach Möglichkeit so fördern, daß sie im Gespräch mit Andersdenkenden in der Lage sind, die offizielle Politik zu vertreten.
4. Es muß eine besondere Sorge der Partei sein, einen ausreichenden Nachwuchs für die politische Arbeit im Bereich der Kommune, der Länder und des Bundes heranzubilden. Dabei ist es wichtig, die in dem uns zugeordneten Raum vorhandenen fachlichen und politischen Kräfte für die Arbeit mit und in der Partei zu gewinnen.
5. Es muß das fortlaufende Bemühen der Partei sein, möglichst viele Mitglieder und Wähler zu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist es die Hauptaufgabe der Partei, Wahlen vorzubereiten, die Wahlkämpfe durchzuführen und die Wahlen zu gewinnen.

Man muß diese Aufgaben vor Augen haben, um eine Diskussion über die Organisation der Partei führen zu können, da jede organisatorische Maßnahme nur dadurch ihren Sinn bekommt und gerechtfertigt ist, daß sie den oben angeführten Aufgaben der Partei dienlich ist.

Vorweg möchte ich sehr allgemein sagen, daß für unsere Partei eine Organisationsform, wie sie die SPD sich gegeben hat, nicht angemessen ist. Die hauptamtlichen Kräfte unserer Partei sollten kein politischer Machtfaktor in der Partei werden, der, wie wir dies heute bei der SPD erleben, die Partei völlig beherrscht und jedes lebendige Leben, soweit es den Interessen des kleinen Kreises der Funktionäre widerspricht, erdrosseln kann – mit einem Wort: Der Funktionär hat in der CDU keinen Platz.

Ebenso unmöglich aber ist es, aus Abneigung oder Sorge vor der Macht der hauptamtlichen Kräfte in der Partei die Organisation der Partei so zu gestalten, daß sie in vieler Hinsicht handlungsunfähig wird und damit eine Reihe von Aufgaben, die der Partei gestellt sind, nicht ernst in Angriff genommen werden können.

Die politische Stabilität unserer Partei ist nicht mehr in dem Umfange durch die weltanschauliche Bindung unserer Wähler gewährleistet, wie dies beim Zentrum in der Weimarer Republik der Fall war. Wir dürfen nicht verkennen, daß wir bei der Bundestagswahl 1953 einen starken Zuwachs aus der liberalen Wählerschaft erhalten haben, die sich, seit es in Deutschland Parteien gibt, als außergewöhnlich

labil erwiesen hat. Wir müssen beachten, daß nicht nur die sozialistische und liberale Ideologie ihre frühere Kraft, Wähler zu binden, eingebüßt hat, sondern daß auch im christlichen Bereich – ich meine hier besonders den katholischen – die starke weltanschauliche und emotionale Bindung, wie sie für das Zentrum vom Kulturkampf her entstanden war, nicht mehr vorhanden ist. Man kann sich auf die Dauer auch nicht nur auf die gute Politik verlassen. Sicherlich ist im Augenblick ein großes Bedürfnis nach Sicherheit und Ruhe in unserem Volk vorhanden. Die Zufriedenheit, von der man wohl im allgemeinen sprechen kann, und die Abneigung gegen irgendwelche Experimente, nachdem es doch seit 1949 recht gutgegangen ist, sind einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse förderlich gewesen. Wir können aber nicht damit rechnen, daß dies immer so bleibt. Wir können auch nicht als festen Posten in unsere Rechnung die törichte Politik der Sozialdemokraten mit einbeziehen, und wir müssen auch damit rechnen, daß in unserer Politik Pannen passieren, die einer Parole Vorschub leisten, wie sie die letzte Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten beherrscht hat: „It's time for a change." Die Partei kann auch nicht damit rechnen, daß sie immer durch eine Persönlichkeit repräsentiert wird, deren außergewöhnliches Ansehen und deren Popularität so stabilisierend wirken, wie wir dies in den letzten sechs Jahren erlebt haben. Deswegen ist es unsere Pflicht, alles zu tun, was irgendwie geeignet ist, unsere Partei so stark und so stabil zu erhalten, daß unser mit so großem Erfolg begonnenes Aufbauwerk nicht durch die Wankelmütigkeit der öffentlichen Meinung gefährdet werden kann. Ich überschätze dabei die Möglichkeiten der organisatorischen Arbeit keineswegs. Ich glaube aber, daß eine gute Organisation unserer Partei einiges zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland beitragen kann.

Doch nun zu den Aufgaben im einzelnen: Die bestimmende Kraft bei der Gründung der CDU war das gemeinsame Erlebnis der Christen beider Konfessionen im „Dritten Reich", wohin eine Politik führt, deren letzte Bindung nicht in der christlichen Sicht der Welt und des Menschen liegt. Soweit ich übersehe, hat nur in Berlin und vornehmlich im rheinischen Raume eine ausführlichere Diskussion über die Grundlagen und über das Verständnis einer Politik aus christlicher Verantwortung stattgefunden; der Zentrumsstreit zwischen 1906 bis 1909, der um das gleiche Thema ging[54], wurde ja auch im wesentlichen im rheinischen Raum ausgetragen. Sicherlich sind damals schon und inzwischen immer wieder da und dort beachtenswerte Ausführungen zu diesem Thema gemacht worden; aber das Thema ist bis heute noch nicht zu Ende diskutiert. Ich glaube, es ist an der Zeit, die besten Kräfte aus dem Bereich beider Konfessionen zusammenzufassen, das in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch

54 Hinweis auf den sog. Zentrumsstreit, der durch den Artikel „Wir müssen aus dem Turm heraus" von Julius Bachem („Historisch-Politische Blätter" 137, 1906, S. 376–386) ausgelöst wurde. Gegen die überkonfessionelle „Köln-Gladbacher Richtung" opponierte mit Unterstützung im Episkopat die integrale „Trierer Richtung" (vgl. zuletzt Friedrich HARTMANNSGRUBER: Die christlichen Volksparteien 1848–1933. Idee und Wirklichkeit. In: Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Hrsg. von Günther Rüther. Bonn 1984 Bd. 1 S. 219–324, hier S. 274ff.).

angefangene Gespräch über die Grundlagen unserer Politik weiterzuführen und das Vorhandene der inzwischen eingetretenen Entwicklung anzupassen.

Als Folge der Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten der Partei durch die praktische politische Verantwortung in Regierung und Parlament in einem außergewöhnlichen Maße in der Vergangenheit in Anspruch genommen waren, hat die politische Führung der Partei nicht die systematische und kontinuierliche Form erhalten können, die bei der Größe und Verantwortung unserer Partei unerläßlich ist. Es ist deswegen notwendig, sehr sorgfältig zu überlegen, welche Maßnahmen geeignet sind, die politische Führungsaufgabe des geschäftsführenden Vorstandes, des Bundesparteivorstandes und des Bundesparteiausschusses zu intensivieren.

Es wird notwendig sein, im Vorstand regelmäßig zu einer Aussprache über alle wichtigen politischen Probleme zusammenzutreten.

Für den geschäftsführenden Vorstand wird von der Statutenkommission ein Vorschlag unterbreitet, dem das Bemühen zugrunde liegt, auf einer etwas breiteren Basis ein arbeitsfähiges Gremium zu schaffen. Bei der Zusammensetzung aller Führungsgremien dürfte es notwendig sein, der Belastung der führenden Persönlichkeiten durch verschiedene Verantwortungen dort eine Grenze zu setzen, wo die Wahrnehmung dieser Verantwortungen einfach infolge zeitlicher Überbeanspruchung nicht mehr möglich ist.

Ein besonderes Augenmerk muß der Vorstand den gemäß Statut ausschließlich zur Beratung des Vorstandes gebildeten Fachausschüssen widmen. Wenn ich das Statut richtig verstehe, handelt es sich bei den Fachausschüssen nicht um politische Gremien, sondern um Fachgremien. Ich halte es deswegen auch nicht für richtig und zweckmäßig, daß diese Ausschüsse durch Delegation besetzt werden, und möchte dem Vorstand den Vorschlag machen, die Mitglieder dieser Fachausschüsse durch den Vorstand auszuwählen. Ich glaube, daß durch eine Intensivierung der Tätigkeit des geschäftsführenden Vorstandes, des Vorstandes und der Fachausschüsse eine Intensivierung der Arbeit des Parteiausschusses parallelgehen wird.

Es war schon oft Gegenstand des Gesprächs, vor allem der Kritik in den verschiedensten Gremien der Partei, daß die Politik von Regierung und Fraktion publizistisch und propagandistisch nicht ausreichend vertreten werde. Sicher ist, daß die öffentliche Meinung für die Wahlentscheidung sich nicht etwa erst im Zeitraum von sechs bis acht Wochen, der für den Wahlkampf angesetzt ist, formiert. Von der öffentlichen Meinung her gesehen muß jede Vorbereitung der nächsten Wahl am ersten Tag nach einer Wahl beginnen. Dazu aber ist zu sagen, daß unsere publizistische Arbeit zu sehr apologetischen Charakter hatte. Es ist bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden, daß es nicht nur wichtig ist, gesetzgeberische Maßnahmen gegenüber gegnerischer Kritik und mangelndem Verständnis zu verteidigen, sondern daß es ebenso wichtig ist, daß gesetzgeberische Maßnahmen, von denen erwartet werden muß, daß sie da und dort auf den Widerstand der öffentlichen Meinung stoßen, publizistisch vorbereitet werden müssen. Das aber setzt voraus, daß das politische Programm von Regierung und Fraktion, soweit dies überhaupt möglich ist, auf längere Sicht festgelegt wird und

daß die geplanten Maßnahmen einzeln sehr sorgfältig daraufhin überprüft werden, welche möglichen Widerstände von seiten der öffentlichen Meinung ausgelöst werden können. Es scheint mir auch notwendig, daß stärker als bisher berücksichtigt wird, daß unter Umständen durch eine unzureichende formale Behandlung einer politischen Materie, die an sich geeignet wäre, die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen, das Gegenteil erreicht werden kann. Ich darf in diesem Zusammenhang, um zu verdeutlichen, was ich meine, nur an die Heimkehrerentschädigung und an die Steuerreform erinnern. Wir müssen uns vor allem um eine stetige Koordinierung der zuständigen politischen Organe in Bund und Ländern bemühen.

Es ist uns nicht durchweg gelungen, zur Presse ein Verhältnis vertrauensvoller Zusammenarbeit zu gewinnen. Sicherlich liegt die Ursache hierfür zu einem guten Teil auch bei den Vertretern der Presse. Da wir aber diesen Zustand kurzfristig nicht ändern können, ist zu überlegen, was von unserer Seite getan werden kann, dieses Verhältnis zu bessern.

Darüber hinaus glaube ich, daß es nicht ausreicht, in dem täglich erscheinenden „Deutschland-Union-Dienst" regelmäßig zu den anstehenden politischen Problemen Stellung zu nehmen. Ich halte es für notwendig, daß sowohl die Fraktion wie der geschäftsführende Vorstand fortlaufend zu auftretenden akuten politischen Problemen Stellung nehmen. Dies könnte zweckmäßigerweise in Form von Sonderdiensten des DUD geschehen. Weiterhin scheint mir notwendig zu sein, daß die Pressestelle der Fraktion erweitert und stärker besetzt wird. Es ist auch bedauerlich, daß die Abgeordneten der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich nicht in dem Maße um die Publizität ihrer Arbeit und damit der Arbeit des Bundestages und der Landtage kümmern, als dies notwendig wäre. Ich könnte mir denken, daß gerade die kleinen Heimatzeitungen, deren Gewicht für die öffentliche Meinungsbildung häufig unterschätzt wird, für regelmäßige Berichte ihrer Abgeordneten aus Bonn bzw. aus den Landeshauptstädten nur dankbar wären. Da es für die meisten Abgeordneten nicht möglich ist, diese Arbeit völlig selbst zu übernehmen, muß überlegt werden, welche Kräfte für diese Arbeit herangezogen werden bzw. in welchem Umfange eine Erweiterung der hauptamtlichen Kräfte der Fraktion notwendig ist und in welcher Form dies am besten geschieht.

Eine besondere Aufgabe scheint mir zu sein, die publizistische Betreuung unserer Mitglieder zu intensivieren. Mitglieder können für die Stabilisierung der öffentlichen Meinung im Sinne unserer Partei nur wirksam werden, wenn sie politisch so orientiert sind, daß sie dem politischen Gespräch und der politischen Auseinandersetzung nicht aus Mangel an Kenntnissen aus dem Wege gehen müssen. Wir haben vor über einem Jahr zu diesem Zweck das „Deutsche Monatsblatt"[55] gegründet, das, entsprechend der Mitgliederzahl der Landesverbände, diesen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Wir mußten leider feststellen, daß dieses „Monatsblatt" zum Teil mit über ein bis zwei Monaten Verspätung zur Verteilung gelangt oder zu einem beträchtlichen Teil

55 „Deutsches Monatsblatt" Siegen 1954ff., ab 1960 Bonn.

überhaupt nicht verteilt wird. Ich sehe hier keine andere Lösung als folgende: Der Bezug des „Deutschen Monatsblattes" sollte für sämtliche Mitglieder obligatorisch sein. Der Versand des „Monatsblattes" erfolgt zentral durch die Post und wird mit der Einziehung der Parteibeiträge gekoppelt. Der Bezugspreis würde sich mit Zustellungsgebühr auf monatlich DM 0,55 belaufen; davon kann nach Abzug der Unkosten für Papier, Druck, Versand und Zustellungsgebühr in Höhe von DM 0,15 pro Exemplar der Restbetrag von DM 0,40 an die Landesverbände zurückvergütet werden. Bei einer solchen Regelung wäre sichergestellt, daß das „Monatsblatt"
1. rechtzeitig sämtliche Mitglieder erreicht;
2. daß die Parteibeiträge eingezogen werden, was im Augenblick nicht in allen Kreisen der Fall ist;
3. glaube ich, daß wenigstens ein Teil der Landesverbände ein höheres Beitragsaufkommen erhält als bisher. In den Landesverbänden, in denen die Mitglieder zahlungsfreudiger sind und in denen deswegen die Sorge aufkommen kann, daß durch diese Regelung das bisherige Beitragsaufkommen für sie geringer würde, kann durch regelmäßige Spendenaktionen im Kreise der Mitglieder dieses Defizit behoben werden.

Die „Union in Deutschland" sollte das Organ der aktiven Träger der Parteiarbeit werden. Ich komme auf dieses Thema noch einmal zurück dort, wo ich über die Intensivierung der Parteiorganisation spreche.

Die übrigen Publikationen der Partei: der „Betriebsräte-Brief"[56], „Das Wirtschaftsbild"[57], „Wirtschaftsbrief"[58], „Mittelstandsbrief"[59], „Landwirtschaftsbrief"[60], „Frau und Politik"[61], „Stimme der Vertriebenen"[62] sollten weiter ausgebaut und soweit als möglich auf kommerzielle Basis umgestellt werden. Das gleiche gilt für die beiden Publikationen im evangelischen und katholischen Raum: die „Politisch-soziale Korrespondenz"[63] und die „Evangelische Verantwortung"[64].

Die Erfahrung lehrt, daß für Publikationen, die nicht bezahlt werden, praktisch ein Verteiler nach Bedürfnis und Interessen nur unzureichend gefunden werden

56 „Betriebsräte-Brief" der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Bonn 1953–1966.
57 „Das Wirtschaftsbild". Frankfurt 1949, ab 1950 Bonn (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 9f.).
58 „Der Wirtschaftsbrief". Informationsdienst der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn 1952–1966.
59 „Der Mittelstandsbrief". Bonn 1953ff. (seit 1962 vereint mit „Der Mittelstand in Wirtschaft und Politik").
60 „Der Agrarbrief". Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union. Bonn 1955ff.
61 „Frau und Politik". Mitteilungen der Vereinigung der Frauen der CDU. Bonn 1955ff.
62 „Stimme im Exil". Mitteilungsblatt der Exil-CDU der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berlin 1955ff. – Die nicht CDU-nahe „Stimme der Vertriebenen" wurde von 1949–1952 in Aachen herausgegeben.
63 „Politisch-soziale Korrespondenz". Bonn 1952–1970.
64 „Evangelische Verantwortung". Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Bonn. Siegen 1953ff.

kann und daß sie, weil sie nicht bezahlt werden, auch im Wert geringer veranschlagt werden.

Die Junge Union gibt z.Z. einen Informationsdienst der „Jungen Union Deutschlands"[65] in einer Auflagenhöhe von 3.500 heraus. Ich würde es für zweckmäßig halten, die Mitglieder der Jungen Union allgemein mit dem „Deutschen Monatsblatt", den aktiven Teil der Jungen Union mit der UiD zu beliefern und das eigenständige Organ der Jungen Union auszuweiten und mehr darauf abzustellen, allgemein im Raum der jungen Generation für die Politik aus christlicher Verantwortung zu werben.

Etwas außer der Reihe darf ich hier auf folgende Beobachtung hinweisen: In den deutschsprachigen Zeitungen Amerikas kommen vorwiegend Persönlichkeiten wie Carlo Schmid und Prinz Hubertus von und zu Löwenstein zu Wort. Des weiteren mußte ich feststellen, daß die Sozialdemokraten einen englischsprachigen Dienst nicht nur an die wichtigsten Zeitungen der Vereinigten Staaten, sondern darüber hinaus an viele politische Persönlichkeiten senden. Ich glaube, daß wir auch im Ausland das publizistische Feld nicht den Sozialdemokraten allein überlassen dürfen. Ich möchte deswegen die Einrichtung eines fremdsprachigen Pressedienstes für das Ausland anregen.

Ein weiteres Problem ist die pressemäßige Betreuung der Flüchtlingslager. Neben dem „Deutschen Monatsblatt" sollte es möglich sein, die Flüchtlingslager mit einer entsprechenden Auflage einer unserer Richtungszeitungen zu versorgen. Dabei handelt es sich allerdings in erster Linie nicht um ein organisatorisches, vielmehr um ein finanzielles Problem.

Damit komme ich zu den Fragen der Organisation im engeren Sinne. Die Frage, ob die Union eine Mitglieder- oder eine Wählerpartei sei, ist nicht nur in unseren Reihen, sondern auch in der Öffentlichkeit schon hin und wieder diskutiert worden. Ich glaube, die Alternative ist falsch. Die Verantwortung und die Aufgabe, die wir haben, sind zu groß, als daß sie auf die Dauer von einer Wählerpartei mit sehr schmalem Mitgliederbestand getragen und bewältigt werden können. Unsere Wähler aber zeigen sehr wenig Neigung, sich enger an ihre Partei zu binden. Ich möchte damit nicht sagen, daß es nicht möglich wäre, den bisherigen Mitgliederbestand sehr wesentlich zu erhöhen. Es ist sicherlich von den führenden Persönlichkeiten und Gremien der Partei diesem Problem bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Daß dieses Problem heute nicht mehr von den Kreisgeschäftsführern allein gelöst werden kann, dürfte unbestritten sein.

Ein genaueres Studium der Entwicklung und Geschichte der deutschen Parteien seit 1870 ergibt, daß es in Deutschland, mit Ausnahme der NSDAP, der KPD und der SPD und des Zentrums im rheinischen Raum, noch keiner Partei gelungen ist, einen ihrer wählermäßigen Stärke einigermaßen entsprechenden Mitgliederbestand zu erhalten. Für NSDAP, KPD und in gewissem Umfange auch für die SPD gilt,

65 „Junge Union Deutschlands". Informationen. Bonn 1953ff. (seit 1958 unter dem Titel „Die Entscheidung").

daß ihre Entwicklung zu Mitgliederparteien durch die einseitige weltanschauliche, ideologische und gegen die bestehende Ordnung oppositionelle Haltung gefördert wurde. Die organisatorische Stärke des Zentrums im rheinischen Raum erklärt sich aus der Tatsache, daß es sich z.Z. des Kulturkampfes, dessen wesentlicher Träger es war, organisiert hat. Wie stark solche geschichtlichen Fakten nachwirken, ist daran deutlich zu erkennen, daß die Landesverbände Rheinland und Westfalen auch heute noch etwa die Hälfte der Mitglieder der CDU stellen. Im übrigen zeigen sich auch im sozialistischen Lager beachtenswerte rückläufige Tendenzen trotz größter Anstrengung in der Mitgliederwerbung. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Ideologie des Sozialismus im Verblassen ist und bei weitem nicht mehr die Kraft besitzt wie etwa im Kaiserreich. Eine Partei wie die Union, der es bei der Wahl 1953 gelungen ist, über 10 Millionen Stimmen zu gewinnen, sollte wenigstens einen Mitgliederbestand von 5 % der Wählerstimmen, das wäre etwa eine halbe Million, haben. Ich glaube aber, daß wesentliche Fortschritte in der Mitgliederwerbung nur über eine Ergänzung unserer bisherigen Organisation erreicht werden können. Die Organisation, wie sie sich in den ersten Jahren nach Gründung der Partei gebildet hat, war zunächst ausreichend, die dringlichsten Aufgaben, nämlich Vorbereitung von Kommunal- und Landtagswahlen durchzuführen. Sie ist aber nicht ausreichend, die Union als Partei zu dem stabilen Faktor der deutschen Politik zu machen, der unsere Partei von der Verantwortung her sein muß. Erstens reicht teilweise die Qualität der hauptamtlichen Kräfte nicht aus, um die Aufgaben, die zu lösen sind, durchzuführen. Die Ursache dafür kann nicht ohne weiteres darin gesehen werden, daß überhaupt keine qualifizierten Kräfte zur Verfügung stünden. Sie liegt vor allen Dingen darin, daß bei einer Bezahlung zwischen DM 300,– bis DM 400,– monatlich gute Kräfte mit dem besten Willen nicht gehalten bzw. gewonnen werden können. Hier muß auch bemerkt werden, daß eine systematische langfristige Schulung dieser Kräfte bisher aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Ich werde auf diesen Punkt beim Thema Bildungs- und Schulungsarbeit noch zu sprechen kommen.

Die Organisation der Partei kann aber auch aus einem zweiten Grund nicht als ausreichend bezeichnet werden. Die in den ersten Jahren entstandene Organisation erfaßt das Gebiet der Bundesrepublik teilweise nur sehr unregelmäßig und unsystematisch, so daß dem Wahlkreisgeschäftsführer für eine systematische Arbeit keine durchgegliederte, alle Gemeinden und Stimmbezirke umfassende Organisation von ehrenamtlichen Helfern zur Verfügung steht. Grundgesetz der Organisation einer politischen Partei, die beinahe die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, muß aber sein, systematisch bis in den kleinsten überschaubaren Bereich eines Stimmbezirks zu reichen. Ich halte es deswegen für notwendig, aus den etwa 200.000 Mitgliedern der Union heraus eine Organisation von Vertrauensleuten zu schaffen in der Weise, daß für jede Gemeinde bzw. für jeden Stimmbezirk zwei Mitglieder gewählt oder benannt werden, die geeignet sind, in ihrem kleinen überschaubaren Bereich die aktiven Träger der Parteiarbeit zu sein. Nur wenn dem Kreisvorstand, den Wahlausschüssen und den hauptamtlichen Kreisgeschäftsführern, den Landesleitungen und der Bundesleitung

diese durchgegliederte Organisation von ehrenamtlichen Helfern zur Verfügung steht, ist letzten Endes eine systematische, gezielte politische Arbeit und die gediegene Durchführung von Wahlkämpfen möglich.

Ich habe früher davon gesprochen, daß die UiD Organ für die aktiven Träger der Parteiarbeit sein müsse, und ich darf hier ergänzen, daß ich dabei vorzüglich an diese Vertrauensleute in den Gemeinden bzw. Stimmbezirken gedacht habe. Wir sollten vor der großen Arbeit, die die Erstellung einer solchen Organisation notwendigerweise mit sich bringt, und vor den möglichen Schwierigkeiten, die ich durchaus nicht gering einschätze, nicht kapitulieren und möglichst schnell mit der Arbeit beginnen, damit diese Organisation, auch wenn sie bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes nicht 100%ig erstellt werden kann, doch wenigstens für weite Teile der Bundesrepublik zur Verfügung steht. Für diese ehrenamtliche Arbeit sollte auch versucht werden, die Frauen stärker mit einzuschalten, da Frauen im allgemeinen solche Aufgaben exakter und mit mehr Hingabe ausführen als Männer. Im übrigen ergibt sich bei dieser Arbeit ein nützliches Tätigkeitsfeld für die Junge Union.

Eine besonders wichtige Aufgabe ist uns mit der Heranbildung des politischen Nachwuchses gestellt. Ich halte es für unmöglich, hier allein mit politischen Wochenendschulungen, wie sie da und dort in manchen Landesverbänden durchgeführt werden, zum Ziele zu kommen. Was die Partei dringend braucht, ist ein Zentrum für die politische Schulungs- und Bildungsarbeit. Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit einem solchen Zentrum wird die Wochenendschulung in den Landes- und Kreisverbänden wesentlich fördern können. Ein solches Zentrum für politische Schulungs- und Bildungsarbeit müßte m.E. vier Aufgaben bekommen:

1. Die Ausbildung und Weiterbildung der hauptamtlichen Kräfte der Partei;
2. die systematische Schulung und Bildung des politischen Nachwuchses;
   – Ich weiß, daß vielerorts in der Partei Verstimmung über die Junge Union vorhanden ist, weil die Mitglieder der Jungen Union und vor allen Dingen deren führende Kreise zu ausschließlich versucht seien, ohne Erfahrung und ohne viel Wissen Politik zu treiben. Ich glaube aber, man sollte bei einer solchen Kritik nicht stehenbleiben, sondern die Frage stellen, ob denn von der Bundespartei auch genügend getan wurde, die Junge Union, die doch der Partei letzten Endes den politischen Nachwuchs bringt, genügend zu fördern und sich auch mit den hierzu erforderlichen finanziellen Aufwendungen darum zu bemühen, daß der jungen Generation, die guten Willens an die Politik herangeht, das notwendige Wissen vermittelt wird. Hier liegt eine Aufgabe, die bisher weitgehend versäumt wurde und die mit aller Intensität in Angriff genommen werden sollte. –
3. die Durchführung von politischen Bildungskursen nach einzelnen Fachgebieten;
4. die Durchführung von Wochenendtagungen, wie sie etwa bisher bei evangelischen und katholischen Akademien veranstaltet werden, allerdings hier auf überkonfessioneller Grundlage.

Ich gehe dabei von folgender Erwägung aus: In dem uns zugeordneten christlichen Raum stehen nahezu für alle Fachgebiete ausgezeichnete und vorzügliche Kräfte zur

Verfügung, und zwar in viel größerem Umfange und, wie ich meine, auch besserer Qualität, als etwa für die Sozialisten und Liberalen. Diese Kräfte zeigen aber wenig Neigung, im normalen Rahmen der Parteiorganisation auf Orts- oder Kreisebene tätig zu sein, und man muß wohl zugestehen, daß sich die Organe der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene zu wenig um diese Persönlichkeiten bemüht und noch keine Formen entwickelt haben, diese Kräfte in geeigneter Weise anzusprechen und für die Arbeit der Partei nutzbar zu machen. Ich verspreche mir von der Durchführung akademieähnlicher Wochenendtagungen mit Persönlichkeiten erster Qualität sehr viel, allerdings nicht nur, daß diese Persönlichkeiten damit näher an die Partei herangeführt werden; ich glaube vielmehr, daß darüber hinaus die Partei durch eine solche Mitarbeit von vorzüglichen Kräften insgesamt erheblich gewinnen könnte.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, einen weiteren Vorschlag zu machen: Wir sollten in der Partei ein Diskussionsorgan von wirklich hohem Niveau schaffen; ich denke dabei an Quartalshefte, die in unserem Raum etwa die Aufgabe zu übernehmen hätten, wie sie im sozialistischen Raum der „Neuen Gesellschaft" zugewiesen ist. Diese Quartalshefte müßten von den geistig führenden Kräften innerhalb der Union und auch von hervorragenden Persönlichkeiten, die zu uns gehören, ohne die enge Bindung der Mitgliedschaft zu haben, getragen werden.

Damit komme ich zum letzten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zur Finanzierungsfrage: Ich brauche wohl einleitend nicht besonders darauf aufmerksam zu machen, daß alle Planungen und Beschlüsse über die Ergänzung und den Ausbau unserer Organisation und unserer Parteiarbeit im luftleeren Raum stehen und letzten Endes Reißbrettzeichnungen bleiben, wenn in der Frage der Finanzierung nicht eine einigermaßen gediegene Lösung gefunden wird. Die Diskussion über die Finanzierung unserer Partei ist immer in Gefahr, sich im Kreise zu bewegen. Sie beginnt mit der entrüsteten Feststellung, daß es ein Skandal sei, 1. daß wir so wenig Mitglieder haben und 2. daß diese wenigen Mitglieder auch teilweise keinen Beitrag zahlen. Ich möchte dazu doch gleich einige Bemerkungen machen: Es scheint mir zunächst nicht ganz richtig zu sein, unsere Mitglieder und Wählerschaft in Bausch und Bogen zu verdonnern, weil, sowohl was die Mitgliedschaft als auch die Beitragszahlungen anbelangt, eine bedauerliche Lethargie und Müdigkeit festzustellen ist. Eine Partei ist nicht deswegen eine gute Partei, weil sie viele Mitglieder und große Parteibeiträge hat. Die NSDAP war in dieser Hinsicht mustergültig; sie war trotzdem eine schlechte Partei. Die SPD hat zwar etwa den dreifachen Bestand an Mitgliedern als wir, aber die wirkliche Beteiligung am politischen Leben ist doch so wenig intensiv, daß es fortlaufend ein paar hundert Funktionären gelingt, politisch so zu handeln, wie es ihnen paßt und nützlich ist. Ich will damit keineswegs sagen, daß wir uns mit dem jetzigen Zustand in unserer Partei abfinden sollten. Im Gegenteil, wir müssen alles tun, um 1., wie ich schon sagte, wenigstens eine halbe Million Mitglieder zu bekommen, und wir sollten dabei unter allen Umständen darauf bestehen, daß diese Mitglieder einen Mindestbeitrag von DM 0,50 im Monat bezahlen. Ich glaube aber, daß es an den bestehenden Verhältnissen und an der Denkungsart unserer Wähler vorbeiginge,

wenn wir etwa unsere Erwartungen höherschrauben würden. Aber es ist eine einfache Rechnung, die ergibt, daß selbst bei einem Mitgliederbestand von 500.000 und einem regelmäßigen durchschnittlichen Beitragsaufkommen von DM 0,50 im Monat im Jahr nur eine Summe von 3 Millionen DM zur Verfügung steht. Dieses Geld reicht vielleicht gerade aus, um die fortlaufende Arbeit in den Landesverbänden finanziell zu decken, wobei die hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer nicht berücksichtigt sind. Es ist also sinnlos, die Finanzierung auch nur eines Teiles der Vorschläge, die vorgelegt wurden, aus Mitgliederbeiträgen abdecken zu wollen.

Die Diskussion über die Finanzierung geht nach dieser Einsicht über zum Thema der Spenden. Gestatten Sie mir auch hier einige Bemerkungen: Die Beträge, die heute durch Spenden aufgebracht werden, reichen gerade aus, die bisher bestehende Organisation und ihre Arbeit, die unzureichend sind, mit viel Nöten und Sorgen abzudecken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein beachtlicher Teil dieser Gelder viel eher Spenden für den Herrn Bundeskanzler persönlich darstellen als Spenden für die CDU. Ich glaube nicht, daß wir berechtigt sind anzunehmen, daß diese Spenden im gleichen Umfange weiterfließen, wenn die Partei keinen Bundeskanzler Dr. Adenauer mehr hat. Ich möchte noch auf etwas Zweites aufmerksam machen: Ich glaube nicht, daß wir immer mit der bisher geübten Zurückhaltung der Spender rechnen können, mit den Spenden Wünsche oder gar Bedingungen zu verbinden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß es nur schwer vertretbar ist, die finanzielle Grundlage der Partei und die Organisationsarbeit so labil zu belassen, wie sie es zwangsläufig sein müssen, wenn sie zu einem guten Teil auf Spenden beruhen. Auch diese Bedenken werden bei jeder Diskussion über die Parteifinanzierung erkannt und anerkannt, und deswegen pflegt hier die Diskussion überzugehen zu Erwägungen, die Arbeit der Partei aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Hier kommen dann berechtigterweise grundsätzliche und politische Bedenken, und damit beginnt die Diskussion wieder von vorne bei den Mitgliederbeiträgen, um über die Problematik der Spenden wieder bei der Finanzierung durch öffentliche Mittel zu landen.

Es hat im Rheinland schon einmal eine ausführlichere Diskussion im Beisein von Innenminister Schröder über das Thema der Finanzierung stattgefunden, und das Ergebnis dieser Diskussion war, daß die Finanzierung der Parteien und unserer Partei auf drei Säulen beruhen müsse: 1. auf den Mitgliederbeiträgen, 2. auf den Spenden und 3. auf der Finanzierung bestimmter Aufgaben der Parteien durch öffentliche Mittel.

Zum letzten Punkt möchte ich zwar keine konkreten Vorschläge machen, aber doch folgende Gedanken zur Erwägung geben: Es sollte sehr sorgfältig überprüft werden, ob die Finanzierung von Wahlkreisgeschäftsstellen nicht über den Etat des Bundestages möglich ist. Ich denke dabei daran, daß in den Etat des Bundestages Mittel eingesetzt werden, mit denen es möglich ist, für jeden Abgeordneten ein Büro in seinem Wahlkreis zu errichten und zu unterhalten. Mit der Durchführung dieser Aufgabe könnte die Fraktion betraut werden. Darüber hinaus sollte es möglich sein, den Fraktionen wesentlich mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen, damit sie in der Lage sind, die notwendige Anzahl von hauptamtlichen Fachkräften

anzustellen, die zur Durchführung der Aufgaben, wie sie heute den Fraktionen gestellt sind, erforderlich ist. Dies würde nicht nur zu einer sehr wünschenswerten Entlastung der einzelnen Abgeordneten führen, sondern gleichzeitig zu einer Entlastung der Bundesgeschäftsstelle, da diese Fachkräfte, soweit dies für die publizistische und propagandistische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle notwendig ist, dieser zur Verfügung gestellt werden könnten.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen am Ende. Ich bin zu diesen Vorschlägen aufgrund dreijähriger Beobachtungen und Erfahrungen gekommen und nachdem ich mich sehr eingehend mit der Geschichte der deutschen Parteien seit 1870 beschäftigt habe. Ein Teil dieser Vorschläge ist bereits mit den Landesgeschäftsführern diskutiert worden. Ich bitte deswegen den Vorstand, sich sehr eingehend und kritisch mit diesen Vorschlägen zu befassen und geeignete Maßnahmen zu beschließen, die die Durchführung dieser Vorschläge, soweit sie dem Vorstand nützlich erscheinen, ermöglichen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir danken Herrn Heck sehr für diese Arbeit, die – das ist wohl der Eindruck von Ihnen allen – eine wirklich gute Leistung ist. Über sie ausführlich zu diskutieren, ist natürlich ungewöhnlich schwer, weil er in seinem Vortrag die verschiedensten Fragen ansprechen mußte. Ich weiß nicht recht, wie wir weiterkommen sollen, aber ich möchte Ihnen vorschlagen, daß vielleicht der eine oder andere dem Herrn Heck eine Anregung gibt, diesen oder jenen Punkt zu ergänzen oder ihn auch wegzulassen. Wenn Sie damit übereinstimmen, dann lassen Sie mich zunächst das Wort ergreifen.

Ich gehöre zu denjenigen unter uns, die das Entstehen der Partei von Anfang an miterlebt haben. Ich habe manchmal Sorgen, daß wir trotz der Jungen Union in manchen Kreisen überaltert sind. Nach dem, was ich höre, aus diesen oder jenen Kreisen, sitzen dort die Herren, die im Jahre 1946 die Partei gegründet haben, festgemauert auf ihren Stühlen und lassen überhaupt niemand anders an die Sache heran. Sie sehen darin eine gewisse Ehre, daß sie die Sache machen. Sie bekommen dadurch auch ein gewisses Ansehen, aber die Jugend kommt nicht heran. Und hierauf muß ganz allgemein geachtet werden.

Dann hat Herr Heck immer von der Fraktion gesprochen. Ich nehme an, daß er die Bundestagsfraktion gemeint hat. Es gibt aber auch Landtagsfraktionen, und es wird auch in den Landtagen in gewissem Umfange politisch gearbeitet. Ich würde es daher sehr begrüßen, Herr Heck, wenn Sie Ihre Ausführungen auch auf die Landtagsfraktionen ausdehnten.

Was die Bundestagsfraktion angeht, so ist sie mit das wichtigste oder das wichtigste parlamentarische Organ, das wir haben. Es ist aber eine offene Frage, inwieweit sich die Bundestagsfraktion in ihren Entschlüssen bestimmen läßt oder bestimmen lassen könnte von den Ansichten der Partei. Die Bundestagsfraktion spielt wohl eine wichtigere Rolle als der Parteivorstand, auch als der Parteiausschuß. Sie muß auch diese Rolle spielen, weil sie ja doch den Gesetzen, die beschlossen werden, viel nähersteht als im Durchschnitt ein Mitglied des Parteivorstandes oder des Parteiausschusses. Vielleicht schreiben Sie auch darüber einmal etwas, Herr Heck,

nach Rücksprache mit den Herren Kiesinger, Krone und einigen anderen Herren der Fraktion, die hier anwesend sind. Ich sehe die Herren Hellwig und Pferdmenges.

Ich beobachte die Arbeit der Fraktion doch oft mit einer gewissen Sorge. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es eine ungemein schwere Aufgabe ist, eine so große Fraktion fest in der Hand zu haben. Ich möchte dazu noch etwas anderes sagen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Durchschnittsabgeordnete – ich sage Durchschnittsabgeordnete –, wenn ein etwas schwieriges Gesetz kommt, in der Lage ist, wirklich zu erkennen, warum ein solches Gesetz gemacht werden soll; er kennt nicht die Vorgeschichte usw. Daher komme ich auf das zurück, was ich schon im Parlamentarischen Rat für notwendig gehalten habe. Sie haben es eben angedeutet, aber es ist nicht durchgeführt worden.

Nach meiner Meinung ist es absolut notwendig, daß das Büro der Fraktion eine Anzahl von entsprechend geschulten Kräften für je einen Aufgabenbereich bekommt, die in der Lage sind, den Abgeordneten wirklich ein leicht faßbares Exposé über das zu geben, was in dem Gesetz steht. Sie müssen ihnen weiter die nötige Literatur verschaffen und Erläuterungen dazu geben, warum es zu dem Gesetz gekommen ist. Ich bedaure viele Abgeordnete, wenn sie so ein Gesetz in die Hand bekommen, das sie nun durcharbeiten sollen. Das ist eine sehr schwierige und sehr zeitraubende Aufgabe.

In der Regel geht es so, daß man sich, wenn man nicht ein ganz besonderes Interesse für die betreffende Frage hat, davon distanziert und dann die Sache laufen läßt, so daß schließlich in einer so großen Fraktion die Arbeit hängenbleibt auf ganz wenigen Leuten, die dann total überlastet sind. Ich würde es also wirklich begrüßen, wenn man – verzeihen Sie den Ausdruck – das Gesetzesfutter den einzelnen Abgeordneten in etwas schmackhafterer Form durch eine Ausdehnung der Fraktionsarbeit zuführen könnte, damit der Durchschnittsabgeordnete auch in der Lage ist, die Bedeutung des Gesetzentwurfes sehr schnell zu verstehen, ohne daß er sich lange damit abzumühen braucht.

Wenn ich nun noch einmal zu den Abgeordneten kommen darf, dann höre ich aus einer Reihe von Wahlkreisen immer wieder Klagen darüber, daß die Abgeordneten, wenn sie gewählt sind, den Wahlkreis nicht mehr kennen und daß sie sich erst wieder einige Wochen vor der Wahl bekanntmachen. Es gibt natürlich auch andere, aber ich glaube, unsere Abgeordneten müssen doch in stärkerer Weise als bisher Sprechtage in ihren Wahlkreisen einrichten, um sich mit den Angelegenheiten ihres Wahlkreises zu befassen, damit der Wähler auch die Tätigkeit und die Persönlichkeit des Mannes kennenlernt, den er gewählt hat. Ich will hier niemandem zu nahetreten, aber ich habe den Eindruck, als wenn die Abgeordneten anderer Fraktionen auf diesem Gebiet tätiger wären. *(Bewegung.)* Sie schütteln den Kopf. Ich meine auch keine Persönlichkeit, aber ich habe doch den Eindruck, daß in anderen Fraktionen – nicht in allen Fraktionen – auf dem Gebiet mehr geleistet wird als bei uns. Das zeigt sich auch, wenn Sie es einmal nachprüfen. Ich bin bereit, Ihnen eine Statistik darüber geben zu lassen, daß der Prozentsatz – Herr Krone, bitte verbessern Sie mich, wenn ich etwas Falsches sage, ich will niemanden verleumden oder schlecht von ihm reden

– der Fehlenden in unserer Fraktion größer ist als der Prozentsatz der Fehlenden in den anderen Fraktionen. (*Wuermeling:* Vor allem bei der letzten Abstimmung!) Bei der entscheidenden Abstimmung, die wir am Freitag hatten, fehlten von unserer Fraktion mehr oder weniger entschuldigt 56![66] Diese Abstimmung war insofern entscheidend, als bei einem Durchkommen des sozialdemokratischen Antrages, die Pariser Verträge zu stoppen, dies eine nicht auszudenkende Wirkung im Ausland gehabt haben würde. Es fehlten von unserer Fraktion also 56. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Bei den Sozialdemokraten fehlten 9! Natürlich, die sozialdemokratische Fraktion ist erheblich kleiner, aber wenn Sie das auf denselben Nenner bringen, dann hätten bei uns 14 oder 15 fehlen dürfen, aber es fehlten sage und schreibe 56! Fast jedes Mal, wenn eine wichtige Abstimmung stattfindet, und es wird Freitag oder überhaupt Abend, dann sieht man große Lücken in unserer Fraktion, während bei der SPD diese Lücken nicht sind. Das zeigt sich ganz klar. *(Bewegung.)* Sie haben mich dazu gereizt; ich wollte das nicht sagen. (*Heiler:* Ich meine im Wahlkreis!) Der Mensch ist ein einheitliches Wesen, und wer nicht an den Bundestagsverhandlungen teilnimmt, der tut auch in seinem Wahlkreis nicht viel. Faul ist faul, und fleißig ist fleißig! *(Heiterkeit.)*

Was die Zeitungen angeht, so ist das wirklich ein sehr ernstes und trauriges Kapitel. Ich möchte jetzt als Bundeskanzler zu Ihnen sprechen. Ich muß Ihnen sagen, zu Zeitungen und zu Journalisten ein gutes Verhältnis zu bekommen, das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit; es sei denn, man bezahlt dafür mit Neuigkeiten. Wenn ich die Journalisten mit Neuigkeiten versehe, dann tun sie mir auch einen Dienst, aber wenn ich sie nicht damit versehe, dann tun sie mir keinen Dienst. Das ist vielleicht etwas allgemein gesprochen, aber ich glaube, es ist richtig so. Man kann sich mit den Journalisten als CDU-Mann oder als Bundeskanzler, der zur CDU gehört, so viel Mühe geben wie man will, die meisten Journalisten sind der Auffassung, es gehöre zur Geistigkeit, nicht zur CDU zu gehören und die CDU nicht so stark zu unterstützen. Das ist ein Vorurteil dieser Leute, mit dem wir immer wieder zu kämpfen haben.

Deshalb begrüße ich sehr den Vorschlag von Herrn Heck, die geistigen Kräfte, die mit unserer Anschauung übereinstimmen, viel mehr zusammenzubringen als bisher, vielleicht in der Form, wie Sie es vorgetragen haben, damit man in den „aufgeklärten" Kreisen sieht, daß wir geistige Potenzen haben und wir nicht nur alle dumme Leute sind, die zu wenig aufgeklärt sind.

Für sehr gut halte ich die Anregung von Herrn Heck bezüglich des fremdsprachlichen Dienstes. Da hat er einen Finger auf eine offene Wunde gelegt. Die Sozialdemokraten – er hat das richtig ausgeführt – haben in London und in Washington eine Filiale.[67] Sie tun ungeheuer viel. Wir sind auch darin von einer zu großen Bescheidenheit und Zurückhaltung.

66 Vgl. Anm. 18.

67 Nicht zu ermitteln. – Möglicherweise handelt es sich um SPD-Mitglieder, die nach 1933 ins Exil gingen und als Verbindungsleute betrachtet wurden.

Wir sind weiter noch etwas – jetzt weiß ich, daß ich nicht bei Ihnen allen auf Beifall stoße – zu föderalistisch bei uns. Das ergibt sich aus der Natur der Sache. Die Länder waren vor dem Bundestag da. Und so waren die Landesparteien vor der Bundespartei da. Wenn es umgekehrt gekommen wäre, wenn zuerst die Bundespartei dagewesen wäre, dann hätten wir unbedingt dafür gesorgt, daß die Landesparteien von vornherein in sehr engem Kontakt mit der Bundespartei gestanden hätten. Das ist jetzt leider nicht der Fall. Der eine weiß vielfach nicht vom anderen, was er tut. In den Ländern wird eine besondere Politik und im Bund eine besondere Politik betrieben. Dabei gehören wir doch alle derselben Partei an, und unser aller Arbeit gilt auch derselben Partei. Ich würde davon abraten, die Bundestagsbüros in den Wahlkreisen finanzieren zu lassen. Verehrter Herr Heck, wenn Sie wüßten, wie groß der Unmut in den weitesten Kreisen der Bevölkerung über die Kosten des Bundestages ist, dann hätten Sie einen solchen Vorschlag nicht gemacht. Wir schaden damit der Demokratie. Man muß sehen, was sich tun läßt. Aber auf diesem Wege geht es nach meiner Meinung nicht.

Die weltanschauliche Grundlage unserer Partei ist von Herrn Heck so gekennzeichnet worden, daß es zunächst die Reaktion gegen den Nationalsozialismus gewesen sei. Er hat vollkommen recht damit. Diese Reaktion trat ein, und es fanden sich Christen beider Bekenntnisse zusammen, die von der Überzeugung durchdrungen waren, daß auf der Grundlage der christlichen Weltauffassung am besten Politik zu machen sei. Seit der Zeit haben sich die Dinge geändert, denn die Erinnerung an den Nationalsozialismus verschwindet immer mehr, und zwar bei jedem von uns. Die Menschen vergessen vieles von dem, was ihnen an Schlechtem widerfahren ist. Und das ist auch gut so. Wir sollten das auch nicht in unserem Innern anhäufen, aber wir müssen doch der Gefahr der Zukunft ins Auge sehen und uns deswegen mehr auf unsere weltanschauliche Grundlage besinnen.

Ich sehe als die größte Gefahr nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für alle europäischen Völker die materialistische Weltauffassung an. Das ist nach meiner Überzeugung der große Feind, der noch für Jahrzehnte hinaus uns alle bedrohen wird und der – machen wir uns das klar – fast alle Leute ergreift, vielleicht manche, ohne daß sie es merken. Wir müssen also die Bevölkerung über die Folgen der materialistischen Weltauffassung ganz anders aufklären als bisher. Wir müssen die Konsequenzen ziehen und sagen: Weg damit! Die christliche Weltanschauung ist richtig! Mir schwebt vor – und ich hoffe, irgendwie die Gelder dafür zu bekommen –, ein Institut einzurichten, das sich lediglich dieser Aufgabe widmet, nicht innerhalb der CDU, sondern ganz allgemein, um der Menschheit zu zeigen, wie die materialistische Weltanschauung fortschreitet und allmählich über alles hinwegzugehen droht. (*Wuermeling:* Die Abendländische Akademie ist schon da![68]) Ja, Abendländische

68 1952 gegründet (zunächst München, dann Nürnberg) mit dem Ziel, die übernationale europäische Zusammenarbeit durch Kenntnis und Verbreitung der seit dem Mittelalter gewachsenen kulturellen Inhalte zu fördern. Die Veröffentlichungen der Vorträge und

Akademie! Aber ich möchte etwas anderes, Herr Wuermeling! Ich darf noch einmal wiederholen: Die Menschen sind doch heute nicht so, daß sie sich positiv ansprechen lassen. Es genügt nicht mehr, nur zu sagen, wir kommen vom Christentum und vom Humanismus her, wir wollen die Freiheit der Person usw., sondern mir schwebt vor ein Institut, das laufend die Menschen darüber unterrichtet, was unter der Herrschaft des Materialismus in der Welt in den letzten Jahrzehnten geschehen ist.

Welche Zeitung bringt etwas darüber, was in der Ostzone geschieht? Wer bringt etwas darüber, was in Sowjetrußland, in der Tschechoslowakei, in Polen usw. geschieht? Welche Zeitung bringt etwas darüber, was im kommunistischen China geschieht? Wer macht den Menschen klar, welches Gut die abendländische Weltauffassung ist, die freiheitliche Weltauffassung?

Ich habe mich etwas hinreißen lassen. Ich habe nun einen Gedanken, der mir schon sehr lange vorschwebt, der einmal ganz objektiv und überparteilich zur Geltung gebracht werden muß; denn bei der großen Gefahr, in der wir stehen – und vor allem, wenn Sie an das Schicksal der Menschen denken, die davon betroffen werden –, ist es doch geradezu grauenhaft, daß wir so tun, als ob gar nichts wäre! Neulich war – ich sage jetzt etwas über die beiden christlichen Kirchen – die Jugendweihe in der Sowjetzone. Sicher ist früher einmal, wenigstens weiß ich das von der katholischen Kirche, ein Hirtenbrief oder etwas Ähnliches darüber verkündet worden, wahrscheinlich auch von der evangelischen Kirche, aber an dem Tag, an dem die Leute in der Sowjetzone diese Feuerprobe bestehen mußten, hat – soviel ich weiß – keine christliche Kirche etwas darüber gesagt. Da hätten wir ein Gebet sprechen müssen für die Leute in der Sowjetzone, die an diesem Tag einen geradezu heldenhaften Mut bewiesen haben.

Aber wir tun in unserem wohlbehüteten Raum – der alles andere als wohlbehütet ist – so, als wenn alles gut wäre in der Welt! Wir müssen nach meiner Meinung viel mehr als bisher – und das geht über die Aufgaben der Partei hinaus – zeigen, wie es in einer dem Materialismus verhafteten Welt aussieht und wie die Abarten des Materialismus, unter denen wir leiden – d.h. die Überschätzung des Materiellen im Besitz, im Genuß usw. –, einen Boden bereiten für die Aufnahme dieses Giftes vom Osten her.

Was die Finanzierung angeht, so hat Herr Bach – der mir gerne eine Freude macht – mir, während Herr Heck sehr schön vortrug, die Übersicht über das Jahr 1954 gegeben, und zwar Abonnements vom „Wirtschaftsbild", Spenden, sonstige Einnahmen und Erträge usw. Das sind erschreckende Ziffern. Während wir im Jahre 1952, das kein Wahljahr war, insgesamt DM 4.036.000,– und im Wahljahr 1953 DM 5.448.000,– als Eingang verbuchen konnten, sind im Jahre 1954 nur DM 3.065.000,– eingegangen. Damit kann man natürlich diese Aufgaben und namentlich die dringend notwendige Erweiterung dieser Aufgaben in keiner Weise finanzieren.

Gespräche der Jahrestagungen sowie sonstiger Schriften erfolgte durch den Verlag Neues Abendland München. Erster Vorsitzender war Professor Dr. Frhr. Friedrich August von der Heydte (Materialien in NL Wuermeling ACDP I-221-033).

Wenn ich dem gegenüberhalte, daß vor wenigen Monaten sieben Reifenfirmen 3,5 Millionen aufgebracht haben, um ein Gesetz der Bundesregierung in ihrem Sinne umzuändern im Parlament[69], dann muß ich sagen, ist das 1. für die Demokratie ein entsetzlicher Schlag, 2. ist es ein Beweis dafür, daß das Geld doch eine Rolle spielt. Nach meiner Auffassung hat unsere Partei nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus von einer höheren Gewalt die Aufgabe übertragen bekommen, dieses Volk zu retten. Wenn wir es nicht retten, dann rettet es keine andere Partei. Dann werden die Deutschen erledigt sein. Dann wird auch Deutschland dahinsein. Dann wird auch das ganze christliche Abendland dahingehen. Sehen Sie, meine verehrten Damen und Herren, wie es mit dem MRP in Frankreich aussieht; äußerst schlecht, kein nennenswerter politischer Einfluß. Sehen Sie, wie es in Italien aussieht. Man kann in Sorge sein, daß die Democrazia Cristiana auch öffentlich gegeneinandergeht.

Wir sind bisher intakt geblieben. Wir haben auch etwas geleistet, auf das wir stolz sein können, aber wir dürfen unter keinen Umständen die Hände in den Schoß legen und glauben, daß das immer so weiterginge. Herr Heck hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ich heute noch bin und morgen nicht mehr bin. Es wäre dumm von mir, wenn ich nicht ruhig zugeben wollte, daß vieles von dem, was geleistet und gespendet wird, auf meine Person zurückzuführen ist, aber Sie kennen mein Alter und wissen, daß jeder Mensch heute ist und morgen nicht mehr dasein kann. Es ist erschreckend, wenn [sich] nur auf eine Person etwas auswirkt und aufbaut.

Das ist leider Gottes zum Teil bei uns der Fall; es ist eine Tatsache, die mich innerlich außerordentlich bedrückt. Daher ist eine wirklich durchgreifende Reorganisation und eine Vervollständigung unserer Partei in der Weise, wie sie im großen und ganzen von Herrn Heck angedeutet worden ist, wozu ich noch einiges hinzufügen konnte, eine absolut dringende Notwendigkeit. Das ist eine Aufgabe, der sich jeder von uns widmen muß mit ganzer Kraft, sonst werden wir nach einer kurzen Blütezeit nicht mehr sein. Und das, was dann kommen würde in Deutschland, das möchte ich mir gar nicht ausmalen.

Ich bitte daher, den Vortrag von Herrn Heck zu vervielfältigen und allen zuzuschicken. Ich möchte auch von meinen Ausführungen, die ich ja bekommen werde, noch einiges dazutun. Ich bitte auch Sie, sich noch zu dieser Angelegenheit zu äußern, damit wir ein Konvolut von Vorschlägen und Anregungen haben, so daß wir uns in einer der folgenden Vorstandssitzungen mit dieser Frage einmal in extenso beschäftigen können; denn es ist die wichtigste aller Fragen für unsere Gesamtpartei. *(Lebhafter Beifall.)*

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Ich bin dem Vorstand schuldig, einen kurzen Bericht über einen Ausschuß zu geben, der vor einiger Zeit vom Vorstand eingesetzt worden ist zur Prüfung der Finanzierungsfragen der Partei. Wir haben aus diesem Kreis an die Bundestagsfraktion die Empfehlung gegeben, anläßlich der Steuerreform in die Einkommen- und Körperschaftsteuergesetze eine Bestimmung aufzunehmen,

69 Vgl. Nr. 7 Anm. 24.

nach der Spenden an die politischen Parteien als staatspolitisch wichtige Angelegenheit abzugsfähig gemacht werden können. Das war bisher nicht so ganz einwandfrei, wie Sie wissen. (*Adenauer:* Einwandfrei war es, aber nicht einfach!) Es war vorher nicht ganz einwandfrei mit diesen Spenden. Es gab einige Fördervereinigungen in den Ländern, wo diese Sache ungeklärt war. Diese Bestimmung ist nun gemacht worden. Leider fehlen noch die Ausführungsbestimmungen. Ich habe deswegen Herrn Oeftering[70] gebeten, das zu beschleunigen, damit die Dinge nach dieser Richtung geklärt werden.

Es ist dann im Ausschuß ein weiterer Gesprächsgegenstand die Frage gewesen, ob man nicht durch einen Staatsbeitrag das ganze Problem der Finanzierung der politischen Parteien klären solle. Ich kann dazu sagen, daß uns hierbei eine Rede des Herrn Schäffer gestört hat, der zum Ausdruck brachte, er sei der Meinung, daß diese Spendenwirtschaft eine Gefahr für die politischen Parteien darstelle, und zwar nach der Richtung der Korrumpierung hin. Daher sei er durchaus für die Einrichtung einer Staatsfinanzierung der politischen Parteien. Diese Rede des Herrn Schäffer hat nun, wie ich höre, auf die Landes- und Kreisgeschäftsführer so gewirkt, daß sich ihre Arbeit hinsichtlich der Finanzierung ein bißchen verlangsamt hat.

An sich liegen die Dinge ja so, daß die Finanzierung bisher durchaus unzureichend ist und daher die Aufgaben, von denen Herr Heck gesprochen hat, z.Z. nicht durchgeführt werden können. Im großen und ganzen kann man sagen, diejenigen Herren, die mit der Finanzierung zu tun haben, neigen zu einer Staatsfinanzierung, diejenigen aber, die es parlamentarisch durchsetzen sollen, haben große Bedenken.

Bach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben den Ausführungen des Herrn Heck Beifall gezollt und damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie die Durchführung seiner Vorschläge für notwendig halten. Der Herr Bundeskanzler war so liebenswürdig, die Zahlen bekanntzugeben, die unsere Einnahmen im letzten Jahre darstellen. Sie sind deswegen erschreckend, weil sie um eine Million unter den Einnahmen des Jahres 1952 geblieben sind. Die Zahl des Jahres 1953 spielt keine Rolle, weil damals die Bundestagswahlen waren. Wenn Sie berücksichtigen, daß wir im Jahre 1954 vier Landtagswahlen gehabt haben, daß weiter eine Lohnerhöhung von 20 bis 30 % im Durchschnitt erfolgt ist, dann werden Sie mir zugeben, daß der Parteiapparat damit nicht zu finanzieren ist, geschweige dann eine wirkliche Arbeit, wie sie von Herrn Heck vorgetragen wurde, geleistet werden kann.

Ich habe einmal ausgerechnet, wieviel Geld notwendig ist, um unseren Aufgaben auf Kreis-, Landes- und Bundesebene gerecht zu werden. Hierbei bin ich auf 13,2 Millionen DM pro Jahr gekommen, und zwar einschließlich der notwendigen Wahlgelder, die ich mit 3 Millionen eingesetzt habe. Wir haben bei der letzten Bundestagswahl 3 Millionen gebraucht. Es wären für die laufenden Aufgaben, wenn wir sie einigermaßen

70 Dr. Heinz Maria Oeftering (geb. 1903), 1945–1950 Präsident des Rechnungshofs von Rheinland-Pfalz, 1950–1957 Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium, 1957–1972 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn, 1948 Honorarprofessor für Steuerrecht.

gründlich ausführen wollten, etwa 9 Millionen jährlich notwendig. Weil ich weiß, daß das eine Phantasiezahl ist, habe ich sie herabgedrückt auf 6,2 Millionen. Das ist aber das Mindestmaß, wenn wir unseren Aufgaben auch nur einigermaßen gerecht werden wollen. Demgegenüber stehen die tatsächlichen Einnahmen von 3 Millionen. Damit können unsere Aufgaben nicht erfüllt werden. Ich halte es daher für eine graue Theorie, sich über die Arbeiten zu unterhalten, ohne sich zunächst darüber klar zu sein, wie man die Mittel beschaffen soll, damit die Arbeiten auch ausgeführt werden können. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe in diesem Jahr manche schlaflose Nacht gehabt, weil ich nicht wußte, woher ich die Gelder nehmen sollte, um die Gehälter zu zahlen.

Ich habe als sozial denkender Mensch ein sehr schlechtes Gewissen, wenn ich mir die Gehälter unserer Angestellten ansehe und sie vergleiche mit den Gehältern, die sonst üblich sind. Ich würde mich schämen, in meinem kleinen Betrieb solche Gehälter meinen Angestellten und Arbeitern anzubieten. Das muß einmal ganz offen gesagt werden! Wenn wir von den Menschen, die hauptamtlich für die Partei tätig sind, eine wirkliche Arbeit verlangen, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, einigermaßen in ihrer Existenz gesichert zu sein. Man kann doch von einem Mann, der nicht weiß, ob er im nächsten Monat auf der Straße liegt oder ob er sein Gehalt zu 50 % am 1. und zu 50 % am 15. bekommt, keine Leistung verlangen. Diese Dinge wirken sich doch sehr stark auf die Leistungsfähigkeit der Menschen aus.

Wir haben eine Menge von Persönlichkeiten, die für unsere Arbeit ausgezeichnet zu gebrauchen wären, nicht genommen, weil wir nicht in der Lage sind, sie so zu bezahlen, wie es notwendig wäre.

Wir müssen uns also über das Problem, wie wir die Finanzierung sichern und durchführen, sehr ernsthaft unterhalten. Es ist von der Staatsfinanzierung gesprochen worden. Ich bin früher ein Gegner davon gewesen, aber ich habe mich inzwischen dazu bekehrt. Ich bin der Ansicht, daß, wenn die Parteien Träger des Staates sind – und das sind sie nach dem Grundgesetz –, der Staat auch das größte Interesse daran haben muß, daß diese Träger des Staates wirtschaftlich so unabhängig sind, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können. Ich möchte ein praktisches Beispiel aus dem Vortrag von Herrn Heck herausgreifen und wäre Ihnen dankbar, wenn wir hier zu einem Beschluß kämen, nämlich die Mitgliederbeiträge durch das „Monatsblatt" einzuziehen. Der Beitrag ist sehr gering. Es wäre zu überlegen, ob wir diesen Beitrag sofort an die Kreise zurückfließen lassen. Darüber müssen wir uns aussprechen. Man sollte, um die Kreise zu aktivieren und ihren Mitgliederstand zu stärken, den Beitrag an sie zurückfließen lassen.

In der Stadt ist die Einziehung des Beitrages einfach, aber auf dem Lande ist es schwierig. Wir haben 186 Orte mit 2.400 Mitgliedern. Sie können sich ausrechnen, was da die Einziehung des Beitrages kostet. Wenn wir die Einziehung der Beiträge mit dem „Monatsblatt" verbinden, dann wird es billiger, und es werden Kräfte frei zur Mitgliederwerbung. Wir haben auch die Garantie, daß die Mitglieder das Blatt sofort nach dem Erscheinen bekommen und daß gleichzeitig die DM 0,55 eingezogen

werden. Es wäre also sehr wichtig, wenn wir hier zu einem Ergebnis kämen. Der Ausbau der Organisation ist unbedingt notwendig. Das, was Herr Heck gesagt hat, nämlich 5 % der Wähler als Mitglieder zu gewinnen, d.h. auf 500.000 Mitglieder zu kommen, muß unser Ziel sein.

Tillmanns: Es ist sicher richtig, daß alle die Aufgaben, von denen Herr Heck gesprochen hat, erst dann in Angriff genommen werden können, wenn sie finanziert werden. Insofern ist die Frage der Finanzierung eine Schlüsselfrage. Aber wir sollten heute die Diskussion nicht allein auf die Finanzierung beschränken. Es sind so viele wichtige sachliche Punkte in dem Referat erwähnt worden, daß wir die Diskussion über die sachlichen Notwendigkeiten nicht zu kurz kommen lassen sollten. Das soll natürlich nicht bedeuten, daß die Finanzierungsfrage zurückgestellt wird.

Ich möchte vor allem auf den Vorschlag von Herrn Heck hinweisen, daß wir versuchen sollten, in den kleinsten Bezirken einen Vertrauensmann oder zwei Vertrauensmänner zu gewinnen. Wir müssen dabei überlegen, ob der aus der Tradition erwachsene Aufbau mit Ortsgruppen, Kreisen usw. heute noch der soziologischen Wirklichkeit entspricht. Ich habe manchmal das Gefühl – ich kann nur von meinem Landesverband sprechen –, daß die Ortsgruppen nicht mehr das sind, was sie eigentlich sein sollten, nämlich die Mitglieder heranziehenden und Freunde heranholenden Körperschaften, die nach außen missionarisch wirken. Sie wirken leider eher abstoßend als anziehend. Wie oft erlebe ich, daß Leute, die Interesse an der CDU haben, nach zwei Monaten, wenn sie einige Male in den Versammlungen der Ortsgruppe gewesen sind, sagen, da gehe ich nicht noch einmal hin.

Ich will damit nichts Kritisches sagen, aber ich frage, ob die überkommenen Ortsgruppen noch das entscheidende Element sind, das uns die Menschen zuführt. Das hängt mit den Dingen zusammen, die von der modernen gesellschaftlichen Situation bestimmt werden. Klaus von Bismarck[71] pflegte das zu nennen: die Gespaltenheit des modernen Menschen in seiner Existenz. Der Mensch lebt vielfach, wenn er in seinem Beruf – weit von seinem Wohnsitz und seiner Familie entfernt und getrennt – in einer anderen Stadt oder in einem anderen Ort arbeitet, in zwei getrennten Bereichen. Er ist höchstens abends kurze Zeit mit seiner Familie zusammen, und auch das ist noch sehr oft gestört.

Diese Tatsache stellt auch unsere Partei vor eine neue Situation. Die Ortsgruppe beruht auf der Vorstellung, daß der Mensch mit seiner Familie und seinem Beruf noch eins ist. Das aber stimmt heute zum großen Teil nicht mehr. Erst wenn wir Vertrauensleute gewinnen, die sich als Einzelmenschen verantwortlich fühlen, in den kleinsten Bezirken tätig zu sein, dann kommen wir weiter in der Gewinnung

71 Klaus Hans Herbert von Bismarck (geb. 1912), 1949 Leiter des Sozialamts der Evangelischen Kirche Westfalens, 1955–1962 Mitglied des Präsidiums und 1977–1979 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, 1957–1964 Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland, 1961–1976 Intendant WDR, 1977–1989 Präsident des Goethe-Instituts.

von Menschen. Das würde bedeuten: Vertrauensleute in den Arbeitsstätten! Die Kommunisten machen das – ich will das nicht als Vorbild hinstellen – mit einer radikalen Umstellung der Arbeitsmethoden. Sie haben drüben in ihrer Sucht, alles totalitär zu erfassen, sogar Hausgemeinschaften gebildet. Es gibt in jedem Haus einen Vertrauensmann. Wir sollten daraus lernen und versuchen, Leute zu gewinnen, die in einem Wohnbezirk oder in einem Betrieb für uns als ehrenamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Das wäre eine wichtige Voraussetzung für unsere Arbeit, wenn wir an eine lebendige Aktion denken.

Ein anderer Gesichtspunkt! Wir haben beim Aufbau der Bundesgeschäftsstelle gemeint, es sei richtig, in der Bundesgeschäftsstelle soundso viele Fachreferate zu bilden. Die Frage ist, ob wir hier nicht rationalisieren können. Das könnte in den Landesverbänden ähnlich sein. Wenn wir hier Zusammenlegungen zwischen der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle vornähmen, so würde das für unseren Bundesschatzmeister eine Erleichterung bedeuten. Die hauptamtlichen Kräfte sollten mehr für die propagandistisch-organisatorisch-publizistische Arbeit eingesetzt werden; sie sollten mit den Kräften der Fraktion so zusammenarbeiten, daß wir hier nicht einen doppelten Aufbau haben. Hier könnte also noch rationalisiert werden.

Was der Herr Bundeskanzler zum Schluß ausgeführt hat, das hat mich – ich will nicht übertreiben – wirklich bewegt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Er hat wirklich die tiefsten Gründe und Gegebenheiten für die Situation der Christlich-Demokratischen Union dargelegt. Wir stimmen ihm vollständig zu, daß das, was die CDU einmal zum Entstehen gebracht hat, nämlich das Erschrockensein über das, was der Nationalsozialismus gebracht hat, heute nicht mehr in dem Maße vorhanden ist. Er hat mit Recht ausgeführt, daß wir erschrecken müssen über die Gefahr des Materialismus, der im Grunde genommen die gleiche geistesgeschichtliche Wurzel hat wie der Nationalsozialismus.

Seit dem Aufkommen des Rationalismus und des Materialismus ist durch die geistige Entwicklung in Europa eine Situation entstanden, eine Haltung, in der der Mensch sich selber absolut fühlt und keine Autorität über sich anerkennen will. Wir haben es zu tun mit der menschlichen Hybris, die überall zu finden ist; ob sie sich nun im Bolschewismus oder auch außerhalb des Bolschewismus zeigt. Sie findet sich auch bei sehr wohlhabenden Menschen des europäischen Abendlandes, die es vielleicht nicht einmal wissen. Wir haben es mit einem – wie es Dietrich Bonhoeffer[72] bezeichnet hat – Prozeß des Mündigwerdens des Menschen zu tun. Dieser Prozeß ist nicht rückgängig zu machen. Ihn aber nicht zur Gefährdung der menschlichen Existenz werden zu lassen, das scheint mir die große Aufgabe zu sein, die uns alle in der Christlich-Demokratischen Union zusammenfinden läßt. Deshalb bin ich sehr dankbar, daß der Herr Bundeskanzler so stark betont hat, hier müsse

72 Dietrich Bonhoeffer (1906–1945), Bekennende Kirche, 1943 verhaftet und 1945 hingerichtet.

ein Mittel institutioneller Form gefunden werden, um die Menschen über die letzten Bindungen, die auch uns zusammengeführt haben, aufzuklären.

Ich habe nur eine Frage: Wäre es nicht doch gut, ein solches Institut zu verbinden mit der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union, etwa mit dem, was Herr Heck als Bildungszentrum bezeichnet hat? Wenn dieses Bildungszentrum seine Aufgaben erfüllen soll, dann müssen sich dort Männer und Frauen, die zu einer solchen Arbeit fähig sind, zusammenfinden. Es bedeutet keinen Partei-Egoismus, wenn die CDU versuchen würde, in einem solchen Sinne das Bildungszentrum aufzufassen, um es tatsächlich innerhalb oder für die CDU zu entwickeln. Damit könnten wir für die Bildungsarbeit, die wir brauchen, den richtigen Boden finden. Ich wage nicht zu sagen: weltanschaulicher Boden; denn auch das Wort „weltanschaulich" ist ein Kind des 19. Jahrhunderts. Wir haben es zu tun mit der Weckung der geistig-sittlichen Kräfte. Das geht über das Weltanschauliche hinaus bzw. es liegt tiefer als dieses.

Zur Frage der Finanzierung! In der Frage der Finanzierung übersehen wir leicht einen Kreis von Menschen, der zwischen den Normalsterblichen und den großen Spendern liegt. Das sind die Mitglieder oder Freunde, die durchaus in der Lage sind, mehr als eine Mark zu zahlen; sie sind aber nicht in der Lage, gleich ein paar tausend Mark zu spenden. Es müßte den Landesverbänden möglich sein, Mitglieder und Freunde zu finden – und wenn es nur ein paar hundert in jedem Landesverband sind –, die durchaus bereit sind, DM 20,– im Monat zu zahlen. Das wäre schon eine sehr schöne Hilfe. Ich nenne diese Leute den großen Kreis der kleinen Spender. Dieser Angelegenheit sollte man unbedingt mehr Aufmerksamkeit widmen.

Hellwig: Ich darf zwei Punkte anführen:

1. Es ist richtig, daß die Zahlen in den letzten Jahren einen Rückgang erfahren haben. Es sollte daher beachtet werden, daß offenbar auch in der organisatorischen Erfassung der Mitglieder etwas nicht gelungen ist. Die Gründe hierfür will ich nicht anführen.
2. Wie groß ist der Ausfall an Beiträgen, die nicht eingehen? Wie groß ist der Unterschied zwischen dem Ist und dem Soll des Beitrages? (*Adenauer:* Das kann man nicht feststellen! Ich weiß mehrere Fälle, wo von Mitgliedern überhaupt nichts eingeholt wird.) Das habe ich auch wiederholt gehört. Es wird dann gesagt, bei mir wird der Beitrag nicht kassiert, aber dafür will man eine Spende haben. Nach meiner Meinung stört es die Wirkung des Spenders, wenn der Einzug des Beitrages nicht gewährleistet ist. Ich möchte auch unterstreichen, daß die Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle von der Fraktion finanziell übernommen werden. Ich glaube, es würde der Fraktion ohne weiteres möglich sein, den jetzigen Fraktionsbeitrag des einzelnen von DM 30,– zu erhöhen. Der Satz von DM 30,– ist nach meiner Meinung beschämend gering im Vergleich zu dem hohen Beitrag, den andere Abgeordnete für ihre Fraktion zu zahlen haben. (*Majonica:* Die zahlen aber nichts an die Landesverbände. Die SPD zahlt nur an die Fraktion.) Die DM 30,– sind schon vor der Erhöhung der Diäten gezahlt worden. Es würde also im Zuge der Diäten möglich sein, eine Verdoppelung des Betrages vorzunehmen. Mit dieser Verdoppelung des Beitrages für die Fraktion würde

die finanzielle Basis für die günstige Verbuchung der notwendigen Fachreferenten auf den Etat der Fraktion möglich werden.

Ich denke, daß in der Pressearbeit gewisse Dinge unschwer gemacht werden können, wenn man z.B. uns nahestehende Leute und Journalisten zu den Sitzungen der Fachausschüsse regelmäßig hinzuzieht. Wir haben mit der Hinzuziehung von führenden Wirtschaftspublizisten, die uns nahestehen, gute Erfahrung gemacht. Sie bringen in dem von ihnen betreuten Teil der Presse eine gute Aufnahme dessen, was die CDU herausgebracht haben möchte.

Wir haben auch mit verschiedenen Gruppen und Organisationen zusammengearbeitet und sind an die Öffentlichkeit herangekommen, auch unter dem Namen der CDU, wenn auch nicht die Parteistellen die Träger dieser Veranstaltungen sind. Das sind z.B. die Volkshochschulen und andere Vortragseinrichtungen. Aus meiner beruflichen Arbeit der letzten Jahre kann ich bestätigen, daß das gedruckte Wort weit weniger ankommt und weniger Wirkung erzielt als das gesprochene Wort. Wir müssen in der Gesamtrichtung das gesprochene Wort – es braucht nicht der ausgefeilte Vortrag des großen Mannes zu sein – viel stärker herausstellen und entwickeln. Das sollte vor allem in der Schulungsarbeit unserer Geschäftsführer berücksichtigt werden. Es gibt im Augenblick drei bis vier Dutzend verschiedener Gruppen und Organisationen örtlicher Art, die aus einem echten Bildungsstreben heraus, zum Teil mit der Arbeitnehmerschaft, zum Teil mit Betriebsräten, in geistiger Hinsicht – uns sehr nahestehend – an dieser Bildungsarbeit mitwirken. Sie pflegen insbesondere das Gespräch, die Diskussion.

Ich darf hier erwähnen, daß wir auch an mehreren Stellen bereits derartige Gesprächszentren für das laufende Gespräch mit Angehörigen aus unseren Gruppen in der sowjetischen Besatzungszone haben. Man kann darüber nicht viel sprechen. Es ist merkwürdig, daß hierbei nicht die materiellen Dinge, sondern – wovon der Herr Bundeskanzler gesprochen hat – die Auseinandersetzung mit dem Materialismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen das Hauptthema bilden.

Wir sollten die gegebenen Anregungen entwickeln und im kleinsten Kreise für die nächste Vorstandssitzung vorbesprechen. Ich bin auch gern bereit, Herr Heck, Ihnen einige schriftliche Unterlagen zu geben.

Gradl: Mir scheint die entscheidende Frage zu sein, wie antworten wir jemandem, den wir für die Partei als Mitglied und aktiven Mitarbeiter gewinnen wollen, auf seine Frage: Was habe ich davon, wenn ich in der Partei bin? Ich bitte Sie, die Frage nicht so zu verstehen, daß der Betreffende klingende Münzen oder einen Posten erwartet. Um diese Leute geht es nicht, die suchen wir nicht; die haben wir zur Genüge! (*Adenauer:* Na! Na! Na!) Wir haben eine ganze Menge. Was wir brauchen, sind Leute, die aus Verantwortungsgefühl heraus in einer politischen Gemeinschaft mitarbeiten wollen, um somit das politische Leben in einem bestimmten Sinne zu entwickeln.

Ich kann nur sagen, daß wir bisher nicht genug getan haben, um in den Menschen das Interesse für eine Arbeit in unserer Parteiorganisation zu wecken, und zwar weder in dem Sinne, daß derjenige, der da hineingeht, das Gefühl bekommt, etwas mehr zu

erfahren als der Normalsterbliche, noch dadurch, daß er etwas mehr erfährt, um auch etwas mehr sagen zu können. Ich glaube, daß sehr viele Menschen, die an sich berufen wären, in der Partei tätig zu werden, dieses Empfinden haben. Es ist absolut richtig, was Sie gesagt haben. Vorhin hat auch Herr Zimmer etwas Ähnliches gesagt. Unsere Parteimitgliedschaft ist im Grunde erstarrt auf dem Stande der Jahre 1946/47.

Wir sind unter uns, und da darf man es einmal deutlicher sagen, als man es draußen tun würde. Weithin in der Partei haben sich im Laufe der Jahre Cliquen gebildet, die eifrigst darauf bedacht sind, keine fremden Kräfte hineinkommen zu lassen, (*Zurufe:* Sehr richtig!) weil diese ihnen nämlich in die Parade fahren, wenn es um die Aufstellung der Kandidaten oder um die Vorstandswahlen usw. geht. Das ist eine der ernstesten Gefahren, vor der unsere Parteiorganisation steht; es ist beileibe nicht die einzige. Wir wissen alle, daß die Menschen die Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus und der Entnazifizierung auch nicht gerade als Ermunterung aufgefaßt haben, nun wieder in einer Partei aktiv zu werden.

Was nun das besondere Unglück und die großen Schwierigkeiten sind, das hat Herr Tillmanns etwas nebenbei angesprochen, als er von den soziologischen Veränderungen gesprochen hat. Ich will nicht Ihre Zeit lange in Anspruch nehmen, um das näher auszuführen, sondern ich will nur ein Beispiel erwähnen: Ich war 14 Tage in England vor den Wahlen[73] und habe dort einige Einblicke in den englischen Wahlkampf bekommen. Ich habe viel mit Engländern diskutiert und dabei festgestellt, daß bei ihnen im Grunde genommen ein ähnliches Problem besteht wie bei uns, daß nähmlich die neuen technischen Formen des Ansprechens der Masse dazu führen, die bisher kleinen Gemeinschaften in den Dörfern und Gemeinden aufzulockern. Zehn Tage vor der Wahl habe ich eine Versammlung in einem als gut bezeichneten englischen Wahlbezirk besucht. Dort war der konservative Vertreter der Kandidat. Es sind 30 oder 35 Leute dagewesen. Sie wissen, daß insbesondere die Konservativen große Sorge hatten, daß sie wegen der schlechten Beteiligung an der Wahl die Wahl verlieren würden. Das ist nicht eingetreten.

Wir müssen feststellen, daß die bisherigen Formen, um die Menschen anzusprechen, offenbar nicht mehr genügen. Wir müssen also ganz andere Wege gehen. Unser Unglück ist es, in dieser besonderen deutschen Situation diese zusätzlichen Schwierigkeiten zu haben. Wenn man gründlich darüber nachdenkt, dann könnte man beinahe daran zweifeln, ob es uns überhaupt gelingt, mit dieser Sache fertig zu werden. Ich habe darüber auch mit Herrn Heck einige Male gesprochen. Wir dürfen eines nicht vergessen, wir müssen den einzelnen, den wir in die Parteiorganisation bekommen wollen, direkt interessieren. Es muß etwas sein, wenn jemand Mitglied unserer Partei ist, und er muß auch im echt christlichen Sinne etwas davon haben.

Es ist wirklich kein Vergnügen, in den Ortsgruppenversammlungen unserer Partei zu sein. Da sitzen meist ein paar Leute vom Kirchenvorstand und ein paar alte Leute,

73 26. Mai 1955. – Die Konservativen errangen 345 Mandate (1951 320), Labour 277 (293), die Liberalen 6 (6). Vgl. AdG 1955 S. 5183.

die sonst nichts anderes machen. Es gibt nur ein paar Leute, die die eigentlichen Drahtzieher des politischen Lebens in dieser Gemeinschaft sind. Und das ist keine Zugkraft für die Verbreiterung unserer Partei.

Ich habe das mit dieser Grobheit ausgesprochen, weil wir überhaupt nur weiterkommen, wenn wir uns über diesen ziemlich desolaten Zustand unserer Partei am Beginn unserer Unterhaltung völlig klar sind.

Wehking: Der Herr Bundeskanzler hat von der Gefahr der Vergreisung gesprochen. Auch Herr Gradl sagte es. Wir haben alle die Beobachtung gemacht, daß es schwierig ist, die Gremien, die 1946/47 gebildet wurden, zu erneuern. Ich habe vor zwei Jahren zu einem radikalen Mittel gegriffen und durch den Kreisvorstand den Beschluß herausgeben lassen, die Vorsitzenden der Ortsgruppen durch ihre Stellvertreter auszuwechseln. Die bisherigen Vorsitzenden seien mir dafür verantwortlich, daß der Laden laufe. Falls der Stellvertreter nicht spurte, müßte der Vorsitzende sofort einspringen. Wenn man also den Vorsitzenden verpflichtet, im Notfall einzuspringen, dann geht es.

Herr Dr. Tillmanns hat davon gesprochen, solche Spender heranzuziehen, die kleinere Beträge abgeben. Wir haben für die Leute, die zwar nicht Mitglieder werden wollen, aber doch ein Scherflein geben, ein Formular entwickelt:

Hiermit bestelle ich das „Monatsblatt". Ich bezahle dafür einen Unkostenbeitrag von soundso viel Mark.

Das kann eine Firma oder auch eine Privatperson sein. Ich warne, den Beitrag durch die Post einsammeln zu lassen; denn nicht alle Briefträger sind Freunde der CDU. Es sind auch nicht alle Mitglieder geneigt, jeden Monat Beitrag zu zahlen. Man kann nicht einfacher die Mitgliedschaft loswerden als durch die Post. (*Lebhafte Heiterkeit. – Zuruf:* Das war gut!) Man sollte die Einkassierung der Beiträge durch freiwillige Helfer vornehmen lassen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen diesen Raum leider um 7 Uhr räumen. Wir haben jetzt Viertel vor 7 Uhr. Ich möchte den Vorschlag wiederholen, den ich eingangs gemacht habe, nämlich den Vortrag des Herrn Heck zu vervielfältigen, die Diskussion im großen und ganzen – wenn auch etwas gekürzt – hinzuzufügen und dieses dann den Mitgliedern zuzustellen. Wir können dann in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Vorstandes zu den Fragen Stellung nehmen. Ich bitte Sie aber – das möge mir Herr Tillmanns nicht übelnehmen –, bei der Prüfung des ganzen Problems nicht den alten Spruch zu vergessen: Wo du nicht bist, Herr Organist, da schweigen alle Flöten! (*Tillmanns:* Der Herr Bach ist hier der Organist. – *Heiterkeit.*)

Zimmer: Darf ich mir gestatten, Ihren Vorschlag zu ergänzen, und zwar mit Rücksicht auf die Würdigung, die Herr Tillmanns Ihren Worten gegeben hat. Ihre Worte waren ein letzter Appell an unsere Verantwortlichkeit in einer Eindringlichkeit, wie wir sie bisher von Ihnen noch nicht gehört haben.

Deshalb möchte ich vorschlagen, daß auch Ihre Ausführungen den Landesvorsitzenden mit der Bitte zugehen, diesen Ihren Appell an alle Mitglieder der Landesvorstände weiterzugeben, und zwar in dem Wortlaut, wie Sie ihn gegeben haben; natürlich im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Heck.

Ich möchte weiter vorschlagen zu beschließen, daß die Landesverbände aufgefordert werden, unverzüglich – sagen wir im Juli oder August – zu Mitgliederwerbungen zu schreiten. Diese Werbung darf nicht auf den Geschäftsführern sitzenbleiben, sondern es müssen alle politischen Exponenten der Partei mitwirken. Dann können wir im Herbst erfahren, welche Fortschritte die Landesverbände erzielt haben. Ich möchte das ausdrücklich beantragen!

Adenauer: Juli und August sind ungeeignete Monate. Ich würde vorschlagen, den September und Oktober zu nehmen. Dann können wir uns auch vorbereiten.

Eplée: Ist etwas Näheres bekannt über den Ort und Zeitpunkt des Parteitages?

Heck: Es war ursprünglich vorgeschlagen worden, den Parteitag in Stuttgart abzuhalten. Zunächst sah es so aus, daß in Stuttgart vor November keine geeigneten Räume zur Verfügung gestellt werden können. Nun habe ich vorgestern von einem Herrn der Ausstellungsleitung auf dem Killesberg die Nachricht bekommen, daß es auch im November in Stuttgart nicht möglich sei, die Räumlichkeiten für die Durchführung eines Parteitages zur Verfügung zu stellen, so daß sich der Vorstand erneut mit dieser Frage befassen muß.

Adenauer: Nach meiner Erinnerung waren wir uns schlüssig geworden, den Parteitag in Baden-Baden abzuhalten. Ich war inzwischen auf der Bühler Höhe und habe mit dem Oberbürgermeister Schlapper[74] von Baden-Baden gesprochen. Er wußte noch nichts davon. Es wird also höchste Zeit, daß man da etwas tut!

Heck: Ich habe einen Herrn nach Baden-Baden geschickt. Er hat festgestellt, daß die Räumlichkeiten im Kurhaus sich zur Durchführung eines Parteitages eignen und daß sie zwischen dem 6. und 9. Oktober kostenlos zur Verfügung stehen.

Adenauer: Dann müssen wir jetzt einen Beschluß fassen.

Kaiser: Wir haben im geschäftsführenden Vorstand darüber gesprochen. Da hat es gegen Baden-Baden Bedenken gegeben. Das ist für die Durchführung eines Parteitages der Christlich-Demokratischen Union nicht der richtige Ort. (*Kiesinger:* Wir brauchen ja nicht in den Spielsaal zu gehen!) Es gibt noch mehr Städte von Rang in diesem Lande. Es könnte also ein anderer Vorschlag gemacht werden. Ich brauche das nicht weiter zu erörtern. Baden-Baden ist eine etwas zu vornehme Stadt. *(Widerspruch und Bewegung.)*

Adenauer: Ich bin Ehrenbürger von Baden-Baden! *(Heiterkeit.)* Ich muß entschieden dagegen Verwahrung einlegen, Herr Kaiser, denn Baden-Baden hat jetzt, im Gegensatz zu früher, eigentlich nur Laufkundschaft, und zwar sehr einfache Leute. (*Zuruf:* Sonst war es Kassenkundschaft!) Ich glaube, wir sind auch gar nicht so vornehm, so daß wir ganz gut nach Baden-Baden passen.

Kaiser: Ich mache nur darauf aufmerksam: Wir sind einmal mit einer anderen Gesellschaft nach Neuenahr gegangen. Das ist unter Kritik gestellt worden.

Adenauer: Wir wollen gerade nach Baden-Württemberg gehen wegen des bevorstehenden Wahlkampfes. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir nach Baden-Baden

74 Ernst Schlapper (1887–1976), bis 1969 Oberbürgermeister von Baden-Baden (CDU).

gingen. Baden-Baden hat einen großen Zulauf, und wir werden bestimmt viele Leute dort haben. Das wird dem Wahlkampf nützen. Ich wäre auch lieber nach Stuttgart gegangen, aber das ist nicht möglich. (*Albers:* Wie wäre es mit Freiburg?) Das ist eine etwas zu weite Reise. Baden-Baden ist leichter zu erreichen. Außerdem bekommen wir dort, wie Sie gehört haben, die Räume kostenlos zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Es muß vorangemacht werden. Wir wollen abstimmen. Wer dafür ist, daß der Parteitag in Baden-Baden vom 6. bis 9. Oktober stattfindet, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Das ist die übergroße Mehrheit.

Ich habe nun einen Zettel bekommen, der Saal müsse unverzüglich geräumt werden. Nun haben wir noch das Pressekommuniqué. Ich weiß nicht, wer es entworfen hat. Es ist auch korrigiert worden; von wem, weiß ich auch nicht. Ich darf es einmal vorlesen:

„Der Bundesvorstand der CDU hielt am Freitag, dem 3. Juni 1955, unter dem Vorsitz seines Ersten Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer eine Sitzung ab, in der die innen- und außenpolitische Lage eingehend erörtert wurde. Dr. Adenauer schilderte in einem ausführlichen Überblick die Entwicklung der letzten Zeit und berichtete über die Haltung der Bundesregierung zu den einzelnen Problemen. Die Politik der Bundesregierung wurde vom Bundesvorstand einmütig gebilligt.

In der Aussprache wurden folgende Gesichtspunkte hervorgehoben: Eine internationale Entspannung ist dringend notwendig, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Waffentechnik bis zur H-Bombe. Diese Entspannung muß im Zusammenhang mit einer kontrollierten Abrüstung angestrebt werden. Sicherheitssysteme verlieren ihren Wert, wenn alle Beteiligten immer weiter aufrüsten. Die Schaffung eines neutralen Staatengürtels in Europa würde die internationalen Spannungen nicht vermindern, sondern verschärfen. Sie würde die Einigung Europas vermindern und damit die neutralen Staaten der Gefahr aussetzen, in den Sog der sowjetischen Politik zu geraten.

Die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit muß einen integrierenden Bestandteil einer internationalen Entspannung bilden. Deshalb wird das Zustandekommen einer Viererkonferenz, auf der auch die Frage der Wiedervereinigung zur Sprache kommen soll, begrüßt. Die Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung werden viel Geduld und allen Einsatz der deutschen Politik erfordern. Es muß alles getan werden, um das Scheitern solcher Verhandlungen zu verhindern. Aussicht auf Erfolg haben Verhandlungen mit der Sowjetunion nur, wenn die durch die Pariser Verträge herbeigeführte Einigung des Westens weiter verstärkt wird. Deshalb ist es notwendig, die Wehrgesetze durch die parlamentarischen Körperschaften ohne jede Verzögerung zu verabschieden.

Um so bedauerlicher ist es, daß die SPD durch ihren Antrag im Bundestag, die Verwirklichung der Pariser Verträge auszusetzen, den Eindruck erweckt hat, als ob die Bundesrepublik nicht treu zu diesen Verträgen stehe und damit die Einheit der freien Welt gefährden könnte. Die SPD hat damit genauso einen falschen und für die deutsche Politik schädlichen Weg eingeschlagen wie mit der Behauptung,

nach der Ratifizierung der Pariser Verträge würde die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht mehr bereit sein. Die Annahme der Einladung zu der Viererkonferenz durch die Sowjetregierung hat auch in diesem Fall die SPD eindeutig widerlegt. Dagegen hat gerade die jüngste Entwicklung in jeder Hinsicht erneut bestätigt, daß die von der CDU hauptverantwortlich getragene Politik der Bundesregierung auf dem richtigen Wege ist. Die Aussprache des Bundesvorstandes ergab deshalb erneut die einstimmige Entschlossenheit, diesen Weg gradlinig und unbeirrt fortzusetzen."

Sie sind damit einverstanden! Herr Lojewski, man kann vielleicht dieses oder jenes Wort etwas ändern. (*Zimmer:* Der Satz „Sicherheitssysteme verlieren ihren Wert, wenn alle Beteiligten immer weiter aufrüsten" wird von der SPD sofort gegen uns ausgenutzt werden!) Dann wird er eben ausgenutzt! Das ist aber richtig. Die große Masse der Bevölkerung ist viel klüger als die SPD. Ich finde diesen Satz als einen der besten Sätze!

Meine Damen und Herren! Und nun müssen wir hinaus! Ich darf mit bestem Dank an Sie alle die Versammlung schließen. Morgen um 10 Uhr ist die Tagung des Parteiausschusses im Fraktionssaal der CDU.

9

Bonn, 30. September 1955

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Eplée, von Fisenne, Gradl, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Kilb, Krone, [Lensing], Majonica, Müllenbach, Scharnberg, Schwarz-Liebermann, [Seidel], Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die politische Lage: Moskau-Reise. Entwicklung der Verhältnisse an der Saar. Bundesparteitag. Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 20.20 Uhr*

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 302–314

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Es fehlen zwar noch prominente Mitglieder, aber ich denke, sie werden sich nach und nach einfinden, und wir dürfen wohl beginnen. Es haben sich entschuldigt die Herren Samsche, Wegmann,

Arnold, Sieveking, Lemmer und Pferdmenges. (*Wirsching:* Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller entschuldigen; er ist in Amerika.)

Unsere Tagesordnung lautet: 1. Bericht über die politische Lage. 2. Die Entwicklung der Verhältnisse an der Saar. 3. Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE. 4. Bundesparteitag. 5. Verschiedenes.

Vielleicht gestatten Sie mir, wenn ich zum Punkt 1 der Tagesordnung referiere, die Saarfrage wenigstens zu streifen. Sie wird noch besonders behandelt werden müssen. Aber ich glaube, wenn ich Ihnen einen Bericht über die politische Lage geben soll, dann darf ich an der Saarfrage nicht vorbeigehen.

Bericht über die politische Lage

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich Ihnen einen Bericht über die politische Lage geben soll, so wird dabei die außenpolitische Lage die Hauptrolle spielen. Von ihr ist letzten Endes alles andere abhängig. Herr von Brentano ist nicht hier; er ist in New York bzw. in Washington und kann Ihnen daher über die neuesten Dinge nichts sagen. Aber vielleicht kann ich Ihnen das eine oder andere darüber doch mitteilen.

Die außenpolitische Lage enthält im wesentlichen folgende Punkte: die Frage Moskau, die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower und die zweite Genfer Konferenz mit einem Rückblick auf die erste Genfer Konferenz[1]. Ich darf zunächst ein Wort sagen über die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower.[2] Die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower traf uns alle sehr überraschend und hat wohl auch auf uns alle einen sehr tiefen Eindruck gemacht; denn wir Deutschen schulden ihm großen Dank für die Haltung, die er immer eingenommen hat in den europäischen und insbesondere in den deutschen Fragen.

Ich merke gerade, daß ich vergessen habe, Sie willkommen zu heißen. Auch den Vorsitzenden der CSU heiße ich in unserer Vorstandssitzung herzlich willkommen.[3] *(Beifall.)* Es ist eine Seltenheit, daß der Vorsitzende der CSU bei unseren Vorstandssitzungen anwesend ist. Wir begrüßen seine Anwesenheit sehr, und wir hoffen, daß damit ein guter Anfang gemacht worden ist nicht nur hinsichtlich der

1 Genfer Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der vier Hauptsiegermächte unter Beteiligung von Beobachter-Delegationen aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 17. bis 23. Juli 1955 (Texte in AdG 1955 S. 5263–5276); Genfer Außenministerkonferenz vom 27. Oktober bis 4. November sowie vom 8. bis 16. November 1955 (Texte in AdG 1955 S. 5439–5449, 5464–5477; Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Auswärtigen Amt. Bonn o.J.); vgl. Adenauer: Erinnerungen 2 S. 468–484 bzw. 3 S. 31–62.

2 In der Nacht vom 23. auf 24. September 1955 hatte Eisenhower eine Herzattacke erlitten, die einen sechswöchigen Krankenhausaufenthalt erforderlich machte (vgl. Ambrose S. 270–286).

3 Dr. Hanns Seidel (vgl. Nr. 6 Anm. 25).

Zusammenarbeit in der Bundestagsfraktion, sondern auch in unserer ganzen Parteipolitik.

Ich darf nun weiter fortfahren mit der Erkrankung des Präsidenten Eisenhower. Herr Eisenhower befindet sich auf dem Wege der Besserung; aber ich glaube, jeder Arzt wird Ihnen sagen, daß der Zustand doch so ist, daß er sich große Schonung für längere Zeit wird auferlegen müssen. Die Frage, ob er sich zur Wiederwahl stellen wird, ist damit sehr schwer beantwortbar geworden. Seine Frau und sein Sohn haben ihm schon seit geraumer Zeit abgeraten, sich wiederwählen zu lassen. Er würde zweifellos wiedergewählt, wenn er wollte. Das Motiv dafür liegt nur darin, daß sein körperlicher Zustand erkennbarerweise schon damals, als diese Frage seiner Wiederwahl aufgeworfen wurde, nicht so war, daß seine nächsten Angehörigen ihm zur Wiederwahl hätten raten können.

Wir stehen also bezüglich der im nächsten Jahr stattfindenden Wahl des Präsidenten vor einer unsicheren Zukunft. Die Stellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der in sich vereinigt die ganze Fülle der Macht, die ein Ministerpräsident überhaupt irgendwie haben kann, ist in unserer Zeit von solcher Bedeutung – und zwar für alle Länder und Völker der Erde, insbesondere für Europa –, daß wir nur hoffen können, daß die Wahl, sei es, daß sich Eisenhower wieder zur Wahl stellt, sei es, daß ein anderer gewählt wird, so ausfällt, wie es für Europa dringend notwendig ist. Es hat wohl wenig Zweck, jetzt darüber zu diskutieren, welche Möglichkeiten sich ergeben werden. Es liegt auf der Hand, daß, wenn sich Eisenhower nicht zur Wahl stellt, ein Demokrat gewählt werden wird. Aber glücklicherweise sind die Verhältnisse im Kongreß und im Senat doch so, daß im großen und ganzen nicht nur die eine Partei auf die andere angewiesen ist, sondern sie verfolgen auch in den Fragen der Außenpolitik – von Nuancen abgesehen – die gleiche Linie. Wir können also hoffen, daß sich durch die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten im November des nächsten Jahres die Politik der Amerikaner mit Bezug auf uns nicht erheblich ändern wird.

Anders ist es – wir sprechen hier vertraulich im kleinen Kreis – in bezug auf die Verhältnisse in Rußland. Dort wird die Erkrankung Eisenhowers die Politik wahrscheinlich erheblich beeinflussen. Ich habe ein sehr eigenartiges Indiz dafür. Sie haben in der Presse auch Bemerkungen darüber gelesen. Morgen wird es drei Wochen, seitdem ich mit Bulganin und Chruschtschow – Herr von Brentano war auch dabei – in dem Landhaus, das mir zur Verfügung gestellt worden war, zusammensaß.[4] Es war ein Tag wie heute hier, als wir eine offene Aussprache über die gesamte weltpolitische Lage hielten. Ich darf darauf nachher noch zurückkommen.

---

4 Vgl. dazu ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 521–528. Die Verhandlungen Adenauers in Moskau dauerten vom 8. bis 14. September 1955 (ausführliche Schilderung EBD. S. 487–556). – Zahlreiche Memoirenliteratur sowie Darstellungen in ADENAUER: Teegespräche 1955–1958 S. 363f.; KIESINGER S. 487–501; Josef FOSCHEPOTH: Adenauers Moskaureise 1955. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 22/86. 1986.

Im Verlaufe dieser Besprechung versuchte ich, den Herren klarzumachen, daß Amerika keine nationalistische, kriegerische oder militaristische Nation sei. Die Herren erwiderten mir darauf: Wir glauben, daß Eisenhower den Frieden will. An Dulles haben wir zunächst gezweifelt, aber wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß auch er den Frieden will. Aber – so hieß es dann – wie ist es mit dem Pentagon und dem stellvertretenden Präsidenten Nixon[5]? Ich erklärte darauf, Sie wissen doch, daß der stellvertretende Präsident in den Vereinigten Staaten keine politische Rolle spielt, worauf mir Bulganin sagte, bitte, denken Sie daran, wie es mit Truman[6] war. Truman war auch stellvertretender Präsident, und er wurde nach dem plötzlichen Tod von Roosevelt[7] Präsident der Vereinigten Staaten.

Genau 14 Tage darauf, nachdem er mir das erklärt hatte, erkrankte Eisenhower. Es besteht also die Möglichkeit, daß Nixon, der in den Vereinigten Staaten als ein Mann gilt, der einer schärferen Politik gegenüber Sowjetrußland zuneigt, in eine vielleicht sehr maßgebende Rolle eintreten wird. Wir müssen das aber alles abwarten.

Ich darf nun zurückkommen zur Reise nach Moskau. Über diese Reise sind in der Presse ausführliche Berichte erschienen, und zwar im großen und ganzen richtig. Sie werden sich auch schon ein Bild darüber gemacht haben. Mir ist wohl nur als Aufgabe gegeben, dieses Bild, das Sie sich aus den Verlautbarungen in der Presse und aus der Bundestagsverhandlung[8] haben machen können, durch die eine oder andere Bemerkung oder durch den einen oder anderen Strich zu ergänzen. Ich darf zunächst einmal die Frage aufwerfen, ob es für uns überhaupt möglich war, die Einladung nach Moskau nicht anzunehmen. Ich bin davon überzeugt, wenn wir die Einladung nicht angenommen hätten, dann würde selbst Herr Dehler gesagt haben, die Einladung muß angenommen werden. Das ist auch richtig. Ich brauche nicht viel darüber zu sagen.

Wir dürfen nach meiner Meinung folgendes doch nie vergessen: So scheußlich die Russen bei uns gewütet haben, ich glaube, die Deutschen haben in Sowjetrußland nicht minder große Untaten begangen. Die Zahl der russischen Kriegsgefangenen, die man bei uns absichtlich hat verhungern lassen, im wahrsten Sinne des Wortes, geht in die Millionen. Man darf auch das eine nicht vergessen, wenn man einmal retrospektiv alles überdenkt: Schließlich hatte der damalige Vertreter des deutschen Volkes – denn das war Hitler – mit Sowjetrußland einen Vertrag abgeschlossen, einen gemeinen und schlechten Vertrag, gemein in seinem Ziel und schlecht in seinen Motiven; aber

5 Richard Milhouse Nixon (geb. 1913), 1953–1960 Vizepräsident und 1968–1974 Präsident der USA (Memoiren. Frankfurt/Berlin/Wien 1981).

6 Harry Spencer Truman (1884–1972), 1944–1945 Vizepräsident und 1945–1952 Präsident der USA (Memoiren. 2 Bde. Stuttgart 1955/56).

7 Franklin Delano Roosevelt (1882–1945), 1933–1945 Präsident der USA.

8 Aussprache am 23. September 1955 über die Regierungserklärung vom Vortag (Sten.Ber. 2.WP Bd.26 S. 5653–5671).

immerhin einen Vertrag abgeschlossen.[9] Und unter Bruch dieses Vertrages sind die deutschen Armeen in die Sowjetunion eingebrochen.

Diese Fakten und Tatsachen – ich brauche sie nicht laut auszusprechen, es sind viele Jahre seit 1939 vergangen – sollte man sich doch vor Augen halten, wenn man sich mit Vertretern der Sowjetunion an einen Tisch setzt, um über Fragen zu verhandeln, die aus jenen Jahren und aus jener Periode herstammen. Es ist gesagt worden von Herrn Dehler, lassen Sie mich das hier einflechten, der Bundeskanzler hätte keinesfalls nach Moskau fahren dürfen, ehe nicht die Kriegsgefangenen freigegeben worden wären.[10] Nun, ich glaube, aus Ihren Gesichtern zu ersehen, daß ich über eine solche Bemerkung nichts zu sagen brauche. Wenn wir den Russen geschrieben hätten, es kommt keine deutsche Delegation, wenn ihr nicht vorher alle Kriegsgefangenen freigebt, dann würden doch nicht die Russen, sondern die ganze Welt gesagt haben, die Deutschen sind verrückt in ihrer Politik, wie sie immer verrückt gewesen sind. Wir müssen uns also darüber klar sein, wir mußten nach Moskau fahren.

Nun aber Moskau selbst! Ich möchte zunächst sprechen über das Verhältnis zu der sowjetischen Delegation und möchte dazu bemerken: äußerlich außerordentlich korrekt. Es sind ja noch Herren hier, die mit dort waren, wenigstens Herr Kiesinger, der eventuell meine Worte ergänzen kann. Ich brauche Ihnen nichts zu sagen von dem Empfang auf dem Flugplatz noch von der Art und Weise, auch[11] sonst bemühten sich die Russen, äußerlich sehr korrekt zu sein. An den Verhandlungen nahmen teil auf sowjetrussischer Seite: führend Chruschtschow und Bulganin, dann auch Molotow, und eine Reihe von sogenannten Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Man hat dort Erste Stellvertretende Ministerpräsidenten und Stellvertretende Ministerpräsidenten. Aber es war kein Vertreter der russischen Wehrmacht dabei; wie überhaupt – abgesehen von der Ehrenkompanie auf dem Flugplatz und von dem Kommandanten des Kremls, einem General unbekannten Namens – keine hohen russischen Militärs für uns weder zu sehen noch zu sprechen waren.

Auf Vorschlag von Bulganin wurde zwischen ihm und mir abwechselnd der Vorsitz geführt. Das Verhältnis Chruschtschow-Bulganin war wie folgt: Ich muß zunächst die beiden Typen schildern. Bulganin ist im Juni dieses Jahres 60 Jahre alt geworden; er ist klein, untersetzt. Chruschtschow ist etwas älter, 61 oder 62 Jahre, klein und dick. Ich sage absichtlich „untersetzt" und „dick". Chruschtschow gibt sich lange nicht so onkelhaft oder so väterlich wie Bulganin mit seinem gescheitelten weißen Haar und seinem Spitzbärtchen. Chruschtschow kann schon deswegen kein gescheiteltes Haar tragen, weil er überhaupt keine Haare mehr hat. Er gab sich ganz als das, was er ist, als der Agitator, als der Propagandist, als der Parteimann.

---

9 Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt vom 23. August 1939.

10 In der Debatte vom 23. September würdigte Dehler ausdrücklich den Erfolg der Freilassung von deutschen Kriegsgefangenen (Sten.Ber. 2.WP Bd.26 S. 5665).

11 In der Vorlage: aber. – Schilderung der „eindrucksvollen" Begrüßung in ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 496.

Am zweiten Tag hatte wohl die ganze Delegation den Eindruck, daß der führende Mann von diesen beiden Chruschtschow sei, weil er immer in die Arena sprang. Er redete lang, er redete heftig, während Bulganin sich sehr zurückhielt. Aber nachher hatten wir doch alle wohl die Überzeugung, daß Bulganin derjenige sei, der doch im Grunde genommen die Entscheidung gebe und der den Chruschtschow nur mal laufen lasse, um dann im richtigen Augenblick doch wieder einzuspringen und einzuwirken und seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Bulganin erklärte mir bei einer der vielen Mahlzeiten, die wir zusammen eingenommen haben, daß Chruschtschow und er eins seien; seit 30 Jahren arbeiteten sie zusammen. Sie vertrauten sich gegenseitig restlos. Kurz und gut, sie seien eins. Er rief seinen Freund Nikita – ich hatte immer das Vergnügen, bei den Mahlzeiten zwischen den beiden zu sitzen – als Zeuge dafür an, und Chruschtschow bestätigte das auch vollkommen. Ich glaube, jeder von uns hatte den Eindruck, daß die beiden sehr sorgfältig darauf achteten, immer der gleichen Meinung zu sein. Ob das nun eine Freundschaft auf ewig ist, das kann kein Mensch von uns sagen. Aus der russischen Geschichte der letzten zwanzig Jahre weiß man ja, daß solche Freundschaften gelegentlich auch durch einen Knall unterbrochen werden. Jedenfalls ist die Sache so, daß z.Z. weder ein Spalt noch auch nur die geringste Spaltung zwischen Regierung und Partei sichtbar ist.

Ich habe eben schon gesagt, daß wir keine hohen Militärs zu sehen bekommen haben. Darüber vermag keiner von uns Ihnen etwas zu sagen. Ob die Armee dort eine politische oder eine entscheidende politische Rolle spielt, das können wir nicht beurteilen. Das kann keiner sagen. Daß aber die Macht und das Netz der Partei über das ganze ungeheuer große Land ausgespannt sind und viele Menschen ein Interesse daran haben, daß diese Partei erhalten bleibt, liegt daran, weil diese Partei ihnen ein besseres Leben ermöglicht und weil die Stellung, die die Menschen in dieser Partei haben, ihnen eine Macht über andere gibt; denn Macht zu haben, ist ja für viele Menschen etwas außerordentlich Erstrebenswertes. Das ganze Volk ist trotz der ungeheuren Weite des Landes fest in der Hand der Partei. Dazu kommt noch die NKWD und die Polizei, so daß also der Apparat so fest geschmiedet ist, daß nach meiner Überzeugung auf absehbare Zeit hinaus keine Aussicht besteht, daß sich aufgrund einer Revolution dort etwas ereignet; es sei denn, daß die Machthaber untereinander Krach kriegen und sich dann jeder des Machtinstrumentes der Partei oder des Machtinstrumentes der Wehrmacht bemächtigt.

Unsere Verhandlungen bezogen sich auf die Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen, auf die Rückgabe der Kriegsgefangenen und auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Kritiker haben uns den Vorwurf gemacht, wir hätten die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu wenig in den Vordergrund gestellt. Meine Freunde! Ich glaube, daß diese Kritik völlig falsch ist und an den Dingen vollständig vorbeigeht. Wir müssen darauf bestehen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht eine Sache Rußlands allein ist, sondern eine Verpflichtung der vier Mächte, und daß wir es unter gar keinen Umständen etwa zulassen könnten, die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf das

Geleise „Verhandlungen mit Sowjetrußland" abzuschieben. Darum haben wir bewußt und gewollt und überlegt das nicht zugelassen.

Als wir bei den Verhandlungen über die russische Botschaft in Paris[12] haben sagen lassen, daß wir über das Problem der deutschen Einheit zu sprechen wünschten, hat der russische Botschafter sofort gefragt: Wollen Sie mit der russischen Regierung diese Frage verhandeln? Natürlich ist von unserem Vertreter gesagt worden: Nein, wir wollen dieses Thema erörtern. Ich glaube, wir hätten der Wiederherstellung der deutschen Einheit keinen schlechteren Dienst tun können, als wenn wir uns darauf eingelassen hätten, über diese Frage mit den Russen zu verhandeln. Das wäre die schlechteste Vorbereitung auch für Genf gewesen, weil dem russischen Vertreter in Genf dann die Möglichkeit gegeben worden wäre, bei den Verhandlungen auf der zweiten Genfer Konferenz zu sagen: Der Deutsche denkt aber so, darum laßt uns auch mit den Deutschen allein die Sache machen, dann kommen wir schon weiter.

Wir betrachten es als einen Vorteil, daß es uns gelungen ist, von den Russen die Erklärung zu bekommen, daß auch Sowjetrußland verpflichtet sei, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Die Frage der diplomatischen Beziehungen war in der ersten Note Sowjetrußlands verknüpft worden mit der Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen, Handelsbeziehungen und kulturellen Beziehungen.[13] Wir haben absichtlich die Frage der Herstellung oder der Verbesserung von wirtschaftlichen Beziehungen völlig in den Hintergrund treten lassen. Ich habe auch Herrn Bundesminister Erhard davon überzeugt, daß es nicht angängig sei, wenn er bei der Delegation dabei wäre. Ich habe auch deutsche Wirtschaftler davon überzeugt, daß es falsch sei, wenn sie an der Reise teilnähmen. Wir mußten die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen absolut in den Hintergrund treten lassen, einmal aus Rücksicht auf unser Volk, weil es nicht verstanden hätte oder nicht verstünde, wenn wir bei diesen ersten Verhandlungen mit den Russen das Geldverdienen – lassen Sie mich es einmal so ausdrücken – als eine der wesentlichsten Fragen in die Erscheinung hätten treten lassen. Wir mußten die Erörterung dieser Frage aber auch zurückstellen, weil darin für künftige Verhandlungen noch ein wesentliches politisches Moment steckt, wie überhaupt – ich möchte das sehr nachdrücklich betonen – wirtschaftliche Verhandlungen mit Rußland absolut unter politischem Aspekt betrachtet werden müssen, auch für die Zukunft.

Über kulturelle Beziehungen haben wir nicht gesprochen. Die Russen haben gar nicht davon angefangen. Das hat ja auch Zeit. Die Frage der Kriegsgefangenen hat uns sehr bedrückt. Natürlich wurde uns dasselbe gesagt, was in der ersten Genfer Konferenz in privaten Gesprächen Eisenhower und Eden gesagt worden ist. Die haben mir das mitteilen lassen, die Russen hätten überhaupt keine Kriegsgefangenen

12 Die Vorbesprechungen über den Moskau-Besuch wurden – nach der sowjetischen Einladung vom 7. Juni 1955 – über die deutsche bzw. sowjetische Botschaft in Paris abgewickelt (vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 487–493).

13 Texte zu Einladung, Vorbereitung, Verlauf und Ergebnissen vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik III. Reihe Bd.1 S. 76–80, 302–351, 382–408.

mehr. Was noch da sei, seien Kriegsverbrecher, die nach russischen Gesetzen und von russischen Gerichten mit Fug und Recht mit 20 oder 25 Jahren Zwangsarbeit, oder was immer es sei, bestraft worden seien. Die Situation war manchmal eher ein sehr heftiger – wie soll ich sagen – Streit als eine diplomatische Verhandlung; denn es kam, wie es vorauszusehen war, bei diesem ersten Zusammentreffen nach dem Kriege auf beiden Seiten der ganze Groll, der Zorn und die Trauer über alles das heraus, was in diesem Kriege zwischen den beiden Völkern geschehen ist, was das eine Volk dem anderen angetan hat.

Sie können überzeugt sein, daß ich – ich war ja der Sprecher unserer Delegation – den Herren Chruschtschow und Bulganin nichts schuldig geblieben bin. Ich habe ihnen gesagt, sie möchten mal überlegen, wer denn den Hitler großgemacht hätte. Ob wir das gewesen seien oder ob nicht erst andere Länder das gemacht hätten. Darauf haben sie nichts erwidert und haben es nicht in Abrede gestellt. Alles in allem genommen, der Kampf war sehr heftig. Die Russen – das muß ich sagen – waren stark im Geben, sie waren aber auch stark im Nehmen. Man konnte den Russen sowohl in der Delegation wie in den Einzelgesprächen sehr ernst und sehr gründlich und sehr massiv seine Meinung sagen, ohne daß das besonders übelgenommen wurde.

So habe ich z.B. Chruschtschow mal gesagt, hören Sie endlich mal auf mit Ihrem Kriegsgeschrei und mit Ihrer Rederei vom Krieg; man kann es bald nicht mehr ertragen. Und er sagte darauf, entschuldigen Sie, ich will nicht mehr davon sprechen. Ich habe ihm auch gesagt, hören Sie mal auf mit Ihrem Kommunismus und Kapitalismus. Er hatte nämlich vorher gesagt: Sie nehmen wahrscheinlich wohl an, daß ich jeden Tag einen Kapitalisten roh und ohne Salz fresse, worauf ich ihm erwiderte, nein, das nehme ich nicht an; ich nehme nicht einmal an, daß Sie jeden Tag einen Kapitalisten wie einen Ochsen am Spieß gebraten und mit Salz essen. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das konnte man ihm ruhig sagen. Ich habe ihm auch gesagt, in hundert Jahren haben wir höchstwahrscheinlich weder Kommunismus noch Kapitalismus, worauf er mir zur Antwort gab, aber das steht im Karl Marx. – Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß die Unterhaltung stellenweise recht ungezwungen war und daß der Ton der sechstägigen Verhandlungen sich von dem Ton sonstiger diplomatischer Gespräche erheblich unterschied.

Ich glaube, es war gut, daß sich diese Dinge mal Luft machten; denn es hat unserem Ansehen bei den Russen in keiner Weise geschadet, daß man ihnen sehr kräftig seine Meinung sagte, auch wenn sie mit ihrer Meinung diametral entgegengesetzt sind. Ich will hier nicht zu weit in die Details gehen, aber ich glaube, Ihnen bestimmt sagen zu können, daß sowohl Bulganin wie auch Chruschtschow vor den Deutschen doch einen großen Respekt bekommen haben und daß diese Aussprache für künftige politische Verhandlungen sehr förderlich und gut gewesen ist.

Samstags nachmittags fand eine sehr wichtige Aussprache zwischen Bulganin, Chruschtschow, Brentano und mir statt. Ich habe eben kurz davon gesprochen. Bulganin fragte mich am Samstag morgen, kann ich Sie mal allein sprechen? Ich bin bereit, zu Ihnen ins Hotel zu kommen. Ich sagte ihm, nicht ins Hotel; es ist so

schönes Wetter, wir können doch in Ihr schönes Landhaus gehen. Ich wollte auch nicht, daß alles mitgehört wurde, was wir miteinander besprachen. Ich sagte, wen wollen Sie mitbringen? Er erwiderte: Chruschtschow. Darauf sagte ich, erlauben Sie mir, daß ich Herrn von Brentano dazunehme. Ich wollte einen Zeugen haben. Wir haben dann auf der Terrasse dieses Landhauses bei sehr schönem Wetter gesessen und in wirklich großer Offenheit miteinander gesprochen, nicht über deutsche Fragen, nicht über Fragen der Sowjetzone, über alles das nicht, sondern über die allgemeine politische Situation in der Welt. Dabei ergab sich folgendes: Die Russen haben Besorgnis vor den Vereinigten Staaten. Sie haben auch Besorgnis vor uns, wenn wir mit den Vereinigten Staaten zusammengehen sollten. Vor den europäischen Staaten an sich, einschließlich Deutschland, wenn es allein steht, haben sie keine Besorgnis. Sie brauchen auch keine Besorgnis zu haben.

Aber vor den Vereinigten Staaten haben sie Besorgnis. Herr Chruschtschow sagte ganz offen, wir werden eingekreist von den Vereinigten Staaten. Die haben überall Stützpunkte um uns herum. Ich sagte ihm darauf, ich kann verstehen, daß Ihnen das ungemütlich ist, aber daran sind Sie selbst schuld. Nein, sagte er, das seien sie nicht schuld. Man dichte ihnen alles mögliche an. Wenn irgendwo ein U-Boot vor Südamerika auftauche, dann seien sie es. Wenn irgend etwas anderes passiere, dann seien sie es. Ich habe ihm natürlich nicht gesagt, die Leute haben recht, so etwas zu sagen. Aber immerhin, er versuchte darzutun, daß sie nicht so schlimm seien, wie man allgemein glaube, und daß die Vereinigten Staaten unrecht hätten, wenn sie nun diese Stützpunkte anlegten.

Er sagte aber nicht – das ging aus dem, was er und Bulganin sprachen, sehr klar hervor –, daß sie irgendwie von ihrer kommunistischen Doktrin absähen. Die Doktrin ist völlig unverändert. Wieweit jeder von ihnen daran glaubt, ob hundertprozentig oder ein paar Prozent weniger, kann man nicht sagen. Man kann keinem Menschen ins Herz sehen! Sie schwören auf die kommunistische Doktrin, sie schwören auf die Alleinherrschaft der kommunistischen Doktrin im Laufe der Zeit. Auch „Karl Marx" rieben sie nota bene einem unter die Nase und sagten, die großen Sozialisten oder Kommunisten seien drei Deutsche: Karl Marx, Engels – wobei ich ihm sagte, daß das ein Verwandter des Bankiers Pferdmenges sei, und man sehe, wie verschieden sich eine Familie entwickeln könne – *(Heiterkeit)* und Bebel[14]. Dann erwähnten sie noch Lenin. Von Stalin wurde nicht gesprochen! Nur Molotow hat einmal so nebenbei den Namen Stalin erwähnt, aber sonst wurde von Stalin gar nicht gesprochen.

Also, die Leute haben Sorge wegen Amerika. Sie haben Sorge wegen Amerika plus Deutschland. Sie haben aber auch, ich will nicht sagen Sorge, aber eine gewisse Besorgnis wegen der Weiterentwicklung ihres eigenen Landes. Dabei darf ich folgen-

14 August Bebel (1840–1913), 1867 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, 1869 Mitgründer und Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach der Fusion mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1875 Sozialistische Arbeiterpartei, seit 1891 SPD, ab 1871 MdR.

des einschieben: Sowjetrußland bedeckt ein Sechstel der Erdoberfläche, aber nur 30 % – soviel ich weiß – dieser Erdoberfläche ist kulturbaufähig. Das andere liegt entweder so hoch im Norden, daß es ohne weiteres ausscheidet, oder in der Wüste, in Stein und Felsen usw. Sie nehmen jährlich durchschnittlich um drei Millionen Menschen zu.

Nun haben sie in diesem gegenüber westeuropäischen Begriffen sehr zurückgebliebenen Land tatsächlich außerordentlich große Aufgaben vor sich. Ich sprach z.B. mit Malenkow[15] über die Frage der Atomkraft, nicht zu kriegerischen, sondern zu friedlichen Zwecken, und über die Frage der Versorgung mit Strom. Er sprach von den ungeheuren Plänen, die sie hätten hinsichtlich der Wasserkräfte Sowjetrußlands, die noch gar nicht ausgebeutet seien, insbesondere nicht die der sibirischen Flüsse zur Herstellung von Strom. Malenkow sprach sehr ernst darüber; er macht überhaupt einen klugen und gebildeten Eindruck. Nach den Plätzen, die er bei den russischen Platzordnungen einnahm, und auch nach dem Respekt, mit dem er von der jüngeren Generation der sogenannten Stellvertretenden Ministerpräsidenten beachtet wurde, scheint sein Stern doch wieder im Steigen zu sein.

Sie haben außerordentlich große Aufgaben auf dem Gebiete der Landwirtschaft, und zwar im weitesten Sinne des Wortes genommen. Sie haben auf allen möglichen Gebieten, so des Häuserbaues, der Konsumgüterherstellung usw., ungeheure Aufgaben für eine Bevölkerung von über 200 Millionen Menschen. Sie sagen ganz offen, daß die großen Ausgaben, die sie machen müssen, um bei der Aufrüstung den Amerikanern gleichzukommen, sie in der Erfüllung dieser von mir eben skizzierten Ziele hinderten und daß sie viel mehr leisten könnten, wenn sie diese Aufrüstungsausgaben in einer solchen Höhe nicht zu machen brauchten.

Das ist ganz augenscheinlich einer der Gründe für ihre Änderung der Politik, für die sogenannte Entspannungspolitik. Ich betone aber nochmals, nicht etwa Aufgabe der kommunistischen Doktrin, nicht etwa Aufgabe der Überzeugung, daß der Kommunismus die herrschende Macht auf der Erde wird, nicht etwa eine Liebe zum Frieden, sondern es ist die sehr ruhige und kalte Überlegung: Wir können unsere Aufgaben gegenüber der russischen Bevölkerung besser erfüllen, wenn wir weniger Geldausgaben haben für kriegerische Zwecke.

Ich habe den Eindruck gehabt, als ob die Russen, insbesondere diese leitenden Leute, sehr stolz wären auf Sowjetrußland, auf die sowjetrussische Union, auf die Größe und die Macht ihres Staates. Sie haben uns, wenn wir zögerten, ihnen zuzustimmen, diplomatische Beziehungen zu ihnen herzustellen, verschiedentlich gesagt: Wenn Sie es nicht wollen, dann lassen Sie es bleiben, damit bleiben wir doch die Sowjetunion, und unsere Existenz können Sie damit nicht beseitigen. Einer der Herren hat einem von unseren Herren bei einer Gelegenheit gesagt, begehen Sie doch nicht denselben

15 Georgij Maximilianowitsch Malenkow (1902–1988), 1953–1955 Vorsitzender des Ministerrats, im Februar 1955 durch Bulganin ersetzt, 1957 aller Ämter enthoben (weitere Angaben in PROTOKOLLE 1 S. 429 Anm. 18).

Fehler, den Hitler begangen hat, der gesagt hat: Das ist kein Staat, die Sowjetunion, sondern ein geographischer Begriff.

Sie versuchen auch – das ist sehr deutlich in Erscheinung getreten –, dem jetzigen sowjetrussischen Staat einen historischen Unterbau dadurch zu geben, daß sie in der Bevölkerung eine Verbindung herstellen zur russischen Vergangenheit, und zwar im Gegensatz zu Stalin, unter dem der Kreml – der doch das nationale Wahrzeichen Sowjetrußlands ist – hermetisch verschlossen war und vernachlässigt wurde. Jetzt stellen sie die Kirchen und Paläste im Kreml unter Aufwendung sehr großer Geldmittel wieder her und restaurieren die an sich prachtvollen Gemälde in den Kirchen. Sie lassen die Zarengräber in der Kreml-Kirche völlig unberührt und treiben Hunderttausende und abermals Hunderttausende von Russen aus dem ganzen Gebiet von Sowjetrußland durch den Kreml hindurch, die sich das ansehen und das erklärt bekommen.

Im Kreml befindet sich auch ein großes Schloß der Zaren. In diesem Schloß ist ein sehr großer Saal. Das ist der Saal der Georgsritter. In diesem Saal fand unser Empfang statt. Die Wände dieses Saales sind von oben bis unten mit Marmorplatten bekleidet, auf denen mit goldenen Lettern die Namen aller Georgsritter seit Jahrhunderten verzeichnet sind. Herr Bulganin zeigte mir beim Essen voll Stolz diese Tafel der Georgsritter. Sie sind also – das muß man als eine politische Tatsache würdigen – stolz auf die Macht und Größe der Sowjetunion, und sie suchen in der Bevölkerung eine Tradition herzustellen. Ich würde es vielleicht so ausdrücken: Sie versuchen klarzumachen, daß das russische Volk immer war und immer bleiben wird. Einmal waren die Zaren darüber. Jetzt ist das wahre Evangelium gekommen; jetzt sind die Kommunisten darüber. Aber das russische Volk ist der Träger des Ganzen, das russische Volk bleibt!

Meine Damen und Herren! Vielleicht liegt noch eine weitere Wurzel dieser sogenannten Entspannungspolitik darin, daß sie mit dem Kalten Krieg in der bisherigen Art nicht nur nichts für sich erreicht haben, sondern im Gegenteil den Westen stärker gemacht und die Völker der freien Welt dazu gebracht haben, aufzurüsten und sich in verschiedenen Organisationen zuammenzuschließen, während sie mit dieser Entspannungspolitik schon einen beachtlichen Erfolg auf der ersten Genfer Konferenz erzielt haben. Sie kamen dahin – mir hat es ein Teilnehmer der Konferenz, der im Zimmer dabei war, erzählt – mehr oder weniger als arme Sünder; sie wurden sehr freundschaftlich aufgenommen und gingen als Gleichberechtigte wieder von dannen. Das hat ihr Selbstvertrauen natürlich ungeheuer gehoben.

In diese Atmosphäre kamen wir nun mit unserem Besuch hinein. Sie versuchen – darauf möchte ich noch zurückkommen – nun mit einer anderen Form des Kalten Krieges die Wachsamkeit des Westens zum Erlahmen und seine Furcht und Sorge vor den Russen zum Erliegen zu bringen, indem sie sich als sehr nette Leute geben. Bulganin und Chruschtschow gehen nach London.[16] Es findet ein Besuch der

16 Annahme der englischen Einladung für Frühjahr 1956 am 27. Juli 1955. – AdG 1955 S. 5284.

englischen Flotte in Rußland statt. Ein Besuch der russischen Flotte findet in England statt[17]; kurz und gut, sie benehmen sich jetzt wie richtige Europäer, und das wirkt auf die Europäer viel stärker ein, als wenn sie sich wie kriegerische Barbaren gerierten.

Das ist ja eine große Gefahr nicht nur für unser Volk, sondern auch für die anderen Völker, für die Engländer, die Franzosen und die Amerikaner. Wir dürfen namentlich in unserer christlichen Partei niemals vergessen, daß der Kampf gegen den Kommunismus sich nicht einfach erschöpft in dem Kampf um die Wiedererlangung der uns entzogenen Teile Deutschlands, sondern daß dahintersteht der ungeheuer wichtige Kampf zwischen Materialismus und christlicher Überzeugung, der nach meiner Meinung noch Jahrzehnte dauern wird und der eine geistige Schulung unserer Bevölkerung, die leider Gottes zum großen Teil diese Schulung nicht mehr hat, verlangt. Diese Teile gehen materiell in solcher Weise auf, daß sie für die höheren geistigen Werte mehr oder weniger das Gefühl verlieren. Wenn es den freien Völkern der Welt nicht gelingt, gerade dieses Gefühl für den Wert der auf christlichem Boden entstandenen Güter zu steigern, dann wird die Zukunft nach meiner Überzeugung für weite Teile des Erdkreises sehr dunkel sein; denn mit dem dialektischen Materialismus, mit dem Kommunismus, ist notwendigerweise Sklaverei und Herrschaft einer kleinen Schicht verbunden.

Ich möchte Ihnen ein Wort sagen über den Eindruck, den Moskau selbst auf uns alle gemacht hat. Zunächst war Moskau nach den Schilderungen, die ich schon früher bekommen hatte, eine alte Stadt mit vielen engen Gassen, Holzhäusern usw. Man hat im Laufe der letzten Jahrzehnte breite Straßen von 60 und mehr Metern durch die Stadt nach allen Richtungen gelegt, Straßen von einer Breite, wie ich sie niemals in irgendeiner Hauptstadt, auch nicht in Amerika, gesehen habe, die viel zu breit sind für den Verkehr, sondern die nach meiner Überzeugung angelegt worden sind, um jederzeit ein militärisches Eingreifen bei revolutionären Erhebungen zu gestatten. Schon in den zwanziger Jahren war es ja das große Leid in Berlin – ich habe darüber mit maßgebenden Herren gesprochen –, daß die Straßen im allgemeinen nicht breit genug waren, um den Einsatz militärischer Formationen mit Erfolg zu ermöglichen, so daß bei den damaligen Straßen- und Häuserkämpfen in Berlin die Kommunisten der Polizei und sicher der Reichswehr weit überlegen waren. Nun hat man in Moskau die Straßen so breit gemacht. Ich glaube mit aller Bestimmtheit sagen zu können, daß ein Panzerregiment oder mehrere Panzerregimenter sofort mit allem fertig werden würden, so daß infolgedessen nichts entstehen kann.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel sagen, in welcher Größe die Russen planen: Die Moskauer – insbesondere Bulganin, der jahrelang Oberbürgermeister von Moskau[18] war – sind sehr stolz auf die Untergrundbahn von Moskau. Sie ist unter Bulganin gebaut worden. Er hat mir erklärt, diese Untergrundbahn sei 60 m unter der Erde. 60 m seien nötig, damit keine Bombe irgend etwas anrichten könne. Er sagte

17 12. Oktober 1955. – AdG 1955 S. 5408.

18 Bulganin war von 1931 bis 1937 Stadtoberhaupt von Moskau.

weiter: Diese Untergrundbahn ist so gebaut, daß die ganze Millionenbevölkerung von Moskau im Falle eines Angriffs auf Moskau darin Platz finden kann. Wir haben gesorgt für Wasser, elektrisches Licht, Ernährung, Entlüftung usw., und wir können alle Zugänge hermetisch schließen. Ich sah ihn etwas überrascht an, und er setzte hinzu: damit kein Giftgas hineindringt. Man hatte schon in den dreißiger Jahren damit gerechnet, daß eventuell einmal ein Angriff auf Moskau aus der Luft kommen würde, und hat deshalb in dieser geradezu riesenhaften Weise Vorsorge getroffen, so daß man keine Bunker benötigt und trotzdem die Bevölkerung nach menschlichem Ermessen vollkommen gesichert ist.

Trotz all dieser sehr offenen Gespräche war die Atmosphäre schlecht; sie verschlechterte sich so, daß ich des Montags angeordnet habe – im Gegensatz zu den bis dahin getroffenen Anordnungen –, die Flugzeuge sollten schon am Dienstag zurückkehren – sie waren in Hamburg stationiert –, damit wir am Dienstag wieder abfliegen konnten und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Mittwoch. Selbstverständlich haben die Sowjets das gehört, da der Flugplatz unter ihrer Kontrolle stand. Und wahrscheinlich – ich kann nicht sagen sicher – war das der Grund, warum bei dem Empfang im Kreml plötzlich Bulganin zu mir sagte, Herr Bundeskanzler, ich will Ihnen einen Vorschlag machen: Wenn Sie mit uns diplomatische Beziehungen herstellen, dann geben wir Ihnen sämtliche verurteilten Kriegsverbrecher frei. Ich habe ihm erwidert: Herr Ministerpräsident, das ist ein faires Angebot, das ich mit meiner Delegation besprechen werde. Er hat dann Herrn Chruschtschow zum Zeugen dafür angerufen, daß er auch bestätigen sollte, so soll es sein. Bulganin erklärte: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort darauf. Und auch Chruschtschow erklärte: Ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Warum diese ehrenwörtliche Erklärung? Sie wollten sich nicht antun lassen, glaube ich, daß man ihren Vorschlag, diplomatische Beziehungen zu ihnen herzustellen, an Bedingungen knüpfte. Sie sagten auch sehr offen, wir unterhalten mit Völkern diplomatische Beziehungen, mit denen wir große Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen haben. Zwischen uns sind viele Meinungsverschiedenheiten. Aber warum sollten wir diese diplomatischen Beziehungen nicht herstellen?

Man muß das verstehen und muß es natürlich auch einkalkulieren. Wir haben dann, nachdem ich das meiner Delegation vorgetragen hatte, dieses Angebot angenommen. Aber es lag uns daran, daß Bulganin und Chruschtschow vor den gesamten beiden Delegationen – zusammen etwa 30 bis 40 Mann – ihr Ehrenwort wiederholten, damit dieses Wort nicht nur mir – weil es ja so nicht bewiesen werden könnte – allein gegeben war. Das haben sie auch getan. Sie haben vor den beiden Delegationen ehrenwörtlich bekräftigt, daß sie das tun würden. Ich habe ihnen gesagt, wir haben noch eine große Liste von Verschleppten, von Kriegsgefangenen, die zurückgehalten werden. Sie haben dann ihr Ehrenwort darauf gegeben, daß auch die zurückkehren könnten; wir müßten ihnen nur diese Listen geben. Sie müßten dann nachprüfen, ob das der Fall sei. Kurz und gut, diese Rückführung sollte sich erstrecken auf alle Personen, die zurückgehalten würden, nicht auf diejenigen, die mit ihnen Arbeitsverträge abgeschlossen hätten und deren Arbeitsvertragszeit noch nicht abgelaufen sei.

Meine Damen und Herren! Das ist der Verlauf. Wenn man einmal retrospektiv die ganzen Dinge betrachtet, können wir sagen, wir haben unsere Pflicht erfüllt. Wir haben das getan, was in dieser Situation zu tun war. Wir haben uns vor allem mit den Leuten sehr offen ausgesprochen. Wir stellen diplomatische Beziehungen her. Wir bekommen unsere Kriegsgefangenen und eventuell noch andere Deutsche zurück. Daran, daß das Wort der beiden erfüllt wird, habe ich nie gezweifelt. Zunächst hatten einige Herren in unserer Fraktion daran etwas gezweifelt. Es war mir nie unklar, daß sie – so wenig Glauben man auch dem schenken kann, was sie sagen – in einer so wichtigen Sache ein feierlich abgegebenes Ehrenwort auch halten würden. Ich nehme an, daß in der nächsten Woche die ersten paar tausend Kriegsgefangenen zurückkommen werden.

Ich darf noch ein Wort sagen über die Bevölkerung von Moskau. Ich muß Ihnen gestehen – das werden wohl auch die anderen Herren bestätigen –, ich habe niemals in meinem Leben ein Volk gesehen, das so trostlos und hoffnungslos aussah wie die Menschen in Moskau; nicht nur, daß sie so erbärmlich angezogen waren – sie sahen so aus, wie bei uns die Leute vielleicht im Jahre 1947 aussahen –, sondern auch ihre Gesichter waren grau und ohne Ausdruck, es sei denn, sie hatten einen Ausdruck der absoluten Hoffnungslosigkeit. Moskau kam mir vor – so habe ich mir das früher immer vorgestellt – wie eine Kolonialstadt, in der die farbige Bevölkerung schwer und ohne Recht arbeiten muß und beherrscht wird von einer kleinen Schar, die über alles gebietet. Diese kleine Schar ist auch schon da, das sind die Führer der Parteien in den verschiedenen Gremien; das sind die hohen Beamten und die hohen Offiziere; das sind die Leute, die eine leitende Stellung haben in den Fabriken und industriellen Unternehmungen. Die haben Autos und leben besser. Die können in den freien Läden kaufen, soweit etwas zu kaufen ist, und sie können in den freien Restaurants essen, aber zu welchen Preisen! Einige von uns haben sich einige Läden, in denen die Waren mit Preisen versehen im Schaufenster stehen, angesehen. Damenschuhe, die billigsten kosten 360 Rubel, das sind etwa DM 360,–. Bessere Damenschuhe kosten 600 Rubel, Herrenschuhe auch 600 Rubel. Drei von unseren Herren haben in einem freien Restaurant gegessen und eine Vorspeise, eine Fleischspeise und einen Nachtisch bekommen und zusammen eine Flasche Rotwein getrunken und dafür 240 Rubel bezahlen müssen. Auf unsere Frage an Journalisten, die schon länger da sind, ob denn Leute da seien, die so etwas bezahlen könnten, bekamen wir die Antwort: Ja, das ist eine kleine Schicht, die kann etwas Derartiges bezahlen.

Wie ist es nun mit den Kirchen? Ich war in einer polnischen Kirche, die sehr gut besucht war. Sie ist nicht groß. Es war von uns auch jemand in einer orthodoxen Kirche. Er sagte, diese orthodoxe Kirche sei am Sonntag überfüllt gewesen, und zwar nicht nur von älteren, sondern auch von jungen Leuten. Aber tatsächlich ist es so, daß, vielleicht abgesehen von ganz entlegenen Winkeln des Landes, doch die Religion, man kann sagen, ausgemerzt ist beim Volk. Man soll sich keiner Täuschung hingeben; denn das, was einmal ein führender Mann von den Russen gesagt hat: „Wir haben nicht mehr nötig, die Religion zu verfolgen, weil sie ausgelöscht ist", scheint mir in weitestem Maße zuzutreffen.

Nun möchte ich noch ein Wort sagen über die Zukunft. Ich meine jetzt nicht über die Zukunft in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Da steht die Sache ja so, daß in New York ein gemeinsames Programm festgelegt worden ist, wonach die drei Westmächte sich verpflichtet haben, als Vorbedingung für die Herstellung eines Sicherheitssystems – von dem die Russen immer sprechen – die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verlangen.[19] Ob das beim ersten Anhieb gehen wird, werden wir sehen. Ich glaube, wir sollten unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen. Die erste Konferenz wird es wahrscheinlich nicht bringen, vielleicht aber die zweite oder die dritte.

Was die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit von russischer Seite aus gesehen angeht, so bitte ich Sie, sich folgendes vor Augen zu halten: Militärische Gründe spielen dabei für die Russen gar keine Rolle. Es spielt für die Russen auch gar keine Rolle, ob jetzt vielleicht noch einige Fabriken da sind, die etwas wert sind. Es spielt für die Russen keine Rolle, daß 17 oder 18 Millionen Menschen da sind. Für die Russen spielt ein ganz anderer Gesichtspunkt eine entscheidende Rolle. Das trat in den Gesprächen auch sehr klar zutage. Wenn Sowjetrußland die Zone hergibt, dann gibt es damit ein Gebiet preis, das – wie Chruschtschow sich ausdrückte – die Segnungen des Kommunismus erfahren hat. Es gibt diese Menschen zurück an den Kapitalismus mit all seinen Schrecken. Das war nach seiner Sprechweise gut ausgedrückt und entsprach vielleicht auch seiner Überzeugung. Denn man muß sich klarmachen, daß die DDR das am weitesten vorgeschobene Bollwerk des Kommunismus ist, und wenn die Russen dieses Bollwerk räumten – und die Gewährung freier Wahlen würde gleichbedeutend sein mit einer solchen Räumung –, dann gäben sie damit unmißverständlich zu verstehen, daß sie ihr Ziel, Westeuropa unter die kommunistische Macht zu bringen, aufgeben. Das würde sowohl auf die Kommunistische Partei Frankreichs wie auf die Kommunistische Partei Italiens sowie auf die Krypto-Kommunisten Deutschlands einen verheerenden Eindruck ausüben; denn dann verlören sie ihre Mitläufer und alle diejenigen, die glauben, daß von einem zur Macht gekommenen Kommunismus irgend etwas zu ernten sei.

Daher ist – man muß das verstehen vom Standpunkt der Russen aus – die Aufgabe der Sowjetzone für sie ein großes Opfer, weil sie damit – ich wiederhole das nochmals – dokumentieren, daß sie ihr Ziel, Westeuropa dem Kommunismus zu unterwerfen, aufgeben. Sie werden das nur dann tun, wenn sie etwas dafür bekommen; was, das wird sich finden, aber sie wollen etwas dafür haben.

Die Pariser Verträge sind ihnen in diesem Zusammenhang völlig gleichgültig, sie spielen überhaupt keine Rolle. Chruschtschow sagte: Sie sind den Pariser Verträgen beigetreten. Das ist eine Realität. Wir sind Menschen, die die Realitäten als Realität nehmen. Wir stellen gar nicht das Verlangen an Sie, die Pariser Verträge preiszugeben. Sie müssen also diese ganze Frage, damit Sie ihre Bedeutung und ihre Schwere richtig

19 Tagung der Außenminister der drei Westmächte am 17. Juni 1955 in New York (vgl. AdG 1955 S. 5214; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 461f.).

sehen, vom Standpunkt der Russen aus betrachten, wie ich es eben zu skizzieren versucht habe. Dann werden Sie mit mir darüber übereinstimmen, daß aber auch gar nichts, was Deutschland gewähren kann – es sei denn das Opfer seiner Freiheit und Übertritt zum Kommunismus –, die Russen dazu bewegen wird, ihre westliche Bastion preiszugeben.

Wir können das nur erreichen auf irgendeine Weise mit Hilfe der Vereinigten Staaten. Darum finde ich es so furchtbar, daß Herr Dehler, der Vorsitzende der FDP, bei dieser Rede in Uelzen diese Äußerungen gemacht hat[20], die nach einem Telegramm des Herrn von Brentano an mich drüben das peinlichste Aufsehen erregt und zu allen möglichen Fragen Anlaß gegeben haben. Er hat es ja – Sie kennen das – erst widerrufen wollen auf mein Verlangen, etwas im Zwielicht, ich habe aber dann darauf gedrungen, daß die Fraktion der FDP einen Beschluß darüber faßte, ob sie hinter der bisherigen Außenpolitik nach wie vor stehe oder nicht. Und auf den Vorschlag des Herrn Dehler hat die Fraktion der FDP vorgestern mit 25 gegen 4 Stimmen beschlossen, daß sie nach wie vor auf dem Boden dieser Politik steht. Mehr kann man z.Z. nicht verlangen, man muß jetzt die nächste Rede von Herrn Dehler abwarten *(Heiterkeit)* und sich dann überlegen, was zu geschehen hat.

Zum Schluß möchte ich noch einige Ergebnisse einer demoskopischen Untersuchung über die Reise nach Moskau und über unsere Politik vorlesen. Im großen und ganzen betrachtet die Bevölkerung der Bundesrepublik die Reise des Kanzlers nach Moskau als politischen Erfolg, mindestens als Teilerfolg.

Frage: Wie ist ganz allgemein Ihr Eindruck, war die Reise nach Moskau ein Erfolg oder kein Erfolg?

Die Antworten lauten:

Erfolg:	48 %
Teilerfolg:	31 %
kein Erfolg:	9 %
kein Urteil:	12 %

Also, 9 % sagen, es war kein Erfolg.

Eine weitere Frage ist etwas sehr schwer gestellt:

Wie ist Ihr Urteil, wer hat in Moskau mehr erreicht, Dr. Adenauer oder die Sowjets, oder hat keiner mehr erreicht als der andere?

---

20 Rede am 25. September 1955 auf dem Landesparteitag der FDP Niedersachsen (vgl. „Die Welt" vom 26. September 1955; KLINGL S. 222ff. – auch zum Folgenden). Der kritisierte vollständige Satz lautete: „Es gibt keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge für Gesamtdeutschland." In den Agenturmeldungen hatte „für Gesamtdeutschland" gefehlt. Dehler bestätigte in einem Schreiben an Adenauer, daß die FDP auf dem Boden der Adenauerschen Außenpolitik stehe und für die Pariser Verträge eintrete. – Von Brentano nahm am 28. September 1955 an einer Konferenz der Außenminister der drei Westmächte in New York teil, die zur Vorbereitung der Genfer Konferenz diente (Kommuniqués in AdG 1955 S. 5382f.).

Ich frage mich, wie soll das rhetorisch beantwortet werden? *(Heiterkeit.)* Ich habe die Frage nicht gestellt. Insgesamt haben geantwortet für

mehr Erfolg Adenauer:	18 %
mehr Erfolg die Sowjets:	17 %
keiner mehr als der andere:	41 %
unentschieden:	24 %

Eine weitere Frage lautet:

Nach allem, was Sie darüber gehört haben, sind Sie mit der Art und Weise, wie Adenauer mit Moskau verhandelt hat, im großen und ganzen einverstanden, oder hätte er etwas anders machen müssen?

einverstanden:	68 %
hätte etwas anders machen müssen:	8 %
kein Urteil:	16 %

Neue Frage:

Die Sowjets haben es Dr. Adenauer übelgenommen, daß er in Moskau von den Gewalttaten der Roten Armee in Deutschland gesprochen hat. Was meinen Sie, war es notwendig, daß Dr. Adenauer davon gesprochen hat, oder hätte er besser nicht davon sprechen sollen?

es war notwendig:	68 %
hätte nicht davon sprechen sollen:	15 %

(*Von Hassel:* Ein Teil der SPD hat gesagt, er hätte nicht davon sprechen sollen!) Von der SPD haben gesagt

war notwendig:	58 %
hätte nicht davon sprechen sollen:	35 %

Ich will Ihnen das nicht alles vorlesen. Aber warum richten Sie die Frage an Herrn Kaiser? (*Von Hassel:* Weil er der Sachverständige ist. – *Kaiser:* Ich habe einen Mann getroffen, der befragt worden ist; es ist eine merkwürdige Angelegenheit! – *Zuruf:* Nicht klar! – *Wuermeling:* Es werden immer nur 2.000 gefragt. – *Unruhe.* – *Zuruf:* Unklare Fragen!)

Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Dr. Adenauers einverstanden oder nicht? Ist das eine klare Frage? (*Kaiser:* Ist sehr klar!)

Antwort einverstanden:

im Juli	50 %
im August	52 %
im September	59 %

nicht einverstanden:

im Juli	18 %
im August	19 %
im September	15 %

Sie sehen also daraus, Herr Kaiser, daß auf klare Fragen eine uns zufriedenstellende Antwort gegeben wird. *(Heiterkeit.)*

Frage: Welche Partei steht Ihrer Ansicht am nächsten?

Ist das eine klare Frage? (*Kaiser:* Ja!)

Antwort:

CDU	
im Juli	43 %
im August	44 %
im September	47 %
SPD	
im Juli	33 %
im August	36 %
im September	31 %
FDP – das ist eine konstante und beharrliche Partei –	
im Juli	12 %
im August	11 %
im September	11 %

Das übrige interessiert nicht mehr.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen diese Zahlen vorzutragen, weil Sie doch daraus ersehen können – denn im allgemeinen sind diese Auskünfte richtig –, daß das Gros der deutschen Bevölkerung mit unserer Politik einverstanden ist.

Damit möchte ich vorläufig schließen. Wenn Sie Fragen stellen, stehe ich gerne zur Verfügung. *(Lebhafter Beifall.)*

Sind keine Fragen zu stellen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat das Wort Herr Kiesinger.

Kiesinger: Ich kann die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in einigen Punkten ergänzen. Zur Frage der Atmosphäre! Ich halte das für wichtig. Der Akzent wurde durch den rauh hingesprochenen Satz des Herrn Bundeskanzlers auf dem Flugplatz gesetzt, daß zum ersten Male eine Vertretung des deutschen Volkes mit der Sowjetregierung verhandele. Ich habe den Satz nicht mehr wörtlich im Kopf. Aber das hat gesessen. Sicherlich hat ebenso gesessen eine außerordentlich klare und feste Haltung des Herrn Bundeskanzlers selbst den Russen gegenüber, und zwar nicht nur bei den offiziellen Verhandlungen, sondern auch bei zahlreichen privaten Gesprächen. Ich kann ihm dafür nur meine – auch im Namen der übrigen Delegationsmitglieder – Bewunderung ausdrücken. Ich könnte mir denken, daß entsprechende Unterhaltungen mit Vertretern der DDR wesentlich anders geklungen haben als die unsrigen. Ich bin davon überzeugt, daß das auch für die Zukunft eine gewisse Bedeutung haben wird.

Die Nachrichten aus Belgrad, die man über die Begegnung mit den Russen hörte, das seien unbedeutende Leute – nichts ist falscher als das. Bulganin und Chruschtschow sind keineswegs unbedeutende Leute. Sie haben die Qualitäten, die notwendig sind für die Verwaltung eines solch riesigen Reiches, und zwar jeder auf seine Art. Ich stimme auch dem Urteil des Herrn Bundeskanzlers zu, daß man zuerst sehr stark von Chruschtschow beeindruckt ist, daß aber dann die ruhigere und besonnenere Art von Bulganin vielleicht noch stärker beeindruckt.

Ich habe jetzt einen Artikel im „Figaro" gelesen von einem französischen Berichterstatter, wo genau dasselbe gesagt wird: Zuerst Chruschtschow, aber später habe man den Eindruck, daß die ruhigere und besonnenere Haltung Bulganins mehr Kraft ausdrücke. Bulganin wirke auf den ersten Blick bürgerlich behaglich, aber hinter dieser Behaglichkeit stehe ein wahrhaft eiserner Wille. Das drückt sich auch in entscheidenden Momenten in seinem Gesicht sehr deutlich aus. Diese Leute werden also der Welt zweifellos noch zu schaffen machen.

Wenn ich einen Seitenblick auf Malenkow werfen darf, so kann ich sagen, es werden viele Märchen über ihn verbreitet. Carlo Schmids Phantasie[21] führt manchmal über die Realität hinaus. Malenkow spricht nicht Latein und keine andere Fremdsprache. Er hat mir einen falschen lateinischen Satz auf meine Tischkarte geschrieben und gesagt, er vermute, daß er falsch sei. Er ist sehr klug, aber er ist sehr krank. Er macht einen kranken Eindruck; wenn er die Treppe hinaufgeht, dann atmet er außerordentlich mühsam. Es ist uns auch angedeutet worden, daß er sehr herzkrank sei. (*Adenauer:* Er sah weiß aus.) Im Bilde kommt das nicht so zum Ausdruck, aber er macht einen ausgesprochen kranken Eindruck.

Zur Ideologie! Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, man kann keinem Menschen ins Herz sehen. Ich bin sehr stark beeindruckt zurückgekommen von der Tatsache, wie außerordentlich, ja manchmal wie fanatisch die Leute bei allen Gesprächen sind. Ich habe einmal versucht, das zu verfolgen, um irgendwie eine nähere Aufklärung ihrer Ideologie zu bekommen. Für uns alle ist die Frage zu stellen, ist es machtpolitische Pragmatik oder ist die motivierende Kraft ihrer Politik nach wie vor dieses eigentümliche Gemisch aus marxistisch-leninistischer Ideologie mit russisch-slawischem Missionsdenken? Ist das wirklich noch da? Nach meiner Meinung ist es da, und das spielt für alle möglichen Fragen eine große Rolle. Sie erklärten mir, deswegen können wir unsere jetzige Politik treiben. Kaganowitsch[22] drückte es so aus – wie auch Chruschtschow –, die Weltrevolution kommt mit absoluter Sicherheit. Als ich ihm sagte, im Jahre 2000 gibt es diese Gegensätze nicht mehr, rief er: Njet, njet, sie kommt! Die kommunistische Revolution setzt sich durch. Das steht im „Karl Marx", im alten Katechismus des Marxismus. Und weil es so ist, deswegen ist für uns nur die Leninsche Theorie akzeptabel.

Es ist genau das, was wir immer gesagt haben, wenn sie vom Frieden sprechen. Das russische Wort „mir" ist etwas anderes als das, was wir hier unter Frieden verstehen. „Mir", das ist die „Pax sovjetica" oder wie man es nennen möchte.

---

21 Schmid war auch in Moskau. – Vgl. Anm. 25.

22 Lasar Moissejewitsch Kaganowitsch (geb. 1893), sowjetischer Politiker; 1924–1957 Mitglied des ZK der KPdSU (1928–1939 Sekretär), 1930–1957 Mitglied des Politbüros, 1953–1957 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, 1957 aller Parteiämter enthoben, 1961 Ausschluß aus der Partei.

Etwas zur orthodoxen Kirche! Es leuchten über Moskau die neuen vergoldeten Kreuze, die über dem Kreml stehen, riesengroß. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Ich war auch in einem orthodoxen Gottesdienst; Menschen unter 30 Jahren habe ich darin überhaupt nicht gesehen. Das Kirchlein war voll – das Kirchlein auf den Sperlingswegen –, aber Kinder habe ich nicht gesehen, nicht ein einziges Kind. Auf dem Bankett erschien der Metropolit, der sehr eindrucksvoll in seinem weißen Gewand und seiner schwarzen – ich weiß nicht, wie man sie nennt – Kopfbedeckung dastand. Soweit ich sehen konnte – ich versuchte es festzustellen –, stand er völlig isoliert unter der Menge. Ich sah ihn nachher in der Begleitung von Kaganowitsch und Malenkow. Beide begrüßten ihn, und Kaganowitsch sagte mir im Vorbeigehen, wir stehen mit ihm gut; aber „gut" auf ihre bekannte Weise. Die orthodoxe Kirche hat eben ihren Frieden gemacht mit diesem Staat. Ich habe den Eindruck, die Jugend ist heute schon weithin dieser Kirche entfremdet.

Vielleicht lohnt es sich, auf die Frage des Bevölkerungsproblems – ich habe darüber interessante Unterhaltungen mit Chruschtschow gehabt – einzugehen. Chruschtschow betonte sehr stark, daß sie eine aktive Bevölkerungspolitik treiben, d.h., sie brauchen Menschen, Menschen und nochmals Menschen. Er sprach in diesem Zusammenhang auch von den 650.000, die ganz bestimmt nicht militärisch eingesetzt werden, sondern die brauchen sie für ihre Pläne. Ich sprach mit ihm über ihre Agrarpläne. Dabei kamen wir notwendigerweise auf China zu sprechen. Es war interessant, als er sagte, die Sowjetunion treibt mit allen Mitteln eine aktive Bevölkerungspolitik. Ich habe ihm einiges von unserer Bevölkerungspolitik erzählt, worauf er sehr schnell das Thema verließ. Als ich auf China zu sprechen kam und gerne wissen wollte, wie dieses Problem in den sowjetrussischen Köpfen aussieht, sagte er, die haben 12 Millionen Menschen Überschuß jährlich; aber die Chinesen werden das Problem bewältigen. Sie haben ein Geburtenkontrollgesetz erlassen. Was also auf der einen Seite verboten und bestraft wird, wird auf der anderen Seite erlaubt, ja sogar ermutigt. Ich habe ihm gesagt, das sei ein interessanter Gegensatz zwischen den beiden Ländern, und ob er glaube, daß die Chinesen das richtig machten, ob das nicht wider das Prinzip des Lebens selbst sei. Er stutzte einen Augenblick und sagte dann, das machen die Chinesen schon richtig. Er erzählte dann ein bißchen von China – er war damals mit Bulganin dort[23] – und fing beinahe an zu schwärmen von diesem Volk; denn dort gäbe es überhaupt kein Problem. Männer und Frauen zögen dort ein Hemd an. Es gebe auch keine Kleiderprobleme, man lebe dort von der Hand in den Mund; mit einem solchen Volk könne man weit kommen.

Ich hatte von Chruschtschow den Eindruck – er ist schwer zu beurteilen –, daß er doch so etwas wie ein kommunistischer Utopist sei. Ich möchte nachdrücklich den Akzent auf Utopist setzen. Er hat von phantastischen Plänen gesprochen. Man konnte

23 Während der sowjetisch-chinesischen Verhandlungen vom 29. September bis 12. Oktober 1954 in Peking (Kommuniqués und Deklarationen in AdG 1954 S. 4791–4793).

den Eindruck haben, er gibt an, er will uns beeindrucken. (*Adenauer:* Er gibt an!) Aber zugleich hatte ich das Gefühl – und das ist für die Einschätzung in der Zukunft von Bedeutung –, daß er im Gegensatz zu anderen, z.B. zu dem Saburow[24], dem Planer, oder zu Malenkow viel nüchterner ist. Er steht mehr auf dem Boden der Tatsachen, als daß er an phantastische Dinge glaubt. Aber er glaubt, daß die Chinesen ihre Agrarprobleme würden lösen können. Das klang so: Glaubt der Mann nun selber daran, oder trägt er nur dick auf, um uns zu beeinflussen?

Im übrigen ist China nach meiner Meinung in ihren Köpfen ein Problem, bei dem sie China nicht viel helfen können. Sie können chinesische Ingenieure und Facharbeiter ausbilden, ihnen aber keine große materielle Hilfe geben. Saburow hat einmal gesagt, wenn wir von euch gewisse Dinge bekommen, dann können wir auch diese Aufgabe bewältigen. Auch andere Mitglieder der Delegation hatten den Eindruck, daß Nordchina die Köpfe der Sowjetrussen sehr stark beschäftigt. Sie sprechen von China auch mit großem Respekt. Sie sehen es als ein bedeutsames Phänomen an.

Wenn ich recht habe mit der Frage der Ideologie, dann hat natürlich auch das Problem der Einkreisung ein besonderes Gewicht. Dann müßten sie konsequenterweise auch an der These festhalten, daß die kapitalistische Welt – Kaganowitsch sprach zu mir von einer Logik der Dinge, die eben zwangsläufig sei – sich eines Tages zu jener letzten verzweifelten Kraftanstrengung aufraffen werde, um den Kommunismus im Heimatland des Kommunismus zu zerstören. Das wird vielleicht eine der Fragen sein, die zwischen der westlichen Welt und den Sowjetrussen am schwierigsten zu behandeln ist.

Sie haben gesagt, sie glaubten, daß die gegenwärtigen westlichen Politiker friedlich gesonnen seien. Aber es seien noch andere da, die Zeiten änderten sich. In den Unterhaltungen hieß es: die Logik der Dinge. Sie sagten, Herr Bundeskanzler, die Russen hätten Angst vor den Vereinigten Staaten. Das ist sicherlich ihr ernstestes Anliegen heute. Aber sie haben auch von Deutschland eine Vorstellung, die uns sogar manchmal überrascht hat. Sie halten von dem deutschen Potential in jeder Hinsicht für die Zukunft außerordentlich viel. Ihre dauernde Formulierung, wenn Rußland und Deutschland zusammengingen, könnte es niemand wagen, je einen Krieg zu starten, deutete an, daß sie glauben, im Kräftespiel der Welt nehme Deutschland einen entscheidenden Posten ein. Daraus lassen sich verschiedene Schlußfolgerungen ziehen. Ich gebe in der Schlußfolgerung dem Herrn Bundeskanzler recht, eigentlich ist das Problem für die Russen das deutsche Problem, das für sie nur zu lösen sein würde, wenn ganz Deutschland kommunistisch wäre.

---

24 In der Vorlage: Saganow. – Maksim Sacharowitsch Saburow (geb. 1900), sowjetischer Politiker; 1941–1944 und 1949–1955 Vorsitzender des GOSPLAN, 1952–1957 Politbüro des ZK, 1955–1957 einer der Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, 1955–1956 Leiter der Kommission für die laufende Wirtschaftsplanung.

Ob Deutschland innerhalb der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft steht oder ob ein aus der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft ausgeklammertes, aber bewaffnetes Deutschland existiert, mag für die Russen graduell von Bedeutung sein, aber mein Eindruck ist der, daß es nicht prinzipiell von Bedeutung ist; denn dieses Deutschland ist jedenfalls für die Russen ein Faktor, der für ihre kommunistische Vorstellungswelt gefährlich bleibt, solange Deutschland selbst nicht kommunistisch ist.

Wenn diese These richtig ist, dann verlieren alle Auseinandersetzungen und alle Streitigkeiten über die Methoden usw. an Gewicht. Ich bin von meinem Besuch in Moskau gerade in dieser Überzeugung gestärkt zurückgekehrt. Das bedeutet natürlich einiges für das Problem der deutschen Wiedervereinigung. Ich brauche das nicht darzustellen, aber man muß den Dingen ins Auge sehen. Man muß wissen, so ist es nun einmal. Auch ich bin der Meinung, daß über alle Sicherheitsproblematik hinweg es den Russen sehr schwer fiele, auf die Position in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik zu verzichten, weil es eine gewaltige Ermutigung für die anderen Satellitenstaaten wäre. Im Hintergrund dieses schrecklichen Problems steht einfach die Existenz Deutschlands, und zwar muß man es einmal richtig sehen. Der Herr Bundeskanzler hat von einer Bevölkerungszunahme von drei Millionen Menschen im Jahr gesprochen. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob die Zahl richtig ist. (*Adenauer:* Unsere Zahlen!) Die Russen halten außerordentlich stark zurück; jedenfalls sind sie nicht zufrieden mit ihrer Bevölkerungszunahme. Wenn ich richtig unterrichtet bin, so ist sogar die amerikanische Bevölkerungszunahme größer als die sowjetrussische, was auch ein Problem darstellt.

Wenn wir einmal langfristig diese Dinge ins Auge fassen, daß eines Tages 100 Millionen Deutsche in Zentraleuropa sein werden, die nicht kommunistisch sind, so ist das natürlich für die Russen auch ein bedeutsames Problem, weil dieses Land ideologisch anders denkt; denn jedes ideologisch nichtkommunistische Land ist eben für den Ernstfall der potentielle Gegner. Hinter der scheinbaren Gelassenheit, mit der sie uns erklärt haben, die Weltrevolution wird sich vollziehen, wir tun nichts daran – Sie erinnern sich, daß Chruschtschow mich angegriffen hatte, weil er meinte, ich hätte gesagt, Moskau habe überall die Hände im Spiel; ich habe es ihm nicht so grob gesagt –, hinter dieser scheinbaren Gelassenheit steckt eben doch die Überzeugung, wer nicht kommunistisch ist, das ist nun einmal der potentielle Gegner. Das ist für mich drüben eigentlich das eindrucksvollste Erlebnis gewesen. Was die Ergebnisse der Verhandlungen selbst anbelangt, so stimme ich dem Herrn Bundeskanzler vollkommen zu. Wir hatten keine Möglichkeit, uns zu weigern, nach Moskau zu gehen. Was wäre in der Welt losgegangen, wenn wir gesagt hätten: Nein! Wenn wir aber nach Moskau gingen und wenn uns die Dinge so präsentiert wurden, wie sie präsentiert worden sind, dann war es keinem deutschen Politiker möglich, mit einer anderen Lösung als dieser zurückzukommen.

Zu gewissen Gerüchten, die auch in der Presse verbreitet worden sind, möchte ich sagen, es war nicht das Eingreifen von Carlo Schmid – der sich im übrigen sonst

tadellos verhalten hat; er hat hinterher nur ein bißchen zuviel Märchen erzählt –, das die Wendung in der Kriegsgefangenenfrage gebracht hat. Wir hatten ihn gebeten, etwas zu sagen. Er hat es gesagt in einem Stil, den ich nicht gebraucht hätte. Mir war der Stil, den der Herr Bundeskanzler gebraucht hat, sehr viel lieber. Carlo Schmids Worte klangen mir ein bißchen nach Selbstanklage. Das war vielleicht ein nützlicher Beitrag; ich weiß es nicht.[25]

Im ganzen gesehen glaube ich, daß von uns aus der Situation tatsächlich herausgeholt worden ist, was überhaupt herausgeholt werden konnte. Ich habe auch nicht den Eindruck, daß, wenn wir es auf die Spitze und den Kopf hätten ankommen lassen und wenn der Herr Bundeskanzler gar abgelehnt hätte, ein anderes Ergebnis herausgekommen wäre. Deswegen müssen wir aus der entstandenen Situation das Beste machen.

Ich will mich nicht auf Spekulationen einlassen, wie sich diese ganzen Dinge entwickeln werden. Tatsächlich weiß man, wenn man so etwas startet, nie genau, welche Konsequenzen das alles in den kommenden Jahren haben wird. Das entscheidende ist, daß man sich über die Gesamtproblematik klar ist, daß man prinzipiell weiß, was man will. Man darf sich also nicht von den Dingen schieben lassen; dann wird es auch gelingen, mit diesem neuen Faktor innerhalb unserer Bemühungen fertig zu werden und voranzukommen.

Adenauer: Ehe ich Herrn Tillmanns das Wort gebe, möchte ich noch einige Bemerkungen machen; zunächst über Herrn Schmid. Ich höre das zum ersten Male, daß das Auftreten des Herrn Schmid die Wendung in der Gefangenenfrage gebracht hätte. (*Zurufe:* Hat im „Spiegel" gestanden![26]) Das ist doch eitel Schwindel. Ich weiß keinen anderen Ausdruck dafür. Die Wendung hat gebracht, soviel ich glaube, die Anordnung, die Flugzeuge kommen zu lassen, weil sie daraus sahen, daß wir entschlossen waren, absichtlich des Dienstags zu fliegen. Das hat mit Herrn Schmid gar nichts zu tun.

Noch ein Wort zu Herrn Schmid! Er hat bei dem ersten Trinkspruch den Herrn Chruschtschow angeredet mit Genosse, Genosse Chruschtschow, und Chruschtschow hat ihn dann angesprochen mit: Gospodin Towaritsch – Großdeutschland![27] *(Heiterkeit.)* In der mehrstündigen Unterhaltung mit Bulganin und Chruschtschow – von der ich eben gesprochen habe – hat keiner der beiden, auch nicht mit einer ganz leisen Andeutung, mir gegenüber ein Wort gesagt von einem Zusammengehen zwischen Deutschland und Rußland. Ich unterscheide mich etwas im Ergebnis von dem, was Herr Kiesinger gesagt hat. Sie fürchten uns tatsächlich nicht. Ich habe mich doch mit ihnen unterhalten. Ich habe ihnen gesagt, sehen Sie, wie die Weltlage ist. Ich habe nämlich versucht, ihnen die europäische Idee klarzumachen und gesagt, sehen Sie

25 Text der Rede bei SCHMID S. 575f.

26 „Der Spiegel" vom 21. September 1955 S. 9–15, hier S. 13ff.

27 Gospodin bedeutet Herr und Towaritsch Genosse. Richtig bei SCHMID S. 570: „Gospodin Welikaja Germanija – Herr Großdeutschland".

Amerika und die Sowjetunion, und halten Sie dagegen die einzelnen Länder Europas, von denen keines mehr eine Großmacht ist. Wir können überhaupt wirtschaftlich und politisch nur am Leben bleiben, wenn wir uns zusammenschließen. Das hat mit einem Gegensatz zu ihnen überhaupt nichts zu tun. Ich habe wirklich nicht den Eindruck, als wenn sie irgendwie Deutschland fürchteten. Es liegt ihnen etwas an Deutschland, und zwar wegen der Fähigkeiten der Deutschen, zu arbeiten und zu produzieren.

Herr Bulganin erzählte mir, daß er jahrelang der Leiter des Elektrizitätswesens war; er habe einen 25jährigen Vertrag mit der AEG abgeschlossen und zeitweise bis zu 700 AEG-Arbeiter und -Ingenieure unter sich gehabt, mit denen er ausgezeichnet zurechtgekommen sei. Diese Fähigkeiten der Deutschen imponieren ihnen. Aber sie sind mit Recht zu stolz, als daß sie vor unseren paar Milliönchen – verzeihen Sie den Ausdruck – irgendwie Angst hätten; die haben sie bestimmt nicht. Sie haben wohl Sorge, wenn die Vereinigten Staaten mit Deutschland zusammengehen. Aber ich bitte Sie und auch Herrn Kiesinger, doch einmal die Situation unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, den ich eben ausgeführt habe, was nämlich die Aufgabe der DDR für Sowjetrußland bedeutet im Hinblick auf die Herrschaft über Europa. (*Kiesinger:* Wir sind uns einig!) Das ist nach meiner Meinung für die Russen der entscheidende Punkt, daß sie sagen, wenn wir die DDR preisgeben, dann dokumentieren wir damit die Aufgabe unseres Zieles: die Beherrschung Westeuropas durch den Kommunismus. Denn dann werden die kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien zusammenschrumpfen. Gerade wir, denen die Wiederherstellung der Einheit ein sehr starkes, auch aus dem Seelischen begründetes Anliegen ist, ein nationales Anliegen, müssen uns doch daran gewöhnen, daß das im Ausland gar nicht zieht.

Seien wir uns darüber klar, daß es zwar im Ausland hier und da jemand gibt, der so etwas versteht, aber dem größten Teil der Menschen im Ausland, in Frankreich, in England, in Amerika, imponiert das gar nicht. Denen ist das im Grunde genommen wahrscheinlich sogar herzlich gleichgültig.

Worüber ich mir Sorgen mache – wie es mir gegenüber auch zum Ausdruck gekommen ist –, das gilt im Hinblick auf die nationalistischen Ausbrüche an der Saar, die uns ganz außerordentlich, das möchte ich mit großem Nachdruck sagen, meine Herren, im Ausland geschadet und unsere Position im Ausland wesentlich beeinträchtigt haben.

Die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen – wir sollten das auch im Einzelgespräch wiederholen – haben Verständnis für den Standpunkt, daß die Aufgabe der DDR bedeutet: Aufgabe der bisherigen Politik Sowjetrußlands, Westeuropa zu beherrschen. Dann wäre nämlich die Herrschaft über Westeuropa am Ende. Darüber sind sie sich klar, und ehe sie das tun, müssen sie irgendein Äquivalent geboten bekommen. Ich glaube, daß es ein Äquivalent gibt, das ihnen geboten werden kann. Ich bitte Sie sehr, wo Sie auch darüber sprechen, dies in vorsichtiger Weise zu tun. Dieses nationale Element, das uns die Wiederherstellung der Einheit verlangen läßt, kann im Ausland selbstverständlich nicht in der Weise entstehen wie bei uns. Wer von uns

z.B. regt sich über die Frage Nordirland und Südirland auf? Ich glaube kaum jemand, obwohl die Irländer selbst – sprechen Sie mal mit einem Südirländer – dies als eine Frage auf Leben und Tod betrachten. Wir fragen gar nicht danach. So ist es nun einmal in der Geschichte. Wir müssen den anderen klarmachen, daß ihr eigenstes Interesse die Wiederherstellung der deutschen Einheit verlangt, weil damit der Kommunismus in ganz Europa einen vernichtenden Schlag bekommt. Das verstehen sie, und das wirkt auch auf sie ein.

Tillmanns: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß wir uns alle, als Sie nach Moskau fuhren, darüber klar waren, daß Sie einer schweren Aufgabe entgegengingen. Wir haben daher um so mehr Grund, Ihnen für die Art und Weise, wie Sie diese ungeheuer schwere Aufgabe gelöst haben, Dank zu sagen. Diesen Dank hat die Fraktion bereits zum Ausdruck gebracht. Ich bin sicher, daß es auch der Wunsch dieses Vorstandes ist, Ihnen, nachdem Sie uns diesen Bericht gegeben haben, von ganzem Herzen zu danken für das, was Sie für das deutsche Volk in Moskau getan haben. *(Lebhafter Beifall.)* Es ist morgen im Parteiausschuß noch einmal eine Aussprache möglich. Deshalb frage ich, sollen wir jetzt schon eine Aussprache halten, oder sollen wir sie vertagen bis zum Parteiausschuß? Ich will keine Stellung dazu nehmen. Ich bin der Auffassung, da wir heute und morgen zusammen sind, sollten wir die Gelegenheit wahrnehmen, uns über die politischen Konsequenzen, die sich aus der Moskaureise und der dort getroffenen Vereinbarung ergeben, auszutauschen, um eine gewisse Klarheit über den Weg zu finden, den wir zu gehen haben.

Soweit ich sehe, sind es zunächst zwei Punkte:

1. Die Frage der Wiedervereinigung. Die Opposition versucht jetzt, aus der klaren und entschiedenen Auffassung, die Ihnen in Moskau entgegengetreten ist, den Schluß zu ziehen: Aha, die Moskaureise hat also das aufgezeigt, was wir immer gesagt haben, mit den Pariser Verträgen war es nichts. Diese Haltung der Opposition wirkt hinein bis in die Kreise der FDP und der Koalition. Mir scheint es eine wichtige Frage zu sein, wie sich die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union mit diesem Faktum auseinandersetzen. Ich will von mir aus nicht in die Debatte eintreten.
2. Die zweite große Frage lautet: Was ist mutmaßlich zu erwarten von der Sowjetunion, nachdem sie in Moskau diesen Standpunkt eingenommen hat, nämlich die beiden Deutschland sind Fakten. Wir sind Realisten und wissen, daß wir daran nichts ändern können. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, sie hätten auch nicht die Aufhebung der Pariser Verträge verlangt. Das ist selbstverständlich für sie, denn das gibt ihnen die Möglichkeit, die sogenannte Politik der Entspannung weiterzutreiben und unter dem Deckmantel der Politik der Entspannung zu versuchen, den Kalten Krieg in einer ganz anderen Form weiterzuführen, nicht mehr in der Form der Drohung, sondern in der Verlockung für das deutsche Volk. Wenn wir Realisten sind, dann müssen wir zwar nicht unmittelbar, aber indirekt durch eine ideologische Offensive über kulturelle Vereinigungen usw. bis in alle Lebensbezirke hinein versuchen, zu einer Aufweichung unserer geistigen und politischen Position zu kommen. Das ist für uns als Christlich-Demokratische Union eine entscheidende Aufgabe in der nächsten Zeit,

eine Aufgabe, die sogar die gesamte Bundesrepublik und Bundesregierung in einer anderen Weise auf sich nehmen müssen, als das bisher geschehen ist.

Sie haben bei anderer Gelegenheit gesagt, wir müssen jetzt alles versuchen, die Menschen in der Ostzone innerlich zu stärken. Nach den Nachrichten, die ich habe, hat Ihre Haltung in Moskau auf die Menschen in der Zone außerordentlich positiv gewirkt. Ich habe von verschiedenen Seiten aus der Zone gerade zu dem, was Sie über die Schrecken des Krieges in Deutschland gesagt haben, gehört, daß einfache Leute in der Zone sagen, endlich hat einer wieder die Ehre unserer Frauen hergestellt. Das ist eine Art Reaktion, wie man sie in der Zone hört. Es ist unsere Aufgabe, alles zu vermeiden, was die Entmutigung in der Zone weiter fördern könnte. Wenn sich in der Zone die Auffassung durchsetzt, daß es mit der Wiedervereinigung für absehbare Zeit aus ist, dann wird eine neue Flut aus der Sowjetzone einsetzen, wobei die Zahl der Flüchtlinge in die Millionen gehen wird. Schon aus diesem einzigen Grunde ist es ein Anliegen der deutschen Politik, um der Existenz unseres Volkes willen alles zu tun, die Frage der Wiedervereinigung weiterzuverfolgen. Ich will nur ein paar Gesichtspunkte herausstellen.

Für mich stellt sich die Situation etwas anders dar, als sie Herr Kiesinger dargestellt hat. Was die Ihnen in Moskau erzählt haben, das haben sie uns schon im Jahre 1946/47 genauso erzählt. Das ist eine Bestätigung dieser Haltung und infolgedessen kein neuer Sachverhalt. Wir dürfen eines nicht vergessen, die Sowjetzone Deutschlands ist vom Kreml aus gesehen für sie auch eine Sache mit durchaus unangenehmem Akzent, weil inmitten dieser Zone Berlin liegt, was die Sowjets als Seuchenherd – von ihrem Standpunkt aus mit Recht – bezeichnen. Darin unterscheidet sich die Sowjetzone von der Tschechoslowakei, von Polen und anderen Ländern. Solange diese ständige Ausstrahlung von Berlin aus in die Zone geht, ist die Zone für sie eine durchaus ungemütliche Angelegenheit.

Die Möglichkeit, gegen irgendein Äquivalent – davon hat der Herr Bundeskanzler gesprochen – das Problem einer Lösung entgegenzuführen, ist durchaus gegeben. Es ist sowjetische Verhandlungsmethode, die jeder kennengelernt hat, der mit den Sowjets verhandelt hat, daß sie ein Objekt im Preis dadurch steigern, indem sie vorher erklären: Niemals! Bei den Kriegsgefangenen haben sie es genauso gemacht. Sie haben drei Tage lang gesagt: Niemals! Die Tatsache, daß Chruschtschow gesagt hat, die Zone bleibt die Zone, auch aus ideologischen Gründen, erregt in mir den Verdacht, daß sie sich längst mit dem Gedanken abgefunden haben, darüber zu verhandeln, und daß sie nur versuchen, die Zone im Preis zu steigern, d.h., sie wollen das Äquivalent möglichst hochschrauben. Das ist eine russische Taktik und für sie eine selbstverständliche Angelegenheit.

Ich wäre dankbar, wenn wir heute oder morgen in unserem Kreise über diese Frage sprechen könnten, damit wir eine einigermaßen gemeinsame Linie finden.

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Wir sind uns über die Schlußfolgerung einig, daß das Äquivalent, daß man den Russen geben kann, nicht von uns gegeben wird, d.h., daß für sie diese bei uns umstrittene Problematik, soll Deutschland in der

NATO sein oder nicht, im Prinzip nicht das Entscheidende ist. Die Sozialdemokratie glaubt, daß dies das Äquivalent wäre, wenn man den Russen ein aus der NATO ausgeklammertes Deutschland anböte; denn dann sei Sowjetrußland bereit, eine echte Wiedervereinigung unter Aufgabe ihrer Position in der DDR mit allen Konsequenzen herbeizuführen. Natürlich kann das niemand wissen. Das ist ganz klar. Und ich maße mir nicht an, ein apodiktisches Urteil darüber zu fällen. Ich habe aber den Eindruck verstärkt bekommen, daß, wenn ein Äquivalent gesucht werden muß, dies nicht ausschließlich in unserer Hand liegt.

Kaiser: Diese Fahrt nach Moskau war ein notwendiger Akt der Politik für Deutschland. Der Zustand, wie er zwischen unserem Volk und dem russischen Volk aufgrund dieses furchtbaren Geschehens, das durch Hitler über uns gekommen ist, gegeben war, konnte so nicht bleiben. Der Herr Bundeskanzler hat bei seiner Antwortrede, die er Bulganin gegenüber gehalten hat, zum Ausdruck gebracht, daß wir im übertragenen Sinne ein Nachbarvolk sind. Das Verhältnis zwischen den beiden Völkern mußte eine Regelung erfahren. In der Note vom 7. Juni, womit die Sache begann, haben die Russen einen Gedanken zum Ausdruck gebracht, der Beachtung verdient und der nach meinem Dafürhalten richtig ist. Immer dann, wenn zwischen diesen beiden Völkern, dem russischen und dem deutschen Volk, geordnete Verhältnisse waren, dann war das nicht nur gut für die beiden Völker, sondern es war auch gut für Europa, über alle Ideologien und alles andere hinweg. Insofern bin ich mit dem, was dort geschehen ist, voll einverstanden.

Vielleicht wäre es besser gewesen – ich hatte es dem Herrn Bundeskanzler bei einer Begegnung in Mürren gesagt[28] –, nicht sofort diplomatische Beziehungen den Russen zuzugestehen, sondern es in leichterer Form, etwa durch einen Geschäftsträger, zu machen. Aber ich urteile nicht mehr, das ist geschehen, der Akt ist gesetzt, und wir müssen sehen, wie wir weiterkommen.

Ich bin mir darüber klar, daß wir einen neuen Akt der Politik in Deutschland bekommen. Die Russen werden sich bei uns bemerkbar machen. Ich bin nicht der Auffassung, daß sie die Sowjetzone unter allen Umständen behalten wollen. Das, was sie dort glauben erreicht zu haben, ist auch für sie ein Element der Politik, um in ihrem Sinne in Deutschland weiterzukommen. Es kommt darauf an, ob wir in dieser Phase der Auseinandersetzung, die in erster Linie ideologischer Natur ist, diese Probe bestehen. Ich vertraue darauf, daß wir sie bestehen werden. In dieser Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und der von Moskau geführten bolschewistischen Welt wird das deutsche Volk die Entscheidung herbeiführen. Es wird darauf ankommen, daß alle dazu berufenen Kräfte in unserem Volk in dieser Sache gut zusammenstehen und zusammenwirken.

Es gibt für Deutschland einen vergleichbaren Vorgang – Herr Tillmanns hat das eben berührt –, den wir in den Jahren 1945 bis 1948 mit den Russen zu durchstehen hatten. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, dafür Verständnis zu haben, ich

28 Adenauer hielt sich vom 18. Juli bis 27. August 1955 in der Schweiz auf (TERMINKALENDER).

kann es nicht anders sagen: Für uns ist und bleibt die Wiedervereinigung unseres Landes das oberste nationale Gebot. Das müssen wir immer wieder sagen. Das ist nicht Nationalismus. Das Ausland mag darüber denken, wie es will. Es kann dies vielleicht nicht ganz verstehen; es geht aber um unser Volk und um unser Land. Wir müssen das mit Nachdruck weiterverfolgen.

Ich möchte wünschen, daß sich schon in Genf wirklich die Aussicht zeigt, daß die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit – auch wenn es noch einige Jahre dauern sollte – erreicht werden kann. Sie muß erreicht werden! Sonst gibt es keinen Frieden und keine Ordnung in Europa.

Adenauer: Ich möchte doch noch einige Worte an das anknüpfen, was der Herr Kollege Kaiser gesagt hat, weil so leicht Mißverständnisse entstehen können. Und Mißverständnissen soll man schon im Anfang begegnen. Herr Kaiser hat betont, daß die Wiedervereinigung unser oberstes nationales Gebot sei. Ich möchte dazu folgendes sagen: Diese Wiedervereinigung in Freiheit setzt voraus, daß wir unsere Freiheit bewahren. Das ist doch selbstverständlich. Wir müssen unsere Freiheit bewahren; denn eine Wiedervereinigung mit einem unterdrückten Bundesland hilft den Menschen in der Sowjetzone auch nichts. Darüber sind wir uns doch vollkommen klar.

Ich habe zweitens gesagt: Wir können für uns allein die Wiedervereinigung nicht bekommen, die Russen wollen dafür einen Preis, den wir nicht zahlen können. Darin stimmen die Herren Tillmanns und Kiesinger mit mir überein. Sie haben es eben gesagt.

Wie kann man nun die anderen dazu bekommen – das ist doch die Frage, Herr Kaiser, die ich erörtert habe –, daß sie den Russen einen solchen Preis anbieten und eventuell zahlen. Das geht aber niemals dadurch, daß Sie sagen, die Wiedervereinigung ist für uns das oberste nationale Gebot. Ich versichere Ihnen, kein Staatsmann in der Welt wird dem zuliebe gewillt sein, einen erheblichen Preis zu zahlen. Sie wissen doch, in der Politik ist alles realistisch. Seien wir uns darüber klar, wenn ein Volk aus realen Gründen seine Einheit haben will, so ist da auch ein Realismus in diesem Volk. Aber wir müssen den anderen klarmachen – das habe ich betont, und dabei bleibe ich –, daß es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn sie den Preis zahlen, und zwar deswegen in ihrem eigenen Interesse, weil damit die Front des Kommunismus aus Europa ein ganzes Stück zurückgeschoben wird und weil damit – ich übertreibe etwas, und zwar gewollt – die anderen Länder Europas, die jetzt verdammt kommunistenanfällig sind, nämlich Frankreich und Italien, ziemlich kommunistenrein werden. Sie werden Kommunisten behalten, aber es wird lange nicht mehr so gefährlich sein. Nur wenn man ihnen das klarmacht, dann gewinnt man ihre Hilfe, auf die wir angewiesen sind.

Das waren meine Ausführungen. Ich glaube nicht, daß man viel dagegen sagen kann. Ein Wort zu der Botschafterfrage. Wenn die chargés d'affaires hiergewesen wären, glauben Sie mir, dann wäre das dieselbe Geschichte gewesen wie bei den Botschaftern. Dann würden sie uns einen Mann minderer Sorte hierhergesetzt haben, der genauso handelt, wie das ein Botschafter macht. Da ist es mir noch lieber, daß sie

einen Botschafter schicken und auch wir einen Botschafter, den auszusuchen sehr schwer ist, d.h. einen Mann von Rang, den sie eventuell auch respektieren, obgleich im allgemeinen Botschafter in Moskau nach dem, was wir gesehen haben, nicht viel bedeuten. Sie erhielten beim großen Empfang nicht einmal einen Sitzplatz, sondern es saßen nur die deutsche und die russische Delegation. Die anderen konnten stehen und uns in den Mund sehen, wie wir aßen und tranken.

Immerhin, meine Damen und Herren, man muß das Beste daraus zu machen versuchen. Ich stimme mit Ihnen darin überein, Herr Kaiser; ich gehe noch etwas weiter. Ich halte sogar die Herstellung der diplomatischen Beziehungen für einen Vorteil für Deutschland, und zwar steigen wir zunächst im Ansehen der anderen. Man kann es hier in diesem, hoffentlich streng verschwiegenen Kreise sagen: Wir waren doch bisher so der heranwachsende junge Mann, der von den anderen drei nach Belieben mitgenommen oder zu Hause gelassen wurde. Und nun haben wir uns auf einmal in eine Reihe mit ihnen gestellt. Die drei westlichen Botschafter werden auch in Moskau angewiesen sein, mit dem Botschafter der Bundesrepublik Hand in Hand zu gehen und sich mit ihm zu verständigen. Das erachte ich für einen Vorteil. Ob die Sache weiterwächst, das kann kein Mensch voraussehen. Aber das eine ist ganz sicher – so muß man doch auch die politischen Dinge immer betrachten –, wenn wir nein gesagt hätten, dann wären wir sicher keinen Schritt der Wiedervereinigung und keinen Schritt der europäischen Sicherheit nähergekommen, im Gegenteil, dann hätten wir die Gefahr heraufbeschworen, daß gerade in den drei westlichen Ländern gesagt worden wäre, die Deutschen sind immer die Störenfriede, lassen wir uns um dieses Volk nicht weiter bekümmern, sondern folgen wir unseren eigenen Interessen.

Ich darf Sie daran erinnern, daß der „Economist", der für einen großen Teil der Intellektuellen in England sehr maßgebend ist, noch vor einem Jahr die Parole gab: Laßt die Deutschen doch! Einigen wir uns mit den Russen ohne Rücksicht auf die Deutschen! Jetzt spricht der „Economist" ganz anders. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, auch wenn Sie draußen sprechen, die Sache nicht so zu betrachten, als wenn die Herstellung diplomatischer Beziehungen für uns Gott weiß was für ein Kotau gewesen wäre.

Im Grunde genommen ist es etwas komisch, wenn wir dasitzen, und die anderen sagen uns, bitte stellt die diplomatischen Beziehungen zu uns her. Ich habe manchmal im Innern darüber lachen müssen. Wir sind ein Volk von 50 Millionen, und die Russen haben 200 Millionen Menschen. Wir bedeuten z.Z. kaum etwas in bezug auf unsere Machtmittel, abgesehen von wirtschaftlichen Mitteln. Es zählt dann nur das, was auf den Beinen steht oder in der Luft herumschwebt. Darauf können Sie sich verlassen!

Sie müssen auch verstehen, welche Beleidigung das gewesen wäre, wenn wir ihnen gesagt hätten, nein, nein, höchstens einen chargé d'affaires. Dann doch lieber gar nichts! Das würden sie vielleicht noch eher verstehen, wenn man ihnen gesagt hätte, zwischen unseren Völkern liegt so viel, daß es keinen Zweck hat. Aber so einen chargé d'affaires hinzusetzen, das tut man nicht bei einem Volk wie die Sowjetunion, vor deren Macht man immerhin Respekt haben muß.

Tillmanns: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Bundeskanzler, daß die Frage der Wiedervereinigung nur zu lösen ist, wenn auch die Westmächte zu der Einsicht gebracht werden, daß dies im Interesse des Friedens und der Konsolidierung Europas überhaupt geschehen muß. Man sollte sich daher nicht so äußern, daß dies im Westen als ein rein politisches, nationales Interesse aufgefaßt wird, was natürlich ungünstige Folgen haben könnte.

Ich betrachte es als eines der wichtigsten Ereignisse Ihrer Moskaureise, daß die Sowjets Sie und andere Repräsentanten der deutschen Bundesrepublik kennengelernt und daß Sie ihnen so offen und freimütig auch Ihre politische Konzeption dargelegt haben. Man kann darüber verschiedener Meinung sein; wie tief das bei den Russen geht, das ist fraglich, aber es gibt für uns keine andere Möglichkeit, als immer wieder den Versuch zu machen, das Zerrbild, das diese Leute über die westliche Welt in ihren Köpfen tragen, zu zerstören. Unter diesem Gesichtspunkt scheint mir auch der Austausch der Botschafter, wenn wir es richtig nützen, ein positiver Beitrag zu sein.

Sie sagten, wir sind für die Sowjets nicht viel. Ich habe etwas mit dem Kopf geschüttelt, und zwar aus folgendem Grund: Ich bin davon überzeugt, daß wir für die Sowjets wertvoll geworden sind, nachdem wir in die NATO eingetreten sind und die Pariser Verträge gemacht haben. Das hat uns in ihren Augen wertvoll gemacht. Jetzt sind wir interessant geworden. Ich bin der Auffassung, daß der Abschluß der Pariser Verträge schlechthin die Voraussetzung dafür war, daß Sie nach Moskau fahren konnten. Nachdem durch die Pariser Verträge die Voraussetzungen geschaffen worden sind, wollen sie mit uns den diplomatischen Verkehr aufnehmen. Das steht in der russischen Note.

Ich bin der Auffassung, wenn nicht durch die ganze Politik, die Sie in den letzten Jahren getrieben haben, vorher so gute Beziehungen zu den Westmächten bestanden hätten, dann hätten die Westmächte auch nicht erklären können, wir haben nichts dagegen, wenn der deutsche Bundeskanzler nach Moskau fährt. Ohne diese feste Position mit dem Westen wären diese Reise und damit auch die Ergebnisse – nämlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen – nicht möglich gewesen.

Ich sage das deshalb, weil das eines der entscheidenden Argumente gegen die SPD ist, die immer wieder behauptet, die Pariser Verträge seien das eigentliche Hindernis, um in dieser Situation in eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion einzutreten. Ich bleibe dabei, auch für die Sowjets sind wir dadurch zu einem Faktor geworden. Natürlich versuchen sie, uns aus der Verbindung mit dem Westen herauszuholen.

Das Problem der Wiedervereinigung spitzt sich auf folgende Kernfrage zu: Herr Bundeskanzler, Sie haben ausgeführt, die Sowjets wollten aus einer Reihe von Gründen eine Entspannung mit den Westmächten herbeiführen. Sie wollen diese Entspannung so, das haben sie bisher gezeigt, daß sie dabei keinerlei Konzessionen machen, sondern sie wollen dabei noch etwas verdienen. Die entscheidende Frage ist die, ist das Entspannungsbedürfnis der Sowjets so groß, daß sie, auch wenn die Westmächte in Genf sagen, ohne Wiedervereinigung gibt es kein Sicherheitssystem, trotzdem bereit sind, dafür etwas zu zahlen? Das kann natürlich heute niemand sagen.

Deswegen scheint mir auch die Auffassung des Herrn Dehler in der heutigen Situation politisch so verhängnisvoll zu sein, weil die Pariser Verträge die Verhandlungsbasis sind, von der die Westmächte aus versuchen können, ein Zugeständnis von den Sowjets herauszuholen. Ich habe lange in der deutschen Politik nichts so Verhängnisvolles erlebt wie solche Äußerungen, die Herr Dehler in der letzten Zeit gemacht hat.

Von Hassel: Ich möchte zwei Dinge herausstellen. Sie haben, Herr Bundeskanzler, eine Frage in der außenpolitischen Sitzung des Bundestages und des Bundesratsausschusses angeschnitten, nämlich die, daß Bulganin Ihre Bemerkung, daß doch das sowjetische System in der Zone nicht so gefestigt sei, wie er glaube, damit beantwortet habe, daß er bei der Rückkehr von Genf in der Ostzone und Ost-Berlin mit großem Beifall und großer Wärme überall begrüßt worden sei.[29] Er habe also damit Ihre Argumentation zu entkräften versucht. Wir müssen von uns aus klären, ob etwas geschehen kann, was beweist, daß dieses Bild, das die sowjetzonalen Machthaber in Moskau zu zeigen versucht haben, nicht die richtigen Schattierungen aufweist.

Zweitens habe ich, Herr Bundeskanzler, eine große Sorge, daß aufgrund der jetzt beginnenden Politik der Verlockung, von der Sie gesprochen haben – Sie nannten es neulich im politischen Ausschuß „die Politik des Lächelns", und François-Poncet fand einen außerordentlich guten Ausdruck dafür, „die Politik der guten Manieren" –, weite Kreise, und zwar nicht nur Heinemann-Anhänger, sondern auch sonst viele intelligente Menschen auf diese Art des russischen Gerierens hineinfallen werden.

Ich habe große Sorge darüber, daß die Russen hier auftauchen werden und mit allerlei Mätzchen, wie doppeltem Wodka im Wasserglas – das Carlo Schmid auf einmal austrinkt[30] –, eine Reihe von unseren Leuten anzusprechen verstehen. Seitdem die Kommunisten aus dem Bundestag verschwunden sind, hat die breite Masse der Bevölkerung draußen überhaupt nicht mehr vor Augen, was geschähe, wenn die Kommunisten ihren Willen durchsetzen könnten. Es ist so, daß kein kommunistischer Parlamentarier mehr da ist, so daß Fernsehen und Rundfunk diesen dauernden Krach, den die Kommunisten gemacht haben, nicht mehr übertragen können. Die Kommunisten im Bundestag waren damals glänzende Mahner für die breite Masse unserer Bevölkerung, um ihnen zu zeigen, was drohen würde, wenn ... (*Adenauer:* Ich hatte mir 12 bis 15 gedacht!) Es müssen Überlegungen angestellt werden, was geschehen kann, um die Bevölkerung aufzuklären, daß diese guten Manieren nur Zweckmanieren sind und nicht ein ehrlicher Wille, mit uns auf freier Grundlage zu verhandeln.

Ich meine, daß morgen auch der Parteiausschuß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden muß; denn dorthin kommt ein großer Haufen, der mit den Dingen nicht so vertraut ist.

---

29 Aufenthalt der sowjetischen Regierungsdelegation vom 24. bis 27. Juli 1955. Rede Chruschtschows und Kommuniqué in AdG 1955 S. 5283f.

30 Vgl. Schmid S. 569f.

Adenauer: Herr Ministerpräsident! Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das keine demokratische Bezeichnung ist! *(Heiterkeit.)*

Gradl: Ich möchte meine Meinung über das Ergebnis in Moskau so zusammenfassen: Es war sicher richtig, daß diplomatische Beziehungen zu Moskau aufgenommen worden sind. Es ist gut, daß gerade Sie derjenige gewesen sind, der für Deutschland diesen Schritt getan hat; denn es gibt kaum jemand, der so viel Vertrauen in der Welt genießt und es hätte wagen können, ohne daß falsche Deutungen und Befürchtungen in einem Übermaß über die künftige deutsche Politik daran geknüpft worden wären.

Im übrigen soll man die Dinge schließlich auch einmal einfach sehen. Die Russen sind es, die 17 Millionen Menschen in der Hand haben, und man mußte einmal mit ihnen in ein direktes Gespräch kommen. Darüber gibt es in unserem Kreis, auch morgen im Bundesparteiausschuß, keine Meinungsverschiedenheit. Ich habe in meinem engen Freundeskreis eine Umfrage gehalten und dabei überall die gleiche Meinung, das mußte so kommen und so gehen, gehört.

Es wird vielleicht interessieren, wie die Moskaureise in der Bevölkerung der Sowjetzone gewirkt hat. Wir haben gerade jetzt während der Berliner Industrieausstellung[31] eine Möglichkeit, in großer Zahl die Eindrücke festzustellen, von denen die Leute im Osten sprechen. Auf dieser Industrieausstellung gibt es eine Kontaktstelle, bei der die Besucher systematisch auch danach gefragt werden. Als Ergebnis kann man bisher folgendes sehen: Die politisch versierten Menschen in der Zone haben sich nie Illusionen über diese Moskaureise hingegeben. Sie sind also auch nicht besonders enttäuscht, sondern es ist ungefähr so gelaufen, wie man sich das gedacht hat. Bei der breiten Masse der Bevölkerung ist es anders. Dort herrscht über die harte Auseinandersetzung, insbesondere über die offenen Worte, die Sie am Sonnabend[32] mit den Sowjets geführt haben, Zufriedenheit, und man sagt, endlich einmal ist es ihnen gesagt worden. Das ist überall so. Aber was das Ergebnis angeht, so herrscht in der Zone doch weithin Enttäuschung, nicht eine Enttäuschung, aus der ein Vorwurf abgeleitet wird, sondern deshalb, weil die Menschen vielleicht – sicher wider die Vernunft – etwas erwartet haben, wenn Dr. Adenauer nach Moskau fährt.

Nun ist das Ergebnis für sie: Es bleibt zunächst alles beim alten. Es sieht sogar nach dem Auftreten der Pankower Vertreter so aus, insbesondere nach dem Abkommen zwischen Pankow und Moskau[33], als ob diese Pankower jetzt fester im Sattel säßen als früher. Das führt dazu, daß eine gewisse Welle von Mutlosigkeit durch die Bevölkerung in der Zone geht. Das zeigt sich auch in den Flüchtlingszahlen, die angewachsen sind. Das zeigt sich in Briefen und allen möglichen Dingen. Das ist nicht zu vermeiden, das mußte in Kauf genommen werden.

---

31 Eröffnung der Ausstellung am 24. September 1955 („Die Welt" vom 26. September 1955).
32 10. September 1955.
33 Gemeint: Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. September 1955 (Text in AdG 1955 S. 5370).

Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen, daß wir – die Bundesrepublik insgesamt und unsere Partei im besonderen – jetzt die Aufgabe haben, mit allen Kräften zu versuchen, den Menschen in der Zone klarzumachen, daß trotz dieser Ergebnisse – das „trotz" aus ihrer Sicht gesehen – von Moskau kein Anlaß für sie besteht, den Mut zu verlieren. Man muß ihnen systematisch Mut machen. Dazu gehört auch, daß nicht auf unserer Seite die Aussichten für die Wiedervereinigung unter dem Eindruck des Moskauer Gesprächs als zu schwarz dargestellt werden; denn wenn jetzt mit einem gewissen Defaitismus über die Perspektiven der Wiedervereinigungschancen gesprochen wird, so wird man das sehr beachten.

Zu dem, was Herr von Hassel sagte, möchte ich eine kurze Zwischenbemerkung machen. Ich glaube einfach nicht, daß Chruschtschow ernsthaft der Meinung ist, diese Demonstrationen, die ihm und Bulganin in der Zone und in Ost-Berlin bereitet worden sind, gäben das wirkliche Denken der Bevölkerung Ost-Berlins und der Sowjetzone wieder. So schlau sind Bulganin und Chruschtschow ganz sicher. Auch das Karlshorster Theater wurde erzwungen und mit den Mitteln der modernen Technik zustande gebracht. Das sind alles Versuche, ihre Position in der DDR, von der sie sagen, sie sei ein souveräner Staat mit modernen Errungenschaften usw., zu untermauern. Ernsthaft glauben sie es ganz sicher nicht.

Eine andere Frage ist, ob wir diese Vorgänge – natürlich mit aller Vorsicht – benutzen sollten, um den Menschen in der Zone klarzumachen, noch mehr als bisher zu versuchen, sich zu drücken, wo sie es können. Ich halte es nicht für richtig, wenn wir in der politischen Aussprache mit den Sowjets uns bemühen, sie von ihrem Deutschland-Mythos zu befreien. Ich glaube, Carlo Schmid hat eine solche Bemerkung mehrfach in der Öffentlichkeit gemacht. Darüber, ob die Sowjets davon überzeugt sind oder nicht überzeugt sind, daß wir eine Gefahr sind, kann man verschiedener Ansicht sein. Es liegt nicht in unserem Interesse, ihnen ständig vorzureden, daß wir ein kleines Volk, ein ohnmächtiges Volk sind, daß wir keine böse Absicht haben und daß wir nur in Ruhe und Frieden leben wollen. Wenn wir so sprechen und wenn die westliche Welt allgemein so spricht, dann wird bei den Sowjets, so wie sie gebaut sind, überhaupt nichts mehr herauszuholen sein. Denn wenn sie wissen, daß die westliche Welt gar nichts anderes wünscht als Ruhe und Frieden, dann liegt für sie überhaupt kein Anlaß vor, ihre Politik zu berichtigen.

Ich rede beileibe nicht davon, daß man nun mit Säbelrasseln kommen soll, aber doch mit einem gewissen Selbstgefühl und Selbstbewußtsein muß die westliche Welt und müssen wir in der nächsten Zeit den Sowjets entgegentreten. Im übrigen glaube ich, daß die Sowjets vor Deutschland – ob vor Deutschland allein, lasse ich dahingestellt – tatsächlich, wenn es in enger militärischer Verbindung, wie es in der NATO der Fall ist, zur westlichen Welt steht, eine echte und militärisch begründete Sorge haben. Es wäre doch unnatürlich, wenn sie diese Sorge nicht hätten; denn weil sie als Kommunisten immer mit der Möglichkeit ernster Zuspitzungen mit der kapitalistischen Welt rechnen, müssen sie Sorge vor denen haben, die noch einen besonderen Anlaß haben, gegen sie einen nationalen Groll zu hegen. Und

das ist in ganz Europa niemand außer uns. Wir sind diejenigen, die noch in Freiheit leben; wir sind diejenigen, die einen Anspruch auf 17 Millionen Landsleute angemeldet haben.

Dieses deutsche Volk mit diesem Anspruch und diesem Groll gegen die Sowjets, solange sie die Sowjetzone in ihrer Gewalt behalten, das ist für sie ganz sicher ein ernster Faktor, und wir sollten ihnen diese Sorge in keiner Weise nehmen.

Deshalb bin ich auch besorgt, daß die langsame Art – ich habe das in der vorigen Vorstandssitzung auch schon gesagt –, mit der wir unsere eigene militärische Position entwickeln oder vielmehr nicht entwickeln, unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung ein sehr schwerer Fehler und ein ganz großes Versäumnis ist, (*Zuruf:* Sehr richtig!) nicht – ich betone das wiederum –, weil ich glaube, daß dann, wenn wir mit zwölf Divisionen aufmarschieren, die Mauern des Kreml schon zu zittern anfangen; aber wir sind ja nicht allein! Solange wir aber gar nichts machen, zählen wir ganz sicher weniger, als wenn wir etwas haben. Wenn wir in dem Augenblick, wo Sie nach Moskau gegangen sind, auch nur zwei Divisionen fertig gehabt hätten, dann wäre unsere Position wiederum wesentlich besser gewesen. (*Adenauer:* Sehr richtig!) Denn für diese realistischen Menschen da drüben zählt nun einmal die Macht, und ich kann nur sagen, ich bin tief enttäuscht über die – Tempo kann man das ja nicht nennen – Langsamkeit, mit der bei uns diese Sache entwickelt und verfolgt wird. Ich darf daran erinnern, daß in Pankow innerhalb einer Stunde die verfassungsmäßigen Grundlagen geschaffen sind, um drüben die militärischen Streitkräfte einzuziehen. Wir wissen, wie das im totalitären System geschieht. (*Adenauer:* Auch in Österreich!) Und bei uns sitzen wir nach wie vor so da! Ich weiß nicht, ob die 6.000 Mann eingezogen sind. (*Adenauer:* Kein Gedanke!) Man hört auch nichts darüber, wann die Gesetze in Kraft treten. Nichts davon ist zu spüren. Ich meine, hier sollten nun wirklich alle Kräfte eingesetzt werden, um diese Dinge etwas in Gang zu bringen. Davon verspreche ich mir einen wesentlichen Einfluß auf die sowjetrussische Politik.

Ich glaube, daß wir die Sowjets tatsächlich dahin bewegen können, die Zone freizugeben. Ich glaube genau wie Herr Tillmanns, daß es im Grunde genommen ein Vorwand ist, wenn sie sagen, was diese Zone für sie bedeutet. Die können die Zone genauso als ein winziges Stückchen Land ansehen, das ihnen viel Ärger macht und das für sie nur Ballast ist. Aber zunächst muß auf unserer Seite einiges getan werden, um unsere Position noch ein bißchen fester zu machen.

Adenauer: Ich bin Herrn Dr. Gradl sehr dankbar. Er hat hundertprozentig recht. Hätten wir eine Division stehen gehabt, dann wäre unser Ansehen in Moskau und auch in der Welt anders gewesen. Wenn der Parteivorstand an unsere Bundestagsfraktion das Ersuchen richtete, ein möglichst schnelles Tempo einzuschlagen, dann wäre ich dem Vorstand von ganzem Herzen dankbar.

Ich bestreite keineswegs, daß auch auf unserer Seite Schuld liegt. Aber, meine Damen und Herren, ich muß zu diesem Thema sagen, weil es mich mit schwerster Sorge erfüllt, auch in unserer Fraktion sind Herren, die alles tun, um die Wehrmachtsangehörigen als Leute zweiter Klasse erscheinen zu lassen, und die geradezu mit

Gewalt verhindern wollen, daß wir die besten Leute nicht bekommen. Kein Wunder, daß diese dann sagen, wir danken dafür, wir bleiben in unserem Beruf, den wir uns geschaffen haben, so daß sich die Wehrmacht zusammensetzt wie früher: aus Landsknechten mit den Spießen nach außen gegenüber Demokratie und den Bürgern.

Ich habe selten eine solche Verblendung gesehen wie bei uns im Parlament und auch in unserer Fraktion gegenüber dem Militärproblem. Es ist manchmal zum Verzweifeln! Wir haben die Verordnung mit dem Bundesrat; eine schreckliche Sache. Wenn Sie wüßten, wie namentlich von dem Vertreter von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat, einem CDU-Mann, (*Weber:* Wer ist das?) – Herr Sträter – gesprochen worden ist, so wären Sie aufs tiefste entrüstet.[34] Die Sache ist jetzt beigebogen; aber es hat mich einen schweren Abend gekostet, die Sache in Ordnung zu bringen. (*Zuruf:* Aber einen guten Abend!) Gut, aber schwer. Es war auch zuviel! Um der guten Sache willen muß jeder Opfer bringen.

Ich bin Ihnen wirklich dankbar, Herr Gradl, Sie haben den Punkt aufs i gesetzt. Ich wäre den Herren sehr verbunden, wenn sie einen entsprechenden Beschluß an die Adresse der Bundestagsfraktion fassen würden.

Wackerzapp: Ich möchte anknüpfen an die Befürchtungen, die Herr von Hassel ausgesprochen hat, daß nämlich die Russen in ihrer Botschaft einen Stützpunkt für die Sowjetunion und ihre Propaganda bilden können. Neben der Botschaft wird sich vielleicht auch eine sowjetische Delegation etablieren mit einem großen Stab von Personal, das sich als Agenten betätigt. In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage zu stellen: Werden wir auch Botschafter mit den übrigen Satellitenstaaten austauschen? (*Adenauer:* Nein!) Denn dann hätten wir ja sieben Trojanische Pferde mehr in unserem Staat. Wenn die aber mit einem solchen Angebot kommen? (*Adenauer:* Dann lehnen wir es ab! – *Wuermeling:* Die Satellitenstaaten werden von Moskau mitvertreten!)

Es ist bekanntgeworden, daß die DDR ihren Botschaftern auch die Funktion des Hohen Kommissars im Sinne der Viermächtekonferenz über Berlin übertragen wird. Durch diese Kombination erfährt die Stellung des Botschafters in Pankow eine sehr viel größere Bedeutung, als sie der Botschafter in der Bundesrepublik hat. (*Adenauer:* Das haben die Botschafter Amerikas, Englands und Frankreichs auch hier!) Wo wird sich die Botschaft etablieren? (*Adenauer:* Sie kommt nach Bonn. Es wird zwischen der Bundesrepublik und Sowjetrußland ein besonderes Abkommen über den Umfang der beiderseitigen Botschaften abgeschlossen werden.)

Weber: Wir kommen in eine starke Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Weltanschauung. Es ist wichtig, daß wir diesen geistigen Kampf bestehen. Nach dem, was ich beobachtet habe, sind wir in keiner Weise dazu gerüstet. So sind z.B. die akademischen Kreise und die Studenten überhaupt nicht im Bilde; sie sind fast unfähig, in den Diskussionen der Versammlungen usw. zu bestehen. Unsere Leute dürfen nicht auf Umwegen geistig beeinflußt und von kommunistischen Gedanken infiltriert werden. Die Gefahr ist groß.

34 Vgl. Nr. 8 S. 530 ff.

Wir stehen in der Stunde eines neuen geistigen Prozesses. In Deutschland gibt es Menschen, von denen man sagen kann: die Müdigkeit der Guten! Der Kommunismus hat seine Weltanschauung bis in die Schul- und Kinderbücher hineingebracht. Ich habe sie gelesen. Alles, was die Studenten sagen und auch die Vertreter der Wirtschaft, ist durchsetzt von den bolschewistischen Gedanken. Wir hatten in einer Versammlung Frauen aus der Ostzone. Sie sagten, sie würden derartig mit solchen Gedanken traktiert, daß jeder, der nicht wirklich fest ist in seiner Anschauung, den Kommunisten zum Opfer fällt.

Was tut die Partei, um mit diesem Kampf fertig zu werden? Darüber müssen wir morgen im Parteiausschuß eingehend sprechen.

Adenauer: Frau Weber hat vollkommen recht! Es wird eine geistige Auseinandersetzung von Jahren sein. Wir können die Sache hier nicht vertiefen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir den geschäftsführenden Vorstand beauftragen, zunächst dem Parteivorstand präzise Vorschläge zu machen.

Von Hassel: Der Bundestag wird in der nächsten Zeit in Berlin tagen. Ich würde jedem Bundestagsabgeordneten empfehlen, zu diesem Zweck im Kraftwagen nach Berlin zu fahren, möglichst nicht über die Autobahn, damit er persönlich einen Eindruck bekommt von der Zone. Außerdem würde dadurch auch den Menschen gegenüber dokumentiert, daß die Bundestagsabgeordneten auf dem Marsch nach Berlin sind. (*Tillmanns:* Das geht leider nur von Hamburg aus!) Der ganze norddeutsche Raum bietet dazu eine Möglichkeit, auch wenn die Herren mal ein paar Kilometer Umweg fahren müssen.

Eine Anregung! Aufgrund meines Besuches in Berlin haben wir vereinbart, daß wir aus Schleswig-Holstein 20 bis 25 leitende Beamte für eine Zeit von drei bis vier Wochen nach Berlin schicken, damit sie einmal sehen, was in der Zone und in Berlin los ist. Wenn man die Leute an Ort und Stelle bringt, dann können auch die entsprechenden Abwehrkräfte mobil gemacht werden.

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, daß wir dem geschäftsführenden Vorstand diesen Auftrag geben, wobei ich mir noch folgende Anregung erlauben möchte: Diese Abwehrarbeit muß über den Kreis unserer Partei hinausgehen; sie muß alle möglichen Organisationen umfassen, die Gewerkschaften, die konfessionellen Vereine, die Standesvereine usw. Es muß wirklich ganz allgemein ein Alarmsignal gegeben werden. Bei den Schulen wird es nur über die Länder, die Kultusministerien, gehen. Wenn Sie z.B. hören, wie es mir gesagt wurde, wie in manchen Schulen in der Umgegend von Bonn von Lehrern das Problem beurteilt wird, so ist das geradezu erschütternd.

Es könnte auch – der Herr Johnen kommt gerade herein – dieser Vorschlag an die CDU-Landtagsfraktionen gerichtet werden, damit die sich auch einschalten; natürlich auch die Universitäten. (*Weber:* Die sind noch unberührt!) Ich würde auch empfehlen, an die Kirchen hierbei zu denken, die sind zum Teil auch noch unberührt!

Wir kommen nun zum Punkt 2 unserer Tagesordnung.

Die Entwicklung der Verhältnisse an der Saar

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten! Herr Johnen hat das Wort.

Johnen: Wir sehen auf der einen Seite die CDU an der Saar, die völlig das ablehnt, was unsere Bundesregierung vereinbart hat. Auf der anderen Seite glaube ich, daß die CDU an der Saar von sich aus gar nicht sagen kann, daß das, was die Bundesregierung vereinbart hat, abzulehnen sei. Es mag sein, daß im Kernpunkt – von Saarländern aus gesehen – sich eine ganz falsche Front aufgemacht hat: Wenn wir nein sagen, sind wir Hoffmann-Freunde. Während es nach meiner Meinung umgekehrt ist: Wenn sie auf die Dauer den Herrn Hoffmann quitt sein wollen, dann werden sie das, was jetzt vorgeschlagen wird, bejahen müssen.

Nunmehr ist in der Öffentlichkeit ein offizieller Gegensatz zwischen der CDU in der Bundesrepublik und der CDU an der Saar entstanden. Dazu kann der Vorstand der Bundes-CDU nicht schweigen. Wenn ich vom Standpunkt des einzelnen Wählers ausgehe, der sich selber die Frage vorlegen muß, was soll ich tun, soll ich ja oder nein sagen, dann sind wir nach meiner Meinung verpflichtet, der Saarbevölkerung ein klares Wort zu sagen, auch wenn wir uns in den Gegensatz zur CDU der Saar stellen; denn wir müssen sagen: Das Abkommen ist zu bejahen!

Ich halte die These für falsch, der Saarbevölkerung zu erklären, wenn ihr jetzt das Abkommen ablehnt, entsteht sowieso eine andere Situation, und ihr werdet zu gegebener Zeit nochmals gefragt. Es liegt doch die Gefahr nahe, daß die Saarbevölkerung vollständig ausgeschaltet wird. Jedenfalls müßte die Differenz, die offen auftritt, entweder bereinigt [werden], oder aber der Bundesparteivorstand ist verpflichtet, eine klare Stellungnahme zu beziehen.

Adenauer: Erlauben Sie mir, einige Worte dazu zu sagen, weil ich mich naturnotwendig viel mit den Dingen beschäftigen muß. Die letzten Berichte, die ich über die Lage an der Saar bekommen habe, stammen – ich darf das hier sagen – vom Herrn Ministerialdirektor Rust[35], der sehr viele Verbindungen da hat und häufiger dort ist, und von Herrn Abs. Herr Abs war gestern bei mir. Er kam aus Neunkirchen. Mit Herrn Rust habe ich vorgestern gesprochen. Er hatte ebenfalls in den letzten Tagen Besuche an der Saar gemacht. Ich weiß nicht, mit wem er da gesprochen hat.

Die Lage hat sich etwas beruhigt. Auch Herr Ney schätzt ja, wie ich höre, die Zahl der Neinsager nicht mehr auf 70 %, sondern jetzt auf 60 %. Ein Nein an der Saar, meine Damen und Herren, wäre für alle Deutschen ein sehr großes Unglück, es wäre auch für die Frage der Wiedervereinigung sehr ungünstig, und zwar wegen des unverhüllten Nationalismus, der an der Saar herrscht oder getobt hat. Ich verkenne keineswegs, daß sich an der Saar berechtigter Unmut und Zorn und Groll in den

35 Dr. Josef Rust (geb. 1907), 1949–1952 Bundeskanzleramt, 1952–1955 Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, 1955–1959 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1959–1969 Vorstandsvorsitzender von Wintershall.

vergangenen Jahren aufgespeichert haben, als Herr Hoffmann als Ministerpräsident sein Unwesen getrieben hat. Ich könnte auch verstehen, wenn sich dieser Groll irgendwie Luft macht. Nur finde ich die Art und Weise, wie er sich Luft macht, eine Dummheit ohnegleichen. Ich habe gar keinen anderen Ausdruck dafür.

Wie ist denn das Ganze gekommen? Der Herr Ney war ursprünglich des Willens, die Parole auszugeben, für das Statut zu stimmen. Weil aber der Nationalsozialist Schneider von gewissen Elementen in der FDP dazu aufgestachelt wurde, diese nationalsozialistischen Geschichten da zu machen, und weil die SPD, die ja immer dagegen war, die Parole ausgegeben hat, sagt der Herr Dr. Ney, die Wähler gehen mir weg, wenn ich nicht mitmache.

Nun – ich spreche sehr offen –, wenn der Führer einer Partei erklärt, derjenige, der für das Statut stimmt, sündigt, dann muß ich sagen, das ist das Unerhörteste, was ich je erlebt habe. (*Majonica:* „Satansdiener" hat er gesagt! – *Unruhe.* – *Altmeier* zu Majonica: Es wird Ihnen schwerfallen, das zu beweisen!) Einen solchen Mann würde ich niemals als Führer einer Landespartei der CDU anerkennen können. Man stelle sich das vor! (*Anhaltende Unruhe.* – *Altmeier* zu Majonica gewandt: Es wird Ihnen nicht gelingen, das zu beweisen. Ich darf doch nicht sagen, was nicht wahr ist.) Das Schreiben des Visitators[36] ist nicht umsonst gekommen, Herr Altmeier! (*Altmeier:* Die haben sich entrüstet. Das ist ein unerhörtes Eingreifen! – *Unruhe.*)

Lieber Herr Altmeier! Das können Sie beim Päpstlichen Stuhl anbringen, er hätte da eingegriffen. Hier handelt es sich darum, was an der Saar geschieht. Das ist doch geradezu ein Selbstmord, ein Selbstmord für unsere Leute an der Saar. Der gute Name der CDU wird dadurch geradezu beschimpft.

Hat jemand Worte für das, was die Familie Röchling da macht, die auch hinter der ganzen Sache steht? Ich weiß nicht, ob Sie die Todesanzeige gelesen haben. Ich weiß nicht, ob Sie gelesen haben, daß Herr Röchling vertrieben wurde oder daß er fern der Heimat von seinem Werk usw. aus dem Leben scheiden mußte.[37] Nun, meine Damen und Herren, mit der Familie Röchling war es so: Drüben im Kanzlerhaus, an dem Tag, als Pinay da war, da hat der bekannte Rechtsanwalt, der in den Nürnberger Prozessen aufgetreten ist, (*Zuruf:* Kranzbühler!) der Vertreter der Familie Röchling, unserem Vertreter, dem Herrn Abs, der mir das gesagt hat, erklärt: Wenn Sie jetzt nicht für 200 Millionen DM die Sache kaufen, dann verkauft die Familie Röchling morgen die Sache an die französische Schwerindustrie für 270 Millionen Schweizer

36 Monsignore Michael Schulien wandte sich in einer Erklärung, die am 27. September 1955 in der SVZ abgedruckt wurde, gegen eine Vereinnahmung der „Religion in den Dienst der wahlpolitischen Ziele" der Parteien. – Die Position des Apostolischen Visitators wurde als Vorstufe zur Entwicklung eines selbständigen Saarbistums betrachtet. Vgl. SCHMIDT 3 S. 319f.

37 Hermann Röchling (1872–1955) war am 24. August verstorben. In einer der Todesanzeigen („Die Welt" vom 29. August) hieß es u.a.: „Es war ihm nicht vergönnt, sein an Erfolgen, aber auch an Schicksalsschlägen reiches Leben in seiner über alles geliebten Saarheimat zu beschließen." – Vgl. zum Folgenden Nr. 7 Anm. 35 und 39.

Franken. Ich habe das Angebot – hat er gesagt – in der Tasche. Und als Herr Abs ihn gefragt hat, ist das die Ansicht und Absicht der Familie Röchling oder ist das Ihre Absicht, da hat er gesagt, das ist die Absicht der Familie Röchling. Und der ganze Kram ist wert 130 Millionen DM. Von uns hat er erpreßt 70 Millionen und hat gedrängt, am anderen Tage das der französischen Schwerindustrie für 270 Millionen Schweizer Franken zu verkaufen! (*Wuermeling:* Fern der Heimat!) Und solche Leute sind „fern der Heimat" und halten große Reden an der Saar usw.

Ich bin so empört über diese ganzen Vorgänge an der Saar, weil gute und sonst treue Leute, die zu uns gehören, sich durch diesen Nationalsozialisten Schneider dazu veranlaßt fühlen, diese Dummheiten zu machen. Was wird dabei herauskommen? Bitte lesen Sie die Rede von Herrn Schuman, der hat es in Metz gesagt[38], und es liegt auf der Hand, daß er das Richtige gesagt hat.

Im Mai des nächsten Jahres sind Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich, und es gibt keine französische Regierung und keine Partei in Frankreich, die vor den Wahlen zur Nationalversammlung neue Verhandlungen mit uns über die Zukunft der Saar führt; denn dann würde sie sich geradezu selbst das Grab bei den Wahlen graben. Also, bis zum Mai, Juni des nächsten Jahres muß die Saar damit rechnen, wenn sie nein sagt zum Statut, daß der Landtag bleibt und daß sie sich alle Freiheiten und das Wohlwollen Amerikas und Großbritanniens verscherzt hat, die dann – dafür möchte ich Ihnen garantieren – sagen werden: Für die Leute tun wir nichts mehr, die mögen sehen, wie sie mit den Franzosen fertig werden. Dann werden diese auch zu dem Versprechen stehen, das sie früher den Franzosen gegeben haben, nämlich für die Wünsche der Franzosen bei der Friedensregelung bezüglich der Saar einzutreten. Ich kann Ihnen nur sagen: Groll in Ehren; ich habe auch manchmal Groll. Ich schlucke ihn herunter. Man kann auch mal explodieren. Aber daß der Führer der stärksten Partei dort – das wollte er sein –, der Herr Ney, diese Dummheiten macht mit unserem Namen, das können wir uns nicht gefallen lassen. Es waren neulich Leute da, die mir sagten, Herr Ney wolle zu mir nach Bonn kommen, um mich zu sprechen. Ich habe gesagt, er mag kommen und mitbringen, wen er will. Es ist vielleicht 14 Tage her. Aber wer nicht kam, war der Herr Ney. (*Kaiser:* Wollte er nicht vorher einen Termin mit Ihnen vereinbaren?) Das ist doch alles nicht wahr! Herr Kilb[39]? (*Kilb:* Genau mit Termin und Stunde war alles angegeben![40])

Glauben Sie dem Mann kein Wort mehr! Derselbe Mann hat gesagt, ich hätte ein Begrüßungstelegramm geschickt. Ich habe den Teufel geschickt! Er hat nachher gesagt, er hätte sich vertan. Dagegen ist der Herr Dehler noch ein Waisenknabe! Ich

38 Am 25. September 1955 bei der Eröffnung der Metzer Messe wandte sich Schuman in scharfer Form gegen „ungerechte und grob tendenziöse" Angriffe (SVZ vom 26. September 1955).

39 Hans Kilb (1910–1984), 1951–1958 Persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1958–1973 EURATOM Brüssel.

40 Vorgesehen war der 16. September 1955 16 Uhr (TERMINKALENDER).

bin sehr empört darüber, und zwar wegen des großen Schadens, der der deutschen Sache damit zugefügt wird.

Die Saarländer wären vor zwei Jahren auf die Knie gefallen, wenn man ihnen gesagt hätte, ihr bekommt freie Wahlen und dürft euch einen Landtag wählen und eine Regierung, wie ihr wollt, und dann wird man langsam weiterkommen. Aber dann sind sie zum Opfer gefallen – ich kann das nicht nachdrücklich genug betonen – einem Mann wie diesem Schneider, einem bekannten Nationalsozialisten, der damals nur aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten ist, weil er persönlich Krach mit dem Gauleiter gehabt hat.[41] Ich würde es nun sehr begrüßen, wenn der Anregung des Herrn Johnen Folge geleistet würde. Es ist nach meiner Meinung die einzige Möglichkeit, noch zu retten, was zu retten [ist]. Ich möchte auch folgendes nachdrücklich betonen: Wir haben doch in der Sitzung des Parteiausschusses im Februar 1955 mit allen gegen drei Stimmen einen Beschluß gefaßt.[42] Wir müssen doch etwas Parteidisziplin halten. Ich halte es für unmöglich, daß führende Mitglieder der Partei trotz des Parteiausschußbeschlusses gegen den Parteiausschuß Front machen und dagegenarbeiten.

Hellwig: Es sind inzwischen Änderungen eingetreten. Die Struktur oder vielmehr der Charakter des Provisoriums, der im Friedensvertrag revidiert werden kann, ist durch das In-die-Ferne-Rücken der Aussichten auf einen Friedensvertrag weiter hinausgeschoben worden. Ich referiere hier, um die Analyse der Stimmung zu geben. Das müssen wir wissen, wenn wir die Dinge beurteilen wollen.

Das zweite ist, daß Frankreich erhebliches Mißtrauen in seine eigene Vertragstreue dadurch gestreut hat, daß der Briefwechsel, der mit dem Abkommen abgeschlossen ist über die Aufhebung der Sequesterverwaltung im Falle Röchling, eine Interpretation von französischer Seite gefunden hat, der der Saarbevölkerung einen Schreckschuß eingejagt hat. (*Adenauer:* Es ist die Sequesterverwaltung aufgehoben worden![43]) Es ist aber für die Saarbevölkerung erst nachträglich erkennbar gewesen, welche Interpretation die Franzosen diesem Briefwechsel gegeben haben; eine Interpretation, die auch wir bei der Annahme des Abkommens im Bundestag noch nicht vorgesehen hatten.

Das dritte ist die Haltung der Saarregierung selbst bei der Auseinandersetzung. Hier hätte Hoffmann eine große Chance gehabt. Es wurde ihm in diesem Abkommen bestätigt, daß er nicht eine legitime Regierung ist. Hätte Hoffmann sich zurückgehalten

41 Schneider war 1933/34 „Saarreferent bei der obersten Organisationsleitung" der NSDAP gewesen (SCHNEIDER S. 56f.).

42 Empfehlung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Saarstatut anzunehmen, bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen (Bundesparteiausschuß vom 6. Februar 1955 S. 23a – ACDP VII-001-020/3).

43 Nach SCHMIDT 3 S. 535 hat Frankreich seine Zusage vom 23. Oktober 1954 (Adenauer an Mendès-France vom 23. Oktober 1954 in SCHMIDT 3 S. 689; AdG 1954 S. 4814) nicht eingehalten, vor der Abstimmung am 23. Oktober 1955 alle Sequesterverwaltungen aufzuheben.

und sich auf die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Unruhen, die aus der politischen Agitation hätten kommen können, beschränkt, dann wäre er heute der Mann an der Saar, und das Abkommen hätte ohne weiteres eine Mehrheit gefunden.

So aber hat Hoffmann zunächst versucht, mit einem neuen Parteiengesetz, auch für den Fall der Annahme des Saarabkommens, die Möglichkeit des Verbots gegenüber den deutschen Parteien nach ihrer Zulassung wiederzuerhalten.[44] Er hat weiterhin den Herrn Pfeiffer[45], der seit einem halben Jahr im Saargebiet für die Regierung Hoffmann arbeitet und agiert, eingebürgert, damit er bei der Abstimmung redeberechtigt ist. Er hat damit den Grundsatz der Nichteinmischung in einem Sinne verfälscht, wie es ihm gerade paßt. Im übrigen hat er unsere Zustimmung zu diesem Abkommen für sich gegenüber der Bevölkerung so interpretiert, als ob damit alles, was er in der Vergangenheit gemacht hat, die Rechtfertigung durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages gefunden hätte. Und diese Verfälschung der Fragestellung bei dem Referendum ist es, die die Bevölkerung so aufgebracht und zu einer Mehrheit für ein Nein geführt hat.

Was die Agitation angeht, so bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, versichert zu sein, daß es nicht der Einfluß von Herrn Schneider ist. Ich weiß, daß Herr Schneider wegen seiner unmöglichen demagogischen Kunstgriffe und vieler anderer Dinge – im Grunde genommen persönlich ein integerer Mann, aber politisch ein Hysteriker – abgelehnt wird, daß man aber trotzdem bis in die völlig friedliche und indifferente Bevölkerung hinein – ich schließe meine Mutter und meine engsten Verwandten nicht aus – heute ein Nein zu diesem Abkommen sagt, weil man sieht, hier geht es um mehr als eine formaljuristische Entscheidung; hier geht es um eine Äußerung, zu der die Bevölkerung in aller Freiheit aufgerufen ist. Die große Befürchtung ist die, daß sie, wenn sie von dieser Freiheit zur Entscheidung nicht Gebrauch macht, diese Freiheit in Zukunft nicht mehr haben wird.

Das ist nicht von Herrn Schneider verursacht, sondern da ist eine ganz elementare Stimmung losgebrochen, die nicht nur mit Groll oder Meinungskämpfen zu erklären ist.

Nun aber zu den weiteren Fragen: Wir sollten hier nicht nur fragen, was passiert nach einem Ja oder nach einem Nein der Saarbevölkerung im politischen Sinne? Wir müssen weiterdenken. Die jetzige politische Beunruhigung im Saargebiet kann wirtschaftlich zu höchst unerwünschten Konsequenzen führen. Es ist auf französischer Seite eine Zurückhaltung in puncto Aufträge an der Saar entstanden. Man verlangt für Aufträge, die die Saar an Frankreich erteilt, Barzahlung und ähnliche Dinge.

---

44 Vgl. § 11 des Gesetzes Nr. 458 über das Vereinswesen (Vereinsgesetz) vom 8. Juli 1955 (SCHMIDT 3 S. 741).

45 Peter Pfeiffer (1906–1976), Journalist; vor 1933 Zentrum, 1945 Mitgründer der CSVP Südbaden, 1954–1956 Chefredakteur der SVZ, 1957–1969 Bürgermeister von Ramstein/Pfalz. Pfeiffer war vor 1954 in Fulda tätig, war also Nichtsaarländer (vgl. SCHMIDT 1 S. 538).

Es ist zu befürchten, daß bei weiterer politischer Beunruhigung des Gebietes die französischen Kredite – das ganze Gebiet ist an Frankreich ungeheuer langfristig und kurzfristig verschuldet – zurückgezogen werden. (*Wuermeling:* Wird das denn durch die Ablehnung des Statuts besser?) Aber auf ein schwaches Ja für das Statut ist zu befürchten, daß der innere Kampf auch im Falle der Annahme ... (*Adenauer:* Was haben Sie denn eigentlich vor, Herr Hellwig?) Ich bin der Meinung, eine nüchterne Betrachtung aller Konsequenzen im Falle des Ja oder des Nein werden wir anstellen müssen. (*Adenauer:* Sehr richtig!) Und unsere Ministerien müssen sich darüber klar sein, irgendeine Stützungsaktion ... (*Adenauer:* Ich denke nicht daran! Solange ich Bundeskanzler bin, wird das nicht geschehen. Das sage ich Ihnen! – *Unruhe.*)

Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, auch wenn ein Ja eintritt, das Abkommen bringt eine Situation, mit der die Saarbevölkerung, auch wenn sie den besten Willen hätte, ja zu stimmen, einfach nicht allein fertig wird. (*Zuruf:* Wieso?) Es ist so, daß die skandalösen Wirtschaftsabkommen, die nach dem Abkommen von Paris aus der Saarregierung wieder auferlegt worden sind und die zu dem Abkommen späterhin gehören sollen, keine Mehrheit mehr finden im saarländischen Landtag. Dann tritt ein völlig unmöglicher Zustand ein, ein Schwebezustand, in dem das Gebiet nicht leben kann, weil hier Verhältnisse zwischen Paris und Bonn geklärt werden müssen und die Saarbevölkerung keine Möglichkeit hat, sich überhaupt einzuschalten.

Adenauer: Es gibt keine Verhältnisse zwischen Bonn und Paris, die zu klären wären. Das sage ich mit aller Klarheit. Die gibt es nicht. Wenn die Saarbevölkerung zu dem Statut ja sagt, wird Herr Hoffmann verschwinden, es wird ein neuer Landtag gewählt, und Ruhe und Ordnung kehren zurück. Wenn die Bevölkerung nein sagt, dann bleibt Herr Hoffmann, es bleibt der Landtag, und es bleibt die Unsicherheit. Und dann hat Frankreich infolge der Kredit-Geschichten die Saarbevölkerung am Strick!

Hellwig: Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, dann muß ich die Parallele zur Sowjetzone ziehen. Die Konstruktion dieses Referendums und die Beauftragung einer neutralen Aufsichtskommission für die Wiederherstellung der Freiheit ist – darüber habe ich Unterhaltungen mit Staatssekretär Hallstein gehabt – ein Modellfall dafür, wie unter Umständen freie Wahlen in der Sowjetzone ohne Beteiligung der Westdeutschen, der Bundesrepublik ... (*Adenauer:* Das kann Herr Hallstein Ihnen nie gesagt haben! Das haben Sie mißverstanden. Das ist absolut nicht unsere Absicht. Wir wollen unter keinen Umständen zulassen, daß die Sowjetzone allein abstimmt!)

Dann ist das eine andere Meinung, eine neue Meinung! Herr Hallstein hat mir im Dezember vorigen Jahres bei den ersten Planungen für die neutrale Kommission gesagt: Ein Modellfall, die Möglichkeiten des Modellfalles ... (*Adenauer:* Freie Wahlen in ganz Deutschland!) Er meint aber ... (*Adenauer:* Nein! Nein!)

Wie dem auch sei; wenn hier ein Abkommen angenommen worden ist – das ich auch schweren Herzens bejahe –, so deswegen, damit die Bevölkerung die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung erhält. Das bedeutet aber, daß auch ein Nein in diesem Abkommen enthalten war, welches die Bevölkerung ... (*Adenauer:* Halten Sie es für

richtig, verehrter Herr Hellwig, daß vor Versammlungen, die die CVP abhält, x Wagen aus der Bundesrepublik vorfahren und mit Radau machen?)

Diese ganze äußere Form des Wahlkampfes habe ich sehr bedauert. Ich kann mich Ihrer Beurteilung über diese Ausschreitungen nur anschließen. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß es auch Agenten gegeben hat, die hier bewußt einen Versammlungsstil mit Radau und ähnlichen Dingen gepflegt haben, die von der anderen Seite waren. Es wird an der Saar auch von der Gegenseite, Herr Bundeskanzler, mit unerlaubten Mitteln gearbeitet. Das müssen wir sehen. Ich glaube, man sollte öffentliche Ausschreitungen, die zur Beruhigung gekommen sind, nicht hier ... (*Adenauer:* Nun kommen die Ausschreitungen nur vor bei Versammlungen der CVP, nicht bei Versammlungen der CDU!)

Ich habe von Anfang an darauf aufmerksam gemacht, daß eine verhängnisvolle Verquickung besteht zwischen dem Abkommen von Paris und Bonn einerseits und einem Statut, welches gewissermaßen die Verfassungsgrundlage für das Saargebiet andererseits vorsieht, und daß diese Verquickung eben zu diesem Konflikt bei der Abstimmung der Bevölkerung führen würde. Ich habe darauf aufmerksam gemacht. Es läßt sich nicht mehr ändern. Ich kann im Augenblick nur sagen, daß eine Erklärung unsererseits, die nun der Saarbevölkerung sagen würde, daß sie das Statut annehmen soll, weil wir es im Bundestag angenommen haben ... (*Adenauer:* Im Parteiausschuß uns dafür ausgesprochen haben!) Im Parteiausschuß würde es schon eine öffentliche Kundgebung sein. (*Adenauer:* Das haben wir doch getan!) Nein, ich meine jetzt die Empfehlung. Es ist angeregt worden, der Parteivorstand oder der Parteiausschuß möge eine Empfehlung aussprechen, das Statut anzunehmen. (*Zurufe:* Ja!) Ich kann hier nicht eine klare Entscheidung sehen; denn das würde die Geistesverwirrung an der Saar noch weiter vorantreiben, eine Verwirrung, die nach jüngsten Mitteilungen bereits bis in die Beamtenschaft und Geistlichkeit hineingeht und die zu einer Entzweiung von vielen Familien geführt hat. Man wird also dagegen ankämpfen und sagen, das ist eine Einmischung, die nicht vorgesehen ist, eine Einmischung, die von unseren eigenen Freunden wieder ganz erheblich bekämpft werden würde.

Ich glaube nicht, daß eine solche Erklärung zur Beruhigung der Verhältnisse, sondern zu weiterer Unruhe beitragen würde. Deshalb meine herzliche Bitte: Halten wir uns an den Grundsatz der Nichteinmischung, den wir in dem Abkommen mit angenommen haben, und verzichten wir darauf, eine bestimmte Empfehlung an die Saarbevölkerung auszusprechen. (*Adenauer:* Wir haben es doch getan!) Das war eine Empfehlung zur Annahme des Abkommens vor der Ratifizierung des Bundestages. (*Adenauer:* Das ist wohl dasselbe!) Nein, nein! Das ist ein völlig anderer Adressat. (*Johnen:* Das Schweigen ist auch eine Empfehlung! – *Kaiser:* Die Einmischung von außen ist verboten! – *Unruhe.*)

Adenauer: Das ist doch ein Heft ohne Klinge! Was heißt verboten? Im übrigen muß ich Ihnen in aller Ehrlichkeit sagen, so macht man keine Außenpolitik, wie das hier gemacht wird. Das ist geradezu himmelschreiend, wie es gemacht wird. Nichts, Herr Hellwig, aber auch kein Wort von Ihnen hat mich davon überzeugt,

daß es berechtigt ist, wenn die Saarbevölkerung mit Nein stimmt. Sie gräbt sich in ein großes Unglück hinein.

Sie sagen, Sie haben Gewissensqualen. Ich habe auch manchmal Gewissensqualen. Dann muß man versuchen, die Leute zum Richtigen zu bringen. Ich versichere Ihnen, Herr Hellwig, Sie richten ein namenloses Unglück an in der Saarbevölkerung. (*Hellwig:* Ich darf darauf hinweisen, daß ich mich jeder Einmischung enthalte!) Gut, das „Sie" nehme ich zurück und sage, derartige Anschauungen richten ein namenloses Unglück an. Das versichere ich Ihnen.

Altmeier: Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat Herr Hellwig ausgeführt. Ich möchte zurückkommen auf das, was Herr Johnen gesagt hat. Herr Johnen wünscht eine Erklärung der Partei. Auch ich muß davor warnen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sich nach dem Artikel 6 die Bundesrepublik in die Entscheidung der Bevölkerung nicht einmischen soll.[46] Wir haben uns bisher strikte daran gehalten. (*Adenauer:* Lieber Herr Altmeier! Wer hat denn eine Million Mark dahingegeben? Lassen wir doch ruhig sein!) Die ist vorher gegeben worden! (*Adenauer:* Sie wirkt aber jetzt noch!) Wir haben bisher zu dem Ja oder zu dem Nein, obwohl das sehr schwer war, in der Öffentlichkeit kein Wort verlauten lassen. Die Partei hat aber in einigen Fällen – darüber haben wir eingehend gesprochen – diese im Artikel 6 festgelegte Einmischung ... (*Adenauer:* Tut das auch Ihre Geschäftsstelle?) Ja, auch! Ich darf auf folgendes hinweisen: Ich unterscheide sehr stark zwischen der Gründung der CDU an der Saar, die durch das Abkommen möglich geworden ist[47], und dem einen Auftrag, den sie nun hat wegen des Referendums. Ich hätte wohl Begrüßungstelegramme nach Saarbrücken geschickt, weil ich der Auffassung bin, daß die Gründung einer CDU an der Saar nichts zu tun hat mit der Stellungnahme zum Referendum.

Aber wir sind von der Saar weggeblieben, weil mir damals telefonisch mitgeteilt wurde, der Bundeskanzler wünscht das nicht, die Hohen Kommissare haben – so heißt es wörtlich – schon in der bloßen Anwesenheit einer CDU-Persönlichkeit eine Einmischung in den Abstimmungsakt erblickt. Aber auf der anderen Seite muß ich sagen, dann sollten wir auch diesen Nichteinmischungsparagraphen bis zum Ende durchführen.

Ich unterscheide auch, ebenso wie Herr Hellwig, zwischen der Annahme des Saarabkommens, d.h. der Ratifizierung dieses Gesetzes, und dem Saarstatut selbst. Ich gehöre zu denen, die bis zuletzt gegen das Saarstatut waren. Auf der mehrfach zitierten Parteiausschußsitzung war ich einer der drei, die dagegen gestimmt haben. Ich gehöre auch zu denen, und das war nicht leicht, die im Bundesrat dem Saarstatut zur Annahme verholfen haben[48], und zwar deshalb, weil durch dieses Abkommen

46 Druck: SCHMIDT 3 S. 687.

47 Zulassung am 23. Juli 1955 (SCHMIDT 3 S. 168); Gründungsversammlung am 7. August 1955, auf der das Statut abgelehnt wurde (EBD. 1 S. 339, 3 S. 341).

48 133. Sitzung des Bundesrates vom 10. Dezember 1954 (Sten.Ber. BR 1954 S. 372) sowie 138. Sitzung vom 18. März 1955 (Sten.Ber. BR 1955 S. 56f.).

die politische Freiheit wiederhergestellt wurde und der Saar nunmehr die Möglichkeit gegeben worden ist, ja oder nein zu sagen.

Es ist sogar so, daß damals, als Herr Zimmer und ich unsere Bedenken bis zum Schluß vorgetragen haben und ich u.a. sagte, wir können doch für die Saarbevölkerung keine Entscheidung fällen, gesagt worden ist, Sie fällen ja nicht die Entscheidung, sondern Sie schaffen durch die Annahme des Saarabkommens nur die Voraussetzungen, damit die Bevölkerung an der Saar durch ihr Ja oder durch ihr Nein selbst die Entscheidung fällen kann.

Herr Hallstein hat uns damals für unseren Wahlkampf ausdrücklich hier ein Plakat in die Hand gegeben, eine sehr gute Aufstellung der Gründe, die für die Annahme des Saarstatuts sprechen. Da heißt es wörtlich, daß die Gegner behaupteten, die Bevölkerung an der Saar habe keine echte Entscheidungsfreiheit; denn sie könnte nur in diesen drei Monaten für oder gegen das Statut stimmen. Es heißt in dieser Verlautbarung des Auswärtigen Amtes: „Wenn die Bevölkerung an der Saar von sich aus dieses Statut ablehnt, dann sind neue Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich notwendig und möglich. Wenn die Bundesrepublik das Saarstatut ablehnt, dann ist an der bisherigen Situation nichts geändert, und der saarländischen Bevölkerung wird das Recht der eigenen Entscheidung weiterhin vorbehalten."

Diese klare Unterscheidung zwischen der Annahme des Saarabkommens ... (*Adenauer:* Kann ich das bekommen, „notwendig und möglich"?) Das steht hier. Das haben wir im Wahlkampf gebraucht, wenn die Einwände kamen. Das steht drin. Ich gestehe offen, das war der Grund, der mich gewissensmäßig veranlassen konnte, zu dem Saarabkommen ja zu sagen, weil ich dadurch keine Bindung eingegangen bin, sondern die Entscheidung der Bevölkerung überlassen habe.

Das zweite ist folgendes: Es war von Herrn Ney die Rede. Wir haben oft mit den Leuten von der Saar zusammengesessen; das letzte Mal kurz vor Ihrer Abreise, wo wir ihnen zum Ausdruck gebracht haben, daß nach Ihrer Rückkehr mit den Herren vom Saargebiet eine gemeinsame Sitzung stattfinden sollte. Ich höre, daß eine solche Besprechung mit Herrn Ney beabsichtigt war. (*Adenauer:* Verabredet!) Mir war nichts davon bekannt, obwohl gesagt wurde, daß Herr Kaiser, Herr Zimmer und ich mit den Leuten von der Saar zusammenkommen sollten, um sich in zwei Stunden oder auch in zwei Tagen zusammenzuraufen.

Ich weiß nicht, Herr Johnen, ob Sie im Laufe der letzten Monate an der Saar waren. Ich bestreite die Darstellung, daß der Herr Schneider – das ist gesagt worden – durch seine Entscheidung die ganze Bevölkerung an der Saar für sich gewonnen hätte. An dem Tatbestand, daß die Bevölkerung an der Saar in dem Augenblick, wo sie die Freiheiten bekam, nun radikal geworden ist und einfach alle Gründe zusammengetragen hat, kommen wir nicht vorbei. Es hieße, sich gegen einen Strom stellen, wenn man rückschauend in Betrachtungen eintreten wollte. Die Leute haben zehn Jahre lang nichts zu sagen gehabt, sie wurden drangsaliert, diese Bauern, diese einfachen Berg- und Hüttenarbeiter mit ihren Familien. Das geht bis in die Familien hinein.

Seien Sie davon überzeugt, und glauben Sie uns das, wir kommen an die Saar, wir sprechen mit den Leuten, es hätte sich gar keine CDU dort zu gründen brauchen, wenn sie sich von vornherein auf den Standpunkt des Ja gestellt hätten. Wie oft haben wir mit den Leuten von der Saar zusammengesessen und mit ihnen gerungen, mit Leuten aus allen Kreisen, aus der Gewerkschaft, aus Handel und Gewerbe. Sie haben es sich nicht leichtgemacht, sondern sie haben lange mit uns darüber debattiert, bis sie am 7. August zu ihrem Nein zu diesem Statut gekommen sind.

Wenn ich eins bedaure, dann ist es das, daß wir seit Jahr und Tag hier in diesem Kreis ohne die Vertreter der Saar gesessen haben. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, die Leute schon seit Jahr und Tag nach hier einzuladen. (*Adenauer:* Sie haben vollkommen recht!) Wir haben immer ohne sie gesprochen; sie sind auch heute nicht dabei. Wir sprechen zwar über die Saar, aber niemand ist hier, der einmal sagen könnte, wie die Situation in diesem Augenblick aussieht. Ich bin deshalb der Meinung, daß es absolut falsch ist, von einem Nationalismus zu sprechen. Wenn Nationalismus gleichbedeutend ist mit der Besorgnis, daß jemand durch eine Abstimmung ins Schlittern kommt und aus seinem Vaterland herausgerissen wird, wenn das Nationalismus ist, dann, glaube ich, sind wir schließlich alle Nationalisten.

Die französische Regierung hat vor einigen Wochen nochmals sehr klar erklärt, daß sie keinen Friedensvertrag annehmen wird, in dem diese Autonomie der Saar, die jetzt eine vorläufige ist, nicht eine endgültige Verankerung gefunden hat.

Adenauer: Wo hat das die französische Regierung gesagt? Das geben Sie mir bitte an; dann werde ich mich sofort an die französische Regierung wenden. (*Kaiser:* Herr Pinay hat in einer ...) Das halte ich für ganz ausgeschlossen. Ich habe eben ein Telegramm bekommen über Besprechungen zwischen Brentano und Pinay über die Saarfrage. Danach halte ich das für restlos ausgeschlossen. Das haben die niemals gesagt! (*Altmeier:* Das ist gebracht worden, und es wurde im Wahlkampf verwendet. Ich glaube, „Le Monde" hat es geschrieben. – *Zurufe:* Ach, „Le Monde"! – *Unruhe.* – *Altmeier:* Das ist die reinste Erpressung! D.h. Vogel friß oder stirb!) Das hat Herr Schuman auch erklärt. (*Altmeier:* Die Rede des Herrn Schuman war genauso bedauerlich! – *Anhaltende Unruhe.*) Nach meiner Meinung reden wir völlig aneinander vorbei. Ich urteile weder über Herrn Schuman noch über „Le Monde", ob moralisch oder nicht moralisch, ob klug oder nicht klug, sondern ich benutze diese Kundgebung nur dafür, um Ihnen zu sagen, wie die Stimmung in Frankreich ist. Und daran kommen Sie nicht vorbei: Ohne die Zustimmung einer französischen Regierung können Sie nichts ändern. Das ist doch die Tatsache, die man sehen muß.

Altmeier: Ich darf ein Wort zur Ehrenrettung unserer Parteifreunde an der Saar sprechen. So wie es dargestellt worden ist, ist es nicht, auch nicht bei dem Herrn Ney. Im übrigen kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, daß die Leute an der Saar anderer Auffassung sind! Sie sagen: An einer Mehrheit von 60 bis 65 % kann in demokratisch regierten Ländern einfach niemand vorbeisehen. Deshalb sind wir der Auffassung, daß nach dem Nein eine neue Situation geschaffen wird, mit der man sich beschäftigen muß.

Es würde dem Herrn Hoffmann sehr schwer anstehen, weiterhin gegen eine solche Mehrheit zu regieren. Die Leute an der Saar sind zwar der Auffassung, daß es dem Herrn Hoffmann nicht gelingen wird, sie fügen aber hinzu, man solle lieber die Partei stark machen; denn es könnten demnächst wieder neue Landtagswahlen stattfinden, und dann werde man weitersehen. Ich referiere: Ich weiß es vom kleinen Mann an der Saar aus eigener Anschauung. Ich warne dringend davor, daß sich die Partei vor dem 23. Oktober noch einmal einmischt. Diese Einmischung hat soundso oft stattgefunden.

Die Partei kann sich aufgrund des Artikels 6 nicht einmischen. Sie kann nicht noch einmal eine Parole herausgeben. Sie sollte sich draushalten, wie es uns ja leider im Artikel 6 vorgeschrieben ist. Ich hätte mir vorstellen können, dieses Einmischungsverbot wäre nicht ergangen. (*Adenauer:* Aber lieber Herr Altmeier! Das habe ich vorgeschlagen, weil Frankreich alles in den Händen hatte und weil ich nicht wollte, daß Frankreich sich einmischte!) Das haben sie auch jetzt noch! (*Adenauer:* Damals war Herr Grandval noch da. Den haben wir beseitigt![49])

Wenn das Einmischungsverbot nicht bestünde, dann hätten wir die Möglichkeit gehabt, an die Saar zu gehen und mit den Leuten zu sprechen. Ich weiß nicht, ob es dadurch möglich gewesen wäre, eine andere Situation herbeizuführen. Herr Bundeskanzler! Wir bekommen viele Briefe aus dem Land. Es ist nicht so, daß die Parteifreunde im Land etwa zufrieden damit wären, daß wir nun diese verschiedenen Erklärungen in dieser massiven Form der Einmischung haben; denn sie bringen uns in Rheinland-Pfalz die ganze Partei durcheinander. (*Adenauer:* Sie haben mir selbst erklärt, Sie hätten sich bei der letzten Wahl davon überzeugt, daß die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz durchaus zufrieden sei. Das haben Sie mir selbst gesagt!) Das ist auch richtig, und zwar deshalb, weil wir den Leuten die Gelegenheit gegeben haben, durch die Schaffung der politischen Freiheiten nun ihre Entscheidung zu treffen; aber hier handelt es sich darum, daß wir glauben, wir müßten ihnen, weil sie jetzt die Entscheidung treffen sollen, ein Ja aufoktroyieren, während sie nach dem Statut ja oder nein sagen können. Ich bin der Auffassung, daß sich jeder innerhalb des Statuts bewegt, ob er nun ja oder nein sagt. Ich warne die Partei davor, irgendeine Erklärung in dieser Frage herauszugeben. Das würde die Geister an der Saar heillos verwirren. Sie sollten etwas auf die hören, die mit den Leuten an der Saar immer wieder in Tuchfühlung geblieben sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich habe nun den Herrn François-Poncet hier, aber nicht wegen der Saar! Ich gebe ihm heute ein Abschiedsessen. Ich muß also in einer halben Stunde gehen.

Majonica: Wir sind unglücklich über das Klima, das an der Saar entstanden ist. So wie es im Augenblick ist, kann es nicht weitergehen. Ich habe das Gefühl, daß das Klima von hier aus vorbereitet worden ist. Gewisse Äußerungen des sogenannten

49 Grandval war am 21. Juni 1955 zum französischen Generalresidenten in Marokko ernannt worden (AdG 1955 S. 5216).

Deutschen Saarbundes[50] haben uns Politiker und die Person des Herrn Bundeskanzlers in einer Art und Weise diffamiert, wie das von sozialdemokratischer Seite bisher niemals der Fall gewesen ist.

Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Am 23. Oktober findet die Abstimmung an der Saar statt. Am 27. Oktober beginnt in Genf die Viermächtekonferenz. Ich bin der Meinung, daß durch eine schlechte Abstimmung an der Saar die französische Haltung auf der Viermächtekonferenz ungünstig beeinflußt wird gerade im Hinblick auf das Hauptanliegen, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

Johnen: Daß die Saarbevölkerung frei abstimmen kann, ist selbstverständlich; aber es braucht nicht unbedingt ein Nein zu sein, es kann auch ein Ja sein. Kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Ja das Beste ist, dann muß man es empfehlen. Die Saarbevölkerung muß sehen, daß das Ja oder das Nein Rückwirkungen auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich hat. Wenn die Bevölkerung das nicht sieht, dann müssen wir es ihr sagen. Die Frage ist: Müssen wir als Bundes-CDU auf diese internationalen Folgen aufmerksam machen? Sind wir nicht verpflichtet, das zu tun? Oder umgekehrt: Wenn wir schweigen, haben wir damit nicht genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir eigentlich wollen? Wir müssen die Frage hier beurteilen. Sind wir nicht verpflichtet zu sagen, im Interesse Gesamtdeutschlands wäre ein Ja besser? Dann kann die Bevölkerung immer noch frei abstimmen; aber haben wir nicht einen Fehler begangen, wenn wir das nicht tun? Für uns als Bundes-CDU ist uns aufgetragen, echt darüber zu entscheiden: Ist es richtig, das klar herauszustellen, oder ist es richtig zu schweigen, wobei ich persönlich auf dem Standpunkt stehe, daß das Schweigen in diesem Falle die lauteste Sprache ist in diesem Augenblick.

Adenauer: Ich möchte daran anknüpfen! Glauben Sie mir, ich kann Ihnen jetzt unmöglich das Letzte sagen, aber das eine sage ich Ihnen: Wenn an der Saar am 23. Oktober mit Nein gestimmt wird, dann wird die außenpolitische Situation in Genf außerordentlich erschwert, und zwar brauchen Sie da nicht etwa zu sagen: Der Herr Pinay ist ein nichtsnutziger Mann, der Herr Pinay hat uns nicht zur Seite gestanden. Ich habe vor Pinay die größte Hochachtung. Aber die öffentliche Meinung in Frankreich betrachtet das als eine Ohrfeige, buchstäblich, und jede Regierung und jeder Außenminister wird bei einer Verhandlung fünf Tage darauf, bei der es sich um Deutschland handelt, eine Haltung einnehmen müssen, die Rücksicht nimmt auf die Stimmung des eigenen Landes. Das ist die nackte und einfache Situation.

Hellwig: Völlig außerhalb unseres Kreises ist eine ganz erhebliche Ablehnung dieser Regierung und des Abkommens in der Gewerkschaftsbewegung, und zwar nicht nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern überhaupt festzustellen, weil diese Regierung, um ein willfähriges Instrument zu haben, praktisch die Gewerkschaftsbewegung zerschlagen hat. Man muß sehen, daß die Saararbeiterschaft

50 Gegründet am 30. März 1952 in Wiesbaden; Zweck war u.a. die „intensive Heimatpflege aller außerhalb des Saargebietes ansässigen Saarländer" und die „Pflege der Verbundenheit der Mitglieder des Bundes mit der Bevölkerung an der Saar" (SCHMIDT 1 S. 527, 606).

durch die Zerschlagung der Gewerkschaften bei den zum Teil regierungshörigen ... (*Adenauer:* Diese Regierung wollen wir doch entfernen!) Das ist die Haltung der breiten Masse! (*Unruhe. – Zuruf:* Sie befestigen doch diese Richtung!)

Der Deutsche Saarbund, gegen dessen Aktivität und Äußerungen ich mich stets gewehrt habe[51], hat diese Aktivität nicht von hier aus ins Saargebiet getragen, sondern es ist umgekehrt, vom Saargebiet aus, und zwar aus allen Bevölkerungsschichten ist immer wieder beim Saarbund versucht worden, eine noch schärfere Sprache zu erreichen. Ich habe verbürgte Mitteilungen von führenden Franzosen aus dem Saargebiet, die als verantwortlich für die heute wachsende Nein-Stimmung Herrn Hoffmann ansehen, die besagen, Herr Hoffmann muß weg. Wenn Hoffmann sich nicht so blödsinnig exponiert hätte, würde das Ja für das Abkommen nicht gefährdet gewesen sein. (*Adenauer:* Das habe ich den Franzosen auch gesagt!) Das ist die französische Haltung. Deswegen wäre die Frage des Rücktritts von Hoffmann noch vor dem Referendum eine Überlegung wert, die wir aber nicht in diesem Kreise führen können.

Zum Fall Röchling! Ich bin sehr überrascht von Ihren Ausführungen. Meine sehr genauen persönlichen Kenntnisse der Familie und des verstorbenen Kommerzienrates, aber auch der Verhandlungen, die nicht nur ein Jahr, sondern viele Jahre liefen, haben bei mir Zweifel hinterlassen, ob Ihre Beurteilung richtig ist. (*Adenauer:* Ich habe mit ihm nicht gesprochen, sondern Herr Abs hat führend mit ihm gesprochen, während Herr Pinay bei mir war. Gestern abend hat Herr Abs das wörtlich erklärt und mir die Erlaubnis gegeben, davon Gebrauch zu machen. Bitte, wenden Sie sich an Herrn Abs!)

Ich behalte mir vor, das mit den Angehörigen der anderen Seite zu klären; denn das hat der verstorbene Herr Röchling nicht verdient, daß unter der summarischen Bezeichnung „das Verhalten der Röchlings" nun nachträglich auf ihn, der tot ist, noch ein Tadel gelegt wird, den er sicher nicht verdient hat. (*Adenauer:* Ich habe das schon früher gesagt, als er noch lebte, und wenn man uns zwingt, 200 Millionen für ein Objekt zu bezahlen, das 130 Millionen wert ist, dann ist das keine Vaterlandsliebe!) Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, über die Bewertung des Werkes bin ich unterrichtet. Der Herr Bundesfinanzminister hat mir gesagt, daß der Ertragswert des Werkes überraschend hoch sei und daß er vermutlich bei 220 bis 230 Millionen DM liege. (*Adenauer:* Wer hat das gesagt?) Der Bundesfinanzminister! Das ist etwa einen Monat vor den Ferien gewesen. (*Adenauer:* Ich werde den Herrn Schäffer fragen, und bitte fragen Sie den Herrn Abs!)

Zimmer: Auch ich möchte sagen, daß ich vor der angeregten Stellungnahme aus verschiedenen Gründen ebenso dringend warnen muß. Der Herr Bundeskanzler hat in Bochum ein sehr starkes Wort gesprochen.[52] Wir haben darüber am 3. September

51 Hellwig war 1952/53 2. Vorsitzender, ab 19. April 1953 Beisitzer (SCHMIDT 1 S. 527f.).

52 Adenauer hatte am 2. September 1955 beim 10jährigen Jubiläum der CDU Westfalen in Bochum gesprochen und für eine Zustimmung zum Saarstatut plädiert (AdG 1955 S. 5332; BULLETIN vom 6. September 1955 S. 1389f.).

eine Unterredung gehabt. Dieses Wort des Herrn Bundeskanzlers ist an der Saar nach unseren Erfahrungen nicht ohne Einwirkung geblieben. Es ist offensichtlich, daß Ihr Ja viele Leute, die bis dahin entschlossen waren, nein zu sagen, zumindest schwankend gemacht und seither sich die Nein-Ziffer zweifellos verringert hat.

Stärker als Ihr Wort ist das Wort der Partei nicht mehr. Wenn die Partei heute ein Wort als Parteivorstand oder als Parteiausschuß sagt, und es kommt dann trotzdem ein Nein, dann wird eine außerordentlich schwierige innenpolitische Situation eintreten. Ihre Befürwortung zum Ja war für Sie notwendig aus den Erwägungen, die ich schon damals angedeutet habe. Es war Ihre Überzeugung und auch außenpolitisch für Sie ein absolutes Erfordernis für die künftigen Verhandlungen, insbesondere gegenüber Genf. Sie haben zu Ihrem Wort gestanden. Sie haben alles getan, was in Ihren Kräften stand, um der Bevölkerung ein Ja nahezulegen. Mehr zu tun dadurch, daß der Parteivorstand oder der Parteiausschuß die Saarbevölkerung auffordert, von der ihr gegebenen Freiheit so Gebrauch zu machen, daß sie mit Ja stimmt, halte ich für äußerst bedenklich; denn ich fürchte, daß diese erneute Aufforderung an der Saar nicht mehr über die Wirkungen, die Sie bereits erzielt haben, hinausgehen wird. Ich empfehle dringend, den Dingen an der Saar jetzt ihren Lauf zu lassen.

Es ist im Augenblick unklar, wie die Chancen sind. Man kann der Meinung sein, wenn man die Dinge an der Saar nicht stört, daß sich ein Ja herausentwickelt. Man kann auch der Meinung sein, es kommt ein schwaches Nein heraus. In jedem Fall ist dann das demokratische Prinzip der Freiheit, unter dem wir in Westeuropa unsere gesamte Politik machen, gewahrt. (*Adenauer:* Wenn wir den Mund halten! Und wenn wir sprechen: nicht? Wenn eine Partei etwas empfiehlt!) Wenn wir der Saarbevölkerung in jedem Fall nunmehr die Freiheit lassen und nicht mehr die bereits von anderer Stelle ausgesprochenen Pressionen durch unsere Empfehlung unterstreichen! (*Adenauer:* Lieber Herr Zimmer! Wenn das eine Partei nicht einmal mehr tun kann!) Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, woher wir die Legitimation nehmen. (*Adenauer:* Weil wir die Hilfe Frankreichs am 27., 28. und 29. Oktober in Genf brauchen!) Herr Bundeskanzler! Und wenn nun trotzdem ein Nein herauskommt?

Adenauer: Dann in Gottes Namen, aber dann haben wir das Unserige getan! – Herr Zimmer! Lassen Sie mich folgendes sagen: Es handelt sich nicht um mich dabei. Sie haben gesagt: Sie haben das Ihrige getan. Darum handelt es sich nicht. Ich habe es sogar abgelehnt, nach Bochum zu gehen. Aber Ende Oktober, und zwar einige Tage nach der Saarabstimmung, steht für uns viel mehr auf dem Spiel als für die Saar. Machen Sie sich das bitte einmal klar!

Wir sind doch einfach angewiesen auch auf Frankreich! Wir sind doch angewiesen auf Amerika! Wir sind doch angewiesen auf London! Das State Departement hat den Staatssekretär Merchant[53] z m r geschickt und mir mitteilen lassen, sie seien in größter

53 In der Vorlage: Murchison. – Livingston Tallmadge Merchant (1903–1976), 1953–1956 und 1958–1959 Assistant Secretary of State, 1956–1958 und 1961–1962 Botschafter in Kanada, 1959–1961 Unterstaatssekretär. – Merchant war am 31. August 1955 bei Adenauer und von Brentano („Die Welt" vom 1. September 1955).

Besorgnis wegen der Folgen der Saarabstimmung. Verstehen Sie mich doch einmal, und treiben Sie wirklich nicht die Politik so einseitig.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Es sieht nicht so aus, als ob wir ... (*Adenauer:* Sie wollen uns davon abhalten, etwas zu tun!) Ja, weil wir das nicht für richtig und nicht für nützlich halten! Wir haben uns am 5. September auf Ihren Wunsch hin die größte Mühe gegeben, den Herren die außenpolitische Situation klarzumachen. Wir wollten in die damals gefaßte Entschließung einen abgemilderten Satz hineinbringen, der nicht auf ein entschiedenes Nein hinauslief.[54] Aber die Delegierten haben verlangt, daß dieser Satz gestrichen würde. Wir kamen nicht durch! Dann haben wir gesagt, dann schaffen Sie wenigstens formelle Erklärungen und ein vernünftiges Programm und die Voraussetzungen für eine vernünftige außenpolitische Situation, indem Sie etwa sagen: Wir verkünden, daß wir [uns] die Außenpolitik der Bundesregierung im Verhältnis zu Frankreich politisch und wirtschaftspolitisch zu eigen machen, auch dann, wenn das Statut als solches mit Nein beantwortet würde, und zwar deshalb, weil es nicht gleichgültig ist, was die größte Partei mit 55 % oder 53 % sagen wird.

Ich bin der Meinung, eine erneute Aufforderung im Sinne Ihrer Politik, durch den Bundesparteivorstand ausgesprochen, wird an der Saar vielleicht das Gegenteil bewirken; bei einem Teil sicher, bei einem anderen Teil vielleicht nicht. Vielleicht kommen Sie besser zum Ziel, wenn in anderer Weise gearbeitet wird, ohne daß die Saarbevölkerung glaubt, sie werde – mittelbar oder unmittelbar – unter Druck gesetzt.

Die Leute haben an sich den besten Willen, Ihre Außenpolitik mitzumachen. Aber seit Wochen ist von der anderen Seite diese Fragestellung verfälscht worden, und das bekommt man aus dem größten Teil der Bevölkerung nicht mehr heraus. Ich bitte herzlich, Herr Bundeskanzler, (*Adenauer:* Ich weiß nicht, warum Sie es nicht machen!) nicht von diesen Ressentiments aus Entschließungen zu fassen. Wir selbst tragen schwer daran. Herr Bundeskanzler! In diesem Saal habe ich mich im Mai für das Ja eingesetzt bei den Herren Saarvertretern. Ich habe den Herren gesagt, Sie müssen so und so prozedieren; und ich hatte den Eindruck, daß zumindest ein großer Teil dafür gewonnen war. Die Herren waren des besten Willens und glaubten, mit dem Ja bei ihren Leuten durchzukommen. Es war ein elementares Aufbrechen. (*Adenauer:* Nun ist das vorbei, das Aufbrechen. Die Leute werden ruhiger. Warum sollen wir nicht etwas nachhelfen? Es steht viel mehr auf dem Spiel, als einer von uns verantworten kann!)

---

54 Am 5. September 1955 schlossen sich die CDU Saar, die Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP) und die Demokratische Partei (DPS) zum Deutschen Heimat-Bund zusammen. Die genannte Entschließung ist unterzeichnet von Dr. Hubert Ney (CDU), Kurt Conrad (DSP) und Dr. Heinrich Schneider (DPS). Vgl. SCHMIDT 3 S. 352. – Das erwähnte Gespräch vom 5. September, das aufgrund einer Unterredung Adenauers mit Kaiser anberaumt worden war, fand zwischen Altmeier, Kaiser, Zimmer und „maßgeblichen Herren der CDU Saar" statt; zu einer Änderung ihrer Haltung war die CDU Saar nicht bereit (vgl. Kaiser an Adenauer vom 6. September 1955 – Druck: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot, hrsg. von Tilman MAYER. Köln 1988 S. 622f.).

Wuermeling: Ich habe Verständnis für den Standpunkt wegen des Nichteinmischungsparagraphen, daß man sagt, wir wollen nicht ein Ja empfehlen. Wir haben aber ein Interesse daran, daß die Haltung und Stellungnahme der Bundes-CDU und des Bundeskanzlers nicht mißbraucht werden. Deshalb könnten wir hier eine Entschließung etwa des Inhalts veröffentlichen, daß niemand berechtigt ist, sich bei einem Nein zum Saarstatut auf die Christlich-Demokratische Union Deutschlands zu berufen, daß wir also das Nein in jedem Falle als nicht mit unserer Auffassung in Einklang stehend betrachten. Dazu sind wir berechtigt, weil die Äußerungen des Bundeskanzlers mißbraucht werden.

Adenauer: Mit welchem Recht nennen Herr Ney und seine Leute sich Christlich-Demokratische Union? Die haben sich nie bei uns angemeldet! Sie haben keine Verbindung mit uns. (*Kaiser:* Auf Ihren Wunsch ist die Gründung der Christlich-Demokratischen Union an der Saar erfolgt!) Ich habe gesagt, sie sollen sich mit den anständigen Leuten von der CVP zu einer großen Partei vereinigen, was nach meiner Meinung das einzig Richtige gewesen wäre.

Lassen wir offen sprechen, meine Herren! Wie es mir von Herren hier gesagt worden ist, ist doch alles nur gescheitert an dem Eigensinn und dem Stolz des Herrn Ney. (*Altmeier:* Nein! Nein!) Doch! Wer hat mir gesagt, daß der Mann wie ein Diktator regiert? Sie, Herr Altmeier und Herr Zimmer! Und daß Sie versuchen, ihm einen Vorstand zu geben, damit die Dinge in Ordnung gingen. (*Altmeier:* Das haben wir auch gemacht! Aber alle haben sie nein gesagt! Die haben in ihrem Vorstand angesehene Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Bevölkerung: Beamte und Oberverwaltungsdirektoren, Arbeiter und Christliche Gewerkschaften![55]) Ob Beamte oder Oberverwaltungsdirektoren ist total gleichgültig, eine Stimme ist nota bene wie die andere, und Oberverwaltungsräte brauchen politisch wirklich nicht befähigt zu sein. Für uns handelt es sich doch darum, daß wir für unser Land uns nicht durch Torheiten die Sache verderben lassen. Jetzt sind wir auf dem besten Wege dazu!

Hellwig: Wenn eine Äußerung als notwendig angesehen würde – ich persönlich kann mich dieser Auffassung nicht anschließen –, so sollte es folgender Gedanke sein: Die CDU sieht mit größter Besorgnis, daß die Fragestellung, zu der die Saarbevölkerung sich äußern soll, durch Vorgänge, die außerhalb ihres Einflußbereiches liegen, verfälscht worden ist, so daß sie daher eine Ablehnung dieses Abkommens vorschlägt; denn andernfalls würde eine solche Verhärtung in der deutsch-französischen politischen Atmosphäre eintreten, die im Hinblick auf die Genfer Konferenz höchst bedenklich wäre.

Kaiser: Ich habe nur den Wunsch, daß es morgen zu keiner Saardebatte kommt. Herr Johnen, Ihre Auffassung in allen Ehren, aber ich würde Sie bitten, sich mit den Verhältnissen an der Saar und mit dem Denken der Menschen dort etwas mehr vertraut zu machen. Dann würden Sie die Anregung nicht gegeben haben.

---

55 Zusammensetzung des Vorstands vom 7. August 1955 in SCHMIDT 1 S. 339, berufliche Zuordnung S. 282ff.

Der Herr Bundeskanzler hat sein Wort in Bochum geprochen. Das genügt. Herr Altmeier ist von Saarbrücken zu Hause[!], der Innenminister Zimmer ist von der Saar zu Hause[!], und Herr Hellwig ist ein Saarländer ... (*Adenauer:* Und schließlich bin ich Rheinländer und bin Deutscher!) Wir waren doch im Einverständnis mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit den Leuten zusammen. Das waren die Repräsentanten von 700 Delegierten der Christlich-Demokratischen Union. Und diese hatten den einfachen Wunsch, daß nichts geschehen möge, was sie aus Deutschland herausdrängt. Wir sind nach gewissenhaftester Prüfung aller Dinge zu dem Schluß gekommen, daß wir nein sagen müssen!

Ich habe dem Kanzler gesagt, was der französische Ministerpräsident und was Pinay am 30. März in der französischen Kammer gesagt haben.[56] Und die Leute an der Saar sagen: Nein, das wollen wir nicht; wir wollen deutsch bleiben! Nun habt ihr in Gottes Namen drüben in Bonn Verständnis dafür und sucht auch eurerseits dazu beizutragen, auch der Herr Bundeskanzler, für diese Treue zum Vaterland. Es wird leicht gesagt, das sind pathetische Worte. So ist es aber nicht, sondern es ist der einfache Ausdruck des Volkes. Sie wollen beim Vaterland bleiben oder zum Vaterland zurückkehren, und zwar mit allen Konsequenzen. Sie sind sich der Konsequenzen vollkommen bewußt. Sie sagen, wir werden bei unserem Nein bleiben, aber habt bitte Verständnis dafür. Es sind 950.000 Menschen drüben. Lassen wir sie doch darüber entscheiden!

Majonica: Ich möchte vorschlagen, daß, wenn eine Verlautbarung erfolgt, sie nicht durch den Parteiausschuß, sondern durch den Parteivorstand gegeben wird, damit wir keine Saardebatte bekommen. Zum Inhalt möchte ich vorschlagen, daß es kein Aufruf an die Saarbevölkerung sein möge, sondern daß die CDU den im Saarstatut beschrittenen Weg für den besten hält, die Saarfrage und das deutsch-französische Verhältnis zu klären.

Ich glaube, daß das eine Brücke wäre, auf der wir alle schreiten könnten. Aufgrund dieser ganzen Verhältnisse könnten sonst sehr starke Zweifel in die Vertragstreue der CDU und der Bundesrepublik gebracht werden. Unsere Vertragstreue haben wir als Abgeordnete noch einmal zu betonen. Heute wird das im Saargebiet in einer Weise dargestellt, daß ich mich und andere persönlich diffamiert und angegriffen fühle. (*Altmeier:* Das ist wiederum nicht wahr, das ist unerhört, was Sie behaupten! – *Unruhe.*)

Adenauer: Ich würde mit einem solchen Vorschlag von Herrn Majonica einverstanden sein. Ich glaube, wenn sich die Mehrheit dafür ausspricht, dann könnten wir einige Herren beauftragen, das zu formulieren.

Altmeier: Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Ich erhebe meine warnende Stimme gegen eine Erklärung der CDU – das habe ich vor einigen Wochen Herrn Dr. Krone auch gesagt –, die unserer Auffassung nicht entspricht. In diesem Falle

56 Vgl. L'Année Politique 1955 S. 358–361.

möchte ich auch die Freiheit bekommen, selber Erklärungen abzugeben. Wir haben bisher nichts gesagt.

Adenauer: Herr Altmeier! Geben Sie Erklärungen ab, welche Sie für richtig halten! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir stimmen ab. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, (*Weber:* Ich enthalte mich der Stimme. – *Hellwig:* Darf ich noch etwas sagen! – *Unruhe.*) eine Hand zu erheben, und zwar im Sinne der Erklärung von Herrn Majonica. – Das sind 15. – Wer ist dagegen? – Das sind 5. – Wer enthält sich? – Das sind 6.

Das Wort hat Herr Hellwig.

Hellwig: Herr Majonica hat zur Begründung seines Antrages Ausführungen gemacht, daß er oder andere Abgeordnete, die das Abkommen angenommen hätten, im Saargebiet angegriffen und diffamiert würden. Ich glaube, das trifft nicht zu. Ich kann das ganz deutlich sagen; denn auch meine Haltung, die noch problematischer für meine Landsleute war, wurde verstanden, weil die Zustimmung zu dem Abkommen im Bundestag erst die Möglichkeit der freien Abstimmung der Bevölkerung freigemacht hat. Das sollte unterschieden werden.

Der Bundeskanzler verläßt den Raum.[57] – *Bundesminister Dr. Tillmanns übernimmt den Vorsitz.*

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Wir wollen also morgen, wie die Diskussion ergeben hat, im Parteiausschuß nicht zu einer Saardebatte kommen. Wir wollen uns darum bemühen, aber wenn die Angelegenheit vom Parteiausschuß vorgebracht wird, werden wir es nicht verhindern können.

Wir wollen versuchen, im Anschluß an die Parteiausschußsitzung eine endgültige Formulierung vorzunehmen. Ich hoffe, daß die Formulierung so gefunden werden kann, daß auch die Freunde, die sich enthalten haben und die dagegen gestimmt haben, dann zustimmen können. (*Unruhe und teilweise Widerspruch. – Zimmer:* Ich halte diesen Beschluß für so bedenklich, daß ich nicht mehr in der Lage bin, den Beratungen weiter beizuwohnen! – *Zurufe:* Oho! – *Unruhe.* – *Kaiser:* Das ist keine Politik, die wir treiben! – *Weber:* Ich habe mich der Stimme aus wohlerwogenen Gründen enthalten. Ich möchte wissen, ob das als Parteivorstandsmeinung herausgehen kann bei einer Mehrheit von 14 oder 15 Stimmen gegen 5 Stimmen und 6 Enthaltungen. Das ist nach meiner Meinung unmöglich. – *Anhaltende Unruhe.*) Bitte Ruhe! Meine Damen und Herren! Ich habe vorgeschlagen, daß wir jetzt nichts sagen, sondern morgen im Anschluß an die Sitzung des Parteiausschusses versuchen sollten, in einer kleinen Gruppe ... (*Altmeier:* Wir kommen morgen nicht!) Wenn ich nun die Aufgabe habe, meine Freunde, jetzt eins zum Ausdruck zu bringen, dann darf ich bei allem Verständnis für die persönlichen Erregungen doch sagen, daß wir einander respektieren sollten. Und wenn wir uns einander ernsthaft respektieren, liebe Freunde

57 Das Abschiedsessen für François-Poncet begann um 19.30 Uhr (TERMINKALENDER).

– Herr Zimmer, nehmen Sie es mir nicht übel –, dann darf man nicht sagen: Dann verlasse ich die Sitzung und mache nicht mehr mit.

Ich richte daher nochmals meine ernste Bitte an Sie, daß wir uns doch gegenseitig respektieren, auch wenn wir in einer ernsten politischen Meinungsverschiedenheit sind, bei der auf jeder Seite eine wohlfundierte politische Auffassung zugrunde liegt. Deshalb sollten wir das Gespräch fortsetzen.

Zimmer: Ich habe am 5. Februar in ernstester Weise die Voraussetzungen für ein Ja zum Abkommen dargelegt. Ich habe dringend verschiedene Dinge gefordert, übrigens auch zu dem Thema, das jetzt eine große Rolle spielt. Geschehen ist nichts. Es war in den Wind gesprochen.

Ich habe am 3. September erneut sehr eindringlich hier gesprochen.[58] Wiederum vergeblich! Wenn man den Eindruck gewinnt, daß die erkämpfte Auffassung, die man nach vierjähriger Befassung mit diesen Dingen hat – es ging los im Sommer 1951 –, nichts bedeutet, daß alles fortwährend in den Wind gesprochen ist, lieber Freund Tillmanns, glauben Sie, daß es dann noch einen Zweck hat, an den Beratungen weiter teilzunehmen, wenn man in dieser Weise – entschuldigen Sie bitte – abgewürgt wird durch eine Abstimmung, bevor überhaupt die Sache ausdiskutiert ist?

Sie haben gemerkt, wie ernst es mir um die Dinge zu tun war. Es hat sich niemand so ernst in dieser Frage seit Jahr und Tag eingesetzt. (*Tillmanns:* Meinen Sie die Saarfrage?) Ich meine die Saarfrage, so daß es wirklich keinen Zweck mehr hat. Wenn die Mehrheit die Verantwortung für diesen Schritt übernimmt, gut, ich respektiere das. Ich bin gar nicht so vermessen zu sagen, daß ich recht habe. Das weiß ich gar nicht. Ich habe es offengelassen. Aber ich bin der Meinung, daß man in anderer Weise hier die Dinge behandeln soll.

Krone: Was in Bochum gesagt wurde, war richtig. Aber was wir jetzt machen, dient nicht dem, was der Bundeskanzler will. Es ist nicht richtig, wenn Sie fortgehen, Herr Zimmer. Können wir denn nicht einen Weg finden, daß auch Sie ja sagen? Vielleicht finden wir diesen Weg bis morgen früh.

Von Fisenne: Ich muß Herrn Zimmer bitten, hierzubleiben. Wir sollten dafür sorgen, daß die Erklärung, wenn es dazu kommt, abgemildert wird. Ich halte es nicht für richtig, nun zu sagen: Wenn man überstimmt wird ... Ich kann Ihre Bedenken verstehen, aber zu sagen, ich nehme an den Beratungen nicht mehr teil, das halte ich für das Verkehrteste, was man tun kann; denn dann verschwindet letzten Endes jedes Vertrauen. Wir müssen uns auch einmal überstimmen lassen. Wir müssen zusehen können, daß unsere Meinung überstimmt wird. Wir haben doch auch unsere Gründe für unsere Meinung. Und letzten Endes wiegt das, was der Bundeskanzler gesagt hat, auch schwer. Er wünscht eine solche Erklärung, er wünscht sie im Interesse Gesamtdeutschlands und im Interesse der Genfer Verhandlungen. Das sind doch alles Dinge, die bei uns auch schwerwiegen.

58 Treffen Adenauers mit Altmeier „und den Herren der CDU" (TERMINKALENDER).

Sie kennen die Verhältnisse an der Saar besser. Für Sie kommt es auf den Wahlkampf an der Saar an. Es mag sein, daß das für Sie die entscheidenden Gründe sind, keine Erklärung zu wollen; aber die Gründe, die der Bundeskanzler uns vorgetragen hat, sind bisher nicht so entkräftet worden, daß wir uns zu einer anderen Abstimmung hätten entschließen können.

Ich muß darum bitten, daß wir weiter Vertrauen zueinander haben und daß wir nicht sagen, wenn wir überstimmt werden, machen wir nicht mehr mit. Das können wir uns als CDU nicht leisten. Ich wäre Herrn Zimmer sehr dankbar, wenn er im Interesse der Sache jetzt das Opfer brächte und weiter mitarbeitete. Wir wollen die Angelegenheit zunächst einmal überschlafen.

Tillmanns: Ich muß nun fragen, meine Damen und Herren, wie wir weiter prozedieren wollen.

Hellwig: Es ist keine Schande, wenn man unterliegt. Wenn ich den Eindruck hätte, daß die Mehrheit, die uns hier überstimmt hat, das Problem wirklich ausdiskutiert hätte, dann wäre ich damit einverstanden. Aber ich habe leider nicht den Eindruck.

Tillmanns: Damit bestreiten Sie doch dem Vorstand das Recht auf Entschließungen. Es ist unmöglich, daß die Damen und Herren, die nicht an der Saar leben, die gleiche Intensität der Kenntnisse haben wie Sie. Sie verlangen hier eine Voraussetzung, die überhaupt nicht herstellbar ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn Sie das verlangen, dann bestreiten Sie damit dem Vorstand die Möglichkeit, einen Beschluß zu fassen.

Hellwig: Ich bin der Meinung, daß wir uns hier in diesem Vorstand auch in früheren Saardebatten wirklich die ganzen Konsequenzen und Erkenntnisse nie klargemacht haben. Wenn wir das früher getan hätten, wären jetzt nicht so viele aus allen Wolken gefallen über die Entwicklung, die an der Saar eingetreten ist. Wenn unsereins aufsteht, der hier darauf aufmerksam macht, daß die Verhältnisse anders lägen, dann sind wir aufgrund einer sehr einseitigen informativen Tätigkeit des Auswärtigen Amtes als politisch nicht ernstzunehmend bezeichnet worden. Das ist doch der Grund. *(Unruhe.)*

Tillmanns: Ich stelle jetzt den Antrag, daß wir nicht in die Saardebatte eintreten. Ich darf daran erinnern, daß Sie selbst und andere hervorragende Saarexperten uns erklärt haben, daß Sie über den Aufbruch der Bevölkerung selber aufs äußerste überrascht waren. Und jetzt machen Sie uns den Vorwurf, wir hätten die Dinge früher klären müssen. Das führt uns doch nicht weiter.

Ich stelle formell den Antrag, daß wir zunächst die Debatte über die Saarfrage zurückstellen und uns dann klarwerden, wie wir prozedieren wollen, nachdem dieser Beschluß gefaßt ist. Wie können wir noch einen Weg finden, der es uns ermöglicht, in der Sache gemeinsam zu operieren? Wünscht jemand gegen den Antrag zu sprechen? Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg: Ich bin der Meinung, daß wir Ihren Antrag annehmen sollten.

Altmeier: Ich stelle den Gegenantrag, daß weiterdiskutiert wird.

Tillmanns: Daß wir diese Frage nicht weiterführen? Wie wollen wir weitermachen? Darüber müssen wir uns klarwerden.

Altmeier: Ich möchte beantragen, daß wir darüber abstimmen, ob wir weiterdiskutieren. Ich habe das Gefühl – und das wird mir niemand bestreiten können –, daß die Abstimmung eben etwas abrupt gekommen ist. Ich unterstreiche jedes Wort. Wir kommen vielleicht doch weiter, wenn wir jetzt noch eine Zeitlang debattieren. Was wollen Sie denn morgen machen?

Tillmanns: Es ist nicht möglich, jetzt weiterzudiskutieren, und zwar aus zeitlichen Gründen und auch aus dem einfachen Grund, weil der Bundeskanzler nicht hier ist. Sonst möchte ich bitten, daß ein anderer die Verhandlung führt. Der Bundeskanzler hat mir gesagt, daß er aus einem ganz bestimmten Grund – über den er leider nicht sprechen kann – äußersten Wert darauf legt, daß noch einmal eine Erklärung in diesem Sinne abgegeben wird. Ich persönlich kenne die Gründe nicht. (*Kaiser:* Wir können auch die Aufgabe haben, den Bundeskanzler vor einem solchen Fehler zu bewahren!) Wir kommen nicht daran vorbei, daß wir einen Beschluß gefaßt haben! (*Kaiser:* Lesen Sie, was die Franzosen sagen, was der Pinay und der Ministerpräsident in Frankreich gesagt haben!) Wir müssen uns einig werden. Soll aufgrund des gefaßten Beschlusses weiterdiskutiert werden? Es scheint die Auffassung zu sein, daß wir zur Sache diskutieren sollen.

Majonica: Ich möchte den Antrag stellen, daß wir morgen früh um 8 Uhr hier zu einer ordentlichen Vorstandssitzung zusammenkommen. Dann haben wir noch zwei Stunden Zeit bis zum Zusammentritt des Parteiausschusses, um diese Frage noch einmal gründlich zu diskutieren. Ich bin der Meinung, daß über allen sachlichen Entscheidungen die Einheit des Vorstandes zu stehen hat. Eine sachliche Entscheidung darf nicht zu einem Auseinanderplatzen des Vorstandes führen.

Heiler: Ich wollte den gleichen Vorschlag machen, daß wir morgen früh weiterdiskutieren. Jetzt fehlen einige, und die Erregung ist auch zu groß.

Tillmanns: Es ist beantragt worden, morgen früh vor der Sitzung des Parteiausschusses weiterzutagen.

Gradl: Wir wollen doch auf dem Boden bleiben. Es hat keinen Sinn, morgen früh um 8 Uhr den Vorstand einzuberufen. Die anderen fühlen sich dann unter Zeitdruck gesetzt, weil um 10 Uhr der Parteiausschuß beginnt. Das ist also kein Weg.

Tillmanns: Wir sind uns darüber klar, daß wir in einer äußerst schwierigen Situation sind. Ich wäre dankbar, wenn wir dem Rechnung trügen in allem, was wir sagen.

Von Fisenne: Ich würde vorschlagen, daß die Herren Altmeier, Zimmer, Majonica und Sie sich morgen früh, eventuell mit dem Bundeskanzler, zusammensetzen, um das vorzubereiten, was der Bundeskanzler haben will. Er hat nur erklärt, daß er von uns eine Erklärung wolle, er hat nicht gesagt, daß er mit seiner Erklärung an die Presse geht. (*Altmeier:* Wir wollen keine Erklärung! – *Weber:* Keine Erklärung!)

Tillmanns: Die Sache ist so, daß übermorgen sowieso keine Zeitungen erscheinen. Es wäre also möglich, daß morgen früh nach Schluß des Parteiausschusses die Frage

noch einmal überprüft wird. Dann hätten wir die Möglichkeit, daß der Bundeskanzler dabei ist. Ich weiß nicht, ob er morgen früh schon vor der Parteiausschußsitzung da ist. Ich halte nicht viel davon, wenn wir in Abwesenheit des Bundeskanzlers die Frage erörtern.

Krone: Einen Beschluß im Bundesparteivorstand zu fassen, nachdem der Parteiausschuß getagt hat, halte ich für völlig unmöglich. (*Tillmanns:* Das ist auch nicht vorgeschlagen worden!) Eine Erörterung kann nur noch stattfinden vor der Sitzung des Parteiausschusses.

Tillmanns: Soweit ich aus der Diskussion ersehe, hat niemand vorgeschlagen, daß der Bundesparteivorstand nochmals zusammentritt, sondern lediglich, daß eine kleine Gruppe morgen früh zusammenkommt, um den Versuch zu machen, eine Übereinstimmung herbeizuführen.

Schwarz-Liebermann[59]*:* Bestünde nicht die Möglichkeit, daß sich, während die Tagesordnung weiterbehandelt wird, einige Herren über diese Frage heute abend unterhalten? Ich darf fragen – ich stelle es zur Debatte –, ob die Möglichkeit besteht, mich zu diesem Gremium hinzuzuziehen, und zwar nur als technischer Experte, weil ich in den letzten Monaten sehr viel gesehen und erlebt habe. Ich möchte mich nicht einmischen, aber im Rahmen der sachlichen Auskunft besteht vielleicht die Möglichkeit, zwei sich gegenüberstehende Seiten einander näherzubringen. Ich bitte Sie, mich also in diesem Sinne verstehen zu wollen.

Tillmanns: Herr Dr. Schwarz von Liebermann ist Vertreter der Bundesrepublik bei der Saarkommission. Ich würde es für richtig halten, wenn heute abend ein kleiner Kreis das machen wollte.

Zimmer: Wir müssen uns darüber klar sein, daß hier ein tiefer Gegensatz klafft. Wenn eine Erklärung ausgearbeitet wird, dann kann dies nur von denen geschehen, die die Verantwortung übernehmen, daß überhaupt eine Erklärung erfolgt. Deshalb habe ich gesagt, es habe keinen Zweck. Ich bin überhaupt gegen eine Erklärung, ebenso wie die anderen, die dagegen sind bzw. sich enthalten haben.

Sehen Sie bitte die Folgen. Diejenigen, die für die Erklärung waren, haben nun die Verantwortung. Ich will mit dieser Verantwortung für eine Erklärung nicht belastet sein. Ich habe für Ihr Verhalten Verständnis, aber ich kann an einer solchen Erklärung nicht mitarbeiten, weil ich sie – das habe ich dem Bundeskanzler gesagt, ich bin gewohnt, meine Meinung zu sagen – für verderblich halte. Wollen Sie bitte dafür Verständnis haben, daß ich mich an einer solchen Erklärung nicht beteiligen kann. Nun stehen sich die beiden Fronten gegenüber, so daß wir in diese Situation gekommen sind.

---

59 Dr. Hans Albrecht Schwarz-Liebermann von Wahlendorf (geb. 1922), seit 1945 CDU, 1953–1957 Geschäftsführer des außen- und verteidigungspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1955/56 Bevollmächtigter der Bundesregierung bei der europäischen Saarkommission, 1957–1960 stv. Direktor der politischen Abteilung der NATO, Professor in Lyon.

Ich könnte eine Parallele ziehen zu der Behandlung oder Nichtbehandlung der Südweststaat-Angelegenheit vor einigen Jahren. Wir haben uns damals viel zu spät mit diesen Dingen im Bundesparteivorstand befaßt. Ich habe Kritik üben müssen. Aber was man damals ernsthaft sagte, hat keine Resonanz gehabt, und das ist unser Kummer gewesen.

Ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben, daß sich hier zwei Auffassungen gegenüberstehen. Wenn etwas herauskommen soll bei dieser Erklärung, dann muß sie einen Inhalt haben im Sinne des Herrn Bundeskanzlers. Es ist durchaus möglich, daß er recht hat. Ich bin anderer Meinung. Wir sind in einer besonders schwierigen Lage in unserem Lande, aber wir müssen die Freiheit zu einer anderen Auffassung haben.

Altmeier: Die Herren Zimmer, Kaiser und ich, wir haben am 5. September die Zusage des Herrn Bundeskanzlers bekommen, daß er nach seiner Rückkehr die CDU-Vertreter der Saar mit uns empfangen wolle und daß wir uns dann über die Situation noch einmal aussprechen könnten. Wir hatten den Auftrag, die Herren von der Saar über diese Abstimmung zu unterrichten und sie zu diesem Zweck zu uns kommen zu lassen. Herr Kaiser, Herr Zimmer und ich, wir haben zur Erfüllung dieses Auftrages in Bernkastel gesessen am Montag, dem 5., und haben den Leuten, den sehr vernünftigen Leuten, das beigebracht. Sie waren mit diesem Gespräch einverstanden.

Und nun frage ich Sie, soll denn das Gespräch nicht stattfinden? Warum brauchen wir denn eine Erklärung? Lassen wir doch die fünf Leute sich mit uns zusammensetzen, wie es zugesagt worden ist! *(Unruhe.)*

Tillmanns: Entschuldigen Sie, Herr Altmeier, Sie kommen damit wieder in die Debatte. Wir haben doch einen Beschluß gefaßt! (*Altmeier:* Nachdem ich das gesagt habe, könnte man den Beschluß revidieren.) Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Ich bin nicht bereit, einen Beschluß aufzugeben. Ich weiß nicht, wie es den anderen Mitgliedern geht. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Vorstand nicht genügend informiert war. Die Gesichtspunkte sind vollständig klar. Wir wollen uns doch nichts vormachen. Und wenn wir noch drei Tage lang diskutieren, werden sie nicht klarer. Wir wissen doch ganz genau, was los ist.

Ich verstehe Herrn Zimmer sehr wohl, wenn er sagt, ich kann nicht teilnehmen. Ich bin der Auffassung, man kann in einem demokratischen Gremium, auch wenn die Mehrheit einen Beschluß gefaßt hat, wobei man in der Minderheit geblieben ist, diesen Beschluß respektieren und versuchen, das Beste daraus zu machen.

Ich könnte mir eine Erklärung denken, bei der auch die Freunde von Rheinland-Pfalz mitmachen könnten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Deswegen mein Vorschlag, daß wir einen solchen Kreis noch einmal zusammensetzen.

Hellwig: Es gibt nach meiner Meinung einen Weg, indem man feststellt, dieses Referendum ist in seiner Fragestellung durch die Saarregierung verfälscht worden. Daher besteht die Gefahr der Ablehnung, die aber nichts mit dem Referendum ursprünglich zu tun hat. Dann wäre ja eine Fühlungnahme zwischen Bonn und Paris

– ich weiß nicht, was der Gegenstand der Gespräche der beiden Außenminister war, aber ich will mal laut denken – denkbar, daß beide Regierungen feststellen, die Frage des Referendums ist durch die Saarregierung verfälscht, also Verschiebung des Referendums, bis die Atmosphäre klar ist: Landtagsneuwahlen und dann das Referendum. *(Lebhafte Unruhe.)* Ich habe nur laut gedacht! *(Widerspruch.)*

Tillmanns: Ich darf um Ruhe bitten, meine Herren! Ist es denn nicht möglich, unsere Verhandlungen – auch bei allen „Verständigungsversuchen" – zu Ende zu führen? *(Weitere Unruhe.)*

Von Fisenne: Würde nicht eine Erklärung genügen, worin der Vorstand die Erklärung des Bundeskanzlers von Bochum zum Ausdruck bringt? *(Vereinzelter Widerspruch.)*

Scharnberg: Wir haben abgestimmt, und das Abstimmungsergebnis liegt vor. Eine Wiederholung dieser Abstimmung halte ich für unmöglich, es sei denn, daß man all die Leute, die an der Abstimmung teilgenommen haben, befähigt, an der zweiten Abstimmung noch einmal teilzunehmen. (*Zuruf:* Das ist doch klar!) Ja, es sind aber einige weggegangen, so daß das nicht mehr geht. Die Abstimmung kann also nicht wiederholt werden. Infolgedessen muß auf dem Boden der Abstimmung weitergearbeitet werden.

Was Herr Tillmanns gesagt hat, scheint mir das einzig Richtige zu sein. Daher möchte ich an Herrn Zimmer die Bitte richten und ihm sagen, daß man an einer Arbeit auch teilnehmen kann, wenn man in der Abstimmung unterlegen ist. Ich bin der Meinung, daß Sie eine Verantwortung für die Sache nicht haben; denn Sie haben ja dagegen gestimmt, und damit sind Sie aus der Verantwortung heraus.

Ich hielte es für wirklich nützlich, wenn die Herren, die dagegen gestimmt haben, an dieser Erklärung mitarbeiteten. Vielleicht erreichen wir dann das, was Herr Tillmanns will, daß wir eine Erklärung bekommen, die den Wünschen des Bundeskanzlers entspricht und die auch von Ihnen akzeptiert werden kann.

Strickrodt: Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir abgestimmt haben. Die Tatsache der Abstimmung bleibt bestehen. Ob das, was uns als Gegenstand der Abstimmung vorhin bezeichnet worden ist, so präzise formuliert war, daß daraus sozusagen eine lex imperfecta wird, wenn der Text vorliegt, weiß ich nicht.

Majonica: Ich habe vorgeschlagen, eine Verlautbarung herauszugeben, und zwar habe ich – ins Unreine gesprochen – folgenden Inhalt angeregt: Wir hätten als Abgeordnete unsere Vertragstreue noch einmal zu betonen und dabei festzustellen, daß wir in dieser Regelung den besten Weg für die Saar und für das deutsch-französische Verhältnis sähen. (*Hellwig:* So war es nicht!) Das war das Skelett, das ich vorhin skizziert habe.

Tillmanns: Dieses Skelett läßt für Formulierungen noch durchaus Raum offen. Als der Bundeskanzler den Raum verlassen hat, wollte ich, daß wir über diese Formulierung noch einmal reden sollten.

Wackerzapp: Es ist ungeheuer schwer, die wirkliche und echte Stimmung an der Saar zu erkennen. Als es damals um die Landtagswahlen ging, wurde vom Bund eine

Resolution gefaßt und eine Parole herausgegeben.[60] Das Ergebnis für uns war fatal. Ich befürchte, daß diese Eruption, die jetzt in der Saarbevölkerung zutage getreten ist, auf unkontrollierbaren Erwägungen beruht. Ich habe das Gefühl, daß sich die Stimmung zugunsten des Herrn Hoffmann bessert. Hoffmann kann auf einen Hinweis ... (*Hellwig:* Das ist ja alles überholt!) Ich möchte nur hinweisen auf die Stimmung der Bevölkerung. Weil diese undurchsichtig ist, bin ich der Meinung, wir sollten uns überhaupt ...

Tillmanns: Entschuldigen Sie, wenn ich unterbreche, der Vorstand läuft auseinander. Der Beschluß ist gefaßt. (*Wackerzapp:* Ich bin der Meinung, daß der Beschluß revidiert werden soll.) Wir können einen Beschluß nicht mehr revidieren. (*Gradl:* Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag machen!) Das Wort hat Herr Dr. Gradl.

Gradl: Wir sind in einer sehr schwierigen Situation, weil wir solche Kampfabstimmungen in unseren Kreisen nicht gewöhnt sind. Es ist erstmalig, daß wir so auseinanderfallen. Es ist klar, der Beschluß besteht, und den kann man nicht einfach wegwischen. Es ist eine schwierige Sache, und das ist wohl das, was uns den eigentlichen Kummer macht, daß der Vorstand unserer Partei einen Beschluß faßt, bei dem 14 dafür und 11 nicht dafür sind. Das ist immerhin eine harte Sache. Die Diskussion hat im Augenblick keinen Sinn. Deshalb schlage ich vor, zunächst über den weiteren Tagesordnungspunkt zu diskutieren. Wir müssen uns auch über den Bundesparteitag irgendwie klargeworden sein, wenn wir morgen um 10 Uhr vor den Parteiausschuß treten.

Ich schlage also vor, den Punkt 3 oder 4 der Tagesordnung jetzt zu behandeln und aus unserem Kreise drei Leute zu beauftragen, die sich zusammensetzen, um diese Angelegenheit zu regeln, und zwar die Herren Altmeier, Johnen und Krone, der als Vermittler brauchbar ist, weil er an sich in der Sache für den Beschluß war, aber aus taktischen Gründen gegen den Beschluß ist. Das sind drei vernünftige Leute. Die sollen sich zusammensetzen und überlegen, was man in dieser Situation machen kann.

Johnen: Wir können die Abstimmung nicht ändern. Herr Altmeier hat eben von einer beabsichtigten Besprechung gesprochen. Daraus könnte etwas Gutes werden. Wenn beides kombiniert wird, würde das heißen, die Kommission erarbeitet die Erklärung, aber die Veröffentlichung der Erklärung wird zurückgestellt, bis diese Besprechung stattgefunden hat. Natürlich muß sie der Bundeskanzler ernstlich wollen, das muß ich voraussetzen, sonst kommt sie ja nicht zustande.

Tillmanns: Der Vorstand hat zwar beschlossen, aber noch nicht beschlossen, wann sie veröffentlicht werden soll. Darf ich fragen, ob der eben gemachte Vorschlag angenommen wird, wonach sich die genannten Herren zusammensetzen sollen, um im

60 Wahlparolen und Wahlplakate zur Landtagswahl vom 30. November 1952 in SCHMIDT 2 S. 416–436. Der Bundestag hatte am 18. November 1952 den Aufruf der unterdrückten Oppositionsparteien unterstützt, weiße Stimmzettel abzugeben oder der Wahl fernzubleiben (EBD. S. 463).

Sinne des Vorschlages von Majonica zu einer Regelung zu kommen, die morgen mit dem Bundeskanzler besprochen werden soll? (*Altmeier:* Ich bin gegen jede Erklärung!) Es liegt doch im Sinne des Standpunktes, den Sie vertreten. Darf ich noch einmal feststellen, wer dafür ist, daß sich die genannten Freunde nun zusammensetzen und versuchen, einen Weg zu finden, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden! – Wer ist dagegen? – Das sind zwei (Altmeier und Kaiser). (*Kaiser:* Die Freunde von der Saar haben keinen dringlicheren Wunsch, als nicht noch einmal eine Erklärung zu hören.)

Ich bemühe mich jetzt andauernd aufgrund der Tatsache, daß ein Beschluß gefaßt worden ist, in Ihrem Sinne eine Lösung zu finden, und Sie sind fortgesetzt dagegen. Der Vorstand hat fast einstimmig diese Bitte ausgesprochen, und ich wäre dankbar, wenn die Freunde diesen Versuch jetzt machen wollten.[61]

Zum Punkt 1 der Tagesordnung möchte ich noch nachtragen, daß wir an die Bundestagsfraktion die Bitte richten wollen, in der Frage der Behandlung der Wehrgesetze nunmehr ohne Verzögerung einzutreten, damit diese Dinge möglichst schnell weitergeführt werden.

Der Beschluß lautet: „Der Bundesparteivorstand der CDU hat am Freitag eingehend die weltpolitische Lage erörtert. Er ist dabei zu der Auffassung gelangt, daß die parlamentarische Behandlung der Wehrgesetze in ordnungsmäßiger Erfüllung der Pariser Verträge ohne jede Verzögerung abgeschlossen werden muß, damit die Aufstellung der deutschen Streitkräfte begonnen werden kann. Der Bundesparteivorstand empfiehlt daher der Bundestagsfraktion der CDU, sich in diesem Sinne bei den Beratungen des Bundestages mit aller Kraft einzusetzen."

Dieser Beschluß ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern er soll lediglich an den Vorstand unserer Bundestagsfraktion weitergegeben werden. Darf ich die Damen und Herren bitten, die zustimmen wollen, die Hand zu erheben! (*Gradl:* Steht nichts von Pankow drin? Sollte das aus taktischen Gründen zurückgestellt werden?) Wir waren der Meinung, daß wir es mit der Begründung „weltpolitische Lage" bewenden lassen sollten.

Ich darf noch einmal wiederholen: Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben! – Einstimmig angenommen!

---

61 Man einigte sich am folgenden Tag auf diesen Passus: „Dr. Adenauer erklärte hierbei zur Saarfrage wörtlich: Es stehen so große Fragen vor uns, daß man verlangen muß, daß auch durch die Entscheidung an der Saar die weitere europäische Entwicklung nicht beeinträchtigt wird. Er wiederholte in diesem Zusammenhang gegenüber dem Regime des Ministerpräsidenten Hoffmann den entschieden ablehnenden Standpunkt, den er zuletzt am 2. September in Bochum dargelegt hat. Sowohl der Parteivorstand als auch der Parteiausschuß billigten diese Auffassung des Bundeskanzlers." (Bundesparteiausschuß vom 1. Oktober 1955 – ACDP VII-001-020/5).

Wir haben nun auf unserer Tagesordnung stehen: Entwicklung der Vorgänge im BHE. Ich glaube, wir stellen diesen Punkt im Augenblick zurück und schlagen vor, daß wir uns nunmehr informieren lassen über den Bundesparteitag.

Bundesparteitag

Heck: Der Bundesparteitag war ursprünglich für Anfang des Monats Oktober vorgesehen, und zwar herbeigeführt durch einen Beschluß des Vorstandes[62] und des Parteiausschusses. Der geschäftsführende Vorstand ist nun, nachdem er sich mit dem Inhalt des Parteitages beschäftigt hat, vor allen Dingen mit der schwierigen Materie der Sozialreform, zu der Überzeugung gekommen, daß ein Parteitag, der die Sozialreform zum wesentlichen Inhalt haben soll, lange Zeit zur intensiven Vorbereitung braucht. Er hat deshalb den Beschluß des Vorstandes von sich aus geändert und den Termin des Parteitages auf den 21. bis 24. November in Baden-Baden festgelegt. Ich habe diese Änderung des Beschlusses des Vorstandes sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes und des Parteiausschusses mitgeteilt. Es ist dagegen kein Widerspruch erhoben worden.

Ein genaues Programm für den Parteitag ist noch nicht ausgearbeitet. Wir waren der Auffassung, daß wir mit unseren künftigen Parteitagen in Zukunft die Sonntage verschonen sollten. Der Parteitag wurde deshalb auf die Tage von montags bis donnerstags festgelegt. Für den Montag ist lediglich vorgesehen, am Nachmittag die Vorstandssitzung und die Sitzung des Parteiausschusses, am ersten Tage eine Eröffnungssitzung mit der üblichen Einleitung. Sie unterscheiden sich von den bisherigen Eröffnungssitzungen lediglich dadurch, daß erstens ein Bericht des Bundesparteivorstandes über die Parteiarbeit gegeben wird. Wir hielten es für notwendig, daß in Zukunft auf den Parteitagen auch über die Arbeit der Partei berichtet und diskutiert wird. Zweitens ein Bericht über die Arbeit der Fraktion. Drittens sollen in dieser Eröffnungssitzung die Änderungsvorschläge für das Statut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bekanntgegeben werden. Ob darüber schon in der Eröffnungssitzung oder erst am Ende Beschluß gefaßt wird, ist noch offen. Nachmittags ist die erste Plenarsitzung mit der Rede des Kanzlers, und anschließend ist eine Aussprache. Am zweiten Tage soll dann wie im üblichen Turnus vormittags und nachmittags eine Plenarsitzung stattfinden, wobei in der ersten Plenarsitzung vorgesehen ist, das Thema der Sozialreform vom Grundsätzlichen her durch ein Referat und ein Korreferat einzuleiten. Anschließend ist eine Generaldebatte. Die Plenarsitzungen am Nachmittag und am nächsten Tage sehen vor die Sozialreform, aufgeteilt nach einzelnen Sachgebieten, und zwar in Form von Referaten, je nachdem, ob der Weg gewählt wird, Arbeitskreise einzusetzen oder nicht.

62 Vgl. Nr. 7 S. 494.

In einer letzten Plenarsitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden. Außerdem ist auf dem Parteitag vorgesehen, eine große repräsentative Feier „10 Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands" einzubauen. Außerdem findet, wie üblich, eine öffentliche Kundgebung statt.

Daß wir noch nicht in der Lage sind, die Behandlung der Sozialreform konkret vorzuschlagen, liegt darin begründet, weil sich in den Vorarbeiten bisher die ganze Materie noch nicht so abgeklärt hat, daß man ein Urteil darüber abgeben kann, in welcher Form diese Materie am zweckmäßigsten dem Parteitag vorgetragen und auf dem Parteitag bearbeitet wird.

Tillmanns: Es ist wohl verständlich, daß eine Verschiebung notwendig war, wenn wir zur Sozialreform etwas sagen wollen. Es war unser Anliegen, bei diesem wichtigsten innerpolitischen Thema in Baden-Baden wirklich zu konkreten thesenartigen Beschlüssen der CDU zu kommen. Das bedarf auch zweifellos noch einmal einer Sitzung des Bundesparteivorstandes. Wir müssen zu einer ersten Skizzierung kommen, über die dann der Vorstand und vielleicht auch der Parteiausschuß noch einmal beraten, so daß man eine gewisse Sicherheit hat, daß auf dem Parteitag diese Dinge auch einigermaßen positiv behandelt und verabschiedet werden können.

Das war der Grund, warum wir eine Verschiebung dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen haben. Wir hatten gehofft, nach Stuttgart gehen zu können, aber auch zu dieser Zeit stehen in Stuttgart keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung, während sie in Baden-Baden in vollem Umfang vorhanden sind. Da heute abend der Parteivorstand nicht mehr ganz zusammen ist, wird es wohl kaum möglich sein, endgültige Beschlüsse zu fassen. Wir haben es auch mehr als Information gedacht. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich noch einmal eine Sitzung des Bundesparteivorstandes einberufen, wobei insbesondere die Frage des Ablaufs des Bundesparteitages behandelt werden muß. Dabei müssen vor allen Dingen diejenigen Parteifreunde anwesend sein, die mit den Vorbereitungen besonders vertraut sind, insbesondere hinsichtlich der Sozialreform.

Zimmer: Die letzten Parteitage waren zeitlich ziemlich stark ausgeschöpft durch Referate. Es gab auch einige Ergänzungsreferate, die ungefähr als Diskussionsreferate firmiert waren. Zu einer echten Diskussion kam es praktisch überhaupt nicht. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war entsprechend: gelenkter Parteitag. Herr Johnen hat damals ungefähr gesagt: Feind hört mit, sagt nicht alles, was Ihr denkt! Es folgten darauf die entsprechenden Glossen. Herr Lemmer hat bei den beiden letzten Parteitagen in Hamburg und Köln jeweils einen kritischen Satz in dieser Richtung gesagt, der natürlich auch gehört worden ist von der Presse. Ich bitte, diese Linie nicht mehr in einem solchen Ausmaß weiter fortzusetzen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß man bei einem Parteitag nicht eine fruchtlose und wilde Diskussion laufen lassen kann. Selbstverständlich kann von den Landesverbänden das eine oder andere geschehen. Das kann auch innerhalb des Parteiausschusses gesagt werden; denn so gelenkt wie bisher, das können wir uns auf die Dauer einfach nicht mehr leisten. Wir brauchen ein stärkeres Selbstbewußtsein.

Irgendwann wird die Zeit kommen, wo der Bundeskanzler nicht mehr oben steht. Das wird vielleicht noch fünf oder zehn Jahre dauern, ich weiß es nicht, aber ich möchte, daß unsere Partei von unten herauf ein stärkeres Selbstbewußtsein bekommt, daß man auch eine Meinung zu vertreten hat, wenn man Delegierter ist, auch wenn sie nicht gerade auf der allgemeinen Linie liegt.

Das Referat, z.B. vom Herrn Bundestagspräsidenten, hatte mich stark verärgert, nicht der Inhalt, den hatte ich gebilligt. Aber die Form, wie er es dargelegt hat, nämlich ungefähr so: Vogel friß oder stirb! Er hat damals wörtlich erklärt: Wir müssen einfach, der Bundeskanzler kann das verlangen, wir müssen das und das ... Er hat es auch in diesem Ton so gesagt.[63] Das hat keinen Sinn. Bei einer so großen öffentlichen Kundgebung dürfen wir das doch nicht sagen; denn der Bundeskanzler bekommt seine Zustimmung aufgrund seiner politischen Führung, aber doch nicht aufgrund eines solchen Appells, den ein Redner an uns richtet. Ich bin der Meinung, ein solcher Appell ist gar nicht notwendig; denn die Politik des Bundeskanzlers ist aus sich überzeugend und nicht, weil ein Redner vorher sagt, wir müssen das und das tun. Ich hätte gerne, wenn man bei den Vorbereitungen diesem Gesichtspunkt Rechnung trüge, weil wir uns das als große Partei schuldig sind.

Tillmanns: Ich habe eben schon gesagt, daß wir wegen des Bundesparteitages noch eine Vorstandssitzung haben werden. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie Ihre eben gemachten Ausführungen – wenn es erforderlich sein sollte – in Gegenwart des Herrn Bundeskanzlers wiederholen. (*Zimmer:* Gerne!)

Strickrodt: Ich bitte Ihren Vorschlag, Herr Tillmanns, den Parteivorstand vor dem Parteitag noch einmal rechtzeitig einzuberufen, zu einem Beschluß zu erheben, damit das Thema der Sozialreform so profiliert wird, daß etwas Ordentliches herauskommt.

Tillmanns: Ich darf feststellen, daß wir rechtzeitig vor dem Parteitag noch einmal zusammenkommen. Das ist der einmütige Wunsch des Bundesparteivorstandes. (*Kaiser:* Wir müssen den Vorstand so schnell wie möglich einberufen.) Wenn wir es in drei Wochen machen, ist noch Zeit genug.

Kaiser: Wir haben vor kurzem eine Tagung der Sozialausschüsse in Herne durchgeführt.[64] Diese Tagung ist sehr gut verlaufen. Ich möchte bei der Vorstandssitzung einige Vorschläge machen, daß man vielleicht die eine oder andere Form anwendet. Wir haben uns in Herne, nachdem die einleitenden Referate gehalten waren, insbesondere das Referat des Arbeitsministers über die Sozialreform, in sieben Arbeitskreise

63 Bundestagspräsident Ehlers hatte in Köln (28. bis 30. Mai 1954) über „Die geistige Struktur unserer Zeit" referiert (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 20–36). Vermutlich ist hier eine Passage aus dem Referat von Gerstenmaier, dem Nachfolger von Ehlers, über „Die politische Weltlage und Deutschland" (S. 48–56) gemeint: Der Bundeskanzler habe „ein sittliches Recht und nicht nur einen zwingenden politischen Grund ..., von der CDU/CSU die Billigung seiner Politik auch in dieser Sache (gemeint: die europäische Lösung der Saarfrage) ... zu fordern" (S. 55).

64 7. Bundestagung der CDA in Herne vom 17. bis 18. September 1955.

aufgelöst. Dort wurde mit großem Eifer und großer Sachkenntnis diskutiert. Am übernächsten Tage haben dann die Arbeitskreisvorsitzenden in kurzen Referaten darüber Bericht erstattet, was erarbeitet wurde. Dann schloß sich eine Diskussion an. Es war wirklich respekterheischend, wie diese Tagung verlaufen ist. Nicht nur meine engeren Freunde, sondern auch andere Leute – schade, daß Herr Lensing nicht mehr da ist – haben sich lobenswert ausgesprochen. Herr Lensing hat gesagt, daran könne sich die Gesamtpartei für ihren großen Parteitag ein Beispiel nehmen; denn diese Tagung sei in vorbildlicher Disziplin und Ordnung durchgeführt worden. Ich würde also einige Vorschläge in dieser Hinsicht machen.

Tillmanns: Es ist erwogen worden, wenn Einzelheiten der Sozialreform erörtert werden, einzelne Untergruppen vorzusehen. Es wird aus zeitlichen Gründen kaum möglich sein, das ganze Thema im Plenum zu behandeln. Wir können das heute abend aber nicht mehr endgültig festlegen. Auf der nächsten Sitzung wird der geschäftsführende Vorstand in der Lage sein, konkrete Vorschläge zu machen, wonach eine Diskussion möglich ist. (*Gradl:* Wer spricht über das Thema Sozialreform?) Das ist noch nicht endgültig festgelegt. (*Gradl:* Ich würde bitten, nicht nur einen Professor zu nehmen, damit es nicht zu akademisch wird.) Ich habe Professoren gehört, die konkreter gesprochen haben als Arbeiter. (*Gradl:* Ich meine mit Professor die Art des Redens.) Können wir den Punkt Bundesparteitag damit abschließen? Wir hatten den Auftrag, dem Bundesparteitag ein verändertes Statut vorzulegen. Der Bundesparteivorstand hat sich schon einmal mit diesen Änderungen befaßt, und zwar mit dem Ergebnis, daß der Vorstand diese Fragen an den geschäftsführenden Vorstand überwiesen hat. Der geschäftsführende Vorstand hat inzwischen eine Sonderkonferenz mit den Vorsitzenden der Landesverbände unter dem Vorsitz von Minister Kaiser abgehalten.[65] Diese Konferenz hat eine weitgehende Klärung – wenn ich so sagen darf – der Meinungen zu der Änderung des Parteistatutes gebracht. Das Ergebnis dieser Sitzung liegt Ihnen vor. (*Müllenbach:* Es ist den Landesverbandsvorsitzenden zugeschickt worden.) Es wäre erwünscht, wenn es die Mitglieder des Bundesparteivorstandes auch bekämen. Wir würden dann die Frage des Statuts auch in der nächsten Sitzung des Bundesparteivorstandes behandeln können. Damit können wir die Frage des Bundesparteitages verlassen.

Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE

Die Vorgänge sind Ihnen bekannt. Sie haben dazu geführt, daß acht Mitglieder des BHE als Hospitanten der CDU-Fraktion beigetreten sind, und zwar unter der

65 22. September 1955 in Bonn von 17 bis 21 Uhr mit den Tagesordnungspunkten Statut und Verschiedenes (Fusion DP und BHE mit der CDU). – Ergebnisprotokoll in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

Führung der beiden Minister Kraft und Oberländer.[66] Es war von vornherein die Absicht dieser Mitglieder des BHE, sich der CDU anzuschließen. Besprechungen mit den Herren haben dazu geführt, daß es nicht als opportun angesehen wird, daß diese Herren, die aus dem BHE ausgetreten sind, sofort am nächsten Tage in die CDU eintreten. Man war der Auffassung, einen gewissen Zeitraum verstreichen zu lassen, der dazu benutzt werden sollte, daß diese acht Abgeordneten nun nicht allein, sondern mit mehreren Wählern des BHE zur CDU kommen sollten. Aus diesem Grunde hat sich diese Gruppe zunächst als selbständige Gruppe nach außen konstituiert. Sie gibt nun an die Amtsträger des BHE eine Art Mitteilungsblatt heraus.[67] Dieses Mitteilungsblatt hat bewirkt, daß diese Gruppe eine Unzahl von Stimmen von ihrem bisherigen Freundeskreis aus dem Lande bekommt. Wir haben in Aussicht genommen, daß das Adressenmaterial, das sich aus diesen Zustimmungserklärungen für Kraft und Oberländer ergibt, ausgetauscht wird. Wir haben auf der Bundesgeschäftsstelle einen Herrn dieser Gruppe, der zusammen mit einem Herrn von uns arbeitet. Sie bearbeiten das gesamte Material und unterrichten die Landesvorstände. Die Kreis- und Ortsverbände werden ebenfalls benachrichtigt, so daß eine Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen bzw. Parteien hergestellt wird. Es ist unsere Bitte, das wird den Vorsitzenden der Landesverbände auch noch einmal mitgeteilt, daß möglichst bei jedem Landesverband ein Herr als Partner für die andere Gruppe tätig wird, damit eine enge Zusammenarbeit möglich sein wird. Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Verschiedenes

Zunächst müssen wir eine kurze Besprechung über den Ablauf der Samstag[68]-Ausschußsitzung durchführen, die um 10 Uhr beginnt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des Bundeskanzlers mit Aussprache und Bericht über den Bundesparteitag.

Es wird in der Frage des Bundesparteitages – das hat sich ergeben – nicht viel mehr gesagt werden können als das, was heute hier gesagt worden ist. Ich wäre aber dankbar, wenn einige Freunde von uns mitwirkten, daß es morgen zu einer wirklich umfassenden und grundsätzlichen Aussprache über die großen Fragen der Politik käme. Es ist der Wunsch des Vorstandes, nach Möglichkeit die Saarfrage auszuschalten. Ich bin etwas im Zweifel, ob das gelingen wird. Es wird niemand einen solchen Wunsch verbieten können. Ich habe nur die herzliche Bitte, insbesondere an unsere Freunde von Rheinland-Pfalz und an Herrn Minister Kaiser, dafür zu sorgen, daß es morgen in dem großen Gremium nicht zu einer Saardebatte kommt, vor allem

66 Am 15. Juli 1955. – Neben Kraft und Oberländer: Reinhold Bender, Walter Eckhardt, Eva Gräfin Finckenstein, Horst Haasler, Adolf Samwer, Georg Körner. Der Eintritt in die CDU/CSU-Fraktion erfolgte am 20. März 1956. (Vgl. Neumann S. 157–165).

67 „Unser Standpunkt", erste Nummer vom 21. Juli 1955.

68 In der Vorlage: Montag.

nicht zu einer solchen Zuspitzung wie heute abend.[69] Es wäre niemandem damit gedient.

Es tagt noch der kleine Kreis, den wir gebeten haben, einen Versuch zu machen, zu einer Verständigung zu kommen. (*Von Fisenne:* Wenn Herr Diel erfährt, daß wir hier über die Saar gesprochen haben, dann wird er dazu reden. – *Wackerzapp:* Ist es nicht möglich, irgendeine Presseverlautbarung zu geben?)

Wir haben es immer so gehalten, daß wir im Laufe der Sitzung versucht haben zu klären, ob es zweckmäßig ist, etwas verlautbaren zu lassen. Ich möchte annehmen, daß wir morgen nachmittag dazu kommen werden, eine solche Entschließung dem Bundesparteiausschuß vorzulegen. Es ist schwer, darüber etwas zu sagen.

Zimmer: Sie haben heute abend sehr zutreffende Ausführungen gemacht über die Notwendigkeit der moralischen Stärkung bezüglich der Abwehr. Ich darf darauf hinweisen, daß ich bereits am 5. Februar einen dringenden Appell an unsere Partei gerichtet habe, wobei ich ausführte, daß sie auf diesem Gebiet zu wenig tut. Ich will nicht kritisieren; denn ich weiß genau, daß alle Herren mit Arbeit zugedeckt sind.

Ich möchte bitten, daß morgen der Parteiausschuß von sich aus die Landesverbände anspricht; denn diese Arbeit kann natürlich nicht von hier aus gemacht werden. Sie kann hier höchstens angekurbelt werden. Die eigentliche Arbeit liegt in den Kreis- und Ortsverbänden. Es handelt sich gerade nach der Moskaureise um eine entscheidende Frage der Innen- und Außenpolitik. Der Bundeskanzler ist leider nicht so stark nach Moskau gegangen, wie es hätte sein können, wenn das deutsche Volk noch härter gewesen wäre. Die Landesverbände müssen auf diesem Gebiete endlich einmal nachholen, was in den letzten Jahren versäumt worden ist. Es wäre Aufgabe des Parteiausschusses, sich zum verantwortlichen Träger dieser Aufforderung zu machen, damit das einheitliche Programm der inneren moralischen Aufrüstung – wenn ich so sagen darf – angepackt wird. Das sollte auch in diese Entschließung hineinkommen.

Tillmanns: Der Vorstand hat vorhin beschlossen, den geschäftsführenden Vorstand zu beauftragen, zu dieser Frage alsbald konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Ich habe Zweifel daran, ob es taktisch richtig ist, das in einer öffentlichen Entschließung zu sagen. Es sprechen auch Gesichtspunkte dagegen, sozusagen eine strategische Planung in der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Im übrigen ist es die Absicht des geschäftsführenden Vorstandes, ein Bildungszentrum von der Christlich-Demokratischen Union zu schaffen, und zwar soll damit die Möglichkeit geschaffen werden, in den weitesten Kreisen politische Bildungsarbeit zu betreiben. Leider ist zu einer solchen Institution Geld notwendig. Ich bin aber heute in der glücklichen Lage, dem Vorstand sagen zu können, daß wir die begründete Hoffnung haben, diese Dinge in kürzester Zeit zu überwinden, so daß die erste Voraussetzung institutioneller Art, nämlich eine Schulungs- und Bildungsmöglichkeit für die Christlich-Demokratische Union, in einem großen Umfang in kurzer Zeit

69 Die Saarfrage wurde nur im Bericht Adenauers kurz gestreift (Protokoll S. 29 – ACDP VII-001-020/5), aber nicht diskutiert.

geschaffen sein wird. Darüber können wir uns morgen unterhalten. Ich halte es für gut, mit einem Satz zu sagen, die Landesverbände werden dringend ermahnt, das und das zu tun, d.h., es soll nichts an die Öffentlichkeit dringen.

Hellwig: Ich möchte auch dringend warnen, auf diesem Gebiet öffentliche Aufforderungen an die Landesverbände herauszugeben; denn ein großer Teil der Bildungsorgane ist nicht parteigebunden.

Tillmanns: Wir können jetzt nicht mehr eine solche Entschließung vorbereiten. Wir müssen uns darüber morgen klarwerden.

Eplée: Ich möchte heute wieder dringend den geschäftsführenden Vorstand bitten, die nächste Bundesparteivorstandssitzung, die für Ende des Monats Oktober geplant ist, mindestens [auf] zwei Tage auszudehnen. Herr Zimmer hat schon auf die Wichtigkeit des Ablaufs des Parteitages hingewiesen. Wir haben auch einen aufschlußreichen Vortrag von Herrn Heck gehört, wonach verschiedene Maßnahmen notwendig sein werden. Es sind leider Monate vergangen, ohne daß wir eine Gelegenheit hatten, uns darüber hier auszulassen. Ich nenne nur das Parteistatut; es war vorgesehen, dieses Statut heute hier eingehend zu beraten. (*Tillmanns:* Das war nicht vorgesehen.) Schön, aber es sind noch andere Fragen offen, z.B. die Frage des BHE könnte auch etwas ausführlicher behandelt werden; denn es ist ein Thema, das jeden Landesverband lebhaft interessieren sollte im Hinblick auf die kommenden Wahlen.

Es wurde heute viel von der Zone gesprochen. Es wäre aber gut, wenn wir eine Sprachregelung gefunden hätten, um unseren Brüdern und Schwestern draußen zu sagen, was in Moskau geschehen ist. Dazu muß von der CDU irgendwie eine Regelung gefunden werden. Wir haben noch sehr viel Material anstehen, das noch vor dem Parteitag erarbeitet und geregelt werden muß.

Auseinandersetzungen sind zuweilen gut. Daß es aber heute vielleicht ein bißchen zu hart geworden ist, liegt daran, daß wir alle an Zeitmangel leiden und daher nicht in der Lage sind, uns einmal zwei Tage lang im Bundesvorstand zusammenzusetzen. Eine zweitägige Sitzung würde sich aber sehr fruchtbringend für die ganze Partei auswirken.

Tillmanns: Ich glaube sagen zu dürfen, daß dieser Appell das aufmerksame Ohr der Herren Vorsitzenden gefunden hat.

Wird das Wort weiter gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Sitzung schließen.

10

Bonn, 10. November 1955

Sprecher: Altmeier, Bach, Bauknecht, Bitter, [von Brentano], Cillien, Eplée, Erhard, Fay, von Fisenne, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kaiser, Lemmer, Majonica, Müllenbach, Naegel, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Stücklen, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wehking, Wuermeling, Zimmer.

Bundesparteitag. Kartellgesetz. Sitzung des Parteiausschusses; Sozialreform. Parteistatut. Gewerkschaftsfragen; Stellungnahme zur Gründung des CGB. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 15.30 Uhr*

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Es entspricht dem Wunsche meines Kollegen, Herrn Jakob Kaiser, daß ich zunächst die Sitzung eröffne. Ich tue das, indem ich alle Erschienenen herzlich begrüße. Entschuldigt haben sich Frau Anne-Marie Heiler und die Herren Senator Ewald Samsche, Staatsminister Dr. Hanns Seidel, Diakon Hermann Matthes[1], Staatsminister Dr. Otto Fricke, Bundesminister Franz Josef Strauß, Lambert Lensing, Minister Wilhelm Simpfendörfer, Minister a.D. Wirsching, Dr. Franz Gurk. (*Kaiser:* Auch Herr Karl Arnold bedauert, daß er nicht kommen kann. Er hat mich gebeten, Ihnen zu sagen, daß auch die Einladung zu spät gekommen sei. Weder er noch Herr Lensing hätten sich noch zeitlich umstellen können, da sie auf einer Veranstaltung in Dortmund heute sind. Er bittet darum, in Zukunft die Einladungen rechtzeitiger zu verschicken.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie noch um Entschuldigung bitten wegen der relativ kurzfristigen Einladung. Wir haben uns bisher immer bemüht, die Einladungen zu den Vorstandssitzungen rechtzeitig herauszugeben. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß wir unter den gegebenen Umständen nicht früher einladen konnten. Wir waren auf der einen Seite der Auffassung, daß der Vorstand sobald wie möglich zusammentreten sollte, auf der anderen Seite aber kam die Erkrankung des Herrn Bundeskanzlers dazwischen.[2] Deshalb war es uns erst in der letzten Woche möglich, die Vorstandssitzung herbeizuführen.

1 Hermann Matthes (1901–1976), 1945 Mitgründer der CDU Mainz, 1946–1948 Mitglied des Stadtrats und Kreistags, 1947–1963 MdL Rheinland-Pfalz.

2 Adenauer nahm nach siebenwöchiger Krankheit (Lungenentzündung) am 24. November 1955 seine Arbeit wieder auf (vgl. BULLETIN vom 25. November 1955 S. 1865; UiD vom 26. November 1955).

Ich bitte ferner um Nachsicht, daß die Vorstandssitzung heute hier stattfindet, während gleichzeitig das Präsidium des Bundestages tagt. Dadurch sind einige Mitglieder des Vorstandes vorübergehend verhindert, hier zu erscheinen. Sie werden aber, sobald es möglich ist, zu uns kommen. Sie werden aber auch verstehen, daß wir den Wunsch hatten, in dieser Woche noch einmal zusammenzukommen. Ich habe Ihnen im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers die herzlichsten Grüße auszurichten. Ich tue das mit besonderer Freude, weil ich aus meiner persönlichen Begegnung mit ihm bezeugen kann, daß er zweifellos seine Krankheit überwunden hat und sicherlich auf dem Wege der Besserung ist. Er wird natürlich noch eine längere Zeit eine körperliche Schonung brauchen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Ihnen die einzelnen Punkte verlesen: 1. Bundesparteitag. 2. Sitzung des Parteiausschusses. 3. Parteistatut. 4. Kartellgesetz. 5. Gewerkschaftsfragen. 6. Verschiedenes. Die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung sollten uns Gelegenheit geben, uns hier einmal gründlich auszutauschen. Wegen des Kartellgesetzes wird der Herr Bundeswirtschaftsminister gleich zu uns kommen und uns einiges darüber sagen. Gleichzeitig haben wir Herrn Naegel[3] gebeten, uns darüber etwas zu berichten. Herr Naegel ist schon erschienen. Ich begrüße ihn herzlich.

Bestehen wegen der Tagesordnung irgendwelche Wünsche? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich vorschlagen, daß wir zunächst den Punkt 1 der Tagesordnung „Bundesparteitag" behandeln.

Bundesparteitag

Tillmanns: Wir hatten beschlossen, den Bundesparteitag vom 21. bis 24. November in Baden-Baden abzuhalten. Er sollte in der Hauptsache dem Thema „Sozialreform" gewidmet sein. Der Herr Bundeskanzler hatte den Wunsch geäußert, er möchte bei der Behandlung dieses wichtigen Gegenstandes zugegen sein. Auch um diesem Wunsche Rechnung zu tragen, haben wir mitgeteilt, daß der Parteitag verschoben werden soll. Wir waren der Auffassung, daß es Aufgabe des Bundesparteivorstandes sei, sich hier über den Termin des Bundesparteitages klarzuwerden. Ich darf dazu das Wort Herrn Dr. Heck erteilen.

Heck: Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung des Parteiausschusses hat Herr Dr. Gradl den Vorschlag gemacht, den Parteitag im nächsten Frühjahr abzuhalten.[4] Da der geschäftsführende Vorstand, und ich glaube auch der gesamte Vorstand, der gleichen Meinung ist, daß es nicht gut möglich ist, den Parteitag in der letzten Adventswoche durchzuführen, kommt zunächst als Termin Ende Januar oder Anfang Februar in Frage. Wir sind vom Bundestagspräsidium gebeten worden, bei

3 Wilhelm Josef Naegel (1904–1956), 1949–1956 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik), CDU. – Vgl. Protokolle 1 S. 350 Anm. 82.

4 Bundesparteiausschuß vom 1. Oktober 1955 S. 52 unter Hinweis auf die Einsparung von Mitteln (ACDP VII-001-020/5).

der Festlegung des Termins für den Parteitag auf die arbeitsfreie Woche des Bundestages Rücksicht zu nehmen, damit nicht die turnusmäßige Arbeit des Bundestages durch Parteiveranstaltungen gestört werde. Danach käme für die Durchführung des Parteitages zunächst die Zeit zwischen dem 22. und 29. Januar in Betracht.

Es ist aber von den Landesverbänden Württemberg-Hohenzollern, Südbaden, Nordbaden und Nordwürttemberg die Bitte an uns herangetragen worden, den Parteitag in der Woche abzuhalten, die dem Aschermittwoch folgt, weil wir dann mit dem Parteitag in das Anfangsstadium des dortigen Wahlkampfes hineinkommen.[5] In den Tagen unmittelbar nach dem Aschermittwoch wäre aber der Parteitag in Baden-Baden nicht durchzuführen, weil es mindestens zwei Tage dauert, bis die Faschingsdekorationen im Kurhaus weggeräumt sein werden. Wir brauchten ferner Zeit, um die ganze Umstellung vorzubereiten. Auf der anderen Seite wird in diesem Zeitraum in Stuttgart die Ausstellungshalle auf dem Killesberg zur Verfügung stehen. Das konnte ich gestern noch feststellen. Zur Diskussion steht also, ob wir den Parteitag Ende Januar, wie wir es ursprünglich vorgesehen hatten, durchführen sollen. Dann könnte der Tagungsort Baden-Baden bleiben, oder soll der Parteitag in den Monat Februar verschoben werden, und zwar dem Wunsche der Landesverbände von Baden-Württemberg entsprechend? In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß wir, wenn wir den Parteitag im Frühjahr des nächsten Jahres abhalten, praktisch im Jahre 1956 nicht noch einmal einen Parteitag abhalten können; denn wir müssen im Jahre 1957 wiederum im Frühjahr einen Parteitag durchführen, weil im September die Bundestagswahlen sein werden.

Das sind also insgesamt die Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung wegen des Parteitages vorgetragen werden müssen. Wir müssen dem Parteiausschuß, der noch Ende dieses Monats tagen soll, vom Vorstand aus wegen des Termines einen Vorschlag machen.

Von Fisenne: Ich habe sehr große Bedenken dagegen, den Bundesparteitag im Januar oder Februar durchzuführen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es ist bekannt, daß die meiste parlamentarische Arbeit zwischen den Monaten November und Februar geleistet wird. In allen Ländern sind in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März Etatberatungen. Hinzu kommen die offiziellen Veranstaltungen, von denen sehr viele in den Monaten Januar bis März abgehalten werden. Ich schlage daher vor, den Bundesparteitag entweder im April oder Anfang Mai abzuhalten. Ende April wäre mir am liebsten. (*Von Hassel:* Wann ist die Wahl im Südwesten? – *Müllenbach:* Am 4. März.)

Tillmanns: Es entsteht die Frage, ob ein Parteitag unmittelbar vor den Wahlen in Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung ist. Man könnte der Auffassung sein, es sei für die Wahlen viel wichtiger, daß sich viele Freunde der CDU als Redner in Kundgebungen zur Verfügung stellen. Man kann auch der Ansicht sein, daß ein solcher Parteitag von großer Bedeutung und Wichtigkeit dafür ist. Ursprünglich hatten

5 Landtagswahlen fanden am 4. März 1956 statt.

wir Baden-Württemberg für den Parteitag unter diesem Gesichtspunkt in Aussicht genommen. Dieser Absicht lag also die bevorstehende Wahl in Baden-Württemberg zugrunde. Wenn dieser Gesichtspunkt für uns weiter maßgebend sein sollte, dann muß der Parteitag spätestens im Februar stattfinden. Geht man aber darüber hinweg, dann könnte man den Termin später ansetzen.

Von Hassel: Man sollte den Parteitag nicht im Januar oder Februar abhalten. Für den Ablauf eines Parteitages ist es auch wichtig, wie sich das Wetter gestaltet und die ganze Atmosphäre draußen. Wenn man schon in den Südwesten geht, dann sollte man auch das schöne Frühjahrswetter dazu ausnutzen. Dann wird auch die Stimmung sehr viel besser sein. Ich schlage vor, sich darüber zu unterhalten, ob wir Ende April den Parteitag durchführen sollten. Wenn wir einen Parteitag unmittelbar im Zusammenhang mit einem Wahlkampf in einem Lande durchführen, dann befürchte ich, daß die Beschlüsse dieses Parteitages auf die Wahlen ausgerichtet sein werden. Wir haben aber bisher zum Ausdruck gebracht, daß wir die vielen Wahltermine in Deutschland als ein Negativum unserer eigenen Entschlußfreudigkeit bezeichnen müssen; denn wir richten uns danach, wer gewählt wird, und dann vermeiden wir unpopuläre Maßnahmen. Ich möchte also zur Überlegung geben, ob wir einen Bundesparteitag mitten in einen Wahlkampf hineinlegen sollen. (*Zuruf:* Wann ist Ostern? – *Tillmanns:* Ostern ist am 1. und 2. April.)

Hellwig: Da der von uns vorgesehene Termin nicht eingehalten werden kann, möchte ich anregen, die Planung darauf auszurichten, den Parteitag vielleicht in Stuttgart durchzuführen.

Majonica: Wenn wir die Dinge im Zusammenhang mit der Wahl in Baden-Württemberg diskutieren, dann bin ich der Meinung, den Parteitag mindestens vier Wochen vor der Wahl abzuhalten. Wenn wir ihn zu kurz vor der Wahl durchführen, dann berauben wir uns der Möglichkeit, Versammlungen durchzuführen; denn alle Redner werden auf dem Parteitag sein, und wenn der Wahlkampf auf dem Höhepunkt ist, dann müssen wir im Lande eine Versammlungsstille einführen. Das ist unmöglich. Der Parteitag müßte also mindestens vier Wochen vorher durchgeführt werden.

Bauknecht: Der Parteitag hätte einen Sinn gehabt, wenn er jetzt stattgefunden hätte. Dann wäre der nötige Abstand zu den Wahlen gewesen, und man hätte unabhängig von der Wahl Beschlüsse fassen können. Ich halte es auch für unmöglich, kurz vor der Wahl den Bundesparteitag durchzuführen. Wir wollen doch echte Entscheidungen herbeiführen. Eine Menge von Leuten wird verhindert sein, und die Sache geht dann schief. Wenn der Parteitag nicht im November durchgeführt werden kann, ist es besser, ihn nach Ostern abzuhalten. (*Zimmer:* Zwischen Ostern und Pfingsten!)

Lemmer: Da der Parteitag des Jahres 1957 notwendigerweise ein Aufmarsch zu den Wahlen – wie der Hamburger Parteitag – sein soll, möchte ich davor warnen, den kommenden Parteitag unter wahlpropagandistische Gesichtspunkte zu stellen. Es ist wirklich Zeit, einen echten Parteitag durchzuführen.

Weber: Man sollte den Parteitag nicht unter Wahlpropaganda stellen, weil er ja im nächsten Jahr darauf gerichtet sein muß. Wenn wir das Thema „Sozialreform" zur

Grundlage nehmen, dann kann man es nur machen ohne Wahlpropaganda. Ich bin also für eine Verschiebung auf einen späteren Termin.

Tillmanns: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich darf abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, wir sollten ohne Rücksicht auf die Wahl den Parteitag in Baden-Württemberg nach dem Monat März abhalten, die Hand zu erheben. (*Altmeier:* Das habe ich nicht ganz verstanden.) Nach dem März! – Das scheint die große Mehrheit zu sein. Ich darf also feststellen, daß das praktisch heißt, wir führen den Parteitag nach Ostern durch.

Scharnberg: Den Zeitpunkt um Ostern wollen wir nicht. Den Zeitpunkt um Pfingsten wollen wir bestimmt auch nicht. Dazwischen gibt es aber die sitzungsfreie Woche zwischen dem 23. und 28. April. Das ist praktisch die einzige Möglichkeit, wenn wir nicht nach Pfingsten tagen wollen, die in Frage kommt.

Tillmanns: Der Bundestag ist zu einem neuen Arbeitsrhythmus übergegangen. Er hat jetzt zwei Sitzungswochen und dann eine arbeitsfreie Woche. Wenn der Bundestag grundsätzlich bereit ist, auf Parteitage Rücksicht zu nehmen, so ist es auf der anderen Seite sehr schwer, diesen Rhythmus zu stören, zumal eine sitzungsfreie Woche eingeführt worden ist. Es kommt also die Woche vom 23. bis 28. April in Frage. Ich darf noch einmal fragen, ist der Vorstand damit einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

Strickrodt: Der Herr Vorsitzende hat gefragt, ob wir nach dem März tagen sollten. Das darf aber keine Nach-März-Politik werden! *(Heiterkeit.)*

Tillmanns: Soll das zu Protokoll genommen werden? *(Erneute Heiterkeit.)*

Cillien: Ich möchte an die kritischen Stimmen wegen der Wahl von Baden-Baden erinnern. Ich halte es für unmöglich, im Spielsaal von Baden-Baden die neue Sozialreform zu verkünden.

Tillmanns: Man könnte auch entgegengesetzte Gesichtspunkte geltend machen. Es könnte auch, nachdem wir zunächst Baden-Baden festgelegt haben und daraufhin in der Presse Kritik laut geworden ist, einen ungünstigen Eindruck machen, wenn wir den Ort verlegten. Denn dann würde man vielleicht sagen, aha, die haben selber eingesehen, daß es so nicht richtig war. Etwas anderes ist es, wenn wir der Meinung sind, daß wir tatsächlich einen anderen Ort nehmen sollen. – Ich begrüße Herrn Minister Dr. Erhard. – Aber Baden-Baden bietet eine Reihe von Vorteilen.

Zimmer: Wir können Baden-Baden nicht in einer negativen Form abstempeln, wenn wir sagen, wir gehen mit unserem Sozialprogramm nicht dorthin. Was soll man denn in Deutschland denken? Es gibt noch Städte mit ähnlichem Charakter wie Baden-Baden in Deutschland. Sie haben aber alle ihre Daseinsberechtigung in dem schönen Kosmos der deutschen Städte. Wir könnten z.B. auch nach Wiesbaden gehen. Dann könnte man uns einen ähnlichen Vorwurf machen. (*Zuruf:* Neuenahr!) Ich meine, wir müssen schon bei Baden-Baden bleiben.

Heck: Ich darf noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der bisher nicht berücksichtigt worden ist. Nach unseren Berechnungen ist ein Parteitag in Baden-Baden DM 10.000,– billiger als in Stuttgart. (*Müllenbach:* Mindestens!) Es

ist nämlich so, daß uns in Baden-Baden sämtliche Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. In Stuttgart müssen wir Miete bezahlen. Auch die Unterbringung ist in Stuttgart viel teurer als in Baden-Baden. Es ist ein Irrtum zu glauben, in Baden-Baden sei die Unterbringung schwieriger als in Stuttgart. Das Gegenteil ist der Fall. Ich darf Ihnen offen sagen, der Bundesschatzmeister wäre z.Z. nicht in der Lage, wenn wir einen Parteitag Ende November abhielten, dafür das Geld zur Verfügung zu stellen. Ich bitte Sie also, den Gesichtspunkt „DM 10.000,– billiger" mit in Rechnung zu stellen.

Fay: Man müßte einmal nachhören, was unsere Freunde von Stuttgart sagen, welche Räume zur Verfügung gestellt werden können usw. Ich bin für Baden-Baden und sehe darin kein Problem, muß aber pflichtgemäß darauf hinweisen, daß die Mehrheit meiner Freunde in Hessen über die Wahl dieses Ortes entsetzt war und gesagt hat, wir können das Thema „Sozialreform" nicht in Baden-Baden besprechen. (*Altmeier:* Das ist doch lächerlich!) Ich trage das nur pflichtgemäß vor. Es ist nicht meine Auffassung, aber ich muß es Ihnen vortragen.

Von Hassel: Die Junge Union von Schleswig-Holstein hat seit drei Jahren ihre Landestagungen immer im Kurhaus von Travemünde abgehalten. Mein Amtsvorgänger, der Herr Kollege Lübke, ist nicht hingegangen, weil er böse war. Ich war dreimal dort. Es war immer ganz ausgezeichnet. Der Herr Kollege Lemmer war selbst da und hat den Geist dort gesehen. Auch die Stimmung war positiv. (*Weber:* Und die Spielbank?) Da ist nicht die Spielbank. Die ist nebenan. Die ganze Umgebung hat also großartig auf die jungen Menschen gewirkt, und die Tagungen waren jedesmal ein großer Erfolg.

Tillmanns: Der Bundeskanzler war für Baden-Baden. Man sollte daran denken, daß der Ort im Zeitalter des Rundfunks und der Presse nicht mehr so entscheidend ist wie früher. Der Gesichtspunkt, soll man auf eine möglichst große Einwohnerschaft einer Stadt wirken, ist im Zeitalter des Rundfunks, des Fernsehens und der sonstigen Propagandamöglichkeiten heute nicht mehr so wichtig für die Wahl des Ortes. (*Zimmer:* Der Bundeskanzler ist Ehrenbürger dieser Stadt.) Ich darf also noch einmal fragen: Wer der Meinung ist, daß wir bei Baden-Baden bleiben sollten, den bitte ich, die Hand zu erheben! – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. (*Fay:* Ich enthalte mich!) Ich würde vorschlagen, daß wir uns wegen des Inhaltes und der Themen des Parteitages nachher unterhalten. Herr Minister Erhard ist unter uns. Ich schlage deshalb vor, den Punkt 4 „Kartellgesetz" vorwegzunehmen. Der Vorstand ist damit einverstanden. Ich darf Herrn Naegel bitten, uns zunächst ein einleitendes Referat zu geben.

Kartellgesetz

Naegel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kartellgesetz ist uns schon in der ersten Legislaturperiode des Bundestages vorgelegt worden. Es ist dann

nicht mehr zur endgültigen Verabschiedung gekommen, obwohl sehr maßgebliche Beratungen in den Ausschüssen und auch in den Koalitionen durchgeführt wurden, die auf die Gestaltung des Gesetzes in wichtigen Paragraphen gründlichen Einfluß genommen haben. In der zweiten Legislaturperiode ist das Gesetz noch einmal eingebracht worden. Das Kabinett hat sich lange damit beschäftigt. Der Bundesrat hat dazu Stellung genommen. Die verschiedenen Vorschläge sind dann in Form einer Gegenüberstellung dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des ersten Bundestages als Drucksache überwiesen worden, und zwar war dann die erste Lesung am 21. Mai 1954. Die letzte Beratung war am 24. März 1955.[6] Im Wirtschaftspolitischen Ausschuß ist über das Verfahren am 25. Mai gesprochen worden, wie und wann mit der Beratung begonnen werden sollte. Diese Beratungen fanden zunächst in Neuenahr statt, ohne Rücksicht auf die dortige Spielbank. Wir haben dann die Fortsetzung dieser Beratung in den anschließenden Tagen hier in Bonn durchgeführt. Dabei zeigte sich leider eine etwas bedauernswerte Diskrepanz in der Haltung unserer Parteifreunde.[7]

Ich glaube, es ist notwendig, hier im Vorstand diese Dinge mit einiger Deutlichkeit zu besprechen, damit wir sehen, wo die Schwierigkeiten, die sich bisher gezeigt haben, liegen und wie Störungsmomente beseitigt werden können, um so zu einer zügigen Arbeit zu kommen. Es ist bekannt, daß die Beratungen, die unter Leitung von Professor Dr. Erhard und Professor Müller-Armack[8] mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft, vor allem des Kartellausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, geführt wurden, zu einem gewissen Agreement geführt haben, das darauf hinauslief, neben dem Grundsatz, der im § 1 als Verbot verankert ist[9], gewisse Auflockerungen in den folgenden Paragraphen zu bringen, wobei man sich darum bemühte, den Grundsatz des Wettbewerbs unangetastet zu lassen und nur solche Ausnahmen zuzulassen, die die Grundlage der Marktwirtschaft, den Wettbewerb, aufrechterhalten. Diese Vereinbarungen sind in Form von Absprachen getroffen worden. Natürlich konnte weder Erhard noch Müller-Armack zusagen, daß diese Dinge auch Gesetz würden; denn dafür ist die parlamentarische Entscheidung notwendig.

---

6 Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 13. Juni 1952 (BT-Drs. 3462), erneut vorgelegt am 22. Januar 1955 (BT-Drs. 1158 mit Stellungnahme des Bundesrates vom 21. Mai 1954), am 31. März 1955 den Ausschüssen überwiesen (Sten.Ber. Bd. 24 2.WP S. 4238–4280), in Kraft getreten am 27. Juli 1957 (BGBl I S. 1081).

7 Der Gesetzesvorlage Erhards (Verbotsprinzip) neigten u.a. August Dresbach und Thomas Ruf zu, ebenso Franz Böhm, der sogar noch einen verschärften Entwurf einbrachte (BT-Drs. 1269), während Hermann Höcherl, Richard Stücklen und Werner Dollinger sich für das Mißbrauchsprinzip einsetzten (BT-Drs. 1253).

8 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), Professor für Nationalökonomie und Soziologie; 1952–1963 Bundesministerium für Wirtschaft (ab 1958 Staatssekretär). – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 463 Anm. 60.

9 § 1 „Verträge, die Unternehmen zu einem gemeinsamen Zweck schließen, und Beschlüsse von Vereinigungen von Unternehmen sind unwirksam, soweit sie geeignet sind, die Erzeugung oder die Marktverhältnisse für den Verkehr mit Waren oder Leistungen durch Beschränkung des Wettbewerbs zu beeinflussen ..."

Bei den Beratungen war auf mancher Seite die Auffassung vorhanden, es müßte schon jetzt ausgegangen werden von dem letzten Stand der Beratungen des vorbereitenden Gremiums und [man] brauche nicht noch einmal den Entwurf, der von der Regierung vorgelegt worden ist, zur Grundlage der Beratung machen. Es sollten natürlich Änderungswünsche mit Begründung vorgetragen werden, damit der Ausschuß in der Lage war, diese nachzuprüfen und die Änderungswünsche zu akzeptieren. Daraus ergab sich eine gewisse Ladehemmung, wenn ich das einmal so sagen darf. Man hatte den Eindruck, es werde von bestimmter Stelle her versucht, die weitere Behandlung zu verzögern. Daß man diese Verzögerung mit persönlichen Dingen und manchmal auch mit sachlichen Momenten begründet, ist verständlich. Jedenfalls aber kam dadurch eine etwas unglückliche Atmosphäre auf, die die ernsten Arbeiten zunächst zu gefährden drohte. Es ist aber dann gelungen, durch Absprachen dazu zu kommen, die Besprechungen im wesentlichen vor Beginn der Parlamentsferien zu beenden.

Einige Fragen blieben offen. Diese wurden dann in den ersten Tagen nach Wiederbeginn der Arbeit im Parlament am 21. und 23. September 1955 geklärt. Es mußten noch Stellungnahmen der Ministerien und anderer Stellen eingeholt werden, so daß wir am 23. September 1955 die erste Durchsprache des gesamten Komplexes – nicht in der Form der Paragraphen, sondern der Probleme, die in dem Gesetz stecken – praktisch beenden konnten. Wir haben im Wirtschaftspolitischen Ausschuß am 14. Oktober einstimmig beschlossen, am 17., 18. und 19. November die konkrete Beratung der einzelnen Paragraphen durchzuführen. Das steht jetzt an.

Ich habe Ihnen diesen Zeitablauf absichtlich genannt, um Ihnen zu zeigen, daß man zwischen den einzelnen Sitzungen und Terminen Zeit genug gelassen hat, um auch den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit das gewünscht worden war. Die Fraktion der CDU/CSU hatte einen Studienkreis Kartell aus dem Arbeitskreis 2 gegründet.[10] Dieser ist unter der Leitung von Dr. Köhler[11] zweimal zusammengetreten und hat – verstärkt durch Vertreter des Bundeswirtschaftsausschusses der CDU – die anstehenden Fragen beraten. Wir sind dabei zu einem wesentlichen Entwicklungsgang gekommen, aber die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich bitte Sie aber, Verständnis dafür haben zu wollen, daß wir, nachdem sich alle anderen Fraktionen mit der Termingestaltung einverstanden erklärt haben, jetzt auch darauf drängen, daß diese Termine eingehalten werden. Wir wollen nun auch von uns aus so weit Klarheit schaffen, daß auch die CDU/CSU bei dieser Terminfestsetzung bleibt und nicht wieder durch interne Bedenken zu Überlegungen kommt, die einen

10 Akten nicht erhalten.

11 Dr. Erich Köhler (1892–1958), vor 1933 DVP, Mitgründer der CDU Wiesbaden, 1946–1949 stv. Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1945–1949 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, 1946 Mitglied des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung und des Landtages Hessen, 1947–1949 Präsident des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1950 Bundestagspräsident, 1949–1957 MdB.

zeitlich flüssigen Ablauf der Beratungen des Kartellgesetzes behindern könnten. Wir hatten daran gedacht, daß die erste Lesung des Kartellgesetzes in der Form der Regierungsvorlage – ergänzt durch Abänderungswünsche des Wirtschaftspolitischen Ausschusses – bis zur Jahreswende fertig sein würde. Dann könnte eine kurze Zäsur eintreten, die vielleicht 14 Tage Zeit ließe, um auch die Fraktionen zu einem Beratungsergebnis dieser ersten Lesung kommen zu lassen. Dann könnte die interne Lesung des Ausschusses durchgeführt werden, um so die parlamentarischen Beratungen vorzubereiten. Diese könnten nach unseren Überlegungen im Februar oder März über die Bühne gehen.

Noch ein Wort über die Bedeutung der Arbeit. Es wird selbstverständlich darüber gestritten, müssen wir ein Kartellgesetz haben oder nicht? Ich glaube, daß wir nunmehr, auch im Hinblick auf die Würde des Parlaments und die Würde der Bundesregierung, einfach nicht mehr darum herumkommen, diese Vorlage, die nun schon zum zweiten Male ein Parlament beschäftigt, endgültig zu behandeln und zu verabschieden. Ich glaube auch nicht, daß man Sorge zu haben braucht, in der Praxis könnten Schwierigkeiten auftreten, oder die berechtigten Wünsche der Wirtschaftskreise könnten nicht in vollem Umfange Berücksichtigung finden. Auch dieses Gesetz wird natürlich ein Gesetz sein, das eines Tages abgeändert werden kann und muß. Man sollte aber erst einmal die Grundlage für eine deutsche Kartellbasis schaffen, um aus der Praxis zu lernen und zu sehen, wie sich die Dinge gestalten lassen. Ich nehme an, daß vielleicht die Möglichkeit bestehen wird, notwendige Änderungen durchzuführen.

Meine Bitte geht dahin: Der Vorstand der CDU möge sich dahin erklären, daß nunmehr ohne weiteren Zeitverlust die terminmäßige Planung eingehalten und die gewissenhafte Beratung des Gesetzentwurfes durchgeführt wird.

Tillmanns: Ich danke Herrn Naegel für diesen Bericht. Wir hatten diesen Punkt auf Wunsch des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unserer Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Ich weiß nicht, ob es für den Vorstand noch zweckmäßig ist, die Auffassung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses hinsichtlich der materiellen Fragen, die noch umstritten sind, zu diskutieren. Der Vorstand kann aber auch zu der ganzen Angelegenheit noch einmal in dem Sinne Stellung nehmen – das war an sich das Petitum des Wirtschaftspolitischen Ausschusses –, der Fraktion gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Verabschiedung dieses Gesetzes so schnell wie möglich erfolgen soll. Es handelt sich hierbei um das politische Ansehen der Christlich-Demokratischen Union. Wir haben in unserem Programm für den zweiten Deutschen Bundestag hierzu eine ganz klare Stellung genommen. Infolgedessen war es die Meinung des geschäftsführenden Vorstandes, der Vorstand möge zu dieser Frage noch einmal deutlich seinen Willen kundtun. (*Zimmer:* Was sagt denn die Fraktion dazu?)

Hellwig: Zu der Frage, was die Fraktion sagen kann, möchte ich erklären, daß eine endgültige sachliche Beantwortung heute noch nicht möglich ist. (*Zimmer:* Auf das Petitum?) Das Petitum wird sowohl vom Arbeitskreis der Fraktion wie vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Partei bejaht. Das weitere Hinauszögern der Beratung

des Kartellgesetzes erscheint also nicht erwünscht. Wir hoffen, daß wir in diesem Winter noch zu einer Verabschiedung des Gesetzes kommen, so daß im Frühjahr die Schlußabstimmung im Bundestag erfolgen kann. Der Bundesrat muß sich dazu noch äußern. Wir wissen aber nicht, ob der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrufen wird. Wir müssen aber mit all diesen Prozeduren zum Ende der jetzigen Sitzungsperiode fertig werden. Das Gesetz muß bei Beginn der Sommerferien verabschiedet sein. Wenn wir es noch einmal unverabschiedet liegenlassen, dann besteht leicht die Möglichkeit, auch durch Verzögerungen bei verschiedenen Stellen und Gruppen in unseren eigenen Reihen, daß wir es bis zum nächsten Wahlbeginn überhaupt nicht über die Bühne bringen. (*Wuermeling:* Dann glaubt uns keiner mehr etwas!) Aus diesem Grunde sollten wir an der vorgesehenen Planung unbedingt festhalten. Wir haben mit Herrn Etzel die Frage ausführlich besprochen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei wäre bereit, auf die Hinzuziehung der sogenannten Studienkommission – die ein gemeinsames Gremium des Ausschusses der Partei und der Fraktion ist – zu verzichten, um nicht zu einer erneuten Lähmung der Ausschußberatungen im Bundestag beizutragen. Wir können diesen Studienkreis von Fraktion und Partei nochmals zusammenholen, sobald die Formulierungen nach dem ersten Durchgang beim Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorliegen. Dann haben wir auch eine Grundlage, auf der wir beraten können. Die Auseinandersetzungen beziehen sich vor allen Dingen auf die verschiedenen branchenmäßigen Bereiche; sie liegen also nicht in einer grundsätzlichen Verschiedenheit bei der wirtschaftspolitischen Konzeption, sondern jeder sagt: Heiliger Florian, schon' mein Haus, zünd' andere an! Diese gruppenmäßige Auswirkung kann man erst erkennen, wenn bestimmte Formulierungen aus dem Ausschuß vorliegen, zumal wir auch abwarten müssen, welche Ergebnisse die mitberatenden Ausschüsse im Bundestag bringen werden. Es werden sich u.a. der Ernährungsausschuß, der Verkehrsausschuß, der Rechts- und Verfassungsausschuß usw. noch äußern. Wenn wir also einen Überblick über die Ergebnisse dieser Ausschüsse vor uns liegen haben, können wir dieses gemischte Gremium, diese sogenannte Studienkommission, zusammenholen. Die Aufgabe der Studienkommission wird es sein, einen Ausgleich zu finden. Ich habe nur eine Befürchtung, daß in der nächsten Woche eine Plenarsitzung ... (*Zuruf:* Abgesagt!) Dann haben wir in der nächsten Woche den ersten Durchgang der Ausschüsse beendet. Ich würde es also begrüßen, wenn der Parteivorstand seinen Wunsch äußerte, daß er auf eine baldige Verabschiedung dieses Gesetzes, und zwar bis zum Frühjahr, großen Wert legt.

Naegel: Was Herr Hellwig vorgetragen hat, ist richtig und notwendig. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, daß die mitbeteiligten Ausschüsse in ihrer Arbeit etwas gefördert werden, damit nicht die Verzögerung dadurch eintritt, daß z.B. der Rechtsausschuß sagen kann, wir können erst Stellung nehmen, wenn alles fix und fertig ist, so daß erst – wie es schon war – ein Rechtsgutachten in Karlsruhe angefordert wird. Das würde Verzögerungen bis zum St. Nimmerleinstag ergeben. (*Wuermeling:* Das kann nicht der Parteiausschuß bestimmen!) Aber er könnte ein wichtiges Wort dazu sagen.

Ich darf auf einen anderen Punkt hinweisen, der auch in der Debatte angeklungen ist. Die SPD spielt sich sehr leicht zur Hüterin der Marktwirtschaft auf, weil sie für dieses Gesetz eintritt. Das könnte uns bei der nächsten Wahl sehr unangenehm werden. Bisher haben wir bei den Bundestagswahlen mit der Erhardschen Wirtschaftspolitik großen Anklang gefunden. Wenn nun plötzlich die SPD sagt, die eigenen Mannen von der CDU haben diesen Gedanken verlassen, wir von der SPD sind nun die Hüter dieser Marktwirtschaft, dann ist das sehr nachteilig für uns.

Tillmanns: Das Wort hat Herr Bundesminister Professor Dr. Erhard.

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich kann das alles doppelt unterstreichen, was gesagt worden ist. Wir können uns draußen in der Öffentlichkeit nicht mehr sehen lassen, wenn wir nicht endlich einmal den Schwur, den wir abgelegt haben, zur Tat werden lassen. Im übrigen scheint mir noch ein Grund, und zwar ein konjunkturpolitischer, noch zwingender zu sein. Man erwartet draußen im Lande – und ich weiß, was im Lande draußen los ist, ich bekomme täglich Waschkörbe von Briefen –, daß wir jetzt endlich Ernst machen und das Instrument in die Hand bekommen, mit dem wir wirklich groben Mißbräuchen begegnen können. Sie wissen, wir machen den interessanten Versuch in Deutschland, die Hochkonjunktur nicht, wie es durch sieben Jahrzehnte üblich war, wieder automatisch in die Depression und Krise abrutschen zu lassen, sondern sie zu stabilisieren. Es ist der erste Versuch dieser Art in der modernen Wirtschaft. Wir hoffen, daß es gelingt. Alle Maßnahmen, die geeignet erscheinen, diese Politik zu unterstützen, müssen vor allen Dingen auch von der Partei gutgeheißen werden. Wir spüren es im Augenblick ganz deutlich, überall dort, wo der Wettbewerb lebendig ist, ist auch die Konjunktur in Ordnung, und überall dort, wo der Wettbewerb erlahmt – siehe z.B. in der Bauwirtschaft –, dort treten jene Mißstände auf, die überhaupt nicht mehr vom Ökonomischen her, sondern nur noch vom Moralischen her zu werten sind.

Nun möchte ich das Kartellgesetz gar nicht mit Moral oder Unmoral in einen Zusammenhang gebracht haben, aber daß es eines der wesentlichsten Instrumente ist, um die Marktwirtschaft lebendig zu erhalten und damit auch die Konjunktur zu stabilisieren, das möchte ich doch mit aller Deutlichkeit herausgestellt haben. Ich muß Ihnen für meine Person sagen, ich würde mich außerstande sehen, noch einmal für einen Bundestag zu kandidieren und in der Öffentlichkeit ein Programm der CDU zu vertreten, wenn sich diese CDU selbst verleugnete und nicht willens wäre, das, was sie in acht Jahren zum Erfolg geführt hat, auch zu proklamieren gegen manche Standpunkte von Interessenkreisen. *(Lebhafter Beifall.)* Das Volk draußen erwartet, daß wir stehen und Bekennermut haben, auch wenn es da und dort einzelne geben mag, die nicht damit einverstanden sind. Es sind hier schon gefährliche Redewendungen in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang mit der Blickrichtung auf die CDU aufgekommen. Ich möchte dazu im Augenblick nicht Stellung nehmen. Das ist immer bei einer großen Partei die Gefahr, daß sie sich zu sehr in Gruppen aufspaltet. Ich kann nur sagen, wenn wir es bis zur nächsten Wahl nicht fertigbringen, über die verschiedenen Gruppen und Gruppeninteressen – die durchaus legitimer Art sein

können – eine Brücke im Weltanschaulichen zu schlagen, dann sind wir in einen sehr schweren Stand gekommen.

Das Kartellgesetz ist eines der wesentlichsten Gesetze, die gesinnungsmäßig die CDU vor dem deutschen Volk festgelegt haben. Ich sage hier nicht vor Gruppen, sondern vor dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit. Denn darauf kommt es an. Nur wenn eine Partei vor dem gesamten Volk Vertrauen genießt, dann kann sie mit Aussicht auf Erfolg in einen Wahlkampf gehen. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie nicht nur eine Resolution schließen wollten: Macht das Kartellgesetz! – sondern Sie sollten bewußt und energisch Ihren Willen zum Ausdruck bringen, daß jetzt auch ein sauberes Gesetz möglichst schnell vorgelegt wird.

Tillmanns: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist von den Herren Dr. Hellwig und Minister Professor Dr. Erhard beantragt worden, so darf ich wohl sagen, der Vorstand möge seinen Willen gegenüber der Fraktion dahin bekunden, daß das Kartellgesetz so schnell wie möglich, spätestens vor Ende der Sommerferien 1956, verabschiedet wird.

Zimmer: Es müßte zum Ausdruck gebracht werden: erstens wegen des Ablaufs und zweitens wegen des Inhalts. Herr Professor Dr. Erhard wünscht ein Bekenntnis des Vorstandes zu den Prinzipien des Kartellgesetzes.

Tillmanns: Das ist eine zweite Frage, ob wir, ohne in eine Sachdebatte einzutreten, auch zum Inhalt etwas sagen wollen, oder ob wir uns damit begnügen können, der Fraktion lediglich die Auffassung des Vorstandes zu bekunden, daß dieses Gesetz so schnell wie möglich im Bundestag verabschiedet werden soll.

Scharnberg: Ich schlage vor, daß der Vorstand einen Beschluß faßt und auf die Düsseldorfer Leitsätze[12], die das wirtschaftspolitische Programm des ersten Bundestages waren, und auf die Hamburger Grundsätze[13], die das wirtschaftspolitische Programm des zweiten Bundestages waren, verweist. (*Wuermeling:* Das würde genügen!)

Tillmanns: Es wäre möglich, in einer Presseverlautbarung den einen oder anderen Satz aus diesen beiden Programmen zu zitieren. (*Erhard:* Die Sicherung des Wettbewerbs!) Ich darf also fragen, ist der Vorstand damit einverstanden, daß wir in diesem Sinne beschließen, eine dringende Bitte oder Aufforderung an die Fraktion zu richten, sich dafür einzusetzen, daß das Kartellgesetz jetzt beraten und spätestens vor Beginn der Sommerferien im Frühjahr des nächsten Jahres im Bundestag verabschiedet wird, daß der Vorstand ferner die Sätze unterstreicht, deren Kernpunkt die Sicherung des Wettbewerbes in der Wirtschaft ist, und zwar aufgrund der Düsseldorfer Leitsätze und des Hamburger Programms? (*Zuruf:* Nicht ganz klar!) Ich darf also wiederholen: Sicherung des Wettbewerbes im Sinne der Düsseldorfer Leitsätze und des Hamburger Programms. Ist der Vorstand damit einverstanden? – Das ist die einstimmige Meinung des Vorstandes. (*Erhard:* Dann darf ich Ihnen herzlich danken, meine Herren.)

---

12 Vom 15. Juli 1949. – Druck: Die CDU und ihr Programm S. 25–59.

13 Vom 21. April 1953. – Druck: EBD. S. 47–60.

Meine Damen und Herren! Ich höre gerade, daß der Bundesparteitag in der in Aussicht genommenen Woche vom 23. bis 28. April 1956 in Baden-Baden nicht stattfinden kann wegen des internationalen Journalistenkongresses, der dort in dieser Woche tagt. Einen besseren Termin als diese Woche werden wir wohl schwerlich finden. Wir müssen daher prüfen, ob wir an einen anderen Ort gehen.

Von Hassel: Wenn wir heute zu einer anderen Terminfestlegung kommen, könnten wir den Ältestenrat des Bundestages bitten, seine Arbeitswoche umzustellen. Bei einer so langen Frist kann man die Disposition ändern.

Stücklen[14]*:* Ich möchte dringend bitten, diesen Antrag nicht dem Ältestenrat vorzubringen. Wir haben im Ältestenrat grundsätzlich beschlossen, den Turnus wegen Parteitagen oder ähnlicher Veranstaltungen nicht zu ändern.

Scharnberg: Die Turnusfestlegung und die Planung im Bundestag ist deswegen gemacht worden, damit die Parteien wegen ihrer Parteitage usw. hierauf Rücksicht nehmen können. Die Planung ist mit List und Tücke so aufgebaut, daß die Feiertage, wie Christi Himmelfahrt, 1. Mai usw., überwiegend in die sitzungsfreien Wochen hineinfallen. Wenn wir nun dieses Gebäude umstoßen, kommen wir sehr in Bedrängnis. Ich würde darum auch bitten, nicht an dieser Sache zu rütteln. Die Geschichte ist nicht zuletzt auch deswegen gemacht worden, damit die Parteien rechtzeitig disponieren können, anderenfalls kommen wir mit allen Parteitagen durcheinander.

Heck: Ich möchte vorschlagen, daß sich der Vorstand heute darauf beschränkt zu sagen, der Parteitag soll in Baden-Württemberg in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten des nächsten Jahres stattfinden. Einen endgültigen Termin können wir heute nicht festlegen. Es muß geklärt werden, ob zwischen dem 23. und 28. April in Stuttgart die Durchführung möglich ist. Dies ist aber sehr unwahrscheinlich. Wir können aber für die nächste Sitzung des Bundesparteivorstandes ohne weiteres klären, welcher Zeitraum möglich sein wird. Außer den beiden genannten Tagungsorten, die bisher zur Diskussion standen, nämlich Baden-Baden und Stuttgart, gibt es im Raum von Baden-Württemberg nicht mehr viel Möglichkeiten. Es blieben noch übrig Freiburg oder Konstanz. Das kann aber heute noch nicht festgelegt werden, sondern höchstens, daß der Parteitag zwischen Ostern und Pfingsten in Baden-Württemberg stattfinden soll.

Tillmanns: Wir sollten an Baden-Württemnberg festhalten. Dies war nicht nur mit Rücksicht auf die Landtagswahlen, sondern auch deswegen in Aussicht genommen worden, weil wir die bisherigen Parteitage in Goslar, Karlsruhe, Berlin, Hamburg und Köln durchgeführt haben. Wir müssen auch einmal in den Südwesten gehen. Darf ich feststellen, ob das die Meinung des Vorstandes ist, an Baden-Württemberg festzuhalten? (*Lemmer:* Machen Sie den Parteitag in Bayern, im Hofbräuhaus! – *Heiterkeit.* – *Stücklen:* München empfängt Sie mit offenen Armen. – *Von Hassel:* Das sagen Sie! – *Majonica:* Auch der Herr Hoegner wird sich freuen!)

14 Richard Stücklen (geb. 1916), Mitgründer der CSU, 1949–1990 MdB (CSU), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 1979–1983 Bundestagspräsident.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt 2 unserer Tagesordnung.

Sitzung des Parteiausschusses

Tillmanns: Wir waren uns darüber klar, daß das Thema Sozialreform der Hauptgegenstand des nächsten Parteitages sein sollte. Wir können die Beratungen und die Beschlußfassung darüber nicht noch weiter hinausschieben. Es ist einfach notwendig, daß die Christlich-Demokratische Union, die größte Partei Deutschlands, diese Sozialreform auch im Blick auf die kommende Wahl grundsätzlich behandelt. Wir hatten die Sorge, wenn wir diese Angelegenheit auf mehrere Monate verschieben, daß vielleicht die SPD oder eine andere Partei uns in dieser Frage zuvorkommen könnte und daß es deshalb nicht gut sei, überhaupt nichts zu tun. Daher haben wir uns überlegt, in der Woche, in der an sich der Bundesparteitag vorgesehen war, eine Sitzung des Bundesparteiausschusses in Bonn abzuhalten, und zwar mit dem Thema Sozialreform.

Wir hatten uns gedacht, daß auf dieser Bundesparteiausschußsitzung über die bisherigen Vorarbeiten berichtet und dann anschließend darüber diskutiert werden sollte. Das Ergebnis dieser Beratungen würde dann formal den Vorschlag für den kommenden Bundesparteitag darstellen. Wir könnten dann durch eine Veröffentlichung den Menschen sagen, hier hat die Christlich-Demokratische Union schon einen ersten entscheidenden Schritt getan. Dieser Gedanke hat uns veranlaßt, die Sitzung des Bundesparteiausschusses am 24. und 25. November abzuhalten. Gleichzeitig sollten damit politische Folgen, die sich aus einer Verschiebung des Parteitages ergeben könnten, aufgefangen werden.

Majonica: Vielleicht wäre es gut, vor der Sitzung des Bundesparteiausschusses eine Sitzung des Bundesparteivorstandes abzuhalten, um zunächst einmal innerhalb des Vorstandes die Dinge zu klären. Wir könnten dann eventuell mit einem Ergebnis schon in den Bundesparteiausschuß hineingehen.

Weber: Ich habe den Eindruck, daß wir unter der Hand keine einheitliche Auffassung von der Sozialreform haben, sondern daß sich hier markante Gesichtspunkte gegenüberstehen. Vielleicht kommt es daher auch bei der Parteiausschußsitzung zu keiner klaren und übereinstimmenden Meinung. Es kann sein, daß ich mich irre, aber bis jetzt scheint es mir so zu sein, wie ich es eben gesagt habe. Wir Frauen haben im Bundesfrauenausschuß anderthalb Tage lang über die Sozialreform gesprochen.[15] Wir hatten uns mit einer Stellungnahme zurückgehalten, weil wir nicht besonders hervortreten wollten. Ich habe aber bei der Diskussion gemerkt, wie stark sich die Ansichten gegenüberstehen. Deshalb möchte ich auch wünschen, eine Klärung zwischen den einzelnen Gruppen herbeizuführen, damit wir zu einer eindeutigen Stellungnahme, auch der Öffentlichkeit gegenüber, kommen können.

15 Am 8./9. Oktober 1955 in Bonn (ACDP IV-003-002/1).

Tillmanns: Ich darf Herrn Dr. Heck bitten, über den gegenwärtigen Stand der Sozialreform zu berichten.

Heck: Nachdem der Vorstand beschlossen hatte, auf dem nächsten Parteitag die Sozialreform als Hauptthema zu behandeln, hat sich der geschäftsführende Vorstand in einer zweitägigen Sitzung damit befaßt, um aus den vorliegenden Vorschlägen eine Synopse zusammenzustellen.[16] Das ist ein erster Rohentwurf, der dem Parteiausschuß vorgelegt werden soll. Wir haben dann aus den sozialpolitischen Ausschüssen, aus dem Beirat beim Arbeitsministerium usw. einen kleinen Arbeitskreis zusammengestellt und in vier Sitzungen ein Programm erarbeitet, in dem einigermaßen Übereinstimmung über die Krankenversicherung, die Rentenversicherung, die Rehabilitation und über einen kurzen Abschnitt Fürsorge erzielt wurde. Keine Einigung konnte erzielt werden hinsichtlich des Miteigentums und der Arbeitslosenversicherung. Ich darf daher sagen, was bis jetzt als Programm vorliegt, reicht nicht aus zu einer umfassenden Sozialreform. Die Meinungen sind allgemein, auch über die grundsätzlichen Dinge, so verschieden, daß nach unserer Auffassung, auch wenn wir den Parteitag im Januar abgehalten hätten, kein einheitliches Programm – wie es beispielsweise in dem bekannten Professorengutachten vorliegt – zustande gekommen wäre.[17] Ich kann nur sagen, daß eine Ausarbeitung vorliegt, die bis zur Parteiausschußsitzung fertiggestellt werden wird. Sie umfaßt die eben genannten Teilgebiete. Es wird dann später eine Präambel zu diesen vier Punkten zu formulieren sein, damit das, was vom Parteiausschuß verabschiedet wird, weiter verarbeitet und dem Parteitag im nächsten Frühjahr vorgelegt werden kann.

Gradl: Ich hatte auf der letzten Parteiausschußsitzung bereits den Eindruck, daß die Vorarbeiten für ein Programm der Sozialreform nicht so weit gediehen sind, um einen Parteitag einzuberufen. Ich habe auch jetzt das Gefühl, daß wir noch nicht weit genug sind, um gewissermaßen in Form eines kleinen Parteitages die Auffassung der CDU zur Frage der Sozialreform zu formulieren. Wenn wir diese Bundesparteiausschußsitzung mit zweitägiger Beratung als eine Art Ersatzparteitag abhalten wollen, dann müssen wir auch eine echte Diskussion haben. Eine Diskussion kann ich mir schlecht vorstellen, wenn ich mir die Meinung aufgrund von Reden bilden soll, die auf dieser Parteiausschußsitzung gehalten werden. Die Fragen sind noch so schwierig und heikel, daß man eine gewisse Zeit braucht, um sich in die Probleme hineinzudenken und eine Meinung zu bilden.

Ich bin überzeugt davon, daß auch die Landesverbände sagen werden: Auch wir müssen die Möglichkeit haben, vorweg einen gewissen Überblick über die Dinge zu haben, um uns eine Meinung zu bilden. Dazu ist offenbar in 14 Tagen nicht die Zeit. Nun entsteht die Frage, soll man den Bundesparteiausschuß tatsächlich in 14 Tagen abhalten oder soll man ihn verschieben, um zunächst die Vorarbeiten weiterzuführen. Ich bin der Meinung, wir sollten den Parteiausschuß zusammenrufen. Ich würde ihn

16 Nicht zu ermitteln. Hinweis bei HOCKERTS S. 321.
17 Vgl. Nr. 8 Anm. 29.

nicht als kleinen Parteitag aufziehen, wohl aber müßte den Delegierten ein genaues Bild über den bisher erreichten Stand gegeben werden, ohne daß die Aussicht erweckt wird, es müßten gewisse Grundsatzbeschlüsse gefaßt werden. Dann hätte eine solche Bundesparteiausschußsitzung einen guten Sinn. Man könnte sich denken, nun hat man einen ersten Überblick, und es wird weitergearbeitet. Dann könnte man gewisse Thesen im Dezember oder Januar vorlegen. Ende Januar könnte dann wieder eine Parteiausschußsitzung mit echter Diskussion über das, was vorliegt, stattfinden, d.h., es wäre eine gewisse Generalprobe für den Parteitag.

Ich bin also dafür, die Bundesparteiausschußsitzung abzuhalten, aber nicht im Sinne eines kleinen Parteitages, sondern nur zur Information. Ich würde ferner darum bitten, auf die Tagesordnung dieser Sitzung auch eine Erklärung zur allgemeinen politischen Situation zu setzen. Das ist der zweite Grund, weshalb ich dafür bin, die Sitzung des Bundesparteiausschusses abzuhalten. Bis dahin ist nämlich die Genfer Konferenz vorbei.[18] Das gibt einen sehr schlechten Rückblick auf die Stimmung im Lande, auch auf die Zone. Sie haben gesehen und gehört, wie die Flüchtlingsziffern angestiegen sind.[19] Die Leute haben gehofft, und nun sind sie enttäuscht. Man muß von der Partei erwarten, daß sie in einem solch schwierigen Zeitpunkt zu diesen Problemen ihre Auffassung kundtut.

Ich darf meinen Vorschlag wie folgt konkret zusammenfassen: Bundesparteiausschußsitzung ja, aber nur einen Tag lang, also keinen kleinen Parteitag. Tagesordnung: 1. Bericht über die politische Lage. 2. Bericht über die bisherigen Arbeiten zur Sozialreform.

Hellwig: Ich mache darauf aufmerksam, daß sich die Materie weiter kompliziert hat. Wir sind über die Herausarbeitung von bestimmten Thesen nicht weitergelangt, als daß eine weitere Komplizierung durch ein erneutes Professorengutachten vorliegt, und zwar ein Gegengutachten von Professor Rohrbeck[20], nämlich gegen das Gutachten der vier Professoren, die im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers ein Gutachten ausgearbeitet haben. Es besteht hier die große Gefahr, daß das ganze Thema durch Gutachten und Gegengutachten zerredet und zerfleddert wird. Es wäre deshalb gut, wenn durch den Parteiausschuß einmal einheitliche Thesen herausgestellt würden. Das bedeutet aber, daß wir uns zunächst einmal in einem kleineren Kreise darüber

18 Konferenz der Außenminister von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten vom 27. Oktober bis 4. November und vom 8. bis 16. November 1955. Vgl. Nr. 9 Anm. 1.

19 Im Oktober 1955 flohen 32.874 Menschen aus der DDR, d.h. 16,6 % mehr als im September. Während 1954 184.000 Flüchtlinge gezählt wurden, waren es bis Ende Oktober 1955 bereits 206.000 (FAZ vom 8. November 1955).

20 Dr. Walter Rohrbeck (1885–1956), Professor für Versicherungswirtschaft, unter Mitarbeit der Professoren Erich Roehrbein und Carl Meyrich: Zum Problem der Realisierbarkeit der Vorschläge der Rothenfelser Denkschrift über die Neuordnung der sozialen Leistungen (Duncker und Humblot, Berlin 1955 89 S.). Dazu und zum Folgenden Hockerts S. 300–319.

klarwerden müssen, in welche Linie diese Thesen gehen sollen. Eine Parteiausschußsitzung, die sich mit diesem Thema befaßt, ohne daß wir hier in diesem Kreise eine Arbeitsgrundlage erarbeitet haben, halte ich für nicht durchführbar, es sei denn, daß wir nur informatorische Berichte über die vorliegende Arbeit entgegennehmen. Im Augenblick aber werden die Dinge kompliziert.

In diesen Tagen ist mir ein erstes Exemplar einer großen Loseblattsammlung „Material zur Sozialreform" zugegangen.[21] Ich habe in meinem Büro eine große synoptische Darstellung machen lassen. Es ist ein sehr kompliziertes Gebilde, die verschiedenen Dinge, auch wenn man sie noch so vereinfacht, vergleichbar zu machen. Wenn wir nicht rechtzeitig eine bestimmte Linie in Form von Thesen finden und herausstellen, dann werden wir in kurzer Zeit in Gutachten und Gegengutachten ertrinken, so ähnlich, wie es uns mit der Steuerreform und der Verkehrsreform gegangen ist, wo man auch später nicht mehr aktionsfähig war. Zu einer derartigen Herausstellung von Richtlinien, die praktisch in Form von zehn oder zwölf Thesen aufgestellt werden könnten, müßte man aber irgendeinen Entwurf vorliegen haben, den wir hier im kleinen Kreise besprechen. Ohne eine solche Herausarbeitung kann eine Sitzung des Parteiausschusses nur rein informatorischen Charakter haben.

Gradl: Das war ja mein Vorschlag, zunächst eine Sitzung rein informatorischen Charakters, und dann sollte die Aussprache stattfinden.

Tillmanns: Je länger wir diskutieren, desto komplizierter wird die Angelegenheit. Letzten Endes ist doch das, was wir als Partei für die Sozialreform tun müssen, eine politische Entscheidung, und die können wir heute genausogut fällen wie nach einem Jahr. Wir können es heute noch besser, als wenn wir so lange warten, bis alles zerredet ist.

Wir stehen hier als Partei nicht wie der Bundestag als gesetzgebende Körperschaft vor der Sozialreform, sondern wir haben als Partei eine ganz andere Aufgabe, nämlich der Öffentlichkeit gegenüber in knappen Thesen unsere Grundlinie und Grundsätze zur Sozialreform klarzumachen. Dazu sind wir einfach verpflichtet. Das sollten wir auch als Partei in einem gewissen propagandistischen Rahmen tun. Ich hoffe, daß ich dabei nicht mißverstanden werde. Es muß also eine Willensäußerung zur fortschrittlichen sozialen Gestaltung unseres Lebens gemacht werden. Dazu sind keine weiteren Gutachten mehr erforderlich. Das ist Aufgabe der Bundesregierung, wenn sie ihre Vorlage macht, wenn Bundestag und Bundesrat vor der konkreten Gesetzesaufgabe stehen. Das ist aber nicht unsere Aufgabe als Partei.

Wir müssen daran denken, daß die Frage der Sozialreform im Vordergrund der Wahlen des Jahres 1957 stehen wird, und je eher die Christlich-Demokratische Union dazu ihre Grundsätze und Richtlinien der Öffentlichkeit bekanntgibt, um so besser ist es. Deshalb bin ich der Auffassung, wir sollten zunächst einmal daran festhalten, im November eine Sitzung des Bundesparteiausschusses abzuhalten, auch aus dem Grunde, den Herr Gradl angeführt hat, daß bis dahin die Genfer Konferenz zu Ende

21 Vgl. Nr. 8 Anm. 24.

gegangen ist. Es wird dringend notwendig sein, daß die Christlich-Demokratische Union zu dem Ergebnis von Genf und was damit zusammenhängt Stellung nimmt. Aus diesem Grunde scheint mir eine Sitzung des Bundesparteiausschusses dringend notwendig zu sein. Wir könnten auf dieser Sitzung des Bundesparteiausschusses schon zu knappen Thesen kommen; sie brauchen keineswegs vollständig zu sein. Jedenfalls könnten wir schon etwas zu den Dingen sagen, über die Einigkeit herrscht und über die wir uns klar sind. Perfektionistisch brauchen wir nicht zu sein. Jedenfalls können wir aber mit der ersten Etappe beginnen. Herr Gradl sagte, die Sitzung könne nur informatorischen Charakter haben, d.h., der Parteiausschuß könnte sich nur über die bisherigen Ergebnisse berichten lassen. Wir könnten aber doch schon etwas diskutieren, um dann in einer weiteren Parteiausschußsitzung das Material für den nächsten Bundesparteitag zu erarbeiten.

Hellwig: Ich halte die Verabschiedung von Thesen nur dann für möglich, wenn wir vorher im Bundesparteivorstand etwas dazu gesagt haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Weber: Die Sozialreform ist heute zu einem Schlagwort geworden. Die meisten Leute stellen sich darunter nur eine Reform der Sozialversicherung vor. Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Bundestag die Sozialreform nicht mehr durchbringen werden; denn ich weiß nicht, ob wir zu einer Übereinstimmung in verschiedenen Grundlinien kommen werden. Jedenfalls warne ich davor, Grundlinien herauszugeben, über die keine Einigkeit besteht und die noch nicht geklärt sind. Das, was wir herausgeben, darf unter keinen Umständen propagandistisch sein. Ich liege auf der Linie, von der Herr Gradl gesprochen hat, daß man eine Ausschußsitzung einberuft und dazu Sachverständige einlädt. Es wird sich dann herausstellen, ob wir zu einer gewissen Grundlinie kommen können, die auch veröffentlicht werden kann. Ich bin auch der Meinung von Herrn Dr. Hellwig, daß wir das nicht können, wenn wir nicht vorher im Bundesvorstand die Sache vorbereitet haben.

Wuermeling: Ich möchte sagen, daß wir im Kabinett schon zu grundsätzlichen Formulierungen in weitem Umfang gekommen sind. Ich wünsche, daß diese Formulierungen auch in unserem Gremium bekanntwerden. Diese Formulierungen brauchen nicht übernommen zu werden, aber ich habe das Gefühl, daß die Verabschiedung gewisser Grundlinien auch schon in 14 Tagen möglich ist. Wir müssen aber die Dinge im Vorstand vorher gründlich durchsprechen.

Tillmanns: Damit kein Mißverhältnis übrigbleibt: Wenn ich das Wort „propagandistisch" in den Mund genommen habe, habe ich damit nichts Unsachliches gemeint. Ich bin der Meinung, daß eine politische Partei die Aufgabe hat, ihren politischen Willen in einer verständlichen und wirksamen Form der Öffentlichkeit bekanntzugeben und nicht in der trockenen Form eines bürokratischen Gesetzentwurfes. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Eplée: Ich habe eine große Befürchtung. Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt im engen Kreis des Vorstandes, aber auch nach außen hin klar und deutlich gesagt, daß die CDU danach drängt, eine Sozialreform an Haupt und Gliedern vorzunehmen. Wenn wir nun lediglich einige Thesen herausgeben, werden dann nicht unsere Gegner

sagen: Aha, darin erschöpft sich die ganze Reform der CDU, daß sie nur ein paar Thesen herausgibt! Wir müssen also zu der ganzen Materie unsere grundsätzliche Einstellung bekanntgeben. Wenn wir das nicht tun, werden unsere Gegner alles tun, um uns mit der Sozialreform bei der Bevölkerung Schwierigkeiten zu machen. Das ist meine Sorge.

Fay: Ich neige der Auffassung von Herrn Gradl zu. Zunächst sollte man sich im Bundesvorstand über die Grundsätze klar sein; dann sollte man den Bundesparteiausschuß informieren. Ich weiß, daß unsere Mitglieder genauso wie die Bundestagsabgeordneten aufgrund der Gutachten und Gegengutachten vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Ich halte es daher für ausreichend, wenn unsere Mitglieder zunächst einmal informiert werden. Auch folgender Grund ist wichtig: Nehmen Sie an, Sie kommen mit ausgearbeiteten Thesen in eine Bundesparteiausschußsitzung. Die Thesen werden dann angenommen. Die Öffentlichkeit wird dann sagen, in vier Stunden hat sich die CDU für ein Problem, über das sich soundso viel Professoren und Gott weiß wer alles monatelang den Kopf zerbrochen haben, in einem Hurragalopp entschieden. Es ist psychologisch viel klüger, die Entscheidung einige Wochen zu verschieben, um den Landesverbänden Gelegenheit zu geben, das vorliegende Material zu bearbeiten. Das ist psychologisch viel klüger und wirksamer, als in der nächsten Bundesparteiausschußsitzung eine Entscheidung zu treffen; denn diese Entscheidung müßte ja eigentlich der Bundesparteitag treffen. Glauben Sie nicht, wie die Öffentlichkeit fein differenziert zwischen einer Entscheidung des Bundesparteiausschusses und des Bundesparteitages. Wenn der Ausschuß zusammen ist, heißt es in der Öffentlichkeit, die CDU hat gesprochen. Die feine Differenzierung zwischen den einzelnen Gremien nimmt der Mann auf der Straße nicht vor.

Ich möchte dringend davor warnen, nur einen Teil der Thesen herauszubringen. Wir können, wenn wir zur Öffentlichkeit sprechen, nur das vollständige Programm bekanntgeben. In dem Augenblick, wo wir nur Teile bringen, werden die Gegner das verfälschen und sagen: Aha, die CDU kann nur das sagen. Wenn wir dann vier Wochen später mit dem Rest herauskommen, nehmen uns die kleinen Leute das vielleicht noch ab, aber es ist dann bereits ein Schaden eingetreten, der nicht mehr gutzumachen ist. Ich neige also auch der Auffassung von Herrn Gradl zu, den Parteiausschuß über den Stand der Dinge zu informieren, um dann später zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen, und zwar über alle Thesen. Damit würden wir psychologisch besserliegen.

Lemmer: Auch ich möchte vor einer fragmentarischen Behandlung warnen. Eine stückweise Publikation ist ohne Wirkung und gibt zur Kritik Anlaß. Was nachgetragen wird, kommt nicht mehr an. Das, was wir wollen, nämlich eine Magna Charta – wenn ich das große Wort gebrauchen darf –, muß insgesamt dem deutschen Volk vorliegen. Das aber würde darunter leiden, wenn wir nur Stückwerk machten.

Zimmer: Es wäre wichtig zu wissen, was die Sozialausschüsse bisher erarbeitet haben. Ist das miterarbeitet worden, und besteht Übereinstimmung darin?

Tillmanns: Die Sozialausschüsse haben immer mitgearbeitet. Es ist auch eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen erzielt worden. Zum Fragmentarischen!

Wenn wir so lange warten wollen, bis wir wirklich eine komplette Magna Charta der Sozialreform veröffentlichen können, dann müssen wir es aufgeben. Das ist einfach nicht zu machen. Auf der anderen Seite stimme ich Herrn Fay zu, daß wir nicht nur Teilgebiete veröffentlichen können. Es ist möglich, z.B. die Arbeitslosenversicherung zunächst beiseite zu lassen. Das könnte auch für eine Reihe anderer Dinge gelten, z.B. für die Frage des Miteigentums. Das ist eine schwierige Materie. Sie hat auf dem Hamburger Parteitag eine große Rolle gespielt. Es ist hier schwierig, etwas zu beschließen, was über das Hamburger Programm hinausgeht[22], und nur das Hamburger Programm zu wiederholen, hat keinen Zweck. Ich sehe aber keine Schwierigkeit, daß wir uns zunächst auf einige Thesen beschränken. Insofern habe ich von Teilgebieten gesprochen.

Es ist richtig, daß die Öffentlichkeit nicht zwischen Bundesparteiausschuß und Bundesparteitag unterscheiden kann. Deswegen haben wir gerade die Bundesparteiausschußsitzung vorgeschlagen. Mein Wunsch ist es, auf dieser Bundesparteiausschußsitzung zu etwas mehr zu kommen als nur zu einer Information. Der Grund dafür liegt einfach darin, daß die SPD ihrerseits an einer großen Sache arbeitet. Wir kommen in eine außerordentlich schwierige Situation der Öffentlichkeit gegenüber, wenn die SPD im Januar oder Februar ein großes Programm im Sinne der Entwicklung von Staatssozialismus veröffentlicht. Dann ist die CDU gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen, während sie jetzt noch ihren Willen allein bekunden kann. Wir sollten daher diese Chance nutzen und nicht zögern. Je länger wir diskutieren, desto mehr zerrinnt uns die Materie unter der Hand. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß es in einem halben Jahr besser als heute sei. Die Möglichkeit, zu einer Entscheidung zu kommen, ist heute genauso gegeben. Der Bundesparteiausschuß soll sich auch nicht in vier Stunden, sondern in zwei Tagen entscheiden. Wenn in einer solchen Tagung zu Beginn festgestellt wird, es haben sich die Ausschüsse monatelang mit der Sache befaßt, das Ergebnis dieser Ausschüsse wird nun vorgelegt und in zwei Tagen beraten, dann kann niemand daran Kritik üben, daß der Bundesparteiausschuß sich zu schnell entschlossen habe.

Hellwig: Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik hat sich noch nicht mit der Materie befaßt, weil noch keine Arbeitsunterlagen vorlagen und er abwarten wollte, welches Ergebnis von den beauftragten Gremien bekanntgegeben wird. Der Ausschuß möchte am 14. November zusammenkommen.[23] Vielleicht ist es bis dahin möglich, über die erkennbaren Dinge in den einzelnen Gremien Bericht zu erstatten, damit wir vor der Parteiausschußsitzung in eine Linie kommen. Es müßte also der Vorstand der Partei vor dieser Sitzung noch einmal zusammentreten.

22 Vgl. Abschnitt „Eigentum für alle Schichten des Volkes" (Die CDU und ihr Programm S. 56).

23 Am 10. Dezember 1955 (ACDP VII-004-069 bzw. 076).

Tillmanns: Wenn wir uns für den Vorschlag von Dr. Gradl entscheiden, dann genügt es, den Parteiausschuß nur für einen Tag zusammenzurufen. Wir könnten dann am Tage vorher, also am 24. November, eine Vorstandssitzung abhalten. (*Weber:* Muß es am 24. und 25. sein? Können es nicht die Tage sein, die zunächst für den Parteitag festgelegt waren?) Das sind sie ja. Es war die Zeit vom 21. bis einschließlich 24. festgesetzt. (*Weber:* Ich habe es nicht so aufgefaßt. Der 24. ist Donnerstag, und der 25. ist Freitag. Ich habe den Wunsch, den Dienstag und Mittwoch zu nehmen.) Wir hatten vorgeschlagen, das Wochenende zu nehmen, weil uns mitgeteilt worden ist, daß die Tage am Wochenende für die meisten angenehmer wären als am Anfang, (*Altmeier:* Das ist auch richtig!) weil anfangs der Woche Kabinettssitzungen sind. (*Gradl:* Eine Reihe der Herren wird vom 25. bis 27. in Berlin sein. Dort ist die Tagung der Europaunion.) Wollen wir dann nicht den 23. und 24. nehmen? (*Zurufe:* Geht nicht!) Die Hamburger Herren können nicht, weil Mittwoch Bürgerschaftssitzung ist. Wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse müssen alle anwesend sein.[24]

Wenn wir uns also für einen Sitzungstag des Bundesparteiausschusses entscheiden, könnten wir so verfahren: Der Vorstand tagt am Mittwoch nachmittag und der Parteiausschuß am Donnerstag. (*Zuruf:* Geht nicht für Hamburg! – *Von Hassel:* Ich könnte nur donnerstags und freitags.) Wer kann donnerstags und freitags? Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dann können, die Hand zu erheben! – Ja, meine Damen und Herren, einen Termin, wo wir alle können, finden wir nicht. Die Mehrheit ist aber für Donnerstag und Freitag. (*Heck:* Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig ist, eine Vorstandssitzung am Nachmittag abzuhalten. Dafür ist ein ganzer Tag erforderlich. – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Strickrodt: Herr Dr. Tillmanns drohte an, die SPD bereite eine große Sache vor. Damit ist unser Thema berührt. Es ist anzunehmen, daß in der SPD nach dem Scheitern der Genfer Konferenz gerade die Angleichung des Sozialprogramms zur Debatte steht. Es sind hierüber auf der katholischen Arbeitgebertagung von Pater Nell-Breuning unglückliche Worte gesprochen worden.[25] Die Tendenz, sich anzupassen und eine mittlere Linie zu suchen, ist da. Ich glaube, daß die SPD auf dieses Ziel losmarschiert und daß wir die Frage der Sozialreform nicht umfassend genug behandeln können.

Zimmer: Nell-Breuning hat, soweit ich gelesen habe, nur folgendes gesagt: Wir müssen ins Auge fassen, daß unter Umständen gewisse Sozialeinrichtungen in der Sowjetzone von uns aus zunächst nicht angetastet bzw. nicht beseitigt werden. Das ist etwas ganz anderes. Die Frage bedürfte einer Klarstellung. Ich habe das so im Kopf. Ich glaube aber nicht, daß das Wort „Angleichung" gefallen ist.

---

24 Den 62 Mandaten des Hamburg-Blocks standen 58 der SPD gegenüber (Wahl vom 1. November 1953).

25 Am 23. Oktober 1955 in Bad Neuenahr: „Sozialpolitik zwischen Ost und West. Gedanken zur Wiedervereinigung" (Druck in Oswald von NELL-BREUNING SJ: Wirtschaft und Gesellschaft heute. Bd. 2: Zeitfragen. Freiburg 1957 S. 387–402). Nell-Breuning sprach von einem „Aufeinander-Zukommen" (nicht Mischmasch) im Falle einer Wiedervereinigung.

Wuermeling: Nell-Breuning hat in Köln etwa wie folgt formuliert[26]: Die Dinge, die in der Zone geschehen sind, sind geschehen. Sie lassen sich als Tatbestand nicht ohne weiteres rückgängig machen. Wir in der Bundesrepublik sind mit unseren Dingen auch nicht vollkommen. Infolgedessen müssen wir, wenn wir demnächst zusammenkommen, sehen, daß wir die Dinge auf eine Linie bringen. Aber wir verwerfen selbstverständlich [nicht] alles, was in der Zone geschehen ist, und können das nicht als maßgeblich für die Zukunft betrachten. So ungefähr war die Linie, und er fand sehr erhebliche Zustimmung auf der Tagung in Köln.

Tillmanns: Ich glaube nicht, daß man diese Probleme notwendigerweise aufzuwerfen braucht; denn daß sich die Christlich-Demokratische Union nicht für eine kollektive Staatswirtschaft einsetzt und keinen autoritären Staat mit einer zentralistisch geführten Sozialordnung haben will, darüber sind wir uns einig. Darüber brauchen wir hier nichts zu sagen. Richtig ist natürlich, was Herr Kollege Wuermeling gesagt hat zu der Interpretation von Nell-Breuning. Wenn die Wiedervereinigung Deutschlands kommen wird, ist am Tage X drüben etwas da, z.B. die volkseigenen Betriebe usw. Die früheren Eigentümer sind überhaupt nicht mehr auffindbar. Man kann also dann nicht sagen, von morgen ab ist es wieder so, wie es 1945 gewesen ist. Darüber gibt es eine Reihe von konkreten Vorstellungen, die vom Forschungsbeirat der Bundesregierung[27] erarbeitet worden sind, nämlich darüber, wie man diese Dinge angleichen könnte. Ich meine, daß dieser Angleichungsprozeß sich nicht so vollziehen kann – entschuldigen Sie, wenn ich so formuliere –, daß die Sozialordnung der Bundesrepublik einfach auf die Ostzone übertragen wird; denn in dem einen oder anderen Punkt werden wir es mit anderen Tatbeständen zu tun haben. Vielleicht kann dies sogar in dem einen oder anderen Punkt gut sein für die Bundesrepublik.

Strickrodt: Ich habe nur von der SPD gesprochen. Ich spreche auch nicht im Sinne der Königsteiner Erörterungen zum Tage X der Überleitung.[28] Das sind an sich harmlose Dinge. Ich spreche aber von der grundsätzlichen Angleichung auf einer Linie. Das wird die SPD in den nächsten Jahren betreiben. Unser Programm muß also diese ganze große Linie ins Auge fassen.

---

26 Nell-Breuning äußerte sich am 5. November 1955 auf dem Deutschen Volksheimstättentag in Köln erneut zum Thema (EBD.).

27 „Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen" – konstituierende Sitzung am 3. März 1953 (vgl. dazu HOCKERTS S. 235f.). Seine Beschlüsse (gefaßt auf den Arbeitstagungen vom 2. bis 4. Juni und 3. bis 4. Oktober 1955) enthalten keine Hinweise auf Angleichungen. Weder in der Denkschrift der Professoren Hans Achinger, Joseph Höffner, Hans Muthesius und Ludwig Neundörfer vom Mai 1955 noch in den Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen des Bundesarbeitsministeriums lassen sich derartig konkrete Vorstellungen ermitteln. – Texte in Max RICHTER (Hrsg.) Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen. Bad Godesberg 1955ff. (Loseblattsammlung), hier Bd. 1 und 9.

28 Vgl. Werner MÜNCHHEIMER: Die Neugliederung Mitteldeutschlands bei der Wiedervereinigung. Hrsg. vom Königsteiner Kreis (Vereinigung der Juristen, Volkswirte und Beamten aus der SBZ). Göttingen 1954.

Hellwig: Wir werden eine systematische Werbung bei uns beobachten können, die sagen wird, wenn die Wiedervereinigung von der anderen Seite nur unter der Bedingung, daß die gesellschaftspolitische Umwandlung der Sowjetzone für ganz Deutschland realisiert wird, konzediert werden sollte, dann sollte man auch einen Schritt hinsichtlich einer Umwandlung der gesellschaftlichen Struktur machen. Wir müssen damit rechnen, daß eine solche Lesart von bestimmten Kräften bei uns infiltriert wird. Ich will nicht sagen, daß die SPD dies als Parteilinie herausstellt, aber es wird von Gruppen infiltriert, die wir nicht identifizieren können, weil sie nicht nach außen treten. Aber man wird auch an die intellektuellen Kreise, an die Betriebe und an die bürgerlichen Kreise herantreten. Es werden gefühlsmäßige Dinge angesprochen. Wir müssen daher auf diesem Gebiete etwas tun. Es finden heute schon Zusammenkünfte und auch eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen und Organisationen der Bundesrepublik und der Sowjetzone auf dem Gebiet der Wirtschaft und auch des Geisteslebens statt. Es stellt sich die Frage, ob wir bei der Erörterung der Sozialprobleme unseren Weg zunächst unbeeinflußt von diesen Dingen herausstellen wollen. Wenn wir das wollen, dann wird es höchste Zeit, daß wir mit ganz bestimmten Thesen herauskommen. Wenn wir das nicht tun, dann wissen wir nicht, wieweit dieser Bazillus um sich greifen wird. Aus der Rede von Professor Nell-Breuning können leicht Mißverständnisse entstehen. Durch seine Formulierungen haben sich viele Kreise ein politisches und moralisches Alibi verschafft, um damit etwas ganz anderes zu sagen. Diese Gefahr müssen wir sehen. Aus diesem Grunde habe ich den Eindruck, daß wir zu einer Formulierung bestimmter Thesen so schnell wie möglich kommen müssen. Es ist dringend notwendig, daß wir eine bestimmte programmatische Linie herausstellen. Es wird dabei die Frage im Vordergrund stehen, was kann in dieser Gesetzgebungsperiode realisiert werden? Wir dürfen nicht nur in eine allgemeine gesellschaftspolitische Thesensammlung kommen, sondern wir müssen auch die Dinge nennen, die vorgezogen werden müssen. Sie müssen noch in der jetzigen Legislaturperiode einer Lösung zugeführt werden. Ich meine damit die Vorschläge der Sozialleistungen im engeren Sinne.

Gradl: Wir dürfen diese beiden Fragen nicht miteinander verquicken. Das eine ist ein Programm für unsere Partei. Das zweite sehe ich genauso ernst an wie Herr Dr. Strickrodt. Die Gefahr liegt darin, daß sie eben nicht gesehen wird von vielen Kreisen. Wir werden uns der Mühe unterziehen müssen, einmal dem nachzugehen, was drüben unter Errungenschaften verstanden wird. Diesen Errungenschaften muß gegenübergestellt werden, was bei uns erreicht ist. Das darf aber nicht in demagogischer und auch nicht in polemischer Weise geschehen. Ich nehme ein Beispiel: Drüben wird als eine besondere Errungenschaft die Verteilung des Landes an die Bauern und die Beseitigung der Herrschaft der Junker herausgestellt. Wenn wir dem gegenüberhalten die Zahl, wie sie bei uns ist, wenn wir ferner den Beschluß herausstellen, den der Forschungsbeirat einstimmig gefaßt hat[29], daß nicht restaurativ in der Zone die

29 Vgl. Anm. 27.

neue Ordnung nach der Wiedervereinigung auf dem Lande vollzogen wird, dann haben wir damit eine Klarstellung vollzogen, die diesen Vorstellungen eine Barriere entgegensetzt. Wir werden vielleicht auch drüben das eine oder andere finden, wo wir tatsächlich sagen können, das ist auch für uns erwägenswert. Ich denke z.B. an die Förderung des Studiums von Begabten. Hier ist man drüben ein bißchen weiter als bei uns. Dort macht man es mit einer Tendenz, wir machen es ohne Tendenz.

Tillmanns: Die Anregungen der Herren Strickrodt, Hellwig und Gradl haben uns einen neuen Aspekt für die Sitzung des Bundesparteiausschusses gegeben. Ich habe mir überlegt, ob es möglich wäre, auf der Bundesparteiausschußsitzung die Grundfrage zu behandeln: Ist es überhaupt denkbar, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen? Kann man ihm in Einzelpunkten überhaupt entgegenkommen in der Meinung, sich mit ihm auf halber Linie zu treffen? Ich bin der Überzeugung, daß man das nicht kann. Es ist ein Grundirrtum, daran zu glauben. Es ist eine Taktik des Kommunismus, wenn er so tut, als ginge es ihm nur darum, die 140 Millionäre und die alten Faschisten und Militärs zu beseitigen. Das sind nur Propagandathesen, und er glaubt, damit findet er Widerhall in Westdeutschland. Im Grunde genommen steckt hinter diesen Thesen die Absicht zur Errichtung der kommunistischen Diktatur. (*Bauknecht:* So hat es auch bei Adolf Hitler angefangen!) So hat man auch bei uns im Jahre 1946 angefangen. Zunächst haben sie gesagt, wir wollen eine freie Wirtschaft, nur die paar Kriegsverbrecher müssen weg. Aber drei Jahre später hatten wir die vollendete kommunistische Diktatur. Ich darf folgendes Beispiel anführen: In Leipzig hat in einer Sitzung Herr Ulbricht, als er gefragt wurde, wie verhält sich das mit den Versprechungen von 1946, lächelnd geantwortet: Ist es denn meine Schuld, daß ihr darauf hereingefallen seid? So etwas muß man einmal der deutschen Öffentlichkeit sagen. Vielleicht könnte Herr Gradl ein solches Referat übernehmen und über ganz nüchterne Tatsachen berichten. Die Auffassung, man könne durch Entgegenkommen auf halbem oder viertel Wege die Wiedervereinigung Deutschlands herbeiführen, ist ein grundsätzlicher Irrtum. Dann könnten noch zwei Referate über die bisherige Arbeit erstattet werden, wobei auch die sozialen Leistungen eingehend behandelt werden müßten.

Wir müßten auch der Presse im Hinblick auf die neue außenpolitische Situation eine klare Erklärung abgeben, daß solche Versuche, eine Art Mischmasch zwischen Kommunismus und freier Lebensordnung herzustellen, im Grunde genommen unmöglich sind. – Ich begrüße den Vorsitzenden unserer Fraktion.

Strickrodt: Ich möchte folgendes herausstellen. Wir könnten vor der Entwicklung stehen, daß die SPD ihre Propaganda für den Wahlkampf unter die These stellt: Sozialismus als Voraussetzung der Wiedervereinigung. Der Sozialismus allein gibt die nationale Vereinigung! Das wäre eine unerhört schlagkräftige Formulierung.

Heck: Zu dieser Vermutung von Herrn Dr. Strickrodt möchte ich folgendes sagen: Als ich in Washington war, ist ein Teil der Deutschen eingeladen worden von der deutschen Abteilung des State Department. Unter diesen Herren befand sich ein Gewerkschaftsführer von Hamburg, dessen Namen ich nicht mehr kenne. Es sollte

ein Frage- und Antwortspiel sein. Der Gewerkschaftler hat die These vertreten: Wir kommen in der Wiedervereinigung Deutschlands nicht weiter, wenn wir unsere Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik nicht so ausrichten, daß die Sowjets bereit sind, zu einer Wiedervereinigung ja zu sagen. Es wurde eine These von ihm genannt. Es handelt sich um einen Mann, der Mitglied der SPD ist.

Tillmanns: Wir sollten versuchen, zu einer Klärung unserer Meinung bezüglich des Bundesparteiausschusses zu kommen. Wir sind uns einig darüber, daß die Sitzung des Bundesparteiausschusses am 25. stattfinden soll. Am 24. November wollen wir eine ganztägige Vorstandssitzung abhalten.

Johnen: Am 24. und 25. November tagt die Europaunion in Berlin. Wir im Rheinland machen erheblich Propaganda dafür, daß viele Leute nach Berlin fahren. Ich habe sogar erhebliche Mittel irgendwo gesammelt. (*Zimmer:* Wer ist das „wir im Rheinland"?) Das macht zahlenmäßig nicht viel aus; es sieht aber optisch schlecht aus. (*Gradl:* Wann beginnt das?) Das beginnt am 24. Wir sind am 24. schon morgens in Berlin. Das erste zurückfliegende Flugzeug startet am 27. Im übrigen liegt mir gar nichts daran, für Berlin Propaganda zu machen; daran liegt mir absolut nichts. *(Hört! Hört!)* Wenn wir nicht von Jülich wären, wäre es etwas anderes.

Tillmanns: Können wir nicht Montag und Dienstag, den 21. und 22., nehmen? (*Altmeier:* Dann können wir nicht!)

Johnen: Montags können die Länder nicht. Ich kämpfe aber nicht um den Termin; ich sagte das nur, daß die Tagung in Berlin stattfindet.

Tillmanns: Mittwochs kann Hamburg nicht. Können wir es denn beim 24. und 25. belassen? (*Zurufe:* Ja!) Dann lassen wir es also dabei. (*Majonica:* Wir können nach Berlin ein Grußtelegramm schicken.) Berlin ist durch Flugzeug sehr schnell zu erreichen. Insofern ist es kein großes Problem.

Wir waren uns darüber einig, daß auf dieser Bundesparteiausschußsitzung am 25. ein Referat über die außenpolitische Lage mit Rücksicht auf die Ergebnisse von Genf gehalten werden soll. Wir wollen Herrn von Brentano bitten, dieses Referat zu erstatten. Im Anschluß an das Referat von Herrn von Brentano könnte man etwas über die Vorbereitungen der Sozialleistungen sagen. Vielleicht kann Herr Dr. Gradl das machen. (*Gradl:* Das könnte man noch erledigen. – *Johnen:* Sie reden doch sowieso! – *Gradl:* Soll das eine Anzüglichkeit sein? – *Johnen:* Nein, nur eine Feststellung!) Wir könnten uns also am 24. November in der Vorstandssitzung über die Fragen zur Sozialreform entscheiden. Bis dahin werden die Vorarbeiten soweit geklärt sein. Können wir in diesem Sinne den Punkt 2 unserer Tagesordnung verabschieden? Das Wort wird nicht gewünscht. – Dann darf ich feststellen, daß wir so verfahren.

Wir kommen zum Punkt 3 unserer Tagesordnung.

Parteistatut

Heck: Meine Damen und Herren! Über Änderungen im Parteistatut ist bereits auf einer Vorstandssitzung berichtet und diskutiert worden. Nach der Diskussion

hat der Vorstand den geschäftsführenden Vorstand beauftragt, unter Berücksichtigung dessen, was in der Diskussion zu dem vorgelegten und von der Statutenkommission erarbeiteten Entwurf gesagt wurde, eine neue Fassung vorzulegen. Der geschäftsführende Vorstand hat sich in einer längeren Sitzung dieser Aufgabe unterzogen und einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der dann in einer Sitzung, zu der wir lediglich die Landesvorsitzenden geladen hatten, erneut diskutiert worden und noch einmal abgeändert worden ist.[30] Wir waren der Auffassung, daß es für den Fortgang der Arbeiten mit dem Statut zweckmäßig ist, zunächst die Landesvorsitzenden über den vom geschäftsführenden Vorstand erarbeiteten Entwurf zu orientieren und die Auffassung der Landesvorsitzenden darüber zu hören. Die Landesvorsitzenden haben dann dem neuen Entwurf, der Ihnen nunmehr vorliegt, unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß sie ihre Vorstände über die neue Vorlage orientieren müssen. Ich kann dazu mitteilen, daß von keinem Landesverband aus bisher eine Ergänzung oder eine Änderung vorgetragen worden ist. (*Altmeier:* Das kommt noch!) Der Ihnen vorliegende Entwurf ist in einer Synopse der alten Fassung, die in Goslar beschlossen wurde, gegenübergestellt.

Zimmer: Ich schlage vor, Paragraph für Paragraph durchzugehen.

Tillmanns: Dann wollen wir so verfahren.

Heck: § 1: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands will das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten."

Wackerzapp: Der § 1 enthält nicht, was nun die Union im Spiel der politischen Kräfte will. Deshalb müßte hier ein Zusatz hinein, daß die Union bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirkt und daß sie eine Partei im Sinne des Art. 21 GG ist; denn sonst sind wir eine Bewegung, aber kein Element der praktischen Politik.

Johnen: Dann müßte man in Klammern hinzusetzen: „Artikel 21 Absatz 1."

Kaiser: Ich bin etwas erstaunt darüber; denn das Grundgesetz wird nach der Wiedervereinigung unseres Landes eine Überprüfung und Wandlung erfahren. Da die Wiedervereinigung ein Hauptziel unserer Politik ist, weiß ich nicht, ob wir das hier in der Satzung einer politischen Partei hineinnehmen sollen.

Altmeier: Es wäre eine Einengung. Wir sagen im § 1: „Die CDU Deutschlands will das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes ..." Das Grundgesetz bezieht sich nur auf die Bundesrepublik. Wir sagen aber mehr. Deshalb haben wir in unserer Satzung die Beziehungen der Menschen geregelt, die noch nicht in der Bundesrepublik sind. Insofern würde ich eine Bezugnahme auf das Grundgesetz in diesem Zusammenhang ausdrücklich ablehnen.

---

30 Am 22. September 1955 in Bonn. – Protokoll in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

Wackerzapp: Wir sind aber doch dem Parteiengesetz unterworfen und kommen nicht daran vorbei, daß wir uns als ein politisches Instrument im Sinne des Grundgesetzes dokumentieren, weil wir von den Rechten und Pflichten des Parteiengesetzes erfaßt werden.

Fay: Sowohl der Gedanke des Herrn Altmeier wie auch derjenige des Herrn Wackerzapp ist richtig. Man sollte sie kombinieren. Einmal ist hier das politische Wollen der CDU als eine Personenvereinigung normiert. Das ist allumfassend. Es umfaßt nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch alles andere. Es muß aber auch klar gesagt werden, daß diese Personenvereinigung eine Partei ist, die einmal von einem Parteiengesetz umfaßt wird. Wenn das künftige Parteiengesetz die CDU wörtlich aufnähme, wäre das kein Problem, vermutlich wird aber das Parteiengesetz sich nur mit Parteien an sich befassen, so daß es m.E. notwendig ist, in der Satzung zu verankern, die CDU ist eine Partei. Auch ich würde nicht den Art. 21 GG zitieren im Hinblick auf die Wiedervereinigungsmöglichkeit, sondern wir könnten uns damit begnügen, daß wir zum Schluß anfügten: „Die CDU ist eine Partei."

Majonica: In der Präambel würde sich ein Satz wie „Wir sind eine Partei" nicht schön ausmachen. Die Präambel sollte so bleiben, wie sie ist. Ich darf aber darauf hinweisen, daß im § 2 steht „die Bundespartei der CDU". Damit ist klar gesagt, daß die CDU eine Partei ist. Damit wird alles auf uns bezogen, was rechtlich und soziologisch von einer Partei gesagt werden kann. Wir brauchen es also nicht besonders zum Ausdruck zu bringen; denn es steht ja im § 2.

Schröder: Ich gebe Herrn Majonica recht, man darf den § 1 nicht isoliert betrachten, sondern man muß ihn sehen in Verbindung mit § 2. Ich finde diese Formulierung sogar glücklich. Man sollte den Text möglichst freihalten von allen verfassungsrechtlichen Bezügen.

Ich darf nun die Gelegenheit benutzen, um einige Sätze über die Parteienkommission, von der Sie gelesen haben, zu sagen! Wir haben aufgrund des Art. 21 GG die Verpflichtung, das, was zu sagen ist, durch Gesetze zu regeln. Teile eines Parteiengesetzes finden sich in den Wahlgesetzen; denn die Wahlgesetze bestimmen schon, wer sich beteiligt. Sie nehmen also Bezug auf die Partei und setzen sie als organisatorische Gebilde voraus. Das Ziel des Ausschusses ist es, eine umfassende Untersuchung zu veranstalten über die Parteigeschichte, über die Entwicklung seit 1945 und über Spezialfragen, die in der letzten Zeit aufgetaucht sind.[31] Dazu gehört auch der Artikel 38, der von der Unabhängigkeit der Abgeordneten spricht.[32]

Aus Art. 21 GG ergibt sich auch die Frage, ob das Bundesverfassungsgericht ein Verbot ausspricht oder ob es nur die Illegitimität feststellt. Ferner soll die soziologische

31 Der Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission (konstituierende Sitzung am 9. Dezember 1955) „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens" wurde erst 1957 vorgelegt (Druck: Metzner-Verlag, Frankfurt am Main).

32 GG Art. 38 Abs. 1 Satz 2: Die Abgeordneten „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen".

Struktur der Parteien und ihre Finanzierungsprobleme untersucht werden. Der letzte Punkt hat schon eine große Rolle gespielt, und zwar deswegen: Soll es eine öffentliche finanzielle Förderung der Parteien geben? Das alles soll untersucht werden, und zwar mit Vergleichen zu England und Amerika.

Es ist aber nicht möglich, noch in diesem Bundestag eine definitive Regelung all dieser Punkte herbeizuführen. Wenn man die Parteienstruktur als ein Element der ganzen Verfassungsentwicklung ins öffentliche Bewußtsein bringen will, dann ist es nützlich, das durch unabhängige Leute untersuchen zu lassen. In dieser Kommission sind nicht nur Verfassungs- und Staatstheoretiker, sondern auch zwei angesehene Historiker – Rothfels[33] und Bergsträsser[34] – und ein Philosoph wie Spranger[35]. Ich verspreche, daß wir in absehbarer Zeit – das geht nicht von heute auf morgen – eine größere Arbeit auf diesem Gebiet haben werden, so daß wir also auch den Parteien irgendwelche konkreten Unterlagen geben können. *(Unruhe.)* Herr Johnen, es ist furchtbar schwer, das auszusprechen, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit nicht habe. Wir können also das Gesetz in diesem Bundestag nicht mehr verabschieden.[36] Es ist ein Gebiet, auf dem wir im Moment noch nicht zu endgültigen Ergebnissen kommen können. (*Johnen:* Also Staatsbegräbnis erster Klasse der Kommission!) Nein, so ist es nicht. Sie dürfen eines nicht verkennen. Das Interesse der Öffentlichkeit konzentriert sich viel stärker auf Namen und Personen und alles mögliche als auf die Parteien. Das Interesse an den Parteien ist offensichtlich rückläufig. Wir wissen aber ganz genau, daß eine Demokratie nicht aufrechterhalten werden kann ohne blühende und fruchtbare Parteien. Deswegen ist es gut, wenn durch einige angesehene Leute dieser Tatbestand in das allgemeine Bewußtsein gerückt wird. Also, die Sache hat schon einen staatspolitischen Zweck. Es ist nicht reine politische Taktik.

Kaiser: Vielen Dank für diese wertvollen Ausführungen! Wir kommen zurück zum § 1. Ich glaube, Herr Wackerzapp, Sie haben sich davon überzeugen lassen, daß es am besten bei der alten Fassung bleibt.

Wackerzapp: So ganz überzeugt bin ich nicht. Ich bin der Meinung, daß unser Statut objektiver gefaßt werden muß.

Kaiser: Der § 1 bleibt also.

Heck: § 2: „Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen

33 In der Vorlage: Rockenfels. – Dr. Hans Rothfels (1891–1976), 1926–1934 Professor in Königsberg, dann Emigration, ab 1951 in Tübingen (Historiker).

34 Dr. Ludwig Bergsträsser (1883–1960), Honorarprofessor in Frankfurt (1945) und Bonn (1950); 1924–1928 MdR (DDP), 1930 SPD, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB.

35 Dr. Eduard Spranger (1882–1963), 1911–1920 Professor in Leipzig (für Kulturphilosophie und Pädagogik), 1920–1945 in Leipzig, ab 1946 in Tübingen.

36 Verabschiedet wurde das Gesetz über die politischen Parteien am 24. Juli 1967 (BGBl I S. 773).

können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind."

Kaiser: Dieser Paragraph ist bei unserer letzten Zusammenkunft mit großer Sorgfalt durchgesprochen worden.

Wackerzapp: Ich möchte auch hier als Jurist sprechen. Dieser Paragraph entspricht weder der historischen noch der juristischen Wirklichkeit. Es sieht so aus, als ob von vornherein die Bundespartei dagewesen wäre, die sich ihrerseits in Landesverbände gliedert. Umgekehrt ist es der Fall. Die Landesverbände waren vor der Bundes-CDU da. Wir sind hier der Zusammenschluß der Landesverbände. Wir gründen, juristisch gesehen, sozusagen einen Bundesstaat. Daraus ergeben sich sehr weitgehende juristische Konsequenzen.

Tillmanns: Die Formulierung ist gegenüber der bisherigen nicht geändert. (*Wackerzapp:* Sie ist aber doch falsch!) Das ist in Goslar unterschrieben worden. Die Landesverbände haben gemeinsam ihrem Willen Ausdruck gegeben, daß der § 2 lauten soll:

„Die CDU gliedert sich in Landesverbände. Den Landesverbänden gleichgestellt sind jene Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Geschehen nicht teilnehmen können."

Wackerzapp: Ich bitte anknüpfen zu dürfen an das, was ich eben sagte. Wir gründen eine über den Landesverbänden stehende Zusammenfassung.

Altmeier: Das ist doch in Goslar geschehen!

Wackerzapp: Meine Damen und Herren! Dieser Zusammenschluß hat die Souveränität der Verbände in gewisser Beziehung eingeschränkt. Die Landesverbände haben durch den Zusammenschluß gewisse Teile ihrer Souveränität an die übergeordnete Stelle abgegeben. Das ist die juristische Konstruktion. Es ist sozusagen ein Bundesstaat, der mit verbindlicher Kraft für die Länder von sich aus tätig wird.

Kaiser: Wenn wir auf diese Überlegungen eingehen, dann wird das eine neue endlose Debatte geben. Die Bundespartei oder eine Reichspartei wäre entstanden, wenn wir nicht das Unglück der Besatzung in unserem Lande gehabt hätten. Wir waren jedenfalls bei dem Schritt, den wir am 26. Juni 1945 in Berlin unternommen haben, von dem Willen erfüllt, eine Partei für ganz Deutschland zu gründen, und unsere Freunde in Köln und Westfalen, die sich zur Gründung dieser Partei zusammengefunden haben, haben das gleiche gedacht, nämlich für das ganze Land eine Partei zu gründen.

Wir sind unter dem Zwang der Besatzungsmächte zu den Landesverbänden gekommen. Aber in dem Augenblick, wo wir es konnten, haben wir uns vereinigt. Und das brauchen wir nicht besonders zu betonen; denn irgendwie stört das die Geschichte unseres politischen Willens.

Majonica: Das ist nur die Deklaration des gegenwärtigen Zustandes. Wenn wir historisch vorgehen wollten, dann müßten wir auch darauf hinweisen, daß wir aus

Zonen entstanden sind. Das ist doch unmöglich. Wir kommen sonst in uferlose Debatten.

Kaiser: Herr Wackerzapp, ich würde Sie bitten, sich mit dieser Formulierung einverstanden zu erklären.

Wackerzapp: Ich kann mich nicht zufriedengeben! Welche Rechtsform hat denn nun dieser Zusammenschluß? Sind wir ein Verein oder eine Genossenschaft? Wie treten wir privatrechtlich auf? Sind wir überhaupt berechtigt, uns rechtsverbindlich zu betätigen? Sind wir eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts? Irgendwo muß doch zum Ausdruck kommen, welche privatrechtliche Figur wir darstellen. (*Wuermeling:* Die Frage wird besonders behandelt!) Hat die Bundespartei den Charakter eines eingetragenen Vereins? Wir müssen doch als selbständiges Rechtssubjekt auftreten. Körperschaftsrechte haben wir nicht. Wir müssen doch Rechtsgeschäfte tätigen können. Das ist augenblicklich nicht möglich.

Fay: Wir haben in der Sitzung der Landesvorsitzenden[37] darüber ausführlich gesprochen. Wir sind wahrscheinlich ein nicht eingetragener Verein, dessen Mitglieder die Landesverbände sind. Vielleicht sind wir auch eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts. Was wir sind, das stellen die Gerichte in letzter Instanz in konkreten Einzelfällen fest. Es sollte uns nicht drücken, daß diese Frage so etwas ungeklärt ist. Jedenfalls sind wir kein eingetragener Verein. Alles andere können wir der letzten Instanz des Gerichts überlassen. Das Leben geht doch weiter.

Schröder: Ich neige zu der Ansicht von Herrn Fay. Ich habe mich schon vorhin dafür ausgesprochen, daß wir nicht allzuviele rein rechtliche Bezüge hineinnehmen sollten. Wir haben noch kein ausgebildetes Parteienrecht. Deswegen haben wir, was die rechtliche Form angeht, im Grundgesetz nur die vergleichbare Rechtsform des bürgerlichen Rechts, wie bei einer bürgerlichen Gesellschaft und dergleichen. Für die praktischen Bedürfnisse brauchen wir keine genauere Festlegung als diese hier.

Das Statut ist auch nicht ein rechtlich perfektionistisches Gebilde, sondern es dient im allgemeinen zur Regelung der inneren Ordnung nach demokratischen Grundsätzen. Das ist eigentlich das Entscheidende. Deswegen sollte man nicht allzuviel Theoretisches darüber hinaus bringen, weil dies ja keinem praktischen Bedürfnis dient.

Tillmanns: Die Landesverbände der CDU sind in der gleichen Situation, auch die anderen Parteien. Insofern ist das keine Frage, die im Rahmen der Satzung geregelt werden kann. In der Praxis sind wir bisher mit dieser Figur ausgekommen. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, daß die CDU ein Grundstück erwerben will – vielleicht kommt die CDU in diese Situation –, dann müßte ein besonderer Vermögensträger gegründet werden, (*Zuruf:* Das macht Herr Bach!) um die Dinge zu klären und zu bereinigen. Wir sollten aber nicht jetzt den Versuch machen, diese Frage im Rahmen der Satzung zu klären.

Wackerzapp: Wir gehen immer von den glücklichen Verhältnissen aus, daß in der CDU Eintracht und Einigkeit herrschen. Denken Sie mal an die FDP und an den

37 Vgl. Anm. 30

BHE. Dann wird das von Bedeutung. Unsere CDU vereinnahmt Millionenbeträge. (*Tillmanns:* Leider nicht!) Wir haben Häuser, und wir treten als Arbeitgeber in Erscheinung. Wir unterhalten eine Bundesgeschäftsstelle usw. Nehmen Sie einmal an, es entsteht eine Arbeitsschwierigkeit, und das Arbeitsgericht greift ein. Wer ist dann der Partner? Wer hat den Bundesgeschäftsführer angestellt? Wer steht gerade gegenüber den Ansprüchen? (*Zuruf:* Herr Bach!) Das ist alles schön und gut, solange Eintracht herrscht, aber wenn Störungen kommen, dann wird es unbequem. Dann werden die Herren persönlich gefaßt, und sie haben dann keine Rückendeckung.

Strickrodt: Die Anliegen von Herrn Wackerzapp unterstreiche ich von A bis Z aus meiner Zeit als Landesvorsitzender. Aber das können wir nicht aus Anlaß dieser Formulierung klären. Es ist jedoch ein dringendes Anliegen der CDU. Wir können nicht auf ein Bundesparteiengesetz warten, sondern wir müssen diese Dinge einmal vorher klarstellen; auch die Grundlagen unserer finanziellen Manipulation. Ich habe damals vorgeschlagen, einen angesehenen Wirtschaftssachverständigen dafür zu nehmen. Der Herr hat aber gepaßt. Daher müssen wir einen anderen, vielleicht einen Juristen suchen, der mit dem engeren Vorstand die Situation klärt. Es müssen vorsorglich die nötigen Maßnahmen getroffen werden, damit es nicht eines Tages auf die Häupter unserer verantwortlichen Männer regnet.

Kaiser: Sind Sie einverstanden, Herr Wackerzapp?

Wackerzapp: Ich bin der Meinung, das ist eine so grundsätzliche Frage, daß man irgend etwas hineinbringen müßte.

Kaiser: Es gibt vergleichbare Erscheinungen und Vereine, wo man sich auch helfen mußte. Denken Sie an die Gewerkschaften. Dort ist es genauso. Man hat dort eine vermögensrechtliche Einrichtung geschaffen.

Wackerzapp: Der § 2 ist noch nicht klar. Wir haben in der Satzung überhaupt nichts über die Mitgliedschaft drin. Wir haben keine einheitliche Bestimmung in den einzelnen Landesverbänden darüber, wer Mitglied werden kann; die einen haben die Altersgrenze auf 18 und die anderen haben sie auf 21 Jahre festgesetzt. Besteht keine Notwendigkeit, allgemeine Richtlinien über diese sehr wichtige Bestimmung herauszugeben? Je nachdem, wie die Altersgrenze festgesetzt wird, könnte sich die Mitgliederzahl der Landesverbände wesentlich erhöhen.

Majonica: Es empfiehlt sich, die Satzung insgesamt zu lesen. Die Frage wegen des § 2 wird im § 4 erschöpfend geregelt. Damit ist die Sache völlig klar.

Kaiser: Wir kommen also noch darauf zurück, Herr Wackerzapp.

Heck: § 3: „Organe der Bundespartei sind der Bundesparteitag, der Bundesausschuß und der Bundesvorstand."

Wackerzapp: Wir sollten den § 3 so belassen, wie er bisher war. Wir sind keine Bewegung, sondern eine Partei.

Tillmanns: Das ist eine reine Frage der Formulierung. Wir wollten uns anpassen an die Gewohnheiten bei den Landesparteien. Wir sprechen auch vom Landesvorstand und nicht vom Landesparteivorstand oder vom Landesparteiausschuß. Wir sind der

Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Wir sprechen auch nicht vom Landesparteivorstand, sondern vom Landesvorstand.

Heck: § 4: „Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (§ 2).

Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1.000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) wird durch 75 Delegierte vertreten.

Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Delegierte.

Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen.

Der Bundesparteitag tritt mindestens einmal jährlich zusammen und wird vom Bundesvorstand einberufen. Auf Antrag des Bundesausschusses oder von mindestens $^1/_3$ der Landesverbände muß er einberufen werden."

Altmeier: Wenn ich heute hier von demselben Platze aus, wo ich bei der letzten Sitzung saß, zu der Formulierung wegen der Saar etwas sage, dann wird das nicht so schwer zu verstehen sein, wie es für viele in der letzten Sitzung des Bundesparteivorstandes zu verstehen war. (*Johnen:* Langsam! Langsam!) Diese Formulierung entspricht doch der Mentalität oder Auffassung, wie sie bei vielen Leuten vor dem 23. Oktober bestanden hat. Die Abstufung, wie sie vorgenommen wird, ist nach dem 23. Oktober m.E. nicht mehr am Platz.[38] Wir können nicht sagen: Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen, das wäre sogar bisher schon falsch gewesen. Wenn man für andere Gebiete, die nicht am gesamtdeutschen politischen Leben teilnehmen, feste Zahlen schafft und sie als verpflichtend in das Statut hineinnimmt, dann ist wirklich nicht einzusehen, warum das bei einem Gebiet nicht möglich ist. Wenn ich sage, das kann man – dann sage ich damit, wir brauchen es aber nicht.

Im § 1 sprechen wir von der Union Gesamtdeutschlands. Nun haben wir in diesem Gebiet drei verschiedene Situationen. Das eine Gebiet ist die Bundesrepublik. Dort werden die Delegierten aufgrund der Bundestagswahlen bestellt. Das zweite Gebiet sind jene leider nicht zur Bundesrepublik gehörenden Teile Ost- und Mitteldeutschlands, wo keine Wahlen stattfinden, die wir als demokratisch bezeichnen könnten, und wo wir infolgedessen einfach für die Zeit des Überganges die Zahl der Delegierten in den verschiedenen Parteigremien festsetzen müssen. Das dritte Gebiet ist das Saargebiet, das seit dem 23. Oktober 1955 freie Wahlen kennt.

Im § 2 unterscheiden wir von jenen Gebieten, die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können. Diese erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind. Im § 4 heißt es: Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der

38 Volksabstimmung über das Saarstatut; Ja-Stimmen 32,29 %, Nein-Stimmen 67,71 % (AdG 1955 S. 5422). – Vgl. Nr. 9 S. 626 ff.

letzten Bundestagswahlen einen Delegierten ... Wir brauchen also für das Saargebiet nur folgenden Satz im § 4 einzufügen:
„Für den Landesverband Saar gelten die Stimmen der letzten Landtagswahl."

Natürlich müßte der Satz „Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen" gestrichen werden.

Majonica: Ich möchte Herrn Wackerzapp entgegenkommen und vorschlagen, an Stelle der Worte „Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße" den Namen des jeweiligen Verbandes, wie bei der Exil-CDU, einzufügen.

Eplée: Der Begriff „Oder-Neiße" hat sich in den letzten Jahren allgemein verankert. (*Majonica:* Gut, ich ziehe meinen Vorschlag zurück!)

Zimmer: Wir schlagen vor, folgenden Satz einzufügen: „Für den Landesverband Saar gelten die bei der letzten Landtagswahl abgegebenen Stimmen."

Heck: Ohne daß es expressis verbis im Statut steht, haben wir für Berlin so verfahren, daß die Stimmen der letzten Bürgerschaftswahl in Berlin zugrunde gelegt wurden. Deswegen meine ich, entweder führt man Berlin und das Saargebiet auf oder aber man läßt beide weg.

Altmeier: West-Berlin steht doch in einem Zusammenhang mit dem Bundesgebiet. Das ist auch nach außen anerkannt durch die Mitgliedschaft der Berliner Vertreter in den Parlamenten. Aber ich habe nichts dagegen.

Zimmer: Ich würde das für begrüßenswert halten.

Altmeier: Man könnte sagen: „Für die Landesverbände West-Berlin und das Saargebiet gelten die jeweils abgegebenen Stimmen der Bürgerschaftswahl bzw. Landtagswahl."

Tillmanns: Wir waren uns darüber einig, bei den Landesverbänden, die bei der Bundestagswahl nicht direkt beteiligt sind, die Landtagswahlen bzw. Bürgerschaftswahlen zugrunde zu legen. Von Berlin aus haben wir nie den Wunsch gehabt, das besonders in der Satzung zu verankern.

Ob die Saar ein Landesverband ist, das ist eben die Frage! Die CDU-Partei der Saar hat sich bisher nicht konstruiert als ein Landesverband der CDU Deutschlands. Diese Frage ist offen. Aber wie wird es vielleicht werden? Deswegen mein Vorschlag – es ist für morgen ein Gespräch mit unseren Freunden von der Saar in Aussicht genommen –, diese Frage zurückzustellen bis zur nächsten Vorstandssitzung.[39]

Majonica: Wir könnten aber diesen Satz: „Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen" schon vorher streichen.

Kaiser: Dieser Satz muß auf jeden Fall gestrichen werden; denn nach dem 23. Oktober paßt er nicht mehr. Morgen, in dem Gespräch mit den Freunden von der Saar, kann diese Frage geklärt werden. Wenn Berlin keinen Wert darauf legt, besonders genannt zu werden, könnte man auch für die Saar überlegen, ob es überhaupt notwendig ist, sie besonders aufzuführen, wenn Gewißheit besteht, daß die Saar genauso behandelt wird wie Berlin.

39 Die nächste Sitzung war am 13. Januar 1956 (vgl. Nr. 11).

Altmeier: Ich darf auf das zurückkommen, was ich bei der Sitzung der Landesvorsitzenden gesagt habe: Ich wünsche eine protokollarische Feststellung, daß wir den Landesverband Saar als einen Landesverband im Sinne des § 2 betrachten. Ich habe weiter gesagt: Wenn das geschieht, bin ich damit einverstanden, daß in der Satzung überhaupt nichts steht.

Hellwig: Die Saar muß selbst den Beschluß fassen, daß sie sich als CDU-Landesverband Saar ansieht. Das konnte sie bisher nicht tun.

Kaiser: Sie tritt als eine solche Gliederung der Gesamtpartei im Bewußtsein der Öffentlichkeit auf. Wir vertagen die Sache bis morgen und kommen endgültig bei der nächsten Vorstandssitzung darauf zurück.

Heck: § 5: „Aufgaben des Bundesparteitages:

a) Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre.
b) Er beschließt über die Grundlinien der Politik der CDU.
c) Er nimmt die Berichte des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion entgegen und faßt hierzu Beschluß.
d) Er beschließt über das Statut."

Majonica: Ich schlage eine redaktionelle Änderung insofern vor, daß die Ziffer b) vorgezogen wird. Ich halte diese Bestimmung für wichtiger als die unter Ziffer a) genannte. (*Wuermeling:* Das entspricht aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen.)

Fay: Ich halte das für unbegründet. In Ziffer a) sind die formellen und in Ziffer b) die materiellen Dinge geregelt. Es wäre besser, zwei Absätze zu machen und das nachher redaktionell anders zu gestalten, um zum Ausdruck zu bringen, das eine ist die formelle und das andere ist die materielle Seite. Jetzt geben Sie mir einmal nach, Herr Majonica! (*Majonica:* Gut, einverstanden!)

Kaiser: Wir lassen es also stehen. Eine andere Frage: Soll jetzt eine Mittagspause eingelegt werden?

Tillmanns: Ich schlage vor durchzutagen; die beiden nachfolgenden Punkte werden uns wohl nicht mehr allzulange aufhalten. (*Altmeier:* Durchtagen!)

Wackerzapp: Wir haben nach der bisherigen Struktur der Satzung den Zweck der CDU überhaupt nicht eingehend juristisch greifbar definiert. Der Zweck unseres Zusammenschlusses ist der, zu koordinieren und Einrichtungen bei der Zentrale zu schaffen, die die einzelnen Landesverbände nicht schaffen können. Das ist durch keine Bestimmung gedeckt. Nebenbei wird gesagt, daß wir eine Bundesgeschäftsstelle haben; daß wir die Aufgabe haben, die Arbeit der Landesverbände zu fördern, wird nicht gesagt. (*Majonica:* Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!) Wir haben in keinem Paragraphen eine Bestimmung darüber, wie sich das innere Leben der Organisation vollzieht, nichts über eine Geschäftsordnung usw. Bisher ist das immer gutgegangen. Wie ist es mit den Wahlen? Wann sind unsere Körperschaften beschlußfähig? Muß die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sein, oder entscheidet die zufällige Mehrheit oder Anwesenheit einer mehr oder weniger großen Anzahl von Leuten? Werden die Wahlen geheimgehalten? Kann eine Minderheit geheime Wahl

verlangen? Das alles ist im Statut nicht vorgesehen. Es ist auch kein Verweis auf eine Geschäftsordnung vorhanden. Der Parteiausschuß nimmt zu den Maßnahmen der Bundesregierung Stellung. Wenn es nun z.B. nur 50 Leute sind, können diese nun maßgebliche Beschlüsse fassen und die Politik des Bundeskanzlers mißbilligen? Irgendwie muß ein Damm eingebaut werden. Es müssen klare Verhältnisse geschaffen werden. Aber dieser Punkt ist nicht einmal erwähnt, er ist auch nicht durch analoge Beziehungen auf eine Geschäftsordnung klargestellt.

Zimmer: Lieber Freund Wackerzapp! Sie sind von juristischen Gewissensbedenken geplagt. Darf ich mal generell folgendes sagen: Wir standen damals, als wir die Sache ausgearbeitet haben, vor der Alternative, wollen wir ein ganzes Gesetzbuch mit zahllosen Detailbestimmungen, die nachher doch wieder als hemmend empfunden werden, oder wollen wir uns mit einem Minimum begnügen? Wenn wir uns mit einem Minimum begnügen, dann sind wir elastisch und besser in der Lage, jeder Situation Rechnung zu tragen, und wir können uns den jeweiligen Verhältnissen anpassen.

Wenn wir die Linie einschlagen, die Sie jetzt befolgen wollen, dann bekommen wir ein Statut, bei dem wir mit hundert Paragraphen nicht auskommen. Dann muß dazu auch ein Kommentar geschrieben werden. Ich möchte dringend empfehlen, davon abzusehen. Im ganzen gesehen hat sich die Kurzfassung bewährt. Ich möchte aber, um Ihnen entgegenzukommen, vorschlagen, daß wir uns auf folgendes festlegen: Die Bundesgeschäftsstelle führt intern ein Register über Ordnungsbeschlüsse. Und wenn wir das Bedürfnis empfinden, gelegentlich festzustellen, was in dieser oder jener Richtung zugrunde gelegt sein muß, dann müssen wir Ordnungsbeschlüsse, die über die Geschäftsordnung hinausgehen, fassen. Diese gelten so lange, bis wir sie wieder aufheben. Wir können uns nicht in unserer eigenen Beweglichkeit durch ein übertriebenes Statut einschränken lassen. Sie können den Antrag stellen, der Bundesvorstand möge beschließen, dann ist das ein Ordnungsbeschluß, der zu unseren Akten geht.

Im ganzen wollte ich bitten, dieses Statut möglichst nicht mit Fragen der Geschäftsordnung zu überlasten. Auf der Bundesgeschäftsstelle ist vor Jahr und Tag eine Synopse ausgearbeitet worden über die Verfassungen der einzelnen Landesverbände. Es hat sich herausgestellt, daß im großen und ganzen die Landesverbände die gleichen Organisationen sind. Es gibt nur unwesentliche Variationen. Wir sollten davon absehen, unseren Unterbau, der regional etwas verschieden ist, nicht unnötig gleichzuschalten. Auf diesen Unterbau baut sich die Bundespartei auf.

Tillmanns: Die Statutenkommission hat beschlossen, sobald dieses Statut verabschiedet ist, sich an die Aufstellung einer Geschäftsordnung zu machen. Ich würde vorschlagen, die Anregung von Herrn Zimmer bei der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. Es wäre gut, wenn wir die Statuten so elastisch wie möglich hielten.

Majonica: Wir könnten Herrn Wackerzapp beauftragen, Entwürfe für eine Geschäftsordnung vorzulegen. Vielleicht wird das sein juristisches Gewissen entlasten.

Wackerzapp: Es gibt Grundregeln, die vorhanden sein müssen! Wann sind wir denn beschlußfähig? Wir stehen vor der Frage, daß bei delikaten Angelegenheiten

Mehrheiten entstehen, die verderblich werden können. (*Tillmanns:* Oder segensreich! – *Zimmer:* Dann retten uns die Paragraphen auch nicht! – *Unruhe.*)

Tillmanns: Wollen wir in eine grundsätzliche Umarbeitung dieses Entwurfs eintreten? Dann würden wir ihn besser zurückweisen. Oder wollen wir auf der Basis dieses Entwurfs, der uns im Vorstand schon ein paarmal beschäftigt hat, weiterarbeiten?

Wackerzapp: Zum § 5 habe ich die Frage: Wie wählt der Bundesparteitag? Geheim oder offen? (*Tillmanns:* Das bleibt seinen Beschlüssen überlassen!) Gibt es eine Minderheit, die geheime Wahl verlangen kann? (*Tillmanns:* Wenn geheime Wahl gewünscht wird, dann geschieht es. – *Zimmer:* Es gibt ungeschriebene Gesetze!) Warum sollen wir das nicht hineinbringen? (*Tillmanns:* Eine Akklamation ist nur dann möglich, wenn alle sie wünschen. Das ist allgemein üblich. – *Fay:* In Berlin[40] ist mit Zetteln gewählt worden. Der Bundeskanzler wollte es nicht, aber die Versammlung hat es so gewünscht.)

Tillmanns: Ich würde nicht die Frage aufwerfen, ob der Vorstand beschlußfähig ist. Ich habe in England kennengelernt, daß es Bestimmungen darüber gibt, wann ein Gremium beschlußfähig ist, daß es aber nicht gut und schön ist, das festzulegen, wenn nur 20 Leute in einem Gremium sind.

Heck: § 6: „Der Bundesausschuß setzt sich zusammen aus:

a) den Delegierten der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (§ 2).
   Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 375.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 5.000 Mitglieder einen weiteren Delegierte.
   Die Exil-CDU entsendet 8, die Vertretung Oder-Neiße 5 Delegierte.
b) dem Bundesvorstand,
c) den Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der Landesparlamente,
d) den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse (s. § 11),
e) den Landesgeschäftsführern."

Altmeier: Hier gilt analog das gleiche wie bei § 4.

Wackerzapp: Der Parteiausschuß ist kein Gremium aus dem Parteitag, sondern ein Organ, das aus Wahlgrundlagen erwachsen ist. Aus den Delegierten der Landesverbände haben wir 97 Stimmen, und die Mitglieder des Bundesvorstandes usw. erbringen zusammen 76 Mitglieder. Nun ist zu bedenken, daß der Bundesparteiausschuß sozusagen das koordinierende Organ des Vorstandes ist. Vor dem Bundesparteiausschuß soll der Vorstand Rechenschaft ablegen. Kann er gleichzeitig Mitglied dieses Gremiums sein? Das geht doch gegen den Sinn der Teilung der Gewalten. Herr Dr. Heck hat im Sommer in einem Referat vor der Gefahr eines Parteienapparates – wie man ihn bei der SPD bedauern muß – gewarnt.

Sollen sich die Landesgeschäftsführer nicht mit beratender Stimme begnügen? Wenn die Landesgeschäftsführer Stimme haben, dann haben die Landesvorsitzenden praktisch zwei Stimmen. Ich möchte eine Aufteilung vornehmen, daß sich der

40 CDU-Parteitag 1952.

Parteiausschuß zusammensetzt aus Mitgliedern mit beschließender und aus solchen mit beratender Stimme. Beratende Stimmen sollen haben: die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Vorsitzenden der Fachausschüsse und die Landesgeschäftsführer. Und beschließende Stimme sollen haben: die Delegierten der Landesverbände und die Vorsitzenden der CDU-Fraktion der Länderparlamente.

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie den Vorschlag von Herrn Wackerzapp gehört haben. Darf ich diesen Vorschlag als Antrag auffassen? (*Johnen:* Es liegt etwas Wahres darin, was Herr Wackerzapp gesagt hat!) Diese Regelung weicht nur gering von der bisherigen ab. Bisher war es so: Der Bundesparteiausschuß wurde nicht aufgefaßt im Sinne der Gewaltenteilung wie das Parlament gegenüber der Regierung, sondern als ein erweitertes Gremium, in dem Delegierte und der Vorstand zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten. Der Ausgang, Herr Wackerzapp, den Sie aus dem Staatsrecht herleiten, ist meiner Ansicht nach bei der ersten Satzung nicht zugrunde gelegt worden, sondern wir haben es anders aufgefaßt und gemeint, hier soll ein Gremium gebildet werden, in dem demokratisch bestellte Vertreter zusammen mit den Mitgliedern des Vorstandes und der Fraktion gemeinsam beraten. Das war der Gedanke über den Parteiausschuß. Wenn wir nun diesen Grundgedanken umstoßen wollen, dann müssen wir darüber beraten.

Johnen: Wir können die Gewaltenteilung nicht so durchführen wie beim Parlament und der Bundesregierung. Neu ist aber der Vorschlag wegen der beschließenden Stimme der Landesgeschäftsführer. Das wird eine Diskussion hervorrufen.

Zimmer: Diese Frage ist lange diskutiert worden. Ich bin aufgrund der Erfahrungen in den letzten zehn Jahren der Meinung, daß wir als CDU unseren Landesgeschäftsführern diesen Platz einräumen sollten. Unsere Landesgeschäftsführer sehen in dieser Aufgabe auch eine Ehrenaufgabe. Auch wenn sie angestellt sind und Gehalt bekommen, sollten wir ihnen diesen Platz unbedingt einräumen. Wir haben in unseren Landesgeschäftsführern durchweg sehr starke politische Kräfte. Wir sollten dem also Rechnung tragen.

Wehking: In der Landespartei Westfalen hatten die Kreisgeschäftsführer beratende Stimme. Der Landesvorstand hat einstimmig den Beschluß gefaßt, ihnen Stimmrecht zu geben, aber die große Delegiertentagung hat in geheimer Wahl das abgelehnt.

Majonica: Es war so: Die Mehrheit war der Meinung, die Kreisgeschäftsführer sollten das Stimmrecht haben, aber es wurde nicht die Zweidrittelmehrheit erreicht, um eine Änderung in der Satzung herbeizuführen.

Wuermeling: Ich teile die grundsätzlichen Bedenken gegen das Stimmrecht der angestellten Landesgeschäftsführer, aber ich teile auch die vorgetragenen Gesichtspunkte, daß man die Landesgeschäftsführer, die es ohnehin nicht leicht haben, nicht so behandeln sollte, daß sie als Quantité négligeable am Rande stehen. Beide Gesichtspunkte haben etwas für sich. Und wenn wir etwa 15 Landesgeschäftsführer unter rund 100 Stimmen insgesamt haben, dann kann man das nicht als eine wesentliche Beeinträchtigung des demokratischen Prinzips betrachten.

So sehr ich immer dagegen bin, daß die Parteibürokratie eine maßgebende

Funktion in der Partei hat, möchte ich mich doch im Endergebnis für das Stimmrecht einsetzen, um die Stellung der Landesgeschäftsführer zu heben.

Von Hassel: In Schleswig-Holstein haben wir nur 13 oder 14 Vorstandsmitglieder, aber 17 Kreisgeschäftsführer. Wenn wir ihnen also das Stimmrecht gäben, könnte eine starke Verschiebung in Richtung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter eintreten, so daß ich da Bedenken hätte. Wenn wir aber als Bundespartei darangehen, bin ich der Meinung wie Herr Zimmer, wir disqualifizieren sie, wenn wir ihnen kein Stimmrecht geben. Ich bin auch der Meinung von Herrn Wuermeling, man sollte ihnen das Recht einer wirklichen Mitarbeit zugestehen.

Tillmanns: Die meisten Landesverbände haben ihre Landesgeschäftsführer als Delegierte benannt. Insofern ist hier praktisch kein Unterschied vorhanden.

Fay: Bei uns in Hessen ist der Landesgeschäftsführer stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes kraft Satzung. (*Zuruf:* Der Bundesgeschäftsführer auch!) Ich bin dafür, ihnen das Stimmrecht zu geben.

Wackerzapp: Es ist aber so, daß die 17 Landesgeschäftsführer mehrere kleine Länder einfach überstimmen können.

Fay: Ein Landesgeschäftsführer wird durch Beschluß des Landesvorstandes bestellt. Wenn der Landesvorstand ein gewähltes Gremium ist, dann haben wir durch diesen Beschluß einen gewissen Bezug auf eine demokratische Geburt des Landesgeschäftsführers, so daß Sie Ihr Gewissen beruhigen können.

Johnen: Es wirkt sich aus auf die Kreisgeschäftsführer. Mein Vorstand hat erhebliche Bedenken gegen diese Bestimmung. Das hat mit Personen nichts zu tun. Jedenfalls haben wir erhebliche Bedenken.

Wuermeling: Voraussetzung scheint mir zu sein, daß die Landesgeschäftsführer aber frei in ihrer Stimmabgabe und nicht den Weisungen des Landesvorstandes unterworfen sind. (*Majonica:* Vielleicht wäre es besser umgekehrt!)

Tillmanns: Die Landesgeschäftsführer können die Stimme der Landesvorsitzenden ausschalten.

Altmeier: In der Praxis ist das unmöglich. Man kann den Landesvorsitzenden nicht ausschalten!

Gradl: Ich glaube nicht, daß wir die Sache richtig ansehen, wenn wir sie zu einer Prestigefrage der Landesgeschäftsführer machen. Mein Bedenken ist, daß der Landesgeschäftsführer, wenn er Stimmrecht hat, in strittigen Fragen Partei nimmt. Man muß ihm als Persönlichkeit überlassen, wie er stimmt. (*Zuruf:* Das ist doch klar!) Er kommt also unter Umständen in die Situation, gegen einen Teil seiner eigenen Delegierten und seinen Landesvorsitzenden zu stimmen. Und ob das die richtige Situation ist, in die man den Landesgeschäftsführer bringt, (*Altmeier:* Nein!) weiß ich nicht.

Tillmanns: Wenn man der Meinung ist, daß so etwas nicht passieren darf, dann müßte man die Landesgeschäftsführer streichen. Aber es sprechen auch Gesichtspunkte dafür, sie hineinzunehmen. Wir müssen uns also entscheiden. Ich würde mich als Landesvorsitzender keineswegs beschränkt fühlen, wenn ein Landesgeschäftsführer

eine andere Stimme als ich abgäbe. (*Altmeier:* Ich auch nicht, aber es ist doch schlecht! – *Zuruf:* Wieso denn?)

Ich darf also abstimmen lassen. Wer dem Antrag Wackerzapp, die Landesgeschäftsführer als stimmberechtigte Mitglieder zu streichen, zustimmen will, den bitte ich, die Hand zu erheben! – Die Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit. – Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum § 7.

Heck: § 7: „Aufgaben des Bundesausschusses:

a) Der Bundesausschuß ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind.
b) Er wählt drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, den Bundesschatzmeister und zehn weitere Mitglieder auf zwei Jahre.
c) Fällt einer der drei Vorsitzenden während der Wahldauer aus, dann kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundesparteitag gültig ist.
d) Er wählt eine Wahlkommission, die in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gemäß den von ihm festzulegenden Richtlinien an der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt."

Wackerzapp: Ich möchte meinen Vorschlag wegen der Wahlkommission nicht aufrechterhalten wegen des Bundestagswahlgesetzes. Ich darf aber auf folgendes hinweisen: Das Etatrecht ist eines der wichtigsten Rechte. Wie ist es bei der CDU? Den Etat setzt der Bundesschatzmeister mit dem Vorstand fest. Weder der Parteitag noch der Parteiausschuß hat etwas dazu zu sagen. Es gibt keine Rechnungslegung und keine Entlastung. Darüber müssen Bestimmungen getroffen werden. Es ist ein Grundelement jeder sauberen Verwaltung, daß sie Rechenschaft ablegen muß. Das ist zwar unbequem, aber zur Rückendeckung ist es notwendig, daß die Geschäftsgebarung vom zuständigen Gremium eine Entlastung erfährt. Darüber ist nichts gesagt. Hier herrscht also ein Vakuum.

Majonica: Ich habe die größten Bedenken. Jeder weiß, wie prekär die finanzpolitische Situation in unserer Partei ist. Wenn das ausgebreitet wird, werden wir Schlagzeilen in der Presse finden. Ich schlage vor, es beim bisherigen Zustand zu belassen.

Bach: Sie können sich vorstellen, daß ich in meinem eigenen Interesse jedes Jahr die Kasse von einem Wirtschaftsprüfer genau überprüfen lasse. Das kostet jedes Jahr DM 6.000,–. Wenn man die nicht bewilligte, würde ich das Amt als Bundesschatzmeister ablehnen. Ich muß jedes Jahr gesichert sein. (*Johnen:* Den nächsten Wirtschaftsprüfer bestimme ich!) Die Herren Lenz und Tillmanns vom Vorstand haben Herrn Elmendorff[41] von Düsseldorf – ich kann den Namen ruhig

41 In der Vorlage: Elmersdorf. – Dr. Wilhelm Elmendorff (1903–1989), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 470. – Lenz war nicht mehr Mitglied des Vorstands.

nennen – vorgeschlagen. Den Herrn habe ich bis dahin nicht gekannt. Ich bin mit jedem einverstanden, nur verlange ich, daß die Kasse genau geprüft wird.

Einen Etat aufstellen können Sie nur dann, wenn Sie eine echte Einnahme haben. Bis jetzt haben wir keine Einnahmen aus Parteibeiträgen. Deswegen habe ich den Antrag gestellt, in der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses zu beschließen, daß DM 0,10 pro Mitglied an die Bundeskasse gezahlt werden. Die einzige echte Einnahme haben wir aus dem „Wirtschaftsbild". Die Gesamteinnahmen des Bundes betragen DM 50.000,–. Alles andere sind irgendwelche Spenden. Das ist aber so unsicher, daß ich beim besten Willen nicht in der Lage war, einen Etat aufzustellen. Wenn Sie mir die Gewähr geben für die Einnahmeseite, bin ich gern bereit, die Ausgabenseite abzustellen. Wir wollen in diesem Jahr im geschäftsführenden Vorstand einen Etat aufstellen. Ich bin aber mit Herrn Majonica der Meinung, daß wir es uns im Augenblick nicht leisten können, in einem Gremium wie dem Parteiausschuß diese Dinge detailliert vorzutragen. Das ist eine Uraufgabe des Parteivorstandes. Sonst besteht die Gefahr, daß die CDU Schaden leidet.

Tillmanns: Die angeschnittenen Fragen werden durch den § 14 geregelt. Wird zum § 7 noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum § 8.

Heck: § 8: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorstand einberufen.

Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er einberufen werden.

In der Regel soll alle drei Monate eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden."

Tillmanns: Keine Wortmeldungen!

Heck: § 9: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

a) dem Vorsitzenden,
b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern,
d) dem Bundesschatzmeister,
e) dem Bundesgeschäftsführer,
f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion,
g) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
h) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
i) zehn weiteren Mitgliedern.

Die CDU-Regierungschefs nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Die unter a) bis f) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen."

Zimmer: Bisher hatten wir keinen geschäftsführenden Vorstand, wenigstens nicht nach dem Statut. Hier wird vorgeschlagen, einen geschäftsführenden Vorstand aus neun Persönlichkeiten zu bilden. Von diesen neun Persönlichkeiten gehören nach dem jetzigen Stand fünf dem Kabinett an, sieben sind Mitglieder der Bundestagsfraktion,

darunter der Fraktionsvorsitzende. Man kann also praktisch sagen, der Kopf der Partei ist identisch mit dem Kopf der Fraktion und mit dem Kabinett.

Es erhebt sich die Frage, hat die Partei noch eine autonome Parteiführung, oder ist die Parteiführung identisch mit der Führung des Kabinetts plus Bundestagsfraktionsvorstand? Ich weiß sehr wohl, welche praktischen Notwendigkeiten die bisherige Entwicklung begünstigt haben, nämlich die Ortsanwesenheit, schnelle Greifbarkeit usw. Das ist um so bedeutsamer, wenn Sie sich die ausdrückliche Zuständigkeitsabgrenzung des § 10 ansehen: Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand.

Nun kann man die laufenden Arbeiten sehr weit ziehen. Danach können politische Situationen den Anlaß geben, um Erklärungen abzugeben usw. Vielleicht wird über diese Bestimmung eine neue Überlegung angestellt. Ich glaube nicht, daß wir hier auf dem richtigen Wege sind. Ich habe vor zwei Jahren mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen. Er hat mir seine Auffassung gesagt. Bei aller Würdigung der praktischen Schwierigkeiten in Bonn möchte ich zu bedenken geben, wohin das führt. Die Partei wächst von unten nach oben aus den Landesverbänden. Die Partei selbst muß in ihren Entschlüssen grundsätzlich frei sein. Sie ist es in ihren Beschlüssen, weil sie die Mehrheit hat. Aber Sie wissen selbst, was das für die Praxis bedeutet.

Ich habe gelesen, daß unser Freund Krone irgendwo eine Rede gehalten und hierbei zu dem Problem „Parteispitze und Bundeskanzleramt" gesprochen hat. (*Zuruf:* In Kiel!) Er hat dazu grundsätzliche Ausführungen gemacht.[42] Ich will nicht sagen, wie ich mich dazu stelle. Jedenfalls taucht ein solches Problem von Zeit zu Zeit sowieso auf. Nun denkt natürlich niemand daran, etwa hier eine Änderung eintreten zu lassen; aber überlegen Sie sich, was das bedeutet.

Tillmanns: Ich bin der Auffassung, daß dies ausschließlich beim Bundesausschuß bzw. beim Bundesparteitag liegt, der die Betreffenden – den Vorsitzenden, die drei stellvertretenden Vorsitzenden und die drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes – wählt. Der Bundesparteiausschuß ist völlig frei in der Wahl der drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. Wenn er die von Ihnen geltend gemachten Gesichtspunkte für seine Wahl gelten lassen will, ist es seine Sache, entsprechend zu wählen. Das gleiche gilt für den Parteitag. Wenn der Parteitag, der den Vorsitzenden und die Stellvertreter wählt, die von Ihnen angeführten Gesichtspunkte für richtig hält, ist es seine Sache, sich dazu zu bekennen.

Ich bin der Auffassung, daß man das nicht ändern sollte, sondern daß man als Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes möglichst Freunde nehmen sollte, die nicht durch ein Ministeramt – ich war damals noch kein Minister – in Anspruch genommen sind. Aber das liegt ausschließlich bei den Wahlkörperschaften.

---

42 Krone beendete am 2. November 1955 eine Rundreise durch Schleswig-Holstein (UiD vom 9. November 1955). Er hatte dabei auch Stellung zur Nachfolge- bzw. Vertretungsdiskussion genommen, die aufgrund der Erkrankung Adenauers entbrannt war („Die Welt" vom 4. November 1955; zuletzt dazu KOERFER S. 73ff.).

Zimmer: Formal haben Sie recht, aber im Zusammenhang mit der neuen Bestimmung gewinnt die Sache ein anderes Bild, wie wir es bisher hatten. (*Tillmanns:* Ich habe nicht formal, sondern tatsächlich recht!) Wenn Sie es so auffassen, dann werden Sie erleben, daß im Zusammenhang mit dem § 10 noch viel Opposition entstehen wird. Das sage ich Ihnen. Ich bin gegen eine solche Kumulation der Ämter.

Tillmanns: Wir können doch nicht in die Satzung hineinschreiben, daß die Leute nicht gewählt werden dürfen! (*Zimmer:* Bisher hat es diese Leute mit einer solchen Zuständigkeit nicht gegeben!) Bisher hat sich in der Praxis einfach als sachlich richtig ergeben, daß an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Vorsitzende der Fraktion teilnahm. Wir haben von uns auch immer gewünscht, zusammen mit den Vorsitzenden zu tagen, und zwar aus praktischen Erwägungen. Nun ist der Gedanke aufgetaucht – was praktisch längst der Fall ist –, diesen Kreis von neun Persönlichkeiten als geschäftsführenden Vorstand zu deklarieren. Etwas anderes geschieht doch nicht! Ich kann also nicht einsehen, daß hier eine Änderung des bisherigen Zustandes eintritt.

Wuermeling: Ich habe das Gefühl, daß die neue Regelung Ihrem Grundsatz mehr Rechnung trägt als die alte. Es wird alles auf eine breitere Ebene verlagert; denn es sind nicht mehr drei Leute, sondern neun. Im übrigen ist die Frage der Auswahl der Personen Sache des zuständigen Gremiums.

Majonica: Ich muß weg, weil ich heute abend noch eine Rede halten soll aus Anlaß unserer Zehnjahresfeier.[43] Ich habe noch eine Bitte, und zwar die, es beim § 13 bei der alten Fassung zu belassen. In der neuen Fassung heißt es „Junge Generation". Ich bin der Meinung, daß es „Junge Union" heißen muß. Sonst könnte jemand, der außerhalb der Jungen Union steht, in die Organe gewählt werden.

Von Hassel: Die neue Fassung ist präziser. Die Junge Union erstreckt sich bis zum Alter von 58, 59 Jahren! Man könnte sonst sagen: Und die junge Generation in der Jungen Union! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das wäre vielleicht genau!

Heck: Es gibt neben der Jungen Union noch den RCDS. Es gibt viele Mitglieder, die im RCDS sind; es gibt auch viele Parteimitglieder, die zur jüngeren Generation gehören, aber nicht in der Jungen Union sind.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir so langsam in allen Landesverbänden durchgesetzt haben, als obere Grenze für die aktive Mitarbeit ein Alter von 35 Jahren festzulegen. (*Johnen:* Und Sie? – *Majonica:* Ich bin 37, ich bin bei der letzten Sitzung abgesägt worden!) Aus verfassungsrechtlichen Bestimmungen der deutschen Universitäten dürfen Gruppen der Jungen Union nicht bestehen. Es ist so, daß wir de facto die Mitglieder des RCDS als Mitglieder der Jungen Union anerkennen. (*Fay:* Das stimmt nicht!) In den meisten Landesverbänden wird Wert darauf gelegt, im Landesvorstand der Jungen Union auch einen offiziellen Vertreter des RCDS zu haben. Wir legen Wert darauf, daß die enge Verzahnung aufrechterhalten bleibt. Wir sind

43 Majonica war Wahlkreisabgeordneter von Soest, sein Vater Vorsitzender des dortigen CDU-Kreisverbands.

selbstverständlich der Meinung, daß im § 13, wo von der Jungen Union gesprochen wird, auch die Mitglieder des RCDS einbegriffen sind.

Tillmanns: Das ist also klar. Wir können über die Sache abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Änderungsvorschlag von Herrn Majonica zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Der Antrag ist abgelehnt. (*Majonica:* Ich muß das mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen!)

Wackerzapp: Ich komme zum § 9 zurück. Ich möchte vorschlagen, wie folgt zu sagen:

„a) dem Vorsitzenden der Bundespartei,

b) dessen beiden Stellvertretern."

Sonst könnte man der Meinung sein, daß der Vorsitzende eine besondere Stellung hat. Gemeint ist doch, daß der Bundesvorsitzende der Partei geborenes Mitglied ist! (*Zuruf:* Nein!)

Tillmanns: Es heißt im § 5: „Aufgaben des Bundesparteitages.

a) Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende ..."

Demnach sollten wir hier formulieren:

„a) dem Bundesvorsitzenden und

b) den beiden Stellvertretern."

(*Zimmer:* Warum sagen wir Bundesvorsitzender?) Er ist der Bundesvorsitzende der Partei. (*Wuermeling:* Wir haben es für eine Verbesserung gehalten, das Wort „Partei" nicht immer zu wiederholen.)

Wackerzapp: Unter i) heißt es: „zehn weiteren Mitgliedern." Früher waren Stellvertreter dafür bestimmt. Die sind jetzt gestrichen worden. Die anderen Mitglieder können sich vertreten lassen durch einen Vertreter. Wenn aber die zehn ausfallen, tritt kein Vertreter an ihre Stelle. (*Altmeier:* Weil sie gewählt sind!)

Tillmanns: Seit Hamburg ist eine andere Situation entstanden. Die Landesvorstände sind durch zwei Persönlichkeiten vertreten.

Wackerzapp: Warum sind die zehn überhaupt gewählt worden? Sie sind doch gewählt worden aus der allgemeinen Versammlung des Bundesausschusses. Sie sollen sozusagen den Bundesgedanken gegenüber dem Ländergedanken vertreten. (*Altmeier:* Es sind zehn Persönlichkeiten!) Warum sollen die keine Verteter bekommen, wenn sie verhindert sind? (*Altmeier:* Das ist nicht üblich! – *Fay:* Es sind Persönlichkeiten!)

Tillmanns: Wollen wir es so lassen, wie es hier steht? (*Zuruf:* Es soll so bleiben!)

Wackerzapp: Es heißt: „Die CDU-Regierungschefs nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil." Es wird aber nicht gesagt, daß auch die Bundesminister teilnehmen.

Tillmanns: Es ist beabsichtigt, sie nicht teilnehmen zu lassen. (*Wackerzapp:* Ist das bewußt?) Ja, damit der Vorstand nicht zu groß wird. (*Gradl:* Wegen der Gewaltenteilung! – *Heiterkeit.* – *Wackerzapp:* Dann müßte eine Verstärkung des Bundes eintreten! – *Zuruf:* Aber nicht der Regierung!)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum § 10.

Heck: § 10: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand.

Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich."

Altmeier: § 10 hängt mit dem § 9 zusammen. Ich muß mir vorbehalten, in der nächsten Sitzung noch etwas dazu zu sagen.

Heck: § 11: „Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden.

Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung."

Wackerzapp: Werden dem Bundesparteivorstand nicht zuviel Gewalten in die Hand gegeben? Das bedeutet praktisch die Ausschaltung der Landesverbände. Er ist souverän.

Tillmanns: Nein, er ist nicht souverän. Es wird hinzugefügt: Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung. Es ist eine grundsätzliche Diskussion darüber geführt worden; denn es hat sich bisher in der Praxis nicht bewährt, die Ausschüsse der Partei nur durch Delegierte der Landesverbände zusammenzusetzen. Es ist nicht gelungen, die besten Sachverständigen zu gewinnen. Es ist daran gedacht, eine Aufteilung auf die Landesverbände vorzunehmen, aber auch die Möglichkeit zu schaffen, Sachverständige hinzuzuziehen. Wir wollten das nicht in extenso in die Satzung hineinschreiben.

Wackerzapp: Die Fachausschüsse sind zur Unterstützung des Vorstandes gebildet worden. Es geht durch die Presse eine Verlautbarung, daß die Sozialausschüsse eine Stellungnahme zur Frage der Gewerkschaften gegeben haben.

Tillmanns: Was Sie meinen, ist eine Bildung von Freunden, die außerhalb der CDU stehen.

Wir kommen zu den nächsten Paragraphen.

Heck: § 12: „Die Organisation, die Rechte und Pflichten der Vereinigungen innerhalb der CDU (Junge Union, KPV und Sozialausschüsse) werden durch den Bundesausschuß geregelt.

§ 13: In allen Organen der Partei sollen Frauen und die junge Generation angemessen vertreten sein.

§ 14: Die Ausgaben der Bundespartei werden durch ordentliche und außerordentliche Beiträge gedeckt.

Das Nähere regelt eine Finanzierungsordnung, die der Bundesausschuß beschließt.

Der Etat wird vom Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen."

Wackerzapp: Es handelt sich um die schwierige Frage der Finanzgebarung. Ich verstehe die Gründe, die zu einer Zurückhaltung zwingen. Auf der anderen Seite hat Herr Bach erklärt, daß er persönlich alles daransetzt, um den Erfordernissen gerecht zu werden, die an eine ordnungsmäßige Rechnung gestellt werden. Das ist aber in der Satzung nicht verankert. Das ist nur aufgrund des Gewissens des

Bundesschatzmeisters von sich aus in Ordnung gebracht worden. Es ist die Frage, ob nicht irgendwie eine offizielle Entlastung stattfinden muß. Bei jedem Verein oder Unternehmen wird der Kassenprüfer von einem zuständigen Gremium entlastet.

Heck: Die Statutenkommission war der Auffassung, daß eine Diskussion über diesen Komplex vor dem Parteitag unter allen Umständen vermieden werden sollte. Deswegen die Bestimmung: „Das Nähere regelt eine Finanzierungsordnung." Es war die Vorstellung der Statutenkommission, daß in dieser Finanzierungsordnung eine Finanzkommission verankert wird, deren Aufgabe es sein soll, die Prüfung durchzuführen und dem Vorstand die Entlastung vorzuschlagen. Ich glaube, praktisch ist ein anderer Weg kaum gangbar.

Tillmanns: Können wir den Paragraphen verabschieden? (*Zimmer:* Das ging ein bißchen schnell! Haben Sie die Zustimmung der Sozialausschüsse zum § 12?)

Kaiser: Ja! (*Altmeier:* Es ist das Gegenteil von dem, was die Sozialausschüsse bei uns bei manchen Gelegenheiten sagen!) Man kann es so oder so regeln. (*Altmeier:* Es ist aber so!)

Heck: § 15: „Bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen einem Landesverband und den Organen der Bundespartei oder zwischen Landesverbänden ergeben, entscheidet ein Schlichtungsausschuß, der durch den Bundesvorstand gebildet wird."

Johnen: Es müßte festgestellt werden, daß dieser Schlichtungsausschuß nicht für jeden Fall besonders bestimmt wird.

Tillmanns: Wir sind davon ausgegangen, daß der Bundesvorstand ein föderalistisches Gebilde ist, in dem alle Landesvorsitzenden sind. Wer soll den Schlichtungsausschuß sonst bestimmen?

Heck: Das Bedenken von Herrn Johnen geht aus dem letzten Satz hervor, ob nämlich der Bundesvorstand ad hoc einen Schlichtungsausschuß einsetzen kann, der entscheiden kann, wie er will.

Johnen: Es muß ein Ausschuß generell sein!

Zimmer: Der § 15 ist in einem Zeitpunkt zustande gekommen, als mit einem Zusammenschluß der CDU und CSU gerechnet werden konnte. Es ist aber nicht dazu gekommen. Das war die stärkste Konzession, die wir an den Föderalismus gemacht haben. Man könnte die Sache heute etwas fortschrittlicher gestalten.

Wehking: Weshalb muß denn dieser Schlichtungsausschuß gebildet werden? Warum kann der Bundesvorstand das nicht tun? Schließlich wird der Schlichtungsausschuß doch vom Bundesvorstand eingesetzt.

Tillmanns: Es könnte ein Fall eintreten, wo er Partei ist.

Fay: Dieser Ausschuß soll schlichten. Haben Sie schon einmal erlebt, daß 45 Leute etwas schlichten?

Strickrodt: Es ist richtig, was Herr Johnen gesagt hat. Der Ausschuß muß vorher festgelegt werden.

Heck: § 16: „Es wird ein Bundesehrengericht gebildet. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit regelt eine Ehrengerichtsordnung, die der Bundesausschuß erläßt."

Tillmanns: Keine Wortmeldungen!

Heck: § 17: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands bildet mit der Christlich-Sozialen Union Bayerns eine Arbeitsgemeinschaft."

Wackerzapp: Es besteht gewissermaßen ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der CDU und der CSU. Der Inhalt dieses Vertrages ist mir nicht bekannt. Ich weiß nicht, ob er auf Zeit eingestellt ist und ob eine Kündigung vorgesehen ist. Das ist eine Eigentümlichkeit. Ein Verband, der mit uns zusammengeschlossen ist, kann nicht aus dem Zusammenschluß herausgehen. Das wäre möglich durch eine Satzungsänderung. Wie ist das mit der Arbeitsgemeinschaft?

Fay: Das haben Sie nicht ganz richtig verstanden! Hier ist die satzungsgemäße Anweisung an die CDU, eine solche Arbeitsgemeinschaft mit der CSU zu bilden. Der Vollzug erfolgt außerhalb der Satzung. Der Inhalt der Arbeitsgemeinschaft, die vertragliche Regelung, hat mit dieser Satzung nichts zu tun. Wir sind nach der Satzung lediglich gehalten, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Tun wir es nicht, dann kommt sie nicht zustande. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Vertrag der Arbeitsgemeinschaft. (*Wackerzapp:* Wer schließt den Vertrag ab?) Die Partei.

Tillmanns: Hier ist eine politische Deklaration. Sie heißt: Die CDU und die CSU stehen in einer gemeinsamen Arbeit. Es ist möglich, das eines Tages auch näher zu umreißen. Aber das ist nicht erforderlich. Bisher deckt sich die Arbeitsgemeinschaft darin, daß wir uns gegenseitig einladen zu Vorstands- und Parteitagssitzungen. Wir bilden im Deutschen Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Das ist juristisch nicht festgelegt, sondern es ist der Ausdruck einer politischen Gemeinsamkeit, die uns verbindet. Nur das soll hier in diesem Paragraphen gesagt werden. Ich glaube, das entzieht sich einer näheren rechtlichen Analyse.

Zimmer: Ich stimme den letzten Ausführungen zu, möchte aber anregen, daß in Zukunft die Konsequenzen nicht nur einseitig gezogen werden. Wir haben nur erlebt, daß die Freunde aus Bayern hier waren. (*Tillmanns:* Nein, es war auch umgekehrt!) Davon haben wir nie etwas erfahren! Wir haben nie etwas über die laufenden Vorgänge bei der CSU gehört.

Tillmanns: Auf dem letzten Parteitag der CSU in München wäre der Herr Bundeskanzler erschienen, wenn er nicht krank geworden wäre.

Zimmer: Nimmt denn jemand regelmäßig teil an den Vorstandssitzungen der CSU in München? (*Wuermeling:* Bisher nicht!)

Tillmanns: Es ist die Frage, ob wir das tun wollen. Herr Heck teilt mir mit, daß er schon verschiedene Male zu den Vorstandssitzungen eingeladen worden ist. Auch bei gewissen bayerischen Reservaten halte ich das immerhin in der deutschen politischen Geschichte für eine wichtige Tatsache!

Heck: § 18: „Die Satzungen der Organisationen in der CDU Deutschlands dürfen den Bestimmungen dieser Satzung nicht widersprechen."

Tillmanns: Keine Wortmeldungen! Damit können wir die Angelegenheit für heute beenden.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung.

Tillmanns: Vielleicht macht Herr Kollege Kaiser dazu einige Ausführungen.

Kaiser: Soll das überhaupt geschehen? (*Zurufe:* Ja!) Meine Freunde! Mit einem Drei-Minuten-Bericht ist das nicht getan. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat erkannt, daß mit Zugeständnissen nicht mehr gerechnet werden kann. Nach einem Gespräch, das der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und ich mit Freitag hatten, habe ich einen Brief vom 4. November bekommen, der Ihnen in Abschrift vorliegt.[44] Darin wird gebeten, sieben Kolleginnen und Kollegen namhaft zu machen, um mit einem entsprechenden Organ des DGB strittige Fragen zu besprechen. Das geschieht. Ich bin im Augenblick dabei, diese Leute aus den Sozialausschüssen, dieser größten Gruppe der christlichen Arbeitnehmerschaft, und aus den übrigen in Betracht kommenden Organisationen, auch aus der KAB, zusammenzustellen. Ich habe mit dem Vorsitzenden der KAB, mit Gockeln[45], mich in Verbindung gesetzt, und ich hoffe, daß aus der KAB eine Vertretung mit dabeisein wird. Das Weitere bleibt abzuwarten.

Was nun an Gründen über die Unzufriedenheit mit dem DGB vorgetragen wird, ist richtig. Ich empfinde es genauso, ja vielleicht noch stärker als mancher andere, aus der Geschichte heraus und aus der Verpflichtung, die die Christlichen Gewerkschaften früher hatten. Ich will darüber keine Worte verlieren. Aber dieser Schritt, der jetzt vollzogen worden ist, ist in sachlicher und in zeitlicher Beziehung unsagbar zu bedauern.[46]

Wir werden keinen Kampf gegen unsere Freunde führen, sondern wir werden – das hat schon die Zusammenkunft der Sozialausschüsse unter Beweis gestellt – in ritterlicher Weise uns austauschen und, wie ich hoffe, auch zusammenzufinden wissen. Das Zeitliche macht mir dabei beinahe noch größere Sorgen als das Sachliche, und zwar mit Rücksicht auf das, was sich jetzt in Genf tut. Nach alledem wird deutlich, daß die Sache des Weltkommunismus uns immer näher auf den Leib rückt. Auch durch die Tatsache, daß demnächst der Botschafter der Sowjetunion nach Bonn kommt[47], beginnt eine neue Phase der Politik um die Freiheit unseres Landes in dieser

44 Brief von Freitag an Kaiser sowie „Stellungnahme des Hauptvorstands der Sozialausschüsse der CDU zur gewerkschaftlichen Situation" vom 5. November 1955 in „Soziale Ordnung" 11/12 (1955) S. 6.

45 Josef Gockeln (1900–1958), 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1958 Landtagspräsident. – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 5.

46 Bernhard Winkelheide (vgl. Anm. 58) hatte am 17. Oktober 1955 auf einer Pressekonferenz in Essen die Gründung eines Ausschusses zur Gründung einer Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (FAZ vom 18. Oktober 1955) bekanntgegeben. Am 30. Oktober erfolgte die Gründung (UiD vom 4. November 1955).

47 Das Agreement für Valerian A. Sorin wurde am 24. November 1955 übermittelt (AdG 1955 S. 5487). Sorin traf am 20. Dezember in Bonn ein (S. 5535).

weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Ich bin der Auffassung, daß wir in dieser Phase nur dann mit Erfolg bestehen werden, wenn unser Volk zusammenhält. Die russische Propaganda wird sich nicht nur auf die intellektuellen Kreise stürzen, wie sie das bisher schon mit Erfolg getan hat, sondern sie wird vor allem auch bei der Arbeiterschaft zu bohren versuchen.

Mit dem Blick darauf bedaure ich es außerordentlich, daß es zu diesem störenden Vorgang innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gekommen ist. Ich habe auf unsere Freunde eingeredet, wie man nur auf Freunde einreden kann. Ich habe es sogar in einer etwas dramatischen Form getan, auch auf der letzten Tagung in Herne.[48] Aber die Entscheidungen waren wohl schon getroffen. Sie haben, ohne daß sie sich der letzten Einzelheiten und Konsequenzen bewußt waren, ihre Dispositionen getroffen. Noch niemals waren Christliche Gewerkschaften in diesem Land ein Selbstzweck!

Die Christlichen Gewerkschaften sind in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in diesem Lande gegründet worden, weil es nach der damaligen Haltung der sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft in den Gewerkschaften der gläubig gebliebenen Arbeitnehmerschaft, den Katholiken und den Protestanten, nicht möglich war, mit ihnen in einer Gemeinschaft zusammenzubleiben; denn sie standen unter dem Gesetz der marxistischen Doktrin.[49] Aber schon bei der Gründung und auf dem ersten Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Mainz im Jahre 1899 ist klar und deutlich zum Ausdruck gekommen: Die Einheit ist das höhere Ziel für die gewerkschaftliche Organisation. Wir haben Gründe, warum wir nicht mit ihnen zusammenarbeiten können, aber wenn sich drüben eine Wandlung vollzieht, dann werden wir wieder die Einheit herbeizuführen versuchen.

Nun könnte man darüber eine Stunde lang reden, wie der geschichtliche Ablauf der Bewegung gewesen ist. Es war in der Tat eine Kampfesperiode sondergleichen. Es war kein Kinderspiel, diese Auseinandersetzung, die die christlich gebliebene Arbeiterschaft in diesem Lande mit der sozialdemokratischen Schicht der Gewerkschaften durch zwei Jahrzehnte hindurch zu bestehen hatte. Das ging wirklich hart auf hart. Dann aber hat sich das gebessert. Geist von unserem Geist ist langsam übergesprungen in die andere Bewegung. Es ist besser geworden. Es war vor allem besser geworden in der Weimarer Zeit, in der Männer aus unseren Reihen sich besonders hervortaten. Heinrich Brauns[50], der acht Jahre lang Arbeitsminister war, war einer der geistlichen Lehrmeister der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es war zu einer engen Zusammenarbeit gekommen. Stegerwald war nach Brauns Minister geworden. Ende der zwanziger Jahre wurde in beiden Gruppen erwogen, ob es nicht an der Zeit sei, die Einheit wieder herbeizuführen. Es ist nicht dazu gekommen. Wenn einmal Organisationen bestehen, lösen sie sich nicht leicht auf, schon aus menschlichen Gründen, wie wir alle wissen.

48 Vgl. Nr. 9 Anm. 64.
49 Vgl. dazu Michael SCHNEIDER: Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933. Bonn 1982.
50 Vgl. Nr. 6 Anm. 109.

Dann kam die Zeit, in der Hitler vor den Toren stand. Da ist von den Christlichen Gewerkschaften der Impuls ausgegangen, um dieser Gefahr durch Hitler zu begegnen, eine Einheit der Gewerkschaften herbeizuführen. In Königswinter, in dem heutigen Adam-Stegerwald-Haus, ist die Konzeption für die zu bildende Einheit der Gewerkschaften niedergeschrieben worden. Theodor Brauer[51], einer unserer Freunde – Sie wissen um den Mann –, war daran federführend beteiligt. Ich bin mit Theodor Brauer nach Berlin gefahren. Ich bedaure, daß Ernst Lemmer nicht im Raum ist. Er war einer der Leute aus der Hirsch-Dunckerschen Gruppe, die diese Magna Charta – so haben wir sie getauft – der Einheitsbewegung der Gewerkschaften unterzeichnet haben.[52]

Unsere Leute und Repräsentanten der Hirsch-Dunckerschen Organisation haben diese Sache unterschrieben. Wir glaubten, die Sache noch schaffen zu können, aber Hitler war schon stärker geworden als wir. Es kam zur Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation. Dann kam die Periode von 1933 bis 1945. Keiner der verantwortlichen Männer kam in dieser Periode auf den Gedanken, wenn wir Hitler hinter uns haben, noch einmal zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zurückzukehren, sondern wir haben mit allem Bedacht und mit aller Sorgsamkeit darauf hingearbeitet.

Der 20. Juli, der einer ganzen Reihe von unseren Persönlichkeiten den Tod gebracht hat, gab eine Störung und einen großen Aufenthalt. Drei Repräsentanten haben insbesondere unablässig gearbeitet, um eine Basis dafür zu finden, wie es nach der Überwindung von Hitler werden sollte. Das waren Wilhelm Leuschner[53] von den Freien Gewerkschaften, Max Habermann[54], einer der besten Männer im DHV, und ich für unsere Gruppe. Wir haben die Sache organisatorisch durchdacht und die Konzeption niedergeschrieben, und zwar bis auf den Tag, an dem wir beginnen konnten. Wilhelm Leuschner und Max Habermann gehören zu den Toten des 20. Juli. Sie kennen die Umstände, die es mir ermöglicht haben, mir den Henker in der Hitlerzeit vom Halse zu halten. Aber durch den 20. Juli ist eine Reihe von Männern, die bei der Neugestaltung mitwirken sollten – insbesondere Heinrich

51 Theodor Brauer (1880–1942), 1907 Assistent im Katholischen Volksverein in Mönchengladbach, 1908 Mitarbeiter in der Zentrale der Christlichen Gewerkschaften in Köln, 1923 Professor für Volkswirtschaft TH Karlsruhe, 1928 Direktor am Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften Köln, 1933 Entlassung, 1937 Professor in St. Paul (Minn.).

52 Vermutlich der Aufruf vom 28. April 1933 – Rekonstruktion in Gerhard Beier: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften April 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975) S. 388–392.

53 Wilhelm Leuschner (1890–1944, hingerichtet), 1924–1933 MdL Hessen (SPD), 1926–1928 Bezirkssekretär des ADGB in Hessen, 1928–1932 hessischer Innenminister. Joachim G. Leithäuser: Ein Leben für die Republik. Köln 1962; vgl. auch Wilhelm Leuschner – Auftrag und Verpflichtung. Neu bearbeitete Auflage Kassel 1984.

54 Max Hans Habermann – vgl. Nr. 6 Anm. 110.

Körner[55], der Vorsitzender der Gewerkschaften werden sollte, und Bernhard Letterhaus[56] aus dem Arbeiterverein –, ums Leben gekommen.

Die Sache mit dem Dritten Reich klang anders aus, als wir es uns eingebildet hatten. Wir hatten zu einer Widerstandsbewegung aufgerufen und geglaubt, wir würden die Befreiung von Hitler durchführen. Das andere brauche ich nicht zu schildern. Es kam zum totalen Zusammenbruch und zur Auflösung unserer staatlichen Ordnung. Wir waren nicht mehr in Verbindung miteinander. Ich war in Berlin geblieben und habe mich mit Ernst Lemmer sofort an der Bildung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation wie an der Gründung der Christlich-Demokratischen Union beteiligt. Ich kam erst Anfang 1946 nach hier. Und hier in der britischen Zone war es schwieriger, eine Einheit herzustellen, als bei uns in Berlin. Es war eine Besatzungsmacht da mit klaren Vorstellungen darüber, wie es in Deutschland nach ihrem Sinn werden sollte, während die Engländer und die Amerikaner zunächst eine sehr merkwürdige Haltung eingenommen haben. Es war hier sehr viel schwieriger, einen organisatorischen Aufbau herbeizuführen.

Es ist also nicht so gegangen, wie wir uns das gewünscht hatten. Es ist sehr schwierig gewesen. Es ist vollkommen richtig, daß heute die Unduldsamkeit der sozialdemokratischen Gruppen beklagt werden muß. Es ist durchaus richtig, wenn gesagt wird, sozialdemokratische Kräfte bestimmen im wesentlichen die Organisation und die Haltung der Gewerkschaften. Es sind von unserer Seite Versäumnisse dadurch entstanden, daß die dazu berufenen Männer sich nicht zur Verfügung gestellt haben, wie es erwünscht gewesen wäre. Das belastet uns. Aber nur ein Blinder kann sagen, daß diese Einheitsorganisation für die Weiterentwicklung unseres Volkslebens nicht von Bedeutung sei. Das gilt für die Arbeiterschaft, das gilt für das Verhältnis zum Staat, das gilt auch für die beiden Kirchen.

Ich habe darüber mit dem Kardinal von Köln[56a], wiederholt gesprochen, daß es doch für die Kirche ein Anliegen sondergleichen sein muß, diese durch die sozialdemokratische Bewegung der Kirche entfremdeten Kreise wieder zurückzugewinnen. Die evangelische Kirche in Deutschland sieht das genauso. Ich habe immer wieder mit maßgeblichen Persönlichkeiten der evangelischen Kirche gesprochen und gesagt, um Gottes willen, nicht mehr den Zustand wie früher. Es hat sich vieles gebessert; es ist doch anders geworden. Es ist nicht mehr so, wie es in den neunziger Jahren oder kurz nach 1900 gewesen ist, daß der christlich denkende Mann in der Fabrik oder in der Werkstatt von dem sozialdemokratischen Mann bekämpft und abgelehnt wird. Das ist nicht mehr der Fall. Es ist eine Wandlung zu verzeichnen.

---

55 Heinrich Körner (1892–1945, ermordet), 1920 Kartellsekretär, 1926–1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands in Köln, Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags.

56 Bernhard Letterhaus (1894–1944, hingerichtet), ab 1927 Verbandssekretär der KAB Westdeutschlands, 1928–1933 MdPrL (Zentrum). Vgl. Jürgen Aretz in Zeitgeschichte 2 S. 11–24.

56a Kardinal Frings – vgl. Nr. 19 Anm. 39.

Ich brauche nur an den Vorgang mit Agartz zu erinnern. Es ist nicht so, daß der Mann zur Seite treten muß nur aus persönlichen Gründen, sondern es spielen auch andere Gründe dabei eine Rolle.[57] Und nun kommt mitten hinein in diesen Prozeß dieser Vorgang, den wir unsagbar bedauern. Auch der Bundeskanzler hat die Kollegen Winkelheide[58], Even und Voß[59] wissen lassen, daß es vor allem in dieser Zeit, in der die Lage unseres Volkes so ernst ist – ich bitte an Genf zu denken –, daß es nicht erwünscht sei, einen solchen Schritt zu tun.

Aber nun ist es geschehen. Und was wird die Folge sein? Ich bin davon durchdrungen, sie werden nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Männern der Arbeit um sich versammeln können. Die Gewerkschaft wird einen Stoß erhalten, und dem radikalen Flügel kommt das sehr zustatten. Es wird wieder ein Zustand eintreten, der bedauerlich ist. Meine engen Freunde aus dem Vorstand der Sozialausschüsse und ich, zusammen 35 Leute – und das sind bei Gott Männer kritischen Geistes –, haben klar zum Ausdruck gebracht, was geändert werden muß innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. Wir waren uns einig. Bitte lesen Sie nach, wie wir formuliert haben.[60] Die Hauptschuld für diesen tragischen Vorgang liegt bei der Gewerkschaft selber wegen ihrer Einsichtslosigkeit usw. Das Unbedachte hat vielleicht auch etwas Gutes. Ich hoffe, daß es zu einem guten Ende geführt werden kann. Winkelheide ist stellvertretendes Mitglied unseres Bundesvorstandes. Ich hätte gern gehört, wenn wir hier einen Meinungsaustausch darüber geführt hätten.

Johnen: Ich bin seit Jahren zum ersten Mal in Sorge um unsere Partei. Ich habe mit den Fakten zu tun. Wir haben die Einheitsgewerkschaft und die Christlichen Gewerkschaften. Und was tun wir als Partei? Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen spricht für die Einheitsgewerkschaft, und der Landtagspräsident des gleichen Landes spricht für die Christlichen Gewerkschaften! Beide im eigenen Lande!

Unten in den Kreisen tut sich etwas; entweder ist jemand Anhänger der Katholischen Arbeiter-Bewegung, dann schmeißt er diejenigen, die zur Einheitsgewerkschaft gehören, raus, und umgekehrt ist es so, der Einheitsgewerkschaftler läßt die KAB-

---

57 Polemische Schilderung der Beurlaubung und Entlassung von Viktor Agartz, Professor Bruno Gleitze, Walter Horn und Theo Pirker durch den Bundesvorstand des DGB in Hans-Georg HERMANN (Viktor Agartz): Verraten und verkauft. Eine Abrechnung. Frankfurt 1983. – In den Zeitungsmeldungen wurden u.a. auch zu enge Kontakte zur SED als Ursache der Entlassung angegeben (UiD vom 20. Oktober 1955; AdG 1955 S. 5409, 5529).

58 Bernhard Winkelheide (1908–1988), 1929–1935 Jugendsekretär, ab 1946 Diözesansekretär der KAB im Bistum Münster, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (CDU), 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1965–1973 Verbandsvorsitzender der KAB Westdeutschlands.

59 Heinrich Voß (1909–1982), vor 1933 CSVD, 1947 CDU, 1953–1957 MdB.

60 Vgl. die Stellungnahmen der CDA vom 20. Oktober und 5. November 1955 in UiD vom 20. Oktober bzw. 9. November 1955.

Leute nicht in sein Zimmer. So sehen die Dinge unten aus. Und wir als Partei laufen Gefahr, bei dieser Sache zermalmt zu werden.

Es kommt aber noch schlimmer! Es finden schon Verhandlungen mit dem Zentrum statt. Wir hatten geglaubt, das Zentrum ginge bei der nächsten Kommunalwahl von selber zu Ende. Eben fiel der Name Winkelheide. Ich weiß nicht, ob alles richtig ist, was mir meine „Gestapo" *(Heiterkeit)* berichtet. Das Zentrum wartet darauf, daß der Winkelheide kommt. Und Herr Even erklärt, wenn der geht, dann gehe ich auch. (*Wuermeling:* Diese Mitteilung wurde in der Fraktion mit schallendem Gelächter entgegengenommen.) Ja, so einfach ist das nicht, wie Sie meinen. Auf meine Frage, ob man aus den Leuten des Zentrums und der Gewerkschaft eine neue Partei bilden wolle, hat man mir keine Antwort gegeben!

Kaiser: Was sich zusammenfindet, wird eine kleine katholische Gruppe sein. (*Zurufe:* Nein! Nein!) Die evangelische Arbeiterschaft wird nicht mittun. (*Wehking:* Das stimmt nicht!) Ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken, was das für eine Störung des Gedankens der Christlich-Demokratischen Union in diesem Lande bedeutet.

Johnen: Ich habe meinen Landesvorstand für morgen früh einberufen, weil ich die heutige Sitzung abwarten wollte. Ich muß morgen eine Erklärung abgeben. (*Wuermeling:* Eine Erklärung?) Jawohl! Das Land Nordrhein-Westfalen erwartet eine neutrale Erklärung der Partei![61] Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Koalitionsfreiheit für jeden Berufsstand haben, also auch für die Arbeiterschaft. Das ist eine Frage, die die Arbeiterschaft unter sich auszutragen hat. In der CDU ist Raum für beide Gruppen. Mehr kann ich als Partei nicht tun. Ich darf mich als Partei weder auf die Seite der Einheitsgewerkschaft noch auf die Seite der Christlichen Gewerkschaft stellen. Wir kommen in Konflikt, wenn wir als Christlich-Demokratische Union scharfe Worte gegen die Gründung der Christlichen Gewerkschaft sagen. Das versteht im Lande keiner. (*Wuermeling:* Offiziell kann man das nicht!) Bei uns ist eine große Unruhe, die sich sehr schlecht auswirkt. In Mönchengladbach ist Herr Karsch[62] plötzlich gestorben. Er war Vorsitzender der Stadtratsfraktion. Jetzt muß ein Ersatzmann gewählt werden. Herr Karsch galt als evangelischer Arbeitnehmer. Die Stadt will wieder einen evangelischen Arbeitnehmer nehmen. Der gehört aber zur Einheitsgewerkschaft. Jetzt kommen die Leute aus der Christlichen Gewerkschaft und sagen, das kommt nicht in Frage, wir stellen den Mann. Der Kampf, der schon vor der Gründung der Christlichen Gewerkschaft im Gange war, wird jetzt weiter verschärft. Das wird alles auf dem Rücken der CDU ausgetragen, meine Herren! Ich habe wirklich Sorge. Ich halte sie für viel größer, Herr Minister Kaiser, als vielleicht in diesem Raume vermutet wird.

---

61 Erklärung des Landesvorstands der CDU des Rheinlands, in Gewerkschaftsfragen Neutralität und Toleranz zu wahren, vom 11. November in UiD vom 17. November 1955.

62 Heinrich Karsch (1894–1955), Mitgründer der CDU Mönchengladbach, 1946–1955 Stadtrat Mönchengladbach (Fraktionsvorsitzender), 1951–1955 Vorsitzender des Kriegsopferausschusses der CDU. – Nachfolger im Kriegsopferausschuß der CDU wurde Ernst Buddensieg (UiD vom 17. November 1955).

Tillmanns: Ich teile die Sorge von Herrn Johnen voll und ganz. Ich bin mit ihm der Auffassung, daß der Vorstand im Augenblick nichts anderes sagen kann, daß für beide Teile Raum innerhalb der CDU gegeben ist. Etwas anderes können wir nicht sagen. Ich bezweifle aber sehr, daß wir auf die Dauer damit durchkommen. Im Augenblick jedoch können wir nichts anderes tun.

Ich sehe auch schwere Gefahren für die CDU heraufkommen! Aber wenn die Menschen zu uns kommen und fragen, was ist richtig, und wenn innerhalb unserer Gruppen und Kreise der Kampf der beiden Arbeitnehmergruppen ausgefochten wird – und der kommt notwendigerweise in die Organe der CDU –, dann kommen wir ja nicht daran vorbei, uns über diese Frage ernsthaft Sorge zu machen und auseinanderzusetzen. Mehr möchte ich dazu im Augenblick nicht sagen.

Es ist bekannt, daß bei denen, die die Christliche Gewerkschaft für richtig halten, auch evangelische Leute dabei sind. Es ist aber ebenso sicher, daß alle maßgebenden Organe der evangelischen Kirche auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Schritt falsch ist. Das ist die Situation. Das ist eine Frage, die die Evangelischen unter sich ausmachen müssen. Der Rat der evangelischen Kirche hat die kirchliche Kammer für soziale Angelegenheiten beauftragt, einen Vorschlag zu machen und eine Stellungnahme vorzubereiten. Es ist kein Zweifel, wie diese Stellungnahme ausfallen wird.

Es muß uns darauf ankommen, die Tür für die Arbeiterschaft aufzumachen. Auf der Ebene der Funktionäre ist die Situation sehr schwer. Da sind die Marxisten. Aber wir erleben, daß in der Arbeiterschaft selber, und zwar in den Betrieben, sich die Dinge bessern. Jedenfalls gibt es Möglichkeiten, und diese Möglichkeiten wollen wir unter keinen Umständen verbauen, damit nicht unter dem Namen „christlich", was der Arbeiter identifiziert mit „Kirche", die Spaltung vergrößert wird. Man soll sich auch nicht darüber täuschen, wenn evangelische Freunde in Westfalen bei der Gründung der Christlichen Gewerkschaft dabeigewesen sind. Im ganzen ist die Situation so, wie ich sie eben gekennzeichnet habe. Ich wäre der Meinung, wir sollten uns darüber Gedanken machen, ob wir eine solche Erklärung herausgeben, wie es von Herrn Johnen vorgeschlagen worden ist.

Wehking: Ich habe eine Erklärung abgegeben, daß wir als Partei keine Stellung nehmen könnten. Ich muß sagen, daß im evangelischen Raum in Westfalen unsere ganze Anhängerschaft geschlossen hinter dieser neuen Gruppe steht. (*Tillmanns:* Das trifft nur für Westfalen zu!) Die Kirche vertritt bei uns die Meinung, daß die Pfarrer, die Sturm laufen gegen die Christliche Gewerkschaft, dieselben sind, die als Gegner der Außenpolitik der CDU auftreten.

Tillmanns: So ist es nicht! Das mag vielleicht für Westfalen gelten. Maßgebende Leute der evangelischen Kirche sind anderer Meinung. Bischof Lilje, der ein entschiedener Gegner der Politik von Niemöller ist, ist ein ebenso entschiedener Gegner der Christlichen Gewerkschaft. Das können Sie aber nicht mit anderen identifizieren. In der Bundesrepublik ist es bestimmt nicht so, wie Sie gesagt haben.

Bach: Ich habe einen Tag vor der Gründung der Christlichen Gewerkschaft eine Sondertagung in meinem Bezirk abgehalten. Da war es so, daß sich unsere Arbeiterschaft – 60 % meiner Mitglieder sind Arbeiter – genau zur Hälfte entzweit hat. Ich bin dafür, daß der Parteivorstand eine Erklärung herausgibt, so ähnlich, wie es Herr Johnen vorgeschlagen hat. Es geht nicht, daß morgen die einzelnen Vorstände von sich aus eine Erklärung abgeben, denn das ist eine Sache des Bundes. Wir müssen also irgendwie eine Formulierung für die Presse herausbringen, die uns nicht festlegt, die aber beruhigend wirkt.

Johnen: Wenn die Gesamtpartei schon jetzt eine Erklärung abgibt, so ist das nicht klug. Lernen Sie von der katholischen Kirche! Die ist in Erklärungen sehr spät, aber immer noch früh genug. (*Zimmer:* Nicht immer!) Als Gesamtpartei sollten wir vorsichtig sein.

Tillmanns: Ich könnte mir vorstellen, daß wir zunächst den nächstbeteiligten Landesverband sprechen lassen und der Bundesvorstand vorläufig nichts sagt.

Zimmer: Wir können noch nichts sagen; denn die Landesverbände sind zum Teil überhaupt nicht beteiligt, z.B. wir. Durch eine solche Erklärung wird die Sache erst in weitere Kreise gebracht. Ich bin der Meinung, wir sagen heute gar nichts. Wir nehmen nur Kenntnis, und Sie machen eine Erklärung.

Tillmanns: Herr Johnen, vielleicht Sie mit Westfalen zusammen! Ich weiß nicht, ob das möglich ist. (*Johnen:* Wir schließen uns den Westfalen an. Wir machen es diesmal umgekehrt!)

Bitter: Was Herr Johnen für das Rheinland sagt, gilt ganz sicher für Westfalen. Auf der kommunalen Ebene ist das Bild bereits so: Der eine Stadtverordnete ist in der Christlichen Gewerkschaft, der andere ist in der Einheitsgewerkschaft, aber beide machen dem Fraktionsvorstand allmählich die Hölle heiß. Der Kampf geht quer durch die Katholischen Arbeitervereine. Die Seelsorge ist in der größten Verlegenheit. Die Verlegenheit ist größer als beim Kampf um das Zentrum. Da waren es nur einzelne Pfarrer, die nicht wußten, was sie tun sollten. Aber jetzt ist die gesamte katholische Geistlichkeit von diesen Dingen berührt. Die Sache hat folgenschwere Auswirkungen. Jetzt stehen wir erst am Anfang dieser Probleme.

Wir werden uns über diesen Punkt sicherlich noch den Kopf und das Herz zerbrechen müssen. Es sind wirklich Schicksalsfragen, die hier auf uns zukommen. Ich bin davon überzeugt, daß sich die Urheber über die letzten Konsequenzen nicht klargewesen sind. Sie mögen zwar aus den edelsten Motiven heraus gehandelt haben, aber die bitteren Folgen sind nun eingetreten. Wenn man mich gefragt hat, habe ich immer gesagt, wir müssen Geduld üben und von Mann zu Mann den Kampf um die Realisierung unserer Wünsche führen. Das ist auch heute noch meine Überzeugung. (*Wuermeling:* Das haben wir schon fünf Jahre getan, aber ohne Erfolg!)

Lieber Herr Minister, die ganze Situation ist doch bei Licht besehen überall die gleiche. Wo sich den Leuten Männer gegenüber befunden haben, die eine feste Meinung hatten, da haben wir auch bei den Sozialdemokraten Gehör gefunden und unsere Wünsche durchsetzen können. Die ganze Frage läuft zum Schluß auf

die Persönlichkeit hinaus, die als Christ das durchsetzen muß. Das ist weithin die Situation.

Ich habe mich oft genug mit Föcher ausgetauscht, und Föcher hat mir erklärt, wenn die Leute nicht in die Politik gegangen wären, sondern in die Gewerkschaften, dann stände es besser mit unserer Situation. (*Wuermeling:* Vielleicht wäre Föcher besser in die Politik gegangen!) Streiten wir uns nicht um Worte, Herr Minister! Wir dürfen die Dinge nicht bagatellisieren! Die Sache ist ernst. Stellen Sie sich nur die Kandidatenaufstellung bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahre vor. Das, was Herr Johnen ausgeführt hat, unterstütze ich voll und ganz. Wir kommen als Christlich-Demokratische Union hier in einen Tanz, der viel schlimmer sein wird, als manche sich vorstellen. Der Kampf wird mit einer großen Leidenschaftlichkeit schon heute geführt. In der Gewerkschaft sind es gewöhnlich nur die Berufs- und Standesunterschiede; hier aber kommt der politische Motor hinzu.

Als die Publikation in der Zeitung stand „Die Christliche Gewerkschaft ist gegründet", war in unserem Bezirk am Nachmittag ein Konveniat der Geistlichen. Dort wurde der Meinung Ausdruck gegeben, damit hätten die Leute bereits ihr Bundestagsmandat kaputtgemacht. Das sage ich deswegen, damit Sie sehen, wieweit die Dinge gehen, auch bei Leuten, die nicht gegen die Christliche Gewerkschaft sind, die aber davon überzeugt sind, daß der DGB Dummheiten gemacht hat. Ich warne aber davor, heute hier schon eine Erklärung abzugeben. Lassen Sie die Dinge noch ein bißchen brodeln!

Kaiser: Herr Arnold kann heute nicht kommen. Überlassen wir es seiner Weisheit, das richtige Wort zu finden. Wir wollen von uns aus nicht in das Feuer blasen. Winkelheide hat mir gestern versichert, daß sie es von ihrer Seite auch nicht tun. (*Zuruf:* Die haben genug geblasen!) Ich könnte mehr dazu sagen, wie z.B. der Johannes Even zögernd in diese ganze Angelegenheit hineinkam. Er sagte, was soll man denn machen? Sie haben, beeinflußt von irgendwoher, diese Vorbereitungen getroffen. Es ist vor allem die Jugend, die so lebendig ist; denn die Klagen gegen den DGB bestehen zu Recht. Bitte, Herr Johnen, lesen Sie, was ich in Herne gesagt habe. Ich hatte ein viertel Jahr vorher die Freunde von der KAB hier im Hause darum gebeten, keine unüberlegten Schritte zu tun, sondern gemeinsam mit uns zu gehen. Wir wollten alle christlich-sozialen Kräfte dieses Landes aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft zu einem außerordentlichen Akt der Politik zusammenrufen und unsere Meinung den Gewerkschaften sagen.

Wenn wir in unseren Reihen einiger und geschlossener in jenem Augenblick gewesen wären, dann wären wir auch in dieser Sache dem DGB gegenüber um ein gutes Stück weitergekommen. Leider haben wir es uns unsagbar schwer gemacht. Ich könnte mehr dazu sagen. Ich versage es mir; auch nach Herne sind Dinge vorgekommen – ich schweige am liebsten darüber –, die dem Karl Arnold und dem Jakob Kaiser gegenüber nicht kameradschaftlich und nicht ritterlich waren. Ich hatte geglaubt, ich könnte die Sache aufhalten, aber die Vorbereitungen waren getroffen, und man konnte nicht mehr zurück. Aber es wird keine große Sache. Die Arbeiterschaft

will nicht mehr den Streit in den Fabriken und Werkstätten. Sie will zusammenbleiben. Das wird der KAB mehr Schwierigkeiten machen als dem DGB.

Was von der evangelischen Kirche gesagt wird, das empfindet jeder beim Blick auf die katholische Kirche[63] genauso. Es darf nicht mehr zu größeren Entfremdungsvorgängen zwischen ihnen und der breiten Masse der Arbeiterschaft kommen. Gott verhüte es, daß in dieser Periode der Politik um unser Land, wo der Kommunismus von Moskau aus uns näher auf den Leib rückt, die Arbeiterschaft dem Radikalismus in die Arme getrieben wird.

Ich gebe mich keiner Täuschung über den Ernst der Sache hin, verehrter Freund von Recklinghausen[64], aber es wird sonst nicht so dramatisch sein wie in dem engeren Bereich von Winkelheide. Ich war gestern in Essen und in Köln. Die Betriebsräte waren versammelt. 90 % haben gesagt, unter keinen Umständen. Nur einige wenige haben aus besonderer Verbundenheit mit Even erklärt: Ja, doch! Aber die große Masse sagt nein. Natürlich führt die Sache zu einer Schwächung unserer Gesamtsituation, aber ich werde das Meinige dazu tun, was möglich ist, um diese Schwächung zu vermeiden.

Heck: Ich möchte auf einen Vorgang hinweisen, der für die Union wichtig ist: Es hat sich, getragen von Kräften, die für die evangelische Kirche tätig sind, in Stuttgart ein Aktionskomitee zur Erhaltung der Einheitsgewerkschaft gegründet.[65] Ein solcher Vorgang ist zweifellos etwas eigenartig, daß auf kirchlichem Boden ein Komitée zur Erhaltung der Einheitsgewerkschaft gegründet wird. Ich meine, man müßte deswegen etwas sorgfältiger darüber nachdenken, was eigentlich die Ursache gewesen sein könnte. Aus mehreren Gesprächen mit beteiligten Herren, die aufgrund eines persönlichen Vertrauens in diesen Gesprächen etwas mehr gesagt haben als sonst offiziell, habe ich den Eindruck gewonnen, daß weite Kreise der evangelischen Kirche der Auffassung sind, daß diese Gründung der Christlichen Gewerkschaft von den bischöflichen Ordinariaten der katholischen Kirche aus gesteuert ist.

Das ist die Ursache, warum es zu der evangelischen Aktion in dieser Angelegenheit kommt. Dieser Tatbestand ist für uns als Union als Symptom einer Zuspitzung der konfessionellen Gegensätze – nicht innerhalb der Union, sondern von Kirche zu Kirche – bezeichnend und äußerst schlecht. Vor vier Wochen ist ein Buch „Der Klerikalismus in der deutschen Politik" erschienen, und zwar herausgegeben von

63 In einer gemeinsamen Erklärung äußerten die katholischen Bischöfe u.a., sie achteten die Entscheidung zur Gründung der christlichen Gewerkschaften (FAZ vom 8. November 1955).

64 Wilhelm Bitter, der wie Winkelheide aus Recklinghausen stammte.

65 Diese Aktionsgemeinschaft war bereits 1952 gegründet worden; ihr Vorsitzender war der Leiter der Evangelischen Akademie von Bad Boll, Eberhard Müller. Ihre Erklärung zur CGB-Gründung in FAZ vom 5. November 1955; Bekräftigung ihres Bekenntnisses zur Einheitsgewerkschaft auf einem Treffen mit dem DGB am 8. November in Düsseldorf (FAZ vom 9. November); vorsichtige Distanzierung des Landesbischofs D. Bender (UiD vom 17. November 1955).

Thomas Ellwein[66] im Isar-Verlag, München. Dieses Buch ist auf der einen Seite nicht ernst zu nehmen, weil es absolut einseitig ist, auf der anderen Seite stellt es eine Zusammentragung von Material dar, welche Sünden vor allen Dingen auf katholischer Seite in der Richtung begangen worden sind und begangen worden sein sollen. Herr Ellwein war in der Auswahl seiner Quellen nicht sehr wählerisch. Er hat seine Quellen teilweise aus dem „Spiegel" bezogen.

Aber dieses Büchlein ist in der Hand von einem Teil der evangelischen Geistlichkeit, die ein unüberwindliches Ressentiment hat, eine sehr gefährliche Angelegenheit. Ich wollte das als zweiten Punkt, der mir symptomatisch erscheint, zur Sprache bringen. Von der Seite her ist die Gründung der Christlichen Gewerkschaft gerade für uns als Union wirklich alarmierend.

Kaiser: Ich glaube nicht, daß kirchliche Ordinariate diese Sache in besonderer Weise gefördert haben. Natürlich, wenn Even oder Winkelheide usw. zum Bischof von Münster oder zum Kardinal von Köln gehen, werden die sagen: Ja, ja, natürlich, es ist unmöglich, was da ist; aber finanzielle Förderung halte ich für ausgeschlossen. Das Geld kommt vom Ausland in erster Linie. Ich möchte gern wissen, woher es wirklich stammt, ob es wirklich nur von der Christlichen Internationale ist oder ob nicht auch noch andere Kräfte im Ausland ein Interesse daran haben, Störungen – das braucht der Mann, der das Geld entgegengenommen hat, gar nicht zu wissen, was dahintersteckt – herbeizuführen.

Es gibt Kräfte in der freien Welt, die ein Interesse daran haben, daß es in diesem Lande nicht in Ordnung geht, sondern daß der Zusammenhalt des Volkes gestört wird. Auch diese Sache spielt eine Rolle.

Wehking: Wir waren uns darüber einig, vom Bundesvorstand keine Erklärung abzugeben. Ich möchte wünschen, wenn die Landesparteien Stellung nehmen, daß diese Stellungnahme nur in der Richtung liegt, wie sie von Herrn Johnen vorgetragen wurde, daß nämlich die Landesvorstände nicht einseitig für irgendeine Seite Stellung nehmen. Denn das würde unserem Grundsatz widersprechen.

Tillmanns: Wir sind uns darüber einig, daß wir als Bundesvorstand zu dieser Frage keine Erklärung abgeben wollen, sondern zunächst wollen wir den nächstbeteiligten Landesverbänden den Vortritt überlassen, wobei wir die Bitte haben, daß die Stellungnahmen in der Richtung lauten, wie es Herr Wehking vorgetragen hat, d.h. keine einseitigen Stellungnahmen.

Wir sind uns klar darüber, daß die Sache für die Christlich-Demokratische Union noch nicht abgeschlossen ist, sondern daß wir uns noch um die Frage bemühen müssen, auch um die anderen Zusammenhänge, die hier hineingreifen, die aber noch

66 Dr. Thomas Ellwein (geb. 1927), Professor für Politische Wissenschaften (1962), SPD; 1955–1958 Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, 1970–1974 Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 1974–1976 Präsident der Hochschule der Bundeswehr Hamburg. – Ellweins Buch war Nr. 1 einer Reihe „Heiße Eisen".

tiefer gehen als die Gewerkschaftsfrage. Das brauchen wir aber heute nicht mehr zu vertiefen.

Zimmer: Wir sehen an diesem Beispiel – ich will nicht kritisieren –, daß man vielleicht manche Dinge doch mit etwas größerer Skepsis verfolgen und rechtzeitiger eingreifen sollte. Auch mit den konfessionellen Störungsmanövern gegenüber der CDU müssen wir uns einmal sehr ernsthaft befassen. Ich bin der Meinung, daß wir die Dinge nicht treiben lassen dürfen. Wir müssen die Fakten ins Auge fassen. Wir haben den Evangelischen Arbeitskreis, der sich eine große Aufgabe gestellt hat, als er gegründet wurde. Er hat sicherlich viel Material zusammengetragen.

Wir müssen als Vorstand in einer der nächsten Sitzungen einen Vortrag entgegennehmen über die konfessionell-politische Lage in bezug auf die CDU. Ich könnte gleich einige Beispiele nennen. Die Herren der FDP bei uns versuchen immer wieder – weil sie sonst nichts vorzuweisen haben –, sich als die Exponenten der evangelischen Interessen anzubiedern, und zwar in recht primitiver Form. Solange es bei dem Anbiedern bleibt, ist es harmlos. Es werden aber Störungsmanöver gemacht. Wir müssen uns dieser Frage laufend mit großer Aufgeschlossenheit annehmen. Ich würde also darum bitten, daß wir uns in einer der nächsten Sitzungen mit dieser Frage befassen. Wir müssen alles tun, daß in der CDU überall dort, wo sie nicht besteht, die Parität hergestellt wird, ohne daß wir in eine zahlenmäßige Verteilung hineinzufallen brauchen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig, daß wir so primitiv nicht denken können. (*Weber:* Die anderen Leute denken aber so primitiv!) Wir haben nichts zu verbergen. Als CDU haben wir auf diesem Gebiet eine ganz klare Stellungnahme. So muß auch die Praxis sein.

Wir sollten also die Dinge sorgfältig beobachten und dafür sorgen, daß uns nicht durch die SPD in Niedersachsen oder durch die FDP Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Wir müssen auch dafür sorgen, daß durch persönliche Kontakte zwischen evangelischen und katholischen Persönlichkeiten, eventuell auch durch Bischöfe, eine bessere Atmosphäre geschaffen wird. Ich will nicht mit konkreten Beispielen dienen, aber ich habe die besten Erfahrungen gemacht, wenn man sich an einen Tisch setzt und in aller Offenheit über die Dinge redet.

Tillmanns: Das ist eine dankenswerte Anregung, die wir bei einer der nächsten Sitzungen behandeln wollen. Heute können wir es nicht vertiefen.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung.

Verschiedenes

Bach: Wir müssen im Parteiausschuß den Beschluß fassen, daß der Mitgliedsbeitrag an die Bundeskasse ab 1. Januar DM 0,10 beträgt.

Tillmanns: Ist bereits beschlossen. (*Weber:* Wann denn?) In einer früheren Sitzung.

Wenn der Vorstand noch Zeit hat, dann hätte ich den Wunsch, daß wir uns mit einem Interview beschäftigen, das unser Freund Jakob Diel im Deutschlandsender

gegeben hat.[67] Ich weiß nicht, ob wir das jetzt noch vertiefen sollen. Jedenfalls ist es eine ernste Angelegenheit.

Zimmer: Meine Damen und Herren! Sie kennen den Jakob Diel wohl zur Genüge. Er hat an sich in unserer Partei des Landes Rheinland-Pfalz zwar einen Namen, aber kein Gewicht. (*Zuruf:* Na! Na! – *Tillmanns:* Warum ist er denn im Bundesparteiausschuß? – *Zuruf:* Sehr richtig!) Wir haben ihm wenig Ämter gegeben. Im übrigen hat sich die CDU-Landtagsfraktion und der Landesvorstand in aller Form öffentlich von dieser Sache distanziert und ihm eine Mißbilligung ausgesprochen. Wahrscheinlich hat davon die große deutsche Presse keine Notiz genommen.

Tillmanns: Von der Tatsache nimmt natürlich die große Presse Kenntnis, aber von der Distanzierung oder dem Dementi nicht. Das ist für sie uninteressant.

Zimmer: Die Sache ist in schärfster Form gerügt worden. Jakob Diel ist ein sehr kenntnisreicher und vitaler Mann, der in seinem Betrieb nichts zu tun hat, weil sein Sohn den Betrieb übernommen hat. Jakob Diel will überall mitpochen und mitreden, und er glaubt, er habe positiv in die Weltpolitik hinein etwas Gutes zu sagen. Dazu kommt ein großes Geltungsbedürfnis.

Wie wollen Sie diesen Mann bändigen? Ich muß dieses Persönliche einmal sagen. Das tue ich sonst nicht gern. Aber wir haben es sehr schwer in dieser Richtung. (*Weber:* Er soll doch bei seinen Weinen bleiben!) Auch in der Saarpolitik hat er sich Extratänze erlaubt, die uns belasten. (*Zuruf:* Er hat aber recht behalten!) Ja, aber die Methoden, die der Mann angewandt hat, die haben wir restlos abgelehnt. (*Wuermeling:* Kann man ihn nicht der Ämter entheben, damit er nicht mehr offizielles Sprachrohr ist?) Die Sache ist noch nicht abgeschlossen in der Fraktion. Es kam zur Debatte, ob er den Vorsitz im Agrarpolitischen Ausschuß behalten soll. (*Wuermeling:* Ist er im Landesvorstand?) Der Landesvorstand ist einberufen für die nächste Woche. Der Vorstand wird sich mit dem Fall Diel beschäftigen. (*Wuermeling:* Wir sind alle dafür, möglichst kräftig zu schießen! – *Wehking:* Der Graf von Westphalen[68] verbreitet seine Sachen!) Ich habe nichts dagegen, wenn der Bundesvorstand den Fall aufgreift und an den Landesvorstand von sich aus schreibt. Das würde unserer Aktion einen entsprechenden Nachdruck geben.

Tillmanns: Es würde genügen, wenn der Bundesvorstand zu Ihren Händen den dringenden Wunsch mitgibt, daß eine solche Erklärung sehr entschiedener Art notwendig ist.

Zimmer: Ich darf noch darum bitten, dem Herrn Bundeskanzler, wenn Sie ihn das nächste Mal treffen, zu sagen, er möchte dem Herrn Diel auf seine Schreiben keine

67 Diel hatte dem „Deutschlandsender" der DDR in der Sendung „Aktuelles vom Tage" am 14. Oktober 1955 ein Interview zur Wiedervereinigung gegeben, in dem er sich für Gespräche zwischen Bonn und Pankow und für die Einberufung einer Nationalversammlung aussprach (Text BPA Nachrichtenabteilung Sowjetzonengruppe). Am 31. Oktober erklärte er, er habe nur seine persönliche Meinung, nicht die der CDU abgegeben; zusätzlich distanzierte sich die CDU von Rheinland-Pfalz am 9. November (UiD vom 9. November 1955).

68 Dr. Friedrich Carl Reichsgraf Westphalen zu Fürstenberg (geb. 1898).

Antwort mehr geben. Wenn der Herr Bundeskanzler als höflicher Mann ihm schreibt: Sehr geehrter Herr Diel! Ich habe Ihr Schreiben erhalten und Ihre wertvollen Gedanken mit Interesse gelesen ... *(Heiterkeit.)* Dann geht Herr Diel mit diesem Schreiben hausieren und sagt, bitte, der Herr Bundeskanzler schreibt mir: Ihre wertvollen Gedanken ... *(Erneute Heiterkeit.)* Der Bundeskanzler darf ihm nicht mehr antworten.

Wackerzapp: Wir haben im Juni von Herrn Heck ein Referat über verschiedene Gesichtspunkte zur weiteren Entwicklung der Partei gehört. Darf ich fragen, wieweit diese Anregungen in der Praxis durchgeführt worden sind? Er ging aus von der Finanzierung. Es war an den „Union-Dienst" und an das „Monatsblatt" gedacht. Ist das gemacht worden? Außerdem sollte eine Schulungseinrichtung geschaffen werden, um die jungen Leute auszubilden.[69]

Tillmanns: Ich wäre dankbar, wenn wir das bei der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes erörtern könnten. (*Wackerzapp:* In der Frage der Finanzierung drehen wir uns im Kreise!) Ich glaube, in der nächsten Sitzung ist der geschäftsführende Vorstand in der Lage, etwas dazu zu sagen. (*Wackerzapp:* Man hört überall, daß unsere Leute den dialektischen Rednern der Ostzone nicht gewachsen sind. Unsere Parteifunktionäre müßten entsprechend geschult werden.) Wir wollen es in der nächsten Sitzung besprechen.

Weber: Wir bekommen von einer christlich-demokratischen Zentrale irgendwelche Reden und Texte zugeschickt. Was ist das eigentlich für eine Zentrale?

Heck: Ich nehme an, es handelt sich um die „Christlich-Soziale Korrespondenz".[70]

Tillmanns: Darüber können wir noch sprechen. Halten Sie es für möglich, daß es einer von uns ist?

Heck: Herr Dr. Krone. Herr Dr. Wuermeling ist auch beteiligt.

Wuermeling: Ich bin auch beteiligt. Steht etwas Böses drin? Es ist der Arbeitskreis, von dem Herr Krone Vorsitzender ist.

Tillmanns: Die Frage ist, ob nicht die Christlich-Demokratische Union als solche diese Aufgabe hätte. (*Weber:* Das Nebeneinander ist falsch!)

Wuermeling: Das ist aber ein ganz anderer Empfängerkreis. Darüber müssen wir noch reden. (*Weber:* Wir machen uns gegenseitig Konkurrenz!)

Tillmanns: Ich wäre dankbar, wenn wir auch hierüber in der nächsten Sitzung etwas Näheres hören könnten.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Schluß. Wir haben eine Arbeitssitzung gehabt ohne große politische Referate. Ich glaube aber, daß diese Sitzung sehr fruchtbar gewesen ist. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und schließe die Sitzung.

---

69 Entwurf der Satzung vom 21. November 1955 in ACDP VII-002-279.

70 Vermutlich die „Politisch-soziale Korrespondenz", Organ der „Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung e.V."

11

Bonn, 13. Januar 1956

Sprecher: Adenauer, Albers, Bitter, von Brentano, Cillien, Dichtel, Gerstenmaier, Globke, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Kaiser, Kilb, Krone, Pferdmenges, Scharnberg, Schröder, Sieveking, Storch, [Stücklen], Wackerzapp, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die politische Lage. Bericht über den Stand der Vorarbeiten zur Sozialreform. Bundestagswahlgesetz. Bundesparteitag 1956 und Wahlen in Baden-Württemberg. Vorbereitung der Bundestagswahl 1957. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 17.00 Uhr*

Adenauer: Meine lieben Parteifreunde! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, lassen Sie mich einige Worte sprechen zum Hinscheiden unseres Freundes Robert Tillmanns.[1] *(Die Anwesenden erheben sich.)* Wir alle waren damals, als so plötzlich die Nachricht von seiner Erkrankung kam, erschüttert; wir waren aber erfreut, als dann gleich hinterher die Nachricht eintraf, daß Lebensgefahr nicht vorliege. Um so tiefer waren wir getroffen, als er dann plötzlich schmerzlos aus diesem Leben abgeschieden ist. Wir haben in ihm verloren einen treuen, lauteren Freund und einen guten Kameraden in dem Kampf, den wir hier zu führen haben. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß er sich mit ganzer Kraft zwei Aufgaben gewidmet hat: einmal der Verbindung mit Berlin und zweitens der großen Aufgabe der Verbindung mit unseren evangelischen Mitstreitern.

Die Lücke, die sein Tod gerissen hat, ist sehr schmerzlich. Sie muß ausgefüllt werden; aber wie wir sie ausfüllen werden, das wissen wir noch nicht. Und die Lücke bleibt zunächst Lücke, so daß der Nachfolger von Robert Tillmanns gerade auf dem entscheidenden Gebiet der Verbindung der beiden christlichen Konfessionen miteinander ein großes Vorbild und damit auch eine große Aufgabe hat.

Wir alle – ich glaube das sagen zu dürfen – haben in Robert Tillmanns einen guten Freund verloren. Und da man im heutigen Leben so wenig Freunde hat, ist der Verlust eines solchen Freundes für uns alle besonders schmerzlich. Er wird in der Geschichte unserer Partei seinen Ehrenplatz haben, und wir werden ihm ein treues Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

1 Tillmanns war am 12. November 1955 verstorben.

Kaiser: Vielleicht, meine Freunde, ist es gut, noch einmal des 80. Geburtstages des Ersten Vorsitzenden unserer politischen Gemeinschaft, Konrad Adenauers, zu gedenken. Ich durfte dies schon am Geburtstage selbst, am 5. Januar, hier im Beisein unserer Freunde, der Vorsitzenden unserer Landesverbände, tun. Ich habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß wir, die Repräsentanten, die Vorsitzenden der Landesverbände unserer Christlich-Demokratischen Union, unter allen Gratulanten, die an jenem Tag vor Konrad Adenauer erschienen waren, ihm mit am nächsten stehen. Er ist seit den Tagen von Goslar der Erste Vorsitzende unserer politischen Gemeinschaft.

Ich persönlich – so habe ich damals zu sagen versucht – war besonders bewegt darüber, daß die christlichen Demokraten von ganz Deutschland vor ihm erschienen waren. Es waren nicht nur die Vorsitzenden der Landesverbände der Bundesrepublik und des Landesverbandes Berlin, sondern auch die Exil-CDU der Sowjetzone und der Landesverband Oder-Neiße vertreten. Zum ersten Mal waren auch die Vertreter der christlichen Demokraten von der Saar unter uns.

Ich habe dann zwei Gedanken zum Ausdruck gebracht: 1. daß wir diesem Mann, Konrad Adenauer, Dank schulden für das Werk, das er nach dem furchtbaren Zusammenbruch, der durch Adolf Hitler über unser Land und Volk gebracht worden war, für Deutschland geschaffen hat. Ich habe weiter gesagt, alles, was in der Bundesrepublik geschieht, geschieht nicht nur für den Bereich der Bundesrepublik, sondern für Gesamtdeutschland. Die Stufen der Politik um Deutschland können nur die sein: zunächst die Sicherung dieses Raumes der Bundesrepublik. Das zweite wird sein die Wiedervereinigung mit dem Bereich der Sowjetzone. Der dritte Akt ist der Versuch, mit den Nachbarvölkern über die Probleme, die das Land östlich der Oder-Neiße für uns einschließt, in Kontakt zu kommen.

Wir sind Gott dankbar dafür, daß wir Konrad Adenauer haben, der trotz seiner jetzt schon 80 Jahre in dieser aufrechten Haltung und Straffheit, um die ihn die ganze Welt beneidet, sein Werk verrichtet und für uns weiterhin ein Beispiel ist. Mehr Worte bedarf es nicht. Unser Freund Gerstenmaier hat gestern vor dem versammelten Bundestag in ergreifender Weise die Gedanken zum Ausdruck gebracht, die unser ganzes Volk gegenüber Konrad Adenauer bewegen.[2]

Wir, Ihre engeren Freunde, Herr Bundeskanzler, versichern Ihnen unsere Verehrung und unsere Treue. Wir wollen mit Ihnen weiter für Deutschland einstehen und Ihnen darauf die Hand reichen. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine lieben Freunde! Jetzt muß ich doch mit einigen Worten auf die Vollendung meines 80. Lebensjahres zurückkommen. Ich danke zunächst Ihnen, Herr Kollege Kaiser. Ich danke Ihnen allen, die Sie mir in diesen Tagen so von Herzen kommende Glückwünsche übersandt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist lebensgefährlich, 80 Jahre alt zu werden, und es ist nicht leicht, diese Lebensgefahr zu überwinden. Ich muß gestehen, dadurch, daß mir das gelungen ist, habe ich doch die Hoffnung geschöpft, noch eine

2 Sten.Ber. Bd.28 2.WP S. 6486–6488.

gewisse Vitalität zu haben. Ich habe Herrn Krone – ich glaubte, dazu gerade auch ihm gegenüber verpflichtet zu sein – gesagt, was mir mein ärztlicher Berater, Professor Martini[3], vorher geschrieben hatte. Er hat mir geschrieben: „Ich sehe zwar Ihrem 80. Geburtstag nicht mit der Sorge entgegen, wie viele Ihrer nichtmedizinischen Freunde, weil ich die Kraftreserven kenne, die Sie haben, aber immerhin, halten Sie Maß!"

Meine Damen und Herren! Das war ein Brief, der mich doch wieder mit innerer Stärke erfüllt hat. Ich darf das hier im Kreise von Freunden sagen; nicht meiner Person wegen, sondern der Sache wegen. An sich – habe ich immer gesagt – soll man Leute, die 80 Jahre alt geworden sind, möglichst bald in eine Ecke stellen oder „totschlagen". *(Heiterkeit.)* Wenn das Leben zu nichts mehr nutze ist, dann trägt man es eben noch, aber viel daran ist nicht mehr.

Gestern hat Herr Kollege Gerstenmaier eine Rede gehalten, die mich mit neuem Lebensmut erfüllt hat. Er hat mir gestern einmal klargemacht – und ich bin seiner Rede sehr aufmerksam gefolgt, es war eine meisterhafte Rede in der ganzen Anlage –, worin die Bedeutung des Alters in der gegenwärtigen Zeit besteht. Mit einem Wort zusammengefaßt: in der Summe der Erfahrungen in einer unendlich wechselvollen Zeit. Er hat damit etwas sehr Richtiges gesagt. Erfahrungen, wenn man einigermaßen offenen Auges durch das Leben geht, sind eigentlich durch nichts zu ersetzen, nicht durch Wissenschaft, nicht durch Lernen, nicht durch angeborene Klugheit. Das ist es alles nicht, sondern wenn man durch eine wechselvolle Zeit hindurchgeschritten ist, bald an höherer, bald an weniger höherer Stelle, und das alles in sich aufgenommen hat, dann bekommt man doch ein Gefühl dafür, was das Echte, das Wahre und das Bleibende ist. Man bekommt ein viel stärkeres Gefühl dafür, als wenn man sich das mit dem Verstand zurechtlegt oder aus irgendeinem anderen Motiv heraus. Man hat es denn selbst erlebt und an sich erfahren. Und das ist ein wertvoller Besitz, den man sich so erworben hat.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich diesen wertvollen Besitz unserer Partei weitervermitteln könnte, weil ich glaube, damit wirklich den Bestrebungen, die uns seinerzeit zusammengeführt haben, etwas zu helfen. Es ist mir viel gedankt worden. Ich habe sehr viel Glückwünsche bekommen in diesen Tagen, sehr viel von Kindern übrigens. Die Summe der Glückwünsche wird jetzt, wie mir gesagt worden ist, zwischen 17.000 und 18.000 betragen. In vielen Fällen merkt man doch aus den Glückwünschen eine innere Anteilnahme an meiner Aufgabe und auch an meiner Person. Ich habe mich besonders darüber gefreut, daß ich in ziemlich umfangreichem Maße Geldmittel zur Verfügung gestellt bekommen habe für soziale und karitative Zwecke. Das war mir eine besonders große Freude. Das ist namentlich geschehen von Berlin, von den großen Wirtschaftsverbänden, aber auch von meiner Heimatgemeinde und von kleinen Kreisen. Merkwürdigerweise wurde dabei, soviel ich bisher von der ganzen Korrespondenz gesehen habe, keine besondere Bitte ausgesprochen. Ich hatte geglaubt, es würde Gott weiß was von mir verlangt werden. Das Schöne daran ist,

3 Dr. Paul Martini (1889–1964), Professor für Innere Medizin, Bonn (ab 1932).

daß mir sehr nette – ich kann Ihnen gar nicht sagen, von wem alles – und herzliche Glückwünsche übermittelt worden sind. Daraus habe ich nun entnehmen können, daß ich doch – und das, was ich jetzt sage, kommt mir aus dem Herzen – völlig unverdienterweise als der Mann eingeschätzt worden bin, auf den man in Deutschland und auch in anderen Ländern achtet.

Ich darf in diesem Kreise vielleicht noch etwas sagen. Mein Leben hat einen merkwürdigen Gang gehabt. Es hat mir so recht gezeigt, daß wir eigentlich selbst über unser Leben nur sehr selten entscheiden können. Ich habe niemals in das öffentliche Leben gehen wollen. Ich wollte – ich darf das hier im Freundeskreis einmal sagen – Notar auf dem Lande werden; in vollem Ernst! Ich wollte Notar auf dem Lande werden, um ohne viel Arbeit ein behagliches und gesichertes Leben zu führen. *(Heiterkeit.)*

Ja, meine Damen und Herren, ich habe das auch noch gewollt, als ich schon Beigeordneter von Köln geworden war.[4] *(Weber:* Davon haben wir aber nichts gemerkt!) Bitte, ich habe eine Reihe von Gesuchen um Ernennung zum Notar an den damaligen Oberlandesgerichtspräsidenten gerichtet. Das war meine feste Absicht. Und als ich Beigeordneter von Köln wurde, habe ich von vornherein gesagt, hier will ich nicht bleiben. Ich habe mich abonniert – ich kann das alles belegen – auf die Zeitschrift für die freiwillige Gerichtsbarkeit, weil ich das Notariat weiter im Auge behielt. Aber, meine Damen und Herren, man denkt, man überlegt sich, und eine andere Kraft greift einen dann und führt einen. Ich glaube, der Mensch kann da nichts Besseres tun, als sich dieser Führung zu überlassen, um auf alle Fälle die Aufgaben, mögen sie groß oder klein sein, zu erfüllen, die ihm nun aufgetragen sind.

Das ist das Wesentliche für den Menschen, und das ist auch das Wesentliche für den Christen. Es ist aber auch das Wesentliche für die Politiker, obgleich die Politiker nach meinen Erfahrungen schlechte Christen sind. Ich schließe mich ein und schließe keinen von uns aus! Aber nun darf ich Ihnen recht von Herzen danken für die Wünsche, die Sie mir eben ausgesprochen haben.

Nun dürfen wir wohl in die Tagesordnung eintreten. Ich möchte Ihnen zunächst bekanntgeben, wer sich entschuldigt hat: Entschuldigt haben sich Herr Matthes, Mainz; Herr Lensing, dessen Frau gestorben ist und der selbst schwer krank ist; Herr Bach, Herr Arnold, Herr Dr. Müller, Herr Altmeier und Herr Kiesinger, der auch noch erkrankt ist. Sie werden damit einverstanden sein, daß ich Herrn Lensing in Ihrem Auftrag das Beileid des Parteivorstandes zum Heimgang seiner Frau ausspreche. *(Zuruf:* Wollen Sie sich nicht setzen, Herr Bundeskanzler?) Ich stehe lieber. Ich finde, daß man im Stehen besser spricht als im Sitzen, und zwar habe ich die merkwürdige Eigenschaft, mit den Füßen zu agieren, nicht mit den Händen. *(Kaiser:* Wie die Soldaten!) Das kann man auch tun, wenn man nicht Soldat ist. *(Heiterkeit.)*

4 Im Jahr 1906 (vgl. dazu SCHWARZ: Adenauer S. 133f.).

BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß jetzt Ihre Aufmerksamkeit für einige Zeit in Anspruch nehmen, weil das Jahr 1956 ein sehr schweres Jahr sein wird mit großen Aufgaben und weil im Grunde genommen der Ausgang der Bundestagswahl des Jahres 1957 im wesentlichen entschieden wird durch die Arbeit, die wir im Jahre 1956 leisten oder die wir nicht leisten. Ich möchte zunächst sprechen über die innere Lage bei uns, die mir Sorgen macht. Ich darf hier folgendes einfließen lassen: Ich bitte Sie, mit Takt der Öffentlichkeit von dem Kenntnis zu geben, was heute hier besprochen wird, damit nicht unnötige Mitteilungen an die Presse gelangen. Wir müssen uns hier einmal offen aussprechen, weil nach meinem Empfinden die Situation, ich sage nicht gefährlich, aber doch so geworden ist, daß wir sehr achtsam sein müssen.

Ehe ich weiter darauf eingehe, will ich Ihnen sagen, warum die Situation so geworden ist: einmal, weil wir die Souveränität wiedererlangt haben. Die Wiedererlangung der Souveränität war ein großes Geschenk – vom deutschen Volk nicht gewürdigt; aber sie brachte uns und bringt uns auch große Verantwortung, die wir vorher nicht hatten, solange wir durch eine Hohe Kommission geleitet oder kommandiert wurden. Der zweite Grund, warum unsere gesamte Lage von mir so beurteilt wird, ist der, daß wir einen gewissen Wohlstand erreicht haben, und der Mensch – wir sehen es wieder – verträgt Wohlstand am allerschlechtesten. Das sind die beiden Wurzeln der Schwierigkeiten, denen wir entgegensehen.

Lassen Sie mich nun ein Wort sagen zur gewerblichen Wirtschaft. Der gewerblichen Wirtschaft in der Bundesrepublik geht es zum größten Teil gut, wenn nicht sehr gut. Allerdings wird immer wieder vergessen, daß sehr große Teile der gewerblichen Wirtschaft eine nicht ausreichende Kapitalunterlage haben und daß vieles von dem, was wir sehen, Fassade ist – Fassade ist vielleicht etwas zu hart ausgedrückt –, aber nicht gut fundiert ist, so daß wir, wenn eine wirtschaftliche Baisse käme – durch irgendein politisches Ereignis ausgelöst –, zu befürchten hätten, daß wir in Deutschland sehr böse Dinge bekommen würden. So sehr wir auch Anlaß haben, uns darüber zu freuen, daß es der gewerblichen Wirtschaft im großen und ganzen gutgeht, so dürfen wir die Augen nicht davor schließen, daß die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu der Wirtschaft anderer Länder nicht genügend fundiert ist, um Stürme überstehen zu können.

Noch etwas anderes macht mir in den letzten Tagen große Sorge, nämlich die Frage, über die wir noch zu Rate sitzen müssen mit einigen Herren von der Bundestagsfraktion, weil dort große Gefahren drohen, der Loslösung der gewerblichen Wirtschaft vom Wirtschaftsministerium und damit von der Bundesrepublik.[5] Meine

5 Zu den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in dieser Zeit mit Erhard vgl. KOERFER S. 84–127. – In einem sechsseitigen Schreiben an Adenauer vom 9. Dezember 1955 hatte Erhard auf die wirtschaftspolitischen Erfolge hingewiesen, die gegen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzt worden seien, und die mangelhafte Unterstützung seiner Vorstellungen beklagt. Adenauer zeigte sich offenbar wenig überzeugt, wie seine Frage-

Damen und Herren! Die Lohnerhöhung im Bergbau um durchschnittlich 9 % ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart worden[6], ohne daß das Wirtschaftsministerium daran beteiligt worden ist. Was eine solche Lohnerhöhung für Folgen haben wird, gerade im Bergbau, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Ich brauche nur das eine Wort zu sagen: Lohnpreisspirale.

Ein zweites Zeichen dafür, daß die gewerbliche Wirtschaft sich vom Wirtschaftsministerim löst, ist der Beschluß, den ich heute morgen in der „Kölnischen Rundschau" lese. Diese Nachricht ist fett überschrieben: „Arbeitszeitfrage wird ohne den Staat gelöst. Köln, 12. Januar 1956. Führende Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des DGB sind am Donnerstag in ihrer dritten Arbeitszeit-Konferenz in Köln übereingekommen, die Frage der Arbeitszeitverkürzung und das Problem der Lohngestaltung in der westdeutschen Wirtschaft künftig als gemeinsame Aufgabe beider Sozialpartner in eigenverantwortlicher Selbstverwaltung ohne Hinzuziehung staatlicher Instanzen zu regeln."

Das, meine Damen und Herren, halte ich für eine völlige Unmöglichkeit. Schließlich hat der Staat, also hier das Wirtschaftsministerium und die Bundesregierung, doch die oberste Verantwortung dafür, was auch auf dem Gebiete der Wirtschaft in der Bundesrepublik vor sich geht. Wenn es ihr schlechtgehen wird eines Tages, dann kommen die Herrschaften gelaufen, sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer, und dann soll der Staat die Sache ausbügeln. Ich muß das einmal sehr deutlich aussprechen, um auch Ihnen verständlich zu machen, mit welch großer Sorge ich diese Entwicklung betrachte. Wenn infolge der Eigenverantwortlichkeit ohne Hinzuziehung staatlicher Instanzen diese Dinge geregelt werden, dann kann es sehr leicht passieren, daß diese Lohnpreisspirale von Leuten, die nicht die Verantwortung für die Währung haben, in Gang gesetzt wird.

Das ist eine Entwicklung, die anfing mit der Lohnfestsetzung im Bergbau. Die politischen Dinge bewegen mich im allgemeinen nur im Kopf, nicht im Herzen, aber das hat mich im Innersten gepackt, weil ich da den Anfang sehe und hier zu meinem großen Bedauern sehen muß, daß diese wirtschaftlichen Faktoren gar keine Einsicht darin haben, welche Bedeutung der Staat für die Allgemeinheit hat, und daß es sich nicht nur darum handelt in unserem Leben, daß der eine und der andere Verband darüber miteinander verhandeln, gleichgültig, was die staatlichen Instanzen dazu sagen.

Wir haben die Soziale Marktwirtschaft, d.h., wir haben das Recht und die Pflicht als Regierung, auch als politische Parteien – denn nach dem Grundgesetz wird der Staat getragen von den politischen Parteien[7] –, das Wohl der Societas, d.h. der

---

zeichen und Marginalien („Landwirte, Mittelstand, Sozial-Schwache") andeuten (ACDP VII-002-279).

6 Die IG-Bergbau hatte sogar eine Erhöhung um 12 % gefordert (FAZ vom 26. Januar 1955).

7 Art. 21 GG besagt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit."

Allgemeinheit, zu wahren bei der Marktwirtschaft. Wie wir die Dinge anfassen, das weiß ich noch nicht. Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Ich glaube, es ist müßig, jetzt hier eine lange Diskussion darüber zu entfesseln. Aber ich hoffe, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, daß auf diese Weise die Sache nicht geht; denn das würde schließlich das Ende unserer ganzen Wirtschaft – lassen wir uns doch darüber klar sein – bedeuten.

Nicht nur der gewerbliche Mittelstand, sondern der gesamte Mittelstand ist eine der tragenden Schichten unseres Volkes und daher soziologisch von der denkbar größten Bedeutung. Weder der unterste Stand noch der oberste Stand hat die soziologische Bedeutung wie der Mittelstand. Daher werden wir – es ist ja ein sehr guter Anfang im Bundestag gemacht worden – gerade dem gewerblichen Mittelstand und dem freien Mittelstand unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Meine Damen und Herren! Neuerdings macht sich die Landwirtschaft sehr bemerkbar. Ich bin auch davon überzeugt, daß hier von Agitatoren, namentlich von Leuten aus der vergangenen Zeit, ins Feuer geblasen wird, und daß auch radikale Erwägungen dahinterstecken. Aus den Unterredungen, die ich mit dem Präsidenten der Bauernvereinigungen – ich hatte gestern abend die letzte[8] – in den letzten Wochen gehabt habe, und aus dem, was mir Herr Lübke vorgetragen hat, habe ich doch die Überzeugung gewonnen, daß sich die Landwirtschaft infolge der vollkommenen Umänderung unserer gesamten Volkswirtschaft und unserer Technik und der Vollbeschäftigung in der Industrie in einer außerordentlich schwierigen Lage befindet und daß wir da unbedingt helfen müssen. Weil ich weiß, daß gegen die Landwirte – ich habe das gestern auch Herrn Rehwinkel und Herrn Bauknecht gesagt – aus den Notjahren vielfach ein gewisses Ressentiment besteht und der Eindruck von damals, daß es der Landwirtschaft im allgemeinen gutgehe, während es allen anderen Leuten schlechtging, noch in die jetzige Zeit hinüberwirkt, möchte ich dazu einige Worte sagen: Die Leute-Not auf dem Lande ist erschreckend. Ich weiß von Betrieben hier im Rheinland, die früher ständig 30 bis 35 Leute beschäftigten, die heute froh sind, wenn sie jetzt noch 4 Leute haben.

Das Dorf verstädtert immer mehr. Die Leute gehen zur Industrie arbeiten, weil sie da alle 14 Tage mit einer gefüllten Lohntüte nach Hause kommen, weil sie Bargeld haben und ihre Arbeitszeit begrenzt ist, und nicht, wie beim Landwirt, jahreszeitmäßig unbegrenzt, und weil sie ein freies Leben haben. Das ist auch eine Entwicklung, der wir nur mit größter Besorgnis entgegensehen, einmal wiederum aus soziologischen, dann aber auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Es ist in den vergangenen Jahren wohl von uns allen viel zu sehr übersehen worden, daß die Landwirtschaft ein Teil der gesamten Wirtschaft ist und daß es auch der gewerblichen Wirtschaft und der Großwirtschaft nicht gutgehen kann, wenn die

8 Mit Edmund Rehwinkel, Bernhard Bauknecht, Johannes Hummel sowie Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke und Ministerialdirigent im Kanzleramt Franz Haenlein (TERMINKALENDER; Bericht in UiD vom 18. Januar 1956).

Landwirtschaft absolut krank ist. Wir müssen dafür sorgen, und zwar mehr, als das bisher geschehen ist, daß die gewerbliche Wirtschaft in den Händen des Wirtschaftsministeriums und die Landwirtschaft in den Händen des Landwirtschaftsministeriums bleibt. Ich habe immer wieder in Kabinettssitzungen – ich will gar nicht an die berüchtigte Milchgeschichte, die sich ereignete, als ich krank war, erinnern[9] – zu meinem Bedauern erleben müssen, welche Gegensätze sich da auftun, obgleich sie tatsächlich zueinander gehören und man nur eine gesamte Volkswirtschaft haben kann und nicht eine gewerbliche Wirtschaft für sich und eine Landwirtschaft für sich. Ich habe eben von dem Hof gesprochen, der früher 35 Leute hatte, heute aber nur noch vier Leute beschäftigt. Was können die Leute machen? Sie können nur weiterkommen, wenn sie sich Maschinen anschaffen. Aber das kostet Geld. Sie können die Maschinen nicht auf einmal bezahlen. Deshalb sind tatsächlich viele Landwirte durch den Ankauf solcher Maschinen kurzfristig verschuldet. Und sie müssen sehr hohe Steuern bezahlen. Ich habe namentlich von Herrn Struve[10], Herr von Hassel, eine sehr gute Darlegung dieser Tage über die Verhältnisse in Ihrem Lande bekommen, und zwar über die wirklich gut wirtschaftenden und gutwilligen Leute, die nun festsitzen und überhaupt kein bares Geld mehr haben.

Diese ganzen Fragen müssen uns jetzt beschäftigen. Es kommt noch ein parteipolitisches Element hinzu. In der Landwirtschaft sind tätig vier Millionen Wähler, davon gehören drei Millionen Wähler zu den Koalitionsparteien, hauptsächlich aber zu uns. Das ist ein sehr wichtiges Element bei unserer ganzen Betrachtung. Ich werde zum Schluß auf die Bedeutung der nächsten Bundestagswahl zurückkommen. Wir werden die Tatsache, daß diese drei Millionen Wähler in der Landwirtschaft fast restlos zu uns gehören, auch zu berücksichtigen haben.

Damit komme ich zu unserer finanziellen Lage. Ich bitte Sie, doch immer auseinanderzuhalten die Kassenlage und die Haushaltslage. Es sind zwei an sich völlig verschiedene Dinge, wenn auch selbstverständlich gefüllte Kassen nicht entstehen können, wenn nicht eine günstige Haushaltslage vorhanden ist. Herr Schäffer, mit dem ich manche Meinungsverschiedenheit gehabt habe und auch in Zukunft wahrscheinlich noch haben werde – gegen den ich auch im Kabinett habe einige Male entscheiden müssen und auch in Zukunft werde entscheiden müssen –, hat sich, das dürfen wir wirklich nicht vergessen, in den vergangenen Jahren durch seine eiserne, ich will nicht sagen starre Haltung ein großes Verdienst an der heutigen gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lage in Deutschland erworben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Er oder sein Ministerium – man weiß oft nicht, wer es ist – gehen manchmal in ihrer Haltung

9 Das Bundeskabinett hatte am 9. November 1955 beschlossen, die von Minister Heinrich Lübke vorgeschlagene Milchpreiserhöhung für den Verbraucher um zunächst 5 Pfennig, dann 3 Pfennig je Liter nicht vorzunehmen, sondern die Trinkmilch ab 1. Dezember für 4 Monate zu subventionieren (FAZ vom 10. November 1955).

10 Detlef Struve (1903–1987), 1946–1950 Landrat Rendsburg (CDU), 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949–1972 MdB, 1947–1969 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein.

über das Ziel hinaus. Er wird am 31. März in der Kasse etwa sechs Milliarden DM haben. Davon entfallen drei Milliarden auf Forderungen, die unsere Verbündeten an uns haben aufgrund von Verträgen, die sie noch nicht abgerufen haben. Es ist also gewissermaßen fremdes Geld. Es werden im Laufe der nächsten Jahre durch die Aufrüstung außerordentlich große Ansprüche an die Kasse gestellt. Der Fehler scheint mir – ich habe darüber vor einigen Wochen eine Besprechung gehabt, an der auch Kollege Pferdmenges teilgenommen hat – darin zu liegen, daß diese ungeheuer große Geldsumme auf täglichen Abruf bei der Bank Deutscher Länder liegt und infolgedessen dem wirtschaftlichen Kreislauf mehr oder weniger entzogen wird.[11]

Man sollte eigentlich nicht immer so sehr schreien: Er hat die ganze Kasse voll, er muß hergeben, sondern man sollte viel eher sagen, und das scheint mir viel richtiger zu sein: Wir müssen einen Weg finden, diese Summen, die dasein müssen, weil ihnen Forderungen gegenüberstehen, in den wirtschaftlichen Kreislauf einzugliedern, damit das Blut im Wirtschaftskörper leichter und schneller fließt, das jetzt dadurch gehemmt ist, weil man eine solche Menge aufstaut.

Ich bitte auch bei den Ansprüchen, die gestellt werden, nicht immer nur zu sagen, der Mann weiß gar nicht, wo er bleiben soll mit dem Geld. Er bleibt schon mit dem Geld! Er wird es ausgeben müssen. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß man – das ist z.B. eine Bemerkung, die man in einem solchen Kreise machen kann – in einem Wahljahr auch einmal einen Groschen mehr ausgeben kann als in einem Nichtwahljahr. Ich möchte mich deutlicher gar nicht ausdrücken, damit das nicht mißverstanden wird. Aber man soll doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir müssen vor allem auch daran denken, daß, wenn man in einem Wahljahr Steuern senkt und im Jahre darauf wieder Steuern erhöhen muß – wie das in England geschehen ist[12] –, dann die letzten Dinge schlimmer sein werden als die ersten.

Sie ersehen daraus – ich brauche nur noch das Wort „Vollbeschäftigung" hinzuzufügen – einen Tatbestand, der mindestens so gefährlich ist wie die Arbeitslosigkeit, weil er eben, wenn nicht Maß gehalten wird, zu immer größeren Lohnforderungen führt, die vom Unternehmer – der sagt, ich verdiene, warum soll der Arbeitnehmer nicht auch verdienen – ohne weiteres akzeptiert werden, und damit eine Nachfrage nach Gütern geschaffen wird, die nicht befriedigt werden kann, die schließlich zu einer Entwertung des Geldes, auch des Spargeldes, und somit zu einer weiteren Notlage

11 Gemeint ist der sog. Juliusturm von Bundesfinanzminister Schäffer: Der Aufbau deutscher Militärverbände hatte sich aufgrund des Scheiterns der EVG verzögert. Dadurch lag im Verteidigungsetat eine zunehmend höhere Summe still, so daß die Haushaltsreste 1955 im Vergleich zu 1954 um über 4 Milliarden DM anstiegen. Dazu kamen Rückstellungen für zu erwartende Forderungen der Alliierten für Besatzungskosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM.

12 Für das Haushaltsjahr 1955/56 waren im Haushaltsentwurf vom 19. April 1955 Steuerermäßigungen von 133,85 Millionen Pfund vorgesehen (AdG 1955 S. 5130f.); im Nachtragshaushalt vom 26. Oktober wurden z.T. erhebliche Steuererhöhungen nötig (EBD. S. 5428f.).

der Sozialrentner – ich nehme mal dieses Wort, Sie wissen, welchen Kreis ich damit beschreiben will – führt.

Die Aufrüstung wird natürlich große Anforderungen an uns stellen; aber wenn man jemals davon überzeugt sein kann, daß diese Aufrüstung notwendig war und ist, dann jetzt, wo der böse Wille der Russen absolut klar für jeden erkenntlich ist. Dem Russen imponiert nur die Macht und nichts anderes. Es hat mich sehr gefreut, dieser Tage zu hören – was auch meine Meinung war –, daß in Genf in einem engen Kreis sogar von den Franzosen ausgesprochen worden ist: Hätten wir am 30. August des Jahres 1954 nicht die EVG getötet, sondern ihr zugestimmt, dann wäre der Verlauf dieser Konferenz ganz anders gewesen, als er es nun gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Einige von uns haben wohl doch in der Beurteilung der Fehler und Schwächen beim Militär, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, des Guten einiges zuviel getan. Tadelsmöglichkeiten bieten sich bei jeder Wehrmacht, gleichgültig in welchem Lande. Ich habe oft tief bedauert, daß einige von uns geradezu so weit gehen, daß sie in einem General oder Major oder Oberstleutnant einen Kerl zweiter Klasse sehen, den man nur mit äußerster Vorsicht betrachten dürfe und dem man, wenn irgend möglich, Handschellen anlegen müsse. Das ist unwürdig, es ist unrecht und ist auch unchristlich! Sicher hat es beim Militär Leute gegeben, die wir ablehnen, aber ebenso sicher ist es, daß es beim Militär auch viele Leute gegeben hat, vor denen wir Respekt hatten und auch jetzt noch Respekt haben müssen.

Wir sollten nicht den schweren Fehler gerade von unserer Partei aus machen – die Sozialdemokratie ist darin unendlich viel klüger –, daß wir mit einem geradezu angeborenen Mißtrauen jedem Militär entgegensehen. Das ist ganz falsch. Im Gegenteil, wir müssen, wenn wir nicht erreichen wollen, daß das Militär sich zu einem eigenen Körper zusammenschließt und damit zu einer Gefahrenquelle wird, dem Militär so gegenübertreten, daß es sich als ein Teil des ganzen Staatswesens fühlt und aufgeht in diesem Staat. Aber manche treiben genau die entgegengesetzte Politik; sie schweißen geradezu die Leute zu einem eigenen Körper zusammen.

Ich will hier nicht eingehen auf die Schwierigkeiten im Verteidigungsministerium.[13] Das würde zu weit führen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß da manches hätte anders sein können. Ich möchte nur für unseren Kollegen Blank ein Wort hier einlegen. Der Mann ist fast am Ende seiner Kraft. Er hat all die Jahre nun diese Aufgabe gut geführt. Er war bei den Verhandlungen im Ausland ausgezeichnet, aber welchen Angriffen der Mann hier im Innern ausgesetzt ist – auch innerhalb unserer Partei –, das geht über seine Nervenkraft, das hält er einfach nicht aus. Und da sollte man auch eine gewisse Rücksicht nehmen auf den Mann von uns, der dahin gekommen ist, der nicht die sogenannte Beamtenlaufbahn oder Militärlaufbahn zurückgelegt hat, sondern

13 Zu den Aufbauproblemen vgl. SCHWARZ 1 S. 292–302. – Zwei undatierte, die wesentlichen Punkte der „Durchführungsprobleme" zusammenfassende Vermerke in NL Blank ACDP I-098-005. Innerhalb der Koalition kam Kritik vor allem von der CSU.

der als Gewerkschaftler bewußt und gewollt von mir auf diesen Posten gesetzt worden ist.

Ich möchte ein Wort sagen über diesen Personalgutachterausschuß.[14] Ob er noch einmal geschaffen würde, stelle ich dahin. (*Weber:* Hoffentlich nicht!) Ich will darüber nichts sagen. Was geschehen ist, ist geschehen. Aber was ich für so völlig falsch gehalten habe, ist folgendes: Ich habe dem auch sehr oft und laut Ausdruck gegeben, und ich hoffe, daß in einer Unterredung, die in der nächsten Woche sein soll – Herr Globke, stimmt das? –, (*Globke:* Ja!) wir mit den Vertretern dieses Ausschusses doch zu einer Verständigung kommen werden.[15] Was ich jetzt sage, muß ebenfalls vertraulich sein. Sie werden zu Hause aber danach gefragt werden. Ich zweifle nicht, daß der Gutachterausschuß seine Aufgabe sehr ernst nimmt. Nach meiner Meinung geht er sogar etwas zu weit in der Umgrenzung seiner Aufgabe. Aber was mein Gerechtigkeitsgefühl im Innersten empört, das ist, daß er sich für verpflichtet hält, einem Mann, der vom Verteidigungsministerium vorgeschlagen ist, die charakterliche Eignung abzusprechen, ohne dem Mann nun zu sagen, was man ihm denn vorwirft. Dann hat er in seiner Geschäftsordnung – er war völlig frei darin, sich eine Geschäftsordnung zu schaffen – die furchtbare Bestimmung: Wenn ein Abgeordneter neues Material beibringt, kann eventuell eine Nachprüfung stattfinden. Und dieser Unglückliche weiß gar nicht, was ihm vorgehalten wird. Wie soll der nun Material beibringen? Bedenken Sie doch, was es für einen gereiften Mann und seine Familie heißt, daß ihm von einem solchen Gremium die charakterliche Eignung abgesprochen wird. Wenn man ihm die fachliche Eignung abspricht, Gott, das muß man sich gefallen lassen, aber die charakterliche Eignung, also die Bewertung des Menschen und seines Charakters, durch ein solches Verdikt abzusprechen, ohne daß dem Betreffenden gesagt wird, das und das haben wir dir vorzuwerfen, bitte, äußere dich dazu, dafür habe ich absolut kein Verständnis. Ich verstehe nicht, wie man das überhaupt tun kann. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Man hat zwei Gründe angegeben vom Gutachterausschuß. Der eine Grund ist der: Wenn wir sagen, was wir gegen den betreffenden Mann haben, dann werden uns in Zukunft die Leute keine Mitteilungen mehr über andere Bewerber machen. Nun, meine Damen und Herren, da muß ich schon sagen, das ist ja doch ein scheußliches Verhalten! (*Zuruf:* Das ist ein Denunzieren!) Wenn irgend jemand gegen einen Mann, der Oberst oder General werden soll, etwas sagt, aber nur unter der Bedingung, daß der Betreffende das überhaupt nicht hört oder zu hören bekommt, auf einen solchen Denunzianten verzichte ich! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Der zweite Grund ist nach meiner Meinung ebenfalls nicht stichhaltig. Es wird von den Herren gesagt, wenn irgendein

14 Gesetz vom 23. Juli 1955 (BGBl I S. 451); Zusammensetzung des Ausschusses in BT-Drs. 1619 vom 13. Juli 1955.

15 Am 19. Januar 1955 (TERMINKALENDER). – Kritik am Ausschuß wurde v.a. gegen dessen Geschäftsordnung laut, die festlegte, daß Entscheidungsgründe nicht mitgeteilt werden mußten und eine Revision nicht möglich war (vgl. SCHWARZ 1 S. 296).

gewerblicher Unternehmer eine Stelle ausschreibt, dann sucht sich das Unternehmen einen Mann aus, und den anderen werden die Bewerbungen zurückgeschickt, ohne daß ihnen der Grund genannt wird. Nach meinen Erkundigungen ist das übrigens zum Teil falsch. In vielen Fällen wird den Leuten gesagt, aus dem und dem Grunde konnten wir Sie nicht berücksichtigen. Aber davon abgesehen, hier handelt es sich um Leute, die doch im Militärdienst gestanden haben, die von uns Pensionen beziehen und vom Verteidigungsministerium vorgeschlagen werden. Das ist doch etwas völlig anderes. Diese ganze Angelegenheit, meine Damen und Herren, kann nach meiner Auffassung – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – nur ein ernstes Kopfschütteln auslösen; weil man so wenig angeborenen Gerechtigkeitssinn hat – und das hat mich in der ganzen Sache am meisten empört – und nicht den Mut aufbringt, einem Mann zu sagen, das und das werfen wir dir vor.

Ob die Ablehnungen zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sind, darum handelt es sich bei mir nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich gar nicht weiß, warum die Ablehnungen erfolgt sind. Auch ich weiß es nicht. Noch einen Fehler begehen wir damit. Wer will sich schließlich einer solchen Feme stellen? Wer wird sich, wenn er eine einigermaßen ihn befriedigende zivile Stellung hat, der Gefahr aussetzen, daß er zurückgeschickt wird, weil er sich charakterlich nicht eignen soll? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nun höre ich, daß wir in der Sache – es ist jetzt etwas ruhiger darüber geworden – zu einer Verständigung kommen. Aber ich bin der Auffassung – wie auch seinerzeit der Vorstand unserer Fraktion war –, daß, wenn sich der Gutachterausschuß nicht bequemt, seine Geschäftsordnung dementsprechend zu handhaben, man da mit der Gesetzgebung eingreifen muß.

Eine der wesentlichen Aufgaben der Innenpolitik, die vor uns stehen, ist die Sozialreform. Darüber wird Ihnen Herr Heck ausführlich berichten. Ich brauche deshalb jetzt in meiner Übersicht nicht näher darauf einzugehen. Aber die Frage muß in ihren Hauptgrundsätzen im Jahre 1956 gelöst werden. Wir werden gesetzgeberisch nicht alles fertigbekommen bis zur nächsten Wahl; denn es ist ein höchst umfangreiches Aufgabengebiet. Trotzdem müssen die Hauptgrundsätze feststehen, nach denen wir diese Aufgabe lösen wollen. Diese Grundsätze müssen – die Leitung unserer Bundestagsfraktion stimmt mit mir darin überein – vom Plenum des Bundestages gebilligt sein, ehe dieses Jahr zu Ende geht.

Seitdem wir das letzte Mal zusammen waren, haben sich Christliche Gewerkschaften gebildet. Ich möchte ein Wort dazu sagen. Die Herren, die sich aus einem inneren Gewissenszwang heraus gedrungen gefühlt haben, die Christlichen Gewerkschaften ins Leben zu rufen, werden, soviel ich weiß, im Laufe des Monats Februar der Öffentlichkeit einen Bericht darüber geben, ob sie Erfolg gehabt haben oder nicht.

Unsere Fraktion und unsere Partei bewahren strikte Neutralität. Ich glaube, das ist auch richtig. Aber eines möchte ich doch in diesem Kreise hier sagen: Ich glaube, durch die Tatsache der Gründung der Christlichen Gewerkschaften ist doch dem DGB und den Industriegewerkschaften eine sehr heilsame Lektion erteilt worden, und

daß unsere Leute, die im DGB zusammengeschlossen sind, nun nachstoßen sollen, damit nun tatsächlich die Gewerkschaften sich nicht einfach – oder ein Teil der Gewerkschaften, ich darf nicht verallgemeinern – noch fühlen als die Wegbereiter eines sozialistisch-kommunistischen Systems.

Ich komme zu der Frage der Koalition. Auch darüber glaube ich Ihnen Rechenschaft schuldig zu sein. Ich habe Ihnen auf den Tisch legen lassen die Rede, die der Vorsitzende der FDP, Herr Dr. Dehler, auf dem Parteitag in Oldenburg im März des vergangenen Jahres gehalten hat. (*Von Brentano:* Nein, ist nicht dabei! – *Kilb:* Steht auf Seite 2! – *Zurufe:* Die ganze Rede ist nicht dabei!) Haben Sie nicht die ganze Rede dabei, Herr Kilb? (*Kilb:* Nein, nicht die ganze Rede!) Aber ich hatte darum gebeten! Dann müssen wir sie Ihnen noch nachschicken. Ich hatte die ganze Rede gewünscht. Sie umfaßt 33 Schreibmaschinenseiten.[16] Ich habe sie genau gelesen. Sie muß von uns allen gelesen werden, weil sie den eigentlichen Kern der ganzen Auseinandersetzung zeigt. Es ist notwendig, beim Studium dieser Rede auch zu lesen, bei welchen Stellen der Sprecher, der Herr Dehler, den Applaus – und manchmal den sehr starken Applaus – des ganzen Parteitages der FDP bekommen hat.

Ich bitte Sie, Herr Heck, möglichst schnell allen Mitgliedern des Vorstandes die ganze Rede zu schicken. Und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, die ganze Rede auch zu lesen. Diese ganze Rede des Herrn Dr. Dehler ist von Anfang bis zum Ende fast ausschließlich eine Kampfansage gegenüber der CDU und CSU auf allen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiete der Außenpolitik. Wenn Sie die Rede gelesen haben, dann wird Ihnen auch klar das treibende Moment des Herrn Dehler und seiner näheren Freunde in diesen ganzen Dingen. Sie wollen unter allen Umständen verhindern, daß die CDU/CSU noch einmal eine Mehrheit im Bundestag bekommt. Das ist das treibende Moment, nicht etwa, wie gesagt worden ist und wie leider Gottes die Zeitungen, die fast alle mehr oder weniger liberal im schlechten Sinne beeinflußt sind, schreiben, persönliche Gegensätze zwischen Herrn Dehler und mir. Die hat es auch gegeben. Aber, meine Damen und Herren, Sie kennen mich insoweit, daß ich mir aus diesen persönlichen Gegensätzen wirklich nicht sehr viel mache, die sind mir mehr oder weniger gleichgültig, darüber kommt man eben hinweg, nein, ist der Kampf gegen die CDU/CSU an sich, den Herr Dehler und – wie ich wiederhole – seine engeren Freunde führen wollen.

Und nun haben im Laufe des Jahres 1955 – ich habe während meiner Krankheit den ganzen Kram genau gelesen – Herr Dehler und auch Herr Middelhauve sich jeder ihnen bietenden Gelegenheit bemächtigt, um einen Giftpfeil in der Öffentlichkeit gegen die CDU/CSU abzufeuern. Und schließlich haben sie sich auch – das mag vielleicht der Auffassung, daß es so richtig sei, entsprechen, das kann ich nicht beurteilen – der Frage des Verhältnisses zu Sowjetrußland und der Frage der

16 FDP-Bundesparteitag am 25. März 1955 in Oldenburg. Text der Rede (ms.) in ACDP VII-002-258.

Wiedervereinigung Deutschlands bemächtigt. Und ausgerechnet nach dem Scheitern der zweiten Genfer Konferenz – und diese zweite Genfer Konferenz war ja ein hundertprozentiges Scheitern – haben sie in aller Öffentlichkeit verlangt, daß wir unverzüglich in Verhandlungen mit Moskau treten sollten. Ihnen schwebt vor – der Ausdruck ist mir gegenüber von einem führenden Mann der FDP gebraucht worden – eine Art von Titoismus, vorläufig; nicht etwa im Innern des Landes, also keine kommunistische Wirtschaft, aber diese Schaukelpolitik, die Jugoslawien einnimmt, durch die sich auch die Westmächte eine Zeitlang haben täuschen lassen.[17]

Wenn Tito glaubt, durch sein Land damit etwas zu erreichen, so können wir nichts darüber sagen; es mag sein, aber das eine ist totensicher: Deutschland erreicht auf diesem Wege niemals das, was wir wollen, nämlich eine Einheit in Frieden und Freiheit, niemals! Dafür ist Deutschland ein viel zu starkes Land, ein Land mit einer zu starken Industrie, mit viel zu starken Bodenschätzen, als daß man es – solange dieser große Gegensatz in der Welt zwischen Ost und West besteht – wie Jugoslawien bestehen läßt, so daß es nicht in der Lage ist, seine Neutralität zu schützen. Ein solcher Zustand würde geradezu die Gefahr eines heißen Krieges dadurch heraufbeschwören, daß eine der beiden Mächtegruppen zugreift auf Deutschland.

Es besteht auch die andere Gefahr, meine Damen und Herren, daß man uns schließlich in einem solchen Falle den Russen überläßt, um selbst aus der ganzen Sache herauszukommen. Ich bin totensicher davon überzeugt, daß die Amerikaner, wenn es zu einer solchen Politik Deutschlands käme, ihre Europapolitik radikal ändern würden. Und was das für uns bedeuten würde, wenn Amerika seine Europapolitik ändern und mit den Russen Kippe machen und ihnen sagen würde, dann nehmt sie euch, wir wollen uns von diesen Gebieten zurückziehen, das brauche ich Ihnen nicht weiter auszuführen.

Darum halte ich diese Politik der FDP für so dumm. Ich habe das auch wörtlich dem Herrn Dehler in den Koalitionsverhandlungen gesagt, wie dumm so etwas ist; es ist so dumm wie nur irgend denkbar. Ich habe nur folgende Erklärung dafür; das ist aber meine subjektive Meinung: Das Ganze soll eine Vorbereitung sein für die Wahl 1957. Dann will man sagen: Die CDU hat nicht diese Möglichkeit ergriffen, um zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen. Wenn dann die Russen durch irgendeine Andeutung erklären sollten, auf dem Wege ließe sich vielleicht zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kommen, dann bekämen damit – man muß diesen Dingen ins Auge sehen – die FDP und die SPD eine Wahlparole, die gefährlich wäre. Hierauf müssen wir uns also rechtzeitig vorbereiten und wappnen.

Ich möchte nun ein Wort sagen über den jetzigen Stand der Dinge mit der FDP. Es war ein unglücklicher Zufall, der besser vermieden worden wäre, daß man während der Koalitionsverhandlungen im Wahlrechtsausschuß des Bundestages angefangen hat, nun weiter über das Wahlrecht zu verhandeln, und daß es zu Beschlüssen gekommen

17 Vgl. zu Dehlers Haltung KLINGL S. 227–235; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 64–88.

ist mit dem bekannten Grabensystem.[18] (*Krone:* Nein, keine Beschlüsse! – *Cillien:* Es war nur ein Antrag!) Aber doch mit unserer Meinung als einer Mehrheit! Wir waren in der Leitung der Fraktion der Auffassung, daß man jetzt nicht diese Wahlrechtsfrage behandeln soll. Es ist aber geschehen. Natürlich haben sich die FDP-Leute dieser Sache bemächtigt. Auch die Öffentlichkeit hat sich der Sache bemächtigt. Und daraus ist dann das Märchen entstanden, daß der eigentliche Kern des Gegensatzes die Wahlrechtsfrage sei. Das ist sie bisher nicht. Ich möchte das sehr nachdrücklich betonen!

Der Kern der ganzen Sache ist, daß sich die FDP in ihren leitenden Persönlichkeiten fortgesetzt in einer Weise gegen die CDU/CSU gewendet hat, wie es mit den Pflichten einer Koalitionspartei nicht vereinbar ist. Die Sache ist noch nicht ausgestanden. Sie schwebt noch. Herr Dehler hat eine recht knappe Mehrheit bekommen, trotz des Lärms, der vorher in den Landesparteien der FDP und in den Zeitungen gemacht worden ist. Es haben sich vier oder fünf Leute von der FDP (*Zuruf:* Vier!) nicht an der Abstimmung beteiligt. Von diesen hätten drei für Wellhausen und einer für Dehler gestimmt. Sie sehen also daraus, daß die Mehrheit für Dehler so knapp wie nur denkbar ist.[19] Wir müssen jetzt die weitere Entwicklung in der FDP abwarten. Wohin sie führen wird, weiß ich nicht. Selbst wenn man glaubt, etwas zu sehen, sollte man nicht darüber sprechen, weil man damit nur schaden würde.

In dem Teil um Dehler ist in der FDP noch etwas maßgebend, das ist die nationalistische Herrschaft innerhalb der FDP in Nordrhein-Westfalen. Die Partei in Nordrhein-Westfalen wird, soviel ich weiß, im großen und ganzen gelenkt von Herrn Achenbach[20]. Da zeigt sich auch eine sehr gefährliche Linie ab; denn dieser Geist des Nationalismus ist jetzt, wo es den Leuten wieder bessergeht, plötzlich wieder lebendig geworden. Auch dieser Gefahr müssen wir ins Auge sehen. Wenn z.B. in Bauernversammlungen im Kreis Ahrweiler die Bauern sagen: Unter den Nazis ist es uns bessergegangen, dann muß ich doch sagen, das ist entsetzlich, wenn derartige Aussprüche laut werden. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß auch von Leuten innerhalb der FDP ganz planmäßig darauf hingearbeitet wird, der FDP einen nationalistischen Anstrich zu geben, um ihr dadurch bei der Wahl eine größere Attraktion zu verleihen.

---

18 Koalitionsgespräche hatten am 6., 7. und 13. Dezember 1955 stattgefunden. Zusammensetzung sowie Stellungnahme zu der von der FDP geforderten Tonbandmitschrift dieser Gespräche in ACDP VII-002-258; Entwurf einer Koalitionsvereinbarung in Informationsrundbrief der FDP-Bundestagsfraktion Nr. 58 vom 19. Dezember 1955 (vgl. auch „Frankfurter Rundschau" vom 20. Dezember 1955). Am 14. Dezember 1955 hatten die Fraktionen von CDU/CSU und DP im neu gebildeten Sonderausschuß für Wahlrechtsfragen den Antrag auf Einführung des Grabenwahlsystems eingebracht (vgl. KLINGL S. 235–238; LANGE S. 634ff.; SCHWARZ 1 S. 308; MENDE: Freiheit S. 360–365).

19 Am 10. Januar 1956 hatten Neuwahlen des FDP-Vorstands stattgefunden; Dehler war mit 27 gegen 22 Stimmen in seinem Amt bestätigt worden (KLINGL S. 237).

20 Dr. Ernst Achenbach (geb. 1909), 1950–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP). – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 529 Anm. 29.

Wie es mit dem nationalistischen Geist in Deutschland ist, das können Sie an der Saar erkennen, wobei ich ohne weiteres konzediere, daß an der Saar durch die Unterdrückung, die durch Grandval und Hoffmann während all dieser Jahre ausgeübt worden ist, der nationale Gedanke überhitzt werden konnte. Aber davon abgesehen, den meisten ist es nicht bekannt, wie sich der Kampf um das Statut an der Saar abgespielt hat. Den meisten ist nicht bekannt, daß der Herr Schneider, der Führer der FDP dort, der von einem Teil der hiesigen Partei schon als der kommende Vorsitzende der FDP für Deutschland angesprochen wird, sich in seiner Zeitung an der Saar[21] hat abbilden lassen in voller SA-Uniform, Hand in Hand mit dem Herrn von Papen, und zwar mit irgendeinem nationalsozialistischen Ausspruch darunter; eine Darstellung, die – wie der Herr Dulles dem Herrn von Brentano gesagt hat – in Amerika geradezu erschütternd gewirkt hat.

Und den meisten ist es auch nicht bekannt, daß der Herr Ney, den wir schon einmal auf dem Parteitag in Berlin erlebt haben, in die Wahlversammlungen – wie sehr gemäßigte Leute sich ausgedrückt haben – mit wilhelminischem Pathos hineingegangen ist; also, ganz alter Stil! Und den meisten ist auch nicht bekannt, daß die Störungen der Versammlungen, die dort stattgefunden haben, zum Teil künstlich von hier aus durchgeführt worden sind. Ausländische Berichterstatter haben die Autos gezählt, die aus der Bundesrepublik gekommen sind und vor den Türen der Säle gewartet haben, wo die Störungen vorgekommen sind.[22]

Und was dem Ganzen wirklich die Krone aufsetzt und ein Zeichen ist für ein solch mangelndes politisches Verständnis, das ist folgendes: Ich meine, wir alle, auch die CDU des Saarlandes, hätten ein Interesse daran, einen möglichst großen Teil der CVP wieder in ein vernünftiges christliches Lager zu führen; nicht den Herrn Hoffmann! Nun hat die CVP dem Herrn Ney folgendes Angebot vor der Wahl[23] gemacht: Setze fünf Angehörige der CVP, die du, Ney, auswählen kannst, auf die Liste der CDU, dann wollen wir unsere gesamten Anhänger veranlassen, ebenfalls CDU zu wählen. Und das hat der Herr Ney abgelehnt und gesagt, die CVP wird dahinschmelzen wie der Schnee vor der Sonne. Eine größere politische Dummheit, als sie da gemacht worden ist, kann ich mir nicht vorstellen. Deshalb möchte ich folgendes sagen – es ist schade, daß Herr Altmeier nicht hier ist, (*Zuruf:* Herr Zimmer ist aber da!) Herr Zimmer ist in der Beziehung sehr viel gezimmerter als Herr Altmeier –: Große Vorsicht gegenüber Herrn Ney und der Saar-CDU, solange Herr Ney sie kommandiert. Eine solche politische Unfähigkeit, wie wir sie da erlebt haben, ist geradezu unerhört.

Ich bin der Auffassung, die Saar wird durch alles das, was da vor sich gegangen ist, wenn sie jetzt nicht sehr klug ist, viel größere Schwierigkeiten von Frankreich

21 Die 1951 gegründete „Deutsche Saar-Zeitung" (vgl. SCHNEIDER S. 348f.).

22 Schilderung des Abstimmungskampfes bei SCHMIDT 3 S. 159–364.

23 Am 18. Dezember 1955. – Ergebnis: CDU 25,4 %, DPS 24,2 %, CVP 21,8 %, SPD 14,3 %, KP 6,6 %, SPS 5,8 %. Zum Wahlkampf vgl. SCHMIDT 3 S. 387–420.

bekommen, als sie sich träumen läßt. Man soll sich darüber klar sein, daß die Zustimmung Frankreichs zu der Saarregelung nötig ist und daß man an einer Abstimmung gar nicht vorbeikommt. Man soll sich auch darüber klar sein, daß, je schwächer eine französische Regierung ist – und die kommenden französischen Regierungen werden, wenn nicht ein Wunder passiert, sehr schwach sein –, um so sorgfältiger wird sie sich hüten, ihren Gegnern das Argument zu geben: Ihr gebt an der Saar zu viel nach. Deswegen halte ich die Saarfrage für eine Frage, die noch außerordentlich viel Kopfzerbrechen und Kopfschmerzen machen wird und die mit größter Delikatesse behandelt werden muß.

Nun möchte ich Ihnen etwas sagen, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist: Am 6. Oktober hatte ich eine Zusammenkunft mit Pinay und Faure[24] in Luxemburg über die Saarfrage und über andere Fragen.[25] Ich habe den Herren gesagt: Nach dem Verlauf der Genfer Konferenz können Sie nicht erwarten, daß die endgültige Regelung der Saarfrage nunmehr aufgeschoben wird bis zu einem Friedensvertrag, von dem wir nicht wissen, wann er kommen wird. Wir müssen jetzt zu bestimmten Abmachungen und bestimmten Terminen kommen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir sagen, nach drei, höchstens vier Jahren, gleichgültig, ob ein Friedensvertrag geschlossen ist oder nicht, soll die endgültige Regelung durch eine Volksabstimmung kommen.

Ich habe den Herren weiter gesagt: Sie können natürlich, ohne Ihr Kabinett zu fragen, jetzt nicht sagen, wir sind damit einverstanden. Aber ich muß diese Forderung erheben, und ich hoffe, daß Sie einsehen, daß das notwendig ist. Und keiner der beiden Herren hat mir widersprochen. Und ich kann mir nicht helfen, ich glaube, daß auf diesem Wege vielleicht die Lösung der ganzen Saarfrage viel schneller und schmerzloser gekommen wäre, als sie jetzt wahrscheinlich folgen wird.

Tief empört bin ich – ich muß das aussprechen – über das Verhalten der Familie Röchling. Hier in diesem Raum, in dem wir jetzt sitzen, hat, während ich oben mit Pinay gesessen habe, eine Verhandlung stattgefunden zwischen Herrn Abs und Herrn Kranzbühler, dem Vertreter der Familie Röchling. Herr Kranzbühler hat gesagt: Wenn jetzt der Bund uns nicht für dieses Werk 200 Millionen DM bezahlt, dann wird die Familie Röchling morgen abschließen mit der französischen Schwerindustrie, die uns durch ein Schweizer Bankenkonsortium eine Offerte für 270 Millionen Schweizer Franken gemacht hat. Und unter dem Druck, daß die Familie Röchling nach der Erklärung des Herrn Kranzbühler bereit war, dieses Werk an die französische Schwerindustrie zu einem schamlosen Preis zu verkaufen, haben wir uns gezwungen gesehen, zu sagen, gut, 200 Millionen DM. Und was ist aus dieser Sache geworden?[26] Welche Hetze ist daraus entstanden? Ich kann nur sehr wünschen, daß diese ganze Frage mit

24 Edgar Faure (1908–1988), französischer Politiker; 1946–1958 Abgeordneter der Assemblée Nationale (bis 1955 radikalsozialistische Partei), 1952 und 1955/56 Ministerpräsident, 1953–1955 Finanz-, später Außenminister, 1958 Finanzminister.

25 SCHMIDT 3 S. 292–297.

26 Vgl. Nr. 7 Anm. 35; zum „Fall Röchling" SCHMIDT 3 S. 73–110.

großer Behutsamkeit und großer Klugheit geregelt wird. Pinay, der vielleicht nicht mehr Außenminister wird, hat mich während meiner Krankheit in Rhöndorf besucht und ausdrücklich gesagt: Die Abstimmung über das Statut ist eine Abstimmung, die wir respektieren. Wir sind Demokraten, und wir respektieren den darin zum Ausdruck gekommenen Willen der Saarbevölkerung.[27] Das ist sehr korrekt und sehr anständig.

Nun, meine Freunde, ich bin zur Saar gekommen auf dem Weg über die FDP. Bei der nächsten Wahl wird möglicherweise auch von seiten der FDP die Saarfrage nach vorn geschoben und gesagt werden, daß sie, insbesondere aber der Herr Dehler, es gewesen seien, die das Deutschtum verteidigt hätten.[28] Aber wir müssen jetzt die Entwicklung der FDP sich selbst überlassen. Die 22 Stimmen für Wellhausen zeigen doch, daß ein Riß durch die gesamte Partei geht, und es wäre falsch von uns, wenn wir uns irgendwie da hineinmischten. Wir müssen das den Anhängern der FDP überlassen, ob sich der vernünftige Teil, der auch bereit ist, mit uns als anständigen Koalitionsfreunden zusammenzuhalten, behauptet oder nicht. Wir werden zunächst – ich glaube, Herr Krone, das entspricht auch Ihrer Ansicht und auch der Ansicht der DP – keine Koalitionsbesprechungen abhalten. (*Krone:* Heute noch einmal über Wahlrecht!) Aber nicht über die eigentlichen Dinge, die uns voneinander trennen! Wir wollen abwarten, bis sich Herr Dehler uns nähert. Also, über die Wahlrechtsfrage werden heute Besprechungen mit der FDP stattfinden mit dem Ziel, zu einer fairen Lösung zu kommen. Hierbei muß jeder dazu beitragen, um zu einer Lösung zu kommen, und keiner darf sich auf den Standpunkt – den einstweilen die FDP noch vertritt – stellen: Unser Wille muß geschehen, sonst tun wir nicht mehr mit. Herr Schamberg wird heute darüber referieren.

Damit kann ich das Thema „FDP" verlassen. Ich hoffe, daß die Koalition zusammenbleibt; ich weiß nicht, ob sie zusammenbleiben wird.[29] Aber ich möchte namentlich Ihnen, soweit Sie aus Ländern kommen, wo gewisse Folgen dann eintreten können, wenn hier ein Bruch der Koalition eintritt, folgendes sagen: Es ist bei der sehr ernsten außenpolitischen Lage nicht zu ertragen, daß der Vorsitzende der zweitgrößten Koalitionspartei draußen im Lande Reden hält, die unsere Verbündeten vor den Kopf stoßen und die die Gefahr in sich bergen, daß man draußen in der Welt, insbesondere in Amerika, sagt, wenn die CDU/CSU ihrer eigenen Leute sicher wäre, dann ließe sie sich das nicht gefallen, sondern sie würde sagen, dann wollen wir lieber einen Schnitt dadurch machen. Das außenpolitische Interesse ist so entscheidend dabei, daß wir unter Umständen vor einem Bruch mit der FDP nicht werden zurückschrecken können und dürfen.

---

27 Am 23. Oktober 1955. – Kommuniqué sowie weitere Berichte in AdG 1955 S. 5462; vgl. auch Erklärung des französischen Außenministeriums vom 29. Oktober 1955 S. 5432.

28 Vgl. zur Haltung Dehlers und der FDP in der Saarfrage KLINGL S. 199–202.

29 Bruch der Koalition nach dem Austritt von 16 Abgeordneten aus der FDP-Fraktion am 23. Februar 1956 (ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 103–108; KLINGL S. 238–242).

Nun zur außenpolitischen Lage! Meine Damen und Herren! Ich habe eben schon gesagt, daß den Russen nur die Macht imponiert. Ich habe die Meinung, daß die Russen die gute Behandlung, die sie auf der ersten Genfer Konferenz erfahren haben, als ein Zeichen der Schwäche der anderen aufgefaßt haben; nicht etwa der wirklichen Schwäche, sondern einer moralischen Schwäche, die sie daran hindert, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Die Russen haben daraufhin die zweite Genfer Konferenz vor die Hunde gehen lassen, und darauf haben sie diese Geschichte in Asien gemacht[30], von der man nicht weiß, wohin sie schließlich führen wird. Insbesondere was Indien angeht, so hört man über Nehru[31], auch von Leuten, die kompetent sein müssen, doch verschiedenartige Urteile. Mich hat sehr stark beeindruckt ein Urteil eines nichtdeutschen Diplomaten, der längere Zeit dort gewesen ist und gesagt hat, Nehru verfolge z.Z. in Indien die einzig mögliche Politik. Er kann unmöglich Indien sich dem Westen anlehnen lassen. Das würden die Inder nicht mitmachen. Aber er verfolgt den Kommunismus in seinem eigenen Lande, und er hat aufgrund von Gesetzen, die im Kriege ergangen sind, Tausende von Kommunisten in indischen Gefängnissen.

Ob das alles so stimmt, kann ich nicht beurteilen, aber Indien, dieses ungeheuer große Land mit seinen zahlreichen Völkerschaften, die zum Teil auf einer schrecklich niedrigen Stufe stehen, ist ein geheimnisvolles Land. Wir müssen natürlich Freundschaft mit ihm pflegen, nicht zuviel und nicht zuwenig. Zuviel ist schlecht; genauso schlecht wie zuwenig. Wir müssen die Entwicklung einmal abwarten.

Was Sowjetrußland angeht, so sollten wir uns immer eins klarmachen: Auch die russischen Bäume wachsen nicht in den Himmel! Die Russen haben mir gesagt, sie könnten sich natürlich alles leisten, aber die Aufrüstung und die Anforderungen, die von den anderen Ländern an sie wegen Unterstützung gestellt würden, hinderten sie doch sehr stark daran, die inneren Aufgaben in Rußland zu erfüllen. Deswegen würden sie es begrüßen, wenn ihre Last erleichtert würde. Die Russen werden aber zunächst nichts tun aus sehr verständlichen Gründen. Dieses Jahr sind die Wahlen in Amerika.[32] Wie sie ausfallen werden, wird höchstwahrscheinlich davon abhängen, ob sich Eisenhower wieder zur Wahl stellt oder nicht. Stellt er sich nicht zur Wahl und wird ein Demokrat gewählt, dann erfolgt eine Auswechselung des ganzen obersten Apparates, und es kommen auch gewisse Änderungen, nicht in der Grundhaltung, wie ich glaube annehmen zu können, aber doch in den Methoden. Und darauf warten die Russen zunächst einmal. Die Russen haben auch gar kein Verlangen, jetzt nach

30 Bulganin und Chruschtschow hatten sich vom 20. November bis 18. Dezember 1955 zu Staatsbesuchen in Indien, Burma und Afghanistan aufgehalten (AdG 1955 S. 5483, 5491, 5506, 5516, 5525 sowie Bericht darüber vor dem Obersten Sowjet S. 5538–5541).

31 Dschawaharlal Nehru (1889–1964), 1946–1964 indischer Premierminister.

32 Am 6. November 1956. – Ergebnis: Eisenhower erhielt 58 % der Wahlmänner, Adlai E. Stevenson 42 %; Zusammensetzung des neuen Senats: Demokraten 49, Republikaner 47 Sitze; Wahlen zum Repräsentantenhaus: Demokraten 232, Republikaner 199 Sitze (AdG 1955 S. 6094f.).

den Wahlen in Frankreich[33] wirklich etwas zu leisten. Diese Wahlen in Frankreich eröffnen ihnen alle Möglichkeiten. Und endlich warten sie auf die Bundestagswahl im Jahre 1957 in der Hoffnung, daß dann ein starker Einbruch in der CDU/CSU erfolge und vielleicht die Sozialdemokraten mit der FDP im Sinne des Titoismus vorgehen werden, also mit einer neutralen Haltung.

Deswegen glaube ich nicht, daß vor den Bundestagswahlen irgend etwas geschehen wird, was wirklich von tiefgehender Bedeutung sein könnte. Wir sollten uns auch nicht die Hoffnung machen, daß etwas Derartiges jetzt geschieht. Das ist sehr hart für uns Deutsche wegen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Aber wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen und müssen eine reale Politik treiben. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht zu einem wesentlichen Moment der Wahlpropaganda des Jahres 1957 wird. Ich halte das geradezu für ein moralisches Unrecht gegenüber den Deutschen, die von uns getrennt sind, wenn Parteien in Deutschland, obwohl sie genau wissen, daß z.Z. nichts zu machen ist, immer wieder schreien, schreien und nochmals schreien und somit die Regierung beschuldigen, daß sie schuld ist, indem sie sagen: daß unser Rufen kein Gehör findet, liegt an euch.

Die Wiedervereinigung Deutschlands darf nicht zu einer Propagandaformel werden. Allmählich droht sie es zu werden. Bis sich die außenpolitische Lage geändert hat oder anfängt sich zu ändern – und früher wird nichts erfolgen auf dem Gebiet der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands –, haben wir folgende Aufgaben zu erfüllen: 1. Wir müssen attraktiv bleiben in der Bundesrepublik für unsere Menschen in der Zone. 2. Wir müssen das kirchliche Moment in der Zone unterstützen. Von diesem Gesichtspunkt aus halte ich – das möchte ich doch unseren evangelischen Freunden sagen – Ausführungen, wie sie der Propst Grüber[34] gemacht hat, für verheerend und skandalös. Und endlich muß jeder von uns persönlich durch Päckchen oder sonstwie die Aufrechterhaltung der Bande mit den Menschen in der Zone – in den Ferien oder wann es auch immer sei – pflegen, damit sie den Eindruck bekommen, der Westen hat uns nicht verlassen, sondern er steht auf der Wacht und wird wirklich in dem Augenblick, wo auch nur eine gewisse Aussicht auf Erfolg besteht, handeln.

Meine Damen und Herren! Nun zur Bundestagswahl 1957! Diese Bundestagswahl 1957 wird außenpolitisch und innenpolitisch von der größten und entscheidendsten Bedeutung sein; viel entscheidender, als es die Bundestagswahl des Jahres 1953 sein konnte. Und verhehlen wir es uns nicht, wir müssen diese Bundestagswahl des Jahres

33 Am 2. Januar 1956. – Ergebnis: KP 25,6 %, Sozialisten 15 %, Radikalsozialisten 13,6 %, MRP 10,6 %, Unabhängige Republikaner und Bauern 14,1 %, Poujadisten 11,4 %, Gaullisten 4,2 %, Splittergruppen 3,8 % („Die Welt" vom 5. Januar 1956).

34 D. Heinrich Grüber (1891–1975), evangelischer Pfarrer; 1945 Probst an der Berliner Marienkirche, 1949–1958 Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der DDR (Memoiren: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten. 1968). – Grüber äußerte bei einer Veranstaltung der Ost-CDU, die Forderung auf freie Wahlen sei das „dümmste Schlagwort", das z.Z. gebraucht werde („Die Welt" vom 10. Januar 1956).

1957 eventuell unter viel schwierigeren Verhältnissen durchkämpfen, als sie im Jahre 1953 bestanden haben. Im Jahre 1953 handelte es sich um zwei wesentliche Dinge, einmal um die EVG – sie ist dahin –, und das zweite war der steigende Wohlstand. Daran haben sich die Leute lange gewöhnt. Sie wollen nun immer mehr haben und sind mit dem, was sie bis jetzt erreicht haben, nicht mehr zufrieden. Deswegen müssen wir uns sehr gut vorbereiten für diesen Wahlkampf, und zwar zunächst in unserer inneren Organisation. Herr Heck wird sich darum besonders bemühen.

Wir müssen zweitens in den knapp eineinhalb Jahren – an sich ist es nur noch eineindrittel Jahr, denn die Entscheidung wird fallen im Juni 1957, ehe die Leute in die Ferien gehen – eine besonders gute Politik treiben. Ich habe eben schon angedeutet die Landwirtschaft, den Mittelstand und die Sozialreform. Das sind die wesentlichsten Dinge, die wir weitertreiben müssen. Dann sollten wir auch in viel stärkerem Maße, als das bisher infolge des Verhaltens der Franzosen möglich war, den Europa-Gedanken lebendig machen. Er lebt doch noch in unserem Volke, und er lebt namentlich in der Jugend.

Wir müssen uns weiter – und damit möchte ich schließen – in sehr starkem Maße zurückbesinnen auf das eigentliche Fundament unserer Partei, auf das christliche Fundament. Wir haben uns nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zusammengefunden in einer natürlichen Reaktion gegen die Gottlosigkeit und die Unfreiheit des Nationalsozialismus. Aber auch das ist schon wieder in Vergessenheit geraten. Es droht uns aber und dem Christentum in der Welt jetzt gegen die innere Freiheit, die religiöse Freiheit, eine viel größere Gefahr, als sie damals der Nationalsozialismus darstellte. Das ist der Kommunismus, der Kommunismus im Sinne des dialektischen Materialismus, wie er insbesondere von Sowjetrußland führend gepredigt und betätigt wird. Die führenden Russen sind nach meiner Überzeugung wirklich davon durchdrungen, daß sie eine Weltmission haben. Sie sind davon durchdrungen, daß es dem Kommunismus gelingen wird, die Welt zu erobern, nicht immer mit der Waffe, sondern auch auf anderem Wege. Wir müssen – und das muß sehr gut vorbereitet sein – unsere Bevölkerung immer wieder darauf hinweisen, welch ungeheure Gefahr unserer Weltanschauung, unserer christlichen Lebensauffassung, und der Freiheit, die wir haben wollen, droht. Wenn wir das gut machen, dann wird es uns doch gelingen, das deutsche Volk aus der geistigen Lethargie, in die es allmählich dadurch hineingekommen ist, daß so viel verdient und gekauft wird, herauszuführen und auf den Plan zu rufen, um dieser Losung zu folgen.

Wenn die nächste Wahl verlorengehen und die Sozialdemokratie an die Führung kommen sollte, dann werden nach meiner festen Überzeugung der wirtschaftliche Wohlstand und die außenpolitischen Errungenschaften, die wir haben, in kürzester Zeit verspielt werden. Dann wird das Wort von finis Germaniae Wahrheit, weil wir dann in kurzer Zeit ein sowjetrussischer Satellitenstaat irgendeiner Art werden würden.[35] Sehen Sie, meine Freunde, wie es in der Welt aussieht. Sehen Sie, wie es

35 Dazu Konrad Repgen: Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957? In: Blumenwitz u. a. S. 294–315.

in Frankreich und in Italien aussieht! Denken Sie daran, daß wir Deutsche – und unter den Deutschen unsere Partei – doch der Damm sind, der das westliche Europa und somit auch die übrigen Teile des nördlichen Europas allein noch schützen kann vor der kommunistischen Flut. Wenn wir uns das bei unserer ganzen Arbeit, insbesondere bei der Wahlarbeit, vor Augen halten, dann glaube ich, können wir davon überzeugt sein, daß das deutsche Volk auch im Jahre 1957 wieder unserer Führung folgen wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Kaiser: Wie sollen wir nun verfahren?

Adenauer: Vielleicht vermißt der eine oder andere von Ihnen noch dieses oder jenes, was ich nicht berührt habe. Deswegen wäre es vielleicht richtig, wenn Sie jetzt Fragen stellten.

Kaiser: Ich glaube, daß es unsere Freunde interessiert hätte, etwas über die Persönlichkeit des Mannes zu erfahren, der von Moskau nach hier gekommen ist, über Sorin[36].

Über die Saarfrage, Herr Bundeskanzler, brauchen wir nicht zu sprechen. Ich stehe unter dem Eindruck einer Ausschußsitzung des Bundestages, die wir gestern hatten[37], unter dem Vorsitz von Mommer, dem Experten von der SPD. Es waren von Brentano und Hallstein dabei. Ich kann nur sagen, die gestrige Besprechung hat mich mit einer Zuversicht erfüllt, daß die Sache gut und ganz in Ihrem Sinne ihren Verlauf nehmen wird. Ich habe gehört, daß die umstrittene Persönlichkeit, Dr. Ney, heute hier in Bonn sein wird, der ein Gespräch mit Herrn von Brentano führen wird.[38] Wir dürfen also diese Frage ausscheiden.

Ich habe noch einen Wunsch, Herr Bundeskanzler, daß Sie, der Bundeskanzler und Erste Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union, alsbald einen Besuch an der Saar machen. Das Volk an der Saar wartet darauf. Das wird sich in absehbarer Zeit verwirklichen lassen. Es ist zwar noch vieles zu klären, aber es wird klappen.

Ich würde auch darum bitten, daß wir die Frage der Gewerkschaften, soweit eine Gründung erfolgt ist, ausscheiden. Man müßte zuviel dazu sagen. Auch hier wird sich im Laufe der nächsten Wochen das eine oder andere klären.

Adenauer: Zur Saar noch folgendes: Der Schlüssel zur Lösung der Saarfrage liegt ja jetzt in Frankreich. Er liegt nicht etwa bei uns im Bundestag. Daß unsere Partei sich hier verständig benimmt, ist gut, aber der Schlüssel liegt in Frankreich. Und was in Frankreich wird nach dieser Wahl, das weiß der liebe Gott.

---

36 Valerian Aleksandrowitsch Sorin (1902–1986), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1945–1947 Botschafter in Prag, 1947–1955 stv. Außenminister, 1955–1956 Botschafter in Bonn, 1965–1971 in Paris. – Vgl. Nr. 10 Anm. 47.

37 Unterausschuß „Saar" des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (vgl. DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 572).

38 Dr. Hubert Ney, am 10. Januar zum Ministerpräsidenten gewählt, wurde begleitet von Finanzminister Professor Dr. Adolf Blind und Gotthard Lorscheider (UiD vom 18. Januar 1956; biographische Angaben in SCHMIDT 3 S. 375).

Gestern abend war bei mir ein Vertreter vom New Yorker „Herald“[39] und fragte mich, was denken Sie, was jetzt in Frankreich werden wird? Ich konnte ihm nur sagen: Sind Sie schon einmal bei einer Kartenlegerin gewesen? Wenn nicht, dann gehen Sie einmal dorthin.

Hellwig: Das gute Klima der gestrigen Sitzung des Saarausschusses ist jetzt schon wesentlich gestört. Ich bin eben angerufen worden, daß Herr Mommer Druck bekommen hätte von der Saar, keinesfalls alle nichtkommunistischen Parteien zu laden, sondern nur die drei im Heimatbund zusammengeschlossenen Parteien; also gerade das, was wir gestern einstimmig als Zeichen einer verhängnisvollen Haltung bezeichnet haben, wird hier wieder rückgängig gemacht. Ich muß mir zunächst einmal das Protokoll der Sitzung ansehen, um das klarzustellen.

Von der Saar wird Druck ausgeübt, unter allen Umständen die CVP von uns fernzuhalten, während wir gestern übereinstimmend die Meinung vertreten haben, daß wir alle nichtkommunistischen Parteien hören müssen, auch wenn sie eine abweichende Meinung von uns vertreten, damit sich die CVP Saar nicht durch ein derartiges Verhalten unsererseits zu einer Irredenta entwickelt, worauf von französischer Seite nur gewartet wird.

Gerstenmaier: Dieser Unterausschuß hat mir einen Brief geschrieben mit dem Ansuchen, diese Leute laden zu dürfen. Er hat sie einzeln aufgeführt. Ich habe die Genehmigung erteilt aufgrund dieses Schreibens und im Blick darauf, daß diese Leute, die aufgeführt worden sind, tatsächlich geladen werden. Dazu gehört Herr Hoffmann.

Ich erkläre hiermit – und Sie können das Ihrem Ausschuß sagen –, wenn es dabei nicht bleibt, ist dieses Gesuch von Mommer hinfällig, und eine Genehmigung werde ich nicht erteilen. Die Genehmigung bleibt bestehen, wenn es so bleibt, wie es im Brief geschrieben steht. Wenn es anders gemacht wird, ist die Genehmigung hinfällig.

Adenauer: Sollen wir die Frage Saar aussetzen? Wir bekommen noch viel zu hören über die Saar im Laufe der Zeit.

Kaiser: Ich wollte Herrn Hellwig sagen, daß wir bei dem Beschluß von gestern bleiben. Von sozialdemokratischer Seite wurde etwas geäußert, aber darum brauchen wir uns nicht zu kümmern. Einer meiner Mitarbeiter fährt heute an die Saar, um den Boden zu bereiten für das, was wir gestern beschlossen haben. Das wird in Ordnung kommen. Herr von Brentano wird in diesem Zusammenhang mit dem etwas schwierigen Dr. Ney sprechen.

Albers: Herr Bundeskanzler, Sie sprachen davon, die Fragen Mittelstand, Landwirtschaft und Sozialreform wenigstens in den Grundsätzen bis zur nächsten Wahl zu klären. Ich bin anderer Meinung. In einem Punkt müssen wir bis zur nächsten Wahl uns entscheiden, nämlich in der Frage der Sozialreform. (*Adenauer:* Das habe ich auch gesagt!) Dann bin ich damit einverstanden. Auch in der Frage der Rentenversicherung müssen wir Ordnung schaffen. Zu der Frage der Gewerkschaften

39 Luke Paul Carroll (1915–1982), 1940–1960 bei „New York Herald Tribune“, zuletzt stv. Herausgeber (TERMINKALENDER).

sage ich ganz offen, mir wäre es lieber gewesen, wir wären einig geblieben innerhalb des christlichen Arbeiterlagers. Ich fürchte eines im Gegensatz zu Ihrer Auffassung. (*Adenauer:* Welches war denn meine Auffassung?) Ihre Auffassung war, daß Sie meinten, durch die Gründung der Christlichen Gewerkschaften werde jetzt der DGB zu einer anderen Einsicht, so habe ich es verstanden, gegenüber den Wünschen der christlichen Arbeiterschaft gebracht. Wenn es anders sein sollte, nehme ich die Korrektur an.

Ich bedaure es außerordentlich, daß wir uns in dem Lager der Arbeiterschaft – und es ist ein großer Teil der Belegschaften – in dieser Frage nicht einig bleiben konnten. Ich weiß, so ging es an sich nicht weiter, und wir hätten uns in diesem Jahre über diese Frage entscheiden müssen, aber nicht so voreilig und nicht in der Form, wie das geschehen ist. Und noch eins! Was ich jetzt in dieser sogenannten christlichen Gewerkschaftszeitung an Verächtlichmachung über Kaiser, Albers und andere Freunde gelesen habe, Herr Bundeskanzler, das habe ich – ich stehe seit 1919 mit Ihnen in Köln in der Politik – selbst in der „Rheinischen Zeitung" nicht gefunden.

Adenauer: Ich habe ausdrücklich gesagt, wir wollen uns neutral verhalten in der ganzen Sache. Ich habe den Wunsch ausgesprochen, Herr Albers, daß doch manche unserer christlichen Freunde, die im DGB zusammengefaßt sind, die Gelegenheit nützen sollten in ihrem Sinne. Und mehr brauchen wir heute nicht zu sagen. Wir wollen damit das Thema verlassen.

Werden sonst noch Fragen gestellt? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort zum Punkt 2 unserer Tagesordnung Herrn Dr. Heck.

Bericht über den Stand der Vorarbeiten zur Sozialreform

Albers: Ich würde vorschlagen, daß wenigstens bei dem Referat von Herrn Heck Herr Arbeitsminister Storch dabei ist. Er müßte herangeholt werden. In den letzten Tagen ist ein großes Kesseltreiben gegen diesen Mann erfolgt im „Spiegel"[40] und anderen Schriften.

Adenauer: Wir haben doch den Arbeitsminister eingeladen. Er hat gesagt, ich habe eine Sitzung. Dann hat er darum gebeten, wir möchten bis 12 Uhr damit warten. Wir haben jetzt 10 Minuten nach 12. Ich möchte wirklich gern, daß diese Sache, solange wir noch frisch sind, d.h. vor Tisch, wenigstens angefangen wird. Wenn also die Versammlung damit einverstanden ist, gebe ich das Wort Herrn Dr. Heck.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Zur Vorbereitung des Parteitages wurde vor einem halben Jahr auf Initiative von Robert Tillmanns – für den ich heute leider hier sprechen muß – ein Arbeitskreis gebildet, dem die Aufgabe gestellt war, Vorschläge zur Sozialreform für den Parteivorstand auszuarbeiten.[41] An diesem Arbeitskreis wurden beteiligt:

40 Vgl. Titelgeschichte im „Spiegel" Nr. 1 vom 4. Januar 1956 S. 12–20.
41 Zum Folgenden Hockerts S. 320–336.

1. der Sozialpolitische Ausschuß der Bundespartei, stellvertreten durch Herrn Direktor Lünendonk[42],
2. die Sozialausschüsse, vertreten durch Herrn Rohbeck[43],
3. Parteifreunde, die dem Wissenschaftlichen Beirat beim Arbeitsministerium angehören,
4. von den Professoren, die im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers die Rothenfelser Denkschrift verfaßt haben, Professor Dr. Neundörfer,
5. die Bundesgeschäftsstelle.

Diese Zusammenstellung hat sich als sehr nützlich erwiesen, da von vornherein die notwendige Koordinierung sichergestellt ist. Die Ergebnisse dieser Arbeiten, die ich anschließend vortragen werde, wurden außerdem noch besprochen mit den Herren Arndgen, Horn, Sabel und Schneider[44] von der Fraktion. Herr Albers konnte an diesen Besprechungen nicht teilnehmen, weil er krank war. Es hat sich gezeigt, daß diese Herren die Vorstellungen, die von uns erarbeitet wurden, grundsätzlich billigen. Eine weitere mehrstündige Aussprache hat mit Ministerialdirektor Jantz[45] stattgefunden. Dabei hat sich ergeben, daß im Arbeitsministerium in den meisten grundsätzlichen Fragen gleiche bzw. ähnliche Vorstellungen bestehen. Schon in der ersten Sitzung des Arbeitskreises wurde völlige Übereinstimmung darüber erzielt, daß für die Beratungen des Arbeitskreises die Grundlagen und Grundsätze, wie sie im ersten und zweiten Abschnitt der Rothenfelser Denkschrift zusammengefaßt sind, zugrunde gelegt werden sollen. Es dürfte zweckmäßig sein, diese Grundlagen und Grundsätze, kurz zusammengefaßt, hier zu wiederholen. Zur Wahl und zur Struktur der Lebensverhältnisse:

1. Es steht fest, daß die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten bei nur geringfügig steigender Tendenz ihren Bestand halten wird.
2. Der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung hat sich in den letzten 80 Jahren erheblich verschoben. Heute erreichen vier- bis fünfmal soviel Menschen ein hohes Alter wie vor 80 Jahren. Dagegen ist in diesem Zeitraum die Geburtenziffer erheblich zurückgegangen. Vor 80 Jahren kamen auf 1.000 Einwohner jährlich 35 Kinder, die bei einer mittleren Lebenserwartung von 35 Jahren, wie sie damals üblich war, zusammen etwa 1.200 Lebensjahre erreichten.

1950 wurden auf 1.000 Einwohner nur noch 17 Kinder geboren, die aber bei einer Lebenserwartung von 65 Jahren zusammen doch etwa 1.100 Lebensjahre erreichen werden, d.h., die sinkende Geburtenziffer wird ungefähr durch die höhere

42 Heinrich Lünendonk (geb. 1906), Mitgründer der CDU Hessen, 1946–1971 Landesversicherungsanstalt Hessen (1950–1964 Vizepräsident, 1964–1971 Direktor des Vorstands), 1948–1966 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik.

43 In der Vorlage: Lobeck. – Arthur Rohbeck (1897–1974), Versicherungsangestellter.

44 Georg Schneider (1892–1977), 1953–1961, 1962–1965 MdB (CDU). – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 640 Anm. 117.

45 In der Vorlage: Jansen. – Dr. Kurt Jantz (1908–1984), 1953–1973 Bundesarbeitsministerium (1955 Leiter der Abt. Sozialversicherung und Generalsekretär für die Sozialreform).

Lebenserwartung ausgeglichen. Dagegen verschiebt sich der Altersaufbau der Bevölkerung zusehends. Unter 20 Jahren waren bei der deutschen Bevölkerung 1900 46 %, 1925 36 % und 1950 31 %. Nach den statistischen Vorausberechnungen werden es 1975 nur noch 28 % sein.

Menschen von 20 bis 60 Jahren:

1900 47 %
1925 55 %
1950 55 %
1975 52 %

Menschen über 60 Jahre:

1900 7 %
1925 9 %
1950 14 %

Voraussichtlich werden die über Sechzigjährigen 1975 20 % der Bevölkerung ausmachen.

Einigermaßen konstant bleibt nur die Mittelgruppe der Zwanzig- bis Sechzigjährigen, durch deren Arbeit im großen und ganzen das ganze Volk ernährt und versorgt werden muß. 1950 gehörten zu dieser Gruppe der Zwanzig- bis Sechzigjährigen, die voll leistungsfähig sind, insgesamt 26,4 Millionen der deutschen Bevölkerung, darunter 11,9 Millionen Männer und 14,5 Millionen Frauen. Davon waren Erwerbspersonen 11,2 Millionen Männer und 6 Millionen Frauen. Hausfrauen ohne Beruf waren 6,7 Millionen. In abhängiger Stellung arbeiteten 12,4 Millionen, davon 8,8 Millionen Männer und 3,5 Millionen Frauen.

Selbständig tätig waren 2 Millionen Männer und 0,4 Millionen Frauen. Mitarbeitende Familienangehörige waren 0,4 Millionen Männer und 2 Millionen Frauen, Hausfrauen ohne Beruf, wie schon gesagt, 6,7 Millionen, insgesamt also 11,6 Millionen, die selbständig tätig waren oder als Mitarbeitende einer Familie angehörten oder als Hausfrauen ohne Beruf.

Diese Aufschlüsselung ist deshalb wichtig, weil aus ihr hervorgeht, daß neben den 12,4 Millionen Männern und Frauen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte in abhängiger Stellung tätig sind, die 11,6 Millionen, die als Selbständige, mithelfende Familienangehörige oder Hausfrauen arbeiten, volkswirtschaftlich nicht geringe Bedeutung haben. Beide Gruppen zusammen, also etwa 24 Millionen, müssen die 49 Millionen Einwohner der Bundesrepublik versorgen. Es ist deswegen eine wichtige Aufgabe, für die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit dieser 24 Millionen zu sorgen. Die sehr starken Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen Proletariat und Bürgertum und zwischen Arbeitern und Angestellten haben sich weitgehend auf eine mittlere Ebene nivelliert. Dagegen sind folgende Tatsachen bei einer Analyse der Verhältnisse von heute wichtig:

50 % der westdeutschen Bevölkerung wohnen in kleinen Gemeinden unter 10.000 Einwohnern,

29 % in Großstädten über 100.000 Einwohnern,
21 % in Mittelstädten.
In kleinen Gemeinden, d.h. für 40 % der westdeutschen Bevölkerung, ist das Kleinhaus mit ein bis zwei Wohnungen die normale Wohnform. Der größere Teil davon ist Eigentum der Bewohner. 700.000 Arbeiter und 1,1 Millionen Sozialrentner und Pensionäre besitzen ein eigenes Haus, also auch Rente aus nutzbarem Vermögen. 25 % der westdeutschen Bevölkerung wohnen im Vielparteien-Mietshaus.

Kontakt zum Boden
Von 14,6 Millionen Haushaltungen in der Bundesrepublik bewirtschaften 4,3 Millionen einen Garten oder sonstiges Land. Dazu kommen noch zwei Millionen landwirtschaftliche Betriebe; also fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung hat Kontakt zum Boden.

Zusammenleben Verwandter unter einem Dach
Bei allen Wohnformen machen die einschichtigen Vollfamilien, d.h. Haushalte, die aus Ehegatten oder Ehegatten und Kindern bestehen, nur die Hälfte aller Haushalte aus. In dicht besiedelten älteren Großstadtquartieren aber gibt es
5 % Haushalte, in denen auch die Großeltern leben,
29 % Haushalte, die nur aus einer Person bestehen.
In kleinbäuerlichen Dörfern oder in Dörfern, in denen auch Arbeiter leben, gibt es
41 % Haushalte, in denen die Großeltern mit unter einem Dach wohnen, und nur
6 % Alleinstehende.
Das gleiche Ergebnis findet sich in reinen Arbeitersiedlungen im Weichbild von Großstädten:
33 % Haushalte, in denen die Großeltern mitleben,
8 % Alleinstehende.
Daraus ergibt sich, daß für mindestens die Hälfte aller Empfänger von Altersrente die Rente nicht die einzige Unterhaltsbeihilfe ist.

Struktur der Haushalte
Von 15,3 Millionen Haushalten sind nur 2,8 Millionen Einzelhaushalte. 60 % aller Haushalte sind Haushalte ohne Kinder unter 15 Jahren, d.h. reine Erwachsenenhaushalte. Insgesamt leben 94 % der westdeutschen Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten. Von diesen 94 % Mehrpersonenhaushalten haben
53,3 % nur ein Geldeinkommen,
31,1 % zwei Geldeinkommen,
10,4 % drei Geldeinkommen,
3,0 % vier Geldeinkommen,
1,3 % fünf und mehr Geldeinkommen,
d.h., 45,8 % der Mehrpersonenhaushalte haben ein Haushaltseinkommen, das sich aus

mehreren Geldeinkünften zusammensetzt. Von den 21,6 Millionen Erwerbspersonen sind

9,7 Millionen Haushaltungsvorstände	=	44,9 %,
1,5 Millionen leben in Einzelhaushalten	=	7,0 %.
10,4 Millionen	=	48,1 %

leben als Haushaltsmitglieder und decken ihre Grundbedürfnisse in Gemeinschaft mit Verwandten.

Ich glaube, daß diese Tatbestände – vorweg ins Gedächtnis zurückgerufen – wichtig sind, um die realen Verbrauchseinkommen richtig beurteilen zu können. Ich darf noch eine kurze Bemerkung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seit Beginn der sozialen Gesetzgebung durch Bismarck machen. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet haben sich seit Beginn der Industrialisierung und mit der Sozialgesetzgebung bedeutsame Wandlungen vollzogen. Die Kapitalkumulation der Wirtschaft ist der wirksame Motor des wirtschaftlichen Fortschrittes geworden und hat es ermöglicht, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer fortlaufend gewachsen ist. Seit in der Entwicklung des industriellen Zeitalters die Kapitalbildung das Wachstum der Bevölkerung nachhaltig zu übertreffen begann, wirkten die Verteilungsgesetze der freien Marktwirtschaft eindeutig dahin, den Faktor Arbeit gegenüber dem Faktor Kapital zu begünstigen. Seither haben die Arbeitseinkommen stark steigende, die Besitzeinkommen aber langsam sinkende Tendenz. Das Ergebnis davon ist, daß heute bereits der Arbeiter im Regelfall nicht hilfsbedürftig ist. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß das Arbeitseinkommen des heutigen Arbeitnehmers kein fundiertes Einkommen ist, d.h., es fließt, solange er arbeitet, also etwa zwischen dem 20. und dem 65. Lebensjahr, hört in der Krankheit und in der Invalidität fast auf, es fließt und ruht ebenso während der Zeit der Arbeitslosigkeit.

Das heute zu lösende Problem ist vornehmlich folgendes: dem Arbeitseinkommen jene Stetigkeit zu geben, aus der sich das Gefühl der Sicherheit nährt. Dabei ist ein Zweites zu beachten: Das Arbeitsverhältnis muß in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung individuell eingegangen sein; die wirtschaftliche Einheit aber in einem Volk, das Bestand haben soll, ist nicht der einzelne, sondern die Familie. Relativ gut steht sich heute der ledige, vollkräftige Arbeiter. Relativ schlecht geht es den Alten und den Familien mit unmündigen Kindern bei niedrigem Einkommen. Die Probleme, vor denen die Sozialreform heute steht, sind also, kurz zusammengefaßt, folgende:

1. Wie ermöglichen wir den Alten einen Lebensabend, in dem der erarbeitete Lebensstandard einigermaßen erhalten bleibt?
2. Wie sichern wir den Lebensunterhalt derer, die unverschuldet, durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit, aus dem Arbeitsleben ausscheiden?
3. Wie verhindern wir, daß bei Familien mit mehreren Kindern der normale Lebensstandard und damit der Wille zum Kind ernsthaft gefährdet wird?
4. Wie erhalten wir die Gesundheit und damit die Arbeitskraft unseres Volkes?

5. Wie stärken wir den Willen zum Eigentum, und wie ermöglichen wir den breiten Schichten unseres Volkes die Bildung von Eigenheimen?

Die Prinzipien, die der Lösung dieser Probleme zugrunde gelegt werden sollen, sind die Solidarität als wechselseitige Verbundenheit und Verantwortlichkeit, wie sie der Natur des Menschen entsprechen, und die Subsidiarität als Prinzip der Ordnung in den Verhältnissen der einzelnen Solidaritätsgemeinschaften zueinander. Darüber weitere Ausführungen zu machen, erübrigt sich, da Inhalt und Bedeutung dieser Prinzipien hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Bisher wurden vom Arbeitskreis für die Sozialreform folgende Probleme behandelt:

1. Die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität,
2. die Sicherung für den Fall der Krankheit,
3. Sicherung der Gesundheit und der Arbeitskraft.

Die Beratungen konnten bei folgenden Problemen noch nicht mit einem Ergebnis abgeschlossen werden:

1. Hilfe für die Familie,
2. Eigentumsbildung,
3. Ausbau der Fürsorge.

Die Arbeiten auf diesen drei Gebieten werden aber noch rechtzeitig vor dem Parteitag zum Abschluß kommen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß das wichtigste der zu lösenden Probleme die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität ist und daß diese Aufgabe noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch geregelt werden soll. Dabei ergeben sich drei Problemkreise mit je verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, die ich kurz vortragen werde und deren Lösung von seiten der Partei zu treffen ist, ehe die konkreten Arbeiten an der Gesetzgebung begonnen werden.

Erster Problemkreis: Trennung von Alter und Invalidität. Es ist zu entscheiden, ob die Risiken von Alter und Invalidität in Zukunft, wenn auch nicht organisatorisch, so doch materiell und finanziell getrennt werden sollen. Das Alter ist ein normales Lebensrisiko, während die Invalidität ein anomales Lebensschicksal darstellt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß Staatszuschüsse zur Sicherung des Alters infolge des Strukturwandels der Gesellschaft seit Bismarck ihre innere Berechtigung verloren haben. Da die Frühinvalidität nach wie vor ein von dem einzelnen nicht vorherzusehendes Arbeitsschicksal darstellt, wurden hier Staatszuschüsse als berechtigt angesehen. Zu entscheiden ist also, ob hier entsprechend der bisherigen Regelung die klare materielle und finanzielle Trennung zwischen der Behandlung des Alters und der Invalidität erfolgen soll, wie sie der Arbeitskreis empfiehlt.

Der zweite Problemkreis: Der zu erfassende Personenkreis. Hier ergibt sich die Frage, ob alle Staatsbürger oder alle Erwerbstätigen oder nur alle Arbeitnehmer von der Sozialversicherungspflicht für das Alter und die Invalidität erfaßt werden sollen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Versicherungspflicht auf alle Arbeitnehmer beschränkt bleiben solle. Für Angestellte und Arbeiter mit hohem

Arbeitseinkommen soll die Versicherungspflicht bestehenbleiben, das versicherungspflichtige Einkommen aber begrenzt werden. Es wird auch die Möglichkeit erwogen, Arbeitnehmer mit sehr hohem Einkommen nicht versicherungspflichtig zu machen bzw. sie aus der Versicherungspflicht zu entlassen. Der Arbeitskreis war weiterhin der Auffassung, daß es unter den Selbständigen ebenfalls sicherungsbedürftige Berufsgruppen gibt und daß für die sicherungsbedürftigen Selbständigen – dabei ist gedacht an Kleingewerbetreibende, kleine Landwirte und einige freie Berufe – eine eigenständige Sicherungseinrichtung geschaffen werden soll. Aber auch hier wurde daran gedacht, Selbständige mit kleinem Einkommen in die Versicherungspflicht mit einzubeziehen, soweit sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie auf freiwilliger Basis eine entsprechende Selbstvorsorge getroffen haben.

Als weitere Frage ergibt sich, ob eine freiwillige Versicherung in der Sozialversicherung ermöglicht werden soll. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die freiwillige Versicherung nur als freiwillige Weiterversicherung im Anschluß an eine Pflichtversicherung möglich gemacht werden sollte.

Der nächste Problemkreis ergab sich aus den Fragen nach Art und Umfang der Sicherung für das Alter und die Invalidität in der sozialen Rentenversicherung. Zunächst zur Alterssicherung! Bisher ist die Altersgrenze auf 65 Jahre festgesetzt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei dieser Altersgrenze bleiben müsse. Offen bleibt die Frage, ob eine Sonderregelung für Frauen notwendig sei oder nicht.

Zur Rentenformel für die Altersrente! Folgende Formeln standen zur Debatte:

1. Die Einheitsrente, d.h. eine Rente, bei der alle Versicherten eine gleich hohe Rente zur Deckung eines Mindestbedarfes erhalten;
2. die Leistungsrente, d.h., alle Versicherten erhalten eine Rente, die der individuellen Lebensarbeitsleistung entspricht und in einem festen Verhältnis zwischen erzieltem Arbeitsverdienst und den geleisteten Beiträgen steht;
3. Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Arbeitskreis hat sich gegen die Einheitsrente und gegen die Leistungsrente ausgesprochen. Er empfiehlt die Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei stehen wiederum drei Möglichkeiten zur Wahl:

1. Soll die Rente wie bisher in Anpassung an die politische Lage von Fall zu Fall erhöht werden?
2. Oder soll die Rente automatisch den Lebenshaltungskosten angepaßt werden?
3. Oder soll die Rente der Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden?

Der Arbeitskreis empfiehlt die Anpassung der Renten an die Löhne und Gehälter, und zwar nicht nur für die Festsetzung der Renten, sondern auch während der Laufzeit der Renten.

Dann zum Komplex Invalidität! Hier empfiehlt der Arbeitskreis, alle Maßnahmen, die der Prävention und der Rehabilitierung dienen und die bisher schon in beachtlichem Umfang von den Landesversicherungsanstalten durchgeführt wurden, grundsätzlich vor Gewährung einer Rente in Anwendung zu bringen, um Gesundheit

5. Wie stärken wir den Willen zum Eigentum, und wie ermöglichen wir den breiten Schichten unseres Volkes die Bildung von Eigenheimen?

Die Prinzipien, die der Lösung dieser Probleme zugrunde gelegt werden sollen, sind die Solidarität als wechselseitige Verbundenheit und Verantwortlichkeit, wie sie der Natur des Menschen entsprechen, und die Subsidiarität als Prinzip der Ordnung in den Verhältnissen der einzelnen Solidaritätsgemeinschaften zueinander. Darüber weitere Ausführungen zu machen, erübrigt sich, da Inhalt und Bedeutung dieser Prinzipien hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Bisher wurden vom Arbeitskreis für die Sozialreform folgende Probleme behandelt:

1. Die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität,
2. die Sicherung für den Fall der Krankheit,
3. Sicherung der Gesundheit und der Arbeitskraft.

Die Beratungen konnten bei folgenden Problemen noch nicht mit einem Ergebnis abgeschlossen werden:

1. Hilfe für die Familie,
2. Eigentumsbildung,
3. Ausbau der Fürsorge.

Die Arbeiten auf diesen drei Gebieten werden aber noch rechtzeitig vor dem Parteitag zum Abschluß kommen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß das wichtigste der zu lösenden Probleme die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität ist und daß diese Aufgabe noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch geregelt werden soll. Dabei ergeben sich drei Problemkreise mit je verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, die ich kurz vortragen werde und deren Lösung von seiten der Partei zu treffen ist, ehe die konkreten Arbeiten an der Gesetzgebung begonnen werden.

Erster Problemkreis: Trennung von Alter und Invalidität. Es ist zu entscheiden, ob die Risiken von Alter und Invalidität in Zukunft, wenn auch nicht organisatorisch, so doch materiell und finanziell getrennt werden sollen. Das Alter ist ein normales Lebensrisiko, während die Invalidität ein anomales Lebensschicksal darstellt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß Staatszuschüsse zur Sicherung des Alters infolge des Strukturwandels der Gesellschaft seit Bismarck ihre innere Berechtigung verloren haben. Da die Frühinvalidität nach wie vor ein von dem einzelnen nicht vorherzusehendes Arbeitsschicksal darstellt, wurden hier Staatszuschüsse als berechtigt angesehen. Zu entscheiden ist also, ob hier entsprechend der bisherigen Regelung die klare materielle und finanzielle Trennung zwischen der Behandlung des Alters und der Invalidität erfolgen soll, wie sie der Arbeitskreis empfiehlt.

Der zweite Problemkreis: Der zu erfassende Personenkreis. Hier ergibt sich die Frage, ob alle Staatsbürger oder alle Erwerbstätigen oder nur alle Arbeitnehmer von der Sozialversicherungspflicht für das Alter und die Invalidität erfaßt werden sollen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Versicherungspflicht auf alle Arbeitnehmer beschränkt bleiben solle. Für Angestellte und Arbeiter mit hohem

Arbeitseinkommen soll die Versicherungspflicht bestehenbleiben, das versicherungspflichtige Einkommen aber begrenzt werden. Es wird auch die Möglichkeit erwogen, Arbeitnehmer mit sehr hohem Einkommen nicht versicherungspflichtig zu machen bzw. sie aus der Versicherungspflicht zu entlassen. Der Arbeitskreis war weiterhin der Auffassung, daß es unter den Selbständigen ebenfalls sicherungsbedürftige Berufsgruppen gibt und daß für die sicherungsbedürftigen Selbständigen – dabei ist gedacht an Kleingewerbetreibende, kleine Landwirte und einige freie Berufe – eine eigenständige Sicherungseinrichtung geschaffen werden soll. Aber auch hier wurde daran gedacht, Selbständige mit kleinem Einkommen in die Versicherungspflicht mit einzubeziehen, soweit sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie auf freiwilliger Basis eine entsprechende Selbstvorsorge getroffen haben.

Als weitere Frage ergibt sich, ob eine freiwillige Versicherung in der Sozialversicherung ermöglicht werden soll. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die freiwillige Versicherung nur als freiwillige Weiterversicherung im Anschluß an eine Pflichtversicherung möglich gemacht werden sollte.

Der nächste Problemkreis ergab sich aus den Fragen nach Art und Umfang der Sicherung für das Alter und die Invalidität in der sozialen Rentenversicherung. Zunächst zur Alterssicherung! Bisher ist die Altersgrenze auf 65 Jahre festgesetzt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei dieser Altersgrenze bleiben müsse. Offen bleibt die Frage, ob eine Sonderregelung für Frauen notwendig sei oder nicht.

Zur Rentenformel für die Altersrente! Folgende Formeln standen zur Debatte:

1. Die Einheitsrente, d.h. eine Rente, bei der alle Versicherten eine gleich hohe Rente zur Deckung eines Mindestbedarfes erhalten;
2. die Leistungsrente, d.h., alle Versicherten erhalten eine Rente, die der individuellen Lebensarbeitsleistung entspricht und in einem festen Verhältnis zwischen erzieltem Arbeitsverdienst und den geleisteten Beiträgen steht;
3. Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Arbeitskreis hat sich gegen die Einheitsrente und gegen die Leistungsrente ausgesprochen. Er empfiehlt die Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei stehen wiederum drei Möglichkeiten zur Wahl:

1. Soll die Rente wie bisher in Anpassung an die politische Lage von Fall zu Fall erhöht werden?
2. Oder soll die Rente automatisch den Lebenshaltungskosten angepaßt werden?
3. Oder soll die Rente der Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden?

Der Arbeitskreis empfiehlt die Anpassung der Renten an die Löhne und Gehälter, und zwar nicht nur für die Festsetzung der Renten, sondern auch während der Laufzeit der Renten.

Dann zum Komplex Invalidität! Hier empfiehlt der Arbeitskreis, alle Maßnahmen, die der Prävention und der Rehabilitierung dienen und die bisher schon in beachtlichem Umfang von den Landesversicherungsanstalten durchgeführt wurden, grundsätzlich vor Gewährung einer Rente in Anwendung zu bringen, um Gesundheit

und Arbeitskraft soweit wie möglich wiederherzustellen. Im übrigen wird dieses Kapitel „Rehabilitation" noch in einem gesonderten Abschnitt behandelt werden. Nach Abschluß des Rehabilitationsverfahrens ist die Frage, ob sofort eine Dauerrente oder zunächst eine Rente auf Zeit gewährt werden soll. Der Arbeitskreis empfiehlt, die Rente auf Zeit soll erst dann in eine Dauerrente umgewandelt werden, wenn feststeht, daß es sich um eine dauernde, nicht behebbare Invalidität handelt.

Zur Frage der Höhe der Invaliditätsrente! Während der Arbeitskreis für die Altersgrenze die Auffassung vertrat, daß für sie der im Arbeitsleben erworbene Lebensstandard sichergestellt werden soll, kann dieser Anspruch billigerweise an die Invaliditätsrente nicht gestellt werden. Sie muß aber auf alle Fälle eine ausreichende Lebenssicherung des Invaliden ermöglichen. Da der Rentenanspruch bei vorzeitiger Invalidität, der sich aus gezahlten Beiträgen für die Altersrente ergibt, im allgemeinen nicht ausgesprochen wird, um dieses Ziel zu erreichen, sind hier entsprechende Zuschüsse durch den Staat erforderlich. Grundsätzlich gilt für alle Alters- und Invalidenrenten, daß auf sie ein Rechtsanspruch erhoben werden muß. Die entscheidende Forderung für Alters- und Invalidenrente aber ist, daß die laufenden Renten mit Inkrafttreten des Gesetzes den neuen Rentenformeln angepaßt werden müssen. Um eine beschleunigte Abwicklung zu ermöglichen, empfiehlt der Arbeitskreis, die laufenden Renten an die neuen Rentenformeln in pauschaler Form anzupassen.

Zur finanziellen Deckung der Alters- und Invalidensicherung in der sozialen Rentenversicherung gibt es generell drei Möglichkeiten, die im Arbeitskreis diskutiert wurden:

1. das Anwartschaftsdeckungsverfahren,
2. das Jahresumlageverfahren,
3. das Abschnittsdeckungsverfahren.

Der Arbeitskreis hat sich für das Abschnittsdeckungsverfahren entschieden mit dem Ziel, die Rentenbeiträge und -leistungen über einen zu bestimmenden Zeitraum konstant zu halten. Dieses Verfahren hat den Vorzug, daß es im Hinblick auf die kommende Überalterung der Versicherten eine für den dadurch bewirkten Mehraufwand ausreichende Reservebildung ermöglicht. Die Durchführung dieser Vorschläge wird – darüber war sich der Arbeitskreis klar – vor allem durch die Anpassung der laufenden Renten einen beachtlichen Mehraufwand erfordern.

Der Arbeitskreis sieht folgende Möglichkeiten, diesen Mehraufwand zu decken:

1. Rückgriffe auf Teile des beim Rentenversicherungsträger angesammelten Vermögens,
2. Übertragung eines Beitragsprozentsatzes aus der Arbeitslosenversicherung auf die Rentenversicherung,
3. Erhöhung der Beiträge,
4. Beteiligung des Bundes an der Aufbringung der Mittel.

Der Arbeitskreis hielt sich nicht für kompetent, darüber hinaus konkrete Vorschläge zu machen.

Bevor ich zum zweiten und dritten Teil meiner Ausführungen übergehe, darf ich noch einmal mit Nachdruck unterstreichen, daß es die einmütige Auffassung des Arbeitskreises war, diese Vorschläge der Alters- und Invalidensicherung unter allen Umständen noch in dieser Legislaturperiode durchzuführen. Er empfiehlt, sorgsam darauf zu achten, daß die Durchführung dieses Kernstückes der Sozialreform nicht dadurch gefährdet wird, daß über die vorhandenen Mittel anderweitig verfügt wird und der Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages nicht durch anderweitige Gesetzesanträge so belastet wird, daß eine rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes in Frage gestellt wird.

Wenn sich die Neuordnung der Alters- und Invalidenversicherung noch voll auf die Wahl im September 1957 auswirken soll, müßte das Gesetz so rechtzeitig verabschiedet und die verwaltungstechnischen Maßnahmen so vorbereitet werden, daß die neuen Renten spätestens im Monat Juni zur Auszahlung kämen. Der Arbeitskreis empfiehlt weiterhin, sobald die grundsätzlichen Fragen entschieden sind, auf Parteiebene mit den von der Union geführten Länderregierungen Fühlung aufzunehmen, um zu erreichen, daß das Gesetz zur Sicherung des Alters und der Invalidität ohne vermeidbare Verzögerung im Bundesrat behandelt werden kann.

Ich komme nun zu den Vorschlägen: Ausweitung der Sicherung bei Krankheit! Der Arbeitskreis war sich von vornherein darüber einig, daß die bisherige Form der sozialen Krankenversicherung mit Selbstverwaltung der Versicherten und Arbeitgeber beibehalten werden müsse.

Zu dem Personenkreis, der erfaßt werden soll! Auch hier steht theoretisch zur Frage, ob die Krankenversicherungspflicht auf alle Staatsbürger oder auf alle Erwerbstätigen ausgedehnt werden solle oder ob man sich, wie bisher, auf alle Arbeitnehmer beschränken müsse. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Krankenversicherungspflicht wie bisher auf alle Arbeitnehmer beschränkt bleiben solle, die Grenze für die Versicherungspflicht aber etwas erhöht werden müsse, und daß bei der Festsetzung der Versicherungspflichtgrenze die Familie und die Anzahl der Kinder berücksichtigt werden sollten.

Zur Diskussion stand dann, ob die freiwillige Weiterversicherung in der sozialen Krankenversicherung unbegrenzt beibehalten werden könne! Hier war der Arbeitskreis der Auffassung, daß die freiwillige Weiterversicherung so lange möglich sein sollte, als das Einkommen des Versicherten die Versicherungspflichtgrenze nicht um mehr als die Hälfte übersteige. Diese Begrenzung soll jedoch keine Gültigkeit haben für Versicherte, die das 50. oder 55. Lebensjahr erreicht haben und zu diesem Zeitpunkt mehr als zehn Jahre lang in der sozialen Krankenversicherung versichert waren. Auch bei der Krankenversicherung wurde die Auffassung vertreten, daß es unter den Selbständigen im Falle der Krankheit verschiedene bedürftige Berufsgruppen gibt und daß für diese Berufsgruppen eine eigenständige Sicherungseinrichtung geschaffen werden sollte.

Zum Thema Art und Umfang der Leistungen! Die Sozialversicherung hat schon bisher auf medizinischem Gebiete Leistungen zur Verhütung, zur Heilung und zur

Genesung gewährt. Die Teilnehmer des Arbeitskreises glaubten jedoch, es sei notwendig, daß für diese drei Leistungsarten folgende Forderungen noch einmal ausdrücklich betont werden sollten:

1. Zur Verhütung von Krankheiten sollen vorbeugende ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen ermöglicht werden.
2. Zur Heilung Erkrankter müssen alle nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Mittel, die der Heilung dienen können, zur Anwendung kommen.
3. Es müssen alle Wege beschritten werden, die geeignet sind, eine teilweise bzw. vorzeitige Invalidität zu verhindern.

Die wirtschaftliche Sicherung für die Erkrankten und deren Angehörigen war bisher für Arbeiter und Angestellte geregelt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß für den weitaus größten Teil der Angestellten die Unterscheidung nicht mehr gilt, die früher einmal zu dieser unterschiedlichen Regelung geführt hat. Er hält es deswegen für notwendig, daß auch für Arbeitnehmer, die im Lohnverhältnis stehen, die Lohnfortzahlung bis zur sechsten Woche angestrebt werden muß. Diese Lohnfortzahlung soll wie bei Angestellten durch die Arbeitgeber erfolgen. Um hier eine untragbare Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu verhindern, soll ein Ausgleich über Berufsgenossenschaften angestrebt werden. Inwieweit die Entlastung, die die Kranken durch eine solche Regelung erfahren, und die Mehrbelastung, die sich für Arbeitgeber ergibt, dadurch ausgeglichen werden können, daß der Arbeitgeberbeitrag zur sozialen Krankenversicherung herabgesetzt wird, hängt davon ab, in welchem Umfange die Kranken an der Aufbringung der Kosten für Rehabilitationsverfahren beteiligt werden.

Ein Fragenkreis, mit dem sich die Mitglieder sehr lange beschäftigen, war der: Welche Möglichkeiten gibt es, den Mißbrauch der sozialen Krankenversicherung einzuschränken? Nach dieser Diskussion blieb das Ergebnis übrig, daß eine Kostenbeteiligung der Versicherten wohl der einzige wirksame Weg sei, hier Einhalt zu gebieten. Der Arbeitskreis war sich auch darüber klar, daß in der Lohnfortzahlung bis zur sechsten Woche eine große Versuchung zum Krankfeiern liegt. Er hält diese Regelung deswegen nur dann für möglich, wenn durch einen vertrauensärztlichen Dienst dafür gesorgt wird, daß das unberechtigte Krankfeiern unmöglich gemacht wird. Zur Aufbringung der Kosten war der Arbeitskreis der Meinung, daß die Kosten für die soziale Krankenversicherung wie bisher durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt werden müssen.

Der dritte Teil, der bisher abschließend behandelt wurde, war das Kapitel „Rehabilitation". An der Rehabilitation sind von der Aufgabe her beteiligt: 1. die Krankenversicherung, 2. der kassenärztliche Dienst, 3. die Arbeitsverwaltung, 4. die Berufsverbände, 5. die Invalidenversicherung, 6. die Fürsorge. Der Arbeitskreis hielt es nicht für zweckmäßig, für die Rehabilitation eine eigene Institution zu schaffen. Er glaubte, daß es zweckmäßig sei, die beteiligten Institutionen entsprechend der Aufgabe zu koordinieren, wobei die Federführung jeweils bei der Institution zu belassen ist, die

von der Aufgabe her in den einzelnen Stadien der Rehabilitation sachlich zuständig ist.

Was den Personenkreis betrifft, war zu entscheiden, ob die Rehabilitation auf die Arbeitnehmer zu beschränken sei oder ob sie auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden solle. Hier war der Arbeitskreis der Auffassung, daß die Einrichtungen der Rehabilitation allen Erwerbstätigen zugänglich gemacht werden müssen.

Art und Umfang der Rehabilitation! Hier sind zu unterscheiden: medizinische Maßnahmen, die der Wiederherstellung der Arbeitskraft dienen, berufliche Maßnahmen, deren Ziel es sein soll, die in ihrer Arbeitsfähigkeit Beschränkten auf eine Arbeit vorzubereiten, die sie noch zu leisten vermögen, und wirtschaftliche Maßnahmen, die den Unterhalt des Geschädigten und seiner Familie während der Dauer des Rehabilitationsverfahrens sicherstellen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß dieser dritte Aufgabenbereich der Rehabilitation in enger Zusammenarbeit zwischen Krankenversicherung, Arbeitsverwaltung, Berufsverbänden, Invalidenversicherung und Fürsorge mit dem vertrauensärztlichen Dienst und den behandelnden Ärzten durchgeführt werden müsse.

Zur Aufbringung der Kosten! Es ist kaum möglich, auch nur einigermaßen eine Übersicht über das zu gewinnen, wie hoch die durch die Rehabilitation anfallenden Kosten sein werden. Der Arbeitskreis hielt sich auch nicht für kompetent, für die Aufbringung der Kosten einen konkreten Vorschlag zu machen. Er war jedoch der Auffassung, daß für die medizinische Behandlung die Krankenkasse, für die beruflichen Maßnahmen die Arbeitsverwaltung bzw. die Berufsgenossenschaft, für die wirtschaftlichen Maßnahmen die Arbeitsverwaltung und die Invalidenversicherung in Anspruch genommen werden müssen. Soweit die genannten Institutionen den Anforderungen nicht gewachsen sind, wird eine Deckung durch eine staatliche Rehabilitationskasse unumgänglich sein. Ich sagte am Eingang schon, daß die Themen „Wie helfen wir der Familie?", „Eigentumsbildung und Fürsorge" noch abschließend behandelt werden. Das Thema ist allerdings schon in den vergangenen sechs Monaten mitbehandelt worden, so daß ich mit Sicherheit sagen kann, daß spätestens bis Mitte März dem Vorstand die Ergebnisse der Beratungen über diese drei Probleme vorgelegt werden können.

Adenauer: Herr Heck! Sind diese Entscheidungen in der Hauptsache einmütig getroffen worden? (*Heck:* In diesem Arbeitskreis ja!) Meine Damen und Herren! Wir haben dem Herrn Heck für diesen Vortrag herzlich zu danken. *(Lebhafter Beifall.)* Wir sind um so mehr dazu berechtigt und verpflichtet, weil er durch das Hinscheiden unseres Freundes Dr. Tillmanns hier helfend einspringen mußte.

Nun ist die Frage: Wie sollen wir die Diskussion gestalten? Sollen wir abwarten, bis auch der Rest vorliegt, oder sollen wir jetzt über diesen Teil schon diskutieren? Wenn wir uns dafür entscheiden, diesen Teil jetzt schon zu diskutieren, dann entsteht die Frage, ob wir das Material haben. (*Zurufe:* Nein! Nein!) Augenblick, meine Herren, seien Sie doch nicht so schrecklich unruhig, Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will. Herr Albers, haben wir dieses Material aufgrund des Vortrages von

Herrn Heck so in uns aufnehmen können, daß wir mit wirklichem Ernst darüber jetzt diskutieren können? (*Albers:* Nein! – *Mehrere Zurufe:* Nein!) Oder empfiehlt es sich, daß Herr Heck uns seinen Vortrag – in wenigen Tagen wird das möglich sein – schriftlich zugehen läßt, damit wir dann die Sache, jeder für sich, gründlich überlegen können, um dann in eine Diskussion einzutreten? (*Zurufe:* Ja!) Das würde also zur Folge haben, daß wir heute nicht mehr darüber diskutieren.

Albers: Herr Bundeskanzler! Jetzt bin ich wieder einmal mit Ihnen einig. Das Thema ist viel zu groß und so weitschichtig, als daß wir es jetzt in allen seinen Punkten überschauen könnten. Wir können also heute nicht über diese unübersichtliche Materie diskutieren. Wir müssen das Material in Händen haben. Ich würde also auch vorschlagen, heute keine Aussprache darüber zu machen.

Adenauer: Mir scheint das – auch darin bin ich mit Herrn Albers, wie sooft, einig – der richtige Vorschlag zu sein. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß diese Entscheidungen des Parteivorstandes, die wir dem Parteiausschuß und dem Parteitag vortragen müssen, auch für die Bundestagsfraktion von der größten Bedeutung sind. Daher ist es vielleicht erwägenswert, ob wir nicht aus der Bundestagsfraktion und aus Mitgliedern des Vorstandes ein Gremium bilden sollen, das sich zunächst mit diesem Bericht einmal beschäftigt. Was halten Sie davon? (*Krone:* Zum Teil sind die Herren ja dabeigewesen.) Ja, zum Teil, zum Teil aber auch nicht, und wir wollen doch keinesfalls in die Lage kommen, daß bei einem so großen Werk – ich meine, nicht nach dem Umfang allein, sondern auch nach dem Inhalt – schließlich zwischen dem Parteitag und der Fraktion eine Differenz entsteht. Es ist die Frage, wie können wir das vermeiden, Herr Krone?

Krone: Erstens durch den ergänzten Bericht, der schriftlich kommt, den wir einem Teil der Fraktion zur Verfügung stellen, und dann durch den ergänzenden Bericht, über den wir dann hier zusammen mit den zuständigen Herren der Fraktion im Bundesvorstand sprechen.

Gradl: Ich habe etwas Bedenken gegen diesen Vorschlag. Wenn das, was Herr Heck gesagt hat, nämlich die Empfehlungen des Arbeitskreises, einem solchen Kreise bekanntgegeben werden – so daß es also nicht mehr nur zu unserer Orientierung, sondern auch zur Besprechung mit anderen sachverständigen Freunden dient –, dann gerät das Ergebnis leicht in die Öffentlichkeit. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß wir das, was wir vorhin als Programm für die Vorbereitung der kommenden Auseinandersetzung gehört haben, schon in der Öffentlichkeit diskutieren und zerreden lassen sollten; denn das geschieht, wenn wir es einem großen Kreis bekanntgeben.

Mir scheint – ich weiß nicht, ob das Ihre Überlegung war, Herr Bundeskanzler – der andere Gedanke richtiger zu sein, daß wir nämlich aus dem Vorstand einen engeren Kreis von Freunden beauftragen, die sich zunächst mit dem Material, das Herr Heck vorgetragen hat, vertraut machen. Die Arbeiten an den noch offenen Punkten könnten inzwischen weitergehen. Wir könnten dann vor der nächsten Vorstandssitzung, die ja wahrscheinlich zusammen mit einer Sitzung des Bundesparteiausschusses abgehalten wird, das gesamte Material bekommen, so daß wir dann im Parteivorstand und dann

am anderen Tage im Parteiausschuß darüber reden könnten. Dann haben wir eine Plattform, und die Sache wird nicht vorher zerredet.

Adenauer: Man muß auf eine weitere Schwierigkeit aufmerksam machen. Das Kabinett muß eine Gesetzesvorlage machen. Das Kabinett, das fleißig an der Arbeit ist, einen besonderen Ausschuß eingesetzt hat und in der nächsten Woche unter meinem Vorsitz wieder zusammentreten wird, spielt also bei der ganzen Sache eine wichtige Rolle; denn es ist keine Materie, die man irgendwie dem Parlament allein zur Einbringung überlassen kann.

Ich möchte Sie daher zunächst fragen, Herr Heck, ist es nicht möglich, daß Sie die wichtigsten und entscheidendsten Punkte zunächst einmal herausgreifen? Ich rühme mich nicht, ein Kenner der ganzen Materie zu sein, aber unterstellen kann ich eine gewisse Ahnung. Mir scheint, als ob sich der Vorstand, der Ausschuß und der Parteitag zunächst beschränken sollten auf einige ganz entscheidende und neue Punkte, die in dem Vortrag eben zum Ausdruck kamen, sonst ist weder hier noch im Parteiausschuß noch auf dem Parteitag eine nutzbringende Diskussion möglich.

Ich darf Sie z.B. auf zwei Punkte aufmerksam machen: Der eine Punkt, eine ganz neue Sache – ich weiß nicht, ob das in einem anderen Land schon ist –, ist der, daß sich die Altersrente nach dem jeweiligen Stand des Lohnes richten solle, damit wir es nicht so haben wie jetzt, wo die Leute mit 20 Jahren oder wann einzahlen, und die Einzahlungen sind dann infolge der rasenden wirtschaftlichen Entwicklung, wenn die Leute in den Genuß der Altersrente kommen sollten, schließlich entwertet. Es ist ein neuer Weg vorgeschlagen, wonach sich die Altersrenten nach dem jeweiligen Lohnniveau richten sollen, das ja wachsen wird. Wir müssen mit einer guten Entwicklung rechnen. Die andere Frage ist die, wie halten wir es mit den freien Berufen, wieweit nehmen wir sie herein und wieweit nicht? Ich würde vorschlagen, den Stoff für die Sitzungen des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und des Parteitages auf diese Hauptsätze zu beschränken, damit wir da wirklich zu einer klaren Diskussion und Entscheidung kommen können. (*Weber:* Herr Bundeskanzler! Ich hätte eine Frage zu stellen: Ich habe gehört, man beabsichtige, bis zum Ende dieser Wahlperiode nur über große Grundsätze abstimmen zu lassen. Will man nun dazu übergehen, zu diesen einzelnen Abschnitten doch Gesetzesvorschläge zu machen?) Es ist ausdrücklich gesagt worden, daß z.B. die Auszahlung der neuen Renten bis zum Juni 1957 erfolgen müsse. Aber auch die anderen Dinge sind so umfangreich und kompliziert – das wird Herr Kollege Storch, der eben eingetroffen ist, uns bestätigen können –, daß man sie unmöglich durch die ganze Gesetzgebungsmaschine in kurzer Zeit hindurchpeitschen kann. (*Weber:* Ich halte es auch für absolut unmöglich, daß darüber schon bis Herbst 1957 in Form von Gesetzesvorlagen abgestimmt werden kann.) Darüber sind wir uns einig. Wir wollen also einige Sachen vorziehen und in gesetzliche Form bringen. Aber das andere, nämlich das ganze Reformwerk, sollten wir unter einem Gesichtspunkt betrachten und es wenigstens schon gesetzlich festlegen.

Ich darf zurückkommen auf meinen Vorschlag, der dahin geht, die Diskussion im Vorstand, im Parteiausschuß und auf dem Parteitag dadurch zu vereinfachen,

klar und übersichtlich zu machen, indem man sich auf ganz wesentliche Punkte des Gesamtwerkes beschränkt.

Zimmer: Ist der Sozialpolitische Ausschuß der Partei bereits gehört worden? Hat er bereits über die Grundsätze beraten? Soviel ich gehört habe, war ein Sonderausschuß eingesetzt, der Grundsätze ausgearbeitet hat. Der Sozialpolitische Ausschuß ist von Vertretern aller Länder besetzt.

Heck: Der Sozialpolitische Ausschuß hat über das Thema der Sozialreform Sitzungen abgehalten und über die Grundsätze diskutiert, auch über die Einzelfragen, die ich hier vorgetragen habe.[46] Er hat dann dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses für die Beratungen in diesem Arbeitskreis nach dieser Diskussion freie Hand gegeben. Er war der Auffassung, daß, nachdem man in grundsätzlichen Dingen die Meinungen gehört hatte, Herr Lünendonk in diesem kleinen Arbeitskreis befugt sei, Themen für diesen Arbeitskreis festzulegen.

Zimmer: Aus diesem Mitgliederkreis wird das aktivste Interesse den Dingen entgegengebracht werden. Ich bitte daher um Prüfung, ob es zweckmäßig ist, diesen Sozialpolitischen Ausschuß zu dem vorgetragenen Ergebnis Stellung nehmen zu lassen. Wir würden dann die Beschickung dieses Ausschusses, die in den Händen der Landesverbände liegt, besonders beachten müssen. Es können also nicht nur die technischen Sozialpolitiker – wenn ich sie so nennen darf – hingeschickt werden, weil es sich um fundamentale und auch allgemeine politische Vorgänge handelt. Ich würde also darum bitten zu prüfen, ob nicht eine abschließende Sitzung stattfinden kann.

Adenauer: Das wird Sache des Herrn Lünendonk sein. Er ist doch in diesem Arbeitskreis und ist Vorsitzender dieses Ausschusses. Wenn er glaubt, den Sozialpolitischen Ausschuß zu bestimmten Fragen noch einmal einberufen zu sollen, dann sollten wir ihm das überlassen. Das kann er ja jederzeit machen. Wovor ich aber warnen möchte, ist das, daß wir uns aus perfektionistischen Gefühlen heraus totberaten.

Heck: Ich möchte den Vorstand darauf aufmerksam machen, daß es eine ungewöhnlich große Arbeit war, die zunächst völlig auseinanderlaufenden Auffassungen, die sich festgefressen hatten, Stück für Stück wieder abzubauen. Ich würde auch empfehlen, es dem Herrn Lünendonk zu überlassen, ob zu diesem oder jenem Punkt der Sozialpolitische Ausschuß noch einmal gehört werden soll.

Adenauer: Sind Sie damit zufrieden, Herr Dr. Zimmer?

Zimmer: Ich möchte verhindern, daß gerade in diesem Kreise nachher eine unvermutet starke Opposition aufkommt.

Cillien: Ich bin dankbar dafür, daß wir jetzt nicht zu diesen zum Teil neuen Fragen Stellung nehmen. Aber wenn wir es demnächst tun, müssen wir zu dem Ergebnis des Arbeitskreises etwas über die finanziellen Auswirkungen hören. Das ist gar nicht berührt worden. Vorher kann man zu den Dingen doch nichts sagen.

---

46 Unterlagen in ACDP VII-004-273.

Adenauer: Das ist ein wesentlicher Bestandteil. Ich glaube, im Ministerium von Herrn Storch sind gerade in den letzten Wochen über die finanziellen Auswirkungen ausgedehnte Untersuchungen angestellt worden, über deren Ergebnisse wir am Mittwoch hören werden.[47]

Storch: Ich habe den Vortrag von Herrn Dr. Heck nicht ganz mit anhören können, ich habe mich aber bei dem Teil, den ich noch hören konnte, davon überzeugen können, daß im wesentlichen die Ergebnisse des Beirates mitverwandt worden sind. Herr Lünendonk hat das große Glück, daß er neben seiner Funktion in unserem Sozialpolitischen Ausschuß auch in diesem Beirat ist und deshalb auch die Meinungen der Sachverständigen von allen Seiten her mitverwenden kann.

Im großen und ganzen kann ich sagen, daß das, was Herr Dr. Heck vorgetragen hat, von mir im wesentlichen gedeckt wird. Ich halte es für dringend notwendig, daß sich zunächst eine kleine Anzahl besonders interessierter Freunde über die Auswirkungen – auch in finanzieller Hinsicht – dessen, was wir wollen, klar wird. Ich würde nichts dagegen haben, wenn hier aus dem Kreise des Parteivorstandes einige Damen und Herren bestimmt würden, die sich in Verbindung mit den Sachbearbeitern meines Hauses alle Auswirkungen des Gewollten klar vor Augen führen ließen.

Ich möchte davor warnen, diese Dinge jetzt schon in die Öffentlichkeit zu geben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Sozialdemokraten am kommenden Sonntag zusammenkommen.[48] Es waren zwei Herren von diesem Kreise, der nun zusammenkommt, bei mir, um sich Material gegen Herrn Professor Schellenberg[49] geben zu lassen. (*Weber:* Hört! Hört!) Ich sage Ihnen in aller Offenheit: In dem Moment, wo wir das von uns Gewollte in die Öffentlichkeit geben, kommt Herr Schellenberg übermorgen und bringt Initiativanträge ein. Wir haben dies bereits im Dezember erlebt. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir jetzt dazu übergehen sollten, die Dinge so durchzuarbeiten, daß wir auf dem kommenden Parteitag eine einheitliche Stellungnahme herausbringen, von der wir uns auch nicht durch Initiativanträge der Sozialdemokraten abbringen lassen sollten. Dann haben wir eine Konzeption, mit der wir auch in die Öffentlichkeit treten können und mit der wir auch Eindruck erwecken.

Die Dinge sind ganz klar. Was die Leute draußen in Wirklichkeit wollen, ist in dem Beirat ausführlich behandelt worden. Ich glaube, daß die wesentlichsten Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind, auch dazu beitragen, eine neue und gesunde Konzeption herbeizuführen. Sie muß von uns herausgebracht werden; sie darf nicht über fremde

47 18. Januar 1956, Sitzung des „Sozialkabinetts" (HOCKERTS S. 326–330).

48 Kongreß der SPD am 14. und 15. Januar in Köln, der als Einleitung in den Wahlkampf für 1957 gedacht war (Bericht in der „Welt" vom 16. Januar 1956; Reden und weitere Zeitungsartikel in ACDP VII-004-189/4; vgl. Nr. 16 Anm. 10).

49 Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), 1945 stv. Leiter der Abt. Sozialwesen beim Magistrat Berlin, dann Direktor der Versicherungsanstalt Berlin und bis 1958 der AOK Berlin, 1946–1948 Professor mit Lehrauftrag für Versicherungswesen sowie Direktor des Instituts für Sozialwesen und Versicherungswesen an der Humboldt-Universität Berlin, 1952–1976 MdB (SPD).

Kanäle nachher in die Hände der anderen laufen, sonst sagen diese, die haben es so gemacht, weil wir einen Initiativantrag eingebracht haben. Wenn sich aus diesem Kreise eine Anzahl von Damen und Herren über diese Dinge orientieren lassen will, dann lade ich sie ein. Wir können in gewissen Zeitabständen zusammenkommen, um Stück für Stück der Grundkonzeption und ihrer Auswirkungen durchzugehen. Wenn wir das täten, könnten wir ein gutes Werk verrichten.

Adenauer: Haben Sie aus den Gründen, die Sie angeführt haben, auch Bedenken dagegen, daß man diesem Kreise einen Extrakt dessen, was Herr Heck vorgetragen hat, übermittelt?

Storch: Ich bin der Meinung, wenn alle Damen und Herren einen derartigen Extrakt schriftlich in die Hände bekommen, und das kommt nachher irgendwie an die Öffentlichkeit, hat es keinen Sinn mehr; denn dann werden die anderen ähnliche Erklärungen abgeben und sagen, das haben die von uns übernommen.

Adenauer: Aus dem, was eben Herr Kollege Storch gesagt hat, habe ich den Eindruck, daß wir ein sehr großes Vertrauen gegenüber den Gremien zeigen müssen, die bis jetzt an der Sache arbeiten. Wir sollten also nur über die ganz wesentlichen Punkte dieses Ergebnisses – wozu auch die finanzielle Seite gehört – diskutieren, weil sonst alles an die Öffentlichkeit kommt. Darin hat Herr Storch recht, weil die Sozialdemokraten, soweit ich weiß, bisher noch nicht zu irgendeiner Konzeption gekommen sind und nur darauf warten, von uns frisches Brot zu bekommen, um damit auf den Markt zu gehen. (*Kaiser:* Morgen und übermorgen tagen die Sozialdemokraten in Köln; dann werden sie wohl auch mit etwas herauskommen.)

Wackerzapp: Ich möchte etwas zur Rentenversicherung sagen. Es ergibt sich die Frage, was mit den Leuten geschieht, die nicht versichert sind, nämlich der Mittelstand, der von den Renten seiner Ersparnisse lebt. Er hat gegen den Währungszerfall keinerlei Sicherung und ist durch die Inflationen schon zweimal enttäuscht worden. Der Mittelstand bleibt jedesmal auf der Strecke, aber für die anderen wird gesorgt. Dieses Problem des Mittelstandes hinsichtlich seiner Altersversorgung ist eine sehr bedrückende Angelegenheit.

Adenauer: In dem, was Herr Wackerzapp gesagt hat, liegt ein wichtiger Kern. Aber Sie dürfen nicht übersehen, daß Gegenstand der Sozialreform eben diese besprochene Aufgabe ist, aber nicht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dem Mittelstand die Vollwertigkeit seiner Ersparnisse erhalten bleibt. Was wollen Sie dagegen tun? Dagegen kann man nichts anderes tun, als eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu betreiben und die Hoffnung auszusprechen, daß die Wirkungen der krisenhaften Jahre, die hinter uns liegen und sich noch fühlbar machen, einmal aufhören und wir zu einer Stetigkeit in der Bewertung des Geldes und anderer Dinge kommen.

Wenn wir dieses Prinzip einführen, daß die Altersrenten nach den Löhnen bemessen werden, dann wird das natürlich für die Lebensversicherungsgesellschaften eine außerordentlich harte Nuß werden, aber schließlich sind wir nicht dazu da, um hier diese Nuß zu knacken, wenn sie überhaupt geknackt werden kann. Wir sind dazu da, für diejenigen zu sorgen, für die die Sozialreform überhaupt gedacht ist.

Ihr Gedanke, Herr Wackerzapp, ist sehr richtig; denn wir erleben es doch immer, die Leute haben gezahlt und Leistungen vollbracht, und dann ist das Geld entwertet. Ihre Rente ist infolgedessen ungenügend zum Leben. Es bleibt dann nichts anderes übrig, daß ihnen dann unter großen Kämpfen nachgeholfen werden muß, so quasi im Wege des Almosens. Dem aber will nun dieser neue Vorschlag einen Riegel vorschieben. Ich würde also vorschlagen, Herr Wackerzapp, diese beiden Probleme gesondert zu behandeln. Lassen wir uns also zunächst diesem Problem hier zuwenden.

Storch: Der größte Teil der Leute, die wir als Mittelständler bezeichnen, hat früher entweder in einem Arbeits- oder in einem Angestelltenverhältnis gestanden. Wenn die neue Ordnung kommt, werden Sie sehen, daß diese Leute von dem Recht der freiwilligen Weiterversicherung restlos Gebrauch machen.

Wackerzapp: Die Währungsreform hat bewiesen, daß die Sozialrenten wertbeständig geblieben sind, daß aber Privatrenten bis zu 90 % abgewertet worden sind. Und daran wird nichts geändert. Die Sozialrente wird wertbeständig gemacht, aber die Privatrente wird eine entsprechende Erhöhung nicht haben. Man kann also die Sache nicht einseitig behandeln. Der private Mittelstand hat aus eigener Kraft die Gelder erspart.

Adenauer: Ich habe eben gesagt, in dem, was Sie sagen, liegt ein berechtigter Kern, und ich würde sagen, wenn das so gemacht wird, dann zieht das andere auch eine andere Entwicklung nach sich. Aber ich würde nicht sagen, wenn man das eine so macht, dann kann man das andere nicht ändern. Ich würde es an Ihrer Stelle gerade begrüßen und auch erwarten, daß dann den anderen auch geholfen wird, und zwar auf eine Weise, die noch überlegt werden muß. Dafür aber jetzt zu sorgen, sind wir ja nicht da.

Hellwig: Die Frage hat den Wirtschaftspolitischen Ausschuß veranlaßt, die Bitte anzumelden, daß er vor dem Parteitag sich zu diesen Dingen äußern kann. Ich sehe ein, daß man das nicht in einem großen Kreise, sondern nur in einem kleinen Kreise machen kann. Ich möchte bitten, zu dem Gremium, von dem gesprochen worden ist, auch einige Herren des Wirtschaftspolitischen Ausschusses hinzuzuziehen, um von vornherein eine Diskussion auf dem Parteitag, die von den eigentlichen Zielen abweicht, aufzufangen.

Adenauer: Ihre Anregung ist richtig und wichtig, Herr Hellwig.

Heck: Es war bei dem Kapitel „sicherungsbedürftige Selbständige" von zwei Möglichkeiten die Rede: daß entweder für die sicherungsbedürftigen Selbständigen eine eigenständige Einrichtung dieser Art geschaffen werden sollte, oder daß der Personenkreis, der sicherungsbedürftig ist und nicht nachweist, daß er auf der privaten Ebene selber Vorsorge für sein Alter getroffen hat, versicherungspflichtig erklärt wird. Die Frage, die Sie angeschnitten haben, ist nicht nur angeschnitten, sondern bereits mitbehandelt worden.

Adenauer: Ich darf folgendes feststellen: Unsere Diskussion schließen wir nunmehr ab. Der Arbeitskreis wird weiterarbeiten und, der Anregung des Herrn Hellwig folgend, zu Sitzungen, wenn es nötig ist, Mitglieder aus dem Wirtschaftspolitischen

Ausschuß heranziehen. Es soll weiter eine enge Verbindung mit einigen Herren aus der Bundestagsfraktion aufgenommen werden. Herr Kollege Storch hat sich bereit erklärt, den interessierten Mitgliedern des Vorstandes eventuell in periodisch laufender Weise die nötigen Auskünfte in seinem Ministerium geben zu lassen. Wir wollen aber vermeiden, daß dieses Material in weitere Hände kommt. Nach dem Verlauf, den die Diskussion genommen hat, möchte ich vorschlagen, daß die Hauptgrundsätze noch nicht in die Hand des Vorstandes kommen, sondern erst soll die Sache bis zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Dann werden wir eine neue Vorstandssitzung so vorbereiten, daß der Vorstand in der Lage ist, zu den Hauptgrundsätzen Stellung zu nehmen. (*Dichtel:* Und das Material?) Ich habe mich etwas allgemein ausgedrückt, ich habe gesagt, eine neue Vorstandssitzung so vorbereiten, daß der Vorstand in der Lage ist, zu den Hauptgrundsätzen Stellung zu nehmen. Dabei bin ich der Auffassung, daß diejenigen Mitglieder des Vorstandes, die sich besonders dafür interessieren, auch vorher von dem Anerbieten des Kollegen Storch Gebrauch machen und sich auch in seinem Ministerium periodisch einfinden werden.

Seien wir uns darüber klar: Keiner von uns kann diese Materie irgendwie beherrschen, das geht gar nicht. Man muß etwas Vertrauen zu den Leuten haben, die wir dazu bestimmt haben, die Sache durchzuarbeiten. Das eine glaube ich Ihnen doch wirklich sagen zu können: Wenn eine Materie sehr gründlich durchgearbeitet worden ist, dann ist es diese Materie. Sie ist zuerst durchgearbeitet worden beim Kollegen Storch, dann bei den vier Professoren, dann bei den „Gegenprofessoren", dann ist sie gründlich durchgearbeitet worden im Arbeitskreis des Herrn Heck, dem doch wirklich Leute angehören, zu denen wir Vertrauen haben können. Und nun gibt Ihnen der Herr Storch noch die Möglichkeit, in seinem Ministerium Auskünfte zu bekommen. Deshalb meine ich, sollten wir etwas Vertrauen haben, daß die Sache auch gut weitergeht. Die Hauptsache ist doch, daß wir in großen Zügen einig sind. Wenn Sie sich nun vor Augen halten, daß auch noch die ganze Sache im Kabinett beraten werden muß, daß sie dann an den Bundesrat und an den Bundestag kommt und wahrscheinlich dort auch noch geändert wird, dann können wir doch Gott danken, wenn es uns gelingt, wenigstens dieses Hauptstück so rechtzeitig fertigzustellen, daß die neuen Gesetze im Juni 1957 gestartet werden können. Im übrigen kann man dann später immer noch verbessern und ändern. Es handelt sich um eine so schwere und umfangreiche Materie, daß kein Mensch erwarten kann, daß die ersten Gesetze für alle Ewigkeit so bleiben.

Dürfen wir dieses Thema nun verlassen und zum Frühstück gehen? Anschließend hätten wir dann noch zu behandeln den Bundesparteitag 1956, das Bundestagswahlgesetz und die Vorarbeiten für die Bundestagswahl 1957. Ich würde vorschlagen, daß wir eine kleine Änderung vornehmen, und zwar sollten wir sofort mit dem Bundestagswahlgesetz anfangen nach der Mittagspause, weil dann noch zahlreiche Leute hiersein werden; denn bei der Frage des Bundesparteitages und der Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 ist eine so zahlreiche Besetzung nicht absolut notwendig. (*Heck:* Der Punkt zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist außerordentlich wichtig.) Wer muß heute abend abreisen? (*Einige Zurufe:* Hier! – *Von Hassel:* Ich muß um

2 Uhr weg, weil ich heute abend in Hannover spreche.) Ich schlage vor, daß wir – abgesehen von Ihnen – doch bis 17 Uhr hierbleiben. Bis dahin können wir diese Punkte erledigt haben.

Pause von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Niedersachsen hatten dringend Wünsche wegen ihres sehr interessanten Landes mit mir zu besprechen. Dürfen wir nun fortfahren mit der Tagesordnung? Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst den Herrn Scharnberg zum Punkt 4 der Tagesordnung anhören. Wie lange brauchen Sie, Herr Scharnberg? (*Scharnberg:* 20 Minuten!)

BUNDESTAGSWAHLGESETZ

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich Ihnen die Situation, wie sie augenblicklich in der Wahlrechtsfrage ist, schildern soll, dann muß ich ausgehen von dem, was zunächst während der Legislaturperiode dieses Parlamentes geschehen ist. Auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzlers hat Herr Schröder die Koalitionspartner zu Gesprächen eingeladen, um sich zu verständigen.[50] Diese Gespräche führten zu keinem Erfolg, da von der anderen Seite gesagt wurde, für uns kommt nur das 49er oder das 53er Wahlrecht in Frage. Wir dagegen sagten, für uns sind das keine Gegenstände der Verhandlung. Die DP schloß sich unserer Meinung an.

Es kam dann zu dem Antrag der SPD[51] auf 49er Wahlrecht und zu dem Antrag der FDP[52] auf 53er Wahlrecht. Der Antrag von Stücklen und einer Reihe von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sah die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechtes in 400 Wahlkreisen vor.[53] Wir haben dann einen Wahlrechtsausschuß wie beim vorigen Mal eingesetzt.[54] Unsere CDU/CSU-Gruppe in diesem Wahlrechtsausschuß hat darüber beraten, wie sie sich verhalten solle. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß wir nach Ablehnung des Stücklen-Entwurfes, die zu erwarten war, und auch nach der Ablehnung des SPD-Entwurfes und des FDP-Entwurfes den Antrag in der Weise ändern wollten, um das, was in der Presse immer als Grabensystem geschildert wird, einzuführen.

Das bedeutet also, daß wir zu 60 % Mehrheitswahl und zu 40 % Verhältniswahl machen, im Gegensatz zum 53er Wahlrecht, welches ja nicht eine Mischung von

50 Am 27. Januar 1955. – Vgl. dazu und zum Folgenden LANGE S. 589–710, hier S. 620.
51 BT-Drs. 1272 vom 16. März 1955 (Ollenhauer und Fraktion).
52 BT-Drs. 1444 vom 10. Juni 1955 (Dr. Schneider-Lollar, Euler, Dr. Dehler und Fraktion).
53 BT-Drs. 1494 vom 24. Juni 1955 (Stücklen, Dr. Jaeger, Lücke und Genossen).
54 Erste Sitzung am 27. Juni 1955, Vorsitzender Hugo Scharnberg (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 576).

Mehrheitswahl und Verhältniswahl war, sondern eine Mischung von Personenwahl und Verhältniswahl, also eine sogenannte personalifizierte Verhältniswahl, und zwar dadurch demonstriert, daß jede Partei genausoviel Mandate bekommen hat, wie ihr zustanden. (*Adenauer:* Wie Stimmen abgegeben worden sind.) Ja! Was bedeutet nun unser Vorschlag, zu dem wir uns dann entschlossen haben? Er bedeutet nach der staatspolitischen Richtung hin eine Weichenstellung auf das Mehrheitswahlrecht hin, was ja unsere Parteiauffassung ist, die auf dem Hamburger Parteitag noch einmal bestätigt worden ist. Es bedeutet zahlenmäßig – wenn ich einmal ein gleiches Wahlresultat wie 1953 unterstelle –, daß die FDP eine Einbuße von gut und gern 10 Mandaten hätte, die CDU aber ein Plus von 50 Mandaten! Die SPD hätte einen Verlust von 27 Mandaten und der BHE einen solchen von 13 Mandaten.

Wir haben uns die Frage vorgelegt, ist dieses Verfahren durchsetzbar oder nicht durchsetzbar? Man muß sich diese Frage bis in die letzten Konsequenzen überlegen, um zu wissen, wie stark ist die eigene Position in den Verhandlungen, die darüber kommen werden. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir einen solchen Vorschlag mit einigen Stimmen der DP und mit allen Stimmen der CDU/CSU im Bundestag durchziehen könnten.

Dann entsteht die Frage, ob von der Bundesratsseite her ein Veto kommen würde. Das einfache Veto läßt sich zweifellos überstimmen, aber das qualifizierte Veto könnte nicht überstimmt werden. Ich bin der Meinung – die Auffassungen darüber sind nicht ganz einheitlich bei uns –, daß ein qualifiziertes Veto im Bundesrat, selbst wenn die FDP dazu überging, die Koalition zu diesem Zweck zu sprengen, einfach nicht zustande zu bringen ist, weil die Verfassungen in den einzelnen Ländern im Zusammenhang mit diesem konstruktiven Mißtrauensvotum solche Schwierigkeiten machen würden, daß das nicht hinzukriegen ist. Ich sage das nicht aus dem Grunde, um hier anzudeuten, daß wir die Absicht haben oder es für richtig halten, einen solchen Weg des Kampfes zu gehen, sondern ich sage es deswegen, weil man diesen Kampf und diese Möglichkeit sehen muß, um seine eigene Stärke bei den Verhandlungen über einen Kompromiß zu erkennen. Wir haben also diese Dinge sehr genau durchdacht und unsere entsprechenden Beschlüsse gefaßt.

Es hat dann noch eine Sitzung des Wahlrechtsausschusses der Partei[55] stattgefunden, über die ich Sie kurz unterrichten muß als Vorsitzender des Wahlrechtsausschusses der Partei. In dieser Sitzung wurde mit großer Mehrheit die Richtigkeit des Vorgehens mit diesem Grabensystem bestätigt. Es wurde weiter als wünschenswert bezeichnet, daß das Parlament verkleinert werden soll. Es wurde auch über die Frage, ob man eine Bundesliste neben der Länderliste machen sollte, gesprochen. Das hielt man überwiegend nicht für so unbedingt notwendig.

Es wurde dann noch erwähnt, daß man mindestens bei der Bestimmung über die Aufstellung der Kandidaten die Einwirkungsmöglichkeit, die von seiten der Parteileitung bisher gegeben ist, aufrechterhalten, wenn möglich noch verstärken sollte.

55 Unterlagen nicht zu ermitteln.

Dann wurde ein Listenverbindungsverbot abgelehnt. Dann wurde eine Sperrklausel für wünschenswert gehalten. Die Schwierigkeit einer Sperrklausel ist darin, daß wir zwei völlig gleichartige Parteien haben, nämlich die DP und die Bayernpartei. Das Interesse der CDU/CSU besteht darin, daß durch die Sperrklausel die Bayernpartei getroffen wird. Unser Interesse muß natürlich, weil wir ja ohne die DP das Wahlrecht sehr schwer verabschieden können, dahin gehen, daß die Sperrklausel die DP nicht betrifft. Das läßt sich wahrscheinlich – beide Parteien sind gleich groß – technisch dadurch machen, daß man sagt, daß bei listenverbundenen Parteien eine Sperrklausel von vielleicht 10 % eingeführt wird. Dann könnten wir mit der DP eine Listenverbindung machen in der Hoffnung, daß die Bayernpartei keinen Partner für eine Listenverbindung findet. (*Adenauer:* Ich bitte Sie, diese unbefangenen Äußerungen zu vergessen. – *Heiterkeit.*)

Dann wurde über die Einführung einer Wahlpflicht gesprochen. Man war vielfach im Ausschuß der Meinung, daß man, wenn man eine postalische Wahl macht, diese nicht in Verbindung mit einer Wahlpflicht machen soll; denn ein sehr schwieriges Problem ist die dann eventuell notwendig werdende Neueinteilung der Wahlkreise, was nämlich in dem Moment, wo ich echtes Mehrheitswahlrecht in die Sache hineinbringe, notwendig wird, und zwar wegen der großen Differenzen, die allmählich in der Bevölkerungszahl bei den einzelnen Wahlkreisen eingetreten sind. Wir haben, um das nur anzudeuten, Wahlkreise mit 140.000 bis 150.000 und solche mit 360.000 Einwohnern.

Im Wahlrechtsausschuß des Bundestages ging es dann so weiter, daß zunächst die Anträge der SPD wie der Antrag von Stücklen wie auch ein Antrag auf Einführung der absoluten Mehrheitswahl abgelehnt wurden. Wir standen dann vor der Notwendigkeit, unseren Antrag zu stellen. Wir haben uns sehr lange überlegt, ob wir das vermeiden könnten; denn wir waren sehr unangenehm davon berührt, daß dieser Antrag gerade in die Koalitionskrise hineinplatzte. Wir sind aber in Verbindung mit Herrn Krone nach sehr eingehenden und gründlichen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, den Antrag zu stellen. Wenn wir ihn nicht gestellt hätten und es wäre am 10. zu der Wiederwahl von Dehler gekommen und wir den Antrag erst nachher gestellt hätten, dann würde es geheißen haben: Aha, das ist die Rache der CDU gegen diese Wahl. Wir haben also den Antrag gestellt, damit war leider Gottes die ganze Wahlrechtsfrage in die Koalitionskrise hineingezogen. Das Weitere hat dann die FDP besorgt.

Ich darf ein Wort dazu sage, warum wir gegen das, was vielfach in der Presse getadelt worden ist, noch nicht aufgetreten sind. Wir haben immer gefürchtet, daß, wenn wir in der Presse zu sehr unseren Standpunkt vertreten, damit die Koalitionsverhandlungen verschüttet werden. Das hat uns immer wieder daran gehindert. Wir haben aber eben gehört, daß wir in der nächsten Woche in einer Pressekonferenz unseren Standpunkt in der Wahlrechtsfrage grundsätzlich klarlegen wollen.

Nun die Frage: Was liegt im Moment noch in der Wahlrechtsfrage drin? Die FDP hat es erreicht, die Koalitionskrise und die Wahlrechtsfrage in einen Zusammenhang zu bringen, etwas, was in unserem Sinne durchaus nicht erwünscht ist. Wir müssen

versuchen, diesen Zusammenhang wieder aufzulösen. Ich habe eben mit Herrn Krone und einigen anderen Herren darüber gesprochen; wir sind noch nicht zu einer einheitlichen Auffassung gekommen. Vielleicht gelingt das noch. Wir haben der FDP gegenüber bisher folgenden Standpunkt eingenommen: Das 53er Wahlrecht und das 49er Wahlrecht wollen wir nicht. Das sind beides Verhältniswahlrechte. Wir haben gesagt: Das könnt ihr uns nicht zumuten, nachdem wir auf dem Hamburger Parteitag das Mehrheitswahlrecht gefordert haben. Da wir nunmehr in diesem Parlament eine Mehrheit haben, könnt ihr uns nicht zumuten, in der Wahlrechtsfrage vollständig zu kapitulieren; also bitte, macht ihr Vorschläge.

Die Vorschläge, die von der FDP eventuell gemacht werden könnten, wären z.B. die Einführung des Hamburger Wahlrechtes, das auch in Schleswig-Holstein und in Hessen eine Zeitlang war und eine gewisse Prämiierung der Mehrheitsmandate bedeutet und damit unserer Konzeption mehr entspricht. Man könnte auch anstelle der Mischung bei dem Grabensystem – bisher haben wir 60 % Mehrheits- und 40 % Verhältniswahl – eine Möglichkeit finden von 50 : 50 oder $^1/_4$: $^3/_4$ usw.

Darf ich noch einmal abschließend sagen, worum es geht. Es geht nicht in erster Linie um die Erringung irgendwelcher parteipolitischer Vorteile bei der nächsten Wahl, sondern es geht darum, daß wir das Aufkommen radikaler Gruppen verhindern, daß aber auch die Überbewertung des Gewichtes mittlerer und kleinerer Parteien in einer Koalition – wir haben gerade in den letzten Monaten ad oculos das Zünglein-an-der-Waage-Spiel demonstriert bekommen – verhindert bzw. ausgeschaltet wird. Das sind die staatspolitischen Ziele.

Was haben wir zu tun? Der Wunsch, den wir an Sie zu richten haben, ist der, daß Sie unsere Unterhändler der FDP gegenüber unterstützen, indem wir eine einheitliche Front zeigen. Wenn die FDP den Eindruck hat, daß wir nicht geschlossen hinter dem Graben-Antrag stehen – unabhängig davon, ob er durchkommt –, dann haben wir die Schlacht um irgendeine Kompromißlösung von vornherein verloren. Deswegen bringen wir den Wunsch zum Ausdruck, der Parteivorstand möge unser Verhalten in der Wahlrechtsfrage billigen und hinter dem Grabensystem stehen, unabhängig davon, ob der eine oder der andere der Meinung ist, es gäbe schönere Sachen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob allen Herren klargeworden ist, worin der Unterschied des sogenannten Grabensystems gegenüber dem 53er Wahlrecht besteht.

Scharnberg: Darf ich wiederholen: Das 53er Wahlrecht funktionierte so, daß zum Abschluß der Wahl festgestellt wurde, wieviel Mandate stehen verhältnismäßig jeder einzelnen Partei, auf den gesamten Bund berechnet und auf die 480 Abgeordneten bezogen, zu. Dann wurde festgestellt, wieviel haben diese Parteien in den Wahlkreisen erobert. Diese Mandate wurden ihnen angerechnet, und dann bekamen sie den Rest nach der Liste nachvergütet. Das war bei der CDU so, daß wir 170 Mandate nach Wahlkreisen erobert hatten, und da uns nach dem Verhältnis 240 zustanden, bekamen wir 70 aus der Liste noch nach. Der FDP standen insgesamt 48 Mandate zu. Da sie 14

Mandate in Wahlkreisen erobert hatte, bekam sie noch 34 nach der Liste hinzu. Die FDP hat also fast das Dreifache der Mandate hinzubekommen, während wir nur knapp die Hälfte hinzubekommen haben. (*Adenauer:* Und nach dem Grabensystem?) Die SPD hat 50 Mandate nach Wahlkreisen und 100 Mandate nach der Liste bekommen. Wenn wir das Grabensystem machen, dann werden diese Wahlkreismandate nicht angerechnet. Dann bekommt jede Partei so viel Mandate von der Liste, wie ihr zustehen. Während wir also bisher nur 70 Mandate bekommen haben, würden wir – da wir ungefähr 50 % der Stimmen bekommen haben – von der Liste mit insgesamt 240 Mandaten nunmehr 120 Mandate bekommen. Wir hätten neben unseren 170 noch weitere 120, das wären also 290 statt bisher 240, also 50 Mandate mehr. Das ist der Unterschied.

Schröder: Einige Damen und Herren sind optimistisch; ich bin eher entmutigt. Herr Scharnberg hat damit geschlossen, daß er meinte, man solle von hier aus das Grabensystem unterstützen. Ich bin der Meinung, da heute nachmittag diese Verhandlungen sind, die Herr Krone mit den Vertretern der Koalitionsparteien führt[56], daß der Vorstand heute lieber nichts zu der Sache sagen sollte; denn das wird doch publiziert und verhärtet die Meinungen. Was ich jetzt sage, bringe ich unter dem Vorbehalt, daß heute nichts erklärt wird, um die Sache so zu sehen, wie man sie realistisch sehen muß. Herr Bundeskanzler! Die Vorstandswahl bei der FDP-Fraktion wäre ganz anders ausgegangen, wenn nicht noch in letzter Minute durch Sie ein Brief an die FDP-Fraktion gerichtet worden wäre, der den anderen den Mut gegeben hat, wirklich einen Kandidaten durchzuhalten, den Herrn Wellhausen durchzuhalten, der sich an sich nicht ganz leicht für diese Rolle hingegeben hat.[57] Sie waren am Abend vorher bei Herrn Preusker versammelt; es waren 22 Leute, die dort zusammen waren. Das waren auf den Kopf diejenigen, die am nächsten Tage gegen sehr starken Druck durchgehalten haben in dem Vertrauen darauf, daß sie sich auf das verlassen können, was Sie gerade, Herr Bundeskanzler, oft gesagt haben, daß man unbedingt an der Erhaltung nicht nur dieses Koalitionspartners, sondern auch an der Erhaltung einer liberalen Partei von einem gewissen Gewicht festhalten müsse. Und das bedeutet natürlich etwas in der Wahlrechtsfrage.

Was Herr Scharnberg gerade entwickelt hat und was man sonst entwickeln kann, ist eben vom Standpunkt einer Gruppe wie der FDP – von den kleineren ganz zu

---

56 Von der FDP nahmen teil: Haußmann, Bernhard Leverenz, Nowack, Weyer, Max Becker, Euler, Mende; von seiten der CDU/CSU: Krone, Stücklen, Rasner, Scharnberg; von der DP: Elbrächter, Herbert Schneider (vgl. LANGE S. 676).

57 Adenauer an Dehler vom 22. November 1955. – Teilabdruck in ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 80–82; die dort fehlende Passage lautet: „Ist die Bundestagsfraktion der FDP bereit, zusammen mit der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der DP bis zum Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode im Jahre 1957 so zur Koalition zu stehen und in wichtigen Fragen mit den anderen Koalitionspartnern gemeinsam vorzugehen, daß eine agitatorische Auseinandersetzung über die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien bei den Bundestagswahlen 1957 ausgeschlossen wird?" (zit. nach KLINGL S. 231). Vgl. auch Adenauer an FDP-Fraktion vom 10. Januar 1956 (LANGE S. 675).

schweigen – eigentlich nur dann zu machen, wenn man dahinter den Gedanken hat, ach, wir kommen doch alle gerne zusammen, und in Deutschland kommen wir zu einem Zweiparteiensystem. Deswegen tun wir gut daran, Herr Krone, die Entschlossenheit aller Kräfte außerhalb der CDU in diesem Punkt nicht zu unterschätzen. Wir haben – oder manche haben es getan – etwas mit dem Gedanken operiert, als ob diese Wahlrechtsfrage, die ein staatspolitisches Prinzip von einer ungeheuren Wirkung ist, nicht so ernst zu nehmen sei. Wer aber ein bißchen an die deutsche Zukunft denkt, hat dabei manche sehr schweren Sorgen.

Wir tun auch gut daran, bei der Haltung der anderen zu berücksichtigen, daß, wie wir um staatspolitisch gesunde Grundlagen kämpfen, die anderen zum Teil um ihre Existenz oder um ihren möglichst schnellen Anteil an der Macht kämpfen. Einige von uns hatten gemeint, es sei möglich, mit der SPD notfalls zu einer Verständigung zu kommen, indem man sage: Wir beiden Großen beschließen das relative oder auch das absolute Mehrheitswahlrecht. Es gab einen Satz in der SPD-Korrespondenz vor einigen Tagen, wonach die SPD durchblicken ließ, daß sie möglicherweise den Graben dieser Sache noch vorziehen würde. Wer die SPD kennt, der wußte, daß das ein Satz ist, der nirgendwo gesagt wurde. Er ist inzwischen auch offiziell dementiert worden.

Die SPD hat sogar durch Herrn Ollenhauer klipp und klar ein ganz großes Bündnisangebot an alle Länder gemacht zum Kampf gegen uns, um eine Einheitsfront gegen uns herzustellen.[58] Das darf man nicht leichtnehmen. Die FDP kämpft nicht nur mit den 27 Dehler-Wählern, sondern genauso mit den 22 plus 4 anderen Wählern in diesem Punkt absolut zusammen, und zwar ein bißchen mit dem Rücken gegen die Wand beinahe. Wir müssen uns zwei Dinge überlegen:

1. Was ist realistisch möglich?
2. Wie lange können wir es vertreten, wenn wir das Jahr 1956 weiter belasten, vielleicht monatelang belasten mit solchen Auseinandersetzungen, bei denen die Öffentlichkeit absolut gegen uns ist?

Die Öffentlichkeit ist instinktiv gegen uns. Derjenige, der mit den Mitteln des Verhältniswahlrechtes in einer bestimmten Konstellation und unter einer großartigen Führung – etwas, was es überhaupt noch nicht gegeben hat in der deutschen Parlamentsgeschichte – eine Mehrheit erreicht hat, der wird deswegen verdächtigt, weil er die Macht hat. Und die Leute halten uns für viel machtbewußter und gefährlicher, als wir in Wirklichkeit sind. Wir sind viel harmloser, als draußen angenommen wird. Aber das ist nicht schlimm, und das macht dem ersten Teil unserer Parteibezeichnung ein gewisses Maß von Ehre.

---

58 Der SPD-Abgeordnete Dr. Walter Menzel hatte ebenfalls angedeutet, eher das Mehrheitswahlrecht zu akzeptieren als das Grabensystem („Die Welt" vom 7. Januar 1956); neben einer Zurückweisung dieser angeblichen Absicht bot Ollenhauer all denen Unterstützung an, die das Grabenwahlgesetz zu Fall bringen wollten (EBD. vom 11. Januar 1956). Auch war Ollenhauer am 4. Januar 1956 mit Dehler zusammengetroffen, um zu besprechen, wie man zusammen das Grabensystem abwehren könne (LANGE S. 671–674).

Gehen wir zurück zu einer gewissen Analyse der Situation. Herr Bundeskanzler! Es gibt eine einzige Regierung innerhalb der deutschen Länder, die den Konflikt aushalten kann; das ist die Regierung von Rheinland-Pfalz. Die Regierung von Rheinland-Pfalz kann in einem Konfliktsfall durchhalten. Rheinland-Pfalz ist das einzige Land, was bei einer Gefahr mit einer Stimme – wenn ich nicht irre – diese Situation durchhalten kann. Sie können die Regierungen durchgehen von Kiel über Düsseldorf und Hannover bis zum Süden; dann kommen Sie zu dem Ergebnis, daß wir der Auseinandersetzung im Bundesrat in diesem Punkt unter keinen Umständen gewachsen sind.

Ich will einmal unterstellen, daß wir Leute sind, die blitzschnell handeln können. (*Wuermeling:* Denkste! – *Heiterkeit.*) Ich will mal das unterstellen. Ich habe vor mir eine Aufzeichnung, in der dargelegt wird, wie schnell man in ganz Deutschland neue Regierungen aufgrund der Verfassungsbestimmungen mit ihrem konstruktiven Mißtrauensvotum usw. usw. bilden kann. Ich habe allen Ernstes an einer Besprechung teilgenommen, wo man diesen Husarenritt mal durchdacht hat mit dem Ergebnis: Wir verabschieden ganz schnell etwas. Das geht dann eins, zwei, drei an den Bundesrat, und der Bundesrat hat zwei Wochen Zeit, etwas zu tun, und so schnell kann also nicht eine Mehrheit zusammengebracht werden, die uns wirklich hindern sollte.

Wenn man das so auf dem Papier betreibt und wenn es sich nicht um schwerfällige Operationen handelt, möchte das wohl gehen. Ich sage das hier nicht, um in den Verdacht zu kommen, als ob ich nicht für einen sehr entschlossenen Willen wäre, wenn es möglich ist, aber ich glaube, wir haben die Verpflichtung, uns selbst und unsere Freunde davor zu bewahren, sich für etwas einzusetzen und stark zu machen, wovon wir letzten Endes herunter müssen.

Ich werde nie vergessen, was wir 1953 erlebt haben. 1953 haben wir einen sehr schwierigen Exkurs auf diesem Gebiet gemacht. Wir haben ihn bis zur zweiten Lesung durchgehalten; alle von uns waren im Grunde der Überzeugung, selbstverständlich werden wir in der zweiten Lesung gewinnen. Aber wir gewannen nicht einmal in der zweiten Lesung, und die Sache hat dann einen sehr erschwerten Weg genommen.[59] Wenn wir durch Verordnung morgen in Deutschland relatives Mehrheitswahlrecht einführen könnten, sollten wir die Verordnung sofort machen. Wir wissen aber, daß wir es nicht können. Deswegen hat man einfach abzuwägen, ob man sich weiter sehr stark macht. Ich spreche nicht dagegen, daß man über gewisse Modifikationen verhandelt, aber ich will es Herrn Krone nicht irgendwie schwermachen; wenn man ein bißchen herausholen kann, ist das schon etwas wert. Aber die Frage ist doch die, daß wir uns im großen und ganzen darüber klarwerden, ob wir dieses Faktum relativ schnell abzuschließen haben und ob wir es uns einfach der großen Ziele unserer Politik wegen erlauben können, diese Angelegenheit über Monate hindurchzuziehen. Ich bin der Meinung, daß die Sache nur dann etwas wert

59 Zu Einzelheiten sowie zur zweiten und dritten Lesung des Wahlgesetzes zum 2. Bundestag vgl. LANGE S. 552–563.

ist, wenn sie schnell abgeschlossen wird. Es kommt darauf an, daß man jetzt die Grundlagen für das legt, was sich nach 1957 ereignen soll. Wenn wir glauben, wir könnten davon absehen, mag man sich anders verhalten. Aber alles, was ausgeführt ist, bedeutet, daß man gerade der großen Ziele unserer Innen- und Außenpolitik wegen darauf angewiesen ist, diese Koalition in irgendeiner Weise zusammenzuhalten, damit sie nicht alle paar Wochen nun wieder das ruiniert, auch im internationalen Aspekt gesehen, was wir vorher mühselig gemacht haben.

Deswegen glaube ich, daß man hier dazu kommen muß, in einer – von unserer Seite aus gesehen – sicherlich sehr großzügigen Art und Weise mit der FDP jetzt zusammenzugehen. Ich finde, Herr Bundeskanzler, jeder Tag, den wir gewinnen, wenn wir die Geschlossenheit der Regierungskoalition wiederhergestellt haben, ist für das, was wir an wichtigen Dingen zu erledigen haben, von ganz großer Bedeutung, nicht etwa im Interesse der anderen, sondern im Interesse der gemeinsamen Sache. Deswegen bin ich dafür, daß wir an diese Verhandlungen herangehen mit wirklichem Realismus und nicht mit einer Vorstellung von unerfüllbaren Illusionen.

Krone: Wir müssen damit rechnen, daß die Wahl, die vor uns steht, nicht von der Geschlossenheit getragen sein wird wie die Wahl 1953. Wir haben die Tendenz bei der FDP – nicht ohne Grund heißt es im Brief des Herrn Bundeskanzlers von dem Zusammenhalten bis zu den Wahlen[60] –, die Sache gemeinsam zu verteidigen. Das wird aber nicht von allen Mitgliedern geteilt. Wir haben bei der Deutschen Partei die Tendenz einer konservativen Partei. Bei mir war vorgestern der Herr Zürcher[61] aus Freiburg und hat die Volksbegehrenssache angemeldet und erklärt, der Herr Professor Brühler[62] von der Deutschen Partei interessiere sich sehr dafür. Das ist das eine Faktum, das wir sehen müssen.

Zweitens müssen wir damit rechnen, daß in unserer Koalition und noch mehr in der CSU eine sehr starke Bewegung da ist für ein Mehrheitswahlrecht, also nicht nur des reinen Proporzes. Es ist eine Realität. Nun haben wir mit diesem Grabensystem einen Vorschlag gemacht, den die Presse nur zum Teil aufgegriffen hat. Die Presse ist weitgehend liberal, sie meint, wir wollten uns die Herrschaft damit stabilisieren. Wir wollen schon eine Gewähr dafür, daß unsere Politik fortgesetzt werden kann. Wir haben sofort gesagt: FDP, wenn du andere Vorschläge hast, dann bitte, bring sie uns vor, wir sind für solche Vorschläge immer offen. Ich bin der Meinung, wir sollten auf

60 Vgl. Anm. 57.

61 Dr. Paul Zürcher (1893–1980), Mitgründer der BCSV, 1946 Ministerialdirektor für Justiz Baden, 1947–1948 Mitglied des Badischen Landtages (CDU), 1948–1955 Oberlandesgerichtspräsident. – Vgl. Karl-Heinz KNAUBER: Paul Zürcher – CDU-Politiker, Oberlandesgerichtspräsident und Präsident des Badischen Staatsgerichtshofes in: BADISCHE BIOGRAPHIEN N.F. Bd. 2. Stuttgart 1987 S. 322–325.

62 Dr. Ernst-Christoph Brühler (1891–1961), 1925 Schulprofessor; 1931–1933 Mitglied des Badischen Landtages (Deutschnationale Front), nach 1945 Direktor der Evangelischen Pädagogischen Akademie Freiburg, 1953–1957 MdB (DP, 14. März 1957 DP/FVP), ab 1955 Fraktionsvorsitzender der DP (vgl. „Deutsche Stimmen" vom 18. September 1955).

der Koalitionsebene ein Wahlrecht schaffen, das ein faires Kompromiß – und das ist es m.E. – bringt. Wenn das nicht möglich ist, sollte man, sobald das erkennbar ist, sagen, dann das andere. Aber noch sollten wir verhandeln. Die Fraktion hat unsere Unterhändler gestützt, indem sie keinen Beschluß gefaßt hat, sondern die Dinge nur zur Kenntnis genommen hat.

Ich unterstütze den Vorschlag von Herrn Dr. Schröder, heute keinen Beschluß zu fassen, weil er unsere Verhandlungen erschwert. Wir sollten versuchen, im Interesse der Fortführung unserer Koalitionspolitik und damit nicht irgendwo Gruppen entstehen, die sich der radikalisierten Bauern z.B. annehmen oder eine neue Partei bilden wollen, ein Wahlrecht zu schaffen mit der Koalition, das solche Versuche soweit wie möglich unterbindet.

Scharnberg: Meine Damen und Herren! Herr Schröder hat gesagt, er warnte vor einer Wiederholung des Wahlrechtes von 1953. (*Schröder:* Nicht des Wahlrechtes, sondern der parlamentarischen Verhandlungen!) Dazu möchte ich zunächst einmal sagen: Wenn wir 1953 unterlegen sind, so ist das wirklich noch kein hinreichender Beweis dafür, daß wir auch jetzt vollkommen unterliegen müssen. Im übrigen kann ich nur sagen, Herr Schröder, daß es nicht nur einmal, sondern mehrere Male bei parlamentarischen Verhandlungen 1953 an einem seidenen Faden gehangen hat, daß wir gewonnen haben. Es stimmt auch nicht, daß wir in der zweiten Lesung gewonnen haben, sondern wir haben in der zweiten Lesung verloren.[63] (*Schröder:* Das habe ich doch gesagt!) Es ist nicht richtig, daß Sie hier eine Idee in die Diskussion hineinwerfen, die etwas kompliziert ist, und diese Idee mit zwei Sätzen, wie Sie es versucht haben, darlegen wollen. Das ist ja doch erheblich anders, und das hat auch ganz andere Voraussetzungen. Wenn nun diese Idee in diesem Kreise dargelegt werden soll, dann bitte ich doch sehr, das mir zu überlassen. (*Schröder:* Lese ich denn, was Herr Mommer sagt, nicht auch?) Das ist nicht richtig. Das kann man nicht machen. Dann muß ich selber schließlich diese Idee hier vortragen. Ich halte das für ein bißchen zu kompliziert. Das kann ich hier nicht vorbringen, um diese Idee in aller Klarheit durchzusprechen.

Herr Schröder, was Ihre Haltung betrifft, so kann ich Sie wirklich nicht verstehen. Sie sind, das wissen wir alle, aufgrund Ihrer Artikel, die vor acht oder zehn Jahren erschienen sind, ein leidenschaftlicher Anhänger des Mehrheitswahlrechtes.[64] Und jetzt sagen Sie, die Partie ist von vornherein verloren. Und weil sie von vornherein verloren ist, sollen wir entgegen dem, was wir uns auf dem Hamburger Parteitag versprochen und vorgenommen haben, sofort kapitulieren. Das kann ich wirklich nicht für richtig ansehen, daß wir von vornherein kapitulieren. Ich halte es auch in jedem Falle [für] falsch. Ich halte es zunächst einmal aus der Gesamtkonzeption unserer

63 Zu Einzelheiten vgl. LANGE S. 552–563.

64 Z.B. Vorgeschichte der Gemeindewahlen in der britischen Zone. In: Wie wird gewählt? Düsseldorf 1946 S. V–XIV; Reformbedürftiges Wahlrecht in „Weser-Kurier" vom 4. Dezember 1946; Wahlen zur Nationalversammlung in „Die Welt" vom 11. Mai 1948.

Haltung, aus dem, was wir unseren Leuten versprochen haben, für verkehrt, jetzt zu sagen, nunmehr sind wir Anhänger des Verhältniswahlrechtes.

Ich halte es aber auch aus dem Grunde für falsch, weil ich davon überzeugt bin, daß in der Sache noch etwas drinliegt, und wenn nichts anderes drinliegen sollte, als daß wir durch diese Geschichten die FDP ein bißchen an die Kandare kriegen, so ist das auch schon etwas wert.

Ich halte aber nichts davon, daß man der FDP sagt, wir wollen ein Geschäft machen, wir gehen auf ein Verhältniswahlrecht ein, dafür versprecht ihr uns, euch anständig zu benehmen. Die nächsten Sonntagsreden von ihnen werden bestimmt unanständig sein. Deswegen meine ich, wir sollten die Leute an der Kandare halten.

Adenauer: Ich darf mir einige Bemerkungen erlauben: Sehen Sie mal, Herr Scharnberg, es ist ein großer Unterschied, ob eine Partei, die eine schwache Mehrheit hat, ein Wahlrecht durchsetzt, oder ob eine Partei, die keine Mehrheit hat, ein Wahlrecht proklamiert. Die Partei, die mit wenigen Stimmen Mehrheit ein Wahlrecht gegen alle anderen Parteien durchsetzt, wird bei der nächsten Wahl durch die öffentliche Meinung einen so schweren Schlag erhalten, daß sie unterliegt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Man darf nie vergessen, daß den Ausschlag bei jeder Wahl diese großen Stimmen von Leuten geben, die keiner Partei angehören. Und wenn man diese Leute aus irgendeinem Gefühl heraus, wie „Dem Unterdrückten muß man helfen" oder „Diese Leute sind rücksichtslos in der Ausübung ihrer Macht", gegen uns bringt, dann werden wir verlieren. Das muß man doch berücksichtigen.

Sie sprechen davon, die Leute an der Kandare zu halten. Das ist sehr gut, wenn man das kann. Aber ich möchte Sie bitten, die Situation bei der FDP einmal unter folgendem Gesichtspunkt zu betrachten: Die Vorstandswahl hat ergeben, daß ein schwerer Riß durch diese ganze Partei geht. Ich begrüße das! (*Lebhafte Heiterkeit.*) An sich sollte man sagen, vom Koalitionsstandpunkt aus ist das nicht gut. Ich will es unter einem ganz anderen Gesichtspunkt versuchen. Ein Teil der FDP ist dem nationalistischen Einfluß unterlegen. Jetzt handelt es sich für uns doch darum, daß entweder die Partei auseinanderspringt, oder aber, daß die Nichtnationalisten darin die Stärkeren werden. Ich fürchte aber, wenn wir hart auf hart dort verhandeln, dann werden wir um diese Partei, die einen Riß bekommen hat, ein Band herumschmieden, so daß sie wieder geschlossen ist, und dann wird diese Partei – selbst die 22 werden das tun – sagen: Was hilft das, wir müssen jetzt mit den anderen mitmachen, mit Dehler und Konsorten, sonst kommen wir unter die Stiefel.

Ich möchte hinzufügen, warum ich das Weiterbestehen einer echten liberalen Partei für notwendig halte. Bei uns in Deutschland ist es so, daß eine große Zahl von Wählern vorhanden ist, die nicht sozialdemokratisch wählen will, aber auch eine Partei, die das Wort „christlich" in ihrem Namen trägt, nicht wählen will. Und diesen Leuten soll man eine Unterkunft in einer Weise bieten, indem man sie dadurch, daß man mit ihnen eine Koalition macht, an sich bindet. Über aller Wahlrechtstheorie steht schließlich doch die Praxis. Vielleicht ist das etwas vermessen ausgesprochen, was ich jetzt sage: Ich würde den Herrn Krone nicht beglückwünschen, wenn er Vorsitzender

einer Fraktion von mehr als 300 Mann würde. Aber ich würde nicht nur den Herrn Krone nicht beglückwünschen, sondern ich würde auch die ernstesten Befürchtungen haben, daß in einer so großen Fraktion Spaltungen und Risse entstehen würden, so daß der Zusammenhalt, das Zusammenfinden ausgeschlossen wäre.

Wir müssen doch immer bedenken, daß der große Vorzug, aber auch die Schwäche unserer Partei darin besteht, daß sie auf dem Boden der christlichen Grundanschauung alles in sich vereint: die Bauern, die Gewerbetreibenden, den Mittelstand, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und daß es ihr so schließlich gelingt, weil alle Teile auf diesem Boden stehen, die Gegensätze zu überbrücken. Das kann man aber nicht mehr fertigkriegen, wenn eine Fraktion zu groß ist. Sie ist jetzt schon, Herr Krone, doch manchmal ungemütlich groß.

Wenn Herr Schröder vor acht Jahren ein begeisterter Anhänger des Mehrheitswahlrechtes war ... (*Schröder:* Ich bin das auch heute noch, Herr Bundeskanzler!) Gut, selbst wenn das damals offiziell proklamiert worden ist, lassen Sie ihn doch, da steckt doch nichts drin! Wir müssen jetzt Vertrauen zu Herrn Krone haben. Wer geht noch mit Ihnen, Herr Krone? (*Krone:* Die Herren Stücklen, Scharnberg und Rasner[65].) Das ist ein gut zusammengesetzter Kreis. Und mit wem verhandeln Sie? (*Krone:* Es kommen die Herren Euler, Mende[66] und zwei von den Ministern, die bei Ihnen waren, und von der Deutschen Partei Herr Elbrächter[67].) Kein Dehler-Mann? (*Krone:* Nowack[68] und Haußmann[69]!) Bei Haußmann weiß man nichts; den Herrn Nowack kennen wir ja. Wir wissen, wie er ist. Es wäre gut, wenn Sie zu irgendwelchen positiven Ergebnissen kämen. Die FDP hat es verstanden, die große und die kleine Presse während der ganzen Koalitionszeit für uns in bezug auf das Wahlrecht ungünstig zu beeinflussen. Es besteht da schon eine Animosität gegen uns wegen unserer angeblichen Attentatsversuche. (*Zurufe:* Machtgier!) Die Meinung ist da, ob berechtigt oder nicht berechtigt, sie ist da, und wenn sich so etwas festgesetzt hat, ist es sehr schwer, nachher durch eine Pressekonferenz das wieder aus den Köpfen der Leute herauszubringen. Sie glauben es nicht.

Ich bin der Auffassung wie die Herren Krone und Schröder; wir sollten hier keinen Beschluß fassen. Sie können ruhig sagen, daß in der Parteivorstandssitzung sich ein starker Zug zum Mehrheitswahlrecht deutlich gemacht hat, und zwar in dem Augenblick, wo Sie es für nötig halten, das zu sagen. Sie können überhaupt über die Stimmung hier das sagen, was Sie für richtig und nötig halten. *(Lebhafte Heiterkeit.)*

---

65 Will Rasner (1920–1971), 1946 stv. Chefredakteur des „Flensburger Tageblatts", 1953–1971 MdB (CDU, ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion).

66 Dr. Erich Mende – vgl. Nr. 5 Anm. 50.

67 Dr. Alexander Elbrächter (geb. 1908), 1953–1969 MdB (DP, 1957 DP/FVP, 1957–1958 DP, ab 1958 CDU).

68 Dr. Wilhelm Nowack (geb. 1897), vor 1933 DDP/DStP, 1947–1958 MdL Rheinland-Pfalz (FDP), 1951–1958 (Rücktritt) Minister für Finanzen und Wiederaufbau, 1949–1952 MdB.

69 Dr. Wolfgang Haußmann (1903–1989), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1966 Justizminister. – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 588 Anm. 14.

Sie werden immer das Richtige treffen! *(Erneute Heiterkeit.)* Gehen Sie also an die ganze Sache heran mit Ruhe und mit Prinzipien; die muß man immer haben. Aber man ist nicht immer in der Lage, seine Prinzipien sofort durchzusetzen.

Zimmer: Ich bitte Sie, es nicht als unbescheiden auszulegen, wenn ich darauf hinweise, daß der Herr Bundeskanzler schon einen wesentlichen Teil meiner Ausführungen, die ich machen wollte, vorweggenommen hat. Es wird Herrn Scharnberg interessieren, wenn ich ausdrücklich feststelle, daß die Ausführungen von Herrn Dr. Schröder haarscharf identisch sind mit unseren Vorstellungen und mit dem, was wir wollen. Ich stimme ihm in vollem Umfange zu hinsichtlich der Beurteilung der taktischen Lage. Da Sie in Bonn nicht immer genau spüren, was draußen in der Provinz die kleinen Leute denken, möchte ich einiges von dem unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Wenn die Presse so leicht auf die Vorstellungen der FDP eingegangen ist, dann deshalb, weil die politische Mentalität der weitesten deutschen Bevölkerung – ob wir das für richtig oder für falsch halten, kann dahingestellt bleiben – nicht der Vorstellung eines so gemanagten Mehrheitswahlrechtes entspricht. Da gehen sogar viele Leute von uns nicht mit. Das ist die Wand, da können wir einfach nicht durch. Ich bin mit Herrn Scharnberg der Meinung, daß man in etwa versuchen muß, Erfolge zu erreichen. Ich möchte sagen, daß vielleicht das Prämiensystem stärker ausgebaut werden müßte. Die bisherigen Überhangmandate reichen nicht aus, die großen Parteien zu stärken. 1. Es gibt eine Art aufsteigendes Prämiensystem. Ich will darauf nicht näher eingehen. 2. Listenverbindungen müssen abgelehnt werden. 3. Die 5%-Klausel muß in ihrer Anwendung soweit wie möglich verschärft werden, so daß die 5 % nicht nur in den einzelnen Bezirken oder Ländern, sondern auch auf der Bundesebene Voraussetzung für die Zuteilung von Mandaten sein müssen. Dann kann sich die FDP auch nicht sperren; denn sie hat ja selbst das größte Interesse daran, daß rechts von ihr keine radikale Partei entsteht.

Ich befinde mich in Übereinstimmung mit unserem Landesparteivorstand, der mich ausdrücklich ermächtigt hat, hier diese Gesichtspunkte zur Sprache zu bringen. Ich brauche es im einzelnen nicht zu tun, nachdem Herr Schröder das schon in ausgezeichneter Weise getan hat. Eines darf nochmals von mir unterstrichen werden: Die bisherige Art der Diskussion hat uns erheblichen Schaden zugefügt, und bei den weiteren Verhandlungen wollen Sie sehen, daß Sie nicht noch mehr Gelände unter den Füßen verlieren. Unser Volk ist empfindsam in diesen Dingen. Das deutsche Volk ist ein Gerechtigkeitsfanatiker. (*Adenauer:* Das will ich nicht sagen!) Herr Bundeskanzler! Ich muß es von der idealen Seite aus sehen. (*Adenauer:* Sie sind etwas sentimental.) Ich möchte Herrn Scharnberg bitten, möglichst ohne Schaden aus der Sache herauszukommen, selbstverständlich möglichst auch etwas in der Richtung, wie ich gesagt habe, zu erreichen.

Pferdmenges: Ich will nur ein Wort sagen zur Spaltung in der FDP, weil ich gestern darüber einiges erfahren habe. Vor dem Hineinbringen des Wahlgesetzes in die Diskussion war in der FDP eine Mehrheit für Wellhausen, und zwar 29 Stimmen. 24 Leute, die jetzt für Dehler gestimmt haben, hatten sich vorher verpflichtet, anders

zu stimmen. Nach dem Einbringen des Wahlgesetzes sind sie umgefallen. Herr Wellhausen selbst – ich bitte Sie, das vertraulich zu behandeln – hat einen Brief an den Herrn Bundespräsidenten geschrieben und gesagt, er glaube auch jetzt noch an die Einheit der Partei; aber wenn dieses Wahlgesetz käme im Interesse der Erhaltung der liberalen Partei, müsse er von seiner Wahl zurücktreten.

Der Bundespräsident hat ihm schriftlich geantwortet, er bäte darum, diesen Schritt nicht zu tun, sondern sich aufstellen zu lassen. Sie sehen, das ist ein sehr harter Kampf, und wir würden die FDP-Leute, die die Adenauer-Politik unterstützen, vor den Kopf stoßen, wenn wir so handelten, daß ein Bruch entstünde; denn dann träten die Leute wieder geschlossen zusammen, wie mir gestern von maßgebender Seite versichert worden ist.

Herr Scharnberg, wenn wir Ihre Politik weiterführten, dann würden wir einen furchtbaren Kuddelmuddel in die ganze Geschichte hineinbringen. Wir würden die ganzen Länderregierungen auf die Palme bringen, und das Endresultat wäre, daß wir durch eine politische Niederlage nachgeben müßten, und das wäre das Schlimmste, was uns geschehen könnte.

Adenauer: Herr Wellhausen soll am Montag nachmittag, weil ihm beigebracht worden ist, daß er durch seine Kandidatur die ganze FDP in Gefahr bringe, nach Bonn mitgeteilt haben, daß er seine Kandidatur nicht mehr aufrechterhalte. Es habe dann großer Mühe bedurft, um ihn zu veranlassen, das doch zu tun. Und der Brief, den ich der FDP-Fraktion in ihre Fraktion hineingeschickt habe, ist von mir aus diesem Grunde hingeschickt worden.[70]

Es war übrigens – ich möchte das betonen – mit unseren Freunden vorher abgestimmt. Keiner von ihnen hat sich geäußert. Aber Herr Scharnberg hat sich geäußert, ich glaube, ziemlich ablehnend, nämlich über die Frage der Bundesliste. Das ist eine wichtige Frage. Herr Krone ist vielleicht der richtige Mann, um über diese Frage hier einige Worte zu sagen.

Krone: Das ist ein heißes Eisen. Ich stoße natürlich in diesem Kreise auf scharfen Widerspruch. (*Adenauer:* Das wissen Sie nicht!) Ich will Ihnen sagen, weshalb Sie es sich überlegen sollten, um dem zuzustimmen. Wir wollen ganz offen sprechen. Wir sind eine Partei aus den beiden christlichen Bekenntnissen. Aber wir wissen auch ganz klar, wie schwer es in vielen Fällen ist, evangelische Kandidaten auf der Ebene des Landeswahlkreises oder des Landes durchzubringen. Wir leben und sterben davon, daß wir wirklich aus beiden Lagern die besten Menschen für unsere Politik gewinnen. Ich sehe daher in einer Bundesliste ein Mittel, das zu garantieren. Die Bundesliste gibt gut die Möglichkeit, für einige Abgeordnete, die im Wahlkreis oder auf der Landesliste schwer unterzubringen sind, einen Platz zu schaffen. Dafür wäre eine Bundesliste in einem beschränkten prozentualen Ausmaß das Richtige.

Das sind die beiden für mich ausschlaggebenden Gesichtspunkte, die uns bewegen sollten, diesem Gedanken positiv gegenüberzustehen.

---

70 Vom 10. Januar 1956. – Vgl. Anm. 57.

Adenauer: Ich glaube, dagegen ist kaum etwas zu sagen. (*Weber:* Was eben für die Konfessionen gesagt worden ist, gilt in einer anderen Beziehung auch für die Frauen.) Man kann also feststellen, daß der Gedanke der Bundesliste nicht anstelle der Landesliste, wohl aber auf Kosten der Landesliste – aber nur in beschränktem Umfang – hier Anklang findet.

Schröder: Ich wollte das unterstützen. Ich darf nochmals etwas Realistisches sagen, und zwar zwei Dinge: Wir wissen, welche Schwierigkeiten es macht, einen gewissen Einfluß auf Landesverbände usw. in der Richtung auszuüben, daß alle wesentlichen Kräfte einigermaßen bedacht werden. Wo wir stärker in der Liste sind, ist es relativ leicht. Der Landesvorsitzende hatte zuletzt ein Veto. Kam die Sache zurück, dann war es einfach so, daß dieses Veto praktisch nicht viel wert war. Der andere Gedanke ist der: Wir sind noch nicht zu Ende darüber gekommen, wie groß die Zahl der Abgeordneten sein wird. Es wurde bisher immer gesagt, nicht mehr 484, sondern nur noch 400. Herr Bundeskanzler! Wenn man das lange Zeit, bevor die Vorarbeit eingesetzt hat, sagt, dann stimmen dem alle zu. Und die deutsche Öffentlichkeit liegt sicher auf dieser Linie. Aber für das Wahlgesetz brauchen wir nachher unsere Fraktionsfreunde. Und je näher der Tag herankommt, desto mehr rücken die Leute von X bis Y wieder davon ab. Selbst wenn das Wahlergebnis so ausfallen sollte wie 1953, wird in diesem Falle die Fraktion um 20 % – also um 50 Leute – geringer werden. Andererseits haben wir – ich sage das zugunsten der Bundesliste – einen gewissen Operationsspielraum gewonnen, indem man zwar zunächst alles auf den niedrigen Satz festlegt, aber man könnte vielleicht doch diese 20 % dazu verwenden, um die Bundesliste leichter zu bekommen, egal, ob es nun 20 oder 10 % sind.

Scharnberg: Was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß man das Wahlrecht nicht mit einer kleinen Mehrheit machen sollte, das ist zweifellos völlig richtig, aber ich bin trotzdem nicht der Meinung, daß man daraus nun von vornherein die Losung ziehen solle, zu kapitulieren, um gewissermaßen damit den Grundsatz zu statuieren, daß das Wahlrecht von der Minderheit gemacht werden muß. Das ist eine zu weitgehende Konsequenz. Im übrigen bin ich bestimmt mißverstanden worden, wenn man glaubt, ich verträte die Meinung, man sollte mit einer Stimme Mehrheit ein Wahlgesetz durchpeitschen. Das stimmt ja nicht. Das ist nicht das Ziel meiner Verhandlungen, sondern mein Ziel ist, daß man herausholt, was man herausholen kann. Am Beginn von Verhandlungen kann keiner sagen, was man herausholen kann. Eines ist sicher, wenn man sofort sagt, ich will von vornherein kapitulieren, dann kann man nichts herausholen. Und nur darum geht es.

Ich bin bestimmt Ihrer Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß eine FDP erhalten bleiben soll. Im übrigen würde ich die Befürchtung, daß man diese zweifellos in sich kontroverse Partei dadurch zusammenführt, daß man nicht von vornherein kapituliert, im Moment nicht für so furchtbar tragisch ansehen; denn, Herr Bundeskanzler, die Leute gehen sowieso, da sie in sich total kontrovers sind, auseinander. Wir sollten also nicht so sehr befürchten, daß wir die Leute dadurch zusammenschmieden, daß diese Wahlrechtsfragen nicht sofort nach den Wünschen der Herren geregelt werden. Herr

Pferdmenges meint, wenn wir die Wahlrechtsfrage nicht gemacht hätten, dann hätten wir statt Herrn Dehler Herrn Wellhausen. (*Pferdmenges:* Heute schon!) Ich gebe zu, daß in dieser These etwas Wahres steckt. Aber was hätte man in Hamburg gesagt, wenn man die Frage gestellt hätte: Wollt ihr das Mehrheitswahlrecht mit Dehler oder das Verhältniswahlrecht mit Wellhausen? Dann hätte man gesagt, das ist nicht so eine wichtige Angelegenheit. (*Schröder:* Das ist auch gar keine richtige Fragestellung.) Ich will hier nicht eine wilde Sache gegen die FDP machen. Ich will aber aus den Verhandlungen das herausholen, was herauszuholen ist.

Adenauer: Das ist ein Mißverständnis. Die Sache ist, soweit ich im Bilde bin, folgendermaßen. Herr Weyer[71] hat in einer sehr forschen Art gesagt bei den Verhandlungen: Ist das ein Ultimatum, ein letzter Entschluß, oder ist das eine taktische Maßnahme? Darauf habe ich dem Herrn Weyer geantwortet, ich würde die Frage nicht so stellen, sondern ich würde sagen: Läßt sich jetzt noch weitersprechen oder nicht? Und wenn Sie mir die Frage so stellten, würde ich sagen: Natürlich läßt sich noch weitersprechen. Das ist auch der Standpunkt des Herrn Krone. Die Leute sind von mir zu ihm gegangen und haben auch über das Wahlrecht gesprochen. Sie werden auch, wie abgesprochen ist, wieder zu mir zurückkommen nach dieser Verhandlung. Herr Krone wird ihnen sagen: Dann macht uns einen Gegenvorschlag. (*Krone:* Den wollen sie heute machen!) Das ist doch dann eine Verhandlung. Natürlich würde es falsch sein zu sagen: Hier stehe ich, hier falle ich, Gott helfe mir! Amen.

Cillien: Zu der Angelegenheit der Abgeordneten! Ich gehöre zum Wahlrechtsausschuß. Dort ist der Antrag gestellt worden: Reduzierung auf 400 Abgeordnete. Und alle waren dafür. Dabei wußten alle, daß sie das nicht durchhalten würden. Davon bin ich überzeugt. Jedenfalls müssen wir die Sache so behandeln, daß nicht wir den Antrag stellen. Unser Volk draußen erwartet eine Minderung, aber wir müssen darauf warten. Hoffentlich findet sich einer, der höher hinaufsteigt.

Wuermeling: Ein Wort zu dieser Frage! Ich will keine Philippika zugunsten des Mehrheitswahlrechtes halten. Ich bin mir darüber klargeworden, daß wir nicht mit dem Kopf durch die Wand kommen, auch nicht mit einer Stimme oder zwei Stimmen im Wahlrecht durchziehen sollten. Ich möchte aber, daß nicht das Gefühl entsteht für unsere Verhandlungspartner, wir hätten ihnen sämtliche Korsettstangen ausgezogen für die weiteren Verhandlungen, und sie seien ermächtigt, bis zum Nullpunkt nachzugeben.

Wir wollten ursprünglich – jedenfalls nach dem Parteiprogramm – ein volles Mehrheitswahlrecht für sämtliche Abgeordneten. Jetzt haben wir nachgegeben in der Relation von 60 : 40 %. Das ist ein ungeheuer großes Nachgeben. Was sich aber die Öffentlichkeit, auch der Rundfunk, leistet mit der Beurteilung dieses Nachgebens, das

71 Willi Weyer (1917–1987), 1950–1954, 1958–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1954 MdB, 1954–1956 Wiederaufbau-, 1956–1958 Finanz-, 1962–1975 Innenminister, 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender, 1974–1986 Präsident des Deutschen Sportbundes.

sei ein ad hoc manipuliertes System, um den Wahlkampf zu gewinnen, das ist das Unerhörteste, was man sich vorstellen kann.

Deswegen meine Bitte, den anderen klarzumachen, daß wir die Hälfte der Volksstimmen ausmachen und daß der Wille der Hälfte des Volkes zum Mehrheitswahlrecht doch nicht hundertprozentig von der Minderheit, die für das Verhältniswahlrecht ist, überfahren werden darf. Und bei loyaler Verhandlungsweise der Partner können die anderen nichts anderes, als uns eine Zustimmung zum Mehrheitswahlrecht zu geben.

Sieveking: Ich verstehe vollkommen, daß unsere Unterhändler den nötigen Verhandlungsspielraum haben müssen. Ich habe aber vom Standpunkt der Landesregierungen aus eine Bitte, nämlich diese Verhandlungen bald zu einem Abschluß zu bringen. Diese Sache erschwert unsere Position, denn wir sind als erste dran mit der Wahl nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Wir müssen bald ein Ergebnis bekommen, so oder so. Ich persönlich teile die Ansicht von Herrn Dr. Schröder, aber eins möchte ich dabei sagen: Ich warne Sie davor, die Schwierigkeiten im Bundesrat zu unterschätzen. Auch wir, die wir die Regierung in Hamburg führen, würden in einen ganz schweren Konflikt kommen, wenn Sie hier mit der FDP auseinandergerieten. Das würde dazu führen, daß in Hamburg die SPD wieder an die Macht käme.

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, daß wir jetzt die Debatte ohne Beschlußfassung beenden? (*Zurufe:* Ja!) Gut! Dann kommen wir zum Punkt 3 unserer Tagesordnung, wozu ich Herrn Heck das Wort erteile.

Bundesparteitag 1956 und Wahlen in Baden-Württemberg

Heck: Es war auf der letzten Sitzung des Vorstandes beschlossen worden, den Parteitag zwischen Ostern und Pfingsten abzuhalten. Es war weiter von der Fraktion aus klar und deutlich erklärt worden, daß eine Verlegung des Arbeitsplanes der Fraktion nicht in Frage käme, so daß also der Parteitag in der arbeitsfreien Woche des Parlaments stattfinden solle. Folgende Termine kamen als möglich in Betracht: 1. in der Woche vom 1. bis 8. April, 2. zwischen dem 22. und 29. April und 3. die Woche vor Pfingsten, also zwischen dem 13. und 19. Mai.

Wir sind der Auffassung, daß die Woche unmittelbar nach Ostern sich kaum eignet, weil viele katholische Freunde durch den Weißen Sonntag in der Familie festgehalten sind. Die Woche vor Pfingsten dürfte sich auch nicht gut eignen, so daß lediglich die Woche vom 22. bis 29. April übrigbleibt. Es war ursprünglich vorgesehen, den Parteitag in Baden-Baden abzuhalten. Es ist nun so, daß im April die Räumlichkeiten für die Durchführung des Parteitages nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir haben daraufhin in Stuttgart und in Freiburg Erkundigungen angestellt und festgestellt, daß in diesem Zeitraum der Parteitag sowohl in Stuttgart wie auch in Freiburg abgehalten werden kann.

Der Parteivorstand muß heute eine Entscheidung treffen 1. über den Termin und 2. über den Ort, da wir mit den Vorbereitungen technischer Art beginnen müssen.

Adenauer: Es kommt wohl als Termin in Frage die Zeit zwischen dem 22. und 29. April. Wir wollten damals nach Baden-Württemberg gehen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen dort. Die Wahlen sind dann aber gewesen. Jetzt ist die Frage: Freiburg oder Stuttgart? Was sagt Herr Dichtel dazu? (*Dichtel:* Der fügt sich der demokratischen Entscheidung.) Das ist aber merkwürdig, denn das wollen wir doch den Baden-Württembergern überlassen. (*Dichtel:* Ich würde das Ihrer Meinung und der Meinung der Herren hier überlassen!) Für den Fall, daß die Wahl ungünstig ausfällt in Stuttgart, ist das nicht gerade gut; denn dann wird man uns sagen: Wäret ihr früher gekommen, dann wäre sie gut ausgefallen.

Wirsching: Die Unterbringungsmöglichkeiten in Stuttgart sind besser als in Freiburg, weil Freiburg noch große Zerstörungen aufzuweisen hat. Dieser Grund spricht also mehr für Stuttgart.

Adenauer: Die Mehrheit scheint für Stuttgart zu sein. – Gut!

Heck: Ich darf zu den Wahlen in Baden-Württemberg folgendes sagen:

1. Fastnacht ist dieses Jahr am 13. Februar. Am 4. März sind die Wahlen, so daß für den Wahlkampf praktisch nur zweieinhalb Wochen zur Verfügung stehen. Diese Wahl in Baden-Württemberg ist in mannigfacher Hinsicht bedeutsam. Es sind die ersten Wahlen in Deutschland nach der Wahl in Frankreich. Ich glaube, daß diese Wahlen vom Ausland, vor allen Dingen von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, sehr sorgsam beachtet werden. Ich war damals gerade in den Vereinigten Staaten, als die Landtagswahl in Niedersachsen stattfand.[72] Ich war erstaunt, daß in sämtlichen Zeitungen der Vereinigten Staaten über dieses Wahlergebnis nicht nur berichtet, sondern auch kommentiert wurde.
2. Es handelt sich bei diesen Wahlen um die letzten Wahlen vor der Bundestagswahl 1957. Das Ergebnis, das sich hier abzeichnen wird, wird nicht ohne erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung sein.
3. Vom Lande selber her gesehen könnten die Herren von der Regierung sagen, wenn die Stärkeverhältnisse so bleiben wie bisher, dann wird auch die Möglichkeit zu regieren weiterhin so beschränkt bleiben, wie sie bisher beschränkt war, weil die CDU immer unter dem Damoklesschwert steht, daß sich SPD und FDP plus BHE zusammenfinden.
4. Möchte ich darauf hinweisen, daß in Baden-Württemberg eine ganz klare Chance gegeben ist, den BHE zu beseitigen. Wenn der BHE in Baden-Württemberg nicht mehr im Landtag erscheint, dann werden auch die Dinge in Bayern langsam in Bewegung geraten. Ich möchte deswegen dringend darum bitten, daß die hier anwesenden Damen und Herren sich soweit wie möglich für den Einsatz bei Kundgebungen zur Verfügung stellen. Ich habe mich mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen und ihre Wünsche entgegengenommen, welche Redner sie haben wollen. Ich habe den Herrn Bundeskanzler gebeten, ein entsprechendes Schreiben an die Damen und Herren zu richten, damit sie sich nach Möglichkeit freimachen für diesen Wahlkampf.

72 Am 24. April 1955.

Darüber hinaus möchte ich noch auf folgendes aufmerksam machen: Ich halte es für falsch, daß immer nur die prominenten Herren von Bonn bei den Landtagswahlen eingesetzt werden. Diese Prominenten gehen im allgemeinen nur in die Großstädte und zu Kundgebungen, wo die Teilnehmerzahl die 1.000 übersteigt. Der Stimmengewinn kann aber in viel größerem Umfange vom Lande her geholt werden. Wenn es also gelänge, daß sich – dort unten sind 70 Wahlkreise – über die beiden Wochenenden zwischen dem 13. Februar und dem 4. März je 70 Abgeordnete für den Wahlkampf zur Verfügung stellten, dann könnten wir diese Herren in den Landgemeinden einsetzen, um dort ohne weiteres sechs oder sieben Versammlungen jeweils abzuhalten.

Ich glaube, ein solcher Einsatz würde mehr Stimmen einbringen als die Kundgebungen in den Städten, wo man im Wahlkampf nicht mehr viel ändern kann. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die Lage in den Dörfern dort unten ist nämlich so, daß die Wahlbeteiligung hier nur zwischen 35 und 40 % liegt. Wenn aber ein Bundestagsabgeordneter angekündigt wird, dann kommen die Leute. Ich möchte also darum bitten, daß Sie Ihren Einfluß geltend machen, und den Herrn Bundeskanzler möchte ich bitten, diesen Brief zu schreiben.

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Wir haben heute morgen – Herr Heck und noch einige andere Herren von Baden-Württemberg – die technischen Fragen besprochen. Das eine ist richtig, daß dieser Wahl eine sehr entscheidende Bedeutung zukommt, weil es die letzte Wahl vor der Bundestagswahl ist. Wir haben in Baden-Württemberg in der CDU 50 von den insgesamt 120 Mandaten im Landtag. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir seinerzeit gerade von Baden-Württemberg aus den Versuch erlebt haben, daß die SPD und die FDP mit Hilfe des BHE unter Führung von Ministerpräsident Reinhold Maier eine Regierung gegen die stärkste Partei des Landes bildeten. Von hier aus [ist] diese Bewegung ausgegangen. Das wurde zunächst erfunden im südwestdeutschen Raum.

Sie wissen, daß diese Konzeption von Reinhold Maier mit einer SPD-Koalition Ihnen gerade auf außenpolitischem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten gemacht hat, wenn auch Reinhold Maier in der letzten Minute eingeschwenkt ist. Seitdem aber diese neue Regierung besteht – sechs Stimmen gehören der CDU und sechs Stimmen den anderen Parteien an –, ist eine konstante Politik mit der Bundespolitik festzustellen. Sie werden sich nach dieser Seite über uns sicher nicht zu beklagen haben. Ich glaube, daß wir gerade in unserem Raum sehr stark darauf hinweisen können. Für diese Formulierung hat unsere Bevölkerung Verständnis; denn sie weiß, daß diese Wahl nicht nur eine Landtagswahl ist, sondern daß sie im tiefen Sinne nach der Seite der Bundespolitik hin eine entscheidende Bedeutung hat.

Nun bemüht sich die SPD sehr, unter allen Umständen die Bundespolitik aus diesem Landtagswahlkampf herauszubringen. Während in Bayern, Niedersachsen, Hessen usw. der Landtagswahlkampf von der SPD nur unter dem Gesichtspunkt der Bundespolitik geführt worden ist, wird bei uns das Gegenteil getan. Man erklärt dort, es ist eine Landeswahl, die nur mit der Landespolitik bestritten werden sollte. Wir sind der Meinung, daß wir bei dieser Wahl doch das politische Kapital des

Bundeskanzlers, aber auch das Kapital der Außenpolitik, der gesamten Bundespolitik, mit in die Waagschale werfen sollten.

Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich bereit erklärt haben, in Karlsruhe und in Stuttgart zu reden.[73] Ich möchte Ihnen um Gottes willen nicht mehr zumuten, als Sie tun können. Aber schön wäre es doch, Herr Bundeskanzler – darf ich das einmal aussprechen aus ganz bestimmten Gründen –, wenn es Ihnen vielleicht möglich wäre, uns in allen vier Landesteilen, in Südbaden, Nordbaden, Süd-Württemberg und Nord-Württemberg, zu helfen und je auf einer Versammlung dort zu sprechen. Wenn es nicht möglich ist, müssen wir es auch so hinnehmen.

Eine Bitte habe ich noch, und das wäre die – daß sich die prominenten Herren zur Verfügung stellen, sehe ich als selbstverständlich an –, daß auch eine Anzahl von Bundestagsabgeordneten aus den anderen Gebieten zu uns kommt. Wenn ich für jedes der vier Gebiete 20 Bundestagsabgeordnete bekommen könnte, so könnten wir damit in sehr nachhaltiger Weise diese Gebiete politisch bearbeiten.

Wir haben über Emnid eine Befragung durchgeführt. Ich will es Ihnen nur wiedergeben, um Ihnen die Freude auch zu machen! Was hinterher kommt, wissen wir ja nicht. Danach würden also bekommen: CDU 54 % aller Stimmen, SPD 28 % aller Stimmen, FDP 10 % aller Stimmen, BHE 5 % aller Stimmen.[74]

Danach würde also der BHE, was bedauerlich wäre, seine 5 % erreichen und somit leider noch einmal politisch etwas mitzuwirken haben. Ich mache kein Hehl daraus, unsere große Sorge ist, daß sich dort unten die SPD mit der liberalen Gruppe der FDP, mit Reinhold Maier, zusammentut. Das ist das Gegenstück zu Dehler, daß sich unter Maiers Mitarbeit dieser Kreis gegen die CDU findet. Das wäre für den neuen Landtag und das Land ein Verhängnis.

Ich bitte also nicht um eine materielle, sondern um die ideelle Unterstützung. Jede gewonnene Stimme wird dem Herrn Maier Abbruch tun, den der Herr Bundeskanzler besonders liebt!

Heck: Ich habe die Ergebnisse der demoskopischen Umfrage bewußt nicht bekanntgegeben, weil die Interpretation dieses Ergebnisses etwas sorgfältiger gemacht werden muß, als das vielfach geschieht. Es ergibt sich in Baden-Württemberg klar, daß die FDP, die bei der letzten Landtagswahl 23 % der Stimmen hatte, auf über die Hälfte reduziert erscheint bei diesem Bild. D.h. aber nicht, daß diese 13 %, die verärgert sind über ihre Partei, von ihrer Verärgerung bei der demoskopischen Umfrage Ausdruck verliehen haben; es besagt nur, daß hier ein Einbruch geschieht zu unseren Gunsten. Ich möchte aber von vornherein aufgrund der gegebenen Tatsachen erklären, daß nach meiner Überzeugung von den 54 % ein Abstrich von 4,5 % gemacht werden muß.

Der BHE liegt etwa bei 5 % in Baden-Württemberg. Es ergab sich interessanterweise folgendes: Von den 5 %, die sich bereit erklärt haben, den BHE zu wählen,

73 Kundgebungen waren am 2. Februar (Karlsruhe) und am 3. Februar 1956 (Stuttgart).
74 Wahlergebnis: CDU 42,6 %, SPD 28,9 %, FDP 16,6 %, GB/BHE 6,3 %.

haben bei der Frage nach dem fähigsten Politiker in der Bundesrepublik 20 % Herrn Kraft und Herrn Oberländer genannt. Nachdem der Herr Bundeskanzler jetzt die Entscheidung gefällt hat, daß die Minister Kraft und Oberländer im Kabinett bleiben, und die beiden Herren bereit sind, sich für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen, halte ich es für gesichert, daß der BHE unter 5 % gehalten werden kann. (*Zuruf:* In welcher Eigenschaft? Als CDU-Leute? – *Adenauer:* Persönlich![75])

Adenauer: Die Wahlen in Baden-Württemberg sind tatsächlich von einer sehr großen Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl, sondern auch im Hinblick auf die innenpolitische Spannung bei uns mit der FDP. Die FDP in Baden-Württemberg ist, soviel ich weiß und das beurteilen kann, ebenfalls stark gespalten. Die Reinhold-Maier-Partei und auf der anderen Seite die jüngeren FDP-Leute sind, wie ich zuverlässig glaube zu wissen, absolut anti Dehler. Ich würde es deswegen sehr begrüßen, wenn wir diese Wahlrechtsfrage rechtzeitig vor der Wahl in einer fairen Weise erledigen könnten, damit sie dort aus dem Wahlkampf herausbleibt und bei der Abstimmung keine Rolle spielt.

Ich habe eine Versammlung in Stuttgart und eine in Karlsruhe übernommen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Herren von unserer Fraktion dafür sorgten, daß unsere Bundestagsabgeordneten auch dort tätig werden. Können wir damit diesen Punkt verlassen? – Ich stelle das fest. Dann kommen wir zum letzten Punkt unserer Tagesordnung.

Vorbereitung der Bundestagswahl 1957

Heck: Es mag vielleicht etwas verfrüht erscheinen, über die Bundestagswahl 1957 zu sprechen. Aber ich halte dieses Gespräch für notwendig. Jedoch bin ich nicht der Meinung, die kürzlich im Kreise von Abgeordneten vertreten wurde, es sei ein Skandal, daß wir noch keine Wahlparole hätten. Das halte ich für verfrüht. Ich glaube, es ist zweckmäßig, den Vorstand darüber zu orientieren, was von uns bisher zur Vorbereitung der Bundestagswahlen getan worden ist. Es ist notwendig, daß vom Vorstand zu einigen Punkten der organisatorischen Vorbereitung der Bundestagswahl heute Beschluß gefaßt werden muß. Unmittelbar nach der Bundestagswahl 1953 haben wir auf der Bundesgeschäftsstelle eine genaue Analyse dieser Wahl, und zwar unter soziologischen Gesichtspunkten, durchgeführt. Dabei wurden die Wahlergebnisse länderweise nach folgenden Gesichtspunkten errechnet:

75 Adenauer hatte in einem gleichlautenden Schreiben vom 12. Januar 1956 beide gebeten, ihre Ämter weiterzuführen (Druck: UiD vom 20. Januar 1956). – Beide traten am 20. März 1956 der CDU/CSU-Fraktion bei; am 11. August 1955 waren sie aus der Fraktion des BHE ausgetreten.

1. Das Verhältnis der Konfessionszugehörigkeit und die politische Entscheidung.
2. Das Verhältnis der Berufszugehörigkeit und die politische Entscheidung. Dabei konnten nur zwei Gruppen, nämlich die Bauern und die Arbeiter, berücksichtigt werden, weil die übrigen Berufsgruppen nicht geschlossen in Stimmbezirken auftreten.
3. Die Zugehörigkeit zu den Gemeinden verschiedener Größe und die politische Entscheidung. Dabei wurden die Gemeinden in folgende Größen unterschieden:
   unter 500 Einwohnern,
   zwischen 500 und 1.000 Einwohnern,
   zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern,
   zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern,
   zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern,
   zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern,
   zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern,
   zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern,
   über 100.000 Einwohnern.
4. Einheimische und nach 1945 in das Bundesgebiet Zugewanderte und die politische Entscheidung.

Das war notwendig, weil es eine große Anzahl von Stimmbezirken gibt, in denen die Heimatvertriebenen konzentriert und geschlossen auftreten.

Weiter war es aufgrund von Sonderregelungen, die in verschiedenen Ländern und Städten durchgeführt wurden, möglich, festzustellen, wie sich die verschiedenen Altersgruppen – und hier wieder getrennt nach Geschlechtern – zur politischen Entscheidung verhalten. Aus den gleichen Erhebungen war auch zu ersehen, wie sich der Familienstand auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Ergänzend zu dieser soziologischen Wahlanalyse wurde gesondert nach den Ländern und Regierungsbezirken die Entwicklung der politischen Parteien seit 1871 zusammengestellt, da wir vermuteten – was auch die Untersuchungen bestätigt haben –, daß diese Entwicklung noch in mancher Hinsicht für die parteipolitischen Verhältnisse bestimmend ist.

Nach Abschluß dieser Arbeiten hat die Bundesgeschäftsstelle damit begonnen, die darauffolgenden Landtagswahlen in gleicher Weise zu analysieren. Abgeschlossen sind diese Arbeiten für die Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die übrigen Länder sind noch in Bearbeitung. Mit der Fertigstellung dieser Analyse ist bis zum 1. Juni d.J. zu rechnen.

Neben dieser Analyse, die nur auf Landesebene durchgeführt wurde, haben wir seit einem Vierteljahr die Analyse für die einzelnen Wahlkreise in Arbeit. Für sämtliche Bundestagswahlkreise werden Mappen zusammengestellt, und zwar für jeden Wahlkreis Übersichten, in denen jede einzelne Gemeinde gesondert behandelt ist. Aus dieser Übersicht für die einzelnen Gemeinden geht hervor die soziologische Zusammensetzung der Gemeinden, d.h. die Einwohnerzahl, die Zahl der Haushalte, die Zahl der Heimatvertriebenen, die Zugehörigkeit zu den Konfessionen, die Berufszugehörigkeit, unterschieden nach Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft,

Industrie, Handel, öffentlicher Dienst, Handwerk, und das Beschäftigtenverhältnis, wiederum unterschieden nach Beamten, Angestellten, Arbeitern und selbständigen Berufen.

Für jede Gemeinde ist das Ergebnis der Landtags- und Bundestagswahlen seit 1945 zusammengestellt. Diese Analysen werden für die Wahlkreise in fünffacher Ausfertigung hergestellt und wie folgt verteilt: Je ein Exemplar erhalten Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstelle, Bundestagsabgeordneter bzw. Kandidat des Wahlkreises, Kreisvorsitzender, Kreisgeschäftsführer.

Diese Analysen für die Wahlkreise werden voraussichtlich bis zum 1. Mai für sämtliche Bundestagswahlkreise fertiggestellt sein und können dann ausgeliefert werden.

Alle diese Vorarbeiten haben an sich nur dann einen Sinn und können nur dann voll ausgewertet werden, wenn es uns gelingt, in diesem Jahr die Partei so durchzuorganisieren, daß wir in jeder Gemeinde bzw. größeren Gemeinde und in jedem Stimmbezirk zwei aktive Vertrauensleute haben. Um das zu erreichen, scheint mir folgendes notwendig zu sein:

1. Die vorhandenen Mitglieder der Union müssen aktiviert werden. Es kann nicht weiterhin so bleiben, daß Ortsverbände nicht einmal innerhalb eines Jahres eine Versammlung abhalten.
2. Es muß eine intensive Mitgliederwerbung erfolgen, vor allen Dingen in den Gebieten, in denen es praktisch noch keine CDU gibt.

Es gibt in der Bundesrepublik ganze Kommunalkreise, in denen teilweise gar nichts oder allenfalls nur ein kommissarischer Kreisvorsitzender ohne Gefolgschaft existiert. Die Mitgliederwerbung wie die Aktivierung der Mitglieder kann aber nicht weiterhin wie bisher nur den hauptamtlichen Kräften überlassen bleiben. Wenn sich in diesem Jahre – ich bitte Sie, mir die offene Sprache nicht übelzunehmen, es muß einmal gesagt werden – die politisch führenden Persönlichkeiten der Partei nicht entschließen, sich aus eigenem Willen auch den organisatorischen Aufgaben der Partei zu widmen, dann ist die Aufgabe, die uns gestellt ist, m.E. nicht zu lösen!

Ich möchte hier sehr ernst darauf aufmerksam machen, daß es ein Irrtum ist zu glauben, daß diese Aufgaben im Grunde überflüssig seien und daß es genüge, sich in den Parlamenten, in der Bundesregierung und in den Länderregierungen um eine ordentliche Politik zu bemühen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Union in ihrem jetzigen organisatorischen Zustand eine stärkere Belastungsprobe nicht so durchhalten wird, daß wir weiterhin in der Lage sind, die Grundlinien der deutschen Politik zu bestimmen.

Ich erlaube mir, im einzelnen folgende Vorschläge zu machen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darüber diskutierten und dann zu einer Beschlußfassung kämen:

1. Die Landesverbände sind durch Beschluß des Parteivorstandes bzw. des Parteiausschusses zu verpflichten, im Laufe dieses Jahres dafür zu sorgen, daß in jeder Gemeinde, in jedem Stimmbezirk, zwei Parteifreunde, wenn möglich ein älterer und ein jüngerer, als Vertrauensleute gewählt bzw. bestimmt werden und diese

Vertrauensleute bei den Wahlkreisgeschäftsstellen, bei den Landesgeschäftsstellen und bei der Bundesgeschäftsstelle aktenmäßig erfaßt werden.
2. In sämtlichen Landesverbänden sind Tagungen durchzuführen, an denen sämtliche Mitglieder der Landesvorstände, der Landessozialausschüsse, die Kreisvorsitzenden, die Bundestagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten teilnehmen. Auf diesen Tagungen soll ausdrücklich über die Notwendigkeit der Mitgliederwerbung gesprochen werden. Es soll darüber beraten werden, welche Methoden in den verschiedenen Kreisen am zweckmäßigsten zur Anwendung kommen.
3. Sämtliche Teilnehmer sind zu verpflichten, sich in den kommenden Monaten für die Mitgliederwerbung zur Verfügung zu stellen. Die Landesgeschäftsführer sind bereits aufgerufen worden, Erfahrungsberichte an die Bundesgeschäftsstelle zu senden. Die Auswertung dieser Erfahrungsberichte wird sämtlichen Landesverbänden mit entsprechenden Vorschlägen, die sich aus der Auswertung ergeben, zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus halte ich es für zweckmäßig, daß bis spätestens 1. Mai in sämtlichen Bundestagswahlkreisen und in den Landesverbänden Ausschüsse gebildet werden, deren ausschließliche Aufgabe es ist, die Bundestagswahl 1957 vorzubereiten. Die in diese Ausschüsse zu entsendenden Parteifreunde werden von uns dann regelmäßig zusammengefaßt werden zu Wochenend-Tagungen, in denen die Vorbereitungen der Bundestagswahl bis ins Detail durchgesprochen werden.

Ich halte es auch für notwendig, daß sich die Bundestagsabgeordneten bzw. die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen wesentlich stärker als bisher an der Vorbereitung der Bundestagswahl schon jetzt beteiligen. Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn ich über dieses Thema einmal mit konkreten Vorschlägen vor der Fraktion sprechen könnte.

Ich bitte zum Schluß den Vorstand noch einmal dringend, über diese drei Vorschläge nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern sie zu beraten und, wenn irgend möglich, zu Beschlüssen zu kommen.

Adenauer: Auch ich bin der Auffassung, daß für den Erfolg einer Wahl die Parteiorganisation ganz wesentlich ist. Es kommt hinzu, ich habe das eingangs unserer heutigen Sitzung gesagt, daß höchstwahrscheinlich unsere Situation bei der Bundestagswahl 1957 sehr viel kritischer ist, als sie im Jahre 1953 war. Darum müssen wir das, was dann vielleicht fehlen sollte – man kann die Entwicklung nicht voraussehen –, mindestens wettzumachen suchen durch eine größere Organisation. Ich weiß nicht, ob mein Urteil zu pessimistisch ist, aber ich habe manchmal den Eindruck, als wenn keine Partei in Deutschland, aufs Ganze gesehen, eine so – ich will mich vorsichtig ausdrücken – wenig genügende Organisation hat wie die unsrige. Ich habe manchmal den Eindruck, daß der über Erwarten große Erfolg, den wir im Jahre 1953 gehabt haben, nicht dazu beigetragen hat, etwa in unserer Organisation Fortschritte zu machen, sondern genau im Gegenteil, daß man sich gesagt hat, es geht prima, warum sollen wir uns anstrengen.

Darum halte ich die Initiative von Herrn Heck für sehr richtig. Man kann nicht früh genug damit anfangen. Ich sehe es Ihren Gesichtern an, daß wir ihm alle zustimmen und daß wir ihm sehr dankbar sind, wenn er sich mit ganzer Kraft für diese organisatorischen Fragen einsetzt und sich darum bemüht. Ich möchte mir nur einen kleinen Vorschlag erlauben, Herr Heck. Sie haben eingangs gesagt: Der Parteivorstand bzw. der Parteiausschuß usw. Bitte streichen Sie einstweilen das „bzw. der Parteiausschuß", sonst können Sie es nicht herausgehen lassen. Lassen Sie es beim „Parteivorstand"! Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Parteiausschusses können Sie dann setzen: „Bericht über die organisatorischen Vorbereitungen". Sind Sie damit einverstanden?

Wackerzapp: Es ist alles sehr richtig, was gesagt worden ist, aber ein wesentlicher Punkt ist nicht berührt worden, nämlich die finanzielle Frage. Wir müssen aber das notwendige Geld zur Verfügung haben.

Adenauer: Das ist wohl nicht so ganz richtig. Natürlich gehört auch Geld dazu, aber wir müssen doch auch etwas anderes leisten! Es handelt sich nicht darum, daß bezahlte Geschäftsführer usw. angestellt werden, sondern um die Mitgliederwerbung. Es handelt sich darum, die Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich jetzt schon, und zwar ohne Geld dafür zu bekommen, für die Wahl einsetzen sollen. Herr Wackerzapp, Sie können nicht verlangen, daß wir im Januar 1956 schon einen Plan, einen Finanzplan vorlegen für die Wahl im September des Jahres 1957.

Wackerzapp: Meine Sorge geht dahin, daß diese Dinge in unserer Partei etwas sehr großzügig behandelt werden und daß wir letzten Endes Geld brauchen, wenn wir tüchtige Kräfte haben wollen. Es ist doch vielfach so: Tüchtige Leute können nicht gehalten werden, weil wir sie finanziell nicht genügend bezahlen können.

Adenauer: Das ist ein neues Thema. Lassen wir es zunächst bei dem einen.

Heck: Ich habe bewußt nur drei Vorschläge gemacht und dabei davon abgesehen, Deckungsvorschläge zu unterbreiten, weil häufig auf die finanzielle Seite hingewiesen wird. Aber das ist nicht der einzige Grund. Es ist einer politischen Partei sehr leicht, die Faulheit durch sehr viel Geld zu decken! Und das müssen wir uns abgewöhnen! Es wird bei den Wahlen sinnlos Geld verpulvert, weil Jahre vorher alles versäumt worden ist. Ich will mich vornehm ausdrücken! (*Adenauer:* Drücken Sie sich kräftig aus!) Für die Tagungen, die wir mit den Ausschußmitgliedern usw. in den Kreisen durchführen, werden wir sorgen, daß die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

Adenauer: Herr Heck, ich weiß nicht, ob ich etwas überhört habe. Aber ich meine, von der Jungen Union hätten Sie nichts gesagt. (*Krone:* Ein älterer und ein jüngerer!) Wenn die Junge Union Rechte hat – und sie nimmt Rechte für sich in Anspruch –, dann soll sich die Junge Union auch bei der Vorbereitung dieser Bundestagswahl einsetzen.

Heck: Die Junge Union hat sich bereit erklärt, soweit wie möglich für jede Gemeinde und jeden Stimmbezirk einen jüngeren Mann im Rahmen dieses Ausbaus des Vertrauensleute-Systems zu benennen. Die Beteiligung der Frauen ist insoweit besonders wichtig, im Gegensatz zu den Männern – das muß einmal gesagt werden

–, weil die Frauen bereit sind, politische Dinge zu tun, ohne unbedingt anschließend die Quittung mit dem Anspruch auf ein Mandat vorzulegen.

Zimmer: Ich möchte mit großem Nachdruck die Vorschläge von Herrn Heck unterstreichen. Die „Freiheit", die in der Pfalz erscheint, bringt folgende Nachricht:

„Das tausendste neue SPD-Mitglied in der Pfalz. Am letzten Tag des Jahres 1955 konnte der Bezirk der SPD dem Parteivorstand in Bonn telegrafisch das tausendste neu aufgenommene Mitglied melden. Die am 1. Oktober 1955 im ganzen Bundesgebiet angelaufene Mitgliederwerbeaktion hat in der Pfalz ein besonders starkes Echo gefunden und zu Erfolgen geführt, die beispielgebend sind für die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung ... usw.

Schon heute liegt die SPD Pfalz mit dem stolzen Werbeergebnis an erster Stelle im Bundesgebiet. Sie konnte ihre bisherige Mitgliederzahl um 7 % erhöhen."

Daraus bitte ich zu entnehmen, daß die SPD in den letzten Monaten konzentrisch im ganzen Bundesgebiet eine geschlossene Mitgliederwerbung durchgeführt hat. Sie werden meine Bitterkeit verstehen. Das ist das, was ich im vorigen Frühjahr für die CDU verlangt habe, was aber leider nicht durchgeführt worden ist. Wir müssen mit Bitterkeit zusehen, wie die SPD mit einem Bienenfleiß und einer vorbildlichen Hingabe für ihre Partei, trotz der schlechten Politik, die sie in diesen Jahren gemacht hat, viele Leute an sich zieht.

Ich bin deshalb so sehr dankbar, daß heute Herr Heck die Initiative ergriffen hat, um einen ähnlichen Vorstoß zu unternehmen. Ich bin auch dankbar dafür, daß er an die führenden Mitglieder unserer Partei appelliert. Es geht nicht mehr, daß wir das auf den hauptamtlichen Kräften liegen lassen. Das müßte wirklich für alle eine Ehrensache sein. Verzeihen Sie, ich schließe mich selbstverständlich ein. Ich appelliere auch an mich und kritisiere mich selber. Wir müssen uns verpflichten! Und wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen und haben eine gute Wirkung aufzuweisen, dann müßte es doch möglich sein, daß wir endlich den qualitativen und quantitativen Stand bekommen, den wir nötig haben. Es ist ein Jammer, wenn man das miterleben muß, wie die Aufstellung der Kandidaten für die Kreistage, für die Stadtverordnetenversammlungen aus einer kleinen Gruppe von Leuten, die zum Teil ehrgeizig sind, zum Teil nichts können und zum Teil glauben, ihren Anspruch anmelden zu können, weil sie einen Titel haben – auch in unserem Lande –, vor sich geht. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich weiß nicht, wie es in anderen Ländern durchgeführt wird. (*Zuruf:* Nicht besser!) Ja, es ist immer dasselbe. Man scheut sich, auch mal andere tüchtige Leute aufzustellen; man will eben alles selber machen. Die Leute aber wollen irgendwie auch mal angesprochen sein. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es wäre ein nettes Geburtstagsgeschenk für Sie gewesen, Herr Bundeskanzler, wenn Ihnen die Landesverbände ein paar hunderttausend Mitglieder hätten melden können. Aber was nicht ist, kann noch werden.

Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Heck voll und ganz an. Es kommen für unsere Partei sehr schwere Stürme, und wenn wir denen gewachsen sein wollen, dann ist es höchste Zeit, mit dieser Arbeit zu beginnen. Die SPD hat uns ein Beispiel gegeben. Trotz ihrer schlechten Politik hat sie es in großartiger Weise

fertiggebracht, neue Mitglieder zu bekommen, obwohl sie gar nicht an der Regierung ist. Wie lange eigentlich? (*Zurufe:* Sieben Jahre!) Ja, und nur ganz unwesentlich hat ihr Widerstand nachgelassen.

Herr Heck hat mir aus der Seele gesprochen. Ich verpflichte mich, in unserem Landesverband alles zu tun, um wirklich in dieser Beziehung weiterzukommen.

Adenauer: Herr Heck, haben Sie eine Ahnung davon, wie es mit der Mitgliederzahl von Mädchen und jungen Frauen in der Union ist?

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Die Junge Union ist in unserem Lande im allgemeinen vorbildlich. Sie arbeitet sehr gut, und wir sind mit ihrer Arbeit – nicht immer mit ihren Reden – sehr zufrieden.

Adenauer: Es ist mir bekannt, daß die Junge Union in Rheinland-Pfalz tatsächlich viel lebendiger ist als in allen anderen Ländern.

Weber: Ich wollte nur noch anmelden, daß der Bundesfrauenausschuß am 28. und 29. zusammentritt und dieses Thema „Anteilnahme am Wahlkampf" besprechen wird. Anschließend machen wir Ihnen dann die entsprechenden Vorschläge, Herr Bundeskanzler.[76]

Cillien: Herr Dr. Heck hat unter den Maßnahmen für die Vorbereitung der Wahl die Bundestagsabgeordneten selbst nicht genannt. (*Mehrere Zurufe:* Doch! Haben Sie nicht gehört!) Ganz zweifellos sollen diese besonders tätig werden. Ich hoffe, daß es so sein wird. Jeder sollte in seinem Wahlkreis sprechen und Versammlungen abhalten. Wie ist es nun mit den Damen und Herren, die über die Landesliste gewählt werden? Wir haben es so eingeteilt, daß alle diejenigen, die über die Landesliste gewählt werden, genauso einen Wahlkreis betreuen müssen wie die direkt Gewählten.

Bitter: Was Herr Heck bezüglich der Mitarbeit ausgeführt hat, bedarf wohl insofern einer Ergänzung, als wir eigentlich das beste Material für diesen Zweck praktisch in den Gemeindevertretungen haben. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU ist jetzt seit vielen Jahren tätig, um landauf, landab auch die kleinsten Dörfer in bezug auf ihre Organisationsleistungen mit dem Kreisgeschäftsführer und dem Kreisvorsitzenden der Partei zu besuchen. Diese Kleinarbeit, die wir hier leisten, hat die Überzeugung bei uns gefestigt, daß der Parteiapparat als Ganzes in keiner Weise intakt ist. Das gilt einmal von den Kreisvorsitzenden – das muß ich ganz offen aussprechen –, die sich sehr gern wählen lassen und die gern präsentieren, die aber, sobald die Kleinarbeit geleistet werden muß, versagen.

Wir haben z.B. festgestellt, daß die Leute zum großen Teil in der ersten Zeit der Existenz der Partei rein zufällig zu diesen Ämtern gekommen sind und jetzt da sitzen, und es gibt kaum jemand, der den Mut hat, den Leuten zu sagen, ihr habt versagt. Wir können so nicht weitermachen. Das müssen wir aber bei diesen Leuten einmal ganz klar aussprechen. Es gibt auch in der Qualität der Kreisgeschäftsführer Unterschiede wie Tag und Nacht. Es gibt in manchen Ländern ganz ausgezeichnete

76 Bericht über die Arbeitstagung des Ausschusses in Königswinter in UiD vom 4. Februar 1956.

Leute, vom ersten bis zum letzten, es gibt aber auch Länder, wo man die Dinge am besten kassieren sollte. Die Dinge klappen einfach nicht.

Ich bin gerne bereit, verehrter Herr Heck, ganz konkrete Angaben darüber zu machen. Ich glaube, daß es sich verlohnen würde, einen Tag mit der Kommunalpolitischen Vereinigung zusammenzusitzen, um auch einmal die persönlichen Dinge durchzusprechen. Wir haben im Bundesgebiet einige 10.000 Gemeindevertreter. Wenn wir diese 10.000 Gemeindevertreter 1. zu Mitgliedern der Partei machen und 2. zu Mitgliedern dieses Vertrauensapparates, dann haben wir die beste Organisation, insbesondere auf dem Lande, die man sich überhaupt vorstellen kann. Das setzt aber voraus, daß dieses glänzende Referat, das Sie uns in Würzburg gehalten haben gegen den Indifferentismus der sogenannten Wählerlisten[77], auch Gemeingut unserer Freunde im Bundesvorstand, in den Landesvorständen und Kreisvorständen wird. Solange wir glauben, diese indifferenten Leute tolerieren zu müssen oder zu können, und zwar aus grundsätzlicher Bequemlichkeit, weil die Dinge nun einmal so geworden sind – darüber dürfen Sie sich nicht täuschen –, kommen wir mit der Partei, insbesondere auf dem flachen Lande, nicht weiter!

Hier liegt einer der wesentlichsten Punkte, wo wir ansetzen müssen. Dabei bin ich nicht naiv genug zu sagen, Sie können in das kleinste Kuhdorf gehen und dort Leute hinsetzen, aber das eine ist jedenfalls sicher, der Apparat, der uns hier vom Gesetzgeber, möchte ich mal sagen, insbesondere von der Selbstverwaltung der Bürgermeister an die Hand gegeben ist, wird längst nicht in dem Maß von den Landes- und Kreisparteien gestellt, wie es an sich möglich wäre. Wir haben insbesondere festzustellen, daß die Qualität der so bestellten Selbstverwaltungsvertreter im Ehrenamt erheblich nachgelassen hat gegenüber der Qualität der Bürgerschaftsvertreter, die wir in der Vornazizeit gehabt haben. Über die Gründe brauchen wir nicht zu reden, aber den Tatsachen muß man ins Auge sehen und sie feststellen.

Hier gibt es letzten Endes nur eins: daß sich jeder Kreisvorsitzende die Mühe macht, sich nicht nur mit der großen Politik des Bundes und des Landes zu beschäftigen, sondern er sollte sich auch mit der mühseligen Kleinarbeit der Kommunalpolitik befassen. Wer in seinem Kreis die Dinge kommunalpolitisch in Ordnung hat, Herr Bundeskanzler, braucht sich für die Wahl keine Sorgen zu machen. Das ist meine Überzeugung, die ich mir in jahrzehntelanger Tätigkeit nicht nur im Hauptberuf, sondern auch im Nebenamt erworben habe.

Wir haben in der Kommunalpolitischen Vereinigung aus den Mitteln unserer Mitglieder eine Organisation auf die Beine gestellt, von der ich einfach sagen kann, daß sie klappt. Sie ist auch mustergültig. Wir haben unser eigenes Organ. Die „Kommunalpolitischen Blätter" haben heute eine starke Beachtung in allen Spitzenverbänden, auch bei den Behörden, und es gibt keinen Minister, der nicht unsere Blätter liest; ja, er studiert sie sogar. Hier haben Sie das typische Beispiel

77 Nicht zu ermitteln.

dafür, was aus privater Initiative geschaffen werden kann. Wir haben von keinem dafür den Auftrag bekommen!

Wir haben in der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen, insbesondere der persönlichen Bildung unserer ehrenamtlichen Leute in der Selbstverwaltung mehr Beachtung zu schenken als bisher. Der Beschluß lautete: Es wird ein Bildungsreferat nicht nur auf dem Papier statuiert, sondern wir wollen einige lebende Leute haben. Und was hat sich gezeigt? Wir haben in Blättern, die uns politisch und weltanschaulich nicht nahestehen, inseriert, um festzustellen, wie das Echo solcher Leute sein würde. 80 hochqualifizierte Leute haben sich gemeldet. Das ist der Beweis, daß wir aus der Enge unserer Sicht etwas heraustreten müssen.

Das Reservoir, das wir zur Verfügung haben, um zu einer höheren Qualifikation unserer Kreisgeschäftsführer zu kommen, ist noch längst nicht erschlossen. Ich bin gerne bereit, Ihnen das Material über die Leute zur Verfügung zu stellen, die hier sichtbar werden. Man wird erstaunt sein, wie insbesondere Leute aus der jungen Akademikerschaft, sowohl Juristen als auch Philologen, sich zur Verfügung stellen, um diese Arbeit zu tun. Ich sehe hier, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer freundlichen Genehmigung, daß hier einer der Hauptpunkte hinsichtlich der Existenz unserer Partei aufgezeigt werden muß. Wir erleben diese Dinge in unserem Landesverband mit der persönlichen Unterstützung des Ministerpräsidenten, der das ebenso vorbildlich macht wie Ihr Ministerpräsident, Herr Minister Zimmer, und wie Sie selbst. Wo der Landesvorsitzende und die Minister selbst in die aktive Kommunalpolitik eingreifen, klappen die Dinge. Aber es gibt auch Länder, wo diese Dinge einfach nicht getan werden, sondern wo wir von Dorf zu Dorf gehen müssen, um die Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Der Zeitpunkt, wo wir nur eine Wählerpartei waren, muß endlich vorbei sein, und er muß abgelöst werden durch die Tatsache, daß wir auch eine Mitgliederpartei werden. Es ist höchste Zeit, daß wir damit auf der kommunalen Ebene anfangen. In dem Maß, wie uns das gelingt, unterbauen wir auch die gesamte Parteiorganisation. *(Beifall.)*

Adenauer: Wir sind allen Rednern, die zu diesem Thema gesprochen haben, insbesondere aber Ihnen, Herr Bitter, von Herzen dankbar. Ich weiß, wir stimmen darin überein, daß die kommunalpolitische Arbeit die beste Vorbereitung für die weitere politische Arbeit und Tätigkeit ist und daß dort wirklich ein Reservoir ist, um junge Leute heranzuziehen und einzusetzen.

Herr Heck hat mir gesagt, daß die Fühlung zwischen Ihnen bestünde. Ich wäre Herrn Heck dankbar, wenn er dieses Angebot von Ihnen aufgriffe und zu verwirklichen versuchte.

Sie haben, Herr Bitter, gesagt, wir müssen aus einer Wählerpartei zu einer Mitgliederpartei werden. Sie haben vollkommen recht damit. Man konnte vielleicht zunächst verstehen, daß die Menschen damals sagten, nie wieder in eine Partei! Man kann auch verstehen, daß sie gegenüber der CDU als einer ganz neuen Partei sagten, lassen wir erst einmal abwarten. Nun existieren wir aber seit 1945, und wir haben

inzwischen eine gute Arbeit getan. Jetzt müssen wir auch attraktiv werden! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sind Ihnen von Herzen dankbar, Herr Heck, und arbeiten alle mit, wenn Sie die Frage der Organisation der Partei mit aller Kraft in Angriff nehmen. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat den großen Vorzug, daß ihre Mitglieder aus der CDU und CSU kommen. Keine andere Abteilung oder Parteiorganisation ... (*Zurufe:* Die Junge Union, die Sozialausschüsse!) Nun, meine Freunde, ich wollte dem Herrn Bitter eine Freude machen. *(Heiterkeit.)* Wir wollen wenigstens sagen: An erster Stelle. (*Bitter:* Und zwar in sehr starkem Umfange, Herr Bundeskanzler, das haben die anderen nicht.)

Meine Damen und Herren! Damit hätten wir die Tagesordnung erschöpft. Wir haben jetzt genau, wie heute morgen abgesprochen, 5 Uhr. Ehe ich die Sitzung schließe, möchte ich den Herrn Bundestagsabgeordneten Stücklen, den Vorsitzenden der CSU-Arbeitsgruppe im Bundestag, herzlich willkommen heißen bei uns. Ich bin davon überzeugt, daß auch er gerade den Ausführungen über die organisatorischen Fragen mit Aufmerksamkeit gelauscht hat; denn diese Organisationsfrage ist immer in christlichen Parteien, wie es scheint, eine gewisse Schwierigkeit.

Nun bin ich ja für Gottvertrauen, aber nur in beschränktem Umfang, weil Gott dem Menschen freien Willen gegeben hat und Gott nicht lediglich verlangt, Vertrauen zu ihm zu haben, sondern er will auch den freien Willen und die eigene Arbeit des Menschen. Und damit möchte ich unsere heutige Sitzung schließen.

12

Bonn, 24. Februar 1956

Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Dichtel, von Fisenne, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Johnen, Kiesinger, Krone, Lemmer, Meyers, [Müllenbach], Müller, Pferdmenges, Samsche, Schäffer, Schröder, Seidel, [Steinmetz], Frau Weber, Zimmer.

Bericht und Beratung über die innenpolitische Lage; Sturz der Regierung Arnold; Verhältnis zur FDP.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 19.25 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst die Liste der Entschuldigten bekanntgeben. Es sind die Herren Dr. Wuermeling, Dr. Süsterhenn,

Sieveking, Lensing, Albers, Dr. Fay – an seiner Stelle ist Herr Steinmetz[1] hier – und Winkelheide. Weiter hat sich Herr Kaiser entschuldigen lassen. Wir haben heute Gäste hier; vor allem begrüße ich Herrn Dr. Seidel, den Vorsitzenden der CSU. *(Beifall.)* Ich begrüße ihn nicht nur wegen der Wichtigkeit der heutigen Tagesordnung, sondern auch wegen des zunehmenden Interesses der CSU an unserem Wohlergehen, wie auch umgekehrt unser Interesse für das Wohlergehen der CSU in ständigem Steigen begriffen ist. Seien Sie herzlich willkommen, Herr Seidel! Ich glaube, es liegt im Interesse unserer beiden Parteien und unserer gemeinsamen Anschauung, wenn wir sehr häufig zusammenkommen.

Dann sind von Nordrhein-Westfalen hier Herr Ministerpräsident Arnold, *(lebhafter Beifall)* Herr Johnen und Herr Meyers, der bisherige Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Ich begrüße die Herren besonders herzlich. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, wenn wir ihnen, vor allem dem Ministerpräsidenten Arnold, namens der Fraktion und der Partei unsere herzliche Anteilnahme an diesen ganzen Vorgängen in Nordrhein-Westfalen, die ja doch unmittelbar Anlaß zu unserer heutigen Zusammenkunft gewesen sind, aussprechen.[2]

Ich darf damit verbinden die Erklärung, daß gerade die Arbeit von Herrn Arnold in Nordrhein-Westfalen seit nunmehr fast zehn Jahren sehr wesentlich dazu beigetragen hat, daß dieses industriereichste Land – ein Land, das zudem eine der Hauptsäulen unserer ganzen Partei ist – die Kriegsschäden in so ausgezeichneter Weise überwunden hat und daß wir uns in ihm und mit ihm tief getroffen fühlen durch den Undank, der ihm aus politischen Gründen – über die ich gleich noch sprechen werde – zuteil geworden ist. *(Beifall.)*

Es ist wohl besser, wenn ich stehend spreche, einmal aus Hochachtung vor Ihnen, zum anderen aber auch, damit Sie mich besser verstehen können.

Bericht und Beratung über die innenpolitische Lage

Adenauer: Meine Freunde! Als wir am vergangenen Dienstag in der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag zusammen waren und uns aussprachen über die Vorgänge vom vergangenen Montag im Landtag von Nordrhein-Westfalen, war es uns allen klar, daß nun Entscheidungen zu treffen seien, die an politischer Bedeutung über

1 Dr. Hans Steinmetz (1908–1987), 1945–1949, 1954–1958 Mitglied der Verfassungberatenden Hessischen Landesversammlung bzw. des Hessischen Landtages (CDU), 1946 Landrat Kreis Bergstraße, nach 1949 im Bundespostministerium (Ministerialdirektor und kommissarischer Staatssekretär, 1956 Staatssekretär).

2 Am 20. Februar war (durch konstruktives Mißtrauensvotum) Arnold abgewählt und an seiner Stelle Fritz Steinhoff (SPD) mit den Stimmen von SPD und FDP zum Ministerpräsidenten von NW gewählt worden (AdG 1956 S. 5643–5646 mit Vorgeschichte und Entwicklung; Hüwel S. 285–300; ders.: Zwischen Düsseldorf und Bonn. Der Sturz der Regierung Arnold. In: Geschichte im Westen 1, 1986, S. 81–96. Vgl. auch zum Folgenden).

die Aufgaben einer einzelnen Bundestagsfraktion hinausgehen. Das war der Grund, warum wir Sie für heute nach hier eingeladen haben. In der Zwischenzeit kommt ein weiterer Vorgang hinzu: das ist die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion, die gestern eingetreten ist.[3] Ich werde noch darauf zurückkommen, wenn Herr Ministerpräsident Gebhard Müller, der jetzt eine neue Verantwortung hat, anwesend ist. Wir können dann in seiner Gegenwart über die Rückwirkungen sprechen, die diese Ereignisse und die Beschlüsse, die wir voraussichtlich fassen werden, auf den Wahlkampf in Baden-Württemberg haben werden. Wir müssen uns auch über eine gewisse Sprachregelung einig werden, die wohl angebracht erscheint, wenn unsere Mitglieder in den nächsten Wochen in den Wahlkampf von Baden-Württemberg in einer Reihe von Versammlungen eingreifen werden.

Das vorausgeschickt, meine Damen und Herren, darf ich nun kurz schildern, was sich in Düsseldorf ereignet hat. Ich kann mich verhältnismäßig kurz fassen, nicht nur weil viele Tatsachen Ihnen bekannt sind, sondern auch, weil Herr Ministerpräsident Arnold das Bedürfnis hat, über diese Dinge hier zu sprechen. Ich darf zunächst vorausschicken die Zahlen im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die CDU hat 90 Abgeordnete, das Zentrum 9, die Sozialdemokraten und die FDP haben zusammen 101 (76 und 25). Einer der Abgeordneten der FDP-Fraktion von Nordrhein-Westfalen oder Herr Dehler hat gesagt, daß sie sich aus der Umklammerung der CDU hätten befreien müssen. Und dann sind sie in die Umklammerung der SPD feucht-fröhlich hineingegangen.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen ist schon seit geraumer Zeit mit großer Sorge von uns beobachtet worden. Sie, Herr Johnen, haben schon vor eineinhalb Jahren mit mir darüber gesprochen und erklärt, daß eines Tages die Beziehungen zwischen FDP und SPD im Düsseldorfer Landtag dazu führen könnten, zu versuchen, das Kabinett Arnold zu stürzen. Damals glaubte man aber, daß die neun Zentrumsleute in Nordrhein-Westfalen – die ihre Anwesenheit im Landtag nur der Güte der CDU verdanken – unbedingt sicher sein würden auf der Seite der CDU, wenn eine solche Auseinandersetzung, wie ich sie eben angedeutet habe, kommen werde. Man glaubte weiter, daß auf alle Fälle ein Mitglied der FDP-Fraktion in Nordrhein-Westfalen ein solches Manöver nicht mitmachen werde.[4] Damit hätte man also 100 zu 100 Stimmen gehabt, so daß damit der Mißtrauensantrag, wenn er gestellt werden würde, zu Fall gebracht worden wäre.

Es hat sich aber dann herausgestellt, daß diese Rechnung zu optimistisch gewesen ist. Sie kennen die Abstimmung. Herr Middelhauve ist der Abstimmung ferngeblieben;

---

3 16 Abgeordnete verließen die FDP-Fraktion: August-Martin Euler, Franz Blücher, Hermann Berg, Martin Blank, Hans Henn, Karl Hepp, Karl Lahr, Hasso von Manteuffel, Fritz Neumayer, Georg Körner, Hermann Schäfer, Karl Hübner, Ludwig Preiß, Viktor-Emanuel Preusker, Ludwig Schneider, Hans Wellhausen. – Schilderung der Ereignisse bei MENDE: Freiheit S. 365–369; KLINGL S. 240f.

4 Gemeint ist Friedrich Middelhauve.

aber es sind drei Leute – wer es ist, weiß ich nicht – aus der Front CDU/Zentrum zu den anderen übergegangen und ein Mitglied – wahrscheinlich von der FDP – hat es nicht gewagt, mit Nein zu stimmen, sondern hat sich der Stimme enthalten, so daß als Ergebnis herausgekommen ist: 102 gegen 96 Stimmen. Die Entscheidung ist also gefallen – sehr interessant vom demokratischen Standpunkt aus – durch drei unzuverlässige Leute. Daß der Verlust der Regierung in Nordrhein-Westfalen – dem wirtschaftlich stärksten Land in der Bundesrepublik und eine der festesten Säulen unserer Partei – für uns besonders schmerzlich ist, brauche ich wohl nicht noch hervorzuheben.

Im Bundesrat ist die Situation dadurch so geworden, daß wir noch 21 Stimmen haben. Wenn ich sage wir, dann heißt das die Kabinette, die mehr oder weniger zur CDU gehören – gegen 17 SPD-Stimmen. Wir haben also die Zweidrittelmehrheit verloren, haben aber noch eine einfache Mehrheit.

Ich möchte noch einige allgemeine Bemerkungen hinzufügen, ehe ich auf die Dinge genauer eingehe. Dabei knüpfe ich an die Ausführungen des Herrn Kollegen Gerstenmaier an[5]: Der Bundesrat hat sich entgegen der ursprünglich ihm zugedachten Aufgabe immer mehr zu einer parteipolitisch geleiteten Zweiten Kammer, oder wie Sie es nennen wollen, jedenfalls aber zu einem parteipolitisch geleiteten Organ entwickelt, das, unterstützt von der Ministerialbürokratie in den Ländern – ich möchte das sehr nachdrücklich betonen –, bestrebt ist, durch emsige Arbeit den Bereich der Tätigkeit immer mehr auszuweiten, um nötigenfalls der Politik, die auf den Beschlüssen des Bundestages beruht, Widerstand leisten zu können. Das ist eine Entwicklung, die letzten Endes – es drängt mich gerade im vorliegenden Falle, diese allgemeinen Äußerungen zu machen – dem Gedanken des Föderalismus absolut entgegengesetzt ist; denn dieser Bundesrat bildet seine Stimmenzahl in der Verborgenheit der einzelnen Kabinette und nicht in der Öffentlichkeit. Ich möchte hier für mich betonen, weil der Herr Gerstenmaier mich so strafend ansieht, daß ich im Parlamentarischen Rat gegen diese Funktion des Bundesrates gewesen bin. (*Weber:* Sie waren überhaupt für den Senat; ich auch!) Für einen Senat! Aber wir sind damals nicht durchgekommen im Bundesrat, zum Teil durch die Schuld der Leute im Parlamentarischen Rat, in etwa auch durch die Einwirkung der Besatzungsmächte, die dem Bundestag, überhaupt jeder Zentralgewalt, eine möglichst geringe Macht geben wollten.

Die FDP, um die es sich hier handelt, ist, wie Sie wissen, in der Regierungskoalition im Bundestag. Seit über einem Jahr haben wir nun innerhalb der Koalition im Bundestag fortgesetzt die größten Schwierigkeiten mit der FDP, und zwar wegen der außerordentlich großen Unzuverlässigkeit, die die Leitung der FDP in allen wichtigen Dingen gezeigt hat. Ein Mitglied der FDP hat mir gegenüber gestern erklärt, daß seitens der FDP im Bundestag – er meinte damit die Leitung, insbesondere Herrn Dr. Dehler – eine Politik mit doppeltem Boden gemacht werde. Man sagt uns: Wir gehören

5 Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar 1956 (ACDP VIII-001-1007/2 S. 150, 151).

zur Koalition, und wir nehmen die Rechte in Anspruch als Koalitionsmitglieder, aber sie übernehmen 1. sehr ungern Verpflichtungen im Bund, und 2. versuchen sie in den Ländern systematisch der Regierungskoalition entgegenzuhandeln und eine andere Politik dort einzuschlagen.

Es ist dem Herrn Dr. Dehler, den man mit einem Kreis von näheren Freunden von ihm wohl in erster Linie dafür verantwortlich machen muß, gelungen, zunächst einmal in Bayern die CSU aus der Regierung herauszubringen.[6] Ich glaube, man geht nicht fehl in der Annahme, daß es die unmittelbare Einwirkung Dehlers in München gewesen ist, die diese Koalition zustande gebracht hat, obgleich damals Herr Dehler mir persönlich versprochen hatte, daß er im entgegengesetzten Sinne wirken würde. Jetzt ist das gleiche geschehen in Nordrhein-Westfalen. Das sind also zusammen eine ganze Anzahl von Bundesratsstimmen, die er auf diese Weise in die Hände der Opposition gespielt hat. Das Ziel der Taktik von Herrn Dehler ist nach meiner seit längerer Zeit bestehenden Überzeugung folgendes: Er will auf jede Weise – koste es, was es wolle – die FDP im Jahre 1957 so stark machen, daß sie zusammen mit der SPD eine Regierung im Bundestag bilden kann. Das ist also das Rezept von Reinhold Maier.

Was es bedeuten würde, meine Freunde, wenn nach acht Jahren harter Arbeit im Bundestag nun die SPD in Führung käme in der nächsten Bundesregierung, das brauche ich Ihnen nur mit wenigen Worten zu skizzieren. Dann würde unsere ganze bisherige Außenpolitik erledigt sein. Es würde damit auch erledigt sein die wirtschaftliche Blüte, die wir haben, weil sie auf dieser Außenpolitik beruht. Man kann das nicht nachdrücklich genug immer wieder sagen; denn in dem Augenblick würde auch der Glaube der Westmächte an das deutsche Volk und an die Bundesrepublik Deutschland schwinden, so daß wir dann einen katastrophalen Rückgang auch unseres wirtschaftlichen Lebens erleben würden.

Wir würden aber noch mehr erleben. Werfen Sie einen Blick auf Europa. Ich muß etwas weiter ausholen, weil nach meiner Überzeugung das Wichtigste und das Wesentlichste an den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen auf außenpolitischem Gebiet zu suchen ist. Wenn Sie im Geiste Ihre Augen über Europa hinweggehen lassen, haben Sie folgendes Bild: Frankreich ist infolge des unglücklichen Ausganges seiner Wahlen außerordentlich labil.[7] Wie einmal in Frankreich eine stabile Regierung zustande kommen soll, das kann bisher kein Mensch irgendwie sagen. Es kann auch kein Mensch sagen, ob sie jemals kommen wird. Sie sehen weiter, daß in Frankreich die Kommunistische Partei aus diesen Wahlen als die bei weitem stärkste Partei herausgegangen ist. Sie sehen in Italien infolge der zum Teil unvorstellbaren Not der

6 Nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 war die CSU trotz ihrer starken Gewinne (10,6 % gegenüber der Wahl von 1950) und einem Vorsprung von 9,9 % vor der SPD von der Regierungsbildung ausgeschlossen worden. Wilhelm Hoegner (SPD) bildete eine Koalition von SPD, BP, FDP und GB/BHE (AdG vom 12. Dezember 1954 S. 4898).

7 Vgl. Nr. 11 Anm. 33. – ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 114ff.

Bevölkerung in Süditalien ein starkes Steigen des Kommunismus.[8] Sie sehen weiter die Schwierigkeiten in Großbritannien[9] und die Gegensätze in manchen wesentlichen politischen Auffassungen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika[10]. Sie sehen weiter, wie – nach meiner Meinung zum größten Teil durch die Schuld der Westmächte – die Verhältnisse im Vorderen Orient außerordentlich bedrohlich geworden sind. Und wenn Sie das Fazit ziehen, dann kann man nicht behaupten, daß Sowjetrußland durch eigene Kraft stärker geworden ist, als es noch vor einigen Monaten war. Aber man kann wohl sagen, daß die freien Völker im Westen durch ihre Uneinigkeit, durch ihre Unachtsamkeit, durch ihre oft geradezu gegensätzliche Politik gegenüber Sowjetrußland schwächer geworden sind, so daß infolgedessen die Waagschale Sowjetrußlands sich neigt und diejenige des Westens in die Höhe geht.

Nun stehen wir verhältnismäßig kurz vor der Bundestagswahl des Jahres 1957. Wenn diese Bundestagswahl so ausfiele, daß eine neutralistische Partei wie die SPD in die Regierung und somit gegenüber der FDP in Führung käme, dann würde den Vereinigten Staaten die Lage in Europa höchstwahrscheinlich aussichtslos erscheinen. Und daraus würden die Vereinigten Staaten in ihrem eigenen Interesse gezwungen sein, Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen ziehen heißt, sich mit Sowjetrußland auf Kosten Europas zu verständigen.

Das ist in großen Zügen das Bild der Lage, unter der man die ganzen Vorgänge und namentlich das Bestreben Dr. Dehlers und seiner engeren Freunde sehen muß, der bei der nächsten Bundestagswahl so stark werden will, daß die FDP und die SPD zusammen eine Regierung bilden können. Ich habe eben schon gesagt, daß die FDP in Verfolg dieser Politik schon seit über einem Jahr ein äußerst unzuverlässiger Koalitionspartner geworden ist, der vielfach geradezu erpresserisch auftritt. Die Politik Dr. Dehlers ist zuerst so klar sichtbar geworden in einer Rede, die er, glaube ich, am 3. oder 8. März des vergangenen Jahres in Oldenburg auf dem dortigen Parteitag[11] gehalten hat, eine Rede, die zu dreiviertel mindestens ein Haßgesang gegen die CDU gewesen ist. Noch wesentlicher an diesem Vorgang war, daß seine Ausführungen gegen die CDU/CSU – nach den Stenogrammen, die wir bekommen haben – vielfach von tosendem Beifall innerhalb der FDP begleitet worden sind.

Wie sehr Herr Dehler noch weitere Erpressungen auszuüben versucht hat, dafür zwei Vorgänge aus der neuesten Zeit: In einer Besprechung am 30. Januar, [um] die die vier Herren von der FDP mit mir nachgesucht haben, hat Herr Mende erklärt, wenn das

8 Bei den Regionalwahlen in Sizilien am 6. Juni 1955 hatten die Kommunisten die Anzahl der Mandate gegenüber 1951 nicht steigern können; bei den Wahlen am 27. und 28. Mai 1956 ging die Zahl der kommunistischen Stimmen insgesamt zurück (AdG 1955 S. 5193, 1956 S. 5799).

9 Gerüchte um den bevorstehenden Rücktritt Edens wurden am 7. Januar 1956 offiziell dementiert (AdG 1956 S. 5560; ein Tadelsantrag der Opposition wurde am 22. Februar abgelehnt (EBD. S. 5630).

10 Am 13. Januar 1956 war ein Interview von Dulles veröffentlicht worden, in dem er auf unterschiedliche Auffassungen zum Indochinakrieg anspielte (AdG 1956 S. 5565).

11 Am 25. März 1955. – Text: ACDP VII-002-258.

Wahlgesetz nicht ihren Wünschen entsprechend gestaltet werde, dann würde die FDP gegen das Soldatengesetz stimmen.[12] Auf meine Antwort, daß ich geradezu erschüttert sei über eine solche Stellungnahme in einer Angelegenheit, die für Deutschland Leben oder Tod bedeute, hat er mir erklärt, daß ein Junktim nunmehr bei ihnen vorhanden sei, und sie könnten daran nichts ändern. Ein zweiter Vorgang aus der letzten Zeit: Es war verabredet worden, daß die zweite und dritte Lesung des Soldatengesetzes am 6. und 8. März stattfinden solle. Die FDP hat dann verlangt, daß zwischen diesen beiden Lesungen die dritte Lesung des Wahlgesetzes eingeschoben und die dritte Lesung des Soldatengesetzes solange hinausgeschoben werden sollte. Auch das ist geradezu ein Angriff auf das Wohl unseres Volkes, weil das Freiwilligengesetz am 31. März ausläuft. Seine Verlängerung ist zweifelhaft. Auf alle Fälle ist das Vertrauen zu Deutschland im Ausland fortgesetzt gefallen, wie wohlmeinende Leute aus dem Ausland mir wiederholt erklärt haben, weil man dort einfach nicht versteht, daß es so außerordentlich langsam vorangeht mit dieser Aufrüstung.

Nun hat Herr Dehler ein Weiteres getan. Nachdem die zweite Genfer Konferenz mit einem völligen Mißerfolg geendet hat – dieser völlige Mißerfolg war in ganz einwandfreier und klarer Weise zurückzuführen auf die Haltung Sowjetrußlands und nicht auf die Haltung der Außenminister der drei Westmächte –, hat er in der „FDP-Korrespondenz" veröffentlichen lassen[13], daß der außenpolitische Kreis[14] der FDP hier im Bundestag zusammengetreten sei und die Frage der Wiedervereinigung als die vordringlichste bezeichnet und sofortige Verhandlungen mit Sowjetrußland seitens der deutschen Bundesregierung verlangt habe. Wenn die deutsche Bundesregierung nach dem Zusammenbruch der zweiten Genfer Konferenz von Sowjetrußland sofortige Verhandlungen über die Frage der Wiedervereinigung verlangt hätte, dann wäre das gleichbedeutend gewesen mit einer Abkehr vom Westen und mit einer Hinneigung zu Sowjetrußland, wobei wir nota bene von Sowjetrußland niemals etwas bekommen hätten.

Wie die Zustände bei der FDP sind, mag Ihnen folgendes zeigen. Als ich in einer der Besprechungen, die wir im Dezember über die Politik der FDP gehabt haben, das den Leuten vorgehalten habe, haben die Herren Euler, Schneider und sogar Mende gesagt: Wir waren in dem Außenpolitischen Ausschuß; ein solcher Beschluß ist im Außenpolitischen Ausschuß niemals gefaßt worden. Aber er ist veröffentlicht worden in der „FDP-Korrespondenz", die natürlich als offizielles Nachrichtenblatt der FDP bei allen Botschaften genau gelesen und studiert wird. Und alles daraus wird registriert und weitergegeben. Ich habe das hier so ausführlich geschildert, damit Sie dieses Doppelspiel der FDP, das hier gemacht worden ist, erkennen.

---

12 Bei MENDE: Freiheit S. 365f. ist darüber nichts festgehalten. – Das „Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten" (Soldatengesetz) wurde am 6. März 1956 angenommen (BGBl I S. 114).

13 fdk Nr. 78 vom 15. November 1955; vgl. KLINGL S. 228ff., auch zum Folgenden.

14 In der Vorlage: Kurs. – Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der FDP am 16. November 1955.

Ich möchte jetzt über Nordrhein-Westfalen sprechen. In Nordrhein-Westfalen hat sich angesiedelt ein Kreis von Nationalisten, die bis auf einen im früheren Nationalsozialismus eine große Rolle gespielt haben. Ich nenne Ihnen folgende Namen: Achenbach, der Botschaftsrat in Paris war; Dr. Best[15], der, wie Sie wissen, Reichsbeauftragter – oder wie es hieß – für Dänemark gewesen ist; ich nenne Ihnen den Botschafter Rahn[16] – er ist nicht in der Partei dort –; und alle diese Leute hingen zusammen mit Naumann[17]. Eine enorme Rolle spielt Herr Rahn, der heute nicht verschmäht, Generalbevollmächtigter der amerikanischen Coca-Cola-Gesellschaft für Deutschland zu sein. Weiter nenne ich Herrn Döring[18]. Diese Leute haben es in einer an die nationalsozialistischen Methoden erinnernden Weise verstanden, den Parteiapparat der FDP in die Hand zu bekommen. Sie sind herbeigerufen worden von dem Vorsitzenden Dr. Middelhauve, der sich offenbar nicht klargemacht hat – wie das seine Haltung zeigt, die er jetzt eingenommen hat –, daß er damit etwas herbeigerufen hat, das mächtiger werden würde als er. Kurz und gut, die FDP in Nordrhein-Westfalen ist völlig unterwandert von nationalistischen Elementen. Und diese nationalistischen Elemente in der FDP von Nordrhein-Westfalen werden von gewissen Industriellen finanziell unterstützt. Ich betone ausdrücklich, von gewissen Industriellen. Es sind mir vor allem zwei genannt worden, und ich glaube, daß diese Angaben absolut richtig sind. Die Industrie als solche – ich möchte das nachdrücklichst betonen – lehnt das dortige Treiben völlig ab.[19]

Nachdem man nun diese Geschichten dort gemacht hat, hat man nun unter den insgesamt 25 FDP-Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalen 15 oder 16 neue Leute hineingebracht, die noch nicht in einem Landtag gesessen haben. Dann hat man in geschickter Weise die Aufregung, die durch die Einbringung des Wahlgesetzes mit dem sogenannten Grabensystem entstanden war, in der Öffentlichkeit benutzt, um nun loszuschlagen. Sie haben alle die Berichte über die Vorgänge im Landtag von Nordrhein-Westfalen gelesen, wobei sowohl die Sozialdemokraten wie auch die FDP sich beeilt haben, Herrn Ministerpräsidenten Arnold ihre höchste Anerkennung und

---

15 Dr. Werner Best (geb. 1903), 1942–1945 Reichsbevollmächtigter für das besetzte Dänemark. Vgl. Robert WISTRICH: Wer war wer im Dritten Reich. München 1983 S. 21f.

16 Dr. Rudolf Rahn (geb. 1900), ab 1928 im Auswärtigen Amt (1931–1934 Ankara, 1937–1939 Lissabon, 1940–1943 Paris, 1943–1945 Rom bzw. Fusano); Memoiren: Ruheloses Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Düsseldorf 1949.

17 Dr. Werner Naumann (geb. 1909), nationalsozialistischer Politiker; Staatssekretär im Reichspropagandaministerium. – Naumann hatte bis zu seiner Verhaftung im Januar 1953 regelmäßige Treffen mit ehemals führenden Nationalsozialisten veranstaltet und Verbindungen zur nordrhein-westfälischen FDP gepflegt (vgl. zuletzt MENDE: Freiheit S. 256–260; vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 175, 308–311).

18 Wolfgang Döring (1919–1963), 1950–1956 Hauptgeschäftsführer der FDP in NW, 1954–1958 MdL (ab 1956 Fraktionsvorsitzender), 1957–1963 MdB. Vgl. DORN/WIEDNER.

19 Zu diesen Vorgängen vgl. auch HÜWEL S. 291–300; SCHWARZ 1 S. 305–312; auch von finanzieller Einflußnahme auf FDP-Abgeordnete für eine Stimmabgabe zugunsten der CDU-geführten Regierung war die Rede (vgl. GUTSCHER S. 178).

den größten Dank auszusprechen, auch zu erklären, daß sie gar nichts als Begründung bei ihrem Mißtrauensantrag einzubringen hätten, was sich auf das Land Nordrhein-Westfalen bezöge, sondern daß sie Einfluß gewinnen wollten oder unbefriedigt seien mit den Verhältnissen im Bund.

Es ist ganz falsch, wenn die deutsche Presse – bei der vielfach wirklich der eine vom anderen etwas abschreibt – fortwährend von jungen Leuten spricht. Das sind gar keine so jungen Leute; das sind alte Nationalisten, die vorhaben, allmählich die Politik des Bundes herumzudrehen nach dem Osten hin. Ich darf wohl, Herr Kollege Arnold, wiedergeben, was Sie mir gesagt haben. Ich habe auch von anderer Seite gehört, daß bei den Verhandlungen, die dort stattgefunden haben – nicht von Fraktion zu Fraktion, wohl aber von einzelnen Abgeordneten der FDP zu Abgeordneten der SPD –, erklärt worden ist, man müsse die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Struktur in der Bundesrepublik umkehren und derjenigen der DDR angleichen, weil auf eine andere Weise eine Wiedervereinigung nicht zu erreichen sei. *(Hört-Hört-Rufe.)* Damit haben Sie die Tendenz des ganzen Handelns! Die FDP will zur Macht zusammen mit der SPD, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur bei uns zu ändern. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Sozialdemokratie – nicht offiziell, aber von sehr gewichtigen Leuten ist das ausgesprochen worden – schon früher erklärt hat, natürlich könne man im Falle der Wiedervereinigung nicht daran denken, das, was dort auf wirtschaftlichem Gebiet geschehen sei, irgendwie rückgängig zu machen. Und die FDP will zum Osten hin – es ist zum Lachen, wenn man daran denkt, wie sich die Leute das vorstellen –, um mit China ins Geschäft zu kommen; wie überhaupt diese Nationalisten noch nichts gelernt haben aus der Vergangenheit und nach wie vor der Auffassung sind, Deutschland sei der Nabel der Welt, um den es sich drehen würde. Sie haben kein Verständnis dafür, daß sich seit dem Zusammenbruch Deutschlands die Dinge in der Welt machtpolitisch vollkommen geändert haben. Sie haben kein Verständnis dafür, daß Sowjetrußland mit seinem Satellitenblock ein ungeheuer mächtiger Staat geworden ist, der sich von diesem kleinen Deutschland nicht wird kommandieren lassen. Sie scheinen offenbar auch kein Verständnis dafür zu haben, daß Deutschland, wenn das alles so käme, ziemlich schnell von Sowjetrußland gefressen werden würde, so daß wir jedenfalls unsere Freiheit und all das, was uns lieb und teuer ist, in kürzester Zeit verlören.

Ich bitte Sie, unter diesem Gesichtspunkt die ganzen Vorgänge, wie sie sich in Nordrhein-Westfalen abgespielt haben, einmal zu betrachten; dann sehen Sie erst die Bedeutung der ganzen Angelegenheit in ihrem wirklichen Ausmaß. Sie werden sicher die Artikel gelesen haben, die die deutsche Presse aus der Auslandspresse wiedergegeben hat. Sie werden daraus die großen und ernsten Besorgnisse erkannt haben, die in der britischen, in der französischen und in der holländischen Presse zum Ausdruck gekommen sind. In diesen Tagen war unser Botschafter Krekeler[20] aus

20 Dr. Heinz Krekeler (geb. 1906), 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1950–1958 Deutscher Generalkonsul New York (1951 Geschäftsträger und ab 1953 Botschafter USA).

Washington hier. Er hat mir alles das, was ich eben gesagt habe, auch als die Meinung des State Department bestätigt, daß man nämlich in diesen Vorgängen in Nordrhein-Westfalen eine wohlüberlegte nationalistische Aktion sähe mit dem Ziel, zusammen mit Sowjetrußland nun weiter Politik zu machen. Herr Krekeler hat sogar hinzugefügt, die einzige Möglichkeit, das Mißtrauen, das man jetzt drüben habe, gegen uns zu beseitigen, sei die schnelle Verabschiedung des Soldatengesetzes.[21]

Nun ist uns bei unserer Entscheidung, die wir zu treffen haben, gestern zur Hilfe gekommen der Austritt von 21 Leuten – gestern waren es 16, heute sind es 21[22] – aus der FDP-Bundestagsfraktion. Die Herren sind gestern schon mit einer Liste von 16 Leuten an die Öffentlichkeit getreten, weil sie damit zeigen wollten – 15 sind die Grenze für eine Fraktion im Bundestag –, daß sie als Fraktion auftreten wollen. Die Herren hoffen, und ich glaube mit Recht, daß sich die Zahl der Austritte aus der Bundestagsfraktion nach der Wahl in Baden-Württemberg noch vergrößern wird. Wir haben jetzt folgendes: Wir haben eine Koalition, und innerhalb der Koalition haben wir eine gespaltene FDP, von denen jeder Teil Fraktionsstärke hat. Die vier Bundesminister gehören dem sich abspaltenden Teil unter der Führung von Herrn Wellhausen und Herrn Euler an. Dabei besteht weiter die etwas komische Tatsache, daß der Teil der FDP, der hinter Herrn Dehler steht, wenn Sie wollen, stündlich, vielleicht auch minütlich, je nachdem, wie man das hören will, seine Treue zur Koalition feierlich beschwört. *(Heiterkeit.)* Warum sie das tun, ist ganz klar. Wenn sie sagten, wir wollen nicht in der Koalition bleiben, dann würde ihr Spiel ganz offenbar werden, und sie würden in ihrer Organisation schlagartig kolossal verlieren. Auf der anderen Seite müssen wir uns darüber klar sein: Wenn wir keinen Beschluß darüber fassen, wer denn nun von den beiden Fraktionen der FDP noch zur Koalition gehört, dann werden die Herren um Wellhausen und Euler an Bedeutung im Lande außerordentlich verlieren. Nun werden Sie vielleicht sagen, wir haben kein Wort darüber gehört, inwieweit das zusammenhängt mit den Dingen in Nordrhein-Westfalen. Da fängt eben das Doppelspiel, das sich diese Fraktion bisher geleistet hat, wieder an. Es fing zunächst an in Stuttgart auf dem Parteiausschuß der FDP.[23] Dort hat sich zwar nach dem Bericht, der der Presse übergeben worden ist, Herr Reinhold Maier gegen die Umbildung der Regierung in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen, aber der Bericht, der von dem Büro der FDP darüber ausgegeben wurde, war nicht vollständig. In der Zwischenzeit habe ich von FDP-Kreisen, die dabei waren, gehört, daß Reinhold Maier gesagt hat, man solle die Verhandlungen hinziehen bis nach dem 4. März. Er hat sich also nur für eine gewisse Verschiebung im Hinblick auf die Wahlen in Baden-Württemberg ausgesprochen.

---

21 Vgl. Anm. 12.

22 Es blieben 16; Euler hoffte allerdings auf weitere Austritte (FAZ vom 25. Februar 1956).

23 Bundeshauptausschuß der FDP am 4. Februar 1956 (dazu KLINGL S. 238f.; UiD vom 17. Februar 1956).

Dann hat sich die Bundestagsfraktion damit begnügt, zwei Beobachter in eine Sitzung der Landtagsfraktion, und zwar Frau Lüders[24] und Herrn Becker[25] aus Hessen, zu schicken. Man hat die Anwesenheit dieser beiden benutzt, um jeden einzelnen frei und offen, wie der Deutsche ist, zu fragen: Bist du nun dafür oder bist du dagegen? Und was blieb den armen Teufeln – ich meine diejenigen, die dagegen waren – anderes übrig, als zu sagen: Wir sind dafür. Tief beeindruckt von diesem einmütigen und offenen Bekenntnis sind dann Frau Lüders und Herr Becker nach Bonn zurückgekommen. Sie haben der Fraktion ihre Hochachtung für ihre Geschlossenheit ausgesprochen und haben dementsprechend hier in der Bundestagsfraktion berichtet.

Nun werden Sie von den elf Punkten der FDP gehört haben, die von der Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen als Grund bekanntgegeben worden sind, die sich aber nur mit Dingen des Bundes beschäftigen.[26] Die Punkte sind bekanntgeworden durch die Indiskretion eines Kreisvorsitzenden der FDP, der deswegen sofort ausgeschlossen worden ist. Um nun die Bundestagsfraktion, die in Stuttgart gesagt hat, die Bundesparteileitung könne sich selbst mit den Vorgängen in einer Landespartei beschäftigen, wenn diese die Bundespolitik berührten, herauszuhalten und zu exkulpieren, hat Herr Scheel[27] von Nordrhein-Westfalen erklärt, diese Punkte seien gar keine offizielle Verlautbarung gewesen, sondern sie seien nur zur internen Orientierung der einzelnen Mitglieder der FDP-Fraktion in Düsseldorf bestimmt gewesen.

Ich möchte mich dahingehend zusammenfassen: Wenn die Parteileitung in Bonn es gewollt hätte, so hätte sie die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen absolut verhindern können. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Aber sie hat es nicht gewollt! Sie hat äußerlich dazu geschwiegen, aber innerlich zugestimmt, und daher ist sie auch verantwortlich für das, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist. Was dort geschehen ist, ist für Nordrhein-Westfalen, für unsere Partei und für die Stellung Deutschlands im Ausland von großer Bedeutung.

Das ist im wesentlichen der Tatbestand. Wir haben nun dazu Stellung zu nehmen und zu sagen, was wir tun wollen. Gestern mittag habe ich mich mit den Herren Krone, Seidel, Strauß und Cillien über die Dinge unterhalten, noch ehe die Spaltung bekannt war. Wir waren uns darüber einig, daß es zwei Möglichkeiten gibt: entweder es erfolgt eine Spaltung der FDP, dann müssen wir die Koalition mit den Elementen durch- und fortsetzen, die auf dem Boden der Koalition geblieben sind. Wir dürfen nicht etwa die Koalition mit dem anderen Teil fortsetzen, der den Koalitionsboden seit geraumer

---

24 Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1919–1932 Mitglied der Nationalversammlung bzw. MdR (DDP), 1948–1950 Stadtverordnete in Berlin, 1953–1961 MdB (FDP).

25 Dr. Max Becker (1888–1960), 1922–1933 Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel (1930 Präsident) und des Provinziallandtags Hessen-Nassau (DVP), 1946 MdL Hessen (FDP), 1948–1949 MdPR, 1949–1960 MdB.

26 Druck: AdG 1956 S. 5643.

27 Walter Scheel (geb. 1919), 1950–1953 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1974 MdB, 1961–1966 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1974 FDP-Vorsitzender, 1969–1974 Außenminister, 1974–1979 Bundespräsident. Vgl. WINTER S. 131–163.

Zeit verlassen hat. Oder aber es erfolgt keine Spaltung, und dann wird nichts anderes übrigbleiben, als mit der ganzen FDP zu brechen. Wir können uns das unmöglich gefallen lassen. Unsere Ehre als Partei ist dadurch beschämend angegriffen, daß das in Nordrhein-Westfalen passiert ist. Wir können auch nicht mehr die Verantwortung für eine solche Politik tragen, die von einem Teil der Koalition ständig unterminiert und der entgegengearbeitet wird.

Im Laufe des gestrigen Nachmittages kam nun diese Entwicklung in der FDP-Fraktion ziemlich explosionsartig, so daß nur noch der Fall eins, über den wir gestern gesprochen haben, zur Diskussion steht. Es sind zwei Teile da, und zwar ein Teil, der auf dem Boden der Koalition steht, der auch innerlich immer darauf gestanden hat und weiter darauf stehen will, und der Dehler-Teil. Da kann es nach meiner Überzeugung gar keine lange Überlegung geben, sondern wir müssen weiter in Koalition bleiben mit dem ersten, dem koalitionstreuen Teil. Von diesem koalitionstreuen Teil haben die Herren Wellhausen, Schneider[28] und Euler mir gestern abend erklärt, sie seien bereit, mit uns zusammen den Wahlkampf 1957 durchzustehen und nach der Wahl wiederum eine Koalition mit uns zu bilden. Eine solche Erklärung hat während der langen Koalitionsbesprechungen, die wir von Dezember bis Januar gehabt haben, die FDP unter Herrn Dehler niemals abgegeben. Sie hat sich wohl gehütet, das zu tun; denn sie wollte freie Bahn haben.

Die anderen Herren haben also gestern diese Erklärung vor mir abgegeben. Ich habe dann heute zur Vorbereitung dieser Sitzung eine Aussprache gehabt mit den Vertretern der Deutschen Partei. Die Deutsche Partei teilt vollkommen die Auffassung, die ich eben dargelegt habe. Ich habe ihr versprochen, unseren Beschluß ihr mitzuteilen. Sie wird dann entsprechende Beschlüsse ebenfalls in ihren Gremien herbeiführen.

Die Spaltung der FDP hat aber einen Vorteil für uns auf konfessionellem Gebiet. Ich habe von evangelischer Seite gehört, daß bei den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen unter der Hand in konfessioneller Hinsicht außerordentlich stark gegen unsere Partei, in der die Katholiken herrschten, gearbeitet worden ist. Wenn wir die Koalition mit der gesamten FDP hätten aufgeben müssen, dann hätte man natürlich solchem Gerede neue Nahrung gegeben, wenn auch ohne Grund, aber man hätte doch Scheingründe anführen können. Dadurch, daß nun so überzeugte evangelische Leute wie Wellhausen, Schneider, Euler und eine Reihe von anderen FDP-Leuten von sich aus diese Spaltung vollzogen und erklärt haben: wir stehen auf dem Boden der Koalition, die wir 1953 mit Ihnen geschlossen haben, und wir wollen auch nach 1957 auf diesem Boden bleiben, ist wohl diesen konfessionellen Geschichten wirklich der Boden unter den Füßen weggezogen.

Sie werden noch etwas von mir hören wollen, wie sich die gesamte Spaltung der FDP auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen auswirken würde. Ich meine, meine Damen und Herren, das sollte man hier nicht erörtern; dafür sind die ganzen Faktoren

28 Dr. Ludwig Schneider (1898–1978), 1949–1957, 1958–1961 MdB (FDP, 1956 FVP, 1957 DP, 1961 CDU).

noch etwas zu unsicher und unbestimmt. Und solange alles so unbestimmt ist, sollte man nur in möglichst kleinem Kreis darüber sprechen. Wer Vorsitzender der neuen Fraktion dort wird, weiß ich nicht. Ich glaube, daß eine Aussöhnung zwischen den beiden Teilen ausgeschlossen ist; denn das, was gestern da zum Ausdruck gekommen ist, das schwelt auf seiten der FDP schon über ein Jahr. Schon vor mehr als einem Jahr ist Herr Wellhausen, weil er diese ganzen Dehlerschen Geschichten nicht mehr mitmachen wollte, aus dem Vorstand der FDP ausgetreten.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Wahlen in Baden-Württemberg. Wir haben Herrn Ministerpräsidenten Gebhard Müller trotz seiner Inanspruchnahme gebeten, nach hier zu kommen, weil wir von ihm gern ein Wort darüber hören möchten, wie sich nun diese ganzen Dinge auf die Wahlen in Baden-Württemberg auswirken werden, und vor allem auch, welche Sprachregelung für unsere Redner, die in den nächsten Wochen in Baden-Württemberg sprechen werden, getroffen werden muß.

Das ist die ganze Lage. Ich möchte damit schließen: Wenn wir uns heute nicht für den Teil der FDP Wellhausen – so will ich ihn der Kürze halber nennen – entschlössen, dann würden wir diesem Teil außerordentlich schwer schaden und ihn in seiner ganzen Kraft total lähmen, während umgekehrt der Dehlersche Teil empfindlich geschwächt wird, wenn wir sagen: Diese haben die Koalition gebrochen oder verlassen, mit ihnen wollen wir nichts mehr zu tun haben. Es ist wohl notwendig, das zu sagen; denn wir erleben seit zwei Tagen trotz alledem die ständigen Versicherungen des Dehler-Teils zur Koalitionstreue. Hierüber werden die Freunde aus der Bundestagsfraktion Näheres zu sagen haben. Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Vielleicht sind Sie so freundlich, Herr Ministerpräsident Arnold, uns einige Worte zu sagen!

Arnold: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Die Dinge in Nordrhein-Westfalen in den letzten Wochen und alles, was darüber gesprochen worden ist, ist Ihnen durch Rundfunk und Presse bekanntgeworden. Ich darf noch einmal feststellen, daß die FDP im Lande Nordrhein-Westfalen etwas wesentlich anderes ist als die FDP in irgendeinem anderen Bundesland. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß wir es bei dem Landesverband der FDP Nordrhein mit einer Partei zu tun haben, die in der Tat von nationalistischen, zum Teil nationalsozialistischen und zum Teil nationalbolschewistischen Kräften unterwandert ist. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß bestimmte Industriekreise vorhanden sind, die diese Kräfte fördern und unterstützen. Das Traurigste an dieser ganzen Entwicklung besteht darin, daß diese Kräfte nicht nur die Fraktion zum größeren Teil beherrschen, sondern daß sie absolut souverän geworden sind in der Apparatur der ganzen Parteiorganisation.

Wir alle wissen, daß Herr Dr. Middelhauve versucht hat, die sogenannten jungen Kräfte an die Partei heranzuführen. Er glaubte, die ehemaligen Nationalsozialisten zu verantwortlichen Mitarbeitern mit uns heranbringen zu können. Er hat aber einen falschen Weg damit gemacht. Es hat sich herausgestellt, daß diese Kräfte eben doch darauf ausgingen, die ganze Macht der Partei an sich zu reißen, um dann aus dieser Stellung heraus praktische Politik zu betreiben.

Was sich in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten – und gesteigert bis in

die letzte Woche – zugetragen hat, ist mehr als eine unangenehme Sache. Ich kann in diesem Kreise nur sagen, aus allen Verhandlungen und Besprechungen ist vor allem eins klargeworden, daß diese Leute getragen und beeinflußt sind geradezu von einem infernalischen Haß gegen alles das, was CDU heißt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es sind Worte ausgesprochen worden, die man kaum wiedergeben kann. Ich will nur ein Beispiel anbringen: In den Wandelhallen des Landtages zu Düsseldorf ist aus Kreisen der FDP von „korrupten CDU-Strolchen" gesprochen worden. *(Bewegung und Unruhe.)* Und diese Stimmung ist ins Land getragen worden. Es ist eine Situation entstanden, die im höchsten Maß bedenklich und gefährlich ist.

Sie wissen alle, diese Koalition ist vor eineinhalb Jahren eingegangen worden. Auf beiden Seiten bestanden ganz erhebliche Bedenken. Sie wissen auch, daß die stärksten Bedenken bei mir selbst bestanden haben. Man hat es aber getan aus Gründen, die im einzelnen heute nicht mehr zu untersuchen sind. Ich darf folgendes bekanntgeben: Noch kurz vor Weihnachten des letzten Jahres haben die Herren im Kabinett von sich aus bestätigt, daß sie geradezu überrascht darüber seien, welch gute Arbeitsgemeinschaft und welch gute und verantwortliche Zusammenarbeit in diesem Kabinett möglich gewesen sei. Das hätten sie gar nicht geglaubt. Sie haben gesagt, in dieser Zusammenarbeit liege überhaupt die Möglichkeit einer weiteren erfolgreichen Tätigkeit.

Das geschah also am vergangenen Weihnachten, obwohl wir jetzt festgestellt haben, daß sie schon monatelang vor Weihnachten intern und geheim darüber verhandelt haben, wie diese Koalition zerstört und zerschlagen werden könne! *(Hört-Hört-Rufe.)* Es ist wichtig, vor allem festzustellen, daß die FDP als verantwortlicher Mitteilhaber an der Regierung weder dem Landesverband Nordrhein noch dem Landesverband Westfalen, jedenfalls bis zur Stunde, auch nur eine Silbe mitgeteilt hat, daß sie sich mit dem Gedanken trage, die Koalition aufzukündigen. Es ist nie ein Wort darüber gesprochen worden! Erst am 6. Februar hat Herr Dr. Middelhauve mich gebeten, ob ich nicht bereit sei, den Fraktionsvorstand der FDP zu empfangen. Ich habe gesagt, selbstverständlich bin ich bereit, die Herren zu empfangen, wenn es Sinn hat, eine politische Aussprache zu führen.

Es sind dann erschienen der Fraktionsführer Dr. Kohlhase[29], die Herren Steuer, Döring, Achenbach und Fräulein Funcke[30]. Ich glaube, das waren sie, die damals dabei waren. Ich habe ihnen gesagt: Ich will ein ganz offenes Wort mit Ihnen sprechen. Wir haben vor eineinhalb Jahren diese Koalition gebildet. Sie haben mir

29 Dr. Hermann Albert Kohlhase (geb. 1906), 1952–1954 Oberbürgermeister von Bielefeld, 1954–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP, 1955–1956 Fraktionsvorsitzender), 1956–1958 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1962–1966 Staatssekretär im Kultusministerium, 1966–1970 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten.

30 In der Vorlage: Vogler. – Liselotte Funcke (geb. 1918), 1950–1961 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1961–1979 MdB, 1979–1980 Minister für Wirtschaft und Verkehr in NW, seit 1981 Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. – Vgl. zu den Vorgängen in Düsseldorf Dorn/Wiedner S. 25–47, hier insbes. S. 32.

selbst vor wenigen Wochen bestätigt, daß diese Koalition erfolgreich und vernünftig gearbeitet hat und daß Sie mit der Atmosphäre innerhalb der Koalition im Kabinett völlig einverstanden, ja zum Teil überrascht darüber gewesen sind. Ich muß Sie nun fragen, ob Sie bereit sind, die Koalitionstreue zu bewahren, oder ob Sie endgültig aus der Koalition ausscheiden wollen. Diese Fragen habe ich mit Nachdruck an den verantwortlichen Vorstand der Fraktion der FDP gestellt, worauf mir Herr Döring antwortete: Auf diese Frage vermögen wir Ihnen heute keine Antwort zu geben. Wir sind aber bereit, diese Frage morgen eingehend in der Fraktion zu diskutieren, und Sie werden dann spätestens am 8. Februar eine entsprechende Mitteilung erhalten.

Am 8. Februar tagte die Fraktion, aber eine Mitteilung kam nicht. Sie wurde am anderen Morgen überbracht, und zwar von Herrn Döring, der wörtlich sagte: Die Frage des Bleibens oder Nichtbleibens in der Fraktion ist gestern sehr eingehend erörtert worden. Nach einer langen Aussprache kam man einmütig zu dem Ergebnis, die Koalition aufzukündigen und endgültig auszuscheiden. Ich habe dann die Frage gestellt: Darf ich indiskret werden und Sie bitten, eine Antwort darauf zu geben, welche Stellung Herr Dr. Middelhauve eingenommen hat? Herr Dr. Middelhauve, das muß ich zu seiner Ehre sagen, hat bis zur Stunde treu zur Koalition gestanden. Herr Döring antwortete: Auch Herr Dr. Middelhauve hat sich diesem Ergebnis unterworfen. Ich habe das später Herrn Dr. Middelhauve gesagt. Er hat das in aller Form bestritten. Damit war also das Wort über die Koalition selbst gesprochen.

Es ist in diesen Tagen und Wochen viel gesprochen worden über das sogenannte Grabensystem. Ich brauche darüber nichts weiter zu sagen als das: Es war ein Tarnwort nach außen, ein Vorwand. Das Grabensystem war in Wirklichkeit nicht die Ursache, um die Koalition zum Scheitern zu bringen. Der eigentliche Grundgedanke des Vorgehens der FDP war, der Bundespolitik große und erhebliche Schwierigkeiten zu machen und die Vormachtstellung der CDU innerhalb der ganzen Bundesrepublik zu zerstören. Daran kann nicht der geringste Zweifel sein!

Herr Bundeskanzler! Sie haben in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen dahingehend gemacht, daß man auch größere politische Überlegungen angestellt habe, darunter eine Andeutung, daß gewisse Kreise die Absicht hätten, die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik wegen der Wiedervereinigung derjenigen der Sowjetzone anzupassen. Es ist vollkommen richtig! Solche Gespräche sind ernsthaft geführt worden, und es wird bald die Stunde kommen, wo wir darüber Näheres und Konkretes sagen werden. Man hat das rechtzeitig erfahren. Auch wir haben davon gehört, aber man versucht jetzt, in der Öffentlichkeit die Sache abzustreiten. Doch es kommt die Stunde, wo Roß und Reiter dieser Unterhaltung genannt werden können.

Es ist wichtig zu wissen, wer die Verfasser dieser elf Punkte sind. Es ist interessant zu wissen, und zwar ist mir dies aufgrund zuverlässiger Quellen aus Kreisen der FDP mitgeteilt worden, daß die elf Punkte verfaßt worden sind von einem gewissen Herrn Rahn, von Herrn Achenbach und von Herrn Abetz[31], der damals mit Achenbach

31 Otto Abetz (1903–1958), 1940–1944 Botschafter in Paris, 1949 als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt (1954 Freilassung).

zusammen in Paris tätig gewesen ist. Auch das deutet ganz klar auf die inneren Kräfte hin, die dort am Werke sind. Und diese sind fest entschlossen, unter allen Umständen unter Einsatz aller Kräfte und Möglichkeiten jedweden Terrors ihre Meinung und Absicht durchzusetzen.

Deshalb muß die Sache sehr ernst genommen werden. Es ist kein isolierter Vorgang in Nordrhein-Westfalen; es ist ein Generalangriff auf die gesamte politische Arbeit der CDU in der Bundesrepublik, und es ist insbesondere ein organisierter Angriff gegen die Arbeit der Bundesregierung selbst. Wenn die Ereignisse, Herr Bundeskanzler, am gestrigen Tage nicht eingetreten wären, dann hätte ich aus einer Reihe von Gründen dem Bundesvorstand heute vorgeschlagen, sich dafür auszusprechen, die FDP-Fraktion aus der Koalition der Bundesregierung sofort auszuschließen, weil ich sonst, auch im Hinblick auf die Stimmung und die Einstellung unserer Menschen draußen im Lande, keine andere Möglichkeit gesehen hätte.

Ich gebe zu, daß durch die Spaltung in diesem Augenblick eine gewisse andere Situation gegeben ist. Ich bin aber erfüllt von der Sorge: Wenn dieser Vorgang der Spaltung, Herr Bundeskanzler, begrenzt oder isoliert bliebe auf Bonn, daß dann das politische Problem leider nicht gelöst wäre. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Dann müßte überlegt werden, welche anderen Maßnahmen getroffen werden können.

Eines ist in dieser Stunde erfreulich. Ich habe seit vielen Jahren nicht mehr eine solch entschlossene Haltung und einen solch aufgeweckten CDU-Geist im ganzen Lande erlebt und verspürt wie in den letzten 14 Tagen. Auch zu Ehren meiner Fraktion muß ich sagen, sie hat beispielhaft ihre Gesinnung und Haltung offenbart und gezeigt, daß in Wirklichkeit ein starker einheitlicher und geschlossener politischer Wille vorhanden ist. Unsere Fraktion hat Achtung und Respekt auch von den anderen abgenötigt. Und diese Wirkung ist ins Land gegangen bis in das letzte Dorf. Und im Lande wartet man nun darauf, welche Entscheidung die Führung der Partei treffen wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten! Das Wort hat Herr Ministerpräsident Gebhard Müller.

Müller: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst etwas über die Situation des Wahlkampfes in Baden-Württemberg sagen. Es ist deshalb nicht ganz leicht, weil noch nicht abzusehen ist, wie die Entwicklung weitergehen wird. Es ist in diesem Kreise bekannt, daß Mitte Dezember eine Erhebung des Emnid-Instituts über die Aussichten der Wahl in Baden-Württemberg stattgefunden hat. Dabei wurde festgestellt, daß voraussichtlich 54 % der Wähler für die CDU stimmen würden. Das sind an sich noch 3 % mehr als bei der Bundestagswahl. Ich habe an diese Zahl nie geglaubt, sondern war pessimistisch; aber immerhin, die zweite Erhebung Anfang Februar – und zwar nach den Düsseldorfer Ereignissen ... (*Zurufe:* Nein, vorher!) Aber es war angekündigt, man wolle dort die Regierung umbilden. Also, die zweite Erhebung hat merkwürdigerweise einen Rückgang der CDU-Stimmen auf 45 % ergeben.

Nun haben wir uns Gedanken darüber gemacht, woher dieser Rückgang rührt.

Er kann kaum von der Entwicklung im Lande herrühren, weil die Abschlußarbeiten des Landtages und vor allem die Verabschiedung des lang umkämpften Privatschulgesetzes[32] ganz im Sinne der CDU – im übrigen mit Unterstützung der FDP – unser Ansehen eher gesteigert als geschwächt hat. Infolgedessen war ich der Auffassung, daß die Entwicklung der Dinge – die man als eine Niederlage des Bundeskanzlers aufgefaßt hat, und weil eben die Bevölkerung nach Erfolg und Mißerfolg urteilt – diesen Stimmungsumschwung oder Stimmungsrückgang herbeigeführt hat.

Wir haben nach dem Sturz unseres Freundes Arnold der Bevölkerung klargemacht, daß jetzt die Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine ungewöhnliche Bedeutung für die Bundesrepublik, vor allem aber auch für die Außenpolitik, bekommen hätten. Wir haben darauf hingewiesen, daß in allen ausländischen maßgeblichen Zeitungen behauptet werde, die Wahlen in Baden-Württemberg am 4. März stellten einen Test dafür dar, ob die Bevölkerung ein derartiges Verhalten der FDP und SPD billige oder nicht. Wir haben ferner auf die völlige Unehrlichkeit der FDP hingewiesen, die nach außen hin die Bundespolitik unterstütze, aber hintenherum über die Länder und den Bundesrat alles tue, um die Weiterführung der Politik der Bundesregierung zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Wir haben durchaus den Eindruck, daß die Bevölkerung dafür außerordentlich großes Verständnis hat und daß diese Vorgänge gerade zum Schluß des Wahlkampfes uns einen starken Auftrieb geben werden. Wir leiden allerdings darunter, daß wir keine große Presse haben, mit Ausnahme einer einzigen Zeitung[33], und die großen Zeitungen in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg im großen und ganzen sich sehr zurückhalten. Wenn sie auch nicht offen die Partei der FDP ergreifen, so schildern sie doch in ungewöhnlich sympathischer Weise die neuen Männer in Düsseldorf in ihrer Entwicklung, in ihren Auffassungen usw.

Aber in der Bevölkerung selber und auch in maßgeblichen Kreisen der Wirtschaft ist man sehr mißtrauisch geworden, und man fragt sich: Was will nun eigentlich die FDP? Will sie weiter die Bundespolitik unterstützen, oder will sie das nicht? Diese Problemstellung wird klar erkannt, und es ist zweifellos anzunehmen, wenn nicht noch etwas dazwischenkommt, daß erhebliche Teile dieses Mal der FDP ihre Stimme nicht geben werden. Ich nehme es jedenfalls an.

---

32 Privatschulgesetz vom 15. Februar 1956 (GesBl. S. 28; vgl. FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 445).

33 Das Handbuch Die Deutsche Presse 1954 (hrsg. vom Institut für Publizistik an der FU Berlin. Berlin 1954) weist für Baden-Württemberg als „Fest-Richtungsbestimmt" keine und nur eine Zeitung als „Grundrichtungsbestimmt" aus (S. 78*). Möglicherweise ist die „Schwäbische Post" gemeint, die damals von Dr. Konrad Theiss und Dr. Johannes Binkowski (beide CDU) herausgegeben wurde. Sie war Mitglied im „Verein Union-Presse" ebenso wie die Zeitung „Badische Neueste Nachrichten" (Karlsruhe), deren Verleger und Chefredakteur Wilhelm Baur (ebenfalls CDU) war. – Zur CDU-Presse vgl. Heinz-Dietrich FISCHER: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Bremen 1971 S. 123–242, hier S. 175.

Die Auswirkungen der Separation in Bonn von gestern waren in Baden-Württemberg so, daß schon etwa zehn Minuten nach dem Bekanntwerden der Vorgänge durch dpa der Landesparteivorsitzende Dr. Wolfgang Haußmann und unmittelbar danach Dr. Reinhold Maier erklärt haben, sie stünden voll und ganz hinter dem Dehler-Flügel. Reinhold Maier hat gesagt, für ihn komme selbstverständlich nichts anderes in Frage als die Unterstützung des Dehler-Flügels. Haußmann hat erklärt, daß die FDP in Baden-Württemberg die Spaltung nicht mitmache und daß für sie nur die verbleibende Partei als Partner in Betracht komme. Er hat sich in keiner Weise zu der Frage geäußert, wie sie sich nun ihre weitere Stellungnahme zu den Grundsätzen der bisher betriebenen Regierungspolitik vorstellt.

Deshalb wird wohl die Hauptfrage bei uns – die ich zunächst nicht beantworten kann – die sein: Wie stellt sich die FDP in Baden-Württemberg zu dem vom Herrn Bundeskanzler eingebrachten Vorschlag, die Koalition mit dem Dehler-Flügel zu lösen, aber mit dem ausgeschiedenen Flügel die Koalition weiterzuführen, da sich die FDP des Landes Baden-Württemberg doch offensichtlich für den Dehler-Flügel entscheiden wird? Es ist weiter die Frage: Wie wirkt sich diese Tatsache auf den Wahlkampf und auf die Einstellung der FDP aus? Ich vermute, daß die FDP versuchen wird, bis zum 4. März dieser Frage auszuweichen, und daß sie die Einheit der Partei und der Fraktion in den Vordergrund stellen wird. Württemberg und Baden gehörten früher immer zu dem Flügel der FDP[34], der links war, der schließlich mit der Staatspartei geendet hat. Herr Maier war einer der letzten Abgeordneten dieser Staatspartei. Ich glaube, daß man versuchen wird, die Dinge irgendwie zu schlichten.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß der Wahlkampf der FDP – eine merkwürdige Übereinstimmung ist das mit dem, was Kollege Arnold gesagt hat – vor allem im Lande in den evangelischen Gebieten mit einer unglaublichen konfessionellen Hetze getrieben wird. Man hat dort einige kleine Angriffspunkte. Es ist ein Gesetzentwurf über die höhere Schule herausgekommen, in dem das Wort „Reformation" nicht vorkommt, obwohl es früher dringestanden hat. Der Entwurf ist von sechs Oberstudiendirektoren verfaßt, von denen vier Protestanten sind.[35] Solche Dinge werden nun ausgenützt, und es wird behauptet, alles werde nach dem Gesang- und Gebetbuch besetzt.

Das ist alles nicht wahr, was da behauptet wird. Es wird aber in einer unglaublichen Weise gehetzt, und das wird nicht ohne Folgen bleiben. 50 % der evangelischen Pfarrerschaft des Landes stehen auf der Seite der SPD, 20 % auf der Seite der GVP,

34 Gemeint: DDP, nach 1930 Deutsche Staatspartei.

35 Vgl. Lehrpläne für die Gymnasien Baden-Württembergs (Entwurf) vom 10. Juni 1955, hier: Geschichte S. 40–52, verfaßt von Dr. Eugen Kaier, Dr. Erich Bayer, Dr. Wolfgang Kleinknecht, Herbert Krieger, Wolfgang Lohan, Dr. Felix Messerschmid. Der Plan faßte „Reformation" und „Gegenreformation" unter den Begriffen „Das Zeitalter der Glaubenskämpfe" und „Das Ringen um den Glauben" zusammen. – Der Württembergische Evangelische Landeskirchentag legte nach einer Sitzung vom 12. November 1955 offiziell „Verwahrung" gegen den Lehrplan ein („Stuttgarter Nachrichten" vom 14. November 1955).

und die wenigen, die sich zur CDU bekennen, wagen nicht, das laut zu sagen. Der größte Teil der Kandidaten der GVP in unserem Lande sind evangelische Pfarrer oder in der evangelischen Arbeit besonders aktive Leute. Es wird für unser Land, Herr Bundeskanzler, schon in ganz kurzer Zeit die Frage der Regierungsbildung nach dem 4. März auftauchen. Daß die CDU die absolute Mehrheit bekommen wird, halte ich für ausgeschlossen. Ich hielte es schon für außerordentlich günstig, wenn wir fünf oder sechs Abgeordnete mehr als bisher bekämen. Aber es taucht in jedem Falle die Frage auf: Welche Koalition soll gebildet werden?

Nun steht auf der anderen Seite fest, daß natürlich dann, wenn die FDP in Baden-Württemberg zum Dehler-Flügel hält, sie in stärkerem Maße als bisher den Wünschen dieses Flügels im Bund und im Bundestag entsprechen wird. Vor allem aber wird dieser Dehler-Flügel zur Opposition abwandern. Zweitens wird die SPD in diesem Falle den Dehler-Flügel stärker an sich ketten, da sie das Bestreben hat, ihre Anhänger im Lande ebenfalls zu einer Koalition FDP/SPD zu gewinnen. Jedenfalls ist so viel sicher, durch das Verhalten der FDP im Bund und durch die Vorgänge in Düsseldorf ist so oder so die Position der SPD gestärkt worden, weil sie nun Bedingungen an uns stellen kann, die sie bei einem Festhalten der FDP und einer klaren Entscheidung der FDP für die CDU auch im Lande niemals hätte stellen können.

Deshalb bin ich der Meinung, daß die Situation für uns nach dem 4. März ein ungewöhnliches Maß von Geschicklichkeit verlangt. Jedenfalls darf man sie nicht allzu rosig beurteilen. Wir werden vor großen Schwierigkeiten stehen, zumal auf kulturpolitischem Gebiet. Wir haben noch das Lehrerbildungsgesetz[36] und das allgemeine Schulgesetz[37] zu verabschieden. In der nächsten Legislaturperiode wird die Verwandtschaft zwischen der liberalen FDP und der SPD noch viel stärker werden. Andererseits war es vielleicht ein Fehler, daß wir ein ziemlich konkretes Angebot des Fraktionsführers der SPD[38], das er vor sechs Wochen nicht nur mir, sondern auch einigen anderen maßgeblichen Leuten gemacht hat, nämlich sich jetzt schon auf eine Koalition CDU/SPD unter Ausschluß der FDP – das war die Bedingung – festzulegen, nicht angenommen haben. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn wir das gemacht hätten. Dann wäre die Koalitionsbildung gesichert gewesen. Aber wer hätte vor sechs Wochen oder zwei Monaten geglaubt, daß eine solche Entwicklung in Düsseldorf eintreten würde!

Zum Schluß habe ich noch die Bitte, uns vom Bund aus in unserem Wahlkampf zu unterstützen. Leider haben die meisten Herren, die als Redner zugesagt hatten,

36 Gesetz über die Ausbildung der Volksschullehrer vom 21. Juli 1958 (GesBl. S. 188); nach Art. 19 der Landesverfassung waren Ausbildungsstätten sowohl mit simultanem wie konfessionellem Charakter einzurichten (vgl. dazu FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 479f.).

37 Die umfassende Ausgestaltung des Schulrechts gelang erst 1964 mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens vom 5. Mai 1964 (GesBl. S. 235; vgl. FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 445–479, hier S. 445f.).

38 Alex Möller, vgl. Anm. 54.

wieder abgesagt. Wir haben nun die größten Schwierigkeiten. Meist kommen die Absagen einen Tag vor den Versammlungen. Wir haben die Herren entsprechend der Bedeutung eines Bundestagsabgeordneten für die großen Städte eingeteilt und erleben nun, daß die Absagen derartiger Versammlungen natürlich dem ganzen Wahlkampf sehr viel schaden.

Wir haben also – abgesehen von der vorbildlichen Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers und einer Reihe anderer Herren – sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wenigstens in der letzten Woche vor der Wahl die Unterstützung etwas stärker wäre. Ich darf den Wunsch ausdrücken, es mögen mein Freund Arnold und seine Mitarbeiter nach Baden-Württemberg kommen. Ich versichere ihm, daß er in jeder Versammlung einen derart stürmischen Willkommensgruß erfahren wird, der die Stimmung in Nordrhein-Westfalen noch in den Schatten stellt. Ich mache ihm daher das Angebot, er soll am nächsten Mittwoch mit mir in Tübingen sprechen. *(Beifall.)*

Seidel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Erregung über die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen ist in Bayern so stark gewesen, daß wir selbst überrascht waren. Wir waren der Meinung, daß die Dinge in Nordrhein-Westfalen sehr viel weiter abseits lägen, als daß unsere Bevölkerung daran Interesse haben könnte. Wir sind eines anderen belehrt worden.

Nun haben wir eine gewisse Erfahrung gemacht, und wir wissen genau einzuschätzen, was es mit den Leuten aus dem BHE und der FDP auf sich hat. Wir haben in Bayern noch ein Sonderproblem, nämlich die Bayernpartei. Aber die wollen wir außer Betracht lassen, weil sie hier bei den Überlegungen keine Rolle spielt. Für uns in Bayern ist es aufgrund unserer Erfahrungen und der Mentalität, die wir kennengelernt haben, eine sichere Sache, daß im Jahre 1957 keine CDU/CSU-Regierung möglich sein wird im Bund, wenn nicht die CDU/CSU so stark aus den Wahlen hervorgegangen ist, daß ohne sie eine irgendwie geartete Kombination nicht möglich ist.

Weite Teile der FDP hassen uns! Das sind keine Ressentiments und auch keine Abneigungen mehr, sondern seien Sie davon überzeugt, das ist ein kalter, ein nackter Haß, der dort spürbar ist. Ich habe große Bedenken, ob in Baden-Württemberg am 5. März, wenn die Wahl herum ist, eine CDU-Regierung möglich sein wird, wenn dort nicht ein einwandfreier Wahlsieg erfochten wird.

Nun ist uns die Spaltung innerhalb der FDP entgegengekommen; sie hat uns zunächst von einigen Maßnahmen entbunden, die gar nicht so einfach gewesen wären. Hoffentlich werden noch viele zu der Gruppe Wellhausen stoßen, weil diese Gruppe draußen in der Bevölkerung als seriöser gilt als die andere. Es genügt aber nicht, daß wir diese Spaltung hinnehmen und erklären, diejenigen, die ausgeschieden sind, das sind unsere Koalitionspartner, und die anderen sind es nicht mehr, sondern ich bin der Meinung, daß noch einige Dinge nachzubringen sind und vor allem mit der Gruppe, mit der wir jetzt koalieren wollen, sehr konkrete Abmachungen getroffen werden müssen.

Zweitens wird in den nächsten Wochen zu überlegen sein, was zusätzlich zu

geschehen hat, daß dieser schnelle Abschwung in Baden-Württemberg von 54 auf 45 % wieder ausgeglichen wird. Ich bin außerstande, jetzt schon zu sagen, was das für Maßnahmen sein müssen. Eines wird uns nicht abgenommen werden, Herr Bundeskanzler. Wenn der Vizekanzler und drei weitere FDP-Mitglieder in der Bundesregierung bleiben bei 20 Mitgliedern dieser ausgeschiedenen Fraktion, dann wird uns die Bevölkerung das nicht abnehmen. Die Bevölkerung hat uns schon nicht das Verbleiben von Oberländer und Kraft in der Bundesregierung abgenommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist nicht glaubwürdig genug gemacht worden. Vielleicht konnte es auch nicht glaubwürdig gemacht werden. Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß wir die Dinge in den nächsten Wochen sehr sorgfältig überlegen sollten, vor allen Dingen – das können wir aber heute nicht erörtern –, ob in Nordrhein-Westfalen Möglichkeiten gegeben sind, die politische Situation dort wieder zu ändern.

Adenauer: Ja, meine Damen und Herren, wenn sich keiner mehr zum Wort meldet, dann muß ich noch etwas sagen. Das Absinken bei dem Test ist nach Auffassung aller Herren, die ich gefragt habe, zurückzuführen auf die Geschichte mit dem Grabensystem. Sonst ist nichts passiert, was das erklären könnte; denn merkwürdigerweise ist zugleich ein Test von Allensbach, der auf meine Person ging, günstig ausgefallen, so günstig, wie noch nie zuvor! 56 % der Befragten haben erklärt, daß sie mit meiner Politik zufrieden seien, während die CDU/CSU eine kleine Einbuße erlitten hat. Wegen dieser Grabengeschichte – die Presse hat das aufgegriffen – war die ganze öffentliche Meinung gegen uns. Ein anderer Grund ist wohl nicht zu erkennen.

Nun soll man die Entwicklung der Parteien in Deutschland nicht nur – so gern man das tun möchte – beurteilen im Hinblick auf eine bevorstehende Wahl oder sonst etwas, sondern man muß die ganze Richtung sehen. Sie haben recht, Herr Seidel, mit der Erklärung, daß von seiten gewisser Kreise der FDP uns ein glühender Haß entgegengebracht werde; aber machen Sie sich das eine bitte klar, daß von seiten der SPD uns genauso ein glühender Haß entgegengebracht wird. Es ist im politischen wie im wirtschaftlichen Leben eine natürliche Folge, daß sich die Kleineren gegenüber dem viel Größeren zusammenballen und dagegen Front machen. Das ist unausbleiblich. Ich nehme es auch keiner kleineren Partei übel, wenn sie versucht, die Majorität der einen Partei zu brechen oder möglichst zu verkleinern. Das ist ihr gutes Recht, und das ist menschlich verständlich.

Aber hier bei der FDP – ich bitte Sie, sich das vor Augen zu halten – liegen die Dinge anders. Hier sammeln sich, um das Beispiel von Herrn Arnold zu gebrauchen, nationalistische, nationalsozialistische und nationalbolschewistische Elemente in dem Becken der FDP in Nordrhein-Westfalen. Warum sind sie nach Nordrhein-Westfalen gegangen? Warum sind Schacht[39] und Naumann[40] dahin gegangen? Warum geht oder

39 Dr. Hjalmar Schacht (1877–1970), 1923 Reichswährungskommissar, 1924–1930 und 1933–1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 Reichswirtschaftsminister (Memoiren: 76 Jahre meines Lebens. 1953).

40 Vgl. Anm. 17.

will Herr Sorin in den Rhein-Ruhr-Club gehen, um dort einen Vortrag zu halten? Aus einem Grund, der klar auf der Hand liegt: Weil in Nordrhein-Westfalen das stärkste wirtschaftliche Leben ist und weil alle diese Elemente, die uns diametral entgegengesetzt sind, hoffen, daß sie dort von der Wirtschaft das nötige Geld bekommen, um ihre Ziele weiterverfolgen zu können.

Sie wissen, daß wir – wie andere Parteien in Deutschland – viele Wähler, aber wenige Mitglieder haben und daß wir infolgedessen angewiesen sind auf Spenden in dieser oder jener Form. Das gleiche gilt von dieser nationalistischen Gruppe – so will ich sie nennen –, und sie hofft, wenn sie nahe bei der zentralen Macht der Wirtschaft sitzt, daß etwas für sie abfällt, namentlich dann, wenn in Aussicht gestellt wird, daß dadurch die Wirtschaft Aufträge bekommen werde.

Es muß ein wesentliches Ziel unserer politischen Aufgabe sein, diesen Anfang des wiederaufkommenden Nationalismus in Grund und Boden zu zerschlagen, und zwar um jeden Preis zu zerschlagen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Als die SRP entstand und dieser General Remer[41] gekommen war, da war das eine Gefahr, die im Verhältnis zu der jetzigen Gefahr verschwindend klein gewesen ist. Ich bitte Sie, überwiegend von diesem Gesichtspunkt aus das Ganze zu sehen. Es steht tatsächlich ungeheuer viel auf dem Spiel, und zwar sowohl was die Bundesrepublik, aber auch was das Ausland angeht.

Nun müssen Sie sich nach meiner Meinung die Frage so vorlegen: Zunächst hat sich innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion nur ein Teil dagegen empört. Gestern haben mir die drei Herren ausdrücklich erklärt, daß sie aus nationalen Gründen so handeln, weil sie die Gefahr, die ich eben gekennzeichnet habe, genauso sehen, wie ich sie sehe, und daß die nationalen Gründe sie in ihrem Gewissen gezwungen hätten, diesen Schritt zu tun. Wenn wir uns neutral verhalten, dann will ich Ihnen sagen, was die Folge ist: Wenn wir uns neutral verhalten – sei es, daß wir die beiden Teile herausschmeißen, sei es, daß wir beide drinbehalten, was unmöglich ist –, dann töten wir in demselben Augenblick die gesunde Reaktion innerhalb der FDP gegen diese nationalistische Richtung. Ich glaube, das ist so klar, daß man darüber weiter gar nichts zu sagen braucht.

Ich habe deswegen, ehe ich von den Herren – ich erwartete es im Laufe des Tages – hörte, was vor sich ging, mit Herrn Krone und Herrn Seidel gesprochen und sie gefragt, ob ich, wenn sich ein Teil abspalten würde, diesem Teil die Zusicherung geben könne, von der ich eben gesprochen habe. (*Weber:* Welche Zusicherung?) Diesem Teil, der sich abgespalten hat. (*Unruhe. – Seidel:* Ich bin genau der gleichen Meinung! – *Weber:* Das ist wichtig zu wissen! – *Zuruf:* Wie ist das mit den vier Ministern?) Ich komme gleich auf die vier Minister zu sprechen. Sie haben mich doch richtig verstanden, Frau Weber? (*Weber:* Ich glaube nicht, deshalb möchte ich es noch einmal hören. Bitte wiederholen Sie!) Ich wiederhole: Die Zusicherung, daß wir diesen

41 In der Vorlage: Wehner. – Otto Ernst Remer (geb. 1912), 1949 Mitgründer der SRP und Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Vgl. Stöss 2 S. 2276 Anm. 9; Keilig S. 273.

sich von Herrn Dehler absetzenden Teil als unseren Koalitionspartner anerkennen. (*Weber:* Und die anderen hinausschmeißen oder freiwillig? – *Anhaltende Unruhe.*) Die gehen nicht freiwillig, Frau Weber, die müssen wir hinausschmeißen. Und ich bin sehr glücklich darüber, daß wir sie hinausschmeißen können. Wir müssen an unsere Leute in Nordrhein-Westfalen denken. Wir sind Nordrhein-Westfalen gegenüber eine Genugtuung schuldig.

Was die vier Minister angeht, so würde ich bitten, daran jetzt nicht zu rühren. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß das eine Frage ist, die Zeit braucht. Das muß man später mal sehen. (*Weber:* Muß das nicht die Fraktion beschließen?) Selbstverständlich! Deshalb habe ich gesagt, ich würde Ihnen vorschlagen, daß der Vorstand der CDU der Fraktion der CDU/CSU diese Empfehlung gibt; die Fraktion muß das beschließen. (*Weber:* Wer empfiehlt?) Wir hier empfehlen der Fraktion. Darum handelt es sich. Um weiter nichts! Das Wort hat Herr von Brentano.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir müssen, wie es der Herr Bundeskanzler getan hat, diese Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auch sehen unter dem Aspekt, wie das Ausland sie beobachtet. Ohne jede Dramatisierung können wir feststellen, daß das Ausland über diese Entwicklung tief beunruhigt ist. Ich wurde in Paris[42] von allen Herren, mit denen ich zusammenkam, auf diese Entwicklung hin angesprochen, bevor die Entscheidung gefallen war. Ich bin nun mit tiefer Sorge erfüllt, nachdem sie gefallen ist. Ich habe gestern zufällig einen persönlichen Bekannten aus New York getroffen, der sagte, daß sich die gesamte Presse und der Rundfunk unentwegt mit der Frage beschäftigten, ob hier nicht ein Bruch in der gesamten Politik der Bundesregierung zu erblicken sei und ob die Regierung Adenauer so angeschlagen sei, daß sie nicht weiterarbeiten könne. Hier zeigt sich wieder, was viele von uns vergessen, wie labil unsere Stellung im Ausland ist und wie groß dort das Mißtrauen gegen gewisse Rückfälle bei Elementen wie Achenbach, Abetz und Rahn ist.

Wir haben hier die Frage zu entscheiden, welche Form der Empfehlung wir beschließen sollen. Zunächst ist schon die Tatsache allein sehr viel wert, daß wir heute hier zusammengekommen sind; denn man hat eine solche Reaktion von der CDU einfach erwartet. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es durfte kein Tag mehr verstreichen, der Vorstand der CDU mußte zusammenkommen, um sich mit diesem Fragenkomplex zu beschäftigen. Wir haben nun durch die Entwicklung von gestern sicherlich eine Chance. Die Entscheidung ist nunmehr wesentlich leichter, aber ich meine, sie kann nicht anders lauten, als wie sie der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen hat, nämlich eine ganz klare Absage an den Dehler-Flügel und eine Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit an den Flügel, der sich gegen die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

42 Brentano war am 20. und 21. Februar 1956 in Begleitung von Hallstein in Paris mit dem französischen Außenminister Christian Pineau und Staatssekretär Maurice Faure zu Verhandlungen, insbesondere über die Saar, zusammengetroffen (AdG 1956 S. 5630).

ausgesprochen hat, der eine loyale Zusammenarbeit mit uns zugesagt hat, um die Koalition fortzusetzen.

Wenn wir nicht zu einer solchen Entscheidung kommen und nicht ganz klar aussprechen, was wir über das Verhalten der Führung der FDP in Bonn und in Düsseldorf denken, dann – erlauben Sie mir eine harte Formulierung – nimmt kein Hund mehr ein Stück Brot von uns, weil die Menschen die Achtung und die Wähler das Selbstvertrauen zu uns verlieren. Sie erwarten, daß wir reagieren auf diese wirklich peinliche Entwicklung, von der ich sagen kann, nichts hat in den letzten Jahren eigentlich die Notwendigkeit einer Reform des Wahlrechts mehr bestätigt als diese Entwicklung, wobei ich mir vollkommen darüber klar bin, daß man diese Frage des Wahlrechts erst hätte anschneiden sollen, wenn man sicher gewesen wäre, daß man sie hätte verantworten und durchbringen können.

An sich ist es eine groteske Situation, wenn wir in Hessen, in Bayern und jetzt in Nordrhein-Westfalen erleben, daß kleine Gruppen jenseits von jeder politischen Verantwortung ihre politischen Geschäfte auf Kosten der Demokratie machen. Das, was sich in Düsseldorf vollzogen hat, ist nicht nur ein Tiefschlag gegen Arnold und die CDU, es ist ein Tiefschlag gegen die Demokratie an sich. (*Zustimmung und Zurufe:* Sehr richtig!) Wie soll der Wähler verstehen, was hier geschehen ist? Kann man die Demokratie überhaupt unpopulärer und verächtlicher machen als durch solch peinliche Kunststücke? Deswegen sollten wir diese Entscheidung unbedenklich fällen und sagen: Mit der Gruppe der FDP, die sich zur loyalen Mitarbeit mit uns entschlossen und klar und eindeutig von solchen Manövern distanziert hat, führen wir die Koalition fort.

Die anderen sollen von heute ab wissen, daß wir auf ihre Mitarbeit verzichten. Selbstverständlich liegt in jeder Entscheidung ein gewisses Risiko, auch mit dem Blick auf Baden-Württemberg; aber wenn wir an dieser Frage vorbeigehen, wie kann man dann in Baden-Württemberg überhaupt noch in Wahlversammlungen sprechen? Ich will fünfmal dort sprechen; aber ich könnte es nicht, wenn ich nicht wüßte, was ich sagen sollte, oder wenn ich sagen sollte oder müßte, wir überlegen noch, was wir tun sollen. Das kann man doch gar nicht aussprechen, sondern man muß dort sagen: Der Bundesparteivorstand der CDU hat sich mit diesen Dingen beschäftigt. Die Fraktion wird sich noch damit beschäftigen. Die Öffentlichkeit soll wissen, daß die CDU nicht mehr Schindluder mit sich treiben läßt. In dieser Weise sollten wir uns heute entscheiden.

Schäffer: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen sagen, wie ich die Ausführungen meines Freundes Dr. Seidel verstehe. Über eines sind wir uns einig – darüber brauchen wir nicht mehr zu debattieren –, der nächste Schritt, der zu tun ist, ist der, daß wir der Öffentlichkeit bekanntgeben: Es wird der Fraktion empfohlen, dem Dehler-Rumpf mitzuteilen, daß er aufgehört hat, ein Bestandteil der Koalition mit der CDU/CSU zu sein, und dem anderen Teil mitzuteilen, daß wir mit ihm eine Koalition bilden. Darüber ist kein Streit; aber es handelt sich um etwas ganz anderes.

Ich denke an die Sorgen von Baden-Württemberg. Kurze Zeit nach den Dingen, die sich in Bayern und München im Dezember 1954 zugetragen haben[43], habe ich im Landesausschuß der CDU in Köln oder hier im Bürgerverein gesprochen. Ich darf offen sagen, manch einer hat geschmunzelt, wenn sich der Bayer zum Wort gemeldet hat, und in dem Schmunzeln lag: Das haben die Bayern wieder „recht gut" gemacht. Ich habe aber damals ausdrücklich gesagt, daß das, was in Bayern geschehen ist, der Ausfluß eines Geistes sei, der die ganze CDU treffen werde. Und das ist meine Meinung auch heute noch.

Die Gegensätze zwischen der Bayernpartei und dem BHE und die Gegensätze zwischen der FDP und der SPD sind so groß, daß man es gar nicht verstehen könnte, daß sie zu einer Regierungskoalition zu bringen seien, wenn sie nicht alle den Einwand hätten: Raus mit der CDU! Die CDU hat ihre Pflicht und Schuldigkeit am Wiederaufbau getan, aber sie sind schwarz und gehören hinaus! (*Zimmer:* Wie in den dreißiger Jahren! – *Unruhe.*) Und das ist im ganzen Bundesgebiet so. Deshalb halte ich es für falsch, wenn wir eine Politik betreiben, die uns überall, im Bund und in den Ländern, aus der Verantwortung drängt, wenn wir nicht 51 % der Wähler haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir dürfen nicht den Fehler begehen – das spreche ich offen aus –, daß wir den Eindruck erwecken, als ob wir unter keinen Umständen und in keinem Land bereit seien, mit der SPD eine Koalition zu machen. Das ist der taktische Fehler, der uns dazu führt, daß wir überall aus der Verantwortung hinausgedrängt werden, wenn wir nicht 51 % der Wählerstimmen haben.

Deshalb bin ich dafür, den Ländern eine Bewegungsmöglichkeit – aber keine Gleichschaltung – zu geben, dort eine Koalition nach den gegebenen Verhältnissen zu machen, *(Beifall)* weil ich es für gut halte, daß die SPD nicht den Eindruck hat, als ob die CDU-Wähler im Bund und in den Ländern die SPD als nicht regierungsfähig betrachteten. Das sollte man auch jetzt in Baden-Württemberg klar sehen; denn dort würde die CDU, auch wenn sie 49 % der Stimmen erhielte, nicht in die Regierung kommen. Deswegen sollte man sich hier nichts verbauen.

Zweitens möchte ich ganz offen sagen: Wir sollten nicht mehr einen Fehler der Vergangenheit machen. Wir sollten keine Koalition bilden, ohne uns mit den Koalitionsgenossen genau über ein Arbeitsprogramm geeinigt zu haben. (*Adenauer:* Wie kann man das denn?) Das kann man, Herr Bundeskanzler! Die Frage, die vor uns steht, ist grundsätzlich zu entscheiden. Ich muß wissen, wer ist für die Pariser Verträge; ich muß wissen, wer ist für eine beschleunigte Verabschiedung der Wehrgesetze, und ich muß wissen, wer ist der Partner, wie handelt er wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch und sozialpolitisch? Ich muß wissen, ob er eine grundsätzliche Linie mit mir einhält. Das muß man mit den Koalitionsparteien vereinbaren, und dann weiß ich, daß ich mit ihm auch eine Koalition durchhalte. Das sind die Folgerungen, die ich persönlich ziehe.

43 Vgl. Anm. 6.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß in einigen Punkten Herrn Schäffer mit aller Entschiedenheit widersprechen. Ich stimme dem ersten Teil seiner Ausführungen bei. Daß natürlich der Zorn – oder wie Sie es nennen wollen – immer gegen den Stärksten stößt, ist klar. Deshalb bin ich dafür, daß wir in den Wahlkampf des Jahres 1957 mit zwei Verbündeten hineingehen, mit der Deutschen Partei und mit dem loyalen Teil der FDP. Das müssen wir auch aus konfessionellen Gründen tun, lieber Herr Schäffer! Darauf haben Sie als Bayer gar keinen so großen Wert gelegt, das ist aber für uns von entscheidender Natur und Bedeutung. Aus diesem Grunde halte ich es für notwendig, daß wir uns, wie Herr Schäffer ausgeführt hat, sofort dazu bekennen, diesen Teil der FDP als koalitionsfähig anzuerkennen.

Was Sie bezüglich der SPD gesagt haben, das habe ich – das muß ich Ihnen gestehen – nicht kapiert! (*Schäffer:* Ich würde heute mit der SPD in Bayern eine Koalition machen!) Betrachten Sie die Dinge nicht nur von Bayern aus, und denken Sie daran, wenn Sie in Bayern rechtzeitig nach der Wahl gehandelt hätten, dann hätten Sie eine Koalition gehabt. Darüber muß man auch mal ein offenes Wort sprechen. Das war doch vorher auch mit der SPD möglich! Aber wer hat denn ein Wort darüber verloren?

Übersehen Sie aber nicht, daß in Nordrhein-Westfalen die SPD die größte Gegnerin von Herrn Arnold gewesen ist. Sie stellt 75, die anderen stellen 25. Wird das denn übersehen? Warum hat sie dem Herrn Arnold nicht gesagt: Uns trennt von der FDP so viel auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wenn die FDP gehen will, dann soll sie gehen, dann bilden wir mit dir eine Regierung. Das ist aber doch gar nicht geschehen! Sondern sie hat mit dieser nationalistischen Partei zusammengearbeitet.

Und das ist es ja gerade, was mich bei der SPD in Nordrhein-Westfalen so empört, die gehandelt hat mit ausdrücklicher Zustimmung des Parteivorstandes in Bonn, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie mit Leuten wie Achenbach, Rahn und der ganzen Gesellschaft zusammen in einem Boot sitzt. Und lesen Sie, Herr Schäffer, was der Vertreter der SPD, der Rechtsanwalt Siemsen[44], im Landtag von Nordrhein-Westfalen über den Nationalsozialismus gesagt hat. Sie werden staunen! Die englischen Zeitungen haben geschrieben, Herr Schumacher würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er so etwas hören könnte. Sie übersehen vollkommen, daß bei der SPD in

44 Karl Siemsen (1887–1968), 1950–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1956–1958 Minister für Bundesangelegenheiten. – In der Sitzung vom 16. Februar 1956 hatte er die zukünftige Koalition mit der FDP verteidigt und u.a. ausgeführt: „Für viel gefährlicher halte ich diejenigen Menschen, die nicht etwa aus Idealismus in ihrer Jugend für den Nationalsozialismus eingetreten sind, sondern die gegen ihre Überzeugung gehandelt und bei den Nationalsozialisten hohe Posten und ihre Existenz gehabt haben und nunmehr auch in der Bundesregierung sind. Diese Menschen, die z.B. die Terrormaßnahmen der Nazis verteidigt, die Kommentare über die Rassengesetzgebung der Nationalsozialisten geschrieben haben – vielleicht gegen ihre Überzeugung –, die jetzt aber auch in der Bundesregierung hohe Posten bekleiden, diese Menschen, die nur Handlanger der jeweiligen Machthaber sind, sind gefährlich." (LT NW 3.WP Sten.Ber. Bd.1 S. 1018.)

Norddeutschland völlig unklare Verhältnisse sind. Das sind nicht Leute wie bei Ihnen in Bayern, sondern das sind ganz andere Leute, mit denen wir hier zu tun haben. Warten Sie einmal ab, wie der Kampf in den Gewerkschaften um den Vorsitz ausgehen wird. Auch da werden Sie noch staunen.

Sie haben dann von einem genauen Arbeitsprogramm mit den Pariser Verträgen usw. gesprochen. Der Herr Dehler hat erklärt, wir stehen auf dem Boden der Pariser Verträge und der Wehrgesetze. Er hat auch gesagt, wir sind dafür, aber wir wollen vorher das Wahlgesetz haben. Also, ich glaube, daß man selbstverständlich in einer Koalition – wie das auch im Jahre 1953 geschehen ist – gewisse Dinge festlegen muß, aber daß es ganz unmöglich ist, in der heutigen Zeit ein Arbeitsprogramm für vier Jahre festzulegen, sondern daß es in der Hauptsache darauf ankommt, hat man es mit einem relativ anständigen politischen Gegner zu tun oder nicht? Wenn man es mit einem relativ anständigen Gegner zu tun hat, kommt man durch. Wenn man es mit Leuten zu tun hat, die zwei Gesichter haben, kommt man eben nicht durch.

Wir müssen nun dafür sorgen, daß wir – da stimme ich mit Ihnen überein – im Jahre 1957 mindestens 51 % der Abgeordneten bekommen. Wir werden sie nicht bekommen, wenn wir allein in den Wahlkampf hineingehen. Wir bekommen sie nur, wenn wir mit anderen Verbündeten hineingehen. Wenn wir aber alle gegen uns haben, werden wir niemals 51 % bekommen. Deshalb bin ich der Auffassung, daß man vor einem Wahlkampf nicht sagen soll, ich trenne mich von allen anderen Parteien.

Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an das Titelbild im „Simplicissimus“[45]: Ich hab immer Erfolg bei den Herren – ich schlaf mit jedem! Es hat für die Dame, die da abgebildet ist, jetzt einen schlechten Ausgang genommen. *(Vereinzelt Heiterkeit.)* Meine Damen und Herren! Sie scheinen das Bild nicht zu kennen. Geben Sie das Bild doch mal herum, Herr Müllenbach!

Herr Schäffer, der seine Worte immer sehr genau überlegt, wird vielleicht doch zustimmen – denn er ist gerade für Klarheit –, daß wir deswegen eine klare Politik treiben müssen. Die Leute um Euler und Wellhausen und die Deutsche Partei bieten uns an, mit uns zusammenzuarbeiten und zusammen mit uns den Wahlkampf des Jahres 1957 zu führen. Sie werden den Wahlkampf aber nicht mit uns führen, wenn wir sagen: Wir haben vor, mit der SPD zu gehen. Das wollen Sie bitte bedenken.

Heck: Ich möchte etwas zu den Ausführungen von Herrn Ministerpräsidenten Gebhard Müller sagen. Die 54 % der CDU bei der ersten demoskopischen Umfrage sind eindeutig dadurch zustande gekommen, daß sich viele ehemalige FDP-Wähler bereit erklärt haben, bei dieser Wahl CDU zu wählen. Es ist eine Erfahrung, die wir im ganzen Bundesgebiet gemacht haben, daß ungefähr die Hälfte der FDP-Wählerschaft wegen der Parteiführung durch das ganze laufende Jahr hindurch sehr verärgert war. Und das kommt bei der demoskopischen Umfrage zum Ausdruck. Wenn aber die gleichen FDP-Wähler zur Wahl gehen, dann fällt einem großen Teil von ihnen

45 „Simplicissimus“ Nr. 8 vom 25. Februar 1956: „FDP in allen Betten. Ich hab immer Erfolg bei den Herren – ich schlaf mit jedem.“

ein, daß sie die ganzen Jahre zuvor traditionell FDP gewählt haben. Die 54 %, die im Dezember zustande gekommen sind – ich habe darüber schon in der letzten Vorstandssitzung gesprochen –, sind als sehr vage zu betrachten.

Der Sturz auf 45 % im Februar geht nachweisbar auf die Diskussion über das Wahlgesetz zurück. Es ist bei dieser Umfrage auch gefragt worden: Wer hat nach Ihrer Meinung in diesem Streit recht, die CDU oder die FDP? Und hier ist mit großem Abstand die Bevölkerung der Auffassung, daß die CDU unrecht hat. Von der vermutlichen Wählerschaft der FDP hat sich nicht ein einziger dafür ausgesprochen, daß die CDU recht hat.

Ich bitte Sie also, das zu berücksichtigen. Daraus geht deutlich hervor, daß dieser Stimmenrückgang ausschließlich auf die Diskussion um das Wahlgesetz zurückzuführen ist.

Ich möchte noch – weil es wichtig ist für die Frage, wie man weiter taktieren soll – folgendes erwähnen: Was steckt hinter dieser nicht in ihrem ganzen Umfang verständlichen Ablehnung des Wahlgesetzes? Die Sorgen, die Angst, das Ressentiment gegenüber der christlichen Partei. Das muß man berücksichtigen, wenn man die Frage stellt: Wie sollen wir in die nächste Bundestagswahl gehen? Wie können die 50 % CDU-Wähler in Deutschland überhaupt aussehen? Mehr als 35 % können gar nicht kirchengebundene Leute sein, weil es sie nicht gibt. Die restlichen 15 oder 20 % CDU-Wähler kommen aus dem liberalen Raum.

Wenn wir jetzt den Teil der FDP, der sich gegen Dehler empört hat und ausgebrochen ist, zurückstießen und diese Leute gegen uns in den Wahlkampf des Jahres 1957 hineingingen, dann würden wir von vornherein wesentlich dazu beitragen, daß wir erheblich unter 50 % blieben. Ich halte es daher für eine unumgänglich notwendige Voraussetzung, daß wir mit dieser Gruppe in den Wahlkampf gehen, weil ich sonst keinerlei Chance sehe, die 50 % zu erreichen.

Krone: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Wort dazu sagen, wie sich die Fraktion auf die Vorgänge bei der FDP zu verhalten hat. Wir kommen um eine Wahl zwischen den beiden Teilen nicht herum. Hier gibt es keine neutrale Stellung zwischen Dehler und Euler. Die Fraktion hat sich bisher völlig ruhig verhalten und keine Stellung genommen; sie hat auch dazu beigetragen, daß sich die Dinge in der FDP geklärt haben.

Aber heute muß sich die Fraktion zu Euler bekennen, und zwar muß sie sich distanzieren von allem, was hinter Dehler und den Leuten in Düsseldorf steht. Die Fraktion selber hat das bisher auch zum Ausdruck gebracht, aber sie hat bewußt öffentlich nichts dazu gesagt. Ich halte die Meinung des Herrn Bundeskanzlers, daß wir uns in diesem Sinne entscheiden müssen, für richtig. Ich höre nun von einigen Herren aus den Ländern, daß dadurch vielleicht Koalitionsschwierigkeiten kommen könnten. Ich weiß nicht, ob das der Fall sein wird. Das gilt für Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Herren müssen dazu Stellung nehmen. Es muß überlegt werden, ob wir uns in den nächsten Tagen ostentativ zu der Gruppe Euler bekennen.

Lemmer: Meine Freunde! Über die aktuelle Entscheidung, zu der uns der Herr Bundeskanzler aufgerufen hat, besteht wohl absolut Einmütigkeit. Auch die Bedenken aus den Ländern können uns m.E. nicht daran hindern, hier in der Bundespolitik nach all den Vorgängen eine ganz klare Haltung einzunehmen. Wir müssen also die Herren Dehler und Komplizen aus der Arbeitsgemeinschaft entlassen. Das ist klar.

Aber ich möchte doch bitten, bei Einzelfragen folgendes zu überlegen: Auf dem Hamburger Parteitag 1953 habe ich ausgeführt, daß wir in der parlamentarischen Demokratie, solange wir nicht zu einem Zweiparteiensystem gekommen sind, aus Koalitionsfragen kein Dogma machen dürfen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich will damit keine Entscheidung befürworten oder ablehnen, aber solange wir ein Mehrparteiensystem haben, muß die im Mittelpunkt stehende CDU, mindestens theoretisch – was wir in der Praxis im einzelnen tun, ist schon eine zweite Frage –, uns eine gewisse Handlungsfreiheit sichern. Wenn wir auch gehört haben, daß unsere Chancen im Wahlkampf durch die Gruppe Wellhausen und die DP steigen werden, so habe ich leider nicht den Optimismus zu glauben, daß diese beiden Grüppchen ausreichen werden, um eine klare Entscheidung für uns erreichbar zu machen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich glaube dann schon eher, daß es besser ist, wenn wir ganz allein, dann aber positiv mit der Arbeit des Herrn Bundeskanzlers und seiner Rolle für das deutsche Leben und mit der Partei, die ihn getragen hat, mit unserer Idee und unserer Ideologie in den Wahlkampf gehen. Wir haben dann eher Chancen, zu dem Ziel zu kommen, das uns vorschwebt. Was steht denn hinter diesen beiden Grüppchen? Ich bin der Auffassung, daß die Gruppe Wellhausen die Wähler hinter sich hat, die ohnehin bereit sind, der CDU ihre Stimme zu geben, für die es also nach der Entwicklung in den letzten Tagen gar nicht mehr so schwer sein wird, zu dieser grundsätzlichen Entscheidung zu kommen.

Ich würde also eher noch weitere Dammbrüche in dem einen oder anderen Land in Kauf nehmen, als daß wir hier in der Bundespolitik – die aus bekannten Gründen primär für die Entscheidung sein muß – die klare Physiognomie vergessen, auf die es doch ankommt.

Wenn ich vom Zweiparteiensystem gesprochen habe, so möchte ich noch sagen, daß ich vorgestern Herrn Schwennicke[46] in Berlin gesagt habe, eigentlich müßten wir jetzt aus der CDU heraus die große neue Partei bilden, um damit das Zweiparteiensystem endgültig zu konsolidieren, und zwar als Antwort auf das, was wir jetzt in Düsseldorf erlebt haben. Wir müssen den Kampf aufnehmen, um aus der Defensive, in der wir uns jetzt aus irgendwelchen Gründen befinden, ohne daß hierfür ein sachlicher Grund vorliegt, wieder herauszukommen. Wenn also Verbündete ins Auge gefaßt werden, dann nur, indem wir sie auffordern, mit uns wenigstens eine Wahlgemeinschaft zu bilden. Wir müssen versuchen, zu einem Zweiparteiensystem zu kommen, das ohnehin unserer grundsätzlichen Auffassung entspricht.

---

46 Dr. Carl-Hubert Schwennicke (geb. 1906), vor 1933 DVP, 1945–1956 FDP, 1946–1958 MdA Berlin, 1962–1977 Vorstandsvorsitzender der BfA, 1971 CDU.

Noch eine Bemerkung! Wir haben in den letzten Tagen die Reden vom Moskauer Parteitag gelesen.[47] Ich teile Ihre Befürchtung, daß in dem Krieg im dunkeln und in dem Krieg von innen her große Anstrengungen gemacht werden, um die nicht zu uns gehörende Arbeiterschaft zu radikalisieren, die SPD zu zersetzen und sie in die Nähe der Kommunisten zu bringen. Wenn wir diese Gefahr sehen, dann müssen wir davon Abstand nehmen zu glauben, daß die SPD für alle Zukunft zur Opposition verdammt sei. Es kann eine gefährliche Radikalisierung dadurch schließlich eintreten, daß man eine Partei grundsätzlich von der Mitverantwortung ausschließt! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das gilt insbesondere für die Länder. Ich würde also einen so großen Schaden gar nicht darin erblicken, wenn das auch noch in dem einen oder anderen Land passierte; denn das würde uns nur härter machen und mit dem Blick auf die Bundestagswahl unser Volk vor eine echte und große politische Entscheidung stellen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zu den letzten Ausführungen möchte ich etwas sagen. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Lemmer enthielten sicher viel Beachtenswertes, aber in zwei Punkten fürchte ich, sehen Sie die Dinge nicht richtig. Wir werden in der Bundesrepublik bei einem Zweiparteiensystem niemals eine christliche Partei als alleinigen Sieger haben. Was Herr Heck über die Ziffern und Zahlen gesagt hat, ist durchaus richtig. Nur 35 % der deutschen Wähler fühlen sich überhaupt noch kirchlich gebunden.

Es kommt der konfessionelle Zwiespalt hinzu. Man wird dann nur zu gern und zu leicht gegen den katholischen Teil angehen. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an die Vorgänge erinnern, die sich in Niedersachsen abgespielt haben, an das, was der Bischof Lilje gesagt hat.[48] Es ist auch jetzt noch so, daß immer und überall gesagt wird, diese Bundesregierung ist katholisch, und wer nicht katholisch ist, der kommt nicht unter. Genau das Gegenteil ist richtig. Wenn wir die Ziffern über die konfessionelle Zusammensetzung der Leute in unseren Ministerien veröffentlichen, dann würden wir – davon bin ich überzeugt – einen Aufschrei des katholischen Teils unserer Wähler zu hören bekommen, weil sie so schlecht berücksichtigt sind. Aber es ist so!

Herr Lemmer, Sie sind immer ein vorurteilsfreier Mann gewesen, und Sie haben sich in einer relativ vorurteilsfreien Gesellschaft bewegt. *(Heiterkeit.)* Aber es gibt leider Gottes Landesteile in Deutschland, wo starke Vorurteile vorhanden sind. Daran muß man doch immer denken. Denken Sie daran, was uns der Bundesrat für Schwierigkeiten macht. Ich habe eingangs meiner Ausführungen davon gesprochen; das können Sie sich überhaupt nicht vorstellen. Deswegen ist es gar nicht so ohne weiteres

47 Druck: AdG 1956 S. 5631–5643.

48 Zur von Lilje vorgebrachten angeblichen Bevorzugung der Katholiken hatte Otto Fricke eine Anfrage im Niedersächsischen Landtag eingebracht, die Ministerpräsident Hellwege am 26. Oktober 1955 beantwortete (statistische Angaben in UiD vom 4. November 1955; vgl. EBD. vom 1. Dezember sowie PSK Nr. 24 vom 15. Dezember 1955: „Brüderlichkeit statt Frontenbildung! Liljes Sprache in Niedersachsen.").

richtig, so einfach zu sagen: Was steckt schließlich darin, wenn in irgendeinem Land die SPD führend ist? Vergessen Sie nicht, wenn die SPD in der Mehrzahl der Länder der Stimmenzahl nach führend ist, dann kann die SPD im Bundesrat in einer ganzen Reihe von Fällen die Politik des Bundestages blockieren. Lassen Sie sich mal von unserem Freund Schäffer darüber etwas erzählen, was er für Erfahrungen hat.

Wenn wir sagen, wir müssen eine Mehrheit im Bundesrat haben, dann ist das nicht eine öde Gleichschalterei, sondern eine Notwendigkeit der praktischen Politik. Daran ist nicht vorbeizukommen.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin mir im Unterschied zu den meisten Damen und Herren hier nicht im klaren darüber, ob es richtig ist, wenn wir heute schon eine Stellung einnehmen, die etwa so aussieht: Die Christlich-Demokratische Union erkennt als Koalitionspartner in Zukunft nur die Gruppe Euler an, und die Gruppe Dehler ist für sie kein Koalitionspartner mehr. Ich bitte Sie, dabei folgendes zu überlegen: Wir haben Interesse daran, daß diejenigen, die auf unserer Seite in der FDP stehen, gestärkt werden. Wenn ich das höre, was hier über die Stimmung im Lande gesagt wird, dann bin ich mir im Zweifel darüber, ob wir der Gruppe Euler-Wellhausen einen Gefallen tun, wenn wir heute vor den bevorstehenden Landesparteitagen erklären, das sind unsere Leute. Ich fürchte, daß das Echo draußen bei der Stimmung, die leider nun einmal besteht, so sein wird, das ist kein Wunder; denn das sind die Regierungsmitglieder, das sind die CDU-Treuen.

Ich glaube nicht, daß man dann der Gruppe Euler-Wellhausen eine besondere Chance damit eröffnet, auf den Landesparteitagen nennenswerte Delegiertengruppen hinter sich zu bringen. Die ganze Sache nützt uns, auf den nächsten Bundestagswahlkampf hin gesehen, überhaupt nichts, wenn diese Gruppe Euler nicht nennenswerte Wählerstimmen an sich zu ziehen vermag. Ich kenne nicht mehr als das, was in den Zeitungen steht, aber das bisherige Echo ist so, daß – mit Ausnahme der Landesverbände Hessen und Berlin – in der FDP die Neigung besteht, sich zur Gruppe Dehler und nicht zu der anderen Gruppe zu bekennen. Ob es möglich sein wird, daß die uns nahestehende Gruppe in den eineinhalb Jahren eine solche Stellung im öffentlichen Bewußtsein erringen und eine Organisation schaffen kann, daß sie uns als Koalitionspartner in der nächsten Legislaturperiode auch wirklich nützt, ist sehr fraglich.

Ich halte es für richtiger – ich bin aber bereit, mich überzeugen zu lassen –, wenn wir heute nur die Erklärung abgeben – springen Sie mir aber nicht ins Gesicht –:

1. Wir bedauern diese Auseinandersetzungen, die innerhalb der Koalitionspartei entstanden sind und zu diesem bedauerlichen Bruch geführt haben; denn das bedeutet eine Schwächung der politischen Seite, auf der wir stehen.

2. Wäre es richtiger, mit weiteren Entscheidungen abzuwarten, bis die Landesparteitage vorüber sind.

3. Sollten wir in sehr stolzer Weise – und hier stimme ich Lemmer zu – heute erklären, wir sind bereit, das, was wir in der ganzen Zeit getan haben, wenn es sein muß auch allein, im nächsten Bundestagswahlkampf zu vertreten.

Wir können ruhig diese Überzeugung vor dem deutschen Volke zum Ausdruck bringen. Ich verstehe den Kleinmut nicht, wenn die Frage so auf des Messers Schneide steht, warum wir nicht das Zutrauen haben sollen auf die Leistungen, die wir vollbracht haben, und auf die Leistungen, die wir zu vollbringen gedenken, um in Gottes Namen auch wieder an die 51 % heranzukommen. Das muß unsere Richtschnur sein. Nur mit dieser Stimmung dürfen wir überhaupt in die Öffentlichkeit gehen, nur mit dem stärksten Bewußtsein, allerdings maßvoll ausgedrückt; denn – ich möchte mir nicht verkneifen, das zu sagen – ich verstehe, daß wir nicht viel über die Vergangenheit heute gesprochen haben, aber wir waren ein bißchen zu selbstsicher und zu selbstbewußt und haben uns gar nicht vorstellen können, wie das alles draußen gewirkt hat.

Wenn wir – wie das schon sehr oft gewünscht worden ist – hier öfter zusammen wären und echte politische Diskussionen führen könnten, dann würde viel leichter deutlich, was draußen im Lande wirklich vor sich geht. Dann wären bestimmt manche Dinge nicht passiert. Wir wären dann vielleicht auf den einfachen, aber köstlichen Gedanken gekommen, das Grabensystem etwas mehr publizistisch vorzubereiten, damit nicht die staunende Öffentlichkeit vor etwas gestellt wurde, mit dem sie nichts anfangen konnte. So aber ist diese Sache sehr gegen uns ausgenutzt worden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nun noch etwas ganz anderes, Herr Bundeskanzler. Ich habe erst heute den „Industriekurier" in die Hände bekommen. Das ist eine Zeitung, die in Nordrhein-Westfalen das Sprachorgan der Wirtschaft ist. Ich muß sagen, ich bin erschüttert und erschrocken über das, was ich da gesehen habe, insbesondere in der Sonderbeilage „Leipzig schaut den Osten an". Auch die Inserate, die dort erscheinen, zeigen eine Entwicklung, die mir sehr bedenklich erscheint.[49]

Meyers: Ich darf zurückkommen auf den Ausgangspunkt. Es wird Ihnen dann auch klarwerden, daß das, was ich sage, für unsere heutige Entscheidung maßgeblich ist. Ich habe seit dem Jahre 1952 verfolgt, wie in der FDP in Nordrhein-Westfalen die Organisation systematisch aufgebaut worden ist, wie zunächst bestellt wurden ehemalige Hitlerjugendführer und sonstige Leute als Geschäftsführer. Diese wurden besoldet und immer mehr von dem Hauptgeschäftsführer abhängig. Sie haben dann ihrerseits wieder auf die Besetzung der einzelnen Posten, beispielsweise im Landesausschuß, hingewirkt. Es wurde schließlich für Herrn Middelhauve das Ergebnis erzielt, daß von 73 Stimmen 71 gegen ihn und für die neue Politik waren; 2 Stimmen – darunter seine eigene – enthielten sich.

Dieser Angriff in Nordrhein-Westfalen – ich sage das ohne jedes Ressentiment, sondern um die Schwere unserer Entscheidung klar herauszustellen – ist an sich der erste Angriff eines groß angelegten Planes. Es soll in einer bestimmten Zeitenfolge mit immer wiederkehrenden gleichen Aktionen ein langsamer Niederbruch der gesamten

49 „Industriekurier" vom 23. Februar 1956. – Sonderausgabe aus Anlaß der Leipziger Messe vom 26. Februar bis 8. März 1956; Leitartikel unter dem Titel „Leipzig – Schaufenster für den Osthandel".

Politik des Herrn Bundeskanzlers und damit der CDU dem Volke vorgeführt werden. Das ist der Plan gewesen. Die FDP-Führung – nicht der Fraktion, sondern der Partei – ist zunächst einmal in der Öffentlichkeit davon abgekommen und hat gesagt, sie kenne keine Verhandlungen zur Regierungsumbildung. Sie wird von dieser an sich verbindlichen Aussage sicher dann frei, wenn wir einen Teil der Fraktion, die ja mit dem Fraktionsvorstand identisch sein soll, anerkennen. Und das ist eben das, worüber ich mir nicht im klaren bin: Wie wird die Reaktion in der Partei sein? (*Zurufe:* Das ist unklar! – *Zuruf:* Das haben wir nicht ganz verstanden!) Wir sehen es hier heute ja zunächst von der Fraktion. Die Fraktion ist gespalten, und zwar mit einem Teil, der das Drittel überschritten hat, mit 21, der sich der Hälfte nähert. Die Frage ist: Wie wird sich die Partei in den Ländern verhalten? Ist es so, daß diese Rebellen – so nenne ich sie – allein bleiben und daß die Landesvorstände der Partei anders entscheiden? Dann ist die Folge einer Entscheidung des Vorstandes über die Rebellen die, daß in den Ländern gegen uns entschieden wird. Dann werden Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg folgen.

Von den Bemühungen des Herrn Ministerpräsidenten Zinn um Herrn Kohut haben wir heute in der Zeitung lesen können, daß Herr Kohut, der viel rechter steht als Euler, erklärt hat, er mache das nicht mit.[50] Euler sei nicht aufgefordert worden. Kohut hat vor zwei Wochen mit Zinn zusammengesessen und hat offensichtlich ein Koalitionsangebot von ihm bekommen. Das müssen wir sehen.

Der nächste Schritt kann darüber entscheiden, ob unsere gesamte Politik Schiffbruch erleidet. Ich kann Herrn Lemmer nicht ganz folgen, wenn er sagt, das sei nicht so schlimm. Was passiert aber, wenn das, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, in den anderen Ländern auch geschieht? Dann ist doch die Bundespolitik praktisch lahmgelegt. Sie können kein Wahlgesetz und kein Wehrgesetz machen ohne den Bundesrat. Selbst wenn Sie das materielle Wahlrecht vom formellen trennen, müssen Sie von den Ländern die Zustimmung haben. Ich will mich aber nicht auf diese Frage spezialisieren, sondern nur sagen, wenn das die Folge wäre, dann würden diese Leute das ausnutzen. Das sind entschlossene Leute, die gehen mit der Brutalität der alten Nationalsozialisten – die Methode ist dieselbe – an die Dinge heran. Das ist die Gefahr für uns, daß wir eine Reaktion hervorrufen, die diese Leute in der ganzen FDP ans Ruder bringt.

Das ganze Verfahren ist an sich organisiert gewesen, so daß Herr Döring zunächst die Parteiorganisation und dann die Funktionäre und schließlich den ganzen Apparat in die Hand bekommen hat. Von der Fraktion, in der mindestens fünf bis sieben alte Liberale sind, hat keiner gewagt, dagegen zu stimmen; teilweise sind sie auf

50 Der stv. Vorsitzende des FDP-Landesverbands Hessen, Kohut, erklärte im Einvernehmen mit Dehler am 24. Februar 1956 den sofortigen Ausschluß Eulers aus der FDP; diese Erklärung wurde am Abend vom Landesvorstand gebilligt (vgl. „Die Welt" vom 25. Februar 1956). – Dr. Oswald A. Kohut (1901–1977), Mitgründer der CDU, seit 1947 FDP (1956 stv. Landes- und Bundesvorsitzender), 1954–1957 MdL Hessen (1955–1957 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion), 1957–1965 MdB.

ihre Jagdhütten geflohen, damit sie dem Druck nicht ausgesetzt waren. (*Weber:* Die Feiglinge!) Ob es Feiglinge waren oder nicht, leider ist es geschehen. Vielleicht liegt das auch in der Demokratie! Herr Middelhauve hat erklärt, er stehe vollkommen allein. Deshalb müssen wir uns den nächsten Schritt genau überlegen, weil davon die ganze Entscheidung in der nächsten Zeit abhängen wird.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es liegt noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Damit wir aber nicht weiter lediglich Bedenken hören, lassen Sie mich folgendes sagen: Es ist selbstverständlich, daß kein Mensch in der Welt jetzt sagen kann, ob die Gruppe Euler die Mehrheit in den Landesorganisationen bekommen wird. Das ist doch ganz klar. Die Frage ist ganz anders zu stellen, Herr Meyers. Die Frage ist so zu stellen: Es sind zwei Strömungen in der FDP. Die eine Strömung ist uns entgegengesetzt, die andere Strömung liegt in der gleichen Richtung wie wir. Sollen wir nun mit den Händen in der Tasche stehen und warten, bis die uns entgegengesetzte Strömung, die in Nordrhein-Westfalen den Erfolg gehabt hat, weitere Erfolge erzielt haben wird? Ich meine, so macht man doch nicht Politik, indem man abwartet.

Man hätte vielleicht in Nordrhein-Westfalen schon früher zugreifen sollen, wenn man es gekonnt hätte. In der Politik ist doch das Handeln das einzige Moment, das einem zum Siege verhilft, und nicht das Abwarten.

Wenn nun jetzt innerhalb der FDP eine Gruppe mit der gleichen Gesinnung in dieser Hinsicht wie wir sich gegen die anderen aufbäumt, dann können wir doch unmöglich sagen, wir wollen mal abwarten, ob die durchkommt. Das hieße doch, denen überhaupt den Todesstoß zu geben. Warum ist denn Herr Dehler jetzt immer hinter uns her und versichert seine Koalitionstreue? Doch nicht aus Reue über das, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, sondern weil er ganz genau weiß, daß, wenn sich die Koalition auf die Seite seiner Gegner stellt, dieser Gegner einen mächtigen Auftrieb bekommen wird. Wenn wir sie aber fallenlassen, dann ist doch Herr Dehler der Triumphator.

Stellen Sie sich einmal den Eindruck in der Öffentlichkeit vor, wenn wir jetzt sagen würden: Wir bedauern, daß das geschehen ist. Ich bedaure es gar nicht! Ich habe mich lange nicht so gefreut! Ich habe sogar den Herren vorher gesagt, wenn Sie mir die Nachricht bringen, an demselben Abend betrinke ich mich. *(Bewegung und Heiterkeit.)* Das wird hoffentlich auch noch geschehen. Aber ich bitte und flehe Sie an, meine Damen und Herren, wir können doch nicht abwarten, wir müssen Stellung nehmen! Und wenn wir die Gefahr erkennen und treten ihr nicht so entgegen, wie wir es können, dann sind wir keine Politiker!

Herr Dr. Gradl, Sie haben ein Wort gesprochen, daran werde ich Sie gelegentlich erinnern. Sie haben gesagt, wir müssen in den Wahlkampf mit der Überzeugung hineingehen, daß wir 51 % der Stimmen bekommen werden. Sind Sie vielleicht 1953 mit dieser Überzeugung in den Wahlkampf gegangen? (*Gradl:* Ich habe mich immer vor Prophezeiungen gehütet!) Den Willen muß man natürlich haben. Das ist richtig, aber mehr als den Willen kann man nicht aufbringen. Man muß seine Gegner möglichst zu schwächen versuchen; dann hat man vielleicht Aussichten.

Ich bitte Sie, lassen wir nicht mehr lange Überlegungen anstellen, ob die Gruppe Euler auch wirklich Aussichten hat, in den Länderorganisationen durchzukommen. Das wissen wir eben nicht. Wir müssen uns die Frage einfach so vorlegen, wie sie tatsächlich gestellt ist, nachdem in der FDP zwei Gruppen entstanden sind. Die einen sind Verräter an der Koalition, die anderen sagen, wir wollen koalitionstreu bleiben. Auf welcher Seite stehen wir, auf der Seite der Verräter oder auf der Seite der Koalitionstreuen? Oder sagen wir: Macht was ihr wollt! Ich meine, da gibt es eigentlich keine Wahl und auch keine lange Diskussion nach meiner Meinung.

Von Hassel: Ich möchte zu drei Dingen etwas sagen, Herr Bundeskanzler. Wir haben im Bundesrat immer bedauert, daß wir mit den Herren des Bundestages nicht längere Gespräche führen konnten. Es sind Spannungen entstanden, die im Bundestag zu einer Aversion gegen den Bundesrat und die im Bundesrat zu einer Aversion gegen den Bundestag geführt haben. Wir sind nun mit den Bundestagsfraktionen und den Ministerpräsidenten zu einem ganz guten Gespräch gekommen, und ich meine, wenn man dieses Gespräch auf die Dauer fortsetzen kann, dann wird sich auch manche Spannung vermeiden lassen.

Ich weiß nicht, ob die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu einer Behinderung der Arbeit im Bundesrat führen wird. Ich selber glaube, daß dort die FDP und die SPD versuchen werden, ihre Koalitionsfähigkeit zu beweisen. Was soll nun geschehen? Ich war bis gestern der Auffassung, Herr Bundeskanzler, hier dafür zu plädieren, daß man die FDP nicht hinauswerfen solle, weil draußen die Reaktion in der Bevölkerung und in der Presse gegen uns ist. Es wird von Hochmut, Größenwahn und Alleinansprüchen gefaselt. Wenn wir sie hinausgeworfen hätten, würde sich wahrscheinlich die Stimmung gegen uns verstärkt haben. Aber die Situation ist seit gestern entscheidend anders geworden. Gestern hat die FDP selber mit ihren guten Kräften bewiesen, daß wir letztlich recht gehabt haben. Insofern sind wir heute in einer völlig anderen Situation.

Ich möchte Herrn Gradl widersprechen, wenn er sagt, wir sollten unser Bedauern aussprechen. Ich bin der Meinung, aus innen- und außenpolitischen Gründen ist die gestrige Entwicklung ausgesprochen gut. Ich glaube nicht, daß die FDP in Schleswig-Holstein uns einen Vorwurf machen kann, wenn wir uns hinter einen Teil der FDP stellen, auch wenn es nicht der sogenannte offizielle Teil ist, aber immerhin, wenn von 50 Bundestagsabgeordneten sich 21 lösen, dann kann man uns nicht den Vorwurf machen, wenn wir uns hinter die 21 Leute stellen. Es ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, ob es taktisch richtig ist, daß man vielleicht durch einen solchen Schritt die Landesverbände nun geschlossen hinter Dehler bringt. Das ist eine Frage, die man noch irgendwie vertiefen muß.

Nun die Angelegenheit exemplifiziert auf Schleswig-Holstein! Wir haben ein ausgezeichnetes Verhältnis in der Koalition, und wir versuchen auch, Maß zu halten. Die Bevölkerung verstünde es nicht, wenn die FDP aus diesem Grunde ausscheiden würde. Die FDP hat mir gesagt, sie wolle lediglich verhindern, daß ein Grabensystem käme. Dieses Grabensystem kommt nicht. Insofern ist ihr völlig der Boden entzogen,

uns Vorwürfe zu machen, daß wir zu Euler halten und nicht zu Dehler. Ich glaube also nicht, daß es zu einem Bruch in Schleswig-Holstein kommen wird.

Ich widerspreche Ihnen, Herr Lemmer, wenn Sie meinen, es wäre schlecht, mit den anderen in einen gemeinsamen Wahlkampf des Jahres 1957 hineinzugehen. Uns wirft man Größenwahn und Hochmut vor. Wenn wir aber in den Wahlkampf mit einer gewissen Anlehnung an die anderen hineingehen, dann entfällt diese Möglichkeit, die die DP und die FDP in den letzten Jahren ausgenutzt haben, draußen ausschließlich gegen uns zu reden. Herr Bundeskanzler! Übrigens ist die Deutsche Partei nicht eine Spur besser als die Freie Demokratische Partei. Sie sind beide nur darauf aus, uns die Leute wegzunehmen. Wenn wir gemeinsam in den Wahlkampf gehen, wird diese unerfreuliche Auseinandersetzung mit den beiden Flügelleuten vermieden werden.

Von Fisenne: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß wir die Absage an den Dehler-Flügel unbedingt erteilen müssen. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß das für einige Länder Folgen haben wird. Verhandlungen in Bonn zwischen SPD und FDP laufen ständig. Der Einbruch, der in Nordrhein-Westfalen gelungen ist, soll auch in einem anderen Land gelingen. Es besteht dort ganz klar die Absicht, zumindest in Hamburg die Koalition zu sprengen. Wir hatten wegen des Grabensystems in Hamburg gewisse Schwierigkeiten; die FDP hatte erklärt, daß sie sich in keiner Weise binden könne, sondern unter allen Umständen freie Hand behalten wolle im Hinblick auf das Grabensystem.

Nachdem das Grabensystem aufgegeben ist, haben wir zwar eine Erklärung dieser Herren, daß sie mit uns in den nächsten Wahlkampf gehen wollen unter der Voraussetzung, daß kein Notstand eintrete. Wer sagt uns aber, ob es für die FDP ein Notstand bedeutet, wenn wir uns von dem Dehler-Flügel lossagen? In Hamburg gehören 50 % zum Dehler-Flügel. Es ist aber so – und damit befindet sich die FDP im Norden im Gegensatz zu ihrer Parteileitung –, daß die FDP in Hamburg nicht so gern mit der SPD koaliert, sondern die FDP wäre durchaus bereit, mit uns eine Koalition einzugehen, wobei man sogar erreichen könnte, daß die SPD – obgleich sie die stärkste Partei ist in den drei Ländern – im Bundesrat die Bundespolitik unterstützen würde. (*Zuruf:* Stimmt ja nicht! – *Hört-Hört-Rufe.* – *Unruhe.*) Aber jedenfalls nicht so sabotieren würde, wie das bisher geschehen ist. So ist die Situation. (*Zuruf:* Nicht klar!) Mit dieser Situation müssen wir uns auseinandersetzen. Wir versprechen uns nichts; ob wir die Erklärung abgeben oder nicht, die Entwicklung in der FDP läuft sowieso in der Richtung weiter. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Koalition in den anderen Ländern gesprengt wird. Das kann heute oder morgen geschehen, vor der Wahl aber auf alle Fälle.

Adenauer: Der Herr Minister Schäfer[51] wird morgen und übermorgen in Hamburg

51 Dr. Hermann Schäfer (1892–1966), 1945–1956 FDP (stv. Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, ab 1950 2. Bundesvorsitzender), 1949–1957 MdB, 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 134 Anm. 7).

große Reden halten über die ganze Lage. Glauben Sie, Herr Fisenne, daß das irgendeinen Eindruck machen wird?

Von Fisenne: Meine Ansicht ist die, daß Herr Schäfer in der FDP in Hamburg nicht den Einfluß hat, den Herr Rademacher[52] dort hat. In der Organisation hat er gar keinen Einfluß. Die Bundestagsabgeordneten sitzen zu weit von der Landesorganisation weg. Selbst Herr Rademacher hat nicht diesen intensiven Einfluß, wie ihn z.B. Herr Engelhard[53] hat, der am Ort sitzt.

Adenauer: Ich habe von niemandem so vernichtende Worte über Herrn Rademacher gehört wie von den maßgebenden Leuten in Hamburg, die erklärt haben, den Mann können wir überhaupt nicht als Vertreter anerkennen.

Von Fisenne: Er hat 50 % der Leute hinter sich. Ich kenne das Protokoll über die letzte Landesausschußsitzung, wonach 50 % seiner Leute erklärt haben, keine Verhandlungen und keinen Abschluß mit der SPD.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Frage Dehler oder Euler scheint kein Problem für uns zu sein, aber das Problem, über das ich nicht ganz sicher bin – das in den Ausführungen von Herrn Gradl angeklungen ist –, ist für mich folgendes: Ich bin mir nicht schlüssig, ob eine entsprechend klare Stellungnahme, etwa ein Pressekommuniqué über diese Sitzung oder eine Verlautbarung des Herrn Bundeskanzlers im Laufe der nächsten sitzungsfreien Woche im Bundestag eine integrierende oder eine desintegrierende Wirkung auf den Haufen Dehler hätte.

Wir sollten daher erwägen, ob wir den Zerfall der FDP ohne einen direkten Druck oder auf diese Weise fördern wollen. Wenn das klar ist, dann lassen wir es heute noch tun. Wenn das letzte aber nicht ganz klar ist, dann lassen wir noch ein bißchen darüber nachdenken. *(Widerspruch und Unruhe.)* Das scheint mir eine Erwägung zu sein, die man immerhin noch anstellen sollte. *(Anhaltender Widerspruch und Nein-Rufe.)* Das zweite, Herr Bundeskanzler! Es hat wenig Zweck, selbst wenn ich bescheiden als Echo in Ihre Klagen über den Bundesrat einstimme, aber ich benutze die Gelegenheit, unserem Freund Hassel zu sagen ... (*Zuruf:* Kollege!) Ich werde mir nicht erlauben, zum Bundesratspräsidenten „Kollege" zu sagen bei dieser Konstruktion. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Warum nicht?) Ich will nur sagen, am Persönlichen liegt es ja nicht. Ich kann von mir aus das bestätigen, was Herr von Hassel gesagt hat: Durch die Vermittlung der Fraktionen sind diese an sich schwierigen Verhältnisse, die durch das Grundgesetz gegeben sind, eigentlich entlastet worden. Aber das enthebt uns nicht, daß wir von der CDU diese Problematik anerkennen und weiter verschweigen, wie wir das jahrelang getan haben. Mehr kann man im Augenblick nicht tun; denn der Bundestag ist genauso wie [der] Bundesrat überlastet, daß er z.Z. an diese Sache nicht herangehen kann.

---

52 Willy Max Rademacher (1897–1971), vor 1933 DDP/Deutsche Staatspartei, 1945 FDP, 1946–1949 MdHB, 1949–1965 MdB.

53 Edgar Engelhard (1917–1979), 1946–1974 MdHB (FDP, 1949–1953 Fraktionsvorsitzender), 1952–1966 stv., ab 1958 Landesvorsitzender, 1953–1965 2. Bürgermeister und Senator (bis 1957 Gefängnisbehörde, dann für Wirtschaft und Verkehr).

Nun steht heute die Frage meines Vaterlandes Baden-Württemberg zur Verhandlung. Und hier möchte ich, Herr Bundeskanzler, zumindest im Blick auf Baden-Württemberg dem zustimmen, was der Herr Bundesfinanzminister dargelegt und – wenn ich es richtig verstanden habe – unser Freund Ernst Lemmer aus großdeutscher und berlinerischer Sicht bestätigt hat. Ich möchte mir als einem Mann vom Neckar erlauben, das aufzunehmen. Ich zweifle daran, Herr Bundeskanzler, daß dieses System weitergeführt werden kann, nämlich das Exerzieren und Operieren mit schwierigen Staatsaufgaben – die diese Arbeitsgemeinschaft so stark in Anspruch nehmen –, wie wir das in den letzten Jahren in der Koalition gehabt haben. Ich zweifle daran, ob diese Art von Zusammenarbeit ausreichend sein wird, um die großen Staatsaufgaben, die politischen Aufgaben, zu lösen.

Ich bin mir noch nicht ganz sicher, ob es möglich sein wird, den seitherigen Koalitionsverband in einer etwas stärkeren Weise zu vertiefen, und ob, umgekehrt, mit dem etwas in sich geschlossenen Kampfverband eine vertragliche Abmachung mit thematischen Übereinstimmungen usw. schon vorher gemacht werden kann.

Wenn man schon Koalitionsabreden für 1957 treffen will – wie das angeklungen ist –, dann sollte man sich darüber Gedanken machen, daß dies mit dem seitherigen Koalitionsverband in einer befriedigenden Weise wahrscheinlich nicht durchgeführt werden kann; denn wir haben so viele Schwierigkeiten innerhalb der Koalition gehabt, daß ich wirklich Hemmungen habe, in dieser Form in eine Art programmatische Bindung für das Jahr 1957 einzutreten. Wir sollten uns mindestens die Möglichkeit der taktischen Freiheit offenlassen. Ich könnte mir denken, daß wir uns über ein politisches Programm verständigten. Wir können dieses politische Programm auch zusammen mit den anderen programmatisch vertreten, wir sollten uns aber grundsätzlich die Freiheit bewahren und uns nicht fest binden. Diese Freiheit bleibt eine unabweisbare Notwendigkeit. (*Lemmer:* Genauso war es gemeint!) Ich muß sagen, Herr Bundeskanzler, daß wir das in Baden-Württemberg jetzt dringend brauchen. In Baden-Württemberg heißt das Problem nicht etwa: Gebhard Müller oder Alex Möller[54], sondern das Problem heißt in einer sehr ernsten Weise: Gebhard Müller oder Reinhold Maier. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in Reinhold Maier nicht nur persönlich, sondern auch programmatisch den halsstarrigsten Gegner haben. In Herrn Möller haben wir einen Mann, der immerhin unserem Freund Gebhard Müller keine allzu großen Schwierigkeiten gemacht hat, um der Bundespolitik gegenüber im Bundesrat loyal zu sein. Das muß man einfach aussprechen, und man sollte daraus auch die Konsequenzen ziehen.

Ich würde hier und in diesem Augenblick nichts anderes meinen, als daß man dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg klar und deutlich eine Politik der freien

54 Dr. Alex Möller (1903–1985), 1928–1933 MdPrL (SPD), 1946–1961 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. Landtag von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1961–1976 MdB, 1969–1971 Bundesfinanzminister.

und offenen Hand konzediert, wobei man sich darüber klar sein muß, daß selbstverständlich eine Koalition mit der SPD in Baden-Württemberg vorgesehen werden kann. Ich verzichte darauf, noch einmal allgemeine Gesichtspunkte zu erwähnen, aber eines davon ist sehr richtig von Herrn Schäffer und von Herrn Lemmer hier gesagt worden. Und das möchte ich meinerseits aufnehmen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dem Herrn Gerstenmaier als Bundestagspräsident möchte ich ausführlich antworten. Ich habe niemanden gehört, der dem Herrn Gebhard Müller gesagt hat, du darfst nicht mit der SPD koalieren. Das sind doch alles Kämpfe gegen Windmühlen! Wer hat denn ein Programm aufgestellt? Verehrter Herr Gerstenmaier! Etwas müssen wir allerdings zu erreichen versuchen, daß wir nämlich im Bundesrat die Mehrheit haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wer das preisgibt, der kann doch überhaupt mit seiner ganzen Politik einpacken. Mit dem, was über die Mehrheit hinausgeht, kann jeder machen, wie er lustig ist, aber die Mehrheit müssen wir im Bundesrat haben, und wir müssen diese Mehrheit zu erhalten suchen. Und wenn man mit der SPD koaliert, dann muß man zu erreichen versuchen, daß unser Mann an die Spitze kommt, damit er letzten Endes den Ausschlag gibt in den Richtlinien der Politik, so daß die Abstimmung im Bundesrat gesichert ist. Dagegen können Sie doch nichts haben! (*Gerstenmaier:* Das habe ich auch nicht bestritten, Herr Bundeskanzler!) Ja, dann weiß ich nicht, warum Sie so lange darüber gesprochen haben. (*Gerstenmaier:* Wir haben nichts dagegen, daß nach dem 4. März Gebhard Müller mit Möller koaliert!) Lieber Herr Gerstenmaier! Daran würde sich Herr Gebhard Müller nicht stören, der tut doch, was er will. *(Heiterkeit und Zustimmung.)* Deswegen sollte man sich darüber nicht lange den Kopf zerbrechen und darüber reden.

Nun zur Bundestagswahl! Selbstverständlich ist man innerlich frei, Herr Gerstenmaier. Ich denke nicht daran, Ihnen vorzuschlagen, daß man bindende Wahlabreden trifft. Aber machen Sie sich eines klar, und gewöhnen Sie sich daran: Wenn wir wirklich sehr viel aufs Spiel setzen wollen, dann, wenn wir für uns allein und Pik Solo in den Wahlkampf gehen; denn nichts haßt das deutsche Volk mehr als den Totalitätsanspruch einer Partei. Wir müssen alles tun, damit vermieden wird, daß ein solcher Eindruck überhaupt entsteht. Deshalb habe ich auch so großen Wert darauf gelegt, daß wir bei Beginn unserer Arbeit, nachdem wir die Mehrheit im Bundestag hatten, noch andere Parteien hinzunehmen, weil wir sonst alle gegen uns gehabt hätten.

Verehrter Herr Bundestagspräsident! Sie und der Ältestenausschuß des Bundestages werden vor die schwierige Frage gestellt, die Platzfrage zu regeln. Es ist nun eine neue Fraktion da. Diese Fraktion wünscht ihren Platz im Bundestag, und zwar wünscht sie ihren Platz auf der rechten Seite des Hauses. (*Gerstenmaier:* Ganz rechts!) Langsam! Sie wünscht auf der rechten Seite des Hauses die Plätze und verlangt, daß die Dehlersche Fraktion wegen ihrer Hinneigung zur Sozialdemokratie Platz nimmt neben den Sozialdemokraten. *(Heiterkeit und Bewegung.)* Das haben sie mir schon gesagt. Der Ältestenausschuß hat darüber zu bestimmen, wo jede Fraktion zu sitzen hat. Ich finde das nur richtig und logisch. Ich würde mich freuen, wenn der Ältestenausschuß das bestimmt und Herr Dehler dann neben den Herrn

Ollenhauer zu sitzen kommt. Dabei fällt mir gerade das Bild vom Simplicissimus ein. Entschuldigen Sie! Aber die Sache ist sehr konkret, und man kann sich unmöglich davor herumdrücken.

Nun können Sie, Herr Gerstenmaier, von mir auch nicht verlangen – das war eben ein Lapsus linguae von Ihnen –, daß ich in der sitzungsfreien Woche eine Erklärung im Bundestag abgebe! (*Unruhe. – Zuruf:* Sehr richtig! – *Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler, es ist dauernd Unruhe hier, und wenn die Leute noch hinausgehen und hereinkommen, dann verstehe ich hier gar nichts!) Ich wiederhole: In der sitzungsfreien Woche kann ich doch keine Erklärung im Bundestag abgeben!

Meine Damen und Herren! Wir müssen heute zu einem Beschluß kommen! Ich bitte Sie, lassen wir jetzt nicht in den Fehler verfallen – und der Fehler in der heutigen Zeit heißt Perfektionismus –, daß wir alles bis aufs Feinste austüfteln und alles gedanklich ausarbeiten und womöglich saecula saeculorum und Gott weiß alles erklären. Die Situation ändert sich. Diese Situation ist wie vom Himmel heruntergefallen, daß die FDP zwei Fraktionen bildet; eine Fraktion, die mit uns gehen will auf Koalitionsbasis, und die andere, die uns in den Rücken fällt. Da ist es doch ganz klar, daß wir dazu etwas sagen müssen.

Sie haben, Herr Gerstenmaier, gesagt, wir müßten überlegen, ob wir der Fraktion Euler – so will ich sie nennen – guttun, wenn wir erklären, wir erkennen sie an. Die Herren haben mich doch gestern darum gebeten, das zu tun, weil sie sich mit Recht davon einen größen Einfluß im Lande versprechen. Und weil der Herr Dehler das fürchtet, deswegen kommt er jetzt immer mit Versicherungen seiner Koalitionstreue. Er hat mich mehrfach um Besprechungen gebeten. Ich menge mich natürlich nicht in die Streitigkeiten der Partei ein. Das habe ich ihm auch geschrieben. Wir müssen jetzt Farbe bekennen!

Eines bedaure ich – und lassen Sie mich das hier einmal sehr offen sagen –, daß bei der ganzen Diskussion viel zu wenig hervortritt, daß die Ehre unserer Partei in Nordrhein-Westfalen auf dem Spiel steht. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen mit einem Schlag dagegen auftreten, sonst kauft uns keiner mehr etwas ab. Eine Partei hat genauso eine Ehre wie jeder einzelne von uns. Und wenn so etwas geschehen ist – was Herr Dehler zu verantworten hat –, dann können wir nicht warten, sondern wir müssen prompt und entsprechend antworten.

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Bitte des Herrn Ministerpräsidenten Gebhard Müller unterstützen, uns von der Bundesebene her etwas mehr im Wahlkampf zu helfen. In Anbetracht der jetzigen politischen Entscheidung kommt dieser Wahl eine besondere Bedeutung zu. Ein Wort dazu, wie der Stimmenschwund zu erklären ist, den das Emnid-Institut festgestellt hat: Wir verdanken den Stimmungsumschwung zum großen Teil der Geschichte mit dem Grabensystem. Ich bekenne mich persönlich zum Grabensystem, und es wäre mir sehr erwünscht gewesen, wenn man es hätte durchführen können.

Aber ich habe den betreffenden Herren den Vorwurf zu machen, daß man an diese Arbeit herangegangen ist, ohne die Gewißheit zu haben, die Geschichte auch

tatsächlich durchziehen zu können. Man soll kein Wasser trübe machen, wenn man nicht in der Lage ist, es wieder zu reinigen! Man mußte doch wissen, daß die Sache im Bundesrat nicht durchzuziehen war. Deshalb die Frage: War es überhaupt notwendig, diese ganze Sache, die beim Volk so geschadet hat, aufzuziehen?

Ich bekenne mich heute dazu, daß wir mit der Gruppe Euler arbeiten. Mit Dehler sollte eine klare Scheidung herbeigeführt werden. Wir müssen uns aber der Konsequenzen bewußt sein, die in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eintreten! (*Zuruf:* Können!) Meinetwegen: Können! Wenn also unsere Freunde von dort der Meinung sind, wir sollten das tun, dann bin ich auch dafür; denn wir werden eine klare Haltung einnehmen müssen.

Um eines bitte ich Sie: daß wir uns heute mit der Entscheidung nicht schon festlegen für den Bundestagswahlkampf im Jahre 1957, insbesondere nicht, welche Verbindung wir dann eingehen wollen. In dem Moment, wo wir eine Zusage machen, werden wir in der Öffentlichkeit sofort den Vorwurf bekommen: Aha, der neue Block gegen die SPD für die Bundestagswahl ist gebildet! (*Zuruf:* Na und?) Das können wir in der Öffentlichkeit nicht ertragen. Wir wissen nicht, wie sich die neue Partei entwickeln wird, ob sie sich des Parteiapparates bemächtigen kann oder nicht. Wir sollten also nach dieser Seite hin freie Hand behalten.

Etwas zu der Frage: Wie verhalten wir uns in den Ländern? Hier darf ich sagen, in jedem Land sollte die CDU versuchen, mit einem passenden Partner zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, die die Linie der CDU in diesem Lande und damit im Bundesrat unterstützt und tragbar macht.

Fricke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Niedersachsen ist mehrfach apostrophiert worden. Ich habe mich mit den Herren Wegmann und Cillien abgestimmt. Wir sind der Meinung, daß es eigentlich kein Diskussionsthema sein sollte, ob wir bei der Teilung der bisherigen FDP-Fraktion im Bundestag mit den Koalitionstreuen oder den Abtrünnigen weiterarbeiten sollen. Es kommen für uns nur die Leute um Wellhausen in Frage. Hier steht nicht nur die Ehre unserer Freunde aus Nordrhein-Westfalen auf dem Spiel, sondern auch das Ansehen und die Selbstachtung der CDU. Darüber hinaus steht sogar die Ehre des Herrn Bundeskanzlers auf dem Spiel. Mich hat es am tiefsten verletzt, daß man, wenn man von der CDU sprach, durch die Blume immer wieder den Herrn Bundeskanzler gemeint hat. (*Johnen:* Nicht nur durch die Blume, sondern man hat es offen gesagt, und wie!) Es wurde von der Hybris in Bonn gesprochen. Ich habe in Wirtschaftskreisen erklärt, es sei sehr schade und traurig, daß ausgerechnet nach der Krankheit des Herrn Bundeskanzlers und nach seinem 80. Geburtstage diese Geschichte gemacht würde.

Eine nüchterne Überlegung spricht dafür, daß wir die Euler-Gruppe an uns fesseln müssen. Ob wir uns separieren oder nicht, wir stehen immer wieder vor Auseinandersetzungen mit der Dehler-Gruppe, ob sich nun Dehler den Schein des Biedermannes gibt oder ob er hintenherum weiterwühlt. Wollen wir uns in dieser Auseinandersetzung mit der Dehler-Gruppe des besten Stoßtrupps, nämlich der Euler-Gruppe, begeben?

Die härtesten Auseinandersetzungen werden zwischen den beiden feindlichen Brüdern erfolgen.

Für Niedersachsen ist bis zur Stunde überhaupt nicht zu sagen, welche Rückwirkungen diese Angelegenheit haben wird. In Niedersachsen hat die FDP elf Mandate im Landtag. Sie hat zwei Minister[55]; es sind zwar ehrenhafte Leute, die ich aber als politische Kinder bezeichnen darf, die keinen starken Kontakt nach oben haben. (*Zuruf:* Auch keinen nach unten!) Nach oben und nach unten nicht! Die FDP ist in sich zerfallen. Der BHE hat in Niedersachsen die Regierung mitgeschaffen und bisher mitgetragen, obwohl der Herr Bundeskanzler die Herren Kraft und Oberländer im Kabinett behalten und jetzt in die CDU aufgenommen hat. Warum sollte das, was der BHE ertragen hat, nicht auch die FDP tragen? (*Adenauer:* Das war mein Ziel, weil ich sah, was in der FDP kommen würde.) Wir können selbstverständlich keine Prognosen stellen, was morgen in Niedersachsen sein wird. Wie dem auch sei, entscheidend ist und bleibt ausschließlich, daß wir im Bundesrat den Einfluß behaupten, den wir brauchen, um die Gesetzgebung, auf die es uns ankommt, rasch durchsetzen zu können. Und diesem Ziel muß realpolitisch alles in den Ländern dienen. Deshalb sollten wir – nicht nur wegen des Ministerpräsidenten Gebhard Müller –, wenn es krisenhaft wird in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, freie Hand haben in der einen Beziehung, daß wir uns nicht ausmanövrieren lassen, sondern daß wir rechtzeitig handeln, um mit im Spiel zu bleiben, nicht um die Ministersessel zu halten, sondern vor allem darum, die Mehrheit im Bundesrat zu sichern.

Deshalb müssen wir uns dahin entscheiden, im Bundestag weiterzuarbeiten mit dem uns gegenüber loyal eingestellten Flügel der FDP. Für die Länder muß es heißen: Pleinpouvoir – damit im Bundesrat nichts passieren kann.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu der Frage: Welche Wirkung kann der Beschluß, den wir fassen wollen, auf die Länder haben? Selbstverständlich müssen wir uns darüber klar sein, daß in einem solchen Beschluß ein Risiko liegt. Es ist durchaus denkbar, daß die Dehler-Gruppe in dem einen oder anderen Fall – durch diesen Beschluß verstärkt – etwas Ähnliches versuchen wird wie in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir aber nichts tun und diese Affäre von Düsseldorf schweigend hinnehmen, wenn wir diejenigen, die sich aus der FDP lösen, um mit uns zusammenzuarbeiten, ignorieren, dann ermutigen wir praktisch geradezu die Gruppe um Dehler, das Beispiel von Düsseldorf auch noch in anderen Ländern zu machen. Geben wir ihnen nicht Wasser auf die Mühle, verlocken wir sie nicht zum Sündigen, wenn wir schweigen, so daß sie einfach glauben, wir seien so christlich, daß wir, nachdem wir eins auf die linke Backe bekommen haben, nun auch die rechte hinhalten werden?

Wenn wir diese Politik steuern wollen, dann müssen wir zeigen, daß wir entschlossen sind zu handeln. Das Risiko kann uns niemand abnehmen, aber das Risiko liegt auch in einer anderen Entscheidung. Ich glaube, dieses Risiko ist unendlich viel

55 Richard Tantzen (Kultus, bis 7. März 1956) sowie Konrad Mälzig (Aufbau).

größer. Keiner von uns kann voraussagen, ob die Gruppe Euler die Mehrheit bekommt oder ob sie sich durchsetzen wird oder nicht. Bestimmt wird sie sich nicht durchsetzen, wenn wir sie fallenlassen. Aber wenn wir sie stützen, haben wir eine größere Chance heute und im Jahre 1957. Und das sollte unsere Entscheidung bestimmen.

Bach: Meine Damen und Herren! Wir haben die Pflicht, heute klar Stellung zu nehmen. Ich bin im Gegensatz zu einigen Herren der Ansicht, daß sich das nicht zum Vorteil der Gruppe Wellhausen auswirken wird. Das wäre mir aber nicht so interessant. Wir haben nämlich in der letzten Zeit die ganze Presse gegen uns gehabt! Und nun müssen wir nachweisen, daß es nicht an uns, sondern an der FDP gelegen hat, daß sie sich in zwei Gruppen aufgelöst hat.

Wir wären alle Esel – verzeihen Sie –, wenn wir diese Chance nicht ausnutzten! Wir sind verpflichtet, ganz klar Stellung zu beziehen. Das Volk erwartet von uns, daß wir aus der Reserve herausgehen und sagen, daß wir uns diese Art der Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Wir sollten also heute ganz klar erklären: An der Unanständigkeit der FDP ist die Zusammenarbeit zerbrochen. Diese Unanständigkeit ist offenbar geworden durch die Tatsache, daß sich die Anständigen getrennt haben. Wir geben diesen Leuten damit einen Start.

Wir haben auch die Verpflichtung, dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Arnold ganz deutlich unser Vertrauen auszusprechen. Auch das erwartet die Öffentlichkeit von uns. Ich habe mich geschämt, als ich las, in welcher Weise die Persönlichkeiten des Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten Arnold in den Dreck gezogen worden sind. Man hat es noch geschickt gemacht und gesagt, der Arnold ist ein anständiger Kerl, aber er hat bei Dr. Adenauer nicht genügend Festigkeit gezeigt, und deswegen mußte er verschwinden.

Wir sollten also von der Defensive zur Offensive übergehen. Ich sehe das, was in der FDP gestern geschehen ist, fast als ein Gottesgeschenk an. *(Bewegung und lebhafte Unruhe.)* Ich bin der Ansicht, wie das auch Herr Minister Schäffer zum Ausdruck gebracht hat, wir müssen Handlungsfreiheit in den Ländern haben. Bismarck – ich zitiere einen Reaktionär – hat einmal gesagt: *(Anhaltend starke Unruhe)* Man muß einmal liberal und ein andermal vielleicht sozialistisch regieren, das entscheidende ist, daß man regiert. *(Unruhe.)* Wenn die FDP nicht damit gerechnet hätte, daß wir so anständig wären und es einfach nicht wagten, einmal ein Gespräch mit der SPD zu führen, dann hätte sie sich diese Unverschämtheiten in den letzten Jahren nicht erlauben können. Es kommt darauf an, daß die CDU so stark wie nur möglich an der Verantwortung bleibt. Mir ist eine Regierung aus CDU und SPD in Nordrhein-Westfalen noch lieber als die jetzige Regierung SPD und FDP. Wir sollten also unseren Freunden in den Ländern die Möglichkeit geben, alle Chancen auszunutzen, damit die CDU in der Verantwortung bleibt.

Samsche: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die möglichen Konsequenzen in den Ländern unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs eingehen. Ich bin der Meinung, daß wir hier ein klares Wort nach draußen sprechen müssen, wer ist Freund, und wer ist Feind. Wie schwierig die Situation

für die FDP in den Ländern ist, kann die Situation der Hamburger FDP beleuchten. Dr. Schäfer ist bei den Koalitionstreuen geblieben. Dr. Rademacher steht auf schwankendem Boden; er wird nicht ganz ernst genommen, er hat sich auch noch nicht entschieden. Er hat vor einer Woche erklärt, daß er die nächste Wahl mit uns zusammen in einem antisozialistischen Trend führen wolle.

Nun frage ich Sie, wie will Rademacher in den nächsten Wochen auftreten, und was soll er sagen? Die Situation ist bei uns anders als in Nordrhein-Westfalen. Im norddeutschen Raume haben wir eine echte liberale Bewegung, und wir können in diesem Raum auf eine dritte Partei nicht verzichten. (*Zimmer:* Im Gegensatz zu Herrn Scharnberg!) Wir bekommen den liberalen Volksteil in Hamburg nicht zur CDU, weil das auch die unterirdische Propaganda nicht zuläßt. Mit der SPD können wir nicht koalieren, weil wir dann die Führung abtreten müssen. Mit anderen Worten, die Stimmen im Bundesrat wären dann gegen die Bundespolitik, auch wenn einige CDU-Senatoren in einem solchen Senat säßen.

Wir haben also von Hamburg aus keinen Grund, auf das klare Wort – das man auch in der Bevölkerung von uns erwartet – zu verzichten. Es gibt auch keine Politik ohne Risiko. Wenn die FDP in Hamburg wirklich abspringen sollte, dann darf ich auf folgendes hinweisen: Wir sind das erste Bundesland, das nach der Bundestagswahl im Jahre 1957 wählt. Wir gehen gern ein Jahr lang in die Opposition. Aber die Leute verlören völlig ihr Gesicht, wenn sie die Koalition in Hamburg brächen, wobei ich bemerken darf, daß es mir heute lieber wäre als im Jahre 1958. Wir sollten also keine Rücksicht nehmen, sondern ein klares Wort sprechen und damit der Gruppe, die wir unterstützen, einen Stoß geben, den sie braucht, um die Mehrheit in einigen Landesverbänden zu erreichen.

Schröder: Es ist nicht ganz leicht, etwas zu sagen, nachdem Herr Bach so freundlich war, uns alle kurzerhand als Esel zu bezeichnen, wenn wir dem vorgelegten Antrag nicht zustimmten. Trotzdem will ich mich der Gefahr aussetzen, noch etwas zur Debatte beizutragen. Wir haben vor einigen Wochen hier in dem gleichen Kreis getagt, und diejenigen, die damals hier waren, werden sich noch entsinnen, was ich damals gesagt habe.

Leider sind die Ereignisse um kein bißchen besser, sondern genauso eingetreten, wie ich es damals gesehen habe. Ich sage das nur, um wirklich klarzumachen, daß wir uns alle bewußt sein sollen, daß wir in diesen Monaten mit das Schlimmste durchstehen, was wir in den letzten zehn Jahren politisch erlebt haben. Die Situation ist außerordentlich ernst, und zwar wegen eines großen und entscheidenden Versagens. Und das große und entscheidende Versagen in der letzten Zeit – ich will das nicht nach Personen und Daten festlegen – ist das Versagen in dem Hauptpunkt unserer Politik, nämlich unsere internationalen Engagements tatsächlich in die Wirklichkeit umzusetzen, d.h., eine Wehrmacht auf die Beine zu stellen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Was sich auf diesem Gebiete ereignet hat, ist eines der traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte überhaupt. Wir müssen uns darüber klar sein, was wir augenblicklich erleben, ist nur die Konsequenz dessen, daß wir die Dinge nicht in einer zügigeren

Weise durchgezogen haben. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten viel zu sehr – und das hat in der Diskussion in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle gespielt – immer wieder unter diesen, wie soll ich sagen, moralischen Druck setzen lassen, als ob wir mit dem Bundeskanzler an der Spitze seit Jahren nichts anderes betrieben hätten als eine formale Gleichschaltung, und zwar mehr oder weniger aus reiner Hybris, aus purem Übermut heraus in der deutschen Politik.

Nichts ist törichter als eine solche Behauptung! Wahrscheinlich ist niemand in diesem Raum, der nicht gern die Sorge los wäre, von Wahlkampf zu Wahlkampf in den Ländern darum zu kämpfen, daß die Bundespolitik gemacht werden kann. Vielleicht erinnern Sie sich an die Zeit der ersten Bundesregierung, wo wir mit einem wesentlich ungünstiger zusammengesetzten Bundesrat angefangen haben und wir von Wahl zu Wahl darum ringen mußten, im Bundesrat die Mehrheit für eine Politik zu finden, die die Bundestagskoalition damals eingeschlagen hatte. (*Arnold:* Das stimmt doch nicht! Wenn Sie über Bundespolitik sprechen wollen, dann melde ich mich zu Wort, und dann reden wir noch heute abend um 9 Uhr darüber!) Die ausreichende Mehrheit im Bundesrat haben wir überhaupt erst sehr viel später gefunden. Denken Sie daran, daß wir überhaupt nur einmal erlebt haben, daß z.B. die Innenminister in Deutschland nicht sozialistisch gewesen sind. Das ist ein Stadium gewesen, das wir vor wenigen Jahren erlebt haben.

Es könnte von unserer allgemeinen Politik aus ziemlich gleichgültig sein, ob man sich in den Ländern zu dieser oder jener Koalition zusammenfindet. Da stimme ich Herrn Schäffer zu, daß wir in dieser Beziehung keinerlei Art von Bindung brauchen, wenn unsere Mehrheit im Bundesrat durch eine solche Regierung nicht gefährdet wird. Es ist bestimmt – das hat der Herr Bundeskanzler ausgeführt – einer der schwersten Strukturfehler, mit dem wir zu kämpfen haben, daß wir auf dem Umweg über den Bundesrat ständig gezwungen sind, sozusagen an falschen Fronten zu kämpfen. Nur auf diese Weise konnte sich ereignen, was sich in Düsseldorf zugetragen hat. Und man sollte einen Strukturfehler auch einsehen, ohne daß man irgend jemand einen Vorwurf zu machen braucht.

Die Abneigung, die sich gegen eine Partei wie die CDU richtet, hat mehrere Gründe: Sie hat einmal – nach 1953 – den Grund, daß jemand, der so groß und stark geworden ist wie die CDU, von sich aus sehr leicht alle anderen gegen sich hat, obwohl man damals den Versuch gemacht hat, soviel wie möglich zur Regierungsbeteiligung heranzuziehen. Sie hat noch einen anderen Grund. Mich hat nichts so sehr erschüttert als die kleine Mitteilung, daß der Ministerpräsident[56], der jetzt in Nordrhein-Westfalen vereidigt worden ist, den Eid ohne die religiöse Beteuerungsformel geleistet hat. Wir haben in Nordrhein-Westfalen insgesamt drei Ministerpräsidenten erlebt mit Herrn Amelunxen am Anfang. Es ist nun das erste Mal, daß in Nordrhein-Westfalen der Eid ohne die religiöse Beteuerungsformel geleistet worden ist. Schätzen Sie das nicht gering; das ist durchaus symptomatisch in dieser Sache.

---

56 Fritz Steinhoff (SPD). Vgl. Nr. 15 Anm. 63.

Herr Heck hat ausgeführt, daß der Teil der deutschen Bevölkerung, der wirklich auf dem Urboden der CDU vereinigt werden kann, tatsächlich viel kleiner ist, als wir uns das vorstellen. Diejenigen – besonders aus der jüngeren Generation –, die man jetzt in Düsseldorf in die Regierung gebracht hat, sind leider ganz überwiegend, wenn nicht ausschließlich, Leute, die für das, was unser eigentliches neues Anliegen in der deutschen Politik ist, relativ wenig übrig haben. Diese Tatsache zwingt uns, das zu tun, was vorgeschlagen worden ist, nämlich dafür zu sorgen, daß wir Freunde behalten, mit denen wir in die große Auseinandersetzung hineingehen können.

Eines kann ich nicht verstehen, daß eine Partei, die auf dem Boden des Mehrheitswahlrechts steht, die sich geradezu wegen ihrer Sympathie für das Mehrheitswahlrecht jetzt eine schwere Niederlage zugezogen hat, so ängstlich sein soll, tatsächlich einen Zustand herbeizuführen, in dem man so regieren kann wie beim Mehrheitswahlrecht, daß nämlich regiert wird von einer Regierung mit einer möglichst großen Mehrheit und daß eine beträchtliche Opposition besteht, d.h. auch mit der Möglichkeit des Wechsels bezüglich der politischen Entscheidung. Da wir aber wissen, daß wir ohne Mehrheitswahlrecht nicht in der Lage sind, über die 50 % hinauszukommen, müssen wir die Möglichkeit haben, mit Freunden, wie wir sie seit 1948 gehabt haben, zusammenzugehen.

Das sagt nichts über das, was in den Ländern geschehen sollte. Es wäre gut, wenn wir unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die wir im Bundesrat haben, die Länder soweit wie möglich aus unserer Betrachtung ausklammern könnten. Deswegen glaube ich, daß wir unbedingt, wenn wir nicht noch stärker in solche Situationen hineinfallen wollen, wie wir sie jetzt erlebt haben, klar bezeichnen müssen, mit wem wir zusammenarbeiten können. Ich bin nicht der Meinung, daß wir von vornherein sagen sollten, das sind die Leute, mit denen wir nach 1957 zusammenarbeiten werden. Das ist etwas, was man noch vornehmen kann. Uns aber jetzt zu isolieren, wäre das Törichteste, was wir tun könnten. Deshalb darf ich mit der Meinung des Herrn Bach schließen, ohne mich seines Ausdrucks zu bedienen.

Johnen: Für uns in Nordrhein-Westfalen interessiert im Augenblick nicht das, was im Jahre 1957 zu geschehen hat, sondern das, was wir heute tun müssen. Deshalb muß ich auf die Frage zurückkommen: Was war gestern? Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit Rücksicht auf die Bundes-CDU und die Bundesaußenpolitik – allerdings gegen erheblichen Widerstand in unserer eigenen Partei – eine Koalition mit der FDP gehabt, mit derselben FDP, mit der jetzt die SPD eine Koalition hat, mit denselben Personen, die als nationalistische, nationalsozialistische und nationalbolschewistische Elemente hingestellt werden.

Ich war damals einer der Hauptverteidiger der Koalition. Man kann heute sagen, über dieses Ausmaß haben wir damals nichts gewußt. Aber darauf kommt es jetzt nicht an, sondern worauf es ankommt, ist folgendes, daß diese Partei, und zwar dieselben Personen – wovon ich nur Herrn Middelhauve ausnehme –, hinter unserem Rücken mit der Oppositionspartei eine Koalition gemacht haben, auf gut Deutsch, sie haben uns verraten!

Es kam dann das Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Arnold, den man – wie ich im Plenum gesagt habe – zum Nationalheiligen gemacht hat, aber gleichzeitig sagte: Du mußt weg, und zwar wegen der Bundes-CDU und wegen des Bundeskanzlers. Die Landes-CDU haben sie ausdrücklich ausgenommen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite geht gegen die Bundesleitung der FDP. Diese FDP-Leute wollen also beide in der Zange haben über die Landesregierung: ihre eigene angeblich schwache Bundesparteileitung in Bonn und die Bundes-CDU mit dem Bundeskanzler. Und darüber fällt die Regierung Arnold. Nun erwartet die Bevölkerung von Nordrhein und von Westfalen von der Bundes-CDU und von dem Herrn Dr. Adenauer eine klare Antwort; denn wenn man den Herrn Arnold stürzt wegen der Bundespolitik und wegen des Bundeskanzlers, dann verlangt die Bevölkerung eine ganz klare Erklärung zu diesem Fall. (*Zurufe:* Sehr gut!) Und wenn Sie keine geben, dann müssen wir sprechen. Dann aber kann es passieren – das aber möchte ich unter allen Umständen verhindern –, daß der Eindruck entsteht, wir könnten den Weg der FDP nehmen, nämlich auseinanderfallen. Vielleicht haben wir in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Wochen noch eine andere Partei, die auseinanderzufallen droht. Aber lassen wir es nicht tun! Die Bevölkerung von Nordrhein und Westfalen verlangt mit Recht ein klares Wort von uns. Natürlich ist die Fraktion zuständig, und sie trägt die Verantwortung. (*Weber:* Die Fraktion muß es machen, aber nicht die Partei! – *Lebhafter Widerspruch.*) Aber der Bundesparteivorstand hat nicht nur das Recht, sondern in diesem Augenblick geradezu die Pflicht, Frau Weber, der Fraktion ein empfehlendes Wort zu geben! (*Weber:* Nein, ich habe Herrn Krone gesagt, daß ich sofort die Einberufung der Fraktion verlange!) Es gibt Situationen, da kann zuerst die Fraktion sprechen, und es gibt umgekehrt Situationen, wo der Bundesparteivorstand zuerst sprechen muß. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Weber:* Nein, die Fraktion!) Da gibt es keine klassische Regel für alle Fälle. Wenn aber der Vorsitzende der Bundespartei den Bundesparteivorstand einberuft, dann muß doch konsequenterweise aus diesem Kreis auch etwas hinausgehen. Es geht in dieser Situation nicht, daß der Vorsitzende der Bundes-CDU erklärt: Wir haben beraten! Das geht doch einfach nicht! Deshalb bitte ich Sie, zu einem klaren Wort zu kommen. Das Wort kann nicht heißen: Herr Arnold hat das Vertrauen der CDU. Dazu brauchen wir nicht nach Bonn zu kommen, das haben wir vorher gewußt, sondern unsere Wähler verlangen eine klare Entscheidung über die Verrätergruppe der FDP in Nordrhein-Westfalen.

Die Bundespartei war angeklagt. Deshalb wird von ihr auch ein klärendes Wort verlangt. (*Weber:* Eine Verrätergruppe sind sie nicht. – *Widerspruch und Unruhe.* – *Adenauer:* Bitte, das gilt auch für Bonn!) Dann frage ich Sie, Frau Weber, sind sie gestützt worden von Bonn oder nicht? Der Herr Dehler hat in der Öffentlichkeit kein Wort gegen diese Gruppe gesagt, kein einziges. *(Unruhe.)* Aber nachdem Herr Arnold nicht mehr da war, hat Herr Dehler ihm in dieser Stunde seine besondere Verbundenheit telegrafisch übermittelt. (*Bewegung und lebhafte Unruhe.* – *Zuruf:* Unverschämtheit! – *Krone:* Das muß bekanntwerden!) Ich darf zum Schluß kommen.

Ich möchte folgendes vermeiden, Herr Bundeskanzler: Wenn wirklich der Bundesparteivorstand zu keinem Ergebnis kommen sollte, dann zwingen Sie damit die beiden Landesverbände Nordrhein und Westfalen und die Fraktion in Düsseldorf dazu, von sich aus etwas zu sagen. Und dann können wir doch nicht die Bundespartei ausklammern. Das geht doch nicht. Wir müssen den Eindruck nach draußen erwecken, daß jetzt endlich die CDU eine Einheit ist, die den Mut hat, ein ganz klares Wort zu sagen.

Adenauer: Es ist schade, daß Frau Weber hinausgegangen ist. Ich weiß nicht, ob sie am Dienstag in der Fraktionssitzung gewesen ist. (*Johnen:* Ich habe ihr wohl zu laut gesprochen!) So empfindlich ist sie im allgemeinen nicht. In dieser Fraktionssitzung haben Herr Krone und ich gesprochen. Und es wäre an diesem Nachmittag – das wird mir jeder Teilnehmer der Fraktion bestätigen – der Bruch mit der FDP beschlossen worden, wenn ich nicht vorgeschlagen hätte, den Bundesparteivorstand in dieser Sache einzuberufen. Ich habe hinzugefügt: Auch die CSU wird den Wunsch haben, ihren Parteivorstand einzuberufen, weil es eine Sache von allgemeiner politischer Bedeutung ist. Und daraufhin hat die ganze Fraktion dem zugestimmt.[57] Ich zweifle auch gar nicht, daß die Fraktion, wenn wir hier eine Empfehlung aussprechen, dieser Empfehlung absolut zustimmen wird. Ich möchte Sie daher bitten, auch Sie, Frau Weber, aus unserer Diskussion nicht den geringsten Gegensatz zwischen Parteivorstand und Fraktion irgendwie zu vermuten oder konstruieren; denn er ist wirklich nicht vorhanden.

Weber: Ich verstehe die Stellungnahme der Partei, aber ich weiß, daß im Fraktionsvorstand und auch in der Fraktion eine ziemlich starke Unzufriedenheit darüber herrscht, daß wir hier und da vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Und das ist wirklich eine Tatsache! Sie mögen anderer Meinung sein. Ich möchte auch die Meinung der anderen hören. Eine solche Empfehlung, die veröffentlicht wird, ist zugleich auch ein Beschluß des Vorstandes.

Wir haben jetzt die freie Woche. Ich werde verlangen, daß wir zusammenkommen. Dann kann sich niemand beschweren. Die Fraktion konnte noch keinen Beschluß fassen, weil das ja alles erst gestern passiert ist. Und die Fraktionssitzung, die wir gehabt haben, hatte sich mit dieser Situation gar nicht zu beschäftigen. Das ist doch erst gestern passiert! Ich kenne die ganze Stimmung, und ich fühle mich verpflichtet, hier zu sagen, daß es schwierig ist für uns im Vorstand und in der Fraktion. Ich will nicht dagegen stimmen, ich spreche nicht über das Materielle, sondern über das Verfahren. Ich werde mich an der Abstimmung nicht beteiligen, weil ich vor dem Vorstand und vor der Fraktion ein gutes Gewissen haben will.

Beschließen Sie, wie Sie es für richtig halten. Ich halte es nach meiner Überzeugung für richtig, daß zuerst der Vorstand und die Fraktion hätten beschließen müssen. Das wäre heute auch möglich gewesen, während der Sitzung den Vorstand und die

57 Protokoll vom 21. Februar 1956 in ACDP VIII-001-1007/2 S. 145–153.

Fraktion einzuberufen. Das geht nicht gegen Sie, sondern das ist die allgemeine Situation, und ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben.

Adenauer: Frau Weber! Lassen Sie mich folgendes antworten: Sie haben gehört, daß gerade von den Ländern wichtige Gesichtspunkte geltend gemacht worden sind. Daraus sehen Sie am allerbesten, daß es sich nicht nur um eine Angelegenheit der Bundestagsfraktion handelt, (*Zustimmung und Zurufe:* Sehr richtig!) sondern das ist eine Angelegenheit des Gesamtvorstandes. *(Lebhafter Beifall.)* Frau Weber! (*Weber:* Ich habe gesagt, nicht nur die Bundestagsfraktion, sondern sie zuerst! – *Lebhafter Widerspruch.*) Ich bin selbst Mitglied der Bundestagsfraktion, aber ich möchte das eine Ihnen sehr ernst sagen, Frau Weber, das oberste Organ ist die Partei und nicht irgendeine Fraktion, sei es des Bundes oder eines Landes! (*Sehr starker, anhaltender Beifall.* – *Weber:* Es handelt sich um die Politik des Bundes. – *Zurufe:* Eben darum muß der Bundesparteivorstand entscheiden. – *Anhaltende Unruhe.*)

Müller: Ich bin der Auffassung, daß die Gruppe Euler die Koalition mit uns fortsetzen soll, weil sie die Konsequenzen gezogen hat, die notwendig waren. Ich habe bloß Bedenken, ob wir Herrn Dehler es so leichtmachen sollen, gewissermaßen die Schuld für die endgültige Lösung uns zuzuschieben. Die Abspaltung in der FDP bewirkt zweifellos in den Landesverbänden eine schwere Auseinandersetzung. Sie werden mindestens nach dem 4. März gezwungen sein, dazu Stellung zu nehmen, ob sie es zulassen, daß Herr Dehler diesen Kurs weitergeht.

Wenn wir nun Herrn Dehler die Möglichkeit geben zu sagen, ich habe mich bei dem Bundeskanzler angemeldet und wollte diese Klarheit herbeiführen, aber der Bundesparteivorstand hat mir jetzt den Stuhl vor die Tür gesetzt, so halte ich das für falsch. Ich meine, man muß die Niederlage des Herrn Dehler noch tiefer machen, indem man ihn selber zwingt, den Bruch zu vollziehen. Wir sollten ihm aber nicht den Stuhl vor die Tür setzen. Wir könnten folgendes erklären:

1. Das Verhalten der FDP und der Gruppe Dehler in Düsseldorf wird auf das entschiedenste verurteilt. Wir erblicken darin einen Bruch jeder Neutralität in der bisherigen Koalition.
2. Wir setzen die Koalition fort mit der Gruppe Euler. Und dann warten wir ab, was Herr Dehler sagen wird. Ich würde ihm folgende – aber ich bin überzeugt, daß das der Herr Bundeskanzler geschickter machen wird – Bedingung stellen: Sie müssen sich verpflichten, die Dinge in Nordrhein-Westfalen rückgängig zu machen. Sie dürfen zweitens in den anderen Ländern keine derartigen Versuche machen. Und wenn das abgelehnt wird, dann hat er allein die Schuld. Wenn wir ihn in den Ländern vor die Wahl stellen, eine Koalition SPD/FDP oder eine solche SPD/CDU, dann ist die Entscheidung ganz klar.

Erlauben Sie mir zum Schluß eine Kritik, und zwar folgendes Resümee: Von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ist in diesen ganzen Manövern außerordentlich schlecht gearbeitet worden. Während von der SPD-Fraktion zu jedem einzelnen Vorgang eine Stellungnahme herausgegeben worden ist, hat man bei uns wochenlang überhaupt zu dem ganzen Gerede um das Grabensystem geschwiegen. Wenn es uns

nicht gelingt, über die Presse – durch Zusammenwirken der Fraktion und des Bundesparteivorstandes – eine völlig andere und bessere Orientierung in der Öffentlichkeit zu erzielen, dann habe ich die größten Bedenken für die Zukunft. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Pferdmenges: Es ist angeklungen, wer wird wohl den Parteiapparat in die Hand bekommen, die Euler-Gruppe oder die Dehler-Gruppe? Dazu kann ich eines sagen: Die Wirtschaft, wenigstens zu 95 % – es sind nur zwei Leute, die aus der Reihe tanzen –, steht hinter uns und hinter der neuen Gruppe. Das geht so weit, daß man der Gruppe Dehler in Nordrhein-Westfalen den Hahn zugedreht hat. (*Johnen:* Der Hahn läuft jetzt aber andersherum!) Nein, Herr Johnen, die Herren von der Dehler-Gruppe bekommen bestimmt nichts. Die Fördergesellschaft in den Ländern steht unter einem Herrn Hilbert[58] in Nordrhein-Westfalen, und sie hat der FDP zur Kenntnis gebracht, daß sie nicht mehr einen Pfennig aus dieser Kasse bekomme. Nun soll man nicht eine Wahl mit Geld machen, aber es ist immerhin ein Apparat dazu notwendig, und der Apparat muß bezahlt werden. Es ist also eine Hilfe für uns, wenn die Fördergesellschaft so vorgeht, wie sie bisher vorgegangen ist.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Können wir nun abschließen? Ich darf Ihnen etwas Vorbereitetes vorlesen. Wir haben zwei Fassungen, eine längere und eine kürzere. Der erste Teil beschäftigt sich mit den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen. Redaktionelle Änderungen dem Sinne nach sind vorbereitet.

„Der Parteivorstand der CDU hat in seiner Sitzung vom 24. Februar 1956, an welcher der bisherige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und der Vorsitzende der CSU, Dr. Seidel, teilgenommen haben, folgenden Beschluß gefaßt:"

– Ich hatte Herrn von Brentano den Entwurf mit der Bitte übergeben, ob man es kürzer machen kann. Ich will Ihnen zunächst den ungekürzten und dann den gekürzten Entwurf vorlesen. –

„Der Sturz der Regierung Arnold in Nordrhein-Westfalen ist in der Öffentlichkeit auf allgemeine Ablehnung gestoßen. Die Vertreter der SPD und der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben übereinstimmend erklärt, daß sie weder gegen die Amtsführung noch gegen die Person des langjährigen Ministerpräsidenten Arnold das geringste einzuwenden haben. Trotzdem haben sie ihm durch einen seit langer Zeit insgeheim vorbereiteten Beschluß ihr Mißtrauen ausgesprochen und so den Rücktritt des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts herbeigeführt. Sie haben dies begründet mit ihrer Unzufriedenheit gegenüber der Politik der Bundesregierung, die bisher von einer Koalition getragen wurde, zu der die Bundestagsfraktion der FDP gehört. Sie haben weiter erklärt, daß sie dadurch im Bundesrat Einfluß gewinnen wollen, um der im Bundestag geführten Politik Schwierigkeiten zu machen.

In der Landtagsfraktion der FDP Nordrhein-Westfalen ist diese mit Treu und Glauben im politischen Leben unvereinbare Politik unter dem bestimmenden Einfluß von

58 In der Vorlage: Hilpert. – Vermutlich Ernst Hilbert (1889–1963), u.a. Vorstand Gute Hoffnungshütte, Vorsitzender der Landesvereinigung industrieller Arbeitgeberverbände NW.

Politikern mit liberaler Herkunft durchgesetzt worden, deren politische Ziele undurchsichtig sind. Sie wurden dabei von einigen Persönlichkeiten unterstützt, die von der deutschen Abwehrpolitik gegenüber der östlichen Bedrohung eine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Interessen befürchten.

Der Parteivorstand spricht der CDU Nordrhein-Westfalen und ihrer Landtagsfraktion Dank und Anerkennung für ihre ausgezeichnete und geschlossene Haltung aus. Insbesondere aber dankt der Parteivorstand Herrn Ministerpräsident Arnold herzlich und aufrichtig für die kluge und erfolgreiche Arbeit, die er neun Jahre lang für Nordrhein-Westfalen und für die Bundesrepublik Deutschland geleistet hat."

Das ist die längere Fassung. Die kürzere lautet:

„Der Vorstand kam einmütig zu folgendem Ergebnis: Die FDP-Fraktion des Landtages in Düsseldorf hat den Sturz der Regierung Arnold zusammen mit der in Opposition befindlichen SPD seit geraumer Zeit vorbereitet, obwohl sie selbst an dieser Regierung beteiligt war. Die Sprecher der beiden Parteien haben übereinstimmend erklärt, daß ihrer Entscheidung weder Einwendungen gegen die Person noch gegen die Amtsführung des Ministerpräsidenten Arnold zugrunde lagen. Sie haben vielmehr die gemeinsame Aktion ausschließlich mit ihrer Kritik an der Politik der Bundesregierung begründet, obwohl diese seit über sechs Jahren von der Bundestagsfraktion der FDP mitgetragen wird. Sie haben weiter darauf hingewiesen, daß der Sturz der Regierung eine verstärkte Opposition gegen die Bundesregierung im Bundesrat bewirken soll.

Diese mit den Grundsätzen von Treu und Glauben und von politischem Anstand unvereinbare Politik wurde in der Landtagsfraktion der FDP nicht zuletzt von solchen Politikern durchgesetzt, deren Bekenntnis zum demokratischen Staat nicht unzweifelhaft und deren politische Ziele undurchsichtig sind.

Der Parteivorstand spricht der CDU Nordrhein-Westfalen, dem ausgeschiedenen Ministerpräsidenten Karl Arnold und der Landtagsfraktion Dank und Anerkennung für die in neun Jahren vorbildlicher Tätigkeit geleistete Aufbauarbeit aus, die dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik dient."

(*Zurufe:* Das ist besser!)

Gradl: Ich bitte, es mir nicht für übelzunehmen, wenn ich sage, es hat keinen Zweck, diese Entschließung herauszugeben. Die erscheint doch nicht; denn sie ist zu lang. Es kommt nicht darauf an, daß wir noch einmal rekapitulieren, sondern darauf, daß ein klipp und klares Urteil von uns über das Verhalten der FDP in Nordrhein-Westfalen gefällt wird. Und dafür genügen zwei Sätze. *(Widerspruch.)*

Adenauer: Ich bin ganz anderer Ansicht, Herr Gradl. Das müssen wir doch sagen. Stellen Sie sich doch bitte vor, was geschieht. Das müssen wir auch mit Rücksicht auf die Wahl sagen. Ich habe Ihnen eben gesagt: Zunächst verlese ich den Teil, der sich mit Nordrhein-Westfalen befaßt. Herr Gradl ist der Auffassung, daß es zu lang sei.

Samsche: Man sollte überlegen, ob der Passus wegen der zweifelhaften demokratischen Haltung in der Erklärung bleiben muß; denn die Leute waren doch eineinhalb Jahre lang in der Koalition.

Adenauer: Das halte ich nun gerade für notwendig zu sagen, Herr Samsche. Man könnte höchstens so formulieren: „... daß sie plötzlich ihre wahre Natur gezeigt haben."

Aber man muß doch darauf hinweisen, daß das Wölfe im Schafspelz sind. Ich darf den Passus noch einmal vorlesen:

„Diese mit den Grundsätzen von Treu und Glauben und von politischem Anstand unvereinbare Politik wurde in der Landtagsfraktion der FDP nicht zuletzt von solchen Politikern durchgesetzt, deren Bekenntnis zum demokratischen Staat nicht unzweifelhaft und deren politische Ziele undurchsichtig sind."

Nun wird vorgeschlagen: „... von solchen Politikern durchgesetzt, deren wahre politische Ziele undurchsichtig sind." Sollen wir es so machen? (*Zustimmung und Zurufe:* Ja, gut! – *Gerstenmaier:* Ich habe Bedenken gegen „wahre"!) Herr Gerstenmaier hat Bedenken wegen des Wortes „wahre", dabei ist der Mann Theologe! *(Heiterkeit.)*

Nun kommt der zweite Teil, der sich mit der FDP beschäftigt:

„... Sie – wir – stellt mit Bedauern fest, daß die Bundespartei der FDP diese Entwicklung nicht verhindert hat und daß die Mehrheit der Bundestagsfraktion der FDP die Entscheidung von Düsseldorf ausdrücklich gebilligt hat.

Die Haltung der Bundestagsfraktion der FDP hat der CDU in der letzten Zeit verschiedentlich Anlaß gegeben, an der Bereitschaft zu einer sachlichen, auf Vertrauen und gegenseitiger Achtung gestützten Arbeit in der Koalition zu zweifeln. Sowohl in der Verfolgung innen- wie außenpolitischer Ziele haben sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, die der CDU wiederholt die Frage aufzwangen, ob eine weitere Zusammenarbeit angesichts der großen Verantwortung, die die Bundesregierung gegenüber dem ganzen deutschen Volke trägt, noch möglich sei."

Ist dagegen etwas einzuwenden? (*Zurufe:* Nein!)

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Mir gefällt der Passus „angesichts der großen Verantwortung" nicht, er klingt ein bißchen komisch.

Adenauer: Jetzt sprechen Sie aber in Rätseln, Herr Kiesinger! (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Kiesinger:* Man sollte den Passus weglassen!) Dann würde ich vorschlagen: „... eine weitere Zusammenarbeit angesichts der Gefahren der Lage des deutschen Volkes." (*Zuruf:* Das ist besser!) Der Entwurf fährt fort:

„Die Spaltung der Bundestagsfraktion der FDP macht es offenbar, daß diese Zweifel berechtigt waren. Der Parteivorstand der CDU empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Parteivorsitzenden der CSU der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, (*Zuruf:* Kann man nicht sagen „Vorsitzender"?) die Koalition mit dem Teil der FDP-Fraktion fortzusetzen, der sich noch heute zu den Koalitionsvereinbarungen des Jahres 1953 bekennt und seine Bereitschaft erklärt hat, die gemeinsame Politik fortzusetzen.

Sie empfiehlt der Fraktion gleichzeitig, die Koalition mit dem Teil der FDP-Fraktion unverzüglich aufzulösen, der sich unter der Führung des FDP-Vorsitzenden Dr. Dehler durch sein Verhalten selbst von der Koalition losgesagt hat." (*Zuruf:* Das sollte man weglassen!) – „... empfiehlt ..." (*Zuruf:* „... die Koalition nur mit dem Teil

der FDP fortzusetzen, der" usw. – Dann kann man den Satz mit Dehler weglassen. – *Zuruf:*„ ... nur mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen ...") Es wird nunmehr vorgeschlagen: „... nur mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen, die sich noch heute zu den Koalitionsvereinbarungen bekennen und ihre Bereitschaft erklärt haben, ..." (*Seidel:* Dann wird Herr Dehler aufgrund dieser Erklärung sagen: Wir sind bereit. Und dann sind wir gebunden!) Sie haben recht, Herr Seidel! Ich glaube, dieser Einwand ist richtig und berechtigt.

Ich bekomme gerade eine Information aus Kreisen des FDP-Vorstandes: Die FDP erwarte eine Entscheidung des CDU-Vorstandes. Falls diese Entscheidung nicht falle, könne man auch von ihr in Stuttgart keine Entscheidung erwarten. Das erste Wort habe die CDU, nachdem die FDP mehrfach den Wunsch nach einer Koalitionsbesprechung geäußert habe. (*Von Brentano:* Das ist Dehler!) Sie haben recht, Herr von Brentano, das ist echt Dehlersche Unverfrorenheit! Wir müssen es also klar sagen, meine Damen und Herren! Ich darf wiederholen, wie sich jetzt die Sache darstellt:

„Die Spaltung der Bundestagsfraktion der FDP macht es offenbar, daß diese Zweifel berechtigt waren. Der Parteivorstand der CDU empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Parteivorsitzenden der CSU der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die Koalition mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen, die sich noch heute zu den Koalitionsvereinbarungen des Jahres 1953 bekennen und ihre Bereitschaft erklärt haben, die gemeinsame Politik fortzusetzen.

Sie empfiehlt der Fraktion gleichzeitig, die Koalition mit denjenigen Abgeordneten der FDP unverzüglich aufzulösen, die sich unter der Führung des FDP-Vorsitzenden Dr. Dehler durch ihr Verhalten selbst von der Koalition losgesagt haben."

Ich glaube, wir müssen es sagen, sonst sagt morgen Herr Dehler: Hier, komm an mein Herz! (*Lebhafte Unruhe. – Zuruf:* Man kann nicht sagen, daß sich Herr Dehler selbst losgesagt hat. – *Gurk:* Er hat recht! – *Kiesinger:* Ich habe Bedenken wegen der anderen! Vielleicht kann man eine andere Formulierung finden. – *Unruhe.*) Haben Sie doch keine Angst für die anderen! Die anderen wünschen doch unsere Entscheidung. Bei der letzten Vorstandswahl waren 26 gegen Dehler, (*Zuruf:* 22!) ja, es fehlten 4, und die 4 waren gegen Dehler. Es wären also 26 gewesen. Wir schrecken keinen ab. Glauben Sie nicht, daß sich dadurch jemand abschrecken läßt.

Dichtel: Ich möchte auf eines aufmerksam machen. Ich bin im Prinzip mit der Erklärung einverstanden, aber ich weise auf die Konsequenzen hin, die eine solche Erklärung im Hinblick auf die Wahlen in Baden-Württemberg hat. Die FDP in Baden-Württemberg wird unter der Führung von Reinhold Maier und Dehler bleiben. Mit dieser Erklärung schlagen wir natürlich die Tür für eine kommende Regierungsbildung mit der FDP zu, und wir öffnen die Tür nur einseitig für die SPD.

Adenauer: Herr Dichtel! Es sind in jeder Rechnung Unbekannte.

Gerstenmaier: Ich halte es für schwierig, den letzten Satz: „Sie empfiehlt..." stehen zu lassen. Ich sähe es lieber, wenn wir den Namen „Dehler" wegließen. Ich würde vorschlagen: „... nur mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen, die heute entschlossen sind, gemeinsame Politik mit der CDU zu machen."

Müller: Ich bin der Meinung, wir sollten den letzten Satz weglassen. Selbstverständlich kommt sonst Herr Dehler und erklärt seine Koalitionstreue. Wir haben ihm aber den Schwarzen Peter zugespielt, wenn wir erklären: Jawohl, Herr Dehler, unter folgenden Bedingungen! Und wenn er ablehnt, ist die Sache ausgestanden. Wenn wir ihm aber von vornherein den Stuhl vor die Tür stellen, hat er es in Stuttgart außerordentlich leicht. Das ist die Geschichte.

Adenauer: Lieber Herr Müller! Er hat uns doch in Nordrhein-Westfalen den Stuhl vor die Tür gesetzt! (*Zustimmung und Zurufe:* Wie kann man nur solche Bedenken wie Herr Müller haben. Ein solches Zögern und Winden ist nicht zu begreifen!)

Seidel: Meine Damen und Herren! Auch ich muß betonen, nichts ist in der Politik gefährlicher als unklare Erklärungen! *(Lebhafte Zustimmung.)* Morgen steht das in der Zeitung, und dann versetzen Sie sich in die Situation des einfachen Staatsbürgers, der daraus klug werden muß, was ein solch pythischer Spruch bedeuten soll. Auch die Presse wird fragen: Wer gehört denn nun zu den Abgeordneten? Dann müssen Sie doch eine klare Antwort geben.

Ich bin dafür, daß eine klare Entscheidung hineinkommt, (*Zurufe:* Sehr richtig! Warum sind wir sonst hier!) sonst könnte ich nicht zulassen, daß „im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden der CSU" drinsteht. Ich habe morgen meinen Landesvorstand zusammen, und ich glaube nicht, daß er eine solche vage Erklärung billigen wird. Entweder geben wir eine klare Erklärung ab oder gar keine!

Von Brentano: Wenn wir eine Erklärung abgeben, die irgendwie zweideutig und unklar ist, dann ist der ganze Wert einer solchen Erklärung dahin. Wenn wir sagen: „Wir setzen die Koalition mit denjenigen fort, die sich dazu bereit erklären ...", dann gebe ich Ihnen Brief und Siegel, daß wir morgen einen Beschluß in Stuttgart von Dehler bekommen: Wir stehen selbstverständlich zur Koalition. Dann können wir nicht mehr heraus, und wir haben die Dissidenten geschwächt. Wir brauchen ja den Namen Dehler nicht zu nennen, wir können sagen: „... sie empfiehlt gleichzeitig, die Koalition mit dem Restteil zu lösen." Dann ist der Name Dehler nicht ausgesprochen. Wenn wir aber nichts aussprechen, dann wäre doch der ganze Nachmittag mit der ganzen Diskussion nicht sinnvoll. Wir sind doch zu einer solchen Erklärung nach den Vorgängen von Düsseldorf wirklich verpflichtet.

Gurk: Ich möchte anknüpfen an die Ausführungen von Herrn Dr. von Brentano und vorschlagen: „... mit denen weiterzuarbeiten, die gleichzeitig mit ihrer Trennung von der FDP-Fraktion ihre unverbrüchliche Treue zur Politik des Bundeskanzlers bekannt haben." *(Widerspruch.)* Man müßte den ersten Satz klarer umreißen, wenn man meint, daß der zweite Teil nicht mehr nötig ist. Den Bruch sollte man Dehler zuschieben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Lassen wir doch den Schwarzen Peter aus der Politik heraus! (*Zuruf:* Sehr richtig! – *Weiterer Zuruf:* Wir müssen an den einfachen Mann auf der Straße denken!) Ich bin auch ein einfacher Mann von der Straße! Können wir sagen: „... mit denjenigen, die das Verhalten in Nordrhein-Westfalen mißbilligt und als Bruch bezeichnet haben!" (*Zurufe:* Ja!) Lassen wir wirklich Nord-

rhein-Westfalen hineinbringen! (*Müller:* „... die Koalition mit denjenigen fortzusetzen, die das Verhalten mißbilligt haben und mißbilligen werden!") Also, meine Damen und Herren, jetzt haben wir: „... mit denjenigen, die ihre Koalitionstreue dadurch bewiesen haben, daß sie das Verhalten in Nordrhein-Westfalen mißbilligt [haben] und sich von ihm lossagen." (*Müller:* „... dadurch beweisen!" – *Kiesinger:* Wenn wir es auf Nordrhein-Westfalen beschränken, wird der Eindruck erweckt, als ob wir nur wegen einer Landespolitik den Vorwurf machten!) Sie haben es nicht richtig gehört, Herr Kiesinger! Wir haben doch gesagt: „... die ihre Koalitionstreue beweisen und das mißbilligen." (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sollen wir es so machen? *(Zustimmung.)* Ich brauche nicht abstimmen zu lassen? (*Bach:* Lassen Sie abstimmen!) Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Beschluß, wie besprochen – vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen –, zustimmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben! Wer ist dagegen? – Gegen eine Stimme (Dr. Gradl) angenommen.[59]

Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren, insbesondere unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen, und darf damit die Sitzung schließen.

13

Bonn, 10. März 1956

Anwesend: Adenauer, Altmeier, Bauknecht, Bitter, Dufhues, Eplée, Farny[1]*, Fay, von Fisenne, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Johnen, Kaiser, Krone, Meyers, Noltenius, Riesebrodt*[2]*, Schneider, Schröder, Sieveking, Simpfendörfer, Strickrodt, Wackerzapp, Wuermeling, Zimmer.*

Bericht über die Lage. Wahlrecht: Bundesliste und Listenverbindungen. Bundesparteitag in Stuttgart.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 16.20 Uhr*

59 Wortlaut des Beschlusses in UiD vom 1. März 1956.

1 Dr. h.c. Oskar Farny (1891–1963), 1919–1921 MdL Württemberg (Zentrum), 1930–1945 MdR (bis 1933 Zentrum), 1953 MdB (CDU), 1953–1960 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

2 Dr. Günter Riesebrodt (1911–1989), vor 1933 DDP, 1945 Mitgründer der LDPD, dann CDU Berlin, 1945–1947 Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg, 1954–1958 geschäftsführender Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1958–1971 MdA.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie zu entschuldigen, weil ich Sie etwas habe warten lassen müssen. Ich hatte den Besuch des ägyptischen Wirtschaftsministers.[3] Das ist nach Nasser[4] der mächtigste Mann z.Z. in Ägypten. Ich konnte ihm nicht gut sagen, bitte gehen Sie weg.

Ich darf zunächst etwas zur technischen Seite sagen. Ich bin gefragt worden, wie wir es heute halten wollen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir um die Mittagszeit am Büfett etwas zu uns nehmen und dann weitertagen; wie lange, das hängt von uns allen ab. Ich würde sagen bis 3 oder 4 Uhr. Sollen wir es so halten, daß wir um 1 Uhr den Imbiß nehmen, wenn man allerdings darauf verzichtet, nach dem Essen gleich abzureisen? Sonst würde ich vorschlagen, daß wir den Imbiß später machen. *(Zustimmung.)* Also, sagen wir um 1 Uhr, und nachher kommen wir noch einmal zusammen.

Entschuldigt haben sich: Dr. Weber, Samsche, Wegmann, Cillien, Dr. Fricke. Hier auf der Liste steht: aus dienstlichen Gründen. Das ist ein sehr fadenscheiniger Grund. In Niedersachsen ist Parteitag.[5] Deswegen sind die Herren nicht hier. Ich bedaure es sehr, daß unsere Vorstandssitzung mit diesem Parteitag zusammenfällt. Wir wollen uns für die Zukunft merken, daß in diesen Zeiten eine Bundesparteivorstandssitzung wichtiger ist als ein Parteitag in einem Lande, den man doch eher verlegen kann. Es haben sich weiter entschuldigt: Herr Ministerpräsident Gebhard Müller, der in Säckingen zu tun hat, ich weiß nicht, was da los ist, (*Eplée:* Sicher Trompete blasen! – *Heiterkeit.*) Herr Lemmer, Herr Lensing, der, wie Sie wissen, in einem Sanatorium ist, dem es aber inzwischen bessergeht, Herr Pferdmenges und Herr Bach. Herr Bach entschuldigt sich gewöhnlich von vornherein, weil er so viel am Hals hat und ein sehr temperamentvoller Mann ist.

Bericht über die Lage

Ich darf Ihnen nun meinen Bericht über die Lage geben und anfangen mit einer kurzen Schilderung über die gestrige Sitzung der Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer.[6] Wir haben gestern nachmittag über vier Stunden zusammengesessen und sind auseinandergegangen mit einem Auftrag an Herrn Heck und die Landesgeschäftsführer, zwei Beschlüsse, die wir gefaßt hatten, in eine konkrete Form zu

3 Hassan Ibrahim, war am 18. April 1954 zunächst zum Staatsminister für die Präsidentschaft, dann zum Produktionsminister berufen worden; am 2. Juli 1956 verlor er dieses Amt (AdG 1954 S. 4481, 1956 S. 5855). Zum Besuch in der Bundesrepublik vgl. „Die Welt" vom 10. März 1956.

4 Gamal Abd el-Nasir, genannt Nasser (1918–1970), ägyptischer Politiker; seit 1954 Ministerpräsident, 1956–1970 Staatspräsident.

5 Die bisherige Landesleitung (Adolf Cillien, Otto Fricke, August Wegmann und Karla Woldering) wurde bestätigt. Ausführlicher Bericht in UiD vom 17. März 1956.

6 Protokoll in ACDP VII-004-033/1.

bringen. Ich nehme an, daß Sie nachher, Herr Heck, darüber berichten werden. Es handelt sich um Beschlüsse von großer Bedeutung. Der erste Beschluß soll eine engere Verbindung zwischen der Organisation der Bundespartei und den Organisationen in den Landesparteien möglichst schnell herbeiführen, damit wir bei den Vorbereitungen zur Bundestagswahl 1957 schlagkräftig sind.

Der zweite Gegenstand betraf die Frage der Einwirkung der Bundespartei auf die Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag, eine Frage, die ebenfalls von besonderer Bedeutung ist. Die Sache ist deswegen sehr eilig, weil das Wahlgesetz für die Bundestagswahl 1957 in der nächsten Woche verabschiedet werden soll[7] und weil angestrebt wird, eine solche Einwirkungsmöglichkeit im Gesetz vorzusehen. Darüber mag Ihnen nachher Herr Krone berichten. Er ist bisher mit diesem Gedanken in der Bundestagsfraktion auf entschiedene Ablehnung gestoßen, und zwar aus menschlichen Gründen. Nach diesen einleitenden Worten darf ich übergehen zu meinem Bericht.

Ich möchte beginnen mit der Bundestagswahl 1957 und an die Spitze stellen, daß wir nach meiner Meinung noch nie einen so schweren Wahlkampf zu bestehen haben werden wie den Wahlkampf des Jahres 1957. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Bei der Wahl im Jahre 1953 haben uns vor allem zwei Themen geholfen: 1. der wirtschaftliche Aufstieg, den man damals noch mit Dank begrüßte, während man ihn heutzutage als etwas absolut Selbstverständliches betrachtet, so daß dieses Thema bei der Bundestagswahl voraussichtlich keine Rolle spielen wird; 2. der Europagedanke, der damals stark und kräftig war, der seinen stärksten Ausdruck damals in der EVG gefunden hat. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Französische Nationalversammlung die EVG getötet hat und daß seit dieser Zeit der Europagedanke, gelinde gesagt, eine starke Lähmung erhalten hat und seine Zugkraft in unserem Volke, insbesondere bei der jüngeren Generation, nicht mehr so stark ist wie im Jahre 1953.

Bei der Bundestagswahl 1949 hatte uns sehr geholfen einmal die geradezu unbeschreibliche Angriffstaktik der Sozialdemokratie, insbesondere des Herrn Dr. Schumacher. Ich erinnere mich einer Rede, die er in Köln gehalten hat auf einem öffentlichen Platz, die nach meiner damaligen Schätzung der CDU in Köln mindestens 20.000 Wähler zugeführt hat.[8] Die Sozialdemokraten haben nun gelernt, daß sie in der Agitation klüger vorgehen müssen. Ferner hat uns im Jahre 1949 die Reaktion gegenüber dem Nationalsozialismus geholfen, die doch weiteste Volkskreise beseelte; denn die Unterdrückung durch den Nationalsozialismus, namentlich auf dem geistigen und religiösen Gebiete, war damals noch lebendig.

Heute ist die Erinnerung an den Nationalsozialismus in weiten Kreisen nicht mehr stark und nicht mehr lebendig. Wir sind sogar so weit gekommen, daß man vielfach

7 Am 15. März. – BGBl I S. 383.

8 Schumacher hielt am 24. Juli 1949 vor dem Rathaus in Köln eine Wahlrede, in der er „die Kriecherei gegenüber den Alliierten" geißelte, Adenauer als „Lügenauer" und die CDU als die „heidnischste deutsche Partei" bezeichnete („Kölnische Rundschau" vom 26. Juli 1949). – Zur Kritik an Wahlreden Schumachers ALBRECHT S. 146f., 665–680; KLOTZBACH S. 175f.

in unseren eigenen Reihen nicht mehr das richtige Verständnis dafür hat, daß eine Partei, die auf dem Boden der Grundsätze des Christentums steht, notwendig ist. Das waren einige Bemerkungen, die ich vorausschicken wollte.

Ich darf nun übergehen zu einer kurzen Schilderung der innenpolitischen Lage und der Ereignisse der letzten Zeit. Die wesentlichen Tatsachen sind 1. die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen, 2. die im Anschluß daran vollzogene Spaltung der Bundestagsfraktion der FDP und 3. die letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg[9]. Wir wollen die ganzen Vorgänge in Nordrhein-Westfalen nicht mehr erörtern; denn wir haben dazu Stellung genommen.[10] Ehe ich Ihnen etwas sage, warum ich die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen für so außerordentlich gefährlich halte, möchte ich einige Ausführungen über die Spaltung innerhalb der FDP machen. Innerhalb der Bundestagsfraktion der FDP hatte sich schon seit geraumer Zeit insofern eine Spaltung abgezeichnet, als ein erheblicher Prozentsatz der Mitglieder dieser Bundestagsfraktion nicht mehr mit der Leitung einverstanden war. Ein überzeugender Beweis dafür ist, daß die vier FDP-Bundesminister seit längerer Zeit die Fraktionssitzungen ihrer eigenen Partei kaum noch besucht haben. Das gleiche gilt von anderen prominenten Mitgliedern der Bundestagsfraktion der FDP.

Ich möchte hier namentlich darauf hinweisen, daß Herr Wellhausen vor mehr als Jahresfrist aus dem Vorstand der Bundestagsfraktion und auch der Bundespartei der FDP unter entschiedenem Protest gegen die Politik der FDP ausgetreten ist.[11] Diese Gegensätze, die geschürt wurden durch Herrn Dehler und Herrn Reinhold Maier – Reinhold Maier ist der „beste Freund", den die CDU in Deutschland aufzuweisen hat –, zeigten sich immer mehr; auf der anderen Seite zogen sich die Herren, die jetzt ihren Austritt vollzogen haben, immer mehr zurück, so daß die Schreier – ich will damit niemandem zu nahetreten – oder die Leute, die am lautesten trompetet haben, wie das häufig in der Politik ist, den Ton angaben.

Dann brachte aber der Vorgang in Nordrhein-Westfalen den Entschluß der 16 hervor, aus der Fraktion der FDP auszutreten, weil sie diesen Vorgang in Nordrhein-Westfalen für unvereinbar hielten mit den ganzen Prinzipien der FDP und auch mit den Koalitionsbesprechungen, die mit uns im Jahre 1953 abgeschlossen worden waren. Die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen haben die offene oder versteckte Unterstützung der Leitung der Bundestagsfraktion der FDP gefunden, die identisch ist mit der Leitung der gesamten Partei der FDP. Das verderblichste und bedauerlichste dabei ist, daß in Nordrhein-Westfalen – Nordrhein-Westfalen ist die stärkste und einflußreichste Landesgruppe der FDP – die ganze FDP systematisch unterlaufen und

9 Ergebnis der Wahlen vom 4. März 1956: CDU 42,6 % (56 Mandate), SPD 28,9 % (36), FDP 16,6 % (21), GB/BHE 6,3 % (7).

10 Vgl. Nr. 12 Anm. 59.

11 Von einer Aufgabe seines Beisitzerpostens im FDP-Fraktionsvorstand ist nichts bekannt. Am 10. Januar 1956 war er Gegenkandidat zu Dehler bei der Wahl zum Fraktionsvorsitz; aus der Fraktion schied er erst am 23. Februar 1956 aus. Der Rücktritt aus dem FDP-Bundesvorstand erfolgte am 9. September 1955.

durchsetzt worden ist von nationalistischen Elementen. Ich gebrauche den Ausdruck „nationalistisch" sehr überlegt. Es sind nationalsozialistische Tendenzen; es sind, so kann man fast sagen, nationalbolschewistische Tendenzen, und es sind nationalistische Tendenzen schlechthin.

Wir haben schon seit Jahren mit großer Sorge beobachtet, daß sich gerade in Nordrhein-Westfalen und speziell in Düsseldorf führende Mitglieder der damaligen NSDAP zusammenfanden. Ich darf Sie erinnern an den Fall Naumann. Die Engländer waren damals sehr besorgt darüber. Es ist natürlich sehr schwer, gegen diese nationalistischen Umtriebe im Wege eines Strafverfahrens vorzugehen, weil wir ja in einem Rechtsstaat leben und eine Straftat nachgewiesen werden muß. Und die Leute, die diese nationalistischen Ideen verbreiteten, haben sich sehr sorgsam davor gehütet, Anlaß zu einem strafrechtlichen Eingreifen zu geben. Wir haben manchmal daran gezweifelt, ob die Engländer recht gehabt haben, als sie die Sache Naumann damals so gefährlich hinstellten. Ich glaube nachträglich, man muß ihnen recht geben.

Ich möchte Ihnen einige Namen nennen: Achenbach, Best – mit seinem schönen Beinamen –, der bei Achenbach ein Jahr lang in Stellung war und jetzt in Stellung bei Hugo Stinnes[12] ist. Ich nenne Ihnen die Namen Rahn und Steuer. Steuer war einer der Reichtstagsabgeordneten, die für die Rassengesetze gestimmt haben. Er spielt aber innerhalb der FDP eine große Rolle, derselben FDP, die gegen den Herrn Globke, der den bekannten Kommentar zu den Rassengesetzen[13] geschrieben hat, so zu Felde zieht, so daß ich einigen Leuten von der FDP gesagt habe, sie sollten sich doch einmal bei ihrem Freund Steuer darüber erkundigen, ob der Kommentar gut wäre oder nicht; denn der Herr Steuer ist einer der Väter dieser Rassengesetzgebung.

Diese Leute, die sich dort zusammengefunden haben, haben sehr planmäßig und sehr konsequent ihre Politik verfolgt. Sie haben bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1954 dafür gesorgt, daß unter den 26 Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen 16 ganz neue Leute sind; die anderen haben sie alle abgehängt. Sie haben namentlich dafür gesorgt, daß in der ganzen Organisation, bei den Geschäftsführern, in den Büros usw. Leute ihres Sinnes sind. Die Gesamtleitung der Partei ist im gleichen Sinne tätig gewesen, so daß wir jetzt das verblüffende Ergebnis haben, daß selbst in Hessen, von wo die meisten Bundestagsabgeordneten der FDP kamen, die ganze Organisation unterlaufen war von nationalistischen Kräften, die dann, als der Krach eintrat, auf die Seite der Nationalisten gingen. Man kann aber noch nicht sagen, daß die Entwicklung in der Partei der FDP mit dieser Spaltung der Bundestagsfrakion zu einem Stillstand gekommen sei. Erfahrungsgemäß dauert es immer einige Monate, bis

12 Hugo Stinnes jr. (1897–1982), Kaufmann (Firmen u.a. Hugo Stinnes Industrie und Handel GmbH).

13 Stuckart-Globke: Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung. München, Berlin 1936. – Dazu Ulrich von Hehl: Der Beamte im Reichsinnenministerium: Die Beurteilung Globkes in der Diskussion der Nachkriegszeit. In: Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes. Hrsg. von Klaus Gotto. Stuttgart 1980 S. 230–282.

politische Vorgänge in ihrer Bedeutung bei den weiten Kreisen der Parteiangehörigen erkannt werden. So wird höchstwahrscheinlich die Entscheidung darüber, was mit der FDP wird, erst auf dem Würzburger Parteitag der FDP im April dieses Jahres[14] fallen.

Man muß diese nationalistische Entwicklung im Zusammenhang sehen. Ich lege deswegen diesen Vorgängen in der FDP eine viel größere Bedeutung bei, als wenn es sich nur um einen Hausstreit innerhalb der FDP handelte. Es handelt sich jetzt dort um etwas viel Wichtigeres, es handelt sich darum, ob diese nationalistische Strömung, der zum Leben wiedererwachte Nationalismus, sich einer Partei bemächtigt und – auf deren Boden stehend – dann nationalistische Politik in Deutschland treibt.

In diesem Zusammenhang muß ich hinweisen auf die Vorgänge an der Saar. Sie wissen, daß Herr Dr. Schneider, der Leiter der dortigen Demokraten, eine nationalistische Politik in stärkstem Maße geradezu angewendet hat, als es sich um die Abstimmung über das Saarstatut handelte. Sie wissen, daß leider Gottes der Vorsitzende der CDU an der Saar, der Herr Dr. Ney, mitgelaufen ist mit dem Herrn Schneider in der naiven Hoffnung, er werde der erste sein. Das war ein „großer Erfolg", den der Nationalismus – ich möchte das sehr nachdrücklich betonen – an der Saar errungen hat, der uns noch sehr zu schaffen machen wird; er hat auch frühere Nationalisten außerhalb des Saargebietes wieder zu neuen Nationalisten werden lassen.

Sie wissen auch, daß in Kreisen der FDP sehr offen darüber gesprochen wird, daß der Herr Dehler im richtigen Augenblick ersetzt werden soll durch den Herrn Dr. Schneider. Ein Wort genügt hier, um den Dr. Schneider zu kennzeichnen. Er hat während des Wahlkampfes in seiner Zeitung eine Fotografie von dieser Größe erscheinen lassen; er selbst in SA-Uniform, mit dem Herrn von Papen. Wenn jemand in den Jahren 1945 bis 1947 gesagt hätte, wir erlebten im Jahre 1955, daß der Führer einer sich bürgerlich nennenden Partei sich selbst in seiner Zeitung bei einem Wahlkampf in SA-Uniform abbilden ließe, so hätte das keiner geglaubt.[15] Ich weile absichtlich etwas ausführlich bei diesen Dingen, nicht etwa, um irgendeinem von uns einen Vorwurf zu machen, daß die Verhältnisse an der Saar nicht rechtzeitig erkannt worden sind, sondern ich tue es nur deswegen, damit die Vertrauensseligkeit bei uns aufhört.

Ich habe keinen Augenblick gezweifelt, und deswegen habe ich für das Saarstatut so gekämpft, auch in der Sitzung des Parteiausschusses im Januar, weil ich diese Entwicklung schon damals zu sehen glaubte und weil ich den Herrn Ney, der jetzt hier und da als Gentleman auftritt, richtig erkannt habe, daß er nämlich gar nicht in der Lage war, neben einem Manne wie dem Dr. Schneider zu bestehen. Wie Herr Dr. Ney sich bewährt hat, das mögen Sie aus folgendem ersehen: Die CVP hatte damals der CDU an der Saar eine Verschmelzung unter der Bedingung angeboten,

14 Vom 20. bis 22. April 1956. – Dehler wurde wieder zum Vorsitzenden gewählt (AdG 1956 S. 5737f.).

15 Vgl. dazu SCHNEIDER S. 434, der ausführt, nie in der SA oder der SS gewesen zu sein. Vgl. Nr. 11 Anm. 21.

daß fünf CVP-Leute[16] gemeinsam mit der CDU als Kandidaten aufgestellt würden, wobei der Herr Ney das Recht haben sollte, diese Leute selbst auszuwählen. Und dieses Anerbieten hat der Herr Dr. Ney einfach kalt abgelehnt, weil er gesagt hat, die CVP wird wie der Schnee vor der Sonne dahinschmelzen. Aber dieser Schnee hat sich gehalten; denn die CVP ist ungefähr so stark wie die CDU. Und was ist das Ergebnis? Heute bemühen wir uns sehr – bisher noch nicht mit Erfolg – diese beiden christlichen Parteien zusammenzubringen, um wenigstens auf diesem Wege den Nationalismus an der Saar, der von Herrn Schneider geführt wird, zur Ruhe zu bringen.[17]

Ich betone nochmals, ich war an sich sehr betrübt darüber, daß in unseren Reihen die Dinge an der Saar damals nicht richtig beurteilt wurden, aber ich bin nicht der Mann, der Karten nachhält. Das Spiel ist aus; also soll man darunter einen Strich machen. Aber man soll für die Zukunft lernen und soll sehr sorgsam verfolgen die Spuren des nationalistischen Geistes. Als damals der General Remer plötzlich ein berühmter Mann wurde dank der „Welt", die den ersten großen Artikel über ihn brachte, und als der Herr von Thadden[18] als Bundestagsabgeordneter ausgelacht wurde, da haben wir uns aufgeregt über den Nationalismus, obgleich wir keine Veranlassung dazu hatten; denn das waren Figuren, denen niemals ein Erfolg beschieden sein konnte. Aber was jetzt da ist, das sind konsequente Leute, die durch die nationalsozialistische Schule gegangen sind, alle Propagandamethoden durch und durch kennen und die keine Rücksicht nehmen.

Das Tragische dabei ist, daß sich in Nordrhein-Westfalen ausgerechnet die Sozialdemokratie mit Billigung ihres Parteivorstandes mit einer solchen Partei, die so nationalistisch durchsetzt ist, verbündet. Das macht die ganze Situation so besonders gefährlich für uns und auch für Deutschland; denn Sie können sich nicht gut vorstellen, wie damals die Methoden an der Saar und jetzt diese Vorgänge in Düsseldorf uns im Ausland geschadet haben und wie groß die Einbuße an Vertrauen ist, die die deutsche Sache dadurch erlitten hat – und das alles in einer Periode, in der die ganze Welt geradezu in Flammen steht.

Das alles haben diese Herrschaften entweder nicht berücksichtigt oder nicht berücksichtigen wollen. Ich habe den Eindruck, als ob sehr viele von diesen Leuten, die für die ganze Entwicklung verantwortlich sind – das gilt für die Mitglieder der FDP wie für die Mitglieder der SPD – schon eine stramme Haltung nach dem Osten hin einnehmen und daß sie annehmen, der Westen würde sich gegenüber dem Osten doch als der Schwächere erweisen. Sonst ist die ganze Politik überhaupt nicht zu verstehen;

16 Vgl. Hinweise bei SCHMIDT 3 S. 444.

17 Zu den nun folgenden Einigungsbemühungen von CDU und CVP vgl. SCHMIDT 3 S. 442–476.

18 Adolf von Thadden (geb. 1921), 1948–1960 Stadtrat in Göttingen (DRP), 1949–1953 MdB (1951 fraktionslos), 1955–1959 und 1967–1970 MdL Niedersachsen (ab 1964 NPD), 1961–1964 Vorsitzender der DRP und 1967–1971 der NPD.

denn kein Politiker, gleichgültig welcher Partei er angehört, kann, wenn er einmal den ganzen heutigen Zustand der Welt an seinem geistigen Auge vorübergehen läßt, auch nur daran denken, daß diese Bundesrepublik mit ihren 50 Millionen Menschen und ein paar tausend Soldaten ohne moderne Waffen ein beachtenswerter Faktor zwischen diesen beiden großen Blöcken sein soll, geschweige denn, daß diese Bundesrepublik bei einem heißen Krieg verschont bliebe.

Die Wahlen in Baden-Württemberg! Ich will über diese Wahl, mit der Herr Ministerpräsident Gebhard Müller – wie er mir geschrieben hat – sehr zufrieden ist, nicht mehr viel bei meiner jetzigen Übersicht sagen, möchte aber ein Moment sehr stark hervorheben, das auch für das Jahr 1957 eine große Bedeutung hat. Bei dieser Wahl in Baden-Württemberg ist der Konfessionalismus in seiner schlimmsten und übelsten Art wieder hervorgetreten. Sie wissen, daß 104 evangelische Pfarrer einen Offenen Brief an eine Reihe von Bundestagsabgeordneten gerichtet haben. Ich habe gestern in diesem Raume gesagt: Wenn ich mir vorstelle, daß 104 katholische Pfarrer etwas Ähnliches täten, dann ging ein Schrei der Empörung über den halben Erdball wegen der Herrschsucht der katholischen Kirche. Aber 104 evangelische Pfarrer haben gewagt, das zu tun, und die deutsche Presse registriert das, wie sie irgendwelche andere Dinge registriert. Und es fällt keinem einzigen ein, den 104 Pfarrern zu sagen: Tut eure Pflicht in euren Gemeinden, und mischt euch in diese Dinge nicht hinein!

Dieser Konfessionalismus wird besonders geschürt durch den Herrn Dehler. *(Unruhe und Bewegung.)* Was ist los, Herr Gradl? (*Gradl:* Ich wurde gefragt, ob ich den Aufruf der 104 Pfarrer hätte.) Er ist überall abgedruckt worden. (*Gradl:* Er ist im „Neuen Deutschland" im vollen Wortlaut mit den Namen der 104 Pfarrer abgedruckt.) Den Abgeordneten ist er zugeschickt worden. (*Zurufe:* Nicht allen!) Dann wird Herr Heck es Ihnen schicken. Der Herr Bundestagspräsident hat ihn nicht bekommen![19] (*Wuermeling:* Ich habe ihn bekommen!)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Wahl in Baden-Württemberg hinzufügen. Der Herr Heinemann[20] hat in Freudenstadt-Calw 17 % der Stimmen bekommen, ein Zeichen dafür, daß wir für die Zukunft hierauf achten müssen. Wir müssen auch rechtzeitig das Unserige tun, um dagegenzuwirken, was Herr Dehler sich in Hamburg geleistet hat. Ich habe heute früh eine Bandaufnahme seiner Rede gehabt. Das war noch viel schlimmer als das, was in den Zeitungen darüber gestanden hat. Seine Beschimpfungen über das Konkordat, über die katholische Kirche, über die CDU und ihre Machtansprüche – selbstverständlich über mich – überschreiten jedes Maß und sind in der politischen Polemik nach meinem Urteil wohl das Schlimmste, was seit 1945 bei uns passiert ist.[21] Ich sehe von den Kommunisten jetzt ab; die haben

19 Vgl. UiD vom 10. März 1956 („Wissen sie, was sie tun?").

20 Gemeint ist die GVP, die insgesamt nur 1,5 % der Stimmen erreichte.

21 Rede am 4. März 1956 auf dem Landesparteitag der FDP in Hamburg. Neben scharfen Angriffen auf Adenauer äußerte sich Dehler auch zum Reichskonkordat, das er als „verbrecherisch" bezeichnete („Die Welt" vom 5. März 1956, UiD vom 14. März 1956).

natürlich noch schlimmere Dinge behauptet. Aber es handelt sich schließlich um einen Mann, der vier Jahre lang Bundesminister war und der Vorsitzender der zweitgrößten Parteifraktion der früheren Koalition gewesen ist.

Es ist geradezu ungeheuerlich, was sich der Mann da geleistet hat, und, soviel mir bekannt ist, dazu noch unter dem frenetischen Beifall der Anwesenden. Das ist das Bedauerliche an der ganzen Sache. (*Sieveking:* Herr Bundeskanzler! Ich gebe Ihnen einen genauen Bericht!) Das ist eine Bandaufnahme, die gemacht worden ist, Herr Sieveking! Ich wiederhole, ich habe eben einen flüchtigen Blick darauf geworfen: „Die Wahl vom September 1953 war ein einziges Unglück für unser Volk. Daß das Ergebnis ungerecht war, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren." Warum das ungerecht war, weiß ich nicht! „... sie wurde bewußt von dem großen Taktiker Dr. Adenauer herbeigeführt. Man war sehr selbstbewußt, man war auf die anderen Parteien nicht angewiesen. Die Entscheidungen fielen meist in einem kleinen Arbeitskreis der CDU. Musterbeispiel: Das Kindergeldgesetz[22], ersonnen von einigen katholischen Arbeitersekretären ..."

Tatsache ist, daß die CDU-Fraktion ein einziges Mal von ihrem Mehrheitsrecht Gebrauch gemacht hat, und zwar bei diesem Gesetz, und dabei waren wir selbst der Auffassung, daß wir eine große Dummheit machten. *(Unruhe und Bewegung.)* Ja, meine Herren, Ihnen war auch nicht wohl dabei.

Lassen Sie mich ein Wort sagen zu den Machtansprüchen der CDU: Wir haben die Mehrheit im Bundestag, aber wir haben bei zehn Rundfunkgesellschaften nur in einer einzigen etwas zu sagen, alle anderen stehen unter sozialistischer Führung. Diese Rundfunkgesellschaften – ich muß das hier sagen – sind ja Sache der Länder gewesen und nicht Sache des Bundes. Und nun: Föderalismus in allen Ehren, aber er muß gekonnt sein, sonst hat er wirklich keinen Zweck. Gerade die Tatsache, daß neun von diesen zehn Rundfunkgesellschaften unter sozialistischer Führung stehen – dabei wird der Rundfunk bei der nächsten Wahl eine noch viel größere Rolle spielen als bei der Wahl im Jahre 1953 –, ist für den Föderalismus wirklich kein Ruhmesblatt! Für unsere Partei kann sich eine solche Sache verheerend auswirken. So haben wir unsere „Macht" gebraucht!

Ich führe einen anderen Beweis dafür an, wie wir unsere Macht gebraucht haben. Wir haben keine einzige große Zeitung, die unsere Politik vertritt. Die Liberalen haben eine ganze Anzahl von großen Zeitungen, die ihre Politik vertreten, von der „Welt" angefangen bis zur – wo soll ich aufhören? Ich kann auch nicht behaupten, und hier muß ich mich an unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen richten, daß die „Kölnische Rundschau" ein repräsentatives Blatt für die CDU ist. Ich kann das auch nicht behaupten von der „Rheinischen Post", obgleich die „Rheinische Post" eine Auflage von 239.000 Exemplaren und den größten Anzeigenteil aller deutschen

22 Vom 13. November 1954 (BGBl I S. 333) sowie Kindergeldergänzungsgesetz vom 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 841).

Zeitungen hat. Ich habe eben eine Statistik bekommen und darf Ihnen einige Ziffern bekanntgeben:

Bild-Zeitung	1.937.000	Exempl.
Hamburger Abendblatt	333.000	„
Welt	200.000	„
Frankfurter Allgemeine Zeitung	142.000	„
Frankfurter Rundschau	119.000	„
Frankfurter Abendpost	170.000	„

Ich will Ihnen das Verzeichnis schicken lassen, damit Sie einen Überblick darüber bekommen, was wir bei der nächsten Wahl an Presse und Rundfunk gegen uns haben, und damit Sie auch daraus die Kraft schöpfen, sofort anzufangen mit der Arbeit für diese Wahl; denn sonst werden wir gegenüber diesem machtvollen Faktor der öffentlichen Meinung nicht mehr durchkommen.

Es beschäftigen uns z.Z. sehr die wirtschaftlichen Fragen. Sie kennen die Redereien vom Juliusturm. Sie kennen die Forderungen der Wirtschaft auf eine Senkung der Steuern, Sie kennen die Angriffe gegen den Bundesfinanzminister Schäffer. Darüber möchte ich doch ein Wort hier sagen. Sie können davon ruhig Gebrauch machen. Was Pulverturm genannt wird, ist hier die Bank Deutscher Länder und sind die Gelder, die der Bundesfinanzminister dort stehen hat. Es handelt sich im wesentlichen um zwei große Beträge, einmal um den Betrag, den die Alliierten als Stationierungskosten im Mai abrufen, und um einen Betrag für die Wiederaufrüstung, der nun wirklich nicht auf einen Schlag ausgegeben werden kann. Nun hat man in der Wirtschaft behauptet, und auch mir gegenüber hat man das vertreten, man verstehe zwar, daß diese Beträge vorhanden sein müßten und nicht für andere Zwecke ausgegeben werden dürften, aber dadurch, daß Herr Schäffer diese hohen Beträge bei der Bank Deutscher Länder als tägliches Geld angelegt und sie dadurch dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen habe, sei ein ungeheurer wirtschaftlicher Schaden entstanden.

Ich stelle hier fest, daß Herr Schäffer schon seit geraumer Zeit der Bank Deutscher Länder angeboten hat, diese Beträge oder einen sehr großen Teil dieser Beträge nicht als tägliche Gelder, sondern als Termingelder zu nehmen, so daß sie zu gegebener Zeit abrufbar seien, aber die Bank Deutscher Länder hat das bisher dem Herrn Schäffer abgelehnt; ein völlig unverständliches Verhalten. Wir werden uns in der nächsten Kabinettssitzung mit den Herren von der Bank Deutscher Länder darüber unterhalten müssen. Man hat dadurch, daß man diese ungeheure Summe seitens der Bank Deutscher Länder nicht in den wirtschaftlichen Kreislauf gelangen ließ, der Wirtschaft sehr geschadet. Man hat weiter dadurch die Begehrlichkeit aller anderen Stände und auch der anderen Parteien erregt, sich auf diese ungeheure Summe zu stürzen und zu sagen: Warum liegt das Geld da, das können wir doch für andere Zwecke gebrauchen!

Herrn Schäffer trifft in der Sache keine Schuld, und die Angriffe gegen ihn – auch von Freunden von uns – sind nicht begründet. Wie wir aus dieser ganzen Geschichte

herauskommen, das sollen uns jetzt mal die Bankleute klarmachen; denn daß das Geld da nicht liegenbleiben darf, bis es im Laufe dieses oder vielleicht eventuell des kommenden Jahres ausgegeben werden kann, das versteht sich von selbst. Wir werden darüber auch mit den Freunden unserer Fraktion und der Partei zu sprechen haben.

Ich möchte jetzt noch die großen sozialen Aufgaben erwähnen, die vor uns stehen. Die Sozialreform erstreckt sich nicht nur auf die Frage der Rentenversicherung, sei es Alters-, sei es Invaliditätsrente. Es ist das ganze große Gebiet, das mit der Krankenkasse, mit der Volksgesundheit und allen diesen Gesetzen, die neu geformt werden müssen, zusammenhängt. Diese Gesetze sollen nicht etwa nur geändert, sondern sie müssen neu geformt werden, wie überhaupt die ganze Struktur der sozialen Fürsorge den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß. Wenn wir auch annehmen dürfen, daß die wichtigsten Gesetze noch im Laufe dieses Jahres vom Bundestag verabschiedet werden, so wird sich doch das ganze Gesetzgebungswerk über mehrere Jahre erstrecken.

Wir sind verpflichtet, insbesondere für die Rentner und Kriegsbeschädigten zu sorgen, denn wir haben hier – ich spreche jetzt losgelöst von parteipolitischen Gesichtspunkten – eine moralische Pflicht, für die zu sorgen, die es notwendig haben, nachdem der Wohlstand in weiten Kreisen unserer Bevölkerung allmählich ein Ausmaß angenommen hat, daß man Angst und Sorge kriegt. Die Leute werden dadurch verdorben.

Ich möchte hier ein Wort für die Beamten einlegen. Die Führung der Beamten stellt vernünftigerweise keinen Anspruch, entsprechend dem Steigen der Arbeitslöhne und der Unternehmergewinne besoldet zu werden, aber die Beamten erheben den berechtigten Anspruch, daß ihre Gehälter [bei] der Teuerung oder dem Sinken des Geldwertes einigermaßen gehalten werden. Damit komme ich zu der Frage des Mittelstandes überhaupt, zu dem auch die Beamten gehören. Wir müssen uns dem Mittelstand in besonderer Weise widmen, weil er für das Staatsganze eine absolut notwendige Basis ist. Es darf nicht so kommen, daß wir auseinanderfallen in Arbeitnehmer und Manager, sondern der gesunde Mittelstand muß gehalten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß er existenzfähig bleibt. Dazu gehört auch der intellektuelle Mittelstand, dazu gehören auch die Handwerker und die Bauern. Bitte betrachten Sie den Grünen Bericht auch einmal unter diesem staatspolitischen Gesichtspunkt, daß es notwendig ist, die Landwirtschaft am Leben zu erhalten.

Denken Sie bitte daran, wenn Sie diese großen Summen hören, die in diesem Jahre und in den kommenden Jahren bereitgestellt werden müssen, daß sich die Landwirtschaft in einer tiefgehenden Strukturveränderung befindet. Sie kann diese Gefahren, die damit verbunden sind, aus eigener Kraft einfach nicht überwinden. Denken Sie bitte an die Landflucht. Halten Sie sich vor Augen, daß Bauernhöfe – ich denke jetzt an ganz bestimmte Höfe –, die früher 25 bis 35 Arbeiter hatten, jetzt höchstens noch 5 bis 6 Leute beschäftigen. Dort müßten jetzt Maschinen im größten Umfange eingesetzt werden, aber das ist bei der Zersplitterung des Bodens und bei der heutigen Beschaffenheit der Feldwege nicht möglich. Es ist dringend notwendig,

um nur die hauptsächlichsten Punkte herauszustellen, eine Zusammenlegung und eine Verfestigung der Feldwege, damit der Bauer überhaupt erst mit seiner Maschine bei schlechtem Wetter auf das Feld gelangen kann.

Ich möchte dem Herrn Präsidenten Bauknecht, der anwesend ist, dafür danken, daß er das anerkannt hat, was die Bundesregierung und der Bundestag und der Landwirtschaftsminister Lübke für die Landwirtschaft tun. Der Herr Rehwinkel fängt leider wieder an, in der tollsten Weise zu stänkern. Er sagt, das sei viel zu wenig und nur ein Anfang. Ich habe Herrn Rehwinkel deswegen in diesen Tagen geschrieben, Herr Bauknecht, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in Ihrem Kreise auch einmal darauf hinweisen wollten, daß schließlich viele etwas haben müssen, nicht nur der Bauer, sondern daß es auch sonst noch Notstände im Lande gibt. Ich habe schon die großen Kategorien der Rentner und Kriegsbeschädigten erwähnt.

Zur außenpolitischen Lage! Ich will Ihnen stichwortartig eine Glosse aus der heutigen Ausgabe der „Welt" vorlesen[23]; die „Welt" hat sich übrigens in der ganzen Sache der FDP in einer schamlosen Weise gegen uns gewandt.

Es heißt da: „Die Mächte des alten Europas machen bange Stunden durch. Schlag auf Schlag prasselt es auf sie herab – in Jordanien, in Algerien, in Marokko, auf Zypern.

Dies ist die Bilanz nur einer Woche:

Am Sonntag beriet in Madrid das spanische Kabinett, wie Marokko zu halten sei, während die Marokkaner in Tetuan, der Hauptstadt Spanisch-Marokkos, für die Unabhängigkeit und Einheit ihres Landes gegen die spanische Polizei marschierten.

Am Mittwoch debattierte in London das britische Unterhaus über die Entlassung General Glubbs[24] durch Jordanien, während sich in Kairo die Staatschefs Ägyptens, Saudiarabiens und Syriens zur Vorbereitung des nächsten Streiches gegen England trafen.

Am Donnerstag begann in Paris die große Algeriendebatte der Nationalversammlung, während in Nordafrika muselmanische Truppen meuterten und französische Familien von den Aufständischen ermordet wurden.

Am Freitag wurde in Nicosia Erzbischof Makarios[25], der Führer der Bewegung für den Anschluß der Insel Zypern an Griechenland, von den Engländern verhaftet. Wenn nicht alles täuscht, wird dies das Signal zu neuen schweren Unruhen sein."

Ich könnte Ihnen noch eine Reihe neuer Meldungen vorlesen, die in dem Nachrichtenspiegel von heute morgen stehen. Aber das genügt wohl, um Ihnen zu zeigen, daß tatsächlich die Welt in Flammen steht. Der einzige Lichtblick der letzten Zeit ist

23 Unter dem Titel „Sieben Tage".

24 John Bagot Glubb (geb. 1897), britischer Offizier (zuletzt Generalleutnant); 1938–1956 Chef der Arabischen Legion in Jordanien.

25 Makarios III., Michael Muskos (1913–1977), orthodoxer Theologe und Politiker; 1950 Erzbischof der autokephalen Kirche von Zypern (religiöser und politischer Führer), 1956–1957 Verbannung, ab 1959 Staatspräsident von Zypern.

die Wiederherstellung der Gesundheit des Präsidenten Eisenhower und sein Entschluß, wieder zu kandidieren[26], weil dadurch die Vereinigten Staaten nicht ein ganzes Jahr lang durch einen wütenden Wahlkampf von der Außenpolitik ferngehalten werden.

Ein weiterer Lichtblick, den ich erwähnen muß, ist die Beschlußfassung des Bundestages in dieser Woche über die Aufstellung der Wehrmacht. Wenn wir im Laufe dieses Jahres die Soldaten auf die Beine gestellt haben werden, so ist damit ein Moment der Stabilisierung in Europa und eine Stütze des Friedens errichtet worden. Z.Z. spielt die Bundesrepublik trotz ihrer Souveränität in allen diesen Dingen eine sehr bescheidene Rolle. Man hat hier und da etwas persönlichen Einfluß, aber ein Land, das in einer solchen Welt überhaupt keine Möglichkeit hat, sich gegenüber Angriffen zur Wehr zu setzen, spielt in der Außenpolitik nur eine klägliche Rolle, und es wird nur so nebenbei unterrichtet. Wenn ich mich in der letzten Zeit so stark dafür eingesetzt habe, die Beschlüsse noch vor dem 31. März zu fassen, so geschah das nicht etwa, weil ich glaubte, damit einen heißen Krieg abwenden zu können – das werden wir damit nicht können –, aber es geschah im Blick darauf, daß die Abnahme des Vertrauens uns gegenüber eingedämmt würde und zweitens, daß wir wieder mehr Gewicht in außenpolitischer Hinsicht bekämen.

Der Tag, an dem im Bundestag das Gesetz über die Abänderung der Verfassung und das Soldatengesetz verabschiedet worden sind[27], war ein großer Tag für den Bundestag. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Tag in der deutschen Geschichte auch noch nach vielen Jahren verzeichnet werden wird, auch wenn diese Gesetze im Parlament in einer verhältnismäßig ruhigen Atmosphäre angenommen worden sind. Es drängt mich aber hier, folgendes über die Mitarbeit der Sozialdemokraten zu sagen: Die Sozialdemokraten haben den Änderungen des Grundgesetzes zugestimmt, wobei ihren Wünschen in gewissem Umfange stattgegeben worden ist. Ich sage, in gewissem, aber nicht in gefährlichem Umfange, und ich fühle mich verpflichtet, hier zu sagen, daß wir es begrüßen müssen, daß die Sozialdemokraten diesen Änderungen des Grundgesetzes zugestimmt haben. Es ist nicht so, als ob die Sozialdemokraten damit ihren bisherigen Kurs der Außenpolitik verlassen hätten, aber es wird ihnen immerhin doch schwerfallen in der Agitation, namentlich vor der Wahl, gegen die Bewaffnung Deutschlands so stark Front zu machen, weil sie sich selber an den Änderungen des Grundgesetzes beteiligt haben. Wir sind dem Herrn Jaeger[28] von der CSU, dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Dank dafür schuldig, daß er das erreicht hat; denn er hat das erreicht. Ich gestehe offen, daß ich bis in die letzte Zeit hinein nicht daran geglaubt habe, daß er es erreichen würde. Er hat aber daran festgehalten. Manchmal war das sehr beängstigend, wie er daran

26 Am 29. Februar 1956 bekanntgegeben (vgl. AdG 1956 S. 5654).
27 Am 6. März 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.28 S. 6819–6855).
28 Dr. Richard Jaeger (geb. 1913), 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1965 und 1967–1976 Bundestagsvizepräsident, 1953–1965 Vorsitzender des BT-Ausschusses für Verteidigung, 1965–1966 Bundesminister der Justiz.

festhielt, weil die Zeit verstrichen war und wir nicht weiterzukommen schienen. Aber er hat dann Erfolg gehabt. Und das müssen wir dankbar anerkennen. Wir müssen auch dankbar anerkennen die Tätigkeit des Herrn Hoogen[29], dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, der in ungewöhnlicher und kluger Weise dafür gesorgt hat, daß die Verhandlungen gerade im Rechtsausschuß einen so guten Verlauf genommen haben.

Noch ein Wort zur Frage der Wiedervereinigung und zur NATO. Wir sind nicht weit vom heißen Krieg in der Welt entfernt, und zwar im Nahen Osten. Es ist aber anzunehmen, daß die schwerbewaffneten Mächte, auch die Sowjetunion, wenn ein solcher Krieg ausbräche, dann nicht das Verlangen hätten, ihn auf die ganze Welt auszudehnen, sondern sie würden sich vielmehr bemühen, ihn zu lokalisieren. Gerade die Sowjetunion hat auch ihre schweren inneren Sorgen, und sie weiß, daß – trotz ihrer Erfolge in der Aufrüstung – Amerika noch immer stärker ist auf diesem Gebiete als Sowjetrußland.

Ich habe Ihnen eben diese Themen und Bemerkungen vorgelesen, um Ihnen klarzumachen, wie töricht es wäre, wenn wir in diesem Augenblick – wie das von der SPD und der FDP verlangt wird – immer wieder bei den anderen Mächten die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in den Vordergrund stellten. Daß das die Leute nicht einsehen, ist mir schleierhaft. Die große Gefahr besteht doch, daß uns eine Macht sagen wird, wir haben wirklich jetzt etwas Besseres zu tun, als uns nur mit den Deutschen zu beschäftigen, namentlich mit den Deutschen, die jetzt wieder diese nationalistischen Zuckungen zeigen. Man muß sich auch darüber klar sein – eine These, die ich seit jeher vertreten habe –, daß die Wiedervereinigung keine Frage ist, die für sich allein gelöst werden kann und wird. Sie wird gelöst werden im Rahmen einer größeren Entwicklung. Kein Mensch kann es den Russen übelnehmen, daß sie diese Farbe jetzt nicht aus der Hand geben, wo die großen Pläne über eine Abrüstung bestehen und lebhaft zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten über die Abrüstung verhandelt wird. Die Entscheidung über die allgemeine Abrüstung wird nur fallen zwischen diesen beiden Mächten, nicht etwa bei Frankreich. Herr Pineau[30] war vor acht Tagen hier und sagte, Frankreich wolle die Rolle des Mittlers zwischen Ost und West spielen. Das ist genauso komisch, als wenn wir sagen würden, mit unseren 6.000 Mann in Andernach wollen wir in der Abrüstungsfrage einen entscheidenden Coup landen.

Was wir aber tun können – der Deutsche lernt die Bescheidenheit und die wahre Erkenntnis seiner Situation, wie es scheint, verdammt schwer – ist das, daß wir in der richtigen Weise ständig unsere Forderungen anmelden, aber nicht vordringlich und

29 Matthias Hoogen – vgl. Nr. 6 Anm. 87.

30 Christian Pineau (geb. 1904), französischer Politiker (Sozialist); 1945 Ernährungsminister, 1946–1958 Mitglied der Assemblée Nationale, 1947–1950 Minister für öffentliche Arbeiten und Transport, 1948 Finanzminister, Februar 1955 Ministerpräsident, 1956–1958 Außenminister.

namentlich nicht so, daß die öffentliche Meinung in den anderen Ländern allmählich diese Frage übergeht. Wir sind in Gefahr, das zu tun. Ich erinnere Sie an die Ausführungen der „Times", des „Manchester Guardian", des „Daily Telegraph" und einer Reihe anderer englischer Blätter, die offen ausgesprochen haben: Laßt doch die Behandlung dieser Frage der Wiedervereinigung sein! Laßt dieses Deutschland geteilt! Sie wissen auch, daß bei einer Testfrage in Frankreich sich überhaupt nur 31 % der Befragten für die Wiedervereinigung ausgesprochen haben. Lediglich die Vereinigten Staaten sind ein zuverlässiger Partner bei diesem Verlangen, aber weiß Gott nicht etwa uns zuliebe, sondern in ihrem eigenen Interesse, weil sie Rußland zurückdrängen wollen. Deswegen darf man diese Frage nicht isoliert sehen, wie das Herr Dehler und die SPD tun, sondern wir müssen sie im ganzen Zusammenhang sehen, und wir müssen sie in sehr geschickter Form behandeln.

Wahrscheinlich wird bei der Wahl des Jahres 1957 diese Frage eine Rolle spielen. Herr Dehler und die Sozialdemokraten stützen sich darauf. Ich glaube, daß gerade die Entwicklung der außenpolitischen Lage der letzten Wochen [dem], der zur Behutsamkeit in der Behandlung dieser Frage nicht etwa zur Furcht, aber zur Behutsamkeit rät, durchaus recht geben wird.

Damit bin ich am Ende dieser Übersicht. Sie ist nicht gerade erfreulich, aber die Lage in der Welt ist auch in höchstem Maße unerfreulich. Sie hat sich seit 1949 derartig zugespitzt, daß wir z.Z., wie ich glaube, in der schwierigsten außenpolitischen und gleichzeitig auch in einer ungewöhnlich schwierigen innenpolitischen Epoche Europas und der Welt stehen. Wir werden den Wahlkampf bestehen müssen mit einer Unterstreichung unserer konsequenten Außenpolitik, mit einer Unterstreichung unserer konsequenten Wirtschaftspolitik, mit einer Unterstreichung der großen Sozialpolitik, die wir zu treiben im Begriff sind, und mit einer Unterstreichung der Notwendigkeit, daß wir uns gegenüber den großen Gefahren des Kommunismus, vor allem gegenüber den geistigen Gefahren, auf unsere christlichen Grundsätze besinnen müssen.

Wir müssen auch folgendes stark betonen: Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 haben wir uns zusammengefunden auf der Basis der Reaktion gegenüber dem Nationalsozialismus. Das Wort „christlich" paßt ja leider heute schon manchem aus unseren eigenen Reihen nicht mehr. Es ist aber eine große Aufgabe den christlichen Parteien, insbesondere unserer Partei hier in Deutschland, gestellt, und zwar der Abwehrkampf gegen den dialektischen Materialismus, gegen den Kommunismus.

Dieser geistige Kampf wird noch lange dauern. Er geht Hand in Hand mit dem politischen Machtkampf. Aber man soll in dieser ganzen Entwicklung nicht nur einen politischen Machtkampf oder einen wirtschaftlichen Machtkampf des Ostens sehen, wir müssen auch darin sehen einen geistigen Kampf, den wir unbedingt bestehen müssen. Und diesen Kampf kann nur eine Partei bestehen, die ihn führt vom Boden der christlichen Grundsätze aus. Diesen Kampf kann nicht bestehen eine sozialistische Partei. Dafür hat sie zuviel Verwandtschaft mit den kommunistischen Gedankengängen, dafür hat sie in ihren eigenen Reihen zuviel Leute, die in gewisser

Weise mit den Vorgängen dort sympathisieren und sich nur zu gern dadurch täuschen lassen, daß man auf dem Moskauer Parteitag die Sache etwas anders frisiert hat.

Diesen Kampf kann auch nicht bestehen eine liberale Partei. Sie sehen ja, wie es mit der liberalen Partei in Deutschland ist. Diesen Kampf kann nur bestehen eine Partei, die – wie ich eben sagte – den Kampf führt vom Boden der christlichen Grundsätze aus. Deswegen wird die Wahl des Jahres 1957 für unsere Partei entscheidend sein. Ob wir diese ungeheuer große Aufgabe werden erfüllen können, wenn wir in diesem Wahlkampf versagen, das bezweifle ich, aber ich fürchte dann, meine Freunde, um Deutschland und um den europäischen Westen. Daran erkennen Sie die Größe der Verantwortung, die wir tragen, und die Bedeutung der Wahl im Jahre 1957. Als wir den Kampf unter dem Namen „christlich" begonnen haben, haben wir damit eine ungeheuer große Verantwortung übernommen. Das Schicksal unserer Partei, das Schicksal Deutschlands und Europas hängt davon ab, wieweit wir uns bewußt sind, welche Verantwortung wir haben und wieweit wir die Kraft aufbringen, um in der Masse der Wähler mit unseren Ideen und Grundsätzen durchzukommen. *(Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, die außenpolitische und die innenpolitische Lage bei der Diskussion zu trennen.

Gurk: Wäre es nicht zweckmäßig, uns zunächst die Vorschläge von Herrn Dr. Heck mitzuteilen?

Adenauer: Damit wäre die Diskussion über das, was ich ausgeführt habe, erledigt. Es wäre mir sehr lieb, wenn wir wenigstens in eine kurze Diskussion über die Darstellung, wie ich sie gegeben habe, eintreten könnten. Man muß als Vorsitzender der Partei auch wissen, stimmen deine Leute im großen und ganzen mit dir überein oder nicht, oder gibt es noch andere Möglichkeiten, als ich sie aufgezeigt habe?

Von Hassel: Ich bin am Sonntag von einem Besuch in London zurückgekommen und darf kurz berichten von einer Sitzung im englischen Unterhaus, wo in einer außenpolitischen Debatte auch das Thema „Deutschland" angesprochen wurde und der britische Außenminister mit Nachdruck auf eine Frage der Opposition erklärt hat, daß die Wiedervereinigung Deutschlands als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Erhaltung des Friedens angesehen würde. In den ganzen Gesprächen, die man drüben führte, wurden zwei Dinge bei der Opposition und bei der Regierungspartei gleichermaßen betrachtet, daß a) die Währung in England zu erhalten sei und b) daß Deutschland an den Besatzungskosten englischer Truppen teilnehmen müßte. Diese beiden Fragen sind dort einheitliches Gedankengut.

Ich hatte das Gefühl, daß die Engländer sehr gern bereit sind, mit uns in ein gutes Verhältnis zu kommen, namentlich auch deshalb, weil sie die Situation in Frankreich nach dieser Wahl sehr schwierig beurteilen. Sie sagen, es sind immer noch Ressentiments in der Bevölkerung auszuräumen, aber sie können ausgeräumt werden. Voraussetzung ist, daß man von Deutschland aus bereit ist, das Thema der Tragung gemeinsamer Lasten zu diskutieren. Sie haben an der Erklärung von Herrn

Schäffer[31] kräftig Anstoß genommen und meinen, daß man darüber in ein Gespräch kommen müsse, sonst würde dieses Gefühl einer besseren Verbindung zwischen Deutschland und England sicher erheblich Schaden leiden.

Ich wollte einmal darauf hinweisen, daß hier Ansatzpunkte wären, um die Betrachtungsweise für das Thema „Wiedervereinigung" zu kräftigen.

Adenauer: Vielleicht kann man diese Frage, die Herr von Hassel angeschnitten hat, unter den größeren Gesichtspunkt stellen: Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und England überhaupt. Ich möchte aber nicht gern, daß man die Frage der Wiedervereinigung hinsichtlich der Unterstützung Englands unter das Zeichen „werden wir ein paar hundert Millionen bezahlen oder nicht bezahlen" stellt!

Was ich jetzt sage, ist absolut vertraulich. Auf der Londoner Konferenz im Oktober 1954, nach dem Zusammenbruch der EVG, als die Westeuropäische Union beschlossen wurde, kamen ausgerechnet die Engländer mit der Forderung, daß wir uns, ohne daß wir dazu verpflichtet gewesen wären – es widersprach den Pariser Verträgen –, auf dem Gebiete der Atomenergie, und zwar über die Herstellung von Atomwaffen hinaus auf dem rein wirtschaftlichen Gebiet weitere Zurückhaltung auferlegen sollten. Von den neun Ländern, die damals vertreten waren, war es ausgerechnet nur England! Der oberste Mann, den sie haben, der neulich hier war, suchte von mir geradezu durch Druck – das klingt schöner, als wenn ich ein anderes Wort wähle – eine Zusage zu erreichen, uns – entgegen dem uns in den Pariser Verträgen zugestandenen Recht – auf dem Gebiet der Atomforschung zur Verwendung für friedliche Zwecke vollkommene Zurückhaltung aufzuerlegen. Und jetzt kommen sie und bieten uns vollste Mitarbeit auf dem ganzen Gebiete an! Der Leiter der englischen Atomgeschichte war hier.[32] Sie wollen mit uns arbeiten und uns alles zeigen!

Daran muß ich denken, wenn sie jetzt kommen und von uns das Geld verlangen. Mit anderen Worten: Die Engländer können gute Freunde sein; sie sind aber auch gute Rechner und denken in erster Linie an ihren eigenen Besitz und an ihr eigenes Interesse, was ich keinem Volk übelnehmen kann. Nur tut es das eine Volk in stärkerem Maße als das andere, aber sie tun es – das habe ich auf der Londoner Konferenz gemerkt – in besonders starkem Maße. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß wir zu England gute Beziehungen pflegen sollen, auch auf dem Gebiete der Atomenergie. Ich bin weiter der Auffassung, daß man über die Kosten der Stationierung mit ihnen sprechen soll, und zwar in höflicher Weise.

Es war vielleicht nicht ganz richtig, daß das Bundesfinanzministerium mit dieser ganzen Sache viel zu stark in die Zeitungen gegangen ist. Deshalb hat sich auch Herr Conant bitter darüber beklagt, weil das in einem solchen Stadium der internen

31 Vgl. Bericht über ein Interview Schäffers mit United Press: „Schäffer droht dem Ausland. Stationierungskosten – eine Gefahr für die deutsche Währung" („Die Welt" vom 2. März 1956).

32 Empfang der Atom-Kommission am 26. Januar 1956 (TERMINKALENDER). Leiter der englischen Atombehörde war von 1954 bis 1959 Edwin Noel Plowden (geb. 1907).

Verhandlungen ein ungewöhnlicher Vorgang sei, was das Bundesfinanzministerium in die Zeitungen gebracht hat.

Lieber Herr von Hassel! Wenn wir mit dem Antrag an den Bundestag kämen, 500 oder 1.000 Millionen zu bezahlen – ohne daß Großbritannien ein Recht dazu hat –, dann weiß ich nicht, ob der Bundestag dafür eine Mehrheit aufbrächte. Ich habe eher Bedenken, daß der Bundestag sagen würde, seid ihr denn total verrückt, daß ihr in unserer Situation, wo wir diese Aufgaben vor uns haben, nun das Geld einfach hingeben wollt! Wir suchen deswegen einen anderen Weg – er ist auch von Kirkpatrick in einem Gespräch, das nicht bekanntgeworden ist, angedeutet worden –, nämlich zu versuchen, durch sofortige Anzahlung entsprechender Beträge bei der Bestellung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen den Engländern in ihrer augenblicklichen Situation etwas zu helfen. Aber man darf sich bei solchen Fragen nicht zu sehr beeindrucken lassen; wenn jemand etwas haben will, dann findet er immer schöne Worte, auch für die Wiedervereinigung. Ich glaube aber, daß die jetzige englische Regierung wirklich ernsthaft von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß es ohne die Wiedervereinigung Deutschlands keine Möglichkeit gibt, einen gesunden und dauerhaften Frieden in Europa herzustellen.

Die öffentliche Meinung in England ist allerdings nicht soweit. Ich habe Ihnen eben die Blätter genannt, die sich ablehnend verhalten haben. Aber ich darf damit schließen, daß ich an die Einladungen der Engländer erinnere. Wahrscheinlich wird auch Eden kommen. Wir freuen uns darüber. Es darf aber nicht zuviel kosten.

Von Hassel: Die Engländer wollen die Probleme über die OEEC lösen, und wir sind für EURATOM[33]. Sie haben ganz nüchtern gesagt wir wollen, daß die OEEC wirksam wird, weil das ein größerer Apparat ist und wir den Franzosen endlich einmal einen Riegel vorschieben können, die dauernd in die kleineren Organisationen hineingehen, damit sie überhaupt nichts zu machen und zu unternehmen brauchen.

Wenn der Engländer seine und unsere Lage betrachtet, dann ist es so, daß die englische Lage wahrhaftig alles andere ist als erfreulich. Denken Sie an die Erhöhung des Diskonts auf 5 $^1/_2$ %, an die Exportsituation. Für Schweden ist z.B. der englische Automobilexport nahezu ausgeschaltet; er ist heruntergegangen auf einen Bruchteil von früher. In der englischen Automobilindustrie arbeiten die 25.000 Beschäftigten nur drei Tage in der Woche, und warum, weil Deutschland mit dieser unerhörten Riesenanstrengung den Export für sich erobert hat. Wenn man diese Dinge zusammennimmt, bekommt man Verständnis dafür, daß die Engländer auch ihre Sorgen haben und darauf drängen, auch Barzahlungen zu bekommen. Man sollte also genau prüfen, was los ist, sonst wird sich der Bundestag eines Tages vor eine schwierige Situation gestellt sehen.

Adenauer: Ein Engländer hat mir vor Jahr und Tag gesagt, wenn die Engländer wirklich sechs Tage in der Woche arbeiteten, dann sähe es mit ihnen besser aus. Aber

33 Vgl. Peter WEILEMANN: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957. Baden-Baden 1983.

die machen freitags nachmittags Schluß, und dann fangen sie erst am Montag wieder an. Dann dürfen sie sich nicht beklagen, daß sie Mißerfolg haben.

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler wollte hören, ob wir mit seiner Beurteilung der Lage übereinstimmten. Er hat gestern gesagt, er lege ausdrücklich Wert darauf, daß wir, wenn wir mit ihm nicht übereinstimmten, das klar und deutlich sagen sollten, damit unsere Aussprache einen Sinn bekomme. Er hat dazu bemerkt, wir sollten uns von vornherein gegenseitig Absolution erteilen, wenn einer etwas sagt, was mit der Auffassung des anderen nicht übereinstimmt.

Herr Bundeskanzler! Ich habe eine Bitte: Wir müssen über die Saarfrage zu einer einheitlichen Beurteilung kommen. Ich halte es nicht für gut und nicht für richtig, daß alles das, was sich da tut, von Ihnen als Nationalismus bezeichnet wird. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Auch wir müssen ein nationalpolitisches Gesamtprogramm in uns tragen. Wenn wir das erreichen – und unser Volk umfaßt dieser Wille –, dann brauchen wir solche Worte nicht mehr. Was sich an der Saar getan hat, trotz Schneider, Herr Bundeskanzler, war eine Entscheidung im guten Sinne. Ich kenne Herrn Schneider, und ich weiß, daß er einmal Nationalsozialist war und daß vielleicht bestimmte Haltungen von daher heute noch in ihm nachklingen und nachhinken, aber ich möchte doch bitten, Herr Bundeskanzler, daß wir uns darin einig sind, daß die Entscheidung an der Saar eine nationale Entscheidung im guten Sinne gewesen ist, aus Treue zu unserem gesamten Volke. (*Zuruf:* Sehr gut!)

Ich möchte bitten, daß wir das nicht verkleinern, sondern daß wir das für uns, für die Christlich-Demokratische Union, als etwas Positives werten. (*Altmeier:* Sehr richtig!)

Zu dem Bild, Herr Bundeskanzler, das Herr Schneider – der sich im Jahre 1933 im Sportpalast zu Berlin mit dem Herrn von Papen in SA-Uniform hat fotografieren lassen – als Propagandamittel für die Politik an der Saar gebraucht hat, darf ich – und das scheint mir richtig zu sein, ich habe es wiederholt gehört – auf folgendes hinweisen: Der Mann hat das Bild nur veröffentlicht, weil es die Hoffmannsche Seite, die Christliche Volkspartei, am nächsten Tag als ein Mittel gegen Schneider gebraucht haben würde. Das ist, glaube ich, eine Tatsache, und das war der Grund, warum er das Bild vorweggebracht und dazu erklärt hat, wie das damals war. Er ist 1935 aus der Partei ausgeschieden, (*Adenauer:* Aus persönlichen Gründen!) weil er Krach mit dem Gauleiter bekommen hat. Er hat sich dann – ich habe mich nach diesem Mann erkundigt – als Anwalt nach 1935 immerhin Verdienste erworben. Er hat Leute, die vom Dritten Reich verfolgt worden sind, auch Juden, mit Bravour und mit Mut verteidigt! Ich wollte das sagen, Herr Bundeskanzler, und ich glaube, es wirkt richtig, wenn wir das gebrauchen.

Dann habe ich zu erkunden versucht, ob diese Sache mit dem Angebot von Hoffmann, nämlich eine Vereinigung zu einer Gruppe herbeizuführen, wenn Herr Ney in seine Partei vier oder fünf Abgeordnete als Kandidaten übernommen hätte, stimmt. Die Sache ist nicht verbürgt, Herr Bundeskanzler! Es ist wohl das eine oder

andere Gespräch versucht worden, aber ein förmliches Angebot dieser Art lag nicht vor.

Ich möchte deshalb bitten, daß wir das nicht mehr gebrauchen, und ich möchte wünschen, daß wir in der Beurteilung der Saarfrage zu einem einheitlichen Ausdruck kommen, auch auf unserem Parteitag demnächst; denn das scheint mir von Wichtigkeit zu sein.

Ich habe noch eine Bitte in bezug auf die Presse. Ich kann Ihnen nicht darin folgen, daß die große Presse gegen uns, die christlichen Demokraten, ist. Ich lese die „Welt" mit Aufmerksamkeit. Ich lese die „Frankfurter Zeitung" mit Aufmerksamkeit. Ich lese eine dritte große Zeitung mit Aufmerksamkeit, die zweimal in der Woche erscheinende „Deutsche Zeitung", die von Stuttgart kommt. Ich habe den Gesamteindruck, daß die Leute gewiß an Einzelhaltungen von uns Kritik üben, daß sie aber insgesamt nicht etwa die Dehlersche Haltung gutheißen. (*Adenauer:* Das hat die „Welt" ausdrücklich getan!) Ab und zu! Ich habe die Artikel von dem Herrn Schröder[34], von dem Bonner Korrespondenten der „Welt", mit Aufmerksamkeit gelesen, und ich habe den Eindruck, daß die „Welt", die „Frankfurter Zeitung" und die „Deutsche Zeitung" um uns werben und daß sie durchaus ein Verständnis dafür haben, was die Christlich-Demokratische Union für den Weitergang der Politik in Deutschland bedeutet.

Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß Sie nicht alles verurteilen! Ich bin der Meinung, daß die Presse dem gerecht zu werden versucht, was die Wiedervereinigung anlangt. Ich stimme mit Ihnen vollkommen darin überein, daß die Wiedervereinigung nicht isoliert betrachtet werden darf. Ich weiß, daß zu einer Wiedervereinigung wir nur kommen können im Zusammenhang mit den großen politischen Fragen, die für das Schicksal unseres Volkes eine Rolle spielen. Aber wir müssen für die Wiedervereinigung den rechten Ausdruck finden. Wir müssen an die 18 Millionen Menschen denken, deren Gesamtsituation so ist, daß sie auf die Dauer nicht mehr ertragen können, von uns getrennt zu sein.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß es keine isolierte Lösung gibt und daß wir uns auch störend äußern können mit dem Blick auf andere, aber wir müssen doch hier einen Ausdruck finden, der uns das Vertrauen unserer Menschen drüben erhält.

Adenauer: Meine Freunde, Ich denke nicht daran, auf dem Parteitag die Saarfrage zu erörtern! Ich habe die Saarfrage hier angeschnitten, damit – nehmen Sie mir das Wort nicht übel – unser Glaube an die Menschheit nicht zu stark über den Verstand triumphiert. Nehmen Sie auch das nicht übel, Herr Kaiser – das ist bei Ihnen ein Geburtsfehler –, Sie sind ein solcher Idealist, daß Sie von anderen Leuten ohne weiteres annehmen, auch diese seien Idealisten. Ich nehme das nicht an. Das ist der Gegensatz zwischen uns. Ich traue nur erprobten Leuten; ich traue nicht unerprobten Leuten! Ich bin nach wie vor der Auffassung – das darf ich Ihnen gegenüber auch

34 Georg Schröder (1905–1987), 1948–1950 Chefredakteur der „Norddeutschen Zeitung", 1950–1953 Leiter des Büros der „Die Welt" in Hannover und 1953–1973 in Bonn.

sagen –, daß wir in der ganzen Saarpolitik eine große Dummheit gemacht haben. Sie werden es erleben!

Was hier nicht bekannt sein kann, will ich Ihnen vertraulich sagen. Am 5. und 6. Oktober, zwei Tage, ehe ich erkrankte, bin ich in Luxemburg zusammengewesen mit Faure und Pinay und habe ihnen gesagt, nachdem die Russen sich auf der Genfer Konferenz so verhalten haben, können Sie nicht von uns verlangen, daß wir bei dem Satz des Saarstatuts bleiben, daß die Frage der Zugehörigkeit der Saar endgültig erst im Friedensvertrag entschieden werden soll. Das ist unmöglich. Sie muß spätestens in drei bis vier Jahren entschieden werden. Dann muß die Abstimmung erfolgen. Und weder Faure noch Pinay hat dem widersprochen. Sie werden erleben, daß trotz all der Geschichten, die vorgekommen sind, es noch einige Jahre dauern wird nach menschlichem Ermessen, bis die Saar zu uns zurückkommt. Ich will die Frage des Moselkanals nicht hineinwerfen, aber die Angelegenheit hat sich in Frankreich so zugespitzt, daß nunmehr die Frage lautet: entweder Moselkanal oder Rückgliederung der Saar. Wenn der Moselkanal nicht konzediert wird, dann wird die Rückgliederung der Saar noch lange dauern.[35]

Diesen Dingen muß man ins Auge sehen. Es wird auch von Nordrhein-Westfalen aus Sturm gelaufen gegen den Moselkanal. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hat ausdrücklich, als er mir vorgestern seinen Besuch machte, davon angefangen und auf den Widerspruch aufmerksam gemacht. Die FDP wimmelt es heute – ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben – deshalb ab, weil der Herr Dehler seinerzeit, als er in Paris war, einen Brief geschrieben hat, man müsse, um die Saar zurückzubekommen, eventuell den Moselkanal aufgeben.[36] Der Brief ist in der Welt, und infolgedessen biegt er jetzt ab. Wie sich die Sozialdemokraten stellen werden, weiß ich nicht, aber im Innern des Landes wird die Frage des Moselkanals eine große Rolle spielen. Sie wird unnötigerweise viel Staub aufwirbeln, und die Erledigung der Saarfrage wird dadurch verzögert werden.

Die französische Regierung hat sich gegenüber den ganzen Vorgängen an der Saar sehr gut benommen. Pinay hat mir in Rhöndorf gesagt, wir sind Demokraten, wir sehen in der Ablehnung des Statuts eine Kundgebung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung, zu Deutschland zurückzukehren, und wir werden diesen Standpunkt respektieren. (*Altmeier:* Na also!) Das war sehr großmütig; denn Sie dürfen nicht vergessen, daß damit eine zehnjährige Saarpolitik Frankreichs liquidiert worden ist.

Ich habe auf die Saar unter zwei Gesichtspunkten hingewiesen: 1. mißtrauisch zu sein gegenüber allem und 2. darauf zu achten, daß nach der Meinung dieser FDP-Leute der Herr Schneider ihr Leiter werden soll. Und nun schweigen Sie mir bitte von Herrn Schneider! Lassen wir über das Thema „Dr. Schneider" kein Wort mehr sprechen! Lesen Sie doch mal die Rede, die Herr Schneider in Tübingen gehalten hat. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die müssen Sie lesen, und dann können Sie vielleicht über Herrn

35 Vgl. SCHMIDT 3 S. 519–524.

36 Zur Haltung Dehlers nach den Pariser Verhandlungen (mit Nachweisen) KLINGL S. 179–183.

Schneider ein Urteil fällen. Sie haben gesagt, Herr Kaiser, der Mann habe 1935 als Rechtsanwalt treu und bieder da gelebt und mit Bravour vielen geholfen. (*Kaiser:* Ich habe zunächst von dem Bild gesprochen!) Gut, das werde ich noch gebrauchen und es der FDP stark unter die Nase halten. Wenn der Herr Schneider wirklich Vorsitzender der FDP in Deutschland werden sollte, dann werden wir von diesem Bild noch häufiger sprechen müssen. Das Ganze ist doch bezeichnend! Nehmen Sie den Achenbach, nehmen Sie überhaupt die ganze Gesellschaft, die hängen doch zusammen wie die Kletten; das ist doch alles Speck und Schwart von einer Art!

Gradl: Das, was wir gestern und heute über die Wahl in Baden-Württemberg gehört haben, hat gezeigt, daß diese Wahl – nicht in ihrem Ergebnis, aber mit dem Verlauf des Wahlkampfes – tatsächlich der Probefall für die Bundestagswahl gewesen ist. Sie haben die drei Schwerpunkte der innenpolitischen Auseinandersetzung genannt. Wir sollten uns heute darüber klarwerden, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 1957.

Ich möchte drei kurze Anregungen geben:

1. Ich wüßte gern, welche gesetzgeberischen Aufgaben wir in der nächsten Zeit haben, die im Blick auf die Öffentlichkeit heikel sind. Wenn wir solche Aufgaben noch vor uns haben, wird es zweckmäßig sein, daß wir sie schnell erledigen. Ich habe gestern zufällig in einem Gespräch mit Heinrich Krone gehört, daß die Soldatengesetze noch einige Schwierigkeiten bringen werden. Wir müssen uns überlegen, ob es zweckmäßig ist, die Schlußfolgerungen aus diesen Gesetzen, wie die Gestellungsbefehle usw., zu nahe an den Bundestagswahlkampf heranzulegen. Ich weiß, daß das Empfinden der Öffentlichkeit sehr verschieden ist, aber da wir jetzt eine Planungsarbeit für den Wahlkampf machen müssen, sollten wir uns diese Dinge einmal gut überlegen.
2. Es ist schon in der vorigen Vorstandssitzung hier das Unbehagen darüber zum Ausdruck gekommen, daß die Partei nicht mehr eine gute öffentliche Meinung finde. Die Diskussion über die Presse heute ist ein Beispiel dafür. Die Schuld daran liegt sicher auch bei uns. Es ist in der Vergangenheit einiges geschehen und gesagt worden, was gegenüber der größten Partei in der öffentlichen Meinung Stoff zum Kritisieren geboten hat. Ich habe nicht die Absicht, irgend etwas aus der Vergangenheit hervorzuholen, ich meine nur, wenn wir systematisch planen für den nächsten Sommer, dann müssen wir nach Möglichkeit ärgerniserregende Dinge aus unseren eigenen Reihen vermeiden. Es wäre z.B. sehr ungeschickt, wenn in Schulfragen oder vergleichbaren Dingen in den Ländern immer noch eine besondere Aktivität gezeigt würde. Vielleicht sollte man bestimmten Stellen in den Ländern raten, das jetzt nicht zu tun, damit wir nicht in der Öffentlichkeit solche Dinge verzerrt vorgesetzt bekommen mit dem Beigeschmack, das ist eine ausgesprochen klerikale Partei.

Ich nehme an, daß das, was ich meine, verstanden worden ist und daß ich nichts Genaueres zu sagen brauche.

Noch ein letztes Wort mit dem Blick auf den Bundestagswahlkampf. Ich will das ganz nüchtern tun und alle Gefühlsmomente beiseite lassen. Wir haben an dem Wahlkampf in Baden-Württemberg gesehen, daß das Thema „Wiedervereinigung" von

den Oppositionsparteien stark in den Vordergrund geschoben worden ist. Daß sie an die Macht wollen, ist klar, und es ist ihr gutes Recht. Daß wir uns dagegen wehren, ist auch unser Recht. Wirtschaftlich und sozial – das haben Sie richtig gesagt – haben sie keinen Ansatzpunkt. Daher bleiben also nur die politischen Dinge übrig. Ich bin davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung als Wahlkampfthema mit einer Vehemenz sondergleichen in den Vordergrund geschoben wird.

Nun frage ich mich, wiederum unter dem Gesichtspunkt des Wahlkampfes, der vor uns steht, wie können wir dem begegnen? Ich habe heute in der „Frankfurter Zeitung" den Aufsatz von Baumgarten[37] gelesen „Atlantische Politik der Wiedervereinigung".

Baumgarten ist ein Mann, der uns zumindest nicht übelgesonnen ist, der sich also bemüht, diese schwierige Frage der Öffentlichkeit in unserem Sinne klarzumachen. Wenn Sie aber diesen Aufsatz lesen, dann merken Sie erst, wie schwierig es für uns ist, in der Auseinandersetzung mit der anderen Seite nun klarzumachen, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß der Weg, den die Sozialdemokraten und die 104 evangelischen Pfarrer vorschlagen, der falsche ist.

Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt – und ich unterstreiche das völlig –, daß wir behutsam sein müssen in der Anmeldung unserer Forderungen auf die Wiedervereinigung. Behutsam – ja, aber man darf es uns auch nicht zu schwer machen. Sie haben wörtlich gesagt: Wir dürfen das Ausland nicht dazu bringen, daß sich die Meinung durchsetzt, was sollen wir uns mit den Deutschen, die jetzt schon nationalistische Zuckungen zeigen, noch beschäftigen! Ich weiß, wie groß diese Gefahr tatsächlich ist, aber wir und vor allem Sie müssen den Ausländern klarmachen, daß wir, wenn wir über die Politik der Wiedervereinigung nicht zu einem überzeugenderen Weg vor der Öffentlichkeit kommen, dann tatsächlich Gefahr laufen, daß nach 1957 das Ausland es dann nicht mehr mit uns zu tun haben wird, sondern mit den Deutschen, die heute nationalistische Zuckungen zeigen. Ich meine damit, daß wir versuchen müssen, mit den Westmächten, insbesondere natürlich mit Amerika und England, einen Ausdruck für den gemeinsamen politischen Weg zur Wiedervereinigung zu finden, der die deutsche Öffentlichkeit überzeugt, damit sie nicht sagt, das sind doch nur Redensarten.

Die Schwierigkeit, der Sozialdemokratie und den Leuten um Heinemann in der öffentlichen Diskussion zu begegnen, liegt darin, daß diese Seite das eindruckmachende Argument zur Verfügung hat, die CDU wolle weiter nichts als die Eingliederung in die NATO und die Wiederbewaffnung. Und es ist sonnenklar, daß wir von den Sowjets die Freigabe der Sowjetzone und die Wiedervereinigung nicht bekommen, wenn die Bundesrepublik in der NATO bleibt mit ihrer Bewaffnung. Dieser Argumentation müssen wir etwas entgegenzusetzen haben; wir müssen sehen, ob wir mit den beiden entscheidenden Westmächten für die Stellung Deutschlands in der NATO in der

37 Dr. Hans Baumgarten (1900–1968), 1923–1933 Chefredakteur des Wirtschaftsressorts des „Berliner Börsen-Couriers", 1946–1948 Mitgründer und Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung", 1949–1965 Mitherausgeber der FAZ.

Entwicklung von gewissen Ideen, die Herr Eden in seinen Plänen entwickelt hat[38] – wovon mir übrigens der eine gar nicht gefällt –, einen Plan und eine politische Linie finden können, die in der Öffentlichkeit überzeugend wirken. Ich weiß, daß das heikel ist. Ich weiß, daß das schwer ist, aber ich bin der Überzeugung, wenn wir das nicht schaffen, werden wir es im Wahlkampf ungeheuer schwierig haben. Wir müssen dann die Sorge haben, daß wir ihn nicht so bestehen, wie wir ihn bestehen wollen.

Herr Bundeskanzler! Ich hoffe genau wie Sie, nachdem dieser Disput gewesen ist, daß wir auf dem Parteitag über die Saar nicht sprechen; denn ich verstehe, was Sie zu Ihrer Haltung in der Saarfrage veranlaßt hat. Wahrscheinlich mußten Sie so sprechen, aber in der Öffentlichkeit wird das gegen uns ausgemünzt. Deswegen ist es besser, wir ziehen einen Strich darunter und freuen uns, daß an der Saar eine im deutschen Sinne so positive Entwicklung zustande gekommen ist, wobei wir – da stimme ich Ihnen zu – mal ausnahmsweise die Gelegenheit haben, Frankreich ein sehr positives Wort über sein Verhalten zu sagen.

Adenauer: Herr Gradl hat drei Hauptpunkte angeschnitten. Ich nehme an, daß Herr Krone auf die gesetzgeberischen Aufgaben zurückkommen wird. Zweitens hat er von den kirchlichen Stellen gesprochen. Darauf möchte ich ihm etwas sagen. Ich stimme völlig mit ihm überein und bemühe mich fortgesetzt in dem Sinne, daß kirchliche Stellen doch einsehen mögen und einsehen müssen, was hier auf dem Spiele steht. Das gilt für katholische Stellen – dafür vielleicht in erster Linie –, das gilt aber auch für evangelische Stellen. Ich erinnere an die ganze Geschichte mit den Onkel-Ehen.[39] Nach meiner Meinung könnte man die ganze Sache durch einen gesetzgeberischen Akt aus dem Wege schaffen. Aber auch da sind Schritte von seiten des Auswärtigen Amtes geschehen, auch in persönlicher Rücksprache mit dem Papst. Ich werde in diesem Sinne tätig sein.

Zu der Frage der Wiedervereinigung möchte ich mit Ihnen, Herr Gradl, zu einer Übereinstimmung kommen. Ich muß Ihnen sagen – ich darf es sonst nicht so kraß sagen, hier darf ich es tun –, was mir in erster Linie vor Augen schwebt. Mir schwebt in erster Linie vor Augen, daß nicht die Bundesrepublik auf den Altar der Versöhnung zwischen West und Ost geworfen wird. Das ist die große Gefahr, die mir vor Augen schwebt. Damit würde auch der Ostzone nicht geholfen sein. Damit wäre das Schicksal der Ostzone mit ihren 18 Millionen Menschen auch erledigt. Glauben Sie mir, daß ich die Frage der Wiedervereinigung keinen Tag unberücksichtigt lasse, aber ich wiederhole nochmals, ich habe die große Sorge – und namentlich bei der

38 Vorschlag der britischen Regierung vom 29. Januar 1954 für die Wiedervereinigung Deutschlands („Eden-Plan"), vorgelegt auf der Berliner Außenministerkonferenz (Text in: Die Viererkonferenz in Berlin, Reden und Dokumente. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin 1954 S. 58ff.), und Vorschlag der Regierungen der drei Westmächte vom 28. Oktober 1955 betr. einen Plan für die Wiedervereinigung („revidierter Eden-Plan"), vorgelegt auf der Konferenz der Außenminister in Genf (Europa-Archiv 1956 S. 8517ff.).

39 Vgl. Nr. 3 Anm. 12.

Entwicklung, die die nationalistische Richtung in Deutschland zu nehmen droht –, daß wir schließlich von allen verlassen das Opfer auf dem Altar der Versöhnung werden, wie es der Herr Pineau machen will.

Denken Sie daran, daß die Regierung Mollet[40]/Pineau erklärt hat, Sowjetrußland habe zwar den Freundschaftsvertrag Sowjetrußland-Frankreich als erledigt erklärt, Frankreich betrachte ihn jedoch nicht als erledigt. Und dann lesen Sie nach, was in dem Freundschaftsvertrag vom Jahre 1944 steht![41] Lesen Sie die Artikel 2, 3 und 4; das sind die maßgebenden Artikel; das ist nichts anderes als ein Bündnisvertrag Sowjetrußlands und Frankreichs gegen Deutschland! Diese Gefahr ist wesentlich größer, als Sie denken.

Dem Wort „behutsam" möchte ich „wachsam" hinzufügen; behutsam und wachsam in dieser ganzen Frage! Nun habe ich aus der letzten Rede, die Herr Erler über den Rundfunk in Hessen gehalten hat[42], gemerkt – obgleich Erler in gewisser Beziehung ein Einzelgänger in seiner Fraktion ist –, daß man da anfängt, die Dinge realistischer zu sehen; denn er hat in dieser Rede ausgeführt, daß die allgemeine Abrüstung mit der Frage der Wiedervereinigung im engen Zusammenhang steht. Darin hat er recht. Das ist auch immer meine Meinung gewesen.

Wenn wir die Frage der Wiedervereinigung nützen wollen, müssen wir versuchen, in erster Linie diese Fragen der allgemeinen Abrüstung herauszustellen; denn das ist die Grundfrage auch für die Sowjets. Sie haben zwar nicht erklärt, dann bekommt ihr die Zone zurück, aber sie haben gesagt, wie sehr sie sich bedrückt fühlen durch die ungeheuren Kosten, die sie für die Aufrüstung aufwenden müssen, und daß sie dadurch nicht in der Lage seien, ihre sozialen Aufgaben rechtzeitig zu erfüllen. Daher müssen wir uns ganz einsetzen für die Lösung der großen Aufgaben. Aber, Herr Gradl, politische Bedeutung hat ein Land wie Deutschland, das doch den Nationalsozialismus hinter sich und den Krieg heraufbeschworen hat, nicht mehr viel. Und alles, was wir jetzt erleben, wäre nicht so unvermittelt und plötzlich über die Welt hereingebrochen, wenn nicht der Nationalsozialismus und nicht der Krieg gewesen wären. Daher müssen wir versuchen, unseren politischen Einfluß zu vermehren, um ihn dann für diese großen Aufgaben einzusetzen. Dazu gehört, daß wir die Verpfichtungen erfüllen, die wir mit der Aufrüstung auf uns genommen haben.

Ich versichere Ihnen – ich habe das gestern auch gesagt –, wenn wir eine Anzahl Divisionen stehen haben, dann gilt auch in außenpolitischen Dingen unser Wort viel mehr, als wenn wir sie nicht da stehen hätten. Die ganzen Verhältnisse auf außenpolitischem Gebiet sind z.Z. so in Fluß – Sie wissen, daß Herr Staatssekretär

---

40 Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker; 1946–1969 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, 1946–1947 und 1959 Staatsminister, 1954–1956 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, 1956–1957 Ministerpräsident. Die Regierung war seit dem 1. Februar 1956 im Amt (AdG 1956 S. 5597f.).

41 Sowjetisch-französischer Bündnis- und Beistandspakt vom 10. Dezember 1944 (Europa-Archiv 1947 S. 1046).

42 Zu Erlers Vorstellungen SOELL 1 S. 195–218; KLOTZBACH S. 356–362.

Hallstein nach London unterwegs ist mit den Vorschlägen von Eisenhower[43] –, daß man auf dem Gebiet vielleicht plötzlich eine gute Entwicklung erlebt. Unsere Haltung zu dem Problemkreis können wir, wenn wir ein halbes Jahr weiter sind und die Entwicklung überschaut haben werden, genau abgrenzen.

Krone: Ich darf etwas zu den politisch heiklen Gesetzen sagen. Heikel ist nur das Wehrpflichtgesetz, das wir, wenn es gutgeht, noch vor den Parlamentsferien verabschieden wollen, und zwar deshalb heikel, weil ich befürchte, daß hier eine neue „Ohne-mich-Parole" aufkommen könnte, nicht so sehr bei uns als bei der SPD, bei Heinemann und in gewissen evangelischen Kreisen und bei einem Teil der FDP. Ich sehe vielleicht zu schwarz. In unseren Reihen ist keine Diskussion mehr; das haben die Wahlen bewiesen.

Die SPD hat etwas kalte Füße bekommen im Lande durch ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung. Das konnte man schon merken bei der Wahl in Baden-Württemberg, und das wirkt sich, je näher die Wahl herankommt, um so mehr aus. Die Bayernpartei sagt: keinen Zwang, Freiwilligkeit genügt. Hier sehe ich eine Gefahr. Eine Schwierigkeit sehe ich nicht in der parlamentarischen Erledigung, aber für den Wahlkampf, der um so größer wird, als es uns nicht möglich sein wird, den Einfluß von Dehler zu verhindern. Ich habe immer betont, wir können rechts von uns keine Partei in Freiheit wildern lassen im Volk. Nun, Herr Dehler ist dabei, das zu tun.

Ich weiß, wie schwierig es ist, Dehler zu binden. Wir werden von der Fraktion aus den Akzent auf die demokratische Arbeitsgemeinschaft legen, auf Wellhausen usw., aber es ist die Gefahr da, daß sich die anderen finden mit den Sozialdemokraten, auch in dieser Geschichte. Die anderen sagen gegenüber dem Wachwerden des Nationalismus, der hat bisher keine große Rolle gespielt. Die SPD wird bestimmt mit dieser These einsteigen, auch der Liberalismus. Und Düsseldorf – vestigia terrent! Wir müssen klar sehen, daß da nicht etwas kommt, was eine Mehrheit im Bundestag erhält. Und nur deshalb haben wir am Mehrheitswahlrecht festgehalten, um etwas Derartiges zu unterbinden. Das muß man sehen bei einer Kritik am Mehrheitswahlrecht. Wenn es möglich gewesen wäre, das unterzubringen, wäre es ein großes nationales Verdienst gewesen. Das ging aber nicht. Das war unsere letzte Begründung: Sicherung der Politik, wie wir sie bisher betrieben haben – nicht, daß wir an der Macht bleiben wollten. Die Gefahr, daß das unterbrochen wird, ist ohne weiteres da.

Wenn nun die SPD und diese Liberalen mit ihrer Animosität gegen die Wehrpflicht, mit Wiedervereinigungsparolen – geschürt von Herrn Sorin – usw. kommen, dann müssen wir ernstlich überlegen, was wir dagegen tun. Ich bin kein Pessimist, aber das müssen wir einmal ganz nüchtern und ruhig sagen. Darum begrüße ich Ihre Worte, Herr Bundeskanzler, die Sie zur Abrüstung gesagt haben. Wenn wir das im nächsten Jahr sagen und auch in der praktischen Politik natürlich anstreben, dann bringt uns das weiter voran auf dem Gebiete der Außenpolitik und auch in der Wiedervereinigung.

---

43 Abrüstungsvorschläge, vor allem Einstellung der Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben, vom 5. März 1956 (Text in AdG 1956 S. 5664).

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich zögere eigentlich in diesem Augenblick, in der Diskussion etwas zu sagen, weil ich nicht ganz mit dem einverstanden bin, was mein Freund Krone hier gesagt hat. In meinen politischen Laienverstand will es nicht richtig hinein, daß wir auf der einen Seite unser Augenmerk richten sollen, und sicher auch richten müssen, auf einen internationalen Tatbestand, auf einen internationalen Vorgang, den man Abrüstung im Weltmaßstab nennen kann – für den wir alle sicher zu haben sind –, auf der anderen Seite aber einen Termin von sechs Monaten stellt und in dieser Zeit ein zweites Soldatengesetz mit Wehrpflicht machen soll. Ich hielte den Mund und setzte mich sofort hin, wenn der Herr Bundeskanzler als Chef der Regierung und dafür Verantwortliche sagen würde: Meine Herren! Ob es Ihnen paßt oder nicht, dieses Wehrpflichtgesetz muß gemacht werden als Konsequenz der Pariser Verträge, genauso wie Sie gestern und vorgestern diese Grundgesetzänderung und das Soldatengesetz gemacht haben. Aber noch ist das nicht mit Präzision ausgesprochen worden. Gewiß, von Terminen spricht man schon. Wenn das gemacht werden muß, gut, dann bin ich auch der Meinung, lassen Sie es uns machen, und lassen wir nicht viel darüber reden. Wenn das aber nicht unbedingt gemacht werden muß, dann laßt uns den Versuch machen, erst die Wahl ohne die Hypothek der Wehrpflicht zu gewinnen, um dann nachher zu sehen, wie wir durchkommen. Ich bin nicht der Meinung, daß damit die Bewaffnung der Bundesrepublik gefährdet wäre. (*Zuruf:* Kein Einberufungsbefehl!)

Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie an die Milizerklärung von General Heusinger[44] vor den Wahlen in Baden-Württemberg, wo mir sechzigjährige Männer gesagt haben, Herr Bundestagspräsident, die Miliz kommt, das ist wie beim Volkssturm. Sie haben uns immer von Europa erzählt, und dafür sind wir zu haben, aber jetzt spricht der General Heusinger von der Miliz.[45]

Ich mache nur darauf aufmerksam, daß hier eine große Belastung in weiten Kreisen der Bevölkerung vorliegt, die zu überwinden für uns sehr schwierig sein wird. Wenn es sein muß, schön, aber wenn es nicht unbedingt sein muß, vor allem im Rahmen eines großen Versuchs zwecks Unterstützung einer internationalen Abrüstungspolitik, dann würde ich empfehlen, die Hände davonzulassen.

Lassen Sie mich etwas zu der Geschichte mit dem Nationalismus sagen. Wenn davon die Rede ist – so sagt man draußen –, das überhört der Gerstenmaier nicht, da haut er immer drauf. Es gibt auch CDU-Leute, die mir Briefe schreiben und vorrechnen, wieviel hunderttausend Stimmen es die CDU koste, weil sie sich nicht genug national kostümiere. Solche Briefe könnte ich Ihnen vorzeigen. Ich finde, daß wir uns mit dieser Sache in einer schwierigen Situation befinden. Ich finde, mein lieber Freund Kaiser, daß wir nicht tief genug hier unsere Aufmerksamkeit

44 Adolf Heusinger (1897–1982), 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, 1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte, 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 114 Anm. 16).

45 Vgl. FAZ vom 3. März 1956 „General Heusinger kündigt eine Miliz an".

auf einen Tatbestand richten, den wir in der Weimarer Republik an einem anderen Beispiel erlebt haben; denn ob Adolf Hitler an die Macht gekommen wäre ohne die Kriegsschuldlüge von Versailles, ist eine Frage. Sicher ist, daß die Kriegsschuldlüge von Versailles Adolf Hitler den Start erleichtert hat; denn damit ist ein moralischer Stachel hineingekommen in die rasante Entwicklung des deutschen Nationalismus, die dann zum 30. Januar 1933 geführt hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hieß dieser Stachel: Wiedervereinigung. Das ist genauso, wie es damals in der Weimarer Republik war. Es ist wahr, daß es eine Kriegsschuldlüge gegeben hat, daß Versailles gegen die gottgewollte Ordnung gerichtet war. Und genauso ist jetzt der Tatbestand der Spaltung Deutschlands ein kaum zu ertragender Tatbestand. Und dieser Tatbestand wird jetzt genauso wie damals die Kriegsschuldlüge zur Entfesselung des Nationalismus benutzt. Wir sehen, daß der Tatbestand der Spaltung Deutschlands zur Entwicklung des Neonationalismus führt – ich sage nicht des Neonationalsozialismus, sondern des Neonationalismus. Und das ist der Tatbestand, aufgrund dessen sich jetzt die FDP und Herr Dehler zu dieser Politik entschlossen haben. Hier wird mit der Wiedervereinigung Mißbrauch getrieben. Hier tut Dehler etwas, was im Blick auf die rechtsstaatliche Integrität unerlaubt ist. Und man muß demnächst mit der SPD und der FDP, wenn es nicht anders geht, öffentlich ein klares Wort sprechen und an diesem Punkt klipp und klar den Fehdehandschuh hinwerfen. Ich sage das deshalb so deutlich, weil wir das vielleicht schon in Stuttgart tun müssen. Das muß heraus! Dieser Mißbrauch der Wiedervereinigung in Form eines falschen Nationalismus mit dem Schicksal eines großen Teiles des deutschen Volkes, diese Schweinerei muß endlich ein Ende haben! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, mit einer solchen Wiedervereinigungspolitik wird unser ganzer Blick und das Blickfeld verengt. Man meint, wir spekulierten den Leuten vor, und man tut so, als ob die Frage der Wiedervereinigung im wesentlichen eine Frage der nationalen Initiative wäre, obwohl doch jeder Einsichtige weiß und wissen muß, ganz gleich, ob er unsere Politik mitmacht oder nicht, daß sie eine Funktion der internationalen Politik und ihrer Entwicklung ist. (*Zuruf:* Beides!)

Mein lieber Freund! Hier muß ich Ihnen entgegenhalten, es ist einfach unerhört, wie kann Herr Schütz(?)[46] in einer dubiosen Sprachregelung den Leuten ins Gehirn blasen, daß die Wiedervereinigung von unserer Entschlossenheit abhinge, und weil wir sie nicht hätten, müsse es an unserer Entschlossenheit irgendwie mangeln. Mit solcher Agitation sind verbunden Angriffe gegen den Bundeskanzler persönlich, daß er etwas anderes im Kopfe habe oder daß er es nicht ganz ehrlich meine und nicht ganz entschlossen sei. Eine solche Unverschämtheit steckt z.B. auch in dem Brief der 104

46 Wahrscheinlich Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz (geb. 1911), bis 1951 Korrespondent der NZZ in London, 1951–1957 politischer Berater des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, 1957–1972 geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Zu den Auseinandersetzungen um Schütz vgl. KOSTHORST S. 105, 306f.

evangelischen Pfarrer mit vielen konfessionellen Argumenten und Ressentiments. Das Ganze ist eine unerträgliche Geschichte! Sie ist so verlogen wie sonst etwas, aber höchst gefährlich! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Herr Bundeskanzler! An einem Punkt möchte ich Ihnen widersprechen. Bis jetzt ist es nämlich so, daß diese Geschichte zwar grassiert in den uns oppositionell gegenüberstehenden Gruppen des Bundestages und in den darum gruppierten politischen Formationen, daß sie sich aber noch nicht durchgesetzt hat in der Masse des Volkes, was zu erhärten ist an dem Ergebnis des Wahlkampfes in Baden-Württemberg. Es ist wahr, daß Heinemann in Freudenstadt-Calw 17 % der Stimmen bekommen hat, aber im ganzen hat er in Baden-Württemberg genau 1,5 % bekommen, und das ist immerhin ein Tatbestand, auf den man hinweisen kann. Ich komme deshalb darauf zurück, weil ich der Meinung bin, daß wir dann, wenn wir uns in diesem Punkt zu einem offensiven und nicht zu einem defensiven Verhalten entschließen, eine Chance haben, diese Geschichte in der Masse der Bevölkerung noch zu retten. Aber es ist an der Zeit, daß wir das tun, daß wir es klar und schonungslos tun und nicht defensiv. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Zur Saar! Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns in der Saarfrage auf stille Defensive einstellen sollten. Die Saar ist heute an diesem Punkt allein aufgrund der Politik, die der Bundeskanzler gemacht hat, und jetzt sollen wir aufhören, das den Leuten zu sagen! Jetzt sollen wir uns in eine milde Defensive und entschuldigende Position stellen! Ich tue das jedenfalls nicht! Waren wir denn nicht von Anfang an dabei bei dieser Politik? Haben wir nicht im Europarat vom Jahre 1950 ab gekämpft? Sind wir nicht in London und in Paris gewesen, wo Herr Dehler der Sprachregelung zugestimmt hat, die besagt, daß man diese Pariser Verträge habe machen müssen, um überhaupt den Status quo an der Saar zum Durchbrechen zu bringen? Es tut mir heute noch leid, daß leider im Flugzeug von Paris Herrn Hallstein diese Sprachregelung wieder entwunden wurde. Herr Dehler hat zugestimmt. Leider hat Herr Hallstein gemeint, man könne das den Franzosen nicht zumuten. Kurz und gut, einer defensiven Haltung in der Saarfrage kann ich nicht zustimmen; ich will in dieser Sache Klarheit und werde unablässig darauf hinweisen, wie die Begründung zusammenhängt.

Zum Schluß ein Wort zu den diskreten Andeutungen von Herrn Gradl über die Schulpolitik! Wir haben gewiß in diesem Wahlkampf schwer und ernst damit zu tun gehabt, daß der CDU vorgehalten wird, sie sei eine klerikale Partei. (*Zuruf:* Das ist eine der gefährlichsten Wahlparolen gegen uns!) Sie ist deshalb so gefährlich, weil sie in einem Zeitpunkt der Resäkularisierung erfolgt. Gewiß haben wir es damit schwer, und wir werden es noch schwerer haben, je besser unser wirtschaftliches Leben floriert. Aber was ich sagen möchte in diesem Zusammenhang ist folgendes: Es ist eine Unverschämtheit – die ich als Verteidiger des Bundeskanzlers nicht annähme –, wenn gesagt wird, daß hier nicht nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten regiert und verfahren würde, sondern mit autoritären Methoden, die an bekannte Vorbilder erinnerten, Herr Verfassungsminister! (*Schröder:* Das ergäbe Freispruch und Propaganda für die anderen! – *Bewegung und lebhafte Unruhe.*)

Herr Verfassungsminister! Ich würde empfehlen, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie man es hineinbringt, daß solche Freisprüche nicht mehr vorkommen! Solange Sie das nicht fertiggebracht haben, bleibt uns nur übrig, Artikel zu schreiben. Sie sollten einen Brief von Herrn Simpfendörfer veröffentlichen, und zwar kurz und knapp, angreifend und verletzend und gerecht! *(Heiterkeit und Bewegung.)* Die 104 Pfarrer haben hier diese Fragen aufgeworfen. Jeder, der einen Artikel darüber schreibt, müßte als Überschrift anführen: Hirt oder Schafe? – Schafe oder Hirt? – Schafe! *(Erneute Heiterkeit.)*

Simpfendörfer: Herr Dehler hat gesagt, es sollten Koalitionsbesprechungen stattfinden. Es ist unklar, wie sich unser Verhalten hier entwickelt. Wenn das Konkordat als rechtskräftig vor der nächsten Wahl erklärt wird, bekommen wir ganz bestimmt die Wahlparole: Kündigung des Konkordats. Das ist mir schon in den Versammlungen begegnet. Das wäre eine sehr gefährliche Parole; denn dann hätten wir den Kulturkampf auf der Bundesebene. Wenn die Entscheidung über das Konkordat über die Bundestagswahl hinaus verschoben werden könnte, so wäre das für uns eine große Hilfe.[47]

Was die Saar anbetrifft, so bin ich der Meinung von Herrn Gerstenmaier. Wir haben ja in jeder Versammlung darüber gesprochen und gesagt, wenn das Statut nicht angenommen worden wäre, hätte es keine Veränderung gegeben. Wir haben erklärt, der Herr Bundeskanzler hat gewußt, wie die Abstimmung ausfallen würde. Wir sollten uns die Chance nicht entgehen lassen, daß es auf jeden Fall ein Verdienst der CDU gewesen ist. Wenn wir weiter darüber schweigen, werden die anderen sagen, wir hätten gegen die deutschen Interessen an der Saar gestimmt.

Adenauer: Zu der Frage des Konkordats! Sie dürfen eines nicht übersehen, daß das Konkordat ein dem Völkerrecht unterstehender Vertrag ist. Und wenn jetzt die Bundesrepublik erklärt, daß sie solche Verträge nicht mehr als geltend betrachte, dann verliert sie wieder einen Aktivposten in der ganzen Weltöffentlichkeit. Aber davon abgesehen, verehrter Herr Simpfendörfer, Sie dürfen auch nicht übersehen, daß auf seiten der Katholiken ein sehr begreiflicher Unmut entstünde, wenn die Entscheidung über die Gültigkeit des Konkordats ad calendas graecas hinausgeschoben würde. (*Simpfendörfer:* Wir sind einig, Herr Bundeskanzler!) Man muß auch versuchen, die Sache der Bevölkerung möglichst klarzumachen. Wir müssen viel stärker widersprechen! Herr Dehler hat folgendes gesagt:

„... ein Konkordat, das unter schlimmen Umständen von Hitler geschaffen worden ist mit der Tendenz, auf dem internationalen Parkett anerkannt zu werden, nicht etwa in dem Willen, mit der katholischen Kirche zu einem Einverständnis zu kommen. Die

47 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Frage, ob das Land Niedersachsen mit Erlaß seines Schulgesetzes gegen das Reichskonkordat verstoßen habe, erfolgte am 26. März 1957 – BVerfGE 6 S. 309; vgl. Der Konkordatsprozeß. In Zusammenarbeit mit Hans Müller hrsg. von Friedrich Giese und Friedrich August Frhr. von der Heydte. 4 Bde. München 1957/58. – Neuerdings Repgen: Konkordatsstreit.

Akten, die jetzt offen vorliegen, lassen auch den Willen auf der Seite des Vatikans erkennen, mit Hitler einen kleriko-faschistischen Staat in Deutschland errichten zu können. (*Zurufe:* Unverschämt! – Nicht zu glauben!) Der Bundeskanzler hat dieses Konkordat anerkannt und bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch den Nuntius Muench[48] anerkennen lassen, ohne einen zuständigen Menschen (vielleicht wird er Herrn Globke gefragt haben) gefragt zu haben, nicht sein Kabinett, nicht die Länderregierungen, nicht die Länderkabinette, nicht den Bundestag, nicht den Bundesrat. Welch souveräne Verachtung der demokratischen Institutionen!"

Dazu möchte ich folgendes sagen: Die Konkordatsverhandlungen haben begonnen im Jahre 1929, vier Jahre, bevor Hitler an die Macht gekommen ist. Sie sind damals geführt worden von dem jetzigen Papst und damaligen Nuntius Pacelli[49]. Im Jahre 1933 war der jetzige Papst Staatssekretär. Ich mache kein Hehl daraus, daß mir die Zustimmung damals recht unwillkommen war, weil ich daran Anstoß genommen hatte, daß man diese Kerle, den Hitler und Konsorten, damit als völkerrechtlich anerkannte, obgleich völkerrechtlich nichts dagegen einzuwenden gewesen ist. Aber „kleriko-faschistischer Staat", das ist ein solcher Blödsinn, daß man gegen diese gemeine Brunnenvergiftung wirklich vorgehen muß, und zwar mit aller Energie! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Herr Dehler bietet um so mehr Handhabe dafür, als er behauptet hat, ich hätte bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den Nuntius, ohne irgend jemand gefragt zu haben, das anerkannt. Dabei müßte der Herr Dehler wissen – wahrscheinlich weiß er es auch –, daß der Nuntius, wie alle Botschafter und Gesandten, sein Beglaubigungsschreiben gar nicht dem Bundeskanzler überreicht, sondern dem Bundespräsidenten. Und er müßte wissen, daß der Bundespräsident in der Erwiderung auf die Ansprache des Nuntius erklärt hat, die Bundesrepublik werde ihre vertraglichen Abmachungen erfüllen.

Also, der Herr Bundespräsident Heuss hat es anerkannt, denn er hat das Beglaubigungsschreiben bekommen. In diesen Tagen fiel mir ein: Ich habe eine sehr starke Vermutung, daß damals Herr Dehler als Bundesjustizminister den Fortbestand des Konkordats bejaht hat! Ich bin somit Herrn Simpfendörfer dafür dankbar, daß er die Rede darauf gebracht hat, weil sich hier an diesem Punkt klar die Gemeinheit der Agitation des Herrn Dehler ergibt. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür.

Er hat weiter gesagt: „Der Papst hat eine Christus-Vision gehabt. Dem Bundeskanzler ist am Bett erschienen der Geist des Thomas Dehler." Das ist geschmacklos.

---

48 Dr. Alois Joseph Muench (1889–1962), 1913 Priesterweihe, 1935 Bischof von Fargo (Nord-Dakota, USA), 1950 Erzbischof, 1946 Apostolischer Visitator für Deutschland, 1949 Regens der Nuntiatur, 1951 Apostolischer Nuntius, 1959 Kurienkardinal. Vgl. C. BARRY: American Nuncio-Cardinal Aloys Muench. Collegeville, Minnesota 1969.

49 Pius XII., Eugenio Pacelli (vgl. Nr. 3 Anm. 28), 1917 Titularerzbischof und Nuntius in München, 1920–1929 in Berlin, – Vgl. dazu auch Konrad REPGEN: Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation. In: Hist. Jahrbuch 99 (1979) S. 375–413, hier S. 388 Anm. 51.

Man mag zu der Frage der Christus-Vision stehen, wie man will, aber ein solcher Vergleich ist derart geschmacklos ...

Sieveking: Herr Bundeskanzler! Darf ich dazu sagen, das ist ein Irrtum! Ich bin in der Versammlung gewesen. Dieser Vergleich ist von allen als höchst abgeschmackt bezeichnet worden. Die Leute haben gesagt, wie konnten Sie das machen. Die Schwierigkeit ist die: Der Mann schillert; er ist nicht zu fassen. Er hat die Rede gehalten wie ein Conferencier. Er kam gar nicht von Ihnen los, der arme Kerl, er war wie eine Fliege im Honig. (*Unruhe und Zuruf:* Nette Fliege!) Ich muß sagen, Sie beurteilen es falsch, wenn Sie von frenetischem Beifall sprechen. Es war eine gutverteilte Claque von jungen Demokraten da, aber das Gros des Publikums hat den Mann zum Teil überhaupt nicht ernstgenommen, und seine eigenen Leute waren überrascht und haben gesagt, na, gottlob, daß das vorbei ist.

Ich sage das zum Problem der Behandlung Dehler. Es ist falsch, wenn man den Mann zu ernst nimmt. Bei uns in Hamburg hat ihm diese Rede mehr geschadet als genützt. Daran ist gar kein Zweifel. Deswegen ist es dumm, wenn nachher in der Presse solche Artikel erscheinen.

Adenauer: Dann will ich Ihnen eine Tonbandaufnahme des Rundfunks vorlesen: „Dem Heiligen Vater, dem Papst Pius XII., ist die Vision Jesu Christi erschienen; dem Dr. Adenauer ist der böse Geist von Thomas Dehler erschienen."

Ich habe nicht gehört, daß jemand „pfui" gesagt hat!

Es ist so, Herr Sieveking, klügere Leute suchen ihn zu mäßigen. In einer späteren Pressekonferenz hat er neben sich gehabt den Herrn Becker und den Herrn Steuer, und die haben ihn am Rock festgehalten, damit er nicht losging vor der Presse. Aber draußen findet er, wie die Menschen sind, Beifall. Ich will Ihnen mal das Stenogramm seiner Rede vom Parteitag in Oldenburg vom März des vergangenen Jahres[50] schicken. Da finden Sie alle die Beifallsäußerungen verzeichnet, die er bekommen hat bei den wüstesten Angriffen gegen die CDU.

Die 16 Leute[51] haben geglaubt, sie würden mindestens 21, 22 werden, denn sie meinten, sie hätten mehr Landesorganisationen hinter sich. Aber sie haben keine einzige hinter sich. In einer Zeit wie der unsrigen, mit dieser Nervosität und mit diesem Hang zum Nihilismus, der doch vorhanden ist, macht ein Mann wie Dehler mit solchen Geschichten Eindruck. Das kann man nicht bestreiten. Ich halte ihn 1. für einen intellektuell sehr begabten Mann, 2. für einen ausgezeichneten Redner und 3. für einen großen Schauspieler, der jede derartige Bemerkung genau überlegt ins Publikum schleudert, weil er weiß, welches Echo er bekommt. Der Herr Dehler wird nur dann geheilt werden von diesem wüsten demagogischen Auftreten, wenn er sieht, daß er in der Öffentlichkeit keinen Beifall mehr bekommt. Das ist das einzige Mittel, um ihn mundtot zu machen und ihn loszuwerden.

---

50 Text der Rede vom 25. März 1955 in ACDP VII-002-258.

51 Vgl. Nr. 12 Anm. 3.

Ich schätze Herrn Dehler und solche Reden für viel gefährlicher ein als Sie, Herr Sieveking. Nun hat die Bundesregierung von dem Nuntius einen Einspruch deswegen bekommen. Das ist nicht angenehm. Kurz vor seiner Reise nach Rom hat Herr von Brentano den Einspruch im Kabinett vortragen müssen. Nun stellen Sie sich vor, der deutsche Außenminister fährt in dieser Situation mit einer Delegation nach Rom zum 80. Geburtstag des Papstes und überreicht ein Geschenk vom Bundespräsidenten und von mir.[52] Der jetzt lebende Papst ist für Deutschland während des Krieges und nach dem Kriege so eingetreten, wie noch niemals ein Papst eingetreten ist. Und nun wird ihm in einer solchen Weise unterschoben – das geht ihn persönlich an, er hat die Verhandlungen fast vier Jahre lang in Berlin geführt –, er habe einen kleriko-faschistischen Staat in Deutschland schaffen wollen.[53] (*Zurufe:* Ungeheuerlich! – Unerhörte Frechheit!) Das ist eine ganz unverschämte Beleidigung gegenüber einem solchen Mann – ich sehe davon ab, darüber etwas zu sagen, welche Persönlichkeit der gegenwärtige Papst ist –, der immerhin das Oberhaupt der katholischen Kirche ist, und die katholische Kirche bedeutet etwas in der Welt! Aber das ist geradezu ungeheuerlich! Deswegen dürfen Sie mir nicht übelnehmen, Herr Sieveking, wenn ich sage, ich hätte es wirklich begrüßt, wenn unsere Parteifreunde, die auf der Versammlung gewesen sind, hinausgegangen wären.

Sieveking: Wenn das angeschnitten wird, Herr Bundeskanzler, dann erlauben Sie mir vorzulesen, was unsere katholischen Parteifreunde zu dieser Sache zu sagen haben. Das ist der Beweis für das, was gesagt worden ist. Es sind falsche Meldungen in der Presse erschienen. Über die Qualifikation und die Äußerungen Dehlers sind wir uns völlig einig. Ich frage mich, wie wird man diesen Mann los? Alle anständigen Leute in Hamburg haben seine Rede als höchst deplaciert empfunden. Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, nur über die Behandlung dieses Mannes ... (*Adenauer:* Ihre richtige Behandlung wäre gewesen, aufzustehen und hinauszugehen! Das wäre die richtige Behandlung gewesen. – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Ich möchte Ihnen von folgendem Bericht Kenntnis geben:

Berichterstattung der KNA über die Vorkommnisse auf dem Parteitag des Landesverbandes der FDP in Hamburg anläßlich der Rede Dr. Dehlers bei der öffentlichen Kundgebung am 4. März 1956.

In zwei Sitzungen hat der Gesamtvorstand des Landesverbandes der CDU in Hamburg die Frage der Teilnahme am Parteitag der FDP in Hamburg besprochen, weil eine Rede von Herrn Dr. Dehler auf einer öffentlichen Kundgebung angekündigt und in ihr mit Entgleisungen zu rechnen war.

Es wurde beschlossen, daß der CDU-Vorstand einer vorliegenden Einladung nicht Folge leisten sollte. Hingegen wurde mit Rücksicht auf die politische Konstellation

52 Am 2. März 1956 (vgl. Bericht in FAZ vom 3. März).

53 Zum Reichskonkordat vgl. Konrad REPGEN: Die vatikanische Strategie beim Reichskonkordat sowie Die Historiker und das Reichskonkordat. Eine Fallstudie über historische Logik. In: DERS.: Von der Reformation zur Gegenwart. Paderborn 1988 S. 167–195, 196–213.

in Hamburg dem Vorsitzenden des Hamburg-Blocks (CDU/FDP/DP/BHE), Herrn Bürgermeister Dr. Sieveking, und dem Fraktionsvorsitzenden des Hamburg-Blocks, Herrn Güssefeld[54], anheimgestellt, zu dieser Veranstaltung zu gehen. Beide Herren waren sich darüber einig, daß sie aber dann gezwungen wären, die Rede Dr. Dehlers unter allen Umständen „durchzustehen". Dieses entsprach auch der Auffassung des Landesvorstandes. Beide Herren haben dementsprechend gehandelt.

Wenn in KNA „Norddeutscher Dienst Nr. 11" vom 5. März 1956 die Rede davon ist, daß „ein prominentes Mitglied der CDU" diese Veranstaltung hätte verlassen müssen, so widerspricht das dem eingangs geschilderten Tatbestand.

Die Berichterstattung der KNA (offensichtlich des Herrn Scholl[55]) ist zu beanstanden, weil die beiden genannten Herren nicht in der vom Berichterstatter erwähnten Eigenschaft an dieser Versammlung teilnahmen, und ferner, weil „führende CDU-Kreise" nach unseren Ermittlungen nicht ihr Befremden darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß die beiden Herren den Saal nicht verlassen haben. Der Berichterstatter hätte Gelegenheit nehmen müssen, mit den in diesem Falle in Frage kommenden „führenden CDU-Kreisen" Rücksprache zu nehmen. Das hat er aber nicht getan.

In einer am Montag, dem 5. März 1956, stattgefundenen Sitzung der maßgeblichsten katholischen CDU-Politiker Hamburgs, nämlich des Senators Luigs[56], des Bundestagsabgeordneten Dr. Seffrin[57], fast aller katholischer Hamburger Bürgerschaftsmitglieder, einiger katholischer Landesvorstandsmitglieder, mehrerer Mitglieder der Kreis- und Ortsvorstände und vieler Delegierter des Landesausschusses sowie des Vorsitzenden des Katholikenausschusses Hamburg, meldete sich auf ausdrückliches Befragen niemand als Gewährsmann für die Berichterstattung des Herrn Scholl. Es herrschte selbstverständlich einhellige Empörung über die Entgleisungen des Herrn Dr. Dehler, aber man war sich auch darüber einig, daß die Berichterstattung der KNA weniger gegen Dr. Dehler als gegen die Herren Bürgermeister Dr. Sieveking und Güssefeld gerichtet erschiene. Die katholischen Politiker Hamburgs sahen gerade darin eine Gefährdung ihrer Arbeit und der Wahrnehmung der katholischen Belange in Hamburg.

Die Art und Weise der Berichterstattung des Herrn Scholl war bereits mehrfach Gegenstand von Beanstandungen. Bereits am 21. November 1953 brachte sein Artikel Nr. 848 in der KNA unter der Überschrift „Christliche Belange kommen zu kurz" Verwirrung und Verärgerung. In Nr. 35 des „Katholischen Informationsdienstes" vom

54 Wilhelm Güssefeld (1886–1974), 1921–1953 Vorstandsmitglied der Hypothekenbank Hamburg, 1953–1961 MdHB (CDU).

55 Heinz Scholl, damals Leiter der Landesredaktion der KNA Hamburg, dann München, später freier Journalist.

56 Paul Luigs (geb. 1902), 1949–1957 MdHB, 1953–1957 Senator für Ernährung und Landwirtschaft sowie Wirtschaft und Verkehr.

57 Dr. Roland Seffrin (1905–1985), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Altona, 1953–1965 MdB, 1959–1965 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Hamburg.

28. August 1954 war ein weiterer Artikel „Strafgericht gegen Hamburger CDU" dem „Hamburger Echo" vom 30. August 1954 ein willkommener Anlaß zu einer Polemik. Der Katholikenausschuß Hamburg nahm diese Vorkommnisse am 16. September 1954 zum Anlaß, Herrn Scholl zu schreiben, daß er sich nicht mehr in der Lage sähe, ihm das Pressereferat weiter anzuvertrauen und ihn weiter als Mitarbeiter in seinen Reihen zu behalten. Ein Bericht an den Chefredakteur der KNA, Herrn Dr. Bringmann[58], führte zu einem umfangreichen Schriftwechsel und zu mündlicher Berichterstattung des Vorsitzenden des Katholikenausschusses Hamburg (Rechtsanwalt Josef Krause[59]) beim Herrn Erzbischof Dr. Berning[60]. Der Chefredakteur Dr. Bringmann kündigte zwar einen Besuch in Hamburg zur Bereinigung der Angelegenheit an. Dazu ist es aber bis heute nicht gekommen.

Auch die neun katholischen Bürgerschaftsabgeordneten Hamburgs unter Führung des Senators Luigs richteten am 9. Oktober 1954 ein Schreiben an den Chefredakteur der KNA, in dem sie sich über die Berichterstattung des Herrn Scholl in Hamburg beschwerten und baten, die „geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um die genannten Schwierigkeiten zu beheben." Einen praktischen Erfolg hat auch diese Eingabe nicht gezeigt.

Bei den Etatberatungen der Hamburger Bürgerschaft bezog sich der ehemalige Bürgermeister Brauer in einer Rede auf die KNA, so daß Herr Bürgermeister Dr. Sieveking sich in der Sitzung vom 31. März 1955 genötigt sah, darauf wie folgt zu antworten:

„Ich darf in diesem Zusammenhang eine kurze Bemerkung über ein kleines Blättchen machen, das Herr Bürgermeister Brauer hier angezogen hat. Meine Damen und Herren! In unserer unvollkommenen Welt gibt es immer Menschen, die ihren Beruf darin sehen, überall Hundehaare zu säen, wie man bei uns sagt. Aber ich weiß mich mit unseren katholischen Freunden darin einig, daß diese Mitteilungen der „Katholischen Nachrichtenagentur" nicht weiter tragisch zu nehmen sind. Mich persönlich regen sie gar nicht auf. Das einzige, was ich bedaure, ist, daß unter Umständen die katholische Sache, die doch weiß Gott in Hamburg immer in guten Händen gewesen ist, Schaden nehmen könnte, wenn jemand diese gute Firma so mißbraucht."

Längere Zeit schien die Arbeit des Herrn Scholl nicht mehr zu Beanstandungen Anlaß zu geben, bis jetzt durch die Berichterstattung über die Dehler-Rede erneut eine fast böswillig erscheinende Art der Berichterstattung zutage tritt.

Wir vermißten stets eine Einfühlung des Herrn Scholl in die Hamburger Verhältnisse und bedauerten es immer, daß er keinen Kontakt mit den führenden katholischen

58 Dr. Karl Bringmann (geb. 1912), 1937–1938 Redakteur bei der „Germania", 1947–1952 bei der „Rheinischen Post", 1953–1958 Chefredakteur bei KNA, 1959–1978 Verlagsdirektor der „Rheinischen Post".

59 Josef Anton Krause (geb. 1903), 1953–1961, 1964–1966 MdHB (CDU).

60 Dr. Wilhelm Berning (1877–1955), 1914–1955 Bischof von Osnabrück.

Politikern suchte, obwohl er dazu mehrfach angehalten wurde. Durch eine derartige Berichterstattung erschwert Herr Scholl die Arbeit der katholischen Abgeordneten im Rahmen des Hamburg-Blocks und setzt die Früchte langjährigen Wirkens leichtfertig aufs Spiel.

Uns erscheint es untragbar, daß der Berichterstatter der KNA in Hamburg über seine Aufgaben als Nachrichtenvermittler weit hinausgeht und politische Konsequenzen fordert.

Hamburg, den 9. März 1956

gez. Paul Luigs, Alfred Brockhagen[61], Josef Krause

Das, meine Damen und Herren, zur Illustration, um die Vorgänge in der richtigen Proportion zu sehen. Dieser Mann versucht seit Jahren immer wieder, konfessionellen Hader zu säen. Er gibt von diesen Dingen eine völlig falsche Darstellung, die sich zum Schaden aller auswirkt.

Adenauer: Ich will nicht viel dazu sagen, möchte aber feststellen, daß ich den Namen Scholl zum ersten Male in meinem Leben heute gehört habe. Seine Korrespondenz kenne ich überhaupt nicht. Und ich bin von ihm weder direkt noch indirekt benachrichtigt worden. Meine Kenntnisse der ganzen Vorgänge verdanke ich einmal einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"[62] (*Sieveking:* Der geht darauf zurück!) und zweitens der Bandaufnahme, die ich hier habe. Das hat gar nichts damit zu tun, daß ich zufällig Katholik bin. Ich finde es ungeheuerlich, daß der Herr Dehler etwas Derartiges gegen den Papst sagt und gegen den Mann, der sich so für die deutsche Sache eingesetzt hat. Und nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Sieveking, wenn die CDU in Hamburg gemeint hat, Sie und ein anderer Herr sollten dorthin gehen, so darf ich einwenden, derselbe Dehler hatte vorher in Baden-Württemberg solche (*Zurufe:* Stuttgart![63]) Reden gegen die CDU gehalten, daß mich keine zehn Pferde dazu gebracht hätten, in seine Versammlung zu gehen. Er hat in Baden-Württemberg – die Dinge sind nicht so in die Presse gekommen – gesagt, daß die ganze CDU aus Leuten bestehe, die aus Idiotenhäusern entlassen worden seien. In eine solche Versammlung kann man nicht hineingehen, auch wenn er diese Geschichte mit dem Papst nicht gemacht hätte.

Zimmer: Ich habe die Verlautbarungen über Herrn Dehler genau verfolgt. Wir hätten es sehr gewünscht, wenn wir ein Wortprotokoll der Stuttgarter Ausführungen des Herrn Dehler sofort bekommen hätten. Das, was in den Zeitungen gestanden hat, war ungeheuerlich. Ich muß die Frage aufwerfen, ob unsere Freunde in Hamburg, nachdem sie das aus der Presse gewußt haben, tatsächlich aus ihrer Hamburger Sicht heraus richtig und zweckmäßig gehandelt haben, überhaupt an dieser Versammlung

61 Alfred Brockhagen (1889–1977), vor 1933 Zentrum, 1946 CDU, 1948 stv. Caritasdirektor Hamburg, 1953–1970 MdHB.

62 5. März 1956.

63 Am 26. Februar 1956 (vgl. u.a. FAZ vom 27. Februar sowie UiD vom 1. März 1956).

teilzunehmen. In Hamburg gibt es eine besondere Situation, aber als Gesamt-CDU können wir uns unmöglich von einem Dehler in dieser schamlosen Weise beschimpfen lassen und dann noch obendrein in seine Versammlungen gehen ohne Not! (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Bewegung.* – *Zuruf:* Kein Mensch sagt dem Dehler etwas!)

Wir haben neulich hier nach den Düsseldorfer Vorgängen einen Beschluß gefaßt, in dem es hieß: Wir haben eine Parteiehre. Im Volk hat man dafür ein sehr feines Empfinden, ob eine Partei entschlossen ist, auch einmal ordentlich zurückzuschlagen, wenn sie in einer solchen infamen Weise wie in Stuttgart angegriffen wird.

Auch in Hamburg ist gesagt worden – ich weiß nicht, ob die Zeitungsnachricht richtig ist –: Recht ist, was dem Volke nützt, war die Parole im Nationalsozialismus; jetzt scheint der Satz zu gelten: Recht ist, was dem Konrad Adenauer nützt! Ich möchte fragen, ob das wirklich geschehen ist. Jedenfalls dürfen wir uns solche infamen Beleidigungen unseres Vorsitzenden und unserer Partei nicht gefallen lassen; wir dürfen sie nicht widerspruchslos hinnehmen, sonst verlieren wir doch jeden Respekt. (*Lebhafte Zurufe:* Sehr richtig! Wir müssen uns energisch dagegen verwahren. – *Unruhe.*)

Herr Bundeskanzler! Man wird es als eine Unaufrichtigkeit betrachten, wenn wir zur Saarfrage schweigen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, man soll nicht nachkarten, aber ich bin es der Aufrichtigkeit schuldig zu erklären, daß wir die Dinge, was die Vergangenheit angeht, etwas anders beurteilen. Wir hoffen und glauben, daß der 23. Oktober eine Ausgangsbasis für eine gemeinsame Beurteilung geschaffen hat. Herr Gerstenmaier hat schon darauf hingewiesen, was wir sagen können und müssen, was immer unsere Auffassung war. Jawohl, wir haben uns für die Bejahung des Saarstatuts eingesetzt, weil das Saarstatut die Alternative des Ja oder des Nein geschaffen hat. Und dann hat es ein Nein gegeben, das befreiende Nein. Dieses Nein, Herr Bundeskanzler – und jetzt unterscheiden wir uns etwas, ich hoffe aber nicht auf die Dauer –, mag in etwa ein Ausdruck der nationalistischen Übersteigerung des Herrn Schneider gewesen sein, aber in der Masse war es nicht so. Es war in der Masse der Ausdruck des ehrlichen und anständigen Willens der Saarbevölkerung, bei ihrem deutschen Volk und Vaterland zu bleiben. Und dieses Bleiben sahen sie nun einmal bei einem Ja nicht gewährleistet. Die Möglichkeit des Nein ist das Ergebnis Ihrer Politik gewesen, und deshalb ist die künftige Saarpolitik, wenn sie in unserem Sinne verläuft, nur mit Ihrer Politik möglich gewesen.

Zu der Verbindung des Herrn Schneider mit Düsseldorf will ich mich nicht äußern, aber ich möchte doch ein Fragezeichen hinsichtlich der Ausdeutung machen. (*Adenauer:* Der Herr Döring hat es schon erklärt!) Ja, ich möchte aber von der Saar aus gesehen ein Fragezeichen machen. Damit will ich über die Dinge noch nichts gesagt haben. Ich kenne Herrn Schneider. Es wird vielleicht eine Zeit kommen, Herr Bundeskanzler, wo sich die Notwendigkeit ergibt, mit dem Herrn Schneider sogar politisch zusammenzuarbeiten. (*Johnen:* Der Herr Dehler kann auch wieder ins Kabinett kommen! – *Unruhe.* – *Adenauer:* Herr Johnen, sagen Sie das noch einmal!) Ich will Ihnen sagen, was mir ein französischer Politiker, der sehr rechts gerichtet

ist – ein Oberst a.D. – und am politischen Leben einen großen Anteil nimmt, nach achttägiger Tätigkeit in unserem Lande erklärt hat. Er hat mir geschrieben, das Nein an der Saar habe ihn gar nicht mehr überrascht, das habe er für eine Selbstverständlichkeit gehalten, nachdem die Französische Kammer durch Ablehnung der EVG dafür die Ausgangsbasis geschaffen habe.

An der Saar hat es sicher einen französischen Nationalismus gegeben, und die Saarfrage ist durch diesen französischen Nationalismus entstanden, nicht durch den deutschen Nationalismus, wenn sich auch am französischen Nationalismus in begrenztem Rahmen ein deutscher Nationalismus als sekundäre Folge entwickelt hat. Es wäre daher gut, wenn wir in Zukunft nicht nur von diesem sekundären Nationalismus auf deutscher Seite sprächen, sondern viel mehr den primären französischen Nationalismus herausstellten. Im ganzen gesehen ist es gut, wenn wir uns für die Zukunft in dieser Frage zu einer Auffassung einigen.

Nun zu der Frage, die an die Existenz unserer Partei geht! In einer Sitzung des Vorstandes im Oktober des vergangenen Jahres, die unser verstorbener Freund Tillmanns geleitet hat – der Herr Bundeskanzler war vorzeitig weggegangen –, habe ich die Notwendigkeit betont, daß wir über das konfessionelle Problem in sehr verantwortlicher Weise unsere Gedanken austauschen müßten.[64] Herr Tillmanns und die anderen Freunde haben damals zugestimmt. Herr Tillmanns ist aber dann leider bald darauf gestorben, und es ist dann nichts mehr aus diesem Gespräch geworden. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß das Buch von Ellwein[65] geradezu verheerend gewirkt hat. (*Zuruf:* Das Buch war vorher bestellt!) Es wurde in einer großen Auflagenzahl in Deutschland verbreitet. Ich spreche als Katholik, Herr Bundeskanzler! Ich muß sagen, auf unserer Seite sind bedauerliche Fehler gemacht worden. Es war im September 1953 nicht notwendig, ja, es war sogar völlig falsch, daß ein führender CSU-Politiker die Abschaffung der standesamtlichen Trauung verlangt hat.[66] Ich stehe als Katholik auf dem Standpunkt, daß, wenn wir sie nicht hätten, sie aus Ordnungsgründen – wenigstens als Ehevertrag, nicht als Trauung – eingeführt werden müßte, weil ja die Pfarrer vielfach nicht in der Lage sind, überhaupt Ordnung zu halten bei Leuten, die derartig durcheinandergewirbelt sind in allen deutschen Gauen. Es war ein schwerer Fehler, der uns großen Schaden zugefügt hat. Ich wünsche, daß die Herren das Bewußtsein dafür bekommen, daß sie mit solchen Vokabeln viel mehr geschadet haben, als es heute vielleicht in Erscheinung tritt. Aber uns wird die Sache in die Schuhe geschoben. Ich will aber nun nicht weiter darauf eingehen.

Als wir im Jahre 1945 die CDU gegründet haben, haben wir eine jahrhundertlange Tradition abgebrochen und aus der gemeinsamen Verfolgung heraus einen neuen Weg

64 Vgl. Nr. 10 S. 709.
65 Vgl. Nr. 10 Anm. 66.
66 Richard Jaeger im Bayerischen Rundfunk am 7. Oktober 1953 (UiD vom 10. Oktober 1953).

eingeschlagen, der natürlich mit Hypotheken aller Art belastet war. Infolgedessen wurden und werden an die Konsequenz und die Sorgfalt des Politikers höchste Anforderungen gestellt. Wir wollen nicht eine Partei für zehn Jahre sein, und wir müssen über diese Dinge hinwegkommen; wir müssen den Mut haben, gegen beide Seiten zu sprechen! Ich muß mich gegen katholische Pfarrer und gegen evangelische Pfarrer zur Wehr setzen, allerdings mit handfestem Material. Wir müssen eine christliche Partei sein, die bereit ist, nach beiden Seiten hin konsequent ihren Standpunkt zu vertreten, ohne daß wir uns gegenseitig etwas vormachen.

Die Bundestagswahlen werden nicht erst im sogenannten Wahlkampf gemacht, sondern schon heute und in den kommenden Monaten. Ich erinnere an das Buch von Ellwein, das von Mund zu Mund geht in vielen Kreisen. Ich bitte darum, daß wir über diese Frage ernsthafte Überlegungen anstellen. Es ist so, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat: Wir sollen uns offen aussprechen.

Das Volk nimmt die Erfolge unserer Politik inzwischen als etwas Selbstverständliches hin, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, sondern auch auf dem Gebiete der Außenpolitik. (*Simpfendörfer:* Es wird nicht mehr honoriert!) Es wird nicht honoriert, sondern diese Affekte werden im politischen Denkraum ausgefüllt. Und aus diesem mit politischen Affekten erfüllten Denkraum heraus erfolgt eine negative Entscheidung bei der Wahl, (*Zurufe:* Sehr richtig!) und eine negative Entscheidung wird immer gegen uns sein, wie wir das in den verschiedenen Ländern erlebt haben. Der Bundesparteitag bietet die Möglichkeit, daß die CDU aus ihrer defensiven Haltung der letzten Monate wieder herauskommt. Wir sind in der öffentlichen Meinung in die Defensive geraten. Wir wehren uns zwar gegen Verdächtigungen und Mißdeutungen, aber das genügt nicht mehr! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Der Parteitag muß benutzt werden, um zur Offensive überzugehen, nicht nur mit der Sozialreform, denn das nimmt man uns als selbstverständliches Geschenk ab, sondern wir müssen auch da vorstoßen, wo man uns diese unverschämten Vorwürfe macht, nämlich auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Europa- und Weltpolitik. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Ich würde vorschlagen, noch den Herrn Gurk zu hören und dann die Pause einzulegen. Ich darf noch folgendes sagen: Meine Politik bezüglich der Saar ist die, dafür einzutreten, daß nach der Abstimmung am 23. Oktober möglichst schnell, möglichst reibungslos und möglichst billig die Saar zu uns zurückkehrt. Aber wir müssen uns darüber klar sein, diese Forderungen des Herrn Schneider, die er jetzt wieder stellt, sind so unerhört, daß er dadurch die öffentliche Meinung in Frankreich weiter gegen uns bringt. Und wenn Sie meinen, die Gefahr, daß er an die Spitze der Dehler-Partei zu stehen kommt, sei nicht groß, dann irren Sie gewaltig. Das ist die Absicht der sogenannten jungen Leute, nicht in der Öffentlichkeit, aber in internen Kreisen haben sie das ganz ruhig ausgesprochen, und Herr Schneider hat selbst erklärt, es sei jetzt noch für ihn zu früh. Und wenn Sie meinen, ich würde mich mit Herrn Schneider an einen Tisch setzen, so hoffe ich, daß ich das nicht auch noch zu tun brauche. Ich glaube, ich würde es wirklich nicht tun. In gewissen Dingen muß man bei der Parteipolitik absolut hart und konsequent sein, sonst verliert man seinen Einfluß.

Herr Johnen hat eben einen Zwischenruf gemacht, der sehr leise war, aber es klang so: Herr Dehler kann auch wieder ins Kabinett kommen! Das haben Sie doch gesagt, Herr Johnen? (*Johnen:* Ja, das stimmt! Ich weiß nicht, ob er auf dem Wege ist!) Es gibt Leute – allerdings nicht bei uns –, die davon sprechen. (*Johnen:* Ich habe nur laut gedacht!)

Und nun zur öffentlichen Meinung! Das ist gerade das Ende vom Lied! Die öffentliche Meinung wird gemacht durch die Presse und durch den Rundfunk. (*Zimmer:* Und durch die Journalisten!) Das ist doch identisch mit der Presse. Sprechen Sie mal mit einem Korrespondenten. Der sagt Ihnen, die Redaktion streicht mir meine Sachen zusammen. Das bedauerliche dabei ist, daß wir hier in Bonn keine Redaktion einer Zeitung haben, so daß Sie die politische Atmosphäre gar nicht in sich aufnehmen können. Sie haben vollkommen recht, von der öffentlichen Meinung sind wir abgeschnitten und isoliert. Das liegt auch an den Rundfunkgesellschaften, von denen ich gesprochen habe. Der Südwestfunk dringt leider nicht durch auf weite Gebiete der Bundesrepublik, und die anderen Sender sind alle sozialistisch geführt, und zwar zum Teil rabiat sozialistisch! Und das ist die Schuld der Länder. Daran kommen Sie nicht vorbei!

Gurk: Ich möchte etwas zum Bundestagswahlkampf sagen: Zur Außenpolitik bedarf es keiner weiteren Ausführung als die gründliche Unterstreichung dessen, daß wir die Frage der Wiedervereinigung korrespondierend darstellen müssen, wie sie sich nach unserer Meinung darstellt. Was Herr Gerstenmaier gesagt hat, möchte ich unterstreichen. Wir müssen uns in der Sache stellen, wie wir uns im Jahre 1953 gegen andere nationalistische Thesen gestellt haben. Ich habe in jeder Versammlung im Wahlkampf in Baden-Württemberg das Thema „Wiedervereinigung" korrespondierend behandelt.

Zur Innenpolitik! Das Kindergeldgesetz muß geändert werden, und zwar bald.[67] Es sind zwar nur Pfennige, um die gestritten wird, aber jeder Scherenschleifer bringt in jeder Versammlung das Gesetz zur Sprache, so daß man sein Material herauskramen muß, um das abzuwehren. Auch wenn der Bauer 25 Pfennig oder eine Mark bezahlt, es nützt nichts. Schaffen Sie es ab! Die Leute sagen, wir haben sechs Kinder erzogen und keinen Pfennig dafür bekommen, und jetzt, wo die Kinder groß sind, müssen wir auch noch Kindergeld bezahlen. Korrigieren Sie das bitte! Ich darf sagen, die Ministerien sind nicht genügend politisch geführt. Ich meine jetzt nicht den Kollegen Dr. Wuermeling. Ich darf Sie nochmals bitten, geben Sie in dieser Beziehung nicht nach, auch nicht gegenüber dem Gewerkschaftsflügel, der in dieser Hinsicht offenbar unheilvoll wirkt. (*Krone:* Wir sind uns darüber einig, daß unter DM 12,– nicht

67 Die letzte Änderung des Gesetzes zur Ergänzung des Kindergeldgesetzes stammte vom 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 841). Am 24. Februar 1956 setzte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Sonderausschuß zur Überprüfung des Kindergeldgesetzes ein (vgl. UiD vom 1. März 1956; ACDP VIII-001-1007/2 S. 162). Eine erneute Änderung beschloß der Bundestag am 28. Juni 1957.

mehr gezahlt wird!) Man kann die Leute nicht in die Steuergruppe 1 schicken. Sie bekommen das in jeder Versammlung zu hören.

Zur Sozialreform möchte ich hervorheben, man sollte dem Bundesfinanzminister Schäffer etwas Beistand leisten, damit er nicht so sehr das Fiskalische betont. Zur Frage des Grünen Berichts braucht man nicht viel zu sagen.[68] Darin sehe ich eine erfreuliche Entwicklung, mache aber darauf aufmerksam, daß der Landesbauernverband in Baden-Württemberg den Versuch eines Einbruchs hat erkennen lassen, während die Bauernverbände in Südwürttemberg standgehalten haben. Bitte achten Sie darauf.

Ich habe eine dringende Bitte bezüglich der Wehrfrage. Die Ungeschicklichkeit, mit der der Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums uns den Wahlkampf in Baden-Württemberg eröffnet hat, war nicht mehr zu überbieten! (*Zurufe:* Nanu!) Ich möchte bitten, dort einen politischen Beistand vorzusehen. Darf ich den Ausdruck „Beistand" nehmen? Ich bin darauf gefaßt, daß dieses Ministerium drei Tage vor der Wahl die ersten Gestellungsbefehle herausschickt! Vielleicht sollte man dem Bundesparteivorstand Gelegenheit geben, zu den kommenden Wehrgesetzen[69] Stellung zu nehmen. Ich bin gebeten worden, hier vorzutragen, ob man nicht wenigstens zu einem Miliz-System übergehen könnte. Diese Wehrgesetzgebung wird uns beim Nachwuchs der Wähler Schwierigkeiten bereiten, insbesondere bei der Wahl. Man könnte mit einem Miliz-System einiges erreichen.

Bei den Intellektuellen werden die konfessionellen Kämpfe eine erhebliche Rolle spielen. Das haben wir schon jetzt gespürt. In jeder Versammlung wurde von den Sozialdemokraten herausgeschleudert: Ihr wollt die Konfessionsschule! Wir müssen uns in allen Versammlungen auf den Boden der Verfassung stellen und die Meinung von der Konfessionsschule im Sinne des Elternrechts korrigieren, aber im übrigen betonen: Wir wollen an der verfassungsmäßig bestehenden Simultanschule nichts ändern.

Insgesamt darf ich eine Bitte in aller Bescheidenheit ausdrücken: Leisten Sie den Ressorts in Bonn starken politischen Beistand, damit sie in ihren Maßnahmen und Entscheidungen etwas gebremst werden, wenn aus irrationalen Affekten der Wahlkampf geführt werden sollte.

Adenauer: Ich kann mir nicht helfen, meine Freunde, ich neige nicht zur Ängstlichkeit, und hier erst recht nicht. Das Wehrgesetz ist im Kabinett verabschiedet und ist beim Bundesrat und nimmt seinen Lauf. Daran ist nichts zu ändern. Kommen Sie jetzt bitte nicht mit der Miliz! Es sind bis jetzt schon über 200.000 Freiwillige da. Sie glauben nicht, was für junge Leute sich alle gemeldet haben: Studenten, Akademiker, Bergleute usw. Ich weiß, daß eine ganze Reihe von jungen Bergleuten gesagt hat:

---

68 Vgl. Bericht über die Lage der Landwirtschaft vom 10. Februar 1956 (BT-Drs. 2100).

69 Soldatengesetz vom 19. März 1956 (BGBl I S. 114); das Wehrpflichtgesetz wurde am 6. Juli 1956 im Bundestag angenommen und trat am 21. Juli 1956 in Kraft (BGBl I S. 651), das Gesetz über die Dauer des Grundwehrdienstes und die Gesamtdauer der Wehrübungen am 24. Dezember 1956 (BGBl I S. 1017).

Wir gehen in die Truppe. Es sind Leute aus dem Aachener Revier und aus dem Ruhrgebiet. Sie hätten einmal sehen sollen, welche Freude die Bauarbeiter hatten, als die Musikkapelle gespielt hat. *(Unruhe.)* Und nun fängt der Bundestagspräsident Gerstenmaier mit der Uniform an. Wir konnten doch unmöglich den Soldaten einen so tadellosen Cut geben wie Ihnen als Bundestagspräsident! (*Gerstenmaier:* Zu einem Kommiß mit solchen Uniformen würde ich nie gehen!) Ich habe den Herren Heusinger und Speidel[70] dasselbe gesagt, und Herr Heusinger hat erklärt, beruhigen Sie sich, wir haben damals mit der Reichswehr genauso angefangen, schmucklos ... *(Unruhe und Bewegung.)* Warten Sie doch ab! Er hat gesagt, es ist kein Jahr vergangen, da waren wir von oben bis unten voller Lametta. Ich habe auch gesagt, Sie sehen aus wie ein Hotelportier. Aber sonst hätte der Bundestag und die Öffentlichkeit geschrien: Einfachheit! Einfachheit! (*Gerstenmaier:* Die Soldaten des Herrn Schröder sind auch richtig angezogen!) Der Herr Schröder hat keine Soldaten![71] Aber wir wollen nun die Pause einlegen.

Pause

Adenauer: Meine Damen und Herren! Herr Krone hat vorgeschlagen, der Bundesvorstand möge eine Empfehlung fassen hinsichtlich der Bundesliste.

Heck: Zur Frage der Bundesliste waren hier die Landesgeschäftsführer völlig einig, daß eine Bundesliste eine Notwendigkeit ist, wenn überhaupt eine Möglichkeit der Korrektur in der Kandidatenaufstellung auf der Kreisebene geschaffen werden soll.

Adenauer: Da verschiedene Herren darum gebeten haben, zu Hause mit ihren Leuten die Frage besprechen zu lassen, schlage ich vor, namentlich solange wir noch alle zusammen sind, nur die Frage der Bundesliste zu diskutieren.

Krone: Ich habe folgende Bitte: 1. einen Beschluß des Bundesvorstandes zu fassen, einer Bundesliste zuzustimmen, und zwar 50 % Wahlkreis, 40 % Landesliste und 10 % Bundesliste, 2. daß das im Gesetz stehen möge. Wir haben 242 Wahlkreise, davon 40 % auf Landesliste, und 10 % auf Bundesliste. Wir bleiben bei 484, und zwar wegen der Vertriebenen, aus konfessionellen Gründen usw.

Der Bundesvorstand soll die Fraktion auffordern, der Bundesliste zuzustimmen. Im Wahlgesetz soll stehen, daß überkreisliche Instanzen ein Mitspracherecht haben sollen bei der Kandidatenaufstellung, nämlich der Landesvorstand und der Bundesvorstand. (*Johnen:* Ich warne davor, über Bundestagskandidaten zu sprechen!)

---

70 Dr. Hans Speidel (1897–1984), 1955–1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesverteidigungsministerium, 1957–1963 Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 114 Anm. 17).

71 Gemeint ist der Bundesgrenzschutz, 1951 als Sonderpolizei des Bundes errichtet und dem Bundesminister des Innern unterstellt. Aufgabe: Sicherung des Bundesgebiets gegen unberechtigte Grenzübertritte, Ordnung im Grenzgebiet, Schutz gegen sonstige Störungen der öffentlichen Sicherheit.

Adenauer: Herr Krone! Herr Johnen hat darum gebeten, wir möchten dieses Thema nicht anschneiden.

Johnen: Das ist ein Irrtum, Herr Bundeskanzler! Ich habe nur davor gewarnt, jetzt über die Bundestagskandidaten zu sprechen. Wir müssen doch das Wahlrecht durchsprechen, und da kommt es auf jede Stimme an. Sie dürfen keinen vertreiben. Deshalb warne ich davor, jetzt von Bundestagskandidaten zu sprechen.

Adenauer: Dann habe ich Sie falsch verstanden, Herr Johnen!

Heck: Die Landesgeschäftsführer waren der Auffassung, daß die Bundestagsabgeordneten eine derartige Regelung wahrscheinlich nicht akzeptieren werden. Sie betonten, man solle in das Wahlgesetz lediglich schreiben, daß die Kandidatenaufstellung nach den Statuten der Partei zu erfolgen habe und daß im Parteistatut das Recht der Landesparteien, von der Bundespartei aus auf die Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag wirksam Einfluß nehmen zu können, verankert werden soll.

Simpfendörfer: Ich bin gegen Listenverbindungen. Wir haben die Listenverbindung vor dem Ersten Weltkrieg kennengelernt. Das waren immer unsaubere Geschäfte, die da gemacht worden sind.

Krone: Es heißt nur, daß der Wahlkreis die Möglichkeit hat, aber keine Verpflichtung.

Simpfendörfer: Ich bin grundsätzlich dagegen; denn je nach dem Wahlkreis verbinden sich heterogene Elemente. Das war früher sehr anfechtbar. Sie wissen, daß die SPD ihre Zusammenarbeit mit uns davon abhängig gemacht hat, daß gewisse Dinge im Wahlgesetz nicht passieren. Und diese Listenverbindung ist einer dieser Punkte. Aus diesem Grunde und auch aus grundsätzlichen Erwägungen bin ich gegen eine Listenverbindung.

Adenauer: Lassen Sie mich ein praktisches Beispiel anführen: Wir haben das größte Interesse daran, daß die Deutsche Partei im künftigen Bundestag ist. Das wird nur möglich sein, wenn wir mit ihr eine Listenverbindung eingehen. Lassen wir also die theoretischen Betrachtungen sein. Und wenn Sie sagen, Herr Simpfendörfer, das sei ein unsauberes Geschäft, dann muß ich Ihnen erwidern, die ganze Politik ist ein unsauberes Geschäft! (*Gerstenmaier:* Dreiviertel ist zu wenig!) Herr Gerstenmaier meint, dreiviertel sei zu wenig.

Johnen: Das Begehren, das Herr Krone vorgetragen hat, ist richtig und wesentlich. Wir haben es im Verhältnis Kreis zum Land wie jetzt Land zum Bund. Wer das von unten her mitmacht, muß ein Mitspracherecht haben vom Land zum Kreis und selbstverständlich auch vom Bund zum Land. Sie haben in der Bundestagsfraktion Persönlichkeiten nötig, für die ein Wahlkreis nicht zu schaffen ist, wahrscheinlich auch Persönlichkeiten, die, wenn sie auch nicht reden können oder sonst nicht attraktiv sind, irgendwie sehr wertvoll für die Fraktion sind. Sie müssen eine Gelegenheit haben, diese Leute auf einer sogenannten Reserveliste zu placieren.

Deshalb unterstreiche ich dick, wenn es möglich ist, daß Sie eine Bundesliste machen, wo eben das Bundesorgan der Partei entscheiden kann; nur muß der Bundesvorstand – oder wer das macht – dann auch so stark sein, dafür zu sorgen, daß nur

die Interessen der Fraktion hierbei ausschlaggebend sind. Es darf nicht sein, daß sich Persönlichkeiten einen Wahlkreis besorgen, auf sicherem Platz der Reserveliste stehen in den Ländern und dann noch auf der Bundesliste stehen. Das ist nicht der Sinn der Bundesliste.

Ich weiß, daß die Bundestagsabgeordneten genau wie die Landtagsabgeordneten nicht für eine solche Lösung sind. Ich weiß, daß die Kreisparteien dagegen angehen werden. Und es wird sehr schwer sein, das durchzubringen. Aber jeder, der einigermaßen vernünftig ist, muß die Idee der Bundesliste, wenn Sie es gesetzlich hinkriegen, unbedingt bejahen, und zwar aus überörtlichen und überländermäßigen Interessen heraus.

Krone: Darum ist ein Beschluß des Bundesparteivorstandes notwendig.

Johnen: Ich warne aber davor, einen Beschluß zu fassen: Der Bundestag soll nicht verkleinert werden. Wir sollten uns darum nicht kümmern. Ich bin der Auffassung, er soll verkleinert werden, aber trotzdem, ich bin nicht dafür, das jetzt in einem Beschluß zu sagen. Wir sollten auch nicht sagen in dem Beschluß: Es bleibt bei der alten Stärke. Man sollte so beweglich wie möglich bleiben.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wenn hier über die Bundesliste abgestimmt wird, möchte ich jetzt schon sagen, daß ich an dieser Abstimmung nicht teilnehmen werde; denn eine Empfehlung des Bundesparteivorstandes an die Fraktion hat zur Folge, daß sie trotz des geradezu heroischen Kampfes des Bundesinnenministers vor der Fraktion zugunsten der Bundesliste abgelehnt wird. Die Sache hat in der Fraktion nur Aussicht auf Erfolg, wenn hier ein glasklarer Beschluß für die Bundesliste gefaßt wird. Ohne einen solchen Beschluß wird die Fraktion die Bundesliste glatt ablehnen.

Ich kann deshalb nicht mitwirken, weil dieser Beschluß über die Bundesliste sicherlich die Konsequenzen haben wird, daß der Bundestag in der seitherigen Größe unbedingt bestehenbleibt. Denn es ist klar, beides machen die Leute nicht mit. Sie sagen sich, eine Bundesliste bei dieser Größe von 484 geht unweigerlich zu Lasten der Landesliste. Die Kandidaten, die noch Aussicht hätten, auf der Landesliste an einen brauchbaren Platz zu kommen, verringern ihre Chancen, wenn sie einer Bundesliste zustimmen sollten; nicht die Nr. 1 bis 3 auf der Liste, aber die Nr. 4 bis 15 etwa, die sind dann möglicherweise durch die Bundesliste betroffen. Infolgedessen würden die Leute in der Fraktion sagen, wenn es unter allen Umständen darum zu tun ist, die Sitze zu zementieren, gut, wir sind für die Bundesliste, wenn man sich entschließt, die Zahl der Abgeordneten von 484 auf 50 plus 50 zu erhöhen.

Ich bin in der Fraktion belehrt worden, auch aus staatspolitischen Gründen sei es unerläßlich notwendig, die 484 Abgeordneten zu behalten. Nun warte ich darauf, daß sie sagen, es sei notwendig, die 484 plus 150 auf zusammen über 600 – und wenn Deutschland wieder vereinigt ist, sind es über 1.000 – zu erhöhen. Kurz und gut, weil diese Bundesliste diese Konsequenzen hat hinsichtlich der Größe des Bundestages, kann ich nicht mitstimmen. Ich bin entschlossen, mich im Parlament auf den Rücken legen zu lassen, aber ich bin nicht bereit, den Kampf aufzunehmen, um das Parlament

noch zu vergrößern. Ich mache mir keine Illusionen. *(Lebhafter Widerspruch und Unruhe.)*

Meine Herren! Im Wahlrechtsausschuß haben aufgrund der Instruktion der Fraktion 11 zu 8 zu 3 für 484 gestimmt. Nun können Sie sich vorstellen, wie die Sache aussieht, wenn jetzt noch ein langer Kampf um die Bundesliste losgeht. Die 8 wollen 400. Und wenn eine namentliche Abstimmung bei der zweiten Lesung beantragt wird, dann möchte ich sehen, wie man in den Wahlkreisen sagen will, wir haben für die Verkleinerung des Bundestages gekämpft, sind aber überstimmt worden. Dann wird im Protokoll nachzulesen sein, wie man gestimmt hat. Auch bei der namentlichen Abstimmung bin ich der Meinung, daß Herr Schröder mit seiner Voraussagung recht haben wird. Die Leute werden vielleicht mit einer knappen Mehrheit für die 484 stimmen. Wenn das herauskommt, dann will ich wenigstens den Gewinn der Bundesliste haben. Dann kann das Ganze ein bißchen Sinn haben, und das bißchen Sinn liegt in der Tat darin, daß der Bundesparteivorstand einen gewissen Einfluß hat.

Der Listenverbindung kann ich prima vista meiner württembergischen Obrigkeit nicht zustimmen. Ich bin gegen die Listenverbindung, vor allem deshalb, Herr Bundeskanzler, weil ich fürchte, daß wir hierbei zu viel bezahlen müssen an die DP. Die DP hat uns im Bundestagswahlkampf in Baden-Württemberg eine Reihe von Chancen dadurch genommen, daß sie völlig aussichtslose Kandidaten aufgestellt hat. Und in manchen Kreisen hat sie uns mit 100 bis 1.000 Stimmen die Chancen verpatzt! Eine Listenverbindung, die möglicherweise die DP ermutigt, aber zu unseren Lasten geht, sollten wir lieber nicht machen.

Ich bin für die Verstärkung des Mitspracherechtes der Landesvorstände; aber das muß genau definiert werden, damit man weiß, wer nun dieses Mitspracherecht ausübt. Der Verweis auf das Parteienstatut ist mir eine zu riskante Sache. Ich bin dafür, das genau zu formulieren.

Adenauer: Lieber Herr Gerstenmaier! Soviel ich weiß, gab es in Baden-Württemberg keine Listenverbindung. Infolgedessen hat die DP selbständig Kandidaten aufgestellt. Wäre aber eine Listenverbindung möglich gewesen, dann hätte ein gewisser Austausch stattfinden können. Die würden aber jetzt eine Listenverbindung mit uns eingehen, und dann bekommen Sie Ihre Chancen. (*Gerstenmaier:* Aber nicht zu unseren Lasten eine Verbindung eingehen!) Wir sind uns doch darüber klar, Herr Gerstenmaier, daß der Test, der vor der Wahl in Baden-Württemberg gemacht worden ist, wonach die CDU die absolute Mehrheit bekommen sollte, uns kolossalen Schaden zugefügt hat. Deswegen kommen wir gar nicht ohne ... (*Gerstenmaier:* Ich bin einverstanden!) Dann müssen Sie die Leute auch am Leben lassen! (*Gerstenmaier:* Das geht in Niedersachsen in den fünf Wahlkreisen, aber in Baden-Württemberg ist es doch völlig ausgeschlossen. Das ermutigt die Leute, in den Ländern, wo sie überhaupt keine Chance haben, auch noch mit Kandidaten zu kommen! – *Von Hassel:* Es ist nur möglich, wenn wir eine Listenverbindung eingehen. – *Unruhe.* – *Krone:* Das ist die einzige Möglichkeit! – *Gerstenmaier:* Wenn wir eine Listenverbindung eingehen, dann sind deren Chancen hoch!) Die DP wird niemals eine

Listenverbindung mit der SPD eingehen; sie wird niemals eine eingehen mit der FDP. (*Gerstenmaier:* Na! Na!) Nein, sie wird es nicht tun, Herr Gerstenmaier. Das sind mit die zuverlässigsten Leute, die wir haben. Meine Freunde! Damit die Diskussion nicht zu sehr auseinandergeht, möchte ich feststellen, daß Übereinstimmung darüber besteht, der Fraktion zu empfehlen, eine Bundesliste einzuführen. Sind wir darüber einig? (*Zurufe:* Ja! – *Gradl:* Ist das ein ganz klarer Beschluß? Dann müssen wir ihn schärfer formulieren!) Das möchte ich nicht; die Fraktion wird es übelnehmen, wenn wir es schärfer formulieren. Ich darf wiederholen: 1. eine Bundesliste, 2. im Gesetz ein Mitspracherecht der überkreislichen Instanzen festlegen, was noch formuliert werden muß.

Fay: „Mitspracherecht" ist zu weit gefaßt. Der Einspruch, den wir haben, genügt nicht. Ich bin der Auffassung, auch ein echtes Vetorecht genügt noch nicht, sondern wir müssen in bestimmten Fällen eine ganz konkrete Entscheidungsbefugnis haben. Ich habe einmal erlebt, als ich versuchte, meinen Einspruch geltend zu machen, daß der Kreisverband mir gedroht hat, er werde überhaupt keinen Kandidaten aufstellen, wenn er nicht seine Kandidaten aufstellen könne. Damit wollte er den gesamten Wahlkampf gefährden. (*Gerstenmaier:* Das ist doch unmöglich!) Doch, solche Dinge passieren bei uns! Deswegen muß man das Wort „Mitspracherecht" sehr wohl überlegen. Ich bin für eine sehr scharfe Formulierung, damit man wirklich eine scharfe Waffe in der Hand hat, sonst machen die doch, was sie wollen.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß an sich ein Veto ausreichen müßte. Wenn ein Landesvorstand ein Vetorecht gegen die Aufstellung eines Kreiskandidaten hat, dann müßte das doch ausreichen. In einer anderen Weise das Mitspracherecht zu formulieren, erscheint mir schwierig, weil das Gesetz in allen Fraktionen diskutiert wird. Daß man aber dieses Veto verlangen kann, das scheint mir mehr als berechtigt. Ein Kreis kann doch von sich aus in einer so wichtigen Angelegenheit nicht tun, was er will. Ein Kreis muß sich darüber klar sein, daß, wenn er heute einen Kandidaten aufstellt – sagen wir den Kandidaten Schmidt –, dieser Mann erst etwas wird durch den Namen der CDU; denn sein Name wird mit der CDU verbunden. Und dafür hat der Kreis etwas zu bezahlen. Infolgedessen hat die Partei ein Recht darauf, daß sie gehört wird. Ich werde das auch in aller Schärfe in der Fraktion und im Bundestag vertreten.

Schröder: Im Wahlgesetz heißt es, wir werden wieder eine zweite Stimme, ein Zweistimmenwahlrecht, bekommen, d.h., für die endgültige Verwertung entscheidet eigentlich die zweite Stimme. Man könnte sich vorstellen, daß wir nirgendwo einen Direktkandidaten aufstellen, sondern daß wir alles über die Liste bekommen, um es einmal extrem auszudrücken, und zwar Kreiswahlvorschläge, Landeswahlvorschläge und – wenn das andere kommt – Bundeswahlvorschläge. Die Kreiswahlvorschläge müssen – so heißt es im § 20 – von dem satzungsmäßig zuständigen Landesvorstand unterzeichnet sein. D.h. also, wenn der Landesvorstand bei einem bestimmten Wahlvorschlag sagt, den reichen wir überhaupt nicht ein, dann ist eben nichts da. Dann

kann – das ist eine Art ultima ratio – in einem solchen Gebiet nur gewählt werden die Liste der CDU, weil kein wirksamer Wahlvorschlag eingereicht worden ist. Das ist mehr der technische Teil der Sache.

Es steht über das Einspruchsrecht weiter darin: Der Landesvorstand oder eine andere in der Parteisatzung hierfür vorgesehene Stelle kann gegen den Beschluß einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung Einspruch erheben. Auf einen solchen Einspruch ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig. D.h. also praktisch, daß der Landesvorstand eine Art verzögerliches Veto hat mit dem Ergebnis, wenn man dabei bleibt, kommt derselbe Kandidat wieder!

Dann gibt es nur das, was ich als ultima ratio bezeichnet habe, der Landesvorstand reicht den Vorschlag nicht ein, und das verdirbt die Stimmung in den Gebieten ganz sicher. Ich möchte meinen, daß man über das, was hier steht, nicht hinaus kann. Die Fraktion wird man schwer dazu bekommen, darüber hinauszugehen. Wir haben einen viel zu großen Kreis von Direktabgeordneten, als daß bei ihnen Neigung bestehen könnte, über das hinauszugehen, was hier verzögerliches Veto genannt wird. Das ist die Lage, wie wir sie hatten: keine Veränderung – und wie sie jetzt in dem Entwurf wieder erscheint.

Adenauer: Ich glaube, daß Herr Schröder in dieser Hinsicht recht hat. Auf der anderen Seite müssen wir die Autorität des Herrn Krone durch einen solchen Beschluß stärken. Wieviel Gebrauch er davon macht, ist eine andere Sache, aber seine Autorität müssen wir stärken. Und ich bin dafür, daß wir seinen drei Petita zustimmen. Einer großen Formulierung bedarf es nicht. Ich schlage vor: 1. Bundesliste, 2. Mitspracherecht und 3. die Möglichkeit der Listenverbindung. (*Zimmer:* Eine Wahlauseinandersetzung ist kein echtes Mitspracherecht. Es muß ein echtes Veto sein!) Ein Mitspracherecht hat nach meiner Meinung etwas Positives in sich. (*Zimmer:* Das ist zu wenig!)

Von Hassel: Diese Sache nützt uns nichts. Es muß hinein: bedarf der Zustimmung des Landesvorstandes! Von unseren 14 Leuten in Schleswig-Holstein werden 12 nicht nur vom Wahlkreis aufgestellt, sondern auch vom Landesvorstand akzeptiert. Fraglich sind nur 2 oder 4 Mann. Von den meisten weiß man doch, daß sie die Zustimmung bekommen werden. Und es sind nur ein paar Typen, die nicht die Zustimmung bekommen werden. Diese Leute werden natürlich dagegen sein. Mit ihnen haben wir aber nichts weiter wie Ärger. Ich meine also: ein ganz klares Zustimmungsrecht des Landesvorstandes!

Adenauer: Sie wünschen, daß der Bundesvorstand etwas zu sagen hat? (*Zurufe:* Ja! Nicht klar! – *Unruhe.*) Lassen Sie die Dinge doch einmal vor Ihrem geistigen Auge passieren. Lassen wir doch wenigstens den Vorschlag von Herrn Krone annehmen; dann wird Herr Krone sehen, wie weit er kommt. (*Krone:* Mitspracherecht aktiv gesehen, nicht nur ein Veto! – *Zimmer:* Sagen Sie zwei Drittel des Landesvorstandes! Dann bekommen Sie es eher durch! – *Simpfendörfer:* Man könnte uns Vorwürfe machen, ich hätte nicht klar gesprochen. Herr Mommer hat in der Zeitung geschrieben, er sei gegen die Entwicklung, d.h. die Liste.) Ich bin anders unterrichtet worden,

daß nämlich Herr Schoettle[72] der Auffassung war, der Beschluß, der damals gefaßt worden ist, solle geändert werden, und zwar wegen der Geschichte mit dem Grabensystem.[73] (*Simpfendörfer:* Nein! Nein!)

Krone: Wir sind in einer Reihe von Punkten anderer Meinung wie die SPD. (*Simpfendörfer:* Die Listenverbindung ist gegen die SPD.) Die SPD sagt 400, und wir sagen 480. (*Simpfendörfer:* Das macht nichts!) Die SPD sagt, wenn ihr Berlin nicht mitwählen laßt, stimmen wir gegen das ganze Gesetz. Zur Listenverbindung sagt die SPD intern: Ich würde gern mit dem BHE eine Listenverbindung eingehen. Es geht darum, daß Schoettle nicht genau im Bilde war, als er meinte, wir wollten auf das Grabensystem zurückkommen. (*Gerstenmaier:* Herr Menzel liegt mir immer in den Ohren, daß die Listenverbindung zustande kommt.)

Adenauer: Die Gefahr einer Listenverbindung zwischen SPD und FDP ist viel naheliegender als etwas anderes! (*Simpfendörfer:* Bei uns nicht! Da ist es die FDP und die CDU. – *Krone:* Ich möchte ein Veto bekommen!) Herr Krone kann mal mit Herrn Schoettle über diese Frage sprechen. Ich bin dafür, daß wir zustimmen. Daß wir über den Gedanken der Listenverbindung nicht die Regierung in Baden-Württemberg falsch laufen lassen, ist ganz klar. Können wir damit diesen Punkt verlassen? (*Simpfendörfer:* Ich bin gegen die Listenverbindung! – *Gerstenmaier:* Gegen die Listenverbindung habe ich nichts zu sagen, aber bei der Bundesliste habe ich mich enthalten!) Sie haben von einem zementierten Sitz gesprochen. Das ist sehr kühl und nackt! (*Gerstenmaier:* Er ist unbequem, aber ein fester Sitz!) Wir können damit den Punkt 1 der Tagesordnung verlassen.

Heck: Für diejenigen, die an der gestrigen Sitzung[74] nicht teilgenommen haben, darf ich kurz folgendes bemerken: Gegenstand der Beratungen war die Frage, wie es möglich sei, die Zusammenarbeit der Bundesgeschäftsstelle mit den Landesparteien und den Landesgeschäftsstellen etwas intensiver und wirksamer zu gestalten als bisher. Man hielt das für unbedingt notwendig, um die Bundestagswahlen gut vorbereiten und die Organisation der Partei vernünftig aufbauen zu können. Die Landesgeschäftsführer sind beauftragt worden, Vorschläge auszuarbeiten, über die der Bundesvorstand Beschluß fassen soll. Ich darf Ihnen die Vorschläge der Landesgeschäftsführer zur Kenntnis bringen:

„Die Landesgeschäftsführer bitten einstimmig den Vorstand, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Bundesgeschäftsführer ist berechtigt, den Landesgeschäftsstellen Weisungen zu erteilen in allen Fragen, die die Vorbereitung der Bundestagswahl betreffen oder zur Durchführung von Beschlüssen notwendig sind, die vom Bundesparteivorstand verbindlich für alle Landesverbände gefaßt wurden.

---

72 Erwin Schoettle (1899–1976), 1947–1962 und 1968 Vorsitzender der SPD Württemberg, 1949–1972 MdB (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 6).

73 Zur Diskussion jener Wochen um das Wahlgesetz vgl. LANGE S. 701–710; JESSE S. 103–110, 158–169. Das Wahlgesetz trat am 7. Mai 1956 in Kraft (BGBl I S. 383).

74 Konferenz der Landesvorsitzenden (vgl. Anm. 6).

2. Der Bundesgeschäftsführer hat das Recht, die Kreisverbände zu besuchen und die Arbeit der Kreisgeschäftsführer zu kontrollieren.
3. Der Mindestbeitrag der Mitglieder beträgt für die gesamte Bundespartei DM 1,– pro Mitglied monatlich. Darüber hinaus werden gestaffelte Monatsbeiträge je nach Vermögenslage eingeführt. Die Landesgeschäftsführerkonferenz wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurf dem Parteivorstand vorzulegen.
4. Die Landesverbände sind verpflichtet, sofort den Aufbau des Vertrauensleutesystems in Angriff zu nehmen mit dem Ziel, bis Ende des Jahres in jeder Gemeinde und in jedem Stimmbezirk der größeren Gemeinden und der Städte zwei aktive Vertrauensleute zu haben.
5. Die Bundesgeschäftsstelle wird beauftragt, zur Vorbereitung der Bundestagswahl achttägige Lehrgänge für die Kreisgeschäftsführer durchzuführen.
6. Die Bundesgeschäftsstelle und die Landesparteien werden beauftragt, eine Mitgliederwerbeaktion vorzubereiten."

Adenauer: Die Sache ist gut. Ich denke, wir können zustimmen.

Gurk: Wenn der Bundesgeschäftsführer direkt Weisungen an die Landesgeschäftsführer gibt, erfahren das die Landesvorsitzenden?

Adenauer: Die können eine Abschrift bekommen. Darf ich feststellen, daß Sie zustimmen?

Johnen: Ich halte es nicht für durchführbar, DM 1,– zu nehmen. Wir haben eine Reihe von Leuten, die DM 0,50 bezahlen. Wir können nicht verlangen, daß die DM 1,– bezahlen.

Heck: Herr Schreiber hat den Antrag gestellt, DM 1,– festzusetzen, weil in der Satzung des Landesverbandes Rheinland der Mindestbeitrag von DM 1,– festgesetzt sei. (*Johnen:* In der Satzung steht noch mehr drin!)

Fay: So erfreulich die Festsetzung eines Mindestbeitrages von DM 1,– ist, so würde ich das doch bedauern; denn für meinen Kreisverband habe ich als Mindestbeitrag DM 2,– festgesetzt. Wenn die hören, daß der Mindestbeitrag DM 1,– ist, dann sagen die Leute, wir zahlen auch nur DM 1,–.

Adenauer: Dann sagen wir: nicht weniger als DM 1,–. Herr Johnen, halten Sie Ihre Bedenken aufrecht?

Johnen: Ich kenne den Freund Bach. Die zweite Stufe ist eine Abgabe der Landespartei an die Bundespartei, verrechnet nach einem Mindestbeitrag von DM 1,–, während es in Wirklichkeit nur DM 0,80 sind. Das ist der Sinn. Darauf möchte ich nicht hereinfallen.

Adenauer: Der Herr Bach muß auch leben, und wir müssen auch leben! Dagegen können Sie nicht stimmen. Das reiche Land Nordrhein-Westfalen! Das ist doch unmöglich.

Heck: Die Einzelheiten werden noch ausgearbeitet von der Landesgeschäftsführerkonferenz und dann hier zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt, Herr Johnen, so daß Sie dann Ihre Bedenken noch anbringen können. Sie dürfen sicher sein, daß die

Regelung nicht so aussehen wird, daß ein Prozentsatz von dem Beitrag genommen wird, sondern man wird beschließen, pro Mitglied beispielsweise DM 0,10.

Zimmer: Wahrscheinlich geht man davon aus, daß ein großer Teil der Mitglieder DM 2,–, DM 3,–, DM 5,– oder DM 10,– bezahlt.

Adenauer: Ich stelle fest, daß Herr Johnen stillschweigend zustimmt. (*Johnen:* Das ist nur eine Empfehlung, was wir jetzt tun?) Es ist mehr als eine Empfehlung, nur sollen die Einzelheiten noch ausgearbeitet werden.

Wuermeling: Eine steuertechnische Bemerkung! Wir haben im Steuergesetz vorgesehen, daß die Zuwendungen an die Parteien steuerlich absetzbar sind. Man muß unterscheiden zwischen Beiträgen, die nicht absetzbar sind, und Spenden, die absetzbar sein sollen. Ich bitte, bei der endgültigen Formulierung der Dinge darauf Rücksicht zu nehmen, daß hier bei den höheren Beträgen eine entsprechende Scheidung vorgenommen werden kann, damit sie nicht unter die nicht absetzbaren Beiträge fallen. Ich will mit Herrn Schäffer sprechen, ob die Sache in Ordnung ist.

Adenauer: Ich darf also feststellen, daß Sie zustimmen!

Dann kommen wir zum Punkt 3 der Tagesordnung. Ich möchte bitten, daß wir den Punkt 3 vor dem Punkt 2 behandeln, denn es verschwinden schon einige Herren. Das Wort zum Punkt „Bundesparteitag" hat Herr Heck.

Bundesparteitag in Stuttgart

Heck: Zur Vorbereitung des Parteitages hat sich der geschäftsführende Vorstand in mehreren Sitzungen mit dem Programm des Parteitages beschäftigt. Die ursprüngliche Vorstellung, daß der Parteitag ausschließlich die Sozialreform behandeln soll, wie sie im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres geplant war, ist insofern zum Teil hinfällig geworden, weil der Parteitag nicht im Oktober, sondern erst im April stattfindet; außerdem ist über die Sozialreform, was die Invaliden- und Altersrente anlangt, durch das Sozialkabinett praktisch bereits Beschluß gefaßt. Wir waren trotzdem der Auffassung, weil die Sozialreform noch andere Gebiete umfaßt, daß das Thema „Sozialreform" einen gebührenden Platz im Rahmen des Parteitages einnehmen soll.

Der zweite Gesichtspunkt, der neu für die Gestaltung des Parteitages auftauchte, ist durch die jüngste Entwicklung entstanden. Ich erinnere an die Tatsache, daß wir uns urplötzlich allein in Front gegen die Liberalen und die Sozialisten sehen. Ich erinnere an den KPdSU-Kongreß in Moskau.[75] Ein weiterer Punkt ist der, daß auf dem Parteitag klar zum Ausdruck kommen soll, in welche Gefahr wir, Europa und die Welt geraten sind durch den Kommunismus, und daß gegen den Kommunismus weder das liberale Ethos der Liberalen noch das sozialistische Ethos der Sozialisten ausreicht, sondern daß zu seiner wirksamen Bekämpfung die christlichen Kräfte und Anschauungen erforderlich sind.

75 20. Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 (AdG 1956 S. 5631–5643).

Wir waren der Meinung, daß auf innenpolitischem Gebiet über das Thema der Sozialreform hinaus die Probleme der Landwirtschaft, die mit dem Grünen Plan in einem ersten Anlauf in die Öffentlichkeit hineingetragen worden sind[76], auf dem Parteitag vertieft werden sollen.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen möchte ich nunmehr den Programmentwurf, wie ich ihn zusammen mit Herrn Minister Kaiser nach den vorangegangenen Besprechungen im geschäftsführenden Vorstand aufgestellt habe, Ihnen zur Kenntnis bringen:

Entwurf eines Programmes für den Bundesparteitag in Stuttgart vom 26. bis 29. April 1956

10 Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Erster Tag	Donnerstag, 26. April
15.00 Uhr	Sitzung des Bundesvorstandes
19.00 Uhr	Sitzung des Parteiausschusses
Zweiter Tag	Freitag, 27. April
9.00 Uhr	Eröffnung des Parteitages durch den
	1. Vorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler
	Wahl des Präsidiums, des Redaktionskomitees
	und der Mandatsprüfungskommission
	Begrüßungsansprachen
	10 Jahre Politik für Deutschland
	Es sprechen:
	Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler
	Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages
	Mittagspause
15.00 Uhr	Plenarsitzung
	Das Los Mitteldeutschlands
	oder
	Entwicklung in Mitteldeutschland
	Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen
	Der Kommunismus als Weltgefahr
	oder
	Der Weltkommunismus, die Sowjetunion und wir
	Kurt Georg Kiesinger, MdB
	Aussprache
Dritter Tag	Samstag, 28. April
9.00 Uhr	Plenarsitzung
	Die Arbeit der Fraktion
	Dr. Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion

76 Vgl. BT-Drs. 2100: Bericht über die Lage der Landwirtschaft vom 10. Februar 1956 sowie Zusammenstellung vom 23. Februar 1956 über die von der Bundesregierung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955.

	Sozialreform
	Professor Dr. Ludwig Neundörfer
	Dr. Collmer[77]
11.00 Uhr	Arbeitskreise
	1. Arbeitskreis
	Reform der sozialen Leistungen
	(Alters- und Invalidenversicherung, Krankenversicherung,
	Rehabilitation, Prävention, Fürsorge)
	Leitung: Anton Storch, Bundesminister für Arbeit
	Heinrich Lünendonk, stv. Direktor der LVA Hessen
	2. Arbeitskreis
	Familienpolitik und Wohnungspolitik
	Leitung: Edo Osterloh[78], Kultusminister in Schleswig-Holstein
	Paul Lücke, MdB
	3. Arbeitskreis
	Eigentumspolitik
	Leitung: Karl Hahn[79], MdB
	Erwin Häussler[80], MdB
	4. Arbeitskreis
	Wirtschafts- und Finanzpolitik
	Leitung: August Neuburger, MdB
	5. Arbeitskreis
	Landwirtschaft
	Leitung: Heinrich Lübke,
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
	Mittagspause
15.00 Uhr	Arbeitskreise
17.00 Uhr	Plenarsitzung
	Rechenschaftsbericht der Partei
	Dr. Bruno Heck, Bundesgeschäftsführer

77 D. Dr. Paul Collmer (1907–1979), Vizepräsident der Inneren Mission und des Hilfswerks der EKD, bis 1972 Vorsitzender des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Württemberg, Geschäftsführer der Deutschen Sozialpolitischen Gesellschaft, 1955–1959 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher. Vgl. Zum Gedenken an Paul Collmer. Stuttgart 1979.

78 Edo Osterloh (1909–1964), 1935–1941 Dozent an der Kirchlichen Hochschule Berlin (Bekennende Kirche), 1953–1956 im Bundesministerium des Innern bzw. für Familienfragen, 1956–1964 Kultusminister in Schleswig-Holstein (CDU).

79 Karl Hahn (1901–1982), vor 1933 DNHV, 1953–1969 MdB (CDU), 1958–1970 MdEP.

80 Erwin Häussler (1909–1981), 1946–1953 Stadtrat in Stuttgart (CDU), 1952–1956 MdL Baden-Württemberg, 1953–1961 und 1964–1972 MdB, seit 1963 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg.

	Änderung des Parteistatuts
	Berichterstatter:
	Professor Dr. Adolf Süsterhenn
	Aussprache und Beschlußfassung
	Wahl des 1. Vorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter
18.00 Uhr	Sitzung des Parteiausschusses
Vierter Tag	Sonntag, 29. April
	Gottesdienste
11.00 Uhr	Plenarsitzung
	Berichte der Arbeitskreise
	Mittagspause
	Aussprache und Beschlußfassung
	Schlußwort des 1. Vorsitzenden

Simpfendörfer: Ich vermisse einen Arbeitskreis für den gewerblichen Mittelstand.

Adenauer: Nicht der gewerbliche, sondern der Mittelstand überhaupt. Und dann, meine Freunde, was heißt eigentlich Arbeitskreis? Als wenn die anderen nicht arbeiteten! Das ist auch so ein modernes Wort, hinter dem nichts steht, genau wie das Wort „dynamische Rente". Was heißt das eigentlich? Ich kann mir nichts Konkretes darunter vorstellen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Wackerzapp: Ich möchte etwas zur Statutenänderung sagen und darauf hinweisen, daß der Parteitag erheblich mehr Mitglieder als sonst aufweisen wird; denn die Entsendung der Delegierten bei je 25.000 abgegebenen CDU-Stimmen wird ungefähr 500 Leute ausmachen, ebenso wird der Parteiausschuß sich numerisch verstärken. Dies bedeutet eine erhebliche Belastung für die Geschäftsführung. Wir haben gegen unsere Satzung mehrfach verstoßen. Die gewählten Mitglieder sind in ihrer Amtsperiode nach einem Jahr abgelaufen, sie sind satzungsmäßig und juristisch nicht mehr da! (*Zurufe:* Doch! Irrtum!) Wir haben keine Bestimmung in unserer Satzung, daß die gewählten Mitglieder ihr Amt so lange behalten, bis sie neu gewählt werden.

Was am dritten Tage alles in der Plenarsitzung vorgesehen ist, kann technisch nicht durchgeführt werden. Wir haben keine offizielle Geschäftsanweisung für die Parteigremien. Wir haben bisher analog der Grundgedanken der Bundesgeschäftsordnung gehandelt, aber das ist nur in wenigen Fällen anwendbar. Nach dem Statut hat jedes Gremium in einer zufälligen Besetzung das Recht, Beschlüsse zu fassen. So kann z.B. eine Zufallsmajorität über wichtige Dinge entscheiden, so daß also der wahre Wille der Majorität nicht zum Ausdruck kommt. (*Unruhe und Zurufe:* Das ist unklar! Was heißt denn das?)

Nach unserer Satzung können Satzungsänderungen mit einfacher Mehrheit der jeweils Erschienenen beschlossen werden, und wenn man will, auch die Auflösung unseres ganzen Bundes. Es ist auch nicht gesagt, in welcher Form die Wahlen stattzufinden haben, ob durch Akklamation oder durch Stimmzettel usw., ob geheime Wahl verlangt werden kann usw. Das hängt alles in der Luft. Nach dem neuen

Satzungsentwurf sollen in den Parteiausschuß die Landesgeschäftsführer mit beschließender Stimme hineinkommen, während sie bisher nur beratende Stimme hatten. Das bedeutet, daß die Angehörigen des Parteiapparates maßgeblich mitwirken sollen an der Willensbildung des wichtigsten Parteigremiums. Es fragt sich, ob es richtig ist, Mitglieder der Parteibürokratie maßgeblich an der politischen Willensbildung der Partei mitwirken zu lassen. Ich halte es nicht für richtig.

Dann haben wir einen eigentümlichen zivilrechtlichen Status unserer Partei. Wir sind keine Körperschaft des öffentlichen Rechts, wir sind kein eingetragener Verein, wir fallen nicht in das Handelsgesetzbuch. Was sind wir eigentlich? Wir sind ein nicht eingetragener Verein und unterliegen den Gesellschaftsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hier sollte etwas geschehen, insbesondere wenn das neue Parteiengesetz geschaffen wird. Die Dinge müssen alle im Parteistatut geregelt werden. Es ist in der Beziehung aber auch nichts geschehen, was zu praktischen Ergebnissen geführt hätte! Wir sollten darüber eine ausgiebige Aussprache führen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Parteiausschusses ist die Mitwirkung bei der Bildung des Vorstandes. Er wählt die drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, die in ihrer Kompetenz und Arbeitsweise intensiviert werden sollen. Es ist sehr wesentlich, daß für die Personen des geschäftsführenden Vorstandes Klarheit geschaffen wird. In der letzten Zeit war es so, daß der geschäftsführende Vorstand durch den Tod von Herrn Tillmanns, durch die Krankheit von Herrn Kiesinger und durch die Überlastung von Herrn Wuermeling eigentlich nicht mehr vorhanden war, so daß die ganze Verantwortung der Entscheidungen in der Hand des Bundesgeschäftsführers gelegen hat, was ich aus bestimmten Gründen nicht für richtig halte.

Ich möchte bitten, daß über diesen Punkt etwas gesagt wird. Die Statuten spielen in guten Zeiten der Partei keine Rolle, aber in bösen Zeiten werden die juristischen Sachverständigen aufgeboten, und die können dann aus einer mangelhaften Satzung enorme Schwierigkeiten der Partei bereiten.

Adenauer: Ich schlage vor, daß wir die Debatte anders führen, als sie Herr Wackerzapp vorgetragen hat. Ich meine, wir können heute nicht in die Einzelheiten des neuen Statuts eintreten. Wir haben es auch nicht vorliegen, geschweige denn, daß wir es im Kopf haben. Ich gebe ohne weiteres zu, von dem, was Sie gesagt haben, ist vieles richtig, aber wir beschäftigen uns heute doch mit der Frage, wie sich der Parteitag abspielen soll, und zwar geht es darum, ob Sie mit den Themen und den Rednern einverstanden sind. Und hier habe ich bis jetzt nur den Vorschlag von Herrn Simpfendörfer gehört, man solle auch einen Arbeitskreis für Mittelstandsfragen schaffen. Ich glaube, das ist auch richtig. Wir sollten das tun. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Dann hat Herr Wackerzapp bemängelt, daß die Zeit zu kurz sei für eine Plenarsitzung. Darin mag er recht haben. Wir müssen also sehen, daß wir etwas mehr Zeit dafür vorsehen. Die Frage der Geschäftsordnung und die des Statuts müssen wir erörtern, wenn wir noch einmal zusammenkommen. Wir können es unmöglich heute hier erledigen, weil wir nicht darauf vorbereitet sind. Ich würde großen Wert darauf

legen, daß bei der ganzen Sache hier auch Raum gegeben wird für Besprechungen außerhalb der Tagesordnung.

Dann möchte ich mir die Frage erlauben, genügen die Herren Hahn und Häußler bei dem Arbeitskreis „Eigentumspolitik"? Ich halte es für notwendig, daß noch jemand anders dabei ist; denn die Frage der Eigentumspolitik ist nicht nur eine Frage der Arbeitnehmer, das ist eine Frage von allgemeiner staatspolitischer Bedeutung. Wenn es nur eine Frage der Arbeitnehmer wäre, würde sich die Sache erschöpfen in der Frage: Besitz eines eigenen Hauses.

Strickrodt: Wir haben in der Partei einen Ausschuß „Eigentumspolitik", der am Montag in Klausur tagt. Vorsitzender ist Dr. Hellwig. In diesem Ausschuß wird intensiv gearbeitet. Herr Häußler arbeitet da mit. (*Adenauer:* Es muß noch jemand anders hinein!) Vielleicht Herr Hellwig, weil er den Ausschuß der Partei führt.

Adenauer: Ich halte den Vorschlag mit der Investment-Gesellschaft für gut. Das ist einer der besten Wege, um Eigentum zu erwerben, auch für die kleineren Leute. Wenn irgendwo die Aktien heruntergehen, haben die Leute einen großen Verlust, aber eine gutgeleitete Investment-Gesellschaft gleicht das aus, so daß diejenigen, die als Aktionär teilnehmen, geschützt sind. Das ist ein guter Gesetzentwurf, der von unserer Fraktion eingebracht worden ist.[81] Leider liegt er ein halbes Jahr da, weil der Bundesfinanzminister oder ein Referent dagegen Widerspruch erhoben hat. Es handelt sich um die Frage, ob von der Dividende, die die Gesellschaft einnimmt als Aktionär, noch Steuer bezahlt werden soll von den Aktionären dieser Gesellschaft, so daß eine doppelte Besteuerung stattfindet. Ich habe mich etwas dafür interessiert auf Intervention von Herrn Neuburger. Ich habe nun gehört, die Sache sei jetzt glatt. Die Frage des Erwerbs eines eigenen Hauses ist eigentlich gelöst, aber diese Frage, nämlich das Interesse auch der kleinen Leute an der Gesamtwirtschaft zu wecken, ist ungemein wichtig.

Heck: Auf dem Parteitag in Köln wurde ein Beschluß gefaßt, daß ein Ausschuß gegründet werden soll, der das Problem „Miteigentum" zu untersuchen habe. In diesem Ausschuß sind die Arbeitnehmer wie die Unternehmer vertreten. Beide Gruppen haben sich im großen und ganzen auf drei Punkte geeinigt. Die liegen vor, so daß dieser Arbeitskreis eigentlich nicht mehr darüber streiten dürfte, was vorgeschlagen werden soll. Es wird am Montag noch eine abschließende Sitzung stattfinden, der aber mehr redaktionelle Bedeutung zukommt.

Wir haben Herrn Neuburger deswegen für den Arbeitskreis „Wirtschafts- und Finanzpolitik" vorgesehen. Ich halte es für zweckmäßig, neben Herrn Häußler, der die Arbeitnehmer vertritt, noch Herrn Hellwig in die Leitung dieses Arbeitskreises zu nehmen, weil Herr Hellwig der Vorsitzende des Ausschusses für Miteigentum der Partei ist.

---

81 Gesetzentwurf über Kapitalanlagegesellschaften vom 9. Juli 1955 (BT-Drs. 1585); Gesetz vom 16. April 1957 (BGBl I S. 378).

Strickrodt: Der Arbeitskreis „Wirtschafts- und Finanzpolitik" hat anscheinend keine Fühlung mit dem Wirtschaftsausschuß der Partei genommen, dessen Vorsitzender Herr Etzel ist. Herr Neuburger wird immer gebeten, zu diesem Kreis zu kommen, aber er erscheint fast nie. Herr Neuburger weiß nicht, was in diesem Kreis vor sich geht.

Adenauer: Eine allgemeine Bemerkung! Es sind mir zu viele Minister und Bundestagsabgeordnete darin. Und ein Minister kann nichts anderes sagen als das, was er vertreten hat. Das gilt auch für die Bundestagsabgeordneten. Haben wir denn keine Leute, die nicht gebunden sind an ihr Ministeramt oder an ihr Abgeordnetenmandat, die aber trotzdem gute Gedanken haben? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Selbst wenn ihre Gedanken nur kritisch sind. Ich halte den Vorschlag von Herrn Strickrodt für sehr gut. Herr Neuburger liegt mehr oder weniger fest. Die Ausschüsse unserer Partei beklagen sich mit Recht darüber, daß sie entweder gar nicht einberufen werden von ihrem Vorsitzenden oder, wenn sie einberufen werden, dann die Mitglieder zu den vier Wänden sprechen. Das macht natürlich auf die Partei keinen Eindruck. Ich würde also raten, die ganze Geschichte noch einmal durchzuarbeiten. (*Simpfendörfer:* Wir sollten eine geistige Standortbestimmung festlegen!) Auch nach meiner Meinung ist viel zuwenig Raum gelassen für den geistigen Standort unserer Partei. Das ist das, was uns andere voraus haben, und wenn uns das nicht gelingt beim deutschen Volk, dann sind wir eben überflüssig. Unser geistiger Standort muß stärker betont werden.

Ich weiß, Herr Gerstenmaier, Sie werden das ausgezeichnet machen. Ihr Thema lautet „10 Jahre Politik für Deutschland". Das sind aber die vergangenen Jahre! (*Gerstenmaier:* Weder Sie noch ich mache das als ein historisches Kolleg!) Das wissen Sie doch gar nicht! Es handelt sich um zwei Gesichtspunkte, meine Freunde! Den einen Gesichtspunkt habe ich neulich angeführt: Wir gehen herum, bescheiden, artig und tun die Arbeit und sagen nichts. Aber einmal gerade herausgesprochen! Lassen wir doch mal auf die Pauke schlagen! Lassen wir dem deutschen Volke doch sagen, laut und deutlich, was die CDU in den letzten zehn Jahren geleistet hat.

Das soll mit hinein, und zwar sollten wir mal wirklich mächtig auf die Pauke schlagen, damit die Öffentlichkeit auch sieht, was gemacht worden ist von uns in dieser Zeit auf allen möglichen Gebieten! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich wiederhole: Die Frage des geistigen Standorts ist sehr wichtig. Es ist aber nur vorgesehen in dieser Hinsicht ein Vortrag von Herrn Kiesinger. Ich habe mir sagen lassen, daß die politische Entwicklung der Sowjets von 1918 bis 1933 – nicht die innenpolitische, sondern die außenpolitische Entwicklung Sowjetrußlands – frappante Parallelen zu der Politik bietet, die die Sowjets jetzt machen. Deswegen habe ich vorgeschlagen, mit einem Professor Conze[82] in München, der dort ein Kolleg über europäische

82 In der Vorlage: Konz. – Dr. Werner Conze (1910–1986), 1952 a.o. Professor für Neuere Geschichte in Münster, ab 1957 o. Professor in Heidelberg. – In München lehrte Dr. Hans Koch (1894–1959), Universitätsprofessor; seit 1953 Direktor des Osteuropa-Instituts München.

Geschichte liest, Fühlung aufzunehmen, ob er nicht 30 Minuten lang diese Parallelen aufzeichnen könnte. Herr Bach hat es übernommen, mit Herrn Conze zu sprechen. Ich kenne Herrn Conze nur aus Schilderungen seiner Hörer. Herr Bach hat mir mitgeteilt, er habe mit Herrn Conze gesprochen, der einen hervorragenden Eindruck gemacht habe. Herr Conze behalte sich vor eine endgültige Stellungnahme bis heute abend. Herr Conze ist evangelisch. Ich lege großen Wert darauf, daß ein evangelischer Professor im Hinblick auf manche Pastoren einen solchen Vortrag auf unserem Parteitag hält. Wenn also Herr Conze bereit ist, dann bitte ich Sie, ihn noch in das Programm einzufügen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Heiler: Unsere Partei sieht so aus, als ob sie ein reines Männergremium sei. Es ist keine Frau dabei. Ich möchte bitten, daß in den Arbeitskreisen „Familienpolitik" und „Neuordnung der sozialen Leistungen" eine Frau mit zu Wort kommt; auch in der Leitung. Wir haben dort wirklich etwas anzumelden.

Adenauer: Sie haben vollkommen recht, Frau Heiler!

Eplée: Ich habe Sorge, daß wir mit der Zeit, die für die Aussprache vorgesehen ist, nicht auskommen werden. Auch für die Sitzung des Bundesvorstandes ist zu wenig Zeit vorgesehen. Ich erinnere an Hamburg, wo es einen Kampf gegeben hat wegen der Neuwahl der Mitglieder für den Parteivorstand und den Parteiausschuß. Ich halte es auch für richtig, daß am dritten Tage nur ein Bericht des Fraktionsvorsitzenden gegeben wird, der nicht aufgesplittert werden sollte. Diese Kurzberichte machen nach außen keinen guten Eindruck und stören die Geschlossenheit.

Wackerzapp: Zu dem Punkt „Der Kommunismus als Weltgefahr" möchte ich anregen, einen Flüchtling aus der Sowjetzone, und zwar aus der jungen Generation, zu Wort kommen zu lassen, der sich mit dem dialektischen Materialismus und mit den Kriegsgefangenen beschäftigt.

Adenauer: Das ist eine sehr gute Anregung. Wir müßten einen Kriegsgefangenen ausfindig machen, der referieren kann. Unter den zuletzt zurückgekehrten Kriegsgefangenen sind ausgezeichnete Menschen.

Heck: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Vorschläge einander widersprechen. Der eine Vorschlag besagt, es müsse mehr Zeit vorgesehen werden für die Diskussion, für die Sitzung des Bundesvorstandes, und die anderen wollen eine Ausweitung der Themen durch Hinzuziehung einer Frau.

Adenauer: Nein, Herr Heck, die Anregungen gingen dahin, eine Frau in die Arbeitskreise zu nehmen und daß ein Kriegsgefangener sprechen soll. Das halte ich für eine wertvolle Anregung. Wie groß wollen Sie die Arbeitskreise machen? (*Zurufe:* 15! – *Wuermeling:* Ein Bundesminister sollte keinen Arbeitskreis leiten!) Das halte ich auch für richtig. Es ist nicht gut, daß Herr Storch und Herr Lübke als Vorsitzende des Arbeitskreises eingesetzt werden. Da soll doch die Partei zu der Arbeit der Herren etwas sagen.

Wir haben also eine Reihe von Anregungen und wissen nun Bescheid. Wir können die Sache noch etwas ummodeln.

Wackerzapp: Wie steht es mit der Beteiligung der Vertreter der Saar auf dem Parteitag? Muß nach unserer Satzung der Bundesvorstand einen Beschluß fassen?

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Wackerzapp, wenn ich unterbreche. Das können Sie nicht wissen, was ich jetzt sage. Es sind durch Vermittlung von Herrn Lenz[83] Erörterungen im Gange, um eine Verschmelzung der beiden christlichen Parteien an der Saar herbeizuführen. Durch eine solche Verschmelzung würde unsere Sache außerordentlich erleichtert werden. Sonst kommt die CDU, und es kommt die CVP. Und was sollen wir dann tun? Daß wir den Herrn Hoffmann nicht aufnehmen können, ist klar, daß aber in der CVP auch anständige Leute sind, ist auch klar. Deswegen meine ich, sollten wir das mal der Entwicklung überlassen. Ich will Herrn Lenz mitteilen, er möchte die Verhandlungen möglichst beschleunigen. Wenn also vor dem Parteitag eine Verständigung zwischen den beiden Parteien erzielt wird, können wir sie zusammennehmen.

Übrigens hat der Herr Dr. Ney den Herrn von Brentano gefragt, ob er nicht zusammen mit ihm zum Papst gehen könne als offizieller Teilnehmer von der Delegation. Natürlich hat Herr von Brentano gesagt: Das tut mir sehr leid, aber es ist nicht möglich. Er hat damit gerechnet, daß dann auch der Herr Dr. Schneider kommen könne. Dr. Schneider ist auch Katholik. Bei der FDP sind übrigens katholisch der Herr Dehler, der Herr Mende, der Herr Blücher, der Herr Bucher[84] und der Fraktionssekretär Ungeheuer[85], ein aus der katholischen Kirche ausgetretener Priester. (*Zimmer:* Ein verheirateter Kaplan.)

Heck: Das Parteistatut ist vom Bundesvorstand und von der Konferenz der Landesvorsitzenden bereits behandelt worden. Herr Wackerzapp hat diese Ausführungen schon einmal auf einer Sitzung des Bundesvorstandes gemacht. Der Vorstand hat damals einmütig die Auffassung vertreten, daß die Dinge, die Herr Wackerzapp moniert, wichtig seien, daß sie aber in einer Geschäftsordnung geregelt werden müßten. Die Statutenkommission ist beauftragt worden, dem Bundesvorstand eine Geschäftsordnung vorzulegen und sich zur Frage des rechtlichen Status der Partei zu äußern. Ich glaube daher nicht, daß wir diese Frage heute noch einmal im Bundesvorstand diskutieren sollten. Sie sind im Bundesvorstand und bei den Landesvorsitzenden schon einmal diskutiert worden.

---

83 In seiner Funktion als Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie als Vorsitzender des Saarausschusses des Bundestages hatte Otto Lenz häufig mit Saarvertretern zu tun.

84 Ewald Bucher (geb. 1914), 1950 DVP/FDP, 1953–1969 MdB (1956–1961 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion), 1962–1965 Bundesminister der Justiz, 1965–1966 für Wohnungswesen und Städtebau.

85 Dr. Josef Ungeheuer (1901–1959), 1945 FDP, 1949–1959 Leiter der Pressestelle der Parteizentrale (nicht Fraktionssekretär).

Adenauer: Ich halte die Anregung, geheime Wahlen stattfinden zu lassen, für beachtenswert. Wie sollen die Wahlen stattfinden, öffentlich oder geheim? (*Kaiser:* Sie waren immer geheim. – *Zimmer:* Darüber gibt es ein ungeschriebenes Gesetz: Immer geheim! – *Wackerzapp:* Die Frage ist ungeklärt, ob mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten dasein muß.) Es werden mehr als die Hälfte dasein. (*Wackerzapp:* Es könnte die Beschlußfähigkeit angezweifelt werden. Das liegt alles im dunkeln. Es könnten sich unter Umständen die Leidenschaften austoben, wenn auch bisher Windstille war.) Herr Wackerzapp, ich muß Herrn Heck folgen, daß wir heute nicht noch einmal die ganze Geschichte aufrühren können. Wir wollen das für das nächste Mal machen. Würden Sie damit einverstanden sein?

Zimmer: Zur Sozialreform sollen zwei bekannte Wissenschaftler sprechen. Ist es nicht richtig, daß wenigstens ein Sozialpolitiker, der in der CDU einen Namen hat, authentische Ausführungen dazu macht? Die Öffentlichkeit erwartet von uns authentische Erklärungen der Partei zur Sozialreform.

Adenauer: Wollen Sie einen nennen! (*Zimmer:* Es gibt eine Reihe!) Dann nennen Sie ein paar! (*Zimmer:* Ich bin nicht autorisiert. Es gibt aber eine Reihe erstklassiger Leute.) Das ist leider nicht der Fall, Herr Zimmer. (*Zimmer:* Vielleicht wird Freund Kaiser jemand vorschlagen können.) Wir haben das Thema in diesen Tagen besprochen. Herr Krone hat mit Recht geklagt, daß in der Fraktion nur noch sehr wenige Herren sind, die die Sozialpolitik des alten Stils – so will ich sie nennen – beherrschen. Wir haben aber keinen da, der die neue Sozialpolitik beherrscht. Und wir wollen doch etwas anderes. Nun sollen die Herren Neundörfer und Collmer etwas vortragen. Wie ich hörte, ist Herr Collmer ein ausgezeichneter Mann. Er hat auch mitgearbeitet. Herr Neundörfer ist katholisch und Herr Collmer evangelisch. (*Zimmer:* Ich bezweifle nicht die sachliche Legitimation der Herren. – *Gerstenmaier:* Er ist nur Sozialphilosoph!)

Zimmer: Die Öffentlichkeit erwartet Ausführungen von einem Sozialpolitiker der Partei, Herr Bundeskanzler. Das sind die beiden doch nicht. Vor zwei Jahren hat Herr Arnold gesprochen. Wenn Herr Arnold ein Kolleg dieser Art halten könnte, dann würde das in der Öffentlichkeit gut ankommen.

Adenauer: Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich etwas sage, ich will Ihnen nicht wehe tun, aber ich habe es selbst bis vor wenigen Tagen nicht gewußt, was ich jetzt sage. Es ist eine solche Fülle an neuem Stoff vorzutragen, das kann weder Herr Arnold noch sonst jemand. Ich könnte das auch nicht; denn der ganze Bezirk der sozialen Frage ist wesentlich anders geworden.

Heck: Die Vorstellung der Herren ist nicht ganz richtig. Ein Arbeitskreis hat ein Jahr lang gearbeitet, und es ist nicht notwendig, daß wir einen prominenten Vertreter der CDU über die Sozialreform sprechen lassen. Ich kann auch dem Herrn Arnold nicht zumuten, auf dem Parteitag das vorzutragen, was in einem Arbeitskreis vorher erarbeitet worden ist. Herr Collmer ist Mitglied dieses Arbeitskreises. (*Zimmer:* Das ist natürlich etwas anderes! Er soll also die Ergebnisse des Arbeitskreises mitteilen!)

Wackerzapp: Noch etwas zur Sozialreform! In Kreisen der privaten Sparer ist man der Meinung, daß wir in eine soziale Versorgung hineinkommen, die das Interesse und den Ansporn, aus eigener Kraft für seinen Lebensabend zu sorgen, sehr verkümmern lassen wird. Wenn das Geld der Sozialrentner auf 60 Prozent des Lohnes festgesetzt wird, besteht kein Interesse mehr, sich etwas hinzuzuverdienen. Ich will diese Sorgen der Kreise vortragen, daß die Sozialrente wertbeständig gemacht wird, während eine Vorsorge für die Wertbeständigkeit der Sparguthaben nicht getroffen wird. Ich weiß nicht, ob man eine positive Lösung für dieses Problem in Aussicht genommen hat.

Adenauer: Es ist nicht richtig, daß die Renten den Löhnen angepaßt werden sollen. Das ist leider zuerst in die Presse gebracht worden, und jetzt klagen die Leute darüber. Es handelt sich um etwas anderes. Es sollen der Arbeiter, der Angestellte oder wer es ist, auch die freien Berufe, die in dieser Versicherung sind und dafür laufend Beiträge bezahlen, an der Produktivität der Wirtschaft und an der Hebung ihres Standes dadurch teilnehmen, daß alle fünf Jahre nachgeprüft wird, ob die Rente noch angemessen ist, und je nachdem soll sie erhöht oder nicht erhöht werden.

Zu dem Thema der Sparer möchte ich sagen, Sie können nicht eine absolute Parallele ziehen. Der Sparer bezieht doch, während er arbeitet, Zinsen. Der Sozialrentner bezieht während seiner Arbeit nichts davon. Das ist ein sehr großer Unterschied. Ich bestreite nicht, daß bei der andauernden Entwertung der Kaufkraft des Geldes, und zwar in allen Ländern der Welt, der Sparer genau wie derjenige, der eine Hypothek einem Gläubiger gegeben hat, nicht das zurückbekommt, was er gegeben hat. Aber das war immer so, und es ist unmöglich, auf dem ganzen Gebiet der Wirtschaft und des Lebens eine Einrichtung zu treffen, daß jeder, an der Kaufkraft gemessen, das zurückbekommt, was er als Darlehen in irgendeiner Form hergegeben hat. Ich glaube, damit können wir den Punkt 2 als erledigt betrachten.

Heck: Es wäre gut, wenn der Bundesvorstand und der Bundesparteiausschuß noch vor dem Parteitag zusammentreten könnten, um sich mit den Vorschlägen der Sozialreform zu beschäftigen, ehe die Vorschläge dem Parteitag vorgelegt werden.

Adenauer: Ich halte den Vorschlag von Herrn Dr. Heck für undurchführbar. Die Materie ist so kompliziert und umfangreich, daß der Vorstand unmöglich in einer Sitzung dazu eingehend Stellung nehmen kann. Das kann er einfach nicht. (*Heck:* Das Parteistatut soll im Parteiausschuß behandelt werden, damit es im Plenum des Parteitages verabschiedet werden kann.) Ich würde vorschlagen, daß wir in Stuttgart eine Sitzung des Parteiausschusses machen. Den Parteiausschuß um die Osterzeit allein zu der Frage des Parteistatutes hierherzubekommen, halte ich nicht für möglich.

Gradl: Man schafft das vorher nicht mehr. Man sollte den Donnerstag mehr ausfüllen. Wir sollten die Sitzung des Bundesvorstandes auf 11 Uhr verlegen und die Sitzung des Parteiausschusses auf 3 oder 4 Uhr legen. Wir brauchen einen Abend, um mit den Delegierten über den Parteitag zu sprechen, damit alles diszipliniert vor sich geht und nicht wild durcheinandergeredet wird.

Adenauer: Ich verstehe Sie dahin, daß eine Sitzung des Parteiausschusses nicht um 19 Uhr stattfinden soll. (*Gradl:* Ich würde sagen, am Vormittag den Vorstand, am Nachmittag den Parteiausschuß, und dann ist der Abend frei.) Um 11 Uhr haben Sie den Vorstand nicht zusammen. Ich würde vorschlagen, um 15 Uhr Parteivorstand und um 16 Uhr Parteiausschuß. (*Heck:* Herr Bundeskanzler, das ist zu kurz, eine Stunde! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Über die Wahlen sollten wir zuerst in einem engen Kreis sprechen, z.B. über die Frage des stellvertretenden Vorsitzenden evangelischer Konfession. Das ist eine Frage sehr delikater Natur. Es muß zunächst eine Verständigung unter den evangelischen Freunden erfolgen. (*Kaiser:* Kann das nicht vorher erledigt sein?) Wir kommen nicht vorher zusammen. Der Evangelische Arbeitskreis hat nicht darüber zu entscheiden, zu entscheiden haben darüber die evangelischen Mitglieder des Parteitages. Wir können es nicht so machen, daß der Vorstand und der Evangelische Arbeitskreis zusammen etwas vorschlagen, und die anderen haben dann den Mund zu halten und einfach zu wählen. Ich bin der Auffassung, wir finden sicher eine Stunde für den Parteivorstand. Ich nehme nicht an, daß alle Parteivorstandsmitglieder ständig von einem Arbeitskreis zum anderen laufen. (*Gerstenmaier:* Ich würde vorschlagen, um 15 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes und um 17 Uhr Sitzung des Parteiausschusses.)

Gut, damit sind Sie einverstanden! Ich schlage noch vor, daß Herr Gerstenmaier mit Herrn Heck etwas für die Presse ausarbeitet.[86]

Dann darf ich die Sitzung schließen und Ihnen allen herzlich danken, daß Sie bis zum Schluß ausgehalten und so viel Geduld aufgebracht haben.

86 Vgl. UiD vom 14. März 1956.

14

Stuttgart, 26. April 1956

Sprecher: Adenauer, Albers, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Eplée, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Lemmer, Majonica, Müller, Noltenius, Frau Pitz, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Süsterhenn, Wackerzapp, Wirsching, [Wuermeling], Zimmer.

Vorbereitung des Parteitags: Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission, des Redaktionskomitees. Zulassung der Presse. Differenzen um die Finanzpolitik. Vorbereitung der Wahl des 1. Vorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters und der übrigen Mitglieder des Vorstandes sowie Änderung des Parteistatuts. Mitgliederbeitrag. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 18.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Vorstandssitzung und heiße Sie herzlich willkommen. Ich darf mir eine einleitende Bemerkung erlauben. Wir sitzen hier so ähnlich wie in der Schule. *(Heiterkeit.)* In der Schule war es so, daß die vorderen Bänke sehr unbeliebt waren. Da wir aber nicht zu pfuschen brauchen, möchte ich Ihnen vorschlagen, etwas mehr nach vorne zu rücken.

Nun sind wir uns etwas näher gekommen. Ich darf dann fortfahren. Wir haben als ersten Punkt der Tagesordnung „Verlauf des Parteitages" stehen.

Verlauf des Parteitages

Adenauer: Wie mir Herr Heck sagte, ist darüber weiter nichts mitzuteilen; alles ist nach den Drucksachen schön geordnet. Hoffentlich sind die Drucksachen auch wenigstens zum Teil von Ihnen gelesen worden. Wenn Sie aber noch irgendwelche Auskünfte haben wollen, dann bitte! – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

Vorbereitung der Wahlen

Adenauer: Mit dieser Frage hat sich der geschäftsführende Vorstand beschäftigt. Ich darf Ihnen seine Vorschläge mitteilen: Präsident: Kultusminister Simpfendörfer; Stellvertreter: Ministerpräsident Arnold, Oberkirchenrat Cillien, Staatsrat Dichtel,

Bundestagsabgeordneter Lemmer, Dr. Stoltenberg[1], Professor Dr. Süsterhenn, Frau Dr. Weber und Frau Rösch.

Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind? (*Arnold:* Ich möchte zugunsten der Herren von Baden-Württemberg verzichten.) Von Baden-Württemberg sind vorgeschlagen: Simpfendörfer, Dichtel und Rösch. Das sind schon drei, und zwar gute Vertreter. Herr Arnold, warum wollen Sie verzichten? (*Arnold:* Ist denn Herr Dr. Gebhard Müller auch dabei?) Herr Arnold, es sind doch einige Dinge passiert in den letzten Tagen.[2] (*Arnold:* Das korrigiert man nicht mit dem Präsidium!) Es würde doch in der Öffentlichkeit gut aufgenommen werden, wenn Sie nicht ablehnten, sondern die Vertretung übernähmen. Ich nehme an, daß Herr Simpfendörfer nicht ständig den Vorsitz führen wird. Sie stehen also nicht nur nominell hier, sondern würden auch in Erscheinung treten. (*Arnold:* Das ist eine reine Formalsache; ich lege wirklich keinen Wert darauf, und es ist für Baden-Württemberg richtig, wenn es von Einheimischen stärker vertreten wird. – *Simpfendörfer:* Das Land Baden-Württemberg und meine Freunde würden es sehr begrüßen, wenn Sie den Vorsitz übernähmen. – *Heck:* Herr Arnold ist auch Schwabe!) Im übrigen, Herr Arnold, macht mich Herr Heck gerade darauf aufmerksam, daß Sie Schwabe sind, *(Heiterkeit)* so daß Sie also in dieses Milieu gut hineinpassen. Sollen wir es nicht dabei lassen? (*Arnold:* Ich würde bitten, es nicht zu tun, Herr Bundeskanzler!) Herr Arnold bittet, von seiner Wahl abzusehen. Darf ich dann feststellen, daß Sie mit den anderen Vorschlägen einverstanden sind? (*Wirsching:* Ich würde es begrüßen, wenn der Ministerpräsident unseres Landes mit im Präsidium wäre.) Es wird Herr Gebhard Müller vorgeschlagen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (*Heck:* Ein Ministerpräsident und ein Minister!) Lieber Herr Heck! Das müssen die Herren Müller und Simpfendörfer unter sich ausmachen. Dann würde der Vorschlag so lauten, daß anstelle von Herrn Arnold Herr Müller kommt. Sind Sie damit einverstanden? (*Zimmer:* Herr Simpfendörfer ist Landesvorsitzender!) Das können wir den beiden Herren überlassen. Wir verfahren also so, wie nunmehr vorgeschlagen.

Der Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes für die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission lautet: Dr. Fay, Blank, Dullenkopf und Müllenbach.

Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. – Ich darf das feststellen.

---

1 Dr. Gerhard Stoltenberg (geb. 1928), 1954–1957 und 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der JU, 1956 stv. und ab 1971 CDU-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 für Finanzen, ab 1989 für Verteidigung, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1957–1971 und seit 1983 MdB.

2 Sinn unklar. Der Vorwurf der FDP des angeblich versuchten Stimmenkaufs während der Regierungskrise in Nordrhein-Westfalen hatte sich als unhaltbar erwiesen (dazu HÜWEL S. 293–296; UiD vom 12. und 24. April 1956). Möglich auch Hinweis auf die Spannungen um die anstehende Frage der Erhöhung der stellvertretenden Parteivorsitzenden von zwei auf vier (HÜWEL S. 300–305).

Dann kommt die Wahl des Redaktionskomitees. Das Redaktionskomitee hat eine für die Öffentlichkeit sehr wichtige Arbeit zu leisten. Es werden vorgeschlagen die Herren Kiesinger, Dr. Gerstenmaier, Dr. Gradl und Dr. Heck. Keine Wortmeldungen? (*Albers:* Darf ich vorschlagen, den Kollegen Arndgen zu diesem Kreis hinzuzuziehen?) Sie haben den Vorschlag gehört. (*Eplée:* Ich schlage vor, für die Vertriebenen Herrn Dr. Schreiber in diesen Ausschuß zu berufen.) Es ist sehr erfreulich, daß so viele arbeitswillige Herren da sind, nur fürchte ich, daß dann nachher nichts Richtiges zustande kommt. Können wir es nicht so machen, daß die vier gewählt werden, daß sie aber gebeten werden, zu den Arbeiten die Herren hinzuzuziehen, die eben genannt worden sind. (*Eplée:* Einverstanden!) Auch die übrigen? – Dann darf ich das feststellen.

Nun kommt eine sehr wichtige Sache: die Vorsitzenden der Abreitskreise! Im Programm stehen schon die Namen gedruckt. Das ist eine etwas schnelle Arbeit, Herr Heck; die Sache ist deswegen besonders wichtig, weil der dringende Wunsch besteht, der Presse Zutritt zu den Beratungen der Arbeitskreise zu gestatten. Ich gestehe offen, daß ich nicht ohne Bedenken bin. Aber Herr Krone und Herr Heck haben mir eben noch einmal nahegelegt, daß wir uns doch damit einverstanden erklären sollten. Sie haben auch triftige Gründe dafür angeführt. Vielleicht kann Herr Heck das gleich noch einmal begründen. Es ist aber wichtig, daß die Vorsitzenden der Arbeitskreise dafür sorgen, daß in diesen Arbeitskreisen nicht irgendwelche Ansichten von dem einen oder anderen zutage gefördert werden, die die Presse mit Vergnügen aufgreift, die wir aber nachher mit weniger Vergnügen lesen würden. (*Zimmer:* Es muß den Arbeitskreisen vorher bekanntgegeben werden, daß die Presse da ist!)

Albers: Ich habe gehört, daß auch die „Prawda" vertreten ist, auch Vertreter anderer kommunistischer Zeitungen. In den Arbeitskreisen werden verschiedene Auffassungen zum Ausdruck kommen. Sollen wir jetzt den anderen das Material liefern über Meinungsverschiedenheiten, die in der Fraktion bestehen? Ich bin der Meinung, die Presse soll draußen bleiben. Man könnte der Presse eine allgemeine Übersicht geben.

Heiler: Wenn die Presse anwesend ist, wird es nicht möglich sein, seine Meinung frei zu äußern und auch Wünsche vorzutragen, die noch nicht erledigt sind. In den Arbeitskreisen muß man auch Anregungen und Vorschläge entgegennehmen, die nicht mit einer Annahme rechnen können. Darum bitte ich, die Presse nicht zuzulassen.

Adenauer: Ein Arbeitskreis hat nur dann wirklich Berechtigung, sich so zu nennen, wenn auch entgegengesetzte Meinungen dort ausgesprochen werden können. Wenn das der Fall ist, dann wird natürlich der eine Journalist das bringen und der andere jenes. Und so werden Gegensätze konstruiert. Das war der Grund, warum ich von Anfang an schon Bedenken geäußert habe. Herr Heck und Herr Krone haben mir eben nahegelegt, die Presse doch zuzulassen. (*Von Hassel:* War beim letzten Parteitag die Presse zugelassen?) Da gab es keine Arbeitskreise.

Heck: Wir sind der Auffassung, daß bei diesen Kreisen mit 80 bis 100 Teilnehmern alles das, was in diesen Arbeitskreisen an Besonderheiten und Interessantem

gesprochen wird, ohnedies der Presse erzählt wird, aber dann meistens mit einer kleinen Akzentverschiebung. Die Presse hat bei uns grundsätzlich auszusetzen, daß wir peinlichst darauf bedacht seien, nach außen so in Erscheinung zu treten, als ob es bei uns immer nur eine Meinung gäbe. Wir würden von vornherein bei der Presse keine gute Stimmung für die Berichterstattung schaffen, wenn wir sie ausschlössen.

Adenauer: Darauf kann man folgendes antworten: Die Arbeitskreise haben Berichterstatter, und diese werden im Plenum berichten. Dann müssen die Berichterstatter selbstverständlich auch die verschiedenen Meinungen wiedergeben, so daß man also daraus ohne weiteres ersehen kann, daß nicht alle sofort wie durch eine Inspiration der gleichen Meinung gewesen sind.

Ich habe nach wie vor die größten Bedenken, daß man so verfährt, wie Sie es wünschen. Die Presse, die uns wenig wohlgesinnt, aber gleichgültig gegenübersteht, schreibt jetzt schon fortwährend von den Spannungen und Gegensätzen, die unter uns seien, und es sei alles nur überkleistert. Ich wiederhole nochmals, ein Arbeitskreis von 60 bis 80 Personen ist übrigens viel zu groß, das muß ich offen gestehen. Es ist vom geschäftsführenden Vorstand beschlossen worden, daß derjenige, der in einen Arbeitskreis gehen will, dort hingehen kann. Es wird eines großen Geschickes des Vorsitzenden bedürfen, damit aus diesen Arbeitskreisen etwas Vernünftiges herauskommt. Daß aber das, was dort gesagt wird, von vornherein verständlich ist, glaube ich nicht. Dann werden die Journalisten natürlich das notieren, was uns in der Öffentlichkeit Schaden zufügt. Deswegen möchte ich mich mit Entschiedenheit dagegen aussprechen.

Samsche: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, das Risiko, das Sie uns geschildert haben, ist kleiner als das, was wir eingehen, wenn wir die Leute ausschließen. Wir haben keine gute Presse bei der Vorbereitung gehabt, und wenn wir sie nun nicht zulassen, werden wir eine noch schlechtere Presse bekommen. Was riskieren wir, wenn ihr Meinungsverschiedenheiten vordemonstriert werden? Ich würde bitten, die Presse zuzulassen, vor allem deshalb, weil für die Aussprache in den Plenarsitzungen nur wenig Gelegenheit gegeben ist.

Noltenius: Wenn auch gelegentlich Unsinn geredet wird, so ist das nicht schlimm. Viel wichtiger ist, der Presse das Gefühl zu geben, an unserer ganzen Tagung teilzunehmen. Ich weiß es aus Erfahrung, daß die Presse nichts lieber macht, wenn wir sie heranholen, daß sie es aber übelnimmt, wenn wir sie fernhalten. Die Leute finden doch Mittel und Wege, um hintenherum das zu bekommen, was wir nicht gerne nachher in den Zeitungen lesen möchten. Es ist wirklich nützlich, wenn wir die Tore weit aufmachen und die Zeitungsleute zulassen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch den Standpunkt vertreten, die Presse zuzulassen. Ich sehe die Gefahr nicht so groß. Es handelt sich nicht um Arbeitskreise, die eine lange Arbeit vor sich haben und Diskussionen bis zum Abschluß durchführen, sondern hier ist doch mehr daran gedacht, die Diskussion, die an sich im Plenum stattfinden sollte, aufzuteilen.

Wir würden die Presse unbedenklich zulassen, wenn wir die Diskussion über diese Punkte im Plenum führten. Dazu haben wir aber die Zeit nicht. Deswegen wird die Diskussion in den Arbeitskreisen durchgeführt, nämlich das, was sonst im Plenum geschehen wäre.

Haben wir denn wirklich Angst davor, daß man merkt, daß bei uns verschiedene Meinungen vertreten werden? Es kommt darauf an, wie sie vorgetragen werden. Ich glaube nicht, daß hier ein Unterschied ist zwischen einer Plenarsitzung des Bundesparteitages und diesen Arbeitskreisen. Ich fürchte vielmehr, daß die Presse vielleicht schon weiß, daß man sich mit diesem Thema beschäftigt.

Wenn nun der Vorstand beschließt, die Presse wird ausgeschlossen, und wenn herumgesprochen wird, daß vielleicht Herr Krone oder andere nicht dafür gewesen sind, dann verscherzen wir uns den Faveur dieser Presse. Deswegen: Haben wir Mut! Es werden nicht solch umwälzende Dinge in den Arbeitskreisen festgestellt werden, daß sie vor der Presse geheimgehalten werden müßten.

Adenauer: Das trifft nur für einen Teil der Arbeitskreise zu. Nehmen Sie den Arbeitskreis für Wirtschafts- und Finanzpolitik! Da wird wahrscheinlich diese Kuchenausschuß-Geschichte[3] zur Sprache kommen, und es werden unter Umständen starke Meinungsverschiedenheiten zutage treten.

Nehmen Sie den Arbeitskreis Außenpolitik! (*Von Brentano:* Da habe ich die wenigsten Bedenken!) Sie meinen, da passiert nichts? (*Von Brentano:* Außer Herrn Diel, und der spricht sowieso!) Sie nehmen das alles etwas leicht; es ist der Name Diel genannt worden. (*Fay:* Ist hinreichend bekannt! – *Zimmer:* Er hat etwas gelernt!) Ich bekomme alle 14 Tage einen langen Brief von ihm. (*Von Brentano:* Ich alle acht Tage! – *Zimmer:* Dann sind Sie vielleicht insofern etwas mit schuld, Herr Bundeskanzler, weil Sie ihm einmal geantwortet haben. Er hat Ihre Antwort überall vorgezeigt und gesagt: Seht, der Herr Bundeskanzler hört auf das, was ich ihm schreibe! – *Große Heiterkeit.*) Ich höre auf ihn? (*Erneute Heiterkeit. – Zimmer:* Wir haben ihm seine außenpolitischen Eskapaden von Moskau bis Wladiwostok oder New York ausgetrieben. – *Von Brentano:* Er hat auch damals im Plenum gesprochen; das hat uns nichts geschadet.)[4] Im Plenum nehmen sich die Herren mehr in acht. Aber Sie müssen es entscheiden.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, ich habe den Eindruck, als ob der Presse ganz gut bekannt wäre, die CDU läßt diesmal bei ihrem Kartenspiel zusehen. Sagen wir jetzt nein, das oberste Gremium hat anders überlegt, dann sieht es so aus wie ein Krisen- und Sturmzeichen. Aber in dieser Krise sind wir gar nicht. Ich würde deshalb meinen, man sollte es passieren lassen.

---

3 Fraktionsinterner Arbeitskreis der CDU/CSU-„Programmkommission" oder „18er-Ausschuß", der die Mittel des Juliusturms verteilte (vgl. UiD vom 6. März 1956; SCHWARZ 1 S. 325f.).

4 Köln, 29. Mai 1954. – Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 62–64. Diel hatte sich gegen die Saarpolitik Adenauers ausgesprochen.

Adenauer: Wenn das der Presse schon in Aussicht gestellt ist, dann sind wir gebunden; das ist vollkommen klar. Aber das bestreitet Herr Heck.

Scharnberg: Ich möchte mich gegen die Zulassung der Presse aussprechen. In der Vorstandssitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses ist der Wunsch geäußert worden, daß man sehr kritisch zu der Einstellung der Herren Schäffer und Erhard in all den Dingen, die augenblicklich anstehen, sprechen möchte. Damit bekommt die ganze Diskussion ein anderes Gesicht. Wir müssen bedenken, daß wir eine Presse haben, die uns nicht gerade freundlich gesonnen ist. Sie wird also das herausstellen, was ihr erwünscht ist. *(Lebhafte Unruhe im Saal.)*

Adenauer: Meine Herren! Der Saal hat keine gute Akustik. Ich möchte Sie daher dringend bitten, Ihre Gespräche einzustellen oder ganz leise zu führen.

Scharnberg: Jeder Arbeitskreisvorsitzende könnte mit einigen Herren nachher eine Pressekonferenz abhalten. Damit dürfte der Presse besser gedient sein; dann bekommen sie nämlich tatsächlich das Resümee der Ausschußverhandlungen, nicht aber das, was sie haben möchten.

Adenauer: Ich darf Ihnen sagen, warum ich so große Bedenken habe, die Presse zuzulassen. Ich habe am Dienstag und gestern bis in die späten Abendstunden eine lange Aussprache mit Herrn Schäffer gehabt. Sie wissen, daß Herr Schäffer im Innersten dadurch getroffen ist, daß die Fraktion der CDU/CSU zusammen mit den anderen Fraktionen, die jetzt die Koalition bilden, den bekannten Antrag im Bundestag gestellt hat[5], ohne daß Herr Schäffer bei den entscheidenden Stadien der Vorbereitungen hinzugezogen worden ist. (*Scharnberg:* Stimmt ja nicht!) Haben Sie Geduld, Herr Scharnberg! Ich wiederhole, was Herr Schäffer gesagt hat. Und zum Teil hat er recht, daran läßt sich nichts deuteln! Er hat mir gestern abend erklärt – ich bitte Sie aber, das sehr vertraulich zu halten –, daß er mit dem Gedanken umgeht, der CSU zu erklären, daß er sein Amt quittieren will. Er hat mir weiter erklärt, daß die Ministerpräsidenten der Länder am Mittwoch kommender Woche in Bonn zusammenkommen wollen, daß sie einige Professoren bestellt haben, um ihnen einen Vortrag zu halten, und daß die Ministerpräsidenten der Ländern urbi et orbi verkünden würden, durch die Annahme dieses Antrages sei unsere Währung gefährdet. (*Scharnberg:* Ist ja unerhört!) Es ist auch unerhört! Es ist sehr traurig und sehr schlimm, aber es ist tatsächlich so! Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Es wird daher in diesem Wirtschaftsausschuß nicht so dahinplätschern, sondern dort werden höchstwahrscheinlich sehr ernste Stimmen laut; deshalb habe ich eine gewisse Sorge, wenn das die Presse hört. Wenn von ernsthaften und respektablen Männern

5 Unklar, welcher Antrag gemeint ist – BT-Drs. 2283 Änderung des Einkommensteuergesetzes, BT-Drs. 2282 Änderung des Umsatzsteuergesetzes, BT-Drs. 2281 Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung der Kredit-Garantiegemeinschaften des Handwerks und des Handels auf den Gebieten der Körperschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer, der Kapitalverkehrsteuer, der Erbschaftsteuer und der Grundsteuer –, alle vom 11. April und am 18. April 1956 erstmals im Bundestag beraten (vgl. Sten.Ber. 2. WP Bd. 29 S. 7235–7263).

die Befürchtung geäußert wird, unsere Währung ist dadurch gefährdet, dann ist das schon ein eminenter Schaden.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Scharnberg, daß ich vorgestern von Herrn Vocke einen längeren Brief bekommen habe, in dem er das mit aller Entschiedenheit behauptet! Er sagt, zum Schutze der Währung müsse das und das geschehen. Wie ich zufällig gehört habe, haben eine Reihe von Leuten schon eine Abschrift dieses Briefes, nicht von mir; sie können sie nur von Herrn Vocke bekommen haben. Ich hoffe aber doch, daß es möglich sein wird, morgen – ich habe eben mit Herrn Krone darüber gesprochen – die Sache noch einigermaßen abzufangen mit Herrn Schäffer, aber ich bin mir dessen nicht sicher. Und das ist Explosivstoff, meine Damen und Herren, der eventuell in die Öffentlichkeit geworfen wird. Ich wiederhole: Schon wenn die Presse berichtet, daß ernstzunehmende Leute auch in unserem Ausschuß eine solche Meinung vertreten, ist das eine sehr bittere Pille. Und nun müssen Sie entscheiden, was Sie wollen.

Hellwig: Herr Bundeskanzler! Wir haben in der erweiterten Vorstandssitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik das Programm für die Arbeitskreisbesprechungen ausführlich durchgesprochen. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Bedenken, die gegen die Zulassung der Presse sprechen, in der Richtung liegen, wie sie von Ihnen gesehen werden, daß nämlich hier die Warnungen des Bundesfinanzministers oder anderer Herren wegen einer Inflationsgefahr einen breiten und bedenkenerregenden Raum einnehmen, sondern umgekehrt, daß ein ganz massives Maß von Kritik an einer nicht mehr zu verantwortenden Meinungsbildung, die vom Bundesfinanzminister ausgegangen ist, geübt werden wird. Es ist eine Meinungsbildung, die bewußt psychologisch eine Inflationsgefahr herbeiführt. Hier in dieser Psychose müssen finanzpolitische Korrekturen angemeldet werden, und das könnte, nach dem, was ich bisher beobachtet habe, wahrscheinlich einen sehr breiten Raum in der Sitzung des Arbeitskreises einnehmen.

Wir waren dafür, daß eine bestimmte, sachlich notwendige und kritische Diskussion stattfinden sollte, natürlich frei von persönlichen Angriffen; wir waren aber der Meinung, daß es dann nicht so gefährlich sei, wenn man die Presse zuließe, weil wir es ja auch nicht in der Hand haben, sie auszuschließen, wenn 80 bis 100 Teilnehmer kommen und die Presse mit Delegiertenausweisen zum Teil erscheint. Ich glaube aber, daß es gelingen wird, das Maß von Kritik in dem erwünschten, aber auch notwendigen Rahmen zu halten, ohne daß daraus gefährliche Schlußfolgerungen entstehen, wie sie hier angekündigt worden sind.

Adenauer: Ich darf nochmals auf Situationen hinweisen, die sich später ergeben können. Ich wiederhole, daß ich mit Herrn Schäffer sofort nach meiner Rückkehr aus meinem Urlaub[6] eine lange Aussprache und gestern ebenfalls eine mehrstündige Unterredung gehabt habe. Herr Schäffer hat wiederholt gesagt: Ich trete zurück,

6 Adenauer war vom 23. März bis 23. April 1956 in Lugano in Urlaub gewesen (TERMINKALENDER).

wenn ihr das und das nicht tut. Die Situation hat sich deswegen außerordentlich zugespitzt, weil Herr Schäffer erklärt: Meine Autorität als Bundesminister ist dadurch angeschlagen, weil die Fraktion, der ich angehöre, die ganze Sache in verschiedenen Stadien weitergetrieben hat, ohne daß ich hinzugezogen worden bin. Und da ist etwas Richtiges dran. (*Scharnberg:* Nein!) Doch, da ist etwas Richtiges dran. Ich könnte mich Herrn Schäffer anschließen und sagen, es gehört sich auch nicht, daß der Bundeskanzler einfach ausgeschlossen und ihm nichts mitgeteilt wird. Herr Schäffer ist im Innersten getroffen, Herr Hellwig, darüber müssen Sie sich völlig klar sein.

Morgen wird die CSU hier in Stuttgart eine Sitzung deswegen abhalten, zu der Herr Schäffer kommen wird.[7] Er wird nichts tun, wie er mir gesagt hat, um den Parteitag hier zu stören, aber je nachdem, wie die Dinge laufen in Ihrem Ausschuß, können sich doch sehr unangenehme Folgen daraus entwickeln.

Sie werden dann, wenn Sie die Schäffersche Finanzpolitik angreifen, auch angreifen müssen die Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard; denn Herr Erhard und Herr Schäffer sind in der ganzen Sache einfach konform, und der dritte dabei ist Herr Vocke. Machen Sie sich doch bitte klar, Herr Hellwig, daß diese Leute wie Vocke, Bernard[8], Erhard, Schäffer usw. in der Öffentlichkeit doch ein großes Ansehen genießen und daß wir es uns unter keinen Umständen leisten können, relativ kurz vor den nächsten Bundestagswahlen, nun im Kabinett solche Schwierigkeiten zu bekommen, daß da Änderungen vorgenommen werden müssen. Wir haben sowieso Änderungen vor, wahrscheinlich – nehme ich an – im Mai. Ich darf in diesem Kreise hier erklären, die vier Mitglieder der Freien Volkspartei haben den berechtigten Wunsch, daß jetzt die Vorbereitung ihrer Gründungsversammlung nicht gestört wird.[9] Sie werden aber aus sich heraus nach der Gründungsversammlung mit ihrer Demission herantreten. Dann wird eine Änderung eintreten.

Aber ich wiederhole, seien Sie sich darüber klar, daß auch bei der Wahl im Jahre 1957 die Herren Erhard und Schäffer für uns sehr wichtige Leute sind. Ob Sie nun an ihnen etwas auszusetzen haben oder nicht; sie sind es. Dann hätte man früher damit kommen müssen, aber nicht 15 Monate vor der Wahl. Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, ich bin aber auch nicht mit all den Angriffen einverstanden. Das sage ich ganz offen. Daher glaube ich, daß dieser ganze Komplex mit sehr vorsichtiger Hand angefaßt werden muß.

---

7 Dabei stimmte die CSU zwar der Absicht Schäffers zu, einen eigenen Regierungsentwurf über Steuersenkungen im Bundestag einzubringen und sein Verbleiben im Amt von der Annahme im Kabinett abhängig zu machen, die CSU-Bundestagsabgeordneten akzeptierten aber nicht alle Einzelheiten dieses Entwurfs (vgl. „Die Welt" am 1./2. Mai 1956).

8 Karl Bernard (1890–1972), 1948–1957 Präsident des Zentralbankrats der Bank Deutscher Länder.

9 Am 23. April 1956 wurde die Gründung der „Freien Volkspartei" beschlossen, am 24. April gab die neue Partei ihre Leitsätze bekannt, am 24. Juni hielt sie ihren Gründungsparteitag (AdG 1956 S. 5740, 5840).

Nun weiß ich nicht, wenn es zur Explosion kommt, ob wir nicht Schaden anrichten, wenn die Presse dabei ist. Ich gebe Ihnen eins zu, wenn man bei allen anderen Arbeitskreisen die Presse zuläßt, kann man sie hier nicht weglassen. Aber Herr Scharnberg und Herr Hellwig, ich hätte die dringende Bitte an Sie, daß vor der ersten Sitzung des Arbeitskreises, der sich mit diesen Fragen beschäftigen wird, eine Aussprache mit dem Herrn Schäffer stattfindet. An dieser Aussprache müßten auch die Herren Krone und Stücklen teilnehmen, damit verhindert wird, daß Porzellan kaputtgeschlagen wird.

Gurk: Wir müßten zunächst wissen, ob der Presse schon etwas bekanntgeworden ist, ob sie zugelassen werden soll oder nicht. Im übrigen möchte ich meinem Bedenken Ausdruck geben, wir wissen nicht, was in diesen Arbeitskreisen geschieht. Wenn es noch reparabel ist und der Presse keine Hoffnungen gemacht worden sind, dann bitte ich, die Sache zu ändern und die Presse nicht zuzulassen. Ich habe große Bedenken wegen des Zündstoffes, der sich hier ergeben könnte.

Adenauer: Stellen Sie sich vor, im Bundestag würde unsere Fraktion Herrn Schäffer gegenüber in schärfste Gegensätze kommen. Dann bliebe Herrn Schäffer nichts anderes übrig, als mir seine Demission einzureichen, und ich müßte ihr stattgeben. Hier ist es doch nicht anders. Wenn Sie in diesem Kreise Ihre vielleicht zum Teil richtigen, zum Teil aber sicher nicht richtigen und einseitigen Vorwürfe gegen Herrn Schäffer und Herrn Erhard erheben, dann wird Herr Schäffer, das können Sie ihm nicht verwehren, antworten. Und dann haben Sie das Schauspiel, was wir doch unmöglich bieten können. Daher müssen Sie auf alle Fälle versuchen, vorher mit Herrn Schäffer die ganze Sache zu harmonisieren. Sie brauchen ja Ihren Standpunkt nicht aufzugeben, Herr Schäffer wird seinen Standpunkt bestimmt auch nicht aufgeben, aber Sie müssen versuchen, daß die Sache so verläuft, daß hier kein größerer Schaden entsteht.

Heck: Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten haben auf ihren Parteitagen die Sachdiskussionen, also Diskussionen, die politische Materien zum Gegenstand haben, immer öffentlich gehalten. (*Adenauer:* Die haben doch keine!) An sich war es so gedacht, die Aufteilung in Arbeitskreise vorzunehmen, weil es unmöglich ist, die gesamte Materie vor dem Plenum zur Diskussion zu stellen. Der Presse ist nicht expressis verbis gesagt worden, daß sie nicht zugelassen ist. Im Programm steht: Presseausweis berechtigt zum Zutritt zu den Plenarsitzungen und zu der Pressekonferenz.

Adenauer: Da war ein Unterton dabei! Wollen Sie bitte wiederholen! (*Heck:* Es wird im Programm nicht expressis verbis gesagt, die Presse ist zu den Sitzungen der Arbeitskreise nicht zugelassen, sondern wir haben es offen formuliert: Der Presseausweis berechtigt zum Zutritt zu den Plenarsitzungen und zur Pressekonferenz.) Dann lassen wir es offen sein. Ist denn der Presse oder einigen Herren von der Presse gesagt worden, ihr werdet an den Arbeitskreissitzungen teilnehmen können? (*Heck:* Nein, von mir nicht!)

Müller: Ich darf darauf hinweisen, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten nicht beschlossen hat, unter Hinzuziehung von Professoren in Bonn zu tagen, um eine Demonstration gegen die Steuerverhandlungen der Bundeskoalition zu machen,

(*Adenauer:* Hat mir Herr Schäffer gesagt!) sondern wir haben eine seit Monaten feststehende Konferenz in Bad Pyrmont. Dort werden allerdings die Ministerpräsidenten ausschließlich über Auswirkungen der von Ihnen beschlossenen Steuerermäßigungen auf die Landeshaushalte beraten und dabei ausnahmsweise und zum ersten Male die Länderfinanzminister hinzuziehen. Das kann man ihnen nicht verwehren; denn die Herren haben offenbar übersehen, daß zwei Drittel der Steuern von den Ländern getragen werden müssen.

Wenn der Herr Bundeskanzler bedauert, daß man weder Herrn Schäffer noch ihn rechtzeitig unterrichtet hat, so können wir das als Ministerpräsidenten der CDU auch nur bedauern. Wenn die Bundestagsfraktion der CDU beschließt, Steuermaßnahmen durchzuführen, bei denen einige Milliarden von den Ländern getragen werden müssen, dann wäre es nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch der Loyalität gewesen, vorher die Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, darüber zu orientieren. Das ist doch kein unbilliges Verlangen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Zu der Sache selber würde ich es bedauern, Herr Bundeskanzler – abgesehen von dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Finanzpolitik –, wenn zu den anderen Arbeitskreisen die Presse nicht zugelassen werden könnte. Bei dem Arbeitskreis 4 habe ich wohl auch Bedenken, aber wenn man die Presse zu den anderen Arbeitskreisen zuläßt, kann man sie da nicht gut ausschließen. Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers richtig ist, vorher eine Vereinbarung zu treffen, wonach der Streit Schäffer/Fraktion hier nicht ausgetragen wird, sondern daß man sich auf die sachlichen Probleme und Gegensätze beschränkt.

Kaiser: Ich bin für die Zulassung der Presse. Die Sache ist so gut vorbereitet, Herr Bundeskanzler, daß mir Ihre Bedenken nicht gerechtfertigt erscheinen. Es sind so zuverlässige Persönlichkeiten in den Arbeitskreisen, daß überhaupt kein Unglück eintreten kann, insbesondere dann nicht, wenn den Leuten gesagt wird, daß die Presse dabei ist. Es ist besser, wenn man sie zuläßt. Die 300 Presseleute, die hier sind, werden auf jeden Fall davon hören, was in den Arbeitskreisen gesprochen worden ist, auch wenn sie nicht dabeigewesen sind. Es entsteht aber die Gefahr, daß sie dann entstellte Berichte bringen.

Adenauer: Das klingt ganz gut, aber ich möchte Herrn Kaiser sagen, entstellte Berichte kann man dementieren, aber wenn die Leute dabei sind, kann man nichts mehr dementieren.

Scharnberg: Wir haben nicht übersehen, daß $^2/_3$ zu Lasten der Länder gehen, aber wir haben festgestellt, daß das Gesamtprogramm, was an Steuerermäßigungen, Einnahmeminderungen und Ausgabenerhöhungen zu erwarten ist, mit $2\,^3/_4$ Milliarden zu Lasten des Bundes und zu einer halben Milliarde zu Lasten der Länder geht. Es ist wirklich unverantwortlich, daß hier jemand, wenn irgendeiner nicht einverstanden ist mit dem, was gemacht wird, sagt: Wenn ihr das tut, dann gibt es eine Inflation. Ich muß wirklich sagen, diese Behauptung ist lächerlich. Wir sind mit Herrn Schäffer nur mit $^3/_4$ Milliarden auseinander, und ich verstehe nicht, wie dann noch jemand behaupten will, dadurch könne eine Inflation entstehen. Wenn die Herren Schäffer

und Erhard und auch die Bank Deutscher Länder von Inflation sprechen, so ist das wirklich unverantwortlich; denn ich verstehe auch etwas von den Dingen. Herr Bundeskanzler, Sie sind nicht richtig orientiert, wenn Sie sagen, daß Herr Schäffer von uns nicht herangezogen worden sei. Ich glaube, Sie sind auch nicht richtig unterrichtet, wenn Sie sagen, daß die Herren Schäffer, Erhard, Vocke und Bernard einer Meinung seien. Die drei Herren Erhard, Vocke und Bernard sind der Meinung, man solle die Umsatzsteuergeschichte für den Mittelstand nicht machen, sondern dafür zehn Prozent geben. Das bedeutet praktisch, daß es den kleinen Leuten weggenommen und den Leuten mit großem Einkommen gegeben wird. Das ist das, was die drei Herren wollen, was aber nicht Herr Schäffer will. Das ist eine ausgesprochene Meinungsverschiedenheit. Und wenn Herr Schäffer sagt, daß er mit diesen drei Herren einer Meinung sei, so ist das nicht richtig.

Adenauer: Es tut mir leid, daß wir uns darüber so lange aussprechen müssen, aber es muß sein. In einer Reihe von Punkten irren Sie jetzt. In den letzten Phasen war Herr Schäffer dabei. Herr Schäffer war aber nicht bei den ersten Sitzungen des 18er-Ausschusses. (*Hellwig:* Doch!) Ich weiß es doch, lieber Herr Hellwig! Sie haben ihn nicht haben wollen, weil sie gesagt haben, er wird doch von vornherein zu allem nein sagen. Das war doch die Absicht. Das muß man offen aussprechen. Und Herr Scharnberg, Herr Schäffer bestreitet mit Entschiedenheit, daß er sich der Stimme auch nur enthalten habe bei der Abstimmung. (*Zuruf:* Dagegen gestimmt!) Nein! Er hat nicht dagegen gestimmt. Herr Krone hat gesagt, er habe sich enthalten. Und Herr Schäffer hat gesagt, ich war überhaupt nicht anwesend. (*Zuruf:* Doch!) Er sei zwar körperlich anwesend gewesen, aber nicht anwesend in seinen Sinnen, weil er bei der Sache nicht beteiligt gewesen sei. Das ist, wie ich zugebe, eine etwas eigenartige Konstruktion, aber er bestreitet, daß er sich der Stimme enthalten habe.

Und nun irren Sie, Herr Scharnberg! Ich wünschte, ich hätte den Brief von Herrn Vocke hier. Vocke schreibt darüber nichts, was Sie gesagt haben, sondern Vocke steht einfach auf dem Standpunkt: Jede Mehrausgabe, die das Parlament beschließt, müsse abgelehnt werden, die Ausgaben müßten gedrosselt werden; es dürften die Einnahmen nicht gesenkt werden. So etwas Rigoroses habe ich lange nicht gelesen. Herr Vocke ist ein Mann, der in der Öffentlichkeit ein großes Ansehen genießt. Herr Scharnberg, ich sage nicht, daß er recht hat, verstehen Sie mich bitte! Ich möchte keine sachlichen Auseinandersetzungen haben, aber mein Wunsch ist der, daß ein großer Krach in diesem Arbeitskreis mit Schäffer vermieden wird. Ich möchte auch nicht, daß über den Herrn Schäffer, wenn er nicht in den Arbeitskreis kommen sollte, einfach abgeurteilt wird. Bitte machen Sie die Sache ein bißchen cum amore. Sprechen Sie vorher mit ihm, und sagen Sie ihm vor allem, daß über diese ganzen Dinge im Haushaltsausschuß noch gesprochen werden wird, damit er von seiner Idee herunterkommt.

Ich darf also resümieren: Wenn wir bei den anderen Arbeitskreisen die Presse zulassen, müssen wir sie auch hier zulassen.

Hellwig: Herr Bundeskanzler! Es ist richtig, daß in den ersten 14 Tagen der

Arbeiten dieser Kommission Herr Schäffer nicht hinzugezogen wurde, als aber die Gesamtrechnung gemacht wurde, wurden mehrere Kollegen und ich beauftragt, nunmehr eine Abstimmung mit dem Bundesfinanzminister und seinen Herren durchzuführen. Das führte dazu, daß innerhalb von drei Wochen sieben oder acht Besprechungen mit Herrn Schäffer und seinen Sachverständigen stattfanden, wobei eine Überprüfung aller Zahlen gemeinschaftlich vorgenommen wurde. Die entscheidenden schriftlichen Unterlagen für die Beschlußfassung in der Fraktion sind im Bundesfinanzministerium geschrieben worden. Es ist nicht so, daß Herr Schäffer in den entscheidenden Fragen nicht beteiligt gewesen wäre.

Zu der Sache, er wäre nicht anwesend gewesen bei der Entscheidung über die letzte Formulierung, muß ich sagen, Herr Schäffer hat gesagt, wenn ihr das macht, muß ich darauf bestehen, daß ihr eine Befristung von zwei Jahren in diesen Antrag hineinbringt. Wir haben diese Befristung sofort aufgenommen. Schäffers Mitwirkung an diesem Antrag ist zumindest an dieser einen Stelle aktenkundig.

Zu den Angaben von Herrn Vocke! Ich habe leider die Beweise in der Hand, daß falsche Zahlenangaben über die Ausgabenbewilligungsfreudigkeit dieser Kommission an die entsprechenden Stellen der Fraktion und einige Herren der Wirtschaft gelangt sind. Die Angaben haben sich darauf bezogen, als wenn Milliardengeschenke nach allen Seiten gemacht werden sollen. Wir haben das klargestellt; denn die Mehrausgaben in unserem Programm waren die, die im Kabinett bereits beschlossen waren. Die Bank Deutscher Länder hat in ihrem letzten Monatsbericht ausdrücklich gesagt, wenn verhindert werden soll, daß die Kassenüberschüsse weiter steigen, ist eine allgemeine Steuersenkung der einzig richtige Weg; sie hat sich damit gegen die Auffassung des Herrn Bundesfinanzministers gestellt. Wir werden aber versuchen, die Sache cum amore zu erledigen. Von uns ist jede Bereitschaft vorhanden.

Adenauer: Die Herren werden das übernehmen und mit Herrn Etzel sprechen. Darf ich nun feststellen, daß der überwiegende Teil des Vorstandes der Auffassung ist, die Presse jeder Art zuzulassen? *(Teils Zustimmung, teils Widerspruch.)* Wir wollen abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß die Presse zu allen Sitzungen der Arbeitskreise zugelassen wird, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? – Das ist eine schwache Minderheit. Die Presse ist also zugelassen.

Heiler: Ich möchte bitten, daß in dem Arbeitskreis „Familienpolitik" auch eine Frau vertreten ist.

Adenauer: Es ist richtig, zur Familie gehört unbedingt eine Frau. (*Zuruf:* Die beiden Herren im Ausschuß sind verheiratet!) Darauf kommt es doch nicht an, da gehört eine Frau hinein. Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)* Sind Sie im übrigen mit den vorgeschlagenen Herren der Arbeitskreise einverstanden? Und dann, es ist schon gedruckt! *(Zustimmung.)* Sie sind einverstanden. Ich stelle das fest.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung: Vorbereitung der Wahl des 1. Vorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters und der übrigen Vorstandsmitglieder.

Punkt 4 der Tagesordnung lautet: Änderung des Parteistatuts.

Ich darf Ihnen über Verhandlungen, die auf Wunsch der Herren von Nordrhein-Westfalen stattgefunden haben, berichten, weil Sie dann wahrscheinlich mit mir der Auffassung sein werden, daß die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung zusammengefaßt werden müssen.

Vorbereitung der Vorstandswahlen und Änderung des Parteistatuts

Adenauer: Wir haben folgende Situation: einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende, wobei der erste der beiden stellvertretenden Vorsitzenden herkömmlicherweise ein evangelischer Parteifreund ist. Der zweite ist bisher Herr Kaiser. Ich sage bisher; ich muß sehr korrekt sein. Ich darf die Herren an die Verhandlungen von Goslar erinnern. Herr Kaiser ist damals gewählt worden zum stellvertretenden Vorsitzenden unter zwei Gesichtspunkten, einmal als Vertreter der Ostzone und Berlins, zweitens als Vertreter der christlichen Arbeitnehmer. Der letzte Gesichtspunkt hat mit eine Rolle gespielt, aber nach meiner Erinnerung war der erste Gesichtspunkt ausschlaggebend. Er war nicht nur sachlich berechtigt, sondern er war auch insofern angemessen, als man damit den Anspruch von anderen Ständen, auch einen stellvertretenden Vorsitzenden zu benennen, mit einem sehr guten Grunde abbiegen konnte.

Nun hat sich im Laufe der Zeit die Notwendigkeit herausgestellt, daß dem Bundesgeschäftsführer ein geschäftsführender Ausschuß zur Seite gestellt werden mußte. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß sich die Stellung des Bundesgeschäftsführers nach dem neuen Statut ändern soll. Als wir die ersten Statuten beschlossen haben, ging die Meinung des überwiegenden Teiles dahin, daß der Bundesgeschäftsführer keine politische Arbeit leisten solle, sondern nur eine rein organisatorische und geschäftsmäßige. Davon ist man jetzt abgekommen, und zwar vornehmlich auch im Hinblick auf die Persönlichkeit des Herrn Heck. Der Bundesgeschäftsführer soll jetzt nach dem neuen Parteistatut Mitglied des Vorstandes sein. Ich muß noch folgendes hinzufügen: Der Vorstand selbst ist – Sie sehen es hier – reichlich groß. Man kann ihn nicht alle 14 Tage einladen, weil erfahrungsgemäß dann der größte Teil der Herren einfach wegbleibt. Es hat sich aber die Notwendigkeit herausgestellt, ein Gremium zu schaffen – nennen wir es mal engerer Vorstand von etwa 10 bis 15 Mitgliedern –, das oft und schnell zusammentreten kann, weil die politische Situation bis zur nächsten Bundestagswahl so sein wird, daß die Wahl nicht gut genug vorbereitet werden kann.

Nun kam von Nordrhein-Westfalen die Anregung, man sollte nicht zwei, sondern vier stellvertretende Vorsitzende schaffen, und zwar sollten zu dem evangelischen Parteifreund, der noch zu wählen ist, und Herrn Kaiser noch hinzutreten die Herren Ministerpräsident Arnold und Bundesminister Schröder. (*Bach:* Als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises!) Davon ist nichts gesagt worden, sondern nur: Herr Schröder. Ich hatte dagegen folgende Bedenken: Der Vorsitzende und die beiden

stellvertretenden Vorsitzenden, wie es bisher war, sind kein einziges Mal in all den Jahren zu einer politischen Beratung zusammengetreten, sondern sie sind nur mit den anderen Gremien zusammen tätig geworden. Wenn wir jetzt außer diesen beiden stellvertretenden Vorsitzenden noch zwei neue schaffen, dann würden wir also fünf haben. Dann ist die Frage, was sollen die Herren dann tun, sollen sie ein besonderes politisches oder leitendes Gremium bilden oder nicht? Wenn sie kein besonderes leitendes Gremium bilden sollen, dann ist das Ganze nur eine äußerliche Angelegenheit. Wenn sie ein politisches Gremium bilden sollen, also gewissermaßen einen engeren Vorstand, dann würden diese fünf zu wenig sein, weil doch Landesparteien dann ausfielen und andere Landesparteien sehr stark darin vertreten wären.

So sind wir in einer längeren Diskussion zu der Meinung gekommen, man sollte einen geschäftsführenden Vorstand lassen, der die laufenden Geschäfte mit dem Bundesgeschäftsführer zusammen erledigen muß. Herr Heck hat den dringenden Wunsch, ein solches Gremium zu schaffen, das mindestens zwei- bis dreimal in der Woche zusammentreten muß, weil er sonst zu isoliert sei, und darin hat er vollkommen recht. Ich möchte nicht sagen, an welche Herren gedacht war, sondern möchte Sie bitten, daß wir uns über die Sache an sich unterhalten, über die Organisation, weil das Nennen von Namen leicht die Diskussion verwirrt.

Ich wiederhole also: Es würde ein geschäftsführender Vorstand, bestehend aus drei Personen wie bisher, geschaffen werden müssen, der aber jederzeit zur Verfügung steht und dessen Mitglieder möglichst in Bonn, Köln oder Düsseldorf wohnen müßten, damit sie zwei- oder dreimal in der Woche zusammentreten können.

Nun käme die Frage: Was machen wir bei der Größe des jetzigen Vorstandes? Es hat sich die Situation eingebürgert, daß nicht nur die Vorstandsmitglieder, sondern ihre Vertreter gleichzeitig kommen. Es hat sich weiter herausgestellt, daß die Vorstandssitzungen wegen der großen Zahl der Teilnehmer nicht häufig abgehalten werden können. Gegen den Namen „geschäftsführender Vorstand" habe ich Bedenken. Ich meine, die drei Leute, die mit Herrn Heck zusammenarbeiten sollen, das ist kein geschäftsführender Vorstand. Ich glaube, darüber brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Ich möchte die Diskussion vereinfachen und den Punkt vorweg erledigen. Dann würde die Frage übrigbleiben: zwei oder vier stellvertretende Vorsitzende, wenn der Antrag von Nordrhein-Westfalen offiziell gestellt wird. Dazu käme dann noch der engere Vorstand von 10 bis 15 Mitgliedern.

Bach: Die beiden Landesverbände Nordrhein und Westfalen möchten zum Punkt 9 der Satzung noch hinzufügen:

„f) der Vorsitzende der Fraktion und der Bundestagspräsident, wenn er der CDU angehört."

Damit ist auch klar, daß weiter hinzugefügt werden soll:

„... die Regierungschefs und die Bundesminister der CDU, die zu Vorstandssitzungen hinzugezogen werden sollen."

Wir können nicht den einen hinzuziehen und den anderen nicht.

Dann sind wir der Auffassung, daß statt zweier stellvertretender Vorsitzender

nunmehr vier stellvertretende Vorsitzende gewählt werden sollen, dafür aber statt drei geschäftsführender Vorstandsmitglieder ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied, das nun mit dem eigentlichen Arbeitsausschuß die Arbeit macht, so daß sich der Beschluß vom 22. September gar nicht zu ändern braucht.[10] Ich wiederhole: statt drei geschäftsführender Vorstandsmitglieder nur eins und statt zwei stellvertretender Vorsitzender vier stellvertretende Vorsitzende.

Wir sind der Auffassung, daß Herr Ministerpräsident Arnold durch seine Treue zum Herrn Bundeskanzler und zur Bundesregierung das Opfer der Intrigen der FDP geworden ist. Herr Arnold bedeutet im öffentlichen Leben der CDU propagandistisch sehr viel, und das würde sich gut auswirken. Wir glauben, daß wir auf ihn nicht verzichten können.

Die Gründe, die in Goslar dazu geführt haben, Jakob Kaiser zu wählen, sind heute noch maßgebend, so daß die beiden von uns als Vertreter nominiert würden. Dann ist es in der Optik notwendig, daß unter den Stellvertretern zwei evangelisch sind. Der erste ist katholisch, und der zweite Stellvertreter ist katholisch. Wir würden noch vorschlagen den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Herrn Minister Schröder als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises. Hinzu kämen Herr Kiesinger als alleiniges Vorstandsmitglied, dann der Bundesgeschäftsführer, der Fraktionskollege Dr. Krone, der Vertreter Cillien sowie der Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, so daß in der Optik sowohl landschaftlich wie auch konfessionell dieses Gremium propagandistisch die beste Wirkung für die CDU darstellen würde. Die Zahl der elf engeren Vorstandsmitglieder soll bestehenbleiben.

Adenauer: Das ist eine sehr schwierige Materie. Ich beschäftige mich nicht zum ersten Male heute damit. Nun haben Sie, Herr Bach, so etwas unklar und schnell gesprochen, daß ich nicht weiß, ob alle Damen und Herren Sie richtig verstanden haben. Ich glaube es nicht, ich weiß es aber auch nicht. Ich gehe mal davon aus, daß Sie einigermaßen verstanden worden sind. Mir kommt es nicht darauf an, wie sich das, was wir schaffen, propagandistisch auswirkt, sondern darauf, daß endlich eine Organisation geschaffen wird, die auch klappt. *(Lebhafter Beifall.)* Sie haben aus dem Vortrag von Herrn Heck in der letzten Vorstandssitzung gehört, wie es mit unserer Organisation aussieht. Ich möchte aus einem Bericht, den gestern die Herren Blücher und Preusker im Kabinett über die Verhältnisse bei der FDP gegeben haben, Ihnen folgendes sagen: Die 16 ausgeschiedenen FDP-Leute sind deswegen unterlaufen worden, weil die Organisation da nicht geklappt hat. (*Zuruf:* Die Organisation hat geklappt!) Die Organisation der Politik, und oben hat es nicht geklappt, so will ich mich korrigieren. Deswegen haben wir nach meiner Meinung unbedingt die Aufgabe, etwas zu beschließen, was wirklich eine gute Arbeit gewährleistet.

Was Herrn Ministerpräsident Arnold angeht, so schätze ich Herrn Arnold außerordentlich hoch aus den vergangenen Jahren, die wir zusammengearbeitet haben. Es

10 Protokoll der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden vom 22. September 1955 in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

ist auch über jeden Zweifel erhaben, daß er in Düsseldorf niederträchtig behandelt worden ist, aber ich glaube, man würde Herrn Ministerpräsidenten Arnold einen sehr schlechten Dienst erweisen, Herr Bach, wenn man Ihrem Vorschlag folgte; denn dann wäre der Herr Ministerpräsident Arnold nicht mehr in Düsseldorf, sondern in Bonn, dann müßte er jeden Tag in Bonn sein. Nach meiner Auffassung der Dinge können wir nur damit rechnen, Nordrhein-Westfalen wiederzugewinnen mit Hilfe des Herrn Ministerpräsidenten Arnold, der nun die Verdienste hat und der dort bekannt ist. Und wenn er jetzt nach Bonn gesetzt würde – ich sage das ganz offen –, dann würde das draußen so ausgelegt werden, als wenn er aus der Tätigkeit im Lande ausgeschieden sei. Das halte ich im Interesse der Partei für falsch. Ich halte es auch für falsch, weil wir dem Bundesgeschäftsführer nicht diese Hilfe geben würden, die er dringend benötigt. Dazu gehören mindestens drei Leute; das kann nicht einer übernehmen, oder Sie machen dann den Herrn Ministerpräsidenten Arnold zum obersten Bundesgeschäftsführer und den Herrn Heck zum zweiten. *(Widerspruch von Johnen und Bach.)* Dann verstehe ich das Ganze nicht; vielleicht wird es Herr Johnen mal erklären. Ich bin der Auffassung, daß der Vorschlag, den wir vorgestern[11] erörtert haben – wir hatten zwar kein Recht, irgendwas zu beschließen, es war nur eine Aussprache –, dem auch der größte Teil der Anwesenden, insbesondere die Herren Krone, Kaiser und andere Herren, zustimmte, der richtigere ist. Ich darf nochmals wiederholen: Ein Vorsitzender, zwei stellvertretende Vorsitzende, ein engerer Vorstand, der bis zu 15 Mitglieder umfassen soll und häufig zusammengerufen werden kann.

Der Ausdruck „geschäftsführender Vorstand" ist nicht zutreffend. Wir haben zwei Herren hier, die dem geschäftsführenden Vorstand, wie er bisher hieß, angehören, Herr Kiesinger und Herr Wuermeling. Seitdem Herr Wuermeling Minister ist – das hat Herr Heck gesagt –, hat er durch die vielen Reisen, die er machen muß, wenig zur Verfügung gestanden. Herr Kiesinger ist auch außerordentlich stark belastet, er hat aber zur Verfügung gestanden. Ich darf hier aussprechen, ohne einen der Herren zu verletzen, daß es der Herr Tillmanns gewesen ist, der sich am meisten der Sache gewidmet hat.

Nun hat Herr Heck selbst erklärt, daß er das dringende Bedürfnis hat, drei Leute bei sich zu haben, die mit ihm zusammenarbeiten sollen. Ich habe absichtlich die Namen herausgelassen, Herr Bach, aber Sie haben nunmehr die Namen hineingebracht. Ich weiß nicht, warum man nicht ausgehen soll von der Sache und von dem, was notwendig ist im Interesse der Partei. Das ist doch schließlich das Entscheidende.

Wir wollen dem Herrn Ministerpräsidenten Arnold alles Gute, aber ich glaube, ich bin ein besserer Fürsprecher für ihn als Sie, Herr Bach, wenn Sie nun Herrn Arnold unbedingt dahin bringen wollen. Dann fällt er doch da aus, oder er fällt hier aus. Wenn er in Düsseldorf ausfällt, ist das für Nordrhein-Westfalen sehr schlimm. Soweit ich die Dinge überschaue, kann kein Mensch diese Aufgaben gleichzeitig übernehmen.

---

11 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU am 24. April 1956 (TERMINKALENDER).

Johnen: Meine Damen und Herren! Man kann beide Vorschläge sehr gut miteinander verbinden. Der Herr Bundeskanzler hat von 10 bis 15 Vorstandsmitgliedern gesprochen. Damit läßt sich der Vorschlag Nordrhein-Westfalens, vier stellvertretende Vorsitzende zu wählen, sehr gut verbinden. Dafür sprechen zwei Gründe: Wir sind nicht von Personen ausgegangen, sondern von zwei katholischen und zwei evangelischen Freunden. Das würde für eine so große Partei wie wir in der Öffentlichkeit hervorragend wirken, auch für die Bundestagswahlen 1957. Es kam uns darauf an, auch den Ministerpräsidenten Arnold unter diesen vier stellvertretenden Vorsitzenden zu haben. Der Sturz Arnolds ist nicht wegen der Landespolitik erfolgt, sondern angeblich wegen der Bundespolitik. Die CDU von Nordrhein-Westfalen erwartet von der Bundespartei eine Herausstellung des Herrn Ministerpräsidenten Arnold in der Bundespartei.

Wir gehen umgekehrt davon aus, daß gerade der Herr Arnold – der jetzt freier ist als zu der Zeit, da er noch Ministerpräsident war – der Bundespartei mit seiner Erfahrung zur Verfügung stehen kann. Herr Arnold läßt das Land Nordrhein-Westfalen sowieso nicht im Stich, aber er kann sowohl in Nordrhein-Westfalen Dienste leisten wie auch der Bundespartei in Bonn zur Verfügung stehen. Ich freue mich, daß der Vorschlag nicht von Nordrhein, sondern von Westfalen aus gekommen ist, der aber selbstverständlich von uns unterstützt wird. Die Mitglieder der CDU der Landesverbände Nordrhein und Westfalen erwarten geradezu als Antwort auf die Vorgänge in Düsseldorf, daß die Bundespartei ein sichtbares Zeichen für den gestürzten Ministerpräsidenten Arnold gibt. Wir glaubten, die Lösung auch im Sinne der Bundespartei gefunden zu haben, wenn wir zwei katholische und zwei evangelische gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende wählen, wobei wir die Bitte haben, daß der Herr Ministerpräsident Arnold dazugehört. Das läßt sich mit Ihrem Vorschlag gut kombinieren, nämlich 5 und 10 = 15.

Adenauer: Sie schlagen etwas anderes vor als Herr Bach? (*Johnen:* Ich kombiniere bewußt!) Das kann ich mir denken; Sie tun nie etwas unbewußt. Herr Bach hatte vorgeschlagen, nicht die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder zu wählen, sondern sie zu ersetzen durch eine Person. (*Bach:* Nein, stimmt nicht! – *Weiterer Zuruf:* Das war nicht klar, Herr Bach hat sich nicht klar ausgedrückt!) Was haben Sie denn mit Herrn Arnold vor? (*Bach:* Er soll stellvertretender Vorsitzender werden wie die anderen! Das habe ich auch schon vorgetragen!) Sie haben doch davon gesprochen, daß die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder durch einen Mann ersetzt werden sollen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Dann habe ich Sie also wegen Herrn Arnold nicht richtig verstanden. Ich darf also feststellen, daß der Vorschlag von Nordrhein-Westfalen wie folgt lautet:

„Ein engerer Vorstand, dessen Ziffer noch bestimmt wird, vier stellvertretende Vorsitzende, darunter den Ministerpräsidenten Arnold und Herrn Schröder."

(*Johnen:* Der Evangelische Arbeitskreis schlägt den Herrn Schröder vor, nicht wir!) Herr Bach hat ihn doch vorgeschlagen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Bach:* Ja, ich habe ihn vorgeschlagen, aber nicht von Westfalen aus!) Das sagen Sie jetzt, davon habe ich

nichts gehört. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Jetzt wird es mir allmählich zu bunt, ich sehe nicht mehr durch. Vorgestern war alles viel klarer. Aber wir müssen weiterkommen. Es ist noch die Frage zu klären, wie die anderen Landesverbände dazu stehen, daß – für den Fall, daß ich gewählt werden sollte – ich, Herr Kaiser, Herr Schröder und Herr Arnold alle aus Nordrhein-Westfalen kommen. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, daß im Plenum von diesem oder jenem Land noch Wünsche kommen.

Meine Damen und Herren! Ich muß nun bitten, daß Herr Kaiser mich vertritt; denn ich muß zur Fraktionssitzung, wo gerade die Militärvorlage beraten wird.[12]

Kaiser: Mir liegt daran, noch zu erwähnen, was vorgestern gesagt worden ist. Nichts gegen Arnold! Sieben oder acht haben gesagt, Arnold natürlich, es ist Unglaubliches geschehen in Düsseldorf. Deshalb soll jetzt vom Parteitag Karl Arnold in einer auszeichnenden Weise Erwähnung finden. Gegen den Vorschlag Arnold, der gemacht worden ist, bemerkte zunächst Herr Krone, wenn man vier Stellvertreter nähme, käme auf jeden Fall von Süddeutschland oder von sonstwo die Forderung auf einen sechsten Vertreter, worauf man sich verlassen könne. So hat sich Herr Krone geäußert. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Bitte ausgesprochen: Lassen Sie uns keinen Fehler begehen und den Begriff, dem an sich keine sehr große Bedeutung zukommt, nicht in der Öffentlichkeit entwerten. Ich habe Karl Arnold gesagt, daß er sich darauf konzentrieren soll, diese Scharte von Nordrhein-Westfalen so rasch wie möglich zu korrigieren. Seine Mitwirkung in der Führung der Partei als Mitglied des engeren Vorstandes schien uns die beste Lösung. Ich hatte gedacht, daß er zu den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern gehören könne, dem früher Tillmanns, Wuermeling und Kiesinger angehört haben.

Kiesinger: Ich will nur sagen – damit kein Mißverständnis aufkommt –, daß ich diesen Vorschlag zum ersten Male gehört habe.

Fay: Ich bin erstaunt, daß man aufgrund einer offenbar vorliegenden neuen Situation die Erkenntnisse von damals so grundsätzlich über den Haufen werfen will. Wir haben damals gesagt: drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder. Damit wollten wir drei Persönlichkeiten herausstellen. Ich habe Erfahrung mit unserer hessischen Satzung, die unter meinem Vorgänger leider geändert worden ist. Dort heißt es: ein Vorsitzender und mindestens drei stellvertretende Vorsitzende. Das Ergebnis ist, daß wir heute sechs stellvertretende Vorsitzende haben, von denen jeder Erklärungen abgibt, und ich muß nachher den Buckel hinhalten. Ich will nicht sagen, daß das auch hier vorkommen könnte, aber immerhin warne ich. Sie können es nicht verhindern, daß die Zahl vier überschritten wird. In dem Augenblick, wo Sie regionale Gesichtspunkte berücksichtigen, laufen Sie Gefahr, daß die anderen Landesverbände auch mit entsprechenden Wünschen kommen.

Es wäre gut, wenn man die persönlichen Wünsche unter der Kategorie „10 weitere Mitglieder" berücksichtigen könnte, wobei zu erwägen ist, ob man 10 oder 15 nimmt.

---

12 Nach Referaten von Blank, von Brentano und Jaeger stimmte die Fraktion dem Wehrpflichtgesetz zu (Entschließung in CDU, 6. Bundesparteitag S. 196).

Begehen Sie aber bitte nicht den Fehler, in dieser aufgewühlten Zeit eine Einrichtung zu schaffen, die faktisch nach einem Kollektiv riechen könnte. Drüben gibt es auch sehr viele stellvertretende Ministerpräsidenten, und zum Schluß sagt der Wähler, die wissen überhaupt nicht, was sie eigentlich wollen; denn sie drücken sich vor gewissen Entscheidungen, indem sie viele Stellvertreter haben.

Lassen wir es also bei den dreien. Wir können die von uns respektierten Persönlichkeiten in die 10 einreihen; eventuell können wir die Zahl auf 15 erhöhen, um regionale Wünsche zu befriedigen.

Gradl: Ich unterstreiche völlig das, was Herr Dr. Fay gesagt hat. Es ist ein Zeichen von Nervosität, wenn man in einem Satzungsentwurf, an dem so lange gearbeitet worden ist, nunmehr buchstäblich in letzter Stunde eine schwerwiegende Änderung vornimmt. *(Lebhafter Beifall.)* Und wollen wir denn nun wirklich dieses traurige Schauspiel der Öffentlichkeit vorführen, daß wir eine Inflation von stellvertretenden Vorsitzenden wählen?

Wir haben in unserem Parteistatut eine gute Ordnung; wir haben die repräsentative Spitze, wir haben den geschäftsführenden Vorstand, der sich bewährt hat, aus dem leider der eine durch Tod ausgefallen ist und der andere durch zu starke anderweitige Inanspruchnahme nicht mehr regelmäßig teilnehmen kann. Wir sollten unser Augenmerk darauf lenken, in den engeren Vorstand – d.h. die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und die zehn weiteren Mitglieder – diejenigen Persönlichkeiten hineinzunehmen, von denen wir wissen, daß sie in den nächsten anderthalb Jahren für die Parteiarbeit auch wirklich etwas tun. Darauf muß es uns ankommen.

Herr Johnen! Ich will offen reden. Ich glaube nicht, daß das die wirkliche Begründung ist, die Sie hier anbringen für den Vorschlag von Nordrhein-Westfalen. Wenn wir Herrn Ministerpräsidenten Arnold vor der Öffentlichkeit demonstrativ unterstützen wollen, um zu zeigen, daß er nach wie vor unser volles Vertrauen hat, dann brauchen wir nicht diese Konstruktion, daß nun neben zwei stellvertretende Vorsitzende noch zwei weitere gesetzt werden. Das können wir doch auf andere Weise viel wirkungsvoller machen. Außerdem ersparen wir uns eine sehr unliebsame Diskussion im Plenum des Parteitages. Wenn wir unseren Landesverbänden das sagen, dann ist es selbstverständlich, daß sie mit weiteren Änderungsvorschlägen kommen werden. Sie werden uns sagen: Wie kommt ihr in letzter Stunde dazu, so etwas von uns zu verlangen? Ich bin also betont gegen diesen Vorschlag.

Johnen: Herr Dr. Gradl hat mir etwas unterstellt, was nicht stimmt. Was ich vorgeschlagen habe – ob Sie es glauben oder nicht –, kommt aus Westfalen. Und wenn Sie mir etwas unterstellen, dann bekommen Sie auch eine Antwort.

Samsche: Wenn wir grundsätzlich an der Satzung etwas ändern, dann weiß ich nicht, wie wir zu Wahlen bei diesem Parteitag noch kommen sollen.

Adenauer: Ich habe den Eindruck, als ob eine nicht unerhebliche Mehrheit gegen den Antrag des Herrn Bach wäre, wenn wir jetzt abstimmen. Vielleicht wäre es das beste – ich weiß nicht, ob Sie anderer Meinung sind –, diesen Antrag nicht zu stellen. Es wäre doch eine peinliche Situation, wenn er abgelehnt würde. Daß Herr Arnold

in Bonn sehr gründlich in die Arbeit der Bundespartei eingeschaltet werden muß, ist auch meine Meinung. Das soll auch geschehen. Das kann man auch öffentlich bekanntgeben. Da steht nichts im Wege.

Bach: Herr Bundeskanzler! Ich bin nicht in der Lage, über die Köpfe meiner Delegierten einen einstimmig gefaßten Beschluß zurückzuziehen. Ich kann ihn nur zurückziehen, wenn ich mit den Leuten gesprochen habe. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir uns darauf einigen, daß das Statut, wie es am 22. September von den Landesvorsitzenden einstimmig angenommen worden ist, unverändert zur Annahme gelangt und dann die Wahl erfolgt.

Wir müssen unseren Delegierten heute abend sagen können, was die Auffassung der Mehrheit des Bundesvorstandes ist. Dann müssen sich die Delegierten dazu äußern.

Gerstenmaier: Ich schlage ein handlungsfähiges, d.h. in der Zahl beschränktes Gebilde vor. Unser bisheriger Vorstand ist zu groß. Er muß kleiner werden. 15 sollte das Nonplusultra sein. Mir würde es richtig erscheinen, es beim bisherigen Zustand zu belassen. Ich bin auch nicht davon überzeugt, daß die CDU-Fraktion ein großes Geschäft gemacht hat, als sie vier oder fünf Fraktionsvorsitzende gewählt hat. Drei Parteivorsitzende genügen nach meiner Auffassung, dazu drei Männer des geschäftsführenden Vorstandes.

Süsterhenn: Der § 9 ist nicht willkürlich geschaffen worden. Dieser § 9 kann auch nicht geschaffen werden aus irgendeiner akuten oder politischen Konstruktion heraus. Man kann einfach keine Satzung aus einer besonderen Situation heraus schaffen. Wenn wir morgen ein Ereignis in einem anderen Land haben, dann können wir daraus nicht wieder direkte Folgerungen für eine Satzungsänderung ziehen; denn sonst wissen wir nicht, wo wir enden. Dieses Triumvirat sollte die Parlamente führen. Dabei stellte sich heraus, daß dieses Triumvirat nicht arbeiten konnte ohne engste Fühlung mit dem Bundesgeschäftsführer. Und weil die Geschäftsführungs- und die Organisationsfragen Geld kosten, mußte auch der Bundesschatzmeister herangezogen werden; weil konkrete politische Entscheidungen in der Bundestagsfraktion gefällt werden, mußte auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion dazugenommen werden. So hat es sich seit Jahren ergeben, daß die im § 9 unter a bis f aufgeführten Persönlichkeiten praktisch als ein Gremium zusammengearbeitet und den engeren Vorstand oder geschäftsführenden Vorstand – wie man es nennen will – gebildet haben. Und was sich in der Praxis herausgestellt hat, soll nun im Statut seinen Niederschlag finden. Was dort festgelegt ist, ist eine ganz probate Lösung, die sich aus den sachlichen Notwendigkeiten und praktischen Erfahrungen der letzten Jahre ergeben hat.

Ich möchte Ihnen also vorschlagen, dabei zu bleiben. Wenn wir jetzt anfangen, mit neuen Vorschlägen vor den Parteitag zu treten, dann werden uns Gott weiß was für politische Kombinationen hineingeheimnist, und wir rufen Kräfte auf den Plan, von denen man nicht weiß, was nachher wird. *(Starker Beifall.)*

Adenauer: Es ist augenscheinlich, daß die Mehrheit dem § 9, wie er hier steht,

zustimmt. Das habe ich besonders aus dem Beifall gehört, den die Herren Gradl und Süsterhenn bekommen haben.

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich zur Fraktionssitzung.

Gradl: Es heißt hier: Die Regierungschefs nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Ich bin dafür, daß wir auch die Bundesminister dabei haben; selbstverständlich auch den Bundestagspräsidenten. (*Süsterhenn:* Ich bin der gleichen Auffassung wie Herr Dr. Gradl.)

Fay: Ich bin nicht dafür, hier nur die wachsweiche Formulierung „... nehmen daran teil" zu nehmen, sondern wir sollten ihnen auch Stimmrecht geben.

Kaiser: Ich würde Herrn Süsterhenn bitten, darauf zu achten. Er kann das als Vorsitzender vor dem Plenum begründen und in Ordnung bringen.

Süsterhenn: Wir sind der Meinung, daß die Regierungschefs lediglich mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen teilnehmen sollten; andernfalls wäre kein gesundes Verhältnis mehr vorhanden. Wir müssen uns davor hüten, den Vorstand durch zu viele staatliche Stimmen zu verstaatlichen.

Von Brentano: Erlauben Sie mir, daß ich als einer der Betroffenen ein offenes Wort sage. Das Argument von Herrn Süsterhenn kann ich nicht gelten lassen. Ich glaube, daß sich kein Parlamentarier als Beamter fühlt. Wir sind nicht beamtete Vertreter des Staates, sondern die Repräsentanten der Partei und der Fraktion. Sie können nicht ernstlich erwarten, daß die Regierungschefs der Länder und die Bundesminister an den Sitzungen des Parteivorstandes teilnehmen, wenn man ihnen sagt: Ihr könnt dabeisein, aber ihr dürft nicht abstimmen.

Ich halte es für selbstverständlich, daß unser Freund Heck als Bundesgeschäftsführer an den Vorstandssitzungen stimmberechtigt beteiligt ist, aber ich sehe nicht ein, warum ich nicht auch ein Stimmrecht ausüben soll. Meine politische Verantwortung ist nicht geringer, wenn ich Bundesminister bin; darauf sollte man Rücksicht nehmen. Wir schaffen sonst auch eine merkwürdige Zweiteilung von bevorrechteten und weniger bevorrechteten Vorstandsmitgliedern.

Gradl: Lieber Herr von Brentano! Entschuldigen Sie, ich bin ganz anderer Ansicht. (*Von Brentano:* Da ist nichts zu entschuldigen!) Ich bin der Auffassung, daß darauf Rücksicht genommen werden muß, daß ein echtes Spannungsverhältnis zwischen denen, die die Partei in die staatlichen Ämter schickt, und der Partei als solcher vorhanden sein muß. Es ist eine Verwischung der berühmten Gewaltenteilung, wenn künftig die Parteifreunde, die von der Partei in die Regierungsämter geschickt werden, das Recht bekommen, über Fragen mitzubestimmen, in denen sich unter Umständen die Partei eine ganz andere Haltung gebildet hat und bilden muß. Es ist vielleicht sehr gut, wenn wir in der Lage sind, als Partei eine andere Auffassung zu vertreten als unsere Freunde, die in der Regierung sitzen. Das hat doch nichts mit persönlicher Haltung zu tun, das ist eine reine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Wir tun gut daran, Partei und Regierung auseinanderzuhalten. Wir wollen natürlich unsere Parteifreunde hören, ehe wir urteilen. Deshalb sind sie in diesem Gremium dabei, aber letzten Endes muß die Partei als solche entscheiden.

Cillien: Ich muß etwas Sachliches hinzufügen, was mit den Personen nichts zu tun hat. Ich befürchte, daß bei dieser Zusammensetzung die vom Parteitag Gewählten in einer hoffnungslosen Minderheit sind. Ich würde meinen, man sollte es belassen, wie es vorgesehen ist. Eine Abstimmung hat bei uns selten stattgefunden. Was aber von den Regierungschefs und den Bundesministern vorgetragen wird, wurde von uns jedesmal sehr hoch gewertet. Die Verantwortung müssen aber diejenigen tragen, die unmittelbar vom Parteitag gewählt sind. (*Von Brentano:* Wollen Sie dem Herrn Bundeskanzler das Stimmrecht nehmen?) Er wird gewählt!

Fricke: Herr Dr. von Brentano! Ich glaube wirklich, daß man hier keinen Vergleich mit Herrn Heck anstellen kann. (*Von Brentano:* Das soll kein Vergleich sein!) Ich meine, es müßte wirklich genügen, wenn unsere Freunde im Vorstand ihre Meinung vertreten können, daß aber der Vorstand dann darüber beschließt. Ich kenne manche Beschlüsse in den letzten Jahren, bei denen ich froh gewesen wäre, ich hätte nur meine Meinung vertreten, und die anderen hätten die Verantwortung übernommen.

Bach: Ich bin anderer Ansicht. Wenn Sie den Ministern und den Ministerpräsidenten nicht das Recht geben wie jedem anderen Vorstandsmitglied, dann hat z.B. unser Freund, der Ministerpräsident Müller, der auch Landesvorsitzender ist, Stimmrecht, aber sein Kollege, der nicht Landesvorsitzender ist, hat kein Stimmrecht. *(Widerspruch.)* Wenn wir aus Westfalen den Minister Blank vorschlagen, können Sie nichts daran ändern. Dem würden wir entgehen, wenn wir einfach sagten: die Minister als solche ... Damit könnte man eine Graduierung der Minister verhindern. Wir müssen das Vertrauen zu unseren Ministern haben. Ich kann nicht verstehen, warum diese Leute Bürger zweiter Ordnung im Parteivorstand sein sollen.

Eplée: Nehmen Sie an, es wären die Herren Oberländer, Kraft und noch einige andere Herren Minister dabei, die hier mitbestimmend über das Schicksal der CDU wirken könnten. Das müßte ich doch stark ablehnen. An eine solche Konsequenz muß man aber denken. Deswegen muß ich mich scharf gegen die gutgemeinten Vorschläge aussprechen; denn das ist wirklich nicht mehr tragbar.

Dichtel: Wollen wir uns nicht darauf zurückfinden, daß wir heute vom Vorstand aus vorschlagen, es bei der erarbeiteten Vorlage zu belassen? Sonst kommen wir einfach ins Schlittern. Grundsätzlich haben die Herren ja recht, aber in der Praxis war es anders. In der Praxis haben wir uns seit Jahren darüber beklagt, daß unsere Ministerpräsidenten zu selten im Garten der CDU gewesen sind. Das gilt auch für die Bundesminister. Wenn in der politischen Instanz des Bundesparteivorstandes etwas geschehen soll, was in der Öffentlichkeit Gewicht hat, dann ist es gut, wenn alle Ministerpräsidenten verantwortlich dabei sind. Wenn wir ihnen nicht von vornherein das Stimmrecht geben, müssen wir damit rechnen, daß die Herren nicht zu den Sitzungen kommen. Schon um die Herren dabeizuhaben, möchte ich vorschlagen, ihnen doch das Stimmrecht zu geben.

Kaiser: Ich würde Herrn Süsterhenn bitten, darauf zu achten. (*Süsterhenn:* Ich halte es für richtig, die grundlegende Frage, ob die Bundesminister und Regierungschefs Stimmrecht haben sollen oder nicht, jetzt klarzustellen.) Dann wollen wir sehr

sorgfältig überlegen. (*Fay:* Wenn wir den Herrn Oberländer und die anderen Herren aufgenommen haben, dann müssen wir auch die Konsequenzen ziehen.)

Hellwig: Wenn wir das Stimmrecht ex officio den Ministerpräsidenten und Bundesministern zugestehen, dann ist der Anteil der Vorstandsmitglieder, die nicht vom Parteiausschuß oder vom Parteitag gewählt werden, größer als der Anteil derjenigen Vorstandsmitglieder, die unmittelbar hineinkommen. Ich möchte dringend bitten, den Bundesvorstand nicht als ein Organ der Repräsentation, sondern als ein Organ der Parteiarbeit zu sehen. Man soll ihn nicht überlasten mit stimmberechtigten Mitgliedern, die nicht dem Parteitag unmittelbar verantwortlich sind. (*Lemmer:* Ich beantrage Schluß der Debatte.)

Zimmer: Es ist nicht tragbar, wenn die Parteiorganisation von der Spitze her durch die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion beherrscht wird.

Kaiser: Wir stimmen darüber ab, ob die Regierungschefs und die Bundesminister Stimmrecht haben sollen oder nicht. Ich bitte diejenigen, die für Stimmberechtigung sind, eine Hand zu erheben. – Gegenprobe! – Das war eine demokratische Entscheidung, und zwar dagegen.

Pitz: Ich schlage vor, im § 12 zu den Vereinigungen die Bundesfrauenausschüsse hinzuzufügen.

Kaiser: Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind.

Wackerzapp: Ich mache auf meine verschiedenen Anträge aufmerksam, und ich möchte bitten, darüber jetzt zu sprechen.

Süsterhenn: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieser Dinge sehe ich eine gewisse Schwierigkeit, weil es jetzt schon halb sechs ist und der Parteiausschuß auf die Herren wartet. Wäre es nicht zweckmäßig, aus dem jetzigen Vorstandsgremium einige Herren zu bestimmen, um über die Anträge unseres Freundes Wackerzapp und auch über andere Anträge zu sprechen? Dann könnte der Gesamtvorstand davon entlastet werden.

Kaiser: Ich glaube, damit sind wir einverstanden. Wer wird vorgeschlagen? (*Zurufe:* Dr. Süsterhenn! Dr. Gradl! Dr. Heck! Dr. Zimmer! Johnen! Bach!) Herr Süsterhenn, Sie übernehmen bitte die Verantwortung dafür, daß diese Gruppe zusammentritt und die Arbeiten aufnimmt.

Mitgliederbeitrag

Bach: Wenn Sie die Statuten annehmen, dann wissen Sie, daß in Zukunft die Zusammensetzung des Parteiausschusses und des Parteitages sich nicht nur aus den Stimmen der Bundestagswahlen, sondern auch aus den Mitgliederzahlen ergibt. Ich bin der Meinung, wir müssen einen echten Beitrag an die Bundeskasse leisten. Ich habe 10 Pfennig angesetzt. Grundsätzlich kann das Stimmrecht nur von den Landesverbänden ausgeübt werden, die auch ihre Beiträge zahlen. (*Johnen:* Dann ist der Bundesvorstand nicht stimmberechtigt!)

Müller: Eine Mark als Mindestbeitrag ist zu hoch. Man sollte das den Landesverbänden überlassen. Wir haben zahlreiche Mitglieder, denen wir das nicht zumuten können.

Bach: Ich bin einverstanden. Der Beitrag wird durch die Landesverbände festgesetzt. Die Landesverbände leisten an die Bundeskasse pro Mitglied und Monat 10 Pfennig.

Albers: Wir haben doch auch viele Invaliden und Rentner in der Partei, die monatlich 50 Pfennig bezahlen. Wollen Sie die herausschmeißen?

Bach: Ich habe gesagt: Die Landesverbände setzen den Beitrag der Mitglieder fest. Die Landesverbände zahlen pro Mitglied und Monat 10 Pfennig. Das ist angenommen worden.

Kaiser: Ist es nicht möglich, daß wir eine Mark als Mindestbeitrag festsetzen, aber mit der Regelung für Invaliden, Rentner usw., die das nicht können?

Bach: Das ist ein Eingreifen in das Hoheitsrecht der Landesverbände. Lassen wir den Landesverbänden das Recht, die Beiträge festzusetzen! Aber der Beitrag an die Bundeskasse muß einheitlich 10 Pfennig sein.

Kaiser: Ich würde vorschlagen, jetzt nicht abzustimmen, sondern es dem Ausschuß zu überlassen.

Bach: Ich darf noch einmal wiederholen:

„Die Landesverbände regeln die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder. Die Landesverbände zahlen pro Mitglied und Monat an die Bundeskasse 10 Pfennig."

Kaiser: Das ist angenommen.

Verschiedenes

Kaiser: Zum Punkt „Verschiedenes" liegen keine Wortmeldungen vor.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen die sehr erfreuliche Mitteilung machen, daß die Bundestagsfraktion dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht einstimmig zugestimmt hat. Sie hat ebenfalls beschlossen, den militärischen Notwendigkeiten und den NATO-Verpflichtungen in voller Weise nachzukommen. Dieser Beschluß bedeutet in der gegenwärtigen labilen außenpolitischen Situation wirklich etwas sehr Wertvolles. *(Beifall.)* Er ist aber auch innenpolitisch von Bedeutung; denn unsere Fraktion, die doch die Hauptverantwortung im Bund trägt, zeigt damit, daß sie entschlossen ist, den Weg weiterzugehen, den sie für richtig erkannt hat.

Kaiser: Ich darf den Herrn Bundeskanzler kurz unterrichten. Wir sind so verblieben, daß es keinen Zweck hat, in der Ausschußsitzung noch einmal die ganzen Paragraphen des Statutes durchzusprechen, sondern wir haben einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn Süsterhenn gebildet, der die Änderungen und Ergänzungen des Statutes besprechen soll.

Majonica: Ich würde vorschlagen, daß wir die beiden beschlossenen Änderungen bezüglich der Stimmberechtigung der Bundesminister und der Aufführung der Frauenausschüsse dem Parteiausschuß vortragen.

Wackerzapp: Ich muß dem leider widersprechen; denn es liegen viele Anträge vor, die dem Plenum des Parteitages vorgebracht werden. Wir können vom Vorstand nicht sagen: Diese Abstimmung gibt es nicht.

Adenauer: Wir dürfen nicht zulassen, daß der Parteitag sich in einer langen Debatte über einzelne Artikel der Satzung erschöpft. Ich meine, wir nehmen die Sache an, wie sie ist, nur mit dem Zusatz im § 9: Bundestagspräsident und Bundesminister.

Majonica: Wir haben beschlossen, daß die Bundesminister ohne Stimmrecht den Ministerpräsidenten der Länder gleichgestellt werden und daß die Vorsitzende des Frauenausschusses geborenes Mitglied ist.

Adenauer: Das versteht sich von selbst, und man kann sagen: Die Bundesminister werden eingeladen.

Damit wollen wir die Sitzung schließen und nun zur Sitzung des Parteiausschusses gehen.

15

Bonn, 12. Juli 1956

Anwesend: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, Bitter, Blank, Brauksiepe, Cillien, Dufhues, Eplée, Erhard, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kratz, Krone, Lemmer, Lenz, Lindrath, Meyers, Müller, Noltenius, Oberländer, Osterloh, [Pettenberg], Frau Rehling, Röder, Scharnberg, Schmücker[1]*, Schröder, Sieveking, Simpfendörfer, Stoltenberg, Wacher, Wegmann, Zimmer.*

Bericht über die Lage. Medienfragen. Aufnahme der Saar-CDU als Landesverband in die Bundespartei; Verhalten gegenüber der CVP.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 20.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und darf beginnen mit der Bekanntgabe der Damen und Herren, die sich entschuldigt haben:

1 Dr. h.c. Kurt Schmücker (geb. 1919), 1946 CDU, 1948–1954 Vorsitzender der JU Oldenburg, 1949–1972 MdB, 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1966 auch der Finanzen, 1966–1969 Bundesschatzminister, 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU.

Frau Dr. Jochmus[2], krank; Frau Dr. Weber, dienstliche Gründe; Herr Lensing, krank; Minister Wuermeling, Urlaub; Minister Lübke, dienstliche Gründe; Minister Kraft, krank. Weiter haben sich entschuldigt: Herr von Brentano und Herr Bauknecht ohne besondere Angabe von Gründen.

Ich darf weiter die Namen der Damen und Herren mitteilen, die infolge der Veränderung des Vorstandes aus dem Vorstand ausgeschieden sind, und erbitte mir Ihre Zustimmung, daß wir ihnen ein Dankschreiben für ihre bisherige Tätigkeit zugehen lassen.

Aus dem bisherigen Bundesvorstand sind ausgeschieden:

Frau Heiler, Herr Majonica, Herr Samsche, Herr Professor Dr. Strickrodt, Herr Wackerzapp, Herr Winkelheide, Herr Wehking, Herr Dr. Hofmeister, Frau Praetorius, Herr Benda[3], Herr Heurich[4], Frau Pitz und Herr Professor Dr. Süsterhenn.

Ich darf mich wohl als von Ihnen bevollmächtigt erachten, den Damen und Herren unseren Dank für ihre bisherige Arbeit auszusprechen.

Als neue Mitglieder sind in den Vorstand eingetreten mit beschließender Stimme:

Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Herr Dr. Meyers, Frau Dr. Jochmus, Herr Dr. Stoltenberg, Frau Brauksiepe[5], Herr Dr. Lenz, Herr Dr. Lindrath[6], Herr Osterloh und Frau Dr. Rehling[7],

mit beratender Stimme:

die Herren Bundesminister.

Wir heißen die Damen und Herren herzlich willkommen bei uns. Wir freuen uns auf ihre Mitarbeit und erhoffen davon einen Gewinn für unser gemeinsames Ziel. Sie wissen, daß wir eine Lücke ausfüllen mußten in der Geschäftsstelle, die Journalistenlücke. Herr Pettenberg[8] ist bei uns eingetreten, den ich ebenfalls herzlich willkommen heiße. Ihm wird gerade in der kommenden Zeit eine wichtige Aufgabe zufallen.

Nun ist von Herrn Bach der Wunsch laut geworden, das Thema „Kommunalwahlen" vorzuziehen, weil er nachher nicht mehr hier sein kann. Ich kann Ihnen nicht

---

2 Dr. Hedwig Jochmus (geb. 1899), 1945 CDU, Mitgründerin des Bundes angestellter Akademiker in der IG Chemie, 1953–1957 MdB, 1960–1968 MdL Baden-Württemberg.

3 Ernst Benda (geb. 1925), 1955–1957 MdA Berlin (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 512 Anm. 19).

4 Fridolin Heurich (1878–1960), 1919–1933 MdL Baden (Zentrum), 1927–1933 Staatsrat, Mitgründer und 1946–1951 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1945 Bürgermeister von Karlsruhe, 1946–1952 MdL Württemberg-Baden.

5 Aenne Brauksiepe (geb. 1912), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister für Jugend und Familie.

6 Dr. Hermann Lindrath (1896–1960), 1928–1933 DVP, 1945 CDU Halle, 1951 Flucht in die Bundesrepublik, 1953–1960 MdB, 1957–1960 Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes.

7 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 76 Anm. 11.

8 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), 1928–1955 „Kölner Stadt-Anzeiger" (1949 Chefredakteur), 1956–1966 Leiter der Presseabteilung der CDU.

empfehlen, dem stattzugeben; denn die anderen Fragen sind von besonderer Wichtigkeit und Dringlichkeit, und ich fürchte, wenn wir das Thema „Kommunalwahlen" einmal angefangen haben, müssen wir es auch gründlich besprechen, und das erfordert so viel Zeit, daß die anderen Dinge dahinter zurückstehen werden. Es tut mir sehr leid, Herr Bach, aber ich habe auch manchmal Wünsche, die ich unterdrücken muß. (*Bach:* Die werden meistens erfüllt! Das ist ein Unterschied!) Dem ist leider nicht so! (*Bach:* Wir haben in fünf Ländern Kommunalwahlen[9], die von entscheidender Bedeutung für die Bundestagswahlen im Jahre 1957 sind!) Wenn Sie hierbleiben könnten, Herr Bach, würden wir heute nachmittag die Kommunalwahlen noch behandeln. (*Bach:* Die können Sie auch ohne mich behandeln!) Sie haben doch darum gebeten, weil Sie weg müssen, die Besprechung der Kommunalwahlen vorzuziehen! (*Bach:* Ich glaube nicht, daß wir noch dazu kommen, die Dinge zu behandeln!) Warten Sie mal ab!

Bericht über die Lage

Adenauer: Meine Damen und Herren! Nun soll von mir ein Bericht über die Lage erstattet werden. Erlauben Sie mir, daß ich diese Ausführungen stehend mache. Man hat dann mehr Bewegungsfreiheit für den Körper. Ich möchte Ihnen diesen Bericht über die Lage nicht sehr umfassend geben, sondern etwas zugespitzt auf die Fragen, die wir heute zu behandeln haben.

Ich muß beginnen mit einer kurzen Schilderung der augenblicklichen Weltlage. Es ist Ihnen bekannt, daß ich in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten gewesen bin.[10] Dort habe ich ein sehr gedrängtes Pensum absolvieren müssen. Wenn auch die deutsche Presse mehr oder weniger alles totgeschwiegen hat, was dort vor sich gegangen ist, so kann ich nur sagen, daß diese Reise nach den Vereinigten Staaten sehr erfolgreich gewesen ist. Sie war absolut notwendig, weil es doch mit Rücksicht auf die ganze Situation in den Vereinigten Staaten angebracht erscheint, daß von Zeit zu Zeit jemand dort hinfährt und namentlich in der Öffentlichkeit die Meinung der Regierung der Bundesrepublik wiedergibt.

Ich habe in Chicago eine längere Rede gehalten bei einem Lunch mit 2.600 Leuten. Sie können daraus ersehen, welch gigantische Verhältnisse dort sind. Das war der größte Saal der Vereinigten Staaten und der größte Lunch, der jemals in den Vereinigten Staaten veranstaltet worden ist. 2.600 Menschen in einem Saal essen zu sehen, ist ein besonderes Vergnügen; aber es wurden die Tische vor meiner Rede abgeräumt. Ich habe in New York und dann in Milwaukee geredet und habe eine Reihe von Besprechungen gehabt – und das war das Wesentlichste – nicht nur mit Damen und Herren der amerikanischen Regierung, sondern auch mit Senatoren, mit

9 In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen am 28. Oktober 1956, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg am 11. November 1956.

10 USA-Reise vom 8. bis 16. Juni 1956 (Adenauer: Erinnerungen 3 S. 156–176; Rede in der Yale-Universität und Kommuniqué in AdG 1956 S. 5818–5820).

Vertretern der Opposition. Insbesondere habe ich ein längeres Gespräch gehabt mit Harriman[11], dem Gouverneur von New York.

Daß ich Eisenhower gesehen habe, wissen Sie. Ich habe ein langes Gespräch geführt mit Herrn Meany[12], dem Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaften, einer sehr einflußreichen Persönlichkeit. Sie wissen, daß er einige Tage darauf, am 17. Juni, über sämtliche amerikanischen Sender eine Rede gehalten hat für die Wiedervereinigung Deutschlands. Er hat eine sehr gute Rede dort gehalten. Ich habe auch gesprochen – ich erwähne das, weil sich da auch ein unmittelbarer Erfolg zeigt – mit dem Senator Johnson[13], dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Rückgabe der deutschen Vermögen in den Vereinigten Staaten. Sie werden vielleicht heute früh in den Zeitungen gelesen haben, daß der Senatsausschuß, dessen Vorsitzender er ist und der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, irgendwie die Rückgabe aller deutscher Vermögenswerte innerhalb von fünf Jahren beschlossen hat.[14] Natürlich ist ein Beschluß eines Senatsausschusses noch nicht Gesetz, aber ich glaube, wir können doch mit sehr großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß trotz der Kongreßwahlen der Beschluß Gesetz werden wird.

Johnson ist Demokrat. Die Kongreßwahlen werden wahrscheinlich so ausfallen, daß die demokratische Mehrheit sowohl im Senat wie im Repräsentantenhaus stärker wird als bisher. Sie wissen, daß jetzt eine schwache Mehrheit da war. Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit größer werden wird, so daß also gerade dieser Beschluß, der insbesondere von Senator Johnson befürwortet worden ist, uns eine berechtigte Hoffnung gibt, daß wir die Vermögenswerte, die sich insgesamt auf etwa zwei Milliarden DM belaufen, in den nächsten fünf Jahren zurückbekommen werden. Das ist nicht nur ein materieller, sondern auch ein politischer Erfolg, der hoffentlich von der deutschen Presse anerkannt werden wird, obgleich meine Hoffnungen auf Anerkennung durch die Presse äußerst gering sind. Aber vielleicht wird sie einmal

---

11 William Averell Harriman (1891–1986), amerikanischer Politiker und Diplomat; 1942–1946 Botschafter in Moskau, 1946 in London, 1946–1948 Handelsminister, 1948–1950 Sonderbeauftragter für den Marshall-Plan, 1950–1953 Berater von Präsident Truman, 1955–1959 Gouverneur des Staates New York, 1961–1963 Unterstaatssekretär für Fernostfragen im State Department, 1961 Sonderbotschafter Präsident Kennedys in verschiedenen Europa- und Afrikamissionen, 1965–1969 Berater Präsident Johnsons. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 171–175.

12 George Meany (1894–1980), amerikanischer Gewerkschafter; 1952–1955 Vorsitzender der AFL, seit 1955 Präsident der AFL-CIO (zum Gespräch EBD. S. 175f.). – In seiner Rundfunkrede zum 17. Juni forderte er eine Volksabstimmung in Deutschland unter UNO-Überwachung über den Eden- bzw. Molotow-Plan („Die Welt" vom 18. Juni 1956).

13 Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker; 1937–1949 Abgeordneter im Repräsentantenhaus, 1949–1961 Senator von Texas (ab 1953 Fraktionsvorsitzender der Demokraten im Senat), 1963–1969 Präsident (Memoiren: Meine Jahre im Weißen Haus. 1972).

14 Gesetzentwurf des Rechtsausschusses des Senats vom 10. Juli 1956 (vgl. „Die Welt" vom 11. und 12. Juli 1956).

anerkennen, daß das von seiten der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland eine außerordentlich gute Sache ist und ein großer Fortschritt gegenüber der bisherigen Haltung der Mehrheit in den Vereinigten Staaten.

Wenn Sie mich fragen, wie ist es mit den Präsidentenwahlen, dann kann ich nur sagen, ich habe Eisenhower gegen alle Erwartung in guter Verfassung angetroffen.[15] Ich hatte natürlich den ärztlichen Verlautbarungen nicht geglaubt, weil man in solchen Fällen davon ausgehen kann, daß sie in etwa gefärbt sind. Ich war aber sehr überrascht, den Präsidenten vier Tage nach der Operation in einer solch guten Verfassung zu sehen. Sie haben auch gelesen, daß er sich zur Wahl stellen will, und wahrscheinlich – kein Mensch kann in die Zukunft sehen – ist seine Wahl damit gesichert. Es ist auch damit zu rechnen, daß die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses stärker werden wird und damit die Ansichten der Demokratischen Partei auch für den Präsidenten maßgeblicher sein werden, als sie es vielleicht bisher gewesen sind. Für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland sind die Demokraten mindestens so gut wie die Republikaner. Ich habe das in Gesprächen mit Angehörigen der Demokratischen Partei und auch mit großen Zeitungsverlegern feststellen können. Wir können daher, wie ich glaube, von unserem Standpunkt aus dem Ablauf der Wahlen in den Vereinigten Staaten mit Ruhe entgegensehen.

Ich möchte mir dann erlauben, meine Freunde, einige Worte über die Verhältnisse in der Sowjetunion zu sagen. Ich muß Ihnen offen sagen, daß ich die sehr starke Phantasie sehr vieler Politiker, Minister, Abgeordneter und Staatsmänner in aller Welt einfach nicht verstehe. Wir erleben jetzt in Sowjetrußland in etwas anderer Form dasselbe, was wir erlebt haben nach dem Tode Lenins. Es sind innere Machtkämpfe, die dort vor sich gehen. Nach dem Tode Lenins ist bekanntgeworden, daß Stalin im Verlaufe dieser Machtkämpfe eine sogenannte Reinigung der Roten Armee bis zum Obersten herunter vorgenommen hat. Darüber jetzt zu sprechen, würde zu weit führen; aber es haben sich doch einige Veränderungen in der Sowjetunion vollzogen. Nach meiner Auffassung und auch nach der Auffassung eines klugen französischen Politikers und eines amerikanischen Generals, mit denen ich gestern bzw. vorgestern gesprochen habe[16] – der amerikanische General war einen Monat lang in der Sowjetunion –, sind diese Veränderungen für das Ausland gefährlich.

Ich möchte Ihnen diese Veränderungen dokumentieren an unmittelbar erlebten Vorgängen. Als die deutsche Delegation im September des vergangenen Jahres in Moskau[17] war, führte den Vorsitz bei den Verhandlungen Herr Bulganin. Herr

15 Eisenhower war am 9. Juni 1956 operiert worden. Am 10. Juli bekräftigte er seine Kandidatur. Die Präsidentschaftswahlen fanden am 6. November 1956 statt (AdG 1956 S. 6094f.).

16 Wahrscheinlich Botschafter Louis Joxe und vermutlich General Dekker, der mit General Nathan F. Twining die UdSSR besucht hatte (vgl. dazu AdG 1956 S. 5810, 5816).

17 Vgl. Nr. 9 Anm. 4.

Chruschtschow sprach viel, wurde aber von Bulganin am Zügel gehalten, zuweilen auch korrigiert. Als am 1. Mai dieses Jahres die Franzosen in Moskau waren, führte den Vorsitz – wie Herr Mollet sagte – nicht mehr Bulganin, sondern Chruschtschow.[18] Ich glaube, nichts beleuchtet das Emporkommen Chruschtschows gegenüber Bulganin mehr als diese doch für jeden erkennbare Tatsache, daß er jetzt in Wirklichkeit der Herr Rußlands ist.

Sie werden vielleicht auch über die Entgleisungen von Bulganin und Chruschtschow gelesen haben.[19] Sie waren beide etwas angetrunken oder betrunken. Das ist weiter keine bemerkenswerte Tatsache, aber Bulganin und Chruschtschow haben zusammen anfangen wollen zu reden. Das kann sich der westliche Mensch nicht gut erklären, aber das ist so. Man sitzt am Tisch beim Essen, und auf einmal fühlt einer einen Wodka-Impuls oder einen Impuls von rotem Sekt – der nach meiner Meinung noch besser wirkt – und steht dann auf, um zu reden oder etwas zu sagen; er bringt einen Toast aus durch einige Sätze. Nun sind die beiden gleichzeitig aufgestanden, und dann hat Chruschtschow es fertigbekommen, den Marschall zu verdonnern, sich zu setzen, denn er habe jetzt zu sprechen. Und Bulganin hat sich auch gesetzt. Nun kann das in angetrunkenem Zustand gewesen sein, und es ist vielleicht auch nicht so wichtig, aber wichtig ist die Tatsache, daß bei der französischen Delegation Chruschtschow den Vorsitz geführt hat auf russischer Seite. Als wir, die deutsche Delegation, dort waren, hat Bulganin den Vorsitz geführt. Das ist doch ein Vorgang von großer Bedeutung.

Ich darf noch etwas anderes in diesem Zusammenhang sagen. Als wir in Moskau waren, haben wir von der Roten Armee nichts gesehen. Es wurde für uns ein großes Fest im Saal der Georgsritter gegeben. Tausend Menschen waren da. Dem Vernehmen nach seien auch drei rote Marschälle dagewesen. Sie wurden uns weder vorgestellt noch gezeigt. Sie müssen in irgendeiner Ecke des großen Saales gewesen sein. Als die Franzosen in Moskau waren und Chruschtschow den Vorsitz führte, sind die roten Marschälle – laut Mollet – sehr stark in Erscheinung getreten. Daraus kann man wohl auch den berechtigten Schluß ziehen, daß die Verbindung zwischen Chruschtschow und der Roten Armee stärker ist, als die Verbindung zwischen Bulganin und der Roten Armee gewesen ist. Das ist auch insofern zu erklären, als Bulganin – es ist nichts Neues, man muß sich nur die Tatsachen wieder ins Gedächtnis zurückrufen – seinerzeit Stalin dabei geholfen hat, Schukow[20] in die Verbannung zu schicken.

---

18 Der französische Ministerpräsident Guy Mollet und der französische Außenminister Christian Pineau waren vom 15. bis 19. Mai 1956 in Moskau (AdG 1956 S. 5780–5782; vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 131f.).

19 Die Franzosen mußten u.a. bei einem Empfang eine Stunde auf die Gastgeber warten und wurden dann durch den Trinkspruch Chruschtschows auf den Freiheitskampf der arabischen Völker – angesichts des fortdauernden Algerienkriegs – düpiert (vgl. „Die Welt" vom 22. Mai 1956).

20 Georgi Konstantinowitsch Schukow (1896–1974), sowjetischer Marschall (seit 1943); 1945–1946 Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland, 1955–1957 Verteidigungsminister, 1956–1957 Mitglied des Politbüros, 1957 aller Ämter enthoben.

Nun ist Chruschtschow eine Persönlichkeit von starker Vitalität und Brutalität, und er ist grausam. Er ist viel emotionaler als Bulganin. Bulganin hat eine kalte Grausamkeit, soweit man das beurteilen kann. Chruschtschow hat eine glühende, eine vitale, eine eruptive Grausamkeit. Und ein diktatorisch regiertes Staatswesen, das große innere Schwierigkeiten hat – darüber ist gar kein Zweifel möglich –, mit einem solchen Mann an der Spitze, birgt natürlich für die Entwicklung im Inneren wie auch nach außen eine größere Gefahr in sich, als wenn es von einem kälteren Mann, der die Dinge ruhig überlegt, geführt wird.

Dieses ganze Gerede – ich weiß keinen besseren Ausdruck dafür –, daß nun durch die Entthronung Stalins, wie man gerne sagt, eine völlig neue Epoche eingetreten sei und wir große Hoffnungen darauf setzen könnten, halte ich für unbegründet. Es ist eine innere Angelegenheit und ein Kampf der Diadochen gegeneinander. Wir können nach alledem, was seit Jahrzehnten dort vorgegangen ist, erst dann von einer wirklichen Änderung der Verhältnisse in Rußland sprechen, wenn man sich auch auf außenpolitischem Gebiete manifestiert hat, aber nicht durch Worte, sondern durch Taten. Wenn Sie aber das bejahen, dann denken Sie an den Aufstand in Posen[21] und daran, daß gerade die Leute in Pankow darauf gepocht haben, daß die polnischen Machthaber zu nachsichtig gewesen seien. Ich glaube, man braucht keine großen philosophischen Gedankengänge anzustellen; wenn man sich diese einfache Tatsache vor Augen hält, dann kommt man schon zu der richtigen Meinung.

Bedenklich sind nach wie vor die Vorgänge in Großbritannien. Was mit Großbritannien eigentlich los ist, ich weiß es nicht. Wir haben große Schwierigkeiten dort mit der öffentlichen Meinung, weniger mit der britischen Regierung. Sie wissen, daß z.B. die „Times" sich immer gegen die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen hat; Sie wissen, daß der „Manchester Guardian" dasselbe getan hat; kurz und gut, bei den Briten scheint es – und es ist sehr schwer, sich da etwas schärfer auszudrücken – so zu sein, als wenn die Abneigung gegen die Deutschen, die aus dem Kriege her noch unbedingt vorhanden ist, die aber dem englischen Charakter entsprechend nur zurückhaltend zutage tritt – jetzt vermehrt durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse Englands und durch die übertrieben hoch eingeschätzte wirtschaftliche Blüte Deutschlands –, doch in Großbritannien eine Stimmung erzeugt habe, die nicht für uns günstig ist. Das ist sehr bedauerlich, und wir werden uns bemühen müssen, gerade mit Großbritannien eine bessere Stimmung herzustellen, nicht als wenn das Commonwealth unendlich viel bedeutete! Was dort jetzt gewesen ist, hat nicht viel Positives erbracht. Es sind dort die verschiedensten Ansichten zutage getreten.

Wir werden die Freude haben, von morgen an Herrn Nehru einige Tage hier in Bonn zu haben.[22] Hoffentlich bekommt er etwas besseres Wetter, dann kann er auf dem Rhein einen Tag lang spazierenfahren. Aber ganz intern gesprochen: Ich

21 Am 28. und 29. Juni 1956 (AdG 1956 S. 5863f.).

22 Staatsbesuch vom 13. bis 17. Juli 1956 (AdG 1956 S. 5884; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 177–196).

habe da schon eine gewisse Enttäuschung erlebt – ich war darauf vorbereitet worden vom Auswärtigen Amt –; denn nach dem, was man in den Zeitungen liest, legt Nehru Wert darauf, philosophische Gespräche zu führen. Kurz und gut, er will sich in höheren Regionen ergehen. (*Zuruf:* Gott sei Dank! Mal etwas anderes!) Gott sei Dank, sage ich auch, Herr Gerstenmaier, aber wir haben bisher nicht die Zeit gehabt. Nun war dieser Tage bei mir der indische Botschafter[23], um mich auf den Besuch und die Aussprache vorzubereiten. Das erste, was er sagte, war, daß Indien große wirtschaftliche Bedürfnisse habe und daß es auch gern Kredite hätte, und Deutschland könne ihm vielleicht dabei helfen. Von hohen philosophischen Gedanken war gar nicht die Rede, sondern das Portemonnaie spielte die Hauptrolle bei der ganzen Geschichte. Wir müssen abwarten, wie das wird. Ich sage Ihnen das hier nur: Nehru ist ein Mann, der schillert; er hat auch große innere Schwierigkeiten gegenüber Großbritannien; infolge seiner Erziehung hat er davor vollen Respekt, aber politisch denkt er doch ganz anders als die britische Regierung. Australien denkt wieder anders, Südafrika denkt wieder anders, so daß also das Commonwealth mehr eine gefühlsmäßige Angelegenheit bis auf weiteres ist. Aber immerhin, England ist und bleibt eine große Macht, und wir müssen versuchen, mit England wieder in ein gutes psychologisches Verhältnis zu kommen.

Die Dinge in Frankreich sind sehr labil. Ich brauche darüber nicht viel zu sagen. Mollet hält sich tapfer; er trägt sogar Pineau, der ja anders denkt wie er. Mendès-France ist einstweilen – gottlob – in der Versenkung verschwunden, er kann aber jeden Tag wieder auftauchen. Kein Mensch kann das voraussehen. Wir müssen auch darauf gefaßt sein, daß eines Tages de Gaulle[24] wieder auftaucht; er scheint schon Anfänge zu machen. Einstweilen ist Mollet Ministerpräsident, weil kein anderer es z.Z. wagt, sich auf diesen recht dornenvollen Platz zu setzen. Aber diese Labilität der innenpolitischen Lage in Frankreich schafft natürlich für ganz Europa, insbesondere auch für Deutschland, eine gefährliche Situation.

Sie wissen, daß ich einige Tage in Italien gewesen bin. Es waren sehr anstrengende, aber auch sehr erfolgreiche Tage. Unsere Verbindung mit Italien ist sehr gut; wir wollen sie noch weiter ausbauen. Ich darf noch einfließen lassen, daß die Democrazia Cristiana in Italien, obwohl sie starke innere Spannungen hat – noch stärker als die CDU –, eine Organisation besitzt, die geradezu vorbildlich für uns sein muß. Ich habe den dringenden Wunsch, daß möglichst bald einige Herren von uns dort hinfahren, um die Organisation der Democrazia Cristiana zu studieren.

Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen, damit Sie sehen, wie gut diese Organisation ist. Die Democrazia Cristiana hat 1,4 Millionen eingeschriebene und zahlende Mitglieder. Wir haben nur 245.000. Obwohl der Italiener an sich eine große Abscheu

23 Botschafter Nambiar; Besuch am 9. Juli 1956 (TERMINKALENDER).

24 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1944–1946 Chef der provisorischen Militärregierung bzw. Ministerpräsident, 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident.

gegen das Zahlen hat, insbesondere gegen Steuern und ähnliche Dinge, zahlen die Mitglieder dort. Die Democrazia Cristiana hat aus den Migliederbeiträgen über 10 Millionen DM – umgerechnet – Einnahmen im Jahr. Die Democrazia Cristiana baut jetzt in Rom ein eigenes Haus mit über 200 Zimmern aus eigenen Mitteln. Sie hat eine eigene Zeitung und eine Junge Democrazia Cristiana, die 300.000 eingeschriebene Mitglieder hat, die nota bene auch die Bestimmung hat, daß ein Mitglied mit 25 Jahren aufhört, junges Mitglied zu sein. *(Bewegung und Heiterkeit.)* Dann tritt er in die allgemeine Partei ein. Vielleicht ist der Italiener mit 25 Jahren reifer als der Deutsche mit 25 Jahren, aber ich muß Ihnen offen gestehen, 40 Jahre – und wir haben „junge" Demokraten, die über 40 Jahre alt sind – geht ein bißchen zu weit. Auch diese Frage müssen wir gelegentlich, wenn die Herren von Rom zurückgekehrt sein werden, einmal besprechen.

Politisch steht die Sache in Italien so, daß die Entscheidung bei den Saragat[25]-Sozialisten liegt. Sie wissen, daß die Sozialisten in zwei Gruppen zerfallen, in die Saragat-Sozialisten und die Nenni[26]-Sozialisten. Dann kommen die Kommunisten unter Togliatti[27]. Man hatte bei unserer Schwesterpartei gewisse Sorgen über die Haltung der Saragat-Sozialisten. Ich habe herbeigeführt, daß unsere Freunde dort zwei lange Besprechungen mit Herrn Saragat, der perfekt deutsch spricht, hatten, und ich glaube, man kann bis auf weiteres diese Befürchtung, die man gehegt hatte, beiseite tun. Herr Saragat sieht die ganze außenpolitische Lage, insbesondere das Verhältnis von Europa zu Rußland und zu Amerika, genauso, wie wir sie auch sehen. Und das ist eine sehr wichtige Grundlage für eine gute Politik. Das zur außenpolitischen Lage. Sie ist nach wie vor äußerst labil, äußerst unsicher, äußerst gefährlich.

Wenn ich nun zu den innenpolitischen Dingen übergehe, so kann ich es nur mit großem Dank gegenüber der Bundestagsfraktion begrüßen, daß es uns doch gelungen ist, vor den Ferien das Wehrpflichtgesetz[28] zu verabschieden. Wenn das nicht gelungen wäre, so hätte das eine katastrophale außenpolitische Wirkung hervorgerufen. Ich möchte nochmals sehr nachdrücklich sagen, daß wir von der Partei aus der Bundestagsfraktion und allen, die daran mitgearbeitet haben, herzlichen Dank schuldig sind. Die letzte Sitzung, die bis morgens 4 Uhr gedauert hat, in der dieses Gesetz beschlossen wurde, war ganz offenbar von sozialdemokratischer Seite darauf

25 Adenauer hatte sich vom 1. bis 4. Juli in Rom aufgehalten (AdG 1956 S. 5860f.; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 259f.). – Zu Giuseppe Saragat vgl. Nr. 6 Anm. 61. Saragat lehnte eine Volksfrontpolitik und eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten strikt ab.

26 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1921 Sozialistische Partei (PSI), 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident, 1968–1969 Außenminister, 1966–1969 Präsident der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU). Nenni vertrat seit 1947 die Aktionseinheit mit den Kommunisten.

27 Palmiro Togliatti (1893–1964), italienischer Politiker; 1921 Mitgründer der kommunistischen Partei Italiens (PCI), 1944–1945 stv. Ministerpräsident, 1945–1946 Justizminister, ab 1947 Generalsekretär der PCI.

28 Am 6./7. Juli 1956; Gesetz vom 21. Juli 1956 (BGBl I S. 651).

angelegt, daß nach und nach der eine oder andere oder die eine oder andere von uns müde werden sollte und dann nach Hause gehen würde. Aber es haben alle bis zum letzten Augenblick ausgehalten. Das ziffernmäßige Ergebnis der Abstimmung war sehr gut. Wir haben trotz der ganz falschen und entstellenden Berichterstattung, insbesondere in der „Welt" am Montag[29], ausgezeichnet dabei abgeschnitten. Ich habe Ihnen, Herr Krone, sagen lassen, daß sich die Fraktion bei der Redaktion oder beim Verlag offiziell beschweren soll. (*Gerstenmaier:* Das würde ich dringend empfehlen!) Dagegen müssen wir uns wehren, und zwar ganz entschieden. Ich will Ihnen sagen, worum es sich gehandelt hat. Der Berichterstatter hat ungefähr wörtlich – ich zitiere es, ich habe mir dieses Wort gut eingeprägt – gesagt, daß durch unsere Fraktionsmaschine die Grundsätze des Grundgesetzes, wonach die Abgeordneten nach freier und eigener Überzeugung zu stimmen hätten, kaputtgemacht worden seien. Das ist eine gemeine Lüge. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür. Wir haben die Rede des Herrn Nellen[30] eine halbe Stunde lang mit großer Geduld ertragen. Wir haben Seitensprünge anderer Herren, die etwas die Nerven verloren hatten, hingenommen, ohne ein Wort zu sagen und ohne mit der Wimper zu zucken. Ich habe schon einmal vor geraumer Zeit feststellen lassen, ob jemals ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion bei einer namentlichen Abstimmung es gewagt hat, anders zu stimmen als die Fraktion. (*Zurufe:* Niemals!) Niemals! Wir haben nichts dagegen getan! Und dann wagt ein solcher Berichterstatter, einen derartigen Bericht zu geben!

Als die Sitzung zu Ende war und wir hinausgingen, war ein wundervoller Sommermorgen, und die Vögel sangen. Als ich nach Hause fuhr nach Rhöndorf, da habe ich das doch als ein gutes Omen dafür aufgefaßt, daß wir mit diesem Beschluß wirklich etwas Gutes getan hätten und wir dadurch doch einer besseren Zukunft entgegengingen.

Ich möchte nun übergehen zu der Wahl des Jahres 1957 und damit einige Erörterungen über die Vorgänge an der Saar verbinden. Gleichzeitig mache ich einige Bemerkungen über den sozialdemokratischen Parteitag in München.[31] Auf dem sozialdemokratischen Parteitag ist eine Resolution zur Annahme vorgelegt worden. Aus dieser Resolution möchte ich zwei Stellen vorlesen:

„Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben.

---

29 Vermutlich gemeint ist der Artikel von Joachim Besser „Die Revolte des Gewissens" („Die Welt" vom 9. Juli 1956). – Ergebnis der namentlichen Schlußabstimmung: Ja 269 Stimmen und 6 Berliner Abgeordnete, Nein 166 und 8 Berliner Abgeordnete, Stimmenthaltung 20 und 2 Berliner Abgeordnete (Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8894).

30 Peter Nellen (1912–1969), 1946 CDU, 1949–1969 MdB (bis 8. November 1960 CDU, dann SPD). – Rede am 6. Juli 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8841–8845.

31 Vom 10. bis 14. Juli 1956 in München (AdG 1956 S. 5877–5879 – mit den Texten der Resolutionen; KLOTZBACH S. 386–388).

Die Sozialdemokratische Partei ruft das deutsche Volk auf, ihr bei den nächsten Wahlen die für die Erreichung dieses Zieles notwendige Stärke zu geben. In jedem Falle wird aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alle Möglichkeiten parlamentarischer Demokratie ausnutzen, um auch in Zusammenarbeit mit anderen Kräften eine Änderung der verhängnisvollen deutschen Wehrpolitik zu erreichen."

Das scheint mir, von anderen Fragen, die wir vielleicht gleich noch kurz streifen können, abgesehen, der wichtigste Punkt zu sein. Die Sozialdemokratische Partei verkündet also als Ziel des Wahlkampfes 1957, eine Mehrheit zu bekommen, eventuell mit Unterstützung anderer Gruppen und Fraktionen, die es ihr ermöglicht, die von uns bisher verfolgte Außenpolitik einfach in das Gegenteil umzukehren, das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben und gleichzeitig im Einvernehmen mit den Vertragspartnern die vertraglichen Verpflichtungen zu revidieren. Das ist also, so fasse ich es auf, ein Kampf um Deutschland. Ich fasse den Wahlkampf 1957 bei weitem nicht in erster Linie auf als einen Kampf für unsere Partei; natürlich tue ich das auch, aber der Wahlkampf hat, nachdem sich die Dinge so entwickelt haben, eine ganz andere Bedeutung bekommen. Lebten wir in normalen Zeiten, Gott, man würde sich nicht den Kopf abreißen, wenn nun einmal die Opposition siegte und zeigen müßte, was sie denn nun wirklich leisten kann, aber bei dieser Lage in der Welt, in Europa und in Deutschland würde ein Sieg der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1957 nach unserer tiefsten Überzeugung für Deutschland, für Europa und für die Welt geradezu eine Katastrophe bedeuten.

Das verlangt von uns die Anspannung aller Kräfte, die uns zur Verfügung stehen, damit wir bei dieser Wahl glänzend abschneiden. Es verlangt aber auch, noch mehr als bei der Wahl im Jahre 1953 – nachdem die Sozialdemokratie erklärt hat, daß sie sich nach Partnern umsehe, um im Bundestag die Mehrheit zu bekommen –, daß auch wir Revue passieren lassen, was bietet sich dar unter der deutschen Wählerschaft als Möglichkeit? Fangen wir an bei der SPD. Sie wird in versteckter oder in unversteckter Form zur Seite haben bei einer solchen Politik alle kommunistischen Elemente und alle Hilfsmittel, die den Kommunisten zur Außenpolitik zur Verfügung stehen. Sie wird weiter an ihrer Seite haben die Dehler-Leute. Sie wird aber auch – ich glaube, das kann man sagen – an ihrer Seite haben die nationalistischen oder nationalistisch-bolschewistischen Kreise, wie wir das in Düsseldorf gesehen haben. Es steht heute in der Presse eine Mitteilung, wonach die FDP ihre Hoffnungen auf Strasser[32] setzt. Ich habe schon früher davon gesprochen. Ich halte das für durchaus möglich, daß diese Gesellschaft – in der Herr Dehler nicht mehr der maßgebende Mann ist, sofern ich das beurteilen kann – gerade ihre Hoffnungen setzt auf nationalistische Elemente. Ich darf Sie daran erinnern, daß Naumann in Düsseldorf gewirkt hat, daß Düsseldorf und

32 Otto Strasser (1897–1974), 1925–1930 NSDAP, 1933–1955 im Exil, 1956 Gründung der Deutsch-Sozialen Union.

seine Umgegend schon seit Jahr und Tag der Sitz der nationalistischen Elemente ist. Die SPD wird zweifellos rechtzeitig vor dem Wahlkampf mit den Leuten sprechen, und wir können uns darauf verlassen, daß diese beiden Parteien gemeinsam von der Partie sind.

Und nun zum BHE! Die Entwicklung des BHE ist z.Z. noch nicht überschaubar, aber man muß entgegen den Ansichten und Hoffnungen, die man noch vor einiger Zeit hegen konnte, doch damit rechnen, daß der BHE, sei es für sich allein, sei es in Verbindung mit anderen Gruppen, die 5%-Grenze überspringen und daß er auch in dem neuen Bundestag wieder eine Rolle spielen wird oder spielen kann.

Nun komme ich zu dem, was uns zur Verfügung steht für unsere Politik. Zunächst können wir wohl – das wird mir der Vertreter der CSU[33], den ich herzlich willkommen heiße, sicher bestätigen – entgegen allen Nachrichten in der Presse davon ausgehen, daß die CSU mit der CDU im Wahlkampf und auch in der Führung der gesamten Politik zusammengehen wird. Dann wird bei uns sein die Deutsche Partei. Es wird auch mit uns sein die Freie Volkspartei. Wir haben gestern eine Koalitionsbesprechung gehabt, die im großen und ganzen durchaus zur Zufriedenheit verlaufen ist. Es läßt sich noch kein Urteil darüber mit Sicherheit fällen, wie die Aussichten der Freien Volkspartei sein werden. Sie scheinen territorial verschieden zu sein, aber alles in allem genommen scheinen sie besser zu sein, als ursprünglich angenommen wurde. Auf alle Fälle haben wir ein großes Interesse daran, daß ein möglichst großer Teil der Wähler, die im Jahre 1953 für die FDP gestimmt haben, jetzt der Freien Volkspartei ihre Stimme geben; denn es wird auf jeden Abgeordneten ankommen.

Nun komme ich zu der sehr wichtigen Frage, die auch unmittelbar unsere heutige Tagesordnung betrifft. Das ist die Frage, was wird aus der CVP? Ich will die Frage jetzt nur berühren im Zusammenhang mit der politischen Übersicht. Wir werden über dieses Thema ja noch besonders sprechen; denn es steht auf der Tagesordnung. Aber es muß auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Zwischen dem Zentrum und der CVP finden Verhandlungen statt, und die Verhandlungen sind nach der Ansicht mancher Leute schon sehr weit gediehen.[34] Nach der Ansicht anderer Leute ist noch eine Wendung möglich. Es finden Verhandlungen statt zwischen der CVP und der Südbadener Partei und dem Zentrum. Es haben auch Fühlungnahmen stattgefunden zwischen der Bayernpartei und diesen Gruppen. Alle sind getragen von der Hoffnung, daß es ihnen, wenn sie sich zusammenschließen, gelingen wird, die 5 % zu überspringen. Vielleicht wird auch – obwohl wir darüber keine Nachricht haben – der BHE mit hinzukommen; ich sage das deswegen, weil ich zu meiner großen Überraschung gelesen habe, daß der BHE an der Saar eine Filiale gegründet hat.[35] Das scheint fast

33 Gerhard Wacher (vgl. Anm. 85).

34 Beschluß des a.o. Delegiertentags der CVP vom 22. Juli 1956 zum Zusammenschluß mit dem Zentrum (vgl. dazu SCHMIDT 3 S. 464–469, auch zum Folgenden, sowie Frank DINGEL: Die Christliche Volkspartei des Saarlandes in STÖSS 1 S. 719–765).

35 Am 30. Juni 1956 (SCHMIDT 1 S. 393–395).

darauf hinzuweisen, daß der BHE mit von dieser Partie sein wird, und zwar alles in der Absicht, damit nun diese sich neu bildende Partei – Föderalistische Union würde sie heißen – über die 5%-Grenze hinauskommt und eine Anzahl von Abgeordneten in den Bundestag entsenden kann.

Man muß sich natürlich bei der Betrachtung der Wahlaussichten auch darüber klar sein, daß man von einem ungünstigen Verlauf der Wahl für uns auch ausgehen muß. Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese Gruppe entscheidend werden kann für die Mehrheitsbildung. Wenn sie entscheidend werden sollte, dann ist es für mich kein Zweifel, daß sie sich der SPD anschließen würde. Wir haben gesehen, daß das Vertrauen, das manche von uns in das Zentrum in Düsseldorf gesetzt haben, schmählich betrogen worden ist. Die Zentrumsleute in Düsseldorf, die jahrelang mit der Regierung Arnold zusammengearbeitet haben, haben es im letzten Augenblick vorgezogen, mit der SPD und der FDP zusammenzugehen.[36] Wenn sie das nicht getan hätten – und das war das Fundament der Berechnung unserer Leute in Düsseldorf –, dann wäre die Partie 100 zu 100 ausgegangen, und damit wäre der Mißtrauensantrag zu Fall gekommen. In Wirklichkeit hat also in Düsseldorf das Zentrum den Ausschlag gegeben gegen die CDU.

Wenn wir die ganzen Positionen bei der Wahl des Jahres 1957 überschauen, dürfen wir nicht daran vorbeigehen, daß nach den Vorgängen, die ich geschildert habe, die Gefahr evident ist. Aus diesem Grunde hat die Frage, was wird aus der CVP, eine Bedeutung, die weit über die Saar hinausgeht. Vielleicht ist diese Frage entscheidend für die zukünftige Mehrheitsbildung im Bundestag. Diese Auseinandersetzung zwischen CDU und CVP ist keine Angelegenheit der Saar mehr, sondern sie ist eine evident deutsche Angelegenheit und damit in hohem Maße eine Angelegenheit der CDU; denn wenn wir geschlagen werden in diesem Wahlkampf und eine vollkommene Umkehr der Außenpolitik und Wirtschaftspolitik [erfolgt] – auch darüber müssen wir uns klar sein –, dann wird unsere Partei, die bis jetzt eine Wählerpartei ist, den schwersten Schlag bekommen, der ihr nur versetzt werden kann. Wir sind alle zutiefst davon überzeugt, daß nur eine auf christlichem Boden stehende Partei wirklich die Rettung bringen kann. Aber bei der ganzen Situation, wie die Dinge nun einmal liegen, muß sich diese Partei darüber klar sein, daß vielleicht ihre Existenz auf dem Spiele steht.

Die Lage ist ernst, aber sie ist alles andere als hoffnungslos, im Gegenteil, ich bin der Auffassung, wenn wir in dem einen Jahr, das uns jetzt noch zur Verfügung steht, organisatorisch etwas schaffen, wenn wir im Parlament gut arbeiten – und das wollen wir tun –, wenn wir das deutsche Volk aufrütteln, daß es uns dann doch gelingen wird, den Wahlkampf des Jahres 1957 aussichtsreich zu bestehen. Denn wir haben doch eine gute Arbeit in den vergangenen Jahren geleistet, und unser Ansehen in der Bevölkerung, soweit ich Fühlung mit dem Volke habe – und ich habe vielleicht mehr Fühlung mit der Bevölkerung als manche glauben –, ist entgegen der Meinung der

36 Vgl. Nr. 12 S. 783 f.

gegnerischen Presse nach wie vor außerordentlich groß. Aber man darf die Schwäche unserer Position dabei nicht übersehen. Eine solche Schwäche habe ich Ihnen eben aufgezeigt. Das ist die Möglichkeit des Zusammenschlusses heterogener Elemente zu der Föderalistischen Union, die gegen uns gerichtet sein würde. Wir können das verhindern, wenn wir weiter sehr klug handeln und uns dabei nicht leiten lassen von den Rücksichten auf die Saar, sondern uns leiten lassen von der Bedeutung, die diese Frage CVP-CDU Saar für Gesamtdeutschland und unsere Gesamtpartei gewonnen hat.

Ich glaube, daß ich Ihnen damit das gesagt habe, was ich Ihnen sagen möchte. Zum Schluß noch ein Wort über die Frage der Befreiung der Ostzone. Bei ruhiger Betrachtung der Entwicklung in Sowjetrußland kann man mit Fug und Recht die Hoffnung haben: Es läßt sich auf die Dauer ein Volk von 200 Millionen Menschen nicht durch brutale Gewalt einiger weniger Machthaber Jahrzehnt um Jahrzehnt in einen Zustand herunterdrücken, wie er eben für den Menschen unerträglich ist. Das wird auf die Dauer nicht gehen. Das Ausland kann dabei helfen. Wir müssen auch dabei helfen, indem wir nicht den Nationalstolz der Russen irgendwie verletzen. Aber wir können helfen durch eine kluge und stetige Politik. Solange die Herrscher Sowjetrußlands in der Uneinigkeit des Westens die Möglichkeit sehen, daß der Westen auseinanderfällt und damit Sowjetrußland in der Tat so stark dasteht, daß die Vereinigten Staaten schließlich auf Kosten Europas und insbesondere Deutschlands abschließen, so lange ist die russische Gefahr groß und die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit entfernt. Wenn aber die Russen sehen, daß der Westen einig und geschlossen bleibt in dieser Sache, haben wir wirklich begründete Aussicht, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in absehbarer Zeit herbeizuführen. Bitte bedenken Sie dabei, daß Dulles ausdrücklich erklärt hat, die Vereinigten Staaten würden bei jeder politischen Frage mit Rußland die Frage, „wie steht Rußland gegenüber der deutschen Wiedervereinigung", zum Prüfstein machen. Wem es daher eine tiefe Herzenssache ist, daß wir unsere Deutschen in der Ostzone aus dieser Sklaverei erlösen, der muß mit uns darin übereinstimmen, daß eine wesentliche Voraussetzung dafür der Sieg der CDU ist bei der Wahl des Jahres 1957.

Lenz: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich zu dem, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, einige Bemerkungen mache, die nicht sehr erfreulich sind. Aber ich bin der Auffassung, daß wir uns in diesem Kreis darüber klar sein müssen, wie die Situation draußen wirklich ist. Wir stehen vor der Situation, daß sich insbesondere die Presse im letzten Jahr außerordentlich verschlechtert hat. Wir haben die ganze Heimatpresse, die bis voriges Jahr mehr oder weniger auf unserer Seite stand, fast völlig verloren. Es ist so, daß heute 75 % – was ich sage, sind Feststellungen, keine Behauptungen – der Heimatpresse völlig auf den Gegenkurs eingeschwenkt sind. Selbst Zeitungen, die bisher in der Außenpolitik immer den Kurs der Regierung sehr gut unterstützt haben, sind nunmehr schwankend geworden und machen Parole, man müsse mit dem Osten irgend etwas machen, die Außenpolitik müsse irgendwie geändert werden; denn die

Zeit des Kalten Krieges sei vorbei usw. Diese Dinge, die zweifellos objektiv falsch sind, dringen aber durch eine sehr geschickte Infiltration in die deutsche Presse so tief ein, daß sie heute zum täglichen Schlagwort-Material der Presse gehören.

Wir müssen feststellen, daß insbesondere auch die großen Zeitungen, nämlich die „Frankfurter Allgemeine", „Die Welt", die „Süddeutsche Zeitung" usw., eine absolute Schwenkung gegenüber dem Regierungskurs vorgenommen haben. In 2.000 Versammlungen – ich habe mir darüber berichten lassen – haben wir laufend festgestellt, wie sich die Stimmung im Lande verschlechtert. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen dafür. Ich will nur einige andeuten:

Einmal ist der Start der neuen Wehrmacht nicht sehr günstig. Es sind eine Reihe von psychologischen Ungeschicklichkeiten passiert, die sich sehr wenig günstig ausgewirkt haben. Mit der Uniform fängt es an; es würden die Ausrüstungsgegenstände nicht rechtzeitig bereitstehen usw., so argumentiert man. Das wird im Lande sofort aufgegriffen und von einer Agitation infiltriert. Wir stehen vor einer Agitationswelle vom Osten her, über deren Umfang man sich wohl keinen Begriff macht. Und ob die SPD das wahrhaben will oder nicht, sie ist weit in die Reihen der SPD hineingedrungen und wird von ihr aufgegriffen. Es ist eine sehr weitgehende Übereinstimmung zwischen den Ostparolen und den Äußerungen der SPD festzustellen. Und da sie unablässig auch von der Presse immer wieder aufgegriffen werden, machen diese Dinge Eindruck.

Ich sage nichts Neues, wenn ich erwähne, daß die Uneinigkeit im Kabinett, die mit der Konjunkturkrise[37] zusammenhängt, ebenfalls die Stimmung außerordentlich verschlechtert hat. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß die Agitation aus dem Osten nach den Beobachtungen, die ich gemacht habe, immer mehr mit Flüstergruppen arbeitet, daß immer mehr geschulte Leute nach Deutschland geschickt werden, die systematisch in die Betriebe gehen und dort gegen die Bundesregierung aufwiegeln. Das Ergebnis ist natürlich nicht zu übersehen.

Die Stimmung gegenüber der Politik der Bundesregierung ist schon im letzten Monat von 48 auf 40 % heruntergestürzt. Nach den neuesten Umfragen ist sie weiter gefallen. Wir haben von 100 Leuten nur noch 37, die sich für die CDU aussprechen. 35 sprechen sich für die SPD aus. Eine solche Annäherung der CDU-Kurve zur SPD-Kurve haben wir seit dem Jahre 1952 nicht mehr gehabt. Praktisch sind wir im Augenblick etwa auf dem gleichen Stand wie die SPD.

Was von der Freien Volkspartei zu halten ist, ist noch nicht zu übersehen.[38] Die Berichte der Institute gehen auseinander. Ein Institut schätzt auf 4 % der Wählerschaft, ein anderes schätzt 2 %. Inwieweit die FVP Chancen hat, kann man schwer übersehen;

37 Zur kritischen Einschätzung der Wirtschaftslage 1956 (u.a. Preissteigerungen von Mitte 1955 bis Mitte 1956 um 4 %) vgl. SCHWARZ 1 S. 320–323.

38 Nach der offiziellen Parteigründung in Bochum am 23./24. Juni 1956 benannten sich am 26. Juni auch die 16 aus der FDP ausgetretenen Abgeordneten um (bis dahin „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten" bzw. „Demokratische Arbeitsgemeinschaft"). Vgl. DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 253.

sicher hat sie keine Chance, wenn wir ihr nicht helfen. Und das ist eine entscheidende Frage, über die wir einmal diskutieren müssen, ob wir uns hinter die FVP stellen oder nicht. Von dieser Frage kann sehr viel abhängen.

Ich habe mich darauf beschränkt, zunächst einmal dieses Bild zu entwerfen. Es ist nicht erfreulich, aber ich glaube es der Wahrheit schuldig zu sein, hier das einmal vorzutragen. Ich will nicht darauf eingehen, was man alles tun könnte. Aber ich kann nur das eine mit allem Ernst sagen: Wenn wir nicht die äußersten Anstrengungen unternehmen, dann sehe ich schwarz für die Bundestagswahlen.

Bach: Was Herr Lenz gesagt hat, stimmt nach meiner Ansicht nur bedingt. Selbstverständlich ist die Stimmung im Augenblick nicht so glänzend für uns wie im Jahre 1953. Am meisten geschadet hat uns – das muß offen gesagt werden –, daß die unterschiedlichen Auffassungen der Kabinettsmitglieder vor aller Öffentlichkeit ausgetragen worden sind. Ich habe eine Bitte als ein Mann des Volkes, daß nämlich diese Dinge in den vier Wänden des Kabinetts ausgetragen werden und nicht vor der Presse. Daß es unterschiedliche Auffassungen gibt, ist eine Selbstverständlichkeit in einem lebendigen Organismus, aber sie müssen im Kabinett ausgetragen werden, das geht die Öffentlichkeit nichts an. Das hat uns mehr geschadet als alles andere.

Auf der anderen Seite glaube ich, daß wir das Ohr des Volkes trotzdem noch haben, wenn wir den Mut besitzen, vor die Öffentlichkeit zu treten; denn ich habe in den letzten Monaten einige größere und kleinere Versammlungen abgehalten und festgestellt, wenn man die Dinge den Leuten sagt, wie sie sind, daß man auch ankommt. Wir haben unsere feste Position, ebenso die SPD. Bei der FDP und der FVP weiß man noch nichts Genaues. Die 35 %, die keine Meinung haben, gehen mit dem, der ihnen die größte Sicherheit bietet. Dazu gehört für uns die Geschlossenheit unserer Auffassung nach draußen. Nichts ist gefährlicher, als wenn wir nach draußen dokumentieren, daß wir nicht innerlich geschlossen sind.

Ich habe die herzliche Bitte, daß diese Dinge, die in den letzten Monaten passiert sind, nicht wieder vorkommen, weil wir den Schaden, der dann entsteht, nicht mehr gutmachen können. Die Eitelkeit der Journalisten spielt bei der Berichterstattung eine große Rolle; sie können nicht warten, bis die Dinge ausgereift sind, und sie wollen – wie man so sagt – das Gras wachsen sehen und hören. Ich habe beobachtet, daß die kleinen Blätter einen großen Einfluß auf die breite Masse haben, größer als die größeren Zeitungen. Wenn es uns gelingt, hier einen Einfluß auszuüben und diese Zeitungen für uns zu gewinnen, indem wir ihnen Material geben, dann ist die Sache besser für uns. Man sollte den Schwerpunkt unserer Propaganda auf diese Blätter mit einer Auflage von 8.000 bis 10.000 legen. Dort kann man eine ganze Menge erreichen. Ich schreibe selbst eine Anzahl Artikel für neutrale Zeitungen. Ich habe auch – Herr Bundeskanzler seien Sie mir nicht böse – Artikel von Ihnen genommen und den Zeitungen zur Verfügung gestellt. Sie waren dankbar, wenn sie einen Artikel des Bundeskanzlers bekamen. Wenn man die Leute hofiert, kann man viel für uns erreichen. Ich bitte Sie, das in Zukunft mehr zu beachten als bisher.

Wir müssen jetzt die Kommunalwahlen zu einer großen Propaganda benutzen. Wir haben in fünf Ländern Kommunalwahlen. Hierbei werden das Wehrpflichtgesetz und die Außenpolitik eine viel größere Rolle spielen als die eigentlichen kommunalpolitischen Aufgaben. Das ist bedauerlich, aber wir können es nicht ändern. Wir werden in jeder Versammlung nach diesen Dingen gefragt. Wir müssen die Parole ausgeben: Ihr habt nur die Wahl, ob ihr deutsche Soldaten wollt oder russische. Wenn man diese Frage ganz primitiv stellt, kommt man auch bei der Jugend und vor allem bei den Frauen an.

Leider haben wir diesmal – ich habe Ihnen deshalb einen Brief geschrieben – für die Kommunalwahlen, für die wir in früheren Jahren ungefähr 1,5 Millionen zur Verfügung gestellt haben, keinen Pfennig. Wir müssen aber die Kommunalwahlen als Vorbereitung für die Bundestagswahlen aufziehen. Die Kommunalwahlen werden, wenn sie gut für uns ausfallen, von den Gegnern als eine Angelegenheit örtlichen Charakters angesehen. Wenn sie aber schlecht für uns ausfallen, dann werden sie als eine Niederlage der CDU ausgeschlachtet. Wir müssen dafür sorgen, daß die Kommunalwahlen sehr gut ausfallen für uns. Sie fallen gut aus, wenn wir 70 bis 80 % der Wähler an die Wahlurne bekommen. Dazu gehört eine große Propaganda, die wir unbedingt entfalten müssen.

Lemmer: Ich habe das Empfinden, daß wir in eine Defensive geraten sind. Das war insbesondere mein Eindruck während der drei großen Debatten im Bundestag; am wenigsten in der ersten, die sich mit der Frage des Nebeneinanderlebens der Deutschen beschäftigte; stärker schon in der außenpolitischen Debatte[39] und bedrückend stark bei der Auseinandersetzung um das Wehrpflichtgesetz.

Wir sind irgendwie, so ist der Eindruck, müde geworden und haben nicht mit Elan der Bevölkerung unsere Auffassung irgendwie spürbar gemacht, die doch stark emotional reagiert, d.h. im Grunde genommen: elementar und primitiv. Wir sind nicht nur müde, sondern wir sind auch taktisch in der Defensive. Ich hätte manches zu den Auseinandersetzungen zu sagen, die wir im Bundestag hatten, aber das würde zu weit führen; doch das Zusammenspiel der Opposition, die Art und Weise, wie sie operierte, wie sie ihre Redner vorschickte in den jeweils für sie günstigen Augenblicken, das war geradezu faszinierend, während auf unserer Seite eine gewisse Monotonie im Ablauf der Redner sichtbar wurde und von uns – abgesehen von der großartigen Rede Kiesingers[40] – dieser starke Impuls nicht ausging.

Es kommt ein anderes hinzu. Wir haben eine Gefährdung im nichtkatholischen Raum zu beobachten. Die Gefährdung ist viel umfangreicher und tiefergehend, als wir es uns vielleicht vorstellen. Ich möchte auch hier jetzt keine Analyse vornehmen,

---

39 Aussprache über die außenpolitische Erklärung der Bundesregierung vom 28. Juni 1956 (BT-Drs. 2577 vom 29. Juni 1956) in Verbindung mit der Beratung des Antrags der Fraktionen des GB/BHE betr. Rechtsanspruch auf die deutschen Vertreibungsgebiete (BT-Drs. 2406 vom 28. Mai 1956) am 29. Juni 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8505–8568).

40 Vom 29. Juni 1956 EBD. S. 8517–8527.

aber ich muß darauf aufmerksam machen, daß der unbefriedigende und enttäuschende Verlauf der Berliner Synode der Evangelischen Kirche[41] schon eine gewisse politische und geistige Standortverschiebung – vielleicht mehr unbewußt als bewußt – gezeigt hat.

Als Vertreter unserer Politik in diesem Kreis, wo wir herzlich willkommen sein müßten, aufzutreten, ist heute schon sehr schwierig. Zunächst stoßen wir auf Animosität, dann auf Verständnislosigkeit und auf Mißtrauen. Ich meine es im allgemeinen, nicht absolut. Und was wir von der Synode und auch von Repräsentanten unserer Kirchen in der Auseinandersetzung um das Wehrpflichtgesetz zur Kenntnis nehmen mußten, das ist doch so bedrückend gewesen, daß ich mich in diesem Kreis, wohin es nicht exklusiv gehört, nur auf die Feststellung meines tiefen Unbehagens beschränken muß.

Zweifellos stehen wir hier auch in einer Kulturkampfstimmung. Sie ist in erster Linie gegen das Katholische und wahrscheinlich schon darüber hinaus gegen das Christliche überhaupt gerichtet. Vielleicht brauchen wir in diesem Kulturkampf Fußtritte, damit gewisse Stellen begreifen, was Politik ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich kann das in meinem Zorn gar nicht anders ausdrücken. Was wir hören von politisierenden Geistlichen, ohne Ahnung von den Dingen auf dieser Welt, unpolitisch bis ins Mark, aber politisch geltungsbedürftig, wie kein Politiker zu sein pflegt, um mit Anmaßung ex cathedra politische Empfehlungen auszusprechen, das ist doch alles sehr bedrückend. Und dann die Beziehungen, weniger zu Herrn Dehler als zur SPD – da steht man fassungslos da!

In Berlin freuen sich meine Repräsentanten der Evangelischen Kirche über ihre regelmäßigen Palaver mit den Herren der SPD. Es sind zwölf Mann. Ich habe ihnen gesagt, nur zwei davon gehören der Kirche an. Das spielt keine Rolle, diese Heidenmission sei auch wichtig, werde ich dann belehrt. Auch das müßte sehr vertieft werden. Ich spreche es auch nur an mit derselben Tendenz wie Otto Lenz, daß wir uns nicht täuschen, was für Kräfte gegen uns mobilisiert werden im nächsten Jahr, um uns entscheidend zu schlagen.

Ich bin darüber halbwegs zuverlässig – ich drücke mich sehr vorsichtig aus – unterrichtet, daß im Frühjahr damit zu rechnen ist, daß Herr Ulbricht der SPD zum Fraß vorgeworfen wird als Unterstützung ihres Wahlkampfes zum Bundestag. Hier wird ganz klar ein großes Spiel vom Kreml eingeleitet, um mit allen möglichen Mitteln die Opposition zu stärken. Man macht – erstaunlicherweise – gar kein Geheimnis daraus, daß man das mit allen Mitteln versuchen will. Dazu gehört wahrscheinlich, daß Herr Ulbricht gestürzt wird. Jetzt verstehe ich auch in Vorkenntnis dieser Dinge die gestrige Erklärung auf dem sozialdemokratischen Parteitag in München, mit Ulbricht sei kein Gespräch mit Pankow möglich. Wir wollen einmal sehen, wie das gemeint ist.

---

41 A.o. Tagung vom 27. bis 29. Juni 1956 (AdG 1956 S. 5989f., dort auch Beschluß über den Vortrag von Sorgen wegen der Wehrpflicht; UiD vom 5. Juli 1956).

Ich erwähne auch das nur, damit wir uns hier klare Vorstellungen machen. Ich hätte noch viel zu sagen, aber man darf die Zeit nicht unnötig in Anspruch nehmen. Wir erleben auch in Berlin – obwohl die Berliner SPD, wie sich gestern in München gezeigt hat[42], durchaus eine relativ eigene nationale Politik vertritt –, daß die Russen sich bemühen, Herrn Suhr[43] und dem sozialdemokratisch geführten Senat Gefälligkeit über Gefälligkeit zu erweisen; m.E. aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der Wirkung im Bundesgebiet, welche Vorteile eine sozialdemokratisch geführte Regierung für die Bevölkerung herausholen könnte, die der CDU-Führung versagt werden, weil sie eine schlechte Politik mache und nicht verstehe, solche Möglichkeiten auszunutzen.

Unsere Forderung nach freien Wahlen in Berlin ist im Osten ohne jedes Echo geblieben.[44] Mich hat es nicht überrascht. Ich habe es erwartet. Ich stelle es nur fest. Sie hat das Mißbehagen der SPD in Berlin hervorgerufen, weil wir in diesem Augenblick im Bundestag diese Forderung aufstellten. Wir haben unsere guten Gründe gehabt; außerdem haben wir die Forderung ja so formuliert und motiviert, daß gar kein Gefahrenmoment im Falle einer anderen Reaktion der Russen hier dringewesen wäre. Ich erwähne das, weil auch hier ganz offenbar über den Berliner Platz die sowjetische Politik – und das ist erst der Anfang – in großem Stil ein großes Spiel eröffnet hat. Was ich in der letzten Zeit beobachtet habe, ist ein großangelegtes Spiel, um uns mit allen Mitteln in der Bundestagswahl 1957 zu schlagen. Daß leider die Gefahr besteht, daß wir geschlagen werden, ist meine Meinung. Deshalb sollten wir die Dinge so ernst wie nur möglich nehmen, damit wir nicht eines Tages vor einer Illusion stehen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte auch als Diskussionsredner einige Worte zu Ihnen sagen. Vieles von dem, was die Herren Vorredner gesagt haben, ist richtig, und ich bin mit ihnen der gleichen Meinung. Ich sehe die Sache folgendermaßen: Acht Jahre Regierung macht – ich übertreibe jetzt etwas – unsere Vertreter satt und müde; acht Jahre Opposition mit dem Hunger nach Macht stachelt natürlich die Kräfte der Opposition an, um etwas zum Fressen zu bekommen. Lassen Sie mich es so ausdrücken.

Es kommt eins hinzu, daß sich die Sozialdemokratie vollkommen darüber klar ist, daß sie weitere vier Jahre in der Opposition einfach nicht mehr ertragen kann. Daher wird sie – das ist eine sehr ernste Gefahr – ihr Letztes hergeben, um bei dieser Wahl an die Macht zu kommen. Wir sind, das beobachte ich auch, etwas müde geworden. Wir wähnen uns im dauernden Besitz der Macht. Aber Macht ist niemals dauernder

42 Die Berliner SPD-Position wurde von Siegfried Aufhäuser, Joachim Lipschitz, Willy Brandt und Kurt Mattick vertreten (vgl. SPD-Parteitagsprotokoll München 1956).

43 Dr. Otto Suhr (1894–1957), Professor an der FU Berlin (1949–1955 Direktor der Hochschule für Politik/Otto-Suhr-Institut); 1948 MdPR (SPD), 1949–1952 MdB, 1951–1955 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, seit 1955 Regierender Bürgermeister von Berlin.

44 Vgl. Lemmers Ausführungen am 29. Juni 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8562.

Besitz. Macht, und namentlich politische Macht, muß jeden Tag von neuem behauptet und erkämpft werden. Gerade auf dem Gebiete der Aktivierung der Kräfte bei uns, die müde oder vielleicht zu sicher geworden sind und sich zu sicher fühlen, müssen wir voll einsetzen.

Als wir uns damals nach dem Nationalsozialismus unter dem christlichen Vorzeichen zusammenfanden, da steckten den Deutschen die Schrecken des Nationalsozialismus in den Knochen. Aber diese Schrecken sind vergessen, als wenn niemals irgend etwas gewesen wäre. Den Deutschen die Augen davor zu öffnen und klarzumachen, daß noch eine viel schlimmere Diktatur als die nationalsozialistische, daß noch ein viel schlimmerer Materialismus als der nationalsozialistische unmittelbar vor unseren Toren steht, ist bisher nicht möglich gewesen. Und darin liegt unsere Schwäche. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser ersten Nachkriegsjahre waren so schlecht, daß sie zunächst die ganzen Kräfte absorbiert haben. Und als sie besser geworden sind, da kam das Gefühl der Behäbigkeit und der Ruhe über die Menschen. Das muß unbedingt anders werden. Ich glaube, das kann auch anders werden.

Wir müssen uns über eines klar sein: daß wir für uns allein den Kampf nicht gewinnen können. Die Wählerstimmen, von denen Herr Bach eben gesprochen hat, die sich keiner Partei verbunden fühlen – er sprach von 35 % –, haben Sorge, daß eine Partei für sich allein die Mehrheit bekommen könnte. Das ist in der deutschen Geschichte zum ersten Mal wohl im Jahre 1953 geschehen. Deshalb haben wir damals sofort versucht, andere Parteien an uns heranzubringen, damit dieses Odium von uns genommen wurde. Der Deutsche denkt eben anders, als die Menschen in den angelsächsischen Ländern denken, bei denen das eine alte Gewohnheit ist, daß eine Partei die Mehrheit hat. Der Deutsche denkt also anders, und es ist ihm der Nationalsozialismus so in die Knochen gefahren, daß er auch aus Schrecken davor nicht die Alleinherrschaft einer Partei wünscht. Es ist nach meiner Meinung nicht nur ziffernmäßig erforderlich, sondern auch psychologisch notwendig, die anderen Parteien rechtzeitig an unsere Seite zu bringen.

Ich stimme nicht ganz mit Ihnen überein, Herr Lemmer, wenn Sie sagen, das Auftreten der Opposition sei faszinierend gewesen. Wenn ich an den Arndt[45] denke und daran, wie er uns stundenlang angeödet hat, nicht mit Absicht, sondern durch die Salbaderei, die er da getrieben hat! Da waren Sie, Herr Lemmer, nicht im Saal. (*Lemmer:* Einige Male war ich nicht drin!) Sonst würden Sie da nicht von „faszinierend" gesprochen haben. (*Gerstenmaier:* Das hat aber so gewirkt!) Was hat so gewirkt? (*Gerstenmaier:* Dieser reine und pure Nihilismus mit der Salbaderei hat ganz eindrucksvoll gewirkt!) So tief schätze ich das deutsche Volk aber nicht!

45 Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des SPD-Vorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. – Arndt hatte bei der Beratung des Wehrpflichtgesetzes am 6./7. Juli 1956 u.a. zum Problem der Kriegsdienstverweigerung gesprochen (Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8836–8841).

(*Schröder:* Bei einem Teil der Intellektuellen, das stimmt schon!) Ich komme jetzt auf die Zeitungen. Die Zeitungen haben auch dem Herrn Nellen Lorbeerkränze gewunden, die sie dem Herrn Arndt nicht gewunden haben. (*Gerstenmaier:* Mit Recht, denn der Nellen hat nicht gelogen, aber alles, was Arndt gesagt hat, war Lüge. Das ist ein Qualitätsunterschied!) Nein! Ich gebe Herrn Gerstenmaier absolut unrecht! Ich bin davon überzeugt, daß der Herr Arndt in mancher Beziehung seine Auffassung vertreten hat. (*Gerstenmaier:* Nein!) Sie können mir doch nicht verwehren, daß ich das glaube! Ich bin umgekehrt der Auffassung, daß der Herr Nellen – ich sage das in diesem Kreise – doch ein beträchtliches Manko hat durch seine Eitelkeit. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn Sie das Gesicht betrachtet hätten, wie er dastand! (*Gerstenmaier:* Das kann ich nicht!) Ja, Sie können es schlechter sehen als wir und müssen darauf hören, was wir sagen. Wenn Sie das Gesicht gesehen hätten, diese Selbstgefälligkeit, die daraus sprach! Wenn Sie weiter wüßten – Sie sind gelernter Theologe –, daß er eine theologische Ansicht vertreten hat, die von der katholischen Theologie längst abgelehnt worden ist – ich habe mich darüber belehren lassen –, die gelehrt worden ist von einigen Professoren zu der Zeit, als er Theologie studiert hat, die aber längst überwunden ist, dann würden Sie auch nicht sagen, daß ihm mit Recht die Lorbeerkränze gewunden worden sind.

Herr Lemmer sagt, daß er auch einige Male es vorgezogen habe, sich das Bild im Saal nicht anzusehen. Und warum? Weil es eben nicht faszinierend gewesen ist. Aber ein anderer Punkt ist berührt worden, auf den, wie ich hoffe, unsere evangelischen Parteifreunde noch eingehen werden. Das ist die Frage, ob sich so etwas wie eine antikatholische Stimmung ausbreitet. Das ist die Frage: Kulturkampfstimmung? Ich möchte das letzte eigentlich sagen, es ist weniger eine antikatholische Stimmung, die mag hier und da hervortreten, es ist eine antichristliche Stimmung vorhanden. Darüber müssen wir uns klar sein.

Es können viele Leute in Deutschland überhaupt nicht ertragen, daß eine Partei in ihrem Namen das Wort „christlich" hat, obgleich ich selten eine Partei sich mit den Lippen so „christlich" bekennend gesehen habe wie die Sozialdemokratie bei dieser letzten Sitzung. (*Gerstenmaier:* War sie gar nicht!) Waren Sie denn nicht da? (*Gerstenmaier:* Ich war da, aber die CDU hat die Waffen gestreckt an diesem Punkt!) Dagegen muß ich entschieden protestieren! Das hat die CDU nicht getan! (*Gerstenmaier:* Doch! Bei der Debatte über das Gewissen![46] Das war eine Schande! – *Unruhe und Bewegung.*) Nun, Herr Gerstenmaier, dann muß ich Ihnen aber ganz offen sagen, wir haben den Eindruck vielfach, als wenn Sie überhaupt nicht zugehört hätten. (*Gerstenmaier:* Ich habe sehr gut zugehört!) Dann haben Sie eben nicht genau zugehört. Das, was Sie sagen, bestreite ich ganz entschieden. Der Vorsitzende der Fraktion wird darüber auch noch sprechen.

Der Frage, handelt es sich um einen antichristlichen Affekt, müssen wir große Bedeutung beimessen. Im übrigen, das Wort „Synode" kommt mir nicht mehr über

46 Vgl. Anm. 29 und 30.

die Lippen, und das Wort „synodal" haben wir so oft gehört, daß meine Ohren es nicht mehr ertragen können. Deswegen wollen wir nicht weiter darüber sprechen. Es war eine komische Geschichte. Manchmal sagt man sich, wenn eine Versammlung von katholischen Theologen oder Kirchenlehrern mit einem solchen Namen aufträten und Predigten hielten, würde man sie aus dem Tempel hinausjagen von der katholischen Bevölkerung, und zwar mit Recht. Aber der Frage „christlich" müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen, und ich nehme an, daß unsere evangelischen Freunde dazu Stellung nehmen werden.

Ein Wort zur Presse: Ich bin der Auffassung, daß wir unter allen Umständen – ich bemühe mich seit zwei Jahren darum und kriege es nicht fertig – eine Zeitung, deren Sitz Bonn ist, haben müßten, die die Ansicht der Regierungskoalition und der Regierung wiedergibt. Bei ihr wird es nicht so sehr darauf ankommen, daß sie Hunderttausende von Auflagen hat, sondern sie muß so sein, daß weder die ausländische noch die inländische Presse an dem, was diese Zeitung sagt, vorbeigehen kann. Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der kleineren Blätter, im Gegenteil, aber etwas Derartiges müssen wir auch haben.

Es ist bisher nichts vom Rundfunk gesagt worden. Der Rundfunk ist fast ausschließlich in sozialdemokratischen Händen, und er wird zu meinem großen Bedauern von den Sozialisten viel mehr benutzt als von uns. Unsere Leute müssen viel mehr über den Rundfunk sprechen. Ich schlage mich auch an die Brust. Ich gehöre auch zu denen, denen man einen Vorwurf machen kann. Aber wir müssen das ändern, und wenn der Rundfunk nicht paritätisch verfährt, dann müssen wir gegen ihn vorgehen. Wir müssen uns ganz anders um den Rundfunk bekümmern!

Blank: Herr Kollege Lenz leitete seine Bemerkungen damit ein, daß er ein Bild gab von der augenblicklich ungünstigen psychologischen Lage; dies liege auch an dem unglücklichen Start der Wehrmacht und insonderheit an der Uniform und am Fehlen von Geräten. Ich beziehe mich auf die gleichen Unterlagen, auf die sich Herr Lenz bezieht, nämlich auf die Meinungsforscher in allen Sparten. Man hat bei der Meinungsforschung festgestellt, daß bei der Umfrage an die Jugendlichen, was sie zum Eintritt in die Wehrmacht bewege, den geringsten Anreiz die Uniform böte, daß vielmehr die Jugendlichen interessiere, welche technischen Möglichkeiten es gebe. Ich will nicht darauf eingehen, ob aufgrund der Beschaffungsbedingungen hier und da ein Spaten gefehlt hat; denn das kann unmöglich die Situation in Deutschland zu ungunsten der CDU gewandelt haben.

Aber etwas anderes ist es, meine Damen und Herren! Wir haben die Frage der Wehrpolitik nicht mit der nötigen Entschiedenheit angepackt! Und das ist leider Gottes draußen im deutschen Volk angekommen. Die Leute haben gar nicht mehr das Gefühl gehabt, daß wir mit ganzem Herzen hinter dieser unserer Außenpolitik und hinter unserer Wehrpolitik stehen. Ich will nicht bitter werden, aber ein Satz sei mir erlaubt: Es geht über die Kraft auch eines Ministeriums hinaus, wenn es ständig nur Bremsen beseitigen muß. Und wenn die Sozialdemokratie geschlossener in der Frage erschien, dann darf ich daran erinnern, Herr Bundeskanzler, daß ich während der Beratungen

dieses Gesetzes in den Ausschüssen teilweise nichts anderes zu tun hatte, als die Abgeordneten wieder in den Saal zu holen, weil wir in einem Stärkeverhältnis waren, daß wir sonst die entscheidenden Bestimmungen dieses Gesetzes bei der zweiten und dritten Beratung völlig verloren hätten.

So ist überall der Eindruck entstanden, daß wir nicht mit voller Kraft hinter der Außenpolitik und damit nicht hinter der Wehrpolitik stünden. Das ist allein der Grund für diese ganze Situation. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Lenz, aus meiner Erfahrung: Der Wähler will von seiner politischen Partei, der er angehört oder für die er stimmt, Mut, Kraft und Saft sehen. Und wenn wir das zeigen, dann ist die Sache wieder gemacht.

Brauksiepe: Als wir aus dem Bundeshaus gingen, sagte mir ein Kollege von der SPD: Hätten wir das alles kommen sehen, dann wäre uns die EVG lieber gewesen, aber ihr habt es im nächsten Jahr schwer.

Ich habe dann im Ruhrgebiet zum Unterschied von Köln festgestellt, daß der Münchener Parteitag mit einer unglaublichen Ungeduld erwartet worden ist. Dieser Unmut und die Ungeduld kamen auch heute morgen in der Überschrift der „Welt" zum Ausdruck: Die SPD schafft Wehrpflicht ab![47] Ich frage mich nun, was müssen wir in unserer Arbeit für die Frauen tun? Welche Begeisterung und Wärme der Überzeugungskraft müssen wir aufbringen, wenn wir diesen psychologischen Kampf aufnehmen? Die SPD-Frauen haben es, wenn sie von München kommen, verhältnismäßig leicht bei ihrer Kampagne.

Die SPD arbeitet taktisch im Hinblick auf die Wahl, und sie arbeitet unentwegt. Ich weiß nicht, ob wir mit der Parole „Taktik oder Ehrlichkeit" durchkommen; denn „Taktik oder Ehrlichkeit", „Die Maske herunter", „Die SPD hat laut Schumacher und Ollenhauer sich selbst für eine Armee entschieden" – alles das haut nicht mehr so ganz hin heute. Wir sollten deswegen überlegen, wie wir mit guten und kurzen Parolen, die nicht kompliziert sein dürfen, weiterkommen.

Ich habe in den letzten Wochen von drei Stellen – unabhängig voneinander – Schreiben erhalten, ob wir nicht eine Antwort darauf wüßten: In England würden viele Freunde Deutschlands immer darum angesprochen, warum der verehrte Herr Bundeskanzler, dem man bisher so vertraut habe, jetzt plötzlich anders wäre. Man sage in England: Kaum habt ihr die Souveränität, dann betrügt ihr uns mit großen Summen. Es wäre daher gut, wenn man den Deutschen, die drüben sind, und den Freunden in England etwas mehr und bessere Informationen zugehen ließe, vielleicht durch die Botschaften oder sonstwie. Wenn die Leute drüben Informationen bekommen, dann brauchen wir keine Richtigstellung zu geben, wie das heute leider notwendig ist.

Von Hassel: Bei allem Ernst, den wir der Frage beimessen, von der Herr Lemmer gesprochen hat, teile ich nicht den Pessimismus hinsichtlich der Lage im evangelischen Raum, wenn es uns gelingt, im norddeutschen Raum eine Reihe von Persönlichkeiten aus dem evangelischen Lager herauszustellen, die das Vertrauen der

47 „Nach der Rede Ollenhauers – Sozialdemokraten wollen Wehrpflicht abschaffen."

evangelischen Wählerschaft besitzen. Ich möchte nur ein Beispiel anführen: Der in den Vorstand gewählte Kultusminister Osterloh hat auch bei uns zunächst einmal ein gewisses Gefühl der Antipathie überwinden müssen, weil wir einen „Ausländer", der in Oldenburg geboren ist, in unser Land geholt haben, und zwar ausgerechnet als Kulturpolitiker. Aber er hat sich inzwischen ausgezeichnet durchgesetzt und die Antistimmung weitgehend überwunden. Wenn wir ein halbes Dutzend Männer zu denen hinzubringen, die wir schon im evangelischen Raum haben, die auch innerhalb der evangelischen Gemeinschaft Ansehen genießen, dann wird es uns gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Die andere Frage muß sehr behutsam betrachtet werden. Bei einem Gespräch mit Landesbischof Lilje findet man immer ein paar Punkte, die für die Einstellung der Kirche bedeutungsvoll sind. Ich wäre aber sehr dankbar, wenn die Gespräche zuweilen mit etwas mehr Überlegung geführt würden. Ich darf ein Beispiel nennen: Nach der letzten Landtagswahl in Bayern war der erste Kommentar des CSU-Fraktionsvorsitzenden, nach den Landtagswahlen[48] könne nunmehr das große Gebiet der Lehrerbildung abgeschlossen werden. Sie kennen diese ganzen Dinge, die ich nicht zu vertiefen brauche. Dieser Kommentar wurde vom Pressedienst im evangelischen Norddeutschland sehr schnell verbreitet. Wenn man also bei unseren katholischen Freunden etwas mehr Rücksicht nimmt auf solche heiklen Dinge, dann bin ich überzeugt, daß wir die Angelegenheit im evangelischen Lager werden auffangen können.

Ich empfehle Ihnen, bei großen außenpolitischen Debatten im Bundestag sich einmal auf die Bänke des viel geschmähten Bundesrates zu setzen. Von dort aus, 2 $^1/_2$ m über den Sitzplätzen, kann man in die Akten der SPD genau hineingucken. Das ist das Eindrucksvollste, was wir erleben können; denn dann sehen Sie, wie die SPD wirklich zu unserer Außenpolitik und Wehrpolitik steht. Das habe ich insbesondere während der letzten Regierungserklärung, die zwei Stunden dauerte, gesehen. Ich empfehle jedem Kollegen, der vielleicht meint, man könne in absehbarer Zeit eine gemeinsame Politik mit der SPD machen, sich einmal von dort oben die SPD anzuschauen.

Etwas zu dem, was Herr Lenz gesagt hat. Was die Bevölkerung gegenwärtig so aufgebracht hat, ist die Uneinigkeit bei uns. Wenn wir uns einig sind, können wir so viel ablehnen, wie wir wollen. Wenn aber der eine hü und der andere hott sagt, dann ist das sehr schlecht. Und das ist genau das, was uns in der Bevölkerung das ganze Klima verdorben hat. Es muß jeder einmal – ich beschwöre Sie alle – bereit sein, auch etwas zu schlucken im Interesse des Ganzen. Wir müssen uns in manchen Dingen zusammenraufen und dann gemeinsame Politik machen. Wir können doch nicht auf

48 Am 28. November 1954. – CSU-Fraktionsvorsitzender war Prälat Georg Meixner. Die Auseinandersetzung ging um die Frage der Beibehaltung konfessioneller Lehrerbildungsanstalten.

die Dauer in der Öffentlichkeit diesen Meinungsstreit austragen. Ich denke z.B. an Fritz Schäffer.

Es wurde von England gesprochen. Ich bin vor einigen Monaten in England gewesen und habe darüber hier einmal ganz kurz gesprochen. Es handelt sich um den Beitrag zu den Verteidigungskosten und Stationierungskosten. Ich habe behauptet, wir wären in der Lage, das Verhältnis zu England wesentlich zu bessern, wenn wir hier nachgäben. England ist z.Z. geprägt durch seine Sorgen im Empire, sein Mißtrauen gegen Frankreich, seine Aversion gegenüber den Amerikanern und seine Angst vor dem Aufbau unserer Wirtschaft. Wer in Hannover gewesen ist und die Ausstellung besucht hat[49], der hat weiß Gott das Gefühl, daß sich bei uns die Wirtschaft in einem unvorstellbaren Ausmaß konsolidiert hat. Das haben 60.000 Aussteller in Hannover gesehen. Wir könnten mit England zu einem Verhältnis kommen, das auf die Dauer gut wäre, wenn wir uns endlich davon lösten, uns bei den Stationierungskosten um 100 Millionen herumzuschlagen.

Ich bin der Meinung, daß wir hier etwas zerklopft haben durch die Debatte über die Stationierungskosten, was möglicherweise nicht wieder gutzumachen ist.[50] Wir haben uns bei Israel über drei Milliarden unterhalten, aber bei dem Stationierungsbeitrag an die Engländer, denen es wirtschaftlich nicht gerade gutgeht, muß ich sagen, bin ich nicht darüber beglückt, daß man in dieser Form beraten hat. Ich weiß, es ist sehr unpopulär, im Bundestag zu sagen, wir brauchen soundso viel Stationierungskosten. Die Gesamtopposition protestiert dagegen. Aber ich hätte erwartet, daß man innerhalb unserer eigenen Freunde sich mit Nüchternheit die Dinge überlegt und dann zusammengestanden hätte. Es ist doch so: In der Sache kann man viel leichter etwas ablehnen, wenn man sich einig ist. Aber dieses Hin und Her hat ohne Zweifel dazu geführt, daß wir draußen eine schlechte Presse haben. Ich wäre daher sehr dankbar, wenn man während der kommenden Sommerferien diese Geschlossenheit wiederherstellte. Wenn wir geschlossen in die Kommunalwahlen einziehen, dann sind unsere Chancen gar nicht so schlecht.

Sehr verehrte gnädige Frau! Sie haben recht, wir müssen eine Begründung finden, um bei den Frauen gut anzukommen. Ich bin aber der Meinung, wenn der sozialdemokratische Parteitag in München erklärt hat, wenn wir zur Macht kommen, beseitigen wir die Wehrpflichtgesetze, (*Schröder:* Einstimmig beschlossen!) daß diese Erklärung und Entscheidung der SPD den nüchtern denkenden Deutschen zu der Überlegung bringen werden: So geht es auch nicht. Diese Entscheidung in München

49 Hannover-Messe vom 29. April bis 8. Mai 1956.

50 Über die Stationierungskosten gab es zwischen Bundeskanzler und Außenminister einerseits und dem Finanzminister seit längerem Auseinandersetzungen; Schäffer, der nicht nur die Zahlungen in Höhe von 2,5 bzw. 1,45 Milliarden DM prinzipiell ablehnte, sondern auch Nachforderungen der USA und Großbritanniens, hatte die in der Öffentlichkeit kursierenden Zahlen in einem vertraulichen Schreiben an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestages, Rudolf Vogel, scharf kritisiert (vgl. CDP vom 11. und 14. Mai sowie Bericht über Schäffers Schreiben in FAZ vom 21. und 28. Juni 1956).

ist gar nicht einmal gegen unsere Möglichkeiten bei der Wahl gerichtet, sondern wenn wir das sorgfältig analysieren, können wir von uns aus sagen: Das ist ein Vergehen allmählich gegen die Demokratie.

Am vergangenen Montag hat mich der Führer der Opposition[51] in Kiel aufgesucht und erklärt, an Ihnen hängt es jetzt, ob im Bundesrat die Wehrgeschichte fällt oder nicht. Wenn ich könnte – hat er mir lächelnd gesagt –, würde ich gegen Sie ein konstruktives Mißtrauensvotum für 24 Stunden aussprechen, um für die Aufhebung der Gesetze die Mehrheit der Stimmen im Bundesrat zu bekommen. Eine Stunde später ist der Mann mit diesen Gedanken in die SPD-Pressekonferenz gegangen.

Wenn man diese ganzen Dinge einmal darstellt, bekommt man bestimmt bei der Bevölkerung Zutrauen, und die Leute sagen sich: So geht es auch nicht. Setzen wir also unseren Kurs konsequent fort! Das ist sicherer als das, was die SPD will; denn sie krempelt alles um. Infolgedessen ist in dem SPD-Beschluß von uns aus gesehen alles drin! Wir sollten einmal überlegen, was wir hier tun können.

Adenauer: Ein Wort zum Herrn Bischof Lilje, und zwar möchte ich das sagen, weil unser Freund von der CSU hier ist und diese Ausführungen mit an seine Adresse gehen. Ich habe neulich gleichzeitig mit Herrn Bischof Lilje auf der Tagung der Hermann-Ehlers-Gesellschaft gesprochen.[52] Wir haben danach noch zusammengesessen. Da beschwerte er sich über Äußerungen eines katholischen Kirchenblattes in Bayern. Auf Bayern wird besonders geachtet. Die Bayern sind auch besonders impulsiv und emotional. Ich hatte hier etwas Glück. Neben mir saß ein evangelischer Parteifreund, der das auch gelesen hatte und nun zu Herrn Lilje sagte: Herr Landesbischof, ich habe das auch gelesen, ich kann Ihnen aber sagen, daß in derselben Nummer des Blattes der Herr Bundeskanzler noch viel schärfer angegriffen wurde als Sie. Ich glaube aber, die CSU und die Herrschaften in Bayern müssen daran denken, daß Bayern doch nicht allein auf der Welt ist, daß aber eine gewisse Einordnung in die ganzen Verhältnisse absolut notwendig ist.

Dann möchte ich ein Wort sagen zu der Uneinigkeit, die wir zeigen. Ich unterstreiche jedes Wort, das Herr von Hassel gesagt hat. Wir erlauben uns, in ganz anderem Maße als irgendeine Großpartei gegeneinanderzugehen. Das verträgt auf die Dauer keine Partei. Nun möchte ich Ihnen Rechenschaft geben über das Kabinett. Es ist wirklich ein Kummer für mich, daß ich ungefähr alle 14 Tage ohne Erfolg dem Kabinett sage: Wir müssen eine Gemeinschaft sein. Wir sind nicht ein Haufen von einzelnen Ministern, die sich in der Öffentlichkeit gegeneinander bekämpfen. Aber ich sage Ihnen ganz offen, es sind solche Individualitäten in dem Kabinett – nicht alle sind das, aber es sind solche drin –, daß man wenig Erfolg damit hat. Nun sagt man mir: Du hast doch das Recht, Richtlinien zu bestimmen. Ich möchte Ihnen ein allgemeines Wort dazu sagen: Es ist unmöglich, daß ein Bundeskanzler nur mit Richtlinien arbeitet. Man kann auch nicht – verzeihen Sie den Ausdruck – für

51 SPD-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer war Wilhelm Käber.

52 Am 22. Juni 1956 in Düsseldorf. Auszüge der Rede Adenauers in UiD vom 30. Juni 1956.

jeden Dreck eine Richtlinie fabrizieren. Richtlinien beziehen sich auf große Dinge. Da muß notfalls der Bundeskanzler, gleichgültig wie er heißt, sagen: Das ist unsere Politik, und dem müßt ihr euch anpassen. Aber nun jede Sache so zu machen, das ist unmöglich. Man muß auch daran denken, daß man damit dieses Recht verbraucht. Man muß auch daran denken, daß es notwendig ist, in einem Kabinett Männer und Frauen zu haben – wir haben bisher keine Frauen drin –, die mit Eigenliebe und mit eigener Verantwortung arbeiten. Das ist keine Kompanie von Soldaten, die einfach richtlinienmäßig kommandiert werden kann. Ich werde hier und da – ich weiß, daß das geschieht – kritisiert, daß ich die Zügel nicht fest genug in der Hand hielte. Ich habe neulich im Bundestag gesagt: Ich habe noch Glück; denn am Tage vorher hat ein sozialdemokratischer Redner darüber geschimpft, daß ich die Zügel zu straff hielte, und am Tage darauf hat ein sozialdemokratischer Redner gesagt, ich ließe die Zügel zu sehr schleifen.[53] Ich habe dann geantwortet, sie sollten sich besser abstimmen, ehe sie über so etwas redeten. Für mich war es angenehm, das zu hören; denn es ist eine gewisse Vermutung, daß ich damit richtig verfahre, wie ich es jetzt tue.

Ich komme nun auf die Stationierungskosten zu sprechen. Das ist geradezu ein tragisches Kapitel im Kabinett gewesen. Es ist auch ganz unmöglich – Herr Erhard ist leider hinausgegangen –, daß die Kämpfe einfach in der Presse ausgetragen werden. Ich möchte auch darum bitten – ich sage das hier im Parteivorstand –, daß sich unsere Partei nun nicht einfach hinter einen Minister stellt, wenn er von mir als Kabinettsmitglied deswegen zur Rechenschaft gezogen wird. Da muß eben, auch wenn es ein Fraktionsangehöriger ist, die Partei oder die Fraktion sagen, das höhere Interesse geht vor. Ich will keine Namen nennen, aber wenn wir jemals Einigkeit und Geschlossenheit nach außen bedürfen, dann ist das in den kommenden Monaten der Fall. Darin hat Herr von Hassel vollkommen recht.

Was nun den SPD-Beschluß angeht, so glaube ich, das ist ein ganz guter Beschluß für uns; denn bisher hat die Sozialdemokratie immer vorsichtig vermieden, das zu sagen. Offenbar hat nun die radikalere Seite gesiegt; aber mir ist lieber ein Kampf gegen eine Sozialdemokratie, die sich zum Radikalismus bekennt, als ein Kampf gegen eine Sozialdemokratie, die radikal ist, das aber verschweigt.

Krone: Es waren zunächst einige parlamentarische Schwierigkeiten bei der Wehrgesetzdebatte. Ich bin am Abend vor der Debatte bei Ollenhauer gewesen und habe ihn gefragt, ob sie bis zu dem Mittel des Austritts aus dem Parlament gehen würden. Er hat mir gesagt, er glaube es nicht, aber es sei alles drin. Ich habe das getan, um zu erreichen, daß die SPD nicht austritt, weil ich der Meinung war, daß die SPD mit dabeisein und sich so oder so entscheiden müsse. Denn wäre sie an einem Punkt ausgezogen, hätte immerhin die Gefahr bestanden, daß das Haus nicht beschlußfähig gewesen wäre, und wir hätten dieses Gesetz am ersten und zweiten Tage nicht durchbringen können.

---

53 Wilhelm Mellies (SPD) am 20. Juni 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7989).

Wo hat nun die SPD groß aufgedreht? Das ist in der Außenpolitik gewesen, aber vor allen Dingen an einigen Punkten, wo es sehr schwer ist, sagen wir einmal vom Volksganzen aus, mit guten Argumenten zu antworten. Da ist z.B. der Ostzonenflüchtling, der drüben weggehen muß, die Eltern sind drüben, er kommt hierher und muß Soldat spielen. Wir bleiben dabei, er muß Soldat spielen. Das war hart zu sagen, aber wir mußten es sagen. Das zweite war: das einzige Kind und das letzte Kind. Sollten wir da nachgeben? Kollege Schmidt[54] hat gesagt, wo drei Kinder gefallen sind, da passiert nichts, aber der einzige Sohn muß geschont werden.[55] Auch da mußten wir hart bleiben, aber nicht mit Phrasen, sondern mit sehr nüchternen Tatsachen. Draußen kam Frau Schröder[56] besser an als derjenige, der die Sache von uns aus verteidigt hat. Das gilt auch für Frau Lüders; aber die Fraktion ist hier, obwohl es sehr schwierig war, hart geblieben.

Nun zur Kriegsdienstverweigerung! Wir haben Herrn Kollegen Gerstenmaier reden lassen. Das war vorher gesagt worden. Ich meine, das war richtig. Hätten wir das nicht getan, und hätte es die Presse erfahren, was dann? Das ist heute, retrospektiv gesehen, der Punkt, wo die Presse, die sonst gegen uns ist, sagt, es ist allerhand, daß das möglich ist. Dann kam der Antrag, der der Auffassung entspricht, die Bischof Kunst im Ausschuß vorgetragen hat[57]; da hat eine Reihe von Kollegen dafür gestimmt. (*Gerstenmaier:* Ich habe dafür gestimmt!) Warum nicht? Auch der Herr Cillien. (*Cillien:* Auch katholische!) Warum nicht? Wir sind doch keine Abstimmungsmaschine! Wenn es trotz dieser Freiheit in diesen entscheidenden Dingen gelungen ist, die gesamte Fraktion bis auf eine Stimme, die sich enthielt (Nellen), geschlossen dahin zu bringen, dann war das ein Erfolg und ein Indiz für uns bei aller bestehenden Freiheit.[58]

Die Fraktion hat sich auch gut geschlossen verhalten bei der Konkordatsdebatte.[59] Das war auch schwierig; denn diese Debatte wurde als ein Sprengungsmanöver von seiten der Linken angelegt, und zwar an der Stelle, wo wir am empfindlichsten sind. Wir haben Herrn Kollegen Cillien gebeten, für uns zu sprechen.[60] Er hat eine Rede gehalten, die von allen in der Fraktion bejaht wurde. Ich glaube, das ist auch ein Beweis dafür, daß wir geschlossen waren.

---

54 Helmut Schmidt (geb. 1918), 1953–1962 und 1965–1987 MdB (SPD, 1966–1969 Fraktionsvorsitzender), 1961–1965 Innensenator in Hamburg, 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972–1974 der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler.

55 In den Debatten vom 4. bzw. 6./7. Juli 1956 nicht zu ermitteln. Diese Argumente wurden von anderen Oppositionsrednern benutzt (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.31).

56 Louise Schröder (1887–1957), 1910 SPD, 1920–1933 MdR, 1947–1948 amtierende Oberbürgermeisterin in Berlin, 1949–1957 MdB (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8617).

57 Ausführungen über die Einlassungen von Bischof Kunst (Kriegsdienstverweigerung) in der Rede von Nellen EBD. S. 8841–8845.

58 Zum Abstimmungsverhalten im einzelnen vgl. die Zusammenstellung EBD. S. 8886–8894.

59 Debatte am 30. Mai 1956 vor der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht (vgl. Anm. 75 und 76).

60 EBD. S. 8807–8809.

Ich will die Fraktion nicht in allem loben. Wir wollen uns, Herr Kollege Gerstenmaier und Herr Kollege Lemmer, im Herbst in Niederbreisig zu einer zweitägigen Fraktionssitzung zusammenfinden, und zwar zu einer Gewissenserforschung mit einem Rückblick auf das, was war, und einem Ausblick auf das, was kommt. Herr Kollege Gerstenmaier wird ein Grundsatzreferat im Anschluß an seine Rede in Stuttgart halten.

Schröder: Ich möchte zunächst meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß wir die Wahlen gewinnen können, aber nur dann, wenn wir alles tun, um sie zu gewinnen. Herr Lenz hat erklärt, die SPD habe sich uns so weit genähert, wie dies nur einmal der Fall gewesen sei, und dies sei 1952 gewesen. 1952 war ein Jahr vor dem größten Wahlsieg, den wir je gehabt haben. Nun muß sich nicht alles wiederholen, aber zum mindesten ist auch nicht das Gegenteil aus den Zahlen zu vermuten, nämlich negativ zu argumentieren. Ich glaube, wenn wir alle Kraft zusammennehmen, daß wir ein durchaus ähnliches Ergebnis werden erzielen können.

Eine Schwierigkeit gibt es ohne Zweifel im evangelischen Volksteil. Herr Lemmer hat gesagt, daß in Berlin Gespräche stattfänden zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und sozialdemokratischen Abgeordneten, von denen nur zwei der zehn Teilnehmer der Kirche angehörten. Dieses Argument müssen wir gerade in den evangelischen Kreisen verwenden. Es ist selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, daß die evangelische Kirche missioniert, aber sie muß klar sehen, daß sich die Funktionärsschicht der SPD keinesfalls in dem Prozentsatz in einer der beiden Kirchen befindet, wie das der Bevölkerung entspricht.

97 % der Bevölkerung – man glaubt das nicht – gehören einer der beiden großen Konfessionen an, d.h., es ist ein verschwindender Bruchteil, der nicht drin ist. Das besagt natürlich für die Einstellung und Ansprechbarkeit der Bevölkerung durch uns nichts Positives, sondern nur Relatives, aber ganz sicher ist, daß ein großer Teil der SPD-Führung außerhalb dieser Sache steht. Ich habe das in meinem Wahlkreis jedesmal wieder erlebt. Viele SPD-Führer sind aus der Kirche ausgetreten, was bei der SPD-Führung eigentlich selbstverständlich ist. Diesen klaren Tatbestand muß man auf der evangelischen Seite allen Geistlichen wieder ins Bewußtsein bringen. Man soll auch nicht glauben, daß der größere Teil der evangelischen Geistlichen gegen uns eingestellt sei. Man muß hier unterscheiden zwischen Lutheranern und Reformierten und Unierten; denn die Verhältnisse sind nicht überall gleich. Mit den Lutheranern mag es leichter gehen als mit den Reformierten. Ich denke z.B. an Barth[61]. Es ist so, daß die militanten Leute die aktivere Minderheit sind, so daß sich dadurch das Bild in den Augen der Öffentlichkeit stark verwischt. Das kann durch uns nur durch eine Tätigkeit in anderer Richtung einigermaßen kompensiert werden. Ich glaube nicht, daß wir dort stärkere organisierte Widerstände vorfinden, als wir sie bei der letzten Landtagswahl und Bundestagswahl vorgefunden haben. Ich glaube,

61 Karl Barth – vgl. Nr. 3 Anm. 81.

daß der organisierte Widerstand, der durch Heinemann, Niemöller usw. betrieben wird, zahlenmäßig nichts an Boden gewonnen hat, obwohl er z.Z. etwas auffälliger wird, weil er mit einer Reihe von anderen Zeiterscheinungen, die gegen uns sind, zusammenfällt. Ich will nicht die Weltsituation im einzelnen ansprechen. Daß ein stimmungsmäßiger Ausweitungsprozeß in der westlichen Welt da ist, kann man wohl nicht bestreiten, aber er schlägt mit seinen Wogen bei uns kräftig hinein.

Was können wir tun? Wir haben in der CDU-Führerschaft schwere Versäumnisse zu beklagen. Wir haben in der letzten Zeit gegenüber dieser konzentrischen Kampagne, die von draußen betrieben wurde, nur sehr schwach reagiert. Einige unserer Freunde haben gewisse negative Akzente in die ganze Geschichte hineingebracht, indem sie gewisse Befürchtungen wegen der zukünftigen Entwicklung größer gemalt haben, als sie in Wirklichkeit sind. In der jetzigen Situation braucht das deutsche Volk das Vertrauen darauf, daß wir eine beständige Kraft sind. Und das Vertrauen auf uns als eine beständige Kraft kann es nur dann haben, wenn wir einen Tatbestand völlig klarmachen: Die CDU hat eine Führungsschicht, die mindestens so stark ist wie die Führungsschicht irgendeiner anderen Partei in Deutschland. Ich bin der Meinung, daß sie stärker ist als die Führungsschicht irgendeiner vergleichbaren Partei und daß sie in der Lage ist, mit allen kommenden Aufgaben, wie sie auch sein mögen, fertig zu werden, wenn das Vertrauen in der Bevölkerung vorhanden ist.

Dieses Vertrauen ist in mancher Beziehung etwas angeschlagen. Aber wir müssen dieses Vertrauen behalten, das wir in der Vergangenheit gehabt haben. Das ist durchaus ein Appell an uns selbst. Das ist ein Appell an alle, die bei uns Verantwortung tragen.

Bei einem Blick auf die wirtschaftliche und soziale Situation, verglichen mit dem Jahr 1953, zeigt es sich ganz klar, daß sich die Fakten nicht gegen uns entwickelt haben. Eine wirkliche Analyse dieser Fakten zeigt, daß wir nicht durch eine wirtschaftliche oder soziale Revolution gestürzt werden können, sondern diese Fakten sprechen durchaus für uns. Herr Blank hat auf Schwierigkeiten hingewiesen, die wir bei der Wehrgesetzgebung gehabt haben. Man muß sich darüber klar sein, dieses Stück Gesetzgebung, einer im Grunde etwas unwilligen Bevölkerung gegenüber, ist das schwerste Unterfangen, was überhaupt eine politische Partei durchstehen kann. Ich stimme Herrn Krone zu, daß die Haltung unserer Fraktion in den drei Beratungen tadellos gewesen ist; denn es ist schon etwas im Endeffekt dieser Sache, nachdem wir zwei Koalitionspartner verloren haben, eine Stimmenzahl aufzubringen, die über der absoluten Mehrheit liegt, die weit über das hinausgeht, was wir aus eigener Kraft aufbringen können, nämlich eine Stimmenzahl von 270. Das ist ein tadelloses Ergebnis gewesen. Jedenfalls war das das Äußerste, was wir unter solchen Umständen tun konnten. Da hat sich die Fraktion gut geschlagen.

Uns fehlt, daß wir nicht in genügender Weise wirklich propagandistisch durchstoßen und alle die Stellen systematisch angehen, bei denen das auch in der Zusammenarbeit erforderlich ist. Ich will ein Beispiel anführen: Ich habe am vergangenen Sonntag den Herrn Bundeskanzler in Münster vertreten, wo er die Vom-Stein-Ge-

dächtnisrede halten sollte.[62] Und was ereignete sich dort? Dort stellte sich heraus – meine Frau war dabei, sie saß zufällig unter den Betreffenden –, daß das Fernsehen sich nicht für den Bundeskanzler interessierte, sondern für Herrn Steinhoff[63]. Diese Sache war mir interessant genug, um nachher in Köln und Hamburg festzustellen, daß man in Hamburg klipp und klar die Anweisung gegeben hatte, nicht den Herrn Bundeskanzler, sondern den Herrn Steinhoff aufzunehmen. (*Bewegung und Zurufe:* Hört! Hört!) Ja, das wurde gar nicht bestritten. Der Kölner Redakteur hat mir gesagt, wir haben eine Anweisung aus Hamburg, bei dieser Veranstaltung nicht den Herrn Bundeskanzler aufzunehmen, sondern einen Auszug aus der Rede des Herrn Steinhoff zu bringen. Dann habe ich mich mit Hamburg in Verbindung gesetzt. Ich sprach mit dem stellvertretenden Leiter, der bestätigte, er habe die Anweisung gegeben. Am nächsten Tage rief mich Herr Svoboda[64] an – ich hatte inzwischen einen Brief an Pleister[65] geschrieben –, und die Antwort war – ich gebe sie in meiner Formulierung wieder –: Den Herrn Bundeskanzler haben wir schon oft genug aufgenommen, jetzt müssen wir einmal den Herrn Steinhoff haben. Ich habe den Leuten gesagt, ich verstehe, daß Sie über eine bestimmte Veranstaltung, auch wenn der Bundeskanzler spricht, ein gemischtes Programm bringen, aber etwas dürfen Sie bestimmt nicht tun, Sie dürfen eine Stein-Feier, bei der der Bundeskanzler als Hauptredner angekündigt ist, nicht in eine Regionalfeier verwandeln. Damit würde der Sache kein guter Dienst erwiesen. Dann hat Herr Svoboda in dieser geradezu „klassischen" Formulierung geantwortet. Ich erwähne das nur als ein Beispiel, um daraus mehrere Schlußfolgerungen zu ziehen, einmal, daß ganz offensichtlich in diesem Apparat seit vielen Jahren Leute sind, die durch intensive Zusammenarbeit untereinander uns die Publizität soweit wie möglich abgrasen, daß man ihnen nur widerstehen kann, indem wir Gegenmaßnahmen einleiten. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Freunde systematisch gegen solche Dinge Proteste erheben. Wenn wir in dieser Sache mit unseren ständigen Protesten den Leuten auf die Nerven fallen, können wir wenigstens eine Parität erzwingen. Mehr verspreche ich mir nicht; denn sie sind zu stark etabliert, als daß wir mit ihnen weiterkommen. Ich wollte Ihnen einmal von diesem einen Beispiel bezüglich des Fernsehens Kenntnis geben. (*Adenauer:* Das würde ich in die Presse bringen!) Dem steht nichts im Wege. Ich habe den Brief.

---

62 Am 30. Juni 1956.

63 Fritz Steinhoff (1897–1969), ab 1946 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD, 1953–1956 Fraktionsvorsitzender), 1956–1958 Ministerpräsident, 1961–1969 MdB.

64 Martin S. Svoboda, später Sendeleiter des NDR-Fernsehens (zu seiner Stellung vgl. „Spiegel" Nr. 10 vom 2. März 1960 S. 67f.).

65 In der Vorlage: Kleister. – Dr. Werner Pleister (1904–1982), 1932–1937 Leiter der Literaturabteilung Deutschlandsender, 1938–1945 Produktionsleiter Reichsstelle für den Unterrichtsfilm, 1946–1949 ORR im Niedersächsischen Kultusministerium, 1949–1959 Fernsehintendant NWDR, ab 1961 Direktor des Deutschen Instituts für Film und Fernsehen e.V.

Ich möchte ein freundliches Wort an die CSU richten. Herr Strauß hat etwas ganz Richtiges erklärt. Er hat gesagt, unsere Politik sei ausgezeichnet, sie würde nur so schlecht wie möglich verkauft. Der Meinung bin ich nicht ganz, das ist vielleicht etwas übertrieben, aber was wir tun, muß besser herausgebracht werden. Das ist bestimmt eine unerläßliche Vorbedingung für einen Wahlsieg im Jahre 1957.

Adenauer: Ich habe bei der dritten Lesung genau beobachtet, daß der Fernsehapparat, wenn sozialdemokratische Redner sprachen, häufiger und stärker aufgeblendet wurde, als wenn Nichtsozialisten sprachen. Ich würde solche Sachen ruhig in die Presse bringen. Wenn das nämlich in die Presse kommt, werden sich die Herren in Hamburg vielleicht doch überlegen, ob sie dadurch nicht in den Geruch der Parteilichkeit kommen.

Cillien: Eine kleine Bemerkung, die außerordentlich wichtig ist! Für unser Verhältnis zum Rundfunk ist doch sehr bezeichnend, daß es nicht gelungen ist, einem Mann wie Hans Wendt[66], der jahrelang die Politik der Bundesregierung gut vertreten hat, trotz aller Bemühungen von der Spitze her, auch nur einen einigermaßen erträglichen Abgang zu verschaffen; denn er ist unter den blamabelsten Umständen einfach herausgeworfen worden. Das ist eine Blamage für die CDU, und zwar vom Bundeskanzler ab bis zum jüngsten Abgeordneten der Fraktion. Das wollte ich doch einmal gesagt haben. Wenn wir uns so etwas gefallen lassen, können wir nicht erwarten, daß sich ehrliche und loyale Menschen in unsere Dienste stellen.

Gradl: In diesem Augenblick ist die wichtigste Frage für uns: Was können wir tun, damit wir die öffentliche Meinung wieder auf unsere Seite bringen? Die öffentliche Meinung ist in weiten Teilen ausgesprochen gegen uns. Es wäre falsch anzunehmen, das erstrecke sich nur auf die Halbwelt der Journalisten – sie wird so klassifiziert, das ist aber nicht von mir –, sondern in allen Kreisen der Intelligenz ist eine Stimmung zu verzeichnen, die ausgesprochen unfreundlich für uns ist.

Als diese häßliche Debatte über die Frage der Konjunkturpolitik war[67], habe ich mir in Frankfurt einen Eindruck zu verschaffen versucht und bei der Gelegenheit viele Leute gesprochen, von denen ich weiß, daß sie im Jahre 1953 mit Begeisterung die Christlich-Demokratische Union gewählt haben. Diese Leute haben mir jetzt gesagt: Hören Sie auf mit Ihrer CDU! Ich habe sie gefragt, was wollt ihr wählen, und da traf man den schwachen Punkt. Da ist genau unsere Chance. Das gibt uns eine Hoffnung; denn die SPD ist ihnen nicht geheuer, und was sich sonst an Parteien darstellt, das empfiehlt sich nicht in den Augen dieser Leute.

Es ist nun unsere Aufgabe, das allgemeine Denken der führenden Schichten der Bevölkerung wieder für uns einzunehmen. Den Gedanken, Herr Bundeskanzler –

66 Hans Wendt (geb. 1903), 1948–1949 stv. Chefredakteur der „Kieler Nachrichten", 1950–1956 Leiter des Bonner NWDR-Büros, ab 1956 Korrespondent der „Kölnischen Rundschau", 1962 stv. Leiter des Bonner Büros der Deutschen Welle.

67 Anspielung auf die Auseinandersetzungen um die Konjunkturdämpfungspolitik und die sog. Gürzenich-Rede Adenauers vom 23. Mai 1956 (vgl. dazu KOERFER S. 84–127).

nehmen Sie es mir nicht übel –, eine Zeitung zu schaffen, die die Auffassung der Bundesregierung vertritt, halte ich für völlig falsch; denn damit bringen Sie alles andere gegen sich auf. Es kommt darauf an, die bestehenden Zeitungen dafür zu gewinnen, was an sich möglich ist, wie wir es z.B. 1953 gesehen haben, daß sie sich nämlich zu unserer Auffassung freudiger bekennen, als es jetzt der Fall ist.

Ich will drei Punkte skizzieren, die nach meiner Auffassung für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der nächsten Zeit entscheidend sind: Erstens, ich hatte mir das Stichwort aufgeschrieben „Adenauer und Nachfolger". Ich unterstreiche das, was Herr Schröder gesagt hat. Wir müssen davon ausgehen, daß ganz allgemein im Volke die Frage gestellt wird, was macht diese CDU, wenn der Konrad einmal nicht mehr ist? Diese Frage bewegt die Menschen. Auf diese Frage, der wir nicht ausweichen können, müssen wir eine überzeugende Antwort geben. Die einzige überzeugende Antwort, die wir geben können, von der Herr Schröder gesprochen hat, ist die, daß wir der Öffentlichkeit durch unser Verhalten zeigen: Diese Partei hat, auch wenn der Konrad Adenauer einmal nicht mehr Bundeskanzler ist, eine Führungsmannschaft, die in jeder Beziehung in der Lage ist, die Geschicke dieser Partei und damit des Volkes weiter zu führen und zu lenken.

Dieses scheußliche Schauspiel, das wir in den letzten Monaten mit dem Gegeneinander von Parteifreunden, vor allem in der Öffentlichkeit, erlebt haben, ist deshalb so verwerflich und häßlich, weil es in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt: Wenn der Alte erst weg ist, dann laufen die anderen auseinander; denn das zeigen sie jetzt schon. Entschuldigen Sie, das ist an sich ehrenvoll, wenn Sie in der Öffentlichkeit so bezeichnet werden, aber das ist die Meinung draußen. In der Öffentlichkeit hat man in der letzten Zeit den Eindruck gehabt, daß es überhaupt nicht mehr Mitglieder ein und derselben Partei sind, die so miteinander umgehen, wie das geschehen ist. (*Gurk:* Das gilt auch für die CSU!) Jeder mag an seine Brust schlagen! Es ist also eine der wichtigsten Aufgaben für uns, dafür zu sorgen, daß diese Dinge aufhören.

Zweitens, ich glaube, daß wir unsere Entscheidung für die Wehrpflicht vor der Öffentlichkeit auch im Wahlkampf sogar sehr gut begründen können. Ich bin der Meinung, daß die Spekulation der SPD falsch ist. Wir müssen dafür sorgen, daß dem Gegner die Argumente weggenommen werden. Das Wichtigste hierbei ist, in den breiten Schichten des Volkes die Stimmung aufzufangen, daß die Einführung der Wehrpflicht irgendwie das Unheil des Krieges näherbringen könnte; denn diese einfache Ideenverbindung „Wehrmacht und Krieg", das ist das eigentlich Gefährliche. (*Adenauer:* Sehr richtig!) Wir müssen deutlich machen, daß die Einführung der Wehrpflicht im Gegenteil ein wesentliches Mittel ist, um den Krieg von uns fernzuhalten. Das den Leuten draußen klarzumachen, darauf kommt es an.

In Intelligenzkreisen, bei Journalisten, führenden Wirtschaftskreisen usw. besteht dank der geschickten Agitation der Sozialdemokraten sowie bestimmter anderer neutraler Kreise die Meinung, die Politik, die wir betreiben, sei nicht geeignet, wirklich zur Wiedervereinigung zu führen. Die Wiedervereinigung ist, das hat der Herr Bundeskanzler gesagt, in der Tat eines der Kardinalprobleme im kommenden

Wahlkampf. Da werden Nationalgefühle mit Recht angesprochen, die unter Umständen über manche andere Dinge hinweghelfen und die Stimmen dem zuführen, der den Eindruck zu erwecken versteht, er meine es ernster und vernünftiger mit der Wiedervereinigung als der andere. Auch hier haben wir aus den letzten Monaten zu lernen. Wenn Zeitungen, die früher für uns durchaus aufgeschlossen waren, jetzt aber sehr reserviert oder vielleicht gegen uns eingestellt sind, dann liegt das daran, daß wir nicht genügend und nicht überzeugend genug vermocht haben aufzuzeigen, daß diese Politik, die wir betreiben, eine vernünftige und nach unserer Meinung der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung ist. Wir haben uns in der öffentlichen Diskussion in die Rolle von Leuten drängen lassen, die sich die Wiedervereinigung nur so vorstellen: Man muß Soldaten auf die Beine stellen, und eines schönen Tages wird marschiert, und dann ist die Wiedervereinigung da. So simpel denken die Leute. Daß wir niemals den Popanz einer Politik der Stärke gewollt haben, das wissen wir, aber draußen ist es der anderen Seite gelungen, durch systematische Arbeit bei den Leuten zu erreichen, von uns anzunehmen, daß wir solche Idioten sind, die eine solche Politik vertreten.

Und von daher kommt natürlich dann eine gewisse innere Abneigung gegen uns überhaupt. Das wird nun dadurch verstärkt, daß wir in manchen Dingen den Eindruck einer Starrheit erweckt haben mit dem Ergebnis, daß man glaubt, wir seien nun den Veränderungen in der Welt gegenüber nicht genügend aufgeschlossen. Neulich hat jemand im Bundestag, Herr Erler[68], formuliert, wir seien bei der Konzeption von 1950/51 stehengeblieben. Solche Argumente machen draußen Eindruck, insbesondere dann, wenn wir gewisse Ansatzpunkte dafür bieten. Auf die Gefahr hin, ins Fettnäpfchen zu treten, möchte ich sagen, daß die Art und Weise, wie man z.B. den sowjetischen Botschafter hier in Bonn behandelt, nicht richtig ist. Ich weiß nicht, ob es so stimmt, aber allgemein herrscht die Meinung vor, daß er nicht in der freundlichen Weise behandelt wird, die dem Botschafter einer Nation zukommen sollte, die 18 Millionen Menschen in der Hand hat. (*Adenauer:* Wir haben mit Herrn Bulganin ausdrücklich abgemacht, daß die beiden Botschafter in gleicher Weise behandelt würden. Hätte Herr Haas[69] in Moskau nur zehn Prozent der Freiheit wie der Herr Sorin, wären wir Gott dankbar.) Aber draußen wirkt es so, Herr Bundeskanzler, und ich bin auch der Meinung, selbst wenn der Herr Haas diese Freiheit nicht bekommt, für uns ist die Politik der Sowjets so wichtig, daß wir schließlich diesen Dienst leisten müssen, wenigstens in der Behandlung des Vertreters. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir zu starr in unserer Haltung seien. Wenn ich das Wort für Wort nehme, was Herr von Brentano im Bundestag gesagt hat, kann ich nicht sagen, daß wir starr sind. Draußen entsteht aber der Eindruck durch solche Dinge, auch durch das unglückliche Wort „Todfeinde", das Sie in Köln gesagt haben. (*Adenauer:* Was habe ich gesagt?) Überall in der Welt und in den Zeitungen können Sie es lesen, und wenn

68 Fritz Erler – vgl. Nr. 1 Anm. 29.

69 Dr. Wilhelm Haas (1896–1975), 1952–1956 Botschafter in Ankara, 1956–1958 in Moskau, 1958–1961 in Tokio.

es Ihnen Ihr Informationsamt nicht zeigt und dafür sorgt, daß das klargestellt wird, so ist das ein Versagen. Es wird behauptet, Sie hätten in Köln von dem Volk gesprochen, das nach wie vor unser Todfeind ist. (*Adenauer:* Davon ist kein Wort wahr![70]) Was ist denn das für ein Amt, das Ihnen nicht die Möglichkeit gibt, ein solches Greuelmärchen – denn das ist es politisch – aus der Welt zu schaffen, indem Sie erklären, daß es nicht so war. Ich wollte diese Andeutungen machen, um noch einmal in das Bewußtsein zu rufen: Wir haben noch ein Jahr Zeit, um in der Öffentlichkeit wirksam zu werden. Die Meinungen, die sich in der führenden Schicht bilden, brauchen in der Regel ein Jahr, um sich bis nach unten hin durchzusetzen. Wenn wir sie jetzt nicht gestalten, können wir in einem halben Jahr machen, was wir wollen, denn das kommt dann nicht mehr rechtzeitig unten an.

Adenauer: Es haben sich noch einige Herren zu Wort gemeldet. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir noch diese Debatte zu Ende führen, bevor wir eine Mittagspause einlegen, um dann zu den Fragen der Saar überzugehen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Gerstenmaier: Ich kann mich hinsichtlich der Kirchen in Schlagzeilen bewegen, obwohl ich sonst für Nuancen bin. Ich stimme im Grundton dem Kollegen Lemmer zu. Die Borniertheit eines Teiles der evangelischen Pfarrer ist geradezu himmelschreiend. Sie wird auch nicht besser, wenn jetzt welche wild herumlaufen und mit den Worten: „Seid umschlungen Millionen" Beifall klatschen und gegen die christliche Partei reden. Ich sage ausdrücklich, es kann nicht der Schatten eines Zweifels sein bei Hermann Kunst, wohin sein Herz gehört. Aber Sie sehen, daß diese Leute in eine allmählich für uns jedenfalls höchst nachteilige Lage hineingeraten und dieser Lage offenbar nicht mehr gewachsen sind. Obwohl der Herr Bundeskanzler das Wort nicht mehr hören kann und auch ich hierin Bedenken habe, so kommt es jetzt doch, und zwar im Zusammenhang mit der Synode. Was stattgefunden hat, ist eine der peinlichsten Düpierungen, die wir überhaupt in den letzten Jahren erlebt haben. Es handelt sich um eine Minderheit, die sich um Heinemann, Niemöller usw. gruppiert. Und der Herr Vogel[71] ist ein Phantast, ein Dichter, der der Kirche sagen läßt, sie soll es nicht mit den Armen der Welt halten. Ich würde ihn fragen, mit wem er es denn halten will. Jedenfalls haben diese Leute in einem ganz bestimmten Spiel, das einfach zu verwerfen ist, die ganze Synode an der Nase herumgeführt. Ich war da. (*Adenauer:* Sie waren da!) Als ich an dem Abend abreisen mußte, war alles Liebe und Freundschaft. Keiner von den führenden Leuten, weder der Ratsvorsitzende noch der Vorsitzende der Synode, hatte den Schimmer einer Idee von dem, was im Westen ausgebrütet und ausgefochten werden sollte. Niemand hatte eine Ahnung; alle schienen befriedigt.

---

70 In der vom Hessischen Rundfunk am 24. Mai 1956 gesendeten Aufzeichnung ist von Sowjetrußland als „unserem Feind" die Rede (StBKAH 02.14).

71 D. Heinrich Rudolf Gottfried Vogel (geb. 1902), 1934 Bekennende Kirche, 1946 Professor an der Humboldt-Universität Berlin und Dozent an der Kirchlichen Hochschule, Mitglied der Synode der EKD.

Jetzt nehmen die Kirchenblätter energisch Stellung dagegen. Ich las im „Sonntagsblatt" eine Richtigstellung.[72] Diese Richtigstellung ist noch zu zart und zu zurückhaltend. Aber immerhin, die Gegenwelle gegen diese Düpierung wird sich zweifellos in der Kirche erheben. Darauf kann man sich verlassen.

In der Gesamtsituation möchte ich den Herren von Hassel und Schröder zustimmen. Sie dürfen aber nicht verkennen, daß in der Kirche ganz gewiß eine Art Grundstimmung vorhanden ist: Die CDU ist sowieso der Laden, den wir wählen müssen, von dem können wir uns gelegentlich distanzieren, und ihn können wir kritisieren; denn solange wir die CDU kritisieren, werden wir von den anderen nicht beschimpft. Man darf dieses Spiel nur nicht zu weit gehen lassen. Jetzt ist es allmählich an dem, daß man sagt, diese Taktik ist überzogen. All diese kirchlichen Beschlüsse und Stellungnahmen leiden darunter, daß sie keine echten Entscheidungen im Sinne einer unmittelbaren Verantwortung sind. Keiner von diesen Leuten, die dort waren, steht in einem Amt oder hat ein Mandat, das ihn berechtigt, in dieser Weise Stellung zu nehmen. Im Grunde weicht die Synode aus, wenn sie vor eine Verantwortung gestellt wird. Wir hatten Gelegenheit, uns mit den fünf Herren zu unterhalten.[73] Bei diesen fünf Leuten war kein Zweifel, daß sie mit dem Herzen bei uns standen. Es ist ihnen erst an dem Nachmittag, als ich sie zu Tisch gebeten hatte und sie sich den Zugriffen der SPD gegenübersahen, zum Bewußtsein gekommen, in welch haarsträubende Situation sie sich als reine Kinder Gottes eingelassen hatten. Unser Freund Walter Bauer[74] hat gesagt, jetzt haben wir das extra gemacht, um jeden Antrag an die Synode von vornherein abzuschirmen, und jetzt kommen wir in eine solche Situation. Wie kommen wir wieder heraus, ohne Federn lassen zu müssen? (*Müller:* Das ändert aber nichts an dem Ergebnis!) Da haben Sie sicher recht, aber auch hier muß unterschieden werden zwischen einer in sich redlich gesinnten und einer vollkommen unzureichenden politischen Intelligenz. Ich kann es nicht anders ausdrücken. Ich würde meinen, daß man aus diesem Tatbestand trotzdem keine zu weitgehenden Folgerungen ziehen darf. Herr Dr. Krone, wenn ich etwas für die Fraktion sagen darf, dann folgendes: Wenn Sie angegriffen werden, würde ich nicht auf die außenpolitische Lage noch auf die Wehrdebatte, sondern auf die Konkordatsfrage zurückkommen. Die Konkordatsdebatte war eine Sache von hohem inneren Niveau.[75] Ich finde die Rede von Herrn Cillien ausgezeichnet, weil

72 Vgl. „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" vom 8. Juli 1956 „Die Kirche ist loyal!". – Vgl. auch Professor Constantin von Dietze am 5. Juli 1956 im epd (Text in UiD vom 12. Juli 1956).

73 Am 3. Juli 1956 mit Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacher (Greifswald), Landesbischof Gottfried Noth (Dresden), Generalsuperintendent Günter Jacob (Cottbus), Walter Bauer (Fulda), Klaus von Bismarck (Villigst). Vgl. „Die Welt" vom 4. Juli 1956.

74 Dr. Walter Bauer (1901–1968), Unternehmer; Präsident der IHK Fulda, seit 1945 Mitglied der Synode und des Diakonischen Rats der EKD.

75 Am 30. Mai 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7741–7766).

sie die SPD von vornherein zum Verstummen gebracht hat. Diese Haltung bei der Konkordatsdebatte war eine Sache, bei der wirklich der innere Rang der Fraktion zum Ausdruck gekommen ist. Wie war das möglich? Ich will meinem Landesvater von Baden-Württemberg sagen, sie war möglich, weil sich die Evangelischen in dieser Sache der Zurückhaltung befleißigt haben, die wir in der Synode gewünscht hätten. Sobald die Kirche über das Ziel hinausschießt, kommt alles in Verwirrung. Damit ist ein Komplex angesprochen, der jedenfalls im Bereich des Protestantismus noch nicht ganz ausgehandelt ist. Ich hätte aber den bescheidenen Wunsch gehabt, daß die Klage in Karlsruhe in diesem Punkt unterblieben wäre, verehrter Herr Bundeskanzler! (*Adenauer:* In welchem Punkt?) Daß wir das Konkordat nicht in Karlsruhe eingeklagt hätten.[76] Aber jetzt sind wir drin, und nun müssen wir sehen, wie wir trocken werden, nachdem wir durch diesen Bach gegangen sind.

Wir müssen auch das Unbehagen an der Wehrpflicht sehen. Es ist im Augenblick zweifellos eine solche Stimmung des Unbehagens vorhanden. Ich halte das für überwindbar. Wir kennen ja solche Höhen und Tiefen; das ist eine Wüste. Wie kann man durchkommen? Ich halte dafür, daß wir hier einer außerordentlich geschickten und sehr exakten Sprachregelung bedürfen. Unser Freund Lenz wird an diesem Punkt einzusetzen haben.

Mein lieber Freund Krone! Hier ist das Wort gefallen von der Defensive und der Führungskrise. Lassen wir den Herrn Bundeskanzler sich mit der Führungskrise auseinandersetzen; uns geht mehr die Defensive an. Ich bin der Meinung, daß wir uns in den letzten Monaten, aufs Ganze gesehen, absolut zu defensiv verhalten haben. Von meinem Stuhl aus sieht man das sehr genau. Ich darf drei Beispiele anführen: Da ist einmal eine Sache, die nicht im Parlament passiert ist, nämlich dieser unverschämteste und gehässigste Angriff auf den Bundeskanzler, den sich der Herr Dehler geleistet hat.[77] Sie haben dem Herrn Dehler, als er Sie beschimpfte, einen sehr würdigen

76 Am 4. Juni 1956 Beginn der Verhandlung vor dem Zweiten Senat des BVerfG. Die Bundesregierung hatte Klage angestrengt, weil nach ihrer Meinung das niedersächsische Schulgesetz gegen Art. 21–25 des Reichskonkordats (Garantie der Bekenntnisschule) verstoße. Vgl. FAZ vom 5. Juni 1956; vgl. auch Stellungnahme Arndts im Bundestag – Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7740–7749 –; Urteil des BVerfG zum Verfassungsstreit zwischen der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen vom 26. März 1957, vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 11, 1956/57, S. 389–399; Der Konkordatsprozeß (vgl. Nr. 13 Anm. 47) sowie Art. Reichskonkordat in Staatslexikon Bd. 4 (1988) S. 787–791; REPGEN: Konkordatsstreit.

77 Auf dem Würzburger Parteitag der FDP am 20. April 1956 hatte Dehler Adenauer wegen dessen Äußerungen, das deutsche Volk sei demokratisch unzuverlässig und militaristisch anfällig, heftig kritisiert. Gerstenmaier hatte darauf auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart heftig reagiert (vgl. FAZ vom 8. Juni 1956). Auch auf dem Landesparteitag der bayerischen FDP am 8. Juli 1956 in Bayreuth blieb Dehler bei seiner scharfen Kritik (vgl. DUD vom 9. Juli 1956). – Korrespondenz zwischen Adenauer, Krone und Dehler aus diesen Wochen konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise spielt Gerstenmaier auf die Reden Dehlers und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen vom Herbst 1955 an (vgl. dazu KLINGL S. 222–235).

Brief geschrieben. Und was hat die Partei getan? Sie hält es für das Natürlichste von der Welt, daß der Herr Bundeskanzler zuerst diesen Brief schreiben muß. Auch dieser Angriff ist ein Angriff neben vielen anderen, obwohl er sich von allen anderen wesentlich unterschieden hat; denn er war so gemein, daß ich ihm gesagt habe: Wäre er im Parlament gefallen, hätte ich Sie aus dem Saal geschmissen. Er hat gesagt, daß der Bundeskanzler zugunsten seines persönlichen Ruhms und seines Namens das Ansehen und die Interessen des deutschen Volkes verkaufe und verramsche in der Welt. Das hat Dehler gesagt. Ich habe ihm gesagt: Sagen Sie das im Parlament, und Sie fliegen raus. Daraufhin ist der Mann beleidigt. Ich finde, daß außer dem Brief, den Herr Krone ihm geschrieben hat, nichts Nennenswertes von seiten der Partei wie der Fraktion dagegen erfolgt wäre. Es gibt einige Punkte, da muß man einfach zum Gegenangriff antreten, da darf man nicht tolerieren. Aber da hat man das einfach so passieren lassen; das geht nicht.

Ein zweites Beispiel! Es war eine Sache, für die wir unserem Freund Bucerius dankbar sein müssen, da er in der dritten Lesung der Haushaltsdebatte gegen den Kühn und seine zwei Reden anging.[78] Mir wurde es auf dem Stuhl angst und bange. Ich habe gesagt, was wird aus dieser großen Fraktion heraus geschehen? Das war ein unmittelbar unter die Haut gehender Angriff im Zusammenhang mit den Stationierungskosten und dem ganzen Verteidigungsetat. Herr Bucerius hat nach meiner Überzeugung gerade noch die Situation und unser Gesicht gerettet, aber es war kein Gegenangriff, wie er von unserer Seite hätte kommen müssen, nämlich mit einem Antrag, daß der Kühn einfach hätte untergehen müssen.

Noch eine Bemerkung! Gewiß war es für den Theologen bei gewissen Debatten im Bundestag noch interessant, aber ich fand – Herr Cillien hatte am Nachmittag schon die Waffen in Sachen der Synode kreuzen müssen –, daß allgemein an diesem Abend nach der Rede von Kiesinger dort nichts mehr da war, was dieser Situation gewachsen gewesen wäre. Die Herren Kopf und Jaeger haben noch eine Rettung der Situation der Fraktion versucht, aber die Behauptung der Opposition, insbesondere was Arndt vorgebracht hat, war doch purer Nihilismus, garniert mit einer Beigabe von geläufigen Begriffen, wie sie in diesem Zeitalter geläufig geworden sind. Davon halte ich weiter nichts. Aber ich bin immer noch der Meinung, daß der Nellen schon einfach durch seine couragierte Rede etwas bewirkt hat, was Achtung verdient. Die Fraktion hätte nicht wie zu Stein erstarrt dazusitzen brauchen, sondern sie hätte diese persönliche Courage würdigen können, ohne daß ihr ein Zacken aus der Krone herausgefallen wäre. Aber daß Carlo Schmid aufsteht und unwidersprochen von der größten Fraktion das absolute Gewissen proklamiert, ist doch bedenklich. Ich habe mich darüber nicht beruhigen können. Wohin kommen wir denn, wenn das noch toleriert werden kann im Christentum? Im „Sonntagsblatt" heißt es, man hätte gewünscht, daß seitens der Regierungsparteien mit mehr Überzeugungskraft, mit mehr

78 150. Sitzung des Bundestages. – Rede Bucerius in Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7995–7997.

Leidenschaft und mit stärkerer sachlicher Begründung die Sache des Staates vertreten worden wäre. Weiß Gott, das hätten wir gewünscht, aber was hier geschehen ist, ist weder im deutschen Katholizismus noch im deutschen Protestantismus üblich. Jaeger und Kopf haben es versucht, Kopf mit seiner zarten Argumentation, daß auch noch ein anderes Kapitel darüberzusetzen sei: Pro patria. Das war das richtige Thema von unserer Seite. Was sich der Herr Gontrum[79] geleistet hat, war einfach unter dem Tisch. Er ist recht lieb, aber in diesem Augenblick hätte wirklich etwas anderes kommen müssen. Hier hätte das christliche Zeugnis für den Staat und das Wort gegen das absolute Gewissen hingestellt werden müssen. Wohin kommt der Staat, wenn in seinem Parlament das absolute Gewissen unwidersprochen proklamiert werden kann, 48 Millionen Gewissen – so hat Herr Jaeger gesagt –, das ist die Grundlage der Anarchie. Der Bundestagspräsident muß das von oben ansehen. (*Schröder:* Er kann auf die Tribüne gehen!) Nein, das kann er nicht in dieser Situation.

Meine Damen und Herren! Bei den Zahlen, die Herr Lenz genannt hat, würde ich empfehlen, nicht davon auszugehen, daß sie nicht stimmen, sondern davon, daß sie richtig sind. Ich bin der Meinung, daß sie korrigiert werden können, und ich frage mich, ob wir heute noch über Voraussetzungen für die Korrektur diskutieren können. Wir sollten heute nur analysieren und nach den Ferien die Methoden ausarbeiten, damit wir die 37 % der Wähler wieder auf 51 % bringen können. Das ist, in Zahlen ausgedrückt, unsere Aufgabe.

Adenauer: Ich muß zu den Ausführungen des Herrn Gerstenmaier einige Sätze sagen. Er hat gesagt, die Konkordatsklage wäre besser unterblieben. Ich kann das nicht zugeben. Das Konkordat ist ein völkerrechtlicher Vertrag, und es ist unmöglich, daß die Bundesregierung, wenn sie der Überzeugung ist, der völkerrechtliche Vertrag gilt, dann einfach ihn durch die Regierung eines Landes negieren läßt. Das kann uns dann morgen mit irgendeinem anderen völkerrechtlichen Vertrag auch passieren. Bei dem Mißtrauen, das wir noch immer in der Welt genießen, mußten wir – das war für die Entschließung des Auswärtigen Amtes maßgebend[80] – diese Frage klarstellen.

Ich möchte mit einigen unserer evangelischen Parteifreunde im Laufe des Tages über diese – jetzt muß ich selbst darüber sprechen – Synode sprechen; denn die Sache ist nicht so einfach, wie Sie sie darstellen, lieber Herr Gerstenmaier. Ich will Ihnen darüber Mitteilung machen. Es ist nicht richtig, wenn Sie meinen, man sei da in ein Fettnäpfchen hineingeraten, ohne sich das genau überlegt zu haben. (*Gerstenmaier:* Die große Mehrheit ja!) Ich möchte mit Ihnen, Herrn von Hassel und Herrn Schröder gleich über einige Dinge sprechen. Es sind nur wenige Sätze. Zu dieser Diskussion

79 Wilhelm Gontrum (1910–1969), evangelischer Pfarrer; 1953–1965 MdB (CDU, seit 20. September 1962 fraktionslos). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 351 Anm. 90. – Sein Debattenbeitrag in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8846.

80 Entschluß der Bundesregierung vom 9. März 1955 (vgl. dazu die Ausführungen von Brentanos am 30. Mai 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7749–7751).

müssen Sie gestehen, lieber Herr Gerstenmaier, daß es für ein katholisches Mitglied der Fraktion sehr schwer ist, wenn ein evangelischer Standpunkt vertreten wird, der dem katholischen widerspricht. (*Gerstenmaier:* In der Gewissensfrage!) Hören Sie auf mit dem Gewissen! (*Unruhe und Bewegung. – Gerstenmaier:* Ich habe bloß von Nellen gesprochen!) Der war nicht der Mühe wert. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Unruhe. – Gerstenmaier:* Doch!) Das bestreite ich Ihnen absolut. Was soll ich gegen den Nellen haben? Er hat acht Semester Theologie studiert, und dann hat er sich entschlossen, etwas anderes zu werden. Er ist – leider – der besondere Schützling des Bischofs von Münster[81], aber der Herr Nellen produziert Dinge, die unmöglich sind. (*Gerstenmaier:* Aber Sie müssen die Courage respektieren!) Was heißt Courage respektieren? Soll ich ihm sagen: Du bist zwar ein Rindvieh, aber ich bewundere deine Courage! Das hat doch keinen Zweck. Wenn ich die Courage respektiere, kröne ich ihn damit. (*Erneute Unruhe und Bewegung. – Brauksiepe:* Er hat die Courage nicht in der Fraktion bewiesen. Dort hätte er es vorher sagen müssen.)

Oberländer: Ich möchte etwas zu den Kommunalwahlen bezüglich der Vertriebenen sagen. Wo die CSU Kandidaten aufgestellt hat, hat sie große Erfolge gehabt, und zwar in Kreisen, wo man es nicht angenommen hatte. Von den 21,4 % Vertriebenen und Flüchtlingen, die wir haben, ist ein Viertel politisch völlig unklar, und die Hälfte ist noch nicht gebunden. Hier besteht noch ein großes Reservoir. Wir sollten für die Kommunalwahlen die Vertriebenen-Kandidaten an einigermaßen aussichtsreicher Stelle aufstellen. Tun wir das nicht, dürfen wir uns nicht wundern, wenn andere Parteien klüger sind. Die SPD hat bei den Kommunalwahlen in Bayern an sichtbarer Stelle einen Vertriebenen oder zwei Vertriebene herausgestellt und damit beträchtliche Stimmengewinne erzielt. (*Adenauer:* Verzeihen Sie, über die Kommunalwahlen wollen wir nachher sprechen!) Ich bin gleich fertig. Ich wollte nur noch über die Frage sprechen, ob der BHE in den Bundestag kommt. Es ist kein Zweifel, daß wir in der Frage der Leistung nicht zu spät kommen dürfen. Wir haben ungeheuer viel geleistet, aber psychologisch keinen entsprechenden Erfolg gehabt, weil die Dinge immer zu spät ankamen.

Denken Sie daran, was Herr Greve[82] in der SPD gesagt hat. Er tut uns damit einen riesigen Gefallen. Wir dürfen nicht in den gleichen Fehler verfallen. Was Ollenhauer zu den Ostgebieten gesagt hat, ist nicht glaubhaft[83], weil Greve heute überall das Gegenteil behauptet. Das ist sehr wichtig. Die Kandidatenfrage ist schlechthin für uns

81 Bischof Michael Keller.

82 Dr. Otto Heinrich Greve (1908–1968), vor 1933 DDP/DStP, 1945 Mitgründer der FDP, 1948 SPD, 1947–1951 MdL Niedersachsen, 1948–1949 MdPR, 1949–1961 MdB. – Möglicherweise Anspielung auf die scharfe Kritik Greves vom 6. Juni 1956 an Richtern für Entschädigungsfragen (Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7785–7788, 7790f.).

83 „Die Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten kann und darf keine Anerkennung der Spaltung Deutschlands und keine Anerkennung der vorläufigen Grenzen im Osten Deutschlands bedeuten." (Am 29. Juni 1956 im Bundestag – Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8514.)

entscheidend. Wir haben dafür Beweise. Bei den 56 Abgeordneten in Baden-Württemberg ist ein Vertriebener.[84] Das wirkt gegen uns.

Wacher[85]*:* Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, als Vertreter der CSU an dieser Vorstandssitzung teilnehmen zu dürfen. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, daß die CSU im Wahlkampf mit der CDU zusammengehen wird. Das ist selbstverständlich. Wir sind uns in der CSU sehr wohl dessen bewußt, daß wir mit der CDU eine politische Meinung bilden. Dazu braucht es keiner weiteren Worte. Wir haben in der letzten Zeit bewiesen, daß wir Bayern bei der Verwirklichung der Unionspolitik durchaus in vorderster Front gestanden haben; das wird so bleiben.

Auf einen nicht gerade sehr freundlichen Zwischenruf darf ich antworten, wenn wir Ihnen, Herr Bundeskanzler, als Bundeskanzler und als Parteichef unsere Vorstellungen unterbreitet haben, dann nicht, um eine interne Opposition zu betreiben, sondern nur aus konstruktiven Gründen. Ich weiß, daß Sie uns das in Unterredungen, die zum Teil in Anwesenheit von Herrn Krone stattgefunden haben, bestätigt haben. Wenn ich nun einen Satz sage, weiß ich, daß ich nicht die Sympathie aller finde. Sie müssen uns als Landespartei konzedieren, daß wir in gewissem Umfang so verfahren, wie das in der letzten Zeit notwendig gewesen ist. Wir wissen in Bayern darüber hinaus sehr gut, daß es nie eine erfolgreiche CSU-Politik geben kann, die in der Isolation steht. Wir können in Bayern nur erfolgreich arbeiten, wenn wir gleichzeitig dafür sorgen, daß die CSU weiter in dieser Politik bleibt. Wir richten uns darauf ein.

Ich darf auf eine Bemerkung des Herrn von Hassel eingehen. Es würde eine Verniedlichung der Tatsachen darstellen – Sie haben es nicht so gemeint –, wenn ich sagen würde, die Regierungsbildung in Bayern ist deshalb für uns unglücklich gewesen, weil der Herr Prälat Meixner[86] wirklich einen Tag nach der Wahl[87] erklärt hat: Jetzt Lehrerbildung! Ich habe mir erlaubt, eine Gegenerklärung herauszugeben, die so gelautet hat: Erst Regierungsbildung, dann Lehrerbildung! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ja, meine Herren, die Gründe liegen tiefer; das hat Düsseldorf gezeigt, das war eine Einkreisungspolitik uns gegenüber.

Zu den Stationierungskosten! Es hat nie eine eigene CSU-Meinung in der Frage der Stationierungskosten gegeben. Das ist so durchgeklungen. (*Zuruf:* Herr Schäffer!) Herr Schäffer ist nicht die Meinung der CSU-Landesgruppe. (*Von Hassel:* Das habe ich nicht gesagt! – *Adenauer:* Nicht?) Nicht immer, Herr Bundeskanzler! (*Adenauer:* Aha, das schränkt er ein!) Wir haben Sorge mit Herrn Schäffer wie das Kabinett auch.

---

84 Wahrscheinlich Dr. Ludwig Leber (1903–1974), der aus Törökbalint/Ungarn stammte; 1950–1968 MdL (CDU). – In Riga geboren war Siegfried Stößinger (1899–1977), 1956–1964 MdL (CDU).

85 Gerhard Wacher (geb. 1916), 1953–1963 MdB (CSU, zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer), 1963–1966 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, dann Vorstand Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke.

86 Georg Meixner (1887–1960), Domkapitular; 1946–1958 MdL Bayern (CSU, 1954–1958 Fraktionsvorsitzender).

87 Landtagswahl vom 28. November 1954.

Wir haben in dieser Frage immer eine CSU-Fraktionsmeinung gehabt. Herr Krone wird uns das bestätigen. (*Von Hassel:* Ich habe Euch ja keinen Vorwurf gemacht!) Wir sind vorsichtig!

Zimmer: Ich möchte an die Ausführungen der Herren Lenz und Lemmer anknüpfen. Es ist für uns sehr interessant, wenn wir von den Bonner Persönlichkeiten Ihre Auffassungen hören, auch die Begründung für die Politik und die Art der Diskussion, wie sie um die Wehrpflicht geführt worden ist. Die Partei wird im nächsten Jahr nur dann bestanden haben, wenn sie sich völlig Rechenschaft darüber gibt, wie z.Z. die Situation beim letzten Mann draußen im Lande ist: 1. bei unseren eigenen Anhängern, 2. bei den Unentschiedenen, bei den sogenannten Pendlern, und 3. bei den Gegnern.

Ich habe in den letzten Tagen auf der alleruntersten Ebene, die es für uns gibt, Versammlungen abgehalten. (*Adenauer:* Was ist das?) Auf der Kreisebene, wo die Ortsvertreter der CDU sind. Es mag sich niemand einer Täuschung hingeben, mit welch unerhörter Aufmerksamkeit unsere Leute jeden Vorgang verfolgen. Es ist ihnen keine Bemerkung des Herrn Berendsen[88] oder des Herrn Jaeger entgangen, die sehr stark kritisiert worden sind; auf der anderen Seite steht demgegenüber das großartige Auftreten von Herrn Kiesinger.

Ebenso hat man sehr stark vermißt ein fulminantes Auftreten des Herrn Verteidigungsministers, worüber ich persönlich kein Wort verlieren möchte. Ich gebe nur das wieder, was unsere eigenen Delegierten draußen sagen. Das politische Urteil bei unseren eigenen Leuten ist nach wie vor erstaunlich reif. Man empfindet den schon mehrfach hier erörterten Konflikt innerhalb des Kabinetts sehr, sehr schmählich, und man bedauert, daß die gegnerischen Kräfte aus diesem Konflikt so viel Kapital schlagen. Ich brauche nur das zu bestätigen, was die anderen gesagt haben. Man weiß, daß das eine allgemeine Erscheinung draußen im Lande ist. Man sagt nicht, schuld ist der Bundeskanzler oder der Herr Schäffer, sondern man stellt die Tatsache des Konflikts fest. Hier müssen wir fordern, daß aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen werden, Herr Bundeskanzler! Ich bin gestern abend noch gefragt worden: Können Sie uns etwas über diesen Konflikt sagen? Wieso ist so etwas möglich? Wir schämen uns draußen vor unseren Gegnern, denn wir werden dauernd angezapft.

Hier hilft nun keine persönliche Rechthaberei mehr, sondern hier heißt es: Was haben wir zu tun und zu unterlassen im Hinblick auf die kommenden Wahlen? Zum Wehrpflichtgesetz möchte ich nichts sagen. Es fehlt z.Z. eine Aufklärung unserer Leute bis zum Letzten. Es wird vermißt, daß die Sozialreform noch nicht da ist, namentlich bei den Arbeitern und Angestellten. Hinsichtlich der Wehrmacht werden eine ganze Reihe von Beanstandungen erhoben in politischer Hinsicht. Man weiß nicht, ob ehemalige führende nationalsozialistische Generäle usw. nicht so stark wieder eingeschaltet werden. Unsere Leute wollen darüber Klarheit haben.

---

88 Fritz Berendsen (1904–1974), 1952–1959 Stadtverordneter in Duisburg (ab 1953 Fraktionsvorsitzender), 1953–1959 und 1965–1969 MdB (CDU), 1959–1964 Brigadegeneral der Bundeswehr (1964 Generalmajor).

Schließlich ist alles vergessen, was an Gutem geleistet worden ist. Die großen Leistungen werden von den Gegnern völlig aus der Diskussion gelassen, und man nimmt alles als etwas Selbstverständliches hin. Ich darf noch ein Wort zu den Zeitungen sagen. Die kleinen Zeitungen in den einzelnen Ländern haben eine große Masse von Lesern. Es muß aber nach meiner Meinung die Bundespolitik in eine unmittelbare Verbindung mit der in den Ländern bestehenden Presse treten. Dazu müßten periodische Pressekonferenzen abgehalten werden, auf denen ein Beauftragter der Bundespartei den Pressevertretern unmittelbar über die Bundespolitik berichtet. Bei uns in Rheinland-Pfalz werden die „Rheinpfalz", der „Trierer Volksfreund", die „Rheinzeitung" und die „Mainzer Allgemeine Zeitung" von insgesamt 95 % der Leser in unserem Lande gelesen. Diese Zeitungen machen die Politik. Aber hier fehlt es an einem unmittelbaren Kontakt der Bundespartei zu den Gesamtfragen draußen im Lande. Warum bekommt Herr Lenz nicht den Auftrag? (*Adenauer:* Das muß doch die Landespartei machen!) Nein, Herr Bundeskanzler, zusammen mit den Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann das technisch schon nicht. Ich bitte also, der Anregung nachzugehen, denn sie ist von größter Wichtigkeit. Ich möchte also noch einmal die Frage aufwerfen, man sollte Herrn Lenz, der große Erfahrungen auf diesem Gebiete hat, mit dem Sonderauftrag betrauen. (*Adenauer:* Herr Lenz ist doch überparteilich, das sollten Sie endlich wissen!) Vielleicht ist das um so wirkungsvoller.

Unsere evangelischen Freunde haben zu der Frage des kirchlichen Raums gesprochen. Ich möchte dazu als katholischer Christ einiges sagen. Es ist auf katholischer Seite m.E. in diesem Jahre in der praktischen Politik nicht gebührend berücksichtigt worden, in welch schwieriger Lage unsere evangelischen Freunde vielfach sind gegenüber der Richtung Niemöller, Heinemann usw. Es werden nicht alle katholischen Leute auf meinem Standpunkt stehen, aber man hat – ich will das etwas übertreiben – auf katholischer Seite seit 1953 an gewissen Stellen einen kirchlichen Maximalismus vertreten. Er fing damals in Bayern an, als Richard Jaeger die Abschaffung der Zivilehe verlangt hat.[89] Das war ein unerhörter Fehler, der sich katastrophal ausgewirkt hat, der aber auch gar nicht zu realisieren wäre. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz hat es verstanden, in diesen Dingen eine absolut befriedigende Praxis mit den beiden Kirchen zu erreichen. Ich frage mich, warum ist das notwendig gewesen, daß mit solchen Dingen, die mit dem Evangelium und den Dogmen gar nichts zu tun haben, eine solche Beunruhigung herbeigeführt wurde. (*Zuruf:* Welche Auswirkungen?) Ich spreche von den Auswirkungen auf die CDU. In Rheinland-Pfalz ist der Ministerpräsident zugleich Landesvorsitzender. Er weiht z.B. eine Brücke ein, und dann wird ihm von kirchlicher Seite eine Zumutung gestellt, die er nicht erfüllen kann. Er sagt dann, das mache ich nicht mit, sondern ich bestimme, wie die Brückeneinweihung vor sich zu gehen hat. So können sich die Herren entscheiden. Wir müssen also die Dinge sehr ernst sehen.

89 Vgl. Nr. 13 Anm. 66.

Wohin es führt, wenn man einem kirchlichen Maximalismus das Wort redet, haben wir in Berlin, in Nordrhein-Westfalen und in Bayern gesehen. Ich möchte die dringende Bitte an unsere katholischen Mitglieder, soweit es nötig sein sollte, richten, da doch aufzumerken! Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn dadurch die Dinge innerhalb des evangelischen Raums unnötigerweise erschwert werden. Ich weiß, was uns bei der nächsten Wahl auf diesem Gebiete blüht. Ich habe in den letzten Monaten erfahren, daß bei einer Reihe von führenden evangelischen Persönlichkeiten eine aufgeschlossene Stimmung für eine gute Zusammenarbeit der Konfessionen herrscht. Wir sollten auf katholischer Seite als Laien in manchen Dingen eine eigenständige Haltung einnehmen; denn Papst Pius XI. hat damals die Laien zum Laienapostolat und zur Aktion aufgerufen.[90] Das setzt eine gewisse Selbständigkeit in diesen Dingen, die nicht dogmatisch sind, voraus. Die Stimmung ist sehr weit verbreitet, als ob es sich bei der CDU um eine katholische Partei handele. Wenn es uns nicht gelingt, hier aufklärerisch zu wirken, dann haben wir die Wahl 1957 schon verloren. Ich möchte daher bitten, daß das hervorragende Referat von Dr. Gerstenmaier[91] in einer großen Zahl in allen Ländern verbreitet wird, weil ich es für das Beste halte, was bisher auf diesem Gebiet gesagt worden ist. Es gehört in alle katholischen und evangelischen Pfarrhäuser, es gehört in alle Kreise der Wirtschaft, aber auch in die Kreise der Arbeitgeber. Es ist höchste Zeit, nunmehr muß gewirkt werden.

Dufhues: Lassen Sie mich als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks zu dem angeschnittenen Problem kurz Stellung nehmen. Es ist völlig klar, daß ich in einer schwierigen Situation bin. Es gibt unter den unter sozialistischem Einfluß stehenden Sendern nur einen, der uns nahesteht. Ich habe nur die Möglichkeit, bei der von mir vertretenen Anstalt etwas zu tun. (*Adenauer:* Sie waren es nicht!) Ich habe nur von der Möglichkeit gesprochen, Herr Bundeskanzler! Ich darf aber hinzufügen, daß jetzt eine dieser beiden Anstalten, die der Herr Bundeskanzler als uns nahestehend gekennzeichnet hat, praktisch unter dem Einfluß eines eingeschriebenen Mitgliedes der SPD steht. Sie haben sicher an den Südwestfunk gedacht. Der Intendant gehört zu uns[92], aber die Führung dieser Anstalt liegt weitgehend in den Händen der Sozialdemokraten, bei Herrn Hartmann[93]. (*Adenauer:* Der ist sehr korrekt!) Herr Cillien hat davon gesprochen, es sei ein Skandal, daß man sich von Herrn Wendt getrennt habe. Ich habe den Weggang von Herrn Wendt außerordentlich bedauert. Aber

90 Gemeint: Katholische Aktion, von Pius XI. in der Enzyklika „Ubi arcano" 1922 vorgesehene Form der Mitarbeit der Laien an der katholischen Gestaltung des öffentlichen Lebens.

91 Vermutlich Referat auf dem Stuttgarter Parteitag am 27. April 1956. – Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 30–46.

92 Vorsitzender des Rundfunkrats war bis 1960 Professor Dr. Karl Holzamer (geb. 1906), CDU.

93 Lothar Hartmann (1908–1973), 1949–1965 Programmdirektor und stv. Intendant SWF Baden-Baden, 1965–1973 Programmdirektor ARD (SPD).

zwischen Herrn Wendt und dem Intendanten des Westdeutschen Rundfunks[94] bestanden seit Jahr und Tag derartige Spannungen, daß jedes Zusammenarbeiten unmöglich war. Es bleibt mir nur die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Herr Wendt eine andere Verwendung findet. Ich darf darauf hinweisen, daß Herr Wendt im Studio Bonn nicht Leiter, sondern stellvertretender Leiter war. Mit dem damaligen zur CDU gehörenden Bundespressechef und dem Bundeskanzleramt ist abgestimmt worden, daß die Leiter der Studios Düsseldorf und Dortmund ... (*Adenauer:* Mit mir ist nichts abgestimmt worden!) Ich habe vom Bundeskanzleramt gesprochen, ich habe nicht davon gesprochen, daß die Besetzung des Leiters des Studios mit Ihnen persönlich, Herr Bundeskanzler, abgestimmt worden ist. Ich darf ferner bekanntgeben, daß es uns gelungen ist, auch in der politischen Abteilung des Westdeutschen Rundfunks Personen unterzubringen, die entweder zu uns gehören oder uns nahestehen. Es war nicht möglich, die Hauptabteilung „Politik" mit einem Mitglied der CDU zu besetzen. Wenn ich den Unterschied zwischen dem früheren Leiter der Hauptabteilung der Politik und dem jetzigen Leiter kennzeichnen darf, so liegt er wohl darin, daß der frühere auf dem Niveau einer SPD-Zeitung, der jetzige aber auf der Ebene der „Süddeutschen Zeitung" etwa liegt.[95] Richtig ist, daß diese Einrichtung von uns zu wenig in Anspruch genommen wird. Es wäre eine verdienstvolle Tat, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, sich allmählich zu einem Gespräch am Kamin zur Verfügung stellten und dann in gelockerter Form über die politische Entwicklung sprächen. Die Bevölkerung wird Ihnen gerne zuhören, und sie wartet darauf, daß Sie von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen.

Ich darf darauf hinweisen, daß in zahlreichen anderen Fällen diese Möglichkeiten nicht genutzt worden sind. Es wird mir wiederholt vom Intendanten des Westdeutschen Rundfunks mitgeteilt, daß Angehörige der CDU derartig überlastet seien, daß sie häufiger als Angehörige der SPD bei gemeinsamen politischen Gesprächen fehlten.

Es muß dafür Sorge getragen werden, daß geeignete Sprecher die Möglichkeit haben, hier zur Entfaltung zu kommen. Man kann nicht alles auf Herrn Kiesinger abwälzen. Das wäre eine zu starke Beanspruchung dieses verdienstvollen Mannes der CDU. Es ist sicher, bei der Einführung solcher Kamingespräche des Herrn Bundeskanzlers würde auch die SPD Forderungen stellen. Herr Heck wird mir bestätigen, daß wir schon vor langer Zeit eine gewisse Reihenfolge derartiger Gespräche abgestimmt haben. Ich bin sicher, daß diese Abstimmung auch jetzt beibehalten wird, so daß neben dem Vorrang der Bundesregierung und des Bundeskanzlers auch die CDU jeweils zum Zuge käme. Ich bitte Sie aber, diese etwas schwierigen Dinge nicht einseitig zu sehen und nicht im Rundfunk nach einem Sündenbock zu suchen, sondern von dieser Einrichtung einen möglichst intensiven Gebrauch zu machen, der auch im Interesse der CDU liegt.

---

94 Hanns Hartmann (1901–1972), 1947–1961 Intendant NWDR Köln bzw. WDR (1956).

95 Leiter der Abt. Aktuelles war von 1956–1961 Werner Höfer (geb. 1913), Leiter der Nachrichtenabteilung war von 1956 an Heinz Werner Hübner (geb. 1921).

Adenauer: Den letzten Satz möchte ich aufgreifen – das habe ich auch schon gesagt –, wir müssen mehr vom Rundfunk Gebrauch machen. Wenn wir nicht entsprechend berücksichtigt werden, dann haben wir das Recht, eine öffentliche Klage gegen den Rundfunk zu erheben. Herr Kollege Schröder hat vom Fernsehen gesprochen.

Dufhues: Wenn die Feststellungen des Herrn Bundesministers Dr. Schröder richtig sind – und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln –, dann ist das ein Skandal. Ich darf zur Kenntnis geben, daß das der erste konkrete Fall ist, in dem mir aus Kreisen der CDU mitgeteilt wird, hier habe der Rundfunk oder das Fernsehen die Verpflichtung zur Objektivität verletzt.

Adenauer: Noch ein Wort zum Fall Wendt! Ich bin überzeugt, wenn der Herr Wendt ein SPD-Mann wäre, dann wäre er nicht entlassen worden, trotz der Spannungen.

Krone: Wer wird Nachfolger von Herrn Krueger[96]?

Dufhues: Bisher habe ich in unserem Kreise keine geeignete Persönlichkeit gefunden, die ich präsentieren kann. Herr Krueger hat diese Aufgabe bis zuletzt ausgefüllt, aber ihm fehlt die Phantasie, um dieses Instrument auszunützen. Ich wäre dankbar, wenn aus diesem Kreise Anregungen kämen, diese Stelle mit einer Persönlichkeit zu besetzen, die uns nahesteht.

Adenauer: Ich möchte Herrn Dufhues bitten, sich folgendes zu überlegen: Wenn Ursache der Entlassung des Herrn Wendt die persönlichen Spannungen zwischen ihm und Herrn Hartmann waren, dann käme vielleicht Herr Wendt als Nachfolger von Herrn Krueger in Frage. Auf alle Fälle wollen wir uns in kleinem Kreise mit dieser Frage weiter befassen und Herrn Dufhues bitten hinzuzukommen, damit wir über die Dinge sprechen können.

Ich stelle folgendes fest: Die ganzen Anregungen, die wir heute bekommen haben, wollen wir uns in Ruhe überlegen. Wir wollen auch durch eigenes Nachdenken noch weitere Anregungen hinzufügen. Wir werden dann nach den Ferien wieder zusammenkommen, um dann zu einer aktiven Arbeit überzugehen, von der Herr Zimmer eben gesprochen hat. Ich darf Sie nun bitten, eine Pause bis 15.15 Uhr einzulegen.

Unterbrechung der Sitzung 14.15 Uhr. – Wiederbeginn: 15.15 Uhr.

Adenauer: Wir wollen fortfahren. Ich darf Herrn Lenz bitten, uns über die Saar zu berichten.

---

96 Werner Krueger (geb. 1915), Mitgründer der CDU, 1946–1949 Parlamentsjournalist, ab 1950 im Presse- und Informationsamt (1952–1954 und 1956–1966 stv. Bundespressechef, ab 1961 Ministerialdirektor), 1954–1956 Chefredakteur Fernsehen NWDR Köln/Hamburg, 1967–1969 Leiter des Planungsstabs im Bundeskanzleramt.

Aufnahme der Saar-CDU als Landesverband in die Bundespartei

Lenz: Ich will kurz referieren, wie die Geschichte der Verhandlungen mit der CDU Saar und mit der CVP Saar bisher gewesen ist. Wir haben eine ganze Reihe von Besprechungen mit der CDU Saar gehabt. Ein Hauptziel dieser Besprechungen war, eine Einigung zwischen der CVP und der CDU Saar zu erreichen. Es war scheinbar einmal soweit, als ob diese Einigung herbeigeführt wäre, als eine Delegation der CVP und der CDU in Unkel gemeinsam verhandelt hat.[97] Damals sind Richtlinien aufgestellt worden über die Möglichkeit des Aufgehens der CVP in die CDU Saar. Ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Die Sache ist dann gescheitert an der CVP, die die getroffenen Vereinbarungen in Unkel und nachher in Morbach abgelehnt und erklärt hat, unter diesen Bedingungen könne sie sich mit der CDU Saar nicht verschmelzen.

Bei der CDU Saar hat es auch heftige Auseinandersetzungen darum gegeben. Aber in der Delegiertenversammlung sind damals diese Vereinbarungen von der CDU Saar akzeptiert worden. Nun ist leider der Zustand an der Saar so, das werden die anderen Herren, die die Verhältnisse kennen, bestätigen, daß eben die Feindschaft, [die] insbesondere durch die Führung der Kommunalwahlen[98] zwischen den beiden Parteien entstanden ist, bis tief hinunter in die Dörfer hineingeht. Es handelt sich dort um einen Familienzwist schlimmsten Ausmaßes. Deshalb ist es im Augenblick wohl gar nicht möglich, eine Verständigung zwischen der CDU und der CVP zu erreichen, weil die Feindschaft zwischen den einzelnen Leuten noch zu groß ist.

Wir sind der Auffassung, daß wir auch von uns aus, als CDU des Bundesgebietes, die CVP nicht gleich behandeln können mit der CDU Saar. Die CDU Saar ist damals von uns aus gegründet worden. Sie ist nach unseren Statuten eigentlich schon immer ein Teil der CDU des Bundesgebietes, auch wenn die Politik, die sie gemacht hat, nicht immer unseren Auffassungen entsprochen haben mag. Aber wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß die CDU Saar nun einmal ein Teil der Bundes-CDU ist.

Nun hat die CDU Saar vor 14 Tagen einen Antrag gestellt, nunmehr offiziell als Landesverband der Bundes-CDU anerkannt zu werden. Sie erwartet, daß heute darüber ein Beschluß gefaßt wird. Wir haben in den letzten Wochen noch einmal in zwei Besprechungen die Frage zu klären versucht, unter welchen Modalitäten eine Verständigung mit der CVP möglich ist. Die CDU Saar ist nach wie vor bereit, die Mitglieder der CVP Saar aufzunehmen, und zwar unter ehrenvollen Bedingungen als gleichberechtigte Mitglieder, sie ist aber nicht willens, die CVP als Partei in die CDU aufgehen zu lassen. Sie will keine Fusion, keine Globalaufnahme, sondern sie besteht darauf, daß es sich um Ausnahmen handelt. Von gewissen Leuten behauptet

97 Zusammensetzung der Delegation und Vereinbarungen von Unkel und Morbach vom 21. März 1956 in Schmidt 3 S. 447–458.

98 Gemeinderats- und Kreisratswahlen vom 13. Mai 1956: CDU 27,8 bzw. 27 %, CVP 22,4 bzw. 23,3 %, DPS 24,4 bzw. 24 %, SPD 18,8 bzw. 18,6 %, KP 5,4 bzw. 5,9 % (Schmidt 3 S. 422–435, hier S. 431).

sie, daß diese eine solche Rolle gespielt hätten, daß sie nicht als Mitglieder der CDU tragbar seien. Um diesen Punkt ist es gegangen. Weitere Zugeständnisse in dieser Richtung wollte die CDU nicht machen.

In einem Abschlußprotokoll, was wir über die letzte Sitzung gemacht haben[99], ist folgende Prozedur in Aussicht genommen worden: Wenn die CDU Saar heute als Landesverband anerkannt wird, soll noch einmal in einer feierlichen Form von seiten der Bundes-CDU erklärt werden, daß die CDU bereit sei, die Mitglieder der CVP in ihre Reihen aufzunehmen. Es war vorgesehen, daß das eventuell bei der Kundgebung in Saarbrücken, in der die Aufnahme der CDU Saar in die Bundes-CDU erfolgen soll, geschieht.

Nun haben die Dinge insofern eine neue Wendung erfahren, als die CVP Saar in einem Schreiben, das Anfang der vergangenen Woche eingegangen ist, an die Bundes-CDU erklärt hat, sie möchte nunmehr eine klare Entscheidung darüber haben, ob die Bundes-CDU noch Wert darauf lege, mit der CVP über diese Dinge zu verhandeln. Wenn das nicht der Fall sei, dann sei sie berechtigt, ihre politischen Entscheidungen frei zu treffen. Sie hat gestern Herrn Ruland[100] und Herrn Erwin Müller[101] noch einmal nach Bonn geschickt, um uns die Situation darzulegen. Sie haben klar und eindeutig erklärt, sie stünden mit dem Zentrum in Verhandlungen. Wenn es nicht zu einer Einigung käme, dann wären sie gezwungen, sich an das Zentrum zu wenden, weil sie irgendwie im Gebiete der Bundesrepublik eine politische Heimat oder einen politischen Anschluß haben müßten. Wir haben ihnen sehr deutlich gesagt, daß die Anlehnung an das Zentrum ein Zusammengehen mit Kräften bedeuten würde, die die Regierung in Nordrhein-Westfalen gestürzt haben, die in nächster Nähe der FDP sind und damit auch in nächster Nähe des Herrn Heinrich Schneider, der heute noch nicht offiziell der Exponent der FDP an der Saar ist. Sie haben uns aber erklärt, die Verhandlungen seien schon so weit gediehen, daß sie sich nunmehr entscheiden müßten. Andernfalls müßten sie diesen Schritt eben tun.

Das ist die Situation, die heute zu besprechen ist. Die CDU Saar sagt, wir müssen bei Verhandlungen mit der CVP Saar außerordentlich vorsichtig sein; denn ein großer Teil der CDU-Leute an der Saar könnte diese Verhandlungen oder ein allzu großes Entgegenkommen gegenüber der CVP zum Anlaß benutzen, aus der CDU auszutreten und zu Heinrich Schneider in die DPS überzugehen, weil die Gegensätze zu groß sind. Es ist also die Schwierigkeit, einen Weg zu finden, der auf der einen Seite nicht zu einem Verlust von Mitgliedern innerhalb der CDU führt, auf der anderen Seite aber doch noch die Möglichkeit zu einer nochmaligen Verhandlung mit der CVP zu schaffen.

---

99 EBD. S. 449–451.

100 Franz Ruland (1901–1964), 1951–1955 Wirtschaftsminister Saarland, 1952–1957 MdL (CVP), 1957–1961, 1962–1964 MdB (CDU).

101 Erwin Müller (1906–1968), 1946–1947 Präsident und Direktor für Justiz, 1951–1952 Minister für Kultus, Unterricht, Volksbildung und für Justiz, 1952–1954 für Forsten und Finanzen, 1947–1955, 1960–1968 MdL Saarland (bis 1965 CVP, dann CDU).

Ich glaube aber, daß über die Frage der Aufnahme der CDU Saar als Landesverband nicht mehr viel zu diskutieren ist, weil er de facto nach unserer Satzung schon ein Teil der Bundes-CDU ist. Heute handelt es sich mehr oder weniger nur um die formelle Anerkennung als Landesverband.

Adenauer: Ich beurteile die Situation in mancher Beziehung etwas anders als der Herr Kollege Lenz. Ich habe schon zu Beginn unserer Tagung, als ich Ihnen einen Überblick über die gesamte Lage gab, ausgeführt, daß es sich jetzt bei der CVP und CDU Saar nicht mehr um eine Saar-Angelegenheit handelt, geschweige denn um einen Familienzwist. Das ist der Ausdruck, den Herr Kollege Lenz nach meiner Meinung sehr richtig gebraucht hat. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die entscheidend sein kann für die Regierungsbildung im Bundestag im Jahre 1957. Wir haben eben bei Tisch überschlagen, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn sich das Zentrum, die CVP, die Südbadener Landespartei und die Bayernpartei, die ebenfalls mit der CVP verhandeln, zusammenfinden. Dann entsteht die ziemlich sichere Möglichkeit, daß sich zusammen eine Gruppe von 14 bis 18 Bundestagsabgeordneten bildet. Diese 14 bis 18 Bundestagsabgeordneten können – man kann jetzt nur vorsichtig sprechen, aber diese Möglichkeit muß man ins Auge fassen – das Zünglein an der Waage werden, d.h., sie können, wenn die Wahlen für uns schlechter ausfallen, für die SPD aber besser ausfallen, zusammen mit der SPD und FDP eine Mehrheit bilden. Wir sind uns darüber einig, daß die Bundestagswahl 1957 und die auf ihr beruhende Regierungsbildung entscheidend sein kann für das Schicksal von Gesamtdeutschland. Es ist schlechterdings für mich nicht möglich, mich dann bei Entscheidungen leiten zu lassen von einem Familienzwist, wie er dort bis in die Dörfer hineingegangen ist. Ich kann mich dann nicht leiten lassen von der Erwägung, der eine sei „deutscher" als der andere. Das geht nicht. Wir haben nach meiner Meinung nicht über die Vergangenheit zu urteilen, sondern wir müssen in die Zukunft sehen, und zwar nach großen Gesichtspunkten.

Ich habe mit keinem CVP-Mann gesprochen, sondern was ich sage, beruht auf Berichten der Herren Heck, Krone und Globke, die mit der CVP gesprochen haben. Die Sache ist doch so – das geht aus den Ausführungen von Herrn Lenz hervor –, es soll jeder einzelne CVP-Mann daraufhin geprüft werden von der CDU Saar, ob er aufgenommen wird in die CDU oder nicht. Wenn ich CVP-Mann wäre, würde ich mich einem solchen Scherbengericht nicht unterwerfen; denn das ist ein Scherbengericht, durchsetzt von persönlichen Ressentiments. Ich verteidige in keiner Weise die Politik der CVP, sondern ich bin darin ganz realistisch, aber ich muß das eine betonen, als diese Saarparteien entstanden, gab es noch keinen Bund. Damals war es die Absicht Amerikas, Englands und Frankreichs, die Saar abzutrennen und Frankreich einzuverleiben. Auf der Moskauer Konferenz des Jahres 1947[102] sollte das beschlossen werden. Rußland hat dagegen Einspruch erhoben; denn es verfolgte damals den Plan, daß das ganze Ruhrgebiet neutralisiert und den vier Alliierten unterworfen werden

102 Vgl. Nr. 2 Anm. 75.

sollte, nicht etwa aus Liebe zu uns. Daraufhin haben nun die drei westlichen Alliierten beschlossen, daß die Saar an Frankreich gewissermaßen als Kriegsentschädigung zur wirtschaftlichen Ausbeutung überlassen werden sollte. Die Franzosen haben dann, weil ihnen klar war, daß sie die wirtschaftliche Ausbeutung auf einem anderen Weg nicht vornehmen konnten, dieses Regime eingeführt. Die Bewohner des Saargebietes sind dann durch die ausdrückliche Erklärung der Franzosen, wenn sie sich nicht fügten, würden ihre Werke demontiert, dazu gebracht worden, ja zu sagen.

Meine Damen und Herren! Man muß sich doch diese ganzen Dinge von damals einmal vor Augen halten, um sich klar darüber zu werden, welche Sünden begangen worden sind, ob sie nun groß oder nicht sehr groß waren.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern – ich bitte den Herrn Kollegen von der CSU, mir das nicht übelzunehmen –, daß der Bayerische Landtag im Jahre 1949 es abgelehnt hat, das Grundgesetz zu billigen. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß sogar jetzt noch an den Grenzen von Bayern nicht steht: Bundesrepublik Deutschland, sondern: Freistaat Bayern. (*Schröder:* Es wird im Moment besser, denn wir haben hierüber eine Aktion laufen.) Meine Herren, es steht noch da, und man muß sich diese Entwicklung immer vor Augen halten aus der damaligen Zeit, um zu verstehen, wie manche Dinge gekommen sind, zwar zu unserem Bedauern, aber sie sind gekommen.

Herr Meyers hat mich daran erinnert: Ich habe im Jahre 1953 in kleinem Kreise darauf hingewiesen, daß nach meiner Meinung unsere Saarpolitik falsch sei und wir zu einem viel früheren Zeitpunkt mit der CVP – ich spreche jetzt nicht von Herrn Hoffmann – hätten Fühlung aufnehmen müssen. Auch das soll kein persönlicher Vorwurf sein, wenn ich sage, Herr Ney, der jetzt der reinste aller Deutschen ist, hat doch seinerzeit an den französischen Präfekten geschrieben, wenn die Saar abgetrennt würde, dann werde er ein loyaler französischer Bürger sein.[103] Er hat diesen Brief frei und ungezwungen geschrieben. Herr Ney ist auch bei der Gründung der CDU nicht von vornherein Mitglied gewesen.

Ich sage das nur, damit wir Licht und Schatten einigermaßen gleichmäßig verteilt sehen. Dabei betone ich nochmals, ich halte es für unmöglich, etwa die einzelnen CVP-Leute einem Scherbengericht zu unterwerfen, ob sie aufgenommen werden oder nicht.

Und wenn das richtig ist, was mir eben gesagt wurde, daß in Völklingen die CDU Saar die Kommunisten in die Gemeindeverwaltung aufgenommen hat, aber nicht die CVP-Leute, dann muß ich sagen ... (*Bewegung und Unruhe. – Hellwig:* Umgekehrt ist es auch geschehen. – *Cillien:* Nur in einem Fall ist es umgekehrt geschehen. So sind wir unterrichtet worden. – *Altmeier:* Dann sind Sie falsch unterrichtet! – *Unruhe.*) Völklingen ist kein kleiner Ort. Wenn das so ist, dann finde ich das als einen Beweis dafür, daß die Leute so in einem persönlichen Krach verrannt sind, daß alles Zureden einfach nichts mehr hilft.

---

103 Schreiben nicht ermittelt.

Wir müssen die Tatsache jetzt so sehen: Es gibt die CDU Saar, und es gibt die CVP Saar. Die CVP ist nicht, wie die CDU seinerzeit angenommen hat, bei den Kommunalwahlen wie Schnee vor der Sonne verschwunden, sondern sie hat sich bei den Kommunalwahlen behauptet. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß die Leute irgendwie einen Anschluß suchen und daß das Zentrum um sie wirbt. Es besteht also die Möglichkeit mit den 14 bis 18 Bundestagsabgeordneten, von der ich eben gesprochen habe. Wir entscheiden heute also im Grunde genommen darum, ob wir der Entstehung einer neuen Gruppe im Bundestag Vorschub leisten sollen, die eventuell bei der Regierungsbildung den Ausschlag gibt, die aber keinesfalls bereit sein wird, mit uns eine Regierung zu bilden. Sie würde eine Regierung mit der SPD bilden, und zwar mit all den Folgen, die dann eine vollkommene Umkehr der bisherigen Außenpolitik für Deutschland hätte. So sehe ich die Situation.

Daher würde ich empfehlen, einmal folgenden Vorschlag zu überlegen: Zunächst ist diese Konstruktion, daß die CDU Saar eo ipso Mitglied der Bundes-CDU sei, eine etwas kühne Konstruktion. Wir müssen sie aufnehmen. Das kann aber nicht der Parteivorstand, sondern das muß die große Versammlung tun. Es ist eine vorläufige Aufnahme vorgeschlagen worden. Auch das steht nicht im Statut, aber ich habe nichts dagegen, weil nämlich ein ganz besonderer Fall vorliegt, der bei der Schaffung des Statuts nicht vorauszusehen war. Man muß also sehen, daß man diese Lücke ausfüllt.

Was machen wir mit der CVP? Jetzt der CDU Saar aufzuerlegen: Du nimmst die CVP auf! – das hat keinen Zweck. Das hat Herr Lenz ganz richtig geschildert. Auf der anderen Seite ist Gefahr im Verzuge wegen des Zentrums. Die Leute von der CVP wollen aber wissen, was nun aus ihnen wird. Sie haben einen Brief an uns geschrieben – ich habe nur den Anfang gelesen –, wonach sie am 15. Juli einen außerordentlichen Delegiertentag der CVP haben. Es sind insgesamt sechs Seiten, und ich weiß nicht, was darinsteht, aber wie es scheint, sind es Klagen über die Behandlung durch die andere Seite.

Nun kommt etwas hinzu, das darf ich vielleicht mit Zustimmung des Herrn Kollegen Krone sagen, Herr Prälat Lenz[104] aus Trier hat gesagt, daß etwa 70 % der Katholiken an der Saar im Lager der CVP stünden. Wenn der Einfluß der Geistlichkeit an der Saar noch so groß ist, wie er einmal war – ich glaube, das wird annähernd noch der Fall sein –, ist das auch ein Moment von großer Bedeutung. Daher mein Vorschlag, folgenden Beschluß zu fassen: Für den Fall, daß die CVP den Antrag stellt, in die Bundes-CDU aufgenommen zu werden, wird auch sie vorläufig aufgenommen. Wir bilden gleichzeitig einen Ausschuß, bestehend aus je drei Leuten der CDU Saar, der CVP Saar und der Bundes-CDU, mit der Auflage, in gemessener Zeit eine Fusion zwischen diesen beiden Blöcken, kann man fast sagen, herbeizuführen. Ich sehe keinen anderen Ausweg. Mir wäre es sehr viel sympathischer – ich möchte das namentlich den Herren Kollegen Altmeier und Lenz sagen –, wir brauchten das nicht zu tun

104 Dr. Johann Lenz (1888–1979), 1922–1947 Professor für Fundamentaltheologie, Religions- und Missionswissenschaft, Geistlicher Rat und Domkapitular.

und könnten die CVP schließlich ihrem Schicksal überlassen, aber wenn man auf der anderen Seite bedenkt, welche Konsequenzen das haben kann für die Gesamtpartei und für die Bundesrepublik, dann dürfen wir diesen Weg nicht gehen, sondern müssen hier den Versuch machen, die CVP vor der Verbindung mit dem Zentrum zurückzuhalten. Ob wir damit Erfolg haben, kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn ich nicht irre, hat Herr Globke mir damals gesagt, die Herren hätten erklärt, sie würden einen Antrag stellen, in die CDU aufgenommen zu werden, wenn sie die Gewißheit hätten, daß wir den Antrag annähmen; sie könnten aber den Antrag nicht stellen, wenn sie befürchten müßten, daß er abgelehnt werde. Erfreulich ist die Situation nicht, im Gegenteil, sie ist in hohem Maße unerfreulich, und wir müssen sehen, das Beste daraus zu machen, was zu machen ist im Hinblick auf die Bundestagswahl des Jahres 1957. Herr Krone, würden Sie vielleicht etwas dazu sagen?

Krone: Meine Damen und Herren! Ich gehe von dem Gedanken aus, noch einmal zu versuchen, beide Parteien zusammenzubringen. Es ist in den letzten 14 Tagen weit schwieriger geworden, als es bisher der Fall war. Das gebe ich gerne zu. Ein Teil ist soweit, daß er sagt, wir wollen nicht, wir gehen mit dem Zentrum, es mag kommen, was will. Das ist mir gestern völlig klargeworden. Aber ein Teil ist noch vernünftig und sucht noch einen Weg. Ich bin nicht der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, der sagt, beide vorläufig aufzunehmen. Ich meine, wir sollten die CDU Saar aufnehmen, allerdings mit der Verpflichtung, daß wir dann, wenn sie hier ist, von uns aus Verhandlungen mit der CDU Saar und der CVP über eine bessere Form des Zusammengehens führen können, eventuell in der Form eines Zusammenschlusses. Dann wird sich zeigen, ob Herr Ney diesen Beschluß annimmt oder nicht. Ich habe von Herrn Ney nach der letzten Sitzung die Empfindung, daß er das vielleicht gar nicht will. (*Altmeier:* Dann hätten Sie in der Sitzung dabeisein müssen!) Herr Altmeier, ich lege dagegen Verwahrung ein! Der Beauftragte war Herr Lenz und nicht Herr Krone. Das ist die Geschichte. Und wenn ich von einigen Herren gebeten worden bin mitzuarbeiten, dann habe ich das getan, sonst nichts!

Albers: Wenn wir die Zentrumspartei attraktiv machen wollen, auch in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen, dann müssen wir den Beschluß fassen, wie er uns heute vorgelegt wird: Aufnahme der Saar-CDU in die Bundes-CDU. Ich meine, wir sind heute in diesem Kreise nicht kompetent, über diese schwerwiegende Frage zu entscheiden. Das ist Aufgabe des Bundesparteiausschusses. Wenn wir die CVP vor den Kopf stoßen und wenn ich an die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen usw. denke, dann sehe ich, daß hier Kräfte neuen Auftrieb erhalten, die für uns nur zum Schaden sind. Ich frage Sie, wollen wir das, da doch vielleicht am 15. September im Landtag Nordrhein-Westfalen der Beschluß gefaßt wird, die 2%-Klausel für die im Landtag vertretenen Parteien einzuführen?[105]

105 Nach dem Übertritt der Abgeordneten Hilde Röskau von der CDU zur FDP hatte sich die Koalition von SPD und FDP in NW so stabilisiert, daß sie von einer Änderung des Wahlgesetzes zugunsten der Zentrumspartei Abstand nahm (vgl. FAZ vom 12. September 1956).

Unter den Voraussetzungen, von denen der Herr Kollege Lenz gesprochen hat, bin ich nicht in der Lage, einem Beschluß, heute die CDU Saar in die Gesamtpartei aufzunehmen, zuzustimmen. Ich nähere mich vielmehr dem Standpunkt des Herrn Bundeskanzlers, daß eine andere Partei-Instanz in dieser Frage entscheiden soll.

Im übrigen muß mit der CVP ein besseres Gespräch als bisher geführt werden. Ich habe vor einigen Wochen in Köln den Herrn Schneider von der Saar gehört. Ich muß Ihnen sagen, ich habe noch niemals nach 1945 – und das ist ihm von uns gesagt worden – einen solch nationalistischen Vortrag gehört wie von diesem Heinrich Schneider. Er sagte, er würde die Politik an der Saar bestimmen. Wenn die CDU diesen Anschluß fände, könne er das Klavier der CVP mitspielen. Das war für mich erschütternd. Ich bin also nicht in der Lage, am heutigen Tage dem Antrag der CDU Saar zuzustimmen.

Altmeier: Ich möchte zunächst klarstellen, daß nach unserer Auffassung die CDU Saar der Bundes-CDU angehört. Ich darf hierbei Bezug nehmen auf die Entwicklung, die zur Gründung der CDU Saar geführt hat und an der wir mitgewirkt haben. Ich erinnere an die Verhandlungen mit Herrn Justizrat Steegmann[106]. Damals ist die CDU entstanden, und er hat bereits den Herrn Ney – weil er selbst zu alt war, er ist mittlerweile verstorben – benannt. Die CDU Saar ist auch deshalb ein Teil der Partei, weil es darüber sehr eingehende Verhandlungen bei der Schaffung unserer Satzung gegeben hat. Der § 2 unserer heutigen Satzung spricht ausdrücklich davon, daß sich die Bundespartei der CDU in Landesverbände gliedert. Es heißt dann weiter wörtlich:

„Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind."

Die Gebiete, in denen freie Wahlen nicht abgehalten werden können, sind diejenigen des Ostens, die in unserer Partei durch die Exil-CDU, durch Berlin usw. seit Jahr und Tag vertreten sind. Das Gebiet, das am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen konnte, war die Saar. Ich bitte Sie, im Protokoll nachzulesen, was bei der Formulierung dieser Satzung von mir gesagt wurde. Es bestand damals völlige Übereinstimmung darüber, daß darunter die Saar verstanden wird, daß wir das Wort „Saar" aber nicht mehr in die Satzung besonders einfügen wollten. Durch diese Formulierung ist der Landesverband Saar auch damals schon ausdrücklich in die CDU aufgenommen worden. Ich habe deshalb im Laufe dieser ganzen Zeit bedauert, daß man den Vertreter dieses Landesverbandes nicht genauso zu unseren Vorstandssitzungen eingeladen hat, wie das auch bei den anderen Gruppen, die am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, der Fall war. Hätten wir es seit Jahr und Tag getan, dann hätte sich vielleicht das eine oder andere anders entwickelt. Wenn wir heute vor dem Antrag stehen, den Landesverband CDU Saar –

106 Franz Steegmann (1871–1953), vor 1935 Zentrum, Mitunterzeichner des Zulassungsantrags der CDU Saar vom 6. Februar 1952.

der sich bis in die kleinsten Ortsgruppen hinein gegliedert hat, der vor allen Dingen prozentual mehr Mitglieder aufweist als die CDU in der Bundesrepublik – in die CDU aufzunehmen, dann kann es sich m.E. nur noch um einen Beschluß handeln, daß wir de jure auch nach außen anerkennen, was de facto nach unserem Willen und nach unserer Satzung schon seit Jahr und Tag besteht. Das ist das eine.

Und nun das andere! Ich will auf die geschichtliche Entwicklung an der Saar, die der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat, nicht eingehen; wir haben sie als die unmittelbaren Nachbarn anders erlebt. Wir machen keinem an der Saar einen Vorwurf, aber wir unterstellen dem Herrn Hoffmann – es sind etwa fünf oder sechs Leute –, daß sie seit Jahrzehnten eine Politik getrieben haben, um die Saar von Deutschland abzuspalten. In der berüchtigten Präambel heißt es wörtlich, daß die Saar den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich vollzieht und die politische Unabhängigkeit von Deutschland proklamiert.[107] Diese Saarpräambel ist nicht durch das arme gequälte Volk der Saar zustande gekommen – das Volk hatte damals einen Landtag zu wählen –, sondern es ist dann in dieser Verbindung so am Rande gesagt worden, wer jene Partei wählt, die sich auf diese Präambel festgelegt hat, der hat damit die Präambel und somit auch die Verfassung angenommen, wonach im Jahre 1947 der wirtschaftliche Anschluß an Frankreich und die politische Unabhängigkeit von Deutschland vollzogen wurde. Auch wir haben in unserem Lande nationalen Schwierigkeiten gegenübergestanden. Auch in Rheinland-Pfalz sind in den Jahren 1946/47 mit den Franzosen, die aus Paris geschickt worden waren, die gleichen Verhandlungen geführt worden, nur mit dem Unterschied, daß sich bei uns niemand fand, der einer solchen Präambel zugestimmt hat, während an der Saar Herr Hoffmann und Konsorten diejenigen waren, die über die Präambel den politischen Anschluß und die Situation herbeigeführt haben, wie sie bis vor kurzem noch bestanden hat. Ich unterschätze, was nun die praktischen Dinge anbetrifft, keineswegs die Gefahr, die jetzt heraufbeschworen worden ist durch die Absichten eines Anschlusses an die Zentrumspartei. Ich unterschätze sie in keiner Weise; denn ich kenne die Verhältnisse an der Saar seit Jahr und Tag durch viele Besuche aus der Praxis und nicht aus der Unterhaltung von fünf oder sechs Leuten, die hier nach Bonn kommen. Wir müssen unterscheiden zwischen den 120.000 Wählern, die das letzte Mal noch CVP gewählt haben bei der Landtagswahl – bei der Gemeindewahl waren es weniger –, und den sieben oder acht Leuten, die nach Bonn kommen, um den Anschluß herbeizuführen bzw. um hier „in Einigung" zu machen. Man sollte also diese Dinge, wenn man sie nicht unterschätzt, auch nicht überbewerten; denn ein gewisses Zusammenspiel von Leuten hüben und drüben ist gar nicht zu verkennen.

---

107 Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947: „Das Volk an der Saar ... gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich ..." (Druck: SCHMIDT 2 S. 670).

Da erscheinen in hiesigen Zeitungen gewisse Artikel und malen diese Gefahr an die Wand. Wir kennen sogar die Leute, die diese Artikel geschrieben haben; sie sind nicht von der Saar. Und dann soll auf diese Weise auf uns – wie aus dem Schreiben[108] hervorgeht – ein Druck ausgeübt werden, indem wir diese fürchterliche Gefahr an der Wand sehen und nun davor kapitulieren sollen. Wir müssen aber ganz leidenschaftslos und ganz nüchtern, wie das bei Zahlen nun einmal der Fall ist, überlegen, was ist denn das Plus und das Minus? Das Saargebiet hat ungefähr eine Million Einwohner. Davon sind 600.000 Wähler. Von diesen 600.000 Wählern haben das letzte Mal rund 300.000 die beiden Parteien gewählt. Dabei handelt es sich um ungefähr 165.000 Stimmen der CDU. Diese stehen jetzt nicht mehr zur Debatte. Die anderen, nämlich die Stimmen der CVP, würden, wenn es sich um eine Bundestagswahl handelte, vielleicht ein bis anderthalb Mandat ausmachen. Demgegenüber stünde aber die Tatsache, daß eine Fusion oder eine Aufnahme der CVP als solche in die CDU von unseren Gegnern – von der SPD und auch von den anderen draußen in der ganzen Bundesrepublik – in einer Weise ausgeschlachtet und ausgewertet würde, daß der Verlust, der nun im ganzen Bundesgebiet bei einer solchen Wahl zu verzeichnen sein würde, sicherlich größer wäre als der Gewinn von einigen Stimmen der CVP. Ich wiederhole: Es handelt sich hier um einige wenige, die klar zu erkennen gegeben haben, daß sie nun in der Politik bleiben wollen.

Wenn wir hier nun von irgendwelcher Vereinigung mit der CVP sprechen, von einer Vereinigung der christlich-demokratischen Kräfte – wie es in dem Schreiben heißt –, dann müssen wir uns zunächst einmal darüber klarwerden: Was soll denn diese Vereinigung sein? Wir verstehen doch darunter, daß an der Saar, genau wie in der Bundesrepublik, demnächst eine CDU ist. Die CVP hat den Herrn Erwin Müller geschickt, mit dem ich keine Verhandlungen führen würde, während man sie mit anderen Leuten von der CVP ohne weiteres führen kann, aber den Herrn Erwin Müller, den schachtele ich genauso ein wie die Herren Hoffmann, Hector usw. Ich würde die CDU davor warnen, daß uns durch die Hereinnahme des Herrn Erwin Müller demnächst Reden von ihm aus den vergangenen Jahren präsentiert werden, wobei er z.B. von den Menschen im Osten als einem Haufen Kaschuben gesprochen hat, wo er weiter in einer Weise das Deutschtum herabgewürdigt hat, das uns hier in der Bundesrepublik geradezu einen tödlichen Schlag versetzen könnte. Wir haben also alle Veranlassung, hier die Spreu vom Weizen zu trennen.

Ich weiß, daß von der CVP unter den zwölf Abgeordneten eine ganze Anzahl – ich möchte sagen die meisten – gerne in die CDU käme, wobei aber der einzelne – das haben mir diese Leute selbst gesagt – nicht den Anfang machen kann, weil Herr Hoffmann noch an der Spitze ist. Es ist absolut falsch, wenn dargestellt wird, Herr Hoffmann sei abgetreten.

---

108 Schreiben der CVP an den Parteivorstand der CDU vom 27. Juni 1956 in ACDP VII-002-289.

Herr Hoffmann hat früher in seiner Staatskanzlei gesessen. Ich weiß aus internen Feststellungen, daß er jetzt von morgens bis abends in der Redaktionsstube der SVZ, seines Leibblattes an der Saar, sitzt und die Politik macht. Der Brief, der an uns gekommen ist, ist zweifellos das Produkt des Herrn Hoffmann und seiner engsten Mitarbeiter. Ich glaube aber, wenn wir die Dinge selber in die Hand nehmen und studieren, dann kommen von selbst die Fragen: Wollen wir uns unseres guten Namens begeben? Wollen wir unseren Gegnern – das haben wir heute gehört – Gründe für Anwürfe geben, die wir dann im Laufe der nächsten Wochen über uns ergehen lassen müssen? Wollen wir uns hier mit diesen wenigen Leuten noch belasten? Die Herren wollen doch etwas ganz anderes. Sie sprechen zwar von dem Zusammenschluß der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar, sie verstehen aber darunter nicht ein Aufgehen in die CDU. Sie sagen wörtlich:

„Es erscheint durchaus möglich und vertretbar, daß es mehrere christliche Parteien gibt, zumal es sich auf der politischen Ebene in der Mehrzahl um reine Ermessensfragen handelt, über die auch den Christen verschiedene Auffassungen möglich und erlaubt sind."

Sie schreiben weiter:

„Wir waren jedoch bereit, ohne zunächst die politischen Probleme der Bundesrepublik programmatisch zu erörtern (auch darüber dürften Meinungsverschiedenheiten festzustellen sein), den Gedanken der Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar über alles zu stellen und damit unseren Willen zu einer echten Befriedigung und Aussöhnung zu bekunden."

Nehmen Sie die SVZ, das Blatt des Herrn Hoffmann! Lesen Sie, was dort vor wenigen Tagen geschrieben wurde, als im Bundestag das Wehrpflichtgesetz verabschiedet worden ist. Sie hat ausdrücklich festgestellt, die Leute von der Saar seien von der Bundesgesetzgebung überrannt worden.[109] Man könnte unter keinen Umständen anerkennen, daß das Saargebiet in das von der Bundesrepublik verabschiedete Wehrgesetz überhaupt einbezogen werden konnte. Auch an anderer Stelle kommt noch einmal der Vorbehalt gegenüber der Bundesrepublik zum Ausdruck. Man spricht von einer Koalition zwischen der CVP und der CDU Saar. Sie schreiben, daß sie mit führenden Mitgliedern der CDU in Bonn Verhandlungen geführt hätten, um diesen Willen zur Einigung zu unterstreichen. Sie beziehen sich hierbei auf Herrn Dr. Krone. Sie schreiben aber weiter – ich glaube, diesen Satz muß man einmal auf sich wirken lassen –, daß sie jetzt vor einer völlig neuen Lage stünden. Es heißt dann wörtlich:

„Sie (CVP) muß den Eindruck gewinnen, daß Kräfte am Werk sind, die trotz der eindeutig klaren Haltung der CVP – sowohl vor als auch nach dem 23. Oktober – die Absicht tragen, der CVP nicht jene politischen Lebensmöglichkeiten zu bieten, die ihr aufgrund der Tatsache, daß sie am 23. Oktober – im Gegensatz zur CDU Saar

109 Vgl. SVZ vom 9. Juli 1956. – Kommentar „Die Saar und das Bonner Wehrpflichtgesetz".

– die offiziellen Parolen der CDU der Bundesrepublik verfochten hat, schon aus rein moralischen Gründen zustehen."

Ein solcher Satz, der uns aufbürden soll, was Herr Hoffmann vor dem 23. Oktober gemacht hat, steht doch im Raum, und er kann nicht deutlich genug im Interesse der Wahrheit, der Geschichte und der historischen Tatsachen zurückgewiesen werden, wenn wir nicht damit rechnen wollen, daß wir hier demnächst die SPD, die FDP usw. auf den Hals bekommen.

Wir haben den Herrn Schneider nicht zu verteidigen, ich glaube aber, in dieser Form würden wir ihm geradezu Wasser auf seine Mühle liefern. Die Gegensätze zwischen der CDU Saar und dem Herrn Schneider sind sehr groß. Herr Schneider wollte nicht kommen, als ich dem Herrn Ney einen Besuch gemacht habe. Ich habe bei der Gelegenheit festgestellt, daß die Verbindung zwischen Herrn Schneider und Herrn Ney – die man immer annimmt – eigentlich nur noch in der Weise besteht, daß Herr Schneider z.Z. Landtagspräsident ist und auf diese Weise mit den anderen Organisationen und Parteien zusammenkommt. Ich bin der Meinung, daß uns in dem Bestreben nach der Einigung schon deshalb ein Schaden entstanden ist, weil auch Herr Hoffmann und seine Leute an der Saar immer wieder darauf verweisen konnten, daß sie mit der Bundesrepublik konform gingen, daß die CDU Saar auch mit Bonn Krach hätte und noch nicht aufgenommen wäre usw.

Ich bin deshalb der Auffassung: Wir müssen heute diesen Beschluß fassen, daß wir de jure die CDU Saar als Landesverband aufnehmen, was sie de facto bisher schon war. Das ist übrigens – damit keine Unklarheit besteht – den Leuten in der letzten Besprechung, die hier im Auftrage des Parteivorstandes stattgefunden hat und zu der ich eingeladen war, klar und deutlich als der Vorschlag, der in dieser Besprechung erarbeitet wurde, zugesagt worden. Ich darf darauf hinweisen, daß neben dem Herrn Ney und seinem stellvertretenden Landesvorsitzenden[110] alle Vorsitzenden der Stadt- und Landkreise der CDU Saar mit insgesamt 17 Personen gekommen waren. Nach den Wünschen des geschäftsführenden Vorstandes – so ist gesagt worden – sollten dann noch einmal Gespräche mit Herrn Ney und seinen Mitarbeitern geführt werden. Aus diesem Grunde habe ich es sehr bedauert, daß von diesem geschäftsführenden Vorstand in der Besprechung – abgesehen von Herrn Bundesminister Dr. Schröder, der aber nachher wegen der Besprechung mit den Bischöfen weggehen mußte – eigentlich nur Herr Kaiser und Herr Heck da waren. Ich weiß es nicht mehr genau, ob noch jemand da war. (*Zuruf:* Herr Kiesinger war dabei!) Ja, er war auch einige Minuten da, hat sich aber an der Debatte nicht beteiligt, so daß die Leute von der Saar betroffen waren und feststellten: Wofür sind wir heute überhaupt hierhergekommen?

Es ist von den Geistlichen gesprochen worden. Wer die Saar kennt, der weiß, daß der Geistliche an der Saar eine Bedeutung hat, die auch in das Politische

110 Dr. Erwin Albrecht (1900–1985), 1955 zweiter, 1956–1957 erster stv. Vorsitzender der CDU Saar, Vorsitzender der evangelischen Arbeitsgruppe in der CDU Saar, 1957 Niederlegung der Parteiämter, 1959 Austritt aus der CDU, 1955–1959 MdL.

hineingeht. Herr Dr. Krone hat von Professor Lenz gesprochen. Herr Professor Lenz hat Anfang der vergangenen Woche als der offizielle Abgesandte des Bischofs[111] mit mir in meiner Koblenzer Wohnung einige Stunden zusammengesessen und keinen Zweifel darüber gelassen – er hat es mir im Auftrage des Herrn Bischofs mitgeteilt –, daß die Situation für den Bischof von Trier völlig klar sei, wenn jetzt erkennbar würde, daß diese Leute der CVP mit dem Zentrum Geschäfte machen wollten, das den christlichen Ministerpräsidenten Arnold in Nordrhein-Westfalen beseitigt und durch einen marxistischen Ministerpräsidenten ersetzt hätte. Er hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach dieser Seite die Bischöfe von Trier und von Speyer ein klares Wort der Ablehnung gegenüber solchen parteipolitischen Besprechungen aussprechen würden, wenn erkennbar werde, daß es sich so ergebe. In der Zeitung wurde von den Besprechungen berichtet, die Herr Amelunxen geführt hat. Sie haben gelesen, daß Amelunxen in der Presse erklärt hat, er hätte solche Besprechungen nicht geführt.[112] (*Meyers:* Das stimmt ja nicht!) Das stand aber in der Zeitung. Wir hören über Nordrhein-Westfalen irgendwelche Behauptungen, die heute pro und morgen contra sind.

Selbstverständlich müssen wir alles tun, um auch der taktischen Situation gerecht zu werden und die Wähler an der Saar zu gewinnen. Aber die CDU kann sich deshalb nicht für die ganze Bundesrepublik eine Belastung auferlegen, die größer wäre als das, was wir vielleicht im Augenblick gewinnen könnten. Wir wählen auch erst im September 1957. Von Herrn Lemmer ist unter anderem auch die Frage der Katholiken und der Protestanten in der CDU angesprochen worden. Die Leute an der Saar kennen den Unionsgedanken noch nicht; denn sie haben ihn in den letzten zehn Jahren nicht erlebt. Die CVP war im großen und ganzen eine Partei der Katholiken. Die CDU Saar hat dem Unionsgedanken Rechnung getragen. Der erste Vorsitzende Dr. Ney ist katholisch, sein Stellvertreter Dr. Albrecht ist evangelisch. Der Vorstand trägt dem Unionsgedanken Rechnung. Das ist in verschiedenen Kreisen ebenfalls der Fall. Ich möchte aber ausdrücklich auf die Gefahr nach dieser Seite aufmerksam machen: Wenn etwa durch eine Fusion mit der CVP bei den Wählern der CDU eine Resignation einträte, so wäre zweifellos die Gefahr gegeben, den Unionsgedanken an der Saar wieder zu zerschlagen. Wir müssen die Situation so sehen, wie sie ist. Ich habe mit einer Anzahl von Geistlichen gesprochen, als ich jetzt an der Saar war. Ich habe ihnen die Situation dargelegt und gesagt: Ihr kommt jetzt aus dem engen Bereich der Saarpolitik, wie ihr sie in den letzten zehn Jahren erlebt habt, heraus. Ihr kommt jetzt in die große CDU-Politik, in die christliche Partei der Bundesrepublik, in die CDU. Es wird sich darum handeln, nach dem 1. Januar zu den Gegebenheiten Stellung zu nehmen. Sie werden daran mitwirken, daß die CDU in der Bundesrepublik wieder zum Zuge kommt. Sie werden vor einem Neuland stehen und vor ganz anderen Aufgaben wie bisher. Daraufhin hat mir der Herr Dechant gesagt: Wie schade, daß Sie, Herr

111 Dr. Matthias Wehr (1892–1967), seit 1951 Bischof von Trier.
112 SVZ vom 9. Juli 1956; vgl. SCHMIDT 3 S. 466.

Ministerpräsident, jetzt nicht vor 20 oder 25 Geistlichen diese Thesen vorgetragen haben, damit sie einmal erkennen, worum es eigentlich in der Zukunft geht, daß sie nämlich aus der Enge, in der sie bisher waren, herauskommen. (*Adenauer:* Lieber Herr Altmeier! Das wollen wir ja!) Deshalb bin ich der Auffassung, hier klare Fronten zu schaffen, indem wir heute klar und deutlich sagen: Der Landesverband der CDU Saar ist ein Teil der Bundespartei. Das sollten wir unseren Freunden von der Saar mitteilen, meinetwegen in der feierlichen Form, von der die Rede war. Darüber hinaus sollten wir mit einigen Vertretern der Bundespartei und den guten Kräften an der Saar gemeinsam das Gespräch fortsetzen. Wir müssen dafür sorgen, daß Klarstellungen erfolgen. Ich habe mit dem Bischof von Speyer und dem Bischof von Trier die Besprechung mit den Zielen geführt, daß man demnächst einmal die Dechanten an einen runden Tisch bringen will, um ihnen in der Gesamtheit die Dinge vorzutragen. Ich habe in Saarlouis in einem ähnlichen Sinne mit dem Superintendenten gesprochen.

Ich bin davon überzeugt: Wenn die CDU Saar ein Teil der CDU der Bundesrepublik ist, wenn zweitens diese Gespräche fortgeführt werden und wenn drittens in ganz anderem Maße als bisher Bundespolitiker an die Saar gehen und dort in Versammlungen mitwirken, daß dann die Ergebnisse sehr gut sein werden. Wer ist denn bisher an die Saar gegangen? Wir haben aus unserem Lande der CDU Saar bei den letzten Kommunalwahlen zur Verfügung gestanden. Wir sind in den Versammlungen gewesen. Ich habe in Saarbrücken mit Herrn Ney gesprochen. Es ist auch nicht so, wie es oft dargestellt wird, weil man nur das eine oder andere herausgreift. Denken Sie doch bitte an die örtlichen Gegebenheiten. Dort ist im Laufe der Jahre ein Auseinanderleben eingetreten. In dem Schreiben der CVP wird darauf hingewiesen, daß bei der Besetzung von kommunalpolitischen Posten in einigen Gemeinden nicht so verfahren worden ist, wie es hätte sein sollen nach den Ergebnissen der Wahl, und daß sie z. B. in den Orten, wo sie die entscheidende Stellung hatte, nicht in entsprechendem Umfange Beigeordnete erhalten habe. Alle diese Dinge sind heute da. Die gilt es nun zu überwinden.

Auf der anderen Seite darf ich feststellen, daß in einer ganzen Anzahl von Orten – ich habe das Verzeichnis nicht zur Hand – das, was wir wollen, geschehen ist. An dem gleichen Tage, an dem wir mit den Herren von der Saar zusammen waren, ist einer der Anwesenden früher abgereist, weil in St. Ingbert oder in der Nachbarschaft ein Gespräch zwischen der CVP und der CDU Saar mit dem Ziele stattgefunden hat, eine Zusammenfassung der beiden Fraktionen herbeizuführen. Ich bin also davon überzeugt, daß dann, wenn einmal klare Verhältnisse durch den Beschluß hier geschaffen werden, auch bei den Abgeordneten des Landtages eine bessere Erkenntnis über die Gesamtsituation sich einstellt. Ich weiß, daß von diesen zwölf Leuten viele darauf warten, nun zur CDU-Fraktion zu gehen, aber einer der Herren hat mir gesagt: Wir können noch nicht, keiner will den Anfang machen, denn Herr Hoffmann ist noch da. Sorgen Sie dafür, daß dieser Graben endlich einmal übersprungen werden kann. Ich darf zusammenfassen: Wir müssen 1. die CDU Saar als Landesverband aufnehmen, 2. sollten wir das den Leuten in geeigneter Weise

mitteilen, 3. müssen wir vom Bundesparteivorstand oder einem Ausschuß mit dem Landesverband der CDU Saar zusammen überlegen, wie wir jene Schritte fortsetzen können, die schließlich zu der einen CDU an der Saar führen.

Wenn dabei zum Schluß einige wenige – wie Hoffmann, Hector, die einfach nicht wollen – auf der Strecke bleiben, weil sie sich in den letzten zehn Jahren so frankophil benommen haben, daß sie eine Rückkehr von heute auf morgen nicht finden können, so dürfen wir diesen wenigen zuliebe nicht das andere tun, nämlich unsere eigenen Leute, die in den letzten Jahren für das Deutschtum an der Saar gekämpft haben, nun in aller Öffentlichkeit bloßstellen. Wir dürfen nicht nur die 120.000 Wähler sehen, von denen die meisten nach meiner Überzeugung zu uns kommen, sondern wir müssen auf der anderen Seite auch die 150.000 sehen, die heute schon in der CDU Saar sind, die wir in eine hoffnungslose Situation bringen, wenn dieser Beschluß – darüber berichten alle Zeitungen – heute nicht zustande kommt. Ich möchte vor einem solchen Schritt, der sich zum Nachteil der CDU der Bundesrepublik auswirken würde, warnen; er würde auch die CDU unseres Landes in die größte Verlegenheit bringen. Wir haben auf unserem Landesparteitag in Trier[113] unserer großen Freude über das Aufnahmegesuch der CDU Saar Ausdruck verliehen. Wir haben ferner unsere Freude darüber zum Ausdruck gebracht, daß wir sie bald innerhalb der CDU der Bundesrepublik begrüßen dürfen.

Adenauer: Ich bedaure sehr, Herr Kollege Altmeier, einigen Punkten doch widersprechen zu müssen. Wir sollten zunächst aus der Diskussion ausschalten, Herr Altmeier, Namen wie Hoffmann und Hector. Sie wissen ganz genau, daß keiner hier daran denkt, derartige Leute in die CDU aufzunehmen. Deswegen sollten wir die Namen – Sie haben von fünf bis sechs gesprochen, die auf der Strecke bleiben – weglassen. Dann sind wir uns alle einig.

Zweitens haben Sie nicht recht mit Ihrer Auslegung des Statuts; denn Sie müssen zu dem § 2 den § 4 hinzuziehen. Der § 2 lautet so:

„Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind."

Dann ist im § 4 zur Erläuterung dessen genau gesagt, welche Gebiete im § 2 gemeint sind. Es heißt da:

„Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände und besonderen Vertretungen (§ 2). Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1.000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) wird durch 75 Delegierte vertreten.

Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Delegierte."

---

113 Vom 9. bis 10. Juni in Trier (Bericht in UiD vom 14. Juni 1956).

Von der Saar ist keine Rede! Ich bin der Auffassung, Herr Kollege Altmeier, daß wir gar nicht befugt sind, eine endgültige Aufnahme irgendeines Verbandes auszusprechen, sondern das muß der Bundesparteitag tun, der über dem Ganzen steht. Wir können nur – man darf die Herren nicht vor der Türe stehen lassen, bildlich gesprochen – eine vorläufige Aufnahme aussprechen. In der Beziehung stimme ich mit Ihnen überein.

Sie haben mich aber völlig mißverstanden, wenn Sie meinen, es käme mir darauf an, daß wir zwei oder drei Bundestagsabgeordnete von der Saar mehr bekämen, obgleich ich Ihnen das eine sagen muß: Zwei oder drei Bundestagsabgeordnete können unter Umständen recht viel bedeuten. (*Altmeier:* Nur einer!) Es handelt sich um etwas anderes. Es handelt sich doch darum, ob wir die Aufstellung einer neuen Gruppe dadurch ermöglichen, daß wir die CVP in deren Arm fallen lassen. Und das wird bestimmt der Fall sein. Damit wird auch das Zentrum die 5%-Grenze überschritten haben. Glauben Sie mir, Herr Altmeier, das Zentrum, das wir einmal tot geglaubt haben, ist nicht tot. Es hat jetzt in Düsseldorf die Verräterrolle gespielt. Das Zentrum war es doch, das mit unserer Hilfe gewählt worden ist. Das Zentrum ist es gewesen, das die Niederlage des Kabinetts Arnold herbeigeführt hat. Und da muß man sich doch fragen, ist es denn nicht richtig, wenigstens den Versuch zu machen, die CVP aufzunehmen? Ist es nicht richtig, den Versuch zu machen, die CVP von dem Paktieren mit dem Zentrum dadurch abzuhalten, daß wir ihr eine Möglichkeit eröffnen, auf einem guten Wege Mitglied der CDU zu werden? Das ist doch der Sinn meines Vorschlages.

Lieber Herr Altmeier! Sie selbst haben mir doch vor geraumer Zeit gesagt: Mit dem Herrn Ney ist überhaupt nicht zu verhandeln. (*Altmeier:* Das habe ich nicht gesagt!) Doch! (*Altmeier:* Ich habe gesagt, es wäre ein sehr schwieriger Mann!) Sie haben mir gesagt – und Herr Zimmer war dabei –, wir versuchen jetzt, einen anderen Vorschlag zu machen, weil mit ihm nicht zu verhandeln ist. Er mag seine Verdienste haben; er ist so, wie er ist. Er ist unduldsam, und jetzt gehört dahin eine Stelle, die Duldsamkeit übt, die unter die vergangenen Dinge einen Strich zu machen versteht. Herr Lenz hat mit Recht ausgeführt, hier sei ein Familienzwist vorhanden. Wir wissen alle, daß Familienstreitigkeiten das Häßlichste, das Unangenehmste und das Schwierigste sind, was es überhaupt gibt, wobei jede Objektivität völlig fehlt.

Mein Vorschlag geht nur dahin, der CVP die Möglichkeit zu geben, in die CDU hineinzukommen, damit sie jetzt nicht mit dem Zentrum abschließt, und zwar weiß ich da keinen anderen Weg, als daß man der CVP sagt: Wenn du einen Antrag stellst, wirst du aufgenommen, aber wir verlangen eine Verschmelzung der beiden Parteien, die sich da gebildet haben, und zwar unter Vermittlung eines Ausschusses, der aus je drei Leuten der einzelnen Parteien besteht. Ich weiß mir keine andere Möglichkeit.

Wenn Sie die berechtigte Sorge kennten, Herr Altmeier, mit der man dort den nächsten Bundestagswahlen entgegensehen muß, wenn Sie sich vorstellen, was davon abhängt, daß nämlich unter Umständen die ganze bisherige Außenpolitik umgekehrt wird, wenn Sie sich weiter vorstellen, daß dann totensicher der Anschluß an So-

wjetrußland kommt mit all den verhängnisvollen Folgen für uns und das übrige Westeuropa, dann meine ich zum Kuckuck bei diesen Saargeschichten, die natürlich ihre Beachtung verdienen – aber man muß doch die Dinge gegeneinander abwägen, und wenn man eine Möglichkeit sieht, das zu verhindern, ohne die CDU Saar zu verletzen –, dann muß man diesen Weg gehen. Weiter will ich nichts. Ich bin weit davon entfernt, nun etwa unter alles einen Strich zu machen. Nach meiner festen Überzeugung sind in der CVP eine ganze Reihe von Leuten, die wir niemals in der CDU sehen wollen, aber auf der anderen Seite sind es zum größten Teil Menschen, die aus Verblendung oder unter Druck dieser Partei damals beigetreten sind.

Was ich doch mit allen Mitteln verhindern möchte, das ist, dem Zentrum die Überspringung der 5%-Klausel zu ermöglichen; das gilt auch für die Bayernpartei. Ich weiß, daß sich die Bayernpartei ebenfalls nach Möglichkeiten umsieht, um die 5%-Klausel zu überspringen. Dazu dürfen wir unter keinen Umständen die Hand reichen, sondern wir müssen den Versuch machen, das zu verhindern.

Müller: Ich hatte zufällig Gelegenheit, gestern abend anläßlich eines Besuches in Saarbrücken mit den maßgeblichen Persönlichkeiten der CDU Saar zusammenzusein. Ich habe ein Bild bekommen nur vom Standpunkt der CDU aus; denn ich hatte keine Gelegenheit, mit den Herren der CVP zu sprechen. Ich hätte auch nicht – ich bitte, mich da nicht falsch zu verstehen – mit allen sprechen können.

Der Herr Bundeskanzler hat vollkommen recht, daß es ein ganz dringendes Anliegen ist, nun an der Saar, nachdem die Entscheidung gefallen ist, eine Einigung zwischen den christlichen Kräften herbeizuführen. Das ist nicht sehr leicht, und der springende Punkt liegt darin, wie der Herr Bundeskanzler mit Recht formuliert hat, einen Weg zu finden, der einen Zusammenschluß dieser christlichen Kräfte bringt, ohne die CDU Saar vor den Kopf zu stoßen.

Ich habe damals von der französischen Zone aus seit 1945 mit in den Verhandlungen gestanden und weiß, wie sich die Dinge an der Saar entwickelt haben. Eines ist nicht zu bestreiten: Es waren an der Saar Kräfte am Werk, die man – hart gesagt – nur als Landesverräter bezeichnen kann. Es war so, daß bis zum Jahre 1946 die Saar mit den anderen Regierungen der französischen Zone zusammengearbeitet hat. Es waren sogar unsere besten Leute. Dann kam das französische Diktat. Sie wurde abgetrennt. Nun ist der große Unterschied der: Man kann unter einem Besatzungsdiktat den Versuch machen, für sein Land das Beste herauszuholen. Man darf aber eines nicht tun, nämlich erklären, daß man auch innerlich diese Besatzungspolitik billigt. Und das war der Fehler, den Hoffmann und sein Kreis gemacht haben.

Ich erinnere an einen Vorgang, der in der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit eigentlich sprichwörtlich geworden ist. Die Ministerpräsidenten haben im Jahre 1947 auf der Münchener Konferenz[114] versucht, die Bundesrepublik zu schaffen. Zu dieser Konferenz erschienen sogar die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone.

---

114 Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 7. Juni 1947. Vgl. ESCHENBURG S. 276–280.

Sie wurden allerdings dann nach einigen Stunden durch sowjetischen Befehl wieder abberufen und reisten ab unter sehr dramatischen Umständen. Dagegen hat der christlich-soziale Ministerpräsident des Saarlandes nach München ein Telegramm geschickt, in dem stand, er verbitte sich die Einladung, die Saar gehöre nicht zu Deutschland. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Nun, nachdem die Entwicklung anders gegangen und die Saar wieder zu Deutschland zurückgekehrt ist, muß man dafür Verständnis haben, daß eben eine CDU – sei es die Bundes-CDU oder die CDU Saar – mit solchen Kräften schlechterdings keinen Frieden machen kann. Ich muß darauf hinweisen, daß die Saar-SPD noch viel schlimmer war. Das waren nun ausgesprochen Leute, wo man das Tischtuch von vornherein zerschneiden muß. Die haben sich mit der SPD des Bundesgebietes zusammengeschlossen, als die Herren die Konsequenzen gezogen haben, aus der SPD auszutreten, und der Rest wurde stillschweigend ohne große Worte in die SPD übernommen.

Man darf diese Vorgeschichte nicht übersehen. Sie ist heute in einem Gebiet von rund einer Million Einwohnern, wo fast jeder den anderen kennt und jeder vom anderen weiß, was er in den zehn Jahren gemacht hat, nicht aus den Köpfen herauszubringen. Deshalb ist es nicht möglich, nun einfach von Bonn her diese Dinge regeln zu wollen, wenn wir – es war nur ein Diskussionsvorschlag des Herrn Bundeskanzlers – beschlössen, die CDU endgültig oder vorläufig aufzunehmen, gleichzeitig aber damit verbänden, die CVP, wenn sie einen Antrag stellt, auch aufzunehmen. Mit einem solchen Beschluß wäre nach meiner Meinung das Problem in keiner Weise gelöst, weil es vom Standpunkt der Bundes-CDU aus ausgeschlossen ist, die CVP als solche aufzunehmen oder ihr eine Aufnahme in Aussicht zu stellen, weil wir damit zwei Parteien aufnähmen und damit den Streit unter diesen Parteien in der Bundes-CDU weiterführten. Es ist nicht möglich, daß wir hier erklären: Wir behandeln beide gleich, wir nehmen die CDU auf und später die CVP. Das ist völlig unmöglich, weil wir dann etwas erreicht haben, was wir nicht wollen. Wir würden damit der DPS des Herrn Schneider, die jetzt im Rückgang ist, neuen Auftrieb geben. Was wir der CVP erleichtern, das schaden wir der CDU. Von der CDU Saar würde ein Teil sofort abwandern und zu Herrn Schneider übergehen.

Ich bin daher der Meinung, man sollte so verfahren, wie Herr Lenz vorgeschlagen hat und wie das Herr Altmeier billigt: Nehmen wir die CDU Saar auf! Wenn Sie der Meinung sind, daß das nur vorläufig sein soll, dann machen Sie es vorläufig, aber betonen Sie das „vorläufig" nicht so sehr. Sorgen Sie dafür daß sofort Verhandlungen zwischen der CDU Saar mit der CVP, unter Hinzuziehung von maßgeblichen Leuten der Bundes-CDU, stattfinden. Es ist merkwürdig, daß in Unkel und Morbach sehr maßgebliche Leute der CVP der von der CDU vorgeschlagenen Einigung zugestimmt haben. Das zeigt, daß die CDU Saar keine unbilligen Bedingungen gestellt hat. Es ist so, daß die Kräfte von der CVP, die wir nicht haben wollen, den Versuch machen, im politischen Leben zu bleiben, und dem können wir keinen Vorschub leisten. Das sind keine CDU-Leute, die jetzt dem Bundesgeschäftsführer der CDU einen Brief geschrieben haben, wenn wir uns bis zum 8. oder 15. Juli nicht entschieden hätten,

gingen sie zum Zentrum; ausgerechnet ein halbes Jahr danach, nachdem das Zentrum in Düsseldorf die CDU verraten hat. Das geht doch nicht!

Ein Wort zur südbadischen CSU! Diese südbadische CSU ist nämlich das alte Zentrum, das aber schon bei der letzten Wahl keine Rolle gespielt hat. Im Zusammenhang mit den Volksbegehren glaubte es, seine Stunde sei gekommen.[115] Aber die Sache ist schon wieder behoben, weil die maßgeblichen Führer der alten badischen Bewegung mit dieser Bildung nichts zu tun haben wollen. Damit ist die Sache erledigt. Die kann man aus dem Spiel lassen; sie werden bei den Bundestagswahlen überhaupt keine Rolle spielen.

Bei der CVP kann es sich nur um einen Bundestagsabgeordneten handeln, und der wird sich überlegen, ob er gegen die CDU mit der SPD gehen will. Die Leute haben mir eindeutig erklärt: Die CVP kann nichts Besseres tun, als sich der Zentrumspartei anschließen; denn dann sind sie erledigt. Man sollte also die Dinge der Vergangenheit insofern vergessen, als man dem Ministerpräsidenten Ney etwas mehr Vertrauen schenken sollte. Ich hatte gestern Gelegenheit, viele Stunden mit ihm zusammenzusein. Unser Beruf bringt es mit sich, daß wir mit vielen Menschen zusammensein müssen. Auf mich hat er einen sehr guten Eindruck gemacht. Ich habe ihm alles das gesagt, was ich auf dem Herzen hatte. Man kann mit ihm reden. Es wäre ein großer Schritt getan, wenn der Herr Bundeskanzler den Herrn Krone und den Herrn Ney zu sich kommen ließe, um mit ihm zu sprechen. Er ist bereit, hier entgegenzukommen und das Seinige zu tun. Alle die Herren vom Landesvorstand haben mir erklärt, wenn die CDU Saar anerkannt ist, werden wir es leichter haben, aber bringt uns nicht in die Verlegenheit, daß wir Leute aufnehmen müssen, die an der Saar in dem Verdacht stehen – was sogar sehr häufig bewiesen ist –, daß sie die deutschen Interessen verraten haben.

Krone: Ich will nur feststellen, Herr Altmeier, ich habe mich nicht von mir aus mit der Saar befaßt, sondern die Herren waren vor Monaten bei mir und haben gesagt, wir kommen nicht weiter. Ich bin mit Ihnen einig, daß es nur eine CDU Saar geben kann und geben darf. Das war in den Beschlüssen von Unkel und Bonn festgelegt. Ich bin mit Ihnen der Meinung, im Gegensatz zum Herrn Bundeskanzler, daß wir, soweit es uns nach unseren Statuten möglich ist, die CDU Saar aufnehmen sollen. Die Differenz beginnt erst da: Wie behandeln wir darüber hinaus die noch bestehende CVP?

In Morbach – am Abend nach Bonn und Unkel – hat die CDU einen Beschluß gefaßt, der darauf hinausläuft, daß jedes einzelne Mitglied bei der Aufnahme geprüft werden soll, ob ja oder nein. Darin liegt eine Erschwerung der Übernahme der CVP-Mitglieder in die CDU. Hier bin ich der Meinung, Herr Ministerpräsident Altmeier, daß wir folgenden Weg gehen sollten: Wir nehmen sie auf, scheiden aber die

115 Zum Komplex des Volksbegehrens (Wiederherstellung des Landes Baden) FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 287–298, bes. 288–290; vgl. auch Paul-Ludwig WEINACHT: Die Badische CDU in Südbaden (1952–1972). In DERS.: Die CDU in Baden-Württemberg S. 195–202.

zehn oder fünfzehn, die selbst ausscheiden wollen, von vornherein aus und setzen eine Kommission von beiden Seiten ein, wer soll aufgenommen werden oder wer nicht? Und das will die CDU Saar nicht, sondern sie will jeden einzelnen durch die Tür gehen lassen, um ihm zu sagen: Du ja, du nicht! Das ist der einzige Differenzpunkt zwischen Ihnen und mir. Nun meine ich, wenn wir hier beschließen, wir nehmen sie auf, soweit das möglich ist, sollten wir der CDU Saar sagen, wir legen Wert darauf, daß die anderen Leute in anständiger Form übernommen werden. Wo noch Differenzpunkte sind, soll die gemischte Kommission mit uns zusammen eingesetzt werden. Das ist mein Vorschlag.

Lenz: Ich habe in meinem Bericht die Tatsachen ganz kurz zusammengefaßt. Ich möchte ergänzend sagen, eine gleichzeitige Zusage an die CVP, sie als gleichberechtigt ebenso wie die CDU aufzunehmen, ist politisch für die CDU Saar nicht tragbar. Aber die Unterhändler der CVP, die gestern da waren, sind so weit nicht gegangen, sondern sie haben gesagt: Wir möchten, daß zwischen der CDU Saar und der CVP Saar ein Beschluß gefaßt und eine Zusammenarbeit angebahnt wird auf der Ebene der Fraktionen im Landtag, im Kreistag und in den kommunalen Parlamenten. Dann sollten, wenn sich die Zusammenarbeit einigermaßen durchgesetzt hat, die Bedingungen vereinbart werden, unter denen die Mitglieder der CVP in die CDU Saar aufgenommen werden.

Das alles ist ganz vernünftig. Sie wollen darauf hinaus, daß anstatt einer Einzelaufnahme von Mitgliedern der CVP eine Globalaufnahme erfolgt. Man hat gesagt, wir werden uns dann aber vorher darüber verständigen, welche Leute der CVP nicht tragbar sind für die CDU. Wir sehen ein, daß nicht alle übernommen werden können. Die nicht Aufnahmefähigen werden sich wahrscheinlich erst gar nicht zur Aufnahme melden, sondern schon vorher aus der CVP ausscheiden. So weit ist Herr Ruland gegangen. Herr Erwin Müller war offenbar schon längst bei der Koalition mit dem Zentrum; er hatte keinen echten Verhandlungswillen, sondern für ihn war das nur noch eine Verhandlung, um den Absprung zu finden und sagen zu können, wir haben nochmals den Versuch in Bonn gemacht, aber unsere Bedingungen sind nicht angenommen worden, also können wir zum Zentrum gehen, während Herr Ruland den ehrlichen Verhandlungswillen hatte, zu vermeiden, daß es zu einer Fusion CVP/Zentrum kommt.

Deshalb bin ich der Auffassung, daß es dem Anliegen der Herren entspricht, wenn wir so formulieren:

„Der Vorstand der CDU erkennt die CDU Saar als Landesverband der CDU an und wird dem Parteitag vorschlagen, die CDU Saar als Landesverband beim nächsten Bundesparteitag aufzunehmen."

Damit haben wir die Anerkennung ausgesprochen, und die formale Aufnahme kann auf dem nächsten Parteitag stattfinden. Ich würde weiter vorschlagen, die CVP wissen zu lassen, daß wir bereit sind, mit einer legitimierten Delegation der CVP noch einmal zu verhandeln über die Frage einer Einigung. Dann würde von unserer Seite eine Kommission oder ein kleiner Ausschuß aus Herren der CDU Saar und

der Bundespartei zu bestellen sein. Wenn die Mehrzahl der Herren dieser Auffassung ist, würde ich darum bitten, daß wir die beiden Vertreter der CDU Saar, den Fraktionsvorsitzenden und Landtagsvizepräsidenten Kratz[116] und seinen Stellvertreter Dr. Röder[117] hören, damit nicht die CDU Saar durch einen solchen Beschluß überrascht wird. Ich habe den Eindruck, daß wir mit den Herren zurechtkommen. Auf diese Weise ist wohl eine Lösung zu finden, die der CDU Saar das Gesicht wahrt und auf der anderen Seite den Faden zur CVP nicht abreißen läßt. Wenn die CVP ehrlich verhandeln will, dann muß sie diesen Weg gehen. Wenn sie ihn nicht geht, dann kann sie uns nicht die Schuld zuschieben. Wir haben das Maximum getan, was wir tun konnten.

Adenauer: Was ich gesagt habe, ist ein Vorschlag, um darüber zu sprechen. Ich bin überzeugt, daß die Herren von der CVP bezüglich ihrer Aufnahme nicht einfach abhängig sein wollen von der CDU Saar, sondern daß sie etwas mehr, also auf irgendeine Weise von der Bundes-CDU abhängig sein wollen. Auf dem Wege sollten wir versuchen, etwas zu schaffen. Ich kann auch bei einem Teil, der sich so miteinander verheddert hat, verstehen, daß die Leute sagen: Wenn wir vor das Parteigericht kommen, werden wir alle verurteilt.

Bitte überlegen Sie mal, Herr Lenz, ob es nicht einen solchen Weg gibt, den Leuten von der CVP die Gewißheit zu geben, daß ihre Aufnahme in die CDU nicht allein von der CDU Saar abhängig ist. Sie müssen sich gleichzeitig überlegen: Die CDU Saar muß auch damit einverstanden sein, daß eine außersaarländische CDU-Instanz dabei mitwirkt. (*Lenz:* Ich habe einen präzisen Vorschlag gemacht, der wohl die Zustimmung der Herren finden dürfte.) Machen Sie es bitte schriftlich!

Hellwig: Es muß auf folgendes aufmerksam gemacht werden: Je länger wir warten mit einer Entscheidung in dieser Frage, um so schwieriger wird es werden. Alle unsere Gegner setzen darauf, die Verständigung zwischen der CDU Saar und der CVP so lange wie möglich hinauszuzögern, damit diese Streitfrage in die Atmosphäre der Bundestagswahl 1957 hineinkommt und dann praktisch nicht mehr in unserem Sinne gelöst werden kann. Daher wäre ein definitiver Beschluß, der erst auf dem Parteitag 1957 gültig würde, nicht zu verantworten. Wir müssen einen definitiven Beschluß wesentlich früher fassen. Das könnte vielleicht im Parteiausschuß erfolgen.

Im Hinblick auf das Ansehen Ihrer Person, der CDU Deutschlands und der von ihr getragenen Außenpolitik fehlt uns – ich bitte, das sagen zu dürfen – die ganz eindeutig für unsere Politik in allen Lagen eintretende Gruppe an der Saar. Die CDU Saar ist zu dieser eindeutigen Haltung noch nicht so gekommen, wie das

116 Wilhelm Kratz (1905–1986), Mitgründer der CDU Saar, 1955–1965 MdL Saarland (1957–1959 Landtagspräsident), 1957 MdB.

117 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), 1955–1979 MdL Saarland, 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident, 1959–1973 CDU-Landesvorsitzender, dann Ehrenvorsitzender, 1957 MdB (Erich VOLTMER: Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar. Dillingen 1979).

notwendig wäre. Das liegt an der Verhaftetheit mit dem Heimatbund, wo sie ein ganz erhebliches Maß von politischen Entscheidungsmöglichkeiten mit den Gegnern ihrer Politik teilte. Das sehen wir an so merkwürdigen Dingen, daß die CDU Saar bei der Besetzung von Kommunalausschüssen mitwirkt, bei der zwar die Kommunisten mit hineingenommen werden, aber die CVP herausgelassen wird. Ich kann nicht das Umgekehrte als Argument gelten lassen, Herr Ministerpräsident Altmeier, und sagen, wenn die CVP es tut, da seht ihr, wie sie zusammenarbeiten gegen uns, aber wenn es unsere eigenen Leute tun, ist die Sache etwas anders.

Daher meine bescheidene Anregung, wenn der Vorstand eine vorläufige Aufnahme beschließt, dann soll die endgültige Aufnahme durch den Parteiausschuß erfolgen. Dann aber sollte an die CDU Saar klar die Forderung gestellt werden, die Heimatbundkoalition an der Saar nicht als Koalition zu übernehmen. Diese ganz bewußten Gegner unserer CDU-Politik müssen auf der Bundesebene ausscheiden. Das ist eigentlich die Gretchenfrage, die sich sehr schnell stellt, wenn die CDU Saar Mitglied der Bundes-CDU geworden ist. Herr Schneider und die DPS waren an den Düsseldorfer Vorgängen im Hintergrund nicht unbeteiligt.

Die zweite Anregung, auch als Antwort auf den Brief, den die CVP geschrieben hat! Was die CVP geschrieben hat, ist tatsächlich befremdend, weil hierin nicht die Frage des Zusammengehens behandelt wird, sondern die Sache auf ein völlig anderes Geleise verschoben werden soll, nämlich als ein Koalitionspartner der CDU anerkannt zu werden. Das ist etwas ganz anderes als das, was wir wollen und was wir für die Entwicklung im Jahre 1957 brauchen. Das sollten wir in einer Antwort ganz klar zum Ausdruck bringen. Wir müssen zweitens Taten sehen von der CVP, wenn sie den Willen zu diesem Zusammenschluß hat. Das kann nur der offizielle Rücktritt der für uns untragbaren Leute sein, die hier genannt worden sind. Das gesamte Gespräch wäre weiter, wenn die CVP auch die Kraft gehabt hätte, den Rücktritt von Hoffmann und Konsorten zu erzwingen. Wenn wir unsere Antwort in der Richtung abfassen, wird den Freunden in der CVP, die offenbar nicht stark genug sind, sich durchzusetzen, geholfen. Das sollte bei dieser Gelegenheit benutzt werden. Wir sollten bei dem Verfahren, das ich erwähnt habe, der CVP auch eine Bedingung stellen. Was hier geschieht, ist doch so, daß uns von der CVP Bedingungen gestellt werden.

Wir können unseren Freunden in der CVP, die zum Zusammenschluß bereit sind, einen Dienst erweisen, wenn wir sagen, wir wollen, aber dann auch bitte Taten von euch! Die CDU des Bundes ist in einer Situation, in der sie beiden gegenüber bestimmte Bedingungen stellen kann.

Dufhues: Wir haben in Westfalen unsere besonderen Erfahrungen mit der Beständigkeit von Gruppen, wie sie die CDU Saar darstellt. Das Zentrum hat trotz sehr nachdrücklicher Bemühungen der CDU Westfalens eine Lebenskraft bewiesen, die sich immerhin im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit neun bis zehn Mandaten ausdrückt. Wir haben jetzt wahrscheinlich die Chance, mit der Frage des Zentrums fertig zu werden angesichts der Tatsache, daß das Zentrum ausgerechnet eine andere Besetzung des Kultusministeriums verlangt hat, um das Kultusministerium für die

FDP oder die SPD freizuspielen.[118] Wenn es dem Zentrum aber gelingt, die Anhängerschaft eines größeren Teiles der CVP zu gewinnen, dann erhält es im Lande Nordrhein-Westfalen neuen Auftrieb, und das würde die künftige Entwicklung dieses Landes in unheilvoller Weise beeinflussen. Das läßt sich an Hand der Erfahrungen belegen.

Ich habe mir sagen lassen, daß ein nicht geringer Teil der christlichen Gewerkschaftler an der Saar mit dem Gedanken spielt, sich mit der CGD zu vereinigen. Diese christlichen Gewerkschaftler an der Saar sind weitgehend identisch mit den Angehörigen der CVP. Wenn diese gleichen Kräfte nun Einfluß auf die CGD gewönnen, so würde das für das Zentrum ein hohes Gewicht bedeuten. Aus diesem Grunde möchte ich unter besonderer Berücksichtigung der Schwierigkeiten im Lande Nordrhein-Westfalen einen Kompromißvorschlag machen. Ich bitte um Überlegung, ob folgender Vorschlag Ihre Zustimmung finden kann:

1. Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteiausschuß, die CDU Saar als Landesverband aufzunehmen.
2. Der CVP wird angeboten, sich mit der CDU zu fusionieren.
3. Für die Durchführung des Beschlusses zu 2. und die Regelung von Einzelheiten wird ein Ausschuß gebildet, der aus einem Mitglied der CDU, einem Mitglied der CVP und einem Mitglied der Bundes-CDU besteht.

Damit würden wir die Dinge in der Hand behalten. Das sollte das Ergebnis der heutigen Überlegungen und Beratungen sein.

Adenauer: Ich finde Ihren Vorschlag gut, nur würde ich nicht sagen, je einer, sondern jeweils drei Mitglieder für die Kommission. (*Dufhues:* Einverstanden!)

Wacher: Ich habe ums Wort gebeten, weil ich in der Behandlung dieses Problems eine sehr starke Parallele zu den bayerischen Verhältnissen sehe. Wenn ich mir die Schwierigkeiten vergegenwärtige, um die beiden Gruppen zusammenzufassen, habe ich die Befürchtung, daß die Meinung entstehen könnte: Dann können wir eben nur die CDU Saar aufnehmen. Ich war über das, was wir in den letzten Jahren in Bayern erlebt haben, sehr betroffen, und es könnte an der Saar dasselbe eintreten, was wir in der Bayernpartei haben. Wir haben in den letzten Jahren und Monaten darüber nachgedacht, wie es zu einer Spaltung der Bayernpartei und der CSU kommen konnte. Wir haben die Meinung vertreten, daß seinerzeit jedes noch so große Opfer gerechtfertigt gewesen wäre, um diese Spaltung zu verhindern. Aber nun ist es geschehen.

Ich bin der Überzeugung, daß Opfer an der Saar notwendig sind. Es steht mir nicht zu, mich hier hineinzumischen, aber es gibt nichts Schlimmeres als einen derartigen Bruderkrieg; der ist viel härter als eine Auseinandersetzung mit der SPD. Er ist auch viel peinlicher, und das scheint mir daher zu kommen, weil keine echten Gegensätze bestehen, sondern einfach gemacht werden, man päppelt sie hoch, und dann kommt

118 Kultusminister war von 1956–1958 Professor Dr. Paul Luchtenberg (FDP).

es zu persönlichen Angriffen. Ich bin der Meinung, man müßte versuchen, auch unter Opfern eine Einigung herbeizuführen.

Kaiser: Ich habe eine Bitte an den Herrn Bundeskanzler, daß er uns, den Männern, die sich um die Saar-Angelegenheiten in den letzten Monaten gekümmert haben, mit etwas größerem Vertrauen begegnen möchte. Wir haben mit unseren Freunden von der Saar immer wieder darüber gesprochen, ich denke an Altmeier, Lenz und Krone. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir nicht anders verfahren können, als jetzt unseren Freunden von der Saar ihre Zugehörigkeit zu uns zu bestätigen. Wir brauchen sie gar nicht mehr aufzunehmen, Herr Bundeskanzler, denn die CDU Saar ist durch Ihren Anruf, Herr Bundeskanzler, entstanden; Sie haben an Herrn Steegmann den Anruf ergehen lassen, es sei an der Zeit, die Partei zu gründen. Die Gründung ist auf Ihren Anruf hin erfolgt.

Wir brauchen auch nicht mehr nachzuprüfen, ob das mit den Statuten übereinstimmt oder nicht. Es stimmt mit den Statuten überein. Wir haben bei der Stuttgarter Beratung ausdrücklich gesagt, von der Saar dürfen wir nicht mehr sprechen; denn es haben freie Wahlen schon stattgefunden. Sie gehört schon zu uns. Wenn wir anders handelten, nämlich in dem Sinne, daß die Front von Schneider gestärkt würde, dann könnte Unglaubliches dort passieren. Ich kann allerdings nicht glauben, daß es irgend jemand möglich sein sollte, mit Hoffmann einen Pakt zu schließen. Das werden wir verhindern, wenn wir rasch handeln.

Wir sollten also die Zugehörigkeit der CDU Saar bestätigen, aber das Aufnehmen nicht so sehr betonen, weil sie im Grunde doch schon zu uns gehört. Wir sollten mit der anderen Gruppe in einen ordentlichen Kontakt kommen, indem diese eine Delegation nach hier entsendet. Wenn Sie selber, Herr Bundeskanzler, voll und ganz mit von der Partie sind in dieser Sache, wird uns das gelingen. Dann kommen 80 oder 90 % von diesen Leuten, die Hoffmann gefolgt sind, in die Reihen der Christlich-Demokratischen Union. Deshalb ist mir so sehr daran gelegen, daß Sie einmal mit nach Saarbrücken fahren – Altmeier muß dabeisein, ich auch –, damit wir gemeinsam zu den Leuten dort sprechen. Dann kommt das alles in Ordnung. Dann kommt das Parteigebilde zustande, in dem mindestens 60 % der Wahlberechtigten in unserem Lager stehen werden. Nach der ganzen Struktur der Bevölkerung und alledem, was ich von früher her weiß, kann und wird es nicht anders sein.

Krone und Lenz sollten es sich überlegen, unseren Freunden von der Saar klarzumachen, wenn diese Einströmung der bisherigen Gefolgschaft von Hoffmann in die Reihen der Christlich-Demokratischen Union erfolgt sein wird, [daß] in allen Organen der Partei neue Wahlen stattfinden sollten, damit auch die Leute, die von drüben herübergekommen sind, in der Führung der Partei zur Geltung kommen. Wir brauchen das nur zu wollen, dann wird es gelingen. Aber wir dürfen nicht mehr zögern.

Adenauer: Ich kann doch gar nicht an die Saar gehen, (*Kaiser:* Nicht im Augenblick!) ehe nicht der Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland geschlossen ist. Ich kann doch jetzt nicht, der ich gleichzeitig Bundeskanzler bin, nach Saarbrücken fahren.

Das würde in der Französischen Kammer eine Gegenwirkung ausüben gegen die Genehmigung des Vertrages. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Kaiser:* Aber am 23. Oktober!)

Cillien: Ich habe einige Besprechungen mitgemacht, unter deren Eindruck ich einiges sagen möchte. Wir haben uns wirklich alle Mühe gegeben, eine Verständigung herbeizuführen. Das haben uns die Leute auch bestätigt, und sie waren völlig davon überzeugt, daß wir heute die CDU Saar aufnähmen. Daran ist kein Zweifel. Sie trugen dann ihre besonderen Anliegen vor, und die waren so, daß man darüber sprechen konnte. Aber dann kam ein letzter Vorschlag, den Herr Müller machte, der lautete: gleichzeitig Aufnahme der CVP in die CDU. Das war der Punkt, über den wir natürlich nicht verhandeln konnten.

Ich würde meinen, daß Herr Ruland für die Verständigung war. Einer, dessen Namen ich nicht behalten habe, schwebte zwischen den Dingen, aber einer, der sich restlos für das Zentrum entschieden hatte, war dieser Erwin Müller. Herr Ruland hat zum Ausdruck gebracht, daß Herr Erwin Müller ein ungeheuer aktiver und einflußreicher Mann sei. Herr Müller war sehr ablehnend. Als wir etwas formulieren wollten, hat er sich sofort distanziert; er wollte nicht einmal in den Verdacht geraten, an der Schlußformulierung beteiligt gewesen zu sein. Wir haben folgendes vereinbart:

1. Die CDU wird selbstverständlich heute aufgenommen.
2. Wir wollten gleichzeitig der CVP mitteilen, wir bäten sie zu einer Besprechung über die weiteren Dinge.

Herr Ruland war damit einverstanden und erklärte, er wolle heute morgen in Saarbrücken Rücksprache halten, um vor der Entschließung sagen zu können, ob sie zum Zuge käme oder nicht. Wir haben ihm gesagt, das werden Sie in der kurzen Zeit nicht feststellen können. Herr Müller sagte kein Wort darauf. Herr Müller legte nur Wert darauf zu wissen, ob er durch diese Sache belastet würde oder nicht.

Ich glaube also wirklich, daß Herr Lenz den richtigen Vorschlag gemacht hat, wenn er sagt, wir müssen die Leute von der CDU Saar hören und mit der CVP noch ein Gespräch führen. Wir dürfen es uns nicht nach beiden Seiten verderben. Wenn wir die CDU Saar aufnehmen, dann steht die CVP tatsächlich vor einer ganz besonderen Lage. Nach meinem Dafürhalten hat die CVP die Konsequenzen bereits gezogen. Es war aussichtslos, mit Herrn Müller zu einer Verständigung zu kommen.

Adenauer: Das ist es doch gerade! Diese Haltung des Herrn Erwin Müller zeigt Ihnen, wie gefährlich die ganze Situation an der Saar ist. Das zeigt Ihnen doch, daß die Verhandlungen mit dem Zentrum schon bis zu einem gewissen Grade gediehen sind, so daß für uns – und das ist für mich das Entscheidende – zwei Aufgaben vorliegen, einmal müssen wir die CVP davon abhalten, mit dem Zentrum abzuschließen; infolgedessen müssen wir der CVP irgendeine Avance geben. Zweitens können wir natürlich der CDU Saar, die unter diktatorischer Führung steht, bitte sehen Sie das ein ... (*Kaiser:* Aber die beiden Herren!) Lieber Herr Kaiser! Da beißt keine Maus einen Faden ab, der Herr Ney ist der vollendete Diktator. Sie haben es auch einmal geglaubt, auch Herr Altmeier. (*Altmeier:* Es ist jetzt ein ganz neuer Vorstand gewählt. Dort ist eine neue Situation entstanden. – *Unruhe und Bewegung.*) Moment,

ich bin noch nicht fertig! Wir müssen die Vorbereitung treffen, daß nicht nachher die Fusion unmöglich gemacht wird durch die CDU Saar. Infolgedessen dürfen wir noch nicht eine hundertprozentig vollendete Tatsache schaffen, und da gefällt mir der Vorschlag, den Herr Lenz gemacht hat: „Der Vorstand schlägt dem Parteitag die Aufnahme vor," damit wir noch ein kleines Häkchen haben, um auf diesem Wege die CDU Saar dazu zu bringen, nicht zu hart zu sein. Das sind die beiden Aufgaben, die wir haben. Das ist wohl auch die Ansicht der großen Mehrheit der hier Anwesenden.

Altmeier: Ich wollte zu den Ausführungen von Herrn Dr. Hellwig feststellen: Ich glaube, Herr Hellwig, wir sind uns darüber klar, daß der Heimatbund kaputt ist. Ich habe jedenfalls aufgrund der Abstimmung im Landtag festgestellt, daß von einem Wirken des Heimatbundes keine Rede mehr sein kann.[119] Der Heimatbund ist damals aus verständlichen Gründen entstanden.

Ich muß noch etwas zu der Satzung sagen, weil hier so viel darüber gesprochen wird. Ich stelle ausdrücklich fest – Herr Dr. Heck, ich bitte Sie zu widersprechen, wenn ich falsch berichte –: Am 22. September 1955 haben wir den Entwurf der Satzung bekommen. In dieser Satzung heißt der § 2:

„Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind."

Das ist einstimmig beschlossen worden. (*Johnen:* Unter der Annahme, daß er aufgenommen wird!) Das ist beschlossen worden! Es hieß dann in der Satzung, die uns vorgelegt wurde – das ist bisher nicht gesagt worden –:

„Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Delegierte.

Für das Saargebiet kann der Vorstand Vertreter bestellen."

Das stand am 22. September 1955 drin. Als wir nach der Abstimmung an der Saar dann am 7. November zusammengekommen sind, um die Satzung erneut in einem anderen Gremium zu besprechen, war es mein Vorschlag, nunmehr, da die Saar sowieso in die Bundesrepublik zurückkäme, das Wort von der Saar überhaupt nicht mehr zu erwähnen, so daß damals einwandfrei eine Übereinstimmung darüber bestand: Die Saar ist den Landesverbänden gleichgestellt.

Man hat damals gesagt, dasselbe gilt auch analog für den Landesverband West-Berlin; denn auch für West-Berlin stünde nicht in der Satzung, daß es ein eigener Landesverband sei.

Wir sind bei der Schaffung der Satzung davon ausgegangen, daß der Landesverband Saar ein Landesverband im Sinne des § 2 ist, woraus sich ergibt, daß er seit

---

119 In der Landtagssitzung vom 9. Juli 1956 zeigten sich erstmals unterschiedliche Auffassungen bei gegenseitigen Angriffen der Regierungskoalition – vor allem in der Frage der Anpassung des saarländischen Verkehrsrechts an jenes der Bundesrepublik (vgl. SVZ vom 10. Juli 1956). – Zur Auflösung des Heimatbundes SCHMIDT 3 S. 537–540.

diesem Zeitpunkt der Bundes-CDU de facto bereits angehört. Das haben wir unter dem Vorsitz von Herrn Bundesminister Kaiser im Bundeshaus am 7. November 1955 mit den anwesenden Vertretern der CDU Saar ausdrücklich festgelegt.

Gradl: Was wir heute erreichen müssen, ist doch eine Beschlußfassung, der eine Selbstverständlichkeit zugrunde liegt, nämlich die Anerkennung der Zugehörigkeit der CDU Saar zur Gesamtpartei, ohne daß wir damit die anderen Parteien drüben in eine Entwicklung treiben, die aus den Gründen, die der Herr Bundeskanzler geschildert hat, absolut unerwünscht ist. Ich glaube, daß der Vorschlag, den der Herr Dufhues gemacht hat, der richtige ist im Prinzip. Ich habe nur das eine Bedenken, daß in seiner Formulierung Widerstände bei der CDU Saar erblickt werden könnten wegen einer Bevormundung, die wir in Verbindung mit dem Aufnahmebeschluß gegen die CDU Saar ausüben. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich folgenden Vorschlag zu machen:

„Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union hat zugleich eine Kommission aus Vorstandsmitgliedern gebildet mit dem Auftrag, Verhandlungen zwischen der CDU Saar und der CVP mit dem Ziel einer Globalaufnahme der CVP in die CDU einzuleiten",

selbstverständlich mit Ausnahme solcher führender Persönlichkeiten, deren Verhalten nach 1945 vom deutschen Standpunkt aus unter gar keinen Umständen gebilligt werden kann. Damit ist die Einschränkung vollzogen. Ich hänge nicht an dieser Formulierung, aber es kommt darauf an zu erreichen, daß wir die Leute in der CVP, die für uns zu gewinnen sind, überzeugen. Wenn das der Fall ist, müssen wir eine Formulierung wählen, die sichtbar macht, daß wir mit der Aufnahme der CDU Saar in die Gesamtpartei keineswegs die Tür für die in unserem Sinne vernünftigen Kräfte der CVP zuwerfen.

Von Hassel: Es ist sehr schwer, eine Übersicht darüber zu bekommen, wie die Stimmung hier wirklich ist. Die Leute in der CDU Saar sind unsere alten Freunde; aber sämtliche Fliegen mit einer Klappe hier zu schlagen, halte ich nicht für durchführbar. Ich bin der Meinung, die CDU steht uns weiß Gott am nächsten. Wir sollten über ihre Aufnahme heute einen Beschluß herbeiführen, unabhängig davon, was die Satzung sagt. Wenn wir sagen, erst der Parteitag im nächsten Jahr wird darüber entscheiden, dann sind wir irgendwie dabei, heute einer Entscheidung auszuweichen, und damit werden wir draußen weich werden.

Wir sollten also erklären:

1. Der Landesverband der CDU Saar wird in die Bundes-CDU aufgenommen.

– Es wäre aber nicht gut, wenn wir das Wort CVP mit hineinnähmen. Es würde draußen falsch verstanden. –

2. Dann sollten wir sagen: Nach der Durchführung dieses Beschlusses und zur Klärung der Verhältnisse aller Anhänger christlicher Politik werden vom Bundesvorstand die und die Herren beauftragt.

– Damit wird allen Anhängern unserer Politik der Weg geöffnet. –

3. Halte ich es für das wesentlichste, daß sich unsere leitenden Männer aus der Bundes-CDU so schnell wie möglich an die Saar begeben, um dort die Verhält-

nisse kennenzulernen und einzuwirken im Sinne des Vertrauenschaffens zu den Anhängern der CVP.

Wieviel Leute vom Zentrum aus Nordrhein-Westfalen sind in der Lage, an die Saar zu gehen? Das ist doch nur eine Handvoll. Wenn von uns einige führende Männer zu unseren Leuten an der Saar sprechen, werden wir einen guten Kontakt bekommen.

Herr Dufhues, noch ein Wort! Wir haben hier schon einmal in diesem Bundesvorstand mit Rücksicht auf die christlichen Stimmen des Zentrums in Nordrhein-Westfalen einen Fehler begangen. Wir sind heute auf dem besten Wege, diesen Fehler zu wiederholen. (*Dufhues:* Wenn Sie den Antrag ablehnen, dann sicher! – *Unruhe.* – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Dufhues:* Ich möchte das Zentrum endgültig zu Ende bringen! – *Anhaltende Unruhe.* – *Adenauer:* Aber Sie helfen ihm, Herr von Hassel!)

Dufhues: Die Angehörigen der CVP sind mit dem Vorwurf „vaterlandslose Gesellen" behaftet. Dieser Kitt hält. Die Mitglieder der CVP halten enger zusammen als das Zentrum, das wir im Lande Nordrhein-Westfalen gehabt haben. (*Zuruf:* Noch haben!) Wenn wir jetzt die Dinge nicht endgültig lösen – und das ist unsere große Sorge –, dann geben wir dem Zentrum neuen Auftrieb, und der Fehler wird wiederholt, von dem Sie sprachen, Herr von Hassel, wenn wir den Antrag ablehnen.

Von Hassel: Wenn wir dem Antrag zustimmen, werden wir so viele Leute an der Saar verärgern, daß diese Kräfte zusammenwachsen. Ich habe die Sorge, daß durch Ihren Antrag bei unseren Leuten dieser Ärger entsteht, und diese Sorge ist mir bisher nicht ausgeräumt worden.

Adenauer: Ich stimme dem Herrn Dufhues völlig zu. Wenn wir die CVP überhaupt nicht erwähnen, würden wir den schwersten Fehler machen, den wir überhaupt machen können. Ich bitte Sie, Herr von Hassel, lernen Sie aus den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern. Die Bayernpartei wäre niemals entstanden, wenn man damals nicht so dickköpfig gewesen wäre, und die CSU wäre die Herrscherin in Bayern. Aber damals war sie so dickköpfig, und dann kam der Krach. Hier liegt es ganz ähnlich so.

Ich finde den Vorschlag des Herrn Kollegen Kaiser sehr beachtlich; er hat nämlich vorgeschlagen, alsbald nach der Fusion in allen Parteigremien Neuwahlen zu veranstalten. Das wäre natürlich sehr wichtig; denn dann würden wir den früheren CVP-Mitgliedern und jetzigen CDU-Mitgliedern die Gewähr dafür geben, daß sie nunmehr als gleichberechtigt und nicht als degradiert angesehen werden. Nun hat Herr Meyers mit der CVP telefonisch gesprochen. (*Meyers:* Die CVP mit mir!) Das kommt auf dasselbe heraus. Die CVP hat soeben angerufen. Sie macht zwei Vorschläge, von denen der erste kaum durchzubringen sein wird. (*Meyers:* Das habe ich dem gesagt!) Wem? (*Meyers:* Dem stellvertretenden Vorsitzenden, ich weiß den Namen nicht. – *Kaiser:* Mit beiden würde ich nicht sprechen!) Auch nicht telefonisch? *(Lebhafte Heiterkeit.)* Hören Sie mal bitte zu! Dieser Vorschlag geht dahin, daß zwei Parteien des Saarlandes aufgenommen werden mit der Auflage, sich bis zum 1. Januar 1957 zu einigen, da das Saarland zu diesem Zeitpunkt Bestandteil der Bundesrepublik wird.

Der zweite Vorschlag geht darauf hin, daß die CDU Saar heute aufgenommen wird. Hier bittet die CVP einmal darum, daß ihre Wähler und Mitglieder in betont freundlicher Weise und mit guten Worten angeredet und in der offiziellen Formulierung möglichst die Worte gebraucht werden:

„Die CDU des Bundes empfiehlt eine Fusion auf der Basis völliger Gleichberechtigung und einer unbedingt ehrenhaften Einigung."

Mir scheint der zweite Vorschlag vernünftig zu sein. (*Cillien:* Das ist ungefähr das, was wir gestern abgemacht haben.)

Meyers: Das Gespräch war so – ich weiß nicht, wie man auf mich dabei verfallen ist –, gestern seien zwei Herren hiergewesen, die hätten nun Bericht erstattet. Sie seien der Meinung, es gäbe zwei Möglichkeiten; die eine, daß beide Parteien aufgenommen würden, man könnte ihnen auferlegen, das bis zum 1. Januar 1957 zu machen. Ich habe ihnen gesagt, das sei gar nicht durchzubringen.

Der zweite Vorschlag sei der, eine Fusion bei völliger Gleichberechtigung und ehrenhafter Einigung. (*Cillien:* Es war ein Unterschied gestern. Wir wollten uns an die CVP wenden, aber hier heißt es: an die Mitglieder!)

Adenauer: Warum nicht? Ich würde mich an die Mitglieder wenden!

Heck: Die Situation ist deshalb so schwierig: Je näher man an eine Regelung kommt, die die CDU Saar annimmt, desto weiter entfernt man sich von einer Regelung, der die CVP zuneigt. Die Schwierigkeit besteht also darin, eine Regelung zu finden, die von beiden Seiten noch akzeptiert wird und möglichst günstige Voraussetzungen für die weitere Arbeit schafft. Ich halte es für nicht gut, die Aufnahme der CDU Saar heute mit irgendwelchen Auflagen zu belasten; denn es wäre wirklich nichts gewonnen, wenn wir sagten: Der Bundesvorstand beschließt es vorbehaltlich der Genehmigung des Parteiausschusses. Die Folge davon wäre lediglich, daß die CDU Saar verschnupft, aber praktisch nichts damit erreicht würde.

Ich glaube sogar, daß die Einwirkungsmöglichkeit der Bundespartei auf die CDU Saar um so größer sein wird, je mehr Vertrauen wir in diesen Akt setzen. Es ist bekannt, daß es innerhalb des Vorstandes und der führenden Persönlichkeiten der CDU Saar Männer gibt, die wirklich energisch auf eine Bereinigung und Lösung dieses Problems losgehen. Diese Kräfte werden eine wesentliche Stärkung nur dann erfahren, wenn wir ihnen nicht irgendwelche Klauseln zur Auflage machen.

Die größere Schwierigkeit scheint mir zu sein bei dem Verhalten gegenüber der CVP. Wir haben gestern die Dinge zweimal lange diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen – nachdem wir den Herren klipp und klar gesagt hatten, es sei aus formellen Gründen nicht möglich, gleichzeitig zwei Parteien aus einem Land als Landesverband aufzunehmen, was sie auch ohne weiteres eingesehen haben –, daß wir sagten:

„Gleichzeitig mit der Erklärung gegenüber der Öffentlichkeit, daß die CDU Saar Landesverband der Bundespartei ist, ergeht vom Bundesvorstand eine Einladung an die CVP, eine Delegation nach Bonn zu entsenden, um über eine ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu verhandeln."

Der Begriff „ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte" ist von den beiden Parteien der Saar nicht umstritten, und er würde von der CDU Saar und von der CVP akzeptiert werden. Der Begriff „gleichberechtigt" löste, da er verschieden interpretiert werden kann, bei der CDU Saar sofort Mißtrauen aus. Unter „gleichberechtigt" kann man verstehen, daß sich die Vorstände je zur Hälfte zusammensetzen. Und das ist völlig ausgeschlossen. Ich glaube überhaupt, daß es ein schlechter Dienst in dieser Sache wäre, wenn man im jetzigen Zeitpunkt zuviel präzisieren wollte. Die allgemeine Formel, daß man eine Einladung an die CVP ergehen läßt mit dem Ziel, eine Delegation nach hier zu entsenden, um über die Einigung der christlich-demokratischen Kräfte zu verhandeln, würde von der CDU Saar noch hingenommen werden.

Eines war klar zu erkennen, so sehr Herr Müller in den anderen Dingen entschieden dagegen war, hier hat er sofort erkannt, daß die CVP-Führung, wenn sie diese Einladung von uns nicht annähme, vor ihren Wählern und ihren Mitgliedern ins Unrecht käme. Deswegen glaube ich, besteht keine Gefahr, daß die CVP diesen Aufruf unsererseits nicht annimmt.

Lenz: Ich möchte meine Formulierung zu 2. zur Diskussion stellen, die genau dem entspricht, was Herr Heck gesagt hat, was wir mit Herrn Ruland formuliert haben und was auch genügt. Man sollte heute nicht über die Details sprechen; die können verhandelt werden zwischen der Kommission und der CVP. Die Hauptsache ist, daß wir die CDU aufnehmen und diese Erklärung herausgeben, in der wir die CVP auffordern, eine bevollmächtigte Delegation nach hier zu schicken, um über eine ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu verhandeln. Das würden die beiden Herren von der CDU Saar akzeptieren.

Adenauer: Wir müssen einen Satz hinzufügen, daß der Bundesvorstand die beiden Parteien auffordert, sich zu einigen? Das ist etwas mehr, als Sie sagen, Herr Lenz. Wir müssen eine Aufforderung an die beiden streitenden Parteien aussprechen, sich zu fusionieren. Dagegen kann doch kein Mensch etwas haben. (*Lenz:* Das Wort „Fusion" wird schärfstens abgelehnt von der CDU Saar!) Dann nehmen wir ein anderes Wort!

Müller: Wir sollten bei der Formulierung nicht vergessen, daß die CVP auch deshalb mit der CDU nicht gleichgestellt werden kann, weil sie alle die Jahre die Politik der CDU im Bund aufs schärfste bekämpft hat. Wir können nicht von zwei gleichberechtigten christlich-demokratischen Parteien sprechen. Wir müssen von der CDU ausgehen und die andere einladen oder auffordern, eine Delegation zu schicken. Dann kann der Druck ausgeübt werden.

Adenauer: Haben Sie etwas dagegen, daß gesagt wird, die beiden werden aufgefordert, sich zu einigen. Das muß man doch sagen. (*Lenz:* Man könnte sagen: Der Bundesvorstand ist an einer Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar aufs äußerste interessiert.) Lassen wir die beiden doch ansprechen! Seien Sie doch nicht so bange, darum wird nichts scheitern! „Ist interessiert", das ist mir zu dünn. (*Dufhues:* Die CDU Saar und die CVP werden aufgefordert, sich über einen ehrenvollen Zusammenschluß der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu

einigen. – *Stoltenberg:* Die CVP wird aufgefordert, eine Delegation zur Verhandlung mit der Bundes-CDU und der CDU Saar zu entsenden. – *Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Herr Lenz hat formuliert:

„Der Bundesvorstand wird die CVP Saar einladen, eine bevollmächtigte Delegation zu entsenden, um über eine ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar mit einem aus Mitgliedern des Landesverbandes der CDU Saar und des Bundesvorstandes bestehenden Ausschuß zu verhandeln."

Dann müssen wir auch ein Ersuchen an die CDU Saar richten, Mitglieder zu entsenden. Dann ist noch von Herrn Kaiser angeregt worden, was ich für sehr gut halte; denn da liegt der Hase im Pfeffer ... (*Kaiser:* Ich bin etwas durch Herrn Heck korrigiert worden, der sagte, keine Auflage zu machen. Wenn die Leute nach hier gebeten werden mit einer bevollmächtigten Delegation, können sie überall sprechen. Wir haben es ihnen schon gesagt.) Auch der CDU Saar? Ist die damit einverstanden? (*Kaiser:* Dagegen versperrt sie sich nicht. Wenn ein Zusammenschluß erfolgt, kann das durchgeführt werden. Sie braucht nur zu wissen, daß der Bundeskanzler mit von der Partie ist, dann kommt das alles von selbst.) Es wird vorgeschlagen, so zu beschließen:

„Der Bundesvorstand der CDU hat heute beschlossen, die CDU Saar als Landesverband anzuerkennen, bis die formelle Aufnahme durch den Bundesparteitag als der zuständigen Instanz erfolgt."

Ich würde nicht sagen: „bis die formelle Aufnahme erfolgt", sondern: „der Bundesparteitag wird die formelle Aufnahme aussprechen" oder so ähnlich. (*Müller:* Kann man nicht sagen, die Anerkennung wird dem Bundesparteitag zur Bestätigung vorgelegt werden?) Ich würde weiter sagen:

„Zugleich fordert der Bundesvorstand die beiden christlichen Parteien an der Saar zu einer ehrenvollen Einigung auf. Der Bundesvorstand beschließt, die CVP Saar einzuladen, eine bevollmächtigte Delegation zu entsenden, um über diese Einigung mit der Christlich-Demokratischen Union, zugleich mit Mitgliedern des Landesverbandes CDU Saar und des Bundesvorstandes, zu verhandeln oder Beschluß zu fassen."

Damit hätten wir drei Teile, und zwar der erste Teil: Der Bundesvorstand erkennt an, aber definitiv – wie Herr Gebhard Müller gesagt hat – wird der Bundesparteitag bestätigen. Der zweite Teil wäre eine Aufforderung an beide Parteien, sich vernünftig oder ehrenvoll, wie Sie es haben wollen, zu einigen. Der dritte Teil wäre der, daß eine Delegation der CVP mit Herren der CDU Saar und einer Delegation des Bundesvorstandes über die Einzelheiten verhandelt. (*Lenz:* Ich würde bitten, die beiden Herren von der Saar einmal zu hören. Sie warten draußen.) Wollen Sie mal mit den Herren sprechen? (*Lenz:* Ja!)

Meyers: Sollte man nicht vor dem Punkt 2 eine Erklärung des Bundesvorstandes einfügen, er sei der Ansicht, daß die Gründe, die in den vergangenen Jahren zu den Auseinandersetzungen an der Saar geführt hätten, nunmehr weggefallen seien? Nach der Ansicht des Bundesvorstandes sei es im gesamtdeutschen Interesse erforderlich, daß sich die christlich-demokratischen Kräfte an der Saar nunmehr einigten.

Adenauer: Ich würde empfehlen, auf die Gründe, die gewesen sind, nicht mehr einzugehen. Das gibt Diskussionen. (*Cillien:* Die Einladung, die aufgrund dieses Beschlusses ergeht, kann freundlich gehalten werden.) Das kommt in die Zeitung, und es wäre gut, wenn ein paar freundliche Worte in die Zeitung kämen. Das kostet doch nichts! Wer ist ein freundlicher Formulierer? (*Heiterkeit. – Kaiser:* Herr von Hassel ist ein freundlicher Formulierer!) Sind Sie das, Herr von Hassel? Sind Sie ein freundlicher Formulierer? (*Von Hassel:* Herr Lenz ist auch ein freundlicher Formulierer!) Herr Pettenberg, wollen Sie es mitformulieren? Ich höre eben, daß die beiden Herren von der Saar es rundweg ablehnen, daß die CVP überhaupt gleichzeitig erwähnt wird. (*Altmeier:* Da haben sie auch recht!) Aber da sehen Sie die ganze Situation, wie sie an der Saar ist, von Haß gegenseitig erfüllt. Sie sind dagegen, daß überhaupt erwähnt wird, die CVP zu ersuchen, eine Delegation nach hier zu entsenden? Was nun, Herr Lenz? (*Müller:* Der Vorschlag von Herrn Heck ist am besten!)

Heck: Auch das lehnen sie ab. Sie lehnen ab, daß wir die CVP auffordern, eine Delegation zu entsenden, um über Mittel und Wege einer ehrenvollen Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu verhandeln.

Ministerpräsident von Hassel übernimmt den Vorsitz.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler ist soeben weggegangen, aber er wird gleich wiederkommen. Die beiden Vertreter von der Saar sind drüben. Sollen wir sie nicht einmal nach hier bitten, um uns ihre Gedanken vortragen zu lassen? *(Zustimmung.)* Können wir den Text bekommen? (*Zuruf:* Das einzige Exemplar hat Herr Lenz!)

Darf ich bekanntmachen: die Herren Dr. Röder und Kratz!

Die Herren werden dem Parteivorstand vorgestellt.

Wir hören zunächst den Text, über den Herr Lenz mit den Herren von der Saar gesprochen hat. Dann wären wir Ihnen dankbar, wenn wir Ihre Auffassung hier in diesem Kreise einmal hören könnten.

Lenz: Ich darf den entscheidenden Passus vorlesen:

„Der Bundesvorstand der CDU fordert nochmals zu einer ehrenvollen Einigung aller christlich-demokratischen Kräfte an der Saar auf. Er wird deshalb die CVP Saar einladen, eine bevollmächtigte Delegation zu entsenden, um hierüber mit einem aus Mitgliedern des Landesverbandes der CDU Saar und des Bundesvorstandes bestehenden Ausschuß zu verhandeln."

Das ist der entscheidende Passus. Die Herren haben gesagt, daß sie gegen diesen Beschluß erhebliche Bedenken hätten. Es heißt: „Der Bundesvorstand der CDU hat heute beschlossen, die CDU Saar als Landesverband anzuerkennen."

Daß die formelle Aufnahme durch den Bundesparteitag erfolgt, können wir ins Protokoll aufnehmen. Das brauchen wir nicht zu veröffentlichen. Dann kommt der entscheidende Passus: „Der Bundesvorstand der CDU fordert nochmals" usw., wie schon oben verlesen.

Röder: Meine Damen und Herren! Wir unterschätzen nicht, daß die Schwierigkeiten, die im Verhältnis CDU Saar/CVP bestehen, Ihnen von der bundesdeutschen Ebene aus gesehen berechtigte Sorgen bereiten. Wir teilen diese Sorgen. Wir sind als CDU Saar, jeder einzelne von uns, bemüht, diesen Sorgen dadurch gerecht zu werden, daß wir mit ganzer Kraft versuchen, die Wähler der CVP und die unbescholtenen Mitglieder dieser Partei für uns zu gewinnen, weil wir darin ein echtes christliches Anliegen sehen.

Ich darf für meine Person einmal vorausschicken – es ist vielleicht für die Beurteilung dessen, was ich sage, nicht ganz unwesentlich –: Ich bin mit dem Tage der Einführung der demokratischen Freiheit an der Saar nicht nur aus vaterländischen oder aus politischen Gesichtspunkten in die CDU und ihre Arbeit hineingegangen, sondern eher noch aus einem religiösen Anliegen, weil wir an der Saar als katholische und evangelische Christen es als außerordentlich schmählich empfunden haben, daß die Grundsätze des Christentums in diesem Falle nicht unter der Hakenkreuzfahne und auch nicht unter der Fahne von Hammer und Sichel, sondern unter dem Zeichen des Kreuzes – ich will mich vorsichtig ausdrücken – zumindest vernachlässigt wurden. Zu einem solchen tragenden Grundsatz des Christentums gehört nach unserer Auffassung die Achtung vor der personalen Würde des Menschen, vor seiner Freiheit und vor der Möglichkeit, diese Freiheit auch zu bewahren und seine Meinung zu sagen. Dazu gehört auch in diesem Zusammenhang, daß er sich zu seinem Volk und Vaterland bekennen darf.

Die CVP hat zur Unterdrückung dieser menschlichen Grundrechte Gesetze an der Saar geschaffen und damit Zuchthausstrafen über jeden verhängt, der etwa zu diesen moralischen Grundsätzen sich bekannte. Und das geschah unter der Firma einer christlichen Partei. Diese Hypothek abzutragen, die dadurch auf dem Christentum an der Saar liegt, das schien mir persönlich jedenfalls als eines der vornehmsten Anliegen. Die politischen Gegebenheiten, wie sie jetzt vorliegen, möchte ich wie folgt zusammenfassen: Wir haben an der Saar im Augenblick eine CDU, die die stärkste Partei dort ist. Sie verfügt im Landtag über 14 Mandate. Es gibt daneben die Partei des Herrn Schneider mit 13 Mandaten, außerdem die CVP mit 12 Mandaten und die SPD mit 7 Mandaten. Unsere Aufgabe müßte es sein, einerseits die Wähler der CVP zu gewinnen, also die 12 Mandate, und auf der anderen Seite den Anteil der Wähler des Herrn Schneider wiederzugewinnen, die ihm nicht gehören. Das ist die Aufgabe.

Wie ist der Weg, der dorthin führt? Zunächst einmal zu den Wählern des Herrn Schneider, die ihm nicht gehören! Warum hat Herr Schneider an der Saar so viele Stimmen bekommen? Lassen Sie mich Ihnen das mit aller Offenheit sagen, wie ich auch von Ihnen erwarte, daß Sie Ihre Argumentation uns gegenüber mit aller Offenheit äußern. Herr Schneider hat deshalb so viele Stimmen bekommen, die eigentlich uns gehören, weil an der Saar ein gerüttelt Maß von Einwohnern in der Politik der CDU, von der Situation des Grenzlandes her gesehen, nicht die genügende Klarheit und Festigkeit erblickte und daher aus Vorsicht zunächst einmal Herrn Schneider gewählt

hat, weil die Leute glaubten, auf diese Art sei dem Separatismus und den Funktionären des vergangenen Systems am wenigsten Gelegenheit geboten, wieder zur Macht zu kommen. Dieser Prozentsatz Wähler gehört Herrn Schneider nicht. Das sind echte evangelische und katholische Christen, die zur CDU gehören. Wir können diese Leute nur gewinnen, wenn wir an der Saar und auf der Bundesebene die CDU so gestalten, daß diese Leute ihre Bedenken aufgeben. Dann werden sie zu uns stoßen.

Das bedeutet in der Praxis, daß man uns als CDU Saar nicht die geringste weitere Auflage machen kann in unserem Entgegenkommen der CVP als Partei gegenüber. Auch mit Ihrer Formulierung werden Sie den Stimmenanteil, der zu uns gehört, aber bei Herrn Schneider ist, nicht nur konservieren, sondern auch einen beträchtlichen Bestandteil unserer Wähler innerhalb der CDU Saar in dieses Lager hineinbringen. Das ist das eine.

Das zweite ist, wie gewinnen wir die Wähler der CVP, auf die es ankommt? Sie sind vielleicht der Ansicht, es sei möglich, durch zwei maßgebende Herren der CVP – ich will keine Namen nennen – und zwei von uns eine Einigung am runden Tisch herbeizuführen. Das ist eine absolute Fehlspekulation. Die Herren, die jetzt versuchen, bei Ihnen vorzustoßen, haben noch bis in die Jahre 1951/52 weder von der Bonner CDU noch von dem Herrn Bundeskanzler das Geringste wissen wollen. Sie haben jede Beziehung nach hier abgelehnt. Erst als sie glaubten, über das europäische Statut an der Saar einen Sieg zu sehen, um ihre eigene Situation zu retten, haben sie nach dieser Richtung hin Sympathien geheuchelt. Und wenn dieselben Leute, statt mit Ihnen oder mit uns offen zu verhandeln, mit dem Zentrum oder mit einer anderen Gruppe gleichzeitig verhandeln, so beweisen sie damit, daß es ihnen nicht darum geht, etwa an der Saar die christliche Einheit herbeizuführen oder das Lager der CDU zu verstärken, sondern diesen Herren geht es darum, an der Macht zu bleiben. (*Altmeier:* Sehr richtig!) Wir sind auf dem Wege, die Wählerschaft der CVP zu gewinnen, weil der kleine, unbescholtene Mann innerhalb der CVP eingesehen hat, daß es keinen Zweck mehr hat mit der CVP, sofern Sie nicht die CVP wieder zum Leben erwecken. Dann werden die Leute zu uns kommen. Wir haben hier bereits handgreifliche Erfolge. Die Leute wollen zu uns, aber der Weg führt nicht über eine Einigung hier auf dem Papier, sondern wenn man es ernst machen will, muß man in jeden einzelnen Ort hineingehen. Das ist sehr mühsam. Wir müssen die Anhänger der CVP und unsere Leute an einen Tisch setzen und sie dann ihre Gegensätze vortragen lassen, um sich auszusprechen, und dann stellt man fest, daß auf beiden Seiten anständige Christen sind, und daß das, was bisher vorlag, begraben sein wird. Dann haben Sie eine tragfähige Basis, auf der Sie auch eine Bundestagswahl durchführen können.

Die Frage der persönlichen Verständigung ist nicht dadurch zu lösen, daß Sie eine Vereinigung der Organisation zustande bringen. Meine Bedenken melde ich dahingehend an, daß Sie eine Empfehlung oder gar Bedingungen in bezug auf die CVP aussprechen, weil ich darin den Untergang des Gedankens der CDU Saar erblicke und darüber hinaus befürchte, daß dies bei der Bundestagswahl gegen die CDU ausgeschlachtet wird. Wenn Sie mir entgegenhalten, das Zentrum werde sich an der

Saar etablieren, dann sage ich, wenn die CVP nicht auf den Gedanken gekommen wäre, sich mit dem Zentrum zu liieren und mit ihm zu verhandeln, dann hätte man sie dahin bringen müssen. Wenn sich nämlich die Funktionäre des vergangenen Systems – ich sage es deutlich – des Separatismus an der Saar mit dem Zentrum liieren, dann haben wir einen soliden Anlaß, um das Zentrum nicht nur an der Saar, sondern auch auf der Bundesebene zu bekämpfen.

Glauben Sie mir, der kleine Mann an der Saar wird nicht mit dem Zentrum gehen; der macht den Schwindel nicht mit. Das wird Herr Ministerpräsident Altmeier bestätigen. Das sind gute Christen. Wenn wir vernünftige Maßnahmen treffen, werden diese Leute die CDU wählen; denn sie machen einen solchen Kuhhandel mit Hoffmann, Hector, Görgen[120] usw. einfach nicht mit.

Ich möchte also darum bitten, uns heute als Landesverband aufzunehmen und das zu veröffentlichen. Wenn Sie glauben, es sei noch eine Empfehlung an uns erforderlich, weil Sie etwa der Ansicht sind, wir würden von uns aus nicht alles tun, um das christliche Lager an der Saar zusammenzuführen – worin ich für meine Person ein persönliches Mißtrauen erblicken würde –, dann unterschätzen Sie bitte nicht, daß wir schon ein Jahr lang Tag und Nacht unterwegs sind, um das christliche Lager zusammenzuführen. *(Bewegung und Unruhe.)* Und wenn wir hier hören müssen, meine Herren, daß Sie uns schriftliche Auflagen machen, weil Sie diese unsere Arbeit nicht glauben ... (*Widerspruch und Bewegung. – Fricke:* Keine Auflage, eine Bitte sollte das sein!) Ich möchte keine Bitterkeit in meine Ausführungen bringen. Das war nicht meine Absicht. Ich bin mit meinen Nerven etwas strapaziert. Es war also nicht meine Absicht, eine Bitterkeit hier hineinzubringen. Wir haben etwas Ruhe in unserer Arbeit verdient. Aber glauben Sie uns, wenn Sie uns an der Saar in diesem Sinne arbeiten lassen, werden wir die Dinge für die CDU Saar und für Sie selbst zu einem guten Ende bringen.

Ich habe nichts dagegen und halte es noch für tragbar, wenn Sie etwa anfügen:

„Der Bundesvorstand der CDU ist der Auffassung, daß die CDU Saar ihre Bemühungen, das christliche Lager an der Saar zusammenzuführen, auch in Zukunft aufrechterhält und intensiviert."

Aber bitte keine Kommission der CVP! Mit einem Schiedsgericht, das über die Aufnahme hier in Bonn verhandeln soll, konservieren Sie die CVP an der Saar und machen sie wieder hoffähig. Das ist das, was wir im Augenblick nicht gebrauchen können, worauf aber der Herr Schneider an der Saar wartet. Er wird heute abend aufpassen und das Ergebnis Ihrer Besprechungen als das seine betrachten.

Ich habe Sie lange in Anspruch genommen, aber die Sache ist es wert, daß man ausgiebig hier darüber spricht.

Kratz: Ich will mich kurz fassen und nur noch auf einige praktische Dinge hinweisen. Bei der Lösung des Problems CDU Saar und CVP Saar sind zwei

120 Dr. Hermann Mathias Görgen (geb. 1908), Professor in Rom; 1938 Emigration, 1955 Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, 1957–1961 MdB (CSU Saar).

Seiten zu berücksichtigen, und zwar einmal das innere Verhältnis zu unseren eigenen Parteifreunden. Ich bitte Sie, sich vorzustellen, daß wir über ein Jahr bei uns gekämpft haben, da wir von der CVP verboten worden sind, daß die CVP heute noch im Landtag sitzt mit einer Frau, die das Gesetz begründet hat, wonach derjenige mit Zuchthaus bestraft wird an der Saar, der sich für die Rückgliederung der Saar an Deutschland einsetzt.

Das alles haben wir unseren Leuten gesagt und ihnen damit das Gewissen wachgerüttelt. Wenn wir nun heute nach Hause kämen mit einer Mitteilung und Empfehlung, daß die CVP mit uns gleichberechtigt mit einer Kommission hierherkommen solle, und zwar mit den gleichen Leuten, die diese Gesetze begründet haben – es sind auch noch andere Dinge da gemacht worden –, so könnten wir das unseren Leuten gegenüber nicht verdauen. Das bringen wir nicht durch, dann fallen unsere Leute von uns ab. Sie würden sagen, ihr habt in all den Jahren gegen die gekämpft, und jetzt sollen sie mit uns am gleichen Pott sitzen, sie sollen in die Regierung hinein und weiß Gott was alles. Das können wir unmöglich von der CDU verkraften.

Ich darf Ihnen die zweite Seite des Problems zeigen, das ist die Seite nach außen. Die DPS an der Saar ist in einer schweren Krise. Sie hat keine Ideale mehr; sie hat nichts mehr, sie weiß nicht, wohin sie sich im nächsten Jahr richten soll. Es sind auch Mitglieder bei ihr, die innerlich zu uns gehören, aber parteimäßig noch nicht zu uns gekommen sind, weil sie sich gesagt haben, die CDU ist nicht gerade und nicht fest genug in ihrer deutschen Haltung. Wenn Sie aber das publizierten, wovon die Rede war, dann können wir mit Bestimmtheit damit rechnen, daß Dr. Heinrich Schneider, der die Werbetrommel wohl zu rühren weiß – das müssen wir ihm konzedieren –, mit seiner Partei wieder Leben, Blut und Inhalt bekommt, denn er würde argumentieren: Seht die CDU, jetzt geht sie mit der CVP, gegen die wir angekämpft haben, jetzt verrät sie den Heimatbund. Ich will nur den Ausdruck gebrauchen, den die DPS immer gebraucht. Der Heimatbund hatte seine Aufgabe am 23. Oktober erfüllt, aber bei unseren Leuten an der Saar als Grenzbevölkerung ist das Wort Heimatbund stimmungsmäßig ein Begriff. Wenn Heinrich Schneider propagandistisch die CDU Saar zu sprengen versucht, dann ist an der Saar der Teufel los. In der letzten Landtagssitzung sind wir mit der DPS ganz schön in ein Gemenge hineingekommen. Sie haben einige Niederlagen von uns hinnehmen müssen, können aber nichts dagegen ins Feld führen, weil das auf rein sachlicher Basis geschehen ist. Wenn aber die CVP als Partei bei Ihnen offiziell erscheint, dann wird Heinrich Schneider ein Register ziehen, das er bisher noch nicht gezogen hat.

Noch ein drittes: das Zentrum! Glauben Sie uns, wir kennen die Verhältnisse bei uns. Uns ist doch die CDU ein Inhalt geworden, und wir setzen uns dafür ein. Wir haben nur die Bundes-CDU im Sinn. Wenn wir als große Partei an der Saar nicht in der Lage sind, die Separatisten zu verdauen, dann ist es erst recht nicht das Zentrum; denn es wird an den Separatisten zugrunde gehen. Dann geht ein Trommelfeuer auf diese armselige Partei los, dem sie sich nicht mehr erwehren kann.

Bitte haben Sie Vertrauen zu uns! Wir bemühen uns mit allen Kräften, das Problem

CVP zu lösen. Wir sind schon ein gutes Stück weitergekommen. Ich möchte mich beinahe verpflichten, wenn Sie uns zwei oder drei Monate Zeit lassen, daß wir wieder ein wesentliches Stück weitergekommen sind, so daß Sie sich selbst sagen werden: Wie konnten wir nur so sorgenvoll sein! Wir sind keine Halsabschneider und bringen auch keinen um von der CVP. Wir sind alle persönlich irgendwie mit vielen Leuten von der CVP gut bekannt. Fast jeder hat in seiner Familie irgendeinen, die Gespräche gehen dauernd.

Bitte haben Sie Vertrauen zu uns! Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß wir von uns aus das Problem der CVP absolut und auch ehrenvoll lösen werden. Es soll niemand an der Ehre gekränkt werden. Daß wir natürlich Leute wie Müller, Hoffmann, Görgen usw. nicht in unsere Reihen aufnehmen können, ist klar. Aber mit den anderen sind wir im Gespräch. Einer der Landtagsabgeordneten der CVP, Franz Schneider[121], hat in der vergangenen Woche gesagt: Mit dem Zentrum, das weiß ich auch, das ist eine unmögliche Angelegenheit. Ich meine, Sie machen sich zu sehr Gedanken, weil Sie die Verhältnisse bei uns an der Saar nicht so genau kennen können wie wir, die wir seit zwei Jahren ununterbrochen in diesem Kampf stehen. Ich kenne meine Landsleute. Wir werden das Problem lösen.

Man kann heute die Ortschaften an einer Hand abzählen, in denen es noch eine namhafte Ortsgruppe der CVP gibt. Aber wenn Sie die CVP hierherholen und sie offiziell als Organ anhören, dann machen Sie ihr wieder den Rücken stark. Auch die Partei von Heinrich Schneider hat gar nicht den Widerhall, wie man allgemein meint, aber durch derartige Dinge treiben Sie ihr die Leute in ihr Lager hinein. Das ist aber nicht der Sinn. Es geht uns nur darum, die CDU zur Bundestagswahl so stark wie nur möglich zu machen.

Bei dem kleineren Saargebiet hatten wir bei der Abstimmung im Jahre 1935 rund 45.000 Separatisten, die für den Status quo gestimmt haben. Das Saargebiet ist jetzt viel größer. Diese 45.000 werden wir nie bekommen, weil wir sie nicht haben wollen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer betritt wieder den Saal.

Das sind wirklich echte Separatisten. Und wenn Sie das berücksichtigen, werden Sie von selbst zu dem Ergebnis kommen, daß die anderen ohne weiteres für uns zu gewinnen sind, wovon wir felsenfest überzeugt sind. Wir werden es an nichts fehlen lassen, nicht an Entgegenkommen und nicht an Großzügigkeit. Lassen Sie uns das Problem lösen, wenn ein Unglück in der CDU Saar vermieden werden soll!

Von Hassel: Sie haben die Ausführungen der beiden Freunde von der Saar gehört. Sie haben erklärt, wenn der Name CVP erscheint, dann werde das von unseren eigenen Leuten nicht akzeptiert.

Adenauer: Darf ich fragen, meine Herren, wie denken Sie sich überhaupt die Entwicklung an der Saar hinsichtlich der CVP? Ich weiß nicht – ich war eine

121 Franz Schneider (1920–1985), 1952–1975 MdL Saarland (CVP, dann CDU), 1957 MdB.

Zeitlang abgerufen –, ob den Herren schon gesagt worden ist, welche allgemeinen Befürchtungen wir haben.

Röder: Ich habe eben in Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler, einiges darüber ausgeführt. Ich will es noch einmal kurz zusammenfassen: Es ist uns gesagt worden, daß Befürchtungen bestehen, weil die CVP Versuche unternimmt, mit dem Zentrum oder sonstigen Gruppen zu verhandeln. (*Adenauer:* Umgekehrt!) Das Zentrum also mit der CVP, um an der Saar eine Gruppe von Kräften zusammenzufassen, die bei der Bundestagswahl 1957 die 5%-Grenze überspringen und das Zünglein an der Waage bilden könnte.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht! Nicht durch die Stimmen an der Saar, sondern die Stimmen an der Saar sollen dem Zentrum helfen, die 5%-Klausel zu überspringen.

Röder: Ich habe ausgeführt, wir an der Saar glauben nicht, daß das Zentrum, wenn es sich mit der CVP verbindet, eine echte Chance hat, einen großen Teil von Wählern für sich zu gewinnen. Wir glauben es nicht. Wir sind der Meinung, wenn das Zentrum an der Saar sich mit den Exponenten des vergangenen Systems – denn die verhandeln ja – verbindet, dann wird dadurch für uns an der Saar und für Sie auf der Bundesebene eine Gelegenheit geschaffen sein, das Zentrum entschieden und mit Erfolg anzugreifen. Wir glauben nicht, daß der kleine Mann an der Saar diesen Wandel von der CVP zum Zentrum noch einmal mitmacht. Wir glauben vielmehr, daß der unbescholtene Wähler der CVP den Weg zur CDU suchen wird.

Wir müssen alles tun, um diesem kleinen Mann und unbescholtenen Wähler der CVP den Weg zu uns zu erleichtern. Wenn wir aber in dem Schreiben die CVP erwähnen und etwa sagen, wie es vorgesehen ist, „die CVP wird eingeladen, Mitglieder zu benennen, die vor einem Gremium, das sich aus Vertretern der Bundes-CDU und der CDU Saar zusammensetzt, verhandeln", so sehen wir darin eine Konservierung der Kräfte innerhalb der CVP, die an sich bereit wären, sich mit uns zu einigen, wenn sie von Bonn aus keine andere Möglichkeit hätten.

Außerdem befürchten wir, daß auf diesem Wege ein großer Teil unserer Wähler zu der Partei von Herrn Schneider hinüberwechselt. Viele Wähler, die Herr Schneider hat, gehören ihm nicht. Ein großer Teil seiner Wähler gehört zu uns. Sie werden zu uns kommen, wenn die CDU Saar ein klares Gesicht behält.

Adenauer: Sie lehnen jede Verhandlung mit einer Delegation der CVP ab in der Annahme, daß die CVP von selbst auseinanderfallen wird und der größte Teil davon zu Ihnen kommt.

Röder: Ich lehne eine Verhandlung mit Funktionären der CVP ab. Wir sind aber dabei, in den einzelnen Dörfern unserer Heimat die Mitglieder der CVP und unsere eigenen Mitglieder an einen Tisch zu bringen, um persönliche und politische Gegensätze zu bereinigen. Das ist uns in einer Reihe von Fällen gelungen, so daß sich die Ortsverbände der CVP daraufhin aufgelöst haben und die Mitglieder in unsere Partei übergetreten sind. Wir haben dabei Haare gelassen.

Auch in unseren Ortsverbänden gibt es einige radikale Elemente, die das nicht mitmachen und zu Herrn Schneider gehen. So sind z.B. in einem kleinen Ort aus unserer Ortsgruppe von 35 Mitgliedern 20 ausgetreten und haben eine Ortsgruppe des Herrn Schneider gegründet, die bis zu diesem Augenblick nicht bestanden hatte. Ich will diesen Fall nicht verallgemeinern, aber wir werden auch einige Leute aus unserer Partei abgeben müssen, die zu Herrn Schneider gehören. Aber wir werden auf der anderen Seite all die guten Kräfte gewinnen, die nicht zu Herrn Schneider gehören. Vom Zentrum sehe ich keine Gefahr.

Adenauer: Das verstehen Sie nicht recht mit dem Zentrum. Wir haben einen Herrn aus Nordrhein-Westfalen hier. Vielleicht hören Sie ihn mal, was er dazu sagt.

Dufhues: Mit Ihren Ausführungen werden Probleme angeschnitten, die uns in Westfalen besonders stark berühren. Sie dürfen davon ausgehen, daß wir Ihnen mit vollem Vertrauen entgegenkommen, aber bitte berücksichtigen Sie in Ihrer Haltung und Entscheidung die Situation, wie wir sie von draußen sehen. Es mag eine sehr nüchterne Betrachtung sein, die Ihren Empfindungen nicht in allen Teilen gerecht wird, aber Sie dürfen versichert sein, daß wir uns von der gleichen Verantwortung leiten lassen wie Sie.

Sie haben nachdrücklichst die Bemühungen unterstrichen, die einzelnen Wähler und Mitglieder der CVP für sich zu gewinnen. Sie haben die Möglichkeit, die Ergebnisse der Abstimmung über das Saarstatut und die Kommunalwahlen zu vergleichen. Wenn wir diese Zahlen vergleichen, dann erfüllt uns die weitere Entwicklung an der Saar mit einiger Skepsis. Damit komme ich auf die besondere Situation, die gewisse Parallelen zu Ihrer Lage bietet, die wir in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Landesteil Westfalen, aber auch in Bayern haben. Auch da ist es uns in den vergangenen Jahren nicht gelungen, sämtliche christlichen Kräfte zu einigen. Wir haben in Westfalen starke Kräfte des Zentrums, das einen nicht geringen Rückhalt an der katholischen Geistlichkeit hat. Eine ähnliche Entwicklung haben wir in der Bayernpartei in München. Wenn wir nun rückschauend die Entwicklung und unsere Tätigkeit Revue passieren lassen, dann bedauern wir, daß wir in den Gründungsjahren der Union nicht zu größeren Konzessionen gegenüber diesen Gruppen bereit gewesen sind; denn dann hätten wir vieles verhindern können.

Verzeihen Sie mir, wenn ich also Ihren Optimismus nicht teile. Wir haben im Bundesgebiet eine wesentlich günstigere Situation für die Fusion der CDU mit den Splitterkräften des Zentrums gehabt, und alles hat dafür gesprochen, daß man den Männern größeres Vertrauen und Entgegenkommen entgegengebracht hätte. Aber nun stehen wir nach zehnjährigen Bemühungen vor der Tatsache, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen noch zehn Landtagsabgeordnete des Zentrums haben, eine Gruppe, die ausgereicht hat, um die Regierung Arnold zu stürzen!

Die Situation für eine Zusammenfassung dieser Gruppen ist bei Ihnen nicht so günstig; denn die Gegensätze zwischen der CDU Saar und der CVP sind offenbar wesentlich mehr verhärtet, als dies jemals zwischen dem Zentrum und der CDU oder zwischen der Bayernpartei und der CDU der Fall war. Bei Ihnen kommt hinzu, daß ein

sehr starkes, vom Nationalen her gespeistes Empfinden die Gegensätze verhärtet hat. Solche Gegensätze wirken noch Jahrzehnte nach und machen es schwer, die Kräfte zu gewinnen, die jetzt noch in der CVP zuhause sind.

Wenn Sie diese Skepsis – die in keiner Weise etwas mit Ihnen zu tun hat – gebührend berücksichtigen und weiterhin an die Sorgen denken, die wir hinsichtlich der künftigen Entwicklung der politischen Parteien in der Bundesrepublik haben, dann werden wir die Möglichkeit ins Auge fassen müssen, daß infolge der Entwicklung der CVP die Kräfte des Zentrums, der Bayernpartei und ähnlicher Splittergruppen neuen Auftrieb gewinnen, der sicher dem Zentrum – das sich selbst mit dem Teufel verbündet – zugute kommen wird. Und eines Tages werden uns diese Stimmen fehlen, so daß die Politik nicht fortgesetzt werden kann, die verbunden ist mit dem Namen des Bundeskanzlers und der CDU. Sie werden daher mit uns etwas von der Verantwortung spüren, die wir um die Entwicklung haben, weil wir vielleicht eines Tages, da uns einige Mandate fehlen, nicht mehr die europäische Politik und die anderen Dinge fortsetzen können. An unsere Bitte, nun großzügig zu sein, knüpft sich die große politische Tat der Rückgliederung der Saar. Nun können Sie wirklich großzügig sein!

Kratz: Es ist gesagt worden, daß man die Entwicklung der CVP bei den Wahlen verfolgt habe. Ich darf dazu sagen, daß bei den Kommunalwahlen am 13. Mai ein großer Teil der früheren sozialdemokratischen Parteimitglieder die CVP gewählt hat. Der frühere Justizminister Dr. Braun[122] hat offen erklärt, daß für die früheren Sozialdemokraten nichts anderes übrig bleibe, als CVP zu wählen. Das werden nach meinem Dafürhalten 20.000 bis 30.000 Stimmen gewesen sein, die wir als christliche Partei im nächsten Jahr bei der Bundestagswahl ohnehin nicht bekommen können. Die 45.000 Separatisten werden wir ebenfalls nie bekommen oder gewinnen können. Wir wollen sie auch gar nicht.

Zu der Bitte, wir möchten großzügig sein, kann ich nur versichern, wir haben in den Besprechungen, die wir in Unkel und Morbach hatten, eine Großzügigkeit an den Tag gelegt, die ihresgleichen sucht. Wir haben in Unkel und Morbach mit den Herren der CVP gesprochen, daß es vielleicht 40 oder 60 von der großen CVP seien, die wir nicht übernehmen können. Das ist die Großzügigkeit, die wir auch heute noch zeigen.

Ich kann Ihnen nur sagen, das macht jeden Tag Fortschritte. Die CVP schrumpft immer mehr ein, so daß man am Schluß nichts mehr sieht, weil nichts mehr da ist.

Röder: Wenn durch unsere Großzügigkeit erreicht würde, daß wir unseren Wähleranteil von 150.000 Stimmen behalten und einen großen Teil der Stimmen der CVP gewinnen könnten, dann wäre ich für jede Großzügigkeit, die möglich ist, sofern allerdings dabei nicht das christliche Gedankengut gefährdet wird. Aber diese Möglichkeit besteht ja nicht. Wenn wir der CVP gegenüber allzu großzügig sind, dann verlieren wir in unserem eigenen Lager ein Vielfaches der Stimmen, die wir durch

122 Dr. Heinz Braun (1888–1962), 1935 Emigration nach Frankreich und England (1940), 1947–1955 MdL Saarland (SPS), 1947–1951 und 1952–1955 Justizminister.

unsere allzu starke Großzügigkeit gewinnen. Insofern ist dieses Rechenexempel nicht gut. Wir müssen den Stimmenanteil an der Saar behalten und darüber hinaus einen Weg finden, der uns noch Stimmen zuführt.

Krone: Wir waren uns darüber einig, die CDU aufzunehmen. Wir wollten den anderen sagen, es muß eine ehrenvolle Einigung kommen. Dazu wollen wir euch die Hand bieten. Ich verstehe daher nicht, wie man nun dazu nein sagen kann! Wir nehmen die CDU auf und sagen: Die anderen stehen noch drüben, einigt euch! Wir wollen euch dazu die Hand bieten. Und dann sagt man: Es geht nicht!

Ich stelle fest, Herr Kollege Kratz, daß wir uns damals in Unkel verständigt hatten, daß aber dieser Gedanke der Einigung heute völlig beiseite geschoben wird. Sie haben dabei den Optimismus, daß die anderen eindorren. Ich glaube das nicht.

Adenauer: Ich muß gestehen, daß ich etwas erschüttert bin. Ich sage das in aller Offenheit. In diesen Dingen muß man freimütig miteinander sprechen. Ich glaube wirklich nicht, daß Sie, meine Herren von der Saar, die Dinge richtig sehen. Ich fürchte, daß Sie die Beständigkeit dieses seit Jahren festgefügten Parteiverbandes unterschätzen. Die CVP ist das doch. Wir hatten mit Ihnen geglaubt, daß die Kommunalwahlen die CVP wegwischen würden. Sie ist nicht weggewischt worden! Das ist aber von Ihren maßgebenden Herren vorher behauptet worden, und wir hatten ihnen das geglaubt.

Nun nehmen Sie einmal an, die CVP bliebe bestehen. Welche Zustände bekommen Sie dann an der Saar? Am 1. Januar 1957 wird die Saar ein Bundesland werden, kein besonders großes Land, aber Sie haben dann folgende Parteien: CDU, CVP, SPD und DPS. Wie wollen Sie damit eine gute Politik für Ihr Land betreiben, das doch wirklich darauf angewiesen ist – nachdem es zehn Jahre lang ausgebeutet wurde –, eine gute Politik zu machen, um wieder in die Höhe zu kommen.

Wie können Sie sich so verhärten gegenüber der CVP? Die CVP hat uns einen Brief geschrieben, den wir beantworten müssen. Sie verlangt darin von der Bundes-CDU eine Erklärung darüber, ob die Bundes-CDU bereit sei zu helfen, daß die CVP auch zu uns kommt. Wir können doch unmöglich schreiben: Nein! Denn dann haben wir folgendes: Ihnen schreiben wir, ihr seid aufgenommen, aber denen schreiben wir, wir sind nicht bereit, unsere Dienste zur Verfügung zu stellen.

Wenn Sie so weit gehen – ich wurde abgerufen und weiß nicht, ob das die genaue Wiedergabe durch Sie ist –, Wert darauf zu legen, von uns die Erklärung zu bekommen, daß Sie Mitglied der Bundes-CDU sind, daß wir aber überhaupt nicht an die CVP schreiben, dann fehlt mir jedes Verständnis dafür.

So kann man doch keine Politik machen! Das sage ich ganz offen. Wenn Sie in die Bundes-CDU kommen, sind Sie eine Landespartei, und dann müssen Sie doch mit an der großen Leine ziehen. Dann müssen solche Sondergeschichten aufhören. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die Situation in der Welt ist wirklich so, daß wir – wir wollen doch nicht an Rußland fallen – alles tun müssen, um bei der nächsten Bundestagswahl eine Mehrheit zu bekommen. Sie haben das Zentrum eben so etwas beiseite geschoben. Aber Sie haben von Herrn Dufhues gehört, wie ernst die Situation ist. Das Zentrum

sucht jetzt Leute, die ihm helfen, die 5%-Grenze zu überspringen. Das gleiche tut die Bayernpartei. Beide werden sich zusammenschließen unter irgendeinem Namen, Föderalistische Union oder so ähnlich.

Selbst wenn es Ihnen gelingen sollte, durch persönliches Zureden einen Teil der Mitglieder der CVP für sich zu gewinnen, ein nicht unerheblicher Rest wird dabeibleiben. Die werden dann zu dieser Gruppe stoßen, und damit haben sie dann höchstwahrscheinlich die 5%-Grenze übersprungen. Sie bekommen verhältnismäßig wenig Mandate, vielleicht 14 bis 16, wobei wir nicht die ganzen Stimmen eingerechnet haben. (*Scharnberg:* 20!) Unser Wahlsachverständiger ruft 20! Bleiben wir einmal bei 14 bis 16. Dann ist es aber so, daß diese kleine Gruppe im künftigen Bundestag möglicherweise das Zünglein an der Waage bilden wird, und dieses Zünglein an der Waage geht zur SPD. Dann ist unsere ganze bisherige Politik erledigt. Dann ist die Situation so – ich muß Ihnen das ausdrücklich sagen, und ich bitte die Damen und Herren zu entschuldigen, wenn ich jetzt etwas wiederhole, aber die Sache ist sehr ernst, und man muß darüber sprechen –, daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit in den sowjetrussischen Sog hineinkommt.

Es sind bei der SPD Kräfte vorhanden, die das mit allen Mitteln betreiben. Die SPD birgt in sich nach dem Osten hin gerichtete Kräfte und Elemente. Und die werden dann führend werden. Ich weiß nicht, ob Sie die Beschlüsse des Münchener Parteitages der SPD gelesen haben. Sie wollen die Wehrgesetze wieder abschaffen – den Russen zuliebe. Früher haben sie die Wehrpflicht anerkannt. Sie wollen eine völlig andere Politik. Und was wird die Folge sein – Sie müssen sich das für das Saargebiet vorstellen –, wenn das so kommen wird? Wenn in Frankreich eine Volksfrontregierung kommt und möglicherweise auch in Italien, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland verhandelt wird, weil die Vereinigten Staaten dann sagen werden, diesem Europa ist nicht zu helfen, denn es will sich nicht helfen lassen. Dann aber würden sich die Vereinigten Staaten aus Europa zurückziehen, und dieses Westeuropa käme unter sowjetischen Einfluß in dieser oder jener Form. Jedenfalls ging dann alles das, was uns zusammenhält und was die Ziele unserer Ideale und Politik sind, verloren.

Stellen Sie sich bitte vor, mit welchem Ernst wir die ganze Frage betrachten. Seit 3 Uhr suchen wir nach der Möglichkeit, ohne irgendwie Ihrer Partei zu nahezutreten, einen Weg zu finden, um die CVP nun im Ablauf eines Entwicklungsprozesses mit Ihnen zu amalgamieren, d.h. zusammenzubringen. Ich bitte Sie deswegen, den Standpunkt, mit den Leuten nicht verhandeln und keine Delegation entsenden zu wollen, fallenzulassen. Das können Sie gar nicht verantworten.

Heck: Ich darf einen Vorschlag ins Unreine machen:

1. Aufnahme ohne irgendwelche Empfehlungen, Bedingungen oder Auflagen: Die CDU Saar wird Landesverband der Bundespartei.
2. Eine Erklärung: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands wird weiterhin alle Anstrengungen machen, um die christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu einer ehrenvollen Einigung zu bringen.

Dann die Einladung der Delegation nicht publizieren, sondern sie lediglich in Briefform bringen.

Meyers: Eine Variation zu diesem Vorschlag! Mir scheint das nicht weit genug zu gehen; andererseits sehe ich ein, daß es schwierig ist, wenn wir die CDU Saar aufnehmen und gleichzeitig eine andere Partei ansprechen. Ich würde vorschlagen, den zweiten Teil von Herrn Heck wie folgt zu formulieren:

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an die christlich-demokratischen Kräfte im Saarland die dringende Bitte, über alles Trennende hinweg den Weg zu finden, der zu einer ehrenhaften Einigung führt und eine gemeinschaftliche Politik aus christlichem Geiste ermöglicht.

Der Bundesvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, die zur Verwirklichung seiner Bitte erfolgenden Schritte zu unterstützen und gegebenenfalls die Initiative zu solchen Schritten zu ergreifen."

Lenz: Ich halte den Vorschlag von Herrn Heck für diskutabel, mache aber auf eins aufmerksam: Eine Einladung der CDU an die CVP, auch wenn sie getrennt erfolgt, wird natürlich bekannt. Es ist in der deutschen Presse, vor allem in der „Katholischen Nachrichtenagentur"[123], ein Artikel verbreitet worden, wenn der Bundesvorstand der CDU nicht einen Schritt gegenüber der CVP mache, bliebe die Verantwortung für ein Nichtzustandekommen der Einigung bei der CDU. (*Altmeier:* Das war ein planvolles Kesseltreiben!) Wir müssen die Dinge so machen, daß uns nachher nicht der Vorwurf gemacht werden kann, ihr habt kein Entgegenkommen zu einer Einigung gezeigt, ihr seid schuld, daß sie nicht zustande gekommen ist.

Ich bin völlig skeptisch. Ich möchte nicht, daß uns die Verantwortung dafür trifft, weil wir keine Geste gemacht hätten. Wir müssen zeigen, daß wir bereit gewesen sind, noch einmal mit der CVP zu verhandeln.

Röder: Ich möchte mit einem Satz, Herr Bundeskanzler, versuchen, ein Mißverständnis aufzuklären, das anscheinend bei Herrn Krone vorliegt. Die CDU Saar ist voll und ganz von der Verantwortung getragen, Herr Bundeskanzler, die Sie eben angedeutet haben. Unser Standpunkt beruht auf dieser großen Verantwortung, die auf Ihren und unseren Schultern liegt.

Es ist nicht so, als ob wir als Landesverband aufgenommen werden wollten, um damit irgendwie einen Erfolg für uns zu buchen, ohne auf der anderen Seite die Verpflichtung übernehmen zu wollen, nun auch den anderen Teil der christlichen Kräfte an der Saar für uns zu gewinnen. Wir stehen nach wie vor voll und ganz auf den Unkeler und Morbacher Vereinbarungen und sind mit jeder Formulierung einverstanden, die Sie hier finden, wenn Sie etwa sagen:

„Die Mitglieder der CVP werden aufgefordert, im Sinne einer christlichen Einheit sich der CDU Saar anzuschließen."

---

123 In KNA Nr. 20 vom 19. Mai 1956 wird die CDU Saar für die Spaltung des christlichen Lagers verantwortlich gemacht; vgl. auch Nr. 27 vom 7. Juli 1956 „Dr. Schneiders Spiel – Verhärtung an der Saar".

Auch die Vorschläge der Herren Heck und Meyers sind annehmbar, allerdings melde ich gegen den Zusatz, daß eine Delegation brieflich eingeladen wird, Bedenken an, weil sie am anderen Tage in der Zeitung erscheint. Wir werden von diesen Leuten, die in der Führung der CVP zusammengeschweißt sind, niemanden gewinnen können. Wir wollen aber den Versuch machen, die Mannschaft, die gutgläubig hinter diesen Leuten steht, ohne daß sie mit der Politik dieser Herren zu identifizieren ist, unter allen Umständen zu gewinnen.

Ich meine, das wäre möglich, wenn Sie die CDU Saar anerkennen und auf der anderen Seite einen Aufruf ergehen lassen, daß sich alle Christen zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben zusammenfinden möchten. Dann hätten wir ein gutes Stück Arbeit geleistet. Wenn wir es fertigbrächten, daß die Bischöfe von Trier und Speyer ein einziges Wort sagten, die Christen an der Saar möchten sich in der CDU zusammenfinden, dann wäre m.E. das Problem Zentrum und alle anderen Fragen gelöst. Es bedarf dazu nur eines einzigen Wortes in dieser Richtung.

Ich habe mir vorgenommen, mich dafür einzusetzen, daß die Beziehungen nach Trier und Speyer viel intensiver werden, um in dieser Richtung weiterzukommen. Wir haben allerdings sehr wenig Zeit. Es hängt das alles an wenigen Leuten, sonst hätten wir mit Trier und Speyer ein besseres persönliches Verhältnis. Ich bin mit dem Generalvikar in Trier[124] seit langer Zeit befreundet. Wenn wir gemeinsam in dieser Richtung arbeiten, werden wir zum Ziele kommen.

Kratz: Ich bin glücklich darüber, daß die schwere Verantwortung, die wir nun schon seit Wochen mit uns herumtragen, eigentlich nur ein Stück Ihrer großen Verantwortung ist. Ich stelle fest, daß wir mit Ihnen hier völlig konform gehen. Wir steuern alle auf dasselbe Ziel zu. Die Frage ist, wie kommen wir über die Klippe der CVP? Die Formulierung, eine Delegation zu empfangen, halte ich jetzt für absolut verfrüht. Wir müssen unsere Leute erst allmählich dazu bringen; denn Sie dürfen nicht den harten Abstimmungskampf vergessen, den wir zu führen gezwungen waren. Wir können nicht sagen, wir haben gesiegt, jetzt ist alles wieder gut.

Lassen Sie uns etwas Zeit. Wir sind gern bereit, in ein paar Wochen wieder hierhinzukommen und Ihnen zu sagen, das haben wir bis jetzt geschaffen. Ich möchte folgendes richtigstellen, Herr Krone: Wir sind nach wie vor bereit, die Einigung unter allen Umständen herbeizuführen, aber was nutzt eine Einigung, bei der wir mehr einbüßen, als wir gewinnen. Das müssen wir bedenken.

Auch die Gefahr des Zentrums halten Sie nach meiner Meinung viel größer, als sie in Wirklichkeit ist. Es ist möglich, daß ich mich irre, aber was nutzt das alles, wenn wir mehr verlieren als gewinnen. Wir reden nicht, um hier irgendwelche Haßorgien zu feiern. Ich bin einer von denjenigen in der CDU, die sich am meisten vorgewagt haben. Ich kann Ihnen ein Lied davon singen, was ich in der CDU habe ausstehen müssen. Wenn ich nicht den Mut zur Verantwortung gehabt hätte, wäre vielleicht manches anders geworden.

---

124 Peter Weins.

Wir sind auch einverstanden mit einer Empfehlung zur Einigung. Die Formulierung von Herrn Meyers fand ich nicht schlecht, nur mit der Delegation, das geht nicht! (*Meyers:* Da steht doch gar nichts von einer Delegation drin!) Das bedeutet für die Leute Hoffähigkeit, und das können wir doch nicht machen.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Wir müssen weiterkommen. Was uns die Herren von der Saar vorgetragen haben, ist sehr beachtlich. Sie haben uns gebeten, zwei Dinge in der Entschließung herauszulassen: 1. daß die CVP genannt wird, 2. daß eine Delegation der CVP zum Verhandeln aufgefordert wird. Diesem Wunsch ist nun Rechnung getragen worden durch eine Formulierung von Herrn Meyers. Dürfen wir sie noch einmal hören!

Meyers: Der erste Punkt ist bekannt. Der zweite Punkt lautet:

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an die christlich-demokratischen Kräfte im Saarland die dringende Bitte, über alles Trennende hinweg den Weg zu finden, der zu einer ehrenhaften Einigung führt und eine gemeinschaftliche Politik aus christlichem Geiste ermöglicht.

Der Bundesvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, die zur Verwirklichung seiner Bitte erfolgenden Schritte zu unterstützen und gegebenenfalls die Initiative zu solchen Schritten zu ergreifen."

Von Hassel: Diese Absätze sind klar!

Meyers: Drittens soll es heißen: Wir wollen ein Gremium beauftragen. Damit vermeiden wir die Formulierung: Wir empfangen eine Delegation.

Von Hassel: Dr. Meyers, Kiesinger und Dr. Schröder! (*Meyers:* Die zehn!) Mir schwebt vor, von uns aus vier Herren zu beauftragen, die die Dinge in die Hand nehmen und die Gründe überlegen, die der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat.

Sieveking: Setzt Sie das in den Stand, eine Antwort auf diesen Brief zu geben, der die Gegenseite, wenn die Sache schiefgeht, ins Unrecht bringt? – *Bewegung und Unruhe.* – *Zurufe:* Nicht verstanden. Was ist damit gemeint?

Lenz: Sollen wir mit der CVP verhandeln und sie auffordern, eine Delegation zu entsenden oder nicht? Wenn wir es nicht tun, ist die Sache morgen geplatzt! – *Unruhe.*

Schröder: Meine Damen und Herren! Wir müssen doch nicht auf alles eingehen, was die CVP will. Wenn wir es so veröffentlichen, bedeutet das einen Appell an alle positiven Kräfte. Wie sich das dann im einzelnen abspielen wird, ist eine Sache für sich.

Adenauer: Ich würde auf den CVP-Brief schreiben, wir bäten darum, einige Herren zur Erläuterung dieses Briefes nach hier zu schicken. Und aufgrund dieses Briefes kann man dann eine Reihe von Fragen an sie stellen. Die stellen alle möglichen Behauptungen auf. Die sollen sie erläutern. Dann sind die Herren in der Zwischenzeit in Saarbrücken, und das ist bekanntgeworden. Dann sieht man mal, wie man weiterkommt.

Röder: Wenn Sie dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers folgen und der CVP schreiben, daß sie Herren nach Bonn schicken soll, dann liegt das außerhalb der

Kompetenz der CDU Saar. Dann können wir nicht verantwortlich gemacht werden. Über die Punkte 1 und 2 der Entschließung, die mit unserer Aufnahme zu tun haben, hinauszugehen und das mit der CVP zu verquicken, halte ich für falsch.

Adenauer: Wir können sagen: Ihr Brief macht eine mündliche Besprechung erforderlich. Wir ersuchen Sie, einige Herren nach hier zu schicken. (*Röder:* Ich bitte darum, nicht beides zugleich zu machen, sondern erst ein paar Tage zu warten und dann den Brief zu beantworten!) Punkt 1 und 2 werden gleich veröffentlicht, der Brief frühestens übermorgen in Saarbrücken. (*Röder:* So daß er frühestens am Montag in die Zeitung kommen könnte. Dieser Brief müßte sehr glücklich formuliert sein!) Wir können sagen: Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes, der einige Erläuterungen notwendig macht. Wir bitten Sie, einige Herren zur Besprechung dieses Briefes nach hier zu schicken. (*Hellwig:* Zu dieser Einigung geeignete Herren!) Geeignete Herren? Das kann man nicht sagen. (*Hellwig:* Wir dürfen nicht aus der Hand geben, daß sie jeden schicken können!) Einige Herren, in dem Sinne, wie er in dieser unserer Forderung niedergelegt ist. Da brauchen Sie keine Sorgen zu haben! Damit nicht in demselben Dokument, in dem die Aufnahme ausgesprochen wird, gleichzeitig eine Adhortatio erfolgt, könnten wir vorher diese Adhortatio geben: Sorgt dafür, daß der Karren wieder ins rechte Geleise kommt. Das ist doch tragbar für Sie? (*Röder:* Ja!) Das kann man in einem Brief schreiben. (*Schröder:* Man kann in diesem Briefe sagen: Im Sinne des Appells geeignete Herren! – *Von Hassel:* Sie werden selber ihre Leute entsenden! – *Hellwig:* Der Herr Müller war schon da! – *Gurk:* Wenn die Herren der Saar-CDU jemand für fähig halten, können wir es auch! – *Altmeier:* Nein, wir können es nicht! – *Unruhe und Bewegung.* – *Kaiser:* Nach dem Referat ist eine Beantwortung des Schreibens nicht mehr nötig! – *Meyers:* Morgen wird es veröffentlicht, und unser Brief kommt am Montag an. Was geschieht in der Zwischenzeit? – *Von Hassel:* Schreiben Sie den Brief morgen!) Dann ist er nicht in der Zeitung, und sie haben ihn da.

Röder: Herr Bundeskanzler! Ich muß mein Gewissen etwas erleichtern und Ihnen sagen, daß ich diese Erklärung, die in den Punkten 1 und 2 enthalten ist, vollinhaltlich auch in der Form anerkenne. Der Inhalt des Briefes, den Sie vom Vorstand der Bundes-CDU an die CVP schreiben, ist Ihre Sache. Ich kann zu diesem Brief nur gutachtlich gehört werden, wenn Sie wollen, aber ich habe keinen Einfluß auf diesen Brief.

Ich möchte aber sagen, wenn Sie mich gutachtlich dazu hören wollen, daß Sie in diesem Brief nicht so weit gehen sollen, daß durch die Veröffentlichung dieses Briefes Rückschläge für unsere Partei entstehen, die ich eben zum Ausdruck gebracht habe. Wir unterscheiden uns in unserer Auffassung lediglich darin, daß wir glauben, daß die Gefahr des Zentrums an der Saar nicht so groß ist, wie Sie es von hier aus annehmen.

Adenauer: Die Beantwortung des Briefes ist unsere Sache. Die Herren haben uns einen gutachtlichen Rat gegeben. Darüber werden wir uns unterhalten müssen. Die Hauptsache ist für die Herren der Beschluß.

Von Hassel: Ich darf wiederholen: 1. Aufnahme, 2. zu versuchen, daß sich die christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zusammenfinden, 3. es ist eine interne Anweisung, daß wir die Initiative ergreifen können.

Meyers: Ich darf noch einmal wiederholen:

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an alle christlich-demokratischen Kräfte im Saarland die dringende Bitte, über alles Trennende hinweg den Weg zu finden, der zu einer ehrenhaften Einigung führt und eine gemeinschaftliche Politik aus christlichem Geiste ermöglicht."

Altmeier: Wie ist es denn mit den Verhandlungen? Es wird vielleicht nach einigen Tagen mitgeteilt, daß mit dem neuen Verband Krach da ist. Ich möchte wissen, ob die Herren dabei sind.

Adenauer: Wenn die Herren wollen, sicher; wenn sie aber nicht wollen, dann nicht.

Röder: In dem Brief sollte stehen, daß Sie auch die CDU Saar ersuchen werden, Verhandlungen in dieser Richtung zu führen, sofern aber diese nicht zu einem Abschluß gebracht werden können, werde sich die Bundes-CDU einschalten. Wir müssen zunächst einmal die Möglichkeit behalten, von der CDU Saar aus die Dinge zu regeln.

Adenauer: Den Brief können wir noch einmal überlegen. Wir danken den Herren von der Saar, daß sie zu uns gekommen sind, und begrüßen sie als die Vertreter der CDU Saar.

Meine Damen und Herren! Wir müssen noch einen Augenblick zusammenbleiben. Ich würde vorschlagen, daß wir das sofort der Presse und dem Rundfunk übergeben. (*Kaiser:* Satz 1 muß noch gehört werden! – *Von Hassel:* Der Landesverband der CDU Saar wird in die Bundes-CDU aufgenommen. – *Kaiser:* Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, damit einverstanden zu sein, daß wir seinen Namen nennen und sagen: Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers.)

Hellwig: Wenn geschrieben wird, die in diesem Briefe angeschnittenen Fragen machen zunächst einmal eine Präzisierung erforderlich, zu der bestimmte Herren kommen müssen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß dieser Brief in seiner Zielsetzung über das Programm der Fusion oder Verschmelzung hinausgeht; denn dieser Brief möchte von uns eine Bestätigung haben, daß die CVP gegebenenfalls als zweite christliche Partei an der Saar im Koalitionsverhältnis anerkannt wird. Das steht nämlich drin!

Adenauer: Aber das sind doch alles Verhandlungs- und Vereinbarungsmethoden, als wenn wir kriegführende Völker miteinander wären! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Lassen wir doch vernünftig miteinander sprechen! Ich würde schreiben: Wir danken Ihnen für Ihren Brief. (*Lenz:* Nicht danken!) Dann: Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes usw. Sie werden in der Zwischenzeit gehört haben, daß der Bundesvorstand das und das beschlossen hat. In Verfolgung dieses Zieles, wie es insbesondere im Punkt 2 des Beschlusses niedergelegt ist, bitten wir Sie, einige Herren zu uns zu schicken.

Das ist doch ein sehr einfacher Brief! (*Hellwig:* Unter Bezugnahme auf die

Erklärung des Vorstandes!) Wir sagen: „Um dieses in dem Vorstandsbeschluß gekennzeichnete Ziel zu erreichen, bitten wir Sie, einige Herren zu uns zu schicken, damit wir die ganze Sachlage besprechen können."

Der Brief muß so zeitig da sein, daß sie ihn vor der Delegiertenversammlung in den Händen haben. Ich würde einen besonderen Boten nach Saarbrücken schicken, der sich den Empfang des Briefes quittieren läßt. (*Kaiser:* Der Brief war schon vier Tage hier, man ist nicht dahintergekommen, wer ihn gebracht hat. – *Meyers:* Einem Boten soll er quittiert werden!) Ja, quittiert! Das sieht nach etwas aus. Sie sind einverstanden.

Nun, meine Damen und Herren, für die Kommunalwahlen habe ich jetzt nicht mehr die richtige Lust. Es ist gleich 8 Uhr, und ich habe oben den Herrn Bundesfinanzminister Schäffer sitzen. (*Zimmer:* Aber die Kommunalwahlen sind sehr wichtig!) Ja, dann muß jemand anders den Vorsitz führen. Sie wissen, daß wir im Kabinett allerhand Kräche hatten. Deswegen habe ich jetzt die Aussprache mit Herrn Schäffer.[125] Eben war der neue Kommandeur der amerikanischen Truppen[126] hier und hat eine Erklärung abgegeben über die Geschichten, die von den amerikanischen Soldaten begangen worden sind.

Kaiser: Ich muß noch einmal auf die Saar zu sprechen kommen. Wenn es zu einer Begegnung mit den Herren kommt, so dürfen wir mit verschiedenen Leuten nicht sprechen. Ich habe mir die Namen aufgeschrieben. Abgesehen von Hoffmann und Hector dürfen wir auch nicht mit dem Generalsekretär[127], der den Brief geschrieben hat, sprechen; auch nicht mit Professor Görgen, der in Ost-Berlin gewesen ist, ein Mann, der von Frankreich herübergekommen ist. Herr Schlehofer[128] ist die rechte Hand von Hoffmann gewesen. Er hat die Reden von Hoffmann gemacht. (*Adenauer:* Aber ein begabter Mann! – *Hellwig:* Müller und Straus[129] haben Sie noch nicht genannt! – *Unruhe.*)

Adenauer: Wir können doch den Leuten keine Liste geben mit den Namen. Sie spielen doch die Karte des Zentrums und nichts anderes! (*Kaiser:* Herr Bundeskanzler, man muß wissen, mit wem man es zu tun hat!) Das ist ganz klar, Herr Kaiser, aber man kann keine Liste von Leuten aufstellen, mit denen man nicht spricht. Wir können doch nicht schreiben: Schickt uns Leute, aber die und die dürfen nicht kommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich bin wirklich froh, daß wir hier noch einmal von

125 Thema war die Auseinandersetzung im Gefolge der Diskontsatzerhöhung. Ein Kommuniqué wurde nicht veröffentlicht (FAZ vom 14. Juli 1956).

126 General Henry I. Hodes. – In den Medien war verschiedentlich über Vergewaltigungen durch amerikanische Soldaten berichtet worden (vgl. z.B. FAZ vom 12. Juli 1956).

127 Emil Lehnen (1915–1984), 1946–1959 Generalsekretär der CVP.

128 Franz Schlehofer (geb. 1915), bis 1955 Kanzleichef Hoffmanns.

129 In der Vorlage: Strauß. – Dr. Emil Straus (1899–1985), 1935 Emigration nach Frankreich, 1946 CVP, 1946–1947 Direktor für Unterrichtswesen, 1947–1952 MdL, 1947–1951 Kultusminister, 1952–1955 Botschafter des Saarlands in Paris. – Heinrich Küppers: Emil Straus, ministre des Affaires culturelles de la Sarre 1947–1951. In: Revue d'Histoire Diplomatique 101 (1987) S. 61–77.

den Schwierigkeiten in Westfalen und bei der Bayernpartei gehört haben. Über die Bayernpartei bin ich ziemlich genau im Bilde. Es ist wirklich so: Es war ein Krach unter Brüdern, der diese schlimmen Folgen gehabt hat. Beim Zentrum war es so, daß ich von Nordrhein-Westfalen aus gebeten worden bin, Reden für das Zentrum zu halten bei der letzten Wahl. (*Schröder:* In Oberhausen!) Ich habe dort für den Herrn Brockmann geredet! Und nachher ist das Zentrum hingegangen mit dem Dolch im Gewande und hat gesagt: Schluß damit! Wenn wir also das Zentrum kleinkriegen könnten, hätten wir viel erreicht. Deswegen wollen wir nicht so kleinlich sein. Aber die Kommunalwahlen sind sehr wichtig und bedeutungsvoll. Ich würde vorschlagen, daß wir darüber zunächst einmal in einem kleinen Kreis sprechen. Es ist nicht nötig, daß nun die Herren aller Länder, in denen keine Kommunalwahlen sind, gebeten werden, darüber zu sprechen.

Meyers: Ich würde vorschlagen, daß der Bundesvorstand die Bundesgeschäftsstelle beauftragt, die Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsführer der Länder, in denen Kommunalwahlen sind, zu einer Sitzung einzuladen, an der auch die interessierten Mitglieder des Vorstandes teilnehmen sollten.

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Bitter: Ich habe eine große Bitte. Wir haben seit dem 23. Mai in den fünf Ländern im Rahmen der Zuständigkeit der KPV alles Mögliche an den Dingen getan, um diesen Wahlkampf zu einem guten Erfolg zu führen. Nordrhein-Westfalen hat die Federführung übernommen und die technischen Dinge gestaltet. Ich darf feststellen, daß das bis zur Stunde bestens klappt. Ich stelle aber folgendes fest: Der Bundesschatzmeister hat zu Beginn dieser Sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß bei den vorjährigen Kommunalwahlen erhebliche Mittel des Bundes verfügbar gewesen sind. (*Adenauer:* Der Bundespartei! Nicht des Bundes!) Verzeihung! Aber es sind die besten Mittel für die Bundestagswahl 1957. (*Von Hassel:* Dürfen Sie nicht sagen!) Hier muß man es sagen. Ich bitte daher dringend darum, sich im engeren Bundesvorstand zu überlegen, wie man die Möglichkeit einer Fundierung begünstigen kann.

Von Hassel: Der Herr Bundeskanzler ist soeben zu einer Besprechung mit Herrn Schäffer weggeholt worden. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich darf daher die Sitzung schließen.

16

Bonn, 20. September 1956

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Arnold, Bach, Bauknecht, Berendsen, Bitter, Blank, [Frau Brauksiepe], Gerstenmaier, [Globke], Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Krone, Lemmer, Lenz, Meyers, [Ney], Noltenius, Oberländer, Frau Rehling, Scharnberg, Schröder, Strauß, Frau Weber, [Wirsching], Zimmer.

Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Bericht Krones über USA-Reise. Bericht Meyers über Organisation. Erscheinungsbild der Union in der Öffentlichkeit. Ergänzung des Wehrgesetzes; Dauer der Wehrpflicht und „Umrüstung". Rednereinsatz; Mitgliederwerbung. Allgemeine Richtlinien für Kommunalwahlen. Parteitag 1957 und Sondertagungen.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 19.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu dieser ersten Sitzung nach der Urlaubspause. Es sind leider sehr viele Entschuldigungen zu verzeichnen. Herr von Brentano ist nach London, Herr Oberkirchenrat Cillien ist, wie Sie wissen, doch erheblich verletzt. Er ist gefallen und hat den Hals eines Oberschenkels gebrochen; er hat später beim Biegen auch noch Komplikationen bekommen, die aber Gott sei Dank vorüber zu sein scheinen. Wir haben ihm Glückwünsche zu seiner wiedereintretenden Genesung geschickt. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir ihm auch von hier aus unsere Grüße und Besserungswünsche übermitteln. Herr Bundesminister Lübke befindet sich auf einer seit langem vorgesehenen Amerikareise. Weiter ist entschuldigt Herr Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller. An seiner Stelle ist Herr Wirsching hier. Wir hatten auch den Vorsitzenden der CSU, Herrn Dr. Seidel, eingeladen. Auch er ist in Amerika. Herr Simpfendörfer ist entschuldigt wegen der Ständigen Konferenz der Kultusminister in Regensburg, Herr Dr. Stoltenberg wegen des Internationalen Kongresses der jungen Christlichen Demokraten in Italien, Herr Bundesminister Storch wegen der Arbeitsministerkonferenz in Bremen, Herr Kultusminister Osterloh wegen der Sitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister in Regensburg. Wir werden uns demnächst mit der Ständigen Kultusministerkonferenz in Verbindung setzen müssen, damit wir nicht kollidieren. Weiter hat sich entschuldigt Herr Staatsminister a.D. Dr. Fricke, dann Herr Lensing. Herr Lensing war sehr krank. Ich habe ihn zweimal auf der Bühler Höhe gesprochen, hatte aber den Eindruck, daß er in wirklicher Erholung

begriffen ist. Ich schlage vor, ihm auch von hier aus ein Telegramm zu schicken und ihm unsere Wünsche zur baldigen Genesung auszusprechen.

Zum ersten Male ist heute in unserer Mitte als Landesvorsitzender der Saar Herr Ministerpräsident Dr. Ney. Wir heißen ihn herzlich willkommen bei uns. *(Beifall.)* Ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß er die Atmosphäre der Bundesrepublik und der bundesrepublikanischen CDU recht bald kennenlernt, daß es ihm hier wohlgefällt und daß er sich heimisch bei uns fühlt; er ist jedenfalls unter Freunden.

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich Ihnen für unsere Disposition folgendes vorschlagen: Wir tagen heute den ganzen Tag über, und zwar mit einer Mittagspause. Heute vormittag möchte ich Ihnen zunächst einen Bericht über innenpolitische und außenpolitische Fragen geben. Ich schlage vor, daß dann anschließend Herr Dr. Meyers, der in der Zwischenzeit seine Inspektionsreise gemacht hat, uns darüber einen Bericht erstattet. Ich darf in Parenthese bemerken, damit ich es nachher nicht vergesse, daß die Werbung neuer Mitglieder, wenn man sie gut anfaßt, doch sehr erfolgreich sein kann. Ich bekam heute früh in Rhöndorf von einem mir unbekannten Herrn eine Liste mit 16 neuen Mitgliedern. Ich empfehle Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, aufgrund der Erfahrungen aus meinem persönlichen Kreise bei der Werbung neuer Mitglieder die katholischen und die evangelischen Geistlichen nicht zu vergessen. An sie sollte man einmal herangehen und ihnen klarmachen, daß wir in einer Zeit leben, in der ein Heraushalten aus der Politik auch für einen Kleriker etwas ganz Falsches ist. Ich sage das nicht ohne Absicht; vielleicht kann man auch an den einen oder anderen Bischof beider Konfessionen herantreten. Ich hielte das für ein ganz gutes Beispiel.

Ich schlage Ihnen weiter vor, daß uns nach dem Vortrage von Herrn Meyers der Herr Kollege Krone, der seit einigen Tagen von seiner Amerikareise zurück ist, darüber berichtet. Anschließend sollte dann, ehe wir in die allgemeine Diskussion eintreten, Herr Kollege Blank uns unterrichten über den Stand der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und, damit zusammenhängend, über die Klagen wegen der schlechten Unterbringung usw. Bei diesem Punkt können wir uns dann auch über die Dauer der Dienstzeit aussprechen, eine Frage, die uns alle beschäftigt und die auch von großem Einfluß auf die Wahl sein wird. Darf ich feststellen, daß Sie im großen und ganzen damit einverstanden sind, wenn wir zunächst so verfahren; denn ich glaube, es ist nicht gut, eine Diskussion dazwischenzuschieben, sonst erlebt man in der Regel, daß über einen Punkt zu lange diskutiert wird, so daß diese Berichte, von denen ich gesprochen habe, nicht mehr vor vollbesetztem Hause erstattet werden können, weil sich gewöhnlich der Drang nach der Heimat schon nach dem Mittagessen geltend macht.

Bericht über die innen- und aussenpolitische Lage

Adenauer: Zu der innenpolitischen Situation ist außerordentlich viel zu sagen. Ich will aber nur das Wesentlichste davon erwähnen und möchte zwei erfreuliche

Dinge an die Spitze stellen, und zwar handelt es sich um halb innenpolitische und halb außenpolitische Erfolge der Bundesregierung. Einmal glaube ich, daß wir nunmehr in der Saarfrage endlich zum Schluß kommen. Zwei Punkte stehen noch aus, über die Herr Mollet und ich am Samstag in acht Tagen, am 29. September, in Brüssel verhandeln werden.[1] Es wird auch in der nächsten Woche eine Bereinigung der zwischen Belgien und uns schwebenden Fragen stattfinden[2]; gleichzeitig damit eine Berichtigung des Grenzverlaufes. Ich gebrauche ausdrücklich den Ausdruck „Berichtigung", weil vorgesehen ist, daß die endgültige Grenze des deutschen Staates durch den Friedensvertrag festgesetzt werden soll. Lassen Sie mich vorwegnehmen, daß sowohl die Saarfrage wie auch die Fragen über das Verhältnis zu Belgien von den Vertretern der beiden Länder sehr gut behandelt worden sind. Was die Saarfrage angeht, so darf ich hier insbesondere die unermüdliche Arbeit des Staatssekretärs Hallstein hervorheben, der, wie Sie wissen, Mitglied unserer Partei ist. Es ist wahr, Herr Kaiser, Sie sehen so etwas erstaunt aus. (*Kaiser:* Ich habe Herrn Heck angesehen, weil diese schriftlichen Behauptungen aufgestellt wurden.) Herr Hallstein ist seit Jahr und Tag Mitglied der CDU; er hat mir das selber gesagt. (*Kaiser:* Ich habe es ja nicht auf Herrn Hallstein bezogen.) Ich komme gleich noch darauf zu sprechen. Ich darf weiter erwähnen den Herrn Faure, den Staatssekretär im Quai d'Orsay, den ich bei verschiedenen Gelegenheiten als einen sehr entschlossenen und sehr tatkräftigen Mann kennengelernt habe. Bei der Regelung der belgischen Angelegenheit haben wir – ich glaube das sagen zu können – ein besonderes Entgegenkommen bei dem Ministerpräsidenten Spaak gefunden, der wirklich in einem europäischen Geist und in einem nachbarlichen Geist diese ganzen Fragen mit uns diskutiert hat und mit dem eine Einigung herbeizuführen nicht übermäßig schwierig gewesen ist.

Es ist dann, meine Freunde, im Verfolg dieser Verhandlungen eine Einladung von der belgischen Regierung an mich ergangen zu einem Staatsbesuch in Belgien, den ich Anfang nächster Woche machen werde. Ich messe diesem Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers in Belgien eine besondere symbolische und außenpolitische Bedeutung bei, weil doch Belgien das Land gewesen ist, das bei den beiden letzten Kriegen jedesmal zuerst daran glauben mußte. Ich bin sehr erfreut, daß die belgische Regierung und, wie ich annehmen kann, auch der belgische König sowie die belgische Bevölkerung fest entschlossen sind, in diesen Angelegenheiten einen Strich unter die Vergangenheit zu machen und mit uns als gute Nachbarn zusammenzuleben.

Ich komme nun von selbst etwas in die außenpolitische Lage hinein. Ich möchte Sie bitten, gerade diese beiden Fakten, von denen ich gesprochen habe, bei den

1 Die Zusammenkunft fand in Bonn statt. Dabei wurden die noch ungeklärten Saar-, Mosel- und Rheinseitenkanal-Fragen geklärt und eine verstärkte europäische Integration gewünscht (vgl. BULLETIN vom 2. Oktober 1956 S. 1761).

2 Staatsbesuch Adenauers am 24. und 25. September 1956 in Brüssel (vgl. BULLETIN vom 26. September 1956 S. 1725ff.; vgl. auch AdG 1956 S. 5589–5591 mit Karte zur endgültigen Grenzziehung).

Wahlvorbereitungen und bei der Wahlpropaganda zu berücksichtigen. Ich glaube mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß die Rückkehr der Saar am 1. Januar des nächsten Jahres erfolgen wird: Und das können wir doch letzten Endes feiern als einen Beweis für die Beharrlichkeit und die Treue unserer Freunde an der Saar, aber auch als einen Beweis dafür, daß die Bundesregierung auf diesem Gebiete Erfolg gehabt hat. Sie wissen, daß ich in manchen Dingen nicht derselben Ansicht gewesen bin wie andere Herren unseres Vorstandes, aber was vorbei ist, ist vorbei. Darüber noch zu sprechen, wäre müßig, aber das eine ist jedenfalls sicher, wenn es seinerzeit nicht erreicht worden wäre – es ist jetzt ein Jahr her –, daß die Saarländer frei haben abstimmen können, dann wäre dieses Ergebnis, was jetzt vorliegt, nicht eingetreten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn ich daran denke, wie gerade die SPD drüben im Bundeshaus uns beschimpft und Vorwürfe gemacht hat, was sie für einen Krach machte, wenn das Wort Saar ertönte, dann können wir in dem demnächst beginnenden Wahlkampf mit Recht darauf hinweisen: Bitte, die Saar kehrt nach Deutschland zurück!

Etwas Ähnliches möchte ich hier auch für die Regelung der belgischen Angelegenheiten anführen. Wir bekommen, wenn sie auch nur klein sind, immerhin einige Dörfer wieder zurück. (*Arnold:* Losheim und Hemmeres!) Ja, Losheim. Auch das ist unserer beharrlichen Arbeit und der beharrlichen Pflege des europäischen Gedankens zu danken; denn die Übereinstimmung der Ansichten zwischen Spaak und uns in bezug auf Europa ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür gewesen, daß wir diesen Erfolg erreicht haben. Leider sind wir mit Holland noch nicht soweit. Ich weiß auch nicht, wann wir soweit sein werden. Holland hat seit drei Monaten keine Regierung.[3] Ob das ein glücklicher oder ein unglücklicher Zustand ist – das zu beurteilen bin ich nicht imstande. (*Arnold:* Es hat aber eine Königin!) Wenn man einen aufgeschlossenen Holländer nach diesen Dingen fragt, dann bekommt man zur Antwort: Wäre Holland nicht dem Seyß-Inquart[4], sondern der deutschen Armee unterstellt gewesen, wie das bei Belgien der Fall gewesen ist, dann wären diese ganzen Spannungen und Differenzen überhaupt nicht eingetreten. Wir müssen da Geduld haben und abwarten.

Ich möchte dann auf den Evangelischen Kirchentag[5] und auf den Katholikentag[6] zurückkommen. Ein Teil von uns ist auf dem Evangelischen Kirchentag und ein Teil von uns ist auf dem Katholikentag gewesen. Ich glaube, alle Teilnehmer an einer der beiden Veranstaltungen werden dort Kraft geschöpft haben aus der

3 Am 13. Juni 1956 hatten Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden (Ergebnis in AdG 1956 S. 5817); die Regierungsbildung gelang erst am 12. Oktober (EBD. S. 6022).

4 Arthur Seyß-Inquart (1892–1946, Hinrichtung in Nürnberg), 1938 österreichischer Innenminister und Bundeskanzler, 1938–1939 Reichsstatthalter in Österreich, 1940–1945 Reichskommissar in den Niederlanden.

5 Vom 8. bis 12. August 1956 in Frankfurt.

6 Vom 29. August bis 2. September 1956 in Köln. – Adenauer sprach auf der Schlußkundgebung.

Überzeugungstreue, die auf den beiden Veranstaltungen klar zutage getreten ist, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Überzeugungstreue unserer Freunde aus der Ostzone, sondern auch hinsichtlich des gesamten Bekenntnisses zu den christlichen Grundsätzen, das dort zum Ausdruck kam. Ich konnte nicht an allen Veranstaltungen des Katholikentages in Köln teilnehmen, aber ich habe an einigen teilgenommen. Unvergeßlich wird mir bleiben die Schlußkundgebung im Grüngürtel. Ich habe noch niemals in meinem Leben – die Schätzung ist zutreffend, obgleich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" gesagt hat, es seien einige [Hundert]tausend Menschen versammelt gewesen[7] – 800.000 Menschen zusammen gesehen bei einer geschlossenen, von hohem Geiste getragenen Kundgebung. Gerade für eine Partei wie die unsrige, die doch letzten Endes ihre ganze Kraft schöpft und schöpfen muß aus dem christlichen Gedanken und aus den christlichen Grundsätzen, bedeutet es eine große Ermutigung in ihrer Arbeit, daß auf evangelischer und auf katholischer Seite solche machtvollen Kundgebungen in der heutigen Zeit überhaupt noch möglich sind. Deswegen sollten wir gegenüber allen Verfallserscheinungen, die unsere Zeit zeigt, und gegenüber allen Schwierigkeiten, die insbesondere auch auf geistigem, kulturellem und kirchlichem Gebiet zutage treten, gestützt darauf, daß doch große Teile des deutschen Volkes noch christlich fühlen, zuversichtlich in unserer Arbeit fortfahren und auch insbesondere zuversichtlich in den Wahlkampf eintreten.

Nun muß ich einen großen Sprung machen; denn Sie werden mir zugeben, von diesen beiden machtvollen Kundgebungen nun zu den innenpolitischen Vorgängen hinüberzugehen, die sich um die liberalen Parteien in Deutschland abspielen, das ist wirklich ein sehr großer Sprung. Aber wir leben in einer Zeit, in der der Fluß der Geschehnisse nicht ruhig dahingeht, sondern in dem alle möglichen Strudel vorkommen, und man muß auch die Strudel betrachten. Hier möchte ich folgendes vorausschicken: Die Spaltung der Demokraten in die Freie Demokratische Partei und in die Freie Volkspartei[8] hat im Inlande und im Auslande natürlich auch für uns unangenehme Begleiterscheinungen gehabt; nicht nur daß unsere Regierungsmehrheit im Bundestag dadurch verkleinert worden ist, obgleich in entscheidenden Abstimmungen erhebliche Teile der FDP mit uns gestimmt haben, sondern es sind auch noch andere unangenehme Begleiterscheinungen eingetreten. Ich möchte daher hier nochmals hervorheben, obwohl wir vor den Ferien darüber gesprochen haben, die traurigste Begleiterscheinung dieser ganzen Vorgänge war doch die, daß man in Nordrhein-Westfalen die CDU aus der Regierung hinausgesetzt und insbesondere unserem Freund Arnold – ich darf das wohl erwähnen, obwohl er mir das nie gesagt hat – damit einen großen persönlichen Schmerz und eine Enttäuschung zugefügt hat, weil er in all den Jahren an der Spitze dieses größten Bundeslandes gestanden und bei den Freunden und Gegnern im Laufe der Zeit immer mehr Anerkennung für seine Tätigkeit gefunden hat. Wie sich die Verhältnisse bei den Demokraten oder bei der

7 Die FAZ berichtete am 3. September von einer „dreiviertel Million".
8 Gründungsparteitag der FVP am 24. Juni 1956 in Bochum (AdG 1956 S. 5840).

Freien Volkspartei entwickeln werden, das vorauszusehen ist bis auf weiteres nicht möglich. Ich darf aber in diesem Zusammenhang die Ereignisse der letzten Woche kurz skizzieren, damit Sie meine Haltung verstehen.

Man ist an mich herangetreten und hat mir die Bitte des Herrn Dr. Dehler überbracht, mich sobald wie möglich zu sprechen, sei es in meiner Privatwohnung in Rhöndorf, sei es hier in diesem Hause, sei es irgendwo sonst. Ich habe das „irgendwo sonst" gewählt und dann eine knappe zweistündige Besprechung mit Herrn Dehler im Hause des Kollegen Dr. Pferdmenges gehabt.[9] Ich glaubte, diese Bitte des Herrn Dehler nicht abschlagen zu sollen, obwohl ich mir klar darüber war, daß vielleicht alles negativ ausgehe und sogar darüber hinaus auch alle möglichen Entstellungen in die Welt kommen würden; denn ich wußte, daß Herr Dehler in den Demokraten von Nordrhein-Westfalen starke Widersacher hat, die – soweit ein Außenstehender die Dinge überschauen kann – die rücksichtsloseste und stärkste Gruppe innerhalb der gesamten FDP der Bundesrepublik ist. Auf der anderen Seite war vorausgegangen – und das hat mich auch bestimmt, dieser Bitte des Herrn Dehler nachzukommen – eine Besprechung zwischen Herrn Preusker, dem Vorsitzenden der FVP, und Herrn Dehler im Hause des Herrn Kollegen Erhard, eine Besprechung, von der ich allerdings vorher nichts gewußt habe. Es schien mir da doch richtig zu sein, rechtzeitig auch selbst Fühlung zu nehmen. Die Besprechung mit Herrn Dehler ist etwa folgendermaßen verlaufen: Wir haben kurz über die Vergangenheit gesprochen. Es ist dann auch das Grabensystem erwähnt worden, das ja damals der unmittelbare Anlaß zu der ganzen Entwicklung gewesen sein soll. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Wir haben dann über die Zukunft gesprochen, und Herr Dehler hat erklärt, daß auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in München – im Gegensatz zu ihrer Kölner Tagung[10] – eine Rückkehr bei der Sozialdemokratie erkenntlich geworden sei, die für das deutsche Volk, wenn sie ab 1957 zur Durchführung käme, ein Unglück wäre. Das sei der Beweggrund, warum er diese Bitte an mich habe richten lassen. Ich habe dem Herrn Dehler gesagt, er müsse sich darüber klar sein, daß in unserer Wählerschaft, insbesondere auch in unserer größten Landespartei, in Nordrhein-Westfalen, gelinde gesagt eine starke Animosität gegen die FDP herrsche, daß man nicht allzu viel Vertrauen mehr habe in das, was sie sage, und daß deswegen, ehe man überhaupt zu irgendwelchen Fortschritten in diesen Besprechungen komme, klare Bahn geschaffen werden müsse; man könne eine Partei von freien Leuten nicht so oder so kommandieren, sondern man müsse auch die psychologische Grundeinstellung berücksichtigen; man müsse davon ausgehen, daß sie eben überzeugt sein wollten. Nach meiner Meinung würde eine solche Überzeugung bei unseren Freunden nur auf folgende Weise zu erreichen sein: Einmal müßte sich die FDP mit der FVP wieder einigen, zweitens müsse das,

9 Am 14. September 1956. – Bericht aus Sicht der FDP wie von Adenauer in AdG 1956 S. 5978f.

10 Kongreß „Die Neuordnung Deutschlands" am 14. und 15. Januar 1956 in Köln; Parteitag vom 10. bis 14. Juli 1956 in München (vgl. dazu Druck der jeweiligen Protokolle).

was in Düsseldorf geschehen sei, rückgängig gemacht werden; es müsse dort die alte Regierung wiederhergestellt werden. Nur in diesen beiden Fakten würden – soweit ich die Verhältnisse beurteile – unsere Mitglieder einen klaren und entscheidenden Beweis dafür erblicken, daß die FDP von dem von ihr eingeschlagenen Weg zurückgehe. Damit würde allein auch das Mißtrauen beseitigt werden, das gegen die Beständigkeit der FDP nun einmal bei uns herrsche.

Daraufhin hat Herr Dehler erwidert, das seien sehr schwierige Vorbedingungen. Er hat nicht gesagt, sie seien unerfüllbar, aber er hat gesagt: Es sind sehr schwierige Vorbedingungen, die Sie stellen. Von der Wiedervereinigung der FDP und der Freien Volkspartei hat er weder im positiven noch im negativen Sinne etwas gesagt; wenigstens hat er nichts Nennenswertes erwähnt, aber er hat gesagt, Düsseldorf sei eine harte Nuß. Das hängt wohl auch damit zusammen, daß zwischen dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten in Düsseldorf und dem Herrn Weyer – der augenscheinlich der stärkste Mann in der FDP in Nordrhein-Westfalen ist – langjährige persönliche Beziehungen bestehen, die aus ihrer gemeinsamen Arbeit in der Kommunalverwaltung in Hagen in Westfalen herrühren. Herr Dehler hat mich gefragt, ob ich bereit sei, einmal mit Herrn Weyer über diese Dinge zu sprechen. Ich kenne Herrn Weyer sehr flüchtig aus einer Unterredung über das Grabensystem; es liegt also auch sehr lange zurück. Ich habe Herrn Dehler gesagt: Ich bin bereit, mich mit Herrn Weyer über die gesamte politische Lage zu besprechen. Ob Sie an der Unterredung teilnehmen wollen, stelle ich Ihnen anheim. Ich würde jedenfalls wünschen, daß die Unterredung im Hause und in Gegenwart des Herrn Pferdmenges stattfindet, weil ich in ihm einen zuverlässigen Zeugen dafür habe, was besprochen worden ist. Herr Dehler war damit einverstanden.

Aber dann hat sich gegen Herrn Dehler ein kolossaler Sturm in seiner eigenen Partei erhoben. Soweit ich aus Zeitungsnachrichten erfahren habe – aber die Zeitungen sind in diesem Falle besonders unzuverlässig, das kann man wirklich konstatieren, ohne damit der Wahrheit Abbruch zu tun –, ist insbesondere Herr Döring gegen Herrn Dehler eingestellt. Herr Döring ist Propagandaleiter geworden für die Wahl. Ich kenne Herrn Döring nicht, jedenfalls habe ich ihn nie mit Wissen gesehen. Es wurde dann aber derart viel geredet, geschwindelt und gelogen in der Zeitung – nicht von einem Journalisten, sondern von dem Gewährsmann der Journalisten –, *(Heiterkeit)* daß ich die Sache gestern nachmittag satt geworden bin und eine Mitteilung an die Presse gegeben habe, es scheine mir zwecklos zu sein, noch weitere Gespräche zu führen; ich möchte nur das eine feststellen, weder hätte Herr Dehler an mich personelle Forderungen gestellt – das hat er nicht getan –, noch hätte ich ihm irgendwelche personellen Anerbieten gemacht. Aber die Atmosphäre scheine mir doch so stark getrübt zu sein, daß eine weitere Besprechung keinen Zweck mehr habe.

Ich habe eine halbe Stunde, nachdem Herr Dehler weg war, Herrn Kollegen Arnold gebeten, auch in dieses Haus des Herrn Pferdmenges zu kommen. Wir haben dann, Herr Pferdmenges und ich, Herrn Kollegen Arnold über den ganzen Verlauf bis in die Details unterrichtet. Ich habe – wie das nicht nur meiner politischen, sondern auch

meiner menschlichen Überzeugung entspricht – Herrn Kollegen Arnold gesagt, ohne Ihr Einverständnis tue ich in der ganzen Sache überhaupt nichts; denn in Nordrhein-Westfalen handelt es sich nicht nur um eine rein politische Angelegenheit, sondern sie ist mit menschlichen Fragen absolut durchsetzt, deren Lösung auch nach meiner Überzeugung ein Prüfstein dafür sein müßte, was denn nun überhaupt gewollt wird von seiten der FDP oder von denjenigen Herren, die sich FDP nennen. Ich muß eins hinzufügen: Ich habe dem Herrn Dehler von vornherein gesagt, daß lange Zeit für die Verhandlungen nicht gegeben sei, da die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vor der Tür ständen, die am 28. Oktober stattfinden. Wenn bei dem kommunalen Wahlkampf ein Zusammengehen der FDP und der SPD gegen die CDU stark in Erscheinung trete, insbesondere wenn nach der Wahl die SPD und die FDP ihre Mehrheit in einer Reihe von kleineren und größeren Städten dazu benutzen würden, den bisherigen CDU-Bürgermeister abzusetzen, dann glaubte ich, daß dadurch die Spannung zwischen der FDP und uns derart intensiviert würde, daß ein Gespräch überhaupt nicht mehr möglich sei. Wenn er wünsche, die Sache aus der Welt zu schaffen, dann müsse das vor den Kommunalwahlen geschehen. Das zu dieser Frage der FDP.

Ich möchte aber noch ein Wort über die Freie Volkspartei sagen. Ich bitte Sie, das sehr vertraulich zu halten. Im Gegensatz zu dem, was ich von führenden Mitgliedern der Freien Volkspartei höre, scheint mir nicht, daß die Freie Volkspartei in der kommenden Zeit den größeren Teil der FDP zu sich herüberziehen wird. Die haben mir das zwar gesagt, aber ich habe nicht den Eindruck, daß es so sein wird. Ich habe den Eindruck insbesondere deswegen nicht, weil die Freie Volkspartei in ihren führenden Mitgliedern nicht genügend Aktivität entfaltet. Wenn man eine Partei schaffen will, muß man von morgens früh bis abends spät dahinter sein. Dazu gehört eine Unmenge von Kleinarbeit. Ich habe, ehe ich in Urlaub ging, den Herren Preusker und Blücher gesagt[11]: Auf diese Weise, wie Sie es machen, werden Sie niemals eine Partei von Bedeutung schaffen. Es genügt nicht, daß Sie sonntags in ein Dorf gehen und eine Rede halten. Dazu gehört Arbeit. Ich halte es z.B. für richtig, wenn Herr Preusker sein Amt als Minister – obwohl er ein sehr guter Minister für Wohnungsbau ist – niederlegt, um sich ganz dieser Arbeit zu widmen. Sonst werden Sie niemals Erfolg haben. Die Herren kamen dann nach einigen Tagen wieder und sagten, wir haben den Herrn Euler zu unserem Propagandaleiter bestellt; er ist Politiker aus innerster Überzeugung. Nun, nachher passierten einige Pannen des Herrn Euler, indem er z.B. ausgesprochen hat, daß sie am liebsten 24 Monate Wehrdienstzeit hätten.[12] Daraufhin mußte ihn die FVP desavouieren. Das war also ein schlechter Start, so daß ich nicht glaube – ich sage das im Hinblick auf die Wahl des Jahres 1957, auf die ich nachher

11 Beginn des Urlaubs am 21. Juli 1956; die letzte Unterredung fand am 11. Juli statt (TERMINKALENDER).

12 Vgl. z.B. Bericht in der „Süddeutschen Zeitung" vom 27. August 1956 zur Wehrdienstverweigerung.

mit einigen Worten eingehen möchte –, daß die FVP aus sich heraus ein großer politischer Faktor werden wird.

Die FVP ist im Begriff, sich mit der Deutschen Partei zusammenzutun. Es steht noch nicht ganz fest, aber es scheint mir doch höchstwahrscheinlich zu sein, daß sie in der nächsten Woche, wenn der Bundestag wieder zusammentritt, erklären wird, sie sei eine Fraktionsgemeinschaft oder eine Arbeitsgemeinschaft – das ist noch nicht ganz klar – mit der Deutschen Partei eingegangen.[13] Damit würde immerhin im Parlament ein Faktor in Erscheinung treten, der ziffernmäßig so stark ist wie die FDP im Parlament. Ob das irgendwelche attraktive Wirkung ausüben wird auf Herren von der FDP oder nicht, das zu erörtern scheint mir ziemlich müßig zu sein. Das wird der Zeitablauf zeigen. Man kann hier keine Prognose stellen. An sich begrüße ich es, wenn sich die kleinen Gruppen zusammenschließen. Unser verehrter Herr Kollege Krone wird mir sicher nicht übelnehmen, was ich jetzt sage, sondern er wird wahrscheinlich mit mir darin übereinstimmen. Ich begrüße das insbesondere deshalb, weil einmal die kleinen Gruppen, wenn sie zusammengeschlossen sind, dann mehr Selbstvertrauen gegenüber der großen CDU/CSU haben, weil sie mehr an sich selbst glauben und auch draußen in der Öffentlichkeit nicht lediglich als ein unbedeutendes Anhängsel der großen CDU/CSU betrachtet werden. Zweitens wird ein solcher Zusammenschluß – deswegen habe ich gesagt, Sie werden es mir nicht übelnehmen, Herr Kollege Krone – vielleicht auch auf das eine oder andere Mitglied unserer Fraktion einen gewissen mäßigenden Einfluß ausüben. Man sagt das ja nie ausdrücklich, aber man denkt doch: Ich bin ich. Und das kann nur unser Herrgott von sich sagen, nicht aber das Mitglied auch einer so großen Fraktion, wie die CDU/CSU sie darstellt. Aus diesen Gründen ist der Zusammenschluß politisch auch für uns erstrebenswert und gut. Ich wiederhole nochmals: Wieweit sich der Zusammenschluß auf die Rest-FDP auswirkt, das kann kein Mensch voraussagen.

Nun möchte ich innenpolitisch noch etwas erwähnen. Ich will hier alles andere, als in eine Kritik der Bank in Frankfurt eintreten, aber immerhin glaube ich – und das möchte ich als Bundeskanzler sagen –, daß die Bundesregierung und der Bundeskanzler die letzte Verantwortung für die gesamte Regierung tragen und damit auch verantwortlich sind für die Stabilität der Währung und daß wir als Politiker es unter keinen Umständen ertragen können, wenn sich die Leiter einer Bank als die allmächtigen Herren über die Geschicke der ganzen Bundespolitik fühlen und dementsprechend handeln. Sie wissen, daß ich einen großen Krach mit den Herren gehabt habe, den ich gar nicht bereue.[14] Ich habe mich nicht viel geärgert; ich glaube, andere haben sich mehr geärgert. Namentlich für den Mittelstand war es sehr gut,

13 Am 25. September 1956 Bekanntgabe des Zusammenschlusses zu einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft, am 1. März 1957 Beschluß zur Bildung einer Fraktion DP (FVP), der der Bundestag am 14. März 1957 seine Zustimmung erteilte (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 253).

14 Vgl. Nr. 15 Anm. 67 und 125.

daß man einmal so deutlich gesprochen hat. Ich habe später eine kleine Genugtuung für meine Stellungnahme bekommen, die dahin ging, daß zwar der Zentralbankrat unabhängig in seinen Entscheidungen sei, daß er sich aber einordnen müsse in das von der Bundesregierung zu vertretende gesamte Wirtschaftsleben der Bundesrepublik. Ich habe eine kleine persönliche Genugtuung gehabt. Ich sage nicht von mir, daß ich ein guter Christ sei, und deswegen kann ich auch sagen, daß diese Freude eine reine Schadenfreude gewesen ist, und zwar deswegen, weil die Bank Deutscher Länder nun erneut den Diskontsatz herabgesetzt hat[15], ohne den Bundeswirtschaftsminister oder den Bundesfinanzminister vorher überhaupt zu fragen, und daß dann prompt diese beiden Herren Sturm gelaufen haben gegen die Bank Deutscher Länder.

Das Bankgesetz, das diese ganzen Verhältnisse regeln soll, hoffe ich noch in diesem Bundestag erledigt zu sehen.[16] Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß es erledigt wird; denn so wie es jetzt ist, gehen die Dinge einfach nicht weiter. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß früher, sowohl im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik, der Präsident der Reichsbank an allen Kabinettssitzungen teilnahm, damit er die politische Atmosphäre kennenlernte, sich darauf einstellen und sie auch berücksichtigen konnte, während jetzt, da die Herrschaften in Frankfurt sitzen und wir hier, diese eine ganz andere Luft atmen, als wir sie hier in Bonn atmen. Es wird über das Bonner Klima vielfach geklagt, aber in Frankfurt – wenigstens was den Flughafen angeht – ist die Luft noch viel dunstiger, als sie es im allgemeinen hier in Bonn ist. Deswegen würde ich es sehr begrüßen, wenn die neue Bundesbank geschaffen wird, daß sie in eine klarere Luft hineinkommt. Lokale Rücksichten spielen dabei gar keine Rolle. Aber wenn man der Bundesbank eine solche Stelle einräumt, wie wir sie ihr im Gesetzentwurf einräumen, dann muß auch diese Bundesbank Verständnis haben für die innenpolitischen und außenpolitischen Entwicklungen, und sie kann nicht ein Leben für sich führen im luftleeren Raume oder in Frankfurt oder auf dem Monde; es ist mir in diesem Falle egal, wie Sie das nennen wollen. Es handelt sich hier um einen außerordentlich wichtigen Faktor. Sie wissen, daß man gerade die Kenntnis der inneren Zusammenhänge, auch der politischen Zusammenhänge, und die Kenntnis der Persönlichkeiten, der Strömungen und Gegenströmungen niemals aus der Entfernung oder aus der Presse oder aus einem gelegentlichen schriftlichen oder mündlichen Bericht von irgendeinem erlangen kann, die muß man persönlich miterleben.

Der Wohnungsbau hat uns sehr große Sorgen gemacht, und zwar durch die Nichtpflege des Kapitalmarktes. Ich muß das leider sehr nachdrücklich sagen, der Kapitalmarkt ist von den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung und innerhalb

---

15 Die Bank Deutscher Länder hatte am 5. September 1956 den Diskont von $5\,^1/_2$ % auf 5 % gesenkt, den Lombardsatz von $6\,^1/_2$ % auf 6 %; auch der Einsatz der Notenbank und der Landeszentralbanken für Kassenkredite wurde von $5\,^1/_2$ % auf 5 % herabgesetzt (AdG 1956 S. 5952).

16 Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl I S. 745).

der Bundesrepublik in sehr bedauerlicher Weise vernachlässigt worden. Ich möchte Ihnen sehr vertraulich hier sagen – ich bitte aber darum, daß das unter keinen Umständen in die Presse kommt –, daß ausgerechnet der Herr Vocke dem Bundesfinanzminister geraten hat, die Bundesanleihen ruhig sausenzulassen, wie der Ausdruck gelautet hat, also nicht die Bundesanleihen zu pflegen. Ich war auch einmal Finanzdezernent in Köln; es war selbstverständlich, daß man die stadtkölnischen Anleihen immer so leicht anhob, es kostete nicht viel, aber man bereitete sich einen guten Markt für die nächste Anleihe vor. Das haben wir versäumt. Und da immerhin die Bundesanleihe für die festverzinslichen Papiere das Standardpapier ist, hat das eine verheerende Wirkung auf den Pfandbriefmarkt und auf den ganzen Markt der festverzinslichen Papiere ausgeübt, so daß wir jetzt trotz unserer guten wirtschaftlichen Lage – die nach meiner Überzeugung nicht so fest ist, wie manche Leute sich einbilden – nicht an den Kapitalmarkt gehen können, ohne einen Zins zu bieten, wie es jetzt die großen Industrien getan haben, einen katastrophalen Zins, weil dadurch die Sparkassen und der Pfandbriefmarkt und alles das einfach deroutiert sind. Daher bekommen wir doch die Schwierigkeiten für den Wohnungsbau bei den ersten Hypotheken. Wir haben uns gestern in diesem Raum mit den Fragen ausführlich beschäftigt. Hier droht die sehr ernste Gefahr, daß wir ausgerechnet im Wahljahr mit unserem Wohnungsbau in eine sehr kritische Situation hineinkommen. Wir können zwar mit Recht darauf hinweisen, daß wir gerade auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues Dinge geleistet haben wie kein anderes Land[17], aber bei Eintreten dieser Gefahr würden wir damit gerade im Wahljahr abfallen und gleichzeitig eine große Arbeitslosigkeit heraufbeschwören. Das war auch der Grund dafür, daß ich den Krach mit der Bank Deutscher Länder bekam. Es hat sich leider Gottes gezeigt, daß diese meine Befürchtungen durchaus begründet gewesen sind, auch wenn alle Zeitungen der Bank Deutscher Länder mehr glauben als einem Politiker, gleichgültig, wie der Politiker aussehen mag. Wir haben gestern in diesem Raume einige Beschlüsse gefaßt, die ich im einzelnen erläutern möchte. Wir haben zwei wesentliche Beschlüsse gefaßt gegen die Stimme des Vertreters des Bundesfinanzministers; er selbst war nicht anwesend, aber die Beschlüsse mußten gefaßt werden, sonst würde, wie ich eben sagte, ausgerechnet im Wahljahr ein solcher Abfall in der Herstellung von Wohnungen eintreten und dazu eine – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – erhebliche Arbeitslosigkeit. Ich glaube Ihnen aber heute sagen zu können, daß diese Gefahr gebannt ist. Wir müssen jedoch an dieser Linie festhalten: Ein Vorschlag, der mir von der Bankseite gemacht worden ist, man solle statt 30 % des Wertes als erste Hypothek nur 15 % verlangen, kann deswegen nicht

17 Vgl. Aufstellung in BT-Drs. 2239 vom 1. Juni 1971 sowie MÜNCH S. 245. – Zu den 1956 vom DGB ausgesprochenen Besorgnissen über eine Gefährdung des Wohnungsbaus durch die Schwierigkeiten auf dem Hypothekenmarkt vgl. die Stellungnahme des Wohnungsbauministers Preusker am 5. September in UiD vom 13. September 1956. Am 19. September beschloß die Bundesregierung ein Programm von zusätzlichen 800 Millionen DM, die noch 1956 in den Sozialen Wohnungsbau fließen sollten (EBD. vom 26. September 1956).

durchgeführt werden, weil wir sonst die andere Sache in die Hand nehmen und die letzten 15 % draufgeben müssen. Ich darf in diesem Zusammenhang Herrn Bitter ein kurzes, aber ketzerisches Wort über die Sparkassen sagen: Die Sparkassen haben einen sehr großen Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen. Ich frage Sie, meine Freunde, sind die Sparkassen noch das, was sie früher gewesen sind? Sind sie noch Sparkassen, oder sind sie Banken geworden? Ich habe den Eindruck, daß sie, was das äußere und auch das innere Denken angeht, mehr Banken geworden sind. Ich habe mir neulich sagen lassen, daß bei einem westfälischen Sparkassentag in Münster so viel schöne und große Autos aufgefahren sind von seiten der Sparkassendirektoren, wie das sonst nur selten vorkommt.

Ich meine auch, die Zinsen, die die Sparkassen für die Einlagen zahlen, müßten dann auch erhöht werden, wenn die Sparkassen die Zinsen für die von ihnen ausgeliehenen Gelder erhöhen; denn eine Sparkasse soll, nach meiner altmodischen Auffassung wenigstens, nicht große Gewinne vereinnahmen, sondern sie soll ein Vermittlungsglied darstellen zwischen Sparern und den Leuten, die für bestimmte Zwecke das Geld der Sparkasse nötig haben. Diese Sache liegt mir sehr am Herzen. Wir haben eine Reihe von Kommunalpolitikern hier, und ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken.

Damit komme ich zu dem wesentlichsten Punkt unserer innenpolitischen Arbeit. Bei den Gesetzen zur Erhöhung der Sozialrenten haben wir als sehr starke Gegner die Lebensversicherungsgesellschaften und die Sparkassen, die da Rufer im Streite sind. Das Wort „Sparkasse" hat einen Nimbus von Solidität und absoluter Vertrauenswürdigkeit, so daß die Gegnerschaft der Sparkassen gegen unser Vorhaben in der Öffentlichkeit ins Gewicht fällt. Aber wir haben unser Wort gegeben, und wir müssen unser Wort einlösen. Wir sind uns alle einig in der Bitte an die Fraktion, daß sie unter allen Umständen diese Sache im großen und ganzen nach dem Entwurf, wie er vorgelegt worden ist, zur Annahme bringt. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung für uns wegen des Elends der Rentner – dieses Wort ist eigentlich zu einer Fiktion geworden –, die mit dem Gelde, was sie bekommen, einfach nicht existieren können, sondern ich sehe darin auch eine gesunde soziale Entwicklung. Was nun die Einwendungen angeht, die von großen Gruppen der Wirtschaft dagegen vorgebracht werden, so beziehen sich diese alle auf die sogenannte „dynamische Rente". Dem Mann, der dieses verfluchte Wort erfunden hat, muß man einiges Schlechte gönnen; denn das Wort „dynamische Rente" ist erstens reiner Kappes und heißt überhaupt nichts, und zweitens hat das Wort eine starke Befürchtung hervorgerufen, namentlich bei den Lebensversicherungen und den Sparkassen sowie in der gesamten Wirtschaft.[18] Merkwürdigerweise nimmt man am liebsten Worte zum

18 Anfang September 1956 hatten sich die Geldinstitute und die Versicherungen zur Wahrung ihrer Interessen (gegen die geplante Rentenreform) zur „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer" zusammengeschlossen. Vgl. dazu und zum Folgenden Hockerts S. 377–394.

Gegenstand einer Propaganda, die kein Mensch versteht, aber es wird damit eine sehr schädliche Wirkung ausgeübt.

Ich darf Ihnen den Sinn mit einem Satz klarmachen, weil ich Sie bitten möchte, nachher in einem Beschluß den Wunsch und die Bitte an die Fraktion auszusprechen, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß diese Gesetze unter Beibehaltung der Prinzipien noch in dieser Session des Bundestages verabschiedet werden. Wir stehen vor einer fortlaufenden Entwertung des Geldes. Denken Sie bitte an Ihre Jugend zurück. Denken Sie daran, was damals der Groschen wert war, was man alles dafür kaufen konnte. Denken Sie bitte daran, was man jetzt für zehn Pfennig bekommt. Nun ist in dem Gesetz vorgesehen, daß von Zeit zu Zeit, vielleicht alle fünf Jahre, ein unabhängiger Ausschuß nachprüft, ob nun die Rentner mit der vor fünf Jahren festgesetzten Rente wirklich existieren und auch an dem Fortschritt des sozialen Lebens teilnehmen können. Wir können es nicht verantworten, daß ein Mann oder eine Frau, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, wenn sie arbeitsunfähig geworden sind, einfach heruntersinken und an dem sozialen Aufstieg, den unsere Arbeitnehmerschaft zweifellos genommen hat, nicht mehr teilnehmen können. Ich halte eine solche Regelung für klug; denn wenn wir eine solche Nachprüfung nicht im Gesetz verankern, dann kommen im Bundestag, wenn solche Preissteigerungen eintreten – das ist dasselbe wie das Absinken des Geldwertes –, Anträge aus den verschiedenen Parteien, das und jenes nachzuzahlen. Sie wissen, wie das dann ist, dann folgt ein Höchstgebot dem anderen. Ich halte es daher aus Klugheit und im Interesse der deutschen Wirtschaft für richtig, daß man diese Prüfungen obligatorisch in bestimmten Zeiträumen vornimmt. Ob die Lebensversicherungsgesellschaften dadurch gezwungen werden, von Zeit zu Zeit eine Nachprüfung auch vorzunehmen und eventuell ihre Beitragsforderungen zu erhöhen, das müssen sie mit sich selbst abmachen. Ich könnte mir vorstellen, daß auch das sehr gut wäre und wir dadurch vielleicht in unseren ganzen finanziellen und versicherungstechnischen Dingen eine größere Sicherheit bekämen. Damit wollen wir uns aber heute nicht beschäftigen, das ist Sache der Versicherungsgesellschaften. Das wird auch im Ausschuß zu erörtern sein. Ich lege aber den größten Wert darauf, mich in Übereinstimmung mit Ihnen in dem Willen zu sehen, daß diese Gesetze, wie sie vorgelegt sind, rechtzeitig verabschiedet werden. Es ist dies von entscheidender Bedeutung, und zwar aus den verschiedenen Gründen, die ich Ihnen dargelegt habe. Ich bin weit davon entfernt zu sagen, daß jeder Gesetzentwurf, den die Bundesregierung vorlegt, das Beste vom Besten sei, geschweige denn ein Gesetzentwurf wie dieser, der eine schwierige Materie regeln soll und der so umfangreich ist. Aber bitte nehmen Sie es mir nicht für übel, meine Herren Kollegen aus dem Parlament – ich gehöre schließlich auch dazu –, wenn ich sage, das, was im Bundestag geändert wird, ist auch nicht gerade immer das Allerbeste. Der Perfektionismus unserer Parlamente ist allmählich untragbar geworden. Wenn z.B. ein Gesetz vom Bundesrat an den Bundestag geht, und das Gesetz – ich weiß nicht, wie es heißt – hatte schon 250 Paragraphen – für meinen Geschmack waren hundert Paragraphen zuviel –, und es kommt dann aus dem Bundestag heraus mit 500 Paragraphen, dann kommt allmählich

ein Perfektionismus in die Gesetzgebung, der die ganzen Dinge so schwierig und kompliziert macht, daß es einfach nicht mehr zu ertragen ist. Das gleiche gilt auch von den Steuergesetzen. Darauf will ich aber jetzt nicht näher eingehen, darüber müssen wir sprechen, wenn wir etwas näher an den Wahlen sind. Bei den Steuergesetzen handelt es sich nach meiner Meinung um eine Katastrophe, muß ich leider sagen. Ich höre jetzt z.B. von Leuten, daß bei ihnen nachgeprüft wird, ob ihre Steuererklärung des Jahres 1950 richtig war. Jeder sieht die Dinge mit seinen Augen an, und mancher wird etwas nachzahlen müssen. Ich finde es auch ganz unglaublich, daß bei der letzten Einkommensteuererklärung Fragen gestellt werden, ich glaube, es sind 325, die ein normaler Mensch – und ich rechne mich dazu – gar nicht beantworten kann; er wird darüber verrückt. (*Meyers:* Sie geben hoffentlich Ihre Erklärung nicht persönlich ab!) Doch! *(Heiterkeit und Bewegung.)* Ich lese den ganzen Kram nicht durch, ich habe auch keinen Steuerberater, sondern ich gebe irgend jemand die Erklärung und sage, schreibe hinein, was du willst. (*Bach:* Aber nicht veröffentlichen!) Ich bin noch nicht fertig! Mein Name ist nicht Bach, sondern meine Einkünfte liegen ja fest. Aber all die Fragen zu beantworten, ja, meine Herren, der mag hineinschreiben, was er will, das ist mir total egal. Ich bin auch davon überzeugt, auf dem Finanzamt liest kein Mensch das alles durch; denn dann würde man mehr nervengeschädigte Beamte auf den Finanzämtern haben. Über diese Angelegenheit werden wir bei Gelegenheit jedenfalls noch sprechen müssen. Mir scheint eine Vereinfachung des Steuerwesens und der Steuerveranlagung noch wichtiger zu sein als alle möglichen Novellen, die jetzt beschlossen werden.

Nun möchte ich zur außenpolitischen Lage einige Worte sagen. Ich nehme an, daß meine Worte, soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, durch Herrn Kollegen Krone ergänzt werden. Die außenpolitische Lage ist seit einigen Monaten so gefährlich, wie sie seit 1945 nicht mehr gewesen ist. Ich will das nicht in Einzelheiten belegen und will auch den Suezkanalkonflikt jetzt weglassen, obgleich Sie sich darüber klar sein müssen, daß der kleine Hitler, der dort die Geschichte gemacht hat, ein ähnliches Unglück anrichten kann wie der – ich will nicht sagen: der große Hitler –, aber wie es der deutsche Hitler getan hat. Das Entscheidende bei dem ganzen Suezkanalkonflikt sind nicht so sehr die wirtschaftlichen Vorgänge als vielmehr die Frage, ob nun völkerrechtliche Verpflichtungen von jedermann beliebig gebrochen werden können oder nicht.[19] Wenn sie von jedem beliebig gebrochen werden können, dann tritt ein Zustand der Auflösung in der ganzen Welt ein, dann sind überhaupt keine völkerrechtlichen Bindungen mehr möglich, und dann kommt eben eine Katastrophe, bis die Menschen sich wieder besinnen. Natürlich hat Nasser Rußland hinter sich.

19 Am 26. Juli 1956 hatte der ägyptische Staatspräsident Nasser die Nationalisierung der internationalen Suezkanal-Gesellschaft verfügt; die am 27. Juli erfolgten Proteste Frankreichs und Großbritanniens wies er zurück. Damit hatte Ägypten das Suezkanal-Abkommen von Oktober 1954 gebrochen, in dem die Respektierung des internationalen Statuts des Kanals zugesichert war (weitere Einzelheiten in AdG 1956 S. 5901–5903; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 215–228).

Dabei ist es interessant zu hören, daß die kommunistische Partei in Ägypten verboten ist. Herr Schröder greift schon nach einem Papier. (*Schröder:* Ich habe das gerade im Rundfunk vorgetragen!) Sie sehen daraus an einem kleinen Beispiel die ganze Taktik Sowjetrußlands. Wir werden in der gröbsten Weise beschimpft, weil das Bundesverfassungsgericht die Kommunistische Partei verboten hat[20], aber Ägypten hat die kommunistische Partei nicht durch ein Bundesverfassungsgericht verboten, sondern durch die Gewalt des Diktators, und hinter diesem Diktator und Ägypten steht Sowjetrußland mit seiner ganzen Macht. Was aus der ganzen Sache herauskommt, ist außerordentlich schwer zu beurteilen; wir wissen's nicht. Aber wir sehen auch hieraus wieder, wie durch die Entwicklung der Technik der Suezkanal, bei dem man es niemals geahnt hat, eine Hauptschlagader für die ganze europäische Wirtschaft geworden ist und nun dieser Diktator, obwohl Ägypten in einem grauenvollen Elend lebt, ich übertreibe etwas, Europa an der Gurgel gefaßt hat. Es ist tatsächlich so. Gleichzeitig steht dabei mit auf dem Spiel das Ansehen der weißen Völker. Das steht tatsächlich mit auf dem Spiele, wenn jeder mit Staaten, wie es Frankreich und Großbritannien sind, so verfahren kann; denn dadurch wird das ungezügelte Selbstbewußtsein der nichtweißen Völker in einer Weise gesteigert, daß auch von daher sehr böse Wirkungen und Folgen kommen können.

Vielleicht ist mindestens so schlimm wie dieses Ereignis die bevorstehende Wahl in den Vereinigten Staaten; denn die Präsidentenwahlen und die Kongreßwahlen in den Vereinigten Staaten haben die Menschen dort tatsächlich blind und taub gemacht für alles, was draußen geschieht. Sie sind auch z.Z. nicht zugänglich für nüchterne Erwägungen. Das müssen wir in Gottes Namen über uns ergehen lassen. Die Wahlen sind am 6. November. Man kann wohl erwarten, daß am 7. November allmählich wieder eine Dämmerung kommt und die Vereinigten Staaten für außenpolitische Erwägungen auch wieder Verständnis zeigen. Eines möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Am Tage, bevor ich in Urlaub gehen wollte, bekamen wir die Nachricht aus der „New York Times" über den Radford-Plan[21], den Sie alle kennen. Ich habe dann gleich die Botschafter von Washington, London, Rom und Paris hierhergebeten, um mit ihnen über die Sachlage zu sprechen. Außerdem habe ich mich an den Staatssekretär Foster Dulles mit einem sehr ernsten Appell gewandt. Er hat auch mit dem Präsidenten Eisenhower gesprochen und mir dann einen langen Antwortbrief geschrieben. Er hat auch mit Herrn Kollegen Krone über diese Dinge gesprochen. Beruhigt bin ich nicht, nicht etwa beunruhigt in dem Sinne, als wenn noch vor den Wahlen oder sofort nach den Wahlen dort etwas Großes passieren könnte,

20 Am 17. August 1956 (AdG 1956 S. 5946–5949; vgl. dazu Dokumentarwerk zum KPD-Prozeß, 3 Bde., hrsg. von Gerd Pfeiffer und Hans-Georg Strickert. Karlsruhe 1955/56).

21 „The New York Times" vom 13. Juli 1956; der Plan sah eine Reduktion der US-Streitkräfte um ca. 800.000 Mann vor. Vgl. Stephan Jurika (Hrsg.): From Pearl Harbor to Vietnam. The Memoirs of Admiral Arthur W. Radford. Stanford 1980; Adenauer: Erinnerungen 3 S. 197–214. – Arthur William Radford (1896–1973), amerikanischer Admiral (seit 1939); 1953–1957 Joint Chief of Staff.

aber beunruhigt bin ich über die Vorstellungen in den maßgebenden Ministerien der Vereinigten Staaten. Der Luftverteidigungsminister[22] war vor einigen Wochen bei mir. Ich habe ein sehr langes Gespräch mit ihm gehabt über die Vorstellungen, die in den Vereinigten Staaten über die Verteidigung der freien Welt herrschen. Ich habe den Eindruck gewonnen, als wenn es jetzt in erster Linie heiße: Nicht Verteidigung der freien Welt, sondern Verteidigung der Vereinigten Staaten. Und das ist für uns Europäer eine sehr ernste Angelegenheit. Einmal ist es unerträglich, wenn zwei große Staaten in der Welt allein im Besitze von nuklearen Waffen sind und damit das Schicksal aller Völker dieser Erde in der Hand haben. Das ist für die anderen Völker ein unerträglicher Zustand. Wie wir da herauskommen, müssen wir sehen. Zweitens halte ich die These der Amerikaner, daß die konventionellen Waffen sich erübrigt hätten, für völlig unberechtigt. Oberst Nasser hat mir schon acht Tage darauf den Gefallen getan, ad oculos zu demonstrieren[23], daß das ein Irrtum der amerikanischen Militärs gewesen ist.

Damit komme ich auf das unglückliche Wort „Umrüstung" zu sprechen, das jetzt solch katastrophale Ideen zeitigt.[24] Vielleicht oder gar wahrscheinlich wird eines Tages die nukleare Technik so weit fortgeschritten sein, daß man nukleare Waffen aus gewöhnlichen Kanonen abfeuern kann. Es ist sogar das Bestreben der Technik in den Vereinigten Staaten, eine Entwicklung zu erreichen, daß man aus Handfeuerwaffen nukleare Geschosse abfeuern kann. Denken Sie einmal daran, welchen Lauf die Vervollkommnung der Waffentechnik seit der Erfindung des Schießpulvers genommen hat. Zuerst waren wohl zwölf Mann nötig, um einen Schuß aus einer Büchse abzugeben. Und wie ist es heute? Mit der Entwicklung muß Hand in Hand gehen eine Anpassung der militärischen Kräfte an diese neuen Waffen. Das ist selbstverständlich. Aber einstweilen sind sie noch nicht da, und deswegen müssen wir nach meiner Auffassung mit der Aufrüstung in dem Tempo, das wir uns vorgenommen haben, weiter fortfahren. Die Sozialdemokratie hat behauptet, wir – insbesondere ich – seien durch die Entwicklung der Dinge völlig desavouiert worden. Ich empfinde es genau umgekehrt. Ich habe mehr als einmal gesagt, wir müssen doch mit der Tatsache rechnen, daß eines Tages Amerika seine Truppen aus Europa zurückzieht, so daß dann die europäischen Länder, insbesondere aber Deutschland, neben diesem russischen Koloß mit seinen ganzen expansiven Kräften liegen. Wir müssen daher für unser Land das Menschenmögliche tun, damit wir nicht einfach waffenlos einem Übergriff

22 Donald Aubrey Quarles (1894–1959), 1953–1957 Luftfahrtminister, 1957–1959 stv. Verteidigungsminister. Letztes Treffen mit Adenauer am 10. September 1956 (TERMINKALENDER).

23 Am 9. August 1956 ordnete Nasser die Bildung einer Armee der Nationalen Befreiung an (AdG 1956 S. 5923).

24 Gemeint ist die von den USA und Großbritannien ausgelöste Diskussion um die Verlagerung von konventioneller Bewaffnung auf Atomwaffen sowie des Schwergewichts von strategischen auf taktische Atomwaffen. Die Opposition sah in diesen Überlegungen eine Bestätigung ihrer von der Bundesregierung abweichenden Wehrpolitik (vgl. dazu auch SCHWARZ 1 S. 302, 356–363).

der Volkspolizei ausgesetzt sind. Denken Sie daran, wie es wäre, wenn die Amerikaner und Briten in großem Maße ihre Truppen zurückzögen. Dann könnte die Volkspolizei an der Grenze irgendeine Invasion machen. Rußland hat damit gar nichts zu tun. Sie wissen, daß Rußland erklärt, die DDR ist ein unabhängiger Staat, da können wir nichts machen. Es könnte auch eine solche Geschichte aus der Tschechoslowakei kommen und uns einfach überrollen, weil wir gar nichts haben. Daher müssen wir, um auch gegen solche Eventualitäten gerüstet zu sein, in unserer bisherigen Arbeit fortfahren. Die These, die namentlich Carlo Schmid seinen Leuten eingeprägt hat, Amerika werde Europa niemals verlassen, ist falsch. Wir müssen immer mit der Möglichkeit rechnen, daß sich namentlich bei der Entwicklung der nuklearen Waffen Amerika zurückzieht. Das Wort von der „Festung Amerika" ist ein Wort, das wir uns immer vor Augen halten müssen.

Damit komme ich zu dem Stand der Aufrüstung. Wir wollen uns nicht allzulange darüber unterhalten, aber ich möchte doch bitten, daß zwei Fragen besonders dabei berührt werden: Einmal hat Herr Blank uns gestern[25] berichtet, daß z.Z. 62.000 Mann bei der Wehrmacht sind. Das bedeutet eine solche Summe von Arbeit, die ich den Herren unter Ihnen, die Militärs gewesen sind, nicht zu erläutern brauche. Ich habe von verschiedenen Seiten die Mitteilung bekommen, daß unsere Freiwilligen ausgezeichnete Leute seien. Mir ist von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß auch der weitaus größte Teil des Offizierskorps ausgezeichnet sei. Dagegen habe ich Klagen bekommen über die Unteroffiziere, die wir haben. Das liege aber zum großen Teil daran, weil die Leute zu schlecht bezahlt würden. Sie können in der heutigen Zeit von einem Manne, der strebsam ist und etwas kann, nicht verlangen, für ein Gehalt zu arbeiten, das dem eines Oberwachtmeisters bei der Schutzpolizei entspricht. Dabei sind diese Leute noch allen möglichen Beschimpfungen und sonstigen Schwierigkeiten ausgesetzt. (*Blank:* Völlig unzureichend! – *Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Müssen mehr bekommen! – *Blank:* Bei einem Vergleich mit anderen im öffentlichen Dienst stehenden Leuten ist die Bezahlung unzureichend.) Gerade bei der fortschreitenden Modernisierung der ganzen Waffen ist das unmöglich. So sehr ich einen Oberwachtmeister der Schutzpolizei, der den Verkehr regelt, schätze, so können wir ihn doch nicht gleichsetzen mit einem Techniker, der als Unteroffizier bei der Wehrmacht Dienst tut und die Leute unterrichten muß. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir kriegen die Leute nicht.

Damit komme ich zu der Frage der Dienstzeit. Ich weiß nicht, ob Sie einen Beschluß darüber fassen wollen. Ich würde empfehlen, es nicht zu tun, sondern unsere Ausschüsse anzuhören über den gegenwärtigen Stand der Dinge. Wir hatten uns für 18 Monate Dienstzeit ausgesprochen; denn nach dem übereinstimmenden Urteil der Sachverständigen sind bei dem Stand der heutigen Waffentechnik 18 Monate gerade ausreichend, aber die Sachverständigen haben ja heutzutage nicht die Entscheidung, sondern die Politiker. Damit will ich nicht sagen, daß Politiker nicht sachverständig

25 Kabinettssitzung.

seien, aber sie sind nicht immer sachverständig. (*Von Hassel:* Die Sachverständigen sind auch nicht immer Politiker!) Das ist richtig, wir müssen aber die Dinge nehmen, wie sie sind, und müssen auch die Volksstimmung beachten. Entscheidend ist auch – das darf ich in diesem Kreise sagen –, daß wir die Wahlen gewinnen. Wenn wir die Wahlen nicht gewinnen, dann geht es mit der ganzen Militärgesetzgebung – das haben die Sozialdemokraten ja erklärt – heidi; dann werden die Wehrgesetze beseitigt, und dann ist gar nichts mehr da.

Nun habe ich in der vorigen Woche mit den Herren vom Verteidigungsministerium, einschließlich der höchsten Soldaten dort, die ganze Situation, auch die politische, besprochen[26] und sie gebeten zu überlegen, wie man aus der ganzen Situation herauskommen kann. Hier würde folgender Weg gangbar sein, daß nämlich die Zahl der länger Dienstverpflichteten von 230.000 auf 300.000 erhöht und die Zahl der Eingezogenen von 270.000 auf 200.000 herabgesetzt wird. Damit hätten wir in der Wehrmacht einen Stamm von länger Dienstverpflichteten – Luftwaffe und Marine kommen nicht in Frage, die sind in Ordnung –, der der Wehrmacht den nötigen Halt geben würde, der sonst in hohem Maße von den Dienstverpflichteten gegeben würde, die 18 Monate zu dienen hätten. Daher muß eben diese Aufgabe, den notwendigen Halt zu geben, auf die länger Dienstverpflichteten übertragen werden. Wenn wir auf 12 Monate zurückgehen, dann würden die anderen nun nicht als Hilfstruppen dabeistehen, aber jedenfalls nicht diese entscheidende Funktion in dem ganzen Gefüge haben, die ihnen ursprünglich zugedacht war.[27] Die Sache eilt sehr. Herr Blank hat mir gestern erklärt, daß die Kabinettsvorlage bald vorgelegt werde. Wann bekomme ich sie? (*Blank:* Noch vor Ihrer Abreise!) Ich muß zweimal nach Brüssel, weil Herr Mollet nicht kann. Ich muß am Montag und am nächsten Samstag nach Brüssel. (*Blank:* Ich würde sagen, Ende dieser Woche!) Das ist die Situation, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie nun, in dieser Angelegenheit alles zu tun, damit nicht die Sozialdemokraten eine solche Lösung als Frucht ihrer Opposition verbuchen können, sondern daß wir in der Fraktion oder in der Koalition das verbuchen können als einen Erfolg unserer Überlegungen. Das ist von entscheidender Bedeutung für die nächsten Wahlen. Ich würde für die Agitation folgendes an die Spitze stellen: Die Sozialdemokraten wollen

---

26 Am 14. September mit Minister Blank, Staatssekretär Rust, Ministerialdirektor Gumbel, den Generälen Laegeler, Kammhuber und Speidel, Vizeadmiral Ruge und Oberst de Maizière (TERMINKALENDER). – Vgl. dazu auch Ulrich DE MAIZIÈRE: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert. Herford 1989 S. 191f.

27 Ende Juli 1956 hatte Otto Lenz in einer persönlichen Meinungsäußerung vor der Presse eine zwölfmonatige Wehrdienstdauer vorgeschlagen; die Mehrheit der CDU/CSU hielt zu diesem Zeitpunkt eine achtzehnmonatige Dauer für notwendig. Am 29. August schlug Richard Jaeger eine Spaltung auf 12 bzw. 18 Monate für die technischen Waffen vor. Die Kabinettsvorlage Blanks für eine Dauer von 12 Monaten bei gleichzeitiger Erhöhung des Prozentsatzes der längerdienenden Soldaten wurde am 22. September eingereicht und vom Bundeskabinett am 27. September 1956 verabschiedet (vgl. UiD vom 1. August, 6. September bzw. 3. Oktober 1956).

das Ganze abschaffen.[28] Wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann trägt man auch keine Verantwortung für 12 oder 6 oder 3 Monate. Wenn man aber auf unserem Standpunkt steht – und die Entwicklung in Großbritannien und in Amerika hat unseren Standpunkt durchaus als richtig erwiesen –, dann muß der Bevölkerung klargemacht werden, daß wir es sind, die die Verantwortung übernehmen. Wir müssen ihr sagen, daß nicht das, was die Sozialdemokraten dazu sagen, uns zu unserem Standpunkt gebracht hat, sondern daß wir es selbst gewesen sind und daß die Erklärungen der Sozialdemokraten nur leeres Gerede gewesen sind.

Nun zu den Wahlen! Die Kombinationen, die man in verschiedenen Zeitungen, auch in der „Neuen Rheinischen Zeitung"[29], hinsichtlich der Wahlen im Jahre 1957 angestellt hat, scheinen mir sehr wenig politische Klugheit zu verraten. Wenn wir nach den Wahlen 1957 so stark sein werden, daß wir an die Bildung einer neuen Regierung herantreten können, dann handelt es sich nach meiner Meinung nicht darum, ob wir mit Hinz oder Kunz etwas abmachen, sondern darum, daß wir unsere bisherige Politik für weitere vier Jahre sichern. Das ist keine Frage der Personen, auch nicht der Parteien, sondern es ist eine Frage der Arbeit und der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke. Wir müssen auch mit diesem Vorhaben in den Wahlkampf hineingehen. Wir müssen dem deutschen Volke die Erfolge unserer Politik vor Augen führen; denn unsere Politik hat uns einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht, sie hat uns die Souveränität wiedergebracht. Sie hat uns auch in eine Lage im Weltgeschehen versetzt, daß unsere Stimme auch wieder gehört wird. Wir müssen erklären, daß wir ohne diese Wehrhaftmachung, solange nicht eine wirklich großzügige Abrüstung erfolgt, nicht auskommen. Wir müssen der Bevölkerung im Wahlkampf unsere Erfolge aufzählen und ihr sagen, daß wir eine gute Arbeit geleistet haben. Und dann kann man mir mit dem ganzen Geschwätz – ich habe keinen anderen Ausdruck dafür – vom Koalieren mit der oder mit jener Partei vom Leibe bleiben.

Bei der Regierungsbildung nach der Wahl im Jahre 1957 sind nach meiner Meinung zwei Punkte von entscheidender Bedeutung, und zwar einmal, daß wir uns vor dem deutschen Volke mit unserer bisherigen Politik rechtfertigen. Wir können dann nicht plötzlich eine ganz andere Politik einschlagen; denn dann verlören wir einfach das Vertrauen der Bevölkerung und das Vertrauen in unsere Wähler. Das zweite wichtige Moment ist folgendes: Wir müssen um Gottes willen alles vermeiden, damit in der CDU keine Spaltung eintritt. Nehmen Sie bitte diese Gefahr sehr ernst. Wenn wir plötzlich Schwenkungen vornehmen in unserer Politik, dann halte ich die Gefahr von Spaltungen doch für sehr naheliegend. Es ist auch der große Gewinn für das deutsche Volk, daß es uns gelungen ist, auf der christlichen Basis nicht nur die

28 Vgl. Entschließung zur Wehrfrage von München (10. bis 14. Juli 1956) in Protokoll des SPD-Parteitags S. 349.

29 Vgl. „Neue Rheinzeitung" vom 18. September 1956: „In Bonn jagen sich Gerüchte und Vermutungen. Dehlers Gespräche sind Sensation. Wer bildet nach der Bundestagswahl 1957 die Bundesregierung?"

beiden Konfessionen zusammenzubringen, sondern auch eine große Partei zu schaffen. Stellen Sie sich bitte vor, wie es in Deutschland aussähe, wenn es uns nach dem Kriege nicht gelungen wäre, diese große Partei zustande zu bringen. Dann wären wir vielleicht wie in der Weimarer Republik in eine Unmenge von kleineren Parteien zerfallen. Als einzige große Partei gab es in der Weimarer Republik nur die Sozialdemokratie, die also auch die Verantwortung in der Regierung hätte übernehmen müssen. Ich weiß nicht genau, an wieviel Regierungen die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik beteiligt gewesen ist. Soviel ich im Kopfe habe, ist die Sozialdemokratie nur an einem Drittel der Regierungen beteiligt gewesen. (*Zuruf:* Bei der Hälfte!) Es war weniger als die Hälfte! Man kann es ja nachsehen.[30] Jedenfalls hat sie an einem großen Teil der Regierungen nicht teilgenommen. Ich bin daher der Meinung, wir sollten uns zunächst über die Frage, welche Koalition wir nach der Bundestagswahl 1957 eingehen, nicht unterhalten. Im übrigen würde jedes Gespräch bekannt; denn die Wände sind überall undicht. Das war auch in Berlin so. Hier sind sie genauso undicht. Was heute hier gesprochen wird, weiß man morgen doch. Und hier muß ich die Sozialdemokratische Partei lobend erwähnen; denn diese Sozialdemokratische Partei folgt der Parole ihres Vorstandes im großen und ganzen. Sie ist darin sehr korrekt und hat nur eine Meinung, nämlich die Meinung des Vorstandes. Und geredet wird außerordentlich wenig von ihnen, während wir bald soviel reden wie die FDP, und das heißt etwas. Daher meine ich, wir sollten über dieses Thema noch nicht mit allen möglichen Leuten reden; aber wir sollten einmal darüber nachdenken, ob wir zum Fundament der Betrachtungen einer kommenden Regierungsbildung die bisherige Politik, die wir acht Jahre lang durchgeführt haben, weiter fortsetzen. Das müssen wir tun, wenn wir davon überzeugt sind, daß wir eine richtige Politik im Interesse des deutschen Volkes getrieben haben. Wir müssen es aber auch tun im Interesse unserer Partei, damit auch die Wählermassen ihren Glauben an uns erhalten. Wenn man nicht an die Richtigkeit unserer Politik glaubt, dann möge man das im internen Kreise hier zur Geltung bringen, dann kann man sich darüber unterhalten. Ich möchte einstweilen des Glaubens sein, daß der weit überwiegende Teil unserer Wähler der Auffassung ist: Die CDU hat die richtige Politik getrieben.

Darum möchte ich schließen. Ich habe eigentlich zu lange gesprochen, aber man muß sich mal etwas von der Leber herunterreden; das erleichtert.

Das Wort hat Herr Dr. Krone.

Bericht Krones über USA-Reise

Krone: Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen und einige Stichworte sagen, weil ich der Meinung bin, daß eine Reise von acht Wochen in die USA nicht

30 An der Regierung beteiligt waren die Sozialdemokraten nur in den Jahren 1919–1920, 1921–1923 und 1928–1930.

genügt, um einen guten Bericht zu geben.[31] Es lohnt sich für jeden Politiker, einmal nach drüben zu reisen; denn dann merkt man, wie groß die Vereinigten Staaten sind und wie klein Europa, aber noch kleiner Deutschland und noch kleiner Bonn ist. Diese Perspektive wird manchen Politiker von der Überbetonung seiner Ansichten korrigieren.

Unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist gut. Daß wir vom Präsidenten empfangen worden sind, ist nicht auf unseren Namen zurückzuführen, sondern man wollte zur Politik des Bundeskanzlers nach der Radford-Plan-Geschichte in dieser Form zeigen, wie man zum Kanzler steht. Das Verhältnis ist also gut, es fiel das Wort beim Präsidenten: Wir werden nicht das Geringste tun, was Ihre Position in Deutschland erschweren oder gefährden könnte; denn das würde auch für uns von Nachteil sein.[32]

Aber die Amerikaner leben weit von Deutschland, und man sollte nicht darauf sündigen, daß sie zu Europa stehen und halten müssen. Der Suezkanal und China sind z.Z. in ihrer Politik wichtigere Punkte als Deutschland, das hierdurch etwas in den Seitenwinkel gerückt ist. Deshalb heißt es, die Dinge hier wirklich zu pflegen. Das stärkste Kapital, das wir drüben haben – das muß ich hier sagen, obwohl der Herr Bundeskanzler hier ist –, ist der Kanzler und seine Politik; und wer daran rüttelt, schädigt die Position im Denken des amerikanischen Volkes. Ihre Besuche hatten eine große Bedeutung für unsere Stellung zu den Vereinigten Staaten. Das Verhältnis ist immer besser geworden. Wir schreiben nicht mehr das Jahr 1951, wo Sie sich mühsam um ein Verhältnis zu Amerika bemühen mußten, sondern 1956. Ich betone es Ihnen gegenüber so: Die Note, die Sie und Herr von Brentano abgeschickt haben[33], war inhaltlich gut. Ich habe den Entwurf drüben gesehen. Es ist der Anfang – so möchte ich hoffen – einer weiteren aktiven Außenpolitik unserer Regierung. Das wird in Amerika verstanden; denn Sie haben den Kredit für diese Politik.

Als ich betonte, daß wir hinsichtlich der Wiedervereinigung unsere besonderen Sorgen hätten, hat man mir deutlich gesagt, überlegen Sie Wege, die Sie gehen müssen; wir sind für Überlegungen, die Sie mit uns zusammen machen, nur dankbar. Ich fügte hinzu, das sei auch innenpolitisch notwendig, um evident zu machen, daß von dieser Regierung alles getan worden sei in der Wiedervereinigungsfrage, um Ollenhauer und der Sozialdemokratie das letzte Argument ihrer Opposition zu nehmen. Das wird drüben verstanden, Herr Bundeskanzler, wenn Sie es machen.

Nun zum Radford-Plan und diesen Dingen! Zu den besorgten Stimmen in einigen Kreisen, ob Sie nicht zu schnell gehandelt hätten, weil Sie gleich die Botschafter

31 Krone war am 17. Juli abgereist und am 15. September 1956 zurückgekehrt.

32 Erster Bericht über die Gespräche im Schreiben Krones an Adenauer vom 2. August 1956 (NL Krone ACDP I-028-005/1); Besuch bei Eisenhower am 30. August (vgl. UiD vom 6. September 1956).

33 Memorandum vom 2. September 1956 an die Sowjetunion und die Westmächte zur Situation Deutschlands (Texte in AdG 1956 S. 5954–5958; Dokumente zur Deutschlandpolitik III Bd. 2, 2. Halbband S. 706–720).

nach hier berufen haben, kann ich aus meinen Gesprächen nur sagen, Sie haben es richtig gemacht. Man hat drüben neben anderen Dingen verstanden, was diese Frage für unsere Lage und für die deutsche Politik bedeutet. Wenn Sie es nicht in dieser Form gemacht hätten, dann hätte man es vielleicht doch übersehen. Es ist so – Sie haben es bereits betont –, daß man erkannt hat, auch in militärischen Kreisen, daß das immerhin ein schlechtes Vorgehen gewesen ist und unsere Position im Kampfe gegen die Linke erschwert hat. Man hat auch drüben erkannt, daß Europa für die Verteidigungssorgen der amerikanischen Welt von Bedeutung ist. Es fiel im Gespräch mit Dulles das Wort: Wir sind durchaus mit Ihnen der Meinung, daß gerade in den geteilten Ländern wie Deutschland die üblichen Streitkräfte mit den üblichen Waffen stehen müssen, auch zur Sicherung des Friedens in der Welt. Ich glaube nicht, daß in den nächsten Jahren in dieser Richtung etwas passieren wird, aber ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Entwicklung der nuklearen Waffen ganz bestimmte strategische Umdispositionen zur Folge haben wird. Davon ist man in Amerika überzeugt, und wir müssen das wissen. Ich habe Ihnen das geschrieben, und ich freue mich, daß Sie diese Meinung teilen. Ich will das nicht weiter ausführen, aber das stellt uns doch vor ganz bestimmte Überlegungen, wozu allerdings nicht das Wort „Umrüstung" gehört. Ich bin überrascht gewesen, als ich von der Umrüstung in den Zeitungen gelesen habe. Es wäre falsch, wenn wir sagten: Alles das, was bisher gemacht worden ist, war nicht richtig. Das wäre politisch und auch militärisch gesehen unbedingt falsch. (*Blank:* Wir haben doch noch gar nichts!) Sie haben aber schon Pläne! Das hieße auch die Kräfte in Amerika stärken, von denen der Herr Bundeskanzler sagt, daß sie eben nur die „Festung Amerika" sähen. Ich habe auch die Sorge, daß eine weitere Entwicklung der nuklearen Waffen zu einer betont insularen Denkungsweise der Amerikaner führen kann. Daher darf das Wort Umrüstung bei uns nicht gebraucht werden. Aber ich bemerke dazu, daß wir die Bedeutung der atomaren Entwicklung stärker als bisher sehen müssen.

Überrascht war ich auch, daß wir so schnell zu einer zwölfmonatigen Dienstzeit gekommen sind. Ich verstehe die innenpolitische Bedeutung dieser Dinge durchaus, aber ob alles genügend durchdacht ist, auch hinsichtlich der Konsequenzen für Amerika selber, das weiß ich nicht. Wenn man schon sagen muß 12 Monate, dann würde ich doch zu überlegen geben, ob man das nicht differenzierter machen kann, einschließlich der Reserve, die man in Amerika nicht kennt. Ich teile daher die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, daß im Augenblick allzuviel über Dinge gesprochen wird, die erst im Jahre 1957 spruchreif sein werden. Wenn wir aber die Wahlen verlieren wollen, dann müssen wir so fortfahren. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das sage ich ganz deutlich. Wer von den inneren Verhältnissen – ich will nicht sagen Spannungen – in unserer Partei in Norddeutschland, Süddeutschland und im Rheinland in dieser Weise spricht, der trägt dazu bei, daß wir uns vor den Wahlen schwächen. Wir kommen am Montag in der Fraktion in Klausur zusammen[34] – d s ist schon seit zehn Wochen fest-

34 Am Dienstag, dem 25. September 1956, in Bad Honnef (Protokoll wurde nicht geführt).

gelegt –, nicht um Koalitionsgespräche zu führen, sondern um zu überlegen, was wir im nächsten Jahr in der Fraktion machen wollen. Ich werde dabei der Fraktion deutlich sagen müssen, daß jedes Mitglied der Fraktion sich zu entscheidenden Fragen erst dann äußern kann, wenn die Fraktion darüber gesprochen hat.

Adenauer: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Krone, für Ihren Bericht. Das Wort hat Herr Kollege Meyers.

Bericht Meyers über Organisation

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist mir etwas unangenehm, nach diesen interessanten Darstellungen zu einem Thema zu kommen, das im allgemeinen als trocken bezeichnet wird und in der CDU und in Deutschland keine gute Resonanz findet; denn hier kann man weder ideologisch noch politisch den Geist leuchten lassen, sondern muß nüchtern über Tatsachen sprechen und sich darüber klarwerden, daß man mit einer Organisation allein, ich übertreibe etwas, keine 51 % einer Wahl erringen kann. Es ist aber sicherlich so – das haben uns die Vorgänge in der nationalsozialistischen Zeit, bei der Kommunistischen Partei und auch bei der SPD, gezeigt –, daß eine gründlich durchdachte und gestraffte, solid aufgebaute Organisation sehr wohl in der Lage ist, dies viel eher zu erreichen als eine schlechte Organisation.

Der Herr Bundeskanzler hat eben gesagt, es sei eine Unmenge von Kleinarbeit erforderlich, um eine neue Partei aufzubauen. Um eine Organisation bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen, ist selbstverständlich genau dieselbe Kleinarbeit erforderlich. Mit großen und schönen Losungen und Worten ist das nicht zu machen, sondern es muß die Initiative des ehrenamtlich in unserer Partei tätigen Politikers hinzukommen, weil die hauptamtlichen oder zur Hälfte hauptamtlichen angestellten Kräfte nicht ausreichen, um ein feinmaschiges Netz der Organisation bis in den letzten Winkel in der Eifel oder im Schwarzwald hinein zu schaffen.

Wenn man von der Organisation der CDU spricht, dann darf man nicht verkennen, wie die CDU geworden ist. Die CDU ist von unten herauf gewachsen. Das ist für ihre Organisation wichtig, daß sie zunächst in den Gemeinden, dann in den Kreisen, dann in den Ländern und schließlich im Bund zustande gekommen ist.[35] Nach dem Willen der Besatzungsmächte konnten sich die politisch Gleichdenkenden damals zunächst nur in den einzelnen Besatzungszonen zusammenfinden und dann erst innerhalb der Länder. Damals entwickelte sich eine Vielfältigkeit der Organisationen auf der unteren Ebene, die sich kraft ihrer Eigenständigkeit und ihres älteren Daseins auch später behauptete, als sich die Möglichkeit zu einer Bundespartei und Bundesorganisation ergab. Der Vorgang wird dadurch noch kompliziert, daß eben die Zusammenschlüsse

35 Vgl. dazu Becker und Heitzer.

innerhalb der Partei teilweise erfolgten, noch ehe die Länder von den Besatzungsmächten gebildet wurden. Es gibt also eine Reihe von Landesverbänden, die nicht identisch sind mit den Ländern. So haben wir in Baden-Württemberg vier Landesverbände: Nordbaden, Südwürttemberg, Nordwürttemberg und Südbaden. In Niedersachsen gibt es die Landesverbände Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Nordrhein-Westfalen hat zwei Landesverbände: Nordrhein und Westfalen. Es liegt auf der Hand, daß die Landespolitik der CDU durch derartige Aufsplitterungen erschwert wird. (*Gurk:* Nicht unbedingt!) Das hat man bei einem Teil der Länder erkannt, sonst hätte man nicht die Konsequenzen gezogen. Im übrigen möchte ich jetzt, Herr Kollege Gurk, nur Tatsachen berichten und weder pro noch kontra etwas sagen. Ich nenne diese Tatsache zur Illustration, damit sich aus dem Gesamtbild die Diskussion entwickeln kann.

In Niedersachsen hat man einen gemeinsamen Landeszentralausschuß und eine gemeinsame Landesgeschäftsstelle der CDU gebildet, und zwar bei Selbständigkeit der drei Verbände.[36] In Nordrhein-Westfalen hat man nach dem Sturz der Regierung Arnold die Konsequenzen gezogen und für eine bessere Koordinierung der beiden Landesverbände ein gemeinsames Landespräsidium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Arnold gebildet, dem jetzt vier Mitglieder des Vorstandes von Nordrhein und Westfalen angehören.[37] Das einzige Land ist Baden-Württemberg, wo man zwar die Organisationsform so gewählt hat, daß sich die Landesvorstände in regelmäßigen Abständen zu Sitzungen treffen, daß aber sonst keine Zusammenfassung vorgenommen wurde. (*Gurk:* Das hat sich bewährt!) Ich habe noch keine Bewertung abgegeben, Herr Kollege Gurk! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das zunächst einmal zur Kenntnis nähmen!

Jedenfalls hat der Ausbau und Aufbau der Organisation der CDU sicherlich dadurch gelitten, daß die Partei, die erst nach dem Kriege entstanden ist, sofort nach ihrer Entstehung zum größten Teil mit in die Verantwortung genommen wurde. Das fing an bei den Gemeinden, ging dann weiter in den Ländern und endete schließlich beim Bund. Seit vielen Jahren trägt die CDU die Verantwortung. Das bedeutet, daß der größte Teil ihrer fähigen Mitglieder in die Gemeinde-, Landes- und Bundesämter abgezogen wurde und für die Arbeit innerhalb der Partei nicht mehr zur Verfügung stand. So ist es bis heute, weil die CDU in den Ländern zum größten Teil nicht aus der Verantwortung herausgekommen ist. Es zeigte sich im ganzen Bundesgebiet, daß dadurch die Parteiarbeit gelitten hat; denn die Arbeit für den Staat nimmt unseren Leuten die Möglichkeit, sich für die Partei stark einzusetzen.

Wenn Sie die Gliederung von oben nach unten nehmen, so zeichnet sich ganz deutlich eine Vierteilung ab: 1. die Bundespartei, 2. die Landesparteien, 3. die Kreisparteien und 4. die Ortsparteien. Über die Bundesgeschäftsstelle möchte ich nichts sagen. Herr Heck kann Ihnen darüber berichten, was in den letzten Jahren

36 Die „CDU in Niedersachsen" wurde während des 1. Bundesparteitags in Goslar am 20. Oktober 1950 gebildet (FRATZSCHER S. 94f.).

37 Vgl. dazu UiD vom 22. März 1956.

geschehen ist, um die Bundesgeschäftsstelle schlagkräftig zu machen. In personeller Hinsicht kann ich als Beispiel anführen die Neubesetzung des Bundespressechefs der CDU[38], die dazu geführt hat, daß die Verlautbarungen im DUD eine erheblich weitere Resonanz gefunden haben. Ich habe in den letzten Jahren noch nie so häufig den DUD in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zitiert gesehen wie nach dem Monat Juni dieses Jahres. Auch der erste Versuch einer Pressetagung – die aufgrund von Erfahrungen in Baden-Württemberg in der nächsten Zeit in allen Ländern durchgeführt werden soll – in Nordrhein hat ein erhebliches Echo gefunden. Aber über den Aufbau der Partei und die Organisation will ich weiter nichts sagen.

Der Herr Bundeskanzler und der geschäftsführende Vorstand haben mich gebeten, einmal mit den Landesverbänden Fühlung zu nehmen und sie aufzusuchen, um ein Bild darüber zu bekommen, wie die Organisation in den einzelnen Landesverbänden ist. Bei einem größeren Teil bin ich gewesen. Das geschah nicht hinter dem Rücken der Vorstände oder im Zusammenhang mit der Bundesgeschäftsstelle oder dem Bundesvorstand, um in den Landesverbänden zu spionieren, sondern ich sollte feststellen, wo Landesverbände materiell in Not sind, die nicht von den Verbänden, sondern nur mit Geldern vom Bund behoben werden kann, damit sie einmal eine Hilfe bekommen. Das hat den Sinn, daß wir die Organisation der Partei möglichst schlagkräftig machen, zunächst einmal für die Wahl des nächsten Jahres, dann aber auch für die weitere Zukunft.

Wenn man eine gute Organisation erstellt hat, ist es selbstverständlich, daß sie schon kraft ihrer Automatik und der Natur der Dinge weiterläuft; dagegen wird sich eine schlechte Organisation nicht weiterentwickeln. Die Vierstufigkeit der Partei ist im allgemeinen gegeben; in zwei Ländern nicht, und zwar einmal in Niedersachsen, wo der Landesverband Hannover wegen der Weiträumigkeit des Gebietes und weil die Bevölkerung schwierig anzusprechen ist, eine Zwischengliederung hat. Es sind sechs Bezirksverbände. Das gleiche bietet sich in Rheinland-Pfalz, wo die fünf Regierungspräsidien gleichzeitig als fünf Regierungsbezirke genommen worden sind. (*Zuruf:* In Westfalen auch!) Wo keine Ortspartei besteht, ist das System der Stützpunkte durchgeführt. Drei und mehr Mitglieder haben sich dort zu einem Stützpunkt zusammengefunden. Wo keine Stützpunkte mehr sind, gibt es das Vertrauensmännersystem. Das ist noch nicht weit ausgebaut. Es gibt weite Gebiete, bei denen man, wollte man die CDU andeuten, nur weiße Farbe verwenden müßte. Hier gilt das gleiche wie bei einem Globus oder bei einer Landkarte, wo die unerforschten Gebiete weiß gekennzeichnet sind. CDU-freie Gebiete gibt es noch in manchen Gegenden. Die Landesverbände sind sich durchaus im klaren, welche Gründe dazu geführt haben. Dort gibt es heute solche Gebiete, in denen in den Jahren 1946/47 blühende CDU-Provinzen bestanden haben. Sie sind im Zuge des allgemeinen Rückgangs damals verödet. In der Zwischenzeit sind in diese CDU-freien Gegenden andere Parteien eingedrungen, die heute nur noch außerordentlich schwer zu entfernen sein werden. Besonders in den evangelischen

38 Pettenberg.

Gegenden hat die FDP damals Nutzen daraus gezogen und ihre Hochburgen dort errichtet.

In den zehn Bundesländern einschließlich Berlin und Saar haben wir heute 16 Landesparteien. Unter den Vorsitzenden der 16 Landesparteien gibt es vier Ministerpräsidenten, zwei amtierende Minister, einen Bürgermeister und zwei Bundestagsabgeordnete. Bezüglich der Landesvorstände wird innerhalb der Landesparteien vielfach bemängelt, daß die Landesvorstände zu groß seien und deshalb zu wenig zusammenkämen, so daß sie nicht das politische Führungsgremium seien. Die Landesverbände sind außerordentlich unterschiedlich in der Größe. Ich erinnere an die vier Verbände in Baden-Württemberg und stelle dem Nordrhein-Westfalen gegenüber. Die Landesgeschäftsstellen sind im allgemeinen den Aufgaben gewachsen; einige sollten durch personelle Umbesetzungen Änderungen erfahren. Ich habe festgestellt, daß eine Landesgeschäftsstelle mit Personal überbesetzt war, aber in manchen Fällen sind die Landesgeschäftsstellen aus erklärlichen Gründen unterbesetzt. Es wird vielfach den Angestellten eine Arbeitslast zugemutet, die sie beim besten Willen nicht leisten können. Die Arbeit ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Da die Landesverbände keine vergleichbare Größe bilden, ist es sehr schwer festzustellen, was nötig ist oder nicht.

Die Landesgeschäftsführer sind mit den laufenden Aufgaben so ausgelastet, daß es für sie außerordentlich schwer ist, sich über diese Aufgaben hinaus noch dem Aufbau der Organisation zu widmen. Nicht einheitlich wurde die Frage in den Landesverbänden beurteilt, ob ein Mitglied der Landesgeschäftsstelle Landtagsabgeordneter sein solle. Darüber habe ich sehr unterschiedliche Auffassungen vorgefunden. In einem Teil ist man der Ansicht, daß die Angestellten dadurch zu sehr von der Arbeit in der Partei abgehalten würden; in einem anderen Teil neigt man offensichtlich zu einer Bejahung, um den Angestellten einen politischen Blick zu geben, aber ich habe den Verdacht, daß die Diäten des Landtagsabgeordneten das fehlende Gehalt der Partei, wenigstens zum Teil, ausgleichen sollen. Dafür sind jedoch die Diäten eines Abgeordneten nicht da. Umgekehrt macht sich bemerkbar, daß die Landtagsabgeordneten, die kein Büro haben, dort ihre Arbeiten als Abgeordnete erledigen müssen.

Mit Sekretärinnen sind die Landesgeschäftsstellen hinreichend ausgestattet, dagegen ist die Ausstattung mit sachlichen Mitteln im allgemeinen veraltet, von den alten Schreibmaschinen angefangen bis zu den Einrichtungen. Moderne Büromaschinen wie ADREMA usw. findet man nur in einem geringen Teil der Landesgeschäftsstellen. Insbesondere fehlen geeignete Bürogeräte, die vor Beginn der Winterarbeit noch angeschafft werden müssen, damit sie sich zum Bundestagswahlkampf eingespielt haben. Personenkraftwagen, Filmgeräte und Lautsprecher sind in den Landesgeschäftsstellen vorhanden. In einzelnen Fällen muß geprüft werden, ob unbrauchbare Wagen durch bessere ersetzt werden können. Bei den Filmgeräten ist nicht immer die Kapazität ausgenutzt. Ich darf an folgenden Fall erinnern: Zur Bundestagswahl 1953 war einer Stelle ein Filmgerät geliefert worden, das man später bei einer Landtagswahl in halbverrostetem Zustand in einer Scheune wiedergefunden hat. Bezüglich der

Lautsprecher hört man im allgemeinen die Klage, daß sich die Batterien zu leicht verbrauchen und daß sie zu unhandlich seien. Es sind in der Bundesgeschäftsstelle Überlegungen angestellt worden, wie man diesen Mißstand beseitigen kann.

Die Unterbringung der Landesgeschäftsstellen ist sehr unterschiedlich. Einige sind sehr gut untergebracht; es gibt andere, bei denen die demokratische Bescheidenheit derartig „untertrieben" wird, daß die Unterbringung für die CDU nicht mehr würdig ist. Man muß sich teilweise in ein Dachgeschoß begeben und sich dort nach den Räumen umsehen. Dort sind dann sogar mehrere Verbände, wie Landesverband und Kreisverbände, aus Geldmangel zusammen untergebracht. Es sind aber Überlegungen im Gange, wie man diese Zustände noch vor dem kommenden Frühjahr ändern kann, so daß wir damit rechnen können, daß die Landesparteien zu Beginn des Frühjahrs so untergebracht sein werden, daß sie ihre Aufgaben für den Wahlkampf erfüllen können.

Eine der wichtigsten Fragen, die der Herr Bundeskanzler angeschnitten hat, ist die Frage der Mitgliederwerbung der CDU. Der Ruf, die CDU müsse von einer Wählerpartei zu einer Mitgliederpartei werden, ist verhältnismäßig alt, aber die Fortschritte in dieser Hinsicht sind leider außerordentlich gering. Es ist zwar im Augenblick in allen Landesverbänden eine zwar langsame, aber stetig steigende Tendenz des Zuganges der Mitglieder festzustellen; das darf aber nicht daran hindern, die Mitgliederwerbung der CDU unter einem größeren Gesichtspunkt zu sehen. Es ist so, daß in den Jahren 1946/47 unter dem Eindruck des neuen politischen Werdens in Deutschland ein starker Zustrom zur CDU zu verzeichnen war.

Ich habe in einem großen Landesverband die Entwicklung geprüft. Ich nehme an, daß sich das auch in den übrigen Landesverbänden ähnlich entwickelt hat. Der absolute Höchststand unserer Mitglieder ist im ersten Halbjahr 1948 festzustellen. Das war vor der Währungsreform. Dann ist die Stabilisierung gekommen. Nun haben – das gehört zu der negativen Seite des deutschen Wirtschaftswunders – viele unserer Freunde angenommen, da die wirtschaftliche Stabilisierung herbeigeführt worden war, ein weiteres politisches Wirken sei ihrerseits nicht mehr nötig. Und dann geht ein Rückgang los, der von einer ganz kurzen Besserung nach der Bundestagswahl im Jahre 1953 unterbrochen wird, sich dann aber weiter fortsetzt. Die Besserung im Jahre 1953 wird aber in dem Verband, dessen Mitgliederentwicklung mir im Augenblick vorschwebt, nur für die Dauer etwa eines Jahre gehalten. Das Jahr 1954 bringt eine Verringerung, und Ende 1955 beträgt der Mitgliederstand fast nur noch die Hälfte des Bestandes vom Frühjahr 1948. Bei diesem Verband ist bekannt, daß die Abgänge in den Jahren 1954 und 1955 fast doppelt so hoch waren wie die Zugänge.

Wenn man das einmal analysiert, so ist es selbstverständlich, daß verschiedene Komponenten zu dieser Entwicklung beigetragen haben. In den Jahren 1945/46 sind naturgemäß in erster Linie diejenigen in die Union gegangen, die bereits aus der Weimarer Zeit gewohnt waren, in einer demokratischen Partei Mitglied zu sein. Das hat dazu geführt, daß die Union zur damaligen Zeit schon sehr stark überaltert war. Ein Landesverband schreibt mir, daß die Überalterung auch heute noch 37 % betrage. Bei mehr als einem Drittel der Mitglieder dieses Verbandes – und das wird mutatis

mutandis in allen Verbänden so sein – liegt das Geburtsjahr vor 1900. Man hat diesen Stichtag genommen.

Die Mitgliederwerbung nach der Bundestagswahl 1953 ist nicht konstant geblieben. Auch der Anlaß des Geburtstages des Herrn Bundeskanzlers ist nicht als ein Erfolg in diesem Sinne zu bezeichnen. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände liegen zwischen einem Bruchteil von 1 % bis zu 1,6 % der Wähler. Maßgebend dafür sind eine Reihe von Gründen. Zunächst sind es die schlechten Erfahrungen, die die ältere Generation mit ihrer Mitgliedschaft in demokratischen Parteien zu Beginn des Dritten Reiches gemacht hat; aber auch die Erfahrungen zum Ende des Dritten Reiches sind bei vielen Menschen in schlechter Erinnerung.

Es ist sicher, daß etwa 48 % der Wähler Arbeitnehmer sind. Einer der Gründe unseres schlechten Mitgliederstandes ist bestimmt der, daß eine große geschlossene Gruppe der Arbeitnehmerschaft bei uns fehlt. Wir haben viel zu wenig Arbeitnehmer unter unseren Mitgliedern. Dazu kommen Probleme, die sich aus der konfessionellen Gliederung ergeben. Außerdem ist der Mitgliederstand der Frauen in der Union relativ schwach. In vielen Fällen, auch bei Leuten, die nicht der Partei angehören, wird gegen uns der Vorwurf erhoben, es sei noch niemals ernsthaft um die Mitgliedschaft für die CDU geworben worden. Man hört auch immer wieder von den Herren in führenden Stellen: Ich bin noch nie angesprochen worden, daß ich in die CDU eintreten soll. Es liegt in der menschlichen Natur, wenn die Leute nicht gerne von sich aus zur Partei gehen. So kann z.B. auch ein Mitglied den Zustand ruhig ertragen, wenn zweieinhalb Jahre lang bei ihm nicht kassiert wird. (*Adenauer:* War das nicht in Düsseldorf?) Herr Bundeskanzler, Sie scheinen gut über die Organisation Bescheid zu wissen, aber ich habe das Versprechen abgegeben, keine Namen zu nennen. Ich wollte nur zeigen, welch typische Fälle sich ergeben. Vielfach gehen auch Mitglieder, die ihren Wohnsitz verlegen, der CDU verloren. Wenn die Mitglieder, die in den Lagern sind, in ihre Aufnahmeländer kommen, dann gehen sie fast ausnahmslos der CDU verloren. Man muß auch die unerfreuliche Tatsache feststellen, daß ein Vorsitzender seinem Geschäftsführer jegliche Mitgliederwerbung verboten hat, weil er seit 1946 offensichtlich Gefahr läuft, seinen Posten als Vorsitzender zu verlieren. Das ist die Angst der sogenannten CDU-Erbhofbauern; es existiert der Vorstand, der die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen nicht will, weil sich sonst das Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen so verändert, daß dann nicht mehr alle Mandate von den Einheimischen übernommen werden können. Es wird hierbei offensichtlich unterstellt, daß die Einheimischen sowieso nicht der CDU beitreten.

Zu dem Verhältnis katholische : evangelische Bevölkerung kann ich einschalten, daß die Werbung in den evangelischen Bevölkerungskreisen erheblich schwieriger ist als bei der katholischen Bevölkerung, so daß also die Länder, wo es überwiegend evangelische Bevölkerung gibt, es erheblich schwerer haben. Innerhalb der Partei gibt es etwa 30 % Katholiken, aber die Vorstandsämter sind zu über 50 % von den Katholiken durchsetzt. Solche Verhältnisse können gefährlich werden, weil sich die

evangelische Bevölkerung sagt, das ist sowieso eine katholische Partei, da treten wir nicht ein. Das Problem ist außerordentlich schwierig. Es gibt Verbände, die sagen, wir könnten bei der katholischen Bevölkerung noch mehr Mitglieder bekommen, aber wir würden dadurch automatisch und zwangsläufig den evangelischen Teil bei der Wahl von uns wegdrängen; ein Problem, das in unserem Kreise wirklich einmal ernsthaft diskutiert und für das eine Lösung gefunden werden muß.

Es gibt auch Parteien, die hinsichtlich der Stände innerhalb der Union nicht richtig aufgegliedert sind. Wenn z.B. in einem Arbeiterort ein Vorstand nur mit bürgerlichen Leuten besetzt ist, so ist das ein Hemmnis. Es gibt Gegenden, wo sich der Vorstand nach irgendeiner politischen Richtung zusammengesetzt hat. Das kann historisch gekommen sein. Da aber lediglich wenige Mitglieder den Vorstand wählen, bleibt dieser immer derselbe. Wo ein großer Teil der Bevölkerung nach links tendiert, aber der Vorstand rechts ausgerichtet ist, bleibt dieser Vorstand ein Hemmnis dafür, daß neue Mitglieder in die Partei kommen. Wie das geändert werden soll, weiß ich nicht. Jedenfalls ist es sehr schwierig.

Ein weiteres Hemmnis ist die mangelnde Bereitschaft unserer freiwilligen, ehrenamtlichen Kräfte, die sich mit dieser Mitgliederwerbung befassen. Diese Mitgliederwerbung ist ein unangenehmes Geschäft. Das muß zugegeben werden. Es ist für den einzelnen viel einfacher und gewinnbringender, sich mit außenpolitischen und ähnlichen Dingen innerhalb der Partei zu beschäftigen. Es ist auch häßlich, wenn man sich einen Menschen vorknöpfen und mit ihm bis zum Ermüden die Gründe und Gegengründe für einen Beitritt in die CDU diskutieren muß; denn dann hört man das, was den Leuten z.B. an der Gesetzgebung usw. nicht paßt. Das ist also eine mühsame Arbeit; aber ohne diese Arbeit werden wir nie zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis kommen. Die Angestellten der Partei, insbesondere die Geschäftsführer, sind zunächst einmal in ihre tägliche Arbeit, für die sie angestellt sind, eingespannt. Die Vorstandsmitglieder haben aufgrund ihrer besseren Beziehungen und Querverbindungen es auch viel leichter als die Geschäftsführer. Die Werbung muß richtig angefaßt werden.

Wenn z.B. ein Angestellter der Partei zu einem Herrn am Ende eines Gespräches sagt: Herr Doktor, Sie aufzufordern, in die CDU einzutreten, hat wohl keinen Zweck? – dann muß man schon aus psychologischen Gründen die Stellung einer solchen Frage beanstanden, und wenn erst der Angesprochene sagt, ich bin seit Jahren Mitglied der Partei, aber der Angestellte erwidert, das kann nicht sein, ich habe die Unterlagen genau nachgesehen, Sie sind nicht Mitglied unserer Partei, und dann der Angesprochene seine Sekretärin bitten muß, die Abschnitte der monatlichen Beiträge zu zeigen, dann ist doch bestimmt etwas nicht in Ordnung in einer solchen Organisation! Es ist jedenfalls falsch, wenn unsere Parteifreunde glauben, sie brauchten diese Werbung nicht zu betreiben, weil das sowieso durch die Angestellten geschehe. Im Gegenteil, gerade wir müssen hier aktiv werden. Ich habe in einer Versammlung von Bauern gehört, daß die Bauern darauf angesprochen worden sind. Und der Erfolg war, daß 30 Neuaufnahmen getätigt werden konnten. Auch Herr Bach hat in einer

Industriellenversammlung eine Vielzahl von Neuwerbungen durchgeführt. Wenn wir die Leute ansprechen, sind sie eher geneigt, der CDU beizutreten, als wenn sie von jemandem angesprochen werden, den sie vielleicht nur als untergeordnet ansehen, wenn auch diese Unterordnung in Wirklichkeit nicht besteht.

Es sollte auch in keinem Gremium versäumt werden, die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Partei dauernd darum anzusprechen, Mitglieder zu werben. Es wird interessant sein, nachdem sich unser erster Parteivorsitzender in die Aktion eingeschaltet hat, welches Ergebnis diese Aktion haben wird. Ich bin wirklich gespannt darauf, was herauskommt. Es muß vor allem in den einzelnen Gremien immer wieder nachgestoßen werden. Es ist z.B. auch nicht einzusehen – was in der SPD selbstverständlich ist –, warum nicht neben dem Mann auch die Frau oder die Kinder in der Partei sind. (*Weber:* Das verbieten die Männer!) Ich weiß nicht, welche Erfahrungen Sie haben, ich habe es meiner Frau nicht verboten, aber sie ist, ohne mich zu fragen, hineingegangen. Warum sollten wir nicht auch einmal die Untergebenen ansprechen? Auch in dieser Beziehung befleißigt sich die CDU einer Vornehmheit, die nicht von Vorteil ist. Hier vertrete ich den Standpunkt, das muß bis zu den Wahlen aufhören. Man soll an Freunde und ansprechbare Leute immer wieder herantreten. Eines ist dabei klar: Man muß von sich aus die Initiative ergreifen und an die anderen herangehen. Die anderen kommen nicht zu uns.

Ein Trost mag es sein, daß z.Z. in allen Landesverbänden eine günstige Tendenz ist. Das müssen wir ausnutzen! Das muß man sehen im Zusammenhang mit den Finanzen der Union. Der Stand der Finanzen ist einfach trostlos – einen anderen Ausdruck gibt es hierfür nicht –, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die aber nur die Regel bestätigen. Die Mitgliederbeiträge werden in den Kreisverbänden eingezogen. Der größte Teil der Landesverbände bekommt keinen Pfennig, sondern ist gezwungen, Gehaltszuschüsse für die amtlichen Angestellten zu zahlen, zumindest aber den 10-Pfennig-Beitrag, den der Bundesschatzmeister pro Mitglied von den Kreisen haben will, nach der Bundesgeschäftsstelle abzuführen. Von einigen wenigen Stellen sehe ich ab, aber die übrigen Landesverbände leben zum größten Teil von den Geldern der Fördergesellschaften und von den Geldern, die aus dem Vertrieb des „Wirtschaftsbildes" fließen. Der größte Teil unserer Landesverbände bräche organisatorisch zusammen, wenn die Fördergesellschaften aus irgendeinem Grunde ihre Zahlungen einstellten. Das ist ein sehr unerfreulicher Zustand.[39]

Stellen Sie sich einmal vor, durch irgendeine Koalition verlören die Fördergesellschaften ihr Interesse an der CDU! Das würde dazu führen, daß sie ihre Beiträge einschränkten oder aber ganz einstellten. Und dann wäre der Zusammenbruch der Organisation da. Wenn Sie das nicht unterstellen, dann unterstellen Sie, welche politischen Forderungen an die Hergabe des Geldes geknüpft werden können und wie unschön damit die Bundes-CDU in die Abhängigkeit der Geldgeber geraten könnte. Wie kann man dem abhelfen? Das ist eine Frage der Finanzierung. Ein kleiner

39 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 126f.

Landesverband hat sich aus der Affäre zu ziehen versucht, indem er die Organisation etwas großmaschiger aufgezogen hat, also nicht soviel Besoldungskräfte anstellte. Er hat die Finanzierung dadurch sichergestellt, daß er die Abgeordneten aller Parlamente – der Gemeinden, des Landes und des Bundes – von ihren feststehenden Sätzen eine bestimmte Summe geben läßt. (*Zuruf:* Machen andere auch!) Auch da werden Schwierigkeiten nach einer Wahlniederlage eintreten, weil sich dann die Zahl der Mandatsträger und somit auch die Umlage verringern wird.

Die Verhältnisse innerhalb der Gesamt-CDU sind naturgemäß unterschiedlich. Es gibt einige Abgeordnete – ob das das Ideal ist, weiß ich nicht –, die so gut gestellt sind, daß sie ihre Diäten der Partei zur Verfügung stellen können. Es gibt Landesverbände, die sagen, man möge im Bundesvorstand einen Beschluß fassen, wonach sie an ihre Abgeordneten herantreten können. Es gibt aber auch Abgeordnete, die über ihre Diäten hinaus noch versuchen, aus dem Landesverband und dem Kreisverband weitere Vorteile herauszuschlagen. Ich nenne den einen Fall, wo der Abgeordnete einen Kreisgeschäftsführer zu seinem persönlichen Referenten in Bonn gemacht hat, dann mehrfach in der Woche dorthin geht und dafür die Organisationsbeihilfe des Bundes einsteckt, während der Mann vielleicht vom Land oder von dem Kreis bezahlt wird. Es gibt von der einen bis zur anderen Seite eine große Skala der Variationsmöglichkeiten; aber einen Landesverband, der von sich selber lebt, den gibt es in der CDU nicht.

Dennoch bleibt kein anderer Weg, wenn wir nicht den der Staatsgelder beschreiten wollen, als über den Mitgliederbeitrag die Organisation zu finanzieren. Deshalb kommt der Mitgliederwerbung eine solch große Bedeutung zu. Es kommt hinzu, daß wir eine Beitragsordnung haben müssen; ich habe immer ein Werbeformular der SPD bei mir, das ich Ihnen einmal erläutern darf. Auf der Rückseite stehen die Beitragssätze, das fängt an bei DM 300,– mit DM 1,20 Beitrag und hört auf bei über DM 1.200,– mit DM 36,– Beitrag. Ich bitte Sie, einmal festzustellen, wer in Ihrer Landespartei einen monatlichen Beitrag von über DM 30,– bezahlt! (*Bach:* Ich!) Daß der Bundesschatzmeister eine Ausnahme machen muß, ist mir klar.

Es ist richtig, wenn gesagt wird, es sei ausgeschlossen, auf die Dauer eine gute Organisation allein von Mitgliederbeiträgen zu bezahlen, aber wir müssen trotzdem so viel Mitgliederbeiträge haben, daß eine eigene Organisation aufrechterhalten werden kann. Wenn wir das machen, was die SPD tut, ist es durchaus möglich, davon eine Organisation aufzuziehen. Viele Leute sagen auch nach dem alten Motto: Das kann nicht viel sein mit der CDU; denn was nichts kostet, das ist auch nichts. Wenn hohe Beamte eine Deutsche Mark im Monat Beitrag zahlen, so ist das etwas, was auf die Dauer nicht dazu führen kann, unsere Stellung finanziell zu stärken.

Es ist unmöglich, die Vielgestaltigkeit der Kreisparteien auf einen oder mehrere Nenner zu bringen. Die entscheidenden Personen in den Kreisparteien sind durchweg die Vorsitzenden und die Kreisgeschäftsführer. Bei den Vorsitzenden ist es sehr unterschiedlich. Es gibt einen großen Teil verdienter Vorsitzender, die sich redlich Mühe geben. Es gibt aber auch Vorsitzende, die den Vorstandsposten bekommen haben, weil man einen Mann haben mußte, der irgend etwas repräsentiert. Solche

Leute sind aber an der Arbeit der Partei nicht interessiert, sondern füllen lediglich den Repräsentationsposten aus. Es gibt auch den Typ des Parteityrannen, der dem Landesverband einen völlig ungeeigneten Geschäftsführer aufzwingt. Daneben haben Sie den Typ des Erbhofbauern, der nur um seinen Besitz besorgt ist, den er seit 1946 innehat, den er auf keinen Fall abgeben will.

Die Bundesgeschäftsstelle und die Landesverbände bemühen sich, die Organisation so zu verfeinern, daß in jedem Bundestagswahlkreis ein Geschäftsführer ist. Aber von diesem Idealfall sind wir noch weit entfernt. Es gibt einen Kreis ohne Kreisgeschäftsführer. Dort macht es der Sohn des Parteivorsitzenden, und mit dem Geld finanziert er sein Studium. In einem anderen Kreis hat ein altes Parteimitglied, das von seiner Pension nicht leben und nicht sterben kann, die Mitgliedsbeiträge einkassiert, um von den 5 oder 10 % seine Pension etwas aufzufrischen. Hier wird also kein Kreisgeschäftsführer eingestellt. Dadurch ist dort die Organisation schon seit Jahren nicht mehr richtig im Schuß.

In vielen Fällen lassen sich die Kreisparteien nicht in ihre Sache hineinreden, auch wenn die Geschäftsführer nicht geeignet sind. Die Auseinandersetzungen in den Kreisparteien führen dazu, daß der Posten nicht besetzt wird. Es gibt Kreisparteien, die seit Jahren Zwistigkeiten haben, so daß es nicht möglich gewesen ist, im Laufe der Jahre eine Kreisgeschäftsstelle zu errichten. Ein Geschäftsführer ist auch nicht da. Hierbei spielen vielfach persönliche Gründe eine Rolle. Unsere Kreisparteien sind auch nicht in der Lage, so viel Gehalt auszuwerfen, daß sie einen ordentlichen Geschäftsführer bekommen. In einigen Landesverbänden sind seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, neue Besoldungsrichtlinien zu erstellen. Ich habe die Landesverbände gebeten, das Ergebnis möglichst bald auf der Landesgeschäftsführerkonferenz dem Bundesgeschäftsführer mitzuteilen, damit hier endlich eine befriedigende Regelung getroffen werden kann.

Wenn ich höre, daß ein Geschäftsführer mit drei Kindern DM 350,– bekommt – und zudem das Gehalt drei Monate lang nicht erhalten hat –, dann ist es selbstverständlich, daß ein solcher Mann im Wahlkampf nicht in der Lage ist, sich für die CDU werbend zu verbreiten. Er kann nicht einmal seinen Sprit finanzieren. Und der „Erfolg" ist, daß sich eine andere Partei in den Landbezirken, die für uns einen durchaus günstigen Boden abgaben, ausgebreitet hat. Jetzt wird es sehr schwer sein, dort von neuem Fuß zu fassen. Außerdem ist bei diesen Leuten der Drang, sich für die CDU einzusetzen, nicht allzu groß. Sie sehen sich zunächst einmal nach einem anderen Job um. Bei einem solchen Gehalt bieten sich auch nur schlechte Kräfte an, die sich von Ort zu Ort durchvespern. Es ist aber besser, mit einem gut bezahlten und tüchtigen Geschäftsführer in drei Kreisen tätig zu sein, als mit drei in den einzelnen Kreisen, von denen jeder so schlecht bezahlt wird, daß diese Leute kein Interesse mehr an der Sache haben. Es kommt hinzu, daß vielfach persönliche Dinge hineinspielen. Mitunter hat der mächtige Kreisvorstand ohne Rücksicht auf die Belange der Gesamt-CDU und die Wünsche des Landesverbandes einen Geschäftsführer angestellt, der ihm treu ergeben ist und das tut, was der Vorsitzende will; der also den Vorsitzenden benachrichtigt,

wenn irgendwelche Gefahr im Verzuge ist, sei es, daß eine Bewegung unter den Mitgliedern der Kreispartei entsteht, sei es ein anderer Grund.

Bei der Besetzung vieler Kreisgeschäftsführerposten zeigt sich oft eine typische Verwechslung von sozialen und parteipolitischen Gesichtspunkten. Es ist nicht der Union damit gedient, den Posten nur nominell zu besetzen und hierfür einen Mann auf Kosten der Union zu nehmen, der sonst nirgendwo funkt. Wir müssen eine Personalpolitik betreiben, wonach die fähigsten Menschen einen Posten bekommen. Hier dürfen keine persönlichen Dinge aus der Verwandtschaft oder Bekanntschaft eine Rolle spielen.

Bezüglich der Prüfung der Kreisgeschäftsführer ist von der Bundesgeschäftsstelle her viel geschehen. Die Leute werden geschult und auf ihre Fähigkeiten hin geprüft. Überdurchschnittliche Kreisgeschäftsführer können eine Zulage erhalten. Die Landesvorstände sollten mit der Bundesgeschäftsstelle Fühlung nehmen, damit sie sich die Ergebnisse zu eigen machen. Hier können sie eine neutrale Auskunft über diese Ergebnisse bekommen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß im Augenblick ein sehr starker Mangel an Personal besteht, woran unser Freund Blank nicht „unschuldig" ist. Die Geschäftsstellen sind damals teilweise mit alten Soldaten besetzt worden, die sonst nicht unterkamen. (*Blank:* Die sollen also jetzt Sozialpolitik treiben?) Nein, die sollen die Wehrmacht aufbauen! Aber diese Leute haben sich jahrelang eingearbeitet, und jetzt sind sie vielfach zur Bundeswehr gegangen. Es ist sehr unangenehm, wenn ein eingearbeiteter Geschäftsführer weggeht. (*Zuruf:* Und wenn Herr Blank sie nicht nimmt?) Wenn Herr Blank sie nicht nimmt, ist zwar die Organisation gerettet, aber er hat dann andere Leute auf dem Hals. Wie er es also macht, ist es falsch. *(Heiterkeit.)* Die Kreisgeschäftsführer brauchen keine Akademiker zu sein, sondern Leute mit einem gesunden Menschenverstand, die sich einarbeiten sollen, bevor der jetzige Geschäftsführer weggeht. Die Tätigkeit in einem anderen Beruf wird der hauptamtlichen Tätigkeit in einer Partei vielfach vorgezogen. In der SPD ist es anders. Dort zeichnet sich eine sogenannte Funktionärslaufbahn ab. Unsere Landesparteien müssen Vorsorge treffen, daß sie nicht gerade in dem kritischen Zeitpunkt vom Frühjahr des nächsten Jahres bis zur Bundestagswahl dadurch überrascht werden, daß der eingearbeitete Mann plötzlich ausscheidet. Die Geschäftsführer dürfen auch nicht zuviel eingespannt werden. Manche sind tätig als Organisator, als Werber, als Redner, Filmvorführer usw. Das läßt sich auf die Dauer nicht durch eine Person erledigen. Wir sollten uns in den einzelnen Parteien daran gewöhnen, daß wir als Redner nur die ehrenamtlichen politischen Leute vorsehen. Bei den Frauen und bei der Jungen Union ist noch ein Rednerreservoir vorhanden, das in keiner Weise ausgeschöpft ist.

Ich muß hierbei auf die Frauenarbeit zu sprechen kommen. Hier finden wir zwei Strömungen, und zwar will ein Teil der Frauen bei der alten Bundesarbeit bleiben, während ein anderer Teil eine neue Tätigkeit verlangt. Es gibt bei den Frauen noch unerschlossene Gefilde; und ich weiß, daß diejenigen, die zu uns kommen müßten, uns schon seit Jahren wählen. Es gilt aber zunächst einmal, die erste Aversion der Frauen zu überwinden. Dann aber sind die Frauen zuverlässiger als die Männer. (*Weber:*

Sehr gut!) Es ist nicht zu verkennen, daß viele Frauen darunter leiden, daß wir die Wehrpflicht geschaffen haben. Ich habe festgestellt, daß man dem am besten begegnet mit einer Versammlung, in der es Kaffee und Kuchen gibt und wo man einen Spätheimkehrer sprechen läßt. Dann ist im Nu die Stimmung verflogen und der gefühlsmäßige Widerwille der Frauen gegen die Wehrgesetze in kürzester Zeit aufgehoben. (*Von Hassel:* Welche Stimmung?) Die Aversion gegen die Wehrgesetze!

Nun hat die Bundesgeschäftsstelle für jeden Bundestagswahlkreis eine Wahlanalyse zusammengestellt. Sie ist nicht für die Kreisgeschäftsführer bestimmt und auch nicht dafür geeignet; denn man kann an Hand dieser Analyse auf die Arbeit der Kreisgeschäftsführer zurückschließen. Es wäre aber sehr nützlich, wenn sich aus den einzelnen Landesverbänden die damit beauftragten Herren mit der Wahlanalyse einmal vertraut machten; es ergeben sich daraus Dinge, die nicht nur für die Organisation, sondern auch für den Bundestagswahlkampf von großem Vorteil sind.

Wenn wir nicht weiter stagnieren und – um einmal den Ausdruck zu gebrauchen – an der Macht bleiben wollen, dann müssen wir hier etwas Besonderes tun. Das war auch der Grund, warum mich der Herr Bundeskanzler zu diesem Vortrag gebeten hat, was allerdings erst heute morgen geschehen ist. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Diskussion zu teilen, und zwar a) in das, was Herr Krone und ich vorgetragen haben und b) in den Vortrag von Herrn Meyers. Übrigens hat Herr Meyers ein bißchen geflunkert, denn er wußte genau, daß er heute reden sollte. (*Meyers:* Ich habe heute morgen um 7 Uhr einen Eilbrief bekommen!) Wie sollen wir es machen? (*Zurufe:* Muß geteilt werden!) Gut! Dann bitte ich Herrn Noltenius, das Wort zu nehmen.

Noltenius: Wir müssen heute eine Mahnung aussprechen, die hier wiederholt ausgesprochen worden ist, die Mahnung zu einer engeren und besseren Zusammenarbeit. In der letzten Sitzung des Bundesvorstandes im Juli ist darüber gesprochen worden. In der Vergangenheit hat uns in der Öffentlichkeit nichts mehr geschadet als die Differenzen zwischen den Männern in der Regierung. Ein sehr verdientes Mitglied der Bundesregierung hat seinem Unmut darüber öffentlich Ausdruck gegeben.

Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß dergleichen nicht mehr vorkommt und daß darüber hinaus alle diejenigen, die in führender Stellung sind, sich bemühen, enger und besser als bisher miteinander zu arbeiten, und zwar nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen der Regierung und der Bundestagsfraktion und dem Bundesparteivorstand. Ich habe den Eindruck, als ob insbesondere die Bundestagsfraktion eifersüchtig darüber wache, daß in ihre verantwortungsvolle Tätigkeit von draußen nicht hineingeredet wird. Sicherlich tragen die vom Volke gewählten Abgeordneten auch die Verantwortung, aber die Fraktion darf uns von ihren Überlegungen in wichtigen Dingen nicht ausschließen, und sie muß das, was wir als das Ergebnis unserer Beratungen kundtun, auch würdigen und beachten.

Vor einiger Zeit haben wir hier über das neue Wahlgesetz gesprochen. Wir haben darüber eine einhellige Meinung hier festgestellt, die auch der Fraktion mitgeteilt wurde. Aber daraus sind keinerlei Folgerungen in der Praxis nachher zu spüren

gewesen. Man hat überhaupt kein Wort mehr darüber verloren, sondern wir wurden vor eine vollendete Tatsache gestellt. Wenn wir mit unseren Freunden im Lande, mit den Abgeordneten und Kandidaten, unsere Politik vor den Wahlen vertreten, dann müssen wir von der Fraktion an der ganzen Arbeit in irgendeiner Form beteiligt werden. Ich könnte mir denken, daß es dafür Mittel und Wege gibt, um das praktisch zu gestalten.

Wenn sich z.B. die Fraktion in einer Sondertagung versammelt, um über die Arbeit der kommenden Monate zu beraten, dann hielt ich es für richtig, wenn der Vorsitzende oder die Vorsitzenden unserer Parteigremien, soweit sie nicht der Fraktion angehören, an dieser Tagung beteiligt werden. Ich habe gehört, daß eine solche Anregung gegeben worden ist, daß sie aber beim Vorstand der Fraktion keine Gegenliebe gefunden hat. Ich würde es begrüßen, wenn wir das in Erwägung zögen.

Die Mahnung zur Zusammenarbeit gilt insbesondere für das, was der Herr Bundeskanzler über Wahlgespräche gesagt hat. Ich begrüße sehr, was Sie zum Thema der künftigen Regierungsbildung ausgeführt haben. Wir haben bei uns mit einigem Befremden gelesen, was darüber in der letzten Zeit in der Zeitung gestanden hat. Ich halte es für dringend notwendig, daß diese Dinge künftig, wenn sie akut werden, hier in diesem Kreise mit uns besprochen werden; denn das geht uns alle an, und die Bildung der künftigen Regierung kann nicht in irgendeinem Landesverband allein behandelt oder gar entschieden werden.

Das Wort Zusammenarbeit sollte auch über dem Verhältnis von Regierung und Bank Deutscher Länder stehen. Ich finde nicht ganz, daß die Bank Deutscher Länder den Tadel verdient, den Sie hier ausgesprochen haben. Aber davon abgesehen, wenn Sie das Verhältnis so auffassen, daß sich die Bank Deutscher Länder, wie Sie gesagt haben, nach der Bundesregierung zu richten hat, dann ist die Sache zu einseitig. (*Adenauer:* Das habe ich nicht gesagt!) Es klang so! (*Adenauer:* Ich werde es Ihnen gleich sagen!) Es ist richtig, daß die Regierung auch die Bank Deutscher Länder hört. Die Bedeutung dieser Notenbank und die besondere Stellung, die sie einnehmen soll, liegt darin, daß da Männer sitzen, die in eigener Verantwortung aufgrund ihrer Sachkenntnis ein gewichtiges Wort zu der Frage des Geldwesens und Währungswesens zu sprechen vermögen, und daß die Bundesregierung ein eigentliches Interesse daran hat, dieses Institut, so wie es ist, für diese Aufgaben heranzuziehen, um dann gemeinsam miteinander zu verhandeln. Deswegen möchte ich hier lieber ein gegenseitiges Geben und Nehmen haben als ein etwas einseitiges Verhältnis. Wir haben schließlich eine Bank anderer Struktur in der Vergangenheit zu unserem Nachteil gehabt.

Ich glaube also, daß diese Zusammenarbeit wirklich notwendig ist; denn so sehr ungünstig sehe ich – und das geht uns allen im norddeutschen Raum so – die ganze Lage nicht an. Es kommt entscheidend darauf an, daß es uns gelingt, in der öffentlichen Meinung das zurückzugewinnen, was uns in den vergangenen Monaten verlorengegangen ist. Dazu gehört, daß wir miteinander versuchen, gemeinsam das zu erreichen, was wir brauchen, um einen günstigeren Ausgangspunkt für die Wahl zu haben. Es gibt keine bessere Aufforderung dafür als engere Zusammen-

arbeit. Wir müssen uns hier noch häufiger sehen, um uns gegenseitig zu sagen, was wir möchten.

Adenauer: Mein Herr Vorredner hat drei Fragen angerührt. Erlauben Sie mir, kurz dazu Stellung zu nehmen. Die erste Frage war die Austragung von Meinungsverschiedenheiten unter Mitgliedern des Kabinetts in der Öffentlichkeit. Sie haben damit vollkommen recht, und ich kenne nichts Tadelnswerteres als dieses Gezänk. Ich versichere Ihnen, daß ich im Kabinett erklärt habe: Ich bin fest entschlossen, zu den letzten Mitteln zu greifen, um dem ein Ende zu machen. *(Zurufe:* Bravo!) Nichts ist mehr dazu angetan, unsere ganze Politik in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, als dieses dumme Gezänk! In der Beziehung bin ich vollkommen mit Ihnen einig.

Die zweite Frage betraf das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion. Ich glaube, meine Freunde, daß sich hier sehr leicht eine Verständigung erzielen läßt; denn ich weiß, daß der Vorsitzende und auch die anderen Vorstandsmitglieder der Auffassung sind, daß die Fraktion, wenn sie auch ihre eigene Verantwortung hat und tragen muß, doch schließlich ein Organ der Partei ist und daher hier ein Geben und Nehmen eine absolute Notwendigkeit ist, daß weiter die Fraktion den vorgetragenen Wünschen des Bundesvorstandes oder des Parteiausschusses die Beachtung schenken muß, die sie glaubt, mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können. Ich glaube also, hier wird sich eine Einigung sicher herbeiführen lassen.

Lassen Sie mich nun klarstellen, was ich zur Notenbank gesagt habe. Ich habe gesagt, die letzte Verantwortung tragen die Regierung und das Parlament. Und dabei muß ich bleiben; denn allein die Regierung und das Parlament werden zur Rechenschaft gezogen. Ein Präsident der Bank Deutscher Länder wird von niemandem zur Rechenschaft gezogen, sondern vor dem deutschen Volke sind die beiden anderen Faktoren Rechenschaft schuldig. Das Wort von dem Geben und Nehmen unterstreiche ich durchaus, aber nehmen Sie bitte mal den letzten Vorgang, bei dem ich – wie ich ja freimütig gesagt habe – eine Schadenfreude empfunden habe.

Ich halte es für unmöglich, daß die Bank Deutscher Länder, nachdem sie sich bei der Erhöhung des Diskontsatzes der Mitarbeit von Vertretern der Bundesregierung bedient hat, aber bei der Herabsetzung des Diskonts weder den Wirtschaftsminister noch den Bundesfinanzminister überhaupt nach ihrer Meinung gefragt hat. Das sind doch unmögliche Dinge! Ich stehe absolut auf dem Standpunkt – das werden Sie aus dem Gesetzentwurf ersehen –, daß die Bundesnotenbank unabhängig sein muß, aber ein Zusammenwirken ist notwendig. Es ist völlig unmöglich – ich sage das mit sehr großem Ernst –, daß die Bank nach dieser Richtung zieht und die Bundesregierung und das Parlament nach jener Richtung ziehen. Das ist doch unmöglich!

Sie haben, wie mir scheint, einen sehr glücklichen Satz vom Geben und Nehmen geprägt; also nicht nur das eine, aber auch nicht nur das andere! Ich will Ihnen aus einer Unterhaltung, die ich mit den Herren vor längerer Zeit über die ganze Situation gehabt habe, folgendes sagen: Es wurde mir als eine dringende Forderung gesagt, der soziale Wohnungsbau müsse sehr stark vermindert werden. Und das kann ich nicht als einen Ratschlag anerkennen, der mit unserer Politik zu vereinbaren ist. *(Beifall.)*

Ich kann das nur als den Ratschlag eines Mannes betrachten, der tatsächlich die ganze politische Situation nicht kennt. Politik läßt sich nicht treiben ohne Wirtschaft, aber Wirtschaft läßt sich noch viel weniger treiben ohne vernünftige Politik. Ich habe den dringenden Wunsch, daß der Gesetzentwurf – ich weiß nicht, ob er beim Bundesrat ist – noch in dieser Session des Bundestages erledigt wird.

Weber: Ich habe in der Zeitung von dem Plan oder dem Beschluß der CSU über die Umrüstung gelesen. Ich habe weiter gelesen, der Vorstand der Fraktion hätte sich damit beschäftigt, und daß die Wehrpflicht auf 12 Monate Dienstzeit vermindert werde. Von dieser Vorstandssitzung weiß ich nichts. Wäre es nicht besser, solche Sachen nicht zu veröffentlichen; denn wir können draußen im Lande die Leute nicht mehr beruhigen, weil sie aus der Verwirrung nicht mehr herauskommen. Sie sagen, welche Meinung habt ihr denn nun? Vor allem die Frauen fragen uns, die man für die Bundeswehr nur sehr schlecht begeistern kann. Es heißt, was gilt denn nun, das, was die Fraktion und der Bundestag beschlossen haben, oder das, was in den Zeitungen steht? Ich bin baß erstaunt, daß wir mit der CSU so auseinanderfallen.

Adenauer: Auch darüber lassen Sie mich ein offenes Wort sagen. Das Geschick der CSU und das Geschick der CDU steht auf demselben Brett. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß – wie wir das gestern im Kabinett getan haben – unsere Fraktion mit der Arbeitsgemeinschaft der CSU hätte sprechen sollen.[40] Ich halte es für schädigend, wenn einer der beiden Teile – in diesem Falle die CSU – in wichtigen Fragen losbricht, und die CDU steht daneben und weiß davon nichts, und sie ist vielleicht anderer Meinung. Das können wir uns – namentlich in den letzten 12 Monaten vor der Wahl – nicht leisten.

Nun wird von der CSU gesagt, hier würden bayerische Belange berührt. Das ist der globale Ausdruck für alles. Schließlich werden durch solche Entscheidungen die Belange aller Landesparteien berührt. Ich wäre Herrn Krone sehr dankbar, wenn er – ähnlich wie wir das gestern im Kabinett getan haben – mit einigen Herren von der CSU über diese Frage spräche.

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie hatten die Liebenswürdigkeit, mich bezüglich der Sparkassen anzusprechen. Lassen Sie mich folgendes dazu sagen: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Sparkassen z.Z. in einer kritischen Situation befinden. Wenn die Presseberichte stimmen, dann haben in der verflossenen Woche die Abhebungen die Einzahlungen bei den Sparkassen überschritten. Das hat mit der Sache, die Sie in bezug auf die Versicherungsgesellschaften und die Sparkassen ansprachen, zunächst nichts zu tun; denn Sie dürfen nicht übersehen – das sage ich offen und eindeutig –, in dem Moment, wo maßgebende Leute der Bundesregierung das Gespenst der Inflation an die Wand malen ... (*Adenauer:* Das hat zuerst die Bank Deutscher Länder getan!) Gut, Herr Bundeskanzler, ich lasse mich belehren. Ich will nur sagen, in dem Moment, wo diese Dinge von autoritärer

40 Bericht über die Tagung der CSU-Landesgruppe am 18. September 1956 in Kirchheim in FAZ vom 19. September sowie in UiD vom 26. September.

Seite angesprochen worden sind, sind auch die Abhebungen bei den Sparkassen ins Uferlose gestiegen. Außerdem haben die Leute nichts mehr eingezahlt.

Ich bitte Sie daher dringend, dafür zu sorgen und bemüht zu sein, daß in den Spitzengremien Klarheit geschaffen wird über die Folgewirkungen, die entstehen, wenn solche Dinge – vielleicht gut gemeint, aber in ihrer Auswirkung überhaupt nicht erkannt – voreilig in die Welt gesetzt werden. Ich habe den strengen Verdacht, daß ein Teil der Sparkassenleute, insbesondere der Präsident der Gesamtorganisation[41] – der der SPD zumindest nahesteht – SPD-Leute sind, die eine solche Politik treiben. Ich bin davon überzeugt, daß es sich hier in erster Linie um ein Politikum handelt, nicht aber um Fragen, die vorgeschoben werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Versicherungsleute einem Mann ins Garn gegangen sind, der etwas ganz anderes will als die Versicherungsgesellschaften. Ich deute das hier nur an.

Wir haben in allen Ländern die Politisierung der Sparkassenvorstände erlebt. Wir haben insbesondere erlebt, daß die Zusammensetzung der Orts- oder Kreissparkassen weithin nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommen worden ist. Das können Sie überall nachprüfen, daß von daher eine ungeheure Vertrauenskrise gekommen ist. Es besteht das Bestreben, die letzte Verantwortung in die Hände der Sparkassenvorstände, d.h., in die Hände der Beamten der Sparkassen zu geben. Das ist die letzte Konsequenz. (*Adenauer:* Wollen Sie das?) Nein! Wir sind absolut dagegen. (*Zimmer:* Und Ihr Präsident Weitz[42]?) Ich betrachte die Ausführungen des Herrn Weitz als eine ganze große Schwierigkeit. Wir würden unser blaues Wunder erleben, wenn das Wirklichkeit würde. Dann würde das eintreten, was Sie befürchten, Herr Bundeskanzler, die Sparkassen würden ihren grundsätzlichen Charakter einer gemeinnützigen Institution verlieren und zu Bankinstituten werden. Das aber ist nicht die Aufgabe der Sparkassen.

Das ist die Situation, die wir als Bundesvorstand klar erkennen müssen. Ich möchte dringend bitten, daß die Landesvorsitzenden in Zukunft diese Dinge etwas mehr beachten als bisher. Vielfach vollziehen sich diese Dinge hinter den Kulissen. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler dankbar, daß er diese Frage angeschnitten hat, damit Sie sehen, worum es sich dreht. Ich glaube, daß vom Standpunkt einer vernünftigen Mittelstandspolitik kein größerer Fehler gemacht worden ist als diese Behandlung des Diskonts. Ich habe in der letzten Zeit mit sehr ernstzunehmenden Männern der Bank gesprochen und die Frage gestellt: Wer hat nun, nachdem der Diskontsatz so sprunghaft in die Höhe gegangen ist, darunter leiden müssen? Die übereinstimmende

41 Fritz Butschkau (1901–1971).

42 Dr. Heinrich Weitz (1890–1962), 1945–1947 Oberbürgermeister von Duisburg, 1947–1951 Finanzminister in NW, 1952–1957 Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 627). – Die Diskussion entzündete sich am Entwurf eines Sparkassengesetzes in Nordrhein-Westfalen, der am 11. September 1956 von der Landesregierung verabschiedet wurde (LT-Drs. 430); im Interesse einer größeren Bewegungsfreiheit für die Sparkassen war die Übertragung der Personalhoheit auf sie gefordert worden (zur Diskussion vgl. „Kommunalpolitische Blätter" vom 10. September 1956 S. 643).

Antwort war: Die großen Gesellschaften nicht einen Pfennig, aber die kleinen Leute, die Bauern, die Handwerker usw., die kleinen Geschäftsleute haben es gespürt. Insofern ist Ihre Tendenz durchaus richtig. Sie dürfen überzeugt sein, Sie tun ein gutes Werk, wenn Sie der Bank Deutscher Länder den Irrtum, den sie begangen hat, nachdrücklich vorhalten.

Krone: Frau Weber! Wir haben im Fraktionsvorstand noch keinen Beschluß über die Dauer der Dienstzeit gefaßt. (*Weber:* Steht aber in der Zeitung!) Das stimmt nicht! Zwischen der CSU und uns herrscht ein gutes Verhältnis. Daran wollen wir festhalten. Daß der Kollege Strauß das Wort „Umrüstung" gebraucht hat, was von der Presse aufgegriffen wurde, ist vielleicht psychologisch zu verstehen, aber ich las in der Zeitung, daß er auch erklärt hat: Wir müssen in der Grundlinie bei dem bleiben, was gemacht worden ist.

Herr Kollege Noltenius! Es gibt in jeder Familie Gelegenheiten, wo Vater, Mutter und die Kinder sich einmal aussprechen. Und das sollte auch in der Fraktion geschehen, und zwar unter uns, ein sogenannter politischer Einkehrtag.

Gradl: Frau Weber hat gesagt: Wir sind in der letzten Zeit einige Male unangenehm überrascht worden, und die Arbeit wird uns draußen einigermaßen schwer gemacht. Ich möchte das nachdrücklich bestätigen. Es ist keineswegs leicht, sich in Versammlungen unserer Partei und auch in überparteilichen Zusammenkünften draußen im Lande für die Politik unserer Partei einzusetzen. Wir haben in den letzten Tagen einige Beispiele geliefert, die die Leute irre werden lassen an ihrer bisherigen Überzeugung, daß die CDU eine ganz klare und feste Politik erstrebe. Dabei haben wir einige Fehler begangen, die psychologisch sehr unglücklich gewirkt haben.

Selbst auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, will ich ein krasses Beispiel nehmen: das Verbot der KP. Man hat sich bei uns vorher darüber, wie dieses Verbot in der Öffentlichkeit aufgenommen würde, nicht genügend Gedanken gemacht. Man wird mir entgegenhalten, das ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, darauf haben wir keinen Einfluß. Das ist auch das Argument, das ich gebrauche, wenn ich draußen mit anderen Leuten über diese Dinge zu diskutieren habe. Das ist auch so ungefähr das einzige, worauf ich mich politisch zurückziehen kann, aber in diesem Kreise sollten wir etwas anders darüber reden.

Wir haben hier in diesem Kreise zuletzt zusammengesessen am 12. Juli, und da ist kein Wort darüber gesagt worden, daß mit dieser Entscheidung in naher Zukunft zu rechnen sei. Wäre das gesagt worden, dann hätte man den einen oder anderen Gedanken darüber äußern können. Vielleicht wäre es möglich gewesen – ich bin überzeugt davon –, eine solche Entscheidung, die man vier Jahre lang hat dahinschleppen lassen, noch ein Jahr bis nach den Wahlen zu vertagen. So aber ist diese Entscheidung draußen im Lande nicht gut aufgenommen worden, und es ist der unerfreuliche Eindruck entstanden: Diese CDU ist von einer Starrheit, wie kann sie im gegenwärtigen Augenblick ein solches Verbot aussprechen lassen; *(Widerspruch und Unruhe)* denn dadurch wurde die Atmosphäre, die wir für ein Weiterkommen in der Frage der Wiedervereinigung zum Osten haben müssen, nicht gerade verbessert,

sondern sogar sicher verschlechtert. (*Schröder:* Erheblicher Irrtum!) Das spielt eine große Rolle bei den Wahlen. Es ist ein schlechter Eindruck! Was ich nicht verstehe, ist doch dies, daß man auf diese Weise 500.000 Mitglieder, die die KP noch gehabt hat, der Sozialdemokratie zutreibt.

Inzwischen hat Ulbricht gesagt: Unsere Mitglieder, die ehemaligen Angehörigen der KP, wählen in der Bundesrepublik diejenigen, die sich gegen die Wehrpflicht aussprechen. D.h. mit anderen Worten: Wählt die SPD! Es handelt sich um etwa 20 bis 25 Mandate. Was das bedeutet, brauche ich hier nicht zu beschreiben. Das habe ich nur als Beispiel dafür genannt, wie schwierig es uns gemacht wird in der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit, wenn solche Dinge geschehen, ohne daß man vorher die Möglichkeit hat, in Ruhe darüber zu sprechen.

Nun zur Frage der Dienstzeit! Es hat in der Presse gestanden, daß vom Bundesvorstand die Entscheidung über die Dienstzeit falle. Ich nehme an, daß wir heute nicht sagen können: Wir sind für 12 Monate Dienstzeit, aber wir werden in der Verlautbarung etwas sagen müssen. Wahrscheinlich können wir nur eine Formel finden, daß wir die Vollmacht geben, eine Lösung herbeizuführen, die sich mit der Wahrung der deutschen Sicherheit vereinbaren läßt. Eine andere Form wird nicht möglich sein. Aber auf eins müssen wir dabei achten: Wir haben von der Bundesgeschäftsstelle diese soziologische Analyse der Wählerschaft bekommen. 53 % der Wähler sind Frauen. Von diesen Frauen sind über die Hälfte Anhänger der CDU. So steht es hier. Das bedeutet, daß die Einstellung der Frauen in der Frage der Wehrpflicht für den Ausgang der Wahl von außerordentlich großer Bedeutung ist. (*Weber:* Ja!) Ich habe mich hier immer für die schnelle Entwicklung einer deutschen Verteidigungsmacht eingesetzt. Politisch gesehen im Hinblick auf das, was vor uns steht, kann ich nur die dringende Bitte heute aussprechen, es möchte Herr Blank mit seinen Mitarbeitern uns eine Entscheidung ermöglichen, die etwa so aussieht: Wir sind in der Lage, die Begrenzung auf 12 Monate Dienstzeit durch etwas anderes auszugleichen, also das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler, eine Umwandlung zwischen den Gezogenen und den Freiwilligen herbeizuführen. Ich möchte bitten, daß diese Tendenz sehr entschieden verfolgt wird.

Wenn wir auf 12 Monate zurückgehen, dann wird das bei den Frauen eine Erleichterung bringen. Ich darf wiederholen: Wenn wir aus politischen Gründen zu der Erkenntnis kommen, daß wir mit 12 Monaten uns begnügen müssen, dann bitte schnell und entschieden und nicht verklausuliert. Nur dann entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß hier eine echte und souveräne Entscheidung der CDU gefallen ist, die nicht durch das dauernde Geschwätz der SPD verursacht wurde.

Zum Thema: Koalitionsgespräche! Ich bin völlig Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, daß man Koalitionsgespräche erst nach der Wahl führen soll. Man muß die Entscheidung vom Ausgang der Wahl abhängig machen. Jeder, der Äußerungen über die eine oder andere Koalition von sich gibt, muß sich darüber klar sein, daß solche Äußerungen in der Öffentlichkeit nur gedeutet werden als eine Bestätigung der Tatsache, daß die Christlich-Demokratische Union sich nicht mehr zutraut, bei der nächsten

Wahl eine Stellung zu gewinnen, die ihr die Möglichkeit gibt, selbst zu bestimmen. (*Lemmer:* Die Regierung allein zu bilden! – *Unruhe.* – *Glocke des Vorsitzenden.*) Aus diesem Grunde bitte ich Sie, Koalitionsgespräche jetzt zu unterlassen. Wir müssen in die Wahl hineingehen mit dem festen Willen, die Wahl zu gewinnen. Was nachher sein wird, das werden wir ja sehen. Dazu wollen wir die CDU so stark machen, daß sie ihre bisherige Politik fortsetzen kann.

Weber: Herr Bundeskanzler, die Leute haben einen knurrenden Magen! Wir sollten eine Pause einlegen!

Adenauer: Frau Weber! (*Weber:* Uns knurrt der Magen!) Frau Weber! Sie haben nicht das Wort! Ich habe das Knurren nicht gehört. *(Heiterkeit.)* Es sind noch zum Wort gemeldet die Herren von Hassel, Bach, Bauknecht und Scharnberg. Ich meine, wir sollten diese Herren vor Tisch sprechen lassen. Das Knurren halten wir noch kurze Zeit aus, sonst kommt eine zu starke Zäsur in die ganze rednerische Atmosphäre hinein. (*Weber:* Hier knurrt es!) Wer knurrt? (*Weber:* Die haben alle geknurrt!) Herr Globke! Geben Sie jedem ein Brötchen! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Wir sollten uns besinnen auf das, was in Stuttgart gewesen ist. Dort ist in der Diskussion vor der Öffentlichkeit in einer großen Freimütigkeit an uns Kritik geübt worden. Es ist Tatsache, daß draußen eine schlechte Atmosphäre herrscht. Aber es ist bedrückend, wenn wir nicht bei uns selber diskutieren können aus Furcht, daß uns draußen etwas schief ausgelegt wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir wären sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Herren, die es angeht – unsere Bundesminister –, um deren Anwesenheit wir heute gebeten haben, darauf aufmerksam machten, daß es wirklich dringend erforderlich ist, in ihren Reihen und nicht draußen vor aller Welt zu diskutieren. Wichtige Angelegenheiten zwischen den Parlamenten der Länder – in denen die Regierung von uns gebildet wird – und der Partei zu koordinieren, ist eine der Hauptaufgaben, die ein Landeschef hat. Es kommt darauf an, diese Koordinierung mit einer großen Sorgfalt zu pflegen. Dann wird sich alles andere von selber ergeben.

Ich wäre ferner dankbar, Herr Kollege Krone, wenn wir am Montag in der Klausur klären wollten, ob man nicht die Bundestagsausschüsse und die Fachausschüsse der Bundespartei so miteinander koordinieren kann, daß sie zusammenwirken und nicht getrennt marschieren. (*Krone:* Das geschieht!) Nicht immer! Ich weiß, daß die Leute auseinandergelaufen sind. (*Krone:* Unter sich sind sie verschiedener Meinung!) Ich wäre auch dankbar, wenn wir uns heute verständigten, daß hinsichtlich der Koalitionsgespräche für die Wahl 1957 von uns klargemacht wird, was wir wollen. Ich möchte dazu nur eines sagen: Bei uns im gesamten norddeutschen Raum werden die Gespräche, die man offenbar im westdeutschen Raum über die Absichten im Jahre 1957 führt, in einer Weise von der Deutschen Partei heute schon gegen uns ausgeschlachtet, daß ich besorgt bin, daß bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen Überraschungen negativer Art für uns eintreten werden.

Zur Frage der zwölfmonatigen Dienstzeit sollten wir zunächst unseren Freund

Blank hören. Wir müssen heute eine gewisse Klarheit schaffen. Es geht nicht, daß Sie am Montag in eine Klausur gehen, Herr Krone, ohne zu wissen, wie die Partei dazu steht. Ich bin überzeugt, daß wir hier zu einer sehr guten gemeinsamen Auffassung kommen werden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bach.

Bach: Am meisten schadet uns, daß verschiedene Bundesminister und Abgeordnete der CDU draußen im Lande ihre persönliche Meinung zu grundsätzlichen Fragen bekanntgeben. Das gefährdet den Ausgang der kommenden Wahl mehr als alles andere. Wir müssen diese Fragen in der Fraktion oder im Bundesvorstand behandeln und hier die Diskussion austragen, und wir müssen mit einer einheitlichen Auffassung nach draußen hervortreten.

Die Wahl wird entschieden durch die Leute, die keine politische Meinung haben. Die haben uns 1953 zum Wahlsieg geführt. (*Widerspruch und Bewegung. – Adenauer:* Das ist ganz falsch, Herr Bach! Die Leute, die uns damals zum Sieg geführt haben, hatten eine politische Meinung! – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich meine, keine parteipolitische Meinung! (*Adenauer:* Das ist etwas anderes!) Die Gefahr ist doch die, daß wir von den Leuten gesagt bekommen: Was wollt ihr eigentlich? Wer hat denn von euch recht, der Bundeskanzler oder der Wirtschaftsminister oder wer? Ich will keinen Namen hier nennen. Aber das ist die Situation, in der wir stehen. Die können wir nur beheben, wenn die Dinge im internen Raum ausgetragen werden.

Es ist besser, wir treffen eine Entscheidung, die zwar nicht ganz richtig ist, die aber als einheitliche Auffassung bekannt wird. (*Zuruf:* Besser eine richtige und einheitliche!) Wenn wir zu einer einheitlichen Auffassung in dieser Frage kommen, haben wir außerordentlich große Chancen im Wahlkampf.

Koalitionsgespräche dürfen erst nach der Wahl geführt werden; alles andere ist Unsinn. Die Freie Volkspartei kommt bei uns nicht zum Zuge. Die FDP ist in vielen Kreisen einfach nicht mehr gesellschaftsfähig. Die ganze politische Atmosphäre wird vielleicht etwas leichter, wenn bei den Kommunalwahlen die FDP statt 12 % nur noch 7 % erhält. Das würde sehr viele Leute nachdenklich stimmen. Das ist möglich, wenn wir geschickt vorgehen.

Der große Fehler, den unsere sozialen Einrichtungen und die Banken machen, ist der, daß sie ihre Gelder nur kurzfristig zur Verfügung stellen. Das führt dazu, daß die Gelder nur noch an Wirtschaftsunternehmen usw. gegeben werden. Den kleinen Leuten ist nicht damit gedient, daß sie einen Kredit für drei Jahre bekommen; die müssen einen Kredit für 20 Jahre haben. Es muß also möglich sein, daß diese Kredite langfristig zur Verfügung gestellt werden. Es ist auch zu überlegen, ob nicht eine gewisse Zinsverbilligung für die Hypotheken eingeführt werden kann. Die Leute müssen heute bis zu 9 % für die erste Hypothek bezahlen. Auf diese Weise kann sich ein Arbeiter oder ein Beamter kein Eigentum verschaffen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bauknecht.

Bauknecht: Herr Bundeskanzler! Sie haben die Frage des sozialen Wohnungsbaues angeschnitten und Ihrer Befriedigung Ausdruck gegeben, daß sich das Kabinett

darüber geeinigt hat, den sozialen Wohnungsbau in der bisherigen Weise weiterzuführen durch eine bestimmte Vorfinanzierung. Sie wissen, daß eine ähnliche Sache auch innerhalb der Landwirtschaft besteht. Durch den Grünen Plan ist eine große Befriedigung in der Landwirtschaft eingetreten, aber zahlreiche Punkte des Grünen Plans können nicht durchgeführt werden, weil nicht das Kapital zur Verfügung steht. Es wäre aus praktischen, parteipolitischen und sozialen Gründen notwendig, daß man hier das gleiche macht wie beim sozialen Wohnungsbau, damit nicht dieser Teil der Wählerschaft verlorengeht.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Worte sagen zu der Notenbankfrage. Es wäre außerordentlich gut, wenn von den Erörterungen, die hier in diesem Kreise stattfinden, nichts an die Öffentlichkeit käme. Herr Bundeskanzler! Ich stimme in der Frage hinsichtlich des Sitzes und des Aufgabenkreises der Notenbank, der Einordnung der Notenbankpolitik in die allgemeine Wirtschaftspolitik und auch der Anwesenheit der Präsidenten bei den Kabinettssitzungen völlig mit Ihnen überein und bin anderer Meinung als Erhard und Vocke. Aber wir machen die Dinge schwierig. In meinem Ausschuß[43] können wir die Dinge viel eleganter hinkriegen, wenn wir nicht vorher eine große Erörterung über die Notenbankfrage machen.

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie die Stimme erheben, dann haben Sie sofort die ganze Presse auf dem Plan. Das ist nicht der Sinn der Sache. Ich stimme mit Ihnen völlig überein in der Beurteilung der Politik der Notenbank. Ich halte diese Politik für weitaus übertrieben, ja geradezu für schädlich. Sie hat geschadet auf dem Gebiet der Kreditgewährung an den Mittelstand; sie hat aber vor allem den Kapitalmarkt so kaputtgemacht, daß wir überhaupt nicht wissen, wie wir die Sache wieder in Ordnung bringen sollen. Und wie verkehrt diese Sache war, ersehen Sie am besten – was vielleicht in diesem Kreis noch nicht bekannt ist – daran, daß die Notenbank stillschweigend ihre restriktive Politik wieder völlig aufgehoben hat. Sie hatte eine Verknappung in der Größenordnung von 2 $^1/_2$ Milliarden und hat jetzt 1,8 Milliarden flüssig gemacht, so daß heute noch übrig bleibt eine Verknappung von 700 Millionen.

Ich kann hierzu aus der Fraktionsarbeit berichten, daß wir als erstes Problem nach den Parlamentsferien einen ganzen Vormittag in den Arbeitskreisen 2 und 3 über die Kapitalbildung usw. diskutiert haben und anschließend eine kleine Kommission beauftragt worden ist, über Pläne, die langfristiger Art sind, mit den zuständigen Ressorts zu sprechen. Ich habe mich mit Herrn Schäffer verabredet und Herrn Preusker gebeten, daß er dazukommen möchte. Wir müssen die Beschlüsse des Kabinetts so schnell wie möglich verwirklichen. Es ist die Meinung in diesen Arbeitskreisen, daß wir mit diesen Maßnahmen, die jetzt beschlossen worden sind, zwar eine vorübergehende Hilfe einleiten können – die ja auch notwendig ist, denn es gibt keinen anderen Weg –, aber, à la longue gesehen, muß die Sache weiter ausgebaut werden.

43 Ausschuß des Bundestages für Geld und Kredit (Vorsitzender: Scharnberg).

Ich bin der Meinung, daß die Sozialreform nötig ist, aber die Produktivitätsrente – wie es jetzt heißt – ist im höchsten Maße gefährlich. Sie ist zunächst politisch gefährlich; denn sie bindet ja nunmehr die ganze Rente an den Lohn. Im Lohn ist allzusehr die Gefahr gegeben, daß die Lohnerhöhungen über die Produktivitätssteigerungen hinausgehen. In dem Moment, wo sie das nicht tun, wirken derartige Lohnerhöhungen inflationistisch. Die Gefahr für die Währung rührt letzten Endes aus einem Sektor her, der marktwirtschaftlich nicht geregelt ist und nicht geregelt werden kann, aus dem Sektor Lohn. Im Lohn geht es nur nach oben.

Das ganze Heer der Rentner ist daran interessiert, daß kein inflationistischer Weg gegangen wird. Das war auch eine Bremse, die immer bei den Gewerkschaften gewirkt hat. Wenn Sie jetzt dieses Heer der Rentner politisch anhängen an die Interessen der Lohnempfänger, dann haben Sie eine politische Verschiebung, die außerordentlich gefährlich ist.[44] Das ist das eine. Das zweite ist die sonstige Gefährdung der Währung dadurch, daß wir eine völlige Doppelwährung bekommen würden durch diese Dinge. Das dritte ist dann die Auswirkung auf die Kapitalmarktbildung, auf die Kapitalbildung, die dadurch zu erwarten ist, daß nunmehr sehr weite Kreise durchaus uninteressiert sind an einer Spartätigkeit. Zu dieser Kapitalmarktgefährdung kommt ein weiteres Moment hinzu. Es wird jetzt übergegangen vom Deckungsverfahren auf dieses Abschnittsverfahren, was ein halbes Umlegungsverfahren ist. Es ist unbestritten und steht auch im Regierungsentwurf, daß die Gelder, die bisher von der Sozialversicherung gespart worden sind, nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist eine Position von 2 Milliarden, die fehlen.

Wir können – und das müssen wir erkennen – die Lebensversicherung auf anderer Basis machen und vielleicht auch gewisse Produktivitätsformeln in die Sache hineinbringen. Was wir nicht finanzieren können ohne an die Währung gebundene Darlehen, das sind 1. der Wohnungsbau, 2. die öffentlichen Haushalte, 3. die Investitionswünsche des Mittelstandes und 4. die Investitionswünsche der Landwirtschaft. Das sind die Dinge, die hier in hohem Maße gefährdet werden durch diesen Entwurf. In diesem Entwurf steht etwas drin, Herr Bundeskanzler, was völlig gegen die sonst erklärte Regierungspolitik angeht. Die Regierungspolitik besagt nämlich, sie wolle die Preise stabil halten. Das ist die ausgesprochene Regierungspolitik. Aber in der Begründung steht, das ist nicht der Fall, sondern es sei eine ständige Geldentwertung da. Und da liegt der Angelpunkt der ganzen Geschichte. Deswegen bitte ich dringend, die Entschließung zu der Sozialreform nach der Richtung heute hier zu fassen, daß wir sagen: Es ist dringend notwendig, daß die Sozialreform noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Ich möchte aber bitten, die Entschließung nicht so zu fassen, daß gesagt wird, daß auch gleichzeitig vom Bundesvorstand die Grundsätze anerkannt werden; denn das ist wirklich eine so komplexe Geschichte, daß sie sich nicht in einer Viertelstunde – auch nicht beim besten Willen – entscheiden läßt.

---

44 Vgl. dazu HOCKERTS S. 380ff. – auch zum Folgenden; zur Kritik vgl. auch W. TREUE: Robert Pferdmenges. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 13 (1986) S. 200.

Wir haben in der Fraktion beschlossen, am nächsten Mittwoch nachmittag über die Frage der Sozialreform zu diskutieren. Aufgrund der Vorträge des Herrn Vocke und eines Versicherungsmathematikers in der vergangenen Woche, die die Grundlagen des Entwurfs angegriffen haben, haben aus dem Sozialpolitischen Ausschuß – wie mir gesagt worden ist – die Herren sehr große Bedenken geäußert und gesagt, wir können die Verantwortung nicht allein übernehmen, die muß die ganze Fraktion mittragen. Deswegen ist am Mittwoch die Besprechung. Ich würde bitten, nicht eine Richtlinie an die Fraktion zu geben, denn das ist nicht nötig. Wir brauchen nur die eine Richtlinie, die Sozialreform schnell zu verabschieden.

Adenauer: Die Sache ist so wichtig, daß ich Sie bitte, mir zu gestatten, einige Worte dazu zu sagen. Zunächst, Herr Scharnberg, lag es gar nicht in meiner Absicht, einen Beschluß mit Richtlinien vorzuschlagen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir in einer solch kurzen Zeit nicht Stellung nehmen können. Das muß von der Fraktion aus geprüft und entschieden werden. Aber, Herr Scharnberg, ich möchte Ihnen doch sehr nachdrücklich sagen, daß das Geschütz, von dem aus dagegen geschossen wird, mit sehr schlechtem Pulver geladen ist. (*Scharnberg:* Nein! Nein!) Sie haben eben gesagt, daß sich die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen nicht an der Produktivität störten. Das akzeptiere ich, aber diese Rente soll sich doch gerade an die Produktivität anlehnen, also nicht an Lohnsteigerungen. Kein Mensch denkt daran. Sie müssen sich auf der anderen Seite in die Seele dieser Menschen versetzen, Herr Scharnberg, die doch ein ganzes Leben lang gearbeitet haben und die nun mit ihrer erbärmlichen Rente Jahre des bitteren Hungers hinter sich haben. (*Arnold:* Sehr richtig!) Es geht darum, den Leuten, so gut das denkbar ist, die gesetzliche Sicherheit zu schaffen, daß sie, wenn sie die Rente beziehen, nicht mehr – wie jetzt – jahrelang hungern müssen. (*Arnold:* Sehr gut!) Das ist doch der Zweck der ganzen Sache. Und das müssen wir auch erfüllen.

Ich habe nichts gesagt, Herr Scharnberg, was etwa unserer Maxime, die Preise zu halten, widersprechen würde, aber wir sind doch nicht blind. Wir sehen doch, wie die Lebenshaltung im allgemeinen steigt. Wir sehen weiter, daß – wenn auch in der Bundesrepublik am langsamsten von allen Ländern – überall eine Steigerung der Lebenshaltung Platz greift, zum großen Teil begründet durch die großen Anforderungen, die an das Leben heute gestellt werden. Und da muß man auch den alten Leuten und denjenigen, die ihr Alter vor sich sehen, eine gewisse Sicherheit wenigstens geben, damit sie an dieser gestiegenen Lebenshaltung teilnehmen können. Das sind so wesentliche soziale Gedanken, die wir doch erfüllen müssen, und ich glaube nicht, Herr Scharnberg, daß wir damit die Währung gefährden. Lassen wir doch endlich einmal mit dem Gerede von der Gefährdung der Währung aufhören! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Was werden die Leute, wenn sie die Renten bekommen, zunächst kaufen? Sie kaufen sich ein paar Kleinigkeiten, ein Paar Schuhe und etwas Wäsche. Sie werden auch ein bißchen besser leben. Hören Sie doch einmal einen Mann, Herr Scharnberg, der mit DM 75,– im Monat auskommen muß! Das ist doch menschenunwürdig! (*Arnold:* Sehr gut!) Ich möchte den arbeitenden Menschen so gut, wie das gesetzlich

möglich ist, die Sicherheit geben, daß sie, wenn sie ins Alter kommen, ein anständiges Leben führen können und nicht als Bettler herumlaufen müssen. *(Lebhafter Beifall.)*

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Es ist keineswegs die Absicht, diese Gesichtspunkte nicht zu erfüllen. Darum geht es nicht, sondern es geht um die Frage: Wird die Rente an den Lohn gekoppelt oder nicht? Meines Wissens wird sie gekoppelt. (*Adenauer:* Nein! Sie wird nicht an den Lohn gekoppelt!) An den Index? (*Adenauer:* Auch nicht an den Index! Das ist ja alles nicht wahr, Herr Scharnberg! An die Steigerung der Produktion wird es geknüpft!) Ist Ihnen bekannt, daß von dieser Rentenerhöhung 60 % der kleinen Renten nicht begünstigt werden und daß die Sozialreform nur dazu dient, um die hohen Renten aufzubessern? Glauben Sie, daß man mit einer solchen Sozialreform die Wahl gewinnen kann? Wenn Sie aber die kleinen Renten mit anheben wollen, dann kommen Sie nicht auf eine Belastung von 16 %, sondern auf eine solche von 20 %. Und da liegen die Probleme.

Es ist nicht meine Absicht, dafür zu reden, daß wir keine Sozialreform machen und daß wir nicht versuchen sollten, diesen Gesichtspunkt, den Sie mit Recht herausgestellt haben, zu verwirklichen, aber wir müssen mit den Füßen auf der Erde bleiben und die Dinge richtig sehen. Wissen Sie, daß die Belastungen, die durch die weitere Entwicklung in unserem Volk, wie Verlängerung der Lebensdauer usw., bestimmt zu erwarten sind, überhaupt nicht einkalkuliert sind? So sind die Unterlagen für die Sozialreform gemacht! Ich will nicht gegen die Sozialreform reden, sondern nur darum bitten, keinen Beschluß zu fassen, der in die Richtung geht, von der ich gesprochen habe.

Adenauer: Vielleicht denken Sie einmal an den Beschluß, der auf dem Stuttgarter Parteitag gefaßt worden ist.[45]

Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Ich wußte nicht, daß Herr Scharnberg gerade bei diesem Punkt eine besondere Polemik führen wollte. Hätte ich das gewußt, dann hätte ich mich auf einige andere Dinge vorbereitet und ihm damit beweisen können, daß seine Befürchtungen, die er aufgrund der Regierungsvorlage zu haben glaubt, überhaupt nicht begründet sind. Es heißt in der Regierungsvorlage: Anpassung an die Produktivität – und alle fünf Jahre soll geprüft werden, was jeweils ist.

Sie haben viel von dem, Herr Bundeskanzler, was ich sagen wollte, vorweggenommen und haben es auch eindrucksvoller getan, als ich es kann, aber ich frage einmal den Herrn Scharnberg und alle diejenigen, die heute gegen den Entwurf polemisieren: Wie sollen denn die Leute mit ihren DM 85,– im Monat überhaupt leben? Ich habe das auch in Köln einigen Leuten von Versicherungsgesellschaften gesagt und sie gefragt, ob sie bereit seien, einmal die Rolle zu tauschen, um dann mit DM 85,– im Monat zu leben. (*Zuruf:* Sehr gut!) Denken Sie doch an die Leute, die 40 Jahre lang geschuftet haben und dann nur eine ganz kleine Rente bekommen. Hier handelt es sich doch für

45 Beschlossen wurden allgemeine Leitlinien; über die detaillierte Ausgestaltung der Sozialreform wurde kein Beschluß gefaßt (vgl. CDU, 6. Bundesparteitag S. 198f.).

uns um ein Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, das wir unbedingt erfüllen müssen! Die Regierungsvorlage hat das getan, was nach meiner Auffassung durchaus verantwortet werden kann. Wir sollten heute eine Entschließung fassen: Die Bundestagsfraktion wird dringend ersucht, bis zum 31. Dezember 1956 das Gesetz zu verabschieden.

Noch ein Zweites: Es ist über die Uneinigkeit in der Partei gesprochen worden. Gestatten Sie mir, Herr Bundeskanzler, ein ganz offenes Wort. Ich bin von den Socken gewesen – wie man in Köln sagt –, als ich am Samstag davon hörte, daß der Herr Dehlers durch Sie wieder so interessant geworden ist. (*Adenauer:* Streichen Sie das s, er heißt Dehler!) Gut! Der Herr Dehler hat Ihnen am Sonntag abend die Quittung durch seine Rede im Rundfunk gegeben.[46] Ich habe nun die Bitte, nachdem der Herr Dehler wieder so interessant geworden ist, daß wir nicht noch einmal dazu beitragen, ihn in den nächsten Wochen wiederum interessant zu machen; denn auch die FDP-Leute – soweit sie echte Liberale sind – nehmen von diesem Mann kein Stück Brot mehr an.

Adenauer: Ich darf Herrn Scharnberg noch folgendes sagen: Es ist nicht beabsichtigt – Herr Albers rennt damit offene Türen ein –, einen Beschluß wegen der Rentengesetze vorzulegen. Es genügt der Beschluß, der auf dem Parteitag in Stuttgart angenommen worden ist, und zwar nach eingehenden Beratungen im Wirtschaftsausschuß, an denen auch Herr Scharnberg teilgenommen hat. In diesem Beschluß wird ausdrücklich von der Verbindung mit der Produktivität gesprochen.

Aber es hat neuerdings einen Ansturm gegeben gegen das ganze Prinzip. Ich verstehe das nicht, und es ist nach meiner Meinung außerordentlich übertrieben. Gestern abend bei dem Empfang auf dem Petersberg[47] saß eine Gruppe von CDU-Leuten zusammen mit dem Bundespräsidenten, und die Herren haben nichts wie gegen dieses Gesetz gestänkert! (*Bewegung. – Gerstenmaier:* Ist ja gar nicht wahr!) Das hat mir der Bundespräsident gesagt! (*Gerstenmaier:* Der Herr Bundespräsident hat seine gravierenden Bedenken vorgetragen, und wir haben das lediglich zur Kenntnis genommen!) Lieber Herr Gerstenmaier! Sie nehmen so leicht nicht lediglich etwas zur Kenntnis. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen den Gesetzentwurf bei der Fraktion in guten Händen. Ich bin nicht der, der nun behauptet, daß alles in dem Gesetzentwurf schon der Vollendung nahe sei, aber ich hoffe, die Fraktion wird sich auch die Grundprinzipien zu eigen machen.

Damit wollen wir für heute vormittag schließen und in das Zimmer für knurrende Mägen gehen, Frau Weber!

Pause von 14.15 Uhr bis 15.15 Uhr.

---

46 Nach Meldungen des Pressedienstes der FDP soll Dehler bei seinem Gespräch mit Adenauer eine Rückkehr der FDP in die Koalition abgelehnt haben; diese Meldung der fdk vom 15. September wurde wohl am Sonntag vom Rundfunk verbreitet. Für Montag, den 17. September, war gleichzeitig eine Unterredung zwischen Dehler und Ollenhauer angekündigt worden („Bonner Rundschau" vom 17. September 1956).

47 Anläßlich des Staatsbesuchs des griechischen Königspaares.

Adenauer: Darf ich bitten, wieder Platz zu nehmen. Unsere Reihen haben sich schon gelichtet. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst hören, was Herr Kollege Blank über seinen Fragenkomplex zu sagen hat.

Ergänzung des Wehrgesetzes

Blank: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, zwar eine Zusammenfassung – aber doch möglichst kurz – zu geben, und am Schluß werde ich dann auf das Problem der Länge der Dienstzeit zu sprechen kommen. Ich brauche in diesem Kreise nicht zu erwähnen, daß wir über manche Dinge schweigen müssen, denn wir wissen, was das für Konsequenzen haben kann.[48]

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ganze Problem der Wiederaufrüstung habe ich immer gesehen unter zwei Gesichtspunkten, einmal unter dem außenpolitischen, daß Deutschland in diesem Sektor seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllen muß, daß wir dann auch ein außenpolitisches Gewicht bekommen, wenn wir in diesem Konzert des Bündnissystems mit den – gestatten Sie diesen wirtschaftlichen Ausdruck – entsprechenden Aktienpaketen antreten können, was wir bisher nicht konnten. Ich habe es auch immer als ein innenpolitisches Problem angesehen; denn ohne eine entsprechende Militärmacht ist auch ein Staat innen nicht zu konsolidieren. Das wird um so wichtiger werden, je mehr sich gewisse Dinge an der Grenze zutragen oder zutragen konnten.

Ich darf zunächst einmal daran erinnern, daß wir als erste Basis das Freiwilligengesetz hatten, das bis zum 31. März dieses Jahres galt und die Bundesregierung nur ermächtigte, Streitkräfte in einer Gesamtstärke von 6.000 Mann einzustellen. Diese Streitkräfte durften aber in keiner Weise irgendwie eine militärische Formation darstellen, sondern sie durften nur verwendet werden zu gewissen planerischen Aufgaben. Ich darf daran erinnern, daß das Parlament im Gegensatz zur Regierungsvorlage in das Gesetz den Satz hineingebracht hat: Zur Vorbereitung des Aufbaues, und nicht, wie ich es damals verlangt hatte: Zum Aufbau der Bundeswehr.

Damit konform ging die Frage, daß auch die Bewilligung von Geldmitteln erst nach dem 31. März begann; denn, diesem Gesetz folgend, wurden nur die Geldmittel bewilligt, die für die 6.000 Mann notwendig waren. Erst dann konnte das Gesetzeswerk in Angriff genommen werden und auch der Aufbau des Ministeriums selber vonstatten gehen. Sie wissen, daß die Bundesregierung in den Zeiten der Verhandlungen, bevor die Verträge effektuiert wurden, gerade wegen der französischen

48 Vgl. zum Folgenden Schwarz 1 S. 299–302; Pöttering S. 51–90; Norbert Tönnies: Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949–1957. Köln 1957; Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München 1975, insbes. S. 69–168.

Haltung peinlichst darum bemüht sein mußte, nichts zu tun, was ihr als ein gewisses Vorprellen hätte ausgelegt werden können. Es war immer das Bestreben des Herrn Bundeskanzlers, mir die Weisung zu geben, vorsichtig zu sein, um nicht durch unnütze Dinge die Franzosen zu verärgern und damit das Vertragswerk überhaupt zu gefährden.

Wir standen am 31. März dieses Jahres – ausgehend mit einem Ministerium von einigen hundert Leuten und mit den 6.000 Soldaten – vor der Tatsache, daß wir unsere NATO-Verpflichtungen erfüllen mußten. Diese NATO-Bedingungen lauten auf 96.500 Mann für dieses Jahr. Die Bedeutung dieser 96.000 Mann will ich Ihnen vor Augen führen. Es kommt weniger auf die Zahl an, daß da 1.000 Mann mehr oder weniger sind, sondern die Bedeutung ist wiederum außenpolitisch und innenpolitisch zu sehen; außenpolitisch daran, daß etwa 14.000 bis 15.000 Männer an die Luftwaffe gegangen sind. An den Aufbau einer regelrechten Luftwaffe ist erst zu denken, wenn wir einmal das absolute Fehlen an Düsenjägerpiloten beseitigt haben, und das sind mindestens 3.000 Mann. Es gibt praktisch keinen einzigen Piloten mehr bei uns. Wie teuer die Ausbildung ist und wie lange das dauert, will ich Ihnen nicht weiter ausführen. Es gingen ab etwa 10.000 Mann für die Marine. Nun blieb ein Kern von 65.000 übrig. Aus diesen 65.000 Mann – das war der Plan, den die Regierung gebilligt hatte, als ich ihr das vortrug – wollten wir aufbauen fünf Divisionen, nämlich drei motorisierte Infanteriedivisionen und zwei Panzerdivisionen, ferner eine Luftlandebrigade und eine Gebirgsbrigade und was dazugehört. Mit einer solchen Streitmacht, die immerhin eine gewisse militärische Realität gewesen wäre, hätten wir uns bei so entscheidenden, unsere nationale Existenz berührenden Fragen wie Radford-Plan usw. ganz anders zur Geltung bringen können.

Innenpolitisch ist zu sagen: Solange der Bund nicht über andere Kräfte verfügt, muß das Dasein von Truppen ein gewisses stabilisierendes Element in der innenpolitischen Ordnung sein. Ich weiß, daß ich sehr vorsichtig mit dem sein muß, was ich jetzt sage, denn es kann in Kürze von Ihnen nachgeprüft werden. Ich bin noch immer der Überzeugung, daß im Laufe dieses Jahres die 96.000 Mann zusammenkommen werden. Es sind allerdings große Schwierigkeiten eingetreten, so z.B. beim Wohnungsbau mit den fehlenden ersten Hypotheken. Das hat sich bei mir außerordentlich ungünstig ausgewirkt; denn alle Planungen über das Freiwerden von Kasernen, die jetzt von Flüchtlingen benutzt werden, sind in Nichts zerstoben, obwohl aus dem Verteidigungsetat noch einmal 35 Millionen gegeben worden sind. Wir haben die entsprechenden Projekte nicht in die Hand bekommen, und die Wohnungen sind nicht gebaut worden. (*Adenauer:* Sagen Sie bitte warum!) Weil der Wohnungsbau als solcher wegen der ganzen Kapitallage und wegen der ungenügenden Mittel nicht hat ... (*Adenauer:* Wegen der Schwierigkeiten zwischen Bund und Ländern!) Jawohl! (*Adenauer:* Und zwar wegen der Schwierigkeiten, die nach meiner Meinung mehr auf seiten des Bundes als bei den Ländern liegen.)[49] Ich will nur sagen, daß jetzt ein

49 Zu den Schwierigkeiten beim Wohnungsbau der Jahre 1955–1957 vgl. BORCHARDT S. 158f., 166f. – Im Juli 1956 wurden von den Bewilligungsstellen der Länder 212 Millionen DM

Umstand eintritt, den zu beeinflussen ich selber gar nicht in der Lage bin. Dennoch bin ich noch immer der Überzeugung, daß ich die 96.000 Mann zusammenbringen werde. Es wird mich noch kneifen und drücken, aber mit Hängen und Würgen werden wir das doch noch einigermaßen unterbringungsmäßig hinkriegen.

Nun möchte ich etwas über das Personelle sagen, damit da keine falschen Auffassungen aufkommen. Es gibt zahlenmäßig genug ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, die sich zur Wiederverwendung beworben haben. Das ist im Grunde uninteressant, denn die Zahl der wieder zur Verwendung kommenden Offiziere begrenzt sich von selbst auf die Kategorien vom Stabsoffizier aufwärts; ob das nun 12.000 oder 15.000 ehemalige Offiziere sind, das spielt im Grunde genommen keine wesentliche Rolle.

Wir müssen etwa 20.000 bis 25.000 Offiziere sowieso im Laufe der nächsten zwei, drei Jahre von den jungen Leuten heranbilden. Wir sollten im Interesse unserer Partei dieses Urteil nach draußen nicht weitergeben, weil wir unsere Leute verärgern; das sind zum großen Teil unsere Leute. Ich habe über 19 Berichte von Abgeordneten hier liegen, im allgemeinen gut bis sehr gut. Gegenwärtig haben wir etwa 20.000 ehemalige Unteroffiziere im Dienst, Leute, die eventuell nur zu verwenden sind in gewissen Funktionsstellungen. Das Unteroffizierskorps, das mit den Truppen über Stock und Stein springt, muß neu herangebildet werden. Es ist eine ungeheure Aufgabe.

Nun ist folgendes gelungen, was mich selber einigermaßen überrascht hat, und zwar durch die Unterstützung, die mir der Kollege Lenz[50] gegeben hat. Mit seinen Propagandisten haben wir Propagandaaktionen gemacht – Sie kennen das – mit einem erstaunlichen Erfolg, mit dem Erfolg nämlich, daß die Freiwilligen-Meldungen – wir hatten im Schnitt einige hundert in der Woche – bei ungedienten Leuten hinaufgeschnellt sind bis zu dem Höchststand von 4.700 in einer Woche. Aber täuschen Sie sich nicht. Man muß sich völlig darüber klar sein, daß das angreifende Element dieser Freiwilligen die Berechnung war: Du mußt ja doch in Kürze antreten. Darauf war auch, das läßt sich genau bei jedem einzelnen Mann feststellen, die Bewerbung abgestellt. Die jungen Leute sind gekommen, weil sie sagen, in Kürze muß ich doch kommen, aber jetzt gehe ich freiwillig und dann habe ich Chancen, Unteroffizier zu werden.

Gegenwärtig haben wir 62.000 Mann, ausgehend von den 6.000, die wir am 1. April hatten. Sie gliedern sich in etwa 7.000 und einige hundert Offiziere, etwa 20.000 Unteroffiziere, der Rest sind junge ungediente Leute. Ich glaube also, diese Planung trotz der Schwierigkeiten durchführen zu können. Daß dabei eine Reihe von Unzuträglichkeiten und Unzulänglichkeiten in Erscheinung treten, will ich nicht

---

gegenüber 204 Millionen DM im Juni und 205 Millionen DM im Juli 1955 für den Sozialen Wohnungsbau neu bereitgestellt (vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers für Wohnungsbau – Druck: „Kommunalpolitische Blätter" vom 25. September 1956).

50 In der Vorlage: Lenze. – Es kann sich hier nur um Otto Lenz und die ADK handeln, nicht um den CDU-Abgeordneten Franz Lenze (geb. 1910), von 1953–1972 MdB. – Zu den gesteigerten Aktivitäten der ADK vgl. JAHN S. 333–335.

berühren; denn das wird Ihnen bekannt sein, und das konnte auch nicht anders erwartet werden.

Nun darf ich mich der Frage der Dienstzeit zuwenden. Dieses Problem wird nach zwei Seiten hin interessant. Als die Bundesregierung das Wehrpflichtgesetz vorlegte[51], war darin eine Dienstzeit von 18 Monaten enthalten, die damals nicht strittig waren. Wenn wir es in Stuttgart zur Abstimmung hätten kommen lassen, würden wir höchstens zwei, drei Stimmen in der Fraktion gegen die 18 Monate bekommen haben. Aber wir haben es nicht getan, weil wir befürchten mußten, daß es aufgrund der politischen Lage, in der sich einige deutsche Regierungen befinden, zu Schwierigkeiten bei diesem Passus in der Beratung im Bundesrat kommen werde. Da wir vor der Situation standen, daß das Gesetz eventuell im Bundesrat scheitern würde, hat der Abgeordnete Jaeger den Ihnen bekannten Vorschlag gemacht[52], das herauszunehmen und das Gesetz so durchgehen zu lassen, die Dienstzeit aber in einem Ergänzungsgesetz zu bringen. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß dieses Ergänzungsgesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates unterliege. Ich will den Streit darüber nicht aufrühren. Es mag völlig gleichgültig sein, wer recht hat. Tatsache ist jedenfalls, wenn wir damit rechnen müssen, daß von seiten des Bundesrates es bei diesem Gesetz Schwierigkeiten gibt, dann steht die Bundesregierung vor der Situation, sich zu überlegen, was zu machen ist. Der Herr Bundeskanzler hat mir vor einiger Zeit gesagt, die gesamte politische Lage, auch die innerparteiliche bei uns, könne es zweifelhaft machen, ob wir mit einem Dienstzeitgesetz von 18 Monaten durchkämen. Dabei darf man nicht aus dem Auge lassen, daß eine der größten Schwierigkeiten dadurch entstanden ist, daß just an dem Tage, als im zweiten Durchlauf im Bundesrat das Wehrpflichtgesetz[53] über die Bühne ging, diese Ihnen bekannte Bedarfs-Geschichte kam, die uns – wie man in Dortmund sagt – die Stelzen unter den Beinen weggehauen hat. Kurz und gut, die Auffassung des Bundeskanzlers war die: Es erscheint fragwürdig, ob wir ein solches Gesetz mit 18 Monaten Dienstzeit durchbekommen; wir sprechen unter Parteifreunden. Sollen sich Bundesregierung und CDU der Gefahr aussetzen, in einer so entscheidenden Frage eine Niederlage im Parlament zu erleiden? Die Antwort kann nur lauten: Nein! Wenn wir nicht damit rechnen können, die uns politisch nahestehenden Kräfte so zu stärken, daß sie für den alten Regierungsentwurf eintreten, dann hat es keinen Zweck, dann müssen wir einen neuen Entwurf machen.

Wir haben daher einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der mit einer sorgfältigen Begründung, und zwar weniger einer rechtlichen, als vielmehr einer fachlichen versehen sein muß. Und warum das? Noch vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung

51 BT-Drs. 2303 vom 12. April 1956, erste Beratung im Bundestag am 4. Mai 1956 – Sten.Ber. 2.WP Bd.29 S. 7480–7555.

52 Am 29. August 1956. – Vgl. UiD vom 6. September 1956.

53 Der Entwurf des Wehrpflichtgesetzes war erstmals am 23. März, das Wehrpflichtgesetz schließlich am 20. Juli 1956 im Bundesrat behandelt worden (Verhandlungen des Bundesrates 1956, Sten.Ber. 156. Sitzung S. 97–102, 162. Sitzung S. 251–260).

eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Argumenten die Notwendigkeit einer 18 Monate dauernden Dienstzeit dargelegt hat. Des weiteren haben die Gutachter, die vom Verteidigungsausschuß im Parlament gehört worden sind, ihrerseits dargetan, die Bundesregierung habe in diesem Punkte recht, ja sie gehe sogar nicht einmal weit genug, es müsse mehr sein. Das steht auch in der Welt. Zum anderen stehen natürlich in der Welt unsere NATO-Verpflichtungen. Und dazu sind 12 Monate nicht ausreichend! (*Zuruf:* Aha!) Es ist das Bombardement kaum mehr auszuhalten, was jetzt von der NATO auf uns zukommt. So beschwört uns z.B. der Generalstabschef Schnyler[54], wenn wir mit einer zwölfmonatigen Dienstzeit kämen, dann würde die NATO-Geschichte zusammenrutschen. Ich darf das Wort zitieren, das er mir heute hat mitteilen lassen: Das wäre der erste gewaltige Sieg der Russen in diesem Kalten Krieg.

Wir stehen nun vor der Frage, wie wir das Beste daraus machen. Ich bedaure, daß man innerhalb und außerhalb unserer Partei bei dieser prekären Situation, ohne daß man ein Wort mit dem Verteidigungsminister spricht, mit den Dingen wahllos an die Öffentlichkeit geht. Damit erreicht man draußen nur den Eindruck, daß entweder die Herren [nicht] richtig informiert sind, oder aber es wird angenommen, der Verteidigungsminister weiß nicht, wie gegenwärtig die Verteidigungspolitik der von der CDU geführten Regierung aussieht. So kann man es nicht machen. Ich darf das bitte einmal aussprechen. Ich muß zu einer Lösung kommen, bei der ich der NATO klarmachen kann: Wenn wir eine zwölfmonatige Dienstzeit bekommen, dann bedeutet das keine Schwächung des Verteidigungspotentials. Diese Lösung gilt es zu finden. Und die glauben wir nun gefunden zu haben.

Noch einen Satz bin ich mir und meinen Mitarbeitern vom Fachlichen her schuldig. Wenn es politisch erreichbar wäre, würde ich bis zum Äußersten für die 18 Monate kämpfen. Aber Windmühlenkämpfe soll man ja nicht führen. Wenn wir auf 12 Monate umschalten müssen, dann müssen wir den Anteil derjenigen, die Berufssoldaten sind, also der Längerdienenden, erhöhen. Trotz allen Geredes von Umrüstung und ähnlichen Dingen läßt sich an den 500.000 Mann nichts subtrahieren. Sie werden sehen, daß wir im Laufe der Zeit, wenn wir die Heimatverteidigung intensivieren wollen, sogar noch in eine gewisse Bedrängnis kommen.

Wir müssen jetzt versuchen, die Kampfkraft zu erhalten und mit den 12 Monaten Dienstzeit hinzukommen. Wir glauben, nun die Lösung wie folgt gefunden zu haben: Ich bin dem Herrn Bundeskanzler außerordentlich dankbar dafür, daß er diese Dinge nicht nur mit mir, sondern auch mit den an der Wehrmacht beteiligten Herren besprochen hat. Ursprünglich war daran gedacht, die 500.000 so aufzuteilen: 230.000 Längerdienende und 270.000 Dienstverpflichtete. Das war ein Verhältnis von 46 % Längerdienenden zu 54 % Dienstpflichtigen. Bei 18 Monaten Dienstzeit wäre ich damit auch hingekommen; denn der Jahrgang 1937 zählt 424.000. Dann fallen die

54 In der Vorlage: Snyder. – General Cortlandt van Reusselaer Schnyler, Chef des Generalstabs von General Lauris Norstad.

Zahlen ab bis auf 262.000 im Jahre 1945 und klettern dann wieder hoch auf 317.000. Da erfahrungsgemäß von diesen Kräften wegen körperlicher Untauglichkeit oder aus sonstigen Gründen immer nur die Hälfte eines Jahrganges zur Verfügung stand, hätte das bedeutet, daß die Jahrgänge 1937 und 1938 etwa 200.000 Rekruten ergeben hätten, die späteren Jahrgänge wären auf etwa 160.000 bis 180.000 abgefallen.

Sie sehen also, daß man die 270.000 Mann nur dadurch bekommt, daß man die Angehörigen zweier Jahrgänge zugleich unter den Fahnen hat, einen vollen Jahrgang und von dem nächsten ein Quartal oder zwei Quartale. Gehen wir aber auf 12 Monate zurück, dann bekommen wir die Zahlen nicht zusammen, denn hier gehen wir von 200.000 Mann aus. Wir machen es jetzt umgekehrt, indem wir statt 230.000 Längerdienende nunmehr 300.000 und 200.000 Gezogene nehmen; dann ist der Jahrgang stark genug, und ein Jahrgang ist unter den Fahnen. Man kann vom Militärischen her sagen, der innere Wert einer solchen Truppe würde im Streitfall noch ein geringes Plus haben, weil sie eine größere Anzahl erfahrener Soldaten aufweist. Kollege Arnold hat in einem Punkt unrecht, wenn er sagt, damit würden auch mehr Reservisten gewonnen. Aber das braucht nicht entscheidend zu sein.

Wenn wir nun diese Umschaltung vornehmen, kommen wir zu folgendem Ergebnis: $^3/_5$ Längerdienende und $^2/_5$ Wehrpflichtige. Da bei der Luftwaffe und der Marine der Anteil der Wehrpflicht seiner Natur nach außerordentlich gering ist, trifft das im wesentlichen jetzt das Heer. Das Heer hat in Zukunft 50.000 Gezogene weniger und dafür eine entsprechende Anzahl Längerdienende mehr. Bei den Bewerbungen zeigt sich, daß die Masse der Freiwilligen zur Luftwaffe oder zur Marine will. Wir müssen die Leute sehr bearbeiten, um sie dazu zu bewegen, ins Heer einzutreten. Beim Heer muß ich hinsichtlich der Stärke folgendes Verhältnis herbeiführen: 200.000 Längerdienende und 180.000 Gezogene, d.h., auf einen Längerdienenden kommt nur 0,9 Gezogener. Ich bitte Sie, aus der derzeitig günstigen Lage der Freiwilligen-Meldungen keine falschen Schlüsse zu ziehen. Wir wissen nicht, wie lange das anhält. Wir wissen aber genau, daß bei diesen Leuten die Erwartung dahintersteht: Ich muß im nächsten Jahr doch dienen. Ferner kommen diese Leute mit einer gewissen Hoffnung auf eine militärische Laufbahn.

Ich hoffe, daß das Bundeskabinett möglichst bald eine Entscheidung über die Gesetzesvorlage – die 12 Monate zum Inhalt hat – trifft, damit die Regierung die Führung in dieser Frage in der Hand behält. Eine andere Lösung habe ich nicht zu bieten. Das andere wäre mir lieber, Herr Bundeskanzler, aber dieses wäre eine Lösung, die den inneren Militärwert behält und die auch gegenüber der NATO vertretbar erscheint. Wir könnten dartun, daß wir damit die gleiche Schlagkraft behalten. Einen anderen Vorschlag kann ich Ihnen leider nicht machen.

Adenauer: Herr Blank! Vielleicht ergänzen Sie den Vortrag mit der Beantwortung folgender Fragen: Wann werden die ersten Wehrpflichtigen gezogen, wieviel sollen es sein, und wie sind sie untergebracht?

Blank: Aufgrund des Wehrpflichtgesetzes sollen diejenigen, die nach dem 30. Juni 1937 geboren sind, noch in vollem Umfange wehrpflichtig werden. Wir würden

zunächst beginnen, die Leute zu mustern. Da wir die Leute quartalsweise einziehen wollen, aus Gründen, die in der Wirtschaft liegen, und um einen kontinuierlichen Fluß im militärischen Leben zu haben, könnte praktisch die Einziehung des ersten Quartals erst am 1. April erfolgen. Das wären praeter propter, wenn man 50 % zugrunde legt, 40.000 Mann. Ob man das fortsetzt, darüber wollte ich nicht reden, das ist eine politische Entscheidung, die Sie sich vorbehalten haben. Das könnten wir heute offenlassen.

Zur Unterbringung folgendes: Obwohl sich unsere Erwartungen nicht erfüllt haben und die Projekte nicht frei geworden sind – ich will niemandem die Schuld zumessen –, habe ich immer noch die Überzeugung, daß uns keine Baracken, sondern Kasernen in vollem Umfang von den Alliierten zum 1. April zur Verfügung gestellt werden. Ich habe aber eine andere Sorge. Wir stellen in zunehmendem Maße eine Obstruktion bei den Kommunen und Ländern hinsichtlich der Frage des Wehrersatzwesens fest. Wir sind soweit, daß heute Landräte und Bürgermeister zusammenkommen und Entschließungen fassen, daß sie aus Gewissensgründen nicht in der Lage seien, das Wehrersatzwesen – das ja nach dem Gesetz zum Teil den Ländern übertragen wurde – durchzuführen. Ich habe einen erschütternden Bericht gestern darüber bekommen.

Die Dinge laufen sehr zähflüssig. Hier muß unbedingt etwas getan werden. Wir müßten einmal in allerkürzester Zeit die auf unserem Boden stehenden Länderchefs zu einer Unterhaltung über diese Angelegenheit bitten; denn bei einer solchen Obstruktion sind wir nicht in der Lage, die Leute einzuziehen. Die Ausführung des Wehrersatzwesens hängt wesentlich von dem Willen der Länder ab. Wir fallen glatt unter den Tisch, wenn von dieser Seite her eine solche Obstruktion erfolgt. Das Freimachen und den Neuaufbau von Kasernen und alles, was damit zusammenhängt, kann der Bund nicht allein gestalten. Ich halte es – und das ist eine klare Antwort auf Ihre Frage – für möglich, daß wir unter Anspannung aller Kräfte am 1. April mit der Einziehung beginnen können.

Adenauer: Darf ich das Wesentlichste kurz hervorheben wegen der Diskussion: 1. Zwölf Monate Dienstzeit, gleichzeitig aber auch Vermehrung der Längerdienenden um 70.000 Mann und dadurch Erhöhung der Kosten, 2. Einziehung der Wehrpflichtigen am 1. April unter der Voraussetzung, daß sie ordnungsgemäß untergebracht werden. Ich habe Herrn Blank gesagt, wir dürfen unter keinen Umständen – und das gilt für die Bundesregierung wie für die Partei – gegenüber der Obstruktion, die von der SPD geflissentlich im Lande getrieben wird, kapitulieren. Deswegen ist es ganz ausgeschlossen, nun einfach zu stoppen, bis die Wahlen vorüber sind. Auf der anderen Seite dürfen wir natürlich mit der Einziehung nicht dann erst kommen, wenn gerade die Wahlscheine geschickt werden, sondern es muß ein Raum dazwischenliegen, der leider nicht größer bemessen werden kann, als Herr Blank gesagt hat, nämlich vom 1. April bis zu den Wahlen im September.

Die dritte Voraussetzung besteht darin, daß die Leute ordentlich untergebracht werden. Und wenn Sie nur 30.000 unterbringen können, dann bin ich dafür, auch nur

30.000 statt der vorgesehenen 60.000 einzuziehen. Die anderen müssen dann so lange warten, bis eine anständige Unterbringung möglich ist.

Eine ganz ernste Frage – die aber losgelöst ist von der ganzen Wehrfrage – ist diese Obstruktion der Behörden in den Ländern, wodurch die Grundlagen unseres Grundgesetzes auf das schwerste erschüttert werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist eine Frage, über die wir hier einmal gesondert sprechen müssen. Wenn man nämlich die Grundlagen der Verfassung nicht mehr beachtet, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie von oben auch nicht mehr beachtet werden.

Von Hassel: Als sich die Länderchefs der CDU und die Mitarbeiter des Herrn Blank vor den Parlamentsferien mit dem Bundeskanzler unterhielten, sind wir davon ausgegangen, daß die Frage, ob die 18 Monate Dienstzeit zustimmungspflichtig sei oder nicht, zunächst einmal ausgeklammert werden müsse. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in dem Augenblick, wo wir sagen, die Wehrpflicht bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates, ein Verfassungskrieg allerersten Ranges käme. Darauf sollte man es also nicht abstellen. Ich glaube auch, darüber sind wir uns hier einig.

Wenn wir in den Ländern etwas darüber gesagt haben, ob wir 12 Monate oder 18 Monate für richtig hielten, so aus der Sorge heraus, weil uns in diesem Zeitraum draußen die Dinge in einer Weise um die Ohren geschlagen wurden, daß wir in der Tat die größten Schwierigkeiten für den Bundestagswahlkampf befürchten mußten. Es ist in einem schnellen Tempo kurz hintereinander zunächst von der FDP erklärt worden, sie sei für 12 Monate[55]; die Deutsche Partei hat ebenfalls durch Hellwege erklärt, 12 Monate seien völlig ausreichend.[56] Die Meinung einer größeren Kommission in England, die sich aus Rundfunkleuten und Journalisten zusammensetzte, ging dahin, kein Engländer würde uns dieserhalb einen Vorwurf machen. Wenn wir also nicht in einer vorsichtigen Form angedeutet hätten, daß in der CDU darüber Diskussionen und Gespräche im Gange sind, dann hätten wir uns nachher wahrscheinlich einem erheblichen Vorwurf gegenübergesehen.

Wir sind Ihnen dankbar, Herr Blank, daß die Vorlage in dieser Form erarbeitet worden ist. Ich habe das Gefühl, daß keiner in diesem Raum von den Gedanken, die Sie wegen der 12 Monate geäußert haben, in irgendeiner Form abgehen wird. Insofern bedarf es darüber keiner Diskussion. Wenn allerdings irgendwo Schwierigkeiten auftauchen sollten, dann sollten wir darüber diskutieren. Wir tun gut daran, Herr Blank, wenn wir die Vorlage so schnell wie möglich vorlegen. Es gibt Leute, die durchaus meinen, diese Vorlage und die Einziehung sollte man bis nach den Wahlen zurückstellen. Ein solches Verfahren halte ich für verhängnisvoll; denn dann würde die Sozialdemokratie im Wahlkampf sagen: Wir haben es bisher verzögern können, wartet ab und wählt richtig, dann wird der ganze Spuk überhaupt beseitigt.

---

55 Bereits bei der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes am 4. Juli 1956 durch den Abgeordneten Karl Atzenroth vertreten – Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8597f.

56 Artikel „Mehr Verständnis für die Jugend" („Die Welt" vom 1. September 1956).

Zur Frage des Einziehens und zum Tempo des Aufbaues! Es gibt draußen viel Ärger durch Unzulänglichkeiten dieser oder jener Art. Dazu folgendes:
1. Ich glaube, daß wir alles zu kompliziert gemacht haben. Die Dinge sind so, daß heute niemand draußen eine Entscheidung treffen kann, und zwar ganz einfacher Art, wie Beschaffung, Ausstattung der Unterkünfte usw., so daß man darüber nachdenken muß, wie man die Dinge vereinfachen kann. Man könnte z.B. für eine gewisse Übergangszeit den Leuten draußen eine größere Vollmacht geben, damit sie aus eigener Verantwortung entscheiden können.
2. Es herrscht eine große Verärgerung bei den Soldaten, weil das Besoldungsgesetz noch nicht da ist. Die Sozialdemokraten gehen durch die Kasernen und erklären, das ist ein Skandal, daß das Besoldungsgesetz noch nicht da ist. Aber wir Sozialdemokraten bringen das Besoldungsgesetz in Ordnung. In der bundestagsfreien Woche sind diese Fälle zu Dutzenden durch sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete exerziert worden.
3. Wir müssen bauen für die Offiziere, Unteroffiziere oder Bediensteten der Wehrmacht. Dazu müssen die Baugenossenschaften die ersten Hypotheken aufbringen. Die übrigen Baugelder gibt Herr Schäffer. Wir können aber diese Häuser für Offiziere usw. nicht noch erstellen aus dem Hypothekenvolumen, über das wir verfügen. Diese Frage muß vom Bund geregelt werden. Wenn diese Dinge ausgeräumt sein werden, dann wird alles andere leicht erledigt werden können.

Adenauer: Ich glaube, da liegt ein kleines Mißverständnis vor. Herr Blank verhandelt jetzt mit den Alliierten, damit diese so viel Kasernen und Wohnungen freigeben, daß wir 60.000, zumindest aber 30.000 Mann unterbringen können. Die weitere Einziehung würde erst erfolgen Anfang 1958. Wir können nicht sofort nach den Bundestagswahlen einziehen, sonst heißt es, die haben das absichtlich hinausgeschoben.

Blank: Eine Reihe solcher Projekte werden geräumt, andere werden neu gebaut. Die Alliierten müssen helfen, und wir müssen endlich einmal zu einem Ergebnis kommen. Wir müssen sagen können, am 1. Juni rückt dort ein Bataillon ein. Das ist ja bisher alles noch nicht. Erst wenn der letzte Schuh im letzten Spind steht, kann ich das machen, was Herr von Hassel gesagt hat. Sie wissen, Herr von Hassel, der Staatssekretär Rust hat in seiner Stellung riskiert, was man in einer solchen Stellung überhaupt riskieren kann. Er stolpert nicht über Zwirnsfäden, aber schließlich sind wir doch an die Haushaltsordnung gebunden und haben den Rechnungshof hinter uns. Doch es steckt etwas Wahres darin. Wir müssen gewisse überspitzte Regelungen, die gemacht worden sind in der Trennung des Militärischen vom Zivilen, revidieren. (*Von Hassel:* Das ist der Punkt!) Deshalb gibt es nichts Falscheres, als eine Organisation zu machen, denn diese Bundeswehr braucht für einige Jahre die Freiheit, den auftretenden Erfordernissen gegenüber mal so oder mal so zu arbeiten. Man kann sie nicht in ein solches Bett pressen. Und Erfahrungen können wir erst sammeln; denn der Vorgang, aus dem Nichts heraus eine Armee von 500.000 Mann aufzustellen, ist einmalig in der deutschen Geschichte. Das muß man einsehen.

Zum Besoldungsgesetz folgendes: Der Jammer ist der, daß dieses Gesetz seit Jahr und Tag im Bundestag liegt und nicht zu Ende kommt.[57] Ich habe mir alle Mühe gegeben im Parlament, aber man stößt auf die absolute Unmöglichkeit, weil der Kollege Kleindinst[58] der Auffassung ist, daß erst das Besoldungsrahmengesetz fertig gemacht werden müsse. Der Kollege Jaeger hat einen Ausweg gefunden und will durch ein Initiativgesetz der CDU-Fraktion einen bestimmten Artikel des Soldatengesetzes ändern, um uns die Vollmacht zu einer Besoldungsverordnung zu geben[59]; diese Vollmacht haben wir nicht. Dann würden Bundestag und Bundesrat bis zum Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes gemeinsam eine Besoldungsverordnung erlassen. Hier habe ich die Auffassung: Wir können keine Besoldungsordnung mehr machen, die sich anlehnt an das, was wir im vergangenen Jahr fertiggestellt haben.

Ich darf etwas zur parteipolitischen Einstellung der Offiziere sagen. Es hat eine wahre Invasion von Besuchen in den Sommerferien stattgefunden. Ich freue mich darüber. Unglaublich viel Abgeordnete sind in den Kasernen gewesen und haben die Leute gefragt und das Ergebnis zu Papier gebracht. Das Offizierskorps und die jungen Leute stehen mit offenen Armen vor uns. Erler, Ollenhauer und Mellies[60] sind entsetzt gewesen über die Berichte, die sie aus diesen Kreisen bekommen haben; sie haben mich selber zu einer Unterhaltung gebeten. Daraus ist zu ersehen, wie ablehnend diese Leute der Sozialdemokratie gegenüberstehen; denn sie fühlen dauernd diese Wehrfeindlichkeit der Sozialdemokratie.[61]

Jetzt kommt etwas Bedeutsames für unsere Partei. Ich behaupte nicht, daß die 7.200 Offiziere CDU-Leute sind, aber die Führung dieser Leute und Verbände ist in guten Händen. Ich behaupte, daß diese Leute mit offenen Armen vor uns stehen. Hüten wir uns davor, sie tagtäglich erneut – ich muß das in Dortmunder Deutsch sprechen, ich kann das nicht anders ausdrücken – vor den Bauch zu treten.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Als ein Mann, der nicht den Vorzug unserer Generation gehabt hat, eine Uniform der deutschen Armee zu tragen, bin ich mir bewußt, daß ich als völliger Außenseiter hier spreche. Es ist auch nicht meine Pflicht und Aufgabe, zu militärischen Fragen im materiellen Sinne das Wort zu nehmen. Ich will einige politische Erwägungen anstellen, von denen ich allerdings der Meinung bin, daß sie für unsere Partei und für die zukünftigen Positionen, in

57 BT-Drs. 1993 vom 29. Dezember 1955; Bundesbesoldungsgesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 993; vgl. Nr. 17 Anm. 69.

58 Dr. Josef Ferdinand Kleindinst (1881–1962), 1948–1949 MdPR (CSU), 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht).

59 Wehrsoldgesetz vom 30. März 1957 – BGBl I S. 308.

60 Wilhelm Mellies (1899–1958), 1925–1933 Mitglied des Lippischen Landtages (1929–1933 Präsident, SPD), 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1958 MdB.

61 Klotzbach S. 360f.; vgl. auch Artikel „Ohne mich"-Propaganda und Soldatenhetze in UiD vom 6. September 1956.

denen wir uns bewegen werden, von großer Bedeutung sind. Alles, was ich sage, steht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt: Wirkung auf die Wahl im Jahre 1957.

Ich gehe von etwas aus, was in der Kontroverse der letzten Wochen nicht bestritten worden ist; ich gehe davon aus, daß folgende Überlegung, als wir in Stuttgart in der Fraktion die Zustimmung zu dem Wehrgesetz beschlossen haben[62], jedermann klar vor Augen gestanden hat: Das Gesetz wird, wenn es beschlossen ist, im Blick auf die Wahl 1957 einen wesentlichen Erfolg haben, wenn die Einziehungen so rechtzeitig erfolgen, daß die Soldaten sich in ihren Kasernen bereits einigermaßen zurechtgefunden haben und daß ihre Reaktion auf die Einziehung bei ihrem ersten Heimaturlaub ein werbender Faktor für die Wehrpolitik, d.h., für die von uns heiß erkämpfte politische Entscheidung ist.

Meine erste Frage in diesem Kreis geht dahin, ob diese Erwartung auch heute noch gerechtfertigt ist. Ich bin der Meinung, daß diese Frage politisch berechtigt ist und daß sie nirgendwo so ernsthaft gestellt werden muß wie an diesem Tisch. Niemand in Deutschland ist für diese Frage so zuständig wie dieser Tisch mit den Damen und Herren, die heute hier versammelt sind. Die Frage kommt ja nicht so ganz von ungefähr; denn zwei Dinge geben mir Veranlassung, die Frage in dieser Präzision zu stellen. Das eine sind die unbestrittenen Meldungen über die Testfeststellungen zum Absinken unserer Stimmen bei den öffentlichen Meinungsbefragungen[63], und das zweite sind Berichte über die Situation bei der Unterbringung der Truppen, bei der Ausbildung des Lehrpersonals, kurz und gut, bei der Organisation der neuen Armee, und zwar Berichte, wie ich sie zum Teil von Militärsachverständigen, zum Teil von Abgeordneten in den letzten 14 Tagen bekommen habe. Diese Berichte lassen sich auf einen Nenner bringen. Sie gehen dahin, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht damit gerechnet werden kann, daß dieser werbende Erfolg im nächsten Jahr noch gesichert sei, sondern es muß damit gerechnet werden, daß infolge von Verzögerungen – für die der Herr Bundesverteidigungsminister im einzelnen nicht verantwortlich gemacht werden kann – und Umständen besonderer Art dieser Erfolg im nächsten Jahr nicht gewährleistet ist.

Ich muß gestehen, daß mir diese Frage vordringlicher zu sein scheint, als die Frage 12 oder 18 Monate Dienstzeit. In der Sache mit den 12 oder 18 Monaten wäre ich bereit, so zu denken: Wenn ich von Bonn nach Stuttgart fahren will, ist es mir unmöglich, eine Fahrkarte bis Karlsruhe zu kaufen und dann von dort aus zu Fuß zu gehen. Mit anderen Worten, wenn man schon eine Armee macht, dann muß man das auch richtig machen, nämlich das, was unbedingt notwendig ist. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wenn es allerdings mit 12 oder gar mit 9 Monaten zu machen ist, dann werden Sie in mir einen Befürworter der 12 bzw. 9 Monate finden.

---

62 Während des CDU-Parteitags am 26. April 1956 (ACDP VIII-001-1007/2).

63 Die letzten Meinungsumfragen signalisierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU/CSU und SPD (je 40 %) sowie eine nachlassende Zustimmung zur Politik Adenauers, so daß das Institut für Demoskopie seine Analyse der Umfrage vom 27. August 1956 mit dem Titel „Symptome und Hintergründe einer Krise" versah (NL Lenz ACDP I-172-040).

Das andere scheint mir viel wichtiger zu sein: Was muß geschehen, um das Risiko des Stellungsbefehls so gering wie möglich zu machen, damit dieser Stellungsbefehl für uns noch in irgendeiner Weise ein werbender Faktor, zumindest aber nicht ein schädigender wird?

Eine weitere Frage, über die ich nichts gehört habe von Herrn Blank, ist das, was sich mit dem Radford-Plan bzw. mit der Vokabel „Umrüstung" verbindet.[64] Herr Krone hat heute morgen kurz darüber gesprochen. Ich bin nicht der Meinung, daß sich mit diesem Wort die Einstellung verbinden muß, daß alles falsch gewesen sei, was wir gemacht hätten. Davon kann keine Rede sein. Aber die Weltlage ist so im Fluß, warum sollte sie es nicht in militärischer Hinsicht sein. Ich bin der Meinung, wir bleiben Herr der Lage, wenn wir nicht ins Schlepptau genommen werden von Erwägungen, die bei den Westmächten angestellt werden, sondern es müssen Erwägungen sein, die von uns aus aufgrund unserer politischen und geographischen Situation mit unserem eigenen Urteil betrachtet werden müssen.

Ich frage, ob das, was sich mit dem Wort Radford-Plan bzw. Umrüstung verbindet, im Blick auf das, was wir politisch zu vertreten haben, überlegt und durchdacht worden ist? Ich frage es nicht zuletzt im Blick auf den Wahlkampf. Es ist nicht genug, wenn wir im Wahlkampf mit dem Argument auftreten, daß die SPD früher ausreichende Äußerungen über die grundsätzliche Bejahung des Verteidigungswillens ausgesprochen, dann aber das Wehrgesetz abgelehnt hat. Diese Argumentation reicht nicht aus und wird auch der Situation nicht gerecht, sondern es werden die Hauptargumente auf die Hörner genommen werden müssen, die heute in breiter Front von SPD-Leuten wie Erler[65] usw. im Radio vertreten werden. Ich bin aufgrund von Umfragen davon überzeugt, daß sie nicht wenig zu dem beigetragen haben, was den Schwerpunkt der Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers offenbar bestimmt hat. Der Herr Bundeskanzler hat heute als Schwerpunkt seiner Darlegungen einen Appell an den Glauben und an die Richtigkeit unserer Politik gerichtet. Die CDU hat eine Bereitschaft zum echten politischen Glauben. Was uns hier an diesem Tisch und in der nächsten Woche in der Fraktion aufgegeben ist, das ist die Prüfung des Gegenstandes, an den wir glauben; das ist die Prüfung des Inhalts unseres politischen Glaubens. Hier bin ich der Meinung, daß es nicht mit dem Appell getan ist, sondern daß sehr genau in Nuancen und Definitionen gesprochen und unterschieden werden muß. Ich nenne das Kapitel „Umrüstung" und was möglicherweise daraus folgt für die Organisation und die Einrichtung der deutschen Armee, was ja für unser ganzes politisches Verhalten von großer Bedeutung ist. Ich wäre dankbar, wenn wenigstens über diesen Punkt hier noch ein Wort der Aufklärung gesagt werden könnte.

Adenauer: Das ist eine politische Frage. Wenn ich mich recht entsinne, hat Herr Krone heute morgen mit Recht gesagt: Laßt doch endlich das Wort „Umrüstung" weg.

---

64 Vgl. dazu ein Interview Blanks mit dem WDR in UiD vom 26. September 1956.

65 Erler hatte zuletzt am 12. September 1956 im Hessischen Rundfunk gesprochen; zur Haltung Erlers vgl. SOELL 1 S. 195–232, 338–351, hier S. 216 Anm. 141.

Es ist keine Umrüstung, sondern es handelt sich um zweierlei Fragen hier, von denen man eine Frage in der Öffentlichkeit nicht aussprechen kann. Lassen Sie mich die zuerst nennen. Bei der Westeuropäischen Union haben in der letzten Sitzung[66] alle beteiligten Mächte gesagt, wir können es nicht ertragen, daß nur zwei Mächte in der Welt die großen nuklearen Waffen haben und damit über das Schicksal der Welt bestimmen. Das ist eine hochpolitische Frage, die sich im Augenblick unter keinen Umständen zu einer Erörterung in der Öffentlichkeit eignet.

Die zweite Frage ist ganz simpel, wenn Sie wollen. Ich habe das heute angedeutet, als ich davon sprach, daß man zuerst aus einer Büchse geschossen hat, wozu zwölf Mann nötig waren. Einige trugen die Büchsen, die anderen trugen die Gabel, die in die Erde gesteckt wurde, andere trugen das Pulver usw. (*Gerstenmaier:* Die Schwaben haben das Pulver verwaltet!) Die Schwaben das Pulver! *(Heiterkeit.)* Meine Damen und Herren! Es wird von den Amerikanern – wahrscheinlich auch von den Russen – versucht, die nuklearen Waffen in ihrem Format und in ihrem Wirkungsbereich kleiner und intensiver zu machen. Das sind die beiden Ziele. Mir sagen die Militärs, das sei keine Sache des Militärs, sondern eine Sache der Wissenschaft. Und mir sagen die Wissenschaftler, das wird gelingen, aber wann es gelingen wird, das wissen wir nicht.

Und wenn der Augenblick gekommen ist, verehrter Herr Gerstenmaier, daß tatsächlich die Wissenschaft ein nukleares Geschoß konstruiert hat, das man mit einem normalen Geschütz abfeuern oder auch mit einer normalen Handfeuerwaffe abschießen kann, dann wird natürlich eine neue Situation eintreten; denn dann ist die Feuerkraft von 300.000 Mann viel stärker als jetzt die Feuerkraft von 500.000 Mann. Und dann wird, vorausgesetzt, daß wir die Waffen haben, eine völlige Umorganisation der Wehrmacht nötig sein. Solange das aber nicht da ist, hat es doch bei Gott keinen Zweck, die ganze Welt damit verrückt zu machen, indem man sagt, es kommt mal etwas, aber wie, wann und woher es kommt, das wissen wir nicht, doch wir wollen uns einstweilen hinsetzen und den Daumen drehen. (*Blank:* Wunderwaffe! – *Unruhe und Bewegung.*) Sie schütteln den Kopf, Herr Gerstenmaier? (*Gerstenmaier:* Hier ist das Wort von der Wunderwaffe gefallen. Ich nehme das nicht an; ich habe Adolf Hitler nicht die Treue geschworen und bin nicht auf diesen Schwindel hineingefallen. – *Anhaltende Unruhe.*) Man hat Sie mit dem Wort „Wunderwaffe" nicht karikieren wollen! (*Gerstenmaier:* Doch, man hat mich karikiert. – *Anhaltende Unruhe.*) Ja, Sie karikieren mich, und ich karikiere Sie. *(Unruhe.)* Aber, meine Damen und Herren, lassen wir die Sache in Ruhe und vernünftig nehmen! Wir müssen natürlich diese Entwicklung gut im Auge behalten und auch weiter die Finger hier mit drin haben. Den Ausdruck „Wunderwaffe" halte ich auch nicht für richtig. Das ist einfach eine Weiterentwicklung der bisherigen Waffentechnik. (*Gerstenmaier:* Gut!) Und wenn diese Entwicklung der Waffentechnik bis zu einem gewissen Stadium der Reife

66 Am 15. September 1956 in Paris (AdG 1956 S. 5975; vgl. auch UiD vom 20. September 1956).

gekommen ist, dann werden wir, genau wie man früher auch ausgewechselt und entsprechende Formationen geändert hat, das nunmehr auch tun müssen. Das hat aber mit Glauben, Herr Gerstenmaier, nichts zu tun. (*Gerstenmaier:* Sie haben an den Glauben appelliert!) Aber nicht an Ihren Glauben! (*Gerstenmaier:* An den haben Sie gerade appelliert, weil Sie ihn für wankelmütig gehalten haben!) Herr Gerstenmaier, Sie sind ein Angehöriger der „streitenden Kirche".

Das Wort hat Herr Berendsen.

Berendsen: Ich möchte meiner Beunruhigung als Generalstabsoffizier über das Wort „Umrüstung" Ausdruck geben. Der Begriff „Umrüstung" verwirrt die Gemüter so sehr, daß auch schon die Industrie irre wird und sagt: Werden die Aufträge, die wir bekommen haben, überhaupt noch durchgeführt? Ist das Ganze überhaupt noch ernst gemeint von euch, oder macht ihr einen Wahlrummel? Ich schlage vor, das Wort „Umrüstung" überhaupt nicht mehr zu gebrauchen, sondern von Modernisierung zu sprechen.

Wir haben im Kriege oft Panzertypen umgestellt, ohne daß viel darüber geredet wurde. Wir haben auch das Maschinengewehr Nr. 42 eingeführt, das doppelt so schnell schoß als das vorhergehende. Das war eine Umorganisation von großem Ausmaß. Der Begriff „Umrüstung" ist in Amerika etwas völlig anderes als hier. Amerika ist Tausende von Kilometern von Rußland entfernt, und dazwischen liegt das Meer. Infolgedessen können sie auch eine Umorganisation, eine Akzentverschiebung von einem Wehrmachtsteil auf den anderen vornehmen. Sie überlegen das zur Zeit. Wir in unserer Lage unmittelbar am Eisernen Vorhang haben kein Wasser zwischen den russischen Panzern und uns. Würden wir eine Akzentverschiebung vom Heer auf die Luftwaffe oder auf die Marine vornehmen, so wären wenige Stunden später die russischen Panzer da und hätten unsere Abschußbasis erobert. Ich bitte, das einmal zu sehen. Es gibt überhaupt keinen Vergleich zwischen dem, was die Amerikaner unter Umrüstung verstehen, und dem, was wir bei der Aufstellung unserer Wehrmacht vom Fachmännischen her unter Umrüstung verstehen müssen. Daß wir von den Panzern, die wir jetzt bekommen, möglichst schnell herunter wollen zu einer neuen Konstruktion deutscher Art, also eine echte Umrüstung durchführen möchten, das leugnet niemand von uns, im Gegenteil, wenn wir es könnten, würden wir es sofort machen. Wir können es aber nicht. Damit ist der Begriff „Umrüstung" wohl ziemlich eindeutig klargestellt. (*Zuruf:* Vollkommen!) Die Sozialdemokraten wollen mit dem Gebrauch dieses Wortes nur erreichen, daß wir unsicher werden und sagen, was wir bisher geplant haben, nämlich fünf Divisionen, ist falsch. Machen wir zunächst mal drei. Ich glaube, daß wir dieses Wort „Umrüstung" als ein taktisches Manöver bei der Bundestagswahl 1957 sehen müssen, niemals aber von der fachlichen Seite aus betrachten dürfen. Wir sollen durch dieses Wort irre werden an unseren eigenen Plänen; das ist ihre Absicht.

Daß wir uns in der Organisation unserer Truppen dem nuklearen Zeitalter weitgehend angepaßt haben, steht fest. Wer es nicht glaubt, möge es nachprüfen. Daß die Engländer und die Amerikaner das nicht getan haben, steht genauso fest. Diese Leute

sind zwar große Seeleute, sie können auch in der Luft viel, aber auf der Erde ist der Engländer ein Mann, der im Bataillonsrahmen denkt. *(Bewegung.)* Er hat immer Kolonialkriege geführt, abgesehen von den Kriegen in Europa im 20. Jahrhundert, die aber schlecht geführt wurden.

Der Amerikaner ist genauso. Er hat bis 1939 praktisch ein Hunderttausend-Mann-Heer von Freiwilligen gehabt, die die Pferdediebe in Mexiko davon abhalten sollten, über die Grenze zu gehen, aber niemals in der Absicht, damit einen Krieg auf der Erde zu führen. Infolgedessen sind ihre Divisionen so organisiert, wie sie bei uns 1914 waren, d.h. 18.000 bis 20.000 Mann groß, die dem modernen Krieg überhaupt nicht angepaßt sind; denn sie sind viel zu verwundbar.

Und nun kommen sie unter dem Zwang der Lage dazu, sich zu überlegen, ob sie umrüsten und die Organisation ihres Heeres ändern müssen. Wir haben ihnen das schon vor Jahren mitgeteilt, aber sie haben uns gesagt, ihr habt den Krieg verloren, und wir haben ihn gewonnen. Deshalb machen wir es so, wie wir es haben wollen und es für richtig halten. Wir konnten ihnen das nicht ausreden. Jetzt beginnen sie mit ihrem Parlament darüber zu diskutieren.

Zur Dauer der Wehrpflicht! Die 18 Monate, Herr Bundeskanzler, haben wir akzeptiert als ein Minimum und gesagt, es ist ohnehin zu wenig. Wir brauchen vom militärischen Standpunkt mindestens zwei Jahre. Alles, was darunter ist, ist die Vorbereitung zum organisierten Massenmord. Das muß man so sehen; denn das ist wirklich so. Sie können in einer modernen Armee nicht unter diese Ausbildung heruntergehen. Man muß den Weg gehen, den wir jetzt einschlagen, nämlich die Masse des Feldheeres aus Leuten zusammenzusetzen, die freiwillig mindestens zwei, besser aber drei oder vier Jahre dienen. Das ist der Weg, der jetzt gegangen wird und den ich für richtig halte.

In einer modernen Wehrmacht kann man eigentlich nicht unter zwei Jahre gehen. (*Krone:* Die Amerikaner bilden keine zwei Jahre aus. Ich habe mich erkundigt; die sind in [einem] Dreivierteljahr fertig!) Sie sind fertig als einzelne Soldaten, (*Krone:* Nein!) aber nicht als Verband. Die Leute sind zwei Jahre unter den Waffen. (*Krone:* Sie verbinden mit diesen zwei Jahren Kämpfe wie in Korea usw.) Es gibt zwei Arten der Begründung, einmal vor dem Parlament und einmal als Soldat zu Soldat. Hier kann ich als Soldat zu Soldat mit dem Admiral Taylor[67] sprechen, der im vorigen Jahr gesagt hat: Wenn meine Parlamentarier nicht so halsstarrige Burschen wären und mir das Geld nicht beschnitten, hielt ich zwei bis drei Jahre für unbedingt erforderlich. Da ich das nicht kriege, muß ich das Mögliche tun. Der Ausweg ist dort genau wie bei uns, daß nämlich die Längerdienenden enorme Vergünstigungen bekommen, wie

67 Maxwell Davenport Taylor (geb. 1901), 1949–1951 amerikanischer Stadtkommandant von Berlin, 1953–1955 Armeebefehlshaber in Korea, 1955–1959 Stabschef des Heeres. – Möglicherweise aber auch Rufus L. Taylor (geb. 1910), 1944–1946 Chef der amerikanischen Pazifikflotte, 1946–1963 in verschiedenen Stabsstellen, 1963 Konteradmiral, 1966 Vizeadmiral.

freies Studium usw. Dort gibt es keine allgemeine Wehrpflicht, weil sie ausreichend Freiwillige haben. Das ist genau dasselbe, was wir anstreben.

Wenn wir begründen müssen, warum wir von den 18 Monaten auf die 12 Monate zurückgehen, haben wir die gute Ausrede der Sozialdemokratie gegenüber, daß wir uns in unserer Planung den Erfordernissen der nuklearen Entwicklung angepaßt haben und daß wir, da die 18 Monate ohnehin nicht ausreichen, vom Parlament 400 oder 500 Millionen fordern. Dann haben wir etwas in der Hand, um sagen zu können, daß wir von 18 Monaten auf 12 Monate zurückgegangen sind.

Die Frage „Einziehung am 1. April" sollte so betrachtet werden: Wir haben in den Wehrbereichen die Wehrbereichskommandeure. Diese Kommandeure sind selbstverständlich völlig im Bilde, wieviel freie Betten sie am 1. April haben. Wenn wir die Sache dezentralisieren und den Wehrbereichen die Einziehung überlassen, dann muß es so kommen, daß tatsächlich keiner mehr vor ein Kasernentor kommt, der nicht sein Bett dort hat. Ich glaube, daß das ohne weiteres möglich ist und daß kein Mensch die Zahlen kontrollieren kann. Wir können hier behaupten, was wir wollen, das weiß ja niemand. (*Zuruf:* Nach der Rechnungslegung!) Das kommt erst nach der Wahl.

Wir haben uns zu überlegen, welchen Komplex der Gesetzgebung wir sofort anfassen müssen und was Zeit hat. Wir haben drei große Komplexe, die sofort angefaßt und am 1. April fertig sein müssen, die Frage der Dauer, der Besoldung und der Militärgerichtsbarkeit mit ihrer Beschwerde- und Disziplinarordnung.[68] Diese Möglichkeit einer Bestrafung gibt es z.Z. nicht. Wir müssen aber einen Fahnenflüchtigen verurteilen können. Diese drei Komplexe sind wichtig. Nicht wichtig ist das Organisationsgesetz[69], der Wehrbeauftragte[70] usw.

Adenauer: Das Wort hat Herr Strauß.

Strauß: Ich möchte mich nicht zu der sachlichen Seite der Dienstzeit äußern; ich bitte nur eines dem Kollegen Berendsen sagen zu müssen. Ich habe das Gutachten der siegreichen Heerführer des letzten Weltkrieges gelesen.[71] Ich habe auch Ihren Plan zur Kenntnis genommen und muß leider feststellen, daß dieselbe militärische Prominenz des Dritten Reiches, die eine Zeit von drei Jahren für eigentlich richtig, von eineinhalb Jahren für kaum vertretbar und ein halbes Jahr für Selbstmord gehalten hat, im letzten Krieg gegenüber ihrem Führer bei keiner einzigen Gelegenheit mit Nachdruck den

68 Wehrdisziplinarordnungs-Gesetz vom 15. März 1957 (BGBl I S. 180); Wehrstrafgesetz vom 30. März 1957 (BGBl I S. 298); Wehrbeschwerdeordnung vom 23. Dezember 1956 (BGBl I S. 1066).

69 BT-Drs. 2341 vom 26. April 1956. – Die Organisation über die Militärseelsorge wurde gesondert geregelt (Gesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 701).

70 Gesetz vom 26. Juni 1957 (BGBl I S. 652).

71 Noch am 20. Juni 1956 hatte das Gutachtergremium – die Generäle von Manstein, Reinhardt, Busse und Sixt – im Verteidigungsausschuß einer Wehrpflichtarmee den Vorzug gegeben, jedenfalls auf 18 Monate beharrt (vgl. Richard Jaeger am 4. Juli 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8588–8592).

Standpunkt vertreten hat, daß es ein Verbrechen ist, junge Leute mit sieben Wochen Ausbildung an die Front zu schicken, wie das jahrelang bei uns geschehen ist.

Ich bin durchaus der Meinung, daß für die Länge der Dienstzeit die sachliche Entscheidung den Ausschlag geben sollte und nicht politisch-taktische Überlegungen. Ich bin nicht sehr bereit, allen Experten-Urteilen a priori zu glauben, deren Theorie von heute nicht ganz im Einklang steht mit der Courage ihrer Praxis von damals. (*Berendsen:* Das war nicht sehr sachlich! Wenn einer einen Fehler gemacht hat ...) Ich habe gesagt, man solle die Dinge von der sachlichen Seite und nicht allein von taktischen Überlegungen aus betrachten. Ich glaube, daß ich, ohne einen Zornausbruch zu provozieren, zum Ausdruck bringen darf, daß für mich das sachliche Urteil derer, die heute diese Forderungen stellen und früher in verantwortlichen Militärpositionen diese Forderungen nicht gestellt haben, nicht allein gültig ist. Ich habe mich sehr bescheiden ausgedrückt, Herr Kollege Berendsen.

Berendsen: Diese Forderung ist permanent gestellt worden. Sie ist immer wieder abgelehnt worden von Adolf Hitler. Es sind viele Leute deshalb gegangen. Der General Müller-Hillebrand[72] ist deshalb aus dem Heer ausgeschieden, weil er sagte: Was geschieht, kann ich nicht verantworten. Das darf ich nur noch einfügen.

Strauß: Herr Manstein[73] ist nicht wegen der Länge der Dienstzeit, sondern aus anderen Gründen ausgeschieden. Herr Müller-Hillebrand hat nicht dazugehört.

Ich darf zur Frage der Umrüstung, um kein falsches Bild aufkommen zu lassen, einiges zur Klärung der Tatsachen und der Definition sagen. Der Begriff „Umrüstung" ist ohne Zweifel, was die Aufgaben des Heeres oder der Wehrmacht im klassischen Teil anbetrifft, von dem dazu berufenen Generalstabsoffizier richtig umrissen[74] und von Herrn Berendsen bestätigt worden. Ich bitte aber, das Wort „Umrüstung" nicht allein auf die veränderte Ausbildung zu beziehen, sondern der Begriff „Umrüstung" geht auf die Prinzipien der alliierten Kriegführung und auf die Prinzipien insbesondere der angelsächsischen Kriegführung zurück.

So schlecht, Herr Kollege Berendsen, wie das englische Heer nach Ihrer Ansicht war, habe ich es nicht empfunden, sonst hätten sie den Krieg nicht gewonnen. Die alliierte Kriegführung war schon im letzten Kriege in erster Linie darauf abgestellt, die

---

72 Burkhard Müller-Hillebrand (geb. 1904), Berufsoffizier seit 1923, war noch am 1. September 1944 zum Chef des Generalstabs der 3. Panzer-Armee ernannt worden, bei Kriegsende Generalmajor, 1956 Brigadegeneral in der Bundeswehr, 1961 Generalleutnant (DERS.: Das Heer 1933–1945. 3 Bde. Darmstadt 1954, 1956, 1969). Möglicherweise liegt Verwechslung vor mit Vinzenz Müller (geb. 1894), Juli 1944 Kapitulation bei Minsk, Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland" und des „Bundes Deutscher Offiziere" in der Sowjetunion, nach 1945 DDR.

73 Fritz Erich von Lewinski gen. von Manstein (1887–1973), seit 1906 Offizier, 1942 Generalfeldmarschall, 1944 wegen Kritik an der Wehrmachtsführung entlassen, 1949 von einem britischen Militärgericht zu 18 Jahren Haft verurteilt, 1953 entlassen.

74 Vgl. Artikel von Manstein in der „Welt" vom 4. September 1956; Auszug in UiD vom 13. September 1956.

strategischen Kraftquellen des Gegners zu vernichten und die Moral der Bevölkerung und der Truppe zur Kriegführung zu brechen. Sie war erst in zweiter Linie darauf abgestellt, durch militärische Operationen der Verbände zu Lande und zur Luft Erfolge einzuheimsen. Es ist überhaupt keine – leider oder Gott sei Dank – voll kampffähige deutsche Wehrmacht in der zweiten Phase des Zweiten Weltkrieges mit angelsächsischen Truppen in Berührung gekommen. Wir haben nur Teile an den Feind gebracht, und diese Teile waren nicht mehr in dem Umfang ausgerüstet und nicht so bewegungsfähig, wie es notwendig gewesen wäre. (*Berendsen:* Wir haben es 1940 gemacht!) Ja, aber das – ich möchte keine historischen Reminiszenzen hier hineinbringen –, was wir 1940 haben machen können, lag daran, daß in Frankreich völlig veraltete Vorstellungen im Maginot-Denken[75] geherrscht haben und daß die Engländer dem Diktator Hitler zu lange geglaubt und daher zu spät aufgerüstet haben. Das aber nur nebenbei.

Derselbe Gedanke der strategischen Kriegführung, d.h., die Umstellung von der Kriegführung mit militärischen Verbänden und ihren Waffen auf eine eigentlich außerhalb der klassischen Dreiteilung – Luft, Land, See – liegenden Sonderwaffe liegt den amerikanischen Überlegungen nach dem Zweiten Weltkrieg zugrunde, und hier hat sich ... (*Zimmer:* Das Thema wird zu weitgehend behandelt!) Wenn nicht darüber gesprochen werden soll, dann höre ich auf! *(Unruhe und Bewegung.)*

Gerstenmaier: Lieber Franz Josef! Du bist Sachverständiger. (*Strauß:* Du hast den Komplex angeschnitten!) Ja, aber ich wollte für meinen Laienverstand etwas wissen, das ist die Frage, die vom Herrn Bundeskanzler positiv beantwortet worden ist. Herr Bundeskanzler, Sie haben – meines Wissens zum ersten Mal vor einem größeren Kreis – gesagt: Wir rüsten unsere Soldaten mit atomaren Waffen aus, wenn wir sie haben und wenn die Zeit dazu gekommen sein wird. Das ist die Konsequenz von dem, was Sie im zweiten Teil Ihrer Rede gesagt haben. Wenn nun die deutsche Armee mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden könnte, wie es jetzt offenbar bei der USA-Armee der Fall ist ... (*Berendsen:* Ist nicht der Fall!) Entschuldigen Sie, mir ist gesagt worden, seit dem 12. April 1956! (*Bewegung und Unruhe. – Zuruf:* Ist nicht richtig!) Wenn das so wäre, würde es dann notwendig sein, eine deutsche Armee mit 500.000 Mann und den dazugehörigen Waffen aufzustellen? Das ist meine Frage.

Adenauer: Ich darf Ihnen darauf antworten: 1. Die Amerikaner wollen jetzt in einem kolossalen Tempo unter Aufbietung sehr erheblicher Mittel die ganze nukleare Technik weiterentwickeln. Wann sie soweit sein werden, kann kein Mensch sagen. Sie müssen aber unterscheiden zwischen – ich weiß keinen besseren Ausdruck – großen und kleinen nuklearen Waffen. Die großen sind da. Die kleinen sind noch

75 André Maginot (1877–1932), französischer Politiker; 1922–1924 und 1929–1932 Kriegsminister. Das nach ihm benannte, 1929–1932 gebaute Befestigungssystem an der Nord-Ost-Grenze Frankreichs förderte ein defensives militärisches und politisches Denken in Frankreich (Volker WIELAND: Zur Problematik der französischen Militärpolitik und Militärdoktrin in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Boppard 1973).

nicht vorhanden. Die müssen erst entwickelt werden. Nun steht man bei der Westeuropäischen Union – ich bitte Sie aber, das vertraulich zu behandeln –, die in der vorigen Woche eine Sitzung deswegen gehabt hat, auf dem Standpunkt: Es ist für uns unerträglich, daß nur zwei Mächte in der Welt im Besitz der großen nuklearen Waffen sind. Ein Standpunkt, der durchaus richtig ist und den wir den Amerikanern nach der Präsidentenwahl, wenn sie wieder Ohren haben zu hören, sehr deutlich sagen müssen. Das ist die eine Frage. Was es dann gibt, müssen wir abwarten.[76]

Das zweite sind die kleinen nuklearen Waffen, die entwickelt werden müssen. Ob wir an eine solche Entwicklung auch herangehen, das muß sich zeigen; das wissen wir noch nicht. Aber wenn diese kleinen nuklearen Waffen wirklich da sind, dann wird die Feuerkraft so groß sein, daß man mit weniger Menschen auskommen wird. Aber deswegen jetzt keine Einziehungsbefehle vorzunehmen, das wäre nach meiner Meinung völlig falsch; denn wir stehen auf dem Standpunkt, lieber Herr Gerstenmaier, daß wir jeden Augenblick – machen Sie sich das klar – darauf gefaßt sein müssen, daß von der Tschechoslowakei oder von der DDR aus irgendwelche Infiltrationen, Aufstände oder sonstwas kommen. Und dem haben wir überhaupt nichts entgegenzusetzen.

Sie wissen, daß ich kein Militarist bin, aber das eine muß ich sagen, ein Staat, der überhaupt keine Wehrmacht hat, ist kein Staat.

Gerstenmaier: Dazu sage ich ohne weiteres ja, aber, Herr Bundeskanzler, würden Sie es als unehrerbietig empfinden, wenn ich an den Herrn Atomminister ausdrücklich die Frage stelle, ob ihm nicht bekannt ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Armee schon jetzt mit sogenannten taktischen atomaren Waffen ausrüsten?

Strauß: Man hat es vielleicht nicht angenehm empfunden, daß ich mich zu dieser Frage geäußert habe. Ob das richtig oder falsch war, wollen wir an einer anderen Stelle überlegen. Wenn ich mich bemüht habe, hier in diesem Gremium die Dinge zu erläutern, und diese Erläuterung wurde als zeitraubend empfunden, dann bitte ich Sie, mir nicht übelzunehmen, daß ich meine Ausführungen abgebrochen habe. (*Zimmer:* Nur im Rahmen der heutigen Tagung!) In der Tagesordnung ist dieses Thema doch angeschnitten. Ich habe auch geduldig zugehört und wollte dazu etwas äußern, was sicherlich in den meisten Punkten mit dem vorher Gesagten übereinstimmt, aber in einem Punkt nicht übereinstimmt. (*Adenauer:* Sagen Sie den Punkt!) Ich habe gesagt, die Frage der Umrüstung betrifft nicht die Umrüstung der bestehenden Wehrmacht-Organisation, die ständig modernisiert werden muß. Die 60.000 Mann, die wir haben, sind ein Bruchteil dessen, was wir aufstellen müssen. Die bisherige Planung war gerechtfertigt, und es gibt keinen Grund, sie aufzuschieben, bis die Umstellung in den USA stattfinden wird oder stattgefunden hat.

76 Zur Diskussion um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr vgl. SCHWARZ 1 S. 356–363; PÖTTERING S. 91–96; Dieter MAHNKE: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970. Berlin 1972.

Es gibt mit Ausnahme der Atomgeschütze und drei raketenartigen Fernwaffen, die zwischen 30 und 250 km schießen, noch kein Handgerät, das das Projektil mit Atomkraft absenden kann. Daran arbeiten sie. Ich habe drüben bei dem zweimaligen Besuch in der Atomkommission von den Versuchen mit den kleiner werdenden Projektilen gehört. Die gibt es noch nicht.

Der Begriff „Umrüstung", wie ihn die Amerikaner verstehen und wie er von uns mißverstanden wird, ist eine völlige Umstellung des Kriegsdenkens, eine völlige Umstellung der Prinzipien der Kriegführung und eine Rückkehr zu den nicht ungefährlichen Grundsätzen, daß man alles auf eine Karte setzt durch eine Steigerung des Schreckens, durch eine Steigerung der Zerstörung bis zur völligen Vernichtung der Erde mit der Möglichkeit, die gesamte Erde für fünf Jahre unbewohnbar zu machen.

Man will aber einen Krieg im großen Maßstab, bei dem beide Seiten aufs Letzte gehen, ausschließen. Und dem dienen z.Z. die russisch-amerikanischen Abrüstungsgespräche. Es gibt ein geheimes Abrüstungsmemorandum des Herrn Dulles, das er in den letzten Tagen offensichtlich dem Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen vorgelegt hat[77], und man scheint sich zwischen den USA und der Sowjetunion weithin hinter den Kulissen, aber auch in einem Kampf, der sich auf der Vorderbühne abspielt, über die Frage der Einlagerung der strategischen Waffen und einer entsprechenden Kontrolle dieser Einlagerung zu einigen, weil beide vor den Konsequenzen dessen, was sie zu schaffen begonnen haben, Angst bekommen!

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die Dreifachbombe – bestehend aus einer Uranbombe, einer Wasserstoffbombe und einem Kobaltmantel – eine verstärkte radioaktive Wirkung um das 500- bis 1.000fache hat, die einen Bereich von 200 Quadratmeilen erfaßt. Eine einzige Bombe! Die haben sie bereits. Die USA haben schon 10.000 bis 15.000 Atombomben oder den Brennstoff dafür. Sie haben mindestens 500 Wasserstoffbomben, von denen jede eine Fläche von 200.000 qm bestreicht. Durch eine solche Bombe wird das betreffende Gebiet bis zu fünf Jahren so verseucht, daß es ohne besondere Schutzmaßnahmen weder von Zivilisten noch von Soldaten noch von irgendeinem Tier betreten werden kann, abgesehen davon, daß die Vegetation abstirbt. Damit hat sich der Krieg als solcher in der alten Art überlebt, und der Sieg ist für beide Seiten sinnlos geworden.

Unsere Sicherheitsvorstellungen beruhen darauf, daß man sowohl taktische wie strategische Atomwaffen hat. Was früher ein Flugzeuggeschwader von 2.000 Maschinen trug, kann man heute in einem einzigen Bomber unterbringen. Es gibt Wasserstoffbomben mit einer Sprengkraft von 50 Millionen Tonnen Trinitrotoluol[78]. Es besteht kein Zweifel, daß die Russen sie vier Monate vor den Amerikanern

77 Ein derartiger Vorschlag konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise waren allgemeine Abrüstungsvorstellungen der Eisenhower-Administration gemeint (vgl. dazu AMBROSE S. 343f.).

78 In der Vorlage: Nitrotoluol.

hatten.[79] Ob das durch Spionage kam, weiß ich nicht. Jedenfalls haben die Russen das Prinzip erfunden, wonach die Wasserstoffbombe tragbar gemacht werden kann, während die Amerikaner bei ihren ersten Bomben kein Mittel hatten, um sie an den Feind zu bringen. Das Problem ist jetzt gelöst.

Für unsere Sicherheitspolitik entsteht die Frage: Welche Konfliktmöglichkeiten gibt es noch in Zukunft? Da gibt es zweierlei: Zunächst den Atomüberfall einer Macht auf die andere mit zwei Stunden Vorsprung, und der andere ist so gut wie ausgelöscht. Nun geht das Bestreben beider Mächte dahin, dem anderen klarzumachen, ich kann zwar deinen Überfall nicht verhindern, aber du kannst meine Fähigkeit zum Gegenschlag mit deinem Überfall auch nicht vernichten. Selbst wenn du die Masse der Bevölkerung und auch meine Industrie kaputtgeschlagen hast, hindert mich das nicht, daß zwei Stunden später bei dir genau dasselbe passiert. Das ist das, was man die pax atomica nennt. Die Entscheidung liegt nicht mehr in der Entschlossenheit der Völker, ob sie mitmachen oder nicht, sondern das ist nur noch eine Angelegenheit der Techniker und der Militärfunktionäre.

Wenn nun diese Möglichkeit des Krieges gänzlich ausgeschlossen wird, dann rechnen die Sowjets damit, daß sie nunmehr wieder bestimmte Möglichkeiten haben und limitierte Konflikte à la Korea, Indochina, Ägypten, Israel oder jetzt Suezkanal unternehmen können, die von der Gegenseite noch lange nicht eine Atom-Revanche auslösen können, weil man vor den Konsequenzen Angst hat. Darum muß ein bestimmtes Maß – über die Größenordnung kann man streiten – an konventionellen Truppen vorhanden sein. Ich warne aber vor der Annahme, daß ein großer Krieg mit konventionellen Waffen und taktischen Atomwaffen noch möglich sei. Wenn eine Atombombe im Maßstab von Hiroshima auf eine Stadt fiele, so würde das 300.000 Tote auf einen Schlag kosten, und ob da noch eine Grenze gezogen werden kann zwischen strategischer und taktischer Kriegführung, das möchte ich bezweifeln. Da geht eines in das andere über.

Wir müssen das Maß abstecken bis zu dem Punkt, an dem sich die Großmächte – für uns die USA und Großbritannien – an der Atombewaffnung beteiligen. Wir dürfen nicht den Zustand erreichen, daß man sagt, die Kolonialvölker sind die Infanteristen, die konventionelle Konflikte ausfechten müssen. Drüben hat man mir – ich bitte, das in diesem Kreise zu belassen – gesagt, die Engländer haben offensichtlich die Vorstellung, daß die USA unter dem Druck ihrer öffentlichen Meinung und unter der Angst vor einer sowjetischen Reaktion bereit seien, ihre Sicherheitsbereitschaft zwar nicht aufzugeben, aber ihre Sicherheitsgarantie auf bestimmte Fälle zu beschränken. Und für diesen Fall will Großbritannien offensichtlich nicht allein von der Washingtoner Entscheidung in seiner Sicherheit abhängig sein; es will weder von der Hilfsbereitschaft des einen noch von der Gnade des anderen leben. Man will eine Militärmacht wenigstens des Umfanges werden, daß die Sowjets davor Respekt haben und die Amerikaner ohne sie keine größeren Entscheidungen treffen.

79 Erste Zündung in den USA im November 1952.

Welchen Weg wir Deutschen in dieser Zukunftsperspektive einnehmen sollen, das muß der Inhalt der Überlegungen sein, die unabhängig vom Aufbau der Bundeswehr angestellt werden müssen. Ich möchte kein Wort gegen den Plan, der von einem gewissen Limit spricht, sagen, aber diese Überlegungen müssen sofort eingeleitet werden, weil diese ganze Angelegenheit das Ergebnis einer zehnjährigen wissenschaftlichen Entwicklung ist und wir lange Zeit brauchen werden, bis wir das einholen, was Großbritannien z.Z. hat. Das ist der ganze Sinn dessen, dem unsere Resolution dient und um dessen gründliche Überprüfung wir bitten.

Adenauer: Herr Kollege Strauß! Ich bin in zwei Punkten in den letzten Tagen von Stellen – keine deutschen Stellen –, die es wissen können, etwas anders unterrichtet worden, und zwar zunächst einmal das sehr Wesentliche, daß Großbritannien zu der Erkenntnis gekommen sei, nicht mehr in der Lage zu sein, die finanziellen Mittel aufzubringen, um sich in den Wettlauf zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten einzuschalten. Die Amerikaner sehen in ihren nächsten Haushaltsplänen für die nuklearen Waffen eine ungeheuer große Summe vor. Ich habe sie nicht gegenwärtig, sie ist mir von dem amerikanischen Luftfahrtminister[80] gesagt worden; sie ist so hoch, daß Großbritannien hier einfach nicht mehr mitkommt. Deswegen werden sich höchstwahrscheinlich einige Staaten, einschließlich Großbritannien, in der Westeuropäischen Union dagegen wenden, daß die beiden Großmächte Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten allein die großen nuklearen Waffen haben und damit die ganze Welt beherrschen.

Die zweite Sache ist weniger wichtig. Mir ist gesagt worden – wie ich annehmen darf, ebenfalls von kompetenten Amerikanern –, daß bei den nuklearen Großkriegen nicht die ersten Stunden – Sie hatten von den ersten Stunden gesprochen –, sondern die erste Woche entscheidend sei. Aber in einem haben Sie völlig recht, das ist die jetzige Absicht einiger maßgebender, aber nicht absolut maßgebender, amerikanischer Stellen, durch die Weiterentwicklung der nuklearen Waffen einen nuklearen Krieg derart furchtbar zu machen, daß keiner ihn beginnen wird, um auf diese Weise dann schließlich doch eine Abrüstung zu erzwingen. Ob das gelingen wird, kann ich nicht beurteilen.

Strauß: In dieser Erkenntnis wollen die Engländer 1. von uns den Beitrag haben, den wir für dieses Jahr zahlen wollen – möglicherweise wollen sie für die weiteren Jahre noch einiges dazu haben –, und 2. wollen sie ihre konventionellen Streitkräfte bis zum letzten verantwortlichen Maß reduzieren, um den Rest für ihr nukleares Programm übrig zu haben. Man darf sich allerdings von den amerikanischen Größenordnungen nicht erschrecken lassen; denn die Versuche in den USA sind z.B. viel kostspieliger und umfangreicher als die Versuche in England. Das geht vom Atomkraftwerk aus, das die Engländer viel billiger bauen als die Amerikaner, und zieht sich hinweg durch alle Gebiete. So haben die Amerikaner für ein Werk, das die Herstellung von Energiematerial betreibt, eine Summe von 800 Millionen

80 Vermutlich Donald Aubrey Quarles (vgl. Anm. 22).

Dollar ausgegeben, was nach der Berechnung, die jetzt innerhalb der EURATOM vorgenommen wurde, in Europa etwa 600 bis 700 Millionen kosten würde, und zwar unter Ausnutzung der amerikanischen Erfahrungen.

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß wir in unserer Aufstellung weiter fortfahren müssen. Das andere müssen wir abwarten.

Rehling: Wir tragen in erster Linie die Verantwortung für die Aufstellung der neuen Wehrmacht, und ich muß sagen, daß es mich zunehmend mit Empörung erfüllt hat, wenn man von den Ausschreitungen gegen die Angehörigen der Wehrmacht hörte. Ich meine, es wäre auch eine Pflicht unserer Partei, einmal mit aller Deutlichkeit und Offenheit gegen diese Ausschreitungen vorzugehen.[81] Ich jedenfalls fühle mich nicht mehr recht in der Lage, in Frauenversammlungen Verständnisbereitschaft der Mütter für die Notwendigkeit des Dienstes ihrer Söhne bei den Soldaten zu wecken, wenn sie etwa die Befürchtung haben müssen, daß die Söhne durch solche Elemente, wie es sie leider gibt, lazarettreif verprügelt werden. Wir sollten betonen, daß wir alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen, um diese Ausschreitungen ein für allemal unmöglich zu machen.

Noch ein Zweites! Ich habe in Versammlungen beobachtet, daß die Reaktion auch in den Kreisen unserer Parteimitglieder auf die Ankündigung, daß SS-Angehörige bis zum Range eines Oberstleutnants in die Wehrmacht aufgenommen werden sollen, ganz außerordentlich scharf ablehnend ist. Mir ist gesagt worden, daß daraufhin Offiziere der früheren Wehrmacht, die sich schon gemeldet hätten, ihre Bewerbung zurückzögen. Frau Brauksiepe zeigte mir vorhin einen Brief von einem Kölner CDU-Wähler, in dem es heißt: Für mich und meine Söhne ist ein Dienen in der Bundeswehr, in der diese SS-Angehörigen aufgenommen werden, nicht mehr möglich. Ich meine also, wir müßten zu diesen Dingen irgend etwas sagen.

Adenauer: Wir wollen die Diskussion teilen. Wir müssen zunächst die Frage der Dienstzeit und was damit zusammenhängt abschließen. Dann kommt an zweiter Stelle die berechtigte Klage von Frau Rehling wegen der rohen Angriffe auf Truppenangehörige, und an dritter Stelle kommt die SS-Frage. Es ist höchste Zeit, daß wir über den ersten Punkt etwas an die Presse geben.

Berendsen: Ich schlage vor:

„Der Bundesvorstand bekannte sich heute nach eingehender Aussprache zur Frage der bisher beschlossenen Wiederbewaffnung wie folgt: Die Dauer der Wehrpflicht soll nach Ansicht des Vorstandes in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen und der Sicherstellung der eigenen Sicherheit so bemessen werden, daß die Kampfkraft der Bundeswehr das höchstmögliche Maß erreicht. 12 Monate Dienstzeit könnten nach Ansicht der Fachleute unter gleichzeitiger Einführung gewisser Ausgleichsmaßnahmen ausreichen."

---

81 Bericht über die fast täglichen Zusammenstöße mit Soldaten in FAZ vom 13. September 1956; vgl. auch die Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 11. September 1956 in UiD vom 20. September 1956.

Adenauer: Ich würde dringend abraten, etwas Derartiges der Presse zu übergeben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir dürfen unter keinen Umständen in den Verdacht kommen, daß wir als Bundesparteivorstand in einer so entscheidenden militärisch-technischen Frage eine Direktive geben. Dazu sind wir nicht kompetent. Deswegen würde ich bitten, das alles herauszustreichen. Hier ist noch ein Entwurf. Ich kenne ihn nicht. Ich würde mich darauf beschränken zu sagen, daß der Bundesparteivorstand den Vortrag des Verteidigungsministers entgegengenommen hat, und dann hinzufügen, daß sich auch der Bundesminister für Atomfragen zu dem ganzen Fragenkomplex geäußert habe. Der Bundesparteivorstand erwarte, daß die vorgetragenen Anregungen in der zu erwartenden Vorlage ihren Niederschlag fänden. Mehr würde ich nicht sagen. Ich möchte vermeiden, daß uns einmal nachgesagt werden kann: Ihr habt als Politiker die Militärs genötigt, das und das zu tun, wozu sie im Grunde nicht bereit waren. Ich möchte diese Verantwortung den Militärs überlassen. (*Blank:* Und die Koalitionspartner nicht verärgern!)

Krone: So einfach geht es nicht! Herr von Hassel hat ein Wort dazu gesagt in der Öffentlichkeit, und Herr Arnold hat von 12 Monaten gesprochen.[82] Die CSU hat es auch getan, und Lenz und Jaeger auch, und auch die Koalition! (*Adenauer:* Die Koalition hat es nicht getan! – *Kaiser:* Hellwege! – *Unruhe.*)

Adenauer: Herr Hellwege ist desavouiert worden von seiner Partei. Es ist erklärt worden, daß er für seine eigene Person gesprochen hätte. Wir dürfen die kleinen Koalitionspartner nicht vor den Kopf stoßen. (*Krone:* Ich meine nur, die Frage kommt am nächsten Montag an die Fraktion heran, und wir können ihr nicht ausweichen.) Lieber Herr Krone! Sie ist zunächst im Kabinett mal dran! (*Krone:* Dann hätten Sie verhindern müssen, daß die Herren von Hassel und Arnold etwas darüber in der Öffentlichkeit gesagt haben!) Lieber Herr Krone! Von mir werden Sie nichts in der Öffentlichkeit darüber gehört haben. Ich habe geschwiegen.

Albers: Diese Frage spielt heute innerhalb unserer Wählerschaft und im ganzen Volke eine außerordentlich große Rolle. Wir kommen nicht daran vorbei, auch mit Rücksicht auf die Erklärungen der SPD und der FDP, hier etwas zu formulieren und herauszugeben, was Anlehnung findet an das Vorgebrachte und was auch unseren Wahlkampf erleichtern wird. Wenn wir heute keine Stellung beziehen, Herr Bundeskanzler, dann sehe ich für den Ausgang der Wahl schwarz.

Adenauer: Lieber Herr Albers! Lassen wir wirklich die Kirche im Dorf! Spätestens in der nächsten Woche wird der Öffentlichkeit eine Kabinettsvorlage mit Begründung zugängig gemacht werden. Bis dahin sind die Wahlen noch nicht verloren. Die Vorlage geht dem Bundesrat zu; sie kann auch dem Bundestag zugestellt werden, und zwar mit einer ausführlichen Begründung. Lassen Sie sich bitte durch die Agitation der SPD nicht in den Geruch bringen, daß wir das aus Propagandagründen machten.

---

82 Arnold am 15./16. September 1956 vor der Jungen Union Rheinland in Königswinter und von Hassel in Kiel (FAZ vom 17. September 1956).

Ich habe die Herren dringend darum gebeten, nun endlich eine Vorlage zu machen, die vor der Öffentlichkeit bestehen kann. Die erste Vorlage war nichts wert. Dazu habe ich gesagt, das ist ein Brief eines Leutnants an einen Leutnant. Ich will keinem Leutnant zu nahetreten, Herr Meyers! (*Meyers:* Ich war Hauptmann! – *Heiterkeit.*) Es ist eine solch wichtige Frage, daß man es nicht der Öffentlichkeit übergeben kann, ohne eine ausführliche Begründung dazu zu geben, die das Ganze wirklich verständlich macht. Warten Sie deswegen die paar Tage noch ab.

Warum wollen Sie sich, Herr Krone, nicht darauf beschränken zu sagen, daß der Bundesparteivorstand den Vortrag der beiden Herren entgegengenommen hat, daß mit großem Ernst das Thema nach allen Richtungen erörtert worden ist und daß in der nächsten Woche die Kabinettsvorlage mit einer Begründung der Öffentlichkeit zugängig gemacht wird? *(Unruhe.)* Herr Krone, folgen Sie mir mal bitte! In einer so wichtigen Frage – die Sache wird später auch gelesen – dürfen wir nicht so aus der Lamäng etwas machen. Dazu muß eine überzeugende Begründung gegeben werden. (*Krone:* Ich war nicht für die 12 Monate!) Sie haben gesagt: Es läßt sich nicht mehr durchführen. (*Krone:* Nachdem es sowieso hinfällig geworden war!)

Lenz: Wir könnten eine Formulierung finden, die etwas mehr bringt. Wir erwecken sonst den Eindruck der Unsicherheit. Wir könnten sagen:

„Der Bundesparteivorstand bittet zu prüfen, ob nicht eine kürzere Dienstzeit unter Wahrung der notwendigen Kampfkraft möglich erscheint."

Adenauer: Ich würde nicht sagen, der Parteivorstand bittet zu prüfen, sondern: Im Parteivorstand wurden bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Man solle prüfen, das ... (*Lenz:* Gut!) Halten Sie bitte den Parteivorstand von einer absoluten Einwirkung auf die Kabinettsvorlage heraus! Bei der Besprechung, die wir gehabt haben, habe ich den Herren gesagt, nachdem Herr Speidel zuerst gesprochen hatte, jeder von ihnen habe das Recht, eine andere Meinung geltend zu machen, nicht die Meinung des Herrn Speidel, auch nicht die Meinung des Verteidigungsministers, jeder solle seine Meinung sagen. Ich habe ihnen weiter gesagt, sie müßten auch die politische Seite sehen und untersuchen, wie ein Ausweg möglich sei, aber die Verantwortung dafür müßten wir den Militärs überlassen. (*Blank:* Die übernehmen wir auch, nur dürfen wir nicht in den Geruch kommen, als seien wir heute hier gezwungen worden, uns erst jetzt vernünftige Gedanken zu machen!) Dann dürfen Sie dem hier gemachten Vorschlag nicht zustimmen! (*Blank:* Nein, aber Ihrem Vorschlag!) Es muß gesagt werden, daß die Kabinettsvorlage mit Begründung vor dem Abschluß steht und daß sie in dieser Woche vorgelegt werden soll, daß Anregungen nach verschiedenen Richtungen aus dem Parteivorstand gegeben worden sind, die bei der Beurteilung der ganzen Frage Beachtung finden werden.

Bach: Ich kann verstehen, daß die Sache zuerst durch das Kabinett der Öffentlichkeit übergeben wird. Auf der anderen Seite halte ich es für notwendig, daß hier für den internen Gebrauch eine klare Festlegung getroffen wird, die dann, wenn die Kabinettsvorlage gemacht ist, als einheitliche Auffassung der CDU bekanntgegeben wird.

Worunter wir bisher gelitten haben, waren die verschiedenen privaten Meinungen. Wir müssen nächste Woche eine einheitliche Meinung des Bundesparteivorstandes bekanntgeben.

Adenauer: Lieber Herr Bach! Das Wesentliche bei der Kabinettsvorlage ist doch die Begründung. Ich darf nochmals wiederholen. Wir haben bisher die Meinung vertreten: 18 Monate. Nun nehmen wir eine Schwenkung vor. Das müssen wir doch sachlich begründen in der Vorlage, damit man uns nicht nachsagen kann: Aha, weil die Sozialdemokratie den Spektakel angefangen hat! Ich lege auf die Begründung entscheidenden Wert, Herr Blank. Die Begründung muß überzeugend sein für die Änderung unserer bisherigen Haltung.

Bach: Ich bin der Ansicht, nachdem die Begründung gegeben ist ... (*Adenauer:* Sie ist noch nicht gegeben!) Herr Bundeskanzler! Ich will heute keine Erklärung. Ich will zuerst die Erklärung des Bundeskabinetts mit einer eingehenden Begründung. Dann muß nach dieser Erklärung festgestellt werden, daß der Bundesparteivorstand dahintersteht, damit nicht private Erklärungen herausgegeben werden können.

Adenauer: Das ist ganz klar. Wenn nun der Bundesparteivorstand – wobei offenbar die große Mehrheit dafür ist – meint, daß es mit 12 Monaten gemacht werden soll, auch wenn es etwas mehr kostet, und wenn das in einer Kabinettsvorlage eine überzeugende Begründung gefunden hat, dann ist das communis opinio des Parteivorstandes. Das können wir natürlich sagen. Ich möchte Ihnen, Herr Bach und Herr Krone, sagen, obwohl ich auf die Rechte des Kabinetts Wert lege, ist mir das nicht entscheidend; entscheidend ist mir die Begründung in einer solchen Frage, in der wir auch vor dem Ausland eine große Verantwortung übernehmen. Es muß bei der NATO, und wo es sonst sei, gesagt werden können, das sind keine parteipolitischen Geschichten, wir haben uns auch nicht von der Propaganda der SPD drängen lassen, sondern unsere militärischen Sachverständigen haben uns davon überzeugt, daß es möglich ist, das gesteckte Ziel in dieser Weise zu erreichen. Das ist nach meiner Meinung entscheidend.

Strauß: Man sollte eine Brücke bauen, daß man auf der einen Seite das Gesicht nicht verliert, wenn man den bisherigen Standpunkt aufgibt, und auf der anderen Seite zu einer Möglichkeit kommt, die 12 Monate zu rechtfertigen. Ich möchte daher folgende Formulierung vorschlagen:

„Der Bundesparteivorstand bittet die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion zu prüfen, welche Dienstzeit für die nationale Sicherheit und für die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen ausreicht, und unter diesem Gesichtspunkt die Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen."

In einem zweiten Satz könnte man dann die Kabinettsvorlage mit der Begründung erwähnen.

Adenauer: Dann würden wir gerade das tun, was wir nicht tun dürfen. Wir dürfen nicht von diesem Tisch aus die Direktive geben: 12 Monate, sonst geben wir den Sozialdemokraten das billige Agitationsmittel in die Hände: Wir haben den

Parteivorstand der CDU dazu gezwungen. Ich möchte aber gezwungen werden durch die Militärsachverständigen.

Strauß: Dann muß ich wohl chinesisch geredet haben! *(Widerspruch und Unruhe.)* Ich habe gesagt: „... zu prüfen, welche Dienstzeit für die nationale Sicherheit und für die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen notwendig ist, und unter diesem Gesichtspunkt die Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen." *(Anhaltende Unruhe.)*

Von Hassel: Ein Wort zu Herrn Krone! Wir sind sehr froh, daß die Presse bisher keine Arithmetik angestellt hat, sonst würde sie sagen, das ist alles dummes Zeug, denn der Bundesrat bringt alles zum Scheitern. Ich habe den Herrn Bundeskanzler von der Auffassung des Bundesrates unterrichtet, daß wir nämlich mit Sicherheit die 18 Monate nicht durchbekommen. Nun habe ich hier eine sehr vorsichtige Formulierung für die Öffentlichkeit, die ich einmal vorlesen darf:

„Auf einer Nachmittagssitzung befaßte sich der Bundesvorstand der CDU nach Referaten des Bundesverteidigungsministers und des Bundesministers für Atomfragen auch mit dem Gesetz über die Dauer der Wehrpflicht. Er billigte den Grundgedanken des Verteidigungsministers, wonach die Durchführung einer zwölfmonatigen Wehrpflicht unter Aufrechterhaltung der Schlagkraft und unter Benutzung aller modernen technischen Entwicklungstendenzen ermöglicht wird. Eine entsprechende Vorlage der Bundesregierung wird in Kürze erwartet."

Damit ist der Gedanke des Verteidigungsministers gebilligt. Es ist kein Gedanke der Partei.

Adenauer: Meine verehrten Herren! Der Verteidigungsminister ist mir hoch und heilig, aber die Generäle sind mir noch höher und heiliger. Ich kann mir nicht helfen. Ich möchte – was auch in Ihrem Interesse liegt, Herr Blank, und für uns entscheidend ist – die Ansicht der Generäle festnageln. Das möchte ich haben.

Blank: Wie können wir das – und da folge ich Ihnen, Herr Bundeskanzler – von den Generälen verlangen, wenn sie morgen früh in der Zeitung lesen, daß der Bundesparteivorstand beschlossen hat, 12 Monate sind richtig. Es muß doch unser eigenständiges Werk bleiben.

Meyers: Nach allen bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß über die Verhandlungen hier heute abend sowohl die Opposition wie die Presse etwas weiß. Deswegen müssen wir ein Kommuniqué herausgeben, das das Ansehen und die Würde der Sachverständigen und des Bundesparteivorstandes wahrt. Wir haben uns festgelegt für 18 Monate. Wenn wir jetzt plötzlich umschwenken, sollten wir die Zahlen herauslassen und sagen: „... die in der letzten Zeit erörterten Vorschläge".

Von Hassel: Wir müssen sagen: „... die Bundesregierung zu prüfen". Wenn sie nicht zu prüfen hat, ist es eine komische Bundesregierung.

Strauß: Ich darf noch einmal formulieren, meine Damen und Herren:

„Der Bundesparteivorstand bittet die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion, in der Frage der Militärdienstzeit eine Lösung vorzusehen, die den Interessen der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik

Rechnung trägt, und unter diesem Gesichtspunkt die in letzter Zeit gemachten Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen."

Ich fürchte, wenn der Bundesparteivorstand zu diesem in die Welt gesetzten Terminus von 12 Monaten überhaupt schweigt, daß es in der Öffentlichkeit nicht genügend glaubwürdig ist. Und weniger zu sagen als: „... unter diesem Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen die Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen", kann man doch gar nicht.

Meyers: Ich würde sagen: „... die in der letzten Zeit gemachten verschiedenen Vorschläge unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen".

Gerstenmaier: Das Dümmste, was man machen kann, ist ein Kommuniqué zu machen; aber trotzdem beteilige ich [mich] am Kampf der Wagen und Gesänge. Gesagt werden soll nicht die Zahl 12. (*Zurufe:* Doch!) Es hat doch keinen Zweck! Über die Zahl 12 entscheidet die Bundestagsfraktion. Es hat keinen Zweck, das vorwegzunehmen. Ich bin der Meinung des Herrn Bundeskanzlers. Wir sind nicht zuständig.

Adenauer: Darf ich Ihnen eine Schilderung dieser Sitzung geben, die ich mit den Herren vom Verteidigungsministerium einschließlich der Militärs gehabt habe. Die Herren haben mir zuerst erklärt, wir halten nach wie vor 18 Monate für notwendig. Wenn Sie aber der Auffassung sind, wir kommen mit 18 Monaten nicht durch, dann würde sich folgender Ausweg ergeben ... – Wir dürfen daher keine Möglichkeit geben, daß die Herren nunmehr sagen, wir sind durch den Parteivorstand gegen unser besseres Wissen und gegen unsere Überzeugung gezwungen worden. Das möchte ich nicht. Es handelt sich nicht um irgendeine beliebige Sache, sondern um Leben und Tod. Darum handelt es sich. Und da sollen die Militärs die Verantwortung übernehmen und nicht der Parteivorstand.

Gerstenmaier: Ich würde folgendes vorschlagen:

„Der Bundesparteivorstand der CDU prüfte nach Referaten des Bundesverteidigungsministers und des Bundesatomministers in eingehender Aussprache die politische und militärische Entwicklung. In diesem Rahmen wurde erneut die Frage der Dienstzeit erörtert. Der Bundesparteivorstand vertrat die Auffassung, daß die vertretbar kürzeste Dienstzeit bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit und unserer internationalen Verpflichtungen gewählt werden muß."

Adenauer: Ich bin einverstanden; ich glaube, das können wir akzeptieren. (*Zurufe:* Ja!) Herr Blank, wann bekomme ich die Vorlage? (*Blank:* Ich bin bereit, sie am Wochenende zu überbringen.) Ich muß am Montag früh nach Brüssel. (*Blank:* Ich stehe am Sonntag zur Verfügung.) Am Sonntag muß es sein! (*Blank:* Jawohl!)

Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Ein Wort zu der Frage von Frau Rehling! Ich habe nicht den Erlaß herausgegeben, wonach jetzt auch SS-Offiziere eingestellt werden dürfen, sondern der Personalgutachterausschuß, dem kraft Gesetzes übertragen war, Richtlinien über die Einstellung der Soldaten unterhalb des Obersten aufzustellen, hat vor [einem]

Dreivierteljahr diese Richtlinie herausgegeben.[83] Darin steht, daß SS-Offiziere bis zum Oberstleutnant eingestellt werden können. (*Zuruf:* Waffen-SS!) Natürlich! Aber ich habe in jedem einzelnen Falle nach Prüfung der Sachlage die Einstellung des Betreffenden vorzunehmen.

Aufgrund des Soldatengesetzes und Wehrpflichtgesetzes wurde es notwendig, einen Bundespersonalausschuß zu bilden, der auch mit Soldaten besetzt ist. Dieser Ausschuß hat sich diese Richtlinie auch zu eigen machen müssen. Es handelt sich nicht um einen Erlaß, sondern um Richtlinien des Personalgutachterausschusses, wonach die Erlaubnis gegeben werden kann, daß ein ehemaliger SS-Offizier bis zum Range eines Oberstleutnants eintreten kann. Bei unseren 7.200 Offizieren brauchen Sie keine Sorge zu haben. Es ist noch nichts dabei, und wenn mir ein Verdächtiger kommt, habe ich es in der Hand, den Mann zu nehmen oder nicht.

Adenauer: Ein Sohn von mir wäre beinahe per Zufall in die Waffen-SS gekommen, nicht aus freiem Willen, sondern weil er einfach abkommandiert worden war. Er hat diesen Befehl einen Tag zu spät bekommen. Das konnte jedem passieren.

Zimmer: Diese Sache ist nach meiner Meinung leider nicht genügend publizistisch vorbereitet worden, auch nicht von diesem Personalgutachterausschuß. Im Ausland kennt man, wie ich mich erkundigt habe, nicht den Unterschied zwischen SS und Waffen-SS; zum Teil kennt man ihn noch nicht einmal im Inland. Deshalb hätte man diese Angelegenheit durch Propaganda vorbereiten müssen. Vielleicht kann das noch nachgeholt werden.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, es noch nachzuholen. Dann haben wir noch die Angelegenheit zu besprechen, auf die Frau Rehling hingewiesen hat, nämlich die Mißhandlung von Soldaten.

Strauß: In dieser Resolution, die wir der Presse übergeben haben, ist die von uns gewählte Formulierung gegen die Anpöbelung der Soldaten enthalten. Ich bitte Sie, auf einen Punkt Rücksicht zu nehmen. Es sind nicht die Lausbuben, die sogenannten Halbstarken, auch nicht die verhetzten Arbeiter – wie in München, wo einer einem Soldaten einen Ziegelstein auf den Kopf geworfen hat –, sondern die eigentlich Schuldigen sind diese gefährlichen Morgenthau-Leute, die heute in einer Reihe von Redaktionsstuben sitzen. Das sind die intellektuellen Drahtzieher, von deren Hetze sich die Leute auf der Straße hinreißen lassen. Wenn wir eine Resolution herausgeben, sollten wir auf diese Drahtzieher hinweisen, die durch ihre Propaganda gegen das Militär das Handwerk Moskaus ausüben und damit die eigentlich Schuldigen dieser Kampagne geworden sind.

Adenauer: Holen Sie doch bitte mal die Resolution!

---

83 Die „Allgemeinen Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten" vom 13. Oktober 1955 sahen vor, Bewerber der ehemaligen Waffen-SS nach besonderer Prüfung einstellen zu können. Darauf stützte sich der Beschluß des Bundespersonalausschusses vom 2. August 1956 (veröffentlicht im Ministerialblatt des BMVg vom 1. September 1956). – AdG 1956 S. 5974, 5977f.

Blank: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns im Bundesparteivorstand in aller Kürze über das Organisationsgesetz, das die Bundesregierung weitgehend lahmlegen würde, unterhalten müssen. Ich denke an den Vorschlag, den Verteidigungsrat institutionell zu verankern, und stehe unter der Angst, daß man die Dinge in der nächsten Zeit im Parlament an sich reißen wird.[84] Und dann ist das Unglück geschehen.

Adenauer: Ich darf zweierlei sagen: Einmal haben wir sehr viel wichtigere Dinge, die das Parlament machen muß. Das Parlament ist aber so überlastet, daß es sich eine solche Geschichte nicht noch umbinden soll. Zweitens sind es doch alles Versuche, was wir machen. Wir sammeln Erfahrungen. Vielleicht denkt man in einem Jahr in mancher Beziehung ganz anders als heute. Ich würde also den Gedanken von Herrn Blank sehr unterstützen.

Nun darf ich übergehen zu dem Vortrag des Herrn Meyers über Organisationsfragen. Darf ich vielleicht den Anfang machen! Einer muß es ja tun. Wie denken Sie sich, Herr Meyers, die Abstellung der Mängel? Sie haben bisher nur die Mängel festgestellt. Wie wollen Sie nun feststellen, daß die Mängel abgestellt worden sind?

Meyers: Jeder Landesverband ernennt dafür einen Beauftragten, der aufgrund der Analyse und der Erfahrungen diese Mängel abzustellen sucht.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß dann die Landesverbände in der Sache mit der Bundesgeschäftsleitung Hand in Hand arbeiten.

Meyers: Wenn es einer ist, ist es leichter, als wenn es zehn sind. Zehn Leute plus Bundesgeschäftsstelle können gar nicht zusammenkommen, weil die Zeit drängt. Ich möchte, daß wir zunächst die schlimmsten Mängel abstellen, weil das für die Bundestagswahl wichtig ist. Auf die Dauer können wir dann die Verfeinerungen vornehmen.

Adenauer: Wollen Sie das den Landesverbänden allein überlassen, oder wollen Sie eine Kontrolle vornehmen?

Meyers: Ich wollte, daß von jedem Landesverband jemand beauftragt wird, der mit uns zusammen die Dinge bespricht.

Adenauer: Sie haben eben nicht gesagt: mit uns zusammen. Also sind wir damit einverstanden.

Wie ist es mit der Kartei, die geführt wird?

Meyers: Das ist unterschiedlich. In einem Teil der Landesverbände sind die Karteien zum Teil bereinigt, in einem anderen Teil ist man noch nicht soweit, so daß die Karteien nicht immer den richtigen Stand wiedergeben.

Heck: Ich muß etwas härtere Ausführungen machen als Herr Meyers. Bei der Werbeaktion hat sich gezeigt, daß vielfach noch Parteifreunde in der Kartei aufgeführt waren, obwohl sie schon über ein Jahr lang tot waren. Es gab etwa 1.500 Rückläufer „nach Unbekannt verzogen". Wir haben ferner festgestellt, daß die Meldungen über

84 Vgl. BT-Drs. 2341 vom 26. April 1956. – Im Oktober 1955 war durch Kabinettsbeschluß der Bundesverteidigungsrat als Koordinationsausschuß des Kabinetts unter Leitung des Bundeskanzlers eingerichtet worden (vgl. Verteidigung im Bündnis S. 96; SCHWARZ 1 S. 301).

die Mitgliederzahlen, die wir bisher von den Landesverbänden bekommen haben, in krassem Widerspruch zu den Adressen stehen, die sie uns für unsere Aktion zur Verfügung stellen konnten, und zwar beträgt die Differenz Zehntausende.

Ich möchte generell zu den Beschlüssen, die wir bisher hier gefaßt haben, folgendes sagen: Es wird im Bundesparteivorstand verhältnismäßig leicht ein Beschluß gefaßt, aber er wird nicht durchgeführt! Wenn beschlossen wird, es sollen Organisationsbeauftragte ernannt werden, dann wird vielleicht einer ernannt, aber es geschieht nichts weiter. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die politischen Persönlichkeiten in der Führung der Landesverbände stärker als bisher um diese organisatorischen Dinge kümmern; denn die Autorität der Landesgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführer reicht nicht aus, die Widerstände zu brechen, die Herr Meyers heute geschildert hat. Gerade diese Werbeaktion, insbesondere der Brief des Kanzlers an alle Mitglieder[85], hat uns ein sehr exaktes Bild darüber verschafft, wie es in Wirklichkeit in den einzelnen Landesverbänden und Kreisen aussieht.

Es gibt eigentlich nur einen Landesverband, bei dem diese Dinge tadellos in Ordnung sind. Das ist der Landesverband Saar. Dort sind die Mitglieder tadellos erfaßt. Die Mitgliederkartei ist tatsächlich auf dem laufenden. Es ist eine eigene Kartei angelegt, in der die Werbungen registriert und ausgewertet werden. Ich muß dazu hier folgendes sagen: Was hier möglich war und ist, müßte eigentlich überall möglich sein. Ich unterstreiche noch einmal, wenn sich die führenden politischen Persönlichkeiten nicht darum kümmern, ist das Problem nicht zu lösen. Ich muß in diesem Zusammenhang – selbst auf die Gefahr hin, daß ich keine Freunde erwerbe – darauf hinweisen, daß sich die Landesverbände Rheinland und Westfalen geweigert haben, uns die Adressenlisten auszuhändigen! (*Zurufe:* Hört! Hört!) Sie haben uns global angegeben, wir haben soundso viel Mitglieder, aber wir sollten ihnen die Sachen zur Verfügung stellen, dann würden sie für den Versand sorgen. Ich glaube – und ich erlaube mir, das in allem Freimut zu sagen –, daß bei den Landesverbänden Nordrhein und Westfalen die gemeldeten Mitgliederzahlen nicht stimmen.

Adenauer: Das ist eine sehr traurige Feststellung! (*Zurufe:* Sehr wahr! – *Johnen:* Darf ich dazu feststellen, daß bisher an mich überhaupt noch keine Forderung gestellt worden ist!) Dann hat Herr Schreiber[86] sie Ihnen nicht vorgelegt! (*Johnen:* Dann darf man das nicht dem Landesvorsitzenden zur Last legen, sondern nur dem Landesgeschäftsführer!) Ich weiß mir nicht anders zu helfen, als daß wir den beiden Herren Dr. Meyers und Dr. Heck die Vollmacht erteilen, die nötigen Schritte einzuschlagen, damit die Sache endlich in Ordnung kommt. Sind Sie damit einverstanden? (*Zurufe:* Ja! – *Zurufe:* Nein! – *Unruhe.*) Können wir es so machen? (*Krone:* Ich glaube nicht, daß die Landesvorsitzenden damit einverstanden sind; denn sie schütteln die Köpfe und sagen nein!) Wozu? (*Krone:* Zu Ihrem Vorschlag!) Wieso? (*Altmeier:* Wie soll das

85 Vom 3. September 1956 aus Rhöndorf mit Anlage eines vorgedruckten Aufnahmeformulars sowie Fälschung dieses Rundbriefs in ACDP VII-002-AO 278.

86 Hans Schreiber (vgl. Nr. 2 Anm. 43).

vor sich gehen? Wir müssen uns an die in Stuttgart beschlossenen Satzungen halten!) Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor, meine Herren. Die Herren sollen nicht direkt eingreifen, sondern sie sollen sich mit den Landesvorsitzenden in Verbindung setzen und sagen: Wen bestellst du ... usw. Bitte sorge dafür, daß uns nach vier Wochen ein Bericht gegeben wird. (*Altmeier:* Einverstanden!)

Gurk: Ich verweise auf die Beschwerden, die Herr Meyers vorgebracht hat. Ich habe sie bisher nicht gesehen. Geben Sie uns die Beschwerden, und dann wird etwas geschehen!

Adenauer: Ich darf nochmals dazu feststellen: Die beiden Herren sollen nicht etwa den Auftrag bekommen, direkt in die Verwaltung einzugreifen, aber sie sollen in Verbindung mit den Landesvorsitzenden dafür sorgen, daß die Sache in Ordnung kommt. Eventuell können sie uns darüber hier in einigen Wochen Bericht erstatten. (*Zurufe:* Ja!) Dann wollen wir es so halten.

Dann habe ich noch einen Punkt vorzubringen, und zwar handelt es sich um die Studenten an den Universitäten, an den Technischen Hochschulen usw. Die werden nach meinen Erfahrungen von uns außerordentlich stark vernachlässigt, während sich die Sozialdemokraten gerade diesen Schichten in besonderer Weise widmen, weil sie genau wissen, daß später einmal diese Leute einen sehr maßgebenden Einfluß ausüben werden. Es sollte daher auch von uns einmal untersucht werden, was man da machen kann.[87]

Meyers: Ich habe diesen Punkt schon mehrfach beim geschäftsführenden Vorstand vorgebracht. Wir haben uns mit Herrn Heck vor den Ferien drei Tage lang zurückgezogen und diesen Punkt beraten, und zwar mit dem Ergebnis, daß Herr Kiesinger sich besonders um diese Frage kümmern und geeignete Mitarbeiter aus den Reihen der Jugend heranziehen solle.

Adenauer: Ich schätze Herrn Kiesinger sehr, aber er ist derart belastet, daß er das selbst nicht so machen kann. Ich bitte Sie, mit Herrn Kiesinger noch einmal zu überlegen, ob nicht ein kleiner Kreis beauftragt werden kann, sich der ständigen Pflege der Beziehungen zwischen den Studenten und unserer Partei anzunehmen. Ich würde empfehlen, von jeder Hochschule jemand zu nehmen. Ich könnte Ihnen Herren nennen, die das gerne machen, Assistenten usw.

Heck: Herr Bundeskanzler! Wir haben an sämtlichen Hochschulen in der Bundesrepublik die Gruppe des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Es ist vorgesehen, mit dieser Gruppe für das Wintersemester an jeder Universität zwei Veranstaltungen durchzuführen. Die Schwierigkeiten liegen nicht an den Universitäten, sondern daran, daß es uns nicht oder kaum gelingt, die Redner zu bekommen.

---

87 Adenauer setzte sich auf dem Deutschen Notarstag am 21. September 1956 für eine verstärkte Förderung des akademischen Nachwuchses ein (vgl. UiD vom 26. September 1956).

Wir haben in Köln eine Pressetagung durchgeführt.[88] Es waren 60 Journalisten da, aber von den Politikern, die wir eingeladen hatten, haben sich sechs überhaupt nicht entschuldigt, andere haben fünf Minuten vor Beginn abgesagt. Bei diesem „Einsatz" unserer Politiker ist es beim besten Willen nicht möglich, solche Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen. Wir hatten für Köln kleine Zirkel vorgesehen, wo die Journalisten mit je einem Politiker zusammensitzen sollten. Weil aber die sechs Politiker nicht erschienen, blieb nichts anderes übrig, als die Sache ausfallen zu lassen. Glücklicherweise wurde gerade das Fußballspiel gegen Rußland übertragen, so daß wir für die Presse eine angenehme Unterbrechung einschieben konnten.[89] Es tut mir leid, daß mir die unangenehme Aufgabe zufällt, aber ich bin verpflichtet, folgendes zu sagen: Es muß von unseren Politikern ein wesentlich größerer Einsatz als bisher gefordert werden! Man kann nicht alles auf die Kreisgeschäftsführer und die Landesgeschäftsführer abwälzen.

Adenauer: Ich habe mir gedacht, daß das kommen würde, weil ich die Verhältnisse einigermaßen kenne. Ich habe neulich in unserer Bundestagsfraktion hervorgehoben, daß Herr von Brentano in einer Woche jeden Tag drei Versammlungen oder Aussprachen in seinem Wahlkreis abgehalten hat.

Ich meine, wir sollten hier beschließen, daß wir einmal den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion darum bitten, in entsprechender Weise auf die Bundestagsabgeordneten einzuwirken. Aber das genügt nicht. Wir müssen auch die Landesvorsitzenden bitten, bei der Aufstellung der Kandidaten die Verbindung des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis zu berücksichtigen. Das hat nicht nur für die Bundestagsabgeordneten, sondern auch für die Landtagsabgeordneten Geltung; denn nur dann werden manche Herren hellhörig, wenn man ihnen andeutet: Du wirst nicht mehr aufgestellt oder du bekommst Schwierigkeiten.

Können wir das sinngemäß als Beschluß fassen? (*Zurufe:* Ja!) Also eine gewisse Drohung in der Frage der Wiederaufstellung! Ich sehe bei Gott nicht ein, daß ein Abgeordneter, der sich um seinen Wahlkreis überhaupt nicht gekümmert hat, einfach nach vier Jahren wieder aufgestellt wird. Das ist unmöglich. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich habe sogar neulich davon gehört, daß ein jüngerer Bundestagsabgeordneter zu seinem Freund gesagt hat: Ich habe eine Lebensstellung, ich bin Bundestagsabgeordneter.

Albers: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß alle die direkt gewählten Abgeordneten ihre Aufgabe im Wahlkreis – soweit ich das in Nordrhein übersehen kann – erfüllen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß ungefähr zwei Drittel der Abgeordneten in der Fraktion direkt gewählt sind, während ein Drittel über die Liste gekommen ist. Das letzte Drittel hat es verhältnismäßig leicht in der ganzen Angelegenheit. Ich möchte aber nicht ein allgemeines Urteil anerkennen, daß die direkt gewählten Abgeordneten nicht ihre Pflicht erfüllt haben.

---

88 Am 15. September 1956.

89 Das Spiel am 15. September 1956 in Hannover endete mit einer 1 : 2 Niederlage.

Adenauer: Gott segne Ihren Glauben, Herr Albers! Ich habe den Glauben, offen gestanden, nicht. Ein Abgeordneter muß gerade im letzten Jahr vor der Wahl einen intensiven Fleiß in seinem Wahlkreis entfalten. Er muß wissen, daß Bundestagsabgeordneter keine Lebensstellung ist.

Johnen: Ich spreche nicht von den Bundestagsabgeordneten, sondern von den Landtagsabgeordneten. Ich muß dabei etwas überspitzen. Es gibt drei Kategorien von Abgeordneten, und zwar eine, die im Landtag in der Fraktion sicher viel fleißiger sein könnten, die aber ständig im Wahlkreis sind und daher auf den Delegiertenversammlungen immer einstimmig gewählt werden, und kein Mensch bekommt sie weg. Die zweite Kategorie sind die, die in der Fraktion die ganze Arbeit leisten müssen und einfach nicht mehr die Zeit haben, neben ihrem Beruf und der Fraktionsarbeit sich auch noch besonders um den Wahlkreis zu bekümmern. Die haben es bei der Aufstellung der Kandidaten in ihrem Wahlkreis am schwersten. Dann haben wir als dritte Kategorie solche Leute, die es verstehen, beides miteinander zu verbinden. Sie haben gewöhnlich keinen Zivilberuf oder sind pensioniert.

Und das sind diejenigen, die einen schönen Eifelwahlkreis haben, dazu ein Wochenendhaus usw., die ständig wiedergewählt werden, wogegen man als Vorsitzender nie ankommt. Das sind die ersten, die in der Fraktion sich zuerst eintragen, zuerst zum Mittagessen gehen und am schnellsten Feierabend machen.

Man kann das einfach nicht über einen Kamm scheren bei Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich für die Wahlzeit und für die Zeit außerhalb der Wahl nur eine gewisse Kategorie von Frauen und Männern zum Rednereinsatz bereitwillig zur Verfügung stellt. Es gibt einen sehr großen Prozentsatz, der so überbelastet ist – wie sie behaupten –, daß sie nie kommen können. (*Adenauer:* Und denen wollen wir mal etwas nachhelfen!) Einverstanden! Da müßte aber irgendein Weg gefunden werden. Wenn ein Bundestagsabgeordneter oder ein Landtagsabgeordneter mitteilt, ich rede heute abend da und dort, dann ist es sehr schwer festzustellen, ob das auch stimmt. Es gibt sogar welche, die sind von zwei Orten am gleichen Tage angefordert. Und das ist die beste Gelegenheit, um überhaupt nirgendwo hinzugehen. Das sind die Schwierigkeiten! Aber noch schwieriger sind die Abgeordneten, die bestimmt zusagen und dann kurz vor dem Beginn der Versammlung ein Telegramm schicken, sie könnten nicht kommen. Das ist für die Ortsparteien dann außerordentlich schwierig, denn die Leute sind schon in der Versammlung.

Adenauer: Deswegen wollen wir ja diesen Leuten mal winken mit der Nichtaufstellung. Es gibt eine ganze Anzahl guter jüngerer Kräfte, die sich gerne etwas verdienen möchten, denen man auch etwas dafür geben muß. Die sollte man heranholen. Man sollte sich nicht nur auf Abgeordnete stützen. Das soll man im ganzen Leben nicht tun! *(Heiterkeit und Bewegung.)* Da muß man vorsichtig sein!

Ich würde also empfehlen, sich einmal an den Universitäten nach jüngeren Leuten – nicht nach Studenten – umzusehen, nach Assistenten usw., die auf unserem Boden stehen und gerne bereit sind zu sprechen. Denen gibt man dann eine kleine Vergütung. Im übrigen kenne ich Ihre Schwierigkeiten, Herr Johnen, und weiß, daß Sie voll zarter

Rücksicht sind und den Leuten nicht gern auf die Füße treten. Und deshalb wollen wir Sie zwingen, den Leuten auf die Füße zu treten.

Wir sollten vom Bundesparteivorstand aus an die Fraktionsvorsitzenden der Parlamente einen Brief richten und sie darauf aufmerksam machen, daß gerade die Parlamentarier in erster Linie verpflichtet sind, nicht nur mit ihrem Wahlkreis engste Fühlung zu halten, sondern auch durch Reden für eine Aufklärung über die geleistete Politik zu sorgen.

Damit sind Sie einverstanden? *(Zustimmung.)*

Wir haben noch einen Punkt zu behandeln. Die Sozialdemokratie legt neuerdings Wert darauf – ich finde nicht den richtigen Ausdruck –, sich ein Gewand der Wissenschaft umzulegen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß auf dem Düsseldorfer Parteitag hochwissenschaftlich gesprochen worden ist. Ich lese heute in der Zeitung[90], daß Carlo Schmid wieder irgendeinen Vortrag gehalten hat über Automatisierung usw.

Es ist tatsächlich wichtig, unsere Partei muß sich einige wissenschaftliche Größen ins Knopfloch stecken. Das wirkt gut. Wir müssen auch hier etwas vorstellen. Daher bitte ich Sie, einmal darüber nachzudenken, wen wir da haben und wen wir von den Größen auf wissenschaftlichem Gebiet ansprechen können, Mitglied unserer Partei zu werden. Schlimmstenfalls sagen sie nein. Aber wir müssen solche bekannten Leute in Deutschland bei uns haben. (*Schröder:* Z.B. Professor Hahn[91]! – *Kaiser:* Der Herr Bundeskanzler müßte einer Reihe von Persönlichkeiten, die nicht Mitglied sind, selber schreiben.) Wir könnten auch ruhig ein paar Filmschauspielerinnen nehmen. Das wirkt gut auf die Jugend. Herr Schröder ist hier zuständig und sucht einige Filmschauspielerinnen aus. *(Heiterkeit.)*

Kaiser: Ich habe heute morgen einen Zwischenruf gemacht, als von Hallstein gesprochen wurde. Ich weiß, daß er Mitglied der Christlich-Demokratischen Union ist, aber neulich hat in einer Auseinandersetzung Herr Arndt von der SPD bemerkt, Herr Heck solle sich einmal erkundigen, wieviel Prozent der Beamten in der Bundeshauptstadt überhaupt einer politischen Partei angehören. Er sagte, noch keine 5 %. Ich unterstelle, daß das richtig ist. Aber dann muß dagegen etwas unternommen werden. Ich habe einmal in meinem Bereich Umschau gehalten. Das ist allerdings eine heikle Sache; denn ich kann als Minister nicht eingreifen.

---

90 Gemeint ist wohl der Münchener Parteitag, auf dem die Professoren Leo Brandt und Carlo Schmid über „Die zweite industrielle Revolution" referierten (SPD-Parteitagsprotokoll vom 12. Juli 1956 S. 148–185). Am 7./8. Dezember 1956 fand in Düsseldorf eine Konferenz „Die Mobilisierung des Geistes" statt (vgl. SPD-Jahrbuch 1956/57 S. 443–445; KLOTZBACH S. 373f.). – Schmid sprach am 19. September 1956 auf dem Kongreß der Eisenbahnergewerkschaft in München („Die Welt" vom 20. September 1956).

91 Wahrscheinlich Dr. Wilhelm Hahn (geb. 1909), Professor für evangelische Theologie (seit 1950 Heidelberg, 1958–1960 Rektor); 1955–1962 Mitglied des deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen, 1962–1964 MdB (CDU), 1964–1978 Kultusminister von Baden-Württemberg, 1968–1980 MdL. Gemeint sein könnte aber auch Dr. Otto Hahn (1879–1968), Chemiker; 1910–1934 Professor, 1928–1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin, 1946–1960 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Aber die Partei hat die Möglichkeit, z.B. der Kreisverband in Bonn, an die Beamten der Reihe nach ein Schreiben zu richten. Wenn nämlich die SPD demnächst die Führung der Regierung in die Hand bekommen sollte, dann würden die Beamten wieder in größerer Zahl einer Partei beitreten. Es ist also Veranlassung gegeben, diesen Dingen unsere Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar sollten wir den Weg gehen, der dazu möglich ist.

Adenauer: Ich glaube unbedingt richtig unterrichtet zu sein, wenn ich Ihnen sage, daß die Sozialdemokratie schon ein ganzes Register von Namen aufgestellt hat – von unten bis in die höchsten Stellen –, um in dem Falle, daß sie irgendwie an die Macht kommen sollte, mit einem gewaltigen Schwung überall in die ganze Bundesregierung hineinzukommen. D.h. natürlich, daß soundso viele Leute in den Verwaltungen, die zu uns gehören, dann verdrängt würden. Sie können nicht entlassen werden, wenn sie auf Lebenszeit eingestellt sind, aber sie würden irgendwie kaltgestellt. Vielleicht überlegen Sie mal, wie man am besten darauf aufmerksam macht.

Bach: Von den 540 Beamten und Angestellten, die damals bei der Bundesregierung tätig waren, waren 181 Mitglied der CDU. Die SPD geht so vor: Wenn einer z.B. vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat befördert worden ist, dann wird ihm klargemacht, daß er das durch den Chef oder durch den Minister geworden ist. Er bekommt einen Zettel in die Hand, und dann hat er seinen Beitrag zu zahlen. Auf diese Weise bekommen die die Leute und die Beiträge.

Bei uns riefe das einen Proteststurm hervor, wenn man einem Beamten zumutete, sich zu uns zu bekennen. Das ist fast eine Unmöglichkeit.

Adenauer: Ich würde das nicht tun, Herr Bach! Sie haben eine Art, ans Geld heranzugehen, die ein bißchen massiv ist. Ich würde nicht so an die Beamten herangehen. (*Bach:* Herr Bundeskanzler! Ich habe persönlich vielleicht die meisten Mitglieder für die CDU geworben; über 700 Mitglieder!) Das glaube ich Ihnen sehr gern, Herr Bach, aber Sie können nicht verlangen, daß ein Vorgesetzter an seine Beamten so massiv herangeht. (*Bach:* Es ist so, die SPD schickt am nächsten Tag in das Haus des Beamten ihre Funktionäre. Wir tun es aber nicht. Wir machen keine Hausbesuche.) Das werden die Herren also überlegen!

Wir haben noch zu behandeln den Parteitag 1957 und die Sondertagung. Was Sie darunter verstehen, weiß ich nicht. Außerdem steht noch auf der Tagesordnung: Allgemeine Richtlinien für die Kommunalwahlen. (*Heck:* Diesen Punkt der Tagesordnung hatten Sie mir von der Bühler Höhe durchgeben lassen!) Ja, ich habe irgendeinen Brief bekommen, Herr Bitter, ich weiß nicht mehr, ob von Ihnen, wir sollten die allgemeinen Richtlinien für die Kommunalwahlen besprechen.

ALLGEMEINE RICHTLINIEN FÜR KOMMUNALWAHLEN

Bitter: Herr Bundeskanzler! Es ist reichlich spät, um zu diesem Punkt etwas zu sagen; denn der Wahltermin rückt bedenklich auf uns zu.[92] Mir wäre es lieber gewesen,

92 Am 28. Oktober in den drei Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen, am 11. November in Rheinland-Pfalz (AdG 1956 S. 6059, 6095).

wir hätten eine Sondersitzung gemacht, um uns mit dem so wichtigen Thema etwas mehr zu beschäftigen. Aber ich verkenne keineswegs die Schwierigkeiten.

Lassen Sie mich sagen, was bis jetzt geschehen ist. Wir haben von der Kommunalpolitischen Vereinigung im Benehmen mit den Landesvorsitzenden und den Landesgeschäftsführern der fünf Länder, in denen Wahlen stattfinden, bereits im Juni dieses Jahres angefangen, zunächst die Arbeiten zu erledigen, die getan werden mußten. Wir haben die Beteiligten nach Frankfurt am Main gerufen und dort zunächst den Geschäftsführer von Bayern, Dr. Zimmermann[93], zu Wort kommen lassen über seine Erfahrungen in der bayerischen Kommunalpolitik. Das war ein sehr wertvoller Vortrag für unsere Arbeit.

Adenauer: Entschuldigen Sie bitte, Herr Bitter, mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit, wenn ich unterbreche. Wir wollten über die Richtlinien sprechen. Sollen wir allgemeine Richtlinien herausgeben für die Führung der Wahlen? (*Bitter:* Es wird praktisch kaum noch möglich sein, allgemeine Richtlinien für die Kommunalwahlen herauszugeben.) Sie können z.B. sagen: Die Kommunalwahlen werden geführt um kommunale Angelegenheiten. Bitte sagen Sie uns die Wünsche, die Sie an den Bund haben, und die Wünsche, die Sie an die Länder haben. Oder werden die Kommunalwahlen geführt um die großen politischen Fragen?

Bitter: Wir haben grundsätzlich die Meinung vertreten, daß es beim besten Willen nicht möglich ist, nur Kommunalwahlen schlechthin zu führen. Wir werden es erleben, daß die Sozialisten die Fragen der Wehrpolitik und was damit zusammenhängt in den Wahlkampf hineinbringen. Wir haben unseren Leuten das entsprechende Material an die Hand gegeben. Es gibt dafür eine Menge Literatur.

Die Richtlinien, Herr Bundeskanzler, von denen Sie sprachen, sind bereits in den Händen der Vorstände, der Landesgeschäftsführer und der Kreisgeschäftsführer. Wir kommen in der nächsten Woche zusammen, um mit den fünf Landesvorsitzenden diese Dinge im einzelnen durchzuexerzieren. Wir haben den Ländern auch Flugblätter zur Verfügung gestellt. Auch die nächste Nummer der „Kommunalpolitischen Blätter" beschäftigt sich mit einer Sonderausgabe mit diesen ganzen Dingen.[94] Ich bin davon überzeugt, daß von der Seite her unsere Arbeit gute Früchte tragen wird bis in das letzte Dorf hinein. Ich glaube, daß es selten Kommunalwahlen gegeben hat, die publizistisch und theoretisch so gut vorbereitet gewesen sind wie die bevorstehenden.

---

93 Dr. Friedrich Zimmermann (geb. 1925), 1955–1965 Hauptgeschäftsführer und Generalsekretär (1956) der CSU, seit 1957 MdB, 1982–1989 Bundesminister des Innern, 1989 für Verkehr. – Zimmermann hatte am 23./24. Juni 1956 auf der Tagung des CSU-Landesausschusses in Bayreuth eine allgemein beachtete Analyse der Kommunalwahlen vom 18. März 1956 im Hinblick auf die Bundestagswahl 1957 vorgelegt (ACDP VII-002-AO 278). – In Frankfurt tagte am 29. August 1956 die Redaktionskommission der KPV („Kommunalpolitische Blätter" vom 25. September 1956).

94 Vom 25. September 1956.

Wir haben außerdem in dem Pressebericht, der neben den „Kommunalpolitischen Blättern" in vierzehntäglicher Folge herausgegeben wird und der zustande kommt aufgrund der Durchsicht von 160 Tageszeitungen der Bundesrepublik, Material aus den letzten vier Jahren über das Verhalten des politischen Gegners in den Grundsatzfragen der Kommunalpolitik zusammengetragen. Und daraus ist eine Broschüre entstanden, die für die Redner eine gute Grundlage bildet.[95]

Auf der Tagung in Frankfurt am Main wollen wir uns einmal grundsätzlich mit der Ostpolitik im Gegensatz zur Westpolitik, und zwar kommunalpolitisch gesehen, auseinandersetzen. Ich habe die große Bitte, Herr Bundeskanzler, machen Sie uns die Freude, und schenken Sie uns die Ehre, am 30. September bei uns zu sein.[96] Sie werden ein Auditorium haben, das Ihnen vom Standpunkt der Bundesrepublik aus Freude machen wird.

Adenauer: Am 30. haben Sie das Treffen! Am 1. muß ich in Hamburg beim DGB sein.[97] Nachmittags habe ich eine Sitzung mit unseren Hamburger Freunden. Dann muß ich zweimal nach Brüssel. Am 29. treffe ich Mollet in Brüssel. Das geht über meine Kraft, wenn ich noch nach Frankfurt kommen soll. Herr Bitter, das kann ich nicht. Die Begegnung mit Mollet, in der wir über gemeinsame Verteidigungsfragen sprechen, wie ich eben gehört habe, ist äußerst wichtig. Auf der anderen Seite ist auch mein Erscheinen in Hamburg beim DGB ungemein wichtig. (*Bitter:* Ich bin Ihnen für dieses aufklärende Wort sehr dankbar, Herr Bundeskanzler!) Die Mitteilung, daß ich Herrn Mollet am 29. treffen soll, habe ich erst eben bekommen.

Bitter: Ich fasse zusammen: Seien Sie überzeugt, das Mandat als Kommunalpolitische Vereinigung haben wir seit Jahren erfüllt; der Ablauf der Versammlung in Frankfurt wird bestätigen, daß wir das getan haben, wozu wir verpflichtet waren.

Adenauer: Wir sind Herrn Bitter um so dankbarer, weil diese Kommunalwahlen im Hinblick auf die Bundestagswahl eine größere Bedeutung haben als sonst.

Nun haben wir noch einen Punkt auf der Tagesordnung: Parteitag 1957. Dazu hat Herr Heck das Wort.

Parteitag 1957 und Sondertagungen

Heck: Es wäre zunächst zu klären, ob vor den Wahlen noch ein Parteitag stattfinden soll. Die Auffassungen darüber in der Partei sind verschieden. Es müßte geklärt

95 Nicht zu ermitteln. – Verifiziert werden konnte der Rednerdienst der KPV der CDU von Nordrhein-Westfalen vom März 1958 „Wenn sie die Macht haben. Rote Politik im Rathausspiegel". Recklinghausen 1958.

96 Bericht über die Bundesvertreterversammlung der KPV in Frankfurt vom 28. bis 30. September in UiD vom 3. und 6. Oktober 1956; „Kommunalpolitische Blätter" vom 10. und 25. Oktober sowie vom 10. November 1956.

97 4. ordentlicher DGB-Kongreß vom 1. bis 6. Oktober 1956 (AdG 1956 S. 6016–6017).

werden, wo der Parteitag sein soll und welchen Inhalt wir ihm geben wollen. Der Parteitag kann spätestens im Mai durchgeführt werden. Die Sozialdemokraten haben uns in München vorexerziert – und wir haben es bei unserem Parteitag in Stuttgart gemerkt –, daß ein langfristig vorbereiteter Parteitag nach außen eine stärkere Wirkung hat. Deswegen sollte diese Frage heute entschieden werden. Dann wäre es Sache des geschäftsführenden Vorstandes, einen Plan auszuarbeiten, wie der Parteitag gestaltet werden soll.

Adenauer: Ich bin der Auffassung, wir sollten noch einen Parteitag abhalten, und zwar spätestens im Mai. Von dem sozialdemokratischen Parteitag in München habe ich mir eines gemerkt: Alle Anträge, die gestellt werden, müssen einige Zeit vorher den Vorstand durchlaufen haben. Nichts ist schlimmer und gefährlicher, als wenn man auf einem Parteitag mit Anträgen überrascht wird – wir haben es erlebt –, die unter Umständen eine Verwirrung und damit den Eindruck der Uneinigkeit hervorrufen.

Nun hat mir Herr Sieveking gesagt, daß er es sehr begrüßen würde, wenn wir den Parteitag in Hamburg abhielten.

Noltenius: Ich möchte diesen Vorschlag von Herrn Sieveking unterstützen. Es spricht sehr viel dafür, diesen Parteitag in Norddeutschland abzuhalten. Wir haben in Norddeutschland den schwersten Stand. Ich würde auch Hamburg vorschlagen, weil man in dieser größten norddeutschen Stadt auch die größten Wirkungen zu erzielen vermag.

Bach: Herr von Hassel hat mich gebeten, auch für Hamburg zu plädieren. Er hält Hamburg für wirkungsvoller als Hannover, wo der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor nicht auf unserer Seite stehen.

Adenauer: Wir tun gut daran, wenn wir in den norddeutschen Raum gehen. Und da ergibt sich von selbst, daß wir nach Hamburg gehen. (*Weber:* Wir waren schon in Hamburg!) Das macht nichts. Warum gehen wir nach Hamburg? Um in dem norddeutschen Raum, im protestantischen Norden, zu wirken. Von dem evangelischen Norden hängt das Schicksal der Bundestagswahl in weitem Umfange ab. Deswegen würde ich es sehr begrüßen, wenn wir dort einen sehr sorgfältig vorbereiteten Parteitag abhalten könnten.

Gradl: Warum sollen wir nicht nach Hannover gehen? Es genügt mir nicht, daß der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor nicht auf unserer Seite stehen. Aber Hannover ist mehr gefährdet als irgendein anderer Landesteil. Es geht von den Parteitagen ein Fluidum aus, und nirgendwo können wir das so gut gebrauchen wie in Niedersachsen.

Adenauer: Ich war zuerst Vorsitzender der CDU der britischen Zone und weiß, daß Niedersachsen das Land ist, das uns am meisten Sorge gemacht hat, aber ich muß sagen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und der nach Hamburg zuneigende Teil Niedersachsens scheinen mir doch noch wichtiger zu sein als Hannover. Ich darf noch einmal wiederholen, Herr Gradl, ob der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor Sozialdemokraten sind oder nicht, das ist mir völlig gleichgültig, aber wir sollten nach Hamburg gehen.

Gradl: Es tut mir sehr leid, daß wir uns in unserer politischen Arbeit damit abgefunden haben, daß Niedersachsen ein Reservat der SPD ist. Warum sollen wir nicht in diesen Mittelpunkt der SPD gehen?

Noltenius: Wir sind hier nicht mehr vollzählig versammelt. Es ist auch niemand mehr aus Niedersachsen hier. Können wir diese Frage, wo der Parteitag abgehalten werden soll, nicht auf die nächste Sitzung vertragen?

Adenauer: Können wir das?

Heck: Es ist nur so: Die Versammlungshallen in Hannover werden bereits für den Zeitraum eines halben Jahres im voraus vergeben. Wir müssen uns also sehr zeitig darum kümmern, wenn wir an diesen Räumen festhalten wollen. Wir haben wegen der Wahlen keinen großen Spielraum mehr.

Adenauer: Stellen Sie bitte bis zur nächsten Sitzung des Bundesparteivorstandes – die im Oktober stattfinden wird – fest, ob und wann etwas in Hamburg und in Hannover frei ist, sonst reden wir uns jetzt vergeblich die Köpfe heiß.

Kaiser: Die Versammlungshallen in Hannover kommen überhaupt nicht in Frage; denn die liegen auf halbem Wege nach Hildesheim.

Adenauer: Stellen Sie bitte fest, was in Hamburg und in Hannover zu haben ist. Dann werden wir in der nächsten Sitzung darüber entscheiden, wenn die Herren von Niedersachsen hier sind.

Heck: Nun zum Thema „Sondertagungen". Es war auf dem letzten Parteitag ursprünglich vorgesehen, daß die Probleme der Heimatvertriebenen, der Flüchtlinge und der Kriegssachgeschädigten behandelt werden sollten. Erfahrungsgemäß kommen diese Bereiche bei den Parteitagen, wo die großen Fragen der Politik in den Mittelpunkt gestellt werden, zu kurz. Nun hat zur Vorbereitung eine Besprechung stattgefunden, an der teilgenommen haben die Herren Meyers, Minister Oberländer, Staatssekretär Nahm, Eplée, Keudell[98] und Ehren[99]. Es ist vorgeschlagen worden, eine Tagung im März abzuhalten. *(Unruhe und Bewegung.)*

Adenauer: Was ist das für ein starkes Geräusch draußen? (*Berendsen:* Das sind die Schlepper auf dem Rhein!) Die verderben noch die ganze Landschaft.

Heck: Es müßte also heute entschieden werden, ob eine solche Tagung von der Partei durchgeführt werden soll. Ich halte es für nützlich; denn wir müssen vor den Wahlen zu diesem Thema etwas Konkretes sagen. Auf einem Parteitag dürfen wir auch nicht zu viele heterogene Dinge zusammenpressen, damit der Parteitag nicht ein Konglomerat von Themen darstellt, weil er nicht genug profiliert ist.

Adenauer: Sie wollen also eine besondere Tagung durchführen? (*Heck:* Ja, sie könnte im März 1957 durchgeführt werden. Wir hatten als Tagungsort Wetzlar vorgesehen.) Wieso Wetzlar?

---

98 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), 1948 CDU, Mitglied des Bundesvertriebenenausschusses (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 478 Anm. 16).

99 Hermann Ehren (1894–1964), vor 1933 Zentrum, 1949–1961, 1962–1964 MdB (CDU), Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der CDU Westfalen-Lippe.

Heck: Wetzlar ist ein Wahlkreis, der sehr stark vom BHE besetzt ist. Wir glauben, daß wir im Hinblick auf die Bundestagswahlen das Klima dort etwas vorbereiten können, um dort einen Kandidaten durchzubringen.

Adenauer: Um einen Kandidaten durchzubringen? Das ist ein bißchen dünn! (*Heck:* Die Breitenwirkung einer solchen Tagung erfolgt ohnedies durch Presse und Rundfunk!) Ich weiß nicht, wie die Unterbringungsmöglichkeiten in Wetzlar sind. Ich habe dort mehrfach gesprochen, mußte aber jedes Mal unter freiem Himmel sprechen. Man ist dort völlig vom Wetter abhängig. (*Oberländer:* Es sollte ein Ort zwischen Nord und Süd sein. Es stehen auch die Räume zur Verfügung.) Welche Räume? (*Oberländer:* Die Leitz-Halle, die 10.000 Menschen faßt. Ich habe mit Leitz[100] darüber gesprochen.) Gut! Wir müssen sicher etwas tun auf diesem Gebiet.

Heck: Ich habe noch eine letzte Frage! Die Junge Union hat die Absicht, vor den Bundestagswahlen – etwa im Juni – eine Großkundgebung mit etwa 20.000 Jugendlichen durchzuführen, und zwar in der Dortmunder Westfalenhalle.[101] Die Entscheidung darüber, ob diese Kundgebung stattfinden soll oder nicht, muß jetzt getroffen werden, weil wir sonst die Halle nicht mehr bekommen. Der 30. Juni und der 6. Juli sind nur noch frei. Die Durchführung einer solchen Tagung kostet etwa DM 50.000,–.

Adenauer: Wie setzt sich diese Summe zusammen?

Heck: Die Raummieten sind außerordentlich hoch, und von den 20.000 Jugendlichen muß ein erheblicher Teil die Fahrtkosten erhalten.

Adenauer: Es käme nur der 30. Juni in Frage, und das ist schon reichlich spät.

Heck: Die Presse und die Opposition geben sich reichlich Mühe, einen Gegensatz zwischen der Jungen Union und Ihnen zu konstruieren. Diese Kundgebung wäre eine gute Gelegenheit, der deutschen Öffentlichkeit einmal das Gegenteil vorzudemonstrieren.

Adenauer: Was halten Sie davon, meine Herren?

Kaiser: Wenn es durchführbar ist, dann ja!

Blank: Auch ich bin unbedingt dafür, aber es muß klug gesteuert werden, damit nicht unter Umständen mehr kaputtgeht, als wir uns an Effekt versprechen. Wenn das gewährleistet ist, könnte man im Ruhrgebiet einiges motivieren. Das könnten wir in Westfalen ein bißchen in die Hand nehmen.

Adenauer: Sie sind also dafür? (*Blank:* Ja!) Schön!

Kaiser: Auch die Sozialausschüsse wollen mit dem Blick auf die Wahlen in Frankfurt am Main Ende März eine Bundestagung durchführen, ähnlich wie das in Köln und Herne geschehen ist.[102]

---

100 Ernst Leitz (1906–1979) bzw. Günther Leitz (1914–1969) bzw. Ludwig Leitz (geb. 1907), alle Geschäftsführer der Ernst Leitz GmbH (Vater: Ernst Leitz, 1871–1956).

101 Deutschlandtag der Jungen Union in Dortmund vom 28. bis 30. Juni 1957.

102 1957 fand keine Tagung statt; die auf Herne (1955) folgende nächste Tagung am 3./4. Mai 1958 in Frankfurt.

Bitter: Ich möchte noch dringend darum bitten, daß die Herren untereinander absprechen, wer von den vier stellvertretenden Vorsitzenden den Bundesvorstand in Frankfurt vertritt, der nicht nur als Repräsentant etwas sagt, sondern vom Bunde aus grundsätzliche Ausführungen macht.

Adenauer: Wer käme in Frage? Am besten Herr Meyers. Oder wünschen Sie jemand anders? (*Bitter:* Herr Meyers ist kein stellvertretender Vorsitzender!) Dann machen wir ihn dazu für einen Tag. (*Altmeier:* Das muß Herr Arnold machen! – *Bitter:* Ja, er ist doch Stadtverordneter gewesen.) Wer soll mit ihm verhandeln? Herr Heck, würden Sie es übernehmen? (*Heck:* Ja!)

Damit sind wir am Ende unserer Sitzung. Ich danke Ihnen und darf die Sitzung schließen.[103]

17

Bonn, 23. November 1956

Sprecher: Adenauer, [Adorno], Albers, Altmeier, Arnold, Bach, Blank, Dichtel, Fricke, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Kiesinger, Kraske, Krone, Kunze, Lemmer, Lensing, Lübke, Meyers, [Müllenbach], Gebhard Müller, Noltenius, Oberländer, Pettenberg, Scharnberg, Seidel, Stoltenberg, Stooß, [Storch], [Wacher], Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Erscheinungsbild der Koalition: Verhältnis CDU/CSU, Uneinigkeit der Kabinettsmitglieder. Analyse der Kommunalwahlen in fünf Ländern. Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Vorbereitung des Bundesparteitages 1957.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 18.30 Uhr*

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 335–343

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt für die heutige Sitzung folgende Herren: Bundesminister Dr. Schröder, er kommt heute abend aus England zurück; Bundesminister Kaiser, er mußte heute nach Berlin wegen der Tagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland"; Dr. Lenz, der sich in Bangkok aufhält; Dr. Sieveking, der im Bundesrat ist, ich hoffe, daß er noch kommen wird;

103 Kommuniqué in UiD vom 26. September 1956.

Bauknecht mit der sehr dehnbaren Begründung: terminlich gebunden; Dr. Gradl, der beim „Kuratorium Unteilbares Deutschland" in Berlin ist; Cillien, der krank ist; Bundesminister Dr. von Brentano, der heute nach Paris mußte; die Herren Ministerpräsidenten Altmeier, von Hassel, Dr. Müller und Bundesminister Storch kommen später, weil sie im Bundesrat sind.

Wir haben heute zum ersten Male unter uns als neugewählten Landesvorsitzenden von Württemberg-Hohenzollern Herrn Eduard Adorno[1]. Ich heiße ihn herzlich willkommen und hoffe, daß er sich hier wohlfühlen wird. Ich hoffe weiter, daß er vor allem tätig mitarbeitet; denn tätige Mitarbeit ist die Hauptsache bei der CDU. In anderen Parteien ist diese Mitarbeit reichlich vorhanden, bei uns nicht so sehr. Dann möchte ich ein Wort des Willkommens sagen an Herrn Kollegen Seidel und Herrn Wacher, seinen Freund von der CSU. Ich begrüße es besonders, daß Herr Seidel persönlich gekommen ist, und zwar wegen der Verbundenheit mit uns, die er damit zum Ausdruck bringt, und weil die kommenden Monate mit Sorge und Arbeit so angefüllt sein werden, daß die CSU und die CDU Schulter an Schulter möglichst eng zusammenarbeiten müssen.

Nun einige Bemerkungen zur Ordnung der heutigen Tagung! Ich möchte Sie auf das dringendste bitten, von der üblichen Gewohnheit, nach dem Frühstück den Aufbruch einzuleiten, diesmal abzusehen. Die Welt, Deutschland und unsere Partei sind in einer so ernsten Situation, daß wir unsere Probleme wirklich gründlich besprechen müssen. Es ist unmöglich, daß sich der Tisch nach der Mittagspause immer mehr leert. Der eine hat dieses, der andere hat jenes. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, daß wir uns alle verpflichten, wenigstens bis 17 Uhr hierzubleiben. Ich halte das für besser, als wenn wir sagen, bis zum Ende der Tagung. Dann folgen nämlich nur wenige. Lassen wir also lieber eine feste Stunde nehmen. Lassen wir auch, so gut das der Stoff zuläßt, die Diskussion so fassen, daß wir die Zeit wirklich nutzen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich darf das feststellen.

Ein Wort des Willkommens an Herrn Lensing, der nach langer Krankheit heute wieder unter uns erschienen ist. *(Beifall.)* Wir freuen uns außerordentlich darüber, daß er wieder mit dabei ist, und wir wünschen ihm baldigst volle Wiederherstellung der Gesundheit. (*Wuermeling:* Herr Lemmer ist neu!) Herr Wuermeling, seien Sie bitte mal still. Sie wissen gar nicht, was ich sagen werde. Ich wollte meinen Vortrag über die politische Lage beginnen mit der Mitteilung über die Änderung innerhalb des Bundeskabinetts. Nun sind wir etwas in Schwierigkeit durch die Sitzung des Bundesrates. Der Punkt „Kommunalwahlen" ist sehr wichtig. Die Herren haben mich gebeten, wir möchten auf sie Rücksicht nehmen. Wir können auch tatsächlich nicht

1 Eduard Adorno (geb. 1920), vom 28. Oktober 1956 bis 1977 Landes- bzw. Bezirksvorsitzender (ab 1972), 1961–1972 MdB, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Verteidigung, 1972–1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

gut in Abwesenheit der Herren von Hassel, Altmeier und Müller die Kommunalwahlen behandeln. Daher bitte ich Sie, mir zu erlauben, eine kleine Variation in der Tagesordnung vorzunehmen, je nachdem, wie sich die Geschäfte des Bundesrates abwickeln.

Ich darf beginnen mit einem Bericht über die Lage.

Bericht zur politischen Lage

Adenauer: Ich müßte, wenn ich Ihnen einen Bericht über die Lage geben sollte, wie es an sich notwendig wäre, mindestens zwei Stunden lang zu Ihnen sprechen, so gefährlich und schwierig ist die ganze Situation. Ich will aber versuchen, den Bericht auf eine Stunde zusammenzudrängen, weil ich davon ausgehe, daß Sie die Dinge mitverfolgen. Über die Lage innerhalb unserer Partei werden wir bei der Behandlung des Themas „Kommunalwahlen" noch einige sehr ernste Worte sagen müssen.

Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, daß im Kabinett der Bundesregierung einige Änderungen vorgenommen worden sind.[2] Unsere Partei ist dadurch beteiligt, daß an Stelle des Herrn Blank jetzt Herr Strauß getreten ist, Herr Lemmer das Postministerium und Herr Balke das Ministerium für Atomfragen übernommen hat.

Lassen Sie mich zunächst einige Worte zu Herrn Lemmer sagen. Herr Lemmer kennt von der Post soviel wie wir alle. Er kennt ihre Mängel und ihre Vorzüge. Er ist ein Mann, der sich sehr schnell einarbeitet und der vor allem einen Blick hat für das, was wirklich wichtig und was nicht wichtig ist. Er wird das auch bei der Post sehr schnell erkennen. Er ist aber vor allem für uns im Kabinett ein sehr wertvoller Mann, weil er politische Erfahrungen und politisches Fingerspitzengefühl hat, eine Gabe, die im Bundeskabinett relativ selten ist. Ich muß das zu meinem großen Bedauern sagen, aber es ist in der Tat so. Wenn wir nach den Wahlen – wie ich bestimmt hoffe – wieder an die Bildung eines Kabinetts herangehen, müssen wir auf diese Frage, ob die Minister wirklich Politiker sind und ob sie politisches Fingerspitzengefühl haben, viel mehr Wert legen, als wir das bisher getan haben. Doch es ist verfrüht, schon jetzt darüber zu sprechen.

Ein Wort zu Herrn Kollegen Blank und seinem Nachfolger, dem Kollegen Strauß. Ich möchte das Wort vor allem an unsere Freunde aus Nordrhein-Westfalen richten, die zum Teil das Ausscheiden des Herrn Blank – wenigstens in Zurufen auf Versammlungen, die ich dort gehalten habe – nicht gerade hundertprozentig unfreundlich, aber doch zu 50 % unfreundlich beurteilt haben; namentlich in Dortmund war dies der Fall[3], wo man verlangt hat, daß die CDU von Nordrhein-Westfalen genauso berücksichtigt werde wie Bayern. Das war vielleicht nicht ganz so gemeint, aber immerhin, ich

2 Am 16. Oktober 1956.

3 Am 21. Oktober 1956 bei Reden Adenauers an die Adresse der Jungen Union sowie vor westfälischen Wirtschaftlern (Terminkalender); Bulletin Nr. 201 vom 24. Oktober 1956 S. 1913f. (Auszüge).

muß den Herren von Nordrhein-Westfalen ganz kurz die Gründe sagen, warum es mir notwendig erschien, diese Änderungen vorzunehmen.

Herr Blank hat jahrelang eine ausgezeichnete Arbeit geleistet; namentlich bei den Verhandlungen über den Vertrag über die EVG hat er Hervorragendes geleistet. Wahrscheinlich wäre jeder über diese Geschäfte nervös geworden. Aber er war sehr nervös geworden – wahrscheinlich nervöser, als wir alle schon sind –, insbesondere, nachdem am 30. August 1954 plötzlich seine ganze Arbeit infolge der Haltung der Französischen Kammer sich im großen und ganzen als vergeblich erwiesen hatte. Es ging im Verteidigungsministerium nicht recht weiter. Ich komme darauf noch zurück, wenn ich über die NATO spreche. Ich will jetzt hier nicht im einzelnen untersuchen, wer daran schuld und wer nicht daran schuld ist, ob die richtigen militärischen Persönlichkeiten oder nicht die richtigen ausgesucht waren. Ich möchte nur als Ergebnis der Änderung feststellen, daß nunmehr im Verteidigungsministerium im großen und ganzen zur Hälfte Generalstabsleute und zur Hälfte Truppenoffiziere eingesetzt sind. Das ist eine große Verbesserung.

Ich möchte weiter doch hier zugunsten des Kollegen Blank sagen, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die ihm gerade vom Bundesfinanzministerium fortgesetzt bereitet worden sind, nicht unerheblich dazu beigetragen haben, einfach seine Widerstandskraft ermüden zu lassen. Ich habe das oft persönlich mitgemacht. Ich will hier keine Interna sagen, aber ich bin es dem Kollegen Blank und der Gerechtigkeit schuldig zu sagen, daß er nicht die Förderung bekommen hat, auf die er als Inhaber eines so wichtigen Ministeriums unbedingt einen Anspruch hatte.

Ich will mich bei meinem Bericht auf das Allernötigste beschränken. Das Allernötigste ist die alsbaldige Verabschiedung des Rentengesetzes. Dabei stoßen wir auf unendliche Schwierigkeiten. Aber in unserer Fraktion – und das ist ein Beweis für das politische Verständnis unserer Fraktion – ist es gelungen, diese Schwierigkeiten zu überbrücken. Wir sind ein besonders herzliches Wort des Dankes dem Herrn Horn schuldig. Herr Horn hat sich in geradezu vorbildlicher Weise der Sache gewidmet und eine unendliche Geduld bewiesen. Ich habe mehreren internen Besprechungen beigewohnt und bin fast verrückt darüber geworden. Ich bin von dort immer in dem Gefühl weggegangen: hier sind zu viele Sachverständige; denn jeder Sachverständige auf diesem Gebiet hat eine eigene Meinung, und alle anderen Meinungen sind falsch. Davon geht er zunächst einmal aus. Die Schwierigkeiten wurden aber dann noch größer, als wir innerhalb unserer Fraktion zu einer einheitlichen Meinungsbildung gekommen waren und nun versuchten, auch zu einer einheitlichen Meinungsbildung innerhalb der Koalition zu kommen.[4] Es wäre untragbar gewesen, wenn schließlich herausgekommen wäre, daß ein Teil unserer Fraktion zusammen mit den Sozialdemokraten das Rentengesetz gemacht hätte. Dann hätten wir uns einfach vor den Wahlen begraben lassen können.

4 Vgl. HOCKERTS S. 399–416, auch zum Folgenden.

Ich muß Ihnen in aller Offenheit sagen, daß uns alle, auch die Bundesregierung – und die Bundesregierung mit an erster Stelle – insofern eine Schuld trifft, als sie diese Gesetze viel zu spät dem Bundestag vorgelegt hat. Ich will hier nicht auf die politischen Gründe eingehen. Ich kann mich ein wenig dadurch exkulpieren, daß ich, als ich sah, es ging nicht weiter, und ich die Sache satt war im vergangenen Jahr, die vier Herren berufen habe, damit sie sich in Klausur setzten, um wenigstens einige Grundsätze zu erarbeiten.[5] Seit der Zeit ist dann die Sache vorangegangen. Wir haben im Bundestag – das läßt sich gar nicht bestreiten – die Sache viel zu spät vorgelegt. Für meinen Geschmack ist die Rentengesetzgebung sozial und politisch wichtiger als eine Herabsetzung der Steuern. Daraus mache ich gar kein Hehl. Sie ist mindestens so wichtig, wie es der Grüne Plan gewesen ist; denn hier handelt es sich um Millionen von ganz armen Leuten, denen geholfen werden muß. Wir sind verpflichtet, ihnen zu helfen. Ich sage das so ausführlich, um unserer Fraktion, wenn sie heute zu einem Ergebnis kommt, schon im voraus den herzlichen Dank auszusprechen, daß sie das geschaffen hat. Insbesondere danke ich dem Vorstand, und ich nehme an, daß Sie mir zustimmen werden. Wir sollten Herrn Krone bitten, insbesondere Herrn Horn unseren herzlichen Dank auszusprechen. In zweiter Linie möchte ich Herrn Hellwig nennen; Herr Hellwig, der von einem ganz anderen Punkt die Situation ansieht, hat sich außerordentlich stark und mit Erfolg bemüht, einen Kompromiß zu finden, der beiden Richtungen gerecht wird.

Eine schwere Sache steht uns noch bevor mit der Fülle der Militärgesetze, die verabschiedet werden müssen. Ich will Sie damit jetzt nicht aufhalten. Es sind ungefähr noch ein Dutzend oder noch mehr, die verabschiedet werden müssen. Das wird eine außerordentlich große Zeitnot für den Bundestag mit sich bringen. Für sehr wichtig halte ich das Beamtenbesoldungsgesetz[6], das erst am 1. April des kommenden Jahres in Kraft treten soll. Auch hier haben wir etwas gutzumachen. Es ist richtig, daß von gewissen Stufen an die Besoldung der Beamten und Angestellten ausreichend ist, aber ebenso richtig ist, daß in den untersten Stufen die Besoldung der Beamten nicht ausreicht. Gerade der Beamtenstand und der Stand der Angestellten sind doch diejenigen Volksschichten, die im besten Sinne des Wortes staatstragend sein müssen, deren Kinder ebenfalls in dem Geiste heranwachsen in ihrer Familie, daß der Staat etwas Notwendiges ist und daß der Staat auch etwas Gutes sein kann. Unsere Fraktion wird sich auch hier ein Verdienst erwerben, wenn sie gerade bei den untersten Stufen der Besoldung nachsieht, was hier noch geschehen kann. Die Sache ist auch politisch von Bedeutung.

Wir haben in Bonn, in Godesberg und in Mehlem ausgesprochene Bundesbeamtensiedlungen, wo fast nur Bundesbeamte wohnen. Dort hat sich bei den Kommunalwahlen herausgestellt, daß sie mit einer großen Mehrheit die SPD wählten. Ich habe aus dem Lande ebenfalls eine Reihe von Zuschriften bekommen, aus Niedersachsen

5 Vgl. Nr. 8 S. 512.
6 Gesetz vom 27. Juli 1957. – BGBl I S. 993.

und anderen Ländern – nicht aus Nordrhein-Westfalen –, in denen ich auf die gleiche Unzufriedenheit über diese untersten Stufen hingewiesen worden bin. Unterste Stufe heißt nicht nur die allerunterste Stufe, sondern auch die unterste Altersstufe bei den verschiedenen Beamten- und Angestelltengruppen, weil sie Gehälter haben, mit denen sie nicht auskommen können.

Ich möchte dann ganz allgemein ein Wort sagen zur Haltung der Opposition. Es ist zwar z.Z. etwas ruhig dort, weil unsere Parlamentarier gerne auf Reise gehen. Sie hörten eben von der Reise nach Bangkok. Ich muß auch hier sagen, daß die deutsche Abordnung die größte von allen Abordnungen ist. Abgesehen von dem vielen Geld, das das arme Deutschland dafür ausgeben muß, ist es nicht gut, wenn einfach die parlamentarischen Arbeiten dadurch ins Hintertreffen kommen. Wir haben doch so viel europäische Zusammenkünfte, Versammlungen und Kongresse, daß man da zunächst einmal seine Reiselust austoben kann, ohne vier oder fünf Wochen nach Bangkok zu reisen.[7]

Von den Persönlichkeiten, die namentlich auf außenpolitischem Gebiet etwas zu sagen haben, ist Herr Wehner von der SPD hiergeblieben. Herr Kiesinger war leider an einer Herzgeschichte erkrankt. Hoffentlich ist er jetzt wiederhergestellt. Obwohl die Außenpolitik in der letzten Zeit hohe Wogen schlägt, war es bei der einzigen Verhandlung, die wir im Bundestag darüber hatten[8] – nach meiner Meinung hätten es mehrere sein müssen –, relativ ruhig, weil Herr Mellies für die SPD gesprochen hat. Aber diese verhältnismäßige Ruhe der SPD müssen Sie wohl verstehen. Sie ist nicht etwa dahin zu deuten, daß die SPD ihren Kurs geändert hat, im Gegenteil, denken Sie an die Reise nach Bangkok und an die triumphatorische Reise des Herrn Ollenhauer um die halbe Welt. Sie haben vielleicht die Bilder vom Lohausener Flughafen gesehen, wo er von jungen Leuten mit wehenden Fahnen an das Flugzeug gebracht worden ist. Das hätte mal der Vorsitzende irgendeiner anderen Partei tun sollen; der Mann wäre in der Presse, wenn sie es könnte, wegen dieser diktatorischen Gelüste – bildlich gesprochen – durch den Reißwolf gezogen worden.

Die Haltung der SPD ist doch sehr überheblich; sie präsentiert sich schon jetzt in der ganzen Welt als die Siegerin des Bundestagswahlkampfes im Jahre 1957; sie präsentiert sich als die Trägerin der künftigen Bundesregierung, und den Herrn Ollenhauer ehrt sie als den zukünftigen Bundeskanzler. Und die Deutschen – lassen Sie mich meinem Herzen etwas Luft machen – sind vielleicht eine noch sonderbarere Schöpfung Gottes, als die meisten Menschen überhaupt sind; denn die Deutschen sind von solchen Dingen sehr beeinflußbar. Sie sagen, die CDU wird ja doch verlieren, also lassen wir uns zur richtigen Zeit der gewinnenden Partei anschließen. Das ist bequemer. Ich kann nicht leugnen, daß die Haltung von manchen unserer Leute, die nicht weiter nachdenken, Grund zu der Annahme gegeben hat, als ob es wirklich dazu

7 Anspielung auf Ostasienreise Ollenhauers (vgl. AdG 1956 S. 6146).
8 Am 8. November 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.32 S. 9259–9284).

kommen könnte, während doch unsere Aussichten absolut gut sind, wenn jeder seine Pflicht tut. Das ist natürlich bei jedem Wahlkampf die Voraussetzung.

Wenn ich von Herren, die sehr viel im Lande herumkommen und an vielen Parteiversammlungen teilnehmen, höre, daß die Mutlosesten und die Gleichgültigsten die Würdenträger unserer Partei sind, während die Zuhörer ganz anders sind, dann geht einem doch wirklich die Galle hoch. Das ist etwas, was gerade in unserer Partei nicht scharf genug gegeißelt werden kann, daß merkwürdigerweise gerade diejenigen, die in erster Linie für die Parteiarbeit verantwortlich sind, am lässigsten und gleichgültigsten sind und Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen.

In dasselbe Gebiet gehören die Redereien, die von unseren Leuten über eine Große Koalition gepflogen worden sind. Wer schon jetzt anfängt, über so etwas zu sprechen, das ist ein Mann, der von der Politik so viel Ahnung hat wie die Kuh vom Sonntag. Das wird sich schon alles finden nach der Wahl. Was mich von allen Berichten, die ich bekommen habe, geradezu mit einer inneren Empörung erfüllt hat, das ist doch die Trägheit, das Phlegma und die Gleichgültigkeit in der CDU. Das ist auch der Grund dafür, daß wir bei den Kommunalwahlen relativ schlecht abgeschnitten und die Sozialdemokraten diesen Vorsprung gegenüber den letzten Wahlen errungen haben.[9]

Wir müssen ein ganz anderes Tempo vorlegen! Wir müssen überall, von der Bundesgeschäftsstelle und dem Bundesvorstand angefangen, bis hinunter in die letzte Ortspartei hinein, diejenigen Männer und Frauen, die sich nicht mehr in der Lage fühlen, aktiv mitzuarbeiten, bitten, den Platz freizumachen für jüngere Leute, die bereit sind, wirklich mitzuarbeiten und es auch tun. Es gibt da die unglaublichsten Beispiele, z.B., daß man keine Vertriebenen aufnehmen will, weil sie zu aktiv sind, daß man überhaupt keine Leute mehr aufnehmen will in einer Ortspartei, weil der Vorstand bleiben will und dieser Vorstand befürchtet, wenn neue Leute kommen, daß er nicht wiedergewählt wird. Hier in der nächsten Nähe habe ich ein solches Beispiel erlebt, wo sich in einem Städtchen – ich will den Namen nicht nennen – aufgrund von Werbungen, die unternommen worden sind, mehr neue Mitglieder gemeldet haben, als bisher dort waren. Darüber ist dann der „heilige" Vorstand sehr erschrocken und hat sich zur Wehr gesetzt, weil er fürchtet, jetzt würde er von seinem Postament heruntergefegt. Das sind doch Verhältnisse und Zustände, die unter keinen Umständen mehr geduldet werden können. Wir müssen über eine Erneuerung des Lebens innerhalb der Partei einmal ein sehr ernstes und sehr deutliches Wort sprechen.

Ich möchte nun übergehen zu den Fragen der Außenpolitik. Lassen Sie mich an die Spitze einige Ausführungen über Ungarn stellen.[10] Die Ungarn haben sich, wie ich glaube, als das heldenmütigste Volk der neueren Geschichte gezeigt. *(Bravo-Rufe.)*

---

9 Vgl. Anm. 30.

10 Aufstand vom 21. Oktober bis 4. November 1956 (AdG 1956 S. 6063–6072; ausführliche Dokumentation der täglichen Ereignisse in UiD vom 9. November 1956; HACKER S. 551–567).

Sie haben gekämpft für die Freiheit und für nichts anderes. Sie waren ohne jede Hilfe von außen. Es ist von außen nicht das geringste geschehen – es konnte auch nichts geschehen –, um ihnen zu helfen, geschweige denn, daß sie von außen angestachelt worden wären, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben. Sie haben nur gekämpft um das primitivste Gut aller Menschen, um die Freiheit. Gerade die Jugendlichen haben sich dort hervorgetan und Gebrauch gemacht von den Methoden, die ihre Unterdrücker ihnen beigebracht hatten im Kampfe gegen – wie man damals glaubte – reaktionäre Kräfte, mit Molotow-Bomben und all dem Zeug.

Es ist ein tieftrauriges Kapitel für unsere ganze Situation in der Welt, daß diesem armen Volk keine Hilfe gebracht werden kann. Alle diejenigen, die sich in der UNO gegen irgendwelche Maßnahmen ausgesprochen haben, haben sich dadurch gekennzeichnet. Gleichzeitig ist aber auch dadurch die Schwäche der UNO gekennzeichnet. Als es sich um Ägypten und um das Öl handelte, da hat man eine ungeheure Aktivität entfaltet, aber hier, wo es sich um Menschen handelt, wo es sich darum handelt, die Deportationen nach Sibirien zu verhindern, wo es sich um ein hungerndes Volk handelt, das seine Freiheit haben will und sonst nichts, da hat es sich eben erwiesen, daß die UNO kein Gerichtshof ist, sondern daß die UNO nichts anderes ist als eine Vereinigung von Völkern, wo jedes Volk seine eigene Sache zu vertreten versucht. Die UNO hat auch gar keine Machtmittel, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Sie kann sie auch nicht haben, es sei denn, man müßte ein Netz von Luftstreitkräften zur Verfügung der UNO über die ganze Welt spannen. Wenn man das täte, dann wüßte man nicht, wie das Ende vom Lied wäre, je nachdem, wer in der UNO die Mehrheit hat.

Machen Sie sich immer klar, daß in der UNO die nicht-weißen Völker bei weitem in der Mehrheit sind und daß wir in einer Periode leben, in der die nicht-weißen Völker der Auffassung sind, sie seien von den weißen Völkern jahrhundertelang unterdrückt worden und könnten infolgedessen nicht an dem Aufstieg der übrigen Menschheit teilnehmen; daran seien sie durch die weißen Völker verhindert worden. Ich möchte Ihnen vorschlagen, zum Schluß der Sitzung eine Resolution wegen Ungarn zu fassen; denn das Volk der Ungarn, das so um seine Freiheit gekämpft hat, verdient die Anerkennung der gesamten zivilisierten freien Welt.

Wir dürfen auch hier – ich muß das sagen – merkwürdige Vorgänge im deutschen Volk feststellen. Es gibt Leute, die an dem ganzen Elend, das sich ein paar hundert Kilometer von hier abspielt, einfach ruhig vorbeigehen, wie überhaupt das deutsche Volk fast versunken zu sein scheint im Materialismus, nicht im Sinne des kommunistischen Materialismus, sondern im nackten Materialismus; es will möglichst viel verdienen, möglichst gut leben, und all das andere ist ihm gleichgültig.

Ich möchte zur Suezkanalfrage kommen.[11] Es war betrüblich, daß die deutsche öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck gekommen ist, den

11 Zur Suezkrise vgl. Nr. 16 Anm. 19; AdG 1956 S. 6072–6078, 6083–6089, 6101–6103; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 225–228.

Suezkanal und Ungarn eigentlich auf eine Stufe gestellt hat, daß z.B. einige Landtage – ich will sie nicht nennen – in einem Atemzug beschlossen haben, Sympathiekundgebungen an Ungarn und Ägypten zu veranstalten. Wenn es sich um zwei Dinge handelt, die sich in keiner Weise miteinander vergleichen lassen, dann sind es die Vorgänge im Vorderen Orient und die Vorgänge in Ungarn. Man sollte die historischen Vorgänge nicht von einem bestimmten Tage ab gut oder schlecht beurteilen, sondern man muß die ganze Kette der Ereignisse sehen. Wenn Sie das tun, dann haben Sie am Suez folgendes: Die Engländer hatten nach einem Vertrag mit Nasser das Recht, bis zum Jahre 1968 die Kanalzone mit ihren Truppen besetzt zu halten. Sie haben dann – für meinen Geschmack unbegreiflicherweise – im Jahre 1954 freiwillig die Suezkanalzone geräumt und ihre Truppen zurückgezogen, obgleich damals in Ägypten die Dinge noch drunter und drüber gingen. Aber sie haben es getan; ich wiederhole, für meinen Geschmack unverständlich. Sie haben sich dann kurze Zeit darauf mit dem Sudan geeinigt und den Sudan ebenfalls ohne irgendwelche Zwischenfälle geräumt.[12]

Ich führe diese beiden Tatsachen an, um Ihnen klarzulegen, daß es ganz falsch ist, wenn man jetzt behauptet, das seien bei den Engländern koloniale Instinkte gewesen, die sie dazu gebracht hätten, den Vorstoß in Ägypten zu machen. Denken Sie bitte an das Jahr 1954, an die freiwillige Räumung der Kanalzone. Denken Sie an die freiwillige Räumung des Sudans kurze Zeit danach. Dann ist es für jeden ganz klar, daß die Engländer nicht die Absicht gehabt haben, sich im Vorderen Orient eine Art koloniales Einflußgebiet zu verschaffen.

Was Frankreich angeht, so denken Sie bitte daran, daß der Aufstand in Algier, der für Frankreich tödlich werden kann, von Ägypten aus unterstützt wurde und daß die Aufständischen in Algier von Nasser mit Waffen versehen wurden.[13] Jetzt ist aber der Herr Nasser anderweitig beschäftigt; hoffentlich geht der Aufstand in Algier seinem Ende entgegen. Hinzu kommt etwas, was berücksichtigt werden muß, wenn man sich ein Urteil erlauben will, nämlich die Ablehnung des Kredites durch die Vereinigten Staaten und durch Großbritannien für den Bau des Assuan-Dammes.[14] Die Verhandlungen waren schon fast bis zum Ende gediehen. Nasser konnte mit Fug und Recht damit rechnen, daß ihm die erforderlichen Kredite durch die Weltbank gewährt werden würden. Die Weltbank kann natürlich – ich habe vor wenigen Tagen mit dem Präsidenten der Weltbank über dieses Thema in Bonn gesprochen[15] –

12 Im Abkommen zwischen Großbritannien und Ägypten vom 12. Februar 1953 war für den Sudan eine Übergangsperiode vorgesehen, in der die Verwaltung schrittweise von den Sudanesen übernommen werden sollte. Dieser Zeitpunkt war im August 1955 erreicht (vgl. AdG 1953 S. 3867, 1955 S. 5310).

13 Am 17. Oktober 1956 wurde ein Schiff mit einer ägyptischen Waffenlieferung für die algerischen Aufständischen durch die Franzosen aufgebracht (AdG 1956 S. 6044f.). Die Verhaftung von fünf führenden algerischen Aufständischen durch die Franzosen auf einem Flug von Marokko nach Tunesien führte zu schweren Ausschreitungen in Marokko, bei denen 51 Franzosen getötet wurden (EBD.).

14 Am 27. Juli 1956 (AdG 1956 S. 5900–5903).

15 Eugène R. Black – am 20. November 1956 in Bonn (TERMINKALENDER).

nur Kredite nach kaufmännischen Gesichtspunkten geben. Aber dann hätten eben die Mächte, die ein Interesse daran haben, daß ein revolutionäres Volk und ein Diktator beschäftigt werden, in die Tasche greifen müssen, eventuell mit anderen freien Ländern zusammen, um es der Weltbank zu ermöglichen, die erforderlichen Kredite den Ägyptern zu den wirtschaftlichen Bedingungen zu geben, die nötig waren. Stellen Sie sich einmal dieses bettelarme und hungernde ägyptische Volk vor, das nicht genug Boden hat, um leben zu können. Es ist an sich ein aufgeregtes Volk, durch Revolutionen erschüttert; dazu kommt noch der Diktator Nasser, wenn auch ein kleiner, aber wir wissen doch, daß ein Diktator seinem Volk etwas aufweisen muß, sonst kann er sich nicht halten. Wenn Sie sich das alles vor Augen halten, werden Sie mit mir der Auffassung sein, daß diese plötzliche Ablehnung des Kredites für den Bau des Assuan-Dammes politisch einer der schwersten Fehler war, der überhaupt im Vorderen Orient gemacht werden konnte.

Und Nasser hat ja auch prompt reagiert. Genau eine Woche nach der ablehnenden Mitteilung des State Department hat er die Suezgeschichte gemacht. Man kann mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben worden wäre, den Assuan-Damm – der für Ägypten von geradezu ungeheurer Bedeutung gewesen wäre – zu bauen, dann hätte er seine Finger vom Suezkanal gelassen; denn in diesem Augenblick hätte er sich ja das Portemonnaie der Geldgeber verschlossen und seinem Lande den größten Schaden zugefügt. Wenn Sie sich weiter vorstellen, daß die Bauzeit für diesen Damm und alles das, was damit zusammenhängt, wie Bewässerung, Elektrizitätswerke usw., mindestens zehn Jahre gedauert hätte, dann kann man mit der größten Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Nasser während dieser Zeit nichts gegen die freien Völker unternommen hätte. Man muß diese Dinge einmal in aller Ruhe im Hinblick auf die Vergangenheit und die Zukunft betrachten, und zwar hinsichtlich der Zukunft insofern, als wir uns alle darüber klar sein müssen, daß in solchen spannungsgeladenen Zeiten wie den unsrigen außenpolitische Entscheidungen unter Umständen etwas auslösen können, was für uns alle verderblich ist.

Man muß deswegen mit der größten Behutsamkeit und mit einem möglichst großen Überblick an eine solche Sache herangehen. Ich bin sicher nicht der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten das nun absichtlich gemacht haben, aber es hat sich doch gezeigt, daß eben die Vereinigten Staaten [sich] über die Verhältnisse im Vorderen Orient und über die Bedeutung des Suezkanals für Europa nicht im klaren gewesen sind. Das ist ein Vorwurf, den ich der amerikanischen Außenpolitik schon wiederholt gemacht habe: Sie ist nicht genügend unterrichtet und kennt zu wenig die anderen Völker. Das liegt zum Teil daran, daß bis zum Jahre 1914, als Amerika kaum eine Außenpolitik trieb, die Botschafter aus reichen Kaufmannshäusern, aus Bankiers- oder Gelehrtenkreisen oder sonstwoher genommen wurden, aber es waren keine Leute, die nun das betreffende Volk wirklich verstanden.

Glauben Sie mir, es läßt sich über Außenpolitik natürlich sehr schön reden mit allen möglichen Redensarten, aber zur Außenpolitik gehört eine intensive Arbeit, ein genaues Studium der Zusammenhänge und eine historische Kenntnis der Dinge, sonst

kann man keine gute Außenpolitik machen. Es trat zunächst ein Schwanken der Vereinigten Staaten nach der Londoner Konferenz ein.[16] Dieses Schwanken der Vereinigten Staaten, das schließlich England und Frankreich zu diesem Schritt getrieben hat, ist wahrscheinlich auf die Präsidentenwahl in Amerika zurückzuführen[17]; denn man hatte keine Zeit, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen; vielleicht wollte man sich auch nicht mit anderen Dingen beschäftigen. Wahrscheinlich hat auch die Erkrankung des Staatssekretärs Dulles dazu beigetragen[18]; denn daß diese Krebserkrankung schon vorher auf das Befinden von Dulles eingewirkt haben muß, wird Ihnen jeder Arzt bestätigen. Dann sind England und Frankreich zu dieser Selbsthilfe geschritten. Ich sage nicht, daß ich den Schritt der Engländer und Franzosen etwa als gerechtfertigt halte, aber ehe man ein Urteil darüber fällt, sollte man sich auch Klarheit darüber verschaffen, wie die ganzen Verhältnisse für diese beiden Länder waren. Da möchte ich sagen, daß die englische Wirtschaft, die englische Handelsflotte und die englische Kriegsflotte absolut abhängig sind von dem Öl aus dem Vorderen Orient. Nicht ganz so stark, aber doch zum großen Teil, gilt das auch von Frankreich. Außerdem kommt bei Frankreich die Geschichte in Nordafrika hinzu. Es ist nun einmal in der Welt so, wenn jemand nicht energisch handelt, wenn er etwas tut, dann sind sie alle hinter ihm her, und da ist den Franzosen und den Engländern – mal ganz objektiv gesprochen – der berechtigte Vorwurf nicht erspart geblieben, daß sie nicht schnell genug gehandelt haben.

Nach den Mitteilungen – und die scheinen wahr zu sein – hatte man einen Zeitplan aufgestellt, wonach man für die Niederkämpfung der ägyptischen Luftwaffe und der Flugplätze sechs Tage brauchen werde. Man war aber schon nach zwei Tagen damit fertig. Wenn man nun vier Tage zuwartet mit der Landung der Truppen, dann kann man sich vorstellen, daß das in der Welt natürlich nicht als eine Manifestation großer militärischer oder staatsmännischer Kraft angesehen wird. Und in unserer heutigen Welt – ich kann mir nicht helfen – wird Kraft einstweilen noch mehr respektiert als das Recht. So sind wir nun in diese schwierige Lage in Europa gekommen; denn die große Blamage, die Großbritannien und Frankreich erlitten haben, färbt ab auf alle europäischen Mächte.

Noch ein Wort über Israel! Wenn Israel einen Tag früher losmarschiert als die anderen[19], dann liegt auf der Hand, daß irgendein zeitliches Zusammengehen verabredet worden ist. Ich darf Ihnen hier sagen, daß ich schon im vorigen Dezember dem Unterstaatssekretär Hoover[20], der bei mir war, gesagt habe: Sie werden sehen, die Israelis schlagen im Laufe des Jahres 1956 los. Sie werden losschlagen, sobald

16 Vom 16. bis 23. August 1956 (AdG 1956 S. 5940–5944, 5944–5946).
17 Am 6. November 1956 (AdG 1956 S. 6094).
18 Dulles war am 3. November 1956 an Darmkrebs operiert worden (FAZ vom 5. November 1956).
19 Britisch-französische Landung am 5. November 1956.
20 Herbert Hoover jr. (1903–1969), 1954–1957 Staatssekretär im Außenministerium (nach ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 215 fand der Besuch im Februar 1956 statt).

die Russen die ägyptische Luftwaffe so stark gemacht haben, daß die Israelis nicht mehr dagegen ankommen. Ich habe Monat für Monat in diesem Jahr erwartet, daß die Israelis losschlagen würden, und zwar aus dem reinen Selbsterhaltungstrieb heraus. Damals wurde mir von amerikanischer Seite gesagt: Wir haben die VI. Kriegsflotte in den dortigen Gewässern herumfahren, die werden für Ordnung sorgen. Die VI. Kriegsflotte hatte zwei Flugzeugträger mit soundso viel Flugzeugen. Aber diese VI. Kriegsflotte hat zum größten Teil bei Neapel und nachher bei Zypern gelegen. Wir haben nichts davon gemerkt, daß das Vorhandensein dieser Kriegsflotte irgendwie beruhigend dort gewirkt hätte.

In einer alle Mächte überraschenden Weise ist nun entdeckt worden, daß im Laufe der letzten Monate Sowjetrußland den Vorderen Orient in einer Weise mit Waffen versehen hat, daß die Fülle und die Art dieser Waffen weit über den Bedarf der dortigen Armeen hinausgeht. Ganz offenbar waren diese Waffenlieferungen geplant, um im geeigneten Augenblick in die Hände von russischen Soldaten zu kommen, wie überhaupt konstatiert werden kann, daß die Russen ihren Druck aus Europa nach dem Vorderen Orient verlagert haben, einmal wegen der dortigen Ölbasen, die für ganz Europa von der größten Bedeutung sind, und zweitens wegen des Mittelmeerbeckens. Die Beherrschung des Mittelmeerbeckens durch Sowjetrußland wäre für Europa einfach das Ende. Auf der einen Seite des Mittelmeerbeckens liegen die mohammedanischen Staaten, die sofort auf die Seite der Russen treten würden. Auf der anderen Seite liegen Frankreich und Italien mit starken kommunistischen Parteien. Wenn nun die kommunistische Kraft in das Mittelmeerbecken eingedrungen wäre, dann hätte das tatsächlich für Europa eine schreckliche Periode eröffnet.

Aber auch ein Gutes hat sich aus dem Vorstoß der Franzosen und Engländer im Vorderen Orient ergeben. Es scheint – wir können das nur sehr begrüßen –, als ob die Amerikaner aus ihrem Traum erwacht seien. Sie erinnern sich daran, daß ich im Juli dieses Jahres hier eine Botschafterkonferenz abgehalten habe, weil plötzlich in der „New York Times" die Nachricht erschien, daß die Amerikaner beabsichtigen, ihre konventionellen Waffen um 800.000 Mann abzurüsten, dafür aber ihre nuklearen Waffen um so stärker aufzurüsten.[21] Das wäre für uns verheerend gewesen. Sie wissen, daß ich mich damals mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen gewandt habe. Man hat das zunächst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht gern gesehen, aber ich kann Ihnen jetzt sagen, daß die Leitung der Vereinigten Staaten von ihren damaligen Plänen, deren tiefster Untergrund Isolationismus war, abgekommen ist. Sie werden die Erklärungen des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium in Washington gelesen haben, daß kein Soldat abgebaut würde.[22] Sie werden auch die sonstigen Erklärungen über diese Fragen, die beruhigend lauten, gelesen haben. Ich war im Sommer um so beunruhigter über diese ganze Entwicklung in den Vereinigten Staaten, weil die dortige Regierung schon seit geraumer Zeit der NATO keine

21 Gemeint: Radford-Plan (vgl. Nr. 16 Anm. 21).

22 ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 244; vgl. auch PÖTTERING S. 81f., auch zum Folgenden.

Bedeutung mehr schenkte. Der NATO-Botschafter – ich spreche sehr offen hier – war sehr häufig nicht in der Lage, im NATO-Rat zu irgendeiner Frage Stellung zu nehmen, weil er von seiner Regierung keine Anweisungen bekommen hatte. Wenn die führende Macht der freien Völker, die in der NATO vereinigt sind, zu wichtigen Fragen einfach keine Stellung nehmen kann, dann sinkt die ganze Geschichte ab und versandet schließlich.

Es war tatsächlich die NATO eine sehr wenig bewegliche Masse geworden, etwas ganz anderes, als sie früher gewesen ist. Aber auch hier kann ich zu meiner großen Genugtuung sagen, daß das in den letzten Wochen doch anders geworden ist. Amerika schenkt der NATO jetzt sehr große Aufmerksamkeit, und der Botschafter der NATO in Paris bekommt wieder seine Anweisungen. Amerika schickt sich also an, wieder seine führende Stellung einzunehmen. Ob der isolationistische Gedanke in den Vereinigten Staaten damit für längere Zeit erledigt ist, kann niemand prophezeien. Das hängt zum großen Teil davon ab, wie sich die anderen NATO-Mächte für den NATO-Gedanken einsetzen und betätigen. Wie groß die Gefahr aber war, muß Ihnen der Brief zeigen, den vor 14 Tagen Bulganin an Eisenhower gerichtet hat, in dem er nichts anderes vorschlägt als eine Teilung der Welt zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland.[23] Der Brief ist ziemlich lang, aber wenn Sie ihn in Ruhe lesen, namentlich den Schlußteil, kommen Sie zu der Auffassung, daß das ein glatter Vorschlag ist: Wir beiden sind die nuklearen Mächte, wir wollen für Frieden und Ordnung in der Welt sorgen. Das würde in der Praxis bedeuten, der eine kriegt diese und der andere jene politische Einflußsphäre. Daß wir in die russische Einflußsphäre gekommen wären, versteht sich von selbst. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben hätten, brauche ich Ihnen nicht weiter auszuführen.

Ich habe eben gesagt, ob die Vereinigten Staaten ihr Interesse für die NATO weiter verstärken, das hängt zum großen Teil von Europa ab. Dieses Europa hat sich nun jetzt, vom Standpunkt der Amerikaner, aber auch vom Standpunkt der Vernunft aus betrachtet, seit 1945 politisch so dumm benommen und eine Unklugheit nach der anderen begangen, daß man es verstehen müßte, wenn die Amerikaner sagten, mit den Europäern ist nichts zu machen. Denken Sie bitte daran, welche Haltung Großbritannien Jahre hindurch gegenüber den Bestrebungen zur Vereinigung Europas eingenommen hat. Denken wir bitte daran, daß es zwar gelungen ist, die Montanunion zu schaffen, daß aber dann Frankreich bei dem weiteren Schritt der Schaffung der EVG am 30. August 1954 in der schrecklichsten Weise versagt hat. Wir haben dann die Westeuropäische Union auf der Londoner Konferenz im Oktober 1954 geschaffen. Aber die Westeuropäische Union hat bisher geschlafen. Sie hat geschlafen, weil die Engländer wieder nicht mittun wollten. Die Amerikaner haben ungeheure Aufwendungen im Interesse der Freiheit der Welt gemacht. Sie sind es doch gewesen, die damals unter Truman in Korea eingegriffen haben. Wenn nun die Amerikaner dieses ganze Gezänke der Europäer dauernd sehen, dann kann man

23 Vom 5. November 1956 (AdG 1956 S. 6083f.).

schließlich verstehen, wenn sie sagen, wenn diesem Europa nicht zu helfen ist, wenn das ein Kontinent ist, der sterben will, dann können wir ihn auch nicht mehr am Leben erhalten.

Wir Deutschen der Bundesrepublik haben schwere Sünden gegenüber der NATO begangen. Wir haben vor allem auf dem Gebiete der Aufrüstung völlig versagt. Wenn wir einem Engländer, einem Franzosen, einem Italiener, einem Amerikaner sagen: Wir haben keine Kasernen, und infolgedessen können wir keine Leute einziehen, dann sagt uns jeder von denen: Fabriken der modernsten Art könnt ihr bauen, ihr könnt unendlich vieles andere tun auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und der sonstigen öffentlichen Bauten, nur Kasernen wollt ihr nicht bauen können! Das glauben wir euch nicht, daß ihr das nicht könnt. Ich mache diese Äußerung, weil sie jedem ohne weiteres klar wird. Kein Ausländer, der durch Deutschland reist und sieht, was alles an neuen Bauten hier geschaffen worden ist, nimmt uns die Entschuldigung ab, wir hätten keine Kasernen bauen können und seien infolgedessen nicht in der Lage gewesen, Leute einzuziehen.

Ich habe eben auf die Schwierigkeiten innerhalb der Bundesregierung hingewiesen. Ich fühle mich aber verpflichtet, auch darauf hinzuweisen, daß im Bundestag und in den Ausschüssen des Bundestages der Aufrüstung die denkbar größten Schwierigkeiten gemacht worden sind und daß es für den armen Herrn Blank geradezu ein Kreuzesgang war, wenn er in diese Ausschüsse hineingehen mußte. Stellen Sie sich vor, daß wir nach den Vorschriften des Bundestages – die nach meiner Meinung übrigens verfassungswidrig sind – nicht einmal eine Teekanne kaufen können für die Leute, die wir eingezogen haben, ohne daß das ausgeschrieben und hierfür ein unendlich kompliziertes Verfahren angewendet wird. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Ich nehme das nur als Beispiel. Das ist doch für ein Volk wie wir, das doch – ich übertreibe nicht – auf den guten Willen seiner Freunde vollkommen angewiesen ist, geradezu ein Irrsinn, so etwas zu machen. Wie wir da noch durchkommen, weiß ich nicht. Ich hoffe, daß es dem Herrn Strauß – der viel robuster ist, als es Herr Blank war, nachdem er sich verbraucht hatte – gelingen wird, durch diese Schallmauer des Widerstandes, die wir im Parlament und auch in der Öffentlichkeit haben, durchzustoßen. Wir müssen ihm jedenfalls helfen, wo wir helfen können, damit er da durchstoßen kann. Aber es bleibt bestehen, daß das Vertrauen in Deutschland zur NATO in den letzten zwei Jahren rapide gesunken ist. Ich habe gestern mit unserem NATO-Botschafter Blankenhorn, der aus Paris kam, über diese Dinge gesprochen, und zwar wegen des Verhaltens der jetzigen Regierung und der Regierungskoalition und auch der öffentlichen Meinung in Deutschland. Man fängt auch dort jetzt an zu zweifeln, ob es uns bei unserer Lethargie und unserem Phlegma gelingen wird, die Bundestagswahl 1957 zu gewinnen.

Die SPD wird unentwegt an ihrem neutralistischen Standpunkt festhalten. Sie haben die Rede des Herrn Mellies gehört[24], Sie haben auch von dem Beschluß gehört, den der DGB in Hamburg gefaßt hat, in dem er ausgeführt hat: Der DGB wird die

24 Am 8. November 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.32 S. 9267–9269).

Kräfte unterstützen, die willens und fähig sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen.[25] Bitte beachten Sie wohl, da steht nicht etwa drin, „die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen", sondern es steht drin, „die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland rückgängig zu machen". Vielleicht haben Sie überlesen, daß sich die Sozialdemokratische Partei offiziell zustimmend zu diesem Beschluß – der nie ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten gefaßt worden wäre – geäußert hat. Daraus sehen Sie die ganze, mit keinem Wort scharf genug zu geißelnde Torheit der Sozialdemokraten. In einem Augenblick, wo die Geschichte in Polen und der Aufstand in Ungarn war, wo die amerikanische Luftwaffe mehrere Tage lang auf allerhöchster Alarmstufe gewesen ist, wo Nachrichten kommen über russische Truppenkonzentrationen auch nach dem Westen, zu sagen: Wir unterstützen jede Partei, die die Wiederbewaffnung verhindert, das ist nach meiner Meinung ...; ich unterdrücke das Wort, das mir auf der Zunge schwebt. Dann soll man doch lieber geradeaus nach dem Osten hinmarschieren; denn das ist genau dasselbe.

Erkennen Sie daraus bitte die Riesenbedeutung der Wahlen im nächsten Jahr. Wenn nämlich die Sozialdemokratie, die auf dieser Linie festliegt und sich jetzt erneut wieder festgelegt hat, nach der Bundestagswahl des Jahres 1957 einen irgendwie bestimmenden Einfluß auf die Politik der Bundesregierung bekommen sollte, dann ist es zu Ende mit der Freiheit des deutschen Volkes. (*Zustimmung und Zurufe:* Sehr richtig!) Das haben gerade die Erfahrungen der letzten Monate – wenn es überhaupt noch nötig war, das zu beweisen – mit einer solchen Klarheit und einer solchen Überzeugungskraft gezeigt, daß sich ihnen kein Mensch verschließen kann.

Nun werden Sie mich fragen: Wie denkst du dir denn überhaupt die Entwicklung? Darauf will ich Ihnen eine Antwort geben. Ich habe seit Jahr und Tag den Glauben gehabt, daß schließlich dieser Ostblock so viel innere Risse bekommen würde, daß sich daraus sein Ende ergäbe. Es war immer meine Überzeugung, daß man den Menschen ein so unwürdiges Leben, wie es die Menschen in Sowjetrußland und in den Satellitenstaaten führen, auf die Dauer einfach nicht zumuten könne, und es werde einmal der Augenblick kommen, wo man sich gegen diese Unterdrückung auflehnen würde. Die Risse in diesem Block haben sich zuerst gezeigt im Jahre 1948 in Jugoslawien; sie haben sich dann gezeigt in Polen und jetzt in Ungarn. Wir wissen auch nicht, was im Kreml vor sich geht. Wir können nur das eine wissen, daß dort Machtkämpfe stattfinden, ob zum Guten oder zum Schlechten, das wissen wir nicht. Wenn ich sage „zum Schlechten", dann meine ich folgendes: Wenn in einem solchen diktatorisch regierten Staat Machtkämpfe stattfinden, dann ist es leicht möglich, daß schließlich die Leute zu einer Diversion nach außen übergehen, um das Augenmerk der eigenen Menschen von den inneren Auseinandersetzungen abzuleiten.

Das ist die große Gefahr, die vor uns steht und die noch eine geraume Zeit vor uns stehen wird. Es handelt sich jetzt – im Gegensatz zu den Diadochenkämpfen in

25 Entschließung zur Abrüstung und sozialen Aufrüstung in AdG 1956 S. 6015.

Sowjetrußland nach dem Tode Lenins – nicht darum, welche Personen die Macht in die Hand bekommen, sondern es handelt sich offenbar um zwei Richtungen. Aber aus der Tatsache, daß diese Kämpfe zwischen zwei Richtungen stattfinden und daß man sich in den Satellitenstaaten gegen die Sklaverei auflehnt, können und dürfen wir auch mit Recht Hoffnung schöpfen. Es ist die einzige Hoffnung, die wir haben können. Keiner von uns will einen Krieg. Ein Krieg mit Wasserstoffbomben wäre für die gesamte Menschheit der Untergang. Kein Mensch kann das vorher wissen, jedenfalls würde unser Land schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Da diese innere Zersetzung im Ostblock weitergeht, muß der Westen einig und stark sein; denn der Staat, der in der heutigen Zeit schwach ist, der lädt seinen Nachbarn geradezu ein, ihn in Besitz zu nehmen.

Der Westen muß einig sein. Darum wollen wir Europa aufbauen und die NATO mit neuem Leben erfüllen. Durch die NATO binden wir die Vereinigten Staaten an uns; ohne die Vereinigten Staaten sind alle europäischen Länder gegenüber der Sowjetunion verloren. Die NATO können wir nur dann aufbauen, wenn wir selber alles tun, was wir tun können, während jetzt – man schämt sich fast, es zu sagen – unsere finanzielle Leistung für die NATO gleich ist der finanziellen Leistung, die das bettelarme Griechenland pro Kopf der Bevölkerung aufbringt. Dieses reiche Deutschland, von dem gestern wieder gemeldet wurde, daß es einen neuen Geldzuwachs von 600 Millionen hätte, bringt nicht mehr pro Kopf der Bevölkerung auf wie das bettelarme Griechenland, das das ärmste Land in Europa ist. Wir müssen uns eigentlich schämen, daß wir das tun.

Wir müssen Europa aufbauen! Wir müssen die NATO festigen, weil kein europäischer Staat allein dem russischen Druck gewachsen sein wird. Wenn wir aber durch die NATO die Vereinigten Staaten an uns binden, dann haben wir doch gerade nach den Erscheinungen, die wir in den letzten zwei Monaten wahrgenommen haben, die begründete Hoffnung, daß dieser Prozeß in Sowjetrußland und in den Satelliten weitergehen wird und daß die Sowjetrussen auch eines Tages bereit sein werden – mögen sie eine Staatsform haben, welche sie wollen, das ist ihre Sache –, mit den anderen Mächten zu einer Abrüstung zu kommen, die der Welt endlich wieder den Frieden und die Ruhe gibt, die wir alle seit vielen Jahren so schmerzlich entbehren müssen. *(Lebhafter Beifall.)*

Darf ich nun um Wortmeldungen bitten! Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Meine Damen und Herren! Einige Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers veranlassen mich, ganz kurz etwas zu sagen. Ich bedaure, heute hier in diesem Kreise das gehört zu haben, was Herr Seidel, als ich meinen Urlaub antrat, der deutschen Presse sagte, daß es sich nämlich bei mir um einen verdienten, aber leider verbrauchten Mann handele, wofür mir Herr Seidel noch immer eine – auch vom Menschlichen her – Entschuldigung zu geben verpflichtet wäre.[26] Etwas Ähnliches, Herr Bundeskanzler,

26 Ausführungen Seidels auf einer Pressekonferenz in München am 2. August 1956. Vgl. dazu seine Richtigstellungen bzw. Erläuterungen im Schreiben an Adenauer vom 3. August 1956 (ACDP VII-002-AO 278).

haben Sie eben gesagt. Wer mich in den letzten Tagen und Wochen hat arbeiten sehen, auch in Siegen und in Hamburg[27], wird diesen Eindruck nicht haben. Das muß ich einmal klarstellen; denn das bin ich mir selber schuldig.

Nun zu den Fragen der Durchführung des deutschen Verteidigungsbeitrages einige Hinweise! Als ich mein Amt verließ – das ist jetzt sechs Wochen her –, waren 67.000 Mann einberufen. Heute sind es, also in weiteren sechs Wochen, 70.000 geworden. Wir haben Einberufungen bis zu 3.500 in der Woche vorgenommen. Sie können einmal ausrechnen, wieviel es in den letzten Wochen gewesen sind. Ich bin Ihnen zu meiner eigenen Rechtfertigung folgende Erklärung schuldig: Der Bundesverteidigungsminister, auch mein Nachfolger, der meiner vollen Unterstützung sicher sein darf, ist nicht in der Lage, auch nur eine einzige Kaserne zu bauen oder zu räumen. Sie wissen alle, daß das Räumen der mit Flüchtlingen belegten Kasernen Angelegenheit des Flüchtlingsministers ist im Zusammenwirken mit dem Finanzminister und den Landesregierungen. Ich mache den beteiligten Herren keinen Vorwurf und will nicht behaupten, daß sie mehr hätten erreichen können. Ich will nur feststellen, daß derjenige, der am wenigsten daran tun konnte und tun kann, der Bundesverteidigungsminister ist.

Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion hat mir durch die Gesetzgebung erlaubt, bis zum 31. März dieses Jahres 6.000 Soldaten zu haben. Ab 1. April habe ich in den wenigen Wochen bis zu meinem Ausscheiden, d.h. praktisch bis zum Ende des Monats September, aus 6.000 Soldaten 60.000 gemacht. Ich halte das für eine große Leistung. Der Zugang von Freiwilligen bis zu 4.500 Mann in der Woche bewies, daß wir die Menschen hatten, als ich mein Amt verließ. 140.000 Bewerber waren überprüft und 98.000 als geeignet befunden worden, d.h. 2.000 mehr, als wir aufgrund unserer NATO-Verpflichtung im Jahre 1956 – nämlich 96.000 – aufstellen wollten.

Vergessen Sie nicht, als ich mein Amt verließ, gab es in der Bundesrepublik 1.000 Panzer. Ich will die anderen Waffen nicht aufzählen. Die Unterbringung hatte ich nur in einem sehr beschränkten oder, besser gesagt, in keinem Umfang in der Hand. Das ist genügend bekanntgewesen. Aber ich wußte genau wie der Herr Bundeskanzler seit dem Sommer dieses Jahres, wie sich die Dinge entwickeln würden. Als ich einen diesbezüglichen Wink bekam und in Amerika die erforderlichen Panzer kaufen wollte, nachdem auch der Herr Bundeskanzler nach einer langen Besprechung hier in seinem Zimmer gesagt hatte, die Sache ist hiermit entschieden, ist unsere eigene Fraktion nicht gefolgt, sondern hat bei den Verhandlungen im Bundestagsausschuß wesentliche Kürzungen von mir erzwungen. Als ich dem nachgegeben hatte, erhob in der letzten Minute der Verhandlung bei der Abstimmung noch einmal ein Vertreter der CSU die Hand und verlangte, völlig unmotiviert, eine weitere Kürzung der Panzer um 400 bis 600 Stück, so daß wir gerade noch mit 15 : 14 Stimmen diesen Nachtragshaushalt über

27 Stichworte des Redetextes von Hamburg (20. November 1956) in NL Blank ACDP I-098-001.

die Bühne brachten. Das muß einmal mit aller Klarheit gesagt werden. Ich werde auch in Zukunft bereit sein mitzuarbeiten, wo immer ich das kann. Ich bitte aber herzlich darum, Herr Bundeskanzler, mich nicht hören zu lassen, was einmal Herr Seidel gesagt hat. Herr Seidel ist mir noch immer seit Jahr und Tag eine Antwort auf einen außerordentlich höflich gehaltenen Brief schuldig. Er hat mir einmal vorgeworfen, auch in der Presse, daß die Planungen für die Wiederaufrüstung in den wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten an den Tatsachen vorübergingen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß nicht der Verteidigungsminister diese Verteilungsplanung machte, sondern daß diese Koordinierung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht erstens entstanden ist aus der Zusammenarbeit der entsprechenden Ministerien und zweitens, daß sie auf Kabinettsbeschlüssen beruht. Bei allem Willen, das Beste für meine Partei und unser Volk zu tun, bin ich nicht bereit, jetzt auch noch Vorwürfe entgegenzunehmen, die ungerechtfertigt sind.

Adenauer: Ich bin der Auffassung, daß wir unsere Zeit nicht jetzt mit dieser Frage ausfüllen sollen. Ich habe gesagt, Herr Kollege Blank – ich konnte Sie gar nicht sehen und wußte auch nicht, daß Sie dahinten saßen –, daß sich wahrscheinlich jeder abgenutzt hätte. Ich habe nicht gesagt, daß Sie ein verbrauchter Mann seien. (*Lebhafter Widerspruch von Blank:* Doch! Doch! Ich habe es genau gehört!) Ich möchte Herrn Kollegen Seidel bitten, nicht auf das zu antworten, was Herr Blank gesagt hat. (*Seidel:* Ich habe es auch nicht vor, Herr Bundeskanzler!) Herr Blank ist natürlich in der ganzen Sache – das kann ich verstehen – schwer getroffen. Ich muß aber Herrn Blank auch – ich bin ihm das schuldig – konzedieren, daß er bei seinem ersten Auftreten in der Fraktion eine außerordentlich gute und tapfere Haltung eingenommen und erklärt hat, er stehe der Partei nach wie vor und auch seinem Nachfolger mit ganzer Kraft zur Verfügung.

Ich möchte jetzt bitten, daß wir diese Angelegenheit verlassen; denn die Diskussion würde sich zu sehr in Einzelheiten auflösen und uns mehr auseinanderbringen, als daß sie uns den Blick öffnet für die Schwierigkeiten der Lage, wie sie nun einmal ist, die ich Ihnen darzulegen versucht habe. Sie geht dahin, daß die Situation in der Welt und besonders für Deutschland, für die Bundesrepublik, so entsetzlich geworden ist, daß wir das Äußerste hergeben müssen für die Ziele, die ich genannt habe. Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir die Wahl des Jahres 1957 gewinnen. Und das sind wir dem deutschen Volke schuldig. Das sind wir auch schuldig – und damit möchte ich einen Eindruck verwischen, den eben die Erklärung des Herrn Blank hervorgerufen hat – der gesamten weltanschaulichen Grundlage, die uns alle trägt und die uns über alle persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten hinweg zwingt, Hand in Hand miteinander zu arbeiten.

Krone: Ich halte es für meine Pflicht, von der Fraktion aus dem Kollegen Blank hier im Parteivorstand die Anerkennung dafür auszusprechen, daß er sich sehr schnell gefaßt und in der Fraktion erklärt hat: Ob der Minister Blank oder Strauß heißt, ist gleichgültig, es geht um die Sache, und der Sache diene ich nach wie vor in der gleichen verantwortlichen Weise wie bisher. Das als Fraktionsvorsitzender hier

im Parteivorstand zu sagen, ist meine Pflicht. Ich glaube auch, daß Herr Seidel das nicht so gesagt hat, wie es nachher in der Presse zu lesen stand. Ich würde es daher begrüßen, wenn ein persönliches Gespräch zwischen ihm und Herrn Blank stattfinden könnte. Dann käme der Punkt in Ordnung.

Zimmer: Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers finden unsere volle Zustimmung sowohl in der Beurteilung der innenpolitischen wie auch der außenpolitischen Lage und auch hinsichtlich der Aufforderung, alles zu tun, um den Bundestagswahlkampf 1957 zu gewinnen. Das setzt voraus, daß die Fehler, die unsere Partei, von den obersten Gremien angefangen bis zur letzten Ortspartei, im letzten Jahr gemacht hat, im kommenden Jahr absolut vermieden werden. Dazu gehört vor allem, daß es die führenden Politiker der CDU in Bonn unter allen Umständen vermeiden, allzu großes Gewicht darauf zu legen, sich durch eigene Auffassungen ein profiliertes Gesicht zu geben. (*Adenauer:* Das ist noch sehr nett ausgedrückt!) Das wird von den Leuten draußen absolut nicht verstanden. Diese Angelegenheit wird vielfach mißdeutet, und man sagt, der und der will sich in der nächsten Bundesregierung einen Platz sichern. Das möchte ich nicht unterstellen. (*Adenauer:* Das können Sie ruhig machen!) Es gibt aber Ausführungen, die von dem letzten CDU-Mann draußen in dieser Weise gedeutet werden. Diese Fehler müssen unter allen Umständen vermieden werden. Es darf nicht mehr sein, daß unter dem neuen Bundeswehrminister – wie es anscheinend bisher gewesen ist – drei oder vier Exponenten der CSU nach außen den Eindruck erwecken, als ob sie ein besonderes Patent für die Wehrpolitik und für die Aufrüstung hätten. Es darf nur eine Wehrpolitik der CDU geben, und das ist die Politik, die Sie, Herr Bundeskanzler, eben gezeichnet haben. Das gleiche gilt auch für die Sozialreform. Auch hier wünschen wir, daß nur eine Politik der CDU und CSU nach draußen bekanntgegeben wird; denn nur dann können wir mit Mut der Zukunft entgegensehen.

Ein besonderes Kapitel ist die Presse und sind die Verlautbarungen der CDU. Ich hätte in den letzten Wochen gerne eine größere und bessere Ausnutzung der gebotenen propagandistischen Möglichkeiten gesehen. Wir hätten nämlich aus dieser Situation gegenüber der SPD propagandistisch viel mehr herausholen können. Die SPD geht z.Z. durch ein außenpolitisches Tief hindurch. Sie ist auch, wie Sie angedeutet haben, vielfach schweigsam geworden. Aber auch wir sind leider mehr als nötig schweigsam geblieben. Ich bin dafür, daß wir das Versäumte möglichst schnell nachholen. Wer die Schweizer Presse verfolgt, ist erstaunt über den Unterschied, der hier gegenüber unserer Presse zutage tritt. In der „Neuen Zürcher Zeitung" z.B. steht auf den ersten drei Seiten nichts anderes als Ungarn, Ungarn und nochmals Ungarn. Die Zeitung befaßt sich nur mit diesen Vorgängen auf den ersten drei Seiten. In der Schweiz wurden vorgestern auch drei Minuten Pause eingelegt, und die Leute standen solange auf den öffentlichen Plätzen still.[28]

28 Diese Feststellungen Zimmers sind so pauschal nicht haltbar. In der Bundesrepublik war für den 6. November 1956 eine dreiminütige Verkehrsruhe vorgesehen gewesen (FAZ vom 6. November 1956).

Es fehlt hier bei uns sicher vieles an einer guten propagandistischen Ausnutzung im Interesse der CDU. Es ist auch viel besser, daß die CDU eine profilierte Politik der moralischen Stärke insgesamt zeigt, als daß einzelne Politiker sich zu sehr allein profilieren.

Adenauer: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn der Parteivorstand der CDU einen sehr ernsten Appell in dem Sinne an die CDU-Mitglieder im Bundeskabinett richtete, wie Sie es eben angedeutet haben, Herr Zimmer. (*Gurk:* Auch an die CSU!) Wir können von hier aus an die CSU keine Aufforderung richten, aber wir können die Formulierung so fassen, daß die CSU-Mitglieder mit angesprochen werden. Ich wäre Herrn Kollegen Seidel sehr dankbar, wenn er bei der CSU zu Hause dafür sorgte, daß unsere CSU-Mitglieder nicht ihren eigenen Weg gehen. Wir müssen entweder miteinander leben oder miteinander sterben. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn ein Mitglied des Kabinetts – ich möchte mich des sanften und schönen Ausdrucks bedienen, den Herr Zimmer gebraucht hat – zu profiliert erscheint; denn das Profil allein nützt einem verdammt wenig, wenn man nicht die Mehrheit hat. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich bin mit Herrn Zimmer durchaus einer Meinung, wenn er gesagt hat, wir hätten die letzte Zeit propagandistisch viel mehr ausnutzen müssen. Es wird wohl noch einer Beratung im engsten Kreise bedürfen, wie wir dafür sorgen können, daß von der Bundesgeschäftsstelle aus in einer profilierten Form – um auch hier den Ausdruck zu gebrauchen, denn hier ist er am Platze – besser und wirksamer als bisher an die Öffentlichkeit herangetreten wird. Die Bundestagsfraktion will auf diesem Wege vorangehen. Die Bundesgeschäftsstelle muß sich dem unbedingt anschließen und das in der gleichen Weise tun. Wenn wir nachher unsere Beschlüsse fassen ... (*Meyers:* Wir müssen dafür einen Ausschuß einsetzen!) Dann müssen wir ihn jetzt bestimmen. Herr Meyers, wollen Sie es mit Herrn Krone übernehmen und etwas formulieren, erstens zu Ungarn und zweitens zu der Aufforderung an die Herren der Bundesregierung?

Oberländer: Wenn man offen über die Wahl spricht, glaube ich, daß bei den Kommunalwahlen ein nicht geringer Teil der Vertriebenen zur SPD abgewandert ist. (*Adenauer:* Sollen wir nicht die Kommunalwahlen zurückstellen?)

Dann möchte ich kurz auf die Frage der Finanzpolitik eingehen. Ich muß hier folgendes sagen: Wenn wir die Finanzpolitik nicht mit der Sozialpolitik abstimmen, können wir uns heute draußen im Lande nicht mehr sehen lassen. Die ganzen Schwierigkeiten, die Herr Blank gehabt hat, rühren daher. Ob es sich um Ungarn handelt oder was es auch sein mag, ich muß sagen, daß wir immer zu spät starten und deswegen um die Erfolge kommen, die wir eigentlich draußen im Lande durchaus haben könnten.

Warum ist kein Lager frei, warum keine Kaserne? Auch in diesem Jahr haben wir wieder Mittel im Haushalt, die wir unbedingt benötigen, die aber postnumerando statt pränumerando gezahlt werden. Daher sind die Schwierigkeiten gekommen. Wir hatten beim Häftlingsgesetz den Wunsch, diese 25 Millionen auszuzahlen, aber es ist

nicht gelungen.[29] Ich kann es nicht anders sagen, als daß unsere Leute Dinge für die Opposition tun. Ich möchte nämlich offen aussprechen: Was wir heute hier auf diesem Gebiet versäumen, machen später die anderen für uns. Ich möchte daher dringend bitten, daß wir nach den Erfahrungen, die wir in den Wahlversammlungen gemacht haben, diese Dinge doch viel stärker als bisher beachten. Es wäre wirklich leicht möglich, ohne daß wir deswegen besondere Opfer bringen, heute die Finanzpolitik auf die Sozialpolitik abzustimmen.

Adenauer: Herr Oberländer hat vollkommen recht. Wenn unsere Finanzpolitik elastischer wäre und wenn wir 500 Millionen für verschiedene Dinge ausgäben, dann täten wir für die Wahlen Gott weiß was. Dadurch aber, daß wir es nicht tun – wir haben dann allerdings 500 Millionen im Sack, d.h. im Juliusturm –, wird allgemeines Ärgernis erregt, wodurch uns die Wahl außerordentlich erschwert wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich wiederhole: Herr Oberländer hat vollkommen recht.

Bach: Auch ich möchte das, was Herr Oberländer gesagt hat, unterstützen. Wer den Wahlkampf in den letzten Wochen mitgemacht hat, wird mit mir darin übereinstimmen, daß uns mit Recht der Vorwurf gemacht wird, wir hätten im letzten Jahre keine richtige Führung mehr gehabt; denn wir haben so viel Meinungen von unseren verantwortlichen Männern gehört, daß wir nicht mehr wußten, welche eigentlich zuständig ist. Und das haben wir draußen in den Wahlversammlungen vertreten müssen! Ein Beispiel: Wir haben ab 1. Oktober eine Steuervergünstigung mit 3,2 Milliarden. Hätten wir sie am 1. September bekommen, dann wären die Wahlen anders ausgefallen. Jetzt heißt es nämlich: Das hat die SPD gemacht, sie hat so lange gebohrt, bis die Regierung hat nachgeben müssen. Hätten wir es am 1. September gemacht, dann wäre es für uns ein ausgezeichneter Wahlerfolg geworden.

Ich möchte auch darum bitten, daß das Rentengesetz – wie es der Herr Bundeskanzler gesagt hat – nun wirklich am 1. Januar abgeschlossen wird. Wenn es nicht zum Zuge kommt, haben wir die Wahl verloren. Wir können auf das Rentengesetz bei der jetzigen Stimmung nicht verzichten. Früher haben mindesten 60 bis 70 % der Rentner die CDU gewählt, aber jetzt bei den Kommunalwahlen haben mindestens 60 % SPD gewählt. Sie haben gesagt, die CDU hat ihr Versprechen nicht eingelöst. Nun können wir mit Menschen- und mit Engelszungen reden; wenn wir kein vernünftiges Rentengesetz schaffen, hilft uns das alles nichts mehr.

Zur Wehrpolitik! Mein Freund Blank hat vor 14 Tagen in Siegen gesprochen und einen großen Beifall gehabt, weil er gesagt hat, das ist nötig und das nicht. Hätten wir von Anfang an diese klare Sprache geführt und nicht immer wieder versucht, der SPD Konzessionen zu machen, auch hinsichtlich der Kriegsdienstverweigerer usw., dann hätten wir ein ganz anderes Gesicht bekommen und den Wahlkampf besser überstanden. Gerade diese Wehrpolitik hat uns eine Menge Stimmen der Frauen und

29 Das Gesetz vom 6. August 1955 (BGBl I S. 498) sollte gemäß BT-Drs. 2092 vom 9. Februar 1956 (Einstellung von 25 Millionen DM für Beihilfemaßnahmen nach dem Häftlingshilfegesetz in den Bundeshaushaltsplan für 1956) geändert werden.

auch der Jugendlichen gekostet, weil wir nicht klar genug gesagt haben, daß sie nur die Wahl haben zwischen deutschen oder russischen Soldaten. So aber sind sie des naiven Glaubens: Die CDU will Soldaten machen, und die SPD befreit uns von diesen Soldaten. Sorgen Sie bitte dafür, Herr Bundeskanzler, daß die Bundestagsfraktion eine klare Auffassung in dieser Hinsicht hat und daß die Sozialreform möglichst schnell verabschiedet wird, sonst ist der Wahlkampf nicht zu gewinnen.

Seidel: Meine Damen und Herren! Es ist hier einige Kritik an der CSU geübt worden. Ich möchte dazu ein paar Bemerkungen mit der dem Gast gebotenen Zurückhaltung und Höflichkeit zu dieser Kritik machen. Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung! Die CSU ist aus einer Reihe von sehr wichtigen Gründen eine selbständige Landespartei. Seien Sie davon überzeugt, diese Selbständigkeit ist notwendigerweise aus den bayerischen Verhältnissen heraus gegeben. Wer etwas anderes glaubt, kennt nicht die Situation in unserem Lande. Ich habe den Eindruck, daß die Politik des verehrten Herrn Bundeskanzlers und damit auch der Bundesregierung in keinem anderen Land so energisch und systematisch vertreten wird wie in Bayern. Ich darf Sie in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß wir am 18. März dieses Jahres, und zwar im Tiefpunkt der Abwartungspolitik, die man z.Z. in Deutschland gegen unsere Politik betreibt, gewählt haben. Wir haben in Bayern genau das gegenteilige Ergebnis gegenüber den jetzigen Kommunalwahlen in den anderen Ländern erzielt. Wir haben eine Mehrung um 8 %, die SPD eine solche um 3 % erzielt, also genau das umgekehrte Ergebnis, wie es jetzt hier festzustellen ist.[30] Ich mache daraus keinen Vorwurf. Sie haben jetzt gerade Kommunalwahlen hinter sich. Ich spüre aber nicht, daß in der übrigen Bundesrepublik die Gelegenheit, die die Vorgänge in Ungarn bieten, entsprechend politisch ausgenutzt wird. Ich habe jeden einzelnen meiner Parteifreunde in der Fraktion verpflichtet, in seinem Wahlkreis jetzt Versammlung um Versammlung abzuhalten. Diese Versammlungen finden einen ungeheuren Widerhall bei der Bevölkerung. Sie finden einen solchen Widerhall, daß wir gelegentlich Säle auswechseln müssen, weil sie sich als zu klein erweisen. Ich spüre aber nicht, daß das in der übrigen Bundesrepublik in gleichem Maße der Fall ist.

Herr Blank hat eben eine Erklärung abgegeben, zu der ich nur zwei Sätze sagen möchte. Ich habe mich sehr lange Zeit Herrn Blank freundschaftlich verbunden gefühlt und an seiner Arbeit einen sehr starken und intensiven Anteil genommen. Ich habe sie bei allen Gelegenheiten unterstützt. Von einem gewissen Zeitpunkt an habe ich erkannt, daß die sachlichen Voraussetzungen in der Arbeit des Bundesverteidigungsministeriums geändert werden mußten. Es ist jetzt nicht der Ort, das im einzelnen auszubreiten. Verlassen Sie sich darauf, es war notwendig. Unser Freund

30 In NW gewann die CDU 2,3 %, die SPD 8 % gegenüber der Kommunalwahl von 1952; in Hessen CDU 3,4 %, SPD 8,9 %; in Niedersachsen CDU 8,1 %, SPD 6,4 % (jeweils am 28. Oktober); in Rheinland-Pfalz (am 11. November 1956) CDU 2,2 %, SPD 6,1 % (AdG 1956 S. 6059, 6095); in Baden-Württemberg (am 11. November 1956) CDU minus 1,1 %, SPD 7,2 % (EBD. S. 6118).

Blank konnte nicht mehr ansprechen draußen; er hat vor allen Dingen nicht mehr die Jugend angesprochen. Es war notwendig – das ist jedenfalls unsere Erfahrung, die wir in Bayern gemacht haben –, (*Zurufe:* Bei uns nicht!) daß etwas geschah. Ich rufe den Herrn Bundeskanzler zum Zeugen dafür auf, daß die CSU nicht verlangt hat, daß Herr Blank aus seinem Amt entfernt würde. Wir haben lediglich eine Aktivierung des Bundesverteidigungsrates verlangt. Ich will das hier in diesem Kreise ausdrücklich feststellen. Nicht wir sind es gewesen, die einen Wechsel in der Spitze des Bundesverteidigungsministeriums gefordert haben.

Herr Blank hat einen Brief erwähnt, den er mir wegen einer anderen Äußerung früher geschrieben hat. Wir haben uns hinterher persönlich getroffen, und ich habe ihm gesagt, er solle das nicht so tragisch nehmen, ich wäre der Meinung, der Fall sei erledigt. Er hat mir keinen zweiten Brief geschrieben. Ich gebe zu, daß ich auch keinen geschrieben habe; denn die Äußerung, die ich damals in einer Pressekonferenz gemacht habe, war in dem Zusammenhang, in dem sie fiel, durchaus legitimiert; es war keine lieblose Attacke gegen einen Menschen, dem ich eine sehr große Wertschätzung entgegengebracht habe und heute noch entgegenbringe.

Zur Sache! Der Herr Bundeskanzler hat vollkommen recht. Wir müssen die Rentenreform bis zum 1. Januar unter allen Umständen herausbringen! Wenn vorhin davon gesprochen worden ist, daß wir eine elastischere Finanzpolitik bräuchten, so richtet sich dieser Vorwurf gegen meinen Parteifreund Schäffer. Ich gebe Ihnen zu, daß die Finanzpolitik elastischer sein müßte, aber die Finanzminister sind in der ganzen Welt gleich, (*Adenauer:* Nein, das sind sie nicht!) auch wenn sie nicht von Bayern kommen. Zunächst einmal sagt ein Finanzminister nein, und es dauert sehr lange, bis man es zu einem Ja bringt. Und dann ist meistens die Chance vorbei und nunmehr die Möglichkeit gegeben, daß sich die Opposition des Erfolges rühmt. Also, wir werden die Finanzminister nicht ändern können, aber wir können durch eine entsprechende Koordinierung eine elastischere Finanzpolitik, Verteidigungspolitik und Wirtschaftspolitik herbeiführen. Und das ist das Anliegen, das die CSU dem Herrn Bundeskanzler sehr eindringlich vorgetragen hat. Ich bin der Meinung, daß diese Frage heute noch nicht genügend geklärt ist. Wir werden aber, wenn wir in den Wahlkampf mit vernünftigen Parolen hineingehen wollen, uns dazu durchringen müssen, daß innerhalb des Kabinetts eine Sprachregelung erfolgt und daß sie darüber hinaus auch in der Praxis des Kabinetts einheitlich zum Ausdruck kommt, damit uns nicht mehr draußen die Schwierigkeiten begegnen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben, wenn wir diese Politik gegenüber der Bevölkerung vertreten haben. Mein Parteifreund Strauß hat gesagt: Wir haben eine sehr gute Politik gemacht, aber wir haben diese Politik schlecht verkauft. Sie haben in der übrigen Bundesrepublik sehr viel günstigere Presseverhältnisse als wir in Bayern. (*Widerspruch und Zuruf:* Na! Na!) Sie haben eine Reihe von Parteizeitungen. Immerhin konzentrieren sich die Bemühungen des Bundespresse- und Informationsamtes nicht etwa auf bayerische Zeitungen. Ich verlange das auch nicht, aber wir haben in Bayern, abgesehen von drei kleinen Provinzblättern, a priori eine feindselige Presse, (*von Hassel:* Wir auch!) mit

Ausnahme von Herrn Kur[31], der allerdings die Außenpolitik in einer sehr energischen und glücklichen Weise vertritt. Es ist aber trotz allem möglich, diese gute Politik verhältnismäßig gut zu verkaufen. Dazu gehören aber keine platonischen Erklärungen, sondern da muß jeder einzelne von uns heraus in die Bevölkerung und Versammlungen abhalten. Es muß jede Möglichkeit genutzt werden, wo man die Öffentlichkeit ansprechen kann. Ich persönlich habe nicht den Eindruck, daß das überall geschieht.

Die Kritik an der CSU, sofern sie keine anderen Inhalte und Gestaltungen bekommen hat, wie ich es heute gehört habe, empfinde ich beinahe als überflüssig. Seien Sie davon überzeugt, so wie es versucht worden ist mit dem Freiwilligen-Gesetz, mit der ganzen Wehrpolitik – das war nicht der richtige Weg. Es mußte etwas anderes her, damit wir aus diesem Circulus vitiosus herauskamen und die Gesetze überhaupt einmal über die Bühne gebracht werden konnten. Wenn da einige meiner Parteifreunde aus dem Zwang der Verhältnisse heraus ein profiliertes Gesicht gezeigt haben, dann war das letztlich für die Sache doch günstig. Sie können ruhig die CSU kritisieren. Ich höre mir das gerne an, wenn es berechtigt ist. Wir sind entschlossen, mit aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, in Bayern einen Wahlkampf zu führen, der uns auch das entsprechende Ergebnis bringen wird. Wenn das überall der Fall ist, bin ich nicht pessimistisch, sondern ich bin sicher, daß wir sehr gut abschneiden werden.

Adenauer: Herr Kollege Seidel ist unser Gast. Er hat verschiedene Punkte von größter Bedeutung angeschnitten. Deswegen erlauben Sie mir, ihm kurz zu antworten. Zunächst einmal glaube ich, daß bei den bayerischen Verhältnissen die CSU eine eigene Partei bilden muß. Aber wir sind doch Schwesterparteien und in einer Fraktion zusammen, in der Bundestagsfraktion. Ich meine, die berechtigte Selbständigkeit der CSU darf in der gemeinsamen Arbeit nicht zu sehr betont werden. Ich bin auch davon überzeugt, daß Herr Seidel das nicht will.

Herr Seidel hat davon gesprochen, daß die CSU nicht den Rücktritt des Herrn Blank verlangt habe. Das ist richtig, und ich halte mich – damit hier kein Mißverständnis entsteht – für verpflichtet, mit Ihrer Zustimmung, Herr Seidel, Ihnen Kenntnis zu geben von der Verhandlung, die wir Anfang Juli bei mir gehabt haben. Dort war eine Verhandlung mit den Herren Seidel, Strauß, Stücklen und Wacher. Dabei wurde allerdings lebhafte Kritik am Verteidigungsministerium geäußert, zum Teil sehr lebhafte Kritik. Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß ich auch manchmal etwas heftig reagiere. Ich habe damals dem Herrn Seidel gesagt, es ist gut, dann bin ich bereit, den Herrn Blank zu bitten zu verzichten, und dann soll Herr Strauß – der anwesend war – Verteidigungsminister werden, dann wird er sehen, in welch kurzer Zeit er abgewirtschaftet hat. Darauf hat Herr Seidel erklärt, bitte tun Sie das nicht. Also, das

31 Vermutlich gemeint Walter von Cube (1906–1984), nach 1947 „Neue Zeitung", 1954–1972 stv. Intendant und 1960–1972 Programmdirektor des Bayerischen Rundfunks. – In der als „linksstehend" charakterisierten „Frankenpost" vertrat der Chefredakteur Fritz Poppenberger „besonders außenpolitisch die Linie der Koalition sehr betont und sehr geschickt" (Wacher an Globke vom 14. Februar 1957 in ACDP VII-002-AO 280).

ist richtig, ich muß das Herrn Seidel bestätigen. Herr Seidel hat niemals, weder direkt noch indirekt, namens der CSU gewünscht, daß dieser Wechsel stattfinde. Ich bekenne hier, meine Damen und Herren, daß ich mich nach langen Kämpfen – weil ich mich sehr ungern von Herrn Blank getrennt habe – zu dem Entschluß durchgerungen habe, dem Bundespräsidenten diesen Wechsel vorzuschlagen.

Nun lassen Sie mich eins vorwegnehmen, weil jetzt die Herren vom Bundesrat hier sind. Es war eben die Rede von der Rentenreform. Der Herr Sieveking, der Vorsitzende des Bundesrates – er kann noch nicht hier sein –, hat vor einiger Zeit an die Bundesregierung einen Brief geschrieben[32], der Bundesrat würde höchstwahrscheinlich den Vermittlungsausschuß wegen der Rentenreformgesetzgebung anrufen. Ich muß Ihnen sagen, wenn unsere Freunde im Bundesrat dafür stimmen, den Vermittlungsausschuß in dieser Sache anzurufen, dann sind es alles andere, aber keine Politiker. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen in diesem Falle wirklich von den Herren verlangen, doch die gesamte innenpolitische Lage zu würdigen, vor allem an die ungeheure Schwierigkeit zu denken, die Koalition in dieser Sache unter ein Dach zu bringen. Wir müssen sie bitten, ihre Finger von diesem heißen Eisen zu lassen. Ich habe Herrn Krone gebeten, er möchte – unbeschadet dieses Schreibens – dafür sorgen, daß unsere Bundestagsfraktion die Sache verabschiedet, und dann hat der Bundesrat die Verantwortung vor dem gesamten deutschen Volk, wenn er in einer solchen Sache den Vermittlungsausschuß anruft.

Sie haben, Herr Seidel, erheblich weniger Möglichkeiten in Bayern, mit der Presse zu arbeiten, als wir. Schade, daß Herr Heck nicht da ist. Wir haben am Samstag vergangener Woche die Generalversammlung der Union-Presse gehabt, die sehr zahlreich besucht war.[33] Es waren nach meiner Schätzung mindestens 200 Herren da. Wir haben dort – wie mir scheint – berechtigte Klage in der Union-Presse gehört. Wir haben auch unsere Klagen vorgebracht. Ich spreche jetzt im Namen der Partei. Wir haben auch berechtigte Klagen von der Union-Presse gehört, daß sie von der Parteileitung, insbesondere von der Bundesgeschäftsstelle, viel zu wenig mit Material versorgt werde. Ich werde das Herrn Heck noch besonders sagen. Die Klagen waren dort ganz allgemein; ich glaube, sie waren zum größten Teil berechtigt.

Nun, verehrter Herr Seidel, komme ich auf die Seite Ihres Passivsaldos hier. Ich bitte Sie, das richtig zu verstehen. Die Klagen, die hier laut geworden sind, haben sich nicht gegen Ihre Partei, die CSU, gerichtet; hier hat sich kein Mensch gegen die CSU als solche oder auch nur gegen den größten Teil der CSU gewendet. Aber es läßt sich nicht verkennen, lieber Herr Seidel, daß gerade bei der Militärgesetzgebung Herren aus der CSU eine so überragende Rolle gespielt haben, daß der Gipfel des Perfektionismus immer höher und die Sorge, daß um Gottes willen dieses Militär nur ja nicht irgendeine Bedeutung gewinne, immer größer wurde, so daß dadurch die Sache ganz bestimmt Schaden gelitten hat. Ich hoffe, daß das jetzt vorüber ist.

32 Nicht ermittelt.

33 Am 17. November 1956 in Bad Godesberg. – Bericht in UiD vom 22. November 1956.

Sie sagen, alle Finanzminister seien gleich. Das ist nicht richtig. Das kann ich unter keinen Umständen zugeben, verehrter Herr Seidel. Ich möchte noch hinzufügen, daß derselbe Finanzminister im Jahre 1956 ein ganz anderer ist, als er im Jahre 1952 oder 1953 war. Die Menschen ändern sich auch im Laufe der Zeit, und ich muß Ihnen – es ist schade, daß Herr Schäffer nicht hier ist, ich würde es in seiner Gegenwart genauso sagen – erklären, daß sich der Herr Kollege Schäffer nicht als politischer Minister fühlt. Ich bin der Meinung, daß der Finanzminister zwar auf die Finanzen sehen muß, aber daß er auch gleichzeitig ein politischer Minister ist und auch politische Notwendigkeiten einsehen muß. Ich sprach gestern abend noch mit einigen Herren darüber und dachte an das Andersen-Märchen[34], wo ein großer Hund, mit Augen so groß wie ein Teller, auf einer Geldtruhe sitzt und das Geld bewacht und kein Mensch es wagt, an ihn heranzukommen. So etwas gibt es auch noch heutzutage. *(Heiterkeit.)* Wenn Sie, verehrter Herr Seidel, von Ihren Versammlungen wegen Ungarn gesprochen haben, so muß ich Ihnen gestehen, daß wir innerhalb des Gebietes der CDU bisher in dieser Richtung zu wenig getan haben. Herr Lemmer ist hier; er war gestern zum ersten Male in einer Kabinettssitzung. Wenn ich an das Trauerspiel denke, das wir gestern wieder mit dem Bundesfinanzminister gehabt haben, damit wir in die Lage versetzt werden, diese Ungarn aufzunehmen, dann muß ich Ihnen sagen, das verrät weder ein soziales Empfinden noch ein politisches Gefühl.[35] Und diese Art, die schlägt sich auch zum Nachteil des Bundes aus, verehrter Herr Seidel! Die Länder – unsere damaligen Ministerpräsidenten waren dabei – haben im vorletzten Sommer in meiner Gegenwart dem Herrn Bundesfinanzminister einen Prozentsatz an der Einkommensteuer angeboten, aber Herr Schäffer hat ihn abgelehnt. Er hat sich ein halbes Jahr später damit einverstanden erklärt, einen viel geringeren Prozentsatz anzunehmen. Hätte er das damals angenommen, dann hätten wir im vergangenen Jahr – ich spreche jetzt vom Bund aus – über 600 Millionen mehr Einnahmen gehabt! (*Zurufe:* Hört! Hört!) Und durch das Abkommen von damals, das für zwei Jahre gelten sollte, würden wir in diesem Jahre auch über 600 Millionen mehr Einnahmen haben, so daß also die Haltung des Herrn Bundesfinanzministers gegenüber den Ländern nicht nur bei den Ländern eine große Verstimmung ausgelöst hat, die sich erst nachträglich in Freude verwandelte, sondern sie hat den Bund über 1.200 Millionen gekostet. Hätten wir die 1.200 Millionen jetzt hier, was könnten wir damit im Interesse der Regierungskoalition leisten! (*Müller:* Wir können sie auch richtig verwenden!) Sie neigen auch dazu, etwas auf die hohe Kante zu legen! Sparsamkeit ist eine Tugend, das erkenne ich ohne weiteres an, und ein Finanzminister muß hart sein, aber ein Finanzminister muß auch ein politischer Mensch sein. Und in einem Wahljahr muß man daran denken, was mit den Finanzen passiert. Wenn wir

34 Hans Christian Andersen: Das Feuerzeug.

35 Allein nach Österreich waren über 60.000 Ungarn geflohen; in der Kabinettssitzung wurde die ursprüngliche Aufnahmebegrenzung auf 3.000 aufgehoben („Die Welt" vom 23. November 1956).

die Wahlen verlieren, dann sind doch die ganzen Finanzen im Handumdrehen zum Teufel. Deswegen erfüllt man seine Aufgabe als Bundesfinanzminister nach meiner Meinung in einem solchen Jahr besser, wenn man etwas politisch bei der ganzen Sache denkt und handelt. Ich stimme Herrn Oberländer vollkommen zu, es gehören nur einige hundert Millionen dazu, um die ganze Mißstimmung, die sich wirklich gegen unsere Partei als die verantwortliche Regierungspartei angesammelt hat, zu beseitigen. (*Lebhafte Zurufe:* Sehr richtig!) Ich hätte gerne dieses Thema mit Ihnen allein besprochen, aber es ist eben zur Sprache gekommen, so daß ich jetzt dazu Stellung nehmen muß. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Seidel, wenn Sie den Herren in der CSU, insbesondere dem Herrn Bundesfinanzminister, das politische Denken empfehlen würden; denn so, wie es gestern gewesen ist – vielleicht wird Ihnen Herr Lemmer bei Tisch darüber eine Schilderung geben –, ist es einfach unerträglich. Das kann man nicht mehr mitmachen. Wenn z.B. vom Bundesfinanzminister verlangt wird, daß wir die ganzen Luftschutzmaßnahmen den Ländern übertragen sollen, dann habe ich dafür kein Verständnis. Man stelle sich das vor in einem Zeitalter wie dem unsrigen, wir müßten dann den Ländern Zuschüsse geben, während sonst umgekehrt die Länder zu unseren Kosten beitragen müssen. Der Luftschutz gehört ebenso wie die Verteidigung in die Hand des Bundes, weil er nach einheitlichen Gesichtspunkten geplant werden muß und nicht etwa Hamburg oder Rheinland-Pfalz oder sonst ein Land seine eigenen Luftschutzmaßnahmen treffen kann. Das alles hat mich gestern tief erschüttert. Das sage ich Ihnen offen. Andere Dinge will ich Ihnen gar nicht erzählen. Ich habe Herrn Lemmers Gesicht dann und wann beobachtet und Trost geschöpft aus seinem jeweiligen Gesichtsausdruck. Es hat mir wohlgetan, daß ich diese Kritik in seinem Gesicht gelesen habe.

Aber nun müssen wir zurückkommen zur Generaldebatte. In der Zwischenzeit sind die Herren vom Bundesrat eingetroffen. Wir sollten vor einer Pause die große Debatte über den Vortrag, den ich gehalten habe, abschließen. Sonst kommen wir nicht durch.

Weber: Ich begrüße es sehr, daß Sie von Europa gesprochen haben. Wir waren im Oktober im Europarat und in der Westeuropäischen Union in Straßburg und haben dort gesehen, wie lahm diese ganze Bewegung ist. Es müßte aus der Bundestagsfraktion irgendeine Aktivität erwachsen, d.h., irgendein Ansatz gegeben werden zu einer politischen Einigung Europas.

Man verweist auf die Pariser Verträge und sagt, ein solcher Ansatz sei nicht vorhanden. Ich bin aber der Meinung, wenn die Mitglieder der Staaten, die für Europa sind, sich von Zeit zu Zeit träfen und guten Willen hätten, müßte doch ein solcher Ansatzpunkt endlich gefunden werden. Es ist gleichgültig, wo die Grundlage für Europa geschaffen wird, aber jedenfalls muß eine Grundlage geschaffen werden.

Wir müssen in unserer Partei den Gedanken für Europa so verwurzeln, daß allmählich eine Volksbewegung daraus entsteht. Das Volk muß direkt danach verlangen, und dann werden auch die führenden Männer dazu getrieben. Wenn sich Europa nicht einigt, dann geraten wir alle in eine verhängnisvolle Situation.

Adenauer: Wir wollen dafür die Westeuropäische Union nehmen, Frau Weber, weil England Mitglied der Westeuropäischen Union ist und weil wir ohne Großbritannien kein Europa bekommen. Aber die größten Schwierigkeiten haben wir innerhalb unseres Kabinetts![36] (*Weber:* Was ist das denn für ein Kabinett!) Das sage ich mir auch manchmal, und dann sehe ich den Herrn Lemmer an, dann weiß ich Bescheid. *(Heiterkeit.)*

Nehmen Sie die Frage des Gemeinsamen Marktes! Seit 16 Monaten wird darüber verhandelt. Nehmen Sie die Frage EURATOM, auch seit 16 Monaten Verhandlungen! Wenn dann ein maßgebender Minister – der Name tut nichts zur Sache – seine Zustimmung gegeben hat, und ich gehe nach Paris zu Herrn Mollet, und wir einigen uns, und dann derselbe Minister nachher vor der Presse erklärt, na, warten wir mal ab, so weit sind wir noch nicht, dann muß ich sagen, da fehlt es wirklich am politischen Gefühl. (*Weber:* Sie können doch den Minister zurechtweisen!) Frau Weber, es führt zu weit, darauf näher einzugehen, aber die Rechte des Bundeskanzlers sind viel geringer, als Sie wissen und glauben. *(Widerspruch.)* Nein, meine Damen und Herren, ich bin z.B. nicht in der Lage, einem Bundesminister zu sagen, bitte beurlaube den und den Herrn, weil er aus den und den Gründen ungeeignet ist. Dann sagt mir der Bundesminister: Nein. Und das ist mir auch geschehen.

Lemmer: Ein Gedanke, der wesentlich ist und der sich auf meine physiognomische Reaktion in der gestrigen Kabinettssitzung bezieht! Ich habe den Eindruck, wir sind uns in diesem Lande nicht ganz bewußt, was sich in diesen Tagen und Wochen in der Welt abspielt. Infolgedessen bekümmert es einen immer wieder – wozu wir Deutschen wohl neigen –, die partikulare Enge zu beobachten, mit der diese oder jene Frage behandelt wird. Ich meine, daß unsere Partei in ihrer Haltung und Wirkung nach draußen viel mehr, als das in diesen Wochen geschehen ist, die Bevölkerung ansprechen muß, welche Schlüsse aus dem tragischen Geschehen in Ungarn zu ziehen sind. Gerade hier muß mehr geschehen; denn die SPD versucht, mit ihrer Falschmünzerei ein Gegengewicht zu schaffen. Wir bringen viel zuwenig zum Ausdruck, daß das Vorgehen in Ungarn eine erschütternde Bestätigung unserer Politik ist, (*Zurufe:* Sehr richtig!) wie wir sie nicht in diesem Ausmaß erwartet haben. Es hat sich wieder einmal herausgestellt, daß die Völker, die in einer gefährdeten geographischen Lage sind – und das sind wir Deutschen weiß Gott –, ihre primitive Sicherheit, die jedes souveräne Volk auf dieser Erde für sich in Anspruch nimmt, fundieren müssen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir unsere Wehrpolitik und was damit zusammenhängt viel zuwenig an unser Volk herangetragen.

Ich bin sicher, Herr Bundeskanzler – und Heinrich Krone wird mir das bestätigen –, wenn wir jetzt in Berlin Wahlen hätten, dann hätten wir aus einer Reihe von Gründen gute Chancen, gleich stark mit der SPD abzuschneiden. Es ist unwahrschein-

36 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 252–274; Hanns Jürgen KÜSTERS: Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der EWG. In: VfZ 31 (1983) S. 646–673, hier S. 665; KOERFER S. 128–146.

lich, aber es ist wahr. Wir würden mit der SPD gleichziehen, ja womöglich würde der Erdrutsch noch gewaltiger sein. Und warum? Weil die Berliner viel tiefer reagieren auf die Ereignisse in Ungarn als die Menschen am Rhein und an der Isar oder wo es sonst sein mag.

Wir haben diese dramatische Kundgebung am 5. November[37] gehabt, über die sich manches sagen ließe. Ich will mich nur auf eines beschränken: Bei dem Ausbruch der Massenerregung war nicht die Jugend tonangebend gewesen – wie hier und da behauptet wurde, um sie herabzusetzen –, sondern es waren die Arbeiter von Siemens und AEG; die waren erregt und riefen Neumann[38] zu. Mir tut Herr Neumann leid, weil man in der Berliner und Bonner SPD so tut, als ob es ein Fiasko von Neumann wäre. Es ist ein Fiasko der Bonner CDU gewesen, das man auf den unduldsamsten Mann in Berlin abzuwälzen versucht. Bei dieser Erregung kam zum Ausdruck: Was erzählt ihr uns hier? Warum haben wir keine Panzer und keine Düsenjäger? Das riefen die Leute in ihrer Erregung. Es war einer der schwersten politischen Augenblicke meines Lebens – das darf ich bemerken –, als ich diesem Sturm von annähernd 150.000 Menschen in dieser hektischen Erregung entgegentreten mußte, um sie in die Hand zu bekommen und um zu verhindern, daß an diesem Abend nicht alle Berliner so werden würden. Wir waren tatsächlich nahe an dieser akuten Gefahr. Ich erwähne das deshalb, weil in der westdeutschen Bevölkerung durch eine gegnerische Propaganda und Hypnose der Eindruck erweckt wird, unsere Politik bedeute Krieg, während wir dagegen viel zuwenig herausarbeiten, daß gerade nach den Vorgängen in Ungarn unsere Politik Sicherheit und Frieden bedeutet, die nur auf dem Boden unserer Grundsätze möglich sind.

Nur dies wollte ich hier ausgesprochen haben, weil ich glaube, daß diese Erschütterung, die von Ungarn ausgeht, in unserer Bevölkerung irgendwie etwas aufgelockert hat, das wir erfassen müssen, um es nicht dem Gegner und seiner Demagogie zu überlassen. *(Lebhafter Beifall.)*

Kiesinger: Es tut mir leid, daß ich etwas später gekommen bin, aber es war nicht die Folge einer Herzattacke, sondern ich bin gerüstet. (*Adenauer:* Es ist gesagt worden, aber ich freue mich darüber, daß Sie hier sind.) Ich möchte etwas über die Widerstände im Kabinett und über den Europarat sagen. Meine Arbeit leidet seit langem darunter, daß die europäischen Freunde, mit denen wir ehrlich zusammenarbeiten können, mir einfach nicht mehr abnehmen, daß auf unserer Seite ein klarer und einheitlicher Wille für Europa vorhanden sei. Wir dürfen dieses Problem nicht nur dem Herrn Bundeskanzler überlassen, sondern wir müssen uns von der Partei und der Fraktion viel entschiedener darum bemühen, diesen Willen herzustellen. Wir wissen, daß ein

37 Nach einer Massendemonstration in West-Berlin marschierte eine erregte Menge an die Sektorengrenze, wo es zu Auseinandersetzungen mit der West-Berliner Polizei kam (vgl. „Die Welt" vom 6. November 1956).

38 In der Vorlage: Naumann. – Franz Neumann (1904–1974), 1946–1958 Vorsitzender der Berliner SPD, 1949–1969 MdB. – Schilderung der Ereignisse bei LEMMER S. 376f.

Teil der sogenannten deutschen Wirtschaft hinter diesem Willen steht. Das ist ein anonymer Begriff. Wenn man genau zusieht – und ich habe mich in der letzten Zeit mit einer Reihe von Persönlichkeiten darüber unterhalten –, löst sich dieser Begriff auf, und es erscheinen einige, ich hätte beinahe gesagt Funktionäre, vielleicht sogar nur ganz wenige. Ich will sagen, es erscheinen einige Persönlichkeiten, die sich festgefahren haben in einem unseligen partikularistischen Denken, wie es Freund Lemmer eben gegeißelt hat. Aber wir haben das nun seit Jahr und Tag gesehen. Wir haben auch einige Kabinettsmitglieder und vielleicht auch sonst einige Mitglieder der CDU gewähren lassen, in Sabotage dies anzustreben. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Der Herr Bundeskanzler weiß, daß ich dagegen angegangen bin und versucht habe, insbesondere bei unseren Entscheidungen, die wir im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa[39] trafen, auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Und was passiert? Es passiert, daß Ollenhauer und Wehner in diesem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa sitzen, das sich immerhin zusammensetzt aus den führenden Persönlichkeiten der europäischen Staaten; sehr häufig sind es die Parteiführer selbst, die immer erscheinen, und die Führer der Gewerkschaften. Die Sozialdemokraten übernehmen dort nun unsere europäische Tradition[40], sie sind, nachdem sie – wie es Erler im Bundestag einmal ausdrückte – gegen Europa geknausert haben und diese unangenehmen Militärfragen nicht mehr im Vordergrund stehen, plötzlich vorzügliche Europäer geworden! Und wenn wir noch ein wenig länger zusehen, werden wir es erleben, daß dieselbe Partei, die seit dem Petersberger Abkommen jede Anstrengung für Europa, die wir gemacht haben, mit den törichtesten und unverschämtesten Argumenten bekämpfte, nun mit der Parole „Für ein vereinigtes Europa" in den Wahlkampf zieht. *(Bewegung.)* Es kommt hinzu auch der Fleiß – das muß ich anerkennen –, den eine ganze Reihe von Sozialdemokraten, die auf europäischem Felde tätig werden, in diese Angelegenheit hineinstecken. Sie haben auch ein gutes publizistisches Geschick, mit dem sie ihre Arbeit zu vertreten wissen. Und sie finden auch Unterstützung bei einem Teil der Presse.

Wir sollten in diesen letzten Monaten vor der Wahl alles das, was wir erfolgreich gemacht haben in den letzten Jahren, mit neuer Zuversicht und neuer Kraft aufnehmen. Darauf wartet das Volk, auf gar nichts anderes. Wir haben jetzt aber Fehler gemacht und sind zum Teil unsicher geworden. Wir haben – ich stimme Ihnen zu, Herr Bundeskanzler – einen falschen Perfektionismus getrieben und dabei gar nicht gesehen, daß die Sozialdemokratie das alles benutzt hat, um uns von der geraden Linie abzubringen und uns die Stoßkraft zu nehmen. Deshalb warne ich alle diejenigen, die heute draußen von Plänen einer Verbindung der CDU mit der SPD nach den Wahlen sprechen. Wir könnten wirklich nichts Dümmeres tun, als jetzt davon zu sprechen.

---

39 Von Jean Monnet 1955 gegründet, existierte bis 1975 (vgl. Jean MONNET: Erinnerungen eines Europäers. München 1978).

40 Ollenhauer trat 1955 bei (zur europapolitischen Schwenkung der SPD vgl. KLOTZBACH S. 366–368).

(Zustimmung.) Wir würden entscheidend geschwächt. Ob jemals eine solche Situation kommt, wo etwas Derartiges nötig sein wird, ist eine ganz andere Frage, aber jetzt davon zu sprechen, bedeutet doch: Die CDU hat ihre Position jetzt schon aufgegeben. Das deutsche Volk will Sicherheit und Frieden; es will zugleich das Gefühl haben, daß in diesem Staate eine starke Führung vorhanden ist, auf die man sich verlassen kann.

Es ist wirklich gefährlich zu sehen, wie die SPD die jetzige Situation auszunützen weiß. Herr Ollenhauer spielt uns bereits so etwas wie der kommende Bundeskanzler vor. Die SPD tritt vor die Massen hin und unterstellt es als absolut sicher, daß nur sie bei den Wahlen siegen könne. Gerade diesem Auftreten der SPD müssen wir mit noch größerer Entschiedenheit und Überzeugungskraft entgegentreten. Aber das fängt nicht mit Worten an, sondern mit Taten. Wir müssen jetzt endlich aus dieser zum Teil aus einer mangelnden politischen Begabung – ich kann es nicht anders ausdrücken – herrührenden Uneinigkeit von Leuten, die nicht sehen wollen, worum es eigentlich geht, heraus! Wir dürfen das auch nicht mehr allein dem Herrn Bundeskanzler überlassen, sondern wir müssen von der Partei und von der Fraktion her alles tun, damit in der Verfolgung unserer Ziele keine Schwächung mehr eintritt. Und wer uns daran zu hindern oder zu stören versucht, der soll uns verlassen! *(Lebhafter Beifall.)* Wir würden nämlich dann erleben – wenn uns das passieren sollte –, welche Schlagkraft wir aus einem solchen Vorgang für die CDU herausholen könnten. (*Adenauer:* Auch im Bundestag!) Ja, ich sagte es schon. *(Lebhafter Beifall.)*

Gurk: Es scheint notwendig zu sein, auf das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, kurz hinzuweisen, nämlich die erforderliche Einheit im Kabinett und in den Kreisen um das Kabinett herum endlich zu schaffen. Heute sind die Kabinettsmitglieder nicht vollständig hier zur Stelle. Es wird notwendig sein, in dem zu fassenden Beschluß darauf hinzuweisen, daß das Kabinett nach außen hin einig auftreten muß. Ich würde es sehr bedauern, wenn Herr Seidel das, was gesagt worden ist, als gegen die CSU gerichtet auffaßte. Das war nicht so gemeint, sondern es waren Ausführungen aus echter Sorge heraus, die sich an die Mitglieder des Kabinetts richten, und zwar aus den Kreisen der CDU und der CSU. Es geht nicht an, daß Kabinettsmitglieder in einer echten oder vorgetäuschten Übersteigerung der Bedeutung ihres Ressorts diese ins Heroische steigern, wobei die Grenze zwischen Heroismus und Starrsinn fließend ist. *(Lächeln und Schmunzeln.)*

Das sind Dinge, die uns sehr berühren, und die wirken draußen, ob wir wollen oder nicht. Sie können örtliche Propaganda machen, sie können Versammlungen abhalten, soviel sie wollen, sie können eine Presse oder einen Rundfunk haben, es gibt trotzdem ein allgemeines Volksbewußtsein, das sich ausprägt und das genährt wird von der Weltlage und von den Äußerungen, die aus Bonn kommen. Es ist schlecht, daß sich unser Kabinett auflöst in einzeln gehende große Männer. Diese großen Männer sind nur groß in einem geschlossenen Team, andernfalls sind sie störend und schädigen die allgemeine Volksstimmung. Die drei Prozent, die wir an der Volksstimmung durch örtliche Versammlungen korrigieren können, bedeuten wirklich nur sehr wenig. Das

Entscheidende geschieht von oben her. Wenn jemand etwas ändern kann, dann sind es doch die Großen in Bonn. Nun möchte ich ganz eindringlich sagen – auch an die anderen Kabinettsmitglieder, die nicht hier sind –, daß wir diesen Zwiespalt der Großen vor der Öffentlichkeit nicht mehr hören möchten. Der einzelne mag sich heldisch vorkommen vor der Öffentlichkeit; er ist es im Grunde aber nicht. Ich bitte darum, den Beschluß in diesem Sinne zu fassen, daß wir den Aufruf den Kabinettsmitgliedern durch Unterschrift zur Kenntnis bringen. Sie verstehen, was ich meine. Es ist ein großes Anliegen. Wie bisher darf es nicht mehr weitergehen. Das wird sich zwangsläufig im Wahlkampf zeigen.

Adenauer: Ich kann Herrn Gurk nicht unrecht geben. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, eine ähnliche Rede, wie Sie sie gehalten haben, habe ich selbst mindestens viermal gehalten, aber ohne jeden Erfolg. (*Weber:* Das ist schlimm!) Sicher ist das schlimm, Frau Weber, aber was habe ich denn davon, daß das schlimm ist? Ich kann es nur ändern, indem ich die Herren bitte, ihren Hut zu nehmen und irgendwo anders hinzugehen. (*Zuruf:* Tun Sie es doch!) Das ist leicht gesagt, und es hat außerdem schlechte Wirkungen nach draußen. Das kann ich auch nicht machen. Deswegen habe ich mit Herrn Krone gesprochen, die Fraktion möchte mir helfen, wenigstens einige Herren der Fraktion möchten sich gelegentlich den einen oder anderen Bundesminister einmal energisch vorknöpfen. Darauf hören sie vielleicht mehr als auf mich. (*Weber:* Wir Frauen möchten uns auch daran beteiligen!)

Sonst keine Wortmeldungen? Dann können wir diese Frage abschließen. Ich möchte vorschlagen, daß die Herren, die wir gebeten haben, eine Verlautbarung zu fassen, diesen Beschluß trennen in einen zu veröffentlichenden und in einen nicht zu veröffentlichenden Teil, daß sie mir dann den nicht zu veröffentlichenden Teil, den wir ebenfalls hier beschließen, zu treuen Händen überlassen. (*Krone:* Auch an die Fraktion!) Auch an die Fraktion! Ich muß das ganz ehrlich sagen, der Herr Krone hat eine Sisyphusarbeit, und er tut mir von Herzen leid, wenn z.B. in der ersten Sitzung nach der Ungarn-Katastrophe nur ein Drittel der Fraktionsmitglieder anwesend ist. Weiß der Kuckuck, wo da das politische Interesse ist! Ich verstehe so etwas einfach nicht, daß nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend gewesen ist.

Krone: Ich würde auch die Landesvorsitzenden bitten, sich um die Dinge mehr als bisher zu kümmern. Es geht nicht an, daß ein Teil der Fraktion wegbleibt. Darüber muß einmal energisch gesprochen werden. (*Von Hassel:* Wir wissen nicht, was unsere Herren hier tun!)

Zur Rentenreform! Wir haben in der Frage der Rentenreform in der Fraktion einen Weg gefunden, und zwar von unserem Arbeiterflügel Schüttler[41] aus Wiesbaden bis

41 Josef Schüttler (1902–1972), 1930–1933 Geschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbands Singen, Mitgründer der CDU Singen, ab 1945 Stadtverordneter, 1945–1956 Geschäftsführer der IG Metall Bodensee-Kreis, 1946–1950 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden, 1949–1961 MdB, 1960–1968 Arbeitsminister von Baden-Württemberg. – Schüttler lebte in Singen; er war Berichterstatter des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages.

zu Scharnberg und Hellwig hin. Das ist ein Plus für die Fraktion. Der Kampf geht z.Z. darum, daß wir auf diesem Wege auch die Koalition dazu bekommen, die bis zur Stunde noch sehr verbissen ist. Aber die Fraktion hat hier sehr gut gearbeitet.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt „Kommunalwahlen". Dazu hat das Wort Herr Meyers.

Kommunalwahlen

Meyers: Herr Bundeskanzler! Liebe Unionsfreunde! (*Adenauer:* Einen Augenblick, Herr Meyers, ich bin auch ein Unionsfreund! – *Heiterkeit.*) Herr Bundeskanzler und übrige Unionsfreunde! Ich werde in meinem Vortrag nur die Punkte anschneiden, bei denen man befürchten kann, daß hier angesetzt werden muß. Im Lande Baden-Württemberg sind so abgleitende Bedingungen im Gegensatz zu den anderen Ländern, daß ich hier insbesondere die Herren der einzelnen Landesverbände bitten möchte, ihre ergänzenden Bemerkungen etwas darauf auszurichten, inwieweit man aus der Lage in Baden-Württemberg allgemeine Richtlinien oder Grundsätze ableiten kann. Es ist überhaupt nicht unbedenklich, aus Wahlen im kommunalen Bereich irgend etwas abzuleiten, das für die Lage der gesamten Partei und damit auch für den Wahlkampf des nächsten Jahres Geltung haben soll. Wenn wir auch davon ausgehen, daß unsere Gegner in der Hauptsache mit bundespolitischen Argumenten gekämpft haben, so ist es naturgemäß nicht im Einzelfalle ausgeschlossen, daß sich für den Wähler örtliche und unpolitische Momente darbieten, wenn er seine Entscheidung fällt. Immerhin gibt es eine Fülle von Dingen, um aus den gegebenen Verhältnissen in einem großen Teil Deutschlands die Konsequenzen zu ziehen, die wir für die Bundestagswahl als notwendig erachten. In fünf Ländern haben Wahlen stattgefunden. Das Wahlinteresse in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen war stärker als bei den Wahlen des Jahres 1952, während in Niedersachsen die Wahlbeteiligung niedriger war als bei den letzten Kommunalwahlen. Die Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl[42] wurde allerdings in keinem der Länder erreicht.

Die Wahlbeteiligung, in Prozentsätzen ausgedrückt, sieht wie folgt aus:

Baden-Württemberg	65,0 %
Niedersachsen	76,6 %
Nordrhein-Westfalen	76,6 %
Hessen	77,9 %
Rheinland-Pfalz	79,0 %

Bei dieser Wahl muß man feststellen, daß der Zug zweifellos zu den beiden großen Parteien gewesen ist. Die CDU verbesserte bei den Kommunalwahlen ihren Stimmenanteil in allen Bundesländern im Verhältnis zu den Kommunalwahlen 1952,

42 Um 86 %.

gegenüber den letzten Landtagswahlen verschlechterte sie ihren Stimmenanteil überall. Die Prozentsätze interessieren im Augenblick nicht. Man kann sagen, daß sie am stärksten gegenüber der letzten Kommunalwahl 1952 in Niedersachsen, am geringsten in Rheinland-Pfalz zugenommen hat. Gegenüber den letzten Landtagswahlen waren ihre Verluste in Niedersachsen am höchsten und am niedrigsten in Hessen. Das läßt die labile Situation der CDU in diesen Ländern erkennen.

Im Gegensatz zu uns verbesserten die Sozialdemokraten ihre Position gegenüber den letzten Wahlen in allen vier Bundesländern; selbst dann, wenn man den Anteil der kommunistischen Stimmen abzieht, so haben wir in allen vier Bundesländern eine Verbesserung der SPD gegenüber den letzten Kommunalwahlen und Landtagswahlen zu verzeichnen. Sie liegt am niedrigsten in Rheinland-Pfalz und am höchsten in Hessen und Niedersachsen. Die höchste Zunahme der SPD war in Nordrhein-Westfalen. Die FDP hat in allen Bundesländern verloren, am stärksten in Hessen und am wenigsten in Niedersachsen. Auch gegenüber der Landtagswahl ist sie in Hessen am stärksten zurückgegangen, in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geringfügiger. Der Verlust der Freien Demokraten in Hessen bedeutet, daß hier inzwischen die Gründung der Freien Volkspartei erfolgt ist. Der Freien Volkspartei ist es nicht gelungen, die von der FDP abfallenden Wähler aufzufangen. Sie sind wahrscheinlich zur Union oder zu den freien Wählervereinigungen in Hessen übergegangen, und zwar offensichtlich in der Erkenntnis, daß die Freie Volkspartei doch nicht ihre richtige politische Heimat sei. Von den kleineren Parteien, die noch eine Rolle spielen, ist hervorzuheben, daß die Deutsche Partei in Niedersachsen ihren Stimmenanteil gegenüber den Landtagswahlen und Kommunalwahlen um 2 bis 3 % verbessert hat. Das Zentrum verlor gegenüber der Kommunalwahl im Jahre 1952 1,9 %. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen waren die freien Wählervereinigungen völlig bedeutungslos. In den anderen Ländern spielten sie eine Rolle; am stärksten waren sie in Hessen. Hier entschieden sich bei der Kommunalwahl 13,4 % der Wähler für derartige Gruppen, 1952 waren es 12,5 %. Hier ist eine echte Wählerreserve für die politischen Wahlen vorhanden. In Rheinland-Pfalz ging der Stimmenanteil der freien Wählervereinigungen von 8,4 % im Jahre 1952 auf 6,9 % zurück.

Wenn man diesen allgemeinen Zug zu den großen Parteien sieht, dann fällt einem auf, daß in einer Reihe von Kreisen dieser Zug durchbrochen ist. Das muß irgendwelche Gründe haben. Deswegen muß man Ort für Ort untersuchen und die Gründe feststellen. Es ist z.B. erstaunlich, wenn man feststellt, daß in einigen Kreisen – z.B. in Ludwigshafen-Land – die SPD sogar bei Berücksichtigung des ihr zugefallenen KP-Stimmenanteils verloren hat. Es gibt noch einige andere Kreise. Es kann sein, daß sich noch ähnliche Ergebnisse in Neustadt an der Weinstraße ergeben. Hier hat die CDU gegenüber 1952 um 6,6 % zugenommen, während die SPD um 3,3 % abgenommen hat, so daß der Unterschied praktisch 10 % beträgt. Im Landkreis Frankenthal hat die CDU 3,4 % zugenommen, die SPD 3,7 % abgenommen; etwas geringer war es in Speyer, etwas mehr in Kirchheimbolanden und im Landkreis Zell, wieder sehr stark im Landkreis Daun, wo die Zunahme der CDU 17,2 % und die der

SPD 4,3 % betrug. In Frankenthal soll ein tüchtiger Geschäftsführer sein. In Darmstadt war es ähnlich. Dort hat Herr von Brentano eine Woche lang in seinem Wahlkreis gearbeitet.

In den Großstädten dagegen, insbesondere im Ruhrgebiet, haben wir erhebliche Rückschläge gegenüber der SPD zu verzeichnen, auch dann, wenn wir unseren absoluten Stimmenanteil verbessert haben, was in einigen Großstädten der Fall gewesen ist, so daß wir die betrübliche Feststellung machen müssen, daß keine Bastion des Ruhrgebietes mehr in unserer Hand ist. (*Lensing:* Das war ein Erdrutsch!)

Wir haben nicht das erreicht, was wir im geschäftsführenden Vorstand zumindest erwartet haben; denn alle Städte, in denen wir den Oberbürgermeister stellten – Essen, Köln, Düsseldorf usw. –, sind uns verlorengegangen. Die Großstädte wie Dortmund, Bochum usw. haben alle eine absolute SPD-Mehrheit. Wir können aus diesen Vorgängen auch feststellen, wie es uns ergehen wird, wenn die SPD am Ruder ist. Wir haben den Aufruf des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion, daß man in allen Fällen nach demokratischen Gesichtspunkten vorgehen werde, gehört, aber gehalten worden ist nach dieser Maxime nichts. In den meisten Fällen hat sich die SPD zwei oder drei Bürgermeister zugeschanzt. So steht es z.B. für Viersen fest, daß vor der Wahl die FDP und die SPD sich schriftlich verpflichtet hatten, daß sie gemeinsam den Kandidaten der größten Partei wählen würden. In Rheydt haben SPD, FDP und Zentrum den SPD-Oberbürgermeister gewählt. Das Zentrum hatte sich zunächst wegen einer Fraktionsgemeinschaft an die SPD gewandt, dann ging es mit der FDP zusammen. Das Zentrum geht lieber mit den Marxisten und den Liberalen als mit der CDU. Das ist eine Tatsache, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir überlegen, ob das Zentrum in einer Wahlverbindung in den nächsten Bundestag einziehen soll.

Die Wahlentscheidung verschiedener Bevölkerungsgruppen ist für uns interessant. Solche Sondererhebungen über Männer und Frauen sind an einigen Orten durchgeführt worden, besonders in Köln in mehreren Bezirken. Zusammenfassend lautet das Ergebnis, daß entgegen der zuerst geäußerten Meinung sich in Köln die Verhältnisse nicht geändert haben insofern, als immer noch mehr Frauen als Männer die CDU gewählt haben. Zuerst hörte man, daß es anders sei. Anders ist es aber offensichtlich in Hessen. Herr Wolfermann[43] hat mir mitgeteilt, man habe bei den getrennten Abstimmungen nach Männern und Frauen festgestellt, daß das Schwergewicht der CDU bei den Frauen über 60 Jahren beibehalten worden sei, daß sich bei den Frauen unter 60 Jahren ein schwaches Übergewicht für die SPD gezeigt habe.

In Hessen hat sich gezeigt, daß die Kreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung geringer zunahmen als die Kreise mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Es wurde dabei errechnet, daß die CDU insgesamt in den katholischen Kreisen erfolgreicher war als in den evangelischen Kreisen, daß aber die Verbesserung so

43 Willi Wolfermann (1898–1973), 1924–1930 Generalsekretär der nassauischen Zentrumspartei, Mitgründer der CDU, 1946–1948 Geschäftsführer des Bezirksverbands Frankfurt, 1948–1957 des Landesverbands Hessen.

war, wie ich es eben ausgeführt habe. In den evangelischen Kreisen stieg die SPD um 9,2 %, in den katholischen Kreisen stieg sie um 6,4 %. (*Zimmer:* Bei uns haben sie mehr Erfolg bei den katholischen Kreisen gehabt.) In Rheinland und in Westfalen war die CDU in den überwiegend katholischen Kreisen erfolgreicher als in den evangelischen Kreisen. In Nordrhein-Westfalen war die Entwicklung der SPD, FDP und des Zentrums in den katholischen Kreisen ungünstiger als in den evangelischen Kreisen. Der BHE verlor in den evangelischen Kreisen mehr als in den katholischen Kreisen. In Hessen war die CDU bei beiden Kommunalwahlen in den industriell bestimmten Gebieten erfolgreicher als in den landwirtschaftlichen Gebieten. Die CDU hat ihren Stimmenanteil in industriellen Kreisen um 2,6 % und in landwirtschaftlichen Kreisen um 2,3 % verbessert. Das Übergewicht der SPD war in Hessen auch stärker in den industriellen Kreisen, und zwar mit 9,4 %, während es bei den landwirtschaftlichen Gebieten 7,8 % waren. Die FDP hat in landwirtschaftlichen Kreisen Stimmen an die FVP abgegeben.

In Nordrhein-Westfalen war die CDU in landwirtschaftlich bestimmten Kreisen erfolgreicher als in den industriellen Kreisen. Die FDP verlor in den industriellen Kreisen stärker als in den landwirtschaftlich bestimmten Kreisen. Die FDP hat aber auch an manchen Stellen absolut zugenommen.

Eine absolute Mehrheit hat die SPD nunmehr in Nordrhein-Westfalen: in Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Bottrop, Gelsenkirchen, Gladbeck, Recklinghausen, Bielefeld, Herford, Bochum, Castrop-Rauxel, Hagen, Herne, Lüdenscheid, Lünen, Düsseldorf-Mettmann, Moers, Detmold, Altena usw.; in Rheinland-Pfalz: in Mainz, Worms, Frankenthal, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Pirmasens.

Was ist für uns als Ergebnis daraus zu ziehen? Der Zug geht zu den beiden großen Parteien. Unser Gegner im Wahlkampf ist die Sozialdemokratische Partei. Selbst wenn man sich nach der Wahl irgend etwas anderes als die jetzige Koalition vorstellen könnte, dann wäre es doch nur erschwerend, vor der Wahl schon darüber zu sprechen; denn die Bevölkerung wird sagen: Wenn die sich dort zusammentun, dann wählen wir besser gleich die SPD, und dann sind wir auf der Seite der Gewinner.

Ein Journalist – das erwähne ich als Beispiel – hat mir gesagt, daß er einen Artikel bei einer Stelle abgeliefert hat, die von unserer Regierung eingerichtet ist und bezahlt wird. In diesem Artikel habe er auf die Unmöglichkeit des bolschewistischen Systems gegenüber einer vernünftigen Wirtschaftsordnung hingewiesen und dabei auf Marx zurückgegriffen. Der Beamte sei aber gekommen und habe gesagt, er bäte ihn, die Stelle von Marx zu streichen. Er habe dabei verlegen gelächelt und erklärt, er wolle im nächsten Jahr nicht deswegen angefaßt werden, weil er etwas gegen Marx gebracht habe. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Umgekehrt macht die SPD viele psychologische Vorbereitungen, von denen Herr Kiesinger gesprochen hat; sie tut so, als ob sie die Regierung im nächsten Jahr absolut sicher übernähme. Hören Sie sich einmal die Reden der SPD an! Jede Rede der SPD-Leute beginnt grundsätzlich mit dem Tenor: Wenn wir im nächsten Jahr die Regierung übernommen haben werden, dann tun

wir das und das. Damit soll dem Hörer insinuiert werden, daß die Tatsache schon feststehe. Das hat die Folge, daß sich ein Teil der Leute darauf einstellt. Das ist unsere Schwierigkeit jetzt. Wir haben also den Zug zur SPD zu sehen. Die Gewinnerin in allen Ländern ist die SPD, die Verliererin in allen Ländern ist die CDU. Die SPD ist unser gefährlichster Gegner, weil sie in der Lage ist, eventuell die CDU in der Regierung abzulösen. Deshalb müssen wir uns gegen diesen Trend – um das Fremdwort zu gebrauchen – wenden; denn im Augenblick besteht die Gefahr, daß sich dieser Trend durch eine geschickte psychologische Werbung der SPD fortsetzt, so daß sich die Unentschlossenen, die ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen, dieser Strömung anschließen.

Diese Aufgabe können wir nur lösen, wenn wir eng zusammenstehen und uns aufeinander abstimmen und alles das, was uns trennt, zurückstellen. Wir müssen zusammenarbeiten, um die Wahlen zu gewinnen. Bei einer größeren Wahlbeteiligung und bei mehr Wahlberechtigten sind die SPD-Stimmen stärker angewachsen als die Stimmen der CDU. Die Stimmen der CDU sind auch absolut zurückgegangen. Wenn die CDU auf dem Lande besser abgeschnitten hat, so ist das nichts Neues. Es scheint auch so zu sein, daß sich ein Teil unserer alten Leute zurückgezogen hat. Alles das ist zu untersuchen. Es kann auch an den örtlichen Verhältnissen und Gegebenheiten zum Teil liegen. Ich weiß, daß in manchen Dörfern über die CDU-Vertreter gesagt wurde: Wie kann ich diese unmöglichen Leute hier wählen? Wir müssen also den richtigen Kandidaten aussuchen, auch wenn das unter Zurückstellung von traditionellen Gesichtspunkten usw. geschehen muß. (*Johnen:* Viel Vergnügen!)

Ja, die gequälten Landesvorsitzenden müssen sich auch mal ärgern! Es ist ganz klar, daß fast die gesamten KP-Stimmen der SPD zugute gekommen sind. Wir brauchen nur an die Sendungen des Freien Senders Berlin und des ADN-Nachrichtenbüros zu denken sowie an die Aufforderungen von KP-Größen vor der Wahl. In Baden-Württemberg hat man gesagt, sie sollten die SPD-Liste wählen. Einsichtige SPD-Leute leugnen das gar nicht. Ein Weiteres ist hinzugekommen: Wir haben die Spaltung im sozialistischen Lager beseitigt und dadurch eine verstärkte Solidarität der Marxisten aller Richtungen und Schattierungen herbeigeführt. Wir sollten uns nicht damit beruhigen und sagen, das ist nun einmal so, sondern wir sollten Abhilfe schaffen.

Die SPD hat aber noch mehr Stimmen als nur die der KP bekommen, und zwar sieht dieser weitere Gewinn, in Prozentzahlen ausgedrückt, wie folgt aus:

Niedersachsen	4,7 %
Nordrhein-Westfalen	3,4 %
Hessen	4,7 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %

Wir fragen uns: Woher kommt das? Die SPD hat keine neue Politik gemacht und auch keine neuen Gesichtspunkte gebracht. Deshalb muß der Erfolg auf andere Faktoren zurückzuführen sein. Zunächst sind es Faktoren, die ohne weiteres auch

bei uns eintreten könnten, wenn wir sie uns zu eigen machten. Das ist zunächst der Fleiß. Man muß zugeben, daß die SPD in den Ländern in einem fast nie gekannten Maß fleißig gewesen ist, aber nicht in der offiziellen Versammlungstätigkeit – in Köln sind überhaupt keine großen SPD-Versammlungen gewesen –, sondern man hat durch Flüsterpropaganda geworben. (*Albers:* Durch Kinovorführungen „Im Westen nichts Neues"!) Das ging bis zu engagierten Sprechern in öffentlichen Einrichtungen. Wir mögen zu den Plakaten stehen, wie wir wollen, aber nirgendwo ist so viel geklebt worden wie von der SPD. Die SPD hat von den CDU-Plakaten des Jahres 1953 viel gelernt. Sie hatte nämlich sehr gute Plakate bei dieser Wahl. Dann hat die SPD seit ihrem Münchener Parteitag der Bevölkerung gegenüber eine in Wirklichkeit gar nicht vorhandene, aber immerhin nach außen zur Schau getragene Einheitlichkeit und Geschlossenheit gezeigt. Und das ist äußerst wichtig! Die SPD war tatsächlich bis zum Zerreißen gespannt, aber sie hat nach außen eine Einheitlichkeit gezeigt.

Und bei der CDU ist leider das Umgekehrte der Fall. Wir sind gar nicht so uneins, wie wir nach außen erscheinen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Doch der Wähler meint, wir seien es. Fleiß, Organisation und nach außen zur Schau getragene Geschlossenheit können den Erfolg allein nicht erklären; denn der Erfolg ist in der Hauptsache politisch zu sehen. Für uns ergibt sich die Frage: Was hat die SPD für Millionen Wähler mehr attraktiv gemacht als die CDU? Wir dürfen dieser Frage nicht ausweichen und uns nicht selber ein unechtes Bild machen und uns nicht selbst betrügen. Das ist in der Diskussion von verschiedenen Seiten angeklungen.

Man kann über Kommunalwahlen, Landtagswahlen und Bundestagswahlen nicht sprechen, ohne daß das eine in das andere übergreift. Das zeigt, daß wir eine innere Verzahnung von uns aus durchführen müssen. Die SPD hat ihre Politik nicht geändert. Wenn nun 1953 der Erfolg bei uns war, dann muß irgend etwas eingetreten sein, dann müssen die Wähler zumindest glauben, daß die Politik der SPD richtiger und attraktiver sei. Das Sprichwort sagt, daß viele Hunde des Hasen Tod seien – wobei ich die anderen nicht mit „Hunde" bezeichnen möchte –, (*Adenauer:* Aber bitte uns auch nicht mit „Hasen"!) hinter der Parenthese kam noch ein Komma, Herr Bundeskanzler! Ich meine damit: wenn ein solcher zentraler Angriff von allen Seiten kommt. Wir sind noch nie so allein in die Wahlen gegangen wie dieses Mal. SPD, FDP, BHE, DP und FVP waren gegen uns.

Herr Bach ist nicht mehr Oberbürgermeister von Siegen geworden. Die FDP war bereit, ihn zu wählen, aber die zwei FVP-Leute nicht, angeblich mit der Begründung, weil er ein Freund des Bundeskanzlers sei. Die Wahl ist zweimal mit 18 : 18 Stimmen ausgegangen, und dann hat das Los entschieden. Herr Bach hat eben kein Glück im Spiel, sondern mehr Glück auf der seriösen Seite des Lebens, die mit Geld zusammenhängt. *(Heiterkeit.)* Wie die Situation im nächsten Jahr sein wird, weiß ich nicht, und wir werden nur darauf vertrauen können, daß wir auf uns selbst gestellt sind.

Die Methoden im Wahlkampf waren zum Teil unfair. Neulich ist mir gesagt worden, ich hätte irgendwo erklärt, es werde uns noch Hören und Sehen vergehen.

Das bezog sich darauf: Wenn wir an die Mittel denken, die die anderen anwenden, wie Verleumdungen, Verdrehungen usw., dann wird uns Hören und Sehen vergehen. Wir müssen also die letzte Kraft zusammennehmen, um die Hürden des nächsten Jahres zu überwinden. Wir können dem Gegner nicht verbieten, was er uns vorsetzt, wir haben aber den Vorteil, daß wir wissen, wo er uns angreift. Es ist nicht von ungefähr, daß ein Teil der SPD-Führung gesagt hat: Dieses Ergebnis der Kommunalwahlen ist uns einige Monate zu früh gekommen.

Wir müssen elastisch genug sein, die Parolen, die der Gegner nicht anspricht – weil sie für uns sprechen –, anzusprechen, z.B. die Außenpolitik, die für uns im Augenblick eine attraktivere Wirkung hat, als sie jemals für die SPD haben könnte. Es muß gefragt werden: Welches sind denn nun die Ursachen, an denen der Erfolg der SPD herangereift ist? Bis zum vorigen Jahr ist die Politik der CDU im Volk ausgezeichnet angekommen, und zwar aus zwei Gründen: sie war verständlich, und sie wurde verständlich gemacht. Und darauf kommt es an, auf das Bewußtsein des Wählers, was er von der Politik hält.

Man kann eine gute Politik machen, aber wenn sie nicht verständlich gemacht wird und nicht ankommt, dann wirkt sie eben nicht, sondern sie schädigt. Man kann eine schlechte Politik machen – ich nehme das Beispiel Adolf Hitler –, aber wenn man sie durch eine satanische Propaganda dem Volke beibringt, dann wird sie vom Volke so lange vertreten, bis die Katastrophe da ist. Aber wir machen doch eine gute Politik, und daran halten wir fest. Es liegt an uns, daß diese gute Politik dem Volke sichtbar gemacht und nahegebracht wird. Wir haben es versäumt, unsere Politik dem Volke klarzumachen und zu erklären. Was ist denn geschehen, um die Wehrpolitik, die Sozialpolitik, die Agrarpolitik und die sonstige aktuelle Politik dem Volk wirksam näherzubringen?

Wir müssen mehr von den uns zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen; wir müssen die Propaganda der Union koordinieren. Wir müssen den Fonds ausnützen, den der Verteidigungsminister hat, um unsere Politik dem Volke nahezubringen. Wir müssen unsere Politik dem Volke nahebringen. Die SPD-Abgeordneten machen Gebrauch von der Möglichkeit, die Kasernen aufzusuchen, um den Soldaten zu sagen, daß die SPD nicht gegen die Bundeswehr sei, daß es aber die CDU sei, die die schlechte Besoldung verursacht habe. Jetzt braucht nur noch etwas mit dem Benzin zu passieren, und dann ist es unsere Politik gewesen, die das verschuldet hat![44] Wir haben neben dem Verteidigungsministerium noch das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, das Möglichkeiten der Propaganda hat. Und der Bundesfinanzminister hat sicherlich einige Fonds, um seine Politik dem Volke verständlich zu machen, sonst wüßte ich nicht, wie es möglich wäre, die Mitteilungen aus dem Finanzministerium so gut und so schnell unter das Volk zu bringen. (*Adenauer:* Das „so gut" wollen wir weglassen!) Herr Bundeskanzler, ich habe gemeint „so gut" in die Presse, nicht den Inhalt der Mitteilungen. Ich verstehe manche Verlautbarungen nicht, die ich in der

44 Anspielung auf mögliche Rationierung aufgrund der Suezkrise.

Presse in Westfalen gelesen habe. Dort stand, die Geschäftsführer hätten beschlossen, am 1. April 1957 werde der Wahlkampf eröffnet. Wir wissen aber, daß in Wirklichkeit der Wahlkampf in diesen Monaten entschieden wird, in denen die Menschen sowieso durch die kalte Witterung nicht gut gelaunt sind und eher geneigt sind, all den schlechten Stimmen zuzuhören. Und wenn Weihnachten vorbei ist, haben die Leute kein Geld mehr. Hier muß eine gute Propaganda einsetzen, um den Trend umzukehren.

Unsere Politik ist früher deshalb angekommen, weil die Leute eine sichere und gute Hausmannskost in der Politik gesehen haben. Das Volk will keine Experimente. Das Volk will das Gefühl der Sicherheit und Ruhe haben; es meint nicht den Bundeskanzler allein, sondern die CDU. Und dieses Gefühl ist bei den Wählern geschwunden. Man hat immer mehr den Eindruck, daß unsere Politik unsicher, nervös und zerfahren wirkt. Wenn Sie heute unter das Volk gehen und die Menschen fragen, dann bekommen Sie zur Antwort: Die Sozialreform ist bisher an der CDU gescheitert. Dabei haben wir die Initiative dafür ergriffen. Aber heute heißt es: Die CDU kann sich nicht einigen, so daß der Eindruck entsteht, nur an der CDU scheitert die Sozialreform. In Wirklichkeit ist es so, daß die bestehenden Schwierigkeiten bei der Sozialreform in perfider Weise von der SPD ausgenutzt werden und auch noch der Bundesrat eingespannt wird, damit dieses Aktivum unserer Politik nicht mehr wirksam wird für die Wahlen.

Es währt immer eine längere Zeit, bis ein großes politisches Ereignis nach unten wirksam wird. Die Geschehnisse in Ungarn und Polen hatten sich bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz noch nicht ausgewirkt, weil es noch nicht genügend durchgesickert war. Das Volk sieht in unserer Politik nicht mehr die Politik des gesunden Menschenverstandes. Dazu einige Beispiele: Bei der Diskonterhöhung wußte niemand im Volk, worum es ging, sondern sie meinten, daß irgend etwas mit der Währung nicht in Ordnung sei. Und das beunruhigt. Als dann noch das schreckliche Wort von Sachverständigen von der Aufwertung fiel[45] – etwas, was in einem ganz anderen Zusammenhang gebraucht wurde –, hat das beim Volk einen verheerenden Eindruck gemacht. Dadurch wurden neue Unruhen in das Volk hineingetragen. Dazu kamen die öffentlichen Fehden unserer Minister auf verschiedenen Gebieten. Es kam das Hin und Her der Wehrgeschichte, die Fragen der Bundeswehr und die Dauer des Wehrdienstes; es kam die schamlose Ausnutzung der Wehrdienstverweigerung durch die SPD. Unsere Sprachregelung geht so weit auseinander, daß sie sich bei Äußerungen zu ein und demselben Ereignis teilweise gegenseitig aufhebt! *(Bewegung.)* Wenn der Bundeskanzler samstags auf dem Rheinischen Parteitag zu dem SPD-Parteitag sagt, das war der Tag der vertagten Entscheidung[46], dann muß das in jeder CDU-Versammlung wiederkehren. Es durfte nur noch gesprochen werden

45 Diskussion nach dem Vorschlag Erhards vom 11. Juli 1956 (Interview mit „Financial Times"), die europäischen Währungsparitäten den geänderten Verhältnissen anzupassen (AdG 1956 S. 5873f.).

46 Am 14. Juli 1956 in Bad Honnef (UiD vom 19. Juli 1956).

von dem „Tag der vertagten Entscheidung". Statt dessen gibt ein Sprecher der CDU montags danach die Erklärung ab, daß dieser Parteitag gemäßigt und sehr interessant gewesen sei. Was soll der Wähler sagen, wenn der Vorsitzende das sagt und der Berichterstatter nachher etwas anderes! Wenn unsere Regierung, unsere Fraktion oder Partei etwas sagt – was selten vorkommt –, erscheint das sofort im Rundfunk mit einem Kommentar der SPD, weil das letzte immer haften bleibt.

Wie das abzustellen ist, müssen wir uns überlegen. Wir müssen zumindest erreichen, daß unsere Äußerungen an die SPD-Äußerungen angehängt werden. Die Wehrpolitik hat zweifellos bei Wählern geschadet. Es ist ein sehr schwieriges Problem, aber es hätte uns weniger geschadet, wenn diese Politik dem Volke psychologisch nähergebracht worden wäre. In dieser Hinsicht ist überhaupt nichts geschehen, sondern die Weltentwicklung hat uns gezeigt, daß unsere Politik geradezu die richtige war. Das muß notfalls so weit gehen, daß wir sagen, wenn schon hier an Frankreich herumgemeckert wird, das sind doch keine christlichen Politiker, die das gemacht haben; denn der Herr Mollet ist schließlich Sozialist. (*Adenauer:* Das hat das MRP auch mitgemacht!) Herr Bundeskanzler, ich sage, wenn ich mir die Sprachregelung der SPD zu eigen mache. (*Zurufe:* Das haben wir nicht verstanden! – Unklar. – *Unruhe.*)

Daß wir anders dazu stehen, ist etwas anderes. Ich sehe nicht ein, daß wir wegen unserer Politik für etwas kritisiert werden, was unserer Politik genau konträr ist. Dann muß man es in jeder Form auf den Marxismus abwälzen. Wir können die Wehrpolitik durchaus attraktiv gestalten. Wir müssen nur alle Mittel benutzen. Wir müssen mehr als bisher auf der unteren Stufe und Ebene das Gefühl ansprechen.

Der Luftschutz ist eine zentrale Frage, die von der ganzen Wehrfrage nicht gelöst werden darf. Es wird immer gesagt, Soldaten schafft ihr, aber keinen Schutz. Auch die Erhöhung der Kohlenpreise hat uns sehr geschadet.[47] Wir werden unglaubwürdig, wenn der Hausfrau gesagt wird, die Preise gehen nicht in die Höhe, und dann kommt die Frau in den Laden und sieht, daß die Preise doch gestiegen sind. Die Frage ist, ob wir nicht in einen Fehler verfallen, dem die SPD im Jahre 1953 völlig erlegen ist. Sie hat 1953 versucht, dem Volke klarzumachen, daß es ihm nicht gutginge. Das ist dann an den Tatsachen gescheitert. Die Frage ist weiter, ob wir unsere Preispolitik dem Volke nicht anders erklären müssen, etwa so, wie es ein Fabrikant gemacht hat, daß wir gegenüberstellen, was konnte man für eine Lohnstunde in den Jahren 1951, 1952, 1953 und 1956 kaufen in Westdeutschland und in der Ostzone, und das dann auf die übrigen Länder ausdehnen und sagen, da ziehen Löhne und Preise nach.

Die Sozial- und Rentenreform ist eines der Kernstücke unserer Politik. Hier muß etwas geschehen, sonst fehlt es nur noch, daß die SPD im nächsten Jahr die Früchte unserer Vorarbeit erntet. Wir müssen auch eine gute psychologische Propaganda treiben. Neben unseren Wahlplakaten hingen die Verfügungen für die ersten Wehrpflichtigen. Und das wurde natürlich von den Gegnern ausgenutzt. Das gilt auch für die Diskussion über die Renten im Bundestagsausschuß, die bei einer

47 Am 20. Oktober 1956 (AdG 1956 S. 6037).

geschickten Taktik zu vermeiden gewesen wäre. Eine gute Politik allein nützt nichts, sondern wir müssen sie auch als gut bei den anderen verkaufen.[48]

Damit komme ich zum Kernproblem, nämlich zu der Abstimmung unserer Politik zwischen denjenigen, die sie machen, und denjenigen, die die Politik verkaufen müssen. Hier muß gekoppelt werden, so daß man sagen kann, hier ist eine Verzahnung. Neue Parolen dringen nur sehr schwer durch. Bei der Vergeßlichkeit des Volkes sind sie auch rasch vergessen. Ungarn kann von uns gar nicht genug in Versammlungen und auf Plakaten angesprochen werden, damit die Leute das nicht vergessen. Sie möchten gerne vergessen, wenn sie einen Schock bekommen haben. Wir müssen die Nacht des 7. November im Volke wachrufen[49]; denn es hat sie zum Teil noch nicht zur Kenntnis genommen. Dann müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen für uns. Ohne ein gerüttelt Maß von Kleinarbeit und Fleiß ist das allerdings nicht zu machen. Herr Heck kommt gerade aus Amerika. Er hat dort erfahren, daß der Abgeordnete von Haus zu Haus geht und den Leuten sagt: Ich bin euer Abgeordneter. Ihr habt mich vielleicht nicht gewählt, aber ich bin es nun einmal, und nun wendet euch an mich, damit ich eure Wünsche berücksichtigen kann.

Ein anderes Beispiel: Es gibt in Siedlungsgemeinschaften reine sozialistische Wohnbezirke. Dabei sind diese Siedlungen aufgrund unserer Initiative gebaut worden. Warum kommen wir nicht an mit unserer Politik? Ist es wirklich so, daß diejenigen, die in den Lagern CDU wählten, in ihren neuen Heimen oder Wohnungen nicht mehr CDU wählen? Vielfach ist es ja so, daß diese Leute Arbeitsplätze mit der Auflage bekommen, der SPD beizutreten. Das geht so weit, daß neulich der Schulkamerad eines Landtagsabgeordneten ein Parteibuch herauszog und sagte: Ich wähle zwar CDU, aber ich muß Mitglied der SPD sein, weil ich sonst meinen Arbeitsplatz verliere.

Haben wir genügend getan, um unsere Parolen zug- und schlagkräftig unter das Volk zu bringen? Mehr Parolen als jetzt werden wir im nächsten Jahre nicht bekommen. Haben wir noch als Union die Hand am Puls des Volkes? Ist es so, daß wir noch wissen, was unten eigentlich los ist? Mit dem äußeren Aufbau unseres Volkes hält der innere Aufbau nicht Schritt, sondern hier gibt es gewissermaßen eine umgekehrte Kurve. Während der äußere Aufbau immer mehr vollendet wird, geht unser Volk im inneren immer mehr auf den krassesten Materialismus zurück. Sorgen wir dafür, daß unser Volk sich vom Materialismus abwendet; denn auf dieser Ebene werden wir von den Marxisten immer geschlagen werden.

Ist es nicht so, daß wir uns durch die viele Tagesarbeit viel zu weit von unserer Grundlage entfernt haben? Ist es nicht so, daß wir zurückkehren müssen zu dem Prinzip und zu dem Gesetz – um mit Goethe zu sprechen –, zu dem wir angetreten sind? Wir müssen wieder einmal fernab vom Getriebe der Großstadt unsere Grundlagen erarbeiten und sie dem Volke sichtbar machen. Das ist das Resümee. Wir haben im Kreuzfeuer aller gestanden, aber wir haben uns nicht nur zu behaupten vermocht,

48 Vgl. dazu auch Hockerts S. 394–399.

49 Wahlsieg Eisenhowers und Feuereinstellung am Suezkanal.

sondern wir haben noch zugenommen. Wir haben aber den Wahlkampf entscheidend verloren im Hinblick auf unseren einzigen Gegner, auf die SPD. Und jetzt gilt es, das wieder wettzumachen. Es ist nicht so, als ob die Kommunalwahlen nun erkennen ließen: Hier ist jede Liebesmüh vergeblich.

Ich habe absichtlich einzelne Dinge aus den Kommunalwahlen nicht gebracht, die das Bild sofort verändern könnten. In den bürgerlichen Vereinigungen stecken viele Stimmen für uns. Aber die Chancen, die wir haben, können wir nur dann nutzen, wenn das eintritt, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß wir nämlich jeder Ursache bis in die kleinste Verästelung, bis in die Kapillare, in die haarfeinen Röhrchen hinein nachgehen, um sie in Zukunft auszuschalten. Wir müssen als Partei, als Regierung und als Bundestagsfraktion nach außen eine geschlossene Einheit bilden, zu der das Volk Vertrauen hat, weil es sich dann sagt, hier wird eine vernünftige Politik getrieben; denn vernünftig ist nicht eine uneinheitliche, hektische Politik, sondern eine einheitliche und geschlossene Politik des gesunden Menschenverstandes. Wenn wir also die genannten Mängel in den Bezirken, Kreisen, Ländern und im Bund beseitigen, haben wir die Chance, das deutsche Volk im nächsten Jahr davon zu überzeugen, daß es nicht der Unsicherheit und dem Experiment, sondern einer ruhigen Entwicklung in Sicherheit entgegengeführt wird. *(Beifall.)*

Adenauer: Wir danken Herrn Meyers für seinen Vortrag, aus dem wir sicher alle manches gelernt haben. Ich hoffe, daß die Diskussion darüber sehr fruchtbar werden wird. Es steckt eine Reihe von Anregungen darin für die Wahlen im nächsten Jahr.

Aber jetzt ist die Zeit gekommen, eine kurze Pause zu machen. Wir haben jetzt 2 Uhr. Ich würde vorschlagen, eine halbe Stunde Pause zu machen.

Lemmer: Zur Geschäftsordnung! Herr Krone hat mich gebeten, den Entwurf einer Verlautbarung zu machen, die wir herausgeben wollen. Wenn das geschehen soll, müßte es jetzt geschehen. Wir haben Freitag, und es ist 14 Uhr, sonst kommt es nicht mehr in die Presse.

Adenauer: Bis wann muß es an die Presse gelangen? (*Zuruf:* Bis 16 Uhr!) Meine Damen und Herren! Wir können das wirklich nicht übers Knie brechen. Wir wollen es sofort um einhalb 3 Uhr behandeln.

Mittagspause von 14.00 bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte ein kurzes Korreferat zu dem Vortrag von Herrn Meyers halten, und zwar fühle ich mich deshalb dazu berufen, weil ich diese Dinge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt habe. Ich möchte folgendes an die Spitze stellen: In fünf Orten, die ich kenne – es sind drei Großstädte und zwei Kleinstädte –, liegt offenbar der Mißerfolg an den örtlichen Streitigkeiten und Zwistigkeiten innerhalb der CDU, und man sagt dort ganz offen, diese Klüngelwirtschaft will man einfach nicht mehr haben. Ich meine, die Herren Landesvorsitzenden und die Landesvorstände müssen sich gerade um diese Dinge einmal besonders kümmern. Es ist im Grunde genommen nicht von solcher Bedeutung, ob im Dorfe X oder Y

die Sache so oder so steht, aber wir haben gesehen, wie derartige Verhältnisse auch wieder – um den gleichen Ausdruck wie Herr Meyers zu gebrauchen – einen gewissen Trend auf die Leute ausüben, die nicht wissen, wohin sie gehören.

Ich darf in diesem Zusammenhang eine Wahrnehmung wiedergeben, die mir von einem Herrn gesagt worden ist, der sehr viel in unserer Partei herumkommt, und zwar ist das das mangelnde Selbstgefühl unserer Leute an der Spitze auf die Erfolge der Partei. Er hat mir gesagt: Während in den Versammlungen die Zuhörer durchaus gut seien, seien aber insbesondere die Kreisvorsitzenden und die Landesgeschäftsführer diejenigen, die immer Zweifel und Sorge hätten. Ich bin der Auffassung, daß hier auch die Landesvorsitzenden und die Landesvorstände unbedingt nach dem Rechten sehen müssen; denn wenn der Kreisvorsitzende oder der Kreisgeschäftsführer schon als lahmer Mann dahinkommt, ohne den rechten Stolz und ohne Vertrauen in die Partei und in den Sieg, was sollen dann die anderen machen?

Ich möchte ein Wort sagen zur Wehrfrage. Zweifellos hat die Wehrfrage eine Rolle gespielt, aber man soll sich darüber klar sein, daß sie nicht die entscheidende Rolle gespielt hat, wenn auch nach der Mitteilung aus Köln die Frauen in der Hauptsache SPD gewählt haben. Nach den Umfragen – sie sind noch nicht veröffentlicht – „Was interessiert dich am meisten?" steht die Wehrfrage an dritter Stelle. Bei weitem an der Spitze steht die Frage der Renten. Diese Frage ist von einer viel größeren Bedeutung, als sich viele, auch Abgeordnete, träumen lassen. (*Arnold:* Sehr richtig!)

Wenn Sie z.B. hören, daß in Essen 30 % der Wähler Rentenbezieher sind, und wenn Sie sich daran erinnern, daß die Sozialdemokraten – ich weiß nicht, wie lange schon – jedem Rentenempfänger, wenn er seine Renten abholt an der Post, ein entsprechendes Blatt in die Hand drücken gegen uns, wenn Sie sich weiter vor Augen halten, daß wir auf der anderen Seite für die Landwirtschaft mit dem Grünen Plan gesorgt haben, daß wir für die Steuerzahler Steuerermäßigungen in Höhe von dreieinhalb Milliarden beschlossen haben, daß wir dem Mittelstand geholfen haben, aber nichts für die sehr große Schicht der Rentenempfänger, dann müssen wir doch an unser Gewissen appellieren und sagen, hier haben wir in der Tat gefehlt. Ich habe heute morgen davon gesprochen, wie das gekommen ist. Wir konnten nicht rechtzeitig eine Vorlage bringen. Ich habe schließlich eingreifen müssen, und dann ist sie keineswegs – wer würde so etwas behaupten können – hundertprozentig gut ausgefallen; das wird sie auch nicht, und wenn zehn Leute zehn Jahre lang daran arbeiten. Das habe ich doch mitgemacht, das werden mir einige Herren, die solche Sitzungen mitgemacht haben, sicher bestätigen.

Ich habe am vergangenen Dienstag fünf Stunden lang mit den Sachverständigen der Koalition zusammengesessen[50], und jeder von diesen Herren hatte eine eigene wissenschaftliche Meinung, und jede Meinung war die allein richtige. Das war nachher so unerträglich, daß ich mir gesagt habe, mir ist von alldem so dumm, als ging mir

50 Am 20. November 1956 mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalition und Experten für die Sozialreform. – Zu den Kontroversen in der Koalition HOCKERTS S. 399–416.

ein Mühlrad im Kopf herum. Hier hatten sich die Menschen wirklich verbissen in ihre eigene Meinung. Ich hoffe, daß es unserer Fraktion gelingen wird – und es muß ihr unter allen Umständen gelingen –, noch vor Weihnachten die Sache im Bundestag durchzubringen. Wie mir Herr Storch eben gesagt hat, ist Herr Sieveking nicht der Auffassung, daß die Mehrheit des Bundesrates den Vermittlungsausschuß anrufen wird. Wenn wir das vor Weihnachten durchkriegen, dann ist das von der allergrößten propagandistischen Bedeutung, auch wenn es gerade vor Weihnachten fertig wird, damit diese große Zahl von armen Menschen endlich zur Ruhe kommt.

Zweifellos hat diese Angelegenheit bei der Wahl eine Rolle gespielt. Es hat auch eine Rolle gespielt die Frage der Beamten. Die Beamten sind, weil sie sich von uns vernachlässigt fühlen, vielfach in das sozialdemokratische Lager übergegangen, was ich aus verschiedenen Gründen für sehr gefährlich halte, nicht nur aus parteipolitischen Gründen. Ich hoffe, daß wir das auch bis zur Bundestagswahl in Ordnung bringen. Das Wirtschaftswunder hilft uns – vielleicht hat Herr Meyers das nicht so präzis ausgedrückt – auch nichts mehr. Man gewöhnt sich an Wunder. Wir müssen etwas anderes an diese Stelle setzen. Herr Meyers hat es angedeutet. Ich habe es mir notiert: Sicherheit! Ich halte das für sehr wichtig. Was die Menschen jetzt haben wollen, das ist die Sicherheit dafür, daß ihnen das erhalten bleibt, was sie jetzt haben. Wenn allerdings die führenden Persönlichkeiten der Partei und die Minister der Bundesregierung Unsicherheit zeigen – und das haben wir getan –, dann ist das natürlich verheerend in seiner Wirkung. Darum ist es unbedingt notwendig, daß wir in der Partei, in der Bundesregierung und in der Bundestagsfraktion Sicherheit zeigen, und zwar die Sicherheit des Erfolges, den wir gehabt haben in den sieben Jahren, die wir jetzt an der Arbeit sind. Wir haben doch eine Fülle von Erfolgen aufzuweisen!

Alles das, was die Sozialdemokraten prophezeit haben, hat sich als Fehlprophezeiung erwiesen, so daß es uns eigentlich leichtfallen müßte, die Opposition auch in der öffentlichen Meinung zu erledigen. Aber es ist uns nicht leichtgefallen. Woran liegt das? Das liegt daran – verzeihen Sie, wenn ich das den Landesvorsitzenden sage –, daß die SPD nicht föderalistisch aufgebaut ist. Die SPD hat ihren zentralistischen Parteiapparat nach dem Kriege neu aufgebaut, und innerhalb der ganzen SPD-Organisation folgt man den Weisungen des Vorstandes; vor allem – das ist ungemein wichtig – besetzt der Parteivorstand die einzelnen Ämter innerhalb der Partei, so daß er zweierlei Möglichkeiten hat: er kann 1. ungeeignete Elemente entlassen und 2. gute Leute aufsteigen lassen. Das geht uns bei unserer Organisation doch vollkommen ab. Ich denke nicht daran, Ihnen vorzuschlagen, das zu ändern; das wird auch nicht möglich sein, aber bitte bedenken Sie, welch außerordentlich große Hilfe das für die Sozialdemokratische Partei ist, insbesondere, daß sie die Leute emporsteigen lassen kann, während es bei uns so ist, daß derjenige, der als Kreisgeschäftsführer irgendwo sitzt, auch dort bis an sein Lebensende sitzen bleibt, es sei denn, er sucht sich selbst eine andere Stellung. Das gilt auch für andere Stellungen innerhalb unserer Partei.

Weiter hat die SPD uns voraus den Rückhalt an den Gewerkschaften. Auf der Hamburger Tagung hat sich mehr als je zuvor herausgestellt, daß sich die

Gewerkschaften zum größten Teil als die Kerntruppe der Sozialdemokratie fühlen. Die Propaganda wird getrieben auf dem Wege zum und vom Arbeitsplatz, und wir haben einstweilen dem nichts gegenüberzustellen. Dazu kommt noch, daß unsere Partei auf dem Gebiet der sonstigen Propaganda – ich denke nicht an die Kommunalwahlen – mehr oder weniger schläft. Es wird zwar allerhand geschrieben und auch viel Rednermaterial verschickt, aber weiß der Kuckuck, woran es liegt, es regt sich nichts!

Heute morgen hat Herr Seidel – der sich entschuldigen läßt, weil er wegfahren mußte – von den Ungarn-Versammlungen in Bayern gesprochen, die so außerordentlich stark besucht worden seien. Ich weiß nicht, wieviel Ungarn-Versammlungen in den übrigen Teilen der Bundesrepublik von der CDU abgehalten worden sind. Die Frage mag hier und da gestreift worden sein, aber daß wir unsere Politik bei der Bevölkerung entsprechend ausgewertet haben, das scheint mir nicht der Fall zu sein. Das ist eine Frage, die mir seit geraumer Zeit durch den Kopf geht. Vielleicht werden Sie, Herr Meyers, wenn wir über die Vorbereitungen zur Bundestagswahl sprechen, etwas darüber vorzubringen haben.

Meine Damen und Herren! Wir machen zuwenig aus uns! Wenn ich z.B. sehe, wie bescheiden und wie wenig machtbewußt unsere Fraktion im Bundestag gegenüber den Sozialdemokraten auftritt, wie man in den Ausschüssen immer nur daran denkt, um Gottes willen, lassen wir den Sozialdemokraten soweit wie möglich entgegenkommen, so kann ich nur sagen, man gewinnt eine Wahl nur in der Offensive, indem man die Schwächen des Gegners schonungslos darlegt. Sonst kann man keine Wahl gewinnen. Es gibt Bundestagsabgeordnete, über deren Tätigkeit in ihrem Wahlkreis man nur sehr Gutes hört. Es gibt aber auch Bundestagsabgeordnete, über deren Tätigkeit in ihrem Wahlkreis man überhaupt nichts hört. Der Herr Johnen hat zwar gestöhnt, als Herr Meyers von der Kandidatenauslese gesprochen hat, aber wir müssen hier noch Überlegungen anstellen, wie wir darüber hinwegkommen.

Ich erinnere mich, daß ich bei der letzten Bundestagswahl die Vorsitzenden der Fraktion gebeten hatte, mir schriftlich mitzuteilen, welche Bundestagsabgeordneten sie entbehren könnten. Ich habe keine Mitteilung darüber bekommen; sie waren alle unentbehrlich! Das geht nun nicht. Wir haben in unserer Bundestagsfraktion namentlich auf einem Gebiet doch die Vorzeichen einer bedenklichen Lücke, nämlich bei der Arbeitnehmervertretung. Wen haben wir da noch? Nur noch sehr wenige Leute. Da müssen junge und frische Leute heran, so daß ich der Auffassung bin, die Kommunalwahlen waren ein eklatanter Mißerfolg für uns. Darüber wollen wir uns klar sein. Sie sind vielfach schlecht ausgefallen, weil in den Ortsparteien ein Klüngel herrschte bis dorthinaus und die CDU-Wähler das einfach nicht mehr mitmachen wollten. Ich wiederhole: Ich könnte, wenn es gewünscht wird, fünf solcher Orte nennen, von denen ich das weiß; es handelt sich um drei Großstädte und zwei Kleinstädte.

Die Kommunalwahlen haben ein Weiteres gezeigt. Wir sind zuwenig lebendig und haben zuwenig getan. Unsere örtliche Organisation scheint nicht zu klappen. Da die Kommunalwahlen doch die Generalprobe für die Bundestagswahlen waren, haben

wir alle Veranlassung, unsere Organisation nachzuprüfen. Wir müssen weiter – es ist schade, daß Herr Heck nicht hier ist, aber Herr Meyers wird es für ihn empfangen – mit unseren Erfolgen ganz anders als bisher sofort an die Öffentlichkeit gehen. In dieser Beziehung tun wir sozusagen nichts. Ich weiß nicht, woran es liegt. Ist das Bescheidenheit? Ist es übertriebene Bescheidenheit? Ist es Trägheit? Oder was ist es eigentlich? Wir gehen mit unseren Erfolgen viel zuwenig an die Öffentlichkeit. In den letzten drei Monaten vor der Wahl läßt sich das, was wir in drei Jahren versäumt haben, nicht mehr nachholen. Es tut mir sehr leid, daß die Großstädte verlorengegangen sind. Aber nun müssen wir unsere Kraft daransetzen, daß wir die großen Städte wiederbekommen. Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß die Organisation unserer Partei in den großen Städten nicht einfach sagt, die Mehrheit ist sozialdemokratisch. Das ist dummes Zeug. Es gibt nämlich eine große Zahl von Wählern, die jetzt bei den Kommunalwahlen aus irgendwelchen Gründen SPD gewählt haben, aber das sind nun keineswegs eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratie. Wir sollten durch die Landesvorsitzenden an alle örtlichen Organisationen die Aufforderung richten, daß sie sich Rechenschaft geben müssen, daß sie die Organisation verbessern müssen, damit sie bis zur Bundestagswahl schlagkräftiger geworden sind. Wir müssen das Ziel haben, bei den nächsten Kommunalwahlen das wieder zu erreichen, was wir jetzt verloren haben. Die Lehre müssen wir unter allen Umständen daraus ziehen.

Heck: Herr Pettenberg möchte die Entschließung vorlesen, weil sie noch an die Presse gehen muß.

Pettenberg: „Der Bundesvorstand der CDU forderte auf seiner Sitzung am Freitag nach einem Bericht des Bundeskanzlers das deutsche Volk eindringlich auf, die ernsten Lehren aus dem tragischen Geschehen in Ungarn zu beherzigen. In erschütternder Weise ist die Richtigkeit der von der Bundesregierung und Bundespartei beharrlich (*Adenauer:* Ich würde sagen, „an der auch der Vorsitzende der CSU, Dr. Seidel, teilnahm"!) verfolgten Politik bestätigt worden, durch Zusammenarbeit mit ihren verbündeten Mächten und durch baldige Realisierung des deutschen Wehrbeitrages für das westeuropäische Verteidigungssystem die Sicherheit der Bundesrepublik zu festigen.

Die CDU erwartet von allen politischen Kräften unseres Volkes, daß sie bereit sind, nunmehr an der bisherigen Sicherung unseres Landes undoktrinär mitzuwirken und damit die Gefahren für den Frieden unserer Heimat und die Freiheit unseres Volkes zu bannen. Die deutsche Sozialdemokratie hat mit der von ihr bisher eingenommenen oppositionellen Haltung sich in Gegensatz zu den Sicherheitsbedürfnissen unseres Landes und zur Wehrpolitik ihrer Bruderparteien in allen anderen Ländern gestellt, wo von den Sozialisten die Wehrdienstpflicht ihrer Völker vorbehaltlos bejaht wird. Von dieser beklagenswerten Ausnahmestellung abzugehen und durch positive Mitarbeit die Wehrgesetzgebung der Bundesrepublik zu vollenden, erachtet die CDU als nationales Gebot der Stunde." (*Unruhe. – Adenauer:* Den Satz habe ich nicht verstanden. – *Zurufe:* Wir auch nicht!) Ich wiederhole: „Von dieser beklagenswerten Ausnahmestellung abzugehen und durch positive Mitarbeit die Wehrgesetzgebung

der Bundesrepublik zu vollenden, erachtet die CDU als nationales Gebot der Stunde." (*Erneute Unruhe. – Adenauer:* Das verstehe ich nicht! Soll das eine Aufforderung an die SPD sein?) Das ist gemeint!

Adenauer: Warum denn? Das könnte man vielleicht im Bundestag sagen, aber doch nicht in einem Beschluß unseres Parteivorstandes. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Für diejenigen, die die letzte Bundestagssitzung über diese Frage mitgemacht haben, bedeutet das doch wieder – ich kann mir nicht helfen – eine Demütigung vor der Sozialdemokratie. (*Zuruf:* Richtig!) Wir haben doch gar keine Veranlassung, uns vor der Sozialdemokratie zu demütigen! Wenn sie es nicht will, dann soll sie es doch bleiben lassen! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Lemmer: Herr Bundeskanzler! Ich verstehe es ganz anders. Ich setze damit die Sozialdemokratie moralisch ins Unrecht. Aber sie wird nach menschlichem Ermessen bei ihrer Politik bleiben. Wir haben damit noch einmal an sie – nach den Erfahrungen von Ungarn – die Aufforderung gerichtet, von ihrer bisherigen Politik abzugehen. Sie wird es nicht tun; sie bleibt eigensinnig und unterscheidet sich von den Sozialisten anderer Länder, z.B. von Mollet und Spaak, die am europäischen Verteidigungssystem mitarbeiten. Unsere Sozialdemokratie sagt zu allem nein! Das wollte ich sagen, um sie ins Unrecht zu setzen, nicht aber, um uns zu demütigen, im Gegenteil, das wird der SPD sehr unangenehm sein.

Adenauer: Das wird nach meiner Meinung in einem Kreis der Bevölkerung so ausgelegt, daß wir nicht mehr den Mut hätten, allein den Weg zu gehen. Herr Lemmer, Sie verkennen vollkommen die Atmosphäre in der Bundesrepublik. Für Berlin würde ich Ihnen recht geben, hier nicht. Ich bin so wütend auf das deutsche Volk, das kann ich Ihnen gar nicht sagen; denn viele davon erblicken in allem eine gewisse Schwäche.

Kiesinger: Ich würde den Gedanken aggressiver fassen. Wir haben keinen Grund, verbindliche Töne anzuschlagen, nachdem wir von diesen Leuten dauernd Prügel bekommen. Man könnte sagen: „Welch anderen Beweises bedarf es noch, um die SPD davon zu überzeugen, daß ..." Damit haben wir sie nicht aufgefordert.

Lemmer: Ich will sie ja nicht schonen, sondern angreifen!

Von Hassel: Das muß irgendwie in der Überschrift zum Ausdruck kommen.

Pettenberg: Wenn man den Anfang wegläßt: „Durch positive Mitarbeit die Wehrpflichtgesetzgebung der Bundesrepublik zu vollenden, erachtet die CDU als das nationale Gebot der Stunde."

Meyers: Ich würde nichts von der Wehrpflicht sagen.

Pettenberg: Man kann den ganzen Satz weglassen: „Die CDU erwartet von allen politischen Kräften unseres Volkes, daß sie bereit sind, nunmehr an der militärischen Sicherung unseres Landes undoktrinär mitzuwirken und damit die Gefahren für den Frieden unserer Heimat und die Freiheit unseres Volkes zu bannen."

Kunze: „Militärisch" müssen wir streichen!

Arnold: „Militärisch und undoktrinär" würde ich weglassen.

Adenauer: Ich würde es etwas primitiver fassen.

Pettenberg: „Nunmehr ..."

Adenauer: Lassen Sie doch das „nunmehr" weg! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Kiesinger: Dieses „nunmehr" klingt so, als ob wir selber der Meinung seien, daß große Teile des deutschen Volkes uns nicht unterstützen und als ob nun dieses Ereignis uns entgegenkomme. Das sollten wir so nicht formulieren, denn das ist psychologisch nicht gut.

Adenauer: Darf ich vorschlagen, daß die Herren Lemmer und Kiesinger die Sache noch einmal durchsehen, nachdem wir Kritik geübt haben?

Lemmer: Damit ich nicht politisch mißverstanden werde! Mir kam es darauf an zu sagen: Wer wagt es nach der Lehre von Ungarn jetzt noch, die Obstruktion fortzusetzen?

Adenauer: Den Satz würde ich so akzeptieren!

Lemmer: Wunderbar! Nichts anderes war mit dem gemeint, es sind nur ein paar andere Worte.

Adenauer: Darauf kommt es aber an. Also, das würde ich akzeptieren, das ist ausgezeichnet! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Darf ich jetzt um Wortmeldungen bitten zu der Frage der Kommunalwahlen!

Lübke: Liebe Parteifreunde! Es sind heute nicht viel Kollegen aus dem Kabinett hier, die zu Ihnen sprechen könnten über die Fragen, die heute angeschnitten worden sind. Ich darf zu den Fragen des Kabinetts folgendes sagen: Im gesamten hat das Team die Verantwortung für alles, was im Kabinett geschieht. Wenn aber der einzelne in seinem Ressort seine Gedanken nicht verwirklichen kann, ist das im wesentlichen seine persönliche Verantwortung. So kann man es wohl nennen. (*Zurufe:* Unklar!) Wenn der eine oder andere Kollege seine Zuflucht draußen in der Öffentlichkeit sucht, dann tut er das vielleicht unbewußt aus dem Gefühl heraus, daß er sich im Kabinett nicht durchsetzen kann. (*Adenauer:* Das war sibyllinisch! Haben Sie sich gemeint oder andere?) Ich darf sagen, ich gehöre nicht zu den lautesten Mitgliedern im Kabinett. Ich habe meine Politik, die am 20. Oktober vom Herrn Bundeskanzler in der Regierungserklärung festgelegt wurde[51], weiterführen können mit Unterstützung des Kabinetts, speziell mit Unterstützung des Kabinettschefs. Ich habe niemals, auch nicht in schwierigen Stunden, irgendwelche Hemmungen im Kabinett gehabt, und in den Fällen, wo ich angeblich zu den streitenden Ministern gehörte, habe ich jedenfalls niemals einen anderen Ort gewählt als das Kabinett. Das Kabinett hat sich in meinem Falle hinter mich gestellt. Das darf ich in Gegenwart des Herrn Bundeskanzlers sagen. Und wenn Sie von dem Streit der Minister sprechen, so können Sie das ruhig weiter tun; denn ich rechne mich nicht dazu.

Zu den Kommunalwahlen! Nach den Feststellungen, die ich getroffen habe, haben wir in der bäuerlichen Bevölkerung ein starkes Anwachsen der CDU-Stimmen zu verzeichnen. Das bezieht sich auf die gesamten deutschen Länder. (*Meyers:* Mit Ausnahme von Ostwestfalen, da hat die FDP zugenommen.) Dinslaken war immer ein fester SPD-Kreis; er hätte deshalb auch nicht als neugewonnen in Ihrer Liste

51 Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 11–22).

erscheinen dürfen. (*Meyers:* Als absolut neu!) Nein, bei der Wahl 1953 hat dieser Kreis mehr SPD-Stimmen als CDU-Stimmen gehabt. Der Kreis ist immer für die SPD gewesen. Herr Meyers hat die Frage gestellt: Wie haben wir unsere Politik verteidigt?

Ich darf Ihnen hier einmal etwas aus dem Nähkörbchen sagen; denn hier ist niemand, der es in die Presse bringt. (*Meyers:* Vorsicht!) Wir haben seit etwa einem Jahr einen Vertrag mit bestimmten Pressestellen, bei denen ich nur den absoluten Erfolg bezahle.[52] (*Zuruf:* Wieso?) Es wird hier nach Millionen-Auflagen gezahlt. Wir haben in der Zeit des Grünen Planes 18 Millionen gehabt, und heute haben wir es auf 28 Millionen Auflagen gebracht, und zwar mit den Nachrichten, die wir in diese Presse bringen. Darüber hinaus haben wir zwei Volksbegehren von uns aus gesteuert, Herr Bundeskanzler, erschrecken Sie bitte nicht. Wir haben bei einem EMNID-Institut eine Befragung gesteuert. EMNID hat folgende Frage gestellt: Sind Sie der Meinung, daß für die Landwirte zuviel geschieht, zuwenig, oder ist es richtig? Wenn wir die Antworten des „zuwenig" und „richtig" zusammenrechnen, kommen wir im Durchschnitt bei der ländlichen, mittelstädtischen und großstädtischen Bevölkerung auf 65 %. Der Rest teilt sich auf in „zuviel" oder „kein Interesse".

Ich glaube also, daß auf dem Gebiete von unserer Seite aus genügend geschaffen ist, um an die Landbevölkerung und die städtische Bevölkerung heranzukommen. Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß sich die Preisentwicklung, und zwar die ungehemmte Preisentwicklung, sehr zum Ärger unserer Hausfrauen ausgewirkt hat. Unsere Hausfrauen haben überall, sicherlich auch in Köln, nicht nur die Wehrpflicht gegen sich gelten lassen, sondern auch die Preise. Nehmen Sie ruhig an, daß das wesentlich auf meinem Rücken ausgetragen wird, aber Sie wissen, daß ich die Linie vertrete, daß wir auch den Verbraucher nie ohne leistungsfähige Landwirtschaft lassen können, sonst hätten wir in diesen kritischen Tagen wegen der Lebensmittelversorgung nicht so ruhig sein können. Wir haben nicht ein Kilo draußen zu bestellen brauchen, um unsere Vorräte zu ergänzen.

Wenn z.B. bei den Hausfrauen bekannt wurde, daß wir im vorigen Jahr bei den ruinösen Schweinepreisen 1,5 Millionen gebraucht haben, um die Schweine ins Ausland zu bringen, so darf ich sagen, daß wir in diesem Jahr 15 Millionen mehr allein an Lagerkosten ausgegeben haben, um die Fleischmengen in Deutschland zu subsumieren; das war notwendig, damit wir in diesem Sommer und Herbst keine Preissteigerung bekamen. So ist die Situation. Die Vorratshaltung kostet in diesem Jahr 205 Millionen. Dabei geschieht offenbar nichts für den Verbraucher! Es heißt immer, man soll sich mehr an die Hausfrauen halten, was meiner natürlichen Veranlagung sogar durchaus entsprechen würde. *(Heiterkeit.)* Aber ich habe keine Zeit dazu. In

52 Es handelte sich dabei um das Redaktionsbüro Hermann Bernick (Düsseldorf), durch das das Ministerium Texte in die Presse streuen ließ; die Vergütung lag bei einer Mark pro 1.000 Auflage (frdl. Auskunft des damaligen Pressesprechers des Ministeriums Dr. Hans Eiche).

Nürnberg hat sich der Weißbrotpreis um 10 Pf, der Roggenbrotpreis um 5 Pf und der Brötchenpreis um 1 Pf erhöht. Das ist eine ganz ungewöhnliche Steigerung. Es handelt sich um 480 Bäckereien. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit der Sache, und die polizeilichen Untersuchungen sind im Gange. Wir haben die Hoffnung, daß wir das wieder zurückdrängen können. Wir sind gerade dabei, die Preissteigerungen durch öffentliche Mittel auszuschalten, damit aber auch die Bäcker zu veranlassen, die Brotpreise nicht anzurühren.[53] Die vernünftigen Leute im Bäckerverband gehen mit uns, aber man kann solche Ausschreitungen nicht verhindern, es sei denn, man hätte einen Wirtschaftsapparat, der von uns abgeschafft worden ist. Deshalb meine ich, wir haben in diesem Punkt, ganz abgesehen von dem zuständigen Ministerium, auch unsere Verantwortung.

Ich habe festgestellt, daß von den katholischen Frauenverbänden nur ein einziger Verband nicht in der sogenannten Verbrauchergemeinschaft ist. Diese Verbrauchergemeinschaft ist eine von der SPD und den Gewerkschaften gesteuerte große Gemeinschaft. Sogar der katholische Mütterverband ist dabei! Die bekommen von der Zentrale das ganze Material. Am Vorabend der Wahl brachte eine illustrierte Zeitung Bilder und stellte dar, in welchem Umfang die Bundesregierung und ich daran schuld seien, daß die Preise für die Lebensmittel angestiegen sind. Wir tun alles, um die Hausfrauen über den wahren Sachverhalt aufzuklären und ihnen beizubringen, daß das nicht von uns aus geschieht.

Wenn wir die Fehler, die wir gemacht haben, bei der nächsten Wahl vermeiden, wenn wir in Hausfrauen-Versammlungen stärker als bisher aktiv werden und die Hausfrauenverbände aus den Klauen der Gewerkschaften und der SPD herausziehen, dann werden die nächsten Wahlen anders ausfallen.

Zimmer: Ich möchte auf die Ausführungen von Herrn Meyers eingehen, ohne damit meinem Landesvorsitzenden vorzugreifen, der generell zu dem Ergebnis der Wahlen in Rheinland-Pfalz Stellung nehmen wird. Zunächst zur KP! Vor zwei Jahren wurden wir über den Fortgang dieses Prozesses befragt. Ich habe mich damals gegen den Fortgang ausgesprochen, weil ich der Meinung war, die KP stört uns nicht, aber sie wird der SPD Mandate zutreiben.

Nach dem Ausspruch des Urteils war ich allerdings der Meinung, daß man 1. nunmehr im Interesse der Autorität des Bundesverfassungsgerichts dem Urteil radikal

53 Obwohl der Milch- und Getreidepreis gesunken war, forderte das Bäckerhandwerk eine Preisanhebung wegen gestiegener Kosten für Kohle, Löhne und andere gewerbliche Preisfaktoren. Die gestiegenen Kosten hatten in Nürnberg zur Schließung von 22 kleineren Bäckereien geführt. – Im Streit um die Erhöhung des Brotpreises wurde am 13. März ein Kompromiß zwischen der Bundesregierung und dem Backgewerbe erzielt. Während das Backgewerbe eine generelle Erhöhung des Brotpreises um 5 Pf. gefordert hatte, einigte man sich auf einen Vorschlag, nach dem das Zweipfundbrot um 3 Pf. und das Dreipfundbrot um 4 Pf. teurer werden sollte. Die Mehrbelastung für eine vierköpfige Familie sollte sich nach Berechnungen danach auf DM 0,60 pro Monat belaufen (vgl. „Deutsche Bauernzeitung" vom 21. März 1957).

Geltung verschaffen müsse, auch im Hinblick auf die Möglichkeit rechtsradikaler Elemente, 2. daß es auf der kommunalen Ebene keinen großen Unterschied macht, ob die SPD in den kommunalen Parlamenten sekundiert wird durch offene KP-Mandate oder ob sie einen eigenen Zuwachs bekommt. Auf der Bundesebene jedoch ist es ein großer Unterschied, ob wir im Bundestag 15 SPD-Mandate mehr haben oder nicht.

Unter diesem Gesichtspunkt waren die Ausführungen des Herrn Meyers in der Sache nicht ganz richtig. Formal ist es so, daß in Ludwigshafen, in Mainz, in Kaiserslautern, in Worms und in Frankenthal nunmehr die SPD die absolute Mehrheit bekommen hat, aber praktisch hatte sie bisher in diesen Städten bereits mit den Kommunisten die absolute Mehrheit. Sie hatte dort auch schon SPD-Bürgermeister, so daß sich also in der Praxis in diesen Städten nichts geändert hat. Ludwigshafen hatte bisher 25 SPD-Abgeordnete und 5 KP-Abgeordnete. Jetzt hat es 30 SPD-Abgeordnete. An der Zahl hat sich nichts geändert. In Mainz waren es bisher 24 von 47 Abgeordneten, also die absolute Mehrheit. Jetzt hat die SPD 27 von 51. Die CDU hat dort 3 Mandate gewonnen. In Kaiserslautern hatte sie 22 von 43; jetzt hat sie 24 von 47, wo sich die Zahl erhöht hat. Genauso ist es in Frankenthal. Dort ist die Mandatsziffer der SPD lediglich um die der KP vermehrt worden, was aber an der Situation nichts ändert; denn die KP ging bei uns bisher mit der SPD durch dick und dünn.

Aufgrund Ihrer Ausführungen, die ich persönlich sonst im wesentlichen bejahe, möchte ich doch bitten, einmal im Bundessekretariat über die Dynamik und Bewegung der Wähler etwas nachzudenken und Prüfungen vorzunehmen. Die SPD hat Zuwachs von der KP, von jungen Leuten, von Frauen, ja offenbar auch von der CDU bekommen, die nicht ganz sicher waren. Umgekehrt hat die CDU bei uns offensichtlich einen Teil der früheren FDP-Stimmen bekommen. Es gibt eine nicht ganz einfache Fluktuation der Wähler, wenn ich auch zugebe, daß einige direkt von rechts nach links herübergegangen sind. Demgegenüber gibt es einen natürlichen Bereich der CDU-Wählerschaft und einen Bereich, in den wir niemals richtig hineinkommen; es sind Wähler, die wir nicht ansprechen können. Es gibt einen bürgerlichen Stamm von Wählern, bei denen für die CDU Hopfen und Malz verloren ist. Das sind die Leute, von denen der Herr Bundeskanzler früher wiederholt gesagt hat: Wir sind interessiert an einer gut geführten liberalen Partei. Es gibt also eine Reihe von Wählern, die von uns nicht angesprochen werden können, aber wir haben ein Interesse daran, daß diese Wähler irgendwie gebunden werden, damit sie nicht zu Hause bleiben oder zur SPD überlaufen.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, der mit der aktuellen Politik nichts zu tun hat. Nach meiner Meinung profitiert die SPD zunehmend von der zwar langsam, aber sicher erfolgenden soziologischen Verschiebung in unserem Volke, nämlich die soziologische Verschiebung vom Selbständigen zum Unselbständigen. Die SPD ist im letzten Jahr mehr als bisher die Partei der Arbeitnehmer – der Lohn- und Gehaltsempfänger – geworden, und wir vernachlässigen diese Schicht. Die SPD ist

für diese Leute die „Partei der kleinen Leute". Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit lenken.

Es ist eine Hauptaufgabe der CDU, daß sie sich bei den kommenden Bundestagswahlen nach dieser Seite besser abschirmt. Es darf nicht so bleiben, wie es jetzt in den Betrieben der Fall ist, daß die Leute glauben, die Partei der kleinen Leute sei die SPD. Diese Stimmungen und Schwingungen machen die Wahl für uns so schwer. Wir müssen im Bewußtsein dieser Leute wieder mehr eine Partei der kleinen Leute werden. Die beste soziale Partei war die CDU. Sie hat die stärkste und nachhaltigste Sozialpolitik betrieben in diesem Jahr. Das sage ich in meinen Versammlungen, aber das ist nicht genügend sonstwo zum Ausdruck gekommen.

Wir müssen den Arbeitern zum Bewußtsein bringen, daß wir ihre Partei sind, die ihnen den Arbeitsplatz besorgt hat usw. Verzeihen Sie, ich sage das hier ein bißchen scharf, es sind auch nicht gerade neue Entdeckungen, auf die ich den Akzent gelegt wissen möchte, aber ich möchte doch darum bitten, daß die Bundesgeschäftsstelle überlegt, wie wir neben den materiellen Argumenten, wie Wohlstand und Lebensstandard, noch stärker an die ethischen Motive und Werte appellieren können.

Dichtel: Herr Meyers hat davon gesprochen, daß man die Dinge nur sehr schwer beurteilen könne. Das ist richtig. Bei uns in Baden-Württemberg liegt die Problematik zum Teil im Wahlgesetz begründet. Die Dinge sind sehr undurchsichtig. Ich habe mir von 18 Wahlkreisen in Südbaden die Ziffern geben lassen; die amtlichen Ergebnisse liegen noch nicht vor. Daraus ersehen Sie die Kompliziertheit dieses Systems. Wir haben in 18 Wahlkreisen 795 CDU-Vertreter, 374 SPD-Vertreter, 106 FDP-Vertreter und – das ist der Knalleffekt – 1.470 Vertreter von Freien Listen. Im Wahlkampf mußten wir bei der Bekämpfung der Freien Listen sehr vorsichtig sein, denn der Wähler der Freien Liste von heute ist der Bundestagswähler der CDU im nächsten Jahr.

Wir haben zwar in der CDU etwas zugenommen, aber der eigentliche Gewinner ist die SPD, die stärker als wir zugenommen hat.[54] Man kann aber nicht viel Neues sagen. Die enge Verbindung zwischen der SPD und den Gewerkschaften macht sich bei jeder Wahl für uns verhängnisvoll bemerkbar. In Freiburg hat die SPD vier oder fünf Gewerkschaftssekretäre von sich aufgestellt. Das bedeutet einen Schock für das Bürgertum, aber in den Arbeitnehmerkreisen hat es hervorragend gewirkt.

Wir haben uns bei der Einführung der Wehrpflicht der staatspolitischen Notwendigkeit gebeugt, aber für einsichtige Politiker war es absolut klar, daß wir dafür etwas zahlen mußten. Und diese Zahlung ist auch eingetreten. Man hat bei dieser Wahl noch stärker als bisher an das Gefühl appelliert. Man appelliert an das Mütterchen, an die Frau, an die Jugend. Ich habe auch in den Kreisen der Jugend – und zwar von der Universität her – in starkem Maße Gedankengänge gefunden und festgestellt, die ich als sehr bedauerlich empfinde. Ungarn hat sich bei uns in den Wahlen noch nicht ausgewirkt. Eine öffentliche Meinung kann man in so kurzer Zeit nicht umstoßen.

54 Ergebnis und Bewertung in UiD vom 29. November 1956.

Ich bin aber der Meinung, daß sich die Situation für die CDU seit den Vorgängen in Ungarn wesentlich gebessert hat, weil sie die Richtigkeit der CDU-Politik beweisen.

Wir müssen mit unserer Propaganda sofort beginnen! Wenn der Bundestag und die Bundesregierung noch etwas Wirksames tun wollen, nämlich für die Wahl, dann muß es gleich geschehen. Im Februar oder März nächsten Jahres werden diese Maßnahmen – das sage ich ganz offen – nur noch als Wahlspeck betrachtet. Wir kommen mit der Rentenreform sowieso schon sehr spät heraus. Aber auch andere Maßnahmen, die unsere Situation erleichtern und die zudem nicht viel Geld kosten, müssen jetzt getroffen werden. Was nach dem Februar kommt, wird von der Öffentlichkeit nicht mehr positiv abgenommen. Ich habe daher eine Bitte: Machen Sie Überstunden, damit die Sache möglichst bald gemacht wird! Später hat es nicht mehr viel Sinn.

Johnen: Das Landespräsidium von Nordrhein und Westfalen ist im Begriff, eine genaue Wahlanalyse zu machen. Sie wird in der Form einer Denkschrift herausgegeben, wobei wir unsere eigenen Fehler – soweit wir sie erkennen – bekanntgeben, aber auch mit dem Finger darauf zeigen, wo andere schuldig sind. Die Denkschrift wird in einigen Wochen erscheinen.[55] Richtig ist, daß wir das Mehr, was die SPD bekommen hat, nicht verkleinern sollen. Der Trend zur SPD ist da. Die SPD hat allein in Nordrhein seit der letzten Wahl einen Zuwachs von 561.000 Wählerstimmen! Nordrhein hat 5,4 Millionen Wähler, aber die SPD hat 561.000 Wähler mehr. Daran ist nicht vorbeizukommen.

Ich darf aber auch etwas zugunsten der CDU sagen. Sie ist nicht ganz so schlecht, wie es hier klingt. Die CDU hat in Nordrhein in den letzten Jahren in folgenden Fällen die absolute Mehrheit erzielt:

1952 in 423 jetzt in 432 kreisangehörigen Städten und Gemeinden
1952 in 72 jetzt in 78 Ämtern
1952 in 10 jetzt in 12 Landkreisen.

Demgegenüber steht aber sachlich und optisch folgendes: Wo die CDU die absolute Mehrheit nicht hat, stellt sie jetzt in den meisten Städten und Kreisen nicht mehr den Oberbürgermeister oder den Landrat, weil sich die übrigen Parteien im Schnitt gegen die CDU verschworen haben. Das ist allerdings nicht überall der Fall. Es gibt auch eine Reihe von Ausnahmen. Dabei sind einige interessante Dinge festzustellen. Wo in Landkreisen eine sehr hohe Wahlbeteiligung war, hat die CDU in den meisten Kreisen an Stimmen verloren, die höheren Ziffern gingen zugunsten der SPD; die höhere Wahlbeteiligung in den Großstädten ging zugunsten der CDU. Das ist genau umgekehrt das, was unsere Wahlarithmetiker immer behauptet haben. Die geringste Wahlbeteiligung hat die Stadt Köln mit 65,6 %. Ich will das nicht herabsetzen, wenn ich jetzt sage, daß Jülich 84,9 % hatte.

In diesem kleinen Kreis von 60.000 Einwohnern sind allein fünf Landesminister anderer Parteien aktiv gewesen, um den Kreis zu zerreden. Das ist aber offenbar

55 Analyse in ACDP III-002-053/1.

nicht gelungen, wobei die große Versammlung, die Herr Ministerpräsident Arnold gehalten hat, zum Wesentlichen beigetragen hat, aber auch Frau Brauksiepe eine gute Unterstützung lieferte.

Wir kommen nicht daran vorbei, daß wir in den Bezirken, wo wir nicht mehr die absolute Mehrheit haben, die Spitze in den Parlamenten im wesentlichen verloren haben. Das Zentrum hat seltsamerweise in einer Reihe von Kreisen gewonnen und in einer Reihe von Kreisen verloren. Interessant ist folgendes: Ein Teil der Zentrumsliste hat mit dem Zentrum nichts zu tun. Sie geht nicht bis zur Kreisebene, sondern es sind zerspaltene CDU-Listen in den Gemeinden. Die Gemeinderatsmitglieder haben sich nicht einigen können; die einen laufen unter Zentrum, die anderen unter CDU. Wir glauben festgestellt zu haben, daß ein Teil sehr junger Leute Zentrum gewählt hat. Das ist sehr bedenklich für uns. Das sind die jungen Leute, die die SPD nicht wählen wollen, aber die CDU wegen der Wehrfrage nicht gewählt haben und deshalb auf das Zentrum ausgewichen sind. Das ist immerhin etwas, was wir bei der Bundestagswahl beachten sollten.

Die FDP hat bei uns wesentlich abgenommen. Die Freie Volkspartei ist kaum zum Zuge gekommen. Wo sie zum Zuge gekommen ist, handelt es sich nicht um FVP, sondern um frühere Freie Wählervereinigungen, die deshalb, weil sie keine Reserveliste hatten, sich Freie Volkspartei genannt haben. Nach der Wahl haben sie mit der FDP wieder eine Fraktion gebildet. Der BHE ist auf 2,2 % abgesunken. Er hat bei uns nie eine Rolle in größerem Ausmaß gespielt.

Ich darf jetzt sagen, worauf – von uns aus gesehen – das bei uns wenig gute Ergebnis zurückzuführen ist. Die Vorverlegung des Wahltermins vom 4. November auf den 28. Oktober hat vor allen Dingen in den Großstädten den Wahlkampfplan restlos durcheinandergebracht. Die Säle waren belegt und nicht mehr zu bekommen. Die Redner fielen aus, weil sie woanders waren. In den Großstädten ist auf der CDU-Seite ein großes Durcheinander entstanden. Dazu fiel die Reise des Bundestages mitten in den Wahlkampf. Es ist nicht daran vorbeizusehen, daß ein großer Teil der Bundestagsabgeordneten sich beim Bund entschuldigt hat mit dem Wahlkampf und sich bei uns entschuldigt hat mit der Tätigkeit im Bund. (*Unruhe und Bewegung.* – *Krone:* Auch Abgeordnete des Landes. – *Adenauer:* In Berlin waren sie auch. Ich weiß nicht, was sie da getan haben.)

Dazu kommt folgendes: Die Länder sind restlos im Stich gelassen worden mit den Finanzen. Wir haben als Landesverband nicht gewußt, wie wir die Kommunalwahlen bezahlen sollen, und das wenige Geld, das gekommen ist, kam zu spät. Es ist zum Teil jetzt noch nicht da! (*Zurufe:* Hört! Hört!) Man kann ohne Finanzen keinen Wahlkampf führen. Die Bundesgeschäftsstelle und der Herr Bach – er ist leider nicht hier – sollten sich inzwischen überlegen, daß ein Kommunalwahlkampf viel teurer ist als ein Wahlkampf für den Bundestag; denn wir müssen doch in jeden einzelnen Ort hinein. Sachlich waren es die Preise, die Wehrpflicht, die Sozialreform usw.

Nun zur Frage der Kandidaten! Sie haben drei Großstädte erwähnt. Ich will die Städte nicht nennen. Daß Köln darunter ist, sehe ich an Ihrem Gesicht genauso,

wie Sie es sonst im Gesicht von Herrn Lemmer sehen.[56] *(Heiterkeit.)* Man kann keine Kandidaten aufstellen, die die Bevölkerung und auch die CDU nicht mehr wollen. Ich darf ein bekanntes Wort abwandeln: Es sollte hier keine Erbhöfe für die Kandidaten geben. Ich habe verlangt, daß die Ortsparteien geheim wählen, weil ich auf dem Standpunkt stehe, wenn einer 10 Jahre lang Landrat gespielt hat, dann ist es die Bevölkerung müde, und sie möchte mal einen anderen sehen. (*Weber:* Wie war es denn bei Ihnen?) Ich habe mich zwingen lassen! Der gesamte Kreistag hat mich einstimmig wiedergewählt. (*Zuruf:* Das ist sehr verdächtig!) Das ist sehr verdächtig, aber ein Kreis, der aufbauen muß, hat sie alle nötig. Es wäre gut, wenn in den Kreisen geheim gewählt würde.

Zu der Frage, die Herr Zimmer angeschnitten hat, folgendes: Die „Partei der kleinen Leute" wollen wir nicht sein. (*Zimmer:* Auch sein!) Wir sind eine Partei für die gesamte Bevölkerung. (*Zimmer:* Aber die kleinen Leute gehören auch dazu!) Die SPD läuft sich die Beine ab, daß sie die großen Leute bekommt. Es ist sehr gefährlich zu proklamieren: Wir sind die Partei der kleinen Leute. Die SPD hatte in einem Arbeiterviertel einer Stadt einen Akademiker aufgestellt. Die CDU hatte einen Gewerkschaftssekretär aufgestellt. Und der Gewerkschaftssekretär ist haushoch hineingefallen! Der SPD-Mann, ein Mediziner, ist von den Arbeitern gewählt worden, weil er eben SPD war. Der Gewerkschaftssekretär ist von den Arbeitern nicht gewählt worden, weil er CDU war. Man kann das nicht über einen Kamm scheren.

Herr Bundeskanzler! Sie haben von der Mutlosigkeit der Würdenträger gesprochen. Dem muß ich widersprechen. Sie haben von dem anonymen Mann gesprochen, der viel in der Partei herumkommt und der Ihnen das zugetragen hat. Dieser Mann irrt! Es gibt natürlich Kreisvorsitzende, die plötzlich einmal mutlos geworden sind, weil sie von oben nichts hörten, aber im Schnitt ist es nicht so. Sicher sagen einem die Kreisvorsitzenden, wenn man dort redet, ihre Sorgen, aber nach unten geben sie ihre Sorgen nicht weiter, sondern da säen sie Vertrauen. Aber wem sollen sie ihre Sorgen anders denn sagen als den Parteirednern? Das ist doch der richtige Ort, wo sie ihre vermeintlichen oder echten Sorgen anbringen können. Dafür muß man doch Verständnis haben. (*Adenauer:* Das war kein Parteiredner!) Dann war es um so schlimmer! (*Adenauer:* Nein, nein, Herr Johnen, so ist es nicht!)

Schade, daß Herr Seidel nicht hier ist. Ich wollte ihm etwas wegen Ungarn sagen. Wir haben in der Landtagsfraktion am Montag beinahe den ganzen Vormittag diese Frage behandelt und auch sofort etwas getan. Das Landespräsidium hat sofort beschlossen, eine Versammlung durchzuführen. In Bochum war dann eine große Versammlung für Ungarn mit einer Rede von Herrn Arnold. Dort waren, obwohl die Wahl gerade vorbei war, 17.000 Menschen auf den Beinen, und zwar gegen den

56 Der Stimmenzuwachs der SPD in Köln betrug 30 %, jener der CDU nur 12,5 %. Analyse in „Kölner Rundschau" vom 30. Oktober 1956 „Und jetzt: Helm fester binden!"

Widerstand der gesamten Stadtverwaltung.[57] (*Adenauer:* Das ist eine Ausnahme!) Wir hatten eine Einstweilige Verfügung erwirkt, weil uns die SPD die zugesagte Werkhalle nicht geben wollte. Sie tat es mit der Begründung, die Weltlage sei entspannt und die Kundgebung daher nicht mehr erforderlich. Es ist in Nordrhein-Westfalen so, daß z.Z. keine Versammlung stattfindet, die nicht mit Ungarn beginnt oder endet.

Ich halte es für viel besser, wenn zentral neben der Plakatierung an den Litfaßsäulen noch die Reden im Wortlaut verteilt werden, als wenn wir jetzt in jedem Kreis nach Schema F eine Ungarn-Versammlung machten, die sich verbraucht. Man kann wohl in 14 Tagen oder 3 Wochen in einer größeren Stadt eine Kundgebung veranstalten, aber hier spielt doch auch wieder die Geldfrage die Hauptrolle. So eine Versammlung kostet rd. DM 80.000,–. Und wenn man nichts hat, ist das ein hoher Betrag. Doch war es für uns ganz klar, daß etwas geschehen mußte. Herr Ministerpräsident Arnold hat sich persönlich sehr dafür eingesetzt. Auch das Geld mußte beschafft werden. Für Westfalen sind die Dinge etwas schwieriger, weil es dort verhältnismäßig wenig Städte und Landkreise gibt, wo die CDU die absolute Mehrheit erzielt hat und die Kombination der anderen Parteien sehr scharf gegen die CDU ist. In Westfalen verlor die CDU – nach den Worten Lensings – in allen Großstädten, bedeutenden Mittelstädten und Landkreisen die Führung. Wir werden Ihnen die Denkschrift zustellen, weil wir alle aus dem Ergebnis der Kommunalwahlen für die Bundestagswahlen lernen wollen und müssen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn bei der Kandidatenaufstellung Ihre Autorität noch einmal ganz klar zum Vorschein käme, daß Sie uns helfen und sich selber nicht mißbrauchen lassen, indem es nämlich heißt: Auch der Bundeskanzler ... (*Adenauer:* Jetzt streicht er mir den Linus Kather aufs Brot!)

Sie denken an Ihre Todsünden selber! Es werden aber massive Kandidaten auf mich zukommen, die glauben, sie hätten den Wahlkreis für immer gepachtet, und sagen, der Bundeskanzler selber hält mich für unentbehrlich. (*Krone:* Sie glauben doch nicht alles, Herr Johnen!) Nein, aber es ist bedenklich, wenn einer das sagt. Ich möchte, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich nicht mißbrauchen lassen. Ich möchte weiter, daß Sie nicht nur der Bundestagsfraktion den Mut zuschieben, Prädikate zu erteilen, sondern daß Sie es auch mal selber tun. Wenn nämlich der Parteivorsitzende und die Fraktion sagen, der Johnen beispielsweise ist ersetzbar, dann wirkt das viel mehr, als wenn die Fraktion gegen jemand ausgespielt wird.

Die Kandidatenaufstellung wird diesmal um so schwieriger, weil jeder, der einen sicheren Wahlkreis hat, auf der Reserveliste noch einmal gesichert werden will, und diejenigen, die von der Reserveliste kommen, wollen alle an die erste Stelle. Das ist eine Aufgabe, die nur gelöst werden kann, wenn die verantwortlichen Stellen nicht gegeneinanderschießen, sondern wenn sie einig sind.

---

57 Ungarn in Not! Europa auch? Rede auf der Kundgebung des NW-Landespräsidiums der CDU am 10. November 1956 in Bochum. Hrsg. vom CDU-Landespräsidium NW o.O. o.J. Vgl. Hüwel S. 312; Bericht in der „Welt" vom 12. November 1956.

Altmeier: Rheinland-Pfalz hat ebenfalls eine Wahlanalyse erstellt, über die wir uns morgen in Mainz mit den Kreisvorsitzenden unterhalten werden. Ich kann die Zahlen nicht alle nennen, sondern werde die Analyse nach Bonn geben.[58] Bei den Kommunalwahlen entsteht die Frage: Womit kann man sie vergleichen? (*Zurufe:* Mit den Kommunalwahlen!) Ja, nur mit Kommunalwahlen, und wenn man das tut, dann haben wir in Rheinland-Pfalz gegenüber 1952 mit einem Plus von rund 3 % abgeschnitten. Das hat zur Folge, daß in keiner Stadt unseres Landes die CDU irgendeine Position verloren hat.

In Mainz haben wir noch nie die Mehrheit gehabt, weil die SPD und die Kommunisten zusammen die absolute Mehrheit dort hatten; das gleiche gilt auch für Ludwigshafen. Es hat sich nur geändert, daß jetzt die Stimmen auf die SPD allein gefallen sind. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die bei allen früheren Wahlen abgegebenen kommunistischen Stimmen immer unter den Tisch gefallen sind. Jetzt aber, nachdem die Kommunistische Partei nicht mehr da ist und die Leute SPD wählen, ist die SPD gestärkt worden, d.h., bei diesen Kommunalwahlen wurden diese früheren kommunistischen Stimmen zum ersten Mal wirksam. Jetzt liegen sie im Pott drin. Solange die Kommunistische Partei nicht verboten war, lag sie, weil sie immer unter 5 % blieb, nicht drin. Das ist eine Feststellung, die bei uns gemacht worden ist.

Wenn wir die letzte Landtagswahl mit der jetzigen Kommunalwahl vergleichen, kommen wir zu der Feststellung, daß wir von 46,8 % auf 41,1 % bei der Kommunalwahl zurückgegangen sind. Das ist ein Minus von 5 %, denen aber die schon immer vorhandenen Freien Listen – die rund 8 bis 9 % ausmachen – gegenübergestellt werden müssen. Von diesen 8 bis 9 % der Freien Listen können wir – bei einigermaßen Optimismus – für eine politische Wahl mindestens die Hälfte, wahrscheinlich noch mehr, für die CDU rechnen, so daß man ohne Übertreibung sagen kann, die Kommunalwahlen 1956 sind identisch mit der Landtagswahl im Jahre 1955. Insofern sind wir auch bei diesem Vergleich nicht pessimistischer Auffassung.

Ich darf daran erinnern, daß wir bei der Wahl im vergangenen Jahr zum ersten Mal im Landtag die absolute Mehrheit bekommen haben. Vergleichen wir freilich diese Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl, dann ergibt sich – das ist aber nicht nur in Rheinland-Pfalz so, sondern überall –, daß die Diskrepanz zwischen diesen beiden Ergebnissen 11 % beträgt. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl wies 87,5 % auf, während sie jetzt 79 % beträgt. Wenn ich nun diesen Unterschied von 8 % als stille Reserve ansehe und zähle die Reserve der Freien Listen – von denen ich eben gesprochen habe – hinzu, dann wird das Bild schon ganz anders, als wenn man nur die reinen Zahlen sieht.

Verhindern müssen wir jeden unnötigen Schritt der Zersplitterung des bürgerlichen Lagers. So ist z.B. bei dieser Kommunalwahl zum ersten Mal die Deutsche Partei in der Pfalz aufgetreten, die 3,6 % der Stimmen auf sich vereinigt hat, die aber unter

58 Wahlergebnis Kommunalwahlen 11. November 1956. Koblenz, im November 1956, erstellt durch die Landesgeschäftsstelle (streng vertraulich) in: ACDP III-001-012.

den Tisch gefallen sind, weil sie unter der 5%-Grenze blieben. Dieses Auftreten ist vom Standpunkt der Koalition aus unverständlich. Der Koalitionspartner muß doch wissen, daß er bei uns im Lande nicht landen kann.

Es wurde von getrennten Wahlen zwischen Männern und Frauen in Köln gesprochen. Auch wir haben in unserem Lande durch das Statistische Landesamt solche Versuche in einigen Orten durchgeführt. Dabei hat sich zum ersten Mal ergeben, daß – wie in Köln – mehr Männer als Frauen CDU gewählt haben.

Ein Wort zur Wehrfrage! Der Zwanzigjährige, der demnächst Soldat wird, fragt nicht nach den großen Gesichtspunkten der Politik. Es kann nicht bestritten werden, daß der junge Wähler, der zum ersten Male an die Wahlurne ging, aus Ärger darüber, daß man ihm ein Jahr abnimmt, SPD gewählt hat. Das hat wohl in vielen Fällen dazu geführt, daß auch die Mutter mit dem jungen Mann die gleiche Konsequenz gezogen hat.

Ein Wort zur FDP! Die FDP hatte bei uns im Lande in ihrer besten Zeit einen Stand von 16 %. Sie ist bei der letzten Landtagswahl auf 12 % zurückgefallen. Diese 12 % hat sie bei den Kommunalwahlen gehalten. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß sie sie deshalb gehalten hat, weil es bei uns überhaupt keine FVP gab. Sie war nirgendwo aufgetreten. Die FDP ist bei uns in der Regierung, wodurch sie zweifellos profitiert hat in den Augen ihrer Anhänger. Sie hat aber auch dadurch profitiert, weil sie in der Politik nicht à la Dehler verfahren hat. Die FDP ist also bei uns in den letzten anderthalb Jahren nicht schwächer geworden.

Die Versammlungstätigkeit war bei uns sehr groß, auch wenn andere Mitteilungen an den Herrn Bundeskanzler gekommen sind, wie ich aus einem Telegramm schließen muß, das er mir geschickt hat. Die Versammlungen waren aber für alle Parteien schlecht besucht. Ich weiß z.B., daß unser Finanzminister, der der FDP angehört[59], im Großen Saal des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz vor 69 Leuten gesprochen hat.

Wir haben unter dem Motto „Ungarn" überfüllte Versammlungen im ganzen Lande gehabt, die jeden Abend abgerollt und uns zweifellos zugute gekommen sind. Aber umgekehrt hat die SPD auch das Verhalten der Engländer und Franzosen in Ägypten ausgenützt und Parolen ausgegeben wie: Es sind alles Lumpen, man kann machen, was man will, die reden alle von Demokratie, und zum Schluß machen sie alle dasselbe. Die Vorgänge von Frankreich und England in Ägypten und am Suezkanal haben uns zweifellos geschadet.

Unsere Kommunalwahl brachte ein Ergebnis, das wir kaum erwartet haben. Es wirkte sich in der Weise aus, daß überall da, wo die SPD zunahm, auch die CDU zugenommen hat. Die CDU hat nirgendwo an die SPD verloren, sie hat überall in den Kreisen und Städten, wo die SPD stärker geworden ist, auch Mandate gewonnen. Der Herr Bundeskanzler hat von einem eklatanten Mißerfolg gesprochen. Ich möchte das nicht für uns gesagt haben. Herr Bundeskanzler, das Wort vom Klüngel ist ein kölsches Wort. Ich möchte es nicht ... (*Adenauer:* Der Klüngel ist aber überall!) Ich

59 Wilhelm Nowack.

möchte nicht sagen, daß er bei uns war. (*Adenauer:* Ich weiß zwar keinen Fall, Herr Altmeier, aber Sie sind doch kein Engel! Wie oft haben Sie schon geklüngelt, und wie oft habe ich auch geklüngelt! – *Heiterkeit.*) Das ist eine ganz gute Tugend!

Man muß in den Versammlungen zu den Leuten zunächst etwas von der Selbstverwaltung sagen, um dann im weiteren Verlauf des Vortrages auf die hohe Politik zu kommen. Und dann kommt Leben in die Bude! Vorher hören die Leute nicht richtig zu. In diesem Wahlkampf hat die Bundespolitik im Vordergrund der Auseinandersetzungen gestanden. Die SPD war außerordentlich wirksam. Was wir als Invasion in diesen 14 Tagen des Wahlkampfes von der SPD hatten – und zwar waren darunter die höchsten Spitzen –, das geht auf keine Kuhhaut. Dagegen haben wir mit den CDU-Rednern aus der Bundesrepublik schlechte Erfahrungen machen müssen. Tatsache ist, daß wegen der Wehrdebatte am Donnerstag oder Freitag soundso viele Bundestagsabgeordnete in letzter Minute einfach die Versammlungen abgesagt haben. Das war sehr deprimierend für uns. Die Redner waren angekündigt, und die Leute fühlten sich betrogen. Einen Feld-, Wald- und Wiesen-Redner wollen sie nicht hören.

Es hätte auch die Regie in Bonn darauf eingestellt sein müssen, daß man 48 Stunden vor der Wahl nicht den Mittelstand mit der Verabschiedung des Ladenschlußgesetzes verärgern durfte.[60] Das hätte man nach meiner Meinung verhindern müssen. Freitags wurde dieses Gesetz verabschiedet, und 48 Stunden später, sonntags, sind wir zur Wahl gegangen.

Wir haben den Tatbestand zu verzeichnen, daß auf der einen Seite die CDU zwar nicht kleiner geworden, daß aber auf der anderen Seite die SPD durch die Kommunisten und die anderen angeführten Umstände mächtig angewachsen ist. Splittergruppen von ehedem sind nicht mehr da. Alles andere ist mit der SPD gegangen. Wir müssen also aus diesen Kommunalwahlen lernen, und ich stimme all dem zu, was hierzu gesagt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß ein Drang zur SPD vorhanden ist. Daraus müssen wir unsere Aufgabe erkennen, die bei den Bundestagswahlen auf uns zukommt.

Adenauer: Ich möchte Herrn Heck bitten, das Kommuniqué zu verlesen.

Heck: „Der Bundesvorstand der CDU nahm auf seiner Sitzung am Freitag, dem 23. November 1956, an der auch der Vorsitzende der CSU, Dr. Seidel, teilnahm, einen politischen Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer mit starker Zustimmung entgegen. Der Vorstand fordert das deutsche Volk eindringlich auf, die ernsten Lehren der heutigen Vorgänge in Ungarn zu beherzigen.

In erschütternder Weise ist die Richtigkeit der von der Bundesregierung und der CDU beharrlich verfolgten Politik bestätigt worden, durch Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten und den freien Völkern und durch baldige Realisierung des deutschen Wehrbeitrages für das westeuropäische Verteidigungssystem die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten. Die CDU erwartet von allen politischen Kräften unseres Landes, daß sie bereit sind, an der Sicherheit unseres Volkes ohne Rücksicht auf

60 Am 9. November 1956 in der 170. Sitzung des Bundestages – Gesetz vom 28. November 1956 (BGBl I S. 875).

Partei-Interessen mitzuwirken und damit die Gefahren für den Frieden und die Freiheit unserer Heimat zu bannen. Das ist das nationale Gebot der Stunde.

Die deutschen Sozialdemokraten haben sich mit der von ihnen bisher betriebenen Politik in Gegensatz zu den Sicherheitsbedürfnissen unseres Landes, aber auch zur Wehrpolitik ihrer Bruderparteien in allen anderen europäischen Ländern gestellt, wo von den Sozialisten die Wehrdienstverpflichtung ihrer Völker vorbehaltlos bejaht wird.

Mit dem tapferen ungarischen Volk, das beispiellose Opfer für seine Freiheit und Unabhängigkeit bringt, fühlen sich alle Deutschen mit herzlicher Sympathie verbunden. Die CDU ruft alle Schichten unserer Bevölkerung auf, durch noch größere materielle Opfer mitzuhelfen, sein unermeßliches Leid zu lindern. Mit dem Hinblick auf die gegenwärtige Weltlage fordert der Vorstand der CDU ferner erneut nachdrücklich den Zusammenschluß der europäischen Staaten. Er ersucht die Bundesregierung, ihre Europapolitik unbeirrt weiterzuführen. Die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und EURATOM müssen mit allen Kräften vorangetrieben werden."[61]

Fricke: „Sein Leiden" ist nicht klar; ich würde sagen „die Leiden des ungarischen Volkes". *(Zustimmung.)*

Kiesinger: Eine Verbesserung! Herr Zimmer sagte es mir. Ich würde nicht sagen „ihre Europapolitik unbeirrt", sondern „mit verstärkter Energie fortzusetzen".

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden? *(Zustimmung.)*

Dann darf ich Herrn Heck bitten, das andere noch zu verlesen.

Heck: Der Bundesvorstand zur Regierungspolitik! Das ist nicht zur Veröffentlichung, sondern nur für die Kabinettsmitglieder bestimmt.

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an das Kabinett die eindringliche Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Regierungspolitik einheitlich und geschlossen in Erscheinung tritt. Es muß vermieden werden, daß einzelne Bundesminister durch eigenwillige Erklärungen den Anschein erwecken, als ob die Bundesregierung keinen einheitlichen Kurs verfolge.

Der Bundesvorstand fordert, daß das Kabinett die Führungsaufgabe, die der Bundesregierung gestellt ist, in Festigkeit und Geschlossenheit erfüllt."

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)*

Weber: Wird die Presse auch nichts erfahren?

Adenauer: Das kann die Presse ruhig hören. Es weiß doch jeder, daß einzelne Minister ihren eigenen Gang machen. Wenn das also irgendwo liegenbleibt, dann habe ich nichts dagegen.

Sollen wir nicht Herrn Krone für seine Zwecke noch ein Wort über die Rentenreform sagen, auch intern? (*Krone:* Ja!)

„Wir richten also die dringendste Bitte an die Fraktion, dafür zu sorgen, daß noch in diesem Jahr die Gesetze über die Rentenreform im Bundestag verabschiedet werden."

Auch damit sind Sie einverstanden? *(Zustimmung.)*

---

61 Druck: UiD vom 29. November 1956.

Meyers: Wir haben das Resümee zu ziehen: Wo haben wir noch Wählerreserven? Zunächst bei den Freien Wählervereinigungen. Diese Wählervereinigungen dürfen wir nicht auf die Seite der Sozialisten oder der Liberalen treiben. Wir werden uns überlegen müssen, ob nicht aus dem größten Zuwachs, den die SPD bekommen hat, eine Konsequenz zu ziehen ist. Welche Konsequenz zu ziehen ist, möchte ich nicht sagen, damit es morgen nicht in der Zeitung steht.

Es ist ohne Zweifel, daß wir politisch den Marxismus – ungewollt – so gestärkt haben, wie es noch nie in Deutschland der Fall gewesen ist. Sie hatten meine ersten Sätze nicht gehört, Herr Altmeier, deswegen waren Ihre Schlußfolgerungen nicht ganz klar. Wenn es gelänge, die KP wieder zu sprengen von der SPD und die KP käme morgen in den Bundestag, dann wäre unsere Politik erheblich leichter, vor allem, wenn das Sprachrohr Reimann[62] aus dem Osten im Bundestag wäre. Das deutsche Volk glaubt nicht an Gegner, die es nicht sieht.

Adenauer: Das Bundesverfassungsgericht steht auf dem Standpunkt, daß die KP bis zum Untergang der Welt verboten ist. Sehen Sie zu, daß eine SED gegründet wird; dann ist die Sache vorbei. (*Zimmer:* Unser Kampf in Rheinland-Pfalz geht gegen die vereinigte sozialistisch-kommunistische Opposition!) Nennen Sie sie doch SED!

Meyers: Zur Kandidatenaufstellung! Es sollte für jeden Wahlbezirk der beste Kandidat ausgesucht werden. (*Zuruf:* Wer entscheidet das?) In den mittleren Städten ist die Persönlichkeit, die bekannt ist, schon eine halbgewonnene Kommunalwahl. Und wenn es einer ist, der fehl am Platze ist, dann ist es soviel wie eine halbverlorene Kommunalwahl. Zu einer intensiven Vorbereitung der Bundestagswahl gehört, daß die Landesvorsitzenden die Wahlanalyse der einzelnen Kreise genau studieren. Es ist durchaus möglich, daß der Geschäftsführer – weil daraus sein eigenes Versagen hervorgehen kann – nicht bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Ich möchte anregen, daß die Landesverbände einen verantwortlichen Politiker für den Bundestagswahlkampf benennen, der verantwortlich ist nach unten und nach oben. Er soll mit dem Landesvorsitzenden die Wahlanalyse durchgehen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Ruf unserer Partei wiederhergestellt wird, und zwar insofern, als wir die große Volkspartei sind. Es ist so, daß man in weiten Bereichen der Wähler, die zu uns gehören, die Meinung vertritt, die wirkliche Vertretung des Arbeitnehmers sei die SPD. Hier wird viel mit Flüsterpropaganda gearbeitet. Wir wollen den Vorteil daraus ziehen, daß wir als große Volkspartei alle Schichten umfassen. Wenn wir diese Lehre aus den Kommunalwahlen ziehen und im einzelnen den Gründen nachgehen, die das völlig abweichende Ergebnis zur Folge hatten, werden wir auf Momente stoßen, die wir für die Bundestagswahl gut verwenden können.

---

62 Max Reimann (1898–1977), bis 1933 Parteisekretär der KPD, 1946–1947 und 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1948–1956 Parteivorsitzender, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (bis 1951 Vorsitzender der KPD-Fraktion).

Adenauer: Herr Meyers hat einige Sachen vorweggenommen. Dazu gehört die Anregung, einen Wahlkreisleiter für jeden Bundestagswahlkreis zu bestellen. Das wollen wir zunächst zurückstellen. Damit darf ich diesen Punkt als erledigt ansehen.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses

Adenauer: Es ist in der heutigen unruhigen Zeit des öfteren nötig, von seiten der Partei einen Beschluß zu fassen, der eine gewisse Autorität hinter sich hat. Wir können nun nicht jedes Mal diesen großen Vorstand einberufen. Das dauert zu lange, und es leisten auch zu wenige dem Ruf Folge. Deswegen sind wir auf den Gedanken gekommen, vom Parteivorstand aus einen Ausschuß einzusetzen, der für ihn in einigen Fällen schon einen Beschluß fassen kann, insbesondere für die Öffentlichkeit bestimmt.

Die SPD faßt in ihrem Parteivorstand zu jedem auftretenden Ereignis sofort einen Beschluß und bringt ihn an die Öffentlichkeit.

Der Ausschuß würde sich wie folgt zusammensetzen: dem Vorsitzenden, den vier stellvertretenden Vorsitzenden, den drei geschäftsführenden Vorsitzenden, dem Bundesgeschäftsführer, dem Bundesschatzmeister, dem Fraktionsvorsitzenden, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Das sind zwölf Personen. Nun möchten wir auch einige Landesvorsitzende dabeihaben, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Landesvorsitzenden gewillt sind, binnen 24 Stunden hier zu erscheinen.

Sind Sie mit dem Gedanken an sich einverstanden? (*Zustimmung.*)

Dann bliebe uns noch übrig, einige Landesvorsitzende zu benennen, die bereit sind, sofort zu erscheinen. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn neben dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter noch ein Dritter dazukäme. (*Weber:* Es muß wenigstens eine Frau dabeisein!)

Wir müssen überhaupt die Frauen etwas poussieren, damit die besser wählen.

Darf ich um Vorschläge bitten! Ich würde z.B. Herrn Johnen vorschlagen. Herr Arnold ist ja ohne weiteres dabei. Herr Johnen, sind Sie einverstanden? (*Johnen:* Ja!)

Herr Altmeier, können Sie kommen und als Ihr Vertreter Herr Zimmer? (*Altmeier:* Ja!)

Hellwig: Ich möchte anregen, daß die Benennung des Stellvertreters den Vorsitzenden überlassen bleibt, je nachdem, was zur Beratung steht.

Adenauer: Darum geht es nicht, Herr Hellwig. Es muß sich etwas herauskristallisieren. (*Weber:* Herr Lücke aus der Fraktion!) Herr Krone wird noch jemand benennen aus der Fraktion. (*Fricke:* Ich schlage Herrn Lemmer vor, damit auch aus Berlin jemand dabei ist. Herr Lemmer ist auch Landesvorsitzender in Berlin.) Herr Lemmer wird also auch dazugehören. Jetzt müssen wir noch eine Frau dazuhaben. (*Krone:* Das sollen die Frauen selber sagen! – *Johnen:* Sie sind vorsichtig! – *Heiterkeit.* – *Krone:* Keine aus der Fraktion!) Sie wollen keine aus der Fraktion? (*Jochmus:* Ich würde

vorschlagen, daß wir uns innerhalb der Frauenorganisation darüber beraten, wen wir benennen. – *Weber:* Wir werden am Sonntag darüber reden, und dann schlagen wir jemand vor.[63])

Gut, dann wollen wir es so machen. Wir können damit das Thema verlassen.

Ich würde vorschlagen, jetzt zu den Bundestagswahlen überzugehen, weil wir in dem ganzen, beinahe hätte ich gesagt Zores, aber da hat Herr Altmeier Bedenken ... (*Altmeier:* Nein, Herr Bundeskanzler, der Ausdruck ist mit uns identisch!) Herr Meyers hat das Wort.

Vorbereitung der Bundestagswahlen

Meyers: Ich darf die Landesvorsitzenden bitten, sich persönlich darum zu kümmern, daß die Bundestagswahlkreise wenigstens einen Geschäftsführer haben. Wir haben nach der Aufstellung, die mir gestern überreicht worden ist, ein Fehl von 42 Geschäftsführern. Es sind 42 Bundestagswahlkreise noch nicht besetzt. (*Adenauer:* 42!) Es gibt eine Reihe von Kreisen, die mehrfach besetzt sind, aber das hier ist das tatsächliche Fehl, das mir Herr Müllenbach gestern mitgeteilt hat. Es ist unmöglich, in einem Bundestagswahlkreis die richtige Vorbereitung zu treffen, wenn nicht ein Mann dafür hauptamtlich zur Verfügung steht. Ich bitte Sie, einmal die Herren zu überprüfen, die in den Lehrgängen gewesen sind. Ich habe das Ergebnis gesehen. Das ist außerordentlich wohlwollend. Es sind nur 6 als völlig ungeeignet genannt worden. Die Beurteilung der bisherigen Lehrgangsteilnehmer ergibt folgendes Bild: 45 gut, 26 durchaus brauchbar, 6 nicht geeignet. Herr Müllenbach, darf ich Sie bitten, das den Landesvorsitzenden persönlich mitzuteilen, damit die Bescheid wissen. Die 6 ungeeigneten Leute kann ich mit den fehlenden gleichsetzen, so daß sich insgesamt ein Fehl von 48 ergibt. Wir müssen die fehlenden Voraussetzungen aber jetzt in den entscheidenden Monaten schaffen, später hat es keinen Zweck mehr. Wir müssen die Leute, die in den einzelnen Orten als Vertrauensleute wirken, erfassen. Die Landesverbände haben bisher einen Teil ihrer Vertrauensleute bezahlt. Leider fehlt Westfalen noch vollständig. Herr Lensing ist leider nicht da. Die anderen Verbände haben geschrieben, daß ihre Organisation noch vervollständigt werden wird.

Das ist alles außerordentlich wichtig, weil wir jetzt im Begriff sind, die Propagandamittel der Partei umzustellen, und zwar in dem Sinne, daß das „Monatsblatt" aktualisiert wird. Das wird nicht mehr eine Ablagerung längerer Aufsätze sein, die die Mitglieder nicht lesen, sondern es soll aktiviert werden in dem Sinne, daß diese Zeitschrift das geistige Rüstzeug gibt für die Mitglieder unserer Partei, insbesondere für die Vertrauensleute. Die UiD wird in einer Auflage von 8 bis 10.000 erscheinen.

63 Vorstandssitzung der Frauenvereinigung am 24./25. November 1956 in Königswinter. Vorgeschlagen wurden zunächst Dr. Martha Heep und Anne-Marie Heiler; am 11. Februar 1957 wurden Dr. Berta Konrad, Hanna Brauweiler und Dr. Ilse Bab genannt (ACDP IV-003-001/3).

Ziel der UiD ist es, den Vertrauensmann zu informieren und ihn mit Argumenten zu versehen. Die UiD muß die von der Bundesregierung und der Partei geleistete parlamentarische Arbeit in ansprechenden Beiträgen verdeutlichen. Darüber hinaus muß sie auch den Slogan des Wahlkampfes in die Hand nehmen. *(Anhaltend starke Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend, doch die Privatgespräche zu unterlassen. Sie können draußen reden!

Meyers: Die Zeitschrift muß überschaubar sein. Der Sinn dieser Umstellung ist also der, unsere Auffassung möglichst am nächsten Tage in die Hände unserer Vertrauensleute und Mitglieder gelangen zu lassen, damit sie für den politischen Tageskampf geschult werden. Auf diese Weise bekommen wir zugleich eine Sprachregelung. Ich darf darum bitten, daß dieses System möglichst bald verbessert und verfeinert wird. Herr Krone hat es übernommen, einen Nachrichtendienst[64], der alle 14 Tage erscheint, für alle katholischen Pfarrhäuser und bekannten Leute im katholischen Raum herauszugeben. Dieser Nachrichtendienst soll mindestens bis zur Wahl erscheinen. Das gleiche hat Herr Schröder für den evangelischen Raum übernommen. Sie werden erkennen, daß die Sprache verschieden sein muß, so daß man beide nicht zusammenlegen kann. Man kann das auch nicht mit der UiD zusammenlegen, weil dieser Kreis nicht von der Partei unterrichtet werden soll, sondern von anderen.

Wenn wir diese drei Dinge ab 1. Januar den Lesern zustellen, haben wir eine sehr breite Wirkungsmöglichkeit, wobei der vorpolitische Raum genauso wichtig ist wie der politische Raum. Aber wir dürfen den politischen Raum nicht unterschätzen. Es erschallt immer wieder der Ruf: Wir erfahren die Nachrichten viel zu spät! Die Zustellung ist hier zwar teurer – das wird zugegeben –, aber wenn es über die Bezirke, Kreise usw. geht, dann hat es nicht viel Sinn. (*Johnen:* Dann ist die Bundestagswahl vorbei!) Ja! Ich darf Sie bitten, diese Angelegenheit zu unterstützen, weil hier eine gute Möglichkeit der Propaganda besteht.

Wir haben im geschäftsführenden Vorstand seit langem eine Frage erörtert, Herr Bundeskanzler, die ich in diesem Zusammenhang aufwerfen möchte, daß nämlich die Landesverbände nach den Pressetagungen – die wir jetzt durchführen – von sich aus Kontakt mit den Zeitungen, auch den Heimatzeitungen usw., aufnehmen sollen. Die Redakteure sind durchaus ansprechbar. Wir müssen versuchen, daß wir einen persönlichen Kontakt mit diesen Leuten bekommen. Wir müssen sie darauf aufmerksam machen, was wir an ihrer Politik auszusetzen haben, wobei wir natürlich die Korrespektivität schaffen, daß sie sich auch darüber aussprechen, was sie an unserer Politik zu beanstanden haben. Die Landesvorsitzenden sollten sich dieser Frage annehmen; denn die Presse beherrscht einen sehr großen Raum, insbesondere auch

64 Möglicherweise handelt es sich um Aktivitäten der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung, die neben der PSK weitere, vor allem an katholische Kreise gerichtete Informationsdienste herausgab (z.B. „kurz und aktuell"). – Hinweise in NL Krone ACDP I-028-061/1, Einzelheiten jedoch nicht zu ermitteln.

die Heimatpresse. Wenn man es persönlich macht, sind die Herren auch ansprechbar. Sie fühlen sich gewissermaßen in unser Vertrauen gezogen, und der ganze Ärger, der sonst mit der Druckerschwärze abreagiert wird, wird dann sicherlich nicht mehr in den Blättern seinen Niederschlag finden.

Wir müssen auch an die Verbände aller Art herantreten, auch an den Deutschen Sängerbund, an die Sportverbände usw. Es ist erschütternd, wenn wir lesen, daß als Nachfolger von Herrn Kolb[65], der Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft war, Herr Zinn oder Herr Weyer in Frage käme. Von einem CDU-Mann ist weit und breit nichts zu sehen. Herr Albers, Sie waren oder sind doch auch ein alter Fußballer. (*Albers:* Herr Dr. Adenauer war auch Ehrenmitglied eines Fußballverbandes! – *Adenauer:* Ich hatte viel in der Sportbewegung zu sagen. Man muß sich nur darum kümmern!)

Wir müssen in alle Vereine hinein, auch in die Karnevalsgesellschaften. Wir müssen dafür sorgen, daß sich dort die Gespräche nicht zu unseren Ungunsten entwickeln. Wenn nach einer Vereinsfeier oder nach dem Singen sich die Leute zusammensetzen und ein Mann von uns dabei ist, dann werden sie nicht gegen die Regierung sprechen. Aber wenn keiner von uns dabei ist, dann wird vielfach Flüsterpropaganda getrieben.

Eine weitere große Frage ist die: Wie kommen wir in die Betriebe hinein? Ein Unternehmer hat vor der Kommunalwahl in seinem Betrieb eine Schrift mit 3.000 Exemplaren herausgegeben. Diese Schrift befaßt sich auf der ersten und zweiten Seite mit den Vorteilen der freien Marktwirtschaft und den Nachteilen der Planwirtschaft, auf der dritten Seite mit dem Bundeskanzler und seiner Außenpolitik, wobei das Bild abgedruckt ist, auf dem der Bundeskanzler mit dem belgischen König Baudouin fotografiert ist. Darunter steht ein Zitat von Victor Hugo, das ich nicht unterschlagen möchte: Das Alter ist jene Lebensstufe im Dasein des Menschen, die das größte Maß an Freiheit und Unabhängigkeit gewährt; frei von Ehrgeiz und Eigenliebe, unabhängig von den vielen, die noch ihren Lebensabend vor sich haben. Was will das Alter für sich selbst? Es lebt nur noch einer Aufgabe. (*Adenauer:* Das geht an uns, Frau Weber!)

Diese drei Seiten können uns einen Hinweis geben für unsere Publizistik. Dort ist auch eine Tabelle, die die früheren und jetzigen Preise gegenüberstellt, wobei festgestellt wird, daß die Bundesrepublik nur gegenüber den Vereinigten Staaten im Nachteil ist. Ein solches Blatt ist unbezahlbar. Ich will das für unsere eigene Propaganda benutzen. (*Zurufe:* Können wir die Zahlen bekommen?) Ja! Damit diese und ähnliche Fragen möglichst schnell an die Landesverbände kommen, hatte ich vorgeschlagen, auch um eine Verzahnung der Politik zu erreichen, für jeden Landesverband einen Politiker zu benennen, der die Möglichkeit hat, sich mit diesen Dingen zu befassen.

---

65 Walter Kolb (1902–1956), seit 1946 Oberbürgermeister von Frankfurt, seit 1950 MdL Hessen (SPD), seit 1950 Vorsitzender des Deutschen Turner-Bundes.

Es wird davon gesprochen, daß die Bundesgeschäftsstelle nicht genügend wirksam sei. Die Schwierigkeiten bei der Bundesgeschäftsstelle liegen in der Frage: Wie können sich die Dinge wirkungsvoll nach unten effektuieren?

An dieser Stelle möchte ich eine Zäsur machen, damit wir diese Angelegenheit vorweg besprechen können. *(Gurk und Dichtel sind im Begriff, den Saal zu verlassen.)*

Adenauer: Meine Herren! Müssen Sie unbedingt weg? (*Dichtel:* Ich muß von Karlsruhe mit dem Zug weiterfahren!) Da fahren noch so viele Züge! Aber wir müssen alle viele Überstunden opfern; tun Sie es auch bitte!

Sie haben, Herr Meyers, nicht die Junge Union erwähnt. Es würde uns interessieren, auch darüber etwas zu hören, welche Rolle Sie der Jungen Union bei der Vorbereitung der Bundestagswahl zuweisen wollen. Sie haben beim vorpolitischen Raum nur die evangelischen und katholischen Pfarrhäuser sowie Vereine erwähnt. Im vorpolitischen Raum gibt es aber noch eine ganze Anzahl großer Verbände, bei denen wir sehr viel ausrichten können.

Ich möchte Ihnen weiter vorschlagen ..., Herr Meyers spricht sehr schnell und mitunter leise, und es war zeitweise unruhig bei seinem Vortrag. Ich weiß wirklich nicht, ob man ihm bei seinem Vortrag [und] seinen Vorschlägen so ohne weiteres folgen konnte. Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Würden Sie daher bitte, Herr Meyers, das Wesentliche Ihres Vorschlages zu Papier bringen und das den Mitgliedern des Vorstandes zuschicken; denn so schnell, wie es jetzt geschehen ist, fürchte ich, können wir eine so wichtige Sache nicht abtun. Dabei gebe ich Ihnen ohne weiteres recht, Herr Meyers, daß Sie Ihre Zeitungen usw. mal machen können. Darüber kann man nachher kritisieren. Aber die anderen Sachen, die muß jeder einmal in Ruhe überlegen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zurufe:* Einverstanden. – *Meyers:* Ich bin einverstanden, wenn das nicht in das nächste Jahr hineinkommt; denn Ende Mai sind die Wahlen entschieden!) Dann würde ich vorschlagen, Herr Meyers, daß Sie dazuschreiben: „Wenn Sie binnen einer Woche nicht geantwortet haben, nehme ich Ihr Einverständnis an." Dann hören Sie auch nachher keinen Widerspruch etwa der Art: Das haben wir damals bei dem schnellen Vortrag und bei der Unruhe nicht oder nicht richtig verstanden. Ich erachte es als einen Ihrer wichtigsten Vorschläge, die Durchschlagskraft der Zentrale nach unten zu verstärken.

Ich würde vorschlagen, zwei Dinge zum Beschluß zu erheben:

1. für jeden Bundestagswahlkreis einen Geschäftsführer zu bestimmen, und zwar mindestens einen; damit sind Sie einverstanden? *(Zustimmung)* und 2. für jeden Kreis einen Wahlleiter einzusetzen.

Soll das identisch sein? (*Meyers:* Nein, nicht identisch sein. Für jeden Landesverband soll es ein Politiker sein!)

Sie haben von einem Wahlleiter für jeden Kreis gesprochen. Nun weiß ich nicht, meinen Sie damit den Bundestagswahlkreis oder was?

Meyers: Herr Bundeskanzler! Wir müssen uns mißverstanden haben. Ich habe vorweg gesprochen von einem politischen Beauftragten für jeden Landesverband, und

dann habe ich gesagt: Jeder Bundestagswahlkreis muß wenigstens einen Geschäftsführer haben.

Adenauer: Wollen Sie den politischen Beauftragten und den Wahlkreisleiter in einer Person haben?

Meyers: Das wird im einzelnen unterschiedlich sein. Wenn ich z.B. an den Kreisgeschäftsführer von Mannheim[66] denke – einer der besten, die wir haben –, so wird er das in seiner Person mitmachen können. Das muß der Landesverband selbst übernehmen.

Adenauer: Sie wollen in jedem Bundestagswahlkreis einen Wahlkreisleiter haben? (*Meyers:* Ja, als Empfehlung!) Sie wollen ihn haben! Sagen Sie doch ruhig ja!

Sind Sie damit einverstanden, daß in jedem Bundestagswahlkreis ein Wahlkreisleiter bestellt wird?

Johnen: Wenn sich Bundestagswahlkreise aus mehreren politischen Kreisen mit einer eigenen Organisation zusammensetzen, müssen sie in jedem politischen Kreis einen Wahlkreisleiter haben.

Adenauer: Ich bin der Ansicht, da soll man gerade einen Wahlkreisleiter bestimmen; denn es handelt sich darum, für eine Bundestagswahl einen Mann in einem Wahlkreis verantwortlich zu machen, damit es nicht der eine auf den anderen abschieben kann.

Johnen: Der kennt doch den anderen politischen Kreis gar nicht!

Meyers: Aus der Praxis möchte ich Herrn Johnen beipflichten. Ich würde sagen: Mindestens einen! Ich weiß z.B. aus Mönchengladbach, Rheydt und Viersen, daß man hier nicht einen nehmen kann.

Adenauer: Ja, es ist lachhaft, aber es ist guter CDU-Brauch. Ich habe es selbst erlebt und erfahren. Dann ist für die Bundesgeschäftsstelle die Sache viel schwerer.

Meyers: Aber für die Sache ist es wichtig, wenn wir den Beschluß fassen „mindestens einer", – damit überhaupt jemand da ist.

Heck: Ich glaube, daß es keine besonderen Schwierigkeiten geben wird. Es ist klar, daß der Wahlleiter nicht auf einem Stuhl sitzen bleibt. Wenn es zwei, drei Kreisverbände sind, werden die Kreisvorsitzenden oder die gewählten Vertreter dieser Kreise zu einem Komitee zusammengefaßt, dessen Vorsitzender der Wahlkampfleiter ist. Es gibt Bundestagswahlkreise, wo personell solche Schwierigkeiten vorhanden sind, daß man zweckmäßigerweise gesondert marschiert; aber das sollte der Ausnahmefall sein.

Wir sollten anstreben, für jeden Bundestagswahlkreis einen Wahlkampfleiter zu bestellen, der sämtliche Kreisvorsitzenden mit hinzuziehen muß. In den Fällen, wo es aus persönlichen Gründen nicht geht, kann man im Einzelfall darauf verzichten. Das mag der Landesverband entscheiden.

Scharnberg: Ich bin der Meinung, der Wahlkampfleiter im Wahlkreis ist der Bundestagsabgeordnete, niemand anderes.

Adenauer: Um Gottes willen!

---

66 Heinrich Groß.

Scharnberg: Wer soll denn das bezahlen? Und weswegen sollen wir die Bundestagsabgeordneten entlasten; die müssen sich doch um ihren Wahlkreis kümmern.

Adenauer: Die sollen ja reden! (*Scharnberg:* Das ist dasselbe!) Nein, das sind ganz andere Aufgaben, Herr Scharnberg!

Kiesinger: Der Bundestagsabgeordnete kann es unmöglich sein. Der Bundestagsabgeordnete muß sich selbstverständlich einsetzen in Versammlungen und Reden halten. Wo es möglich ist, einen Wahlkampfleiter ohne Schwierigkeiten einzusetzen, ist das ein ganz logischer Gedanke. Man sollte es tun. Es gibt aber sicher in einigen Wahlkreisen Schwierigkeiten, wo Kreisvorsitzende sagen werden, wir machen die Sache nach bewährtem Muster, wie wir es in vielen Kreisen gewohnt sind. Wo es partout nicht geht, in Gottes Namen, aber in vielen Kreisen wird es gehen. Deshalb meine ich, wir sollten diesen sehr einfachen Gedanken billigen.

Adenauer: Wir sollten es so machen. Sie sind einverstanden? *(Zustimmung.)*

Ich bekomme gerade die Mitteilung, daß die britischen und französischen Truppen im Suez-Gebiet heute angewiesen worden sind, den gesamten Rückzug zu beginnen.

Dann möchte ich noch einmal rekapitulieren, was nach meiner Auffassung unbedingt vom Bundestag an großen Gesetzen zu verabschieden ist: die Rentengesetzgebung und die Beamtengesetzgebung. Wir dürfen das Beamtengesetz nicht erst am 1. April verabschieden, sondern das muß unter allen Umständen vorher geschehen. Das ist sehr wichtig. Dann spielen eine große Rolle die Althausbesitzer. Da kann nichts mehr geschehen vom Bundestag, aber wir werden von der Bundesregierung eine Denkschrift darüber herausgeben, was mit dem Althausbesitz geschehen soll, wie geholfen werden kann in den nächsten Jahren, so daß also diese Frage von unserer Partei aus agitatorisch aufgegriffen werden kann.

Es ist von den liberalen Parteien gesprochen worden. Dazu möchte ich ein Wort sagen. Nach meiner Meinung sollten wir alles vermeiden, was zwischen den liberalen Parteien den Bruch vergrößern kann. Wir haben nur den Schaden davon. Wir sollten die Entwicklung in Ruhe abwarten. Ob sie wieder zusammenkommen oder nicht, kann z.Z. kein Mensch sagen. Ich glaube allerdings, daß die Entscheidung bei den Herren in Düsseldorf liegt. (*Arnold:* Die wissen genau, was sie wollen! – *Meyers:* Das ist eine Bruchpartei, die aber weiß, was sie will.)

Ich möchte bitten – Herr Zimmer ist nicht hier –, das Wort von der soziologischen Verschiebung nicht in die ganze Sache hineinzuwerfen. Die soziologische Verschiebung hat keineswegs zur Folge, daß die Arbeitnehmer alle zur SPD gehen; im Gegenteil, wenn wir auf die Unternehmer einwirken könnten – ich möchte das namentlich Herrn Hellwig ans Herz legen –, daß sie gute Facharbeiter zu Angestellten machen, damit sie nicht mehr alle 14 Tage ihre Lohntüte, sondern jeden Monat ihr Gehalt bekommen, dann sind sie aus der Gewerkschaft heraus und werden uns zugängig. Ich würde aber dringend darum bitten, solche Erwägungen, daß wir die Partei der kleinen Leute seien, nicht anzustellen. (*Weber:* Sind wir nicht!) Ob es stimmt oder nicht, das wollen wir jetzt nicht untersuchen. Wir müssen dafür sorgen – das ist schon lange mein Wunsch –, daß wenigstens einige bekannte Persönlichkeiten

im öffentlichen Leben, die in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eine Rolle spielen, Mitglied unserer Partei werden, damit wir nicht gelten als die Partei der Spießer und der kleinen Bürger.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Kommunalwahlen zurückkommen, und da bin ich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Ministerpräsident Altmeier, anderer Auffassung; denn wenn ich mir verschiedene Orte, die ich kenne, vor Augen halte, dann sage ich Ihnen, der Klüngel ist so stark, wie er nie vorher gewesen ist. Und das erregt doch bei den anderen, namentlich bei den jungen Leuten, den größten Unwillen. Gott sei Dank hat es die Junge Union durchgesetzt, daß sie bei den Kommunalwahlen in stärkerem Maße zum Zuge gekommen ist als je zuvor. Daraus kommen doch unsere Nachfolger.

Und endlich bleibe ich auch dabei und kann Ihnen nur nochmals dringend ans Herz legen: Wir dürfen unter keinen Umständen die Mutlosigkeit bei unseren Leuten hochkommen lassen. Wir haben gar keine Veranlassung dazu. Wir sind schlapp seit über einem Jahr, aber wir müssen arbeiten und zeigen, was wir erreicht haben. Wenn wir das tun, bin ich für den Erfolg der Wahl nicht ängstlich. Es hängt buchstäblich nur von uns ab, ob wir siegen oder nicht.

Ich bitte Sie auch, bis zur nächsten Vorstandssitzung – die am besten im Monat Januar stattfindet – zu überlegen, welche besonderen Stichworte wir für die Wahl gebrauchen können. Das ist außerordentlich wichtig. Herr Bach ist leider nicht mehr da. Er hat mir geschrieben und vorgeschlagen – was auch einer von Ihnen hervorgehoben hat –, wir sollten sagen: Sicherheit, keine Experimente! So will ich es ausdrücken. Denken auch Sie einmal über die Sache nach. Wir müssen einige gute Schlagworte haben, die sich leicht einprägen und die attraktiv sind.

Ein letztes Wort zum Rundfunk! Ich habe neulich mit einem Intendanten einer der größten Rundfunkanstalten gesprochen. Er hat mir gesagt, daß sich die CDU-Mitglieder seines Beirates – das gelte auch für die Beiräte anderer Rundfunkanstalten – um die Sache viel zu wenig kümmerten. Und daran liege es, daß wir so wenig berücksichtigt würden. Die sozialdemokratischen Mitglieder bekümmern sich ganz anders darum. Ich möchte bitten, Herr Heck, dafür zu sorgen, daß wir ein Verzeichnis der CDU-Mitglieder in den Rundfunkbeiräten bekommen. (*Heck:* Haben wir!) Dann wollen wir jedem Landesvorsitzenden eins zuschicken. Es wäre sehr gut, wenn die Landesvorsitzenden von Zeit zu Zeit mit den Mitgliedern des Rundfunkrates Zusammenkünfte abhielten. Ich werde dafür sorgen, daß beim Presse- und Informationsamt alle Rundfunksendungen aus der ganzen Welt Tag und Nacht abgehört werden. In den Fällen, wo besonders eklatante Verstöße gegen die Neutralität des Rundfunks festzustellen sind, soll den betreffenden Landesvorsitzenden entsprechende Mitteilung gemacht werden, damit sie mit Hilfe der Mitglieder der Beiräte einschreiten können.

Krone: Im Stuttgarter Rundfunk war ein Gespräch geplant zur Frage: „Wie sieht es heute aus, und müssen wir Soldaten haben?" Als Sprecher waren vorgesehen ein SPD-Mann, ein BHE-Mann, ein FDP-Mann und ein CDU-Mann, d.h. 3 : 1. Wir haben

dagegen protestiert. An der Spitze des Rundfunks steht ein Mann aus unseren Reihen! (*Zurufe:* Hört! Hört! – Dr. Malburg[67]! – *Gurk:* Eine große Enttäuschung!)

Adenauer: Das ist doch gleichgültig, ob das eine Enttäuschung ist, aber es ist so!

Krone: Wir haben von hier aus erreicht, daß es nicht mehr so gemacht wird; denn so geht es ja nicht.

Dichtel: Herr Dr. Krone, Ihre Schlußbemerkung, wir haben von hier aus erreicht, daß es nicht mehr so gemacht wird, möchte ich aufgreifen. Auf dem Parteitag der nordwürttembergischen CDU[68] ist das Verhalten des Süddeutschen Rundfunks sehr eingehend behandelt worden. Der Intendant ist dort wegen der Rundfunksendung zur Wehrfrage, die nicht gefragt war, in aller Öffentlichkeit angeschossen worden. Wir gehen also den Dingen schon nach, und ich bin davon überzeugt, daß dieser Schuß auf dem Parteitag für den Intendanten sehr heilsam gewesen ist. Wenn dazu noch die Forderung von Bonn gekommen ist, dann wird es schon klappen.

Adenauer: Das war also eine Doublette umgekehrt, mit zwei Kugeln ein Billard!

Meyers: Ich bin der Ansicht, wir sollten unsere Winterarbeit etwas mehr auf das Gefühl abstellen. Wir haben bisher zu wenig das Gefühl angesprochen. Der von mir erwähnte Geschäftsführer in Mannheim hat z.B. eine Filmvortragsfolge zusammengestellt: Deutschland ist unteilbar. Die Filme hat er von Herrn Oberländer bekommen, der die Filme hat. Herr Oberländer hat gesagt, daß die Filme fast ausschließlich von der SPD angefordert würden. Die Flüchtlinge sind von den Filmen sehr stark gepackt worden. Sie haben ihre Dankbarkeit darüber zum Ausdruck gebracht. (*Gurk:* Mit überragendem Erfolg!) Wir haben das allen Landesverbänden mitgeteilt.

Adenauer: Wann haben Sie das mitgeteilt? (*Kraske:* Etwa vor einem halben Jahr an die Landesverbände.) Und kein Landesverband hat reagiert!

Meyers: Solche Abende sind für die Flüchtlinge mehr wert als eine logische Darstellung beispielsweise unseres Wirtschaftssystems. Wir werden in den gefühlsmäßigen Dingen von der SPD geschlagen. Wir sollten heute den Beschluß fassen: „Jede öffentliche Veranstaltung der CDU endet mit einem Gedenken an die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges." Dadurch wird zwar die Lage – leider – um keine Nuance besser, aber wir schaffen ein Gegenmittel gegen das Argument, wir wollten nicht die Wiedervereinigung, weil dann die Vorherrschaft des Katholizismus in Deutschland nicht mehr vorhanden sei. Mit solchen Argumenten wird gegen uns gearbeitet.

Adenauer: Das hat zwei Seiten. Wie die Dinge augenblicklich liegen, würden wir die Deutschen enttäuschen, wenn wir ihnen sagten: Bald seid ihr wieder mit uns zusammen. Deswegen müssen wir das in etwas anderer Form machen. Daß wir sie nicht vergessen werden – ja; aber das muß in einer Form geschehen, damit nicht in

67 Dr. Fritz Malburg (geb. 1910), 1951–1953 DUD, 1953–1976 Chefredakteur Politik Süddeutscher Rundfunk.

68 Am 27./28. Oktober 1956. – Protokoll nicht zu ermitteln.

einem halben Jahr gesagt werden kann: Ihr habt immer davon gesprochen, und es ist nichts eingetreten.

Was wir eben gehört haben, daß wir die Filme nicht anfordern, das erfüllt mich doch mit einer großen Besorgnis. Die Filme werden nicht angefordert, obwohl es den Landesparteien vor einem halben Jahr mitgeteilt worden ist. Herr Heck sagte mir, man könnte den Landesparteien vorschlagen und anbieten, was man wolle, man bekomme einfach keine Antwort darauf. Was ich jetzt sage, kann ich nicht beweisen, aber ich habe so das Gefühl, als ob unsere Landesverbände nicht genug täten. Bei den Landtagswahlen mögen sie noch etwas tun, aber sonst weiß ich wirklich nicht, was sie tun. Ich will nicht sagen, es sind alle, aber hören Sie bitte mal den Herrn Heck. Herr Heck soll sein Herz ausschütten und sagen, wie die ganzen Dinge bei uns sind. Das ist bei uns eine gewisse Trägheit oder meinetwegen auch ein – damit es christlich klingt – Vertrauen auf Gottes Barmherzigkeit, wobei ich Ihnen sagen möchte: Gott hat dem Menschen Hände gegeben, um zu arbeiten, und Verstand, um zu denken. Die Barmherzigkeit kommt im Jenseits, aber nicht im Diesseits.

Von Hassel: Wir tun gut daran zu versuchen, die Gesetzgebung in solche Dinge, die noch wirksam werden, und solche, die auf die Wahl selbst keinen Einfluß haben, zu teilen. (*Krone:* Ist geschehen!) Ich habe die Sorge, daß wir sonst in eine hektische Entwicklung kommen. Es ist gesagt worden, daß das Beamtengesetz zum 1. April in Kraft treten soll. (*Adenauer:* „Vorher" habe ich gesagt!) Daß die Beamtenbesoldung noch nicht zu einem Abschluß gebracht worden ist, verteuert die ganze Sache so sehr, daß wir demnächst in den Ländern an einem Punkt ankommen, wo wir eine Lösung mit 170 % nicht mehr verkraften können. (*Altmeier:* Unmöglich!) Den Vorwurf, den ich Herrn Schäffer mache, ist der, daß er nicht schon längst eine Lösung mit 160 % akzeptiert hat. So hat man herumgefeilscht mit 155, dann mit 157,5 und jetzt mit 160 %.[69] Die Dinge werden jetzt schon nur mit Zustimmung des Bundesrates gemacht werden können, weil wir unserem Beamtenrechtsausschuß im Bundestag nicht mehr über den Weg trauen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich darf darum bitten, von der Bundestagsseite her mit den Ländern darüber zu sprechen, um diese Dinge so schnell wie möglich zu realisieren.

Zur Situation bei den Rundfunkanstalten! Es trifft völlig zu, daß die Sozialdemokraten dort besonders fleißig sind. Lassen Sie mich dazu sagen: Sobald die Brüder eine solche Fernsehsendung machen wie neulich in Stuttgart, müssen wir sofort mit Protesten reagieren. Ich habe am nächsten Tag unserem Freund Müller einen Brief geschrieben, aber die Stuttgarter Landesregierung hat keinerlei Einfluß auf den Stuttgarter Rundfunk. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Herr Müller hat reagiert, und es

69 Besoldungssätze, berechnet auf der Grundlage der Grundgehälter von 1927; sie waren im Februar 1956 im Vorgriff auf das Bundesbeamtenbesoldungsgesetz auf 155 % angehoben worden; zusätzlich gab es für Dezember ein halbes Monatsgehalt extra (Beschluß des Beamtenausschusses des Bundestages vom 9. November 1956) als Überbrückung bis zum Inkrafttreten des Gesetzes (vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 993).

ist dann zu einer interessanten Sendung gekommen. Die Beteiligten aus dem Bundesverteidigungsministerium und die Skribenten dieser Fernsehsendung sind vor den Fernsehschirm gekommen, wobei diese Skribenten gegenüber Strauß, Baudissin[70] und noch einem Herrn, den ich nicht kenne, einen schlechten Eindruck gemacht haben. Unsere Leute haben hervorragend abgeschnitten.

Die Sozialdemokraten reagieren nach Sendungen spontan durch Leserbriefe an die Rundfunkanstalten, aber wir rühren uns nicht. Die SPD hat auch in den Wehrmachtsteilen ihre Leute und wirkt dort auf ihre Weise. Sie schaltet sich sofort ein und wird vorstellig, während unsere Leute sich etwas verlassen fühlen, weil ihnen von unserer Seite aus das Rückgrat nicht ausreichend gestützt wird.

Auch in den Sozialversicherungsanstalten, in den Arbeitsämtern usw. sind die SPD-Leute fleißiger als unsere Leute. Das liegt daran, daß die SPD überall ihre Funktionäre hat, die von morgens 8 bis nachts um 12 Uhr für diese Dinge tätig sind. Bei uns sind es ehrenamtlich tätige Menschen, die nebenbei ihren Beruf haben. Wenn wir es nicht fertigbringen, einige Leute draußen für diese Dinge hauptamtlich freizustellen, dann sind wir nicht in der Lage, weder physisch noch geistig, die Dinge auf die Dauer zu beherrschen. Dieses Riesenkorps sozialdemokratischer Funktionäre ist überall tätig, als Geschäftsführer in Wohnungsbaugesellschaften, als Sekretäre in den Gewerkschaften, in Krankenkassen usw. Bei der Struktur unserer Partei können das unsere Leute gar nicht. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, gut geschulte Geschäftsführer heranzubilden.

Unsere heutige Sitzung ist reichlich in Moll verlaufen. (*Weber:* In Dur!) Nein, in Moll; aber für Schleswig-Holstein bin ich der Meinung, daß wir durchaus keinen Grund haben, den Kopf hängen zu lassen und so zu tun, als ob die Wahl schiefgehen müßte. Die Reaktion in Schleswig-Holstein auf die Wahlen in den anderen Ländern ist die gewesen, daß bei mir zwei Dutzend Leute – darunter ein Landrat und zwei hauptamtliche Bürgermeister – gewesen sind, die gesagt haben, auf der Woge von 1953 wollten wir nicht zu Ihnen kommen; denn das sieht aus wie März-Gefallene, aber jetzt sind wir bereit, in die CDU einzutreten.

Ich habe das Gefühl, wenn wir mit Schwung hinausgehen und unsere Politik verteidigen, dann sind auch die Leute bereit, von ihrer Abneigung gegen die CDU abzugehen. Mit Fleiß und Zuversicht schaffen wir es schon. Wenn draußen Mutlosigkeit ist, dann holen sie den Kiesinger, den Meyers, den Heck oder auch mich, und dann werden wir schon irgendwelche Ansatzpunkte finden.

Wir haben bei uns in Schleswig-Holstein jede Woche kommunalpolitische Tagungen mit unserer ersten Garnitur. Dort haben wir gute Ergebnisse. Die Leute gehen abends nach Hause und sagen: Großartig, die CDU ist wieder da! *(Beifall.)*

Adenauer: Schleswig-Holstein ist eines der Länder, die die Partei hat. Das kommt daher – ich darf das in Ihrer Gegenwart sagen, Herr von Hassel –, daß Sie Ihre ganze

---

70 Graf Wolf Baudissin (geb. 1907), 1955–1958 Leiter Unterabteilung Innere Führung im Verteidigungsministerium, dann Truppendienst (zuletzt Brigadegeneral), 1961–1967 NATO.

Kraft daransetzen, um das Ziel zu erreichen. Wenn wir etwas in Moll gesprochen haben – nach meiner Ansicht mit Recht –, dann hat das den Zweck, daß jeder von uns sich in Ruhe überlegen soll: Was können wir in den nächsten Monaten besser machen? Das ist doch der ganze Zweck unserer Zusammenkunft: Was können wir besser machen als bisher? Wir wollen deswegen nicht den Kopf hängen lassen.

Sie haben von den Funktionären der SPD gesprochen. Sie haben vollkommen recht damit. Wir können zwar unseren Apparat nicht auf diese Stärke bringen, aber ich möchte Sie bitten, einmal zu überlegen, was wir machen können. Ich hatte in diesen Tagen den Vorstand der Jungen Union bei mir.[71] Sie hatten verschiedene Wünsche, die sich erfüllen lassen. Ich habe sie gebeten, auch diese Fragen einmal zu überlegen. Wir können auch mit Hilfe von Studenten unseren Apparat für die Bundestagswahl verstärken.

Stooß: Es ist von den Filmen gesprochen worden. Ich darf für meinen Kreis sagen, daß wir die letzte Landtagswahl zu einem großen Teil mit diesen Filmen erfolgreich bestritten haben.

Was den Süddeutschen Rundfunk anbetrifft, so ist die Sache bereits eingehend im Ausschuß „Politik und Zeitgeschehen" behandelt worden. In der nächsten Sitzung des Rundfunkrats wird diese Frage ebenfalls sehr eingehend erörtert werden. Der Intendant und die anderen Herren sind von allen Seiten im Ausschuß sehr scharf kritisiert worden.

Es ist richtig, wir haben bei den Sozialversicherungsträgern einen sehr schweren Stand. Dann: Wir können fast überall feststellen, daß das sozialdemokratische Element dort dominierend ist. Deshalb müssen wir alles daransetzen, bei einer Neubesetzung auch unsere Leute hineinzubringen.

Durch den Ausgang der letzten Kommunalwahl ist für uns kein Anlaß gegeben, nun den Kopf hängen zu lassen. Die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg lassen noch keine Schlußfolgerung zu für die Bundestagswahl. Es sind zwar gewisse Tendenzen erkennbar, aber wenn wir mit Mut und Entschlossenheit an die Arbeit gehen, werden wir auch mit der Situation fertig werden.

Kunze: Neben der Rentenreform müssen wir auch an die Lastenausgleichsreform denken; denn das ist ein Thema, das wesentlich mehr Leute anspricht als die gesamte Rentenreform. Es handelt sich um einen Betrag von 10 bis 12 Milliarden. Diese Sache müßte irgendwie erwähnt werden.

Ich möchte auch bitten, daß wir bei der Beamtenbesoldung schnell vorwärtsmachen. Vor 14 Tagen habe ich als Vertreter von Krone die Vertreter des Beamtenbundes empfangen. Wir sind dabei gut, auch in der Presse, behandelt worden. (*Von Hassel:* Was haben Sie denn versprochen?) Nichts! Wir haben nur gesagt, wir hielten die Sache für notwendig, nur müßten wir die Länderfinanzminister warnen vor einer allzu großen Reform. Aber 48 Stunden später lesen wir in der Zeitung, daß der Herr

71 Gerhard Stoltenberg, Friedrich Zimmermann, Bert Even, Heinz Schwarz am 20. November 1956.

Bundeskanzler den Herrn Kramel[72] empfangen und ihm gesagt habe, das sei nicht ausreichend. Hier fehlt noch die erforderliche Abstimmung mit uns.

Noltenius: Ich möchte Sie bitten, Herr Bundeskanzler, diese Frage noch einmal zu überprüfen. Das ist nämlich nicht unbedingt so, wie es in diesem Augenblick erscheint. Wir haben in Bremen eine Untersuchung gemacht mit einem ganz anderen Ergebnis. Wir haben das Ergebnis dem Herrn Schäffer zur Verfügung gestellt. Ich werde auch Ihnen die Aufstellung überreichen. Wir brauchen dieses Spezialthema heute abend nicht zu vertiefen. Aber die Sache ist doch etwas anders. So schlecht sind nämlich die Beamtengehälter nicht, auch die unteren nicht. *(Widerspruch und Unruhe.)*

Stoltenberg: Wir in der Jungen Union sind bemüht, der Bundesgeschäftsstelle möglichst viele Vertrauensleute namhaft zu machen. Neben der Wehrpolitik hat sich bei den Kommunalwahlen auch sehr stark die Sozialpolitik ausgewirkt. Mit der Kombination beider Themen hat man uns im Industriegebiet des Westens sehr geschadet. Weiter kommt auf uns zu, daß wir der SPD die politische Initiative in der Frage des Jugendarbeitsschutzgesetzes[73] überlassen haben. Die Frage wird gelöst werden müssen, weil die augenblickliche Regelung unbefriedigend ist. Ich richte an den Herrn Fraktionsvorsitzenden die Bitte, diese Frage mit in das Dringlichkeitsprogramm aufzunehmen.

Wir haben für Anfang April eine Aktion vorbereitet, wo wir versuchen wollen, von der Jungen Union 1.000 Veranstaltungen im Bundesgebiet durchzuführen unter dem Thema „Unser Ja zur Wiederbewaffnung und zur Wehrpflicht". Auf jeder Veranstaltung soll ein junger Referent sprechen. Wir haben die Bitte, daß uns die älteren Referenten aus den Ländern helfen möchten. Wir bitten auch darum, die Landesverbände instand zu setzen, die Veranstaltungen finanziell zu unterstützen. Wenn wir vor den Wahlen eine solche Aktion durchführen, dann wird das eine gute Wirkung auf die Wahl haben.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt „Bundesparteitag".

Vorbereitung des Bundesparteitages 1957

Heck: Auf der letzten Vorstandssitzung war für die Durchführung des Parteitages vom Parteivorstand die Stadt Hamburg und auch die Stadt Hannover genannt worden. Der geschäftsführende Vorstand wurde ermächtigt, nach Feststellung der Möglichkeit, den Parteitag durchführen zu können, zu entscheiden, in welche Stadt der Parteitag verlegt werden solle.

---

72 In der Vorlage: Kramer. – Guido Kramel (1903–1975), 1957–1961 MdB (CSU), Vorsitzender des Bundes Bayerischer Beamtenverbände. Kramel war am 16. November bei Adenauer.

73 Vgl. BT-Drs. 2429 (SPD-Entwurf vom 6. Juni 1956) und BT-Drs. 2672 (CDU/CSU-Entwurf vom 3. September 1956); Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1058.

Wir haben in der Zwischenzeit festgestellt, daß es in Hannover aus technischen Gründen nahezu unmöglich ist, einen Parteitag durchzuführen. Die Gründe dafür brauche ich wohl nicht darzulegen. Daraufhin hat der geschäftsführende Vorstand aufgrund der Ermächtigung vom Vorstand entschieden, daß der Parteitag in Hamburg in der Zeit vom 12. bis 16. Mai stattfinden soll.

Die Erfahrungen auf den bisherigen Parteitagen haben gezeigt, daß die Gestaltung des Programms unter den folgenden Erscheinungen sehr leidet: 1. kommt jede einzelne Gruppe und sagt, wir müssen noch dieses oder jenes Thema behandeln, dabei wollen sie alle, die Heimatvertriebenen, die Kriegssachgeschädigten, die Arbeitnehmer, der Mittelstand usw., zum Zuge kommen; 2. unsere Parteitage werden vielfach als Veranstaltung angesehen, mit der vor der Öffentlichkeit dokumentiert werden soll, wer nun die führenden fünf, sechs oder sieben Leute der Partei sind. Das ist aber nicht der Sinn eines Parteitages.

Im übrigen sind unsere Parteitage mit Referaten so vollgepfropft, daß wir zu einer allgemeinen Aussprache nur sehr wenig kommen. Und genau das ist es, was uns die Presse, deren Berichterstattung die halbe Wirkung des Parteitages ausmacht, so übelnimmt. Sie sagt, die CDU macht das aus taktischen Gründen, damit sie nicht zu diskutieren braucht. Sie will um des Himmels willen nicht nach außen zeigen, daß es innerhalb der Partei zweierlei Meinungen gibt.

Wir müssen also bei der Gestaltung des Programms von vornherein diese beiden Gesichtspunkte berücksichtigen. Beim Programm des Parteitages ist es klar, daß die Außenpolitik, Europa, die deutsche Einheit und die Wiederbewaffnung behandelt werden müssen. Da wir auf dem letzten Parteitag in Stuttgart den weiten Bereich der Sozialpolitik behandelt haben, muß diesmal ein zweiter Bereich vor den Bundestagswahlen aufgegriffen werden, und zwar ist das der Sektor der Wirtschaftspolitik. Dazu drei Stichworte: Es wäre nötig, 1. ein wirtschaftliches Konjunkturprogramm der CDU auszuarbeiten, 2. ein wirtschaftliches Strukturprogramm und 3. ein wirtschaftliches Rationalisierungsprogramm. Ich nehme nur die drei Stichworte, weil über diese drei Themen Herr Hellwig und der Wirtschaftspolitische Ausschuß Vorarbeiten geleistet haben. Ich möchte dem Bundesvorstand empfehlen, den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu beauftragen, für diesen Sektor ein Programm auszuarbeiten, und zwar so zeitig, daß es noch rechtzeitig vor dem Parteitag im Bundesparteivorstand und Parteiausschuß beraten werden kann.

Wir sind bei unserem letzten Parteitag sehr ins Gedränge gekommen am Schluß. Das hat den Ablauf des Parteitages gestört. Die Themen, die für die Kriegssachgeschädigten, die Heimatvertriebenen, die Sowjetzonenflüchtlinge, die Spätheimkehrer usw. anstehen, sollen auf einer Sondertagung, die vom Vorstand beschlossen worden ist, im nächsten Frühjahr separat behandelt werden.

Bei der Behandlung des wirtschaftspolitischen Themas muß man auf die sozialistischen Utopien von München[74] antworten. Wenn wir das Thema zentral behandeln

74 SPD-Parteitag vom 10. bis 14. Juli 1956.

und dabei ausreichend Zeit für die Diskussion lassen, dann werden wir von diesem Parteitag – der gar nicht mit großen Wahlkampfschlagworten ausgefüllt werden soll – aus einen guten Start haben.

Adenauer: Ich höre heute zum ersten Mal von diesem Programm und kann infolgedessen keinen definitiven Standpunkt einnehmen. Aber ich habe doch große Bedenken gegen einen Teil Ihres Programms. Zunächst möchte ich an die Spitze stellen, daß wir den Brauch, den die Sozialdemokraten haben – daß nämlich jeder Antrag eine gewisse Zeit vor dem Parteitag beim Parteivorstand eingereicht werden muß –, unter allen Umständen einführen sollen, damit es nicht geht wie in Stuttgart, daß Gott weiß was für Anträge gestellt werden, und kein Mensch weiß nachher Bescheid. Und wenn wir einmal miteinander vergleichen, was wir angenommen haben, dann stellen wir Dinge fest, die sich einander widersprechen.

Dann vermisse ich durchaus ein geistiges Thema. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß der wichtigste Punkt in unserer Partei der christliche Boden ist, auf dem wir stehen. Und das muß doch vor einer so entscheidenden Wahl sehr gut ausgeführt und betont werden. Es müssen die Gefahren, die uns durch den Kommunismus und den Materialismus drohen, dargestellt werden, und zwar anhand dessen, was man in den anderen Ländern erlebt. Die Pflicht zu Europa müssen wir herausstellen. Es müssen die Grundsätze des Christentums, denen wir unsere ganze Politik zugrunde legen, aufgezeigt werden. Darauf lege ich den denkbar größten Wert.

Mit Ihrem Vorschlag, Herr Heck, nehmen Sie es mir nicht übel – sind Sie ein bißchen realistisch! Ich würde überhaupt davor warnen, über die Wirtschaftspolitik zu sprechen. Sie wollen jetzt in einer Zeit der höchsten Konjunktur ein Konjunkturprogramm aufstellen! Wie wollen Sie das denn machen? Die Höchstkonjunktur führt doch ab von der Sozialen Marktwirtschaft, und wir haben doch bisher immer die Planwirtschaft grundsätzlich abgelehnt. Sie könnten höchstens sagen: Was tun wir, wenn der jetzige Boom wegfällt? (*Hellwig:* So ist es gemeint!) Aber ob man das jetzt schon sagen soll, weiß ich nicht. Wir wissen nicht, wie die Wirtschaftspolitik aussieht. Ob man sagen soll, was tun wir, wenn die Sache nachläßt, das weiß ich nicht, verehrter Herr Hellwig! Über Rationalisierungsprogramm können Sie sprechen, solange Sie wollen, doppelt so lang und so schön, wie das in München gemacht worden ist. Ich habe nichts dagegen. Das hat kaum ein Mensch gelesen, und keiner hat es verstanden. Das ist also nicht so schlimm. Aber in einer so gefährlichen wirtschaftspolitischen Situation von Wirtschaftspolitik und Konjunkturprogramm zu sprechen, das halte ich für sehr riskant.

Ich darf wiederholen: Wir müssen unter allen Umständen ein geistiges Thema behandeln. Wir müssen weiter von Europa sprechen, wie es jetzt werden soll. Das sollten wir nicht in die Außenpolitik einbeziehen, sondern Europa zu einem Schlagwort für unsere Propaganda machen. Wenn wir von der Aufrüstung sprechen, dann müssen wir auch sagen, was wir für die Jugend außerhalb der Aufrüstung haben wollen; denn unsere Jugend kann jedem, der die Dinge ruhig betrachtet, die größten Sorgen machen. Ein Thema, das mir am Herzen liegt, wäre die Freizeitgestaltung. Das

ist ein wichtiges und vor allem friedliches Thema. Ich möchte wirklich gern als ein sehr friedlicher Mann auf diesem Parteitag erscheinen, und ich möchte gern, daß die ganze CDU als eine sehr friedliche Gesellschaft da erscheint. Daher werden Sie wohl mit mir einverstanden sein, daß ein geistiges Thema dort hingehört.

Hellwig: Wie ein Programm aussehen wird im Mai 1957, kann im Augenblick niemand sagen, aber das, was wir in Stuttgart behandelt haben, ist in Arbeit. Wir müssen nämlich ernsthaft überlegen: Wie erhalten wir eine große Zahl von selbständigen Gewerbetreibenden im Mittelbetrieb und Kleinbetrieb gegenüber dem Sog der Großindustrie? Das ist das, was hier als Strukturprogramm gesehen wird und was ich in der Mittagspause mit dem Stichwort „Umsatzsteuer" gemeint habe.

Auch „Der Weg zu Europa", aus dem im Augenblick ganz bestimmte wirtschaftspolitische und sozialpolitische Hindernisse geräumt werden müssen – Gemeinsamer Markt usw. –, ist sicher ein Thema für den Parteitag. Niemand bedauert mehr als diejenigen, die sich zwangsläufig von uns mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befassen haben, daß diese Dinge gewissermaßen für sich gesehen und gemacht werden. Warum will man nicht einmal die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Parteitag in einen großen Zusammenhang stellen? Z.B. „Wirtschaftspolitik aus christlicher Verantwortung" oder „Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung", damit wir endlich von der Idee wegkommen, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik nur das Versprechen von Geschenken materieller Art an bestimmte Gruppen zu sein hätte. (*Arnold:* Das Gesellschaftsbild der CDU!)

Adenauer: Das würde mir viel besser passen. Dieser Vorschlag von Herrn Arnold ist wirklich gut. Da haben Sie alles drin. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das gemacht werden könnte. Manchmal sind Leute, die sogar nicht zu unserer Partei gehören, zu mir sehr offen. Glauben Sie mir das eine, der Bundestag und damit unsere Partei kommen mehr und mehr – ich will nicht sagen, mit Recht, aber verstehen Sie mich wohl, Herr Hellwig – in den Geruch, Vertreter rein materieller Interessen zu sein; dann ist es der Mittelstand, jetzt sind es die Arbeitnehmer, dann sind es die Steuerzahler, jetzt sind es die Bauern usw. usw. Es gibt genug Wähler im Lande, die sich darüber ihre Gedanken machen.

Ich darf diejenigen unter uns, die vom ersten Tage an in der CDU gewesen sind, daran erinnern, daß wir bei der Gründung der CDU vor zehn Jahren von ganz anderen Gesichtspunkten an all das herangegangen sind. Und das müssen wir uns selbst und auch den anderen wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Wir müssen sagen, daß wir damals – eine verständliche Reaktion – eingetreten sind gegenüber dem Nationalsozialismus, daß wir uns aus dieser Reaktion heraus zusammengefunden haben.

Die Gefahr, in der wir jetzt schweben, nämlich dem materialistischen Kommunismus anheimzufallen, ist ungeheuer groß. Und diese Gefahr wird noch viele Jahre groß sein. Wir müssen uns deshalb zurückfinden auf unserem ursprünglichen Fundament. Das ist doch eigentlich dasjenige, was uns von allen anderen Parteien unterscheidet.

Zu den liberalen Parteien folgendes: Ich habe einmal mit Churchill über die liberale Weltanschauung gesprochen und ihn gefragt: Warum gibt es keine liberalen Parteien mehr? Darauf hat er mir geantwortet: Es hat eine Zeit gegeben – er war früher selbst liberal –, da waren die Grundsätze der liberalen Parteien deren Alleingut. Jetzt aber sind sie Allgemeingut in allen anderen Parteien geworden. Infolgedessen braucht man keine liberalen Parteien mehr.

Unsere Sorgen um Wohnungen, um die Wirtschaft, um die Sozialpolitik usw. sind doch im großen und ganzen identisch mit den Sorgen der anderen Parteien, aber in dem einen Punkt – und das ist nach meiner Meinung der entscheidende Punkt – unterscheiden wir uns von allen Parteien, nämlich in der Anschauung, daß nicht die materiellen Güter das Höchste für die Menschheit sind, daß der höchste Wert nicht im Portemonnaie liegt, sondern in der Freiheit, im Wert der Persönlichkeit. Und das läßt sich nur gründen auf den christlichen Grundsätzen.

Das sollten wir gerade zu Beginn des Wahlkampfes an die Spitze stellen und einmal sehr offen und nachdrücklich vor dem deutschen Volke bekennen. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der Sozialdemokratie, geschweige denn von den kleineren Splittergruppen.

Zum Parteitag 1957! Bei der Behandlung der Außenpolitik würde ich die Wehrfrage einschließen, nicht gesondert bringen. Ich würde es besonders begrüßen, wenn wir einen Punkt behandelten, wie es Herr Arnold gesagt hat: Das gesellschaftliche Ordnungsbild der CDU.

Man soll die Jugend nicht nur betrachten als Gegenstand des Waffentragens, sondern man soll sich überhaupt mit der Jugend beschäftigen.

Sie müssen sich überlegen, ob man bei dem Thema „Gesellschaftliches Ordnungsbild" über Freizeitgestaltung sprechen soll. Ich bin der Auffassung, daß unsere weltanschauliche Grundlage noch einmal ausgerichtet und vor der ganzen Welt bekannt werden soll, gerade weil dieses Europa, dessen Mittelpunkt wir sind, in einer so ungeheuren Gefahr schwebt gegenüber dem Materialismus. (*Kunze:* Aber nicht mit dem Namen „Christliches Abendland"!) Davon habe ich nicht gesprochen.

Sind Sie im großen und ganzen mit einem solchen Programm einverstanden? *(Zustimmung.)*

Sind Sie auch damit einverstanden, daß die Anträge, die auf dem Parteitag eingebracht werden sollen, mindestens drei oder vier Wochen vorher bei der Bundesgeschäftsstelle eingereicht werden müssen? *(Zustimmung.)* Das müssen wir den Landesparteien mitteilen, Herr Heck!

Heck: Es kann sein, daß viele Anträge eingereicht werden, so daß wir mit drei bis vier Wochen nicht auskommen werden. Ich würde sagen sechs Wochen.

Adenauer: Die Sozialdemokraten lassen die Anträge, die nicht passen, einfach unter den Tisch fallen. Die kommen nicht alle zur Abstimmung, sondern nur diejenigen, mit denen der Parteivorstand einverstanden ist.

Krone: Der Parteivorstand kann eigene Anträge stellen und damit andere Anträge überdecken.

Johnen: Sechs Wochen ist besser! Sagen wir, bis zum 1. April. Das ist ein richtiges Datum!

Adenauer: Sagen wir, bis zum 31. März müssen die Anträge eingegangen sein. Damit sind Sie einverstanden? *(Zustimmung.)*

Wir haben noch den Punkt „Verschiedenes" auf der Tagesordnung. (*Johnen:* Ich bin für Streichung dieses Punktes!)

Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, dann darf ich die heutige Sitzung schließen. Wir können wohl in dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß wir einen guten Anfang mit der Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 gemacht haben.

18

Bonn, 7. Februar 1957

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, Dichtel, Eplée, Erhard, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Krone, Kunze, Lensing, Lindrath, Lübke, Meyers, Oberländer, Scharnberg, Stoltenberg, Storch, Frau Weber, Wegmann, Zimmer.

Bericht über die politische Lage. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Frage der Kandidatenaufstellung. Rednereinsatz. Bundesparteitag 1957.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 14.00 Uhr*

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 350–353

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle und freue mich, daß Sie so zahlreich hier erschienen sind. Entschuldigt haben sich:

Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller, dienstliche Gründe; Dr. Hedwig Jochmus, dienstliche Gründe; Bundesminister Lemmer, dienstliche Gründe; Kultusminister Simpfendörfer, dienstliche Gründe; Dr. Hellwig, dienstliche Gründe; Kultusminister Osterloh, Urlaub; Bundesminister Wuermeling, Urlaub; Johnen, krank.

Mein Husten ist ein Raucherkatarrh. Ich will Ihnen sagen, wieso. Ich war am Sonnabend in Berlin auf einer gesellschaftlichen Unterhaltung der Landwirte[1]; hauptsächlich waren es Leute aus der Ostzone. Dort war ein Rauch, wie ich ihn noch

1 Aufenthalt in Berlin vom 1. bis 3. Februar 1957 anläßlich der „Grünen Woche 1957" (TERMINKALENDER).

nicht erlebt habe. Daher habe ich diesen Raucherkatarrh. Wenn man diese „Qualität" genossen hat, merkt man einen großen Unterschied gegenüber dem, was bei uns geraucht wird. Im übrigen aber möchte ich betonen, daß mein Eindruck, den ich gerade bei den Leuten aus der Ostzone gewonnen habe, ausgezeichnet war, und zwar 1. über ihre offenkundige Sympathie für uns und 2. über ihre Schlichtheit und Bescheidenheit. Diese Leute können geradezu vorbildlich sein für uns in der Bundesrepublik.

Bericht über die politische Lage

Adenauer: Ich habe es übernommen, Ihnen einen kurzen Überblick über die politische Lage zu geben, und zwar deswegen kurz, weil nachher noch die Herren Meyers, Krone und Heck über den Stand der Arbeiten in der Partei und in der Fraktion sprechen werden und weil ich den dringenden Wunsch habe, möglichst viel auch von Ihnen zu hören, was bei Ihnen geschieht. Herr Heck hat zu meiner Freude gestern gesagt[2], daß ab 1. Januar ein allgemeines Erwachen, ich will nicht sagen ein deutsches Erwachen, aber ein Erwachen in unserer Partei eingetreten sei. Darüber möchten wir gerne etwas hören.

Sie haben die Bundestagsdebatte der vergangenen Woche gehört oder auch am Fernsehen miterlebt.[3] Ich muß sagen, daß bei dieser Bundestagsdebatte sowohl des ersten Tages, bei der es sich um die Außenpolitik handelte, als auch des zweiten Tages, bei der es sich um die Wehrpolitik handelte, eine völlige Defensive der SPD in Erscheinung getreten ist, wie man das nur ganz selten bisher erlebt hat. Man sah wirklich blasse Gesichter, man sah, wie die Leute verstummten; kurz und gut, es war ein anderes Bild als sonst. Umgekehrt war bei uns wirklich ein Offensivgeist zu spüren, der nicht immer zu spüren ist. Da Sie, wie ich annehme, dieser außenpolitischen Debatte gefolgt sind, kann ich mich auf sehr wenige Worte über die außenpolitische Lage beschränken.

Der Vordere Orient ist nach wie vor ein Gebiet, das Sorge macht, wenn auch der Anschein da ist, daß sich im Laufe der letzten Wochen die Dinge dort stabilisiert haben. Was Ungarn angeht, so wissen Sie, daß Kádár[4] erklärt hat, er habe sich noch nicht in allen Provinzen des Landes durchsetzen können. Was Polen angeht, so sind die Nachrichten darüber zum Teil sehr gefärbt. Von Leuten, die in Polen waren, bekommt man ganz andere Berichte als die, die man in den Zeitungen liest. Die

2 Im sog. CDU-Wahlgremium (vgl. Nr. 17 S. 1164 f.)

3 Am 31. Januar 1957 über die Erklärung der Bundesregierung zu außenpolitischer Lage, Wiedervereinigung, Sicherheitssystemen sowie am 1. Februar 1957 über das Fünfte Nachtragshaushaltsgesetz (betr. Verteidigungsressort) – Sten.Ber. 2.WP Bd.34 S. 10640–10740 und Bd.35 S. 10761–10800.

4 János Kádár (1912–1989), ungarischer Politiker (KP); 1948–1951 Innenminister, 1956–1988 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär (1985) des ZK, 1956–1958 und 1961–1965 zugleich Ministerpräsident.

Kenner Polens sind der Auffassung, daß die Entwicklung in Polen zur Freiheit hin – ich meine jetzt nicht etwa vom Kommunismus, das ist eine zweite Frage und ein zweites Stadium der Entwicklung – unaufhaltsam sei. Wir können nur hoffen, daß sich diese Entwicklung nicht revolutionär, sondern evolutionär vollziehen wird. Polen mit seinen 36 Millionen Einwohnern und an die DDR anstoßend ist natürlich für Sowjetrußland von viel größerer Bedeutung als Ungarn.

Daher würde Sowjetrußland – es gehört keine besondere Weisheit dazu, um das festzustellen –, wenn man ihm die Handhabe dazu böte, in Polen mit Gewalt einzugreifen, dort viel grausamer zupacken und eingreifen, als es in Ungarn eingegriffen hat. Das ist auch der Grund, warum unser Außenministerium die ganze Frage der Herstellung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten, insbesondere zu Polen, mit sehr viel größerer Vorsicht behandeln muß, als das im allgemeinen geschieht. Wir dürfen nichts tun in Polen, was etwa Gomulka[5] nicht für taktisch richtig hielte. Ob etwas taktisch richtig ist, d.h., ob Gomulka gefährdet ist gegenüber Sowjetrußland, das kann er besser entscheiden als wir und insbesondere viel besser als unsere Bierbankpolitiker.

Daher müssen Sie verstehen, wenn wir an diese ganze Frage mit der größten Vorsicht und Behutsamkeit herangehen. Eine blutige Revolte in Polen wäre nicht nur eine Katastrophe für Polen selbst, sondern es würden auch zweifellos dann viele Flüchtlinge von Polen in die DDR kommen, und von der DDR kämen Flüchtlinge zu uns. Aus einem Aufstand in Polen könnte nur zu leicht eine große Katastrophe entstehen, die immer weiter um sich greifen würde. Daher bitte ich Sie, gegenüber Äußerungen in der Presse, insbesondere bei den Sozialdemokraten, die wegen dieser Frage kommen, die Situation klarzulegen, daß wir die Entwicklung in Polen zum Guten hin nicht stören dürfen.

Was allgemein die Entwicklung im Osten angeht, so kann man diese, da die Verhältnisse im einzelnen immer undurchsichtig sind, nur in einer großen Linie überzeugend klarlegen. Sie kennen die traurige wirtschaftliche Lage in der Sowjetzone und in Ungarn, die ja überhaupt erst die ganze Sache ausgelöst hat. Sie wissen auch von der traurigen wirtschaftlichen Lage in Polen. Dort ist diese katastrophale Lage eingetreten, obgleich in Polen das Kolchosensystem, überhaupt das kommunistische System, noch gar nicht in voller Stärke eingeführt worden war. Um wieviel schlimmer wird es in der Sowjetunion aussehen.

Die Lage hat sich für die Sowjetunion auch insofern geändert, als die Satellitenstaaten für sie keine Hilfe, sondern eine Belastung und ein Gefahrenherd sind. Es kommt weiter hinzu die Hilfe Rotchinas durch Tschou En-Lai. Es ist beschämend, daß ein Chinese nach Westeuropa kommen muß – Polen gehört zu Westeuropa –, um dort den Menschen zu erklären, sie sollten und müßten am Kommunismus und

5 Wladyslaw Gomulka (1905–1982), polnischer Politiker (KP); mehrfach in Haft (1932–1934, 1936–1939, 1951–1955), während des „Polnischen Oktober" rehabilitiert, 1956–1970 Erster Sekretär des ZK, 1970 Sturz und 1971 Ausschluß aus dem ZK.

an Moskau festhalten.[6] Aber das wird der Chinese nicht getan haben, ohne sich dafür bezahlen zu lassen von Sowjetrußland. Man kann annehmen, daß die Belastung Sowjetrußlands durch Rotchina, über die früher schon Moskau geklagt hat, inzwischen noch stärker geworden ist. Alles das berechtigt zu der Annahme – die ich auch in Berlin zum Ausdruck gebracht habe[7] –, daß die Lage hinsichtlich der Befreiung der Welt von den bestehenden Spannungen doch besser als je zuvor geworden ist. Vor einem müssen wir uns hüten, nämlich den Machthabern in Sowjetrußland auch nur den kleinen Finger oder die kleinste Möglichkeit zu geben, damit sie nicht zu einer Diversion nach außen kommen. Es liegt ja nur zu nahe, daß ein diktatorisches Regime, wenn es sieht, daß es im Innern nicht weiterkommt, alles auf eine Karte setzt, um zu einer Diversion nach außen zu kommen.

Deswegen müssen wir auch die Frage „Berlin" mit viel größerer Vorsicht und Zurückhaltung behandeln, als das die SPD und andere Fraktionen im Bundestag tun. Man sollte nicht die Russen in Berlin provozieren. In diesem Kreise darf ich sagen, daß die Vertreter der drei Westmächte ausdrücklich gewarnt haben vor solchen Provokationen, vor einem Anrühren an den Viermächtestatus. Dieses Anrühren des Viermächtestatus – ich drücke mich sehr vorsichtig aus – läge sicher vor, wenn man den Berliner Abgeordneten das Recht gäbe, im Bundestag zu stimmen. Daran kann kein Zweifel sein. Ich halte es für leichtfertig – um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen –, daß die SPD mit Berlin geradezu spielt, und zwar aus parteipolitischen Gründen uns gegenüber, gleichgültig, was dann schließlich dabei herauskommt und mit Berlin werden wird. Das halte ich für ein frivoles und leichtfertiges Spiel mit dem Geschick Berlins. Eigentlich sollte man das den Sozialdemokraten einmal im Bundestag – außerhalb des Bundestages wird es sicher im Wahlkampf geschehen – sehr nachdrücklich unter die Nase halten.

Unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist ausgezeichnet. Ich möchte Ihnen das sagen, damit Sie beruhigt sind. Die SPD klagt und weint darüber, daß wir die Vereinigten Staaten so „schlecht" behandeln und daß sich unsere europäische Integrationspolitik eigentlich gegen die Vereinigten Staaten richte. Sie schickt Ollenhauer nach drüben, um klarzulegen, wie treu und brav und gut sie sind.[8] Wenn er sich dort bekehren läßt, soll es mir recht sein, Ihnen hoffentlich auch. Er muß sich aber wirklich bekehren. Und dann muß er auch Buße tun; denn das muß man tun, wenn man gesündigt hat.

Ich habe eben von der Bundestagsdebatte der vergangenen Woche gesprochen. Im Anschluß daran möchte ich etwas über die Presse sagen. Ich glaube, noch niemals hat die als große Presse bekannt deutsche Presse – abgesehen von der „Frankfurter

6 Besuch Tschou En-Lais in Warschau, Budapest und Moskau im Januar 1957. – Erklärungen in AdG 1957 S. 6211f., 6220–6222.

7 Vgl. BULLETIN Nr. 24 vom 5. Februar 1957 S. 209ff.

8 Ollenhauer unternahm im Februar 1957 eine dreiwöchige USA-Reise (Rückkehr 1. März), die ihn innen- wie außenpolitisch aufwerten sollte. Vgl. KLOTZBACH S. 392.

Allgemeinen" – so falsch, so schlecht und so parteiisch über eine Bundestagsdebatte berichtet wie in diesem Fall. Sie hat geschrieben, es habe überhaupt kein Anlaß vorgelegen, über auswärtige Politik zu sprechen. Nach der Bundestagsdebatte fuhr ich sofort nach Berlin. Dort habe ich auch – abgesehen von wenigen Fällen – in den Berliner Zeitungen genau dasselbe feststellen müssen. Diese Presse versuchte, die hundertprozentige Niederlage der SPD bei dieser Debatte dadurch zu vertuschen, daß sie schrieb, die CDU habe Wahlkampfgeschichten und überflüssige Debatten gemacht. Daraus geht hervor, wie parteiisch diese Presse ist.

Wir müssen einmal im engeren Vorstand prüfen, wie wir dafür sorgen können, daß bei besonderen Ereignissen die uns zugehörige oder befreundete Presse mit echten Schilderungen über die wirklichen Vorgänge versehen wird. Von dpa usw. wird sie auch nicht richtig unterrichtet. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Verzeichnis der CDU- und CSU-Leute zu sprechen kommen, die in die verschiedenen Rundfunkorgane gewählt sind. (*Zurufe:* Das Verzeichnis haben wir!) Sie sollen es nicht nur lesen, sondern Sie sollten sich auch, wo es nötig ist, die Herrschaften einmal energisch vorknöpfen; aber mit aller Energie! Ich werde Ihnen auch noch ein Verzeichnis – erinnern Sie mich bitte daran, Herr Heck – zugehen lassen über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bei dpa, in dem unsere Leute sogar die Mehrheit haben. *(Hört-Hört-Rufe.)* Aber man merkt nichts davon! Ich muß Ihnen folgendes sagen: Ich habe vor einigen Wochen auf einer Sitzung in Düsseldorf, die dort für die Bundestagsabgeordneten abgehalten wurde[9], zu dem Thema „Rundfunk" gesprochen und dabei von dem Vertreter Nordrhein-Westfalens im Rundfunkrat[10], der uns angehört, eine derart faule Antwort bekommen – um mich nicht schärfer auszudrücken –, die ich nicht erwartet hätte; denn wenn gesagt wurde, wir tun, was wir können – ohne daß man überhaupt einen Erfolg sieht –, so heißt das nichts.

Ich möchte daher die Landesvorsitzenden dringend bitten, die von uns in die verschiedenen Gremien entsandten Herren sehr ernstlich darauf aufmerksam zu machen, warum sie dorthin entsandt worden sind. Es heißt auch nichts, wenn man als Antwort bekommt: Wir haben aber keine Mehrheit. Eine Minderheit kann einer Mehrheit sehr unbequem werden. Das wissen Sie genauso wie ich. Die Minderheit muß sich wehren. Endlich möchte ich Sie bitten, weil Rundfunk und Fernsehen sehr wichtig sein werden im Wahlkampf, auch dafür zu sorgen, daß bei wirklichen Entgleisungen – die ja vorkommen – genügend entsprechende Zuschriften aus dem Hörerkreis kommen. Darauf hört man am meisten. Es wird sogar eine genaue Kartothek darüber geführt, wie gewisse Sendungen bei der Hörerschaft ankommen. Aber wenn sich keiner regt,

9 Am 4. Januar 1957.

10 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), Mitgründer der CDU Westfalen, 1946–1947 und 1950–1971 MdL NW, 1946–1950 Vorsitzender der JU Westfalen, 1949–1950 Bundesvorsitzender der JU, 1958–1962 Innenminister NW, 1959–1971 Vorsitzender der CDU Westfalen, 1966–1969 Vorsitzender des Präsidiums der CDU NW, 1962–1966 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU.

bekommt man bei Beschwerden – von deren Standpunkt aus verständlich – die Antwort: Was wollen Sie eigentlich? Kein Mensch hat sich darüber beschwert. Ich möchte Sie daher bitten, auch bei Ihren Geschäftsstellen irgendwie eine Einrichtung zu treffen, die dafür sorgt, daß sich das empörte Publikum, das ja vorhanden ist, aus sich heraus meldet, um auf diese Weise uns ein wenig zu helfen.

Ich komme zur Innenpolitik! Das wichtigste Ereignis in diesem Jahr war die Rückkehr der Saar am 1. Januar 1957. Zu der Frage, wer hat das Verdienst daran, möchte ich nicht viel sagen, sondern zu Ihrer Aufklärung nur eines mitteilen. Die freie Abstimmung an der Saar, die ich damals mit Mendès-France in Paris ausgehandelt habe, konnte nicht erreicht werden unter dem Gesichtspunkt: Die Saar soll nunmehr frei entscheiden, was sie überhaupt tun will. Eine freie Abstimmung konnte nur so ausgehandelt werden, wie sie ausgehandelt worden ist. Es ist das Verdienst der damaligen französischen Regierung, daß sie, nachdem eine solche Abstimmung, die ganz gegen ihr Erwarten kam, erfolgt ist, die Konsequenzen gezogen hat.

Nun ist eine Befragung darüber erfolgt, wer das Hauptverdienst daran trage. Ich habe das Ergebnis nicht zur Hand, aber mir ist eine Zahl, die sehr nett ist, im Gedächtnis geblieben, nämlich jene, daß von den Befragten nur 3 % gesagt haben: die SPD. Vox populi, vox Dei! Das ist nicht immer richtig, aber wenn es paßt, ist es ein sehr gutes Sprichwort. Deswegen möchte ich das Sprichwort auch hier zitieren. Daß etwas Wahres an diesem Sprichwort ist, können Sie daraus ersehen, daß die Sozialdemokratie zu diesem ganzen Ereignis außerordentlich wenig gesagt hat.

Was mich aber wirklich erstaunt hat, ist die Tatsache, daß das gesamte Deutschland gegenüber diesem Ereignis relativ sehr stark teilnahmslos geblieben ist. Wenn ich daran denke, welche Debatten wir im Bundestag, namentlich im ersten Bundestag darüber gehabt haben, dann hätte man glauben sollen, die ganze Bundesrepublik wäre bei der Befreiung in ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen gekleidet gewesen, alle Schulen hätten frei bekommen und überall wären Feiern gewesen, weil nunmehr die Saar zurückgekehrt ist. Aber fast teilnahmslos – abgesehen von Rheinland-Pfalz – ist dieses Ereignis von der Bevölkerung mehr oder weniger als selbstverständlich aufgenommen worden.

Daraus bitte ich folgendes zu entnehmen und zu ersehen: Unsere Bevölkerung verlangt, daß ihr gesagt wird, was gut ist. Sie empfindet es nicht so direkt. Daher müssen wir in unserer Wahlpropaganda die Saarfrage besonders hervorheben als wirklich ersten Schritt zu einer Wiedervereinigung. Wir müssen in der Wahlpropaganda, ohne in Nationalismus zu machen, unser Volk sehr nachdrücklich auf diesen Erfolg unserer Politik hinweisen. Auf die Saar komme ich noch zurück, wenn ich über die Lage der Parteien sprechen werde. Ich muß aber schon von vornherein gestehen, daß die Entwicklung der Parteien-Verhältnisse an der Saar dazu angetan ist, uns sehr schwere Sorgen zu machen.

Als zweites sehr wichtiges Ereignis auf dem Gebiete der Innenpolitik möchte ich hervorheben den völlig reibungslos sich vollziehenden Wiederaufbau der Wehrmacht. Wir alle waren wohl freudig erstaunt darüber, daß sich die Musterungen so glatt

abgespielt haben und daß an der Spitze in der Reibungslosigkeit stand – wenigstens nach Zeitungsberichten – der Bezirk St. Pauli von Hamburg. Wenn das vielleicht auch von Hamburg oder von der „Welt"[11], die es schrieb, absichtlich hervorgehoben wurde – was ich nicht beurteilen kann –, so können wir doch feststellen, daß die ganze Musterung sich sehr reibungslos vollzogen hat und nur sehr wenig Kriegsdienstverweigerer – unter 1 % – aufgetreten sind. Nichtsdestoweniger machen die Kriegsdienstverweigerer jetzt wieder große Geschichten. Sie nennen sich jetzt nicht mehr Kriegsdienstverweigerer, sondern anders. Ich habe das Blatt, das ich heute bekommen habe, oben. (*Meyers:* Liga der Wehrdienstgegner!) Ja, so ähnlich. Das klingt vornehmer und hat nicht mehr das Odium der Vergangenheit an sich, weil sie zweimal mit der Sozialdemokratie mit der „Ohne-mich-Parole" hereingefallen sind. Der Aufbau der Wehrmacht vollzieht sich reibungslos. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Ernennung des Generals Speidel zu diesem Posten innerhalb der NATO[12] ein sichtbares Zeichen dafür ist, daß die Bundesrepublik nunmehr als gleichberechtigtes Mitglied innerhalb der westlichen Verteidigungsgemeinschaft steht.

Ich habe eben gesagt, unser Verhältnis zu den USA sei sehr gut. Es hatte eine Zeitlang darunter gelitten, daß wir im Aufbau unserer Wehrmacht nicht entsprechend vorangekommen sind. Es hatten sich nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten Stimmen geltend gemacht, die gesagt haben, die Deutschen wollen am Frieden in der Welt – der aber nur ein gerüsteter Friede sein kann – profitieren, jedoch nichts zur Rüstung beitragen, sondern sie wollen Geld verdienen. Ganz abgesehen davon, daß das sehr häßlich wäre, möchte ich Ihnen das eine aus vollster Überzeugung sagen: Ein Staat hat im außenpolitischen Raum so viel Geltung, wie er auch in der Lage ist, seine Kraft zu zeigen. Ein Staat – ich wiederhole jetzt wörtlich ein Wort, das mir mal Herr Dulles gesagt hat –, der keine Wehrmacht besitzt, das gilt auch für die Neutralisierungsidee, ist bestenfalls ein Protektorat, aber kein Staat.

Ich bitte Sie, wenn über Wehrmachtfragen gesprochen wird, auch daran zu denken, daß das Bestehen einer bewaffneten Macht eines Staates diesem Staat nicht nur bei kriegerischen Auseinandersetzungen – die, so Gott will, nicht kommen werden – und bei der Erhaltung des Friedens durch Abschreckung hilft, sondern auch zur Unterstützung der gesamten Außenpolitik dient.

Ich bekomme soeben das Blatt über die Kriegsdienstverweigerer. Es heißt jetzt: „Die Liga – Informationsdienst für Wehrdienstgegner". Diesem Kapitel werden wir unsere Aufmerksamkeit nach wie vor widmen müssen.

---

11 Mit der Musterung von 100.000 Wehrpflichtigen wurde am 21. Januar begonnen (Bericht in der „Welt" nicht zu ermitteln).

12 Am 16. Januar 1957 Ernennung zum Kommandeur der Landstreitkräfte in Zentraleuropa.

Eine Großtat unseres Parlaments und der Bundesregierung war die Verabschiedung des Rentengesetzes.[13] Ich habe im persönlichen Gespräch mit Sozialdemokraten, nun, ich will nicht sagen traurige, aber doch resignierende Bemerkungen darüber gehört, daß uns das noch vor der Wahl gelungen ist. Natürlich habe ich darauf geantwortet – und ich nehme an, daß Sie entsprechend antworten werden, wenn Ihnen das vorgehalten wird –: Wir arbeiten seit mehreren Jahren daran. Es ist selbstverständlich, daß wir nunmehr vor der Wahl nicht den Torso liegenlassen. Das ist doch ganz klar. Ich habe weiter gesagt, wenn wir Geld bewilligen für die Ausrüstung, dann wollen wir auch Geld bewilligen für die Versorgung der Rentner.

Wir im Parteivorstand sind verpflichtet, die Arbeit unserer Fraktion auf diesem Gebiet anzuerkennen. Ich habe schon in einer früheren Sitzung insbesondere Herrn Horn erwähnt. Wir danken auch dem Herrn Kollegen Storch dafür. Wir danken der gesamten Fraktion dafür, auch unter folgendem Gesichtspunkt: Diese Frage der Ordnung des Rentenwesens löste naturgemäß einen heftigen Streit und starke Gegensätze zunächst aus. Ich will diese Gegensätze nicht charakterisieren. Es liegt dies in der Natur der Sache. Aber die Kraft des inneren Zusammenhalts unserer Fraktion müssen wir mit großer Hochachtung und mit großer Freude anerkennen, weil sie es fertiggebracht hat, in dieser so schwierigen Materie eine geschlossene Haltung zu zeigen in der gesamten Abstimmung. Diese vorbildliche Haltung unserer Fraktion und diese Einigkeit, die sie gezeigt hat, geben mir Veranlassung, Sie zu bitten, daß auch die Partei diese Geschlossenheit und diese Einigkeit in den wichtigen Fragen zeigt, die bis zur Wahl zur Diskussion stehen.

Diese Einigkeit der Partei ist in der letzten Zeit in zwei Punkten empfindlich gestört worden. Ich habe heute ein Telegramm bekommen von Herrn Keudell:

„Im Auftrage des Bundesvertriebenenausschusses spreche ich die verehrungsvolle Bitte aus, eine offizielle Mißbilligung der Sievekingschen Rede[14] herbeiführen zu wollen."

Ich habe weiter von einer Reihe von Mitgliedern der CDU Zuschriften bekommen, in denen ich darauf hingewiesen werde, man möchte doch dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier nahelegen, keine Reden über eine schwarz-rote Koalition zu halten.[15] (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es ist wohl klar, daß man in diesem Kreise nicht

13 Am 21. Januar 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.34 S. 10598f., 10637). – Der Bundesrat stimmte am 8. Februar zu: Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter vom 23. Februar 1957 (BGBl I S. 45) sowie der Angestellten vom 23. Februar 1957 (BGBl I S. 88).

14 Vortrag vor der Vereinigung „Die auswärtige Presse" am 21. Januar 1957 in Hamburg, in dem Sieveking sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und eine Berücksichtigung der nach 1945 entstandenen Fakten ausgesprochen hatte (FAZ vom 22. Januar 1957; vgl. auch KATHER 2 S. 114ff.).

15 Bezug: Presseberichte über Gespräche zwischen Richard Jaeger, Fritz Erler, Eugen Gerstenmaier und Erwin Schoettle über die Möglichkeit einer CDU/SPD-Koalition ohne Adenauer nach der Bundestagswahl (vgl. „Neue Rheinzeitung" vom 18. September 1956) sowie

auf Einzelheiten eingehen soll und darf, zumal der Herr Gerstenmaier, soviel ich sehe, nicht anwesend ist, aber ich richte doch die dringende und herzliche Bitte an alle, ich wiederhole, an alle, während der nächsten Monate sehr oft daran zu denken, daß nichts mehr Mut dem Gegner gibt und daß nichts unsere eigenen Anhänger so enttäuscht, als wenn bei uns in wichtigen Fragen Differenzen auftreten. Und selbst wenn ich einmal glaube, ich hätte einen besonders guten Gedanken – ein Gedanke, der abweicht von der allgemeinen Linie –, dann kann es sein, daß der Gedanke in der Tat gut ist, aber er wird dadurch nicht schlechter, daß ich ihn einmal neun Monate beiseite lege. Darum möchte ich Sie herzlich bitten, in der Partei in allen wichtigen Fragen dieselbe Einigkeit und Geschlossenheit zu zeigen, wie sie unsere Bundestagsfraktion namentlich in der Frage der Ordnung des Rentenwesens gezeigt hat. Sie werden alle mit mir darin übereinstimmen, daß das eine wesentliche Voraussetzung ist, um zum Siege zu gelangen.

Wenn wir im vergangenen Jahre eine Zeitlang eine Flaute erlebt haben, die bis zum Ende des Jahres andauerte – denn diese psychologischen Wirkungen auf die großen Volksmassen treten nur langsam [auf], und sie ebben auch nur langsam wieder ab –, dann lag das zum großen Teil daran, daß einmal das Bundeskabinett zerrissen oder voll von Gegensätzen erschien; aber auch die Partei. Wenn ich mir demgegenüber vorstelle, welche Disziplin die SPD gezeigt hat, dann meine ich, wir müßten dieser Disziplin der SPD, die mehr erzwungen wird, eine freiwillige Selbstdisziplin gegenüberstellen, die genauso stark ist wie die erzwungene Disziplin der SPD.

Die Lage der Partei! Es wird heute nachmittag im Bundestag über die Anträge der SPD, der DP und des BHE wegen einer Änderung des Wahlgesetzes bezüglich der 5%-Klausel beraten werden.[16] Unsere Fraktion im Bundestag wird geschlossen gegen eine Änderung sein. Ferner werden geschlossen dagegen sein die FVP und die FDP. Ich sehe erstaunte Gesichter, aber ich habe darüber nicht mit der FDP verhandelt, sondern das ergab sich aus der Lage der FDP ganz von selbst.

Ich möchte hier eine kurze Bemerkung über einen Besuch einschieben, den Herr Maier mir gemacht hat.[17] Ich las heute, daß er mit dem Bundespräsidenten ein politisches Gespräch geführt hat. Der Besuch, den er mir gemacht hat, war nicht im entferntesten mit politischen Dingen verknüpft; er hat erklärt, daß er vollkommen neutral sei. (*Gurk:* Oho! Ich habe kein Vertrauen!) Aber Herr Gurk, wer sagt denn, daß ich ihm traue? Sie wissen doch gar nicht, was kommt. Seien Sie doch nicht

---

Überlegungen Gerstenmaiers über einen Zug zum Zweiparteiensystem (Rede am 24. Januar 1957 in Karlsruhe, eigenhändiges Ms. in NL Gerstenmaier ACDP I-210-069/2). Vgl. auch „Badische Volkszeitung" vom 25. Januar 1957: „Ich gehöre nicht zu jenen, die unter allen Umständen in einer 'schwarz-roten' Koalition ein nationales Unglück sehen" (Schreiben Gerstenmaiers an Adenauer vom 29. Januar 1957 in ACDP VII-002-AO 280).

16 Diese Fraktionen strebten eine Abmilderung der 5%-Klausel an (BT-Drs. 3027 vom 15. Dezember 1956 und 3097 vom 15. Januar 1957 – vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.35 S. 10881–10891).

17 Am 5. Februar 1957.

so hitzig, Sie haben doch auch die jüngste Jugend hinter sich. Jetzt muß ich etwas sagen, was ich sonst nicht gesagt hätte. Herr Maier beklagte sich bei mir darüber – und wenn das wahr ist, was er gesagt hat, dann hätte er sich mit Recht beklagt –, daß nämlich in Baden-Württemberg unter Plakate, die seinen Kopf zeigen, Streifen mit den Worten „Handlanger Moskaus" geklebt worden seien. (*Dichtel:* Wo war das?) In Baden-Württemberg; wo genau, weiß ich nicht. Ich habe ihn nicht so intensiv danach gefragt. Aber es ist Ihr alter Landesvater. Sie können sich ja mit ihm unterhalten. Ich muß wiederholen: Wenn das wahr ist und wenn es von uns veranlaßt worden ist, dann wäre das höchst bedauerlich. (*Dichtel:* Nicht von uns!) So etwas sollte man nicht tun. Man muß immer nobel bleiben, auch bei einem politischen Gegner. (*Dichtel:* Davon ist uns nichts bekannt!)

Also, die 5%-Klausel wird bleiben. Wenn es heute nachmittag im Bundestag zu Differenzen kommen sollte, werden Sie erleben, daß es sich lediglich um die Frage handeln wird, ob die Gesetzentwürfe, die von den Initiatoren vorgelegt worden sind, einer Ausschußberatung unterzogen werden sollen oder nicht. Das ist die Frage, über die Gegensätze bestehen.

Ehe ich auf das Hauptproblem „Parteigegensätze" komme, möchte ich einige Randprobleme berühren. Ich habe eben von der Saar gesprochen. Ich darf nochmals betonen, daß die Entwicklung an der Saar dazu angetan ist, uns mit großen Sorgen zu erfüllen. Wer irgendwie Einfluß ausüben kann an der Saar, der möge ihn dahingehend ausüben, daß nun endlich einmal ein Strich gemacht wird unter die Vergangenheit und daß jeder erkennen muß, daß nicht das Wichtigste in der Welt persönliche Krakeelereien von Leuten untereinander sind, die beide behaupten, auf christlichem Boden zu stehen, sondern daß das Wichtigste ist, für die christliche Sache auch wirklich zu arbeiten. Man sollte kein Blatt vor den Mund nehmen und den Leuten – mag das ein CVP-Mann oder ein CDU-Mann an der Saar sein – sagen, daß das keine kluge und gute Politik ist, wenn man sich so verhält. Leider sieht es z.Z. nicht so aus, als ob die Wahrheit dort schnell heraufdämmern würde. Ich gebe aber die Hoffnung und das Vertrauen in die Vernunft nicht auf.

Über die FDP habe ich kurz gesprochen. Lassen Sie mich nur noch sagen, daß Herr Maier – Sie werden seine Rede nicht so gelesen haben, wie ich sie lesen mußte – sowohl in seiner Berliner Rede wie in seiner hiesigen Pressekonferenz sehr oft bestrebt gewesen ist zu zeigen, daß er sich alles offenhält.[18] Er hat unterschieden zwischen dem Wahlkampf und dem, was nach der Wahl geschieht. Er sagte: Wir gehen allein in den Wahlkampf. Was später kommen wird, das wird sich finden. Es ist nach meiner Kenntnis der Dinge bei der FDP so, daß die Meinungen innerhalb der FDP darüber sehr geteilt sind, was sie tun soll, ob sie sich der CDU-Regierung anschließen oder ob sie der SPD, wenn ihre Stimmen das möglich machen, aufs Pferd helfen soll. Daraus

18 Auf dem 8. Parteitag der FDP vom 24. bis 26. Januar in Berlin, auf dem Maier zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war (vgl. FAZ vom 25. Januar 1957); MENDE: Freiheit S. 382–385; zur Pressekonferenz vgl. FAZ vom 6. Februar 1957.

folgt für uns bis auf weiteres, weder zu schimpfen hier noch zu schimpfen da, sondern die Dinge ruhig zu beobachten. Wir werden es jedenfalls mit großer Sorgfalt tun.

Sehr eigenartig sind z.Z. die Verhältnisse in Niedersachsen. Ich nehme an, daß Herr Hellwege, der heute nach Bonn kommt, (*Wegmann:* Ist gestern abend schon gekommen!) mich heute oder morgen aufsuchen wird. Es kann sein, daß man dann größere Klarheit bekommt. Herr Wegmann, solange ich Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war, hat mir die CDU in Niedersachsen auch sehr viele Sorgen gemacht, weil ich dort vieles nicht verstanden habe. Das gilt anscheinend von den Parteien in Niedersachsen überhaupt. (*Fricke:* Es ist bei uns besser geworden!) Darf ich daraus entnehmen, daß Sie sich zu einer Landespartei allmählich zusammenschließen? Es scheint eine gewisse Geneigtheit, wie aus dem Schweigen zu entnehmen ist, dafür vorhanden zu sein.

Ich komme zurück auf die Deutsche Partei. Man sieht nicht klar. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß gestern abend in einer Koalitionsbesprechung die Vertreter der FVP, die mit der Deutschen Partei eng zusammengerückt ist, erklärt haben, daß sie bis gestern abend 7 Uhr von den ganzen Verhandlungen, die Herr Hellwege geführt hat, nichts wüßten. Mir haben am vergangenen Freitag die Herren von der FVP – in Gegenwart von Fraktionsmitgliedern der Deutschen Partei – erklärt, daß sie, je nachdem die Verhandlungen geführt würden, gezwungen seien, die Verbindung mit der Deutschen Partei wieder zu lösen.[19]

Was gestern in der „Welt" stand, daß Herr Baumgartner durch einen Bundesminister mir das und das hätte mitteilen lassen, ist von Anfang bis zum Ende frei erfunden.[20] Diese ganze Geschichte ist also merkwürdig unklar. Wir wollen uns heute nicht damit aufhalten. Wir werden aber unsere Parteifreunde, sobald man hier etwas hört, ins Bild setzen. Daher werden wir sehr bald wieder zusammenkommen müssen, um die ganze Sache zu besprechen. Was bisher zwischen der DP und der Bayernpartei beabsichtigt war, würde möglicherweise, ja sogar wahrscheinlich zur Folge gehabt haben, daß vom Bundesverfassungsgericht sämtliche Stimmen, auch die der Deutschen Partei, kassiert worden wären. Dann würden Deutsche Partei und Bayernpartei keinen einzigen Bundestagsabgeordneten mehr haben. Man scheint also da etwas merkwürdig unorientiert über die rechtlichen Verhältnisse vorgegangen zu sein. Wir werden uns, Herr Wegmann und Herr Fricke, gegenseitig auf dem laufenden halten.

---

19 Adenauer hatte Hellwege am 1. Februar 1957 ultimativ aufgefordert, bis zum 4. Februar 1957 über die Verhandlungen zwischen DP und BP für eine Wahlabsprache zu berichten. Hellwege zeigte sich in seiner Antwort verwundert darüber, daß seine Kontakte eine Regierungskrise auslösen würden (NL von Merkatz ACDP I-148-091/2; „Die Welt" vom 6. Februar 1957). – Material über Fusionsverhandlungen zwischen DP und Bayernpartei in NL Kalinke ACDP I-026-003/5.

20 Artikel „BP bleibt in der Koalition". Gemeint ist die bayerische Koalition von SPD, FDP, BHE und BP, die von deren Kontakten zur DP nicht berührt wurde (vgl. dazu UNGER S. 196–200, hier S. 198).

Nun komme ich zur Hauptsache, das ist die SPD. Ich habe hier einige Notizen aus SPD-Kreisen.[21] Ich nehme an, daß sie im großen und ganzen zutreffend sind. Sie wollen, daß der Wahlkampf mit dem Schwergewicht gegen die CDU/CSU geführt wird. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie das tun werden. Ich würde es auch tun. Die SPD ist die stärkste Gegnerin unserer bisherigen Politik, die wir auch weiter fortführen wollen. Unsere Politik ist auf allen Gebieten erfolgreich gewesen. Das möchte ich sehr nachdrücklich betonen. Ich werde es noch nachdrücklicher betonen, wenn wir dazu übergehen, die Richtlinien für die Propaganda miteinander zu besprechen. Wir dürfen es uns im Interesse Deutschlands unter keinen Umständen gefallen lassen, daß nunmehr einfach alles auf den Kopf gestellt wird.

Die Wahl in diesem Jahre ist auch deshalb so bedeutungsvoll, weil die Landtagswahlen in den beiden größten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern[22] in einem engen Zusammenhang mit dem Ausgang der Bundestagswahl stehen. Wenn wir aus der Bundestagswahl nicht siegreich hervorgehen, dann ist es in hohem Maße unwahrscheinlich, daß es uns gelingen wird, diese Landtagswahlen zu gewinnen. Daher erfordert die Bundestagswahl in diesem Jahre erst recht den Einsatz unserer ganzen Kraft.

Ich komme zurück zu der Unterhaltung der Sozialdemokraten hinsichtlich des Wahlkampfes. Sie wollen an die Spitze stellen die innenpolitischen Probleme, insbesondere die Preise und Löhne. Sie wollen, auch wenn die CDU sich bemüht, anders zu verfahren, die Außenpolitik möglichst zurückstellen. Daß für uns die Preise und Löhne eine große Bedeutung haben, ist ganz klar. Vielleicht werden die Herren Kollegen Erhard und Lübke im Laufe der Debatte etwas dazu sagen. Daß die Außenpolitik, die das Ganze doch trägt, von der fundamentalsten Bedeutung ist, das ist auch klar. Daß wir da der Sozialdemokratie keinen Pardon geben können, ist wohl auch klar. Die SPD sagt weiter:

„In der Bundestagssitzung vom 31. Januar und 1. Februar werde die CDU bemüht sein, die SPD in die Defensive zu drängen."

Das ist ihr auch gelungen.

„Die SPD müsse ihre eigenen Vorstellungen offensiv entwickeln und bis zur Bundestagswahl durchhalten."

Das ist ihr nicht gelungen. Nichts war von eigenen Vorstellungen zu hören.

„Die anglo-französische Europapolitik sei von antiamerikanischen Ressentiments getragen. Obgleich die SPD immer gegen die Amerikanisierung Europas eingetreten sei, werde sie sich einem antiamerikanischen Komplex in den Beziehungen der Westeuropäischen Union zu den USA widersetzen."

Das ist geradezu „herrlich". Wenn einer so etwas vor vier Jahren gesagt hätte, würde man ihn ausgelacht haben, daß sie, ausgerechnet die Sozialdemokratie, bei

21 Vgl. zum Wahlkampfkonzept der SPD KLOTZBACH S. 391–398. Adenauer bezieht sich vermutlich auf die Sitzung des SPD-Parteivorstands vom 22./23. Januar 1957.

22 Am 6. Juli 1958 bzw. am 11. November 1958.

uns zum Schutze Amerikas eintrete gegenüber unseren antiamerikanischen Absichten. Gestern hörte ich vom Herrn Kollegen Krone, daß man in Amerika davon spricht, es scheine fast, als ob der deutsche Wahlkampf auf amerikanischem Boden ausgetragen werde.

„Die beiden wehrpolitischen Blöcke befinden sich in zunehmender Auflösung. Die militärische Blockpolitik der Bundesregierung nützt daher nicht der deutschen, sondern nur der Sicherheit der anderen. Einziger Ausweg: umfassendes Sicherheitssystem unter Einschluß des wiedervereinigten Deutschlands."

Das kennen wir alle. Wir werden uns noch gesondert darüber unterhalten, wenn wir das Material bekommen. Jetzt kommt ein wunderbarer Satz. Deshalb lese ich ihn vor:

„Die Deutschlandfrage vor die UNO bringen bedeutet, neue moralische Kritik an Moskau ausüben."

Das ist auch „wundervoll", um Gottes willen keine moralische Kritik an Moskau üben. Das andere sind Einzelheiten.

„Sie sprechen von einer zweiten industriellen Revolution. Die CDU werde den Sicherheitsfaktor propagandistisch sehr stark herausstellen und damit einer tatsächlichen Grundstimmung im Volk entgegenkommen."

Hier ergibt sich die Möglichkeit, die SPD festzulegen und in die Defensive zu bringen; denn sie haben uns die Parole von 1953 geklaut, nämlich: Sicherheit für alle.[23]

Offenbar haben verschiedene Gespräche mit Herren von der FDP stattgefunden, und zwar mit Herren, die die Koalition mit der SPD wollen. Es wird gesagt, es gäbe aber auch Leute da, die nicht dafür seien. Daher:

„Beibehaltung der Erklärungen des Münchener Parteitages, wonach die SPD jede Partei unterstützen wird, die gegen Adenauer auftritt."

Ich hätte nie in meinem Leben daran gedacht, daß ich jemals eine solche Wahlfigur sein würde. Jede Partei wird unterstützt, die gegen mich ist! Es heißt weiter:

„Im BHE seien verschiedene Strömungen, aber der größere Teil – das ist mir sehr interessant – des BHE sei für ein Zusammengehen mit der CDU, der kleinere Teil für ein Zusammengehen mit der SPD. Die Heinemann-Partei (GVP) habe ganz offiziell beim sozialdemokratischen Parteivorstand um Überlassung von drei Mandaten nachgesucht. Der Parteivorstand könne aber einer derartigen Überlassung nur in einem Bundesland zustimmen; man müsse im Einzelfall überlegen, was gemacht werden könne."

Ich muß das mit Vorsicht verlesen, damit nicht die Quelle verraten wird. Das werden Sie verstehen.

---

23 Das Wahlkampfmotto sollte lauten: „Sicherheit für alle durch friedliche Wiedervereinigung, soziale Gerechtigkeit und geistige Freiheit" (KLOTZBACH S. 391; über Koalitionsüberlegungen EBD. S. 389f.).

„Dann will die SPD, wenn möglich – aber der Punkt ist umstritten – vor der Wahl keiner kleineren Partei absolut verpflichtende Zusicherungen machen, d.h. wohl Verpflichtungen, aber keine absoluten.

Sie will keinen Parteitag abhalten, sondern nur eine repräsentative Sitzung des Parteivorstandes und anschließend eine Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle veranstalten, voraussichtlich im Juni dieses Jahres."[24]

Die SPD hat im Jahre 1956 um 41.800 neue Parteimitglieder zugenommen. Sie hat nicht angegeben, wieviel Parteimitglieder etwa ausgetreten sind. Das tut keine Partei. Das würden wir auch nicht tun. Dann hat sich ein Teil der SPD-Vertreter nachdrücklich dagegen ausgesprochen, daß man die Kriegsdienstverweigerung zu einem zentralen Punkt des Wahlprogramms machen soll. Das würde schlecht ausgehen. Dann möchte die Fraktion – das wird Sie, Herr Krone, interessieren – im Bundestag alles tun, um den Zeitplan der CDU durcheinanderzubringen.

Man ist sich darüber klar, daß sich die Rentenreform für die eigenen Zwecke nur sehr schwer auswirken wird. Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Sie ersehen daraus die sozialdemokratischen Absichten und Ansichten. Es ist nötig, daß ich Ihnen das mitteile, damit Sie einen Einblick in die ganze Lage bekommen.

Nun komme ich zu der Frage: Wie wird wohl nach menschlichem Ermessen das Wahlergebnis sein? Wir sind – darin stimmen wir wohl alle überein – wieder in einer aufsteigenden Linie. Es besteht wohl auch kein Zweifel daran, daß wir dann, wenn wir fortfahren zu arbeiten, nochmals zu arbeiten und zum dritten Male zu arbeiten, wenn wir ein Bild der Einigkeit und Geschlossenheit bieten und wenn wir in der ganzen Wahltaktik klug verfahren, alle Aussichten haben, die Sozialdemokratie erheblich zu überflügeln; ob wir die absolute Mehrheit erringen werden, kann natürlich kein Mensch vorhersagen. Das hängt von vielen Zufälligkeiten ab. Unser Ziel muß es aber bleiben. Wir müssen uns in diesem Kreise darüber klar sein, daß man bei uns in Deutschland niemals vorhersagen kann, man werde ein solches Ziel bestimmt erreichen.

Aus alledem folgt, daß wir bei der Regierungsbildung, auch bei einem sehr günstigen Ausgang der Wahl für uns, andere Parteien nötig haben. Weiter geht aus der ganzen Situation hervor, daß wir möglichst zeitig versuchen müssen, andere kleinere Parteien entweder an uns zu binden oder jedenfalls eine Atmosphäre zu ihnen herzustellen, die späteren Verhandlungen günstig ist. Nun sind in unserer Gemeinschaft die Deutsche Partei und der Teil der FDP, der sich abgesplittert hat und sich Freie Volkspartei nennt. Daß man diesen Parteien, mit denen wir jetzt siebeneinhalb Jahre lang zusammengearbeitet haben, die Treue wahrt, ist wohl eine Selbstverständlichkeit, und ich glaube, es empfiehlt sich auch – wie überall im Leben –, daß der Stärkere und Größere gegenüber dem Kleinen entgegenkommend ist. Eine gewisse Schwierigkeit bietet sich für unsere Haltung gegenüber dem BHE.

---

24 Wahlkongreß am 16. Juni 1957 mit Verabschiedung des Wahlprogramms (Jahrbuch der SPD 1956/57 S. 226f.).

Es taucht zunächst die Frage auf: Wird der BHE, auch wenn die 5%-Klausel unangetastet bleibt, im neuen Bundestag erscheinen? Es gibt für ihn zwei Möglichkeiten, einmal, daß er die 5%-Klausel überspringt, und zum andern, daß er mit Hilfe einer anderen Partei drei direkte Sitze bekommt. Was die Frage der Überspringung der 5%-Klausel angeht, so kann das niemand prophezeien, aber mit der Aussicht, daß der BHE die 5%-Klausel übersteigen wird, muß man unbedingt rechnen, und zwar auch deswegen, weil die aus Polen und der Sowjetzone kommenden neuen Leute in der Regel zuerst zu der Partei gehen, die diesen Namen trägt, und hier schon Leute sind, die sie näher kennen. Hier folge ich einem Wort von Herrn Kollegen Oberländer, der die Verhältnisse am besten beurteilen kann.

Man muß also unbedingt mit der Möglichkeit rechnen, daß der BHE aus eigener Kraft die 5%-Klausel überspringen wird. Man muß natürlich auch damit rechnen, daß dem BHE von der SPD oder von der CDU/CSU geholfen wird, um drei Sitze zu erreichen. Damit werden für den BHE gegenüber der Partei, die ihm hilft, Verpflichtungen verbunden sein. Der BHE wünscht am liebsten keine Verpflichtung, und zwar aus folgendem, von seinem Standpunkt aus erklärlichen Grund. Er sagt: Bei uns sind Leute, die zu den Sozialisten neigen, und Leute, die zur CDU neigen. Wenn wir uns gegenüber den Sozialisten verpflichten, drei Mandate von ihnen zu nehmen, laufen wir Gefahr, daß wir einen Teil unserer Wähler direkt an die CDU verlieren. Wenn wir mit der CDU ein solches Geschäft machen, laufen wir Gefahr, daß die nach links gerichteten Kräfte zu den Sozialisten übergehen. Das ist das Dilemma, in dem sich der BHE befindet, das man sehr klar erkennen muß.

Für die CDU kommt noch ein besonderer Aspekt hinzu, das sind die früheren Mitglieder des BHE, die zu uns übergetreten sind. Man kann über diese Frage hier nicht im einzelnen sprechen. Die Gefahr, daß irgend etwas, wenn auch nicht mit bösem Willen, nach draußen kommt, ist zu groß. Wir müssen also über diese Frage in einem kleinen Kreis, sobald die Sitzung im Parlament gewesen ist, sprechen.

Das war nötig, um Sie einzuführen in den Geist der Arbeit der Herren von der Bundesgeschäftsstelle und des engeren Vorstandes. Ich glaubte auch, Ihnen schuldig zu sein, diese innenpolitische Übersicht zu geben, weil wir gern Ihre Ansicht darüber hören möchten, damit wir uns eventuell korrigieren können. Wenn wir eine Übereinstimmung feststellen, dann wird das sehr wesentlich sein für die weiter von uns zu verfolgende Taktik. Ich möchte bitten, daß die Herren Krone und Heck meinen Vortrag ergänzen. *(Beifall.)*

Krone: Ich möchte nur ein paar kurze Ergänzungen mitteilen. Was die Fraktion angeht, so stimmt es, daß die SPD unseren Zeitplan stören will. Ich bin der Meinung, Herr Präsident Gerstenmaier, wir sollten bis Ende Mai mit unserer Arbeit fertig werden. (*Gerstenmaier:* Mit sämtlichen Vorlagen?) Ja, bis Ende Mai, damit wir Zeit für die Wahlen haben und sich auch die Abgeordneten mehr um die Wahlkreise kümmern können. Wir sollten uns bemühen, keine strittigen Materien weder von uns noch von der Regierung aus vorzubringen. Ein Beispiel! Beim Jugendarbeitsschutz

gesetz[25] geht sofort der Streit mit den Handwerkern los. Solch strittigen Dinge sollten wir also bis zum Herbst zurückstellen. Wir sollten aber die wichtigsten Probleme aus der Fülle dessen, was vorliegt, beraten und behandeln. Ich möchte sie kurz mit einem Wort nennen: den Haushaltsplan, die noch zum Wehrbereich anfallenden Gesetze[26], den Grünen Plan[27], die Beamtenbesoldung[28], das Kartellgesetz[29], die Rechtsreform[30], die Angelegenheit der Heimatvertriebenen[31], das Kindergeldgesetz[32], das Kriegsfolgenschlußgesetz[33]. (*Zuruf:* Die Altersversorgung!) Liegt schon vor! Wir sollten uns nur auf das konzentrieren, was unbedingt gemacht werden muß. Wir müssen die Linie fortsetzen, um innerhalb der Fraktion die gleiche Geschlossenheit herbeizuführen, wie wir sie auch bei der Rentenreform gezeigt haben. Hinsichtlich des Kartellgesetzes kann ich nur dankbar sein für das, was Herr Pferdmenges geleistet hat, um die widerstrebenden Geister zusammenzubringen. Ich erwähne auch, daß wir wahrscheinlich ebenfalls geschlossen über das 67er Personenstandsgesetz[34] hinwegkommen werden. Es liegt ein Fraktionsantrag auf Streichung vor. Ich kann unseren evangelischen Kollegen nur dankbar sein, daß sie sich so stark für die Streichung eingesetzt haben.

Wir sollten nicht mehr diskutieren im Ausschuß, sondern höchstens intern beraten über 1. Miteigentum und 2. Einkommensteuer. Beides sind Gesetze, bei denen es Kontroversen geben wird. Zur Frage der Einkommensteuer kann ich sagen, es ist weder von der Fraktion noch vom Vorstand über einen Antrag gesprochen worden. (*Scharnberg:* Es werden aber Unterschriften gesammelt!) Das könnte höchstens von einigen Kollegen ausgegangen sein. Ich bin der Meinung, daß wir auf beiden Gebieten

---

25 Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1058.

26 Gesetz über den Wehrbeauftragten vom 26. Juni 1957 – BGBl I S. 652; Unterhaltssicherungsgesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 1046; Vertrauensmännerwahlgesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 1052; Militärseelsorgegesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 701; Wehrdisziplinarordnung vom 15. März 1957 – BGBl I S. 189; Wehrstrafgesetz vom 30. März 1957 – BGBl I S. 298, 306; Wehrsoldgesetz vom 30. März 1957 – BGBl I S. 308; Soldatenversorgungsgesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 785.

27 Abschließend beraten in der 195. und 205. Sitzung des Bundestages am 27. Februar und am 12. April 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.35 und 36).

28 Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 993.

29 Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1081.

30 Unklar, welche Gesetzesänderung gemeint. Möglicherweise Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juni 1957 – BGBl I S. 597.

31 Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenengesetzes vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1207.

32 Kindergeldneuordnungsgesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1061.

33 Gesetz vom 5. November 1957 – BGBl I S. 1747.

34 In der Fassung des Personenstandsgesetzes von 1937 § 67 war vorgesehen, daß die kirchliche Trauung nicht vor der zivilrechtlichen vorgenommen werden dürfe; Zuwiderhandlung sollte mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden. Dieses Strafmaß war unter Hitler weiter verschärft worden (Diskussion und Abstimmung darüber am 7. Februar 1957 in Sten.Ber. 2.WP Bd.35 S. 10895–10906; Gesetz vom 18. Mai 1957 – BGBl I S. 518 sowie Neufassung vom 8. August 1957 – BGBl I S. 1125).

nichts mehr machen dürfen. Noch ein letztes: Wir müssen fortfahren mit unserer bisherigen Außenpolitik. Wir müssen um so profilierter zum Volke sprechen, je näher wir an die Wahl kommen.

Adenauer: Ich bitte Herrn Heck, zunächst zur Frage der Bundestagswahl und der Kandidatenaufstellung zu sprechen, da heute nachmittag die Bundestagsabgeordneten nicht mehr anwesend sein können.

Vorbereitung der Bundestagswahlen; Frage der Kandidatenaufstellung

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe den Auftrag, Ihnen einen kurzen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für die Bundestagswahl zu geben.[35] Mit wenigen Ausnahmen haben wir für sämtliche Bundestagswahlkreise Filmgeräte, Lautsprecheranlagen und Fahrzeuge. Seit Wochen sind im ganzen Bundesgebiet im Rahmen der ersten Phase des Wahlkampfes an Filmen im Einsatz:

Grüner Plan	80 Kopien
Ungarn	80 Kopien
NATO (Bündnis für den Frieden)	180 Kopien
6 Filme für die Vertriebenen mit je	15 Kopien
Aufbau der Bundeswehr (Die ersten Schritte)	60 Kopien

Die Heimatvertriebenen kommen in einer außerordentlich großen Zahl zu den Veranstaltungen, in denen die alte Heimat gezeigt wird.

Verteilt durch die Bundesgeschäftsstelle sind: die Wahlkreis-Analyse 1. an die Kreisgeschäftsführer, 2. an die Abgeordneten bzw. Kandidaten, 3. an die Landesverbände; die Wahlanalysen, die landschaftsweise hergestellt worden sind, werden bis zum 15. Februar fertig und gehen dann den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern zu.

Im Rahmen der langfristigen Vorbereitungen darf ich ein Wort zu dem Erfolg unserer Mitgliederwerbeaktion sagen. Es sind allein bei der Zentrale bisher in knapp drei Monaten 9.000 Neuanmeldungen eingegangen. Dazu muß ich sagen, daß eine erhebliche Anzahl von geworbenen Mitgliedern direkt bei den Kreisverbänden eingegangen ist, so daß die Gesamtzahl dieser Aktion in knapp drei Monaten vorläufig weit über 10.000 sein wird. Es ist uns in dieser kurzen Zeit gelungen, den Mitgliederstand um 6 bis 7 % zu heben. (*Zimmer:* Ist das die Briefaktion?) Ja! Der Vergleich mit der SPD hält durchaus stand, Herr Bundeskanzler. Ich habe eine Übersicht, wonach die Abgänge bei der SPD viel stärker sind als bei uns. Sie hat in der absoluten

35 Zur Planung und Durchführung des Wahlkampfes ausführliches Material in ACDP VII-003-003/3.

Mitgliederzahl im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 0,6 % gehabt, d.h., zu 0,6 % ist ein Überschuß an neuen Bewerbungen gegenüber ihren Abgängen vorhanden.

Dann wurde im Frühjahr des vergangenen Jahres damit begonnen, über das ganze Bundesgebiet ein Netz der Vertrauensleute auszubauen. Diese Aktion ist nahezu abgeschlossen. Wir haben im ganzen Bundesgebiet, in allen Ländern, insgesamt 30.000 Vertrauensleute, d.h., es ist nahezu in jeder Gemeinde der Bundesrepublik ein Vertrauensmann bestellt worden.

Die Besetzung der Kreisgeschäftsstellen hat folgenden Stand erreicht: für 200 Bundestagswahlkreise mit insgesamt 387 Kreisverbänden haben wir jetzt 82 hauptamtliche, 47 ehrenamtliche und 63 nebenamtliche Kreisgeschäftsführer. Die Kreisgeschäftsführer sind in einem achttägigen Lehrgang für die Vorbereitung der Wahl geschult und ausgebildet worden. Im Rahmen dieser Schulungsarbeit wurde vor allen Dingen geübt, was in den nächsten Wochen für den Ausbau der Wahlkampforganisation notwendig sein wird. Dazu gehören 1. die Schaffung eines Verteilerapparates für schriftliches Material, wie Flugblätter usw., 2. ein Plakatklebeplan mit Kolonnen usw., 3. eine Adressenkartei.

Gesondert erfaßt werden in den Kreisen die Heimatvertriebenen, die Jungwähler, die über 65jährigen und Gehbehinderten, die Witwen usw.; alles Kategorien von Wählern, bei denen es sich empfiehlt, daß man sie gesondert und persönlich anspricht. Wir haben für die Vertrauensleute und die Kreisgeschäftsführer eine Broschüre in Arbeit, in der zusammengefaßt ist, was bei der Vorbereitung des Wahlkampfes in den nächsten Monaten getan werden muß und auf was zu achten ist, und zwar bis in jede Einzelheit hinein.

Wir haben weiter durchgeführt mit der Jungen Union etwa 15 Lehrgänge mit insgesamt 500 Teilnehmern, und zwar zu dem Zweck, aus dem Bereich der Jungen Union Wahlhelfer zu bekommen, die die Kreisgeschäftsführer bei ihrer Arbeit unterstützen und gleichzeitig als Redner eingesetzt werden können. Eine weitere Tagung ist vorgesehen für Spätheimkehrer und KZ-Häftlinge. Es bieten sich gerade von den Spätheimkehrern und den Leuten, die aus dem KZ der Zone entlassen worden sind, sehr gute Redner an. Wir wollen diesen Personenkreis einmal für acht Tage zusammenholen und mit ihm darüber sprechen, in welcher Weise diese Leute im Wahlkampf eingesetzt werden können.

Auf der publizistischen Seite wurde „Union in Deutschland" mit Wirkung vom 1. Januar umgestellt. Jetzt erscheint diese Schrift wöchentlich und geht im Postversand in einer Auflage von 30.000 an alle Vertrauensleute. Diese Umstellung ist von allen Landesvorsitzenden und von den Vertrauensleuten sehr begrüßt worden. Das Echo ist so stark, daß wir monatlich 20.000 bis 40.000 Nachbestellungen haben. Wir sind nicht in der Lage, die Nachbestellungen zu liefern, weil die Finanzen dafür nicht ausreichen.

Dann haben wir eine Aufstellung verschiedener Themen – insgesamt elf – bisher herausgegeben. Ich brauche die Themen nicht aufzuzählen. Dann sind die Vorbereitungen für den SPD-Spiegel abgeschlossen. Sie erinnern sich sicher noch an den

SPD-Spiegel, den wir für die letzte Bundestagswahl gemacht hatten.[36] Dann haben wir eine Gegenüberstellung dessen gemacht, was wir in der Regierungserklärung 1953 versprochen haben und was inzwischen alles geleistet worden ist. Dazu kommt das gesamte statistische Material über die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, und zwar immer im Vergleich mit den entsprechenden statistischen Zahlen der übrigen europäischen und außereuropäischen Länder, unter besonderer Berücksichtigung der sozialistisch regierten Länder, wie Norwegen, Schweden und Dänemark. Herr Kiesinger ist noch dabei, ein außenpolitisches Vademecum zusammenzustellen. Am 1. März werden wir in der Lage sein, eine Flüchtlingszeitung mit einer Auflage von 20.000 Stück für die Flüchtlingslager zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung muß von den Kreisverbänden übernommen werden, in deren Bereich die Flüchtlingslager liegen.

Damit die Landesvorsitzenden darüber orientiert sind, was an Arbeiten für die Wahl von der Bundespartei übernommen wird, darf ich folgendes bekanntgeben: 1. die zentrale Plakatierung an den Plakatsäulen und den Sonderstellen, 2. die Herstellung von Filmen, 3. die Herstellung einer Wahlillustrierten, 4. die Herstellung von Flugblättern und Handzetteln, soweit sie bundesdeutsche Themen behandeln, 5. die Herstellung von Tonbändern für die Lautsprecheranlagen und 6. die Vorbereitung und Durchführung der Wahlreisen und den Einsatz der Spitzenredner.

Das sind die Arbeiten und Maßnahmen, die wir von der Bundespartei im Wahlkampf übernehmen. Das ist bereits mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen worden. Ich werde die Landesgeschäftsführer nach dieser Vorstandssitzung zu einer weiteren Sitzung zusammenrufen, weil wir hoffen, daß aus der Diskussion hier noch wertvolle Anregungen gegeben werden, die bei der Gestaltung der Plakate, der Wahlillustrierten, der Flugblätter usw. berücksichtigt werden können.

Meyers: Die Kandidatenaufstellung ist eine tatsächliche und eine juristische Frage. Zur juristischen Frage will Herr Schröder sprechen. Bei der Betrachtung des Tatsächlichen befürchte ich, daß hier Fragen auftauchen, die vor jeder Wahl auftreten und nach jeder Wahl bedauert werden, weil sie eben nicht beantwortet worden sind. (*Zuruf:* Mehr Mut!) Die Aufstellung des richtigen Wahlkreiskandidaten ist in diesem Jahr besonders wichtig. Die Aufstellung eines richtigen Kandidaten kann Tausende von Stimmen mehr oder weniger bringen. Diese Tausende von Stimmen zusammengenommen können eine erhebliche Beeinflussung der nächsten Regierung darstellen. Deshalb ist es so wichtig, die Kandidaten richtig, nämlich unter dem Gesichtspunkt des Wahlkreises und der Persönlichkeit, aufzustellen.

Dabei erhebt sich die Frage: Kommen hierbei nicht jene Belange zu kurz, die die Fraktion hat? Die Fraktion hat das Bedürfnis, einige gewisse Spezialisten zu haben. Eigenartigerweise stellt sich in der Praxis heraus, daß das Kandidaten sind, die im Wahlkreis nicht so sehr ansprechen, die aber unbedingt in den Bundestag hineinkommen müssen, weil die Fraktion nicht auf sie verzichten kann. Deshalb

36 Herausgeber jeweils die Bundesgeschäftsstelle der CDU in Bonn.

werden die Landesvorsitzenden gebeten, sich mit den Fraktionen in Verbindung zu setzen, daß hierauf bei der Aufstellung der Kandidaten auf der Landesliste besondere Rücksicht genommen wird; denn es ist leichter, einen solchen Kandidaten über die Landesliste hereinzubekommen.

Ein weiteres Problem bilden die Abgeordneten, die versagt haben. Es entsteht die Frage: Ist das den Landesverbänden immer bekannt? In den meisten Fällen wird es bekannt sein. Ist es nicht bekannt, dann entsteht die Frage: Bei wem können sich die Landesverbände erkundigen? Ein erfahrener Politiker hat einmal gesagt: Es wird niemand politischen Selbstmord betreiben, indem er darüber Auskunft gibt. Ich habe aber den Eindruck, daß der Vorstand der Fraktion immerhin in der Lage wäre, auf eine vertrauliche Anfrage eines Landesvorsitzenden darüber Auskunft zu geben, damit nicht dieselben Damen und Herren, die schon vier Jahre lang die Fraktionsarbeit belastet haben, in den nächsten vier Jahren diese Arbeit weiter erschweren. (*Adenauer:* Die Anfrage erfordert mehr Mut!) Wir wollen nicht eine Abwägung des Mutes vornehmen, Herr Bundeskanzler, sonst kämen wir über das Problem des Mutes im politischen Leben nicht so schnell hinweg. Wichtig ist es – das hat der Herr Bundeskanzler schon hervorgehoben –, daß wir die Vertriebenen, die zu uns gekommen sind, auch in der richtigen Weise berücksichtigen. Es sind auch vielfach Klagen aus den Kreisen der Frauen unserer Partei an uns herangekommen, daß sie bei der Auswahl der Kandidaten nicht genügend berücksichtigt würden.

Die letzte Frage, die noch auftaucht, ist die des Zeitpunktes. Schon in der letzten Vorstandssitzung ist gesagt worden, möglichst früh anfangen, und zwar deswegen, weil die Arbeiten im vorpolitischen Raum nicht zu unterschätzen sind. Daher muß diese Arbeit spätestens in einigen Wochen einsetzen, wenn sie noch Früchte tragen soll. Inzwischen hat sich die Lage so gewandelt, daß sie für uns durchaus positiv ist. Es ist also richtig, in den nächsten Wochen mit der Arbeit zu beginnen. Daher ist es besser, daß der Kandidat, der seinen Ehrgeiz dareinsetzt, gewählt zu werden, dann schon feststeht. Es könnte dann mit dem Kandidaten die Wahlkreis-Analyse unter der Assistenz eines Mitgliedes des Landesvorstandes durchgegangen werden.

Adenauer: Ja, meine Damen und Herren, das sind alles sehr kurze Sätze, aber das Thema ist sehr wichtig. Ich möchte bitten, daß wir zunächst einmal bei der Diskussion uns auf die Frage der Kandidatenauswahl beschränken. Darüber muß von Ihrer Seite aus gesprochen werden.

Lensing: Ich möchte mit wenigen Worten auf eine gewisse Kritik zurückkommen, Herr Bundeskanzler, die Sie bezüglich der Propagandainstrumente, die wir haben, geübt haben. Bei uns ist Herr Dufhues im Verwaltungsrat. (*Adenauer:* Ich habe den Namen nicht genannt!) Aber das weiß doch jeder, und ich als sein Landesvorsitzender fühle mich verpflichtet, ihn doch in etwa in Schutz zu nehmen. Ich glaube nicht, daß Sie wissen, wie ungeheuer schwer die Verhältnisse im Westdeutschen Rundfunk überhaupt geworden sind. Man muß überhaupt die Geschichte des Rundfunks kennen. Der Rundfunk ist entstanden als Nordwestdeutscher Rundfunk in Hamburg, und zwar als eine Einrichtung ...

Adenauer: Entschuldigen Sie bitte, wenn ich unterbreche. Sollen wir hier die kostbare Zeit dafür verwenden, um festzustellen, ob der Herr Dufhues zu Recht oder zu Unrecht etwas tut? Die Kandidatenfrage ist doch so wichtig, daß wir unsere kurze Zeit damit nicht verschwenden sollten. Ich darf also bitten, zur Kandidatenfrage zu sprechen. Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp?

Gradl: Einer muß ja anfangen! Ich habe an den Landesvorsitzenden einen Brief geschrieben, in dem ich die Zahl der Ostflüchtlinge, die sich in der Bundesrepublik befinden, mitgeteilt habe. Das sind über eine Million Wahlberechtigte. (*Oberländer:* Es müssen mehr sein!) Ich will es nicht übertreiben. (*Oberländer:* Mindestens 1,6 Millionen!) Also gut, dann sind es 1,6 Millionen Stimmen der Ostflüchtlinge, die sich auf eine Anzahl von Ländern erstrecken. Ich glaube, daß wir bei der Stimmung, die in der Zone und bei den Flüchtlingen herrscht, sagen können, daß bei den Flüchtlingen wirklich ein Stimmenreservoir für uns vorhanden ist. Es kommt nur darauf an, daß in den Landesverbänden einige Leute aus diesem Kreis herausgestellt werden.

Für Nordrhein-Westfalen habe ich eine besondere Empfehlung. Ich kann nur dringend empfehlen, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Zonenflüchtlinge, Oberstudiendirektor Eichelbaum[37] aus Wuppertal, bei der Kandidatenaufstellung in einer einigermaßen aussichtsreichen Position zu berücksichtigen. Damit werden Sie viel weitergehende Wirkungen als mit irgend jemand anderem erreichen können.

Meyers: Ich darf die Landesvorsitzenden ganz besonders auf die juristische Seite hinweisen. Im Wahlgesetz ist eine Bestimmung, die nicht mehr zu ändern ist, daß nur unmittelbar gewählte Delegierte den Kandidaten wählen können.[38] Ich bitte Sie, sich diese Vorschrift genau anzusehen und entsprechend dieser Vorschrift zu handeln. Wir haben meistens in den Satzungen stehen, daß irgendwelche Mitglieder kraft Amtes zur Delegiertenversammlung gehören. Solche Dinge können zur Wahlanfechtung führen. Ich habe mir in meinem Heimatort dadurch geholfen, daß ich die kraft Amtes zur Delegiertenversammlung gehörenden Leute noch einmal habe wählen lassen. Das ist aber da nicht möglich, wo starke Spannungen in der CDU bestehen. Es ist diese Bestimmung leider in das Wahlgesetz hineingekommen, ohne daß wir etwas davon gewußt haben, weil gesagt worden ist, daß die technischen Dinge genauso sein würden wie im vorhergehenden Gesetz. Das ist aber bezüglich dieses Punktes nicht der Fall.

---

37 Ernst Theodor Eichelbaum (geb. 1893), Mitgründer der CDU Leipzig, 1946–1948 zweiter Bürgermeister von Leipzig, 1949–1957 Oberstudiendirektor in Wuppertal, 1957–1965 MdB, Bundesvorsitzender des Gesamtverbands der Sowjetzonenflüchtlinge.

38 Nach den §§ 22, 28 Abs. 5 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383) muß die Wahl der Bewerber, die auf die Landesliste einer Partei gesetzt werden sollen, von einer Vertreterversammlung vorgenommen werden, deren Mitglieder hierzu von den Wahlberechtigten Parteimitgliedern im Land unmittelbar entweder nur für die bevorstehende Bundestagswahl oder nicht früher als ein Jahr vor der Wahl allgemein für bevorstehende Wahlen gewählt worden sind (Vermerk des Bundesministers des Innern in ACDP VII-003-003/3).

Die Wahlordnung ist noch nicht heraus. Wir haben gestern im geschäftsführenden Vorstand darüber gesprochen. Auch in dieser Angelegenheit zeigt sich ein verhängnisvoller Hang zum Perfektionismus, der in ländlichen Kreisen dazu führen könnte, daß irgendwelche Maßnahmen sich sehr ungünstig auswirkten. Ich will Herrn Schröder bitten, dafür zu sorgen, daß diese Dinge großzügig geregelt werden, aber die eine Sache ist, weil sie im Gesetz steht, nicht mehr zu ändern, und ich bitte Sie, darauf Rücksicht zu nehmen.

Adenauer: Ich würde Sie bitten, Herr Meyers, uns das in Form einer Mitteilung zugänglich zu machen; denn das geht hier so schnell, und das kann man auch nicht so behalten. Aber es ist ein sehr wichtiger Punkt.

Darf ich in organisatorischer Hinsicht eine Frage stellen? Wir haben hier davon gesprochen, daß für jeden Bundestagswahlkreis, der nicht mit unserer Organisation übereinstimmt, eine besondere Stelle geschaffen werden soll, an die sich die Bundesgeschäftsstelle wenden kann. Wie ist es damit?

Heck: Das ist von einem Teil der Landesverbände bisher beantwortet worden, und zwar in der Form, daß es bei dem bleiben soll, wie es früher gewesen ist, daß nämlich dort, wo in einem Bundestagswahlkreis zwei Kreisverbände vorhanden sind, die beiden Kreisvorsitzenden zusammen die Arbeit machen sollen. In anderen Fällen wurde auf den Kreisgeschäftsführer verwiesen. Es wird als nicht zweckmäßig empfunden, von der bisherigen Gepflogenheit abzugehen. Von einem Teil der Landesverbände ist noch keine Meldung bei uns eingegangen.

Adenauer: Hat denn die bisherige Gepflogenheit funktioniert? (*Heck:* Bei der letzten Bundestagswahl ganz ordentlich!) Dann würde ich die Herren Landesvorsitzenden bitten, zu Hause nachzusehen, ob überall die Sache in Ordnung ist.

Herr Dichtel, wollten Sie nicht zur Aufstellung der Kandidaten etwas sagen? (*Dichtel:* Nein!)

Von Hassel: Es ist für uns mißlich, entscheiden zu sollen, wer reüssiert hat und wer abgehen soll. In den Landesverbänden übersieht man nicht genau, ob die strukturelle Zusammensetzung und die Gliederung der Bundestagsfraktion wirklich für sämtliche Sachgebiete ausreichend ist. Wäre es daher nicht zweckmäßig, daß einmal nur die Landesvorsitzenden mit dem engsten Parteivorstand mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, zusammenkämen, um sich dort eine Gesamtübersicht zu verschaffen?

Bei uns ist z.B. folgende Schwierigkeit: In einem Agrarland will jeder Landkreis, weil die anderen Bauern aufstellen, auch einen Bauern aufstellen. Wir müßten eine Gesamtübersicht haben, um zu erkennen, ob die Möglichkeit besteht, gegenseitig etwas Rücksicht aufeinander zu nehmen, damit wir nicht nachher eine einseitige Bundestagsfraktion haben und weite Gebiete nicht richtig besetzt sind.

Gurk: Die Frage der Kandidaten ist in dem Sinne interpretiert worden, daß die Aufstellung der Personen ungeheuer wichtig sei für den Wahlausgang. Das stimmt, und es stimmt auch nicht. Ich bin der Meinung, daß es einen allgemeinen Wählerwillen gibt; wenigstens hat es ihn bei den letzten Bundestagswahlen gegeben. Es gibt eine allgemeine politische Willensbildung. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß diese

Welle sogar Leute durchgebracht hat, die versehentlich Kandidaten geworden waren. Das kommt auch vor!

Ich will damit nicht sagen, daß die Kandidatenaufstellung unwichtig sei; denn selbstverständlich ist ein unfähiger Kandidat zu einigen Prozenten auch wesentlich für den Ausgang des Kampfes, aber er ist untauglich für die Führung der politischen Arbeit während der Periode in seinem Wahlkreis und noch untauglicher für die Fraktion. Insofern gebe ich Ihnen recht, daß die Aufstellung des Kandidaten wesentlich und von allgemeiner politischer Bedeutung ist.

Die Möglichkeit, die verschiedenen Stände zu berücksichtigen, ist viel kleiner, als man im allgemeinen annimmt. Sie dürfen nicht vergessen, unsere Partei ist eine freiheitliche Partei, in der es die Landesleitungen schwer haben, auf die Kreise bestimmend einzuwirken. Wir tun das, aber wir müssen uns auseinandersetzen mit einem betonten Willen der Kreise; denn sie wollen den oder den Kandidaten und keinen anderen. Es ist schon bei den Landtagswahlen fast nicht mehr möglich, begabte Leute von außen in die Kreise hineinzubringen. Wenn Sie sich unseren Bemühungen, gute Leute von außen hineinzubringen, nicht verschließen, dann wäre es gut, diese Frage einmal von oben herunter in unserer internen Presse zu behandeln. Ich denke hierbei an das Beispiel von Tauberbischofsheim, wo wir einen begabten Juristen brauchten, aber nicht bekamen; denn lieber will man unbegabte Leute aus dem Kreis als die fähigsten Menschen, die im Nachbarort wohnen.

Die Frage der Stände ist schon alt. Es soll niemand beleidigt sein, wenn ich jetzt exemplifiziere: die Vertriebenen, die Sowjetzonenflüchtlinge, die Frauen, die Junge Union, das Handwerk, der Verband der Kriegsgeschädigten usw. – alle wollen berücksichtigt werden. Wir bemühen uns auch in den Kreisen, sie alle zu berücksichtigen. Übrig bleibt natürlich das große Heil der Landesliste. Ich möchte aber bitten, die Frage der Standesvertretung – wenn es geht – nicht übermäßig zu betonen. Es wird fast nicht möglich sein, alle Interessen gerecht wahrzunehmen und zu berücksichtigen, wenigstens nicht in dem engeren Kreis eines Landesverbandes. Auch der Wunsch der Frauen ist nur sehr schwer zu erfüllen und in der Regel nur über die Landesliste zu verwirklichen.

Die Auskünfte von der Fraktion waren uns schon das letzte Mal angekündigt, aber sie sind ausgeblieben! (*Zuruf:* Waren nicht angekündigt!) Doch, es war uns angekündigt! Aber ich entschuldige es, man kann nicht zuviel von ihnen verlangen. Ich gebe dem Herrn Bundeskanzler recht, daß es unter Umständen sehr schwer sein wird, rückzufragen; man müßte nämlich dann überall rückfragen, und einer von der Fraktion müßte sich dazu hergeben, diese Fragen zu beantworten. Andererseits ist aber doch allgemein bekannt im Land, was die einzelnen Herren geleistet haben. Jeder Landesverband hat auch seinen Stolz und möchte seine eigenen Bundestagsabgeordneten glänzen sehen, was ja auch zum Teil geschieht. Wenn Sie uns Auskunft geben wollen, dann tun Sie es bitte. Rückfragen sollten Sie uns eigentlich nicht zumuten. Es sollte an sich der Fraktionsvorstand so feststehen in seinem Wahlkreis, daß er es ruhig wagen kann, diese Auskünfte zu erteilen. Das wäre schon sehr wertvoll, wenigstens in

extremen Grenzfällen nach der negativen Seite. Sonst ist es nicht gut möglich. Es gibt aber sicher solche Fälle. Lassen wir also nicht so sehr nach den Standesvertretungen sehen, sondern stellen wir allgemein an unsere Kandidaten die Forderung, daß sie alle Belange wirksam vertreten können.

Adenauer: Darf ich dazu einige Ausführungen machen! Bei der Aufzählung der Gesichtspunkte, die Herr Meyers hervorgehoben hat, scheint mir ein Gesichtspunkt nicht in Betracht gezogen worden zu sein. Wir müssen auch daran denken, ob es nicht möglich ist, in dem einen oder anderen Fall einen führenden Kandidaten einer anderen Partei zur Strecke zu bringen. Das ist auch ein sehr großer Erfolg für eine Partei, auch nach der Wahl. Ich denke z.B. an einen ganz bestimmten Fall. Ich nenne keinen Namen. Der Betreffende hat gesiegt mit wenigen hundert Stimmen. Er ist zweifellos ein wertvolles Mitglied des Bundestages und ein führender Mann seiner Partei. Aber höchstwahrscheinlich wäre es möglich gewesen, die fehlenden paar hundert Stimmen aufzubringen, wenn in diesem Wahlkreis von uns mit Intensität vorgegangen worden wäre. Dann wäre das für unsere Partei natürlich sehr wertvoll gewesen. Das ist also ein Gesichtspunkt, den man hier und da auch berücksichtigen muß.

Ich möchte Ihnen, Herr Gurk, folgendes sagen: Es ist notwendig, die Stände zu berücksichtigen. Das ist wohl ganz klar. Aber daß z.B. das Handwerk oder die Industrie oder sonst ein Berufsstand in hundert Wahlkreisen vertreten sein will, das ist es eben, worunter wir leiden. Es genügt zur Wahrung der Interessen der einzelnen Stände, wenn einige tüchtige und führende Vertreter des betreffenden Standes im Bundestag sind. Jetzt ist es doch so, daß die Handwerker in jedem Wahlkreis einen Mann haben wollen. Ich greife die Handwerker beliebig heraus; ich meine sie nicht als Stand für sich allein, wohl aber die einzelnen Zweige überhaupt.

Wir müssen doch das Ganze sehen. Und nach den Erfahrungen, die wir bei der zweiten Bundestagswahl gemacht haben, bleibt kaum etwas anderes übrig, als daß wir nach der Anregung des Herrn von Hassel eine ganz kleine Gruppe einsetzen – einige Herren von der Fraktion und einige Herren aus dem engeren Parteivorstand –, die sich einmal ansieht die Liste der jetzigen Bundestagsabgeordneten und zum anderen die Meldungen über die Absichten – die möglichst bald eingehen müssen –, welche Kandidaten in Aussicht genommen worden sind. Dann müßte dieser Ausschuß vergleichen, was jetzt da ist und was zu erwarten sein wird. Er würde zwar von seiner höheren Warte aus nicht etwa sagen – ich habe mir den schönen Ausdruck aufgeschrieben, Herr Gurk –, extreme Grenzfälle nach der negativen Seite – ein hartes Wort, so schön es klingt –, sondern er würde dem einen oder anderen Landesvorsitzenden oder dem Kollegen Krone sagen, die und die Gruppe ist zu schwach vertreten. Nehmen Sie z.B. die Vertreter der Arbeitnehmer. Das ist auch eine Gruppe, die vielleicht etwas zu schwach bei uns vertreten ist. (*Kunze:* Nein!) Sie schütteln den Kopf, Herr Kunze. Ich führe es nur als Beispiel an. Dann sind es die Ärzte, um ganz sicherzugehen, obgleich man manchmal im Bundestag einen Psychiater dringend nötig hat, einen Parlaments-Psychiater. Vielleicht wird der Bundestagspräsident einmal daran denken und einen Herrn engagieren.

Wir brauchen also nicht zu sagen: Das ist ein Mann, der ist schlecht, er hat nichts geleistet, und er gehört zu den extremen Grenzfällen nach der negativen Seite, sondern wir könnten sagen, nach der Übersicht, die wir haben, brauchen wir noch einige tüchtige Landwirte, noch einige tüchtige Handwerker usw. (*Zuruf:* Haben wir!) Aber, meine Herren, ich nehme das doch nur als X, Y, Z, als Beispiel. Das habe ich jetzt schon dreimal gesagt! Wir könnten also auch sagen: Wir brauchen noch einige Vertriebene usw. Könnt ihr in eurem Wahlkreis die Liste anders gestalten, damit noch Vertriebene daraufkommen?

Damit vermeiden wir, Noten zu erteilen. Noten zu erteilen ist immer schlecht. Die meisten Leute haben Angst davor. Ich wundere mich, daß die Lehrer überhaupt noch in der Lage sind, Noten zu erteilen, ohne befürchten zu müssen, später vom Verwaltungsgericht revidiert zu werden. Wir setzen vielleicht die zuständigen Stellen in den Wahlkreisen in die Lage, den bisherigen Abgeordneten zu sagen, du bist ein großartiger Mann, du hast tadellos acht oder vier Jahre deine Pflicht erfüllt, aber aufgrund der Übersicht, wie wir sie jetzt haben, müssen noch diese oder jene Leute hinzukommen. Willst du nicht mit Rücksicht auf das höhere Interesse verzichten? Wenn er dann sagt, nein, ich verzichte nicht, dann hat die betreffende Stelle es viel leichter, ihm nun zu sagen, es tut uns sehr leid, wir können dich nicht aufstellen, weil das höhere Interesse vorgeht.

Ich möchte vermeiden, uns und den Abgeordneten Schwierigkeiten zu machen. Zu sagen, der Herr X, Y, Z hat nichts getan, den können wir entbehren, das ist immer peinlich. Ich möchte die Angelegenheit unter einen höheren Gesichtspunkt stellen, daß nämlich bestimmte Gruppen so oder so vertreten sein müssen. Können wir uns auf diesen Vorschlag einigen? Sie werden sicher gern ja sagen, weil mir eben jemand sagte, dann bekommen wir den Schwarzen Peter zugespielt. Oder wissen Sie einen besseren Vorschlag?

Lensing: Beim Frankfurter Wirtschaftsrat ist es so gewesen: Der Fraktionsvorsitzende hat mir z.B. bezüglich der westfälischen Abgeordneten im Wirtschaftsrat eine ganz klare Klassifizierung gegeben.

Gerstenmaier: Ich glaube, daß das Problem bei der Landesliste liegt. Wir haben 247 Wahlkreise und 273 Mandate zusätzlich. Die Situation bei unserer Partei ist im großen und ganzen so, daß das Grundgefüge steht und es sich praktisch nur um einige Korrekturen handelt. Diese Korrekturen werden weitgehend in den Wahlkreisen durchgeführt werden können. Ich bin der Meinung, daß eine zwingende Verpflichtung von seiten der Fraktionsführung besteht, hier in Kontakt mit den Landesvorständen zu kommen.

Es gibt gewisse Gruppen von Abgeordneten, die so im öffentlichen Rampenlicht stehen, daß man in den Landesverbänden weit über die Vorstände hinaus von ihnen sagen kann: der taugt nichts, der taugt mehr, der taugt ein [wenig] mehr usw. Es gibt aber auch eine große Gruppe von Abgeordneten, die bei weitem nicht so im öffentlichen Licht der Kritik stehen. Und da ist es nicht mehr als recht und billig, hier gewisse Rückfragen zu halten, wenn der Kandidat zweifelhaft ist. Ich bin der

Meinung, daß es sich nicht um eine generelle Benotung handeln kann, sondern nur um einige kritische Fälle; aber diese müßten möglichst genau und gerecht angegangen werden. Es liegt im Interesse der Gesamtpartei und der Gesamtfraktion, daß Nieten, die es bei uns gibt, ausgemerzt werden. Das muß geschehen. Das sind wir der Sache und unseren Wählern schuldig.

Noch ein anderes! Ich beobachte jetzt drüben im Bundestag bei Gesprächen und Nachrichten innerhalb der CDU-Kollegen, daß dort gesagt wird: Für den nächsten Bundestag sollte ich eigentlich kandidieren, aber ich will meinen Adlatus in diese Position bringen; der ist viel besser geeignet für dieses nicht immer angenehme Geschäft eines Bundestagsabgeordneten. Im übrigen befinde ich mich in einer Position, in der ich es mir leisten kann, mich im Bundestag vertreten zu lassen, und zwar durch nicht weisungsgebundene Anhängsel, aber doch durch Leute, auf die ich einen Einfluß habe. Ich beobachte das bei Leuten, die eine gewisse Position in der Wirtschaft und auch eine Stimme in der Fraktion haben.

Das sollten wir einmal ins Auge fassen und dieser Abwertung des Mandats entgegentreten. Man sollte sich nicht bereit finden, solche Ersatzleute für die Landesliste in Erwägung zu ziehen, sondern man sollte hier eine denkbar hohe Qualität zu halten versuchen. Es ist nicht leicht, besonders qualifizierte und in der Öffentlichkeit bekannte neue Leute zu gewinnen. Wir haben die Erfahrung mit dem Herrn Mehnert[39] gemacht. Herr Klaus Mehnert hat sich die Sache lange überlegt und dann gesagt, ich tue es nicht, und zwar aus Gründen, die aller Ehren wert sind. Solche Fälle gibt es auch. Wir müssen aber sehen, daß wir eine denkbar gut qualifizierte Mannschaft zusammenstellen; denn wir brauchen Köpfe und keine Zahlen.

Oberländer: Die 11,5 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge stellen z.Z. 11 % der Abgeordneten. Ich bin mir klar darüber, daß man die Dinge nicht proportional einteilen kann; ich bin überhaupt dagegen, daß man sich zu sehr von Gruppen treiben oder leiten läßt. Ich glaube nicht, daß die Vorsitzenden von Verbänden allzuviel Stimmen bringen werden. (*Adenauer:* Meinen Sie den Herrn Kather?) Nicht nur Herrn Kather, sondern ganz allgemein. Ich darf ein Beispiel bringen zu der Wahl in Baden-Württemberg. Wir haben dort unter 57 Abgeordneten nur einen Vertriebenen.[40] Der BHE geht ins Land und sagt: Da seht ihr es, von 57 Abgeordneten nur einen Vertriebenen. Wenn wir nicht da wären, dann wären die Vertriebenen überhaupt nicht vertreten. (*Dichtel:* Zwei!) Mir ist es so gesagt worden. Aber selbst wenn es zwei wären, möchte ich darauf hinweisen, daß wir 22 % Vertriebene und Flüchtlinge haben, von denen ein großer Teil eingegliedert ist. Da sie aber überall in der Minderheit sind, werden sie in keinem Kreis als direkte Kandidaten aufgestellt. Hier ist die Landesliste ein ausgezeichnetes Mittel, und wir sollten hier etwas tun. Wir wissen, welche Propaganda die SPD für

39 Dr. Klaus Mehnert (1906–1984), Journalist, Schriftsteller und Politologe (1961–1972 o. Professor an der TH Aachen). – Begründung für die Ablehnung seiner Kandidatur im Schreiben vom 28. Januar 1957 an Gerstenmaier (ACDP VII-002-AO 280).

40 Vgl. Nr. 15 Anm. 84.

die Sowjetzonenflüchtlinge in Berlin macht. Sie sind noch keine acht Stunden im Lager, dann haben sie schon das Wahlmaterial in der Hand. Ich kann es leider nicht unterbinden; um so wichtiger ist es, diese Menschen anzusprechen.

Dieses Problem ist also sehr wichtig und kann wahrscheinlich nur über die Landesliste ausgeglichen werden. Wenn man sagt, einer pro Landesverband, dann würden wir von den 30, die wir jetzt haben, auf 10 absinken. Aber damit macht man die anderen größer. Die SPD war in dieser Hinsicht weitaus glücklicher als wir. Ich sage mit allem Ernst, wenn wir aus dieser großen Gruppe den entsprechenden Anteil für uns bekommen wollen, müssen wir dieser Frage unser ganz besonderes Augenmerk widmen.

Von Hassel: Ich kann nur unterstreichen, was Herr Minister Oberländer gesagt hat. Für das in Aussicht genommene Gespräch im engen Kreis müssen sich die Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden auf dieses Thema vorbereiten. Wenn wir daran vorbeigingen, nützten wir ein wesentliches Stimmenreservoir nicht aus. Ich bitte Sie also, besonders auf diese Angelegenheit bei der Einladung hinzuweisen.

Adenauer: Ich möchte noch hervorheben, daß die Landesvorsitzenden – sehr persönlich und vertraulich – uns ein Bild darüber geben, wie voraussichtlich bei ihnen die ganze Geschichte aussehen wird. Nur wenn wir eine Übersicht haben – dies bedeutet nicht eine genaue und verbindliche Darlegung, sondern eine gewisse Übersicht über den gegenwärtigen Stand –, können wir den Landesverbänden mündlich oder schriftlich mitteilen: Seht zu, ob ihr nicht nach dieser oder jener Richtung eine Korrektur vornehmen könnt.

Eplée: Es wurde vorgeschlagen, ein kleines Gremium für die Kandidatenaufstellung zu bilden. Darf ich, Herr Bundeskanzler, an unser neues Statut erinnern, wo es im § 7 heißt, daß der Bundesvorstand die Aufgabe hat, eine Wahlkommission zu bilden, die in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt. Damit wir nicht ein doppeltes Gremium schaffen, wollte ich das in Ihr Gedächtnis zurückrufen.

Adenauer: Ich würde bitten, meinen Vorschlag so aufzufassen: Ehe wir eine Wahlkommission wählen, wollen wir im Vorfeld die ganze Sache in einem vertraulichen Gespräch mit den Landesvorsitzenden klären. Dann können die Landesvorsitzenden mit ihren Leuten sprechen, wie voraussichtlich die Liste sein wird. Und dann sollten wir die Wahlkommission wählen und sie fungieren lassen. Würden Sie damit einverstanden sein?

Ich darf feststellen, daß Sie mit dem Procedere, wie ich es skizziert habe, einverstanden sind. Wir werden eine vorläufige Untersuchung anstellen und dann die Landesvorsitzenden bitten, uns eine gewisse Übersicht zu geben, wie sich anscheinend bei ihnen die Lage entwickeln wird; denn sonst können wir keine Vergleiche anstellen. (*Fricke:* Ich würde vorschlagen, einen Termin zu setzen.) Was schlagen Sie vor? (*Fricke:* 20. Februar!)

Lensing: Herr Bundeskanzler! Das ist einfach für die direkten Wahlkreise, aber nicht für die Landesliste. Wir müßten uns in Nordrhein-Westfalen mit den beiden

Landesparteien zunächst zusammensetzen. Bezüglich der Landesliste werden wir Schwierigkeiten bekommen.

Adenauer: So meine ich es nicht. Wenn schon von den Parteien irgendwelche, wenn auch nicht hundertprozentig verbindliche Vorschläge eingereicht werden, kann man kaum mehr davon zurück. Ich meine, hier sollte sich jeder Landesvorsitzende überlegen, wie nach seiner Meinung – nicht wie er es wünscht, sondern wie er die Dinge sieht – sich die Sache gestalten wird.

Dichtel: In der Praxis ist festzustellen, daß in den direkten Wahlkreisen die Kandidaten schon mehr oder weniger feststehen. Die Organisation hat in den meisten Fällen schon ausgezeichnet gearbeitet, und wir können ein Bild darüber, wie es bei den Direkt-Wahlkreisen aussehen wird, wahrscheinlich sehr schnell geben. Dagegen wird das bei den Landeslisten sehr schwer sein. Das ist in den nächsten Wochen nicht möglich, weil hierbei die Verbände mitwirken und es zu größeren Familienraufereien kommen wird.

Adenauer: Wir haben uns etwas mißverstanden. Ich gebe Ihnen ohne weiteres recht, wenn Sie ein einigermaßen zutreffendes Bild der Landesliste geben wollen, dann muß zuerst eine Rauferei stattgefunden haben, aber was hindert das, jetzt schon zu sagen, daß Sie in Südbaden, oder wo es sein mag, die und die Gruppe auf der Landesliste haben wollen.

Nehmen Sie z.B. an, wir bekämen von den Landesvorsitzenden die übereinstimmende Mitteilung, daß auf allen Landeslisten zwei oder drei Handwerker vertreten sein sollen. Dann könnten wir mit der Zentralorganisation des Handwerks sprechen und ihr sagen, das geht nicht, bitte beschränkt euch, oder, worauf wollt ihr euch beschränken? Dann könnte man sich darüber einigen, daß die Handwerker in diesem oder jenem Land auf die Landesliste kämen, aber nicht in allen Ländern. In der Weise hatte ich das gedacht, so daß also die Übersicht sehr schnell gegeben werden könnte.

Fricke: Ich wollte das gleiche sagen. Niedersachsen hat noch drei Landesverbände der CDU, und hier mitzuwirken an der Aufstellung der Reserveliste, heißt schon immer, die Quadratur des Kreises zu lösen. Wenn ich mir das rückschauend überlege, dann ist diese Liste plus-minus-null zu 90 % so ausgefallen, wie wir sie uns im Vorstand monatelang vorher gedacht hatten. Deshalb meine ich, jenseits der schon weithin sichtbaren Direktkandidaturen kann jeder Landesvorsitzende die wahrscheinlich zutreffende oder ihm vorschwebende Landesliste bekanntgeben. Das ist eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage für das vorgesehene Gespräch.

Adenauer: Können wir damit rechnen, daß wir bis zum 21. Februar im Besitz dieser Äußerungen sein werden? Wir könnten dann zusammenkommen am 23. Februar zu einer ersten Nachprüfung. Wir würden dann die Landesvorsitzenden telegrafisch benachrichtigen. (*Eplée:* Der 23. ist ein Samstag!) Dann sagen wir bis zum 20. Februar, und am 21. kommen wir hier zusammen. Sind Sie damit einverstanden? Ich darf das feststellen.

Nun eine allgemeine Bemerkung! Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß man bei der Wahlpropaganda – sei es schriftlich, sei es durch Reden – auf

die einfachen Grundbegriffe zurückkommen muß, damit das Gros der Bevölkerung das überhaupt versteht und aufnimmt. Wir sollten uns davor hüten, in unseren propagandistischen Schriften oder im Gespräch zu perfektionistisch zu sein. Daß natürlich einzelne Broschüren zur Unterrichtung der fortgebildeten Politiker perfektionistischer sein müssen, ist ganz klar, aber wie sehr ich mich zu dieser meiner Ansicht berechtigt fühle – und deswegen erlaube ich mir, das heute hier vorzutragen –, beweist eine Umfrage von Allensbach, deren Ergebnis ich vorgestern bekommen habe.[41]

Das Institut Allensbach hat in seiner bekannten Weise gefragt: Wer weiß, was die NATO ist, und welchen Zweck hat die NATO? Erschrecken Sie nicht, wenn ich Ihnen sage, daß nur 18 % der Befragten wußten, welchen Zweck die NATO hat. Dabei kommt das Wort NATO in der politischen Diskussion und in den Zeitungen öfter vor als irgendein anderes Wort, und doch haben nur 18 % der Befragten eine zutreffende Angabe darüber gemacht, welchen Zweck die NATO hat. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß sich das Gros der Wähler für andere Dinge mehr interessiert als für subtile politische Fragen. Daher können wir bei der Wahlpropaganda – ich will niemandem zu nahetreten, bitte nehmen Sie es cum grano salis – nicht primitiv genug sprechen, um verstanden zu werden.

Zimmer: Als ich hörte, was unsere Bundesgeschäftsstelle alles in Vorbereitung hat, habe ich aufgrund der Erfahrungen der letzten Bundestagswahl einen leisen Schreck bekommen, weil damals Tausende und aber Tausende dieser mit viel Sachkenntnis und Fleiß zusammengetragenen Schriften und Broschüren unbenutzt liegengeblieben sind. Es ist in der Tat so, ankommen tun nur die ganz einfachen und wenigen Grundtatsachen. Ich darf wirklich das unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler dazu gesagt hat, und möchte die Bundesgeschäftsstelle bitten, einmal zu überprüfen, in welcher Auflagenziffer sie diese speziellen Darstellungen herausbringt.

Ein zweites Prinzip ist die Darstellung unserer Politik als einer absolut einheitlichen und geschlossenen Politik. Die Außenpolitik hat die Wirtschaftspolitik getragen, und der Wirtschaftspolitiker wird nicht sprechen können, ohne die erfolgreiche Außenpolitik in einen gebührenden Zusammenhang zu bringen. Wir müssen die absolute Unteilbarkeit der CDU-Politik herausstellen.

Die FDP baut in ihrer bisherigen neutralen Stellung darauf, bei einer Koalition mit der SPD sagen zu können: Ich kann eine freie Wirtschaftspolitik betreiben, wenn ich der SPD dafür in anderer Weise entgegenkomme. Deshalb muß unsere Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik als integrierender Bestandteil der gesamten CDU-Politik zum Ausdruck kommen. Alles das bedingt sich gegenseitig. Man kann nicht einen Teil herauslassen und dann eine sozialistisch orientierte Außenpolitik betreiben, wie das die FDP meint. Die Unteilbarkeit dieser sich gegenseitig bedingenden Politik ist ein wichtiger Grundsatz. Es bleibt dabei natürlich überlassen, die Akzente zu verlagern. Das Prinzip der Beharrlichkeit und der Konsequenz der Politik des Bundeskanzlers und seines Kabinetts muß in der Wahlpropaganda zum Ausdruck kommen.

41 „Ansichten über die NATO" vom 22. Januar 1957 in NL Lenz ACDP I-172-040.

Ich höre jetzt draußen, daß die Masse der kleinen Leute durch die Rentenreform in Bewegung geraten ist. Ich weiß nicht, wieweit die Bundesgeschäftsstelle hier tätig geworden ist. Deshalb stelle ich die Frage: Haben wir nach der Verabschiedung der Rentenreform sofort die Offensivkraft entfaltet, um hier auch die Ernte in unsere Scheuern zu bringen? Jetzt werden nämlich die Wahlen gemacht. Ich muß sagen, keine Wahlversammlung in den letzten Jahren war so besucht wie die, die der Herr Kratz[42] von der Bundesgeschäftsstelle abgehalten hat. Wenn er gleich die Rente der Leute ausrechnet, dann macht das einen sehr starken Eindruck.

Demgegenüber versucht die SPD, ihrerseits Kapital daraus zu schlagen. Der Bundestagsabgeordnete Ludwig[43] tritt in Pirmasens auf und sagt, wir haben ja von jeher darauf gedrungen. Wir wissen, was wir darauf zu erwidern haben. Man kann eine Rentenreform nur machen, wenn die finanziellen Voraussetzungen geschaffen sind, und diese finanziellen Voraussetzungen mußten erst durch die CDU-Politik erarbeitet werden.

Ich bezweifele, ob wir schlagartig aus der Rentenreform für unsere Partei das herausgeholt haben, was herauszuholen war. Ich habe es etwas vermißt.

Ich bin erschrocken darüber, daß nur 9.000 neue Mitglieder gewonnen worden sind; denn in diesem Falle war die Autorität des Bundeskanzlers eingeschaltet worden. Ich weiß nicht, ob wir auf dieses Ergebnis stolz sein können. Ich habe in diesem Kreise vor mehreren Jahren schon eine systematische Werbeaktion gefordert. Sie ist damals abgelehnt worden. Ich bedaure das. Ich erinnere daran, weil es manchmal vorgekommen ist, daß man nicht beizeiten gehandelt hat. Diese 9.000 neuen Mitglieder sind kein Abschluß für uns. Wir müssen die Werbeaktion unentwegt mit Nachdruck fortsetzen. Das bisherige Ergebnis darf uns unter keinen Umständen befriedigen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man auch jetzt noch mit gutem Erfolg vorstoßen kann. Die verschiedenen Aktionen der Bundesgeschäftsstelle sind gut und kommen auch gut an, die Filmvorführungen usw., aber unter allen Umständen muß versucht werden, die Mitgliederwerbeaktion fortzusetzen.

Heck: Die Rentenreform ist unmittelbar nach ihrer Verabschiedung im UiD behandelt worden.[44] Diese Schrift geht sämtlichen Rednern zu. Hierin wird ein ausführlicher Rednerdienst ausgearbeitet, der genau das zum Inhalt hat, was Herr Dr. Kratz bei Ihnen vorgetragen hat.

Zur Frage der Mitgliederwerbeaktion darf ich sagen, wir hatten den Mitgliedern Bogen mit 20 Aufnahmescheinen mitgegeben. Es zeigte sich, daß die einzelnen Mitglieder, die Werber, die Bogen erst zurückschickten, wenn sie mehrere Leute

42 Dr. Theodor Kratz (geb. 1920), Referent für Sozialpolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1963–1969 Kreisverbands-Vorsitzender der CDU Aalen.

43 Adolf Ludwig (1892–1962), 1946–1949 MdL Rheinland-Pfalz (SPD), seit 1946 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, 1949–1961 und 1962 MdB.

44 Im Bundestag angenommen am 11. Januar 1956 – vgl. Nr. 2, 3, 4 von UiD vom 10., 17. und 24. Januar 1957.

geworben hatten. Dadurch kommt es, daß wir jetzt bei der Zentrale täglich 40 bis 50 neue Anmeldungen bekommen. Daher kann man von dieser Aktion in keiner Weise sagen, daß sie abgeschlossen ist.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß bei der Zentrale allein 9.000 Anmeldungen erfolgt sind, andererseits aber bei den Landesverbänden die gesamten neugeworbenen Mitglieder direkt an die Kreise gegangen sind. Darüber haben wir noch keine Übersicht. Wir sollten also nicht so schnell über diese Aktion ein Urteil bilden. Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß an der Mitgliederwerbung Vorstandsmitglieder, Parteiausschußmitglieder, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und sonstige Mandatsträger der kommunalen Parlamente nicht beteiligt sind.

Adenauer: Was heißt das? (*Heck:* Sie haben keinen geworben!) Ich würde das deutlicher sagen. Die ganze Aktion hat bisher – ich muß Herrn Zimmer recht geben – kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Herr Heck hat uns neulich in einem anderen Kreis vorgetragen, daß er an 3.000 Neudeutsche[45], die er von früher her gekannt hat, noch einmal geschrieben hat. Wenn ich die Zahl richtig behalten habe, haben nur 30 bis 40 ihm daraufhin eine Anmeldung zurückgeschickt. Wenn das also schon am grünen Holze geschieht – was wird am dürren geschehen? Wir müssen uns darüber klar sein, daß unsere Kreise zu bange sind, sich irgendwie parteipolitisch zu binden. Das muß noch überwunden werden.

Was die Frage der Ausnutzung der Rentengesetze angeht, darf ich darauf aufmerksam machen, daß jetzt noch weitere Gesetze verabschiedet werden. Dann muß in noch verstärkterer Weise eingesetzt werden. Ich kenne nicht die Drucksachen, die Sie gemacht haben; Herr Storch hat auch eine gemacht. Man müßte auch in den Versammlungen stärker als bisher darauf hinweisen, daß auch die sechs Millionen nicht mehr in Arbeit befindlichen Rentner davon betroffen werden. Natürlich muß das Gesetz im Ganzen als eine Sicherstellung der Arbeitnehmer insgesamt und nicht so sehr unter einem fast karitativen Gesichtspunkt betrachtet werden. Um so größer steht das Werk da, und wir haben ein Recht darauf, stolz zu sein auf dieses Werk.

Lübke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von Herrn Heck und Herrn Meyers abgegebenen Erklärungen bezüglich des Wahlmaterials begrüße ich, insbesondere wegen der Filmkopien. Ich habe im Wahlkampf des Jahres 1953 erfahren, wie ungeheuer wichtig die Bedeutung der Filme ist. In den Versammlungen waren sehr wenig Menschen, aber die Filmvorführungen brachten immer volle Häuser. Wenn man die Besucherzahlen zwischen Versammlung und Filmvorführung vergleicht, dann kommt man auf 1 : 10. Wir waren 1953 ausgezeichnet versorgt mit Wahlmaterial. Jeder konnte das von ihm benötigte Material zur Aufklärung der Öffentlichkeit bekommen. Ich würde mich freuen, wenn das auch dieses Mal wieder der Fall wäre.

---

45 Gemeint ist der aus der katholischen Jugendbewegung entstammende „Bund Neudeutschland" (gegründet 1919), hier Hochschulring und Männerring.

Es ist leider so, daß wir Kreisgeschäftsführer haben, die verhältnismäßig wenig Einfluß haben und die auch nicht reden können. Ich selber habe zwei Kreisgeschäftsführer, die zwar fleißig und ordentlich sind, aber sie können nicht reden. Auf diesem Gebiet müssen wir auch für mehr Bewegungsmöglichkeit sorgen. Die Schwierigkeiten liegen hier darin, daß tüchtige Leute für die Gehälter, die die Leute bekommen, einfach nicht zu haben sind.

Nun zu der Frage: Wie wird sich die Ernährungspolitik und wie werden sich die Preise in diesem Jahre gestalten?[46] Sie werden zugeben, daß – abgesehen von der saisonal, insbesondere durch den starken Frost bedingten Preiserhöhung im vorigen Jahr bei Obst und Gemüse, Butter, Eiern und Kartoffeln – die Preise in den letzten Jahren stabil geblieben sind. Z.Z. sind wir wegen des Brotes in einer großen Sorge. Die Mehlpreise sind vor eineinhalb Jahren gesunken, aber die Kohlenpreise und die Lohnerhöhungen stehen dem gegenüber. Man kann den Bäckereien und den Fabriken nicht zumuten, das auf sich zu nehmen; denn die gesunkenen Mehlpreise gleichen das nicht aus. Die Brotgetreidepreise sind von 1951 bis heute stabil geblieben. Der einzige Grund, worauf die nunmehr gestiegenen Preise zurückzuführen sind, sind die Kohlen und die Löhne. Bei Verhandlungen mit den Bäckern habe ich festgestellt, daß sich die Brotpreiserhöhungen parallel der Lohnbewegung verhalten. Im Moment stellt die bevorstehende Lohnerhöhung im Backgewerbe einen entscheidenden Punkt dar. Bei den Fleischpreisen sind wir in einer sinkenden Kurve; sie wird sich im Sommer und Herbst saisonal erhöhen, aber das sind keine Erhöhungen, die die Hausfrauen stören. Genauso ist es mit Butter. Bei Kartoffeln und Obst und Gemüse haben wir saisonal bedingte Preise; sie gehen je nach der Ernte oder nach der Witterung hin und her. Hierbei verweise ich auf die saisonal bedingten Preissteigerungen im Vorjahr. Wir haben das beeinflußt durch die Öffnung der Grenzen, aber da wir kein deutsches, sondern europäisches Wetter haben, können wir hier nur wenig machen.

Wir hatten gestern auch „Besuch" von Winzern, und zwar von einem Verband, der um Mainz herum beheimatet ist und als Vorsitzenden den Herrn Weintz[47] hat, der schon aus der Nazizeit und den Nürnberger Parteitagen als radikal bekannt ist. Diese Leute stehen unter einer sehr radikalen Führung, und es wäre schon der Mühe wert, diesen Verband an Ort und Stelle wirksam zu bekämpfen. Einer unserer Kollegen im Bundestag hatte in einem größeren Ort – nachdem durch die Presse bekannt war, daß ich die Leute nicht empfangen würde – gesprochen, wo sich 33 Winzer zur Fahrt nach Bonn angemeldet hatten. Teilgenommen haben dann nur drei. Man sieht daran, welche Möglichkeiten hier bestehen. Gestern ist ein Teil, vielleicht die Hälfte dieser Besucher, bei uns im Ministerium angekommen. Als es anfing zu nieseln und Weintz

46 Wirtschaftsdaten zur Preisdiskussion in „Der Agrarbrief" 12 vom 12. Oktober 1956 S. 3–5.

47 Jean Weintz (geb. 1902), 1953–1958 Vorsitzender des Rheinhessischen Weinbauverbands, Mitglied der DRP. – Die Winzer wollten auf ihre schwierige Lage aufgrund der starken Frostschäden des vergangenen Winters aufmerksam machen.

seine Schlußrede hielt, die darauf hinzielte, daß das Ergebnis sehr mager gewesen sei, waren vielleicht noch 200 Mann da.[48]

Die Lage ist schwierig. Von 60.000 Hektar Anbaufläche sind insgesamt 7.000 Hektar völlig erfroren. (*Adenauer:* Sollen wir heute darüber sprechen?) Ich wollte nur sagen, daß die Frage von Bedeutung ist. Aber sie kommt in Ordnung. Wir stehen mit dem Deutschen Weinbauverband und dem Weinhandelsverband ständig in Verhandlungen. (*Adenauer:* Rheinland-Pfalz macht einen ganz zufriedenen Eindruck!)

Ein weiterer wichtiger Punkt neben dem Grünen Plan ist die Altersversicherung der Bauern.[49] Soweit man übersehen kann, ist bei der Masse der kleinen Bauern dies ein entscheidender Punkt. Wir werden dafür sorgen, daß neben der Altersversicherung auch gleichzeitig die Rente fließt. Das wird ein viertel Jahr vor der Wahl sein, so daß man auch von dieser Seite aus eine Besserung erreichen kann.

Dichtel: Herr Bundeskanzler, Sie haben festgestellt, daß Herr Heck als Generalstabsoffizier gemeldet hätte, die CDU sei fleißig bei der Arbeit. (*Adenauer:* Habe ich nicht gesagt, sondern: sie sei aufgewacht!) Dann habe ich mich getäuscht. Ich habe den Eindruck, daß z.Z. sehr gut in der CDU gearbeitet wird. Auch die Stimmung hat sich erheblich gebessert. Aus den ausgezeichneten Rednerschriften – zeitweise gibt es auch in Bonn etwas Gutes – habe ich erfahren, daß 14 Millionen Menschen bei der Sozialversicherung von einer Rente erfaßt werden.

Auch wir haben nach der Verabschiedung der Rentenreform große und gut besuchte Versammlungen erlebt. Bundestagsabgeordneter Stingl[50] hat beinahe einen Triumph erlebt. Diese Versammlungen für die Rentner sollten wir in allen Ländern durchführen. Die SPD hat nicht in einem einzigen Falle geantwortet.

Herr Heck hat von den vielen Maßnahmen gesprochen, die die Bundesgeschäftsstelle durchführen will. Das gute Material hat aber keinen Sinn mehr, wenn es erst in der Schlußphase des Wahlkampfes zur Geltung kommt. Ich möchte Sie daher bitten, nicht alles auf die letzten Tage vor der Wahl zu konzentrieren, sondern möglichst frühzeitig zu beginnen. Die öffentliche Meinung wird in den nächsten Wochen für die Wahl gebildet. Deshalb sollten wir sobald wie möglich mit unserer Arbeit loslegen.

Bach: Wir sollten alle dafür sorgen, daß die Zeitschrift „Union in Deutschland" weiter ausgebaut wird; denn das ist sehr wertvoll, damit die Leute in den Betrieben Rede und Antwort stehen können. Ich bin der Meinung, daß wir keine Flugblätter von der Zentrale herausgeben sollen, sondern nur die Entwürfe. Die Flugblätter sollten dann auf die einzelnen Wahlkreise abgestellt werden.

---

48 Vgl. FAZ und „Die Welt" vom 7. Februar 1957. Nach dem Bericht der „Welt" gab es 1.800 Demonstranten.

49 Gesetz über die Altersversicherung der Landwirte vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1063; Wirkung: Zusatzversorgung für selbständige Landwirte durch Geldleistungen aus landwirtschaftlichen Alterskassen.

50 Josef Stingl (geb. 1919), 1953–1968 MdB (CDU, 1963–1968 Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion), 1965–1973 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

Es ist auch sehr wertvoll, mit einem Schreiben die Wähler persönlich anzusprechen. Die Vorbereitungen dazu müssen schon gleich anlaufen. Wir haben bei uns beschlossen, Mädchen einzustellen, die nur Adressen schreiben, damit alle Leute persönlich angesprochen werden. Durch die Presse geht die Nachricht über den Wahlfonds.[51] Er ist viel niedriger, als dort gesagt wird. Ich darf eines feststellen: Jede Wahl ist so viel wert, wie man für sie opfert.

Wir sollten vom März an eine Sammelaktion für die CDU auf breitester Basis durchführen und Schecks in Höhe von DM 2,–, 5,–, 10,–, 20,– usw. mit dem Bild und der Unterschrift des Bundeskanzlers verkaufen. (*Meyers:* Der Antrag ist schon gestellt!) Wir müssen aber mit dieser Sammlung möglichst früh beginnen. Die Quittungen sollten von Ihnen unterschrieben werden. Von dieser Aktion verspreche ich mir eine ganze Menge Geld.

Adenauer: Aber Herr Bach, die brauche ich doch nicht alle zu unterschreiben! (*Bach:* Nein!)

Stoltenberg: Bei den Gesetzen, die vordringlich behandelt werden sollen, wurde das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht erwähnt[52]; deshalb möchte ich, ohne Kritik zu üben, darauf hinweisen, daß ich mit meinen Freunden in der Jungen Union die Frage des Jugendarbeitsschutzgesetzes, auch in seiner politischen Bedeutung, außerordentlich hoch einschätze. Auch in einem Gespräch mit den leitenden Leuten der großen Jugendverbände hat sich die gleiche Auffassung herausgebildet.

Ich bin davon überzeugt, daß gerade nach der Analyse der Kommunalwahlergebnisse in den Industriebezirken an Rhein und Ruhr die Wahlentscheidung vieler junger Wähler von dieser Frage sehr stark beeinflußt wird. Ich glaube auch, daß die Sozialdemokratie diese Frage in den Vordergrund stellen wird. Ich verkenne nicht die großen sachlichen Schwierigkeiten, die es hierbei gibt, aber ich bin der Auffassung, daß es möglich sein müßte, auch hier die verschiedenen Kräfte in der Union auf eine Lösung abzustimmen, die sicher differenziert sein müßte, die aber politisch tragbar wäre. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Frage im engeren Vorstand noch einmal überlegten.

Eplée: Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt, wir brauchen andere Parteien. Dem stimme ich zu, aber ergänzend darf ich Sie, Herr Bundeskanzler, im Namen der Vertriebenen und Flüchtlinge, die in unseren Reihen stehen, warnen vor irgendwelchen Wahlbesprechungen mit dem BHE. Er ist ein ganz unsicherer Kantonist. Sie haben gesagt, die Verpflichtungen, die er eingeht, muß er halten. Wenn Sie erwarten, daß der BHE seine Verpflichtungen hält ... (*Adenauer:* Dann haben Sie mich falsch verstanden! Darf ich das klarstellen. Der Sinn meiner Ausführungen war der, daß man nichts tun soll, um den BHE dazu zu bringen, nach der anderen Seite Verpflichtungen einzugehen.) Ich danke für die Klarstellung. Sie wissen, welch widerstrebende Geister im BHE vereinigt sind. Ein Großteil der Vertriebenen und Flüchtlinge, die 1953 uns

51 Nicht ermittelt.
52 Vgl. Anm. 25.

gewählt haben, sind inzwischen zur SPD abgewandert. Ich bin Herrn Heck dafür dankbar, daß er eine alte Anregung, die von unserer Seite gekommen ist, so weit vorangetrieben hat, daß die Lager mit einer Zeitung beliefert werden. Die SPD ist dort auch sehr rührig.

Ich glaube, daß wir als die größte Partei – lassen Sie mich diesen „ketzerischen" Ausspruch tun – am ehesten in der Lage wären, unter den ersten fünf Namen auch einen Vertriebenen oder Flüchtling zu präsentieren. Damit würden wir der SPD sehr viel Wasser abgraben. Herr Oberländer hat erwähnt, daß fast ein Viertel der Bevölkerung Vertriebene und Flüchtlinge sind. Wir sind über 23 %. Es ist so, daß sich der Vertriebene und Flüchtling am liebsten von seinen Landsleuten ansprechen läßt. Das muß bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden.

Ich möchte Sie bitten, die Arbeit der Verbände nicht zu überschätzen. Die Entwicklung der Verbände ist sehr fragwürdig; wie das Ergebnis aussehen und wer Vorsitzender dieser neuen Verbände wird, das steht in den Sternen.

Sehr erhebend ist es auch nicht, wenn die uns nahestehende Zeitung „Politische Meinung" schreibt – und zwar in zwei großen Serienartikeln[53] –, was alles geleistet worden ist und sich dabei durch den Tenor und die Ausführungen wie ein roter Faden hindurchzieht: Das alles haben die Verbände gemacht. Kein Satz, daß die CDU seit zehn Jahren alles für die Vertriebenen durchbekommen und daß sie die Verantwortung getragen hat. Es gibt auch führende Leute in unserer Mitte, die sagen – ich will gerne mit Zitaten dienen –, der alleinige politische Repräsentant der Vertriebenen sind die Verbände. Und wenn die Verbände verlangen, daß alle politischen Schritte der Bundesregierung nur im Einvernehmen mit ihnen erfolgen sollen, daß die Außenpolitik eine Domäne der Vertriebenen ist, dann ist das ein gefährlicher Weg, vor dem ich nicht genug warnen kann.

Adenauer: Darf ich folgendes dazwischenschieben! Ich habe gestern das Kabinett mit der Frage beschäftigt, ob es nicht möglich sei, für den Wahlkampf eine gemeinsame Sprachregelung bezüglich der Ostfragen für alle Koalitionsparteien zu finden. Wir haben einen kleinen Ausschuß eingesetzt, der diese Frage vorbereiten soll, und zwar die Herren von Brentano, Lemmer, Oberländer, Seebohm und Blücher. Wenn wir glauben, eine solche Lösung gefunden zu haben, werden wir sie den Koalitionsfraktionen vorlegen. Der Leitgedanke dabei ist der, daß 1. Exzesse vermieden werden und 2. Eindruck gemacht wird.

Lindrath: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Im Wahlkampf werden wir vor die Frage gestellt werden, welchen Erfolg unsere Finanz- und Steuerpolitik gehabt hat. Die Kritik wird nicht immer angenehm sein. Das zeigt sich jetzt schon

53 Vermutlich gemeint Eva Gräfin FINCKENSTEIN: Um die Oder-Neiße-Linie (Tatsachen, Entwicklungen und Wirkungen). In: „Die Politische Meinung" 1956 Heft 4 S. 35–48, wo die Effektivität der Vertriebenenverbände betont wird. Ein zweiter Artikel ist nicht nachzuweisen, ebensowenig andere Artikel zum Problem des politischen Einflusses der Verbände.

deutlich, weil die Grundforderung nach einer wirtschaftlich sinnvollen Steuerreform nicht erfüllt worden ist.

Die Kritik geht heute weit darüber hinaus. Ich habe eine Streitkorrespondenz mit dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler[54], in der gesagt wird, wir sollten aufhören mit dem Gerede von Steuersenkungen; denn es seien keine vorhanden. So weit kann man natürlich nicht gehen, aber hinsichtlich der sinnvollen Reform wird man sagen können, daß wir nicht das erreicht haben, was wir wollen. Es wäre daher zweckmäßig, wenn wir auf diesem Gebiet etwas unternähmen, um es im Wahlkampf propagandistisch ausnutzen zu können.

Wir sollten ein politisches Gremium schaffen, dessen Aufgabe es sein müßte, eine Gesamtkonzeption der Steuerreform, wie wir sie uns vorgestellt haben, vorzunehmen. Als wir das Hamburger Programm machten, habe ich vorgeschlagen, einen kleinen Kreis von Politikern, Beamten und Leuten aus der Wirtschaft zu beauftragen, diese Arbeit voranzutreiben. Wir beobachten immer wieder, daß Anträge ins Plenum kommen, die angenommen werden, die aber die Möglichkeit, nachher etwas Sinnvolles zu machen, zum größten Teil verbauen. Vielleicht können wir das auf diese Weise verhindern.

Eine Sonderaufgabe ist die Überführung des Saarsteuerrechts in das deutsche Recht; zum Teil handelt es sich dabei um Saarrechte, zum Teil um französische Rechte. Das Saarrecht soll spätestens in drei Jahren in das deutsche Steuerrecht überführt werden.

Wenn wir uns zu einer solchen Institution entschlössen, könnten wir sie auf dem Bundesparteitag herausstellen und damit manches wettmachen, was wir bisher nicht haben tun können. Hinsichtlich der Wahlschecks möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Spendenquittung an den Scheck angeheftet werden muß.

Erhard: Es ist seit mehreren Jahren meine Meinung, daß im kommenden Wahlkampf die Preisentwicklung eine entscheidende Rolle spielen wird.[55] Ich habe mich ehrlich bemüht – mit welchen Erfolgen, bleibe dahingestellt –, die Preise so stabil wie möglich zu halten, mindestens aber sie in ein gesundes Verhältnis zu der Erhöhung der Nominaleinkommen zu bringen. Ich würde nicht empfehlen, beim Wahlkampf den Leuten einzusuggerieren, die Preise seien in Deutschland nicht gestiegen, und dabei vielleicht noch mit dem Hinweis auf den Lebenshaltungsindex gar einen Beweis antreten zu wollen. Damit bringt man die Leute nur in Rage, und man wird zur Antwort bekommen – mir ist es passiert –, wir kaufen Nahrungsmittel und Konsumgüter usw., aber keinen Index. Also, das ist der falsche Weg. Dagegen kann man etwas anderes tun, nämlich die Taktik – es ist mehr als Taktik, moralisch gesehen – der Gewerkschaften, die ja unter dem freudigen Beifall und wahrscheinlich auch aufgrund der Initiative der SPD erfolgt, herausstellen, daß es die ganz bewußte Absicht

54 Fritz Butschkau.

55 Vgl. dazu Gerhard SCHMIDTCHEN: Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik. 2. Aufl. Freiburg 1961 S. 160ff.

der Opposition ist, durch Übersteigerung der Forderungen, sei es in bezug auf die Löhne oder auf die Verkürzung der Arbeitszeit, zwangsläufig Preissteigerungen in Deutschland auszulösen, um dann wieder das Rad dahin zu drehen, daß über die unrechte Verteilung des Sozialprodukts und das Volkseinkommen geklagt wird.

Wir haben doch in Deutschland in den letzten acht Jahren deutlich bewiesen und dokumentiert, daß nicht über Verteilungskunststücke, sondern nur über die Mehrung des Wohlstandes, über die Steigerung der Produktionskapazität wirkliche Lösungen erzielt werden. Ich möchte keinen sachlichen Vortrag halten, ich behaupte nur, daß die Stärke der CDU, ihre Vielschichtigkeit, ihre Aufgliederung der Wähler in verschiedene Stände usw., zugleich auch ihre Schwäche ist; denn es hat sich gezeigt, weil die Anforderungen aller Stände und aller Berufsgruppen an uns herangetragen wurden, daß wir entweder vor dem Nein oder vor der Notwendigkeit stehen, einen nach dem anderen zu befriedigen.

Wir sollten also vor der Wahl sagen, was wir für alle getan haben, um deutlich zu machen, daß wir keine Interessentenpartei sind; auf der anderen Seite dürfen wir um Gottes willen nicht glauben, daß man mit Versprechungen an die einzelnen Schichten eine Wahl gewinnen kann. Wir sollten umgekehrt über die ständische Zugehörigkeit und die privaten Interessen des einzelnen hinweg etwas von dem sozialen Sein des Menschen schlechthin sagen und ihn in allen seinen Lebensbereichen ansprechen, nicht im Materiellen, sondern bezüglich seiner Verpflichtungen gegenüber dem Staat und der Gemeinschaft. Das deutsche Volk hat geradezu eine Sehnsucht danach, wieder einmal etwas härter angesprochen zu werden, und zwar über seine materiellen Interessen hinaus.

Zur Wahlvorbereitung möchte ich folgendes beisteuern[56]: Ich bin dabei, wirtschaftliche Thesen zu entwickeln, die eine Art Leitsätze darstellen. Diese Thesen werden mit Argumentationen versehen, in denen zugleich auch die Antithese gegenüber der sozialistischen Auffassung klar zum Ausdruck kommt. Ich versuche, die Widersprüche herauszuarbeiten und vor allen Dingen auch die großen Zusammenhänge sichtbar zu machen, und zwar für die Leute, auf die wir im Wahlkampf als Redner angewiesen sind, die aber über diese Einsichten in die Zusammenhänge nicht verfügen.

Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung: Das wichtigste ist, daß wir unsere Gesinnung klar bezeugen und daß wir bereit sind, mit eiserner Entschlossenheit und ohne Wanken und Schwanken, auf uns allein gestellt, den Wahlkampf erfolgreich zu Ende zu führen, ohne dabei nach rechts und links zu sehen. *(Lebhafter Beifall.)*

Storch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Zimmer hat die Frage aufgeworfen, warum wir nicht sofort nach der Verabschiedung der Rentengesetze draußen entsprechend aufgetreten seien. Dazu folgendes: Wenn man auf diesem Gebiet den Effekt erzielen will, den man sich vorstellt, muß man den Menschen etwas in die Hand geben, damit sich die Dinge bei ihnen einprägen. Aus diesem Grund haben wir im Arbeitsministerium eine sogenannte „Rentenfibel"

56 Vgl. dazu KOERFER S. 152–160.

in Vorbereitung. Sie wird so frühzeitig fertig sein, daß sie bei Zahlung der neuen Renten den Leuten an den Postschaltern gegeben werden kann. Wir wollen aber diese Broschüre nicht gratis verteilen, sondern dafür einen Betrag von DM 0,50 erheben, was ungefähr die Kosten decken wird. Was die Leute nämlich gratis bekommen, das lesen sie doch zum größten Teil nicht durch, wenn sie aber etwas dafür bezahlen, dann lesen sie es auch.

Dabei hat sich eine Schwierigkeit ergeben. Die Verlagsanstalten, mit denen wir wegen der Herausgabe dieser Schrift gesprochen haben, haben gesagt, wenn ihr eine Auflage von einer Million oder zwei Millionen Stück haben wollt, können wir nicht allein das Risiko übernehmen. Ich habe mit dem Kollegen Schäffer über diese Angelegenheit gesprochen, und ich hoffe, daß wir einen Weg finden, um diese Garantie geben zu können. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß sie nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Dinge sind bei den Leuten so angekommen, daß jeder versuchen wird, sich ein Bild darüber zu machen; denn die Leute möchten wissen, was ihnen demnächst bevorsteht.

Wenn wir die Rentenfibel[57] fertig haben, bin ich der Meinung, daß die Partei diese Rentenfibel jedem Agitator draußen in die Hand geben soll. Diese Dinge werden in den Versammlungen kaputtgeredet, wenn jemand darüber spricht, der nachher in der Diskussion Einzelfragen nicht beantworten kann. Die Fibel ist in ihrem zweiten Teil so gehalten, daß es sich hauptsächlich um ein Frage- und Antwortspiel handelt. Mit dem, was an Fachlichem darin enthalten ist, kommt der gewöhnliche Redner bei einer Diskussion in einer Versammlung aus. Das scheint mir das Entscheidende zu sein.

Es bestehen Bedenken, weil wir auf der ersten Seite das Bild des Bundeskanzlers und des Arbeitsministers bringen. Ich bin aber der Überzeugung, daß die Gewerkschaften (*Albers:* keine Gegenfibel machen!) trotzdem diese Schrift übernehmen werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß sich die „Welt der Arbeit" in einer Form für die Sache eingesetzt hat, die an und für sich die ganze sozialistische Propaganda zerschlagen hat. Die Leute von der SPD sind beim Bundesvorstand gewesen und haben gesagt: Wie könnt ihr uns die ganze Sache kaputtschlagen. Man hat den Chefredakteur der „Welt der Arbeit"[58] gefragt, ob er das gebilligt habe oder ob das eine Arbeit von Dalbert[59] sei. „Nein" hat er gesagt, „das ist auf meinen persönlichen Wunsch in dieser

57 Was bringt mir die Rentenreform? Rentenfibel für alle Versicherten und Rentner der Rentenversicherung der Arbeiter mit dem amtlichen Tabellenwerk. Hrsg. vom Bundesminister für Arbeit. Braunschweig 1957; vgl. auch CDU-Rednerdienst Nr. 12 vom 12. Februar 1957: „Rentenreform – eine soziale Großtat" (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands).

58 Artur Saternus.

59 In der Vorlage: Dalberg. – Lambert Dalbert war sozialpolitischer Redakteur. Gemeint ist der Artikel vom 25. Januar 1957 „Die Erhöhung der Renten ist gesichert" mit einem Interview Dalberts mit Willi Richter. Im einleitenden Absatz heißt es: „Die Rentengesetze ... stellen das bedeutendste Sozialgesetzeswerk dar seit der Einführung der Sozialversicherung überhaupt." Außerdem wird die Gesetzgebung als „soziale Großtat" bezeichnet.

Form gebracht worden. Wir von der Gewerkschaft können, wenn etwas Derartiges herauskommt, nicht mehr so negativ reagieren, wie das früher der Fall war, wenn wir uns nicht kaputtmachen wollen."

Was also in der Form einer Aufklärung gemacht werden kann, wollen wir tun. Wir sind der Meinung, je mehr derartige fachliche Darstellungen in einer etwas nett aufgemachten Form in die Hände der Nicht-CDU-Leute kommen, desto mehr Wirkungen werden wir erzielen, vor allen Dingen dann, wenn die Fraktion oder die Partei mit ihren Mitteln nachstößt, um die Leute auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Wir haben auf diesem Gebiet nichts versäumt; dpa hat von mir einen Artikel über die Rentenreform für übermorgen gewünscht, weil morgen die Verabschiedung dieser Gesetzgebung im Bundesrat auf der Tagesordnung steht. Auf einigen Gebieten sollten wir in der Vorbereitung der Wahl folgendes tun, durch Fachleute Vorträge halten lassen, die in Form von Broschüren oder anderen Publikationen den Leuten an die Hand gegeben werden, um dem einzelnen draußen die Möglichkeit zu geben, in seiner Sprache von diesen Dingen Gebrauch zu machen. Wir können von unseren Propagandisten nicht verlangen, daß sie auf allen diesen Gebieten zu Hause sind. Ich bin bereit, auf diesem Gebiet mitzuwirken, damit eine einheitliche Sprachregelung – soweit die Rentenreform in Frage kommt – draußen ermöglicht wird. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich möchte zum Ablauf unserer Tagesordnung Ihre Meinung erbitten. Es sind noch zum Wort gemeldet die Herren von Hassel, Meyers, Lensing und Frau Weber. Wir haben auf der Tagesordnung noch stehen: Fragen des Rednereinsatzes, Bundesparteitag 1957, Verschiedenes.

Zum Punkt „Bundesparteitag" wird der Vorschlag gemacht, einen kleinen Ausschuß zu wählen, der mit der Bundesgeschäftsstelle das Weitere überlegt. Die Herren aus dem Bundestag müssen in kurzer Zeit nach drüben. Wenn sich alle Redner sehr kurz fassen, sind wir kurz vor 2 Uhr fertig. Dann können wir eine Erfrischung zu uns nehmen. Sollen wir es so machen? – Sie sind einverstanden.

Von Hassel: Ich möchte die Damen und Herren der Bundestagsfraktion bitten, von jeder weiteren Steuersenkungsaktion Abstand zu nehmen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie können mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, daß jeder derartige Plan im Bundesrat angehalten wird. Das hätte im Bundesrat keinerlei Chancen, würde aber den ganzen Ärger und das Bild des vergangenen Jahres, daß die CDU-Ministerpräsidenten gegen die Bundestagsfraktion stehen, erneut heraufbeschwören.

Wir sind in Norddeutschland leider durch die Erklärung, die in Königswinter über Miteigentum herausgekommen ist[60], in eine sehr schwierige Situation geraten. Ich wäre daher dankbar, wenn man sich in Zukunft über solch gravierende Fragen zunächst einmal ausspräche, ehe man diese Erklärungen in einer solchen Form durch die Presse laufen läßt. Die FDP erklärt bei uns, wenn wir mit der SPD koalieren

60 Vermutlich gemeint die Broschüre „Miteigentum – ein praktischer Vorschlag", die Anfang 1957 von der CDA vertrieben wurde (vgl. dazu „Soziale Ordnung" Nr. 3 vom März 1957).

sollten, wird jede Frage der Sozialisierung an uns scheitern. Bei der CDU ist ein Finanzausschuß, der das mit der SPD gemeinsam machen wird.

Ich sage das mit der Bitte, sich zu überlegen, nur solche Reden zu halten und Erklärungen abzugeben, die nachher nicht korrigiert zu werden brauchen. Die heutige Bundesvorstandssitzung ist nicht dazu geeignet, über den Streik in Schleswig-Holstein zu sprechen.[61] Das werden wir beim nächsten Mal tun. Es ist unerhört viel dazu zu sagen. Wesentlich ist folgendes: Herr Minister Erhard hat Mitte Dezember in einer der bestreikten Städte eine Rede gehalten. Von den 500 Streikenden waren 400 in einer wegen Überfüllung polizeilich geschlossenen Versammlung anwesend.[62] Herr Erhard hat den Leuten die Meinung gesagt, und zwar mit einer bayerischen Offenheit, die großartig war. Es ist leichter „Depp" in Bayern als „Idiot" in Norddeutschland zu sagen. *(Heiterkeit.)*

Es war so, daß in dieser Stadt bei der Urabstimmung in der vorigen Woche 76 % für die Beendigung des Streiks gestimmt haben, während in allen anderen Städten, wo Herr Erhard nicht hat reden können, das Verhältnis umgekehrt war.[63]

Adenauer: Nur ein Wort zu einer Bemerkung des Herrn von Hassel. In SPD-Kreisen ist man der Auffassung, es sei unklug, in völliger Verkennung der Lage die Frage der Sozialisierung im Wahlkampf zu behandeln.

Lensing: Ich habe gestern in der Zeitung gelesen, daß der Bundespostminister beabsichtigt, in Zukunft den Rentenempfängern die Rente durch die Post zuzustellen. Es wäre schön, wenn diese löbliche Absicht noch vor der Wahl verwirklicht werden könnte.

Adenauer: Ich fürchte, daß dies dem Bundespostminister kaum möglich sein wird. (*Lensing:* Dann hätte er es nicht sagen sollen!) Er ist optimistisch. Wir können froh sein, wenn wir eine einmalige Briefzustellung erreichen.

Weber: Ich trage zwar Eulen nach Athen, aber ich muß es noch einmal sagen, daß bei den Frauen die Frage der Wehrpflicht außerordentlich wichtig, ja durchschlagend ist, so daß ich darum bitten möchte, in einfacher und schlichter Weise mit den Frauen darüber zu sprechen. Die Sache hat sich in den letzten Monaten schon gebessert. Aber ich wäre sehr dankbar, wenn der Presse- und Informationsdienst[64] die Frauen aus der ganzen Bundesrepublik in kleinen Gruppen aus allen möglichen Schichten und Ständen zu einer Aussprache einberiefe.

Neulich war eine solche Besprechung über die Wehrpflicht, die einen großen Erfolg hatte. Die Frauen stellen sich danach tatsächlich anders ein. Ich bitte darum, daß bei den Vorträgen auch auf dieses Problem besonders geachtet wird. Es hängt sehr

---

61 Streik in der Metallindustrie vom 24. Oktober 1956 bis 15. Februar 1957. Vorgeschichte und Ergebnis der Schlichtung durch Johannes Ernst (CDU) in AdG 1957 S. 6266.

62 Am 12. Dezember 1957 hatte Erhard auf einer CDU-Veranstaltung in Plön und anschließend in Mölln gesprochen (Reden nicht überliefert).

63 Am 30. Januar 1957. – 76,2 % lehnten den Einigungsvorschlag der Schlichtung ab.

64 Gemeint wahrscheinlich das Bundespresse- und Informationsamt.

viel von dieser Frage ab. Denken Sie daran, daß die falsche Einstellung der Frauen zu der Wehrpflicht der SPD im Ruhrgebiet die absolute Mehrheit gebracht hat.

Adenauer: Wir nehmen dankend von Ihren Anregungen Kenntnis, Frau Weber, und werden uns danach einrichten.

Nun kommen wir zum Punkt 4 der Tagesordnung. Das Wort dazu hat Herr Meyers.

Rednereinsatz

Meyers: Herr Heck hat aus Amerika die Erfahrung mitgebracht, daß sich drüben der Wahlkampf zu einem großen Teil vor den Fernsehschirmen und bei den Rundfunksendungen abspielt. Aber je näher die Wahlen herankommen, desto mehr treten die persönliche Vorstellung und der Kontakt des Kandidaten mit den Wählern in den Vordergrund, und zwar in politischen Versammlungen.

Wir bitten die Landesvorsitzenden, persönlich den Rednereinsatz genau zu überwachen, damit hier nicht unnütz Zeit und Kraft vergeudet wird. Mitunter hatte der Rednereinsatz einen außerordentlich starken Verschleiß der Redner zur Folge, weil diese Redner planlos und ohne triftigen Grund in weit voneinander entfernten Orten eingesetzt waren. Es ist vorgekommen, daß heute in einem Ort ein Redner spricht, der morgen schon einen Ort besuchen muß, der mehrere hundert Kilometer entfernt liegt. Hier kann viel rationeller und zweckmäßiger eingeteilt und vorgegangen werden. Solche nutzlosen Reisen strapazieren die Redner unnötigerweise sehr stark. Das muß unbedingt vermieden werden.

Der geschäftsführende Vorstand hat beschlossen, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, daß die sogenannten Spitzenredner – d.h. ein Kreis von Rednern, dessen Zahl noch umschrieben werden muß – in den letzten sechs Wochen vor der Wahl von allen persönlichen Verpflichtungen befreit werden sollen. Der Einsatz dieser Redner soll unter Zugrundelegung der Wahlkreisanalyse nach einem Gesamtplan erfolgen, wobei es den Landesverbänden ermöglicht werden soll, an den Punkten, wo es notwendig ist, auch den entsprechenden Spitzenredner zu bekommen.

Bei der letzten Wahl war es so, daß manche Wahlkreise mit Spitzenrednern überbedient waren. Ich habe es erlebt, daß in einem Ort zwei Minister bei einer Frauenversammlung sprachen. Das ist der Grund, weswegen wir den Beschluß dem Bundesvorstand vorlegen; er liegt im Interesse aller Landesverbände. Deshalb soll mit den Landesverbandsvorsitzenden darüber gesprochen werden. Mit den Landesgeschäftsführern ist dieser Plan bereits abgesprochen. Sie haben ihm zugestimmt.

Adenauer: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. – Ich darf Ihre Zustimmung feststellen.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung. Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Bevor dieses Thema endgültig im Bundesvorstand behandelt wird, sollte zunächst in einem kleinen Gremium darüber gesprochen werden. Wir haben gestern im geschäftsführenden Vorstand die Frage besprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir heute folgenden Vorschlag unterbreiten sollen: Die Herren von Brentano, Erhard, Arnold und die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sollen eine Kommission hierfür bilden.

Adenauer: Sie sind damit einverstanden! (*Albers:* Wo soll der Parteitag sein?)

Heck: Wir haben noch einmal eingehend nachgeprüft, ob der Parteitag in Hannover durchgeführt werden kann. Das ist nicht möglich, und zwar aus räumlichen Gründen. Die Messehallen liegen von der Stadt so weit weg und dazu in einer solch trostlosen Gegend, daß man das Gelingen des Parteitages ernstlich in Frage stellen müßte. Wir haben auch geprüft, ob in der Dortmunder Westfalenhalle die Möglichkeit besteht, den Parteitag durchzuführen. Die Westfalenhalle ist für den ganzen Monat ausverkauft.

Dann haben wir noch geprüft, ob wir den Parteitag in Essen durchführen können. Die Stadthalle in Essen würde sich vorzüglich dazu eignen, aber die Stadthalle ist bereits vergeben, und es war nicht möglich, die Stadthalle freizubekommen. Es bleibt also für die Durchführung des Parteitages nur noch Hamburg übrig. Im übrigen mußten wir mit Hamburg den Vertrag abschließen, weil uns sonst auch dort die Hallen nicht mehr zur Verfügung gestanden hätten, so daß wir schließlich überhaupt keine Halle mehr gehabt hätten. Der Parteitag muß in Hamburg zwischen dem 12. und 16. Mai durchgeführt werden.

Adenauer: Sie haben davon Kenntnis genommen. Ich würde vorschlagen, daß wir in diesen kleinen Ausschuß zur Vorbereitung des Bundesparteitages nach Rücksprache mit den Frauen hier im Parteivorstand noch eine Frau hinzudelegieren. – Damit sind Sie einverstanden.

Wir haben noch den Punkt „Verschiedenes". Das Wort wird nicht gewünscht.

Dann darf ich zunächst unseren Herren vom Bundesgeschäftsausschuß unseren herzlichen Dank aussprechen für die Vorarbeiten, gleichzeitig aber auch allen denen, die uns heute Anregungen gegeben haben, die wir nun bearbeiten und berücksichtigen werden. Ich hoffe, daß wir uns in kurzer Zeit wiedersehen werden hier im Parteivorstand; denn je näher wir auf die Wahl zugehen, desto öfter müssen wir zusammenkommen, damit wir zur Vorbereitung der Wahl durch Sie aus den einzelnen Ländern das hören, was wir zu unserer Information benötigen.

Ich danke Ihnen allen und schließe die Sitzung.

19

Hamburg, 11. Mai 1957

Sprecher: Adenauer, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Erhard, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, [Frau Jochmus], Johnen, Kiesinger, Krone, Lemmer, Lensing, Lübke, Lünendonk, Meyers, Oberländer, Osterloh, Schröder, Stoltenberg, Storch, Frau Weber.

Bericht zur politischen Lage. Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Ablauf des Bundesparteitages. Verschiedenes.

Beginn: 17.00 Uhr *Ende: 20.00 Uhr*

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 353–360

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Sie ebenso wie ich das Haus hier richtig gefunden haben. Auf der Einladung steht nicht, wo die Sitzung des Bundesparteivorstandes stattfinden soll; offenbar haben wir es aber doch gefunden.

Zum heutigen Programm der Tagesordnung möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir die Punkte 2 und 3 umkehren, daß wir also sagen: 1. Bericht zur politischen Lage und 2. Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf; denn das hängt viel enger zusammen als der Ablauf des Bundesparteitages. Ich darf wohl annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Der Bericht über die politische Lage steht natürlich auch unter dem Zeichen des kommenden Wahlkampfes. Darf ich zunächst feststellen, ob wir wirklich ganz unter uns sind und keine Fotografen und niemand uns hören kann; denn nur dann kann man ruhig und offen miteinander sprechen. Aus den Sitzungen des Parteivorstandes der SPD bekommen wir ja die entsprechenden Mitteilungen. *(Heiterkeit.)* Ich sähe es wirklich nicht gern, wenn das vice versa ebenso geschähe.

Die politische Lage werden wir, wie ich eben sagte, unter dem Gesichtspunkt des kommenden Wahlkampfes betrachten müssen. Hier möchte ich zunächst in

Stichworten sagen: Das ganze Geschehen in der letzten Zeit, wie europäische Verträge[1], NATO-Sitzung in Godesberg[2], Besuch des britischen Ministerpräsidenten in Bonn[3], das Schreiben oder der Aufruf der 18 Wissenschaftler[4] und von Albert Schweitzer[5] sowie die gestrige Sitzung des Bundestages[6], alles das steht in einem engeren Zusammenhang. Von heute ab sind es nicht einmal ganz vier Monate bis zur Bundestagswahl. Wenn sich nicht etwas Unvorhergesehenes ereignet, kann man davon ausgehen, daß sich der Bundestagswahlkampf in erster Linie abspielen wird im Zeichen der Außenpolitik, und zwar im Hinblick auf die atomare Aufrüstung. Nach dem ersten Auftreten der 18 Wissenschaftler war nach den Berichten, die wir von der ADK gehabt haben – die wahrscheinlich Hunderte von Versammlungen abgehalten haben mit Diskussionen usw. –, eine Wirkung dieser Erklärung der Wissenschaftler nicht vorhanden.

Das Bild hat sich aber schlagartig geändert durch den Aufruf von Albert Schweitzer. Albert Schweitzer ist für die allermeisten Deutschen ein Begriff, auch für die jungen Leute, man schätzt ihn sehr hoch, mit Recht. Sie kennen die vielen Bücher, die über ihn geschrieben und in sehr vielen Exemplaren verbreitet worden sind. Was Albert Schweitzer gesagt hat, ist von einem Großteil der deutschen Bevölkerung als ein Evangelium hingenommen worden. Und dann hat Herr Ollenhauer in irgendeinem Interview sofort erklärt – ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben –, das wird unser Wahlschlager werden.[7]

Ich gestehe Ihnen – deswegen habe ich eben gefragt, ob man hier unbehorcht sprechen könnte –, daß ich mit einer gewissen Besorgnis erfüllt war und vielleicht auch jetzt noch bin. Nach einer Rundfrage von Allensbach, die nicht veröffentlicht worden ist, haben 67 % der Befragten sich gegen uns ausgesprochen.[8] Die Frage lautete allerdings nicht so: Welche Partei ziehst du vor? oder: Sind Sie mit der Politik einverstanden? – sondern die Frage lautete: Sollen die atomaren Proben eingestellt

---

1 Am 26. März 1957 waren die EWG- und EURATOM-Verträge unterzeichnet worden (Texte in AdG 1957 S. 6338–6353; Annahme in Bundestag und Bundesrat am 5. Juli 1957). Vgl. auch ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 265–273.

2 Vom 2. bis 3. Mai 1957 in Bonn (Reden und Kommuniqué in AdG 1957 S. 6423f.).

3 Premierminister Macmillan war vom 7. bis 9. Mai 1957 in Bonn (AdG 1957 S. 6432f.).

4 Gemeint ist die sog. „Göttinger Erklärung" vom 12. April 1957. Darin sprachen sich 18 Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus, befürworteten aber die friedliche Nutzung der Kernenergie (Text des Aufrufs in AdG 1957 S. 6385).

5 Dr. Albert Schweitzer (1875–1965), elsässischer evangelischer Theologe, Philosoph, Arzt und Musiker, hatte am 23. April 1957 über Radio Oslo vor der atomaren Gefahr gewarnt (Text in AdG 1957 S. 6397–6399).

6 Diskutiert wurde die Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Atomwaffen (BT-Drs. 3347 vom 2. April 1957). – Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 12051–12145.

7 Auf einem SPD-Bezirksparteitag in Gelsenkirchen (vgl. „Die Welt" vom 29. April 1957). Vgl. zum Folgenden auch ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 296–301.

8 Im März 1956 sprachen sich 32 % für, 49 % gegen eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr aus, im April 1957 waren es 17 % für, 64 % dagegen (Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964. Hrsg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach 1965 S. 471).

werden oder nicht? (*Erhard:* Soll die Bundeswehr damit ausgerüstet werden? – das war die Frage!) Ja, das war die Frage. Eine ähnliche Frage wurde im März des vergangenen Jahres gestellt. Meiner Erinnerung nach haben sich damals 36 % der Befragten im Sinne dieser Frage, also gegen uns, ausgesprochen. Diesmal waren es 67 %.

Meine Freunde! Ich muß Ihnen sagen, das war ein Schock, weil diese Frage nicht irgendwie rational, mit irgendeiner Überlegung, sondern einfach emotional beantwortet wurde. Und gegen solche Emotionen anzugehen, das ist außerordentlich schwer.

Der gestrige Tag, um das vorwegzunehmen, war nicht für die SPD, sondern es war für die Regierungskoalition ein wirklicher Erfolg; ich glaube, nach jeder Richtung hin kann man das sagen. Man sah es auch den Gesichtern der Sozialdemokraten an. Sie hatten als ersten Redner zunächst Herrn Erler vorgeschickt, ein sehr gewandter Redner, der zuerst sehr anständig spricht, dann aber in den Anstand eine gute Dosis von etwas anderem hineinmischt. Dann haben sie Carlo Schmid vorgeschickt, dem man sichtlich anmerkte, daß er noch nicht soweit wiederhergestellt war, um der Strapaze gewachsen zu sein; insbesondere im zweiten Teil seiner Ausführungen war er offenbar dem Ganzen nicht mehr gewachsen. Später kam noch Herr Ollenhauer hinzu. Für uns hat gesprochen namens der Bundesregierung Herr Strauß; dann hat Herr Gerstenmaier eine ausgezeichnete Rede gehalten. Wir haben ihn aber geradezu notzüchten müssen, damit er diese Rede gehalten hat, weil er sagte, daß er als Bundestagspräsident nicht reden wolle. Er hat diese Rede aber schließlich doch gehalten. Dann haben noch verschiedene andere Herren gesprochen; auch ich habe zweimal das Wort ergriffen. Wir haben dann nachher unseren Vorschlag zur Abstimmung gebracht[9], der mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Der sozialdemokratische Antrag ist abgelehnt worden.

Es ist ganz interessant, Ihnen hier folgendes zu sagen; ich komme eventuell noch einmal darauf zurück. Der BHE hatte einen Antrag gestellt, der fünf oder sechs Punkte enthielt[10]; dreien davon konnten wir zustimmen, den anderen nicht. Herr Rasner hat ihnen mitgeteilt: Wollt ihr nicht gesondert abstimmen lassen, dann werden wir einigen von euren Vorschlägen zustimmen. Das haben sie getan, und wir haben ihnen zugestimmt. Die FDP hatte ebenfalls einen Antrag mit mehreren Punkten gestellt.[11] Herr Rasner hat ihnen dann dasselbe gesagt, aber die FDP hat sich geweigert, eine Einzelabstimmung über ihren Antrag herbeizuführen. Das Ergebnis war nun, daß – unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten – durch uns und die DP/FVP der Antrag abgelehnt worden ist.

Wenn auch der gestrige Tag wirklich ein Erfolg für uns gewesen ist, so glaube ich doch, weil es sich hier nicht um rationale, sondern um emotionale Dinge handelt,

9 Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 12138 (Umdruck 1099 vom 10. Mai 1957).
10 Umdruck 1097 EBD. S. 12139.
11 Umdruck 1096 EBD.

daß wir noch eine große Aufklärungsarbeit vor uns haben, und zwar ist uns ganz unerwartet dieses Los auferlegt worden durch Albert Schweitzer. Hätte er nicht gesprochen, dann wäre die Sache ganz anders gekommen. Aber nun hat er es getan. Es wird zwar bestritten, daß das, was er gesagt hat, richtig und zutreffend sei, aber was er sagt, wird von den Menschen hier in Deutschland als ein Evangelium betrachtet, und das wird einfach geglaubt. Und nun werden wir, obwohl wir in den vergangenen Jahren eine sehr gute Arbeit geleistet haben, und alles das, was wir auf dem Gebiete der atomaren Aufrüstung gesagt haben und was völlig zu verantworten ist, uns mit dieser Frage in den kommenden Monaten auseinanderzusetzen haben.

Nun ist das eigenartige dabei, daß die Frage der Ausrüstung der Deutschen mit atomaren Waffen noch gar nicht irgendwie spruchreif ist.

Es ist wohl gut, wenn ich in diesem Kreise, soweit meine Kenntnisse reichen, etwas über die atomaren Waffen sage. Es gibt große, es gibt kleinere. Man hat zuerst die großen Waffen die strategischen Waffen und die kleineren die taktischen Waffen genannt. Zu den kleineren gehört jetzt schon die Hiroshima-Bombe. Aber die Strategen sagen mit Recht, man kann auch die kleineren Bomben strategisch benutzen. Deshalb sollte man nicht mehr den Unterschied zwischen „strategisch" und „taktisch" machen, sondern nur noch zwischen großen und kleineren. Gerade auf dem Gebiete der Verkleinerung der Bomben ist man erst in den Versuchen. Erst wenn die Versuche zu einem wirklichen Ergebnis geführt haben, dann steht die Frage zur Entscheidung: Soll die Bundeswehr mit diesen kleineren atomarischen Waffen ausgerüstet werden oder nicht?

Z.Z. ist man in den Vereinigten Staaten dauernd damit beschäftigt, ein Geschütz von 17,5 cm für solche atomarischen Bomben zu konstruieren. Natürlich kann man auch Geschütze von 10 und 12 cm konstruieren, aber ob man Bomben mit einem so kleinen Durchmesser herstellen kann, die dann noch eine atomarische Wirkung haben, das ist die große Frage. Diese Frage ist überhaupt noch nicht gelöst. Der erste Versuch zu einer Lösung war die 28-cm-Kanone, von denen sechs, glaube ich, in der Bundesrepublik sind. Sie haben sich bei dem NATO-Manöver als völlig unmanövrierfähig erwiesen, weil sie viel zu schwer waren und kaum ihren Platz wechseln konnten, so daß sie eigentlich völlig abgeschrieben sind. Ob man in zwei oder drei Jahren eine zu verschießende Granate konstruiert hat, die die Konstruktion von kleineren Geschützen zuläßt, damit sie den Truppen gegeben werden können, kann mit Sicherheit heute überhaupt noch kein Mensch sagen.

Ich darf noch einmal, damit Sie die Entwicklungsmöglichkeiten sehen, folgendes sagen: Es hat zuerst auf die Möglichkeit einer Kettenreaktion nuklearer Spaltungen Einstein aufmerksam gemacht, und zwar in einem Brief an Roosevelt; er hat aufgefordert, eine solche Bombe herzustellen im Kriege gegen Deutschland.[12] Dann haben

12 Albert Einstein (1879–1955), Physiker, Begründer der Relativitätstheorie. – Druck des Briefes vom 2. August 1939 in Albert EINSTEIN: Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang. Hrsg. von Otto NATHAN und Heinz NORDEN. Bern 1975 S. 309f.

sich die Amerikaner daranbegeben. Das Ergebnis dieses Briefes von Einstein war die Hiroshima-Bombe. Aber Einstein – und deswegen sage ich das – hat in demselben Brief, der abgedruckt ist und den jeder lesen kann, erklärt, diese Bombe würde so schwer und so groß sein, daß sie nicht einmal mit einem Flugzeug transportiert werden könnte, sondern nur mit einem Schiff. Wenn allerdings ein Schiff mit einer solchen Bombe in einen feindlichen Hafen gelange und die Bombe zur Explosion käme, würden der Hafen und alle Schiffe erledigt sein.

Man dachte also zu Anfang, man könne diese Kettenreaktion von nuklearen Spaltungen nur in einer Bombe erzeugen von einem Umfang, die nur durch ein Schiff transportiert werden könnte. Das hat sich im Laufe der Jahre geändert. Man transportiert sie heute mit Flugzeugen. Man kommt jetzt zu den Wasserstoffbomben, die auf einem ganz anderen physikalischen Prozeß beruhen. Ich will es nicht auseinandersetzen, damit Sie nicht meinen, ich wollte mich mit fremden Federn schmücken, die mir nicht zustehen. Es genügt, wenn ich sage: auf einem ganz anderen Prozeß. Soviel ich unterrichtet bin, sind auf dem Gebiete der Erzeugung atomarer Kraft, ganz allgemein ausgedrückt, noch große Überraschungen zu erwarten, so daß Atomphysiker schon jetzt das Uran als erledigt betrachten. Deswegen ist der Preis dafür außerordentlich stark gesunken. Wohin die Entwicklung gehen wird, kann kein Mensch sagen. Das ist auch gut so; denn wenn man das den Leuten sagt, verstärkt man noch die Furcht vor der ganzen Lage.

Das deutsche Volk ist eben nicht so wie die Engländer, denen ihre Regierung sagen konnte: Wir werden eine Wasserstoffbombe erzeugen, wir werden unsere ganze Rüstung darauf abstellen, ihr müßt euch sichern, so gut ihr könnt. Wir werden wohl dafür einiges tun, aber wir werden nur die Abschußstellen wirklich schützen. Das hat das englische Volk ruhig hingenommen.

Ich komme nun zu einer weiteren Phase der Entwicklung, das ist die Entwicklung der Rakete. Die Rakete ist früher als Geschütz in großem Umfang verwendet worden. Sie ist erst ausgeschieden, als wir die gezogenen Kanonenrohre hatten. Noch im vorigen Jahrhundert haben die Inder bei einem Aufstand gegen die Engländer die Engländer mit Raketenwaffen geschlagen. Jetzt ist man zu den Raketen zurückgekehrt. Man will jetzt Raketen konstruieren, die eine Reichweite und eine Treffweite von etwa 6.000 km haben. Das ist ungefähr die Entfernung von Moskau nach Washington.

Ob man dazu kommt, kann kein Mensch sagen. Wie weit man auf diesem Gebiete ist, wissen wir nicht. Wir vermuten aber – die Amerikaner vermuten das auch –, daß die Russen auf dem Gebiete der Raketenkonstruktion weiter sind als die Amerikaner, weil sich damals die Russen die Deutschen geschnappt haben, die mit der Konstruktion von solchen Waffen beschäftigt waren. Diese Rakete ist zunächst nichts anderes als ein Abschußgerät; aber wenn es gelingt, Raketen mit atomaren Sprengköpfen zu konstruieren, die tatsächlich auf eine Entfernung von 6.000 km mit ziemlicher Sicherheit treffen, dann ist – wir müssen den Dingen ins Auge sehen – die Situation auch für die Vereinigten Staaten eine ganz andere, als sie jetzt ist. Die Vereinigten Staaten brauchen jetzt Europa zum Schutz der Vereinigten Staaten,

darüber müssen wir uns völlig klar sein, und zwar insofern: Wenn das Kriegspotential der europäischen Länder und insbesondere der Bundesrepublik in die russische Hand kommt, dann werden sie mit den heutigen Waffen den Amerikanern gleichwertig sein. Wenn einmal die Konstruktion dieser Waffen so weit geht, daß sie von einem U-Boot oder von Rußland aus Amerika direkt angreifen und treffen können, dann ist natürlich die Situation für die Vereinigten Staaten eine völlig andere, als sie jetzt ist.

Ich halte mich verpflichtet, Ihnen das so ausführlich zu sagen, damit Sie den ganzen Ernst der Situation erkennen und damit wir auch gemeinsam beraten, wie wir uns in dieser Situation verhalten sollen. Obwohl erst in zwei oder drei Jahren die Frage akut werden wird, ob unsere Truppen kleinere Raketen oder kleinere Geschütze für atomare Waffen bekommen, ist diese Frage in aller Mund. Sie wird bei der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle spielen. Es hilft nichts, daß wir die Augen davor verschließen. Man muß den Teufel mit Beelzebub austreiben. Wir können aber heute noch nicht – und im Parteiausschuß überhaupt nicht – in diesem Kreise definitiv dazu Stellung nehmen; wir müssen das alles nur einmal überlegen. Wir müssen unseren Leuten sagen: Ob nun die Bundeswehr einmal atomar aufgerüstet wird oder nicht, das ändert an unserem Schicksal gar nichts, im Gegenteil, wenn sie nicht atomarisch aufgerüstet wird, dann ist damit die NATO erledigt. Das habe ich auch den 5 Vertretern der 18 Atomphysiker, die ich eingeladen hatte zu einem Vortrag der Generale Heusinger und Speidel[13], klargemacht, daß innerhalb der NATO, wenn ein Teil von ihr – das würden die Deutschen sein – minderwertiger ausgerüstet ist, eine einheitliche Lenkung und Leitung überhaupt nicht mehr möglich ist und daß selbstverständlich auch diese minderwertig ausgerüsteten Truppen, also die deutschen Soldaten, einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den anderen bekämen.

In den anderen europäischen Ländern sind die Menschen ganz anders. Auch der französische Verteidigungsminister[14] hat gestern erklärt: Die französische Armee muß diese Waffen haben. Der Niederländer, der Schwede, der Däne, der Norweger, alle haben es erklärt, und die Bevölkerung steht hinter ihnen. Bei uns ist es anders. Und das ist eben eine wirklich große Schuld der SPD; denn die Hoffnung für die Menschheit besteht doch lediglich in der kontrollierten allgemeinen Abrüstung. Wenn sie nicht kommt, dann wird die Menschheit einer sehr, sehr ernsten Zukunft entgegensehen. Wenn man nun in diesem Augenblick, wie das die Sozialdemokraten versuchen, Erklärungen im Bundestag abgeben läßt, daß die zwölf deutschen Divisionen nicht die vollwertigen modernsten Waffen bekommen sollen, dann zerstört man die NATO. Und das ist das Entscheidende. Das ist auch gestern den Sozialdemokraten sehr deutlich gesagt worden. Man mindert dadurch die Erkenntnis der Russen, daß es auch für sie notwendig ist, abzurüsten. Also, die Aussichten einer Abrüstung werden

13 Am 17. April 1957 in Anwesenheit von Bundesminister Strauß (Kommuniqué und Kommentare in AdG 1957 S. 6392f.; vgl. Hans SPEIDEL: Aus unserer Zeit. Erinnerungen. Berlin 1977 S. 362f.).

14 Maurice Bourgès-Maunoury (vgl. „Die Welt" vom 11. Mai 1957).

durch diese Agitation der Sozialdemokratie schlechter, nicht besser. Sie sagen, einer muß anfangen. Das haben auch diese Atomwissenschaftler gesagt. Nun Gott, die Atomwissenschaftler in allen Ehren, aber wer einigermaßen die Geschichte der russischen Expansionen studiert hat und die Tendenzen, die aus dem Ganzen sprechen, der wird mir darin recht geben, daß man die Tendenz der Russen, abzurüsten, nicht dadurch stärkt, daß man Westeuropa einfach von Kampfmitteln entblößt.

Ich möchte Sie bitten, sich die Frage einmal durch den Kopf gehen zu lassen, welche Propaganda wir treiben müssen. Ich nehme an, auch an Sie wird diese ganze Situation, wie ich sie zu kennzeichnen versucht habe, etwas überraschend herantreten. Man muß darüber nachdenken. Wir werden nach meiner Meinung bei den Entschließungen des Parteitages nicht vorbeigehen können an den Beschlüssen, die gestern auf Verlangen der Koalition im Bundestag gefaßt worden sind.[15] Es wird also schon auf diesem Parteitag eine kleine Diskussion notwendig sein, wie sie gestaltet werden sollen. Es müßte auch überlegt werden, wer darüber reden soll. Ich bin nicht dafür, daß Herr Strauß darüber redet, nicht wegen der Persönlichkeit des Herrn Strauß, auch nicht, weil ich etwa daran zweifle, daß er ausgezeichnet sprechen wird, aber ich bin nicht dafür, weil er der Verteidigungsminister ist, und die Leute draußen sagen, ein Verteidigungsminister muß ja so sprechen. Ich bin dafür, daß wir eine Persönlichkeit aus unserer Mitte heraussuchen, die nun nicht in militaristischem Geruch steht – ich gebrauche einmal hier den Ausdruck –, sondern eine Persönlichkeit, die humanitär und vernünftig denkt.

Ich kann nur immer wieder betonen, ich halte diese Situation, wie sie plötzlich gekommen ist, für sehr ernst. Wir werden uns alle Mühe geben müssen, um dagegen anzugehen. Wenn auch im Laufe der nächsten Monate manches von dem, was jetzt gesagt wird, wieder dem Gedächtnis entschwindet, glauben Sie mir, die Angst vor der Atombombe ist etwas Emotionales, und diesem Emotionalen Herr zu werden, nachdem das deutsche Volk diesen letzten Krieg hat über sich ergehen lassen müssen, wird sehr schwer sein. Das kann nicht dadurch erreicht werden, daß man sagt: Es geht uns gut, wir sorgen für Sicherheit, wir haben eine blühende Wirtschaft, wir helfen der Landwirtschaft usw. Dadurch bekommen wir das nicht aus der Welt. Es gibt Leute, die auf dem Standpunkt stehen: Lieber rot als tot. Das sprechen Leute aus – ich nenne absichtlich keine Namen –, von denen man das niemals für möglich gehalten hätte; denen sitzt augenblicklich die Furcht im Nacken. Sie sagen, wir wollen lieber Jahre der Unfreiheit über uns ergehen lassen, als daß wir und unsere Kinder und Kindeskinder ausgerottet werden. Das Unsinnige dabei ist, daß durch eine freiwillige Unterwerfung des deutschen Volkes, durch eine Preisgabe Europas, die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland gar nicht aus der Welt geschafft wird. Der Spannungsherd zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland kann nur dadurch aus der Welt geschafft werden, daß die Russen durch ihre innere Entwicklung zu der Überzeugung kommen: Wir können die Sache

15 Entschließungsantrag (Umdruck 3347) Sten.Ber. 2.WP Bd.36 S. 12138f.

nicht durchhalten – nach meiner Überzeugung können sie sie auch nicht durchhalten – oder aber wir müssen eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und uns suchen.

Nun gibt es bei führenden Leuten in europäischen Ländern Tendenzen, die dahin gehen, daß sie sagen: Wir vertrauen zwar dem jetzigen amerikanischen Präsidenten und der jetzigen amerikanischen Regierung, wer aber wird nach drei Jahren Präsident sein, was für eine Regierung wird dann sein, und es ist unmöglich, daß wir das Wohl und Wehe unseres ganzen Volkes davon abhängig machen, was in Amerika geschieht oder geschehen wird. Das war einer der Hauptgesichtspunkte bei den Engländern, als sie sich entschlossen, die Wasserstoffbombe weiterzubetreiben und diese Versuche auf den Weihnachtsinseln durchzuführen.[16] In Großbritannien ist dieser Zug, selbständig zu werden, also unabhängig in der Richtung von Amerika zu sein, sehr gefördert worden durch die Erfahrungen, die Großbritannien nach seiner Meinung mit der amerikanischen Politik im Nahen Osten gemacht hat. Diese Politik hat in England verheerend gewirkt und hat das Vertrauen der Briten zu den Amerikanern, das bis dahin außerordentlich groß war, stark erschüttert. Ob es sich wiederherstellen läßt, steht heute dahin. Sie werden gelesen haben, daß Macmillan eine schwere Situation wegen der ägyptischen Vorgänge im Parlament haben wird. Das ist ein Moment, das auch von uns erwogen werden muß, wenn wir politische Entschlüsse fassen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, aus meinem absichtlich kurz gehaltenen Vortrage zu ersehen, daß die außenpolitische Situation in der Welt sehr gefährlich ist, daß sie allen innenpolitischen Problemen dabei voransteht, insbesondere was ihre Wirkung auf das Denken und Fühlen breiter Volksmassen angeht. Was die Sozialdemokraten in der Agitation tun werden, liegt klar zutage; sie werden sagen: Das ist sehr billig. Die Situation ist zwar schlecht, aber einer muß anfangen und ein Beispiel geben, und das muß die Bundesrepublik sein. Deswegen muß sie beschließen: Keine atomarischen Waffen für die Bundeswehr. Ob dabei die NATO in die Binsen geht – sie waren von Anfang an gegen die NATO –, ist ihnen ganz gleichgültig. Das ist kein Argument, wenn sie sagen, einer muß anfangen. Die 18 Atomwissenschaftler haben dasselbe gesagt: Deutschland soll anfangen. Das ist das Lächerlichste vom Lächerlichen – sagen Sie das den Atomwissenschaftlern nicht wörtlich wieder, durch die Blume habe ich es ihnen selbst gesagt –, weil es nämlich an der ganzen Situation überhaupt nichts ändert. Aber das wird die Taktik der Sozialdemokraten sein, auf die wir uns nun einstellen müssen.

Im übrigen können wir alle mit unserer Arbeit sehr zufrieden sein. Wir haben wirklich etwas geschaffen, seitdem wir vor vier Jahren in Hamburg waren. Wir haben etwas geleistet; wir haben einen großen Aufschwung genommen an politischem Ansehen und an politischem Einfluß, an wirtschaftlichem Ansehen und an wirtschaftlichem Einfluß. Auch auf dem Gebiete des Wohnungsbaues haben wir Kolossales geleistet,

16 Nach der Ankündigung am 7. Juni 1956 (AdG 1956 S. 5806) wurde ein Wasserstoffbombenversuch am 15. Mai 1957 auf den Weihnachtsinseln durchgeführt (AdG 1957 S. 6444f.).

so daß wir in der Lage sind, einen großartigen Propagandakampf zu führen. Nun ist diese leidige Geschichte dazwischengekommen, von der ich eben sprach.

Was nun die Aussichten der Londoner Konferenz[17] angeht, so werden diese verschieden beurteilt. Sie wissen, daß ich in der vergangenen Woche einige Tage mit Macmillan und dem britischen Außenminister zusammen war. Die Engländer beurteilen die Aussichten sehr pessimistisch; die Amerikaner beurteilen sie optimistisch. Es spielt eine gewisse Rolle dabei, daß Eisenhower – Sie wissen, daß er nicht wiedergewählt werden kann – eingehen möchte in die amerikanische Geschichte als der Präsident, der in dieser entscheidenden Sache der allgemeinen Abrüstung wenigstens einen Anfangserfolg davongetragen hat. Auf der anderen Seite sind die Briten kolossal verstimmt. Ich habe es eben ausgeführt. Wir wissen nicht, was dabei herauskommen wird. Wir können nach meiner Meinung nur hoffen – das habe ich Dulles und Macmillan gesagt –, daß die Abrüstungskonferenz über unsere Wahlen hinaus andauert und daß sie nicht kurz vorher zu Bruch geht. Das wäre natürlich eine sehr unangenehme Sache. Wenn ich in zehn Tagen nach Amerika reise, werde ich das Dulles und Eisenhower sagen.

Noch ein Wort zu Macmillan. Unser Verhältnis zu England ist durch den Aufenthalt Macmillans ganz ausgezeichnet geworden. Vielleicht ist es zu erreichen, daß die Londoner Konferenz mit gewissen Pausen hinausgezogen wird über den 15. September. Also, da werde ich alles tun, was ich kann, um das zu erreichen. Das wird vielleicht auch den Atomschreck bei unseren Leuten im Lande wenigstens etwas mildern; es wird ihn nicht beseitigen. Darüber müssen wir uns klar sein. Ich fürchte, daß dieser Atomschreck etwas auf die Frauen wirkt. Der Hauptteil unserer Wähler besteht aus Frauen, so daß eine solche Sache uns besonders schlimm treffen kann.

Es tut mir sehr leid, meine Damen und Herren, daß ich nicht mit freundlicheren Gesprächen hier beginnen kann, aber man muß die Dinge sehen, wie sie sind; denn sonst kommt man nicht zu vernünftigen Überlegungen darüber, was man nun machen soll.

Seitdem die 18 deutschen Atomphysiker ihren Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet haben, haben die deutschen Zeitungen behauptet, ich hätte diese Herren Gott weiß wie behandelt. Ich habe gestern eine Erklärung abgegeben, und da konnte von den Sozialdemokraten keiner mehr etwas sagen. Ich habe die Herren von vornherein, auch schon in Eichholz, sehr vorsichtig behandelt. Einer von ihnen hat mir nachher gesagt: Hätten wir doch früher mit Ihnen über die Sache gesprochen. Sie waren aufgefordert, zu mir zu kommen, aber das haben sie nicht getan, damit die Sache nicht politisch aussehe. Ich habe zur Vorbereitung dieses Gespräches und zur Vorbereitung für die Verhandlung versucht, mir Material zu verschaffen über die Auswirkung der Versuchsbomben und der großen Bomben. Aber ein solch heilloses Durcheinander,

17 Das Subkomitee der UN-Abrüstungskommission tagte wieder seit dem 18. März 1957 bis zum 6. September in London (AdG 1957 S. 6626).

wie ich es da angetroffen habe, hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten; von den Herren hatte jeder seine eigene Meinung.

Deswegen begrüße ich es sehr, daß wir einen Ausschuß eingesetzt haben, der wenigstens versucht, das Material zu sammeln. Ich habe weiter eingeleitet, daß ich in Amerika mit dem besten Kenner dieser Frage der Abwehr ein längeres Gespräch haben werde, damit ich von diesem Mann etwas höre.[18] Es gibt Amerikaner, die sagen, es ist alles Quatsch und dummes Zeug, was geschrieben wird. Andere sagen wieder, wenn man hundert Meter hochsteige, werde man kosmischen Strahlen ausgesetzt, die im Grunde genommen viel gefährlicher seien als die Strahlen, die von einer Atombombenexplosion kommen, wenn man nicht unmittelbar mit der Nase an der Bombe ist. Wieder andere sagen, es ist unberechenbar, man weiß es nicht genau usw. usw. Jedenfalls werden wir versuchen müssen, da Aufklärung hineinzubringen. Es scheint so, als ob maßlos übertrieben werde. Ich kann nur sagen, es scheint so. Aber wir müssen versuchen, unsere Bevölkerung darüber aufzuklären. Das werden wir von Amts wegen tun müssen. Ich sehe Herrn Kollegen Schröder dabei an, weil wir die Schutzmaßnahmen versprochen haben. Um Schutzmaßnahmen vorzubereiten, muß man wissen, welche Gefahren drohen. Ich gestehe Ihnen offen, das Bisherige genügt nicht. Wir müssen mehr aufklären. Man muß dankbar sein für jeden Rat, der einem hier gegeben wird.

Schröder: Wir müssen einen einheitlichen Aufklärungskampf führen. Nur wenn wir ein paar Monate lang dieselbe Grundlinie aussprechen, haben wir die Hoffnung, daß sich das durchsetzen wird gegenüber der Bevölkerung und der Presse. Wie es wirklich aussieht, erkennt man manchmal aus Kleinigkeiten. Ich habe neulich auf der Straße eine Unterhaltung aufgeschnappt. Da wurde gesagt: Früher hieß es die Göttinger Sieben[19], jetzt sind es die Göttinger Achtzehn. Diese Straßenunterhaltung zeigt, daß die Leute wieder ein Thema haben, das sie geistig beschäftigt. Das muß man wissen, und dann kann man sich damit auseinandersetzen. Die gestrige Sache hat einen gewissen Stopp gegeben. Die Zeitungen von heute spiegeln wider, daß die Sache mindestens zwei Seiten habe. Selbst ein halblinks stehendes Blatt wie die „Westdeutsche Allgemeine", die das große Abendblatt an der Ruhr ist, kommt heute zu einer skeptischen Betrachtung des SPD-Standpunktes.[20] Das ist sehr wertvoll und muß ausgenutzt werden, indem man eine klare Übersicht über die Atomentwicklung fortsetzt.

Der entscheidende Punkt ist der, von dem Sie zuletzt gesprochen haben. Die Befürchtung der Leute geht weniger dahin, daß morgen Atombomben fallen, als

18 Zu seiner USA-Reise vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 307–309.

19 Universitätsprofessoren, die 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung durch Ernst August protestierten. Der Vergleich stammte von Otto Nuschke (dpa vom 16. April 1957).

20 Vgl. Kommentar von Siegfried Maruhn (Am Kern vorbei): Die Atomdebatte „sah nur zwei Besiegte, den Bundesverteidigungsminster Strauß ... und jene Kräfte in der SPD, die um eines kurzfristigen Vorteils willen den Bogen ihrer Forderungen überspannt hatten".

vielmehr darauf, daß durch die Atomversuche überhaupt eine Veränderung der Welt, die sehr gefährlich ist, entstehen könnte. Darüber sind ja auch die Fachmeinungen ganz verschieden. Schweitzer, der kein Spezialist ist, hat im Grunde das düsterste Bild gegeben. Es ist düsterer als das Bild, das die anderen gegeben haben. Der amerikanische Kongreß hat 30 hervorragende Wissenschaftler aufgefordert, sich mit diesem Problem intensiv zu beschäftigen. Wenn Sie in Amerika sind, werden Sie sicher Gelegenheit haben, sich in diesem Sinne unterstützend zu äußern, weil alle Äußerungen von der Bevölkerung positiv aufgenommen werden. Wir sind heute in einer Schwierigkeit; denn man sagt, daß wir nicht den Appell unterstützt haben, von weiteren Versuchsexplosionen abzusehen, obwohl wir im Grunde gewußt hätten ... (*Kiesinger:* Große Bombenexplosionen, nicht Versuchsbombenexplosionen! Das ist ein großer Unterschied!) Das gilt nicht für die Leute; für die Leute geht das unter derselben Überschrift: In der Wüste Nevada wird eine große Atombombenexplosion durchgeführt. Die Amerikaner haben 47 Staaten eingeladen, sich das anzusehen. Ich weiß nicht, wer das von uns tun wird. Das ist eine wichtige Sache. Das muß systematisch gemacht werden. Wir müssen alle Wissenschaftler, die bereit sind, etwas Positives zu tun, in vernünftiger Weise zusammenbekommen. Deshalb war es sehr gut, daß wir drei Leute aus diesem Atomkreis[21] dazu bekommen haben, um uns zu attestieren, daß in der Tat Schutzmaßnahmen dieser und jener Art möglich sind. Auch das sollten wir stärker verbreiten.

Sie haben dann die Frage angeschnitten, wer am ehesten im Rahmen des Parteitages etwas dazu sagen könnte. Ich frage, ob man nicht den Versuch machen soll, einen Mann sprechen zu lassen, der in dieser ganzen Diskussion abseits gestanden hat, der aber als qualifiziert gilt und dadurch Vertrauen bekommen hat. Ich denke an den Kollegen Balke; er ist schließlich Atomminister. Es wäre wohl gut, wenn es gelänge; aber es kann auch ein anderer sein, der in einem ähnlichen Bereich liegt, aber jemand, der vom militärischen Bereich weit weg ist, ja, der eher als ein Gegner jeder militärischen Geschichte gilt. Wenn ein solcher Mann etwas über die Gefahren sagen könnte, so hielte ich das für sehr gut. Er braucht die Gefahren nicht zu übertreiben. Aber er müßte die Dinge wieder auf das richtige Niveau bringen.

Adenauer: Dazu zwei Bemerkungen! Wir haben gestern beschlossen, die Amerikaner zu ersuchen, keine Atombombenexplosionen – im Gegensatz zu dem SPD-Antrag, wo es heißt: Versuchsexplosionen – vorzunehmen. Die Amerikaner haben keine Atombombenexplosionsversuche vor, sondern die Entwicklung dieses eben erwähnten 21,5-cm-Atomgeschützes. Das fällt nicht unter unseren Antrag. (*Kiesinger:* Wäre aber unter den SPD-Antrag gefallen.) Ob Sie damit die Bevölkerung überzeugen, das ist eine Frage für sich. (*Kiesinger:* Es geht darum, daß die Bevölkerung sagt: Was den Amerikanern durch ihre Versuche passiert, das ist ihre Sache! Die Bevölkerung will

21 Vermutlich Deutsche Atomkommission, die sich am 26. Januar 1956 konstituiert hatte (NL Balke ACDP I-175-007/1; BULLETIN Nr. 19 vom 27. Januar 1956).

die Versuche ausgeschlossen haben, die darüber hinausgehen.) Es ist beschlossen worden. Ich war nicht dagegen. Ich habe auch nicht dafür gestimmt, um den Amerikanern sagen zu können, ich habe nicht dafür gestimmt. Aber ich gebe zu, es sprechen Gründe bei der Stimmung in unserer Fraktion dafür, daß man etwas Derartiges machen müßte. Wie wichtig die ganze Sache ist, können Sie aus folgendem ersehen: Ich habe ein Gutachten eines amerikanischen Physikers gelesen, der gesagt hat, die Reste, die sich bei der Reaktion ergeben, sind viel gefährlicher als die ganze Geschichte mit den großen Versuchen, die man jetzt macht. Ich habe darüber mit Macmillan gesprochen, weil derselbe Amerikaner gesagt hat, wenn man diese Reste ins Meer versenke, wisse man überhaupt nicht, was sich daraus ergebe. Macmillan hat mir gesagt, sie würden diese Reste bei ihnen in ein verlassenes Bergwerk 90 m tief versenken, und sie hofften, damit wären sie die Geschichte los; aber ob sie sie los wären, könne er nicht sagen.

Man ist augenblicklich geradezu in einer Strahlenpsychose. Daß diese Strahlen schädlich sein können, weiß jeder. Daß z.B. Ärzte sehr ungern eine schwangere Frau röntgen, weiß auch jeder. Daß man in den Röntgenzimmern mit größter Vorsicht vorgeht und dünne Bleiplatten als Schutz verwendet und trotzdem noch immer Verletzungen vorkommen, das weiß auch jeder. Aber diese ganze Frage ist maßlos aufgeputscht. Unsere Bevölkerung ist unruhig.

Nun zu dem Vorschlag des Kollegen Schröder, Herrn Balke sprechen zu lassen. Herr Balke ist von Hause aus Chemiker; er ist nicht Physiker. Er hat sich aber mit dieser ganzen Atomfrage außerordentlich stark beschäftigt und große Reisen gemacht und sich viel angesehen. Man ist in der neuesten Entwicklung auch drauf und dran, durch chemische Prozesse, also nicht durch Spalten, Atomkraft zu gewinnen. Er müßte also genau wissen, was er sagt. (*Schröder:* Herr Balke ist bestimmt ungeheuer loyal, wenn man richtig mit ihm spricht. Die Sache hat noch einen anderen guten Grund. Er kann die Verstimmung, daß einer abseits steht und nicht mitmacht, positiv beeinflussen.) Herr Balke war sehr froh darüber, daß ich ihn nicht eingeladen habe; denn er ist der zivile Mann dafür. Aber er ist Bundesminister, und das ist in diesem Falle eine Belastung. Herr Schröder, vielleicht wissen Sie jemanden, der nicht Mitglied des Kabinetts ist. Es ist klar, daß ein Mann des Kabinetts nicht anders sprechen kann. Es gibt doch Wissenschaftler. Da ist ein Professor in Mainz, der untersucht, was Albert Schweitzer gesagt hat. (*Lübke:* Der sitzt in Karlsruhe![22])

Gradl: Ich bin der Meinung, daß wir bei der Behandlung des Themas „Die Strahlung ist gefährlich" nicht sagen sollten, sie ist nicht gefährlich; denn das würde im Grunde an den Dingen vorbeigehen. Ich habe so den Verdacht, daß wir von unserem Standpunkt aus die Dinge zu verharmlosen suchen. Es ist deshalb sicher richtiger, wenn wir in allem, was wir sagen, davon ausgehen: Die Waffe ist scheußlich, ist furchtbar, und wir wünschen, wir hätten oder wir brauchten sie nicht. Man könnte so fortfahren: Trotzdem müssen wir in unserer Situation verhindern, daß es zu einer politischen Lähmung unseres Volkes kommt; denn das ist, wenn ich Sie richtig

22 Vgl. Anm. 24.

verstanden habe, die eigentliche Gefahr, daß wir vor lauter Angst in unserem Volke vor dieser unheimlichen Erscheinung nicht mehr zu Entschlüssen kommen können, die im nationalen Interesse notwendig sind.

Der SPD gegenüber, die der Bevölkerung sagt, Deutschland soll ein gutes Beispiel geben, kann man erwidern: Wir brauchen eigentlich für die Abrüstung kein gutes Beispiel zu geben, denn bisher haben wir nicht aufgerüstet. Das Entscheidende ist, daß die Frage im Augenblick nicht akut ist. Ich glaube, daß sich der einfache Mann von dieser Argumentation ansprechen läßt: Wir wollen, wie jeder andere in unserem Volke, die Beseitigung dieser Waffe. Wir streben nach Abrüstung, wie es gestern in der Entschließung gesagt worden ist. Wir unterstützen alles, was geschehen kann, um die Atombombe als Waffe auszuschließen. Wir sind aber nicht der Meinung, daß man heute eine Frage beantworten soll, die noch nicht gestellt ist. Denn die Frage der Bewaffnung der Bundeswehr ist praktisch erst in zwei Jahren ... (*Adenauer:* Vielleicht auch erst in drei Jahren!) Je später, um so besser! Wenn der erste Wirbel vorbei ist, glaube ich, daß die Leute dann zugänglich sind für diese Auffassung. Wir können heute noch nicht eine Frage beantworten, die praktisch noch gar nicht zu stellen ist; denn kein Mensch weiß, was in zwei oder drei Jahren sein wird. Aber in dieser Zeit werden wir, nicht weniger als die Sozialdemokraten, uns dafür einsetzen, daß ein vernünftiges Sicherheitssystem gefunden wird, so daß vielleicht die atomare Bewaffnung überflüssig wird. Wenn man in diesem Sinne argumentiert, wird das auch den nötigen Eindruck machen. Es muß nur konstant und auf die Dauer gesagt werden. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob wir den Leuten etwas vorreden wollten, als ob wir die Gefahr und die Scheußlichkeit dieser Waffe verkleinern wollten. Wir sollten es offen zugeben, gewissermaßen als Präambel, da wir dann in der Lage sind, diese Frage politisch wieder in die Hand zu bekommen. Gegenwärtig ist zweifellos die Stimmung gegen uns. Aber es sollte in dieser Weise möglich sein, sie wiederzubekommen.

Adenauer: Ich würde so sagen: Wir wollen die Gefahr nicht verschweigen, wir wollen aber auch nicht übertreiben, sondern wir wollen in der Sache völlig klar, objektiv und ehrlich sein.

Gradl: Wir sollten aber nicht das Gewicht darauf legen: Es sind mehr Strahlen oder weniger Strahlen. Das können andere Leute sagen. Aber wir als Partei dürfen das nicht tun. Wir sind vor der Öffentlichkeit nun einmal damit behaftet, daß wir den Weg der atomaren Bewaffnung gehen wollen. Das ist in der Öffentlichkeit zunächst ein Faktum, und das müssen wir entgiften.

Hellwig: Man sollte die Gesamtlage der Bundesrepublik in der politischen Konzeption, wie es gestern von Strauß und Gerstenmaier vorgebracht worden ist, darlegen und nichts beschönigen. Es wurde gesagt, die Isolierung der Bundesrepublik werde die Gefährdung der Bundesrepublik auf diesem Gebiete nicht verringern, sondern im Gegenteil vermehren. Darauf hat die Opposition keine Antwort gewußt. Wenn man also die Sache von dieser Seite her sieht und auch der Öffentlichkeit darstellt und der Opposition sagt: Was könnt ihr denn im Falle einer Isolierung der Bundesrepublik

– was ja das Ergebnis eurer Forderung sein würde – überhaupt noch tun, um diese gefährliche Bedrohung der Bundesrepublik zu beseitigen? Gar nichts mehr können sie tun! Wenn die Bundesrepublik isoliert ist, wird keine der beiden Seiten noch irgendeine Verpflichtung zur Schonung der Bundesrepublik, wenn es wirklich zu einem Konflikt kommen sollte, verspüren.

Man sollte also deutlich die Gesamtsituation hier schildern und sagen, das einzige Mittel, das diese Situation für die Bundesrepublik erträglich gestaltet, ist dies, daß die Bundesrepublik mit dazu beiträgt, ein Gleichgewicht herbeizuführen, von dem aus eine Abrüstung denkbar ist. Der Gedanke, daß Übertreibungen ins rechte Maß gebracht werden sollen, ist richtig, aber nur vor diesem Hintergrund; denn die Opposition führt einen Wahlkampf gegen den Erfolg. Die Opposition muß gegen den Erfolg polemisieren. Das kann sie nur, indem sie alles tut, um emotionale Komplexe anzusprechen und jedes vernünftige Prüfen beiseite schiebt.

Der stärkste emotionale Komplex, der angesprochen wird, ist der Angstkomplex. Das wird ein Wettlauf werden. Wenn von uns eine Beruhigung gesagt wird, kommt von der anderen Seite als nächster Schritt ein Appell an einen Angstkomplex. Wenn dann der Opposition gesagt wird, was habt ihr denn zu bieten, um die Situation besser zu gestalten, als es von uns geschehen ist und noch weiter geschieht, dann ist dieser Wettlauf mit den emotionalen Angstkomplexen geringer, als wenn man sich zunächst darauf einläßt. (*Zurufe:* Das ist unklar!)

Adenauer: Darf ich Ihnen etwas widersprechen und einen Vorschlag machen. Es handelt sich nicht um einen Kampf gegen die Opposition. Das war im Bundestag, aber jetzt handelt es sich um einen Kampf gegen die Angst; denn die Angst ist auch bei unseren Leuten vorhanden, die sonst zu uns halten. Deswegen kann man die Angst nach meiner Meinung nur noch mit einer größeren Angst vertreiben. Um das machen zu können, muß man erst das Maß der berechtigten Angst auf das richtige Maß zurückführen und dann weiter sagen, es wird uns noch viel schlimmer gehen, wenn wir jetzt die Hände in die Taschen stecken.

Ich will aber zunächst einmal fragen: Halten Sie es für richtig, nachdem gestern der Bundestag sich zwölf Stunden lang damit beschäftigt und unsere Fraktion den Antrag gestellt hat, daß wir auf dem Parteitag diese Frage noch weiter anschneiden? (*Zuruf:* Die Rede von Thielicke[23]!) Er spricht von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Die erste Frage lautet also: Sind Sie der Auffassung, daß das Thema angesprochen werden soll, gleichgültig, ob Herr Thielicke spricht oder nicht? Dann kommt die zweite Frage: Können wir einen Physiker noch dazubekommen, der dazu Stellung nimmt, was Herr Schweitzer gesagt hat, daß nämlich das Gras, die Kühe, die Milch, der Regen und die Eier und was weiß ich alles noch radioaktiv seien? Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich kenne Herrn Schweitzer persönlich. Er hat mich einmal aufgesucht.

23 Dr. Helmut Thielicke (1908–1986), ev. Professor für systematische Theologie Tübingen. Er sprach über „Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter" (CDU, 7. Bundesparteitag S. 100–130). Memoiren: Zu Gast auf einem schönen Stern. Hamburg 1984.

Er ist ein sehr kluger und reizender Mann; aber ich bin davon überzeugt, daß das alles nicht richtig ist. Das kann ich natürlich nicht sagen; denn dann heißt es: Der soll den Mund halten. Nun kennt Herr Lübke einen Wissenschaftler, der, soviel mir gesagt worden ist, gerade diese Frage, die Herr Schweitzer dargelegt hat, bearbeitet. (*Lübke:* Er ist in Karlsruhe an einem Institut für Lebensmittelforschung tätig. Daher rührt auch die Bekanntschaft mit diesen Dingen. Ich würde feststellen, ob man ihn hierherholen kann.) Wenn dieser Professor aus Karlsruhe konkret darüber sprechen könnte: Es ist nicht an dem, es ist nicht berechtigt, – dann würde ich das für sehr gut halten. Wollen Sie einmal mit ihm sprechen? (*Lübke:* Ich kann ihn nicht erreichen, ich werde es über die Regierung versuchen.) Warum ist er nicht zu erreichen? (*Lübke:* Frau Jochmus hat mich auf den Namen gebracht. Es ist Professor Groupier[24].)

Heck: Herr Bundeskanzler! Ich habe starke Bedenken dagegen. Wir hatten vorhin festgestellt, daß an sich die Stellungnahme der 18 deutschen Professoren bei der Bevölkerung nicht allzuviel auszurichten vermochte, daß aber die Stimme von Albert Schweitzer durchgeschlagen hat. Wenn nun irgendein Professor von Karlsruhe, den niemand in Deutschland kennt, auf unserem Parteitag antritt und direkt eine Antwort auf die Meinung von Schweitzer gibt, und zwar über ein Thema, von dem der Herr Bundeskanzler vorhin selber sagte, daß darüber ein heilloses Durcheinander herrsche, so halte ich das nicht für zweckmäßig. Ich glaube, daß wir uns der Gefahr aussetzen, die ganze öffentliche Meinung, soweit sie den Rundfunk und die Presse betrifft, gegen uns zu haben.

Adenauer: Und was schlagen Sie vor zu tun? (*Heck:* Ich schlage vor, daß wir das Thema so behandeln, wie Dr. Gradl vorgetragen hat.) Jetzt auf dem Parteitag? (*Heck:* Zu dem wissenschaftlichen Streit, welche Auswirkungen diese Strahlungen haben, würde ich angesichts der Tatsache, daß die Wissenschaftler völlig widersprechender Meinung sind, auf diesem Parteitag nicht sprechen.) Muß man denn nicht folgendes überlegen: Wenn man das alles ruhig laufen läßt und gar nichts tut, setzt sich das immer fester in die Gehirne. Ich habe gelesen, dieser Amerikaner hat dem Herrn Schweitzer geschrieben: Sie sind offenbar nicht unterrichtet über die vorgenommenen Experimente.[25] (*Gradl:* Er hat es sehr vorsichtig getan!) Ja, es ist nur ein Auszug veröffentlicht worden. Wir können doch den Mann ansprechen, ob er etwas sagen kann und ob er Versuche gemacht hat. Er wird dann erklären: Ich habe die und die Versuche gemacht. Warum soll er das denn nicht sagen können?

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Ich würde dringend davor warnen, das zu tun. Ich gebe Herrn Heck völlig recht. Wenn wir jetzt einen Professor, unbekannt für die

24 Nicht zu ermitteln. Möglicherweise Dr. Rudolf Criegee (geb. 1902), seit 1947 Professor für organische Chemie in Karlsruhe.

25 Offener Brief von Professor Willard Frank Libby, amerikanischer Physiker, Mitglied der Atomenergiekommission (zit. in „Rheinische Post" vom 27./28. April 1957; Druck des Briefes in „Informationen der Jungen Union Deutschlands" 5.Jg. (Mai 1957) S. 4–7; vgl. auch Albert Schweitzer: Friede oder Atomkrieg. München 1981 S. 54f.).

Öffentlichkeit, zum Parteitag einladen, um auf dem Parteitag darüber zu sprechen – der Mann könnte tausendmal sachlich recht haben –, dann würde das als ein Versuch gedeutet werden, daß wir das Problem verharmlosen wollten. Wir müssen ganz sicher – Herr Bundeskanzler, darin stimme ich Ihnen vollkommen zu – dahin kommen, daß die Öffentlichkeit über die wirkliche Gefahr unterrichtet wird. Das kann man bis zu den Wahlen nur in einer kontinuierlichen, unauffälligen Bemühung tun. Wir haben im Bundestag beantragt, daß die Regierung ein Gremium, einen Sachverständigenausschuß, einsetzt. Das ist schon ein Schritt. Über ein solches Gremium kann eine objektive Aufklärung gegeben werden. Im Europarat haben wir auf meine Anregung hin beantragt, einen solchen Ausschuß aus Wissenschaftlern, Medizinern und Theologen einzusetzen, der sich ebenfalls mit den Dingen beschäftigen soll.[26] Diese Frage einer objektiven Unterrichtung der Öffentlichkeit wird nach meiner Meinung im Laufe der nächsten Monate sowieso kommen.

Sie haben recht, Herr Bundeskanzler, wir haben es mit der Angst zu tun, nicht nur mit der Opposition. Aber die Opposition beutet diese Angst aus; d.h., sie wird von jetzt ab bis zu den Wahlen alles daransetzen, um dieses Thema im Gespräch zu halten. Wenn es die Opposition nicht täte, hätten die Leute zwar immer noch Angst, aber sie würde abflauen. Daher müssen wir alles versuchen, uns von der Opposition nicht zwingen zu lassen, dauernd in Auseinandersetzungen über diese Gefahr der atomaren Waffen zu bleiben. (*Weber:* Das nützt nichts!) Natürlich nützt daś! Wir könnten eine falsche Taktik einschlagen, die der Opposition dauernd Gelegenheit gibt, das Thema anzuschneiden. Das wäre also zu überlegen. Wenn wir das heute auf dem Parteitag in der Weise tun, daß ein solcher Professor spricht, geben wir der Opposition Gelegenheit, entsprechend Stellung dazu zu nehmen, und dann steht in allen möglichen Zeitungen, die CDU verharmlost die Angelegenheit. Deswegen schlage ich vor, daß wir uns auf diesem Parteitag einfach der Resolution im Bundestag anschließen.

Sachlich habe ich, Herr Bundeskanzler, in der Frage des Verbots der Atombombenversuche genauso gedacht wie Sie. Politisch-psychologisch hielte ich es für richtig, sich darauf zu beziehen, daß nicht Sie, sondern der Bundestag diese Resolution gefaßt hat. Damit gehen wir gegen das an, was die Leute am meisten drückt. Nicht nur die Frage der atomaren Ausrüstung für die Bundeswehr hat die Leute gepackt, sondern die gespenstische Furcht vor dem Atomtod, der in der Welt umgeht. Und da haben wir uns klipp und klar ausgesprochen. Wir müssen der SPD den Wind aus den Segeln nehmen und immer von neuem aussprechen, daß es zu einer atomaren Abrüstung kommen muß.

Wenn wir das immer wieder tun und uns weniger auf die Debatte um die atomare Ausrüstung der Bundeswehr konzentrieren, ist dieses Problem schnell erledigt. Ich glaube nicht, daß wir gezwungen werden können, dieses Problem der Amerikaner

26 Während des 1. Teils der neunten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung vom 29. April bis 4. Mai 1957 (Überblick in Europa-Archiv 1957 S. 9975–10006).

ununterbrochen zu erörtern. Das ist aber etwas, das sich wie eine Wolke im Volke ausbreitet. Deshalb auch der Anklang, den Albert Schweitzer gefunden hat. Da können wir uns nicht anschließen. Wir wollen nicht die Angst verbreiten. Wir tun es nicht wie Albert Schweitzer, sondern ...

Adenauer: Herr Kiesinger, entschuldigen Sie, wir reden völlig aneinander vorbei. (*Kiesinger:* Also?) Nein! Nicht also! Gestern haben wir eine zwölfstündige Atomdebatte gehabt. Morgen beginnt der Parteitag. Es muß in irgendeiner Weise von der Tatsache, daß diese Atomdebatte gewesen ist, etwas auf dem Parteitag gesagt werden. (*Kiesinger:* Vom Außenminister in seiner Rede!) Augenblick! Sind wir uns darüber klar? *(Zustimmung.)* Gut! Ich bin aber nicht dafür, daß das ein Minister tut. Ich habe das eben auch bei Herrn Balke gesagt, weil es selbstverständlich ist, daß ein Minister des Kabinetts, gleichgültig, wer er ist, diesen Standpunkt vertreten muß. Deswegen wäre es mir lieber, es spräche jemand anderes, der nicht Mitglied des Kabinetts ist. Dann käme noch die Frage, soll es ein Mitglied der Fraktion tun oder irgend jemand anderes?

Osterloh: Ich möchte den Vorschlag von Herrn Dr. Schröder noch einmal ausdrücklich unterstützen, Herrn Bundesminister Balke sprechen zu lassen; denn es wird nicht als selbstverständlich empfunden, daß er die Linie des Bundeskanzlers und des Kabinetts vertritt, sondern es wird in der Untergrundpropaganda die Ansicht verbreitet, er sei absichtlich als Bundesminister ferngehalten worden. Meiner Ansicht nach würde eine Rede Balkes außerordentlich stark beruhigend wirken, weil sie das Ergebnis haben wird, daß die Dinge relativiert werden. Es besteht jetzt der Eindruck, daß überhaupt nur noch der absolute Atomtod durch die Bombe oder durch die Strahlen die Menschheit beherrschen wird. Wenn wir einen Wissenschaftler herbeiholen, wird die Presse behaupten, das sei ein Konzessionsschutz, den wir mit Mühe und Not herangeholt hätten. Ich bin der Meinung, daß dieses Thema von einem Politiker an hervorragender Stelle angesprochen werden muß. Wenn Balke es täte, käme damit zum Ausdruck, daß die CDU kein aufgespaltener Haufen ist, sondern unter einer geschlossenen Willensbildung steht.

Die Wissenschaftler sollten von uns beharrlich gebeten werden, in verständlichen Leitartikeln hinsichtlich des Strahlenterrors beruhigend zu wirken; denn die Dinge sind maßlos – leider auch von Albert Schweitzer – übertrieben. Wir können hier in den Städten nichts erreichen, weil wir als Politiker nicht glaubwürdig sind in dieser Hinsicht. Es gibt aber Atomwissenschaftler, die für uns in aller Stille dieses Werk tun.

Ich bin also der Ansicht, daß der Vorschlag, den Bundesminister Dr. Schröder gemacht hat, mehrere Fliegen mit einer Klappe schlägt, nämlich den Verdacht beseitigt, als ob Balke kein CDU-Minister mehr sei, ferner würde er sachlich dazu beitragen, daß jedenfalls die eine Seite der öffentlichen Meinung beruhigt wird. Balke hat in weiten Kreisen das Ansehen des unpolitischen Wissenschaftlers, was ihm in diesem Falle sehr zugute käme.

Krone: Es müßte vorher mit Balke gesprochen werden; denn nur dann, wenn wir

völlig kongruent sind, kann er m.E. sprechen, sonst nicht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Die entscheidende Frage ist doch wohl, ob wir die Dinge laufen lassen sollen, wie es die SPD will, oder ob wir dagegen angehen sollen, d.h., daß wir auf der Seite derer stehen, die das alles sehen, wie es ist, sich aber nicht in das Schicksal sklavisch ergeben, nun rot zu werden oder zu sterben. Wir wollen den Weg der Freiheit!

Ich habe Ihnen gestern gesagt, Herr Bundeskanzler, es kommt entscheidend darauf an, daß die Bevölkerung das Empfinden hat, daß Sie alles tun werden, was menschenmöglich ist, um die Dinge hinzukriegen. Das ist das entscheidende politische Faktum dieses Parteitages; nicht ein Professor. Der mag reden, aber er allein kommt nicht in Frage, sondern es muß darauf ankommen, daß der Mann aus unseren Reihen, den wir herausstellen, in den Augen des Volkes ein Mann ist, der besorgt ist und den neuen Weg geht.

Herr Bundeskanzler! Wenn es Ihnen gelingt, von Amerika mit irgendeinem Faktum zurückzukommen, daß nämlich drüben auf Ihren Wunsch etwas in der Richtung geschieht, dann haben wir in diesem Punkt die Wahl gewonnen. Dieser Parteitag muß etwas von Ihnen hören, daß Sie ganz vorne stehen in der Front derer, die den Frieden wollen. Es ist selbstverständlich, daß Sie das sind, aber das Volk soll es hören und auch glauben und nicht dem Defätismus Ollenhauers anheimfallen.

Da können Sie ruhig einen Schritt weitergehen. Sie hätten gestern ruhig mitmachen können; denn auch die Amerikaner verstehen, daß wir die Wahlen gewinnen müssen. Sie machen Ihnen manche Konzessionen und sind auch bereit, da mitzugehen.

Weber: Es muß ein Kampf gegen die Angst sein. Das habe ich in großen Frauenversammlungen in den letzten Wochen gespürt. Es ist geradezu entsetzlich: Je mehr man ihnen von den Einzelheiten sagt, um so banger werden sie. Ich bin nicht dafür, daß wir auf dem Parteitag Einzelheiten sagen. Die Leute verstehen es nicht, und die Angst wird dadurch nicht beseitigt. Je einfacher gesprochen wird und je mehr man die Dinge auf das Politische legt, daß die Abrüstung wirklich kommt usw., um so eher bringt man die Frauen dazu, ihrer Angst Herr zu werden. Ich bin augenblicklich nicht in der Lage zu sagen, wer diese Rede gegen die Angst halten könnte. Ich bin der Meinung, daß wir es nicht so sehr mit der Opposition zu tun haben, sondern mit der Angst.

Bach: Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden muß. Ich bin überzeugt davon, daß Herr Thielicke zu dem Thema „Atom" ausgezeichnet sprechen wird. Herr Thielicke hat das Thema bereits in einer Zeitung gut behandelt.[27] Wir sollten den Mut haben, diese Frage vom Grundsätzlichen aus zu behandeln. Das tun wir, wenn wir Herrn Thielicke über das Thema sprechen lassen. Wir können den Leuten nicht die Angst nehmen.

27 Nicht ermittelt.

Gott hat uns in die Geheimnisse seiner Schöpfung hineinblicken lassen, aber weil die Menschen rücksichtslos sind, besteht die Gefahr, daß die Welt tatsächlich zerstört werden kann. Auf der anderen Seite ist bei uns die Verantwortlichkeit nicht geringer geworden. Es ist ein Wahnsinn, wenn sich die Sozialdemokraten und die 18 Wissenschaftler dafür einsetzen, eine Vogel-Strauß-Politik zu treiben, indem sie sagen: Wir müssen anfangen, und dadurch retten wir unser Volk. Wir müssen demgegenüber die verantwortliche Politik herausstellen, die der Herr Bundeskanzler in Zusammenarbeit mit der freien Welt geführt hat, nämlich die Sicherung für Deutschland.

Wir wissen nicht, wie groß der Gefahrenkomplex ist. Aber wir müssen den Leuten sagen, für die Sicherung des deutschen Volkes haben die Bundesregierung und die CDU viel mehr getan als die SPD. Sie wird das auch in Zukunft tun, indem sie durch die Zusammenarbeit mit den freien Völkern den Beweis erbringt, daß wir die Abrüstung wollen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Front so bleibt, daß sie $^3/_4$ zu $^1/_4$ steht, will ich mich mal ausdrücken. Wenn sie 50 zu 50 stünde, dann brauchte man kein großer Geschichtler zu sein, um zu wissen, daß dann die Katastrophe käme.

Im übrigen müssen wir zum Angriff übergehen und sagen, was die Sozialdemokratie macht, ist ein Wahnsinn. Die Gefahr ist zwar vorhanden, aber die Beseitigung der Gefahr ist nicht dadurch gegeben, daß wir sagen, wir haben mit den ganzen Dingen nichts zu tun. Ein Beispiel aus der Geschichte! Die Chinesen haben eine solche Auffassung gehabt. Sie haben das Schießpulver erfunden, es aber nicht gebraucht. Und dann kamen die Engländer und konnten die Chinesen besiegen, weil die Chinesen keinen Gebrauch vom Schießpulver gemacht haben.

Jeder Vergleich hinkt. Aber wenn der Herr Bundeskanzler mit dem Ernst der Verantwortlichkeit, mit dem er die Politik der letzten neun Jahre geführt hat, sagt, ich habe alles getan, um den Frieden zu erhalten, und werde weiter alles in dieser Hinsicht tun, ich halte den Weg des Zusammengehens mit der gesamten übrigen freien Welt für richtiger als den Weg der Isolierung, dann nimmt ihm das deutsche Volk das ab. Wir dürfen uns nicht in die Verteidigung drängen lassen. Wir müssen auf diesem Gebiet den Kampf im Angriff führen, sonst sind wir von vornherein verloren.

Adenauer: Ich möchte nicht, daß auf dem Parteitag schließlich der Angriff gegen die SPD das Maßgebende ist. Es handelt sich nicht um eine solche Sache, sondern darum, unseren eigenen Leuten und denen, die gesonnen sind, ihre Stimmen uns zu geben, wieder etwas Vertrauen einzuflößen. Darum handelt es sich. Es handelt sich nicht darum, nun zu sagen, wir sind besser als die SPD. Das ist den Leuten total egal in dieser Sache. Die Leute müssen wieder Vertrauen in dieser Hinsicht bekommen.

Meyers: Es handelt sich um die Furcht. Furcht ist etwas Emotionales; und dagegen kann man mit rationalen Gründen nur sehr schwer kämpfen. Selbstverständlich müssen alle angeführten Gründe vorgetragen werden. Ich darf an das Beispiel vom Gas im vorigen Weltkrieg erinnern. Keiner hat es gebraucht. Furcht kann man nur bekämpfen durch eine noch größere Furcht oder durch Hoffnung. Bei der noch größeren Furcht habe ich Bedenken. Deswegen sollte man den Leuten Hoffnung machen. Es muß etwas

gefunden werden, das den Leuten die Furcht nimmt durch eine größere Hoffnung. Da sehe ich nur das eine, da der Herr Bundeskanzler ein immenses Vertrauen im Volke hat, müßte er mit einem Gedanken herauskommen, der den Leuten zeigt: Wenn sich das verwirklichen läßt, ist unsere Furcht gebannt.

Es ist richtig, daß wir nicht nur gegen die SPD kämpfen, aber wir kämpfen dagegen, daß die SPD die Furcht ins Maßlose steigert bis zur Wahl. Sie wird nichts auslassen. Deswegen müssen wir sie immer angreifen; denn der Angriff ist die beste Verteidigung. Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, daß wir mit rationalen Momenten dagegen ankämen.

Von Hassel: Als wir im vorigen Jahr das Gesetz über die Wehrpflicht verabschiedeten, sind wir von allen möglichen Seiten angegriffen worden. Herr Bundeskanzler! Ihnen ist damals der Vorwurf gemacht worden, daß Sie nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätten und nicht umrüsten wollten auf Atom. Ich möchte meinen, daß wir diese Dinge herausstellen sollten. Darüber wird nicht mehr gesprochen; es ist in Vergessenheit geraten. Wir haben keine Bundesvorstandssitzung und keine Bundesparteiausschußsitzung vorübergehen lassen, ohne daß der Herr Bundeskanzler seine Sorge über die Umrüstung auf Atom dargelegt hat: Ich will an den konventionellen Dingen festhalten, damit nie Atomwaffen eingesetzt zu werden brauchen. Das sollte man wieder herausholen; denn das hat die Menschheit wieder vergessen. Und dieser Vorwurf hat Ihnen im vorigen Jahr genau umgekehrt das Leben schwergemacht.

Soweit ich sehe, wird die Rede von Thielicke einer der interessantesten Vorträge werden. Es hat wie eine Sensation eingeschlagen, daß dieser hochangesehene Mann bei uns sprechen wird. Deshalb sollten wir nicht von uns aus über Atombewaffnung sprechen, sondern im Anschluß an die Rede von Thielicke diskutieren. Und da gehört das erste Wort Ihnen, das Sie sofort als Diskussionsbeitrag an die Rede Thielickes anschließen. Es gehört zweitens dazu, daß in der Tat Herr Balke das Wort nimmt. Ich weiß, wie die Stimmung draußen ist. Die Äußerungen Balkes sind in allen Zeitungen wiedergegeben worden.[28] Daß man Herrn Balke hinzunimmt, wie es die Herren Schröder und Osterloh vorgeschlagen haben, halte ich für außerordentlich wesentlich, insbesondere für die Herstellung der Geschlossenheit und des Vertrauens. Drittens sollte ein wesentlicher Sprecher aus der Bundestagsfraktion auftreten. Ich halte das für besser, als wenn ein außenstehender Mann dazu Stellung nimmt. Es mag Herr Krone oder Herr Kiesinger sein, weil die Herren in den letzten 14 Tagen bei der Vorbereitung der gestrigen Debatte immer dabeigewesen sind und die Zusammenhänge kennen. Dann werden wir mit einer abgeschlossenen und abgerundeten Gesamtschau auftreten können.

---

28 Balke hatte auf einer Diskussionsveranstaltung in Stuttgart die 18 Professoren in Schutz genommen (dpa vom 15. April 1957; vgl. auch FAZ vom 17. April 1957) sowie angekündigt, er werde eine militärische Anwendung der Atomenergie nicht mitmachen („Stuttgarter Zeitung" vom 6. Mai 1957; vgl. auch Presse-Interview vom 30. April 1957 in der „Welt" vom 1. Mai 1957).

Wenn die Versuche in der Wüste zu Nevada wieder beginnen[29], würde ich in der Tat nicht nur Militärs, sondern auch Luftschutzleute dorthin schicken. Das könnte ebenfalls am Montag zum Ausdruck kommen; denn dann sieht die Bevölkerung, daß nicht nur die Militärs, sondern auch die Luftschutzleute dabei sind.

Adenauer: Soeben gibt mir Herr von Brentano ein Telegramm. Danach beurteilen die Amerikaner die Aussichten der Londoner Konferenz nicht ungünstig, wie ich es eben auch gesagt habe.

Und nun möchte ich weiter sagen: Verwechseln Sie bitte nicht die Gefahren, die jetzt vor uns stehen, mit den Gefahren von damals hinsichtlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Unter Wehrpflicht kann sich jeder etwas vorstellen, aber unter Atom kann er sich nichts vorstellen. Deswegen ist das etwas ganz anderes. Einen neuen Gedanken gibt es nicht. Was wollen Sie für einen neuen Gedanken geben? Es gibt nur eins, das ist die kontrollierte Abrüstung. Sonst gibt es nichts. Und da muß man allerdings sagen – wie ich es gestern abend dem Herrn Ollenhauer gegenüber mit ziemlicher „Wärme" getan habe –: Wenn das geschieht, was ihr wollt, daß jetzt schon die Bundesrepublik sagt, wir machen nicht mit, dann bestärkt ihr den Willen der Russen, nicht zu einer Abrüstung zu kommen.

Nun haben wir folgenden Tatbestand. Der Herr Kollege Krone kann in seinem Bericht an der gestrigen Debatte nicht vorbeigehen. Haben Sie die Rede von Thielicke gelesen? (*Zurufe:* Nein!) Ich höre, daß sie 42 Schreibmaschinenseiten lang ist. Das sind 126 Minuten, also über zwei Stunden mit Beifall. Nun meine ich, ein Parteitag mit so viel Leuten der verschiedensten Art, der kann doch keinen Vortrag von über zwei Stunden anhören. Da gehen die Leute doch weg. (*Von Hassel:* Thielicke kann es. – *Kiesinger:* Es kommt auf den Redner an! – *Bach:* Und die Presse!) Ach, Herr Bach, die Presse! Ich habe noch das Bild von Stuttgart vor mir, als die Herren hinaus- und hereinliefen. Wir haben schönes Wetter, dazu Planten und Blomen. Die Leute laufen weg; das hält keiner aus, einen zweistündigen Vortrag anzuhören. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn Herr Thielicke seinen Vortrag auf anderthalb Stunden reduzierte. Gestern hat Herr Gerstenmaier anderthalb Stunden vor dem Plenum des Bundestages gesprochen. Wir haben aber hier den Parteitag. Das ist etwas völlig anderes. Wohin sollten auch die Bundestagsabgeordneten gestern gehen? Wenn sie mit Anstand hätten verschwinden können, wären sie hinausgegangen.

Ich darf also fortfahren. Herr Krone könnte sagen: Da Herr Thielicke morgen sprechen wird und in seinem Vortrag die Dinge ebenfalls berührt werden, schlage ich der Versammlung vor, die Diskussion über diesen Punkt auf morgen zu verschieben, und zwar im Anschluß an den Vortrag von Thielicke. Wären Sie damit einverstanden, Herr Krone? (*Krone:* Ja!) Dann müssen wir sehen, wo Herr Balke ist. Herr Balke hat mir erklärt, er hätte das, was in den Zeitungen steht, niemals erklärt. (*Von Hassel:* Um

29 Ankündigung der US-Atomenergiekommission am 4. Mai 1957, Beginn der Versuchsserie am 28. Mai 1957 (AdG 1957 S. 6416, 6467).

so besser, wenn er Hand in Hand mit uns marschiert!) Das hat er aus freien Stücken gesagt, nicht weil ich ihn zur Rede gestellt hätte. Die Sache mit Herrn Thielicke müssen wir morgen noch einmal überlegen. Er wohnt in Hamburg; er kann morgen hierherkommen. Sollen wir es so machen? *(Zustimmung.)*

Lünendonk: Herr Bundeskanzler! Es handelt sich im Augenblick darum, daß die Wissenschaftler und Albert Schweitzer im Volk immerhin eine gewichtige Anerkennung genießen. Ich habe es als ausgezeichnet gefunden, daß Sie, Herr Bundeskanzler, diese Sache sehr klar erkannt und mit den Wissenschaftlern gesprochen haben. Erst daraufhin ist eine Auflockerung in der Verkrampfung der Meinung der Bevölkerung eingetreten. Es handelt sich nicht nur um die Furcht, sondern auch um das Ansehen der Wissenschaftler und um den Namen Albert Schweitzers.

Ich möchte davor warnen – ob die Herren recht oder unrecht haben –, daß wir als politische Partei sagen: Herr Schweitzer hat zwar aus seinem Motiv der großen Sorge diese Sache gebracht, aber er hat in der wissenschaftlichen Darstellung der Sache unrecht. Ich möchte vielmehr, daß auch die Christlich-Demokratische Union und die Bundesregierung die gleiche Sorge haben, die den Wissenschaftlern und Albert Schweitzer Anlaß zu ihrem Vorgehen gab. Ob das im Ergebnis zu denselben Folgerungen führt, ist eine zweite Sache.

Ich möchte anregen, daß wir nicht konfrontieren: Albert Schweitzer gegen Christlich-Demokratische Union, sondern im Gegenteil, wir wollen das Anliegen als solches als ein gemeinsames ansehen. Deshalb warne ich, durch Diskussionsreden hier eine Differenz aufzureißen.

Adenauer: Was sagt man über diese Dinge dem Parteiausschuß? (*Kiesinger:* Das Ergebnis dieser Besprechung. Das Problem muß angepackt werden. Man kann Bezug nehmen auf die Entschließung des Bundestages.) Ich würde vorschlagen, daß der Vorsitzende der Fraktion dem Parteiausschuß etwas sagt. Ich möchte nicht immer dastehen und allein etwas sagen. Sie werden das übernehmen, Herr Krone? (*Krone:* Ja!) Wer könnte dem Herrn Thielicke sagen, daß er seinen Vortrag kürzen möchte? Wir können ja den ganzen Vortrag drucken lassen. Das kann man ihm sagen. Er wird wahrscheinlich druckreif sein, nur fürchte ich, daß dieser Vortrag von über zwei Stunden für den Parteitag zu lange ist. (*Osterloh:* Ich kann nicht dafür garantieren, daß es mir gelingen wird. Herr Thielicke ist ein ziemlich souveräner Mann.) Sie beide, Herr von Hassel und Sie, könnten einmal mit ihm reden. (*Von Hassel:* Wir werden es versuchen. Jeder streicht ihm fünf Minuten.) Sie fühlen sich nicht dazu berufen, Herr Cillien? (*Cillien:* Nein, obwohl ich es geradezu für unglücklich halte, wenn er über zwei Stunden lang spricht.) Herr Thielicke ist ein lebhafter Mann, der auch sehr elegant spricht. Aber es ist eine alte Erfahrung – und Sie können den seligen Demosthenes aus dem Grabe holen –, wer über zwei Stunden lang spricht, den hört die Gesellschaft nicht mehr aufmerksam an. (*Osterloh:* Wir gehen zu zweit zu ihm.)

Noch eins! Wir werden im Laufe des Parteitages im kleinen Kreis die Schritte überlegen müssen, wie wir wegen der Propaganda vorgehen.

STAND DER VORBEREITUNGEN FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Meyers: Am 30. Juni findet in der Westfalenhalle eine Großkundgebung statt. 14 Tage vorher eröffnet Ollenhauer den Wahlkampf für die SPD. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir praktisch schon im Wahlkampf sind. Ich habe in Köln das große Plakat gesehen. Der Wahlkampf hat begonnen. Was die Finanzierung angeht, so ist vorgestern nach monatelanger Verzögerung durch die Regierung in Nordrhein-Westfalen – obwohl die Innenminister schon längst zugestimmt hatten – die Genehmigung gegeben worden, daß die CDU eine Sammlung für die Wahlen veranstaltet, mit Ausnahme von Haus- und Straßensammlungen. Das hatten wir auch nicht vor.

Wir haben durch den Tod von Staatssekretär Lenz einen sehr schweren Verlust erlitten.[30] Es ist sichergestellt, daß die Mittel im vorpolitischen Raum, die im Wahlkampf eingesetzt werden sollen, weiterlaufen, so daß in Nordrhein-Westfalen das formell in Ordnung geht. Was die Besetzung der einzelnen Wahlkreise mit Geschäftsführern angeht, so wissen die Landesvorsitzenden, daß noch nicht alle Wahlkreise besetzt sind. Ich rege an, daß im Anschluß an den Parteitag die nächste Landesgeschäftsführerkonferenz stattfindet, die sich mit dieser Frage des Wahlkampfes beschäftigen soll. Besprechen Sie bitte mit Ihren Landesgeschäftsführern die Situation, damit auf dieser Konferenz Klarheit geschaffen wird und alle Wahlkreise mit einem Geschäftsführer besetzt werden. Das gleiche gilt für die Überprüfung von Vertrauensleuten. Die SPD hat 51.000 Wahlhelfer – nach ihren Angaben. Man kann davon ausgehen, daß ein guter Teil der SPD-Leute wirkliche Hilfe bei der Wahl leisten wird. Ich habe erlebt, daß ein Ministerialdirigent sich nicht für zu schade hielt, selber in die obersten Stockwerke zu gehen und Flugblätter in die Briefkästen zu werfen.

Unsere Vertrauensleute müssen spuren, weil das Thema nicht in offiziellen Veranstaltungen durch die SPD behandelt wird, sondern durch die Flüsterpropaganda, die uns schon Schwierigkeiten bei den Kommunalwahlen gemacht hat. In den öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Betrieben und in den Läden, wo die Frauen kaufen, wird Flüsterpropaganda getrieben. Wir werden hier eine Gegenpropaganda machen. Die Ausstattung mit Filmgeräten und Tonbandgeräten ist so, daß alle Kreise ausgerüstet sind bzw. die Lieferung bevorsteht. Von den Filmen haben wir in der Zwischenzeit 850 Kopien bekommen. Besonders bemerkenswert sind die beiden Ungarnfilme. Die Heimatvertriebenen können wir am besten ansprechen mit Filmen aus ihrer Heimat. Herr Minister Oberländer hat eine Reihe von Filmen für die einzelnen Flüchtlingsgruppen zusammenstellen lassen, die leider hauptsächlich von der SPD in Anspruch genommen werden. Ich bitte Sie, diese Filme zu nehmen und zu verwerten.

Was die Plakate angeht, so werden wir diese unmittelbar nach dem Parteitag vorbereiten. Die Landesverbände wissen, daß umfangreiche Vorbereitungen angelaufen sind. Die Landesverbände haben schon ihre außerordentlichen Parteitage und

30 Lenz war auf einer Dienstreise am 2. Mai 1957 in Neapel verstorben.

Delegiertentage abgehalten, und die Wahlthemen sind schon angesprochen worden. Auch die Dinge im vorpolitischen Raum, die für den Wahlkampf wichtig sind, werden ausgearbeitet von der Bundesgeschäftsstelle oder von den Vereinigungen, die ad hoc zum Teil gegründet worden sind. Umstritten ist die Aktion, die in Westfalen ausgelöst worden ist, die Aktion 1957.[31] Die Meinungen darüber sind verschieden. (*Lensing:* Die Aktion des Generalvikariats von Münster!) Ja, die kirchlichen Verbände sollen sich in diesem Wahlkampf geschlossen für die CDU einsetzen. In Westfalen steht man auf dem Standpunkt, daß das richtig ist. Es gibt Gegenden, da wird gesagt, das sei eine Sache für die katholische Partei, dadurch würden die Evangelischen weggetrieben. (*Lensing:* Das kann man nicht überall durchführen!) Die Verteilung der Spitzenredner wird ausnahmslos unter taktischen Gesichtspunkten erfolgen müssen. Wir müssen nach den Wahlkreisanalysen die Spitzenredner dort einsetzen, wo sie nach der Lage des Wahlkampfes Gewähr bieten, daß dieser Wahlkreis geholt werden kann. Das letzte Mal ist es so gewesen, daß in Essen zwei Minister zu ein und derselben Frauenorganisation gesprochen haben, während andere große Städte überhaupt keinen Minister bekommen konnten. Das sollten wir in Zukunft vermeiden.

Adenauer: Sie haben den Spitzenrednern für die letzten Wochen 42 Reden auferlegt. Das ist unmöglich. (*Meyers:* Ich weiß nicht, woher Sie die Zahl haben!) Durch Addition. (*Meyers:* Ich kenne keine Parteifreunde-Addition!) Das ist eine faule Ausrede. Wieviel haben Sie, Herr von Brentano? (*Von Brentano:* Über 40!)

Heck: Herr Erhard hat in sechs Wochen 75 Wahlversammlungen. Herr Ehlers hatte beim letzten Wahlkampf 82.

Meyers: Die FDP-Fraktion des Landtages hat beim letzten Wahlkampf zu den Kommunalwahlen an 30 Tagen jeweils zwei Redner eingesetzt; das haben die auch eingehalten.

Adenauer: Sie sagen, die Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion! Hier haben Sie die Bundesminister mit über 40 Reden belastet. Das ist doch unmöglich. (*Meyers:* Ich weiß es nicht!) Ich weiß es aber. Die Herren müssen doch auch sonst noch etwas tun. (*Meyers:* Wir müssen die Wahl gewinnen!) Ich versichere Ihnen, wenn Sie die Bundesminister im Lande herumreisen lassen und jeder hält 40 Reden, dann sehen Sie nachher ein schönes Durcheinander. Es muß doch eine Kostbarkeit bleiben, wenn ein Minister des Kabinetts spricht. Wieviel Reden hat Herr Schröder? (*Heck:* 80! – *Schröder:* Ich habe sie noch nicht addiert!) Herr Heck schlägt 80 vor.

Meyers: Es ist so, daß die Redner, die kein Mandat haben, überhaupt nicht geschätzt werden, und wenn sie noch so gut reden. (*Dichtel:* Es muß ein Mandat

31 Für die sog. Aktion 57 der Diözese Münster sollten in den einzelnen Dekanaten und Pfarreien lokale Ausschüsse gebildet werden, um Versammlungen in den konfessionellen Vereinen und Verbänden durchzuführen mit dem Ziel: Wahlsieg der Regierung Adenauer und Fortsetzung seiner Politik auch nach den Bundestagswahlen. Der damalige Domkapitular und spätere Bischof von Münster, Heinrich Tenhumberg, war für diese Aktion verantwortlich (Materialien in ACDP III-002-264 und 265).

dabeisein!) Es ist ein Zug der Zeit, der dadurch begründet wird, daß die Minister Repräsentationsverpflichtungen haben, daß sie in viele kleine Veranstaltungen kommen.

Adenauer: Das entwertet aber das Ganze. Ich will Ihnen das nur sagen.

Meyers: Es gibt gewisse Dinge, die wir als Form des Wahlkampfes nur sehr schwer verwerten können. Herr Heck sagt, wir bekämen zwei Kabaretts. Die SPD hat sechs der bekanntesten Kabaretts verpflichtet: die Scheinwerfer von Dortmund, das Podest von Mainz, die Amnestierten von Kiel, die Stachelschweine von Berlin, die Kleinen Fische von München. (*Zuruf:* Das sind nur fünf! – *Von Brentano:* Die haben mehr Geld als wir!) Den Herrn Neumann[32] haben sie für eine politische Revue aufgestellt. (*Lemmer:* Der richtige Insulaner macht nicht mit![33])

Adenauer: Ich bin „weltfremd". Wer ist Insulaner?

Kiesinger: Das einzige Kabarett in Deutschland, das positiv zu Ihnen steht!

Meyers: Die SPD hat den Gedanken, Heimatabende mit Volkskunst, Tanz usw. zu veranstalten. In diese Abende sind politische Reden von 20 Minuten Dauer eingestreut. Sie lassen auftreten den Oberbürgermeister, den Bürgermeister oder den Fraktionsvorsitzenden. Diese werden durch den Ansager dem Publikum vorgestellt, und dann sagen sie einige beachtliche Sätze über das politische Wollen. (*Von Brentano:* Wieso beachtlich? – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Ich würde mir Leute aussuchen, die in diese Kabaretts hineingehen und dort Zwischenrufe machen. (*Meyers:* Das wäre eine Aufgabe für die Junge Union!) Bei guten Zwischenrufen haben sie die Lacher immer auf ihrer Seite. (*Stoltenberg:* Gegen eine Kabarettsitzung kommt man nicht an!) Sie haben es ja noch gar nicht versucht!

Meyers: Rock-and-Roll-Abende spielen auch eine Rolle; aber das ist für uns uninteressant, weil dort ein Publikum erscheint, das nicht wahlberechtigt ist.[34] Ich weiß nicht, warum man das macht; vielleicht will man damit Stimmung in den Familien erzeugen. (*Zuruf:* Vater und Mutter wählen für mich SPD. – *Heiterkeit.*) Was mir Sorgen macht, ist das, daß die SPD für die Betriebe einen Sozialsekretär einsetzen will. Dieser Mann hat Zeit, sich um die Flüsterpropaganda in den Betrieben zu kümmern. Wir müssen dafür sorgen, daß wir hier eine klare Disposition haben und daß sie an unsere Vertrauensleute weitergegeben wird, damit sie das in den Betrieben vertreten.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist unterschiedlich. Nach dem augenblicklichen Stand der Vorbereitungen zur Bundestagswahl können wir sagen, sie sind so weit getroffen, daß der Wahlkampf zu dem betreffenden Termin in voller Breite anlaufen

32 Klaus-Günter Neumann (geb. 1920), Schauspieler, Komponist, Textdichter, Kabarettist (u.a. „Bundesdorf Berlin").

33 Günter Neumann (1913–1972), Schriftsteller und Komponist, 1948–1949 Herausgeber der Zeitschrift „Der Insulaner", Mitarbeiter des RIAS (Sendereihe „Günter Neumann und seine Insulaner").

34 Das Wahlalter betrug 21 Jahre.

kann. Wenn die SPD in 10.000 Orten 10.000 Versammlungen machen will nach dem 16. Juni, so wird dieser Paukenschlag zu früh erfolgen; denn man kann nicht vom 16. Juni bis zum 15. September die Dinge auf der Höhe halten.

Adenauer: Am wichtigsten scheint mir die Einstellung von Sozialsekretären für die Betriebe zu sein. Die Frage ist: Was machen wir? Da ist die unangenehme Geschichte von den katholischen Bischöfen.[35]

Lemmer: Ich habe gestern ganz zuverlässig folgendes erfahren: Der Berliner Landesverband der SPD schickt Funktionäre aus Ost-Berlin nach Westdeutschland, wo sie als die Berliner Widerstandskämpfer gefeiert werden, um einheitlich überall auszustreuen, daß von der Bevölkerung der Zone und Berlins der Bundeskanzler völlig abgelehnt werde. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß er Widerhall fände in der Bevölkerung Mitteldeutschlands, und zwar als Feind der Wiedervereinigung.

Meine Freunde! Es genügt nicht, davon Kenntnis zu nehmen. Die Exil-CDU und der Landesverband Berlin werden dafür Sorge tragen, daß in ähnlicher Weise echte Leute aus der Zone nach Westdeutschland gebracht werden, um festzustellen, wie die Stimmung der Bevölkerung wirklich ist.

Gradl: Das ist sehr richtig, was Lemmer sagt. Wir haben schon einige eingesetzt. Wir wollen Leute, die in den letzten Monaten aus der Haft entlassen worden sind. Es gibt darunter ausgezeichnete Leute, die acht oder zehn Jahre als christliche Demokraten gesessen haben. Die wollen wir für den Wahlkampf einsetzen. Wir können nicht Leute von uns, die in der Zone sind, holen. Jeder von uns, der herüberkommt, ist sofort in Gefahr, wenn er wieder dorthin zurückgeht. Aber die entlassenen Häftlinge können wir einsetzen. Wir haben 30 bis 40 ausgezeichnete Leute, die bereit sind, das zu machen, wenn man ihnen den Ausfall finanziell ersetzt.

Ich habe die Bitte, daß auf dem Parteitag eine Entschließung gefaßt wird, über die wir uns im einzelnen noch unterhalten können. Wir müssen ein sehr entschiedenes Wort für diejenigen sagen, die noch in Haft sind. Wir haben eine Liste von 75 Leuten mit Namen vorbereitet, wo sie sitzen usw. Das müßte in der letzten Plenarsitzung des Parteitages verteilt werden. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Adenauer: Der Gedanke, den Herr Gradl entwickelt hat, ist sehr gut. Ich höre von Herrn Heck, daß eine Tagung von 30 solchen Leuten, die lange im Gefängnis gewesen sind, stattgefunden hat. Können Sie nicht noch mehr herbeischaffen? Am Geldmangel wird das nicht scheitern; denn das ist sehr wichtig. (*Schröder:* Wie ist es mit den Spätheimkehrern?) Die sollen eingesetzt werden. Wie ist es damit, Herr Heck?

Heck: Wir haben mit einer größeren Gruppe von Spätheimkehrern verhandelt. Wir müssen uns auf die beschränken, die einigermaßen in der Lage sind zu sprechen. Das ist nicht bei allen der Fall.

---

35 Die Bischöfe hatten am 6. November 1955 die Gründung der Christlichen Gewerkschaften begrüßt (HERDER-KORRESPONDENZ 1955/56 S. 100) und ihre Unterstützung am 2. Mai 1957 bekräftigt.

Gurk: Es ist schon recht mit den Spätheimkehrern und mit den Leuten aus der Ostzone, aber wie kommen wir in die Betriebe hinein? Die Gewerkschaften werden große Propaganda machen. Es gibt nur eines: die Gründung christlicher Betriebsgruppen. Das möchte ich nachdrücklich gesagt haben; denn sonst haben wir in den Betrieben keine Resonanz und keine Möglichkeiten.

Wir haben in unserem Land schon Sozialsekretäre eingestellt, die versuchen, christliche Betriebsgruppen zu gründen. Es ist kein Zweifel, daß der Wahlkampf von der SPD schwerpunktmäßig mit den Gewerkschaften in den Betrieben geführt wird.

Adenauer: Es scheint, daß Sie nicht die neueste Aktion der katholischen Bischöfe kennen. Die neueste Aktion der katholischen Bischöfe macht diese christlichen Gruppen einfach kaputt![36] Sie fordert auf, nur für Christliche Gewerkschaften zu sorgen. Sie macht sowohl Ihre Sozialausschüsse wie die Christliche Kollegenschaft[37] von Pater Reichel[38] kaputt. Die Leute sind sogar zurückgezogen aus ihrer Arbeit! Das finde ich geradezu himmelschreiend! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist doch so unklug! Ich habe es versucht. Wer steht besonders gut mit dem Kardinal Frings[39]? Aber der ist in Tokio. Ich will es auch weiter versuchen, aber wenn es einer von Ihnen tut, ist es vielleicht wirkungsvoller, damit er diese Aktion ruhenläßt bis nach den Wahlen.

Storch: Wenn auf diesem Gebiet etwas getan werden soll, dann muß mit dem Erzbischof Jäger[40] von Paderborn ein sehr ernstes Wort gesprochen werden.

Adenauer: Herr Storch! Der Herr Jäger ist absolut meiner Meinung! (*Storch:* Das meine ich doch!) Ja, aber er kann nichts dagegen tun! Die Sache ist schon in Rom. Ich bin ziemlich genau im Bilde. Ich tue, was ich kann. Der Kardinal Frings muß dazu gebracht werden, daß er sagt: Das muß gestoppt werden bis nach den Wahlen, damit wir an die Sache herankommen. Herr Jäger kann nichts machen.

Storch: Kardinal Frings ist nicht da. Ich wollte nur sagen, es muß dafür gesorgt werden, daß durch die anderen Bischöfe die Sache bis zu seiner Rückkehr abgeschafft wird. Und da ist Herr Jäger der stärkste Mann.

Adenauer: Wer sagt denn, daß Herr Jäger sein Vertreter ist? (*Storch:* Ich habe nicht gesagt, daß er sein Vertreter ist; ich kenne aber ungefähr die Schwergewichte unter den Bischöfen.) Das ist eine sehr ernste Frage. (*Lensing:* In Paderborn rennen wir offene Türen ein!) Ich weiß, wie der Erzbischof Jäger denkt. Er denkt hundertprozentig

36 Wortlaut der Erklärung der Bischöfe vom 2. Mai 1957 in HERDER-KORRESPONDENZ 1956/57 S. 402f.

37 Die Christlich-Soziale Kollegenschaft verstand sich seit 1953/54 als innergewerkschaftliche Gruppierung der christlich-sozialen Kräfte im DGB; 1960 erfolgte die Trennung (Organ 1954–1979: „Gesellschaftspolitische Kommentare").

38 In der Vorlage: Reichert. – Dr. Herbert Reichel (1913–1983), SJ, war Berater der Kollegenschaft bis 1965/66.

39 Dr. Josef Frings (1887–1978), 1942 Erzbischof von Köln, 1946 Kardinal, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz. Zu seiner Japanreise vgl. „Die Welt" vom 10. Mai 1957.

40 Lorenz Jäger (1892–1975), 1941 Erzbischof von Paderborn, 1965 Kardinal.

anders. Aber das Ganze ist eine sehr, sehr üble Geschichte. Wie ist es mit dem Erzbischof von Freiburg?[41]

Gurk: Ich bin davon überzeugt, wir können es ohne weiteres durchziehen bis zu den Wahlen. Ich habe nicht die geringsten Bedenken, daß es bei uns Schwierigkeiten machen wird. (*Dichtel:* Er wird in dieser Frage nicht besonders aktiv werden!)

Ablauf des Bundesparteitages

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben gleich noch den Parteiausschuß und dazu eine Reihe von Entschließungen dem Ausschuß vorzuschlagen. Diese Formalien müssen gemacht werden, wer Vorsitzender und Stellvertreter werden soll. Wir haben aber auch einen Magen und nicht nur ein Gehirn. Vielleicht sagen Sie schnell die Formalien, die wir dem Ausschuß geben müssen.

Heck: Ich darf mich auf das beschränken, was vom Bundesvorstand dem Parteiausschuß vorgeschlagen werden soll. Zunächst zum Präsidium! Der geschäftsführende Vorstand schlägt vor, daß gemäß der Gepflogenheit der bisherigen Parteitage zum Präsidenten des Parteitages Herr Scharnberg gewählt wird und als Stellvertreter Herr von Hassel. Weitere Mitglieder des Präsidiums: Frau Staudinger[42], Frau Konrad[43], Theo Blank, Minister Lemmer, Johnen und Ministerpräsident Gebhard Müller. (*Zuruf:* Noch nicht eingetroffen!)

Johnen: Nehmen Sie für mich einen anderen. Nehmen Sie einen tüchtigen!

Heck: Für das Redaktionskomitee werden vorgeschlagen: Dr. Gerstenmaier, Kiesinger, Dr. Meyers, Dr. Arnold, Dr. Schröder, von Hassel, Pettenberg, Arndgen und Dr. Hellwig.

Für die Mandatsprüfungskommission: Dr. Fay, Müllenbach und Zettel[44].

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es tritt dann auch die Saarfrage auf. Es ist ein Beschwerdebrief von Herrn Ney gekommen, daß wir die Herren von der CVP, die Hospitanten in unserer Fraktion geworden sind, heranziehen. Die ganze Sache ist ein Skandal![45] (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn die Herren morgen kommen, bin ich dafür, daß wir zu fünf Mann die Leute geistig totschlagen! (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Krone:* Nicht die beiden von der CVP!) Nein, die anderen. Das Ganze ist allein gescheitert an Dr. Ney und Herrn Albrecht. (*Krone:* Ob Dr. Ney kommt, ist fraglich! – *Meyers:* Er kommt nicht!) Wir brauchen nur die Stimme von Herrn Albrecht. Aber die Saarfrage ist katastrophal. Die machen jetzt noch mehr Scherereien als vorher, und es kostet

41 Eugen Seiterich.
42 Käte Staudinger (geb. 1908), Mitgründerin der CDU Hamburg, 1953–1970 MdHB.
43 Dr. Berta Konrad (geb. 1913), 1956–1960 MdL Baden-Württemberg (CDU).
44 Heinz Zettel (geb. 1909), Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, 1957–1974 MdHB.
45 Zu den Entwicklungen im Saarland vgl. die detaillierte Schilderung bei Schmidt 3 S. 548–627, hier insbesondere zu den Verhandlungen ab April 1957 S. 570ff.

noch mehr Geld. Wie sollen wir es machen? Sollen wir ein Telegramm an Herrn Ney schicken?

Heck: Herr Ney hat sich telegrafisch entschuldigt; da z.Z. die Regierung neu gebildet werde, sei es ihm nicht möglich. (*Adenauer:* Ist gar nicht wahr! – *Meyers:* Der Landesgeschäftsführer ist gleich da![46]) Der kann über den Herrn Ney nichts machen. Ich schlage vor, ein Telegramm mit meiner Unterschrift an Herrn Ney zu schicken, er würde dringend ersucht, an einem der Tage nach hier zu kommen.[47] Es handelt sich um eine entscheidende Frage der Partei. (*Hellwig:* Es ist nur die Frage, ob gegen die Aufnahme von zwei Hospitanten etwas gesagt wird. – *Krone:* Wenn sie zu uns kommen, werden sie aufgenommen!) Wenn der Kather käme, würden Sie es tun? *(Heiterkeit.)*

Heck: Meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen verschiedene Entschließungen vor.[48] Darunter befindet sich ein Entwurf für ein Manifest, das der Parteitag verabschieden soll; ferner der Entwurf einer Entschließung zur Wirtschaftspolitik; es handelt sich um eine Ausarbeitung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses; dann der Entwurf über Verkehrspolitische Leitsätze des Unterausschusses Verkehr vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß. Es ist vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorgeschlagen worden, diese Entschließung in die Gesamtentschließung einzuarbeiten. Es liegen weiter folgende Entschließungsentwürfe vor: Zur Agrarpolitik vom Agrarpolitischen Ausschuß, zur Gesundheit vom Gesundheitspolitischen Ausschuß, zur Regelung des Krankenhauswesens vom Bundesgesundheitsausschuß, Aktuelles Wahlprogramm zur Jugendpolitik der CDU vom Jugendbeirat der CDU, Resolutionsvorschläge des Landesverbandes Oder-Neiße und des Bundesvertriebenenausschusses der CDU.

Es ist nicht möglich, alle diese Resolutionen hier in dieser Vorstandssitzung zu behandeln. Ich schlage daher vor, sie an das Redaktionskomitee mit dem Auftrag zu überweisen, [sie] für eine weitere Vorstandssitzung, die vor der Schlußsitzung sein muß, in geeigneter Weise auszuarbeiten.

Ich muß noch darauf aufmerksam machen, daß der Bundesvorstand einen Beschluß gefaßt hat, daß Entschließungsentwürfe, die bis zum 31. März nicht eingegangen sind, nicht bearbeitet werden können. (*Weber:* Kommt keine Entschließung zur Atomfrage?) Ich habe nur zu berichten über die Entschließungen, die von den Ausschüssen vorgelegt worden sind. Es wird Sache des Vorstandes bzw. des Redaktionskomitees sein, derartige Entschließungsentwürfe vorzubereiten.

Es ist ein Schreiben vom DGB eingegangen, nicht an den Parteitag, sondern an den Vorstand, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Regelung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wie sie im Ausschuß von der CDU-Fraktion vertreten worden sei, nicht übereinstimme mit unserer Entschließung auf dem Stuttgarter Parteitag. Wir brauchen diese Sache nicht auf dem Parteitag zu behandeln, sondern

46 Helmut André (geb. 1915).
47 Ney lehnte eine Teilnahme an Verhandlungen in Bonn ab (vgl. SCHMIDT 3 S. 585–592).
48 Zusammenstellung in ACDP VII-004-121/2.

wir werden uns in einer anderen Vorstandssitzung damit beschäftigen und dann dazu Stellung nehmen.[49] Ich möchte es heute nur vorgetragen haben.

Adenauer: Sind Sie zunächst mit den personellen Vorschlägen einverstanden? (*Johnen:* Ich bitte, mich abzulösen!) Ich bitte, den Antrag des Herrn Johnen abzulehnen. – Ich stelle fest, daß Sie das getan haben! *(Heiterkeit.)*

VERSCHIEDENES

Oberländer: Ich möchte vorschlagen, daß wir aus dem 17. Juni als Nationalfeiertag des deutschen Volkes einen Opfertag machen und den Feiertag auf einen Sonntag vorher legen, daß an diesem Tage gearbeitet wird und daß der Ertrag dieses Tages zur Verfügung gestellt wird. *(Lebhafter Widerspruch.)*

Adenauer: Moment, meine Damen und Herren! Hier ist ein Mißverständnis eingetreten. Verzeihen Sie, Herr Oberländer, wenn ich unterbreche. Herr Oberländer meint so: Die Feier soll gelegt werden auf den vorhergehenden Sonntag; am 17. soll aber gearbeitet werden. (*Zurufe:* Das ist natürlich etwas anderes!)

Oberländer: Ja, am 17. soll gearbeitet werden, (*Zuruf:* Haben Sie eben nicht gesagt!) und der Ertrag dieser Arbeit soll der Zone zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist ein Beschluß des Bundestages notwendig. Ich bin davon überzeugt, daß keine Fraktion dagegen sein wird. Im übrigen wird das seine Wirkung auf die Zone genauso wenig verfehlen wie auf den Westen. Ich bin davon überzeugt, daß wir die Sache durchbringen werden.

Die technischen Schwierigkeiten bezüglich der freien Berufe sind zu überwinden. Da man unsere Opferfreudigkeit angezweifelt hat in der letzten Zeit, möchte ich doch der Meinung sein, daß wir das beschließen können.

Wenn wir es nicht durchbringen, besteht die Gefahr, daß die andere Seite es durchbringt. Die 23 % Flüchtlinge werden dadurch sehr stark angesprochen.

Adenauer: Nehmen Sie einen Geschäftsmann! Wie wollen Sie bei dem feststellen, was er an einem Tage erworben hat?

Oberländer: Wenn gearbeitet wird, können beide dafür opfern. Bei den Beamten ist es möglich. Im übrigen findet Herr Schäffer einen Weg, was von den freien Berufen gespendet werden soll. Wir müssen den Mut zu einem solchen Schritt haben. Die Gewerkschaften können nicht ausspringen und der Bundestag auch nicht. Warum soll der Gedanke nicht von uns kommen? Er kommt bestimmt eines Tages. Es ist der einzige Weg, um dem Westen wie der Zone begreiflich zu machen, daß wir bereit sind zu opfern. Im Bundestag haut man uns um die Ohren, daß wir nichts täten für die Wiedervereinigung. (*Zuruf:* Was machen Sie mit dem Geld?) Glauben Sie, daß es schwer sein wird? Es gibt hundert Dinge, für die man es nehmen kann.

---

49 Das Schreiben wurde urschriftlich am 22. Mai 1957 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitergeleitet und sollte von den Experten beantwortet werden (Alois Schardt an Krone vom 22. Mai 1957 – ACDP VII-002-277; Antwort nicht zu ermitteln).

Adenauer: Haben Sie den Hirtenbrief neulich von den katholischen Bischöfen gehört?[50] Ich bin aus der Kirche gekommen und habe gesagt, das ist nicht wahr, und dann habe ich mich belehren lassen müssen, daß es doch wahr ist. (*Oberländer:* Das Material ist aus meinem Hause!)

Meyers: Herr Oberländer hat gesagt, das Geld sei für die Zone. In der Zone können Sie nichts damit machen.

Oberländer: Sie können Pakete hinüberschicken usw. Es gibt schon Wege, nur habe ich das Geld nicht dazu.

Von Brentano: Ich habe erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag. Ich möchte nicht bestreiten, daß er richtig gedacht ist, aber glauben wir ernsthaft, daß wir jetzt einen bezahlten Feiertag abschaffen können? Ob der Bundestag und die Gewerkschaften das mitmachen ... (*Oberländer:* Ja!) Man wird uns sagen: Das macht die CDU, und wir müssen das Opfer aufbringen. Der Arbeiter bekommt seinen bezahlten Feiertag gestrichen.

Adenauer: Ich bin anderer Ansicht. Jeder soll sich dekorieren. Ich finde den Gedanken an sich richtig. Ich würde vorschlagen, die Sache dem Ausschuß zu überweisen. Der soll dann unter Berücksichtigung der hier geäußerten Meinungen darüber beraten und dem Vorstand Bericht erstatten.

Johnen: Vor zwei Jahren haben wir uns im Lande Nordrhein-Westfalen mit dem gleichen Gedanken befaßt. Er war damals angeregt worden von der Arbeitgeberseite, wenn ich nicht irre. Aber wir haben den Gedanken fallenlassen müssen, weil die Durchführung zu schwierig war. Das Gutachten des Justizministeriums lautete: Die Sache verstößt gegen das Grundgesetz. Auch die Fühlungnahme mit dem DGB damals ist auf keinen guten Boden gestoßen.

Adenauer: Das schadet ja nichts. (*Johnen:* Die Frage ist nicht so einfach, auch rechtlich!) Überweisen wir mal zunächst die Sache an den Ausschuß. Und dann kommt es noch einmal in den Vorstand. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Damit wollen wir schließen, meine Damen und Herren.

---

50 „Hirtenwort zur Not der Spätaussiedler" – Erlaß Nr. 171 vom 17. April 1957 („Kirchlicher Anzeiger" für die Erzdiözese Köln).

20

Bonn, 1. Juli 1957

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Bach, Bauknecht, Bausch, Frau Brauksiepe, von Brentano, Cillien, Dichtel, Dobelmann, Eplée, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, Heck, Hellwig, Lübke, Meyers, Müllenbach, Nagel, Oberländer, Frau Rehling, Reinert, Rock, Schröder, Seidel, Stoltenberg, [Storch], Frau Weber, Wehking.

Bericht zur politischen Lage. Erläuterungen zum Wahlgesetz und zur Wahlordnung – Verbindung der Landeslisten. Auseinandersetzung um den BHE. Landwirtschaft. Berichte der Bundesausschüsse: Programme des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik und des Bundesausschusses für Agrarpolitik sowie Bericht über das Jugendprogramm. Entwicklung an der Saar.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 17.30 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Unser Freund Gerstenmaier hat gerade in einem lebhaften Gespräch – ich glaube nicht, daß wir darauf noch zurückkommen werden – wegen der Stellungnahme der Ärzte uns gegenüber[1] den Ausdruck gebraucht: „zur Sau machen". (*Meyers:* Das bezieht sich auf den Vizepräsidenten des Bundestages, Carlo Schmid!) Aber, meine Herren, wer gestern in Dortmund war[2], der ist durch diese Temperatur „zur Sau" gemacht worden. Sie dürfen heute – es sind dazu gewisse Voraussetzungen erforderlich – ruhig Ihren Rock ablegen. Was „unter gewissen Voraussetzungen" zu verstehen ist, das wissen Sie.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie trotz der großen Hitze (38 Grad Celsius) gekommen sind. Aber es ist gut, daß Sie hier sind, weil wir einige sehr wichtige Dinge zu Beginn des Wahlkampfes zu besprechen haben. Ich möchte Ihnen zunächst einen kurzen Bericht vorlesen über den sogenannten Parteikongreß – wir sind nicht so vornehm – der SPD[3], dann eine kurze Mitteilung machen über den Verlauf unserer gestrigen Versammlung in Dortmund und einige Wahrnehmungen bekanntgeben, die ich im Anschluß daran gemacht habe.

---

1 Auf dem Ärztetag vom 26. bis 29. Juni 1957 wurde u.a. Klarheit über die Strahlenbelastung wie auch eine weitere Erhöhung der durch Kabinettsbeschluß vom 27. Juni bereits stark angehobenen Ärztehonorare gefordert (vgl. „Die Welt" vom 28., 29. Juni sowie FAZ vom 1. Juli 1957).

2 Eröffnung des Wahlkampfs in der Westfalenhalle durch Lensing, Arnold, Adenauer, Stoltenberg und Lemmer (Bericht in UiD vom 4. Juli 1957).

3 Am 16. Juni 1957 in Dortmund (vgl. dazu KLOTZBACH S. 393f. mit Belegen).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Was zunächst den Bericht der „Frankfurter Rundschau" über den Parteikongreß der SPD angeht, überschrieben „Politischer Flirt in Dortmund; Ollenhauers Wink an die FDP"[4], so ist über diesen Bericht eigentlich wenig zu sagen; nur auf einen Punkt möchte ich zurückkommen. Zum Schluß heißt es dort:

„Wenn die Freie Demokratische Partei ihrem Namen, ihrer Tradition und ihrer Zielsetzung treubleiben will, dann muß sie wissen, daß sie nach der Bamberger Rede von Dr. Adenauer[5] keine Wahl mehr hat. Es ist ihre Sache, wie sie sich entscheidet. Aber die FDP muß sich darüber klar sein, daß die Verantwortung für die Zukunft der Freiheit und der Demokratie ihr von niemand abgenommen werden wird."

Dem setzt der Berichterstatter hinzu:

„Bei seinen Anhängern in der Westfalenhalle kommt Ollenhauer freilich damit nicht an. Sie nehmen den Wink an Reinhold Maiers Partei schweigend zur Kenntnis. Um so lebhafter applaudieren die Zuhörer bei der Absage an die Wehrpflicht, bei der Kritik an der Tatenlosigkeit Adenauers in den Fragen der Wiedervereinigung, der Entspannung und der Abrüstung und geraten vollends aus dem Häuschen bei der Parole: Runter mit den Preisen."

Sie wissen, daß die „Frankfurter Rundschau" ein sozialdemokratisches Blatt ist, aber immerhin relativ normal. (*Von Brentano:* Mehr nach links!) Jetzt mehr nach links? (*Von Brentano:* Ja!) Also, wenn ein derartiges Blatt einen solchen Bericht gibt, dann ist das doch aufschlußreich. Das Blatt schreibt nichts davon – soviel ich weiß, hat kein deutsches Blatt das erwähnt –, daß bei dieser Kundgebung der SPD zum Schluß die drei Strophen des alten sozialistischen Liedes aus der Zeit, als Kommunisten und Sozialisten noch nicht getrennt waren, gesungen worden sind: Auf, Brüder, zur Sonne, zur Freiheit! (*Gerstenmaier:* Das haben wir früher auch oft gesungen!) Wir forschen jetzt nicht in Ihrer Vergangenheit nach! (*Gerstenmaier:* Das hat auch die CDU-Jugend gesungen!) Das bestreite ich! Dieses Lied ist ein ausgesprochen sozialistisch-kommunistisches Lied. (*Gerstenmaier:* Es ist aber auch gesungen worden ...) Lieber Herr Gerstenmaier! Lassen Sie mich doch aussprechen. Sie würden als Bundestagspräsident sich auch zur Wehr setzen, wenn Sie bei Ihrer Rede unterbrochen würden.

Man hat also diese Versammlung mit dem Absingen dieser drei Strophen beschlossen und nicht mit der deutschen Nationalhymne. Das gehört aber auch dazu, Herr

4 „Frankfurter Rundschau" vom 18. Juni 1957. – Die stenographische Mitschrift der Sitzung entsprach nicht in allen Einzelheiten dem Zeitungsbericht; der Text ist hier berichtigt.

5 Am 2. Juni 1957 hatte Adenauer in Bamberg vor dem Katholischen Männerwerk ausgeführt, die Wahl entscheide darüber, „ob Deutschland und mit ihm Europa christlich bleibt oder kommunistisch wird" (zit. nach FAZ vom 4. Juni 1957; vgl. auch Bericht im „Vorwärts" vom 7. Juni 1957 „Der Tag von Bamberg und München").

Gerstenmaier! Und wenn die Sozialdemokratie durch ihre Tarnung zu entscheidenden Fragen auf Stimmenfang anderer Volksschichten als der sozialistischen ausgeht, dann sollte man ihr das unter die Nase halten.

Nun zu der Versammlung von gestern! Als ich nach Dortmund fuhr, hatte ich große Sorge wegen der furchtbaren Hitze – die mindestens in Dortmund so stark war, wie sie heute hier ist –, daß die Versammlung nicht gut besucht werde. Aber trotzdem war diese riesengroße Halle bis unter das Dach gefüllt. Alle, die da waren, werden mir das bestätigen. Die Leute haben ausgehalten, bis ihre Züge oder Omnibusse fuhren.

Ich muß das etwas näher schildern. Es waren dort geradezu Wolken von Dunst – nicht Zigarrendunst –, die nach oben zogen. Und obendrauf brannte die Sonne auf die Glaskuppel unbarmherzig. Daß die Leute lebendig wieder heruntergekommen sind, verdanken sie ihrer guten Konstitution und auch den ausgezeichneten Reden, die sie dort gehört haben. Diese Versammlung zeichnete sich durch eine besondere Lebhaftigkeit aus, was namentlich in Anbetracht der großen Hitze und des Umstandes, daß die Westfalen im allgemeinen etwas schwermütig sind – bis sie losgelassen werden –, besonders zu beachten ist. Die Akklamationsfreudigkeit war so groß, daß es wirklich nötig war, darum zu bitten – ich habe das auch getan –, nicht soviel Beifall zu spenden, weil darüber kostbare Zeit verlorenginge. Was mich aber noch mehr beeindruckt hat, war die Einigkeit und die Geschlossenheit dieser Riesenversammlung. Es war wirklich wie in einer großen Familie. Und das bedeutet schon etwas, wenn 23.000 bis 24.000 Menschen – viele Tausende konnten nicht hinein, weil sie keine Karten mehr bekommen konnten – in einer solchen Hitze versammelt sind. Weiter hat mich sehr die Tatsache beeindruckt, daß mindestens die Hälfte der Anwesenden Jugendliche, junge Leute, waren. Ich habe kaum – ich konnte mich ja nicht im Spiegel sehen – alte Leute gesehen, sondern es waren zum größten Teil junge Leute. Es war auch die ältere Generation vertreten, aber man kann nicht sagen, eine alte Generation, so daß wir wirklich mit Vertrauen in die Zukunft sehen können. Diese Partei wird ihren Weg auch in der Zukunft machen.

Erwähnen darf ich noch, daß man den stärksten Beifall dann bekommt, wenn man feststellt, daß die beiden christlichen Konfessionen zusammengehen. Ich glaube, es wird außerhalb unserer Partei viel mehr über konfessionelle Auseinandersetzungen gesprochen als innerhalb unserer Partei. Ich hoffe, daß unsere Wahlredner das draußen auch entsprechend verwerten.

Über den Inhalt der Reden viel zu sprechen, hat keinen Zweck. Ich würde vorschlagen, daß die Rede des Herrn Kollegen Arnold, die schriftlich vorliegt[6], und meine Rede, die auch im großen und ganzen schriftlich vorliegt – ich habe mir dabei einige Arabesken erlaubt –, Ihnen allen zugeht. Es ist ganz gut, wenn Sie das als Grundlage nehmen zur Instruktion der Reden. Ich möchte die Bundesgeschäftsstelle – die sehr fleißig Reden vorbereitet hat – bitten, sich nun auf die neuesten und

6 Auszüge in UiD vom 4. Juli 1957; vollständige Redemanuskripte in ACDP III-002-265/2.

aktuellsten Themen umzustellen, die beim Wahlkampf ganz sicher eine große Rolle spielen werden.

Ehe ich zu diesen aktuellen Themen übergehe, fühle ich mich verpflichtet, einen besonderen Dank Herrn Kollegen Lensing zu sagen, *(Beifall)* der trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes – der sich aber Gott sei Dank ständig bessert – es sich nicht hat nehmen lassen, die Vorbereitungen dieser großen Versammlung in die Hand zu nehmen und die Versammlung auch zu leiten. Ich wünsche ihm in voller Übereinstimmung mit Ihnen – Ihr Beifall hat es gezeigt –, daß er noch manches Jahr – jetzt muß ich vorsichtig sein – die Partei in Westfalen führt. Ebenso wünsche ich dem Herrn Kollegen Arnold, daß er die übergeordnete Instanz zwischen Nordrhein und Westfalen immer so leiten wird, daß man innerhalb der Parteien in Nordrhein-Westfalen jeweils zu einer geschlossenen Meinung kommt.

Meine Freunde! Herr Kollege Arnold ist auch gestern tüchtig gefeiert worden. Ich habe mich von Herzen darüber gefreut. Ich habe damit das Thema angesprochen, daß ich in ihm noch immer den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen sehe. Ich habe das absichtlich getan, um zu sehen, welches Echo dieser Satz finden würde. Er hat, auch mehrfach in der Folge, einen sehr großen Beifall gefunden. Dadurch ist in mir die Meinung gestärkt worden, daß, wenn einer Nordrhein-Westfalen wieder für uns zurückerobern kann, es der Herr Kollege Arnold ist. Wir müssen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr[7] dieses Land unter allen Umständen zurückerobern, nicht nur weil Nordrhein-Westfalen das volkreichste und wirtschaftlich stärkste Land der Bundesrepublik ist, sondern auch, weil es die stärkste Stütze unserer Partei in der gesamten Bundesrepublik gewesen ist, und zwar, weil es eben das volkreichste Land ist.

Und nun muß ich sagen, daß mir die Stimmung eigentlich etwas zu gut gewesen ist, und zwar unter zwei Gesichtspunkten, einmal: Wenn die Leute zu siegesgewiß sind, werden sie faul und lassen in ihrer Arbeit nach. Zweitens bin ich der Auffassung – wir sprechen hier ja ganz unter uns –, daß wir zwar allen Anlaß haben, damit zu rechnen, daß wir diese Wahl gewinnen werden, aber so hundertprozentig fest kann man sich niemals auf den Ausgang einer Wahl verlassen, auch nicht auf den Ausgang dieser Bundestagswahl. Ich weiß, daß die Zählungen der Untersuchungsinstitute nicht überall auf große Zustimmung stoßen, aber immerhin haben sie bei den vergangenen Wahlen fast genau das kommende Wahlergebnis vorhererkennen lassen. Die Zählung des EMNID-Institutes im Mai dieses Jahres hatte folgendes Ergebnis: 46 % für uns, 38 % für die Sozialdemokraten, 6 oder 7 % für die FDP, 6 % für den BHE.

Die Zählung im Juni, die noch nicht bekannt ist, hat eine gewisse Änderung gebracht, und zwar sind wir von 46 % auf 43 % zurückgegangen. Die SPD ist von

7 Am 6. Juli 1958. – Ergebnis: CDU 50,5 %, SPD 39,2 %, FDP 7,1 %, DP 1,6 %, Sonstige 3,6 %.

38 % auf 41 % gestiegen. Die FDP ist auf 5 % gesunken.[8] Die Leiter dieser Institute machen darauf aufmerksam, daß früher die Stimmung der Bevölkerung gleichmäßiger oder andauernder gewesen sei; ein plötzlich eintretendes Ereignis habe sich bei den Befragten nicht sofort ausgewirkt. Jetzt sei es dagegen so, daß sich ein Ereignis fast sprungartig bei den Befragten auswirke.

Für uns ist das eine Verstärkung der Lehre, die ich mir erlaubt habe, an die Spitze zu stellen, daß wir nicht zu sicher sein sollen. Wir haben noch elf Wochen bis zur Wahl vor uns. Und in diesen elf Wochen kann noch allerhand passieren. Daher gilt es für uns, bis zum allerletzten Augenblick zu arbeiten, und ich bitte Sie um Gottes willen darum, nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als wenn die CDU/CSU den Sieg schon in der Tasche hätte. Den hat sie nicht in der Tasche.

Wenn ich das so ausspreche, dann leitet mich dabei noch ein anderer Gedanke. Ich denke an das „verrückte" Wahlgesetz, das wir haben.[9] Ich bitte um Entschuldigung, aber ich bin auch Mitglied des Bundestages. Herr Schröder, der Minister des Innern, hat an diesem Gesetz mit seinen Leuten gearbeitet. Unser verehrter Herr Kollege Scharnberg ist Wahlsachverständiger. Aber dieses Wahlgesetz ist so schwer zu verstehen, daß es sehr leicht passieren kann, daß sich erst hinterher herausstellt, ob dieser oder jener Fehler begangen worden ist, so daß uns dadurch unentbehrliche Stimmen wegfallen können. Ich habe in meinem Wahlkreis in Bonn erlebt, daß ich einmal oder zweimal ungünstig nominiert worden bin. Jetzt ist man dabei, eine dritte Nominierung festzustellen. Man sollte doch meinen, daß im Wahlkreis Bonn die Leute das Gesetz kennen. Aber sie kennen es nicht. Das gilt nicht nur für die Stadt Bonn, sondern auch für die Dörfer um Bonn. Sie kennen es nicht. Herr Kollege Schröder hat gesagt, daß von seinem Ministerium noch eine genaue Aufklärung über alle diese Dinge gegeben werde. Es ist in der Tat absolut nötig, die Landesvorsitzenden und ihre Organe bis ganz nach unten auf die Tücken und Heimtücken dieses Gesetzes nachdrücklich und auch rechtzeitig aufmerksam zu machen.

Eine Gefahr liegt auch – eventuell kann es ein Vorteil für uns werden, wenn man genau aufpaßt – in der Briefwahl. Der Stimmabgabeschein muß am Wahltag selbst bei dem Wahlkomitee des Wahlkreises eingetroffen sein. Wenn er aber auf der Post liegenbleibt, ist die Sache ungültig. Also diese Geschichte mit der Briefwahl muß sehr frühzeitig gemacht werden. Ich kann mich jetzt hier nicht weiter darüber verbreitern. Der Wahlschein ist weggefallen. Man kann sich also nicht mehr, wenn man auf Reisen ist, vorher seinen Wahlschein geben lassen und kann nicht mehr an dem Ort, wo man ist, wählen, sondern man kann nur wählen, wo man seinen Wohnsitz hat. Man muß das dadurch besorgen, daß der Abstimmungsschein dort rechtzeitig eintrifft. Das sind technische Schwierigkeiten, die an sich mit Demokratie verdammt wenig zu

8 Die Zahlen bei Allensbach lauteten für Ende Mai und Anfang Juni 1957: CDU/CSU 43 bzw. 42 %, SPD konstant 38 %, FDP/DVP konstant 8 % (Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 420f.).

9 Am 15. März 1956 verabschiedet. Gesetz vom 7. Mai 1956 – BGBl I S. 383.

tun haben. Aber sie sind in der Welt und bergen manche Hemmnisse und Tücken in sich, auf die wir sehr aufpassen müssen.

Meine Freunde! Ich möchte noch ein Wort zur allgemeinen Lage sagen. Zunächst zur Presse! Die „Welt" können wir mehr oder weniger als reines sozialistisches Blatt betrachten. Was sich die „Welt" in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, übersteigt wirklich das erträgliche Maß für eine Zeitung, die sich unabhängig nennt. Die „Welt" hat auch im Inland nicht die Bedeutung, die man ihr beilegt. Sie hat wohl Bedeutung im Ausland. Wir können daran nichts ändern. Aber fast die gesamte Großpresse ist mehr oder weniger liberal im schlechten Sinne des Wortes. Die Herren, die dort tätig sind, erachten es für ihrer nicht würdig, über eine sich christlich nennende Partei gut und objektiv zu berichten. Das ist ihnen nicht vornehm genug und zeugt von geringer Bildung, wenn man das tut. So berichtet also die Großpresse im allgemeinen nicht gut über uns. Was z.B. die „Welt" über die gestrige Versammlung geschrieben hat, ist einfach jämmerlich.[10] Daher meine ich – das geht Sie an, Herr Heck und Herr Meyers –, wir müßten bei der Bundesgeschäftsstelle eine Pressekommission einrichten, wenige Leute, die gleichzeitig mit dem Rundfunk und mit dem Fernsehen die Verbindung aufrechterhalten. Wir müssen bei solch großen und wichtigen Versammlungen zum Schluß der Versammlung den Journalisten einen Waschzettel geben. Ich gebe zu, wenn ein Journalist in dieser furchtbaren Hitze stundenlang da gesessen hat, hat er nachher nicht mehr das Bestreben, einen Stimmungsartikel zu schreiben. Aber deswegen sollten wir ihnen etwas in die Hand geben. Und dazu brauchen wir eine Pressekommission, nicht die journalistischen Kräfte, die wir in der Geschäftsstelle haben, sondern wir müssen Herren aus den Journalistenkreisen selbst heranziehen. Wenn Sie im Laufe der Verhandlungen nicht dagegen sind, darf ich annehmen, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

Dann habe ich in einer Besprechung vor einigen Tagen mit den Mitgliedern der anderen Koalitionsparteien darüber gesprochen[11], daß wir – wie im Jahre 1953 – eine Schiedskommission bei unserer Bundesgeschäftsstelle einrichten wollen, sehr klein, vielleicht zwei Herren von jeder Seite. Diese Kommission soll bei irgendwelchen Entgleisungen – sei es in Angriffen konfessioneller oder auch sonstiger Art der Koalitionsparteien gegeneinander – sofort in Tätigkeit treten, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen.

Endlich müssen wir – wie im Jahre 1953 – bei der Bundesgeschäftsstelle eine ständige Kommission einrichten, die immer da ist, um sofort eingreifen zu können, wenn irgendein Redner ausfällt oder sonst etwas Unvorhergesehenes sich ereignet. Damals waren es die Herren Tillmanns und Krone. Herr Krone hat sich bereit erklärt, dieses Amt auch in diesem Jahr zu übernehmen. Herr Tillmanns weilt leider nicht mehr unter uns. Wir müssen einen Herrn von der evangelischen Seite bitten, daß er das übernimmt. (*Schröder:* Ich habe in diesem Sinne schon mit Herrn Krone gesprochen!)

10 Immerhin auf der ersten Seite unter dem Titel „Adenauer bejaht Luftüberwachung".

11 Die letzte Koalitionsbesprechung hatte lt. Terminkalender am 28. Juni 1957 stattgefunden.

Es wäre auch gut, wenn für Herrn Krone und für Sie ein Vertreter bestellt würde. (*Schröder:* Vielleicht Herr Cillien!) Das können Sie also noch überlegen und nachher mitteilen.

Nun komme ich wieder auf die Stimmung von gestern zurück. Wir werden die Wahl nicht unbedingt gewinnen, wenn wir sagen: Wir können uns über das Erreichte freuen. Ich fürchte, daß das nicht genügt, weil die Sozialdemokratie jetzt wieder die Sache der allgemeinen Wehrpflicht angekurbelt hat und weil sie die Atomfurcht der Leute anstachelt und diese Furcht für sich benützt und ausnützen will. Wir dürfen daher in den Wahlreden über den Ernst der außenpolitischen Situation keinen Zweifel lassen. Ich habe auch gestern daran erinnert, was den meisten aus dem Gedächtnis entschwunden ist, daß in den Jahren 1946 und folgende – als die Vereinigten Staaten allein im Besitze von spaltbarem Material waren – die Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht haben, alles spaltbare Material auf der Erde einer internationalen Kommission zu übergeben, die allein die Verfügung darüber haben sollte. Hierdurch hätten sich die Vereinigten Staaten des größten Teils ihrer Macht begeben. Aber das wurde abgelehnt. Ich habe dann weiter dem gegenübergestellt das Verhalten Sowjetrußlands nach dem Tode Stalins in Ungarn. Ich brauche darüber hier kein Wort zu verlieren. Der Bericht der UNO-Unterkommission stellt fest, daß die Sowjets am 4. November 1956 eine Aggression gegen ein freies Ungarn mit einer frei bestellten Regierung begangen und dieses Ungarn terrorisiert hätten.[12] Gerade diese Rolle, die Sowjetrußland in der ungarischen Angelegenheit gespielt hat, kann man nicht ernst genug nehmen; denn sie zeigt, daß bei ihr der Terror und die Beherrschung anderer Völker unverändert das treibende Prinzip ist.

Zu den Abrüstungsverhandlungen in London kann man sagen – das ist nicht für die Presse bestimmt –, daß sich auch in den Vereinigten Staaten gewisse Ermüdungserscheinungen bemerkbar machen im Kampf gegen den Kommunismus. Die Leute sind jetzt, zwölf Jahre nach Beendigung des Krieges, etwas müde geworden, immerzu über den Kommunismus und seine Gefahren zu sprechen. Obwohl Präsident Eisenhower sicher überzeugt ist von der Gefahr des Kommunismus, hat er doch das Bestreben, als der Präsident der Abrüstung und des Friedens in die Geschichte einzugehen. Es ist seine letzte Wahlperiode; er kann nichts tun, um eine Wiederwahl herbeizuführen. Die gibt es nicht nach der amerikanischen Verfassung.

Nun hat er in Stassen[13] einen Mann gefunden, der nur zu gerne aus innerer Überzeugung bestrebt ist, diese Gedanken und Ideen des Präsidenten Eisenhower zu unterstützen. Herr Stassen hat – Sie wissen es aus den Zeitungen –, sagen wir,

12 Das Komitee aus Vertretern Australiens, Ceylons, Dänemarks, Indonesiens und Uruguays war am 11. Januar 1957 von der UN-Vollversammlung einberufen worden. Zusammenfassung des 391 Seiten starken Berichts in AdG 1957 vom 20. Juni 1957.

13 Harold E. Stassen (geb. 1907), amerikanischer Politiker; 1938–1945 Gouverneur von Minnesota, 1953–1955 Direktor der Foreign Operations Administration, 1955–1958 Leiter der amerikanischen UN-Abrüstungskommission, Berater Eisenhowers.

die Ungeschicklichkeit begangen, Sorin vor den amerikanischen Verbündeten über die Absichten der Vereinigten Staaten zu unterrichten.[14] Deswegen hat es in der NATO einen „Tanz" gegeben. Das war die Ursache der Verzögerung der ganzen Verhandlungen. Herr Stassen ist Herrn Dulles unterstellt. Ich habe Dulles ausdrücklich gefragt, ob Stassen und seine Leute ihm unterstellt seien oder nicht. Er hat gesagt: Sie sind mir jetzt unterstellt. Aber Stassen weiß sich andererseits in starkem Maße, wenigstens in diesem Punkt, des Vertrauens des Präsidenten Eisenhower sicher.

Damit Sie kein falsches Bild bekommen, möchte ich betonen, daß ich während meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten[15] – es war mein fünfter Aufenthalt dort – den Eindruck bekommen habe, daß das Verhältnis zwischen Dulles und Eisenhower noch niemals so gut gewesen ist wie jetzt. Dulles erkennt die sowjetrussische Gefahr. Er weiß, daß die Russen im Grunde genommen nicht bereit sind, zu einer Abrüstung zu kommen. Sie sind deshalb nicht bereit, weil sie noch immer die Hoffnung haben, daß auf irgendeine Weise die Front der westlichen freien Völker auseinanderbrechen wird. Das kann man – jetzt komme ich zu unserer Wahl – der Öffentlichkeit nicht oft und nicht entscheidend genug sagen. Diese Meinung, daß die NATO auseinandergehen werde, wird in eminenter Weise durch das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie gestärkt. Wenn Herr Ollenhauer und seine Freunde erklären, wir werden die allgemeine Wehrpflicht abschaffen, dann bedeutet das allein schon einen Schock für die anderen NATO-Mächte; denn wenn die Bundesrepublik unter einer sozialistischen Regierung die allgemeine Wehrpflicht abschafft, dann, sage ich Ihnen, ist die NATO in kurzer Zeit erledigt. Dann halten sie die allgemeine Wehrpflicht in den anderen NATO-Ländern, auch in den Vereinigten Staaten, nicht mehr aufrecht. Wenn Herr Ollenhauer auf diesem Parteikongreß gesagt hat, sie würden dafür sorgen, daß die deutschen und die auf deutschem Boden stehenden alliierten Truppen nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet würden, dann ist das – ich habe das auch gestern ausgeführt – eine Aufforderung an die amerikanischen und britischen Truppen, sich zurückzuziehen; denn kein amerikanischer Truppenbefehlshaber, kein amerikanischer Kongreß und auch kein britischer Premierminister wird es verantworten können, die geringe Truppenzahl, die hier zu unserem Schutze steht, ohne die modernsten Waffen zu lassen, während der Gegner, dem sie sich eventuell stellen müssen, die Russen, diese atomarischen Waffen haben.

Daher stärkt dieses ganze Gerede der Sozialdemokratie den Widerstandswillen der Russen bei den Londoner Verhandlungen. Sie werden unter keinen Umständen vor dem 15. September zu irgendwelchen Einverständniserklärungen bereit sein. Wenn der 15. September – was Gott verhüten möge – wirklich eine sozialistische

14 Stassen hatte am 20. Juni 1957 bei der Londoner Abrüstungskonferenz u.a. eine sofortige amerikanische Truppenreduzierung vorgeschlagen, wenn die Sowjetunion und China dies ebenfalls täten – ohne Vorausbedingung, wie z.B. die Lösung der deutschen Frage (AdG 1957 S. 6504, 6512f.; vgl. auch AMBROSE S. 401–404).

15 Im Mai 1957. – Vgl. dazu ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 307–309; ECKARDT S. 477–484.

Regierung an die Macht brächte, dann wäre die NATO und auch die Europapolitik der Vereinigten Staaten erledigt. Dann würden zunächst wir und dann Frankreich und Italien mit ihren starken kommunistischen Parteien, ebenso auch die Beneluxländer, russische Trabanten werden. Das habe ich auch in Bamberg ausgeführt. Ich habe nicht gesagt, wir seien christlich und die anderen seien nicht christlich. Kein Wort davon! Sondern ich habe im Zuge einer außenpolitischen Auseinandersetzung, wie ich sie eben hier vorgetragen habe, gesagt, daß letzten Endes die Wahl des Jahres 1957 darüber entscheiden werde, ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder kommunistisch würden. Und das hat die Sozialdemokraten furchtbar aufgeregt. Das zeigt also, daß sie es verstanden haben. Wenn sie es nicht kapiert hätten und es nicht als wahr ansähen, dann würden sie sich nicht so aufregen.

Wir sollten also von diesem Argument in der richtigen Form im Wahlkampf Gebrauch machen. Auch nach dem Bericht des Herrn von Eckardt hat kein Argument bisher die Sozialdemokraten so tief getroffen wie dieses, weil sie wissen, daß das deutsche Volk auf solche Argumente hört. In Wirklichkeit ist die außenpolitische Situation so, wie ich sie Ihnen geschildert habe. Die Sowjetrussen hoffen auf die Wahl. Deswegen schicken sie gegen uns Noten, von denen eine immer schärfer als die andere ist[16], um die deutsche Bevölkerung in Angst und Schrecken zu jagen und damit den Sozialdemokraten zu helfen. Wenn aber Sowjetrußland sieht, daß das vergeblich geblieben ist, daß also eine Regierung hier ans Ruder kommt, die die bisherige Politik weiter fortsetzt, dann wird es höchstwahrscheinlich mit sich reden lassen; denn diese atomare Aufrüstung ist auch für Sowjetrußland eine außerordentlich schwere Belastung wirtschaftlicher Natur. Darüber haben seinerzeit Herr von Brentano und ich mit Chruschtschow und Bulganin unter acht Augen in sehr eindrücklicher Weise gesprochen.

Ich betone noch einmal, die Sozialdemokraten, die jetzt diese Agitation treiben, leiten damit Wasser auf die Mühlen der Russen bei den Abrüstungsverhandlungen. Das müssen wir den Sozialdemokraten nachdrücklich unter die Nase halten, insbesondere gegenüber ihrem Bestreben, uns dadurch Abbruch zu tun, als ob wir die Leute seien, die Atomwaffen haben wollten.

Meine Damen und Herren, ein Wort zu den anderen Parteien! Die Deutsche Reichspartei scheint in einem Teile von Niedersachsen einen gewissen Umfang angenommen zu haben. Aber ich glaube noch nicht daran, daß die Deutsche Reichspartei nennenswerte Erfolge haben wird.[17] Immerhin wird der Erfolg darin bestehen, daß sie entweder der Deutschen Partei oder uns Abbruch tun wird; wahrscheinlich aber der

16 Zuletzt Replik vom 27. Juni 1957 auf die Note der Bundesregierung vom 22. Mai (Text AdG 1957 S. 6514–6516; zum Notenwechsel in der ersten Jahreshälfte ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 353–360). Der deutsch-sowjetische Notenwechsel bildete den Auftakt zu Verhandlungen über einen Handelsvertrag. Die Beratungen begannen am 23. Juli 1957 in Moskau.

17 Die DRP erreichte 1 % der Stimmen. – Zur DRP vgl. Horst. W. SCHMOLLINGER in STÖSS 1 S. 1112–1191.

Deutschen Partei mehr als uns. Die sogenannten Freien Demokraten sind nach dem, was ich gehört habe und weiß, völlig geteilter Meinung. Die einen wollen ein Bündnis mit der SPD, die anderen wollen kein Bündnis mit der SPD. Die einen wollen wieder zu uns. Vor einigen Tagen waren einige Herren der Freien Demokratischen Partei, darunter Döring und Mende, mit Industriellen zusammen, um von diesen Geld zu bekommen. Dabei sind sie vor diesen Herren in einen offenen Streit geraten. Herr Döring aus Düsseldorf hat offen erklärt, man müsse unter allen Umständen eine Koalition mit der SPD eingehen. Herr Mende hat ebenso energisch erklärt, die FDP dürfe unter keinen Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen, sondern es komme für die FDP nur eine Koalition mit der CDU in Frage. Sie wissen, daß Herr Reinhold Maier auf dem Parteitag der FDP in Hamburg gesagt hat, die FDP werde sich erst nach der Wahl entscheiden, was sie tun werde.[18] Vielleicht war Herr Maier da zu klug; denn ich glaube, daß ein großer Teil der bisherigen FDP-Wähler das Herrn Maier nicht abkauft, nämlich ihre Stimme abzugeben, ohne überhaupt zu wissen, was der Abgeordnete, den sie wählen, nachher tun wird.

Das ist Herrn Maier auch vorgehalten worden; nicht von mir, ich habe mit Herrn Maier keine Verbindung. Er hat darauf erklärt, es sei noch nicht aller Tage Abend. Herr Maier ist ein kluger Mann, aber – ich wiederhole – manchmal ist er zu klug. Jedenfalls ist die FDP z.Z. innerlich sehr uneins. Inwieweit das der FVP zugute kommen wird, kann ich nicht beurteilen. Ich kann auch nicht beurteilen, ob es nach dem Zusammentritt des neuen Bundestages in der FDP eine Auseinandersetzung geben wird. Das sind alles unbestimmte Faktoren z.Z. Um so notwendiger ist es, daß wir Überhangmandate bei den Sozialdemokraten verhindern. In Niedersachsen hat es Schwierigkeiten gegeben. Herr Kollege Cillien und ich haben uns in diesen Tagen darüber unterhalten. Herr Cillien hat es übernommen, dafür zu sorgen, daß es aufgrund von Verhandlungen mit der DP in Niedersachsen nicht zu solchen Überhangmandaten kommen wird. Ich würde mich herzlich freuen, wenn es Herrn Cillien gelänge; denn die Verhandlungen mit der DP sind reichlich schwierig, wodurch, das möchte ich hier nicht sagen. Die Schuld liegt zum Teil auf unserer Seite, aber zum größten Teil liegt sie ganz sicher auf der Seite der Deutschen Partei.

Ähnliche Schwierigkeiten zeichnen sich – jetzt wende ich mich an den Herrn Kollegen von Brentano – in Hessen ab. In Hessen ist die Sache auch noch nicht in Ordnung. (*Zuruf:* Herr Fay ist da!) Verzeihen Sie, ich konnte Sie nicht sehen, aber ich freue mich, daß Sie wiederhergestellt sind. Also in Hessen sind auch Schwierigkeiten. Die SPD wird alle Anstrengungen machen, um diese Schwierigkeiten zu erhöhen; denn sie kann es nicht ertragen, zum dritten Male geschlagen zu werden und zwölf Jahre in der Opposition zu sein. Wir werden daher alles daransetzen müssen, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

---

18 Wahlparteitag der FDP am 5./6. Juni 1957 (Einzelheiten in AdG 1957 S. 6482f.); zum Wahlkampf der FDP vgl. MENDE: Freiheit S. 390f.

Ich komme zum BHE. Der BHE hat auf einer Hauptversammlung vor einigen Wochen beschlossen, weder eine Wahlabmachung mit der CDU noch eine solche mit der SPD zu treffen.[19] Der Grund war folgender: Der größte Teil der Wähler des BHE gehört nicht zu den Sozialdemokraten. Ein Teil gehört zu den Sozialdemokraten. Man befürchtet daher, wenn eine solche Parole offiziell herausgegeben würde, dann werde der BHE auseinanderfallen. Unsere Freunde unter den Vertriebenen behaupten, der BHE werde über die 5%-Klausel nicht hinauskommen. Dasselbe ist seinerzeit in Baden-Württemberg behauptet worden.[20] Aber die bisherigen Untersuchungen der verschiedenen Institute haben ergeben, daß der BHE doch über die 5%-Grenze kommen wird. Daher müssen wir die Folgerung ziehen, auf alle Fälle mit dem BHE zu rechnen.

Nun habe ich am Freitag voriger Woche eine lange Unterredung mit Herrn von Kessel aus Niedersachsen gehabt.[21] Er kam aus irgendeinem Anlaß zu mir. Wir haben dann über Wahlfragen gesprochen. Er hat mir gesagt: Es ist alles zu spät, wir können nichts mehr machen. Er ist ein gewandter Taktiker auf seine Art. Er stellte dann Forderungen auf, von denen ich sagte, die sind unmöglich für uns, die können wir nicht annehmen; da tun auch unsere Wähler nicht mit.

Es bleibt also schließlich nur übrig eine Abmachung über drei Wahlkreise. Als solche kommen in Frage: Coburg-Kronach, dann ein Wahlkreis in Niedersachsen und ein bisher noch unbekannter Wahlkreis in Baden-Württemberg.[22] Es wäre wünschenswert, wenn der BHE an uns herankäme im Bundestag; denn ich wiederhole nochmals, die Aussichten für eine Mehrheit im Bundestag sind da, aber kein Wahlergebnis läßt sich mit Sicherheit voraussagen. In den elf Wochen, die uns noch bevorstehen, kann irgend etwas passieren, sei es „Iller"[23] oder sonst etwas, was uns eventuell Stimmen in erheblichem Umfang kosten wird. Das zum BHE!

Und nun zum Schmerzenskind, der Saar! Es ist leider Gottes nicht gelungen, die beiden christlichen Parteien an der Saar zu einigen. Ich will nicht näher untersuchen, woran das liegt. Wir haben vor einigen Wochen in diesem Raum hier an einem Samstag nachmittag mit den Vertretern der CDU Saar und der CVP Saar fünf Stunden

---

19 Bundesparteitag vom 24. bis 27. April 1957 in Düsseldorf (Analyse in ACDP VII-002-277; vgl. auch NEUMANN S. 187ff.; Druck der Leitsätze S. 454–475).

20 Bei der Landtagswahl am 4. März 1956 hatte der BHE/GB 6,3 % der gültigen Stimmen erreicht.

21 Am 21. Juni 1957; Friedrich von Kessel war Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Niedersachsen sowie BHE-Vorsitzender.

22 Vgl. dazu NEUMANN S. 198f. – Die CDU verzichtete in Niedersachsen in den Wahlkreisen Verden-Rotenburg-Osterholz, Fallingbostel-Hoya, Celle und Göttingen-Münden auf die Nominierung eigener Kandidaten, die DP dafür in Hannover-Nord, Harz und Northeim-Einbeck-Duderstadt; in Hessen wurde die DP in Marburg und Gießen erfolgreich unterstützt, die CDU von der DP dafür in Frankfurt II, Dieburg und Bergstraße (LANGE S. 754).

23 Am 3. Juni 1957 waren 15 junge Soldaten beim Überqueren der Iller tödlich verunglückt (Debatte im Deutschen Bundestag am 26. Juni 1957 in Sten.Ber. 2.WP Bd.37 S. 12648–12679).

zusammengesessen.[24] Als wir auseinandergingen, glaubten wir – Herr Ney war nicht da –, daß wir den Boden der Einigung der beiden christlichen Parteien an der Saar gefunden hätten. Dann war aber eine Parteiversammlung der CDU Saar, an der die Herren Arnold und Meyers teilgenommen haben.[25] Mit Herrn Arnold, der verreist war, habe ich darüber noch nicht sprechen können. Herr Meyers hat mir erzählt, daß ihn diese Versammlung an national-sozialistische Versammlungen erinnert habe. Die Tribüne, die mit Sozialdemokraten besetzt war, hat mitgesprochen; dabei waren Hunderte von hysterischen Frauen. Es muß bis zwölf Uhr nachts dort ein Tohuwabohu gewesen sein, und zwar angestiftet durch Herrn Ney und seine näheren Freunde. Die Folge war, daß sich die Einigung nicht hat erzielen lassen und daß wir nunmehr der CSU mitgeteilt haben: Sammelt bitte die Stimmen der CVP in einer Weise, die dem Wahlgesetz entspricht. Ich möchte hier betonen, daß sich die CSU zu dieser Sache in keiner Weise gedrängt hat, sondern daß sie nur eingesprungen ist als Helfer, damit nicht ein Kampf der einen gegen die anderen dort entstünde, so daß uns schließlich diese christlichen Stimmen verlorengegangen wären. Wir können der CSU nur herzlich danken, daß sie das getan hat. Wir wollen hoffen, daß auf ihrem Parteitag die gefaßten Beschlüsse genehmigt werden.[26] Sie haben gewisse Schwierigkeiten dort, aber von Oberbayern her hat jeder Schwierigkeiten. *(Heiterkeit.)* Das ist eine Stammeseigentümlichkeit, die man manchmal als angenehm, manchmal als unangenehm hinnehmen muß.

Ich möchte diese meine Ausführungen mit folgender Feststellung schließen: Es hat an der Saar zu Zeiten Hoffmanns eine sozialistische Partei gegeben, die in der Regierung Hoffmann war. Es hat auch eine sozialistische Partei gegeben, die dagegen war.[27] Nachdem aber die Saar zu Deutschland zurückgekehrt ist, haben sich diese beiden sozialistischen Parteien, ohne viel Aufhebens zu machen, zu einer sozialistischen Partei vereinigt. Bei den christlichen Parteien ist das leider Gottes nicht möglich gewesen.

Einen besonderen Dank möchte ich noch der Jungen Union aussprechen wegen ihrer Arbeit zur Vorbereitung der Wahl und auch wegen des Charakters, den sie der Versammlung gestern in Dortmund gegeben hat, wo sie so außerordentlich zahlreich vertreten war. Ihnen dieses zu sagen, lag mir am Herzen. Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. *(Beifall.)*

---

24 Am 18. Mai 1957 – zu Einzelheiten unten S. 1304 f.

25 Am 19. Mai 1957 – vgl. Anm. 83.

26 Der Landesparteitag der CSU stimmte in Nürnberg am 6. Juli 1957 der Fusion einstimmig zu (AdG 1957 S. 6530).

27 Ursprünglich zugelassen war nur die SPS (Sozialdemokratische Partei Saar), sie spaltete sich 1952. Die neugegründete DSP (Deutsche Sozialdemokratische Partei) wurde bis 1955 nicht zugelassen. Nach der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 kam es zu Fusionsgesprächen und schließlich im Laufe des Jahres 1956 zum Aufgehen in der SPD, Landesverband Saar (zu Einzelheiten der Entwicklung SCHMIDT 3 S. 435–442 mit zahlreichen Verweisen; vgl. auch Frank DINGEL: Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes. In: STÖSS 2 S. 2217–2240).

Meyers: Ich möchte noch etwas zur Föderalen Union sagen. Bei der Frage CVP/CSU spielt eine Rolle die Bildung der Föderalen Union. Es besteht die Befürchtung, daß das Zentrum und die Bayernpartei, die sich zu einer Föderalen Union zusammengeschlossen haben, erheblich gestärkt werden, wenn die CVP hinzukommen sollte. Es besteht weiter die Absicht, aus Niedersachsen die Welfenpartei hineinzunehmen. Damit zöge eine Föderale Union in den Bundestag, die auf seiten der SPD stünde. Das ist mit ein Grund gewesen, daß die CSU-Lösung von uns unterstützt wurde. Wir kommen darauf beim Punkt 5 der Tagesordnung noch zu sprechen. Ich wollte diesen maßgebenden Punkt nur in die Diskussion werfen.

Heck: Ich darf einen kurzen Überblick über den Stand der Vorbereitungen der Wahl geben.[28] Es sind z.Z. 1.300 Filmkopien mit zehn verschiedenen Titeln im Einsatz. In den nächsten Wochen kommen zur Auslieferung vier Trickfilme, ein Film über „Der Grüne Plan" und ein außenpolitischer Film mit dem Titel „Im Vertrauen der Welt".[29]

Die „Wahlillustrierte" ist bereits im Druck; sie wird mit einer Gesamtauflage von 5 Millionen Exemplaren erscheinen, und zwar ohne Bayern. Der „SPD-Spiegel" – die Zusammenfassung von widerspruchsvollen Äußerungen der Sozialdemokraten, nach bestimmten Sachgebieten geordnet –, wie wir ihn im Jahre 1953 herausgegeben haben, ist ebenfalls im Druck und wird in acht Tagen ausgeliefert. Für die Plakate haben wir die öffentlichen Anschlagsäulen während der letzten vierzig Tage belegt, und zwar ist vorgesehen, immer zehn Tage für ein Motiv zusammenzufassen. Außerdem sind von uns belegt – das ist schon einmal berichtet worden – die Ganzstellen und die Sonderstellen. Ganzstellen sind Plakatsäulen, die jeweils nur für ein Plakat einer Firma oder einer Partei zur Verfügung stehen. Sonderstellen sind Stellen an den Bauzäunen usw. mit großen Flächen von zwei, drei und mehr Quadratmetern. Wir werden alle Motive in genügender Anzahl den Landesverbänden zum sogenannten freien oder wilden Kleben zur Verfügung stellen. Kandidatenplakate, Ankündigungsplakate für Versammlungen und Motivplakate sind bereits ausgeliefert worden.

Mit der Planung des Rednereinsatzes an sich sind wir soweit fertig. Hier habe ich nur eine dringende Bitte: Es gibt gewisse Schwierigkeiten, weil einige Herren, obwohl wir schon vor vier Monaten darauf gedrängt haben, bis heute noch nicht ihre Terminzusagen gegeben haben. Es ist aber unmöglich, für das gesamte Bundesgebiet zu planen, wenn nur drei oder vier Herren mit ihren Terminen fertig sind; denn wir müssen die Wahlreisen doch so einrichten, daß die Kräfte weitgehend geschont werden. Wer montags am Bodensee spricht, kann dienstags nicht in Schleswig-Holstein sprechen. Die Einsatzorte dürfen nicht weiter als dreißig bis vierzig Kilometer auseinanderliegen. Zweitens müssen wir die Redner gleichmäßig streuen, und zwar nach Gesichtspunkten, die sich aus der Wahlanalyse ergeben.

---

28 Rednerdienst dazu in ACDP VII-004-085/1.

29 Liste sämtlicher eingesetzter Filme in ACDP VII-003-003/3.

Wir müssen also die Bereiche besonders stark mit Versammlungen belegen, wo wir eine starke Labilität bei der Wählerschaft festgestellt haben. Der Plan ist fertig. Ich möchte die Herren dringend und herzlich bitten, uns umgehend ihre Terminzusage zu geben, damit wir zu einem Abschluß kommen können.

Adenauer: Haben Sie noch weitere Fragen an die Herren Heck und Meyers? Wie ist es mit der technischen Instruktion gedacht? Ich meine die Frage der Briefwahl usw.

Meyers: Es kommt ein Kalender heraus, in dem die Termine und das Verfahren vorgesehen sind. Darüber hinaus werden die Kreiswahlvorschläge an die Landesgeschäftsstelle gehen und von der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden, so daß eine erhöhte Sicherheit geboten ist. Die Landesgeschäftsstellen tun gut daran, möglichst bald die Kreisparteien aufzufordern, damit, falls irgendwelche formalen Fehler vorkommen sollten, diese noch in Ordnung gebracht werden können.

Sie haben das Beispiel von Bonn gehört, über das der Herr Bundeskanzler gesprochen hat. Es ist tatsächlich in zwei Städten nicht zu gültigen Wahlen gekommen, weil die Vorschriften nicht beachtet worden sind. Es könnte sein, daß irgendeine Formalie nicht in Ordnung ist. Und wenn dann die Frist verstrichen ist, dann ist es leider zu spät. Ich darf also wiederholen: In dem Kalender ist alles enthalten, was zu wissen notwendig ist.

Brauksiepe: Ich mache mir Gedanken, wie man den Wähler zusätzlich zu unserer Information über das komplizierte Verfahren aufklären kann; vielleicht durch Fernsehen, Rundfunk usw.

Schröder: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, das Wahlgesetz sei besonders schlecht. Ich glaube nicht, daß man das sagen sollte, wenn auch vielleicht manches schwieriger aussieht als bei der letzten Wahl. Auf jeden Fall ist an dem neuen Wahlgesetz gut, daß es ein Zweistimmenwahlgesetz ist.[30] Das ist die einzige Möglichkeit, gewisse Arrangements zu treffen, auf die wir zum Gewinnen unbedingt angewiesen sind. Und da ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen, daß wir Überhangmandate verhindern können, um auf diese Weise von vornherein einen gewissen Vorsprung zu bekommen.

Was jetzt schwieriger aussieht, liegt in folgendem: Das letzte Wahlgesetz ist im Jahre 1953 erst im Juli, also kurz vor den Wahlen, verabschiedet worden. Man hat hinterher so ein bißchen die Zahl fünf gerade sein lassen bei den Aufstellungen, während man jetzt genau sagen muß, daß nur diejenigen Gremien Kandidaten aufstellen können, die ihrerseits von den Mitgliedern der Parteien dazu ermächtigt

30 Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383) knüpft an das Wahlgesetz von 1953 an, gilt aber nicht nur für eine Wahl, sondern allgemein. Wesentliche Neuregelungen: Einrichtung einer ständigen Wahlkreiskommission, Änderung des Verfahrens zur Ermittlung der Landeslistensitze, Verschärfung der 5%-Klausel, Möglichkeit der Verbindung der Landeslisten derselben Partei, Einrichtung eines Bundeswahlausschusses sowie Einführung der Briefwahl (vgl. LANGE S. 701–710; JESSE S. 103–110).

worden sind. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben haben, sind aber, soweit ich das beurteilen kann, in den meisten Fällen in der Zwischenzeit ausgeräumt worden. Eine gewisse Schwierigkeit war noch in Hamburg. Ich glaube aber, daß auch diese inzwischen beseitigt worden ist. Das Prinzip ist, daß der Kandidat entweder in einer Mitgliederversammlung direkt aufgestellt wird oder von Wahlmännern, die vorher von den Mitgliedern gewählt worden sind. Ich glaube also, daß die Schwierigkeiten hinsichtlich der Kandidatenaufstellung praktisch behoben sind. In meinem Wahlkreis z.B. hat es keinerlei Schwierigkeiten gegeben.

Eine Neuerung dieses Wahlgesetzes ist, daß nicht von vornherein feste Quoten von Mandaten auf bestimmte Länder verteilt sind, sondern das ganze Bundesgebiet als ein Wahlgebiet genommen wird, so daß sich der Erfolg in den einzelnen Ländern danach richtet, wie stark dort gewählt worden ist. Ich sehe Herrn Seidel und verstehe, daß das in manchen Gegenden etwas bitter wird, aber aus Gründen der Gerechtigkeit war hier das andere System nicht mehr durchzuhalten. Die Bevölkerungszahlen haben sich in den letzten drei oder vier Jahren so entscheidend verschoben, daß wir nicht mehr zulassen konnten, daß in einem Gebiet soundso viel tausend Stimmen weniger erforderlich sind, um einen Erfolg zu haben, und in einem anderen Gebiet mehr Stimmen für den gleichen Erfolg. Das ist einfach eine Folge der großen Umwälzung innerhalb des Bundesgebietes, zum anderen eine Folge aus dem über das Bundesgebiet ungleichmäßig verteilten Zuzug aus der Sowjetzone. Hier gilt nun wirklich: Freie Bahn dem Tüchtigen! Die höchste Wahlbeteiligung garantiert auch die höchste Anzahl von Sitzen im Bundestag. Das ist nichts anderes, wie dies auch in der alten Reichswahlordnung gewesen ist, wo es für bestimmte Stimmenzahlen feste Mandate gab. Insofern ist also die Sache anders als in den Jahren 1949 und 1953, aber nicht anders, als es im Grunde einem Verhältniswahlrecht entspricht.

Nun kommt die Frage: Soll man die Listen miteinander verbinden? Ich glaube, daß wir das in der Tat tun sollten; denn die Verbindung aller Listen hat den Vorteil, daß man tatsächlich den letzten Stimmenrest dabei noch auskämmen kann. Die Zuteilung der Mandate erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren. Die Überhangmandate gehen dadurch nicht verloren, sondern wo Überhangmandate in einzelnen Gebieten erzielt werden, bleibt es auch dabei. Im übrigen wird nach dem Höchstzahlverfahren im ganzen Bundesgebiet gearbeitet. Das ist allerdings ein Verfahren, von dem die kleineren Parteien mehr haben als wir. Wir würden da und dort ein Mandat oder zwei Mandate auf diese Weise bekommen können, während die kleineren Gruppen auf dem Wege der Verbindung aller Listen auch das addieren können, was sonst jeweils in einem Land unter 5 % etwa verbleibt. Aber das liegt in unserer Berechnung sowieso schon drin. Wenn wir von der 5%-Grenze gesprochen haben, dann haben wir das immer schon auf das ganze Bundesgebiet bezogen, so daß darin praktisch nichts besonderes Neues liegt.

Ich darf ein Wort zu der Frage des Bundeswahlausschusses sagen. Er hat die Beschwerden gegen die Zulassung oder Zurückweisung von Landeslisten durch den Landeswahlausschuß zu behandeln, ferner die Zulassung von Listenverbindungen und

schließlich die abschließende Feststellung des Wahlergebnisses der Landeslistenwahl. Wir können in dieses Gremium jemand entsenden, der weder Wahlwettbewerber noch Vertrauensmann für einen der Wahlvorschläge ist. Es wäre außerdem wünschenswert, wenn es ein Jurist wäre. Es genügt auch, wenn es jemand ist, der sich mit der Wahl beschäftigt hat. Bei uns ist noch nicht darüber gesprochen worden, wer das sein könnte. Herr Heck wird als Kandidat ausscheiden. Vielleicht kommt Herr Kraske in Frage. Es muß noch darüber gesprochen werden, wer die CDU beim Bundeswahlleiter im Bundeswahlausschuß vertreten soll.[31] Die Funktion ist nicht unwichtig, aber sie ist auch nicht so, daß nun ein großes Unglück so oder so passieren könnte. Die Beschäftigung ist mehr oder weniger eine formale.

Ganz neu ist die Frage der Briefwahl. Frau Brauksiepe hat gesagt, wie sollen wir die Wähler zusätzlich aufklären über das Wahlverfahren an sich? Da brauchen wir nur zurückzugreifen auf das Wahlgesetz vom Jahre 1953. Wir können dabei die Bilder, die wir für das Kreuzaufmalen verwendet haben, gebrauchen. Der Stimmzettel wird so aussehen: Links, und zwar nach Farben verschieden, sind die Direktkandidaten. Das fängt an mit der CDU, dann folgt die SPD, dann die FDP usw. Dahinter ist der Kreis für das Kreuz. Rechts ist die Liste derjenigen, die die Landeslisten aufgestellt haben. Es kommt auch vor, daß selbständige Bewerber da sind. Dann wird dieses rechte Feld offenbleiben.

Nun gilt genau dasselbe, was wir damals gesagt haben; wo wir direkt und mit der Landesliste kandidieren, fordern wir unsere Wähler auf: Dein Kreuz gehört dem Kandidaten X, Y, Z. Eine gewisse Schwierigkeit tritt auf, wo die CDU, die DP oder die FVP keinen direkten Kandidaten hat. Dann fordert man auf, die CDU-Landesliste zu wählen. Aber das sind Sachen, die schon 1953 gemacht worden sind. Das ist nichts Neues; darin liegt keine Besonderheit.

Wir erläutern dieses Verfahren auch im Fernsehen und im Rundfunk. Wir sollten auch Anzeigen in die Zeitungen setzen und sagen: Wer CDU wählt, macht folgendes ... Und dann bringt man den Ausschnitt aus dem Stimmzettel, so daß die Leute keinen Zweifel haben, daß hier zwei Kreuze wichtig sind; denn das zweite Kreuz ist im Grunde genommen noch wichtiger als das erste, so sehr wir auch Wert darauf legen, daß unsere Direktkandidaten zum Zuge kommen. Die Partei ist eigentlich nur interessiert an dem Kreuz in der zweiten Spalte; denn danach richtet sich ihr Gesamterfolg. Sie kann nicht mehr haben, als sie in der zweiten Spalte tatsächlich erzielt. Deswegen können wir in der ersten Spalte an die DP usw. sozusagen etwas verschenken, wenn wir keinen eigenen Kandidaten haben, aber in der zweiten Spalte müssen unsere Stimmen unbedingt ausgebracht werden. Das ist ein Kardinalsatz, den sich jeder Kandidat, Kreisgeschäftsführer usw. klargemacht haben muß. Wir haben

31 Als Beisitzer Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), 1954 stv. und 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1971–1973 Generalsekretär, 1965–1980 MdB, und als stv. Beisitzer Johannes Gross (geb. 1932), 1955–1959 Abteilungsleiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Journalist.

natürlich auch ein Interesse daran, in der ersten Spalte auf unsere Kandidaten soviel Stimmen wie möglich von den anderen Gruppen zu ziehen. Wir wissen vom Jahre 1953, daß wir im Grunde genommen auf die Erststimmen an vielen Stellen sogar mehr vereinigt haben als auf die Zweitstimmen. Da sind Abweichungen bis zu 12 % gewesen, die uns manchmal geholfen haben, einen Direktkandidaten zu bekommen. Ein Direktmandat ist unter Umständen auch ein Beitrag zu einem Überhangmandat. Überhangmandate können nur entstehen durch einen möglichst großen Erfolg der Direktkandidaten. Mit anderen Worten, es werden nur ein bis eineinhalb Dutzend Wahlkreise sein, wo es ein Arrangement mit anderen Gruppen gibt.

Im Prinzip können wir davon ausgehen, daß wir Propaganda machen: Alle Stimmen auf den CDU-Kandidaten und die CDU-Liste. Gewisse Veränderungen gelten dort, wo wir ein Arrangement mit anderen Gruppen haben. Hier sind aber alle anderen daran interessiert, in diesen Bezirken eine Klärung herbeizuführen. Wir sind uns darüber klar, daß das ganze Wahlgebiet von 1949 an etwas aus den Fugen geraten ist.

1949 war das Bundesgebiet in 244 Wahlkreise eingeteilt worden, zu denen jetzt die 5 Wahlkreise an der Saar kommen. Aber die Bezirke haben sich ganz verschieden entwickelt. Die Bezirke liegen sehr weit auseinander. Es gibt Wahlkreise mit 120.000 bis 130.000 Einwohnern und solche mit 360.000 bis 380.000 Einwohnern, so daß von einer Gleichmäßigkeit der Größe der Wahlkreise überhaupt keine Rede mehr sein kann. Eine Stadt wie Düsseldorf beschwert sich bitter darüber, daß sie dabei außerordentlich benachteiligt wird. Das sind Dinge, die uns bei der Kandidatenaufstellung Schwierigkeiten machen, weil die Wahlkreise so ungleich groß sind.

Es ist im Wahlgesetz vorgesehen, daß im Bundestag eine Kommission gebildet wird, die Vorschläge für eine neue Abgrenzung machen wird. Das ist keine aktuelle Sache, aber doch ein Punkt, der im Wahlkampf erwähnt werden kann, daß nämlich die Absicht besteht, die Wahlkreise besser zu gestalten, als dies im Augenblick der Fall ist.

Nun zur Briefwahl! Diesmal haben wir eine Chance, die wir bisher nicht hatten. Die alten, kranken und schwachen Leute in Heimen und Anstalten brauchen nicht mehr mühselig transportiert zu werden zu einem Wahllokal, sondern alle diese Leute können jetzt einen Wahlschein beantragen, um sich an der Briefwahl zu beteiligen. Einen Wahlschein erhält im übrigen auch derjenige, der verhindert ist, in seinem Wahlbezirk zu wählen. Die Wahlscheine sollen auf Verdacht ausgestellt werden; es ist aber so, daß in einer nicht sehr formalen Weise die Verhinderung glaubhaft gemacht werden muß. Dann bekommt man diesen Schein. Man bekommt diesmal darüber hinaus einen weiteren Umschlag mit einer Verschlußmarke und einem Stimmzettel, der vom 13. Tage vor der Wahl an aufgegeben werden kann. Ich kann mir also, wenn ich die Absicht habe, am 15. September abwesend zu sein, vorher diesen Wahlschein besorgen. Dann bekomme ich den Originalstimmschein in die Hand. Ich kreuze dann in aller Ruhe diesen Stimmzettel an, verschließe ihn mit der Verschlußmarke, lege diesen Umschlag dann in einen zweiten Umschlag mit dem Wahlschein und

schicke das Ganze an den örtlichen zuständigen Kreiswahlleiter. Das muß nicht erst am Wahlsonntag sein, das kann schon am 1. oder 2. September erfolgen. Mit anderen Worten: Dieses Verfahren ist sehr vielgestaltig verwendbar. (*Zuruf:* Müssen die Briefe frankiert werden?) In Deutschland sind sie gratis, im Ausland sind sie zahlbar. (*Adenauer:* Der Herr Rowohlt[32] wird wohl bis dahin zurück sein!) Ja, er wird wohl zurück sein.

Ich bin in Köln von zwei Herren angesprochen worden, von dem Oberbürgermeister Burauen[33] und dem Oberstadtdirektor Dr. Adenauer[34]. Sie haben mir gesagt, es ist die Frage, ob auf diese Weise noch das Wahlgeheimnis gesichert bleibt, soweit es sich um solche Anstalten und Heime handelt. Daß für alle privaten Leute, die verreist sind, das Wahlgeheimnis gesichert ist, ist völlig klar. Wir brauchen nicht besonders ängstlich zu sein; denn für jemand, der in seiner Kammer den Stimmzettel ankreuzt und ihn dann verschließt, ist das Wahlgeheimnis nicht gefährdet. Es ist allerdings folgende Besorgnis aufgetaucht: Es wird gesagt, der Vertreter eines Altersheimes oder einer Anstalt läßt sich von dem örtlichen Wahlleiter für seine, sagen wir, 150 Insassen die Wahlscheine geben, und dann wird die Wahl im Zentralbüro dieses Heimes für die 150 Insassen getätigt.

Was uns angeht, so ist das Risiko, das wir damit eingehen, nicht überwiegend groß; es gibt natürlich auch Heime der Arbeiterwohlfahrt usw. Das ist etwas, was wir aber nicht ausschalten können. Wer aus einem solchen SPD-Altersheim kommt, der weiß sowieso, daß er bei der Wahl die SPD anzukreuzen hat. (*Adenauer:* Gibt es SPD-Altersheime?) Ja, z.B. die Arbeiterwohlfahrt! Ich weiß aber nicht, für wen Sie besorgt sind, Herr Bundeskanzler. (*Adenauer:* Natürlich für uns!) Ich glaube, daß man es nicht übertreiben soll. Man wird in vernünftiger Weise es auf solche Leute beschränken, die tatsächlich nicht an die Wahlurne gehen können. Das ist ein Punkt, der vielleicht noch eine Kontroverse auslösen wird. An der Gültigkeit der Wahl könnte aber nur dann gezweifelt werden, wenn wirklich nachgewiesen würde, daß irgendein Verwalter oder Leiter 150 Stimmzettel in Empfang genommen und sie dann selber bearbeitet hat. Das wird aber wohl kaum jemand tun, weil solche Sachen im allgemeinen doch nicht geheim bleiben. Aber das wären die Gründe, die zur Anfechtung einer Wahl hin und wieder führen könnten. Der späteste Zeitpunkt, bis zu dem die Briefe bei dem Wahlleiter sein müssen, ist 18 Uhr am Wahltag. Es geschieht alles, auch in Verbindung mit der Post wegen der Zustellung der Briefe usw., um die Briefwahl zu sichern. Es wird vielleicht auf Anhieb nicht so einschlagen, wie das in anderen Ländern der Fall ist, aber ich glaube doch, daß wir einen großen Teil

32 Ernst Rowohlt (1887–1960), Verleger, hatte seine Teilnahme an den 6. Weltfestspielen der Jugend vom 28. Juli bis 11. August 1957 in Moskau angekündigt (Bericht zur Vorgeschichte in: „Informationen der Jungen Union Deutschlands" 5.Jg. (Juli 1957) S. 21.

33 Theodor Burauen (1906–1987), 1954–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1954–1973 Bürger- bzw. Oberbürgermeister (seit 1956) in Köln.

34 Dr. Max Adenauer (geb. 1910), 1948–1965 Beigeordneter bzw. Oberstadtdirektor (seit 1953) in Köln, Sohn des Bundeskanzlers.

der Wähler für uns haben, die davon Gebrauch machen werden, weil sie wegen einer Reise oder sonstwie verhindert sind.

Die Reisepläne werden also nicht mehr gestört durch die Wahl. Auch zahlreiche Reisebüros haben bereits in ihren Werbeschriften aufgenommen, daß man sich der Briefwahl bedienen kann. Wir werden außerdem über den Bundeswahlleiter an alle Reisebüros herantreten. Wir sind daran interessiert, die letzte Stimme auszunutzen.

Vielleicht darf ich hier eine Pause machen, um Fragen zu beantworten.

Adenauer: Ich darf Ihnen sagen, mit welchen Bedenken ich dieser ganzen Briefwahl gegenüberstehe. Zunächst habe ich Bedenken wegen der Bestimmung, daß die Briefe am Wahltag um 6 Uhr abends in der Hand des örtlichen Wahlleiters sein müssen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß z.B. die Stadt Honnef mit 16.000 Einwohnern sonntags überhaupt keine Briefbestellung hat. (*Schröder:* Sie ist verpflichtet, es zu tun!) Sie ist verpflichtet! Aber ob sie es tut, ist eine Frage für sich.

Zweitens hat die Stadt Honnef an Werktagen nur eine Postbestellung, so daß diese Briefe nur rechtzeitig ankommen, wenn sie schon samstags früh da sind. Dann haben Sie die weitere Schwierigkeit, den Wahlleiter zu finden. Diese technischen Schwierigkeiten, vor allem in den kleineren Orten, aber auch in den größeren Städten, dürfen Sie nicht unterschätzen.

Dann haben Sie von gefälschten Unterschriften gesprochen. (*Schröder:* Nein, nicht von gefälschten Unterschriften, sondern nur davon, daß es beanstandet werden kann, wenn ein Heimleiter es selber macht, ohne daß die anderen dies sehen!) Wir haben zwei Fälle erlebt, in denen eine große Zahl gefälschter Briefe des Herrn Strauß an eine Reihe von Leuten verschickt worden ist, wo seine Unterschrift nachgemacht wurde und in denen grobe Anschuldigungen und Schimpfereien gegen eine Reihe von Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern der CDU enthalten waren. (*Von Brentano:* Auch mit Jakob Kaiser!) Ja, wir haben einen ähnlichen Fall erlebt mit Jakob Kaiser, Gerstenmaier und mit mir. Wir haben die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben.[35] Es sind also offenbar Bestrebungen im Gange, die versuchen, auf diese Weise irgendwelche Geschichten zu machen. Diese Leute haben vor einer Urkundenfälschung nicht zurückgeschreckt. Versetzen Sie sich einmal in die Rolle eines Heimleiters, eines alten Mannes oder einer alten Frau. Die können doch leicht zu der Meinung kommen: Ich tue damit ein gutes Werk. Was soll ich die Leute einzeln quälen! Ich habe also in der ganzen Sache erhebliche Bedenken. (*Cillien:* Haben Sie schon das Kuvert vorgesehen?)

Schröder: Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Post an diesem Tage für die Bestellung sorgt. Herr Lemmer wird durch besondere Anordnung sich der Sache noch annehmen. Je kleiner der Bereich ist, desto leichter ist es möglich, daß die Post die Briefe an diesem Tage bestellt. Ich spreche nur vom Sonntag. Diese Umschläge fallen auch unter den anderen Umschlägen so deutlich auf, daß man nicht sagen kann,

35 Beispiele für Brieffälschungen in ACDP VII-002-278.

man könnte sie übersehen. Ich möchte annehmen, daß das Interesse an dieser Sache, unabhängig von der Partei, so groß ist, daß es ganz gut klappen wird.

Was die Fälschung angeht, so kann nach meiner Meinung kaum etwas passieren, wenn Sie an folgendes denken: Zunächst müssen die Wahlscheine beantragt worden sein. Dann wird abgehakt, daß z.B. der Herr Müller seinen Wahlschein bekommen hat. (*Adenauer:* Wo beantragt?) Bei der zuständigen örtlichen Stelle! (*Adenauer:* Wer ist die zuständige örtliche Stelle?) Das ist der Kreiswahlleiter, also praktisch die Aufsicht im Kreis, der Oberkreisdirektor. (*Adenauer:* Ich kann Ihnen sagen, da sind manchmal Reisen von zehn bis zwölf Kilometer zu machen!) Wer gesund ist und gehen kann, für den ergibt sich keine Änderung. Es handelt sich nur um die kranken Leute, die bisher ausgeschlossen waren, weil sie nicht transportiert werden konnten und weil kein Wahllokal für sie vorhanden war. Diese Leute können nunmehr wählen. (*Adenauer:* Wir reden aneinander vorbei. Es ist eine Schwierigkeit, wo sich der Wähler beim Kreiswahlleiter das beschaffen muß.) In Düsseldorf gibt es z.B. ein Büro. Dort gibt es praktisch keine Schwierigkeiten. Ob ich in Düsseldorf da- oder dorthin fahre, das ist kein Problem. (*Adenauer:* Kann es nicht dem Bürgermeister in den Landkreisen übertragen werden? Sie haben von dem Kreiswahlleiter gesprochen.) Das ist weiter herunterdelegiert. Der Gemeindewahlleiter kann das natürlich auch machen. Es hat sich also nichts geändert. Wo man auch sonst hinging, geht man auch jetzt hin und bekommt zum Wahlschein einen Stimmzettel, einen Umschlag und eine Verschlußmarke. Das macht man zu und gibt es bei der Post auf. (*Bausch*[36]*:* Der Stimmzettel und der Wahlschein müssen getrennt sein.) Es ist so: Ich komme in das Wahllokal, wenn ich einen Wahlschein habe, und gebe meinen Schein ab. Dann bekomme ich einen Umschlag, tue die Sache hinein, und dann wird es in die Urne geworfen. Der Schein wird nur registriert oder zurückgeschickt. Damit ist das Wahlgeheimnis völlig gewahrt. Gefälscht werden kann nur schwerlich etwas; denn das setzt voraus, daß man genau wüßte, wer einen Wahlschein beantragt hat. Das ist aber praktisch nicht herauszubekommen. Sollte auf Verdacht gefälscht sein, müßte man die ganzen örtlichen Urkunden, die sehr voneinander abweichen, nachmachen. Die Gefahr einer Fälschung bleibt also an der untersten Wahrscheinlichkeitsgrenze. (*Bausch:* Unter der Voraussetzung, daß der Wahlleiter nur so viel Stimmzettel annimmt, als er Stimmscheine bekommt!) Sie bekommen es gleichzeitig. Den größeren Umschlag machen Sie auf. Da ist der Wahlschein drin. Den anderen Umschlag werfen Sie in die Urne. Die Wahlscheine werden genau aufgestapelt wie die anderen. (*Nagel*[37]*:* Wie soll die Verbindung der Listen in den Ländern zustande kommen?) Durch gleichlautende Erklärungen an die Landesverbände. Man wird eine einheitliche Erklärung vorbereiten, die von allen unterschrieben wird. Es müssen Erklärungen aller Landesspitzen sein. Das könnte in Form einer Sammelerklärung gemacht werden.

---

36 Paul Bausch – vgl. Nr. 1 Anm. 41.

37 Heinrich Nagel (1888–1958), 1950–1951 und 1955–1958 MdBB (CDU), 1952–1958 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich darf noch folgendes nachholen: Als ich vorhin mit meiner Übersicht begann, wurde Herr Seidel ans Telefon gerufen. Ich möchte ihn herzlich in unserer Mitte begrüßen. Ich habe bei meinen Ausführungen schon der CSU dafür gedankt, daß sie sich der Dinge an der Saar angenommen hat, damit keine christlichen Stimmen verlorengehen. Ich möchte diesen Dank wiederholen, daß die CDU und CSU während der letzten vier Jahre, besonders im Bundestag, treu zueinander gestanden und miteinander gearbeitet haben.

Lassen Sie mich nun unseres heimgegangenen Kollegen Lenz gedenken. *Die Teilnehmer erheben sich von den Plätzen.* Herr Lenz ist allzu früh von uns gegangen, völlig unerwartet. Ihm selbst jedoch scheint der Tod nicht so unerwartet gekommen zu sein; denn ich habe kurze Zeit vor seinem Tode von seiner Afrikareise – die er mit einigen anderen Bundestagsabgeordneten unternommen hat – von ihm eine Karte bekommen, in der er schrieb, daß sie dort unter besonderen Gefahren weilten. Wenn es ihm vergönnt wäre, lebend zurückzukommen, werde er mir darüber Bericht erstatten. Der Tod des Kollegen Lenz hat uns nicht nur persönlich schwer getroffen, sondern es ist auch in unserer Partei ein Verlust eingetreten, der bis jetzt nicht ausgefüllt ist. Herr Lenz war ein sehr einfallsreicher und ein sehr kluger Mann. Sicher, der eine oder andere hatte dieses oder jenes an ihm auszusetzen. Das ist aber immer bei den Menschen der Fall. Er hat sich jedoch der Arbeit für unsere Partei in einer Weise gewidmet, für die wir ihm auch über das Grab hinaus von ganzem Herzen danken. Ich bitte Sie, mir zu gestatten, im Namen des Vorstandes Frau Lenz noch nachträglich unsere Grüße und aufrichtige Teilnahme zu übermitteln. – Ich danke Ihnen.

Seidel: Wir werden am kommenden Freitag in Nürnberg unsere Landesliste aufstellen.[38] Der Waschkübel, mit dem die Köpfe der Mitglieder der Landesgruppe gewaschen werden, steht bereit. Die Aufhebung der Fixierung der Abgeordnetenmandate hat für Bayern zur Folge, daß beim gleichen Wahlergebnis wie 1953 in Bayern acht Abgeordnete weniger gewählt werden, wovon die CSU sechs und die SPD nur zwei zu stellen hat. Aber das ist ein Faktum, über das wir nicht mehr hinwegkommen.

Was dieses Wahlgesetz für Möglichkeiten offenläßt, ist folgendes: Herr Schröder hat mit Recht gesagt, daß die Zahl der Abgeordneten aus den Zweitstimmen berechnet wird und daß von dieser Zahl die unmittelbar in Bundeswahlkreisen Gewählten abgezogen werden und der Rest auf die Liste geht. Wenn wir nur Bundeswahlkandidaten aufstellten und die CSU in Bayern eine Landesliste, dann könnten wir mit diesem Trick tatsächlich von den 80 Abgeordneten, sagen wir, 72 auf Bayern konzentrieren. Das wäre nicht contra legem, aber es wäre eine unmögliche Sache. Man sieht, daß dieses Wahlgesetz eine ganze Menge Lücken hat. Ich will aber nicht mehr darüber reden; es ist passiert.

---

38 Am 6. Juli 1957. – Bericht in der „Welt" vom 8. Juli 1957; Druck der CSU-Landesliste: UiD vom 15. August 1957. – Landeslisten der CDU EBD. vom 25. Juli, 8. August und 22. August.

Ein Weiteres ist mir sehr schmerzlich: Unsere Hilfe an der Saar ist durch dieses Bundeswahlgesetz außerordentlich erschwert worden, weil sich die beiden Parteien zu einer Partei zusammenschließen mußten[39]; denn nach dem Bundeswahlgesetz können nur Bundesparteien kandidieren. Das bedeutet, daß es in Zukunft eine Landesgruppe CSU Bayern und eine Landesgruppe CSU Saar geben wird. Unsere Hilfe liegt doch darin, einen Übergangszustand zu schaffen, um den christlichen Stimmen an der Saar eine Alternative zu geben. Nun wissen wir alle, daß solchen Entwicklungen eine gewisse Eigengesetzlichkeit innewohnt. Wenn nun einmal diese Landesgruppe CSU Saar Spaß und Gefallen an dieser Existenz findet – ich habe den Eindruck, daß man ganz gerne unter dem Hute der CSU lebt –, dann glaube ich, daß die Neigung zu einer Wiedervereinigung mit der CDU, was unser aller Wunsch ist, nicht gerade gestärkt wird.[40] Ein bißchen daran schuld ist natürlich das Bundeswahlgesetz, das uns gezwungen hat, durch eine immerhin recht einschneidende Satzungsänderung nun plötzlich eine bayerische Expansion über die Grenzen Bayerns hinaus zu betreiben. Ich bin sehr untröstlich darüber, das Bundeswahlgesetz hat uns aber dazu gezwungen. Ich wollte das noch bemerken, damit Klarheit darüber besteht.

Eine Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers wegen Coburg-Kronach muß ich richtigstellen. Die Delegiertenversammlung von Coburg-Kronach hat bereits ihre Kandidaten aufgestellt.[41] Auch hierüber will ich nicht viel reden. Ich habe bei der Frage, ob das Bundeswahlgesetz geändert werden soll, auf die große Gefahr hingewiesen, daß bindende Abmachungen mit dem BHE und anderen Parteien wahrscheinlich nur bei einer entsprechenden Änderung des Bundeswahlgesetzes möglich würden. Ich bin damals nicht durchgedrungen. Man hat mich nicht verstanden. Ich hatte den Eindruck, daß man mich zum Teil auch nicht verstehen wollte. Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler darin einig, daß wir die Wahl gewinnen werden, daß es uns aber Schwierigkeiten bereiten wird, die Regierung zu bilden. Wir sollten in dieser Frage nicht leichtfertig sein. Inzwischen hat sich der BHE zwar äußerlich zu uns hin entwickelt durch verschiedene Erklärungen, er hat aber nichts getan, um für diese Erklärungen auch eine gewisse Substanz zu schaffen. Ich bin nicht bereit, in Bayern dem BHE eine Chance zu geben, sofern der BHE nicht bereit ist, eine ordentliche und saubere Gegenleistung zu vollbringen. Erst dann ließe sich darüber reden. Wir haben nicht nur die Wahl zu gewinnen, sondern wir müssen auch später die Regierung bilden. Es ist nichts Unwiderrufliches geschehen, aber so einfach – das wollte ich ausdrücklich feststellen, Herr Bundeskanzler – ist das nicht.

---

39 Zu den Fusionsgesprächen der durch das Wahlgesetz gefährdeten Parteien LANGE S. 721–752; DINGEL (vgl. Anm. 77) S. 747–749.

40 Die formale Vereinigung von CDU Saar und CSU/CVP kam erst zwischen Herbst 1958 und Frühjahr 1959 zustande; am 19. April 1959 löste sich die CSU/CVP auf, um in der CDU Saar aufzugehen (SCHMIDT 3 S. 615).

41 Direkt gewählt wurde der CSU-Vertreter Dr. Friedrich Knorr. – Zu Wahlabsprachen kam es zwischen CSU und BHE nicht (LANGE S. 752–759, NEUMANN S. 198f.).

Adenauer: Das ist gar nicht einfach.

Dobelmann[42]*:* Soweit ich im Bilde bin, hatten die Parteien keine Unterlagen, um die richtige Formulierung für die Einreichung der Kandidaten vorzunehmen. Ich habe die Angst, daß hier und da etwas verkehrtgelaufen ist. Es ist notwendig, daß die Kreisverbände ordnungsmäßige Delegiertenversammlungen oder Mitgliederversammlungen einberufen, um ihre Kandidaten aufzustellen. Nun frage ich, genügt es, wenn in einem Protokoll gesagt wird: Die hier Versammelten sind ordnungsmäßig gewählte Delegierte; sie wählen unter sich einen Vorsitzenden. Ist es richtig, wenn gesagt wird, alle, die als Delegierte gewählt worden sind, sind ordnungsmäßig geladen, so daß die Versammlung beschlußfähig ist? Dagegen wird kein Einspruch eingelegt. Das alles ist im Protokoll vermerkt.

Nun wurde seinerzeit die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig sei, daß zwei Delegierte eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß der Bundeskandidat in geheimer Wahl gewählt wurde.

Schröder: Wir sind diesmal in einer glücklicheren Lage als vor vier Jahren. Damals war das Gesetz noch nicht so frühzeitig verabschiedet wie in diesem Jahr. Deswegen ist damals manches nicht so ganz genau gegangen. In diesem braunen Umschlag sind das Bundeswahlgesetz, die Bundeswahlordnung enthalten und gleichzeitig alle die Fragen beantwortet, die Sie gestellt haben. Es sind auch zahlreiche Protokollentwürfe dabei. Da ist alles genau gesagt. Ich weiß nicht, ob Sie das bekommen haben. (*Dobelmann:* Nein! – *Müllenbach:* Das haben alle bekommen!) Das müssen Sie also noch bekommen; da steht alles drin.

Dichtel: Herr Bundeskanzler, Sie sprachen davon, daß Herr von Kessel Ihnen gesagt hat ...

Adenauer: Verzeihung, Herr Dichtel, das haben mir andere Herren gesagt. Da besteht eine Möglichkeit. (*Dichtel:* Nach meinen Informationen sind alle Wahlkreise besetzt. Ich sehe keine Möglichkeit mehr, irgend etwas zu tun.) Ich darf eine allgemeine Bemerkung machen. Unsere Partei ist föderativ entstanden und gewachsen. Die Sozialdemokratie hat nur ihre zentrale Organisation zu erneuern brauchen. Daher ist es sehr schwer in unserer Partei, Entscheidungen zu treffen, die für die gesamte Partei von Bedeutung sind, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Kreisvorsitzenden leisten den Landesvorsitzenden Widerstand; die Länder leisten der obersten Parteileitung Widerstand. (*Altmeier:* Wo?) Überall bei der Aufstellung von Kandidaten. Lieber Herr Altmeier, Sie wissen ganz genau, was es heißt, Landeslisten und Kandidaten aufzustellen. Ich glaube, auch Sie sind manchmal nicht sehr glücklich, wenn Sie hören, daß Ihnen menschlich sehr nahestehende Leute nun auf einmal als Abgeordnete aufgestellt werden sollen. Ich habe keine Namen genannt, und es hat auch keiner etwas gemerkt. Herr Meyers hat vorgeschlagen, ob man hier nicht doch noch eine Art Koordinierungsinstanz schaffen sollte, die versuchen sollte, gestützt auf die Autorität des

42 In der Vorlage: Dobermann. – Vgl. Nr. 2 Anm. 32.

Parteivorstandes, gewisse Möglichkeiten herbeizuführen. Denn schließlich muß doch die Fraktion gut arbeiten können. Dazu muß sie auf allen Gebieten wenigstens zwei oder drei Leute haben, die etwas von den Dingen verstehen. Die einzelnen Wahlkreise kennen gar nicht diese Bedürfnisse, und wenn sie sie kennten, so weiß ich nicht, ob sie sie auch berücksichtigen würden. So kommt es, daß wir z.B. – lassen Sie mich einen ganz speziellen Fall herausstellen – auf dem Gebiete der sozialen Frage in der Bundestagsfraktion ganz empfindliche Lücken haben, so daß die gute Arbeit dadurch gefährdet wird. Bitte überlegen Sie einmal, ob wir nicht doch versuchen sollten, irgendein Gremium zu schaffen, das dann, wenn die ganzen Listen vorliegen, mit dem einen oder anderen Landesvorsitzenden Rücksprache nimmt, um ihm zu sagen, läßt sich nicht das oder jenes ändern?

Meyers: Es handelt sich um zwei Fragen. Die erste Frage ist die materielle Seite, die Sache des Bundesvorstandes ist. Die zweite Frage ist die formelle Seite. Das Wahlgesetz hat sehr viele formelle Voraussetzungen. Wenn sie alle erfüllt werden, ist die Sache in Ordnung. Aber das ist eben die Frage. Wir haben 1953 erlebt, daß ein Kreisgeschäftsführer den Kreiswahlvorschlag am Tage des Ablaufes der Frist fünf Minuten nach sechs Uhr eingereicht hat. Nur der Umstand, daß die SPD ihren Kandidaten nicht dort haben wollte und lieber einen weiteren Sitz mit ihrer Stimme auf der Landesliste wünschte, hat dazu geführt, daß dieser eingereichte Vorschlag nicht angefochten worden ist. Damit wir die formellen Unterlagen frühzeitig haben, sollte der Bundesvorstand beschließen, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt die Landesverbände dem Bundesvorstand Mitteilung machen und daß die Kreisvorschläge geprüft und vom Landesverband eingereicht sind, damit wir wissen, daß alle Formalien in Ordnung sind. Es wäre nichts schlimmer, als wenn wir durch diese Formalien etwas verlören, was an sich nicht zu sein braucht.

Schröder: Ich muß in einem Punkte etwas klarstellen. Die Bedeutung von Honnef habe ich überschätzt. Diese Briefe sind an den Kreiswahlleiter zu schicken, so daß dies für Honnef keine Rolle spielt, sondern nur für Siegburg. (*Adenauer:* Dort wird dasselbe sein!) Es sind 247 Fälle, wo Vorkehrungen getroffen werden müssen. Das sollte in der Tat möglich sein.

Nun zu dem anderen Punkt, ob es nicht Schwierigkeiten machen könnte, wenn jemand die Sache selbst erledigt. Auf der Briefwahl ist eine eidesstattliche Erklärung vorgesehen. Darin heißt es: Ich erkläre gegenüber dem Kreiswahlleiter an Eides Statt, daß ich den beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet habe. Damit ist alles geschehen, was man tun kann, um den Krankenhäusern, Heimen und Anstalten die Sicherheit zu geben, damit nicht die Verwaltung das selber macht.

Adenauer: Meine Herren! Die Würfel sind gefallen. Machen wir also das Beste daraus und versuchen wir, wenn wir es können, nach der Wahl ein besseres Wahlgesetz zu schaffen. Nun hat Herr Seidel vom BHE gesprochen. Ich erkenne die Schwierigkeiten durchaus an, aber wir wollen versuchen, ihrer Herr zu werden. Ich habe am Freitag mit Herrn Stücklen wegen Coburg-Kronach gesprochen. Er äußerte ähnliche Schwierigkeiten wie Sie, meinte aber, eventuell ließen sie sich überwinden. Auf alle

Fälle sollten wir an die einzelnen Länder herantreten, uns zu helfen, damit wir die BHE-Stimmen für uns bekommen. Es steht zuviel auf dem Spiel, als daß wir an irgendwelchen begreiflichen und verständlichen Schwierigkeiten die Dinge scheitern lassen dürfen. Wir werden natürlich Schwierigkeiten haben. Wir haben sie schon mit den Vertretern der Vertriebenen, die früher zu uns gekommen sind, oder mit denen, die von Anfang an bei uns waren. Diese sagen, die kommen nicht über 5 %, also gebt euch keine Mühe. Wenn sie aber doch über 5 % kommen sollten, dann ist die Schüssel zerbrochen, und wir haben das Unglück. Deswegen müssen wir auf den guten Willen aller rechnen.

Es wäre mir sehr lieb, wenn aus der Versammlung noch über zwei Dinge, die ich angeführt habe, etwas gesagt würde; zunächst über das Verhalten gegenüber der FDP im Wahlkampf. Ich nehme an, daß ein großer Teil der FDP-Wähler nicht mit der SPD zusammengehen will und daß auch ein nicht unerheblicher Teil der gewählten FDP-Abgeordneten es ablehnen wird, mit der SPD zusammenzugehen. Auf der anderen Seite läßt sich nicht bestreiten, daß eine gewisse Schar unter der Führung von Döring aus Düsseldorf mit vollen Segeln zur SPD will.[43] Ich darf mir den Vorschlag erlauben, daß wir bei unseren Wahlreden die einen etwas schonend behandeln, dafür aber die anderen um so heftiger anfassen. Wir sollten aber nicht die FDP als Ganzes mit der SPD in einen Topf werfen. Das halte ich für taktisch völlig falsch. Wir müssen hier unterscheiden, so gut wir das können. Es wäre mir daher sehr lieb, wenn sich der Parteivorstand dazu erklären würde, ob er mit dieser Meinung einverstanden ist.

Weber: Seitdem die Sozialdemokratie geschrieben hat, daß sie alles sozialisieren will, ist in der FDP eine sehr ablehnende Stimmung gegenüber der SPD eingetreten.[44] Das sollten wir ausnützen. Die FDP sollten wir etwas glimpflich und auch unterschiedlich behandeln, weil man nicht weiß, zu welcher Koalition es kommen wird.

Cillien: Sie sagen, daß die Landesparteien nicht gerne auf die Wünsche der Bundespartei Rücksicht nähmen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns wirklich bemüht haben, zu einem Abschluß zu kommen. Herr Fricke hat mitgeteilt, daß die Dinge glattlaufen, jedoch auf unsere Kosten – wie immer bei der DP. Aber wir haben dieses Opfer gebracht. Es wäre uns lieb, wenn wir uns über unser Verhältnis zum BHE klar würden.

---

43 Eine Liste der Minister der geplanten SPD/FDP-Koalition sowie eine entsprechende Koalitionsvereinbarung vom 10. April 1957 in ACDP VII-002-277 (ungezeichnete Abschrift).

44 Das Wahlprogramm der SPD vom 14./15. Juni vermeidet konkrete Angaben über eine Sozialisierung. Zu gleicher Zeit wurde aber eine Broschüre „Lebendige Demokratie – Vom Wesen und Wirken der SPD" (Verfasser Willi Eichler) bekannt, in der in eindeutiger Weise eine weitgehende Sozialisierung gefordert wurde (UiD vom 20. Juni mit einem Pressespiegel dazu). Zum SPD-Wahlkampf vgl. KLOTZBACH S. 391–398; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 311–318.

Ich habe Ihnen am Freitag gesagt, die Neigung in Niedersachsen, mit dem BHE abzuschließen, ist außerordentlich gering. Unsere Vertriebenen lehnen es radikal ab, alle einsichtigen Leute sagen, es hat keinen Zweck, mit ihnen Wahlabsprachen zu treffen[45], es würde nur erreicht werden, daß der BHE sagen kann: Wir sind abgesichert, ihr könnt uns ruhig die Stimme geben. Dann erreicht er die 5%-Klausel und ist uns gegenüber wieder völlig frei. Immerhin, wir haben dem BHE in Aussicht gestellt, wenn er noch in zwei anderen Ländern je eine Wahlkreisabsprache erreichen würde, wollten auch wir versuchen, das durchzusetzen. Nun höre ich, daß es in Baden-Württemberg nicht möglich ist. In Bayern ist es nur sehr schwer möglich. Das würde also dazu führen, daß wir in Niedersachsen nicht mit ihm zusammengehen. Das einzige, was ich vielleicht durchbekäme, wäre eine Wahlabsprache in einem Kreis, falls authentisch mitgeteilt würde: Die Absprachen haben auch in zwei anderen Ländern stattgefunden.

Adenauer: Lieber Herr Cillien! Wir können hier im Parteivorstand nur eine allgemeine Richtlinie beschließen, weil alles andere zu unsicher ist. Wir müssen uns über folgendes klarwerden: Nach meiner Meinung – ich verfolge die Dinge seit langer Zeit – hat der BHE Aussichten, auf sich allein gestellt die 5%-Grenze zu überspringen, und zwar kommt das daher, daß die Flüchtlinge aus der Sowjetzone, die über die Grenze kommen, vielfach zunächst zum BHE gehen. Man muß jedenfalls damit rechnen, daß der BHE die 5%-Grenze überspringt. Dann wäre es aber sehr wünschenswert, daß er mit uns ginge und nicht mit der SPD. Wie wir das erreichen, kann kein Mensch mit Sicherheit sagen. Der Weg, den Herr von Kessel für Niedersachsen vorgeschlagen hat, ist meiner Meinung nach unmöglich. Deswegen sollte man den Notweg versuchen, hier und dort eine Absprache zu treffen. Ich möchte von Ihnen nur die Billigung dafür haben, daß wir versuchen wollen, mit dem BHE, ohne daß wir unsere Interessen dabei preisgeben, zu einer Verständigung zu kommen. Mehr kann man jetzt nicht beschließen.

Eplée: Ich muß mit allem Nachdruck auf einige Gesichtspunkte hinweisen. Schließlich stehen wir zehn Jahre in der Partei und sehen, wie die Dinge laufen. Ich warne davor anzunehmen, daß der BHE bereit sei, eo ipso nach der Wahl mit uns eine Koalition einzugehen. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, daß Herr von Kessel unmögliche Forderungen gestellt hat. Aus gründlicher Kenntnis des BHE darf ich sagen, daß nach der Wahl der BHE für die SPD genauso interessant sein wird wie für die CDU. Die SPD wird ihm 50 % der Ministersitze geben. (*Adenauer:* Und die anderen 50 % bekommt die FDP, wo bleibt denn da die SPD?) Wir sind der Auffassung, daß man den BHE zerschlagen hätte, wenn man es zur richtigen Zeit gemacht hätte; denn der BHE war schon zu drei Viertel zerstört, als die Gruppe Kraft/Oberländer – das waren seine positiven Kräfte – zu uns gestoßen ist. Wir haben uns damals bemüht, dem BHE den Todesstoß zu versetzen, aber leider sind wir dabei etwas im Stich gelassen worden, weil man, von Länderinteressen ausgehend, das nicht

45 Zu Absprachen kam es nicht. – NEUMANN S. 198f., insbes. Anm. 818 zu den verschiedenen Strömungen im BHE; vgl. auch KATHER 2 S. 163–176.

zugelassen hat. Wenn die CDU mit dem BHE in einem Wahlkreis zusammengeht, so ist das ein Plus für den BHE. Die Wähler springen ab und wählen weder BHE noch CDU. Das ist die große Gefahr. Das scheint auch die SPD zu erkennen und danach vorzugehen. Deshalb meine Bitte, überschätzen Sie nicht die Bereitwilligkeit des BHE zu einer Koalition mit uns. Helfen Sie uns, damit wir unsere Reihen stark machen, um den BHE, der seine Lebensberechtigung verloren hat, niederzuschlagen. Die Vertriebenen haben bereits 1953 weit über die Hälfte ihrer Stimmen der CDU gegeben. Es liegt bei uns und nicht beim BHE, wie das Ergebnis sein wird.

Rock[46]*:* Wir haben in Braunschweig erlebt, daß die Leute zwei Stunden auf Herrn Lemmer gewartet haben. Ich bin der Meinung, daß wir mit dieser Begeisterung – die ähnlich war wie bei Ihnen in Dortmund – in den Wahlkampf gehen sollen und daß wir keine Veranlassung haben, an dem Sieg der CDU zu zweifeln. Das haben die ersten Kundgebungen gezeigt. Der Wähler ist viel vernünftiger, als wir ihn im allgemeinen halten. Eines ist nicht möglich, daß wir, die wir jahrelang im Kampf gegen den BHE gestanden haben, nun mit dem BHE in Niedersachsen zusammengehen sollen. Man sollte den Wunsch des Bundesvorstandes des BHE tatsächlich respektieren und ihn damit siegreich sterben lassen. Wir möchten endlich Schluß machen damit, daß der BHE nur mit unserer Unterstützung gewählt wird.

Adenauer: Wenn Sie mir garantieren können, daß dies alles stimmt, was Sie sagen, wäre ich völlig mit Ihnen einverstanden; aber das kann doch kein Mensch garantieren. Wir haben damals aufgrund der Mitteilung der Herren Kraft und Oberländer geglaubt, daß ihre Leute aus der Fraktion zu uns kommen würden. Aber sie sind nicht gekommen. Die Herren haben uns damals gesagt, wir könnten damit rechnen, daß der Rest überhaupt keine Fraktionsstärke mehr haben würde. Aber er hat doch Fraktionsstärke behalten. Also muß ich sagen, man muß in solchen Dingen sichergehen; denn sonst ist die Gefahr viel zu groß, auch für sie.

Hellwig: Die Auseinandersetzungen innerhalb der FDP sind fast noch stärker als diejenigen innerhalb der SPD. Die FDP ist in ihren letzten offiziellen Kundgebungen auch auf den Gebieten, wo sie sich bisher uns gegenüber im großen und ganzen neutral verhalten hat, nunmehr zum Angriff gegen uns übergegangen. Sie greift an unsere Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Verkehrs-, Agrar- und Europapolitik. Hierzu werden wir unbedingt Stellung nehmen müssen. Nur ein Beispiel! Die Rede des Herrn Weyer mit der herausfordernden Überschrift „Rettet die DM" ist ein solcher Angriff.[47] Sie ist genauso skrupellos wie die SPD; denn es steht eine Gefährdung der DM überhaupt nicht zur Diskussion.

---

46 Edelhard Rock (1908–1985), vor 1933 Zentrum, 1948–1971 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig, 1965–1972 MdB.

47 In der Vorlage: Bajow(?). – Willi Weyer: „Rettet die DM, sichert die Kaufkraft." Rede vor dem Hamburger Kongreß der FDP am 5. Juni 1957 – Druck: Schriftenreihe der Freien Demokratischen Partei Heft 4 o.J.; Inhaltsangabe in AdG 1957 S. 6483. – Vgl. auch Rednerdienst Nr. 14 der CDU „Stabilität statt Experiment" vom 1. April 1957 (NL Becker ACDP I-162-043).

Den Antrag Atzenroth[48], den Artikel 15 des Grundgesetzes zu streichen, sehe ich als einen Versuch an, die Düsseldorfer Leute in eine Situation zu bringen, in der sie mit der SPD nicht mehr weitergehen können. Das ist der Hintergedanke dieses Antrages der Gruppe Atzenroth.[49] Er soll Sprengstoff sein für die Düsseldorfer Koalition. Wir müssen uns auf diese Dinge bei der FDP einstellen und bei unseren Stellen immer wieder darauf hinweisen und dagegen angehen. Ich glaube, daß die FDP im vorparlamentarischen Raum bei bestimmten Gruppen an Boden gewonnen hat, und zwar mit dieser Kritik an der Finanz- und Steuerpolitik. Die Verwandtschaft zwischen dem wirtschaftspolitischen Manifest der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer und der Kritik aus der Ecke Weyer ist unverkennbar. Wir werden uns mit diesen Dingen beschäftigen und im vorparlamentarischen Raum seitens der Wirtschaft noch eine Reihe von Veranstaltungen durchführen. Gerade dieser Auseinandersetzung mit der FDP dürfen wir nicht aus dem Wege gehen.

Adenauer: Ich habe doch gesagt, daß wir nicht die FDP in toto in die Hölle werfen sollen, sondern nur die Leute, die Sie genannt haben – und die meinetwegen noch unter die Hölle – aber nicht die FDP in toto; sonst wird dort keine Spaltung erreicht. (*Hellwig:* Herr Bundeskanzler, ich wollte nur aufgrund Ihrer Andeutung etwas klarstellen. Ich habe nicht polemisieren wollen.) Drehen Sie jedem, der so spricht, moralisch den Hals zweimal um; dann tun Sie ein gutes Werk.

Oberländer: Wo der BHE mit in der Koalition war, ist durch die Landesvorsitzenden jede Arbeit gegen den BHE unmöglich gemacht worden. Das muß ich einmal offen sagen. Das Verhältnis in Baden-Württemberg ist ein Sonderbeispiel. Man vergißt, daß der BHE plus Deutscher Gemeinschaft 11 % hatte, dann aber auf 6 % zurückgegangen ist.[50]

Die Frage lautet: Verlieren wir mehr Wähler durch den BHE oder nicht? Ich habe eines gelernt. Auf einer Delegiertentagung in Lüneburg wurde gesagt, wenn wir den BHE unterstützten, trieben wir die BHE-Wähler zur SPD.[51] Bedenken Sie, daß die Flüchtlinge 23 % der Wähler ausmachen. Wenn die Masse zur SPD geht, können wir uns anstrengen, wie wir wollen; dann sind die Wahlen schwer zu gewinnen. Herr von Hassel hat mir erzählt, wie Herr Lübke von Herrn Kather angegriffen worden

48 Dr. Karl Atzenroth (geb. 1895), Gründer und Vorsitzender der Vereinigung Mittelrheinischer Unternehmerverbände, 1949–1965 MdB (FDP).

49 BT-Drs. 3525 vom 21. Mai 1957, behandelt und vertagt in der 214. Sitzung vom 31. Mai 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.37 S. 12614f.). Artikel 15 GG lautet: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

50 Als DG/BHE in Württemberg-Baden bei der Landtagswahl 1950 14,7 %, bei der Landtagswahl 1956 als GB/BHE 6,3 % (NEUMANN S. 503).

51 Vermutlich auf der Landesvertriebenentagung der CDU am 23. Juni 1957 (ACDP II-056-026).

ist.[52] Wir müssen die Vertriebenen entweder für uns gewinnen oder sie in eine hoffnungslose Isolierung bringen. Wenn wir aber den Kather unterstützen, so ist das eine Sache, die sehr gefährlich werden kann. Ich bin der letzte, der gegen ein Zusammengehen mit dem BHE ist; denn es sind Kräfte dabei, mit denen man Staatspolitik machen kann. Wir müssen natürlich eine klare Sicherung haben, daß die Leute auch tatsächlich mit uns gehen, sonst würde ich auf jeden Fall dagegen sein.

Bach: Nach unseren Erfahrungen machen die Wähler solche Abmachungen einfach nicht mit. Ich habe vor einigen Wochen in Hersfeld gesprochen; dort hatten wir vor vier Jahren eine Abmachung mit der FDP getroffen. Das Ergebnis war: SPD 32.000, FDP (Euler) 18.000.[53] Wäre der Kandidat ein CDU-Mann gewesen, dann wäre er auch dort gewählt worden. Ich bin der Ansicht wie Herr Oberländer: Wir müssen unbedingt eine Sicherung haben. Die Leute werden auch nicht den Kandidaten des BHE wählen. Wir werden erleben, daß viele Leute darüber verärgert sind, wenn sie BHE wählen sollen. Es wäre richtiger, der Mentalität der Wähler Rechnung zu tragen. Die Wähler wollen das Zweiparteiensystem. Nur oben will man es nicht so genau. Aber die Wähler gehen viel mehr mit uns, wenn wir ihnen klar sagen: Wir haben die Verantwortung gehabt, und wir wollen sie auch weiterhin tragen. Wir bekommen also viel mehr Stimmen, wenn wir für uns gehen und nicht solche fragwürdigen Abmachungen treffen.

Adenauer: Der Fall Euler war ein besonderer Fall; den können Sie nicht als Beispiel für die allgemeine Sache nehmen. Aber sagen Sie es doch gerade heraus: Wir wollen keine Verhandlungen mit dem BHE, er soll bleiben, wo er ist. Aber bitte, dann übernehmen Sie auch die Verantwortung dafür. Die Bedenken, die Sie sehen, teile ich selbstverständlich. Die sind mir nicht neu. Kein einziger von Ihnen hat ein Bedenken geäußert, das ich nicht selbst habe, aber sagen Sie mir doch bitte: Die Bedenken sind so groß, daß ein Techtelmechtel mit dem BHE nicht in Frage kommt. Wir schlagen den BHE kaputt.

Ich möchte aber sehen, wie Sie den BHE in den nächsten elf Wochen kaputtschlagen. Nach meiner Überzeugung wird das nicht gelingen. In Niedersachsen hängt die ganze Regierung an der Mitarbeit des BHE; in Schleswig-Holstein auch.[54] Überlegen Sie das bitte, meine Herren. Wenn wir so mit dem BHE verfahren, wird er dann nicht umgekehrt auch seine Konsequenzen ziehen? Und was haben wir dann schließlich noch im Bundesgebiet? Was ist uns alles verlorengegangen? Wir haben nur noch

52 Vermutlich Auseinandersetzung mit dem damaligen Landwirtschaftsminister von NW Heinrich Lübke am 23. September 1951 vor heimatvertriebenen Bauern – vgl. KATHER 1 S. 278f.

53 Bei der Bundestagswahl 1953 wurde Euler in Fritzlar-Homberg mit 42,8 % direkt gewählt; bei der Landtagswahl in Hessen am 28. November wurde er über die Landesliste gewählt. Direkt gewählt wurde im Wahlkreis Hersfeld Jakob Göbel (SPD), im Wahlkreis Fritzlar-Homberg August Franke (SPD).

54 In Niedersachsen bis Mitte der 3. Wahlperiode (November 1957) in Koalition mit CDU, DP und FDP; in Schleswig-Holstein bis Ende der 4. Wahlperiode (Oktober 1958).

Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg spielt der BHE auch eine Rolle. Dort ist der BHE im Kabinett. (*Dichtel:* Der BHE gibt die Entscheidung!) Er ist in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen. Das müssen Sie doch alles berücksichtigen. In diesen Dingen kann man leider nicht nach Gefühlen urteilen, sondern muß sich die Dinge in aller Ruhe überlegen.

Eplée: Wenn der kleine Wähler sieht, daß überall der BHE das Zünglein an der Waage ist, treiben wir diese Wähler nicht in unsere Arme, sondern in die Arme des BHE, und das ist auf lange Sicht gesehen eine Tragödie. Wir erleben in Hessen, daß 5 % BHE den ganzen „Salat" machen. Durch unser Mandat aus dem Jahre 1953 sind wir besonders verantwortlich für die Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen. Wenn wir sie richtig ansprechen, ziehen wir sie für uns heran. Und wenn Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Autorität die Arbeit, die wir bereit sind zu tun, unterstützen, dann glaube ich, daß es gelingen wird. Es wäre uns leichter gelungen, diese Zerschlagung herbeizuführen, wenn unsere Wünsche, die seit Jahr und Tag laufen, auf mehr Verständnis gestoßen wären. Lesen Sie doch die neue Wahlzeitung des BHE[55], wie Sie da verächtlich gemacht, ja – ich habe keinen anderen Ausdruck –, wie Sie und die Bundesregierung heruntergemacht werden.

Sie werden vielleicht sagen, regen Sie sich nicht so auf, aber ich muß erwidern, es ist empörend, wenn man als Koalitionspartner in den Ländern überall Kratzfüße macht, und im Lande sagt man genau das Gegenteil. Wenn wir von den 23 %, die die Flüchtlinge ausmachen, 15 % bekommen, braucht Ihnen, Herr Bundeskanzler, nicht bange zu sein vor der Zusammenstellung der nächsten Bundesregierung. Was soll ein Flüchtling vor der Wahl denken, wenn gesagt wird, die CDU will euch gar nicht, wählt BHE. Sie sollten die Gewißheit haben, daß wir Flüchtlinge innerhalb der CDU mit zu den Treuesten in den letzten zehn Jahren gezählt haben und daß wir alles tun wollen, um die CDU zu stärken und zu heben.

Adenauer: Es wäre mir interessant, einmal zu hören, was die Mehrheit des Bundesparteivorstandes will. Ich habe bisher keine feste Meinung darüber gehört. Ich darf noch einmal die Tatsache feststellen: Die Regierung in Schleswig-Holstein unter Herrn von Hassel ist ohne die Mithilfe des BHE nicht möglich; die Regierung in Niedersachsen unter Hellwege, auf deren Stimme wir im Bundesrat immer rechnen können, ist ohne den BHE nicht möglich. Die Regierung in Bayern wird gehalten gegen uns durch den BHE. Die Regierung in Hessen wird gehalten gegen uns durch den BHE. Die Regierung in Baden-Württemberg wird für uns gehalten durch den BHE. Nach den Untersuchungen der Testinstitute kommt der BHE über die 5%-Grenze. Wir haben von Herrn Hellwig gehört, daß ein Teil der FDP eine sehr starke Animosität gegen uns hat und daß der Wille besteht, mit der SPD zusammenzugehen. Inwieweit die FVP einen Sieg davontragen wird, wage ich nicht zu beurteilen, zumal Herr Preusker jetzt für fünf Wochen wegen Krankheit ausfallen wird. Schließlich müssen

55 „Programm Deutschland – Es geht ums Ganze". Wahlillustrierte 1957. – Zu den Propagandaschriften des BHE zur Bundestagswahl NEUMANN S. 192–202.

wir doch eine Mehrheit im zukünftigen Bundestag haben. Sie sprechen von einer Regierungsbildung. Das kommt aber erst in zweiter Linie. In erster Linie kommt es darauf an, eine Mehrheit zu erreichen. Nun haben Sie den ganzen „Salat", wie ich ihn bezeichnet habe. Sagen Sie mir bitte, wer den Salat essen soll und wie!

Rock: Wir sollten nicht kleine Parteien zum Zünglein an der Waage machen. Wir können sonst keine klaren Entscheidungen treffen. *(Unruhe und Widerspruch.)*

Adenauer: Herr Rock, Sie übersehen völlig folgendes: Die Ländermandate des BHE im Bundesrat sind für die Bundespolitik von größter Bedeutung.

Stoltenberg: Die Frage ist, ob man den BHE zu einer eindeutigen politischen Erklärung bewegen kann, die uns die Gewißheit gibt, daß die Wahlabsprache auch eingehalten wird. Und hier haben wir allerdings aufgrund eines persönlichen Kontaktes ein großes Fragezeichen zu machen, ob der BHE bei seiner inneren Struktur als Bundespartei das kann. Wenn also im Wege von Verhandlungen eine verbindliche Erklärung des BHE als Bundespartei zu erreichen wäre, sollte man alle Schwierigkeiten überwinden und das tun. Wenn das aber nicht möglich ist, halte ich eine Wahlabsprache mit dem BHE für beinahe unmöglich.

Adenauer: Daß wir eine Absicherung nicht ins Blaue hinein machen, ist eigentlich selbstverständlich. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Aber die Frage ist, ob wir eine solche Absicherung verschaffen unter der Voraussetzung, daß sich die Leute später auch so verhalten. Herr Eplée und Herr Rock sind der Meinung: Ihr verhindert dadurch, daß wir den BHE zerstören. Meine Herren! In all den Jahren ist er nicht zerstört worden. Herr Eplée sagt darauf, weil wir nicht genügend unterstützt worden sind. Nun frage ich, wo sind Sie nicht unterstützt worden, Herr Eplée? Was hätten wir denn mehr tun sollen für die Vertriebenen, als wir getan haben? (*Eplée:* Keine Mittel, Herr Bundeskanzler!) Ich habe doch keine Mittel gegeben. Wenden Sie sich an Herrn Bach. Ich weiß nicht, ob er etwas Besonderes gegeben hat oder nicht. Vergessen Sie nicht, Herr Eplée, wenn man in einer Partei anfängt, einzelnen Gruppen Geld zu geben, dann kommt morgen dieser und übermorgen jener. Aber wenn Sie Geld haben wollen, um einige Versammlungen zu veranstalten, dann läßt sich darüber sprechen. (*Bach:* Die Wahlkreise binden wir gar nicht!) Das wissen Sie nicht!

Bach: Wenn der BHE die 5 % bekommt, wird er nach den Wahlen mit uns darüber verhandeln, wie teuer die 5 % sind, ob wir ihm durch Mandate geholfen haben oder nicht. Ich halte von den Versprechungen des BHE, bei dem Herr Kather eine führende Rolle spielt, nichts. (*Adenauer:* Es ist nicht richtig, daß Herr Kather eine führende Rolle spielt; er kommt übrigens von der CDU.) Wir kennen ihn. Wir sollten dem BHE nicht die Grundmandate zugestehen; denn die Praxis wird ergeben, daß die CDU-Wähler nicht bereit sind, auch wenn der Parteivorstand diese Parole ausgibt, ihr zu folgen.

Adenauer: Wie können Sie behaupten, daß eine Wahlabsprache nicht gehalten wird? (*Bach:* Ich kenne die Wähler!) Wie können Sie alle Wähler kennen? Sie könnten höchstens so sagen: Wenn es möglich ist, ohne die Interessen der Vertriebenen bei uns zu verletzen, daß eine gewisse Sicherheit besteht, um unsere Mehrheit zu verstärken,

dann soll man versuchen, in einer vernünftigen Weise aus der Sache herauszukommen. Mehr können wir heute nicht beschließen. Oder aber wir müssen sagen: Schluß damit! Laßt sie hingehen, wohin sie wollen!

Seidel: Wir sind in der gleichen Diskussion wie vor einigen Monaten, als wir uns über die Möglichkeit der Abänderung des Wahlgesetzes unterhalten haben. Damals ist alles das, was heute hier gesagt wird, auch schon gesagt worden. Es ist interessant, damals hätte man wahrscheinlich durch eine nicht sehr schwerwiegende Änderung gegen eine entsprechende Zusicherung des BHE klare Verhältnisse schaffen können. Aber die Fraktion hat es nicht gewollt. Jetzt stehen wir wieder vor der Frage. Keiner von uns weiß, ob der BHE die 5 % bekommen wird oder nicht. Die Meinungen darüber sind geteilt.

Jedenfalls stelle ich aus der bayerischen Sicht heraus fest, daß ich mit dem BHE auch noch einige Jahre rechnen muß. Ich wäre ein schlechter Landesvorsitzender, wenn ich diese Realität außer acht ließe.

Ich stelle eine zweite Realität fest: Der BHE in Bayern hat die ganzen Monate so getan, als ob er bereit sei, die bayerische sozialistisch-liberale Koalition zu sprengen. Aber immer dann, wenn er es wirklich hätte tun können, hat er es nicht getan. Er ist also unzuverlässig.

Die dritte Realität ist folgende: Im Kreise Coburg-Kronach wird die CSU plus BHE kaum in der Lage sein, einen Kandidaten durchzubringen. Dazu müßte noch etwas mehr geschehen. Wir sind in diesem Wahlkreise als CSU recht schwach. Man müßte versuchen, den BHE zu binden, oder man sollte ihn laufenlassen. Grundsätzlich möchte ich die Frage bejahen. (*Adenauer:* Was denn bejahen, ihn zu binden oder laufenzulassen?) Ihn zu binden!

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß wir jetzt nicht abstimmen. Die Abstimmung würde vielleicht im Sinne des Vorschlages von Herrn Seidel ausfallen. Dann sind alle verstimmt. Lassen wir uns also versuchen, ohne Abstimmung weiterzukommen. Sollen wir damit dieses Thema verlassen? *(Zustimmung.)*

Dann kommen wir zur Landwirtschaft. In Teilen der Landwirtschaft ist die Stimmung schlecht, namentlich in Niedersachsen. (*Seidel:* Auch in Bayern, vor allem die Kleinbauern!) Es fragt sich also, was wir tun sollen, um die Stimmung der Landwirte zu heben. Ich habe gestern versucht, hier etwas zu tun. Ich hoffe, daß es etwas genützt hat. Aber die Frage ist der Mühe wert, daß sie untersucht wird.

Lübke: Wir haben in den Gebieten von Niedersachsen, Westfalen und auch in Süddeutschland in den letzten Wochen gesprochen, aber in diesen Versammlungen ist nichts bekrittelt worden. *(Widerspruch und Unruhe.)* Herr Rehwinkel und Herr von Oer und verschiedene andere Herren dieser Richtung reißen leider in jeder Versammlung alles das, was auf dem Gebiete der Landwirtschaft durch die Gesetzgebung und durch die finanzielle Unterstützung getan worden ist, herunter. Viele Bauern wissen auch nicht, was im Grünen Plan steht, obwohl wir uns bemüht haben, über die Presse, durch Rundfunk und Flugblätter bis an den letzten Bauern heranzukommen. Ich habe am vergangenen Donnerstag in Münster, wo Herr von Oer am meisten contra gemacht

hat, in einer Versammlung 5.000 bis 6.000 genossenschaftlich organisierte Raiffeisenbauern gehört.[56] Ich habe gedacht, die Hälfte der Bauern würde gegen mich sein. Als aber mein Name aufgerufen wurde, damit ich sprechen solle, ergab sich ein gewaltiges Beifallsgeräusch. (*Adenauer:* Beifallsgeräusch ist interessant!) Als ich geendet hatte, gab es in der großen Münsterhalle einen ungewöhnlich starken Beifall. Ich habe als Landwirtschaftsminister den Bauern die Schwierigkeiten klargemacht und gesagt, daß der Landwirtschaftsminister die Probleme nur lösen könne, wenn weder der Bauer noch der Verbraucher hundertprozentig auf seinem Standpunkt beharre. Es muß auf beiden Seiten Verständnis vorhanden sein, sonst ist die Aufgabe unlösbar. Mein Beifall war so groß, daß mehrere der nachfolgenden Redner auf diese Rede zurückkamen. Herr Erhard kann das bezeugen. Es war eine einheitliche Pro-Stimmung, so daß man sagen kann, so schlecht, wie die Stimmung in der Landwirtschaft gemacht wird, ist sie nicht.

Auch in Nienburg an der Weser in einem großen Saal der Stadt war die Stimmung genausogut wie in Münster. Aber vier Wochen später war Herr Meineder(?) mit einer Kapelle von 40 Mann in friderizianischer Uniform da, und da wurde auf die Pauke geschlagen.[57] Ich habe auf Wunsch von Herrn Heck gestern zugesagt, von mir aus noch soviel Bauernversammlungen abzuhalten, wie es eben möglich ist. Wir haben von uns aus in den letzten Tagen durch die Beschlüsse des Bundestages getan, was wir tun konnten.[58] Ich glaube, daß man in den bäuerlichen Kreisen im wesentlichen zufrieden ist. Das neue Gesetz über die Festlegung der Zuckerrübenpreise werden wir nicht mehr fertigbekommen. Deswegen haben wir vorgesehen, nach der Wahl die Neuordnung der Zuckerrübenpreise sofort in die Hand zu nehmen. Im Süden genügen die Preise, aber im Norden ist eine Erhöhung dringend notwendig wegen der schlechten Ernten. Man kann aber Zuckerrübenpreise nur für das ganze Bundesgebiet machen.

Bauknecht: Eine Diskussion über die Tagung in Münster hat am folgenden Tage stattgefunden. Sie hat ergeben, daß 80 % der Leute, die den Raiffeisentag besuchten, praktisch Funktionäre waren, die auf Kosten des Raiffeisenverbandes als Delegierte dort hingefahren sind. Es sind höchstens 20 % wirkliche Bauern dort gewesen. Und diese 20 % Bauern haben mit Beifall sehr gegeizt. Die Stimmung in Nieder-

---

56 Am 27. Juni 1957. – Kurzbericht in FAZ vom 28. Juni 1957 S. 11; „Deutsche Bauernzeitung" vom 4. Juli 1957 – Rede von Andreas Hermes, dem Vorsitzenden des Raiffeisenverbands, in NL Hermes ACDP I-090-116. – Von Oer zählte zu den harten Kritikern der Bonner Agrarpolitik; um seinen Argumenten mehr Nachdruck zu verleihen, war er zwischenzeitlich aus der CDU ausgetreten (ausführliche Materialien zu den Auseinandersetzungen in ACDP III-002-264/2).

57 Am 23. März 1957 sprach Lübke vor 800 Landwirten in Nienburg. Bericht in „Die Harke" (Nienburger Allgemeine Zeitung – Stolzenauer Wochenblatt) vom 25. März 1957. – Weiteres nicht zu ermitteln.

58 Am 29. Juni 1957 war das Gesetz über die Altersversicherung der Landwirte im Bundestag verabschiedet worden.

sachsen ist ohne Zweifel geradezu miserabel. Ich sage das ausdrücklich. Auf meine Anregung wird am 15. Juli in Köln eine Agrartagung der CDU stattfinden.[59] Wir müssen irgendwie mit unseren Plänen an die Öffentlichkeit treten. Mir ist zu Ohren gekommen, daß unsere eigenen Freunde von der Landwirtschaft in Niedersachsen die CDU-Redner Lübke, Struve, Bauknecht usw. nicht mehr hören wollen. Sie sagen, mit diesen Leuten würde man praktisch keinen Hund mehr vom Ofen weglocken. So ist die Stimmung in Niedersachsen. In Westfalen ist sie nicht besser. Sie beginnt auch in Bayern schlecht zu werden. Schuld daran ist, daß der Grüne Plan praktisch überrollt worden ist. Er stützt sich auf das vorvergangene Wirtschaftsjahr. Hier kann man aber nur sehr schwer jemand die Schuld geben. Man sollte aber mit handelspolitischen Maßnahmen etwas tun, um die Preise besser abzusichern. Ich habe schon im Januar gesagt, zwei Dinge müssen geregelt werden: Die Getreidepreise und die Rübenpreise. Wir müssen vor allem den Rübenpreis auf den Stand bringen, den wir vorgeschlagen haben. Der Ernährungsausschuß und der Ausschuß für Finanzen und Steuern hat es beschlossen; es scheitert an den lächerlichen paar Millionen des Gesamtetats.

Gerade wegen der Zuckerrüben ist die Stimmung in Niedersachsen schlecht. Bundesfinanzminister Schäffer zahlt mehr, wenn er den ausländischen Zucker kaufen muß. Der Zuckerpreis ist so hoch, daß man für jeden Doppelzentner im Augenblick DM 20,– draufbezahlen muß, wenn man ihn aus dem Ausland kauft.

Die Stimmung ist weiter schlecht, weil die soziale Belastung in der Landwirtschaft so groß geworden ist. Die zusätzliche Leistung aufgrund der Rentenreform belastet die Landwirtschaft in starkem Maße. Zum Teil sind die Beiträge um 50 % gestiegen. Dabei müssen vielfach Löhne weit über Tarif gezahlt werden. Dadurch kommt die schlechte Stimmung. Und dabei wird gesagt: Da seht ihr es, die CDU regiert! Es muß also unbedingt etwas getan werden, sonst werden die CDU-Leute DP oder sonst etwas wählen.

Adenauer: In der Landwirtschaft stecken 3,5 Millionen Stimmen. Es handelt sich um eine Frage von großer Bedeutung. Herrn Rehwinkel kennen wir alle miteinander. Aber Tatsache ist auf der anderen Seite auch, daß gewisse Teile des Bundesgebietes drei Fehlernten hintereinander gehabt haben. Da schließlich der Bauer letzten Endes für alles einstehen muß, sagt er, der Bund muß uns helfen. Ich beurteile die Lage sehr ernst. Ich kann nicht glauben, Herr Bauknecht, daß in der großen Halle in Münster – ich habe da schon gesprochen – drei Viertel der Besucher Funktionäre gewesen sein sollen und nur ein kleines Häufchen echter Bauern in einer Ecke gesessen hat. Aber darin haben Sie recht, was ich auch von unparteiischen Beobachtern gehört habe: Die Stimmung der Landwirtschaft ist nicht gut. Die Frage ist, was kann geschehen? Sie haben gesprochen von der Erhöhung der Getreidepreise und der Zuckerrübenpreise.

59 Ausführlicher Bericht in „Der Agrarbrief" Nr. 10/11 vom 22. August 1957; Referate, Grundsätze zur Agrarpolitik der CDU und weitere Materialien in ACDP VII-004-085/1.

Lübke: Die Erhöhung des Zuckerrübenpreises wird den Bund etwa 72 Millionen DM kosten. Wir würden, wenn wir den jetzigen Zuckerpreis behielten, eine Unterstützung von der Staatskasse von etwa 31 Millionen DM geben müssen, so daß es in Wirklichkeit rd. 41 Millionen DM kostete. Ich habe Herrn Schäffer gesagt, er möchte sich das einmal überlegen; denn es sei eine bedeutsame Angelegenheit, die durchaus im Sinne der Wahl läge. Herr Schäffer hat erwidert, ich solle es bezahlen. Ich habe aber schon die Entschädigung für die schlechte Ernte aus dem Grünen Plan genommen. Ich habe auch den Rekurs im Grünen Plan übernommen; das sind zusammen über 30 Millionen DM. Mehr kann ich nicht tun. Ich soll auch die Erhöhung der Getreidepreise übernehmen. Herr Schäffer müßte rd. 80 Millionen DM auf den Tisch des Hauses legen. Als ich den Bauern sagte, die Erhöhung der Zuckerrübenpreise könnten wir vor den Wahlen nicht mehr vornehmen, sondern wir müßten sie sofort nach den Wahlen in Angriff nehmen, waren sie zunächst zufrieden. Erst als die radikalen Stimmen aus Niedersachsen laut wurden, sind sie alle „umgefallen".

Adenauer: Seien wir uns darüber klar, daß für manche Dinge nach der Bundestagswahl, wenn wir uns die Bilanz dessen ansehen, was in den letzten zwölf Monaten beschlossen worden ist, kein Platz mehr da ist. Daher verstehe ich durchaus, wenn die Zuckerrübenbauern sagen, wir wollen die Erhöhung jetzt haben. Das würde ich an ihrer Stelle auch sagen. Aber was ich nicht verstehe, das ist das Verhalten von Herrn Schäffer. Ich weiß nicht, Herr Seidel, wie weit Ihr Einfluß als Landesvorsitzender geht. Wenn aber Ihr Einfluß auf Herrn Schäffer nur etwas wirkt, dann bitte ich Sie, wirken Sie doch auf ihn ein, daß er seine Sturheit im letzten Augenblick einmal drangibt. Ich habe etwas erlebt – ich will es hier nicht sagen –, das geradezu ein Skandal ist, wobei es sich um DM 50.000,– gehandelt hat. Das geht einfach nicht so weiter. Ich würde Ihnen vorschlagen, Herr Lübke, daß Sie mit Herrn Krone – vielleicht nimmt Herr Cillien das in die Hand – so schnell wie möglich im kleinsten Kreise in der Fraktion zusammenkommen, um mit Herrn Schäffer einmal über diese Sache zu sprechen. (*Bauknecht:* Das ist der einzige Weg!) Aber es muß sehr schnell gehandelt werden.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung „Veranstaltungen der Ausschüsse" darf ich kurz etwas sagen, damit Sie sich bei Tisch darüber unterhalten können. Es handelt sich um Fragen von großer Bedeutung. Es geht darum, ob wir der deutschen Öffentlichkeit nicht nur die Reden des Bundesparteitages geben sollen, sondern auch die Beschlüsse der Ausschüsse, und ob diese Bundesausschüsse Versammlungen abhalten sollen, in denen sie ihre Ansicht klarlegen. Ich neige dazu, ja zu sagen. Ich halte es für richtig, daß der Öffentlichkeit gezeigt wird, daß die Partei ein vielseitiges Leben hat und nicht nur von einem Gremium geleitet wird. Wenn Sie damit einverstanden sind, legen wir jetzt eine kurze Pause ein.

Mittagspause von 13.40 Uhr bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

VERANSTALTUNGEN DER BUNDESAUSSCHÜSSE

Adenauer: Es ist die Frage, ob wir, im Gegensatz zu unserer bisherigen Haltung, vor der Wahl unsere Ausschüsse bitten sollen, an die Öffentlichkeit zu treten, damit man von ihrer Arbeit Kenntnis bekommt. Herr Scharnberg sieht mich freundlich an; aber wir haben keinen Ausschuß für Wahlrechtsfragen, Herr Scharnberg. Vielleicht darf ich bitten, daß zunächst Herr Etzel das Wort nimmt.

Bericht des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik

Etzel: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Wir haben in Hamburg bereits den Beschluß gefaßt, noch einmal etwas Besonderes im Rahmen der Wirtschaftspolitik im Wahlkampf zu tun. In Hamburg selbst ist die Wirtschaftspolitik nicht behandelt worden. Das löste in Hamburg eine gewisse Kritik aus. Wir haben sie dadurch aufgefangen, daß wir sagten, wir wollen Mitte Juli irgendwo eine eigene Wirtschaftstagung abhalten, um zu den Problemen der Wirtschaft besonders Stellung zu nehmen.[60] Wir hatten dabei eine doppelte Absicht: Einmal waren wir der Meinung, daß es nützlich sein könne, die vielen Menschen, die sich in unserer Partei mit der wirtschaftspolitischen Arbeit beschäftigen, zusammenzuführen, um mit ihnen die Probleme zu diskutieren und um uns selbst noch einmal einen Rechenschaftsbericht zu geben.

Wir haben eine Arbeit gemacht, die Ihnen vorgelegt worden ist, über die Wirtschaftserfolge der CDU „Neun Jahre Wirtschaftspolitik der CDU".[61] Als ich das durchgelesen habe, war ich selbst erstaunt, manche Tatsachen festzustellen. Im Jahre 1948 haben wir für DM 100,– 26 Schweizer Franken kaufen können. Heute kaufen wir für DM 100,– 102 Schweizer Franken. Wir sollten uns also in irgendeiner Weise auf das getane Werk besinnen. Das ist aber nicht genug, sondern wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, noch zusätzliche Hinweise zu geben.

Wir haben unsere Wirtschaftspolitik mit den Worten Soziale Marktwirtschaft und Düsseldorfer Leitsätze in Hamburg im Jahre 1953 festgelegt. Wir haben eine Menge erreicht, aber wir haben nicht alles erreicht. Wir hören heute oft das spöttische Wort „vom Wirtschaftswunder", gegen das sich Erhard mit Recht wehrt. Wir müssen zugeben: Alle Dinge sind noch keineswegs so, wie wir sie als christliche Partei im wirtschaftlichen Sektor wünschen. Hier ist es also notwendig, irgendwelche Hinweise zu geben, und zwar auch als eine Reaktion auf die massierten Angriffe im wirtschaftlichen Sektor, die von der SPD und der FDP gegen uns geführt werden. Auch aus dem Unternehmerlager haben wir eine Menge Angriffe bekommen. In der Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer sind eine Menge

60 Am 18. Juli 1957 in Frankfurt (UiD vom 25. Juli; FAZ vom 18. Juli 1957).
61 Text in ACDP VII-004-070/1.

Angriffe enthalten.[62] Herr Erhard ist auf ihrer Tagung gewesen und hat manches dazu gesagt. Nach dem „Vorwärts" hat in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, deren Haupt unser Fraktionsfreund Franz Böhm[63] ist, der Geschäftsführer massive Angriffe gegen uns erhoben.[64] Dort heißt es, daß die CDU eine Gruppenpolitik betrieben habe.

Es scheint also notwendig zu sein, dagegen etwas zu tun. Wir sollten folgende Taktik anwenden und sagen: Wir haben gewisse Dinge vorgehabt. Von diesen Dingen haben wir einen großen Teil erfüllt. Wir haben große Erfolge erzielt. Aber acht Jahre haben nicht genügt, um nun alle Wünsche restlos zu erfüllen. Wenn wir aufgrund der dritten Wahl wieder zu einer Regierung kommen, dann haben wir sehr konkrete Vorstellungen über das, was noch getan werden muß.

Die Grundgedanken haben wir in der Ihnen vorliegenden Entschließung zur Wirtschaftspolitik niedergelegt. Dort heißt es:

„Nach der Beendigung der ersten Phase der Marktwirtschaft ..." (*Adenauer:* Der Sozialen Marktwirtschaft! Wir dürfen nicht von einer reinen Marktwirtschaft sprechen!) Einverstanden!

„Nach der Beendigung der ersten Phase der Sozialen Marktwirtschaft – Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung, Arbeit und Einkommen für jedermann – beginnt nunmehr die zweite Phase, in deren Mittelpunkt die Bildung von Eigentum in breitester Schicht stehen muß.

Voraussetzung für den Sparwillen der Bevölkerung ist eine stabile Währung. Ihre Kaufkraft zu erhalten, ist eine der vordringlichen Aufgaben der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft und damit die Erreichung der Vollbeschäftigung beruhte auf drei finanziellen Quellen: der privaten Spartätigkeit, der Finanzierung über die Betriebe, den öffentlichen Haushalten.

---

62 Denkschrift „Marktwirtschaft gegen Inflation" mit 12 Thesen, präsentiert auf der Jahreshauptversammlung vom 30. Mai bis 2. Juni 1957 (vgl. „Industriekurier" vom 1. Juni 1957; NL Böhm ACDP I-200-009).

63 Dr. Franz Böhm (1895–1977), Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht (1946–1962 Frankfurt), 1945/46 Minister für Kultus und Unterricht Groß-Hessen, 1948/49 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Direktor für Wirtschaft der Bizone bzw. ab 1949 beim Bundesminister für Wirtschaft, 1952 Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation für ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. Christine BLUMENBERG-LAMPE: Franz Böhm. In: BUCHSTAB/GOTTO S. 234–247. – Böhm war nicht im Vorstand der ASM, sondern nur im Beirat, außerdem Ehrenmitglied.

64 „Vorwärts" vom 28. Juni 1957: „Interessenten beherrschen die CDU". Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der ASM, Wolfgang Frickhöffer, hatte lt. „Vorwärts" gegen die CDU den schweren Vorwurf erhoben, „daß sie eine Politik der Gruppeninteressen betrieben hat". Frickhöffer hatte bereits in verschiedenen Vorträgen zur Wirtschaftspolitik Stellung genommen (z.B. am 30. März 1957 „Ist im industriellen Massenstaat eine Wirtschaftspolitik der Freiheit und Selbstverantwortung möglich?", am 19. Juni 1957 vor der ordentlichen Mitgliederversammlung der ASM „Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz im Wahljahr" – Materialien in NL Böhm ACDP I-200-008).

Wenn wir in der wirtschaftlichen Verflechtung der Welt unsere Stellung erhalten wollen, müssen wir mit einem steigenden Investitionsbedarf rechnen. Das erfordert eine steigende Spartätigkeit, die in der Verantwortung aller Schichten für das Ganze steht. Einkommen verpflichtet ebenso wie Eigentum, deshalb kann kein Bezieher von Einkommen sich in Zukunft der Erkenntnis entziehen, daß aus seinem Einkommen nicht nur sein laufender persönlicher Bedarf bestritten, sondern auch ein angemessener Beitrag zur volkswirtschaftlich notwendigen Kapitalbildung – damit aber auch zum Aufbau eigenen Vermögens und zur Sicherung der Familie und des eigenen Lebensabends – geleistet werden muß.

An den bewährten Finanzierungsquellen der Investition wird man auch in Zukunft im Interesse des Ganzen festhalten müssen, wobei bei der Bedeutung einer Bildung von Eigentum in breitester Schicht eine kräftige und zielbewußte Förderung der privaten Spartätigkeit und -möglichkeit nötig ist.

Zu fördern ist das langfristige Sparen in jeder Form unter Vermeidung jeglichen Dirigismus bei der Wahl der Sparanlage.

Von der Steuerpolitik muß die Spartätigkeit nicht nur im Wege von Prämien oder Steuervergünstigungen, sondern auch durch eine umfassende Steuerreform gestützt werden. Ziel dieser Reform muß neben der Vereinfachung der Steuergesetzgebung und einer Rationalisierung der Verwaltung eine Beseitigung all jener aus der Besatzungszeit überkommenen und noch nicht abgebauten Hemmnisse sein, die einer ausreichenden Bildung persönlichen Eigentums im Wege stehen und die volkswirtschaftlich optimale Kapitalverwendung verhindern. Voraussetzung für eine durchgreifende Steuerreform ist eine Neuordnung des Finanzausgleichs auf allen Ebenen."

Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik hat vor 14 Tagen 2 Tage lang in Luxemburg getagt und diese Entschließung festgelegt. Er kam zu der Feststellung, daß die Eigentumsbildung in einer merkwürdigen Weise erfolgt ist, die wir auf die Dauer nicht hinnehmen können. Die Eigentumsbildung liegt zu 40 % bei der öffentlichen Hand, 40 % gehen über die Selbstfinanzierung und nur 20 % über den sozialen Sektor. Hier müssen wir neue Wege suchen und sehen, daß dieser Anteil größer wird. Es kann nichts Umstürzendes passieren. Selbstverständlich wird die öffentliche Hand große Aufgaben haben, und es wird auch ein Teil über die Selbstfinanzierung gehen, aber das Verhältnis von 40 : 40 : 20 muß verschoben werden auf, sagen wir, 30 : 30 : 40.

Wir können nicht leugnen, daß wir eine gewisse leichte Entwertung haben. Herr Arnold hat in Dortmund auf diesen Tatbestand hingewiesen und gesagt: In der Relation zu den anderen sind wir am besten davongekommen. Wenn heute jemand einen Bausparvertrag schließt, ist es nicht schön, nun zu wissen, daß bei der Auszahlung die Baupreise inzwischen wieder gestiegen sind.

Dann haben wir von der Neuordnung des Finanzausgleichs und von einer Steuerreform gesprochen. Über alle diese Dinge wollen wir in unserer Tagung in Frankfurt sprechen. Vorher wollen wir noch mit Herrn Schäffer reden.

Adenauer: Ich darf, obwohl es – strenggenommen – nicht zur Sache gehört, an

Ihre ersten Worte anknüpfen, Herr Etzel, und zwar über die Versammlung unter dem Bundestagsabgeordneten Dr. Böhm. Wir haben neulich in einem kleinen Kreise der Bundesgeschäftsstelle gesagt, wie schlecht unser Statut ist, weil es nicht gestattet, gegen Mitglieder der Partei vorzugehen, die sich gegen die Parteiinteressen gröblich versündigt haben. (*Etzel:* Herr Böhm ist nicht dabeigewesen; das hat sein Geschäftsführer Sabaß[65] gemacht.) Dann war es Herr Sabaß. Aber der Name tut nichts zur Sache. Das ist das eine Beispiel.

Das zweite Beispiel – schade, daß Herr Storch nicht mehr da ist – ist folgendes: Herr Storch hat in Genf Ausführungen gemacht, die nach Zeitungsberichten so sind, daß sie in direktem Gegensatz zu unserer Auffassung stehen.[66]

Das dritte Beispiel – schade, daß Herr Gerstenmaier nicht mehr da ist – ist folgendes: Herr Gerstenmaier hat in Berlin eine Rede gehalten, die einfach unmöglich ist in außenpolitischer Beziehung.[67] (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Wenn jemand, der sich gerne gedruckt sehen will, so in freier Wildbahn einfach drauflosredet, und zwar ohne jede Parteidisziplin, so ist das eine völlig unmögliche Sache. Ich habe den Herren auf der Bundesgeschäftsstelle gesagt, wir können vor den Wahlen nicht mehr das Statut ändern. Das kann nur ein Parteitag machen. Aber sobald wir die Wahlen hinter uns haben, müssen wir das Statut ergänzen im Sinne einer größeren Straffung und Zusammenfassung. So geht das nicht weiter!

Heute möchte ich Sie bitten, einen Beschluß zu fassen, daß alle Mitglieder der Partei aufgefordert werden, in kritischen Angelegenheiten Parteidisziplin zu wahren. Wenn jemand glaubt, es nötig zu haben, abweichende Meinungen zu sagen, dann soll er sich gefälligst vorher mit dem engeren Vorstand in Verbindung setzen. So aber ist das einfach unmöglich; denn so wird Wasser auf die Mühlen der Gegner geleitet, und man wird sagen: Da seht ihr diese Partei! (*Gurk:* Wird das den Herren zur Kenntnis gebracht?) Wenn Sie mich beauftragen, will ich das gerne tun.

Dichtel: Man kann auch nicht sagen, der Herr Böhm war nicht anwesend. Wenn er der verantwortliche Mann ist, dann gehört es zu seinen Dienstobliegenheiten, sich

---

65 Wilmar Sabaß (1902–1980), 1930–1939 Mitglied der Geschäftsführung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e.V. in Gleiwitz (Oberschlesien), 1945–1946 Bergbausachverständiger in München, 1946–1947 Verbindungsmann zur North German Coal Control in Gelsenkirchen-Buer, 1948–1950 Abteilungsleiter bei der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus in Essen-Heisingen, 1950 Leiter der Geschäftsstelle Bonn der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, 1952 Stadtverordneter in Bonn, 1953–1957 MdB (CDU). – Gemeint ist vermutlich Frickhöffer (vgl. Anm. 64).

66 Vermutlich bei der 40. Internationalen Arbeitskonferenz der UN, die am 27. Juni 1957 abgeschlossen wurde.

67 Gerstenmaier, der die Vorstandssitzung bereits verlassen hatte, hatte in einer Rede am 29. Juni 1957 vor dem RCDS an der FU Berlin zur letzten Note der Sowjetunion Stellung bezogen und sie u.a. als „in ihrem aggressiven Ton befremdlich" und als einen „Versuch plumper Wahlbeeinflussung" bezeichnet. Auf die Kritik Adenauers reagierte er in scharfer Form am 4. Juli 1957 schriftlich unter Hinweis auf seine Ausführungen (vgl. ACDP VII-002-280).

über das Konzept seines Geschäftsführers zu orientieren. Wenn er es nicht getan hat, dann hat er zumindest grob fahrlässig gehandelt.

Adenauer: Sie beauftragen mich also, diese Erklärung den Herren schriftlich zukommen zu lassen.

Herr Etzel, nun zu Ihrem Programm! Ich vermisse da den Mittelstand. Sie haben kein Wort vom Mittelstand gesagt. (*Etzel:* An sich ist es vorgesehen; aber wir machen noch einen eigenen Mittelstandstag[68].) Das wird aber vermißt. (*Etzel:* In einem zweiten Papier haben wir mehr gesagt!) Kommt denn da der Mittelstand auch dran? (*Etzel:* In einer Entschließung zur Wirtschaftspolitik, über die in Hamburg gesprochen worden ist, steht das drin![69])

Ich möchte Ihnen empfehlen, Herr Etzel, zu überlegen, ob Sie den ganzen Tenor der Sache nicht anders fassen können. Hier geht der Tenor der ganzen Geschichte über in eine Kritik des bisher Geschehenen, wenn es auch eine sanfte Kritik ist. Man sollte sich nie selbst öffentlich kritisieren; denn dazu ist kein Mensch verpflichtet. Man kann es aber auch anders ausdrücken. Ich habe es gestern versucht in dem Saunabad von Dortmund. Ich höre, daß es dort 50 Grad Hitze waren. Ich habe gesagt: Es war zuerst unsere Verpflichtung, für ausreichende Arbeitsplätze zu sorgen. Deswegen mußten wir, koste es, was es wolle, die großen Unternehmungen wieder in Gang bringen. Dann handelte es sich darum, die wirklich Schwachen zu unterstützen. Das haben wir auch getan. Das waren, weil man nicht alles auf einmal machen kann, die vordringlichsten Probleme, die zuerst angefaßt werden mußten. Jetzt kommen die anderen Probleme. Wenn Sie sich das überlegen und wenn Sie es so ähnlich ausdrücken, dann sieht die Sache anders aus. Wenn Sie z.B. sagen, wir haben 40 : 40 : 20 für Investitionen vereinbart, dann ist das eine herbe Kritik. Ich spreche jetzt nicht über die Frage, ob das berechtigt ist oder nicht, sondern nur darüber, wie wird das sich beim Wahlkampf auswirken? Das ist doch das Entscheidende! Wenn Sie eine Großveranstaltung machen wollen, möchte ich bitten, sich zu überlegen, ob Sie es nicht in einer etwas anderen Modulation machen, damit niemand sagen kann: Was Sie bisher gemacht haben, war doch nicht hundertprozentig richtig.

Die meisten haben bisher vom Wirtschaftswunder gelebt; ich meine politisch, nicht physisch. Ich habe es nie getan, sondern immer meine eigenen Gedanken dabei gehabt. Aber man muß auch seine Gedanken einmal für sich behalten. Ich bitte Sie also, formulieren Sie etwas anders. Sie kommen damit zum gleichen Ergebnis; im Gegenteil, Sie kommen zu einem besseren Ergebnis.

Etzel: Ich bin ganz Ihrer Meinung. Vielleicht bin ich mißverstanden worden, wenn ich gesagt habe 40 : 40 : 20, um deutlich zu machen, worauf es uns ankommt. Es ist

---

68 Nicht zu ermitteln.

69 Druck: CDU, 7. Bundesparteitag S. 218: „Die CDU will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten. Sie fordert deshalb die Fortsetzung und Sicherung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft ...".

nicht so gedacht. Wir wollen nach außen sagen: Zwei Regierungen unter Adenauer reichten nicht aus, um alles zu erreichen. In der dritten Regierung werden wir in eine neue Phase vorstoßen. Wir wollen das aber nicht als Forderung sagen, sondern als realen Willen ausdrücken. Und dieser reale Wille ist, durch eine Änderung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern überhaupt die Tür zu öffnen, um diesen Weg zu einer Eigentumsbildung auch steuerlich zu ermöglichen. Das ist die Voraussetzung, ohne die es nicht geht.

Adenauer: Die Forderung nach der Eigentumsbildung unterschreibe ich hundertprozentig, aber denken Sie bitte daran, wie früher Eigentum gebildet wurde. Dazu bedurfte es jahrelanger Spartätigkeit. Deswegen würde ich, namentlich bei unserer nervösen Zeit, nicht sagen, jetzt beginnt die zweite Phase, in deren Mittelpunkt die Bildung von Eigentum für breiteste Schichten steht. Nehmen Sie mir das bitte nicht übel, aber das ist mißdeutig. Das Prinzip ist richtig, aber Sie dürfen nicht sagen: Das ist der Mittelpunkt der kommenden vier Jahre. Ich würde Sie also, Herr Etzel, bitten, bei der ganzen Sache den ethischen Gehalt des Sparens stärker zu betonen. Die Entsagung und der Verzicht auf den augenblicklichen Genuß ist für mich mindestens soviel wert, wie etwas auf die Sparkasse zu tragen. Deswegen bitte ich Sie, das Problem noch einmal nach den Gesichtspunkten zu überprüfen, die ich eben genannt habe.

Ich fasse zusammen: 1. Auch der Böswilligste darf daraus nicht eine Kritik unseres bisherigen Vorgehens herauslesen. 2. Stellen Sie das Sparen nicht in den Mittelpunkt der nächsten vier oder acht Jahre; denn das Sparen ist eine langsam wirkende Sache. Betonen Sie aber bitte den ethischen Wert des Sparens. 3. Denken Sie bitte an den Mittelstand.

Hellwig: Dieser Text, der Ihnen vorgetragen worden ist, ist nur die Ergänzung, die in einer Sitzung nach Hamburg noch erarbeitet wurde zu dem Entwurf, den Ihnen der Wirtschaftspolitische Ausschuß vor Hamburg vorgelegt hat. In dieser Entschließung für Hamburg wurden unter den Gesichtspunkten Eigentumsbildung, Verkehrspolitik, Strukturpolitik, Gemeinsamer Markt usw. eine Reihe von wichtigen Dingen zusammengestellt, die auch Gegenstand der Beratung auf der Tagung in Frankfurt sein werden. Unter den strukturpolitischen Maßnahmen ist das Mittelstandsproblem enthalten. Unsere Mittelstandsfreunde haben sich hier der Eingliederung unter dem Gesichtspunkt einer gesellschaftspolitischen Struktur angeschlossen. Es müssen also die beiden Entwürfe zusammengesehen werden. Es sind allerdings keine abschließenden Formulierungen.

Ich möchte einige Zahlen zum Wohnungsbau nennen. Der Anteil der Einfamilienhäuser und der Kleinsiedlungsbauten im Sozialen Wohnungsbau ist von 35 % auf über 41 % in vier Jahren gestiegen. (*Adenauer:* Im letzten Jahre waren es 27 %. Ich habe mir am Samstag diese Ziffern geben lassen.) Ich lasse es nachprüfen, Herr Bundeskanzler, wir haben wohl die gleichen Unterlagen. Auch der Anteil der privaten Bauherren ist ebenfalls von Jahr zu Jahr gewachsen. Es ließe sich also hier einiges zur Eigentumsbildung in den letzten Jahren sagen. Was aber im Zentrum der ganzen Auseinandersetzung stehen muß, das ist das Gewerberecht, das Steuerrecht und das

Gesellschaftsrecht. Leider ist bei uns der Weg für eine Steuerreform in den letzten Jahren verschlossen gewesen, da wir an verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten des Grundgesetzes nicht vorbeigehen können. Es ist heute so, daß bei den Steuern jeweils der Besitzstand einer bestimmten Gebietskörperschaft gilt. Die Umsatzsteuer, die Zölle usw. bilden den Besitzstand des Bundes; die Einkommen- und Körperschaftsteuern sind der Besitzstand der Länder; die Gewerbesteuer ist der Besitzstand der Gemeinden. Jede Reform, die nur an einer Steuer ansetzt, stößt natürlich auf den Widerstand und das Veto derjenigen Gebietskörperschaft, für die diese Steuer die Hauptbasis ist. Wenn man nicht gleichzeitig den Finanzverbund dieser Dinge mit anfaßt, wird man nie die Zustimmung derjenigen Gebietskörperschaft haben, bei deren Steuern eine wirkliche Reform stattfinden soll. Das muß an den Anfang unserer Steuerreformerwägungen gestellt werden; das sollte auch in Frankfurt geschehen.

In Hamburg haben wir 1953 ein umfangreiches Programm ausgearbeitet. Wir waren bemüht, Schäden dort ausfindig zu machen, wo man den Anschluß an die Marktwirtschaft nicht erreicht hat. Jetzt kommt es darauf an, die gesellschaftspolitischen Linien, das gesellschaftspolitische Leitbild, in den Vordergrund zu stellen und diesem Leitbild die konkreten Maßnahmen in der Finanz- und Steuerpolitik unterzuordnen.

Die anderen Parteien haben mehr oder weniger substanzlose Forderungen, die praktisch nicht zu konkretisieren sind; sie fordern nur: Schluß damit! Aber sie bringen nichts Tragendes. Wir müssen diese Chance ausnutzen und an die Öffentlichkeit treten. Wir denken uns den Ablauf so, daß im Rahmen dieser Tagung eine Zusammenkunft mit der Wirtschaftspresse und der Tagespresse stattfindet. Dort werden wir mehr Resonanz haben, wenn ich daran denke, wie enttäuscht die Presse war über das Wenige, was ihnen die anderen Parteien auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik für den Wahlkampf vorgelegt haben. Die Leute warten geradezu darauf, Material zu bekommen. Diese Chance sollten wir ausnutzen.

Adenauer: Ich habe den Kollegen Etzel mißverstanden. Ich hatte geglaubt, daß dieser Entwurf, den wir heute bekommen haben, die Grundlage sei. Das ist nunmehr korrigiert worden. Ich habe hier die Hamburger Beschlüsse. Und wenn ich die beiden zusammenhalte, dann warne ich Sie vor einem: Machen Sie nicht soviel auf einmal! Sie haben hier so viele Themen angeschlagen, daß das kein Mensch verdauen kann. Sie wirken damit auch nicht in der Öffentlichkeit. Sie müssen sich einzelne Sachen aus den Hamburger Beschlüssen herausnehmen und die voranstellen. Ich würde Sie bitten, die Finanz- und Steuerpolitik nicht als ersten Punkt herauszustellen; denn sonst wird von der großen Masse der Bevölkerung gesagt: Aha, jetzt kommen sie wieder mit den Steuern! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in den beiden ersten Bundestagssessionen zu viele Millionäre entstanden sind. Wir müssen dafür sorgen, daß das nicht mehr vorkommt. Das habe ich neulich auch schon dem Herrn Schäffer gesagt. Ich möchte nicht mehr so viele Millionäre entstehen sehen wie in den vergangenen acht Jahren. Das war damals vielleicht nötig; aber einmal muß es aufhören. Ich würde empfehlen, weniger zu sagen, aber in der richtigen Reihenfolge. Bedenken Sie folgendes: Herr

Wehking hat schon eingeladen zu einer ähnlichen Tagung für die Landwirtschaft. Sie hatten die Freundlichkeit, auf Ihr Programm zu setzen, daß Sie einen Empfangsabend veranstalten wollen. Aber ich weiß nichts davon, und ob ich in Frankfurt sein kann, um einen Empfangsabend mitzumachen, das halte ich nicht für gut möglich. Lieber Herr Etzel, ich muß mit meinen körperlichen und geistigen Kräften vorsichtig umgehen!

Etzel: Das hat Herr Wehking gesagt, nicht ich! Ich habe mit Ihnen in Hamburg darüber gesprochen. Sie haben mir gesagt: Ich komme. Herr Globke hat mir schriftlich bestätigt, daß Sie kämen. Dann hat er mir vor acht Tagen geschrieben, Sie kämen nicht. Daraufhin haben wir die Sache abgesetzt. Wir nehmen selbstverständlich auf Sie Rücksicht.

Adenauer: Herr Etzel, ich gehöre nicht mehr zur jungen Generation. Ich habe bis zur Bundestagswahl noch 40 Reden zu halten. Und wenn ich rede, dann schließen sich immer noch Gott weiß was für Besprechungen an. Das ist sehr unangenehm und anstrengend. Außerdem scheint es ein heißer Sommer zu werden. Deswegen bitte ich Sie, mich richtig zu verstehen. (*Etzel:* Ich habe sofort Herrn Globke gesagt: Ich bin einverstanden!) Ich danke Ihnen sehr. Ich schlage nun vor, zu den Vorträgen der Herren Etzel und Hellwig Stellung zu nehmen. Ich würde vorschlagen, das Ganze etwas zu konzentrieren; ich glaube, man wird damit noch mehr Erfolg haben.

Etzel: Wir können grundsätzlich durchaus damit einverstanden sein. Es war nicht unsere Absicht, noch allzuviel zu tun. Wir hatten ursprünglich, in der Annahme, daß Sie da wären, etwas anders disponiert. Nunmehr haben wir aber umdisponiert. Es handelt sich nicht nur um eine Veranstaltung der CDU, sondern auch der CSU. Ich bin mit Herrn Seidel einig. Wir werden ein Gesamtbild geben. Das Gesamtbild soll zunächst eine Leistungsschau sein. Wir werden sagen, was wir erreicht haben. Alles konnten wir nicht erreichen. Die Idee über die Millionäre ist auch unsere Idee. Wir werden von einer zweiten Phase sprechen, von einer breiten Eigentumsbildung; und dazu müssen wir sachlich etwas sagen. Wir wollen einen Weg weisen. Dieser Weg ist die Änderung des Finanzausgleichs. Wir wollen eine Basis für eine breite Eigentumsbildung geben, ohne die Größenrate der Investitionen zu verkleinern. Wenn sie größer wird, müssen auch andere Leute daran partizipieren, z.B. der Mittelstand usw. Aber wir brauchen diese Besteuerung. Das ist unser gesellschaftspolitisches Anliegen. Wir müssen als CDU noch einen besonderen Akzent schaffen. Und das wollen wir mit dieser Wirtschaftstagung erreichen.

Adenauer: Sie sind damit einverstanden! Dann kommen wir zum Programm des Bundesausschusses für Agrarpolitik. Das Wort hat Herr Wehking.

Bericht des Bundesausschusses für Agrarpolitik

Wehking: Wir wollen ähnlich wie der Wirtschaftspolitische Ausschuß eine Veranstaltung aufziehen. Wir sind dazu veranlaßt worden durch das Verhalten der anderen Parteien. Die Sozialdemokratische Partei hat bereits im April eine solche Tagung durchgeführt. Das gleiche haben die DP und die FDP getan. Der Vorsitzende des

Agrarpolitischen Ausschusses der FDP, der Landwirtschaftsminister Effertz[70] aus Nordrhein-Westfalen, hat das Agrarprogramm der FDP entwickelt. Es ist interessant, daß in der „Deutschen Bauernzeitung" dieses Programm groß überschrieben wird mit „Hauptforderung: Kostendeckende Preise".[71] Es ist die Aufgabe der CDU, auf dieser agrarpolitischen Tagung nachzuweisen, daß sich die Wünsche der FDP nicht mit den agrarpolitischen Forderungen des Landwirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen decken.

Wir haben unsere Tagung in Köln, weil Köln verkehrsmäßig sehr günstig liegt. Der Herr Bundeskanzler wird die Tagung eröffnen und bekunden, daß die Landwirtschaft in der CDU nicht das fünfte Rad am Wagen ist, sondern daß sie einen guten und echten Platz in der gesamten Wirtschaftspolitik hat. Anschließend wird Herr Lübke über das Thema „Vier Jahre Verantwortung" sprechen. Im zweiten Vortrag wird Herr Lücker[72] von der CSU mit der Agrarpolitik der anderen Parteien abrechnen, und zwar mit dem Thema „Agrarpolitik, wie sie nicht sein darf". Er wird die Propagandaanträge der SPD, FDP und DP des letzten halben Jahres in das richtige Licht rücken. Herr Struve hat den Vortrag übernommen „Was die Landwirtschaft vom neuen Bundestag erwartet". Als letzter wird Herr Bauknecht über das Thema „Einbau der deutschen Landwirtschaft in die europäische Wirtschaft" sprechen. Am Schluß werden der Presse neun Referate übergeben, wobei die Presse Fragen stellen kann und soll.

Das Programm ist Ihnen zugeleitet worden. Es ist aufgrund des Vorschlags des Herrn Bundeskanzlers so kurz wie möglich gehalten. Es ist ausgearbeitet worden in Zusammenarbeit zwischen den Herren Lübke, Bauknecht, Struve und mir. Es besagt an sich nicht viel Neues, sondern baut auf dem Agrarprogramm des Bundesparteitages vor vier Jahren in Hamburg auf. Ich meine aber, daß ein Wort in diesem Programm gestrichen werden soll, und zwar in der dritten Zeile das Wort „gradlinig". Es ist nach meiner Meinung klug, wenn wir dieses Wort streichen, denn das kann doch heißen, als ob wir überhaupt nichts ändern wollten. Wir müssen aber hier etwas beweglich sein. Die Entschließung zur Agrarpolitik lautet wie folgt:

„Die CDU setzt ihr Agrarprogramm, das mit dem Landwirtschaftsgesetz und den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur erfolgreich eingeleitet wurde,

---

70 In der Vorlage: Efferenz(?). – Dr. Josef Effertz (1907–1984), 1954–1961 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1956–1958 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (in dieser Funktion im Bundesrats-Ausschuß), 1961–1968 MdB.

71 „Deutsche Bauernzeitung" vom 13. Juni 1957: „Hauptforderung: der kostendeckende Preis" (Bericht über die agrarpolitische Tagung der FDP in Celle am 7. Juni, unmittelbar nach dem Parteitag der FDP vom 5./6. Juni 1957 in Hamburg). – Die SPD legte ihr „Landprogramm" schon am 24. November 1956 in Bad Vilbel vor (ausführlicher Bericht in „Deutsche Bauernzeitung" vom 29. November 1956). – Die DP hatte ihren Bundesparteitag vom 27. bis 29. Mai 1957 in Hamburg (Wahlprogramm mit Entwürfen in NL Kalinke ACDP I-026-003/3 und 005/6).

72 Hans-August Lücker (geb. 1915), 1947–1953 stv. Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands, 1953–1980 MdB (CSU), 1958–1984 MdEP (1969–1975 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Fraktion, seit 1975 Vizepräsident).

gradlinig fort. Das dem eigenen Boden verbundene Bauerntum ist ein Grundpfeiler des sozialen und geistigen Lebens unseres Volkes und die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil unserer Volkswirtschaft.

Mit dem Landwirtschaftsgesetz wurde ein Grundgesetz geschaffen, das die Gleichstellung der Landwirtschaft mit den anderen Gruppen der Volkswirtschaft anstrebt. Die Grünen Berichte lassen nicht nur die hohe landwirtschaftliche Erzeugungs- und Produktivitätssteigerung, sondern auch die umfangreichen Förderungsmaßnahmen des Bundes erkennen. Mit den beiden Grünen Plänen wurden beträchtliche Mittel für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und die Angleichung des Lebensstandards der bäuerlichen Bevölkerung an die vergleichbaren Berufsgruppen zur Verfügung gestellt.

Das Ziel des Landwirtschaftsgesetzes, für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen einen der übrigen Volkswirtschaft gleichkommenden Lohn zu schaffen, läßt sich nur erreichen, wenn die gesamte Wirtschaftspolitik auf die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft Rücksicht nimmt.

Um der Landwirtschaft diesen aus natur- und wirtschaftsbedingten Gründen bisher nicht erreichten Anschluß an die Gesamtwirtschaftsentwicklung zu ermöglichen, zugleich auch die große Zahl der bäuerlichen Betriebe im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt voll wettbewerbsfähig werden zu lassen, sind durch Stärkung der bäuerlichen Selbsthilfe zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen agrarpolitische Förderungsmaßnahmen mit Hilfe der Allgemeinheit notwendig. Die besondere Sorge für die Landbevölkerung hat dabei der wirtschaftlichen und sozialen Festigung der bäuerlichen Betriebe, insbesondere den Familienwirtschaften, zu gelten. Als solche Maßnahmen sieht die CDU vordringlich an:

1. Das Landwirtschaftsgesetz muß in allen seinen Zielsetzungen konsequent durchgeführt werden.

In der Lohn- und Preisentwicklung muß mit Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse auf Stabilität und Ausgleich hingewirkt werden. Der landwirtschaftlichen Erzeugung müssen Preise ermöglicht werden, die unter Anlegung rationeller Maßstäbe den Kosten gerecht werden und einen den übrigen Wirtschaftsbereichen gleichkommenden Arbeitsentgelt ermöglichen.

Die Steuerpolitik von Bund und Ländern sowie die allgemeine Wirtschaftspolitik müssen auf Senkung der Betriebskosten ausgerichtet sein.

Zur Rationalisierung der Betriebe und zur sinnvollen Mechanisierung zwecks Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsentlastung der Bäuerin ist die Technisierung der Feld-, Hof- und Hausarbeit einschließlich gemeinschaftlicher Einrichtungen und durch Elektrifizierung stärker zu fördern sowie steuerlich zu begünstigen.

2. Die Verbesserung der Agrarstruktur ist durch Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Aussiedlung aus beengter Dorflage, Wegebau sowie Verbesserung der Boden- und Wasserwirtschaftsverhältnisse beschleunigt und mit genügend großen finanziellen Mitteln von Bund und Ländern weiterzuführen.

3. Zur ausreichenden Versorgung der Landwirtschaft mit mittel- und langfristigen

Krediten zu tragbaren Zinssätzen ist der Kapitalmarkt entweder von allen staatlichen Lenkungsmaßnahmen zu befreien oder sind durch kredit- und steuerpolitische Maßnahmen zur Kredithergabe, notfalls durch die öffentliche Hand, die Zinsverbilligungsaktionen entsprechend wirksam zu gestalten.
4. Die Marktordnungsgesetze müssen aufrechterhalten und so angewandt werden, daß sie für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den Märkten sorgen und angemessene, die Erzeugungskosten deckende Preise sichern.
Durch eine abgewogene Zoll- und Handelspolitik muß die Einfuhr von Nahrungsgütern zeit- und mengenmäßig der inländischen Erzeugung angepaßt werden.
5. Auf die Förderung des ländlichen Volks- und Berufsschulwesens, der Heimvolkshochschulen, der Fachausbildung und der Wirtschaftsberatung ist entscheidendes Gewicht zu legen.
6. Die ländliche Arbeitsverfassung ist so zu gestalten, daß ein wirtschaftlich und sozial gesunder Landarbeiterstand erhalten bleibt. Der Bau von Landarbeiterwohnungen und -eigenheimen und die Freimachung zweckentfremdeter Werkwohnungen ist dringend notwendig. Die Förderungsmaßnahmen sollen die Umstellung auf ständige, verheiratete Arbeitskräfte begünstigen.
7. Die sofortige Verabschiedung des von der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages eingebrachten Gesetzes zur Alterssicherung für Landwirte mit staatlicher Hilfeleistung ist unbedingt erforderlich."

Adenauer: Ich danke Ihnen, Herr Wehking. Ich darf Herrn Etzel noch eine Frage stellen. In dem Agrarprogramm für 1957 ist unter Ziffer 2 folgendes gesagt:

„Die Verbesserung der Agrarstruktur ist durch Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Aussiedlung aus beengter Dorflage, Wegebau sowie Verbesserung der Boden- und Wasserwirtschaftsverhältnisse beschleunigt und mit genügend großen finanziellen Mitteln von Bund und Ländern weiterzuführen."

Das halte ich für zu weitgehend, ja, für falsch. Wir können nicht alles machen. Sie haben übrigens nichts vom Kapitalmarkt gesagt. (*Etzel:* Es steht drin!) Wo steht es? (*Etzel:* Dieser Teil des Agrarprogramms ist unter Ziffer 3 behandelt.)

Hellwig: Wir haben mit Absicht das Wort „Kapitalmarkt" vermieden, sondern haben alle die Maßnahmen behandelt, deren Wirkung den Kapitalmarkt betreffen, weil wir nicht wollen die Gleichsetzung der Wirtschaftspolitik der CDU mit dem Kapitalmarkt ...

Adenauer: Aber das ist doch einer der Fehler dafür, daß unser Kapitalmarkt kaputtgeht. (*Hellwig:* Darin sind wir uns völlig einig!) Dann sagen Sie es doch, daß der Bund eine Kredit- und Zinsverbilligungspolitik mit der Bank Deutscher Länder unter allen Umständen treiben muß. (*Etzel:* Herr Bundeskanzler, Sie können beruhigt sein!) Jetzt muß ich Sie gegen die Bundesregierung scharfmachen!

Etzel: Das steht unter Ziffer 3: Sondervergünstigungen sind nur dort anzuerkennen, wo dadurch die Selbsthilfe für diejenigen angeregt wird, die den Anschluß an die Marktwirtschaft noch nicht erreicht haben oder bei denen dies sozial gerechtfertigt ist.

Der Kapitalmarkt hat den Anschluß an die Marktwirtschaft nicht erreicht.

Adenauer: Glauben Sie, daß der einzelne etwas darunter versteht? (*Etzel:* Das ist die Basis für die Diskussion in Frankfurt!) Sie werden also die Frage des Kapitalmarktes ansprechen? (*Etzel:* Ja! Auch in Luxemburg haben wir einen ganzen Tag der Frage des Kapitalmarktes gewidmet. Wir haben dann diese Lösung gefunden.) Herr Etzel! Wir können nicht einen Kapitalmarkt schaffen für die Landwirtschaft, einen Kapitalmarkt für den Mittelstand, einen Kapitalmarkt für die Großindustrie. Die Frage des Kapitalmarktes muß generell besprochen werden. Deswegen muß es auf die Tagesordnung Ihrer Sitzung kommen, und zwar expressis verbis, verehrter Herr Etzel! Sie sind doch sonst nicht so scheu. Aus bloßer Angst vor Herrn Erhard ... (*Hellwig:* Im Gegenteil, der ist dafür, für die Gesundung des Kapitalmarktes. – *Etzel:* Wir haben die Koordinierung der Wirtschaftspolitik nicht hingekriegt. Wir haben da schwere Fehler gemacht. Das dürfen wir einmal in aller Bescheidenheit feststellen.) Darüber bin ich mir schon lange klar. Aber da wir doch so große Unternehmer unter uns haben, was soll ich da immer reden.

Wir kommen zum Wahlprogramm der Jugendpolitik.

Bericht über das Jugendprogramm

Meyers: Das Programm unterscheidet sich von den bisher vorgetragenen Programmen dadurch, daß es nicht von einem Ausschuß der CDU erarbeitet worden ist.[73] Es hat sich vielmehr ein Jugendbeirat[74] gebildet, bestehend aus Vertretern der Jungen Union und Vertretern aller anderen Jugendverbände, und zwar war der Sinn dieses Beirates, einmal mit diesen Jugendverbänden ins Gespräch zu kommen und ihre Arbeit gegen die CDU auszuschalten.

Wir haben dieses Programm Frau Rehling noch vor dem Hamburger Parteitag, also vor ihrem Referat, zuschicken können. Es wäre vielleicht zu empfehlen, dieses Programm, das Ihnen vorliegt, im „Deutschen Monatsblatt" abzudrucken. Damit würde der Zweck dieses Programms erreicht sein. Als der Jugendbeirat anfing, über Bundestagsabgeordnete zu sprechen, habe ich gesagt, wir wollen uns nach der Bundestagswahl wieder treffen. Ich habe nicht den Sinn darin gesehen, über Kandidaten zu sprechen. Das hat er auch geschluckt. Wir könnten aber dieses Programm im „Deutschen Monatsblatt" veröffentlichen.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden. – Dann können wir diesen Punkt der Tagesordnung verlassen und kommen zum Schmerzenskind, der Saar.

---

73 „Die CDU und die Jugend. Programmatische Richtlinien für eine zielbewußte Jugendpolitik." Druck: „Informationen der Jungen Union Deutschlands" 5.Jg. (August 1957) S. 14.

74 Zusammensetzung November 1957: Meyers (Vorsitzender), Stoltenberg (stv. Vorsitzender), Kemmer sowie 15 Mitglieder (Liste in ACDP VII-004-042/1).

BERICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG AN DER SAAR

Reinert[75]*:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf zum Verständnis voraussetzen: Der Saar-Landtag, der zwei Monate nach der Abstimmung am 18. Dezember 1955 gewählt worden ist, besteht aus 50 Abgeordneten, wovon – nach zwei Übertritten zu anderen Parteien – die Mandate wie folgt entfallen: 16 CDU, 13 Demokratische Partei, 11 CVP, 8 SPD und 2 KPD. Unter der Leitung von Dr. Ney wurde eine Heimatbundkoalition geschaffen aus CDU, DPS und einem SPD-Abgeordneten, die bis zum 13. Dezember des vergangenen Jahres bestanden hat. Kurz vorher war die DPS mit ihren beiden Ministern ausgeschieden. Seitdem bestand eine latente Krise. Das Kabinett ist nicht aufgefüllt worden. Es erlitt einen weiteren Verlust durch den Professor Blind[76] am 1. April. Wenige Tage zuvor trat die Regierung zurück. Sie hat dann als geschäftsführendes Kabinett die Geschäfte weitergeführt. Inzwischen wurde nach einem fehlgeschlagenen Auftrag an Dr. Ney, eine Viererkoalition unter Einschluß der CVP zu bilden, Dr. Röder von der CDU beauftragt, eine Regierung zu bilden und gleichzeitig damit das brennende Problem über die Einigung des christlichen Lagers einer Lösung zuzuführen.

Die CVP hatte vier Wochen nach der Abstimmung im Jahre 1955 auf ihrem Landesdelegiertentag den Beschluß gefaßt, die Politik der Eingliederung des Saarlandes in die deutsche Bundesrepublik mitzumachen. Eine entsprechende Erklärung ist Ende Januar 1956 von der Fraktion der CVP abgegeben worden. Es ist festzustellen, daß die CVP diesem Eingliederungsgesetz zu keiner Stunde irgendwie einen Widerstand entgegengebracht hat; im Gegenteil, sie hat loyal diesen Prozeß der Eingliederung mitgemacht. Es sind dann sehr bald die Bestrebungen der CVP und der CDU laut geworden, irgendwie zu einer organisatorischen Einigung zu kommen. Es haben sich auch Gruppen im Lande zu einer christlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengetan, um auch außerhalb des politischen Raumes Wege zueinander zu suchen.[77]

Zunächst hatte die CVP mit dem Zentrum eine Absprache getroffen, die aber dann wieder aufgegeben wurde, als Werturteile über die 5%-Klausel ergingen, bei der das Zentrum keine Aussicht hat – auch nicht in Verbindung mit der CVP –, im Bundesgebiet wirksam werden zu können. Dann hat sich die CVP an die CSU gewandt. Diese Gespräche sind mitten im Gange. Sie sind damit zu erklären, daß eben alle anderen Versuche, im Hinblick auf die Bundestagswahl zu einer organisatorischen Einigung zu gelangen, nicht Gestalt gewinnen konnten.

---

75 Dr. Egon Reinert (1908–1959), 1956–1959 MdL Saar (CDU), 1956–1957 Minister für Justiz sowie Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1957–1959 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Saar, 1957–1959 Ministerpräsident (1959 auch Justizminister). – Reinert stand seit dem 4. Juni 1957 einer Regierung von CDU (5 Posten), DPS (3) und SPD (2) vor.

76 In der Vorlage: Inde(?). – Dr. Adolf Blind (geb. 1906), Professor für Volkswirtschaft (1952 Universität Saarbrücken, 1957 Frankfurt); 1955–1957 Minister für Finanzen und Forsten (parteilos). – Vgl. SCHMIDT 3 S. 375 Anm. 6.

77 SCHMIDT 3 S. 285–290, 442–505, 559–626; vgl. auch Frank DINGEL: Die Christliche Volkspartei des Saarlandes. In: STÖSS 1 S. 719–765, hier S. 739–750.

Wir haben in diesem Raum am 18. Mai mit dem Vorsitzenden unter der Leitung des Herrn Bundeskanzlers eingehende Besprechungen gehabt.[78] Damals schien es so zu sein, als ob sich eine Koalition zwischen CDU und CVP durchführen lasse. (*Adenauer:* Sie wurde beschlossen!) Es sind sehr konkrete Einzelheiten vereinbart worden, die ich in ihren wesentlichen Teilen wie folgt charakterisieren darf: Es sollte sofort eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Fraktionen gebildet werden. Es sollte die Regierung unter Einbeziehung von Vertretern beider Parteien und unter Ausschluß anderer Parteien gebildet werden. Es sollte eine gemeinsame Liste für die Bundestagswahl aufgestellt und im übrigen alles vermieden werden, was nach außen irgendwie noch als Verschiedenheit aufgefaßt werden könnte.

Nun hätte eine solche Regierung, die sich aufgrund der 50 Mandate auf mindestens 26 Stimmen hätte stützen müssen, der Zustimmung der CVP und 15 Stimmen der CDU bedurft. Aber diese 15 oder 16 Stimmen waren leider nicht zu erreichen. Es fehlten immer zwei. Deshalb konnte diese Regierung nicht zustande kommen. (*Adenauer:* Verzeihen Sie bitte! Man muß es offen sagen; es fehlten die Stimmen von Dr. Ney und Albrecht!) Richtig! Diese beiden Stimmen fehlten, weil die Herren eine Verbindung mit der CVP mit der Begründung ablehnten, sie sei nur dazu angetan, eine Restaurierung der CVP zu erleichtern; dadurch werde also die vorgesehene Auflösung der CVP unbestimmt. Es ist also zu keiner Regierung gekommen, und Herr Dr. Röder als der Beauftragte der CDU zur Regierungsbildung hat sich dann dem Landtag nicht gestellt, weil es nach den ausdrücklichen Erklärungen der beiden vorgenannten Fraktionsmitglieder ausgeschlossen war, die 26 Stimmen zu erreichen. (*Zurufe:* Unerhört!) Am Tage nach der Besprechung hier im Hause fand dann der Landesdelegiertentag statt, über den der Herr Bundeskanzler eben berichtet hat, der aus Anlaß der Abstimmung über den Landesvorsitzenden ein deutliches Auseinanderbrechen der gesamten CDU in zwei Teile erkennen ließ. Das Abstimmungsergebnis der Wahl des Landesparteivorsitzenden mit 306 Stimmen für Dr. Ney und 298 Stimmen für mich zeigt Ihnen, daß der Riß genau durch die Mitte der Partei ging. Daß ich mich gestellt habe, ist nicht von vornherein beabsichtigt gewesen, auch nicht als Gegenkandidatur gegen Dr. Ney, sondern das ergab sich daraus, daß die anderen Kandidaten Dr. Röder, Kratz und von Lautz[79] ihrerseits auf eine Kandidatur verzichteten und diesen Verzicht zu meinen Gunsten aussprachen.

Es kam dann eine unglückselige Geschichte hinzu, die sehr viel Unruhe verursacht hat, die aber nur am Rande interessiert, nämlich die Tatsache, daß auf der einen Seite eine gestellte Galerie sehr viel Stimmung machte, auf der anderen Seite ist aber unterlaufen, daß Gründungsausschußmitglieder – das sind Leute, die 1952 den ersten Antrag zur Zulassung der Partei unterschrieben haben – satzungswidrig zur

78 Dazu und zum Folgenden SCHMIDT 3 S. 588–593; zum Parteitag und zur Auseinandersetzung um die Neuwahl des Vorsitzenden S. 597–600.

79 Julius von Lautz (1903–1980), 1955–1973 MdL Saar (CDU), 1957–1959 Minister des Inneren, 1959–1961 für Justiz, 1961–1968 stv. Ministerpräsident.

Abstimmung zugelassen worden sind. Es sind etwa 24 Delegierte oder Mitglieder des Ausschusses gewesen. Rechtlich hat das nichts zu bedeuten. Wir haben uns darüber ein Gutachten verschafft. Herr Dr. Ney war beim ersten Wahlgang nicht mit einer absoluten Mehrheit durchgekommen. Inwieweit die nachfolgenden Wahlen noch gültig waren oder nicht, das sind Dinge, die ich nicht im einzelnen erörtern kann, sondern ich beschäftige mich mit der Frage, wie kann – nicht nur von uns aus gesehen als Gesamt-CDU, sondern überhaupt im Sinne einer echten Einigung der großen christlichen Wählermassen – eine Einigung erzielt werden? Ein direkter Zugang der CVP zur CDU scheint z.Z. noch unmöglich zu sein, obwohl Herr Dr. Ney nicht mehr im Wege steht.

Eine Verbindung mit der CSU erscheint mir persönlich für tragbar, ja sogar wünschenswert, wenn damit eine Bedingung erfüllt wird – die auch von der CVP gewünscht wird, wie sie mir selber gesagt hat –, daß nämlich mit der Eingliederung der CVP in die CSU gewisse personelle Belastungen abgestreift werden. Diese Bedingung erscheint vielleicht etwas zweitrangig, aber es ist tatsächlich so, daß auch bei solchen Leuten, die man als nicht verhärtet ansprechen kann, dieses personelle Moment eine ausschlaggebende Rolle spielt. Man sollte es aber nicht allzu stark werten, weil es sich um weniger als zehn Leute handelt. Es ist aber leider das Problem, um das wir alle miteinander ringen.

Nun konnte in diesem ganzen Zusammenhang die Regierungsbildung, die schon elf Wochen lang notleidend geworden war, nicht länger verhindert werden, oder aber die CDU hätte erklären müssen, daß sie nicht in der Lage sei, eine Regierung zu bilden. Deshalb ist eine Regierung zustande gekommen, und zwar notwendigerweise mit der DPS und der SPD. Die DPS hatte die Bedingung gestellt, daß sie entweder mit zwei Ministern und die SPD mit einem Minister vertreten sei, oder aber, daß die SPD ausgeschaltet werde. Es war also für die CDU eine Situation, bei der sie Bedingungen annehmen mußte, die wesentlich schlechter waren als die bei der ersten Heimatbundkoalition. Aber ich glaubte annehmen zu müssen, nicht nur, um zu vermeiden, daß drei Minister der DPS ins Kabinett kämen, sondern auch aus dem Grund, weil die SPD an der Saar ohnehin kein großes Gewicht hat.

Die SPD an der Saar ist nicht eine von der Arbeiterschaft stark getragene Partei, wie sie es einmal war, sondern es hat sich die merkwürdige Erscheinung ergeben, daß die DPS die Arbeiterschaft und den Mittelstand um sich geschart hat. In der Stadt Saarbrücken haben 43 % DPS gewählt. Auf der anderen Seite ergab sich mit der Einbeziehung der DPS in die Verantwortung der Regierung die Möglichkeit, ja vielleicht die Sicherheit, sie stark zu binden. Denn damit können die maßlosen Angriffe der DPS gegen die CDU verhindert oder zumindest eingeschränkt werden. Auch der Wahlkampf hätte sonst durch die DPS Formen angenommen, die für uns unerträglich geworden wären. Es scheint sich auch abzuzeichnen, daß die DPS, bei aller notwendigen Anlehnung an die FDP, sich gewisse eigene Wege offenhält.

Der Umweg über die CSU, der an sich sinnlos erscheint, war aber doch notwendig um der großen Masse der CVP-Stimmen; denn sie stellt immerhin 130.000 Wähler. Es

wird auch gut sein, um die bestehende psychologische Verhärtung etwas aufzulockern, und außerdem kann sich die CVP bei diesem Prozeß gewisser Personen entledigen, die für die CVP und auch für uns nur eine Belastung darstellen. Es ist noch ein formales Hindernis da. Es besteht noch eine CSU aus der Abstimmungszeit, die das Namensrecht für sich beansprucht. Damals haben 3.500 Wähler für diese Partei gestimmt. Ich nehme an, daß sie noch vor dem 15. September eine freundliche Aufnahme bei uns findet, sofern nicht etwa – ich glaube, Herr Seidel hat es gesagt – aus dem Provisorium ein Definitivum wird und die CSU Saar Geschmack an der Selbständigkeit bekommt und die Dinge verhärtet.

Adenauer: Herr Ministerpräsident! Ich danke Ihnen für Ihren Vortrag. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß Sie in einer sehr peinlichen Lage sind und daß Sie versucht haben, die dunklen Seiten aufzuhellen. Aber ich für meine Person kann nicht sagen, daß Ihnen dieser Aufhellungsprozeß gelungen ist. Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen und dem Parteivorstand folgendes zu sagen. Ich habe damals mit den Herren von der Saar gesprochen. Und die Herren haben mir gesagt: Verschaffen Sie uns die Möglichkeit einer freien Wahl an der Saar, dann wird sich alles andere von selbst ergeben. Das habe ich getan. Es war damals von Frankreich nicht zu erreichen, eine freie Wahl darüber herbeizuführen, ob die Saar zu Frankreich oder zu uns kommen oder ob sie für sich bleiben wolle. Es war damals nur zu erreichen – vergessen Sie nicht, daß damals Mendès-France französischer Ministerpräsident war – eine freie Abstimmung über dieses Statut. Als dann diese freie Abstimmung über das Statut in der Ihnen bekannten Weise ausgefallen ist, da hat die französische Regierung Großzügigkeit gezeigt und erklärt – das war nicht mehr Mendès-France, sondern war Pinay –, aus einer solchen Abstimmung ziehen wir die Konsequenz und sind bereit, mit Ihnen zu verhandeln über die Rückkehr der Saar zu Deutschland.

Ich habe mir sagen lassen, daß sowohl Herr Ney wie Herr Conrad[80] und Herr Schneider durch die Christliche Gewerkschaft gezwungen worden sind, dieses Statut anzunehmen, obwohl sie mir früher gesagt hatten, geben Sie uns die Gelegenheit, frei abzustimmen, dann wird sich alles Weitere ergeben. Ich weiß nicht, ob das richtig ist und ob die Herren das tatsächlich gewollt haben. Dann kamen die Verhandlungen hier in diesem Saal.[81] Herr Ney ist nicht gekommen, obwohl ich ihn dreimal eingeladen hatte, nach hier zu kommen. Er hat sich mit nichtigen Redensarten entschuldigt. Die letzte Einladung habe ich ihm geschickt im Auftrage des Parteiausschusses der CDU. Aber er ist nicht gekommen. Er hat es nicht gewagt hierherzukommen. An dem betreffenden Samstag saßen oben die Vertreter der CVP. Leider hat der eine Herr einen Herzschlag bekommen; er ist eine Stunde später in der Klinik gestorben.[82] Wir haben

80 Kurt Conrad (1911–1982), 1945–1952 SPS, ab 1952 DSP Saar, 1947–1957 MdL Saar, 1956–1957 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, 1959–1961 für Inneres, 1957–1959 MdB (SPD).

81 Am 18. Mai 1957.

82 Hans Simon (CDU). – SCHMIDT 3 S. 592 Anm. 165.

hier gesessen von 4 bis 9 Uhr. Und dann war es schließlich zu einer Verständigung gekommen. Dann habe ich Herrn Röder – der damals den Auftrag vom Landtag hatte – gebeten, nun aber auch gegenüber Ney und Albrecht stark zu sein. Er hat mir auch versprochen, stark zu sein. Die Fraktion der CDU hat dann schon am Sonntag morgen um 9 Uhr mit allen gegen zwei Stimmen dem, was wir hier beschlossen hatten, zugestimmt. Dann war diese Versammlung, in der die Herren Arnold und Meyers gewesen sind.[83] Herr Ney hat dann darauf verzichtet, Vorsitzender zu werden, aber er hat es trotzdem fertigbekommen, daß sich die ganze CDU seinem Willen gebeugt hat, und zwar mit dem Ergebnis, daß die beiden christlichen Parteien an der Saar nicht zustande gekommen sind.

Das war die gleiche Haltung, die Herr Ney eingenommen hat, als ich an der Saar war.[84] Als wir im Gottesdienst waren, hat mich der Dechant gebeten, in die Dechanei zu kommen, dort möchten die Bischöfe ein Wort mit mir sprechen. Und dann hat mich Herr Ney fast mit körperlicher Gewalt gehindert, dahin zu gehen. Er hat mich auf der Straße am Arm gepackt und mich weggerissen, als ich dort hingehen wollte, so daß mir nichts anderes übrigblieb, um nicht einen öffentlichen Skandal herbeizuführen, den Herrn Vizekanzler Blücher zu beauftragen, für mich zu den Bischöfen zu gehen. Das ist also die Rolle, die Herr Ney spielt.

Diesem Willen des Herrn Ney hat sich die gesamte CDU gefügt. Es ist ihr nicht gelungen, den Herrn Ney dazu zu bekommen, daß er sich gefügt hat. Wenn es also einer Fraktion von 16 Mann nicht gelingt, mit ihm fertigzuwerden, dann muß ich sagen, könnte einem das imponieren, weil er seinen Willen durchgesetzt und damit Erfolg gehabt hat. Das Ergebnis ist mehr als traurig. Die Kluft an der Saar wird sich dadurch nicht schließen.

Jetzt ist die CVP zur CSU gegangen. Das eine möchte ich Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident! Es ist vorgesehen, daß ich vor der Wahl in Saarbrücken sprechen soll. Ich werde aber nicht nach Saarbrücken kommen, es sei denn, in eine Versammlung von CSU und CVP. Wenn Sie das nicht fertigkriegen, werde ich nicht nach Saarbrücken kommen. Darauf können Sie sich verlassen. Ich bedaure diese Entwicklung ganz außerordentlich. Ich muß das sehr nachdrücklich erklären, wobei ich Respekt vor Ihnen bezeuge; denn ich habe gehört, welches Ansehen Sie an der Saar genießen. Ich weiß, daß Sie unter Hintansetzung aller persönlichen Interessen sich auf diesen dornenvollen Stuhl gesetzt haben. Daß das alles so gekommen ist, das ist für uns parteipolitisch gesehen außerordentlich schmerzlich und bedauerlich. Ich bin nicht gesonnen, mich dem Willen des Herrn Ney zu fügen. Darauf können Sie sich bestimmt verlassen! Einen so starken Willen wie der Herr Ney habe ich auch; vielleicht noch einen stärkeren!

Nun habe ich gehört, daß die CVP vor Ihnen einen großen Respekt hat, einen ganz anderen Respekt als vor Herrn Ney, der vor Ihnen Ministerpräsident war. Ich möchte

83 Am 19. Mai 1957. – SCHMIDT 3 S. 593–600; vgl. auch MEYERS S. 210–214.
84 Anläßlich des Staatsaktes am 1. Januar 1957. – Vgl. SCHMIDT 3 S. 650f.

Sie herzlich bitten, daß Sie die ganze moralische Kraft und Macht, die Sie an der Saar genießen und besitzen, dazu verwenden, um die Geschichte wieder in Ordnung zu bringen. Bis zur Bundestagswahl wird es kaum möglich sein, zumal sich jetzt die CVP mit der CSU zu einem Landesverband verbunden hat. Die ganze Geschichte ist eine sehr traurige Angelegenheit.

Wenn es uns nach unsäglichen Bemühungen gelungen ist, die Saar wieder zu uns zurückzubringen, und dann ein Teil der Leute an der Saar – nachdem sie zu Deutschland zurückgekehrt ist – einen solchen Krach untereinander macht, dann ist das kein schöner Dank. Wir werden auch sicher noch in mißliche Verhältnisse dadurch kommen, daß Frankreich diese neue Wirtschaftspolitik eingeschlagen hat.[85] Sorgen Sie also bitte dafür, daß Sie Freunde bei uns bekommen. Das ist der gute Rat, den ich Ihnen geben kann.

Heck: Wir müssen im Vorstand unbedingt darüber beraten, wie bei der derzeitigen Situation an der Saar – auf der einen Seite die CDU und auf der anderen Seite die CSU – der Wahlkampf geführt werden soll. Die CVP hat erklärt, es mache bei ihr keine Schwierigkeiten, den Wahlkampf zu führen, ohne mit einem Wort die CDU Saar anzugreifen. Die CVP hat sich bei den letzten Kommunalwahlen überraschend gut gehalten, und mit einem sehr eigenartigen Wahlkampf. Sie hat nur Mitgliederversammlungen veranstaltet und Hausbesuche gemacht. Sie ist sonst nicht öffentlich aufgetreten. Sie hat die Absicht, auch in diesem Wahlkampf so zu verfahren.

Die Herren von der CDU Saar, mit denen ich gesprochen habe, und Herr Ministerpräsident Reinert sind gewillt, im Vorstand der CDU Saar einen Beschluß herbeizuführen, wonach der Wahlkampf nicht gegen die CVP geführt wird. Aber praktisch wird es sich bei beiden Partnern um die gleichen Stimmen handeln, so daß die Schwierigkeiten nicht ganz aus dem Wege geräumt werden können, zumal ich mir nicht vorstellen kann, wie es der CDU Saar gelingen soll, die Herren Ney und Albrecht und einige andere zu binden.

Für uns lautet die Frage: Wie sollen wir in Erscheinung treten? Ich halte es für außerordentlich schwierig, daß CDU und CVP zu gemeinsamen Veranstaltungen kommen. Ich halte es jedoch für möglich, daß die Leitung der CSU in Bayern und wir als Bundespartei als gemeinsame Veranstalter auftreten und dann jeweils Vertreter der Bundespartei und Vertreter der CSU sprechen. Immerhin werden die Schwierigkeiten außerordentlich groß sein. Es wäre sehr nützlich, wenn uns Herr Ministerpräsident Reinert sagte, welche Vorstellungen und Gedanken man dort über die Führung des Wahlkampfes an der Saar hat. (*Meyers:* Die CDU hat 170.000, die CVP 130.000 Stimmen bekommen!) Die Wahl am 13. Mai 1956 – mit einer Beteiligung von 81 % – hatte folgendes Ergebnis: CDU 20,0 %, CVP 19,7 %, DPS 28,2 %, SPD 23,6 %,

85 Kampf gegen die Inflation, finanzielle Sparmaßnahmen, Suspendierung der Importliberalisierung usw. wurden im Programm der Regierung Bourgès-Maunoury am 24. Juni 1957 bestätigt und verschärft (AdG 1957 S. 6512). Vor allem die Importbeschränkungen trafen die Wirtschaft der Saar.

KP 8,3 %. Die gestrige Nachwahl (30. Juni 1957) hatte nur eine Beteiligung von 60 %.[86] Die Bevölkerung an der Saar ist diesen Parteienstreit bis oben hin satt. Sie ist auch nicht identisch mit den Delegierten, die dort als Radaubrüder auftreten. Bisher war die Wahlbeteiligung an der Saar immer sehr hoch. Die Saarbevölkerung ist an sich wahlfreudig, aber in diesem Rückgang der Wahlbeteiligung drückt sich – fast mit mathematischer Sicherheit – der Mißmut der Bevölkerung über diese Streitigkeiten der Parteien aus. Die CDU ist zurückgegangen von 20 % auf 15,4 %, die CVP ist gestiegen von 19,7 auf 25,8 %, die DPS ist gestiegen von 28,2 auf 30,1 %, die SPD ist gestiegen von 23,6 auf 28,7 %. Hierbei sind 8,1 % Stimmen der Kommunisten mit berücksichtigt.

Adenauer: Das sind schlechte Aussichten für die Bundestagswahl.

Meyers: Wir hatten hier eine Einigung beschlossen. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich am nächsten Morgen dieser Einigung angeschlossen mit Ausnahme von Ney und Albrecht. Man hätte sich also auf die KP stützen müssen, um eine Mehrheit zu erreichen. Die jetzige Lösung mit der CSU ist die schlechtere; eine bessere wäre gewesen, wenn sich beide Parteien geeinigt hätten. Die Gefahr in dieser Lösung ist doppelt, einmal, daß sie sich verselbständigen. Das hat Herr Seidel mit einem Nebensatz so ähnlich ausgedrückt. Vielleicht erwacht auch ein solches CSU-Gefühl in Baden. (*Dichtel:* Bei uns stirbt sie aus!) Aber noch gefährlicher ist, daß sich die CSU und die CVP wieder verkrallen, die immer politisch gegeneinander gestanden haben, wobei Herr Schneider das Geschäft macht, indem er beide gegeneinander hetzt und das verwirklicht, was er angekündigt hat, daß er den ganzen Streit DPS gegen CSU nach Bayern hin verpflanzt.[87] Das ist das, was die CSU befürchtet.

Die Kernfrage bei der ganzen Sache ist die, auf die Herr Heck schon hingewiesen hat: Auf welche Weise können wir den Wahlkampf führen? Wir können es uns nicht leisten, daß der Herr Bundeskanzler in Saarbrücken spricht und dabei ausgepfiffen wird. Das ist unmöglich. Dann ist es besser, wenn er gar nicht in Saarbrücken spricht, es sei denn, wir haben eine ausreichende Sicherung dafür, daß diese Kundgebung in Ordnung geht.

An der Saar macht sich bemerkbar, daß dieses Land seit 1918 ständig in einem provisorischen Zustand gewesen ist, daß es zumindest keine Demokratie gekannt hat. Zuerst kam das Versailler Diktat, dann die Hitlerzeit und dann der Nachkriegszustand. Man muß dort in den Versammlungen mit ganz anderen politischen Gegebenheiten rechnen als im übrigen Bundesgebiet.

Ich darf wiederholen: Die Kernfrage ist, wie können wir den Wahlkampf führen, daß wir wenigstens nicht gegeneinander kämpfen? Unsere Politik muß dahin gehen, möglichst bald diese Zweiteilung dadurch zu beseitigen, daß es eine einheitliche CSU gibt.

---

86 In Sulzbach. Von 9.332 gültigen Stimmen erreichten CVP 2.381 (1956: 2.591), SPD 2.680 (3.099), DPS 2.784 (3.703) und CDU 1.497 (2.631) Stimmen (SVZ vom 2. Juli 1957).

87 Schmidt 3 S. 491–505, 613–616.

Altmeier: Ich stimme absolut mit Ihnen überein, Herr Bundeskanzler, mit den von Ihnen eingangs gemachten Ausführungen hinsichtlich der politischen Entwicklung, die zur Abstimmung und zur Rückkehr der Saar geführt hat. Ich stimme auch mit Ihnen überein in der Beurteilung des Verhaltens der Herren Dr. Ney und Albrecht. Ich bin auf Wunsch verschiedener Herren aus dem Bundesparteivorstand am Tage nach Hamburg nach Homburg gefahren, um speziell den Herrn Albrecht von seiner unsinnigen Haltung wegzubringen. Bei dieser Besprechung hat er mir gesagt, daß er alles in die Hände des Landesparteitages lege, der am nächsten Sonntag darauf stattfinden werde, und daß er sich dem Parteitag füge, wie auch immer dessen Entscheidung ausfalle. Wir wissen, daß Herr Albrecht – ich halte ihn für einen sehr gefährlichen Mann – dabei von der Auffassung ausgegangen ist, daß der Parteitag ihm recht geben würde. Nachdem aber der Parteitag ihm und Dr. Ney nicht recht gegeben hat, sondern anders entschieden wurde, hat sich Herr Albrecht auf Formalitäten zurückgezogen und gesagt, es sei falsch abgestimmt worden. Ich bedaure mit allen Freunden von der Saar, daß durch das sture Verhalten von Ney und Albrecht keine Regierung zustande gekommen ist. Durch dieses sture Verhalten der beiden Herren von der CDU konnte eine Klarheit hinsichtlich der Bedingungen zu einer Vereinigung leider nicht herbeigeführt werden.

Aber ich zweifle aufgrund sehr interner Kenntnisse keinen Moment daran, daß es – auch wenn die beiden Herren eine Regierung ermöglicht hätten – doch gescheitert wäre. Man muß in der CVP unterscheiden zwischen denen, die in der Politik bleiben wollen – wir wissen, daß einige Herren Hospitanten der CDU-Bundestagsfraktion geworden sind –, und denen, die in dem Moment, wo die CVP verschwindet, von der politischen Bühne abtreten. Man mag hundertmal sagen, der Hoffmann oder der und der ist nicht mehr da, sie sind da, sie sitzen in den Redaktionsstuben der SVZ in Saarbrücken. Dort ist das Hauptquartier der CVP. Diese Sorte von Leuten, die kein Mandat haben, wissen, wenn die Vereinigung von CVP und CDU kommt, daß sie am Ende sind. (*Adenauer:* Warum?) Weil wir den Hoffmann in der CDU nicht gebrauchen können. (*Adenauer:* Den wollen wir doch preisgeben!) Es handelt sich um Hoffmann mit seinen Leuten, die in dunklen Kanälen arbeiten, deren Tätigkeit nicht nach außen sichtbar wird. Sie haben nicht gesagt, nach der Wahl lösen wir uns auf, sondern sie wollen weitermachen. Einige Herren sind guten Willens und sähen eine Einigung mit der CDU lieber heute als morgen, aber es gibt da noch so viele Imponderabilien mit Hoffmann und seinen Leuten, mit denen man rechnen muß.

Ich bin also der Meinung, daß eine Einigung der beiden Parteien – auch wenn eine Regierung mit Zustimmung von Ney und Albrecht zustande gekommen wäre – auf keinen Fall herbeigeführt worden wäre. *(Bewegung und Widerspruch.)* Wir dürfen also die Schuld nicht allein bei den Herren Ney und Albrecht sehen, obwohl ich ihr stures Verhalten sehr bedauert habe. Ich habe das Herrn Ney auch im Bundesrat gesagt. Wir müssen auch die Schwierigkeiten auf der anderen Seite sehen.

Deshalb bitte ich den Herrn Ministerpräsidenten Reinert darum, darauf zu achten, daß wir vor lauter Einigungsbestrebungen CVP mit der CDU nicht die eigene Partei

an der Saar zugrunde richten. Man kann nicht bestreiten, daß der Streit mitten durch die Familien geht. Ich komme mit sehr vielen Leuten an der Saar zusammen. Wir dürfen uns also vor diesen Tatsachen nicht verschließen. Der eine will so, der andere will so. Das kann man leider nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Wir dürfen diesen Streit, der doch vorhanden ist, nicht vernebeln, sondern wir müssen als Politiker diesen Streit klar sehen. Wir dürfen nicht übersehen: Wenn die anderen zu uns kommen, in demselben Augenblick jagen wir soundso viele Leute aus der CDU. Und dann haben wir nicht das erzielt, was wir im Sinne der von uns allen sicherlich von Herzen erstrebten Einigung wünschen.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr deutlich gesagt worden, die Regelung mit der CSU birgt Gefahren in sich. Ich halte es für einen unmöglichen Vorgang, daß die CDU der Bundesrepublik, die soeben einen Landesverband an der Saar gebildet hat, nun auch dort noch eine CSU bekommt. Ich spreche jetzt vom Grundsatz. Wenn wir nicht Sicherungen treffen, daß dieser Vorgang eine bedauerliche Ausnahme bleibt, dann [wird] demnächst bei jedem Streit, der draußen ausbricht, jedesmal mit dem Gespenst der CSU, die man in einen Landesverband hineinbringt, gedroht werden. Hier müssen wir doch für uns selbst einwandfrei feststellen, daß eine Sicherung geschaffen wird, auch gegenüber der CSU, daß es sich nur um eine Ausnahme handelt, von der ich mir allerdings aus meiner genauen Kenntnis der Verhältnisse an der Saar nicht viel verspreche.

Die CSU ist für viele Menschen an der Saar – insbesondere für diejenigen, die zum ehemaligen preußischen Regierungsbezirk Trier gehört haben – kein Begriff. Die CSU ist höchstens eine Angelegenheit der beiden Kreise Sankt Ingbert und Homburg, die früher zu Bayern gehörten. Für die übrigen Teile ist sie kein Begriff. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wir uns über eine Sprachregelung an der Saar unterhalten müssen. Ich habe eine Menge Einladungen, um an der Saar zu sprechen. Es darf nicht noch mehr Porzellan zerbrochen werden. Ich spreche kein Wort zur Entschuldigung für Ney und Albrecht, aber ich gehöre nicht zu denen, die darin das einzige Übel sehen. Ich halte es absolut für falsch, wenn man nicht in gleicher Weise die weiteren Schwierigkeiten bei den Leuten sieht, die nach wie vor dort als Drahtzieher der CVP tätig sind.

Adenauer: Ich bedaure, Herr Altmeier, Ihnen in den meisten Punkten widersprechen zu müssen. Ich unterstelle einmal, Sie hätten tatsächlich recht, daß Drahtzieher vorhanden seien. Dann frage ich aber, was wäre denn richtiger gewesen, als zunächst einmal eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und mit den führenden Leuten der CVP zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise wenigstens eine Übergangslösung zu schaffen, die meinetwegen ein oder eineinhalb Jahre hätte dauern können, damit in der Zwischenzeit sich die örtlichen Differenzen erledigt hätten? Das wäre doch der einzige vernünftige und richtige Weg gewesen, um eine allmähliche Verschmelzung herbeizuführen. Aber diesen Weg haben doch die Herren Ney und Albrecht kaputtgemacht. Das sind doch Tatsachen, an denen man nicht vorbei kann!

Ich stimme Ihnen zu, daß es unmöglich ist, nachdem zehn Jahre lang diese scharfen Gegensätze gewesen sind, sofort eine Verschmelzung der beiden Parteien herbeizuführen. Herr Ney hat verlangt, daß jedes einzelne Mitglied der CVP sich in seiner Gemeinde stellen soll, um neu aufgenommen zu werden. Das ist doch eine unmögliche Forderung; denn das hätte doch den Zwist, von dem Sie gesprochen haben, verewigt. Wir wissen doch, wie es in den kleinen Gemeinden zugeht, daß die politischen Gegensätze in dieser unruhigen Zeit zu persönlichen Gegensätzen werden. Deswegen war die Forderung für die CVP, daß jeder einzelne CVP-Mann in seiner Gemeinde geprüft werden sollte, ob er aufgenommen werden könne, nicht erfüllbar.

Hätte die CDU erklärt: Wir sind bereit, mit der CVP zusammenzugehen, wobei Hoffmann und einige andere Leute nicht in Frage kommen, dann hätte man nach meiner Meinung sofort ja gesagt. Ich habe mit den Herren von der CVP über Hoffmann und Hector und einige andere Leute gesprochen. Die Herren haben mir erklärt, wir sind bereit, uns von diesen Leuten völlig zu distanzieren. Mehr kann man nicht verlangen. Was aber haben wir jetzt? Es ist nichts wie Eigensinn und Herrschsucht, die dort triumphieren. Wenn die Fraktion von 16 Mann in ihrer weit überwiegenden Mehrheit dem Vorgang des allmählichen Zusammenwachsens und Zusammenarbeitens – wie wir es vereinbart hatten – zustimmt, dann ist das doch auch ein Beweis dafür, daß dies die richtige und die christliche Methode ist.

Ich weiß, daß die CVP für die Vergangenheit auch eine Schuld trägt; obgleich es nicht alle Leute gewesen sind. Sie wissen, wie es an der Saar gewesen ist. Man wußte nicht, ob Deutschland bestehenbliebe. Der Herr Ney hat dem französischen Kommandanten mitgeteilt, wenn die Saar französisch werde, dann würde er ein loyaler französischer Bürger werden. Das hat Herr Ney gesagt. Das darf man auch nicht vergessen. Man sieht daraus die große Verwirrung, die an der Saar bestanden hat. Und allmählich ist das Ganze zu einem persönlichen Haß ausgewachsen. Wir hatten gehofft, diesen Haß beendigen zu können. Aber es ist unseren Freunden an der Saar leider nicht gelungen, den Haß, der durch die Herren Ney und Albrecht geschürt wird, zu überwinden.

Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Altmeier, daß wir dort eine CDU und eine CSU haben, ist das Blödsinnigste vom Blödsinnigen überhaupt. Ich habe kein anderes Wort dafür. Es ist ein politischer Unsinn erster Ordnung. Aber es war der einzige Weg, um die christlichen Stimmen, die in der CVP anfallen können, noch zu retten für den Bundestag. Wohin sollten die Leute sonst gehen? Die CSU tut es nicht gern. Die CSU hat in ihren eigenen Reihen großen Widerstand gefunden. Keiner hat Freude daran. (*Altmeier:* Das macht uns sehr viel Arbeit im Lande!) Aber was hätten wir denn tun sollen? Hätten wir die CVP laufenlassen sollen? Das werden Sie doch auch nicht behaupten wollen. Die Situation ist leider sehr schlecht. Ich schließe mich dem an, was Herr Heck gesagt hat. Man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß der Wahlkampf nicht gegeneinander geführt wird. Das können wir einfach nicht ertragen. Die Saar ist jahrzehntelang eine der Hauptstützen des damaligen Zentrums gewesen. Und was erleben wir heute? Durch die Herren Schneider und Ney wird die ganze

christliche Sache auseinandergerissen. Hier muß das Interesse des einzelnen absolut zurücktreten hinter das Interesse der Gesamtheit. Jeder von uns muß darauf hinwirken, daß es dort anders wird.

Wegen des Zentrums habe ich die Herren von der CVP an dem fraglichen Samstag in der Sitzung hier gefragt. Die Herren haben mir erklärt: Wir haben damit gesprochen, aber nachdem das Zentrum diese Haltung gegen die Bundesregierung eingenommen hat, können wir die Versicherung abgeben, daß wir unter keinen Umständen mit dem Zentrum zusammengehen. Das haben sie ganz offen gesagt. Das möchte ich auch dem Parteivorstand mitteilen.

Wie wir nun aus der ganzen Sache herauskommen sollen, das weiß der liebe Himmel. Wahrscheinlich wird es so kommen, daß sich die hitzigen Saarländer noch mehr die Köpfe einschlagen, und zwar zur Freude der SPD und des Herrn Schneider, der gegen das Gesetz zur Kooptierung gestimmt hat.[88] Das wird verschwiegen. (*Altmeier:* Das werden wir schon sagen!) Es ist an der Saar leider viel dunkler anstatt heller geworden. Die Verhältnisse sind denkbar ungünstig. Wir können vom Herrn Ministerpräsidenten Reinert nicht erwarten, daß er uns eine Patentlösung auf den Tisch legt. Wir können nur die dringende Bitte und Forderung an ihn richten, dafür zu sorgen, daß dort – nicht vor den Wahlen – eine Verständigung erfolgt.

Ferner schlage ich vor – das wird Herr Seidel und die CSU sicher gern bejahen –, daß wir die Herren bitten, darauf hinzuwirken, daß sich die Dinge bessern, damit schließlich nur eine christliche Partei dort besteht. Und das kann nur die CDU sein. Mehr können wir heute nicht tun.

Reinert: Wir dürfen etwas zuversichtlich sein. Ich habe nie die Verbindung abgebrochen. Ich habe sofort mit dem Fraktionsführer[89] ein Gespräch geführt und gesagt, daß nach dieser Regierungsbildung – die aus anderen Gründen notwendig war – die Verbindung in keiner Weise abgebrochen sei; im Gegenteil, daß ich sie weiter fördern werde, wo immer ich es kann. Ich habe in dieser Hinsicht nicht nur über den Arbeitskreis, dem Vertreter beider Parteien angehören, sondern auch über die Christliche Gewerkschaft, die an der Saar stark ist, gewirkt. Dort hat man das Problem CDU/CVP insoweit gelöst, als dort darüber Frieden herrscht. Wir können zu gemeinsamen Veranstaltungen noch vor der Bundestagswahl kommen, wenn wir mit Hilfe dieser außerparlamentarischen Gruppe das Feld weiter bereinigen.

Ich wiederhole noch einmal: Personelle Elemente, bei denen persönliche Ressentiments nicht überwunden werden können, streiche ich aus. Wir müssen uns davor hüten, daß wir im Wahlkampf mit persönlichen Dingen und Skandalen belastet werden. Diese Warnung auszusprechen, halte ich für meine Pflicht. Von einem Herrn ist bekannt, daß er an einer Betrugsaktion, verbunden mit Steuerhinterziehungen, teilgenommen hat. Es handelt sich um einen Betrag von 160 Millionen Franken. Das

88 Vermutlich die Abstimmung am 13. Dezember 1956 über das Eingliederungsgesetz und Beitrittserklärung (zum Geltungsbereich des Grundgesetzes) – dazu SCHMIDT 3 S. 542–559.

89 Franz Ruland – vgl. Nr. 15 Anm. 100.

sind 1,6 Millionen DM etwa. Ich will aber hier keine Geschichten erzählen, sondern nur darauf hinweisen, daß diese Dinge dem DGB bekannt sind.[90] Ich habe noch in keiner Versammlung diese Dinge herausgestellt oder angedeutet, aber sie stehen als drohendes Gespenst vor dem Wahlkampf. Ich möchte nicht haben, daß wir durch einen Mißgriff bei einer solchen Person politischen Schaden erleiden.

Im übrigen dürfen wir zuversichtlich sein; denn es wird nach wie vor an dem Einigungswerk gearbeitet. Die Türen sind nicht verschlossen.

Adenauer: Wenn die Zeitungen richtig berichtet haben, dann hat die CDU-Fraktion des Landtages ein Abkommen mit den anderen Fraktionen nur unter der Bedingung geschlossen, daß im Falle einer Verständigung mit der CVP eine andere Gruppierung eingegangen wird.

Reinert: Das Abkommen hat deklaratorische Bedeutung. Es ist ausdrücklich darin gesagt, daß eine Änderung in dem Sinne, daß die CVP in irgendeiner Form zur CDU stößt, nicht die Regierung zum Platzen bringt, sondern die vorgeschriebene Form soll gewahrt werden, wobei die CDU den Koalitionspartnern sagen soll: Ich beabsichtige jetzt, das und das zu tun. Im übrigen bleiben alle Möglichkeiten offen, daß die Regierung zurücktreten kann.

Adenauer: Herr Ney hat mir gegenüber diese Christliche Arbeitsgemeinschaft[91] mit vernichtenden Worten kritisiert und gesagt, es sei eine Gesellschaft, die das Ganze überhaupt nichts angehe. Die Leute machen einen guten Eindruck. (*Reinert:* Es sind angesehene Leute!) Sie kamen zu meinem Geburtstag, und darüber war Herr Ney fuchsteufelswild. Er hat sich darüber sehr geärgert. Das Ganze ist allmählich lächerlich!

Meyers: Es besteht die Gefahr, daß in jedem Wahlkreis ein CDU-Mann gegen einen CSU-Mann kandidiert, wobei die Leidenschaften entflammen können. Es besteht also die Gefahr, daß der Wahlkampf örtlich gegeneinander geführt wird. Das müssen wir unbedingt vermeiden. Vielleicht kann man sich über eine Kandidatur einigen. Ich weiß nicht, ob das möglich ist nach dem Wahlgesetz. Man könnte aber die Kandidaten so wählen, daß von keiner Seite eine Anfechtung kommt. Es ist auf jeden Fall eine sehr schwierige Sache.

Adenauer: Die werden sich nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen. Das ist ausgeschlossen. Erst sich die Köpfe einschlagen und dann einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen, das ist völlig unmöglich! Herr Ministerpräsident! Was glauben Sie, wie sich die Sache entwickeln wird? Können Sie Frauen aufstellen? (*Reinert:* Wir haben zu wenig!) Das ist noch eine Lösung, die wir überlegen müssen.

Meine Damen und Herren! Man muß die Dinge sehen, wie sie sind. Aber es geht doch nicht, daß die CDU Saar einen Kandidaten aufstellt, und die CSU stellt einen anderen Kandidaten auf. Das kann ich mir nicht vorstellen. (*Meyers:* Man könnte zu

90 Nicht ermittelt.

91 Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Christliche Einheit" war zu dieser Zeit Alois Stollhof (SCHMIDT 3 S. 604f.).

einem Abkommen kommen wie mit der Deutschen Partei!) Man könnte sagen: Ihr stellt einen Kandidaten im Wahlkreis A auf, und Ihr stellt einen im Wahlkreis B auf. Das wäre vielleicht möglich.

Meyers: Es wäre möglich, daß die CDU in den Wahlkreisen und die CSU auf der Landesliste kandidiert, was Herr Seidel für Bayern umgekehrt vorgeschlagen hat. Ich suche einen Weg – der allerdings sehr schwierig ist –, um den Bruderkrieg zu vermeiden.

Heck: Das wird praktisch überhaupt nicht durchzuführen sein. Es ist völlig ausgeschlossen, den Wählern zu sagen: Ihr wählt den und Ihr wählt den. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als in jedem Wahlkreis einen CDU-Kandidaten und einen CSU-Kandidaten aufzustellen. Auf einen Kandidaten wird man sich nicht einigen.

Adenauer: Dann geht der Krach los. Und was wird das Ergebnis sein? Ein Verlust für die Gesamtheit!

Reinert: Vielleicht ist noch ein Gespräch zwischen CDU, CSU und CVP möglich und auch fruchtbar. Ich habe das mit Herrn Seidel schon besprochen.

Adenauer: Wer ist der maßgebende Kopf bei der CVP? Nach den Gesprächen, die ich damals gehabt habe, schien mir das der Herr Görgen zu sein.

Reinert: Herr Görgen ist sicher der aktivste Mann, der sich gegen die Gruppe Hoffmann wendet. Die CVP trägt kein einheitliches Gesicht. Es sind mindestens drei Gruppen vorhanden: die Gruppe Görgen, die Gruppe Hoffmann und die Gruppe der Verdrossenen, die überhaupt nicht wählen geht. Wie auch immer die Lösung sein wird, die beste Gruppe ist noch die Fraktion. (*Rehling:* Wo steht Frau Dr. Fuest[92] – *Weber:* Die steht zur CVP.) Nach den Gesprächen, die ich mit ihr hatte, leidet sie unter einem Zwiespalt.

Heck: Ich halte es für dringend notwendig, daß so schnell wie möglich Herr Seidel von der CSU, Herr Meyers und einige Herren von der Bundestagsfraktion sowie einige Herren von der CDU Saar und CVP – und zwar von den drei Flügeln je einer – zusammenkommen, um zu überlegen, wie der Wahlkampf geführt werden soll. Herr Altmeier, Sie winken ab! (*Altmeier:* Was wollen Sie damit erreichen? Sie machen ein feierliches Abkommen, das am nächsten Abend wieder kaputtgemacht wird!) Aber man kann doch die Dinge nicht einfach so laufen lassen!

Altmeier: Ich bin von vornherein der Meinung gewesen, daß wir die guten Bundesredner an die Saar schicken sollen, um dort über die großen Probleme zu sprechen, aber auch die Leute aufzuklären. Ich werde es auch tun.

Wenn man die Leute aufklärt, dann sagen sie: Das haben wir noch gar nicht gewußt. Wir sollten also nicht so ängstlich sein mit unseren Tischgesprächen. Wir sollten die Leute aufklären und ihnen vor allem die großen Probleme der Bundespolitik vor Augen führen.

92 In der Vorlage: Faß(?). – Dr. Irmgard Fuest (1903–1980), 1947–1960 MdL Saarland (1958–1959 Fraktionsvorsitzende der CVP).

Adenauer: Sie mögen hingehen und dort die großen Probleme klarlegen, aber damit verhindern Sie nicht, daß die CDU für ihre Kandidaten trommelt und auf die anderen schlägt, und umgekehrt, daß die CSU für ihre Kandidaten auch trommelt und auf die anderen schlägt. Schließlich bekommen wir auf diese Weise – Gott möge es verhüten – auch noch Krach mit der CSU-Gruppe. Dieses Problem steht doch im Hintergrund. Sie wissen, daß die Gruppe der CSU nicht gerade zu den friedfertigsten gehört. (*Altmeier:* Was sollen wir den Leuten sagen? Ich bin der Meinung, daß wir die Leute über unsere Politik aufklären sollen.) Das können Sie machen, ehe die Kandidaten aufgestellt sind. Nachher ist nicht mehr viel zu wollen.

Stoltenberg: Die Frage des Einsatzes der Bundesredner muß geklärt werden. Wenn z.B. der Herr Bundesminister Strauß für die CSU und andere Bundesminister für die CDU sprechen, so wäre das doch sehr schlecht, ja ich halte es für unmöglich.

Adenauer: Es ist erklärt worden, die CDU Saar habe kein Geld. Man kann also die Sache abdrosseln, indem man dafür sorgt, daß kein Geld da ist. (*Meyers:* Dann wird Herr Schneider gewählt!) Der Herr Schneider bekommt oder hat Geld. Aber, meine Damen und Herren, es ist in der Tat eine ganz unglückliche Situation; es ist die unglücklichste Situation, die man sich denken kann. Es wäre besser gewesen, Herr Ministerpräsident Reinert, wenn Sie noch vier Monate lang mit einer geschäftsführenden Regierung gearbeitet hätten. Aber nun ist die neue Regierung an der Saar gebildet und steht in der Weltgeschichte. Herr Röder hätte also noch einige Monate verhandeln sollen. Das wäre richtiger gewesen. Er hätte nicht die Nerven verlieren dürfen.

Sie werden doch zugeben – nachdem wir uns heute hier ausgesprochen haben –, daß es mit größter Wahrscheinlichkeit dazu kommen wird, daß in jedem der fünf Wahlkreise einer gegen den anderen kämpfen wird und daß weiter zwei Landeslisten aufgestellt werden. Es ist zweifellos so, daß die Vorteile davon die SPD und die DPS haben. Wenn Sie die Wahlergebnisse betrachten, so sieht es nicht so aus, als ob die CDU der lachende Dritte wäre. Es ist ein geradezu verheerendes Resultat, daß die führende Regierungspartei bei einer solchen Wahl derartig abgenommen hat. (*Heck:* 4,6 % hat sie abgenommen!) Also um ein Viertel hat sie abgenommen. Was hat die CVP zugenommen? (*Heck:* Sie hat um 6,1 % zugenommen! – *Altmeier:* Man kann es nicht auf einen Ort abstellen!) Sie haben recht, Herr Altmeier, aber wenn es umgekehrt wäre, hätte Herr Ney auf diesen Ort abgestellt. (*Meyers:* Es ist eine schwere Sache. Sie sehen aus der Wahl ja die Tendenz dort![93])

Altmeier: Ein Redner, der an der Saar spricht, muß sich vorher genau unterrichten. In jedem Ort ist es anders. Dort spielen alle möglichen Dinge eine Rolle.

Adenauer: Was sollen wir denn tun? Was schlagen Sie vor, Herr Ministerpräsident? (*Reinert:* Wir müssen mit der CSU und der CVP die Gespräche weiterführen und sehen, wie wir uns auf personellem Gebiet einigen. Es besteht noch die Möglichkeit,

93 Wahlergebnis vom 15. September 1957: CDU 33,2 % (3 Mandate), CSU 21,3 % (2), SPD 25,1 % (2), FDP 18,2 % (1).

daß wir gemeinsame Listen bekommen.) Würden Sie das als Ministerpräsident in die Hand nehmen? (*Reinert:* Ja!) Wir sind uns also einig, daß wir Sie bitten, diese Sache energisch in die Hand zu nehmen. Wir bitten Sie, diesen Auftrag als eine große Aufgabe für Sie zu betrachten. Darf ich feststellen, daß Sie dem zustimmen? *(Zustimmung.)*

Dann haben wir noch den Punkt „Verschiedenes" auf der Tagesordnung. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich darf daher die Sitzung schließen und Ihnen herzlich danken, daß Sie in dieser Hitze so lange ausgehalten haben.

Abkürzungen und Zeichen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AdG	Kessing's Archiv der Gegenwart
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreis
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
AFL	American Federation of Labour
AG	Aktiengesellschaft
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ap	Associated Press
apl.	außerplanmäßig
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfkunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ASM	Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
BCSV	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
BDI	Bundesverband der Deutsche Industrie
BdV	Bund der Vertriebenen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGBl	Bundesgesetzblatt
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BP	Bayernpartei
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BR	Bundesrat
BT	Deutscher Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDP	Christlich-Demokratischer Pressedienst
CDU	Christlich-Demokratische Union
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
CGD	Christliche Gewerkschaft Deutschlands
CIO	Congress of Industrial Organization
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CSVP	Christlich-Soziale Volkspartei
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
DA	Demokratische Arbeitsgemeinschaft
DBV	Deutscher Bauernverband

DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DNHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPS	Demokratische Partei Saar
DRP	Deutsche Reichspartei
Drs.	Drucksache
DSP	Deutsche Sozialdemokratische Partei Saar
DStP	Deutsche Staatspartei
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Deutsche Volkspartei
DVP/FDP	Demokratische Volkspartei
EAK	Evangelischer Arbeitskreis
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMNID	Erforschung, Meinung, Nachrichten, Informationsdienst
epd	Evangelischer Pressedienst
EStG	Einkommensteuergesetz
EURATOM	Europäische Gemeinschaft für Atomenergie
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
FU Berlin	Freie Universität (Berlin)
FVP	Freie Volkspartei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GesBl.	Gesetzblatt
GEW	Gewerkscahft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GOSPLAN	Oberste Plankommission für Wirtschaftsplanung in der UdSSR
GV	Gesetz- und Verordnungsblatt (Nordrhein-Westfalen)
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei

ZHStA	Hauptstaatsarchiv
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
ISK	Internationaler sozialistischer Kampfbund
JU	Junge Union Deutschlands
KAB	Katholische Arbeiter-(Arbeitnehmer-)Bewegung
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU
KVP	Katholieke Volkspartij
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (DDR)
LHA	Landeshauptarchiv
LT	Landtag
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
LVA	Landesversicherungsanstalt
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses (von Berlin)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdBB	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
MdEP	Mitglied der Europäischen Bürgerschaft
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdPrL	Mitglied des Preußischen Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MRP	Mouvement Republicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NKWD	Narodny Komissariat Wnutrennich Del, Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NL	Nachlaß
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NR	Nationale Rechte
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NW	Nordrhein-Westfalen
NWDR	Norddeutscher Rundfunk
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ORR	Oberregierungsrat
ÖVP	Österreichische Volkspartei

PA	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
PH	Pädagogische Hochschule
ppp	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PSK	Politisch-soziale Korrespondenz
PV	Parteivorstand
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin
RPF	Rassemblement du Peuple Français
SA	Sturm-Abteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHB	Schleswig-Holstein-Block
SJ	Societatis Jesu
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei Saar
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutz-Staffel
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Sten.Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
SVZ	Saarländische Volkszeitung
SWF	Südwestfunk
TH	Technische Hochschule
TASS	Telegraphen-Agentur der UdSSR
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UiD	Union in Deutschland
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
US	United States (of America)
USA	United States of America
VAW	Verwaltungsamt für Wirtschaft
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VWG	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
WP	Wahlperiode
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
[]	Einfügung des Bearbeiters
[!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

Quellen und Literatur

A) Quellen:

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Balke, Siegfried	I-175
Becker, Curt	I-162
Blank, Theodor	I-098
Böhm, Franz	I-200
Ehlers, Hermann	I-369
Gerstenmaier, Eugen	I-210
Globke, Hans	I-070
Heck, Bruno	I-022
Hellwig, Fritz	I-083
Hermes, Andreas	I-090
Kalinke, Margot	I-026
Krone, Heinrich	I-028
Lenz, Otto	I-172
Merkatz, Joachim von	I-148
Müller, Gebhard	I-217
Strickrodt, Georg	I-085
Thedieck, Franz	I-051
Wehking, Heinrich	I-285
Wuermeling, Franz-Josef	I-221
CDU-Kreisverband Celle	II-056
CDU-Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz	III-001
CDU in Niedersachsen	III-007
CDU-Landesverband Westfalen-Lippe	III-002
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU	IV-001
Frauenvereinigung und Europäische Frauenunion	IV-003
Junge Union Deutschlands (Bundesgeschäftsstelle)	IV-007
CDU-Bundespartei – Bundesvorstand	VII-001
– Vorsitzende	VII-002
– Wahlen	VII-003
– Bundesgeschäftsstelle	VII-004
– Sachthemen	VII-005

CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrats und des Deutschen Bundestages VIII-001

TERMINKALENDER Adenauers (s. NL Globke) I-070

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
Bestand Hessen-Süd vorl. Nr. 334a

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStA)
RWV 26 Nr. 271

Hauptstaatsarchiv München (HStA)
Abt. II Staatskanzlei Abg. 1975 vorl. Nr. 73

Landeshauptarchiv Koblenz (LHA)
Best. 860 Nr. 1056, Nr. 1747

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH)
02.14 III/22

Bundestag, Parlamentsarchiv (BT PA)
Ges.Dok. II/82 B 3, B 4

Bundesgesetzblatt, Gesetz- und Verordnungsblätter der Länder, Verhandlungen und Drucksachen des Deutschen Bundestages und dgl. sind nicht eigens aufgeführt.

B) Literatur:

ABGEORDNETE des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bde. 3 und 4. Boppard 1985, 1988.

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945–1953. 4. Aufl. Stuttgart 1980. Erinnerungen 1953–1955. 3. Aufl. Stuttgart 1980. Erinnerungen 1955–1959. Stuttgart 1967. Erinnerungen 1959-1963. Fragmente. Stuttgart 1968. *Zit.:* ADENAUER: Erinnerungen 1–4.

– Teegespräche 1950–1954. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. 2. Aufl. Berlin 1985.

– Teegespräche 1955–1958. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Berlin 1986.

AdG: Archiv der Gegenwart (bis Jahrgang 25/1955 u.d.T. Keesing's Archiv der Gegenwart). Wien 1944 ff., Essen 1952 ff., Bonn 1956 ff.

ALBRECHT, Willy (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Berlin 1985.

AMBROSE, Stephen E.: Eisenhower. The President. New York 1984.

AUS DREISSIG JAHREN. Rheinisch-Westfälische Politiker-Portraits. Hrsg. von Walter Först. Köln-Berlin 1979.

BADISCHE BIOGRAPHIEN: Hrsg. von Bernd Ottnad. N.F. Bde. 1 und 2. Stuttgart 1982, 1987.

BECKER, Winfried: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei (Studien zur politischen Bildung 13). Mainz 1987.

BICHET, Robert: La Démocratie Chrétienne en France. Le Mouvement Républicain Populaire. Besançon 1980.

BIOGRAPHISCHES HANDBUCH der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bde. 1–3. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. München 1983.

BLUMENWITZ, Dieter/GOTTO, Klaus/MAIER, Hans/REPGEN, Konrad/SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen; Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1976.

BORCHARDT, Knut: 100 Jahre Rheinische Hypothekenbank. Frankfurt/M. 1971.

BUCHHAAS, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 68). Düsseldorf 1981. *Zit.:* BUCHHAAS: Volkspartei.

– Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 79). Düsseldorf 1985. *Zit.:* BUCHHAAS: Gesetzgebung.

BUCHSTAB, Günter (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986. *Zit.:* PROTOKOLLE 1.

BUCHSTAB, Günter/GOTTO, Klaus (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten (Geschichte und Staat 254/255). München-Wien 1981.

BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1951 ff.

CASDORFF, Claus Hinrich (Hrsg.): Demokraten – Profile unserer Republik. Königstein/Ts. 1983.

CDP: Christlich-Demokratischer Pressedienst. Bonn 1950 ff.

Die CDU und ihr Programm. Programme – Erklärungen – Entschließungen. Hrsg. von Bruno Heck. Melle 1979 S. 47–60.

CDU, 1. Parteitag 1950 in Goslar, 2. Parteitag 1951 in Karlsruhe, 3. Parteitag 1952 in Berlin, 4. Parteitag 1953 in Hamburg, 5. Parteitag 1954 in Köln, 6. Parteitag 1956

in Stuttgart, 7. Parteitag 1957 in Hamburg. Hrsg. Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Bonn 1950 ff.

Christliche Demokraten der ersten Stunde. Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1966.

DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1982. Verfaßt und bearb. von Peter Schindler. 3. durchges. Aufl. Baden-Baden 1984. Fortschreibungs- und Ergänzungsband 1980–1984. Baden-Baden 1986. *Zit.:* DATENHANDBUCH 1949–1982, 1980–1984.

Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Frankfurt/M. 1947 ff. *Zit.:* DUD.

Die Vertragswerke von Bonn und Paris. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 10. Frankfurt 1952 S. 7–180.

DITTBERNER, Jürgen: Die Bundesparteitage der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968. – Eine Untersuchung der Funktionen von Parteitagen. Diss. Augsburg 1969.

DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963. Darmstadt 1983.

Dokumente zur Deutschlandpolitik III. Reihe, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bde. 1 und 2 bearb. von Ernst Deuerlein und Hansjürgen Schierbaum. Frankfurt/M.-Berlin 1961, 1963.

DORN, Wolfram und WIEDNER, W.: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring. Eine politische Biographie. Bonn 1974.

ECKARDT, Felix von: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf und Wien 1967.

ESCHENBURG, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1). Stuttgart-Wiesbaden 1983.

Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik. Hrsg. von Wilhelm Cornides. Bonn 1946/47 ff.

FAUL, Erwin (Hrsg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Villingen/Schwarzwald 1960.

FEUCHTE, Paul: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945 1). Stuttgart 1983.

FLECHTHEIM, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Berlin 1962 S. 201–204.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. 1951 Bd. 3, Teil 1 und 2. Washington 1981; 1952–1954 Bd. 5, Teil 1 und 2. Washington 1983. *Zit.:* FRUS.

FRÄNKISCHE LEBENSBILDER. Hrsg. von Gerhard Pfeiffer i.A. der Gesellschaft für fränkische Geschichte. Würzburg.

FRATZSCHER, Arnold: Die CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde. Uelzen 1971.

FRICKE, Karl Wilhelm: Der Arbeiteraufstand – Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. In:

Fricke, Karl Wilhelm und Spittmann, Ilse (Hrsg.): 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand in der DDR. Köln 1982 S. 5–22.

FRUS s. Foreign Relations of the United States.

GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M. 1981.

GUNDELACH, Herlind: Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB. Selbstverständnis und Rolle 1949–1966. Diss. Bonn 1983.

GUTSCHER, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Meisenheim am Glan 1967.

HACKER, Jens: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980. Baden-Baden 1983.

HEIDENHEIMER, Arnold J.: Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party. Den Haag 1960.

– Der starke Regierungschef und das Parteiensystem: Der „Kanzler-Effekt" in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift 2 (1961) S. 241–262. *Zit.:* HEIDENHEIMER: Regierungschef.

HEITZER, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik 1945–1949 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 12). Düsseldorf 1988.

HERDER-KORRESPONDENZ. Monatsheft für Gesellschaft und Religion. Freiburg i.Br. 1946/47 ff.

HILLGRUBER, Andreas: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945–1963). München 1979.

HOCKERTS, Hans Günter: Adenauer als Sozialpolitiker. In: BLUMENWITZ u.a. 2 S. 466–487.

– Adenauer und die Rentenreform. In: Rhöndorfer Gespräche. Bd. 1. Hrsg. von Konrad Repgen. Stuttgart 1978 S. 11–29.

– Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986) S. 25–41.

– Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 1). Stuttgart 1980.

HÜWEL, Detlev: Karl Arnold. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 1). Wuppertal 1980.

JAHN, Hans-Edgar: An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich. München 1987.

Jahrbuch der SPD. 1952/53 Bonn: Presse-Druck 1954; 1954/55 Hannover: Neuer Vorwärts Verlag 1956; 1956/57 Hannover: Neuer Vorwärts Verlag 1958.

JENNINGER, Philipp (Hrsg.): Unverdrossen für Europa. Festschrift für Kai-Uwe von Hassel zum 75. Geburtstag. Baden-Baden 1988.

JESSE, Eckhard: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutsch-

land 1949–1983 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 78). Düsseldorf 1985.

Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung. Bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser. Bd. 1: 1949. Boppard 1982. Bd. 2: 1950. Boppard 1984. Bd. 4: 1951. Boppard 1988.

KATHER, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1: Die entscheidenden Jahre. München 1964. Bd. 2: Die Jahre des Verfalls. München 1965.

KEILIG, Wolf: Die Generale des Heeres und die Sanitätsoffiziere im Generalsrang. Friedberg 1983.

KIESINGER, Kurt Georg: Dunkle und Helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958. Hrsg. von Reinhard Schmoeckel. Stuttgart 1989.

KITZINGER, U.W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957. Göttingen 1960.

KLINGL, Friedrich: Das ganze Deutschland soll es sein! Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. München 1987.

KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin-Bonn 1982.

KOERFER, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987.

KOSTHORST, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957. Stuttgart 1972.

KRITZER, Peter: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten. München 1979.

KÜPPER, Jost: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, 79). Frankfurt/M. 1985.

LAITENBERGER, Volkhard: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker. Göttingen-Zürich 1986.

LANGE, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtskommission im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975.

L'ANNÉE POLITIQUE: revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France et de l'Union Française et bilan des organisations européennes. Paris: Pr. Univ. de France 2. Ser. 14 (1955) ff.

LEMMER, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt/M. 1968.

LENZ, Otto: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch des Staatssekretärs Dr. Otto Lenz 1951–1953. Bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11). Düsseldorf 1989.

MAIER, Reinhold: Erinnerungen 1948–1953. Tübingen 1966.

MATZ, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.

MENDE, Erich: Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe. Stuttgart 1972.

– Die neue Freiheit 1945–1961. München-Berlin 1984. *Zit.:* MENDE: Freiheit.
MEYERS, Franz: Gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982.
MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer nationalkonservativen Rechtspartei nach 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 29). Düsseldorf 1965.
MILITÄRGESCHICHTE seit 1945 s. Volkmann.
MORSEY, Rudolf: Der Bundespräsident in der Kanzlerdemokratie. Amtsverständnis, Amtsführung und Traditionsbildung von Theodor Heuss bis Walter Scheel (1949–1979). In: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1988. Köln 1989 S. 22–43.
– Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 19). München 1987.
MÜNCH, Dieter: Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse staatlicher Wohnungspolitik in Europa (Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Schweden, Belgien, Schweiz, Frankreich). Münster 1967.
NEUMANN, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 5). Meisenheim am Glan 1968.
PÖTTERING, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis. Düsseldorf 1975.
PRIDHAM, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition 1945–1976. London 1977.
PROTOKOLLE 1 s. Buchstab.
REPGEN, Konrad: Der Konkordatsstreit der Fünfziger Jahre. In: Kirchliche Zeitgeschichte 3 (1990) Heft 1.
– Die Saar-Frage im Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 1950–1955. In: ALTERMATT, URS und GARAMVÖLGYI, Judit (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik. Primat oder Interdependenz? Bern 1980 S. 87–125.
– Finis Germaniae. Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957? In: BLUMENWITZ u.a. S. 294–315.
Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Hrsg.: Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet e.V. Münster 1974 ff.
RUPIEPER, Hermann-Josef: Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 34 (1986) S. 428–453.
SCHMID, Carlo: Erinnerungen. Bern 1979.
SCHMIDT, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957. 3 Bde. Berlin 1959–1962. *Zit.:* SCHMIDT 1–3.
SCHNEIDER, Heinrich: Das Wunder an der Saar. Stuttgart 1974.
SCHÖNBOHM, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.

SCHOLZ, Günther: Kurt Schumacher. Düsseldorf 1988.

SCHULZ, Gerhard: Die Organisationsstruktur der CDU. In: Zeitschrift für Politik N.F. 3 (1956) S. 147–165.

SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986. *Zit.:* SCHWARZ: Adenauer – Der Aufstieg.

– Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2). Stuttgart-Wiesbaden 1981. Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 3). Stuttgart-Wiesbaden 1983. *Zit.:* SCHWARZ 1–2.

SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl. Stuttgart 1975.

SOELL, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie. 2 Bde. Berlin-Bonn 1976.

Soziale Ordnung. Zeitschrift der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Königswinter 5. 1951 ff.

STÖSS, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38 und 39). 2 Bde. Opladen 1983-1984. *Zit.:* STÖSS 1–2.

STORBECK, Anna Christine: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (Deutsches Handbuch der Politik 4). München-Wien 1970.

TERJUNG, Knuth (Hrsg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986.

THOSS, Bruno/VOLKMANN, Hans-Erich (Hrsg.): Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956. Boppard 1988.

UNGER, Ilse: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957 (Studien zur Zeitgeschichte 16). Stuttgart 1979.

Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. 2. Aufl. München 1975.

Verträge der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Auswärtigen Amt. Bd. 7. Bonn 1957. Nr. 62–68 sowie Bd. 8 Nr. 69 mit Änderung und Ergänzung vom 23. Oktober 1954.

VOLKMANN, Hans-Erich und SCHWENGLER, Walther (Hrsg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung (Militärgeschichte seit 1945 Bd.7). Boppard 1985. *Zit.:* MILITÄRGESCHICHTE seit 1945.

WEINACHT, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1978.

WINTER, Ingelore M.: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker. Sechs Porträts. Düsseldorf 1987.

ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20.

Jahrhunderts. Bde. 1 und 2 hrsg. von Rudolf Morsey. Mainz 1973/1975; Bde. 3–6 hrsg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. Mainz 1979–1984.

ZITTEL, Bernhard: Alois Hundhammer. In: ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN. Bd. 5 S. 253–265. Mainz 1982.

Personenregister

Seitenzahlen in Kursiv weisen auf biographische Angaben hin; Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite. Die Sprecher sind nur mit dem Beginn ihres Diskussionsbeitrages aufgeführt.

Abetz, Otto *795*, 803
Abs, Hermann Josef *212*, 234f., 439, 619–621, 631, 728
Achenbach, Ernst *726*, 788, 794f., 803, 806, 839, 856
Achinger, Hans *512*, 513*, 673*
Ackermann, Annemarie 17*
Adenauer, Max *1271*
Adorno, Eduard XXV, 1102, *1103*
Agartz, Viktor XIV, *44*, 385, 402, 515, 702
Ahrens, Hermann 7*, *25*, 445*, 446
Albering, Leo A.H. *15*
Albers, Johannes XXIII, XXV, 1, *28*, 45, 46*, 49f., 53–55, 57, 60, 138, 167, 174, 234, 247, 333, 340, 388, 407, 411, 414f., 419, 423f., 497, 516f., 582, 712, 734–736, 745f., 782, 896, 898, 919f., 971, 1014, 1059f., 1084, 1093f., 1102, 1139, 1167, 1181, 1218, 1222
Albrecht, Erwin *976*, 977, 1250, 1302, 1305–1310
Alexander I., Zar 282*
Altenhain, Gustav *161*
Altmeier, Peter IX, X, XXIVf., 1, *65*, 138, 154, 182, 184, 189f., 192, 194–198, 201, 230–232, 234, 237, 241, 246, 257, 293*, 306f., 323, 325f., 335, 346, 364, 368f., 376–378, 419f., 423*, 496, 503, 531, 583, 620, 626, 628f., 633*, 634–636, 637*, 638f., 641, 643f., 652, 656f., 672, 676–678, 680, 683–685, 687, 689f., 694–696, 715, 727, 835, 853, 855, 920, 969–972, 978–980, 982f., 986, 988–990, 996, 998f., 1007, 1010f., 1014, 1091, 1102–1104, 1159, 1163–1165, 1171, 1173, 1254, 1276, 1308–1310, 1313f.
Amelunxen, Rudolf 164*, *510*, 518f., 825, 977
Andersen, Hans Christian 1127*
André, Helmut *1251*
Arndgen, Josef XV, 1, *29*, 32f., 41, 46–48, 51, 314, 736, 898, 1250
Arndt, Adolf *939*, 940, 956*, 1095
Arnold, Karl XIV–XVII, XXVf., XXX–XXXII, 1, *39*, 46f., 48*, 55, 68, 77, 84, 149, 167f., 183f., 246, 287f., 320, 324f., 412, 419f., 510, 517, 531f., 584, 652, 698, 706, 715, 781–783, 788f., 793, 797f., 800f., 804, 806, 823, 825, 827, 830f., 893, 896f., 908, 910–914, 932, 977, 980, 1003, 1014, 1017f., 1020f., 1037, 1058, 1066, 1084, 1102, 1145, 1149, 1156–1158, 1164, 1170, 1179f., 1222, 1250, 1254*, 1256f., 1265, 1291, 1305
Atzenroth, Karl 1068*, *1281*
Aufhäuser, Siegfried 85*, 938*
Auriol, Vincent 116*, *193*

Bab, Ilse 1165*

Bach, Ernst XXI*, XXIII, XXV, 1, *60*, 61, 68f., 74*f., 83–86, 89–94, 138, 175, 176*, 233, 246, 278, 333, 395, 419, 497, 542, 548, 571, 573, 580, 652, 681f., 690, 695, 705, 709, 715, 781, 823f., 826, 835f., 883, 891, 896, 908–912, 914f., 917–922, 935, 939, 1014, 1027, 1042, 1044, 1054f., 1085f., 1096, 1099, 1102, 1122, 1139, 1156, 1171, 1181, 1213f., 1223, 1240, 1243, 1254, 1282, 1284
Bachem, Julius 558*
Balke, Siegfried 80*, 107*, 1104, 1233f., 1239, 1242f.
Barth, Heinrich XXIII, *246*, 533, 539
Barth, Karl *180*, 387*, 948
Baudissin, Graf Wolf *1174*
Baudouin I. 1167
Bauer, Walter *955*
Bauereisen, Friedrich 79*
Bauknecht, Bernhard XXIII, XXV, 419, *489*, 490f., 652, 655, 675, 718, 835, 846, 921, 1014, 1054f., 1103, 1254, 1286–1288, 1297
Baumgarten, Hans *857*
Baumgartner, Joseph *344*, 1191
Baur, Wilhelm 797*
Bausch, Paul 1, *12*, 28, 44, 45*, 1254, 1273
Bayer, Erich 798*
Bebel, August *591*
Becker, Max 757*, *791*, 866
Beckmann, Eberhard *36*
Beckmann, Joachim *173*
Beer, Karl Willy 81*
Benda, Ernst XXIII, *921*
Bender, Julius *179*, 707*
Bender, Reinhold 649*
Berendsen, Fritz *961*, 1014, 1074, 1076–1078, 1083, 1100
Berg, Fritz *309*
Berg, Hermann 783*
Bergsträsser, Ludwig *679*
Berija, Lawrentij Pawlowitsch *113*
Bernard, Karl *903*, 906
Bernick, Hermann 1151*
Berning, Wilhelm *869*
Bernstein, Eduard 30*
Besser, Joachim 929*
Best, Werner *788*, 839
Bevan, Aneurin *9*
Bidault, Georges *186*, 192, 368
Binder, Paul 398*
Binkowski, Johannes 797*
Birkelbach, Willi *468*
Bismarck, Klaus Hans Herbert von *575*, 955*
Bismarck, Otto von *434*, 740, 823
Bitter, Wilhelm XXV, *132*, 330, 419, 450, 453f., 485, 652, 705, 707*, 712, 778, 780f., 835, 920, 1013f., 1025, 1050, 1096–1098, 1102
Black, Eugène R. 1110*
Blank, Josef *90*, 91, 144*, 165*, 533, 539, 897
Blank, Martin 783*
Blank, Theodor 165*, *266*, 267, 305, 335, 417f., 435, 497, 510, 518f., 521, 523, 530–532, 556, 721, 913*, 917, 920, 941, 949, 1014f., 1030f., 1035, 1046, 1053, 1055, 1061, 1066–1069, 1072f., 1084–1088, 1090, 1101f., 1104f., 1115, 1117, 1119–1126, 1250
Blankenhorn, Herbert 75*, *111*, 436f., 1115
Bleibtreu, Otto *510*, 519
Blind, Adolf 733*, *1301*
Blücher, Franz 27*, *34*, 107*, 264, 391, 783*, 892, 910, 1021, 1215, 1305
Blücher von Wahlstatt, Gebhard Leberecht Fürst *239*

Blumenfeld, Erik Bernhard 1, *55*, 59, 61
Böckler, Hans *55*, 273, 412, 522
Böhler, Wilhelm Johannes 145*
Böhm, Franz 126*, 658*, *1290*, 1292
Böhner, Franz 33*
Böttcher, Walther *321*, 445*
Bojunga, Helmut *171*
Bonhoeffer, Dietrich *576*
Bonin, Bogislaw von *427*
Bourgès-Maunoury, Maurice 1228*, 1306*
Brandt, Leo 1095*
Brandt, Willy *9*, 468, 938*
Brauer, Max *273*, 869
Brauer, Theodor *700*
Brauksiepe, Aenne XXV, 920, *921*, 942, 959, 1014, 1083, 1156, 1254, 1267, 1269
Braun, Heinz *1004*
Brauns, Heinrich *388*, 699
Brauweiler, Hanna 1165*
Brenner, Otto *272*, 273
Brentano, Clemens von *146*
Brentano, Heinrich von XXIII, XXV, 1, *5*, 26, 59, 68, 99f., 125, 130, 134, 138, 146*, 170, 183, 188f., 195f., 198, 205, 209, 222, 231, 233, 236, 239, 241, 243, 246, 258, 263–267, 269, 280, 284, 297*, 307, 311f., 315, 317f., 323, 331, 333, 342, 345, 348, 357, 362, 364, 366, 368, 377, 392–394, 412, 414f., 418f., 423, 435, 447, 449, 467, 470f., 476, 486, 514, 523, 527, 584f., 590f., 598, 628, 632*, 652, 676, 712, 724, 727, 733f., 781, 803, 822, 830, 833f., 867, 893, 896, 899f., 913*, 916f., 921, 953, 958*, 1014, 1034, 1093, 1103, 1136, 1215, 1222f., 1243, 1246f., 1253–1255, 1262f., 1272
Bringmann, Karl *869*
Brockhagen, Alfred *870*
Brockmann, Johannes 33*, *77*, 149, 1013
Brookmann, Walter *25*
Brühler, Ernst-Christoph *760*
Brüning, Heinrich *260*, 409
Bucerius, Gerd *81*, 957
Bucher, Ewald *892*
Buddensieg, Ernst 703*
Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch *500*, 504, 525, 585–588, 590f., 592*, 593–595, 600–602, 605f., 609, 613, 615, 730*, 924–926, 953, 1154, 1262
Burauen, Theodor *1271*
Busse, Theodor 1076*
Butschkau, Fritz *1051*, 1216*

Carroll, Luke Paul *734*
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch *499*, 500, 504f., 585, 587f., 590f., 593, 595, 597, 600–602, 604f., 608, 613*, 615, 730*, 925f., 1262
Churchill, Winston Leonard Spencer 249*, *259*, 1180
Cillien, Adolf XXIVf., 68, *85*, 103f., 234, 246, 272, 289, 331, 333, 382, 389, 399f., 416, 419, 421, 424, 443f., 447, 449, 454f., 464–466, 494, 497, 539, 546, 549–551, 652, 656, 712, 726, 748, 767, 778, 791, 821, 836, 896, 910, 917, 920, 947, 951, 955, 957, 963, 969, 989, 993, 996, 1014, 1103, 1223, 1244, 1254, 1260, 1263, 1272, 1278f., 1288
Clemenceau, Georges Benjamin *185*
Collmer, Paul *886*, 893
Conant, James Bryant *106*, 250, 337, 391, 851
Conrad, Kurt 633*, *1304*
Conze, Werner *890*, 891

Coty, René 116*
Coudenhove-Kalergi, Pierre Baron de *194*
Criegee, Rudolf *1237*
Crüwell, Ludwig *271*
Cube, Walter von *1125*

Dahrendorf, Gustav *35*
Daladier, Edouard *193*, 283
Dalbert, Lambert 1218*
Degener, Johannes *68*
Dehler, Thomas XVI, *7*, 21f., 27*, 34, 108, 170, 187, 258, 263f., 285, 338, 343, 353, 394, 425f., 438, 461, 475, 586f., 598, 613, 621, 724–726, 729, 753*, 755, 757*f., 762, 764, 767, 771f., 783–787, 790, 792, 803, 807–809, 813*, 814–817, 819–822, 827, 829, 832–834, 838, 840, 842, 849, 854f., 860, 862–871, 874, 892, 930, 937, 956f., 1019–1021, 1032, 1060, 1160
Dekker 924*
Denis, André 117*
Dennhardt, Oskar-Hubert *91*, 234
Dibelius, Otto *16*
Dichtel, Anton XXIII, XXV, 1, *23*, 24, 26, 51f., 68, 419f., 461, 463, 712, 752, 769f., 781, 820, 833, 896f., 917, 1102, 1154, 1168, 1172, 1181, 1190, 1202, 1206, 1208, 1213, 1223, 1246, 1250, 1254, 1276, 1283, 1292, 1307
Diel, Jakob *238*, 239, 240*, 242, 650, 709–711, 900
Dietz, Maria *330*
Dietze, Constantin von 955*
Dobelmann, August 68, *82*, 83, 1254, 1276
Döpfner, Julius *21*
Döring, Wolfgang *788*, 794f., 813, 871, 1020, 1263, 1278
Dollinger, Werner 658*
Dresbach, August 658*
Dudek, Walter *467*, 476, 508
Dufhues, Josef Hermann XXXI, 835, 920, 963, 965, 986f., 991f., 994, 1003, 1005, *1185*, 1200f.
Dullenkopf, Otto *533*, 539, 897
Dulles, John Foster *106*, 114f., 129, 197, 249–253, 257f., 279, 437, 503, 527, 586, 727, 786*, 933, 1028, 1035, 1080, 1112, 1187, 1231, 1261

Eberhard, Fritz *36*
Eckardt, Felix von XX, 75*, *131*, 1262
Eckhardt, Walter 297*, *459*, 649*
Eckstein, Heinrich 1*
Eden, Sir Anthony *106*, 197, 250–253, 256, 290, 589, 786*, 852, 858
Edert, Eduard 65*
Effertz, Josef *1297*
Egbring, Carl Heribert *413*
Ehard, Hans *21*, 216, 259, 300, 311
Ehlers, Hermann VII, XXIV, *1*, 2, 4f., 14, 16, 17*, 24, 31, 33, 58, 65, 68, 75*, 78, 83, 101, 138, 149, 168, 180, 183, 209, 230, 233, 236f., 246, 257, 260, 263, 266, 270, 272, 274, 278f., 286f., 289–291, 321, 326, 331f., 334, 367*, 399, 416–418, 422, 647*, 1246
Ehren, Hermann *1100*
Eiche, Hans 1151*
Eichelbaum, Ernst Theodor *1201*
Eichler, Willi *9*, 10*, 32, 35*, 1278*
Eickhoff, Rudolf 297*
Einstein, Albert *1226*, 1227
Eisenhower, Dwight David *114*, 116, 141, 249, 257, 502, 525, 527, 584–586, 589, 730, 847, 860, 923f., 1028, 1034*, 1114, 1143*, 1231, 1260f.

Elbrächter, Alexander 757*, *763*
Ellwein, Thomas *708*, 872f.
Elmendorff, Wilhelm *690*
Engelhard, Edgar *817*
Engels, Friedrich 591
Eplée, Hermann A. XXIII, XXV, 138, *180*, 182f., 197, 246, 332f., 417, 419, 454, 460f., 494, 497, 531, 540, 581, 583, 651f., 669, 684, 835f., 891, 896, 898, 917, 920, 1100, 1181, 1207f., 1214, 1254, 1279, 1283f.
Erhard, Ludwig XXVI, XXIX, 1, *27*, 107*, 109, 234f., 264, 277, 302, 335, 350, 357, 362f., 375f., 385, 417, 490f., 589, 652, 656–658, 662f., 716*, 901, 903f., 906, 920, 946, 1019, 1056, 1141*, 1181, 1192, 1216, 1220, 1222f., 1225, 1246, 1286, 1289f., 1300
Erler, Fritz *9*, 10*, 32, 260, 268, 358, 369, 382, 468, 859, 953, 1070, 1072, 1131, 1188*, 1225
Ernst August, König von Hannover 1232*
Ernst, Johannes 1220*
Ernst, Robert 137
Etzel, Franz XXXIII, *292*, 342*, 661, 890, 907, 1254, 1289, 1292–1296, 1299f.
Euler, August-Martin *177*, 394, 753*, 757*, 763, 783*, 787, 790, 792, 808, 813, 816f., 1021, 1282
Even, Bert 1175*
Even, Johannes XIV, 48*, *56*, 58, 702f., 706–708

Farny, Oskar *835*
Faure, Edgar *728*, 855
Faure, Maurice 803*, 1016
Fay, Wilhelm XXIVf., 68, *91*, 93*, 95f., 138, 150, 176, 179, 183, 233, 239, 246, 327, 333, 343, 367, 393, 419, 480–482, 486, 492f., 497, 546, 551, 652, 657, 670f., 678, 681, 685, 687, 689, 693f., 696f., 782, 835, 880, 883, 896f., 900, 913f., 916, 918, 920, 1250, 1254, 1263
Fette, Christian *44*
Fiedler, Eduard 461*
Finckenstein, Eva Gräfin *459*, 460, 649*, 1215*
Fisenne, Josef von XXIII, *246*, 419, 458, 487, 583, 637, 639, 642, 650, 652, 654, 781, 816f., 835
Flecken, Adolf *231*
Föcher, Matthias *43*, 44, 274, 428, 478, 706
Franke, August 1282*
Franke, Gotthard 394*
François-Poncet, André XI, *32*, 137, 613, 629, 636*
Fratzscher, Arnold *533*, 539
Fredericia, W. 399*
Freitag, Walter *11*, 12, 44, 54, 262, 272f., 340, 345*, 409f., 428, 476f., 698*
Fricke, Otto XXIVf., 68, *78*, 92, 137f., 232, 247, 333, 387, 399, 419, 445, 447–449, 465f., 497, 652, 781, 810*, 821, 836, 896, 917, 920, 999, 1014, 1102, 1162, 1164, 1181, 1191, 1207f., 1278
Frickhöffer, Wolfgang 1290*, 1292*
Friedensburg, Ferdinand 5*, *417*
Frings, Josef 701*, *1249*
Fuchs, Fritz *407*
Fuest, Irmgard *1313*
Funcke, Lieselotte *794*

Gaulle, Charles de *927*
Gayk, Andreas *451*
Gedat, Gustav-Adolf *381*

Gemmingen-Hornberg, Hans-Lothar Frhr. von 436*
Gereke, Günther *399*
Gerns, Heinrich 1*
Gerstenmaier, Eugen XX, XXV, XXXII, 1, *4*, 64, 185, 201, 205, 237, 240–242, 246, 317, 333, 358, 367, 419, 449, 458f., 466, 647*, 712–714, 734, 781, 784, 817, 819f., 832f., 835, 861, 864, 871, 874, 876–880, 882, 885, 890, 893, 895f., 898, 900, 915, 920f., 927, 929, 939f., 947f., 954, 956*, 958f., 963, 1014, 1060, 1070, 1073f., 1078f., 1088, 1181, 1188, 1195, 1205, 1206*, 1225, 1235, 1243, 1250, 1254–1256, 1272, 1292
Gille, Alfred *460*, 461
Gleitze, Bruno 702*
Globke, Hans XXIX, 75*, 246, *295*, 298, 333, 336, 476, 712, 722, 839, 865, 968, 971, 1014, 1054, 1125*, 1296
Glubb, John Bagot *846*
Gockeln, Josef XV, *698*
Göbel, Jakob 1282*
Görgen, Hermann Mathias *999*, 1001, 1012, 1313
Goes van Naters, Marinus van der *186*, 191, 236
Gollwitzer, Helmut *345*
Gomulka, Wladyslaw *1183*
Gontrum, Wilhelm *958*
Gotthelf, Herta 35*
Gradl, Johann Baptist X, XII, XVII, XXIIf., XXVf., XXVIII, 1, *59*, 67f., 85, 96f., 109, 123, 125, 127–130, 132, 134, 136, 138, 198f., 211, 246, 280f., 283–287, 333, 403, 408, 419, 481f., 492, 497, 525–529, 540, 546, 548–550, 555f., 578, 580, 583, 614, 616f., 639, 643f., 648, 652f., 666, 668–670, 672, 674–676, 689, 694, 712, 746, 781, 811, 814f., 817, 831, 835, 842, 856, 858f., 863, 880, 894–896, 898, 914, 916, 918, 920, 951, 991, 1014, 1052, 1099f., 1103, 1181, 1201, 1223, 1234f., 1237, 1248
Grandval, Gilbert *203*, 354, 629, 727
Grantze, Fritz *419*
Greve, Otto Heinrich *959*
Grimme, Adolf *36*
Groß, Heinrich 1169*
Gross, Johannes *1269*
Grotewohl, Otto *112*, 130
Grüber, Heinrich *731*
Gülich, Wilhelm *319*
Güssefeld, Wilhelm *868*
Gumbel, Karl 1031*
Gurk, Franz XXIII, XXV, 138, *179*, 234, 246, 288, 333, 397, 415, 652, 781, 833–835, 850, 873f., 883, 896, 904, 920, 952, 1010, 1014, 1037, 1092, 1102, 1121, 1132f., 1168, 1172, 1181, 1189, 1202, 1204, 1223, 1249f., 1254, 1292
Guthsmuths, Willi 22*

Haas, Wilhelm *953*
Haasler, Horst 259*, 425*, 649*
Habermann, Max Hans *388*, 700
Hacker, Gustav 394*
Haenlein, Franz 718*
Häussler, Erwin *886*, 889
Haffner, Alex *277*, 290
Hahn, Karl *886*, 889
Hahn, Otto *1095*
Hahn, Wilhelm *1095*
Halfmann, Wilhelm *174*
Hallstein, Walter *32*, 106, 111, 187, 335f., 346–348, 417f., 624, 627, 733, 803*, 860, 863, 1016, 1095
Hammer, Richard *177*

Harriman, William Averell *923*
Hartmann, Alfred *91*, 92, 94, 232*
Hartmann, Hanns 964*, 965
Hartmann, Lothar *963*
Hassel, Kai-Uwe von XXIVf., XXXII, *25*, 68, 91, 93, 233, 247, 321, 333, 418f., 450, 459f., 473, 487–489, 497, 520f., 583, 599, 613, 615, 617f., 652, 654f., 657, 664, 672, 689, 693, 712, 719, 752, 781, 815, 817, 835, 850–852, 879, 881, 896, 898, 920, 942, 945, 955, 958, 960f., 991f., 996, 1001, 1009–1011, 1013f., 1031, 1047, 1054, 1068f., 1084, 1087, 1099, 1102–1104, 1124, 1133, 1149, 1173–1175, 1181, 1202, 1204, 1207, 1219f., 1223, 1242–1244, 1250, 1281, 1283
Haußmann, Wolfgang 757*, *763*, 798
Heck, Bruno XXI, XXIV*, XXV, XXVII*, 1, *15*, 34, 68f., 74–79, 82f., 85, 98, 100, 102–105, 109, 123, 131–134, 136, 230, 233f., 242–244, 246, 280, 282, 291, 330f., 333f., 389, 396, 413f., 418, 429*, 478, 497, 515, 532f., 539, 550, 554, 556f., 567, 569–575, 577–581, 583, 645, 651f., 653, 656, 664, 666, 672, 675f., 677, 679, 682–685, 687, 690f., 693, 695–697, 707, 711f., 723f., 732, 735, 745–752, 768–772, 776–781, 807, 810, 826, 835–837, 842, 850, 876f., 882–884, 886, 889, 891–898, 901, 904, 908–911, 916–920, 964, 968, 976, 990, 993–996, 1006–1008, 1014, 1016, 1037, 1090–1092, 1095f., 1098, 1100–1102, 1126, 1143, 1148, 1161f., 1169, 1171, 1173, 1176, 1178, 1180–1182, 1185, 1195, 1197, 1202, 1210f., 1213, 1215, 1221–1223, 1237, 1246–1248, 1250, 1254, 1259, 1266f., 1269, 1286, 1306f., 1310, 1313f.
Hector, Edgar *355*, 377, 379, 974, 979, 999, 1012, 1310
Heep, Martha 1165*
Heiler, Anne-Marie XXIII, 333, *405*, 419, 494, 497, 551f., 569, 583, 639, 652, 835, 891, 896, 898, 907, 921, 1165*
Heine, Fritz *9*, 10*, 35*, 119
Heinemann, Gustav *4*, 79, 276, 345*, 842, 857, 860, 863, 949, 954, 962
Heinen, Reinhold *407*
Heix, Martin 1*, 33*
Hellwege, Heinrich Peter *25*, 107*, 108, 338, 421*f., 425, 445, 448, 452, 455, 464, 497, 523, 810, 1068, 1084, 1191, 1283
Hellwig, Fritz IX, XXIII, XXV, XXXIII, 138, *202*, 205, 232, 246, 291, 321, 332f., 374f., 402, 409, 419, 442f., 497, 541, 543f., 546, 552f., 568, 577, 583, 622, 624–626, 630, 631*, 634–636, 638, 641–643, 651f., 655, 660f., 663, 667, 669, 671, 674f., 685, 712, 734, 751, 889, 896, 902–904, 906, 918, 920, 969, 985, 990, 1010–1012, 1102, 1106, 1134, 1164, 1170, 1177–1179, 1181, 1223, 1235, 1250f., 1254, 1280f., 1283, 1294, 1296, 1299f.
Henckel von Donnersmarck, Georg Graf 22*
Henkels, Walter 267*
Henn, Hans 783*
Hepp, Karl 783*
Hermes, Andreas 1286*
Herriot, Edouard 117*, *193*
Hertz, Paul 85*
Hessen, Johannes *345*
Heurich, Fridolin XXIII, *921*

Heusinger, Adolf *861*, 876, 1228
Heuss, Theodor *230*, 272, 523*, 865
Heydte, Friedrich August Frhr. von der 571*
Hilbert, Anton 1*
Hilbert, Ernst *830*
Hillenkötter, Albert 51*
Hitler, Adolf 2, 4*, 387*, 430, 499, 593, 586, 609, 675, 700f., 713 , 862, 864f., 1027, 1073, 1077f., 1140, 1196*
Hodenberg, Frhr. von 439*
Hodes, Henry I. 1012*
Höcherl, Hermann 658*
Höfer, Werner *964*
Höffner, Joseph *512*, 513*, 673*
Höfler, Heinrich 1*
Hoegner, Wilhelm 343*, *466*, 664, 785*
Höpker Aschoff, Hermann *68*, 90, 102
Hoffmann, Johannes Xf., *185*, 186, 189, 191, 203, 346, 350, 354–357, 362, 365f., 374–378, 438, 619f., 622–624, 629, 631, 643, 644*, 727, 734, 853, 893, 969, 973–976, 978f., 981, 986, 988, 999, 1001, 1012, 1265, 1308, 1310
Hofmann, Josef *103*
Hofmeister, Werner XXIII, 1, *64*, 233, 445, 448, 921
Hohlwegler, Erwin *288*
Holzamer, Karl *963*
Holzapfel, Friedrich XXIII
Hoogen, Matthias *382*, 848
Hoover, Herbert jr. *1112*
Horn, Peter *329*, 388, 736, 1105f., 1188
Horn, Walter 702*
Houtte, Jean van 150*
Hoyer Millar, Frederick Robert *337*
Hübner, Heinz Werner *964*
Hübner, Karl 783*
Hugenberg, Alfred *6*
Hugo, Victor 1167
Hummel, Johannes 718*
Hundhammer, Alois *172*
Huth, Eugen 149*

Ibrahim, Hassan 836*

Jacob, Günter 955*
Jäger, Lorenz *1249*
Jaeger, Richard 753*, *847*, 872*, 913*, 957f., 961f., 1031*, 1064, 1070, 1076*, 1084, 1188*
Jaenicke, Wolfgang *146*
Jantz, Kurt 384*, *736*
Jochmus, Hedwig *921*, 1102, 1164, 1181, 1223, 1237
John, Otto *406*, 450
Johnen, Wilhelm XV, XXIVf., 68, *133*, 134, 138, 148f., 160, 166-169, 172, 182–184, 231, 233f., 240, 242f., 245, 419, 497, 510, 532, 583, 618f., 622, 625–627, 630, 634, 643, 646, 652, 676f., 679, 683, 688–690, 693, 696, 702–706, 708, 781–783, 821, 826, 828, 830, 835, 871, 874, 876–878, 883f., 896, 911f., 914, 918, 920, 990, 1014, 1091, 1094, 1102, 1138, 1147, 1155, 1164, 1166, 1169, 1181, 1223, 1250, 1252f.
Johnson, Lyndon Baines *923*
Josten, Johann Peter *381*
Joxe, Louis 924*
Juin, Alphonse *193*

Kádár, János *1182*
Käber, Wilhelm 945*
Kaes, Bernhard 173*
Kaganowitsch, Lasar Moissejewitsch *601*, 602f.

Kaier, Eugen 798*
Kaiser, Jakob VII, IXf., XII, XIVf., XVII, XXIII, XXVf., XXX, XXXII, 1 , *16*, 32f., 39f., 42, 44, 46–49, 52, 57f., 64, 66, 68, 75*, 107*, 121f., 124, 129–131, 134, 138, 189, 195, 215, 233, 237f., 240, 242, 245f., 265, 272, 274*, 275f., 281, 289, 291, 316f., 333, 345f., 350f., 362, 377–379, 409–412, 419, 436, 438, 441, 443, 463, 465, 470–474, 496f., 523–525, 528f., 532, 539–541, 543, 551, 553–556, 581, 583, 599f., 609–611, 621, 625, 627f., 633*, 634, 636, 639, 641, 644, 647–649, 652, 677, 679–682, 684f., 696, 698, 703, 706, 708, 712f., 715, 733–735, 750, 782, 835, 853f., 856, 861, 862*, 885, 893, 895f., 905, 908, 910f., 913, 916f., 918–920, 976, 988f., 991f., 995f., 1010–1012, 1014, 1016, 1084, 1095, 1100–1102, 1272
Kammhuber, Josef 1031*
Kapp, Wolfgang *52*
Karsch, Heinrich *703*
Kather, Linus XXIII, 1, *17*, 19, 25, 263, 357, 425, 459f., 463, 548, 1158, 1206, 1251, 1281f., 1284
Kauffmann, Michel 356*
Kaun, Heinrich *36*
Keller, Michael *159*, 170*, 959*
Keller, Wilfried 22*
Kemal Atatürk, eigtl. Mustafa Kemal Pascha *153*
Kemmer, Emil 1300*
Kemper, Heinrich 1*, *242*, 336
Kennedy, John F. 923*
Kessel, Friedrich von 7*, *78*, 425*, 444, 445*, 446, 459*, 464–466, 1264, 1276, 1279
Keudell, Walter von *1100*, 1188
Kiesinger, Kurt Georg XXIII, XXV, 1, 3*, *14*, 28–31, 40, 48, 57, 64, 68, 75*, 90f., 93f., 96–98, 234, 246, 269, 277, 285, 291, 301, 316, 333, 352, 357, 370, 419, 463f., 471, 473, 482, 483*, 497, 554, 568, 581, 583, 587, 600, 605f., 608, 610, 715, 781, 832f., 835, 885, 888, 890, 896, 898, 910f., 913, 936, 957, 961, 964, 976, 1009, 1092, 1102, 1107, 1130, 1137, 1149f., 1162, 1170, 1174, 1199, 1223, 1233, 1237, 1239, 1242–1244, 1247, 1250
Kilb, Hans 583, *621*, 712, 724
Kirkpatrick, Sir Ivone Augustine *337*
Kleindinst, Josef Ferdinand *1070*
Kleinknecht, Wolfgang 798*
Klinglhöfer, Gustav 85*
Klötzer, Otto 22*
Knorr, Friedrich 1275*
Koch, Hans *891*
Koch, Helmut Andreas 445*
Köhler, Erich *659*
Köhler, Hans *353*
Koenig, Pierre *367*
Körner, Georg 649*, 783*
Körner, Heinrich *701*
Kohl, Heinrich *177*
Kohlhase, Hermann Albert *794*
Kohut, Oswald A. *813*
Kolb, Walter *1167*
Kolping, Adolf *84*
Konrad, Berta 1165*, *1250*
Kopf, Hinrich Wilhelm XIII, *171*, 421f., 443f., 447, 462, 464–467, 957f.
Kraft, Waldemar XVI, *18*, 19, 23f., 28, 107*, 195, 425*, 459–461, 649, 772, 801, 822, 917, 921, 1279f.
Kramel, Guido *1176*
Kranzbühler, Otto *439*, 728
Kraske, Konrad XXXIII*, 1102, 1172, *1269*

Kratz, Theodor *1210*
Kratz, Wilhelm 920, *985*, 996, 999, 1004f., 1008, 1302
Krause, Josef Anton *869*, 870
Kreisky, Bruno *140*
Krekeler, Heinz *789*, 790
Krieger, Herbert 798*
Krone, Heinrich XVII, XXV, 1*, 5*, *73*, 246, 292, 297*, 298f., 309, 318, 329, 332f., 379, 388–391, 393, 395–397, 404, 407–409, 411–413, 416–419, 423, 446, 458, 497, 514, 518f., 521, 553, 568, 583, 635, 637, 640, 643, 692, 711f., 714, 726, 729, 746, 755–760, 762f., 765, 767, 776, 781, 791, 802, 808, 827f., 835, 837, 856, 858, 860f., 874, 876–879, 881f., 885, 893, 898, 900, 902, 904, 906, 910f., 913, 920, 929, 946, 949, 955–957, 960f., 965, 968, 970f., 975, 977, 983, 988, 1005, 1007f., 1014f., 1022, 1027f., 1033, 1034*, 1036, 1047, 1050, 1052, 1054f., 1072, 1075, 1084–1087, 1091, 1102, 1106, 1119, 1121, 1126, 1129, 1133, 1144, 1156, 1158, 1162, 1164, 1166, 1171–1173, 1175, 1180–1182, 1193–1195, 1204, 1223, 1239, 1242–1244, 1250f., 1252*, 1259f., 1288
Krueger, Werner *965*
Krummacher, Friedrich-Wilhelm 955*
Kühn, Heinz *161*, 957
Kukil, Max 35*
Kunst, Hermann 947, 954
Kuntze-Just, Heinz *36*
Kunze 447
Kunze, Johannes 1, *63*, 333, 341, 357, 368, 390, 1102, 1149, 1175, 1180f., 1204
Laegeler, Helmut 1031*
Lahr, Karl 783*
Lange, Halvard Manthey *256*
Langeheine, Richard 445*
Langer, Georg 345*
Laniel, Joseph 11*, *154*, 368
Lautz, Julius von *1302*
Leber, Ludwig *960*
Legien, Karl *273*
Lehnen, Emil *1012*
Leitz, Ernst *1101*
Leitz, Ernst sen. *1101*
Leitz, Günther *1101*
Leitz, Ludwig *1101*
Lemmer, Ernst XXVf., 1, *4*, 5*, 14, 234, 584, 646, 652, 655, 657, 664, 670, 700f., 781, 809–811, 813, 816, 818f., 836, 896f., 918, 920, 936, 938*, 939f., 942, 948, 954, 961, 977, 1014, 1054, 1102–1104, 1127–1129, 1131, 1144, 1149f., 1157, 1164, 1181, 1215, 1223, 1247f., 1250, 1254*, 1272, 1280
Lenin, Wladimir Iljitsch *113*, 118, 591, 924, 1117
Lensing, Lambert XXIVf., *134*, 230, 233f., 243, 246, 267, 333, 407, 413f., 419f., 493, 583, 648, 652, 715, 782, 836, 921, 1014, 1102f., 1136, 1158, 1165, 1181, 1200, 1205, 1207, 1219f., 1223, 1246, 1249, 1254*, 1257
Lenz, Johann *970*, 977
Lenz, Otto XXV, XXXIII, 1, *22*, 41, 48, 75*, 182, 233, 242–244, 358, 413, 690, 893, 920f., 933, 935, 937, 941–943, 948, 956, 958, 961f., 965f., 968, 970–972, 980,982, 984f., 988–990, 994–996, 1007, 1009, 1011, 1014, 1031*, 1063, 1084f., 1102, 1245, 1274
Lenze, Franz *1063*

Leonhard, Gottfried *358*
Letterhaus, Bernhard *701*
Leukert, Edmund 22*
Leuschner, Wilhelm *700*
Leverenz, Bernhard 757*
Libby, Willard Frank 1237*
Lilje, Hanns *16*, 80, 170, 704, 810, 943, 945
Lindrath, Hermann XXV, 920, *921*, 1181, 1215
Lipschitz, Joachim 938*
Löbe, Paul 85*
Löwenstein, Hubertus Prinz zu *348*, 562
Lohan, Wolfgang 798*
Lojewski, Werner von 1, *64*, 65f., 68, 134–136, 233f., 237, 244, 246, 267, 270, 291, 333, 418f., 496f., 583,
Lorscheider, Gotthard 733*
Luchtenberg, Paul 987*
Ludwig, Adolf *1210*
Lübke, Friedrich Wilhelm XXIV, 1, 138, *174*, 184, 321, 657
Lübke, Heinrich XXVI, 107*, 266, *333*, 435, 490f., 718, 719*, 846, 886, 891, 921, 1014, 1102, 1150, 1181, 1192, 1211, 1223, 1234, 1237, 1254, 1281, 1285, 1286*, 1287f., 1297
Lücke, Paul *383*, 753*, 886, 1164
Lücker, Hans-August *1297*
Lüders, Marie-Elisabeth *791*, 947
Lünendonk, Heinrich *736*, 748f., 886, 1223, 1244
Lüninck, Hermann Frhr. von *522*
Lütkens, Gerhard *9*
Luigs, Paul *868*, 869f.,
Luther, Hans *261*
Luther, Martin 447

Macmillan, Harold *437*, 1224*, 1230f., 1234
Mälzig, Konrad 445*, 822*
Maginot, André *1078*
Maier, Reinhold 13*, *28*, 29, 34, 45, 108, 179*, 426, 770f., 785, 790, 798, 818, 833, 838, 1189f., 1255, 1263
Maizière, Ulrich de 1031*
Majonica, Ernst XXIII, 68, *84*, 91f., 104f., 333, 396, 400, 419, 454, 497, 555, 577, 583, 620, 629, 635f., 639, 642,644, 652, 655, 664f., 676, 678, 680, 682, 684–686, 688–691, 693f., 896, 920f.
Majonica, Ernst sen. 693*
Makarios III., Michael Muskos *846*
Malburg, Fritz *1172*
Malenkow, Georgij Maximilianowitsch *592*, 601–603
Manstein, Fritz Erich von 1076*, *1077*
Manteuffel, Hasso von *271*, 783*
Manteuffel-Szoege, Georg Baron 22*
Martini, Paul *714*
Maruhn, Siegfried 1232*
Marx, Karl 43, 384, 590f., 1137
Massoth, Willy *230*
Matthes, Hermann *652*, 715
Mattick, Kurt 938*
Maxsein, Agnes Katharina 5*,
Mayer, René-Joel Simon *342*
Meany, George *923*
Mehnert, Klaus *1206*
Meiser, Hans Oswald *170*, 171
Meixner, Georg 943*, *960*
Mellies, Wilhelm 35*, 946*, *1070*, 1107, 1115
Mende, A. 235*
Mende, Erich *271*, 757*, 763, 786f., 892, 1263
Menderes, Adnan 311*
Mendès-France, Pierre *247*, 248–250, 252f., 255–257, 264, 266, 269–271, 280, 283, 286, 288, 321, 341f., 347,

363–365, 368f., 501, 510, 622*, 927, 1186, 1304
Menzel, Walter *161*, 274, 758*, 882
Merchant, Livinston Tallmadge *632*
Merkatz, Hans-Joachim von *25*, 523
Messerschmid, Felix 798*
Meyers, Franz XIV*, XXI, XXV, XXXII, *455*, 470, 781f., 812, 814, 835, 920f., 969, 977, 992f., 995, 1007–1015, 1027, 1036, 1047, 1085, 1087f., 1090–1092, 1100, 1102, 1121, 1134, 1144–1154, 1163–1166, 1168–1170, 1172, 1174, 1181f., 1187, 1199, 1201f., 1204, 1211, 1214, 1219, 1221, 1223, 1241, 1245–1247, 1250f., 1253f., 1259, 1265–1267, 1276f., 1300, 1305–1307, 1312–1314
Meyrich, Carl 667*
Middelhauve, Friedrich *7*, 161, 162f., 167f., 174, 177, 182f., 426, 724, 783, 788, 793–795, 812, 814, 826
Miessner, Herwart *306*, 307, 310, 415
Miller, Anton 22*
Möller, Alex 398*, 799*, *818*, 819
Mollet, Guy *859*, 925, 927, 1016, 1031, 1098, 1129, 1142, 1149
Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch *372*, 587, 591
Mommer, Karl *270*, 733f., 761, 881
Monnet, Jean *342*, 1131*
Montini, Giovanni Battista *146*, 158
Morales, Alfredo Gomez 235*
Morgenthau, Henry *368*
Morrison, Herbert Stanley *290*
Mücke, Willibald *19*
Müllenbach, Peter 233, *234*, 243, 246, 295, 419, 494, 533, 539, 583, 648, 652, 654, 656, 781, 807, 897, 1102, 1165, 1250, 1254, 1276
Müller-Armack, Alfred *658*
Müller, Eberhard 707*
Müller, Erwin 366*, *967*, 974, 984, 989, 994, 1001, 1010, 1012
Müller, Gebhard XXIII, XXV, XXXIII, *184*, 233, 247, 257, 342*, 419f., 497, 517–521, 584, 715, 781, 783, 793, 796, 807, 818–820, 822, 829, 834–836, 842, 896f., 904, 917, 919f., 955, 981, 994–996, 1014, 1102–1104, 1127, 1173, 1181, 1250
Müller, Hermann *409*
Müller-Hillebrand, Burkhard *1077*
Müller, Karl *243*
Müller, Vinzenz *1077*
Muench, Alois Joseph *865*
Muthesius, Hans *512*, 513*, 673*

Naegel, Wilhelm Josef 652, *653*, 657, 660f.,
Nagel, Heinrich 1254, *1273*
Nahm, Peter-Paul *252*, 1100
Nambiar 927*
Napoleon I. 282*
Nasser, Gamal Abd el *836*, 1027, 1029, 1110f.
Nau, Alfred 35*
Naumann, Werner *788*, 801, 839, 930
Nehru, Dschawaharlal *730*, 926f.
Nell-Breuning, Oswald von *385*, 402, 515, 672–674
Nellen, Peter *929*, 940, 947, 957, 959
Nelson, Leonard *410*
Nenni, Pietro *928*
Neuburger, August 1*, *99*, 246, 264, 295f., 297*, 298, 307, 309–311, 313–317, 323, 327–330, 886, 889f.
Neumann, Franz *1130*
Neumann, Günter *1247*
Neumann, Klaus-Günter *1247*
Neumayer, Fritz 27*, 107*, 783*
Neundörfer, Ludwig *512*, 513*, 673*, 736, 886, 893

Ney, Hubert XXV, *237*, 239–242, 270, 378f., 496, 619–621, 627f., 633*, 634, 727, 733f., 840f., 853, 893, 969, 971f., 976–978, 980, 983, 989, 1014f., 1250f., 1265, 1301–1310, 1312, 1314
Niemöller, Martin *4*, 79, 704, 949, 954, 962
Nixon, Richard Milhouse *586*
Nöll von der Nahmer, Robert Philipp *301*
Noltenius, Jules Eberhard XXIII, XXV, *246*, 533, 539, 835, 896, 899, 920, 1014, 1047, 1052, 1099f., 1102, 1176
Norstad, Lauris 1065*
Noske, Gustav *467*, 508
Noth, Gottfried 955*
Nowack, Wilhelm 757*, *763*, 1160*
Nuschke, Otto *545*, 1232*

Oberländer, Theodor XVI, XXVI, *19*, 22*, 107*, 181f., 195, 263, 338, 343, 390, 395, 425*, 459, 461, 463–466, 497, 649, 772, 801, 822, 917f., 920, 959, 1014, 1100–1102, 1121f., 1128, 1172, 1181, 1195, 1201, 1206f., 1215, 1223, 1245, 1252–1254, 1279–1282
Oeftering, Heinz Maria *573*
Oer, Antonius Frhr. von *490*, 522, 1285, 1286
Ollenhauer, Erich *9*, 10, 35*, 39, 119, 130, 140, 261, 268, 270, 275–277, 283, 287, 338, 345*, 369, 427, 467, 469, 471, 473f., 476, 501, 508, 516, 523, 753*, 758, 820, 942, 946, 959, 1034, 1060*, 1070, 1107, 1131f., 1184, 1224f., 1240, 1243, 1245, 1255, 1261
Onnen, Alfred *7*
Osterloh, Edo XXV, *886*, 920f., 943, 1014, 1181, 1223, 1239, 1242, 1244

Papen, Franz von *261*, 277f., 280, 727, 840, 853
Paulus, Friedrich *387*
Pelster, Georg 1*
Pettenberg, Heinz 920, *921*, 996, 1038*, 1102, 1148f., 1250
Pfeiffer, Peter *623*
Pferdmenges, Robert 1*, *15*, 68, 84, 89, 230, 233, 246, 263–265, 276f., 295, 297f., 309f., 314, 317, 325, 333, 407, 419, 484, 497, 568, 584, 591, 712, 720, 764, 767, 781, 830, 836, 1019f., 1196
Pfleiderer, Karl Georg *258*
Pflimlin, Pierre *342*, 441
Philip, André *270*
Pinay, Antoine *252*, 342, 368, 436–441, 491, 495, 620, 628,630f., 635, 639, 728f., 855, 1304
Pineau, Christian 803*, *848*, 859, 925*, 927
Pirker, Theo 702*
Pitz-Savelsberg, Elisabeth XXIII, 68, *103*, 333, 401, 413, 896, 918, 921
Pius XI., Papst 963
Pius XII., Papst *152*, 858, 865–867, 870, 892
Pleister, Werner *950*
Pleven, René *368*
Plowden, Edwin Noel *851*
Poppenberger, Fritz 1125*
Praetorius, Gisela XXIII, *230*, 234, 921
Preiß, Ludwig 783*
Preißler, Walter 394*
Preusker, Viktor-Emanuel 107*, *264*, 296, 757, 783*, 910, 1019, 1021, 1056
Probst, Maria *299*, 314, 329f., 332

Pünder, Hermann 1, *16*, 17, 58, 424,
Puschkin, Georgij Maksimowitsch *514*

Quarles, Donald Aubrey *1029*, 1082*

Raab, Julius *15*
Rademacher, Willy Max *817*, 824
Radford, Arthur William *1028*
Raestrup, Bernhard *307*
Rahn, Rudolf *788*, 795, 803, 806, 839
Rasner, Will 757*, *763*, 1225
Ratz, Karl 445*
Raymond, Walter *280*
Redeker, Martin 169*
Rehling, Luise XXV, 920, *921*, 1014, 1083, 1088f., 1254, 1300, 1313
Rehwinkel, Edmund *491*, 718, 846, 1285, 1287
Reichel, Herbert *1249*
Reichstein, Willi 22*
Reimann, Max *1163*
Reiners, Hermann 240
Reinert, Egon 240*, 1254, *1301*, 1306, 1308, 1311–1315
Reinhardt, Hans-Georg 1076*
Remer, Otto Ernst *802*, 841
Remorino, Jeronimo 235*
Reusch, Hermann *340*, 412, 477*
Reuter, Ernst *36*
Reuter, Georg *44*, 345*, 384, 409, 428, 478
Reynaud, Paul *368*
Ribbentrop, Joachim von *430*
Richter, Willi 1218*
Riesebrodt, Günter *835*
Rinke, Walter 22*
Ripken, Georg *497*
Rock, Edelhard 1254, *1280*, 1284
Röchling, Ernst 436*
Röchling, Hermann 436, *620*
Röder, Franz Josef 920, *985*, 996f., 1002, 1004, 1007, 1009, 1010f., 1301f., 1305, 1314
Roehrbein, Erich 667*
Rösch, Julie *330*, 897
Röskau, Hilde XXIII, 971*
Rohbeck, Arthur *736*
Rohrbeck, Walter *667*
Rompe, F. 209, 210*
Roosevelt, Franklin Delano *586*, 1226
Rothfels, Hans *679*
Rowohlt, Ernst *1271*
Rudolph, Heinz 445*
Ruf, Thomas 658*
Ruge, Friedrich 1031*
Ruland, Franz *967*, 984, 989, 994, 1311*
Rust, Josef 75*, *619*, 1031, 1069

Sabaß, Wilmar *1292*
Sabel, Anton *388*, 414f., 736
Saburow, Maksim Sacharowitsch *603*
Said, Nuri es 258*
Samsche, Ewald XXIII, 68, *82*, 172, 583, 652, 781, 823, 831f., 836, 896, 899, 914, 921
Samwer, Adolf 649*
Saragat, Giuseppe *370*, 928
Saternus, Artur 1218*
Schacht, Hjalmar *801*
Schaefer, Carl Anton *489*
Schäfer, Hans *415*
Schäfer, Hermann 107*, 783*, *816*, 817, 824
Schäffer, Fritz XVIIIf., XXIX, 1, *27*, 28, 34, 59, 65, 99, 107*, 138, 144, 147*, 151–153, 164f., 182, 209f., 212, 215, 230f., 246f., 263–265, 291f., 293*, 298f., 301*, 309– 318, 320f., 323f., 327–329, 332f., 335, 382, 417, 435, 479, 573, 631, 719, 720*, 781, 804, 806f., 811, 819,

823, 825, 844, 851, 875, 884, 901–907, 944, 960f., 1012f., 1056, 1069, 1124, 1127, 1173, 1176, 1218, 1252, 1287f., 1291, 1295
Schardt, Alois 1252*
Scharnberg, Hugo XXIII, XXV, 1, *8*, 21, 65, 68, 91, 97–99, 108, 138, 212,226f., 231f., 246, 315, 323, 326, 329, 419, 478, 483f., 486, 492–494, 497, 554, 572, 583, 638, 642, 652, 656, 663f., 712, 729, 753, 756f., 761–766, 824, 896, 901–906, 920, 1006, 1014, 1054,1056, 1058–1060, 1102, 1134, 1169f., 1181, 1196, 1250, 1258, 1289
Scheel, Walter *791*
Schellenberg, Ernst *749*
Schellhaus, Erich 7*, 445*
Schlapper, Ernst *581*
Schlarb, Willy XXXIII
Schlehofer, Franz *1012*
Schleicher, Kurt von *381*
Schlüter, Leonhard 445*, *446*,
Schmeißing, Heinrich *165*
Schmid, Carlo *9*, 260, 268, 270, 272, 275, 277f., 359, 369, 451, 468, 471, 562, 601, 604, 613, 615, 957, 1030, 1095, 1225, 1254
Schmidt, August *413*
Schmidt, Helmut *947*
Schmidt, Otto 333, *407*, 416
Schmidt-Wittmack, Karlfranz *450*
Schmücker, Kurt XXV, *920*
Schneider, Franz *1001*
Schneider, Georg *736*, 835
Schneider, Heinrich *346*, 377, 379, 620–623, 627, 633*, 727, 840, 853, 855f., 871, 873, 967, 972, 976, 982, 986, 988, 997–1003, 1007, 1304, 1307, 1310f., 1314
Schneider, Herbert 757*
Schneider, Ludwig 753*, 783*, 787, *792*, 892
Schnyler, Cortlandt van Reusselaer 1065
Schoettle, Erwin *882*, 1188*
Scholl, Paul 868–870
Schreiber, Hans *90*, 91, 144*, 533, 539, 883, 1091
Schreiber, Ottomar *19*
Schreiber, Walther *68*, 898
Schreiber, Wilfried XIX
Schröder, Georg *854*
Schröder, Gerhard XXVf., 1, *5*, 91, 107, 138, 189, 200, 246, 269, 328, 497, 543, 566, 652, 678, 681, 712, 753, 757, 761, 763f., 766–768, 782, 824, 835, 863, 876, 879–881, 908, 910, 912f., 920, 940, 944, 948, 951, 955, 958, 965, 969, 976, 1009f., 1013f., 1028, 1053, 1095, 1102, 1166, 1199, 1202, 1223, 1232, 1234, 1239, 1242, 1246, 1248, 1250, 1254, 1258–1260, 1267, 1272, 1274, 1276f.,
Schröder, Louise *947*
Schröter, Carl 65*
Schubert, Franz 80
Schuberth, Hans 1, *37*, 45, 48, 50, 65, 80, 107*
Schuckert, Margarete XXV
Schüttler, Josef *1133*
Schütz, Hans 1, 22*, *65*, 122
Schütz, Wilhelm Wolfgang *862*
Schukow, Georgi Konstantinowitsch *925*
Schulien, Michael 620*
Schultze-Schlutius, Carl-Gisbert 246, *326*
Schumacher, Kurt *8*, 130, 339, 369, 405, 471, 474, 806, 837, 942
Schuman, Robert *192*, 253, 264, 341f., 349, 361, 368, 441, 519, 621, 628

Schwann, Hermann *426*
Schwarz, Heinz 1175*
Schwarz-Liebermann von Wahlendorf, Hans Albrecht 583, *640*
Schweitzer, Albert XX, *1224*, 1226, 1233f., 1236f., 1239, 1244
Schwennicke, Carl-Hubert *809*
Seebohm, Hans-Christoph *25*, 107*, 108, 1215
Seffrin, Roland *868*
Seidel, Hanns XVII, *344*, 498, 523, 583, 584*, 652, 781f., 791, 800–802, 804, 830, 833f., 1014, 1102f., 1117, 1119–1121, 1123, 1125–1128, 1132, 1147f., 1157, 1161, 1254, 1268, 1274, 1277, 1285, 1288, 1296, 1304, 1307, 1311, 1313
Seiterich, Eugen 1250*
Sethe, Paul *284*, 287, 289, 360, 370f., 386
Seyß-Inquart, Arthur *1017*
Siebel, Theodor *94*
Siemsen, Karl *806*
Sieveking, Kurt XXV, *419*, 420, 584, 712, 768, 782, 835, 843, 866–870, 920, 1009, 1099, 1102, 1126, 1146, 1188*
Silex, Karl *288*
Simon, Hans 1304*
Simpfendörfer, Wilhelm XXIII, XXV, 1, *59*, 63f., 68, 159, 230, 233, 241, 245, 497, 539, 543, 546, 550, 652, 835, 864f., 873, 877, 881f., 887f., 890, 896f., 920, 1014, 1181
Sixt, Friedrich 1076*
Solleder, Max 1*
Songgram, Luang Pibul *504*
Sorin, Valerian Aleksandrowitsch 698*, *733*, 802, 860, 953, 1261
Sornik, Paul 22*
Spaak, Paul Henri *236*, 251, 1016f., 1149
Speidel, Hans *876*, 1031*, 1085, 1187, 1228
Spennrath, Friedrich *54*, 309
Spranger, Eduard *679*
Stalin, Jossif Wissarionowitsch *70*, 113f., 430, 432, 591, 593, 924–926, 1260
Stassen, Harold E. *1260*, 1261
Staudinger, Käte *1250*
Steegmann, Franz *972*, 988
Steffan, Franz *214*
Stegerwald, Adam *43*, 52, 273, 388, 410, 699
Stegner, Artur *7*
Steinbiß, Viktoria *132*
Steinhoff, Fritz 782*, 825*, *950*
Steinmetz, Hans *782*
Steuer, Lothar *161*, 794, 839, 866
Stevenson, Adlai E. 730*
Stier, Hans Erich *102*, 419, 455, 457f.,
Stingl, Josef 5*, *1213*
Stinnes, Hugo jr. *839*
Stößinger, Siegfried *960*
Stollhof, Alois 1312*
Stoltenberg, Gerhard XXV, *897*, 920f., 995, 1014, 1102, 1175*, 1176, 1181, 1214, 1223, 1247, 1254, 1284, 1300*, 1314
Stooß, Heinrich 138, *158*, 159*, 1102, 1175
Storch, Anton XIX, XXVI, 107*, *175*, 290, 299, 314, 329, 333, 388, 412, 512, 517, 712, 735, 747, 749–752, 886, 891, 1014, 1102f., 1146, 1181, 1188, 1211, 1217, 1223, 1249, 1254, 1292
Sträter, Artur *531*, 617
Strasser, Otto *930*
Straus, Emil *1012*

Strauß, Franz Josef XVIIf., 1 , *20*, 25, 37, 40–42, 58, 60, 64f., 68, 77, 80, 107*, 122, 144*, 247, 263–265, 292, 297*, 311, 497, 523, 652, 791, 951, 1014, 1052, 1076, 1077, 1079, 1081, 1086f., 1089, 1104, 1115, 1119, 1124f., 1174, 1225, 1228*, 1229, 1232*, 1235, 1272, 1314
Stresemann, Gustav *384*, 409
Strickrodt, Georg XVIII*, XXIII, 68, *85*, 94f., 98f., 109, 138, 182, 184, 205, 216f., 223, 230–232, 246, 292, 295, 297, 312, 320, 327, 329, 397, 497, 539, 583, 642, 647, 652, 656, 672–675, 682, 696, 835, 889f., 921
Strosche, Johannes 22*
Struve, Detlef *719*, 1287, 1297
Stücklen, Richard 652, 658*, *664*, 712, 753, 755, 757*, 763, 781, 904, 1125, 1277
Süsterhenn, Adolf XXIII, 1, *49*, 53, 55, 138, 146*, 156, 169, 171, 173, 179f., 234, 293*, 419, 443, 457, 495f., 532f., 539, 544f., 781, 887, 896f., 915–919, 921
Suhr, Otto *938*
Svoboda, Martin S. *950*

Tantzen, Richard 822*
Tapolski 231
Tardini, Domenico *146*, 158
Taylor, Maxwell Davenport *1075*
Taylor, Rufus *1075*
Teitgen, Pierre-Henri *236*
Tenhumberg, Heinrich 1246*
Thadden, Adolf *841*
Thedieck, Franz 387*
Theiss, Konrad 797*
Thielicke, Helmut XXI, *1236*, 1240, 1242–1244
Tillmanns, Robert XII, XVII, XXIII, XXIV*, XXVIII, 1, *3*, 5*, 14–16, 20, 58, 62f., 68, 75*, 81, 85, 100f., 103, 107*, 127, 132–134, 230, 233f., 240–242, 244, 246, 264, 284, 330–332, 380, 388f., 408f., 416–419, 446, 448f., 457, 463, 465f., 474, 476, 478, 480, 483, 486f., 489, 492–494, 496f., 528, 531, 540–544, 546, 548, 554, 575, 579f., 583, 605, 607, 609f., 612, 616, 618, 636–643, 646–648, 650–657, 660, 662–665, 668–670, 672f., 675–677, 680–682, 684–698, 704f., 708–712, 735, 745, 872, 888, 911, 913, 1259
Tito, Josip *372*, 499f., 529, 725
Togliatti, Palmiro *928*
Troeger, Heinrich *216*
Troquer, André 117*
Trotzki, Leo Dawidowitsch *118*
Truman, Harry Spencer *586*, 923*
Tschou En-lai *336*, 503, 1183, 1184*
Tuchatschewski, Michail Nikolajewitsch *114*
Twining, Nathan F. 924*

Ulbricht, Walter *130*, 275, 675, 937, 1053
Umrath, Eugen 85*
Ungeheuer, Josef *892*

Vocke, Wilhelm *151*, 902f., 906f., 1024, 1056, 1058
Vogel, Heinrich Rudolf Gottfried *954*
Vogel, Rudolf *413*, 946*
Voß, Heinrich *702*

Wacher, Gerhard 22*, 920, 931*, *960*, 987, 1102f., 1125
Wackerzapp, Oskar XXIII, 1, *19*, 68, 77, 120–123, 333, 391, 414, 419, 489, 583, 617, 642f., 650, 652, 677–682, 684–690, 694f., 697,

711f., 750f., 776, 835, 887f., 891–894, 896, 918, 920f.
Wagner, Hubert 173*
Wahl, Eduard 439*
Weber, Alfred *345*
Weber, Helene XXIII, XXV, 1, *5*, 15, 45, 58, 64, 68, 108, 111, 130, 132, 230, 233, 241, 246, 263f., 268–270, 274, 280, 282, 286, 289, 330, 419, 441, 443, 459, 583, 617f., 636, 639, 652, 655, 657, 665, 669, 672, 709–712, 715, 722, 747, 749, 766, 778, 781, 785, 802f., 814, 827–829, 836, 897, 921, 1014, 1043, 1046, 1050, 1052–1054, 1060, 1099, 1102, 1128f., 1133, 1157, 1162, 1164f., 1167, 1170, 1174, 11 81, 1219–1221, 1223, 1238, 1240, 1251, 1254, 1278, 1313
Wegener, August *413*, 414
Wegmann, August XXIVf., 333, *335*, 419, 445f., 452, 583, 821, 836, 920, 1181, 1191
Wehking, Heinrich XXIII, XXXIII, 68, *134*, 138, 165, 198, 497, 555, 580, 652, 688, 696, 703f., 708, 710, 921, 1254, 1296, 1299
Wehner, Herbert *9*, 126, 130, 140, 261, 291, 1107, 1131
Wehr, Matthias *977*
Weins, Peter 1008*
Weintz, Jean *1212*
Weitz, Heinrich *1051*
Wellhausen, Hans *264*, 296, 297*, 303, 306–308, 310f., 314, 318f., 726, 729, 757, 764f., 767, 783*, 790, 792f., 821, 838, 860
Wendt, Hans *951*, 963–965
Wenke, Hans *172*
Westphalen zu Fürstenberg, Friedrich Carl Reichsgraf *710*
Weyer, Willi 757*, *767*, 1020, 1167, 1280f.
Wiedemeier, Franz 68, *97*
Wildermuth, Eberhard 27*
Wilhelm II. *471*
Wilm, Ernst *173*
Windthorst, Ludwig *158*
Winkelheide, Bernhard XIV, XXIII, 698*, *702*, 703, 707f., 782, 921
Wirsching, Eugen X, *233*, 246, 271, 419, 477, 583f., 652, 712, 769, 896f., 1014
Wirth, Joseph *261*
Wirths, Carl 149*
Woldering, Karla 836*
Wolfermann, Willi *1136*
Wolff von Amerongen, Otto *442*
Wuermeling, Franz-Josef XXIII, XXVI, 1*, 3*, *14*, 68, 75*, 107*, 108, 145*, 158, 170, 230, 234, 246, 269f., 301, 320, 328–330, 333, 345, 419, 485f., 492f., 497, 531, 544, 548, 552, 554f., 569–571, 583, 599, 617, 621, 624, 634, 652, 661, 663, 669, 673, 681, 688f., 693f., 697, 703, 705f., 710–712, 759, 767, 781, 835, 842, 874, 884, 888, 891, 896, 911, 913, 921, 1102f., 1181
Wyschinski, Andrej 263*, 373*

Yorck von Wartenburg, Hans Graf 282*

Zahedi, Fazlo'llah *258*
Zettel, Heinz *1250*
Ziebill, Otto *36*
Ziervogel, Joachim-Albrecht *277*
Zimmer, Alois IX, X, XXIII, XXV, 1, *16*, 17, 62, 68, 75, 83, 90f., 93*, 105, 133, 137f., 200, 233f., 236–239, 241–243, 245, 333, 335, 346,

352, 357f., 362, 364, 368, 375–379, 391, 413f., 418, 496f., 516, 533, 539, 551, 555, 579f., 583, 627, 631–641, 646f., 650–652, 655–657, 660, 663, 670, 672, 676f., 684, 686–689, 691, 693f., 696f., 705, 709f., 712, 727, 748, 764, 777f., 780f., 805, 824, 835, 870, 874, 881, 884, 892f., 896–898, 900, 918, 920, 961, 965, 980, 1012, 1014, 1051, 1078f., 1089, 1102, 1120f., 1137, 1152, 1157, 1162–1164, 1170,1181, 1197, 1209, 1211, 1217
Zimmermann, Friedrich *1097*, 1175*
Zinn, Georg-August *393*, 395, 519, 813, 1167
Zorlu, Fatin Rüstü *503*
Zürcher, Paul *760*

Sachregister

ABC-Waffen 255, 267
Abendländische Akademie 570f.
Abrüstung (s. auch Entspannung) XII, 361, 432, 507, 516, 523, 525, 527, 529, 582, 848, 859–861, 1080, 1117, 1228f., 1231, 1235, 1243, 1255, 1260f.
Ägypten (s. auch Suezkrise) 154, 258*, 836, 846, 1027–1029, 1081, 1109–1113, 1230
Afghanistan 730*
Agrarpolitik s. Landwirtschaft, Bauern
Aktionsgemeinschaft für Soziale Marktwirtschaft e.V. 87–89, 1290
Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa 1131
Algerien 846, 925*, 1110, 1112
Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (ADN) 1138
Alliierte Hohe Kommission (AHK) 253f., 391, 457, 626, 716
Alliierte Konferenzen
- Potsdam 1945 (Abkommen) 112
- Moskau März/April 1947 (Außenminister) 111*, 347, 354, 437, 968
- London Nov./Dez. 1947 (Außenminister) 111*
- Berlin Jan./Feb. 1954 (Außenminister) XII, 75, 106, 110f., 115, 117–119, 121f., 124f., 127–131, 135f., 139, 192, 194, 498, 506, 515, 527, 858*
- Genf Juli 1955 436f., 501*, 504, 511, 524f., 582–584, 589, 593, 613, 730, 855
- Genf Okt./Nov. 1955 (Außenminister) 584, 589, 598*, 610, 613, 630, 632, 634, 638, 667–669, 672, 676, 698, 702, 721, 725, 728, 730, 858*

„Amt Blank" s. Bundesministerien, Verteidigungsministerium
Arbeiterschaft (politische Einstellung) 41, 44–46, 59, 72, 76f., 280, 290f., 353, 699, 703–707, 773, 810, 1153f., 1157, 1163, 1167, 1170
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK) 1063*
Arbeitslose, Arbeitslosigkeit 69, 109, 152, 666, 671, 720, 1024, 1290, 1293
Asien (weltpolitische Bedeutung) 125, 139, 241, 336f., 371, 431, 503f., 730
Atomenergie 592, 851f., 1082f., 1224*
Atomwaffen
- Ausrüstung der Bundeswehr XX, 1029, 1073, 1077–1079, 1082, 1224–1226, 1228, 1230, 1235, 1238, 1242f., 1261
- Bedeutung, Gefahren 119f., 135, 142, 196, 250, 255, 432, 505–507, 1028–1030, 1034f., 1062, 1072–1074, 1079–1082, 1117, 1226f., 1231–1234, 1237–1244, 1254, 1260–1262
- Stellungnahmen der Parteien
-- BHE 1225
-- CDU 1229–1244
-- DP 1225
-- FDP 1225
-- FVP 1225
-- SPD XX, 1224f., 1228–1233, 1235f., 1238, 1240–1242, 1260–1262

- Versuche XX, 1224f., 1230, 1233, 1238, 1243
- Verzicht 255, 267, 851, 1229
- Wasserstoffbombe 255, 507, 527, 582, 860*, 1080f., 1117, 1227, 1230

Aufrüstung (s. auch: Wiederbewaffnung) 505–507, 848, 859, 1082, 1262

„Aufwärts" 412

Auslandsschulden 222, 226

Australien 259, 927

Bad Boll, Evangelische Akademie 174, 707*

Baden-Baden
- CDU-Parteitag 1955 (geplant) s. Stuttgart

Baden-Württemberg 323, 398f., 531, 641, 983
- Kommunalwahlen 1956 1154, 1175
- Landesregierung, Regierungskoalition XIII, 13f., 26, 29, 34, 108, 151, 179, 247*, 398, 461f., 466, 769f., 818f., 833, 882, 1283
- Landtagswahl 1956 XIII, 493, 581, 654f., 664, 769–772, 783, 790, 793, 796–801, 804f., 833, 838, 842, 856, 860f., 863, 870f., 874f., 1190, 1206, 1264, 1281
- Schulpolitik 100f., 797–799
- Wahlrecht 1154

Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV) 931, 968, 983, 1307

„Badische Neueste Nachrichten" 797*

Balkan-Pakt 153f.

Bamberg
- Adenauer-Rede 2. Juni 1957 1255, 1262

Bandung, Asiatisch–afrikanische Konferenz 1955 431, 503

Bank Deutscher Länder 151, 225, 295f., 298, 302, 321, 325, 487f., 720, 844, 903, 906f., 1022–1024, 1048f., 1052, 1056, 1299

Banken (hier auch: Sparkassen) 213, 1025, 1050f., 1055

„Basler Nachrichten" 34

„Basler Nationalzeitung" 260

Bauern, Bauernverbände 159, 325*, 489–491, 522f., 544, 718f., 726, 763, 773, 845f., 874f., 1052, 1179, 1202

Bayern 323, 377, 969
- Kommunalwahlen 1956 1123
- Landesregierung, Regierungskoalition XIII, 18, 22, 343f., 462, 466, 785, 805f., 1191* , 1283, 1285
- Landtagswahlen
  - 1954 XIII, 8, 14, 109f., 144, 216, 265, 280, 343f., 380, 943, 960
  - 1958 1192
- Schulpolitik XIII, 943, 960

Bayernpartei (BP), s. auch Föderalistische Union 33, 343*, 498, 755, 785*, 800, 805, 860, 931, 968, 981, 987, 992, 1003f., 1006, 1012f., 1191, 1266

Beamte 48, 69, 76, 92, 221f., 315, 322, 414–416, 423f., 477, 774, 845, 1055, 1095f., 1106f., 1146, 1170, 1173, 1175f., 1196

Belgien 150, 250f.*, 255, 1016f., 1262

Belgrad
- Kommuniqué Chruschtschows 1955 524, 528f., 600

Berlin
- Bundestagsabgeordnete 5, 536, 541, 882, 1184
- Konferenzen
  - Alliierte Außenminister Jan./Feb. 1954 XII, 75, 106, 110f., 115,

117–119, 121f., 124f., 127–131, 135f., 139, 192, 194, 498, 506, 515, 527, 858*
-- Europa-Union 1955 672, 676
- Parteitag der CDU 1952 237, 239f., 244, 664
- Parteitag der FDP 1957 1190
- Parteitag der SPD 1954 359
- Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1954 XIII, 109, 143f., 280, 380
Berlinproblem 254, 608, 614f., 1130, 1184
Besatzungskosten XVIII, 218, 222, 305, 844, 850–852, 944, 946, 957, 960
Besatzungsstatut VIII, 106, 250, 253f., 257f., 316, 363, 433, 457
Betriebsräte 291, 353, 411, 468, 477, 578, 707
„Betriebsräte-Brief" 561
„Bild" 844
Birma 730*
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) 450*, 488, 936*, 1101
- Atomwaffen 1225
- innere Situation, Spaltung XVI, 22–26, 263, 357, 425f., 451, 454, 459–463, 469, 486, 513, 645, 648f., 651, 682, 931, 1195, 1264, 1279
- Länder
-- Regierungskoalitionen 13f., 22, 25f., 394f., 421, 423, 425, 444–446, 452, 459, 461f., 464–466, 489, 497, 770, 785*, 800, 805, 822, 867, 1191*, 1282–1285
-- Baden-Württemberg 769–772, 838*, 1206, 1264, 1281
-- Nordrhein-Westfalen 180–183, 244, 1137, 1156
- Regierungskoalition, Koalitionsbildung (Bund) VIII, XVf., 7f., 17–19, 22–26, 28f., 34, 80, 107f., 179, 247*, 263, 299, 305, 338, 357, 485, 772, 801
- Verhältnis zu anderen Parteien
-- CDU (hier auch: Wahlabkommen) XVI, XXX*, 183, 459–463, 1139, 1193–1195, 1206, 1214f., 1264, 1275, 1277–1285
-- FDP 181–183, 454*, 460f.
-- SPD 513, 882, 1193, 1264, 1279f.
- Wahlergebnis 1953 7, 18, 25, 78, 754
- Wiedervereinigung 259, 281
Bochum
- Adenauer-Rede beim Jubiläum des Landesverbandes Westfalen 1955 (Saarstatut) X, 631f., 635, 637, 642, 644*
- Gründung der FVP 1956 903*, 1018*
Bonner Vertrag s. Deutschlandvertrag
Bremen
- Senat, Regierungskoalition 466
Brüssel
- EVG-Konferenz 19./22. Aug. 1954 247f., 271, 280, 341
Brüsseler Pakt 250f., 255–257
„Bücher–Kommentare" 288*
Bund der Deutschen Landjugend christlichen Bekenntnisses 159*
Bund der Steuerzahler 219* 1216
Bund Neudeutschland 1212*
Bundesbahn 304, 306
Bundesbank (hier auch: Gesetz) 1023, 1049, 1056
Bundesgrenzschutz 876
Bundesministerien
- Arbeitsministerium 384, 736, 752, 1217
- Atomministerium 1079, 1084, 1104
- Außenministerium 420, 435, 523, 638, 858, 958

- Finanzministerium 98f., 147, 151f., 206, 208–211, 216f., 219, 228, 231, 293, 297f., 304, 318, 324, 719, 851, 902, 906f., 1049, 1105, 1118, 1140
- Gesamtdeutsches Ministerium 1140
- Landwirtschaftsministerium 490f., 719
- Postministerium 80, 1104, 1220
- Verteidigungsministerium (auch: „Amt Blank") 271, 427, 467, 508, 517, 520, 721, 723, 861*, 875, 941, 1031, 1088, 1105, 1118f., 1123–1125, 1140, 1174, 1182*
- Wirtschaftsministerium 98f., 205, 304, 490f., 716f., 719, 1049

Bundespräsident (bes.: Rechtsstellung) 66f., 230, 272, 274f., 381*

Bundesrat (bes.: Mehrheitsverhältnisse) 13, 26, 35, 42, 184f., 206, 210, 213–216, 219, 225, 227–229, 231, 280, 294f., 303, 307, 318, 323–325, 327–329, 423, 488, 510, 518, 530–532, 536, 617, 626, 661, 754, 759, 784, 811, 813, 815f., 819–822, 824–826, 831f., 943, 945, 1026, 1064, 1067, 1087, 1141, 1146, 1284

Bundesregierung
- Kabinettsbildung 1953 7, 19, 21–23, 27f., 34, 58f., 78, 80
- Kabinettskrisen
-- 1954 (Steuerreform, s. auch CSU) XIII, XVIIf., 247, 263–266, 292, 294–297, 299, 305, 308–316, 318, 322
-- 1955/56 (s. auch FDP) XIII, XV–XVII, XXIX, 724–726, 729, 753–758, 760–768, 783–787, 790–793, 796, 800, 802–804, 806–809, 811–835, 846, 864, 1018–1020
-- 1956 (Europapolitik) 1129–1133
-- 1956 (Konjunktur- und Diskontpolitik, Besatzungskosten, s. auch CSU) XIII, XV–XVIII, XXIX, 901, 903, 944–946, 951, 956, 960f., 1047–1050, 1054f., 1104f., 1121, 1123–1128, 1132f., 1141, 1162, 1189
- Koalitionsbildung 1953 VIII, 6–8, 17–29, 32–34, 40, 58f., 66, 107f., 725

Bundestag
- Abgeordneten-Diäten 93–95
- Berliner Abgeordnete 5, 536, 541, 882, 1184
- gesetzgeberischer Perfektionismus 1026f.
- Wahlen 1949 837
- Wahlen 1953
-- Analyse VII, 1–4, 7, 14–18, 25f., 69–85, 105–107, 144, 557, 754, 772f., 837, 1047, 1159
-- Wahlkampf 2f., 15, 69, 75, 149, 481, 573, 837, 1039, 1212
- Wahlen 1957
-- Koalitionsabsprachen 785f., 807–810, 818f., 821, 860, 864, 930–932, 939, 968, 970, 1032f., 1048, 1053–1055, 1108, 1131f., 1137, 1188–1191, 1193–1195, 1255, 1263
-- Prognosen VII, XIII, XX, XXIX, XXXII, 4f., 29–31, 69f., 99, 473, 514f., 599f., 663, 716, 719, 731f., 775, 785f., 807–810, 819, 849f., 856, 860, 932–938, 948f., 968, 970f., 980f., 1002, 1005f., 1035, 1053, 1055, 1059, 1071f., 1115, 1194f., 1257f., 1282f., 1314

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 54*, 309*, 325*, 658

Bundesverfassungsgericht 7, 12, 22, 249, 251, 446, 452, 458, 535, 661,

678, 864*, 947*, 956, 1028, 1052, 1152, 1163, 1191
Bundesversammlung 230
Bundesverteidigungsrat 1090, 1124
Bundeswehr („Wehrmacht")
– Atomare Bewaffnung XX, 1029, 1073, 1077–1079, 1082, 1224–1226, 1228, 1230, 1235, 1238, 1242f., 1261
– Aufbau, Organisation XIV, XVIII, 1061f., 1065–1069, 1115, 1118, 1186f., 1197
– Oberbefehl 266, 271, 381, 495, 508, 519, 521
– Personalpolitik 262f., 427, 508–510, 521, 616f., 721–723, 861, 961, 1030, 1046, 1063, 1065–1067, 1069f., 1083, 1088f.
– Politische Bedeutung 434f., 468–472, 495, 510, 526, 616f., 721, 842, 847, 1061f., 1187

„CDU-Wahlillustrierte" 1266
CENTO-Pakt (Bagdad-Pakt) 154, 258
CGD (s. Christliche Gewerkschaften)
China, Republik (Taiwan, „Formosa") 336f., 529
China, Volksrepublik 336f., 371, 430, 503, 505, 571, 602f., 789, 1034, 1183f., 1261*
Christlich-Demokratische Union (CDU)
– Adenauer-Nachfolge XXIX, 566, 572, 647, 692*, 713–715, 952
– Arbeitsgemeinschaft Finanzen und Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU 293*
– Arbeitskreis Sozialreform XIX, 735, 740–746, 748, 751, 886, 893f.
– Ausschüsse
-- Abgeordnetenprüfung 1204, 1207
-- Ad-hoc-Ausschuß 1164f.
-- Beamtenrecht 415f.
-- Eigentumspolitik 889
-- Finanz- und Steuerreform („Gemischter Ausschuß für die große Steuerreform") 216, 227, 231f., 293
-- Konfessionsfragen und Kulturpolitik (Interkonfessioneller Ausschuß) 103, 230, 234
-- „Kuchenausschuß" 900
-- Parteifinanzen 90f., 93, 97, 232, 478f., 485
-- Presseangelegenheiten 413f.
-- Statutenkommission XXVII, 532–534, 536–539, 544, 546, 548, 550, 555f., 559, 677, 686, 696, 892f.
-- Wahlrecht 754
– Bezirksverbände 1038
– Bundesfachausschüsse 98–100, 132f., 330f., 559, 695, 890, 1054, 1288f.
-- Agrarpolitik 710, 1251, 1296f.
-- Gesundheitspolitik 132–134, 1251
-- Kulturpolitik 102f., 455
-- Sozialpolitik 384*, 736, 748f., 1058
-- Wirtschaftspolitik 215, 292f., 312, 659–661, 671, 751, 890, 901f., 1177, 1251, 1289, 1291, 1294
--- Unterausschuß Finanzen und Steuern („Strickrodt-Ausschuß") 98f., 184*, 206f., 211, 292, 323
--- Unterausschuß Verkehr 1251
– Bundesgeschäftsstelle (hier auch: Bundesgeschäftsführer) XXIV, XXVII, 15f., 73, 75, 144, 407, 413, 478, 483, 485, 487, 493, 537, 539, 553f., 567, 576f., 649, 682, 686, 695, 736, 772–775, 882f., 886, 888, 908–911, 915f., 1038, 1040, 1043, 1045–1047, 1090, 1108, 1121,

1126, 1153f., 1156, 1164, 1168f., 1176, 1180, 1195, 1197, 1199*, 1202, 1209f., 1213, 1218f., 1222, 1246, 1256, 1259, 1292
- Bundesgesundheitsausschuss 1251
- Bundesparteiausschuß XXIX, 75, 127, 138, 231, 234–236, 239, 243–245, 329, 331, 334–336, 404, 415–417, 420, 492f., 496, 523, 525, 534f., 537f., 542, 546f., 551–554, 559, 567f., 607, 614, 618, 622, 625, 632, 635f., 639f., 644–646, 649f., 653f., 661, 665–672, 675f., 682, 687–692, 695f., 709, 746, 774, 776, 840, 885, 887f., 891, 894f., 918, 985–987, 993, 1244, 1250
- Bundesparteitag (Rechtsstellung) 234, 331, 492–494, 533–535, 537, 539–546, 548–552, 581, 646f., 656, 682–685, 687, 692, 694, 887, 917f., 977, 991, 995
- Bundesparteitage
-- Goslar 1950 XXII, XXVII, 72, 535, 664, 667, 680, 713, 908, 910, 1037*
-- Karlsruhe 1951 74, 533, 540, 664
-- Berlin 1952 237, 239f., 244, 664
-- Hamburg 1953 XXII, 47, 63, 68*, 86, 102f., 134, 233, 244, 646, 655, 664, 671, 694, 754, 756, 761, 767, 809, 891, 1216, 1230, 1289, 1295
-- Köln 1954 134, 233–245, 331, 478, 490*, 493, 646f., 664
-- Baden-Baden 1955 (geplant) s. Stuttgart 1956
-- Stuttgart 1956 XXVIII–XXX, XXXII, 492–494, 581f., 645–648, 651, 653–657, 664–667, 768f., 854, 858, 873, 884–920, 963*, 1054, 1059f., 1064, 1071, 1092, 1099f., 1177, 1179, 1251
-- Hamburg 1957 XXI, 1098–1100, 1176–1181, 1222, 1229, 1233, 1236–1241, 1243f., 1248, 1250–1252, 1289, 1293f., 1296
- Bundesschatzmeister XXIV, 60f., 74, 91, 482, 485, 537, 544, 548, 553, 576, 690f., 695f., 915, 1043f., 1164
- Bundestagsfraktion (hier auch: Arbeitskreise) XXII, XXIV–XXVI, 1*, 5f., 20, 27, 33, 40, 64f., 67, 73, 75, 93f., 98–100, 108, 126, 222, 236f., 263, 266, 294f., 308f., 312f., 315f., 323–326, 423, 458, 485, 489, 513, 537f., 542f., 546, 548–550, 552–555, 557, 559f., 566–569, 576f., 585, 596, 607, 616f., 622*, 644f., 648f., 659–661, 663, 670, 691–693, 697, 716*, 723, 763, 803f., 827–830, 832, 837, 860, 874*, 876–881, 885, 903–907, 909, 913, 915f., 919, 928f., 946–949, 956–959, 1022, 1026, 1035f., 1047–1050, 1056, 1058, 1060, 1064, 1070–1072, 1088, 1093–1095, 1105, 1118f., 1121, 1128, 1133f., 1146f., 1162, 1164, 1182, 1188f., 1194f., 1199f., 1202–1204, 1206f., 1219, 1236, 1242, 1285
-- Klausur in Bad Honnef 25. Sept. 1956 1035f.
- Bundesvertriebenenausschuß 1188, 1251
- Bundesvorstand IX–XI, XV, XVIIf., XXI–XXXII, 75, 82, 85, 98f., 127, 132f., 185, 227, 243–245, 280, 330, 332, 403, 416f., 420f., 458, 462, 478, 486f., 492, 494, 531–535, 537f., 542–544, 546–548, 550–554, 559, 567, 582, 616, 618f.,

625, 632f., 635f., 638–648, 651f., 654, 661, 663, 665, 669–672, 676f., 682f., 685–688, 691–696, 705, 708, 710, 746, 752, 774, 776, 803f., 827–830, 833, 836, 876–881, 885, 888, 891–895, 908–918, 921, 946, 986f., 993–996, 1007, 1047, 1049, 1053, 1084, 1087, 1091, 1108, 1164, 1180, 1188, 1221f., 1250f., 1277, 1279
-- geschäftsführender Vorstand XXIV, XXVII, 14, 235, 417, 485, 487, 489, 537f., 540, 542–544, 546f., 552–554, 556, 559, 581, 618, 648, 653, 660, 666, 677, 691–693, 695, 888, 909–915, 1136, 1195, 1204, 1221
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) XIV, XXV, 43, 46*, 50*, 54, 56–58, 72, 82, 105, 133, 178, 215, 245, 330, 647f., 670, 695f., 698f., 702, 706, 736, 781, 874, 908, 1101, 1204, 1219, 1249
-- Tagung in Essen 1953 46, 57
-- 7. Bundestagung Herne 1955 647f., 699, 706, 1101
-- 8. Bundestagung Frankfurt 1958 1101
- Evangelischer Arbeitskreis (EAK) 71, 79, 169, 561*, 709, 895, 908, 910, 912
-- Tagung in Wuppertal 1954 169
- Finanzen XXII, 15, 74, 82f., 86–92, 232, 387, 389, 397, 406, 428, 478–487, 561, 565f., 571–575, 577, 580, 653, 656f., 690f., 695f., 711, 776, 883f., 918f., 1013, 1038, 1043f., 1158, 1214, 1245
- Frauenfragen (hier auch: Wahlverhalten) 64, 183, 330, 542, 551f., 564, 665, 695, 766, 776–778, 891, 907, 942, 944, 946, 1041, 1043, 1046f., 1053, 1136, 1145, 1153, 1160, 1164f., 1200, 1203, 1220–1222, 1231, 1312
-- Bundesfrauenausschuß, Frauenausschüsse 665, 778, 918, 920
-- Frauenvereinigung XXV, 1165
- Geistige Grundlagen XXII, XXXII, 6, 81f., 110, 169, 334, 371, 403, 407–408, 428–430, 443, 557f., 565, 570–572, 576f., 650, 732, 763, 837f., 849f., 872f., 884f., 891, 939–941, 1018, 1143, 1178–1180
- innere Situation (s. auch Parteidisziplin) XXVIII–XXXII, 567, 575, 579f., 646f., 692f., 763, 778, 897–907, 914, 1032f., 1035–1037, 1040f., 1044f., 1091, 1108, 1139, 1144–1147, 1157, 1160f., 1171, 1177, 1217, 1276f.
- Jugendbeirat 1251, 1300
- Junge Union XXV, 71f., 75f., 82, 84f., 92, 103–105, 133, 352, 396, 400, 454, 552, 555, 562f., 564, 567, 693–695, 776, 778, 781, 1101, 1104*, 1168, 1171, 1175f., 1198, 1203, 1214, 1247, 1265, 1300
-- Deutschlandtag Bad Honnef 1953 84
-- Deutschlandtag Dortmund 1957 1101
- Kandidatenaufstellung (s. auch CDU, Wahlkampf 1957) 538–540, 549–552, 555, 580, 690, 754, 765f., 777f., 1093, 1147, 1156–1158, 1201, 1207
- Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) XXV, 72, 132f., 215, 330, 453f., 485f., 492f., 695, 778–781, 1013, 1097f., 1102
-- Tagung in Würzburg 1955 492f.
-- Versammlung in Frankfurt 1956 1098, 1102

- Konfessionsfragen XXII, 3f., 26, 65–67, 70f., 78–82, 100–103, 146f., 149, 156f., 169–175, 177f., 180, 183, 230, 234, 331, 334, 542, 557f., 561, 564f., 570f., 709, 712, 765f., 867–873, 875f., 891, 895, 908, 910, 912, 940–943, 955f., 958–960, 962f., 977, 1015, 1038f., 1041f., 1099, 1136f., 1166, 1168, 1196, 1246, 1256
- Kreisgeschäftsführer 73, 85, 88, 453, 480, 485, 562–564, 566, 573f., 578, 688f., 776, 778–780, 883, 1042, 1044–1047, 1091, 1097, 1145f., 1165, 1168f., 1174, 1198, 1202, 1212, 1245, 1277
- Kreisverbände (hier auch: Ortsverbände) 87–89, 536, 538, 543, 562–564, 567, 575f., 579f., 883, 1036, 1044–1047, 1091, 1145, 1147, 1157, 1168–1171, 1198, 1267, 1276f.
-- Bonn 1096, 1258, 1267
- Landesgeschäftsführer 387, 401, 687–690, 775, 836, 882f., 888, 1039f., 1091, 1097, 1145, 1267
-- Konferenz in Karlsruhe 29. Jan. 1955 387, 401
- Landesverbände XXII–XXV, 62, 74, 82f., 87, 89f., 103, 105, 243, 389, 392, 395f., 478, 483, 485f., 533–536, 538–553, 555f., 561, 567, 570, 573, 577, 581, 650f., 679–692, 694–696, 766, 774, 836f., 876, 879–883, 909, 913f., 919, 972, 977, 990, 1037–1040, 1043–1045, 1090f., 1168f., 1172f., 1202f., 1205, 1207f., 1276–1278
-- Berlin XXIII, XXV, 240, 330, 416f., 544f., 549, 684, 712f., 972, 977, 990, 1039, 1248
-- Braunschweig XXIII, XXV, 78, 389, 449, 550
-- Bremen XXIII, XXV, 246, 316, 539, 555, 1176
-- Exil-CDU XXIII–XXV, XXVIIf., 131f., 535f., 539–541, 543–545, 548f., 561*, 683f., 713, 908, 972, 977, 1248
-- Hamburg XXIII, XXV, 172, 246, 316, 484, 555, 867–870
-- Hannover XXIII, XXV, 389, 449, 550, 555, 1038
-- Hessen XXIII, XXV, 177f., 266, 327, 393–395, 480f., 486, 913
--- Parteitag Wiesbaden 1954 178
-- Niedersachsen 331, 389, 399f., 422f., 443–452, 454f., 497, 539, 546, 550, 836, 879, 1037f., 1099f., 1191, 1208, 1278f.
-- Nordbaden XXIII, XXV, 389, 398f., 539, 543f., 654, 1037, 1039, 1134
-- Nordwürttemberg XXIII, XXV, 389, 398f., 543f., 654, 1037, 1039, 1134, 1172
-- Oder-Neiße XXIII–XXV, XXVIIf., 131f., 181, 535f., 539–541, 543–546, 548f., 683f., 713, 972, 990, 1251
-- Oldenburg XXIII, XXV, 334f., 389, 449, 550
-- Rheinland XXIII, XXV, XXX, 98, 160–167, 175f., 396, 539, 563, 566, 703, 705, 826–828, 883, 908–914, 1019, 1037, 1091, 1104, 1136f., 1141, 1158, 1207f., 1257
-- Rheinland-Pfalz XXIII, XXV, 629, 641, 710f., 979, 1038, 1159
--- Parteitag Trier 1956 979
-- Saarland Xf., 239–242, 355, 376–378, 496, 619–621, 626–629, 633f., 641, 644, 683–685, 713, 727, 734, 840f., 853f., 892, 966–

1012, 1015, 1039, 1091, 1190, 1250f., 1264f., 1275*, 1301–1314
-- Schleswig-Holstein XXIII, XXV, 450f., 453, 555, 881, 943, 1174
-- Südbaden XXIII, XXV, 389, 398f., 543f., 654, 1037, 1039, 1134
-- Westfalen X, XXIII, XXV, XXXf., 160–167, 175f., 396, 539, 563, 631*, 688, 704f., 826–828, 908–914, 1019, 1037, 1091, 1104, 1136f., 1158, 1207f., 1257
--- Adenauer-Rede zum Jubiläum in Bochum 1955 (Saarstatut) X, 631f., 635, 637, 642, 644*
-- Württemberg-Hohenzollern XXIII, XXV, 331, 389, 398f., 543f., 654, 1037, 1039, 1103, 1134
- Mitgliederwerbung, Mitgliederstruktur 60, 70, 73, 82f., 88f., 91, 396, 403, 423f., 428, 443, 478, 484f., 533–535, 540–544, 546, 549–551, 555, 557, 562f., 565–567, 575, 577–581, 774–780, 1015, 1040–1047, 1090–1096, 1108, 1197, 1210f.
- Mittelstandsvereinigung 215, 1294
- „Mittwoch-Konferenz" 75
- Organisationsfragen XXII, 73–75, 82f., 98–100, 103–105, 136, 387–389, 392, 395f., 398–401, 421, 478, 486f., 511, 514, 532–559, 562–570, 572, 574–581, 676–697, 774–780, 837, 882–884, 889f., 908–918, 1036–1047, 1090–1093, 1146–1148, 1198, 1202
- Parteidisziplin XIII, XVII, 74f., 126f., 147f., 151, 245, 531f., 569f., 622, 646–648, 900, 929, 935, 941f., 943–949, 951f., 956f., 1033, 1035f., 1047–1050, 1054f., 1060, 1085f., 1120f., 1132f., 1139, 1141, 1144, 1146, 1188f., 1292
- Personalpolitik (hier auch: Stellenbesetzung) 37f., 61f., 87–89, 172f., 485, 487, 557, 563–569, 574, 576–580, 963–965, 1039, 1042, 1044–1047, 1095f., 1146, 1171–1175, 1185
- Presse und Propaganda 15, 130f., 151f., 182, 244, 279f., 289, 386, 389, 393, 396f., 401–408, 413f., 511, 553, 557–565, 567–571, 574–580, 668–670, 711, 797, 829f., 843f., 874, 898–907, 935f., 941, 949–958, 962–965, 1038–1040, 1048, 1053–1055, 1093–1095, 1097f., 1100f., 1120f., 1123–1127, 1129f., 1132, 1139–1143, 1145–1148, 1151–1158, 1160f., 1165–1172, 1174–1178, 1198–1200, 1208f., 1211, 1217f., 1221, 1245–1249, 1259, 1266f., 1288f.
- Programmatik XXII, 559
-- Düsseldorfer Leitsätze (1949) 663, 1289
-- Gesundheitspolitik 1251
-- Hamburger Programm (1953) 47, 63, 68*, 663, 671, 1216, 1289, 1295
-- Jugendpolitik 1251, 1300
-- Landwirtschaftspolitik 490, 885f., 1251, 1287, 1296–1300
-- Sozialpolitik 38, 653–657, 665–676, 884–887, 893f., 1179
-- Verkehrspolitik 1251
-- Wirtschaftspolitik 660, 662f., 886, 1177–1180, 1251, 1289–1291, 1293–1296
- Ring Christlich-Demokratischer Studenten s. dort
- Schulung 388, 396f., 402, 484, 487, 557, 563–565, 570f., 577f., 650f., 711, 780, 883, 1165, 1174, 1198

- Sozialausschüsse s. Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
- Statut XXII–XXV, XXVII–XXXI, 72, 74–76, 98, 105, 478, 532–556, 645, 648, 651, 676–697, 887–889, 892–894, 908–920, 972, 979f., 988, 990, 1092, 1207, 1292
- Wahlergebnis 1956 (Kommunalwahlen) XIII, 1134–1138, 1145, 1148, 1150–1161
- Wahlkampf 1953
-- Kandidatenaufstellung 17f., 25f., 72f.
- Wahlkampf 1957
-- Kandidatenaufstellung 538–540, 549–552, 555, 580, 690, 754, 765f., 777f., 837, 876–881, 1093, 1147, 1156–1158, 1163, 1199–1208, 1215, 1267f., 1276f., 1312–1314
-- Vorbereitung 73, 390f., 420f., 434, 436, 458f., 498, 511, 513f., 526f., 563f., 655, 668, 731, 752, 772–781, 836f., 873–875, 1013, 1017, 1047, 1098–1101, 1141, 1147, 1163, 1165–1176, 1180f., 1186, 1192–1194, 1197–1221, 1245–1250
-- Wahlkampagne XXI, 1254, 1256f., 1259, 1262, 1265–1267, 1278, 1280f., 1289–1300, 1307, 1311–1314

Christlich-Demokratische Union der DDR 545, 731*

Christlich-Soziale Kollegenschaft XIV, 1249

Christlich-Soziale Union (CSU)
- Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 697
- Bayern XIII, 343f., 389, 421, 785, 943, 945, 959f., 987, 992, 1123, 1274f.
- Fusion mit der CVP 1957 1265f., 1274f., 1303–1306, 1309, 1311–1314
- Kabinettskrise (Bund) 1954 XV–XIII, 247, 263–266, 292, 297, 299, 308–313, 318
- Kabinettskrise (Bund) 1956 XV–XVIII, 901, 903, 944, 960, 1050, 1123–1128, 1132f.
- Parteitage
-- Nürnberg 1954 247, 259, 264f., 292, 296, 299, 307, 315, 318
-- München 1955 697
-- Nürnberg 1957 1265, 1274
- Verhältnis zur CDU XVII, 2, 5, 63f., 77, 99, 104, 206, 214–216, 266, 343f., 498, 523, 584f., 696f., 760, 781f., 834, 931, 960, 969, 1050, 1052, 1103–1105, 1117–1121, 1123–1128, 1132, 1274f.

Christliche Gewerkschaften
- Christlich-Soziale Kollegenschaft XIV, 1249
- Neugründung XIVf., 39f., 45, 47–49, 52f., 56, 262, 385, 398, 409, 411, 477f., 698–708, 723f., 733, 735, 1248f.
-- Stellungnahme der CDU XIVf., 698–708, 733, 735
- Saarland 630, 634, 984, 1304
- (vor 1933) 43, 46, 52, 409f., 477, 698–700

Christliche Internationale 52f., 708

Christliche Volkspartei (CVP) 625
- Fusion mit der CSU 1957 1265f., 1274f., 1303–1306, 1309, 1311–1314
- geplante Verbindung mit dem Zentrum u.a. (s. auch Föderalistische Union) 931f., 967f., 970f., 973, 977, 980f., 983f., 986f., 989, 992,

998–1006, 1008, 1010, 1012, 1266, 1310f.
– Verhältnis zur CDU Xf., 350, 354*, 365*, 376–378, 634, 727, 734, 840f., 853f., 892, 932f., 966–1012, 1190, 1250, 1264f., 1301–1314
„Civis" 397*, 406
Commonwealth 926f., 944

Dänemark 251*, 256, 1228
„Daily Telegraph" 849
„Die Debatte" 511
Democrazia Cristiana 3, 572, 927f.
Demokratie 2, 10f., 70, 311, 469, 542, 570, 572, 617, 804, 814
Demokratische Partei Saar (DPS) 620–623, 633*, 727, 840, 853, 855f., 871, 873, 966f., 971, 982, 986, 997–1000, 1002f., 1005, 1301, 1303, 1306f., 1310f., 1314
Demontage 376, 969
Deutsch-Soziale Union 930*
Deutsche Atomkommission 1233
„Deutsche Bauernzeitung" 1297
Deutsche Demokratische Partei (DDP)/Deutsche Staatspartei 798*
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 136, 339, 591
– Innere Lage (bes.: Flüchtlingsbewegung) XII, 59f., 69, 112, 124f., 129f., 390f., 515, 524, 528–530, 571, 576, 608, 613–618, 651, 667, 672–675, 731, 789, 795, 885, 926, 1183, 1252f.
– Interzonenhandel 119, 363, 812
– Oder-Neiße-Linie 120–122, 433
– Unterwanderung der Bundesrepublik 275f., 291, 386f., 390f., 401f., 405f., 413, 473, 475f., 674f., 711, 934, 1053, 1079, 1138, 1248
– Verhältnis zur Bundesrepublik (bes.: Anerkennung, Rechtslage) 32, 110–112, 276, 362f., 515, 536, 710*
– Verhältnis zur Sowjetunion XII, 597, 600, 604, 608f., 614f., 617, 937, 1030, 1183
Deutsche Frage (s. auch Wiedervereinigung) 498f., 523f., 529, 541, 1261*
Deutsche Gemeinschaft (DG) 1281
„Deutsche Kommentare" 288*
Deutsche Partei (DP) 450*, 461, 726*, 867, 1159f.
– Atomwaffen 1225
– Niedersachsen 25f., 33, 421*, 424, 444f., 447–449, 451f., 454f., 465, 497, 1054, 1135, 1191, 1262f., 1296f.
– Regierungskoalition, Koalitionsbildung (Bund) VIII, XV, 6, 21–23, 25f., 28f., 33f., 80, 107f., 297, 305*, 338, 424, 485, 729, 753f., 760, 1068, 1191*
– Verhältnis zu anderen Parteien
–– Bayernpartei 1191
–– CDU (hier auch: Wahlabkommen) 25f., 33, 72, 424–426, 444f., 447–449, 451f., 454f., 648*, 755, 760, 792, 806, 809, 867, 877, 879f., 931, 1054, 1139, 1159, 1194, 1263f., 1269, 1278, 1312
–– FDP 454*, 792, 879f.
–– FVP 1022, 1191
–– SPD 513, 879f.
– Wahlergebnis 1953 25f., 33f., 72
– Wiederbewaffnung 1068
– Wiedervereinigung 281
Deutsche Presse-Agentur (dpa) 1185
Deutsche Reichspartei (DRP) 421*, 444, 464, 466f., 497, 841*, 1262
„Deutsche Saar-Zeitung" 727*

Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP) 633*, 1265
Deutsche Turnerschaft 1167
Deutsche Volkspartei (DVP, s. auch FDP, Baden-Württemberg) 179
Deutsche Volkspartei (geplant; s. auch Nationalismus, Rechtsextremismus) 426, 451f., 454, 459, 462–464
„Deutsche Zeitung" 288f., 854
Deutscher Bauernverband 325*
Deutscher Beamtenbund (DBB) 325*, 415, 1175
Deutscher Frauenring 36
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 491, 717, 1024*
– Christlich-Soziale Kollegenschaft XIV, 1249
– Generalstreik (Gefahr) 11, 41, 47, 262, 340, 428, 470–472
– innere Situation, Spaltung XIVf., 39, 42f., 47–49, 52–56, 262, 385, 398, 409, 411, 477f., 522, 698–708, 723f., 733, 735, 807, 1249*
– Kommunistische Infiltration 41, 43f., 48, 273, 288, 291, 385, 402, 410–412, 428, 436, 495, 704, 724
– Kongreß in Frankfurt 1954 261*, 268f., 272–276, 317, 402
– Kongreß in Hamburg 1956 1098
– parteipolitische Neutralität XIVf., 8, 11–13, 35, 40–58, 66, 69, 76f., 110, 261f., 272–274, 279, 290f., 317, 340, 384f., 409–412, 427f., 468–472, 476–478, 481, 495, 512, 515f., 701f., 1146f., 1152, 1154, 1216–1219, 1249
– Tarifpolitik 717, 1057f., 1216f., 1220, 1251–1253
– Wiederbewaffnung XIV, 261f., 265, 268f., 273–275, 279, 340, 384f., 397–400, 427f., 468–471, 476f., 1115f.
Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) 325*, 491*
Deutscher Jugendring 36
Deutscher Mittelstandsblock 325*
Deutsches Industrie-Institut 477*
„Deutsches Monatsblatt" 560–562, 574, 580, 711, 1165, 1300
„Deutschland-Union-Dienst" (DUD) 560, 711, 1038
Deutschlandvertrag 18, 192f., 249, 254, 267, 271f., 363, 433, 625
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 6
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 700
Dortmund
– Deutschlandtag der Jungen Union 1957 1101
– Wahlkampfkongreß der SPD 16. Juni 1957 1194, 1245, 1254f.
– Wahlkampfveranstaltung der CDU 30. Juni 1957 1254, 1256, 1280, 1291, 1293
Dritte Welt (Bedeutung) 430f.

„Economist" 611
Eden-Plan 858, 932*
Eigentumsbildung XXXII, 38, 383, 666, 671, 740, 745, 886, 889, 1055, 1196, 1219, 1290f., 1294, 1296
Elternrecht XIV, XVI, 21*, 100–103, 145, 170–174, 177f., 180, 455–457, 496, 856, 863f., 875
Emsdetten, Streik 1953 50f.
Entnazifizierung 20*, 579, 1041
Entschädigung für NS-Opfer 383, 959*
„Die Entscheidung" 562*
Entspannung XII, 119f., 143, 271, 286, 373, 432f., 494f., 506f., 516, 524f., 527–530, 582, 592f., 607, 612f., 1255

„Ernst-Reuter-Briefe“ 85
Essen
– Tagung der CDA 7. Aug. 1953 46, 57
EURATOM 852, 1129, 1162, 1224
Europa, Integration VIII, 13, 30, 63, 116f., 190f., 195–197, 336, 344, 361, 371, 431, 582, 732, 837, 1016*, 1117, 1128–1131, 1162, 1177f.
Europa-Union 672, 676
Europäische Frauenunion 330
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) VIII, 22, 114, 116–118, 141f., 187, 190, 192f., 195, 197, 222, 236f., 241, 247–257, 262, 267, 271, 275*, 280–283, 316, 320f., 323, 341f., 363, 433,517–519, 721, 732, 837, 851, 942, 1105
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1129, 1162, 1224, 1294
Europarat 186, 191, 196, 361f., 863, 1130
„Evangelische Verantwortung“ 79, 561

Familienpolitik (hier auch: Gesetze) VIII, XIV, 13, 31, 38, 160, 213, 223f., 309, 319, 322f., 327f., 382f., 739f., 745, 843, 874f., 886, 891, 907, 1196, 1291
„FDP–Korrespondenz“ 787
Fernsehen 950f., 965, 1185f., 1221, 1259
„Le Figaro“ 601
Finanzpolitik XVIII, 20, 69, 98f., 135, 147, 151f., 160, 165, 175, 184f., 205–229, 231f., 236, 247*, 264, 291–330, 382, 397, 479, 488, 560, 572f., 719f., 844f., 886, 900–907, 1024, 1027, 1106, 1121–1124, 1127f., 1145, 1179, 1182*, 1196, 1215f., 1219, 1280, 1288, 1294f., 1298–1300
Finanzverfassung (hier auch: Finanzausgleich) XIV, 147, 165, 184f., 206–208, 216–222, 224f., 227–229, 231f., 291, 293f., 296f., 300, 306f., 320f., 323–328, 392, 395f., 435, 905f., 1127, 1291, 1294–1296
Finnland 278
Föderalismus
– allgemein 2, 133f., 144, 207, 216, 227–229, 435, 518, 520, 784, 843
– Verhältnis Bund–Länder (Konflikte) 147f., 184f., 206–208, 216–219, 221f., 225–229, 231f., 293–295, 303, 307, 311–316, 320, 323–329, 392, 435, 488, 510, 517–521, 530–532, 556, 570, 617, 969, 1062, 1067f., 1118, 1127f.
Föderalistische Union (geplanter Zusammenschluß von Zentrum, Bayernpartei, Welfen u.a.) 931–933, 967f., 1004, 1006, 1266
Fördervereine der CDU 87, 89f., 479f., 482, 484, 573, 1043
„Frankenpost“ 1125*
Frankfurt (s. auch Paulskirchenbewegung)
– DGB-Kongreß 1954 XIV, 261*, 268f., 272–276, 317, 402
– Evangelischer Kirchentag 1956 1017
– Versammlung der KPV 1956 1098, 1102
– Wirtschaftspolitische Tagung der CDU 18. Juli 1957 1289, 1296
– 8. Bundestagung der CDA 1958 1101
„Frankfurter Abendpost“ 844
„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) 26, 276f., 280, 284, 287–290,

360, 371f., 385f., 844, 854, 857, 870, 934, 1018, 1038, 1184f.
„Frankfurter Rundschau" 844, 1255
Frankreich 113, 115, 139, 259*, 433, 500, 925
– Deutschlandpolitik, Deutsche Frage, dt.-frz. Verständigung 32, 113, 116, 121, 123, 127, 137, 147, 189f., 192*, 252, 255, 257, 259, 271, 283, 286, 342, 356, 437, 441, 495, 597, 606f., 632–635, 803, 848f., 859
– EVG VIII, 116–118, 141f., 154, 187, 190, 192f., 236f., 247–249, 252, 258, 270, 275*, 316, 519, 721, 837, 1105, 1142
– Innenpolitik 11, 107, 116f., 139, 142, 154, 193, 236f., 341f., 441, 501, 510, 621, 728, 731, 733, 769, 785, 846, 850, 927, 1306
– Kommunistische Partei 117, 288, 370, 501, 597, 610, 731*, 733, 785, 1006, 1113, 1262
– NATO 255f., 266, 270, 288, 517, 1061f., 1142, 1228
– Saarfrage 154, 185f., 189–191, 193, 195f., 200f., 203–205, 236–239, 269, 341f., 347f., 355f., 365f., 368, 436–441, 621–625, 628–635, 639, 641f., 727–729, 733f., 803*, 855, 858, 872f., 968f., 973, 988f., 1016, 1304, 1306
– Suezkrise 1027f., 1110–1113, 1160, 1170
„Frau und Politik" 561
Frauenpolitik s. CDU, Frauenfragen
Freie Demokratische Partei (FDP) 421*, 450*, 1139
– Finanzen (hier auch: Beziehungen zur Industrie) 788, 793, 797, 802, 830, 1263
– innere Situation, Spaltung XVII, XXV, 166, 243, 263, 425f., 454*, 459, 513, 681, 726, 729, 757f., 762, 764–766, 772, 783, 790–793, 796, 798–804, 806–809, 811–817, 820–824, 829f., 832–835, 838–841, 846, 860, 903, 910, 1018–1022, 1033, 1060, 1263, 1280f.
– Kabinettskrise (Bund) 1955/56 XIII, XV–XVII, XXIX, 724–726, 729, 753–758, 760–768, 783–787, 790–793, 796, 800, 802–804, 806–809, 811–835, 846, 864, 1018–1020
– Länder
– – Regierungskoalitionen XVII, 34, 108, 148–151, 179, 444–446, 451f., 462, 465, 497, 770, 782–791, 793–806, 808–827, 829–835, 867, 897*, 987, 1018–1020, 1191*, 1281
– – Baden-Württemberg 769–772, 797–800, 838*, 1154
– – Hessen 393–395, 813, 839, 1135
– – Nordrhein-Westfalen XVII, XXV, XXIX, 7, 148–151, 160–168, 174–176, 181–183, 244, 726, 782–785, 788–796, 801–804, 806, 812–815, 825–827, 829–835, 838f., 897*, 910, 930f., 987, 1018–1021, 1136f., 1150, 1156, 1246, 1281
– – Rheinland-Pfalz 1153, 1160
– Nationalismus, Rechtstendenzen 166f., 271, 423, 425f., 620, 726f., 762, 788–790, 793, 801–803, 806, 812f., 826, 839–841, 848, 855f., 930f.
– Parteitage
– – Oldenburg 1955 724, 786, 866
– – Würzburg 1956 840, 956f.*
– – Landdesparteitag Hamburg 1956 842f., 864–871
– – Berlin 1957 1190

-- Hamburg 1957 (Wahlparteitag) 1263, 1280*, 1297*
- Regierungskoalition, Koalitionsbildung (Bund) VIII, XIII, XV–XVII, XXIX, 6f., 21f., 25, 27–29, 34, 80, 107f., 247*, 263, 295–297, 299, 305, 315f., 328, 338, 353, 367f., 398, 467, 475, 485, 513, 598, 724–726, 729, 753–758, 760–768, 783–787, 790–793, 796, 798–804, 806–809, 811–817, 820–824, 829f., 832–835, 846, 864, 1018–1020, 1055, 1060
- Verhältnis zu anderen Parteien
-- BHE 181–183, 454*, 460f.
-- CDU
--- Atomwaffen 1225
--- Außenpolitik XVI, 263*, 586f., 598, 724, 789, 795, 956f.
--- Konfessionsfragen XVI, 21, 83, 145, 167–170, 173, 177f., 182, 446–448, 452, 709, 792, 798f., 842f., 864–871, 1038f.
--- Saarfrage X, XVI, 187, 343, 353, 366–368, 394, 423, 438, 447, 620, 727, 729, 855f., 976
--- Wahlrecht XVI, 787f., 795, 801, 807f., 812, 816, 820, 826, 1189
--- Wiederbewaffnung 1068, 1084
--- Wiedervereinigung 281, 284f., 447, 598, 607, 613, 725, 787, 789, 795, 848f., 857, 860, 862
--- Wirtschafts- und Sozialpolitik XVI, 7, 414f., 1219f., 1280f., 1289, 1296f.
-- DP 454*, 792, 879f.
-- SPD 148–151, 160, 167, 176, 178, 509, 513, 731, 758, 770, 782f., 785f., 789, 797, 799, 805–807, 815–817, 819f., 822–824, 826, 830f., 833, 841, 860, 882, 930–932, 968, 1021, 1060*, 1136, 1190f., 1193, 1209, 1219f., 1255, 1263, 1278, 1281, 1283
- Wahlabkommen mit der CDU 72, 149f., 163–165, 175–179, 394f., 444, 448, 882, 1282
- Wahlergebnis 1953 7, 72, 175, 754, 756f.

Freie Deutsche Jugend (FDJ) 280
Freie Gewerkschaften (vor 1933) 42f., 52, 699–701
Freie Volkspartei (FVP) XVII, XXV, 454*, 783, 790–793, 796, 798–804, 806–809, 811–817, 820–824, 829f., 832–835, 860, 903, 910, 931, 934f., 1018–1022, 1055, 1135, 1139, 1156, 1160, 1189, 1191, 1194, 1263, 1283
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 273
„Die Freiheit" 777
Friedensvertrag 112, 186, 254, 339, 348–351, 363f., 438, 622, 628, 728, 855

Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung 1166*
Generalstreik (Gefahr) 11, 41, 47, 262, 340, 428, 470–472
Genf
- Indochinakonferenz April–Juni 1954 139f., 194, 235*, 248, 258
- Viermächtekonferenz Juli 1955 436f., 501*, 504, 511, 524f., 582–584, 589, 593, 613, 730, 855
- Viermächtekonferenz Okt./Nov. 1955 (Außenminister) 584, 589, 598*, 610, 613, 630, 632, 634, 638, 667–669, 672, 676, 698, 702, 721, 725, 728, 730, 787, 858*

Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) 4, 613, 798f., 842, 857, 860, 1193

Gesamtdeutscher Block (GB) s. Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)
Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels 325*
Gewerkschaften
- Einheitsgewerkschaft XIVf., 12, 39, 42f., 47f., 55f., 699–703, 705, 707
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW; „Lehrergewerkschaft") 44
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV; „Gewerkschaft öffentlicher Dienst") 45
- Industriegewerkschaften 43, 340, 477, 520, 723f.
-- IG Bergbau 340, 410, 412*, 477*, 717*
-- IG Chemie 46
-- IG Druck-Papier 46
-- IG Metall 46, 272f., 340, 410, 477*, 520
Göttinger Erklärung („Aufruf der 18") XX, 1224, 1231f., 1241, 1244
Goslar
- Parteitag der CDU 1950 XXII, XXVII, 72, 535, 664, 667, 680, 713, 908, 910, 1037*
Griechenland 153f., 251, 500, 1117
- Adenauer-Reise 1954 146, 153f.
Großbritannien 373, 433, 500
- Deutschlandpolitik, deutsche Frage, dt.–brit. Beziehungen 106, 121, 197, 250–253, 257, 259, 437, 516, 527, 597, 606f., 611, 849–852, 857f., 923*, 926f., 942, 944, 1224, 1231
- Englisch-französische Beziehungen 141, 256, 341, 850, 852
- Europäische Einigung 116, 141, 255, 344, 433, 852, 1114, 1129
- Innenpolitik 107, 110, 288, 579, 720, 786, 850, 852f.
- Suezkrise 258, 1027f., 1110–1113, 1160, 1170, 1230
- Verteidigungspolitik 113, 140f., 154*, 249–259, 316, 433, 786, 846, 1029f., 1032, 1068, 1072–1075, 1077f., 1081f., 1227, 1230, 1231, 1261
„Grüner Brief" 220*
Grundgesetz 147, 377, 520, 574, 784, 969
- Präambel 536
- Art. 3 157
- Art. 15 1281
- Art. 21 382, 484*, 557, 574, 677f.
- Art. 38 678
- Art. 54 230
- Art. 107 133
- Art. 120 222, 228
- Art. 131 521
- Art. 144 536
Gürzenich-Rede Adenauers 1956 951*

Hamburg-Block s. unter Hamburg, Senat
Hamburg 326
- DGB-Kongreß 1956 1098, 1115f. 1146
- Kundgebung der Bonner Koalitionsparteien 16. Febr. 1956 338
- Landesparteitag der FDP 1956 842f., 864–871
- Parteitag der CDU 1953 (Programm) XXII, 47, 63, 68*, 86, 102f., 134, 233, 244, 646, 655, 664, 671, 694, 754, 756, 761, 767, 809, 891, 1216, 1230, 1289, 1295
- Parteitag der CDU 1957 XXI, 1098–1100, 1176–1181, 1222, 1229, 1233, 1236–1241, 1243f., 1248, 1250–1252, 1289, 1293f., 1296

- Senat, Regierungskoalition XIII, 172, 326, 466, 672, 768, 808, 813, 816f., 821–824, 867, 870
- Wahlen zur Bürgerschaft 1953 XIII, 8, 14, 61
- Wahlparteitag der FDP 1957 1263, 1280*, 1297*
- Wahlrecht 756

„Hamburger Abendblatt" 844
„Hamburger Echo" 868
Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels 325*
Haushaltspolitk (Bund) XVIIIf., 147, 218f., 220–223, 225–229, 301–307, 320–326, 719f., 844f., 900-907, 1121f. 1127f., 1182*, 1196, 1288
Heimkehrer 76, 92, 114, 560, 1177, 1248
Herne
- 7. Bundestagung der CDA 1955 647f., 699, 706, 1101

Hessen 323, 510, 531
- Kommunalwahlen 1956 1136f.
- Landesregierung, Regierungskoalition 177f., 394f., 460, 462, 466, 1283
- Landtagswahlen 1954 109f., 137, 144, 176–178, 268, 280, 343, 380, 393–395, 455, 1282
- Schulpolitik 177
- Wahlrecht 137, 178, 756

Hessischer Rundfunk 36
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften (vor 1933) 700
Hitler-Stalin-Pakt 430f., 586f.
Hochschulen (s. auch Intellektuelle) 279, 405f., 618, 1092, 1094, 1154
Hohe Kommissare s. Alliierte Hohe Kommission
Hohenheim, Katholische Akademie 174*
Honnef, Bad
- Deutschlandtag der Jungen Union 1953 84
- Klausur der CDU-Bundestagsfraktion 25. Sept. 1956 1035f.
- Parteitag der CDU Rheinland 1956 1141

Indien 118, 154, 730, 926f.
Indochina 139f., 154, 235*, 248*, 253, 258, 336, 341, 786* , 1081
„Industriekurier" 812
Inflation (s. auch Währungspolitik) XIV, 488, 717, 720, 750f., 894, 902, 905f., 1026, 1050, 1057f., 1142, 1151f., 1156, 1167, 1192, 1212, 1217f.
Institut Finanzen und Steuern 218*, 220, 293, 303, 321
Institut für Wirtschaftsforschung (IFO-Institut) 210*, 219
Intellektuelle (Kritik an) 287–289, 352f., 359, 396, 569, 617f., 674, 699, 875, 940, 952, 955, 1089
Interessenverbände („Interessenten") 5, 98, 209–215, 219, 222, 225f., 232, 234f., 247*, 264, 309f., 322, 429, 572, 658, 660–662, 717, 763, 844, 1217
Irak 154, 258
Iran (Persien) 154, 258
Irland 607
Island 251*
Israel 944, 1081, 1112f.
Italien 373, 500
- Democrazia Cristiana 3, 572, 927f.
- Europäische Verteidigung 248, 250–252
- Kommunistische Unterwanderung 361, 370, 501, 597, 610, 733, 785f., 928, 1006, 1113, 1262

Japan 372f.
Jordanien 846
Jugend, Jungwähler 2f., 29, 63–65, 71f., 75f., 104, 279, 287f., 380f., 405f., 469f., 1153f., 1156, 1160, 1176, 1178, 1180, 1198, 1214, 1256
Jugendpolitik VIII, 92, 1176, 1178, 1180, 1214, 1251, 1300
Jugoslawien 153f., 372f., 404, 499f., 504, 524, 528f., 725, 731, 1116
Juliusturm 218f., 720*, 844, 900*, 1122
„Junge Union Deutschlands" 562

Kanada 250f.*, 253f.
Kapp-Putsch 52
Karlsruhe
– Landesgeschäftsführerkonferenz der CDU 29. Jan. 1955 387, 401
– Parteitag der CDU 1951 74, 533, 540, 664
Kartellgesetz 657–663, 1196
Katholische Arbeiterbewegung (KAB) XIV, 48, 698, 702f., 705–707
Katholische Nachrichtenagentur (KNA) 867–870, 1007
Katholische Volkspartei (KVP, Niederlande) 15f.
Kirchen 408, 571, 618, 1015
– Evangelische Kirche 4, 16, 79f., 102, 170–174, 184, 345f., 387*, 571, 701, 704f., 707f., 731, 798f., 810, 842, 857f., 860, 863f., 936f., 945, 948f., 954–956, 1017, 1166, 1168
– – Kirchentag Frankfurt 1956 (s. auch einzelne Länder) 1017
– Katholische Kirche 79, 101f., 145f., 157–159, 170f., 184, 383, 571, 701, 705–708, 842, 858, 864–867, 1003, 1017f., 1152, 1166, 1168, 1246, 1248–1250, 1253
Köln
– Agrarpolitische Tagung der CDU 15. Juli 1957 1287, 1297
– Katholikentag 1956 1017f.
– Parteitag der CDU 1954 134, 233–245, 331, 478, 490, 493, 646f., 664
– „Perspektivkongreß" der SPD 14./15. Jan. 1956 749f., 1019
„Kölnische Rundschau" 276, 288, 407, 717, 843
Königsteiner Kreis 274, 673
Kolpingwerk 84
„Kommunalpolitische Blätter" 402, 779, 1097f.
Kommunalwahlen 1956 (s. auch einzelne Länder) XIII, 922, 936, 944, 1012f., 1055, 1096–1099, 1103f., 1108, 1121f., 1123*, 1134, 1137–1140, 1142, 1144f., 1147f., 1150–1161, 1163, 1167, 1170, 1175f., 1214, 1221, 1245f.
Kommunismus (s. auch Marxismus, Materialismus) XXXII, 288f., 339, 353, 386, 408, 430, 590–592, 594, 597, 603, 607, 610, 617f., 675, 698, 707, 730, 732f., 849, 884f., 891, 1178f.
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 70, 113, 588, 596, 810, 850, 884
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 24, 72, 97, 162f., 380, 386, 391, 402, 412, 421*, 436, 444, 450*, 467f., 562f., 597, 613, 1028, 1036, 1052f., 1135, 1138, 1152f., 1159, 1161, 1163
Kommunistische Partei, Saar (KP) 354*, 966*, 969, 986, 1301, 1307
Konfessionsfragen 3f., 65, 78–83, 100–103, 144–147, 152f., 156–159, 167–180, 184, 230, 331, 382f.,

422f., 446–448, 452, 557f., 703–705, 707–709, 762, 765f., 773, 798, 806, 810, 825, 842f., 856–858, 863–873, 875, 937, 940–943, 948f., 954–960, 962f., 1099, 1136f., 1172, 1196

Konjunktur s. wirtschaftliche Lage

Korea 139*, 219, 235*, 248*, 303, 336, 339, 374, 528, 1075, 1081, 1114

Kriegsgefahr 139, 235, 370, 952, 1117

Kriegsgefangene XII, XXIX, 226*, 587–590, 595f., 605, 608, 891

Kriegsopfer 221, 240, 299, 322, 512, 846, 1100, 1177, 1203

Kulturkampf 81, 558, 563, 864, 937, 940

Labour Party 9, 110, 290*

Landtagswahlen (s. auch einzelne Länder) XIII, 13, 70, 73, 87, 90, 100f., 110, 135, 143f., 152, 160, 215, 217, 243, 315, 573

Landwirtschaft XXXII, 5, 159f., 236, 325*, 435, 489–491, 495, 522f., 544, 710, 718f., 726, 732, 734, 738, 763, 773, 845f., 874f. 885f., 1052, 1056f., 1106, 111137, 1140, 1145, 1150–1152, 1196f., 1212f., 1251, 1280, 1285–1288, 1296–1300

„Landwirtschaftsbrief" 561

Lastenausgleich (hier auch: Gesetz) 24, 28, 300, 305, 488f., 1175

Leipzig

– Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz 1954 275

Liberalismus 45, 81, 102f., 169, 173, 385, 557, 850, 884

London

– Konferenzen

-- Alliierte Außenminister Nov./Dez. 1947 111*

-- EVG-Länder und Besatzungsmächte Sept./Okt. 1954 (Neunerkonferenz und Viererkonferenz) VIII, 249f., 252–258, 262, 266f., 269–271, 278f., 281–283, 288, 304, 316f., 341, 851, 1114

-- 16.–23. August 1956 1112

-- Abrüstungskonferenz 1957 1231, 1243, 1260f.

„Lübke-Programm" 490

Luxemburg 250f.*, 1262

„Mainzer Allgemeine Zeitung" 962

Malente

– Sitzung des „Gemischten Ausschusses für die große Steuerreform" der CDU 13./14. Aug. 1954 („Malenter Vorschläge") 293*

„Manchester Guardian" 849

Marokko 846, 1110*

Marxismus (s. auch Kommunismus) 29, 43, 45, 57, 59f., 103, 110, 173, 353, 601, 699, 704, 1142f., 1163

Materialismus (s. auch Marxismus, Kommunismus, Wohlstand) 21*, 408, 428, 430, 570f., 576, 578, 594, 732, 849, 891, 939, 1109, 1143, 1178, 1180

„Michael" 140

Militarismus 273

Mitbestimmung 35, 38, 340*, 412, 414–416, 477*

„Mittelstand in Wirtschaft und Politik" 561*

Mittelstand, Mittelstandspolitik XXXII, 10, 38f., 152, 211, 213–215, 226, 296, 308–310, 315f., 318, 322f., 325–327, 330, 718, 732, 734, 741, 747, 750f., 763, 845, 887f.,

906, 1022, 1051f., 1056f., 1145, 1161, 1177, 1179, 1293f., 1300
„Mittelstandsbrief" 561
„Le Monde" 238f., 502, 628
Montanunion (EGKS) 152, 190, 192, 197, 1114
Morgenthau-Plan 368, 1089
Moskau
- Adenauer-Reise 1955 XIII, XXVIIIf., 584–617
- Außenministerkonferenz der Alliierten März/April 1947 111*, 347, 354, 437, 968
- Parteitag der KPdSU 1956 810, 850, 884

Mouvement Républicain Populaire (MRP) 3, 117, 236, 248f., 252, 264, 270, 342*, 356, 441, 572, 731*, 1142
München
- Ministerpräsidenten-Konferenz 1947 366, 981f.
- Parteitag der CSU 1955 697
- Parteitag der SPD 1956 929f., 938, 942, 944, 1006, 1019, 1032*, 1095, 1099, 1139, 1141f., 1177, 1193

„Münchner Merkur" 276

Naher Osten 154, 258, 430, 848, 1110–1113, 1182
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 841*
Nationalismus Xf., 6, 8, 185, 196–201, 239, 356, 462–464, 606, 610, 620, 628, 726f., 762, 788-790, 793, 802, 839–841, 848, 853, 857, 859–862, 871f., 930f., 953, 1186
Nationalsozialismus 3, 197, 201, 238, 353, 356, 408, 434, 469, 490, 570, 572, 576, 579, 620–622, 788, 793, 801, 806, 813, 837, 849, 859, 871, 939, 1179, 1265
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 562f., 565, 622, 839, 1036
NATO s. North Atlantic Treaty Organization
„Neue Deutsche Wochenschau" 36
„Neue Gesellschaft" 565
„Neue Rheinzeitung" 1032
„Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) 113, 1120
„Neuer Vorwärts" 284, 288, 379, 129
„Neues Deutschland" 288, 842
Neuseeland 259
Neutralisierung Deutschlands (Gefahı XXI, 10, 39, 112f., 135, 148, 260f 268, 277f., 286, 291, 317, 339f., 369f., 420, 499–501, 523, 609, 72: 731, 785f., 858f., 980f., 1187
„New York Herald Tribune" 734
„New York Times" 1028, 1113
New York
- Außenministerkonferenzen der Westmächte 17. Juni, 28. Sept. 19: 597f.

Niederlande 250f.*, 255, 1017, 1228 1262
Niedersachsen 323, 810, 1099f.
- Kommunalwahlen 1956 1054f., 1123
- Landesregierung, Regierungskoalition XIII, 7, 26, 29, 421–423, 443 452, 454f., 459, 462, 464–466, 49 759, 808, 813, 821f., 1191, 1282f.
- Landtagswahl 1955 XIII, 7f., 1· 234, 331f., 380, 421f., 436, 443– 449, 452f., 459, 467, 493, 546, 7(
- Schulpolitik 170f., 422f., 446, 45: 864*, 956*
- Wahlrecht 444*, 467

NKWD (Sowjet. Geheimpolizei) 113, 588
Nordrhein-Westfalen 221f., 228
- Kommunalwahlen 1956 706, 922, 935f., 944, 971, 1012f., 1021, 1106, 1123, 1134–1138, 1150f., 1155–1158, 1214, 1221
- Landesregierung, Regierungskoalition XVI, XXV, XXIX, 148–151, 466, 759, 782–785, 788–796, 801–804, 806, 812–815, 825–827, 829–835, 838f., 841, 860, 871, 897*, 910–912, 930–932, 960, 967, 971, 977, 980, 983, 986f., 1018–1021
- Landtagswahlen
-- 1950 148f.
-- 1954 8, 77, 109, 143f., 147–152, 160–168, 172f., 175–183, 231, 243f., 331, 380, 839
-- 1958 1192, 1257
- Regierungswechsel 1956 XVI, XXV, XXIX, 782–785, 788–796, 801–804, 806, 812–815, 825–827, 829–835, 838f., 841, 860, 871, 897*, 910–912, 930–932, 960, 967, 971, 977, 980, 983, 986f., 1018f.
- Schulpolitik 100f.
- Verhältnis zum Bund 147, 151, 165f., 221f., 231f., 324, 510, 530–532, 617
- Wahlrecht 161–163, 971
Nordwestdeutscher Rundfunk (NWDR) 36, 42, 950f., 1200
North Atlantic Treaty Organization (NATO) VIII, XXI, 118, 121, 250–252, 254–257, 259, 269, 270f., 278, 288, 363, 433–435, 457f., 503f. 604, 609, 612, 615, 857, 919, 1061f., 1065, 1086, 1104, 1113–1115, 1117f., 1187, 1193, 1197, 1209, 1224, 1228, 1230, 1261f.
Norwegen 251*, 256, 500, 1228
Nürnberg
- Parteitag der CSU 1954 247, 259, 264f., 292, 296, 299, 307, 315, 318

Oberhausen
- Wahlkampfrede Adenauers 4. Sept. 1953 (s. auch Zentrum, Verhältnis zur CDU) 77, 149, 1013
Oder-Neiße-Linie 120–123, 195, 197, 254, 349, 351, 356, 363, 432f., 461, 530, 536, 713, 959, 1188*, 1215
Österreich 139f., 421, 498f., 553, 616, 1127*
Österreichische Volkspartei (ÖVP) 15, 140
Offenbach
- Adenauer-Rede 24. Sept. 1954 277*, 338
Oldenburg
- Parteitag der FDP 1955 724, 786, 866
„Oldenburger Sonntagsblatt" 179
Organisation for European Economic Development (OEEC) 852
Ostgebiete s. Oder-Neiße-Linie

Pakistan 154, 259*, 431
Pankow s. Deutsche Demokratische Republik
Paris
- Konferenzen
-- 19.–23. Okt. 1954 NATO, EVG, Besatzungsmächte (Zweierkonferenz, Viermächtekonferenz, Neunmächtekonferenz, Fünfzehnmächtekonferenz) VIII, 254, 257
-- 7./9.–11. Mai 1955 WEU, NATO, Westmächte und Bundesrepublik 434*, 502–506
Pariser Verträge VIII, 335, 338, 341*, 344, 353, 360, 369, 371, 384, 398,

404, 430, 444, 458, 495, 504, 507–511, 517, 519, 526–528, 582f., 597f., 607, 612f., 625, 805, 807, 851, 861, 863, 1061f.
Pariser Vertrag s. Europäische Verteidigungsgemeinschaft
Parlamentarischer Rat 147, 568, 784
Parteienfinanzierung 86–97, 382, 397, 478–487, 566f., 572–574, 678f., 884, 1044
Parteiengesetz 50, 88, 91f., 96f., 382, 397, 484f., 539, 543, 557, 678f., 682
Parteiensystem
– allgemein 6f., 166f., 424–426, 451f., 454f., 459–464, 496, 762f., 766
– Zweiparteiensystem 10, 20f., 758, 809f., 1189*, 1282
Paulskirchenbewegung 345, 359, 384, 399f., 409
Petersberger Abkommen 1131
Philippinen 139, 259*
Polen 121, 123, 195, 259, 344, 431, 500, 515, 530, 571, 608, 926, 1116, 1141, 1182f., 1188*
„Politisch-soziale Korrespondenz" 561, 711, 1166*
„Politische Meinung" 1215
Portugal 251*
Potsdam
– Konferenz 1945 (Abkommen) 112
„Prawda" 432, 898
Presse (bes.: „Presseschelte" der CDU) XV, 15, 36f., 79, 142, 151, 235–237, 266f., 276–281, 284, 287–290, 385f., 389, 393, 407, 413f., 763f., 789, 797, 843f., 854, 856f., 873, 898–901, 905, 922, 933-935, 940f., 947, 952f., 962, 1120, 1124–1126, 1131, 1166, 1177, 1184f., 1231f., 1243, 1259
Radford-Plan (s. auch Vereinigte Staaten, Verteidigungspolitik; Atomwaffen) XX, 1028, 1034, 1062, 1072, 1113*
Rapallo 282, 405
Rechtsextremismus 3, 6, 166f., 462–464, 490, 756
Regierungskoalition s. Bundesregierung
Reichskonkordat 422f., 452*, 842, 864–867, 947, 955f., 958
Rentenreform XIXf., XXVII, 99, 152, 175, 222, 236, 264, 291, 299, 302, 305f., 309, 314, 322, 326, 329f., 332, 434*, 512f., 516f., 666, 721, 734, 739–743, 747, 750f., 845f., 886f., 894, 1025f., 1057–1060, 1105f., 1122–1124, 1126, 1133, 1142, 1145f., 1155f., 1162, 1170, 1175f., 1188, 1194, 1196, 1210f., 1213, 1217–1220, 1287
„Rheinische Post" 843
„Rheinische Zeitung" 735, 962
„Rheinischer Merkur" 235
Rheinland-Pfalz 323, 531
– Kommunalwahlen 1956 1141, 1152f., 1159–1161
– Landesregierung, Regierungskoalition 423*, 466, 759, 1283
– Landtagswahl 1955 234, 347, 366f., 369, 423, 436f., 443, 457, 492, 503, 627, 629, 1159
– Saarfrage 185, 187–189, 238f., 346f., 366f., 442, 629, 641, 710, 973, 979
– Schulpolitik 100
„Rheinpfalz" 962
Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 396f., 406, 693f., 1092

Rothenfelser Denkschrift XIX, 513, 736
Ruhrgebiet 437, 968, 1136
Rundfunk 15, 36, 41f., 279, 289, 389, 393, 413f., 768, 843f., 873, 941, 950f., 963–965, 1173–1175, 1185f., 1200, 1221, 1259

Saarfrage VIII–XIII, XVI, XX, XXVII, 154–156, 185–205, 236–242, 269f., 335f., 341f., 346–357, 361–369, 374–379, 394, 423, 425f.*, 436–443, 457f., 495, 502f., 606, 619–644, 649f., 683, 710, 727–729, 733f., 803*, 840f., 853–856, 858. 863f., 871–873, 892, 900, 966–1012, 1016f., 1186, 1190, 1216, 1250f., 1264f., 1274f., 1301–1314
– Christliche Gewerkschaften 630, 634, 984, 1304
– Deutscher Heimatbund 633*, 734, 986, 990, 1000, 1303
– Deutscher Saarbund 630f.
– Europäisierung VIII, 155f., 185–187, 191, 194f., 196f., 200, 203f., 240*, 269, 349, 354f., 998
– Haltung anderer Staaten
-- Frankreich 154, 185f., 189–191, 193, 195f., 200f., 203–205, 236–239, 269, 341f., 347f., 355f., 365f., 368, 436–441, 621–625, 628–635, 639, 641f., 727–729, 733f., 803*, 855, 858, 872f., 968f., 973, 988f., 1016, 1304, 1306
-- Sowjetunion 347f., 437, 968f.
-- USA und Großbritannien 186, 190, 197, 200, 347f., 354, 357, 369, 437, 606, 621, 632f., 968f.
-- Vatikan 620
– Katholische Kirche 970, 976–978, 1008, 1305
– Regierung Hoffmann X, 185, 191, 200, 203, 346, 350, 354, 362f., 365f., 375–379, 619, 622–624, 629, 631, 641, 973, 981f.
– Rheinland-Pfalz 185, 187–189, 238f., 346f., 366f., 442, 629, 641, 710, 973, 979
– Röchling'sche Werke X, 436, 438–443, 620–622, 631, 728
– Saarstatut VIII, XI, 335, 341–343, 348, 350f., 355, 357, 361–367, 369, 394, 502f., 619–644, 683*, 840, 855, 864, 871, 873, 998, 1304
-- Haltung der Parteien
--- BHE 357, 425*, 459
--- CDU IX–XI, XXVII, 619, 625–629, 631–644, 649f., 840, 854, 858, 863f., 871f., 900
--- FDP X, XVI, 187, 343, 353, 366–368, 394, 423, 438, 447, 620, 727, 729, 855f., 976
--- SPD 150f., 187f., 270, 347, 351f., 365, 394, 458, 620, 630, 855, 974, 976, 1017, 1186
– Van-Naters-Plan 186, 190f., 196f., 199, 202, 204, 361
– Volksabstimmung Xf., XIII, 191, 195, 197, 199, 203, 349, 351, 363, 502, 619–630, 632–636, 641f., 683*, 728f., 855, 864, 871, 873, 1186, 1304, 1308
– Wirtschaftsfragen X, 154f., 188, 196, 202–205, 350, 355–357, 362f., 374–376, 436, 438–443, 620–624, 631, 855, 1016*, 1216
Saarländische Volkszeitung (SVZ) 623*, 975, 1308
Saarland
– Kommunalwahlen 1956 966, 970, 973f., 978, 1004f., 1306f.

- Landesregierung, Regierungskoalition 986, 990, 1011, 1301–1303, 1311
- Landtagswahlen
-- 1952 354, 642f.
-- 1955 X, 366, 727, 973, 1301
- Rückkehr XI, 1005, 1017, 1186, 1301, 1308

Saudi-Arabien 846

Schleswig-Holstein 225, 228, 520f., 531, 535f.
- Kommunalwahlen
-- 1951 450
-- 1955 450f., 453f.
- Landesregierung, Regierungskoalition 25, 247*, 321, 466, 759, 808, 813, 815f., 821f., 1282f.
- Landtagswahlen
-- 1950 25
-- 1954 14, 109, 144, 247*, 276*, 285, 380
- Wahlrecht 536*, 756

Schleswig-Holstein-Block (SHB) 450*

Schulpolitik s. einzelne Bundesländer; Elternrecht

„Schwäbische Post" 797*

Schweden 110, 277f., 852, 1228

Schweiz 1120

SEATO s. South East Asian Treaty Organization

Sender Freies Berlin (SFB) 1138

„Simplicissimus" 807, 820

„Sonntagsblatt" 80, 955, 957

South East Asian Treaty Organization (SEATO) 259

Souveränität s. Besatzungsstatut; Deutschlandvertrag

Sowjetunion (UdSSR) 241
- Atomwaffen 1227f., 1262
- Außenpolitik (Methoden, Ziele) 110–114, 117f., 127–130, 134f., 140, 142f., 153, 336f., 344, 360f., 370–374, 430–433, 498–501, 506f., 585f., 591–594, 597f., 601–610, 612f., 615f., 721, 730–732, 859, 926, 932, 1006, 1027f., 1081, 1183f., 1228–1230, 1243, 1260–1262
- Deutsch-sowjetische Beziehungen XII, XXVIII, 283, 286, 391f., 586–617, 698f., 735, 790, 859, 924, 953f., 1028, 1262
- Diplomatische Beziehungen XII, 283, 391f., 588f., 592f., 595f, 609–612, 614, 617, 698, 735
- Expansionismus 114, 339, 528, 582, 591f., 601f., 604, 732, 1029, 1113
- Haltung zur Wiedervereinigung XII, 112, 119f., 126, 128–130, 259, 277, 285–287, 339, 360f., 371, 373f., 404, 431–433, 583, 588f., 597f., 603f., 606–610, 612–616, 787, 859, 933
- Innere Situation 113f., 120, 143, 431, 504f., 571, 591–596, 602, 604, 730, 810, 850, 859, 884, 924–926, 932, 1116f., 1183, 1229f., 1262
- Saarfrage 347f., 437, 968f.
- Verhältnis zur DDR 597, 600, 604, 608f., 614f., 617, 937, 1030
- Verhältnis zu den USA 591, 603, 606, 725, 786, 848, 933, 1006, 1080

Sowjetzone s. Deutsche Demokratische Republik

Sozialausschüsse s. CDU, Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 450*, 457, 488, 520, 562f., 599, 1036
- Atomwaffen XX, 1224f., 1228–1233, 1235f., 1238, 1240–1242, 1260–1262
- Außenpolitische Ziele 8–10, 126,

139f., 420, 523, 732, 841, 929f., 959, 970, 1182f., 1192f.
-- Nationalismus 8, 156, 848, 930, 953
-- Neutralismus (Gefahr) XXI, 10, 39, 260f., 268, 277f., 286, 291, 317, 339f., 369f., 501, 609, 731, 785f., 1115
- Einfluß im öffentlichen Leben 34–37, 166, 842, 941, 963f., 1051, 1171–1175
- Erfurter Programm 30*
- Europapolitik 1131f., 1192f.
- Finanzen 10, 34f., 91, 382, 481, 484f., 562f., 565, 577, 1044
- Innere Lage/Entwicklung 8–10, 31, 33f., 85, 109f., 130, 166, 260, 277, 290, 426f., 468–477, 508, 514f., 557f., 687, 777, 938, 946, 1019, 1139, 1194, 1197f.
- Kommunistische Infiltration 8, 275–277, 288, 380, 402, 436, 468f., 471, 473, 475f., 514, 674, 810, 849f., 884, 930, 934, 938, 1006, 1053, 1138, 1248
- konfessionelle Propaganda 83, 145, 182, 447, 709, 1172
- Länder
-- Baden-Württemberg 179, 460, 466, 769–772, 799, 838*, 1154
-- Bayern 805f., 959, 1191*
-- Berlin 938, 1129f.
-- Niedersachsen 421f., 443f., 447f., 452, 460, 464–467, 497, 709, 1100
-- Nordrhein-Westfalen 148–151, 160–163, 167, 176, 183, 244, 782f., 806f., 815, 841, 987, 1021, 1136–1138, 1150f., 1155–1158
-- Rheinland-Pfalz 1152f., 1159f.
-- Saarland 966*, 982, 997, 1005, 1265, 1301, 1303, 1306f., 1311, 1314
- Parteidisziplin 74f., 147f., 569, 929, 941, 1033, 1139, 1146, 1178, 1180, 1189, 1276
- Parteitage
-- Berlin 1954 359
-- Köln 1956 („Perspektivkongreß") 749f., 1019
-- München 1956 929f., 938, 942, 944, 1006, 1019, 1032*, 1095, 1099
-- Dortmund 1957 (Wahlkampfkongreß 16. Juni) 1194, 1245, 1254f.
- Personalpolitik (hier auch: Stellenbesetzung) 35f., 61f., 487, 842, 1046, 1096, 1137, 1143, 1146, 1171, 1173–1175
- Presse und Propaganda 36f., 69, 481, 511, 562, 569, 829, 837, 842, 941, 963f., 1092, 1095, 1107, 1120, 1137–1142, 1145–1148, 1152, 1154, 1157f., 1171–1175, 184, 1206f.
- Revisionismus 29f.
- Sozialpolitik XX, 665, 671–676, 749f., 1105, 1141, 1176, 1188, 1194, 1210
- Steuerreform 299, 307, 315, 319, 328f. 479
- "Untergang Deutschlands" XXI, 732, 930, 1006, 1116
- Verhältnis zu anderen Parteien und Organisationen
-- BHE 513, 882, 1193, 1264, 1279f.
-- CDU (hier auch: Große Koalition) XVI, XXX, 29–33, 38ff., 130, 274–276, 290f., 317, 427, 444, 465, 467, 470–476, 495, 507f., 532, 758, 801, 805–807, 819, 823, 943, 1105, 1108, 1122, 1131f., 1137, 1148f., 1188f., 1220

-- DGB 35, 41–53, 69, 110, 262, 272–274, 384, 409–412, 427f., 515, 701f., 1146f., 1154, 1216–1219, 1249
-- DP 513, 879f.
-- Evangelische Kirche 937, 948, 955
-- FDP 148–151, 160, 167, 176, 178, 509, 513, 731, 758, 770, 782f., 785f., 789, 797, 799, 805–807, 815–817, 819f., 822–824, 826, 830f., 833, 841, 860, 882, 930–932, 968, 1060*, 1136, 1190f., 1193, 1209, 1219f., 1255, 1263, 1278, 1281, 1283
-- GVP 1193
-- Zentrum 444, 932
- Wahlergebnis 1953 29, 69, 72, 754, 757
- Wahlergebnis 1956 (Kommunalwahlen) XIII, 1134–1140, 1145, 1148, 1150–1161, 1214, 1221
- Wahlkampf 1957 1107f., 1192–1194, 1210, 1213–1215, 1220, 1224f., 1245, 1247–1249, 1254–1256, 1260–1263, 1278
- Wahlrecht 753, 755, 758, 877, 881f., 1189
- Wiederbewaffnung 259–262, 265, 268, 275–279, 287f., 290f., 335, 337f., 341, 345, 352f., 358f., 363, 379f., 384, 393, 395, 397, 400, 403–405, 427, 433, 467–473, 475f., 495, 507–509, 511, 519, 523, 527f., 582f., 609, 612, 721, 847, 860, 929f., 936f., 940–947, 952f., 1006, 1019, 1029, 1031f., 1067–1070, 1072, 1074, 1076, 1084, 1086, 1097, 1115f., 1120, 1129–1131, 1139, 1145, 1148f., 1162, 1171f., 1182, 1185, 1187, 1194, 1255, 1260f.
- Wiedervereinigung 10, 32, 38, 60, 119f., 123f., 130, 139, 259–261, 268f., 276–278, 281, 283, 285–288, 338, 357–359, 369f., 379f., 393, 403–405, 432, 516, 523, 527f., 583, 607, 612, 674–676, 725, 848f., 857, 859f., 862, 937f., 952f., 959, 1034
- Wirtschaftspolitik 662, 1177f., 1219f., 1278, 1289f., 1296f.

Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) 354*, 496, 982, 1004, 1265

Soziale Marktwirtschaft XXXII, 30, 235*, 383, 385, 658, 662, 717, 1167, 1172, 1178, 1289f.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 410, 702*, 1163

Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) 140

Sozialistische Reichspartei (SRP) 802

Sozialpolitik (s. auch spezielle Sachgebiete) 7, 13, 31, 38, 52f., 60, 63, 100, 222, 322, 325, 397, 512f., 516, 653–657, 665–676, 849, 884–887, 893f., 1121, 1140, 1154, 1176, 1199, 1209, 1293

Sozialreform XIV, XIX, 99, 109, 135, 152, 160, 175, 222, 264, 291, 299, 302, 305, 314, 322f., 325–327, 329f., 333, 384, 390, 397, 434, 495, 512f., 516f., 646–648, 653–657, 665–676, 723, 732, 734-- 752, 845f., 875, 884–887, 893f., 961, 1057–1060, 1122–1124, 1140–1142, 1145f., 1155f.

Sozialstruktur der Bundesrepublik 434, 512f., 517, 575f., 736–739, 1153f., 1170

Spanien 115, 153, 500, 846

„SPD-Spiegel" 1198f., 1266

„Spiegel" 605, 708, 735

Steuerpolitik (hier auch: Gesetze) 20, 69, 98f., 147, 205–229, 231f., 236, 264, 291–330, 382, 479, 488, 720, 844, 901–907, 1027, 1106, 1122, 1127, 1145, 1179, 1196, 1215f., 1219, 1280, 1294f., 1298
Steuerreform 1291, 1294f.
– Große (1954) XIII, XVII–XX, XXVII, 98f., 135, 151f., 160, 165, 175, 184f., 205–229, 231, 247*, 264, 291–330, 382, 397, 479, 560, 572f., 1216
-- Haltung der SPD 299, 307, 315, 319, 328f., 479
– Kleine (1953) 20, 69, 223f., 301
Stewens-Plan 219*
„Stimme der Vertriebenen" 561
„Stimme im Exil" 561*
Strickrodt-Ausschuß s. CDU, Bundesfachausschüsse
Stuttgart
– Parteitag der CDU 1956 XXVIII–XXX, XXXII, 492–494, 581f., 645–648, 651, 653–657, 664–667, 768f., 854, 858, 873, 884–920, 963*, 1054, 1059f., 1064, 1071, 1092, 1099f., 1177, 1179, 1251
Sudan 1110
Südafrika 927
„Süddeutsche Zeitung" 934, 964
Süddeutscher Rundfunk 36, 1171–1175
Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 536*
Südwestfunk 389, 874, 963
Suezkrise 258*, 1027–1029, 1034, 1081, 1109–1113, 1140*, 1160, 1170, 1230
Syrien 846

„Der Tag" 130f., 288
Tauroggen 282
Thailand (Siam) 259*
„The Times" 849
Titoismus s. Jugoslawien
Trier
– Parteitag der CDU Rheinland-Pfalz 1956 979
„Trierer Volksfreund" 962
Troeger-Ausschuß 216, 225
Tschechoslowakei (CSSR) 259, 344, 431, 500, 515, 571, 608, 1030, 1079
Türkei 153f., 251, 256, 311, 371f., 404, 431, 503
– Adenauer-Reise 1954 146, 151, 153f.
Tunesien 1110*

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 469
Ungarn XXf., 259, 1108f., 1116, 1120f., 1123, 1127, 1129f., 1133, 1141, 1143, 1147–1150, 1154f., 1157f., 1160–1162, 1182f., 1197, 1260
„Union in Deutschland" (UiD) 561f., 564, 1165f., 1198, 1210, 1213
Unkel und Morbach, Verhandlungen CDU–CVP 1956 966, 982f., 1004f., 1007
„Unser Standpunkt" 649
Unternehmen, Unternehmerverbände (s. auch Interessenverbände) 54, 212–215, 222, 225–227, 232

Vatikan
– Deutsche Botschaft 145f., 156–158, 179f.
– Konfessionsfragen 858, 864–867, 870, 1249
– Saarfrage 620
Verbraucherverbände 1152
„Verein Unions-Presse" 797*, 1126

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 113f., 241, 370, 373, 591
- Deutschlandpolitik, deutsche Frage, dt.-amerik. Beziehungen 106f., 127–129, 141, 147, 154, 197, 249*, 253f., 257, 516, 527, 584f., 597f., 606f., 727, 769, 785f., 790, 803, 849, 857, 922–924, 933, 944*, 1012, 1034, 1184, 1187, 1192f., 1240, 1261*
- Innenpolitik 107, 114f., 221, 288, 558, 584–586, 730, 847, 923f., 1028, 1079, 1112, 1260
- Isolationismus 112f., 125f., 249f., 257, 260, 337f., 369, 500, 502, 725, 786, 1006, 1029f., 1035, 1113–1115, 1261
- Nahost-Politik 1110-1113
- Verhältnis zur Sowjetunion 591, 603, 606, 725, 786, 848, 933, 1006, 1080, 1114, 1229f., 1260f.
- Verteidigungspolitik XX, 112–116, 139, 140f., 154, 190, 196, 249–251, 253f., 257, 259f., 316, 339, 344, 500–503, 506f., 528, 786, 848, 860*, 1028–1030, 1032, 1034f., 1072–1075, 1079–1082, 1113, 1117, 1227f., 1230f., 1233, 1260f.

Vereinswesen 1167f.
Vereinte Nationen (UNO) 277, 507, 923*, 1080, 1109, 1193
Verfassungsschutz 405f.
Verkehrspolitik 225, 304, 306, 429*, 1251, 1280, 1294
Versailler Vertrag 185, 862
Vertriebene und Flüchtlinge 121, 123, 131f., 240, 261, 351, 487–489, 512, 541, 562, 1100, 1172, 1177, 1188, 1197–1199
- Bundesvertriebenengesetz 19f., 1196
- Kandidaten der CDU 17f., 183, 876, 959f., 1200f., 1203, 1206f., 1215
- Verbände 18f., 1206, 1215
- Vertriebenenministerium 19, 23f., 26, 28, 461
- Wahlverhalten 17f., 25, 71, 77f., 181, 183, 460f., 487f., 773, 959f., 1100f., 1121, 1201, 1206f., 1214f., 1252, 1280–1284

Volksverein für das katholische Deutschland 388, 397

„Die Waage" 278
Währungspolitik (s. auch Inflation) XIV, XVIII, 219, 223, 301, 323, 487–489, 717–720, 850f., 901f., 905–907, 1012*, 1022–1027, 1048–1052, 1056–1059, 1141f., 1280f., 1290
Währungsreform 751
Wahlrecht (hier auch: Gesetze) 160–164, 333, 467, 678
- Bundestag XVI, XXIX, 7f., 14, 20–22, 97, 108, 380–382, 435f., 495, 543, 690, 725f., 729, 753–768, 787f., 795, 801, 807f., 812f., 816, 820, 826, 829, 837, 860, 877–882, 1019f., 1047f., 1189f., 1201, 1258, 1267–1277, 1285
-- Haltung der Parteien
--- BHE 1189
--- DP 1189
--- FDP XVI, 787f., 795, 801, 807f., 812, 816, 820, 826, 1189
--- FVP 1189
--- SPD 753, 755, 758, 877, 881f., 1189
- Kommunalwahlen 453
- Länder
-- Baden-Württemberg 1154
-- Hamburg 756
-- Hessen 137, 178, 756
-- Niedersachsen 444*, 467

-- Nordrhein-Westfalen 161–163, 971
-- Schleswig-Holstein 536*, 756
Wehrgesetze XIV, XXIX, 7f., 18, 249, 337, 380f., 468, 509f., 516–521, 525, 530–532, 556, 582, 616f., 644, 787, 790, 805, 807, 813, 824, 847f., 860f., 875, 913, 919, 928–930, 936f., 940–947, 956–958, 1006, 1031, 1047, 1061–1064, 1071f., 1106, 1118f., 1125f., 1128f., 1140–1142, 1145, 1148f., 1161f., 1196
Wehrpflicht (hier auch: Gesetz, Dienstzeit, Verweigerung) XIV, 380f., 393, 395, 397, 469f., 861, 875f., 919, 934, 936f., 940–947, 952, 956, 961, 976, 1015, 1021, 1030–1032, 1034, 1050, 1052–1055, 1061, 1063–1068, 1071, 1075–1077, 1083–1089, 1116, 1122, 1141, 1149, 1151, 1154, 1156, 1160, 1176, 1178, 1180, 1187, 1194, 1220f., 1242f., 1255, 1260f.
Weimarer Republik 508, 594, 862, 1023, 1033
Welfenpartei 1266
„Die Welt" 276, 386, 427, 841, 843f., 846, 854, 929, 934, 942, 1187, 1191, 1259
„Welt der Arbeit" 46, 275, 1218
„Werkhefte der Jungen Union" 84
Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) 1232
Westdeutscher Rundfunk (WDR) 950f., 963–965, 1200
Westeuropäische Union (WEU) 349, 433–435, 437, 457f., 851, 1073, 1079, 1082, 1114, 1148f., 1161, 1192
„Westfalenpost" 288
Westmächte (Deutsche Frage) XII, 111f., 119, 121f., 128, 253f., 259, 267*, 339*, 436f., 506, 516, 524, 527, 529, 597, 606f., 610–613, 785, 787, 848f., 857–859, 923
Widerstand im „Dritten Reich" 700f.
Wiederbewaffnung
- Finanzierung XVIII, 222f., 300f., 304–306, 320f., 335, 720, 844, 957, 1062
- Haltung der Parteien
-- DP 1068
-- FDP 1068, 1084
-- SPD 249, 275–279, 287f., 290f., 335, 337f., 341, 345, 352f., 358f., 363, 379f., 384, 393, 395, 397, 400, 403–405, 427, 433, 467–473, 475f., 495, 507–509, 511, 527f., 582f., 609, 612, 721, 847, 860, 929f., 936f., 940–947, 952f., 1006, 1019, 1029, 1031f., 1067–1070, 1072, 1074, 1076, 1084, 1086, 1097, 1115f., 1120, 1122f., 1129–1131, 1139, 1145, 1148f., 1162, 1171f., 1182, 1185, 1187, 1194, 1255, 1260f.
- Kampagne des DGB 261f., 265, 268f., 273–275, 279, 340, 384f., 397–400, 427f., 468–471, 476f.
- Öffentliche Proteste/Widerstände (s. auch Paulskirchenbewegung) 1067f., 1083, 1089, 1115, 1118f., 1125f., 1130
Wiedervereinigung XII, 30–32, 55, 59f., 85, 111f., 120–126, 128–130, 155, 254, 259–261, 267*, 271f., 281, 285–288, 339, 344f., 360f., 363f., 371, 373f., 390f., 431–433, 436f., 494f., 506, 515f., 524–530, 588f., 597f., 603f., 606–616, 619, 624, 630, 672–678, 710*, 713, 725, 731, 849–854, 857–860, 862, 923, 933, 1052
- Haltung der Sowjetunion XII, 112,

119f., 126, 128–130, 259, 277, 285–287, 339, 360f., 371, 373f., 404, 431–433, 498f., 515f., 524, 528f., 583, 588f., 597f., 604, 606–610, 612–616, 787, 859, 933
– Stellungnahmen der Parteien
-- BHE 259, 281
-- CDU XII, XXVIII, 63, 66, 119f., 136, 240, 281–285, 339, 357–361, 404f., 494f., 524–527, 541, 545, 548f., 582f., 607f., 615, 856–860, 862, 874, 885, 938, 1172f., 1177, 1182, 1186, 1252
-- DP 281
-- FDP 281, 284f., 447, 598, 607, 613, 725, 787, 789, 795, 848f., 857, 860, 862
-- SPD 10, 32, 38, 60, 119f., 123f., 126, 130, 139, 259–261, 268f., 276–278, 281, 283, 285–288, 338, 357–359, 369f., 379f., 393, 403–405, 432, 516, 523, 527f., 583, 607, 612, 674–676, 725, 848f., 857, 859f., 862, 937f., 952f., 959, 1034, 1172, 1193, 1248, 1252, 1255
Wiesbaden
– Parteitag der CDU Hessen 3. April 1954 178
Wirtschaftliche Lage 30, 69, 75f., 99, 109, 142, 149, 152, 298f., 304, 313, 319, 321f., 326, 662, 716–721, 785, 934, 949, 951, 1178
„Wirtschaftsbild" 86–90, 92, 561, 571, 691, 1043
„Wirtschaftsbrief" 561
Wirtschaftspolitik (s. auch: spezielle Sachgebiete) 40, 100, 215, 295f., 312, 516, 660, 662f., 671, 750f., 849, 873, 886, 890, 901f. 1124, 1177–1180, 1199, 1209, 1251, 1280, 1289–1291, 1293–1296
Wirtschaftsrat (Frankfurt) 1205
Wohlstand 30, 397, 429f., 491, 571, 716, 732, 845, 1109, 1146, 1154, 1217, 1293*
Wohnungsbau 31, 38, 213, 218, 225, 236, 302, 325*, 383, 512, 662, 886, 1023–1025, 1049f., 1055–1057, 1062f., 1069, 1180, 1230, 1294
Würzburg
– Kommunalpolitische Tagung der CDU 2./3. Juni 1955 492f.
– Parteitag der FDP 1956 840, 956f.*
Wuppertal
– Tagung des EAK 11./13. Juni 1954 169

„Die Zeit" 79, 284*, 399
Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer 325*
Zentralverband des Deutschen Handwerks 325*
Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) 421*, 467, 703, 705, 1135
– Nordrhein-Westfalen 148f., 161f., 164, 166, 173, 176, 183, 783f., 932, 971, 980, 983, 987, 992, 1003, 1012f., 1136f., 1156
– Verhältnis zu anderen Parteien
-- CDU (auch: Wahlabkommen) 33, 40, 77, 148f., 163f., 173, 183, 452, 1013, 1136, 1156
-- Föderalistische Union (geplant) 931f., 967f., 970f., 973, 977, 980f., 983f., 986f., 989, 992, 998–1006, 1008, 1010, 1012, 1266, 1310f.
-- SPD 444, 932
Zentrum (vor 1933) 23, 402, 462, 557f., 562f.
Zentrumsstreit 558*
Zypern 846